



→ Bericht und Empfehlungen der Enquetekommission

„Krisenfeste Gesellschaft“

Ausgegeben: 5. Juli 2024

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet
mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsprotokoll 11. Sitzung vom 10. März 2023	3
Sitzungsprotokoll 12. Sitzung vom 31. März 2023	142
Sitzungsprotokoll 13. Sitzung vom 26. Mai 2023	270
Sitzungsprotokoll 14. Sitzung vom 16. Juni 2023	431
Sitzungsprotokoll 15. Sitzung vom 30. Juni 2023	506
Sitzungsprotokoll 16. Sitzung vom 21. Juli 2023	634
Sitzungsprotokoll 17. Sitzung vom 22. September 2023	763
Sitzungsprotokoll 18. Sitzung vom 13. Oktober 2023	842
Sitzungsprotokoll 19. Sitzung vom 10. November 2023	969

17. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Öffentlicher Teil

11. Sitzung

Freitag, 10. März 2023, 9:30 Uhr

Stuttgart, Haus des Landtags

Plenarsaal
Videokonferenz

Beginn: 9:32 Uhr (Mittagspause: 13:39 bis 14:36 Uhr) Schluss: 17:46 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Teil I – öffentlich

1. **Öffentliche Anhörung**
zum Thema „Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft in der
Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung“ S. 2
2. Anträge zum ersten Handlungsfeld..... S. 136

Teil II – nicht öffentlich.....(gesondertes Protokoll)

1. Festlegung des in der Sitzung am Freitag, 26. Mai 2023,
zu behandelnden Themas
2. Beratungen über Abschluss der Enquetekommission
3. Beschluss über weitere Bürgerbeteiligung
4. Verschiedenes

– 1 –

Öffentliche Anhörung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

zur Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft in der
Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung

am Freitag, 10. März 2023, 09:30 Uhr
Plenarsaal (Haus des Landtags)

Ablaufplan

(Stand 9.3.2023)

Uhrzeit	Sachverständige / Funktion
09:30 Uhr	Alexander Salomon MdL , Vorsitzender der Enquetekommission
	Oliver Harzheim , Chief Security Officer der Vodafone GmbH
09:35 Uhr	Christian Sachgau , Head of Business Resilience, Deutsche Telekom Security GmbH
	Jens Marschall , Head of Security Strategy, Deutsche Telekom AG
09:55 Uhr	Sabine Griebisch , Ext. Krisenmanagerin Landeshauptstadt Potsdam, Managing Director GovThings
10:15 Uhr	Ralf Rosanowski , Präsident der Cybersicherheitsagentur Baden-Württemberg
10:35 Uhr	60-minütige Fragerunde
11:35 Uhr	Thorsten Krenz , Konzernbevollmächtigter der Deutsche Bahn AG für das Land Baden-Württemberg
	Toralph Westphal , Konzernsicherheit, Deutsche Bahn AG
11:55 Uhr	Dr. Christoph Müller , Vorsitzender der Geschäftsführung der Netze BW GmbH
12:15 Uhr	40-minütige Fragerunde
~ 12:55 Uhr	Mittagspause
14:15 Uhr	Barbie Haller , Diplom-Volkswirtin, Vizepräsidentin der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
14:35 Uhr	Prof. Dr. Sabine Kuhlmann , Professorin für Politikwissenschaft, Verwaltung und Organisation, Universität Potsdam, Stellvertretende Vorsitzende des Nationalen Normenkontrollrats
14:55 Uhr	40-minütige Fragerunde
15:35 Uhr	Dirk Aschenbrenner , Direktor der Feuerwehr Dortmund, Präsident der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e.V.
15:55 Uhr	Matthias Max , Teamleiter Sicherheitsforschung & Innovationstransfer des Deutschen Roten Kreuz e.V.
16:15 Uhr	40-minütige Fragerunde
~16:55 Uhr	Ende der öffentlichen Anhörung

– 2 –

(*Hinweis zum Protokoll:* Herr Dr. Christoph Müller erscheint im Protokoll aufgrund seiner beiden Funktionen mit unterschiedlichen Bezeichnungen: entweder als Sachverständiger oder als externes Mitglied der Enquetekommission.)

Teil I – öffentlich (Beginn: 9:32 Uhr)

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich eröffne die Sitzung und darf Sie alle recht herzlich zu unserer 11. Sitzung am 10. März 2023 begrüßen. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich noch einige organisatorische Punkte verkünden.

Zunächst gibt es einen Wechsel im parlamentarischen Beratungsdienst, nämlich bei der SPD-Fraktion: Herr Lukas Häberle scheidet aus; wir danken ihm vielmals für die tatkräftige Unterstützung, er war eine wesentliche Stütze dieser Enquetekommission. Wir wünschen ihm viel Erfolg und Glück in seiner neuen Funktion in der SPD-Fraktion. Frau Désirée Grözinger ist seit Februar 2023 für die SPD-Fraktion als parlamentarische Beraterin für die Enquetekommission tätig. Auch ihr alles Gute bei der tatkräftigen Unterstützung dieser Enquetekommission.

Noch einen Punkt: Herr Abg. Dr. Miller hat heute Geburtstag und feiert mit uns. Das freut uns sehr.

(Beifall)

Herzlichen Glückwunsch, Herr Abg. Dr. Miller. Ihr Geburtsjahr lasse ich jetzt außen vor; wie alt Sie sind, kann jeder nachschlagen. Aber das Wichtige ist: Sie haben etwas mitgebracht für die Mitglieder der Enquetekommission; dort hinten können Sie sich jetzt oder später etwas nehmen. Wir nehmen das vielleicht auch zum Anlass, weitere Sitzungen der Enquetekommission auf Geburtstage zu legen; das ist immer gut, wenn es eine solche Unterstützung gibt – vielen Dank an Sie.

Um gleich im organisatorischen Part fortzufahren: Wir werden später, am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung, eventuell für den nicht öffentlichen Teil in den Moser-Saal umziehen müssen. Das ist auch ein Appell an Sie: Je kürzer wir die Sitzung hier gestalten, desto schneller können wir in den Moser-Saal umziehen bzw. dann vielleicht auch hier bleiben – das müssen wir später abwarten. Ich erwähne das, damit Sie das wissen – schon mal für den Hinterkopf.

Wir gehen weiter: Gibt es Änderungswünsche zur Tagesordnung von Ihrer Seite? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann dürfen wir jetzt in die Tagesordnung eintreten, ganz geschwind und ohne Umschweife:

– 3 –

Punkt 1
Öffentliche Anhörung
zum Thema „Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft
in der Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung“

Der Ablaufplan liegt Ihnen vor. Wir hören zuerst Herrn Oliver Harzheim, Chief Security Officer der Vodafone GmbH, und dann Herrn Christian Sachgau, Head of Business Resilience der Deutschen Telekom Security GmbH. Sie haben jeweils zehn Minuten Redezeit. Ich darf Herrn Harzheim als Ersten hier vorn am Redepult begrüßen.

Sv. Herr Harzheim: Wunderbar. – Guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren! Oliver Harzheim mein Name, CSO der Vodafone GmbH. Erst einmal danke ich für die Einladung und dafür, dass ich heute zum Thema „Sicherheit der Telekommunikationsnetze im Krisenfall“ zu Ihnen sprechen darf. Ich habe zehn Minuten Zeit; es gibt nachher ja noch eine etwas längere Fragerunde. In den zehn Minuten werde ich versuchen, mich auf das Thema Krisenmanagement zu beschränken und vielleicht noch ein paar andere Sachen anzudeutern, von welchen ich denke, dass da in unserer Zusammenarbeit vermutlich noch das größte Potenzial liegt. Ich hoffe, dass wir nachher in der 60-minütigen Fragerunde noch genügend Zeit haben, jene Themen zu klären, die Ihnen dann vielleicht noch unter den Fingernägeln brennen.

Fangen wir an mit einem kurzen Zitat des BBK. Das BBK definiert Krise folgendermaßen:

Vom Normalzustand abweichende Situation mit dem Potenzial für oder mit bereits eingetretenen Schäden an Schutzgütern, die mit der normalen Aufbau- und Ablauforganisation nicht mehr bewältigt werden kann, sodass eine Besondere Aufbauorganisation (BAO) erforderlich ist.

Mit anderen Worten: Es handelt sich immer dann um eine Krise, wenn die alltäglichen Mittel und Maßnahmen nicht mehr ausreichen, um die negativen Folgen einer eskalierenden Gefahren- oder Schadenlage abzuwehren.

Was bedeutet das jetzt übersetzt in die Vodafone-Welt? Da geht es beim Krisenmanagement um die proaktive Verhinderung und/oder Bewältigung von erheblichen Störungen der Geschäftstätigkeit – dazu gehört natürlich das Aufrechterhalten unserer Services – in einer interdisziplinären, zentralen Krisenstabsorganisation – dazu werde ich im weiteren Verlauf noch etwas sagen – zur Sicherstellung der Geschäfts- und Handlungsfähigkeit, einschließlich der Koordination der gesamten Informations- und Öffentlichkeitsarbeit über einen zentralen Krisenstab.

– 4 –

Das bedeutet im Prinzip, dass ein präventives und reaktives Krisenmanagement als Teil einer Business-Continuity-Management-Strategie der Dreh- und Angelpunkt für die erfolgreiche Bewältigung einer Krise und somit auch für die nachhaltige Stärkung der Resilienz der Telekommunikationsnetze ist.

Was macht ein erfolgreiches Krisenmanagement aus? Im ersten Schritt müssen sicherlich kritische Schutzgüter, kritische Services, kritische Prozesse bekannt sein, ebenso die Risiken, die auf diese wirken können.

Es muss eine definierte Krisenorganisation jederzeit einsatzbereit sein. Dazu muss ich sie natürlich im Vorfeld einmal aufgebaut haben, es müssen Rollen und Aufgaben in dieser Krisenorganisation zugewiesen und erprobt sein. Nur wenn ich mir diese Gedanken alle im Vorfeld gemacht habe, kann ich effektiv die Krise managen, wenn sie dann kommt.

In der Krise brauchen wir strukturiertes Vorgehen. Bei uns hat sich z. B. gezeigt, dass Checklisten dazu extrem gut geeignet sind. Sie helfen, auch in extremen Drucksituationen in der Krise strukturiert und automatisiert bestimmte Arbeitsvorgänge abzuarbeiten.

Sehr wichtige Schwerpunkte vor der Krise, aber sicherlich noch mehr in der Krise sind Vernetzung und Kommunikation. Darauf würde ich gern ein bisschen intensiver eingehen. Ich denke, wir – und damit meine ich die potenziell in einer Krise beteiligten Akteure – müssen voneinander wissen. Sie müssen ihre Ansprechpartner kennen. Wir müssen wissen, wie diese Ansprechpartner in der Krise zu kontaktieren sind.

Wie müssen wir in der Krise wann mit wem zusammenarbeiten? Das ist für uns elementar wichtig. Dazu brauchen wir nämlich genau diese Ansprechpartner sowie implementierte und etablierte Prozesse.

Was ist für uns noch wichtig? Was sind gegebenenfalls neuralgische Punkte, die in einer Krise besonderer Aufmerksamkeit bedürfen? Das könnte z. B. ein Lagezentrum sein, das bei einer Naturkatastrophe irgendwo, an irgendeinem zentralen neuralgischen Ort aufgebaut wird – vielleicht vom THW – und an dem dann sichergestellt werden muss, dass wir an dieser Stelle eine erhöhte Abdeckung oder vielleicht eine erweiterte Abdeckung auch mit Mobilfunkservices oder anderen Services haben. Gibt es solche neuralgischen Punkte bzw. werden diese vielleicht im Vorfeld für bestimmte Szenarien geplant, dann ist es wichtig, dass wir solche neuralgischen Punkte kennen und auch wissen, wie wir in der Krise zusammenarbeiten, um diese neuralgischen Punkte dann entweder schützen oder versorgen zu können.

– 5 –

Wir müssen mögliche Krisenszenarien immer wieder hinterfragen, und wir müssen sie auch anpassen. Wir müssen neue Szenarien erfassen und müssen diese bewerten.

Vielleicht zwei Beispiele dazu: Wir haben vor Corona sehr oft Räumungsübungen durchgeführt und Ausweicharbeitsplätze eingenommen. Das heißt, wir haben im Unternehmen für jede Organisationseinheit Ausweicharbeitsplätze definiert, um im Falle eines Standortverlusts schnell die Services an einem anderen Standort wieder aufnehmen zu können. Das haben wir intensiv geübt, denn das ist ein sehr komplexes Vorgehen.

Wir haben in der Coronakrise aber gelernt, dass wir relativ schnell auch aus dem Homeoffice zu 100 % einsatzbereit sein müssen. Deswegen ist das sicherlich ein Szenario, das aus heutiger Sicht nicht mehr so wichtig ist, weil nämlich der Ausweicharbeitsplatz für meinen Büroarbeitsplatz heute das Homeoffice ist. Bei den meisten ist es sogar umgekehrt: Der Ausweicharbeitsplatz für das Homeoffice ist der Büroarbeitsplatz. Das ist also ein Szenario, das wir heute in dieser Form nicht mehr brauchen.

Aber ein anderes Szenario ist neu hinzugekommen: die Strommangellage. Sie alle kennen die Diskussionen um Blackout, Brownout und was uns alles in der Zukunft passieren kann. Auch wenn das sicherlich ein Szenario ist, das nach meiner persönlichen Einschätzung im Moment für uns sehr unwahrscheinlich ist, ist es ein Szenario, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen, das wir planen müssen. Wir haben uns überlegt: Wie kann man sich einem solchen Szenario nähern?

Wir haben mit der Bundesnetzagentur ein Szenario abgesprochen, in dem wir davon ausgegangen sind: Wir bekommen die Anordnung, dass wir in einem definierten geografischen Gebiet, in dem sich ein Rechenzentrum von uns befindet, einen gewissen prozentualen Ansatz an Strom sparen müssen. Dann haben wir uns dem Szenario genähert – auch durch unterschiedliche Übungen – und haben überlegt: Wie bekommen wir das denn hin? Können wir irgendetwas in dem Rechenzentrum abschalten, ohne dass unsere Services eingeschränkt sind? Ja, man findet dann relativ schnell heraus: 50 % der Systeme in dem Rechenzentrum sind Testsysteme, die ich in der Krise oder bei einem Brownout oder bei einer solchen Anordnung abschalten kann, da ich sie für einen definierten Zeitraum nicht benötige. Das hat keine Auswirkung auf die Services.

Also muss man einzelne Infrastrukturkomponenten oder Services durchpriorisieren, und das muss man natürlich auch wieder üben: diese Services dann koordiniert abzuschalten, wenn ich vielleicht Strom sparen muss. Das muss man üben.

Das ist der nächste, sicherlich sehr wichtige Punkt: die Übung verschiedener Szenarien. Szenarien müssen immer wieder geübt werden, nur dann werden sie zu Automatismen, die in der Krise vernünftig abgearbeitet oder bewältigt werden können.

– 6 –

Bei Vodafone haben wir heute schon ein sehr effektives Krisenmanagement, weil wir einfach aus der Vergangenheit auch sehr viel gelernt haben. Wenn wir auf die Hochwasserkatastrophe zurückblicken, dann sind da sicherlich zwei Themen zu nennen, die auch heute schon die Resilienz unserer Netze verstärkt haben. Wir haben uns intensiver angeschaut: Sind die Anbindungen, die wir heute draußen haben, denn überhaupt die richtigen Anbindungen? Wenn man sich einen Standort anschaut, dann ist es vielleicht erst einmal das Naheliegendste, ein Kabel dorthin zu legen. Aber wenn man feststellt, dass das ein Gebiet ist, in dem es zu Überschwemmungen kommen kann, mit denen man vorher so vielleicht nicht gerechnet hat, dann wäre eine Richtfunkanbindung eine alternative Anbindung. Genau so etwas muss man bezogen auf diese Szenarien überprüfen. Wir haben das auch überprüft und bestimmte Anbindungen angepasst.

Ein andere Frage in diesem Zusammenhang ist sicherlich: Was kann man sonst noch tun, z. B. bei einer Hochwasserkatastrophe? Man kann eine strategische Reserve beschaffen – das haben wir gemacht –, die aus Instant-Networks, Mobile Radio Trailern, Generatoren-Netzersatzanlagen und mobilen Notfallcontainern für Festnetz, die auch in einer Krisensituation schnell an einen Krisenort transportiert werden und dort eingesetzt werden können, besteht.

Was lässt sich weiterhin noch verbessern? Sie haben sicherlich alle schon von dem Strategiepapier gehört, das wir mit der Bundesnetzagentur zur Stärkung der Resilienz der Telekommunikationsnetze – ein schöner langer Name – geschrieben haben. Darin haben wir organisatorische und technische Maßnahmen unterschieden sowie viele Maßnahmen definiert, die zukünftig die Resilienz der Netze stärken sollen. Auch wenn hier noch viel Arbeit im Detail, in der Detailplanung steckt, ist das ein Thema, das auf jeden Fall die Resilienz der Telekommunikationsnetze nachhaltig verbessern wird.

Aber wenn wir jetzt noch konkret auf die Zusammenarbeit mit dem Land Baden-Württemberg schauen, dann würden sich, daraus resultierend, für mich nachfolgende Fokusthemen ergeben: Für ein erfolgreiches Krisenmanagement müssen wir zunächst wissen: Was plant das Land? Wo können wir besser zusammenarbeiten?

Da ist die Notstromversorgung ein sehr schönes Thema. Ich hatte Anfang der Woche ein Gespräch mit der Berliner Senatsverwaltung; da haben wir uns sogenannte Katastrophenleuchttürme angeschaut. Das sind Installationen, die in jedem Stadtteil an sehr zentralen Orten stehen. Sie sollen in Krisensituationen bestimmte Funktionen wahrnehmen und sind u. a. mit Notstromaggregaten abgesichert. Wir haben überlegt: Kann man diese Ressource gemeinsam nutzen? Können wir da irgendwie kooperieren? Wir haben mit Vertretern von Wohnungsbaugesellschaften gesprochen, die Notstromaggregate in ihren Hochhäusern haben, um Aufzüge damit in einer Krisensituation am Laufen zu halten. Kann man diese Ressourcen gemeinsam nutzen? Das ist aus meiner Sicht elementar wichtig: Wir müssen prüfen, wo wir im Krisenfall Ressourcen gemeinsam nutzen können.

– 7 –

Wir müssen aber auch unsere Krisenpläne synchronisieren, das muss zusammenpassen. Wir müssen wissen, wie wir in der Krise agieren und wie wir dann zusammenarbeiten. Wir müssen letztendlich auch verschiedene Szenarien gemeinsam üben. Es nutzt nichts, wenn wir als Mobilfunkprovider für uns immer die Szenarien üben, aber der Energieversorger, der für uns wichtig ist, oder die Kommune und das Land, die für uns wichtig sind, nicht mitüben; es nutzt nichts, wenn diese unsere Verfahren nicht kennen und wir ihre Verfahren nicht kennen. Wir müssen gemeinsam üben, um in der Krise effektiv zu sein.

Wir müssen sicherlich auch dafür sorgen – schon vor Krisen –, dass es, wenn es zu einer Krise kommt, zentrale Kommunikationswege, zentrale Lagezentren, Koordinierungsstellen gibt, in denen wir zusammenarbeiten. Auch das muss man vor einer Krise definieren und muss es dann auch implementieren, damit es in der Krise funktioniert.

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Harzheim, ich darf Sie an die Zeit erinnern.

Sv. Herr Harzheim: Ja, danke. – Damit komme ich auch schon zum Ende, das passt also sehr gut. Ich habe aber noch zwei Punkte, auf die ich ganz gern noch als kleines Resümee hinweisen möchte.

Es ist superwichtig, dass wir in permanentem Austausch sind, damit wir immer prüfen, wo wir besser zusammenarbeiten können, wo wir gemeinsame Ressourcen nutzen können. Dafür stehen wir und die bekannten Ansprechpartner natürlich jederzeit zur Verfügung.

Aber – es gibt auch ein kleines Aber, ohne „aber“ geht es nicht – meine Erwartung an die Politik ist, dass wir dabei nicht zu einem Opfer des Föderalismus werden. Katastrophenschutz ist zwar Ländersache, aber wir, die wir deutschlandweit oder auch über die deutschen Grenzen hinweg agieren, brauchen abgestimmte und einheitliche gesetzliche Vorgaben und Regeln, um uns auf Krisensituationen effektiv vorbereiten zu können.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Harzheim. Ich weise nur auf die Zeit hin, weil es in der Politik immer die Drohung „Ich komme zum Schluss“ gibt, und es dann noch einmal von vorn losgeht.

(Heiterkeit)

– 8 –

Aber Sie haben die Zeit ja eingehalten, vielen Dank. – Dann übergebe ich an Herrn Sachgau, der ebenfalls zehn Minuten Redezeit hat.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Sachgau: Erst einmal: Schönen guten Tag! Ich bedanke mich für die Einladung und dafür, dass wir Gelegenheit haben, zu Ihnen zu diesem Thema zu sprechen, was ja absolut wichtig ist.

Ich will direkt einsteigen. Ein paar Punkte werden den Punkten von Herrn Harzheim ähneln und werden auch die gleichen Themen abdecken. Ich werde aber bei dem einen oder anderen Punkt noch auf ein anderes Seitenthema eingehen.

Wenn wir uns Folie 2 anschauen, dann sehen wir eine ganze Menge Krisenlagen. Telekommunikation ist eine kritische Dienstleistung, die damit Teil der Daseinsvorsorge ist. Das heißt, Verfügbarkeit spielt dabei eine ganz wesentliche Rolle. Es besteht auch die Erwartungshaltung, dass diese Verfügbarkeit insbesondere in Krisensituationen gut funktioniert.

Schauen wir uns diese Krisenszenarien an, so kommen uns die einen oder anderen bekannt vor. Für das eine oder andere Szenario hat man wahrscheinlich auch spontan ein paar Maßnahmen im Kopf. Allerdings – das hat uns das letzte Jahr, glaube ich, ganz gut gezeigt –: Wann diese Krisen eintreten, ob sie eintreten, das wissen wir nicht. Es können Krisen eintreten, mit denen wir überhaupt gar nicht rechnen. Auch das hat uns das letzte Jahr ganz deutlich gezeigt. Das heißt, ausschlaggebend ist: Wir wissen nicht, was wir nicht wissen.

Deswegen ist es wichtig, dass Resilienz so aufgebaut ist, dass sie – zum einen – bestimmte Szenarien berücksichtigt und dass diesbezüglich Maßnahmen ergriffen werden. Zum anderen muss Resilienz aber auch so aufgebaut sein, dass sie Handlungsfähigkeit quasi auch bei einem unbekannten Szenario sicherstellt.

Ich möchte aufgrund der Kürze der Zeit ganz rudimentär darstellen, wie das im Telekom-Konzern abläuft, wobei dies im Prinzip bei allen anderen großen KRITIS-Betreibern ähnlich ist, die Schritte sind ähnlich. Dahinter stehen noch komplexere Prozesse, auf die ich jetzt nicht näher eingehe, aber ich versuche, das einfach ganz grob darzustellen. Sehen wir es uns einmal an.

Der erste Schritt: Natürlich bauen wir Infrastruktur nicht auf einer grünen Wiese; das heißt, das Ganze befindet sich in Gebäuden, diese Gebäude sind abgesichert. Wir haben einen Perimeterschutz, es gibt Notstromversorgung, physikalische Maßnahmen, Zutrittskontrolle; aber auch Themen wie Cyberabwehr spielen eine präventive Rolle. Man schaut und stellt sicher, dass gewisse Szenarien aufgrund der Schutz-

– 9 –

maßnahmen erst einmal keine großen Auswirkungen oder – im glücklichsten Fall – vielleicht sogar gar keine Auswirkungen haben.

Aber natürlich können wir mit diesen Maßnahmen überhaupt nicht sicherstellen, dass nicht irgendetwas passiert bzw. dass die Maßnahmen ausreichen – dass es also nicht trotzdem zu einem Ausfall kommt. Denken wir an das Ahrtal: Eine physikalische Zerstörung kann ich am Ende des Tages nicht verhindern. Aber so weit möchte ich gerade noch nicht gehen; es gibt noch einen Schritt davor.

Für den Fall, dass etwas passiert, gibt es ein sogenanntes Business Continuity Management; den Begriff haben Sie vielleicht schon gehört. Da werden sozusagen alle Prozesse, die für die Servicedienstleistung notwendig sind, durchdacht. Es wird geschaut: Was passiert, wenn eine Komponente nicht verfügbar ist? Dabei schauen wir nicht auf die Ursache – das ist der entscheidende Punkt –, sondern auf das Ausfallszenario. Das macht es ein Stück weit flexibel. Wir betrachten das Ausfallszenario und prüfen, wie wir diesen Ausfall kompensieren können. Das wird nicht immer zu 100 % gelingen, aber es sorgt dafür, dass die Einschränkungen geringer sind und/oder dass der Wiederanlauf schneller gelingen kann. Das sind die Ziele des Business Continuity Managements.

Wenn wir jetzt tatsächlich auf ein Szenario wie das Ahrtal schauen: Natürlich gibt es Maßnahmen, um in einer solchen Situation reagieren zu können, aber trotz alledem haben Sie dann keinen Plan, der besagt: Sie müssen einmal auf einen Knopf drücken – und dann funktioniert wieder alles. Das wird es in einer solchen Situation nicht geben. Vielmehr haben Sie einen ganz hohen Entscheidungsbedarf.

Dann wechselt das Ganze ein Stück weit in das Notfall- und Krisenmanagement, mittels dessen Sie in der Lage sind, spontan, in der Situation, aufgrund der Lage Entscheidungen zu treffen, um den Wiederanlauf bzw. die Wiederherstellung der Services möglichst schnell sicherzustellen.

Ich würde das BCM und das Krisenmanagement mit einigen Folien ganz kurz erklären; ich gehe auch gar nicht lange darauf ein, um die Zeit nicht zu stark zu strapazieren.

Im BCM sehen wir uns auf der obersten Ebene ganz einfach an, was bei einem Prozess, bei einer Servicedienstleistung passiert, wenn z. B. ein Gebäude nicht zur Verfügung steht. Was passiert, wenn Personal nicht zur Verfügung steht? Da haben wir das Thema Pandemie. Oder: Was geschieht, wenn Technik ausfällt, nicht zur Verfügung steht? Damit sind wir bei den Redundanzthemen. Ebenfalls wichtig, wenn wir uns die jetzige Situation vergegenwärtigen: Was ist, wenn Lieferanten nicht zur Verfügung stehen oder wenn sie nicht liefern können?

– 10 –

Das alles sind Aspekte, die man sich ansieht. Sie haben sicherlich unterschiedliche zeitliche Auswirkungen, manche sind akuter, andere haben noch einen gewissen Zeitvorlauf. Aber damit sind wir in der Lage, zu betrachten: Was passiert dann? Wie können wir das in diesem Fall ersetzen? Das wird sozusagen vorbereitet, immer mit dem Ziel, den Geschäftsprozess oder den Service aufrechtzuerhalten.

Schauen wir auch noch ganz kurz auf das Thema Krisenmanagement, um dazu noch einen kleinen Einblick zu bringen: Auch das hat eine gewisse Eskalation. Viele kleine Störungen kann man natürlich im normalen business as usual bewältigen, das ist überhaupt gar kein Thema. Aber es gibt natürlich Situationen, die eine gewisse Ablauforganisation erfordern, weil man einfach den Fokus auf die Lösung des Problems richten muss. In diesen Situationen wird ein Notfallstab eingerichtet, der dann nicht das „daily business“ macht. Vielmehr sitzen in diesem Stab Menschen, die sich um die Bewältigung des Problems und die Wiederherstellung kümmern. Sobald die Wiederherstellung abgeschlossen ist, kann das Ganze quasi wieder ins normale Business zurückgehen.

Der entscheidende Punkt ist, dass wir beim Notfallmanagement oft noch von vorbereiteten Maßnahmen sprechen, die koordiniert werden müssen. Steigt der Entscheidungsbedarf, wechseln wir in einen Krisenmodus, weil wir dann keine ausreichenden Pläne für das Szenario, das eingetreten ist, zur Verfügung haben – aus welchen Gründen auch immer. Wir sind dann in der Lage, Entscheidungen zu treffen, die notwendig sind, um auf diesem Weg den Service wiederherzustellen.

Jetzt möchte ich auf das eigentliche Thema, das Sie betrifft, kurz eingehen. Nun müssen wir das Ganze ja eigentlich auf eine höhere Ebene heben, wenn wir an eine krisenfeste Gesellschaft denken. Wir könnten hier wahrscheinlich in vielen Fällen diskutieren: Was ist denn in welchem Szenario noch an Telekommunikationsdienstleistung – wir können natürlich auch von anderen kritischen Infrastrukturen reden – verfügbar? Das ist aber nicht die Fragestellung.

Die Fragestellung lautet: Kann ich zu 100 % sicherstellen, dass eine kritische Dienstleistung immer verfügbar ist? Nein. Sonst würden wir hier nicht sitzen und darüber diskutieren. Das ist der entscheidende Punkt: Wichtig ist, dass die Phase einer eingeschränkten Verfügbarkeit oder vielleicht auch zeitweise Nichtverfügbarkeit von denen, die diese kritische Dienstleistung benötigen, entsprechend überbrückt wird. Genau so, wie wir Business Continuity Management planen müssen, muss das sozusagen die Gesellschaft für diesen Fall auch tun.

Das heißt, man muss sich vielleicht nicht allein mit den Ursachenszenarien beschäftigen, sondern auch mit den Ausfallszenarien, um dann zu schauen: Wie reagiere ich darauf? Dann, wenn man diese Lücke füllt, hat man aus meiner Sicht eine ganze Menge Optionen, und diese sind in vielen Fällen szenarienunabhängig. Es kann natürlich sein, dass ein solcher Plan dann in dem einen oder anderen Szenario schwierig ist – das gebe ich zu –, aber Sie haben dann quasi eine Handlungsoption.

– 11 –

Sehen wir uns das jetzt noch einmal an und gehen einen Schritt weiter; ich komme gleich auch zu den Handlungsempfehlungen. Die kritischen Infrastrukturen, die Branchen und Sektoren – so, wie beschrieben – kennen ihr Kerngeschäft und beherrschen ihre Servicedienstleistung. Wenn aber eines dieser ausfällt, ist es nicht so, dass es durch die anderen, die davon abhängig sind, immer zwangsweise zu 100 % kompensiert werden könnte. Darüber müssen wir vom Prinzip her nachdenken. Deswegen ist es wichtig, dass sich die kritischen Infrastrukturen und auch die staatlichen und behördlichen Institutionen vernetzen und dass wir in der Situation einen guten Informationsaustausch haben, um gemeinsam an der Bewältigung der Situation zu arbeiten. Transparenz ist da absolut wichtig.

Damit komme ich zu meinen Handlungsempfehlungen, die eigentlich genau darauf abzielen. Wir brauchen den Informationsaustausch. Das heißt, genau so, wie Sie ein Lagebild brauchen, brauchen wir das quasi im Umkehrschluss – abhängig vom Szenario – natürlich auch.

Wichtig ist – Herr Harzheim hat es schon genannt –: Der Föderalismus macht es ein bisschen schwierig. Für uns ist es, wenn die Krisenlage länderübergreifend ist und da wir nicht bis unten auf die Landkreisebene heruntergebrochen immer ein entsprechendes Lagebild abgeben können, wichtig – das hatten wir auch schon mit der Bundesnetzagentur diskutiert –, ein übergreifendes Lagezentrum zu haben, mit dem man ein Lagebild austauschen kann, das dann aber z. B. auch den Ländern als Information zur Verfügung steht.

Wir brauchen klar definierte Kommunikationswege und eindeutige Ansprechpartner, um diesen Informationsaustausch zu vollziehen – auch mit den Behörden – und um Redundanzen auf eine gewisse Grundlast herabzusetzen.

Das Thema Rechtsrahmen hat Herr Harzheim schon angesprochen: Der Rechtsrahmen kommt noch mit hinzu. Wir sind ein bundesweit agierendes Unternehmen und durch die Bundesnetzagentur reguliert. Die Bundesnetzagentur ist für uns in erster Linie der Ansprechpartner, dem wir auch im Falle eines Ausfalls entsprechend Bericht erstatten. Wichtig ist, dass das dann auch unser zentraler Ansprechpartner ist und dass über die Bundesnetzagentur oder eben über eine gemeinsame Lagestelle Informationen verteilt werden. Wenn das länderübergreifend stattfindet, wird es schwierig, das immer noch einmal separiert zu kommunizieren und alle einzelnen Ansprechpartner zu bedienen.

In der Krisensituation – ich komme gleich zum Ende; ich sehe, die Zeit ist vorüber – ist es auch so, dass der bevorrechtigte Zugang eine Rolle spielt; das hatten wir im Ahrtal und auch bei der Pandemie. Man muss schauen, dass wir in der jeweiligen Situation auch in Sperrzonen hineinkommen – bürokratisch etwas einfacher. Das war schwierig, weil dies in den Landkreisen teilweise einzeln unterschiedlich geregelt war. Aber wichtig ist, dass wir in einer Krisensituation Zugang haben, dass es Bewegungsrechte gibt, z. B. die Aufhebung des Sonntagsfahrverbots und Ähnliches.

– 12 –

Mit dem letzten Punkt, auf den ich eingehen will, kommen wir zur Zusammenarbeit mit den behördlichen Institutionen. Wir sind in manchen Situationen nicht in der Lage, uns selbst zu schützen, nämlich in dem Moment, in dem das hoheitliche Aufgaben betrifft. Vor allem bei Terroranschlägen oder bei Einwirkungen von außen, die gewalttätig sind, haben wir nicht die Möglichkeiten, uns zu schützen.

Wir haben aber auch keine ausreichenden Möglichkeiten, um z. B. in einer Situation wie im Ahrtal alles allein zu machen, sagen wir einmal, wenn wir etwas wiederherstellen müssen und wenn dazu das eine oder andere aufgeräumt werden muss. Die Unterstützung von Bundeswehr, THW, Polizei oder in anderen Situationen des BKA wäre einfach hilfreich.

Da sind eben wieder eine gute Zusammenarbeit, eine gute Vernetzung wichtig – sich abzusprechen in einer Situation mit kurzen Wegen, um dann gemeinsam eine solche Krisensituation zu bewältigen und den Normalzustand möglichst schnell wiederherzustellen. Das wäre mein Wunsch, und ich glaube, dass man das zusammen sehr, sehr gut hinkommt.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Sachgau. – Dann leiten wir direkt weiter zu Sabine Griebisch, die nicht mehr Chief Digital Officer des Landkreises Anhalt-Bitterfeld ist, sondern externe Krisenmanagerin der Landeshauptstadt Potsdam und Managing Director der GovThings, also ein neuer Job, eine neue Aufgabe. Aber sie ist heute hier, um uns Informationen zu diesem Themenfeld zu geben. Sie ist uns digital zugeschaltet. Sie haben jetzt 20 Minuten Zeit, Frau Griebisch.

Sv. Frau Griebisch: Wunderbar. – Redundanzen sind ja nicht schlecht; ein paar Punkte werden sich doppeln. Ich freue mich darauf. Ich wurde gebeten, die Perspektive der kommunalen Verwaltung beizusteuern. Ich habe im Juli 2021, nach dem Cyberangriff auf die Landkreisverwaltung und dem daraufhin ausgerufenen Katastrophenfall die Funktion der Technischen Einsatzleitung übernommen. Ich war dann 2022 im intensiven Austausch mit Behörden, u. a. auch mit der CSBW, und bin jetzt in einem etwas anders gelagerten Fall in der Landeshauptstadt Potsdam bei der Krisenbewältigung tätig.

Was ich sagen will: Sowohl in meiner Funktion im Landkreis Anhalt-Bitterfeld als auch in meiner jetzigen Funktion habe ich sehr oft gesehen, dass in den ersten drei Monaten die Lernkurve sehr hoch und sehr steil ist. Beide Fälle unterscheiden sich insofern, als in dem einen Fall die Sicherheitsbehörden selbst kontaktiert wurden und im anderen Fall die Sicherheitsbehörden die Kommune kontaktiert haben. Die Aus-

– 13 –

wirkungen für beide waren gleich; unterschiedlich ist sozusagen die Intensität der Schäden.

Was die Höhe der Schäden angeht, möchte ich auch davon abkommen, die im Nachgang gemachten Investitionen, gerade die technischen Investitionen und Tätigkeiten, als „Schäden“ zu bezeichnen oder zu verbuchen, denn die eigentlichen Auswirkungen und Schäden spüren die Gesellschaft und die Wirtschaft. Ich glaube, das ist der Grund, warum wir heute hier sitzen.

Vor diesem Hintergrund ist es eben notwendig, die Erfahrungen und Erkenntnisse zu teilen, damit andere Kommunen nicht auch noch Opfer solcher Vorfälle werden. Wir haben das auch in den beiden Vorträgen der Vorredner gehört: dass dieser Austausch extrem wichtig ist.

Ziel ist es weiterhin, die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen – diese also eben auch treffen zu können, um gut vorbereitet zu sein und dann schneller und besser reagieren zu können.

Werfen wir also einen kurzen Blick auf die Situation in den Kommunen und damit auf die Widerstandsfähigkeit einer Organisation gegenüber bestimmten Schocks. Gerade wenn wir in Richtung Resilienz denken, sind es eben diese Schocks, diese Auswirkungen oder Einwirkungen, die auf die Kommunen einprasseln. Sie hatten das ja auch ganz in der Nähe, in Rastatt.

Zum einen beobachten wir zunehmend professionelle Cyberangriffe auf die öffentlichen Strukturen. Inwiefern diese langfristig geplant werden, kann nicht nachvollzogen werden. Es lässt sich auch nicht sagen, dass Ransomware-Attacken – gerade jetzt in Bezug auf die Kommunen, von denen ich sprechen kann – einem bestimmten Ablauf folgen. Eine Möglichkeit ist, dass das System über bekannte Schwachstellen direkt beim Nutzer angreift. Die Nutzer klicken auf Links, öffnen Mails oder Mailanhänge und tragen auf diese Weise Schadcode über externe Datenträger ein. Dadurch wird Schadsoftware installiert, und der Angreifer verschafft sich dauerhaft Zugang zum System, kann sich dann manuell und unentdeckt im System bewegen und dieses auskundschaften.

Das führt natürlich auch dazu, dass die Netzwerksicherheitskonfigurationen ausgespäht werden, dass der Angriff sehr zielgenau ist und damit die Schäden entsprechend hoch sind. Der Angegriffene merkt im Regelfall tatsächlich erst dann, dass er Ziel eines Angriffs war. Das bedeutet natürlich, dass Daten ausgespäht wurden, dass die Infrastruktur ausgespäht wurde und dass der Angreifer dort schon lange aktiv ist.

Worauf treffen die Angreifer, was machen sie sich zunutze? Ich glaube, es dürfte jedem klar sein, dass Kommunen nicht schutzlos dastehen, sondern dass eine administrierte IT-Infrastruktur vorhanden ist und natürlich auch aktuelle Virens Scanner,

– 14 –

konfigurierte Firewalls, whatever. Kommunen verfügen über eine über Jahre gewachsene komplexe IT-Infrastruktur, die den unmittelbaren Anforderungen aber quasi hinterherläuft. Man hat tatsächlich durchaus ein Flickwerk vor sich, sieht auf der anderen Seite natürlich auch technische Schulden. In den seltensten Fällen wird diese Infrastruktur mit den vorhandenen Kräften 24/7 gemonitort. Das heißt, kommunale IT – auch dann nicht, wenn sie an Rechenzentren angeschlossen ist – leistet sich keine Mitarbeiter im Schichtsystem. Da haben wir, wenn wir unsere Dienste in andere Bereiche auslagern, in größere Rechenzentren – wie sie beispielsweise mein Vorredner erwähnte –, natürlich Vorteile. Das nutzt aber nicht unbedingt etwas. Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern gesehen, dass dort ein Rechenzentrum angegriffen wurde und dass der Angriff erfolgreich war.

Was also nutzt den Angreifern? Was macht uns verwundbar? Wir schauen auf eine zerfledderte Fachverfahrenslandschaft mit bekannten Schnittstellen und Schwachstellen, die dennoch nicht oder nicht schnell genug behoben werden, weil entweder gerade an einer neuen Version gearbeitet wird oder was auch immer. Einige Kommunen führen Schwachstellenchecks durch, andere haben die Ressourcen dafür nicht. Das heißt, auch hier ist der Austausch extrem wichtig.

Wenn wir auf die Nutzerinnen und Nutzer schauen, ist es natürlich nicht sinnvoll, hier ein Bashing zu veranstalten, denn häufig fällt der Begriff „Awareness“. Tatsächlich wird das ein bisschen missverstanden. Es ist nicht unbedingt der Klick auf die Mail, vielmehr ist es tatsächlich auch wichtig, Mitarbeiter dafür zu sensibilisieren, ihre Erwartungen herunterzuschrauben, was es bedeutet, völlig frei und wild E-Mails anzuklicken, Anhänge zu öffnen oder eben auch Webseiten aufzurufen.

Im Endeffekt wird auch diskutiert, ob wir den zweiten Faktor einführen können. All die technischen Maßnahmen, die auch erlernt wurden, die durch Vorfälle gelernt wurden und durch die IT eingeführt werden, sind tatsächlich gar nicht so beliebt. Das bedeutet, dass dem Fingerabdruck, dem Gesichtsscan, allem, was man von daheim aus kennt und durchaus auch erwartet, hier beispielsweise durch den Personalrat ein Riegel vorgeschoben wird. Das heißt, die Kommune kann sich nicht vor diesen Angriffen schützen.

Man kann auch nicht jemandem vorwerfen, dass man das an der Sprache, an einem gebrochenem Deutsch oder Ähnlichem hätte erkennen können, sondern tatsächlich reagieren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörden auf verschiedene Sprachlevel der Kunden, die bei der Kommune eben eintreffen. Eine Abschottung ist tatsächlich nicht möglich, weil wir an so vielen Schnittstellen mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie mit der Wirtschaft kommunizieren.

Das große Hemmnis ist, denke ich, die grundlegende IT-Sicherheit von Kommunen und hier vor allem, dass es keine Vorgaben gibt, besonders aktuell, dass es keine grundsätzlichen Empfehlungen gibt: Wir haben den BSI-Grundschutz, der nicht verpflichtend ist, wir haben eine kommunale Basisabsicherung, die auch nicht verpflichtend ist.

– 15 –

tend ist. Aber auf der anderen Seite haben wir eine Haftungspflicht für Hauptverwaltungsbeamte, die für den operativen IT-Betrieb verantwortlich sind.

Mit Blick auf die Diskussion, ob Kommunen in eine Cloud gehen sollen oder ob die Cloud die Rettung ist, bleibt natürlich immer noch der Aspekt: Wir haben die Fachverfahren nicht in der Cloud. Und ob die Kommunen „cloud-ready“ sind, ist natürlich auch immer noch in der Diskussion.

Kommen wir aber zum Wiederaufbau, zur Prävention und zu den Vorbereitungen. Welche Kapazitäten haben wir, um den Ausgangszustand rasch wiederherzustellen? Wir haben das von beiden Vorrednern gerade schon gehört. Ich möchte gern mit dem Gedanken einsteigen, dass wir eben nicht unbedingt einen Fachkräftemangel oder dergleichen zu beklagen haben, sondern eher einen Mangel an den entsprechend benötigten Fähigkeiten und Fertigkeiten bei den Menschen, die eben in diesen Themen und in dem Bereich arbeiten können.

Was wir im kommunalen Bereich definitiv beobachten: Uns fehlen die Kapazitäten und oftmals die Methoden, Aufgaben strukturiert und schnell abzuarbeiten und eben substanziell voranzukommen. Das ist im Tagesgeschäft der Fall, es ist aber auch in Krisensituationen der Fall.

Kurzum: Nach Sicherheitsvorfällen haben Kommunen die Möglichkeit, um Amtshilfe zu ersuchen. Das ist diese ganze Diskussion. Dies ist keine Redundanz im technischen Sinn, aber es eröffnet die Möglichkeit, die Leistungen woanders eben dennoch wahrzunehmen, damit die Leistung für den Bürger erbracht werden kann – egal, an welchem Standort. Das heißt natürlich, dass wir uns auch mit Aufgabenkritik beschäftigen müssen, also: Muss jede einzelne Leistung durch eine Kommune selbst erbracht werden?

Es geht natürlich auch darum, dass wir weitere Werkzeuge haben, wenn wir betrachten, dass wir mit einer Dringlichkeit, gerade auch im Vergabeverfahren, nach Vorfällen argumentieren müssen. Hier ist es vielleicht durchaus als Rahmenbedingung zu betrachten: Was kann eine Kommune im Krisenfall leisten? Oftmals kommen wir in eine Situation, in der Dienstleister vor uns stehen und wir sagen: Wir können keine Beauftragung wahrnehmen, wir müssen in eine Vergabe gehen – außer wir haben einen Katastrophenfall ausgerufen. Das war in Anhalt-Bitterfeld der Fall, in anderen Kommunen ist es nicht der Fall. Anhalt-Bitterfeld ist meines Wissens bisher die einzige Kommune, die den Katastrophenfall ausgerufen hat.

Das Nächste: Dienstleister warten nicht darauf. Die Kapazitäten sind auch hier beschränkt. Sie warten nicht darauf, dass die Kommune anruft und sagt: „Wir haben jetzt ein ganz dringliches Problem!“ Das heißt, auch hier werden Fachkräfte eingeflogen. Wir haben dann ein technisches Problem, aber auch ein sprachliches Problem, wenn der Dienstleister z. B. nur Englisch spricht, sodass es bei den eigenen Mitarbeitern zu einem Verständnisproblem führt.

– 16 –

Das hilft uns beispielsweise in der Forensik weiter, wenn Fachkräfte quasi autark arbeiten können, aber nicht, wenn man im Austausch miteinander steht und dann eben auch schauen muss: Sind die Findings, die dort gemeldet wurden, tatsächlich nachvollziehbar? Sind sie gegebenenfalls durch die Kommune zwar nicht gewollt, aber zumindest sozusagen natürlichen Ursprungs?

Dann kommen wir zur Adaption bzw. zur Transformation. Wir müssen nämlich tatsächlich aus diesen Vorfällen lernen und uns den veränderten Bedingungen, der aktuellen Situation anpassen. Das heißt, wir wissen, dass wir mit diesen permanenten Angriffen leben. Wir wissen, dass wir vereinzelte Vorfälle oder Ereignisse haben, die zu Sicherheitsvorfällen werden. Und wenn eine Verwaltung vom Netz geht, dann ist das für die Gesellschaft tatsächlich nicht stressfrei.

Sie, die Sie hier sitzen, lesen Zeitung, Sie tauchen über Untersuchungsausschüsse in die Themen ein; Politik und Gesellschaft stellen Fragen, natürlich eben auch über die politischen Gremien, und die Kommunen tauschen sich natürlich untereinander aus. Das heißt, in erster Linie wollen wir uns vor Krisen bewahren.

Kommunen tauschen sich mit der Landesebene aus, sie tauschen sich untereinander aus, sie tauschen sich über das BSI mit dem Bund aus. Tatsächlich habe ich die CSBW schon beim Dialog für Cyber-Sicherheit kennengelernt; das war schon eine sehr gute Information. Die Polizeidirektion Esslingen informierte beispielsweise die Landeshauptstadt Potsdam über ihren dortigen Vorfall.

Mein Vorredner thematisierte das Lagebild. Ich würde mir sehr wünschen, dass die Städte, dass die Kommunen, dass die Landkreise auch einen Einblick in das Lagebild haben. Ein Lagebild wird natürlich nicht auf Landkreisebene erstellt, aber tatsächlich ist es sinnvoll, eine Bedrohungslage zu erkennen und dann auch adäquat darauf reagieren zu können, Mittel bereitzustellen und zu wissen: Wie ist der Stand? Wie kann ich mich auf potenzielle Angriffe gegebenenfalls vorbereiten? Welche Angriffe werden denn überhaupt auf Kommunen durchgeführt?

Vor diesem Hintergrund ist es ganz sinnvoll, die Schwachstellen zu betrachten, sich auszutauschen und gegebenenfalls auch über das BSI in einen Austausch über das Bug-Bounty-Programm zu gehen, das künftig kommen soll. Um zu lernen und zu verstehen, müssen wir blinde Flecken sichtbar machen.

Das heißt auf technischer Ebene, dass wir mit SIEM, mit SOC, mit EDR, mit XDR usw. unsere dunklen Flecken sichtbar machen und schauen: Wurden wir angegriffen? Sind unsere Endgeräte sicher? Ist unsere IT-Infrastruktur sicher? Sind wir gegebenenfalls schon kompromittiert und haben das noch nicht mitbekommen? Im Endeffekt gilt es, daraufhin Handlungsableitungen in die Wege zu leiten.

– 17 –

Wenn dann tatsächlich der Krisenfall eintritt, müssen Sie davon ausgehen: Die Technik – wir haben es schon gehört – ist abgeschaltet. Das heißt, jegliche Hardware ist von den Netzen getrennt. Bestenfalls ziehen Sie jetzt einen ausgedruckten Notfallplan aus der Schreibtischschublade und fangen an, mit all denen zu kommunizieren, die informiert werden müssen. Zum einen wird das festgelegte IT-Krisenteam informiert; der Hauptverwaltungsbeamte wird informiert; der Datenschützer wird informiert; das BSI wird informiert. Sie richten einen Krisenstab und ein Lagezentrum ein. Sie haben bestenfalls Routinen, Sie haben Methoden zur Entscheidungsfindung und zur Risikoabwägung in der Hand, und Sie haben eine Leitlinie – ganz wichtig – für die Kommunikation mit Mitarbeitenden, mit der Presse und mit allen anderen Anspruchsgruppen.

Um zu der Ausgangsfrage, wie schneller und besser reagiert werden kann, zurückzukehren: Die Kommunen müssen Schäden für das eigene Haus sowie für die Bürgerinnen und Bürger verhindern. Das heißt, dass Datenabflüsse unterbunden werden müssen und natürlich auch dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Daten nicht nach außen tragen, die beispielsweise kompromittiert sein könnten, um dann zu Hause, im Homeoffice weiterzuarbeiten, und die kompromittierten Daten anschließend wieder mit zurücknehmen.

Ich habe es vorhin angesprochen: IT-Ausfälle sorgen für Verunsicherung in der Gesellschaft, sorgen für einen massiven Vertrauensverlust. Die Gesellschaft wird jeden Tag aufgrund verschiedenster Motivationen irgendwo angegriffen. Das gilt auch für Unternehmen.

Es mag viel über die öffentliche Verwaltung geschimpft werden, aber es gehört auch zur Wahrheit, dass die Verwaltung ein Fixpunkt für die Bürgerinnen und Bürger ist: Existenziell notwendige Mittel werden ausgezahlt, Anträge werden bearbeitet, der Schutz von Leib und Leben wird gewährleistet – etwa durch das Gesundheitsamt, durch das Jugendamt –, und Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge werden wahrgenommen.

Aktuell wird die Frage diskutiert, ob der Sektor „Staat und Verwaltung“ KRITIS sein sollte. KRITIS ist er bereits, er ist allerdings nicht reguliert. Das heißt, dass die eingangs genannte Verbindlichkeit von Vorgaben in diesem Fall tatsächlich wichtig werden könnte, allerdings wieder nicht für Kommunen, die eine bestimmte Größe nicht erreichen können.

Insofern sollten wir, glaube ich, dafür sorgen, dass Staat und Verwaltung sich bereits jetzt als KRITIS verstehen. In diesem Sinn sollten sie essenzielle Leistungen identifizieren und die dazugehörigen Prozesse betrachten und modellieren. Sie sollten schauen, wie diese Leistungen weiterhin erbracht werden können: Ist der Prozess redundant? Sind die Daten redundant verfügbar? Wann und wie kann ich auf die Daten als Grundlage für die Bearbeitung von Verwaltungsleistungen zurückgreifen? Da-

– 18 –

für muss ich im Vorfeld natürlich eine Prioritätenliste erstellen, auf die die IT-Abteilung reagiert, die sie konsequent absichert.

Im Allgemeinen betrifft das die Liste mit den angesprochenen Risiken. Wenn die Leistung vorübergehend oder länger nicht erbracht werden kann, muss ich schauen: In welcher Nachbargemeinde könnte diese Leistung erbracht werden, und wie kann ich diese befähigen, mit meinen Daten weiterzuarbeiten? Oder: Können meine Mitarbeiter hinfahren? Können sie dort, bestenfalls im gleichen Fachverfahren, weiterarbeiten? Das wiederum heißt, dass wir uns auf kommunaler Ebene austauschen, organisieren müssen. Wir müssen uns quasi Patenkommunen suchen. Das wäre sehr sinnvoll, um eben diese existenziell notwendigen Leistungen weiterhin zu erbringen und um Leistungen umsetzen zu können, deren Nichterfüllung eine Gefahr für Leib und Leben darstellen könnte. Das heißt, wir müssen uns solche Bypässe organisieren, wir müssen zusammenfinden.

Zusammenfassend möchte ich nur noch sagen: Wir müssen uns technisch mit robusten Systemen und einer engmaschigen Überwachung ausstatten. Wir müssen uns organisatorisch ausstatten. Wir müssen die Nutzerinnen und Nutzer, die Bürgerinnen und Bürger sensibilisieren, und wir müssen Bypässe planen. Wir müssen uns auf die Ausfälle vorbereiten. Vor allem müssen wir üben, üben, üben. Ich glaube, jeder kennt diesen Satz: „in der Krise Köpfe kennen“. Ich denke, das ist hier extrem notwendig.

Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass wir dabei nicht in irgendeinen Zeitverzug kommen, dass wir Fehlentscheidungen vermeiden, dass wir Routinen haben, dass wir wissen, wen wir ansprechen, dass die Ansprechpartner jeder Kommune jederzeit zur Verfügung stehen können und dass wir vor allem auch wissen, wo die Grenzen für die Zuständigkeit, die Grenzen der Amtshilfe liegen.

Vielleicht noch als letzten Satz: Dienstleister sollten vor den Vorfällen schon eingebunden sein und nicht erst ad hoc. Wenn ich mir quasi erst selbst einmal durchschaue, was ich denn jetzt einkaufen muss, was ich jetzt hinzunehmen muss, um weiter funktionieren zu können, dann sollte man nicht auch noch die Verkaufsgespräche führen müssen. Ich glaube, das ist ganz wichtig, um hier souverän und schnell voranzukommen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Griebisch. Auch Sie bekommen Applaus. Sie haben es geschafft, einen 30-Minuten-Vortrag in 17 Minuten zu halten. Vielen Dank. Das war ziemlich flott, aber wir sind durchaus mitgekommen.

– 19 –

Jetzt hören wir noch Herrn Ralf Rosanowski, Präsident der Cybersicherheitsagentur Baden-Württemberg, der ebenfalls 20 Minuten Zeit hat. Danach kommen wir in die 60-minütige Fragerunde; es sind sicherlich schon einige Fragen aufgelaufen. – Herr Rosanowski, Sie haben das Wort.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Rosanowski: Ganz herzlichen Dank für die Einladung, hier bei Ihnen zu diesem wichtigen Thema zu sprechen. Ich habe jetzt in der Tat den Vorteil, dass einige Punkte schon in einem relativ hohen Detaillierungsgrad Erwähnung gefunden haben. Das macht es mir leichter. Auf das Thema „Business Continuity Management“ komme ich nachher noch zu sprechen. Vieles hat Frau Griebisch schon erwähnt. Was das Thema Kommunales angeht, kann ich mich entsprechend kurz fassen, das ist eine tolle Geschichte. Insofern kann ich schon einmal versprechen: Ich werde wahrscheinlich nicht länger als 20 Minuten brauchen.

Ich habe Ihnen zu Beginn eine kleine These mitgebracht: „Um den Herausforderungen gewachsen zu sein, bedarf es eines konzertierten Ansatzes.“ Was wollen uns diese Worte sagen? Im Grunde geht es um drei Punkte; das muss man, glaube ich, ein bisschen vor die Klammer ziehen.

Einmal: Es gibt keine schnellen Lösungen, die dauerhaft funktionieren. Manch ein IT-Sicherheitsunternehmen gaukelt einem vor: Wenn man ein bestimmtes Produkt kauft, dann sei man sicher. Nein. Das trägt vielleicht dazu bei, dass man sicherer ist, aber es löst das Problem nicht. Also: keine einfachen, schnellen Lösungen. Es braucht dauerhafte Anstrengungen, vor allem dauerhafte finanzielle und personelle Anstrengungen; darauf komme ich nachher noch zu sprechen. Auch braucht es einen strategischen Ansatz auf allen Ebenen. Ein Player allein wird es nicht richten können.

Wie sieht denn jetzt die Lage aus? Ich will damit einen kleinen Einblick geben; darüber kann man stundenlang debattieren und diskutieren. Die Daten stammen aus vier Quellen. Die ersten Zahlen sind von Bitkom; der Verband veranstaltet jährlich eine Umfrage zum Thema Cyberkriminalität. Da werden Internet-Enduser befragt, wie oft sie im vergangenen Jahr Opfer von Internetkriminalität, von Cybercrime geworden sind. Im Jahr 2022 kam dabei heraus: 75 %. Im Jahr zuvor – wie gesagt, die machen das jedes Jahr – waren es 79 %.

Etwas Vergleichbares gibt es für die Wirtschaft, da fragen sie in der Wirtschaft nach, wie hoch der Schaden ist. Da wird aufgelistet – ich erspare Ihnen die Details –, was alles gezählt wird, das ist eine riesenlange Liste. Ergebnis im vergangenen Jahr: 203 Milliarden € bundesweit; das ist eine Riesensumme. Sie war im Jahr davor, 2021, sogar noch um 9 % höher.

– 20 –

Die nächste Zahl finde ich spektakulär. Sie stammt vom BSI, aus dem Lagebericht 2022. Dort zählt man dauernd die Anzahl der neuen Schadprogrammvarianten, die auftauchen. Das waren im vergangenen Jahr sage und schreibe im Durchschnitt knapp 400 000 Softwarestückchen jeden Tag – 365 Tage im Jahr. Man muss sich vorstellen, welche Man- und Womanpower dahintersteckt, um diese Softwarestückchen jeden Tag zu programmieren. Das ist Wahnsinn; ich finde es beeindruckend. In diesem Bereich gab es im Vergleich zum Jahr 2021 einen Anstieg von 22 %.

Die Allianz führt weltweit eine Umfrage bei rund 2 700 Fachleuten aus verschiedenen Sektoren und Branchen durch. Das „Allianz Risk Barometer 2023“ ist erst vor wenigen Wochen auf den Markt gekommen. Ein Ergebnis war, dass Cyberangriffe auch in diesem Jahr wieder als das Toprisiko weltweit bewertet wurden, allerdings mit einem etwas geringeren Rankingwert als im Jahr zuvor, aber das hat, glaube ich, nicht so viel zu sagen.

Last, but not least das Bundeslagebild Cybercrime des BKA – die Zahlen stammen aus dem Jahr 2021; die Zahlen für das Jahr 2022 gibt es noch nicht –: Damals hatte man bei den polizeilich registrierten Cyberstraftaten ein Plus von 12 %.

Fazit bei der Geschichte: Ich glaube, man kann sagen, die Lage ist dramatisch, trotz der unterschiedlichen Erhebungsmodalitäten bei diesen Zahlen und der nicht ohne Weiteres vergleichbaren Erhebungszeiträume.

Die spannenden Fragen sind jetzt: Womit müssen wir uns in der Zukunft auseinandersetzen? Was hat Relevanz? Wir stehen vor dem ersten Problem: dass die ganzen Zahlen, die in den Lageberichten stehen, nicht ohne Weiteres in die Zukunft extrapoliert werden dürfen. Ich kann damit nicht einfach ausrechnen: Was passiert da jetzt in den nächsten zwei, drei Jahren? Steigt Ransomware – ja, nein? Ich weiß es nicht. Um diese Frage zu beantworten, braucht man wahrscheinlich eine Glaskugel.

Aber es gibt ein paar Aspekte – auf der Folie haben Sie diese vier Punkte –, von denen ich denke, dass sie eine Katalysatorwirkung haben bezüglich der Cybersicherheit und der Erhöhung des Risikos im Cyberbereich.

Zum einen: Das Thema Homeoffice – wir haben es schon gehört – hat einen großen Boom erlebt in der Pandemie. Dieser Boom lässt aber nicht nach, das wird so weitergehen. Das zeichnet sich schon ab.

Ein großes Thema ist auch das „Internet der Dinge“. Sie wissen, diese Sachen finden immer größere Verbreitung – von den bekannten Lautsprechern einmal abgesehen. Sie haben heute die digitale Ablesung des Heizkörperverbrauchs bis hin zu digitalen Stromzählern, und sogar der Kühlschrank meldet, wenn er leer ist, und schreibt Ihnen eine Einkaufsliste. All das geht, gar kein Problem, und wird sicher weiter voranschreiten.

– 21 –

Industrie 4.0 und 5G: Dazu möchte ich gar nicht viel sagen. Die Sachen sind ja schon am Laufen und werden weiter an Dimension gewinnen.

Ein Aspekt wird uns, glaube ich, in Zukunft noch erheblich beschäftigen: E-Mobilität und autonomes Fahren. Hierzu kommunizieren die Fahrzeuge miteinander, kommunizieren die Fahrzeuge mit den Herstellern, kommunizieren die Fahrzeuge mit der Infrastruktur. Alles ist abhängig voneinander – und davon, dass alles funktioniert.

Man kann sich das nur mit Gruseln vorstellen, wenn es da zu einem Cyberangriff kommt und autonome Fahrzeuge unterwegs sind. Das will man nicht haben. Da muss man sich also schon ein bisschen um das Thema Sicherheit kümmern.

Last, but not least: Onlinezugangsgesetz. Das steht hier jetzt bloß als grober Überbegriff zum Thema „Digitalisierung der Verwaltung“. Auch das wird ein großes Thema werden und in der Bedeutung weiterhin zunehmen – und natürlich auch die Angriffsfläche der Verwaltungen. Da sind an allererster Stelle natürlich wieder die Kommunen zu nennen, weil sie ganz nah dran sind am Bürger. Das wird eine erhebliche Rolle spielen.

Jetzt kommen wir zu den Fragen: Was ist zu tun? Was kann man machen? Vor die Klammer gezogen, bevor wir auf die Einzelheiten eingehen, der Grundsatz: Cybersicherheit und digitale Kompetenz zu stärken sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Das klingt jetzt ziemlich banal; ich sage Ihnen gleich noch, was ich damit meine. Im Grunde brauchen wir einen Ansatz auf allen Ebenen – nur dann funktioniert das. Es hilft nichts, wenn man sich nur um KMUs kümmert oder nur um Kommunen oder sonst etwas. Wir brauchen einen gesamtheitlichen Ansatz und einen strategischen Ansatz, dann funktioniert das.

Die erste Folie zu diesen Handlungsfeldern zeigt relativ einfache Schutzmaßnahmen; das sind Banalitäten, Sie kennen das alles. Ich spare mir die Details. Frau Griebisch hat vorhin das Thema Authentifizierung, Zwei-Faktor-Authentifizierung, und die Probleme damit angerissen. Aus meiner Sicht führt daran kein Weg vorbei.

Das Thema Passwörter – ich glaube, das kann man von der technologischen Entwicklung her sagen – werden wir in zehn Jahren wahrscheinlich nicht mehr in dieser Tragweite haben wie jetzt, denn dafür gibt es technische Lösungen. Aber momentan haben wir das Problem noch.

Zum Thema Passwort vielleicht eine kleine Geschichte, so viel gibt die Zeit her. Das Hasso-Plattner-Institut wertet jedes Jahr die Passwort-Leaks bei irgendwelchen Cyberangriffen aus, wenn Passwörter ausgespäht werden. Was sind denn die beliebtesten schlechten Passwörter? Da wird auch geschaut, was die Deutschen so machen. Was sind die schlechtesten deutschen Passwörter? Im letzten Jahr lag auf Position 1 – man glaubt es kaum – das Passwort: „123456“. Unglaublich!

– 22 –

(Heiterkeit)

Und das im Übrigen in Folge, über mehrere Jahre hinweg. Das ist echt ein Witz. Auf Position 2: „123456789“ – das ist auch nicht viel cleverer –, und auf Position 3 – schon ein bisschen beeindruckend –: „1Qaz2wsx3edc“. Das klingt jetzt superkryptisch, da denkt man: „Darauf kommt kein Mensch, was das alles sein soll, und ich halte ja alles ein: Ich habe Zahlen, ich habe Groß- und Kleinbuchstaben, alles da, wunderbar, und das Ding ist ewig lang – also, was soll daran schlimm sein?“ Das Problem ist bloß, wenn Sie auf Ihre Tastatur schauen, sehen Sie: Das steht alles unter der 1 bzw. der 2 und der 3. Ja, keine ganz tolle Idee, so etwas zu machen; das sollte man sein lassen. Sie sehen: Schon mit einfachen Dingen kann man ein bisschen mehr Sicherheit bekommen.

Jetzt kommen wir aber zu den Maßnahmen, die wirklich nachhaltig helfen. Dazu haben wir auch schon etwas gehört; Frau Griebisch ist darauf eingegangen, die Kollegen von der Telekom und von Vodafone auch. Klare Prozesse und Zuständigkeiten sind das A und O. Wenn Sie nicht wissen, wer im Zweifel zuständig ist – wen muss ich anrufen, wenn irgendetwas nicht richtig funktioniert? –, dann haben Sie schon verloren. Vom Krisenfall wollen wir da noch gar nicht reden.

All diese Dinge, insbesondere die Dinge, die jetzt kommen, brauchen personelle und finanzielle Ressourcen. Warum? Dazu braucht es spezielles Personal, es braucht zusätzliches Personal, dies sind administrative Abläufe, das braucht viel Dokumentation. Es braucht unter Umständen einen geeigneten IT-Dienstleister. Das betrifft jetzt insbesondere den kommunalen Bereich, weil die kleinen Kommunen das aus eigenen Ressourcen gar nicht schaffen. Sie müssen im Grunde auf externe Unterstützung setzen – zumindest in den Fällen, in denen sie mit größeren Problemstellungen zu tun haben.

Dann braucht es natürlich einen IT-Dienstleister, der sich mit diesem Thema auch auskennt. Ich sage jetzt einmal so: Die kleine IT-Beratungsfirma um die Ecke mit drei Mann hilft da voraussichtlich ziemlich wenig; da braucht es schon jemanden, der ein bisschen Erfahrung hat mit IT-Sicherheitsvorfällen, beispielsweise mit Ransomware-Angriffen und Ähnlichem mehr. Den geeigneten IT-Dienstleister braucht man also schon. Ich kann da nur unterstreichen – Frau Griebisch hat es schon erwähnt –: Man muss sich im Vorfeld um so einen IT-Dienstleister kümmern – nicht erst dann, wenn alles verschlüsselt ist, dann ist es zu spät.

Kleines Beispiel aus der jüngst zurückliegenden Zeit: Vor etwa einem Jahr, Weihnachten 2021 war das, gab es eine große Softwaresicherheitslücke, „Log4Shell“ nannte sich das; vielleicht kennen die einen oder anderen das noch. Da wurde plötzlich überall der Ruf laut: „Jetzt brauchen wir IT-Sicherheitsspezialisten, die unsere Systeme prüfen und die schauen, ob wir diese Schwachstelle haben, und die dann richten.“ Ja, aber diese Experten waren dann alle ausgebucht. Wenn Sie also nicht von vornherein Verträge haben, wird das schwierig.

– 23 –

Nächster Punkt: Aufbau eines Informationssicherheitsmanagementsystems nach definiertem Standard. In der öffentlichen Verwaltung Land favorisieren wir die Umsetzung der ISO 27001. Das kann man, sage ich jetzt einmal etwas platt, sozusagen als den Goldstandard bezeichnen; wenn man das umsetzt, dann ist man, glaube ich, halbwegs auf der sicheren Seite. Das geht aber in kleinen Kommunen nicht; dort ist das viel zu aufwendig. Dafür gibt es abgespeckte Versionen, die aber auch noch ein gewisses Maß an Sicherheit bieten, z. B. wird für den kommunalen Bereich die Norm CISIS12 empfohlen, die auch eine ganz gute Grundlage bietet.

Notfall- und Krisenmanagementsystem: Dazu haben wir schon einiges gehört. Business Continuity Management: Darauf will ich gar nicht mehr tief eingehen; dazu gibt es natürlich auch eine ISO-Norm. Das ist ein ganz wichtiges Thema; das sehe ich auch so.

Man darf sich von der Bezeichnung aber nicht irritieren lassen. Business Continuity heißt nicht, dass beispielsweise nach einem Ransomware-Angriff hinterher alles wieder sofort gleich so weiterlaufen kann, wie es vorher war. Das wäre der Idealzustand. Man muss sich eher überlegen: Von welchen Services muss ich mich verabschieden? Im Sinne einer Risikoabwägung, im Sinne einer Abwägung: Was ist für das Überleben eines Unternehmens, einer Kommune essenziell? Welche Services müssen als erste wieder laufen? Um die muss ich mich ganz besonders kümmern. Den Rest – ich will es einmal extrem formulieren – brauche ich dann vielleicht nicht so sehr; Testsysteme usw. können auch ein Vierteljahr ausfallen.

Ein wichtiger Punkt noch: Das Thema „Aufbau von Detektionssystemen zur Angriffserkennung“ haben wir heute Morgen schon kurz angerissen; das ist ganz wichtig. Diese beiden Punkte – Detektionssysteme plus das BCM – sind ohnehin ab dem 1. Mai 2023 vorgeschrieben für KRITIS-Betreiber – und das zu Recht.

Anwendung Grundschutzkataloge des BSI: Das versteht sich im Grunde von selbst, weil das einen guten Sicherheitsstandard für die IT liefert.

Die letzten beiden Punkte sind ein bisschen abstrakter, ein bisschen globaler, sage ich einmal. Da geht es um den Aufbau digitaler Kompetenz, insbesondere bei jungen Menschen. Nur wenn ich bei diesen ein gewisses Bewusstsein habe für die Risiken und nicht auf jedem Link herumklicke, erziele ich entsprechend Wirkung. Die Schaffung digitaler Souveränität haben wir heute Morgen schon ganz kurz angerissen, das ist auch ein wichtiger Aspekt. Das haben wir alle leidvoll erleben dürfen in der Pandemie, als wir gesehen haben, was passiert, wenn die Lieferketten zusammenbrechen.

Letzte Folie zum Thema „Strategische Maßnahmen“: Der erste Punkt betrifft die Cybersicherheitsstrategie des Landes Baden-Württemberg. Ich finde, in diesem Dokument ist zum einen der gesamtgesellschaftliche Ansatz sehr schön umgesetzt; da sind alle mit im Boot. Was braucht man, um mehr Cybersicherheit, mehr Cyberresili-

– 24 –

enz zu haben? Die Gliederung ist deutlich anders als das, was ich Ihnen vorhin vorgestellt habe; das ist aber ganz bewusst so, weil es natürlich alle Ressorts betrifft. Da sind auch sehr schön überall messbare Ziele hinterlegt. Aus meiner Sicht ist es ganz wichtig, dass wir dieses Papier nachhaltig umsetzen.

Die nächsten beiden Kästchen sind ein Blick in die Zukunft. Die NIS-2-Richtlinie und der Cyber Resilience Act, das sind ganz neue, quasi druckfrische Rechtsakte aus Brüssel, sie sind erst nach Weihnachten veröffentlicht worden. Sie sind mittlerweile in Kraft und müssen bis Oktober 2024 umgesetzt werden. Ein ganz wichtiger Punkt ist der Anwendungsbereich. Aktuell ist die öffentliche Verwaltung zwar als KRITIS eingestuft – zu Recht und richtig –, aber im Grunde aus dem Regelungsgehalt zunächst einmal ausgenommen. Die nationalen Mitgliedsstaaten der EU können nun im Umsetzungsprozess entscheiden, ob man die Richtlinien auch für den öffentlichen Bereich zur Anwendung bringen will. Das ist die spannende Frage bei uns. Ich sehe es ein Stück weit ähnlich wie Frau Griebisch: Ich glaube schon, dass uns das helfen würde, weil wir dann einfach eine gesetzliche Grundlage hätten für mehr Sicherheit und bessere Standards. Das wäre, glaube ich, eine gute Geschichte.

Fazit: Die Umsetzung all dieser Maßnahmen kostet Geld und kostet Personal; das ist ganz wichtig. Ohne das wird es nicht gehen.

Ich habe auf der letzten Folie – das überfliege ich jetzt, aber Sie haben sie in den Unterlagen, dort können Sie es nachlesen – noch den „Werbeblock“ der CSBW: Was machen wir denn so alles? Wir haben jede Menge Informationsmaterialien, und es kommt im Laufe des Jahres noch eine ganze Menge dazu, das kann ich schon versprechen. Es wird eine Sensibilisierungs- und Schulungskampagne für die öffentliche Verwaltung geben, das beginnt im nächsten Quartal. Wir sind dabei, eine Lernplattform aufzusetzen. Es gibt ein Computerspiel zum Thema Cybersicherheit.

Wir haben natürlich auch das CERT BWL und kümmern uns um Lageberichte, um die Umsetzung von Warnmeldungen und helfen im Notfall auch vor Ort, wenn es zu einem Cyberangriff kommt, mit unserem Mobile Incidence Response Team. Die Kolleginnen und Kollegen helfen dann auch beim Wiederaufbau der Systeme. Last, but not least haben wir natürlich auch eine Hotline, eine Cyber-Ersthilfe-Hotline, wo im Grunde jedermann anrufen kann, wenn er Opfer eines Cyberangriffs geworden ist.

Ich bin ganz knapp hinter dem Zeitplan, aber immerhin. Das war ein bisschen „Druckbetankung“ – ich bitte um Nachsicht –, aber es ist ein komplexes Thema.

Vielen Dank.

(Beifall)

– 25 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Rosanowski. Mit vielen Informationen können wir hier durchaus umgehen. Ich habe auch gesehen: Einige denken jetzt wahrscheinlich an ihr Passwort – was sie denn da alles noch hinterlegt haben. Daher hat das sicherlich auch in diesem Fall etwas gebracht.

Jetzt kommen wir in die Fragerunde. Wir beginnen mit der Fraktion GRÜNE. Frau Abg. Cataltepe hat das Wort.

Abg. Ayla Cataltepe GRÜNE: Vielen herzlichen Dank an alle Referierenden. Das war sehr spannend. Meine Fragen gehen an Herrn Harzheim, Herrn Sachgau und Herrn Marschall.

Die erste Frage lautet: Wie lassen sich die Kaskadeneffekte vorhersagen oder auch abschätzen? Ein jüngstes Beispiel: die Durchtrennung mehrerer Glasfaserleitungen im Norden Frankfurts, die dann zur Sperrung des Flughafens Frankfurt geführt hat.

Eine weitere Frage betrifft das Vorhalten von Notfallversorgungen und entsprechenden Systemen, die nach den gesetzlichen Vorgaben notwendig sind: Wer trägt hierbei die Kosten?

Dann haben wir eine Frage bezüglich Mikrowindkraftanlagen. Können wir erwarten, dass diese einen Beitrag zur Resilienz leisten?

Bundesnetzagentur, Papier: Wie bewerten Sie die Resilienz der Telekommunikationsnetze? Vorgeschlagen: gemeinsames Lagezentrum – das wurde jetzt auch mehrfach erwähnt –, die Zusammenarbeit, die Kommunikation, auch länderübergreifend. Welche Maßnahmen wurden dahin gehend getroffen? Wurden überhaupt Maßnahmen getroffen in dieser Richtung?

Eine weitere Frage zur Verantwortung: Wer trägt die Verantwortung? Ist es der Staat? Wir haben jetzt einiges über den Föderalismus gehört – von unterschiedlichen Referierenden. Wie stellen Sie sich das vor? Wie können wir es gewährleisten, dass die Verantwortung da auch noch einmal verortet wird oder verortet werden muss?

Noch einmal zur Situation der Durchtrennung der Glasfaserleitung in Frankfurt: Es gab 2022 ja diese Situation vor Ort, dass Kabel durchtrennt worden sind. Wie kann man sich das vorstellen? Wie kann man erreichen, dass Kabel eben nicht durchtrennt werden? Wie kann man die Effektivität steigern, bzw. wie kann man die Menschen daraufhin schulen, dass sie eben achtgeben, welche Kabel sie bei unterschiedlichen Bauleistungen angehen?

Letzte Frage an die Referierenden: Ist sichergestellt, dass im Falle eines Stromausfalls die Mobilfunkmasten versorgt werden? Wenn ja, wie?

– 26 –

Danke schön.

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Vielen Dank für die Vorträge. Ich habe ebenfalls ein paar Fragen an alle Referenten.

Einmal an Herrn Harzheim und Herrn Sachgau zum Thema Kommunikation. Sie haben mehrfach die Kommunikation, auch zu den staatlichen Stellen, angesprochen; man stehe im Austausch miteinander. Mich würde ganz konkret interessieren, wie der Austausch zum Innenministerium stattfindet; denn gerade in Katastrophenfällen ist es ja sehr wichtig, dass der Austausch schnell funktioniert; wir haben das im Ahr-tal gesehen. Der Austausch muss in solchen Situationen sehr schnell sein, und Telekommunikationsunternehmen müssen in solchen Krisenfällen auch sehr viel leisten können, worauf wir dann auch zurückgreifen müssen oder dürfen. Daher die Frage, wie der Austausch stattfindet und ob da vielleicht Verbesserungsbedarf besteht, gerade im Innenministerium, aber auch zu anderen Stellen, oder ob man den Austausch gutheißt.

Dann hatten Sie angesprochen, Herr Harzheim: Strategische Reserven gibt es. Haben Sie einen Überblick, welche Reserven Sie haben? – Darüber haben Sie einen Überblick. Haben Sie einen Überblick, welche insgesamt bestehen? Oder schafft jeder nur für sich – Vodafone für sich, Telekom für sich, die Landkreise für sich, der Staat für sich, die Hilfsorganisationen für sich? Hat da jeder seine eigenen Reserven, oder gibt es da von Ihrer Seite eine Einschätzung oder einen Überblick? Ich glaube, es ist sehr schwierig, einen solchen zu haben, aber mich würde das dennoch interessieren.

Frau Griebisch, vielen Dank für den Vortrag. Jetzt haben wir Sie hier sozusagen als Erfahrene in einem solchen Cyberangriff. Mich würde interessieren, wie das ganz konkret ablief in Anhalt-Bitterfeld, als das passiert ist. Was hat man dann vielleicht konkret umgestellt? Was, würden Sie sagen, würde man so nicht noch einmal machen?

Das wäre, glaube ich, auch für viele Landkreise bei uns in Baden-Württemberg interessant. Ich glaube, das liegt meistens am Landrat oder am Landkreis, wie er aufgebaut ist. Daher bitte ich nur um einen kurzen Erfahrungsbericht, in dem Sie sagen, wo die größten Probleme waren. Sie haben ja vieles angesprochen, z. B. Awareness. Aber das würde mich doch interessieren, wenn wir Sie schon hier haben.

Zum Schluss eine Frage an Herrn Rosanowski, die mich schon länger beschäftigt. Sie arbeiten ja auch eng mit dem BSI zusammen, und KRITIS wird da häufig definiert im Zusammenhang mit der Versorgung von 500 000 betroffenen Personen. Sie haben in Ihrer Cybersicherheitsstrategie 2026 geschrieben, dass es ja oft auch Fälle gibt, in denen weniger als 500 000 Menschen betroffen sind. Wie geht man damit in der Cybersicherheitsagentur um? Ich kann mir viele Fälle vorstellen, gerade in Baden-Württemberg, in denen weniger Menschen betroffen sind. Wenn 100 000 betrof-

– 27 –

fen sind, würden die Betroffenen auch sagen, dass das eine KRITIS-Situation gewesen ist. Also, wie geht man damit nun in Baden-Württemberg konkret um? Sie hatten das nur angedeutet in Ihrer Cybersicherheitsstrategie, aber vielleicht haben Sie dazu noch die eine oder andere Ergänzung.

Danke.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Vielen Dank für die bisherigen Vorträge. – Ich finde es außerordentlich wichtig, wenn ich mir diese Vorbemerkung erlauben darf, dass wir uns mit dem Thema Cybersicherheit beschäftigen. Wir hätten uns die Behandlung dieser Thematik durchaus in einem größeren Umfang gewünscht – aber immerhin. Ich glaube, die Vorträge haben klar gezeigt, dass es da sehr große Baustellen und – man muss es so klar sagen – auch bisherige Versäumnisse der öffentlichen Hand allgemein gibt. Das geht jetzt nicht direkt als Kritik an die Landesregierung, sondern an alle Stellen. Das betrifft aber auch viele Unternehmen, meiner Erfahrung nach.

Zu den Fragen: Zunächst möchte ich die Frage an die Telekommunikationsunternehmensvertreter stellen, wie sie die Gefährdungslage bei dem Einsatz von Komponenten ausländischer Hersteller – um sie namentlich zu erwähnen: ZTE und Huawei – bewerten und ob das quasi auch ein Krisenrisiko ist, weil man ja grundsätzlich, nach meiner Meinung, davon ausgehen kann oder das zumindest befürchten muss, dass eine ausländische Macht, die vielleicht Kontrolle über solche Hersteller hat, dann in einer Krisensituation noch eine weitere Krisensituation herbeiführt, indem man einfach die Kommunikation stört. Ich glaube nicht, dass es da ein Abhörisiko gibt, sondern eher ein Infrastrukturstörrisiko. Vielleicht können Sie dazu Ihre Einschätzung abgeben.

Dann zum Thema „Cyberabwehr stärken“: Sie haben dargestellt, was von der Telekommunikationsunternehmensseite getan wird, und Sie haben auch angedeutet – vor allem Herr Harzheim –, dass es mehr Kooperation zwischen den Telekommunikationsunternehmen und den öffentlichen Stellen brauche, um im Krisenfall schnelleres Handeln sicherzustellen. Können Sie das bitte noch einmal etwas ausführen.

An Frau Griebisch als langjährig in der öffentlichen Verwaltung Tätige habe ich die Frage: Meine Wahrnehmung ist, dass insbesondere in den Verwaltungen oft das Thema Cybersicherheit stark vernachlässigt wird – nicht, weil man denken würde, es sei unwichtig, sondern weil man sich der Gefahr gar nicht so richtig bewusst ist. Was kann man aus Ihrer Sicht tun, um eben alle Beschäftigten in den Verwaltungen entsprechend besser zu sensibilisieren und um dort auch das Risiko bewusster zu machen? Bei Unternehmen gelingt das auch. Ich stelle fest – wenn man früher in einem Unternehmen gearbeitet hat –, dass die Awareness bei den Beschäftigten dort einfach schon eine ganz andere ist. Hier wird aus meiner Sicht sorgloser mit Informationen und dem Schutz derselben umgegangen.

– 28 –

Abschließend habe ich noch Fragen an Herrn Rosanowski: Sie haben einige Maßnahmen dargestellt. Für mich besteht dabei immer das Problem, dass es ja auch noch die Kommunen gibt – das sind immerhin 1 101 in Baden-Württemberg; diese unterstützen Sie ja auch. Allerdings ist wegen der kommunalen Selbstverwaltung ja erst einmal jede Kommune selbst ihres eigenen Glückes Schmied – oder auch ihres eigenen Unglücks. Daher würde mich Ihre Einschätzung interessieren, wie man die Kommunen hier noch einmal stärker binden könnte oder ob das notwendig ist. Vielleicht sagen Sie ja auch: Es ist gar nicht notwendig, die machen das eigentlich schon ganz gut. Da würde mich Ihre Einschätzung interessieren, denn ich glaube, gerade im Digitalraum ist die kommunale Selbstverwaltung einfach ein Sicherheitsrisiko.

Abschließend: Sie haben das Thema „Digitale Souveränität“ angesprochen. Es gibt die Diskussion, ob man die öffentlichen Systeme wegen des Abstellens der On-Premises-Lösung von Microsoft nun entweder auf die Deutschland-Cloud umstellt, sprich einen privaten Anbieter – namentlich: SAP –, oder ob man lieber eine Open-Source-Lösung verwendet, wie das u. a. die BITBW verfolgt. Was ist da aus Ihrer Sicht oder aus Sicht der digitalen Souveränität die zu bevorzugende Variante?

Vielen Dank.

Abg. Carola Wolle AfD: Meine Damen und Herren, das waren wirklich sehr tolle Vorträge, sehr interessant, auf sehr hohem Niveau. Aber trotzdem ergeben sich daraus natürlich, wie immer, ein paar Fragen.

Zunächst an Herrn Harzheim: Sie haben davon gesprochen, dass Sie in Krisen auch mit Energieversorgern zusammenarbeiten müssen. Sehr wichtig wäre vielleicht auch die Abstimmung mit Konkurrenten, mit Ihren Mitwettbewerbern, denn die haben ja vergleichbare Probleme. Vielleicht muss man in einem Ernstfall das Rad nicht noch einmal erfinden.

Dann erwähnten Sie ein konkretes Beispiel für eine reale Krise in Ihrem eigenen Unternehmen und wie Sie das gemanagt haben. Ich gehe einmal davon aus, dass Sie einen eigenen Stab für die Krisenvorsorge haben. Welche Qualifikationen haben diese Leute?

Im Moment konzentriert man sich bundesweit auf das Thema Corona, landesweit geht es mehr um die Themen Hochwasser und Energiemangel. Herr Sachgau hat gesagt, man müsse sich auch auf andere Dinge vorbereiten. Mit anderen Worten: Wie bereiten Sie sich auf Krisen vor, die noch nicht bekannt sind? Erstellen Sie hierfür Krisenszenarien, oder wie darf ich mir das vorstellen?

Der nächste Fragenblock beschäftigt sich mit der Frage: „Wie stimmt man sich deutschlandweit ab?“ Wo oder wie hat der Föderalismus denn in Ihrem Unternehmen konkret Probleme aufgezeigt? Gibt es dafür Beispiele?

– 29 –

Herr Sachgau, welche persönlichen und kompetenzbezogenen Anforderungen haben Sie eigentlich an die Krisennotfallmanager gestellt? Wer macht das in Ihrem Unternehmen? Wie sind diese Menschen qualifiziert?

An Herrn Rosanowski: Das Thema Cybersicherheit ist, wie wir gesehen haben, ein sehr, sehr wichtiges. Im Bereich Gesundheit wurde immer wieder auf die Digitalisierung hingewiesen – „Digitalisierung ist besser“. Entsteht dadurch nicht auch eine Problematik, nämlich dann, wenn die Cybersicherheit nicht gewährleistet ist? Muss man nicht auch in Augenschein nehmen, dass es auch eine andere Seite der Medaille gibt, nämlich dann, wenn die Cybersicherheit nicht gewährleistet wird?

Danke schön.

Vorsitzender Alexander Salomon: Damit geht der Ball wieder an unsere Sachverständigen. Ich würde einfach sagen, dass sich die Reihenfolge in der Antwortrunde aus der Reihenfolge der Vorträge ergibt. Herr Harzheim ist damit der Erste, der antworten darf. Wenn Sie wissen wollen, wie viel Zeit Sie haben: bitte so kompakt wie möglich, damit wir vielleicht noch eine zweite Fragerunde hinbekommen. Vielen Dank.

Sv. Herr Harzheim: Sehr gern. Jetzt wäre mir beim Notieren der Fragen beinahe das Papier ausgegangen, aber es hat gerade noch so gereicht. Schauen wir mal, wie das zeitlich wird. Ich versuche, alle Fragen abzuarbeiten. Es sind ein paar Aspekte dabei, die sicherlich den heutigen zeitlichen Rahmen sprengen würden, aber nichtsdestotrotz kann ich dazu gern etwas sagen.

Wir hatten zuerst das Thema Glasfaser-Cut am Beispiel, das wir hier vor Kurzem mit der Auswirkung auf den Flughafen Frankfurt hatten. Wir hatten so etwas auch vor einigen Monaten in Berlin: Dort gab es einen Kabel-Cut, bei dem sogar in Kenntnis der redundanten Streckenführung an zwei unterschiedlichen Orten geschnitten worden ist. Kann man das vorhersagen? Vermutlich nein. Was wir natürlich tun: Wir beobachten das Umfeld. Es gibt immer wieder einmal bestimmte Gruppierungen, die zu bestimmten Anlässen Brandanschläge planen, auch auf unsere Mobilfunkstationen. Das schauen wir uns natürlich an. Das monitoren wir; genau so, wie wir auch weltweit versuchen, vorherzusehen, was für uns kritische Cyberattacken sind. Solche Themen beobachten wir nicht nur in der digitalen Welt, sondern auch in der analogen Welt.

Früher gab es z. B. eine Gruppe – ich nenne den Namen jetzt einmal, weil er sich irgendwie bei mir eingebrannt hat –, die sich „Zündlumpen“ nannte. Die hatten einen Internetauftritt, und da konnte man schon absehen, was so in naher Zukunft passiert. Das schauen wir uns also tatsächlich an. So versuchen wir, dem vorzubeugen.

– 30 –

Natürlich kann man auch technisch etwas machen. Man kann z. B. ein Monitoring auf diese Glasfaserstrecken legen. Das sind solche Operationen, an denen wir auch mit der Bahn arbeiten, weil natürlich sehr viele unserer Backbone-Leitungen auch in den Kabelschächten der Bahn liegen, an Bahngleisen. Dadurch kann man zumindest relativ schnell erkennen, wenn so etwas passiert.

Was kann man tun, damit so etwas nicht passiert? Das kann man nur machen, indem man bestimmte Strecken sehr redundant ausstattet. Das heißt, ich muss in der Lage sein, wenn ich irgendwo einen Kabel-Cut habe, über eine Redundanz relativ schnell umzuschalten und bestimmte Services wiederherzustellen.

Dann wurde das Thema „Kosten, die durch die Notfallvorsorge verursacht wurden“ angesprochen. Das kann sicherlich sehr unterschiedlich gehandhabt sein. Wenn wir über das Strategiepapier sprechen, das die Bundesnetzagentur zur Stärkung der Resilienz der Netze herausgegeben hat: Da gibt es natürlich eine Vielzahl von Maßnahmen, die letztendlich auch Auswirkungen auf Kosten haben.

Es ist, wie gerade im Rahmen vieler Diskussionen: Wir, alle MNOs, haben jetzt gerade in einem sehr smarten Zeitraum Cell Broadcast eingeführt, und wir haben in diesem Fall die Regelung getroffen, weil wir da die besondere Situation hatten: dass uns die Integrationskosten vom Bund erstattet werden. Das kann eine Regelung sein; das kann auch eine Regelung bei der Notfallvorsorge sein. Es kann aber auch andere Regelungen geben. Aber über genau diese Regelungen gilt es eben konkret bei den einzelnen Maßnahmen zu sprechen; denn letztendlich wirkt sich das immer in irgendeine Richtung aus. Diese Auswirkungen müssen wir uns ansehen, und wir müssen dann abwägen und letztendlich entscheiden, was wir machen. Da sehe ich unterschiedliche Lösungsansätze, über die man diskutieren muss.

Aber klar ist sicherlich auch – um hier einer Frage vorzugreifen –: Es gibt eine Gefährdungslage von „High-Risk Vendoren“. Klar ist auch, dass wir nicht, wenn hier von einer bestimmten Gefährdungslage gesprochen wird, für mehrere Milliarden Euro mal schnell ein ganzes Netz umbauen können, und zwar in einer Zeit, in der wir durch die Digitalisierung natürlich auch bestrebt sind, ein paar Schritte weiter nach vorn zu gehen, schneller nach vorn zu gehen.

Es wurde auch die Nutzung von Windenergie zur Stromversorgung angesprochen. Wir experimentieren dazu mit einem Forschungskonsortium und haben auch schon Kontakt aufgenommen bei Gesprächen, die wir deutschlandweit geführt haben. Wir überlegen tatsächlich auch, inwiefern wir zukünftig intensiver Sonnenenergie und auch Windenergie für unsere Mobilfunkstandorte nutzen können. Das hat aber auch natürliche Grenzen. Man muss natürlich schauen: Wo sind diese Standorte? Sind sie auf Kirchendächern oder auf Schuldächern? Sind sie in sehr stark frequentierten Gegenden? Oder sind sie irgendwo auf dem Land? Aber sicherlich ist das eine Option, die man sich ansehen muss. Da forschen wir auch heute schon gemeinsam mit ver-

– 31 –

schiedenen Institutionen und wollen dies noch ausweiten. Das ist natürlich eine Möglichkeit für die Zukunft, um hier Abhilfe zu schaffen.

Es ging, glaube ich, auch um das Thema „Länderübergreifende Resilienz“ bzw. „Chancen aus dem Resilienzpapier“ und um die Frage, was wir gemacht haben. Wir haben nach der Hochwasserkatastrophe mit der Bundesnetzagentur einen sogenannten Pakt zur Ausfallsicherheit geschlossen, wo wir auch schon im Vorfeld zu diesem Strategiepapier definiert haben, welche Maßnahmen wir vornehmen können. Ich habe eben schon ein, zwei Punkte dazu angesprochen.

Wir haben natürlich diese strategische Reserve angeschafft, die uns hilft, in der Krisensituation schnell irgendwo Services wiederherzustellen. Das ist nur ein Teil dieses Pakts bzw. dieses Strategiepapiers; dazu werden zukünftig natürlich noch andere kommen. Sicherlich hilft uns das auch in der Zusammenarbeit, die wir – um einer anderen Frage schon vorzugreifen – in der Krise auch mit unseren Mitbewerbern haben. Auch in den letzten Krisen haben unsere Krisenstäbe natürlich relativ schnell zusammengearbeitet. Wir haben dort, wo wir z. B. gemeinsam Standorte nutzen, diese Standorte dann mit nur einem Technikerteam besucht und dort z. B. ein zusätzliches Notstromaggregat aufgebaut. Da sind wir in der Krise schon sehr eng abgestimmt.

Auch im Vorfeld der Krise sind wir schon abgestimmt, sodass wir dann tatsächlich auch gemeinsam agieren können. Wir sind da sicherlich schon besser abgestimmt als wir das mit anderen Beteiligten, z. B. Energieversorgern, sind. Das hat zumindest die letzte Krise gezeigt. Da ist noch ein bisschen Potenzial. Aber natürlich arbeiten wir dann gemeinsam, um die Krise zu bewältigen; das ist ganz klar.

Bei den Fragen zur Verantwortung bzw. zu den Aufsichtsbehörden ging es, glaube ich, auch um unterschiedliche Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Land. Bei uns ist es natürlich grundsätzlich so, dass wir reguliert sind durch unsere Aufsichtsbehörden auf Bundesebene. Da ist jetzt in diesem Umfeld als Erstes die Bundesnetzagentur zu nennen. Natürlich haben wir, wenn es um Verantwortlichkeiten geht, dann erst einmal eine Meldepflicht für bestimmte Vorfälle oder eine Informationspflicht über bestimmte Dinge gegenüber unserer Aufsichtsbehörde, der Bundesnetzagentur.

Wenn ich aber von gemeinsamen Lagezentren rede, dann rede ich von gemeinsamen Lagezentren, in denen dann vermutlich eben auch Beteiligte der Länder oder der Kommunen vertreten sind, sodass die Informationen im Krisenfall einfach schnell fließen. Oder: Wenn nicht alle dabei sind, muss über implementierte Prozesse gewährleistet sein, dass diese Informationen schnell fließen.

Für uns ist es immer ein großes Problem, wenn wir im Krisenmanagement von unzähligen Stellen gleichzeitig angesprochen werden, um irgendwelche Lagebilder zu bekommen; denn das hindert natürlich unsere Ressourcen daran, die Krise aktiv zu

– 32 –

bewältigen, wenn wir dann damit beschäftigt sind, für 25 unterschiedliche Adressaten unter Umständen sogar unterschiedliche Lagebilder – da es jeweils unterschiedliche Interessenfelder gibt – zu erstellen. Das ist sicherlich ein großes Problem für uns. Deswegen brauchen wir klare Kommunikationswege bzw. einheitliche, übergreifende Lagezentren, Koordinationszentren.

Was passiert bei einem Stromausfall? Wir werden bei einem Stromausfall nicht sicherstellen können, dass alle Stationen, die wir betreiben, dann auch weiterarbeiten. Das hat ganz unterschiedliche Gründe, teilweise auch bautechnische. Denn nicht überall dort, wo Sie eine Antenne von uns sehen, kann man auch ein Notstromaggregat hinbauen. Dazu ist genau das wichtig, was ich eben gesagt habe: Wir müssen schauen, wo wir vielleicht gemeinsame Ressourcen nutzen können.

Unsere Standorte sind grundsätzlich in unterschiedliche Sicherheitsklassen eingestuft. Diese Sicherheitsklassen geben zum einen vor, wie die Standorte abgesichert werden müssen. Das liegt auch daran, wie viele Verbindungen über diese Standorte hergestellt werden können oder ob es ein Radio-Access-Standort ist, wo Sie sich einbuchen. Hat er vielleicht noch zusätzliche Technik? Werden da also vielleicht noch Signale gebündelt und irgendwo anders hingeschickt? Das hat Auswirkungen auf die Sicherheitsklasse. Die Sicherheitsklasse hat auch Auswirkungen auf die Stromversorgung; die ist dann auch ganz unterschiedlich. Es gibt bei niedrigen Sicherheitsklassen bis zu einem gewissen Zeitpunkt eine Stromversorgung über ein Batterie-Back-up. Je höher die Sicherheitsklasse ist, desto höher ist auch die Stromversorgung, bis hin zu einem Rechenzentrum, das dann natürlich über Netzersatzanlagen abgesichert ist, die auch regelmäßig mit neuem Diesel – da gibt es dann natürlich Verträge mit Lieferanten – versorgt werden. Dementsprechend können diese Anlagen in solchen Situationen dann auch durchlaufen.

Kommunikation mit dem Innenministerium: Dazu kann ich sagen: Es ist noch gar nicht so lange her, da haben wir zusammen mit dem zuständigen Referat einen Workshop zum Thema Krisenmanagement bzw. zur Frage „Krisenkommunikation – wie arbeiten wir in der Krise zusammen?“ durchgeführt. An diesem haben u. a. auch Vertreter der Kommunen und der IHK teilgenommen. Wir haben sehr intensiv darüber diskutiert, wie wir manche Sachen zukünftig anpacken können und auch besser machen können. Das war ein sehr guter Schritt in die richtige Richtung, die ich eben auch schon angesprochen habe. Das läuft in der Tat nicht in allen Ländern so gut, aber in diesem Fall haben wir da sehr gute Schritte gemacht.

Es gab die Frage, ob wir eine übergreifende Sichtweise über alle Aggregate haben, die uns zur Verfügung stehen. Nein, die haben wir heute in dieser Form nicht. Ich weiß im Groben, was wir angeschafft haben. Wie ich aber schon sagte: Ganz wichtig ist, dass wir, die einzelnen MNOs, in Krisen zusammenarbeiten und dass wir eben auch mit anderen – mit Ihnen oder zukünftig z. B. mit Wohnungsbaugesellschaften – vielleicht gemeinsame Ressourcen nutzen können in der Krise, um noch mehr Abdeckung oder Effektivität herzustellen. Ich weiß nicht, ob Sie das beruhigt, aber wir ha-

– 33 –

ben z. B. unsere Hauptreserve an Notfallcontainern, die jeweils pro Stück über Hunderttausend Verbindungen herstellen können im Festnetz, in Frankfurt stehen; die Entfernung ist also nicht ganz so weit. Die können dann relativ schnell auch hier eingesetzt werden. Die können Sie sich gern, wenn Sie das möchten, einmal anschauen, damit sie wissen, wie so etwas funktioniert und wie so etwas aussieht.

Thema „Gefährdungslage High-Risk-Vendoren“ – so nenne ich sie jetzt einmal, um keine Namen zu nennen; so werden sie ja auch prinzipiell genannt –: Dazu habe ich eben schon im Zusammenhang mit dem Thema Kosten etwas gesagt. Ich bin eigentlich sehr glücklich mit dem IT-Sicherheitsgesetz, das wir haben, und mit dem herstellerneutralen Ansatz in diesem IT-Sicherheitsgesetz. Das sorgt dafür, dass wir grundsätzlich ein hohes Sicherheitsniveau bekommen. Dazu müssen wir ja auch heute schon alle neuen 5G-Komponenten gemäß § 9b des IT-Sicherheitsgesetzes zur Überprüfung an das BMI melden. Die werden dann dort auch überprüft. Wenn sie genehmigt werden, bauen wir sie ein. Sie haben vermutlich mitbekommen, dass diese Meldepflicht jetzt gerade von neuen Komponenten auf 5G-Bestandskomponenten ausgeweitet worden ist. Das werden wir natürlich auch machen.

Ich spreche jetzt sehr stark aus technischer Sicht: Mir ist es aus technischer Sicht immer wesentlich lieber, wenn Systeme zertifiziert werden, wenn Systeme vom BSI unabhängig überwacht oder auch getestet werden. Wenn wir sehr gute Sicherheitskonzepte haben, um das, was in unserem Netz ist, zu managen, abzuschotten, zu kontrollieren, dann ist das für mich ein guter Ansatz oder eigentlich der Ansatz, um letztendlich die Sicherheit festzustellen bzw. um ein möglichst hohes Niveau an Sicherheit sicherzustellen.

Die Gefahrenlagen können komplett unterschiedlich sein. Schauen Sie heute in Ihr Handy, in Ihr I-Phone hinein: Wo kommen die ganzen Chips her, die darin verbaut worden sind? Also, Angriffsszenarien können vielschichtig sein. Deswegen liegt es, denke ich, an uns als Netzbetreiber, dafür zu sorgen, dass wir unser Netz so sicher machen – und das herstellerunabhängig –, dass eben nichts passieren kann.

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Harzheim, das ist nichts Persönliches, aber ich muss Sie noch einmal an die Zeit erinnern.

Sv. Herr Harzheim: Ja.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielleicht können Sie das noch ein bisschen kürzer, kompakter darstellen, weil wir ja noch weitere Sachverständige haben, die antworten möchten. Außerdem gibt es noch weitere Fragen. Daher jetzt keine Eile, nicht ganz schnell, aber vielleicht können Sie etwas kompakter zum Ende Ihres Beitrags in der ersten Fragerunde kommen.

– 34 –

Sv. Herr Harzheim: Ja, das mache ich. – Zusammenarbeit in Krisen mit dem Energiesektor: Ich glaube, ich habe das schon ein Stück weit mitverarbeitet in den Antworten, die ich schon gegeben habe. Wir, die MNOs, arbeiten schon sehr gut zusammen.

Wir haben nach den Erfahrungen in der letzten Krise Kontakte aufgenommen, um uns mit anderen Industriezweigen, von denen wir wissen, dass sie für uns in der Krise wichtig sind – dazu gehört z. B. der Energiesektor –, auch schon in Vorkrisenzeiten besser abzustimmen, damit wir in Krisenzeiten noch besser zusammenarbeiten.

Ich will Ihnen ein Beispiel aus der Hochwasserkatastrophe nennen. Wir hatten einen Standort wiederhergestellt und waren ganz stolz; dann wurde dieser aber fünf Minuten später vom Energieversorger abgeschaltet, weil er dort ein paar Leitungen neu legen musste. Da hätte man unter Umständen einfach besser zusammenarbeiten können. Aber diese Abhängigkeiten muss man natürlich kennen, muss sie erkennen. Dann muss man daraus lernen und es einfach besser machen.

Zum Aufbau des Krisenmanagements gab es die Frage: Wie bereitet man sich auf Szenarien vor, die man nicht kennt? Im Krisenmanagement ist es bei uns so, dass wir eine eigens dafür eingerichtete Organisation haben. Wir haben bei uns in jedem Fachbereich, in jeder Technikdisziplin definierte Krisenstabsmitglieder und Vertreter, die wir immer wieder schulen, die wir immer wieder qualifizieren, z. B. über Qualifizierungslehrgänge, die auch draußen am Markt erhältlich sind. Mit ihnen üben wir auch immer wieder Krisenszenarien.

Über diese einzelnen Fachbereichskrisenstäbe, die dann vielleicht bei Network Operations oder in anderen Fachbereichen sein können, haben wir ein zentrales Krisenmanagement. Das ist ein übergeordneter Krisenstab, der immer dann einberufen wird, wenn ein einzelner Fachbereich die Krise nicht mehr managen kann, das heißt, wenn wir tatsächlich auch noch ein Kommunikationsthema bekommen oder unter Umständen einen Brand Impact haben könnten. Diesem gehören für diese Rolle qualifizierte und geschulte Krisenmanager an, die dann anhand von definierten Abläufen diese Krise, die Krisenszenarien abarbeiten. Sie haben dann auch erweiterte Befugnisse im Unternehmen. Was dabei vielleicht wichtig ist: Unser Vorstand ist nicht in jedem Krisenszenario Bestandteil eines Krisenmanagements, sondern das sind tatsächlich fest definierte Mitarbeiter, die sich dann wirklich aufgrund ihrer Qualifikation damit beschäftigen.

Vielleicht noch als letztes Stichwort: Föderalismus. Wir haben uns damit in der Vergangenheit schon beschäftigt und haben ganz einfach festgestellt, dass sich einzelne Länder z. B. eigene Gedanken darüber machen, wie sie kritische Infrastruktur definieren. Das mag dann ein bisschen abweichen von dem, was der Bund, die Bundesnetzagentur oder das BSI als kritische Infrastruktur sieht, doch dann kommt auf einmal das Thema Meldepflichten: „Na ja, wenn da aber irgendetwas ist, wenn da irgendein Mobilfunkstandort ausfällt, dann müsst ihr das der freiwilligen Feuerwehr

– 35 –

melden!“, mag dann in irgendeiner Verordnung drinstehen. Spätestens durch so etwas – unterschiedliche Definitionen von kritischer Infrastruktur oder auch von Meldepflichten – macht uns der Föderalismus das Arbeiten schwer, weil wir dann nach unterschiedlichen Kriterien wiederum für unterschiedliche Adressaten arbeiten müssen.

Sv. Herr Sachgau: Ich werde jetzt versuchen, das ein bisschen kürzer zu fassen und auf Punkte, die quasi gleich sind, nicht noch einmal redundant einzugehen.

Ich fange mit der Glasfaserkabeldurchtrennung an, um es mit einem langen Wort zu beschreiben, weil ich glaube, dass das tatsächlich relevant ist. Wir müssen da zwei Fälle unterscheiden. Zum einen gibt es den Fall, der eintrat, als auch der Flughafen Frankfurt betroffen war. Das war tatsächlich ein Arbeitsfehler. Um kurz zu erläutern, wie das vom Prinzip her abläuft: Wenn irgendwo Baggerarbeiten stattfinden, dann müssen die Unternehmen, die diese Baggerarbeiten durchführen, eine Auskunft einholen. Sie erhalten dann die Information, wo diese Kabel liegen. Anschließend können sie baggern, und zwar so, dass die Kabel nicht getroffen werden. Wo hier der Arbeitsfehler war, kann ich Ihnen nicht sagen. Ob die Auskunft nicht eingeholt wurde oder ob sie falsch interpretiert wurde, das entzieht sich meiner Kenntnis. Aber das ist quasi der eine Fall, der passieren kann. Ich sage einmal: Arbeitsfehler kann man am Ende des Tages natürlich nicht zu 100 % ausschließen – so etwas passiert. Aber der Prozess ist vorhanden, um das möglichst zu verhindern.

Das andere Szenario ist ein Anschlagsszenario: Jemand versucht absichtlich, an diese Kabel heranzukommen und sie zu durchtrennen. Da haben wir zwei Aspekte, die wir einfach betrachten müssen. Zum einen: Wir können diese Kabel nicht über die ganze Strecke komplett schützen. Das ist technisch nicht möglich, und auch hoheitlich können wir das zwangsläufig gar nicht. Also muss man sich darüber im Klaren sein, dass das ein gewisses Risiko birgt.

Der zweite Punkt: Es entsteht natürlich ein gewisser Konflikt, weil wir auf der anderen Seite auch Transparenzpflichten haben. Das heißt, Informationen, was kritische Infrastruktur angeht, sind teilweise sehr leicht verfügbar, weil wir natürlich auch die Wettbewerbsfähigkeit aus der Regulierungssicht sicherstellen wollen. Das heißt, wir haben hier tatsächlich einen Interessenwiderspruch, mit dem wir immer konfrontiert werden. Auf der einen Seite müssen wir Informationen eigentlich vertraulich halten, auf der anderen Seite aber geben die Transparenzpflichten durchaus so viele Informationen preis, dass sie Rückschlüsse zulassen und dass da andere Möglichkeiten bestehen. Da ergeht tatsächlich noch einmal der Appell an die Politik, sich darüber Gedanken zu machen, wo man da idealerweise die Grenze setzt.

Ich komme zum Thema Ansprechpartner, zum Innenministerium: Was Baden-Württemberg angeht, haben wir einen sehr guten Kontakt. Wir pflegen den Kontakt grundsätzlich zu allen Bundesländern, dieser ist aber tatsächlich, wie Herr Harzheim schon sagte, in unterschiedlicher Art und Weise ausgeprägt – inwiefern man Ansprechpartner hat. Das ist uns auch für die Krisensituation wichtig.

– 36 –

Das wird, wenn man auf die Landkreisebene heruntergeht, natürlich wieder ein Stück weit komplizierter. Dafür haben wir aber sozusagen im Umkehrschluss dafür gesorgt, dass wir uns mit einer Behördenhotline ansprechbar machen. Wir haben eine Hotline, diese haben auch viele Polizeidienststellen bis hinunter zu Feuerwehren, aber auch Landkreise und Bundesländer. Damit haben sie die Möglichkeit, andersherum in einer entsprechenden Situation Kontakt mit uns aufzunehmen. Das ist ganz gut, weil wir damit in beide Richtungen sicherstellen können, dass ein Kontakt überhaupt möglich ist, auch von deren Seite, wenn Bedarf besteht. Das haben wir sichergestellt.

Ansonsten kam noch die Frage zum Austausch mit Netzbetreibern; das hat Herr Harzheim gerade kurz erläutert. In der Krisensituation funktioniert das; das ist auch notwendig. Das Ahrtal war dafür ein Superbeispiel – ein schlechtes Beispiel natürlich, weil wir uns das nicht wünschen, aber in einer solchen Situation ist es möglich, sich auszutauschen und zu schauen, wie man Kräfte an der einen oder anderen Stelle bündeln kann, um das Problem möglichst schnell zu lösen. Das ist absolut wichtig.

Krisenstab, Notfallstab: Darauf will ich nur ganz kurz eingehen. Das ist bei uns ganz genauso strukturiert. Kaskadierend in den verschiedenen Ebenen der Einheiten des Konzerns gibt es Notfallverantwortliche, Notfall- und Krisenstäbe. Die Menschen sind entsprechend geschult. Wir machen regelmäßig neben den Schulungen auch Übungen, um zu sensibilisieren und zu proben. Das geht sogar so weit, dass wir tatsächlich – das machen wir sogar international, einmal im Jahr – alle Notfallstäbe einmal alarmieren, um einfach zu schauen: Funktioniert das?

Ganz wichtig ist auch, dass wir mit den Krisenstabsverantwortlichen oder Notfallstabsverantwortlichen – das sind relativ viele – tatsächlich mindestens einmal im Jahr in Kontakt kommen und diese Alarmierung auch für einen Austausch nutzen. Es ist wichtig, dass dieses interne Netzwerk funktioniert. Man muss sich nicht nur extern, sondern auch intern kennen, um einen Notfall oder eine Krise gut bewältigen zu können.

Föderalismus: Das ist vom Prinzip her von Herrn Harzheim erläutert worden. Dazu möchte ich Ihnen noch ein kurzes Beispiel aus einem anderen Bundesland geben. Dort war es so, dass es tatsächlich die Regelung gab, dass es bis auf Landkreisebene heruntergebrochen wurde; es gab die Anforderung, dass jeder Landkreis bei einer Störung eine Meldung haben wollte. Nun muss man sich überlegen: Wir haben in Deutschland, glaube ich, um die 440 Landkreise. Wenn da vom Prinzip her jeder das so machen würde – das ist jetzt ein Extrembeispiel –, ließe sich das für uns gar nicht handhaben. Der Aufwand ist relativ groß, dem Folge zu leisten und das so herunterzukaskadieren.

Ich glaube, wir müssen sehen: Auf welcher Ebene findet ein Notfall statt? Wenn dieser jetzt z. B. nur ein Bundesland betrifft, dann ist natürlich klar, dass wir direkt den Kontakt aufnehmen, und wir tun das auch. Wenn es nur einen Landkreis betrifft,

– 37 –

kann man auch den direkten Kontakt pflegen. Wenn es aber übergreifend ist, dann müssen wir sehen, dass wir das Ganze in der Kommunikation und auch in den Anforderungen zentralisieren und schauen, dass wir quasi eine Einstiegsstelle haben, aber dann in dem ganzen Konstrukt dafür sorgen, dass die Informationen kaskadierend in die verschiedenen Ebenen des Föderalismus heruntergehen.

Ein Ergebnis wäre tatsächlich – das unterstützen wir auch –, wenn es ein gemeinsames Lagezentrum geben würde, wo man schauen kann: Mit welcher Konstellation kann man idealerweise sicherstellen, dass Informationen tatsächlich die richtigen Ebenen erreichen und dass daraus auch Maßnahmen abgeleitet werden können? Das ist wirklich ganz, ganz wichtig. Ich glaube, wir müssen uns da schlichtweg optimieren, was dies angeht. Der Föderalismus macht es ein bisschen schwierig. Uns ist klar, dass jede Ebene ihr Mandat und ihre Verantwortlichkeiten hat. Aber wenn wir von oben daraufschauen, ist es ganz wichtig, sich zu überlegen: Wie können wir das optimieren und uns quasi als Ganzes sehen?

So weit erst einmal zur Beantwortung der Fragen von meiner Seite.

Sv. Herr Marschall: Guten Tag, meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst bedanken für die Gelegenheit, Ihre Fragen beantworten zu können, und würde jetzt das, was meine Vorredner schon ausgeführt haben, noch ergänzen.

Es wurde die Frage gestellt: Welche gesetzlichen Regelungen sind notwendig, und welchen Inhalt sollten diese Regelungen haben? Dazu ist heute schon einiges von den Vorrednern ausgeführt worden. Wichtig ist, dass alle Beteiligten, die in einer Krise helfen, ihre Rolle wahrnehmen; denn – auch das ist gesagt worden – nur zusammen kann eine Krise schnell und sicher bewältigt werden. Es gibt keine Einzellösungen, es gibt auch keine einzelnen Verantwortlichen.

Das Bundesrecht sieht vor, ausgehend von einem risikobasierten Ansatz Verpflichtungen dort zu sehen, wo das Schadenrisiko am höchsten ist. Das heißt, geht es um kritische Infrastrukturen – gemäß Bundesrecht –, sind die Betreiber kritischer Infrastruktur zunächst verpflichtet, ihre Services sicher zu halten und ihre Infrastruktur zu schützen. Da muss im Wesentlichen auch die Verantwortung erst einmal liegen. So, wie Herr Sachgau gesagt hat, hat jeder in diesem Bereich seine Kernkompetenz, die er ausschöpfen muss.

Ein hundertprozentiges Maß an Sicherheit ist aber nicht zu gewährleisten, weswegen dieser restliche verbleibende Gap dann von allen mitgetragen werden muss. In dem Beispiel war es so: Wenn die Energie ausfällt, dann versucht eben der Kunde, die letzten 10 % oder 5 % Risikowahrscheinlichkeit mit eigener Vorsorge irgendwie abzufedern.

– 38 –

Was ist dann im Einzelfall zu regeln? Man kann nicht jeden Einzelfall regeln – das ist auch schon deutlich geworden –, sondern in erster Linie geht es darum, Verantwortlichkeiten und Prozesse zu regeln, sodass in einem Krisenfall dann dieser Fall abgearbeitet werden kann wie in einem Uhrwerk. Man versucht das, was technische Voraussetzungen angeht, über Standardisierungen abzufedern. Das heißt, auch wir, die Deutsche Telekom AG, werden täglich mehrfach angegriffen und wehren diese Angriffe eben über Standardprozesse ab, ohne in einen Risikobereich hineinzukommen. Insofern muss sehr viel standardisiert werden und prozessual im Vorhinein schon geregelt sein.

Es muss aber auch die Flexibilität erhalten bleiben, in der Krise auf unerwartete Situationen adäquat reagieren zu können und Maßnahmen herleiten zu können, die das Risiko abfedern können oder die den Schadensvorgang beseitigen.

Wichtig dabei ist, dass wir als global agierendes Unternehmen zumindest grenzüberschreitend im deutschen und auch im europäischen Raum möglichst einheitliche Regelungen haben. Sie können sich vorstellen: Wenn wir im Bereich der Coronaschutzverordnungen sehr viele unterschiedliche Anforderungen über auch noch unterschiedliche Zeiträume zu erfüllen haben, erschwert das eher die Bewältigung der Krisensituation, was die Koordination angeht. Insofern wäre wünschenswert, dass wir Vorgaben haben, die bundeseinheitlich oder sogar europaeinheitlich sind, weil die geografischen Grenzen eben nicht mit den Netzgrenzen übereinstimmen.

Zum Thema Verantwortung: Die Verantwortung muss eigentlich bei demjenigen liegen, der die zu schützenden Assets, die zu schützenden Interessen wahrnimmt. Nur der kann die Risiken nämlich genau einschätzen und die präventiven sowie dann auch die reaktiven Maßnahmen treffen. Notfalls muss er das mit professioneller Unterstützung tun, aber auch dieser Punkt ist heute schon angesprochen worden.

Dann möchte ich gern noch einmal auf das Thema „Ausländische Hersteller“ eingehen. Herr Harzheim hat schon ausgeführt, dass das Bundesrecht da Regelungen vorsieht. Hier kann man grob unterscheiden: Zum einen betrifft das den Prozess, in dem Komponenten technisch überprüft werden – auf Vektoren, auf ihre Funktionalität, ihre Sicherheit, Ausfallsicherheit. Da hat die Bundesregierung in den letzten Jahren die Anforderungen stark angezogen; das ist das eine. Es finden also technische Überprüfungen statt, es werden Zertifikate vergeben, es dürfen auch bestimmte kritische Komponenten nur noch bei Vorlage eines entsprechenden Zertifikats, mit dem bestandene Sicherheitsüberprüfungen dokumentiert werden, eingesetzt werden. Wir haben eine Anzeigepflicht, das heißt, die Bundesregierung selbst verschafft sich ein Bild darüber, wo welche Komponenten von welchem Hersteller mit welcher Funktion eingebaut werden, und hat damit Transparenz über die Einbausituation. Das ist das eine.

Neben diesen technischen Aspekten wird eine Bewertung der Vertrauenswürdigkeit von Herstellern durchgeführt. Das ist der Punkt, den Sie angesprochen haben, und

– 39 –

dieser betrifft eine politische Dimension, die wir als Netzbetreiber aufgrund fehlender Informationen aber schlechterdings nicht bewerten können. Er sieht in der Bundesrepublik Deutschland auch das Reglement vor, dass es Aufgabe der Bundesrepublik ist, einzuschätzen, ob Hersteller diese Vertrauenswürdigkeit aufweisen oder nicht. Die Regelungen sind erst einmal – auch das ist gesagt worden – herstellernerneutral ausgestellt. Wir, die Netzbetreiber, verfolgen diesen risikobasierten Ansatz und stehen zu diesem Thema in engem Austausch mit der Bundesbehörde.

Wenn man da über Änderungen nachdenkt, muss man diese vielschichtigen Dimensionen im Blick haben: zum einen die Kosten, die ein solcher Austausch mit sich bringen würde, zum anderen aber auch den Zeitraum, über den ein Austausch überhaupt realisiert werden könnte. Das ist nichts, was man innerhalb kurzer Zeit hinbekommt, sondern das dauert.

Stichwort Abhängigkeit: Das haben wir nicht nur in diesem Bereich, wir haben das auch im Bereich Energieversorgung, im Bereich von Endgeräten, im Bereich der Nahrungsmittel. Das trifft da ganz genauso zu. Das heißt, man muss dann auch erst einmal Alternativen haben, wenn man zu anderen Herstellern wechseln möchte. Insofern muss dieser Schritt wohlüberlegt sein, muss eine Abwägung vorgenommen werden zwischen einer Bedrohungslage, die dann bewertet werden muss, und den Auswirkungen, die das auf die Bundesrepublik haben kann.

Sv. Frau Griebisch: Also: Wie lief der Vorfall ab? Zunächst wurde der Vorfall tatsächlich nicht bemerkt; wir gehen von einer Phishingattacke Monate vorher aus. Das heißt, die Verschlüsselung wurde offenbar im Juli 2021 – wir gehen von einer Phishingkampagne im November des Vorjahres aus – mit der Frage: „Wollen Sie Ihr Postfach vergrößern?“ gestartet. Eine Mitarbeiterin hat dort ihre Zugangsdaten eingegeben. Wir waren sehr schnell dabei, die Technik abzuschalten. Wir haben aber natürlich auch gemerkt, dass wir Probleme hatten, alle Mitarbeiter sofort zu erreichen. Dann hatten wir auch sehr stark mit dem Vollzugsdefizit zu kämpfen, das heißt, es gab tatsächlich Mitarbeiter, die gesagt haben: „Gut, dann arbeite ich eben zu Hause weiter, fahre den Rechner noch mal hoch, nehme mir die Daten auf dem Memorystick mit nach Hause und arbeite dort weiter.“ Das ist ein Riesenproblem. Wenn ich die Mitarbeiter nicht erreiche und natürlich auch nicht die private Nummer von ihnen habe, wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Außendienst sind, dann ist das problematisch.

Was wir auch gemerkt haben: Wir wurden sehr schnell von den Netzen, also den Netzen des Landes und den Netzen des Bundes, getrennt – nicht nur getrennt, sondern die Zertifikate wurden gelöscht. Man hat keine eigene Trennung herbeigeführt, sondern wurde aus den Netzen herausgeschmissen, könnte man sagen.

Wie es dann weiterging: Wir hatten einen Notbetrieb; der war innerhalb von zwei Wochen an den Start gebracht. Das heißt, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten dann Hotspots, mit denen sie gearbeitet haben. Es gab über Monate keinen Zu-

– 40 –

gang zum Internet. Das heißt, Hotspots wurden genutzt, wobei man dann auch so kleine Anekdoten merkte. Wenn das Windows-Update kommt, ist das Volumen natürlich aufgebraucht. Insofern sind das durchaus auch die „Lessons Learned“.

Im Endeffekt war der Wiederanlauf – also die erstmalige Inbetriebnahme von priorisierten Fachverfahren in einer Zwischeninfrastruktur, mit Daten, die dort erfasst wurden, mit Daten, die später wieder in die Zielfrastruktur migriert werden mussten – wahnsinnig aufwendig.

Was sehr gut lief, waren tatsächlich die Amtshilfeersuchen, sowohl die Auslagerung von Leistungen in andere Kommunen, aber eben auch die Unterstützung des Landes, auch eine dauerhafte Unterstützung des Landes, sowie eine kurzzeitige Unterstützung des BSI, die dann auch dranblieben. Auch Anhalt-Bitterfeld hat einen Vorstoß gemacht und die Bundeswehr involviert, die mit technischer Amtshilfe eine wahnsinnige Unterstützung war für die Behörde.

Was würden wir so nicht mehr machen? Tatsächlich hatten wir schlechte On- und Offboardingprozesse; insbesondere die Offboardingprozesse waren problematisch. Man hat als IT-Abteilung also nicht unbedingt mitbekommen, wenn Mitarbeiter das Haus verlassen, was dann natürlich auch dazu führte, dass, wenn man sich sein kompromittiertes Active Directory angesehen hat, man hier eine Abweichung von 10 % hatte, die dann nicht wiederangelegt wurden.

Wir hatten zu viele Rechte für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zu viele Admins, zu viele Rechte auch für Admins. Wir hatten Abweichungen bzw. Aufweichungen von Sicherheitsrichtlinien, wann immer sich jemand gemeldet hat: „Hier, ich muss diese Webseite besuchen, ich muss jenes machen, ich muss da etwas installieren.“

Geografisch ist das nicht immer ganz gut abgebildet. Das heißt, man hätte Wege von einer Dreiviertelstunde in Kauf nehmen müssen, um eine kleine Software, ein Tool oder irgendetwas zu installieren. Also hat man den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Rechte freigegeben, was so nicht sinnvoll war.

Tatsächlich war das am Anfang unkoordinierte Vorgehen Gift für eine Forensik. Das heißt, all die Informationen, die man in diesem Moment hätte erfahren können, waren dann unwiederbringlich verschwunden.

Zu welchen technischen Maßnahmen würden wir heute greifen? Tatsächlich sind die USB-Ports nicht wieder freigeschaltet worden. Also, im besten Fall schützt man Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor sich selbst.

Die Frage, die immer wieder kommt: Hätten wir das Lösegeld zahlen sollen? Nein, hätten wir nicht. Das würden wir heute auch nicht anders machen.

– 41 –

Zur Frage, ob Cybersicherheit stark vernachlässigt wurde: Was kann man tun, damit Beschäftigte eine bessere Awareness haben, besser sensibilisiert sind? Ich glaube, die Mitarbeiter sind durchaus sensibilisiert. Um es mal ganz ketzerisch zu sagen – das soll mir bitte nicht negativ ausgelegt werden –: Wenn Sie herausstellen, dass Unternehmen darauf mehr achten: Unternehmen stehen mit dem Rücken zur Wand. Die gehen in die Insolvenz, wenn sie einen solchen Vorfall dieser Art, in dieser Ausprägung haben. Einer öffentlichen Verwaltung wird das nicht passieren, allerdings fehlen die Mittel im Budget für Digitalisierung, für OZG, für welche Umsetzung auch immer.

Wir hatten einen Schaden – ich sage jetzt Schaden; wir mussten zwangsweise investieren – in Höhe von etwa 2 Millionen €. Das ist höher als die Lösegeldsumme, hat andererseits aber dafür gesorgt, dass endlich ein entsprechendes Sicherheitsniveau erreicht wurde. Auf der anderen Seite: Die stetigen Maßnahmen – sofortige Isolierung, viel restriktiveres Arbeiten – führen natürlich dazu, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein sehr viel engeres Korsett in ihrer Tätigkeit haben. Sie haben auch gemerkt, dass sie mehr Aufwand haben. Die Daten in einer Zwischeninfrastruktur zu haben, Daten, die normalerweise in der E-Akte sind, erst einmal analog zu schreiben, Briefe und Bescheide über mehrere Umwege drucken zu müssen, das führt dazu, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diese Situation nicht mehr kommen wollen. Vielmehr sind sie durchaus gewahr geworden, wie digitalisiert die öffentliche Verwaltung schon ist und wie gut die Kommunikation zwischen den einzelnen Häusern funktioniert hat. Im Endeffekt führt das natürlich auch dazu: Wenn man einen Datenverlust hatte, merkt man sehr schnell, dass man tatsächlich die Integrität der Daten hinterfragt: Arbeite ich mit den „richtigen“ Daten meiner Bürger? Kann ich diesen Daten vertrauen? Kann ich diesem Prozess vertrauen? Da sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchaus sensibler geworden.

Genau, das soll es von mir erst einmal gewesen sein.

Sv. Herr Rosanowski: Thema Sub-KRITIS: Wie gehen wir mit diesen Unternehmen um? Vielleicht vor die Klammer gezogen: Wir lassen niemanden im Regen stehen. Wenn jemand ein Cybersicherheitsproblem hat, einen Cyberangriff hat, dann helfen wir, wenn wir können und dürfen. Die Frage ist: Wie groß ist der Umfang unserer Hilfeleistung?

Da stellt sich dann zunächst einmal die Frage: Um welches Unternehmen geht es eigentlich? Das sind ja in der Regel KRITIS-Unternehmen. Wem gehört das Unternehmen? Wenn das Unternehmen ganz überwiegend in öffentlicher Hand ist, dann dürfen wir da im Grunde relativ umfänglich helfen; gar kein Problem. Wenn es ein rein privates Unternehmen ist – ich greife jetzt einfach mal ein Beispiel heraus: eine kleine Privatklinik –, dann sind uns die Hände sehr stark gebunden. Da können wir nur ein bisschen beraten, ein bisschen unterstützen, mit Checklisten, mit: „Was kann man tun? Wer hilft mir jetzt weiter?“. Wir geben natürlich auch Listen weiter mit Un-

– 42 –

ternehmen, die sich mit solchen Sicherheitsvorfällen auskennen. Dann muss sich das betroffene Unternehmen aber natürlich selbst darum kümmern.

Ich hoffe, und das ist ein bisschen in die Zukunft gerichtet, dass sich durch die Umsetzung der NIS-2-Richtlinie in nationales Recht – dies weitet den Scope der KRITIS-Unternehmen stark aus – die Situation ein bisschen bereinigt. Das wird dann für ein höheres Sicherheitsniveau auch bei den Kleinen sorgen, weil diese schon etwas machen müssen.

Vom Know-how her sind wir in der CSBW im Grunde auch nicht, muss ich ganz ehrlich zugeben, darauf ausgerichtet, alle KRITIS-Sektoren in der Tiefe, mit all den Detailvorschriften, die es gibt – Wasserversorgung, Müll, Verkehr; diese Liste kann man nahezu unendlich fortsetzen, da gibt es einen Haufen Detailvorschriften – zu kennen. Deshalb ist das zentral im Bund. – Dies zum Thema Sub-KRITIS. Aber, wie gesagt, wir lassen niemanden im Regen stehen.

Thema Kommunen: Da bieten wir schon ziemlich viel an bzw. – das ist jetzt ein bisschen ein Versprechen in die Zukunft – werden wir im Laufe des Jahres noch einiges anbieten. Worum geht es? Wir wollen in Abstimmung mit den kommunalen Landesverbänden und mit der Komm.ONE eine Basisberatung anbieten, um einen Basischutz in den Kommunen zu installieren. Das ist ein größeres Unterfangen, denn das sind ja nicht so ganz wenige. Das schafft die CSBW natürlich auch nicht allein, wir brauchen dazu Multiplikatoren. An einem Konzept arbeiten wir.

Dann kommen natürlich auch die Kommunen auf alle Fälle in den Genuss aller Produkte, die wir im Bereich „Schulung und Sensibilisierung“ anbieten, bis hin zu unserem Cybersicherheitsgame, den Handlungstrainings, den Übungen und dergleichen mehr.

Es wird, wie gesagt, auch das Thema Mindestsicherheitsstandards aufgearbeitet werden. Wie kommen wir dahin, wo wir sie alle haben wollen? Was sind die Standards, die wir uns so vorstellen? Welche Services können wir dann gegebenenfalls anbieten? Was muss umgesetzt werden?

Natürlich geht es auch um das Thema Vorfallsmanagement, also: Wie sieht ein Muster-IT-Notfallplan für eine Kommune aus? Solche Dinge sind in Arbeit. Natürlich geht das alles nicht von heute auf morgen, sondern braucht ein bisschen Zeit.

Was die Bindung der Kommunen angeht, hoffe ich – Sie sehen schon: ich setze viel Hoffnung in die NIS-2-Richtlinie – auf die Umsetzung der NIS-2-Richtlinie. Wenn es im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens in Deutschland gelingt, den Geltungsbereich auf den öffentlichen Bereich auszuweiten und damit auch auf den kommunalen Bereich, dann, glaube ich, sind wir einen großen Schritt weiter, weil wir dann festgeschriebene Standards haben. Das würde uns schon ein bisschen weiterbringen.

– 43 –

Digitale Souveränität: Sie hatten den souveränen Büro-Client angesprochen. Ich wilde jetzt ein bisschen in fremdem Terrain, weil die CSBW eigentlich nicht für dieses Themenfeld zuständig ist, das gehört zur BITBW und in die Abteilung V des Innenministeriums; dort gibt es Menschen, die sich in der Tiefe mit dem Thema auskennen und damit befassen. Ich habe nur rudimentäre Kenntnisse über diese Aspekte. Es ist wichtig, sich mit solchen Themen auseinanderzusetzen, ist aber nicht unproblematisch und löst, glaube ich, auch nicht alle Problemstellungen, die wir haben, ad hoc.

Denn in dem Moment, in dem ich mich mit Open-Source-Software befasse und mehr oder weniger meinen Büroarbeitsplatz nahezu vollständig über Open-Source-Software gestalte und ausstatte, habe ich natürlich ein entsprechendes Problem mit der Aktualisierung. Dann muss es irgendjemanden geben, der sich kümmert, der den Client dann auf Trab hält. Ferner muss ich ein Stück weit darauf vertrauen, dass die Open-Source-Software, die ich einsetze, auch wirklich sicher ist. Ich hatte es vorhin angesprochen: Log4j, das Open-Source-Produkt, hat durch seine Schwachstelle die ganze Welt kurz mal in ein Chaos gestürzt, über ein paar Wochen hinweg. Das ist also ein wichtiger Punkt, aber auch nicht unproblematisch.

Gesundheit und Cybersicherheit: Ja, es gibt ein erhöhtes Risiko; das ist ganz klar. Das ist im Grunde bei allen Digitalisierungsprozessen der Fall. Je größer ich den Bereich mache, in dem ich digitalisiere, umso größer ist meine Angriffsfläche, und je größer die Angriffsfläche, umso größer das Risiko – grundsätzlich. Gleichwohl, glaube ich, führt daran kein Weg vorbei. Man darf sich von den Risiken, die es gibt, nicht abschrecken lassen. Man muss eher in die Sicherheit und in die Resilienz der Systeme investieren.

Vielleicht ein Beispiel: Estland gilt ja als das Musterland, was Digitalisierung angeht. Ich habe einmal irgendwo gelesen, dass 90 % der Verwaltungsabläufe dort digitalisiert sind. Dort ist man sehr, sehr, sehr weit voraus. Das ist ein kleines Land, da kann man das alles vielleicht viel besser machen als bei uns, das glaube ich schon. Aber vielleicht kann man davon auch ein bisschen lernen, wie die Dinge funktionieren können und wie man versucht, gemeinsame Standards einzuziehen. Dann bekommt man das, glaube ich, hin.

Vorsitzender Alexander Salomon: Damit sind wir am Ende der ersten Frage- und Antwortrunde. – Mir liegen aber noch Wortmeldungen von Herrn Krüger, Frau Abg. Staab sowie Herrn Rack vor. – Bitte, Herr Krüger.

Marco Krüger, externes Mitglied: Vielen lieben Dank, Herr Vorsitzender. – Danke für die vier interessanten Vorträge. Ich habe in der Tat noch zwei kurze Fragen an die Vertreterinnen und Vertreter der Telekommunikationsunternehmen.

Einerseits ist das die Frage: Wie oft wird denn geübt? Damit zusammenhängend noch die Frage: Wie changieren Sie das? Ich meine, üben kostet Geld, Redundanzen kosten Geld. Das ist für ein Unternehmen nicht ganz so einfach zu handhaben.

– 44 –

Ist das leichter oder schwerer geworden für Sie in der letzten Zeit, auch angesichts der weltpolitischen Lage, in Ihren jeweiligen Konzernen darauf hinzuweisen, dass Unternehmenssicherheit wichtig ist?

Herr Sachgau, weil Sie Überbrückungsszenarien und den Punkt der Funktionalität in Ihrem Konzern angesprochen haben: Wie sehen solche Überbrückungsszenarien denn typischerweise aus? Ich kann mir vorstellen, dass man infrastrukturell irgendwo eine zweite Leitung haben kann. Aber gerade wenn es darum geht, dass man vielleicht in der Organisation einzelne Elemente und einzelne Organisationseinheiten ersetzen muss oder umschiffen muss: Gibt es für so etwas Pläne – für komplexere Übungen, als vielleicht einfach Kabel zu verlegen?

Noch eine Frage nach den Erfahrungen vom vorletzten Jahr aus dem Ahrtal: Da mussten Sie ja umfangreich mit allen möglichen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben zusammenarbeiten. Was waren dabei ganz konkrete Bedarfe, die Sie herausgefunden haben, wo Kooperation gut funktioniert hat? Oder wo hätten Sie sich als Konzerne gewünscht, dass Kooperation noch besser funktionieren könnte?

Abg. Christiane Staab CDU: Ich fühlte mich gerade zu einer Wortmeldung herausgefordert, die ich eigentlich gar nicht machen wollte. Herr Rosanowski, nachdem Sie eben die Komm.ONE angesprochen haben als Ihr Partner für die Lösung der Sicherheitsprobleme der Kommunen: Ich war zehn Jahre lang Bürgermeisterin. Wenn es schnell gehen sollte, haben wir uns – – Ich sage das jetzt nicht, wir tagen ja öffentlich. Aber wir gehen jetzt in ganz vielen Bereichen andere Wege, indem wir EfA-Lösungen – „Einer für Alle“ – favorisieren, weil es eben zu ganz vielen komplexen Themenstellungen durchaus schon Lösungsansätze gibt.

Wir haben von Frau Griebisch, die ja Expertin in einem anderen Bundesland ist, gehört: Da gibt es Ansätze, da ist man schon relativ weit gekommen. Meine Frage ist tatsächlich: Warum fangen wir jetzt an, mit der Komm.ONE über das Thema Cybersicherheit für die Verwaltungen nachzudenken, wenn es möglicherweise sogar schon Lösungen in anderen Bundesländern gibt? Ich brauche hier kein Alleinstellungsmerkmal für Baden-Württemberg, sondern wir brauchen schnell handhabbare Lösungen.

Wir haben Kommunen mit einer Größe ab 500 Einwohnern, in denen ein Bürgermeister mit einem Hauptamtsleiter allein ist. Da kann sich niemand wirklich hinsetzen und überlegen, wie man da jetzt Cybersicherheit entwirft.

Ich hatte im Rathaus der Stadt Walldorf jeden Tag 4 000 Attacken – Tag für Tag 4 000 Cyberattacken. Ich hatte eine extrem stark aufgestellte IT, die hat uns richtig viel Geld gekostet, hat uns aber an vielen Stellen echt den Hals gerettet.

– 45 –

Wir müssen hier schnell vorwärts kommen. Wir haben Kliniken, die angegriffen werden; wir haben Pflegeheime, die angegriffen werden. Da geht es jetzt einfach darum, dass wir in die Puschen kommen. Und wenn es da schon Lösungen in anderen Bundesländern gibt, wäre ich extrem dankbar, wenn wir hier nicht von vorne anfangen, sondern uns umsehen im Sinne einer Efa-Lösung: Was gibt es denn schon?

Oliver Rack, stellv. externes Mitglied: Mein erster Fragenblock geht an Herrn Rosanowski und Frau Griebisch, gerade noch einmal in Bezug auf Ressourcen. Sind Sie der Meinung, dass jetzt sowohl bei den Entscheidern als auch in der gesamten Bevölkerung das Thema Cybersicherheit wirklich angekommen ist? Oder haben wir eher so eine Situation wie auch in der Landesverteidigung, dass man plötzlich irgendwie dasteht und feststellt, dass man eigentlich relativ blank ist? Genauso auch im Bevölkerungsschutz. Was müsste noch getan werden, um in ein besseres Mindset zu kommen?

Dann zum Thema Bug-Bounty-Programm: Funktioniert das? Mit wem hat man es dann zu tun? Bug-Bounty-Programm, das heißt letztendlich, ein Kopfgeld auf Sicherheitslücken auszuschreiben. Letztlich ist es in diesem Bereich natürlich schon ähnlich wie bei Juristen: Wo das Geld ist, geht man hin, auch mit seiner Kompetenz im Bereich Cybersecurity – auch auf die dunkle Seite.

Dann würde mich interessieren, welche Rolle eine zivilgesellschaftliche Organisation wie der Chaos Computer Club spielt, der sehr stark ist in Deutschland, auch insgesamt für Cybersicherheit bzw. auch für das Bewusstsein.

Noch einmal: Weiße Flecken existieren in Baden-Württemberg immer noch im Mobilfunk, und zwar in nicht unerheblichem Umfang. Das ist in Sachen Kommunikation in Krisenfällen natürlich auch ein Thema – dies noch einmal gerichtet an die TK-Unternehmen.

Danke schön.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, auch im digitalen Raum nicht. – Dann würde ich jetzt einmal in umgekehrter Reihenfolge zunächst an Herrn Rosanowski das Wort weitergeben, damit das etwas gemischt ist.

Sv. Herr Rosanowski: Kommunen, Unterstützung von Kommunen sowie Regelungen und Standards: Da sind uns aktuell juristisch ein bisschen die Hände gebunden, sozusagen den Kommunen vorzuschreiben, was sie zu tun und zu lassen haben. Die Komm.ONE ist gegenwärtig eben ein zentraler IT-Serviceprovider für die Kommunen und ist deshalb bei uns natürlich in die Gespräche mit eingebunden. Ich glaube, das ist auch richtig so.

– 46 –

Wie die Zukunft irgendwann einmal aussehen wird, weiß ich nicht, aber im Grunde haben wir rechtlich aufgrund der kommunalen Selbstverwaltung aktuell ziemlich wenige Möglichkeiten, steuernd auf die Kommunen einzuwirken.

Das ist dann ein Stück weit vielleicht auch Sache der kommunalen Landesverbände, sich da zu engagieren und für Mehrheiten zu sorgen, die dann in eine bestimmte Richtung gehen. Das ist aus meiner Sicht eher ein politisch-juristisches Problem als ein technisch-fachliches.

Ressourcen: Ich spreche jetzt zunächst einmal nur für die Landesverwaltung oder für den öffentlichen Bereich in Baden-Württemberg. Ich glaube, wir sind in Baden-Württemberg relativ gut aufgestellt mit unserer Cybersicherheitsstruktur und mit unserer Sicherheitsarchitektur, so, wie wir sie haben. Andere Bundesländer sind davon Lichtjahre entfernt.

Eine Behörde wie die CSBW beispielsweise – und die NIS-2-Richtlinie fordert ja, dass es solche Behörden gibt – existiert in dieser Form, in der Ausprägung, wie wir sie in Baden-Württemberg haben, sonst nirgendwo. Es gibt vergleichbare Dinge in Bayern und in Hessen, aber das war es dann auch schon. Ich glaube, wir sind hier relativ gut unterwegs, aber wir müssen den Weg weitergehen. Wenn wir den Weg konsequent weitergehen wollen, dann braucht es Ressourcen. Da ist noch ein bisschen Luft nach oben, würde ich einmal sagen. – Das zum einen.

Mindset: Auch da glaube ich, dass schon ein gewisses Maß an Sensibilisierung, eine Awareness für das Thema Cybersicherheit bei den Beschäftigten in der Landesverwaltung vorhanden ist. Aber ich will es einmal so sagen: Wir haben erst neulich bei uns in der Behörde ein Handlungstraining mit den Mitarbeitenden gemacht, mit verschiedenen Tools, Tricks und Techniken. Wenn die Phishingmails richtig gut gemacht sind, dann sind sie superschwer zu erkennen. Dann können Sie nicht von allen Mitarbeitenden erwarten, dass sie das erkennen. Das ist einfach schwieriger geworden in dieser Zeit, aber ich glaube, eine Grundsensibilität ist schon da. Das heißt nicht, dass man nicht dauernd daran arbeiten muss, die Dinge zu verbessern.

Doch Sie haben immer ein grundsätzliches Problem, wenn es um das Thema IT-Sicherheit geht. Das ist, glaube ich, keine Frage des Mindsets, sondern eher eine Frage der Bequemlichkeit. Da spielen immer verschiedene Faktoren eine Rolle. Das eine ist die Usability, das andere die Sicherheit. Wenn Sie an der Sicherheitsschraube drehen, dann geht meistens die Usability nach unten. Das gefällt den Menschen nicht so sehr. Das ist eines der Probleme, die wir haben. Das fängt bei der Zwei-Faktor-Authentifizierung an: Wenn Sie einen zweiten Faktor brauchen, brauchen Sie etwas zusätzlich – ein Handy, einen Fingerabdruck, irgendetwas sonst. Das ist vielen dann schon zu viel, denn das muss man ja dann auch dabei haben, wenn man es benötigt.

– 47 –

Sv. Herr Sachgau: Ich gehe kurz auf die Fragen ein: Die erste Frage war zum Thema Üben und zu den Notfallstäben. Da hatten Sie aber auch die Technik mit ins Spiel gebracht. Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe.

Zum einen: Die Mitglieder in einem Notfall- oder Krisenstab werden ja nicht auf das Szenario eingeübt, sondern sie üben, in diesem Team Entscheidungen zu treffen. Die Mitarbeiter sind üblicherweise Manager, die zwar in einem Notfall- oder Krisenstab mitarbeiten, die in der Normalsituation jedoch eine ganz andere Aufgabe haben – aber schon fachbezogen. In der betreffenden Situation sind sie dann quasi Mitglied des Krisenstabs oder Notfallstabs.

Der Unterschied ist: Im normalen Leben treffen sie Entscheidungen, wenn sie alle Informationen haben. Im Krisenstab treffen sie Entscheidungen, wenn diese notwendig sind, auch dann, wenn sie nicht alle Informationen haben. Das müssen die Menschen in der Tat üben. Dafür finden mindestens einmal jährlich mit den Notfallstäben tatsächlich Übungen statt, damit sie in diesen anderen Modus hineinkommen und auch ihre Counterparts im Notfallstab kennen.

Was die Technik angeht: Da sind wir bei den Business-Continuity-Plänen. Es wurde ja schon die ISO 22301 angesprochen, nach der wir auch zertifiziert sind. Das ist ein Zyklus eines Business-Continuity-Management-Prozesses, der am Ende einfach vorsieht, dass ein Business-Continuity-Plan auch tatsächlich geübt wird. Das heißt, er muss auch einmal ausprobiert werden. Man muss schauen, ob diejenigen, die daran beteiligt sind, wissen, wie er auszuführen ist. Das wird tatsächlich auch geübt.

Wenn man dabei merkt, dass irgendetwas nicht passt oder nicht mehr funktioniert, weil sich Rahmenbedingungen geändert haben, dann wird er auch angepasst. Das ist ein regelmäßiger Prozess, der dafür sorgt, dass geschult wird und dass man überprüfen kann, ob das unter den Rahmenbedingungen noch funktioniert.

Dann wurde noch einmal nach dem Ahrtal gefragt. Im Ahrtal war es so: Prinzipiell lief es sehr gut, aber es hat eine Anlaufphase gebraucht. Die Ansprechpartner kannten sich zwar an der einen oder anderen Stelle persönlich, aber der Punkt war: Es gab keine Strukturen bzw. keine abgesprochenen Strukturen und Schnittstellen. Das hat dafür gesorgt, dass die Anlaufphase relativ lang war. Dadurch, dass Ansprechpartner schichtbedingt auch gewechselt haben, war das am Anfang sehr schwierig.

Das meinte ich zu Beginn: Ich glaube, man muss eine Struktur aufbauen, die dafür sorgt, dass man in einer solchen Situation, wenn sie entsteht, genau weiß, wer sich an welcher Stelle melden muss und Kontakt aufnehmen muss, damit das Ganze funktioniert. Man kennt sich, das Netzwerk ist da, das steht völlig außer Frage. Aber was wir brauchen, sind einfach auch die Strukturen – am besten vereinheitlicht –, damit man in der Situation richtig reagieren kann und sofort weiß, wie und an welcher Stelle man miteinander reden soll. Dann funktioniert das mit Sicherheit auch sehr gut.

– 48 –

Dann gab es von Ihnen noch eine Frage zur Kommunikation; da bin ich mir nicht ganz sicher, ob ich Sie richtig verstanden habe. Ging es um die Kommunikation nach außen?

(Oliver Rack, stellv. externes Mitglied: Ja, klar! Innerhalb der Bevölkerung oder halt eben von Entscheidern zur Bevölkerung über Mobilfunk, und wenn halt weiße Flecken da sind, dann ist da ja keine Netzabdeckung, da kann ja keine Kommunikation stattfinden!)

– Sie sprechen jetzt also quasi vom Thema Netzabdeckung?

(Oliver Rack, stellv. externes Mitglied: Vom ganz normalen Ausbau!)

– Ja, okay, der wird natürlich immer weiter vorangetrieben. Ich kann Ihnen da nun keine Zeitpläne oder Vorhaben nennen, da ich bei diesem Thema jetzt nicht ganz firm bin, muss ich zugeben. Aber am Ende des Tages ist es natürlich im Interesse aller – in unserem und im Interesse der Bevölkerung –, das weiter auszubauen. Das ist ganz klar das Ziel.

Sv. Frau Griebisch: Mindset und Ressourcen: Ich glaube, das Mindset ist tatsächlich, dass wir als öffentliche Verwaltung die Leistung unbedingt bereitstellen wollen. Das ist natürlich aufwendig über die Bypässe; auf der anderen Seite funktionieren in den meisten Fällen Stift und Papier – so, wie Verwaltung ursprünglich einmal funktioniert hat. Irgendwie kommt man an die Daten aus den elektronischen Akten, und die neuen Anträge funktionieren immer. Insofern: Die Verwaltung funktioniert. Es braucht nur sehr viel länger und ist unbefriedigend.

Von Bundesland zu Bundesland ist es unterschiedlich, welche Ressourcen bereitgestellt werden können. Sie müssen davon ausgehen, dass in den meisten Kommunen in Sachsen-Anhalt die Haushaltspläne erst einmal mit einem starken Minus gestrickt werden. Insofern sitzen die Ressourcen für die IT bei Weitem nicht locker. Wir wissen aber dennoch, dass wir uns neu organisieren müssen, anders aufstellen müssen. Das führt natürlich dazu, dass man dann eben auch andere Lösungen finden muss, und die sind durchaus sehr individuell.

Bug-Bounty-Programm: Ich verweise darauf, dass das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik diesen „Dialog für Cyber-Sicherheit“ aufgesetzt hat, im Zuge dessen zusammen mit der Zivilgesellschaft ein Workstream aufgesetzt wurde. Ein „Buntes Bug-Bounty“ – denn „Bundes-“ durfte man so nicht nutzen – wird tatsächlich aufgebaut und sicherlich gegen Ende des Jahres verfügbar sein. Die Preise sind – Ja, natürlich, es gibt immer wieder finanzielle Anreize, aber hier geht es tatsächlich darum – ob das ein T-Shirt, ob das ein kleiner Dank ist –, Haltung zu zeigen und Schwachstellen natürlich auch zu sammeln und darauf zu reagieren – und den Druck auch in Richtung Fachverfahrenshersteller auszuüben.

– 49 –

Chaos Computer Club: Dazu kann ich sagen, dass ich es in der aktuellen Position, in der ich bin – und so war es auch in der vorherigen Verwendung –, absolut sinnvoll finde, sich für die Community zu öffnen, aber auch den Erfahrungsaustausch und die Expertise zu suchen. Die Aussage war hier ganz klar: „Es hat die Gesellschaft getroffen – es hat eine/n von uns getroffen.“

Insofern kann ich sagen: Wir hatten in den ersten Tagen in Potsdam eine Rückmeldung, dass hier angeblich oder vielleicht noch verschiedene Systeme offen und erreichbar waren. Es kam sofort zu einem Kontakt, man hat sich ausgetauscht, und im nächsten Moment saß ein Kollege – wir können hier immer nur von Einzelakteuren sprechen – in den Gremien und konnte das revidieren, einfach, weil man sich zusammengesetzt hat und gemeinsam an einem Strang zieht. Das heißt, das ist Gesellschaft, es ist Gesellschaft, die sich organisiert, um solche Probleme eben auch gemeinsam mit den Verwaltungen anzugehen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Griebisch. – Auch wenn ich jetzt keine ganz direkte Frage an Herrn Harzheim vernommen habe, haben auch Sie noch einmal die Möglichkeit, ein Statement abzugeben, wenn Sie möchten.

Sv. Herr Harzheim: Ja, sehr gern. Drei Sachen habe ich mir aufgeschrieben, aber ich gebe mir Mühe, dass es nicht zu lang wird.

Wir hatten das Thema: Wie oft üben wir? Ja, wir üben unsere großen Szenarien auch einmal im Jahr. Das ist z. B. ein „Site lost“-Test. Wenn wir den ganzen Standort herunterfahren, dann tun wir das nur einmal im Jahr, das machen wir nicht öfter, weil die Technik uns sonst hasst – und das wollen wir natürlich nicht.

Aber es gibt durchaus abgespecktere Übungen, die man häufiger machen kann. Was wir z. B. sehr regelmäßig machen, ist, den zentralen Krisenstab einzuberufen. Da wird einfach der zentrale Krisenstab alarmiert, einmal monatlich, um zu schauen, ob alle ihre Mobilfunkkarten, die dafür vorgesehen sind, auch aktiv haben, ob sie sich dann an dem vereinbarten Ort virtuell treffen und nach kürzester Zeit einsatzbereit sind. Das kann man regelmäßig prüfen oder üben; das ist nicht mit so großem Aufwand verbunden. Es ist eine sehr wichtige Übung, denn wenn in der Krise der Anfang nicht klappt, dann wird es hintenraus umso schwieriger.

Wir hatten das Thema „Weiße Flecken“, bzw. zuerst war es das Thema „Zusammenarbeit in der Hochwasserkatastrophe“. Das geht jetzt gleich auch ein bisschen in Richtung weiße Flecken: Wir können in solch einer Krise, auch wenn es ein Notfall ist, nicht einfach irgendwo auf die Wiese einen großen Notfallcontainer hinstellen oder eine mobile Basisstation. Dazu müssen wir bestimmte Prozesse einhalten. Dann müssen auch bestimmte Genehmigungen erteilt werden. Das muss in diesem Fall nur vielleicht sehr schnell gehen, oder es gibt irgendwelche Ausnahmeprozesse, die dann greifen.

– 50 –

Da hatten wir in der Anfangsphase natürlich auch Anlaufprobleme, bis wir die Ansprechpartner hatten und bis diese Verfahren dann so beschleunigt werden konnten, dass eben schnell irgendwo etwas hingestellt werden kann. Ich habe es in meinem Vortrag gesagt: Das ist eben der Grund, warum auch die Ansprechpartner und die Kommunikation so extrem wichtig sind.

Weißer Flecken: Es ist sicherlich schon längst keine Frage mehr, ob wir irgendwo Mobilfunkabdeckung brauchen, sondern es ist nur noch die Frage, wie wir diese möglichst schnell dorthin bekommen. Das ist natürlich ein Team-Game, das da gemacht werden muss; da müssen wir alle zusammenarbeiten. Auch da brauchen wir natürlich die Standorte. Wir müssen Standorte bekommen, um dann letztendlich die weißen Flecken dementsprechend abzudecken. Das schaffen wir tatsächlich nur, wenn wir das zusammen angehen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Harzheim. – Ich danke Ihnen, Herr Harzheim, Herr Sachgau, Herr Marschall, Frau Griebisch und Herr Rosanowski, dass Sie uns Rede und Antwort gestanden haben und dass Sie uns Informationen gegeben haben.

Wir danken Ihnen auch vielmals, wenn Sie uns im weiteren Verlauf – wir werden noch ungefähr ein Jahr tagen und dann die Handlungsempfehlungen niederschreiben, die wir aus den Erkenntnissen ziehen werden – über weitere Erkenntnisse Ihrerseits oder über Hinweise informieren möchten. Das ist immer gern gesehen. Ansonsten vielen Dank an Sie. Sie dürfen gern noch hierbleiben, können aber natürlich auch Ihrer Arbeit weiter nachgehen am heutigen Tag. – Vielleicht noch einen kleinen Applaus an unsere Referenten.

(Beifall)

Wir gehen jetzt gleich in die nächste Runde und fahren fort mit Herrn Thorsten Krenz, Konzernbevollmächtigter der Deutschen Bahn AG für das Land Baden-Württemberg, und Herrn Toralf Westphal, zuständig für die Konzernsicherheit der Deutschen Bahn AG. Sie halten einen gemeinsamen Vortrag und haben insgesamt 20 Minuten Zeit. – Bitte sehr.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Krenz: Ganz herzlichen Dank für die Einladung und dafür, dass wir in der Enquetekommission auch das Thema Schiene mit vorstellen können. Herr Salomon hat mich schon vorgestellt; mein Name ist Thorsten Krenz, ich bin der Konzernbevollmächtigte der Deutschen Bahn für das Bundesland Baden-Württemberg. Mit dabei ist auch Toralf Westphal aus Berlin, der das Sicherheitszentrum leitet und auch das globale Krisenmanagement, die zivile Verteidigung. Wir haben uns ein bisschen aufgeteilt; im Laufe dieses Vortrags werden wir kurz durchwechseln, sogar zweimal,

– 51 –

denn ich beginne hier kurz mit der Begrüßung, dann geht Herr Westphal auf ein paar Folien ein und anschließend komme ich noch einmal nach vorne und versuche, das Ganze zu ergänzen.

Wir werden es auch ein bisschen handfester machen, im Sinne von: Eisenbahninfrastruktur; das sind manchmal auch ganz banale Sachen. Da geht es auch um Hochwasserschutz, Vegetationspflege und viele andere Dinge, die auch dazu beitragen, dass wir in bestimmten Situationen die Infrastruktur funktionsfähig haben.

In Deutschland haben wir eine Gesamtgleislänge von 34 000 km. Wir haben über 5 400 Bahnhöfe. Wenn ich das einmal auf Baden-Württemberg herunterbreche, dann gibt es hier eine Gleislänge von 4 800 km und über 700 Bahnhöfe. Sie können sich vorstellen, dass die nicht rund um die Uhr überwacht werden können. In bestimmten Bereichen muss das natürlich stattfinden, aber diese Infrastruktur ist – wie heißt es so schön? – vulnerabel. Wir müssen sehr viel dafür tun, um diese Infrastruktur zu schützen, weil sie kritische Infrastruktur ist.

Auch in Krisenzeiten – das vielleicht noch am Anfang – war auf die Bahn immer Verlass. Ich weiß, Sie alle sind Bahnfahrerinnen und Bahnfahrer, und wenn es um das tägliche Fahren mit dem Zug oder im ÖPNV geht, dann gibt es auch immer mal wieder entsprechende Erlebnisse. Gleichwohl will ich schon auch sagen, dass wir in den großen Krisen, die wir in den letzten Jahren alle gemeinsam erlebt haben, wirklich ein zuverlässiger Partner waren. Das fängt bei der Flüchtlingskrise 2015 an und geht über die Pandemielage, in der wir den Betrieb aufrechterhalten haben: Sowohl im Personenverkehr als auch im Güterverkehr sind unsere Züge gefahren. Während in der Pandemie andere Verkehrsträger, insbesondere in Lockdownphasen, nicht mehr unterwegs waren, haben wir sichergestellt – im Fernverkehr, im Nahverkehr, aber auch im Güterverkehr –, dass Menschen und Waren von A nach B kamen.

Wir haben das auch akut noch einmal erlebt im Zusammenhang mit der Ukrainekrise, als wir nicht nur geholfen haben, Menschen aus der Ukraine zu evakuieren über die Schiene, sondern auch Waren- und Materialtransporte im Zusammenhang mit der Ukraine aufrechterhalten haben.

Mein Appell lautet: Die Eisenbahn funktioniert auch in der Krise. Unsere Aufgabe ist es, sie am Ende vor Krisensituationen zu schützen. Wir sind kritische Infrastruktur, wir sind Teil der Daseinsvorsorge. Es ist wichtig, dass wir funktionieren.

Wir wollen Ihnen heute einen kleinen Überblick darüber geben, was wir machen, um diese Infrastruktur am Laufen zu halten – in verschiedenen Teilbereichen, damit Sie einfach einmal einen Überblick haben. Am Ende würden wir dann – es ist ja Ziel und Aufgabe der Enquetekommission, Handlungsempfehlungen abzuleiten – aus unserer Erfahrung heraus vielleicht zwei, drei Punkte benennen, von denen wir uns vorstellen könnten, dass die Zusammenarbeit sogar besser funktionieren könnte, als das in der Vergangenheit der Fall war.

– 52 –

So weit zur Einleitung in unseren Vortrag. Ich würde dem Kollegen Westphal an dieser Stelle das Mikrofon überlassen, damit er die ersten Folien präsentieren kann. Ich übernehme dann für den zweiten Teil.

Sv. Herr Westphal: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! An dieser Stelle auch von mir noch einmal vielen Dank für die Einladung. Es ist das erste Mal, dass ich in einem Landtag an einem solchen Podium stehe; sehen Sie mir meine Aufgeregtheit etwas nach. Das ist schon etwas anderes, als wenn man in vielen, vielen Meetings innerhalb des Bahnkonzerns spricht.

Nichtsdestotrotz: Herr Krenz hat ja schon einiges erwähnt, was uns die letzten Monate, aber auch Jahre schon umgetrieben hat. Ich möchte voranstellen: Die Bahn ist weiterhin eines der sichersten Verkehrsmittel, und das soll sie auch bleiben. Dennoch haben wir aus der Vergangenheit heraus jetzt große Herausforderungen, denen wir uns natürlich stellen müssen.

Gerade in meinem Verantwortungsbereich, im Krisenmanagement, waren wir stark gefordert – genau aufgrund der Aspekte, die Herr Krenz gerade angeführt hat. Ob es die Pandemie war, ob es der Ukraine Konflikt ist, der daraus resultierende Energiemangel, die Klimabewegung, die Verkehrswende: All diese Themen sind für uns natürlich Riesenherausforderungen; denn am Ende des Tages zahlen sie ja natürlich auch auf das Gesamtkonstrukt – auf Qualität und Pünktlichkeit, Quantität, unseren Geschäftszweck – ein.

Die Gesellschaft hat sich verändert mit diesen Themen. Die Gesellschaft ist gewaltbereiter geworden. Wir haben viele fremde Kulturen in unserem Land. Diesen Herausforderungen müssen wir uns natürlich stellen. Während wir früher über Links- und Rechtsextremismus gesprochen und uns damit sehr intensiv beschäftigt haben, haben wir heute zum einen die Klimabewegung, die mit ihren Protesten und Gegenprotesten unterwegs ist, aber auch so banale Dinge wie den Fußballfanreiseverkehr, der uns wieder massiv beschäftigt – während der Pandemie etwas weniger, da war alles relativ entspannt; jetzt sieht die Welt anders aus.

Ich möchte Ihnen zum Stichwort „Kritische Infrastruktur“ kurz einige Zahlen mitbringen, damit Sie einen Überblick haben. Das sind die neuesten Zahlen, die jetzt auch gesichert sind, aus der Ereignisdatenbank unseres Konzerns, zum Thema „Gefährliche Eingriffe“. Nun muss man dazu wissen, dass bei uns im Konzern „gefährliche Eingriffe“ nicht so wie bei der Behörde – sprich: der Bundespolizei – gezählt werden, sondern wir verstehen darunter etwas mehr. Das sind alle schädigenden Ereignisse, die mit der Schiene zu tun haben.

Sie sehen gerade in der Langzeitbetrachtung, dass wir mit unseren Sicherheitskonzepten und Maßnahmen eigentlich sehr gut unterwegs waren in den letzten Jahren. Aber 2022 – und das zieht sich durch viele Deliktfelder bei der Bahn – wurden wir

– 53 –

wieder massiv geschädigt. Es gilt, das in der Zukunft wieder in eine andere Richtung zu bringen. Dazu brauchen wir natürlich entsprechende Maßnahmen.

Das Gleiche gilt für die Metalldiebstähle, die zum einen natürlich immer ein Stück weit abhängig sind vom Kupferpreis – ohne Frage. Sie sind auch davon abhängig, wie wir unsere Baustellen schützen. Es gibt Erfahrungswerte – die wir gerade während der Pandemie machen konnten, als der Buntmetalldiebstahl zwar nicht massiv zurückgegangen ist, aber zumindest stagnierte –, was das organisierte Verbrechen betrifft, aber auch hinsichtlich der Beschaffungskriminalität. Wir haben hier also die ganze Bandbreite, die das Thema Metalldiebstähle immer wieder abbildet.

Ich habe Ihnen das Ganze aber auch für Baden-Württemberg mitgebracht. Frohe Kunde: In Baden-Württemberg ist die Welt eigentlich noch in Ordnung, zumindest was diese beiden Themen betrifft. Gefährliche Eingriffe und vor allem Metalldiebstahl spielen hier eigentlich eine sehr untergeordnete Rolle. Trotzdem werden wir natürlich nicht müde, auch regionale und lokale Auswertungen dementsprechend weiterzufahren, um das immer im Auge zu behalten, damit es sich eben nicht irgendwann umkehrt.

Nun muss man fairerweise sagen: Anders als in der IT-Branche – wofür ich nun nicht der Experte bin – gestaltet sich das Thema in der physischen Sicherheit noch etwas anders. Es gibt zurzeit keine Standards zum Thema „Physische Sicherheit von kritischen Infrastrukturen“. Das hat der Bund ja auch zum Anlass genommen, am 7. Dezember 2022 ein erstes Eckpunktepapier für ein KRITIS-Dachgesetz zu verabschieden. Das Ganze wurde am 16. Januar 2023 durch die Richtlinie zur Resilienz kritischer Infrastrukturen durch die EU-Kommission noch untermauert. Die Mitgliedsstaaten der EU haben jetzt 21 Monate Zeit, dies in Recht und Gesetz umzuwandeln.

Wenn man sich dieses Eckpunktepapier ansieht – und das haben wir natürlich sofort getan und sind immer auch bereit, aktiv an dem Prozess zu einem KRITIS-Dachgesetz mitzuwirken, genau wie beim IT-Sicherheitsgesetz –, dann stellt man ganz schnell fest, dass man bei der Bahn eigentlich schon sehr weit ist. Viele Punkte, die hier drinstehen, zumindest in dieser abstrakten Thematik, erfüllen wir eigentlich heute schon, z. B.: „Schutzniveau verbindlich erhöhen“, „Auferlegung von Mindestvorgaben physischer Sicherheit“, „Erstellung von Resilienzplänen“. Wir haben vor drei Jahren begonnen, ein Business Continuity Management innerhalb der Bahn in der Verantwortung der Konzernsicherheit aufzubauen. Das Business Continuity Management – wir sagen: das sind die Experten für den Plan B – erstellt mit Hochdruck mit den zuständigen BC-Managern der Geschäfte entsprechende Prozesse. Man schaut sich sämtliche kritischen Geschäftsprozesse an und erstellt auf dieser Grundlage die entsprechenden Pläne zum schnellen Wiederherstellen, sollte etwas nicht funktionieren. An kritischen Geschäftsprozessen haben wir bei der Bahn – das kann ich Ihnen an dieser Stelle sagen – nicht wenig. Das fängt in der Holding an und endet im kleinsten lokalen Betrieb.

– 54 –

Wir haben aber seit vielen Jahren ein sehr gut funktionierendes Krisenmanagement – Herr Krenz sagte es gerade mit Blick auf die Pandemie und auf den Ukrainekonflikt. Hier sind wir innerhalb der DB AG stark vernetzt, aber natürlich auch in Richtung Behörde – egal, ob es das Verkehrsministerium, das BBK oder eine andere Behörde ist. Wir haben internationale Partner, mit denen wir im Rahmen der UIC im ständigen Austausch sind, auch grenzüberschreitend, und wir haben natürlich auch die Ordnungspartner an unserer Seite – sprich: die Bundespolizei –, mit denen wir schon viele Jahre auf der Grundlage einer ordnungspartnerschaftlichen Vereinbarung sehr eng zusammenarbeiten. Während der Ukraine Krise waren wir auch mit dem Bundesamt für Güterverkehr – das seit Anfang des Jahres einen anderen Namen trägt; ich glaube, es heißt nicht mehr Güterverkehr – sehr eng verzahnt.

Nur so ist es uns am Ende des Tages gelungen, diese Krisen zu bewältigen. Trotzdem müssen wir uns diese Prozesse natürlich immer wieder neu anschauen. Wir haben festgestellt: Es funktioniert zwar alles ganz hervorragend, aber Sie werden nicht über Wochen, Monate und vielleicht auch Jahre – wie es in der Pandemie war und sich jetzt auch bei der Ukraine abzeichnet – mit einem zentralen Krisenstab arbeiten können. Das funktioniert einfach nicht. Das heißt also, auch hier müssen Prozesse noch einmal neu gedacht und aufgesetzt werden.

Aktuell stehen wir auch im engen Austausch mit dem BMDV und dem BBK zum Thema Blackout. Warum? Weil wir uns natürlich gefragt haben: Wie funktionieren diese Krisenmanagementprozesse eigentlich ohne Strom? Das ist eine Riesenherausforderung für, glaube ich, alle Beteiligten; denn nichts ist schlimmer, als wenn man in Krisenzeiten nicht kommunizieren kann, und wir sind wahnsinnig abhängig von der Kommunikation und von der Digitalisierung.

Dazu kommt natürlich auch unser Security-Netzwerk. Die Gesamtverantwortung für die unternehmerische Sicherheitsvorsorge trägt gemäß Führungshandbuch und Risikominimierungsrichtlinie innerhalb der DB AG die Konzernsicherheit, der Chief Security Officer.

Wir sind, wie ich schon sagte, auch sehr stolz auf unsere Ordnungspartnerschaft, weil wir hier eng verzahnt, über die unternehmerische Sicherheitsfrage hinaus, mit unserem Ordnungspartner, der Bundespolizei, der für die Gefahrenabwehr an kritischer Infrastruktur, aber auch in Zügen, zuständig ist, Seite an Seite zusammenarbeiten. Ich kann Ihnen sagen: Dazwischen passt kein Blatt Papier – und das seit mittlerweile über 20 Jahren.

Seit über 15 Jahren haben wir ein gemeinsames Lagezentrum, das Sicherheitszentrum Bahn. Der dazugehörige Meldekopf der DB AG für alle kritischen und betrieblichen Ereignisse ist so aufgebaut, dass er neben einem 24/7-Dienst unsererseits, der Konzernsicherheit, auch die Bundespolizei – und das ist einmalig – mit verankert. Somit können entsprechende Informationen zeitnah ausgetauscht und bewertet werden.

– 55 –

Ebenfalls im Sicherheitszentrum Bahn sitzt unser interner Sicherheitsdienstleister, der auch ein ganz, ganz wichtiger Partner und Player innerhalb der Security-Organisation ist. Aktuell agiert er mit über 4 000 Mitarbeitern bundesweit, und es werden mehr, das kann ich Ihnen versprechen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Westphal, ich möchte nur darauf hinweisen, dass Sie insgesamt noch vier Minuten haben.

Sv. Herr Westphal: Ja, ich werde mich befeißigen. – Der Schutz kritischer Infrastruktur ist, wie gesagt, Bestandteil der Betreiberpflichten und Aufgabe unternehmerischer Sicherheitsvorsorge, gemeinsam natürlich mit unserem Ordnungspartner. Ein vollumfänglicher Schutz der gesamten kritischen Eisenbahnstruktur gegen Sabotage ist mit Bezug auf die aktuellen Ressourcen jedoch, wie ich denke, sachfremd und realitätsfern. 34 000 Streckenkilometer können nicht überwacht werden.

Deshalb haben wir uns nach dem Ereignis, möchte ich einmal sagen – ob es eine Sabotageaktion war oder ein Metalldiebstahl, wissen wir ja noch nicht –, vom 8. Oktober 2022 mit allen Partnern zusammengesetzt und haben ein Maßnahmenpaket mit 63 Maßnahmen entwickelt, die kurzfristig, mittelfristig und langfristig wirken sollen und die wir jetzt auf ihre Umsetzung hinsichtlich der Ressourcen, aber natürlich auch des Budgets prüfen, gemeinsam mit der DB Netz AG und unserem Ordnungspartner.

Hierzu zählt u. a. der massive Aufbau von Mitarbeitern zum Streckenschutz, um dort aktiv zu werden. Dazu zählen technische Möglichkeiten, etwa der Ausbau von Videotechnik oder die Tunnelmundüberwachung. Wir nutzen dafür eine entsprechende Teststrecke, um auch das Thema Front-TV an dieser Stelle zu testen und dies gegebenenfalls einzuführen. Wir beteiligen uns an Forschungsprojekten und würden uns freuen, wenn wir noch mehr Forschungsprojekte zu Sicherheitstechnologien hätten. Wir werden unser Informationsnetzwerk weiter ausbauen. Eine Awareness-Toolbox wird erarbeitet.

Auch sicherheitsempfindliche Stellen werden wir zusammen mit dem Wirtschaftsministerium versuchen zu eruieren. Unsere Sicherheitsüberprüfung, die auch in der Verantwortung der Konzernsicherheit bei der Deutschen Bahn AG liegt, beim Geheimschutzbeauftragten, wollen wir voranbringen. Und wir werden zukünftig kritisch mit unseren entsprechenden Unternehmensinformationen im Netz umgehen müssen, um nicht irgendwelche Anleitungen oder Tatgelegenheiten noch zu befeuern.

So viel vielleicht einmal von meiner Warte zur kritischen Infrastruktur und den Fragen: Wie sind wir aufgestellt, was erwartet uns, und wohin wollen wir am Ende des Tages als Bahn?

Vielen herzlichen Dank.

– 56 –

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Westphal. – Jetzt hören wir noch einmal Herrn Krenz. Eine Minute und 20 Sekunden haben Sie offiziell noch.

Sv. Herr Krenz: Eine Minute und 20 Sekunden? Das wird jetzt aber eine Herausforderung. Aber ich versuche, im Schweinsgalopp durch die restlichen Folien zu gehen und Ihnen dann ja auch noch die Möglichkeit zu geben, Fragen zu stellen.

Ein spannendes Thema ist ja in der Tat: Was passiert eigentlich, wenn große kritische Streckenabschnitte plötzlich und unvorhergesehen nicht mehr zur Verfügung stehen? Sie alle erinnern sich an Rastatt. Ich glaube, wenn ich das hier in der Runde sage, weiß jeder so ein bisschen, was damit gemeint ist: die Tunnelhavarie 2017, als wir plötzlich vor der Situation standen, uns überlegen zu müssen: Wie bekommen wir die Züge denn um diesen Störfall in Rastatt herumgeleitet?

Wie gesagt, in Anbetracht der Zeit gehe ich gar nicht auf die großen inhaltlichen Themen dieser Folien ein; sie stehen dann ja zur Verfügung.

Das ist kein rein nationales Thema, es ist immer auch ein internationales Thema. Allen hier ist klar, wo Rastatt geografisch liegt, und dass man da am Ende auch mit Frankreich sehr gut in den Austausch kommen muss. Gerade bei langlaufenden Güterzügen – die Rheinschiene ist auch Teil des Rotterdam-Genua-Korridors – ist das immer auch ein internationales Thema; das ist klar. Deshalb hat man sich europäisch abgestimmt zum Thema Störfallmanagement. Das ist auch zwingend erforderlich. Die Güterbahnen, die hier fahren, sind eben nicht nur von deutschen Eisenbahnverkehrsunternehmen, sondern es sind auch internationale; Sie sehen es an den Flaggen hier. Man muss am Ende mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen, die da fahren, gute Abstimmungen treffen. Man muss in der Lage sein, die Ressourcen vorzuhalten, die Lokführer müssen Streckenkunde haben, die Lokführer müssen Sprachkenntnisse haben und die Fahrzeuge müssen entsprechend in der Lage sein, auch grenzüberschreitend zu fahren.

Die UIC, der weltweite Verband, der insbesondere Standards setzt, hat sich des Themas natürlich auch angenommen. Es gibt seit Ende 2019 ein Störfallmanagement-Handbuch, mit dem die Eisenbahnverkehrsunternehmen in die Lage versetzt werden, ihr Störfallmanagement entsprechend aufzubauen. Das war die Reaktion auf Rastatt. Auch die EU-Kommission hat sich mit dem Thema beschäftigt; ich glaube, darüber gehe ich einmal kurz hinweg.

Resilienzstrecken, das hat das Thema Umleitung im Grunde ganz banal zur Folge: Sie sehen hier verschiedene Maßnahmen, Stichwort Bedarfsplan. Welche Aus- und Neubauvorhaben gibt es im Netz derzeit, die perspektivisch für eine Entlastung sorgen? Sie sehen das hier; da reden wir auch über die NBS/ABS Mannheim–

– 57 –

Karlsruhe, über Frankfurt–Mannheim und viele andere Strecken, auch außerhalb Baden-Württembergs, die dazu führen, dass ich am Ende eine Redundanz im Netz habe. Zu Baden-Württemberg sehen Sie das Ausbauvorhaben zur Gäubahn, die ja eine Umleiterstrecke insbesondere für den Güterverkehr darstellt. Aber auch die Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn und die ABS Landshut–Mühldorf sind im Grunde für uns entscheidende Resilienzstrecken, um am Ende dann Umleitungen zu haben.

Sie sehen das hier auch noch einmal kurz auf der Karte; da ist ein rotes Kreuz bei Rastatt. Das sind die Umleiterstrecken, die da identifiziert worden sind. Für Baden-Württemberg ist die grüne Strecke, die ich gerade erwähnt habe, relevant: die Gäubahn. Aber auch die Strecke von Lauterbourg in Richtung Elsass ist von ganz entscheidender Bedeutung.

Sie lesen auf der nächsten Folie, wenn wir uns Lauterbourg–Kehl–Basel anschauen: mögliche Umleitungsoptionen gemäß heutigem Stand: 14 Trassen, in der Nacht: keine. Das steht hier mit „14/0“. Wenn diese ganzen Abstimmungsmaßnahmen jetzt laufen und die Maßnahmen umgesetzt werden, erhalten wir sowohl zur Tages- als auch zur Nachtzeit 20 Trassen allein auf der Strecke Lauterbourg–Kehl–Basel, die dann Möglichkeiten eröffnen, Züge entsprechend umzuleiten.

Ich habe es vorhin erwähnt im Zusammenhang mit Vegetationskontrolle und Hochwasser; darauf will ich noch ganz kurz eingehen. Das lese ich jetzt nicht alles vor. Ziel der ganzen Geschichte ist: Wir schauen uns im Rahmen der Resilienzstrategie an, welche Auswirkungen der Klimawandel auf die Infrastruktur hat. Wir sind da in enger Kooperation mit dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Wir haben da ein sehr gutes Programm aufgesetzt, um im Ergebnis in Bezug auf die Infrastruktur eine Menge zu tun, aber – und das ist der zweite Teil – natürlich auch in den Fahrzeugen. Wie bekommen wir beispielsweise in den Fernverkehrszügen Hitzetage besser geregelt?

Sturmprävention und Starkregentage beschäftigen uns natürlich auch. Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft in Baden-Württemberg hat ja eine Hochwassergefahrenkarte. Ich habe das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung erwähnt, aber auch viele andere Klimabüros, u. a. am KIT in Karlsruhe, beschäftigen sich intensiv mit dem Thema. Auch wir schauen uns das an und haben im Bereich der DB Netz AG jetzt auch eigene Einheiten gebildet, die sich des Themas Starkregen annehmen. Ich habe das Stichwort Ahrtal-Hochwasser im Zusammenhang mit den Ausführungen der Vorredner gehört. Sie sehen das Foto: Das wird uns in der Tat beschäftigen. Wie gehen wir mit solchen historischen Ereignissen um, die eben nicht mehr nur alle hundert Jahre auftreten, sondern viel, viel häufiger? Wir müssen uns darauf einstellen. Es geht immer um das Thema Risikoanalyse/Risikobewertung und darum, daraus die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen.

– 58 –

Man sieht das hier auch noch einmal ganz gut: Bis 2060 wird die Zahl der Starkregentage signifikant zunehmen, nämlich um fast ein Drittel. Darauf müssen wir uns am Ende, auch was die Infrastruktur angeht, einstellen. Denn das Ziel ist, die betrieblichen Einschränkungen so gut wie möglich zu minimieren und natürlich auch rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen, dass unsere Züge gar nicht erst in eine solche Hochwassersituation kommen, in der möglicherweise auch Evakuierungen notwendig sind.

Das ist jetzt viel Text; den lese ich auch nicht vor. Aber im Grunde geht es darum, jetzt gemeinsam ein Forschungsprojekt aufzulegen, das wir mit der TH Aachen gemeinsam angehen, um am Ende genau auf die Ereignisse, die ich da angesprochen habe, fundiert reagieren zu können.

Die Vegetationspflege spielt eine große Rolle; das brauche ich nicht weiter auszuführen. Da, wo bei Sturmereignissen Bäume ins Netz fallen, ist der Betrieb eingeschränkt. Deshalb versuchen wir natürlich auch in der Prävention, in der Inspektion, in der Durchforstung, die Hotspots zu identifizieren und dafür zu sorgen, dass wir bei der Vegetation nicht in die Situation kommen, dass solche Wetterereignisse unsere kritische Infrastruktur in Gefahr bringen.

Dieser Chart zeigt einfach noch mal, dass wir da viel tun. Im Bereich Südwest werden wir in der Vegetationspflege noch einmal sozusagen den Booster draufpacken und auf den insgesamt 7 776 km – das ist ja dann auf beiden Seiten; kommen Sie also nicht mit der Gleislänge von 4 700 oder 4 800 km in Baden-Württemberg durcheinander – einen Schnitt organisieren, dass wir da am Ende nicht in die Bredouille kommen und dass wir die Sturmresistenz entsprechend gut aufbauen.

Hier sehen Sie das noch einmal ganz gut zusammengefasst in eine kurzfristige, eine mittelfristige und eine langfristige Strategie.

Nun komme ich auch schon – ich habe das jetzt in der Tat alles ein bisschen schnell gemacht, damit Sie genügend Zeit haben, Fragen zu stellen – zu den Handlungsempfehlungen. Das ist mir noch einmal besonders wichtig, einfach weil die Zusammenarbeit, die ja hier auch angesprochen worden ist, gerade mit den Krisenstäben, auch denen des Landes – ich will es mal vorsichtig formulieren –, besser sein könnte.

Herr Westphal hat ausgeführt, dass wir eine sehr enge Kooperation mit der Bundespolizei haben – in dem Fall hier in Baden-Württemberg ich mit der Bundespolizeidirektion Stuttgart. Wir haben einen sehr regelmäßigen Austausch. Wir haben einen Jour fixe mit dem Präsidenten der Bundespolizeidirektion. Wir sind da wirklich in gutem Austausch. Und ich sage mal: Das findet mit dem Innenministerium in Baden-Württemberg nicht statt. Wir haben keinerlei Kooperation, wir sind nicht in die Krisenstäbe des Landes eingebunden, auch bei Krisensituationen wie der Pandemielage. Auch akut im Zusammenhang mit der Ukraine Krise, als auch Flüchtlinge an den

– 59 –

Bahnhöfen in Stuttgart oder Mannheim ankamen, gab es keinerlei Einbindung der DB in den Krisenstab des Landes Baden-Württemberg. Die Flüchtlinge kamen in unseren Zügen an, sind am Bahnhof gestrandet, und wir wussten nicht, wie wir damit umgehen sollen.

Für mich wären die „Lessons Learned“, auch aus der Flüchtlingskrise 2015, dass es einfach total wichtig ist, dass man sich miteinander abstimmt und dass die DB auch in den Krisenstab des Landes Baden-Württemberg mit eingebunden ist. Das würde uns helfen, aber es würde auch – davon gehen wir aus – dem Land Baden-Württemberg helfen, wenn diese Krisenorganisation mit unseren Notfallstäben und unserem Krisenstab besser koordiniert und berücksichtigt ist.

Ich habe das Thema Hochwasser angesprochen. Es wäre für uns auch klasse, wenn diese Hochwassergefahrenkarten – ich habe ja gesagt, das Ministerium erstellt diese – am Ende auch ein bisschen auf unsere Aspekte eingehen würden – Stichwort Infrastruktur. Auch da bieten wir immer herzlich gerne an, uns in die Arbeit einzubinden. Auch das ist bisher in dem Umfang nicht der Fall.

Wenn dann Extremwetterereignisse eintreten, haben wir bisher keinerlei Einbindung in die Nachsorge, also bei der Frage: Was passiert denn danach, und welche Konsequenzen zieht man daraus? Auch da sind wir nicht eingebunden. Da wäre unsere herzliche Bitte, wenn die Enquetekommission Handlungsempfehlungen erarbeitet, dass das auch mit aufgenommen wird. Denn wir sind ein bundeseigenes großes Infrastrukturunternehmen und Eisenbahnverkehrsunternehmen in Baden-Württemberg mit vielen Schnittstellen. Wir würden uns freuen, wenn wir da unsere Expertise mit einbringen können. Wenn wir da zusammenarbeiten, bin ich auch zuversichtlich, dass wir künftige Krisen vielleicht auch besser meistern.

Ganz herzlichen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Krenz und Herr Westphal. Ich habe einmal nachgeschaut: Bis zu einer Verspätung von 15 Minuten gilt ein ICE noch als pünktlich. In diesem Sinn haben Sie auch noch Ihren Vortrag pünktlich beendet.

(Heiterkeit – Sv. Herr Krenz: Wir haben ja auch eine halbe Stunde später angefangen!)

– Alles in Ordnung. Vielen Dank.

Jetzt gehen wir in dieser Runde direkt weiter zu Herrn Dr. Christoph Müller, Vorsitzender der Geschäftsführung der Netze BW GmbH und zudem noch externes Mit-

– 60 –

glied dieser Enquetekommission der CDU-Fraktion. – Herr Dr. Müller, Sie kennen das Verfahren und sind da geübt. Sie haben 20 Minuten Zeit für Ihren Vortrag.

Sv. Herr Dr. Müller: Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mir ja schon gedacht, da ich Sie kenne, dass es etwas später wird. Um 11:55 Uhr hätte ich Ihnen noch ein frohes „Guten Morgen!“ zugerufen, jetzt rufe ich Ihnen ein frohes „Guten Mittag!“ zu.

Vielen Dank für die Möglichkeit, Ihnen heute meine Gedanken zum zweiten Handlungsfeld – Staatliche Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung – vorstellen zu dürfen.

Bevor ich mit meinen Ausführungen beginne, möchte ich hier erst einmal Danke sagen: Vielen Dank für die Aufnahme in diese Enquetekommission. Ich arbeite ja an vielen Stellen durchaus politiknah. Aber für mich ist auch diese Innensicht von politischen Prozessen etwas ganz Besonderes und Lehrreiches und eine wirklich spannende und gute Erfahrung. Es ist sicher eine gute Erfahrung, auch wenn es in der Zeit, in der wir schon zusammenarbeiten – rund ein Viertel unserer Arbeit haben wir ja schon geschafft –, Licht und Schatten gab. Ich fand es z. B. schon gut und erbauend, wie konstruktiv-sachlich wir die Diskussion mit den beiden Landesministern geführt haben.

Ein bisschen gewundert habe ich mich dann über die Debatte zu unseren Handlungsempfehlungen am Ende unserer Diskussionen zum ersten Handlungsfeld. Inhaltlich waren wir doch nach meinem Eindruck wirklich sehr nah beieinander – gefühlt ca. 80 %. Tatsächlich hat sich das aber dann irgendwie nicht so materialisiert. So hoffe ich doch mit Blick auf unseren Abschlussbericht sehr, dass wir diesen hohen Konsensanteil, den ich bei den vier Fraktionen gespürt habe – am Ende doch 80 % deckungsgleich –, doch in einen ordentlichen und vor allem verständlichen Abschlussbericht bringen können.

Denn das Thema „Krisenfestigkeit der Gesellschaft“ ist wichtig. Aber wirklich wichtig ist nicht, was wir diskutieren, und wirklich wichtig ist auch nicht, was wir als Handlungsempfehlungen aufschreiben. Wirklich wichtig ist, was von diesen Handlungsempfehlungen am Ende umgesetzt wird.

Vielleicht schauen wir da noch mal auf den Abschlussbericht der Enquetekommission „Pflege“, um zu erkennen, welcher Typ von Maßnahmen eher umgesetzt wird und welcher Typ von Maßnahmen eher im Gebälk hängen bleibt. Denn am Ende geht es um Handlungsorientierung, darum, dass tatsächlich etwas erreicht wird.

In dieses erste Thema „Handlungsorientierung“ möchte ich ein bisschen mehr einsteigen. Nach meiner Auffassung ist bei der Betrachtung von staatlicher Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung eines wichtig: die Handlungsorientierung.

– 61 –

In einer Krisensituation rutscht die Handlung, das konkrete Tun, in den Vordergrund. Ein Phänomen unserer Zeit, das ich sehe, ist, dass wir immer mehr von Konzepten und Ankündigungen zu leben scheinen. Die EU-Kommission will Klimaneutralität bis 2050, die Bundesrepublik sagt, sie setzt das bis 2045 um, das Land Baden-Württemberg sagt, es schafft das bis 2040, und die Landeshauptstadt Stuttgart hat jetzt beschlossen, bis 2035 klimaneutral zu werden. Da werden dann viele Papiere geschrieben und hoch und runter diskutiert. Die Konzepte füllen mittlerweile einige Regalmeter aus, und wir diskutieren an dieser Stelle: Sind die Ziele zu unambitioniert? Muss da nicht noch mehr gehen? Und dann sind wir leicht entsetzt, wenn wir die Ziele des Koalitionsvertrags der Ampelkoalition auf Zubauziele pro Tag umrechnen und sehen, was wir jeden Tag bis 2030 umsetzen müssen, um diese Ziele zu erreichen. Dann merken wir, dass Powerpoint-Folien zwar bunt und geduldig sind, aber das echte Leben doch sehr viel konkreter ist.

Dieses Muster erkenne ich zunehmend auch bei unserem Umgang mit Krisen. Zu Beginn der Ukraine Krise gab es mehrere Diskussionen, ob der Koalitionsvertrag der Ampelkoalition nicht noch mal nachgeschärft werden muss. Da hieß es, weil vor dem Hintergrund der neuen Lage die erneuerbaren Energien noch mehr Bedeutung bekommen haben, müssten die Ziele hochgesetzt werden. Ich habe mir gedacht: Nein, wir müssen die Ziele nicht hochsetzen, wir müssen diskutieren, wie wir sie tatsächlich erreichen, wie wir sie schneller erreichen. Das muss das Ziel sein. Diese Diskussion kommt nach meiner Wahrnehmung zu kurz.

Dieses latente Missachten oder Geringschätzen von konkretem Handeln sah man, fand ich, auch immer wieder in der Coronakrise. Das klingt jetzt vielleicht abstrakt und nörgelnd, aber die Art, wie in der Coronakrise Verordnungen erlassen und kommuniziert wurden, zeigt das aus meiner Sicht recht konkret. Viel zu oft wurden Vorgaben, wie dieses oder jenes umzusetzen sei, erst am Tag vor Inkrafttreten oder manchmal auch danach veröffentlicht. Das ist einfach für die, die es operativ umsetzen müssen, ein Problem.

Eine eher ungewollt positive Ausnahme war da aus meiner Sicht die Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Chefinnen und Chefs der Länder. Wie ging das vonstatten? Da zirkulierten schon zwei, drei Tage vor den jeweiligen Konferenzen die Entwürfe der Ergebniserklärungen. Das war für uns ganz wertvoll; denn wir konnten uns dann darauf einstellen. Ja, es war nur ein Entwurf, daran konnte sich noch etwas ändern, aber man hatte eine Vorstellung, was kommen wird, und damit konnte man dann schon konkret arbeiten. Man wusste, es wird noch Änderungen und Anpassungen geben, aber das war eigentlich auch kein wirkliches Problem. Denn wenn man ein bisschen den politischen Diskussionen folgte, war einem schon klar, was sich da noch bewegen würde. Das war unglaublich hilfreich.

Ich sagte eben „ungewollt positives Beispiel“; denn tatsächlich war diese Vorabkoordination ja nicht strukturiert. Ich vermute mal, bei vier Bundesministerien und 16 Staatskanzleien werden die Verteiler galaktisch gewesen sein. Über diese galak-

– 62 –

tischen Verteiler hat dann irgendwie auch ein, zwei Mal so eine Version den Weg in meine Inbox gefunden; das funktionierte. Aber eigentlich sollte ja ein gutes Krisenmanagement nicht davon abhängen, dass Informationen durchgestochen werden.

Insofern glaube ich, ein führendes Prinzip für Krisenstäbe muss die frühzeitige und umfassende Kommunikation sein, mit dem Ziel, die operativ in der Krise stehenden Menschen und Organisationen zu unterstützen. Denn wenn operative Prozesse unter Zeitdruck angepasst werden müssen, genügt häufig schon eine 90-%-Version des Kommenden. Mir ist klar, dass Verwaltungen gerichtsfeste Verordnungen erlassen möchten und man an der Stelle gern etwas Ordentliches und Finales publizieren möchte, gerade in einem so emotional aufgeladenen Umfeld wie in der Coronakrise. Aber die Zeit, die die Formulierung der richtigen Verordnung oder auch der richtigen Pressemeldung am Ende frisst, ist einfach Zeit, die bei der Umsetzung fehlt. Letztlich ist aber nicht die Pressemeldung entscheidend, sondern die operative Umsetzung. „Speed trumps perfection“ ist auch ein Grundsatz im Krisenmanagement. Geklagt wird ja ohnehin immer; insofern ist das ein Eh-da-Problem.

Ein trauriges Beispiel dafür, dass operative Prozesse und die operative Umsetzung immer ein bisschen hinüberfallen, sind z. B. auch die Strom- und Gaspreisbremsen, die aktuell umgesetzt werden müssen. Man muss sich das einmal überlegen: Der Gesetzgeber hat sich für die Umsetzung der Empfehlungen der Gaskommission im Gesetz zehn Wochen Zeit genommen, und die Unternehmen haben dann sieben Wochen, um es operativ umzusetzen. Dass das dann Probleme gibt und Schwierigkeiten macht, darf eigentlich nicht überraschen. Insofern ist meine Bitte: Mehr Achtung für die Kolleginnen und Kollegen, die die Verantwortung haben, die Welt der Gesetze und Verordnungen in den operativen Alltag zu überführen. Gerade das, was an sich schon eine Selbstverständlichkeit sein sollte, wird dann, wenn wir über Krisenbewältigung reden, eine wirklich dringende Notwendigkeit.

Daher lautet meine erste Handlungsempfehlung: In der Krisenarbeit sollten die staatlichen Stäbe auch Entwürfe von Verordnungen oder von Handlungsanweisungen vorzeitig kommunizieren, und bei allen Abstimmungen muss immer im Blick gehalten werden: Das Zieldatum bezieht sich in der Regel auf die erfolgte operative Umsetzung und nicht auf die Veröffentlichung der Handlungsanweisung.

Neben der Rechtzeitigkeit von Kommunikation hat Kommunikation natürlich auch noch einen technischen Aspekt. Ich bin im Vorfeld dieser Rede ein paarmal gefragt worden, ob ich auch einen Witz über ein Faxgerät mache.

(Abg. Petra Krebs GRÜNE: Ja, bitte!)

– Nein. Das hatte ich nicht vor und werde ich auch nicht tun. Denn ich habe nichts gegen Faxgeräte.

– 63 –

(Zuruf)

– Ich hätte nicht gedacht, dass Faxgeräte so eine Emotion auslösen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Zum einen kommt es nach meiner praktischen Erfahrung wirklich selten vor, dass wir mit einer Behörde über Fax kommunizieren. Das ist in meinem Betriebsalltag eigentlich nie der Fall. Und wenn ich mal im Internet so etwas sehe, denke ich manchmal: Da hat jetzt mal jemand von einer Behörde ein Fax bekommen und freut sich, dass er es online stellen kann. Jedenfalls ist meine praktische Erfahrung, dass das selten vorkommt.

Wir bei der EnBW bzw. bei der Netze BW haben unsere Faxgeräte auch noch nicht abgeschafft, und wir werden das auch nicht tun, sondern im Gegenteil: Wir haben sie in den letzten Jahren sogar aufgerüstet. Gerade wenn Sie Faxgeräte lieben, wird Sie das jetzt begeistern: Wir haben jetzt sogar Satellitenfaxgeräte.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Petra Krebs GRÜNE: Wow!)

Denn in der Krise, insbesondere in der Katastrophe, ist die Redundanz, gerade in der Kommunikation, entscheidend. Daher halten wir unsere Faxinfrastruktur aufrecht. Wir sehen das einfach als einen weiteren Kommunikationskanal, den man vorhält und der auch, zumindest in weiten Teilen, ohne das Internet funktionieren kann.

Und wenn Sie es an der Stelle wirklich vorsintflutlich haben wollen: Wir haben auch noch analogen Funk im Einsatz – „over and out“ –, das haben wir auch noch. Und ich hätte auch keine Hemmungen, auf reitende Boten zurückzugreifen, allerdings halten wir diese nicht vor. Viel hilft viel – allerdings nicht vom Selben, sondern vom Gleichen. Insofern haben wir Satellitentelefone, Festnetztelefonie, Mobilfunk, Funk, Pager – alles im Sinne der Redundanz.

Das eigentliche Problem, das wir bei aller Kommunikation, auch mit öffentlichen Stellen, hatten – und das auch in der Coronakrise und jetzt auch in der Energiekrise –, war, wenn wir nicht wussten, an wen wir uns wenden sollten, oder – genauso ärgerlich oder fast noch schlimmer – wenn uns niemand geantwortet hat. Also: In der Krise ein Fax zu schicken ist nicht schlimm – keine Antwort zu bekommen, das ist schlimm.

Daher ist meine nächste Empfehlung: gerade im Umfeld des Krisenmanagements verschiedene Kommunikationskanäle vorhalten, in der Krise sicherstellen, dass ein, gern auch mehrere Kommunikationskanäle verlässlich bedient werden. Das heißt, Krisenstäbe müssen eine echte und wirkliche personelle Größe haben. Das bedeutet, sie müssen Strukturen haben. Und das bedeutet, das muss man alles vorstrukturi-

– 64 –

rieren, vordurchdenken, und man muss es beüben. Herr Minister Strobl hat es gesagt, wir haben es auch heute von Frau Griebisch gehört: „Üben, üben, üben“ ist mit das wichtigste Thema. Das bedeutet, dass man den jüngeren Kolleginnen und Kollegen vielleicht auch mal erklärt, wie so ein Faxgerät und – je nachdem, wo man sein Krisenzentrum hat – ein analoges Telefon funktionieren.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Trägerinnen und Träger von Verantwortung in der Krise können sich nicht wegducken. Das ist allen klar, die Verantwortung tragen. Die Herren Minister Strobl und Lucha haben uns ja auch umfangreich von ihren Aktivitäten im Rahmen des Krisenmanagements im Allgemeinen und in der Coronakrise im Speziellen berichtet.

Aber Verantwortung in der Krise greift weiter und trifft aus meiner Sicht tatsächlich jede Behörde. Jede Behörde, die im normalen Ablauf des öffentlich zu regelnden Lebens eine Rolle hat, hat auch eine Verantwortung und muss im Falle der Krise hinterfragen, wie sie sich dieser Verantwortung dann stellt und wie sie ihr nachkommt.

Ich blicke bei diesem Thema auch insbesondere auf Aufsichtsbehörden und Grundsatzbehörden. Das sind vielleicht nicht die Ersten, an die man denkt, wenn es um Krisenmanagement geht. Aber gerade auch Aufsichts- und Grundsatzbehörden haben da eine Rolle. Denn wie war das in der Coronakrise? Am Anfang der Krise – kleine Erinnerung – brachte einen ja schon der direkte Kontakt mit einem Coronainfizierten in die Quarantäne. Eine Quarantäne ist eine staatlich angeordnete Maßnahme, die für ein Unternehmen zu akzeptieren und nicht zu brechen ist. Wir bei der Netze BW hatten für uns schon schnell das Risikoszenario identifiziert, dass ein unerkannt infizierter Schichtmitarbeiter bei der Hauptschaltleitung, der dann eine Schicht mitarbeitet, die gesamte Schicht in Quarantäne bringt, weil die dann alle mit ihm Kontakt gehabt haben. Wenn das dreimal passiert, haben wir nicht mehr ausreichend Schichten, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Damit wären wir nicht mehr handlungsfähig und die Stromversorgung von Baden-Württemberg akut gefährdet.

Wir haben dann versucht, für dieses Problem Ansprechpartner zu finden. Die Frage ist ja: Wer kann einen symptomlosen und freigesetzten Mitarbeiter im Falle des Falles vorzeitig aus der Quarantäne entlassen, damit die Stromversorgung Baden-Württembergs gesichert ist? Das ist die lokale Gesundheitsbehörde. Unsere Hauptschaltleitung ist in Esslingen. Die Kolleginnen und Kollegen, die dort arbeiten, wohnen in Esslingen und in ungefähr 20 Gemeinden darum herum. Also müsste man 20-mal eine Diskussion mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern führen. Diese hatten aber in der Situation, in der wir uns befanden, noch tausend andere Dinge im Kopf, hatten den Tisch voll, hatten keine Lust, so ein heißes Eisen anzupacken, und sahen sich auch nicht als wirklich bewandert auf dem Rechtsgebiet der Quarantäne. Andere Stellen – Landkreise, Regierungspräsidien, Landesebene – haben uns tapfer auf die tatsächliche Zuständigkeit der örtlichen Gemeinde verwiesen und waren wahrscheinlich froh, dass dieser Themenkelch so weitergeschoben werden konnte.

– 65 –

Eine Handreichung oder ein Leitfaden, etwa so etwas wie Grundsätze und Kriterien für eine vorzeitige Befreiung aus der Quarantäne, hätten nach meiner Wahrnehmung jede Bürgermeisterin und jeder Bürgermeister dankend aufgenommen.

Aufsichts- und Grundsatzbehörden, die in einer Krise, die ihr Fachgebiet betrifft, nicht proaktiv die betroffenen Menschen begleiten, kommen aus meiner Sicht ihrer Verantwortung nicht wirklich nach. Und – wir haben das ja auch schon gehört – die nachlaufenden Diskussionen zu Vorgangsprüfungen und Kostenanerkennungen – alles, was dann danach so kommen kann – tragen dann eigentlich auch nur zu einer mangelnden Akzeptanz des Behördenwesens und zu einer Politikverdrossenheit bei.

Also insofern – einmal ganz platt –: Jeder, der sich in normalen Zeiten als zuständig ansieht, der sagt: „Das muss mit mir abgestimmt werden“, der hat in der Krise eine Verantwortung und hat diese Verantwortung auch aktiv auszugestalten. Daher meine konkrete Empfehlung: Jede – wirklich jede – Behörde sollte eine Krisenübung durchführen, sollte sich fragen: Wie sieht eine Krise in meinem Verantwortungsbereich aus? Wie übersetzt sich meine Zuständigkeit in meinem Thema in eine Verantwortung in der Krise? Und wie kann ich proaktiv die Krisenbewältigung, insbesondere die handelnden Personen und Unternehmen unterstützen?

Ein weiteres Thema ist KRITIS allgemein. Ein Bereich, in dem ich mir solche Grundsatzbeschlüsse gewünscht hätte, ist das Thema: Was ist eigentlich KRITIS? Was bedeutet es, ein KRITIS-Unternehmen zu sein, und wer ist eigentlich ein KRITIS-Unternehmen? Da hatte ich eigentlich vor der Coronakrise eine klare Vorstellung, was ein KRITIS-Unternehmen ist. Ich dachte auch immer, wenn man ein KRITIS-Unternehmen ist, dann hat man in einer nationalen Krise wirklich guten Zugang zum staatlichen Krisenmanagement, um Themen zu adressieren, die wichtig sind. Die Coronakrise war da vor diesem Hintergrund schon eine spannende Erfahrung.

Was ist ein KRITIS-Unternehmen? Ist z. B. Wellpappenproduktion KRITIS? Formal nicht, aber es wird alles in Wellpappe verpackt, auch Impfstoff wird in Wellpappe verpackt. Und wenn wir nichts in Wellpappe verpacken können, weil wir keine Wellpappe haben, brechen Lieferketten zusammen.

Ist eine Brauerei KRITIS? Ich habe eine hohe Sympathie für das Produkt, aber ist es KRITIS? Eine Brauerei ist Teil der Lebensmittelbranche und wird damit schon durchaus viel eher als KRITIS definiert.

Am Ende bleibt hier natürlich die Frage: Wer entscheidet jetzt eigentlich, was ein KRITIS-Unternehmen ist und, vor allem, wer im Zweifel schnell einen KRITIS-Status bekommen sollte, und nach welcher Erkenntnislage wird entschieden? Selbst für etwas aus meiner Sicht Offensichtliches wie eine Großbäckerei hat sich bisher keine Institution in Deutschland getraut, dieser für den Fall einer Gasmangellage offiziell einen KRITIS-Status zuzusprechen, wenn sie als sogenannter RLM-Kunde keinen gaswirtschaftlichen Schutzstatus per se hat. Obwohl viele Behörden meinen, sie sei-

– 66 –

en zuständig, und mitdiskutieren wollen, ist das ein Punkt, der bis jetzt immer offen-geblieben ist.

Und was heißt das dann, wenn man KRITIS-Unternehmen ist? Wir haben uns aus der baden-württembergischen Energiewirtschaft heraus immer wieder für eine prioritäre Impfung unseres Personals eingesetzt, und zwar wirklich nur des KRITIS-Personals. Um das mal kurz mit Zahlen zu verdeutlichen: Wir sind bei der Netze BW 5 000 Kolleginnen und Kollegen. Nur 800 davon würde ich als KRITIS im engen Sinne bezeichnen; das sind die Kolleginnen und Kollegen, die die Netze führen oder die bei Schäden vor Ort fahren, um diese zu reparieren. Also ich z. B. gehöre als kaufmännischer Geschäftsführer nicht zu diesen 800; das Netz funktioniert auch ohne mich. Aber in der von der Landesregierung vorgegebenen Impfreihenfolge kam unser KRITIS-Personal gleichzeitig mit Forellenzüchtern und Imkern, und Rechtsanwälte waren vorher dran.

Aber man muss gar nicht an ein so knappes Gut wie Impfstoff denken. Denken wir mal an einfaches Papier, konkreter gesagt: an Formulare. Als die Ausgangssperren drohten – wir erinnern uns: Das war auch mal ein Thema bei der Coronakrise – und teilweise ja auch umgesetzt wurden, versuchten wir abzufragen, wie denn nun Passierscheine aussehen sollten, Passierscheine für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zur Hauptschaltleitung fahren wollen oder die irgendwohin fahren sollten, um Schäden zu beheben. Wir wollten wissen, wie die Passierscheine aussehen sollten. Niemand war in der Lage, uns zu sagen, wie so ein Passierschein aussehen soll. Alle haben uns aber ganz klar gesagt, der von uns selbst aufgesetzte Passierschein wird nicht akzeptiert.

Hier komme ich auf meine Empfehlung von eben zurück: Die Bearbeitung der Fragen von Unternehmen nach einem KRITIS-Status bzw. die operativen Probleme von KRITIS-Unternehmen fressen eine Menge Zeit und Kraft in den Krisenstäben, ganz sicher; das sind komplexe Fragen, die immer kurzfristig kommen. Daher muss in Krisenstäben Ressource dafür vorgesehen werden. Das bedeutet: größere Krisenstäbe, größere Strukturen, Notwendigkeit zum Üben.

Überhaupt wurde nach meinem Eindruck in der Krise ziemlich wenig auf Infrastruktur, Kenntnisse und Know-how von Unternehmen zurückgegriffen. Unternehmen, gerade Großunternehmen, haben funktionierende Infrastrukturen und sind immer bereit, darüber zu reden, wie diese in einer nationalen Krisenlage sinnhaft eingebracht werden können. Natürlich gibt es dabei Grenzen und Spielregeln, die zu beachten sind. Aber generell erscheint mir die Zusammenarbeit mit den Unternehmen in der Krise eine Ressource, die noch zu wenig genutzt wird.

So hatten wir z. B. nicht den Eindruck, dass man die Bereitschaft der Betriebsärzte, sich in der Coronakrise aktiv einzubringen, mit offenen Armen aufgenommen hat, eher im Gegenteil.

– 67 –

Es erschließt sich mir letztlich auch nicht, warum man meinte, im Rahmen des Managements der Gaskrise einen eigenen Bundeslastverteiler in Bonn aufzubauen, und nicht einfach umfänglich auf die bestehende Infrastruktur und Erfahrung der großen Fernleitungsnetzbetreiber zurückgegriffen hat. Ich weiß nicht, ob man da Angst hat, dass Gewinnorientierung die Bewirtschaftung der Mangellage negativ beeinflussen kann, oder ob man glaubt, so eine Infrastruktur, so ein Krisenzentrum selbst schneller und billiger aufbauen und betreiben zu können und damit die Mehrkosten bei den Fernleitungsnetzbetreibern zu vermeiden. Mir hat es sich, wie gesagt, nicht erschlossen.

Im Zusammenhang mit dem Thema „Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Seite und Unternehmen“ möchte ich auch noch mal das Thema Cell Broadcasting ansprechen. Wir haben in der letzten Sitzung in der Diskussion mit Herrn Tiesler, dem Präsidenten des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, gehört: Cell Broadcasting, also Push-Nachrichten auf jedes Mobilfunkgerät, sollen ausdrücklich nicht privaten Unternehmen zugänglich gemacht werden. Ich kann mir aber sehr gut Situationen vorstellen, in denen ich es als ganz allgemein wünschenswert ansehe, wenn wir, die Netze BW, in der Wahrnehmung unserer KRITIS-Funktion auf Cell Broadcasting zurückgreifen könnten, beispielsweise wenn wir nach einer massiven Störung im Übertragungsnetz innerhalb von zwölf Minuten – das ist die kürzeste Zeit, die wir einhalten können müssen: zwölf Minuten nach einer Störung – auf eine rollierende Abschaltung umstellen, das heißt, in dieser Notfallsituation noch strukturiert und kontrolliert Kunden vom Netz nehmen. In einer solchen Situation über Cell Broadcasting die Nachricht zu übermitteln: „In fünf Minuten fällt der Strom für eineinhalb Stunden aus“, würde ich als allgemein wünschenswert ansehen.

Auch bei der Wasserversorgung der Landeshauptstadt Stuttgart kann ich mir durchaus Szenarien vorstellen, in der sehr schnell und flächendeckend alle Einwohner der Landeshauptstadt gewarnt werden müssen.

Wenn man denn nun Sorge hat, dass ein KRITIS-Unternehmen aufgrund seines Gewinnstrebens oder weswegen auch immer mit dem Cell Broadcasting unverantwortlich umgehen würde, sollte man sich vielleicht vor Augen führen, welche anderen Verantwortungen diese Unternehmen für die Allgemeinheit im Alltag ohnehin tagtäglich tragen. Wenn man meint, dass dieser Zugriff auf Cell Broadcasting durch private Unternehmen nicht gewünscht ist, so bitte ich wirklich eindringlich, dass wir die Wege und Kriterien für die Auslösung von Cell Broadcasting durch private Unternehmen schon jetzt definieren und nicht erst abwarten, bis dann in einer Krise der Notfall eintritt und wir es dann nutzen wollen.

Auch diese Wege muss man jetzt vorüben und dann natürlich auch beüben. Die konkrete Empfehlung heißt also, in der Arbeit der Krisenstäbe die Unternehmen deutlich mehr in die Verantwortung nehmen und sich der Zusammenarbeit mit Unternehmen öffnen und konkret die Nutzung von Cell Broadcasting durch KRITIS-Unternehmen jetzt organisieren und vorspielen.

– 68 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Dr. Müller!

Sv. Herr Dr. Müller: Damit komme ich zum Schluss. Es sind keine 20 Minuten, versprochen.

Zum Abschluss möchte ich meinen Eingangspunkt noch mal betonen: Bei all unserer Arbeit hier in der Kommission und auch im Management einer konkreten Krise geht es ja darum, dass am Ende Maßnahmen stehen, die außerhalb dieses schönen Raumes und dieses Hohen Hauses etwas verändern, die es den Menschen ermöglichen, ihre Lage in der Krise zu verbessern – die allgemeine Lage heute und natürlich auch die konkrete Lage in der Krise. Es geht immer um das Tun; das muss unser Ziel sein.

Da gab es in der letzten Sitzung einen Moment, der mich doch nachdenklich gemacht hat. Frau Abg. Staab sprach an, dass es in Bezug auf die freiwillige Feuerwehr ein Problem sei, dass Menschen mit Migrationshintergrund sich belegbar seltener in der Arbeit der freiwilligen Feuerwehr engagieren würden. Da kam dann sehr schnell der Hinweis, dass man das nicht auf Migration begrenzen dürfe, sondern umfassender mit Blick auf die Beteiligung von Menschen aus sozial schwachen Schichten betrachten müsse. Da blieb dann die Diskussion leider stecken. Denn der Beifall von rechts außen, dass es endlich mal einer so offen ansprechen würde, vergiftete dann die weitere Diskussion zu diesem wichtigen Punkt.

Unterm Strich: Migrationshintergrund her, Sozialstatus hin – zu den Nachwuchssorgen der freiwilligen Feuerwehr haben wir hier nichts mehr erörtert, nichts mehr besprochen, nichts erarbeitet und nichts gewonnen.

Aber es sind ja noch ein paar Sitzungen. So würde ich mich freuen, wenn wir uns bei unseren Diskussionen und bei unseren Handlungsempfehlungen genau darauf fokussieren, was wir konkret tun und anstoßen können. Denn das ist das, was wir doch alle wollen: unser Land besser machen, und zwar im echten Leben und nicht auf Powerpoint.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Müller. – Zunächst der Hinweis: Aufgrund dessen, dass wir nach der Pause – ich denke, wir alle brauchen eine Mittagspause – leider zeitlich so gebunden sind, würde ich vorschlagen, dass wir uns nach Möglichkeit auf eine Frage-und-Antwort-Runde konzentrieren. Bündeln Sie also bitte Ihre Fragen. – Zunächst rufe ich Herrn Krüger auf.

– 69 –

Marco Krüger, externes Mitglied: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich mache es schnell. – Herzlichen Dank an die Sachverständigen für die interessanten Vorträge.

Ich habe an die Vertreter der Bahn vier kurze Fragen. Erste Frage: Spielt das Thema „Internationale Kooperation“ eine Rolle, gerade hier im Südwesten mit Frankreich und der Schweiz, auch was die Unternehmenssicherheit betrifft? Stimmt man sich hier unter den einzelnen Konzernen ab?

Zur zweiten Frage: Sie haben zu Recht kritisiert, dass es hier in Baden-Württemberg keine Einbindung der Bahn in Krisenstäbe gibt. Gibt es das denn in anderen Bundesländern in vergleichbaren Lagen? Gibt es da also Good Practices, auf die wir schauen könnten?

Die dritte Frage betrifft die Nutzung der Bahn als Resilienzfaktor. Es ging ja immer darum, wo die Bahn vielleicht auch anfällig ist, wo sie vielleicht Probleme hat. Aber wir haben ja gerade an der Beförderung von so vielen Ukrainern in dieser Lage gesehen: Das hat ja sehr viel gebracht, um einfach eine Verteilung innerhalb von Deutschland zu gewährleisten. Wird da auch proaktiv auf die Bahn zugegangen, um zu sagen: „Wir brauchen eure Infrastruktur, das, was ihr, die Deutsche Bahn, könnt, um eine resiliente Gesellschaft mitzugestalten“, damit man die Bahn also sozusagen als Mobilitätsressource nutzt?

Und die letzte Frage an die Bahn ist: Welchen Stellenwert haben denn der Ausbau der Schiene und die Renovierung von mitunter maroden Schienenteilen als Resilienzfaktor? Das war mir noch nicht so ganz klar, weil es sehr viele Punkte waren. Wie würden Sie das sehen?

An Herrn Müller noch eine Interessenfrage. Es wurde in letzter Zeit sehr viel zum Stromsparen aufgerufen, und Bürgerinnen und Bürger haben das mehr oder minder getan. Gab es da einen messbaren Effekt? Das betrifft gerade die Frage der Beteiligung der Bevölkerung in einer krisenfesten Gesellschaft, die ja nicht bloß staatlich funktionieren kann. Und hat der Effekt über die Zeit abgenommen? Denn mittlerweile leben wir ja schon eine ganze Zeit in dieser Lage.

Vielen herzlichen Dank.

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Vielen Dank für die Vorträge. Ich habe auch ein paar Fragen.

Erst einmal an die Bahn gerichtet: Herr Krenz, Herr Westphal. Sie sagten, Sie seien nicht in die Krisenstäbe im baden-württembergischen Innenministerium eingebunden. Gibt es ansonsten Kontakt zum Innenministerium? Hat man da Ansprechpartner? In manchen Fragen sind in der akuten Krise vielleicht andere Akteure vorrangig. Aber das bedeutet ja nicht, dass es nicht vielleicht relevant wäre, die Deutsche Bahn ge-

– 70 –

rade bei Ereignissen wie der Flüchtlingskrise einzubinden. Da ist die Frage: Besteht sonst Kontakt? Hat man da Austausch? Und dann habe ich noch eine Frage, die in eine ähnliche Richtung wie die Frage des Kollegen geht: Wenn man hier im Land in Kontakt steht, wie gestaltet sich der im Vergleich zu anderen Ländern?

Sie haben die Rheintalstrecke mit der Gleisabsenkung angesprochen. Sie haben auch Umleitungswege dargestellt. Ich erinnere mich, dass es damals ziemlich schwierig war mit Umleitungen; es musste vieles auf Lkws geladen werden. Hier hätte ich gern Ihre Einschätzung: Ist es überhaupt möglich, wenn so wichtige Trassen ausfallen, über die Schiene Redundanznetze aufzubauen, dass das funktioniert? Und wenn ja: Wie weit ist die Deutsche Bahn da? Meine Wahrnehmung ist jedenfalls – Sie können mich da gern korrigieren –, dass wir im Bestand schon viel zu tun haben und gar nicht so viel über Redundanzen nachdenken können. Hier bitte ich Sie um Einschätzung, wie da die Situation der Bahn ist, ob man gerade solch wichtige Trassen überhaupt durch Umleitungswege angemessen abdecken kann?

Herr Dr. Müller, vielen Dank für Ihren Vortrag. Ich möchte noch mal auf das Thema „Stromausfälle, Netzsicherheit“ zu sprechen kommen. Es wurde ja immer wieder zum Stromsparen aufgerufen. Ich möchte Sie fragen: Wie wird von der Netze BW GmbH die derzeitige Energiesituation und das Risiko bezüglich Stromausfällen und Blackouts eingeschätzt? Jetzt ist natürlich die Netze BW GmbH ein besonderes Unternehmen, weil man auch staatlich verbunden ist. Wie kann denn die Zusammenarbeit mit dem Staat, auch mit den Ministerien noch besser werden? Wie ist da Ihre generelle Einschätzung zur Sicherheitslage? Die Themen, von denen man liest, sind vielfältig. Sind jetzt Blackouts wahrscheinlich oder nicht? Da gibt es ja allerhand Ausführungen. Sie sind ja wahrscheinlich wie kaum ein anderer in die Thematik involviert und können da vielleicht eine Einschätzung abgeben, vielleicht auch Handlungsempfehlungen in der Hinsicht geben, wenn wir da noch etwas anderes machen müssten.

Abg. Florian Wahl SPD: Ich habe vor allem noch Fragen in Bezug auf die Deutsche Bahn. Das Thema „Krisenstäbe und Anbindung an das Land“ ist ja schon genannt worden.

Sie hatten vorhin zum Thema „Sicherheit und Gleissicherung“ die Bemerkung gemacht, dass man so viele Kilometer gar nicht überall absichern könne. Gibt es da bei Ihnen ein gestuftes Verfahren? Meines Wissens gibt es in Frankreich für die TGV-Strecken sehr wohl ein zusätzliches Maß an Absicherung. Haben wir solche Instrumente auch, oder ist so etwas angedacht? Es ist ja ein Unterschied, ob die Strecke Stuttgart–Tübingen nicht abgesichert ist – was offensichtlich der Fall ist – oder eine andere, ganz besonders zentrale Strecke, was teilweise auch für den Güterverkehr eine Rolle spielen könnte. Gibt es da Überlegungen?

Vorhin ist schon angesprochen worden, dass die Deutsche Bahn im Gegensatz zu anderen Verkehrsträgern auch während der Pandemie den Betrieb aufrechterhalten hat. Welche Schlussfolgerungen haben Sie daraus gezogen? Die Pandemie ist viel-

– 71 –

leicht nicht der Grund, aber ein Anlass für die Einrichtung dieser Enquetekommission gewesen. Was für Schlüsse ziehen Sie, die Deutsche Bahn, ganz explizit aus der Pandemie? Waren Sie ausreichend darauf vorbereitet? Lagen dafür Pläne vor? Was würden Sie anders machen, gerade auch in der Abdeckung? Was für ein Prozess findet da innerhalb der Deutschen Bahn statt?

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Krenz, Herr Westphal, Herr Dr. Müller, für Ihre Vorträge. In Ergänzung zu den Fragen, die bisher schon gestellt wurden, habe ich noch weitere Fragen.

Aus allen drei Vorträgen habe ich mitgenommen, dass die Einbindung der Unternehmen durch das Innenministerium bzw. im Rahmen von Krisenstäben nicht erfolgt ist bzw. nur unzureichend erfolgt ist. Mich überrascht eigentlich schon, dass man da freiwillig und ohne Not auf diese Expertise verzichtet. Ich habe im Umkehrschluss die Frage: In welcher Form würden Sie sich stärker eingebunden sehen wollen? Was müsste konkret passieren, damit dieses Manko in Zukunft nicht mehr besteht?

Herr Dr. Müller, Sie hatten das Thema auch mit Bezug auf die Bevölkerung angesprochen. Wie würden Sie sich da mehr Transparenz wünschen?

Zum anderen habe ich noch eine Frage zum Thema Sicherheit – das richtet sich insbesondere an Sie, Herr Krenz, Herr Westphal –: Inwieweit ist die Kommunikation mit den Sicherheitsbehörden – sprich: BKA, LKA – im Zusammenhang mit möglichen Angriffen auf die Bahninfrastruktur ausgestaltet? Sehen Sie da gegebenenfalls noch Verbesserungsbedarf, oder glauben Sie, dass die Abstimmung hier ausreichend erfolgt?

Vielen Dank.

Abg. Carola Wolle AfD: Ich habe zunächst Fragen an die Herren der Deutschen Bahn, und zwar: Fließen ausreichend Ressourcen in Ihre Krisenvorsorge? Haben Sie genug Mittel, personell und finanziell? Sehen Sie die Tendenz, dass es zu mehr Sabotagen bei der Bahn kommt?

Sie haben davon gesprochen, dass es nicht mehr funktioniert, wenn kein Strom da ist. Die Alternative wäre ein Handout. Haben Sie so etwas angefertigt? Ich gehe mal davon aus.

Sie haben von dem Knotenpunkt Rastatt gesprochen und die Gäubahn angesprochen. Wie sieht es mit dem Ausbau der Gäubahn aus?

(Zuruf der Abg. Petra Krebs GRÜNE)

– Bitte?

– 72 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Es hat keinen direkten Bezug zur Arbeit der Enquetekommission; das war der Hinweis.

Abg. Carola Wolle AfD: Ja schon, aber ich meine, das war eine Frage – –

Vorsitzender Alexander Salomon: Einfach der Hinweis, Frau Abg. Wolle, dass es nach Möglichkeit einen Bezug zur Enquetekommission haben sollte. Es ist jetzt in Ordnung, dass Sie gefragt haben. Darauf kann man ganz kurz antworten. Aber es sollte bei den Fragen beachtet werden, dass es möglichst einen Bezug zu den Handlungsempfehlungen geben sollte.

Abg. Carola Wolle AfD: Herr Müller, Sie haben angesprochen, dass Sie Satellitentelefone und Satellitenfaxgeräte haben. Auch diese benötigen Strom. Was machen wir, wenn kein Strom mehr zur Verfügung stehen würde?

Sie haben angesprochen, dass sich der Krisenstab mit Notfallszenarien beschäftigen müsste. Da ging es um mögliche sinnvolle Maßnahmen usw., darum, wen man zuerst anspricht, z. B. um einen Passierschein zu erhalten, um nach Stuttgart fahren zu können. Wäre da nicht eine To-do-Liste sinnvoll, damit solche Sachen, die einfach klingen, nicht hinten herunterfallen? Denn man braucht das ja unter Umständen.

Sie haben angesprochen, dass die Diskussion zu dem Thema „Unterstützung der freiwilligen Feuerwehr im Zusammenhang mit Migration“ abgebrochen wurde, als ich gesagt hatte, darüber müsse man sich unterhalten. Hinter dieser Aussage stehe ich auch nach wie vor. Denn das ist ein wichtiges Thema, das totgeschwiegen wird. Wir haben ja auch hier einen Ausschuss für Integration. Ich finde, man muss dazu stehen, dass es weniger Migranten in der freiwilligen Feuerwehr oder anderen Bereichen gibt, und muss überlegen, wie man diese dazu gewinnen kann, dass sie sich gesellschaftlich mehr einbringen.

Danke schön.

Vorsitzender Alexander Salomon: Den genauen Bezug zum Ausschuss für Integration habe ich jetzt nicht verstanden, aber das lassen wir mal dahingestellt.

Wir kommen jetzt zur Antwortrunde. Ich würde jetzt zunächst das Wort an die Vertreter der Bahn geben. Ich gebe Ihnen einen zeitlichen Rahmen: Probieren Sie es, in unter zehn Minuten hinzubekommen, wenn es möglich ist. – Bitte.

Sv. Herr Westphal: Ich möchte beginnen mit der Frage von Herrn Krüger zu der internationalen Einbindung. In der Tat haben wir hier, zumindest aktuell, mit den ÖBB und den SBB sehr, sehr enge Kontakte und einen intensiven Erfahrungsaustausch auf allen Ebenen, im Krisenmanagement, aber auch auf der operativen Ebene, zu Sicherheitsmaßnahmen, aber auch zu entsprechenden Technologien. Natürlich kann

– 73 –

man das Streckennetz von ÖBB und SBB nicht mit dem Streckennetz der DB AG vergleichen. Aber trotzdem kann man Erfahrungen herausziehen.

Mit anderen Eisenbahnunternehmen, auch mit der SNCF, haben wir zwar einen – ich will mal so sagen – abstrakten Austausch, der noch nicht so intensiv ist, aber da sind wir am Aufbau. Das Gleiche gilt für Tschechien, Polen etc. Da sind wir zurzeit dran. Ansonsten gibt es über die UIC immer auch den Austausch mit allen Bahnen in der EU; da können wir natürlich auch Anfragen starten etc.

Zu dem Thema Klassifizierung, Herr Wahl, kann ich Ihnen mitteilen, dass wir zurzeit mit der Bundespolizei genau so eine Klassifizierung der Strecken durchführen. Natürlich geht das nicht auf 34 000 km. Aber wir haben Schwerpunkte. Wir schauen uns die Verkehrsdichte an. Wir haben auch entsprechende Güterverkehre zur Energiewirtschaft, aber auch Militärtransporte, die wir uns genauer anschauen. Wir haben Nadelöhre, wenn ich etwa an die Brücke vor dem Hauptbahnhof Köln denke oder an die Gegebenheiten in Hamburg. So etwas gibt es überall. Die werden wir entsprechend klassifizieren, unternehmerische Sicherheitsvorsorge betreiben und darauf aufgesetzt natürlich auch die Gefahrenabwehr.

Zu den „Lessons Learned“ aus der Pandemie: Ja, in der Tat haben wir natürlich – nicht gleich von Anfang an, aber zumindest als sich abzeichnete, dass es etwas länger dauern wird – sofort „Lessons Learned“ betrieben. Die Bahn verfügt natürlich über einen entsprechenden Pandemieplan; es gab ja auch schon Vogelgrippe und was weiß ich nicht alles schon, wenn auch nicht in diesem Ausmaß. Aber wir verfügen über solche Pläne, schreiben diese fort und passen unsere Prozesse fortlaufend immer wieder an.

Jetzt, nach drei Jahren, ist der Konzernarbeitsstab ad acta gelegt worden. Es gibt entsprechende Papiere, an denen wir Prozesse ausrichten. Das Gleiche gilt auch für den Russland-Ukraine-Konflikt.

Zu der Frage der Kommunikation mit dem BKA und dem LKA, Herr Weinmann: Ja, ich bin der Meinung, dass die Kommunikation aktuell ausreichend ist. Wir haben funktionierende Prozesse des Bedrohungsmanagements, die innerhalb des Konzerns wirken, und einen direkten Draht zum Staatsschutz, aber natürlich auch bei entsprechenden Gefahrenpotenzialen sofort zum BKA, wo wir uns regelmäßig Gefährdungseinschätzungen abholen, und, wie ich schon ausführte, natürlich auch ständig mit unserem Ordnungspartner.

Zu der Frage nach den Mitteln für das Krisenmanagement: Mittel können es immer mehr sein; das ist völlig klar. Aber ich bin schon der Meinung, dass die Bahn aktuell ausreichende Ressourcen hat, um das Krisenmanagement entsprechend zu betreiben, Frau Wolle. Da sehe ich also zurzeit keinen Handlungsbedarf.

– 74 –

Zum Thema Sabotage habe ich ja vorhin schon gesagt: „Sabotage“ ist immer ein großes Wort. Was ist Sabotage am Ende des Tages? Wir sprechen von „gefährlichen Eingriffen“. Am Ende müssen es die Behörden einschätzen, ob es sich um Sabotage handelt oder nicht. Ich sehe aber aktuell keinen Anlass, da irgendwo nervös zu werden. Ich glaube nicht, dass es aktuell zu größeren Sabotagehandlungen kommt, auch wenn die Zahl der gefährlichen Eingriffe grundsätzlich etwas zugenommen hat.

Es gab noch die Frage nach den Maßnahmen bei einem Blackout und nach einem Handout. Ich sagte ja vorhin: Wir stehen mit dem BMDV und dem BBK in engem Austausch. Es gibt so etwas aktuell natürlich noch nicht. Wir haben Richtlinien, wir haben Standards; die kennen die Mitarbeiter bis hinunter auf die operative Ebene natürlich auch. Wir werden auf so etwas zurückgreifen müssen, aber wir versuchen uns mal von oben nach unten durchzuarbeiten, und schauen, wie wir erst mal mit der Kommunikation vorgehen. Denn die betrieblichen Prozesse laufen alle so weit, auch was die sichere Abstellung oder die Evakuierung in Verkehrsstationen etc. betrifft. Aber da wird es am Ende auf das schon von Herrn Müller gezeigte Blatt Papier hinauslaufen.

Sv. Herr Krenz: Ich ergänze die Ausführungen meines Kollegen und kann sogar die Beantwortung auf ein paar Fragen zusammenfassen. Herr Krüger hat nach der Einbindung in die Krisenstäbe gefragt, Herr Weinmann hat das Thema „Einbindung in den Krisenstab BW“ angesprochen, auch Herr Dr. Miller hat das Thema in Bezug auf das Innenministerium angesprochen. Ich will es mal so sagen: Natürlich haben wir gute Kontakte in alle Häuser. Die basieren auf persönlichen Kontakten, sie basieren auf Tagesgeschäftkontakten. Wir sind mit allen Häusern der Landesregierung natürlich an vielen Schnittstellen im Austausch. Das ist aber sehr punktuell. In einer Krise weiß ich, wen ich anrufen soll. Das ist aber nicht im Sinne des Erfinders. Wenn ich ausfalle, dann ist sozusagen die Schnittstelle schon wieder weg.

Das heißt, wir brauchen eine organisatorisch-systematische Einbindung, die am Ende dann auch in der Krise tragfähig ist, sodass genau klar ist: Wir haben hier eine Situation, da muss eine wie auch immer gearbete Meldekette ausgelöst werden oder es muss die Einbindung im Rahmen von Krisenstabsthemen sichergestellt sein. Natürlich erwarten wir nicht, dass wir in jeder Einzelheit des Krisenstabs eingebunden sind; das muss natürlich auch inhaltlich und sachlich-fachlich passen. Aber das fehlt eben bisher in dieser Systematik.

Meine Erfahrung aus der Ukraine Krise war folgende: Ich habe mal ganz naiv gefragt: Gibt es denn einen zentralen Krisenstab des Landes Baden-Württemberg? Ich habe dann erfahren: Den gibt es gar nicht, sondern es gibt nur eine Ressortabstimmung. Das sind Sachen, die man, wenn man von außen draufschaut, immer ein bisschen schwer nachvollziehen kann, weil man ja denkt: Wir haben die Ukraine Krise, die Flüchtlinge kommen, es wird ja einen zentralen Krisenstab des Landes Baden-Württemberg geben, der ressortübergreifend die Themen zusammenführt, an den

– 75 –

man sich dann wenden kann. Ich habe nicht in Erfahrung bringen können, ob es das in der Form gegeben hat. Ich habe dann versucht, meine Themen, die dankenswerterweise über das Verkehrsministerium transportiert worden sind, in diese Ressortabstimmung einzubringen, weil es am Ende für uns notwendig war, bestimmte Handlungsfelder abzustimmen.

Insofern ist es in der Tat eine Frage, bei der man gemeinsam überlegen kann, in welchem Rahmen eine systematische Einbindung sinnvoll ist, damit, wenn die Bahn mit ihrer Kompetenz, ihrer Infrastruktur und ihren Mobilitätsangeboten gebraucht wird, einfach unabhängig von Personen klar ist, wer wen am Ende ansprechen und einbinden kann.

Gibt es das in anderen Bundesländern? Gute Frage. Da stellt sich immer die Frage nach Best Practice. Ich kenne es vom Bund. Wir sind sehr gut eingebunden in die Krisenkommunikation und den Krisenstab des Bundes, der in Spezialfällen immer im Kanzleramt angesiedelt ist. Da sind wir sehr gut eingebunden.

Das beantwortet auch ein bisschen die Frage von Herrn Krüger: DB als Ressource, der Bund greift darauf gezielt zurück, er nutzt die DB und ihre Fähigkeiten. Denn es war auch klar: Warentransport und Beförderung von Geflüchteten sind am Ende nur mit der DB sicher und in großem Umfang zu gewährleisten. Das heißt, der Bund greift auf die Ressource seines Bundesunternehmens Deutsche Bahn hier zurück, weil die Krisen gar nicht anders zu bewältigen wären. Denn man kann das nicht mit einem Fernbussystem organisieren; in diesen Umfängen ist das nicht machbar. Also greift der Bund auf unsere Ressourcen zurück. Das funktioniert mit dem Bund wirklich ganz gut und hervorragend.

Ich kann gern noch einmal die Augen und Ohren aufsperrern in der Frage, ob es in anderen Bundesländern in Bezug auf die Zusammenarbeit mit regionalen und Länderkrisenstäben besser funktioniert. Ich kann Ihnen jetzt nur meine Erfahrung aus Baden-Württemberg mitteilen. Da haben wir, wie gesagt, auf der einen Seite sehr gute Kontakte zur Landesregierung, persönlich da auch viele Schnittstellen. Man weiß, wen man da anrufen muss. Aber das ist nicht im Sinne des Erfinders. Das geht in der Krise nicht. Das muss irgendwie systematisch funktionieren.

Ein paar Fragen, die ich vielleicht auch ein bisschen zusammenbinden kann, betreffen den Infrastrukturausbau im Zusammenhang mit dem Thema Resilienz. Ja, das ist zwingend erforderlich. Das Netz ist verdammt eng und überlastet. Wir brauchen Neu- und Ausbaumaßnahmen sowie Sanierungsmaßnahmen, übrigens auch die Digitalisierung, um am Ende die Resilienz im Netz besser zu gewährleisten.

Eine der Folien, die ich gezeigt habe, bezog sich auf die Neu- und Ausbauvorhaben, auch an der Rheinschiene. Jetzt wissen wir alle, dass die nicht morgen kommen, sondern dass das alles immer auch eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt. Aber ich habe auch bestimmte Infrastrukturmaßnahmen dargestellt, die helfen werden, künftig

– 76 –

im Netz die Resilienz, beispielsweise im Zusammenhang mit der Rheinschiene, herzustellen. Wenn mal das Neu- und Ausbauprojekt Frankfurt–Mannheim und dann Mannheim–Karlsruhe umgesetzt ist, wenn die Gäubahn ausgebaut ist, die ja – Frau Wölle, die Frage hatten Sie gestellt – in der Planung ist, bei der es darum geht, insbesondere auch für den Güterverkehr die entsprechenden Profile herzustellen – da geht es um die Aufweitung von Tunnelprofilen und andere Themen –, wenn also am Ende der Ausbau der Gäubahn so abgeschlossen wurde, dass die Züge ohne Probleme über diese Strecke geleitet werden können, dann haben wir letztlich auch die Resilienz im Netz wieder ein bisschen erweitert und hergestellt.

Im Moment behelfen wir uns, wenn wir die Maßnahmen noch nicht haben, mit den Möglichkeiten, die wir haben. Ich habe es auch noch einmal deutlich gemacht: Wir müssen auch international denken. Die Umleitung über Frankreich ist an der Stelle zentral, weil wir sonst die Züge – – Da kommt die Frage auf: Können wir das überhaupt alles abfahren? Ich glaube, Herr Dr. Miller hat diese Frage gestellt. Pauschal würde ich sagen: Nein. Das ist ein Thema. Wenn eine Strecke wie der Korridor an der Rheinschiene komplett zu ist, dann muss man sich natürlich in der Tat Gedanken darüber machen, wie die Züge da umgeleitet werden können. Wenn aber solche Sperren längerfristig sind und nicht akut und dann wieder aufgelöst werden können, muss man sich auch darüber Gedanken machen, wie man an der Stelle die Menge dann auch anders transportiert. Wir wollen so viel Verkehr wie möglich auf die Schiene bekommen. Wir gehen auch davon aus, dass solche Störungen auf der Rheinschiene eher kurzfristiger Natur sind, sodass wir dann am Ende auch entsprechend reagieren können.

Kann man die gesamten Mengen des Güterverkehrs auf die Schiene packen, wenn da solche Störungen stattfinden? Da muss man wirklich aus der Situation heraus entscheiden. Bestimmte Güter sind nur auf der Schiene zu transportieren; die kann man nicht kurzfristig auf die Straße umlenken. Aber die Firmen brauchen ihre Waren, sie brauchen ihre Ersatzteile, sie brauchen die Güter, die teilweise auch im On-demand- und im Just-in-time-Geschäft einfach da sein müssen. Dann muss man sich eben überlegen, wie man die Güter zu den Unternehmen bekommt – die warten halt auch –, sonst stehen die Bänder still.

Wir sind da aber ganz gut aufgestellt, insbesondere bei kurzfristigen Störungen auf der Rheinschiene. Sie werden sich vielleicht erinnern, dass vor ein paar Wochen in der Region Rastatt eine Fliegerbombe gefunden worden ist, sodass wir die Rheinstrecke aus Sicherheitsgründen kurzfristig sperren mussten. Nach ein paar Stunden oder nach einem halben Tag ist diese Störung aber auch wieder aufgehoben worden. Da ist am Ende kein Zug wirklich ausgefallen, sondern die Züge hatten dann halt eine entsprechende Verspätung, mussten warten, konnten dann aber wieder durch. Ich glaube also, da muss man am Ende für jedes Ereignis individuell schauen, wie das funktioniert.

– 77 –

Die Frage nach den Lehren aus der Pandemie hat der Kollege Westphal eigentlich schon beantwortet. Wir sind ein lernender Organismus. Die Pandemie hat uns wie alle anderen auch in einem Umfang getroffen, wo wir am Ende natürlich auch im Nachgang so eine Art „Lessons Learned“ machen. Herr Dr. Müller hat das für die kritische Infrastruktur angesprochen, was Schichten angeht. Ich will Ihnen sagen, dass das bei uns nicht anders war. Auch bei uns sind die Kolleginnen und Kollegen in den Stellwerken im Schichtdienst unterwegs. Wenn sich da zu bestimmten Zeiten jemand mit Corona infiziert hat, dann war das am Ende natürlich auch mit großen Herausforderungen für uns verbunden. Aber wir haben es geschafft. Da bin ich immer begeistert, wie die Bahn am Ende Krise meistert. Wir haben es ja geschafft, durch diese Krise zu kommen und am Ende den Verkehr auch gut zu fahren. Insofern: Wir lernen immer daraus, ziehen unsere Schlüsse und versuchen, das Beste daraus zu machen. Und mit ein bisschen Unterstützung der Politik gelingt uns das eigentlich immer ganz gut.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Krenz. Es freut natürlich sehr, dass Sie selbst von Ihrem Konzern begeistert sind.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Sie können uns natürlich gern noch – was auch schon angekündigt wurde – eine Übersicht über die anderen Bundesländer geben. Wenn das keinen zu großen Aufwand erzeugt, wären wir dafür dankbar, wenn wir das als Rat für die Handlungsempfehlungen beiziehen könnten.

Jetzt kommt noch Herr Dr. Müller.

Sv. Herr Dr. Müller: Zu der Frage „Wie weit hat sich das verlagert?“ möchte ich den Bogen ein bisschen größer spannen. Denn wenn wir die letzten zwei Krisen betrachten, würde ich im Nachhinein sagen, war der Energieverbrauch in der Coronakrise fast schon spannender. Mit Start der Coronakrise im März 2020 ist der Industriestromverbrauch in Baden-Württemberg in unserem Netzgebiet um ungefähr 40 % zurückgegangen. Da hatte ich echt mal kurz Angst. Das hat richtig gerappelt. Bei allem, was ich in den letzten Jahren an Krisenreaktionen gesehen habe, war das wirklich das Heftigste.

Im Rahmen der Energiekrise im letzten Jahr haben wir gesehen, dass die Industriekunden ihren Gasverbrauch schon massiv zurückgefahren haben – nicht so massiv wie 40 %, aber wir haben festgestellt, dass sie den Verbrauch schon zurückgenommen haben. Ich glaube, das ist ganz klar preisbedingt gewesen.

Bezüglich des Verbrauchs der Haushalte gibt es immer eine große Diskussion. Auch die Bundesnetzagentur veröffentlicht dazu ja viel. Wetterbereinigt – es war ja auch ein sehr milder Winter – gab es zwar Einsparungen bei Gas, aber nicht in dem Um-

– 78 –

fang, wie wir uns das alle erhofft haben. Hingegen ist der Verbrauch an Strom ein bisschen gestiegen. Man sieht tendenziell eine leichte Verlagerung auf Strom. Alles in allem war das aber nicht in der Dramatik, wie wir das an der Nachfragereaktion in der Coronakrise gesehen haben. Wenn Sie die Nachfragereaktion in der Coronakrise interessiert – das Internet vergisst ja nichts –: Unter dem Hashtag „#PulsBaWü“ müssten Sie auf Twitter sogar noch etwas dazu finden.

Zu der Frage nach dem Blackout: Der Blackout ist ja eher ein nationales Thema. Insofern antworte ich weniger als Geschäftsführer eines Verteilnetzbetreibers, sondern eher als ein Mitarbeitender in der Energiewirtschaft. Die richtige Adresse für so eine Frage wären die deutschen Übertragungsnetzbetreiber. Nach meiner Auffassung oder Wahrnehmung ist ein Blackout sehr, sehr unwahrscheinlich; in den Jahren vor der Ukraine Krise war er sehr, sehr, sehr unwahrscheinlich – wenn Sie jetzt mitgezählt haben, haben Sie festgestellt, das war ein „sehr“ mehr.

Wir haben also ein sehr, sehr hohes Niveau der Versorgungssicherheit. Aber wir müssen einfach sehen: Im letzten Jahr haben wir zwei große Stützen unserer Versorgungssicherheit – zum einen die russische Gasversorgung, zum anderen, temporär, die französische Kernenergie; beides Stützen der europäischen Energieversorgung – verloren. Die Gasversorgung aus Russland haben wir ganz verloren; die französische Kernenergie hatte technische Schwierigkeiten. Neuesten Nachrichten von gestern und vorgestern zufolge gibt es da wieder Themen.

Ja, wir sind durch den Winter gut durchgekommen. Das ist ein ganz großer Erfolg, eine ganz große Sache. Aber das System hat ja immer noch weniger Redundanzen als früher. Wenn wir also jetzt ein technisches Problem in einer Gaspipeline aus Norwegen haben, dann sind wir auch in der aktuellen Lage – wenn auch nicht im Sommer – sehr schnell in schwierigen Situationen.

Insofern müssen wir, glaube ich, einfach noch ein Auge auf die Energieversorgung haben, um dieses hohe Niveau zu halten. Das Gefühl, dass wir schon ganz aus der Krise sind, habe ich nicht. Wir stehen gut da, wir stehen stabiler da, aber wir haben deutlich weniger Redundanzen im System als in der Vergangenheit.

Ich wurde da auch nach meiner Empfehlung gefragt. Meine Empfehlung bleibt, das ein bisschen vorzubereiten, vorzudenken. Das betrifft nicht nur die Frage: Was mache ich als Unternehmen, wenn es tatsächlich mal zu einem Stromausfall, zu einer rollierenden Abschaltung oder sonst was kommt? Das sind sehr, sehr unwahrscheinliche Szenarien, aber natürlich Szenarien mit einem hohen Impact und insofern etwas, woran man vielleicht doch schon mal denken sollte.

Zum anderen sollte man sich viel konkreter – das haben ja im letzten Jahr auch viele gesehen – Gedanken über seine kommerziellen Energielieferbedingungen machen. Viele Unternehmen haben da im letzten Jahr sehr geklagt. Man muss natürlich auch sagen: Das waren die Unternehmen, die in der Beschaffung danebengelegt haben.

– 79 –

Nach meinen Informationen gab es auch viele Unternehmen, die mit einem guten Risikomanagement einigermaßen sauber durch diese Krise gekommen sind. Das heißt, die Auseinandersetzung mit seinen kommerziellen Energiebeschaffungsbedingungen bleibt, denke ich, ein wichtiges Thema. Denn wir sind noch nicht zurück in einer Lage wie vor drei Jahren. Das zeigen einem ja auch die aktuellen Energiepreise.

Zu der Frage nach der Einbindung im Innenministerium: Wenn Sie meinen, wir wären nicht eingebunden worden, dann haben Sie mich falsch verstanden. Wir waren sehr wohl im Innenministerium eingebunden. Das klappte auf der Ebene auch ganz gut.

Mein Punkt war zum einen – nach meiner Wahrnehmung ging das durch alle Ministerien und alle Verwaltungsebenen, Bund, Land usw., hin und her – die Kurzfristigkeit der Kommunikation. Da hieß es sonntagabends: „Morgen ist das umzusetzen.“ Mittwochs wurde etwas erlassen, was ab Donnerstag galt. Das ist ein Thema, das uns da sehr umgetrieben hat. Das kann man, denke ich, besser machen mit Vorabentswürfen oder kann es einfach mehr in den ganzen Prozessen berücksichtigen.

Das andere Thema, das mir wichtig ist, ist, dass es auch in einer Krise Grundsatzfragen gibt, die gerade in einer Krise grundsätzlich und schnell beantwortet werden müssen, wie z. B. die Frage: Wann und unter welchen Bedingungen kann jemand aus der Quarantäne entlassen werden? Ich glaube, es ist nicht gut, wenn das jede Gemeinde selbst machen muss. Ich glaube, da wäre es hilfreich gewesen, wenn von einer zentralen Stelle etwas gekommen wäre. Das geht nach meiner Wahrnehmung in die Richtung von personellen Ressourcen. Es geht darum, auch in den Krisenstäben genug Leute zu haben, die zuhören, die das verdichten und dann auch die Impulse geben. Das ist, glaube ich, wirklich ein Thema von personellen Ressourcen. In den Krisenstäben des Landes waren wir, die EnBW, eingebunden.

Eine weitere Frage war, wie wir das mit unseren Satellitentelefonen machen, wenn wir keinen Strom haben. Wir machen das, was alle machen. Sie sollten sich überlegen: Was machen wir eigentlich, wenn wir keinen Strom haben? Nebenbei – das war heute Morgen auch Thema – überlegen wir auch: Was machen wir eigentlich, wenn wir keine IT mehr haben? Ich möchte das nie testen, aber selbst dafür haben wir Konzepte, wenn unsere IT weg wäre.

Für den Fall, dass unser Strom weg ist, haben wir eine Notstromversorgung. Unsere Hauptschaltleitung in Esslingen hat eine eigene Notstromversorgung, unsere großen Standorte haben Notstromversorgungen. Das heißt, wir würden dann mit Notstromversorgung arbeiten, um zu schauen, dass wir aus den Hauptschaltleitungen, aus den „Gehirnen“ der Stromversorgung, tatsächlich eine Stromversorgung – welche Lage wir auch immer haben – aufrechterhalten und ordentlich bewirtschaften.

Nicht ganz klar war mir die Frage nach den To-do-Listen im Zusammenhang mit den Genehmigungen bei einer Ausgangssperre. Ich weiß nicht, ob ich das auf eine To-

– 80 –

do-Liste reduzieren würde, sondern eher auf den Punkt Zuhören, Ressourcen für das Zuhören zu haben und dann auch genug Ressourcen zu haben, um das, was man gehört hat, auch umzusetzen. Das scheint mir da verallgemeinert zu der Frage nach den Schlussfolgerungen der eigentliche Punkt zu sein.

Dann sind Sie noch auf meine Schlussbemerkung eingegangen. Ich hatte da nur eine Feststellung gemacht. Der Punkt sind die Feuerwehrynachwuchssorgen. Wir haben es nicht geschafft, vernünftig darüber zu reden, wir alle – da schließe ich mich ein; ich hätte mich ja auch melden können. Das ist einfach eine Beobachtung gewesen. Da kann sich jeder fragen, woran es gelegen hat.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Müller. – Damit sind wir am Ende dieses Blocks angekommen. Es gibt keine Ergänzungen mehr.

Ich darf mich, auch im Namen der Enquetekommission, vielmals bei Ihnen bedanken. Herr Dr. Müller, Sie bleiben uns als Sachverständiger der CDU-Fraktion erhalten. Ihnen, Herr Krenz und Herr Westphal, danke ich, dass Sie uns für die Deutsche Bahn Auskunft erteilt haben.

(Beifall)

Wir wünschen Ihnen und Ihren Unternehmen eine möglichst krisenfreie, aber zumindest krisenfeste Zukunft.

Wir sind damit am Ende des ersten Teils unserer öffentlichen Sitzung angekommen. Die Sitzung wird sehr pünktlich um 14:35 Uhr fortgeführt. Ich wünsche Ihnen eine schöne Mittagspause.

(Unterbrechung der Sitzung von 13:39 Uhr bis 14:36 Uhr)

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich darf Sie nach der Pause zurückbegrüßen. Wir fahren in der Tagesordnung fort. Wir haben uns darauf verständigt, die Reihenfolge der Vorträge zu ändern. Daher hören wir jetzt den Vortrag von Frau Professorin Dr. Sabine Kuhlmann. Sie ist Professorin für Politikwissenschaft, Verwaltung und Organisation an der Universität Potsdam und stellvertretende Vorsitzende des Nationalen Normenkontrollrats. Sie ist uns digital zugeschaltet. Frau Professorin Dr. Kuhlmann, Sie haben 20 Minuten Zeit jetzt.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Dr. Kuhlmann: Vielen Dank für die Einladung, hier vortragen zu dürfen, was ich sehr gern tue. Es sind eine Menge Themen auf der Agenda und mir auch kommuniziert worden. Ich werde meinen Vortrag angesichts der Zeitbegrenzung auf

– 81 –

20 Minuten fokussieren müssen, bin aber bereit, in der Fragerunde weitere Themen zu adressieren.

Ich möchte mich auf die Frage der Krisenresilienz, Krisenfestigkeit von Verwaltung konzentrieren und dabei die Rolle der öffentlichen Verwaltung besonders adressieren. Die digitale Komponente werde ich nicht so in den Mittelpunkt stellen; dazu können wir gern in der Diskussion noch etwas sagen.

Wir alle wissen, die Krisenfrequenz, Krisenhäufigkeit nimmt immer mehr zu. Es gibt also verschiedenste Typen von langwierigen oder auch akuten Krisen. Wir haben nicht nur eine höhere Frequenz. Vielmehr überlappen sich Krisen. Wir sehen, dass dabei die öffentlichen Institutionen, die bürokratischen Strukturen und die Verwaltung insgesamt zunehmend in den Fokus geraten sind und teilweise auch negative Schlagzeilen gemacht haben. Aber wir sehen auch, dass eine besondere Relevanz des öffentlichen Sektors und der öffentlichen Verwaltung in diesen verschiedenen Krisenszenarien zu beobachten ist.

Nach der Finanz-, Euro- und Flüchtlingskrise kann man die Coronapandemie als die vierte große Notsituation in den letzten zehn Jahren sehen. Aufgrund der Diskussionen um die Energiekrise und um weitere Problembereiche sehen wir, dass die Krisenhaftigkeit zunimmt. Dabei fallen immer wieder Schlagworte wie Organisationsversagen – etwa in der Flüchtlingskrise – bis hin zu Staatsversagen als Kritik in der Coronakrise.

Wir sehen, dass Krisen strukturelle Herausforderungen für die Verwaltung darstellen, weil sie arbeitsteilig spezialisiert arbeitet und teilweise bürokratische Verkrustungen aufweist, die einer schnellen, agilen Reaktionsfähigkeit in akuten Krisensituationen oftmals im Wege stehen, und das noch kombiniert mit unserer doch recht komplexen, vielschichtigen föderalen Struktur, die schnelle Reaktionen und koordiniertes Handeln nicht immer einfach macht.

Eigentlich braucht man für eine effektive Krisenbewältigung vorausschauendes Handeln. Wir brauchen evidenzbasiertes Handeln, das auf der verfügbaren Datenlage möglichst rational aufbaut – und das kombiniert mit einer leistungsfähigen digitalen Verwaltung. Die Fragen, die man dabei stellen muss, lauten: Wie kann man diese sicherstellen? Wie kann man die administrative Funktionsfähigkeit auch in solchen Akutsituationen wie etwa der Coronapandemie, die sehr stark vom Normalbetrieb abweicht und in denen das Stresslevel für öffentliche Institutionen sprunghaft ansteigt, sicherstellen?

Wir haben gesehen: Die Schlüsselrolle der Verwaltung und der öffentlichen Institutionen ist sichtbarer geworden. Es gibt ein gewachsenes Bewusstsein in Politik und Öffentlichkeit darüber, dass wir eine leistungsfähige Verwaltung brauchen. Trotzdem zeigt sich diese Tendenz zu Verwaltungsversagen oder institutioneller Überforderung

– 82 –

in bestimmten Verwaltungsbereichen als eine Art Konstante in jeder dieser genannten Krisen.

Das ist sicherlich teils nicht durch die Verwaltung verschuldet, teilweise ist das wirklich exogen bedingt. Die Fallzahlen steigen in kurzer Zeit und die Verwaltung ist nicht in der Lage, ihre Ressourcen kurzfristig hochzuskalieren. Da kommt man dann auch auf die hausgemachten, endogenen Faktoren, die sicherlich zum Teil mit Sparpolitik, Personalabbau und Fachkräftemangel zusammenhängen, aber natürlich auch damit, dass sich die Verwaltung – verglichen mit anderen Ländern – immer noch in einem Digitalisierungsrückstand befindet, und auch damit, dass bestimmte Verwaltungsbereiche – wir haben das im Bereich der Gesundheitsämter ganz prägnant gesehen – einfach über Jahre, Jahrzehnte vernachlässigt worden sind. Die haben einen Dornröschenschlaf geführt, und man hat erst in der Krise entdeckt, dass das ein Schlüsselbereich ist, den man aber vernachlässigt hat.

Was ein generelles Problem darstellt – das sehen wir auch aus der Sicht der Verwaltungswissenschaft –, ist, dass die Frage der Verwaltungsmodernisierung, der Verwaltungspolitik sozusagen zwischen den Krisen immer in Vergessenheit gerät. Politik und Öffentlichkeit sehen es erst dann ein, dass Verwaltung doch wichtig ist und die Verwaltung modernisiert werden muss, wenn eine solche Situation eintritt. Aber zwischen den Krisen, wenn die Situation eher entspannt ist, wird dieses Politikfeld vernachlässigt. Das hängt damit zusammen, dass Verwaltungspolitik eine strukturell schwache Policy ist. Sie ist strukturell schwach, sie hat keine Fürsprecher, keine strukturelle Verankerung im System, etwa in der Ministerialverwaltung, wie das bei anderen Politikfeldern der Fall ist, die eigene Ministerien, eigene Ressorts, natürlich auch bestimmte Fachlobbygruppen haben. Das ist bei der Verwaltungspolitik nicht der Fall, sodass man dafür Sorge tragen muss, diesen wichtigen Bereich auch institutionell dauerhaft zu verankern, damit sich Politik und Öffentlichkeit auch zwischen den Krisen dafür interessieren bzw. die Krisenresilienz erhöht wird, indem man sich mit verwaltungspolitischen und Verwaltungsreformfragen dauerhaft auseinandersetzt.

Auf dieser Folie sehen Sie ein paar Basics zur öffentlichen Verwaltung in Deutschland, bei denen man sich fragen kann, was wir denn schon an bestimmten Basisinstitutionen im deutschen Verwaltungssystem haben, die eigentlich als positiv anzusehen sind, wenn es um die Krisenbewältigung geht. Man darf auch nicht vernachlässigen, dass es eine Reihe von Faktoren und Merkmalen gibt, die die deutsche Verwaltung, wenn man es mit anderen Ländern kontrastiert, durchaus positiv dastehen lassen. Wir haben einen professionellen, vergleichsweise leistungsfähigen Verwaltungsapparat mit hoher Spezialisierung, Rechtsexpertise, hoher rechtlicher Qualität, legaler Korrektheit. Das sind sozusagen Aspekte der klassischen Bürokratietradition, die die Vorzüge aufweist, rechtssicher zu sein, die Gleichbehandlung sicherzustellen, vor Willkür zu schützen und verfahrensförmige Abläufe zu fördern. Das bewirkt natürlich erst einmal ein grundsätzliches Vertrauen in rechtsstaatliche Institutionen.

– 83 –

Hinzu kommt die Flexibilität, die sich im deutschen System – etwa im Vergleich zu Frankreich oder Großbritannien – aus der Dezentralität und einer starken Stellung der kommunalen Selbstverwaltung ergibt. Darum beneiden uns manche Länder, wo die Kommunen erst einmal ertüchtigt werden müssen, damit sie in Krisensituationen handlungsfähig sind. Wir können sagen, dass die deutsche Verwaltung hinsichtlich dessen gar nicht schlecht aufgestellt ist, weil wir leistungsfähige Kommunen haben, die es auch gewohnt sind, mit bestimmten Krisensituationen umzugehen, etwa mit der Flüchtlingskrise. Ein positives Beispiel ist auch die Transformation Ostdeutschlands, die man als eine Krisensituation sehen kann, in der die Kommunen sehr agil reagieren und Lösungen für besondere Problemlagen entwickeln mussten. Das sind erst einmal positive Aspekte.

Das schlägt sich im Übrigen auch in der Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger nieder. Auf dieser Folie sehen Sie das Ergebnis einer Befragung des Statistischen Bundesamts zur Zufriedenheit mit behördlichen Dienstleistungen. In dem grün umrahmten Bereich sehen Sie, in welcher Hinsicht eine relativ hohe Zufriedenheit besteht, nämlich Unbestechlichkeit, Diskriminierungsfreiheit, Vertrauen in die Behörde. Immerhin, das ist ja was und zeigt diese positiven Aspekte.

Jetzt kommt das große Aber: Wo haben wir Faktoren, die die Resilienz eher hemmen? Das ist, wie immer wieder diskutiert und kritisiert wird – da kommt natürlich auch der Normenkontrollrat ins Spiel –, der Umstand, dass wir sehr wirkungsmächtige Bürokratietreiber im deutschen System haben. Das hat kulturelle Ursachen. Die legalistische Verwaltungskultur, die einerseits positive Auswirkungen hat, trägt aber andererseits als Kehrseite der Medaille die Neigung zu besonderer Über- und Fehlregulierung in sich. Das ist ein Problem, das mit der legalistischen Kultur verbunden ist.

Das wird auch sichtbar in einer für die Ministerialverwaltung nach wie vor bestehenden mangelnden disziplinären Vielfalt von Berufen, von Fachhintergründen. Es handelt sich um eine nach wie vor juristisch geprägte Arbeitskultur, die sicherlich wichtig ist in den Ministerien, die für Gesetzgebung zuständig sind, die aber in den Fragen der Krisenreaktionsfähigkeit, der digitalen Verwaltung nicht ausreichend ist. Man braucht also mehr Diversität und Vielfalt.

Den Verwaltungsföderalismus habe ich angesprochen. Er hat aufgrund der Dezentralität und Flexibilität Vorzüge. Andererseits sehen wir: Der Bund ist implementationsfern. Er ist nicht für den Vollzug sozusagen seines eigenen Rechts zuständig. Das machen die Länder und die Kommunen. Dies wiederum bewirkt, dass der Bund möglichst dicht regulieren will. Wir sehen im Normenkontrollrat sehr deutlich, dass es ein Bestreben gibt, möglichst dicht zu regulieren, um die Spielräume zu begrenzen. Aber das wirkt sich wiederum in einer Bürokratisierung und besonderen Regeldichte im Vollzug aus.

– 84 –

Es gibt eine Reihe weiterer Punkte, die die Bürokratie eher befördern, als dass sie sie begrenzen und damit dazu führen, dass wir – was gerade in Krisen ein Problem darstellt – die Tendenz haben, eher praxis- und vollzugsuntaugliches Recht zu haben, das den Praxistest nicht überstehen würde, wenn es ihn im Vorfeld der Rechtsetzung denn geben würde. Diese Vollzugsferne, Praxisferne der Rechtsetzung ist ein Problem, das sich vor allem in Krisensituationen bemerkbar macht, in denen die Vollzugsebene einfach überfordert ist, überlastet ist und mit der Regelungsdichte nicht umgehen kann.

Wir sehen das auch in aktuellen Befragungen. In einer Untersuchung des Instituts für Mittelstandsforschung, das mittelständische Unternehmen befragt hat, haben inzwischen ungefähr 30 % der Unternehmen angegeben, bewusst einzelne Regeln nicht mehr auszuführen. Das bezeichnen sie als den „autonomen Bürokratieabbau“. Das habe ich Ihnen hier in einer Grafik dargestellt. Die Befragten sagen, unser Unternehmen erfüllt ganz bewusst einzelne bürokratische Erfordernisse nicht. Es sollte zu denken geben, wenn es aufgrund einer Überforderung zu rechtsstaatlich problematischen Entwicklungen kommt. Das ist dann nicht nur ein Bürokratieproblem oder ein Vollzugsproblem, sondern eigentlich schon ein rechtsstaatliches Problem.

Die Wahrnehmung ist, dass der bürokratische Aufwand in der Interaktion mit der öffentlichen Verwaltung eher gestiegen ist. Mehr als 60 % der Befragten nehmen das so wahr, ohne dass das im Einzelnen messbar ist. Das ist eine Wahrnehmung, die man auch einmal zur Kenntnis nehmen sollte.

Wir, der Normenkontrollrat, messen immer die bürokratische Belastung, die sich aus neuen rechtlichen Regelungen ergibt. Im Jahr 2021 hat sich gezeigt, dass fast der gesamte in diesem Jahr neu entstandene Erfüllungsaufwand auf die Verwaltung entfiel. Nicht nur Unternehmen werden durch neue Regulierungen belastet, auch die Verwaltung ist sehr stark betroffen von neuen Regulierungen, was teils coronabedingt ist, aber sicherlich nicht nur. Hier zeigt sich auch ein Handlungsbedarf, damit umzugehen.

In der Wiedergabe des Ergebnisses von Befragungen des Statistischen Bundesamts – schauen wir jetzt einmal auf die unteren beiden Quadranten – werden diese eher kritischen Wahrnehmungen und diese, wenn man so will, Unzufriedenheit von Bürgerinnen und Bürgern in verschiedenen Lebenslagen mit behördlichen Dienstleistungen zum Teil sichtbar. Das zeigt sich etwa in den Bereichen der Verständlichkeit von Schreiben, der Verständlichkeit von Formularen und Anträgen sowie der Verständlichkeit des Rechts insgesamt. Das absolute Negativbeispiel bildet die digitale Verwaltung, die Möglichkeiten des E-Governments. Dieser Aspekt bildet das Schlusslicht, woraus man auch ablesen kann, dass ein Handlungsbedarf besteht, um nicht zuletzt die Krisenresilienz der Verwaltung zu steigern.

Einen weiteren Indikator möchte ich Ihnen vorstellen. Im International Civil Service Effectiveness Index von 2019 wurden verschiedenste Bereiche der öffentlichen Leis-

– 85 –

tungsfähigkeit zwischen den Ländern verglichen. Sie sehen auf der linken Seite der Folie, dass Deutschland im internationalen Vergleich allenfalls einen Mittelfeldplatz einnimmt hinsichtlich der Frage von Crisis-and-risk-Management. Ich habe jetzt nicht die einzelnen Unterindikatoren, an denen das gemessen wird, aufgelistet. Aber wenn Sie das in diesem Spinnendiagramm sehen, nehmen Sie gerade in diesem Bereich einen krassen Einschnitt im Vergleich zu den anderen Ländern wahr. Die graue Linie stellt den Durchschnitt der Länder dar; die blaue Linie zeigt das Ergebnis für Deutschland. Danach ist Deutschland im Krisenmanagement vergleichsweise schwach aufgestellt. Es liegt immerhin im Mittelfeld, wird aber von anderen Ländern deutlich übertroffen.

Was lernen wir aus diesen Krisenerfahrungen? Die ersten Punkte, die ich hier nennen möchte, resultieren aus einem Forschungsprojekt, das wir zu Fragen der Evidenzbasierung und Datennutzung in der Coronakrise durchgeführt haben. Danach ist bei Politikentscheidungen generell, aber auch bei Entscheidungen im Bereich des Krisenmanagements bei Coronamaßnahmen klar geworden, dass die Evidenzbasierung verbessert werden muss. Dies setzt voraus, dass die Datenbasis verbessert wird und dass Datendefizite, die es nach wie vor gibt, behoben werden. Das sollte in einem Kontext betrieben werden, in dem in Begleitforschung investiert wird, in dem auch ex post, also jetzt, nach der Krise in Wirkungsanalysen in Bezug auf bestimmte Maßnahmen investiert wird, aber ex ante auch Kosten-Nutzen-Analysen und Risikoanalysen stärker betrieben werden.

Das kann dazu beitragen, dass die bestehenden Datendefizite, die uns von allen möglichen Seiten von Interviewpartnern auf Bundesebene, auf Landesebene und in den Kommunen bestätigt wurden, behoben werden können. Dabei geht es nicht nur um die Frage, welche Daten wir haben, sondern vor allem auch um die Frage, wie die Daten, die wir haben, sinnvoll genutzt und ausgetauscht, aber auch zwischen den Behörden geteilt werden. Das verlangt Änderungen in der Verwaltungskultur, die dann stärker mit offenen Daten umgehen muss, sie untereinander auch austauschen muss, statt sie, wie wir das sehen, in den Ressorts, in den Ministerien zu horten, also zu verschließen und nur für sich allein zu nutzen. Hierzu braucht man ein stärkeres Bewusstsein innerhalb der Verwaltung für die strategische Bedeutung von Daten als Steuerungsinstrument; aber es geht eben nicht nur um mehr Daten und mehr Wissen, sondern vor allem auch darum, dieses zu teilen, zu nutzen, zugänglich zu machen und zu verwerten.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Politik dennoch nur eine begrenzte Kapazität zur Informationsverarbeitung hat und politische Entscheidungen natürlich nicht nur datenbasiert, sondern immer auch wertebasiert sind sowie einer Logik der Kompromissfindung und natürlich auch Machtinteressen folgen. Das ist eine Lehre. Eine weitere Lehre betrifft die Notwendigkeit der klareren Abgrenzung der Rollen zwischen Politik und Politikberatung.

– 86 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Frau Professorin Dr. Kuhlmann, ich möchte Sie darauf hinweisen, dass Sie noch zwei Minuten Redezeit hätten.

Sv. Frau Dr. Kuhlmann: Eine allgemeinere und breiter angelegte Einsicht ist, dass wir Verwaltungspolitik im politisch-administrativen System besser institutionalisieren und dauerhaft verankern müssen. Der Normenkontrollrat hat beispielsweise für die Bundesebene die Bildung eines Expertenrats für Verwaltungsmodernisierung als unabhängiges Gremium vorgeschlagen, das eine solche Rolle wahrnehmen könnte und wodurch Staats- und Verwaltungsmodernisierung zum politischen Dauerthema werden können und nicht nur während der Krisen eine Rolle spielen.

Wir haben dafür verschiedene Instrumente vorgeschlagen, etwa Stresstests und Audits in den relevanten Behörden, um so eine permanente Basis oder auch Lobby für Verwaltungsreformen zu schaffen, den Druck von außen z. B. über einen solchen Expertenrat zu stärken, aber auch von innen den Druck in Richtung einer resilienteren und agileren Verwaltung zu stärken, wozu die Diversifizierung von Ausbildungsprofilen, aber auch bestimmte Reflexionsprozesse wie Audits, Leistungsvergleiche oder Benchmarking beitragen können. Das alles sind bekannte Instrumente; diese kann man nutzen, um dauerhaft Bewegung hineinzubringen.

Der Normenkontrollrat – hierzu würde ich ein wenig aus dem Papier referieren, das der Normenkontrollrat präsentiert hat – hat dazu drei Schwerpunkte in den Blick genommen, von denen die leistungsfähige, krisenfeste Verwaltung, der zukunfts feste Staat ein Bereich sind; ein weiterer Bereich betrifft die digitale Verwaltung, das datengetriebene Regieren. Weil wir ein Gremium auf Bundesebene sind, das auf das Bundesrecht schaut, gilt ein weiterer Schwerpunkt der Verbesserung der Gesetzgebung und dem digitaltauglichen Recht. Für neue Gesetze gibt es jetzt den Digitalcheck, der sich derzeit in der Erprobung befindet. Das sind Instrumente, die man nutzen sollte und die wir vorgeschlagen haben.

Auf dieser Folie ist das noch einmal als Grafik dargestellt. Wir sagen, es gibt bestimmte Prinzipien, Methoden, die man nutzen kann, um zu einer leistungsfähigeren, zukunfts festen Verwaltung und Staatlichkeit zu gelangen, und Institutionen, die man etablieren kann, um diese unterschiedlichen Bereiche zu bespielen. Dazu kann ich gern im Einzelnen noch etwas sagen, wenn es gewünscht wird und nach Details gefragt würde.

Vorsitzender Alexander Salomon: Frau Professorin Dr. Kuhlmann, hören Sie mich überhaupt noch?

Sv. Frau Dr. Kuhlmann: Damit bin ich schon fast am Ende angekommen und möchte noch eine letzte Folie zeigen. Es geht nicht nur darum, die Verwaltung zu verbessern und irgendwie Bürokratie abzubauen, sondern es muss in den Blick genommen werden, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen dem Vertrauen in Institutionen,

– 87 –

der Qualität von Verwaltungshandeln und der Zufriedenheit mit Demokratie und damit auch Demokratievertrauen.

Demokratiezufriedenheit – das zeigen einige empirische Untersuchungen – hängt stärker davon ab, wie die Bürgerinnen und Bürger die öffentliche Verwaltung wahrnehmen, als davon, wie sie z. B. das Wahlsystem oder demokratische Parteien bewerten. Das heißt, die rein politischen Variablen sind zum Teil gar nicht so entscheidend für die Demokratiezufriedenheit, sondern eher die Zufriedenheit mit öffentlichen Institutionen. Das muss man sehen. Insofern haben wir diesen Zusammenhang zwischen Demokratie und Verwaltung, aber auch in negativer Hinsicht, denn Verwaltungsversagen führt dann auch zu Demokratieproblemen. Ich glaube, dieser Zusammenhang sollte auch für politisches Handeln wichtig sein, um die richtigen Fragen zu stellen.

Dabei würde ich es erst einmal belassen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und stehe für Fragen gern zur Verfügung.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Professorin Dr. Kuhlmann, auch dafür, dass Sie den Zeitrahmen eingehalten haben. Ich wollte Sie gar nicht drängen, aber auf den Zeitrahmen hinweisen, damit Sie diesen im Blick behalten.

Wir machen direkt weiter mit Frau Haller. Sie ist Diplomvolkswirtin und Vizepräsidentin der Bundesnetzagentur für Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahn. Frau Haller, Sie haben ebenfalls 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Haller: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich sehr, dass ich hier sein darf und Ihnen ein wenig Einblick in das geben kann, was wir als Bürokratie bei der Bewältigung insbesondere der Energiekrise, der Gaskrise getan haben oder im Moment tun.

Bevor ich hierher gefahren bin, habe ich mir ein paar Leitfragen überlegt, an denen ich mich entlanghangeln möchte. Ich habe zwei Blöcke vorgesehen. Der erste Block beschäftigt sich mit der Bewältigung der Energiekrise. Dabei geht es vor allem um die Frage: Wie versuchen wir bzw. haben wir versucht, uns auf die Gaskrise vorzubereiten und die Gaskrise zu bewältigen? Im zweiten Block – „Resilienz des Energiesystems“ – spielt die Frage: „Wie bereiten wir uns insgesamt auf eine stärkere Resilienz des Energiesystems vor?“ eine Rolle. Eben gab es schon einige Fragen an Herrn Dr. Müller; möglicherweise kann man daran anknüpfen.

Insgesamt wurde auch uns in der Bundesnetzagentur sehr stark vor Augen geführt, dass man gut daran tut, sich auch auf für unwahrscheinlich gehaltene Krisenszenarien sehr praktisch vorzubereiten. Tatsächlich gibt es – das wurde heute mehrfach an-

– 88 –

gesprachen – viele Behörden, Institutionen und Unternehmen, die Ordner in ihren Schränken haben, in denen sich Krisenpläne, Notfallpläne usw. befinden. Die hatten wir auch. Aber als wir uns diese vor ungefähr einem Jahr und drei Monaten angeschaut haben, wurde uns deutlich, dass wir das, was in diesen Notfallplänen steht, in einer sehr, sehr hohen Geschwindigkeit umsetzen müssen und die praktischen Voraussetzungen schaffen müssen, um die Gaskrise in den Griff zu bekommen.

Zur Rolle der Bundesnetzagentur – Herr Dr. Müller hat es bereits angesprochen –: Ich will gar nicht bewerten, ob es sinnvoll war, die Bundesnetzagentur als Bundeslastverteiler einzusetzen. Ich bin allein dafür da, dass der Bundeslastverteiler sinnvoll arbeitet. Damit habe ich, glaube ich, relativ viel zu tun.

Die Bundesnetzagentur ist Bundeslastverteiler. Was heißt das? Wenn die Nachfrage nach Gas – das ist das, was ich als konkreten Krisenfall bezeichnen will – und nach Strom – aber da haben wir eine etwas andere Rolle – nicht mehr durch das Angebot gedeckt wird, also die Märkte in gewisser Weise nicht mehr funktionieren, dann ist die Bundesnetzagentur dafür da, Bundeslastverteiler zu sein und insbesondere Unternehmen in ihrem Verbrauch einzuschränken. Das sind natürlich extrem weitreichende Entscheidungen. Da geht es am Ende um die Frage: Wer wird eingeschränkt – die Papierindustrie, die Pharmaindustrie oder die Lebensmittelindustrie?

Das sind keine einfachen Abwägungsentscheidungen, auf die wir uns seit ungefähr eineinhalb Jahren extrem intensiv vorbereitet haben, weil wir fürchten mussten – die Gefahr war relativ konkret –, dass wir in diesem Winter, der jetzt bald vorbei ist, in eine Gaskrise kommen und tatsächlich handeln müssen.

Im Moment ist die Lage stabil. Ich denke, wir haben den Winter jetzt überstanden und insofern nichts mehr zu befürchten. Das ist aber nur gelungen, indem wir sehr harte Eingriffe vorgenommen haben, auch der Bundestag Gesetze verabschiedet hat, die stark in die Energiemärkte eingegriffen haben und die das Verwaltungshandeln sowie die Möglichkeiten der Bundesnetzagentur, in den Prozess einzugreifen, extrem ausgeweitet haben. Das gilt insbesondere für die Einspeicherung, Vorhaltung und Verfügbarkeit von Erdgas für staatliche Institutionen. Da haben wir eine ganz andere Situation, als wir sie vor einem Jahr oder anderthalb Jahren noch hatten.

Wir haben sehr stark in die Märkte eingegriffen, indem Unternehmen in eine Treuhandverwaltung übernommen worden sind. Wir haben sehr stark in die Märkte eingegriffen, indem wir in das Preis- oder Bezahlungssystem eingegriffen haben. Wir haben jetzt ein großes Paket der EU-Kommission zum Thema Marktdesign. Also, diese ganzen Diskussionen, die natürlich schon seit Jahren gären, werden jetzt viel akuter.

Jetzt ist die Lage im Griff. Viele Dinge sind angestoßen worden, insbesondere – das ist mir wichtig zu nennen, weil noch immer eine Diskussion besteht – der Anschluss von Flüssiggasterminals in der Ost- und Nordsee. Diese sind für die Energieversor-

– 89 –

gung, auch als Versicherung für Fälle, die wir uns gar nicht vorstellen wollen, extrem wichtig. Wir müssen dafür sorgen, dass die fünf, sieben, vielleicht auch acht FSRUs, die von der Bundesregierung geplant sind, möglichst schnell angeschlossen werden. Wir sind auch mit dafür verantwortlich, dass insbesondere der Netzausbau funktioniert. Dann können wir davon ausgehen, dass wir auch im nächsten Winter kein akutes Problem haben werden, auch wenn wir natürlich sehen, dass insbesondere die Preise eine große Belastung für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Unternehmen darstellen.

Nun zum Thema „Manöverkritik Gaskrise“: Wir haben zum einen im letzten Jahr eine krisenhafte Situation gehabt, aber wir haben uns auch auf diesen konkreten Krisenfall vorbereitet. Das heißt, wir haben vieles von dem gemacht, was heute angeraten worden ist: Wir haben unsere Krisenstäbe aktualisiert; wir haben jetzt Krisenstäbe, die in der Lage sind, im Sechsschichtbetrieb 24/7 durchzuarbeiten. Die Personen sind benannt, sie stehen auf Abruf zur Verfügung, sie sind geschult. Wir haben unsere Prozesse mit den entsprechenden Stakeholdern, Unternehmen, Ressorts, Verteilnetzbetreibern, Fernleitungsnetzbetreibern usw. spezialisiert. Wir haben sie aufgeschrieben, wir haben sie vereinbart, und wir haben vor allem das gemacht, was hier auch mehrmals angesprochen worden ist, nämlich unsere Kommunikation von Informationen aufgesetzt und umstrukturiert.

Es gibt schon einige Dinge – wir haben auch viele Gespräche mit dem RKI geführt –, die wir gelernt haben. Wir haben viel darüber diskutiert, wie wir Daten veröffentlichen, um einerseits klarzumachen, wie stark die Krise ist, und andererseits nicht irgendeine Paniksituation heraufzubeschwören. Im Winter hat der Präsident des Bundesamts für Bevölkerungsschutz ein Interview geführt, in dem er von Blackouts gesprochen hat. Das war eine Äußerung, die aus unserer Sicht extrem unbedacht war und zu einer Situation geführt hat, in der wir in eine nicht evidenzbasierte, sondern sehr emotionale Debatte geraten sind.

Das haben wir immer zu vermeiden versucht und haben uns auf die Kommunikation von wenigen Daten fokussiert, die von uns automatisiert, lückenlos und ohne großen Personaleinsatz veröffentlicht werden konnten, und wir haben diese Daten eingeordnet. Sie können auf unserer Internetseite immer noch die Indikatoren zur Temperatur, zum Verbrauch, zum Speicherfüllstand, zur Situation in den Nachbarländern und zur Beschaffung von sogenannter Regelenergie sehen. Das sind für uns Indikatoren, die uns sagen können, in welcher Situation wir sind, und die auch den politischen Entscheidern einen Hinweis darauf geben, wie schlimm die Situation ist.

Ich glaube, wir haben, jedenfalls was die Aufnahme durch Datenjournalisten angeht – die „Süddeutsche Zeitung“ und DIE ZEIT sind da sehr weit vorn –, recht gut agiert. Das kann man immer noch verbessern. Wir werden die Indikatoren wahrscheinlich von der Internetseite nehmen und im Herbst wieder scharf schalten, weil wir keinen falschen Eindruck erwecken wollen, was z. B. die Temperaturentwicklung angeht,

– 90 –

weil sie ab dem Frühjahr kein maßgeblicher Indikator für die Versorgungssicherheit ist. Das kann aber wieder kommen.

In dieser Hinsicht haben wir unsere Lehren gezogen und haben sehr viel Arbeit und Mühe darauf verwandt. Ich glaube, das hat sich gelohnt.

Wir haben auch das gemacht, was eben empfohlen worden ist, nämlich unsere Prozesse digitalisiert. Wir haben eine digitale Austauschplattform mit allen, die in unseren Bereichen bei der Gasversorgung zusammenarbeiten müssen – Netzbetreiber, Industrieunternehmen, Verwaltungen usw. –, sodass der Datenaustausch nicht etwa über Telefax oder E-Mail funktioniert, sondern über eine digitale Plattform. Tatsächlich muss man sagen, dass dort eine hohe vierstellige Zahl an Akteuren aktiv sind. Wir sind immer noch dabei, mehrere Hundert Akteure einzupflegen, weil sie sich nicht gemeldet haben.

Das ist auch ein Aspekt bei der Einhaltung staatlicher Vorgaben: dass manchmal Dinge ignoriert werden. Aber wir müssen uns natürlich im Krisenfall mit den Unternehmen, mit den Verteilnetzbetreibern – im Gasbereich haben wir bundesweit etwa 800 Verteilnetzbetreiber –, austauschen können. Wir brauchen aktuelle Daten, und jedes Unternehmen tut gut daran, uns seine Daten zu übermitteln. Denn wenn wir den aktuellen Gasverbrauch eines Unternehmens beurteilen wollen und berücksichtigen wollen, welchen Gasverbrauch das Unternehmen hat, ob es möglicherweise Einsparungen vorgenommen hat, dann brauchen wir aktuelle Daten. Daran arbeiten wir, weil wir uns natürlich auf den nächsten Winter und auf die nächsten Jahre vorbereiten müssen.

Das heißt also: Wir haben gelernt, Prozesse zu automatisieren. Digitale Schnittstellen vorab zu kommunizieren und festzustellen, ist unglaublich wichtig. Wir brauchen die Kompatibilität verschiedener digitaler Systeme, wir müssen vorab Notfallpläne nicht nur auf Papier im Ordner haben, sondern wir müssen sie – das wurde heute schon gesagt – auch praktisch umgesetzt haben. Wir müssen in jedem Notfallplan auch die Frage berücksichtigen, wie viel Zeit die Umsetzung eines Vorhabens braucht. Denn man muss wissen, wie viel Zeit man hat. Wenn der Zeitpunkt, auf den ich mich vorbereiten muss, möglicherweise der Dezember oder Januar ist und ich weiß, dass ich fünf Monate für die Umsetzung brauche, und mich bereits im September befinde, dann werde ich dieses Instrument nicht nutzen können. Das heißt, es ist ganz wichtig zu wissen, wie viel Zeit ich brauche, um entsprechende Maßnahmen überhaupt einleiten zu können.

Das hatten wir nicht. Wir haben deshalb natürlich immer ad hoc reagiert und unsere Instrumente darauf angepasst, wann wir fertig sein können. Wir haben z. B. auf der Sicherheitsplattform verschiedene Entwicklungsstufen programmiertechnisch eingezogen, um nicht in die Situation zu geraten, mit einem halbfertigen Tool dazustehen, das überhaupt nicht anwendbar ist, sondern zumindest mit einem, das vielleicht einige Funktionalitäten noch nicht hat, aber genutzt werden kann.

– 91 –

Wichtig ist die Frage – sie ist heute auch schon angesprochen worden – nach Krisenstäben. Da möchte ich auf etwas hinweisen, was mir ganz wichtig ist. Es gibt einerseits den Krisenstab, der auf Abruf bereitstehen muss und 24/7 arbeitsfähig sein muss. Aber es gibt natürlich ganz viele Arbeiten darum herum, die vorbereitet werden müssen und mit denen der Krisenstab in der aktuellen Situation, in der er dann arbeitet, nichts zu tun haben soll. Also, eine Datenaufbereitung oder eine Verfügbarkeit von Daten ist nicht die Sorge des Krisenstabs. Der Krisenstab muss lediglich die Daten, die er hat, bewerten und handeln. Dazu muss er Zeit haben.

Das heißt, man muss sehr genau überlegen, welche Aufgaben man um den Krisenstab herum organisiert. Das ist nach dem, was ich jetzt an Erfahrungen gesammelt habe, fast noch wichtiger als der Krisenstab selbst. Diese Leute müssen aus der Alltagsarbeit herausgenommen werden. Wir hatten am Anfang die Situation, dass die krisenvorbereitenden Personen auch noch die normalen Regulierungsaufgaben gemacht haben und sich zur Hälfte um Krisenvorbereitung, Indikatorenaufbereitung, Datenverfügbarkeit usw. gekümmert haben. Das hat sich als nicht sinnvoll erwiesen, und wir haben ungefähr Ende September die Arbeit umgestellt und neu strukturiert. Das ist im Übrigen nicht immer auf Begeisterung gestoßen, aber das muss man tun.

Das heißt also, man muss sehr genau darüber nachdenken, wie die Krisenstäbe vorbereitet sind und wie sie aufgestellt sind. Die Krisenstäbe müssen aus meiner Sicht vor allem in öffentlichen Institutionen unabhängig von der Leitung sein.

Unser Krisenstab entscheidet ohne eine Entscheidungsfindung unseres Präsidiums. Das ist auch gut so. Denn natürlich werden der Präsident der Bundesnetzagentur, Herr Müller, und ich extrem unter Beschuss von Unternehmen, von Verbänden, von der Politik sein, wenn die Krise auftritt. Davon darf sich der Krisenstab aber überhaupt nicht aus der Ruhe bringen lassen. Er darf das nicht mitbekommen. Deshalb muss die Entscheidung ausgelagert sein. Das muss auch klar sein.

Wir hatten im Ahrtal die Situation, dass sich der Leiter des Krisenstabs sozusagen herausgezogen hat und der Nächste einer war, der politisch agiert hat. Das ist aus meiner Sicht nicht der richtige Weg. Krisenstäbe müssen vielmehr unabhängig von politisch ansprechbaren Leitungen sein. Das scheint mir sehr sinnvoll zu sein. Das wurde bei uns auch ohne unser Zutun vorher so vorgesehen.

Das ist aus meiner Sicht das, was man zur Krisenarbeit im engeren Sinn und zu unseren Erfahrungen sagen kann. Wenn Sie Fragen haben, antworte ich gern auf diese.

Dann geht es für uns natürlich um die inhaltliche, energiewirtschaftliche Frage: Wie kann man das Energiesystem resilient machen bzw. stärken, also die Fähigkeit der Energiesysteme erhöhen, sich Gefährdungen effizient zu widersetzen, sich anzupassen, sich zu erholen, Schäden zu minimieren? Extrem wichtig ist das KRITIS-Dachgesetz, das alle Sektoren in den Blick nimmt und Szenarien definiert, von denen

– 92 –

alle Bereiche betroffen sein werden: TK, Bahn, Energie usw. Denn diese Szenarien müssen nicht nur für die einzelnen Bereiche durchdacht werden, sondern für alle Bereiche. Insofern, glaube ich, kann das KRITIS-Dachgesetz tatsächlich gut wirken.

Für uns stellt sich die Frage konkret im Gas- und Stromsystem. Zum Gassystem habe ich schon einiges gesagt. Da gilt es, sich vor allem gegen Krisen, die in diesem Bereich auftreten können, zu versichern. Das ist extrem wichtig. Das machen wir beispielsweise über die Einrichtung der LNG-Terminals. Es wird auch in der Öffentlichkeit diskutiert, wie viele Terminals man braucht. Diese Frage beantworten wir, indem wir uns Gedanken zu den Fragen machen: Wie viele Leitungen brauche ich? Wie viele zukunftsfähige Gaskraftwerke, H₂-Kraftwerke brauche ich? Wie viele Speicher brauche ich? Das wird jetzt alles weiter vorangetrieben und entschieden.

Im Stromsystem – das wissen Sie – haben wir vor einiger Zeit ein Monitoring zur Versorgungssicherheit veröffentlicht. Darüber wurde in der Öffentlichkeit auch viel diskutiert. Da geht es vor allem um die Fragen: Wie kann eine Situation im Griff gehalten werden bei einem Kohleausstieg 2030? Was muss bis dahin geschehen? Man konnte die Ergebnisse dieses Berichts in die eine oder andere Richtung auslegen. Aber klar ist: Dieses System kann im Jahr 2030 sehr gut und sehr sicher funktionieren, aber es müssen ein paar Voraussetzungen erfüllt werden, damit das auch passiert.

An diesen Voraussetzungen müssen alle Akteure extrem hart arbeiten. Da geht es zum einen um den Zubau von Gaskraftwerken, auch für die Sicherstellung von Redispatch-Potenzialen. Es geht des Weiteren um die Frage des Ausbaus der erneuerbaren Energien, und zwar in allen Regionen Deutschlands, auch in Baden-Württemberg – wobei daran sicherlich die entsprechenden Netzbetreiber arbeiten. Es geht aber natürlich auch um den Ausbau der Übertragungsnetze. Das ist ein Feld, an dem wir auch als Prüfbehörde stark arbeiten. Dieser Ausbau muss aus meiner Sicht extrem beschleunigt werden. Darüber reden wir seit Jahren, aber ich fürchte, wir müssen da zu einer ganz anderen Geschwindigkeit und zu einem Abbau von Prüfschritten kommen.

Wir müssen auch über die Frage reden, wie all diese Akteure steuerbar sind. Eigentlich muss das alles in diesem Jahr passieren; denn wir müssen uns auf die Situation im Jahr 2030 vorbereiten. Ein Wasserstoffkraftwerk, für das es quasi noch keine Technologie gibt, muss irgendwann gebaut werden. Das heißt, wir haben einfach einen sehr hohen Zeitdruck.

Wir müssen über das gesamte Marktdesign sprechen. Ich weiß, dass Sie in Baden-Württemberg des Öfteren von einer App gewarnt werden, Sie sollen Ihren Stromverbrauch reduzieren. Das wirft ein kleines Schlaglicht darauf, welche Herausforderungen sich in den nächsten Jahren zeigen werden, vor allem was die Ungleichverteilung der Stromproduktion angeht.

– 93 –

Ich glaube, diesem Problem wird man sich mit den hergebrachten Maßnahmen nicht mehr stellen können. Dafür ist die Zeit abgelaufen, und für das Jahr 2030 sind die Herausforderungen so groß, dass wir zu anderen Instrumenten kommen müssen. Das alles wird auch vom Wirtschaftsministerium auf der Plattform „Klimaneutrales Stromsystem“ verhandelt. Ich hoffe, dass es sehr schnell verhandelt wird.

Wichtig ist vor allem, dass wir auch im Bereich der Resilienz bei sehr vielen Akteuren – bei Tausenden von Akteuren auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien, bei Millionen von E-Mobilen und bei Millionen von Wärmepumpen – zu einer Steuerbarkeit und zu einer Resilienz des Systems kommen, die aufgrund der Vielzahl der Akteure im Prinzip gegeben ist; aber wir müssen aufpassen, dass auf das mögliche Lahmlegen von bestimmten Systemen nicht eine ganze Menge von Akteuren gleichgerichtet reagieren. Das heißt, wenn ich Systeme aufbaue, die auch den Netzbetreiber in die Lage versetzen, in die Steuerung von Wärmepumpen und E-Mobilen einzugreifen, dann muss das auf einem bestimmten Sicherheitsniveau passieren. Gleichzeitig wissen wir, dass wir die Geschwindigkeit des sogenannten Smart-Meter-Roll-outs extrem beschleunigen müssen. Das sind zwei Dinge – das wurde heute auch schon gesagt –, die sich in gewisser Weise beißen. Aber wir müssen dieses Problem lösen.

Den Netzausbau habe ich schon erwähnt. Wir müssen auch hier aufpassen, dass wir nicht eine gutgemeinte Gesetzgebung beschließen, die möglicherweise für die Akzeptanzsteigerung gedacht ist, die aber Verfahren extrem verlangsamt. Wir hatten die Diskussion über Freileitungen und Erdkabel. Ähnliche Diskussionen können wir uns nicht mehr leisten. Gerade diese Diskussion hat uns um mehrere Jahre zurückgeworfen. Einzelne Übertragungsnetzsysteme wären jetzt schon am Netz, wenn wir diese Diskussion nicht geführt hätten. Wir müssen hier alles im Sinne der Beschleunigung tun. Ansonsten werden wir Situationen haben, die sehr schwer beherrschbar sein werden.

Ein paar Worte zur Conclusio; wahrscheinlich haben Sie auch noch ein paar Fragen. Ich habe ein paar Worte gesagt zum Thema „Aufstellung der Krisenstäbe“. Das ist mir ganz wichtig. Das ist, wenn man sich anschaut, wie viel Arbeit wir da hineinsteckt haben, tatsächlich eine Herausforderung. Mancher mag sich denken, da ginge es nur um Personenlisten. Da geht es jedoch um viel mehr.

Prozesse zur Bereitstellung von Daten und Kommunikationswege müssen vor einer Krise feststehen und müssen geübt werden. Es darf keine Diskussion mehr um die Frage geben, wer was macht. Wir müssen das Energiesystem hinsichtlich der Quellen diversifizieren. Wir brauchen auf jeden Fall digitale Prozesse zur Steuerbarkeit, und dann wird auch Resilienz hergestellt werden können.

Das war ein kleiner Einblick in die Herausforderungen, die wir sehen. Wenn ich mir noch einmal vergegenwärtige, was Frau Professorin Kuhlmann gesagt hat, ist das alles auch zu machen vor dem Hintergrund der Herausforderungen, die sie genannt hat. Es ist nicht so, dass wir in der öffentlichen Verwaltung, auch bei uns in der Be-

– 94 –

hörde, nicht mit bestimmten Dingen kämpfen; aber wir haben schlicht beschlossen, dass wir jetzt handeln müssen und weniger diskutieren dürfen. Das machen wir. Ich konnte Ihnen hoffentlich einen kleinen Einblick geben.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Haller. – Dann kommen wir jetzt zur Fragerunde. Für die Fraktion GRÜNE stellt zunächst Frau Abg. Cataltepe einige Fragen.

Abg. Ayla Cataltepe GRÜNE: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Herzlichen Dank an Frau Haller und an Frau Dr. Kuhlmann.

Ich habe einige Fragen an Frau Dr. Kuhlmann. Die erste Frage betrifft das Stichwort Bürokratieabbau. Sie meinten, der Bürokratieabbau stehe im Fokus, und hinsichtlich dessen seien Überlegungen notwendig. Sind der Bürokratieabbau und die Vereinfachung auf der einen Seite sowie die multiplen Anforderungen und Bedrohungen auf der anderen Seite ein Widerspruch?

Die zweite Frage: Wie beurteilen Sie die Krisenresilienz der Verwaltung im Vergleich zu Unternehmen? Sie meinten vorhin, dass die Verwaltung zu wenig Vorsorge betreibe, dass aber auch die Unternehmen Gefahr liefen, die Vorsorge zu vernachlässigen, wenn Aktionäre lieber die Dividende wollten als Investitionen in Vorsorge. Was ist denn die Ursache dieser Vernachlässigung der Krisenvorsorge? Sind es die Wählerinnen und Wähler oder sind es die Politikerinnen und Politiker?

Eine dritte Frage noch: In einer Krise ist ja der Zusammenhalt in der Gesellschaft extrem wichtig und folglich auch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger für das staatliche Handeln. Das setzt auch das Verständnis des staatlichen Handelns und der Verwaltung voraus, damit Vertrauen entstehen kann und die Demokratie mit den Strukturen gewahrt wird. Wie kann aus Ihrer Sicht, Frau Dr. Kuhlmann, das Verständnis für den Staat und für das Verwaltungshandeln gestaltet werden, damit sowohl das Vertrauen als auch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Verwaltungsvorschriften gestärkt werden kann?

Vielen Dank.

Dr. Christoph Müller, externes Mitglied: Ich bin ein bisschen beruhigt, dass Sie nur Fragen an Frau Kuhlmann hatten. Denn ich habe jetzt nur Fragen an Frau Haller. – Frau Vizepräsidentin Haller, vielen Dank für Ihren Vortrag.

– 95 –

Bei dem Thema „Verteilung in Deutschland/die Herausforderungen sind groß“ haben Sie gemeint, wir müssten uns Maßnahmen stellen. Bei Ihrem Vortrag habe ich gespürt, dass diese Maßnahmen unangenehm sind. – Sie nicken jetzt auch. – Vielleicht können Sie uns einen Einblick geben, was Sie an dieser Stelle mit den Maßnahmen meinten.

Zum Zweiten: Ich hatte leise infrage gestellt, ob das der Angang ist, aber die Bundesnetzagentur hat diesen Angang gewählt und sie hat ihn erfolgreich gewählt. Sie hat in der Tat, wie Sie das beschrieben haben, diesen Krisenstab sozusagen aus dem Nichts aus dem Boden gestampft. Da würde mich auch im Hinblick auf eine krisenfesten Gesellschaft interessieren: Was war die größte Herausforderung im Behördenalltag, in der deutschen Behördenbürokratie, und worauf sind Sie am meisten stolz, jenseits davon, dass Sie es überhaupt geschafft haben? Gab es einen Punkt, von dem Sie sagen, dass das insbesondere ein Erfolg war?

Dann noch eine Frage zu dem Thema „Resilienz des Systems in diesem Jahr“. Ich spüre überall – das habe ich auch bei Ihnen in dem Vortrag gespürt – eine gewisse Entspannung: Der Winter ist geschafft. In der Tat: Wir alle, die daran gearbeitet haben, sind außerordentlich froh, dass wir diesen Winter hinter uns gebracht haben. Wenn ich überlege, welche Szenarien wir vorher im Kopf hatten, dann hat das gut funktioniert. Die Frage ist aber: Wie nutzen wir die Zeit bis zum nächsten Winter? Ich hätte gern jenseits der Antwort: „Wir geben den Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit, ihre Überstunden abzubauen und endlich ihren Urlaub zu nehmen“ eine Antwort auf die Fragen: Wie nutzen wir die Zeit bis zum nächsten Winter, und was sind aus Ihrer Sicht die Maßnahmen, die wir umsetzen sollten?

Da ich meine Sicht auf die Arbeit der Bundesnetzagentur schon an einer Stelle gegeben habe, frage ich umgekehrt: Was würden Sie uns Unternehmen in der Energiewirtschaft sagen?: Kollegen, war das denn notwendig, oder: Kolleginnen und Kollegen, musste das denn sein? Was war der Punkt, an dem Sie sich am meisten über uns geärgert haben?

Vielen Dank.

Dr. Daniela Harsch, externes Mitglied: Nach der Vielzahl von Fragen bleibt tatsächlich nur eine Frage an Frau Kuhlmann zur Resilienz der Verwaltung. Wie sehen Sie die Situation des zunehmenden Personalmangels in den Verwaltungen? Welche Auswirkungen hat dieser aus Ihrer Sicht auf die Resilienz? Was wären Ihre Empfehlungen?

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Ich würde mit Frau Haller beginnen. Sie hatten das Thema Krisenkommunikation angesprochen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Hinweise geben könnten, wie man gerade diese verbessern könnte. Denn die Emotionalität ist durch eine unzureichende Kommunikation oftmals gesteigert worden.

– 96 –

Die zweite Frage, die sich daran anschließt: Sie hatten von einem Krisenstab gesprochen, der in erster Linie durch ein evidenzbasiertes Umfeld gespeist werden muss. Die Frage ist, wie diese Evidenz zustande kommt. Wir hatten beispielsweise während der Coronapandemie mehrere wissenschaftlich fundierte Aussagen über die Gefährlichkeit des Virus erhalten. Insofern gab es zu diesem Zeitpunkt zumindest verschiedene Szenarien, die aufgebaut wurden, was es insbesondere für die Politik nicht leichter gemacht hat.

Eine Frage an Frau Professorin Kuhlmann. Sie hatten von einer „juristenlastigen Verwaltung“ gesprochen. Wenn ich die ersten Regelungen in der Coronapandemie beispielsweise in Baden-Württemberg anschau, dann hatte ich nicht unbedingt den Eindruck, dass das von juristischer Seite bis ins letzte Detail durchdacht war. Da hat sich die Situation so dargestellt, dass die Frage der Verhältnismäßigkeit natürlich auch dadurch relativiert wird, dass die Gefahr anders, möglicherweise auch dramatischer dargestellt wird. Daher stellt sich die Frage, wie man Evidenzbasiertheit herstellen kann.

Schließlich noch folgende Frage: Was braucht es tatsächlich, um eine digitale Krisenvorsorge im Land zu etablieren?

Abg. Carola Wolle AfD: Vielen Dank für die interessanten Vorträge. Verwaltung klingt immer so verstaubt, ist aber doch recht spannend und vor allem wichtig.

Für mich wäre auch das Thema „Fachkräftemangel, Personalmangel“ ein Thema gewesen. Ich denke, das spielt insbesondere auch in der Verwaltung eine Rolle. Frau Professor Kuhlmann, Sie haben davon gesprochen, dass die Verwaltung keine Lobby hat, dass sie aber dringend eine Lobby braucht, dass sie Unterstützung braucht, um die Digitalisierung umsetzen zu können und damit auch ein Stück weit des Personalmangels Herr zu werden. Wie kann man die Verwaltung – auch vonseiten der Politik – unterstützen?

Dann haben Sie von speziellen Regelungen, Überregulierungen und Fehlregulierungen und davon gesprochen, dass die Praxis das korrigiert, indem ca. 30 % ganz bewusst Regeln ignorierten. Gibt es eine Erfassung, welche Regelungen das insbesondere betrifft, die vielleicht obsolet sind, sodass diese besonders betrachtet werden müssten?

Eines habe ich nicht richtig mitbekommen bzw. die Folie hat zu schnell gewechselt. Sie haben von einer Kostensteigerung im Jahr 2021 gesprochen. Waren das 7,2 Millionen oder Milliarden €? Denn, je nachdem, könnte man das Geld ja auch für die Digitalisierung verwenden; das wäre wahrscheinlich eher angebracht.

– 97 –

Frau Professor Kuhlmann, Sie hatten auch noch auf die Verständlichkeit des Rechts abgehoben. Vielleicht muss man andere Worte finden, damit Bürger das besser verstehen.

Ich habe auch noch ein paar Fragen an Frau Haller. Sie haben gesagt, Sie haben verschiedene Krisenstäbe eingerichtet. Für mich stellt sich die Frage, ob diese stellenbezogen sind. Die Einführung des Krisenstabs ist ja – so, wie ich es verstanden habe – für eine längere Zeit vorgesehen. Das heißt, Person A wird dann durch Person B, die auf der Stelle folgt, ersetzt. Das wäre für mich logisch. Wie ist das gedacht?

Dann haben Sie davon gesprochen, dass Sie einen Krisenstab haben, der die Daten, die vorliegen, auswertet und Handlungsszenarien daraus ableitet. Dann haben Sie von einem erweiterten Krisenstab gesprochen, der – so habe ich es verstanden – die Umsetzung macht. Das heißt, wir haben eigentlich zwei Ebenen: zum einen den Hauptkrisenstab, der quasi analytisch überprüft, welche Handlungen folgen müssen, und zum anderen die Umsetzung, die viel detaillierter ist als z. B. eine Einfahrkarte nach Stuttgart. Habe ich das so richtig verstanden?

Das wären zunächst einmal meine Fragen.

Vielen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann geben wir direkt an Frau Professorin Dr. Kuhlmann weiter.

Sv. Frau Dr. Kuhlmann: Vielen Dank erst einmal für die sehr interessanten Fragen. Ich arbeite sie der Reihe nach ab.

Zunächst einmal zu dem potenziellen – ich nenne es einmal so – Trade-off zwischen Bürokratieabbau und der Bedrohung durch Krisen. Die Krise ist ja sozusagen das Resultat einer Bedrohung. Die Frage war, ob sich diese beiden Dinge nicht ein wenig widersprechen und quasi einen Trade-off bilden. Man könnte das auf der einen Seite natürlich denken. Es zeigt sich auch, dass – verursacht durch Krisen oder als Reaktion auf Krisen – häufig noch mehr Regulierungen entstehen. Insofern stimmt es, dass Krisenszenarien, Reaktionen auf Krisen auch wieder Regulierungen produzieren und zu einer dichteren Regulierungstätigkeit beitragen.

Andererseits würde ich sagen, dass, gerade weil das so ist, der Fokus auf eine möglichst schlanke Bürokratie oder eine gut funktionierende Bürokratie und einen möglichst geringen bürokratischen Aufwand essenziell ist, um Krisen zu bewältigen. Gerade weil die Regulierungsdichte dazu tendiert, zuzunehmen, und die Aktivität größer wird, ist es wichtig, auf möglichst schlanke und gute Verfahren zu setzen. Bürokratieabbau heißt ja nicht nur, dass wir Regeln abbauen oder deregulieren – das ist

– 98 –

nicht das, was der Normenkontrollrat in seinem Zentrum hat –, sondern dass wir besser regulieren und dass die Verwaltung etwa auch digital gut funktioniert. Das bedeutet Bürokratieabbau ebenfalls. Deswegen ist es für gutes Krisenmanagement und resiliente Verwaltungen in dem Bereich essenziell und wichtig, Bürokratie in dem Sinn abzubauen, dass wir eine gut funktionierende Verwaltung haben, eben eine auch digitaltaugliche Verwaltung. Insofern würde ich sagen, dass es kein Widerspruch, sondern vielmehr sogar eine Bedingung ist. So könnte man das vielleicht beantworten.

Die zweite Frage lautete: Warum vernachlässigt man die Krisenvorsorge im öffentlichen Sektor? Warum ist das nicht so ein Thema? Das hat natürlich auch ein Stück weit mit politischer Rationalität zu tun, dass Politik auch kurzfristig gestrickt ist, in Wahlzyklen gestrickt ist. Krisenvorsorge heißt ja auch immer, in die Zukunft zu schauen und etwas für einen Zeitpunkt zu antizipieren, zu dem ich vielleicht nicht mehr im Amt bin.

Insofern ist Krisenvorsorge immer etwas, das vielleicht für politisches Handeln erst einmal nicht so interessant ist, genauso wie Verwaltungspolitik für politische Profilierung ein bisschen unschick ist. Genau deshalb brauchen wir Institutionen, die sicherstellen, dass diese Themen immer auf der Agenda bleiben und nicht nur ad hoc herausgeholt werden, wenn wieder die nächste Krise ist. Deswegen ist es ja wichtig, die Verwaltungspolitik institutionell zu stärken und zu verankern.

Die dritte Frage war: Wie kann man das Vertrauen der Bürger stärken bzw. das Verständnis für Staats- und Verwaltungshandeln stärken? Ich glaube, ein wichtiger Beitrag – das habe ich versucht, zu zeigen – ist, dass Verwaltung gut funktioniert. Das Institutionenvertrauen wächst nicht nur mit partizipativen Institutionen, mit Beteiligung usw. in der Politikgestaltung, sondern es wächst auch durch leistungsfähige Institutionen und Verwaltungen, die als qualitativ gut, als effektiv und nicht zuletzt als bürgerfreundlich und kundenfreundlich wahrgenommen werden. Ich glaube, das ist ein wichtiger Aspekt der Vertrauensbildung und auch des Verständnisses.

Die vierte Frage betraf den Personalmangel. Das ist natürlich ein ganz wichtiges Thema: der Personalmangel, der Fachkräftemangel. Das wird uns in den nächsten Jahren beschäftigen. Die Verwaltung muss hier Strategien entwickeln, wie sie attraktiver werden kann im Hinblick auf die Rekrutierung von Fachkräften. Es gibt verschiedene Ansätze. Ich glaube, es muss noch stärker der Fokus auf Strategien gerichtet werden, die Verwaltung attraktiv zu machen und auch die Stärken des öffentlichen Sektors, der öffentlichen Verwaltung als Arbeitgeber herauszustellen. Das macht die Verwaltung noch viel zu wenig. Verwaltung kann interessant sein, sie kann auch als Arbeitgeber interessant und attraktiv sein. Aber diese Stärken muss man hervorheben, auch in Konkurrenz zu privaten Unternehmen; das ist ja klar.

Auch die Gesetzgebung zur Fachkräfteeinwanderung kann eine Rolle spielen, um einen Teilbeitrag zur Linderung des Personalmangels zu leisten.

– 99 –

Dann zur Juristenlastigkeit und zum Thema Evidenzbasierung mitsamt der Frage, wie man eine evidenzbasierte Verwaltung stärker fördern kann. Vielleicht noch einmal zu dieser Juristenfrage: Einerseits ist die Verwaltung sehr durch Juristen geprägt. Gerade die Ministerialverwaltung ist nach wie vor eine durch Juristen sehr stark geprägte Verwaltung, was sich in der Qualität der Coronaregelungen nicht unbedingt widerspiegelt hat, was aber doch verschiedene Gründe hat: die Schnelligkeit, die geringe Abstimmung zwischen verschiedenen Ressorts. Es wird immer wieder gesagt, dass die Regulierungen bei Corona nicht richtig zwischen den Ressorts koordiniert waren, sodass vieles auch fachlich nicht implementierbar war, nicht vollzugstauglich war. Ferner war die Kommunikation mit den Vollzugsträgern – sprich: der kommunalen Ebene – unzureichend. Das erklärt auch Regulierungsdefizite gerade in der Coronakrise.

Zu der Frage, wie man die Evidenzbasierung besser herstellen kann, habe ich ein paar Punkte genannt. Das hat mit Datenmanagement zu tun, das hat aber auch mit dem Zusammenspiel zwischen Politik und Wissenschaft bzw. zwischen Politik und wissenschaftlicher Politikberatung zu tun. Hier kann man auch noch vieles verbessern und politisches Handeln stärker auf Evidenz begründen.

Was die Lobby für die Verwaltung angeht, würde ich schon dafür plädieren, eine längerfristige Institutionalisierung von Themen der Verwaltungsreform, von Verwaltungsthemen sicherzustellen. Wir hatten beispielsweise einen Expertenrat vorgeschlagen. Man kann aber selbstverständlich auch andere Gremien haben. Im Übrigen ist der Normenkontrollrat auf Bundesebene durchaus ein Gremium, das die Themen der Verwaltungsresilienz und Verwaltungsreform dauerhaft verankern kann, auch jenseits von politischen Debatten und des Ad-hoc-Tagesgeschäfts. Das wäre so ein möglicher institutioneller Anker, diesen Querschnittscharakter zu institutionalisieren. Dann bekommt die Politik auch mehr Unterstützung. Das sehe ich schon.

Dann zu der Frage, welche Regelungen bei diesem „autonomen Bürokratieabbau“ vor allem ignoriert wurden. Dazu kann ich ad hoc keine Evidenz liefern, dazu kann ich nichts sagen. Ich empfehle Ihnen – das kann ich Ihnen gern als Quelle geben –, die Studie des Instituts für Mittelstandsforschung noch einmal genauer anzuschauen. Ich glaube, die haben die Daten danach aufgedröselte, welche Regelungen das sind, ob das obsolekte Regelungen sind. Dazu gibt es in der Studie noch einige Detailinformationen.

Zur Frage der Kostensteigerung: Es waren in der Tat 7,2 Milliarden €. Das ist im Foliensatz noch einmal nachzulesen. Da geht es um eine 7,2 Milliarden € umfassende Steigerung beim Erfüllungsaufwand für die öffentliche Verwaltung, der sich aus Regelungen auf Bundesebene für die Verwaltung auf allen Ebenen, vor allem für die Länder und die Kommunen, ergibt. Der ist potenziell sogar noch unterschätzt worden. Das sind Näherungswerte, Schätzungen, die zum Teil niedriger sind als der Aufwand, der sich tatsächlich ergibt. Wir können davon ausgehen, dass die Kommu-

– 100 –

nen und die Verwaltungen durch Neuregelungen des Bundes sogar noch stärker belastet wurden.

Die letzte Frage betraf die Verständlichkeit des Rechts. Ich denke, das ist eine wichtige Baustelle, der man sich stellen muss. Hierin liegt die größte Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger, wenn es um Behördenkontakte geht: Sie verstehen das Recht nicht, sie verstehen Formulare nicht, sie verstehen die juristische Kommunikation nicht. Ich denke, man muss als rechtsetzende Instanz, als Gesetzgeber, als Regulierer noch stärker darauf achten, dass Bürgerinnen und Bürger bei neuen rechtlichen Regulierungen mitgenommen werden.

Vielen Dank.

Sv. Frau Haller: Zu den Fragen von Herrn Müller: Das, was ich an möglicherweise unangenehmen Maßnahmen angesprochen habe, sind für die Energieexperten Dinge, über die wir schon jahrelang diskutiert haben: Einführung eines anderen Marktdesigns, von Kapazitätsmärkten und die Frage nach der Einführung verschiedener Preiszonen in Deutschland. Ich glaube, beides muss jetzt noch einmal deutlicher in den Fokus genommen werden, weil wir einfach eine andere Situation haben, die nicht mehr 25 Jahre in der Zukunft liegt, sondern vielleicht nur noch 15 Jahre. Ich glaube, dass man darüber mit einer neuen Ernsthaftigkeit und vor allem sehr praktisch nachdenken muss – und das relativ schnell. Natürlich betrifft das insbesondere den Süden Deutschlands; das muss man so sagen. Das sind möglicherweise unangenehme Diskussionen, auch politisch. Ich kann mir aber vorstellen, dass sie geführt werden.

Wir haben durch Leitungsengpässe, die wir auch nicht in den nächsten fünf Jahren beheben können, ein massives Problem, weil wir, wenn der Strom nicht transportiert werden kann und wir somit Engpässe im Netz haben, ein erhebliches Redispatch-Aufkommen haben. Im Süden Deutschlands müssen Kraftwerke hochgefahren werden. Das sind leider Kohle- und Gaskraftwerke, die reagieren müssen und die uns auch als Gesellschaft, als Netznutzer einiges kosten. Wir haben im letzten Jahr Kosten in Höhe von ungefähr 1 Milliarde € für den Redispatch gehabt, das heißt für das Vorhalten sowie Hoch- und Herunterregeln von Kraftwerken.

Das ist nicht nur eine Kostenfrage. Vielmehr ist das auch eine Frage der Steuerbarkeit, vor allem deshalb, weil der Redispatch-Bedarf im Jahr 2030 und danach noch einmal steigen und anhalten wird, auch wenn die großen Netzausbauprojekte aus dem Bundesbedarfsplangesetz umgesetzt werden. Das heißt nicht, dass der Redispatch-Bedarf dann nicht mehr bestehen wird. Wir müssen überlegen, welche Kraftwerke das leisten können. Das ist eine Frage, die wir auch aus der Sicht der Bundesnetzagentur dringend angehen müssen.

Die zweite Frage lautete: Was waren die größten Herausforderungen bei der Krisenarbeit? Das eine war der Umgang mit einer Vielzahl sich plötzlich ergebender Frage-

– 101 –

stellungen, die außerhalb des Tagesgeschäfts lagen. Das heißt, die mussten strukturiert und priorisiert werden, und zwar so, dass nicht alles gleich wichtig ist, sondern dass bestimmte Dinge wichtiger sind. Die Entscheidung kann nicht der einzelne Referent oder Sachbearbeiter treffen, sondern das müssen die Führungskräfte tun, und das müssen sie sehr konsequent und schnell machen. Das war eine der großen Herausforderungen. Denn eine Verwaltung wie unsere mit mehr als 3 000 Beschäftigten ist aus der Natur heraus wie ein großes Unternehmen in solchen Fragen nicht so schnell. Wir mussten einfach in einer Schnelligkeit Entscheidungen treffen und auch die Führungspersonen dazu anleiten, Entscheidungen zu treffen, die wir noch nie hatten. Das war der Hauptpunkt.

Damit zusammen hängt eine Motivation über mehrere Monate von Mitarbeitern, die sich bereits auf einem gewissen Stresslevel befinden, die Wochenenden durchgearbeitet haben und trotzdem noch weiterarbeiten müssen. Das ist, glaube ich, auch eine der großen Herausforderungen gewesen. Eine weitere Herausforderung war die Geschwindigkeit, in der gesetzliche Regelungen angepasst worden sind, die entweder von uns umzusetzen waren oder an denen wir selbst mitarbeiten mussten. Die Fristen des Deutschen Bundestags werden schon lange nicht mehr eingehalten. Wenn Verbändeanhörungen und Anhörungen der betroffenen Behörden, die die Regelungen umsetzen müssen, überhaupt noch stattfinden, dann beträgt die Frist zur Stellungnahme 24 Stunden, wenn man Glück hat. Vielleicht dauert die Frist aber von 21 Uhr abends bis morgens um 9 Uhr, und dann muss es eben trotzdem passieren. Die Schlagzahl war einfach extrem hoch, ist aber noch immer hoch. Das, würde ich sagen, war die dritte Herausforderung.

Zum nächsten Winter: Ganz wichtig ist der Anschluss der LNG-Terminals, und zwar aller Terminals, die geplant sind. Ganz wichtig ist, dass man sich das Speichergesetz noch einmal anschaut, da es renoviert werden muss. Gleichzeitig muss die Frage beantwortet werden, bis wann es verlängert werden muss. Bisher ist es bis 2025 befristet.

Ganz wichtig ist der schnelle Leitungsausbau auch im Erdgassystem, der Ausbau von Verdichtern. Alle Beschleunigungsgesetze, die da in der Pipeline sind, werden von uns sehr unterstützt.

Sie haben gefragt, ob wir uns auch hin und wieder über Unternehmen ärgern. Das tun wir tatsächlich, aber nur ganz wenig. Ein Punkt vielleicht, jetzt auf die Krise bezogen: Wir werden unsere Entscheidungen durchsetzen müssen, und zwar auch bis auf die Kommunen und auf die Stadtwerke hinunter. Es wurde z. B. oft gesagt: „Ihr braucht die Kontakte zu den Polizeidienststellen“ oder: „Die müssen mit uns da hinfahren.“ Da habe ich mich hin und wieder gefragt: Warum können die Stadtwerke diesen Kontakt nicht auch herstellen und von sich aus die Leute einbinden? Das ist tatsächlich etwas, was aus Bonn für alle Länder mit ihren Polizeibehörden relativ schwierig machbar ist. Wir haben dann den Kontakt zu allen Landespolizeidirektio-

– 102 –

nen aufgenommen, weil wir das schon als unsere Aufgabe empfanden. Das vielleicht aus meiner Sicht.

Dann zu der Frage, was man im Hinblick auf die Krisenkommunikation lernen oder verbessern kann. Aus meiner Sicht auch im Vergleich zur Coronasituation hatten wir in der Gaskrise oder werden wir in der Gaskrise die Situation haben, dass der, der kommuniziert, letztlich auch entscheidet. Das heißt, die Bundesnetzagentur kommuniziert die Frage: „Wie sehr spitzt sich die Krise zu?“ und entscheidet über die Maßnahmen. In der Coronasituation hatte ich das Gefühl – das ist nur ein Blick von außen –: Das RKI kommuniziert, dann wird darüber diskutiert, und dann entscheidet jemand anderer über die Maßnahmen. Eine politische Kommunikation ist natürlich extrem schwierig, wenn der Kommunikator und der Entscheider nicht identisch sind. Das ist in unserer Situation aber auch unterschiedlich. Wir haben jedenfalls größtenteils eine andere Situation. Die halte ich auch für vernünftig, auch wenn die Verantwortung dann noch einmal größer ist.

Dann komme ich zu der Frage: Was veröffentliche ich, wie kommuniziere ich? Ich hatte das schon angesprochen. Das betrifft aus meiner Sicht Daten, die jeder, also auch ein Laie, der nicht Energiewirtschaftler ist, verstehen und einordnen kann, in Relation setzen kann und die immer die gleichen sind. In der Coronasituation war es so, dass Bürgerinnen und Bürger nicht wussten, was eigentlich der Zielindikator ist: die Impfquote, die Fallzahlen, was auch immer.

In der Gaskrise hat sich das auf den Indikator Speicherstand fokussiert. Das ist einer von fünf Indikatoren, die wir veröffentlichen. Wir wussten bei allen Indikatoren, dass wir die Daten in der gleichen Qualität verfügbar haben; bei Corona war es zum Teil der Fall, dass die Daten nicht flächendeckend verfügbar waren. Wir haben auch auf die Veröffentlichung von Daten verzichtet, von denen wir wussten, dass wir in den nächsten Monaten die Datengrundlage ändern müssen, weil sich Meldewege verändern. In diesem Fall haben wir gesagt: „Wir können die nicht veröffentlichen, da wir irgendwann einen Bruch haben werden, und dieser nicht verstanden werden wird. Daher können wir die Daten nicht kommunizieren.“

Das heißt, man muss vor der Kommunikation – wenn das geht – festlegen, welche Indikatoren es sein sollen und welche Daten auf dieser Frage basierend veröffentlicht werden sollen. Dann muss ich mich leider daran halten und muss es entsprechend so auch durchziehen. Wenn man das nicht gewährleisten kann, hat man ein Problem. Wie gesagt, wir haben über diese Frage auch mit dem RKI diskutiert. Auch die haben ihr eigenes Verhalten und ihre Möglichkeiten hinterfragt und daraus ihre Schlüsse gezogen.

Zum Thema Krisenstäbe: Die Krisenstäbe sind nicht stellenbezogen. Als es auf dem Papier stand, war das so. Als wir sie wirklich installiert haben, haben wir uns davon verabschiedet, weil die Frage der Leitung eines Krisenstabs und der Mitgliedschaft in einem Krisenstab – das können die Kollegen neben mir sicherlich besser sagen –

– 103 –

auch von bestimmten persönlichen Charaktereigenschaften und von der emotionalen Belastbarkeit abhängt. Wir haben auch Personen aus den Krisenstäben wieder herausgeholt, als wir gesehen haben, dass die emotionalen Belastungen zu groß sind oder das Stresslevel zu hoch ist. Das heißt, die Krisenstäbe werden personengebunden besetzt. Die Schichten sind so zusammengesetzt, dass alle Fachkompetenzen vertreten sind und wir von den Charaktereigenschaften der Personen her denken, dass es gut harmoniert.

Dann zu der Frage: Was passiert außerhalb des Krisenstabs? Wir haben einen Krisenstab, der in Schichten arbeitet, der personell benannt worden ist, und wir haben eine Krisenorganisationsgruppe, die alles macht, was darum herum gemacht werden muss: die Gespräche mit den Unternehmen, die Datenaufbereitung und die Vorbereitung der juristischen Schreiben, die wir im Übrigen schon vorab mit den Unternehmen diskutieren, damit in der Krisensituation dem Krisenstab zugearbeitet werden kann und sich der Krisenstab auf die konkrete Entscheidungssituation vorbereiten kann.

Das heißt, der Krisenstab muss nur die Lage aus seiner Sicht analysieren und muss handeln. Aber das ist in einer solchen Situation schon schwer genug. Es darf nicht mehr über die Frage diskutiert werden, welche Daten handlungsleitend sind oder woher ich sie bekomme. Diese Frage darf im Krisenstab nicht mehr diskutiert werden.

Ich hoffe, ich habe alle Fragen berücksichtigt.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Wir kommen zur zweiten Frageunde. – Frau Dr. Engin, bitte.

Dr. Havva Engin, stellv. externes Mitglied: Ich richte die Frage an Kollegin Kuhlmann. Sie hat davon gesprochen, dass reibungslose Verwaltungsabläufe von herausragender Bedeutung sind. Ich denke, dass insbesondere diese gute personelle und fachliche Aufstellung der Verwaltung in der Hauptsache bei den Kommunen zu verorten und von den Kommunen zu verantworten ist.

In diesem Zusammenhang meine Frage: Welche Instrumente stehen eigentlich der Politik zur Verfügung, um auf Kommunen Einfluss zu nehmen, damit die von Kollegin Kuhlmann angesprochene Vertrauenskrise in die Demokratie nicht eintritt oder auf einem sehr niedrigen Level gehalten werden kann? Konkret: Wie können Politik und Kommunen gut zusammenwirken, damit die Verwaltungsabläufe, die zweifellos sehr wichtig sind, wie gewünscht stattfinden können?

Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Ich habe drei Fragen an Frau Professorin Kuhlmann. Sie haben auf Folie 2 den Unterschied zwischen akuten und schleichenden Krisen thematisiert. Meine Frage ist, ob es beim Krisenmanagement der Verwaltung

– 104 –

Ihrer Meinung nach eine Unterscheidung hinsichtlich dieser beiden Krisenformen gibt. Bei der Arbeit der Enquetekommission überlegen wir immer, ob wir einzelne Krisenszenarien durchdenken sollen oder ob wir die Krise auf einer Metaebene in verschiedenen Ausprägungen denken.

An der letzten Anhörung hat der Bürgermeister aus Braunsbach teilgenommen. Er hat ganz plakativ gesagt: Wenn etwas schiefgelaufen wäre, wäre er im Gefängnis gelandet. Hierbei geht es um die Frage der Verantwortung der Spitze der Kommunalverwaltung. Wie können wir versuchen, diese Verantwortung auf mehrere Schultern zu verteilen? Denn wenn die Häufigkeit von Krisen zunimmt, sind in den Kommunen immer weniger Menschen bereit, Verantwortung zu übernehmen.

Die dritte Frage betrifft die Verwaltungsmodernisierung. Ich habe überlegt, ob Sie eine konkrete Handlungsempfehlung hätten, wie wir als Land die Weiterbildung auf kommunaler Ebene unterstützen können. Wir wollen natürlich die kommunale Selbstverwaltung nicht beschneiden, wir wollen sie aber bei der Verwaltungsmodernisierung unterstützen.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Meine Frage dauert nicht lang, für die Antwort kann ich das nicht beurteilen. An Frau Haller stelle ich die Frage: Wenn Sie vorbereiten, dass gegebenenfalls bestimmte Unternehmen vom Netz genommen werden, weil z. B. eine Gasmangellage eingetreten ist, dann hat das immense Folgen. Wenn man das weiterspinnst, betrifft das in einer ganz schlimmen Situation auch gebietsweise Trennungen vom Netz. Daher interessiert mich, inwiefern Sie aus Ihrer Sicht zuversichtlich sind, dass man eine solche Situation auch in der Kooperation mit anderen Behörden, beispielsweise der Polizei, die in einer solchen Situation mit Sicherheit gebraucht wird, bewältigen kann, oder ob wir noch irgendwelche weitergehenden Maßnahmen auf Landesebene treffen müssen. Das frage ich insbesondere deshalb, weil das Land für die Polizeiarbeit zuständig ist und ich mir nicht sicher bin, ob wir das hinbekommen würden, wenn es zu einem solchen Worst-Case-Szenario kommen würde.

Abg. Carola Wolle AfD: Ich habe noch eine Rückfrage an Sie, Frau Haller, und zwar noch einmal zu dem Krisenstab. Sie haben gesagt, Sie und Ihr Chef haben sich explizit aus dem Krisenstab herausgenommen, wenn ich es richtig verstanden habe. Kann das daran liegen, dass man unliebsame Entscheidungen zu treffen hat, die vielleicht karriereschädigend sind, sodass man sich quasi politisch herausnimmt und die Fachexperten ohne emotionale Bindung entscheiden lässt, was in dem Moment wirklich relevant ist? Würden Sie etwas in dieser Art auch für die Politik empfehlen?

Abg. Andrea Schwarz GRÜNE: Frau Kuhlmann, ich habe eine ganz kurze Frage an Sie. Sie haben eine Verwaltungsstruktur beschrieben, die zu Über- und Fehlregulierungen neigt. Ich möchte fragen: Wie können wir den vorgeschlagenen Verwaltungsweg in der Krise abkürzen – insbesondere meine ich dabei die Beschaffung –, ohne den Rechtsstaat infrage zu stellen?

– 105 –

Wenn ich kurz erläutern darf: Als die ersten Geflüchteten aus der Ukraine kamen, war ich bei einer Organisation, die sich darum gekümmert hat. Es haben Matratzen gefehlt. Dann gab es ein Angebot. Und man hat dann ohne Genehmigung des Kaufs diese einfach gekauft; das war auch gut so, weil es kurz danach keine mehr gab. Rein rechtlich betrachtet war das ein falscher Weg. Ich möchte fragen, wie wir uns in Zukunft pragmatischer aufstellen können, damit wir Krisensituationen tatsächlich gerecht werden können.

Dr. Christoph Müller, externes Mitglied: Frau Haller, eine Frage an Sie: Sie haben die Preiszonen angesprochen. Die allgemeine Erwartung ist, dass, wenn wir den deutschen Markt in zwei Preiszonen aufteilen würden, die Preiszone Nord eher niedrigere Preise und die Preiszone Süd eher höhere Preise hätte. Sie haben angedeutet, dass das hier relevant ist; Sie sind zu diesem Thema insofern hier in der Höhle des Löwen.

Daher eine Frage, die vielleicht auch ein erster Kommentar zu der Debatte ist – mich würde Ihre Meinung hierzu interessieren –: Wenn wir diesen Schritt gehen, müssten wir dann nicht auch an die anderen Sozialisierungen herangehen? Was meine ich damit? Wir sozialisieren die Übertragungsnetzentgelte. In diese Sozialisierung ist Baden-Württemberg mit dem niedrigsten Übertragungsnetzentgelt hineingegangen, hat also daraus eine Belastung erfahren. Müssten wir, wenn wir auf der Marktseite, also auf der Kupferplatte des Übertragungsnetzes sagen: „Die gibt es nicht mehr; wir trennen das auf“, dann nicht auch eine solche Sozialisierung überdenken und zurückdrehen? Gibt es dann nicht vielleicht auch noch weitere Themen, über die man nachdenken müsste, wenn man sagt, man möchte zwei Preiszonen machen? Wären dann Sozialisierungen womöglich obsolet?

Thomas Albiez, externes Mitglied: Meine Fragen richten sich an Frau Kuhlmann. Es sind zwei, drei Verständnisfragen.

Sie haben das Demokratieverständnis angesprochen. Mich würde interessieren, was Sie damit meinen. Ich glaube, das haben Sie auf die Bürgerinnen und Bürger bezogen. Wenn Sie das bitte noch etwas näher erläutern könnten.

Zweitens – möglicherweise ist das aber wirklich ein Verständnisproblem – würde mich von den Begrifflichkeiten her interessieren: Wann fängt bei Ihnen Verwaltung bzw. Bürokratie im Prozess an, und wann hört sie auf? Es geht ja hier um Erfahrungen aus der Krise. In der Coronakrise und der Energiekrise habe ich unsere Verwaltung gerade auf kommunaler und Landkreisebene als extrem leistungsfähig und flexibel wahrgenommen. Aber die Einheiten selbst haben unter den Verordnungen und Gesetzestexten gelitten, die ihnen vorgegeben wurden.

Das heißt, wenn wir hier über den Abbau von Normen sprechen, sprechen wir über eine ineffiziente Verwaltung, über Bürger, deren Ansprüche im Laufe der Zeit zu hoch geworden sind, oder über einen Gesetzgebungsprozess, der nicht oder weniger

– 106 –

evidenzbasiert Gesetze hervorbringt, die schlicht und einfach im Verwaltungshandeln kaum umzusetzen sind. Wenn Sie das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz nehmen: Das kann keine Verwaltung vernünftig umsetzen. Ich frage mich dann, ob es nicht besser wäre, dieses Thema etwas prozessorientierter anzugehen und etwas stärker an den wirklichen Ursachen und nicht nur an den Symptomen zu arbeiten.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Dann habe ich den frommen Wunsch, dass alle Fragen kompakt beantwortet werden, aber dabei nichts weglassen wird. – Frau Haller, Sie haben jetzt die Möglichkeit dazu.

Sv. Frau Haller: Zu dem Thema „In einer Krisensituation Unternehmen vom Netz zu nehmen“: Das ist genau die Situation, die wir verhindern wollen; denn wir wollen keine Unternehmen vom Netz nehmen, sondern nur den Verbrauch reduzieren. Verteilnetze vom Netz zu trennen wäre ein Fall, den wir nicht für realistisch halten, sondern den wir dringend verhindern müssen. Ich glaube auch, dass das durch die Maßnahmen gelingen kann, die wir vorbereitet haben, auch in einem schwerwiegenden Krisenfall. Denn der Wiederaufbau von Verteilnetzen beim Gas ist extrem langwierig und sehr schwierig. Das heißt also: Das darf nicht passieren.

Im Übrigen ist es so, dass die gesetzlichen Vorgaben vorsehen, dass zunächst bei den Unternehmen eingegriffen werden muss, bevor Haushaltskunden mit gesetzlichen Zwangsmaßnahmen in ihrem Verbrauch reduziert werden. Wir haben in Deutschland sehr große gasverbrauchende Unternehmen. Bevor in irgendeiner Weise ein Verteilnetz vom Netz genommen wird, würde die deutsche Pharmaindustrie extrem beschränkt; so würde ich es einmal für den Extremfall sagen.

Andererseits kann es natürlich sein, dass durch besondere Belastungssituationen, durch sehr hohe Verbräuche und Engpasssituationen in bestimmten Regionen, technische Probleme in Verteilnetzen auftreten. Das ist aber dann kein wirkliches Verteilungsproblem, sondern ein Situationsproblem im Netz. Das ist ein schwerwiegendes Problem; jedoch kann das Gas so verteilt werden, dass das nicht eintritt.

Was kann das Land Baden-Württemberg tun? Das Land sollte für die Notfallpläne beim Gas, die es auf Bundesebene gibt, sensibilisieren und dafür werben, die Notfallpläne erst einmal wahrzunehmen und im Zweifelsfall die Bundesnetzagentur anzusprechen, wenn es Verständnisprobleme gibt. Das ist sicherlich sehr hilfreich. Ferner sollte dafür geworben werden, im Krisenfall auch unangenehme, auch nicht eingeübte Wege mitzugehen. Denn normalerweise ist eine Bundesbehörde nicht der Ansprechpartner der lokalen Polizei. Dann wäre das aber so. Die Verfügung müsste von den Stadtwerken auch unter Heranziehung von Amtshilfe der örtlichen Polizei umgesetzt werden. Das ist ein Weg, den bisher niemand kennt. Das ist auch kein Weg, den wir unbedingt gehen wollen; aber den müssten wir dann gehen. Dafür zu sensibilisieren, die Prozesse aufzunehmen, zu erkennen und sich darauf vorzubereiten ist sicherlich sinnvoll.

– 107 –

Zum Thema „Krisenstab und Unabhängigkeit“: Die Herausnahme der Leitungsebene aus dem Krisenstab war keine Entscheidung, die wir, die Bundesnetzagentur, getroffen haben. Diese Entscheidung hat der Gesetzgeber getroffen und dann im Notfallplan der Fernleitungsnetzbetreiber umgesetzt. Sie können davon ausgehen: Wenn der Krisenstab grob falsch arbeiten würde und etwas im Sinne der Ausführungen des Abg. Karrais passieren würde, dann wären auch Herr Müller und ich unseren Job los – ganz egal, ob wir die Entscheidung getroffen haben oder nicht.

Aber wir sind mit unseren Aufgaben natürlich belegt. Wir sind nicht in der Lage, in der Situation evidenzbasiert zu handeln. Das werden wir nicht sein, das können wir uns auch nicht anmaßen. Vielmehr müssen dort Leute sein, die von dem politischen Tohuwabohu, das dann ausbrechen wird, und von der Diskussion auf Twitter oder wo auch immer vollkommen abgeschottet arbeiten. Insofern ist das gut. Ich glaube, dass das auf allen Ebenen sinnvoll ist. Ich kann es nicht anders sagen, als dass ich glaube, dass es sinnvoll ist, das auf allen Ebenen so zu tun.

(Dr. Christoph Müller, externes Mitglied: Das machen wir genauso!
Genau so machen wir das auch!)

Zu den Themen Strompreiszonen, „Andere Sozialisierungsmöglichkeiten“ usw.: Ich glaube, dass insbesondere die Netzentgeltstruktur insgesamt zur Debatte steht. Davon gehe ich aus. Wir beide haben viele Diskussionen dazu geführt. Wir haben sehr lange diese Diskussionen geführt, und irgendwann muss das Ganze mal umgesetzt werden. Da muss man sich dann auch entscheiden. Wenn man in Richtung Strompreiszonen geht, dann gehe ich im Übrigen nicht davon aus, dass sich das so klar in Nord und Süd teilt. Vielmehr würde sich das vielfältig teilen. Es gibt ja verschiedene Modelle, auch von der Europäischen Kommission, in denen drei, vier oder fünf Strompreiszonen vorgeschlagen wurden. Das heißt, es würde sich nicht so klar abzeichnen. Natürlich haben wir Engpässe von Nord nach Süd. Ich würde sagen: Durch Deutschland verlaufen verschiedene Grenzen. Dieses Problems muss man sich annehmen.

Die Frage nach der Sozialisierung insgesamt ist eine Frage, die man beantworten muss. Vielleicht, um etwas für Realitätssinn zu werben: Wir werden nicht die Situation haben, dass in allen Stunden der Strompreis in Nord und Süd oder in den fünf Strompreiszonen immer unterschiedlich ist, sondern es wird einzelne Stunden geben, in denen der Strompreis differieren wird. Es wird sehr viele Stunden geben, in denen der Strompreis nicht differieren wird. Darauf werden sich Unternehmen auch einstellen können. Insofern können die praktischen Auswirkungen, was die Netzstabilität angeht, groß sein. Die Auswirkungen sind jedenfalls aus meiner Sicht für die Unternehmen beherrschbar. Die Diskussion ist natürlich eine schwierige.

Aber, wie gesagt, man kann auch andere Modelle wählen, man muss eine Vielzahl von Optionen wählen. Aber der Situation, dass der Redispatch-Bedarf auch im Jahr 2030 oder im Jahr 2045 enorm hoch sein wird, insbesondere bei immer mehr altern-

– 108 –

den Kohlekraftwerken, die eigentlich niemand mehr am Markt haben will, muss man sich einfach stellen. Da gibt es verschiedene Optionen, und das ist eine davon.

Sv. Frau Dr. Kuhlmann: Ich arbeite die Fragen nacheinander ab. Ich fasse jedoch die erste und die vierte Frage zusammen. Dabei ging es um die Frage, welche Instrumente die Politik, speziell auch die Landespolitik hat, um Kommunen zu unterstützen, um auf kommunales Handeln und kommunale Verwaltungsresilienz hinzuwirken, aber auch auf eine moderne Verwaltung auf kommunaler Ebene. Man könnte jetzt verschiedene Dimensionen unterscheiden. Geht es um die Frage der digitalen Verwaltung, der Digitalisierung, würden die Kommunen bereits eine große Unterstützung darin sehen, dass digitale Standards auf Landesebene definiert würden. Die Kommunen könnten somit davon profitieren, dass die Landesebene einheitliche Standards definiert und vorgibt, die von den Kommunen genutzt werden können. Ich denke, das würde die ganze Frage der Verwaltungsdigitalisierung auf lokaler Ebene vereinfachen.

Man kann natürlich auch über Fragen der Aufgabenverteilung zwischen den Ebenen nachdenken. Auch im Zuge der Digitalisierung wird ja immer wieder angemahnt oder vorgeschlagen, bestimmte Aufgaben, bei denen Kommunen sowieso keine Handlungsspielräume haben und sie schlicht Vollzugsinstanz sind, zu bündeln, sie vielleicht auf eine Art zu zentralisieren – auf welcher Ebene auch immer – und sie mit digitalen Möglichkeiten zu unterlegen. Das ist auch eine Forderung, die durchaus aus dem kommunalen Raum kommt, bei Aufgaben, wo die Kommunen nicht viel politisch gestalten können.

Die Landesebene kann natürlich dazu beitragen, das Recht, das ihr zu definieren obliegt, und das Verordnungswesen, bei dem es vorwiegend um Verwaltungsvollzug geht, möglichst bürokratiearm zu gestalten. Das ist auch etwas, das Kommunen entlastet, gerade auch in Krisensituationen: dass bürokratische Belastungen, dass der Erfüllungsaufwand, der sich aus bestimmten rechtlichen Regelungen ergibt, möglichst gering gehalten werden bzw. wird, damit auch die lokale Vollzugsebene entlastet wird.

Speziell in Krisensituationen ist es, glaube ich, wichtig – das ist immer wieder ein Kritikpunkt gewesen, der uns gegenüber artikuliert wurde –, die Kommunikation zwischen den Ebenen zu verbessern, sprich: zwischen Land und Kommune frühzeitig zu kommunizieren, umfassend zu informieren, Ansprechpartner zu benennen und dadurch die Kommunen zu unterstützen.

Ich denke, das wären ein paar Punkte, bei denen die Landesebene durchaus Spielräume hat und Kommunen unterstützen kann, auch in neuartigen Krisensituationen – Stichwort „Cybersecurity“. Wir hatten gerade den Ausfall der gesamten IT der Stadt Potsdam. Da war auch wieder die Frage: Wer ist unser Ansprechpartner? Hier besteht die Erwartung, dass es einen Draht, klarere Kommunikationsstränge zwischen Kommunen und Landesebene gibt.

– 109 –

Dann zu der Frage der Unterscheidung zwischen akuten und schleichenden Krisen im Krisenmanagement. Ich denke, da gibt es auf jeden Fall Unterschiede. Worüber wir hier gerade diskutieren, sind akute Krisen. Wir sprechen über die Fragen, wie man Krisenstäbe mobilisieren kann und wie man Notfallpläne aktivieren kann. Das ist etwas, was vor allem für akute Krisen zutrifft und wo die diversen Akteure auch voneinander lernen können.

Die Klimakrise etwa ist eine schleichende Krise. Das ist eine Daueraufgabe. Es ist etwas, das in die Zukunft hineinwirkt. Damit muss man anders umgehen. Da braucht es auch Institutionen, da braucht es auch funktionsfähige, gute Verwaltungen, aber auf eine andere Art und Weise. Darüber müsste man länger sprechen.

Dann gab es die Frage nach der besonderen Verantwortung der kommunalen Verwaltungen bzw. der Bürgermeister. Es ist schwierig, daraus sozusagen Auswege zu finden. Ich denke, man muss auch hier flexibles und pragmatisches Handeln unterstützen. Es ist auch eine Frage, wie man mit der Medienöffentlichkeit umgeht, weil aus dem medialen Raum natürlich ein besonderer Druck kommt, sodass sich Bürgermeister unter Umständen nicht mehr trauen, pragmatisch zu handeln. Aber man kann auch hier durch eine bessere Regulierung und eine weniger stringente oder strikte Regulierung darauf hinwirken, dass pragmatisches Verwaltungshandeln in Krisen unterstützt wird. Auch die Rechtsetzung kann hier einen Unterschied machen, indem Pragmatismus ein Stück weit unterstützt wird.

Damit komme ich zu der sich daran anschließenden Frage der Rechts- und Verfahrensvereinfachung, gerade auch in Krisensituationen. Das ist ein Thema, das nicht nur für Krisen gilt, aber dort von besonderer Bedeutung ist. Hier ist der Gesetzgeber oder die Rechtsetzungsinstanz, der Regulierer gefragt, Recht so auszugestalten, dass es zu einem beschleunigten Verfahren kommt, dass Schritte durchaus auch weggelassen werden können. Wir müssen unsere Verfahren daraufhin prüfen, wie bürokratisch sie eigentlich sind.

Wir haben bei den LNG-Terminals erlebt, dass es durchaus auch einmal möglich ist, Genehmigungen schnell zu erteilen. Also stellen sich doch die Fragen: Was ist da anders gelaufen als vorher? Können wir daraus für den Normalzustand lernen, um unsere Verfahren zu beschleunigen? Das gilt ebenso für das Beschaffungswesen.

Die vorletzte Frage betraf das Demokratievertrauen, das Demokratieverständnis. In meinem Vortrag wollte ich darauf hinweisen, dass das Vertrauen in Institutionen, sowohl in die öffentliche Verwaltung als auch in demokratische Institutionen wie demokratische Wahlen, Parlamente, Parteien, durchaus auch dadurch gefördert wird, dass Bürgerinnen und Bürger zufrieden mit der Verwaltung sind. Es gilt, diesen Zusammenhang zu betonen. Demokratievertrauen hat etwas mit der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors, der Verwaltung zu tun. Das ist der Punkt, den ich damit machen wollte.

– 110 –

Die letzte Frage ging darum, was ich unter Verwaltung verstehe. Darüber könnte ich einen stundenlangen Vortrag halten: „Bürokratie und Verwaltung: Wo fängt das an? Wo hört das auf?“. Zu einer bürokratischen Überforderung trägt Verschiedenes bei. Das können Regulierungen sein, das kann eine nicht gut funktionierende Organisation sein, wie sie von Bürgern wahrgenommen wird. Sprich: Eine digital nicht gut funktionierende Verwaltung gehört auch zur Bürokratie. Es kann auch Kommunikation sein. Schwer verständliches Recht ist aus Sicht der Bürger ebenfalls eine bürokratische Belastung. Es ist ein sehr breites und komplexes Thema, das wir hier haben, woraus sich bürokratische Überforderung oder Bürokratisierung eigentlich speist. Dazu kann ich vielleicht auch noch bilateral etwas sagen, weil es wirklich ein sehr breites Thema ist.

Vielen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Professorin Dr. Kuhlmann. – Ich sehe keine weiteren Fragen. Ich danke Ihnen beiden vielmals, Frau Professorin Dr. Kuhlmann und Frau Haller, für die Auskünfte, die Sie uns erteilt haben. Das hat uns sicherlich in einigen Punkten weitergeholfen. Auch für Sie gilt das Angebot, uns weiter zu informieren. Wir haben noch ein Jahr Arbeit vor uns. Diese soll in Handlungsempfehlungen münden, die wir dem Landtag vorlegen. Natürlich ist das Ziel, Handlungsempfehlungen für Baden-Württemberg zu erarbeiten. Wir stehen in diesem Fall aber auch gern zur Verfügung, um ein wenig den Bund vor uns her zu treiben. Das ist sicherlich auch gut. Einige Parteien und Fraktionen hier haben eine gute Verbindung dorthin. Daher vielen Dank an Sie beide. Sie dürfen auch gern noch dabei bleiben, um den Vorträgen von Herrn Aschenbrenner und Herrn Max zuzuhören.

(Beifall)

Wir fahren fort mit Herrn Dirk Aschenbrenner. Er ist Direktor der Feuerwehr Dortmund und Präsident der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e. V. (vfdb) Sie haben 20 Minuten Zeit und das Wort.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Aschenbrenner: Vielen herzlichen Dank für die Einladung, der ich sehr gern gefolgt bin. Und wie der Dortmunder sagen würde: ein herzliches „Glück auf!“

Auf dieser Folie sehen Sie eine Zusammenfassung der Themen, auf die ich im Weiteren eingehen werde. Neben dem Kernthema, das ich gleich behandeln werde, dem Innovations- und Forschungsmanagement im Kontext von Gefahrenabwehr und Katastrophenschutz, habe ich auch noch eine Hand voll Themen herausgegriffen, die wir, die vfdb, auch schon beleuchtet haben und die mir einfach wichtig sind im Gesamtzusammenhang der Vorsorge und der Resilienz einer Gesellschaft im Hinblick auf Krisen und Katastrophen.

– 111 –

Wichtig ist es, ein einheitliches integrales Risikomanagement zu haben. Es wäre natürlich wünschenswert, dass das über alle Hierarchien in unserem Staat und auch von allen gemeinsam in der Breite so gelebt wird. Warum? Weil man sich dann auf ein einheitliches Verfahren abgestimmt hat, weil man mit einheitlichen Begriffen arbeitet. Das macht natürlich die Verzahnung wesentlich leichter.

Hier sehen Sie ein Modell, das vom BBK vorgeschlagen wird. Wir haben das in Dortmund als praktisches Beispiel einer Kommune so übernommen. Ein interessanter Punkt ist die Auswertung. Ein Stück weit sind wir bei der Auswertung rückblickend auf das, was in den letzten Jahren passiert ist. Leider muss man feststellen – darauf werde ich gleich noch etwas detaillierter eingehen –: Viele der Punkte, die wir heute wieder nach oben heben und bei denen wir sagen: „Da muss etwas getan werden“, sind gar nicht neu. Das war 1962 bei der Flutkatastrophe in Hamburg so, das war 1975 bei der Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen so. Wir haben also eigentlich kein Erkenntnisproblem, sondern wir haben ein Umsetzungsproblem. Das kann ich aus der Sicht der Gefahrenabwehr ganz klar postulieren.

Hinzu kommt, dass wir natürlich auf verschiedenen Ebenen aufgestellt sind. Das ist halt das Abbild unseres Staates. Aber auch auf den einzelnen Ebenen arbeiten wir sehr häufig in Silos und sind wenig miteinander vernetzt.

Es gibt ein sehr gutes Beispiel, wo das völlig anders läuft. Bund, Länder und einzelne Gemeinden haben vor Jahren das Prinzip der analytischen Taskforces etabliert. Das heißt, davon ausgehend, dass man damit rechnen muss, dass es im Falle von kriegerischen Handlungen in Deutschland, aber auch in Katastrophenfällen Ereignisse gibt, bei denen chemische, biologische oder radioaktive Gefahren freigesetzt werden, wurde der Bedarf gesehen, eine Spezialeinheit zu etablieren, die herausfinden kann, analysieren kann, um welche Stoffe und welche Gefahren es sich überhaupt handelt. Das ist die Basis der Gefahrenabwehr. Da hat man gesagt: Das ist eine so große, komplexe Aufgabe, das kann man nicht einzelnen Kommunen überlassen, nicht den Ländern, sondern da müssen wir zusammen agieren. Bund, Länder und Gemeinden haben sich zusammengetan und dieses Prinzip der ATF, der Analytischen Task Force, etabliert.

Es gibt sieben Standorte in Deutschland, die in diesem Kontext gemeinsam betrieben werden und die sogar einheitliche Standards verwenden. Diese Einheiten sind im EU-Bereich einsetzbar, und sie können sich untereinander völlig kompatibel austauschen. Das heißt, die Dortmunder Kollegen können in die Kölner ATF gehen und dort ihren Einsatz genauso fahren, weil man sich darauf geeinigt hat, zwischen den Silos Verbindungen herzustellen und diese Durchlässigkeit und Einigkeit herzustellen.

Das ist ein sehr schönes Beispiel dafür, was man erreichen kann, wenn man über die Hierarchien des Staates hinweg, aber auch auf den einzelnen Ebenen zusammenarbeitet und sich dort vernetzt.

– 112 –

Wichtig ist aus unserer Sicht eine umfassende gestufte Vorgehensweise. Man muss die Bedrohung identifizieren, Risikoanalysen durchführen. Man muss sagen: Da gibt es schon ganz viel; man muss nicht von vorn anfangen.

Das Bild, das ich hier habe, kommt von dem Schweizer Pendant unseres BBK in Bonn. Das ist eine Risikoanalyse der Schweizer, wo sie mal gesagt haben: Wir schauen uns ganz viele Szenarien an, die dazu führen, dass wir bestimmte Mechanismen der Katastrophenvorsorge, des Katastrophenschutzes etablieren müssen, und sortieren die mal ein. Diese Arbeiten sind alle gemacht, aber die Frage ist: Wenn ich das analysiert habe und für mich für relevant halte, welches Szenario nehme ich an und wie reagiere ich auf unterschiedlichen Ebenen auf das Szenario? Da glauben wir, dass eine gestufte Vorgehensweise genau das Richtige ist.

Natürlich müssen wir uns langfristig Gedanken darüber machen, wie wir Bedrohungen vermeiden können. Was können wir tun, damit der Klimawandel irgendwann an seinen Zenit kommt und zurückgeht? Er wird uns eine Menge Probleme bereiten, die wir dann in der Folge wesentlich aufwendiger und schwieriger handeln können. Also, die langfristige Strategie muss immer sein, Bedrohungen zu vermeiden oder zu reduzieren.

Das Zweite ist die mittelfristige Strategie, die dazu führen muss, dass Bedrohungsfolgen reduziert werden. Das Bild, das ich Ihnen mitgebracht habe, zeigt eine Anlage, die in Dortmund errichtet worden ist, um bei Starkregenereignissen Wasser zurückzuhalten und in die richtigen Bahnen zu lenken, damit es nicht zu Überflutungen, zur Zerstörung von kritischer Infrastruktur und Ähnlichem kommt. Die mittelfristige Aufgabe ist es, bei den Bedrohungen, die wir als realistisch ansehen, dafür zu sorgen, dass man durch Vorkehrungen Auswirkungen vermeidet, die letztendlich beim Katastrophenschutz und bei den Organisationen landen würden. Denn im Einsatzfall – das hat man beispielsweise im Ahrtal gesehen – ist das Handlungsvermögen am Ende doch sehr eingeschränkt und kann sich nur auf punktuelle Risiken beziehen.

Dann kommen wir zu den kurzfristigen Maßnahmen. Dabei muss in den nächsten Jahren der Selbstschutz und die Selbsthilfe der Bevölkerung in den Mittelpunkt gestellt werden. Die Bevölkerung muss wieder in die Lage versetzt werden, sich selbst zu helfen. Ganz akut sehen wir das nicht bei einem Katastrophenszenario, sondern im Rettungsdienst. Der Rettungsdienst badet vieles aus, ob in Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg, was die Bevölkerung leider verlernt hat. Er wird überall da gerufen, wo man sich aus irgendwelchen Gründen nicht mehr selbst helfen kann oder glaubt, sich nicht selbst helfen zu können.

Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt: Wenn wir bei katastrophalen Szenarien bestehen wollen, dann ist es sehr wichtig, dass die Bevölkerung Bestandteil unserer Planungen wird, dass die Bevölkerung nicht für jede Kleinigkeit nach den Hilfsdiensten ruft. Denn die werden maximal in der Lage sein, sich selbst einsatzfähig zu halten für kritische Ereignisse. Denn auch bei Hochwasser brennt es oder bekommt je-

– 113 –

mand einen kritischen Herzinfarkt. Das muss abgearbeitet werden. Aber wir können in dieser Situation nicht jeden Keller, in dem das Wasser 5 cm hoch steht, leerpumpen. Das muss der Bevölkerung klar sein, das muss man kommunizieren. Sie müssen zur Selbsthilfe erzogen und gebildet werden, damit sie auch in dieser Situation einen Beitrag leisten können.

Die positive Seite ist wiederum – das zeigt das andere Bild –: Viele Menschen sind bereit, etwas zu tun. Sie kommen in diese Gebiete. Das müssen wir steuern. Wir brauchen Konzepte, die es eigentlich gibt, in der Umsetzung, damit wir das große Potenzial der Menschen vollumfänglich nutzen, die sagen: Ich sehe, was passiert ist, ich habe gewisse Kompetenzen, ich habe eine handwerkliche Ausbildung, ich will mich da einbringen. Das ist eine ganz hervorragende Ergänzung unserer Hilfsorganisationen, unserer Feuerwehren, die häufig nur punktuell stattfindet – was aber völlig okay ist –, die wir aber deutlich effizienter einsetzen können.

Was die Katastrophenschutzfähigkeiten angeht, hat die vfd in einer 60-köpfigen Kommission die Hochwasserereignisse 2021 ausgewertet. Im Nachgang würde ich Ihnen unsere 15 Bigpoints mit Erläuterungen zukommen lassen, was man im Katastrophenschutz tun muss, damit dieser leistungsfähiger wird und Defizite aus der Vergangenheit geschlossen werden. Deshalb möchte ich hier im Einzelnen nicht darauf eingehen.

Jetzt komme ich zum Kern meines Vortrags, nämlich der Frage von Forschung und Innovation in diesem Bereich. Ich habe Ihnen dazu auf dieser Folie ein schönes Bild mitgebracht, auf das Sie sehr stolz sein können. Die Entwicklung der Drehleiter für die Feuerwehren kommt aus Baden-Württemberg. Conrad Dietrich Magirus aus Ulm war der Erste, der so eine Leiter konzipiert hat. Sein Kollege Metz aus Karlsruhe war der Zweite, der das getan hat. Diese Entwicklung, die Sie hier sehen, ist ein schönes Stück Geschichte. Man sieht ganz deutlich: Hilfsorganisationen, Feuerwehr, Rettungsdienste sind immer schon auf Innovationen angewiesen gewesen, um ihren Job gut zu machen. Dieses Bild zeigt, dass sich mit der Veränderung der Gebäude – Sie sehen im Hintergrund eine Halle –, auch die Technik verändert hat. Sehr schön ist das Bild auf der ganz rechten Seite: Da sehen Sie eine Drehleiter, bei der kein Mensch mehr im Korb steht, sondern eine Drohne die Daten liefert. Der Wasserwerfer der Drehleiter, der den Brand bekämpft, wird über die Daten dieser Drohne gesteuert. Das heißt, da muss kein Mensch mehr in den Gefahrenbereich hinein, sondern wir setzen dafür Technik ein, um noch schneller, effektiver und sicherer zu werden. Das Schöne ist, dass wir dieses Projekt wieder zusammen mit der Firma Magirus in Angriff genommen haben.

Das zeigt: Das Thema „Innovation in der Gefahrenabwehr“ steht noch völlig am Anfang. Wenn Sie es mit der Medizin vergleichen, dann ist es völlig undenkbar, heute eine Medizin auf einem Stand zu betreiben, der sich ergäbe, wenn nicht die Forschung eine riesige Rolle gespielt hätte. In der Gefahrenabwehr wird erst seit 15 oder 20 Jahren geforscht. Das heißt, wir sind sozusagen beim Gruß aus der Küche.

– 114 –

Ich halte es für ein total wichtiges Thema, bei der Komplexität der Szenarien, die wir haben, bei den Herausforderungen, die wir haben, bei einer zurückgehenden Zahl von Helfern, die wir haben, wissenschaftliche Methoden einzusetzen, um zu erarbeiten, wie wir dieses System leistungsfähig erhalten und wie wir es so ausrichten können, dass es den Anforderungen weiterhin gerecht wird.

Dass die Bedürfnisse der Gefahrenabwehr schon lange bekannt sind, zeigen diese Skizzen von 1980. Der damalige Leiter der Feuerwehr Frankfurt hat die Bedarfe skizziert, die er für die Gefahrenabwehr sieht, um die Herausforderungen vernünftig zu bewältigen. Es wirkt vielleicht ein bisschen futuristisch und ein bisschen provokativ, aber im Grunde hatte er damit recht. An vielen dieser Herausforderungen, die er technologisch skizziert hat, sind wir heute dran und sind dabei, Lösungen zu finden. Aber wir sind noch nicht am Ende dieses Weges, das auch zu etablieren.

Damit komme ich zu einem praktischen Beispiel. Im Kontext aller Akteure, die in der Gefahrenabwehr aktiv sind, haben wir die Zahlen betreffend das Alter der Todesopfer bei der Flutkatastrophe im Jahr 2021 zusammengetragen und ausgewertet. Man sieht, dass von insgesamt 138 Todesopfern 106 älter als 60 Jahre waren. Das gibt natürlich zu denken.

Das Gleiche haben wir mal im Brandschutz gemacht. Wir haben uns angeschaut, wie alt die Brandopfer sind. Zwei Drittel aller Brandopfer sind älter als 60 Jahre. Wenn man sich die Bevölkerungsstruktur anschaut, stellt man fest, dass die Zahl der über 60-Jährigen in den nächsten zehn Jahren deutlich ansteigen wird.

Die Untersuchungen haben gezeigt, dass ältere Menschen bei einem Brand und bei Hochwasser scheinbar besonders gefährdet sind. Warum könnte das so sein? Weil ältere Menschen Fähigkeiten verlieren. Irgendwann brauchte ich auch eine Brille; das war mein erster Fähigkeitsverlust. Mit zunehmendem Alter geht es so weiter. Aufgrund dessen haben wir die Annahme getroffen, dass mit zunehmendem Alter gewisse Fähigkeiten verloren gehen, sich selbst in Sicherheit zu bringen und zu retten. Wenn wir an diese Aufgabenstellung nicht mit wissenschaftlichen Methoden herangegangen wären, dann hätten wir diese Erkenntnis nicht. Das zeigt sehr deutlich, wie wichtig es in unserem Metier ist, uns auch mit diesen Mechanismen auseinanderzusetzen.

Was tun wir dagegen? Wir haben ein Forschungsprojekt initiiert, das vom BMBF gefördert wird, das sich mit dieser Frage auseinandersetzt: Wo sind die Schalthebel, um dort besser zu werden, um das zu kompensieren?

Nehmen Sie den Brandfall. Sie leben in einer Wohnung. Dort haben Sie den ersten Rettungsweg über den Treppenraum und den zweiten über die Leitern der Feuerwehr. Wie soll man das mit 80 Jahren schaffen, wenn man an den Rollator gebunden ist, in seinem Bett liegt und der Rauchmelder anschlägt? Ich komme ja vielleicht gar nicht mehr allein hoch. Über das Baurecht zu sagen, ich brauche noch einen dritten,

– 115 –

besseren Rettungsweg, wird nicht die Lösung sein. Die Frage ist vielmehr: Wie kann ich im Bestand mit neuen Technologien Verfahren etablieren, bei denen diesem Menschen vielleicht von seinem Nachbarn Hilfe geleistet wird, der bei Auslösen des Rauchmelders einen Alarm auf sein Handy bekommt und mit seinem Handy, wenn es vorher vereinbart ist, die Haustür öffnen kann. Noch vor Eintreffen der Feuerwehr könnte der Nachbar diesen Menschen, der sich nicht selbst retten kann, aus der Wohnung bergen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass solche Technologien künftig helfen werden, unser System besser zu machen, Defizite, die bestehen, auszugleichen und letztlich für mehr Sicherheit zu sorgen. Das bedarf aber Prozessen der Entwicklung und auch der Etablierung solcher Systeme. Die haben wir in unserem Metier noch gar nicht.

So sieht das Ganze als Lösungsskizze aus; das können Sie sich mal in Ruhe zu Gemüte führen. Wir haben das Ganze weiterentwickelt. Wie kann man ein solches System für den Fall des Hochwassereinsatzes anwenden? Etwa indem eine Drohne vorausfliegt und den Rettungskräften den optimalen Weg zeigt, um zu denen zu kommen, die unsere Hilfe am dringendsten brauchen. Da gibt es mittlerweile Technologien. Diese müssen wir in unsere Systeme integrieren. Dafür bedarf es der Forschung und eines Innovationsmanagements, das wir bis heute noch nicht haben.

Wo stecken die Hemmnisse? Es gibt ein sehr nettes Forschungsprojekt mit dem Namen CELIDON. Das Ziel dieses Projekts bestand u. a. darin, ein System zu entwickeln, das es Atemschutzträgern bei völliger Dunkelheit ermöglicht, sich beispielsweise in einem Keller zu orientieren. Das ist ein großes Problem. Das heißt, es geht hier letztlich um die Sicherheit von Rettern. Das entwickelte System ermöglicht es den Rettern, auf einem ganz kleinen Bildschirm in der Atemschutzmaske zu erkennen, wo sie sich befinden und wo ihr Pendant – man geht immer zu zweit vor – gerade ist. Durch einen Prototyp wurde die Machbarkeit nachgewiesen. Dann endete das Forschungsprojekt, und damit ist auch diese Innovation am Ende. Die Förderung ist vorbei, man hat etwas Tolles entwickelt, das in der Schublade landet.

Wenn man einmal die Sicherheitsforschung zurückverfolgt, stellt man fest, dass wir seit 15 Jahren tolle Sachen entwickeln, die weitestgehend in der Schublade landen. Diejenigen, die vor Ort sind und den Job machen, sagen: Wir brauchen diese Sachen, um Menschenleben zu retten, um sicher arbeiten zu können, um schnell zu sein.

Ein ganz einfaches Beispiel – das sind nicht nur Hochtechnologien – ist das Hohlstrahlrohr. Das ist irgendwann vor über 100 Jahren in Deutschland entwickelt worden und bietet die Möglichkeit, den Wasserstrahl in unterschiedlichen Facetten zu gestalten, sodass man sich selbst schützen kann, oder den Wasserstrahl fein zerstäuben kann und damit einen hohen Löscheffekt erzielt.

– 116 –

In der DDR hat man 1970 gesehen, dass das eine gute Technologie ist. Deshalb wurde sie dort genormt. Und nur was genormt ist, findet auch Einzug in die Gefahrenabwehr. In Westdeutschland hat es bis 2002 gedauert, diese Norm zu übernehmen. Letztlich ist das nur deshalb geschehen, weil sich immer mehr Feuerwehrleute im Urlaub in Amerika mit diesen Dingen ausgestattet haben und sie zu uns herübergebracht haben. Dann hat man irgendwann gesagt: Es kann eigentlich nicht sein, dass die mit solchen ungenormten Sachen arbeiten, aber da die gut sind, normen wir es doch mal.

Das zeigt zwei Aspekte: Auf der einen Seite wissen diejenigen, die Katastrophenabwehr machen, schon sehr genau, wo ihre Bedarfe sind und welche Fähigkeitslücken geschlossen werden müssen, um einen guten Job zu machen. Auf der anderen Seite gibt es in Deutschland durchaus viele Innovationen, viele Forschungserkenntnisse, die diese Lücken schließen; aber wir schaffen es nicht, diese Innovationen markt- und anwendungsfähig zu machen. Darin sehe ich eine große Herausforderung für ganz viele Fragestellungen, die mit der Resilienz unseres Systems zu tun haben. Wir haben viele Erkenntnisse, aber wir haben ein großes Hemmnis, diese Erkenntnisse vor Ort zu bringen und umzusetzen.

Was kann man tun? Wir als Verband haben uns überlegt: Wir brauchen einen Zyklus, wir brauchen eine Bedarfsermittlung, wir brauchen eine Marktbeobachtung. Diese Ergebnisse fließen ein in den Stand von Wissenschaft und Technik. Nun muss man ein bisschen akzeptieren, wie unser Land so ist. Wenn Dinge nicht zum Stand der Technik erklärt worden sind, macht der Kämmerer seine Schatulle gar nicht erst auf und sagt erst recht nicht: „Jawohl, ich sehe ein, dass ihr das braucht.“ Noch besser ist es natürlich, wenn es genormt ist, wenn man auch den Feuerwehren und den Rettungsdiensten sagen kann: Das ist ein Gerät, das sicher ist, das funktioniert, das könnt ihr ordentlich in den Einsatz bringen. Das sind leider – aber vielleicht auch Gott sei Dank – zwei Voraussetzungen, die wir erfüllen müssen. Daran wollen wir als vfdb arbeiten.

Das können wir aber nicht allein. Wir müssen uns in der Gefahrenabwehr, in der Vorsorge damit auseinandersetzen, wie wir die vielen Innovationen, guten Ideen und Forschungsergebnisse in die Praxis transferieren. Das sehe ich neben vielen anderen als eine der großen Herausforderungen an, damit wir in diesem Sektor besser werden.

Ein Beispiel, wie man das tun kann, ist das Deutsche Rettungsrobotik-Zentrum, auch ein vom BMBF gefördertes Projekt mit der Zielsetzung, ein Zentrum zu entwickeln, wo Wissenschaft, Industrie und Anwender zusammenkommen, um Rettungsrobotische Systeme zu entwickeln, die dort aktiv werden, wo es für die Retter zu gefährlich ist. An einen Ort, an dem radioaktive Strahlung vorhanden ist, will ich doch niemanden schicken; da schicke ich eine Maschine hin, die Messungen durchführt, die Manipulationen durchführt. Solche Maschinen müssen aber für die speziellen Anforderungen bei solchen Einsätzen konzipiert werden. Dort kann man nämlich nicht einen

– 117 –

Industrieroboter hinschicken, da dieser immer die gleichen Wege in einer trockenen Halle fährt. Feuerwehreinsätze, Rettungseinsätze finden im Sommer, im Winter, bei Nebel und bei Sturm statt. Die Systeme müssen unter allen Bedingungen gut funktionieren. Es bestehen also erhöhte Anforderungen.

Man braucht Zentren, die diesen Transfer organisieren, die die Bedarfe der Anwender erfassen und die Industrie, Anwender sowie Wissenschaft zusammenbringen, um Lösungen zu kreieren, diese weiterzuverfolgen, zum Stand der Technik zu entwickeln und in eine gewisse Standardisierung zu bringen, damit sie markt- und anwendungsfähig werden.

Was am DRZ gemacht wird, ist einmal, dieses Netzwerk aufzubauen, zu unterhalten, eine große Testfläche für Versuche, für entsprechende Entwicklungsvorhaben zur Verfügung zu stellen und reale Einsatzkapazitäten zu entwickeln. Das Fahrzeug, das Sie unten sehen, ist ein Produkt mit rettungsrobotischen Systemen, das Sie heute schon anfordern können, das auch schon mehrfach im Einsatz war.

Ganz wichtig ist die Ausbildung. Die Leute müssen da herangeführt werden. Man muss sie mitnehmen. Hemmnisse müssen beseitigt werden, etwa in Bezug auf die Frage: Nimmt mir denn der Roboter künftig die Arbeit weg? Man muss den Rettern die Vorteile dieser Systeme verkaufen. Das Ganze muss letztendlich in einer Standardisierung und Zertifizierung enden.

Damit sage ich: Ich habe fertig. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Aschenbrenner. – Dann folgt als Nächster Herr Max. – Sie haben ebenfalls 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Max: Herzlichen Dank für die Einladung. Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin heute der letzte Redner. Ich habe das große Vergnügen, die Zeit weiter hinauszuschieben. Ich werde aber versuchen, mich an den Redezeitrahmen von 20 Minuten zu halten.

Die klugen Dinge sind heute garantiert alle schon gesagt worden, aber ich werde mich bemühen, die eine oder andere Ergänzung in Bezug auf die Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes beizusteuern. Ich berichte ein wenig über das, was wir u. a. in der Sicherheitsforschung zu resilienten Infrastrukturen und vor allem zur Aufrechterhaltung von Alltagssystemen machen.

– 118 –

Ganz kurz in eigener Sache: Ich leite das Team „Sicherheitsforschung und Innovationstransfer“ beim Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes in Berlin. Ich habe mich heute Morgen auf den Weg gemacht. Ich möchte mich bei den Kolleginnen und Kollegen der Deutschen Bahn bedanken. Es hat geklappt, pünktlich hier zu sein.

Wenn Sie mich aber fragen würden, was die Einschätzung des Deutschen Roten Kreuzes zu Sicherheitsfragen ist, könnte ich sagen: Im Idealfall habe ich 19 und im schlechtesten Fall 500 Einschätzungen, da wir ein föderaler Verband mit 19 Landesverbänden und 500 Kreisverbänden sind. Wir haben sogar mehr als 4 500 Ortsverbände. Das heißt, die Arbeit findet lokal statt, aber wir als Sicherheitsforschungseinheit, als Team, arbeiten beim Generalsekretariat und versuchen, die Erkenntnisse aus unseren Einsätzen ähnlich wie bei den Feuerwehren zu bündeln. Das Ganze machen wir seit 2009 in der nationalen Sicherheitsforschung und seit 2010 in der europäischen Sicherheitsforschung. So lange bin ich auch schon auf diesem Arbeitsfeld tätig.

Wir arbeiten natürlich sehr eng mit unseren operativen Einheiten aus den Landesverbänden zusammen. Das sind eigentlich die Profis. Ich sage immer: Ich weiß eigentlich gar nichts, aber ich weiß, wer es weiß, und wir reden mit denen. So sind wir natürlich auch mit dem Landesverband Baden-Württemberg in einem sehr engen Austausch und versuchen, die operativen Kräfte mit ihrer Expertise bedarfsgerecht explizit einzubeziehen.

Der konkrete Bereich, in dem wir anwendungsorientierte Sicherheitsforschung machen, ist die zivile Sicherheit. Unser Kundenstamm ist quasi die Gesellschaft, in der wir leben, oder die Bevölkerung in Deutschland in all ihren Ausprägungen. Da schauen wir halt genau hin: Wer ist das eigentlich? Wie müssen wir Hilfeleistung gestalten, damit die zivile Sicherheit so gut wie möglich funktioniert?

Das Ganze machen wir natürlich als Teil des Bevölkerungsschutzes, als nationale Hilfsgesellschaft der Bundesregierung und natürlich auch als Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege. In dieser Eigenschaft betreiben wir ambulante Pflege, eigene Krankenhäuser, Sozialdienste etc.

Da schauen wir uns quasi das Zusammenspiel an. Ich habe es hier ein bisschen abgebildet, was das alles bedeutet: von der medizinischen Versorgung über Fragen der Verpflegung in Krisen- und Katastrophenfällen im Zusammenspiel mit anderen Behörden bis hin zu Energiefragen, bei denen wir uns über die Jahre immer mehr auch mit dem alltäglichen Risikomanagement beschäftigt haben. Darauf gehe ich jetzt noch ein bisschen näher ein.

In erster Linie schauen wir uns an: Wer sind unsere Zielgruppen in Krisen- und Katastrophenfällen und welche gesellschaftlichen Veränderungen bedingen das?

– 119 –

Da ist natürlich zunächst der demografische Wandel; Herr Aschenbrenner hat dieses Thema schon sehr eindrücklich angesprochen. Unsere Gesellschaft verändert sich in unterschiedlichsten Ausprägungen. Wir haben Urbanisierungs- und Ruralisierungsprozesse. Der Wohlstand und der Lebensstandard verändern sich, was sich natürlich auch bei Krisen- und Katastrophenfällen in den Mechanismen der Hilfeleistung niederschlägt. Ein ganz großer Punkt für uns sind die gesundheitliche Versorgung und die Pflege, zum einen weil wir als Rotes Kreuz selbst Pflegeleistungen anbieten, aber natürlich auch deshalb, weil diese Zielgruppen bei der Krisenbewältigung und der Versorgung unter Krisen- und Katastrophenbedingungen eine große Rolle spielen.

Ein wesentlicher Aspekt ist die Individualisierung. Stichwort Ehrenamt: Wir sind ein ehrenamtlich getragener Verband mit mehr als 400 000 Ehrenamtlichen; bei dem Engagement stellen wir aber auch Veränderungen fest. Das ist mir ganz wichtig; darauf komme ich an anderer Stelle zurück. Individualisierung bedeutet nicht, dass das Ehrenamt im klassischen Sinn komplett zurückgeht. Aber das Ehrenamt verändert sich, es wird projektbezogener, was natürlich auch ehrenamtsgetragene Institutionen wie uns beeinflusst und wo wir Mechanismen entwickeln und entwickeln müssen, wie wir damit umgehen.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind heute schon sehr eindrücklich und ausführlich beschrieben worden. Mir ist wichtig zu betonen, dass wir uns weniger mit den Mechanismen des Klimawandels als mit der Frage beschäftigen sollten, was dies für die Vulnerabilität und die Versorgung von Menschen unter extremen Bedingungen bedeutet.

Zu den Folgen der zunehmenden Digitalisierung einer Gesellschaft habe ich vorhin aus Verwaltungssicht einiges hören dürfen. Ich glaube, dazu ist schon viel gesagt worden. Aber mit den Digitalisierungsprozessen sind natürlich auch wir konfrontiert. Dazu werde ich gleich ein Beispiel anführen.

Ich habe versucht, zusammenzufassen, was die konkreten Herausforderungen, die wir als Rotes Kreuz in über zehn Jahren Sicherheitsforschung und Innovationsmanagement herausgefunden haben, sind. Wir haben eine zunehmende gesellschaftliche und technische Entwicklung, die komplexeren Bedarfe von Bevölkerungsgruppen und von Situationen. Gerade unter Krisenbedingungen wird immer wieder zutage gefördert, dass es keine einfachen Lösungen an jeder Stelle gibt und dass die Abhängigkeit von Infrastrukturen zunimmt.

An einem Beispiel kann ich es für uns, das Deutsche Rote Kreuz, sehr gut festmachen, wo wir dabei sind, im Bereich „Gesellschaftliche/technische Entwicklungen“ Lösungen zu entwickeln. In den Achtzigerjahren hat man in der Versorgung den Grundsatz eingeführt: ambulant vor stationär. Was bedeutet das? Menschen haben das große Glück, durch technische Hilfsmittel relativ schnell aus der stationären Versorgung in den eigenen Lebensraum zurückkehren zu können. Sie müssen dann für

– 120 –

die ambulante Behandlung, die weitergeführt wird, in die Krankenhäuser. Ansonsten werden relativ große Teile der Versorgung ambulant sichergestellt.

Das bedeutet für uns unter Krisenbedingungen – dabei rede ich auch für die anderen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben –: Dort haben wir wahnsinnig komplexe Bedarfe, wenn es darum geht, diese Menschen unter Krisenbedingungen zu evakuieren und dezentral zu versorgen. Dazu fehlen uns sowohl die Ausbildung als auch die Hilfsmittel.

Das beste Beispiel sind heimbeatmete Patienten. Das Ganze findet nicht mehr zentral statt, sondern sehr dezentral in Beatmungs-WGs etc. Diese Art von Technologisierung ist auf der einen Seite etwas sehr Gutes. Die Versorgung im häuslichen Umfeld ist eher anzustreben als die Versorgung in einem Krankenhaus oder sonst in zentralisierter Form. Auf der anderen Seite ist es in Situationen, die durch Krisen oder Katastrophen beeinträchtigt sind, für uns sehr schwierig, das Ganze abzufedern.

Das heißt aber auch: Aufgrund der zunehmenden Technologisierung – Stichwort Medizintechnik – besteht eine zunehmende Abhängigkeit von Infrastrukturen. Was machen wir dann dezentral? Wir wissen gar nicht – Stichwort Datenschutz –, wo diese Leute sind und wie wir den Leuten, die möglicherweise auf technische Hilfsmittel angewiesen sind – im Falle eines Stromausfalls, möglicherweise auch in Bezug auf längere Stromausfälle –, helfen können. Dazu möchte ich gleich noch Beispiele nennen.

Was sind die Schlussfolgerungen für uns, die wir im Bereich Bevölkerungsschutz tätig sind? Ich bleibe einmal bei uns als Hilfsorganisation Deutsches Rotes Kreuz. Wir sind nicht in der Lage, diese komplexen Bedarfe und komplexen Vulnerabilitäten, vor allem sich verändernde vulnerable Situationen vollumfänglich abzufedern, dafür Dinge vorzuhalten, ob es Fähigkeiten oder materielle Voraussetzungen sind. Das werden wir nicht vollumfänglich schaffen.

Gleichzeitig sehen wir aber auch, dass sich die Bedarfe, die Vulnerabilitäten sowie das Engagement – ich habe es schon angesprochen – stetig verändern und sehr kontextabhängig sind. Man hat Situationen, in denen Menschen möglicherweise vulnerabel sind, obwohl man diese Vulnerabilität nicht sehen kann. Das ist natürlich für eine Einsatzeinheit oder eine Aufbauorganisation schwer zu greifen. Das heißt, auch wir sehen diese Tendenzen zu einer Steigerung der Resilienz, die darin besteht, dass sich Strukturen besser festigen, statt zu versuchen, alles Mögliche dafür vorzuhalten, dass diese Bedarfe abgedeckt werden können. Das heißt, wir müssen zur Steigerung der Resilienz auf Netzwerken aufbauen, was bedeutet, dass wir in einem bestmöglichen Fall für die Versorgung von Menschen in Netzwerken arbeiten, in denen die Menschen selbst mit ihren Angehörigen und/oder die Profis, die dafür die Ausbildung oder das Know-how haben, die Versorgung gewährleisten und wir als

– 121 –

Hilfsorganisation an dieser Stelle eher der Supporter und nicht derjenige sind, der die Feder führt.

Ein Beispiel, wie wir darauf gekommen sind, klingt trivial; aber da ist bei uns der Groschen gefallen: als wir uns in den Jahren von 2012 bis 2015 mit neuen Strategien der Ernährungsnotfallvorsorge beschäftigt haben. Wir haben uns gemeinsam mit einem damals großen Lebensmitteleinzelhändler, und anderen Institutionen, u. a. mit dem BBK, am Beispiel Berlins angeschaut, wie Ernährungsnotfallvorsorge unter Krisenbedingungen für die Bevölkerung stattfinden muss.

Dazu haben wir als Bundesverband bzw. als Generalsekretariat unsere Landesverbände zusammengezogen und gefragt: Was können wir als Deutsches Rotes Kreuz mit unserem Verpflegungsdienst leisten? Dabei ist herausgekommen: Wir können uns selbst versorgen, wir können Teile der Bundeswehr versorgen – das war am Beispiel des Hochwassers im Jahr 2013 festgemacht.

In diesem Projekt ist herausgekommen: Die einzige bzw. beste Möglichkeit, die Menschen mit Lebensmitteln zu versorgen, ist der Lebensmitteleinzelhandel. Dann haben wir uns überlegt: Wie können wir das in einer Aufbauorganisation, in einer Vernetzung gemeinsam gewährleisten? Die Ansätze waren: Wir haben einen Ausfall der Energieversorgung, wir haben einen Zusammenbruch der Logistik, wir haben möglicherweise einen Wegfall der personellen Ressourcen. Das Ergebnis eines Pilotprojekts war: dass man diese drei Dinge unterschiedlich anfassen kann, wenn man von vornherein miteinander vernetzt ist und Alltagsstrukturen – in diesem Fall der Lebensmitteleinzelhandel – lokal vernetzt sind mit Strukturen der Gefahrenabwehr – in diesem Fall mit uns als Hilfsorganisation, aber natürlich auch mit den Feuerwehren und dem Technischen Hilfswerk. Den Ausfall der Energieversorgung kann man durch Technik abfedern. Den Zusammenbruch der Logistik kann man personell kompensieren – entweder gemeinsam in einer vorbereiteten Aufbauorganisation mit den Strukturen der Hilfsorganisationen bzw. den anderen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben und/oder mit Menschen aus der Bevölkerung, die sich in irgendeiner Form einbringen wollen.

Man muss eine Aufbauorganisation schaffen, in die die Zivilgesellschaft aktiv eingebunden wird, womit der Wegfall der personellen Ressourcen möglicherweise abgefedert werden kann in einem Notfallsystem, sodass die Lebensmitteldistribution möglich bleibt. Das bedeutet, man braucht ein ganzheitliches Krisenmanagement, das man sich nicht erst in einer Krise ad hoc überlegen kann; dieses muss vielmehr schon im Vorhinein geplant werden.

Das Ganze weitergedacht: Ein anderes Beispiel ist ganz aktuell – wir werden hoffentlich bis Mitte des Jahres die Ergebnisse so weit zusammengetragen haben – das Forschungsprojekt RESIK, in dem wir uns, sage ich einmal, vor vier Jahren auf den Weg gemacht haben zu überlegen, was wir eigentlich machen, wenn die Krankenhausinfrastruktur so geschädigt ist, dass möglicherweise Teile eines Krankenhauses

– 122 –

evakuiert werden müssen oder eine dezentrale Versorgung von Patientinnen und Patienten notwendig wird, es aber nicht genug Kapazitäten in anderen Krankenhäusern gibt.

Eine Lehre, die wir aus dem anderen Projekt schon gezogen haben, ist: Wir müssen uns anschauen, wie wir Krankenhausstrukturen mit externen Kräften aus Hilfsorganisationen oder aus anderen Einrichtungen aus dem sozialen Umfeld, wie wir es nennen, so weit härten können, dass die Versorgung so lange wie möglich unter einem Notfallplan im Krankenhaus weitergeführt wird und dass nur in einem absoluten Notfall die Evakuierung eines Krankenhauses erfolgen muss. Die weitere notwendige Überlegung ist, wie dann eine dezentrale Unterbringung und Versorgung von Patientinnen und Patienten stattfinden kann, wobei wir aber nicht davon ausgehen, dass wir uns in einem anderen Krankenhaus befinden.

Das war für uns in dem ganzen Prozess ein großes Wort sehr gelassen ausgesprochen. Wir hatten die Stadt Krefeld und das St. Josefshospital Uerdingen an Bord. Wir werden jetzt diese Leitlinien und Planungsinstrumente für diese Prozesskette „Krankenhausevakuierung sowie dezentrale Versorgung und Unterbringung“ zusammentragen, auch als Modell für die Übertragung auf andere Gebiete.

Das heißt aber auch – ganz wichtig –, dass wir das Ganze immer vom Alltag aus denken. Wir schauen uns erst einmal an, wie eine Struktur gehärtet werden kann und wie dann, wenn diese Härtung nicht aufrechterhalten werden kann, eine dezentrale Versorgung aussehen kann.

Das ist eigentlich ein bisschen von dem abstrahiert, womit wir eigentlich über Jahre gearbeitet haben: Wir sind eine Behörde, eine Hilfsorganisation, möglicherweise auch ein Unternehmen und bereiten uns auf eine Disruption, eine Störung vor, die wir gemeinschaftlich in dem System, in dem wir arbeiten, abarbeiten wollen, um diese Störung zu überwinden. In den letzten drei Jahren haben wir festgestellt, dass wir nicht allein von einer Störung ausgehen dürfen – also e i n Hochwasser oder e i n e Krise –; vielmehr haben wir überlappende Krisen, wir haben sehr komplexe Mechanismen, die ineinandergreifen. Beispielsweise hat während der Ahrtal-Katastrophe die Coronapandemie nicht pausiert, ganz im Gegenteil; vielmehr war das eine zusätzliche Belastung sowohl für die Einsatzkräfte als auch für die Menschen vor Ort, die auf Hilfe angewiesen waren.

Wir sehen also: Mit dem Mechanismus, den wir jetzt haben, werden wir zunehmend durch überlappende und komplexe Situationen oder multidimensionale Disruptionen herausgefordert. Angesichts dessen sollten wir nicht versuchen, das Ganze in einem einfachen Mechanismus weiterzuführen, sondern wir sollten versuchen, uns mit einem resilienzorientierten Ansatz – Herr Aschenbrenner hat es mit anderen Worten aus der Sicht der Feuerwehr vorhin beschrieben – in einem Netzwerk mit Netzwerkpartnern aufzustellen, um Fähigkeiten und Ressourcen so weit für Versorgungsme-

– 123 –

chanismen zu bündeln, dass wir in der Lage sind, in einem gemeinschaftlichen Netzwerk Störungen zu überwinden.

An diesem Schaubild können Sie sehen: Es wird in unterschiedlicher Ausprägung Disruptionen geben. Es gibt mal individuelle Störungen, die sehr klein sind und regional auftreten, es gibt große Störungen, es gibt lang anhaltende Krisen, es gibt klassische Katastrophen. Unsere Forschungsergebnisse zeigen sehr klar, dass man versuchen muss, in sich selbst resilienter zu werden. Das heißt, man muss sich auf der einen Seite damit auseinandersetzen, Mechanismen des Risikomanagements für sich selbst im Hinblick darauf aufzustellen, was potenzielle Störungen sein können. Auf der anderen Seite geht es um die Frage, wie ich mich so weit besser aufstellen kann, dass ich selbst in der Lage bin, damit umzugehen. Die weitere Frage ist, welche Partnerinnen und Partner außerhalb meines eigenen Betriebs und meiner eigenen Institution ich benötige, um weiter arbeitsfähig zu sein und die Hürden quasi gemeinschaftlich zu überwinden.

Daraus abgeleitet habe ich Ihnen fünf Handlungsempfehlungen mitgebracht. Die erste lautet: Die Strukturen der Alltagsversorgung müssen stärker mit Strukturen des Bevölkerungsschutzes abgestimmt und miteinander verwoben werden. Herr Aschenbrenner hat schon auf die tradierten Silos hingewiesen. Auf vielen Konferenzen in den letzten Jahren wurde von den Vortragenden festgestellt: Wir haben Silos, die wir aufbrechen müssen.

Im Rahmen unserer Forschungsprojekte und vor allem im Zusammenhang mit den anwendungsorientierten Handlungsempfehlungen, die wir u. a. in dem RESIK-Projekt entwickelt haben, haben wir uns damit befasst, wie so etwas eigentlich aussehen kann. Wie kann Alltagsversorgung, in diesem Fall durch ein Krankenhaus oder durch den Lebensmitteleinzelhandel, bestmöglich mit Bevölkerungsschutzstrukturen verwoben werden? Das Ganze braucht einen kontinuierlichen Vernetzungsprozess auf Augenhöhe; so nenne ich es jetzt einmal.

Hierzu ein Beispiel: Wir beschäftigen uns schon länger mit Themen der ambulanten Pflege. Die ambulante Pflege ist immer davon ausgegangen: Wenn eine Katastrophe eintritt und der Hauptverwaltungsbeamte den Katastrophenfall ausruft, dann werden die Katastrophenschützerinnen und Katastrophenschützer kommen und das machen; damit haben wir dann nichts mehr zu tun. Die Katastrophenschützerinnen und Katastrophenschützer haben gesagt: Das können wir gern machen, aber pflegen können wir nicht, das müsst ihr schon weitermachen.

So hat man sich im Vorhinein nie Gedanken darüber gemacht, wie so etwas gemeinschaftlich in Krisen und Katastrophen gelöst werden kann. Das heißt, es muss auch ein Bedarfsmanagement auf kommunaler Ebene in einem Netzwerk im Hinblick auf die Frage erfolgen: Was kann ich in einem Netzwerk von meinen Mitstreitern erwarten? Das bedeutet, wir brauchen ein gemeinsames Verständnis von Krisenprävention und -bewältigung. Es geht halt nur zusammen. Das ist das, was ich vorhin mit

– 124 –

dem Ausdruck „komplexe Bedarfe“ meinte. Die Situationen werden komplexer, und das Ganze kann quasi nur durch einen kontinuierlichen Abgleich erfolgen: Was sind unsere größten Bedarfe? Wer hat diese Fähigkeiten? Wie kommen wir im Hinblick darauf zusammen – egal, bei welcher Krise oder Katastrophe, die gerade vorherrscht?

Das Projekt zur Ernährungsnotfallvorsorge hat gezeigt: Aufgrund der Komplexität von Versorgungsstrukturen, aufgrund der Komplexität verschiedenster vulnerabler Situationen und vulnerabler Gruppen, die immer unterschiedlich sein werden, egal, wie gut ich mich auf ein Szenario vorbereite, muss die oberste Prämisse der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben sein, gemeinsam mit den Strukturen des Alltags diese Versorgung aus sich selbst heraus solange wie möglich aufrechtzuerhalten. Denn auch für die ambulante Pflege und für die Krankenhäuser gilt: Das, was im Alltag gut funktioniert bzw. eingeschliffen ist, wo die Abläufe stimmen, wo die Profis ihre Arbeit machen können, wird kein System dieser Welt ad hoc von heute auf morgen übernehmen können.

Wenn man wie wir, das Deutsche Rote Kreuz, die unmittelbare Versorgung von Betroffenen im Vordergrund sieht und die akute medizinische Versorgung unter komplexen Bedingungen einschließlich der medizintechnischen Versorgung eine immer größere Rolle spielt, muss für uns das primäre Ziel sein, dass im ersten Schritt die Katastrophenschützerinnen und Katastrophenschützer die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Profis aus dem Alltag weiter ihre Arbeit machen können, egal, unter welchen Bedingungen, natürlich nicht immer perfekt. Das sollte ein erstes Ziel sein: dies aus sich selbst heraus solange wie möglich aufrechtzuerhalten.

Wenn das nicht mehr geht, haben wir dafür natürlich schon Mechanismen wie Betreuungsplätze etc. Aber auch da muss das Ziel sein, eine Ersatzleistung zu bieten, diese aber auch besser am Bedarf zu orientieren. Ein Beispiel dafür ist: Wenn Sie mich im Jahr 2014 gefragt hätten, welches die klassischen Zielgruppen im Katastrophenschutz sind und was meine Einschätzung dazu ist, hätte ich aus tiefster Überzeugung gesagt: Zielgruppe ist die Familie mit zwei Kindern, die wir für die Betreuungsplätze und für die Verpflegung im Fokus haben. Dies trifft nicht mehr zu. Das ist nicht mehr das, was wir für die Betreuung sehen. Wir haben ältere Menschen, wir haben möglicherweise Kinder, auf die wir uns fokussieren müssen, etc.

In den Jahren 2015 und 2016 ging es um die Hilfe von Geflüchteten. Da war die Zielgruppe die Familie mit zwei Kindern. Da war auch diese Einschätzung mehr oder weniger überholt. Daran sehen wir, dass bedarfsgerechte Ersatzleistungen flexibel sein müssen. Wir müssen besser darin werden, uns Bedarfe anzuschauen, und wir müssen besser darin werden, die Fähigkeiten dafür nicht automatisch bei uns zu suchen und, wenn wir die nicht haben, zu sagen: „Können wir nicht.“ Vielmehr geht es darum, einen Mechanismus zu entwickeln: Wer hat diese Fähigkeiten, und wie können wir diese Fähigkeiten in die Versorgung einbinden? Das Ganze ist mit dem Ziel verbunden, in den Alltag zurückzukehren, sobald es wieder möglich ist, wenn auch

– 125 –

behelfsmäßig. Das ist die beste Struktur, um Menschen auch unter Krisenbedingungen, unter Katastrophenbedingungen zu versorgen.

Das Ganze habe ich mal zusammen mit einem Kollegen aufzuschreiben versucht. Wenn Sie das im Detail nachvollziehen wollen, können Sie diese Publikation gern beim transcript-Verlag kostenlos herunterladen. Das ist im Grunde genommen in ausführlicher Form und sicherlich in besseren Worten als denen, mit denen ich es jetzt zusammenzufassen versucht habe, das, was ich zum Ausdruck bringen wollte. Die Publikation beschreibt die Stoßrichtung, die wir als Hilfsorganisation aus unserer anwendungsorientierten Forschung heraus sehen. Auch wir müssen viel besser darin werden, den Alltag zu verstehen, den Alltag in Krisen- und Katastrophenschutzstrukturen oder Aufbauorganisationen einzubeziehen. Aber auch der Alltag soll wissen, wo die Grenzen des Katastrophenschutzes liegen und wo man versuchen kann, gemeinschaftlich Lösungen zu entwickeln, die auf lokaler Ebene greifen können.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Max. – Wir kommen jetzt zur Fragerunde. Zunächst hat Frau Abg. Schwarz für die Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Andrea Schwarz GRÜNE: Vielen Dank für die beiden wirklich informativen Vorträge. Herr Aschenbrenner, Sie haben auf wissenschaftliche Ergebnisse hingewiesen, die man ohne Weiteres implementieren könnte. Ebenso haben Sie erwähnt, dass fast nach jeder Katastrophe Schlüsse gezogen werden, deren Umsetzung dann aber nicht erfolgt. Das ist ein Phänomen, das ich auch beobachten muss. Nach jeder Katastrophe wird es in den Medien, in jeder politischen Debatte thematisiert, und danach versackt es wieder.

Deshalb wollte ich nachfragen. Von der Wissenschaft in die Praxis verläuft ein Kanal. Ein weiterer muss von der Wissenschaft in die Politik gehen. Wie kann man das künftig besser aufstellen? Oder lässt sich das 1 : 1 übertragen?

Eine weitere Frage möchte ich an Sie beide richten. Es ist nicht immer einfach, Veränderungen in jahrelang gewachsenen Strukturen herbeizuführen. Insbesondere dort, wo so viel ehrenamtliches Engagement, wie es bei den Feuerwehren und beim DRK der Fall ist, vorhanden ist und es darum geht, den technologischen Wandel oder wissenschaftliche Erkenntnisse einzuführen, können sich Einzelne vor den Kopf gestoßen fühlen, weil sie sagen: „Das haben wir schon immer so gemacht, warum sollen wir das ändern?“ Wie gelingt es uns, beim notwendigen Wissenstransfer und bei technischen Weiterentwicklungen das Ehrenamt mitzunehmen? Denn das ist ja wichtig. Unser Bevölkerungsschutz basiert zu großen Teilen auf ehrenamtlichem Engagement. Deshalb würde mich interessieren, welche Strategien Sie sowohl bei der Feuerwehr als auch beim DRK entwickelt haben.

– 126 –

Das wäre es schon. Danke.

Abg. Dr. Michael Preusch CDU: Ich habe eine Frage an Herrn Aschenbrenner. Ihr Einwurf zum Thema Standardisierung hat mir sehr gut gefallen. Es ist so: Bei der Feuerwehr gibt es eine klare Ansage, es gibt eine Lösung, und dann läuft es auch so. Das kann man, glaube ich, machen, wenn man innerhalb einer Struktur ist. Das schafft die Feuerwehr in vielen Bereichen sehr gut.

Ich möchte das kurz erwähnen. Das haben wir in Baden-Württemberg noch nicht ganz geschafft. Denn in Württemberg liegt der Unterflurhydrant noch etwas tiefer. Deshalb muss das Standrohr bei der Feuerwehr in Baden und in Württemberg noch unterschiedlich sein. Wir sehen, dass manche Wege zu einer Standardisierung, die letztlich erreicht werden soll, lang sind.

Wenn wir uns beispielsweise den professionellen Rettungsdienst anschauen – die Kollegin Schwarz kommt auch aus dem Bereich –, dann haben wir im Moment noch eine Vielfalt der Träger. Das macht es schwierig, Dinge zu vereinheitlichen und zu standardisieren. Wir haben es bis heute noch nicht geschafft, das Notarzteinsetzfahrzeug Baden-Württemberg oder den Rettungswagen Baden-Württemberg zu schaffen. In NRW wurden diesbezüglich schon gute Vorschläge unterbreitet.

Wie setzen wir diese Dinge um? Ich habe das Gefühl, dass immer dann, wenn jemand nicht mehr weiter weiß, ein Arbeitskreis gebildet wird. Dann werden alle an einen Tisch geholt. Allein in meinem Einzugsbereich – ich bin Leiter eines Notarztstandorts – habe ich vier Trägerorganisationen, mit denen ich die Medikamentenbestückung und die Ausstattung des Fahrzeugs einzeln abstimmen muss.

Das macht keinen Sinn mehr, auch vor dem Hintergrund der Personalverknappung. Denn unter Umständen habe ich Leihärzte, die aus dem Bodenseebereich kommen, aus anderen Bundesländern. Die sitzen heute auf diesem Fahrzeug und morgen auf einem anderen. Die brauchen eine gewisse Standardisierung.

Die Frage ist, wie wir da hinkommen. Macht es wirklich Sinn, sozusagen beim Kaffeekränzchen die Bedürfnisse jedes Einzelnen mitzunehmen? Ich will diese Bemühungen gar nicht schmälern. Das betrifft nicht den ehrenamtlichen Bereich, sondern ich spreche vom professionellen Rettungsdienst.

Wäre Ihre Vorstellung so oder haben Sie es so geregelt, dass man sagt, es gibt eine Ansage von oben, wie es gemacht werden muss, und es gibt nur noch Fördergelder, wenn dieser oder jener Standard umgesetzt wird? Wie schaffen wir es, die Standardisierung in einem Bereich einzuführen, der mittlerweile weit weg ist vom Ehrenamt sowie von Freizeitaktivitäten und der mittlerweile einen Grad der Professionalität erreicht hat, der die Anpassung der Strukturen erforderlich macht?

– 127 –

Abg. Florian Wahl SPD: Ihnen herzlichen Dank für den Vortrag. – Ich hätte zwei Fragen. Die erste Frage geht an Herrn Aschenbrenner. Ich möchte wissen, wie man es schafft, die Feuerwehrleute auch in der Fläche auf dem aktuellen Stand hinsichtlich von Neuerungen zu halten, gerade vor dem Hintergrund, dass Abteilungen immer kleiner werden und die Situation immer schwächer wird?

Die andere Frage richtet sich an Sie beide und geht in eine ähnliche Richtung. Es ist von den gestiegenen Belastungen die Rede gewesen. Diese bedürfen Maßnahmen, darauf müssen wir reagieren, gerade in der Fläche. Dass wir das in hoch professionalisierten Einrichtungen gerade auch in den Ballungsräumen hinbekommen, ist wahrscheinlich ein leichter Weg als in der Fläche, wo das Ehrenamt eine ganz andere Rolle spielt. Welche Lösungsansätze sehen Sie von der Supervision? Wie können wir das aus Ihrer Sicht in einem Flächenland wie Baden-Württemberg in der Fläche gewährleisten?

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Vielen Dank für die Vorträge. – Zu den Ausführungen bezüglich der Innovationen, die Sie – vor allem Sie, Herr Aschenbrenner – erwähnt haben: Sie haben geschildert, dass Sie Innovationen entwickeln, erproben und für gut befinden und dass danach nichts mehr passiert. Das ist ein Vorgang, den man von Förderprojekten kennt.

Letztendlich müssen aber die Rettungsdienste, die Feuerwehren usw. selbst sagen, dass sie die Innovationen aufgrund der Erfahrungen begrüßen und deshalb diese Ausrüstung kaufen möchten. Sie müssen artikulieren, dass sie den Bedarf sehen, mehr staatliche Unterstützung zu bekommen, um sich so etwas leisten zu können. Wie gehen Sie von Ihrer Seite damit um? Das ist aus meiner Sicht nicht nur eine Bringschuld des Staates, sondern auch eine Holschuld der Organisationen.

Dieselbe Frage geht in Richtung von Herrn Max, weil Sie sicherlich auch solche Vorgänge kennen. Es war sicherlich viel Interessantes dabei, aber bis das Einzug in den Alltag findet, ist es ein weiter Weg.

Die Fragen, die mir ansonsten einfallen würden, wurden bereits gestellt.

Danke.

Abg. Carola Wolle AfD: Es waren sehr interessante Vorträge. – Herr Aschenbrenner, Sie haben etwas zum Thema Bevölkerung gesagt. Die muss etwas lernen. Eigentlich betrifft es beides. Wir müssen etwas zum Selbstschutz lernen, aber auch in Richtung auf die medizinische Hilfe. Unsere Vorfahren waren mit der Hausapotheke medizinisch viel besser bewandert als in der heutigen Zeit, in der man immer schnell zum Arzt läuft. Daher richte ich an beide Vertreter die Frage: Wie kann die Bevölkerung das lernen? Wie können wir da ansetzen? Das ist ein Schlagwort, das man irgendwie umsetzen muss. Das Wort genügt an der Stelle nicht.

– 128 –

Herr Aschenbrenner, Sie haben ein Schaubild mit einer Drohne gezeigt. Das klingt toll. Wenn alles gut läuft – sprich: Strom ist vorhanden, es herrscht gerade kein Sturm usw. –, dann ist das vielleicht eine gute Zukunftsmusik. Ich weiß nicht, wie weit die Entwicklung überhaupt fortgeschritten ist. Aber wenn es mal so weit ist: Wie setzt man derartige Hilfsmittel in Situationen ein, in denen kein Strom vorhanden ist, wenn schlechtes Wetter herrscht, sodass die Drohne nicht fliegen kann? Das ist nicht unwahrscheinlich. Für diese Situationen müssen auch Lösungen gefunden werden.

Ich möchte eine Frage zum Thema Ehrenamt stellen. Es ist schon angekommen: Wie geht man mit der schwindenden Bereitschaft zur ehrenamtlichen Arbeit um? Wir haben vom Landtag aus schon viel gemacht. Was würden Sie sich denn noch wünschen?

Danke schön.

Vorsitzender Alexander Salomon: Gibt es noch Fragen? Dann rufen wir diese gleich in dieser Runde mit auf.

Marco Krüger, externes Mitglied: An beide Referenten vielen herzlichen Dank für die Vorträge. – Ich habe eine Frage zum Innovationstransfer, den gerade Sie, Herr Aschenbrenner, hervorgehoben haben. Was sind generell Maßnahmen, die man auf Landesebene sinnvoll ergreifen kann? In Baden-Württemberg mit der schwäbischen Tradition gibt man Geld nicht gern unnütz aus, wenn wir es schon in Forschung investiert haben. Wie bekommt man die Ergebnisse ins Land und in die Praxis, in die Katastrophenschutzstrukturen hinein? Diese Frage richte ich auch an Sie, Herr Max.

Vorsitzender Alexander Salomon: Es gibt keine weiteren Fragen in dieser Runde. – Dann gebe ich zunächst Herrn Aschenbrenner das Wort.

Sv. Herr Aschenbrenner: Mein Zettel reicht gerade aus. Ich fange von oben an:

Es geht zunächst um den Transfer zwischen Wissenschaft und Politik. Ich meine, Sie geben mit dieser Enquetekommission ein gutes Beispiel, indem Sie uns einladen. Das ist schon ein Stück weit Transfer. Genau solche Formate braucht es, in denen man sich zu bestimmten Themen gezielt zusammensetzt. Geforscht und entwickelt wird quasi rund um die Uhr. Sie müssen das abholen und uns hier an das Redepult bitten.

Die vfdb veranstaltet einmal jährlich eine Fachtagung, auf der wir auch der Öffentlichkeit unsere Ergebnisse zur Verfügung stellen. Wir haben das um ein Format ergänzt, weil wir festgestellt haben: Es bringt nichts, wenn wir hierüber – wie in den letzten Jahren – als Fachleute diskutieren, aber die Politik nicht mitnehmen. Deshalb haben wir auf der letzten Tagung eine Diskussionsrunde vorgeschaltet, in der wir

– 129 –

über bestimmte Feststellungen, die wir getroffen haben, mit Abgeordneten sprechen wollen. Aber es sind natürlich alle herzlich eingeladen.

Ich glaube, das ist immer eine Frage des Wissens: Weiß man, dass es eine solche Institution gibt, die im Bereich der Forschung unterwegs ist, bei der man sich Ergebnisse abholen kann; weiß man, welche Leistungen im Bereich Transfer angeboten werden? Wir haben z. B. eine Fachzeitschrift, in der die Ergebnisse veröffentlicht werden. Häufig ist das Nicht-voneinander-Wissen der Grund dafür, dass Informationen nicht fließen. Wir haben da ein Angebot, das Sie gern nutzen können, um das zumindest aus unserer Sicht Aktuelle aus der Sicherheitsforschung zu erfahren. Wir kommen natürlich auch gern Ihren Einladungen nach und berichten zu bestimmten Themen.

Sie haben noch das Thema Veränderung angesprochen. Wie bekommt man diese Veränderungen in die Organisationen? Ich glaube, da ist es wie mit ganz vielen Dingen im Leben: nur durch Bildung. Sie müssen letztlich auch für das Ehrenamt Angebote machen, die Leute darin zu bilden, wie sie ihre Aufgaben zukünftig in dem gegebenen Rahmen gut erfüllen können, mit den zeitlichen Ressourcen, die sie haben, mit den Techniken, die angeboten werden. Rückblickend haben sich Innovationen bei den Hilfsorganisationen und Feuerwehren immer durchgesetzt. Manches dauerte etwas länger, aber der Schlüssel ist – wie in allen anderen Lebensbereichen – die Bildung, die darauf hinzielen muss, nicht nur zu lernen, wie ich mit dem Strahlrohr ein Feuer bekämpfe, wie ich das Atemschutzgerät richtig nutze, sondern auch wie ich neue Technologien einsetze, die mir das Leben als Helfer einfacher machen und mich vor allem sicherer arbeiten lassen.

Dann ist die Frage nach den Vereinheitlichungen gestellt worden. Da sehe ich im Prinzip drei Mechanismen, die Sie im Wesentlichen schon angesprochen haben. Das Erste ist der Mechanismus der Überzeugung. Dazu kann ich aus Nordrhein-Westfalen berichten, dass sich mittlerweile round about 20 Gebietskörperschaften auf einheitliche Behandlungsstandards und Medikamente im Rettungsdienst geeinigt haben, weil sie davon überzeugt sind, dass das Sinn macht.

Das Zweite ist natürlich das Schaffen von Anreizen. Die Feuerwehren in der Fläche hätten heute noch keine einheitlichen Atemschutzgeräte, wenn die Bundesländer nicht irgendwann gesagt hätten, dass sie die Beschaffung von Atemschutzgeräten fördern. Da konnten die Kommunen gar nicht Nein sagen und haben bei einer Förderung von 50 % natürlich Atemschutzgeräte beschafft mit allem, was daran hängt: Qualifizierung, Übungen und Ähnliches.

Das Dritte ist das Beispiel Schleswig-Holstein. Wenn das Land sagt, ich nehme mich des Themas an, mache eine Ansage und regle, dass es einheitlich gemacht wird, ist dies natürlich auch ein Weg.

– 130 –

Das sind für mich die drei wesentlichen Faktoren. Jedes Land muss sich im Benehmen mit den Gebietskörperschaften darüber einigen, wie man vorgehen will. Auch in Nordrhein-Westfalen läuft es im Wesentlichen auf freiwilliger Basis. Deshalb sind auch noch längst nicht alle Kreise und kreisfreien Städte dabei, sondern erst einmal nur rund 20 von denen.

Dann wurde die Frage nach dem Wissenstransfer in Richtung Feuerwehr gestellt. Das hatte ich gerade schon angesprochen. In diesem Zusammenhang muss vor allem thematisiert werden, wo es Angebote gibt, bei denen Feuerwehren auch Wissen abholen können. Es wurde gefragt, wie man das Wissen für die Feuerwehrleute zukommen lassen könne. Da liegen Sie völlig richtig. Als ich bei der Feuerwehr angefangen habe, gab es für Kraftfahrzeuge zwei Antriebsarten: Benzin und Diesel. Wenn man heute sieht, wie viele unterschiedliche Antriebsarten uns an Einsatzstellen begegnen, mit denen wir klarkommen müssen, wird deutlich, dass man Mechanismen braucht, um das Wissen darüber zu verbreiten.

Nach meiner Meinung steckt die Kombination in zwei Strängen. Auf der einen Seite müssen Feuerwehrleute natürlich ein Grundhandwerk lernen, wie ich Löschmittel richtig einsetze und Ähnliches. Das Spezialwissen kann man im Einsatzfall nur noch digital an die Menschen bringen. Ein Fahrzeug hat bestimmte Eigenschaften; die Feuerwehr muss in die Lage versetzt werden, mit ihrem Grundwissen damit umzugehen, dass sie die speziellen Eigenschaften bezogen auf dieses Fahrzeug im Einsatzfall ermitteln kann. So etwas gibt es heute schon. Über das Kfz-Kennzeichen kann man die Eigenschaften abrufen.

Darüber hinaus müssen die Feuerwehrleute darin geschult werden, wie sie mit diesem Wissen umgehen. Darin sehe ich eine riesige Herausforderung. Das, was wir handeln müssen, wird immer breiter. Es gibt unterschiedlichste Baustoffe – vom klassischen Ziegelhaus über mit Polystyrol gedämmte Wände bis hin auch zu Holzbaukonstruktionen –, die alle irgendwann mal versagen, in Brand geraten, einstürzen oder Ähnliches können. Wir müssen das handeln können.

Die Grundmechanismen müssen erlernt und trainiert werden. Das Spezialwissen muss künftig digital zur Verfügung gestellt werden. Wenn man sich anschaut, womit sich die heutige Generation beschäftigt: Die daddeln auf dem Handy herum. Warum stelle ich also nicht einem Feuerwehrmann interessante Informationen zum Daddeln zur Verfügung, durch die er sein Wissen auffrischen kann – neben den speziellen Kenntnissen, die er im Einsatz braucht?

Dann wurde die Frage nach der Belastung im Ehrenamt gestellt. Das sehen wir auch so. Wir sehen auch eine Veränderung im Ehrenamt. Wir stellen teilweise fest, dass die Verfügbarkeit nicht mehr so ist wie vor zehn oder 15 Jahren. Ich glaube, man wird irgendwann in den Diskurs eintreten müssen, was das Ehrenamt in seiner Struktur noch leisten kann und wo dieses System der Gefahrenabwehr durch das Hauptamt ergänzt werden muss. Ich glaube – so traurig es ist –, man wird sich von nahezu

– 131 –

100 % Ehrenamt irgendwann verabschieden müssen. Wenn man das Schutzniveau aufrechterhalten will, dann muss man auch diese Diskussion gemeinsam mit dem Ehrenamt führen.

Dann ist die Frage nach dem Innovationszyklus gestellt worden. Wie bekommen wir die Innovationen in die Praxis? Hierzu bedarf es, glaube ich, einer Konstruktion, wie ich sie in Bezug auf das Rettungsrobotik-Zentrum dargestellt habe. Es gibt Mechanismen, die die Bedarfe erheben und dafür Lösungen entwickeln. Dann kommen die nächsten Schritte, die zwingend erforderlich sind.

Das Bundesforschungsministerium sieht sich immer nur bis zur Vorstellung des Demonstrators in der Pflicht und sagt: Das ist das, was wir fördern müssen. Wenn ich das allerdings an die Gefahrenabwehr in den Bundesländern heranbringen will, muss ich mich mit den Kommunen zusammentun. Mit diesem Konstrukt des Deutschen Rettungsrobotik-Zentrums passiert so etwas. Das liegt zufällig in Nordrhein-Westfalen, das können natürlich auch andere nutzen. Wir brauchen auch nicht 16 Robotik-Zentren in Deutschland, sondern wir brauchen vielleicht eines für Robotik, eines für Digitalisierung, eines für die Einbindung der Bevölkerung.

Diese Zentren müssen dann die nächsten Schritte übernehmen. Sie müssen aus dem Demonstrator ein Pilotprojekt machen, das ans Laufen gebracht wird und das dann evaluiert wird. Ein schönes Beispiel dafür ist der Telenotarzt in Aachen. Das war einmal ein Forschungsprojekt. Dann hat man erkannt: Das ist eine gute Lösung, und hat dann eine Pilotregion ausgerufen, die vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert worden ist. Man hat das weiter untersucht und hat dann gesagt: Das ist ein System, das Effekte mit sich bringt, die die Rettungssituation verbessern und Entlastungen schaffen. Diese Ergebnisse haben andere Bundesländer aufgegriffen und gesagt: Das wollen wir bei uns auch umsetzen. Das ist ein sehr schönes Beispiel dafür, wie es funktionieren kann.

Da muss man sich überlegen, welche Themenschwerpunkte man angeht. Dann sollten sich die Bundesländer nach Möglichkeit zusammentun, in diese Zentren investieren, die die nächsten Schritte machen, das Ganze in den Pilotbetrieb überführen und letztlich anwendungs- und marktfähig weiterentwickeln und die Möglichkeit schaffen, die Innovation durch eine Innovationsförderung – das halte ich auch für ganz wichtig – in den einzelnen Bundesländern auszurollen.

Dann ist noch einmal die Frage nach dem Selbstschutz gestellt worden. Da sehe ich es genauso wie die Fragestellerin. Wir bekommen in der Schule vieles beigebracht, aber wenig in Bezug auf das, was unsere konkreten Lebensumstände angeht. Ich finde, das ist ein ganz wichtiges Thema, das in die schulische Bildung gehört und das parallel dazu ähnlich wie die Brandschutzerziehung an andere Gruppen herangetragen werden muss, die nicht mehr in der Schule sind. Ich finde, Selbstschutz ist auch ein Thema für Senioren. Da muss es Formate geben, die gefördert und unter-

– 132 –

stützt werden, durch die dieses Basiswissen an die Menschen herangetragen wird. Das machen die Hilfsorganisationen, das machen die Feuerwehren.

Wir müssen im Prinzip eine Konzeption auf die Beine stellen, um zu sehen, welches Wissen zwingend notwendig ist, damit ich mich in verschiedenen Szenarien über die ersten 72 Stunden selbst versorgen kann und mir selbst helfen kann, auch damit ich nicht im Alltag für jede Kleinigkeit unsere staatlichen Systeme in Anspruch nehmen muss, die für ganz andere Fälle vorgehalten werden und die durch die Inanspruchnahme in Fällen, in denen ich mir eigentlich selbst helfen könnte, überlastet werden.

Zu dem Beispiel der Drohne: Bei technischen Systemen ist es immer so: Es gibt Rahmenbedingungen, unter denen sie funktionieren, und irgendwann funktionieren sie nicht mehr. Das ist bei unserer Leitstelle in Dortmund genauso. Diese verfügt natürlich über eine Notstromversorgung. Trotzdem gehen wir davon aus, dass es ein Restrisiko gibt, dass auch diese Leitstelle nicht funktioniert. Was machen wir deshalb? Wir schalten sie einmal im Monat ab, arbeiten im Handbetrieb, damit die Kolleginnen und Kollegen das auch noch können.

Das ist immer so. Für ein technisches System gibt es stets Grenzen. Es muss klar sein: Innerhalb der Grenzen funktioniert das, außerhalb der Grenzen benötigt man eine Redundanz. Dann muss die Drehleiter natürlich auch noch von Menschen gesteuert werden können. Aber ich behaupte, in 90 % der Fälle kann das auch die Technik übernehmen.

Dann wurde die Frage gestellt, wie man das Ehrenamt attraktiver machen kann. Darauf antworte ich mit den drei A: Ausbildung, Ausstattung und Anerkennung. Wenn vor Ort gewährleistet ist, dass für den Einsatz Anerkennung gezollt wird, dass man die Leistung wertschätzt, dass Zusagen verbindlich getroffen werden über ein funktionales Feuerwehrhaus, über einen ordentlichen Standort, dass es im Sanitätsdienst eine ordentliche Ausstattung gibt, mit der die Leute ihren Job machen können, und eine gute Qualifikation dafür, dann kann man, glaube ich, gerade bei der jungen Generation Interesse wecken, die wieder danach lechzt, etwas Sinnvolles zu tun.

Das merken wir bei denen, die sich bei uns bewerben. Wenn sich ein Informatiker vorstellt und wir ihn fragen, warum er nicht zu einem anderen privatwirtschaftlichen Unternehmen geht und dort viel Geld verdient, bekommen wir zur Antwort: Nein, weil das nicht so sinnstiftend ist wie Informatik bei der Feuerwehr. Ich glaube, darauf können wir auch im Ehrenamt zielen; dann müssen allerdings auch stimmige und verlässliche Rahmenbedingungen gewährleistet werden.

Danke schön.

Sv. Herr Max: Ich versuche, die Ausführungen bestmöglich zu ergänzen. Für unseren Innovationstransfer haben wir für verschiedenste Produkte von Anfang an über-

– 133 –

legt, wie wir gerade keinen 500-Seiten-Forschungsbericht an den Mann oder an die Frau im Kreisverband bringen müssen, der oder die sich nicht für komplexe Forschungsdesigns interessiert. Wir haben eine Schriftenreihe entwickelt, die die Informationen auf 30 bis 50 DIN-A5-Seiten herunterbricht: Was heißt z. B. konkret ein Forschungsprojekt zur Ernährungsnotfallvorsorge für das Deutsche Rote Kreuz? Damit kann in Ortsverbänden, auf Kreisverbandsebene weitergearbeitet werden.

Das Ganze haben wir ergänzt durch Erklärvideos und Web-Tutorials. Wir haben jetzt auch einen eigenen Schwerpunkt „Innovationstransfer“, wo wir uns auch Hilfe von der Universität Stanford holen im Hinblick auf die Frage, wie man Produkte, Innovationen in tradierte Strukturen hineinbekommt. Auch wir sind ein sehr alter Verband mit dem ersten Grundsatz: Das haben wir immer schon so gemacht. Natürlich sind auch viele Dinge, die man gelernt hat, die man in die Anwendung bringen möchte, immer noch richtig und wichtig. Es ist aber erforderlich, eine digitale Diskussionsplattform zu entwickeln, um an den Bedarfen aus den Einsätzen entlang mit den operativen Kräften darüber ins Gespräch zu kommen, wie Herausforderungen, denen man in den Einsätzen begegnet, bewältigt werden können und welche Angebote wir dazu aus der Forschung machen können.

Das schließt an die Frage an, wie Technikinnovationen in die Umsetzung kommen, nämlich genau über den Bedarf. Herr Aschenbrenner hat sehr schön erklärt, wie Forschung zur Sicherheitstechnik in diesem Rahmenprogramm funktioniert. Da auch wir föderal organisiert sind, werden wir niemals entscheiden und entscheiden können, welche Technikinnovationen in den Kreisverbänden zum Einsatz kommen sollen, sondern es wird genau andersherum laufen. Wir haben uns vorgenommen, mit den Fragestellungen, die ich vorhin zu erläutern versucht habe, die Kreis- und Ortsverbände in die Lage zu versetzen, für sich selbst herauszufinden, was man eigentlich benötigt. Dann sollte auf kommunaler Ebene mit den Kommunen gemeinsam überlegt werden, welche Technik dafür angeschafft werden soll. Das kann natürlich auch auf Landesebene stattfinden.

Ein Beispiel sind die Teamstrukturen – damit kommen wir wieder auf das Thema Ehrenamt –, wo man sich auf einer Plattform mit seinen Fähigkeiten registrieren kann, um für den Bedarfsfall im Katastrophenschutz für das Deutsche Rote Kreuz in den Einsatz zu kommen. Wir haben in unserem Landesverband Westfalen-Lippe ein Techniktool im Einsatz, wo man sich registrieren kann. Das gibt es auch in Bayern. Ich glaube, wir haben es inzwischen in fünf oder sechs Landesverbänden, weil man einfach gesehen hat: Das Ehrenamt verändert sich ein Stück weit, Menschen wollen etwas machen. Diese Techniklösung hilft uns, den Einsatz von Ehrenamtlichen vorzustrukturieren.

Die Bevölkerung muss etwas lernen. Das ist auf der einen Seite richtig. Ich bin auch völlig bei Herrn Aschenbrenner, wenn es um die Probleme des Rettungsdienstes geht. Ich muss aber auch sagen: Wenn über die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung gesprochen wird – darüber wurde sehr lange diskutiert –, wird häufig über die Voll-

– 134 –

kaskomentalität gesprochen und man klagt häufig darüber, dass sich die Menschen nicht mehr so engagieren würden wie früher.

Bei den Großereignissen haben wir jedoch stets das Gegenteil gesehen: Die Menschen wollten sich sehr wohl ad hoc engagieren, aber wir Hilfsorganisationen waren lange Zeit nicht darauf vorbereitet. Dann haben die Menschen das einfach selbst gemacht, anfänglich z. B. über Facebook, jetzt über andere Formate, die als Werkzeug der Bevölkerung, als Kommunikationsplattform der Bevölkerung dienen, aufgrund derer man nicht mehr auf Hilfsorganisationen angewiesen ist. Es ist jetzt an uns, zu überlegen, wie wir es gut moderiert bekommen, Menschen, die sich ad hoc engagieren wollen, in den Einsatz zu bringen bzw. mit diesen in einen kommunikativen Austausch zu treten.

Zugleich ist es sehr spannend zu beobachten gewesen, wie Menschen sich in der Coronapandemie verhalten haben. Ich kann mich an die Gartenzäune erinnern, ich kann mich daran erinnern, dass Menschen in Interviews gesagt haben: Verdammt, ich wohne in Berlin in einem riesigen Haus, im Erdgeschoss wohnt doch eine ältere Frau, ich klopfe einfach bei ihr, und frage sie, ob ich vielleicht für sie einkaufen gehen kann.

Ich möchte durchaus dafür sensibilisieren, an dieser Stelle anzusetzen und Anreize für eine solche Hilfe zu schaffen. Die Menschen machen das aber auch schon. Der Aussage, das finde alles nicht statt und die Menschen seien nicht in der Lage, sich selbst zu helfen, würde ich ein Stück weit widersprechen.

Mein Lieblingsbeispiel in diesem Zusammenhang: Als ich im Jahr 2013 zum ersten Mal im Nachgang zu der Hochwasserkatastrophe bei einer großen Veranstaltung zum Katastrophenschutz Menschen vorgestellt habe, die sich selbst über das Internet organisieren, gab es eine Wortmeldung, die dahin ging: Wenn die nicht das machen, was wir sagen, dann schalten wir das Internet aus.

Das ist jetzt zehn Jahre her. Zum Glück sind auch die Hilfeleistungsstrukturen seitdem ein Stück weiter. Auch in den Organisationen gibt es überall Informationen darüber, wie Hilfsorganisationen oder Feuerwehren mit Ad-hoc-freiwilligen-Helfern – dazu gab es auch viele gute Forschungsprojekte – umgehen können.

Die letzte Frage ging dahin, wie das Ehrenamt einbezogen wird, wie man gewährleistet, dass Innovationen dort ankommen. Wir gehen regelmäßig mit unseren Forschungsfragen und mit unseren Themen in die Gremien in unseren Gemeinschaften, um dort über die Fragen zu diskutieren und um dort eine Meinungsbildung zu bekommen, welche Themen weiter vorangetrieben werden sollen und auf welche Weise man dort eingebunden werden will.

– 135 –

Ich habe es vorhin ein bisschen ausgeführt: Wir machen das bedarfsorientiert mit Landesverbänden, die ein originäres Interesse daran haben, eine operative Struktur für die Innovation, die wir dort entwickeln, einzubeziehen und über die Gremien eine Übertragbarkeit auf die anderen Landesverbände zu schaffen. Das ist immer ein Aushandlungsprozess, gerade bei neuen Themen und Fragestellungen. Das hilft uns aber auch für die Forschung. Wir haben in den letzten zehn Jahren festgestellt, dass dieser Prozess, die Menschen mitzunehmen, mit den Menschen zu diskutieren, auf jeden Fall ein Schlüssel ist, um Innovationen in den Verband zu bekommen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Max. – Ich habe in der Zwischenzeit keine Wortmeldungen zu weiteren Fragen vernommen. Daher darf ich Ihnen beiden, Herr Max, Herr Aschenbrenner, für den praktisch orientierten Einblick in die Szene vielmals danken. Das hat uns sehr geholfen. Wir werden sicherlich an der einen oder anderen Stelle noch einmal auf Sie zukommen.

(Beifall)

Auch Ihnen ist bekannt: In einem Jahr wollen wir dem Landtag Handlungsempfehlungen vorlegen. Wenn Sie in der Zwischenzeit noch Anregungen für uns haben, lassen Sie uns daran teilhaben. Daher auch an Sie: Schönes Wochenende, kommen Sie gut heim! Man sieht sich bestimmt an der einen oder anderen Stelle noch einmal.

Damit sind wir am Ende von Tagesordnungspunkt 1.

– 136 –

Punkt 2

Anträge zum ersten Handlungsfeld

Vorsitzender Alexander Salomon: Ihnen liegen insgesamt fünf Anträge vor. Von der Struktur her weise ich darauf hin: Es liegen zwei „Vollanträge“, zum einen von der Fraktion der SPD und zum anderen ein gemeinsamer Antrag von der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, vor. Darüber hinaus gibt es einen Ergänzungsantrag der FDP/DVP-Fraktion zum bereits genannten Antrag der Fraktion der SPD. All diese sind bis einschließlich zum 2. Februar 2023 eingegangen und bereits im Rahmen der letzten Sitzung diskutiert worden.

In der Zwischenzeit sind zwei weitere Anträge eingegangen, zum einen ein gemeinsamer Antrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD sowie zum anderen ein Ergänzungsantrag der FDP/DVP-Fraktion zu dem soeben genannten Antrag.

Ich schlage vor, die Anträge der Reihenfolge nach abzuarbeiten, da bislang noch kein Antrag zurückgenommen worden ist.

Abg. Florian Wahl SPD: Kann man das nicht nach dem weitestgehenden Antrag machen? Davon hängt das weitere Vorgehen ab.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Ja!)

Dann haben wir ja gar kein Problem.

Vorsitzender Alexander Salomon: Sie können einfach sagen, ob Sie die anderen zurücknehmen; denn beides geht nicht.

Abg. Florian Wahl SPD: In dem Fall wäre es jetzt egal. Aber formal sehe ich es so: Wenn man sich geeinigt hat, bleibt es beim weitestgehenden Antrag. Wenn dieser aber keine Mehrheit findet, dann hätten wir keine Anträge, auf die wir uns beziehen könnten. Dann hätten wir keine Rückfalllinie.

Vorsitzender Alexander Salomon: Aufbauend gäbe es schon eine „Rückfalllinie“. – Dem Vernehmen nach sehe ich, dass die die Anträge einbringenden Fraktionen der älteren Anträge nicht zwangsläufig auf diese bestehen. Daher rufe ich nunmehr den Antrag auf, der im Enquetebüro am 9. März 2023 eingegangen ist und der allen vorliegt. Möchten die Fraktionen noch Ausführungen zu diesem Antrag machen? – Herr Abg. Wahl, bitte.

Abg. Florian Wahl SPD: Inhaltlich möchte ich nichts mehr sagen, da wir viel darüber geredet haben. Ich hätte es als tolles Zeichen empfunden, wenn die demokratischen

– 137 –

Fraktionen den Antrag gemeinsam eingebracht hätten, zumal der Rahmen sehr weit gefasst wurde.

(Zuruf: Stimmt!)

Vorsitzender Alexander Salomon: Gibt es noch weitere Ergänzungen von Ihrer Seite? – Herr Abg. Karrais, bitte.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Zu dem Antrag ist es wichtig, zu erklären: Wir wurden auch gefragt, wir wären auch an einer gemeinsamen Lösung interessiert gewesen. Allerdings fehlen aus unserer Sicht zentrale Punkte. Deshalb sind wir nicht Mit-antragsteller und werden uns an dieser Stelle enthalten. Wir haben außerdem einen Ergänzungsantrag eingebracht.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank für die Erörterung. – Gibt es an dieser Stelle noch weiteren Aussprache- oder Ergänzungsbedarf? – Dann treten wir in die Abstimmung ein. Das Abstimmungsverhalten wurde bereits teilweise erklärt.

Ich frage dennoch: Wer dem gemeinsamen Antrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zustimmt, der hebe bitte seine Hand. – Vielen Dank. Wer ist dagegen? – Eine Gegenstimme. Enthaltungen? – Drei Enthaltungen. Damit ist der Antrag bei einer Gegenstimme und drei Enthaltungen angenommen.

Die Enquetekommission stimmt dem Antrag bei einer Gegenstimme und drei Enthaltungen zu.

Jetzt beraten wir noch über den Antrag der FDP/DVP-Fraktion, der eine Ergänzung zu dem soeben angenommenen Antrag begehrt. – Möchten Sie diesen vorstellen, Herr Abg. Karrais?

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Ich glaube, dieser ist durch das Durchlesen selbst-erklärend.

Vorsitzender Alexander Salomon: Davon gehen wir alle aus. Wunderbar. Vielen Dank. – Gibt es dazu Aussprachebedarf? – Das sehe ich nicht. Dann kommen wir direkt zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, der melde sich bitte jetzt. – Vielen Dank. Gibt es Enthaltungen? – Eine Enthaltung. Gibt es Gegenstimmen? – Vielen Dank. Dann ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Die Enquetekommission lehnt den Antrag bei einer Enthaltung mehrheitlich ab.

Damit sind wir mit der Beschlussfassung über die Anträge fertig. Es gibt keine weiteren vorliegenden Anträge.

– 138 –

Damit sind wir am Ende des öffentlichen Teils angelangt. Ich danke vielmals. Nach einer kurzen Pause treten wir in den nicht öffentlichen Teil der heutigen Sitzung ein.

(Schluss des öffentlichen Teils: 17:33 Uhr)

– folgt nicht öffentlicher Teil II (gesondertes Protokoll) –

17. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Öffentlicher Teil

12. Sitzung

Freitag, 31. März 2023, 9:30 Uhr

Stuttgart, Haus des Landtags
Bürger- und Medienzentrums

Elly-Heuss-Knapp-Saal
Videokonferenz

Beginn: 9:31 Uhr	(Mittagspause: 13:12 bis 14:18 Uhr)	Schluss: 17:14 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Teil I – öffentlich

Öffentliche Anhörung

zum Thema „Zusammenarbeit von Staat und Gesellschaft in
der Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung“ S. 2

Teil II – nicht öffentlich.....(gesondertes Protokoll)

1. Bestimmung von Sachverständigen für die Sitzung am
Freitag, 26. Mai 2023
2. Bestimmung des in der Sitzung am Freitag, 16. Juni 2023,
zu behandelnden Themas
3. Festlegung eines Verfahrens für die Bestimmung von
Sachverständigen für die Sitzung am Freitag, 16. Juni 2023

– II –

4. Bestimmung des in der Sitzung am Freitag, 30. Juni 2023, zu behandelnden Themas
5. Festlegung eines Verfahrens für die Bestimmung von Sachverständigen für die Sitzung am Freitag, 30. Juni 2023
6. Verschiedenes

– 1 –

Öffentliche Anhörung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

zur Zusammenarbeit von Staat und Gesellschaft in der
Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung

am Freitag, 31. März 2023, 09:30 Uhr
Elly-Heuss-Knapp-Saal, BMZ (Haus des Landtags)

Ablaufplan

(Stand 24.3.2023)

Uhrzeit	Sachverständige / Funktion
09:30 Uhr	Alexander Salomon MdL , Vorsitzender der Enquetekommission
09:35 Uhr	Prof. Dr. Martin Voss , Professor für Sozialwissenschaftliche Katastrophenforschung, Leiter der Katastrophenforschungsstelle Berlin (KFS) der Freien Universität Berlin
09:55 Uhr	Dr. Rajya Karumanchi-Dörsam , Interkulturelle Promotorin Regierungsbezirk Karlsruhe bei SIMAMA - STEH AUF e.V.
10:15 Uhr	Dr. Ahmed El-Kordi , Psychologischer Psychotherapeut, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut, Schwäbisch Hall
10:35 Uhr	60-minütige Fragerunde
11:35 Uhr	Nathalie Schopp , Leiterin des Referats für Psychosoziales Krisenmanagement des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Bonn
11:55 Uhr	Ralf Heuberg , I-S-A-R Germany Stiftung gGmbH
12:15 Uhr	40-minütige Fragerunde
~ 12:55 Uhr	Mittagspause
14:15 Uhr	Dr. Marc Wiedermann , Postdoctoral Research Scientist & Deputy Group Lead in der Projektgruppe Epidemiologische Modellierung von Infektionskrankheiten, Robert Koch-Institut, Berlin
14:35 Uhr	Dr. Holger Krimmer , Geschäftsführer der ZiviZ GmbH, Berlin
14:55 Uhr	40-minütige Fragerunde
15:35 Uhr	Dörte Conradi , Leiterin der Abteilung für Qualitätsmanagement, Digitalisierung, Lehrerbildung, schulartübergreifende Bildungsaufgaben, Sport im Ministerium für Kultus, Jugend, Sport Baden-Württemberg
15:55 Uhr	Paul Schobel , römisch-katholischer Priester, Autor und Mitbegründer der Katholischen Betriebsseelsorge in der Diözese Rottenburg-Stuttgart
16:15 Uhr	40-minütige Fragerunde
~16:55 Uhr	Ende der öffentlichen Anhörung

– 2 –

Teil I – öffentlich (Beginn: 9:31 Uhr)

**Öffentliche Anhörung
zum Thema „Zusammenarbeit von Staat und Gesellschaft
in der Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung“**

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich darf Sie alle recht herzlich zur 12. Sitzung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ heute am 31. März 2023 begrüßen. Ich darf allen voran, neben den werten Kolleginnen und Kollegen, unsere sachverständigen Personen recht herzlich begrüßen, auch die Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien, soweit sie anwesend sind.

Wir können gleich in die Tagesordnung einsteigen, wenn es keine Ergänzungen dazu gibt.

Ich darf Ihnen aber vorab noch eine Ergänzung geben, nämlich dass eine sachverständige Person für heute nachbenannt wird. Für Frau Lackner wird Herr Ralf Heu-berg von den Fraktionen GRÜNE und CDU vorgeschlagen. Wir machen das nicht in einer nicht öffentlichen Sitzung, weil untereinander immer Einverständnis darüber besteht. Gibt es Gegenstimmen oder Aussprachebedarf? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit haben wir das formal schnell erledigt. Vielen Dank an Sie.

Ohne Aussprache nimmt die Kommission den Antrag ohne Widerspruch an.

Dann können wir ohne weitere Umschweife in die Tagesordnung einsteigen. Wir haben auch heute wieder einiges vor. Die öffentliche Anhörung beginnt heute mit Herrn Prof. Dr. Martin Voss, Professor für Sozialwissenschaftliche Katastrophenforschung und Leiter der Katastrophenforschungsstelle Berlin (KFS) der Freien Universität Berlin. Er ist uns digital zugeschaltet. Sie haben 20 Minuten Zeit. – Bitte, Herr Dr. Voss.

Sv. Herr Dr. Voss: Ich grüße in den Raum, den ich nur teilweise sehen kann, und danke, dass ich Ihnen etwas zum Thema „Vulnerabilität und Resilienz der Bevölkerung“ sagen darf. Darum wurde ich gebeten.

Ich steige begrifflich ein. Der Begriff „Vulnerabilität“ beschreibt zunächst einmal, ganz grob gesagt, die Anfälligkeit bzw. Verletzlichkeit von Menschen für Stress. Darunter werden Faktoren verstanden, wie sich die negativ beeinträchtigten Menschen auf unerwartete Herausforderungen vorbereiten, wie sie darauf reagieren und sich davon wieder erholen können – seien es Krisen, Großunglücke oder auch Katastrophen. Der Begriff „Resilienz“ kann hier vereinfachend als Gegenbegriff zur Vulnerabilität verstanden werden, nämlich als Fähigkeit, Stress verschiedenster Art so gut zu verkraften, dass die Lebensqualität nicht nachhaltig beeinträchtigt wird.

– 3 –

Wichtige Faktoren, die für eine integrierte Bewertung der Vulnerabilität und Resilienz der Bevölkerung zu berücksichtigen sind, sind auf der individuell-persönlichen Seite beispielsweise: Vermögen, psychische und physische Beeinträchtigungen, Wohnen, Arbeit, Geschlecht, Bildung, Sprachkompetenz und viele weitere. Dem stehen kollektive Formen von Absicherungen gegenüber, die diese Verletzlichkeiten gesellschaftlich kompensieren oder verringern könnten, wie etwa soziale Sicherungssysteme und Unterstützung durch andere in allen nur erdenklichen Formen – von der familiären Unterstützung, über Seelsorge, bis hin zum finanziellen Schadensausgleich durch Versicherungen oder auch den Staat. Meist hängen viele dieser Faktoren miteinander zusammen. Man kann sie daher kaum isoliert, sondern muss sie eigentlich immer in ihrem Zusammenwirken und jeweils in Relation zu den gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen sehen und begreifen.

Außerdem kommt den Faktoren in unterschiedlichen Zusammenhängen und bezogen auf unterschiedliche Risiken und Gefahren jeweils auch unterschiedliches Gewicht zu. Denkt man etwa an ein Extremhochwasser wie das im Juli 2021, so kommt man zu gänzlich anderen Antworten als bei einem länger andauernden und flächendeckenden Stromausfall, einer galoppierenden Inflation oder einem globalen Crash der Finanzmärkte.

Ich möchte im Folgenden das Spektrum von Risiken und Gefahren in zwei Kategorien unterteilen und skizzieren, wieso hierbei jeweils unterschiedliche Qualitäten von Vulnerabilität und auch jeweils ganz unterschiedliche Resilienzfaktoren zu bedenken sind. Dann werde ich erörtern, warum ich meine, dass wir uns, wie ich denke, gefährlich den Blick einschränken. Wir schauen auf solche Vulnerabilitäten, mit denen wir schon einigermaßen vertraut sind und mit denen wir auch schon einigermaßen umgehen können. Aber wir verschließen uns vor jenen, die, wie ich befürchte, einen weitaus größeren Schaden anrichten können, also solchen Gefahren, die uns völlig vulnerabel dastehen lassen.

Zunächst ein Wort zu dem, was man hierzulande gemeinhin unter Vulnerabilität und Resilienz versteht, jeweils in Bezug auf relativ konkrete Risiken und Gefahren.

Im Juli letzten Jahres beschloss die Bundesregierung die Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen – kurz: Resilienzstrategie. Ich denke, das ist eher ein Bericht als eine Strategie. Dieser Bericht benennt für Deutschland Gefahren, von denen viele leidvoll bekannt sind. Entsprechend hat sich, darauf bezogen, eine Art reaktive Katastrophenkultur herausgebildet.

Hilfsorganisationen, Feuerwehren, Rettungsdienste, auch Behörden und Verwaltungen können hier auf gewisse Pläne und Routinen zurückgreifen und nutzen Erfahrungswerte, welche Menschen gegenüber welchen Gefahren besonders vulnerabel sind oder was sie auch resilienter macht. Auch der Bevölkerung selbst sind diese Gefahren, zumindest grundsätzlich, bekannt. Das trifft insbesondere auf räumlich

– 4 –

und zeitlich umgrenzte Naturgefahren zu, also Hochwasser, schwere Unwetter wie Stürme oder Starkniederschläge, auch Temperaturstürze, Hitzewelle und Dürren.

Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen, im Freien Arbeitende, Menschen mit sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten, Alte, Kinder usw. gehören zu den besonders vulnerablen. Wenn Sie mich nach der einen Gruppe fragen würden, bei der ich einen besonders großen Verbesserungsbedarf sehe, dann würde ich auf die Situation von Menschen hinweisen, die zu Hause oft von ihren ebenfalls hochaltrigen Angehörigen gepflegt werden. Was sich hier an Leid abspielt, mögen sich offenbar viele einfach nicht vorstellen. Dabei kann es am Ende wohl uns alle treffen.

Für solche Arten der genannten Gefahren – räumlich, zeitlich relativ umgrenzt – ist das Wissen um Vulnerabilität und Resilienz, so meine ich, bereits recht umfangreich vorhanden. Auch diese Vulnerabilitäten verändern sich aber mit der Zeit, weshalb eine stete Aktualisierung des entsprechenden Wissens durchaus erforderlich ist. Das größte Potenzial an Verbesserungen liegt in der Frage, wie sich das vorhandene Wissen in eine bessere Praxis übersetzen lässt.

Bei anderen Szenarien sieht das ganz anders aus. Hier fehlt es am Wissen und an den Umsetzungskapazitäten gleichermaßen. Gefahr gehe, so die Resilienzstrategie, auch von chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Gefahren aus. In Bezug auf die hier genannten Gefahren bestehen kaum oder gar keine Erfahrungswerte. Es gibt keine darauf bezogene Kultur und keine Routine in den Abläufen und Zuständigkeiten. Deshalb führt vielleicht gerade das dazu, die Augen vor solchen Gefahren eher zu verschließen, während wir doch gerade hier, so meine ich, das größte Unheil zu fürchten haben.

Es haben andere Zeiten begonnen. Ich denke, wenn sich an dieser Haltung nichts Grundlegendes ändert, laufen wir Gefahr, Opfer und nicht gestaltende Akteure dieser Zeitenwende zu werden. Ich meine damit eine Bereitschaft, auf allen Ebenen den Schutz der Bevölkerung neu zu denken und eine andere innere Haltung einzunehmen. Das beginnt zunächst mit einem realistischen Blick auf Risiken und Gefahren, und zwar nicht nur auf das, was wir schon kennen, sondern auch auf das, was uns wohl noch erwartet.

Ich komme damit zu meinem zweiten Punkt: zur Vulnerabilität und Resilienz in Bezug auf unspezifische, generische Risiken und Gefahren.

Die Verletzlichkeit kritischer Infrastrukturen – KRITIS – rückte nach dem russischen Angriff auf die Ukraine und der Sabotage der Gaspipelines, den Hackerangriffen auf Kommunen und Gesundheitseinrichtungen oder den Anschlägen auf das Streckennetz der Deutschen Bahn zuletzt durchaus stärker in die Aufmerksamkeit. Aber von einer umfassenden, tiefer gehenden Bedrohungsanalyse sind wir bis dato weit entfernt. Selbst wenn wir einmal dezidiert über KRITIS nachdenken, dann doch stets nur hinsichtlich konkreter, direkter, physischer Schäden.

– 5 –

Gezielt herbeigeführte Schadereignisse oder gar kriegerische Auseinandersetzungen gehen aber noch mit gänzlich anders gelagerten Vulnerabilitäten einher. Der direkte Schaden ist das eine. Aber Menschen sind nicht nur physisch unterschiedlich vulnerabel. Vielmehr können Verunsicherungen sowohl individuell als auch kollektiv zu gegebenenfalls unabsehbaren Konsequenzen, bis hin zur Delegitimierung des demokratischen Gemeinwesens führen.

Wir haben es heute und zukünftig nicht nur mit den komplexen Folgen gesellschaftlichen Handelns zu tun, das neben bekannten und gewissermaßen auch vertrauten Naturgefahren oder Großunglücken eine gänzlich neue Qualität der Gefährdung der Gesellschaft geschaffen hat. Vielmehr ist diese selbst geschaffene Verletzlichkeit und Verunsicherbarkeit nun auch strategischer Angriffspunkt vielfältiger bzw. – mit den Worten der Resilienzstrategie ausgedrückt – hybrider Akteure geworden.

Heute ist es nicht mehr nur die militärische Verteidigungskraft, die die Souveränität eines Staates sichert. Heute muss Sicherheit bzw. eine integrierte Sicherheits- und Resilienzstrategie alle genannten Gefahren adressieren, weil die Vulnerabilität gegenüber diesen Gefahren zugleich neuralgische Angriffspunkte für eine Koalition von hybriden Akteuren geschaffen hat. Diese Akteure mögen jeweils höchst unterschiedliche Ziele verfolgen. Aber sie treffen sich in dem einen Ziel: die offene demokratische Gesellschaft dort zu schwächen, wo sie schon am schwächsten ist.

Mit der Erosion der globalen Machtarchitektur hin zu einer multipolaren Welt im Ungleichgewicht drohen vielfältige Konflikte. Nach strategischer Vorausschau, die jener anderer Staaten auf Augenhöhe begegnen könnte, sucht man in Deutschland meines Erachtens jedoch vergebens.

Der demografische Wandel wird das Gesundheits- und das Rentensystem immer stärker belasten. Noch gravierender wird sich vielleicht die Inflation auf die Altersarmut auswirken, wenn es nicht gelingt, sie alsbald einzudämmen. Was bedeutet das dann für die Rente?

Kein Bereich wird von den Umwälzungen durch künstliche Intelligenz verschont bleiben – weder das Berufs- noch das Privatleben. Wenn selbst Tech-Gurus wie Elon Musk zu einem Moratorium bei der Entwicklung von KI aufrufen und solange es keine definierten Sicherheitsstandards dafür gibt – ich weiß nicht, welcher Art Alarmierung es wohl sonst noch bedarf.

Wichtigste Rohstoffe wie beispielsweise Wasser oder Sand werden sich verknappen. Die Degradation der Natur wird sich auf vielfältigste Art und Weise gravierend auf unser Leben auswirken, wobei ich nicht nur an den Klimawandel, sondern auch an den Verlust von Biodiversität, die Kontamination von Nahrungsmitteln mit Nanopartikeln und insgesamt immer weiter reduzierte Ökosystemdienstleistungen denke.

– 6 –

All diese Entwicklungen bergen das Potenzial einer Erschütterung von grundlegendem Vertrauen und von Zuversicht in die eigene sowie die Zukunft der Kinder und Enkelkinder.

Diese Qualität kollektiver Vulnerabilität erscheint mir für diese Enquetekommission von überragender Bedeutung. Alle Maßnahmen zur Reduktion von konkreten Vulnerabilitäten, beispielsweise gegenüber meteorologischen Extremereignissen, hängen sozusagen an übergeordneten Bedingungen wie beispielsweise dem Vertrauen in Staat und Gesellschaft. Wenn diese generischen Faktoren versagen, helfen alle konkreten Maßnahmen zur Vulnerabilitätsreduktion auch nicht mehr.

Bevor ich auf Empfehlungen zu sprechen komme, möchte ich zusammenfassend zwei allgemeine Schlussfolgerungen ziehen und diese noch etwas erörtern.

Zunächst – ich habe es gesagt –: Vulnerabilität und Resilienz können sehr spezifisch begriffen werden. Hier müssen konkrete Gefahren mit konkreten Vulnerabilitäts- und Resilienzfaktoren zusammengedacht werden. Das ist technisch machbar. Da kann man noch sehr viel besser werden. Aber es ist nicht so, dass wir da nicht auch schon einiges getan haben.

Dieses Verständnis von Vulnerabilität und Resilienz – so mein zweiter Punkt – reicht nicht aus, um Gesellschaften nachhaltig resilienter werden zu lassen. Bei generischen Gefahren sind allgemeine, eher kulturelle Faktoren ausschlaggebend für die Vulnerabilität bzw. Resilienz der Gesellschaft. Für die Entwicklung einer Resilienzstrategie für das Land Baden-Württemberg sollten diese generischen Vulnerabilitäts- und Resilienzfaktoren meines Erachtens den Ausgangspunkt bilden.

Ich möchte zwei allgemeine kulturelle Faktoren exemplarisch erörtern, um zu verdeutlichen, was ich damit meine. Dies möchte ich anhand der Begriffe „Vertrauen“ und „Soziale Ungleichheit“ tun.

Vertrauen ist ein für alle Gesellschaften grundlegendes Kapital. Man vertraut darauf, dass auch am nächsten Tag die Sonne wieder aufgeht. Aber man vertraut hierzulande auch darauf, dass sich Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben nicht nur formal an Regeln halten, sondern auch informell einen gewissen Wertekonsens teilen, der für das Funktionieren des Gemeinwesens in der offenen demokratischen Gesellschaft grundlegend ist. Ohne ein solches Vertrauen müsste ständig alles kontrolliert und Fehlverhalten auch sanktioniert werden. Das wäre ebenso unmöglich, wie Banken nicht in der Lage sind, allen Sparern ihr Geld gleichzeitig auszuzahlen. Vertrauen in Institutionen, aber auch in die Gesellschaft insgesamt bildet somit die Grundlage all unseren Handelns. Das ist sozusagen die Bedingung der Möglichkeit von Resilienz.

– 7 –

Vertrauen ist aber ein rohes Ei. Es ist immer und immer wieder aufs Neue zu sichern bzw. herzustellen. Man darf sich niemals darauf verlassen, dass das von allein geschieht. Dabei ist Vertrauen jedoch nicht unmittelbar zu erzeugen; es ist vielmehr ein Nebenprodukt vielfältiger sozialer Prozesse. Es resultiert beispielsweise aus Offenheit, Transparenz und Ehrlichkeit und steht im Zusammenhang mit verschiedenen Leistungen wie Kompetenz, Fairness, Geradlinigkeit und Engagement.

Der Sicherung des Vertrauens in Institutionen und andere Menschen als grundlegende Bedingung gesellschaftlicher Resilienz ist daher meines Erachtens Priorität einzuräumen. Das muss aber systematisch evaluiert und gestaltet werden.

Zweitens, zur sozialen Ungleichheit: Es ist damit zu rechnen, dass die Kaufkraft der sozial Schwächsten in der Pandemie und nun beschleunigt durch die Inflation stark rückläufig ist, was die Resilienz mindestens von 16 % Einkommensarmen gravierend existenziell beeinträchtigt. Hingegen wird sich in Summe das Vermögen der reichsten 10 % auch während der Pandemie weiter vermehrt haben, auch inflationsbereinigt. Jahrzehntelang galt, dass es zwar bei zunehmender Ungleichheit letztlich doch nahezu allen immer etwas besser geht. Es ist aber damit zu rechnen, dass dieser Trend dauerhaft gebrochen ist.

Die Diskrepanz zwischen Vermögenden und der Mehrheit der Bevölkerung wird zunehmend auch in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung geraten und zu einer Verschärfung von Auseinandersetzungen führen – ich denke, das steht jedenfalls zu befürchten –, die letztlich auch die Legitimation der demokratischen Grundordnung touchieren.

Soziale Ungleichheit ist – das ist eindeutiger Forschungsstand – mindestens ein, wenn nicht der wichtigste generische Vulnerabilitätsfaktor. Bei allen sozialpolitischen Debatten ist zu bedenken, dass Sozialpolitik nicht nur Hilfe für die Schwächeren bedeutet. Sozialpolitik ist immer auch gesamtgesellschaftliche Resilienzpolitik.

Ich möchte nunmehr zu meinen sechs konkreten Handlungsempfehlungen kommen und damit schließen.

Allein auf einzelne spezifische Vulnerabilitätsfaktoren zu schauen, greift – das habe ich skizziert – meines Erachtens zu kurz. Es ist an den strukturellen Ursachen und Dynamiken anzusetzen, die Menschen heute und zukünftig gefährden, und an jenen, die sie verletzlich werden lassen gegenüber diesen komplexen, weitgehend unbestimmten Gefahren.

Die generische Dimension von Vulnerabilität und Resilienz erfordert eine gänzlich andere Herangehensweise. Ich schlage dazu erstens als zentrale Maßnahme die Einrichtung eines „Kompetenzzentrums Resiliente Gesellschaft Baden-Württemberg“ vor. In einem solchen Zentrum sollten Expertinnen und Experten verschiedener

– 8 –

Fachdisziplinen gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, der Politik und der Wirtschaft an Szenarien orientiert die Resilienz der Gesellschaft integriert und ganzheitlich evaluieren und Maßnahmen zur Resilienzstärkung entwickeln. Dieses Kompetenzzentrum muss unabhängig arbeiten, um sowohl der Bevölkerung als auch der Politik als vertrauenswürdige Kommunikations- und Beratungsstelle dienen zu können, die beispielsweise während der Pandemie fehlte.

Ich schlage zweitens vor, strukturiert sozialraumbezogene Vulnerabilitäts- und Resilienzbewertungen durchzuführen und Maßnahmen zur Unterstützung vulnerabler Menschen und Gruppen differenziert nach verschiedenen Szenarien zu planen. Auch dies kann in einem solchen Resilienzkompetenzzentrum erfolgen. Mit systematischen sozialraumbezogenen Analysen vor einer Krise ist eine sehr viel differenziertere Maßnahmenplanung während einer Krise möglich. Damit wären während der Pandemie ein ganz anderes Handeln und Agieren möglich gewesen.

Ich empfehle drittens, lebenslagenbezogene Kommunikationskonzepte für verschiedene Szenarien zu entwickeln. Die heterogene Bevölkerung ist in unterschiedlichen Lagen unterschiedlich vulnerabel. Das geht auch mit der Notwendigkeit differenzierter Kommunikation mit unterschiedlichen Bevölkerungsgruppierungen einher. Dazu muss bekannt sein, wo und unter welchen Bedingungen die gegenüber verschiedenen Gefahren Vulnerablen leben und welche Form der Kommunikation wann für wen am besten geeignet ist.

Meine vierte Empfehlung lautet, dass soziale Kompetenzen und Kapazitäten gefördert und immaterielle Leistungen stärker als Resilienzfaktoren anerkannt werden sollten.

In der Pandemie wurde insbesondere im Gesundheitssektor auch sichtbar, dass in der Krise ganz wesentlich soziale Kompetenzen erforderlich werden: von der Nachbarschaftshilfe, über die Pflege, bis hin zur Kompetenz, auf der Intensivstation bei einem besonderen Anfall von Behandlungsbedürftigen nach kurzer Einweisung auch etwas anspruchsvollere Tätigkeiten übernehmen und so Redundanzen für wegfallende Kräfte schaffen zu können.

Grundlegend dafür ist, den Wert immaterieller sozialer Leistungen anzuerkennen. Investitionen, beispielsweise in Gemeinschaftseinrichtungen oder Vereine und freiwillige soziale Dienste, aber auch in Festveranstaltungen, in die Räume der freiwilligen Feuerwehr usw., sind vor diesem Hintergrund stets nicht nur nach finanziellen Kosten, sondern auch nach resilienzfördernden Gesichtspunkten zu bewerten.

Resilienz und Effizienz stehen, wenn man es langfristig betrachtet, nicht wirklich im Widerspruch zueinander. Es gilt meines Erachtens langfristig vielmehr die Formel: Resilienz gleich Effizienz. Ich empfehle daher fünftens, Personalkapazitäten und Ausstattung in Behörden und Verwaltung, sozialen Einrichtungen, Hilfsorganisationen usw. nicht allein nach Effizienz-, sondern immer auch unter Resilienzgesichts-

– 9 –

punkten zu bewerten. Das sollte zu einem zentralen Kriterium bei allen Strukturentscheidungen werden.

Schon in der Phase eines sich anbahnenden Extremwetters benötigen beispielsweise die verantwortlichen Hauptverwaltungsbeamten kompetente Beratung zum Wettergeschehen, zur Hydrologie, zur Verkehrsinfrastruktur, zu Vulnerabilitäten usw. Wenn man dabei nicht schon vor der Einberufung eines Krisenstabs auf ein funktionierendes Team zurückgreifen kann, dann wirkt sich das aus.

Sechstens empfehle ich schließlich, freiwilliges Engagement durch echte Anerkennung und Wertschätzung deutlich über das bisherige Maß hinaus zu stärken. Insgesamt engagieren sich ungebrochen viele Menschen im Ehrenamt im Rahmen des Bevölkerungsschutzes, wenngleich zwischen Organisationen und auch in der räumlichen Verteilung Unterschiede bestehen. Es drohen sogenannte weiße Kreise, insbesondere in ländlichen Regionen. Zu bewerten ist dies aber vor dem Hintergrund der oben genannten Entwicklungen zu häufigeren, längeren und komplexeren, einander überlagernden oder direkt ablösenden Gefahrenlagen sowie entsprechender Einsätze und Belastungen, aber auch mit Blick auf den demografischen Wandel und einen strukturellen Wandel in den Engagementformen hin zu eher kurzfristigem Engagement.

Eine Gesellschaft darf sich daher, so meine ich, nicht auf das Ehrenamt verlassen. Die Vulnerabilität und Resilienz der Bevölkerung hängt bei komplexeren Lagen an der Bereitschaft und Fähigkeit der Gesamtbevölkerung, sich und andere zu schützen respektive sich und anderen zu helfen. Wiederum gilt hier: Vertrauen und Legitimation der demokratischen Ordnung und ihrer Verteilungsmodi bilden die Grundlage dieses Engagements.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und stehe natürlich für Fragen zur Verfügung.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Voss. – Ich hoffe, Sie hören den Applaus. – Wir fahren jetzt fort mit Frau Dr. Rajya Karumanchi-Dörsam, interkulturelle Promotorin im Regierungsbezirk Karlsruhe bei SIMAMA – STEH AUF e.V. Sie ist hier vor Ort und weiß, dass sie jetzt 20 Minuten Zeit hat, um uns in das Thema einzuführen.

Sv. Frau Dr. Karumanchi-Dörsam: Vielen Dank für die Einladung zu dieser öffentlichen Anhörung der Enquetekommission. – Ich habe als interkulturelle Promotorin einige Stimmen aus der Zivilgesellschaft zum Thema „Interkulturelle Vernetzung im und vor dem Krisenfall“ mitgebracht. Ich bedanke mich bei allen, die mir ihre Bedürfnisse und Ideen in vielen Gesprächen mitgegeben haben.

– 10 –

Das Interkulturelle Promotor*innen-Programm – IKPP – ist aus Landesmitteln finanziert, die der Landtag von Baden-Württemberg beschlossen hat. Deswegen empfinde ich es als Wertschätzung unserer Arbeit, dass ich als interkulturelle Promotorin im Regierungsbezirk Karlsruhe vor Ihnen sitzen darf. Meine Stelle ist, wie schon gesagt, beim Trägerverein SIMAMA – STEH AUF. Das Programm wird vom Dachverband Entwicklungspolitik in Stuttgart koordiniert.

Das IKPP ist mitten in der Pandemie, im Jahr 2021, zuerst mit einem Umfang von 70 % und einer Laufzeit von einem Jahr gestartet und läuft jetzt aber bis Dezember 2024. Mein Arbeitsgebiet ist der Regierungsbezirk Karlsruhe mit sieben Landkreisen und fünf Stadtkreisen. Die Hauptaufgabe ist es, die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten durch die Stärkung ihrer zivilgesellschaftlichen Strukturen zu verbessern und ihr entwicklungspolitisches Engagement zu fördern.

Im Rahmen meiner jetzt nur noch 60-%-Stelle als interkulturelle Promotorin sowie als freiberufliche Bildungsreferentin und durch mein ehrenamtliches Engagement habe ich die Möglichkeit, mit den unterschiedlichsten Akteurinnen und Akteuren der Gesellschaft zu interagieren. Dazu gehören postmigrantische Selbstorganisationen, Geflüchtetenunterstützungen, Eine-Welt-Akteurinnen und -Akteure der Mehrheitsbevölkerung, religiöse Gemeinden, Schulen, junge Erwachsene, Verwaltung und Politik.

Mir ist wichtig zu betonen, dass Migrantinnen und Migranten keine homogene Gruppe sind. Der sogenannte Migrationshintergrund stellt Migration doch in den Vordergrund, und zwar die Personen aus den Ländern des globalen Südens. Bei diesen Personen ist dieses Thema mit einer hohen Bringschuld behaftet.

Die durch die Einschränkungen ausgelöste fehlende soziale Teilhabe hat bei allen Teilen der Gesellschaft, aber besonders bei Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten zu einer massiven Einsamkeit und Abschirmung geführt. „Wenn dieses Virus mich nicht umbringt, wird die Einsamkeit es tun“, war ein Satz, welcher mich sehr lange beschäftigt hat.

Es ist mir ein Anliegen, die Lage und Sichtweisen von möglichst vielen Menschen auch mit Blick auf marginalisierte und selten beleuchtete Gruppen bei der Anhörung vor dieser Kommission weiterzugeben und einige Optionen zu nennen, wo großer Handlungsbedarf ist.

Es ist wichtig zu betonen, dass viele strukturelle Probleme vorher existierten. Sie wurden durch die Pandemie nur verschärft. Ich hatte und habe die Möglichkeit, zu sehen, welche wertvollen Beiträge postmigrantische Organisationen leisteten und leisten, aber auch, unter welchen Herausforderungen sie leiden und kämpfen müssen. Beispiele hierfür sind fehlende institutionelle Forderungen, projektbezogene Arbeit und Überlastung des Ehrenamts.

– 11 –

Hinzu kommen Bildungsungerechtigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse – auch in den sogenannten systemrelevanten Berufen –, die prekäre Lage der Frauen und Künstlerinnen, fehlende Gesundheitsversorgung – darunter auch psychotherapeutische Behandlungen –, Rassismus und Diskriminierung.

Migrantische Vereine und Initiativen leisteten wertvolle Arbeit in verschiedenen Bereichen, u. a. Bildung, Kultur, Integration, Entwicklungspolitik, Unterstützung von Geflüchteten, Antirassismus und Antidiskriminierung, meistens im Ehrenamt und ohne hauptamtliche Strukturen.

Die größte Hürde für ihre Arbeit ist der Zugang zu Fördermöglichkeiten und auch bei den Vergabegremien. Die Pandemie hat die Arbeit noch mehr erschwert: durch weniger Kontakt, fehlende Digitalisierung und Räumlichkeiten, weniger Finanzen, weil sie selten Rücklagen haben, bis hin zu Existenzkämpfen. Sie haben aber ihr soziales Kapital genutzt, um z. B. Masken zu nähen, Aufklärungsvideos in den jeweiligen Sprachen zu drehen oder Informationsblätter zu erstellen.

Es ist sehr wichtig, postmigrantische Organisationen und Initiativen in zukünftigen Krisen einzubinden, weil sie eine große Reichweite haben, viele herkunftsheterogen sind und Zugang zu vielen Communitys haben sowie direkt und effektiv ohne Sprachbarrieren unterstützen können. Sie sollten mehr Repräsentanz bekommen, in fachlichen Gremien und Netzwerken sowie als Trägerinnen der sozialen Dienste eingebunden werden, damit diese auch diversitätssensibel gestaltet werden können.

Die Geflüchteten in den Gemeinschaftsunterbringungen hatten es schwer, weil der Kontakt noch mehr reduziert war. Die Einsamkeit bei Geflüchteten ist weiterhin sehr erhöht. Der plötzliche soziale Rückzug zusammen mit der Enge in den Unterkünften, fehlenden Ressourcen, schlechtem Zugang zum Internet, einem Stopp der Integrationskurse und kaum Zugang zum Arbeitsmarkt haben die Lage verschärft. Die psychotherapeutische Behandlung von traumatisierten Geflüchteten war kaum vorhanden.

Die enorme Hilfsbereitschaft und Solidarität sowie die Vereinfachung des Aufenthalts der ukrainischen Staatsangehörigen war sehr deutlich, hat dann aber auch die Frage aufgeworfen – damit hatte ich in meinen Beratungen ständig zu tun gehabt –, warum Geflüchtete aus anderen Ländern nicht gleichbehandelt wurden und werden. Eine Spaltung in gute und schlechte Geflüchtete erschwert die interkulturelle Vernetzung.

Der Zugang zu Bildung und Arbeit für Geflüchtete soll erleichtert werden. Qualifizierte Geflüchtete sollen eine schnellere Abschlussanerkennung bekommen, damit sie ihre Berufe ausüben können.

– 12 –

Falls uns noch einmal ein Virus besuchen sollte, sollten Grünflächen und Parks nicht geschlossen sein und sollte allen Geflüchteten ein kostenfreier Zugang ermöglicht werden, nicht nur manchen.

Migrantische Vereine spielen eine wichtige Rolle bei dem Erhalt und der Weitergabe des Sprachschatzes aus den Herkunftsländern. Sie haben eine Brückenbauerfunktion bei Eltern und Schule, aber auch mit Behörden und anderen Einrichtungen, z. B. im Gesundheitssektor. Die Pandemie hat deutlich gemacht, dass wichtige Informationen von den Behörden in den jeweiligen Sprachen angeboten werden müssen.

Mehrsprachigkeit und Sprachenvielfalt gehören selbstverständlich zu einer Migrationsgesellschaft, sollen als eine wichtige Ressource anerkannt und auch im schulischen Unterricht gefördert werden. Das hat dann auch die langfristige Wirkung, Sprachbarrieren bei den Behörden abzubauen.

Ein weiterer Punkt: Es sollten hauptamtliche Strukturen für Sprachvermittlerinnen und -vermittler sowie Kulturdolmetscherinnen und -dolmetscher etabliert werden. Diese Pools vermitteln wichtige Informationen in beide Richtungen und sind ständig im Einsatz, u. a. bei Ärzten, Behörden und Schulen. Ihre Arbeit muss angemessen honoriert werden. Ich weiß, „Monetarisierung des Ehrenamts“ klingt wie ein Widerspruch. Aber meistens haben diese Migrantinnen und Migranten nicht den Luxus, einen festen Job zu haben, und sind überlastet.

Hoch qualifizierte Migrantinnen brauchen ein stärkeres Mentorinnenprogramm. Migrantische und geflüchtete Frauen können einen wertvollen Beitrag leisten, indem sie angemessene Arbeitsplätze finden. Das existierende Mentorinnenprogramm ist wichtig, aber ausbaufähig. Ich selbst bin ehrenamtliche Mentorin und bekomme mit, dass die defizitäre Haltung gegenüber Mentees noch immer stark vertreten ist. Deutsch muss perfekt sein. Aber kaum jemand fragt, welche Sprachen ein Mentee mitbringt. Es gibt einen starken Fokus auf MINT-Berufe und -Unternehmen. Aber es ist auch wichtig, andere Berufe im Blick zu haben und diese Mentees zu vermitteln.

Ich habe bei dem Gleichstellungsaktionsplan der Stadt Mannheim mitgewirkt. Wir kamen auf die Idee, ein Programm von Migrantinnen und Migranten für Migrantinnen und Migranten auf die Beine zu stellen. Dies wäre in ganz Baden-Württemberg einsetzbar. Mein Vorschlag wäre, mit dem MiMent-Programm, das wir ausgearbeitet haben, eine Art Kettenreaktion in Gang zu setzen:

Erstens: Die hoch qualifizierten Migrantinnen und Migranten, die hier leben und ihren Weg gefunden haben, müssen auffindig gemacht werden, weil sie selbst nicht so sichtbar sind, um sie als Mentorinnen und Mentoren zu gewinnen.

– 13 –

Zweitens: Diese Mentorinnen und Mentoren unterstützen die Migrantinnen und Migranten, die jetzt auf Arbeitssuche sind, aufgrund ihrer Erfahrungen und Einblicke, weil sie wissen, wo der Schuh drückt.

Drittens: Diese Mentees wiederum werden zukünftige Mentorinnen und Mentoren, um weitere Migrantinnen und Migranten zu unterstützen.

Das Programm in Mannheim wartet noch auf seine Finanzierung.

Ein paar kurze Worte zur Gesundheitsversorgung: Im Gesundheitssektor ist interkulturelle Öffnung notwendig, u. a. bei Ärzten, Psychotherapeuten und Krankenhäusern. Es gibt einen hohen Bedarf an geschulten Gesundheitsmediatorinnen und -mediatoren. Diese brauchen auch hauptamtliche Strukturen. Ein interkultureller Pool von Ärzten sowie ein Dolmetscherpool mit Fokus auf Trauma, auch im ländlichen Raum, sind notwendig.

Ein Zitat einer Schülerin aus der 7. Klasse: „Meine Eltern kamen aus Marokko. Ich bin hier geboren. Ich identifiziere mich mit Deutschland und auch mit Marokko. Wieso bin ich das Integrationsproblem besonders hier in der Schule?“

Die Studie „Hatice vs. Hannah und Murat vs. Max“ der Uni Mannheim von Dr. Meike Bonefeld aus dem Jahr 2018 ist noch immer aktuell. Grundschulkinder mit ausländischen Namen werden im Fach Deutsch schlechter bewertet als ihre deutschen Klassenkameraden – trotz gleicher Leistungen.

Viele Schülerinnen und Schüler, besonders im ländlichen Raum, berichteten mir von Rassismus von Lehrerinnen und Lehrern sowie von Mitschülerinnen und Mitschülern. Vorfälle wurden entweder bagatellisiert oder unter den Teppich gekehrt. Viele haben mir rückgemeldet, wie sie mit einem bestimmten Wortschatz in den Texten nicht klar kommen, sich verletzt fühlen und auch Hemmungen haben, mit jemandem vom Kollegium über andere Lehrerinnen und Lehrer zu sprechen. Sie sind Queerfeindlichkeit und verschiedenen Diskriminierungen ausgesetzt und machen sich Sorgen wegen rechtsextremer Äußerungen von Mitschülern.

Man hört immer wieder von Schulen ohne Rassismus. Ich zitiere Professor Dr. Karim Fereidooni: „Es kann keine Schule ohne Rassismus geben. Wenn sich Menschen allerdings gegen Rassismus engagieren, kann es eine rassismussensible Schule werden. Viele der Schulen, die den Titel ‚Schule ohne Rassismus‘ tragen, sind da sicher auf einem guten Weg. Aber überall dort, wo Menschen zusammenkommen, spielen Ungleichheitsstrukturen eine Rolle, also Rassismus, Klassismus, Sexismus und Heteronormativität. Rassismus strukturiert unseren Alltag und auch die Schullwirklichkeit.“

– 14 –

Das Lehrerkollegium soll diverser werden. Lehrerinnen und Lehrer sollen bei der Ausbildung, aber auch später fortlaufende Antirassismus- und Antidiskriminierungsschulungen haben, anstatt nur eine Maßnahme durchzuführen, und damit ist das Thema für immer und ewig abgehakt.

Was ich für dringend notwendig halte, ist eine Art neutrale mobile Beratung für die betroffenen Schülerinnen und Schüler, besonders im ländlichen Raum, wo die existierenden Antidiskriminierungsstellen zu weit weg oder kaum bekannt sind. Die betroffenen Schülerinnen und Schüler müssen schnellstmöglich vor Ort Gehör finden, ernst genommen werden und Beratung für ihre Sorgen und Ängste und auch dafür, wie sie damit umgehen können, bekommen.

Leider bekomme ich sehr häufig mit, dass kleine Kinder schon in der Kita Rassismus erfahren. Die Diversität der Migrationsgesellschaft spiegelt sich nicht in Büchern, Spielen und anderen Materialien wider. Identifikationsfiguren fehlen schlicht und einfach.

Der Einsatz des Methodenkoffers „Diskriminierungssensible Kita und Schule“ soll ausgebaut werden. Die Trainerinnen und Trainer benutzen inklusives Material, reden niederschwellig mit den Kindern über Hautfarbe und Haare und benutzen u. a. verschiedene Hautfarbstifte, um den Kindern zu zeigen, dass es normal ist, unterschiedlich auszusehen.

Eine Erweiterung des Projekts „Schubladen“ – das ist eine Anspielung auf: Schubladen im Kopf – mit spielerischer Sensibilisierungsarbeit und mit einem Theateransatz in Kitas und Schulen würde einen guten Beitrag leisten.

Wenn wir bei Schule und Kita sind, ist es auch wichtig zu sehen, dass Kinder in einer globalisierten Welt aufwachsen. Umso wichtiger ist es, unterschiedliche Perspektiven zu sehen und zu erkennen, dass alle für die Zukunft und für eine gerechte Welt verantwortlich sind. Das muss spielerisch schon in der Kita anfangen und aufgebaut werden.

Ich habe die Ehre, eine Eine-Welt-AG mit Grundschulkindern zu gestalten, einmal die Woche, 90 Minuten. Das ist bereichernd, aber auch herausfordernd. Wir hatten einmal ein Boot gefaltet. Ein Kind hat eine Wellenbewegung gemacht und von seiner Kreuzfahrtreise nach Italien erzählt. Ein anderes Kind hat die gleiche Wellenbewegung gemacht, aber sein Blick war ganz weit weg. Es hat seine Flucht über das Meer beschrieben, wie es aus Syrien nach Deutschland kam und dass es keinen Platz für weitere Personen im Boot gab. Das erste Kind hat dann gefragt: „Warum habt ihr keine Fahrkarte gekauft?“ – Da sind Welten aufeinandergeprallt.

Auf der anderen Seite wissen die Kinder, dass Afrika kein Land, sondern ein Kontinent mit 54 Ländern ist, oder kommen mit wunderbaren Lösungen für Mikroplastik im

– 15 –

Meer. Es ist wirklich wichtig, das Thema „Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung“ schon in der frühkindlichen Bildung zu verankern.

Religiöse Gemeinden haben den Wunsch geäußert, dass auch sie Sendezeit bekommen, damit abwechselnd mit den christlichen Beiträgen auch andere Glaubensformen ihre Positionen in der Öffentlichkeit darstellen, um dadurch Vorurteile abbauen und für Verständigung werben zu können.

Prostitution ist leider ein selten beleuchteter Bereich. Als der Lockdown kam, waren diese Frauen plötzlich ohne Mittel und ohne Wohnung. Ich hatte mindestens drei Fragen zum Thema Aussteigemöglichkeiten. Im Rahmen dessen habe ich u. a. mit der Beratungsstelle Amalie in Mannheim Kontakt aufgenommen und einen Blick in die wertvolle Arbeit, die dort geleistet wird, bekommen. Viele Frauen möchten aussteigen. Aber ohne strukturelle Unterstützung werden sie es nicht schaffen.

Folgende Maßnahmen sind dringend notwendig: schneller Zugang zu einer sicheren Wohnmöglichkeit, schnelle existenzsichernde Hilfe, ein einstweiliges Aufenthaltsrecht, ein Sonderprogramm für Aussteigerinnen und ein niederschwelliger Zugang für Aussteigerinnen zur Krankenversicherung. Um auszusteigen, brauchen die Frauen ein professionelles, multidisziplinäres Team an ihrer Seite. Die Fachberatungsstellen brauchen eine Regelfinanzierung.

Strukturelle Probleme brauchen auch strukturelle Lösungen. Von einer krisenfesten Gesellschaft kann nur dann die Rede sein, wenn alle Teile der Gesellschaft akzeptiert sind, sich angesprochen fühlen und mitgestalten können. In der Migrationsgesellschaft sind auch ein Stimmrecht für Migrations- und Integrationsbeiräte sowie kommunales Wahlrecht notwendig. Das war ein Wunsch, der mir mehrfach kommuniziert wurde.

Bei all diesen Themen können die migrantischen Vereine und Initiativen eine wichtige Rolle als Kooperationspartner spielen, u. a. mit ihrem Wissen, ihren Sprachkompetenzen und ihrem Zugang zu den Communitys. Aber vorher müssen ihre Strukturen gestärkt und ihre Expertise sichtbar gemacht werden. Die verschiedenen Vereine müssen mit weiteren Akteurinnen und Akteuren der Gesellschaft vernetzt werden. Genau da liegt die Stärke des Interkulturellen Promotor*innen-Programms. Deswegen muss das IKPP dauerhaft gesichert und gefördert werden.

Mit strukturellen Änderungen darf von A bis Z, also von Akzeptanz bis Zugehörigkeit, kein langer Weg sein. Nur wenn wir niemanden zurücklassen, können wir von gesellschaftlichem Zusammenhalt und einer krisenfesten Gesellschaft sprechen.

Danke schön.

(Beifall)

– 16 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Dr. Karumanchi-Dörsam. – Dann schließen wir direkt Herrn Dr. El-Kordi an. Er ist Psychologischer Psychotherapeut sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut aus Schwäbisch Hall. Auch Sie haben 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dr. El-Kordi: Guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte stellvertretende Vorsitzende! Ich bewundere Ihre Aufmerksamkeitsbereitschaft. Ob Sie aufmerksam sind, weiß ich nicht. Aber Ihre Aufmerksamkeitsbereitschaft bewundere ich. Ich versuche, meinen Vortrag relativ kurz zu halten.

Wie ich heiße, wissen Sie ja schon. Ich beschäftige mich mit der psychischen Perspektive von Resilienz oder Resilienzförderung. Wir haben in dem Vortrag von Professor Voss schon einige Aspekte dazu gehört.

Für den klinischen Bereich stelle ich jetzt einmal die Frage: Was ist eine Krise? Sie sehen auf dieser Folie – das ist ein Versuch, das zu definieren –: Bei einer Krise geht es darum, dass ein Mensch sein seelisches Gleichgewicht verliert, wenn er mit Ereignissen oder Lebensumständen konfrontiert wird, die so überwältigend sind, die in der Intensität, in der Art, im Umfang und in der Dauer so gravierend sind, dass man sie mit den erworbenen Bewältigungsmöglichkeiten nicht mehr kompensieren kann.

Es hätte sich nicht um eine Krise gehandelt, wenn ich heute Morgen mit der Bahn aus Schwäbisch Hall Probleme gehabt hätte. Das ist keine Krise. Das ist zwar ärgerlich, aber keine psychische Krise. Deswegen ist eine psychische Krise nicht mit allgemeinen Lebensschwierigkeiten gleichzusetzen. Das muss man ganz klar sagen.

Um seriös von einer Krise reden zu können, gibt es bestimmte Voraussetzungen. Einerseits: Der Anlass ist plötzlich und nicht vorhersehbar. Das konnte man gar nicht planen. Das kennen wir z. B. von Corona, wobei man da auch darüber diskutieren könnte, ob das vorhersehbar war oder nicht. Andererseits: Auch die Intensivierung und Akzentuierung einer bestehenden chronischen Konflikt- und Belastungssituation könnte eine Möglichkeit sein.

Eine Krise ist immer mit der Konzeption der Krisenintervention verbunden. Das heißt, wenn wir nichts tun, gehen wir davon aus, dass ein irreparabler Schaden, eine psychosoziale Beeinträchtigung oder eine biologische Störung die Folge sein kann.

Wir reagieren sehr unterschiedlich auf Krisen. Unser psychisches Repertoire ist sehr breit gefächert. Krisensituationen sind mit Stresserleben verbunden. Daher handelt es sich immer um eine psychische oder physische Reaktion auf Stress. Stress ist

– 17 –

eine Belastung, eine Störung des Organismus und bedeutet eine Überforderung der Bewältigungsmöglichkeiten.

Jetzt vom Stress zur Krankheit bzw. zum Krankheitsbegriff: Warum werden einige krank, wenn sie chronisch gestresst sind – dabei geht es immer um chronischen Stress –, und andere nicht? Wenn ich Sie alle hier einmal betrachte und schaue, welche Stressoren Sie haben, dann könnte es sich um gesundheitliche handeln: Einige haben eine subklinische Belastung, vielleicht ein paar Schlafstörungen oder trinken ein bisschen mehr oder weniger Kaffee. Einige nehmen ab, einige nehmen zu. Einige rauchen mehr. Einige fangen mit Drogen an, einige hören mit Drogen auf.

Vorsitzender Alexander Salomon: Reden Sie immer noch über uns?

(Heiterkeit)

Sv. Herr Dr. El-Kordi: Nein. Das ist jetzt nur repräsentativ, Herr Salomon.

(Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Also auch über uns!)

Gut, dass wir das geklärt haben.

(Heiterkeit)

Einige überschreiten eine unsichtbare Schwelle, nämlich die Schwelle zur Erkrankung, bei der wir dann sagen: Das ist störungswertig, das ist krankheitswertig. Da fangen dann die schönen Diagnosen an, z. B. eine akute Belastungsreaktion. Das geht dann schnell vorbei. Das ist von der Definition her eine kurze Reaktion. Wenn das länger dauert, sprechen wir von einer Anpassungsstörung, z. B. bis zu zwei Jahren. Wenn es noch länger dauert und noch weitere Symptome hinzukommen, ist es eine posttraumatische Belastungsstörung, was ganz schlimm ist. Wenn noch weitere Kriterien erfüllt sind, sprechen wir von einer komplexen posttraumatischen Belastungsstörung.

Sie stellen sich sicherlich die Fragen: Warum gibt es da einen Unterschied? Warum wird der eine krank und der andere nicht? Es gibt kognitive Bewertungsprozesse. Es kommt darauf an, ob sie selbst eine Situation als Katastrophe bewerten. Sagen Sie: „Oh, mein Gott!“, oder sagen sie: „Ach, shit happens everyday. Deswegen kann ich damit umgehen“? Das hängt aber auch von der genetisch-biologischen Veranlagung ab. Die Genetik spielt dabei eine sehr große Rolle. Das ist das, was wir Veranlagung nennen. Das ist kognitiv-behavioral, also eine verhaltensbezogene Veranlagung, es sind aber auch physiologische Mediatoren, also ihre biologischen Möglichkeiten.

In diesem Bereich sprechen wir auch von Resilienz. Das haben wir heute schon gehört. Deswegen mache ich nur einen kurzen Definitionsversuch, was Menschen vor

– 18 –

Erkrankungen schützt. Wann ist man resilient? Resilient ist eine Person, wenn sie Belastungen erfahren hat, die in ihre Entwicklung eingegriffen haben, und wenn diese erfolgreich, also ohne bleibende, schädigende Folgen, bewältigt wurden. Resilienz ist eine Krankheitsfreiheit trotz Belastungserlebens. Man kann sagen: Das ist schon mal gut gelaufen. Man kommt sozusagen mit einem blauen Auge davon.

Es gibt noch weitere Perspektiven des Begriffs „Resilienz“. Damit Sie einfach einmal einen Einblick bekommen: Resilienz im Sinne einer Stressresistenz. Das heißt, alles prallt ab, es ist gar keine Belastung feststellbar. Das kann aber auch eine schnelle Regeneration nach einer kurzfristigen Belastung sein: Man ist mal zwei, drei Tage lang platt und psychisch beansprucht, und dann geht es wieder. Es kann aber auch eine Rekonfiguration nach meist traumatisierenden Erfahrungen sein. Das nennen wir posttraumatische Reifung.

In den letzten Jahren lagen die neuronalen und molekularbiologischen Mechanismen der Resilienz im Fokus der Forschung. Wir wissen aus vielen Forschungsarbeiten, dass es bestimmte Resilienzfaktoren gibt. Jetzt brauche ich Ihre Aufmerksamkeit wieder. Es ist ganz wichtig, sich das zu merken. Was sind die Resilienzfaktoren aus psychischer Sicht, nicht aus struktureller, soziologischer Sicht?

Dabei geht es erst einmal um die Selbst- und Fremdwahrnehmung. Das heißt, dass ich erkenne: Wo ist meine Grenze? Wo fängt die Grenze des anderen an? Was macht mich aus? Was macht den anderen aus? Ist das meine eigene Wahrnehmung, oder ist es auch eine Fremdwahrnehmung? Das ist die Wahrnehmung von außen.

Selbststeuerung bedeutet, ob ich mich gut unter Kontrolle habe, ob ich mich nur ärgere, ob ich einen Tisch zerstöre oder ob man gar nicht merkt, dass ich mich ärgere. Selbstwirksamkeit heißt, dass wir das Gefühl haben, wir können etwas bewirken, wir können etwas verändern.

Soziale Kompetenz – das haben wir schon in dem Vortrag von Professor Voss gehört – ist, dass wir miteinander klarkommen, dass wir kompetent handeln, uns abgrenzen, um Sympathie werben und auf eine sympathische Art und Weise auch Grenzen setzen können.

Schließlich nenne ich noch die aktive Bewältigungskompetenzen von Problemlagen und Problemlösefertigkeiten.

Ganz wichtig sind stabile Beziehungen. Ich sage bewusst: Beziehungen, nicht Bindungen. Da gibt es einen Unterschied. Stabile Beziehungen – das ist mehrfach bewiesen und gezeigt worden – sind ein konsistenter Befund für eine resiliente Entwicklung, und zwar über alle Lebensabschnitte hinweg, nicht nur in der Kindheit, sondern auch im Erwachsenenalter und im hohen Erwachsenenalter.

– 19 –

Das Ganze spielt sich aber nicht nur in einem soziologischen Vakuum ab. Vielmehr ist das ein ganzes System. Daran sind auch sehr viele Akteure beteiligt. Deswegen sitzen wir ja hier und reden über dieses Thema; denn das betrifft uns alle. Dabei nutze ich das sogenannte systemökologische Modell der Entwicklungsumwelten nach Bronfenbrenner, das zeigt, wo ein Individuum sitzt und wo wir eine Relation zum Ganzen haben, zum sogenannten Makrosystem, zum Exosystem. Was für uns wichtig ist, sind das Makrosystem, die Überzeugungen, die Ideologien, aber auch die Politik, die Gesetzgebung, die Rechtsprechung und die Staatsformen. Das alles spielt eine Rolle und entscheidet darüber, wie bestimmte Interventionen, bestimmte Programme wahrgenommen werden und was letztendlich auf der Ebene des Individuums wirksam wird.

Was macht die Seele krisenfest? Wir wissen jetzt, dass es auf einige Variablen ankommt. Resilienzförderung soll sich an entwicklungspsychologisch relevanten Aspekten orientieren. Was sind diese? Das sind die sogenannten Entwicklungsaufgaben. Jeder von uns hat in jedem Lebensabschnitt Entwicklungsaufgaben. Wenn wir ganz klein sind, wenn wir Säuglinge sind, ist die Entwicklungsaufgabe erst einmal, mit dem wachsenden Körper klarzukommen. Das heißt, dass wir das Laufen lernen, dass wir die Sprache lernen, dass wir die Sinnesmodalitäten differenzieren können usw. usf. Dafür gibt es verschiedene Modelle. Ich habe eines erwähnt. Das gilt bis ins hohe Erwachsenenalter, das gilt auch noch im Alter von über 80 Jahren. In diesem Alter besteht die Entwicklungsaufgabe darin, sich mit dem eigenen Tod, mit der Endlichkeit, mit der Isolation, mit dem, was war, auseinanderzusetzen. Auch das ist eine Entwicklungsaufgabe.

Der zweite Aspekt sind die psychischen Grundbedürfnisse. Ganz wichtig ist – bitte merken! –: Die Resilienzförderung soll immer die psychischen Grundbedürfnisse berücksichtigen. Welche sind das?

Bedürfnis nach Orientierung, Kontrolle und Kohärenz: Jeder von Ihnen möchte die Kontrolle über sein Leben haben. Jeder möchte Urheber seiner Taten, seines Lebens sein.

Bedürfnis nach Lustgewinnung: Wer macht denn schon etwas, worauf er keine Lust hat oder was nicht unbedingt Lust bringt? Aber das müssen wir nun mal machen. Das gehört auch zum Erwachsensein. Aber das darf nicht immer so sein. Das heißt, wenn wir immer nur das machen, was Unlust bringt, werden wir depressiv.

Bedürfnis nach Bindung: Das ist ein wichtiger Aspekt. Bindung und Beziehung, das ist ein Unterschied. Aber hier ist es tatsächlich die Bindung, also das, was biologisch angelegt ist, das, was aktiviert wird, wenn wir Angst haben. Wenn sie in einer Krisensituation sind, ihnen etwas ganz Schlimmes passiert und sie eine Person anrufen, dann haben sie eine Bindung zu dieser Person. Sie wissen, auf diese Person können sie sich verlassen. Sie wissen, die wird sie nicht im Stich lassen. Sie wissen, sie können sich ganz so zeigen, wie sie sind.

– 20 –

Bedürfnis nach Selbstwerterhöhung und Selbstwertschutz: Das meiste soziale Leben besteht eigentlich aus Selbstwerterhöhung. Ein Beispiel: Ich halte einen Vortrag und möchte sie von etwas überzeugen, um meinen Selbstwert zu erhöhen. Wenn ich sie nicht überzeuge, dann ist mein Selbstwert gefährdet. Dann muss ich sie irgendwie überzeugen. Dabei geht es um Selbstwerterhöhung bzw. Selbstwertschutz.

Die Förderung der psychischen Widerstandsfähigkeit ist ein multimodaler und lebensabschnittsspezifischer Prozess. Das, was ich gerade gesagt habe, findet nicht nur in einem Lebensbereich, in einer Altersklasse, in einer Altersstufe statt, sondern ein Leben lang. Das muss auch die unterschiedlichen Entwicklungsaspekte und Entwicklungsstufen berücksichtigen. Das ist kein Crashkurs in Stressbewältigung. Man kann nicht sagen: Wir machen jetzt in der Volkshochschule mal einen Crashkurs, und dann sind alle resilient. So funktioniert das nicht.

Man braucht eine evidenzbasierte und persönlichkeitsstrukturierende Grundhaltung. Es geht um eine Grundhaltung. Es geht um etwas, was wir zwar verbal vermitteln, aber was wir auch leben müssen, und zwar immer wieder. Es reicht nicht, das nur ein Mal gelebt, gezeigt zu haben – und das war es dann.

Für die Bildung krisenfester Persönlichkeiten benötigen wir nicht „schneller, höher, weiter“, nicht die Äußerlichkeiten, sondern „achtsamer, wesentlicher, verbundener“. Wir müssen die Grundbedürfnisse berücksichtigen und sie auch ernst nehmen.

Was ist der Status quo? Damit komme ich jetzt zu den konkreten Empfehlungen. Sie haben diese Liste in Ihren Unterlagen. Ich werde aus Zeitgründen und auch, um Ihre Aufmerksamkeitskapazität nicht zu überstrapazieren, nicht auf alles eingehen.

Der Status quo ist aus alltäglicher klinisch-psychotherapeutischer Sicht das, was ich tagtäglich erlebe. Das deckt sich interessanterweise mit ganz vielen Studien, z. B. mit der Studie „Jugend in Deutschland“, die Trendstudie vom Oktober 2022. Es gibt auch die Jugendstudie aus dem letzten Jahr, die von der Uni Stuttgart in Auftrag gegeben worden ist. Darin zeigen sich sehr viele Parallelen zu dem, was auf dieser Folie steht. Wir sehen in der alltäglichen Praxis eine Fokussierung auf die individuelle Entwicklung – losgelöst vom Ganzen. Da ist immer sehr viel Konkurrenz. Da ist wenig Platz für das Miteinander, wenig Platz für das große Ganze.

Die Begrifflichkeit „Ende der Eindeutigkeiten“ von Keupp habe ich verwendet, weil das sehr schön und auch sehr treffend formuliert ist. Es gibt keine klaren und eindeutigen Antworten; alles ist möglich; alles ist machbar. Nichts ist mehr eindeutig, was sich dann bei sich bildenden Persönlichkeiten destrukturierend und auch irritierend auswirken kann.

Keine Förderung der Stressresistenz: Darauf kommt es heute nicht mehr an.

– 21 –

Problematische Beziehung zum eigenen Körper: Wer von Ihnen Kinder bzw. vor allem Töchter hat, der kennt vielleicht das Problem: die Orientierung an Influencerinnen, an Youtubern, an irgendwelchen geschönten Bildern und gepotoshopten Darstellungen vom menschlichen Körper.

Leistungsdruck – klar.

Lange Schultage: Ich habe viele Patientinnen und Patienten, die kaum Zeit haben, in die Therapie zu kommen oder überhaupt irgendetwas anderes zu machen, weil sie die ganze Zeit nur Schule haben. Da gibt es nur: Schule, Schule, Schule, Schule. Die sind durchgetaktet, auch als Zehn- und Zwölfjährige.

Fehlende Dysphorietoleranz: Das ist die Unfähigkeit, auszuhalten, dass es mir auch mal schlecht geht. Es darf einem doch mal schlecht gehen. Es ist doch keine Katastrophe, ein, zwei Tage lang traurig zu sein. Das ist keine Depression. Es ist keine Katastrophe, mal frustriert zu sein. Es ist keine Katastrophe, einfach mal schlechte Laune zu haben. Nein, jeder muss lächeln, und mir muss es immer gut gehen. Das nennen wir „überhöhte Ansprüche an die eigene Emotionalität“. Wo gibt es denn das: dass die Stimmung immer stabil ist und man immer supergut drauf ist? Ich frage mich, wo es so etwas gibt.

Überbetonung der Selbstbestimmung: Das geschieht dadurch, dass das Ich so wichtig ist und einem suggeriert wird: Aus dir kann alles werden. – Wir haben gerade in dem Vortrag der Kollegin gehört, dass das nicht bei jedem Menschen so ist. Es gibt verschiedene Menschen, je nachdem, aus welcher sozialen Schicht sie stammen. Wir sehen in der Shell-Studie aus dem letzten Jahr, dass der Schulerfolg auch vom Abschluss des Vaters abhängig ist. Das ist ein sehr schöner Zusammenhang. Auch andere soziologische Studien zeigen das. Diese Überbetonung führt irgendwann zu einer Orientierungslosigkeit.

Die restlichen Aspekte finden Sie in Ihren Unterlagen. Wir können gern bei Bedarf später darauf eingehen.

Merken Sie sich die vier Grundbedürfnisse – sie sind für die kommenden Empfehlungen wichtig –: Orientierung, Kontrolle und Kohärenz, Lustgewinnung, Bindung sowie Selbstwerterhöhung und Selbstwertschutz.

Jetzt komme ich zu meinen Empfehlungen:

Ich empfehle eine stärkere Kontrolle von Medieninhalten und -formaten, die die psychische Verfassung von Kindern und Jugendlichen nachweislich beeinträchtigen. Das ist keine eigene Meinung. Vielmehr zeigen dies mehrere Studien, z. B. die Instagram-Studie und verschiedene andere Studien, beispielsweise von Götz et al. Die zeigen, dass es bei jungen Frauen im Alter zwischen 13 und 25 Jahren nachweislich

– 22 –

einen Zusammenhang zwischen der Konsumzeit von Instagram und den Depressivitätswerten gibt. Das ist keine individuelle Entscheidung, keine individuelle Aufgabe. Das darf nicht in den Händen von betroffenen Menschen gelassen werden. Sie können das nicht kontrollieren. Das funktioniert nicht.

Kritische Reflexion des Selbstbestimmungsanspruchs unter Berücksichtigung neurobiologischer und entwicklungspsychologischer Fakten und Aspekte. Die Biologie setzt uns nun mal Grenzen. Das sich entwickelnde Gehirn braucht Struktur, Grenzen und eine Grenzgebung.

Gesetzliche Möglichkeiten, um psychotherapeutische Leistungen präventiv anzubieten. Es geht nicht nur um mehr Therapieplätze, sondern die Leute brauchen auch schon davor Hilfe. Wir dürfen ja nicht wirklich behandeln, wenn keine Erkrankung vorhanden ist. Wir haben ganz viele Personen, die noch nicht krank sind. Erinnern Sie sich noch mal kurz an die erste Abbildung. Wenn ich keine Diagnose habe, darf ich keine Richtlinienpsychotherapie anbieten. Das ist gesetzlich so verankert. Was mache ich denn mit allen, die subklinisch sind? Wohin gehen sie denn?

Die Präventionsangebote sollen von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten getragen werden. Das soll bitte nicht delegiert werden; denn das ist eine psychotherapeutische Aufgabe, auch wenn das keine Behandlung einer Erkrankung ist, sondern eine Prävention einer Erkrankung.

Last, but not least: Mein Favorit ist die Einführung eines Pflichtunterrichtsfachs „Krisenmanagement“, und zwar nicht nur in Krisenzeiten, nicht nur, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist, sondern schon davor, als Bestandteil des Schulunterrichts wie es auch Sport und Mathe mitsamt der Kurvendiskussionen sind. Dadurch wird ein All-Gefahren-Ansatz gemäß dem Sachverständigengutachten „Gesundheit“ aus diesem Jahr verfolgt, das Ihnen auch bekannt ist. Das Angebot soll nicht benotet werden. Es gibt verschiedene Module. Nach der Erreichung aller Module kann man ein Zertifikat „Crisis Master“ bekommen – „CrisMas“ als catchy Abkürzung. Man kann das meinetwegen auch anders nennen. Die Implementierung soll durch Psychologinnen und Psychologen sowie durch approbierte Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -therapeuten umgesetzt werden; denn das ist hochspezifisches Fachwissen.

Wenn man das noch konkretisieren möchte, würde sich das so wie auf dieser Folie darstellen. Wir haben verschiedene Module, nämlich Krisenprävention, Krisenbewältigung und Krisenverarbeitung. Ich nenne das „Prevent“, „Cope“ und „Reflect“. Das alles sind Tools, Interventionen und Methoden, die wir aus der Psychotherapie und auch aus der Traumatherapie kennen. Die werden da eingesetzt. Wichtig ist dabei auch, dass man krisenspezifisch vorgeht; denn es gibt nicht nur Pandemien und Naturkatastrophen, sondern auch andere denkbare Krisen: Terroranschläge, umweltbedingte Krisen usw. Auch damit sollte man sich auseinandersetzen.

– 23 –

Es bedarf einer laufenden Förderung der Bindungs- und Beziehungsfähigkeit. Die findet auch mit zunehmendem Alter statt. Das heißt, es findet nicht alles in einer Klassenstufe statt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. El-Kordi. – Sie haben es hier im Parlament durchweg mit stabilen und krisenfesten Charakteren zu tun.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Daher gehen wir auch direkt zu ihnen über. Die Fraktionen haben jetzt ein Frage-recht. Für die Fraktion GRÜNE gebe ich das Wort an Frau Kollegin Schwarz.

Abg. Andrea Schwarz GRÜNE: Zuerst herzlichen Dank an die Referentin und die Referenten. – Meine erste Frage geht an Sie, Herr Voss. Verstehe ich das richtig: Ihr Ansatz wäre, nicht nur die sachliche, technische Ausstattung der Organisationen zu betrachten, sondern die Gesellschaft als Ganzes und dort insbesondere diejenigen, die wenig sichtbar sind oder die ohnehin schon von Armut, Obdachlosigkeit oder ähnlichen Zuständen betroffen sind? Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen zunehmender Ungleichverteilung von Vermögen und schwindendem Vertrauen in Politik und Verwaltung?

Sie haben mehrmals die Delegitimierung des Staates angesprochen. Gibt es Erkenntnisse, wie sich das konkret darstellt, z. B. aus dem Ahrtal?

Mich beschäftigt noch: Wie kann die persönliche, individuelle Vorbereitung der Bevölkerung erreicht werden, ohne gleich Panikmache oder einen damit verbundenen Vertrauensverlust zu generieren? Sie sprachen von einem Defizit an Wissen und der mangelnden Umsetzung.

Wie reagiert die Bevölkerung auf Katastrophen? Gibt es hierzu empirische Erkenntnisse, gerade z. B. zu Panik, oder haben Sie überhaupt nicht beobachtet, dass während einer Katastrophe Panik entsteht?

Ich habe noch Fragen an Frau Karumanchi-Dörsam. Sie sind ja stark in migrantischen Strukturen vernetzt. Dazu möchte ich Sie fragen: Wie können wir einem Verständnisproblem – nicht nur auf sprachlicher Ebene – für Prozesse in einer Krise oder auch in einer akuten Katastrophe vorbeugen?

Dann noch eine ganz konkrete Frage: Wir hatten im vergangenen August einen Gefahrgutunfall in Mannheim. Es wurde berichtet, dass Warnhinweise insbesondere von

– 24 –

der migrantischen Bevölkerung nicht beachtet wurden. Teilen Sie diese Einschätzung, und, wenn ja, was machen wir bei der Warnung falsch? Wo muss nachgesteuert werden? Das würde mich noch interessieren.

Haben Sie auch die Möglichkeit, die Ressourcen für Katastrophenprävention richtig einzusetzen, z. B. wenn Sie zu migrantischen Vereinen kommen, bei Infoveranstaltungen, gerade zur Krisenprävention und zum Verhalten in Katastrophen? Haben Sie dafür im Rahmen Ihrer Arbeit Zeit?

Dann habe ich noch eine Frage an Herrn El-Kordi: Herr Voss hat von einer Makroebene gesprochen. Sie haben sich eher auf die Mikroebene bezogen. Wie bekommen wir beides zusammen?

Das sind meine Fragen.

Danke.

Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Lieber Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich habe verschiedene Fragen. Aber zunächst einmal herzlichen Dank für Ihre drei Impulse.

An Herrn Professor Dr. Voss habe ich zwei Fragen. Sie sprachen bei Ihren Handlungsempfehlungen von dem „Kompetenzzentrum Resiliente Gesellschaft Baden-Württemberg“. Wo würden Sie dieses angliedern? Wie würden Sie sicherstellen, dass es zwischen verschiedenen weiteren Akteuren und diesem Querschnittskompetenzzentrum eine gute Zusammenarbeit gibt? Das würde mich zum einen interessieren.

Das Zweite ist: Ich bin mir nicht sicher, ob ich das aufgrund der Übertragung richtig verstanden habe. Ich glaube, die zweite Empfehlung war eine strukturierte Resilienz- oder Sozialraumanalyse. Wenn Sie dazu noch etwas ausführen könnten: Wo findet diese statt? Wie schaffen wir es, dass wir die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen analysieren und dann wissen, wo wir sie stärken könnten?

Meine Frage an Frau Dr. Karumanchi-Dörsam geht in eine ähnliche Richtung wie die Frage der Kollegin: Welche Multiplikatoren sollten wir schulen? Wir haben ja das Problem, dass wir nicht alle Zielgruppen gleichermaßen erreichen. Wo sollten wir mit unseren begrenzten Ressourcen gezielt ansetzen, damit wir die Resilienz der unterschiedlich strukturierten Migrant*innenorganisationen – egal, ob physisch oder auch das Verhalten betreffend – in der Krise erreichen?

Die zwei letzten Fragen richten sich an Herrn Dr. El-Kordi. Zum einen: Ich fand das Schaubild am Schluss sehr schön. Sie haben ausgeführt, dass unterschiedliche Krisen unterschiedliche Reaktionen hervorrufen. Hat das zeitlich kürzere Aufeinander-

– 25 –

treffen auch einen signifikanten Effekt auf unsere gesamte Seele, auf unser ganzes psychisches Konstrukt?

Das Zweite ist: Ich fand die Präventionsangebote bei den konkreten Handlungsempfehlungen sehr wichtig. Haben Sie ganz konkrete Ideen, gerade im Kinder- und Jugendbereich, wo wir die Prävention noch stärker ausbauen sollten?

Herzlichen Dank.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuallererst möchte ich mich für die SPD-Fraktion für die drei Impulse bedanken, insbesondere dafür, dass Sie so starkgemacht haben, wie der Zusammenhang von gesellschaftlicher, sozialer Dimension und gleichzeitig der besonderen Betroffenheit von Krisen ist.

Ich habe ein paar detailliertere Nachfragen. Anknüpfend an die Frage von Frau Pfau-Weller, würde mich von Herrn Professor Voss interessieren: Mit dem von Ihnen vorgeschlagenen „Kompetenzzentrum Resiliente Gesellschaft Baden-Württemberg“ geben Sie uns als Enquetekommission eine sehr klare Empfehlung. Welche Akteure wären da aus Ihrer Sicht relevant, und welche Ressorts wären an dieser Stelle betroffen?

Sie haben sehr klar aufgezeigt, wie fundamental wichtig Vertrauen in diesem Bereich ist. Da würde mich interessieren: Bei uns in der Enquetekommission kommt immer wieder auch das Thema Kommunikation als relevante Fragestellung zur Sprache. Habe ich Sie richtig verstanden, dass es eine Korrelation zwischen verschiedenen spezifischen sozialen oder vulnerablen Gruppen und der Gefahr, einen Vertrauensverlust zu erleben, gibt? Vielleicht könnten Sie noch darauf eingehen, wie Sie das sehen.

An Frau Dr. Karumanchi-Dörsam habe ich die folgende Frage: Sie haben die Expertise der Communitys sehr starkgemacht und ausgeführt, dass wir sie viel mehr nutzen müssen. Das ist in der Tat etwas, womit wir uns als Einwanderungsgesellschaft noch immer schwertun; das muss man so sagen. Baden-Württemberg hat da extreme Nachholbedarfe. Ich habe mich diese Woche mit einer Ärztin und einem Arzt unterhalten, die seit mehreren Jahren hier sind und noch immer auf ihre Approbation warten. Ich musste natürlich an diese beiden denken, als Sie gesagt haben, wir bräuchten einen interkulturellen Pool an Ärztinnen und Ärzten. Wir haben hier Ärztinnen und Ärzte, die nicht real arbeiten dürfen. Deswegen ist das aus unserer Sicht ein wichtiger Punkt. Haben Sie vielleicht Tipps oder Vorstellungen, wie wir das beschleunigen könnten, oder aus der Community Wünsche an die Politik, wie man es schafft, dass wir bei der Anerkennung vorankommen?

– 26 –

Zweitens: Sie haben sich auf das Bildungssystem bezogen. Wir, die SPD-Fraktion, haben uns gewünscht, dass das Thema Bildung hier noch einen größeren Raum einnimmt. Deswegen bin ich Ihnen dafür dankbar. Sie haben auch das Thema „Frühkindliche Bildung“ angesprochen. Welche konkreten Vorstellungen haben Sie, inwieweit das Thema „Interkulturelle Kompetenz“ noch stärker in den Orientierungsplänen der Kitas bzw. der Schulen verankert werden muss? Wenn Sie dazu konkrete Vorschläge haben, sehr gerne.

Dann an Sie und auch an Herrn El-Kordi noch eine Frage: Sie beide haben das Thema Einsamkeit angesprochen, das wir ebenfalls für sehr relevant halten. Sie haben das Thema Bindung mit einer psychologischen Dimension angesprochen. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder gefordert, dass es eine eigene Einsamkeitsstrategie für Baden-Württemberg geben sollte, die die Zusammenhänge, die Sie angesprochen haben, auch mit Blick auf eine sozialräumliche Dimension noch stärker beleuchten könnte. Es gibt natürlich auch Argumente, die gegen eine solche Strategie sprechen. Deswegen würde mich Ihre Einschätzung interessieren, wie Sie das fänden.

An Herrn El-Kordi habe ich noch eine Nachfrage bezüglich der Medien, weil Sie dies angesprochen haben, ganz konkret als Landespolitik. Mich würde interessieren: Stellen Sie sich vor, dass es beim Thema Jugendmedienschutz mehr Familienbildung gibt, fordern Sie, dass das stärker in den Schulen, in den Lehrplänen implementiert werden muss, oder sagen Sie, wir brauchen Verbote bzw. außerschulische Angebote? Vielleicht haben Sie dazu konkrete Vorstellungen.

Zuletzt – ich weiß, das sind viele Fragen – noch zu dem Themenkomplex der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten: In Baden-Württemberg können sich aktuell in etwa der Hälfte der Landkreise noch Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten niederlassen. Deshalb die Frage, wenn schon ein Experte da ist: Welche Anreizsysteme sollte das Land aus Ihrer Sicht schaffen, damit sich mehr Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten niederlassen?

Schließlich würde mich zum Bereich der Prävention noch interessieren, wie das Angebot an flächendeckenden Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ausgestaltet sein sollte, damit eine Prävention auch faktisch erreicht werden kann. Dafür braucht es sicherlich ein deutliches Mehr, ein Plus. Wäre es denkbar, ein solches Präventionsangebot u. a. an Schulen anzukoppeln?

Vielen Dank.

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich fand das wirklich sehr spannend und repräsentativ für den ganzen Spannungsbogen, der uns in einer Krise herausfordert.

– 27 –

Herr Voss, Frau Karumanchi-Dörsam und Herr El-Kordi, es wurde klar, es muss von staatlicher Seite Strukturen geben. Es muss klare Ablaufpläne geben, bis dahin, Herr El-Kordi: Wie kommt das bei den Menschen an? Denn eine Krise endet letzten Endes immer ganz persönlich und ganz privat. Ich glaube, dadurch wird auch die Komplexität dargestellt, mit der wir uns hier auseinanderzusetzen haben. Das fand ich wirklich interessant. Die Impulse – wir haben es schon gehört – ziehen Fragen nach sich, so auch bei uns.

Das Kompetenzzentrum ist eine klare Empfehlung von Ihnen, Herr Voss. Dazu von uns noch die Nachfrage: Sehen Sie das Kompetenzzentrum als dauerhafte Einrichtung oder als eine Art Notfallkompetenzteam, das sich nur dann trifft, wenn es tatsächlich zu einer Krise kommt?

Eine Frage haben Sie schon beantwortet. Das Kompetenzzentrum hat auch die Aufgabe, Empfehlungen für Grundstrukturen abzugeben. Aber wenn es weitergeht: Ist das dann eine dauerhafte oder eine auf Abruf befindliche Einrichtung?

Sie haben das Ehrenamt als Rückgrat unserer Gesellschaft und auch als grundsätzlich wichtiges Instrument zur Bewältigung von Krisen genannt. Mich würde interessieren, wie aus Ihrer Sicht konkret eine Anerkennung, eine Wertschätzung des Ehrenamts aussehen könnte. Auch damit beschäftigen wir uns im Landtag. Wir haben die Ehrenamtskarte zumindest schon im Fokus. Es gibt jetzt verschiedene Modellregionen. Wir haben uns vorgestellt, dass man sie auch schneller hätte einführen können. Aber das jetzt nur am Rande. Wie könnte es außerhalb der Ehrenamtskarte aussehen, das Ehrenamt als zentrales Lösungsinstrument noch mehr in den Mittelpunkt der Gesellschaft zu stellen, nicht nur um die ehrenamtlich Tätigen letzten Endes anzuerkennen, sondern auch um eine Anziehungskraft auszuüben, damit wir mehr Bereitschaft in der Bevölkerung haben, sich ehrenamtlich zu engagieren?

Frau Karumanchi-Dörsam, Sie haben einen ganz speziellen Bereich angesprochen und viele Probleme dargestellt, wie sie auch absolut bestehen. Mir ist aufgefallen: Sie haben von einem erschwerten Zugang zum Internet gesprochen. Mein Eindruck ist, es ist gewährleistet, dass die Flüchtlinge zumindest über ihr Handy einen Zugang zum Internet haben. Das könnte für meine Begriffe auch eine Chance sein, wie wir einen Zugang schaffen. Sehen Sie die Möglichkeit, dass wir über das Digitale eher an breite Schichten kommen? Die Struktur der Flüchtlinge ist ja sehr heterogen. Da haben wir keine homogene Gruppe. Deswegen ist es auch schwierig, da wirklich einen Zugang zu finden. Das würde mich interessieren.

Sie haben ein Mentorenprogramm angesprochen. Ist dies aus Ihrer Sicht nur in Ballungszentren umsetzbar? Ich sehe schon ein gewisses Problem, Mentorenprogramme gerade in ländlich strukturierten Räumen einzurichten. Ist es eine Lösung, dass man das auch landkreisübergreifend macht, dass man dazu verschiedene Landkreise mit ins Boot nimmt? Vieles in diesem Bereich kann in Ballungszentren funktionieren, aber im ländlich strukturierten Raum ist es möglicherweise etwas schwieriger.

– 28 –

Sie haben auch das Thema Rassismus angesprochen. Ich will das nicht abmildern. Aber ich glaube, dass das heutzutage an den Schulen eher mit dem Begriff „Mobbing“ zu verbinden ist und dass da immer gesucht wird, wo es Minderheiten gibt. Letzten Endes ist das Rassismus; darüber sind wir uns völlig einig. Aber das Problem ist größer. Das will ich damit sagen. Das endet nicht beim Rassismus. Das endet bei dick, klein, groß, dünn. Das ist viel breiter gefasst. Insofern dürfen wir da den Blick nicht zu sehr einengen. Das wollte ich an dieser Stelle einfach noch erwähnen.

Herr El-Kordi, auch von Ihnen kamen ganz konkrete Empfehlungen für Maßnahmen. Die Kollegin ist schon darauf eingegangen. Ein Schulfach, das zwar nicht benotet wird, das aber die Kompetenz im Bereich Krisenmanagement fördert, finde ich grundsätzlich gut. Viel konkreter kann man es nicht sagen. Sie haben auch gesagt, dass das nichts ist, was man den Lehrerinnen und Lehrern zusätzlich einfach so aufbürden kann. Dafür sind auch bestimmte Kompetenzen notwendig. Ist das denn seitens der Gruppen, die Sie angesprochen haben, die das machen könnten, leistbar? Haben wir überhaupt das Personal dafür, oder scheitert es, wie auch in vielen anderen Bereichen, daran, dass wir die Fachkräfte und das Personal nicht haben?

Ganz zentral in Ihrem Vortrag war, dass man jetzt nicht Strukturen für Krisenpläne aufbaut, sondern dass man eher an der Person selbst arbeitet, dass die Person selbstbewusst ist und Selbstschutz aufbaut. Ich glaube, das ist ein dickes Brett, das wir da zu bohren haben. Da kann die Schule ein Element sein. Ein anderes Element ist jetzt schon ein paarmal angesprochen worden. Das ist einerseits die Gefahr der sozialen Medien, dass man da zensiert und kontrolliert. Andererseits ist das der zentrale Zugang zu den Jugendlichen. Über etwas anderes können wir an die Jugendlichen fast nicht herankommen. Deswegen möchte ich den positiven Aspekt mit aufnehmen. Inwieweit haben wir denn die Chance, durch Influencer genau diese Kompetenzen zu fördern? Das hört sich jetzt vielleicht ein bisschen einfach an. Inwieweit müssten wir uns bemühen, Menschen oder Influencer zu gewinnen, die genau diese Botschaften vermitteln? Das wäre ein anderer Ansatz. Vielleicht könnten Sie noch etwas dazu sagen.

Ich glaube, wir machen dann in der zweiten Runde weiter. Es sind schon sehr viele Fragen gestellt worden. Schauen wir einmal, wie weit wir kommen.

Vielen Dank erst mal von unserer Seite.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Kollege Reith. – Dann noch Frau Abg. Wolle für die AfD-Fraktion.

Ich frage gleich mal in die Runde, ob es bei den Fraktionen noch Rede- oder Nachfragebedarf für eine zweite Runde gibt. Dann melden Sie sich bitte jetzt.

Frau Abg. Wolle, Sie dürfen beginnen.

– 29 –

Abg. Carola Wolle AfD: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Kollegen! Das waren sehr spannende, umfassende und breite Vorträge. Natürlich habe auch ich jetzt noch ein paar Fragen.

Herr Professor Voss, Sie haben von chemischen, radiologischen usw. Gefahren gesprochen, ebenso von generischen Risiken. Die würden – so habe ich es zumindest verstanden – zu persönlichen und gesellschaftlichen Verunsicherungen führen. Das Vertrauen in Staat, Institutionen und Gesellschaft ist eine ganz wichtige Sache beim Thema Resilienz. Wie kann man das Vertrauen in die Gesellschaft stärken?

Während der Coronapandemie hat das Thema Impfung zu einer Spaltung der Gesellschaft geführt, weil viele dafür waren, viele dagegen. Das war fast schon eine Religion. Man ist fast schon aufeinander losgegangen. Wie kann man das zukünftig verhindern?

Das Kompetenzzentrum fand auch ich sehr spannend. Fragen hierzu sind schon gestellt worden.

Das Ehrenamt ist bei uns sehr wichtig und auch ein Rückgrat der Gesellschaft. Ein Problem ist aber, dass insbesondere Migranten hier im Moment nicht so aktiv sind. Das geht auch in Ihre Richtung, Frau Karumanchi-Dörsam. Wie kann man Migranten dazu bringen, dass sie sich mehr in die Strukturen des Ehrenamts einbringen? Sie haben als eine Möglichkeit genannt, dass Sie ein kurzfristiges Engagement im Ehrenamt für besser halten, weil sich wahrscheinlich viele nicht mehr so lange binden wollen wie früher. Wie können sie trotzdem am Ball bleiben? Denn man braucht sie ja immer kurzfristig.

An Sie, Frau Dr. Karumanchi-Dörsam, habe ich folgende Fragen: Sie haben davon gesprochen, dass wir bevorzugt MINT-Berufe brauchten, und gesagt, es gebe aber auch noch andere Ausbildungsrichtungen. Das ist durchaus richtig. Aber bei uns fehlen eben insbesondere MINT-Berufe. Wie kann man Migranten dazu bringen, dass sie sich mehr in diese Richtung orientieren, wo es bei uns tatsächlich Bedarf gibt, sodass sie besser integriert werden können?

Hat Ihrer Meinung nach das Thema Rassismus – dies wurde auch schon angesprochen – mit der zunehmenden Migration zugenommen? Hat sich das verändert?

Zum Thema Integration: In meinem Wahlkreis sollen in einem 150-Seelen-Dorf 100 Flüchtlinge untergebracht werden. Halten Sie das aus Ihrer Sicht für eine gute Integration für sinnvoll?

Ihr Vortrag, Herr El-Kordi, ist sehr spannend gewesen. Sie haben davon gesprochen – das haben Sie auf Folie 3 Ihrer Präsentation gezeigt –, dass es verschiedene Qualitäten der Störungen gibt, also wann dies unkritisch ist usw. Je weiter man auf dem

– 30 –

Pfeil nach rechts geht, umso kritischer wird es. Wann sind wir denn beim Burn-out, bei dem dann wirklich Ende ist? Ich nehme an, das ist das Letzte. Das würde mich interessieren.

Sie haben auf Folie 7 Ihrer Präsentation davon gesprochen, dass wir ein Leben lang Entwicklungsaufgaben haben. Man weiß, dass das bei älteren Menschen immer schwieriger wird. Wie können wir diese mobilisieren, damit sie bereit sind, ein Leben lang zu lernen, und dies auch können?

Weiterhin haben Sie davon gesprochen, dass die Schule den Alltag der Schüler immer mehr in Beschlag nimmt, sodass sie eigentlich gar keine Zeit mehr haben, für sich selbst zu sorgen. Im Radio wurde gestern berichtet, dass die Menschen es genießen, wenn sie einmal eine Stunde lang ohne Berieselung Einkaufen gehen können. Ich meine, das ist ähnlich. Die Leute haben Sehnsucht nach Ruhe, nach sich selbst. Das geht ja auch in die Richtung. Kommt das nicht teilweise durch die Anforderungen der Schüler und der Eltern selbst, die Ansprüche an ihre Kinder haben, wie sie etwas umsetzen sollen, und auch dadurch, dass man sich in der Schule nicht mehr auf das Wesentliche konzentriert, also auf richtige Bildung, sondern dass da noch ganz viele andere Sachen mit einfließen und dann gar keine Zeit mehr für die Kinder bleibt?

Sie haben auch davon gesprochen, dass die Kinder noch das Schulfach Krisenmanagement haben sollten. Widerspricht sich das nicht? Kommt dadurch nicht on top noch etwas drauf, sodass die Kinder noch mehr beladen werden?

Das wären jetzt zunächst einmal meine Fragen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Ich habe jetzt noch drei Wortmeldungen gesehen und würde sagen, dass wir die jetzt auch noch machen. Dann können Sie nämlich in der Summe antworten. Ich bitte die drei, die jetzt noch drankommen, darum, sich kurzzufassen, weil wir jetzt schon einige Zeit für die Fragen gebraucht haben. – Zunächst erhält Frau Tröger das Wort, danach Frau Abg. Staab und dann Herr Albiez.

Josephine Tröger, stellv. externes Mitglied: Auch von mir vielen Dank. – Ich habe vor allem Fragen an Herrn El-Kordi. Sie haben gesagt, kognitive Bewertungsprozesse seien extrem relevant, um Resilienz aufzubauen bzw. damit zu interagieren. Welche staatliche Verantwortung sehen Sie hier, und wie kommunizieren wir kognitive Bewertung? Ich denke da vor allem an die Klimakrise.

Dann haben Sie gesagt, Selbstwirksamkeit sei ein zentraler Resilienzfaktor. Auch hier liegt der Fokus auf der Klimakrise. Wir haben das Problem, dass die Wirksamkeit von eigenem Verhalten immer erst sehr spät eintritt. Auch hierzu würde mich Ihre Perspektive interessieren, was wir tun können, um diese zu stärken.

– 31 –

Stärkere Medienkontrolle: Gleichzeitig ist Autonomie ein Grundbedürfnis. Das hat mich dann ein bisschen irritiert. Dazu kamen auch andere Fragen. Vielleicht können Sie noch etwas dazu sagen. Eventuell sind beim Umgang mit Medieninhalten andere Mechanismen als Kontrolle wichtig.

Allgemein interessiert mich im therapeutischen Kontext Ihre Perspektive in Bezug auf das Zusammenwirken von Klimaangst mit akuterer Krisen. Wie gehen Menschen damit um? Wo sehen Sie Handlungsbedarf? Denn wir wissen ja, dass die Zahlen ansteigen und dass Klimaangst ein Thema wird.

Sie haben von dem Kurs gesprochen. Wir fragen uns: Gibt es auch außerhalb eines großen Kurssystems Möglichkeiten, wie Kinder und Jugendliche das emotionale Management besser in ihren Alltag, in den Schulalltag integrieren können? Sie haben gesagt, dass Sorgen und Ängste da sind, die aber keinen Raum finden. Vielleicht könnten Sie dazu noch etwas sagen.

Ich habe noch eine Frage an Herrn Voss. Es wurden die lebenslagenbezogenen Kommunikationskonzepte genannt. Wäre auch die Erarbeitung und Umsetzung von lebenslagenbezogenen Kommunikationskonzepten, bezogen auf unterschiedliche kulturelle und sprachliche Kontexte, die Aufgabe eines solchen Kompetenzzentrums? Wie interagiert das miteinander?

Das sind meine Fragen.

Abg. Christiane Staab CDU: Ich habe nur eine Frage an Herrn Dr. El-Kordi. Ich mache PSNV und möchte Ihnen beipflichten: Das Thema Bindung ist das wichtigste. Der Gamechanger an jeder Stelle ist, wenn die Vertrauensperson kommt. Das führt dazu, dass Ruhe einkehrt, weil jemand da ist, zu dem man eine Bindung hat.

Meine Frage geht dahin: Wir haben jetzt erlebt, dass gerade die Jugendlichen, aber auch kleine Kinder, durch Corona eine Phase in ihrem Leben gehabt haben, die dadurch geprägt war, dass eine Bindung zum Teil nur ganz schwer erarbeitet werden konnte. Ich habe das Gefühl, dass die Bindungsarbeit in der Erziehungsarbeit eine immer weniger raumeinnehmende Bedeutung hat. Ich möchte von Ihnen gern wissen, wie Sie das einschätzen und wie wir es schaffen, von kognitiven Verarbeitungsprozessen wegzukommen. Das alles ist total wichtig. Aber wenn der Mensch nicht in der Lage ist, eine Beziehung zu einem anderen Menschen aufzubauen, dann wird er auch keine kognitiven Verarbeitungsprozesse entwickeln können. Deswegen fand ich Ihren Dreiklang so schön.

Mir geht es darum: Mit welchen Maßnahmen bekommen wir das wieder in die schulische Arbeit und vor allem in die Elternarbeit? Statt „schneller, höher, weiter“ – daher kommt nämlich das Schulproblem; da bin ich ein Stück weit bei Frau Wolle – hin zu

– 32 –

„achtsamer, wesentlicher, verbundener“. Daran fehlt es ganz vielen Stellen auf allen Ebenen. Welche Maßnahmen können wir da ergreifen?

Thomas Albiez, externes Mitglied: Meine erste Frage geht an Herrn Professor Voss. Sie haben neben dem Kompetenzzentrum auch das Thema „Stärkung sozialer Kompetenzen“ angesprochen. Da würde mich interessieren, ob Sie in Ihren Ausführungen noch etwas operationalisieren können, was das bedeutet. Ich halte diesen Punkt für recht wichtig, auch im Sinne der Stärkung der Eigenverantwortung.

Meine zweite Frage richtet sich an Herrn El-Kordi. Dazu ein kurzer Bericht aus der Praxis. Meine Organisation vertritt mittelständische Betriebe. Viele Jugendliche treten nach der Beendigung ihrer Schulzeit dort eine Ausbildung an oder machen ein Studium. Wir beobachten seit vielen Jahren eine zunehmende Individualisierung bei den Jugendlichen, mit einem stark zunehmenden Betreuungsaufwand. Wir betrachten jetzt auch mit großer Sorge, dass durch die Coronapandemie eine komplette Beschleunigung stattfindet, und zwar nicht nur in der Ausbildung, sondern auch in der Betreuung der Jugendlichen. Das bedeutet, dass große Betriebe mittlerweile zusätzliche Ressourcen aufbauen, um Jugendliche zu betreuen, weil sie zum Teil schwierige Elternhäuser, schwierige Biografien haben. Kleine Betriebe steigen da aus. Wenn ich das große Thema Bürokratie noch dazunehme, dann sollte uns bewusst sein, was mittlerweile auf einen mittelständischen Arbeitgeber, aber auch auf Arbeitnehmer alles einstürzt, wenn wir sagen: Du musst dich darum, darum und darum auch noch kümmern.

Mich würde interessieren: Wie ist Ihre Einschätzung zu den Coronajahrgängen, die mitten in der Pubertät ihre Zeit hinter verschlossenen Türen verbracht haben? Wie schützen wir diejenigen Menschen, die vulnerablen Gruppen helfen sollten, dass sie selbst durch eine permanente Überforderung nicht vulnerabel werden? Wir sprechen aus gutem Grund immer über die Zielgruppen. Aber wie stärken wir die Eigenverantwortung? Diese Frage geht auch noch an Herrn Professor Voss. Dies wurde hier auch schon vom Deutschen Roten Kreuz angesprochen. Da wurde gesagt: „Ohne ein Mindestmaß an Eigenverantwortung schaffen wir das nicht. Wir können uns nicht um alle zu 100 % kümmern.“

Die letzte Frage richtet sich an Frau Karumanchi-Dörsam. Wir waren auch im Bereich der Flüchtlingsvermittlung, der Vermittlung von Jugendlichen in Ausbildung sehr aktiv, allerdings mit landesweit eher bescheidenem Erfolg. Wir waren dort aber sehr engagiert tätig und haben festgestellt, dass, wenn beide Seiten wollen, es unverzüglich zur Vermittlung eines Ausbildungsplatzes bei Jugendlichen kommt. Wenn aber Barrieren gesetzlicher Art im Weg lagen oder wenn ein Jugendlicher vielleicht auch nicht will, dann war das schwierig. Haben Sie ganz praktische Anmerkungen dazu, was geschehen muss, um weitere Barrieren aus dem Weg zu räumen, vielleicht auch gesetzlicher oder bürokratischer Art?

– 33 –

Dr. Christoph Müller, externes Mitglied: Ich habe nur eine kurze Frage. Herr El-Kordi, Ihr Vortrag hat mir wirklich gefallen und mir viele Anregungen gegeben, auch viel zum Nachdenken. Ich frage an einer Stelle nach, weil ich eine Sache nicht verstanden habe. Ich habe Sorge, dass ich da vielleicht etwas liegen lasse.

Sie haben bei Ihren Schlussfolgerungen, also da, wo es dann konkret wurde – Sie hatten ja auch konkrete Schlussfolgerungen –, gesagt: kritische Reflexion des Selbstbestimmungsanspruchs unter Berücksichtigung neurobiologischer und entwicklungspsychologischer Fakten. Was möchten Sie uns mit dieser Schlussfolgerung sagen? Dazu vielleicht noch einen konkreten Satz. Da bin ich ein bisschen hängen geblieben. Aber ansonsten hat mir das wirklich gut gefallen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Jetzt haben Sie jeweils noch ungefähr zehn Minuten Zeit. Ich traue mich fast gar nicht, das jetzt nach dieser langen Fragerunde zu sagen. Aber das schaffen Sie hoffentlich alle. Ich gebe zuerst Herrn Professor Dr. Voss zehn Minuten. Es wäre gut, wenn Sie sich daran halten. Ich weiß, die Fragen waren so breit, dass es wahrscheinlich schwierig wird. Aber das bekommen Sie in zehn Minuten sicherlich hin. – Herr Dr. Voss, Sie haben jetzt die Möglichkeit.

Sv. Herr Dr. Voss: I try. Ich bin Soziologe. Das ist natürlich gefährlich. Ich versuche, das eher kürzer zu halten; denn wenn ich jeweils detaillierter werden würde, würde ich das in den zehn Minuten nicht schaffen. Insofern mache ich das eher auf einer größeren Flughöhe. Ich versuche, auch ein bisschen zu bündeln.

Das Thema Vertrauen ist ein guter Einstieg. Danach wurde mehrfach gefragt. Frau Wölle etwa fragte danach, wie man Vertrauen aufbauen kann, das in der Pandemie offenbar Risse in vielerlei Hinsicht bekommen hat.

Ich denke – damit komme ich auch schon direkt auf meinen Gedanken zum Kompetenzzentrum zu sprechen –, wir müssen schauen, wer wann was wie kommuniziert und wie dem dann überhaupt noch geglaubt wird. Gerade wenn eine Krise schon ein Stück weit eskaliert ist, verändert sich die Sensorik. Man glaubt dem einen nicht mehr, der schon mal irgendwo etwas Falsches gesagt hat. Das wird von den sozialen Medien aufgegriffen und noch verstärkt. Andere gießen noch mal Öl ins Feuer. Dann hat man eine Dynamik, innerhalb derer man sich kaum noch gezielt orientieren und mit der man kaum noch gezielt kommunizieren kann.

Vertrauen ist etwas, was man sozusagen zwischen allen Stühlen herstellen muss. Das ist ein kontinuierlicher Prozess, der schon vor der Krise schlagfertig aufgebaut werden muss, um dann in der Krise einen entsprechenden Vorschuss zu generieren.

Wir haben zu Beginn der Pandemie gesehen, dass wir fast einen vorseilenden Gehorsam der Bevölkerung hatten, die Maßnahmen ergriff, noch bevor überhaupt irgendjemand das von ihr forderte. Das Kapital, das offensichtlich dort vorhanden

– 34 –

war, wurde dann aber nach und nach durch verschiedene Aspekte aufgebraucht. Fehler will ich das gar nicht nennen. Aber aus der Situation heraus war das Kommunikationsverhalten natürlich ein besonderes, auch unter Stress, unter Unsicherheit usw. Da ist Vertrauen verloren gegangen. Das lässt sich dann in einer Krise nicht mehr kompensieren. Man muss gerade in der Krise darauf setzen, dass alle auch mal Unstimmigkeiten aushalten, dass sie mit unklaren Informationen umgehen können usw. Das ist alles nur möglich, wenn man einander vertraut.

Was kann man tun? Das kommt genau aus meinem Gedanken zum Kompetenzzentrum. Wenn wir es immer und immer wieder denselben Akteuren überlassen, zu kommunizieren – seien es die aus der Politik oder aber auch jene in den Talkshows, die dort besonders eloquent sind –, als Erste aufzulaufen, sodass sie auf einmal Generalisten sind für Sachen, mit denen sie sich vorher vielleicht doch nicht intensiv beschäftigt haben – – Selbst ein Virologe – damit meine ich keinen spezifischen, sondern nenne das einfach nur als Beispiel – ist am Ende kein Pandemieexperte. Eine Pandemie ist ein wirklich komplexes Geschehen, wie wir alle gelernt haben, bei dem das Virus auch eine Rolle spielt. Aber das ist ein Nebeneinander unterschiedlicher Faktoren. Der Virologe bzw. die Virologin sollte für seinen bzw. ihren Fachbereich sprechen und nicht unbedingt für andere. Das passiert aber dann, wenn man diese Kompetenz nicht schon vorhält.

Wir haben in Deutschland zumindest keine Pandemiekompetenz – bis heute nicht wirklich –, weil wir noch immer darauf setzen, dass das, was man für eine Pandemie braucht, durch viel Partikularexpertise irgendwie aggregiert werden kann. Man sucht sich das hier und dort zusammen, und in der Summe muss dies das ergeben, was man für eine Pandemie braucht. Das ist nach meinem Empfinden gerade nicht so.

Ich erwarte für die Zukunft immer mehr, dass wir mit unterschiedlichsten, sehr komplexen Szenarien konfrontiert sein werden, in denen das jeweilige Fachwissen eigentlich überhaupt nicht geeignet ist, adäquate Antworten darauf zu geben. Vielmehr können nur die Verbindungen zwischen den verschiedenen Expertisen am Ende etwas Ganzes generieren.

Ich stelle mir vor, dass man ein solches Kompetenzzentrum dauerhaft finanziert – auch das war eine Frage; so habe ich mir das gedacht –, sodass es kein ad hoc zusammengerufenes Expertengremium ist, weil gerade daraus keine Expertise erwachsen kann. Unterschiedliche Disziplinen verstehen einander keineswegs. Es gibt unterschiedliche Fachsprachen. Die Disziplinen müssen dauerhaft miteinander arbeiten und an unterschiedliche Szenarien denken können.

Wenn man das für die Pandemie gehabt – sagen wir mal, zwölf, 13, 14, 15 verschiedene Fachbereiche, zusammen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und mit Leuten aus der Wirtschaft – und schon vorab solch ein Szenario diskutiert hätte, hätte man die Kompetenzen unter einem Dach gehabt, die dann auch vertrauensbildend hätten wirken können. Die hätten kommunizieren können, sowohl beratend in Richtung Poli-

– 35 –

tik als auch transparenzgenerierend gegenüber der Bevölkerung. Dies wäre neutral und unabhängig vorhanden gewesen, um Rede und Antwort zu stehen. Ein solcher Hebel ist das Entscheidende, worum es mir geht, nämlich eine Institution zu haben, die von dem Misstrauen befreit: Die Politik will ja doch nur dieses oder jenes. Die Politiker verfolgen ja doch ihr parteipolitisches Kalkül. – Da sind Leute, die sich nur fachlich damit auseinandersetzen. Das sind diejenigen, die wir dafür ansprechen, nicht ad hoc berufene Leute.

Das ist es grob zu dem Kompetenzzentrum. Vielleicht komme ich noch einmal darauf zurück.

Es ging auch noch um die Frage, wie sich die Bevölkerung bei Panik verhält. Sozialwissenschaftlicher Forschungsstand seit 40, 50 Jahren ist, dass die Bevölkerung nicht „panikt“, wenn man sie mit Informationen konfrontiert. Es gibt keine Plünderungen, nur weil jemand sagt, in Deutschland drohe perspektivisch irgendwann einmal der Zivilschutzfall. Selbst wenn man sagt, wir müssen damit rechnen, dass der in einem halben Jahr passiert, bricht die Ordnung noch immer nicht auseinander, sondern dann kann man konzentriert miteinander daran arbeiten, sich auf diesen Fall vorzubereiten. Da werden wir sehr geordnete Verhältnisse haben. Alle Empirie spricht dafür.

Was wir tun, ist: Wir machen immer die Schotten dicht, wenn es irgendwo kritisch, sensibel wird, wenn man meint, da seien sicherheitsrelevante Aspekte zu bedenken. Dann hält man Informationen eher zurück, weil man die Sorge hat, das könnte Panik oder irgendein asoziales Verhalten auslösen. Es ist empirisch überhaupt nicht unterfüttert, dass das zu befürchten ist.

Im Gegenteil: Mit vorausseilender Kommunikation und Information kann man konzentriertes, konzentriertes, ruhiges, besonnenes, gemeinsames Handeln vorbereiten. Nur wenn alle das Gefühl haben, sie sind von vornherein in die Prozesse einbezogen, sie wissen, was läuft – – Übrigens: Sie wissen dann auch, dass die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben nur begrenzte Kompetenzen haben. Auch diese Grenzen muss man transparent kommunizieren.

Wenn das Bundesamt stets sagt – das hat man über Jahrzehnte hinweg getan –: „Wir kümmern uns schon. Der Bevölkerungsschutz, der Katastrophenschutz ist in guten Händen. Um euch wird gesorgt“, dann muss man sich nicht wundern, wenn die Bevölkerung dann sagt: So what! Dann muss ich mich ja nicht mehr kümmern.

Man muss auch selbst die Grenzen immer transparent kommunizieren. Auch das löst keine Panik aus, sondern führt dazu, dass die Aufmerksamkeit konzentriert dahin geht und auch Druck in Richtung Politik erzeugt wird, dort auch nachzusteuern. Dieser Druck sollte heute von allen politischen Parteien gemeinsam gewollt sein. Nur der Druck, im Bereich des Bevölkerungsschutzes und der zivilen Sicherheit etwas zu tun, kann die entscheidenden Hebel in Bewegung setzen.

– 36 –

Man sollte die Bevölkerung auch selbst befähigen. Das heißt, man sollte sie mit Informationen dazu befähigen, sich selbst ein Bild von der Lage zu machen. Das ist die Bedingung dafür, dass sie auch selbst Verantwortung übernehmen kann. Dafür muss man transparent kommunizieren, dass der Bevölkerungsschutz und die Resilienzstärkung der Gesellschaft eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sind.

Es kann nicht gesagt werden: Wenn wir uns jetzt Sorgen um den Zivilschutzfall machen müssen, dann investieren wir in das THW und geben der Bundeswehr noch ein bisschen Geld. – Das löst Mechanismen aus, die für mich genau in die falsche Richtung gehen. Natürlich sollte man das auch tun; das will ich damit nicht infrage stellen. Aber das Entscheidende ist, dass man der Bevölkerung bei solchen Gelegenheiten sagt: Wir alle sitzen, was das angeht, gemeinsam in einem Boot. Nur wenn wir es gemeinsam schaffen, ein bisschen Ruhe hineinzubringen und konzentriert die existenziellen Herausforderungen abzuarbeiten, haben wir überhaupt eine realistische Chance, einigermaßen schadlos da durchzugehen.

Diese Art des Kommunikationsmodus wünschte ich mir. Ich meine, das kann man nur über eine unabhängig finanzierte Einrichtung machen, an der ich im Grunde genommen alle Ressorts beteiligt sehe – szenariobezogen natürlich mal dieses und mal jenes. Bei vielen Szenarien sollte dies gerade nicht in einem einzelnen Ressort bleiben. Über eine Schnittstelle sollte eingefordert werden können: Jetzt schickt doch bitte mal aus dem Ressort XY ein paar Leute dazu, die sich an diesem Prozess beteiligen.

Ich belasse es dabei, um die Zeit nicht überzustrapazieren.

Sv. Frau Dr. Karumanchi-Dörsam: Zum Thema Krisenprävention und zu der Frage, ob ich ausreichende Kapazitäten im Rahmen meiner Arbeit habe: Das ist schwierig. Es kommen immer mehr Aufgaben auf mich zu. Das heißt, wir müssen einen Weg finden, weil das ein wichtiges Thema ist. Ich würde sagen, dass man die migrantischen Vereine stärker mit einbeziehen sollte. Wenn wir z. B. kleinere Schulungen machen und sie als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren das Wissen dann weitergeben, wäre das ein wichtiger Punkt.

Zum Gefahrgutunfall in Mannheim und was da passiert ist: Ich war zu dieser Zeit nicht in Deutschland und habe das nicht mitbekommen. Aber wenn es einen Unfall gibt, dann kann es nicht sein – das ist genauso wie auf der Autobahn –, dass Menschen da herumstehen. Das ist gefährlich. Da muss man sensibilisieren und Informationen weitergeben. Ich werde mich damit beschäftigen, um zu erfahren, was da genau passiert ist.

Zum Thema „Interkultureller Ärztepool“, den ich genannt habe: Das habe ich vorgeschlagen, weil ganz viele Fragen aufgekommen sind, wo man psychotherapeutische Hilfe für Traumapatienten bekommen kann. Ich habe im Internet alle Ärzte herausgesucht und dann gesagt: Ich bin niemand, der irgendwelche Daten möchte, sondern

– 37 –

ich möchte wissen, welche Sprachen in der jeweiligen Praxis gesprochen werden, um eine Liste für Mannheim und den Rhein-Neckar-Raum zusammenzustellen. Das war meine Vorgehensweise. Die Liste habe ich dann auch an das Landratsamt weitergegeben, damit sie ergänzt werden kann. Vielleicht sollten wir das auch in den anderen Landkreisen machen; denn das erfordert ganz viel Einsatz und Arbeit.

Zur frühkindlichen Bildung: Ich setze mich für ein globales Lernen in Grundschulen und Kitas ein, weil man dort mit Kindern ganz niederschwellig über die jeweiligen Themen sprechen kann. Letztendlich hat alles mit uns zu tun, auch wenn man über Fluchtursachen sprechen will. Auch die Kinder müssen lernen, wie das ist. Sie dürfen nicht in ein System hineingehen, in dem sie die ganzen Sachen, die sie irgendwo hören, reproduzieren. Das muss anders gehandhabt werden.

Zum Thema Einsamkeitsstrategie: Eine Einsamkeitsstrategie wäre gut. Ich kann Ihnen sagen: Während der Pandemie sind wir ganz schnell auf Onlineformate umgestiegen, weil wir uns nicht treffen konnten. Dadurch waren wir füreinander da. Wir konnten über unsere Sorgen und andere Themen sprechen und uns auch unterstützen. Das war eine Strategie, die wir nicht „Einsamkeitsstrategie“ genannt haben. Aber das war ein Weg. Wir hatten fast jeden Tag irgendwo eine Onlinesitzung, bei der Personen zusammenkamen, und haben die jeweiligen Themen besprochen, auch weil Kinder nicht in der Schule waren, weil sie auffällig waren. Wir haben gefragt, wie man sich gegenseitig unterstützen kann. Auch das braucht man.

Zu der Frage nach einer stärkeren Einbeziehung der Expertise der Communitys: Diese Expertise gibt es. Das machen wir jetzt im Rahmen unserer Arbeit. Für mich ist es sehr wichtig zu sagen, dass ich diese Stelle habe. Ich habe eine gewisse Sichtbarkeit. Aber auch die anderen müssen ran. Wir setzen daran an, dass auch andere Menschen mit ihrer Expertise zu verschiedenen Themen kommen. Deswegen vermitteln wir Referentinnen und Referenten, bei denen wir denken, dass sie sich einbringen können.

Handys und schlechte Digitalisierung: Dazu muss ich sagen: Ich war bei Workshops usw. in etlichen Unterkünften. Dabei habe ich festgestellt, dass es schlechte Internetverbindungen gibt. Ich kenne auch viele, die keine Flatrate haben, damit sie ewig im Internet bleiben können. WLAN war nicht so gut. Das habe ich selbst festgestellt, weil ich bei verschiedenen Workshops in Unterkünften war.

Zum Thema Mentorinnenprogramm: Es gibt die Kontaktstellen Frau und Beruf. Die sind auch im ländlichen Raum unterwegs. Mein Anliegen war: Das Programm muss auch den Blick darauf haben, wo der Schuh drückt. Aber das fehlt. Ich habe 16 Jahre gebraucht, bis ich zu meiner Stelle kam. Vorher bin ich trotz Anerkennung und meines Engagements sozusagen nicht existent gewesen. Ich bin freiberuflich unterwegs gewesen. Deswegen habe ich gesagt: Es muss der Ansatz für diesen speziellen Blick vorhanden sein.

– 38 –

Zum Rassismus: Wenn jemand aufgrund meiner Hautfarbe solche Begriffe nutzt, würde ich das nicht nur als Mobbing betrachten. Rassismus muss klar benannt werden. Ich muss auch sagen: Ich habe mich in dem kleinen Abschnitt, den ich vorgelesen habe, auf die Schule konzentriert; denn das ist mir im ländlichen Raum als Sorge und Problem mitgegeben worden. Ich war in der Schule für anderthalb Stunden vorgesehen, von 8:30 bis 10 Uhr, und war dann bis 14 Uhr dort. Rassismus kann ich nicht nur unter Mobbing subsumieren. Es ist für mich sehr wichtig, das zu kommunizieren.

Zu den MINT-Berufen: Bei dem Mentorinnenprogramm liegt der Fokus sehr stark darauf, dass wir Frauen in die MINT-Berufe und in -Unternehmen vermitteln müssen. Mein Anliegen ist es aber auch, dass viele Migrantinnen einen Anschluss an den ersten Arbeitsmarkt brauchen, wenn sie in Deutschland sind. Die Frage ist, wie sie das machen können. Wenn wir Mädchen und junge Leute dazu animieren können, in MINT-Berufe zu gehen, dann ist das natürlich gut. Aber wenn dann jemand kommt, sagen die Mentorinnen oder Unternehmen immer, der Fokus müsse auch auf Verwaltung und anderen Institutionen liegen.

Zu der Frage, dass da jetzt 100 Geflüchtete in einem Dorf sind: Wenn Menschen Schutz brauchen, ist für mich eindeutig klar, dass sie Schutz brauchen und aufgenommen werden müssen.

Junge Geflüchtete in Ausbildung und Arbeitsplätze: Man muss auch berücksichtigen, dass ganz viele einen langen und schweren Weg hinter sich haben. Sie müssen hier Anschluss finden. Bei vielen Jugendlichen dauert das manchmal länger. Das Angebot, das man ihnen macht, ist vielleicht nicht das richtige. Da muss man mit Jugendämtern usw. arbeiten und auch schauen, dass vielleicht jemand aus den Communitys dabei ist, um die Informationen anders zu vermitteln.

Zum Ehrenamt kann ich nichts anderes sagen als: Die Arbeit migrantischer Vereine ist meistens ehrenamtlich. Sie haben keine hauptamtlichen Strukturen. Die wenigsten Vereine haben so etwas. Trotzdem machen die migrantischen Vereine ihre Arbeit, auch ohne Rücklagen oder sonst etwas. Die Arbeit wird einfach gemacht. Da muss ich Ihnen widersprechen.

Sv. Herr Dr. El-Kordi: Ich versuche, alles zusammenzubekommen. Falls Fragen offen bleiben, bitte ich, die Fragen dann noch mal zu einem anderen Anlass zu stellen.

Wie bekommen wir die Mikro- und die Makroebene zusammen? Ich habe ja erläutert, dass das kein Crashkurs ist. Das sind auch mehrere soziale Ebenen. Das heißt, wir brauchen dann auf verschiedenen Ebenen eine entsprechende Strategie. Diese Strategie ist die Vorbereitung der menschlichen Seele oder der sich entwickelnden Persönlichkeit auf Krisen. Die Antwort auf die Frage, wie man das dann konkret über-

– 39 –

setzt, würde jetzt diesen Rahmen sprengen. Es muss aber einen gemeinsamen Nenner und auch ein Forum geben, in dem man das zusammenführen kann.

Es wäre möglich, dass man an Schulen irgendein Angebot macht – sei es im Zuge eines Unterrichtsfachs oder eines anderen Angebots –, aber auch auf Ebene der Elternarbeit und im Bereich der Schulorganisation. Das sollte nicht nur an den Schulen bleiben, sondern sollte auch an die Eltern weitertransportiert werden, sonst bringt das sehr wenig.

Zu der Frage der sequenziellen Krisen: Wir haben leider neue Phänomene – das sagen auch die aktuellen Jugendstudien –, die besorgniserregend sind. Ich möchte jetzt nur einen Befund nennen: der Anstieg von Suizidgedanken und Suizidalität. In der neuen Trendstudie, in der Jugendstudie vom Herbst letzten Jahres sagen 10 % der Teilnehmer der Studie, sie hätten aktive Suizidgedanken. Das ist ein besorgniserregender Anstieg. Das ist ein Punkt, bei dem man in Fachkreisen sagt: Das ist eine Folge der sequenziellen Krisen.

Die Coronajahrgänge haben so etwas wie Corona noch nie erlebt. Das sind auch Jahrgänge, die in Wohlstand leben bzw. bis dahin gelebt haben, denen es eigentlich immer gut ging. Sie haben keinen Krieg erlebt, sondern lediglich die Klimakrise und jetzt Corona. Das heißt, sie haben die Fähigkeit zur Bewältigung gar nicht entwickelt. Insofern braucht man gezielte Angebote, mit denen man ihnen erklärt: „Es gibt Krisen, und wir können sie bewältigen. Das ist ja kein Weltuntergang.“ Da braucht man etwas Entspannung und keine Panikmache.

Ich komme zu der Frage der Prävention konkret für den Kinder- und Jugendbereich. Es gibt diverse Präventionsmaßnahmen im Kindes- und Jugendalter. Da muss man das Rad nicht neu erfinden. Auch in Kitas gibt es etliche sehr gute Programme für Prävention und Resilienzförderung. Das Problem ist nur: Das hört dann irgendwann im Jugendalter auf. Ich hatte den Eindruck, junge Erwachsene oder Menschen im mittleren Erwachsenenalter werden vernachlässigt. Das ist nicht sachgerecht und auch entwicklungspsychologisch nicht gerechtfertigt.

Wie gelingt das an Schulen? Was wäre nötig? Es wären einfach mehr Präventionsangebote erforderlich, und zwar nicht nur an Schulen.

Frau Dr. Kliche-Behnke, Ihre Frage nach der Niederlassung von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten wundert mich. Ich höre von Kolleginnen und Kollegen immer, dass sie keinen Niederlassungsplatz bekommen. Wenn das so ist, wie Sie sagen, dann freut mich das sehr. Ich möchte jetzt keine Berufspolitik machen. Dann wären wir bei einer ganz anderen Debatte. Wir brauchen eine strukturelle Veränderung im EBM, in den GOP-Katalogen, also in der Vergütung, um das Ganze attraktiv zu machen. Aber das brauche ich Ihnen hier nicht zu sagen. Das ist wahrscheinlich der falsche Kreis.

– 40 –

Man muss einfach sagen: Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind in Bezug auf die Honorare das Schlusslicht im Vergleich zu anderen Facharztgruppen. Für viele lohnt es sich nicht, sich niederzulassen, wenn sie nur einen halben Sitz haben. Da muss man woanders ansetzen.

Meine Vorstellung wäre, dass man Präventionsangebote auch in der Praxis anbieten kann und darf, dass die Vertragspsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten, die einen Praxissitz haben, nicht nur mit einer Diagnose behandeln oder begleiten dürfen, sondern auch dann, wenn etwas subklinisch ist. Dafür brauchen wir aber Strukturen, beispielsweise im SGB V, weil diese bislang leider nicht existieren. Das wäre meine Überlegung.

Zu der Einsamkeitsstrategie ist schon einiges gesagt worden. Aus psychotherapeutischer Sicht wäre auch so etwas wie ein Einsamkeitsdienst wichtig, ähnlich wie ein Freiwilligendienst, bei dem man sich damit auseinandersetzt: Was ist überhaupt Einsamkeit? Wer sind vulnerable Gruppen? Das sind ältere Menschen, aber auch Menschen, die pflegebedürftig sind, und Menschen, die der Sprache nicht mächtig sind. Das sind verschiedene Gruppen. Das hat auch etwas mit Bindung zu tun. Man sollte Leute spezifisch dafür schulen: Wie stellt man überhaupt eine Bindung her? Was spricht gegen Einsamkeit? Was ist mit Einsamkeit nicht vereinbar? Was muss man machen, wenn man die Sprache nicht beherrscht, um nicht einsam zu sein? Einsamkeit ist ein Phänomen der Gegenwart. In Großbritannien hat man über ein Einsamkeitsministerium diskutiert. Ich weiß allerdings nicht, ob es das schon gibt. – So viel zum Thema Einsamkeit.

Ich mache mit dem Punkt Medien weiter. Ich weiß, es gibt immer einen Aufschrei, wenn ich Medienverbote anspreche. Mir ist schon bewusst und klar, dass das niemand hören will. Ich habe ja gesagt, dass das ein längerer Prozess ist. Es gab schon in anderen Zusammenhängen politische und auch internationale Bemühungen, um Gefährdungen im Onlinebereich einzuschränken, beispielsweise bei Facebook und Medien, die Hassnachrichten, gewaltverherrlichende oder pornografische Inhalte verbreiten. Es wäre wichtig, dabei rational zu denken, vorzugehen und zu überlegen, was wir machen könnten.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Ich sage nicht, dass alles verboten werden soll. Sie haben natürlich recht, wenn Sie sagen: Wir wollen den jungen Leuten das nicht wegnehmen. Man will ihnen ja nichts wegnehmen. Es geht nur darum, dass sie überflutet werden, ob sie es wollen oder nicht. Sie werden mit unrealistischen Darstellungen überflutet. Da ist die Frage: Was können wir technisch und auch rechtsstaatlich machen? Welche Möglichkeiten haben wir da? Da finde ich Ihren Vorschlag sehr interessant, Herr Reith, dass man Influencer sozusagen nutzt, damit man das Ganze dann andersherum macht. Ja, warum nicht?

Es gab einige Influencer, die über psychische Störungen geredet haben. Das ging allerdings etwas nach hinten los, weil sie die psychische Störung völlig falsch darge-

– 41 –

stellt haben. Aber das hatte auch einen Vorteil: Man konnte über die psychischen Erkrankungen reden und sagen: Das kann jeden treffen. Lasst uns mal darüber reden. Aber leider war die Darstellung falsch und zu karikiert, zu übertrieben. Aber man kann so etwas tatsächlich machen. Man kann Menschen als Vermittler ausbilden – das ist dann eine Influencerausbildung –, die dann auch zeigen, wie es nicht sein soll bzw. wie es nicht aussehen soll.

Sie haben sehr viele Fragen gestellt. Habe ich noch Zeit?

Vorsitzender Alexander Salomon: Sie haben noch zwei Minuten Zeit.

Sv. Herr Dr. El-Kordi: Das bekomme ich locker hin. – Frau Wolle, ein Burn-out ist klinisch tatsächlich etwas anderes. Ein Burn-out ist klinisch eine Depression, eine Erschöpfungsdepression. Somit ist das eine Diagnose. Man nennt das Burn-out. Im Prinzip ist das eine Diagnose.

Ich komme nun zu der Frage, ob ein zusätzliches Schulfach zur Überladung des Schulangebots führt. Das ist nicht zusätzlich, sondern anstatt. Das ist ein Prozess. Wir sagen ja nicht: „Wir fangen nächste Woche damit an und sind alle damit zufrieden“, sondern es muss sich in der Gesellschaft etwas entwickeln.

Das Gleiche gilt für die Frage, wer „schuld“ ist, wenn die Schule zu lange dauert. Sind das die Eltern? Die Schüler sind es natürlich nicht. Die wollen das ja gar nicht. Die hätten gern mehr Zeit zum Chillen und um mit Freunden etwas zu unternehmen. Die neuesten Studien zeigen: Viele wollen auch etwas Ehrenamtliches machen, haben aber keine Zeit dafür. Die sind antriebslos, müde und gestresst. Sie wissen auch gar nicht, wie man an ein Ehrenamt kommt. Das sind ganz viele Aspekte. Wir müssen da auch bei den Eltern und nicht nur bei den Kindern ansetzen. Deswegen meinte ich, dass das ein lebensabschnittsspezifischer Ansatz ist. Da müssen wir alle Altersklassen mitberücksichtigen.

Ich muss jetzt ein paar Sachen überspringen; das tut mir leid. Sonst werden wir nicht fertig.

Die Frage nach der Selbstbestimmung würde den Rahmen hier sprengen. Es geht um zwei Aspekte. Selbstbestimmung wurde in der Politik sehr hochgepriesen und ist auch ein wichtiges Thema. Aber es geht eher darum: Ist das entwicklungspsychologisch sinnvoll? Können die Leute, die selbst bestimmen oder selbst bestimmen wollen bzw. denen wir die Erlaubnis geben, selbst zu bestimmen, die Tragweite ihrer Entscheidungen und ihrer Selbstbestimmung einsehen und nach dieser Einsicht handeln? Darum geht es. Das ist die Aussage ganz allgemein formuliert, ohne dass wir jetzt andere Fässer aufmachen. Ich glaube, das wäre hier nicht der richtige Rahmen dafür.

– 42 –

Ich hoffe, ich habe im Großen und Ganzen alle Fragen beantwortet.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich hoffe das auch. – Jetzt meldet sich Frau Abg. Wolle noch einmal. – Bitte sehr.

Abg. Carola Wolle AfD: Frau Karumanchi-Dörsam, Sie haben mich nicht richtig verstanden. Beim Thema Ehrenamt ist mehrmals angesprochen worden, dass sich z. B. beim Deutschen Roten Kreuz, bei der Feuerwehr usw. nur wenige Migranten engagieren. In ihren eigenen Interessen ist das okay. Aber es geht ja darum, dass sie dadurch in die Gesellschaft integriert werden. Was können wir machen, damit sie sich auch mehr in die herkömmlichen Dinge einbinden, also in die Gesellschaft, und damit auch mit anderen zusammenkommen und sich da engagieren? Das war eine Frage.

Dann habe ich noch eine andere Frage an Sie, Herr Dr. El-Kordi. Sie haben darüber gesprochen, dass es problematisch sei, wenn die Beziehung zum Körper infrage gestellt werde – dick, dünn usw. usf. Wie sehen Sie dieses Thema in der Indoktrination durch Gendern? Denn es wird ja immer mehr gesagt: Überleg dir mal, ob du ein Mädchen oder ein Bub bist. Diese Frage wird schon recht früh gestellt. Da gibt es eine gewisse Verunsicherung. Was macht das mit Kindern?

Sie haben auch angesprochen, dass es schwierig ist, wenn man Kindern sagt, sie können alles werden. Das eine sind finanzielle Grenzen. Ich denke, wir sind uns darüber einig, dass es das nicht geben soll. Ein armes Kind soll, wenn es möchte, genauso Abitur machen und studieren können, wie auch alle anderen. Aber wie sieht es mit den persönlichen Grenzen aus, wenn ein Kind etwas nicht kann? Jemand kann vielleicht nicht gut handwerkern. Jeder hat seine persönliche Begabungen. Was passiert, wenn man den Kindern eintrichtert: „Du kannst alles machen“?

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich darf noch einen Hinweis geben: Wir sind ja die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“. Ich weiß jetzt nicht, ob Ihre Fragen, die Sie gerade gestellt haben, wirklich damit zu tun haben.

(Abg. Carola Wolle AfD: Natürlich!)

Man kann sie an anderer Stelle aufwerfen. Man kann auch politisch darüber debattieren. Ich will einfach nur infrage stellen, ob das wirklich eine zielführende Frage für unser übergeordnetes Thema ist.

(Abg. Carola Wolle AfD: Natürlich!)

Ich bezweifle das sehr.

– 43 –

Herr El-Kordi, Sie können die Fragen gern beantworten oder auch nicht. Das stelle ich Ihnen frei. Frau Karumanchi-Dörsam, auch Sie können die Fragen noch beantworten, wenn Sie wollen.

Sv. Frau Dr. Karumanchi-Dörsam: Erstens würde ich sagen: Wenn migrantische Vereine agieren, dann ist das nicht nur in ihrem eigenen Interesse. Sie leisten wirklich wertvolle entwicklungspolitische Bildungsarbeit bei verschiedenen Themen.

In Organisationen wie z. B. der Feuerwehr, der AWO usw. muss auch eine interkulturelle Öffnung stattfinden. Man muss sehen, dass die Menschen da auf gleicher Höhe hineinkommen, man muss sehen, dass sie nicht in einer ungleichen Position sind. Das ist sehr wichtig. Die Organisationen müssen auch in sich gehen und schauen: Welche Angebote machen wir? Welche Leute fühlen sich angesprochen?

Sv. Herr Dr. El-Kordi: Ich sage noch kurz etwas dazu. Das Thema Gender ist ein riesiges Thema und würde den Rahmen hier sprengen. Mir geht es grundsätzlich um eine andere Sache. Meine Botschaft ist: Wenn wir über eine krisenfeste Gesellschaft reden, dann müssen wir uns auch überlegen: Was hat Priorität? Was schwächt die Gesellschaft? Was führt zu einer fehlenden Orientierung? Was führt zu einer Strukturlosigkeit? Was schwächt uns? Was schwächt die junge Generation? Das würde ich erst einmal in den Raum stellen. Es muss dann jeder mit sich klären: Was ist wichtig? Worauf kommt es an? Wenn wir das, was wir hier besprechen, ernst nehmen, dann müssen sich die Prioritäten auch ein bisschen verschieben.

Ich habe die zweite Frage nicht verstanden. Man hat ja begrenzte Möglichkeiten. Es ist nicht gesund und nicht zielführend, jedem zu sagen: „Aus dir kann alles werden.“ Denn die Menschen denken das dann tatsächlich und stellen dann aber fest: Nein. Dann merken sie: Das muss an mir liegen, nicht an soziologischen oder sozialen Bezügen. Das ist die Botschaft.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Es gibt keine weiteren Fragen in der Runde. Ich sehe zumindest keine. – Ich danke Ihnen vielmals, Herr Professor Dr. Voss, Frau Dr. Karumanchi-Dörsam und Herr Dr. El-Kordi. Ihre Beiträge und Antworten waren sehr spannend, unterhaltsam und informativ. Sie haben heute sicherlich einige Anhängerinnen und Anhänger gewonnen, vielleicht auch einige Patientinnen und Patienten.

(Heiterkeit)

Das weiß man in dem Fall nicht. Sie müssen einmal schauen, was da noch auf Sie zukommt. Auf jeden Fall danken wir Ihnen.

Sie haben gesagt, dass Sie einige Fragen nicht in der Detailtiefe beantworten konnten. Das ist zwar jetzt ungenügend für die Öffentlichkeit. Aber wenn Sie möchten,

– 44 –

könnten Sie uns vielleicht noch etwas im Nachgang liefern. Das fließt trotzdem in unsere Arbeit und in die Handlungsempfehlungen ein. Das würden wir dann dem Protokoll beifügen, damit es auch der Öffentlichkeit zugänglich ist. Das einfach als Angebot an Sie, weil es ansonsten zeitlich ausufert. Sie wissen, Sitzungsleitungen haben es in Bezug auf die Zeit manchmal schwer. Das muss ich jetzt leider so machen.

Vielen Dank an Sie. Sie dürfen natürlich dableiben und noch zuhören, Sie dürfen aber können auch gehen.

(Beifall)

Wir machen gleich weiter, und zwar zunächst mit Frau Nathalie Schopp. Sie ist Referentin für Psychosoziales Krisenmanagement des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in Bonn. Anschließend waren wir mit Herrn Ralf Heuberg von der I·S·A·R Germany Stiftung gGmbH. – Frau Schopp, Ihnen gehören die nächsten 20 Minuten.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Schopp: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Mitglieder der Enquetekommission, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, heute hier sein zu dürfen, und möchte mich sehr herzlich für die Einladung bedanken.

Die Enquetekommission hat sich u. a. zum Ziel gesetzt, Empfehlungen zu erarbeiten, um die Zusammenarbeit von Staat und Gesellschaft in allen Phasen von Krisen zu stärken. Das ist ein Thema, das uns verbindet.

Auch wir im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, BBK, sehen uns als Impulsgeber, Netzwerkerinnen und Netzwerker, Moderatoren und Fachberatung, um die Krisenorganisation sowie das Zusammenwirken im Krisenmanagement von Bund und Ländern weiterzuentwickeln. Dies hatte Präsident Tiesler bereits im Februar vor dieser Kommission ausgeführt. Das trifft in besonderem Maß auch auf das psychosoziale Krisenmanagement zu.

Unser Ausgangspunkt und unsere Basis ist die Koordinierungsstelle Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe, NOAH, der Bundesregierung, die älter ist als das BBK selbst. Ich fange damit an und stelle Ihnen das vor. Ich gehe danach zur Psychosozialen Notfallversorgung – kurz: PSNV – in Deutschland über und werfe einen Blick darauf, wie die PSNV-Philosophie uns im BBK weitergebracht hat, hin zum psychosozialen Krisenmanagement und der Frage: Was kann die Gesellschaft psychosozial resilienter machen?

– 45 –

Die Koordinierungsstelle NOAH ist als behördliche Stelle eine Besonderheit; denn die konsequente Ausrichtung auf die Bedarfe der Betroffenen und ihre Angehörigen ist mit der Handlungslogik von Zuständigkeiten und Ressortgrenzen manchmal nur sehr aufwendig vereinbar.

Die Koordinierungsstelle NOAH verfügt heute über 18 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die je nach Einsatzlage in die Abarbeitung eingebunden sind. Wir sind ausschließlich für Auslandslagen zuständig und kooperieren sehr eng mit dem Auswärtigen Amt, dem Bundeskriminalamt und weiteren Bundesbehörden, mit den regionalen Notfallseelsorgern und natürlich auch mit den PSNV-Landeszentralstellen in den Bundesländern.

Die Geburtsstunde, wie auch für vieles andere im Bevölkerungsschutz, war 9/11. Die Koordinierungsstelle NOAH wurde nur ein paar Monate später gegründet, weil man erkannt hatte, dass man den Bevölkerungsschutz zeitgemäß anpassen musste. PSNV war in den USA bereits in der Gefahrenabwehr integriert. In Deutschland war das Neuland. Wir hatten hier eine Versorgungslücke. Die Anschläge von Djerba und Bali zählen direkt nach der Einrichtung von NOAH zu den ersten Einsätzen, die wir abgearbeitet haben. Dann kamen im Jahr 2004 der Tsunami in Südostasien, im Jahr 2015 der Germanwings-Absturz und aktuell das Erdbeben in der Türkei und in Syrien.

Wir gewährleisten Unterstützung für einen sehr weit gefassten Betroffenenkreis. Hier geht es um Betroffene nach ihrer Rückkehr ins deutsche Inland, aber auch um Angehörige von Überlebenden, Vermisste und Hinterbliebene.

Wir haben in den vergangenen 20 Jahren – wir hatten letztes Jahr 20-jähriges Bestehen – 388 Einsätze abgearbeitet. Das hört sich für 20 Jahre nach wenig an. Aber unsere Einsätze dauern sehr lange, im Durchschnitt anderthalb Jahre, bis die ersten Wellen abgearbeitet sind. Wir sind auch danach immer noch ansprechbar und organisieren auch Treffen.

Aufgaben haben wir akut sowie mittel- und langfristig. Akut betreiben wir eine 24/7-Hotline. Es geht um die telefonische Beratung, eine erste Bedarfserhebung, die Vermittlung von psychosozialen, wohnortnahen Akuthilfen, Informationsvernetzung und Hilfe bei administrativen Fragen. Die Betroffenen können grundsätzlich, unabhängig von der zeitlichen Distanz zu dem Ereignis, immer bei uns anrufen. Wir vermitteln auch noch Jahre nach Ereignissen Therapeuten, organisieren Treffen für Betroffene, Überlebende, Angehörige, Vermisste sowie Hinterbliebene und beraten Bundes- und Landesbehörden bei der Gestaltung von Gedenkveranstaltungen.

Wir arbeiten auf fachlicher Basis der Psychosozialen Notfallversorgung, der PSNV. Diese Arbeit wäre nicht denkbar ohne eine Zusammenarbeit mit den Ländern und den Akteuren der PSNV auf operativer Ebene.

– 46 –

Wir unterscheiden in der PSNV unterschiedliche Zielgruppen, zum einen „Nachsorge und Prävention für Einsatzkräfte“ und zum anderen „Psychosoziale Unterstützung von Betroffenen nach Extremstressereignissen“.

Im Hinblick auf die PSNV für Einsatzkräfte haben sich die Aufgabenträger und Führungskräfte in der Gefahrenabwehr sehr lange damit schwergetan, die psychischen Folgen von belastenden Einsätzen zu akzeptieren. Belastungen wurden als Teil des Jobs betrachtet. Wenn man das nicht aushalten konnte, hatte man halt den falschen Job. Erst 1980 wurde die posttraumatische Belastungsstörung als eigene Diagnose akzeptiert. Im Rahmen der wissenschaftlichen Forschung wurden dann Präventionsmodelle entwickelt, die dazu beitragen sollten, Traumafolgestörungen zu verhindern oder zumindest den Schweregrad zu mindern.

Ein wesentlicher Faktor dabei ist die psychosoziale Unterstützung, die Menschen direkt nach den belastenden Ereignissen erfahren. Die Notwendigkeit der psychosozialen Unterstützung wurde dann als gesellschaftliche Aufgabe das erste Mal wahrgenommen.

Man sammelte umfassende Erfahrungen in Alltagslagen, aber vor allem auch in Großschadenslagen. Zu nennen sind hier Ramstein 1988 oder das ICE-Unglück in Eschede 1998. Viele weitere Ereignisse in der Vergangenheit und auch in der jüngsten Vergangenheit haben dieses Themenfeld weiter vorangebracht.

Es folgten unterschiedliche, teils einen grundlegenden Rahmen schaffende Forschungsprojekte, an denen auch das BBK über Forschungsförderung und -begleitung zum Erkenntnisgewinn, zur Fachkunde und zur Qualitätssicherung beigetragen hat. Auf dieser Folie sehen Sie einige Publikationen, die wir herausgegeben haben. Ganz neu sind die Checklisten und Infos für den PSNV-Einsatz in komplexen Lagen.

Die auf vielen Ebenen über viele Akteure stattfindenden Entwicklungen seit den Neunzigerjahren hatten Folgen. Dies führte zu einer großen Heterogenität der Strukturen und zu einer fast babylonischen Sprachverwirrung, was Begrifflichkeiten betrifft. Es etablierte sich auch ein Konkurrenzdenken, was die Zusammenarbeit erschwerte.

Aus diesem Grund initiierte und moderierte das BBK von 2007 bis 2010 den sogenannten Konsensusprozess PSNV. Hierin waren 120 Delegierte aus 45 Organisationen eingebunden. Über drei Jahre hinweg entwickelte man konsensuale Leitlinien, insgesamt 25 Stück in sechs Themenfeldern, und unterschrieb, sich in freiwilliger Selbstverpflichtung an diesen Leitlinien zu orientieren. Dabei ging es z. B. um Aus- und Fortbildung, um den Einsatzalltag und um die PSNV auf der Ebene der Bundesländer.

– 47 –

Gemeinsam definierte man erstmals den Begriff „Psychosoziale Notfallversorgung“. Man versteht darunter die Gesamtstruktur aller Maßnahmen der Prävention sowie der kurz-, mittel- und langfristigen Versorgung im Kontext von belastenden Notfällen bzw. Einsatzsituationen. Wie gesagt, wir haben verschiedene Zielgruppen. Es kommen auch neue dazu, wie jetzt z. B. Spontanhelfende.

Zentral ist die Grundannahme der PSNV: Zur Bewältigung von psychosozialen Belastungen werden zunächst personale und soziale Ressourcen aktiviert. Die Philosophie der PSNV ist somit Prävention und ein salutogenetischer Ansatz, der sich nicht an Defiziten, sondern an Ressourcen orientiert. Wir wenden uns deswegen ausdrücklich gegen die Pathologisierung von Notfallbetroffenen sowie belasteten Einsatzkräften und gegen eine Pauschalisierung von Unterstützungsbedarfen.

Nach besonderen Ereignissen wird immer schnell von traumatisierten Menschen und posttraumatischen Belastungsstörungen gesprochen. Richtig ist auch, dass das Risiko von Feuerwehrangehörigen für eine PTBS im Vergleich zur Gesamtbevölkerung deutlich erhöht ist. Feuerwehrangehörige sind eine Risikogruppe. Dennoch gilt: Bei den meisten Menschen normalisiert sich die Stressbelastung innerhalb von Tagen und Wochen wieder. Wichtig sind hier die individuellen Bewältigungskompetenzen und die jeweilige soziale Unterstützungsstruktur.

Auf dieser Folie sehen Sie einen Zeitverlauf der PSNV-Unterstützung für Betroffene. Wie gesagt: Der Begriff „Betroffene“ ist sehr weit gefasst. Dabei gibt es eine zentrale Herausforderung. Die Übergänge von psychosozialer Akuthilfe zu mittel- und längerfristigen Unterstützungsangeboten sind nach wie vor nicht gut geregelt. Wir brauchen hier Brückenfunktionen. Daran schließe ich eine nicht neue, aber noch immer aktuelle Empfehlung an. Auch das Hochwasser 2021 legt nahe, dass zentrale koordinierende Strukturen auf Bundes- und Länderebene in Kombination mit Vor-Ort-Präsenzangeboten hilfreich sein könnten, um eine solche Brückenfunktion zu schaffen. Es sollten regional angepasste Konzepte für eine anlassbezogene Ansprechstelle entwickelt werden, die für mindestens zwei Jahre eingerichtet werden soll.

Die Bedarfe von Betroffenen verändern sich in den Monaten nach dem Ereignis immer wieder. Darauf muss man fachlich qualifiziert reagieren können.

Die Struktur sollte aus gemeindenahen Hilfen bestehen, indem Kommunen vor Ort Hilfe installieren und verschiedene Anliegen Betroffener – administrativ, psychosozial, juristisch und versicherungstechnisch – direkt aufgenommen und beantwortet werden können. Der Vorteil für die Betroffenen besteht u. a. darin, dass sie durch eine zentrale Stelle Zugang zu sämtlichen geprüften und akkreditierten Angeboten erhalten können. Besonders im Ahrtal hat sich gezeigt, dass es in kürzester Zeit zu vielen unseriösen Angeboten kam. Ob ein Angebot zur psychosozialen Unterstützung seriös ist oder nicht, können Betroffene in einer solchen Situation nicht unterscheiden.

– 48 –

PSNV für Einsatzkräfte unterscheidet sich vor allem in dem Baustein der Primärprävention. Das sehen Sie auf dieser Folie in Grün. Die Maßnahmen, die hierzu beschrieben werden, sind vor allem „Qualität von Aus- und Fortbildung“, „Arbeits- und Organisationsstrukturen“, „Kontinuierlich eingesetzte psychosoziale Ansprechpersonen“, „Arbeitsklima“, „Betriebliche Gesundheitsförderung“ usw. Diese Maßnahmen können nur durch die Einsatzorganisation selbst geleistet werden.

Während die Prävention im Bereich der physischen Unfallverhütung sehr intensiv wahrgenommen wird, wird die Prävention von psychischen Verletzungen deutlich weniger ernst genommen. Nach wie vor wird primärpräventiv relativ wenig getan. Der Fokus liegt, wie auch die Flutkatastrophe im Ahrtal wieder gezeigt hat, in der Sekundärprävention und hier in der Einsatznachsorge. Es ist nach wie vor sehr schwer zu vermitteln, dass eine gute Einsatzvorsorge und die Fürsorge der Trägerorganisationen dafür sorgen, dass Einsatzkräfte mit weniger Stress in den Einsatz gehen und dann auch mit psychischen Belastungen besser umgehen können. Um hier Abhilfe zu schaffen, sollten in jeder Einheit kollegiale Ansprechpersonen zur Verfügung stehen, die sowohl Führungskräfte als auch Helfer beraten können.

Als Folge des Konsensusprozesses haben sich mittlerweile in fast allen Ländern Landeszentralstellen bzw. zentrale Ansprechpersonen für PSNV etabliert. Das Land Hessen richtet gerade noch die vorletzte verbliebene, noch nicht besetzte Landeszentralstelle ein. In Baden-Württemberg ist die Landeszentralstelle an der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal eingerichtet.

Bereits 2010 hat sich eine länderübergreifende Facharbeitsgruppe dazu konstituiert, deren Geschäftsstelle und ständiger Gast das BBK ist. Hier werden zwei Mal im Jahr Themen der PSNV diskutiert, mit dem Ziel, das bundeseinheitliche Vorgehen, das mit dem Konsensusprozess begonnen hat, fortzusetzen.

Wir begrüßen ausdrücklich die Entwicklungen im Gesetzgebungsprozess zur PSNV. Viele Landesgesetze oder Erlasse beinhalten mittlerweile PSNV-Aspekte. Seit August 2021 hat das Land Berlin ein eigenes PSNV-Gesetz, das sich in seiner Begründung ausdrücklich auf den Konsensusprozess bezieht.

13 Jahre nach dem Konsensusprozess kann man sagen, dass sich die PSNV im Hinblick auf Strukturen und Zentralstellen bundesweit flächendeckend entwickelt hat. Das ist jedoch weiterhin ein Bereich, der von einer großen Heterogenität und unterschiedlichen Akteuren geprägt ist.

2017 kam eine weitere Akteursgruppe hinzu. Die Bundesregierung setzte nach dem Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz einen Beauftragten für die Anliegen von Opfern und Hinterbliebenen von terroristischen Straftaten im Inland mit Geschäftsstelle beim Bundesministerium der Justiz ein. Fast alle Länder haben mittlerweile ebenfalls eigene Opferschutzstellen. Das ist zu begrüßen; denn dadurch steigt die

– 49 –

Sichtbarkeit für die Belange Betroffener. Auch die Opferschutzgesetzgebung hat sich verbessert.

Mit Schaffung der Stelle der Opferbeauftragten wurde eine weitere Institution geschaffen, die Aufgaben analog der PSNV übernahm. Ein abgestimmtes Konzept entstand jedoch nicht. Somit sind weder die jeweiligen Aufgabenbereiche noch die Schnittstellen beschrieben. Hier sehen wir in der Zukunft Handlungsbedarf.

Ressourcenorientierung hin zu einem bedarfsorientierten Ansatz: Seit zehn Jahren übertragen wir die Perspektive der PSNV in andere Bereiche im BBK: in das psychosoziale Krisenmanagement. Wir sind gestartet mit individualpsychologischen Bedarfen und haben die gleichen Fragen im Hinblick auf soziale Gruppen und auch gesamtgesellschaftlich gestellt. Wir arbeiten seit 2017 zu psychosozialen Aspekten in der Warnung und stellen grundsätzlich die Frage, wie Menschen in Krisen handeln.

Ich bin ganz froh, dass Professor Voss vor mir gesprochen hat. Insofern brauche ich eigentlich gar nichts mehr dazu zu sagen. Die Vorstellung von Panik ist von der empirischen Forschung zu keinem Zeitpunkt bestätigt worden und ist in der Annahme der Generalisierung falsch. Diese Annahme führt aber dazu, dass gerade aus dem politischen Raum immer sehr zurückhaltend kommuniziert wird, auch um keine Angriffsflächen zu bieten. Das ist natürlich gerade im Hinblick auf eine resiliente Gesellschaft, sagen wir mal, ungünstig. Wenn man grundsätzlich davon ausgeht, dass die Reaktion auf Krisen nicht angemessen ist, dann beeinflusst das auch die Kommunikation sowie die Unterstützungs- und Beteiligungsangebote.

Wir haben uns ein bisschen wegbewegt, analog zur PSNV, und einen Perspektivwechsel vollzogen, weniger „Was wollen wir eigentlich kommunizieren?“, hin zu „Was wird eigentlich gerade gebraucht?“. Wir versuchen, hier eine Standardisierung zu schaffen, um das Wissen in die Prozesse des Krisenmanagements einzubringen, und entwickeln seit 2021 eine neue Fachlage Bevölkerungsverhalten. Wir erheben dazu Daten zu Wissen und Risikowahrnehmung, Akzeptanz staatlicher Maßnahmen, Resilienz und Vertrauen. Wie wichtig Vertrauen ist, wurde heute schon mehrfach angesprochen. Wir formulieren auch Empfehlungen dazu. Wir sind noch in der Konzeptionsphase, bringen diese Fachlage aber bereits in das nationale Lagebild des Gemeinsamen Kompetenzzentrums Bevölkerungsschutz ein.

Ich fasse jetzt einmal zusammen. Auch das Thema Warnung wurde hier schon mehrfach angesprochen, auch was die Mehrsprachigkeit und Menschen mit Migrationsgeschichte betrifft. Wir haben beispielsweise in der Rhein-Neckar-Region ein Beteiligungsprojekt dazu durchgeführt – das war sehr interessant –, mit Menschen der türkischen Communitys in Mannheim und Ludwigshafen. Wir haben dazu auch ein Empfehlungspapier entwickelt. Es geht darum, bei der Warnung erst einmal Wahrnehmungsbarrieren abzubauen. Deswegen wurde das Modulare Warnsystem vor zwei Jahren mehrsprachig umgesetzt. Wir richten den Blick auf den Bedarf und die Bedarfsorientierung, auch in unterschiedlichen Arbeitsbereichen bei uns im BBK.

– 50 –

Auf dieser Folie sehen Sie etwas zum Beteiligungsverfahren. Wir haben gerade eine Handreichung mit Informationen veröffentlicht: Wie reagieren Menschen auf eine Warnung, und welche Texte brauchen wir, um eine angemessene Reaktion zu unterstützen?

Jetzt komme ich zu den Empfehlungen:

PSNV ist nach wie vor von einer großen Heterogenität und von einem großen persönlichen Engagement der beteiligten Personen sowie Organisationen geprägt und ist nach wie vor fast durchgehend ehrenamtlich.

Wir brauchen eine belastbare gesetzliche Grundlage, Regelungen zur Freistellung und zum Verdienstausschluss. Ausbildungen sind wichtig, auch für die Qualitätssicherung.

Gewähren Sie der Prävention die Aufmerksamkeit, die ihr zusteht. Es ist selbstverständlich, dass Menschen mit Traumafolgestörungen eine adäquate und professionelle Hilfe zuteilwird. Prävention ist aber ebenso wichtig und wird zu selten in ihrem Stellenwert erkannt.

Vor dem Hintergrund der Diskussion zur Zeitenwende erlauben Sie mir auch eine persönliche Einlassung. Es gehört auch ein Gefühl der Sicherheit im Hinblick auf Einsatz- und Aufgabenfelder dazu. Einsatzkräfte der kommunalen Feuerwehren haben eingeübte Abläufe und vertraute Rahmenbedingungen beim Brandschutz und bei technischer Hilfeleistung.

Es sollte aber auch darüber gesprochen werden, was die konkreten Aufgaben und strukturellen Rahmenbedingungen sind: bei radiologischen Zivilschutzlagen, bei Stromausfällen, bei Raketenangriffen. Mein Eindruck ist, dass die Kommunikation hier noch um einiges verbessert werden kann.

Die Übergänge von psychosozialer Akuthilfe zu mittel- und längerfristigen Unterstützungsangeboten müssen besser geregelt werden. Hier brauchen wir Brückenfunktionen. Entwickeln Sie Konzepte für anlassbezogene Ansprechstellen. Wenn die in einer Krise nicht vorliegen, kann man sie nicht ad hoc umsetzen.

Die Zusammenarbeit zwischen PSNV-Strukturen und Opferschutz sollte beschrieben werden. Hierzu gehören Tätigkeit, Abgrenzungen und Schnittstellenbeschreibungen. Undefinierte Übergänge schaden den Betroffenen.

Schaffen Sie eine evidenzbasierte Grundlage zum Wissen über psychosoziale Bedarfe, Informationsbedarfe und zum Bevölkerungsverhalten. Eine Möglichkeit zum Erkenntnisgewinn sind Beteiligungsverfahren. Menschen sind kein passives Schutzgut, sie sind Sicherheitspartner.

– 51 –

Richten Sie den Fokus auf Ressourcen, nicht auf Defizite. Ob wir dann krisenfest werden, weiß ich nicht, aber vielleicht etwas krisenfester.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Schopp. – Dann geben wir das Wort direkt weiter an Herrn Heuberg von der International Search and Rescue Germany Stiftung gGmbH.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Heuberg: Sehr geehrter Herr Vorsitzender Salomon, sehr geehrte Enquetekommission, liebe Damen und Herren! Ich kann mich meiner Vorrednerin nur anschließen. Ich freue mich sehr, dass wir als I·S·A·R Germany heute hier sein dürfen, um der Enquetekommission hauptsächlich zwei Fragen zu beantworten.

Zu meiner Vorrednerin muss ich sagen: Wir haben natürlich ein PSU-Team, also psychosoziale Unterstützung, damit unsere Kolleginnen und Kollegen, wenn sie aus einem Einsatz kommen, sofort aufgenommen werden und vom Flughafen nicht direkt nach Hause fahren, sondern erst diesem Team zugeführt werden. Nach dem Erdbeben in der Türkei gab es sicherlich Gesprächsbedarf für den einen oder anderen, der dort bis zu 100 Stunden im Loch war, sage ich mal, und versucht hat, eine verschüttete Frau zu retten.

Ich möchte Ihnen I·S·A·R Germany im Schnelldurchgang vorstellen. Auf dieser Folie sehen Sie unsere Aufgabengebiete und unsere Teamstärken, die wir haben. Wir haben „Search and Rescue“ an die Nummer 1 gesetzt. Damit leisten wir nach Katastrophen wie Erdbeben, Tsunamis und Fluten Katastrophenhilfe. Wir haben ein von der WHO zertifiziertes Medical-Team. Es fährt hinaus, ist bis zu 35 Mann stark und kann bis zu 20 Tage erste medizinische Hilfe leisten, bis hin zu kleinen OPs.

Wir haben die Inlandshilfe und den Katastrophenschutz. Wir können auch im Inland angefordert werden. Wir haben z. B. Fachberater – darauf komme ich gleich noch zu sprechen – und bieten unsere Fachexpertise an, wenn sie benötigt wird. Auch haben wir die humanitäre Hilfe für bedarfsorientierte Folgeeinsätze nach Katastrophen.

Dann unsere Stärken: Wir sind schnell. Wir alle sind Ehrenamtler und haben eine gute Alarmierungskette. Schon sechs Stunden nach einer Alarmierung sind wir einsatzbereit, meist von Frankfurt Airport und neuerdings von Köln-Bonn aus.

Wir sind kompetent. Unsere Mitglieder sind durchweg Spezialisten in ihrem Fach. Wir sind eine NGO, also eine Nichtregierungsorganisation. Diese Spezialisten setzen

– 52 –

sich aus Feuerwehrleuten, Notärzten, Rettungsassistenten, Notfallsanitätern, Krankenschwestern, Bauingenieuren und Statikern zusammen. Die müssen aber noch extra geschult werden; denn ein Statiker kann ein Haus nur beurteilen, wenn das noch steht. Wenn man einen Statiker fragt, ob man in ein eingestürztes Haus gehen darf, dann sagt er: „Das kann ich nicht sagen.“ Die werden zu Schadenplatzberatern ausgebildet, die schauen können: Ist das für unsere Leute noch interessant? Können die überhaupt noch einigermaßen gefahrlos hineingehen? Was passiert bei einem Nachbeben? Dafür haben wir Spezialisten, die wir auch im Inland gern zur Verfügung stellen, wenn irgendwo eine Katastrophe passiert.

Wir sind autark. Wir entscheiden selbst, ob wir in einen Einsatz gehen oder nicht. Voraussetzung dafür ist aber immer, dass wir mindestens ein Request des betroffenen Landes haben. Wir müssen nicht auf ein internationales Hilfeersuchen warten, mit dem manche Länder manchmal ganz schön lange auf sich warten lassen. Wenn jemand internationale Hilfe haben will, heißt es immer: „Wir können das selbst bewältigen.“ Nein, eine Katastrophe kann man nicht selbst bewältigen. Wenn ein Haus nach einer Gasexplosion einstürzt, dann kann das die Feuerwehr Stuttgart schon. Aber bei einem starken Erdbeben wie zuletzt in der Türkei und in Syrien sind Länder total überfordert. Da ist die halbe Welt im Einsatz und dann auch gefragt. Wir entscheiden dann, wen und was wir da einsetzen können.

Wir sind zertifiziert, zum einen von den Vereinten Nationen als Search-and-Rescue-Team und zum anderen von der WHO als Emergency-Medical-Team.

Wir haben ein internationales Netzwerk und wirken in INSARAG mit. Das ist eine Unterorganisation der Vereinten Nationen wie das Kinderhilfswerk, Misereor usw., also Organisationen, die sich mit Katastrophen beschäftigen. D-A-CH-L ist ganz einfach: Deutschland, Österreich, Schweiz und Luxemburg. Die deutschsprachigen Länder treffen sich ein Mal im Jahr. Deutschland, Österreich und die Schweiz waren übrigens weltweit die Ersten, die gesagt haben: „Wir müssen jetzt Strukturen schaffen. Wer möchte im Krisengebiet helfen?“ Der muss aber bestimmte Voraussetzungen haben. Da muss alles strukturiert vonstattengehen. Dann haben wir noch die WHO, bei der wir als Emergency-Medical-Team mitwirken.

Bei nationalen Einsätzen bieten wir die Vermisstensuche, Rettungshunde, Ortungstechnik und Fachberater an. Wir haben das ganze Portfolio mit Wärmebildkameras, Zoomkameras, Kameradrohnen und den Rettungshunden, als unsere schnellsten Helfer.

In internationalen Einsätzen sind wir genauso gefragt. Wir haben schon eine ganze Reihe von internationalen Einsätzen gemacht. Ich selbst war schon bei zehn oder elf Einsätzen dabei.

– 53 –

Auf dieser Folie sehen Sie, wie ein Lager aussieht, wenn wir üben. Üben müssen wir schon. Dieses Lager ist nicht ganz so groß. Wir brauchen zu 2 500 m², auch in einem betroffenen Land, um autark arbeiten zu können und uns da aufzustellen.

Auf diesem Bild sehen Sie die Base of Operation auf den Philippinen. Das sieht ein bisschen unkoordiniert aus, weil der Platz vor der zerstörten Kathedrale nicht so groß ist.

Zur Einsatzkoordination international: Wir arbeiten auch mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt zusammen. Hier sehen Sie unsere Drohne, die wir zur Verfügung gestellt haben. Mittlerweile haben wir auch Helmkameras, die wir gerade testen, um so auch direkt vor Ort zu orten und alle GPS-Daten herüberzubringen.

Auf dieser Folie sehen Sie einen Auszug mit den Einsätzen, die wir gemacht haben. Man kann das alles nachlesen.

Die Fragestellung der Enquetekommission war: Mit welchen Herausforderungen wird I·S·A·R Germany in Planung und Durchführung von Einsätzen konfrontiert? Wie sollte sich Baden-Württemberg für den Fall vorbereiten, dass internationale Hilfe für eine Schadenslage angefordert werden muss?

Ich komme zunächst zu der ersten Frage. Als Erstes müssen wir entscheiden: Einsatz, ja oder nein? Wie wird sich das entwickeln? Wir können mit unserer Entscheidung nicht zu lange warten. Wenn sich die Nachrichten wie in der Türkei so explosionsartig entwickeln und wir erst einmal gesagt hätten, I·S·A·R Germany monitort die Situation, dann können wir das zwar machen, das bringt uns aber nicht weiter. Die sechs oder acht Stunden, die wir dann zögern, fangen wir nicht mehr auf.

In der Regel müssen wir schon ein internationales Hilfeersuchen von den Vereinten Nationen haben. Wir machen keine Invasion. Wir gehen nicht einfach hin und sagen: „Hallo, da sind wir. Ihr braucht sicherlich unsere Hilfe“, sondern wir brauchen eine Anforderung. Dazu reicht für eine private Organisation manchmal auch ein Request des betroffenen Landes.

Dann stellen wir uns Fragen: Schicken wir ein Vorausteam? Wenn die Lage doch nicht so stark ist, haben wir nicht so viel Zeit investiert, nicht so viel Geld ausgegeben und können wir die Lage schnell wieder zurückfahren. Wir haben aber auch die Möglichkeit, wenn wir dann ein SAR- oder ein Medical-Team oder sogar alle zusammen schicken, dass schon ein Vorausteam dort ist, um vor Ort banale Sachen zu klären wie: Woher bekommen wir unseren Sprit? Woher bekommen wir Transport-Lkws? Wie kommen wir vom Flughafen in das Einsatzgebiet usw.?

ILZ eröffnen? ILZ steht für Informations- und Lagezentrum. Das ist für uns ganz entscheidend – wie die Leitstelle für die Feuerwehr. Das ist dann 24 Stunden lang be-

– 54 –

setzt. Das ILZ macht die Flüge klar, kümmert sich um die tägliche Pressearbeit und die Angehörigen. Jeden Abend findet eine Telefonkonferenz statt, bei der die Angehörigen unterrichtet werden, was gerade passiert ist, wo sich die Einsatzkräfte befinden und wie es ihnen geht.

Die Mitglieder müssen alarmiert werden. Wir müssen Flüge organisieren. Von wo fliegen wir?

Auch müssen wir die IATA-Vorschriften beachten. Das sind die Gefahrgutvorschriften für bestimmte Länder. Man darf beispielsweise Medikamente, aber keine Opiate mitnehmen, die man aber für eine Narkose dringend braucht. Insofern muss man sich etwas einfallen lassen. In Bezug auf die IATA-Vorschriften kann man sich entweder eine Spedition holen, die richtig viel Geld kostet, oder man bildet selbst Leute aus, die alle zwei Jahre fortgebildet werden müssen, weil sich die IATA-Vorschriften ständig ändern. Wir schicken ehrenamtliche Leute dorthin. Die machen eine ganze Woche lang einen Crashkurs am Frankfurter Flughafen, um sich das Ganze einzubläuen, damit in dem betroffenen Land alles mit rechten Dingen zugeht. Die wollen auch ihre Papiere haben. Das muss alles gewährleistet sein.

Dann müssen wir uns über das betroffene Land, über die Kultur informieren. Das machen wir meistens über die CIA. Man höre und staune. Jeder kann darauf zugreifen: cia.gov. Dort erfahren Sie alles über Deutschland, was Sie noch nicht wussten, was die Amis alles mit uns machen. Das wird alle sieben Tage aktualisiert.

Wir brauchen Devisen.

Wir müssen zum Flughafen kommen. Wenn wir von Duisburg aus starten, wo unser Stammsitz ist, bringt meistens die Feuerwehr Duisburg das ganze Gepäck zum Flughafen, sowohl die Berufsfeuerwehr als auch die Freiwillige Feuerwehr Duisburg. Die Flughäfen Frankfurt und Köln-Bonn unterstützen uns dabei in ganz hervorragender Weise. Die Mitglieder kommen direkt zum Flughafen. Wir haben sehr viele Mitglieder, auch aus Baden-Württemberg. Wir freuen uns sehr darüber, dass sie immer große Strapazen auf sich nehmen und auch zu den Übungen kommen. Wir haben im April zwei Übungen. Die fahren am Wochenende auf ihre eigenen Kosten immer an den Niederrhein.

Gesundheitscheck, Impfstatus und Reisepass: Man kann nicht einfach sagen: „Ich möchte da mitspielen“, sondern vor dem Abflug untersucht einer unserer Ärzte jedes Mitglied körperlich und spricht mit ihm. Der Impfstatus und die Reisepässe werden kontrolliert, damit wir nicht irgendwelche Schwierigkeiten bekommen.

Wie sollte sich Baden-Württemberg vorbereiten? Baden-Württemberg hat, wie alle Bundesländer, auch Bezirksregierungen, Regierungsbezirke bzw. Regierungspräsidien. Soweit ich weiß – zumindest in NRW ist es so –, ist dort überall ein Krisenstab

– 55 –

angesiedelt. Die Krisenstäbe – das haben wir in NRW und auch in der Stadt Duisburg festgestellt – müssen geschult werden.

Wir haben in Deutschland, so glaube ich, genug Ressourcen. Wir wissen das nur nicht bzw. nutzen sie nicht richtig. Die Katastrophe im Ahrtal hat uns das wieder gezeigt. Davon waren zwei Bundesländer betroffen. Das Problem war ja nicht, dass die alle nichts können. Die waren schlicht mit der Lage überfordert. Man muss so etwas einfach schulen. Schulungen gibt es in ganz Deutschland, an den Instituten der Feuerwehren oder an den Landesfeuerwehrschulen. Ich denke dabei auch an das BBK und an die AKNZ, die Katastrophenschutzschule in Ahrweiler.

In einer ehemaligen Kaserne in Mosbach in Baden-Württemberg ist jetzt das TCRH von unserem Partner, dem Bundesverband Rettungshunde e. V. TCRH steht für Training Center Retten und Helfen. Dort ist ein großes Szenario aufgebaut. Man kann mit Rettungshunden, mit allem Möglichen riesige Trainings machen. Die Polizei macht dort Trainings. Man kann dort auch Krisenstäbe trainieren, sogar über mehrere Tage hinweg. Dort lassen sich Leute einschließen. Die bekommen Szenarien eingespielt und müssen dann schauen: Wie ordne ich jetzt an? Wie wird ein Krisenstab, der vielleicht über drei, vier, fünf Wochen funktionieren muss, richtig aufgebaut?

Viele haben jetzt in Zeiten der Pandemie gelernt, was Krisenstabsarbeit heißt. Ich finde, darauf müssen sich alle Bundesländer vorbereiten. Es müssen auch Schulungen durchgeführt werden. Das ist aber ganz schwierig. Je höher man in der Hierarchie kommt, desto seltener findet man Leute, die sich schulen lassen. Das kann man dort unter Ausschluss der Öffentlichkeit tun. Da macht sich keiner zum Affen. Ich finde, es ist ganz wichtig, dass so etwas gemacht wird.

Wir brauchen eine Liste der verschiedenen NGOs im Land. Es gibt ja ganz viele Nichtregierungsorganisationen. Vorhin war von Ehrenamtlern die Rede. Auch wir sind Ehrenamtler. Der Bundesverband Rettungshunde ist über das ganze Bundesgebiet verteilt. Auch das sind Ehrenamtler. Ihre stellvertretende Vorsitzende ist beim DRK Kirchheim und ihr Vorsitzender bei der DLRG tätig. Man muss die Ehrenamtler einbinden. Man muss schauen: Wen haben wir? Welches Portfolio habt ihr? Was könnt ihr mir anbieten? Können wir mal zusammen üben? Dazu gehört auch die Überprüfung. Ich kann nicht einfach sagen: Ihr seid die Rettungsschwimmer, dann ist das schon gut.

Dann muss man ein Kataster entwickeln. Man muss Fachberater ausbilden, die man zurate ziehen kann, und zwar jetzt und nicht erst dann, wenn etwas passiert ist. Wir stehen bei so etwas gern zur Seite.

Bei den anerkannten Instituten, z. B. der Katastrophenschutzschule, werden schon ganz tolle Lehrgänge angeboten. Das muss man einfach sagen.

– 56 –

Es gibt das Landeskommmando Baden-Württemberg in Stuttgart. Die Bundeswehr hat ganz viele Reservisten, die geschult sind, um Städte, Gemeinden, Landkreise und auch Bundesländer zu unterstützen. Die haben das ganze Know-how und das Equipment. Die wissen beispielsweise, was sie alles von der Bundeswehr anfordern können. Man gibt demjenigen einen Tipp, dann schaut er da hinein, und alles wird gut.

Ich glaube, dass auch Sie in Baden-Württemberg schon ganz viel haben – natürlich nicht nur Baden-Württemberg, sondern die anderen 15 Länder genauso. Sie müssen das einfach nur nutzen und für den Ernstfall trainieren. Alle sind gut aufgestellt. Nehmen Sie einfach die Ressourcen wahr; nutzen Sie Ihre ehrenamtlichen Mitglieder. Dann steht dem Ganzen nichts mehr im Weg.

Danke.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Heuberg. – Ich hätte Ihnen jetzt noch viel länger zuhören können. Aber wir haben ja noch eine Frage-und-Antwort-Runde. Wir beginnen mit Frau Abg. Cataltepe von der Fraktion GRÜNE.

Abg. Ayla Cataltepe GRÜNE: Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Auch Ihnen ganz herzlichen Dank, Frau Schopp und Herr Heuberg, dass Sie heute da sind. Meinen herzlichen Dank auch für die Unterstützung Ihrer Organisationen.

An Frau Schopp habe ich einige Fragen. Uns interessieren die ausgearbeiteten Standards. Wie gelangen die ausgearbeiteten Standards, die Sie haben, an die Personen? Wo braucht es Unterstützung und strukturelle Maßnahmen, damit das Wissen und die Fähigkeiten an die entsprechenden Personen vermittelt werden?

Eine weitere Frage: Sie sprachen auch über die Bedeutung der Kommunikation und der Begrifflichkeit, die überaus wichtig ist, gerade in einer Katastrophe oder in einem Krisenfall: eine leichte und verständliche Sprache. Wie bewerten Sie die Kommunikation, z. B. über die aktuelle Klimakrise, die wir haben? Welche Empfehlungen würden Sie für diese und weitere Krisen konkret ableiten? Wo müssen wir als Land Baden-Württemberg besser werden und uns vielleicht noch stärker auch in den Strukturen vernetzen?

Jetzt möchte ich Ihre internationale Tätigkeit mit der Tätigkeit im Inland auch mit der Gesellschaft im Inland verbinden. Das ist eine Frage, die mir sehr wichtig ist. Wir haben bei der Erdbebenkatastrophe erlebt, Herr Heuberg, dass die Betroffenen im Ausland, in der Türkei und in Syrien, Angehörige hier im Inland haben und dass die Angehörigen ohnmächtig vor dieser Situation stehen. Viele wollten am liebsten in den Flieger und selbst vor Ort unterstützen und helfen. Diese Ohnmacht ist auch eine

– 57 –

Form von psychosozialer Krise, die unsere Gesellschaft erlebt, nämlich insofern, als sie dann nicht mehr arbeiten gehen oder nicht mehr am Alltag teilnehmen kann. Sie hat Gedanken, die sie nicht mehr handlungsfähig machen. Wie können wir die Angehörigen im Inland bei einem Katastrophenfall im Ausland bestmöglich unterstützen, damit sie dieses Ohnmachtsgefühl nicht haben bzw. in dieser Situation bestmöglich unterstützt werden können? Wohin müssen sie sich als Erstes wenden? Was kann der Staat, was kann die Gesellschaft, was kann die Verwaltung tun? Welche Institutionen müssen da als Erstes greifen?

Mir hat bei den Sprachen, die Sie zur Kommunikation benannt hatten, z. B. bei der Warn-App NINA, die Sprache Kurdisch gefehlt. Die ist insofern sehr wichtig: Wir haben in der Pandemie erlebt, dass diese Sprache auf der Homepage des Bundesgesundheitsministeriums gefehlt hat und dass Menschen mit kurdischer Sprache nicht wussten, wie sie sich in der Pandemie zu verhalten haben. Gibt es Überlegungen, auch diese Sprache aufzunehmen, auch im Hinblick auf viele geflüchtete Menschen aus dem Nordirak, die vorwiegend nur Kurdisch sprechen?

Auch an Herrn Heuberg habe ich einige Fragen. Wie können, wie müssen wir uns auf internationale Incoming Assistance vorbereiten? Ist eine Rahmenempfehlung, wie z. B. die in Niedersachsen, für uns hilfreich?

Mich würden sehr Ihre Erfahrungen bei Inlandseinsätzen interessieren, wie wir das konkret für unser Bundesland Baden-Württemberg einsetzen können.

Das Wichtigste, das wir bei den Referentenvorträgen immer wieder hören, ist die Kommunikation. Wir haben die Strukturen. Ich bin dankbar, dass wir so starke Organisationen haben, die sich massiv für ihre humanitäre Aufgabe einsetzen. Aber wie können wir es schaffen, dass Ihre Organisationen in der Gesellschaft sichtbarer werden, dass sie angerufen werden, Kontakte bekommen und insofern sofort in Handlungen gehen können?

Ich möchte noch eine Anmerkung machen. Sie haben gesagt, die internationalen Einsätze vor Ort erforderten diese und jene Strukturen. Ich glaube, Sie haben international schwierigere Einsätze, weil dabei auch die Staatsform eine große Rolle spielt, also die dortige Regierung, die im Katastrophenfall etwas verhindert, weil sie den internationalen Kräften leider Gottes kein Vertrauen schenkt. Ich denke jetzt nur an den Einsatz bei der Erdbebenkatastrophe, bei dem Sie stundenlang warten mussten, bis die Regierung in der Türkei die Genehmigung für eine Satellitenanlage für die Kommunikation erteilt hat. Haben wir die entsprechenden Strukturen bei solchen Schwierigkeiten? Ich meine jetzt nicht von der Staatsform her. Verstehen Sie mich nicht falsch. Wir haben eine Demokratie, die funktioniert, aber die müssen wir unterstützen. Uns ist wichtig zu wissen, ob Sie im Inland trotzdem Kommunikations-schwierigkeiten erwarten müssen, unabhängig von der Staatsform, und was wir da besser machen können.

– 58 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Ich darf noch einmal darauf hinweisen, die Fragen sehr präzise und möglichst mit einem Bezug zur Enquetekommission zu stellen. – Jetzt erhält Herr Abg. Dr. Miller von der CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich versuche, es recht kurz zu machen.

Frau Schopp, vielen Dank auch für die historische Einordnung. Für uns war es ganz wichtig, ab wann man sich in Deutschland darüber Gedanken gemacht hat.

PSNV ist oft auch die Nachsorge. Sie haben gesagt, es gebe auch präventive Ansätze. Vielleicht könnten Sie noch etwas dazu ausführen: Wie sehen Sie, gerade wenn wir über Resilienz sprechen, die präventiven Ansätze zur Verstärkung? Wie kann sich das in der Zukunft durch die sozialen Medien vielleicht entwickeln, oder wie hat sich das schon entwickelt? Die Einsatzkräfte haben ja immer mehr Herausforderungen, durch Filmen am Einsatzort usw., die auch psychisch belasten können. Wie geht man damit um? Was würden Sie uns da empfehlen, oder machen Sie das alles schon im BBK? Dann wäre das auch eine gute Antwort.

Sie haben auf einer Folie die Beteiligung vor und während der Krise gezeigt. Vielleicht könnten Sie noch ausführen, was genau Sie damit meinen. Ich denke, eine Beteiligung in einem Katastrophenszenario ist schwierig, je nachdem, wen man beteiligen muss.

Herr Heuberg, vielen Dank für den Vortrag. – Sie sind eine international sehr erfahrene Einsatzkraft. Vielleicht könnten Sie uns aus Ihrer Erfahrung sagen, wie das Ganze in anderen Ländern funktioniert. Was können Sie uns aus Ihren Erfahrungen aus anderen Ländern mitteilen, wo etwas im Katastrophenschutz besser läuft oder wo wir etwas überdenken müssen. Sie haben ja ein sehr positives Bild gezeichnet. Auch ich sehe das so. Ich glaube, wir haben sehr viele sehr motivierte und engagierte gute Leute und im Grunde genommen auch eine gute Ausstattung. Aber vielleicht gibt es doch noch etwas, was Ihnen in einem Land aufgefallen ist und Sie bisher bei uns noch nie gesehen haben, was aber für einen funktionierenden Katastrophenschutz hilfreich wäre.

Abg. Florian Wahl SPD: Auch von unserer Seite herzlichen Dank für die Impulse. – Ich habe zwei Fragen an Sie, Frau Schopp. Ich habe mit großem Interesse das Projekt MALUmat gesehen. Ich glaube, die Evaluation dazu steht noch aus, oder?

(Sv. Frau Schopp: Ist fertig!)

– Ist fertig; umso besser. Vielleicht könnten Sie noch darauf eingehen, was wir, die Enquetekommission, daraus lernen und aufnehmen könnten, gerade was die Verständlichkeit von Warnungen und die Frage angeht, wie Bürger am besten informiert

– 59 –

werden könnten. Das ist ja ein Projekt, das sich ganz explizit u. a. mit baden-württembergischen Rahmenbedingungen auseinandersetzt. Das wäre auf jeden Fall von Interesse.

Die andere Frage ist, inwiefern es aus Ihrer Sicht sinnvoll wäre, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeszentralstelle der PSNV schon frühzeitiger in die Lagezentren und Krisenstäbe zu involvieren, oder wie das stattfindet. Vielleicht könnten Sie dazu noch etwas sagen.

Herr Heuberg, meine Kollegin Dorothea Kliche-Behnke und ich konnten uns ziemlich genau heute vor einem Jahr über die Arbeit von I·S·A·R Germany an der polnisch-ukrainischen Grenze informieren und haben gesehen, welche hervorragende Arbeit von Ihnen geleistet worden ist. Wir haben dies dort besucht und auch ganz hautnah erlebt. Da Sie international tätig sind, möchte ich wissen: Gibt es Sachen, die auch für Ihre Organisation wichtig wären, die wir landesspezifisch tun könnten? Das ist für uns als Enquetekommission des Landes wichtig, die auch einen Bericht verfasst, der dann vor allem im Wirkungskreis des Landes ist. Sie haben ein paar Sachen global zu den Krisenstäben gesagt. Haben Sie Baden-Württemberg-Spezifika beobachtet, die wir – anschließend an das, was der Kollege Dr. Miller gesagt hat – im Vergleich zu anderen Bundesländern eventuell hinbekommen sollten?

Danke schön.

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Vielen Dank, Frau Schopp und Herr Heuberg, für die Ausführungen und die Erfahrungsberichte. – Es ist schon angeklungen: Eine Krise tritt ein. Wie reagieren wir, und was tun wir da? Ich habe mich ein bisschen in den Vortrag von Herrn El-Kordi – Sie waren da ja schon hier – zurückgesetzt gefühlt. Er hat auch davon gesprochen, dass die Reaktion auf Krisen entscheidend ist und dass man sich darauf vorbereiten muss, und zwar in dem Dreiklang Stressresistenz, Regenerationsfähigkeit und Rekonfiguration. Vielleicht könnten Sie versuchen, das in diesen Kontext einzuordnen, und uns sagen, in welchem Bereich Sie das größte Potenzial sehen und wie wir das dann auch erreichen können.

Meine zweite Frage geht in eine ähnliche Richtung, wie es der Kollege Miller schon gefragt hat: Wo haben wir Best-Practice-Beispiele im Ausland? Ich möchte das gern auf Sie beide erweitern; denn auch Sie, Frau Schopp, haben Erfahrungen, was Einsätze im Ausland bzw. Angehörige angeht, und wissen, wie man mit den Erfahrungen umgeht. Welche Möglichkeiten haben wir, vom Ausland zu lernen, was dort sehr gut funktioniert?

Bei der Eröffnung des Handlungsfelds „Staat und Verwaltung“ hatten wir auch den Innenminister hier. Er hat gesagt: Üben, üben, üben. – Das ist heute schon zwei Mal gefallen. Dem kommt eine große Bedeutung zu. Das sehe auch ich absolut so. Vielleicht könnten Sie da noch ein bisschen konkreter werden: Heißt „Üben, üben, üben“ Üben in der Gruppe oder auch ganz aktives und bewusstes Üben mit der Bevölke-

– 60 –

rung, mit Bevölkerungsgruppen, um das entsprechende Wissen in die Fläche zu bringen?

Beispiel Schule: Wir hatten nach verschiedenen Amokläufen in den USA einmal die Tendenz – ich weiß nicht, ob das aktuell noch immer umgesetzt wird –, Amokübungen in den Schulen zu machen. Ich glaube, das hat man irgendwann nur noch mit Lehrkräften gemacht, damit die wissen, wie sie reagieren müssen. Da ist die Frage: Schaffen wir damit mehr Ängste, oder müssen wir tatsächlich auch Extremsituationen üben, die überhaupt nicht im Erfahrungsschatz der Jugendlichen in den Schulen liegen?

Thema KI: Inwieweit können wir es schaffen, uns KI zunutze zu machen im Sinne von Lernen aus Krisenerfahrungen? Wir haben auch den Ansatz: Wir wollen Krise nicht nur auswendig lernen und dann, wenn die gleiche Krise wiederkommt, die gleichen Abläufe nachempfinden, sondern die nächste Krise wird ja eine andere Krise sein. Kann KI helfen, Abläufe in neue Rahmenbedingungen zu übersetzen? Vielleicht könnten Sie dazu etwas sagen.

Herr Heuberg, Sie sind auch von Infrastruktur vor Ort abhängig. Sie bringen Ihre eigene Infrastruktur mit; denn Sie wissen ja nicht, was vorhanden ist. Wir haben im Ahrtal auch gesehen, dass die Kommunikation schwierig war – Funk, Telefon. Inwieweit spielt das in den Überlegungen eine Rolle, bzw. wie lösen wir dieses Problem in Zukunft, auch was Einsatzfahrzeuge angeht? Das soll jetzt gar nicht platt sein: Können wir solche Krisen mit Elektromobilität bewältigen, oder ist da doch ein anderer Antrieb nötig? Ich meine das wirklich ernst. Das ist jetzt keine Diskussion, weil ich als Liberaler – – Diese Diskussion kennen wir. Die wird auch an anderer Stelle geführt. Es ist mir schon wichtig, darauf hinzuweisen. Wenn Sie dazu eine Aussage treffen könnten, fände ich das gut.

Wenn wir schon beim Ahrtal sind: Wir haben mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Rheinland-Pfalz gesprochen. Auch dort gibt es eine Enquetekommission. Die haben ganz speziell das Thema Zuständigkeiten angesprochen. Auch das ist vorher schon gefallen: Der Katastrophenfall wird ausgerufen, und dann gibt es Zuständigkeiten. Im Ahrtal gab es das Problem, dass die Zuständigkeiten nicht geklärt waren. Der Bürgermeister hätte entscheiden müssen, hat es aber nicht gedurft, weil aufgrund der Lage zu diesem Zeitpunkt das Landratsamt entscheiden musste. Wie sehen Sie diese Problematik? Wir haben ja ganz speziell auch das Thema Naturkatastrophen.

Abg. Carola Wolle AfD: Frau Schopp, Herr Heuberg, das waren sehr spannende Vorträge. – Zunächst möchte ich eine Frage an Frau Schopp stellen. Sie haben davon gesprochen, dass wir die Kompetenzen bei den Bürgern ausbilden müssen. Welche meinen Sie damit konkret, und wie wäre dies möglich?

Dann haben Sie davon gesprochen, die Vorbereitung führe nachweislich dazu, dass eine belastende Situation besser verarbeitet werde und die Leute nicht erkrankten.

– 61 –

So habe zumindest ich das interpretiert. Das betrifft die Feuerwehr, das Deutsche Rote Kreuz usw. usf. Wie findet das statt? Wohin kann man sich wenden, damit sich auch die Leute vor Ort vorbereiten können? Kann man da Kurse belegen? Das muss sinnvollerweise in die Breite gebracht werden; denn es kann ja überall mal eine Katastrophe kommen.

Des Weiteren haben Sie davon gesprochen, dass sich die Aufgabe der Opferschutzbeauftragten und Ihre Aufgabe im Grunde genommen überschneiden und dass es da keine Abstimmungen gibt. Was können wir tun, damit es an der Stelle eine Abgrenzung und keine Überschneidung von Kompetenzen gibt, wenn das tatsächlich so ist? Ich gehe davon aus, dass das so ist. Es ist ziemlich schlecht, wenn zwei Organisationen im Grunde genommen die gleiche Aufgabe haben. Letztlich geht es darum, wer verantwortlich ist.

Herr Heuberg, Sie haben sehr viele Auslandseinsätze durchgeführt und haben gesagt, Sie wenden sich dahin und dorthin. Eine ganz einfache Frage: Wie kann man Ihre Erfahrungen am einfachsten in eine Krise im Inland übersetzen – sprich: sogar nach Baden-Württemberg?

Sie haben davon gesprochen, dass wir Krisenstäbe haben und Leute dafür ausbilden müssen: Welche Tiefe, welche Ausrichtung, und wie viele?

Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Dann geben wir das Wort wieder unseren Sachverständigen. Frau Schopp, probieren Sie bitte, Ihre Antworten jetzt nach Möglichkeit in sieben Minuten zu geben. Dann könnte es nämlich noch eine zweite Runde geben. Das soll jetzt kein Druck auf Sie sein. Aber sieben Minuten wären schon optimal.

Sv. Frau Schopp: Okay, ich gebe alles. – Da ich kaum clustern kann, gehe ich von oben nach unten.

Die erste Frage war: Wie können wir die Mindeststandards und Leitlinien vermitteln? Sie sind allgemein bekannt und auch in die Ausbildung implementiert. Jede Art von Ausbildung, die in der PSNV in Deutschland stattfindet, gründet sich auf diese Standards. Das Problem ist gar nicht so sehr, dass sie nicht bekannt sind, sondern dass sie dann in einer Krise teilweise nicht umgesetzt oder dass in den einzelnen Ländern dann doch Sonderwege gegangen werden. Das fängt bei so banalen Sachen wie Westen an, die da lilafarben sind und dort eine andere Farbe haben. Wenn wir große Lagen wie im Ahrtal haben und wir Unterstützungseinheiten bekommen, z. B. aus Hamburg, dann laufen alle mit unterschiedlich farbigen Westen über das Einsatzgebiet. Das ist ein sehr greifbares, banales Beispiel. Aber so muss man sich das vorstellen. Das ist nicht günstig.

– 62 –

Oder es gibt die Empfehlung, die PSNV-Strukturen müssen in die Strukturen der Gefahrenabwehr eingebunden sein. Es darf eigentlich keine Parallelstrukturen geben. Auch das ist in Chaosphasen oder in großen Lagen teilweise schwer umsetzbar oder wird dann von den jeweiligen Krisenstäben, die nicht entsprechend beübt wurden, gar nicht berücksichtigt, sodass wir Kommunikationsprobleme haben.

Das sind zwei greifbare Beispiele, die zeigen: Die Standards sind bekannt, die Umsetzung ist schwierig. Das haben wir in vielen Teilen der Gefahrenabwehr. Wir wissen eigentlich, was wir tun müssten, aber tun dann doch etwas anderes.

Kommunikation/Klimakrise: Die Klimakrise ist eine sehr spezielle Form der Krise, die wir in der Gefahrenabwehr nur über extreme Dürre abfeiern, wenn ich das mal so sagen darf. Das ist eine Lage, die sich über einen sehr langen Zeitraum entwickelt hat und jetzt greifbarer wird, aber über einen sehr langen Zeitraum hinweg gar nicht verstanden wurde oder von den Menschen noch immer nicht verstanden wird. Das ist eine ganz spezielle Sache, die sich von dem unterscheidet, womit wir es in der Gefahrenabwehr in erster Linie zu tun haben, weil wir ja von plötzlichen Ereignissen ausgehen. Wie kommunizieren wir, wenn plötzlich etwas passiert?

Deswegen kann ich Ihnen dazu leider nicht wahnsinnig viel Unterstützendes mitteilen, außer dass wir uns selbst die ganze Zeit Gedanken darüber machen. Im Moment reduzieren wir uns darauf, wie wir kommunizieren müssten, wenn wir tatsächlich Perioden extremer Dürre hätten.

Dann gab es die Frage nach der Unterstützung von Angehörigen im Inland bei Lagen im Ausland, speziell in der Türkei. Die Koordinierungsstelle ist neu definiert. Wir sind natürlich auch für die Angehörigen im Inland zuständig. Wir sind vor dem Hintergrund des Erdbebens von Angehörigen, die sich natürlich wahnsinnige Sorgen machen, kontaktiert worden und werden noch kontaktiert. Das Schlimme ist die Hilfslosigkeit. Die Selbstwirksamkeit und die Vorstellung von Kontrolle sind ganz wichtige Aspekte, um mit der Situation umzugehen. Wir arbeiten sehr eng mit dem Auswärtigen Amt zusammen. Die Frage, die hier in erster Linie immer gestellt wurde, ist: Wie bekomme ich meine Angehörigen jetzt nach Deutschland? Was ist mit den Visa? Wie ist das mit den Einreisebestimmungen?

Hierbei konnten wir schon unterstützen, erst einmal dadurch, dass wir in dieser Situation auch Kriseninterventionsteams vermittelt haben, aber auch dadurch, dass wir die Menschen ins Tun bringen konnten, indem wir sie mit dem Auswärtigen Amt vernetzt und geklärt haben: Was kannst du gerade machen, und wie sind jetzt die Abläufe? Wir haben auch dahin gehend beraten: Fahrt jetzt besser nicht in das Krisengebiet.

Es gehört mit zu unserer Arbeit, dass wir schauen: Was können die Menschen jetzt tun? Was können wir ihnen an die Hand geben, was sie jetzt machen können? Brauchen sie gerade noch eine andere Form von Unterstützung?

– 63 –

Kurdisch: Wenn es nach uns ginge, hätten wir alle Sprachen da drin. Die Sprachen, die wir im Moment aufgenommen haben – das sind sieben –, sind Englisch, Französisch, Spanisch, Arabisch, Russisch und Polnisch. Dann haben wir noch die Notfalltipps in leichter Sprache. Die haben wir ermittelt aus der Anzahl der Menschen in Deutschland, die diese Sprachen als Muttersprache sprechen bzw. die sie möglicherweise als zweite Amtssprache in ihren Herkunftsländern verstehen können. Das ist eine Suche nach Quantitäten. Wir möchten perspektivisch mehr Sprachen aufnehmen. Das ist einfach eine Ressourcenfrage. Aber natürlich wollen wir das tun.

Psychische Belastungen durch Filmen und Social Media: Das ist eine ganz komplexe Sache. Wir haben eigene Symposien dazu veranstaltet. Aber das würde jetzt ein bisschen den Rahmen sprengen. Wir nennen das „zuschauendes Verhalten“, das eine ganz große Stressbelastung bei Einsatzkräften auslösen kann. Wir versuchen, die Gründe zu erklären, warum es eigentlich dazu kommt. Wir versuchen, in Bezug auf die Spaltung in der Gesellschaft, die dadurch entsteht, dass Rettungskräfte das Gefühl haben: „Ich versuche, hier zu retten, und alle anderen um mich herum wertschätzen meine Arbeit nicht, sondern posten mich zur Belustigung auf Social Media“ – jetzt einmal unabhängig von allen anderen Möglichkeiten, die es da noch gibt und die auch auf kommunaler Ebene gezogen werden –, auch alternative Interpretationsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Wie gesagt: Das ist ein riesiges Thema, über das man stundenlang sprechen könnte.

Beteiligung vor und während Krisen, MALUmat: Die Frage war: Wie kann man Beteiligung vor Krisen herstellen? Das ist im Bevölkerungsschutz gar nicht so leicht, weil es nur begrenzte Beteiligungsmöglichkeiten gibt. Das heißt, entscheiden kann die befragte Bevölkerung in der Regel nicht. Sie kann beratend auftreten, wie wir es bei dem Projekt MALUmat mit der türkischen Community gemacht haben: Wie kann ich noch besser erreicht werden, und wie können wir den Dialog anstoßen? Das ist natürlich nicht einfach, sondern aufwendig. Aber das kann man vorbereitend eher machen als während Krisen.

Während Krisen habe ich jetzt zwei Dinge im Kopf. Was man auch als Beteiligung in der Gefahrenabwehr interpretieren kann, sind Spontanhelfende. Dafür haben wir noch immer keine funktionierenden Konzepte. Wenn das nicht funktioniert, sind die politischen Kosten sehr hoch. Das haben wir auch im Ahrtal gesehen. Es gibt jetzt eine offene Arbeitsgruppe zwischen Bund und Ländern, die hierfür Rahmenempfehlungen zur Verfügung stellen soll. Das ist ein ganz großes Thema; denn wir werden in Zukunft keine großen Lagen ohne Spontanhelfende bewältigen können. Hier muss die Zusammenarbeit deutlich besser werden. Die Vorbehalte sind auf beiden Seiten sehr groß.

Sie schauen schon. Die Zeit tickt.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ja, die tickt die ganze Zeit. Wenn Sie es vielleicht in zwei bis drei Minuten hinbekämen.

– 64 –

Sv. Frau Schopp: Ich suche mir jetzt die Fragen aus, die ich beantworte. Ich sage nichts zur Elektromobilität. Dann kann ich diese Frage schon mal streichen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Die Trauer ist groß bei Herrn Abg. Reith.

(Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Das macht dann Herr Heuberg!)

– Okay. Wunderbar.

Sv. Frau Schopp: In der Pandemie hatten wir Erhebungen, die sagten, 40 % der Bevölkerung hätten gern bei der Gestaltung der Hygienemaßnahmen unterstützt und mitgeholfen. Diese Option ist nie wirklich gezogen worden. Das wäre möglicherweise eine Option gewesen, um auch die Akzeptanz der staatlichen Maßnahmen zu erhöhen. Das ist etwas, was man vielleicht bei der nächsten längeren Lage in Betracht ziehen könnte.

Zu MALUmat werden wir jetzt die Auswertungen veröffentlichen. Die kann man dann von der BBK-Webseite herunterladen.

Wie gesagt: Menschen mit Migrationshintergrund sind keine homogene Gruppe. Was wir zu Menschen der türkischen Community sagen können – das hatten wir auch schon angenommen –, ist, dass die Vorbehalte gegen staatliche Institutionen sehr hoch sind, weil man in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen gemacht hat, dass aber die Bereitschaft zur Kooperation gleichzeitig sehr hoch ist. Hier braucht es einen kontinuierlichen Dialog, den man nicht nur beginnen darf, wenn es gerade notwendig ist. Vielmehr braucht man den über einen längeren Zeitraum hinweg und ständig, auch in anderer Hinsicht. Ich glaube, dann wird sich diese Situation tatsächlich verbessern.

Man muss einfach sehen, dass Menschen unterschiedlicher Gruppen unterschiedliche Kommunikationskanäle haben. In Mannheim gibt es „Radio Metropol FM“. Das ist türkischsprachig. Das müssen wir stärker in die Kommunikation mit einbeziehen.

PSNV-Landeszentralstellen in Krisenstäben: Ja, auf jeden Fall. Ich glaube, das ist in der Vergangenheit als Fachberatung teilweise schon passiert. Ich habe jetzt kein konkretes Beispiel im Kopf. Aber als Fachberatung empfehlen wir sowieso, immer eine PSNV-Expertin bzw. einen -Experten mit in die Krisenstäbe hineinzuholen.

Jetzt komme ich zu der letzten Frage, zu der Abgrenzung von Opferschutz und PSNV. Da muss man einfach sprechen. Das haben wir auch schon angestoßen. Auf Bundesebene sind wir uns schon darüber einig, dass wir Formate entwickeln werden, um gemeinsame Positionspapiere formulieren zu können. Da muss es eine größere Nähe und einen Austausch geben. Ich bin ganz optimistisch, dass das in Zukunft klappen wird.

– 65 –

Ich glaube, jetzt ist meine Zeit um.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vorerst ist die Zeit um. – Jetzt kommen wir zu Herrn Heuberg.

Sv. Herr Heuberg: Erst mal zu der Frage, wie wir helfen können. Viele Leute möchten immer gern helfen, was Auslandssachen angeht – das hat man jetzt in der Türkei gesehen –, auch bei großen Katastrophen, egal, ob im Inland oder im Ausland.

Es gibt einen ganz schlaun Spruch, der leider nicht von mir ist: „Hilfe für einen verhindert Hilfe für viele.“ Das muss man sich wirklich mal auf der Zunge zergehen lassen. Man versucht, seiner Familie in der Türkei zu helfen, und blockiert damit die Vereinten Nationen, die versuchen, regelgerecht Sachen hineinzubringen. Vor der türkischen Grenze gab es einen 20 km langen Lkw-Stau, weil private Organisationen, die nicht koordiniert Sachen und Lkws viel schneller gepackt haben, schon einen 10 km langen Stau verursacht haben. Dahinter waren die UN-Transporter, die nicht durchkamen.

Man muss sich darüber im Klaren sein, wenn man Hilfe leisten will: Man muss nicht tatenlos dastehen, sondern man kann die Organisationen, die vor Ort sind, unterstützen, und das am besten mit Geld oder hier vor Ort. Sinnlose Aktionen helfen uns überhaupt nicht weiter. So schlimm das ist. Da muss man sich viel besser vorbereiten. Solche Hilfen sind letztendlich keine Hilfen.

Gebrauchte Taschentücher braucht da auch keiner, sage ich mal. Es werden bestimmte Güter gebraucht. Die werden aber von der Regierung vorgeschrieben. In die Türkei darf man nur neue Sachen einführen, keine gebrauchten Pullover oder Ähnliches. Das ist deren Vorgabe, und das muss man respektieren. Aber dann stehen dort riesige Lkws, die gebrauchte Sachen geladen haben. Die dürfen nicht hinein. Wenn man damit nicht bewandert ist, sind die meisten, die gern schnell helfen möchten, mit der Situation überfordert. Die helfen damit aber nicht schnell.

Wie kann man die Sachen, die wir im Ausland machen, konkret im Inland einsetzen? Wir haben Einsatzstrategien für das Ausland entwickelt, die wir nahtlos übernehmen können. Dazu gehört unser Erfolgsrezept, sage ich mal, von I·S·A·R und BRH. Das sind flache Strukturen und schnelle autarke Einheiten. In der Bundesrepublik Deutschland ist alles geregelt, mit DIN-Normen und was es noch alles gibt. Dazu gehört auch unser preußisches Beamtenrecht, das uns oftmals hilft, aber uns da im Weg steht.

Da muss die Politik eingreifen und sagen: Wir müssen ein Szenario entwickeln. Wenn eine Katastrophe wie im Ahrtal in Baden-Württemberg passiert, müssen wir parat stehen, können nicht jedem den Schwarzen Peter zuschieben und einen Ausschuss gründen, der nachher fragt und herausfindet, wer das verursacht hat. Das ist

– 66 –

zu spät. Die Katastrophe im Ahrtal hat uns gezeigt, dass die zögerliche Haltung von Teilen in NRW und in Rheinland-Pfalz falsch war und dass nicht so kooperiert worden ist, wie man es eigentlich hätte machen können und müssen.

Ich kann nur immer wieder betonen – das wurde jetzt mehrmals gesagt –: Die Kommunikation ist nicht nur im Einsatzfall, sondern auch innerhalb Deutschlands unter den einzelnen Bundesländern wichtig. Die Bundesländer sind da zwar autark. Aber man muss sich miteinander vernetzen und erst mal schauen: Was haben wir überhaupt? Wir haben die große Bundesanstalt Technisches Hilfswerk. Diese ist in ganz Deutschland vertreten. Wir haben die Bundeswehr. Wir haben als kleinere Einsatzorganisation I·S·A·R Germany und den BRH. Warum nutzen wir das nicht?

Uns schicken sie ins Ausland. Alle finden uns toll. Aber im Inland möchte uns keiner, habe ich das Gefühl. Mittlerweile werden wir auch in NRW, weil wir dort ansässig sind, eingesetzt, meist von der Polizei bei der Vermisstensuche mit Rettungshunden oder mit unserer Drohne. Sie können uns anrufen. Dann kommen wir auch nach Baden-Württemberg. Das ist nicht das Problem.

Das Land Baden-Württemberg kann uns insofern helfen, als Sie uns einfach sichtbarer machen. Wir sind jetzt das erste Mal sichtbar geworden, obwohl es uns schon seit 20 Jahren gibt. In der „Aktion Deutschland Hilft“ sind die zehn oder zwölf größten Organisationen vertreten. Da I·S·A·R Germany nicht zu den größten Organisationen gehört, sind wir da auch nicht drin. Wir profitieren davon nur mittelbar.

Andere Länder machen das anders. Die haben nicht das THW als Bundesanstalt, sondern die setzen viel mehr auf den internationalen oder ihren Katastrophenschutz. Kleine Länder wie Holland und Belgien machen uns das vor. Die kommen immer mit 100 Mann an. Die haben alles.

Das kleine Land Luxemburg ist international führend, was die Kommunikation angeht. Die haben ein eigenes Flugzeug, das voll mit Kommunikation ist. Wenn wir in die Türkei, nach Syrien oder nach Haiti in ein Erdbebengebiet fliegen, dann fliegen die mit und machen für alle die Kommunikation. Wieso sollen die nicht auch nach Stuttgart kommen, wenn hier etwas passiert? Man muss das nur wissen und kann das dann nutzen.

Die Bundesrepublik hat 16 Bundesländer. Wir sind vereinigt. Es gibt die EU. Alle wollen auf EU-Ebene irgendetwas machen. Wir können alles Mögliche regeln und müssen in einer Katastrophe untereinander schnell helfen.

Zu den Krisenstäben kann ich nur sagen: Man muss die Szenarien üben. Man kann das nicht pauschal sagen, weil das nächste Szenario wieder anders ist. Sicherlich kann man jetzt Tausend Mal die Situation im Ahrtal üben, aber diese wird es so nicht mehr geben.

– 67 –

Es geht gar nicht um das Szenario selbst. Man kann alles einspielen. Die Fachleute spielen ein, was man möchte, und können das dann auch potenzieren. Wenn sie merken, wie gut alle sind, dann wird noch ein Level hochgefahren; denn man soll an die Grenzen kommen, und man soll sicher sein. Üben vertreibt Ängste und gibt Sicherheit.

Das Wichtige ist, dass man weiß: Wir haben jetzt hier ein Problem, wie es andere auch schon mal hatten, oder ein ähnliches Problem. Aber wir müssen davor keine Angst haben. Denn wir sind gut aufgestellt. Wir haben gute Leute. Wir haben unsere Infrastruktur. Wir wissen endlich mal, was wir haben, und können dann auch handeln. Wenn wir schon wissen, dass wir etwas nicht haben, warum holen wir uns dann nicht frühzeitig Hilfe?

Bei der Feuerwehr gibt es einen Spruch, der lautet – auf Neudeutsch –: „Think big“ – immer groß denken. Das heißt, wenn Menschen aufgrund eines Wohnungsbrands im ersten Obergeschoss in Gefahr sind, dann schicke ich nicht einen Löschzug hin, sondern ich schicke unter Umständen zwei Löschzüge hin und nicht nur zwei Rettungswagen, sondern drei. Abziehen kann ich immer noch. Aber wenn er nachher gefordert wird, ich ihn erst mal holen muss und er 16 Minuten braucht, dann ist das verdammt ärgerlich, vor allem für die Leute in dem Gebäude. Bei solchen Sachen müssen wir noch viel besser werden.

Wir dürfen uns nicht immer Angst machen und sagen: „Vielleicht ist das doch nicht so schlimm“, und dürfen uns nicht einfach wegducken. Dann sind wir hier falsch. Der Katastrophenschutz muss in ganz Deutschland aktiv bearbeitet und beackert werden. Dabei müssen auch Sie alle mitmachen. Die Angebote stehen. Frau Schopp hat es gesagt: Das BBK ist der Ansprechpartner für alles. In Bonn ist direkt daneben das THW. Sie können überall Hilfe bekommen. Sie müssen sie nur anfordern.

Kommunikation und E-Mobilität: Wir haben Generatoren dabei, wenn wir ins Ausland fahren. Die nutzen wir natürlich auch im Inland. Aber die laufen mit Sprit. Es nutzt uns nichts, wenn wir die irgendwo aufladen müssen. Die Infrastruktur in der Türkei war völlig zerstört, auch Kabel. Nur die Sonne war da; aber es war Winter. Insofern nutzt uns das wenig.

Sie müssen nur einmal schauen, wie groß unser Lager da war und wie viel Strom wir brauchen, um uns selbst zu versorgen. Wir haben eine eigene Küche, eine eigene Toilettenanlage und ein Waste-Management. Wir bringen alles mit. Wir können nicht einfach sagen: „Liebe Türkei, wir sind die Retter aus Deutschland. Wo können wir schlafen? Wo können wir zur Toilette gehen? Wo gibt es Wasser? Wo bekommen wir etwas zu essen?“ Die haben alle nichts. Und dann kommen Schlaue und sagen: „Dann gehen wir doch zur Feuerwehr.“ Die ist auch kaputt. Die existiert auch nicht mehr. Man muss alles mitbringen.

– 68 –

Auf Deutschland übersetzt heißt das: Die Infrastruktur ist supergut. Wir können die Kommunikation immer aufrechterhalten, weil wir geostationäre Satelliten haben. Wenn Sie alle telefonieren, die Oma oder die Mama anrufen, und sagen: „Hier ist etwas ganz Schlimmes passiert“, dann wird das ganze Netz zusammenbrechen. Aber unsere Netze und auch die Netze der Feuerwehr brechen nicht zusammen, weil wir uns geostationärer Satelliten bedienen, an die Sie gar nicht herankommen. Die Presse beispielsweise kommt ran, um irgendwelche Kommunikation zu betreiben. Dadurch können wir für die Erste Hilfe weiterhin kommunizieren.

Das Problem, das wir haben, ist: Wir haben 170 Leute, die wir ständig in Ausbildung halten müssen. Wir fahren zum Training nach Mosbach. Das kostet uns jedes Mal 5 000 bis 6 000 €, die wir selbst tragen. Die Leute müssen sich dafür freinehmen. Die Leute, die beispielsweise aus Konstanz, vom Bodensee, aus anreisen, haben mit Mosbach noch Glück. Wenn die an den Niederrhein, nach Weeze, zu unserem Lager fahren, wo am 16. April wieder trainiert wird, dann müssen die schon am Donnerstag losfahren. Die nehmen für das Einsatzgeschehen einen Tag Urlaub, fahren mit ihrem Privatwagen nach Köln-Bonn und nehmen dann noch zehn Tage Urlaub. Vielleicht kann da die Politik für Hilfe sorgen. Es gibt sehr tolle Arbeitgeber, die die Leute freistellen. In manchen Kommunen gibt es dafür auch Sonderurlaub.

Ich finde, das Mindeste, um das Ehrenamt zu stärken, ist, zu sagen: Ihr macht eine so tolle Arbeit, egal, wie ihr aufgestellt seid. Wenn ihr ins Ausland fahrt und dafür Unterstützung braucht, dann bekommt ihr die von uns, nämlich in Form von Sonderurlaub.

Was kann man noch tun? – Die zehn Minuten sind vorbei, oder?

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich höre Ihnen gern zu. Deswegen habe ich jetzt nichts gesagt.

Sv. Herr Heuberg: Ich kann bis heute Abend erzählen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Alles gut. Die Zeit in der ersten Runde ist sowieso schon vorbei.

Dr. Christoph Müller, externes Mitglied: Ich höre Ihnen sehr gern zu. Ich finde Ihren Akzent einfach herzerwärmend.

(Heiterkeit)

Sv. Herr Heuberg: Das sagen viele.

– 69 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Wenn Sie jetzt erst mal nichts mehr haben, können Sie noch überlegen; denn wir haben jetzt noch zwei Fragende. – Dann gebe ich an Herrn Krüger ab.

Marco Krüger, externes Mitglied: Erst einmal vielen Dank an beide Referenten. – Ich habe drei kurze Fragen an Frau Schopp.

Die erste Frage ist: Frau Schopp, Sie konnten in den ganzen PSNV-Operationen in der letzten Zeit sicherlich viele Gespräche mit Betroffenen und Opfern führen. Da ist die Frage: Konnten Sie als BBK aus diesen ganzen Gesprächen schon ein paar Rückschlüsse ziehen, was für zukünftige Einsätze, für die Krisenprävention und vor allem für die Katastrophenprävention besser gemacht werden könnte?

Die zweite Frage bezieht sich auf die PSNV und die Kapazitäten. Wir erleben in fast allen Einsätzen eine unheimlich große Hilfsbereitschaft und ein sehr großes Aufkommen von Spontanhelfenden. Kann die PSNV es leisten, auch hier zu betreuen, und wie ist das Verhältnis zwischen den nicht professionellen Helferinnen und Helfern sowie den PSNV-Kapazitäten? Denn auch die laufen ja durchaus Gefahr, Traumatisches zu erleben.

Die dritte Frage bezieht sich auf die Risikokommunikation, die Sie ganz kurz gestreift haben. Sie haben sehr richtig gesagt: Es gibt nicht die Bevölkerung, sondern die Bevölkerung ist divers in Potenzial und Bedarf. Wie kann man, vielleicht ganz holzschnittartig, Risikokommunikation daran ausrichten? Denn es kann ja wahrscheinlich nicht die Risikokommunikation geben, wenn es nicht die Bevölkerung gibt. Gibt es dazu Überlegungen seitens des BBK?

Vielen herzlichen Dank.

Thomas Albiez, externes Mitglied: Herr Heuberg, was ich beeindruckend finde, ist, wie bei Ihnen Professionalisierung bei der Ausführung Ihrer Tätigkeit und Ehrenamt zusammenkommen. Die Fragestellung „Professionalisierung des Ehrenamts“ wird immer mal wieder diskutiert. Aber das ist nicht Teil meiner Frage.

Drei Fragen: Wie sieht bei Ihnen die Absicherung für Ihre Leute aus? Wie sieht bei Ihnen die Anerkennung aus, die Sie von außen für Ihr Ehrenamt erfahren? Wie sieht bei Ihnen die Nachwuchssituation aus?

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Dann gebe ich Ihnen noch einmal jeweils für drei bis vier Minuten das Wort. Das bekommen Sie sicherlich hin. – Frau Schopp, bitte sehr.

Sv. Frau Schopp: Die erste Frage betraf die Rückschlüsse in Bezug auf die Koordinierungsstelle NOAH und die Fragestellung, was wir besser machen können. Wir

– 70 –

haben die Bedarfe für einige herausragende Ereignisse evaluiert. Das Problem, das wir auch in der Zusammenarbeit mit den Opferschutzstellen festgestellt haben, ist – das ist aber in solchen Stresssituationen völlig normal –, dass die Betroffenen häufig nicht wissen: Warum ist jetzt diese Stelle zuständig, und wen muss ich da jetzt ansprechen? Dieses Problem können wir nicht lösen, weil es so heterogen ist, wie es ist, weil ressortübergreifend gehandelt werden muss.

Was wir versuchen, den Betroffenen so leicht wie möglich zu machen, ist, dass wir Informationen z. B. auch vom Bundesamt für Justiz oder vom BMAS sammeln, die auch Härtefallregelungen gemäß des Opferentschädigungsgesetzes usw. verwalten. Wir machen natürlich keine Rechtsberatung; das ist ganz klar. Das dürfen und können wir auch nicht. Aber wir können hierdurch eine stärkere Lotsenfunktion zur Verfügung stellen. Das ist eine ständige Herausforderung, die wir versuchen dadurch zu meistern, indem wir uns über das Jahr hinweg immer wieder mit allen Kooperationspartnern treffen und Absprachen formulieren, die hier relevant sind.

Beispielsweise identifiziert das BKA mit seiner Identifizierungskommission Tote nach Standards. Wir beraten und erklären, warum jetzt jemand kommt und sich Haare aus dem Kamm des Ehemanns holt. Das sind Situationen, die extrem stressbelastet sind. Auch hier versuchen wir zu informieren und die Informationen so sicher und klar wie möglich zu geben, um nicht noch eine zusätzliche Belastung darzustellen.

Das ist das, was wir versuchen, immer wieder weiterzuentwickeln und besser zu machen, wiewohl wir das eigentliche Problem nicht lösen können.

PSNV-Kapazitäten zu Spontanhelfenden: Wir haben im Ahrtal festgestellt, dass die Bereitschaft der PSNV-Einsatzkräfte aus ganz Deutschland so hoch war, hier zu unterstützen und in das Einsatzgebiet zu kommen, dass wir eigentlich keine Kapazitätsprobleme hatten. Vielmehr hatten wir eher Koordinationsprobleme. Das Problem bei den Spontanhelfenden ist beispielsweise, dass man sie nicht zu greifen bekommt. Die Einsatzkräfte hingegen hat man ja. Die sind in ihren Einheiten vor Ort.

Spontanhelfende hatten wir im Ahrtal, aber auch aufgrund des Kriegs in der Ukraine, und zwar wegen der Geflüchteten, die beispielsweise in Berlin am Hauptbahnhof ankamen. Dort haben ganz viele Helfende die Geflüchteten in Empfang genommen. Die Helfenden sind dann alle nach Hause gegangen, haben sich auf das Sofa gesetzt und die Bilder nicht mehr aus dem Kopf bekommen. Diese Helfenden bekommen wir nicht mehr, weil sie sich auch nicht registrieren. Ich halte es auch für einen Irrwitz zu glauben, dass sich Spontanhelfende regelhaft registrieren. Das wird nicht stattfinden. Wir müssen Konzepte entwickeln, wie wir sie für die PSNV greifbar machen können, um Unterstützung anbieten zu können. Das passiert gerade. Da sind wir auch im Austausch. Auch das fördern wir.

In Sachen Risikokommunikation ist die Fragestellung immer und immer wieder: Wie können wir die Leute adressieren? Wie können wir erfahren, welche Informationen

– 71 –

sie gerade brauchen? Wir haben jetzt sehr verstärkt angefangen, auch mit Influenzern zu arbeiten.

Wir haben auf Bundesebene eine relativ hohe Grenze der öffentlichen Wahrnehmung. Wir werden mit unseren Informationen einfach nicht so gut wahrgenommen, wie wir es gern hätten. Deswegen müssen wir verstärkt mit Multiplikatoren arbeiten. Der Kollege vom RKI wird mich darin vielleicht bestätigen. Sie haben auch eine ganz gute Social-Media-Arbeit mit einem neuen Twitterkanal gemacht. Wir müssen einfach unterschiedliche Kanäle bespielen. Die Botschaft muss gleichbleiben. Aber die Art und Weise der Adressierung muss sich ändern.

Ich glaube nach wie vor daran, dass Face-to-Face-Kommunikation immer noch wichtig ist, obwohl man mit Social Media viel machen kann. Es ist einfach wahnsinnig effektiv, wenn bei jungen Frauen die Frauenärztin, der man vertraut, vor einem sitzt und sagt: „Nein, du wirst nicht unfruchtbar, wenn du dich impfen lässt.“

Wir müssen einfach noch viel stärker mit Multiplikatoren arbeiten und dann hoffen, dass wir unsere Ziele auch in der Risikokommunikation erreichen.

Sv. Herr Heuberg: Zur Absicherung: Unsere Leute sind natürlich über Versicherungen versichert, die sonst eigentlich keiner bekommt. Da das niemand machen wollte, hat sich die größte Versicherung in Deutschland dazu bereit erklärt, für uns eine spezielle Versicherung zu kreieren. Mittlerweile machen das alle anderen auch.

Alle Einsatzkräfte werden geimpft. Sie müssen das teilweise selbst bezahlen. Ich habe gerade wieder eine Auffrischungsimpfung für 280 € gekauft. Ich habe das Glück, dass mein Arbeitgeber, mein Dienstherr, die Stadt Duisburg, das bezahlt. Aber alle anderen müssen das oftmals selbst bezahlen.

Wenn einem unserer Kollegen im Ausland etwas passiert, dann bedeutet das für uns: Wir haben eine Intensivstation, auf der wir jemanden intensivmedizinisch 36 Stunden lang betreuen können. In diesen 36 Stunden ist dann aber auch der bekannteste Ferienflieger, der Gelbe Engel, da. Wir kooperieren mit denen, sodass unsere Verunfallten nach Hause geholt werden, also nicht von einem Skiunfall, sondern von etwas anderem.

Zu der Anerkennung in der Bevölkerung: Seit dem Erdbeben in der Türkei und in Syrien, wo wir fast die schnellsten waren, erkennt man uns und weiß, wer I·S·A·R Germany ist. Das war nicht immer so.

Zum Nachwuchs kann ich nur sagen: Wir haben mittlerweile eine Gruppe, die „I·S·A·R Kids“ heißt. Die haben auch schon Uniformen wie die Jugend- oder die Kinderfeuerwehr. Eltern, die selbst bei uns sind, können ihre kleinen Kinder mitbringen, die dann betreut werden. Sie müssen nicht zu Hause bei der Oma bleiben und be-

– 72 –

kommen sogar noch etwas beigebracht – ohne Handy. Wir nehmen auch gern die Kinder von anderen Leuten in Obhut und versuchen, ihnen das Ehrenamt zu erklären.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Heuberg. – Es gibt noch eine Nachfrage. – Bitte, Frau Abg. Wolle.

Abg. Carola Wolle AfD: Ich habe noch eine Nachfrage an Herrn Heuberg. Sie haben gesagt, zur Absicherung stehen Flieger zur Verfügung. Nehmen wir mal an, es verunfallt ein Familienvater, der dann vielleicht nicht mehr arbeiten kann: Wie ist die Familie abgesichert? Wie ist er abgesichert? Ich glaube, die Frage war in diese Richtung ausgerichtet.

Sv. Herr Heuberg: Unsere Mitglieder sind bei einem der größten Versicherer Deutschlands versichert. Er sorgt sowohl im Todesfall als auch im Invaliditätsfall dafür, dass sie eine sechstellige Summe bekommen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank für die Klarstellung. – Ich sehe keine weiteren Nachfragen.

Frau Schopp und Herr Heuberg, vielen Dank an Sie. Vielen Dank auch an diejenigen, die bei Ihnen, Herr Heuberg, tätig sind.

(Beifall)

Ich darf im Namen der gesamten Enquetekommission betonen: dass das ein sehr wichtiger Job ist, den Sie machen. Die Unterstützung ist Ihnen da sicher. Wir werden sicherlich nicht nur Ihre Nummer weitergeben, weil Sie gesagt haben, man kann bei Ihnen anrufen, dann kommen Sie nach Baden-Württemberg. Sie können sich sicher sein, dass wir Sie auch im Abschlussbericht erwähnen und in die eine oder andere Empfehlung aufnehmen werden.

Wir sind damit am Ende des Vormittagsteils unserer heutigen Sitzung angelangt. Wir treffen uns wieder um 14:15 Uhr. Wir haben jetzt tatsächlich mal eine Stunde Mittagspause. Das kommt selten vor. Genießen Sie die Stunde! Bis dann!

(Unterbrechung der Sitzung von 13:12 Uhr bis 14:18 Uhr)

Vorsitzender Alexander Salomon: Meine Damen und Herren, ich darf Sie nach der Mittagspause wieder recht herzlich begrüßen. Auch wenn die Konkurrenz draußen mit Sonne und allem Drum und Dran sehr groß ist: Wir haben noch ein Programm vor uns. Das ist mindestens genauso spannend und genauso wichtig.

– 73 –

Wir haben Herrn Dr. Marc Wiedermann hier. Er ist Postdoctoral Research Scientist & Deputy Group Lead – das wechselt von Englisch zu Deutsch – in der Projektgruppe „Epidemiologische Modellierung von Infektionskrankheiten“ am Robert Koch-Institut in Berlin. Ich hoffe, ich habe das alles korrekt und gut gesagt. – Sie haben 20 Minuten Zeit. Wir freuen uns.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dr. Wiedermann: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Kommission! Vielen lieben Dank für die Einladung, hier heute sprechen zu dürfen. Der deutsche Titel wäre: Wissenschaftlicher Mitarbeiter, stellvertretender Gruppenleiter in der Arbeitsgruppe „Modellierung von Infektionskrankheiten und computergestützte Epidemiologie“ am Robert Koch-Institut.

Ich bin sehr froh, dass ich heute Morgen schon hier war und ein paar Impulse aufgeschnappt habe. Dann und wann standen schon die Begriffe „Teilhabe der Bevölkerung“ oder „Bedürfnis nach Kontrolle des Einzelnen“ im Raum, es wurde auch schon angesprochen, in Krisen selbstwirksam zu bleiben. Genau um solche Themen soll es hier heute auch gehen.

Ich würde gern ein Projekt vorstellen, ein sogenanntes „Citizen Science“-Projekt, also ein Bürgerwissenschaftsprojekt, das es Personen erlaubt hat, gewisse Daten, die ohnehin schon über sie erhoben wurden, an das Robert Koch-Institut zu übermitteln und damit zur Bewältigung der Coronapandemie beizutragen. Ich würde dieses Projekt, das ich gleich vorstelle, ein bisschen als Beispiel und vielleicht auch als mögliche Blaupause dafür nehmen, wie solche Projekte in Zukunft auf andere Krisen transferierbar sind oder wie man so etwas noch einmal bauen könnte, falls man dies denn möchte.

Das Projekt, über das ich sprechen möchte, ist das Projekt „Corona-Datenspende“. Das ist im weitesten Sinne ein partizipatorisches Forschungsprojekt gewesen, das sehr früh, am Anfang der Pandemie gestartet wurde. Das ist also im April 2020 live gegangen. Die Vorbereitungen dazu liefen natürlich schon etwas länger. Im Kern ist das Ganze eine Smartphone-App, die es mittlerweile nicht mehr gibt. Deswegen kann man sie aus den App-Stores leider nicht mehr herunterladen. Darauf komme ich gleich noch zurück. Diese App konnten sich interessierte Bürgerinnen und Bürger auf ihrem Telefon installieren, um damit eine Verbindung zu ihren Smartwatches oder Fitnesstrackern, die sie am Arm tragen, herzustellen. Ich habe hier in der Runde auch schon ein paar Leute gesehen, die ein solches Gerät tragen. Mittlerweile gibt es dafür in der Bevölkerung eine relativ große Adaption.

Die Idee war, dass die Menschen darüber sehr grundlegende Vitalparameter, die diese Uhren sammeln und messen, bereitstellen können. Ganz konkret sind das der Ruhepuls, die tägliche Aktivität und der Schlaf gewesen. Damit konnten sie beitragen, dem RKI ein weiteres Instrumentarium zur pandemischen Surveillance mit an

– 74 –

die Hand zu geben. Man sieht das auch auf dieser Folie. Bei der Kurve z. B. oben rechts sieht man den Ruhepuls einer Person gemessen über die Zeit. Dort, wo der rote Balken ist, hatte die Person einen positiven Covid-PCR-Test. Ich würde sagen, das ist ein relativ eindeutiges Signal. Das ist natürlich auch ein Beispiel, das ich für illustrative Zwecke ausgewählt habe. Die Idee war, dass man nach solchen Signalen sucht, um quasi eine Abschätzung zu bekommen, wie hoch die Inzidenz in der Bevölkerung ist. Wir erinnern uns: April 2020 war vieles noch neu. Es gab keine Schnelltests, wir haben sehr lange auf PCR-Testergebnisse warten müssen. Das war eine Idee, wie man einen weiteren Baustein in der pandemischen Surveillance bauen kann.

Die Teilnahme war aus meiner Sicht überwältigend. 120 000 Menschen haben teilgenommen und mehr als 600 Tage an Daten bereitgestellt. Ich lese das so: Das sind 120 000 Menschen, die ein Interesse daran hatten, die Forschung zu unterstützen und an der Bekämpfung der Pandemie teilzuhaben. Seit Oktober 2021 gab es zusätzlich noch die Möglichkeit – das sieht man hier unten –, innerhalb dieser App an ganz fokussierten kleinen Befragungen teilzunehmen, um den Verlauf dieser Kurven da oben noch ein bisschen besser zu verstehen, aber auch, um Langzeitfolgen der Pandemie in der Bevölkerung ein bisschen besser abschätzen zu können.

Am 31. Dezember 2022 haben wir die Datenerhebung eingestellt. Wir haben gesagt: Alles, was wir an Informationen brauchen, um die Forschungszwecke dieser Arbeit zu erfüllen, ist vorhanden; wir brauchen keine zusätzlichen Daten mehr. Das wurde uns sehr positiv angerechnet, dass wir gesagt haben: „Jetzt ist Schluss, mehr Daten brauchen wir nicht.“ Wir sprechen später noch über Datenschutz.

Wie gesagt: Das übergeordnete Ziel war es, auf Basis dieses Bürgerbeteiligungsprojekts ein besseres Verständnis der Dynamik von Covid-19 zu erhalten und eben auch ein besseres Verständnis der Langzeitfolgen einer Erkrankung zu gewinnen.

Es gab zwei Kernergebnisse. Das sind die einzigen beiden wissenschaftlichen Darstellungen, mit denen ich Sie belasten möchte. Dann gehen wir in konkrete „Lessons Learned“. Das Erste, was wir gemacht haben, war der sogenannte Fiebermonitor. Das sieht man auf der linken Seite. Das war genau das, was wir gemacht haben: Wir haben quasi gezählt: Wie häufig finden wir in diesen Daten, die uns die Menschen bereitstellen, eine solche Anomalie, die ein Indikator für eine Covid-19-Erkrankung sein könnte? Wir haben das über die Zeit gezählt. Das sieht man hier mit dieser gestrichelten Linie. Wer den Verlauf der Pandemie noch ein bisschen im Kopf hat, der sieht, dass dies relativ gut die verschiedenen Pandemiewellen abgebildet hat. Auf Basis dessen, was die Leute am Handgelenk getragen haben, gab es quasi eine ganz gute Indikation dafür, ob eine Person krank ist oder nicht. Während der Pandemie war die vorherrschende Krankheit, die zu Fieber geführt hat, nun einmal Covid-19. Dementsprechend war das ein ganz guter Schätzer.

– 75 –

Zweites Ziel dieser App war es, die Langzeitfolgen einer Infektion besser zu verstehen. Das sieht man hier auf der rechten Seite. Wenn man sich den Verlauf des mittleren Ruhepulses der Menschen anschaut, nachdem sie einen positiven Covid-19-Test hatten, dann sieht man, dass es relativ lange dauert – bis zu 80 Tagen –, bis die Menschen wieder in den normalen Zustand zurückgekommen sind, bei dem sie vorher waren. Das ist natürlich insbesondere für das Verständnis von Long Covid extrem wichtig. Wir arbeiten da z. B. mit Sportmedizinerinnen und Sportmedizinern zusammen, die u. a. Leute beraten, ab wann sie wieder leistungsfähig sind und in den belastbaren Bereich gehen können.

Das sind die beiden Kernergebnisse gewesen – alles auf Basis von freiwillig bereitgestellten Daten aus der Bevölkerung.

Ich habe den Einsetzungsbeschluss der Kommission als Aufgabe gesehen, vielleicht so eine Art Blaupause zu skizzieren, an was man alles denken müsste, wenn man so etwas oder etwas Ähnliches in der Zukunft noch einmal aufsetzen möchte, und um meine Erfahrungen mit Ihnen zu teilen. Ich hatte eine Kurzzusammenfassung geschickt. Ich lade Sie ein, auch da hineinzuschauen. Darin ist das noch mal aufgeschrieben. Aber ich gehe in meinem Vortrag die einzelnen Punkte auch noch mal durch.

Wenn man so ein Projekt startet und wenn man das erfolgreich auf die Straße bringen will, dann lohnt es sich, sich im Vorfeld darüber Gedanken zu machen, warum man das tut. „Citizen Science“-Projekte, Forschungsprojekte, alles, bei dem in irgendeiner Form Daten erhoben werden, sollte stets einem sehr wohl definierten, klar umrissenen Zweck dienen. Es hilft nie, Daten um des Datenerhebens willen zu sammeln und sich dann zu überlegen, was man damit machen will. Denn genau dann bekommt man datenschutzrechtliche Probleme. Auch das war eine Frage, die im Einsetzungsbeschluss der Kommission gestellt wurde.

Es ist ganz besonders wichtig, dass man auch im laufenden Prozess immer wieder überprüft, ob der Zweck, den man sich gegeben hat – in unserem Fall war dies das Erstellen des Fiebermonitors und das Verständnis von Long Covid –, mit den Daten, die man erhebt, überhaupt erfüllt werden kann. Wenn man an den Punkt kommt, dass man feststellt, dass das mit den Daten eigentlich nicht geht, dann sollte man mit dem Projekt aufhören oder den Prozess anpassen.

Der Vorteil, den man hat, wenn man einen sehr klaren Zweck definiert, ist, dass man dadurch die Teilnahmebereitschaft erhöht. Die Menschen wissen, warum sie teilnehmen. Es gibt eine ganz klare Fragestellung, die beantwortet werden soll. Es hilft auch den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern dabei, die Ergebnisse zu kommunizieren, weil sie immer wieder auf den eigentlichen Zweck Bezug nehmen können. Die Menschen, die teilnehmen, wissen ganz genau, was sie zu erwarten haben.

– 76 –

Dazu kommt, dass dies eine Transparenz schafft, welche – nicht unbedingt nachweislich, aber in unserer Wahrnehmung – die Unterstützung für politische Maßnahmen erhöht, die unter Umständen aus solchen Projekten abgeleitet wurden. Wenn ich mich bereiterkläre, an einem Projekt teilzunehmen, und wenn auf Basis dieses Projekts Maßnahmen abgeleitet werden, dann ist es auch wahrscheinlicher, dass ich diese Maßnahmen wahrnehme und unterstütze.

Der positive Nebeneffekt einer klaren Zweckdefinition ist immer, dass die datenschutzrechtliche Umsetzung solcher Projekte erheblich vereinfacht wird. Datenschutzbeauftragte der jeweiligen Institution, aber auch Landes- und Bundesdatenschutzbeauftragte fragen immer danach: Warum tut ihr das? Ist das, was ihr vorhabt, angemessen, um genau diesen Zweck, den ihr euch selbst gegeben habt, zu erfüllen? Wenn man das nicht tut, bekommt man deutlich größere Probleme damit, dies datenschutzrechtlich sauber absichern zu lassen.

Das Schöne an dieser ganzen Geschichte ist, dass man die Zwecke im Laufe eines Projekts erweitern und anpassen kann. Auch das muss man wieder kommunizieren. Die Teilnehmenden können dem zustimmen, das müssen sie aber nicht. Dann sind sie eben nicht mehr Teil des Projekts oder nur noch Teil des Projekts, das vorher galt. Man kann also auch nachjustieren. Es lohnt sich immer, schmal anzufangen und dann sukzessive breiter zu werden, und nicht einfach zu sagen: Wir wollen Daten sammeln und dann mal schauen. Das ist, glaube ich, kontraproduktiv.

Der zweite Punkt betrifft die Infrastrukturen. Um so etwas zu betreiben, braucht man natürlich gewisse Infrastrukturen. Man muss diese App entwickeln, man braucht Server, auf denen die Daten gespeichert werden. Man muss Infrastrukturen vorhalten, um die Daten zu analysieren und auszuwerten. Man muss sie natürlich datenschutzkonform speichern. Man muss sie am Ende auch wieder sicherstellen können. Das setzt einfach voraus, dass man eine gewisse personelle, aber natürlich auch eine technische Kontinuität hat. Deswegen empfiehlt es sich aus meiner Sicht, so etwas langfristig aufzustellen. Sie hatten vorhin schon über interdisziplinäre Kompetenzzentren geredet. Da bin ich ein bisschen hellhörig geworden, weil ich glaube, dass genau da so etwas auch hinpassen würde.

Wenn man es schafft, eine solche Infrastruktur sicherzustellen, die überhaupt gar nichts mit der eigentlichen Datenerhebung zu tun hat, sondern einfach nur vorbereitet, dass man Daten erheben kann, dann kann man natürlich auch schnell reagieren. Am RKI hatten wir das Glück, dass einiges an Infrastruktur vorhanden war. Die ersten Fälle von Covid-19 gab es im Dezember 2019. Vier Monate später hatten wir die App am Laufen und waren in der Lage, die Daten zu verarbeiten. Das war natürlich auch der Tatsache geschuldet, dass schon gewisse Vorkenntnisse da waren.

Wenn man sich im Vorfeld schon ein wenig darauf vorbereitet, dann ist das Gute daran, dass insbesondere datenschutzrechtliche Fragen, die mitunter lange Beantwortungszeiten haben, früh und proaktiv gelöst werden können. Es lohnt sich immer,

– 77 –

frühzeitig mit den entsprechenden Institutionen in den Dialog zu gehen und dies von der Konzeptionsphase an auch immer mit zu bedenken.

Eine Möglichkeit, um Infrastrukturen als eine Art Blaupause zu schaffen, ist, dass man entweder eine Open-Source-Lösung anbietet, z. B. bei dieser App, die wir haben, also den offenen Programmcode irgendwo zur Verfügung stellt, sodass man dann, wenn eine neue Krise kommt oder wenn man eine Idee für eine neue Bürgerbeteiligung im wissenschaftlichen Kontext hat, das nutzen kann, was schon da ist. Das ist alles schon geprüft, damit muss man nicht noch einmal ewig durch den Datenschutz und kann das quasi anpassen und ausrollen.

Eine andere Möglichkeit, die ich immer sehr charmant finde, ist, dass man, wenn man sich dafür entscheidet, Bürgerbeteiligung per App möglich zu machen, eine zentrale Projektplattform baut, die erst einmal nichts kann, außer auf den Smartphones zu leben und gewisse Grundfunktionalitäten anzubieten. Sobald man gewisse wissenschaftliche Teilprojekte starten möchte, kann man Teilprojekte innerhalb dieser Plattform anbieten.

Das ist auch der Weg, für den wir uns entschieden haben. Wir hatten verschiedene Befragungsstudien, die innerhalb dieser App gelebt haben. Die Menschen konnten bei allen teilnehmen, sie konnten nur bei einer teilnehmen, sie konnten auch bei gar keiner teilnehmen, wenn sie gesagt haben, dass sie eigentlich nur ihre Smartwatch verbinden wollen. Das Schöne war: Alles war an einem Ort. Die Menschen mussten nicht fünf verschiedene Apps installieren. Sie konnten eine App installieren. Das erhöht natürlich wieder die Teilnahmebereitschaft, weil es viel einfacher ist.

Generell empfiehlt es sich – das ist der letzte Punkt bezüglich der Infrastrukturen –, immer auf schon bestehende Systeme zurückzugreifen – seien es welche, die man als staatliche Institution selbst schon gebaut hat, oder Endlösungen, die es anderweitig schon gibt und die man datenschutzkonform einkaufen kann. Das erspart einfach extrem viel Reibung.

Einer der für mich wichtigsten Aspekte im Ausrollen von solchen Projekten ist die Außenkommunikation. Man bekommt die Leute nur dazu, mitzumachen, wenn man das Ganze vehement kommunikativ begleitet. Gerade in der Anfangsphase von jeglichen „Citizen Science“-Projekten und Beteiligungsprojekten ist es aus meiner Sicht hochgradig notwendig, das umfangreich kommunikativ zu begleiten. Man sieht hier unten die Neuanmeldungen über die Zeit. Ganz am Anfang wurde es im „heute-journal“, in der „Tagesschau“ und dann noch einmal im „heute-journal“ gefeatured. Da haben sich extrem viele Leute angemeldet. Dann ging das aber auch sehr schnell nach unten. Wenn man das nicht schafft, dann hat man so ein Henne-Ei-Problem. Dann macht keiner mit, und man erhält keine Daten. Wenn man keine Daten und nichts Schönes vorzuzeigen hat, dann macht auch keiner mit. Man muss irgendwie einmal am Anfang einen guten Kick-off hinbekommen. Dazu ist es einfach sehr, sehr wichtig, dass man das gut kommunikativ vorbereitet.

– 78 –

Man sollte auch im Verlauf des Projekts regelmäßig informieren. Wir haben dies damals über eine Webseite, über eine Art Wissenschaftsblog, gemacht, auf der wir jeden Monat unseren Fortschritt dokumentiert haben. Wir haben aber auch über den Twitterkanal, der heute schon angesprochen wurde, kommuniziert, bei dem wir sehr dankbar sind, dass wir da gut begleitet wurden. Wir haben auch ein bisschen was bei Instagram gemacht. Wir haben natürlich auch immer Vorträge darüber gehalten. Wir haben die Leute also auf verschiedenen Kanälen informiert. Man sieht einfach, dass es die langfristige Teilnahmereitschaft erhöht. Solange die Leute mitbekommen, dass etwas in dem Projekt passiert, an dem sie sich beteiligen, dann machen sie auch weiterhin mit.

Noch besser wäre es, wenn man auch direkte Kommunikationskanäle mit den Beteiligten und den Teilnehmenden ermöglicht. Das hatten wir nicht, das war uns damals aufgrund der Kürze der Zeit nicht möglich, weil das eben noch einmal eine extra datenschutzrechtliche Prüfung gebraucht hätte. Das sollte man aber mitbedenken, wenn man plant, so etwas in Zukunft noch einmal aufzubauen.

Wenn einem das alles gelingt, dann hat man am Ende wirklich eine Community von Teilnehmenden und „Citizen Scientists“, die Lust haben, bei so etwas mitzumachen. Wir haben auch unfassbar viele E-Mails mit Feedback bekommen. Die Leute haben sich diese Kurven angeschaut und gesagt: „Hey, darin kann ich mich auch wiedererkennen.“ Es gab schon einen gewissen Dialog, aber keinen besonders direkten. Wir haben unter unseren Social-Media-Beiträgen wirklich auch sehr viel positives Feedback bekommen, was uns natürlich extrem gefreut hat.

Die Beteiligung sollte man tendenziell so gestalten, dass die Leute selbst darüber entscheiden können, in welchem Umfang sie mitmachen wollen. In unserem Fall gab es die Möglichkeit, sich die App zu installieren und sich mit der Apple Watch zu verbinden. Dann hat man nichts mehr damit zu tun. Dann wird einfach jeden Tag ein Datenpunkt übermittelt. Es gab aber auch die Möglichkeit, an den Befragungen teilzunehmen. Das konnte man einmalig machen, das konnte man monatlich machen, das konnte man wöchentlich machen, sodass die Menschen selbst entscheiden konnten, wie sich das Projekt am besten in ihren Alltag integriert, wie viel sie beisteuern wollen, ob sie aktiv oder passiv teilnehmen wollen. Es lohnt sich, über verschiedene Level nachzudenken. Natürlich sollten die alle in sich ihren Sinn haben.

Generell sollte man darauf achten, dass jegliche Interaktion mit den Teilnehmenden kurzgehalten wird. Die Leute schauen in der U-Bahn drauf, die haben gerade zwei Minuten Zeit und schauen auf das Smartphone. Dann starten sie die App, beantworten drei Fragen und machen die App wieder zu. Man sollte die Menschen nicht mit superumfangreichen Fragebögen überfordern. Wenn das das Ziel ist, dann gibt es bessere Mittel dafür. Generell gilt es, den Aufwand für die Menschen, die teilnehmen, gering zu halten und immer zu erklären, warum das, was man von den Menschen wissen möchte, relevant ist. Man soll also immer kommunizieren, was das Ziel der Befragung ist, was das Ziel der Datenerhebung ist.

– 79 –

Jetzt kommen wir zum Datenschutz. Ich habe da ein paar mehr Punkte drauf gepackt, weil das sowohl im Einladungsschreiben angesprochen wurde als auch im Einsetzungsbeschluss steht. Da stand auch etwas zu der Frage, wie der Datenschutz angepasst werden müsste, um so etwas möglich zu machen. Ich glaube, man muss gar nicht viel anpassen. Der bestehende Datenschutz bietet eigentlich ausreichend Möglichkeiten zur erfolgreichen Umsetzung, insbesondere von wissenschaftlichen „Citizen Science“-Projekten. Da sei auf den Erwägungsgrund 159 der Datenschutz-Grundverordnung hingewiesen – ich habe den gerade noch einmal recherchiert –, der den Datenschutz für wissenschaftliche Projekte eigentlich sehr weit fasst.

Relativ häufig ist es so, dass die individuelle Datenhoheit und Souveränität solchen Projekten sogar zugutekommen können. – Sind wir über der Zeit?

Vorsitzender Alexander Salomon: Nein, Sie sind in zwei Minuten über der Zeit.

Sv. Herr Dr. Wiedermann: Das schaffen wir.

Vorsitzender Alexander Salomon: Es gab nur einen kurzen Blickkontakt mit Herrn Abg. Dr. Preusch. Ich habe das Gefühl, dass er nachher bestimmt eine Frage zum Thema Datenschutz hat.

Sv. Herr Dr. Wiedermann: Darauf freue ich mich. – Gerade Datensouveränität und Datenhoheit sind eigentlich eine großartige Sache. Denn Sie als Individuum können entscheiden. Wenn ihre Daten im Moment bei Apple liegen, dann können sie die nehmen und woanders hintransferieren. Apple hat kein Recht darauf, die zu behalten und nicht herauszugeben. Gemäß DS-GVO können sie die Daten anfordern und weitergeben, was z. B. in unserem Fall passiert ist.

Ganz kurz: Es ist immer wichtig, zwei Aspekten des Datenschutzes gleichwertig zu begegnen. Der zweite wird leider häufig vergessen. Der eine Aspekt ist der, den wir alle kennen: Es gibt irgendwie Datenschutzbeauftragte, und die prüfen alle negativen, vor allem rechtlichen Konsequenzen, die bevorstehen, wenn die Privatsphäre verletzt wurde. Dem kann man entgegenwirken, indem man den Datenschutzbeauftragten der Institutionen mit ins Boot holt, die Landes- und Bundesbeauftragte für den Datenschutz mit ins Boot holt und ab Konzeption von solchen Projekten intensiv mit denen spricht.

Der zweite Aspekt ist, dass man auch immer versuchen sollte, jeglichen ungewollten Nebeneffekt solcher Teilnahmen bewerten zu lassen. Ganz besonders gilt da die psychische Belastung durch Preisgabe und Verlust von möglichen Daten. Das ist vor allem im Gesundheitsbereich hochgradig relevant. Da gibt es mittlerweile an allen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen spezielle Ethikkommissionen. Wir haben von der Humboldt-Universität Berlin und von der Universität

– 80 –

Erfurt jeweils ein Ethikvotum eingeholt. Die haben uns auch noch einmal bescheinigt, dass das, was wir vorhaben, auch ethisch in Ordnung geht.

Ich würde immer empfehlen, beides zu bedenken: den Datenschutz und die ethischen Aspekte. Zweiteres ist in der Wissenschaft oft schon gängige Praxis, wird aber in vielen anderen Projekten leider vergessen.

Letzter Punkt – im Sinne der Zeit gehe ich da möglichst schnell drüber –: Alles, was an Daten erhoben wird, und auch alle Erkenntnisse, die daraus gewonnen werden, sollten der Allgemeinheit, wenn möglich, wieder zur Verfügung gestellt werden. Wir haben versucht, das so gut es geht zu machen. Das hat den Vorteil, dass die Menschen, die teilnehmen, noch einmal enger an das Projekt gebunden werden. Bestimmte Interessengruppen können die Daten nehmen, können sie in ihre Communitys tragen. Das hat sich in unserem Fall vor allem bei Long Covid bewährt. So wird einfach wieder ein großer gesellschaftlicher Mehrwert geschaffen, der die Identifikation mit dem Projekt weiter fördern kann.

Wichtig ist, dass man sich überlegt: Wer ist die Zielgruppe, wen will man ansprechen? Denn das legt fest: Gehe ich damit auf eine wissenschaftliche Plattform wie Zenodo, gehe ich auf eine technische Plattform wie GitHub? Darüber können wir gern im Nachgang noch ein wenig diskutieren. Es gibt auf jeden Fall sehr viele Möglichkeiten, wieder Informationen zurückzuspielen. Von denen sollte man Gebrauch machen.

Zwei Folien noch, dann sind wir durch. – Ich habe jetzt viel geworben. Aber man muss natürlich auch an die Nachteile denken. Solche Projekte sind nicht repräsentativ. Bei unserem Projekt waren Kinder und vor allem ältere Menschen unterrepräsentiert: Kinder aus Datenschutzgründen, ältere Menschen, weil sie die Technologie nicht besitzen. Auch Menschen mit geringerem Einkommen wurde bei uns auf jeden Fall die Teilnahme erschwert, denn nicht jeder hat die finanziellen Mittel, sich eine teure Smartwatch zu leisten. Das muss man einfach so benennen und anerkennen.

Das ist ein Problem, das diese Projekte haben. Das sollte man immer berücksichtigen, wenn man daraus Schlussfolgerungen zieht. Deswegen sollte man solche Projekte auch nie als der Wahrheit letzter Schluss betrachten, sondern als das, was sie sind, nämlich eine Möglichkeit der Teilhabe und als einen komplementären Baustein zum Verständnis von Krisen.

Ganz kurze Zusammenfassung, dann sind wir durch und ich gebe an den nächsten Sprecher ab. – Wenn man darüber nachdenkt, solche Bürgerbeteiligungsprojekte und „Citizen Science“-Projekte auszurollen, dann haben sie bestimmte Vorteile. Für mich sind die drei großen Vorteile, dass man Informationen, die man braucht und nirgendwo anders herbekommt, schnell und in großer Zahl bekommen kann. Es gibt 82 Millionen Bürger, die teilweise sehr bereit sind, bei so etwas mitzumachen. Das ist natürlich besonders in Frühphasen von Krisen – bei uns war das in der Coronapan-

– 81 –

demie auch so – relevant, weil man noch nicht so viele Informationen und Daten hat, oder eben auch, weil eine Datenerhebung anderweitig gar nicht möglich ist.

Wenn man so ein Projekt erst einmal auf der Straße hat, ist es wichtig, regelmäßig zu interagieren und transparent zu kommunizieren. Das erhöht die Teilhabe und verbessert die Verbindung zwischen Politik, Wissenschaft und Bevölkerung. Das steigert somit die Akzeptanz und das Vertrauen in Wissenschaft und auch in staatliches Handeln. Aus meiner Sicht sind solche Projekte vielseitig einsetzbar und auf andere Krisensituationen transferierbar. Auch darüber können wir später noch einmal diskutieren. Da gibt es auch schon ein paar Beispiele, die man eventuell benennen kann.

Dann gibt es, wie gesagt, ein paar Nachteile. Wenn man einen von diesen Punkten sieht und sich darin wiederfindet, dann ist das vielleicht nicht das Mittel der Wahl zur Beteiligung. Das Erste, was man natürlich braucht, ist ein in gewisser Weise langfristiges und wiederkehrendes Engagement. Die Leute müssen schon irgendwie Lust haben, bei der Sache zu bleiben, und wenn das nur bedeutet, dass sie die App auf ihrem Smartphone belassen. Über die Zeit kämpft man im Normalfall immer damit, dass die Datenmenge, die man sammelt, abnimmt und der Detailgrad geringer wird.

Die Teilnahme bei solchen Projekten ist selbstrekrutiert. Wir haben das gerade gesehen. Das alles ist nicht repräsentativ. Gleichzeitig hat man einen hohen Grad an Verantwortung für die Privatsphäre der Menschen, die bei so etwas mitmachen. Wenn man eine klinische Studie macht und 100 Patienten auswählt, dann ist das ein viel überschaubarerer Kreis an Menschen, die man monitort, als wenn man 120 000 freiwillige Teilnehmerinnen und Teilnehmer hat, deren Hintergrund man mitunter nicht kennt.

Man muss damit leben – das ist der letzte Punkt –, dass die Datenqualität nicht immer so ist, wie man es sich wünscht. Das kann dadurch passieren, dass die Leute einen Fragebogen sehen, drei Fragen beantworten und die anderen zehn beantworten sie nicht mehr, weil sie keine Lust mehr haben. Es kann passieren, dass Geräte kaputtgehen oder eben defekt sind oder dass Apple das Betriebssystem updatet und plötzlich der Puls zwei Schläge pro Minute höher ist als gestern – das alles ist schon vorgekommen. Möglich sind eben auch Falschangaben – aus welchen Gründen auch immer.

Ich hoffe, das hat Ihnen einen groben Überblick darüber gegeben, wie „Citizen Science“-Projekte funktionieren können, wie so ein erfolgreiches „Citizen Science“-Projekt ausgesehen hat. Alle weiteren Fragen würde ich dann in die Diskussionsrunde schieben.

Vielen Dank.

(Beifall)

– 82 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Wiedermann. – Dann hören wir jetzt Herrn Dr. Holger Krimmer, den Geschäftsführer der ZiviZ GmbH Berlin.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dr. Krimmer: Herzlichen Dank für die Einladung. Ich freue mich, mit Ihnen ein bisschen in den Dialog zu kommen.

Ich kann mich bei zwei Punkten an das anschließen, was Herr Wiedermann gerade gesagt hat. Das eine ist das Datenthema, was bei mir ein bisschen eine andere Rolle spielt. Einen zweiten Punkt möchte ich aber noch aufnehmen. Das ist der Gedanke, Betroffene zu Beteiligten zu machen. Ich glaube, das ist die Grundlogik, um die es geht, wenn wir darüber sprechen, Zivilgesellschaft als Akteure oder bürgerschaftliches Engagement als Akteur in der Krisenhilfe mit dabei – –

(Der Ton bricht ab.)

Vorsitzender Alexander Salomon: Jetzt hört man Sie nicht mehr, Herr Dr. Krimmer. – Jetzt hört man Sie wieder.

Sv. Herr Dr. Krimmer: Ich möchte ganz kurz sagen, was mein Fokus ist, den ich versuche, in den folgenden 20 Minuten aufzunehmen. – Ich habe zwei, drei Fragen gestellt bekommen. Es ging zum einen um die Akteure im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, also das Arrangement der Blaulichtorganisationen, und zum anderen aber auch um das Ehrenamt im weiteren Sinn. Ich konzentriere mich auf Letzteres; mein Fokus liegt auf dem bürgerschaftlichen Engagement und Ehrenamt insgesamt.

Ich gehe ein bisschen in die Breite. Es geht mir in vier Schritten um den Fokus Zivilgesellschaft sowohl vor, in als auch nach der Krise, weil ich Ihre Fragestellung so verstanden habe. Ich sage zwei Worte zur Datengrundlage, mit der ich gleich versuche, ein paar Argumente und Beobachtungen deutlich zu machen. Ich werde es aber kurz machen. Sie haben dazu ein paar Beobachtungen in den Folien drin. Das können Sie gern später noch einmal anschauen. Aber wir sollten uns damit nicht zu lange aufhalten.

„Zivilgesellschaft in der Krise“ ist mein zweiter Fokus. Das ist mein Hauptfokus. Dazu habe ich acht Beobachtungen, die ich gern mit Ihnen teilen möchte, um zu schauen: Wie funktionieren die konkreten Lösungsbeiträge zivilgesellschaftlicher Akteure bürgerschaftlichen Engagements? Wo sind die Probleme dieser Akteurskonstellation und vor allem auch die Herausforderungen der Zusammenarbeit zwischen Engagement und Politik? Das habe ich in Ihrem Einsetzungsbeschluss sehr gut ausformuliert gefunden.

– 83 –

Ich habe einen ganz kurzen Punkt: „Zivilgesellschaft nach der Krise“. Wie kommt eigentlich das Engagement aus der Krise heraus, und wie ist die aktuelle Lage? Aber dann komme ich hauptsächlich auf den vierten Punkt „Empfehlungen“ zu sprechen. – Das zu meinem Vorgehen.

Kurz zu der Datengrundlage: Sie haben zwei zentrale Instrumente. Das eine ist der ZiviZ-Survey, das ist eine Repräsentativerhebung gemeinnütziger Organisationen. ZiviZ erhebt dieses alle vier Jahre. Es ist also eine Dauerberichterstattung, die wir seit mittlerweile zehn, zwölf Jahren erheben und die gerade vor wenigen Wochen das letzte Mal neu erhoben wurde. Hier eingeblendet sehen Sie die Fördererstruktur. Sie sehen dort u. a. auch das Logo des Sozialministeriums Baden-Württemberg, mit dem wir intensiv und sehr gut zusammenarbeiten. Das heißt, in absehbarer Zeit sind Zahlen zu Baden-Württemberg zu erwarten.

Darüber sehen Sie eine Publikation. Diese Publikation ist der Trendbericht, den wir gerade herausgegeben haben. Die meisten Daten können Sie dann der Präsentation entnehmen. Ich möchte Ihnen nur eine Zahl kurz darstellen, damit Sie ein Bild davon haben, wie der engagierte und gemeinnützige Sektor in Baden-Württemberg ausgestaltet ist. Sie sehen hier die Zahlen zu Vereinen. Denn Vereine sind die Hauptrechtsform, in denen bürgerschaftliches Engagement organisiert ist. Sie sehen die Zahlen der Vereine für alle Bundesländer, hervorgehoben sind die für Deutschland und Baden-Württemberg.

Sie sehen: Die Zahlen stammen aus dem Jahr 2022; das war immerhin eine Vollaussage aus dem Vereinsregister. Wir haben also die Grundgesamtheitsdaten. In Deutschland gibt es ca. 615 000 Vereine, auf Baden-Württemberg entfallen hiervon etwa 86 000. Wir haben in den letzten zehn, zwölf Jahren einen Anstieg um 5,5 % in Baden-Württemberg und um 6,1 % im Bundesgebiet verzeichnet. Die Differenz hat wenig zu sagen: 0,6 % Prozentpunkte sind empirisch nicht signifikant oder haben keine hohe Relevanz.

Es gibt also einen sehr, sehr großen Vereinssektor. Darum geht es mir nämlich im Wesentlichen: dass wir nicht nur einige Akteure im Bereich des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes haben, sondern ein Vereinswesen, das sie flächendeckend in jeder noch so kleinen Kommune in Baden-Württemberg vor Ort antreffen.

Eine Beobachtung zu den Vereinen in Deutschland allgemein, bevor ich dann gleich auf den Fokus komme: Sie sehen hier die Entwicklung der Vereinszahlen in den letzten 20 Jahren. Diese sind zwar insgesamt gewachsen. Sie sehen auf der rechten Seite die Vereinsdichte nach Bundesländern. Baden-Württemberg hat eine mittlere Vereinsdichte. Aber wir sehen: Es gibt rückgängige Neugründungen – das ist die rote Achse – und eher steigende oder kontinuierliche Löschungen von Vereinen. Das heißt, die Differenz zwischen der roten und der blauen Linie ist im Prinzip der Saldo des Vereinswachstums in Deutschland. Wir hatten in den letzten 20 Jahren insgesamt um die 200 000 neuen Vereine im Bundesgebiet. Wir gehen davon aus, dass in

– 84 –

den nächsten fünf bis zehn Jahren ein Peak erreicht ist und mit keinen Neuzugängen im absoluten Sinn mehr zu rechnen ist. Ob es einen Rückgang geben wird, bleibt abzuwarten.

Das Nächste, was mir wichtig erscheint, damit wir so ein bisschen die Akteure vor Augen haben, ist, dass ein Bereich des Engagements massiv wächst: das informelle Engagement. Wir hatten in den letzten 20 Jahren in Vereinen ein Wachstum des Engagements um 18 %, ein Wachstum des informellen, nicht organisierten Engagements um 117 %. Das heißt, das informelle, ungebundene Engagement wächst innerhalb, aber vor allem auch jenseits von Krisen massiv. Das wirft auch für die Krisenhelfer massive Koordinationsfragen auf.

Den zweiten Punkt kann ich kürzer halten. Wir hatten zusammen mit verschiedenen Bundesländern – auch hier war Baden-Württemberg beteiligt –, ein Engagement-Barometer aufgesetzt. Wir haben alle drei Monate versucht, ein repräsentatives Sample gemeinnütziger Organisationen zu ziehen und sie zu fragen: Was tut ihr denn momentan in der Krise, und wie sind die Auswirkungen? Damit will ich es aber hier auch bewenden lassen.

Ich komme direkt zu den Beobachtungen, die ich mit Ihnen teilen möchte:

Erster Punkt – auf den ich mich aber am wenigsten konzentriere –: die konkrete Wirkweise. Denn ich glaube, die haben Sie alle vor Augen. Wir wissen, was Blaulichtorganisationen insgesamt in der Krisenhilfe tun. Wir wissen auch, wie das Engagement vielfach geholfen hat. Ich vermute, Sie alle wissen es vor allem auch aus Ihren jeweiligen Wahlkreisen; denn es war unübersehbar. Es gab eine unglaubliche Kreativität an Hilfsangeboten, angefangen bei Einkaufshilfen, über Vereinsheime, die in Pizzabackstuben umgewandelt wurden, und Vereinssportler, die die Pizzen mit Fahrrädern ausgefahren haben, bis hin zu Maskennähen von Gesangsvereinen für Hygieneschutzmaßnahmen. Es gab eine unglaubliche Kreativität. Das haben wir alle vor Augen. Ich glaube, ohne diese sehr, sehr schnell einsetzende Kreativität wäre die Lage vor Ort in den Kommunen wesentlich schneller wesentlich prekärer gewesen.

Erstens: ein enormer Anstieg des spontanen, helfenden Engagements. Wir hatten damals eine qualitative Studie gemacht, für die wir 50 Verbände aus allen Bereichen – Musik, Sport, Kultur und dergleichen –, aber auch Freiwilligenagenturen und andere interviewt haben. Alle sagten uns damals schon: Es ist ein viel höheres informelles Engagement als z. B. zu Zeiten der Verwaltungskrise, in der Phase der vermehrten Zuwanderung geflüchteter Menschen in den Jahren 2016, 2017, 2018. Eine hat es, um es bildlich zu teilen, sehr plastisch gemacht und meinte: Wenn ich bei uns in der Kommune an der Straße stehe und versuche, einer älteren Dame über die Straße zu helfen, dann sagt sie: Gehen Sie bitte weiter, mich haben schon fünf andere gefragt. Informelles Engagement war quasi in jeder Situation ein massiver Helfer.

– 85 –

Zweitens: Vereine und gemeinnützige Organisationen waren häufig die Plattformen, um das zu kanalisieren. Auch dann, wenn es spontanes Engagement von Nichtmitgliedern gewesen ist, sind diese häufig zu den Plattformen der Vereine, der Musikvereine, der Kultur, des Sports und dergleichen gegangen, um dort zu fragen: Wo kann ich mich jetzt einbringen?

Drittens: die Infrastruktureinrichtungen. Eigentlich ist das so etwas wie die Freiwilligenagentur. Mehrgenerationenhäuser, Verbände und andere Akteure in dieser Klasse waren zentrale Drehkreuze, um das zu machen. Aber sie waren durch den quantitativen Ansturm häufig auch massiv überfordert.

Zweiter Punkt: Wir haben hier einen Datenpunkt aus einer dieser Befragungen, die wir ab Juni erhoben haben. Da haben wir gefragt: Gibt es bei ihnen viele Engagierte, die sich für Betroffene der Coronakrise helfend engagieren? Wir haben eben nicht nur in Organisationen gefragt, die sich dominant um helfendes Engagement, soziale Dienste, Wohlfahrtspfleger bemühen, sondern in der Breite. Man sieht: Zu Beginn war es ein Viertel. Die Zahl derer, die sich engagiert haben, wuchs dann im Verlauf der kommenden Quartale. Das ging also querbeet durch die ganze Zivilgesellschaft.

Dritter Punkt: Auswirkungen auf Engagement und Mitglieder. Da ist es quasi eher das Problem: Engagement und Ehrenamt nicht nur als Helfer in der Krise, sondern auch als Betroffene der Krise. Recht früh haben die Vereine rückgemeldet: Es kommt bedingt durch die Coronakrise zu Kündigungen von Mitgliedschaften und zu einem Rückgang von Engagement. Sie sehen hier drei Messerhebungspunkte, November 2020, März 2021, Juni 2021. Hier gibt es ein langsames, aber stetiges Wachstum der Vereine – am Schluss sind es ein Fünftel –, die gesagt haben: Bei uns gibt es Austritte von Mitgliedern, maßgeblich bedingt durch die Lockdowns. Hier sagen die Mitglieder: Ich kann die Leistungen des Vereins und das Vereinsleben momentan ohnehin nicht nutzen, vielleicht werde ich danach wieder Mitglied, aber momentan gehe ich erst einmal heraus. Das ist natürlich sowohl eine soziale Erosion des Vereins, aber auch eine finanzielle Erosion, denn Mitglieder zahlen Mitgliedschaftsbeiträge.

Vierter Punkt: Hier geht es mir nur um die unteren zwei Balken. Zentral ist auch, dass nicht nur einfache Mitglieder oder Engagierte, sondern häufig auch sogenannte Funktionsträger – also Vorstände, Kassenwarte, Sportwarte oder dergleichen – aus den Vereinen ausgestiegen sind. Wer die Engagementlandschaft in Deutschland ein bisschen im Blick hat, der weiß, dass wir einen massiven Mangel genau an dieser Gruppe von Engagierten haben und dass es quasi zu einer massiven Destabilisierung der Engagementlandschaft beitragen kann, wenn sich genau diese Gruppe stärker zurückzieht. Hier ist von März bis Juni 2021 ein sprunghafter Anstieg von 4 % auf 12 % zu erkennen. Das ist weiter gestiegen. Das stellt auch nach der Pandemie eine zentrale Herausforderung dar.

Fünfter Punkt – um auf die finanzielle Lage zu sprechen zu kommen –: Finanziell ist nicht jede Organisation gleichermaßen betroffen gewesen, aber einige. Vor allem

– 86 –

waren diejenigen betroffen gewesen, welche Einnahmen aus wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben hatten, z. B. Organisationen im Bereich Kultur, soziokulturelle Zentren oder andere, die über Kursgebühren, Eintrittsgelder und dergleichen Einnahmen generieren, und maßgeblich im Bereich Bildung. Dort gab es eine eminente Schwächung der Organisation, die nur teilweise aufgefangen werden konnte.

Sechster Punkt: Damit komme ich auf den Punkt „Zivilgesellschaft und Politik im Dialog, in Kooperation“ zu sprechen. Die Bundesländer und die Bundesregierung haben durch Soforthilfemaßnahmen, durch Förderfonds und dergleichen versucht, nothelfenden Organisationen eben nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im zivilgesellschaftlichen Bereich zu helfen.

Ich habe, damit wir nicht nur an die großen Zahlen herangehen, eher die kleineren hervorgehoben, weil ich finde, dass diese auch schon für sich sprechen. Die erste Option hier, die wir in einer Befragung gestellt haben: Die Engagementförderung der Länder hat uns in der Phase der Pandemie wirkungsvoll unterstützt. Befragt wurden 600 000 Vereine in Deutschland. 17 % von den 600 000 – umgerechnet also ein Anteil von um die 100 000 – sagen: Das trifft voll zu, oder das trifft eher zu. Ich glaube, das muss man positiv bewerten. Man kann nicht alle 600 000 gleichermaßen adressieren. Nichtsdestotrotz stehen bei „trifft nicht zu“ 60 %. Das heißt, viele konnten nicht erreicht werden.

Andere Frage: Die Engagementförderung der Länder hatte für unsere Organisation keine Relevanz. Da sehen Sie das Gleiche quasi vice versa gespiegelt. Ich gehe insofern noch einmal auf das dritte Item ein: Die Hilfsprogramme von Bund und Ländern sind geeignet – spitz ausgedrückt –, die Existenzgefährdung von gemeinnützigen Organisationen durch die Pandemie abzuwehren. 34 % der Organisationen stimmen dem zu. Ich glaube, das ist erst einmal eine positive Rückmeldung, die man bekommt, allerdings auch hier mit einer problematischen Botschaft: Es konnten bei-
leibe nicht alle erreicht werden.

Ich möchte noch auf einen ganz anderen Punkt eingehen, und zwar geht es in der Krisenhilfe maßgeblich auch darum, Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu erreichen und mit bestimmten Maßnahmen Akzeptanz zu schaffen. Das stand auch in Ihrem Einsetzungsbeschluss: Wie gewährleistet man in einer solchen Phase den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Wir haben massiv gesehen, dass die lokale Vereinslandschaft, ein gemeinnütziger Sektor in toto, kaum als Kommunikationsbrücke in die Lebenswelt von Bürgerinnen und Bürgern genutzt wurde.

Sie sehen hier eine Auswertung zu der Frage: Wie bekommen denn eigentlich lokale Vereine Informationen? Wir haben noch andere Fragen gestellt: Werden in den Vereinen vor Ort z. B. die Infektionsschutzmaßnahmen kritisiert oder unterstützt? Man sieht insgesamt ungefähr das folgende Bild: Es wird viel diskutiert, es wird viel unterstützt, aber es gibt eine Informationslücke zwischen der politischen und der lokalen Ebene.

– 87 –

Abschließender Punkt: Auf welcher föderalen Ebene – um noch einmal auf die Gelder zu sprechen zu kommen – hat ihre Organisation einen Antrag auf Förderung, Hilfgelder gestellt und welche bekommen? Um die positive Botschaft zu unterstreichen: Die dunkelblauen Balken stellen dar, dass ein Antrag gestellt und bewilligt wurde. Das sind die größten Balken. Das heißt, sehr, sehr viele Organisationen haben aktiv versucht, die Hilfen von Bund und Ländern zu nutzen, und haben diese bewilligt bekommen, weil – das fand ich ein sehr starkes Zeichen von den Regierungen in Bund und Ländern – die bürokratischen Hürden massiv herabgesetzt wurden, und zwar auf ein Maß, das man in nicht pandemischen Zeiten eher als kritisch reflektiert hätte.

Damit komme ich zu zwei Punkten, zuerst zur Zivilgesellschaft nach der Krise, bevor ich auf meine Empfehlungen komme. Wir haben im Sommer letzten Jahres den ZiviZ-Survey durchgeführt. Das waren 12 000 realisierte Interviews, somit ist dies eine sehr repräsentative Erhebung. Wir haben zusammengefasst gefragt: Wie bewerten sie insgesamt die aktuelle finanzielle Situation ihrer Organisation? Wenn Sie die unteren beiden Punkte zusammennehmen, kommen Sie auf ein Viertel der Organisationen – wir sprechen also von ungefähr 150 000 Organisationen –, die sagen: ausreichend bis mangelhaft, nicht einmal befriedigend. Das heißt, die Nachwirkungen hin zu einer prekären Lage vieler gemeinnütziger Organisationen, die wichtige Krisenhelfer vor Ort in der Situation waren, sind massiv.

Der zweite Punkt, den ich noch habe, ist folgende Fragestellung: Glauben sie eigentlich, dass das, was sie hier gerade tun – Musikangebote, Sportangebote, Krisenhilfe, was auch immer –, eigentlich von ihnen als Gemeinnützigen oder eher vom Staat und von der Politik gemacht werden sollte, und wer sollte dafür zahlen? Man sieht: In den fünf Jahren über die Pandemie hinweg oder hier in den sechs Jahren von 2016 bis 2022 gab es eine massive Verschiebung. So gut wie alle Organisationen sagen: Das sollte von uns, von gemeinnützigen Organisationen gemacht werden; das ist auch vollkommen legitim, dass wir das finanzieren. Das sagten im Jahr 2016 noch viel, viel mehr. Da gab es keine Fremderwartungen an den Staat, dass dort eine Finanzierungsverantwortung sei. Aber das hat sich über die Phase der Pandemie um über 10 Prozentpunkte verschoben. Man sieht es bei den unteren Balken. Nur noch 54 % sagen: Es ist zwar wichtig, dass wir das tun, aber wir sollten das auch finanzieren. Also die Ansprüche, dass der Staat z. B. für das, was auch in der Pandemie geschehen ist, eine Finanzierungsmitverantwortung hat, sind deutlich gestiegen.

Damit komme ich auf wenige Empfehlungen. Erstens: Infrastrukturen. Für das spontan helfende Engagement in der Krise sind Freiwilligenagenturen, Verbände, Vereine und die organisierte Zivilgesellschaft die zentralen Infrastrukturen und Plattformen gewesen, um sicherzustellen, dass das Engagementpotenzial und die Hilfsbereitschaft auch bei den Zielgruppen angekommen ist. Das muss nicht nur in der Krise, sondern auch nach der Krise glaubhaft gefördert werden.

– 88 –

Zweitens: Akteur. Die Zivilgesellschaft wurde in der Krise sehr häufig nur als Opfer adressiert, nicht als Akteur, obwohl sie ein wesentlicher Leistungsgarant in den Kommunen vor Ort gewesen ist. Es ging immer darum: Wie kann man finanzielle Probleme lösen, wie kann man den Mitgliederschwund durch Aufholprogramme nach der Pandemie wiederum lösen? Es gab aber nicht im Sinne einer Anerkennungskultur z. B. einen Zivilgesellschaftsgipfel im Bundeskanzleramt, wie es einen Autogipfel gegeben hat. Es gab eine Bundesratsinitiative von Rheinland-Pfalz – Berlin hat diese unterstützt –, die z. B. genau das gefordert hat: die Akteure, die sich stellenweise im Engagement ausgebrannt haben, auch wirklich wertzuschätzen, aber auch einen substanziellen Dialog zu starten. Es gab keine dieser Maßnahmen – zumindest nicht auf Bundesebene. Die Bundesländer waren da sehr unterschiedlich aufgestellt.

Drittens: Brücken. – Es sind insgesamt fünf Empfehlungen. Die dritte davon heißt „Brücken“. – Die Informationsbrücken zwischen lokaler Zivilgesellschaft sowie Landesregierung und Bundesregierung sind relativ schwach gewesen. Das erkennt man sofort, wenn man schaut, woher die Informationen eigentlich gekommen sind, wie die Verteiler laufen. Ich glaube, dass die Engagementpolitik in den Sozialministerien, Staatskanzleien oder auch primär BMFSFJ, BMI, BMEL auf Bundesebene strukturell überfordert ist. Dafür ist Engagementpolitik nicht ausgelegt. Eine Einbindung in Krisenstäbe, zumindest informationshalber oder dergleichen, wäre bestimmt ein kommoderes Mittel gewesen, um den Informationsfluss und die Unterstützung der Krisenhilfe vor Ort sicherzustellen.

Viertens: Langfristigkeit. Das Thema „Zivilgesellschaft als Betroffene von Krisen“ braucht mehr politische Aufmerksamkeit. Das haben wir nach der Verwaltungskrise im Zuge der vermehrten Zuwanderung geflüchteter Menschen in den Jahren 2015, 2016, 2017 massiv gesehen. Da kamen Unmengen von politischen Entscheidungsträgern, hohe Verwaltungsangestellte und dergleichen auf zivilgesellschaftliche Akteure mit dazu. Ich saß selbst in einer Reihe von Gremien, und es wurde immer wieder gesagt: Das ist die Sternstunde der Zivilgesellschaft, und da muss man unglaublich viel tun. All diese Unterstützung – zumindest sehr, sehr viel davon – ist mit dem Rückgang der Krise wieder zurückgegangen. Das ist momentan auch zumindest auf Bundesebene zu beobachten. Ich kann nicht für Baden-Württemberg sprechen, dazu bin ich bei Ihnen zu wenig vor Ort. Wir haben jetzt eine Engagementstrategie der Bundesregierung, die losgetreten wird, und die Vorzeichen sind schon jetzt: „Wir können viel tun, aber bitte nichts, das Geld kostet; das geben die Haushaltsmittel momentan nicht her“ – und das in einer Situation, in der sich die Zivilgesellschaft mit ihrem Engagement für die Krisenhilfe sehr belastet hat.

Fünftens: Aufbau des Monitorings. Die Engagementpolitik wäre auch für das Thema „Zivilgesellschaft als Opfer der Krise“ strukturell überfordert gewesen, wenn es nicht regelmäßig Daten gegeben hätte, die unterschiedliche Akteure, die wir, die aber auch andere Institute mit öffentlicher Förderung ebenfalls erhoben hätten. Dazu braucht es auch in Krisensituationen dringend ein besseres Monitoring zivilgesellschaftlicher Strukturen, damit man weiß, wo man zielorientiert Hilfe geben kann.

– 89 –

Damit bin ich am Schluss. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Krimmer. Den Applaus hören Sie hoffentlich. – Jetzt kommen wir zur Fragerunde. Zuerst gebe ich Frau Kollegin Schwarz für die Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Andrea Schwarz GRÜNE: Ich habe zuerst eine Frage an Sie, Herr Dr. Wiedermann. Mich würde interessieren, ob der Zweck einer solchen Erhebung auch die Verfasstheit einer Bevölkerung im Vorfeld einer Katastrophe – wenn die ersten Warnungen rausgehen, wenn im Wetterbericht vor Starkregen, vor Hochwasser gewarnt wird – und auch während der Katastrophe erheben könnte. Oder ist hierfür die Zeit zu kurz, braucht es einen längeren Anlauf? Ich kann mir schon vorstellen, dass man bei den Parametern, die Sie da untersucht haben, ein gutes Lagebild haben könnte: Die sind jetzt aufgeregt, die haben einen hohen Puls. Da ließen sich auch Änderungen, z. B. in der Kommunikation, vornehmen, dass man mehr beruhigen oder offener mit Informationen rausgehen muss. Mich interessiert, ob so etwas auch bei einer Naturkatastrophe möglich wäre, bei der man nicht diesen langen Zeitraum hat, um sich vorzubereiten.

Dann sprachen Sie sich noch für die Nutzung von Open-Source-Lösungen aus. Können Sie uns an einem konkreten Beispiel noch einmal die Vorteile davon darstellen?

An Herrn Dr. Krimmer habe ich eine Anmerkung. Wir stellen fest, dass sich die Bevölkerung immer noch stark ehrenamtlich engagiert. Sie engagiert sich aber mehr in Projektarbeit und möchte sich weniger langfristig in Organisationen binden. Dazu stellen sich mir zwei Fragen: Welche Kompetenzen können Spontanhelfende tatsächlich in Katastrophen einbringen? Wer kennt ihre Fähigkeiten? Denn die sind ja praktisch nicht bekannt. Wenn das DRK mit irgendeinem Zug kommt, dann weiß man: Die können Sanitätsdienst, die können für Verpflegung sorgen. Das ist denen, die die Verantwortung haben und die Lage vor Ort koordinieren, bekannt. Wie kann man das bei Spontanhelfenden praktisch organisieren?

Es ist doch auch so: Die langfristig angelegten Organisationen, die ehrenamtlich engagiert sind, machen Fortbildungen, lernen das Verhalten in Krisen. Das haben Spontanhelfende oft nicht. Kann darin nicht auch die Gefahr bestehen, dass man die in Situationen einsetzt, bei denen sie unter Umständen maßlos überfordert sind? Denn es ist schon ein Unterschied zwischen der Vorstellung: „Ich gehe hin und helfe“ und der Situation vor Ort mit dem ganzen Elend, mit dem ich dann konfrontiert bin. Wir haben vorhin über PSNV gesprochen. Das würde mich interessieren. Wer koordiniert die Spontanhelfenden? Es wäre natürlich toll, wenn man die wirklich gut und am richtigen Platz einsetzen könnte.

– 90 –

Sehen Sie Möglichkeiten, nach einer Projektarbeit auf die Spontanhelfenden zuzugehen und sie vielleicht doch dazu zu bringen, sich langfristiger zu binden, z. B. beim DRK, bei den Maltesern, bei den Johannitern oder wo auch immer? Halten Sie es für realistisch, dass man es schafft, Spontanhelfende dauerhaft in Bevölkerungsschutzorganisationen zu binden, und wie könnten wir das machen?

Vielen Dank.

Abg. Dr. Michael Preusch CDU: Herr Wiedermann, ich bin froh, dass die letzte Folie mit den Limitationen noch kam. Natürlich muss jedes Projekt umrissen werden, und es muss vor jeder Ethikkommission eine klare Fragestellung gestellt werden. Jetzt haben Sie das mit Ihrem Projekt gemacht. Wir wussten aber schon im Rahmen der ersten Welle, dass Fieber kein guter Messwert mehr ist. So ist es mit vielen Projekten: Man beginnt und lernt im Rahmen des Projekts. Das ist immer schwierig, mit neuen Ideen Fallzahlplanungen zu machen, wenn man keine Vergleiche dazu hat. Deshalb ist es in der Tat wichtig, dass nicht nur die Daten erhoben werden, auf die man primär zielt, sondern dass man sich gut überlegt: Wenn die Hypothese nicht passt, wie kann man nicht nur sozusagen Datenmüll produzieren, sondern wie kann man aus den erhaltenen Daten eine andere wissenschaftliche Fragestellung entwickeln.

Deshalb ist es natürlich schon schwierig zu sagen: Na ja, jetzt legen wir einmal fest, was wir untersuchen. Deshalb macht man das in Studien so, dass man primäre, sekundäre und teilweise weitere Endpunkte festlegt. Wenn meine Hypothese nicht funktioniert, dann habe ich nicht nur etwas fürs Regal produziert, sondern dann ermöglichen es die Daten auch, weitere Dinge zu entwickeln. Corona hat uns gelehrt, dass wir im Rahmen und im Lauf der Pandemie auf viele andere Parameter Rücksicht nehmen mussten.

Ich bin gottfroh – dafür danke ich meinen Kollegen –, dass der Datenschutz nicht ganz so gerade genommen wurde. Damit war es uns möglich, Matrizen für München, Berlin, Freiburg zu erstellen. Es konnte berechnet werden, wie viele Intensivbetten man braucht. Aber das ging nur, weil mit einer mehr oder weniger weiten Definition des Datenschutzes die Daten der Gesundheitsämter zur Verfügung gestellt wurden.

Deshalb glaube ich, dass in ein prospektives Register mehr hinein muss als nur die Daten, die man im Rahmen einer Idee erarbeiten will. Ich glaube auch, dass es insbesondere für retrospektive Analysen wichtig ist, dass man ein komplettes Datenset, eventuell mit Variablen, hat, die man im Moment noch nicht für wichtig erachtet, welche aber für die Auswertung und Interpretation ganz wichtig sind. Das betrifft aber viele Bereiche.

Sie haben auch gezeigt, dass Ihr Kollektiv ein sehr selektioniertes ist. Das ist für mich so ein bisschen das Fitnesskollektiv: Die tragen alle schon eine Uhr, die können damit umgehen, die wollen ihre Daten speichern. Aber jetzt rutschen wir einmal aus

– 91 –

dem Bereich der Freiwilligkeit in die echte, harte Medizin. Dann müssen Sie natürlich aufpassen, dass Sie niemanden ausschließen, wenn Sie sich bestimmten Fragestellungen widmen.

Ich möchte ein Beispiel nennen: Schauen wir uns die Patienten mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen an; das sind die mit den größten Risikofaktoren. Das sind die Raucher und der schlecht eingestellte Diabetespatient. Die beteiligen sich an keinen oder an wenigen Vorsorgemaßnahmen. Die schließen wir also aus und schlussfolgern dann Ergebnisse, die auf das Gesamtkollektiv gesehen nicht wichtig sind, und vergessen die, die es eigentlich zwingend nötig hätten, dass man sich darum kümmert. Deshalb ist die Freiwilligkeit der Daten in der Wissenschaft in vielen Bereichen wichtig. Aber in den Bereichen, in denen wir tatsächlich eine Behandlungskonsequenz ableiten müssen, ist es natürlich wichtig, dass sämtliche Daten erhoben werden, und zwar völlig unabhängig vom Patienten.

Mir fehlt ein bisschen die Übertragbarkeit. Das ist ein tolles Projekt und macht Sinn für viele andere Fragestellungen. Es wird uns im Disease Management der Braven und der Patienten mit Compliance helfen. Aber es wird uns nicht helfen, einen Großteil der Erkrankten zu erfassen, entsprechende Vorarbeit zu leisten und Daten vorab zu erhalten, weil Sie diesen Selection bias nicht herausbekommen.

Deshalb aus der Erfahrung: Alle, die sie Daten während Corona erheben mussten, wissen, wie man sich mit dem Datenschutz herumschlägt. Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich bin wirklich jemand, der nicht wenige Ethikanträge geschrieben hat. Ich hatte weniger mit der Kommission an sich, sondern tatsächlich immer mit dem Datenschutzbeauftragten ein Problem, der sich nicht in einer gewissen Schwankungsbreite bewegte. Ich glaube, das lag zum Teil am fehlenden Verständnis für die Fragestellung, am fehlenden Know-how über das Projekt. Ich glaube, dass es die Möglichkeit gibt, dass man Dinge in gewisser Art und Weise auslegen kann, dass es aber doch ein strukturelles Problem ist. Das behaupten zumindest diejenigen, die große Datenmengen untersucht haben.

Eine Frage an Herrn Krimmer. Es ist spannend, was Sie mit dem Engagement in Vereinen aufgezeigt haben. Jetzt ist es ja so, dass bei uns Notfall- und Katastrophenschutz zu einem großen Teil ehrenamtlich aufgestellt sind. Denken wir nur an die Feuerwehren, dann muss man sagen, dass wir ein fast schon einmaliges System in Europa haben. Wie sieht es denn mit dem ehrenamtlichen Engagement in Vereinen in anderen Ländern aus? Haben Sie einen internationalen Vergleich? Ist es ein deutsches Spezifikum? Sind wir besser, was ehrenamtliches Engagement im Bereich der Vereine, insbesondere beim Katastrophenschutz angeht? Oder sind wir da tatsächlich nicht so optimal aufgestellt wie andere, und haben wir noch Potenzial, nachzuarbeiten?

Dr. Daniela Harsch, externes Mitglied: Zum ersten Vortrag habe ich noch einige Fragen. Es wurde gerade schon viel über den Selection bias gesprochen. Was wis-

– 92 –

sen Sie genau über die Gruppe der Teilnehmenden der Datenspende? Wie ist der Anteil Frauen und Männer, wie verteilt es sich zwischen städtischen und ländlichen Bereichen? Können Sie uns dazu etwas mehr sagen?

Sie haben mehrfach gesagt, dass es unterschiedliche Fragestellungen gab, auf die mit unterschiedlicher Häufigkeit geantwortet wurde. Könnten Sie noch einmal ein bisschen ausführen, inwieweit auf welche Fragestellung geantwortet wurde? Gibt es auch einen persönlichen Bereich? Auf welche Fragestellungen wurde eher nicht geantwortet?

Dann zum zweiten Vortrag, zum Thema Ehrenamt. Können Sie noch ein bisschen darüber sagen, wer aufgehört hat? Welche Gruppen haben wir im Engagement durch Corona verloren oder wurden gar welche hinzugewonnen? Mich interessieren aber eher die Gruppen derjenigen, die aus dem Ehrenamt ausgeschieden sind. Was wissen Sie über diese Gruppen, und was raten Sie uns – ich bin auch Kommunalpolitikerin –, in diesem Bereich zu tun? Als Beispiel: Wir haben sehr umfassende Förder Richtlinien. Egal, wie sehr wir als Kommune auch werben, es bewerben sich immer dieselben Gruppierungen, Vereine und Engagierten auf die Fördermittel, während andere nicht erreichbar sind und kaum wissen, dass es diese Art von Fördermitteln überhaupt gibt. Was kann das Land da noch stärker tun?

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Ich habe lediglich zwei Ergänzungsfragen. Herr Dr. Wiedermann, Sie haben eingangs oder auch generell gesagt, dass die Informationen, die Sie erhalten haben, in der Regel aus intrinsischer Motivation der Probanden zustande gekommen sind und erklären damit auch ein bisschen die Fehleranfälligkeit. Denn irgendwann lässt die Motivation natürlich nach, und es wird abgebrochen. Sehen Sie die Möglichkeit, möglicherweise durch Gratifikation, durch gewisse Bonifikation, das System etwas valider zu gestalten? Das wäre die eine Frage.

Die andere Frage geht an Sie, Herr Dr. Krimmer. Ich persönlich habe den Eindruck, dass je mehr staatliches Engagement kommt, je mehr Professionalisierung einhergeht, desto mehr das Anspruchsdenken und die Anspruchshaltung mit der Folge anwachsen, dass sich diejenigen, die als Funktionäre im Ehrenamt engagiert sind, ab einem gewissen Punkt einfach überfordert sehen, diesen Ansprüchen nicht mehr gerecht zu werden mit der Folge, dass sie sich als Funktionär verabschieden und nicht mehr für das Ehrenamt zur Verfügung stehen. Teilen Sie diese Entwicklung? Wie können wir dies durchbrechen, damit eine Wertschätzung für das, was ehrenamtlich geleistet wird, ankommt? Vielfach findet das tatsächlich statt, was die Anerkennung und die Wertschätzung angehen. Aber wir erleben es auch, dass sich die Leute getreu dem Lied „Und willst du Müh' und Arbeit dir ersparen, lass dir kein Ehrenamt antragen“ verabschieden. Wie können wir die behalten?

Vielen Dank.

– 93 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich habe die Bitte, sich jetzt zu melden, falls noch Bedarf besteht, Fragen zu stellen. – Frau Abg. Wolle, bitte.

Abg. Carola Wolle AfD: Herr Vorsitzender, meine Herren! Sehr schöne und interessante Vorträge. Ich habe nur wenige Fragen, zuerst an Sie, Herr Dr. Wiedermann. Sie selbst haben gesagt: Das sind Personen gewesen, die eine Smartwatch haben. Das ist also eine sehr ausgewählte Gruppe, finanziell etwas höhergestellt. Die sind eigentlich besser durch die Krise gekommen als diejenigen, die finanziell nicht so gut gestellt sind. Man kann sich jetzt folgende Frage stellen: Welchen Sinn und Zweck hat es, diese Abfrage durchzuführen, wenn sie nicht repräsentativ ist, bzw. wie kann man eine Abfrage zukünftig so gestalten, dass sie repräsentativ ist? Wie kann man an dieser Stelle alle Schichten der Gesellschaft abbilden und mitnehmen?

Herr Dr. Krimmer, es kam im Grunde heraus, dass sich Menschen weniger in Vereinen engagieren und doch vergleichsweise in Bereiche abwandern, bei denen sie mehr Projektarbeit machen und zeitlich nicht mehr so lange gebunden sind. Welche Bereiche sind das insbesondere? Kann man ausmachen, in welche Richtung diese Menschen gehen? Sie wollen sich ja nicht länger binden. Wie kann man versuchen, sie doch einzubinden, vielleicht in ein Kataster, bei dem sie sich melden, sodass man sie in einem Ernstfall doch einbinden kann bzw. ihnen auch vorher eine Ausbildung zukommen lassen könnte?

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. Ich habe noch zwei Meldungen, und zwar von Frau Tröger und Herrn Albiez. – Frau Tröger, bitte.

Josephine Tröger, stellv. externes Mitglied: An Herrn Dr. Krimmer die Frage: Sie haben eine Verschiebung der Finanzierungsverantwortung gezeigt. Wie erklären Sie sich das, und welche Folgen hat das, wenn das so weitergeht?

An Herr Wiedermann habe ich noch Fragen zu langfristigen Effekten. Das würde mich interessieren. Sie haben kurz von Vertrauen gesprochen. Kann man trotzdem langfristig noch irgendetwas sagen, eben auch für die Krisenprävention, und dann eben zur Übertragbarkeit? Das kam jetzt auch schon ein bisschen, aber vielleicht können Sie das konkret noch einmal an einer Krise ausbuchstabieren. Man kann die zwar nicht immer mehr vorhersehen, aber vielleicht könnten Sie das an der Klimakrise aufzeigen.

Sie haben Akteure benannt. Da würde mich noch konkreter interessieren, wie Bund und Länder zusammenspielen können. Das war ja ein nationales Projekt. Wie würde ein Projekt spezifisch für Baden-Württemberg aussehen, und was kostet so etwas?

Das waren meine Fragen.

– 94 –

Thomas Albiez, externes Mitglied: Meine Frage richtet sich an Herrn Dr. Krimmer und knüpft an die Frage vom Kollegen Weinmann an. Herr Weinmann hat die Professionalisierung im Ehrenamt angesprochen, die möglicherweise dazu führt, dass sich der eine oder andere überfordert fühlt und sich dann zurückzieht. Etwas Ähnliches hatten wir schon heute früh thematisiert. Ergänzend dazu meine Frage – sie resultiert aus der nahen Beobachtung der Flüchtlingskrise und der Coronakrise, bei denen ziviles Engagement zu Beginn der Krisen enorm ausgeprägt war –: Je mehr die staatlichen Strukturen mit ihrer gesamten bürokratischen Kraft wieder gewirkt haben, desto stärker ist die Autonomie auf der zivilgesellschaftlichen Ebene zurückgefahren worden und meines Erachtens auch ein Stückweit die Motivation verlorengegangen, weiterzumachen. Gibt es möglicherweise einen Zusammenhang zwischen der Bereitschaft, sich zu engagieren, und der Bewältigung von Verwaltungsvorschriften?

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. – Dann gebe ich Herrn Dr. Wiedermann hier vor Ort wieder das Wort. Probieren Sie, die Fragen in sieben bis zehn Minuten zu beantworten.

Sv. Herr Dr. Wiedermann: Ich bin zuversichtlich. Ich habe schon ein bisschen geclustert. Vielen lieben Dank für die Fragen. Ich werde mit dem Fragenkomplex anfangen, den ich am häufigsten wahrgenommen habe, nämlich der Repräsentation, der Charakteristik der Teilnehmenden.

Wie gesagt, es gibt diesen Selection bias; das muss man uneingeschränkt anerkennen. Wir haben versucht, mit Interessenverbänden zu sprechen, z. B. mit „Long Covid Deutschland“, um zumindest auch Patienten mit hineinzubekommen, bei denen man schon einen begründeteren Verdacht für das Vorliegen einer bestimmten Krankheit hat. Genauso haben wir natürlich auch versucht, das Projekt immer wieder breit zu bewerben. Aber man bekommt dieses Problem nicht komplett in den Griff. Deswegen muss man aus meiner Sicht jegliche Art von „Citizen Science“-Projekt immer als Komplement verstehen. Der Erkenntnisgewinn, den man damit vielleicht erzielt, ist ein Baustein. Der kommunikative Gewinn, den man damit erzielt, ist ein anderer Baustein. Egal, wie man es dreht und wendet: Es haben 120 000 Leute aktiv mitgemacht. Nicht alle haben das Projekt aktiv verfolgt. Das klingt, gemessen an der bundesdeutschen Bevölkerung, erst einmal nicht nach einer extrem großen Zahl. Ich finde es aber trotzdem beeindruckend, dass es doch eine so große Bereitschaft gibt, die Wissenschaft zu unterstützen. Ich finde, allein dafür kann man das Projekt schon anerkennen.

Wir haben unfassbar viel Feedback, unfassbar viel Zuspruch bekommen. Ich glaube schon, dass die Personen, die mitgemacht haben, auch tendenziell eine größere Akzeptanz für politische Maßnahmen an den Tag gelegt haben und sich eben einfach auch empowert gefühlt haben, dass sie irgendwo mitmachen können und sie quasi gehört werden. Das ist wirklich eine Verbesserung von Partizipation in dem Sinn. Das ist aber, wie gesagt, nicht geeignet, um irgendwelche Diagnosen zu stellen. Man

– 95 –

sollte niemals irgendetwas an das Individuum zurückspielen. Man ist kein Medizinprodukt, man ist ein Forschungsprojekt. Deswegen muss man das uneingeschränkt als ein Problem von diesen Projekten anerkennen.

Sie können auch andere „Citizen Science“-Projekte machen. Es gibt in Berlin eines, bei dem Leute auf freiwilliger Basis Feinstaubmessungen durchführen. Da haben sie natürlich nur technikaffine Leute aus den Innenstadtbezirken dabei. Das gibt es einfach immer. Dessen muss man sich leider bewusst sein.

(Die Präsentation wird noch einmal eingeblendet.)

Wenn man über die Gruppe der Teilnehmenden sprechen und die ein wenig näher beschreiben möchte: Hier oben sieht man die Altersverteilung unserer Teilnehmenden in dunkelgrau. Die Altersgruppe zwischen 40 und 59 Jahren ist drastisch überrepräsentiert, die Altersgruppe zwischen null und 20 Jahren ist drastisch unterrepräsentiert, die Altersgruppe über 65 Jahre ist auch drastisch unterrepräsentiert. Daran sieht man genau das, was ich meinte: Kinder und Jugendliche sind per Datenschutz ausgeschlossen.

(Abg. Dr. Michael Preusch CDU: Dem größten Risikokollektiv hat es nicht geholfen! Aber okay!)

– Genau. Um den Selection bias kommen wir nicht herum. Ältere Menschen sind unterrepräsentiert, Männer sind stark überrepräsentiert. Männer im Alter zwischen 40 und 59 Jahren sind in diesem Projekt sozusagen die treibende Kraft. Das muss man einfach anerkennen.

Bei den Gruppen, bei denen man zumindest ausreichend Daten hat, kann man natürlich hochrechnen. Es muss nicht exakt gesampelt sein, sondern man kann natürlich auch hochrechnen. Aber wie gesagt, das muss man uneingeschränkt anerkennen. Wenn man sich die Bildungsabschlüsse anschaut – die haben wir nachträglich noch abgefragt –, dann sieht man, dass die Menschen überdurchschnittlich gut gebildet sind und auch ein überdurchschnittlich hohes Einkommen haben. Genau das, was Sie auch vermutet haben, spiegelt sich hier wider.

Das Projekt war von Anfang an als Komplement gedacht, genauso wie das Abwassermonitoring und verschiedene andere Instrumentarien zur pandemischen Surveillance als Komplemente gedacht waren. Deswegen wurden auch nie allein auf Basis von diesen Erkenntnissen irgendwelche Maßnahmen abgeleitet – um Gottes Willen. Die Maßnahmen waren immer ein Teil eines Gesamtkonzepts.

Dann gab es noch die Frage danach – die passt ein bisschen mit dem Gamification und Gratifikation zusammen –, welche Fragen besonders häufig beantwortet wurden. Ich würde das gar nicht in Kategorien von Fragen einteilen, sondern in die Häufigkeit,

– 96 –

mit der die Fragen gestellt wurden. Wir hatten Fragen, die einmal gestellt wurden – die wurden von ungefähr 50 000 Leuten beantwortet. Wir hatten Fragen, die monatlich gestellt wurden – da haben noch 40 000 Leute mitgemacht. Wir hatten Fragen, die wöchentlich gestellt wurden – da haben noch 25 000 Leute mitgemacht. Je häufiger man die Leute befragt, desto weniger sind sie bereit, mitzumachen.

Gleichzeitig haben wir aber gesehen, dass es zumindest bei einer bestimmten Gruppe von Leuten – auch darüber sollte man beim nächsten Mal im Vorfeld noch genauer nachdenken – eine Motivation gibt, besonders aktiv zu sein. Wir haben irgendwann einen kleinen Zähler eingeführt: Du hast 28 von 28 Fragebögen beantwortet und bist seit 500 von 537 Tagen dabei. Das hat verschiedenste Menschen, glaube ich, sehr motiviert. Unter den Social-Media-Posts haben die Leute dann so kleine Screenshots von ihren Spenden-Countern gepostet. Das ist so eine erste Dimension von Gratifikation. Ich hatte auch immer ein bisschen die Vision, dass man vielleicht noch ein bisschen direkter zurückspielt und z. B. sagt: Du bist unter den 5 % der Topspenderinnen und Topspender. Das wurde nicht umgesetzt. Aber eine zusätzliche Feedbackschleife einzubauen und den Leuten zurückzuspiegeln, dass sie wirklich schon viel beigetragen haben, ist unfassbar wichtig.

Dann gab es einen Fragenkomplex zur Transferierbarkeit von solchen Projekten, aber auch die Frage nach der Verfasstheit der Bevölkerung in anderen Krisen. Man kann so ein Projekt wie dieses nehmen, bei dem genau diese Variablen, über die hier diskutiert wurde, gemessen werden. Nehmen wir wieder den Puls, die Aktivität und den Schlaf. Dazu gibt es tatsächlich schon Arbeiten aus einer Forschungsgruppe in Dänemark. Die haben eine Technologie benutzt, um die Belastung der Bevölkerung während Hitzewellen zu untersuchen. Denn Hitze hat einen Rieseneinfluss auf den Schlaf. Schlaf hat einen großen Einfluss auf die Psyche. Genauso führen Hitzewellen zu überdurchschnittlich vielen Herzinfarkten. Das ist beides eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit. Es ist theoretisch möglich – das wurde mit so einer Technologie gezeigt –, so etwas auch auf sehr kurzen Zeitskalen zu vermessen.

Das ist natürlich auch aus einer anderen Warte interessant; jetzt sind wir direkt ein bisschen beim Thema „Klima im Allgemeinen“. Es ist natürlich das eine, ob wir eine Hitzewelle haben, und das andere ist die Frage, ob die Menschen die Möglichkeit haben, sich abzukühlen. Wir wissen natürlich nicht, wie warm es im Schlafzimmer der Leute ist, wie warm es im Wohnzimmer der Leute ist, ob sie einen Arbeitsweg in der offenen Hitze haben, ob die S-Bahn klimatisiert ist. Theoretisch können solche Geräte das messen, auch die Temperatur, der die Person gerade wirklich ausgesetzt ist, um dann noch einmal einen etwas besseren Eindruck dafür zu bekommen, wie die Belastung der Gesundheit individuell, aber auch öffentlich, z. B. während Hitzewellen, ist. Ich finde, das ist eigentlich ein sehr schönes Beispiel dafür, wie man eine solche Technologie nutzen kann. Wenn man das noch mit Befragungen z. B. nach dem allgemeinen Wohlbefinden unterfüttert, dann erhält man eventuell ein verhältnismäßig rundes Bild.

– 97 –

Man kann diese drei Variablen beproben und ein paar Fragen dazu stellen; das ist eine Möglichkeit. Man kann natürlich auch noch einmal auf dem Reißbrett neu überlegen: Welche Informationen brauche ich, wenn ich eine andere Krise adressieren möchte? Ich habe in der vorbereiteten Recherche noch mal geschaut. Es gibt tatsächlich Vorschläge für ein „Citizen Science“-Projekt im Nachgang der Flut im Ahrtal, dass man den Menschen eine Art Anleitung an die Hand gibt, wie man sehr einfach ein Pegelmessgerät für den Bach hinterm Haus bauen kann. Auch so etwas kann man mit dem Smartphone irgendwohin zentral übermitteln. Da sind wir wieder bei diesem Punkt: Sobald man irgendwie feststellt, dass noch Daten fehlen, um eine bestimmte Frage zu beantworten, um eine bestimmte Entscheidung zu treffen, dann kann man die Frage stellen: Gibt es vielleicht die Möglichkeit, die Bevölkerung zu bitten, bei der Bereitstellung dieser Daten zu helfen? Das ist natürlich immer ein ganz klein wenig kontextabhängig: Um welche Krise geht es? Aber wie gesagt, die Technologie, die wir hier haben, ist zumindest geeignet, um z. B. die Auswirkungen von Hitzewellen ein bisschen besser zu verstehen.

Dann kamen Fragen nach den Vorteilen von Open Source. Das ist natürlich immer so ein bisschen gespalten. Es gibt die einen, die das super finden, die anderen stehen dem Ganzen eher kritisch gegenüber. Im Allgemeinen würde ich sagen: Es erhöht die Transparenz dessen, was man tut. Nicht jeder ist in der Lage, den Quellcode einer App zu lesen. Ich selbst kann es auch nicht. Es gibt aber natürlich auch in Deutschland Interessengruppen, die in der Lage sind, das zu tun. Wenn man von solchen Gruppierungen denn den Stempel bekommt, dass so eine App datenschutzrechtlich okay ist, dass sie nichts tut, was vorher nicht kommuniziert wurde, dann ist das erst einmal ein weiterer Baustein, um Transparenz und Vertrauen aufzubauen. Ich glaube, das ist für solche Projekte extrem wichtig.

Zweitens erlaubt es theoretisch auch, die App, das Programm, die Software oder was auch immer, ein bisschen anzupassen und für einen anderen Kontext neu zu verwenden. Man spart einfach Zeit, Geld und Ressourcen. Deswegen würde ich schon sagen: Wo dies möglich ist, sollte man das ausprobieren. Man verliert eigentlich nichts dabei.

Dann noch zu den letzten beiden Fragen, dann würde ich das Wort übergeben. Es wurde nach der Zusammenarbeit von Bund und Ländern gefragt. Dazu kann ich leider nicht so super viel sagen. Dies hier war ein reines Bundesprojekt. Wir haben ab und zu Anfragen aus den Ländern bekommen, länderspezifische Analysen zu machen. Nach meinem Wissen waren die Länder aber nicht direkt in die Entwicklung und den Betrieb der App involviert. Das könnte man in Zukunft auf jeden Fall anders machen. Das sollte man wahrscheinlich auch anders machen, um die Akzeptanz zu erhöhen. Ich sehe aber auch nicht, warum man das unabhängig davon nicht auch auf kleineren Skalen machen sollte. Ich weiß, dass z. B. die Stadt München jetzt ein eigenes Datenspenderprojekt ausrollen möchte. Das ist sogar noch einmal eine kleinere Skala als ein Bundesland. Auf Bundeslandebene kann das auch gut funktionieren.

– 98 –

Da fällt mir gerade noch ein: Es gab die Frage nach der Teilnahme in Städten und auf dem Land. Man sieht eigentlich genau das, was man erwarten würde: In Städten ist die Teilnahmebereitschaft größer. Wir sehen auch eine größere Teilnahmebereitschaft in den alten Bundesländern, also in Westdeutschland. Im Allgemeinen sind wir aber relativ gut abgedeckt gewesen. Ich würde eher sagen: Wir haben eine gute Abdeckung, und in bestimmten Bereichen sind wir überrepräsentiert.

Die allerletzte Frage nach den Kosten will ich auch nicht unterschlagen. Bei der Entwicklung der App hatten wir Hilfe von einem externen Dienstleister, weil es in der Kürze der Zeit umgesetzt werden musste und wir nicht die Expertise hatten, mit jedem einzelnen Hersteller die Datenübertragung sicherzustellen. Da ist man summa summarum bei einer Größenordnung von – ich würde einmal sagen – 1 Million € im Jahr, die die Entwicklung einer solchen App kostet. Das muss man aber nur einmal machen. Dementsprechend würde ich sagen: Es ist ein verhältnismäßig überschaubarer Betrag für ein Forschungsprojekt. Um das personell zu betreiben, braucht man zehn Personen, würde ich sagen. Wir alle können uns, glaube ich, ausrechnen, nach den Gehaltstabellen von TV-L und TVÖD, was das dann ungefähr kostet. Auch da werden im Laufe des Prozesses Ressourcen frei. Am Anfang ist viel zu tun, hinterheraus wird gerade die Entwicklung immer weniger, und dann kann man die Kapazitäten für andere Dinge nutzen.

Vielen Dank.

Sv. Herr Dr. Krimmer: Ich versuche, die Fragen schnell zu beantworten, aber ohne Gefahr zu laufen, durch die Themen zu jumpen. Es gibt doch sehr desperate Themen, die hier in kürzester Zeit parallel sind. Vielleicht gibt es wegen des Sachzusammenhangs ein paar Punkte mehr zu sagen.

Zum einen kam verschiedentlich die Frage auf, ob Engagement häufiger in Projekten organisiert ist. Das weiß ich nicht. Ich glaube, die Befunde gehen eher dazu, dass es weniger biografieübergreifend, sondern eher kurzfristiger, episodischer in den Biografien eingebunden ist und neue Zugänge bringt. Ob das dann Projekte sind oder eine Mitarbeit oder ein Mitengagement in regulären engagierten Strukturen, das sei vollkommen dahingestellt. Aber ich glaube, es endet phasenweise. Das ist der Punkt.

Dann kam zu Beginn die Fragestellung auf, ob in bestimmten Krisen ein Kompetenzproblem besteht. Das ist bestimmt so. Ich glaube, es gibt ein Trade-off. Je stärker wir das Engagement nur in bevölkerungs- und katastrophenschutzorientierten Organisationen in den Blick nehmen, desto mehr steigen natürlich die Kompetenzbedarfe. Damit haben wir eine andere Gruppe. Auf der anderen Seite liegt das Engagement in diesen Bereichen, glaube ich, bei 2 bis 3 % vom Engagement insgesamt in der Bundesrepublik. Es sind vielmehr die anderen 98 %, die in anderen Konstellationen eingebunden sind und bei denen die Kompetenzen fallen.

– 99 –

Ich will aber mit Verweis auf Ihren Einsetzungsbeschluss und mit zwei konkreten Beispielen noch einmal kurz dafür werben, diese Kompetenzfrage nicht zu hoch zu hängen. Das eine ist die Situation – Sie sprachen es vorhin schon an, ich nenne es jetzt auch einmal so – der Flüchtlingskrise ab 2015/2016. Da war es häufig so, dass selbst organisierte Strukturen von Vereinen, Verbänden und unterschiedlichen gemeinnützigen Akteuren die Leistungen in den Kommunen erbracht haben, auch die Kompetenzen eingebracht haben, die die Kommunalverwaltungsstrukturen in der Situation nicht auf die Beine gestellt bekommen haben. Es ging in der Situation erstaunlich gut. Das heißt, das Problem war eigentlich nicht, dass die Kompetenzen nicht vorhanden waren, sondern dass engagierte Bürgerinnen und Bürger das tun mussten, was Verwaltungsstrukturen in dieser Situation nicht leisten konnten. Ich glaube, so herum muss man die Frage formulieren.

Ähnlich ist es in der Coronapandemie. Da würde ich wegen des Sachzusammenhangs quasi direkt eine der letztgestellten Fragen anschließen. Da kam die Frage auf, ob es nicht so ist, dass es in Phasen von diesen krisenhaften Situationen Landgewinne der Politik und der staatlichen Krisenhilfe und Landverluste von Engagement und zivilgesellschaftlicher Akteure gab. Ich glaube, das ist bestimmt so. Aber ich glaube, in beiden Krisen war es doch ein bisschen unterschiedlich. In der sogenannten Flüchtlingskrise 2016/2017 sind die zivilgesellschaftlichen Akteure auf kommunaler Ebene stellenweise vom Beginn bis zum Schluss im Lead gewesen und haben auch in der öffentlichen Wahrnehmung eine zentrale Rolle gespielt. Viele in der Zivilgesellschaft, die wir interviewt und mit denen wir gesprochen haben, haben es so verstanden, dass die Politik daraus gelernt hat und in der Coronapandemie von Beginn an eine Situation aufgebaut hat, in der die Politik im Lead ist, zumindest kommunikativ und auch in der Art der öffentlichen Wertschätzung, aber auch in der Art der Governance der Strukturen. Das heißt, die politische Voraussetzung war in den beiden unterschiedlichen Krisen vollkommen unterschiedlich.

Ich würde an dem Punkt, weil es ganz gut dazu passt, zwei Fragen anschließen, die die Finanzierungsverantwortung thematisiert haben. Da ging es zum einen um die Fragestellung: Führt mehr staatliches Geld nicht zu mehr Professionalisierung, zu einer Verdrängung von Ehrenamt, ist das quasi ein kontraindizierter Effekt? Wie könnten wir denn eigentlich Wertschätzung anders zum Ausdruck bringen? Ich glaube, das ist teilweise so. Aber wenn Sie sich die zivilgesellschaftlichen Strukturen in der Breite anschauen, dann sehen Sie, dass wir zwei Gesichter von Zivilgesellschaft haben: Man hat Blaulichtorganisationen, die sehr häufig gar keine gemeinnützigen Organisationen sind. THW oder oberste Behörde des Bundes oder Landesbehörden, freiwillige Feuerwehren sind häufig in den Kommunen organisiert; die gehören zum Bereich Engagement, aber nicht zur Zivilgesellschaft. Dann haben Sie einen zweiten besonderen Akteur: die Wohlfahrtsverbände. Wir kennen sechs Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Deutschland, die in der BAGFW oder in Ligen organisiert sind und die Teil eines marktlichen Systems sind, bei denen wir mit einer Refinanzierung durch Sozialversicherungsmittel und anderes einen privilegierten Zugang haben.

– 100 –

Das ist eine vollkommen andere Akteurskonstellation als Engagement in der Kultur, im Sport oder in anderen Bereichen. Der Anteil öffentlicher Mittel in der Wohlfahrtspflege, in sozialen Diensten, im Gesundheitsbereich liegt bei 60, 70, 80 %, in anderen Bereichen geht er auf 10 bis 20 % herunter. Dieser Professionalisierungseffekt, nach dem gerade gefragt wurde, spielt sich hier eigentlich ab. Dieser führt tatsächlich zu einer Zunahme von Hauptamt in der Zivilgesellschaft. Wir haben momentan um die 3,6 Millionen Beschäftigte in der Zivilgesellschaft. Das heißt, jeder zehnte Beschäftigte in Deutschland arbeitet in einer gemeinnützigen Organisation, aber nur in den Bereichen, die ohnehin schon professionalisiert sind – sprich: Wohlfahrtspflege, Blaulichtorganisationen und dergleichen. Sie finden aber quantitativ keine Professionalisierung im Sport, in der Kultur, in der Brauchtumpflege oder in anderen Bereichen. Ja, ich kenne den Effekt, von dem Sie gesprochen haben. In die Breite gesehen müssen wir andere Logiken stark voneinander unterscheiden; es ist nicht das Generelle.

Dann kam die Anschlussfrage: Was sind denn andere Möglichkeiten der Wertschätzung? Ich glaube, dass die Geldbeträge, die zu Wertschätzungszwecken in die Zivilgesellschaft gehen, selten zu Professionalisierungseffekten führen. Denn das sind geringe Beiträge. Das ist mehr die Übungsleiterpauschale, die Ehrenamtspauschale, das sind kleine Projektförderungen, Sonderfonds, was auch immer. Aber für Professionalisierung sprechen wir eigentlich von einer Größenordnung von 30 000 oder 40 000 € pro Jahr in einer Organisation, da sprechen wir vielleicht von dem Mittelaufwand für eine halbe sozialversicherungspflichtige Stelle, mit der eine Stelle aufgebaut werden könnte.

Aber wenn Sie dennoch nach einer Alternative fragen, dann würde ich Ihnen sagen: Wir haben momentan in Deutschland 700 Engagementpreise – 700! Dann haben wir einen Deutschen Engagementpreis – man nennt ihn den „Preis der Preise“ –, der es nochmal auf die Spitze treibt. Für den kann man nur nominiert werden, wenn man einen der 700 anderen gewonnen hat. Ich glaube, dass diese Logik ausgereizt ist. Die Ehrennadeln und die Engagementpreise sind gut und richtig und haben ihre Legitimation, auch die Ehrenamtskarten usw., aber die reinen Anerkennungsmodelle müssen eigentlich durch etwas anderes konterkariert werden.

Worin möchten denn Engagierte anerkannt werden? Es ist selten die Tatsache, dass sie sich engagieren. Sie gehen in den Schulförderverein des Sohnes, um etwas für die Schule zu tun. Die höchste Wertschätzung und Anerkennung bekommen sie in dem Moment, wenn sich ihnen die Schule, die Bildungspolitik auf kommunaler Ebene oder auf anderen Ebenen als Dialogpartner stellt und sie ernst nimmt. Das heißt, ich glaube, die zentrale Schneise oder das zentrale Alter Ego, um Anerkennung wirklich zu kommunizieren, ist viel stärker in der Fachpolitik – Bildung, Kultur und dergleichen – als in einer spezialisierten Engagementpolitik und einer Preiselogik, Ehrenamtskarten und dergleichen. Das ist mir ein sehr wichtiger Punkt.

– 101 –

Ich schaue noch mal kurz nach links und rechts. Es gab eine Frage nach der besonderen Situation in Deutschland. Das würde ich kurz unterstreichen, vor allem was die Breite der Aufstellung der Engagementlandschaft betrifft. Das Grundproblem ist aber, dass wir in Europa – obwohl wir Eurostat haben, welches auch die Datenerhebung der nationalen Statistikbehörden erhebt – keine einzige Fachstatistik zum Engagement haben, nicht einmal ein Mitgliedschaftsindikator wird erhoben, obwohl wir 300 Fachserien bei Destatis haben. Eine Vergleichbarkeit auf europäischer Ebene gibt es also nicht.

Wenn Sie die unterschiedlichen Befragungen gegenüberstellen, dann dürften Sie erkennen, dass Deutschland eines der Länder mit der höchsten Engagementquote sein wird – vielleicht auch das Land mit der höchsten. Die besondere Situation im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz möchte ich auch unterstreichen. Anekdotisches Beispiel: Das THW in Berlin hat einen eigenen Besprechungsraum eingerichtet, weil so viele internationale Delegationen aus dem europäischen und aus dem nicht europäischen Ausland kommen und fragen: „Wie macht ihr das nur? Katastrophenschutz als öffentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge, oberste Behörde des Bundes und dennoch 90 % organisiert über bürgerschaftliches Engagement?“ Das ist in der Art und Weise der Aufstellung tatsächlich ein Unikum. Ich glaube, das kann man so festhalten.

Der letzte Punkt, auf den ich noch kurz eingehe – ich sehe, ich habe noch eine Minute Zeit –, ist die Finanzierungsverantwortung und die Folgen davon. Dazu noch ein Wort: Ich würde die Folgen darin sehen: Wenn mehr gemeinnützige Akteure das Gefühl haben, sie übernehmen wichtige Leistungen, die eigentlich zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören – in ländlichen Regionen wird das auch zunehmend so wahrgenommen, das ist objektiv auch so, das wird politisch sogar so reflektiert –, und sie bekommen dafür keine Refinanzierung, dann steigt eine Mentalität des Lückenbüßers: Wir tun das ja nur, weil Punkt, Punkt, Punkt; wir werden gar nicht ernst genommen in der Rolle des Punkt, Punkt, Punkt. Ich glaube, das darf man gar nicht so weit kommen lassen. Denn dann verschenkt man die Chance, dass dort Kooperationen entstehen, und schafft eher eine Situation von „Wir organisieren das selbst“. Dann hat man eine fundamentale Oppositionshaltung, die aus der Zivilgesellschaft heraus offeriert. Das wäre meines Erachtens schädlich für die vielen konstruktiven und kreativen Potenziale, die vor Ort sind.

So weit von mir.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Krimmer. – Ich sehe auch keine weiteren Fragen. – Dann darf ich Ihnen, Herr Dr. Wiedermann und Herr Dr. Krimmer, vielmals für Ihre Informationen und den Input für diese Enquetekommission danken. Auch Sie sind dazu aufgerufen, wenn Sie etwas nicht ausreichend beantwortet haben und Sie den Eindruck haben, wir hätten gern noch Informationen von

– 102 –

Ihnen, uns etwas zu schicken. Denn wir leben natürlich von Informationen und brauchen sie, damit wir am Schluss gute Handlungsempfehlungen verabschieden können. Daher noch einmal Dank an Sie beide. Sie dürfen natürlich gern noch an der weiteren Sitzung teilnehmen.

Wir fahren jetzt fort mit Frau Conradi, der Leiterin der Abteilung „Qualitätsmanagement, Digitalisierung, Lehrerbildung, schulartübergreifende Bildungsaufgaben“ im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg. – Sie haben auch 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Conradi: Sehr geehrte Damen und Herren! Erst einmal herzlichen Dank für die Einladung. Sie haben uns, das Kulturministerium und mich als Sachverständige, gebeten, zum Thema „Katastrophenschutz in Bildung, Schulen und Lehrplänen“ auszuführen. Das ist nach den jetzt gehörten eher wissenschaftlich orientierten Vorträgen natürlich kein leichtes Unterfangen. Ich versuche, Sie jetzt einfach auf die Ebene der Schulen, auf die Ebene der Bildungspolitik mitzunehmen.

Ich glaube, es ist unstrittig, dass angesichts der aktuellen Krisenlagen das Thema Katastrophenschutz an Bedeutung gewonnen hat. Das spiegelt sich in unseren Lebenswelten und natürlich auch in der Lebenswelt der Schulen wider. Die Auswirkungen von Kriegshandlungen, von Klimawandel treten auch bei den Kindern und Jugendlichen immer stärker ins Bewusstsein. Deswegen ist es wichtig, sie im Umgang mit Krisen entsprechend zu sensibilisieren, zu stärken und hier Handlungssicherheit zu vermitteln.

Wir denken auch, dass das Thema sehr gut in den schulischen Kontext, in den schulischen Unterricht passt. Denn zum einen ist es Teil des schulischen Bildungsauftrags, Orientierungsfähigkeit zu vermitteln, zum anderen aber auch ein Auftrag, zum eigenverantwortlichen Handeln der Kinder und Jugendlichen anzuleiten. Daher glaube ich, dass das Thema schon entsprechend richtig adressiert ist.

Das Thema Katastrophenschutz ist insgesamt auf mehreren Ebenen angebunden. Ich möchte Ihnen – das habe ich Ihnen auch in dem One-Pager dargelegt – ein paar Ausführungen zu den rechtlichen Vorgaben geben, die wir zu beachten haben. Dann kommt ein etwas größerer Punkt: Wie sieht denn die Anbindung des Katastrophenschutzes in den jetzigen Bildungsplänen in den einzelnen Schularten aus? Dann folgt der große Bereich der Unterstützungsangebote. Ich würde Ihnen in einem letzten Block darlegen, welche Maßnahmen bei uns auf der Agenda stehen. Da geht es noch einmal um das Thema Rechtsvorgaben und die Frage, wie diese entsprechend weiterzuentwickeln sind. Da geht es aber auch um den großen Block der Unterstützungsangebote.

– 103 –

Steigen wir ein mit der Anbindung des Themas an den Schulen. Da würde ich gern mit den Rechtsvorgaben beginnen, die schon Bestand haben und an die sich die Schulen halten müssen. Wir versuchen natürlich, bei entsprechenden Gewaltvorfällen oder bei Gefahren, Bedrohungslagen die Situation richtig einzuschätzen, und die Schulen sollten bestmöglich darauf vorbereitet sein. Dann versuchen wir natürlich, die geeigneten Maßnahmen zu veranlassen und – da mache ich noch einmal eine Einschränkung – bei Einbeziehung der zuständigen Stellen auch die richtigen Maßnahmen anzugehen, um die Situation zu bewältigen.

Wir haben schon eine bewährte gemeinsame Verwaltungsvorschrift zu Gewaltvorfällen, Schadensereignissen. Diese ist vom Kultusministerium, Innenministerium und Umweltministerium erlassen worden. Sie regelt im Wesentlichen die Maßnahmen zur Verbreitung und zum Umgang mit Krisen an Schulen, beispielhaft seien hier Brandfälle oder auch Gewalttaten genannt.

Was sollen die Schulen gemäß dieser Verwaltungsvorschrift tun? Zum Ersten haben sie die Aufgabe, innerhalb der Schule ein Krisenteam zu benennen. Dieses Krisenteam hat die Aufgabe, einen entsprechenden Krisenplan für die Schule zu erarbeiten, um im Hinblick auf Gewaltvorfälle gewappnet zu sein: Wie soll entsprechend reagiert werden? Diese Krisenpläne sind mit der örtlichen Polizeidienststelle abzustimmen.

Darüber hinaus ist es wichtig, auch einen Rettungsplan für die Schule vor Ort zu erarbeiten. Auch dieser ist in Abstimmung mit der Feuerwehr zu erstellen. Diese beiden Pläne liegen dann in der ausgearbeiteten Fassung der Feuerwehr, der Polizei und auch den entsprechenden Schulträgern vor. Sie wissen, dass wir auch den Schulträger mit ins Boot nehmen müssen. Das ist die Verwaltungsvorschrift.

Da können Sie sagen: Verwaltungsvorschrift, ja, wie sieht das an den Schulen aus? Uns ist das Thema wichtig. Deswegen veranlasst die Schulverwaltung, die Regierungspräsidien, die Abteilung 7, ein jährliches Schreiben zu Schulbeginn, mit dem wir noch einmal an die Schulleitungen adressieren, dass das schulische Krisenmanagement in den Blick zu nehmen ist, dass die Pläne – es verändert sich auch personell vieles an Schulen – ständig aktuell gehalten und entsprechende Stellen informiert werden müssen.

Zur Verwaltungsvorschrift gehört auch ein Rahmenkrisenplan. Er hat entsprechende Vorlagen zum Inhalt: für Krisenpläne, für die Erstellung von Krisenplänen bis hin zu Erreichbarkeitslisten. Er verweist auch auf eine Handlungshilfe für Schulleitungen von der Unfallkasse. Einen wichtigen Beitrag leisten die praktischen Hinweise für die Schulleitungen hinsichtlich der Thematik, wie man in verschiedenen Krisenlagen entsprechend aufgestellt sein oder handeln sollte.

Als weiterer Punkt ist für Sie vielleicht noch von Interesse: Die Verwaltungsvorschrift thematisiert die jährlichen Brandschutzübungen, natürlich wiederum in Abstimmung mit der Feuerwehr und mit der Polizei.

– 104 –

Ich würde gern den nächsten Block beschreiben. Das ist die Anbindung des Themas Katastrophenschutz an die Bildungspläne. Ich kann das nur exemplarisch machen. Ich weiß, unter uns sitzen einige Bildungsexperten. Aber vielleicht vorneweg kurz zum Bildungsplan an sich, damit man dann nachher das Folgende versteht: Hier in Baden-Württemberg ist es wie in vielen Ländern auch: dass wir das Bildungswesen nicht über Inhalte steuern und der Bildungsplan nicht darüber gesteuert wird. Das heißt, wir erklären nicht, welche Unterrichtsinhalte die Lehrkraft vermitteln soll, sondern wir versuchen, über Kompetenzen zu steuern. Sprich: Wir formulieren, was die Schülerinnen und Schüler zu einem bestimmten Zeitpunkt kennen und können sollen. Daraus leiten sich dann die Aufgaben ab. Das hat den großen Vorteil, dass die Schulen eine entsprechende Freiheit haben, mit welchen Themen sie in den Unterricht gehen und mit welchen Unterrichtsgegenständen sie gewisse Themen aufarbeiten.

Ich komme jetzt zum Bereich Grundschule: Ich habe Ihnen hier den Bereich „Sachunterricht“ mitgebracht. Wie Sie sich vorstellen können, haben wir aber natürlich auch Anknüpfungspunkte im Sportunterricht oder im Religionsunterricht. Hier habe ich Ihnen den Abschnitt „Naturphänomene“ aus dem Bildungsplan für die Klassen 3 und 4 für den Sachunterricht mitgebracht. Sie können entdecken – das ist original aus dem Bildungsplan –, welche Kompetenzen für die Grundschule formuliert sind. Da geht es u. a. darum, die Bedeutung unterschiedlichen Wetters für Mensch und Umwelt zu erkennen oder bei Gefahrensituationen entwicklungsgerecht zu reagieren. Das sind die Kompetenzen, die wir im Bildungsplan festgelegt haben.

Eine Besonderheit im Grundschulbereich ist, dass wir entsprechende Denkanstöße für die Lehrkraft formuliert haben, um die Kompetenzbeschreibung noch etwas weiter zu unterfüttern. Diese Denkanstöße verdeutlichen zusätzlich die Ausrichtung des Katastrophenschutzes. Ich habe das hier nicht aufgenommen, aber ich würde Ihnen gern zwei Beispiele von Denkanstößen darlegen. Erster Denkanstoß: Welche aktuellen Naturereignisse aus dem Lebensumfeld der Kinder und der Berichterstattung werden aufgegriffen? Zweiter Denkanstoß: Welche Gelegenheiten schafft die Schule, damit die Kinder das Verhalten im Brandfall trainieren? Wie werden außerschulische Expertinnen und Experten, z. B. die Feuerwehr, in den Unterricht einbezogen? Sie sehen da einen relativ stringenten Bezug zum Katastrophenschutz.

Gehen wir noch einen Schritt weiter, zur Sekundarstufe I und II. Da haben wir vor allem im Geografieunterricht Anknüpfungspunkte für den Katastrophenschutz, und zwar sowohl in der Sekundarstufe I als auch in der Sekundarstufe II. Ich habe Ihnen jetzt hier einmal ein Beispiel aus den Klassen 5 und 6 an den Gymnasium mitgebracht. Hier heißt es: Gestaltung der Erdoberfläche durch naturräumliche Prozesse. Sie sehen darunter wieder, welche Kompetenzen damit verbunden werden. Mindestens zwei Naturereignisse sollen behandelt werden, daraus resultierende Bedrohungen und geeignete Schutzmaßnahmen sind darzustellen. Hieran zeigt sich sehr gut, dass es nicht nur um die Beschreibung von Naturereignissen geht, sondern auch um die entsprechenden richtigen Schutzmaßnahmen und Verhaltensweisen.

– 105 –

Ich könnte die Liste fortsetzen. Je höher Sie in den Schularten gehen, umso komplexer werden die Themen: „Phänomene des Klimawandels“, „Globale Auswirkungen des Klimawandels“. Ich glaube, für den Einstieg reicht das.

Wir haben nicht nur die Anbindungen in Fachplänen. Die Besonderheit des Bildungsplans 2016 ist, dass entsprechende Leitperspektiven formuliert worden sind. Wir haben uns natürlich schwergetan, die wichtigsten Themen in Fächer zu fassen. Deswegen hatte man sich darauf verständigt, drei themenspezifische allgemeine Leitperspektiven zu formulieren. Darunter fallen beispielsweise die berufliche Orientierung und Medienbildung. Bei den allgemeinen Leitperspektiven habe ich Ihnen heute „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und „Prävention und Gesundheitsförderung“ mitgebracht.

Was sind Leitperspektiven? Sie sind Spiralcurricula und fächerintegrativ verankert. Was heißt das jetzt? Letztendlich versuchen wir, das entsprechende Thema ab Klasse 1 bis hin zu den Abschlussklassen verpflichtend umzusetzen. Das heißt, dass alle Lehrkräfte, die in ihren Fächern einen Themenbezug feststellen, angehalten sind, die Leitperspektive in ihren Unterricht, in den Fachunterricht zu integrieren. Das ist der Ansatz der Leitperspektiven.

Schauen wir uns die Leitperspektive „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ an: Das Kernanliegen dieser Leitperspektive ist es, junge Menschen dazu zu befähigen, Mitwirkung an innovativen Lebens- und Gesellschaftsentwürfen zu erwirken. Ein zweiter Punkt ist – der liegt noch ein bisschen näher beim Katastrophenschutz –: Wir sollen ermöglichen, adäquat auf existente Problemlagen zu reagieren. Das heißt, wir sollen die Schülerinnen und Schüler dazu befähigen, adäquat auf existente Problemlagen zu reagieren. Ich glaube, da wird auch die Relevanz der Leitperspektive für den Katastrophenschutz noch einmal deutlich.

Ich habe Ihnen hier noch einmal die Zielsetzungen formuliert. Natürlich geht es um eine solide Urteilsbildung von Zukunftsfragen. Es geht aber auch ganz plastisch um die Fähigkeiten zum Umgang mit Risiken und Unsicherheiten. Ich glaube, die Bezüge kann man sehr gut darstellen.

Wechseln wir zur zweiten Leitperspektive, zu der es einen großen Bezug gibt. Das ist die Leitperspektive „Prävention und Gesundheitsförderung“. Wir haben hier einen etwas erweiterten Begriff der Prävention zugrunde gelegt. Hier geht es um die Förderung von Lebenskompetenzen und die Stärkung der persönlichen Schutzfaktoren, letztendlich also um den Aufbau von Resilienz.

Ich habe versucht, Ihnen die Zielsetzungen dieser Leitperspektive ganz kurz und knackig aufzulisten. Da geht es natürlich um wertschätzende Kommunikation und Handeln, es geht um die konstruktive, kritische Analyse von Problemsituationen, und es geht um die lösungsorientierte Konflikt- und Stressbewältigung. Ich habe heute Morgen schon einmal kurz die heutige Sitzung der Enquetekommission verfolgt, da

– 106 –

ging es um das Thema Resilienz. Ich denke, bei dieser Leitperspektive geht es vorrangig auch um die Ausbildung von Resilienz. Ich denke, dies ist auch im Zusammenhang mit Krisen umso wichtiger, weil es primär darum geht, verantwortungsbewusst zu Lösungen beizutragen. Das ist ein wichtiger Aspekt dieser Leitperspektive. Ich komme nachher noch einmal darauf zurück, wenn wir uns die Unterstützungssysteme anschauen.

Ich würde gern noch einen kleinen Exkurs wagen. Wir haben zum Schuljahr 2019/2020 einen Leitfaden Demokratiebildung aufgelegt. Wir hatten das nicht als eigene Leitperspektive formuliert. Nichtsdestotrotz ist das Thema so in den Fokus gerückt, dass es Sinn machte, dass wir uns noch einmal intensiv damit beschäftigen und uns fragen, wie wir die Schulen entsprechend unterstützen können. Natürlich liegt der Zusammenhang zwischen Katastrophenschutz, Umgang mit Krisen und Demokratiebildung nicht direkt auf der Hand. Aber insbesondere in Zeiten von Krisen, die dann durchaus durch entsprechende Katastrophen ausgelöst werden können, ist eine demokratische Basis und die Immunisierung gegen demokratiefeindliche Bewegungen umso wichtiger geworden. Deswegen habe ich mir erlaubt, diesen Aspekt noch mit einzuführen. – Ich habe den Leitfaden dabei, wenn jemand hineinschauen möchte. – Wir haben mit dieser Leitperspektive ein Gesamtkonzept, ein ganzheitliches Konzept als Orientierung mit sehr, sehr vielen Anregungen für die Schulen entwickelt, sodass sie hier eine gewisse Orientierungshilfe haben, um diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe im Unterricht zu verankern. Uns geht es aber nicht nur um den Unterricht, sondern auch darum, dass dieses Thema in die Schulkultur und natürlich auch in Kooperationen mit externen Partnern aufgenommen werden kann. Das war der Exkurs zur Demokratiebildung.

Ich leite über: Welche Unterstützungsangebote gibt es denn jetzt im Zusammenhang mit Bildungsplan, mit Leitperspektiven und mit anderen Herausforderungen? Wir haben flächendeckend im Land schulpsychologische Dienste verortet. Dazu zählen unsere 220 Schulpsychologinnen und Schulpsychologen an insgesamt 28 schulpsychologischen Beratungsstellen. Die kennen Sie sicherlich. Was Sie vielleicht noch nicht so oft gehört haben – deswegen ist es wichtig, dass man das immer im Zusammenhang sieht –: Wir haben eine relativ hohe Spezialisierung an Unterstützungsgruppen: unsere sogenannten Beratungslehrkräfte. Wir haben über 1 500 Beratungslehrkräfte im Einsatz. Diese stehen den allgemeinbildenden und den beruflichen Schulen zur Verfügung.

Diese Gruppierungen machen entsprechende Unterstützungsangebote, zum einen natürlich für Schülerinnen und Schüler, für Lehrkräfte, für Eltern, aber auch für Schulleitungen zu schulbezogenen Problemlagen. Sie machen auch Einzelfallberatung. Zusätzlich bieten sie entsprechende Beratungsangebote und Fortbildungen im Umgang mit Krisenlagen an. Damit komme ich wieder zur eingangs erwähnten Verwaltungsvorschrift: Damit unterstützen sie zuvorderst natürlich die schulinternen Krisenteams, die einen Krisenplan erarbeiten müssen.

– 107 –

Dreh- und Angelpunkt an jeder Schule ist natürlich der Schulleiter. Wir haben auch ein Pflichtmodul zum schulischen Krisenmanagement in der Einführung für neue Schulleiter, wenn Kolleginnen und Kollegen diese Aufgabe übernehmen. Dieses bieten auch unsere Schulpsychologen an. Es gibt unterschiedliche Module. Das ist auch noch ein wichtiges Aufgabenfeld für diese Gruppe.

Es gibt darüber hinaus eine weitere Gruppierung – ich weiß nicht, ob sie bei Ihnen so im Fokus ist –: die sogenannten Präventionsbeauftragten. Davon haben wir insgesamt 130. Sie agieren als Multiplikatoren und sind entsprechend ausgebildet. Wenn man das hochrechnet, setzen wir dafür ungefähr 33, 34 Vollzeitäquivalente ein. Diese versuchen, den Prozess auf Schulebene in Richtung gesundheitsförderliche Schul- und Unterrichtsentwicklung durch entsprechende Beratung, durch entsprechende Angebote anzustoßen. „Prävention und Gesundheitsförderung“ ist natürlich ein Prozess, der in die Schulentwicklung integriert werden sollte, um zu einem gesunden Lehren, Lernen und Arbeiten zu gelangen. Das versuchen die Präventionsberater auf der Grundlage unseres Rahmenkonzepts „stark.stärker.WIR“ voranzutreiben.

Die Präventionsbeauftragten sind am Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung angesiedelt. Sie haben Anknüpfungspunkte in den Schulen bei den sogenannten Präventionslehrkräften. Wir haben eine separate Verwaltungsvorschrift, die vorschreibt, dass die Schulen Präventionslehrkräfte benennen sollen.

Ich komme noch zum Bereich „Anstehende Maßnahmen“. – Ich hoffe, ich bin noch in der Zeit

Vorsitzender Alexander Salomon: Sie sind noch für 90 Sekunden in der Zeit.

Sv. Frau Conradi: Ok, dann beeile ich mich. – Ein kurzer Ausblick zu anstehenden Maßnahmen. Das wird Sie sicherlich interessieren. Wir wollen weitere Aspekte in den Fokus nehmen. Wir wollen weitere Impulse vor Ort setzen. Deswegen haben wir uns daran gemacht, zu schauen, wo wir weiterentwickeln müssen. Das ist einmal der Bereich der Rechtsvorgaben, aber auch der Bereich der Unterstützungsangebote. Wir glauben, dass wir mit dem, was wir haben, im curricularen Bereich gut aufgestellt sind.

Aber es ist oberstes Ziel, die gemeinsame Verwaltungsvorschrift zeitnah zu überarbeiten. Wir sind dazu auch schon im Austausch mit den Kollegen aus dem Innenministerium und aus dem Umweltministerium. Um was geht es? Wir wollen erstens eine Straffung und eine Vermeidung von Doppelstrukturen. Zweitens müssen wir sie auf veränderte Strukturen und Zuständigkeiten anpassen. Drittens brauchen wir die klare Unterscheidung zwischen Gewaltvorfällen und Schadensereignissen. Das ist bisher noch nicht so vorgesehen. Viertens überlegen wir uns, ob wir andere Krisenszenarien, beispielsweise Blackout, mit aufnehmen.

– 108 –

Dann kommen wir zu den Unterstützungsangeboten. Wir haben einen Auftrag bekommen. Das war auch mehrmals Thema im Kabinett. Der Anlass war das schreckliche Hochwasser, die Flutkatastrophe im Sommer 2021 im Ahrtal und in anderen Bereichen von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Der Ministerpräsident hat das Kultusministerium und das Innenministerium damit beauftragt, ein Konzept mit einer klaren Zielsetzung zu erarbeiten, wie Schülerinnen und Schüler auf das richtige Verhalten im Katastrophenfall besser vorbereitet werden können. Das KM ist vorwiegend damit beauftragt worden, Unterrichtsmaterialien zu erstellen. Das IM ist in enger Abstimmung mit den Experten des Bevölkerungsschutzes. Wir haben auch einige Aktionen gemeinsam geplant.

Ganz kurz: Wir sind dabei, Handreichungen zu erarbeiten. Ich denke, es ist auffällig, dass wir die Lehrkräfte besser unterstützen wollen. Wir haben umfangreiche Handreichungen zu Naturkatastrophen für alle Klassenstufen vorgesehen. Der Fokus liegt auf dem Fach Geografie. Da geht es um das richtige Verhalten in Hochwassersituationen, bei Sturm, bei Extremwetter, aber es gibt auch einen kleinen Exkurs zu Sirenen.

Wir haben einen zweiten Bereich, den Bereich der technischen Großschadensereignisse. Da geht es um einen Großbrand oder eine Explosion in einer Chemiefabrik. Wir möchten den Schulen einen entsprechenden Flyer, den wir auch schon konzipiert haben, anbieten, der bei der Bearbeitung dieses Themas eingesetzt werden kann. Wir haben aber auch die Hoffnung, dass dies über die Schulen hinaus in das familiäre Umfeld, in das soziale Umfeld eingeht. Wir werden das mit entsprechenden Plakaten flankieren.

Das Innenministerium hat gemeinsam mit uns die Aufgabe übernommen, einen jährlichen Aktionstag für die Schulen vor Ort unter Einbindung von entsprechenden Hilfsorganisationen zu planen. Wir wollen den Schülerinnen und Schülern einfach einen Praxiseinblick geben, damit das Thema anschaulich gemacht wird. Da sind wir in den letzten Zügen. Auch das IM wird Materialien erarbeiten. Sie haben Kurzfilme erarbeitet; ich konnte schon einen sehen. Die dauern zwei, drei Minuten und zeigen entsprechende Katastrophenlagen. Das soll im Unterricht zum Einsatz kommen, aber auch in den sozialen Medien. Ziel ist es, Material für Vertretungsstunden zu haben – Sie kennen das, dass eine Lehrkraft kurzfristig eine Vertretung übernimmt –, das gut eingesetzt werden kann.

Jetzt bin ich eigentlich schon beim letzten Punkt, der mir persönlich noch wichtig ist. Es sind natürlich auch die Schulen vor Ort gefragt. Wenn wir das Thema Katastrophenschutz weiter vorantreiben möchten, dann brauchen wir eine nachhaltige Verankerung der Thematik. Da ist es wichtig, dass vor Ort Sorge dafür getragen wird. Damit sind wir bei den Überlegungen, ein Rahmenkonzept, ein Gesamtkonzept mit Anregungen für die Schulen auf den Weg zu bringen mit entsprechenden Andockungsmöglichkeiten im Bildungsplan, mit Kooperationsmöglichkeiten, mit den ent-

– 109 –

sprechenden Hilfsorganisationen, aber auch mit Aktivitäten, die man darum herum planen kann.

Sie werden sicherlich nach dem Zeitplan fragen. Wir wollen mit diesem Maßnahmenbündel, das sehr umfangreich ist, im kommenden Schuljahr starten. Wir haben geplant, die Schulen noch in diesem Schuljahr, um Pfingsten herum, entsprechend zu informieren.

Ich danke, dass Sie mir so aufmerksam zugehört haben.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank Frau Conradi. Es freut uns natürlich immer sehr, wenn man Fragen, die man sich selbst stellt, gleich beantwortet. Das erspart uns dann die Fragearbeit.

Jetzt hören wir Herr Schobel. Er ist römisch-katholischer Priester, Autor und Mitbegründer der katholischen Betriebsseelsorge in der Diözese Rottenburg-Stuttgart und wahrscheinlich noch viel, viel mehr. Aber unter diesem Stichpunkt haben wir Sie eingeladen. Dann haben Sie auch 20 Minuten Zeit.

Sv. Herr Schobel: Vielen herzlichen Dank für die Einladung. – Liebe Damen und Herren! Jenseits aller wissenschaftlicher Ambitionen freue ich mich darauf, dass ich zum Schluss ihren Blick noch in die Welt der Arbeit lenken darf, zu den Menschen dort, und auf das, was die Krise, die Pandemie mit den Menschen dort angestellt hat. Es gibt auch ein paar Empfehlungen, die die Landespolitik wahrscheinlich weit überschreiten werden. Es geht auch mehr um Bewusstseinsbildung. Man sieht dann, was am Ende dabei herauskommt.

Die Betriebsseelsorge in der Diözese Rottenburg-Stuttgart ist momentan an elf Arbeitsstellen unterwegs und präsent. Wir beraten und begleiten die Menschen in der Arbeitswelt. Momentan geht es ganz vorrangig um Beratung bei Überforderung, Burnout, im Zusammenhang damit natürlich auch um Mobbing und um andere Konfliktereignisse. Wir richten unseren Blick gegenwärtig verstärkt auf prekäre Arbeitsbedingungen – eine ganz besondere Herausforderung. Wir tragen natürlich auch die Arbeitskämpfe in den Fällen mit, in denen wir uns von der Berechtigung der Forderungen sozialetisch überzeugt haben.

Die Pandemie hat die Arbeitswelt, wie Sie alle damals beobachtet haben, mit Wucht getroffen und überfallen – mehr oder weniger wie uns alle. Die Wirtschaft kam von heute auf morgen ins Straucheln, Absatzmärkte sind eingebrochen. Die berühmten Lieferketten sind zusammengebrochen, und Angst und Verunsicherung machten sich natürlich auch in der Welt der Arbeit erheblich breit. Es kam schnell zu Lockdowns, auch zu wiederholten Lockdowns. Sie führten zum Stillstand, Notstände machten zu

– 110 –

schaffen. Welche Bereiche kann man aufrechterhalten? Im Mittelpunkt stand in der Arbeitswelt auch die Beschaffung von Schutzmaßnahmen, Desinfektionsmitteln und all dem, was nun erforderlich war. Umgehend wurden dann prekär Beschäftigte, insbesondere Leiharbeitskräfte, aber auch geringfügig Beschäftigte entlassen.

Zehntausende aus den Stammbesellschaften hat man dann in das Kurzarbeitergeld überführt. Vielleicht haben Sie das noch in Erinnerung: Anfänglich geschah dies zu sehr unterschiedlichen Konditionen: Die tarifgebundene Belegschaft war dabei besser dran als die nicht tarifgebundene, bis die Regierungen Handlungsbedarf sahen und zu einer Harmonisierung beigetragen haben. Die Beschäftigung im Homeoffice wurde massiv ausgeweitet.

Dann komme ich jetzt zu einem ersten Punkt. Ich sehe am Ende dieser Krise eine große Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Wir müssen die Erwerbsarbeit generell neu bewerten. Das ist der Hintergrund meiner Erkenntnis. Die wiederholten Lockdowns rückten bekanntlich systemrelevante Arbeit in den Mittelpunkt. Die Gesellschaft musste in aller Deutlichkeit erkennen, dass wir in einer so global verflochtenen Wirtschaft, wie wir sie sind, ohne die Arbeit z. B. der Zulieferdienste, der Zustelldienste bald auf dem Trockenen gesessen hätten. Das heißt, ohne Lkw-Fahrer, ohne Verkäuferinnen, ohne Regalbefüller hätten wir schnell auf dem Trockenen gesessen. Diese hielten die Versorgung mit Lebensmitteln und lebensnotwendigen Verbrauchsgütern am Laufen – und dies unter höchster Ansteckungsgefahr, weil sie direkt vor Ort waren. Sie wurden oft auch noch, wie Sie sich erinnern, von nervigen Kunden und den berühmten „Hamstern“ übel angemacht. Auch die Sicherheitsdienste konnten sich nicht ins Homeoffice flüchten und verkriechen, sondern mussten natürlich weiterhin an die Brandherde, an Unfallstellen und zu medizinischen Notfällen ausrücken.

Wie kaum zuvor gerieten in der Pandemie die stationäre und auch die ambulante Alten- und Krankenpflege, der Pflegenotstand, ins öffentliche Interesse, vor allem was die extremen Arbeitszeiten, die Überlastung in den Pflegeberufen und die Unterbezahlung anbelangte. Auch die Erzieherinnen sahen sich über Nacht schweren Herausforderungen gegenüber: wiederholte Schließungen – da sind wir gescheitert geworden; inzwischen wissen wir, dass die wahrscheinlich unnötig waren –, Desinfektion, Hygiene, verunsicherte Kinder, natürlich noch nervösere Eltern – und all das inmitten des pandemischen Geschehens. Abstandsgebote mit Kindern sind so gut wie nicht zu realisieren gewesen.

Ich fasse zusammen: Fast alle der sogenannten systemrelevanten Berufe, die wir nun als systemrelevant erfahren haben, sind gesellschaftlich weitgehend zu wenig geschätzt und unterbezahlt. Dies gilt erst recht für die Reinigungstrupps, für die Müllabfuhr, deren Arbeit in der Pandemie noch notwendiger geworden war, aber auch für viele andere haushaltsnahe Dienstleistungen. Auf manche, gesellschaftlich hoch angesehene und auch gut bezahlte Tätigkeiten konnte man zumindest vorübergehend verzichten. Diese haben sich ins Homeoffice verkrochen und waren nicht mehr ge-

– 111 –

sehen. Daraus leite ich nun ab: Die Gesellschaft muss die Bezahlung und Wertschätzung der Erwerbsarbeit neu gestalten, um für künftige Herausforderungen resilienter zu werden. Denn es scheint, dass die Pandemien weiterhin die Bedrohung bleiben können.

Das bedeutet, sowohl das Arbeitsentgelt als auch das gesellschaftliche Ansehen haben sich meiner Meinung nach bisher fast unangefochten an ganz, ganz zweifelhaften Leistungsbegriffen orientiert. Die Pandemie hat dieses Gefüge erschüttert und unseren Blick auf notwendige Arbeit gewendet. Das ist erkannt worden. Dem muss nun auch strukturell Rechnung getragen werden. Es geht also um bessere Bezahlung, um gesellschaftliche Aufwertung und Wertschätzung.

Im Bereich der Kranken- und Altenpflege kommt erschwerend hinzu – das ist meine Meinung –, dass sie im privatisierten und renditeorientierten Gesundheitswesen betriebswirtschaftlich als Kostenfaktor geführt wird. Kostenfaktoren werden in der Betriebswirtschaft minimiert. Daraus resultieren am Ende unzureichende Stellenpläne, Unterbezahlung – zumindest im Vergleich mit vielen technischen Berufen. Die Folgen sind vor allem in der ambulanten Pflege – da haben wir große Unterschiede – neben geringer Vergütung eine extreme Fluktuation, eine enorme Überbelastung des Personals und letzten Endes schlechte Leistung, an der die Pflegenden selbst oft am meisten leiden, die aber natürlich von den Patienten und alten Menschen, den Pflegebedürftigen, ausgelitten wird.

Am Ende stehen Ineffizienz, Arbeitsunzufriedenheit, mangelnde Anziehungskraft für diesen Beruf. Das sind die bitteren Folgen. Deswegen ist es das Gebot der Stunde, das Gesundheitswesen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand zurückzuführen. Pflege hat am Markt nichts zu suchen. Der Anspruch auf Gesundheitsvorsorge und menschenwürdige Pflege ist ein Grundrecht. Das war meines Erachtens eine Fehlentscheidung im neoliberalen Wahn der Achtziger- und Neunzigerjahre.

Mein zweiter Punkt: Es geht um den Rückbau der Prekarität. Leiharbeit, Werkverträge, Scheinselbstständigkeit, geringfügige Beschäftigung, Minijobs, Befristungen sind in der Wahrnehmung der Menschen zweiklassig; sie sind einfach unrecht.

Ich habe schon erwähnt: Zahlreiche prekär Beschäftigte wurden gleich zu Beginn der Pandemie entlassen und eben nicht wie die meisten Festangestellten ins Kurzarbeitergeld übernommen. Prekarität beschneidet einmal mehr die Rechte und die Würde der Arbeitenden und vor allem eben ihre soziale Sicherheit. Sie muss unabhängig von pandemischen Ereignissen zurückgebaut werden, weil sie das Arbeitgeberrisiko auf die Beschäftigten abwälzt. Das ist ethisch nicht haltbar. In Zeiten akuten Arbeitskräftemangels, wie wir ihn jetzt haben, ist dieser Missbrauch von Erwerbsarbeit auch ökonomisch schon lange nicht mehr zu rechtfertigen. Kurzum: Stabile Arbeitsbeziehungen machen die Arbeitswelt resilienter gegen pandemische Ereignisse. Das muss letzten Endes das Ziel sein.

– 112 –

Mein drittes Stichwort: Wir brauchen Richtlinien für mobiles Arbeiten. Die Pandemie hat ungeheuer viel Erwerbsarbeit – Gott sei Dank – räumlich, wo es möglich war, ins Homeoffice verlagert. Mobiles Arbeiten gewann während der Pandemie an Bedeutung und wird nun in hohem Maß beibehalten und auch wertgeschätzt. Diese Arbeit stößt bei Beschäftigten ebenso wie bei den Arbeitgebern auf hohe Akzeptanz, aber auch auf Kritik. Das ist ein sehr zwiespältiges Bild. Daher muss mobiles Arbeiten genauer ins Visier genommen werden, auch wissenschaftlich und von der Erfahrung der Menschen her. Es geht darum, mobiles Arbeiten und Homeoffice gesetzlich und tariflich zu regulieren. Diese neue Arbeitsform bedarf gesetzlicher Rahmenbedingungen unter Wahrung eines Interessenausgleichs.

Was hat das mit den Betroffenen gemacht? Sie haben es vielleicht selbst erfahren. Viele Betroffene, die vor allem in der Raumnot enger Wohnungen arbeiten mussten, waren hart gefordert. Als Homeofficeplatz diente ja oft genug irgendeine Ecke am Küchentisch, im Schlafzimmer oder im Kinderzimmer – unter dem Strich: ergonomisch ungenügend ausgestattet. Während die Unternehmen jetzt immer mehr Arbeitsflächen einsparen, muten sie den Beschäftigten gleichzeitig zu, das private Umfeld, den privaten Wohnraum geschäftlich zu nutzen – inklusive der Nebenkosten: Heizung, Energie, Reparaturen. In vielen Fällen war zu Beginn der Pandemie bekanntlich nicht einmal die Infrastruktur wie WLAN usw. ausreichend.

Homeoffice in Familien war ein starkes seelsorgerisches Thema und ist es immer noch. Das stellte die Eltern vor gewaltige Herausforderungen. Denn die Kinder waren im Homeschooling zu Hause auch auf das Internet angewiesen. Vor allem die Mütter hatten eine Zerreißprobe zu bewältigen: Sie mussten zeitgleich Angestellte mit klar definierten Zielvorgaben und Mutter, Erzieherin, Reinigungskraft, Köchin sein – alles auf einmal. Auch die Väter waren nicht selten im Homeoffice. Was da abging, das war zum Teil unbeschreiblich. Nicht wenige Beziehungen sind in erhebliche Konflikte geraten.

Als großes Problem im Homeoffice gilt vor allem, dass Arbeitszeit und Freizeit miteinander verwischen und nicht mehr genau zu trennen sind. Viele Beschäftigte berichten mir, dass sie im Homeoffice unwillkürlich länger arbeiten als in Präsenz im Unternehmen, vor allem, dass eben viel soziale Zeit, Abende, Feierabende, Wochenenden in Arbeitszeit verwandelt werden. Was die Kollegialität anbelangt, vermissen viele Menschen den unmittelbaren Kontakt mit Kolleginnen und Kollegen. Auch die Arbeitgeber berichten von sehr unterschiedlichen Erfahrungen. Die Kommunikationswege vor Ort sind persönlicher, direkter und deswegen oft auch effektiver. Auch die Kreativität scheint im Homeoffice eher eingeschränkt zu sein. Was die Produktivität anbelangt, steigt sie in einem Fall im Homeoffice – auch das ist wahr –, im anderen Fall wird sie aber deutlich reduziert.

Dass die Arbeitswege entfallen, das ist ein Positivum. Das entlastet die Verkehrswege, es führt zu Einsparungen von CO₂, vor allem aber zu einem Gewinn an Lebenszeit. Sowohl bei Arbeitgebern als auch bei Arbeitenden zeichnet sich eindeutig ab:

– 113 –

Es werden sich Mischformen herauskristallisieren. Diese scheinen zukunftsfähig. Umso notwendiger ist es dann, dass wir gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen, um die Ausgestaltung der Arbeitsplätze zu regulieren: praktische, praktikable Zeiterfassung, wirksamer Datenschutz – denn auch das ist ein erhebliches Thema –, ausreichende Kommunikationszeiten, auch im Blick auf die betriebliche Mitbestimmung.

Meine Empfehlung wäre, diese Rahmen sehr weiträumig zu gestalten, damit für tarifliche und vor allem auch für individuelle Regelungen und persönliche Ausgestaltung Platz bleibt. Davon hängt erheblich die Resilienz der Beschäftigten im Homeoffice bei zukünftigen Krisen, aber auch außerhalb von Krisen ab.

Beim letzten Punkt geht es um die Tarifbindung. Sie kennen wahrscheinlich die Zahlen. Auch in Baden-Württemberg sinkt sie kontinuierlich. Im Jahr 2021 haben gerade einmal 51 % der Beschäftigten in knapp 23 % der Unternehmen unter dem Schutz eines Tarifvertrags gearbeitet. Tarifverträge schaffen Sicherheit für Arbeitgeber und für Beschäftigte. Sie verhindern in weitem Maß prekäre Beschäftigungen, sie sorgen für gerechte Löhne von Frauen und Männern, sie minimieren – auch wirtschaftlich – die Schmutzkonzurrenz der Unternehmen, Lohndumping und all diese Dinge.

Das Land Baden-Württemberg hat ein Tariftreuegesetz und hat es mit einem Mindestlohngesetz verknüpft. Der Mindestlohn soll sich an der untersten Einkommensgruppe im öffentlichen Dienst orientieren. Dieses Gesetz soll Lohndumping und Schmutzkonzurrenz verhindern. Das Gesetz gilt gegenwärtig für die Vergabe öffentlicher Aufträge im Volumen von 20 000 €. Im Koalitionsvertrag ist vorgesehen, diese Grenze auf 10 000 € zu senken. Mit einem wirksamen Mindestlohn- und Tariftreuegesetz signalisiert der Gesetzgeber bei uns im Land ganz deutlich – das rechne ich ihm auch hoch an –, dass er die grundgesetzlich garantierte Tarifautonomie gewahrt wissen will. Tariffucht muss erschwert werden.

Aufgrund der ebenfalls grundgesetzlich geschützten Koalitionsfreiheit reicht der Arm des Gesetzes nicht weit in die freie Marktwirtschaft hinein. Darum fordere ich als Empfehlung: Es geht um eine politische Willensbildung in der Öffentlichkeit, aber eben politisch gewollt, getragen, gepowert. Die Koalition selbst hat es in ihrem Koalitionsvertrag angedeutet: Wir werden Baden-Württemberg zu einem Musterland für gute Arbeit entwickeln. Wir wollen tariflich entlohnte Arbeit und eine starke Tarifbindung – Beifall.

Dafür haben allerdings auch die Beschäftigten selbst einen Beitrag zu leisten, indem sie sich gewerkschaftlich organisieren. Das sehen wir in der Betriebsseelsorge. Es ist schon ärgerlich, dass gerade die Pflege- und die Dienstleistungsberufe extrem schwach organisiert sind. Das erschwert oder verhindert sogar wirksame Tarifverträge. Ich rede gar nicht von der Kirche. Sie können sich denken, wie ich darüber denke, dass damals ausgerechnet die Caritas einen gemeinsamen Pflgetarifvertrag verhindert hat. Dagegen bin ich mein Leben lang angelaufen, sowieso gegen den Dritten Weg der Kirche überhaupt.

– 114 –

Ich komme zum Schluss. Sicherheit des Arbeitsplatzes, Sicherheit der Einkommen, stabile Arbeitsbeziehungen, humane Arbeitsbedingungen, verträgliche Arbeitszeiten sind die Hausaufgaben. Diese machen resilient für künftige Herausforderungen. Wir Betriebsseelsorgerinnen und Betriebsseelsorger erkennen in diesen Feldern vier ganz wichtigen Stellschrauben, um die Resilienz der arbeitenden Menschen auch für den Fall neuer pandemischer oder sonstiger Herausforderungen menschlich und seelsorgerisch zu stärken.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Der Dank geht an Sie, Herr Schobel. – Dann gehen wir jetzt in die Fragerunde über. Frau Abg. Schwarz für die Fraktion GRÜNE, bitte.

Abg. Andrea Schwarz GRÜNE: Vielen Dank für ihre Stellungnahmen. – Frau Conrad, ich habe eine Frage an Sie. Herr Dr. El-Kordi hat heute Morgen empfohlen, das Unterrichtsfach Krisenmanagement zur innerpsychischen Krisenprävention und Resilienzförderung als festen Bestandteil des zukünftigen Pflichtunterrichts zu implementieren. Wir machen das jetzt mehr oder weniger fächerübergreifend. Katastrophen und Prävention werden, wie sie gesagt haben, z. B. im Geografieunterricht thematisiert. Deshalb wollte ich Sie fragen: Was halten Sie davon, dieses Pflichtfach Krisenprävention tatsächlich einzuführen?

Dann interessiert mich noch: Gibt es eigentlich Rückmeldungen der Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer? Tragen z. B. die Schülerinnen und Schüler die Erkenntnisse aus dem Unterricht in die Elternhäuser weiter? Denn das hört man ja oft, steht in Berichten: Über die Kinder ist die ganze Familie plötzlich plastikfrei geworden oder ist für eine andere Art der Ernährung sensibilisiert worden. Daher wollte ich fragen, ob so etwas schon einmal evaluiert wurde bzw. ob sie darüber Kenntnisse haben.

In den Schulen herrschen aktuell ebenfalls Belastungszustände. Auch die Kinder werden mit Krieg, mit der Klimakrise konfrontiert. Das spielt auch eine Rolle. Wie wird aktuell damit umgegangen? Wie können hier Maßnahmen integriert werden, um Kinder im Umgang mit Krisen zu unterstützen, z. B. aktuell beim Ukrainekrieg?

Ich habe noch eine weitere Frage. Sie haben die Leitperspektive „Bildung zur nachhaltigen Entwicklung“ angesprochen. Klimakrise bedeutet: kurz- und langfristige Anpassung von Lebensstilen. Findet da eine theoretische Vermittlung statt, und wie kann mehr aktives Einüben von Alternativen stattfinden, sodass man – ich nehme gerade noch einmal das Thema Plastik – eben sensibler mit Plastik umgeht und nicht

– 115 –

alles verpackt kauft? Auch da die Frage: Wird dies auch in die Elternhäuser getragen? Haben Sie dazu Rückmeldungen?

Sie haben so nebenbei gesagt, es liege jetzt nicht unbedingt auf der Hand, Demokratiebildung im Kontext mit Katastrophenbewältigung zu nennen. Das möchte ich eigentlich bestreiten. Ich glaube, es ist ganz, ganz wichtig, dass wir die jungen Menschen in den Schulen zu Mitbürgerinnen und Mitbürgern heranziehen, die fest in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung verankert sind. Denn das trägt schon dazu bei, Regierungshandeln ernst zu nehmen, dass man einen ganz anderen Bezug zum Staat hat. Das wollte ich noch anmerken.

Dann hätte ich noch Fragen an Herrn Schobel, dessen Einlassung ich in vielen Bereichen oder in den meisten Bereichen teile. Vielen Dank für Ihr Statement. Ich möchte an das Vertrauen in Regierungshandeln anknüpfen. Ich möchte vorausschicken: Der Innenausschuss war auf einer Ausschussreise in Finnland. Dort wurde uns mitgeteilt, dass die Finnen ein großes Vertrauen in die Regierungsarbeit und in das Regierungshandeln haben. Auf persönliche Nachfrage, wie das zustande kommt – bei uns war das nach der Coronapandemie doch sehr am Bröckeln; es haben sich viele zu Demonstrationen veranlasst gesehen, die nicht immer gewaltfrei waren –, warum es in Finnland deutlich anders sei als bei uns, wurde mir geantwortet, dass die Finnen eine recht homogene Gesellschaft haben, auch in der Verteilung der Vermögenswerte. Ich wollte bei Ihnen nachfragen, ob Sie so etwas bestätigen können. Denn es wäre gerade im Bereich „Verhalten in Katastrophenlagen“ und in der Krisenprävention ganz wichtig, dass die Menschen Vertrauen in Regierungshandeln haben. Geht das dann soweit, dass auch die soziale Verfasstheit der Bevölkerung eine große Rolle spielt?

Dann wollte ich noch fragen: Haben Sie in der Coronapandemie einen Eindruck darüber gewonnen, wie gut es gelungen ist, die Arbeit der Betriebsräte und die damit verbundene Wahrnehmung der Rechte der Arbeiterschaft aufrechtzuerhalten? Oder lässt so etwas in Krisen- und Katastrophensituationen nach?

Das war es dann schon von mir. Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: „Schon“.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Alles in Ordnung. Ich möchte nur darauf hinweisen: Je kürzer die Fragen gestellt werden, desto mehr Antwortzeit gibt es dann letztendlich. – Jetzt fahren wir fort mit der CDU-Fraktion. Herr Abg. Dr. Miller, bitte.

– 116 –

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich werde versuchen, es etwas kürzer zu halten. Meine Vorrednerin hat viele Fragen angesprochen, die ich in ähnlicher Form gestellt hätte. Diese lasse ich jetzt weg.

Frau Conradi, zunächst zu Ihnen. Sie hatten uns vorgestellt, was die Unterstützungsangebote in der Zukunft sein sollen und was im nächsten Schuljahr geplant ist. Ich habe auch ein paar Punkte aufgeschrieben. Meine Frage ist zum einen konkret: Wie ist die Rückmeldung von Bevölkerungsschutzorganisationen, sich mit einzubringen? Ich glaube, eine Bereitschaft ist da, aber mich würde interessieren, wie Sie in Kontakt stehen.

Dann: Glauben Sie, dass das, was jetzt geplant ist, ausreichend ist? Plakate, Flyer usw. sind ja gut. Aber man muss vor allem die Eigenverantwortung in Krisensituationen stärken. Man soll den Kindern mitgeben, was Eigenverantwortung bedeutet. Denn wir sehen in der Gesellschaft immer mehr den Ruf, dass Feuerwehren und Rettungsdienste im Grunde alles für einen erledigen sollen. Wenn man sich in den Finger schneidet, muss man den Rettungswagen rufen. Ich weiß nicht, ob das immer zielführend ist und ob man da in die richtige Richtung geht. Glauben Sie, dass es mit dem Aufschlag, den sie da planen, funktioniert, oder wo könnte man nachsteuern?

Eine ähnliche Frage wie die von Frau Schwarz: Müsste man auch etwas im Bildungsplan machen, wohlwissend, dass solche Fragen immer sehr schwierig sind, weil man viele Fächer hat, die man gern abarbeiten würde?

Herr Schobel, vielen Dank für Ihren Vortrag und auch für die Anregungen und Gedanken, die Sie uns mitgegeben haben. Einen Punkt möchte ich noch einmal aufgreifen, und zwar das gesellschaftliche Ansehen vieler Berufsgruppen. Sie haben absolut recht und gut beschrieben, wie das in der Pandemie war. Ganz viele Berufsgruppen sind dafür verantwortlich, dass unser Leben funktioniert: Müllabfuhr, Krankenpfleger, alles Drum und Dran. Diese werden in der Tat teilweise nicht gut oder nicht gut genug bezahlt.

Jetzt haben Sie gesagt: Die Situation dieser Personen zu verbessern sei zum einen über mehr Geld möglich – darüber sind wir uns, glaube ich, einig –, aber auch die Förderung des gesellschaftlichen Ansehens sei wichtig. Ich glaube, auch darin sind wir uns einig. Bei der Frage des Wegs dahin würde mich interessieren, wie Ihre Vorschläge dazu sind, wie wir als Politiker das gesellschaftliche Ansehen fördern können. Wir können es in Reden immer positiv hervorheben; das machen wir auch. Aber das reicht nicht. Wir sind 154 Abgeordnete. Man sollte das wahrscheinlich öfters transportieren. Wie kann man das gesellschaftliche Ansehen von diesen Berufsgruppen, die sie erwähnt haben, ganz konkret verbessern? Sie sind wirklich essenziell für unseren Zusammenhalt und unser Leben. Wie können wir das schaffen, dass neben dem Geld, neben dem Monetären, das gesellschaftliche Ansehen erhöht wird?

Vielen Dank.

– 117 –

Abg. Florian Wahl SPD: Frau Conradi und Herr Schobel, Ihnen beiden herzlichen Dank für Ihre Vorträge. – Frau Conradi, ich hätte eine Nachfrage zu Ihrer Präsentation in Bezug auf das Thema „Krisenteams, Krisenpläne und Rettungspläne an den Schulen“. Vielleicht können Sie noch einmal darauf eingehen, wie sich diese Krisenteams zusammensetzen. Denn ich habe das in der Präsentation so herausgelesen, dass sich diese Teams vor allem eher aus dem Lehrerkollegium zusammensetzten. Jetzt bin ich als Lehrerskind komplett fern vom Verdacht, dass ich weiß, was Lehrer alles können. Aber ich weiß nicht, ob sie Experten für Krisenpläne oder Rettungspläne sind, auch wenn das in Abstimmung stattfindet. Die andere Frage ist, wie das implementiert oder auch überprüft wird. Wird das von den Schülern überprüft? Wie sieht das aus?

Daran anschließend: Vor vielen Jahren hat es nach dem Amoklauf in Winnenden einen Sonderausschuss gegeben, der ganz viele Empfehlungen gegeben hat. Er hat viele Dinge in Bewegung gesetzt, auch was die Sicherheit an Schulen angeht und auch bezüglich dessen, was der Schulträger zu tun hat. Hat es zu diesen Maßnahmen, die damals implementiert wurden, schon einmal eine Evaluation oder eine Weiterentwicklung gegeben? Wie sieht das aus? Vielleicht könnten Sie darauf noch eingehen. Was können wir daraus eventuell noch lernen? Damals hat es einen großen Schub gegeben. Aber das dürfte jetzt auch etwa zwölf, 13 Jahre her sein. Da gab es diesen Sonderausschuss, der, glaube ich, zweieinhalb Jahre, bis 2011, getagt hat, bis dann die Richtlinien eingesetzt worden sind.

Dann das Thema Bildungspläne: Es ist total interessant, was sie dargelegt haben. Wir stehen nicht allzu weit weg von neuen Bildungsplänen. Was mich interessieren würde: Was sollte Ihrer Meinung nach an dieser Stelle nachgerüstet werden? Der Status quo ist gut. Aber was muss da hinein, vor allem jetzt, da wir wieder an der Schwelle sind, was in den nächsten zwei Jahren kommen wird? Was hat sich geändert? Was für Dinge müssten vor allem in Bezug auf die Erfahrungen aus der Pandemie angegangen werden? Gibt es dazu auch Vorarbeiten auf Forschungsebene, wie man dementsprechend reagieren sollte?

Jetzt komme ich mit meinen Fragen zu Ihnen, Herr Schobel. Erst einmal herzlichen Glückwunsch. Sie haben am Mittwoch dieser Woche die Wirtschaftsmedaille des Landes Baden-Württemberg und die Verdienstmedaille von Frau Hoffmeister-Kraut bekommen. Deswegen herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Es freut mich ganz besonders, dass gerade Sie die Wirtschaftsmedaille bekommen haben, weil Sie da, glaube ich, sehr hohe Verdienste geleistet haben.

Sie haben dargelegt, was ich gerade auch in Bezug auf die Situation während der Coronapandemie dargelegt habe: dass es bezüglich des Themas Erwerbsarbeit einer Neujustierung bedarf. Ich wollte Sie um eine Einschätzung bitten, was sich durch

– 118 –

die Coronapandemie im Hinblick auf den Druck auf die Arbeitnehmerschaft eventuell dauerhaft verändert hat oder wie sich die Situation entwickelt. Ist der Druck aus Ihrer Sicht gestiegen?

Wir kommen jetzt aus der Pandemie heraus. Wir laufen sofort in eine erneute Krise. Wie nehmen Sie gerade in Ihren Gesprächen und Beratungen, die Sie machen, gerade durch den Austausch „an der Front“ die Situation wahr, insbesondere im Bereich der prekären Beschäftigung? Das gilt auch für die nächste Frage. Können Sie auch noch einmal auf das Thema Armut eingehen, in diesem Fall auf das Thema „Armut trotz Arbeit“? Wie empfinden Sie die Armutsentwicklung seit Beginn der Pandemie? Diese Entwicklung hat wahrscheinlich noch nicht aufgehört, nachdem diese Krise von einer anderen abgelöst wurde.

Herzlichen Dank.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Frau Conradi, zunächst vielen Dank für Ihre Ausführungen, die in vielen Bereichen doch etwas theoretisch anmuten. Meine Frage: Welche Rolle spielt die Praxis? Ich kenne das bei der Brandschutzerziehung, dass zumindest jemand von der Feuerwehr kommt. Aber darüber hinaus ist es relativ wenig. Natürlich wissen wir vielfältig aus eigener Erfahrung, dass am meisten hängen bleibt, wenn ein entsprechender Praxisbezug hergestellt werden kann. Insoweit die Frage: Wie können wir abseits von Flyern und Plakaten eine Praxisnähe herstellen?

Darüber hinaus war der Fokus sehr stark auf die Bereiche Brand und Naturphänomene gerichtet, was pädagogisch zunächst einmal nachvollziehbar ist. Darüber hinaus wissen wir leider, dass auch Terror ein Thema ist und dass durch die Pandemie auch das Thema Gesundheit eine Rolle spielt. Inwieweit ist dies entsprechend berücksichtigt? Sie hatten angeführt, mit dem Innenministerium gebe es einen entsprechend guten Austausch. Gibt es diesen auch mit dem Sozialministerium?

Beim Thema Schulpsychologie sehen wir, dass der Bedarf wesentlich größer ist als das, was das Land momentan zur Verfügung stellen kann. Vielleicht können Sie Ausblicke geben, wie sich dieser Bereich entwickeln soll.

Herr Schobel, herzlichen Dank für Ihren Beitrag, den ich als durchaus respektabel empfinde. Ich glaube, wir sind uns absolut einig darüber, dass wir die Attraktivität, insbesondere im Bereich der Gesundheits- und Pflegeberufe, stärken müssen. Es ist nicht zuletzt in der Coronapandemie deutlich geworden: dass hier erhebliche Defizite vorhanden sind. Wir sind uns auch einig darüber, dass dem mit einmal Beifall spenden auf dem Balkon sicherlich nicht ausreichend gerecht wird.

Ich habe eine Frage, die ein bisschen an das anlehnt, was Herr Dr. Miller gefragt hat. Wie könnte denn die Wertschätzung abseits des Monetären tatsächlich ausschauen? Diese Frage steht natürlich auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels. Wie

– 119 –

bekommen wir dieses Problem gelöst, damit wir in Zukunft ausreichend Personal zur Verfügung stellen können? Denn klar ist, dass der Dienst am Menschen eine besondere Betrachtung und besondere Bedeutung verdient.

Herr Schobel, worüber ich ein bisschen Schmunzeln musste, war die Aussage in Bezug auf die Mehrtätigkeit bei Homeoffice und mobilem Arbeiten, wobei es da sicherlich eine ganze Bandbreite gibt. Ich sehe es zumindest so, dass es in dem Bereich, in dem ich selbst aktiv bin, mit einer vernünftigen Vertrauensarbeitszeit, einem vernünftigen Austausch und einer vernünftigen Kommunikation zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber durchaus gelungen ist, unglaublich viele Fliegen mit einer Klappe zu schlagen – nicht nur aus Sicht der Pandemie, sondern auch in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Es ist tatsächlich so, dass man hier Verschiebungen erfahren hat, was die Arbeitszeit angeht, was aber nicht zwingend zu einer längeren Arbeitszeit geführt hat. Ich konnte als Vater teilweise mittags und abends mit den Kindern lernen, spielen und Sonstiges tun. Dann, nachdem das Kind zu Bett gebracht wurde, konnte ich über das mobile Arbeiten das, was tagsüber liegengeblieben ist, aufarbeiten. Das war also nicht zwingend Mehrarbeitszeit, sondern tatsächlich eine effizientere Art und Weise der Arbeit.

Vielen Dank.

Abg. Carola Wolle AfD: Frau Conradi, Herr Schobel, das waren sehr interessante Vorträge. – Ich werde versuchen, mich kurz zu halten. Auf Folie 2 haben Sie quasi die Abstimmung der Rettungs- und Brandfallpläne vorgestellt, mit wem das alles abgestimmt wird: Feuerwehr, Polizei usw. Für mich stellt sich die Frage, ob da nicht auch noch der Rettungsdienst mit hinein müsste.

Herr Wahl hat das Thema der Rettungspläne und Brandpläne schon angesprochen. Sollte man sinnvollerweise nicht vielleicht einen oder zwei Schüler aus jeder Klasse einbinden? Wäre das nicht sinnvoll, nicht nur die Lehrer einzubinden?

Sie haben vorhin davon gesprochen – das ist schon lange Tendenz und Ziel in der Schule –, dass Kompetenzen statt Wissen vermittelt werden. Wir alle wissen, dass das Land Baden-Württemberg im Schülerranking in den Schulen immer weiter nach hinten rückt. Für mich stellt sich die Frage, ob eine Hinwendung wieder zu Bildung und Wissen dazu führt, dass wir resilienter werden, weil unsere Schüler wieder mehr Kenntnisse von dem haben, was Sache ist.

Herr Schobel, Sie haben mir bei vielem aus dem Herzen gesprochen, wobei ich nicht allem zustimme. Das muss ich auch sagen. Sie haben über die Wertschätzung bzw. die Bezahlung insbesondere bei der Pflege gesprochen. Mein Eindruck ist inzwischen, dass die Pflegekräfte in Gesprächen sagen: Bezahlung ist für sie wichtig, wichtig ist jedoch auch die Anerkennung, aber noch viel wichtiger ist eine Zuverlässigkeit der Dienste, eine Entlastung usw. Ich habe zunehmend den Eindruck, dass wir in einen Kreislauf hineingeraten sind, der dazu führt, dass die Pflegekräfte immer

– 120 –

mehr belastet sind und dann gehen. Das führt dazu, dass diejenigen, die zurückgeblieben sind, noch mehr belastet werden. Wie kommen wir aus diesem negativen Kreislauf heraus? Denn über Geld allein schaffen wir es, wie gesagt, nicht. Das ist eine ganz schwierige Geschichte.

Dann haben Sie das Thema „Mobiles Arbeiten“ angesprochen. Ich denke auch, dass es ein Zwischending geben wird. Denn Menschen sind soziale Wesen, nur Home-office macht einsam. Über Einsamkeit haben wir vorhin auch schon gesprochen. Ich denke auch, dass es ein Miteinander sein wird – halb im Unternehmen, halb zu Hause, irgendwie wird sich das einpendeln. Da gebe ich Ihnen recht.

Sie haben angeprangert, dass sich insbesondere gerade die Pflegekräfte nicht in Gewerkschaften organisieren. Die Organisation der Arbeitnehmer in Gewerkschaften geht immer weiter zurück. Sie prangern dies an. Was meinen Sie, wie man das verbessern könnte?

Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: Gibt es noch weitere Wortmeldungen für diese Fragerunde? – Ich habe eine von Frau Abg. Krebs gesehen. – Frau Abg. Krebs, bitte.

Abg. Petra Krebs GRÜNE: Vielen Dank für die Möglichkeit, gleich noch eine oder zwei Fragen zu stellen. Ich möchte nicht groß etwas dazu ausführen. Aber letztendlich geht es uns ja um Resilienz und Krisenfestigkeit. Was mir bei beiden Vorträgen etwas gefehlt hat bzw. worauf ich Sie jetzt einfach ansprechen möchte, das ist Ihre Einschätzung zur kulturellen Vielfalt in der Schule und bei der Arbeiterschaft. Besonders in der Arbeiterschaft, von der Sie gesprochen haben, Herr Schobel, haben wir eine sehr große Multikulturalität. Herr Schobel, Sie sind als Betriebsseelsorger da. Ich weiß nicht, wie Sie mit anderen Religionen und mit anderen Bevölkerungsgruppen umgehen. Die gleiche Frage stelle ich auch an die Vertreterin des KM. Wie können wir das Ihrer Meinung nach schaffen, solche Gruppen so zu empowern, dass sie sich engagieren und dass sie dadurch resilienter werden? Das ist eigentlich der Kern der Frage. Denn wir werden das nicht hinbekommen, wenn man nur schlechte Szenarien an die Wand malt. Man muss die Leute ja empowern. Das ist meine Frage.

Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: Wunderbar. Vielen Dank. Da das heute so wunderbar klappt und sich alle so gut an die Zeit gehalten haben, mache ich wieder eine Vorgabe von sieben bis zehn Minuten. Anscheinend funktioniert das ganz gut, zumindest heute. Dann würde ich mit Ihnen anfangen, Frau Conradi. – Herr Albiez möchte aber vorher noch eine Frage stellen.

– 121 –

Thomas Albiez, externes Mitglied: Auf diese Frage können wir auf gar keinen Fall verzichten. – Frau Conradi, beziehen Sie die Schüler bei diesen Programmen, die Sie auflegen, mit ein? Sie machen Berufsorientierung, Krisenprävention und verschiedenes andere. Mich würde interessieren, ob die Schüler in die Entwicklung dieser Programme eingebunden werden.

Sv. Frau Conradi: So, dann versuche ich das. Das war ein bunter Strauß an Fragen. Ich hoffe, ich habe alles einigermaßen mitgeschrieben.

Ein paar Aspekte möchte ich gern vorneweg schieben, weil es ein bisschen so anklang: Wo setzen wir denn letztendlich an? Auch die Frage: Brauchen wir ein eigenes Unterrichtsfach Krisenmanagement? Ich glaube, es wäre ein Trugschluss, zu glauben, dass wir alle Themen, die für die jungen Menschen Relevanz haben, in Fächer packen müssen. Wir haben darüber auch bei der Demokratieerziehung diskutiert. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass das eine Aufgabe ist, die alle Lehrkräfte betrifft. Genauso betrifft die Bildung für nachhaltige Entwicklung alle Lehrkräfte. Die Themen, die fächerübergreifend sind, habe ich Ihnen genannt. Ich glaube, es wäre nicht der richtige Weg, dass man das in ein einziges Fach integriert. Dann haben wir nämlich die Situation, dass sich alle anderen nicht mehr dafür verantwortlich fühlen. Es bleibt an dieser Stelle hängen.

Ich denke, wir müssen den Bildungsauftrag insgesamt in den Blick nehmen. Wir haben hier die Vermittlung von eigenverantwortlichem Handeln bezogen auf den Einzelnen, aber natürlich auch mit Blick auf die Gesellschaft. Das ist der Bildungsauftrag, der allem Handeln in der Schule zugrunde liegt. Ich komme nachher zum Katastrophenschutz, das ist ja ein kleiner Bereich. Sie haben hier viel umfassender angesetzt. Das, was wir an Maßnahmen haben, diese Leitperspektiven, die im Bildungsplan verankert sind – egal, ob das Prävention oder Bildung für nachhaltige Entwicklung ist –, das alles ist für uns ein Indiz, welche Bedeutung das hat. Wir wollen die Schulen, die Lehrkräfte dazu animieren, diese Themen, für die es im Unterricht entsprechende Bezüge gibt – die gibt es in vielerlei Hinsicht –, entsprechend aufzurufen. Ich glaube, das ist auch der richtige Ansatz.

Dann gibt es natürlich eine Vorbildfunktion. Auch die Schule hat eine Vorbildfunktion. Sie haben das Thema Mülltrennung angesprochen. Sie haben nachgefragt, wie weit das in die Elternhäuser getragen wird. Wir haben keine systematischen Erhebungen gemacht. Das sage ich ganz offen. Die letzten zwei, drei Jahre sowieso nicht. Da waren die Schulen mit anderen Sachen belastet. Die Frage ist, ob man das in Zukunft in den Blick nimmt. Wir wissen aber aus vielen, vielen Rückmeldungen – denn wir sprechen natürlich auch mit Schülerinnen und Schülern sowie mit den Lehrkräften –, dass die Schülerinnen und Schüler diese Punkte natürlich zu Hause auch anbringen: In der Schule wird es aber soundso gemacht, können wir das nicht auch entsprechend im eigenen Haushalt umsetzen? Diese Informationen haben wir schon. Diese Rückkopplung findet statt.

– 122 –

Das ist auch unser Ansatz beim Katastrophenschutz. Wir implementieren nicht nur entsprechende Beispiele in den Unterricht. Ich sage nachher noch etwas zum Praxisbezug. Wir haben schon auch die Vorstellung, dass das in den familiären Bereich oder auch in das soziale Umfeld greift.

Sie haben die Belastungssituation angesprochen: Natürlich wissen wir – darüber haben Sie auch in anderen Konstellationen hier im Landtag diskutiert –, dass die Belastungssituation für Schülerinnen und Schüler, für Lehrkräfte aufgrund von Corona hoch ist. Man hat darauf reagiert. Ich nenne nur am Rande das Programm „Lernen mit Rückenwind“. Wir sind hier eingestiegen. Wir haben verschiedenste Angebote auch im sozial-emotionalen Bereich finanziell flankiert. Wir haben die Anzahl der Schulpsychologen und auch die der Beratungslehrkräfte erhöhen können. Da sind durchaus zusätzliche Impulse gesetzt worden.

Jetzt ist gefragt worden, ob die Bevölkerungsorganisationen mit eingebunden sind. Ja, das sind sie. Ich glaube, Herr Dr. Miller, Sie haben danach gefragt. Sie sind über das Innenministerium eingebunden. Wir haben eine enge Kooperation mit den Kolleginnen und Kollegen, was diesen Auftrag zum Katastrophenschutz aus dem Kabinett angeht. Das Innenministerium ist hier in engem Kontakt. Das haben wir. Wir haben jetzt schon die Situation, dass an den Grundschulen Helfertage stattfinden, dass freiwillige Feuerwehren vor Ort gehen, dass das DRK in die Schulen geht und einen Projektnachmittag gestaltet. Diese Situation haben wir schon.

Aber es ist natürlich richtig: Wir können nicht nur Unterrichtsmaterialien bereitstellen, wobei ich den Wert nicht unterschätzen möchte. Wir sehen, dass viele Lehrkräfte auf unsere Unterrichtsmaterialien zurückgreifen, die wir auch in Coronazeiten in anderen Bereichen zur Verfügung gestellt haben, sodass dies in den Unterricht implementiert werden kann. Das kann, fange ich doch einmal mit etwas Einfachem an, für die Grundschüler das richtige Verhalten bei Gewitter sein.

Natürlich brauchen wir Praxisbeispiele. Deswegen machen wir diesen jährlichen Aktionstag; der ist auch vorgesehen. Wir werden sicherlich im Sommer noch mal eine entsprechende Auftaktveranstaltung machen, bei der auch die Hilfsorganisationen – u. a. DRK, Feuerwehr, THW – eingebunden werden. Sicherlich ist das lokal sehr unterschiedlich, wer mit eingebunden wird. Das ist für uns schon ein wichtiger Punkt, von dem wir glauben, dass dies auch für den Bevölkerungsschutz ein entsprechender Mehrwert ist, um den Kontakt zu jungen Generationen herzustellen – sprich: ehrenamtliches Engagement.

Wir brauchen aber neben der unterrichtlichen Befassung auch Praxisbeispiele. Da bin ich völlig bei Ihnen. Ohne solche wird das nicht nachhaltig zu implementieren sein. Sehen Sie es mir nach. Ich habe hier das Maßnahmenbündel in Teilen präsentiert, das ist aber noch nicht veröffentlicht worden. Das Thema Katastrophenschutz wird mit einer gewissen Verbindlichkeit in die Schulen getragen, sodass man davon ausgehen kann, dass sich die Schülerinnen und Schüler während ihrer Schulzeit mit

– 123 –

dem Katastrophenschutz, mit den verschiedenen Szenarien befassen. Das wird schon eine entsprechende Verbindlichkeit erhalten. Aber auch hier sage ich: Nicht alle Schulen werden sich mit allem befassen. Am Oberrhein wird man sicherlich eher die Situation des Hochwassers aufgreifen. Ich komme aus dem Zollernalbkreis. Da liegt der Hohenzollerngraben nicht weit entfernt, da wird man eher das Thema Erdbeben aufgreifen. Ich glaube, diese Flexibilität brauchen wir auch. Das haben wir auf dem Schirm. Das wollen wir mit entsprechenden Materialien weiter unterstützen.

Wie sind wir aufgestellt? Reicht das, was wir an Schulpsychologen haben? Wir haben in den letzten Monaten die Ländervergleiche gesehen. Häufig werden Äpfel mit Birnen verglichen. In manchen Ländern gibt es nur die Schulpsychologen. Diese haben keine Präventionsbeauftragten, sie haben keine Beratungslehrkräfte. Ich glaube, das Gesamtsystem ist hier ordentlich aufgestellt. Ich bin die falsche Person, um darüber zu diskutieren, ob es mehr sein könnte und welche Mittel hineinfließen. Ich glaube, darüber müssen Sie auf politischer Ebene diskutieren. Ich glaube schon, dass das, was wir jetzt haben, was die Schulpsychologie und die Beratungslehrkräfte zusammen mit den Präventionsbeauftragten auch im Zuge von Corona für Angebote machen können, von den Schulen, den Schülerinnen und Schülern sowie den Lehrkräften sehr, sehr gut angenommen wird.

Sie haben noch nach Krisenteams, nach den Krisenplänen und wer in dem Team ist, gefragt. Ich glaube, Herr Wahl, das waren Sie. Das sind natürlich prioritär Lehrkräfte, die einen gewissen Bezug haben. Das ist der Sicherheitsbeauftragte aus dem naturwissenschaftlichen Bereich, da ist derjenige drin, der im Sanitätsbereich Verantwortung trägt. Da ist aber auch ganz einfach der Hausmeister mit drin. Das ist sehr unterschiedlich zusammengesetzt. Natürlich machen die Schulen das nicht allein. Auch dort haben wir die entsprechende Unterstützung durch die Schulpsychologie. Natürlich müssen diese Pläne greifen. Deswegen ist es richtig, bei diesen Plänen von vornherein die Rettungsdienste, die Feuerwehr mit dabei zu haben.

Sie haben auch gefragt, ob das DRK oder ähnliche Organisationen mit eingebunden sind. Ich nehme das mit, ich bin gerade überfragt, das würde ich gern noch einmal mitnehmen. Aber es ist wichtig, dass die Praktiker und die Experten mit drauf schauen, ob das, was vorbereitet wird, etwas taugt.

Die Resilienz wurde auch noch angesprochen. Ich habe versucht, herauszuarbeiten, dass wir das in den Leitperspektiven mit verankert haben, vor allem in der Leitperspektive „Prävention und Gesundheitsförderung“. Für meine Begriffe widerspricht sich das nicht, von einem kompetenzorientierten Ansatz im Bildungsplan auszugehen. Das implementiert auch Bildung. Das widerspricht sich meiner Meinung nach nicht.

Ich würde gern noch einen Satz dazu sagen – ich glaube, von Ihnen kam das –, was wir mit der Verwaltungsvorschrift abgedeckt haben. Wir haben Brand, wir haben Explosionen, wir haben Gewaltvorfälle – damit ist Amok abgedeckt. Terror würde ich

– 124 –

ein bisschen an den Rand schieben, aber es ist in der Prüfung. Da haben Sie schon einen richtigen Punkt angesprochen: Müssen wir weitere Krisenszenarien prüfen, die in diese Verwaltungsvorschrift aufgenommen werden sollen? Das darf ich Ihnen hier signalisieren: Wir sind in der Prüfung, ob eine Erweiterung stattfinden muss.

Jetzt bin ich sicherlich nicht allen gerecht geworden. Aber in Anbetracht der Zeit belasse ich es damit.

Vorsitzender Alexander Salomon: Es regt sich kein Widerstand. Das ist schon einmal nicht schlecht. Es gibt jetzt niemanden, der aufschreit und sagt: „Meine Frage wurde nicht ausreichend beantwortet.“ Ich bin mir sicher, darüber kann man an anderer Stelle diskutieren, wenn eine Frage im Nachhinein kommt. Für heute ist es durchaus umfassend gewesen.

Jetzt kommt noch Herr Schobel dran. Orientieren Sie sich bitte auch an den zehn Minuten.

Sv. Herr Schobel: Mein erster Punkt: Jedes gesellschaftliche Ungleichgewicht birgt ein Potenzial von Spaltung. Das ist gar keine Frage. Das müsste Politik immer hellhörig machen. Ich kann aber keine direkte Linie ziehen zwischen dem, was in der Arbeitswelt passiert, dem, was ich geschildert habe, und eventuell Impfgegnern oder Querdenkern. Das war ein gesellschaftliches Problem. Wenn es zur Spaltung oder zu Differenzen kam, vor allem zu Misstrauen gegenüber der Regierung und dem Regierungshandeln, dann war das zuvor schon da. Ich habe die Prekarität als Musterbeispiel genommen. In erster Linie führt die Zweiklassengesellschaft in der Arbeitswelt zu Politikunmut und -verdrossenheit.

Die Arbeit der Betriebsräte ist in der Pandemie, auf jeden Fall in den großen Unternehmen, medial, über die Medien weitergegangen. Das hat man auch neu entwickelt. Der Kontakt zu den Beschäftigten in der Kurzarbeit zu Hause war tot. Der ist gerissen. Da war im Prinzip nichts mehr. Es gab nur wenige Unternehmen, die über Rundschreiben oder über neue Medien Kontakt gehalten haben; Ähnliches gilt für die Betriebsräte.

Da schließe ich die Frage nach Multikulti an. Ich habe immer schon gesagt, dass die Unternehmen in Deutschland eigentlich der Prototyp sind, wie wir über Nationalitäten hinweg miteinander umgehen. Man hat die nie richtig gesehen und ernst genommen, weil das so sehr im Verborgenen läuft. Das heißt, Politik müsste vielmehr abrufen, welche Erfahrungen die Unternehmen in der Arbeitswelt seit nunmehr 50, 60 oder noch mehr Jahren haben. Das geht, es geht. Es geht im Betrieb. Ich habe es selbst erlebt, ich habe auch in Unternehmen immer mitgearbeitet. Da ist keine große Herzlichkeit im Spiel. Aber man wirkt zusammen, und man weiß, wo man zusammengehört. Gerade hier im Schwäbischen wären alle Arbeitskämpfe der letzten 50 Jahre ohne das Potenzial der ausländischen Kolleginnen und Kollegen verloren gegangen.

– 125 –

Das muss man auch ganz klar konstatieren. Wir haben hier einen Schatz, der im Verborgenen liegt. Wir müssen diesen heben.

Ich komme zum Stichwort Wertschätzung. Wie kann man diese momentan noch wenig wertgeschätzten und doch so wichtigen Berufe anheben? Das ist immer noch und war das Problem der Kirchen. Das war der Grund, warum wir uns eher als Betriebsseelsorger etabliert haben. Es gibt schon seit den Achtziger- und Neunzigerjahren das schöne Schlagwort: Die Kirche hat die Arbeiterschaft verloren – und das ist weitgehend noch so. Wir brauchen Aufmerksamkeit und Wahrnehmung auf allen Ebenen.

Ich habe den Pfarrern, meinen Kollegen, immer gern die Frage gestellt: An welchen Tischen sitzt ihr denn? Das geht bis hinein in die eigene Lebensführung. Wo sind wir den Menschen in der Arbeitswelt wirklich nahe? Wir treiben unsere Seelsorgegremien in den Dekanaten in die Betriebe hinein, einmal, zweimal im Jahr; auch der Bischof muss mindestens einen Tag pro Jahr reservieren, um ein Unternehmen kennenzulernen. Jetzt kommt es aber darauf an, wie man einen Betriebsbesuch gestaltet. In aller Regel wird man vom Management umzingelt und geht seiner Wege, und das war es dann auch. Man muss das schon sehr präzise mit dem Betriebsrat vorbereiten. Man muss das Recht haben, auch an die Arbeitsplätze zu kommen, man muss Gelegenheit haben, mit den Menschen dort zu reden. Das alles würde ich Ihnen in den Wahlkreisen empfehlen: Betriebsbesuche, Kontakt zu Betriebsräten, schauen, wo und ob es einen Arbeitslosentreff gibt, vielleicht in die Tafelläden hineinschauen.

Damit komme ich zum Thema Armut. In dieser Richtung geht es um verstärkte Wahrnehmung auf allen Ebenen. Die Herzensfrage lautet: An welchen Tischen sitzen wir denn? Was Arm und Reich anbelangt, das ist keine Frage. Es ist ein Skandal, dass in Deutschland Armut trotz Arbeit – ein Stück weit wie in den USA, nicht in demselben Maß – vorhanden ist. Das muss ein Ende haben.

Darum bin ich froh, dass die Gewerkschaften jetzt gerade angesichts der Teuerungen vor allem auf diese unteren Anhebungsbeträge Wert legen. Das ist momentan im öffentlichen Dienst ein Thema. Die Arbeitgeber bieten 300 €, die Gewerkschaften fordern 500 €. Ich stehe voll hinter den 500 €. Denn es geht darum: dass wir einen langfristigen und sehr breit angelegten Kampf gegen Niedriglöhne brauchen. Das Mindestlohngesetz hat das Ganze nur etwas abgemildert. Aber der Tatbestand „Arm trotz Arbeit“ ist ethisch ein einziger Skandal und ist auch für Deutschland ungewöhnlich. Das entspricht nicht unserem Werdegang, unserer Geschichte und auch nicht unserer Gegenwart als prosperierendes Wirtschaftsland. Das muss ein Ende haben.

Nach Corona ist der Druck weitgehend geblieben, und zwar in Form einer unglaublichen Unsicherheit. Er wirkt sich vor allem dort aus, wo die Produktionen durch Teilmangel ins Schleudern geraten sind, dort, wo die Menschen von heute auf morgen gesagt bekommen haben: „Bleibt zu Hause, morgen gibt es keine Arbeit, es ist nichts

– 126 –

da.“ Daher ist schon eine große Verängstigung geblieben. Das ist noch lange, lange, lange nicht vorbei. Ich denke, dies bedarf auch der Wahrnehmung.

Am Schluss noch kurz zur Pflege. Keine Frage: Geld ist nur die eine Komponente. Wir hatten in Berlin einen großen Arbeitskampf des Pflegepersonals für bessere Stellenpläne – das muss man sich einmal vorstellen! –, also für bessere personelle Ausstattung. Das deutete auf diesen Leidensdruck hin, dass diese Überlast unglaublich ist. Ich kenne eine Pflegerin. Sie geht einmal in der Schicht für zehn Minuten auf die Toilette, um zu weinen. Ich kann noch etwas anderes schildern: Eine Anfängerin, die am ersten Tag in der Abteilung ist und völlig verbotenerweise für Pflegedienste herangezogen wird, bricht zusammen und kommt am anderen Tag nicht mehr. Wir haben hier Zustände, die einfach unbeschreiblich sind. An dem Punkt müssen wir bei- des sehen: die Ansehensebene, die Wertschätzung, die finanzielle Ausstattung, aber vor allem auch die strukturellen Probleme wie etwa die Stellenpläne.

Ich glaube, das waren alle meine Anmerkungen. Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Schobel, für Ihre Anmerkungen. – Ich schaue noch einmal in die Runde, ob es noch Nachfragen gibt. – Es gibt keine weiteren Anmerkungen.

Dann danke ich Ihnen beiden noch einmal, Frau Conradi, Herr Schobel, für Ihre Beiträge zur Enquetekommission.

(Beifall)

Das am Schluss war auch noch einmal sehr spannend von Ihnen zu hören. Wenn Sie weitere Anmerkungen, Hinweise, Informationen, Tipps für uns haben, sind wir sehr gern offen und freuen uns über die jeweiligen Anstöße. Ansonsten wünsche ich Ihnen beiden schon mal ein schönes Wochenende.

Wir sind hiermit am Ende von Teil I, am Ende der öffentlichen Anhörung angelangt. Für diejenigen, die uns noch digital folgen, geht es nicht im April weiter. Wir machen einen Monat Pause. Es geht weiter am 26. Mai 2023 um 9:00 Uhr, dann auch wieder digital.

(Schluss des öffentlichen Teils: 17:08 Uhr)

– folgt nicht öffentlicher Teil II (gesondertes Protokoll) –

17. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Öffentlicher Teil

13. Sitzung

Freitag, 26. Mai 2023, 9:00 Uhr

Stuttgart, Haus des Landtags

Plenarsaal
Videokonferenz

Beginn: 9:02 Uhr (Mittagspause: 13:05 bis 14:02 Uhr) Schluss: 17:30 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Teil I – öffentlich

1. Politische Aussprache zum zweiten Handlungsfeld S. 2
2. Vorstellung der Ergebnisse des Bürgerforums „Krisenfeste Gesellschaft“ und der Formate der Kinder- und Jugendbeteiligung „Krisenfeste Gesellschaft“ durch Teilnehmende S. 36
3. **Öffentliche Anhörung**
zum Thema „Repräsentation und Teilhabe“ S. 79

Teil II – nicht öffentlich (gesondertes Protokoll)

1. Festlegung des in der Sitzung am Freitag, 21. Juli 2023, zu behandelnden Themas
2. Verschiedenes

Öffentliche Anhörung
der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

zum Thema „Repräsentation und Teilhabe“

am Freitag, 26. Mai 2023, 14:00 Uhr
Plenarsaal (Haus des Landtags)

Ablaufplan

(Stand 17.4.2023)

Uhrzeit	Sachverständige / Funktion
14:00 Uhr	Alexander Salomon MdL, Vorsitzender der Enquetekommission
14:05 Uhr	Dr. Raban Fuhrmann , Politikwissenschaftler, Direktor der Akademie Lernende Demokratie von Democracy International e.V., Köln
14:25 Uhr	Prof. Dr. Brigitte Geißel , Professur für Staat und Politik mit dem Schwerpunkt Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext, Leiterin Forschungsstelle „Demokratische Innovationen“, Goethe-Universität Frankfurt am Main
14:45 Uhr	40-minütige Fragerunde
15:25 Uhr	Prof. Dr. Katharina Mangold , Professorin für Europarecht, Geschäftsführende Leiterin der Abteilung Europa- und Völkerrecht, Europa-Universität Flensburg
15:45 Uhr	Prof. Dr. Ulrich Eith , Direktor des Studienhauses Wiesneck, Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e.V., apl. Professor für Politikwissenschaften, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
16:05 Uhr	Prof. Dr. Eva Ruffing , Professur für das Politische System der BRD im Kontext europäischer Mehrebenenpolitik, Universität Osnabrück
16:25 Uhr	60-minütige Fragerunde
~17:25 Uhr	Ende der öffentlichen Anhörung

– 2 –

Teil I – öffentlich (Beginn: 9:02 Uhr)

Vorsitzender Alexander Salomon: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie heute, am 26. Mai 2023, recht herzlich zur 13. Sitzung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ begrüßen. Ich darf auch alle Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien, vor allem des Sozialministeriums, herzlich begrüßen. Auch jenen einen Gruß, die uns digital zuschauen oder die hier vor Ort bereits anwesend sind.

Die Tagesordnung ist Ihnen zugegangen. Dazu habe ich keine Änderungswünsche von Ihnen vermerkt. Deswegen können wir direkt in die Tagesordnung einsteigen.

Punkt 1

Politische Aussprache zum zweiten Handlungsfeld

Die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, dass sie in der politischen Aussprache jeweils eine zehnminütige Einführung zum zweiten Handlungsfeld vortragen und dass sie danach noch jeweils 15 Minuten Redezeit für Kommentierungen, Ergänzungen oder weitere Hinweise haben. Ich werde das scharf überwachen. Allerdings wurde in der Aussprache zum ersten Handlungsfeld die insgesamt zur Verfügung stehende Redezeit nicht vollständig ausgeschöpft. Im Vorfeld der Sitzung wurden zur Aussprache drei Anträge eingebracht: ein Antrag der SPD-Fraktion, ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen GRÜNE und CDU sowie ein Antrag der FDP/DVP-Fraktion. Diese rufe ich später zu gegebener Zeit wieder auf. Jetzt treten wir direkt in die politische Aussprache ein.

Ich rufe für die Fraktion GRÜNE die Kollegin Cataltepe auf. Sie haben jetzt bis zu zehn Minuten Redezeit.

Abg. Ayla Cataltepe GRÜNE: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe parlamentarischen Berater, sehr verehrte Gäste, sehr verehrte Mitglieder der Ministerien! Ich beginne mit dem Thema Verwaltungshandeln. Wie uns die Anhörungen zum zweiten Handlungsfeld zum Bereich „Staat und Verwaltung“ gezeigt haben, ist die Verwaltung ein entscheidender Punkt, wenn es darum geht, die Bevölkerung krisenfest zu machen. Die Verwaltungsstrukturen haben unmittelbare Auswirkungen auf die Gesellschaft. Um unser Ziel einer resilienten Bevölkerung zu erreichen, gilt es daher, auch die Verwaltung krisenfest zu machen.

Die Coronapandemie war eine Herausforderung für unseren Föderalismus und unsere spezialisierten Verwaltungen. Nun haben wir es aber in einer immer höheren Dichte mit Krisen und parallel laufenden Herausforderungen zu tun. Unsere Aufgabe ist

– 3 –

es daher, die Verwaltung durch eine gute Vernetzung vor die Lage zu bringen und resilienter zu machen.

Vernetzung heißt, wir müssen den Austausch von Daten über alle Ebenen hinweg ermöglichen und kompatibel machen. Durch die Daten müssen sich Lagebilder erstellen lassen, die uns Prognosen und Situationseinschätzungen ermöglichen. Vernetzung heißt aber auch, den Austausch zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen zu garantieren und zu stärken. Dazu bedarf es einer gut funktionierenden Aufbau- und Ablauforganisation.

Wie schaffen wir das? Wir müssen personelle Engpässe in der Verwaltung angehen, um im Krisenfall personelle Flexibilität nutzen zu können. Ebenso gilt es, Mindeststandards für die Bereiche Regierung, Verwaltung, Parlament, Justizeinrichtungen sowie Notfallorganisationen im Rettungswesen inklusive Katastrophenschutz festzulegen und umzusetzen.

Aber wir müssen auch die Digitalisierung der Verwaltung und die Entbürokratisierung voranbringen. Durch die Digitalisierung von Verwaltungsabläufen erreichen wir beispielsweise, dass das Personal entlastet wird und dass Prozesse durch schnelleren Datenaustausch beschleunigt werden.

Natürlich dürfen wir die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft nicht außer Acht lassen. Durch die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft erreichen wir, Netzsicherheit und Netzversorgungsalternativen im Krisenfall bereitzuhalten. Denn keiner – keiner! – möchte erleben, dass – wie bei der Flutkatastrophe im Ahrtal – manche Gebiete von allen Kommunikationsmitteln abgeschnitten sind und wir die Lage dort nicht kennen.

Auch hier ist die Vernetzung sehr wichtig – Vernetzung im Sinne einer funktionierenden und verständlichen Kommunikation zwischen Staat, Wirtschaft und allen beteiligten Akteuren des Bevölkerungsschutzes und der kritischen Infrastrukturen.

Das bedarf der Übung. Der Klimawandel stellt uns vor immer neue Herausforderungen, auf die sich die Wirtschaft und die kritischen Infrastrukturen erst einstellen müssen. Durch die Übung solcher Krisenfälle schaffen wir Sicherheit für den Ernstfall und Vertrauen unter allen Beteiligten im gemeinschaftlichen Handeln. Durch Übungen erreichen wir, dass alle wichtigen Personen und Kommunikationswege bekannt sind. Durch Übungen lassen sich Lücken und der Bedarf an Nachbesserungen in der kritischen Infrastruktur aufdecken.

Hilfreich ist auch, Strukturen für Staat und Wirtschaft festzulegen, um die Zusammenarbeit beim Krisenmanagement zu verbessern. Der regelmäßige Austausch zwischen Politik und Wirtschaft, die Krisenschulung in Wirtschaftsbetrieben oder das Bilden von Kooperationen sind nur einige Beispiele. Dadurch machen wir klare Schritte hin zu einer resilienten Wirtschaft.

– 4 –

Wie bereits mehrfach angeklungen, hat uns auch das erste Handlungsfeld gezeigt, dass es eben nicht ohne Kommunikation funktioniert. Die Kommunikation ist eigentlich das Fundament, um weiterhin im Austausch mit der Bevölkerung zu bleiben. Vor allem geht es darum, verständlich miteinander zu kommunizieren. Durch gute Kommunikation entsteht in der Bevölkerung Vertrauen in staatliche Maßnahmen. Gleichzeitig befähigt sie die Menschen, ihre Selbsthilfefähigkeit auszubauen und vor allem, ihre Eigenverantwortung zu stärken.

Für eine bessere Selbsthilfefähigkeit müssen wir Prävention und Krisenübungen nicht nur ab dem frühkindlichen Alter sowie für alle Bildungs- und Berufswege anbieten, nein, wir müssen auch jenen Menschen einen Zugang zu Krisen- und Präventionsmaßnahmen ermöglichen, die z. B. in Geflüchteten- oder Wohnungslosenunterkünften leben. Ebenso dürfen wir Menschen mit Behinderungen und Sprachbarrieren nicht außer Acht lassen, wenn es darum geht, Ernstfälle zu üben bzw. zu vermitteln, was in einem solchen Fall zu tun ist.

Nicht nur hieraus lässt sich ableiten, dass ein mehrsprachiges Angebot in unserer vielfältigen Gesellschaft essenziell ist. Auch die migrantischen Vereine haben uns in unseren Kommissionsstunden darauf hingewiesen, dass wir dies bitte auch beachten müssen. Um das zu ermöglichen, ist es unerlässlich, dass wir die migrantischen Vereine in unsere Arbeit miteinbeziehen. Mit ihrem Netzwerk und ihren Erfahrungen in der Kultursensibilität können wir gemeinsam Präventionsmaßnahmen entwickeln.

Wir sehen also, dass die Vulnerabilität der Bevölkerung differenziert zu betrachten ist. Wie Professor Dr. Martin Voss in seinem Vortrag erläutert hat, haben wir es mit einer spezifischen situativen Vulnerabilität, aber auch mit einer generischen Dimension von Vulnerabilität zu tun. Diese generische Dimension, in der das Vertrauen in Staat und Verwaltung gefährdet ist, bereitet mir große Sorgen.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird durch Krisen auf die Probe gestellt, wie wir das im kommenden Handlungsfeld nochmals vertieft behandeln werden. Wir müssen in unseren Handlungsempfehlungen also unbedingt darauf achten, sie so zu formulieren, dass sie vertrauensbildend wirken, Eigenverantwortung erzielen und gleichzeitig niederschwellig sind. So schaffen wir nicht nur Vertrauen der Gesellschaft in unsere demokratischen Institutionen, sondern auch Vertrauen der Menschen in sich selbst.

Das gilt nicht nur für unsere Handlungsempfehlungen. Auch über einen geeigneten Warnmittelmix und damit zusammenhängende Kommunikationswege und -formen müssen wir reden. Diese müssen ebenfalls niederschwellig und verständlich sein. Sie müssen außerdem praxistauglich sein und die Bevölkerung über verschiedene Kanäle erreichen. Verschiedene Kanäle bedeutet auch, in mehreren Sprachen, in verständlicher Sprache und für alle Menschen – ob mit oder ohne Behinderung – zu kommunizieren.

– 5 –

Menschen sind niemals eine homogene Gruppe. Genau daran müssen wir auch denken, wenn wir unsere Handlungsempfehlungen schreiben. Und wir müssen darüber nachdenken, welche Warnmittel wir künftig nutzen. Denn uns allen ist klar, dass wir immer wieder konkreten Krisen und Katastrophen begegnen müssen und dass wir mit dem Klimawandel in einer andauernden und dynamischen Herausforderung für Staat und Verwaltung stecken.

Wie die ausgeführten Punkte belegen, meine Damen und Herren, müssen wir noch mehr für die Prävention von Klimakatastrophen unternehmen und sicherstellen, dass Staat, Verwaltung und Bevölkerung dafür krisenfest werden und auch in zukünftigen Generationen krisenfest sind.

Lassen Sie uns daher gemeinsam diskutieren, wie wir für Staat und Verwaltung bestmöglich aus den vergangenen Krisen lernen und die Kommunikation mit der Bevölkerung verbessern. Lassen Sie uns diskutieren, wie wir die Handlungsfähigkeit, die Vernetzung, die Prävention sowie die Resilienz von Staat, Verwaltung und Bevölkerung verbessern können.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. – Es spricht jetzt noch Dr. Marco Krüger.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Abg. Cataltepe. – Herr Dr. Krüger, Sie haben nur noch eine Restredezeit von zwei Minuten.

Dr. Marco Krüger, externes Mitglied: Lieber Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Das waren spannende Sitzungen, die wir in den letzten Monaten hatten. Es waren vielfältige Punkte, die die einzelnen Sachverständigen vorgebracht haben. Ich möchte, aufbauend auf den Ausführungen meiner Vorrednerin, diese vielfältigen Punkte in fünf konkreten Themen zusammenführen.

Der erste Punkt: Verwaltung braucht Gesellschaft. Das fand ich auf den ersten Blick ziemlich überraschend. Selbst wenn wir über die Fähigkeiten von Verwaltungen sprechen, haben wir ganz oft das Wort „Selbsthilfe“ gehört: Selbsthilfe von Bürgerinnen und Bürgern, die aktiv werden müssen, die sich etwas zutrauen sollen, die Kompetenzen erwerben und anwenden sollen.

Auf den zweiten Blick ist das aber vielleicht gar nicht so überraschend, denn natürlich sind Verwaltungen gerade in Krisen- und Katastrophensituationen an ihren Leistungsgrenzen. Natürlich müssen Bürgerinnen und Bürger dann mitmachen, müssen ein aktiver Teil der Gesellschaft sein und zur Bearbeitung von Krisen und Katastrophen beitragen. Ihre Kompetenzen ernst zu nehmen und ihre Selbsthilfefähigkeit zu stärken muss daher ein ganz zentraler Teil der staatlichen Aufgaben sein.

– 6 –

Zweiter Punkt: Resilienz ist voraussetzungsvoll. Das ist ein sehr wichtiger Punkt; denn Resilienz verkommt zu einer wohlfeilen Forderung, wenn wir Bürgern einfach nur sagen, sie sollen jetzt doch bitte einmal resilient sein und die nächste Krise überstehen. Wir als Gesellschaft müssen uns Gedanken machen: Wie schaffen wir das eigentlich?

Professor Dr. Martin Voss hat auch gesagt, dass soziale Ungleichheit einer der treibenden Faktoren für Vulnerabilität ist. Wenn wir das nicht angehen, werden wir eine resiliente Gesellschaft nicht schaffen. Das heißt, wir müssen die Voraussetzungen für Resilienz schaffen, statt Resilienz nur zu fordern.

Dritter Punkt – umgekehrt zum ersten Punkt –: Gesellschaft braucht Verwaltung. Da möchte ich auf Frau Professorin Dr. Behnke zurückkommen, die gesagt hat, eine resiliente Verwaltung müsse in erster Linie Redundanzen haben. Das heißt, wir brauchen Kapazitätspuffer, und zwar gerade in den Verwaltungen und Verwaltungsstrukturen, die in Krisensituationen besonders kritisch sind.

Der zweite Aspekt ist Flexibilität: Wir müssen Weiterbildungen schaffen, wir müssen die Leute, die in den Verwaltungen arbeiten, dazu befähigen, auch in einer Krise kompetent handeln zu können. Das heißt, wir brauchen Weiterbildungen zu Stabsstrukturen, aber eben auch zum Handeln unter krisenhaften Bedingungen, die einen hohen Entscheidungsdruck und Stress mit sich bringen. Dazu müssen wir die Leute befähigen und dürfen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen hierbei nicht allein lassen.

Ein dritter Aspekt ist die koordinierte Dezentralität, die Frau Professorin Dr. Behnke angeführt hat. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, denn der Föderalismus hat sich in den letzten Krisen als handlungsfähig erwiesen. Wir müssen dafür sorgen, dass die einzelnen Strukturen, die einzelnen Ebenen klug miteinander vernetzt sind, um effizient und effektiv handeln zu können.

Vierter Punkt – ganz kurz, weil meine Vorrednerin darauf schon eingegangen ist –: Wir müssen wirtschaftliche Strukturen aktiv in das Krisenmanagement einbinden. Die Wirtschaft ist Teil der Gesellschaft. Die Mehrheit der KRITIS ist privatwirtschaftlich betrieben.

Im Ahrtal haben wir gesehen, dass selbst die Unternehmen, die nicht zur KRITIS gehören – wie z. B. Bauunternehmen oder auch Obst- und Gemüsehändler –, mitgeholfen haben, die Krisenlage zu überwinden. Bauunternehmen haben unbürokratisch damit angefangen, Straßen freizuräumen. Wir haben umfangreiche Sachspenden gesehen. Wir haben gesehen, dass Unternehmen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrem Willen, zu helfen und die staatlichen Krisenbewältigungsstrukturen zu unterstützen, fördern. Das gibt Mut. Das heißt auf der anderen Seite aber auch, dass staatliche Strukturen dazu in der Lage sein müssen, solche Ressourcen effizient und effektiv zu fördern und zu koordinieren. Das wird eine staatliche Aufgabe sein.

– 7 –

Schließlich müssen wir auch Mindestvorgaben definieren und fragen: Welche Standards müssen denn von kritischen Infrastrukturen eigentlich erfüllt werden, um auch in der Krise ihren Aufgaben nachkommen zu können? Diese Mindestvorgaben wurden durch das Eckpunktepapier zum geplanten KRITIS-Dachgesetz ein Stück weit schon festgelegt. Als Land sollten wir das energisch begleiten, um zu schauen: Wie bekommen wir nicht bloß die ganz klassischen kritischen Infrastrukturen gestärkt, sondern auch die sozialen kritischen Infrastrukturen, die in einer Krise für die Menschen eben auch essenziell sind, gerade wenn man an den Pflegesektor denkt.

Der letzte Punkt: einen starken Katastrophenschutz erhalten. Wir haben einen guten Katastrophenschutz, eine gute Katastrophenschutzstruktur in Deutschland und in Baden-Württemberg. Wir müssen dafür sorgen, dass dies so bleibt. Das ist nicht bloß eine Frage von gesellschaftlicher Resilienz, es ist vor allem eine Frage von gesellschaftlicher Anerkennung. Hier müssen wir ganz klar dafür sorgen, dass z. B. eine Helfergleichstellung vorgenommen wird. Wir sollten auch die psychosoziale Notfallvorsorge für Helferinnen und Helfer ausbauen, damit jene, die im Alltag und in der Krise für uns da sind, auch im Nachgang nicht alleingelassen werden.

Schließlich geht es darum, dass wir Spontanhelferinnen und Spontanhelfer, die in den letzten Jahren ein zunehmendes Phänomen geworden sind, und ehrenamtlich Aktive in den Hilfsorganisationen und bei der freiwilligen Feuerwehr nicht gegeneinander ausspielen. Klar ist: Freiwillige Feuerwehren, Hilfsorganisationen und das THW sind das Rückgrat des Katastrophenschutzes. Alle, die sich in der Krise einbringen, verdienen Anerkennung. Hier besteht die Aufgabe ganz klar darin, das Engagement seitens der freiwilligen Feuerwehren, des THW und der Hilfsorganisationen so auszugestalten, dass sie in der Lage sind, die Kapazitäten von Spontanhelfenden mit aufzunehmen.

Es gäbe noch ganz viele andere Punkte, die ich bringen würde, aber um Ihre Resilienz heute Morgen nicht überzustrapazieren, bedanke ich mich ganz herzlich und wünsche Ihnen einen schönen Tag.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Krüger. – Dann gehen wir direkt weiter zur CDU-Fraktion. Herr Abg. Dr. Miller, bitte.

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Vielen Dank. – Herr Vorsitzender, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten sehr intensive drei Monate zum zweiten Handlungsfeld. Einige Punkte fasse ich jetzt gern zusammen; meine Kollegin Dr. Pfau-Weller übernimmt dann den zweiten Teil.

Punkt 1 – dieser wurde sehr oft erwähnt –: Selbsthilfefähigkeit stärken, die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung. Der Staat und die Bevölkerung müssen ihre eigenen

– 8 –

Bausteine kennen. Der Staat muss Vorkehrungen und Präventionsmaßnahmen treffen, damit man auf Krisen zielgenau reagieren kann. Wichtig ist aber: Die staatlichen Institutionen können nicht alle Eventualitäten abwenden. Das muss man immer wieder klar sagen. Deswegen brauchen wir wieder mehr Eigenverantwortung. Das wurde auch sehr, sehr deutlich in sehr vielen Stellungnahmen und sehr vielen Sachverständigenanhörungen benannt.

Mehrere Vorschläge dazu, wie wir das erreichen können, wurden vorgebracht, etwa: eine unaufgeregte, wiederkehrende Sensibilisierung und Aufklärung – sehr wichtig! –, das Vermitteln von Grundwissen im Umgang mit Katastrophen, dass wir Informationen breit in die Gesellschaft streuen und dass wir dafür sorgen, dass die Informationen auch überall in der Gesellschaft ankommen, sowie Wissenstransfer schon beginnend in der frühkindlichen Bildung und bis ins Erwachsenenalter hinein.

Ein weiterer Punkt: Aus- und Fortbildung sowie die Steigerung von Übungen. Wir haben wiederholt gehört, dass „Übung, Übung, Übung“ sehr wichtig ist. „Übung macht den Meister“, wurde mehrmals erwähnt. Dabei ist wichtig, dass die Übungen vernetzt stattfinden, dass Übungen zwischen allen Hilfsorganisationen stattfinden: mit der Feuerwehr, mit dem THW, auch mit der Bundeswehr, mit internationalen Krisenreaktionsteams, mit Unternehmen der kritischen Infrastruktur und vielen mehr. Es gilt, alle Akteure, die relevant sind, miteinzubeziehen – und auch die Bevölkerung miteinzubeziehen, die natürlich maßgeblich betroffen sein kann. Das Ganze sollten wir hier in Baden-Württemberg, mit den vielen Grenzen, die wir haben, auch grenzüberschreitend denken.

Dann sollten wir, das ist mehrmals angesprochen worden, Aus- und Fortbildungen landesweit abstimmen und – gerade auch, um die Attraktivität zu steigern – dezentrale Ausbildungsmöglichkeiten eröffnen.

Punkt 3: Kommunikation, Warnung sowie Modernisierung der Leitstellen. Es ist mehrmals erwähnt worden: Die Kommunikationswege in Krisenfällen müssen vertrauensvoll, vermittelnd, verständlich, barrierefrei und auch mehrsprachig sein. Wir haben doch auch Personen hier, die nicht des Deutschen mächtig sind, vielleicht weil sie als Expats hier sind oder aus anderen Gründen die Sprache nicht können. Deswegen muss gewährleistet sein, dass alle Menschen, die hier leben, die Kommunikationswege auch entsprechend nutzen können.

Wir müssen dazu auch den Warnmix ertüchtigen; das wurde immer wieder gesagt, meine Vorrednerin hat es auch angesprochen. Dabei sind auch Sirenen und das Sirenenetz in den Blick zu nehmen, und dabei ist möglicherweise auch zu überlegen, was das Land machen kann.

Wege sind vorzudefinieren und möglicherweise auch Unternehmen der kritischen Infrastruktur in solche Warnketten mit hineinzudenken. Es wurde angesprochen, dass das hilfreich sein kann.

– 9 –

Ein Punkt, der ebenfalls dezidiert angesprochen wurde: die Leitstellenstrukturen, die in Baden-Württemberg dringend modernisiert werden müssen. Das würde ich hier gern noch einmal ansprechen. Wir sind da auf dem Weg, aber das ist sehr dringlich gewesen: dass ein Datenaustausch stattfindet, auch der Datenaustausch mit den Krankenhäusern, was momentan noch nicht so optimal funktioniert – eine sehr wichtige Aufgabe.

Nächster Punkt: klare Zuständigkeiten und Vernetzung in staatlichen Verwaltungsstrukturen. Auch meine Vorrednerin hat das schon angesprochen. Da ist es wichtig – das haben wir mehrmals gehört, gerade von Telekommunikationsunternehmen –, dass es einen klaren Ansprechpartner seitens des Landes gibt, an den man sich in der Vorbereitung vor Katastrophen wenden kann, dass man genau weiß: Wer ist Ansprechpartner im Ministerium? Das sollte nicht nur durch zufällige Bekanntschaften bekannt sein, sondern es muss auch institutionell klar sein, wer hier der Ansprechpartner ist.

Dazu wurden einige Lösungen vorgeschlagen. Beispielsweise könnte man ein eigenes Landeskatastrophenschutzamt beim Innenministerium ansiedeln oder die zuständige Abteilung im Innenministerium zu einem eigenen Kompetenzzentrum weiterentwickeln. Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten; ich will mich hier nicht festlegen. Aber jedenfalls ist unmissverständlich vorgetragen worden: Man sollte die Strukturen in dieser Hinsicht verbessern, damit man klare Ansprechpartner hat.

Dann wurden noch zwei Stichworte angesprochen, die für alle Bereiche gelten – letzter Punkt –: Bürokratieabbau und Rechtsetzung. Wenn man Recht setzt, sollte das so verständlich sein – auch in Fragen des Katastrophenschutzes –, dass die Bevölkerung es versteht, jedenfalls dann, wenn man es auch anwenden muss – vor allem die Akteure im Bevölkerungsschutz –, damit man versteht, was man eigentlich tun soll.

Bürokratieabbau: Wir hören das immer wieder – ich schaue meine Kollegin Andrea Schwarz an – von Bevölkerungsschutzorganisationen – es ist auch hier vorgetragen worden –: dass man mittlerweile extrem viel Bürokratie hat, sehr viel Verwaltungsaufwand, und dass das Verhältnis zwischen „Zeit für den Einsatz“ und „Zeit für die Verwaltung“ nicht mehr ganz stimmt. Auch da muss man sich einmal ehrlich machen. Es wurde mehrmals an uns herangetragen, den Bürokratieabbau in diesem Bereich wirklich stark in den Blick zu nehmen.

Ich freue mich jetzt auf die Diskussion, nachdem meine Kolleginnen und Kollegen noch gesprochen haben, und freue mich auch auf die Ausarbeitung der konkreten Stellungnahmen.

Vielen Dank.

– 10 –

(Beifall)

Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Lieber Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Anschließend an die fünf Punkte von Herrn Dr. Miller gehe ich noch auf vier weitere Punkte ein.

Der sechste Punkt: Wir brauchen Krisenpläne. Die gibt es bereits in den Kommunen, auch auf Landkreisebene, aber sie sind für die Verwaltung und die zentralen Einrichtungen der Daseinsvorsorge einfach wirklich wichtig, damit im Krisenfall die Prozesse klar strukturiert sind und jedem die Strukturen klar sind. Ein hier ganz oft ausgesprochener Spruch war ja: „In der Krise Köpfe kennen.“ Es ist wirklich essenziell, zu wissen: Wen muss ich wie ansprechen? Wie sieht dieser vordefinierte Prozess aus?

Es muss auch so sein, dass Krisenvorsorge und Früherkennung professionelle Hauptaufgabe aller Ministerien und auch der Behörden sind. Das ist natürlich beim Innenministerium angesiedelt, aber wir haben in der Vergangenheit auch gemerkt, dass es unterschiedliche Krisen gibt. Deswegen müssen alle Behörden für die auf sie zukommenden Krisen gewappnet sein. Es bedarf also eines entsprechenden Selbstverständnisses der Ministerien.

Das Land muss – wie es das jetzt auch schon tut – den Fokus auf die strategische Früherkennung legen und ständig schauen: Welche Krisen gibt es? Wie reagieren wir darauf? Bei neuen Risiken sind dann Anpassungs-, Präventions- und Vorsorgemaßnahmen zu treffen, damit wir immer gewappnet sind, egal, ob es jetzt eine Gesundheitskrise oder der Klimawandel ist – also sowohl bei schnell eintretenden Krisen als auch bei schleichenden Krisen, die uns in Zukunft begegnen.

Der siebte Punkt: Natürlich trägt auch das Ehrenamt den Bevölkerungsschutz in Deutschland. Gerade das herausragende ehrenamtliche Engagement ermöglicht überhaupt die professionelle und rasche Reaktion auf unterschiedliche Krisen. Hierzu wollen wir uns nicht nur klar bekennen – das ist sehr wichtig –, sondern müssen wir auch einige Maßnahmen ergreifen. Denkbar wäre eine vollständige Helfergleichstellung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Bevölkerungsschutz und – auch hier das Thema Bürokratie – eine unbürokratische Freistellung von Helferinnen und Helfern – nicht nur für die Einsätze – das gibt es jetzt schon –, sondern auch für Fortbildungen und für Übungen. Das ist wichtig: dass es diesbezüglich eine gesetzliche Verankerung gibt. Wichtig ist auch, die Werbung für Bildungsurlaub zur Teilnahme an Fortbildungen zu intensivieren. Ebenso ist natürlich ein Schwerpunkt auf die Nachwuchsförderung in diesem Bereich zu legen. Ferner sollte – auch das haben wir in der Anhörung gehört – das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz alle Bevölkerungsteile ansprechen.

Wir haben von den Spontanhelferinnen und Spontanhelfern gehört. Hier sollten wir einfach rechtssichere Regelungen treffen, damit es im Falle einer Krise nicht zu ei-

– 11 –

nem Chaos kommt und damit man Spontanhelferinnen und Spontanhelfer dann rechtssicher und gut in die bereits existierenden Strukturen einbinden kann.

Oft existiert ja eine Mischung aus Ehrenamt und Hauptamt. Das sehen wir beispielsweise beim DRK. Das muss einfach gut ineinander übergreifen.

Der achte Punkt – Thema KRITIS –: Auch im Bereich der kritischen Infrastruktur müssen wir unabhängige Stellen schaffen, die über die erforderliche Ausstattung und über die notwendigen Kompetenzen verfügen. Es gilt, regelmäßig die Technik und auch die Kommunikationswege zu überprüfen und diese gegebenenfalls anzupassen. Je nach Krise kann natürlich Unterschiedliches betroffen sein. Auch hier müssen wir üben – eines der wichtigen Schlagwörter –, auch gemeinsam mit den Unternehmen und nicht nur im Verwaltungsbereich. Stichworte sind hier u. a. „72 Stunden Steuerefähigkeit in den Umspannwerken“, „Blackout“, „Notstromaggregate bei der Wasserversorgung“, wenn wir an den Klimawandel denken, „Ausfallsichere Krisenkommunikation“, auch über Funk, „Katastrophenleuchttürme“, „Starkregenschutz“ und „Wärmehallenstützpunkte“. Das alles sind Aspekte, die sehr, sehr wichtig sind.

Der neunte und letzte Punkt: Daten und Digitalisierung. Um in Krisensituationen rasch reagieren zu können, brauchen wir natürlich eine umfassende Informationslage. Dafür brauchen wir einfach die Bündelung und Vernetzung der Daten, damit wir uns mit zentralen und digitalen Lagebildern schnell eine gute Übersicht verschaffen können, z. B. auch in Bezug darauf, welche Ressourcen und welche Kompetenzen wir an welcher Stelle haben und wie wir reagieren. Da wurde schon viel getan, aber hier wird immer der Datenschutz eingebracht. Daher wünschen wir uns, dass der Datenschutz als ein Instrument der Gestaltung und nicht der Verhinderung gesehen wird. Wir müssen frühzeitig überlegen, wie die Datenströme geregelt sind, damit wir darauf zugreifen können.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Abg. Dr. Pfau-Weller. Sie waren perfekt in der Zeit. – Jetzt übernimmt für die SPD-Fraktion der Kollege Wahl.

Abg. Florian Wahl SPD: Herr Vorsitzender, Werte Kolleginnen und Kollegen! Heute schließen wir das zweite Handlungsfeld – Staatliche Krisenvorsorge – ab. Uns liegen, wie auch beim letzten Handlungsfeld, wieder sogenannte Trends vor, und zwar sowohl von den Fraktionen GRÜNE und CDU als auch von der SPD-Fraktion. Ich kann für meine Fraktion sagen: Uns würde es sehr freuen, wenn wir, wie auch im ersten Handlungsfeld, wieder einen Schulterschluss über die demokratischen Fraktionen hinweg hinbekämen. Ich glaube, es wäre ein gutes Zeichen, wenn das auch in diesem Bereich möglich wäre.

– 12 –

Wir haben hier ein Zehnpunktepapier als Antrag eingebracht, um Trends zu definieren. Wichtig ist einfach, Themen zu benennen, die aus unserer Sicht dann später, in den kommenden Handlungsempfehlungen, zu berücksichtigen sind. Der Antrag liegt Ihnen vor.

Es geht uns darum: Aus unserer Sicht gelingt es nur dann, den Katastrophenschutz krisenfest aufzustellen, wenn diese Punkte berücksichtigt werden. Deswegen möchte ich kurz auf diese Punkte eingehen.

Erstens: Bürgerinnen und Bürger in den Blick nehmen. Kommunikation und Rechtssicherheit stellen für uns unverzichtbare Voraussetzungen für eine gelingende staatliche Krisenbewältigung dar. Deshalb haben wir sie auch ganz an den Anfang gestellt. Allerdings muss für jede Art von Krise die Zuständigkeit bereits im Vorfeld – das ist bereits genannt worden – festgelegt werden. Planbare Abläufe dürfen nicht mehr zur Disposition stehen. Sich widersprechende Pressemitteilungen unterschiedlicher Ministerien potenzieren Unsicherheiten vor allem in Krisenzeiten.

Verständlichkeit, Barrierefreiheit und Nachvollziehbarkeit der Normen sind die Kriterien für künftige Verordnungen. Eine möglichst eindeutige Rechtslage muss bei allen Entscheidungen mitberücksichtigt werden. Staatliche Krisenvorsorge heißt, die Bürgerinnen und Bürger kommunikativ mitzunehmen.

Zweitens: Katastrophenschutz im Land neu denken. Die Coronapandemie hat gezeigt, dass Lehren aus Krisen auch ressortübergreifend gezogen werden müssen. Ich denke, daran arbeiten wir auch. Die Verantwortlichen für die jeweiligen Krisenpläne müssen wissen, an wen sie sich im Bedarfsfall wenden sollen. Konkrete Maßnahmen müssen wie in einem Handbuch bereitliegen und abrufbar sein, wobei die Durchführung regelmäßiger LÜKEX-Übungen zur Routine der Beteiligten beiträgt.

Routine ist auch bei Stromausfällen oder Naturkatastrophen ausschlaggebend. Dabei ist das Land auf die Kooperation mit großen Telekommunikationsunternehmen angewiesen. Wir wollen prüfen, inwiefern ihnen der Zugriff auf Krisenpläne des Landes erlaubt werden kann. Selbst für Einsatz- und Rettungskräfte sind Krisen- und Katastrophenszenarien kein Alltag. Deshalb wollen wir regelmäßige Schulungen zur psychosozialen Notfallversorgung für alle Einsatzkräfte anbieten.

Drittens: Krisenvorsorge im föderalen System. Die Pandemie hat gezeigt: Krisen oder Pandemien enden nicht an Landesgrenzen. Eine gute Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ebenen des Katastrophenschutzes ist zur effektiveren Krisenbewältigung notwendig. Wir brauchen bundeseinheitliche Standards und einheitliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. Das in der Coronapandemie eingeführte Kleeblattkonzept soll daher kontinuierlich weiterentwickelt werden. Auch neu geschaffene Institutionen zur länderübergreifenden Zusammenarbeit tragen zu einer erfolgreichen Krisenbewältigung bei. Das Land muss sich beim Gemeinsamen Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz aktiv einbringen.

– 13 –

Viertens: Schulterschluss mit den Kommunen. Den Kommunen kommt in der Krisenbewältigung eine entscheidende Rolle zu, da sie in vielen Fällen originär zuständig sind und natürlich, das wissen wir alle, auch immer die direkten Ansprechpartner der Bürgerinnen und Bürger sind. Kommunales Wissen und Best-Practice-Beispiele wollen wir bündeln, um dieses Wissen für alle Kommunen gleichermaßen zugänglich zu machen.

In der Krise ist es wichtig, jederzeit handlungsfähig zu sein. Wir sind der Auffassung, dass die Kommunen die Möglichkeit erhalten müssen, sogenannte Patenkommunen mit anderen Kommunen zu bilden, um bei einem Ausfall, z. B. bei einer Cyberattacke, weiter handlungsfähig bleiben zu können.

In die Handlungsempfehlungen soll die Festlegung einheitlicher Vorgaben für die IT-Sicherheit einfließen, damit alle Kommunen auf dem gleichen Sicherheitsniveau agieren können. Staatliche Krisenvorsorge heißt auch, die Widerstandsfähigkeit der Kommunen zu erhöhen.

Fünftens: Soziale Arbeit ist Krisenvorsorge. Soziale Arbeit ist für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft unverzichtbar; denn sie kann durch niedrigschwellige Angebote dazu beitragen, Zugang zu Personen zu erhalten, zu denen wir Politikerinnen und Politiker oder auch Verantwortliche in den Verwaltungen oftmals nur schwer Zugang erhalten.

Der Wert von sozialer Arbeit bemisst sich daran, dass sie – erstens – in einem hohen Maß zur Prävention beiträgt und damit die Resilienz unserer Gesellschaft fördert und – zweitens – einen hohen Social Return on Invest mit sich bringt. Eine dauerhafte Finanzierung und der Ausbau sozialer Arbeit sollen sich aus unserer Sicht in den Handlungsempfehlungen widerspiegeln.

Ein Beispiel dafür, wie soziale Arbeit durch die Pandemie beeinträchtigt wurde, ist die Arbeit in den Frauenhäusern. Dort sank aufgrund der Coronamaßnahmen die Zahl der Bewohnerinnen. Diese erschwerten den Zugang zu den ohnehin in ihrer Aufnahmekapazität begrenzten Einrichtungen. Deshalb brauchen wir einen Masterplan dafür, wie ein Unterstützungssystem für Frauen, die von Gewalt betroffen sind, und deren Kinder sowie für Prostituierte und von Menschenhandel Betroffene aussehen kann. Soziale Arbeit muss die Schwächsten schützen.

Sechstens: Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung stärken. Ich glaube, darauf brauche ich nicht mehr im Detail einzugehen; die Kolleginnen und Kollegen sind schon ganz massiv darauf eingegangen.

Siebtens, was uns wichtig ist – es ist vorhin schon genannt worden –: Wir müssen zielgerichtet warnen. Wenn uns die Hochwasserkatastrophe im Ahrtal eines gelehrt hat, dann das: Die rechtzeitige Warnung der Bevölkerung ist entscheidend. Warnun-

– 14 –

gen dürfen niemanden außen vor lassen – unabhängig von Sprachbarrieren oder körperlichen bzw. geistigen Herausforderungen.

Wie schon genannt, ist ein Warnmittelmix die beste Option, um möglichst alle Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Ein zusätzliches Sirenenprogramm des Landes soll dabei helfen. Sirenen helfen aber nicht, wenn Bürgerinnen und Bürger deren Bedeutung nicht kennen. Folglich müssen wir das modulare Warnsystem mit seinen Komponenten bekannter machen, z. B. im Rahmen einer landesweiten Informationskampagne.

Achtens: ehrenamtliche Einsatz- und Rettungskräfte stärken. Die Pandemie hat offengelegt, dass sich immer mehr Menschen projektbezogen ehrenamtlich engagieren. Als Konsequenz daraus wollen wir das Ehrenamt insgesamt attraktiver gestalten, z. B. durch Investitionen in eine moderne Ausstattung.

Während projektbezogenes ehrenamtliches Engagement zugenommen hat, brechen an manchen Stellen ehrenamtliche Strukturen zusammen oder sind schon zusammengebrochen. Eine einheitliche Regelung über die Freistellung vom Arbeitgeber soll die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement erleichtern. Wir setzen uns dafür ein. Dort, wo eine Professionalisierung von Strukturen notwendig ist, muss diese auch umgesetzt werden – zum Schutz derer, die in der Krise oder Katastrophe für uns alle im Einsatz sind.

Neuntens: effiziente Krisenbewältigung durch beschleunigte Digitalisierung. Wir alle wissen: Corona hat der Digitalisierung einen Schub verliehen. Diesen wollen wir auch zur besseren Krisenvorsorge nutzen und weiterentwickeln. Die SPD-Fraktion setzt sich dafür ein, sicherzustellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer finanziellen Situation von einem Glasfaserausbau profitieren. Daher muss das Land in diesem Bereich eine passende Förderkulisse schaffen. Digitalisierung kann bei einer entsprechenden Umsetzung zu einer Entlastung des Personals führen. Deshalb wollen wir eine schnelle Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.

Zehnter und letzter Punkt, aber für uns ganz zentral: Systemrelevanz von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen. Der Ausbau der Digitalisierung – wir erinnern uns alle an die Berichte über ständig abstürzende Onlineplattformen – zählt zu den wichtigsten Aufgaben im Bildungsbereich. Aber: Digitalisierung ist das eine; das andere ist, dass Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe für alle hergestellt werden müssen. Verschiedene Studien haben es untermauert: Krisen treffen Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf unverhältnismäßig stark. Zur Krisenvorsorge und Krisenbewältigung müssen wir Schulsozialarbeit und Schulpsychologie ausbauen und inklusive Unterstützungsangebote stärken.

Bildungseinrichtungen haben für uns höchste Priorität, gerade in Krisenzeiten. Deshalb brauchen sie Sondermittel des Landes, damit sie als offen zugängliche Lern- und Sozialräume erhalten bleiben können, auch in der Krise. Das ist entscheidend

– 15 –

für die Bildungsgerechtigkeit und für die soziale Entwicklung der Kinder in unserem Land.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Abg. Wahl. – Dann erhält für die FDP/DVP-Fraktion der Abgeordnetenkollege Karrais das Wort. Bitte.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Vielen Dank. – Herr Vorsitzender, liebe Mitglieder der Enquetekommission! Schön, dass wir heute das zweite Handlungsfeld zum Abschluss bringen und hier auch die Debatte darüber führen. Ich glaube, die Anhörungen in den letzten Sitzungen haben gezeigt, dass es sehr vielfältige Krisenszenarien gibt, auf die wir aber teilweise nicht so gut vorbereitet sind, wie wir uns das eigentlich insgesamt wünschen. Ich glaube, da wurden einige Handlungsnotwendigkeiten aufgezeigt, die wir dann letztendlich auch im Abschlussbericht dringend erwähnen müssen.

Die kritischen Infrastrukturen wurden von Vorrednern schon angesprochen. Ich glaube, wir haben hier die ganz große Herausforderung, das entsprechend hinzubekommen. Momentan habe ich den Eindruck, dass die Regulierung – so, wie sie ist – nicht umfassend genug ist, da auch viele kleinere Akteure gar nicht entsprechend als kritische Infrastruktur bewertet werden, obwohl ein Angriff auf all diese kleineren Unternehmen, die für bestimmte Anwendungsfälle vielleicht die gleiche Software benutzen, eventuell erfolgreich sein könnte, was Schäden verursachen könnte. Das muss man einfach berücksichtigen.

Ich glaube, wir müssen uns auch noch intensiv damit auseinandersetzen, wie insbesondere die Cybersicherheitsauflagen für Unternehmen aussehen, die Aufgaben der Grundversorgung wahrnehmen. Das können natürlich Krankenhäuser sein, das können auch Energieversorger, Wasserversorger etc. sein. Darauf müssen wir ein Augenmerk legen.

Denn gleichzeitig haben wir eine steigende Gefahrenlage. Wir haben im Zuge dieser Enquetekommission über verschiedene Krisen gesprochen. Es sind nicht nur Gesundheitskrisen, es sind Energie- und Wirtschaftskrisen und vieles Weitere mehr. Hier zeigt sich, wie schwer sich der Staat manchmal tut, auf Krisen adäquat zu reagieren.

Ein relativ einfaches Beispiel zeigt uns, wie schwierig es ist, eine Auszahlung von Hilfgeldern vorzunehmen: Studierende, die ein Energiegeld bekommen sollen. Da haben wir uns ultraschwer getan, das in unserem föderalen Konstrukt so hinzubekommen, dass wir eine schnelle Hilfe gewährleisten können. Das ist ein Beispiel, bei

– 16 –

dem es im Prinzip „nur“ um die Auszahlung von Geld geht, das aber demonstriert, wie schwerfällig dieses System ist, obwohl Handlungsbedarf besteht, obwohl dieser erkannt ist und obwohl der gemeinschaftliche Wille vorhanden ist, diesen auch entsprechend zu adressieren und etwas zu unternehmen. Wenn es jetzt um etwas Dringenderes gegangen wäre und wir in derselben Geschwindigkeit vorgegangen wären, hätten wir ein grundlegendes Problem gehabt.

Gleichzeitig müssen wir uns auch anschauen, welche Gefahren es gibt. Ich glaube, hier birgt gerade die Digitalisierung sowohl ein großes Gefahrenpotenzial als auch einen Angriffsvektor; denn wir stellen ja fest, dass es immer mehr Cyberangriffe gibt. Darauf müssen wir uns vorbereiten. Vielen Bürgerinnen und Bürgern ist diese Gefahrenlage, glaube ich, teilweise gar nicht bewusst.

Zugleich ist die Digitalisierung aus unserer Sicht aber ein ganz zentraler Bestandteil davon, die Schlagfähigkeit der Verwaltung und des Staates zu verbessern, insbesondere in Krisensituationen.

Wir brauchen aber auch eine Stärkung der Eigenverantwortung der Bevölkerung. Hier hat mir besonders gut gefallen, dass Herr Dr. El-Kordi vorgeschlagen hat, dass wir das Thema Krisenvorsorge und den Umgang mit Krisen bereits in den Schulunterricht integrieren, indem man quasi eine Art Kurs macht. Das war ein Vorschlag, der uns sehr, sehr gut gefallen hat; denn es ist wichtig, dass wir Jugendliche und Kinder frühzeitig darauf vorbereiten, dass es Situationen geben kann, in denen es wirklich um etwas geht und in denen man vielleicht auch selbst Verantwortung übernehmen muss – für sich, für Angehörige, für andere. Da muss man eben auch bestimmte Methoden lernen: Wie mache ich das? Was muss ich dann tun? Was ist erst einmal das Wichtigste, wenn irgendeine Gefahrensituation eintritt?

Ich glaube, das ist eine wichtige Aufgabe, wozu wir auch die Schulen nutzen können, um das in die Bevölkerung hinauszutragen. Denn ich gehe davon aus, dass dann in vielen Elternhäusern auch am Tisch darüber geredet wird, was in der Schule beim Thema Krisen angesprochen wurde. Ich glaube, damit haben wir schon einen Vorschlag, den wir konkret umsetzen können. Das muss ja kein ganzes Unterrichtsfach sein, sollte aber zumindest einen Bestandteil im Unterricht einnehmen. Ich glaube, darüber sollten wir uns unterhalten.

Insgesamt denke ich, dass wir die Digitalisierung und das Ehrenamt jetzt nicht so stark beleuchtet haben. Wir haben versucht, darauf Wert zu legen, dass das auch vorkommt.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben, von dem ich jetzt durch eine Reise des Innenausschusses nach Estland erfahren habe: Dort wurde uns vom Bevölkerungsschutz die App „Ole valmis!“ – „Sei bereit!“ – vorgestellt. Diese App gibt einem nicht etwa nur Warnungen bei einer Gefahrenlage. Selbst das ist ja bei der Warn-App NINA, der App KATWARN usw. schon ein Problem: Wir haben zig Warn-Apps, aber keine ein-

– 17 –

heitliche Warn-App für Baden-Württemberg, weil man die kommunale Selbstverwaltung hier, an einer unnötigen Stelle, hochhält, anstatt eine App ordentlich einzuführen und dass diese dann auch entsprechend funktioniert, und zwar überall, egal, in welchem Landkreis ich wohne. Das haben wir nicht.

In Estland gibt es so etwas, und in dieser App gibt es nicht nur Warnungen, sondern da gibt es eben auch E-Learnings, bei denen ich mir anschauen kann: Was kann ich denn tun? Wie muss ich mich vorbereiten? Welche Vorräte sollte ich haben? Was kann ich tun, um mich gegen Cyberangriffe zu schützen? Dies und vieles Weitere mehr steht dort drin. Genau so etwas brauchen wir auch in Baden-Württemberg, denn ich glaube, so kann man die Leute am besten erreichen: auf ihrem eigenen Smartphone.

Wir müssen uns auch über Vorsorge und Prävention unterhalten. Das wurde schon latent angesprochen. Wir glauben nicht, dass mehr Personal gleich mehr Schutz oder mehr Reaktionsfähigkeit bedeutet, sondern wir müssen an die Strukturen insgesamt herangehen. Zum einen werden wir das Personal gar nicht finden, selbst wenn wir es suchen wollen. So ist einfach die aktuelle Lage. Zum anderen erhöht das ja auch die Komplexität. Ich glaube eher, dass wir die Strukturen hier so ändern müssen, dass dann gegebenenfalls entsprechend eingegriffen werden kann und dass die Ansprechpartner klar sind.

Das spielt natürlich auch mit dem Ehrenamt zusammen. Dies muss entsprechend eingebunden werden, und da muss auch das Informationsmanagement insgesamt verbessert werden.

Auch hier wieder der Punkt Digitalisierung: Hierzu hat Frau Professorin Dr. Sabine Kuhlmann als Expertin angesprochen, dass wir in den Verwaltungen verstärkt agile Methoden und auch eine Fehlerkultur einführen müssen, um ein schnelles Reagieren möglich zu machen.

Die Grundlage dafür ist aber, dass man überhaupt Daten hat. Wir müssen uns grundsätzlich Gedanken darüber machen, wie die Datenhaltung in unserem Land überhaupt organisiert ist. Denn dadurch, dass wir sozusagen eine Vielzahl an Dateneinhaltern haben, die Daten verwalten, ist es ultrakomplex, diese zusammenzubringen, wenn ich sie brauche – seien es jetzt Gesundheitsdaten, seien es irgendwelche Meldedaten oder Weiteres. Da könnten wir aus dem, was der Staat eigentlich weiß – über die Bürger, über die Unternehmen, über die Gesellschaft –, mehr machen – je nach Krisensituation.

Wir müssen einfach sicherstellen, dass man im Falle des Falles schnell auf bestimmte Punkte zugreifen kann, die ich in der jeweiligen Situation brauche. Welche das sind, wissen wir ja gar nicht so genau; das ist das Problem bei diesem Thema. Aber darum braucht man einfach eine grundsätzliche Zurverfügungstellung von Daten, die im Notfall dann eben entsprechend genutzt werden können. Das war ja auch bei

– 18 –

Corona ein großes Thema: dass wir am Anfang einfach zu wenige Informationen über Infektionszahlen, über bestimmte Gruppen usw. hatten.

Im Krisenfall selbst gibt es, glaube ich, keine Patentrezepte. In diesen ist es eventuell wichtig, auf das Leitprinzip der Rechtssicherheit einer Entscheidung weniger stark Wert zu legen, weil es dann erst einmal darum geht, Hilfe zu leisten. Das ist jetzt nicht so bei eher langsamen Krisen, aber bei hochdynamischen Situationen müssen wir flexibler reagieren können und auch den Entscheidungsträgern vor Ort die Rückendeckung geben, dass sie etwas machen können und auch dürfen, ohne dass ihnen dafür hinterher quasi der Schwarze Peter zugeschoben wird. Wir brauchen auch eine grundsätzliche Auseinandersetzung damit, wie wir hier mit einer Fehlerkultur umgehen.

Abschließend: Ich glaube, wir müssen uns grundsätzlich – das hängt viel mit Digitalisierung zusammen und ist jetzt kein Thema, das wir hier im Land allein lösen können – damit auseinandersetzen, wie in einer föderalen Struktur und einer gleichzeitig digitalen Welt die kommunale Selbstverwaltung in allen Bereichen noch so zu gewährleisten ist.

Ich glaube, wir müssen hier vernetzter denken, was gleichzeitig bedeutet, dass bestimmte Kompetenzen eventuell neu verteilt werden müssen, während andere so bleiben oder sogar gestärkt werden. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Deshalb glaube ich, dass es sinnvoll ist, wenn sich auch das Land Baden-Württemberg noch einmal für eine Föderalismusstrukturkommission einsetzt. Ich glaube, das wäre ein wichtiger Schritt, den wir allein aus Gründen der Krisenprävention, aber auch aus vielen anderen Gründen aus diesem zweiten Handlungsfeld mitnehmen sollten.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Abg. Karrais. – Dann kommen wir zur AfD-Fraktion. Frau Abg. Wolle, bitte.

Abg. Carola Wolle AfD: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich auf die Aussagen von Ihnen, Herr Wahl, zurückkommen: Haltung. Wissen Sie eigentlich, woher der Begriff Haltung kommt? Er kommt aus dem Militär: „Nehmen Sie Haltung an!“, „Denken Sie nicht nach!“ Ist das wirklich Sinn und Zweck dessen, was Sie fordern, was Sie von Ihren sogenannten demokratischen Parteien wünschen? Denn das ist ein äußerst undemokratisches Verhalten. Deswegen fordere ich Sie auf: Vertreten Sie Ihre eigene Meinung. Denn es ist wichtig, dass man verschiedene Meinungen hat und zum Schluss auch über viele verschiedene Empfehlungen diskutieren kann. Nur so kommt die beste Lösung heraus. Danke schön.

– 19 –

Fachexperten schildern ihre Positionen, Fachexperten haben unterschiedliche Meinungen. Unser Fachexperte – wie viele Menschen, die wir vorgeschlagen haben –, Herr Professor Burkhardt, ein ausgewiesener Mediziner, der hier auch sehr oft Sachverständiger war, wurde von Ihnen abgelehnt, und zwar, weil er zu Corona – im Bund, bei dem Untersuchungsausschuss – eine andere Meinung vertreten hat als die Mehrheit. Ich frage Sie: Was ist eine Enquetekommission wert, wenn unterschiedliche Meinungen nicht mehr gehört werden? Dann hat man einen Einheitsbrei. Ich denke, da kommt man nicht zu der besten Lösung. Das wollte ich hier als Eingangstatement sagen. Deswegen haben wir bis jetzt auch keine anderen Experten mehr empfohlen. Ich hoffe, dass Sie vielleicht auch uns dann manchen doch einmal zugehen.

Zum Thema Verwaltung: Krisen sind immer wie ein Brennglas auf Probleme, die bestehen. In der Verwaltung haben wir überbordende Bürokratie, die dringend abgebaut werden muss. Wir haben auch hier, wie überall, Fachkräftemangel. Der Stand der Digitalisierung insbesondere in der Verwaltung ist hier wirklich sehr rückständig. Das heißt, wir müssen ganz dringend handeln. – Das ist das Erste.

Es wurde hier ja schon sehr viel besprochen oder gesagt, was Sie gut finden. Wir haben Fragen gestellt. Wichtig war Herrn Strobl die technische Infrastruktur; dazu haben wir sehr viel gehört, wie es sein sollte. Aber dazu, wie die verschiedenen Organisationen – Rettungsdienst, Katastrophenschutz – zusammenarbeiten könnten, haben wir sehr wenig gehört. Darüber sollten wir uns in der Enquetekommission Gedanken machen.

Genauso hat Herr Strobl darüber gesprochen, dass die Bevölkerung in Übungen eingebunden werden soll. Auch darüber müssen wir uns Gedanken machen: Wie können wir die Bevölkerung mit einbinden? Denn wenn unser Katastrophenschutz bzw. unser Rettungsdienst allein arbeitet, ist er in diesen Situationen oft überfordert.

Wir fragen uns, welche Maßnahmen zur Früherkennung – das wurde auch schon angesprochen – eigentlich diskutiert wurden und wie wir es schaffen können, dass wir hier eine gewisse Resistenz hinbekommen. Denn ohne Früherkennung ist alles nichts wert; das erkennen wir jetzt gerade ganz aktuell im Bereich Wirtschaft. Es wurde lange darüber diskutiert: Haben wir jetzt eine Rezession, haben wir keine? Ach, jetzt haben wir doch eine. Dies kleinzureden, wie Herr Habeck das immer versucht – und dabei nicht einmal weiß, was eine Insolvenz ist –, ist nicht sinnvoll, um eine Krise zu erkennen, und zum anderen zeugt es davon, dass man von seinen Themen überhaupt nichts versteht.

Wir sollen das Krisenbewusstsein der Leute stärken. Wie viel Angst will man den Leuten eigentlich noch machen? Zur Resilienz gehört auch, sie durch die Politik nicht ständig in hysterische Panik zu treiben.

(Vereinzelt Lachen)

– 20 –

Auch das ist eine Lehre, die wir aus der Covidzeit lernen sollten.

Vor allem der linke Klimaalarmismus sollte dann auch entsprechend berücksichtigt werden. Wir sollten nicht ohne Not von „Klimakatastrophe“ und „Erderhitzung“ reden, und wir sollten vor allem die Maßnahmen nicht ohne Not über die Möglichkeiten der Bevölkerung hinaus durchsetzen – wie jetzt das Heizungsdebakel von Herrn Habeck.

„Resilienz der Bevölkerung“ ist ein ganz wichtiges Thema. Dazu hatten wir einen Psychologen eingeladen, der darüber gesprochen hat, dass man die Bevölkerung – das habe ich jetzt auch schon angesprochen – nicht unnötig verunsichern soll. Ein Thema war, dass Kinder eben nicht dadurch verunsichert werden sollen – die Frage hatte ich gestellt –, dass man sie zu früh fragt: Fühlst du dich als Junge oder als Mädchen?

(Vereinzelt Lachen)

Das führt selbstverständlich zu Verunsicherung. Es gibt jetzt genügend Gruppen von Eltern, die sich hier engagieren, denn die Kinder sind tatsächlich verunsichert, und das führt dazu – das hat der Psychologe auch ausgeführt –, dass dies eben nicht zur persönlichen Resilienz und damit auch nicht zur Resilienz der Gesellschaft beiträgt.

Danke schön.

Vorsitzender Alexander Salomon: Damit sind wir am Ende der ersten Runde der Fraktionen.

Jetzt haben Sie die Möglichkeit zur Aussprache. Ich sehe die bisherigen Redezeiten. Wir hatten vereinbart, dass für die Aussprache eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion zur Verfügung steht. Da ein paar Fraktionen soeben ein wenig überzogen haben – vor allem die Fraktion GRÜNE –, wird die entsprechende Zeit abgezogen. Es besteht dennoch ausreichend Möglichkeit, sich jetzt einzubringen.

Wer wünscht das Wort? – Frau Abg. Schwarz, bitte.

Abg. Andrea Schwarz GRÜNE: Lieber Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Im Handlungsfeld „Staat und Verwaltung“ haben wir in der Tat einen sehr breiten Blick auf das Handeln in Krisen und Katastrophen bekommen. Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben schon eine Menge wichtiger Punkte herausgearbeitet. Aber ich möchte noch einmal explizit betonen, dass die Bewältigung von Krisen und Katastrophen eben nicht nur Aufgabe der Blaulichtorganisationen ist, sondern viel breiter gesehen werden muss.

Die Bevölkerung zu informieren – etwa, wo sich Notfalltreffpunkte bei einem Stromausfall befinden – ist Aufgabe der Verwaltung und muss schon weit vor dem Strom-

– 21 –

ausfall erfolgen. Ich bin der Meinung, dass Verwaltungshandeln immer auch die Krise mitdenken muss und dass neben dem Alltag immer wieder auch im Krisenmodus geübt werden muss.

Einer Einrichtung kommt aber eine ganz besondere Stellung zu: den Leitstellen im Land. Auf diese möchte ich kurz eingehen. Ganz gleich, ob es um Hochwasser, um eine Pandemie, einen flächendeckenden Stromausfall oder andere nicht alltägliche Lagen geht: Auch diese beginnen fast immer mit einem Notruf und einem vermeintlich alltäglichen Einsatz: Da steht irgendwo Wasser im Keller, ein Mensch ist krank oder ein Aufzug stecken geblieben. Erst aus dem größeren Blick auf die Einzelfälle vor Ort, erst wenn die verschiedenen Meldungen zusammengeführt werden, wird daraus ein eindeutiges Bild.

Gleichzeitig sind die Leitstellen auch noch die entscheidende Stelle für die Reaktion. Von hier aus werden erste Informationen weitergegeben und werden – das ist ein ganz elementarer Punkt – die Rettungskräfte alarmiert. Aber auch die Verwaltungstäbe auf der kommunalen Ebene werden informiert oder wird Hilfe aus anderen Bereichen angefordert. Kurz gesagt: Die Leitstellen dürfen unter gar keinen Umständen versagen.

Das bedeutet für mich – und damit bin ich nicht allein; in den Stellungnahmen des Landesfeuerwehrverbands oder der AG KRITIS und bei der Anhörung des Innenministers las und hörte man Ähnliches –: Wir müssen unsere Leitstellen vernetzen und auf einer einheitlichen Plattform aufbauen. Wir müssen dahin kommen, dass sich die Leitstellen im Land gegenseitig effizient unterstützen können.

Denn im Moment stellt es sich eben so dar: Wenn eine Leitstelle ausfällt, kann manchmal, nach einiger Zeit, eine andere Leitstelle übernehmen. Aber so kann das nicht weitergehen. Es müssen sämtliche Leitstellen miteinander vernetzt werden, damit jede Leitstelle die Möglichkeit hat, einzuspringen. Wir müssen dazu kommen, dass Hilfe aus dem Nachbarbereich mit einem Klick angefordert werden kann. Technisch, davon bin ich überzeugt, sollte das heutzutage kein Problem mehr darstellen.

Auch dürfen Notrufe nicht ins Leere laufen. Wenn eine Leitstelle das Anrufaufkommen nicht mehr bewältigen kann, müssen die Notrufe automatisch an eine andere Leitstelle weitergeleitet werden, ohne dass wichtige Einsatzdaten irgendwo verlorengehen.

Wenn die Leitstellen vernetzt sind und auf einer einheitlichen Plattform arbeiten, dann ist es auch viel einfacher, ein Lagebild zu erstellen, um es z. B. an das Gemeinsame Lagezentrum des Bundes und der Länder und über diesen Weg eben auch an das GeKoB weiterzugeben oder, im größeren Fall, an das Lagezentrum der Europäischen Union, falls wir einmal in die Lage kommen – hoffentlich nie –, Hilfe von unseren europäischen Nachbarn zu benötigen.

– 22 –

Dazu, dass wir die Leitstellen zu Hilfeleistungszentralen umbauen müssen, dass wir gerade im Bereich der medizinischen Hilfe etwa die 116 117 wieder in die Integrierten Leitstellen holen müssen, wurde im ersten Handlungsfeld bereits vieles gesagt.

Daher werden und müssen wir das Leitstellengesetz jetzt angehen und die Erkenntnisse unserer Expertinnen und Experten aus der Enquetekommission hierbei mit einfließen lassen.

Danke.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Abg. Schwarz. – Dann folgt für die CDU-Fraktion Herr Dr. Müller. – Sie dürfen die Aussprache gestalten, wie Sie wollen. Sie dürfen weitere Beiträge bringen, Sie dürfen sich gegenseitig Fragen stellen, Sie dürfen kommentieren. Das ist alles erlaubt.

Dr. Christoph Müller, externes Mitglied: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, vielen Dank. – Ich möchte auf einen Aspekt, der sich in den meisten Zusammenfassungen ergeben hat, noch kurz eingehen: das Thema Pläne, die Bedeutung von Plänen: vorstrukturierte Pläne, aufgesetzte Pläne. Sie sind in der Tat wichtig, aber ich möchte dazu kurz einen kleinen Punkt in Erinnerung rufen, indem ich einen großen Krisenphilosophen zitiere, den Boxer Mike Tyson, der einmal gesagt hat: „Jeder hat einen Plan – bis er einen in die Fresse kriegt.“ Pläne sind an dieser Stelle wichtig, aber sie dürfen nicht der Erkenntnis im Weg stehen, dass die Flexibilität im Plan auch enorme Bedeutung hat.

Was meine ich damit? Wir brauchen nur auf Corona zurückzublicken. Ich habe in meinem Berufsleben diverse Pandemieübungen gemacht, und ich glaube, die meisten, die irgendwie mit professionellen Übungen zu tun haben, haben schon einmal eine Pandemieübung durchgeführt. Ich glaube, wir alle teilen die Erkenntnis: Das, was wir in der realen Pandemie erlebt haben, hatte überhaupt nichts mit dem zu tun, was wir geübt haben.

Das heißt, die konkrete Krise wird uns alle Flexibilität abverlangen. Da erinnere ich z. B. an Herrn Paul Schobel, der uns an dieser Stelle aufgezeigt hat, dass durchaus auch Lkw-Fahrer und Angestellte in Supermärkten KRITIS waren. Wenn ich über Flexibilität rede – KRITIS ist in den Vorreden ja sehr häufig erwähnt worden –, sind für mich folgende Fragen wichtig: Was ist KRITIS? Wer entscheidet, was KRITIS ist, und was folgt daraus?

Wenn wir z. B. an eine Gasmangellage denken, habe ich immer das Gefühl: Bäckereien sind von der Gasmangellage recht unmittelbar betroffen, haben aber eigentlich keinen KRITIS-Status. Also: Wer entscheidet im Zweifel, was ein KRITIS-

– 23 –

Unternehmen ist? Was folgt daraus? Das ist, glaube ich, ein Punkt, den wir an dieser Stelle mitnehmen sollten.

Gerade weil man Flexibilität braucht, ist ein Aspekt, der immer wieder kam, den wir alle als wichtig erkannt und auch angeführt haben und der, glaube ich, eminent wichtig ist: Üben, üben, üben.

Der Punkt ist: Sie üben nie einen Plan, sondern Sie üben die Strukturen. Sie üben die Kontakte, das Zusammenarbeiten in verschiedenen Situationen. Insofern kann man den Punkt „Üben“ gar nicht überbetonen.

Ich möchte mit einer lustigen Erkenntnis für mich persönlich schließen: Im Zweifel üben Sie eben auch, wie man ein Faxgerät bedient.

(Heiterkeit)

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank an Sie, Herr Dr. Müller. – Frau Abg. Krebs, Sie hatten sich noch gemeldet.

Abg. Petra Krebs GRÜNE: Ich möchte eigentlich kein Statement geben, sondern eine Frage an die Gruppe stellen – gewissermaßen ist das natürlich auch ein Statement.

Ich war unlängst bei einer Feuerwehrhauptversammlung des Landkreises Ravensburg, und es hat mich wieder einmal fasziniert: so viele Männer in Uniform. Ich sage das ganz bewusst, weil mich eigentlich nur weiße männliche Gesichter angeschaut haben. Ich glaube, dass es für uns wichtig sein muss, in diesen Hilfsorganisationen, vor allem im Ehrenamt, aber natürlich auch im Hauptamt, mehr Diversität herzustellen. Die Frage für uns muss schon lauten: Wie kann uns das gelingen, mehr Bürgerinnen und Bürger aus der Gesellschaft anzusprechen, damit sie sich beim DRK, in der Feuerwehr, im THW usw. organisieren?

Denn sich zu kennen bedeutet natürlich auch, die entsprechenden Communitys zu kennen. Darum möchte ich das einfach noch als Impuls mitgeben – ohne Handlungsempfehlungen oder Ideen dafür zu haben. Aber ich glaube, das müsste uns auf jeden Fall auf Dauer noch einmal beschäftigen.

Danke.

(Beifall)

– 24 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Abg. Krebs. Wir haben ja noch ein bisschen Zeit, daraus Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. – Jetzt folgt Frau Abg. Dr. Kliche-Behnke für die SPD-Fraktion. Bitte.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Wahrscheinlich liegt es doch auch ein bisschen am Thema, dass es relativ viel Einigkeit gibt. Ich muss da voll zustimmen; ich halte das ebenfalls für einen sehr wichtigen Punkt, der auch mich schon länger begleitet.

Auch eher fragend oder zurückfragend – das fände ich gerade im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Dr. Müller wichtig –: In dem Papier der Fraktionen GRÜNE und CDU findet sich mit Blick auf KRITIS der Bereich „Bildungs- und Betreuungseinrichtungen“ nicht. Da stellt sich die Frage, ob man diesen Aspekt nicht stärker mit einbeziehen müsste.

Eine weitere Rückfrage betrifft den Bereich Cybersicherheit. Wir haben jetzt auch von Herrn Karrais noch einmal von der Bedeutung der Digitalisierung in diesem Zusammenhang gehört. Mit stärkerer Digitalisierung steigt aber eben auch die Gefahr von Cyberangriffen. Das findet sich in dem Papier der Fraktionen GRÜNE und CDU nicht wieder. Wir glauben, dass wir das – wenn wir da etwas einen – noch einmal stärker aufgreifen müssten.

Dann würde uns auch ganz konkret interessieren, ob Sie sich vorstellen könnten, an dieser Stelle stärkere einheitliche Vorgaben an die Kommunen zu machen, wie wir das beispielsweise in unserem Antrag vorschlagen.

Drittens, noch ganz grundsätzlich: Überall zieht sich in diesem Handlungsfeld ja das Stichwort „Selbsthilfe“, die starke Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger, durch, was sehr wichtig ist. Gleichzeitig muss man in diesem Zusammenhang natürlich sagen, dass es sich um ein Spannungsfeld handelt. Einerseits sind insbesondere die Bildung und pädagogische Aspekte sehr bedeutsam; das bezieht sich auf die Vorsorge. Aber zugleich ist auch klar, dass es immer vulnerable Gruppen und Personengruppen geben wird, die nicht in gleichem Maß Selbstverantwortung übernehmen können.

Deswegen ist in diesem Bereich dieses Spannungsfeld zwischen Selbsthilfe und Eigenverantwortung auf der einen Seite und der Bedeutung des Staates, der an dieser Stelle eine Schutzfunktion hat, auf der anderen Seite immer auszutarieren.

Vielen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Abg. Dr. Kliche-Behnke. – Jetzt spricht für die Fraktion GRÜNE noch einmal Frau Abg. Cataltepe.

– 25 –

Abg. Ayla Cataltepe GRÜNE: Noch einmal vielen herzlichen Dank für die vielen Ausführungen, Statements und auch Fragen zu den Inhalten. Ich habe mir einige Punkte notiert. Mir ist es einfach wichtig, zusammenfassend zu sagen: Wir hören jetzt seit Wochen unterschiedliche Expertinnen und Experten an. Ich glaube, für uns alle war ersichtlich, dass das Thema Kommunikation extrem wichtig ist – bei allen unterschiedlichen Ausführungen, bei allen unterschiedlichen Bereichen der Experten, die sie für unsere Gesellschaft mittragen. Darauf möchte ich noch einmal tiefer eingehen.

Kommunikation bedeutet – wir haben das ja in unterschiedlichen Ausführungen gehört –, es braucht nicht nur einen Warnmittelmix, nicht nur die Deutung der unterschiedlichen Warnsignale, wie Sie das noch einmal ausgeführt haben. Kommunikation ist vielmehr ein kontinuierlicher, vertraulicher Kommunikationsfluss. Das bedeutet wiederum, dass wir Vertrauen in die Kommunikation bekommen müssen, es bedeutet aber auch, dass wir üben müssen, um eben Vertrauen in die Kommunikation, in die Haltung im Krisenfall hineinzubekommen.

Wir haben das in der Coronapandemie immer wieder erlebt: Die Kommunikation war gegeben. Wir haben im Krisenfall unterschiedliche Verordnungen, unterschiedliche Haltungen, unterschiedliche Empfehlungen der Behörden gehabt, und wir haben schnell agieren müssen. Aber wir haben auch mitbekommen, dass es nicht dienlich war, wenn diesen staatlichen Institutionen kein Vertrauen geschenkt wurde und wenn dadurch sowohl die Kommunikation als auch das Handeln gestört worden sind. Dann sind Menschen auf der Basis von Hörensagen auf einmal in unterschiedliche Bereiche oder Haltungen gegangen, die der Gemeinschaft eben nicht mehr gedient haben – und das in der Krise.

Ich möchte kurz darauf eingehen: Frau Wolle, mich hat irritiert, dass Sie von „linkem Klimaalarmismus“ gesprochen haben und dass Sie gesagt haben, wir sollten bitte nicht ohne Not über das Klima reden oder über Heizungen debattieren. Darüber war ich total irritiert. Ich glaube, unnötig ist diese Kommission in keiner Weise,

(Abg. Carola Wolle AfD: Habe ich nicht gesagt!)

und wir debattieren hier in keiner Weise unnötig über den Klimawandel. Vielmehr debattieren wir im Kern darüber – das muss uns allen klar sein; das wollen wir alle –, unsere Gesellschaft so zu stärken, dass sie für Krisen weiterhin gerüstet ist und dass sie vor allem ihrem eigenen Handeln und den staatlichen Institutionen vertraut.

Wir „alarmieren“ nicht, sondern wir empfehlen, nach Abschluss der Kommission. Wir empfehlen so, dass diese Punkte gestärkt werden. Wir alarmieren nicht, vielmehr gibt es dafür unterschiedliche Wege, die wir in die Empfehlungen hineinbringen.

– 26 –

Genau das ist wichtig: dass wir in der Krisensituation zusammenhalten, dass wir die Kommunikationen nicht stören, dass wir Menschen stärken, dass keine Blasen entstehen, die das Vertrauen in Staat und Verwaltung zerrütten, und vor allem dass nicht solche Situationen entstehen, die im Krisenfall Menschen dabei blockieren, anderen Menschen das Leben zu retten. Ich glaube, das muss uns allen ganz klar werden: dass wir den Zusammenhalt so stärken müssen, dass die Hilfe ankommt.

Danke schön.

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann kommt Herr Abg. Dr. Miller für die CDU-Fraktion zu Wort.

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Vielen Dank für die Punkte, die vorgetragen wurden. Ich würde gern auf ein paar eingehen.

Ich fand den Hinweis des Kollegen Karrais sehr interessant, in Apps E-Learnings aufzunehmen. Wir haben ja unterschiedliche Apps. Es gibt eigentlich schon – das kann man sagen – eine staatliche App, die Warn-App NINA, die vom BBK initiiert ist. KATWARN wird mehr von Fraunhofer getragen. Das sind die zwei „großen“. Eigentlich gibt es also schon große Apps, aber in der Tat: In der Warn-App NINA gibt es nur Notfalltipps, kein E-Learning. Das wäre in der Tat ein Punkt, den wir in die Handlungsempfehlungen aufnehmen sollten: spielerisch lernen. Ein Punkt, den ich am Anfang vorgestellt habe, war, die Selbsthilfefähigkeit in den Vordergrund zu rücken. Wenn man dann vielleicht spielerisch die eine oder andere Frage durchgehen kann, hilft das sicherlich. Das war ein guter Einwurf.

Frau Dr. Kliche-Behnke, kurz zu den Betreuungseinrichtungen bei KRITIS. Das haben wir uns auch überlegt und haben es diskutiert, weil das zweifelsohne ein sehr wichtiger Punkt ist. Ich möchte hier ausdrücklich sagen: Die KRITIS-Unternehmen müssen natürlich funktionieren. Wir haben in der Coronapandemie gesehen, auch bei Krankenhäusern: Wenn die Kinder der Beschäftigten nicht betreut werden können, bekommt man vielleicht Probleme, weil dann die Arbeitskräfte nicht da sind. Daher ist das ein sehr guter Punkt. Wir haben ihn aber aus einem eher technischen Grund nicht sehr deutlich in unser Papier aufgenommen. Wir haben hineingeschrieben: Bereitschaft von Arbeitskräften sichern. Darunter haben wir diesen Aspekt subsumieren wollen. Wir haben ihn aber deswegen nicht mit hineingenommen, weil KRITIS im Einsetzungsbeschluss als Thema beim vierten Handlungsfeld steht. Wir dachten, dass wir das dann darunter fassen können; aber der Punkt ist sehr richtig. Das hatten wir ebenfalls diskutiert.

Dann will ich noch auf das Thema Finanzen eingehen, weil das jetzt noch nicht stark besprochen wurde. Wir müssen, glaube ich, beim Katastrophenschutz generell dafür sorgen – auch wir alle hier –, dass die Finanzierung des Katastrophenschutzes strukturell gut gesichert ist. Auch wenn gerade keine Katastrophe passiert – darüber kann man froh sein –, muss trotzdem die Awareness, das Bewusstsein für den Katastro-

– 27 –

phenschutz vorhanden sein. Wir erleben so ein bisschen, oder ich nehme es so wahr: Mitte Juli 2021, nach der Katastrophe im Ahrtal, gab es einen ganz großen Aufruhr und haben alle gesagt, wir müssten mehr für den Katastrophenschutz tun. Jetzt, zwei Jahre später, nimmt das schon langsam wieder ab. In der Literatur gibt es das Wort „Hochwasserdemenz“. Das sollten wir nicht zulassen. Wir sind als Politiker, glaube ich, alle gefordert, für eine strukturelle Finanzierung, für eine – das Ehrenamt wertschätzende – Helfergleichstellung und ähnliche Dinge zu sorgen. Das wäre wichtig.

Wir haben vorhin von Kollegin Schwarz gehört: klare Zuständigkeiten sowie die Verwaltungsstrukturen stärken und auch beüben. Ich glaube, dabei muss man auch die Bürgermeister und die Landräte in den Blick nehmen. Wir haben es vom Bürgermeister von Braunsbach gehört, der hier ausdrücklich vorgetragen hat, wie schnell man als Bürgermeister plötzlich in einer Situation ist, in der man die einzige Person ist, die entscheiden muss. Man sollte die ganze Verwaltungsstruktur, vor allem die Spitze, in diese Übungen mit einbeziehen. Das findet momentan noch zu wenig statt. Aber die Katastrophen können dann doch sehr schnell über einen hereinbrechen.

Das sind die Punkte, die ich noch ergänzen wollte.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Abg. Dr. Miller. – Dann Herr Albiez, bitte, für die FDP/DVP-Fraktion.

Thomas Albiez, externes Mitglied: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Herzlichen Dank, dass ich die Möglichkeit habe, hier als Mitglied der Enquetekommission, aber nicht als gewähltes Mitglied des Parlaments noch einen Beitrag zu leisten. Ich war sehr beeindruckt – das muss ich ganz ehrlich sagen –, über die hohe Kompetenz der Institutionen und Organisationen, über die das Land Baden-Württemberg verfügt. Das war für mich wirklich die beeindruckendste Erkenntnis, die ich jetzt in all den Monaten gewonnen habe. Das macht mich sehr zuversichtlich. Man kann durchaus mit einer gewissen Zuversicht in die Zukunft blicken, was die Krisenbewältigungsfähigkeit unserer Organisationen betrifft.

Ich möchte die Diskussion gern um drei Punkte ergänzen, die ich für besonders wichtig halte, nämlich in Bezug auf die Wirksamkeit möglicher gesetzlicher Maßnahmen.

Das erste Thema betrifft die Organisationsaufnahmekapazität. In der Literatur wird darunter verstanden: Was ist ein Mensch, eine Organisation, eine Institution, ein Verein, eine Familie, ein Unternehmen in der Lage, zeitgleich an Input zu verarbei-

– 28 –

ten? Wir sprechen hier über Krisenprävention und darüber, dass wir dabei schon frühzeitig beginnen müssen, schon in der Schule, die Bevölkerung stärker einzubinden. Krisenprävention ist aber nur ein Beispiel von ganz vielen gesellschaftlichen Themen, bei denen wir die Notwendigkeit haben, die Bevölkerung frühzeitig einzubeziehen. Jede Gesellschaft hat Aufnahmekapazitäten, das heißt, irgendwo sind die Möglichkeiten, Informationen zu verarbeiten, begrenzt.

Wenn Sie sich jetzt vorstellen, dass wir Krisenprävention in Schulen machen, dann haben wir parallel dazu Vorsorgeprogramme zu Themen wie Berufsorientierung oder „Gesunde Ernährung“. Die Wahrscheinlichkeit, dass unsere Maßnahmen verpuffen oder dass tatsächlich so etwas wie „Krisendemenz“ einsetzt, ist relativ hoch, weil es einfach nicht mehr möglich ist, all die verschiedenen Informationen zu verarbeiten.

Das zweite Thema, das ich ansprechen möchte, ist die Interdisziplinarität. Wir müssen die Vernetzung und den Zusammenhang mit anderen Aufgaben und gesellschaftlichen Bereichen beachten. Wenn wir Ressourcen in Krisenprävention stecken, dann fehlen diese wieder an anderer Stelle, wo sie genauso notwendig sind. Das heißt, wir müssen den Zusammenhang zwischen dem, was wir hier tun, und anderen Aufgabenbereichen mit in den Blick nehmen.

Das führt zum dritten und letzten Punkt: Neben der Organisationsaufnahmekapazität und der Interdisziplinarität ist dafür zu sorgen, dass die Maßnahmen, die ergriffen werden, auch hinsichtlich ihrer Wirksamkeit evaluiert werden.

Erst wenn ich aus dem spezifischen Feld herausgehe und einmal den Zusammenhang mit allen anderen gesellschaftlichen Bereichen in den Blick nehme, kann ich abschätzen, wie wirksam mein Handeln im jeweiligen Aufgabenfeld wird. Ich glaube, bei all den Handlungsempfehlungen, die wir hier richtigerweise entworfen haben, fehlt der Blick dieser Verzahnung nach außen und auch die Frage, was eine Gesellschaft letztendlich zu verarbeiten in der Lage ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Albiez. – Dann fahren wir jetzt in der Reihenfolge fort mit Frau Abg. Wolle. Bitte.

Abg. Carola Wolle AfD: Vielen Dank. – Herr Vorsitzender, liebe Kollegen! Zunächst einmal zu Ihnen, Frau Schwarz: Das Thema „Leitstellen vernetzen“ ist richtig und gut. Aber jetzt quasi ganz Deutschland, ganz Europa zu vernetzen, ist schwierig, weil man in der Regel ja Sach- und Fachkenntnisse vom Umfeld haben muss. Das heißt, man muss Leitstellen verknüpfen, die sich gegenseitig austauschen können und die

– 29 –

Kenntnisse vor Ort haben. An Ihrem Nicken sehe ich: Sie stimmen mir zu. Sie haben es wahrscheinlich auch so gemeint.

(Abg. Andrea Schwarz GRÜNE: Nein, ich habe es nicht so gemeint!)

– Okay. – Dann, Herr Dr. Müller, zum Thema Pläne: Ich denke, Pläne kann man flexibel gestalten, das heißt, gerade bei der Leitstelle, dass man festlegen kann: Man hat dann Ersatzleitstellen. Aber natürlich ersetzt das nicht eine gewisse Flexibilität, die man in Pläne einbauen sollte. In einer Krise wird man das wahrscheinlich – je nachdem, wie es aussieht – teilweise über Bord fallen lassen und dann mit Bordmitteln arbeiten müssen; da gebe ich Ihnen recht. Aber ich denke, in den Plänen müsste man eine gewisse Flexibilität einplanen.

Zum Thema Diversität: Dass die Gesellschaft inzwischen anders ist, dass sie sich auch anders zusammensetzt, ist eine gesellschaftliche Realität. Daher würde ich mir – wie auch Sie, Frau Krebs – wünschen, dass sich auch andere Menschen, die ursprünglich woanders herkommen, ebenfalls in der Feuerwehr usw. engagieren, weil nur sie die entsprechenden Bedürfnisse kennen; diese sind teilweise nämlich anders als von „Biodeutschen“, sagt man ja so schön.

Zu Ihnen, Frau Cataltepe, und zum Thema „Katastrophe und Kommunikation“: Ich denke, man muss das üben, und zwar aus verschiedenen Gründen: Man ist aufgeregt, redet vielleicht unverständlich, benutzt falsche Worte. Deswegen muss man da ein Stück weit herunternehmen. Wenn z. B. ein Unfall passiert, hat man ja die Liste, was man sagen soll: Wo bin ich, wer bin ich, was ist passiert? Also sollte man einer Person, die da irgendetwas meldet, nicht gleich unterstellen, dass sie etwas Böses meint, und sollte nicht gleich darauf springen, wie sie etwas sagt. Vielmehr sollte man sich noch einmal rückversichern. Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Schritt beim Thema Kommunikation.

Zum Thema Klimakrise, weil ich das angesprochen habe: In einer Krise haben wir immer Angst. Es gibt auch verschiedene Formen von Krisen. Wenn etwas brennt, ist das meist schnell vorbei; am nächsten Tag ist das Feuer hoffentlich gelöscht. Bei Corona waren es zwei Jahre. Die Klimakrise dauert deutlich länger. Wenn ich jetzt überlege, dass ich Heizungen tauschen soll, und die Leute total überfordere, dann, denke ich, ist das der falsche Weg. Man muss die Maßnahmen und auch die Kommunikation so angemessen wählen, dass die Leute auch mitgehen können. Denn wenn sie sich überfordert fühlen, blockieren sie, und dann erreichen Sie gerade das Gegenteil dessen, was Sie erreichen wollen.

Nehmen wir einmal an, es brennt, und Sie wollen eine alte Frau über eine Treppe führen, die begonnen hat, leicht zu brennen. Wenn Sie da nicht die Panik herausnehmen, dann nutzt sie sie nie. Man muss ganz ruhig mit der Frau sprechen, dann hat man vielleicht die Chance, sie über die Treppe zu führen. Genauso sensibel und

– 30 –

verantwortungsvoll müssen wir in der Politik mit der Klimakrise umgehen: angemessen.

Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: So, als nächste Rednerin folgt meine Stellvertreterin, Frau Abg. Dr. Pfau-Weller; sie hat jetzt noch einmal die Möglichkeit, zur Diskussion beizutragen.

Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Ich würde gern noch auf drei Punkte eingehen.

Zum einen zu dem Thema, das ich auch in meinem Statement schon genannt habe: verschiedene Bevölkerungsteile ansprechen. Das finde ich wichtig. Vor allem sehen wir in manchen Organisationen, z. B. in der Jugendfeuerwehr, dass es dort zunächst noch genügend Mädchen gibt, in höheren Altersgruppen dann aber irgendwann leider nicht mehr. Wir müssen schauen, wie wir es schaffen, vor allem die Mädchen weiterhin beispielsweise in den Feuerwehren zu halten.

Zum Thema „Unterschiedliche Herkunft“: Dafür habe ich jetzt auch nicht die Lösung schlechthin, aber vieles funktioniert durchaus auch mit Vorbildern. Wenn man jemanden dort hat – das ist wie in vielen Bereichen – und dieser dann davon in seinem Freundeskreis erzählt und sich viele in dieser Person wiederfinden, dann kann das gelingen. Das ist, glaube ich, ein möglicher Punkt, den wir angehen könnten: auf Vorbilder verweisen.

Der zweite Punkt: Wir hatten in verschiedenen Statements das Thema Wissenstransfer, haben das bislang aber eher nur auf Bildung und Schule bezogen. Ich glaube, wichtig ist, dass wir natürlich das ganze Leben über versuchen, zu lernen. Wir sollten also die Leute auch weiterhin schulen, also Bildung nicht nur im Kindergarten und in der Grundschule sehen, sondern weit darüber hinaus. Das war etwas – wir werden nachher die Empfehlungen des Bürgerforums hören –, was die Bürgerinnen und Bürger selbst gesagt haben: Auch sie selbst, egal, in welcher Lebensphase sie stecken, wollen weiterhin geschult werden, möchten über unterschiedliche Kommunikationskanäle informiert werden. Deshalb ist es wichtig, dass wir nicht immer nur an Schule denken, sondern auch das lebenslange Lernen in den Blick nehmen.

Denken wir jetzt z. B. wieder an das Thema Klimawandel: Die besonders betroffenen Gruppen sind ja nicht nur die ganz Kleinen, sondern z. B. auch die älteren Personen. Darüber haben wir auch beim Thema Gesundheit diskutiert.

Letzter Punkt, anknüpfend an das Stichwort Finanzierung: Im ersten Handlungsfeld, dem Themenfeld Gesundheit, haben wir die Bevorratung als wichtig identifiziert. Wir müssen über die Vorhaltung verschiedener Materialien nachdenken. Ein weiteres Thema ist dabei die Standardisierung. Wir haben in unserer Arbeitsgruppe diskutiert,

– 31 –

dass es ja auch schwierig ist, wenn z. B. die Rettungswagen, also die Fahrzeuge, die Materialien etc. überall anders sind. Da müsste man vielleicht überlegen, ob wir möglicherweise eine Standardisierung hinbekommen, damit das Personal einfach schneller reagieren kann und optimal und flexibel eingesetzt wird.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Jetzt übergebe ich das Wort an Frau Abg. Staab, die für die CDU-Fraktion sprechen möchte.

Abg. Christiane Staab CDU: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich habe verschiedene Punkte. Ich möchte gern mit dem Thema „Alarmierung in verschiedenen Sprachen“ anfangen, weil sich das immer wieder durchzieht. Das ist auch wichtig, wird aber am Ende, in der Praxis, möglicherweise so nicht durchhaltbar sein. Ich glaube, da bin ich vollkommen bei meinem Kollegen Müller. Wir brauchen die Pläne, aber die Realität wird uns dann ganz schnell überholen.

Im Ahrtal war es tatsächlich so, dass am Schluss die Feuerwehr durchs Dorf gefahren ist und mündlich gesagt hat: „Bitte nicht in die Keller gehen!“ Das können die jetzt aber nicht in unendlich vielen Sprachen machen. Ich glaube, wir müssen da einfach den Blick für die Realitäten wahren. Es gehört einfach auch ein Stück weit dazu, dass man – das ist jetzt natürlich der falsche Zeitpunkt – am Schluss auch verstehen können muss, was man mir in einem Krisenfall, in einem Katastrophenfall sagt. Darauf kann ich mich schon jetzt vorbereiten, aber das sollte man dann auch tun. Möglicherweise kann man in Sprachkursen verstärkt darauf achten, dass „Alarmierungssprache“ geübt wird. Das wäre ein Hinweis, den man an die Sprachkurse geben könnte.

Diversität bei der Feuerwehr: Da bitte ich einfach, Frau Kollegin Krebs, sich die Realitäten vor Augen zu führen. Der Einsatz kommt, und dann lassen sie alles stehen und liegen. Wenn sie da kleine Kinder am Tisch sitzen haben, ist das halt schwierig. Da die Familienarbeit in der Regel noch von Frauen geleistet wird, gibt es einfach eine relativ lange Phase, in der es Frauen schwerfällt, bei einer Alarmierung alles fallen- und stehenzulassen, wenn nicht die Oma um die Ecke wohnt. Wenn wir das anders haben möchten, dann müssen wir über Strukturen nachdenken – Feuerwehrfrau, kein alter weißer Mann.

Dann zum Thema „Professionalität auch anerkennen“: Vorhin ist zu Recht gesagt worden, es muss geübt, geübt, geübt werden, auch bei der Feuerwehr. Die Feuerwehr haftet ehrenamtlich sowie hauptamtlich, insofern muss man auch die Professionalität anerkennen. Die Gleichstellung mit Spontanhelfern muss man sich gut über-

– 32 –

legen, weil das einfach ein anderes Anforderungsprofil hat. Ein Feuerwehrmann oder ein Rettungssanitäter ist kein Spontanhelfer.

Bildung kann nicht über Druckbefüllung funktionieren: sich erst in der Krise damit auseinanderzusetzen, wie man mit der Krise umgeht. Aber ich glaube, dass die Bildungspläne an den Schulen und die Schulcurricula unglaublich viele Möglichkeiten bieten, sich immer wieder und an ganz unterschiedlichen Stellen mit Krisenszenarien auseinanderzusetzen und auch ganz praktische Übungen zu machen: Versammlungsübungen, das Gebäude verlassen, Evakuierungsübungen, Umgang mit Erste-Hilfe-Instrumenten. Ich glaube, da gibt es ganz viele Möglichkeiten. Da sind die Schulen kreativ. Aber man sollte noch einmal vermehrt darauf hinweisen, damit auch wirklich klar wird: Krisenvorsorge und der Umgang mit Krisen und Katastrophen sind Dinge, die man von klein auf lernen kann. Das zeigen viele andere Länder.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Abg. Staab. – Dann Herr Dr. Krüger für die Fraktion GRÜNE.

Dr. Marco Krüger, externes Mitglied: Zwei ganz kurze Punkte bloß:

Einerseits möchte ich Herrn Wahl unterstützen. Die Aufnahme von sozialer Arbeit ist natürlich ein ganz wichtiger Punkt, aber auch von anderen Bereichen wie Pflege. Ich möchte ich darauf zurückkommen, was Herr Dr. Müller sagte: Wir brauchen vor allem in diesem Punkt Ressourcen. Etwas nur als KRITIS zu bezeichnen, nutzt vielleicht gar nichts, wenn die einzelne Sozialarbeiterin oder der einzelne Pfleger dann mit Weiterbildungen, mit zusätzlichen Katastrophenschutzplänen usw. überfordert ist. Daher müssen wir, glaube ich, sehr genau darauf achten, dass KRITIS-Unternehmen immer mit den Ressourcen ausgestattet sind, die wir im Krisenfall auch erwarten.

Zweiter Punkt: Noch einmal ganz kurz zum Warnmittelmix. Ich glaube, hier ist Diversität wirklich wichtig. Da geht es nicht bloß um Sprachlichkeit, sondern auch um Gehörlosigkeit, da geht es um Menschen, die blind sind, da geht es darum: Wenn wir alle über Sirenen ansprechen, wer wird dann zurückgelassen? Dies alles ein Stück weit mitzudenken, wird Aufgabe für eine erfolgreiche Warnung sein.

Danke schön.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Krüger. – Herr Abg. Wahl, bitte.

– 33 –

Abg. Florian Wahl SPD: Herr Vorsitzender, von unserer Seite gibt es jetzt keinen Aussprachebedarf mehr. Vielmehr habe ich eine Frage zum Verfahren an die Kolleginnen und Kollegen: Wir haben momentan zwei Anträge vorliegen, die sich, ohne dass ich jemandem zu nahe treten will, inhaltlich jetzt nicht diametral gegenüberstehen. Jetzt stellt sich natürlich die Frage an alle anderen demokratischen Fraktionen – also: demokratische Fraktionen, nur damit das noch einmal gesagt worden ist, weil das ja, glaube ich, triggert –,

(Vereinzelt Heiterkeit)

ob es die Möglichkeit einer Einigung gibt bzw. ob wir eventuell beim nächsten Mal abstimmen. Denn ich glaube, dass dies eigentlich möglich wäre und dass das bei dem Thema Krisenvorsorge, muss man sagen, auch wirklich ein ziemlich starkes Zeichen wäre.

Vorsitzender Alexander Salomon: Also, ich bin immer positiv überrascht, wenn die Moderation und der Vorsitz übernommen werden.

(Heiterkeit – Abg. Florian Wahl SPD: Das war die Frage einer Fraktion!)

– Alles in Ordnung; das ist ja auch in Ordnung so, wenn man sich einigen möchte. Das ist angesichts der Aussprache, glaube ich, durchaus im Bereich des Möglichen.

Es gibt den Antrag der FDP/DVP-Fraktion auf Vertagung der Trendpapiere auf die nächste Sitzung. Das wäre wahrscheinlich das Anliegen. Jetzt kann man darüber formal abstimmen, weil das auch der weitest gehende Antrag ist, heute darüber nicht abzustimmen. Oder Sie einigen sich schon darauf, dass das einfach verschoben wird – wie Sie möchten.

Das dürfen Sie gern auch noch einbringen, denn jetzt sind wir offenbar am Ende der politischen Aussprache. Wir kommen zum Formalen, dahin, wie wir mit den vorliegenden Anträgen umgehen. Deswegen würde ich jetzt einfach um Vorschläge bitten, wie Sie das handhaben möchten.

Wir können direkt sagen, wir verschieben, wenn Sie sich jetzt schnell einigen, oder wir stimmen nacheinander über die Anträge ab. – Herr Abg. Karrais, Sie haben sich gemeldet. Bitte.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Der Antrag auf Vertagung kam zustande, weil wir bis vor wenigen Stunden, muss man ja fast sagen, die Anträge gar nicht vorliegen hatten. Da ist es natürlich schwer, sich gegebenenfalls noch irgendwie ändernd zu einigen, wenn man jetzt Punkte vermisst.

– 34 –

Aus meiner Sicht geht es weniger darum, jetzt irgendwelche parteipolitischen Geländegewinne zu machen, sondern es geht darum, dass wir einen vernünftigen Beschluss fassen. Gerade bei diesem Themenfeld habe ich in den Wortbeiträgen sehr großen Konsens vernommen. Es wurden sogar Ideen aufgegriffen, die von anderen vorgetragen wurden. Da fänden wir es einfach besser, wenn wir die Zeit hätten, das in einem ordentlichen Prozess noch einmal gemeinsam anzuschauen.

Dann kann man immer noch sehen, ob man doch getrennte Wege geht. Aber ich glaube, wir schaffen es besonders in diesem Teil, dass wir zusammenkommen. Deshalb der Antrag auf Vertagung; dann könnten wir darüber einfach noch einmal in Ruhe beraten.

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Abg. Dr. Miller, bitte.

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Wir müssten das jetzt noch einmal besprechen, weil wir einer Vertagung eigentlich sehr kritisch gegenüberstehen – nicht, weil wir nicht wollten, dass wir zusammen ein Papier haben, sondern weil wir aus der Erfahrung mitbekommen haben, dass wir zuletzt sehr weitgehende Zugeständnisse gemacht haben und kurz vor Bescheidung des Papiers dann eine Fraktion abgesprungen ist. Wir waren dann etwas irritiert und haben uns gefragt – – Das war jetzt nicht die Fraktion, die ein eigenes Papier erstellt hat; wir haben es ja mit eingebracht. Deswegen sind wir bei diesem Antrag erst einmal zurückhaltend.

Ich fand die Diskussion jetzt aber auch sehr spannend und bin da offen. Aber wir müssten das, glaube ich, noch einmal besprechen, bevor ich hier jetzt direkt sage, wir vertagen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann unterbrechen wir die Sitzung für fünf Minuten. Das dürfte ausreichend sein, um sich schnell zu verständigen; wenn Sie es schneller schaffen, umso besser. Okay?

(Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Ja!)

Wir unterbrechen die Sitzung für fünf Minuten.

(Unterbrechung der Sitzung von 10:34 Uhr bis 10:40 Uhr)

Vorsitzender Alexander Salomon: Meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung fort. Ich darf schon einmal verraten: Es gibt weißen Rauch. Das ist etwas sehr Gutes. Die Bedeutung ist etwas geringer als bei der Papstwahl, aber ähnlich wichtig für die Enquetekommission. – Ich darf Herrn Abg. Dr. Miller das Wort geben.

– 35 –

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Vielen Dank. – Wir würden der Vertagung zustimmen, damit noch einmal die Möglichkeit besteht, sich unser Papier zu Gemüte zu führen und entsprechend mitzuteilen, wenn Ergänzungen gewünscht werden.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Abg. Dr. Miller. – Gibt es dazu noch Aussprachebedarf? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Wünscht die FDP/DVP-Fraktion eine formale Abstimmung über den Antrag? – Ich glaube, das Anliegen ist damit ja geteilt.

Dann sind die Anträge bis zur 14. Sitzung am 16. Juni 2023 zurückgestellt. Das Nähere können die Fraktionen miteinander besprechen.

Somit sind wir am Ende von Teil I Punkt 1 der heutigen Tagesordnung angelangt. Die politische Aussprache zum zweiten Handlungsfeld ist erledigt.

Ich schlage vor, dass wir mit Punkt 2, der Vorstellung der Ergebnisse des Bürgerforums und der Formate der Kinder- und Jugendbeteiligung, um 11:00 Uhr beginnen – einfach aufgrund dessen, dass sich viele in Anbetracht der Tagesordnung auf 11:00 Uhr eingestellt haben.

In der Zwischenzeit könnten wir den nicht öffentlichen Teil vorziehen. Das geht relativ flott, auch in diesem Zeitrahmen. Dann hätten wir diesen Teil schon erledigt und brauchen nachher nicht zu warten, bis dann wieder alles heruntergefahren ist. Ist das in Ordnung für Sie? – Dann würden wir schnell in den nicht öffentlichen Teil wechseln.

(Schluss von Teil I Punkt 1: 10:42 Uhr)

– folgt nicht öffentlicher Teil II (gesondertes Protokoll) –

– 36 –

(Fortsetzung von Teil I – öffentlich –: 11:00 Uhr)

Vorsitzender Alexander Salomon: Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch im Livestream, ich darf Sie recht herzlich wieder zurück zur Sitzung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ begrüßen. Ich rufe auf:

Punkt 2

Vorstellung der Ergebnisse des Bürgerforums „Krisenfeste Gesellschaft“ und der Formate der Kinder- und Jugendbeteiligung „Krisenfeste Gesellschaft“ durch Teilnehmende

Ich darf das Wort direkt abgeben, denn für meine einleitenden Worte ist keine Zeit vorgesehen. Deswegen erhält Frau Dr. Bosch vom nexus Institut, die Projektmitarbeiterin des Bürgerforums, das Wort, die uns jetzt durch den weiteren Ablauf führen wird. – Frau Dr. Bosch, Sie haben das Wort.

Dr. Claudia Bosch (nexus Institut): Herzlichen Dank. – Sehr geehrter Herr Vorsitzender der Enquetekommission, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger! Ich darf Sie herzlich zur Übergabe des Gutachtens begrüßen. Unser Institut wurde beauftragt, parallel zu den Sitzungen der Enquetekommission das Bürgerforum „Krisenfeste Gesellschaft“ durchzuführen. Hier kamen zufallsausgeloste Bürgerinnen und Bürger aus Baden-Württemberg zusammen und diskutierten – so wie Sie – über die Frage, wie in Zukunft das baden-württembergische Gemeinwesen krisenfester und resilienter aufgestellt werden kann.

Das Ergebnis ist ein Gutachten mit 35 Empfehlungen und vier Leitsätzen. Es wird Ihnen heute von vier Delegierten des Bürgerforums übergeben. An dieser Stelle herzlichen Dank, dass Sie den Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit geben, das Gutachten persönlich zu übergeben.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Diese Bilder vermitteln einige Eindrücke aus dem Bürgerforum. Zwischen Oktober 2022 und Januar 2023 fanden sieben Sitzungen statt, in Präsenz hier in Stuttgart, aber auch online. Zunächst gab es eine Auftaktveranstaltung, dann haben die Teilnehmenden selbst ausgewählt, welchem der vier Handlungsfelder – Wirtschaft, Gesundheit, Krisenvorsorge, gesellschaftlicher Zusammenhalt – sie sich zuordnen wollen.

– 37 –

Dann haben sie in diesen Untergruppen zusammengearbeitet und haben sich zwischendurch getroffen, um sich gegenseitig ihre Ideen für Empfehlungen vorzustellen. Es gab auch ein Speeddating, ein kurzes Kennenlernen mit einigen Mitgliedern der Enquetekommission. Danach wurde an den Empfehlungen gefeilt. Dann sind wir wieder in Stuttgart zusammengekommen und haben über diese Empfehlungen abgestimmt.

Für die Übergabe gab es zahlreiche Freiwillige aus dem Bürgerforum, die das gern gemacht hätten. Wir haben vier ausgewählt, die gleich ans Mikrofon treten werden. Aber vorab möchte ich Ihnen kurz etwas zu den Leitsätzen sagen. Obwohl es vier Handlungsfelder gab, gab es einige Debatten, die in allen Handlungsfeldern geführt wurden. Deswegen wurden den 35 Empfehlungen jetzt noch vier Leitsätze vorangestellt.

Zum einen war es den Teilnehmern wichtig, zu sagen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt die Grundvoraussetzung für die Bewältigung von Krisen ist. Zudem müssen in Krisen Bürgerinnen und Bürger, Politikerinnen und Politiker gemeinsam aktiv Verantwortung übernehmen. Beispielsweise muss dazu eine konstruktive Streitkultur etabliert werden. Explizit müssen hierbei auch Jugendliche mit einbezogen werden. Des Weiteren sollten bürokratische Prozesse vereinfacht werden.

Jetzt bitte ich Frau Fehrenbach nach vorn, die das erste Handlungsfeld vorstellen wird. Sie wird jetzt nicht die kompletten Empfehlungen vorlesen, sondern nur die Titel der Empfehlungen. Eine gewählte Empfehlung wird sie komplett darstellen; im Anschluss gibt sie noch einen kleinen Einblick in ihre Erfahrungen im Bürgerforum.

Johanna Fehrenbach (Bürgerforum): Hallo! Ich freue mich sehr, dass ich heute hier als Vertreterin des Bürgerforums vor Ihnen stehen darf. Erst einmal vielen Dank für die tolle Einleitung. Ich werde jetzt ein bisschen über das Handlungsfeld „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ erzählen, in dem auch ich selbst tätig war.

Wir haben uns innerhalb unserer Arbeit auf acht Empfehlungen einigen können. Diese werde ich einfach einmal kurz vorlesen.

Wichtig sind uns die klare und deutliche Kommunikation, eine glaubwürdige und konsistente Politik in Krisen, eine ehrliche Fehlerkultur, und dass Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Bürgernetzwerke und andere Institutionen bei der Verbreitung von wichtigen Informationen mehr eingebunden werden. Wir würden uns wünschen, dass gerade die demokratischen Kompetenzen mehr gestärkt würden und dass der Zusammenhalt zwischen den Generationen mehr gefördert wird. Auch ist uns wichtig, dass es eine Aufklärung und Bekämpfung von Fehlinformationen gibt und in diesem Zug auch eine stärkere Kontrolle von sozialen Medien.

– 38 –

Während der Gespräche und auch in der Abstimmung wurde deutlich, dass besonders der Punkt „Klare und deutliche Kommunikation“ für uns sehr wichtig war. Damit Sie besser verstehen können, was wir damit gemeint haben, werde ich darauf jetzt noch ein bisschen näher eingehen.

Die Politik muss gerade in Krisen klar und deutlich für alle und in einfacher Sprache kommunizieren. Entscheidungsprozesse müssen transparent erläutert und für verschiedene Personengruppen aufbereitet werden. Auftritte von Politikerinnen und Politikern sollen sachlich-informativ sein und keinen Sensationsjournalismus bedienen. – Das war der Punkt, der uns besonders wichtig war und auch mir ziemlich am Herzen liegt.

Ja, das war es eigentlich schon.

(Beifall)

Dr. Claudia Bosch (nexus Institut): Vielen Dank, Frau Fehrenbach. Würden Sie den Mitgliedern der Enquetekommission bitte noch erläutern, wie Sie die Diskussionen im Bürgerforum empfunden haben?

Johanna Fehrenbach (Bürgerforum): Ja. In meiner Gruppe habe ich die Diskussionen als sehr angenehm empfunden, auch in den Kleingruppen, in denen wir online gearbeitet haben. Ich hatte das Gefühl, dass wirklich darauf Wert gelegt wurde, zuzuhören, und dass Platz für persönliche Erfahrungen war. Das fand ich sehr schön, auch, wie persönlich sich die Leute teilweise mit eingebunden haben, wie emotional das dann auch oft wurde und wie offen die Atmosphäre war. Das habe ich als sehr schön empfunden.

Allerdings habe ich im Austausch mit anderen Mitgliedern auch erfahren, dass es natürlich nicht immer so lief, dass oft nicht zugehört wurde und dass teilweise auch aufgrund der Zeit die Leute einfach nicht zu Wort kamen. Das finde ich sehr schade, denn wenn man schon mal hier ist, möchte man natürlich auch sagen, was man denkt und wie es einem damit geht.

Aber grundsätzlich empfand ich es eigentlich wirklich als eine schöne Atmosphäre. Ich muss auch sagen, dass ich die Diskussionen hier vor Ort, wenn man sich persönlich gesehen hat, als nochmals deutlich intensiver und auch konstruktiver wahrgenommen habe als die Onlinediskussionen, bei denen es oft erst einmal eine Weile gebraucht hat, bis etwas entstanden ist.

Danke.

(Beifall)

– 39 –

Dr. Claudia Bosch (nexus Institut): Super, vielen herzlichen Dank für diesen Einblick. – Dann bitte ich jetzt Herrn Meier nach vorn. Er wird uns einen Einblick in das Themenfeld Gesundheit geben.

Detlef Meier (Bürgerforum): In dem Handlungsfeld Gesundheit gab es Themen und Empfehlungen zuhauf. Das heißt, wir waren irgendwann einmal an einem Punkt, an dem wir gezwungen waren, die neun wichtigsten auszusuchen – die uns wichtig erschienen. Ich möchte das ganz kurz vorlesen und dann auch noch ein paar Worte dazu sagen.

Zum Ersten wären da: „Gesundheitsberufe attraktiver gestalten“, „Ausbildungen im Gesundheitsbereich fördern“ und „Weniger Gewinnorientierung im Gesundheitswesen“.

Ein ganz wichtiger Punkt war – sehr heiß diskutiert –: „Eine Krankenversicherung für alle“. Warum? Der Hintergrund ist ganz klar: Wir haben gesetzliche und private Krankenkassen, die sich gegenseitig mit viel Reklame, mit viel finanziellem Aufwand die Klienten, Kunden und sonstige Leute hin- und herschieben. Das kann nicht sein. Dieses Geld können wir anderweitig besser gebrauchen.

Dann haben wir: „Kostensenkung durch mehr Prävention“. Das heißt, hier sollte auch ein bisschen Wert darauf gelegt werden, die Gesundheitserziehung von der Pike auf weiterzugeben – nicht einfach nur diese Daumengymnastik am Handy, sondern auch einmal mit den Kindern rausgehen, mit den Kindern etwas unternehmen, was die Gesundheit fördert, ob es nun eine Wanderung oder ein Spaziergang ist.

Eine weitere Empfehlung: „Mehr Investitionen in den Gesundheitsbereich“. Das spielt noch mit hinein in: „Gesundheitsberufe attraktiver gestalten“. Es hat folgenden Hintergrund: Jedes Nachbarland hier in Europa macht uns vor, wie man unsere Fachkräfte abwirbt. Ich sehe im privaten Umfeld, wie viele Leute aus dem südbadischen Raum schon in die Schweiz abgewandert sind, weil dort alles irgendwie ganz anders ist, die Konditionen attraktiver sind. Da sagen die Leute: „Was soll ich eigentlich hier? Ich bin hier nur unter Zeitdruck.“ Viele Leute geben diesen Beruf auch auf, weil sie unter Zeitdruck sind, weil sie das nicht mehr schaffen.

Dann haben wir: „Unterstützung für pflegende Angehörige“ – auch ein ganz wichtiger Punkt. Wir sind leider Gottes hier in Deutschland im Moment nicht in der Lage, pflegende Angehörige finanziell so zu stellen, dass es sich auch für Familien lohnt, die eigenen Angehörigen zu pflegen. Das heißt für uns im Klartext: Wenn ich meine eigene Großtante pflege – ich bin selbst Pflegeperson –, entfallen die entsprechenden Kosten schon für das ganze andere Gesundheitswesen. Ein Pflegeplatz kostet über 3 000 € monatlich. Es ist ein Witz, wenn ich einen pflegenden Angehörigen, der mindestens drei Stunden pro Tag aufwendet, 90 Stunden im Monat, mit 316 € abspeise. Bei 316 € bin ich sogar noch weit unter dem Mindestlohn.

– 40 –

Dann haben wir: „Finanziellen Missbrauch vermeiden“. In der Coronazeit war klar, dass irgendwelche Testzentren wie Pilze aus dem Boden schießen. Warum? Es war alles ein bisschen konfus, keiner wusste genau, was er machen soll, viele haben in ihrem eigenen Süppchen herumgerührt. Ob das Städte, Gemeinden oder Länder waren, spielt gar keine Rolle. Das muss tatsächlich anders werden. Das heißt: Sollten wir wieder durch irgendetwas getroffen werden, was in Richtung Corona geht, dann müssen wir uns darüber klar sein, dass wir unsere Maßnahmen im Vorfeld absichern und nicht erst danach kontrollieren. – So weit zu unseren Gesundheitsempfehlungen.

Jetzt muss ich noch vorlesen, dass die Gesundheitsberufe mit 95 % Zustimmung attraktiver gestaltet werden sollen. Wir haben – leider, muss man sagen – viele Alleinerziehende, die in Sozial- und Pflegeberufen tätig sind. Hier ist es ganz wichtig, dass man diese Pflegekräfte zumindest im privaten Bereich entlastet. Das heißt, wenn ich jetzt hingehe und einer alleinerziehenden Mutter abverlange, sie müsse acht Stunden arbeiten, und dann hat sie noch Bereitschaftsdienst, dann fragt die sich auch: „Ja, und wo bleibe ich, und wo bleibt mein Kind?“ Das kann nicht sein. Deswegen muss hier ganz dringend etwas geändert werden.

Was habe ich an Erfahrungen im Bürgerforum festgestellt, gerade im Bereich Gesundheit? Eines war ganz klar: Angst, Angst habe ich gehört und gesehen in den Videokonferenzen: die Angst vor Unterversorgung. Wir wissen um die Landflucht der Ärzte. Das heißt, ich muss den Ellenbogen nehmen, um einen Termin in einer Praxis zu bekommen, bei einem Facharzt. So fördere ich kein Miteinander, sondern dadurch weitet sich die Ellenbogengesellschaft aus.

Das sind Dinge, bei denen man wirklich sagen muss: Hier ist mehr Not als Mann, hier ist „Land unter“. Das muss so geregelt werden, dass Ärzte, die dort vielleicht weniger verdienen würden, bessergestellt werden bzw. zumindest mal gleichgestellt werden, gemessen an Ärzten in größeren Kliniken mit gutem Ruf. Das heißt, auch hier könnte man etwas ändern, wenn man will.

Danke schön.

(Beifall)

Dr. Claudia Bosch (nexus Institut): Danke, Herr Meier. Herr Meier, eine kleine Frage noch zu Ihren Erfahrungen im Bürgerforum. Was haben Sie denn voneinander oder von den anderen Mitgliedern gelernt im Bürgerforum?

Herr Meier: Gelernt habe ich einiges. Es sind alle, wirklich alle, willens gewesen, nicht mehr mit Ellenbogen zu arbeiten. Es waren alle auch von Anfang an direkt bereit, trotz der vielen Themen, trotz vieler Streitgespräche – so viel Zeit hatten wir nun auch nicht – wirklich zusammenzuarbeiten.

– 41 –

Aber gelernt habe ich eben auch, dass die Leute immer im Hinterkopf haben: Moment mal, wenn ich einen Termin brauche – ich, ich, ich. Das heißt, man ging am Anfang der Diskussion nicht davon aus, zu sagen, „wenn die Leute Termine brauchen“, sondern es hieß einfach nur „ich“. Doch am Schluss der ganzen Diskussionsrunden war plötzlich ein Miteinander zu spüren, da war die Angst dann plötzlich weg. Aber das ging in der Diskussion selbst erst eine ganze Zeit.

(Beifall)

Frau Dr. Bosch: Super, herzlichen Dank. – Ich bitte jetzt Frau Vollmer für das Handlungsfeld Wirtschaft nach vorn.

Sabine Vollmer (Bürgerforum): Auch von mir einen schönen guten Mittag! Ich darf Ihnen heute einen Einblick in das Handlungsfeld Wirtschaft geben. Ich selbst war nicht in dieser Gruppe, stehe heute aber trotzdem stellvertretend für diese Gruppe. Es gab dort elf Überpunkte, die den Teilnehmenden besonders wichtig waren.

Dies waren: „Hilfsfonds für Härtefälle“, „Kinder vor Armut schützen“, „Ausbau regenerativer Energieerzeugung beschleunigen“, „Hilfe da, wo sie gebraucht wird“, „Bildung kosten- und hürdenfrei“, „Mehr Geld für Bildung“, „Digitalisierung von Schulen und Hochschulen stärken“, „Benachteiligung auf dem Bildungsweg besser ausgleichen“, „Maßnahmen zur Reduktion des Fachkräftemangels im Handwerk“, „Zugang von Migrantinnen und Migranten zum Arbeitsmarkt erleichtern“ und – als Letztes – „Weniger Übergewinne in Krisen“.

Auf den sechsten Punkt gehe ich kurz ein bisschen näher ein. Für „Mehr Geld für Bildung“ hatten wir bei der Abstimmung 98 % Zustimmung. Uns war wichtig: Eine starke, krisenfeste Wirtschaft baut auf der Bildung der Kinder auf. Deswegen empfehlen wir, stärker in Bildung zu investieren: in Kitas und Schulen, in Ausstattung und Personal sowie in die Ausbildung von Lehrkräften.

Dr. Claudia Bosch (nexus Institut): Vielen Dank, Frau Vollmer, danke schön. Können Sie uns erzählen, welche Diskussion Sie zu welcher Empfehlung als besonders spannend empfanden?

Sabine Vollmer (Bürgerforum): Ja, das mache ich gern. – Ich war Mitglied in der Gruppe zum Handlungsfeld Krisenvorsorge. Mich hat da ganz besonders die Diskussion um die Freiwilligendienste und das Ehrenamt angesprochen und auch selbst berührt.

Ich war in der Flüchtlingskrise in den letzten fünf Jahren ganz stark und sehr zeitintensiv ehrenamtlich tätig, ausschließlich ehrenamtlich. Da habe ich tatsächlich einfach auch die Schwächen in unserem System kennengelernt und zum Teil auch wirklich darunter gelitten. Ich habe mich von ganzem Herzen gern engagiert, aber ich bin

– 42 –

auch an Grenzen gestoßen. Da habe ich diese Diskussion auch für mich natürlich als sehr emotional empfunden, weil es mich persönlich sehr betroffen hat.

(Beifall)

Frau Dr. Bosch: Herzlichen Dank, danke schön. – Abschließend bitte ich für das Handlungsfeld Krisenvorsorge Herrn Weber nach vorn.

Magnus Weber (Bürgerforum): Guten Morgen! Auch ich darf Sie begrüßen und freue mich, dass ich hier sein darf mit meinen Kollegen und dass ich an dem Bürgerforum teilhaben durfte. Mein Handlungsfeld war die Krisenvorsorge. Wir haben acht Empfehlungen ausgearbeitet, die ich Ihnen zunächst vorlesen darf.

Die erste Empfehlung war: „Etablierung einer angemessenen Risikokultur“, ferner: „Angemessene Informationen zu und Ausbau von Warnsystemen“, „Den Krisen- und Katastrophenfall üben und Schutzeinrichtungen erhalten“, „Krisenpläne regelmäßig prüfen“, „Krisenvorsorge durch Alternativen zum wachstumsbasierten Wirtschaften“, „In Raumplanung und Städtebau Umweltbedingungen stärker berücksichtigen“, „Durch ein starkes Gemeinwesen die Krisenresilienz erhöhen“. Zum Schluss Punkt 8: „Anpassung und Angleichung der Vergütung von Freiwilligendiensten“ – wie gerade eben schon gehört.

Als ausgewählte Empfehlung darf ich Ihnen die Empfehlung Nummer 7 näher vorstellen. Sie hatte bei uns im Gremium eine Zustimmung von 86 %. Um die Krisenresilienz zu erhöhen, sollten der Gemeinschaftssinn und das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern stärker in der Gesellschaft verankert werden. Neben dem klassischen Engagement z. B. bei THW, Feuerwehr oder DRK sollten auch Formen spontaner, selbst organisierter Hilfe in akuten Krisen und Katastrophen gefördert werden. Das kann z. B. durch einen möglichst unbürokratischen Ausgleich entstehender Kosten sowie durch Rahmenbedingungen für die Freistellung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geschehen. Bestehende Koordinationsstellen für Engagement sollten zudem ihre Kapazitäten und Netzwerke ausbauen, damit sie auch in akuten Krisen- und Katastrophenfällen als Anlaufstelle dienen sowie Hilfsbedarfe und Kapazitäten effektiv koordinieren. Wenn Gemeinden noch keine solchen Stellen haben, sollten diese eingerichtet werden.

Dies kam natürlich vor dem Hintergrund der Katastrophe im Ahrtal recht deutlich zur Geltung. Wir haben in Baden-Württemberg eine Bevölkerung, die helfen will, aber oft an der Bürokratie oder an der Koordination gescheitert ist. Das fängt schon in kleinen Kommunen an, wenn sie die Koordination der Hilfe an die nächstgrößere Stelle delegieren können. Das war der Hintergrund.

(Beifall)

– 43 –

Frau Dr. Bosch: Vielen Dank, Herr Weber, danke schön. Können Sie den Mitgliedern der Enquetekommission erzählen, wie Sie den Austausch verschiedener Standpunkte zwischen den Teilnehmenden des Bürgerforums empfunden haben?

Herr Weber: Wir hatten einen sehr konstruktiven Austausch, der respektvoll mit jeder Art von familiärer oder sozialer Bedingung umgegangen ist.

Wir haben über manche Standpunkte kontrovers diskutiert. Am Ende hat sich doch gezeigt, dass mancher, ausgehend von sich und seinem eigenen Umfeld, einen ganz anderen Blick auf die Dinge hat als jetzt vielleicht ein Fabrikant oder ein Bessergeschulter oder ein Arzt. Es war sehr interessant, dass wir nachher trotzdem eine Lösung, einen Kompromiss oder einen Handlungsvorschlag finden konnten, der von allen angenommen wurde.

Was mich selbst noch angeregt hat: Es ist wichtig, dass wir solche Bürgerforen machen, damit wir die Bürger mehr mitnehmen. Ich sehe es jetzt immer wieder in der Zeitung: Sie sind jetzt bald wieder unterwegs, auf Sommertour, besuchen Ihre Region, Ihre Wahlgebiete. Aber sucht bitte auch den Kontakt zu den normalen Arbeitern, zum normalen Volk, das, wenn Sie sich morgens um zehn beim Fabrikanten vorstellen, meistens arbeitet und nicht die Chance hat, Kontakt zu Ihnen aufzunehmen. Suchen Sie bitte auch den Kontakt zu Arbeitern, zum normalen Volk, und nicht nur zu Parteikollegen oder Fabrikanten in den Wahlgebieten.

Danke schön.

(Beifall)

Dr. Claudia Bosch (nexus Institut): Vielen Dank, Herr Weber. – Während der Diskussionen im Bürgerforum hat sich – nicht überraschend – herausgestellt, dass Familien während der Krisen besonders belastet waren. Gleichzeitig ist es so, dass sich das Format des Bürgerforums – die Bürgerinnen und Bürger haben für die Sitzungen mindestens 27 Stunden aufgewendet – für mehrfachbelastete Personen, die in schwierigen Verhältnissen sind, nicht eignet.

Deswegen wurden ergänzend zum Bürgerforum noch vier Diskussionsrunden mit Familien durchgeführt. Berücksichtigt wurden dabei Familien mit vielen Kindern – ab drei Kindern –, Alleinerziehende, Eltern von Kindern mit Behinderungen sowie Kinder und Jugendliche aus schwierigen Verhältnissen.

Leider können aufgrund der zeitlichen Belastung keine Delegierten oder Vertreterinnen und Vertreter dieser Gruppen hier sein. Wir sind schon sehr dankbar, dass sie sich die Zeit für die Diskussionsgruppen genommen haben. Deswegen möchte ich wenigstens ein paar Worte zu den Ergebnissen sagen.

– 44 –

Was hat die Familien in Krisen – sowohl in der Pandemie als auch in wirtschaftlichen Krisen usw.; das ist hier alles zusammengefasst – besonders belastet? Das waren vor allem der Lockdown und das Homeschooling. Es gab eine Familie mit sieben Kindern, die das Homeschooling bewältigen musste; das war eine extreme Herausforderung.

Weiter wurden genannt: zusätzliche Kosten durch Inflation und Energiekrise, aber auch die Anschaffung von Tablets oder Laptops für das Homeschooling, unzureichende Unterstützungsangebote und Diskriminierung am Arbeitsplatz für Alleinerziehende – die kaum Chancen auf einen Job hatten, weil ihnen nicht zugetraut wurde, neben der Mehrbelastung in der Pandemie auch noch einen Job schultern zu können.

Was hat ihnen in der Krise geholfen? Das waren: kreative Lösungen, die sie meist in Eigeninitiative geschaffen haben, z. B. durch Vernetzung mit anderen Betroffenen, um beispielsweise Fahrgemeinschaften zu bilden usw. Weiterhin waren sehr entlastend: digitale Angebote bei der medizinischen Beratung oder auch in der Bildung. Die zusätzlichen Kinderkrankentage waren sehr hilfreich, Tafeln und Foodsharing – und dass die Kinder bei den Kontaktbeschränkungen ausgenommen wurden.

Welche möglichen Empfehlungen für zukünftige Krisen haben die Teilnehmenden der Diskussionsgruppen gesehen? Sie werden die detaillierten, teilweise sehr punktgenauen Empfehlungen dann dem Abschlussbericht entnehmen können, der Ende Mai an Sie weitergereicht wird; die Fokusgruppen haben ihre Arbeit erst Mitte Mai abgeschlossen.

Sie haben sich vor allem für passgenauere, dynamischere, flexiblere Regelungen eingesetzt – das bezog sich vor allem auf die Pandemie –, für mehr finanzielle Unterstützung, die bei den Kindern direkt ankommt, z. B. kostenfreies Schulessen, aber durchaus auch für die finanzielle Unterstützung von Selbsthilfegruppen. Selbsthilfegruppen wurden immer als sehr hilfreich hervorgehoben. Dann: bessere Unterstützungs- und Beratungsangebote, die alle gesetzlichen Regelungen auch gut kennen und neutral beraten können, und: keine Schulschließungen. Das sind die zentralen Ergebnisse.

Zur Übergabe bitte ich jetzt den Vorsitzenden der Enquetekommission, die stellvertretende Vorsitzende und die vier Delegierten nach vorn. Frau Fehrenbach übergibt den Bericht, die anderen drei dürfen strahlen.

(Dem Vorsitzenden Alexander Salomon und der stellv. Vorsitzenden Dr. Natalie Pfau-Weller wird stellvertretend für die Enquetekommission das „Bürgergutachten – Abschlussbericht zum Bürgerforum ‚Krisenfeste Gesellschaft‘ im Auftrag der Enquetekommission des Landtags von Baden-Württemberg“ übergeben. – Beifall)

– 45 –

Herzlichen Dank. Wir freuen uns auf die spätere Diskussion.

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann darf laut Ablaufplan der Vorsitzende wieder übernehmen. Vielen Dank noch einmal an Sie, und einen ausdrücklichen Dank auch im Namen der gesamten Enquetekommission an die vier Delegierten, die das hier sehr gut vorgestellt haben. Das war sehr gut nachzuempfinden, auch jenes, was Sie in dieser Zeit erlebt und was Sie dort besprochen haben.

Deswegen vielen Dank an Sie, Frau Fehrenbach, Frau Vollmer, Herr Meier und Herr Weber, dass Sie sich die Zeit genommen haben, stellvertretend auch für die anderen Mitglieder. Der Dank kommt noch einmal am Schluss, aber an dieser Stelle schon ein Dankeschön dafür, dass Sie als Delegierte uns diesen Bericht vorgelegt haben.

Wir haben vorab auch schon ein wenig hineinschauen dürfen – der Bericht war ja schon ein bisschen vorher bekannt –, deswegen bin ich ganz gespannt, was nachher in der Diskussionsrunde an Nachfragen an Sie gerichtet werden wird.

Aber wir gehen jetzt weiter, damit wir zu dieser Fragerunde kommen, und kommen zu den Ergebnissen des Jugendforums.

Ich darf auch alle Beteiligten des Jugendforums noch einmal recht herzlich begrüßen, stellvertretend Frau Melanie Schmitt, die Geschäftsführerin des Dachverbands der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V., die uns jetzt durch diesen Block führen wird. Da sind wir mindestens genauso gespannt, was als Ergebnis herausgekommen ist. – Frau Schmitt, Herr Dehmel, Sie haben jetzt das Wort.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Jonas Dehmel (Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V.): Ich fange an dieser Stelle erst einmal an. Auch von unserer Seite möchten wir Sie herzlich begrüßen. Wir, das sind Melanie Schmitt und ich, Jonas Dehmel, vom Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg. Wir verantworten die Kinder- und Jugendbeteiligung im Rahmen der Bürgerbeteiligung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“.

Zunächst möchten wir uns für die Gelegenheit bedanken, hier im Landtag die Perspektiven junger Menschen abbilden zu dürfen. Wir freuen uns über das Interesse der Enquetemitglieder und aller anderen Abgeordneten.

Immer wieder haben uns die Mitglieder gefragt: Was passiert denn nun eigentlich mit den Ergebnissen? Einige konnten es gar nicht glauben, dass Sie sich den Bericht wirklich durchlesen und die Empfehlungen junger Menschen umsetzen werden.

– 46 –

Wir glauben deshalb, dass durch die Beteiligungsformate und durch einen konstruktiven Umgang mit den Ergebnissen Dialoge zwischen den Generationen entstehen, aber auch Dialoge zwischen der Politik und der Gesellschaft. Damit kann Vertrauen aufgebaut werden.

Melanie Schmitt (Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V.): Hallo auch von meiner Seite, auch nach oben an die Zuschauertribüne, wo einige sitzen, die heute Morgen nicht schulpflichtig sind. Wir wurden damit beauftragt, Beteiligungsformate für drei Zielgruppen anzubieten: für Kinder, für Teenager und für Jugendliche. Sie bekommen heute Auszüge aus den Ergebnissen präsentiert, und zwar direkt von den Teilnehmenden bzw. von den Moderatorinnen und Moderatoren.

Wir beginnen mit der Kinderbeteiligung. Dazu darf ich Ella Böpple und Jonas Dehmel nach vorn bitten.

Ella Böpple (Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V.): Hallo und herzlich willkommen auch von meiner Seite. Ich bin Ella Böpple, und ich stelle Ihnen heute zusammen mit Jonas Dehmel die Kinderbeteiligung vor. Wir haben Kinder nach ihrer Meinung zum Krisenmanagement gefragt und danach, wie sie gern ihre Bedürfnisse, Fragen und Ideen an die Politik artikulieren möchten. Dafür haben wir zwei Veranstaltungen durchgeführt: in Neubulach mit 27 Zweitklässlern der örtlichen Gemeinschaftsschule und in Schwäbisch Gmünd mit 20 Viertklässlern der Klösterleschule.

Jonas Dehmel (Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V.): Beginnen wir mit dem Bereich „Gesundheit und Pandemie“. Da kam bei den Kindern mehrheitlich heraus, dass es geholfen hätte, wenn der Onlineunterricht von besserer Qualität gewesen wäre und wenn sie sich an der frischen Luft hätten treffen dürfen.

Ein anderes Thema sind Naturkatastrophen. Da hatten wir als Beispielsituationen die Überflutung im Ahrtal und das Erdbeben in der Türkei. Da kam mehrheitlich heraus, dass sich Kinder eine Bezugsperson wünschen, an die sie sich wenden können, und dass sie gern an den Schulen Katastrophenschutzübungen durchführen würden. Wir kennen das Ganze schon durch Feuerschutzübungen, aber das dann vielleicht noch ausgeweitet auf andere Katastrophen.

Ella Böpple (Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V.): Ich mache direkt weiter mit dem Themenbereich „Infrastruktur“. Für den Fall eines Stromausfalls würden sich viele Kinder wünschen, einen Lernbaukasten zu haben, mit dem sie im Notfall beispielsweise eine Lampe bauen könnten. Außerdem hilfreich sind das Spielen von Gesellschaftsspielen, die Mitteilung von Informationen über einen Lautsprecherwagen und analoge Infowände am Rathaus.

– 47 –

Im Themenbereich „Krieg und Flucht anderer Kinder“ wünscht sich der Klassenverband, vorab über die Ankunft neuer Schülerinnen und Schüler sowie über die Situation im Herkunftsland informiert zu werden. Außerdem finden die Kinder, dass man generell dazu ermutigen sollte, offen zu sein und neue Freundschaften zu knüpfen.

Schließlich hatten wir noch den Themenbereich „Gleiche Chancen für ärmere Familien“. Dort sehen die Kinder allerdings die Verantwortung eher bei der Politik, da sie für sich selbst einfach kaum Handlungsspielraum sehen.

Jonas Dehmel (Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V.): Dann gab es noch spezifische Fragen, die wir etwas zusammengefasst haben. Die erste Frage: „Wie können Erwachsene Kindern Krisen erklären?“ Da kam von den Kindern an Vorschlägen z. B.: über Youtube-Kanäle, über ein Kindertelefon, wenn Informationen für die Bezugspersonen bereitgestellt würden – in den meisten Fällen die Elternteile –, durch Fernsehauftritte in kindgerechter Sprache, bei Schulbesuchen durch Politikerinnen und Politiker, auf einer Infotafel am Rathaus oder indem die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer die Situation einordnet. Als abschließendes Beispiel: über eine Kinderzeitung, dann auch wieder in kindgerechter Sprache.

Ella Böpple (Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V.): Die nächste Frage: „Wie würdest du eigene Ideen zur Besserung der Situation den Erwachsenen mitteilen wollen?“ Das sollte z. B. über die Eltern funktionieren, als Bezugspersonen, aber auch über die Klassensprecherinnen und Klassensprecher, die die Ideen dann weitergeben. Durch digitale Programme wie z. B. Minecraft können auch Lösungen entworfen werden. Außerdem wünschen sich die Kinder einen Kinderbriefkasten am Rathaus, in den sie Zettel einwerfen können, auf denen sie ihre Meinung mitteilen.

Jonas Dehmel (Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V.): Abschließend kam noch die Frage: „In welche Entscheidungen möchtest du miteinbezogen werden?“ Dazu muss man ehrlicherweise sagen: Nicht alle Kinder möchten in politische Entscheidungen einbezogen werden, aber eine Mehrheit findet es doch gut, sich dazu zu äußern.

Gerade bei älteren oder extrovertierteren Kindern bietet sich eine Kindersprechstunde an. Für zurückhaltendere Persönlichkeiten bietet sich auch so etwas wie ein Onlineportal an, wo man seine Meinung äußern kann. Ferner wurden Schulbesuche von Politikerinnen und Politikern sowie z. B. das Schreiben von Briefen erwähnt. Die meisten Kinder haben außerdem zugestimmt, dass sie sich einmal im Monat z. B. zu einer politischen Fragestellung äußern würden.

Wie Sie vielleicht gerade schon an den Folien im Hintergrund gesehen haben: Wir haben nicht nur Negativbeispiele abgefragt, sondern auch positive. Man kann hinzufügen, dass wir sehr, sehr viel Spaß mit den Kindern gehabt haben; das hat uns allen sehr viel Freude gebracht.

– 48 –

Es war sehr eindrucksvoll, wie schon Kinder so komplexe Situationen verstehen können – was wir auf den ersten Blick vielleicht gar nicht sehen. Deshalb sind wir der Meinung, dass die Stimme der Kinder in diesem Bereich gehört werden muss.

(Beifall)

Melanie Schmitt (Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V.): Die Gruppe der Teenager bis zu einem Alter von 16 Jahre wurde durch dezentrale Angebote eingebunden. So gab es die Möglichkeit, Comics zu zeichnen – frei oder anhand einer Vorlage. Während des Mittagessens haben Sie die Möglichkeit, unten im Foyer die Comics anzuschauen; wir haben einige mitgebracht.

Außerdem haben wir interessierten Schülerinnen und Schülern an zwei sonderpädagogischen Einrichtungen in einem Onlineworkshop gezeigt, wie man Comics malt, und haben dazu tolle Zuschriften bekommen.

Zudem erreichten uns Schlagwörter der Teenager zum Wort „Krise“ über unsere Homepage. Aus diesen ganzen Wörtern, die uns erreicht haben, hat Pauline Füg, eine Poetry-Slamerin, ein Gedicht gebastelt; es ist im Abschlussbericht in Auszügen abgedruckt. Es spiegelt die Gefühls- und Gedankenwelt von Teenagern zum Thema Krise wider.

Alexander Dobosch hat einen Comic bei uns eingereicht, der auch unten im Foyer ausgestellt ist. Er wird über seine Erfahrungen berichten.

Alexander Dobosch (Dezentrale Jugendbeteiligung): Hallo! Ich bin Alexander und bin 11 Jahre alt. Ich gehe in die sechste Klasse des Friedrich-Schiller-Gymnasiums in Ludwigsburg und spiele Handball bei der HB Ludwigsburg. Ich habe am Comic-Wettbewerb teilgenommen und mit dem PC ein Bild erstellt, das Sie auf Seite 12 im Abschlussbericht sehen können. Als Thema habe ich „Homeschooling“ gewählt. Ich darf heute als Vertreter der Jugendlichen auch etwas zu den anderen Beiträgen sagen.

Viele andere Beiträge hatten ebenfalls das Homeschooling zum Thema, aber es gab auch weitere Themen, z. B. die Angst vor einer Kriegsbeteiligung Deutschlands im Ukrainekrieg, die Folgen des Klimawandels oder die Folgen der Inflation.

Diese großen politischen Themen bedrücken junge Menschen zusätzlich zu den persönlichen Sorgen, z. B. Probleme in der Familie, Liebeskummer, Selbstzweifel, Schulstress oder die Aufgabe, sich für einen beruflichen Weg zu entscheiden und diesen einzuschlagen. Im Abschlussbericht wird das als „multipler Druck“ beschrieben.

– 49 –

Die Comics und die Gespräche, die dabei entstanden, haben gezeigt, dass viele Jungen und Mädchen bis heute nicht verstehen konnten, warum manche politischen Maßnahmen während der Pandemie getroffen wurden. Es würde mir und den anderen helfen, wenn wir mehr Erklärungen bekommen würden. Am liebsten möchten wir von unseren Eltern, Lehrern oder bei einem Schulbesuch von Politikern Vorgänge erklärt bekommen.

Wir erleben unsere Bezugspersonen in Krisen oftmals ratlos, manchmal auch wütend. Das verunsichert uns. Es würde wirklich helfen, Informationen für bestimmte Zielgruppen altersgerecht darzustellen und den Menschen zu senden. Es reicht nicht, sie auf einer Homepage oder in der Zeitung zu veröffentlichen; viele Eltern lesen nämlich gar keine Zeitung.

Es würde uns auch helfen, wenn positiver über die Zukunft gesprochen würde und wenn wir ermutigt werden würden, mit neuen Situationen gut umzugehen, wenn beispielsweise Lösungen besser verbreitet werden, statt nur Probleme zu benennen, oder wenn wir ermutigt würden, mit zugewanderten Kindern Freundschaften zu knüpfen, und wenn über Jugendliche respektvoll gesprochen würde und wir auch einmal gelobt würden.

(Beifall)

Melanie Schmitt (Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V.): Es war angedacht, dass Scharona Sani jetzt den anderen Teil vortragen wird. Da sie Probleme bei der Anreise hat, wird Ella Böpple diesen Teil übernehmen. Danke, Ella, für deine Spontaneität.

Ella Böpple (Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V.): Sehr gern. – Ich lese den Text jetzt also aus Scharonas Perspektive vor. Wenn ich im Text „ich“ sage, meine ich also nicht mich, Ella Böpple, sondern Scharona.

Ich habe einen Comic eingereicht und am Workshop mit Pauline Füg teilgenommen. In dem Workshop haben wir Reime aus Wörtern gebastelt, die Jugendliche über eine Homepage zum Thema Krise einsenden konnten. Pauline hat aus allen Wörtern ein Gedicht gemacht, das auf Seite 15 im Abschlussbericht nachzulesen ist. Es zeigt noch mal deutlich, dass die negative Stimmung in der Gesellschaft bedrückend auf uns junge Menschen wirkt. Wie soll man bei all den Krisen positiv in die Zukunft blicken?

Ich darf Ihnen als Vertreterin der anderen Jugendlichen mitteilen, dass junge Menschen daran zweifeln, dass ihre Bedürfnisse und Wünsche in der Politik ernst genommen werden. Wenige junge Menschen gaben bei den Formaten an, dass sie sich nicht zu gesellschaftlichen Themen austauschen möchten. Mehrheitlich besteht Interesse an Gesprächen. Dafür haben wir auch Vorschläge gesammelt.

– 50 –

Melanie Schmitt (Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V.): Ella, Scharona betritt gerade den Saal.

Ella Böpple (Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V.): Und die Vorschläge darf jetzt gleich Scharona vorstellen.

Melanie Schmitt (Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V.): Bis Scharona vorn am Redepult ist, erzähle ich einfach einmal, was Sie hier auf der Folie sehen. Sie sehen ganz links einen Comic, der frei gezeichnet wurde. In der Mitte sieht man einen Screenshot vom Onlineworkshop mit den Schülerinnen und Schülern aus den sonderpädagogischen Zentren. Wir hatten aber auch Comicvorlagen; das sieht man ganz rechts. Das hat es einigen Jugendlichen erleichtert, ihre Gedanken zu fassen. – Scharona, schön, dass du da bist.

Scharona Sani (Dezentrale Jugendbeteiligung): Mein Name ist Scharona Sani. Ich bin neun Jahre alt. Ich gehe in die dritte Klasse und komme aus Karlsruhe.

Ich habe einen Comic eingereicht und am Workshop mit Pauline Füg teilgenommen. In dem Workshop haben wir Reime aus Wörtern gebastelt, die Jugendliche über eine Homepage zum Thema Krise einsenden konnten. Pauline hat aus allen Wörtern ein Gedicht gemacht, das auf Seite 15 im Abschlussbericht nachzulesen ist. Es zeigt noch mal deutlich, dass die negative Stimmung in der Gesellschaft bedrückend auf uns junge Menschen wirkt. Wie soll man bei all den Krisen positiv in die eigene Zukunft blicken?

Ich darf Ihnen als Vertreterin der anderen Jugendlichen mitteilen, dass junge Menschen daran zweifeln, dass ihre Bedürfnisse und Wünsche in der Politik ernst genommen werden. Wenige junge Menschen gaben bei den Formaten an, dass sie sich nicht zu gesellschaftlichen Themen austauschen möchten. Mehrheitlich besteht Interesse an Gesprächen. Dafür haben wir auch Vorschläge gesammelt.

Die meisten Befragten gaben an, sich an Onlineabfragen und -abstimmungen oder an Umfragen in der Schule beteiligen zu wollen, damit die Politik aktuelle Stimmungsbilder von uns erhält. Wir nutzen außerdem gern soziale Medien, wie jeder weiß. Vielleicht kann man auch eine App entwickeln, über die wir unsere Meinungen mitteilen können.

Einige von uns mögen lieber direkt mit Politikern sprechen. Wir freuen uns, wenn ihr uns zu Gesprächen am Wohnort einladet, z. B. zu einem Gratiseis. Wichtig ist uns, dass ihr uns zuhört und nicht nur ganz viel redet, wenn wir euch besuchen. So ein Austausch sollte deshalb gut vorbereitet werden. Es könnte auch Jugendsprechstunden geben, vielleicht auch welche, bei denen man einfach mal anrufen oder hin- und herschreiben kann.

– 51 –

Wir finden es toll, dass ihr für uns Politik macht und uns heute nach unserer Meinung fragt. Wir haben auch Lust dazu, uns direkt zu beteiligen und selbst Politik zu machen.

Ich frage deshalb: Wie kann sich die Politik verjüngen? Fördert ihr den Nachwuchs in euren Parteien? Nehmt ihr junge Menschen zu Terminen mit? Bietet ihr Praktika an? Einige Teilnehmende haben vorgeschlagen, dass junge Menschen selbst in den Landtag einziehen und unsere Interessen dort vertreten. Wie findet ihr das?

(Beifall – Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Sehr schön!)

Melanie Schmitt (Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V.): Abschließend kommen wir zum Jugendforum. Am Jugendforum haben sich in sechs Sitzungen rund 65 Jugendliche beteiligt. Wir werden heute nur die drei am höchsten priorisierten Handlungsempfehlungen für die vier Themenfelder vorstellen. Beginnen wird Matteo Haag mit dem Themenfeld „Katastrophenschutz und Kommunikation“.

Matteo Haag (Jugendkonferenz): Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Abgeordnete! Zunächst möchte ich mich ganz kurz vorstellen. Mein Name ist Matteo Haag, ich bin 18 Jahre alt und komme aus dem – natürlich – schönsten Wahlkreis ganz Deutschlands, dem wunderschönen Hohenloher Ländle. Dort bin ich beruflich zurzeit Schüler und schreibe, wenn alles nach Plan läuft, im Jahr 2024 mein Abitur.

In meiner Freizeit engagiere ich mich seit vier Jahren als Schülersprecher an meiner Schule und als Jugendforumssprecher in meiner Heimatstadt. Aufgrund meines Engagements habe ich gelernt, wie viel Spaß es mir bereitet, mich für andere einzusetzen. Deshalb habe ich mich auch hier zu diesem Jugendforum beworben; denn für mich kam nicht infrage, immer nur am Krisenmanagement zu meckern, sondern ich will auch selbst die Politik von morgen irgendwie mitgestalten.

Ich möchte mich daher zu Beginn bei der Enquetekommission für die Möglichkeit bedanken, die Zukunft ein wenig mitzugestalten, und selbstverständlich auch für die heutige Einladung.

Doch kommen wir weg von mir und hin zum Thema Katastrophenschutz. Im Jugendforum fand die Debatte zu diesem Thema in einer Videokonferenz statt, welche den Titel „Krisenvorsorge und Kommunikation“ trug. Wie auch in den Sitzungen davor und danach gaben verschiedene Referenten uns Jugendlichen einen Input zum jeweiligen Thema, welchem dann eine zumeist sehr angeregte Diskussion folgte.

Den Anfang machte Herr Michael Willms, Referatsleiter für Krisenmanagement im Innenministerium Baden-Württemberg. Er gab uns einen kleinen Einblick in seine Arbeit, indem er verschiedene Krisenszenarien und die aktuellen Herausforderungen

– 52 –

wie beispielsweise den Krieg in der Ukraine darlegte und uns damit auch ordentlich zum Nachdenken anregte.

Im Anschluss sprach Frau Fuchs, Referatsleiterin für Krisenkommunikation im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in Bonn, über das Thema Krisenmanagement. Sie sprach darüber, wie Kommunikation im Krisenfall aktuell aussieht. Sie sprach mit uns darüber, wie wir uns das denn in Zukunft vorstellen würden.

Den Abschluss der Referate machten dann Anna Skorday, Dennis Benz und Maren Bullinger, die Landesjugendsprecher der Jugendfeuerwehr Baden-Württemberg, welche uns über die korrekten Verhaltensweisen in Notfallsituationen informierten.

Immer wieder kam es während, zwischen und nach den Vorträgen und Workshops zu langen und teils sehr intensiven Debatten über das Thema „Jugendbeteiligung in Krisenzeiten“. Wir sind dann zu insgesamt 27 Vorschlägen gekommen, welche ich Ihnen jetzt natürlich nicht alle vorlesen werde, denn ich möchte Ihnen die Freude beim Lesen am Ende nicht verderben. Dennoch möchte ich auf die drei für uns Jugendliche wichtigsten Forderungen an die Landespolitik eingehen.

Zum Ersten sollte unserer Meinung nach mehr politische Bildung an weiterführenden Schulen stattfinden. Vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten sollen angeboten werden, auf die auch hingewiesen werden soll. Dieser Punkt ist uns wichtig, da in der Schule der Grundstein für politische Partizipation gelegt wird. Durch mehr politische Bildung lassen sich Jugendliche bereits im jungen Alter für Politik begeistern. Dadurch wird die Grundlage dafür geschaffen, dass sich Jugendliche und junge Erwachsene in Krisenzeiten am politischen Geschehen beteiligen.

Die zweite Forderung ist so simpel wie selbsterklärend. Wir Jugendlichen fordern einheitliche Datenplattformen für deutsche Behörden. Ich glaube, dass uns das insbesondere in der Pandemie einiges an Zeit, Nerven und vor allem natürlich auch Kosten gespart hätte.

Der für uns wichtigste Punkt ist jedoch, dass wir die Einrichtung eines beratenden Gremiums aus Jugendlichen für den Landtag fordern, das regelmäßig tagt und demokratisch legitimiert ist. Ein solches Gremium würde nicht nur in Krisenzeiten die Landespolitik in wichtigen Fragen beraten, sondern könnte auch abseits davon dem Landtag in allen für Jugendliche relevanten Punkten beratend zur Seite stehen. Denn wer weiß am besten, was Jugendliche benötigen und empfinden, wenn nicht die Jugendlichen selbst?

Durch unseren Vorschlag würde der Landtag ein Gremium bekommen, das ähnlich den Bürgerräten des Deutschen Bundestags eine weitere beratende Stütze unserer Demokratie abbildet. Jugendliche sollten nicht nur alle fünf Jahre und ab dem Alter von 16 Jahren an der Wahlurne die Möglichkeit bekommen, unser Land mitzugestalten.

– 53 –

ten, sondern hätten dadurch eine echte Beteiligungsmöglichkeit sowie eine größere Plattform zur Meinungsäußerung. Das ist genau das, was eine Demokratie ausmachen sollte.

Unserer Vorstellung nach sollte ein solches Gremium natürlich nicht verbindlich, sondern dem Landtag beratend zur Seite stehen, denn Sie alle werden wissen, dass es immer wichtig und interessant ist, eine andere Perspektive zu erhalten.

Meiner Meinung nach sind allein diese drei Forderungen die Bestätigung dafür, dass sich die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in dieser Enquetekommission gelohnt hat. Ich möchte mich nochmals ganz herzlich für die Möglichkeit bedanken, heute hier zu sprechen, und freue mich jetzt darauf, die weiteren Handlungsempfehlungen von Cécile, Elif und Dominik zu hören.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Melanie Schmitt (Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V.): Wir hören als Nächstes die Ergebnisse der Sitzung zum Thema „Gesundheit und Infrastruktur“, präsentiert von Cécile Duhamel.

Cécile Yvonne Emma Duhamel (Jugendkonferenz): Genau, vielen Dank. – Hallöchen zusammen nun auch von mir. Mein Name ist Cécile Yvonne Emma Duhamel, und ich wohne momentan noch im schönen Konstanz am Bodensee. Ich stehe heute vor Ihnen als eine der vier Repräsentantinnen und Repräsentanten des Krisenjugendforums. Nun ganz kurz zu meiner Person: Aktuell schreibe ich tatsächlich noch mein Abitur und bin in meiner Freizeit sportlich sowie kulturell sehr involviert und engagiert.

Durch Letzteres habe ich auch die Information und somit die Möglichkeit bekommen, Teil dieses Jugendforums zu werden. Damals kam ich gerade von meinem Auslandsjahr in Irland zurück. Dort wird Schule ganz allgemein etwas anders gedacht. Jede Schülerin – denn ich war auf einer Mädchenschule – muss sich gesellschaftspolitisch engagieren. Mit genau diesem dort neu erweckten Tatendrang und der Motivation, mich einzubringen, mitzureden und schließlich auch etwas aktiv mitzugestalten, meldete ich mich beim Jugendforum an. Vorab schon mal ein großes Dankeschön für diese Möglichkeit und auch für die wundervolle Organisation.

Nun möchte ich die Aufmerksamkeit auf das Thema der zweiten digitalen Sitzung des Jugendforums am 28. Januar 2023 lenken. Diese Sitzung stand unter der Überschrift „Gesundheit und Infrastruktur“.

– 54 –

Dazu wurden Dr. Christian Rauschenberg und Oberärztin Professorin Dr. Barbara Vollmayr vom Zentralinstitut für Seelische Gesundheit Mannheim eingeladen. Sie klärten uns über die Folgen der Pandemie auf die psychische Gesundheit auf, und ihnen zufolge lässt sich hier eindeutig eine allgemeine Verschlechterung der psychischen Gesundheit beobachten. Außerdem berichteten sie von ihrem Arbeitsalltag und begleiteten unsere Diskussionen und Fragen zur psychischen Gesundheit.

Aufgrund dieses Impulses beschäftigten wir Jugendlichen uns recht intensiv mit der Frage, wie den Betroffenen – konkret: psychisch erkrankten, psychisch belasteten Jugendlichen – geholfen werden kann, vor allem unter Anbetracht dessen, dass lange Wartezeiten für Therapieplätze eigentlich Alltag sind.

Anschließend informierte uns Theresa Mauch, Sprecherin des Juniorteams der Baden-Württembergischen Sportjugend, über die Folgen der Pandemie auf die körperliche Gesundheit. Auch wenn Fitnessangebote in Krisenzeiten fortgeführt werden können, so können diese digitalen Aktionen doch nicht den Austausch, den Wettkampf und den Teamgeist von Präsenzangeboten des Vereinswesens ersetzen.

Von diesen Vorträgen und Impulsen ausgehend formulierten wir elf eigene Positionen und Empfehlungen zum Thema „Gesundheit und Infrastruktur in Krisenzeiten“. Auch die Priorisierung führten wir selbst durch, und dabei kristallisierten sich drei Forderungen heraus, die für uns am wichtigsten sind.

Diese lauten – erstens –: Die digitalen Strategien zur Stärkung der psychischen Gesundheit müssen Teil des Krisenmanagements werden, denn wir alle haben während der Pandemie selbst erfahren, gerade auch durch die damals notwendigen Maßnahmen, dass diese fast schon unweigerlich zur psychischen Belastung führen. Dieser kann – und vor allem: dieser muss – vorgebeugt werden. Ein zugängliches Mittel hierfür sind eben diese digitalen Strategien.

Zweitens: In Lehrplänen der Bildungseinrichtungen soll der Umgang mit mentalem Stress inkludiert werden. Schulen sollten also einige Stressbewältigungsstrategien vermitteln. Dies dient der Prävention und Früherkennung psychischer Problematiken Einzelner.

Schließlich muss die psychologische Betreuung in Bildungseinrichtungen ausgebaut und teilweise überhaupt erst angeboten werden. Diese Forderung zielt vor allem darauf ab, betroffene Jugendliche zeitnah zu unterstützen, sodass sie die langen Wartezeiten auf Therapieplätze besser überbrücken können.

Der Fokus unserer Priorisierung lag also ganz klar auf der Prävention von psychischen Krankheiten in Krisenzeiten. Ich möchte noch betonen, dass wir alle zunächst den Stellenwert von mentaler Gesundheit neu denken müssen: weg von der Stigmatisierung Betroffener und dem Totschweigen psychischer Probleme, hin zum offenen

– 55 –

und anerkannten Umgang. Nur so kann überhaupt erst Prävention betrieben werden. Die Psyche darf nicht totgeschwiegen werden, vor allem nicht in Zeiten, in denen diese extrem belastet wird, vor allem nicht in Krisenzeiten.

Vielen Dank.

(Beifall)

Melanie Schmitt (Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V.): Als Nächstes erläutert Elif Karayagiz für Sie die Empfehlungen der Sitzung zum Thema „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“.

Elif Aysu Karayagiz (Jugendkonferenz): Hallo miteinander! Bevor ich zu meinem Thema übergehe, möchte ich mich bei Ihnen vorstellen. Mein Name ist Elif Aysu Karayagiz, ich bin 21 Jahre alt und studiere momentan in der Universitätsstadt Tübingen Jura. Ich engagiere mich schon seit sechs Jahren im Jugendgemeinderat Nagold, in meiner Kommune, meinem Wohnort. Seit diesem Jahr bin ich Vorsitzende für Externes im Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg.

Meine Motivation, am Jugendforum teilzunehmen, war natürlich u. a. die Coronakrise, einfach aus dem Grund, dass Jugendliche stark in ihren Rechten und Freiheiten eingeschränkt wurden. Wir hatten kaum Möglichkeit zur freien Entfaltung. Um Ähnliches in naher Zukunft oder einfach auch in weiteren Krisen zu verhindern, habe ich mich an diesem Jugendforum beteiligt.

Nun aber zum Thema: Unser Sitzungsthema war: „Schwere Situationen und starker Zusammenhalt“. Das war am 4. Februar 2023 unsere dritte digitale Sitzung mit der Thematisierung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Hierfür haben wir Referenten und Moderatoren eingeladen, die uns durch dieses Thema begleitet haben. Dies waren Dr. Kai Unzicker, der uns die Ergebnisse der Studie „Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2022“ präsentiert hat, der Moderator Mark Wendt, welcher stellvertretender Vorsitzender der JEF ist, sowie Tim Tibi und Selin Akin, die den deutsch-italienischen Jugend-Bürgerrat präsentiert haben.

Unsere Sitzung hatte verschiedene Leitfragen. Die Leitfragen waren: Was bedeutet gesellschaftlicher Zusammenhalt überhaupt? Welche Gruppen haben unterschiedliche Bedürfnisse? Welche Bedürfnisse der Jugendlichen müssen überhaupt von anderen anerkannt werden oder berücksichtigt werden? Wie kann man Solidarität in Krisenzeiten praktisch stärken?

Aus diesen Leitfragen resultierten natürlich auch Forderungen, um genau zu sein: 15. Um die Arbeit ein bisschen zu erleichtern, haben wir uns drei davon ausgesucht, die ich Ihnen vorstellen möchte.

– 56 –

Zum einen fordern wir das Innenministerium und das Kultusministerium Baden-Württembergs dazu auf, Präventionsübungen und Infomaterialien zu entwickeln. Diese sollen den Zweck haben, junge Menschen auf zwei Szenarien vorzubereiten: zum einen die Evakuierung, zum anderen die Verpflichtung, zu Hause zu bleiben.

Des Weiteren möchten wir einen Jugendrat auf Landesebene etablieren. Dieser soll dazu dienen, die Jugendlichen mit einzubeziehen, ihre Meinung zu vertreten und – natürlich das Wichtigste – uns eine Stimme zu geben. Wir möchten gehört werden. Wir möchten unsere Stimme auch nutzen.

Dennoch fordern wir auch eine einheitliche Risikokommunikation in den Bundesländern. Das bedeutet, dass z. B. alle Haushalte ein batteriebetriebenes Radio mit Antenne besitzen sollten, um in einem Katastrophenfall einfach Informationen erhalten zu können.

Ein Wunsch für die Zukunft wäre meinerseits, dass unsere Anliegen angehört werden, dass unsere Stimme gehört wird und dass wir überhaupt eine Stimme besitzen. Das ist sehr wichtig. Mit der Forderung nach einem Jugendforum haben wir dazu einen ersten Schritt getan. Aber da ist natürlich weiterhin noch sehr viel Luft nach oben.

Das möchte ich Ihnen noch einmal mitgeben: Wir wollen angehört werden. Wir stehen hier vor Ihnen. Wir möchten unsere Ergebnisse präsentieren, damit Sie diese auch zur Kenntnis nehmen.

Nicht nur der Zusammenhalt ist wichtig, sondern auch die Wirtschaft. Hiermit möchte ich überleiten zu meinem Kollegen Dominik Schuster, der Ihnen etwas zur Wirtschaft erzählt.

Vielen Dank.

(Beifall)

Dominik Schuster (Jugendkonferenz): Auch von mir guten Mittag allerseits! Mein Name ist Dominik Schuster, ich studiere an der Universität Konstanz, komme aber aus dem Landkreis Göppingen, in welchem ich als Kreisvorsitzender einer Jugendorganisation ehrenamtlich engagiert bin. Am Jugendforum habe ich teilgenommen, da ich davon überzeugt bin, dass Jugendbeteiligung ein grundlegender Bestandteil einer gesunden und demokratischen Gesellschaft ist.

Nach der Pandemie stehen wir vor zahlreichen Herausforderungen und Entscheidungen, die uns als junge Generation direkt betreffen. Jugendbeteiligung ermöglicht es uns, unsere Fähigkeiten, Ideen und Lösungsansätze einzubringen, um gemeinsam eine bessere Zukunft aufzubauen und nachhaltig Veränderungen zu bewirken.

– 57 –

Deswegen ist es optimal, dass wir das heute genau so umsetzen. Vielen Dank an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Die Sitzung, deren Ergebnisse ich vorstellen darf, war die vierte und finale Sitzung zum Thema „Wirtschaft“, die am 25. Februar 2023 – das war ein Samstag; das möchte ich einmal hervorheben – mit dem Fokus auf den Übergang aus der Schulzeit in die Ausbildungs- oder Studienzeit. Thomas Weise von der Industrie- und Handelskammer Stuttgart referierte zunächst über allgemeine Auswirkungen der Wirtschaftslage auf die Situation junger Menschen.

Die Ausbildungsangebote sind minimal zurückgegangen. Alarmierend ist jedoch, dass 50 % weniger Schulabgänger als vor der Pandemie Ausbildungsverträge abgeschlossen haben. Während der Pandemie waren kaum Praktika und Berufsorientierung möglich. Dies wurde als Grund genannt. Leni Rimpler vom Studierendenwerk Freiburg berichtete, dass Studierende in finanzielle Schieflagen gerieten und dass mehr Überbrückungshilfen vom Bund in Anspruch genommen wurden. Ebenso wurde von den Studierenden auch vermehrt psychologische Beratung in Anspruch genommen.

Eine weitere Referentin war Heike Kauderer, stellvertretende Vorsitzende der Fachgruppe Berufsbildung und Ausbilderin beim Hotel-Restaurant Lamm in Ostfildern, welche sich mit einem Azubi dazuschaltete und aus der Praxis berichtete. Beide sprachen vor allem die Probleme des Distanzunterrichts an, der aufgrund der kurzfristigen Schulschließungen oft nicht funktioniert hat.

Im Rahmen der Leitfragestellungen wie z. B. „Welche Unterstützung wäre noch denkbar gewesen?“, „Haben sich Erfolgskonzepte für die Probleme bewährt?“ oder auch „Hat sich das Lernen allgemein durch die Pandemie verändert?“ wurden in unserer Gruppe Wirtschaft 17 Handlungsempfehlungen erarbeitet, wovon wiederum drei priorisiert wurden.

Erstens: Ausbau von psychologischen Beratungshilfen. Durch den Zugang zu professioneller Unterstützung können psychische Belastungen frühzeitig erkannt und behandelt werden, was langfristig zu einer stabilen psychischen Verfassung der jungen Generation beiträgt und ihre Chancen auf eine erfolgreiche Transition in Ausbildung oder Studium erhöht. Der Zugang zu psychologischer Unterstützung könnte es den Jugendlichen ermöglichen, besser mit den Anforderungen des Arbeits- oder Studienlebens umzugehen. Dies fördert die mentale Stabilität und ermöglicht es den Jugendlichen, ihre beruflichen Ziele effektiver zu erreichen.

Zweitens: Bekämpfung von Kinderarmut. Kinderarmut sollte endlich zu einem Thema werden, über das gesprochen und das angegangen wird. Jedes fünfte Kind in Deutschland ist armutsgefährdet. Nur weil Kinder keine Lobby haben, dürfen sie nicht ignoriert werden. Kinder, die in Armut aufwachsen, haben weniger Zugang zu Bildungsmöglichkeiten, angemessener Ernährung und unterstützenden Ressourcen.

– 58 –

Reduktion von Kinderarmut schafft eine gerechtere Ausgangssituation, in der junge Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gleiche Chancen auf eine erfolgreiche berufliche Laufbahn haben. Dies fördert die wirtschaftliche Entwicklung, indem das volle Potenzial aller jungen Talente ausgeschöpft wird.

Drittens: Ausbau von bezahlbarem, staatlichem Wohnungsbau ausweiten. Hohe Mietpreise und Wohnungsnot können junge Menschen daran hindern, sich auf ihre Ausbildung oder ihr Studium zu konzentrieren, da sie mit finanziellen Belastungen oder Unsicherheiten konfrontiert sind. Junge Menschen benötigen eine stabile Basis, um sich auf ihre berufliche Entwicklung konzentrieren zu können.

Zuletzt würde ich Ihnen gern noch meine persönlich favorisierte Handlungsempfehlungen vorstellen – das war die Nummer 5 –: Wunsch nach unabhängiger Finanzbildung an Schulen. Studien haben belegt, dass frühe finanzielle Bildung einen positiven Einfluss auf die wirtschaftliche Situation im Erwachsenenalter hat.

Damit bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit und leite über zu den Rückfragen durch die Kommission.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Jetzt dürfen wir den Bericht der Kinder- und Jugendbeteiligung in Empfang nehmen. Deswegen bitte ich alle, die vom Jugendforum da waren, nach vorn, damit dieser übergeben werden kann. Frau Karayagiz übergibt ihn stellvertretend.

(Dem Vorsitzenden Alexander Salomon und der stellv. Vorsitzenden Dr. Natalie Pfau-Weller wird stellvertretend für die Enquetekommission die „Abschlussdokumentation Krisenfeste Kinder- und Jugendbeteiligung“ übergeben. – Beifall)

Ich muss erst einmal sagen: Ich bin wirklich baff, wie gut ihr das gemacht habt. Ich glaube, ich bin nicht der Einzige, der baff ist – das habe ich auch in einigen Gesichtern gesehen –, wie wunderbar ihr das gemacht habt und uns in die Kinder- und Jugendbeteiligung eingeführt habt. Deswegen noch einmal ein Applaus für euch.

(Beifall)

Stellvertretend auch noch vielen Dank an die weiteren Kinder und Jugendlichen, die sich beteiligt haben und die heute, wie wir gehört haben, aufgrund der Schulpflicht oder anderer Verpflichtungen nicht anwesend sind. Wir haben auch vernommen: Wir sollen mehr zuhören und weniger selbst reden. Dafür kann ich leider keine Garantie abgeben, weil wir jetzt in die Frage- und Diskussionsrunde mit den Abgeordneten und den weiteren Mitgliedern der Enquetekommission eintreten. Aber ich glaube, Sie

– 59 –

haben wahrgenommen, dass es mehrfach betont worden ist. Daher gehen wir jetzt direkt zu diesem Teil über.

Ich darf Sie noch darauf hinweisen, dass Sie, wenn Sie eine Frage haben, am besten immer angeben, an wen Sie sie richten, also an das Bürgerforum oder an das Jugendforum, und vielleicht – noch besser – an welche Person sich Ihre Frage explizit richtet. Das macht es durchaus einfacher.

Ich darf Sie auch noch darauf hinweisen, dass die Bürgerinnen und Bürger und die Jugendlichen keine Fachexpertinnen und Fachexperten in ihren Bereichen sind. Deswegen bitte ich Sie, die thematisch allzu spezifischen Fragen – ich habe es im Abschlussbericht auch vernommen –, warum etwas so priorisiert ist und das andere vielleicht nicht so priorisiert ist, möglichst nicht in den Vordergrund zu stellen, sondern eher Fragen in Bezug auf die Diskussion, auf den Prozess, wie es stattgefunden hat, und auch auf die Inputs zu den Sitzungen zu stellen.

Deswegen würde ich jetzt einfach ganz flott in die Diskussionsrunde hineingehen. – Ich sehe schon, Herr Abg. Köhler, einer der jüngeren Abgeordneten, meldet sich gleich zu Beginn.

Abg. Erwin Köhler GRÜNE: Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Jugendliche! Schön, dass Sie da sind bzw. dass ihr da seid. Einige von euch habe ich schon in der Zeit seit 2021, seitdem ich dem Landtag von Baden-Württemberg angehöre, in Jugendgemeinderäten und im Landesschülerbeirat kennenlernen dürfen, denn ich bin jugendpolitischer Sprecher für die Fraktion GRÜNE.

Einen riesengroßen Dank für das Engagement über eine derart lange Zeit, zum Teil sieben Sitzungen oder mehr – auch wenn es weitestgehend konstruktiv war, aber es vielleicht auch einmal nicht konstruktiv war –, dabeizubleiben und den Mut nicht zu verlieren. Das finde ich wirklich sehr beeindruckend. Das möchte ich im Namen der Fraktion GRÜNE sagen.

Da erstens der Wunsch von euch geäußert worden ist und es zweitens auch noch einmal vom Vorsitzenden betont wurde, möchte ich direkt zu meinen Fragen kommen. Ich gehe davon aus, dass wir in der Folge Gelegenheit haben werden, die Diskussion über die Handlungsempfehlungen noch ein wenig zu vertiefen.

An dich, Herr Haag, habe ich eine konkrete Frage bezüglich eines Forums zur Jugendbeteiligung auf Landesebene, also des dauerhaften Forums, das demokratisch legitimiert ist. Diesbezüglich interessiert uns bzw. mich, was die demokratische Legitimation dort denn genau bedeutet. Geht es um Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger im Sinne von Zufallsjugendlichen? Wie kann der Landesjugendrat auf Landesebene aufgebaut sein? Brauchen wir dafür alle Kreise, damit die Delegierten dort fair reprä-

– 60 –

sentiert sind, oder dauert es zu lange, und wir müssen direkt auf Landesebene ansetzen? Immerhin haben wir es ja auch innerhalb der Kommission geschafft, euch sozusagen zu organisieren und euch zu der Übergabe eurer Forderungen und Handlungsempfehlungen hinzuführen.

An Sie, Frau Dr. Bosch, habe ich drei konkrete Fragen. Die erste Frage lautet: Wie erklären Sie sich die Enthaltungen im Bürgerforum? Lag es tatsächlich an der Zeit? Ich lasse das einmal offen und gebe Ihnen nicht vor, was Sie darauf antworten.

Die zweite Frage, auch ganz konkret: Sie haben, als Sie moderiert haben, über das Erfahrene und Erlebte gesprochen. Was sind denn Ihre ganz persönlichen Empfehlungen für die Zukunft? Also nicht nur ein Fazit, sondern auf das bezogen, was auch Sie, die Bürgerinnen und Bürger, geschildert haben: Vom Ich zum Wir. Es wird immer von einem Generationenkonflikt gesprochen: Jung gegen Alt, Alt gegen Jung. Ich glaube, das bekommt man in jeder politischen Blase mit. Kann das dem entgegenwirken? Hierzu fänden wir eine Einschätzung ganz spannend.

Vielen herzlichen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Abg. Köhler. Mit der Formulierung „dich, Herr“ hatten wir jetzt auch einmal alles, was man machen kann, nämlich duzen und gleichzeitig siezen. Aber das ist in dem Fall okay. Da haben wir eine gute Ansprache gefunden. – Jetzt hat Herr Abg. Dr. Miller für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Vielen Dank für die Vorstellungen, die wir gerade gehört haben. Das war doch sehr eindrucksvoll. Ich habe einige allgemeine Fragen und dann auch eine konkretere.

Zunächst einmal, auch an meinen Vorredner anknüpfend, allgemein: Das mit den Enthaltungen hat mich auch überrascht. Vielleicht gibt es eine Erklärung dafür, dass es hin und wieder Zustimmung, null Ablehnung und ganz viele Enthaltungen gab, wie das also zustande kommt. Vielleicht können die Teilnehmer ihre eigene Wahrnehmung mitteilen, warum es so viele Enthaltungen gab. Das würde mich interessieren.

Dann allgemein zum Ablauf: Wir hatten seinerzeit darüber diskutiert und es auch in den Einsetzungsbeschluss hineingeschrieben, dass wir ein Bürgerforum machen wollen. Allerdings hatte ich aber immer auch gedacht, dass ein Bürgerforum zu einem derart abstrakten Thema eine große Herausforderung darstellt. Wenn wir in der Kommission diskutieren, merken wir durchaus die Herausforderung. Es ist in der Tat ein sehr weites Thema. Man könnte jedes Thema noch einmal extrem vertiefen. Wie ist es Ihnen im Bürgerforum dabei gegangen? Sie hatten ja noch deutlich weniger Zeit, als wir sie haben. Wie ist es Ihnen hinsichtlich der doch recht abstrakten, wenn auch auf vier Handlungsfelder aufgeteilten Thematik ergangen? Wie sind Sie damit

– 61 –

umgegangen? Wie haben Sie das geschafft? Diese Frage richtet sich sowohl an die Jugendbeteiligung als auch an das Bürgerforum.

Dann habe ich eine Frage an die Jugendbeteiligung zum Thema „Katastrophenschutzübungen in Schulen“. Herr Dehmel, ich fand das, was Sie vorgestellt haben, ausgesprochen spannend. Mich würde interessieren, ob Sie sich auch über die Regelmäßigkeit Gedanken gemacht haben. Steht dabei der Gedanke dahinter, das einmal im Schuljahr oder einmal in der Schullaufbahn zu machen, oder hat man sich darüber keine Gedanken gemacht? Es wäre einmal interessant, zu erfahren, was sich die Jugendlichen wünschen. Ich finde es sehr schön, wenn Kinder von sich aus auch sagen, sie wollen gern daran teilnehmen.

Vielen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann für die SPD-Fraktion Frau Abg. Dr. Kliche-Behnke.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Auch vonseiten der SPD-Fraktion herzlichen Dank, vor allem für diese wahnsinnig vielen Stunden, die Sie alle dafür aufgebracht haben, und für diese sehr spannenden Ergebnisse, wobei wir sicherlich zusage, dass wir davon so viele wie möglich, soweit es mit unseren Positionen deckungsgleich ist, übernehmen bzw. in unsere Ergebnisse einbinden werden.

Ich hätte jetzt vor allem in Bezug auf das Bürgerforum eine Rückfrage zum Verfahren. Wer hat wann die Leitsätze und die konkreten Empfehlungen formuliert? Das Spannende ist ja, dass es im Großen und Ganzen sehr viel Einigkeit gab, dass aber auch – Sie haben es ja auch geschildert – viele Diskussionen geführt wurden. Ich habe ein Ergebnis gefunden, das abgelehnt wurde, aber die meisten wurden mit deutlicher Mehrheit angenommen. Wie kam es in diesem Prozess dazu?

Erwin Köhler ist bereits auf Matteo Haag eingegangen. Wir halten die Frage der Beteiligung für ausgesprochen spannend. Es gibt bereits landesweit in verschiedenen Städten Initiativen, die einen Landesjugendgemeinderat oder Ähnliches fordern. Ich glaube, man kann sagen, dass wir diesbezüglich noch ganz am Anfang stehen. Deswegen bitte ich Sie, so detailliert wie möglich zu schildern, welche Vorstellungen es gab, wie es so, wie wir es uns vorstellen, zustande kommen soll.

Dann möchte ich noch eine Beobachtung schildern. Ich finde es ausgesprochen interessant, dass sich die Empfehlungen der Kinder, der Teenager bzw. der Jugendlichen vielleicht nicht unbedingt widersprechen, dass sich zum Teil aber durchaus sehr unterschiedliche Schwerpunkte bilden. Bei dem Thema, wie wichtig es ist, dass Regeln vorgegeben und eingehalten werden, also eine klare Kommunikation, sind sich alle weitgehend einig. Offensichtlich gibt es aber unterschiedliche Wünsche, wie

– 62 –

wir Politikerinnen und Politiker das umsetzen sollen. Das ist ausgesprochen spannend.

Ich kann aber eines zusagen: Wie Alexander Dobosch formuliert hat, ist es sehr wichtig – das ist tatsächlich die Aufgabe der Politik, aber offensichtlich wird es nicht immer so gesehen, oder vielleicht tun wir das nicht genug –, dass wir uns auf die Lösungen konzentrieren und nicht nur darauf, dass wir die Probleme formulieren. Es ist ein spannender Leitsatz, auch für diese Enquetekommission, in der wir uns mit Krisen auseinandersetzen: dass wir uns auf die Lösungen konzentrieren sollten. Ich danke dir dafür, dass du diesen Wunsch geäußert hast. Wir werden versuchen, das zu befolgen.

Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ja, das formulieren wir auch sehr gern als Leitsatz direkt am Anfang des Berichts. Es ist, glaube ich, immer gut, im Leben so zu handeln. – Herr Abg. Karrais für die FDP/DVP-Fraktion, bitte.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich danke den Referentinnen und Referenten für die Vorträge und für die Einblicke in die Arbeit und Positionierung der jeweiligen Foren.

Vieles wurde jetzt schon gesagt. Mich interessiert noch im Speziellen – das betrifft den Bericht des allgemeinen Bürgerforums – folgender Punkt: In Bezug auf den Bereich G3 „Weniger Gewinnorientierung im Gesundheitswesen“ wird beispielsweise gefordert, man solle Gewinne bei der Pharmaindustrie, bei privaten Krankenversicherungen und bei Pflegeeinrichtungen abschöpfen, um das Geld dann zurück ins Gesundheitssystem fließen zu lassen. Wurde diese Formulierung aus Ihren Reihen heraus formuliert, oder war das ein Vorschlag, der vonseiten der Moderation kam? Wie sind da die genaueren Hintergründe? Mich würde interessieren, wie man sich das vorstellt und wie die Diskussion dazu abgelaufen ist. Immerhin gab es bei der Abstimmung über diesen Punkt zehn Enthaltungen.

Insgesamt habe ich bei allen herausgehört, dass die Ansprache bzw. der Kontakt von Abgeordneten und Entscheidungsträgern aus der Politik gegenüber Bürgerinnen und Bürgern, Jugendlichen und Kindern allgemein als nicht allzu stark vorhanden wahrgenommen wird. Mich persönlich überrascht das, weil die meisten Abgeordneten Angebote in Form von Bürgersprechstunden vorhalten. Sie sind über Social-Media-Kanäle, per E-Mail oder natürlich auch telefonisch ansprechbar. Manche haben sogar Handynummern veröffentlicht. Es gibt also durchaus verschiedene Ansätze. Da stelle ich einfach einmal die Frage zurück: Was konkret sollen wir denn noch machen? Das meine ich nicht in dem Sinn, dass wir doch schon genug machen, sondern mich interessiert, wie diesbezüglich Ihr konkreter Vorschlag lautet.

– 63 –

In Bezug auf das Thema Jugendbeteiligung wurde, glaube ich, von Herrn Haag gewissermaßen ein Jugendparlament gefordert. So fasse ich die Forderung einmal zusammen. Das finde ich grundsätzlich gut. Ich stelle nur immer wieder fest, auch wenn wir das auf lokaler Ebene machen, dass die Beteiligung dann oftmals leider nur sehr gering ist. Was können wir denn tun, um das attraktiver zu gestalten? Das ist ja gerade mit Blick auf kommunale Parlamente ganz entscheidend.

Ansonsten wurden schon viele Punkte angesprochen und viele Fragen gestellt, die ich an dieser Stelle nicht wiederholen möchte.

Vorsitzender Alexander Salomon: Das begrüße ich sehr. – Dann erhält Frau Abg. Wolle für die AfD-Fraktion das Wort.

Abg. Carola Wolle AfD: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Herzlichen Dank für Ihr Engagement. Es ist wirklich wahnsinnig, was Sie da geleistet haben.

Ich habe zunächst eine allgemeine Frage. Viele Bürger und Jugendliche interessieren sich ja eigentlich nicht für Politik und sind politikverdrossen. Was kann man tun, um die Bürger zu interessieren? Denn eigentlich greift Politik in das direkte Leben jedes Einzelnen ein, und irgendwie habe ich manchmal den Eindruck, die Bürgerinnen und Bürger verstehen das nicht. Wie kann man bei ihnen das Interesse wecken?

Bei der Dame, die zum Thema Wirtschaft gesprochen hat, ist mir aufgefallen, dass Sie zahlreiche Punkte angesprochen haben, die nicht direkt mit dem Thema Wirtschaft zu tun haben, beispielsweise das Thema Bildung. Es ist natürlich indirekt für die Wirtschaft wichtig, wenn Menschen in der Schule, in der Ausbildung und im Studium gut ausgebildet werden. Welches sind aus Ihrer Sicht die wirtschaftlichen Probleme insbesondere von Kleinunternehmen, die in einer Krise zu beachten sind? Vielleicht können Sie dazu etwas sagen.

Herr Haag, Sie haben gesagt, alle vier oder fünf Jahre kann man im Land sein Kreuzchen machen, und dann fragt einen keiner mehr, was man möchte. Das war ein Grund für mich, warum ich in die Politik gegangen bin. Wären für Sie Volksbegehren und auch ein niedrigeres Quorum für Volksbegehren eine Möglichkeit – neben einem Jugendparlament oder Ähnlichem –, um der Bevölkerung eine Stimme zu geben?

Wie könnte man das Format der Jugendbeteiligung verbessern? Die Terminierung war für Sie ja doch recht ambitioniert. Meinen Sie, es wäre eine andere oder vielleicht eine fundiertere Lösung herausgekommen, wenn Sie mehr Zeit gehabt hätten? Wäre es für Sie wünschenswert gewesen, einfach mehr Zeit zu haben?

Danke schön.

– 64 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich würde sagen, jetzt haben Sie lang genug zugehört. Jetzt sind Sie wieder dran. Soweit ich es wahrgenommen habe, richteten sich die meisten Fragen an Sie, Herr Haag. Deswegen würde ich das Wort jetzt direkt an Sie weitergeben, damit Sie vielleicht zunächst einmal antworten können, um die Spannung ein bisschen herauszunehmen. Denn alle warten ja darauf, was Sie dazu sagen werden, wie wir es schaffen, die Beteiligung zu verbessern.

Matteo Haag (Jugendkonferenz): Vielen Dank. – Ich möchte zunächst einmal auf Ihre Frage eingehen, Herr Köhler. Sie haben gefragt, wie ein solches Beteiligungsformat auf Landesebene aussehen könnte, gerade in Bezug auf eine demokratische Legitimierung. Deutlich aus diesem Jugendforum herausgestochen ist, dass so etwas zunächst einmal gefordert wurde, und dann kamen verschiedene Ideen auf. Die Mitwirkenden in den Bürgerräten auf Bundesebene werden beispielsweise nach dem Losverfahren bestimmt. Das fanden wir dann eher ein bisschen zufallsprinzipmäßig. Das Problem daran ist, dass man, wenn man Kinder und Jugendliche lost, oftmals vielleicht nicht genau diejenigen trifft, die engagiert sind.

Daraufhin wurde die Idee entwickelt, alle zwei Jahre eine Wahl durchzuführen, weil es schwierig ist, sich über einen längeren Zeitraum hinweg zu engagieren. Irgendwann kommt das Studium, man zieht vielleicht woanders hin oder man bleibt doch da. Da fast jeder Kreis irgendwo ein Jugendzentrum oder eine sonstige Einrichtung hat, bietet es sich an, dies als Wahllokal zu nutzen, wo dann jeder innerhalb einer bestimmten Frist – beispielsweise eine Woche – die Möglichkeit hat, seine Stimme abzugeben. Wenn man das gut genug bewirbt, stehen im Vorhinein auch hoffentlich genügend Kandidaten zur Verfügung. Dadurch hätte man im Prinzip jeden einzelnen Wahlkreis bzw. jeden einzelnen Landkreis zumindest abgedeckt.

Natürlich besteht das Problem, dass Kinder und Jugendliche neben Hobbys usw. nicht allzu viel Zeit haben. Deshalb war auch die Idee – der Landtag selbst tagt jetzt auch nicht so oft in großer Runde –, eine gewisse Regelmäßigkeit im Sinne einer alle zwei bis drei Monate stattfindenden Sitzung zu schaffen, sodass sich Kinder und Jugendliche motiviert fühlen, etwas zu machen. Ich glaube, die größte Motivation ist es – damit gehe ich auch ein wenig auf Ihre Frage ein, Herr Karrais –, wenn man sieht, dass das, wofür man sich einsetzt und engagiert, tatsächlich auch Wirkung zeigt. Ich glaube, dadurch wird dann auch die Motivation erhöht, sich tatsächlich zu beteiligen.

Ich sehe zumindest in meinem Kreis – ich weiß nicht, ob Hohenlohe einfach so toll ist oder ob es generell landesweit so ist –, dass sich ziemlich viele Jugendliche in Jugendorganisationen der Parteien oder in sonstigen Positionen engagieren. Da sehe ich, dass sich sehr viele Leute finden lassen, die so etwas machen möchten. Der Ansatz besteht nicht darin, dass wir zehn Jugendliche pro Kreis finden, die sich dann hier in Stuttgart zusammensetzen und einmal überlegen, wie es weitergeht, sondern dass ein bis zwei Delegierte aus jedem Kreis beratend dem Landtag zur Seite stehen, auf zwei Jahre gewählt. Vielleicht kann man da ja in gewisser Weise einen Anreiz setzen. Ich meine, das macht sich nicht nur gut im Lebenslauf.

– 65 –

Ich hoffe, damit ist Ihre Frage größtenteils beantwortet.

Herr Karrais, ich gehe nun doch noch ein bisschen detaillierter auf Ihre Frage ein. Sie haben gefragt, wie man Beteiligung attraktiv macht, und haben gemeint, dass die Beteiligung auf kommunaler Ebene gerade schrumpft. Ja, das sehen wir, glaube ich, alle. Ich glaube auch, dass immer weniger Jugendgemeinderäte tatsächlich aktiv sind. Ich möchte jetzt keine Schuldzuweisungen an irgendjemanden machen, aber ich denke, dass es häufig auch daran liegt, dass es vonseiten der Kommunen und Gemeinden nicht genug gefördert wird. Man braucht tatsächlich jemanden, der sich im Prinzip in seinem Hauptamt darum kümmert, die Jugendlichen regelmäßig zusammenzutrommeln, und der in die Schulen geht, um Jugendliche anzusprechen, die sich beispielsweise als Schülersprecher oder in der SMV engagieren und dort etwas bewegen möchten. Diese Jugendlichen sollten konkret angesprochen werden, und es sollten vonseiten der Kommunen regelmäßige Treffen organisiert werden.

Auch dort gilt: Wenn ich sehe, dass das, wofür ich mich engagiere, auch tatsächlich etwas bewirkt, dann mache ich das viel lieber und setze mich dafür auch mehr ein. Ich glaube, dadurch würde das Ganze an Attraktivität gewinnen. Ich denke, dass die Kinder- und Jugendthemen gerade auf Landesebene doch noch einmal tiefgreifender sind als auf kommunaler Ebene, weil die Landespolitik aufgrund des Föderalismus für die Bildungspolitik zuständig ist. Gerade in Bezug auf das Thema Bildung haben viele Jugendliche eine eigene Meinung, weil es sie eben direkt betrifft. Wenn man dann sieht, dass das, was man tut, etwas bringt, dann engagiert man sich auch gern.

Ich hoffe, damit ist Ihre Frage beantwortet.

Frau Wolle, Sie hatten gefragt, ob Volksentscheide eine Möglichkeit wären. Das Wahlalter in Baden-Württemberg wurde jetzt auf 16 Jahre gesenkt. In Baden-Württemberg haben wir, glaube ich – korrigieren Sie mich, wenn ich falsch liege –, das einzigartige System, dass Bürger ihre Begehren tatsächlich an den Landtag richten können. Ich denke, das ist schon einmal ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings glaube ich, dass auch hier wieder das Problem darin besteht, dass Kinder und Jugendliche erst ab 16 Jahren die Möglichkeit haben, ihre Stimme abzugeben. Früher war es ab 18. Jugendliche bin ich aber schon ab zwölf Jahren. Auch da habe ich schon eine gewisse Meinung, und auch da habe ich schon Interessen. Meiner Meinung nach wären Volksentscheide keine ideale Lösung. Ich glaube, wenn man Kinder und Jugendliche unterschiedlicher Altersgruppen zusammensetzt, erhält man ein breiteres Meinungsspektrum. Dennoch denke ich, dass mit diesem System, das wir in Baden-Württemberg haben, mit der Möglichkeit, seine Interessen und seine Begehren als Bürger an den Landtag zu richten, auf jeden Fall schon einmal eine tolle Möglichkeit geschaffen wurde.

Sie hatten noch bezüglich der Zeit gefragt – ich glaube, ich habe die Frage nicht ganz verstanden –, ob wir, wenn wir mehr Zeit gehabt hätten, zu anderen Ergebnis-

– 66 –

sen gekommen wären. Wäre es möglich, dass Sie die Frage noch einmal konkretisieren?

Abg. Carola Wolle AfD: Ich habe gefragt, ob die Ergebnisse fundierter gewesen wären und ein breiteres Spektrum abgedeckt hätten. Vielleicht hätten Sie auch andere Schwerpunkte gesetzt, weil einfach fundierter und besser diskutiert werden kann, wenn mehr Zeit zur Verfügung steht. Denn der zeitliche Rahmen, in dem Sie gearbeitet haben, war durchaus ambitioniert.

Matteo Haag (Jugendkonferenz): Ja, das stimmt. Ich denke auch, dass man mit mehr Zeit immer mehr schafft. Das ist überall so. Das Problem ist natürlich auch: Je länger man sich über ein Thema unterhält, desto komplizierter wird es dann irgendwann. Es geht hier primär um Handlungsempfehlungen, die dem Landtag vorgelegt werden sollen, damit der grobe Rahmen gesetzt ist, was Kinder und Jugendliche interessiert. Ich denke, dass mit mehr Zeit auf jeden Fall mehr möglich gewesen wäre, aber ich glaube trotzdem, dass wir den Grundbaustein gesetzt haben. Wenn ich mich noch einmal an die Abschlusssitzung zurückerinnere, die auch hier im Plenarsaal stattgefunden hat: Als die Forderung verlesen wurde, dass Jugendliche auf Landesebene ein dauerhaftes Beratungsgremium bekommen sollten, kam hier tosender Applaus auf. Das heißt, die Forderung vonseiten der Jugendlichen lautet definitiv, in solch eine Richtung zu gehen. Ich hoffe, damit ist Ihre Frage beantwortet.

Ich weiß nicht, ob noch eine Frage an mich gerichtet war. Aber ansonsten vielen Dank.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Alexander Salomon: Haben Sie keine Sorge, die Abgeordneten bzw. die weiteren Mitglieder werden sicherlich nachfragen, wenn sie nicht alles beantwortet haben. – Dann gebe ich jetzt das Wort an Frau Schmitt und Herrn Dehmel weiter.

Melanie Schmitt (Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V.): Als Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg äußern wir uns natürlich sehr gern selbst zur Situation der Jugendgemeinderäte. Die Zahl der Jugendgremien steigt, sowohl in Baden-Württemberg als auch deutschlandweit. Das liegt auch daran, dass das Deutsche Kinderhilfswerk momentan eine Förderperiode speziell für Jugendgremien aufgelegt hat, in denen auch Jugendliche legitimiert sind, die Meinung von ihresgleichen zu vertreten. Es war uns einfach noch einmal wichtig, das zu betonen.

Jonas Dehmel möchte jetzt gern noch etwas zur Politikverdrossenheit sagen.

Jonas Dehmel (Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V.): Zum Thema Politikverdrossenheit möchte ich noch sagen, dass ich denke, dass es

– 67 –

nicht die Politikverdrossenheit der Jugendlichen ist, sondern eher ein Scheitern der Kommunikation mit den Jugendlichen. Wenn wir einmal in den Bereich Klimapolitik schauen, sehen wir ganz viel Aktivismus und viele Jugendliche, die sich da in einer gewissen Form auch politisch einbringen. Ich denke, dass es dabei im Wesentlichen um die Kommunikation geht, wo ich den gemeinsamen Nenner mit den Jugendlichen finde, und zwar auf einer Ebene, auf der ich miteinander kommunizieren kann und das Ganze nicht zu bürokratisiert mache, damit nicht aneinander vorbeigeredet wird. Hier ist Kommunikation auch der Schlüssel ist, um zu erkennen, dass Politikverdrossenheit bei uns nicht so hoch ist, sondern dass einfach die Kommunikation in einer gewissen Form an vielen Stellen wahrscheinlich gescheitert ist.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Ich habe aus der Runde keine weiteren Fragen an das Jugendforum vernommen. Aber es gab einen tollen Vorschlag mit der Kugel Eis, die man zur Verfügung stellen soll. Da kommt man direkt ins Gespräch. Den Vorschlag fand ich toll.

Dann gebe ich jetzt einmal das Wort an das Bürgerforum weiter, zunächst an Frau Dr. Bosch. Ich habe vernommen, dass vor allem Herr Meier zum Thema Gesundheit gefragt worden ist. Aber auch die drei weiteren Delegierten sind aufgerufen, sich ebenfalls zu äußern. – Frau Dr. Bosch, bitte.

Dr. Claudia Bosch (nexus Institut): Ich werde zuerst auf die Frage zu den Enthaltungen eingehen. Vielleicht möchte dann auch noch jemand der Teilnehmenden, der sich enthalten hat oder der beobachtet hat, wie das ablief, seine Erfahrungen schildern.

Zu den Enthaltungen: In diesem Bürgerforum wurden vier Themen behandelt, die, wie Sie selbst angemerkt hatten, sehr abstrakt und sehr weit waren. Man könnte allein schon ein Bürgerforum nur zum Thema Gesundheit durchführen. Deswegen wurde in Untergruppen gearbeitet. Dann gab es im Prozess gegenseitige Rückmeldungen, die aber natürlich in begrenzter Form stattfanden, und ganz am Ende, nachdem es noch ein paar Überarbeitungsschleifen der Empfehlungen gab, wurde abgestimmt. Allerdings bekamen wir von den Bürgerinnen und Bürgern, die teilnahmen, die Rückmeldung, dass sie sich dabei manchmal nicht wohlfühlten haben, weil sie den deliberativen Prozess, in dem sie sich mit anderen quasi ausgesprochen haben – warum finden Sie das gut oder nicht? –, irgendwie weniger konfrontativ fanden, als z. B. zu sagen: Ich stimme jetzt dagegen, weil ich finde, dass das eine Wort irgendwie nicht richtig passt. – Sie haben in ihren Bereichen eigentlich die einzelnen Mitglieder aus den Handlungsfeldern als so kompetent wahrgenommen, dass sie sich zum Teil entschieden haben, sich dazu nicht positionieren zu wollen.

Möchte jemand von den Bürgerinnen und Bürgern, die am Bürgerforum teilgenommen haben, etwas zu den Enthaltungen sagen?

– 68 –

Sabine Vollmer (Bürgerforum): Ich kann das gern bestätigen und vielleicht auch an diesem Punkt ergänzen. Es war so – ich war im Bereich Krisenvorsorge –: Als dann die erarbeiteten Punkte aus dem Bereich Wirtschaft oder aus dem Bereich Gesundheit vorgestellt wurden, habe ich einfach gemerkt: Die haben dort wesentlich mehr Erfahrung, mehr Ahnung. Was soll ich jetzt dazu sagen? Die haben sich wochenlang damit beschäftigt.

Ich persönlich habe mich nicht enthalten, aber ich kann verstehen, dass manche Leute gesagt haben, dass ihnen zu wenig Informationen vorliegen, um sich hier klar zu positionieren. Ich glaube, das ist der Grund für einige Enthaltungen. Hinzu kommt dann auch noch das Thema Zeit. Wir hätten noch viele, viele Stunden länger reden können und hätten immer noch an interessanten Themen gehangen.

Dr. Claudia Bosch (nexus Institut): Es gab einen breiten Konsens bei vielen Empfehlungen, aber es gab auch Empfehlungen, über die durchaus kontrovers diskutiert wurde. Das bildet ja auch das ab, was jeder aus dem Alltag kennt. Es gibt Themen, bei denen sich die Leute mehr einig sind. Bei anderen gibt es starke Standpunkte aufgrund persönlicher Betroffenheit oder anderer Faktoren. Deswegen spiegeln die Enthaltungen oder die zum Teil geringere Zustimmung zu den Empfehlungen eben auch den Verlauf der Debatte wider. Das zeigt Ihnen, den Mitgliedern der Enquete-kommission, vielleicht auch, wo es zum Teil noch kontroverse Standpunkte gab und wo sich die Teilnehmenden weitgehend einig geworden sind.

Dann komme ich kurz zu meinen persönlichen Empfehlungen aus der Perspektive der durchführenden Organisation.

„Hut ab!“ – in Baden-Württemberg gibt es schon sehr viele Bemühungen, die Bürgerbeteiligung voranzubringen. Sicherlich schauen auch andere Bundesländer manchmal mit Neid darauf. Die zufallsausgelosten Formate, die in Baden-Württemberg bereits mehrfach durchgeführt wurden, sind hervorragend geeignet, um diverse Menschen zusammenzubringen. Das ist etwas, was uns immer jenseits aller anderen Fragen, was beispielsweise aus den Empfehlungen wird, rückgemeldet wird: Ich bin so dankbar, dass ich nicht nur gehört habe, warum es die andere Meinung gibt, sondern auch, was dahintersteht. Warum hat jemand eine Meinung, die ich bisher eigentlich überhaupt nicht verstehen konnte? Es geht darum, einfach einmal aus der eigenen Bubble herauszukommen und mit anderen Gruppen in Berührung zu kommen, mit denen viele zum Teil noch nie Berührung hatten. Daher lautet die Empfehlung, weiterhin in Richtung Zufallsauswahl zu gehen. Zumindest ist das die Rückmeldung, die wir von den Bürgerinnen und Bürgern bekommen.

Allerdings ist nicht jedes Format das passende für jedermann. Wir haben z. B. auch die Familien, die Alleinerziehenden usw. erwähnt. Auch Familien mit kleinen Kindern, die am Bürgerforum teilgenommen haben, haben uns rückgemeldet: Die Onlineformate waren für uns top; da konnte ich mein Kind z. B. nebenher stillen.

– 69 –

Es gibt also verschiedene Formate, die eben passen. Die Fokusgruppen, die wir dann mit den Gruppen, die nicht zum Forum kommen konnten, durchgeführt haben, waren eine wertvolle Ergänzung, die Sie beauftragt haben. Deswegen auch die Offenheit, sich zu überlegen, wer jetzt noch nicht irgendwie abgebildet war und welche Stimmen noch gehört werden müssen, und dann vielleicht noch ein ergänzendes Format zuzulassen oder darauf zu achten, dass das Format, das gewählt wurde, möglichst inklusiv ist, indem Ressourcen für eine Kinderbetreuung oder für Dolmetscher zur Verfügung gestellt werden. Das haben Sie in diesem Fall in Bezug auf das Bürgerforum „Krisenfeste Gesellschaft“ getan, und es wurde auch dankbar wahrgenommen.

Eine dritte Empfehlung, die ich geben würde, wäre eine Rückmeldung an das Bürgerforum, was mit den Empfehlungen passiert ist. Die politischen Prozesse sind komplex. Die Bürgerinnen und Bürger haben in den Prozessen Verständnis dafür gewonnen, dass es nicht einfach ist, es schnell umzusetzen, aber sie wünschen sich natürlich trotzdem, zu erfahren – auch wenn Empfehlungen vielleicht nur zum Teil umgesetzt werden –, was mit ihren Empfehlungen passiert ist.

Jemand hat angemerkt, es sei ein weites und teilweise sehr abstraktes Feld gewesen, das das Bürgerforum zu beackern gehabt habe, und gefragt, wie es den Teilnehmenden damit gegangen sei. Möchte vielleicht jemand von den anwesenden Delegierten direkt darauf antworten, wie es Ihnen mit diesem weiten und abstrakten Themenfeld ging? Wie haben Sie da hineingefunden? Wie haben Sie das empfunden?

Sabine Vollmer (Bürgerforum): Ich kann gern etwas dazu sagen. Es war in der Tat ein sehr großes Feld. In den ersten Überlegungen, als ich darüber nachgedacht habe, was dieses Thema „Krisenfeste Gesellschaft“ wohl alles beinhalten wird, hatte ich nur einen kleinen Ausschnitt dessen auf dem Schirm, was sich nachher in diesen Gruppen alles eröffnet hat. Uns standen glücklicherweise Fachleute zur Verfügung, die uns ihre Erfahrungen, ihre Einschätzungen und auch ihr Fachwissen weitergegeben haben. Das hat unseren Horizont noch einmal erweitert, gleichzeitig aber auch wieder ein Stück weit auf die Themen begrenzt, die diese Fachleute uns dann vorgestellt haben.

Vielleicht ist dadurch das eine oder andere Thema nicht behandelt worden, das wir selbst gern vertieft hätten, aber aufgrund der Zeit nicht mehr konnten. Aber ich fand es insgesamt ausgesprochen hilfreich, diese Beiträge der Fachleute zu hören, um zu erfahren: Was steckt wirklich dahinter? Es hat mir sehr geholfen, zu sehen, dass meine Meinung auch einmal falsch sein kann: „Ah, aus dem Grund geht es dann tatsächlich auch nicht anders. Eine Lösung dafür finden, wäre so schwierig – ich hätte auch keine Idee.“

Es hat uns also geholfen. Es war abstrakt. Mehr Zeit hätte immer mehr Ergebnisse gebracht, das stimmt. Aber irgendwann ist da natürlich auch eine Grenze.

– 70 –

Dr. Claudia Bosch (nexus Institut): Genau. Mehr Zeit ist gut, aber es ist auch immer eine Abwägung, wie viel man den Bürgerinnen und Bürgern an Zeit, die sie zu investieren haben, zumuten kann. Da muss man dann irgendwann eine Entscheidung treffen.

Damit komme ich zu den Fragen, wie die Leitsätze und Empfehlungen entstanden sind und wie der Prozess ablief. Sie können das im Bericht im Detail nachlesen. Es gibt zu jeder Sitzung ein Protokoll, das auch sehr detailliert ist.

Zunächst haben sich die einzelnen Handlungsfelder auf zwei Unterthemen in ihrem Bereich geeinigt, beispielsweise im Bereich Gesundheit, weil es einfach zu viel war, um es breit abdecken zu können. Es gab eine allgemeine Einführung, und dann hat man sich auf zwei Themen geeinigt. Das war also ein Abstimmungsprozess, in dem wir Ideen gesammelt haben und dann abgestimmt haben. Dann kamen die verschiedenen fachlichen Inputs, die möglichst ausgewogen sein sollten, möglichst in einer zugänglichen Sprache, und daraufhin wurden Ideen von den Bürgerinnen und Bürgern gesammelt. Dann kam es zum Austausch im Gesamtplenum hier vor Ort in Stuttgart, wo alle Gruppen ihre bisherigen Ergebnisse präsentiert haben. Dort konnten andere Ideen eingegeben werden, die wir separat farblich festgehalten haben, damit wir das von dem, was von der jeweiligen Untergruppe gekommen war, auseinanderhalten konnten. Anschließend wurden diese Vorschläge auch noch online gestellt, um über die Weihnachtszeit noch einmal mehr Raum für Rückmeldungen zu geben. Auf dieser Basis haben wir dann alle Rückmeldungen in die Empfehlungsidee der Bürgerinnen und Bürger eingepflegt, die bereits bestand, und haben sie auf dieser Basis erweitert. Damit sind wir in die Abstimmung gegangen.

Bei den Leitsätzen verlief es ein wenig anders. Da war die Frage: Leitsätze oder nicht? Man hat die Gemeinsamkeiten über alle Handlungsfelder hinweg gesehen. Letztendlich haben wir darüber abstimmen lassen, ob es Leitsätze geben sollte. Dazu gab es ein Ja, und dann wurde, damit es zur Deliberation zwischen den unterschiedlichen Positionen zu den Leitsätzen kommt, noch einmal eine Kleingruppenarbeit durchgeführt. – Ich hoffe, das war jetzt nachvollziehbar.

Möchte noch jemand etwas zu dem Prozess, wie es zu den Empfehlungen gekommen ist, ergänzen, oder war das umfassend? – Okay, bestens.

Herr Meier, Sie hatten mir vorhin schon zugnickt, dass Sie auf die Empfehlung G3 im Gesundheitsfeld eingehen wollen. Dabei geht es um die Umverteilung.

Detlef Meier (Bürgerforum): Mit G3 ist Folgendes gemeint: Wir haben überall private Träger, und zwar mehr und mehr. Das heißt, was an Alteneinrichtungen, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern früher einmal kommunal, kirchlich oder öffentlich war, wandert mittlerweile in Investorenhand. Hier wird man auf billige Weise ungeliebte schwarze Schäfchen los – schwarze Schäfchen deswegen, weil man dort ein Minus einführt.

– 71 –

Jetzt muss man sich natürlich fragen: Ist es besser, diesen privaten Investoren Zuschüsse in den Rachen zu werfen oder sie aus öffentlicher Hand vom einen Topf in den anderen wandern zu lassen? Bezahlen muss man dann so oder so. Aber die Leute haben Angst, dass es irgendwann so weit kommt, dass die meisten Investoren anfangen werden zu diktieren, weil sie hintenherum das Gesundheitssystem in ihre Hand bekommen. Das heißt, sie können irgendwann sagen: Wir diktieren die Preise. Wir brauchen das und das und das. Da müssen der Politiker und der Bürger erst einmal wieder aufwachen und sagen: „Moment mal, habe ich jetzt überhaupt noch ein Krankenhaus, wo ich hin kann und das mir nicht vorschreibt, dass ich gleich bezahlen muss?“

Deswegen sollten genau diese Gewinne und diese Investorensachen gedeckelt werden. Gewinnorientierung im Gesundheitswesen erfolgt immer auf Kosten anderer und auf Kosten der Krankheit. Wo kommen wir hin, wenn ich auf Kosten der Krankheit Gewinne machen muss? Das ist schon traurig genug. Da schaufeln wir dann irgendwo Löcher in anderen Bereichen, damit wir das eine Loch zudecken können. Das kann es nicht sein. Wir verlegen unsere Baustellen – nicht mehr und nicht weniger –, und davor haben die meisten Leute Angst. Sie haben auch wirklich Angst davor, dass die Pharmaindustrie irgendwelche Medikamente entwickelt oder irgendwelche Patente hat und dann genau diese Preise diktieren kann. Der Staat, die Regierung, das Land, der Bund, die Bürger – niemand kann dann mehr mithalten. Es kann nicht angehen, dass das Gesundheitswesen schleichend in private Investorenhande gelangt.

Danke.

Dr. Claudia Bosch (nexus Institut): Vielen Dank, Herr Meier. Ich glaube, die Frage war zudem noch, wie Sie zu dieser Empfehlung gekommen sind, wie sie also entstanden ist. Sie waren ja Mitglied dieser Gruppe. Können Sie sich erinnern, wie die Debatte in Ihrer Gruppe entstanden ist?

Detlef Meier (Bürgerforum): Ich kann mich sehr gut daran erinnern. Diese Frage ist im Anschluss an die Diskussion entstanden, warum viele Ärzte Landflucht begehen, warum also die Gesundheitsversorgung im ländlichen Bereich längst nicht mehr ausreicht. Wenn ich die Pflege eines Angehörigen in private Hände und nicht mehr in eine kirchliche oder eine kommunale Hand geben muss, habe ich plötzlich keinen Einfluss mehr darauf. In diesem Zusammenhang ist dann auch die Idee entstanden, dass man fragt: Warum haben wir plötzlich Zuzahlungen? Es wird aus jedem Topf Geld genommen, aber die Mittel aus Töpfen des öffentlichen Bereichs fließen auf einmal in die private Investorenhand, anstatt dass die öffentliche Hand diese Töpfe einfach nur verlagert; denn bezahlt werden muss es so oder so.

Dr. Claudia Bosch (nexus Institut): Vielen Dank, Herr Meier. Ich hoffe, die Frage ist damit ausreichend beantwortet.

– 72 –

Damit komme ich zur nächsten Frage. Es gibt ein Angebot an Bürgersprechstunden bzw. an Social-Media-Kanälen, über die Bürgerinnen und Bürger mit Politikern in Kontakt treten und sich mit ihnen austauschen können. Allerdings wird dieses Angebot kaum wahrgenommen, bzw. es ist scheinbar nicht das Angebot, das die richtige Ansprache trifft. Wir haben mehrfach festgestellt, dass Bürgerinnen und Bürger zum Teil von Angeboten beispielsweise im Bereich Katastrophenschutz nichts wussten. Manchmal ist es also vielleicht ein Thema der Kommunikation: „Es gibt so etwas.“ Vielleicht kann jemand von den Bürgerinnen und Bürgern sagen, welches Format sie sich wünschen würden, um in einen Austausch mit Politikern und Politikerinnen zu treten, und ob sie schon einmal Bürgersprechstunden genutzt haben.

Magnus Weber (Bürgerforum): Ich habe das Thema speziell angesprochen, weil ich es aus eigenem Empfinden im Moment so sehe. Ich zähle mich definitiv dazu. Ich arbeite täglich acht Stunden im Außendienst. Ich bekomme viele Stimmen von außen, also sozusagen von der Front, mit, z. B. in der Industrie an der Maschine, habe mir aber abends bis dato noch nie die Zeit genommen, mich beispielsweise bei Ihnen im Bürgerbüro im Kreis Rottweil, aus dem ich komme, zu melden.

Ich glaube, geschimpft wird an der Front sehr schnell und viel, oft auch mit falschen Fakten. Wie wir wissen, kommt über Whatsapp und über die Social-Media-Kanäle vieles, was nicht immer stimmt. Dadurch wird schlechte Stimmung verbreitet. Aber vielleicht traut sich der einzelne Bürger, der schimpft, nicht, in Konfrontation mit der Politik zu gehen, weil immer noch ein bisschen Respekt vor Abgeordneten da ist, weil er die Zeit dafür nicht hat oder weil er meint, dass das ohnehin keinen Wert habe. Auch das höre ich oft an der Front: Wir können schimpfen, aber es bringt ja doch nichts.

Ich sehe dort aber vielleicht einen Ansatzpunkt. Sie können vielleicht bestätigen, dass Sie sicher sehr viele Zuschriften bekommen, allerdings oft von der gleichen Adresse. Das ist wie mit den Leserbriefen in der Zeitung. Meistens sind es die gleichen Stimmen, die sich da erheben. Suchen Sie doch vielleicht einmal den Kontakt über die Vereine, denn im Verein – im Fußballverein, im Musikverein, im Gesangverein, oder wie auch immer – treffen Sie eine breite Masse an Personen, die unterschiedliche Meinungen vertreten, die sich aber auch in der Gruppe möglicherweise wesentlich einfacher äußern, als sich beim Bürgerforum zu melden und einen Termin vorzuschlagen. Dann erhält er vielleicht zwei oder drei Absagen, weil der Termin nicht passt, und bis er dann so weit ist, ist das Thema vielleicht schon wieder vom Tisch. Man könnte also Kontakte zu den Vereinen suchen und anbieten: Ich wäre vielleicht einmal in dieser Ortschaft. Welcher Verein hätte Interesse? Wer kommt in die Halle? Also, einfach eine Bürgersprechstunde mit mehr Teilnehmern, wie es beispielsweise auch bei der Vorstellung von Bürgermeisterkandidaten der Fall ist, und dann auch möglichst unterjährig und nicht immer nur dann, wenn es in Richtung Wahlkampf geht.

Danke.

– 73 –

Dr. Claudia Bosch (nexus Institut): Vielen Dank, Herr Weber. – Es wurde noch gefragt, was man gegen Politikverdrossenheit tun kann, und zwar nicht in Bezug auf die anwesenden Bürgerinnen und Bürger, die durch ihre Anwesenheit ja zeigen, dass sie nicht politikverdrossen sind, sondern in Bezug auf die anderen Bürgerinnen und Bürger. Ich meine, das wurde bereits in den Ausführungen von Herrn Weber teilweise beantwortet. Möchte noch jemand von den anderen Bürgerinnen und Bürgern etwas dazu sagen?

Johanna Fehrenbach (Bürgerforum): Ich muss sagen, ich gehöre auch eher zu der Fraktion Politikverdrossenheit. Aber ich bin trotzdem hier, was mich sehr überrascht. Ich habe oft das Gefühl, dass die Politik für mich irgendwie sehr schwer zu greifen ist. Das ist so weit oben, und ich fühle mich oft nicht auf einer Ebene mit den Politikern. Ich würde mir einfach wünschen, dass ein ehrliches Interesse an den Bürgern gezeigt wird, indem man ihnen mehr Stimmen gibt, indem z. B. auf den sozialen Plattformen Interviews eingestellt werden oder auch einmal die Bürgerinnen und Bürger sprechen lässt, anstatt nur selbst über die Themen zu sprechen. Ich glaube, das könnte schon ein großer Schritt in die richtige Richtung sein. Beispielsweise könnten auch einfache Fragerunden durchgeführt werden, in denen man einfach mit Ja oder Nein antworten kann und die nicht so viel Zeit in Anspruch nehmen. Dann könnten vielleicht auch diejenigen zu Wort kommen, die keine Zeit haben, um Bürgersprechstunden zu besuchen.

Dr. Claudia Bosch (nexus Institut): Vielen Dank, Frau Fehrenbach. – Als Letztes hatte ich mir noch eine Frage zum Handlungsfeld Wirtschaft notiert. Frau Vollmer, wollen Sie etwas dazu sagen, oder soll ich kurz darauf antworten? Es ging darum, warum die Themen vielleicht nur indirekt mit Wirtschaft in Verbindung standen.

Sabine Vollmer (Bürgerforum): Ich selbst war nicht Mitglied der Arbeitsgruppe, die diesen Bereich behandelt hat, sondern ich war in der Arbeitsgruppe zum Themenfeld Krisenvorsorge. Allerdings gab es, wie Frau Bosch schon gesagt hatte, immer Vorträge, und dabei haben sich dann zwei Themen herauskristallisiert, über die abgestimmt wurde. Ich gehe davon aus, dass das Thema war. Ich würde aber auch noch auf die Mitglieder verweisen, die heute anwesend sind und in der Mittagspause für Gespräche zur Verfügung stehen. Vielleicht sind auch Personen aus dem Handlungsfeld Wirtschaft dabei. – Frau Bosch, ergänzen Sie noch?

Dr. Claudia Bosch (nexus Institut): Ja. – Heute sind noch weitere Mitglieder des Bürgerforums angereist, um die Delegierten hier vorn zu unterstützen. Vielen Dank, dass Sie da sind. Diese Personen freuen sich auch auf den Austausch mit den Mitgliedern der Enquetekommission in der Mittagspause.

Ich möchte das, was Frau Vollmer zum Themenfeld Wirtschaft gesagt hat, noch kurz ergänzen. Es gab einen allgemeinen Vortrag in der ersten Sitzung dieses Handlungsfelds. Letztendlich haben sich aus vielen Ideen, die gesammelt wurden, zwei als Schwerpunkte herauskristallisiert, die weiter bearbeitet wurden. Das waren zum

– 74 –

einen die ungleiche wirtschaftliche Belastung und zum anderen der freie Zugang zu Bildung. Dieser Fokus, der in den Empfehlungen letztendlich entstanden ist, hat sich also aufgrund der Debatte, die im Bürgerforum geführt wurde, in dieser Form entwickelt.

Haben wir seitens des Bürgerforums die Fragen beantwortet, die Sie gestellt haben? Möchte jemand vom Jugendforum vielleicht noch ergänzend etwas sagen?

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Dehmel möchte noch ergänzen.

Jonas Dehmel (Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V.): Ja, genau. – Ich möchte noch einmal auf die Frage von Herrn Dr. Miller eingehen, wie oft man Katastrophenschutzübungen an Schulen durchführen sollte. Dazu muss ich ehrlicherweise sagen, dass uns während der Kinder- und Jugendbeteiligung ein wenig die Zeit gefehlt hat, um das zu vertiefen. Meines Erachtens wäre es durchaus sinnvoll, dass man, wenn an der Schule eine Feuersalarmübung durchgeführt wird, der Unterricht dann ohnehin schon gestört und nichts mehr zustande kommt, was unterrichtstechnisch relevant ist, noch einen Schritt weitergeht und noch eine zusätzliche Übung einfügt – das kann man dann auch gern regionsspezifisch machen –, um darüber aufzuklären und zu informieren, was an anderen Katastrophen noch relevant ist.

In unserer Abschlussdokumentation ist festgehalten, auf welchem Kanal bzw. wie die Kinder und Jugendlichen erreicht werden wollen. Das können Sie sich gern durchlesen, falls Sie Interesse daran haben.

Ich hoffe, damit ist Ihre Frage beantwortet.

Vorsitzender Alexander Salomon: Frau Duhamel möchte auch noch etwas ergänzend beitragen.

Cécile Yvonne Emma Duhamel (Jugendkonferenz): Ich wollte noch einmal kurz reingrätschen. Wir hatten tatsächlich eine mehr oder weniger kurze Diskussion über die Häufigkeit dieser Übungen und sind zu dem Ergebnis gelangt, dass wir meinten, einmal pro Halbjahr wäre eigentlich optimal. Das war dann insgesamt unser Nenner. Wir haben uns dazu noch überlegt, dass diese Übungen immer rotieren und dass wir das breiter fassen, also nicht nur Feuerschutzübungen, sondern auch Amokübungen. Wir hatten auch noch über einige andere Übungen diskutiert, dazu aber keinen gemeinsamen Nenner gefunden. Wir hatten uns auf zweimal pro Jahr, also einmal pro Halbjahr, geeinigt.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Gibt es noch Ergänzungsbedarf, bevor ich gleich noch einmal in die Runde schaue, ob es noch Fragen aus der Runde gibt? – Das sehe ich nicht. Dann hatte Herr Dr. Müller eine Frage angemeldet. Gibt

– 75 –

es noch weitere Nachfragen? – Es gibt noch eine Frage von Herrn Abg. Köhler von der Fraktion GRÜNE. – Gibt es weitere Fragen von den anderen Fraktionen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann zunächst Herr Abg. Köhler, bitte.

Abg. Erwin Köhler GRÜNE: Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Vielen Dank für die ausführliche Beantwortung unserer und auch meiner Fragen. Ich möchte bezüglich der Rückmeldungen, also dieser Blackbox, die es vielleicht auch während des Verfahrens gab – jetzt sind Sie heute da bzw. seid ihr heute da; ich setze das mit dieser Mischform jetzt einfach einmal fort –, ganz klar Folgendes signalisieren: Wir sagen zu, dass wir beim Vorsitzenden im Laufe des weiteren Verlaufs der Enquete-kommission beantragen werden, dass Ihnen, wenn die Handlungsempfehlungen und der Bericht entstehen, eine Ausarbeitung, was die Handlungsempfehlungen aus dem Bürgerforum angeht, zugehen wird, sodass ein Zusammenhang hergestellt werden kann.

Um es tatsächlich noch geschwind zu vertiefen: Vielen Dank für die Erläuterungen zum Jugendforum auf Landesebene, das ja tatsächlich im Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Landesregierung erwähnt wird. Uns hilft es, dass es konkretisiert wird. Wir werden im weiteren Verlauf gern auf euch bzw. auf Sie zurückkommen.

Ich habe noch eine konkrete Frage. Ich halte den Wahlturnus von zwei Jahren für realistisch. Allerdings möchte ich es noch etwas genauer wissen: Auf Landesebene, also top-down sozusagen, einfach einmal loslegen? Frau Kollegin Kliche-Behnke hat gesagt: Wir sind auf der Kreisebene noch nicht so weit. Aber haben wir die Zeit? Kann man diese Struktur auch von oben schaffen? Wie ist diesbezüglich euer Eindruck? Es gibt bereits Beteiligungsnetzwerke, die die Infrastruktur dafür zur Verfügung stellen könnten, beispielweise Jugendzentren in Kreisen oder Stadt- und Kreisjugendringe.

Spannend finden wir immer das Vakuum zwischen politischer Bildung, sich also zu informieren und Demokratie zu erleben, und der Entscheidung, bei einer Partei mitzumachen. Ich persönlich sehe ein Jugendforum auf Landesebene ohne Parteizugehörigkeit, um dieses Niederschwellige wirklich auch zu schaffen. Ein Mitglied des Jugendforums darf in einer Partei mitmachen, aber es sollte eigentlich keine Fraktionen verschiedener Parteien geben, wie es beim Jugendgemeinderat der Fall ist, sondern eine parteifreie gemeinsame Arbeit.

Wie bewerten Sie bzw. wie bewertest du das Bestreben, diesem Jugendforum auf Landesebene ein Verbandsrecht einzuräumen, sodass es bei Ausschuss- sowie Plenarvorlagen des Landtags ein Anhörungsrecht hat, wie es in den §§ 41a bzw. 41b der Gemeindeordnung verankert ist?

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann Herr Dr. Müller, bitte.

– 76 –

Dr. Christoph Müller, externes Mitglied: Ich habe eine sehr konkrete Frage. Mir ist in der Abschlussdokumentation „Kinder- und Jugendbeteiligung“ ein bestimmter Absatz aufgefallen. Zum Hintergrund: Ich arbeite bei der Netze BW GmbH, einem Netzbetreiber. Das heißt, das Thema Stromausfall treibt mich beruflich sehr um. Mir ist aufgefallen, dass das, was auf Seite 9 zum Stromausfall steht, es komplett anders denkt, als wir es klassisch denken. Könnte jemand der Anwesenden vielleicht noch ein, zwei Sätze dazu ausführen, wie die entsprechende Diskussion gelaufen ist?

An Sie, Frau Schmitt, habe ich die Frage, ob es Dokumentationen aus den Workshops gibt, die wir bekommen könnten, damit wir uns damit näher auseinandersetzen können.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich gebe das Wort Frau Schmitt. Die weiteren Angesprochenen können dann das Wort einfach selbst ergreifen.

Melanie Schmitt (Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V.): Wunderbar. – Herr Dr. Müller, wir haben eine Kartenabfrage durchgeführt und haben die gesamten Ideen zum Stromausfall abfotografiert. Wir können Ihnen gern die entsprechenden Bilder zusenden. Daraus geht dann noch einmal einiges hervor.

Dr. Christoph Müller, externes Mitglied: Vielen Dank. Spannend.

Melanie Schmitt (Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V.): Jetzt weiß ich nicht, inwiefern das Ihren Annahmen widerspricht.

Dr. Christoph Müller, externes Mitglied: Nein, das widerspricht sich nicht. Mich interessiert nur diese Diskussion, denn über Gesellschaftsspiele in diesem Zusammenhang haben wir im Unternehmen z. B. noch nie nachgedacht. Ich stelle fest: Da ist eine ganz andere Kreativität vorhanden. Ich glaube jetzt, ehrlich gesagt, nicht, dass wir ein Gesellschaftsspiel auflegen würden. Aber das war für mich ein Zeichen, dass ich gesagt habe, ich möchte mich mit dieser Session gern einmal auseinandersetzen, weil dort anders über das Problem nachgedacht worden ist, als wir darüber nachdenken. Ich erhoffe mir einfach kreative Impulse von dem, was ich da dann sehen werde.

Melanie Schmitt (Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V.): Okay.

Dr. Claudia Bosch (nexus Institut): Ich möchte noch kurz etwas zum Jugendforum auf Landesebene sagen. Mit dem Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz werden wir in den nächsten zwei Jahren Kreisjugendräte erproben. Auch auf Bundesebene gibt es dazu einen Verbund. Heute ist auch der Sprecher dieses Bündnisses anwesend. Von diesen verschiedenen Ebenen kann man lernen, was gut läuft und was schlecht läuft.

– 77 –

Zur Parteizugehörigkeit möchte ich anmerken, dass jeder Jugendgemeinderat anders aufgebaut ist. Es gibt Jugendräte mit einem Quotensystem, das über Schulen funktioniert, das über Vereine funktioniert, sowie mit völlig frei gewählten Mandatsträgerinnen und -trägern. Wie man es dann aufbaut, kann man also frei erproben. Aber es ist nicht eine feste Sache.

Matteo Haag (Jugendkonferenz): Ich fahre dann mal fort. – Dass es im Koalitionsvertrag steht, finde ich schon mal super. Ich hoffe natürlich, dass den Worten dann auch Taten folgen werden.

Gerade beim Punkt „Parteizugehörigkeit“ bin ich ganz bei Ihnen. Auch ich glaube, dass ein parteiloses Gremium die richtige Wahl wäre; denn jemanden nur aufgrund seiner Partei in einem Jugendgremium zu haben, fände ich persönlich falsch. Jeder von Ihnen wird es kennen: Man stimmt nicht immer mit allem überein, was die Partei sagt. Gerade die Jugendorganisationen der Parteien haben meistens noch einmal ganz andere Forderungen als die Parteien selbst. Deshalb bin ich da ganz bei Ihnen.

Sie haben noch die Struktur von oben angesprochen und gefragt, ob man damit beginnen kann. Ich denke, aller Anfang ist ein Anfang. Es ist erst einmal wichtig, überhaupt zu beginnen. Ich bin der Überzeugung, dass man genauso auf Landesebene Vorbild und Vorreiter sein kann. Das gilt nicht nur für die Kreisjugendbeteiligung in Baden-Württemberg, sondern vielleicht gelingt es auch bundesweit, eine Beteiligungsmöglichkeit für Jugendliche zu schaffen. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Struktur von oben auch möglich ist, vielleicht sogar auch in einer Vorreiterrolle für andere Projekte.

In Bezug auf das Verbandsrecht hatten Sie auf die §§ 41a und 41b der Gemeindeordnung verwiesen. Hinsichtlich eines solchen Rede- bzw. Beitragsrechts bin ich der Überzeugung, dass genau so etwas eine Möglichkeit darstellt, eben nicht nur in Form von Handlungsempfehlungen, sondern tatsächlich auch von Vorlagenempfehlungen etwas in das Parlament hineinzugeben, damit eine aktivere Gestaltung der Politik erfolgen kann.

Ich hoffe, damit sind Ihre Fragen beantwortet.

Vorsitzender Alexander Salomon: Möchte sich von Ihrer Seite noch jemand äußern? – Das ist nicht der Fall. Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir jetzt zum Ende der Frage- und Diskussionsrunde.

Dann darf ich mich im Namen der kompletten Enquetekommission nochmals außerordentlich bei Ihnen allen – beim Bürgerforum und bei der Kinder- und Jugendbeteiligung – dafür bedanken, dass Sie so lange durchgehalten haben. Wir haben es ja gehört: Man hat dort intensive Diskussionen geführt. Natürlich hätten wir Ihnen gern mehr Zeit gegönnt, aber auch wir haben nicht so viel Zeit. Deswegen waren wir auf

– 78 –

Ihre Erkenntnisse angewiesen und werden sie sicherlich in unsere Arbeit einfließen lassen. In welcher Form, werden Sie dann live erleben. Herr Köhler hatte eben bereits angekündigt, dass Sie dazu eventuell noch einmal befragt werden. Dazu bedarf es natürlich noch einmal einer Behandlung in der Enquetekommission.

Ich darf mich auch noch einmal beim nexus Institut, bei Frau Dr. Bosch, beim Jugendgemeinderat Baden-Württemberg, bei Ihnen, Frau Schmitt und Herr Dehmel, bedanken, dass Sie das für uns durchgeführt und es auch so erfolgreich durchgeführt haben, sodass wir das heute anhören konnten.

Ich darf auch noch meinen Dank an all diejenigen richten, die heute zusätzlich, also über die Delegierten hinaus, aus dem Bürgerforum sowie aus dem Kinder- und Jugendbeteiligungsformat gekommen sind.

Jetzt ist es noch nicht genug des Dankes, sondern ich darf mich auch bei der Mitarbeiterin der Enquetekommission, Frau Otto, die heute leider nicht anwesend sein kann, bedanken, die das für uns gemanagt hat, ebenso bei all denen in dieser Runde, die daran teilgenommen haben. Sie haben sicherlich auch dazu beigetragen, dass der Prozess jetzt so ausgefallen ist, wie er ausgefallen ist.

Jetzt ende ich auch an dieser Stelle, weil wir in die Mittagspause eintreten. In dieser gibt die Möglichkeit, sich mit Ihnen allen austauschen. Bleiben Sie also alle da, gern auch Sie im Publikumsbereich. Ein Stockwerk tiefer gibt es einen Mittagsimbiss. Dort können Sie dann in einen Austausch mit uns kommen.

Bevor das stattfindet, bitte ich alle Delegierten und alle, die hier sitzen, hierher nach oben zu kommen, weil wir noch ein Foto machen wollen, und zwar zuerst die Delegierten des Bürgerforums, danach die Delegierten aus dem Kinder- und Jugendformat, und dann machen wir abschließend noch ein gemeinsames Foto mit allen Mitgliedern der Enquetekommission.

Wir fahren mit der öffentlichen Anhörung zum Thema „Repräsentation und Teilhabe“ um 14:00 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung von 13:05 Uhr bis 14:02 Uhr)

– 79 –

Punkt 3
Öffentliche Anhörung
zum Thema „Repräsentation und Teilhabe“

Vorsitzender Alexander Salomon: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie zur öffentlichen Anhörung zum Thema „Repräsentation und Teilhabe“ begrüßen. Der Ablaufplan liegt Ihnen allen vor.

Zunächst hören wir Herrn Dr. Fuhrmann. Er ist Politikwissenschaftler und Direktor der Akademie Lernende Demokratie von Democracy International e. V. in Köln. – Herr Dr. Fuhrmann, Ihnen stehen 20 Minuten zur Verfügung, in denen Sie zunächst einmal etwas darstellen können.

(Ein Handout wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dr. Fuhrmann: Meine Damen und Herren, werte Mitglieder der Enquete-kommission, liebe Krisengeplagte! Wir leben ja in Zeiten, in denen man gern auch von „Polykrisen“ spricht. Ich verdeutliche das gern, indem ich sage, wir haben nicht nur eine Art exponentielles Wachstum an Krisen, die mehr oder weniger wie Wellen auf uns einstürmen, sondern wir haben auch zusätzlich noch eine Art exponentielles Wachstum an Erwartungshaltungen und an Sensibilitäten, was z. B. die richtige Ansprache betrifft. Das heißt kurzerhand: Das, womit Sie sich beschäftigen, wofür Sie gewählt werden, ist nicht unbedingt einfacher geworden.

Ich will in den verbleibenden 19 Minuten ganz bewusst auf eine Metaebene gehen. Das sehen Sie auch schon ein wenig an dem Titel, den ich diesem Papier zugrunde gelegt habe: „Krisenfit durch Demokratiep Politik“. Denn es gibt keine Krisenfestigkeit. Das ist so ähnlich wie Bruchfestigkeit. Es macht aber durchaus Sinn, sich zu überlegen: Wie können wir so fit sein, dass wir mit Krisen souverän umgehen? Ich wohne am Bodensee im schönen Wallhausen und bin jemand, der gern segelt. Ich habe in der Zeit, als ich im Ausland war, die sogenannte Starkwindberechtigung erworben, das heißt, ich darf quasi bei jedem Wetter auf den Bodensee, also auch, wenn Sturmwarnung ist. Für einen – ich will niemandem zu nahe treten – üblichen „Süßwasser-Kapitän“ wird es, wenn es ein bisschen auffrischt, oft zu einer Krise. Man sucht lieber einen sicheren Hafen auf. Wenn man – wie jetzt das Team Malizia beim Ocean Race – ein super Boot, ein Superteam hat, dann fängt bei einem Sturm eigentlich erst der Spaß an.

Das heißt, die entscheidende Frage lautet: Wie können wir als Gesellschaft, aber eben zentral, letztendlich orchestriert durch das Zusammenspiel von Politik und Verwaltung, die Krisenfitness in unserem Land stärken? Ich habe dazu heute Vormittag beim Durchblättern des „Südkuriers“ eine sehr schönen Beilage gefunden: „50 Jahre Landkreis Konstanz“.

– 80 –

(Der Redner hält die Zeitungsbeilage „50 Jahre Landkreis Konstanz“ hoch.)

Es ist wunderbar zu sehen, wie sich alle Sektoren stolz preisen, wie innovativ und dynamisch sie sind. Auf der vorletzten Seite steht: „Verwaltung und Politiker versuchen immer öfter, Bürgerinnen und Bürger direkt zu beteiligen.“ Bei dem Wort „versuchen“ bekam ich eine Krise. Ich selbst – erlauben Sie mir das, um ein bisschen die Kompetenzvermutung bei Ihnen anzuheben, warum ich hier vorn stehe – habe im Prinzip drei Hintergründe, mit denen ich versuche, Ihnen eine gewisse Kompetenz zu vermitteln.

Erstens: Ich bin Verfahrensforscher, ich beschäftige mich also mit der Fülle an neuen partizipativen, agilen Methoden und Verfahren. Ich habe u. a. vor einigen Jahren für den Zweiten Engagementbericht der Bundesregierung ein Gutachten darüber geschrieben, was wir denn überhaupt über Beteiligungsverfahren wissen. Der Kern dieser Verfahrenstheorie ist: Wie kann ich erkennen, ob Beteiligung Sinn macht – denn Beteiligung erhöht erst einmal immer die Komplexität –, und wie kann ich dann erkennen, wann welche Methode wie angesetzt und angepasst werden sollte?

Zweitens: Ich forsche und lehre in diesem Bereich u. a. an der Universität Tübingen, am Weltethos Institut. Aktuell führe ich beispielsweise gemeinsam mit dem Umweltbundesamt und der Stadt Tübingen einen Projektkurs durch, bei dem es um das Thema Transformationsgovernance geht, und zwar insbesondere bei der Frage, welche Rolle die Digitalisierung für die Entwicklung der Innenstadt von Tübingen spielen wird.

Drittens: Ich bin in diesem Feld auch als Berater mit dem Schwerpunkt „Organisations- und Demokratieentwicklung“ unterwegs. Die Akademie Lernende Demokratie von Democracy International, mit der ich hier offiziell firmiere, hatte beispielsweise gerade in Mexiko ein Global Forum on Modern Direct Democracy mit 1 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 60 Ländern organisiert. Wir leben hier im Schlaraffenland der Demokratie, und trotzdem unterhalten wir uns heute über das Thema, wie die Krisenfitness durch mehr Repräsentation und Teilhabe gesteigert werden kann.

Ich will drei Beispiele nennen bzw. drei Begriffe einführen, die das Ziel haben, am Ende zu Empfehlungen zu kommen, die helfen, nicht nur die Krisenresilienz, sondern – wie gesagt, ein bisschen überspitzt formuliert – auch die Krisenvitalität kontinuierlich zu steigern.

Ich beginne bewusst – das sehen Sie auf dieser Grafik – mit einem Bild aus dem Februar 2020. Sie erinnern sich noch – ich war damals Mitglied der Enquetekommission im Landtag Nordrhein-Westfalen, wo es auch schon um das Thema „Stärkung der Demokratie“ ging –: Da war schon absehbar, dass Corona auch uns treffen wird. Als Verfahrensforscher habe ich damals einige Kollegen und Bekannte aus dem Si-

– 81 –

cherheitssektor, aus der Luft- und Raumfahrt, also aus der Wirtschaft, und aus anderen Sektoren eingeladen. Wir haben uns Ende Februar, Anfang März getroffen und haben angefangen zu überlegen: Was können wir nicht nur aus dem herkömmlichen Krisenmanagement lernen, sondern braucht es eventuell noch mehr? Der Begriff „Governance“, der immer wieder auftaucht, kommt ursprünglich vom Wort „gubernare“, also: „Navigieren eines Schiffes“. Deswegen verwende ich auch dieses Bild. Wir sagen immer gern, Governance beginnt in dem Moment, in dem man die Ziele mit den klassischen Ressourcen von Politik, nämlich Macht und Geld, nicht erreichen kann oder will. Governance beginnt also immer in dem Moment, in dem man letztendlich auf Kollaboration, auf Partizipation, auf Mitwirkung setzen will oder muss.

Die Frage lautete also: Wie kann das Krisenbewältigungspotenzial eines Teams, einer Organisation, eines Gemeinwesens hochgefahren werden und auf das ausgerichtet werden, um das es wirklich geht? Ich werde die hier dargestellten verschiedenen Kurven nicht im Einzelnen durchgehen. Am Anfang hatten wir uns natürlich nur mit der Frage beschäftigt: Wie kommt man gut in die Krise hinein? Im Laufe der Jahre 2020/2021 wurde in einer Fülle von Trainings- und Beratungsprozessen deutlicher, dass es nicht nur wichtig ist, wie man hineinkommt, sondern auch, wie man herauskommt, und zwar so herauskommt – das ist letztendlich die Vision –: Können wir Krisen so meistern, dass wir danach besser dastehen als davor? Im Privaten würde man sagen, das sei weise und klug, das sei ein reifer Umgang. Ist das auch für Gemeinwesen möglich?

Demnächst wird als Working Paper bei der intersektoralen School of Governance der Dualen Hochschule eine ausführlichere Fassung erscheinen. Wenn Sie Interesse daran haben, können Sie gleich natürlich auch noch gern nachfragen.

Der entscheidende Punkt ist, wie die Krise mit dem Moment der Ausrufung beginnt. Es ist wichtig, wie ich ausrufe. Bildlich gesprochen zieht der Sturm auf. Ich bin mit meinem kleinen Segelschiff auf dem Meer. Rufe ich „Rette sich, wer kann!“, und Panik bricht aus, oder sage ich: „Leute, solch einen Sturm habe ich bis jetzt noch nie erlebt. Jetzt zeigen wir, was wir können“? Wir haben ja bei Selenskyj gesehen, wie wichtig Führung und die Art und Weise – wie man das framt, wie man das adressiert – sind.

Spannend war in der Arbeit in der Enquetekommission dann insbesondere auch die Frage – das ist in dieser Darstellung mit „Koordinieren“, „Kollaborieren“ und „Entscheiden“ beschrieben –: Wie kann Beteiligung auch in der Krise stattfinden? Als jemand, der sich seit mittlerweile mehr als 20 Jahren mit dieser wunderbaren Fülle an neuen partizipativen Verfahren beschäftigt, kann ich Ihnen sagen: Wir haben mehr als genug Methoden und Verfahren. Wir haben eher das Problem, dass wir einen übertollen Werkzeugkasten haben. Das Problem ist allerdings, dass die meisten nicht bekannt sind, weil es noch nicht gelehrt wird. Aber dazu komme ich zum Schluss.

– 82 –

Damit komme ich zum zweiten Punkt, und zwar zur Transformationsgovernance. Wie gesagt, das ist ein aktuelles Thema, mit dem wir uns gerade besonders intensiv am Weltethos Institut beschäftigen. Transformation hängt natürlich wesentlich damit zusammen; denn „trans“ heißt ja, jenseits zu kommen. Es ist eine Utopie, könnte man vielleicht auch mal sagen, es ist die Hoffnung: Könnte es uns gelingen, die Formen des Zusammenwirkens in einer Gesellschaft so weiterzuentwickeln, dass wir quasi, bildlich gesprochen, schon vor der Welle sind, dass wir also im Prinzip jenseits dieses reaktiven Krisenzustands kommen, in dem wir uns gegenwärtig befinden? Im Augenblick ist das Bild quasi eher: Eine Welle kommt nach der nächsten. Seit 2008, also quasi seit der Finanzkrise, hat man das Gefühl, es hört gar nicht mehr auf. Es findet ja auch eine gewisse Ermüdung statt.

Eines meiner absoluten Herzensanliegen ist das Feld der Verwaltungsentwicklung. Ich arbeite unglaublich gern mit öffentlichen Verwaltungen zusammen, weil ich finde, dass deren Arbeit sehr unterschätzt wird. Ich selbst bin, da mein Vater entsandt war, den größten Teil meiner Jugend in Ländern aufgewachsen, in denen die öffentliche Verwaltung hätte besser sein können. Daher ist es ein Segen, in einem Land zu leben, in denen man sich auf die öffentliche Verwaltung verlassen kann.

Dennoch eine These, für die es auch empirische Belege gibt: Aus meiner Sicht haben wir nicht in erster Linie eine Krise der Demokratie, sondern wir haben in erster Linie eigentlich eine Krise der öffentlichen Verwaltung. Es gibt eine Art ungeschriebenen Vertrag, den ich folgendermaßen formulieren würde: Wir zahlen brav unsere Steuern und Abgaben, und dafür erwarten wir in gewissem Sinn – das ist das klassische Modell – vom Staat, dass er für uns dann auch die Probleme löst. Dies hat insbesondere in den letzten Jahren stark gelitten. Dass wir jetzt diese Transformationsdiskurse haben, zeigt ja auch, wie wichtig es ist. Im aktuellen Koalitionsvertrag auf Bundesebene heißt es „Mehr Fortschritt wagen“, so ähnlich wie bei Willy Brandt mit „Mehr Demokratie wagen“. Als Verfahrensforscher und Verfahrensexperte, der mittlerweile seit mehr als 25 Jahren im In- und Ausland in verschiedenen Branchen praktisch und wissenschaftlich tätig ist, kann ich sagen: „Nein, es geht nicht ums Wagen – es geht ums Können. Wir können es.“ Man kann Transformation lernen, genauso wie man Beteiligung lernen kann, genauso wie man auch Krisenbewältigung lernen kann. Aber entscheidend ist: Das geht nur lernend. Das ist das Leitbild. Deshalb stehe ich ja auch unter dem Begriff der Lernenden Demokratie. Sie ist angelehnt an das Konzept der Lernenden Organisation.

Wenn Sie sich hier in Baden-Württemberg, einem ja doch recht starken Wirtschaftsstandort, einmal mit den Unternehmen beschäftigen, die trotz der hohen Kosten in ihrem Bereich weiterhin weltmarktführend sind, werden Sie feststellen, dass fast all diese Unternehmen in der einen oder anderen Form lernende Organisationen sind. Das heißt, ihnen ist völlig klar, dass sie nur erfolgreich sind, wenn auf allen Ebenen regelmäßig, oft sogar täglich – man nennt das dann Stand-up oder Daily – innegehalten wird und nicht nur reflektiert wird, was wir getan haben, sondern wie wir es getan haben und wie wir es nicht nur besser machen können, sondern wie wir selbst auch

– 83 –

lernen können, besser bzw. frühzeitig zu erkennen, was die Herausforderungen sind, und sie gemeinsam gut anzugehen. Genau das sind die Voraussetzungen, und die gilt es, auch zu übersetzen.

Wir haben uns deshalb damals, als wir mit dem Thema „Lernende Demokratie“ begonnen haben, bewusst auch einmal im Land mit verschiedenen Organisationsentwicklern aus führenden Unternehmen in Baden-Württemberg getroffen und haben sie einfach gefragt: Was könnte die Lernende Demokratie von lernenden Organisationen wie euch lernen? Zentral sind Begriffe wie partizipativ, cokreativ – so wird es heute auch gern genannt; Sie sehen, es geht sehr stark um intrinsische Motivation –, innovativ und natürlich das heute entscheidende Wort – fast nirgendwo mehr zu verhindern – „agil“.

In der zweiten Grafik sehen Sie eine sehr vereinfachte Form der Herausforderungen von Demokratiep Politik. Sie können sich das wie eine Art politischen Wertschöpfungsprozess vorstellen. Man spricht heute auch gern davon, dass es in der Politik um die Coproduktion von Gemeinwohl geht. Coproduktion macht deutlich, dass es eigentlich nur transsektoral geht. Ebenso wie bei der Krisengovernance die große Frage ist, wie es uns gelingen kann, dass jede Institution, jeder Akteur, jedes Individuum dort, wo sie/er/es seine besonderen Stärken hat, weiß, was es beitragen kann, und dabei gut unterstützt wird, geht es eben auch bei der Coproduktion von Gemeinwohl um die Frage: Wie können diese verschiedenen Schnittstellen gut funktionieren?

Sie sehen: Wenn es um das Thema Beteiligung geht, geht es nicht nur um die Frage der vorgelagerten Beteiligung, sondern auch um die der nachgelagerten Beteiligung.

Beispielsweise war ein Ergebnis aus einer Evaluation, die ich vor einigen Jahren für die Stadt Leipzig durchführen durfte – dabei ging es um die Evaluation der Beteiligungskultur und Praxis der Stadt Leipzig –, dass 70 % der Beteiligungsprozesse dort nachgelagerte Beteiligung sind. Das ist nicht schlecht, aber nachgelagerte Beteiligung heißt: Es ist im Prinzip schon entschieden, und jetzt dürfen die Anwohnerinnen und Anwohner z. B. darüber entscheiden, ob die Bank rot oder gelb wird. Das ist nicht unbedingt das, was sich viele erhoffen.

Ein zweites interessantes Ergebnis war auch – Sie sehen es hier an den Schnittstellen 5, 6 und 7 –: Wir denken oft, dass die eigentliche Herausforderung darin besteht, die Marginalisierten einzubinden. Wir haben aber festgestellt, dass die Wirkmächtigen am schwierigsten in Beteiligungsprozesse einzubinden sind; denn Macht definiert sich dadurch, dass sie ja nicht muss. Sie muss ja nicht in Kommunikation treten, sie kann sich der Kommunikation entziehen.

Aber auch darauf will ich an dieser Stelle nicht näher eingehen. Inzwischen sind wir bei insgesamt zwölf Schnittstellen gelandet, weil wir festgestellt haben, dass eine der wichtigsten Schnittstellen fehlt, nämlich die Schnittstelle in die Zukunft. Das Problem ist allerdings, dass die zukünftigen Generationen zum großen Teil noch nicht gebo-

– 84 –

ren sind. Eine spannende Frage, die auch heftig debattiert wird, ist beispielsweise: Wie können wir sicherstellen, dass zukünftige Generationen bei heutigen Prozessen bereits mitbedacht werden?

Ebenso wichtig ist aber auch eine Schnittstelle in die Vergangenheit. Auch da gibt es vieles zu lernen und mitzunehmen.

Sicherlich werden sich noch mehr Schnittstellen ergeben. Sie können sich dieses Bild wie eine Art Bewässerungssystem eines Gartens vorstellen. Wenn es in diesem politischen Wertschöpfungsprozess an einer Stelle stockt, dann gerät das gesamte politische System in eine Krise.

Dazu ein ganz einfaches praktisches Beispiel: Ich habe vor etwa zehn Jahren eine Kommune über drei, vier Jahre bei einer umfassenden integrierten Stadtentwicklung begleitet. Ich hatte von Anfang an gesagt, es ist wichtig, dass wir nicht nur vorgelagerte Beteiligung – Schnittstelle 1 – machen, sondern dass wir eben auch die Schnittstellen 3 – Verwaltungsinterne Zusammenarbeit – und 5 – Einbindung von Politik-/Verwaltungsspitzen – machen, dass wir also auch die Verwaltung stärker einbinden und das Zusammenspiel mit der Verwaltung berücksichtigen.

Was ist passiert? Nach zwei Jahren gab es eine Art kleinen Aufstand von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die gesagt haben: „Wir beteiligen die Bürger mehr als uns selbst. Wir, die Verwaltung, wünschen uns auch, beteiligt zu sein.“ Das heißt – das ist für mich ein ganz zentrales Anliegen –, wenn wir wirklich zu einer krisenfesten Gesellschaft kommen wollen, müssen wir beim Zusammenspiel von Politik und Verwaltung ansetzen.

Ich komme zu meinen Empfehlungen. Diese Empfehlungen basieren sowohl auf der Arbeit der Enquetekommission in Nordrhein-Westfalen als auch auf einem Hearing am Ende der letzten Legislaturperiode im Bundestag, an dessen Organisation ich mitgewirkt hatte.

Es stellt sich die Frage: Was braucht es dafür, um dieses Politikfeld der Demokratiep Politik zu verankern? Demokratiep Politik ist quasi das Politikfeld, das sich um die Voraussetzungen dafür kümmert, dass alle anderen Politikfelder gut gelingen, und zwar so, dass wir vorzugsweise die Probleme schneller erkennen und lösen, bevor sie zu einer Krise führen.

Zunächst einmal braucht es eine Demokratieentwicklungssatzung. Diesbezüglich ist Baden-Württemberg tatsächlich schon hervorragend vorangestürmt, insbesondere durch die Arbeit der ehemaligen Staatsrätin Erler und der jetzigen Staatsrätin Bosch. Auf kommunaler Ebene haben das relativ viele Kommunen, wobei das meiste doch noch recht unverbindlich ist. Da ist also noch ganz viel Luft nach oben. Es geht nicht nur darum, die Bürgerinnen und Bürger „gnädigerweise“ einzubeziehen, sondern es

– 85 –

geht um den gesamten Kreislauf, insbesondere um die Frage der Parlaments- und der verwaltungsinternen Zusammenarbeit.

Zweitens: Es braucht eine Stelle, und zwar am besten beim Landtag und nicht beim Staatsministerium angesiedelt. Sie sind gewählt. Sie sind die Hüterinnen und Hüter der Demokratie. Die Weiterentwicklung der Demokratie ist Ihre Kernaufgabe oder sollte es zumindest sein. Beim Bundestag entsteht gerade so etwas im Kleinen für die Bürgerinnen- und Bürgerräte, die jetzt eingeführt werden sollen, immerhin 15 Personen. Ich würde eher ein Modell empfehlen, wie man es von der kommunalen Ebene her z. B. in Potsdam kennt, also eine hybride Stelle. Das heißt, man hat dann sowohl Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem öffentlichen Bereich als auch aus der Zivilgesellschaft.

Drittens – das ist ganz entscheidend – geht es um die Entwicklung der entsprechenden Kompetenzen, also dieses ganze Thema, wie man agil, wie man partizipativ, z. B. auch die Arbeit einer Enquetekommission, moderiert. Da gibt es wunderbare Verfahren, die die Cokreativität, die hier im Raum ist, deutlich erhöht. Das heißt, es braucht diese Expertise im Haus. Das ist aus meiner Sicht das entscheidende Thema.

Ich will mit einem kleinen Ausblick schließen. Gegenwärtig ist das Land Baden-Württemberg ja doch recht berühmt für seine tolle Technologie, insbesondere in Form von Autos. Was wäre, wenn in zehn Jahren die internationale Reputation von Baden-Württemberg wesentlich daher rührt, dass wir im Bereich politischer und organisationaler Techniken und Innovationen führend sind? Denn darüber reden wir. Das sind die wahren Zukunftsinnovationen des 21. Jahrhunderts: Wie schaffen wir es gemeinsam, auf globaler Ebene, die großen, immensen Herausforderungen so anzugehen, dass zukünftige Generationen sagen: „Danke, gut gemacht“? – Ich bedanke mich.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Fuhrmann. – Als Nächste spricht Frau Professorin Geißel, die eine Professur für Staat und Politik mit dem Schwerpunkt „Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext“ hat. Sie ist Leiterin der Forschungsstelle Demokratische Innovationen an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Sie ist uns digital zugeschaltet.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Dr. Geißel: Erst einmal herzlichen Dank für die Einladung zur Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“.

Was habe ich heute mit Ihnen vor? Mein Fahrplan sieht folgendermaßen aus:

– 86 –

Erstens: Wozu Bürgerbeteiligung/partizipative Innovationen? – Herr Fuhrmann hat das schon wunderbar zusammengefasst, aber dazu noch ein paar Anmerkungen von mir.

Zweitens: Beispiele für Beteiligungsverfahren.

Drittens: Erfolgsbedingungen gelungener Bürgerbeteiligung.

Viertens: Wie Politikverdrossene einbeziehen?

Fünftens: Ausblick.

Es sind ein paar Folien mehr. Ich kann nicht alle vorstellen und werde daher einige überspringen. Entweder zeige ich sie dann noch in der Diskussion – oder sie sind vielleicht nicht so interessant für Sie.

Was soll das Ganze überhaupt? Wieso Bürgerbeteiligung? Herr Fuhrmann hat bereits darauf hingewiesen: Es geht um das Versprechen der Demokratie: „Herrschaft des Volkes“, „kollektive Willensbildung“ und Entscheidungsfindung. Das ist – das sehen wir ganz deutlich – nicht mehr nur mit Wahlen, Vertretung oder Repräsentation einlösbar. Deswegen erfolgt ja auch die Suche nach innovativen Bürgerbeteiligungsformaten, also all diese neuen Arrangements und Praktiken zur Bürgerbeteiligung mit dem Ziel, Demokratie zu verbessern. Sie kennen sicherlich die Umfragen und das Problem, dass viele, also eine große Mehrheit, kein Vertrauen mehr in die Politik haben. Es gibt dazu unterschiedliche Prozentzahlen und unterschiedliche Studien. Nach einer Studie haben 78 % der befragten Bürgerinnen und Bürger kein Vertrauen oder wenig Vertrauen in die Politik. Ungefähr genauso viele haben den Eindruck, dass sich Politiker nicht um das kümmern, was „Menschen wie wir“ eigentlich brauchen.

Noch einmal: Wahlen reichen nicht. Wir brauchen neue Formen der Beteiligung. Es ist mir sehr wichtig, noch einmal zu sagen, dass diese Bürgerbeteiligung demselben Ziel dient wie die repräsentative Demokratie. Es geht also immer um die Herrschaft des Volkes – wie immer man sie definiert –, um gute kollektive Willensbildung und Entscheidungsfindung. Es ist also kein Gegeneinander, sondern ein Miteinander, und es kann auch nur miteinander funktionieren.

Hier eine kurze Übersicht über die verschiedenen Beteiligungsverfahren. Es gibt Beteiligungsverfahren, die sich in erster Linie an die Öffentlichkeit richten, z. B. deliberative Verfahren, die nicht mit der Politik verbunden sind. Dann gibt es deliberative Beteiligungsverfahren, die eine Verbindung zu den Entscheidungsträgerinnen und -trägern haben. Das sind z. B. Bürgerhaushalte, Mini-Publics oder Bürgerräte, die gemeinsam mit der Politik oder auch von der Politik initiiert werden. Weiterhin gibt es natürlich auch noch die Möglichkeiten direktdemokratischer Verfahren, also Volks-

– 87 –

entscheide, die direkt Entscheidungen fällen. Das ist lediglich ein grober Überblick über die verschiedene Varianten, die es gibt.

Ich komme jetzt auf unterschiedliche Verfahren zu sprechen und möchte einige davon vorstellen.

Generell muss man sich immer wieder vor Augen führen, dass unterschiedliche Verfahren attraktiv für unterschiedliche Bürger sind, und man wird mit unterschiedlichen Verfahren auch zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, was wir z. B. in Bezug auf die Bürgerhaushalte gesehen haben, jedenfalls in den Kommunen, die unterschiedliche Verfahren angewandt haben. Zu nennen sind beispielsweise „offene“ Versammlungen im Rathaus. Man macht also ein offenes Treffen für alle, die kommen wollen. Dann kommen natürlich die üblichen Verdächtigen, doch sehr häufig eher die Männer, auf jeden Fall ein gut ausgebildetes Klientel, und auch häufig die etwas älteren Bürgerinnen und Bürger.

Die Onlineverfahren haben einen etwas anderen Zuschnitt. Dort gibt es den bekannten Digital Divide, der sich jetzt erheblich verschoben hat. Aber auch damit sprechen Sie natürlich eine ganz bestimmte Gruppe an. Wenn Sie eine aufsuchende Beteiligung machen, sprechen Sie noch einmal eine andere Gruppe an. Es geht nur darum, ein Bewusstsein dafür zu haben: Unterschiedliche Verfahren sind attraktiv für unterschiedliche Bürger.

Im Folgenden werde ich noch Ausführungen zum direktdemokratischen Verfahren machen. Sie kennen es alle: Das ist ein bisschen, wie Eulen nach Athen zu tragen. Danach werde ich noch etwas zum dialogorientierten Verfahren, zum Bürgerrat und schließlich zu Verfahrenskombinationen sagen.

Direktdemokratische Verfahren kennen Sie: Top-down-Verfahren, entweder Top-down-Referenden, von den unterschiedlichen demokratischen Institutionen – Exekutive, Legislative – initiiert, oder die obligatorischen Referenden, die wir aus Irland kennen. Die Bottom-up-Verfahren sind Gesetzesinitiativen oder die Initiativen von unten gegen ein bestehendes oder ein geplantes Gesetz.

Im Augenblick interessanter und in Baden-Württemberg auch sehr verbreitet sind die dialogorientierten Verfahren. Die OECD spricht sogar von einer „deliberativen Welle“. Darunter ist eine ganze Menge an unterschiedlichen Verfahren zu finden, beispielsweise die Bürgerräte, die gerade sehr beliebt sind, oder auch die Mini-Publics im internationalen Sprachgebrauch, die alten Planungszellen, Beteiligungsräte, Citizens' Juries usw.

Hinter diesen dialogorientierten Verfahren steht die Idee, dass sich Bürger zusammenfinden und gemeinsam über politische Angelegenheiten diskutieren – von Gemeindeversammlungen über lokale Agenda 21 bis hin zu Bürgerhaushalten, eine

– 88 –

große Spannweite: ganz kleine Gruppen, ganz große Gruppen, Zufallsauswahl, Selbstrekrutierung. Das hatte ich gerade schon kurz erwähnt.

Jetzt komme ich zu den Bürgerräten, die die Bürgerhaushalte in dem En-vogue-Sein ein Stück weit abgelöst haben. Das Besondere an Bürgerräten besteht darin, dass eine Zufallsauswahl der Teilnehmer erfolgt. Dann gibt es die Phasen der Information, Diskussion und Abstimmung über Empfehlungen, und zum Schluss werden dann die Empfehlungen weitergeleitet.

Was passiert mit diesen Empfehlungen? Es gibt unterschiedliche Varianten. In der Regel übergibt der Bürgerrat die Empfehlung den gewählten Entscheidungsträgern, also beispielsweise dem Klima-Bürgerrat in Frankreich oder auch dem neuen Bürgererrat, der vom Bundestag zum Thema Ernährung initiiert wurde. Das läuft genau nach diesem Verfahren: Die Empfehlungen werden also dem Bundestag übergeben, und der Bundestag entscheidet dann, was damit geschieht.

Wir haben die Variante des Combinings, das heißt, Bürgerrat und Entscheidungsträger arbeiten gemeinsam an neuen Gesetzen. Dafür kann ich Ihnen jetzt kein geeignetes Beispiel nennen, weil der Bürgerhaushalt einen etwas anderen Zuschnitt hat.

Eine weitere Variante wäre: Eine Bürgerratsempfehlung wird Vorlage für einen Volksentscheid. Das war vorab bei der Wahlrechtsreform in British Columbia so abgesprochen. Darauf gehe ich gleich noch näher ein. Ein weiteres Beispiel ist die Verfassungsänderung zum Abtreibungsrecht und zur gleichgeschlechtlichen Ehe in Irland: diskutiert und vorgelegt von einem Bürgerrat, und zwar von einem zufallsausgewählten Komitee. Über solche Verfassungsänderungen entscheidet in Irland das Volk im Wege eines Volksentscheids.

Schauen wir uns doch noch einige andere Verfahrenskombinationen an. Hier sehen Sie drei unterschiedliche Verfahrenskombinationen mitgebracht, bei denen unterschiedlichen Verfahren miteinander verknüpft werden. Das sind zum einen der Ostbelgische Citizen Council, zum anderen die British Columbia Citizens' Assembly on Electoral Reform in Kanada sowie der Verfassungsreformprozess in Island.

Wie einigen von Ihnen bestimmt bekannt ist, ist der Ostbelgische Citizen Council, der erste permanent eingerichtete Bürgerrat in Ostbelgien, also in dem deutschsprachigen Teil von Belgien. Was ist der Witz dabei? Sie sehen hier das Parlament. Es gibt einen Citizen Council oben rechts, und es gibt die Citizens' Assemblies. Der Citizen Council setzt sich aus zufallsausgewählten Bürgern zusammen, die allerdings selbst gar nicht über die einzelnen Themen diskutieren, sondern die die organisatorischen Prinzipien festsetzen und die die Citizens' Assemblies, also die Bürgerräte, unterstützen, die, wie wir es auch hier kennen, zu einzelnen Themen eingerichtet werden, gemeinsam mit dem Parlament entschieden.

– 89 –

Der Citizen Council ist also eine permanente Einrichtung, während die Citizens' Assemblies, also die Bürgerräte, immer nur themenspezifisch zusammenarbeiten. Wenn sie ihre Empfehlungen entwickelt und abgegeben haben, dann ist der Bürgererrat zunächst einmal beendet. Der Citizen Council hingegen ist die ganze Zeit vorhanden und passt auf, dass mit den Empfehlungen auch tatsächlich etwas passiert. Das Parlament hat sich von vornherein bereit erklärt, einen motivated Response, also eine gute Antwort, eine countable Antwort auf diese Empfehlungen zu geben, um sicherzustellen, dass sie nicht einfach in den Schubladen verschwinden.

Wie gesagt, das ist der erste permanente Bürgerrat. Ich weiß, dass jetzt auch einige Kommunen anfangen, darüber nachzudenken. Die Stadt Aachen plant, ebenfalls einen permanenten Bürgerrat einzurichten, und ist damit vermutlich ein Vorreiter. Das hat also doch auch auf andere Gemeinden abgefärbt.

Damit komme ich zum British Columbia Citizens' Assembly on Electoral Reform. Ziel war es, einen Veränderungsvorschlag zum bestehenden Wahlrecht auszuarbeiten. Es war natürlich clever vom Parlament, zu sagen: Es gibt eine Unzufriedenheit mit dem Wahlrecht, aber vielleicht sollte nicht das Parlament selbst über das Wahlrecht entscheiden, sondern wir geben es einer zufallsausgewählten Gruppe, also einem Bürgerrat, wie wir sagen, und die soll eine Empfehlung ausarbeiten, die dann – das war von vornherein so abgesprochen – über die in einem Referendum, in einem Volksentscheid entschieden werden sollte. Auch in diesem Fall sollten also zufallsausgewählte Bürgerinnen und Bürger aus den Wahlbezirken eine Empfehlung für das Wahlrecht aussprechen. Dieses Gremium hat über viele Monate hinweg getagt und hat dann eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen, über die im Wege eines Referendums abgestimmt wurde.

Besonders interessant ist auch die Verfassungsreform in Island, weil dort unterschiedliche Verfahren miteinander gekoppelt wurden. Das National Forum bestand aus zufallsausgewählten Bürgern. Es gab ein aus Experten zusammengesetztes Komitee, dann in der nächsten Runde das Constitutional Council, das von den Bürgern gewählt wurde, dem allerdings keine professionellen Politiker angehören durften. Es waren beispielsweise eine Krankenschwester, ein Busfahrer, aber auch Gewerkschaftsmitglieder, und zwar gewählt von den Bürgern. Dieses Council hat einen sogenannte Crowd-Vorschlag für eine Verfassung in verschiedenen Iterationen entwickelt. Das hat online stattgefunden, also mit einem großen Prozess, an dem ausgesprochen viele Bürger teilgenommen haben. Die endgültige Crowd-Fassung wurde in Form eines Referendums vorgelegt, und dann wurde der Volksentscheid durchgeführt, bei dem das Referendum Zustimmung erfahren hat und an das Parlament weitergegeben wurde. Dort hing es dann allerdings, weil es einige Veränderungen gegeben hat und dann nicht mehr weiterging. Dieses Verfahren ist deshalb so interessant, weil es viele verschiedene Aspekte miteinander verknüpft.

– 90 –

Ich habe Ihnen noch einige weitere Beteiligungsvorschläge mitgebracht, die man sich ausdenken könnte, nämlich Bürgerräte mit unterschiedlichen Aufgaben, die man miteinander kombiniert, und das Multi-Themen-Referendum.

Bürgerräte mit unterschiedlichen Aufgaben sind aus der Idee heraus entstanden, dass unseren Bürgerräten immer bestimmte Themen vorgegeben werden, über die sie diskutieren sollen. Es kann aber auch ganz anders laufen. Themenidentifizierung bedeutet – das ist der erste Kreis, den Sie dort oben sehen –, dass Bürger erst einmal darüber nachdenken: Welche Themen liegen uns denn am Herzen oder brennen uns unter den Nägeln, werden aber von der Politik nicht ausreichend wahrgenommen? Es geht also darum, zunächst einmal die Themen zu identifizieren.

Dann kann es einen Bürgerrat geben, der ins Agenda-Setting geht und die Themen, die tatsächlich auf die politische Agenda müssen, festlegt. Der nächste Bürgerrat kann Empfehlungen aussprechen, ein weiterer Bürgerrat könnte Gesetzgebungsvorschläge machen. Es kann auch einen Bürgerrat zum Monitoring oder zur Evaluation des Gesetzes geben: Hat das Gesetz tatsächlich das gebracht, was es bringen sollte? Wie Sie sehen, kann man Bürgerräte für ganz unterschiedliche Themen und Aufgaben einsetzen, kann es aber auch gut verbinden.

Dann habe ich Ihnen noch das Multi-Themen-Referendum mitgebracht, das ich mit einem meiner Mitarbeiter in unserer Forschungsstelle entwickelt habe. Wir haben das übrigens in Baden-Württemberg ausprobiert, und zwar in der schönen Stadt Filderstadt, die sehr unterstützend war und das Experiment mit uns zusammen durchgeführt hat. Eine Woche durften die Bürger mit diesem Multi-Themen-Referendum wählen. Das ist eine Art Kumulieren und Panaschieren, gemischt mit Direktdemokratie. Sie kennen bei der Direktdemokratie die Ja-oder-Nein-Entscheidung. Es wird ja häufig auch kritisiert, dass Bürger nur Ja oder Nein sagen können.

Das ist nun also ein Verfahren, bei dem die Bürger nicht nur unterschiedliche Optionen haben, sondern sie können auch die Bedeutung, die die unterschiedlichen Themen haben, ranken, können also Prioritäten setzen. Sie haben 20 Stimmen und können den unterschiedlichen Themen jeweils null bis drei Stimmen geben, können also selbst entscheiden, was ihnen wichtig ist. Beispielsweise können sie sagen: Mindestlohn 14 Euro: ganz toll, finde ich wichtig, bekommt drei Punkte. – Das nächste Thema – Issue Nummer 2 – ist mir egal. Issue Nummer 3 ist mir auch egal. Issue Nummer 4 bekommt von Partei A einen Punkt, eine Stimme usw. Damit kann man also wunderbar Prioritäten feststellen.

Vielleicht sagen Sie jetzt, das sei zu kompliziert. Aber wir haben das sehr bewusst in einer Kommune mit normalen Bürgern ausgetestet, nicht nur mit Studierenden, und es hat ausgesprochen gut funktioniert. Wenn Sie Interesse daran haben, kann ich später noch etwas mehr dazu sagen.

– 91 –

Jetzt komme ich zu den Erfolgsbedingungen, und das geht auch gleich ein Stück weit in Richtung Handlungsempfehlungen. Man braucht natürlich die politische Unterstützung und auch ausreichende Ressourcen. Außerdem muss das Ganze ergebnisoffen sein. Wenn vorher bereits entschieden wurde, was passieren soll, sind Bürgerräte wenig sinnvoll. Es muss ein Verfahren sein, in dem tatsächlich noch entschieden werden kann, und nicht nur, wie Herr Fuhrmann es so schön gesagt hat: Es ist schon entschieden, wie das Haus aussehen soll, und die Bürger dürfen dann nur noch die Farbe der Tapeten entscheiden. Das ist nicht das Ideale.

Es braucht frühzeitig vor der Entscheidung eine Implementierung eines Bürgerrats. Das Format, die Anzahl, die Teilnehmer und die Zeit müssen passen. Für große Themen braucht man mehr Personen und auch mehr Zeit. Für kleinere Themen braucht man weniger Personen und auch weniger Zeit. Das muss also wirklich zusammenpassen. Man kann nicht über die Zukunft der nachhaltigen Kommune sprechen und den Bürgern dafür nur drei Stunden Zeit geben. Das macht natürlich überhaupt keinen Sinn. Da muss man also aufpassen.

Es muss eine Transparenz geben, ob und wie die Empfehlungen in den politischen Entscheidungsprozess einfließen, und es muss zu den Empfehlungen dann auch ein adäquates Feedback geben.

Wichtig ist auch – das hat Herr Fuhrmann bereits angesprochen; das ist auch das Ergebnis verschiedener von uns durchgeführter Studien –, der Beteiligung einen Leitfaden, eine Verfassung bzw. eine Satzung an die Hand zu geben. Unsere Untersuchungen haben ergeben, dass die Beteiligung in Kommunen mit solchen Leitfäden deutlich besser funktioniert als in Kommunen ohne Leitfaden. Außerdem ist es ausgesprochen wichtig, eine zuständige Abteilung zu benennen. Auch hier sind wir im Rahmen unserer Untersuchungen zu demselben Ergebnis gekommen: In Kommunen mit entsprechenden Abteilungen oder zuständigen Personen funktioniert die Partizipation in der Regel besser.

Langfristig könnte man sich natürlich schöne Sachen überlegen, beispielsweise ähnlich wie bei einem Schöffengericht eine Freistellung für die Teilnahme an Bürgerräten oder, analog zum Bürgerbegehren, eine Regelung zur Initiierung durch Bürger, wie es beispielsweise in Vorarlberg gehandhabt wurde: dass ein Bürgerrat in der Gemeinde oder im Land eingerichtet werden soll. Möglicherweise empfiehlt sich auch eine gesetzliche Regelung, wie Empfehlungen in den politischen Entscheidungsprozess einfließen sollen und können.

Es gibt natürlich auch eine Misserfolgsgarantie, also Bürgerbeteiligung zur Akzeptanzgewinnung für eine bereits getroffene Entscheidung. Das macht keinen Sinn. Ich wurde einmal gefragt, welches Beteiligungsverfahren man anwenden könnte, um ein bestimmtes Thema, das eigentlich schon entschieden war, in der Bürgerschaft sozusagen zu legitimieren. Das ist natürlich der falsche Weg; das macht keinen Sinn. Bürgerbeteiligung soll kein Alibi, kein Placebo, kein Werbegag und auch kein symbo-

– 92 –

lisches „Particitainment“ sein, übrigens ein sehr schönes Wort von Herrn Klaus Selle, also eine Mischung zwischen Partizipation und Entertainment, aber ohne irgendeinen Effekt.

Eine Misserfolgsgarantie besteht natürlich auch, wenn Bürgerbeteiligung manipuliert wird, um das gewünschte Ergebnis zu erreichen, oder wenn die Vorstellung besteht, Beteiligung darf nichts kosten. Ich würde sagen, lieber keine Beteiligung als ein schlechtes Verfahren, weil das durchaus ins Gegenteil umschlagen kann. Sie alle kennen die Frustration unter den Bürgern.

Wie kann man Politikverdrossene einbeziehen? Zur Geschichte der Zufallsauswahl habe ich mich schon geäußert. Mit der mobilisierenden bzw. aufsuchenden Rekrutierung hat man gerade im Land Baden-Württemberg sehr viel Erfahrung – Multiplikatoren usw.; das geht natürlich ganz wunderbar.

Ganz wichtig ist es natürlich, unterschiedliche Beteiligungsverfahren zu haben. Wie ich vorhin schon gesagt habe, sprechen unterschiedliche Verfahren unterschiedliche Personen an. Das gilt es zu bedenken.

Für die Bürgerräte gilt dann wiederum, dass man sich finanzielle Anreize oder andere Formen von Anreizen, beispielsweise eine Kinderbetreuung während der Sitzungen oder andere Annehmlichkeiten, überlegen kann.

Leichte Sprache muss eine Selbstverständlichkeit sein, ebenso leichte Zugänglichkeit und ansprechende Themen.

Damit bin ich beim Ausblick angelangt: Wie ist die Resilienz von Staat und Gesellschaft zu stärken? Es empfiehlt sich, mehr Beteiligungsmöglichkeiten auch für diejenigen, die sich kaum beteiligen, z. B. durch eine Zufallsauswahl, zu schaffen. Ich fand das, was Herr Fuhrmann gesagt hat, auch ausgesprochen interessant: Die Machtvollen beteiligen sich nicht, weil sie sowieso den Zugang zu Entscheidungsprozessen haben. Aber das ist wieder ein anderes Thema. Hier geht es eher um diejenigen, die sich nicht beteiligen. Auch die sollten einbezogen werden. Alle sollten Mitspracherechte erhalten, nicht nur die üblichen Verdächtigen. Es braucht vielleicht eher einer Implementierung unterschiedlicher Verfahren und auch mehr Mitspracherechte für Bürgerinnen und Bürger zur Ausgestaltung des politischen Systems an sich, also weniger paternalistische Lenkung von oben, sondern vielleicht sollte man die Bürgerinnen und Bürger selbst erst einmal fragen, wie sie regiert werden wollen.

Damit komme ich zum Schluss. Ich verweise auf mein neues Buch, in dem ich die Ideen, die ich Ihnen heute vorgestellt habe, noch ein bisschen weiter ausgeführt habe.

Ich bedanke mich fürs Zuhören und bin gespannt auf Ihre Fragen.

– 93 –

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank für den Vortrag. – Damit kommen wir zur Fragerunde. Als Erstes rufe ich Frau Professorin Dr. Engin auf.

Dr. Havva Engin, stellv. externes Mitglied: Guten Tag! Vielen Dank an Herrn Dr. Fuhrmann und auch an die Kollegin Geißel. Das waren zwei sehr spannende Inputs. Ich habe viel mitgenommen.

Herr Fuhrmann, Sie haben den Begriff „Vorgelagerte Beteiligung“ eingeführt und sich auch dezidiert dafür ausgesprochen. In diesem Kontext würde ich gern wissen: Wie kann man sicherstellen, dass das auch im Hinblick auf generationenübergreifende Beteiligung – das ist ja das Thema der heutigen Sitzung – umgesetzt werden kann, also nicht nur im Hinblick auf Gruppen, sondern generationenübergreifend?

Zweitens habe ich zu Ihrer ersten Grafik mit den unterschiedlichen Stationen die Frage, ob wir uns an der Station Nummer 7 befinden – wir kommen also aus der Krise und sind gerade dabei, sie aufzubereiten? In diesem Zusammenhang: Wie kommen wir zu Punkt 10, nämlich zur Institutionalisierung und Verwurzelung, dass wir also tatsächlich, wie Sie gesagt haben, krisenresilient werden?

Frau Professorin Geißel, Sie haben verschiedene Beteiligungsformate angesprochen und exemplarisch auch drei internationale Beispiele gezeigt. In diesem Zusammenhang wäre es tatsächlich wichtig, dass Sie uns noch einmal aufzeigen, wie wir in die Breite der Gesellschaft kommen, sodass möglichst viele bzw. unterschiedliche Statusgruppen erreicht werden und sich auch beteiligen können. Sie haben in diesem Zusammenhang – auch in der internationalen Perspektive – das Zufallsprinzip ins Gespräch gebracht. Dieses Verfahren findet auch in Baden-Württemberg Anwendung. Sie haben sich in Ihrem Vortrag explizit dafür ausgesprochen. Gibt es diesbezüglich tatsächlich eine belastbare Evidenz? Würden Sie sich dafür aussprechen? Könnten Sie das für Baden-Württemberg vielleicht einmal exemplarisch an einem Beispiel aufzeigen?

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Vielen Dank für die beiden Vorträge. – Herr Dr. Fuhrmann, ich fand vor allem die Schlussthemen ausgesprochen spannend: Verankerung der Demokratiepolitik am Parlament und Ausarbeitung einer Demokratieentwicklungssatzung. Habe ich es richtig verstanden, dass das eher eine organisatorische Satzung sein soll, weil man ja wahrscheinlich inhaltlich noch nichts hineinschreiben kann? Vielleicht können Sie noch einmal ausführen, was Sie sich darunter vorstellen.

Wie würde die beim Parlament angesiedelte Demokratieentwicklungsstelle nach Ihrer Vorstellung konkret aussehen? Sie haben ja gesagt, direkt beim Parlament wäre es besser, weil wir die Keimzelle der Demokratie sind. Könnte man sich auch vorstel-

– 94 –

len, es beispielsweise auch an die Landeszentrale für politische Bildung anzugliedern? Dann wäre es ja wieder mittelbar beim Parlament, weil wir da auch die Vertreter wählen. Ich hätte gern eine Einschätzung, wie Sie es sich beim Parlament vorstellen.

Frau Professorin Geißel, vielen Dank für den spannenden Vortrag und auch für die vielen Punkte, die Sie genannt haben.

Sie haben auf einer Ihrer Folien einen Kreis mit unterschiedlichen Themen, was Bürgerbeteiligung bewirken kann, gezeigt. Ein Punkt war „Themen identifizieren“. Ich habe mich gefragt, worin der Unterschied zur Meinungsforschung oder zu gut gemachter Bildung besteht, wenn man am Ende keinen Entscheidungsvorschlag entwickelt. Dieselbe Frage habe ich mir auch in Bezug auf den Einsetzungsantrag zum Bürgerrat im Bundestag gestellt, als ich mir den Antrag durchgelesen habe. Wenn man wissen will, was in der Gesellschaft los ist: Was können Bürgerräte diesbezüglich mehr leisten können als bloße Meinungsforschungsinstitute, wenn sie gut gemacht sind? Über diese Forschungsinstitute kann man einen deutlich größeren Personenkreis abdecken als mit den Zufallsbürgern. Das würde mich sehr interessieren.

Zum Schluss hatten Sie anschaulich dargestellt, dass das Ziel darin bestehen sollte, diejenigen zu beteiligen, die sich sonst nicht beteiligen. Ich glaube, das ist die große Chance von Bürgerräten, die man jedenfalls anpeilen sollte. Weil Sie zuvor geschrieben haben, dass man für große Themen wahrscheinlich mehr Zeit als für kleine Themen braucht, habe ich mich gefragt: Findet man bei den großen Themen nicht eher dann doch wieder nur die Leute, die sich ohnehin beteiligen, weil sie sagen: „Ich nutze meine Zeit und bringe mehr Zeit dafür auf, um mich einem Thema zu widmen.“ Aber die vielen, die man sonst vielleicht erreichen könnte, wird man von vornherein gar nicht erreichen, weil sie sagen: „Nein, so viel Zeit kann ich jetzt nicht freischaufeln, um da zu helfen oder mir Gedanken zu machen.“

Zufallsbürger allein helfen ja nicht. Wir waren vor Kurzem in Vorarlberg und haben gesehen, wie wenige Rückmeldungen dann doch kommen. Wenn man Zufallsbürger anfragt, melden sich nicht 100 %, sondern nur ein deutlich geringerer Teil zurück. Meinen Sie, dass es mit dem Zufallsbürgerverfahren überhaupt zu schaffen ist, diejenigen für eine Beteiligung zu gewinnen, die sich sonst nicht beteiligen würden?

Vielen Dank.

Dr. Annette Noller, stellv. externes Mitglied: Zunächst eine kurze Information für unsere Gäste: Ich bin Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg und vertrete hier die Wohlfahrtsverbände.

Vielen Dank für die interessanten Vorträge. Ich habe zwei Fragen.

– 95 –

Die erste Frage richtet sich an Frau Professorin Geißel – diese geht in eine ähnliche Richtung wie die Frage des Kollegen von der CDU-Fraktion –: Inwieweit gibt es Erfahrungen mit der Beteiligung bzw. Partizipation von Menschen mit Beeinträchtigungen, von Menschen mit Bildungsferne und sozialen Risiken? Wie gelingt es, diesen Menschen Mut zu machen, sich an solchen Foren zu beteiligen? Gibt es bereits Erfahrungen hinsichtlich der Nutzung von Assistenzsystemen?

Die zweite Frage richtet sich an Sie, Herr Dr. Fuhrmann. In Ihrer Grafik stehen sich öffentliche Verwaltung, Politik und Gesellschaft quasi gegenüber. Als Vertreterin einer subsidiär agierenden Organisation würde mich interessieren, ob es in der Forschung auch Überlegungen gibt, nicht nur nach dem Zufallsprinzip auszuwählen, sondern die zivilgesellschaftlichen Akteure der Vereine und Verbände, die sich ja selbst auch als Teil der Zivilgesellschaft verstehen, oder auch andere Akteure, aus der Wirtschaft und anderen Sektoren, in die Aktivierung und in die Auswahl einzubeziehen. Ich denke, auch beim Thema Aktivierung ist es so – das kann ich jetzt für unsere Einrichtungen sagen –, dass wir mit unserer Fachexpertise nahe an den Menschen sind und auch Erfahrungen damit haben, sie zu beteiligen und auch zu aktivieren. Ich frage mich, wenn an eine Einrichtung der Behindertenhilfe, der Eingliederungshilfe oder der Wohnungslosenhilfe per Zufallsprinzip eine Anfrage gerichtet wird, ob sich der Bewohner bzw. die Bewohnerin dann spontan bereit erklärt und in der Lage sieht. Das geht übrigens allen Bürgern so, aber hier vielleicht noch einmal erschwerter.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Meine Frage richtet sich an Herrn Fuhrmann. Sie haben erwähnt, dass dieser – ich nenne es jetzt einmal so – Politikverdruss oder Demokratieverdruss einen starken Zusammenhang mit dem hat, welche Performance die staatliche Verwaltung, also sozusagen die Schnittstelle vom Bürger zum Staat, abliefert. Können Sie noch einmal etwas genauer darauf eingehen, was Auslöser dafür sein können und worauf sich diese Annahme stützt? Ich halte es durchaus für einen ausgesprochen treffenden und auch interessanten Ansatz, mit dem wir uns beschäftigen sollten. Es geht auch darum – zu dieser These würde mich auch Ihre Meinung interessieren –, dass die Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern in der Krise, sich selbst zu engagieren, u. a. damit zusammenhängt, wie groß das Vertrauen darin ist, dass auch der Staat seine Aufgabe erfüllt. Rein psychologisch betrachtet bin ich eher bereit, eine Sache zu unterstützen, wenn ich weiß, dass der andere, für den ich das ja auch irgendwie mache, das gleichermaßen unterstützt und sein Möglichstes tut. Dann tue auch ich mein Möglichstes, und gemeinsam sind wir stärker. Könnten Sie diesen Aspekt noch einmal beleuchten?

Ich finde das ausgesprochen spannend, weil ich glaube, dass in diesem Bereich Politikverdruss häufig zu kurz gedacht wird, dass man also ganz schnell über das Verhalten von Politikern bzw. von Abgeordneten schimpft, während der Auslöser zwar sicherlich mit dem einen oder anderen zusammenhängt, aber eigentlich auch andere Ursachen hat, die wir möglicherweise gar nicht auf dem Schirm haben. Daher wäre es für mich eine wichtige Frage, wie Sie das bewerten.

– 96 –

Abg. Carola Wolle AfD: Herr Dr. Fuhrmann, Sie haben gesagt, es sei ausgesprochen wichtig, wie man eine Krise ausruft – entweder Mut machen oder Angst schüren. Wie ist es in der Vergangenheit gelaufen? Wie schätzen Sie das ein? Was würden Sie da besser machen?

Wichtig ist aber auch der Umgang mit der Krise, während sie läuft. Was würden Sie uns diesbezüglich für die Zukunft empfehlen?

Die Kollegin hatte den Punkt 7 „Aufarbeiten/Fehlerkultur“ angesprochen, also die Frage: Was ist gut gelaufen, was ist schlecht gelaufen? Es ist ja der normale Ansatz, dass man einen Prozess bewertet, ob der also gut oder schlecht gelaufen ist, um für die Zukunft neue Ansätze zu erhalten, wie man es besser machen kann oder was man in der Zukunft machen sollte.

Dann haben Sie gesagt, die Demokratiepolitik solle sich um die demokratischen Akteure und Institutionen kümmern. Wie soll sie sich denn darum kümmern?

Frau Geißel, entsteht durch solche Räte, wie Sie sie angesprochen haben, nicht ein gewisser Druck auf die Mandatsträger, den Empfehlungen der Räte zu folgen? Sie haben verschiedene Vorschläge zur Bürgerbeteiligung unterbreitet. Die eine Form ist besser, die andere Form ist im Falle einer Krise schlechter, wenn schnelle Entscheidungen getroffen werden müssen. Was würden Sie diesbezüglich empfehlen?

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Das waren viele Fragen. Jetzt kommen wir zu den Antworten. Herr Dr. Fuhrmann, möchten Sie beginnen?

Sv. Herr Dr. Fuhrmann: Ja, gern. Allerdings schlage ich vor, dass Frau Professorin Geißel und ich uns ablösen, damit es nicht zu sehr in einen Monolog ausartet. – Ich beginne einmal ganz bewusst mit den Themen, die das Thema Krisengovernance betreffen, und würde im zweiten Aufschlag dann die demokratiepolitischen Themen ansprechen.

Zunächst einmal zu der grundlegenden Frage: Wo stehen wir? Wir sprechen in diesem Modell ganz bewusst deshalb von Modi und nicht von Phasen, weil die Aussage nicht lautet, das Thema Kommunikation spielt nur einmal am Anfang eine Rolle und dann nie wieder. Nein, im Prinzip ist es ein lernender Prozess, es sind iterative Schleifen. Aber es gibt eine gewisse Dramaturgie. Nicht umsonst erinnert diese Kurve auch ein wenig an das, was in der Organisationsentwicklung von Otto Scharmer „Theorie U“ genannt wird. Wichtig ist, dass man durch eine Krise durchkommen muss. Man muss sie also durchstehen.

Ich habe in den Jahren 2020, 2021 und zum Teil auch 2022 eine ganze Fülle von Trainings, Coachings und Beratungen durchgeführt und habe Kommunen gerade in Bezug auf Krisenstäbe unterstützt. Bei den Trainings waren oft auch Schulleiterin-

– 97 –

nen, Schulleiter, Intendanten von Theatern usw. dabei. Alle fanden das ganz toll, wenn wir dann zu den Stufen 7, 8 und 9 kamen.

Ich hatte gerade vor ein paar Wochen einige Termine in Ministerien auf Bundesebene und habe dort auch einmal nachgefragt, wie es denn aussieht. Die größte Gefahr ist sicherlich, dass man nach einer Krise denkt, jetzt könne man weitermachen wie davor. Das heißt, ich sehe wenig Aufarbeitung. Wichtig ist: Die Krise beginnt im Moment der prozeduralen Überforderung. Solange ich die Sache locker wegstecke, ist es ja keine Krise. Eine Krise ist es nur, wenn ich über meine Ressourcen, über meine Kompetenzen, über meine Routinen hinaus gefordert bin. Deshalb ist eine Krise in erster Linie eigentlich immer eine Krise von Führung. In erster Linie ist die Führung überfordert. Wenn ich als politische Führungskraft ohnehin schon am Limit bin, dann reicht relativ wenig, um thematisch, inhaltlich oder wie auch immer überfordert zu sein.

Daher ist ein zentraler Aspekt von Anfang an gewesen: Je komplexer der Prozess, umso sinnvoller ist es, im Haus eine Stelle zu haben, die hilft, solche Krisenbewältigungsprozesse zu organisieren. Ein ganz konkretes Beispiel: Es ist nicht klug, wenn die ranghöchste Person in einem Krisenstab, z. B. der Oberbürgermeister bzw. die Oberbürgermeisterin, die Sitzung selbst leitet. Es ist viel entlastender, wie man es von agilen Prozessen kennt, wenn es eine professionelle Moderation gibt. Die muss gar nicht unbedingt von außen kommen. Jede Kommune, jede Behörde sollte im eigenen Haus mehr als genug solcher Kompetenzen haben und hat sie auch meistens. Es gibt ja diesen schönen Spruch: „Wenn die öffentliche Verwaltung Baden-Württemberg wüsste, was die öffentliche Verwaltung Baden-Württemberg weiß ...“ Das Know-how ist also vorhanden. Niemand kennt die Gesellschaft einer Stadt besser als die öffentliche Verwaltung. Aber sie wissen eben relativ wenig von- und miteinander. Deshalb ist ein zentraler Punkt: Krisenfestigkeit oder Krisenfitness beginnt immer von innen nach außen und auch von oben nach unten. Wenn dieses Konzept des Lernenden nicht von oben vorgelebt wird, sondern wenn nach dem Motto „Lernt ihr da unten mal, wir können das alles schon super“ gehandelt wird, dann wird das nicht klappen.

Ich könnte jetzt natürlich auch noch die restlichen Ziffern durchgehen, aber entscheidend ist tatsächlich die Stufe 10, dieses Darüber-hinaus-Kommen. Ich glaube, dass dieser Aspekt des Revisionierens unterschätzt wird. Wir müssen zunächst erst einmal eine neue Vision gewinnen. Krisen hinterlassen zum Teil auch Spuren. Das ist so ähnlich, als wenn sie als junger, sportlicher Mensch einen schweren Unfall haben und danach querschnittsgelähmt sind. Dann müssen sie eine neue Vision entwickeln, wie sie mit diesem fürchterlichen Zustand, dass sie querschnittsgelähmt sind, positiv umgehen. Das kann ihnen keiner abnehmen. Wir wissen, dass die ökologisch-soziale Transformation im Prinzip eine Fülle von Einschränkungen mit sich bringen wird. Wir brauchen dafür eine positive Vision.

– 98 –

Wir wissen aus der Forschung, dass man Visionen nur bedingt partizipativ entwickeln kann. Das ist ein wenig umstritten, aber das höre ich, gerade wenn ich mich mit Kolleginnen und Kollegen aus der Organisationsentwicklungsszene unterhalte, immer wieder. Es ist eine Kernaufgabe von Führung, die Visionen zu verkörpern. Wir müssen keine Pestsäulen mehr aufstellen, wie man es früher getan hat – in Konstanz steht noch solch eine Pestsäule –, oder Passionsspiele in Oberammergau aufführen, aber ich glaube, es wäre tatsächlich klug gewesen – es ist immer noch nicht zu spät –, Visionen zu haben.

Ich bin ein großer Anhänger davon, in Baden-Württemberg z. B. einmal im Jahr eine Art Demokratiebilanztag durchzuführen – keinen Feiertag, sondern einen Tag, an dem auf allen Ebenen einfach einmal innegehalten wird. Wir wissen: Lernen ist ganz einfach. Man braucht einen festen Rhythmus an Reflexionszeiträumen, wo man innehält, sein Werkzeug aus der Hand legt und sich im Prinzip einmal anschaut: Was mache ich denn? Wir beobachten im Augenblick das Phänomen des Holzfällers, der mit einer stumpfen Säge immer verzweifelter versucht, seine Probleme zu lösen. Wir wissen aber ganz genau: Wenn wir die Art und Weise, wie wir Politik, Verwaltung, Gesellschaft und alle Akteure zusammenbringen, nicht deutlich modernisieren, dann wird am Ende immer wieder das Gleiche hauskommen. Wir werden quasi nur mehr Hitze produzieren. Wir haben ohnehin schon, wie ich immer gern sage, eine doppelte Klimaerhitzung – nicht nur in der Natur, sondern auch in der Debattenkultur.

Eine der wichtigsten Fragen, mit denen ich mich befasse, ist tatsächlich: Wie kann das Gestaltungspotenzial von Verwaltung gestärkt werden? Ein großes Thema, das auch schon angesprochen wurde, ist das Thema „Öffentliche Personalentwicklung“, wie wir es damals in der Enquetekommission genannt haben. Erst einmal sind das natürlich wir alle. Wir alle sind das Grundpersonal der Demokratie. Aber es geht beispielsweise wesentlich um die Frage: Woher kommt in Zukunft der kommunalpolitische Ehrenamtsnachwuchs? Die fallen auch nicht mehr wie selbstverständlich vom Himmel, indem sie sich davor bei den Pfadfindern oder wo auch immer engagiert haben. Auch die öffentliche Verwaltung hat zunehmend ein Problem, gute Mitarbeiter zu gewinnen. Ich habe in zwei Wochen eine Schulung mit verschiedenen Bürgermeistern aus dem Ländle, wo es genau um solche Fragen geht. Ich glaube also, wir haben mehr als genug Baustellen.

Bevor ich das jetzt weiter ausbreite, vielleicht noch ein letzter Hinweis zum Thema Krisengovernance: Das Institutionalisieren und Verstetigen ist natürlich am Ende nichts anderes als ein kontinuierlicher Lernprozess. Es gibt einen Begriff, den ich jetzt einmal ein wenig ungeschützt verwende, weil er aus der Seglersprache stammt. In der Seglersprache gibt es den Begriff „Sturmgeilheit“. Das heißt, man sucht im Prinzip die Herausforderung. Ich glaube, wir leben in Zeiten, in denen das gefordert sein wird. Es wird eine große Herausforderung sein, wie wir z. B. auch die Arbeit in der Verwaltung so attraktiv gestalten können, dass sich genau die „sturmgeilsten Personen“, also die Personen, die wirklich die harten Brocken angehen wollen, be-

– 99 –

sonders angesprochen fühlen. „Die Verwaltung hat eher das Image, dass man dort arbeitet, wenn man das Risiko scheut.“

Ich glaube, wir müssen auch von der hegelianischen Vergötterung des Staatsbeamten wegkommen. Ich will niemandem zu nahe treten, aber Hegel war der Meinung, dass der preußische Staatsbeamte quasi die Krönung der Schöpfung sei, sozusagen die Verkörperung des Weltgeistes.

Es gibt – und damit will ich schließen – eine relativ einfache Formel für die Grundfrage von Politik. Die Grundfrage von Politik im klassischen Sinn lautet: Wie kommt Vernunft in die Entscheidung? Wir müssen kollektiv-verbindliche Regeln verabschieden und erhoffen uns natürlich von dem, was wir verabschieden und was verbindlich ist, dass nicht nur unsere eigenen Enkel, sondern auch Fremde sagen: „Das habt ihr damals gut gemacht.“

Es gibt eine relativ einfache Formel, die von Professor Peter Dienel, dem Erfinder der Planungszelle, entwickelt wurde. Das Erste ist schlicht und einfach Sachkundigkeit. Das geht ein wenig in die Richtung Ihrer Frage. Ich bin ein großer Anhänger des Korporatismus. Die Basis einer jeden Entscheidung besteht darin: Wie bekomme ich die Sachkundigkeit in den Prozess hinein? Es gibt eine enorme Fülle von Verfahren, beispielsweise Joint Fact Finding. Das wird in Zukunft spannenderweise auch immer digitaler werden. Ich glaube, dass sich die Arbeitsweise von Parlamenten und Verwaltung durch die Digitalisierung massiv – massiv! – verändern wird.

Zweitens: Deliberation und Erörterung. Das Gehirn des Menschen funktioniert in der Weise, dass wir mit der Überfülle an Input nicht anders umgehen können, als dass wir anfangen, miteinander zu reden. Deshalb hat man sich in allen Kulturen zu allen Zeiten dann in einem Kreis – oder wie auch immer – hingesetzt und hat angefangen, darüber zu reden. Das muss man moderieren. Wie gesagt, gibt es nicht nur Hunderte, sondern Tausende von Methoden und Verfahren, wie man das machen kann: mit Zufallsauswahl und was auch immer.

Drittens: Es ist ganz interessant – das ist auch der Punkt, auf den Herr Professor Dienel als quasi neuartiger Erfinder dieses losbasierten Verfahrens abzielt; die antiken Griechen hatten das ja ständig –, dass es einen Unterschied macht, wer da deliberiert. Das Problem ist nämlich: Bei vielen herkömmlichen Verfahren, wo man als Vertreter von was auch immer quasi am Erörtern ist, steht man immer vor dem Dilemma, was man macht, wenn die andere Seite ein gutes Argument hat, das aber der offiziellen Position der Organisation, die man vertritt, entgegensteht. Deshalb macht es in bestimmten Kontexten Sinn, mit zufallsbasierten Verfahren zu arbeiten. Das ist nicht immer der Fall, aber als Vorbereitung für Entscheidungen macht es sehr viel Sinn.

Ich glaube, das war jetzt genug. Ich werde, während Frau Geißel antwortet, prüfen, ob ich vielleicht noch etwas Wichtiges vergessen habe.

– 100 –

Sv. Frau Dr. Geißel: Vielen Dank für die Fragen. – Die erste Frage lautete: Wie kommen wir in die Breite? Das ist eine fantastische Frage. Wie ich vorhin schon gesagt habe, brauchen wir auf jeden Fall unterschiedliche Verfahren. Das Zufallsprinzip ist das Verfahren, das am ehesten geeignet ist, unterschiedliche Personengruppen anzusprechen. Sie haben natürlich völlig recht: In der ersten Phase des Zufallsprinzips hat man gedacht, man lädt ein, und dann wird es funktionieren, dass man ein Abbild der Gesellschaft bekommt. Nein, das hat natürlich nicht funktioniert. Erstens ist der Anteil der eingeladenen Personen, die dann tatsächlich teilnehmen, relativ gering. Aber das ist überall so. Der Anteil liegt bei etwa 5 %, manchmal ist er sogar noch deutlich geringer. Das ist überall so; damit muss man einfach rechnen.

Mittlerweile ist man dazu übergegangen – das haben Sie wahrscheinlich bereits kennengelernt, wenn Sie sich verschiedene Bürgerräte angeschaut haben –, ein zweistufiges Verfahren durchzuführen. Das heißt, man lädt sehr viele Personen ein, also eine große Masse von Menschen, und bittet sie, erst einmal zu sagen, ob sie bereit wären, an einem Bürgerrat teilzunehmen. Anschließend fragt man nach den sogenannten sozialstrukturellen Merkmalen: Geschlecht, Alter, Bildungsgrad usw. Aus der Gruppe derjenigen, die zur Teilnahme bereit sind, wird eine Gruppe zusammengestellt, die tatsächlich – das ist ja die Grundidee – ein Abbild der Gesellschaft darstellt oder zumindest ausgesprochen divers ist. Wie gesagt, es handelt sich um ein zweistufiges Verfahren, weil sich die einfache Zufallsauswahl als nicht ausreichend erwiesen hat.

Was ganz zentral ist – das zeigt jeder Bürgerrat –: Wir brauchen eine Moderation. Es muss einen neutralen Moderator, einen Faciliator geben, der aufpasst, dass in der Diskussion keine Dominanz aufkommt. Wie wir alle wissen, gibt es immer dominante Menschen, die mehr sprechen. Wir wissen auch, wer das meistens ist. Wir brauchen also einen Moderator, der beispielsweise darauf achtet, dass jemand erst dann ein zweites Mal zu Wort kommt, wenn zuvor alle anderen schon ein erstes Mal gesprochen haben, und niemand darf die Sitzung dominieren.

Es geht natürlich nicht nur um das Verfahren, sondern es muss zweitens auch um Themen gehen, die eine große Menge von Menschen bzw. unterschiedliche Menschen ansprechen, also Bürgerräte zu unterschiedlichsten Themen, die für unterschiedliche Menschen attraktiv und interessant sind.

Aktuell wird viel über aktive und passive aufsuchende Beteiligung gesprochen. Passiv aufsuchend bedeutet, man schaltet Aufrufe. Aktiv aufsuchend heißt, man tut etwas dafür, um die Leute zu mobilisieren. Das sieht von Kommune zu Kommune sehr unterschiedlich aus. Wir haben eine Untersuchung in unterschiedlichen Bürgerhaushalten durchgeführt. In den kleinen Kommunen geht der Bürgermeister tatsächlich von Haus zu Haus. Das ist in großen Kommunen natürlich nicht üblich. Sie haben in Stuttgart das Konzept der Multiplikatoren entwickelt, die in die Vereine gehen und dort versuchen, die Menschen zu mobilisieren.

– 101 –

Das ist ein großes Feld, in dem in Zukunft noch viel in Bezug darauf experimentiert werden muss, wie diese aufsuchende Beteiligung aussehen kann, welche konkreten Verfahren bzw. Zugangsweisen effektiv sind und wo sie stattfinden soll. Wie gesagt, es hängt sehr viel von der Art der Kommune, vom Kontext, von der Größe usw. ab.

Damit komme ich zur zweiten Frage: Was ist der Unterschied zwischen Bürgerräten und Meinungsforschungsinstituten? Ja, das ist der ganz normale Unterschied zwischen einer aus dem Bauch getroffenen Entscheidung bzw. Aussage und einer durchdachten Aussage. Stellen Sie sich einmal vor, Sie wollen Ihre Terrasse neu gestalten. Aus dem Bauch heraus sagen Sie, Sie finden eigentlich Holz schöner. Also entscheiden Sie sich für Holz. Dann fangen Sie aber an, darüber nachzudenken. Sie bekommen Informationen, Sie fragen die Nachbarn, Sie schauen im Netz nach und erfahren, dass Holz sehr viel Arbeit macht: Man muss es einmal im Jahr streichen. Dann denken Sie sich: Nein, dazu haben Sie eigentlich keine Lust. Dann schauen Sie sich die Preise an und stellen fest, dass die sich auch schon wieder erhöht haben. Je länger Sie also darüber nachdenken und je mehr Informationen Sie bekommen, desto häufiger werden Sie zwischen Holz und Stein schwanken, und am Ende kommen Sie vielleicht zu einem anderen Ergebnis als nach dem ersten Bauchgefühl.

Genauso verhält es sich mit der ganz normalen Deliberation in Bezug auf politische Themen. Sie haben vielleicht ein Bauchgefühl, und das wird von den Meinungsforschungsinstituten abgefragt. Das kann und wird in Deliberationsprozessen häufig sehr unterschiedlich sein. Es wurden sehr viele Studien vor bzw. nach der Deliberation durchgeführt, in denen man festgestellt hat, dass nicht nur das Wissen deutlich zugenommen hat, sondern dass auch die Entscheidungen, die die Menschen treffen, also ihre Präferenzen, vorher häufig anders ausgesehen haben als nach der Deliberation. Daher werden Sie nach einem deliberativen Verfahren andere Empfehlungen erhalten, als sie ein Meinungsforschungsinstitut herausfindet.

Das ist übrigens ein Thema, mit dem sich Cristina Lafont intensiv beschäftigt hat. Sie hat gesagt, dass die Empfehlungen deliberativer Verfahren gar nicht immer unbedingt das abbilden müssen, was die Bevölkerung in der Breite ohne Diskussion, also einfach aus dem Bauch heraus, empfehlen würde, dass es da also einen Unterschied gibt. Das führt natürlich dazu – damit sind wir bei dem deliberativen System –, dass man sagt: Wir brauchen für Themen viele Diskussionen in der Bevölkerung, um zu „erleuchteten“ – besser informierten – Empfehlungen, zu „enlightened adjustments“ zu kommen. Das ist also der Unterschied zwischen Bürgerräten und Meinungsforschungsinstituten.

Ich komme noch einmal kurz auf die Frage zurück, was bzw. wen man mit der Zufallsauswahl erreicht. Wie ich gerade schon ausgeführt habe, lässt sich in Bezug auf die sozialstrukturellen Merkmale, also Alter, Geschlecht und Bildung, mit einer geschichteten Zufallsauswahl tatsächlich ein ungefähres Abbild der Bevölkerung erreichen. Es wird nicht zu 100 % klappen, aber es funktioniert doch relativ gut. Allerdings

– 102 –

kann man damit nicht diejenigen Menschen erreichen – diesbezüglich gebe ich Ihnen durchaus recht –, die sich für das Thema, das sie diskutieren sollen – in der Regel handelt es sich ja immer um vorgegebene Themen, beispielsweise Ernährung oder die Rolle Deutschlands in der Welt –, nicht interessieren. Wenn sie sich für ein Thema überhaupt nicht interessieren, werden sie auch kaum in den Bürgerrat gehen. Es handelt sich also um Menschen, die in irgendeiner Weise ein Interesse an dem Thema haben, also unterschiedliche Interessen, unterschiedliche Themen, von denen sich die Menschen angesprochen fühlen.

Eine andere Form eines Bürgerrats wäre, Menschen einzuladen, um zu erzählen, was ihnen unter den Nägeln brennt, und dann nach einem entsprechenden Diskussionsprozess entsprechende Empfehlungen abzugeben. Das wäre noch einmal eine andere Variante.

Aber wie Sie schon sagten: Auch bei der Zufallsauswahl werden, wenn Themen vorgegeben sind, nur diejenigen kommen, die an diesen Themen irgendein Interesse haben. Das ist aber vielleicht gar nicht schlimm; denn wenn zu unterschiedlichen Themen Bürgerräte eingerichtet werden, werden sich ja auch Menschen von unterschiedlichen Themen angesprochen fühlen.

Es wurde nach der Beteiligung von Menschen mit konkreten Behinderungen gefragt. Dabei gehe ich nicht auf die sogenannten bildungsfernen Menschen ein, weil ich darauf bereits im Zusammenhang mit der geschichteten Zufallsauswahl eingegangen bin. Es ist klar, dass bei Themen, von denen bestimmte Menschengruppen direkt betroffen sind, die aber höchstwahrscheinlich bei einer Zufallsauswahl nicht ausgewählt werden würden, also beispielsweise Menschen mit bestimmten Behinderungen, bestimmte Quotenregelungen eingeführt werden. Das ist häufig bei Bürgerräten und Mini-Publics im internationalen Kontext der Fall. Es können generelle Minderheiten sein, aber es können beispielsweise auch Behinderte sein. So hat man beispielsweise bei der British Columbia Electoral Reform, die ich zuvor bereits angesprochen hatte, festgelegt, dass die Aborigines, also die Ureinwohner, unbedingt vertreten sein müssen. Ansonsten wäre ihre Chance, im Rahmen einer Zufallsauswahl in dieses Gremium zu kommen, zu gering. Deswegen wurde eine entsprechende Quotenregelung eingeführt. Das hat natürlich ausgesprochen viel Sinn gemacht.

Langer Rede kurzer Sinn: In den Fällen, in denen bestimmte Gruppen, die von dem, worüber diskutiert wird, direkt betroffen sind, nur eine geringe Chance haben, im Wege einer Zufallsauswahl in die Gremien zu kommen, sollte eine Quotenregelung eingeführt werden.

Zur leichten Sprache und zur Kinderbetreuung hatte ich mich bereits geäußert.

Es gibt auch eine große Diskussion darüber, ob die Beteiligung an Bürgerräten vergütet werden sollte. Es gibt Pro- und Kontraargumente, es gibt unterschiedliche Erfahrungen. Mir scheint der Kontext dabei eine große Rolle zu spielen. Aber man

– 103 –

könnte sich natürlich überlegen, ob es möglicherweise mit einer kleinen finanziellen Vergütung einhergehen sollte. In manchen Fällen ist das tatsächlich notwendig und funktioniert auch ganz gut. Beispielsweise gibt es in England eine Jugendbeteiligung, und die Jugendlichen, die sich beteiligen, erhalten den Mindeststundenlohn, damit sich alle und nicht nur diejenigen beteiligen können, die sowieso Geld haben. Wie gesagt, das ist in der Diskussion. Es wird ja auch häufig so durchgeführt, dass eine finanzielle Unterstützung bzw. eine Wertschätzung in Form einer finanziellen Vergütung der Arbeit gewährt wird.

Damit komme ich zur letzten Frage, ob durch Empfehlungen, die durch Räte getroffen werden, Druck auf die Entscheidungsträger ausgeübt wird. Bislang sind alle Empfehlungen, die durch Bürgerräte entwickelt wurden, lediglich konsultativ-beratend. Die entsprechenden Entscheidungsträger überlegen selbst, wie sie damit umgehen. Der Druck baut sich erst auf, wenn die Medien das aufgreifen, wenn in der Bevölkerung eine starke Unterstützung besteht oder wenn es, wie es in Irland der Fall war, um eine Verfassungsänderung geht, die vom Volk entschieden werden muss, was in Deutschland jedoch nicht der Fall ist.

Ja, es wird ein Druck aufgebaut, aber dieser Druck ist unterschiedlich groß. Vielleicht ist ein solcher Druck aber gar nicht schlecht, weil er die Entscheidungsträger in einen gewissen Zwang bringt, zu begründen, was sie tun. Das ist ja auch die Grundlage der Demokratie: die Accountability, also die Rechenschaftspflicht der Entscheidungsträger ihren Wählern gegenüber für das, was sie tun. Damit müssen sie natürlich auch erklären, warum sie etwas nicht tun. Sie können es wahrscheinlich sogar erklären, weil sie sicherlich Gründe haben, weshalb sie Empfehlungen der Bürgerräte nicht umsetzen. Das heißt, durch Empfehlungen kann Druck aufgebaut werden, aber das ist nicht unbedingt negativ zu bewerten.

Ich gebe das Wort zunächst an Herrn Fuhrmann weiter und schaue in meiner Liste nach, welche Fragen ich noch zu beantworten habe.

Sv. Herr Dr. Fuhrmann: Ich möchte auf jeden Fall noch auf die Fragen von Herrn Dr. Miller und Frau Engin eingehen. – Ich beginne mit der Frage nach der Verankerung im Parlament. Das ist für mich ein ganz zentrales Anliegen, und zwar auch deshalb, weil Forschungen u. a. von Pierre Rosanvallon, einem französischen Demokratietheoretiker, nachgewiesen haben, dass in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten eine Verlagerung von der Legislative hin zur Exekutive erfolgt ist. Das heißt im Prinzip, dass die Rolle der Parlamente insgesamt geschwächt worden ist. Das war auch ein Kernanliegen der Enquetekommission in Nordrhein-Westfalen. Auch die Rolle der Landesparlamente ist nicht unbedingt gestärkt worden. Wenn man die Grundidee des Grundgesetzes mit der aktuellen Praxis vergleicht, dann ist die Rolle der Landesparlamente schon arg eingeschränkt. Deshalb ist für mich ein ganz wesentliches Element: Wenn wir Parlamente haben, dann sollten die Parlamente diese zentrale Rolle auch tatsächlich wahrnehmen können, und das können sie am besten, wenn sie sich die Frage der Entwicklung bzw. der Art und Weise, wie dieses Zusammen-

– 104 –

spiel gelingt, nicht aus der Hand nehmen lassen. Es ist wunderbar, dass es hier in Baden-Württemberg die Funktion, die sich damit befasst, gibt, die zunächst mit Frau Staatsrätin Erler besetzt war und jetzt mit Frau Staatsrätin Bosch besetzt ist.

Aus meiner Sicht wäre es allerdings noch wichtiger, dass das Parlament selbst sagt: „Nein, wir sind diejenigen, die nicht nur unsere eigenen Prozesse regeln, sondern insgesamt.“ Sie sind an der Schnittstelle zwischen der Frage, welches denn die Themen sind, die wir gemeinsam bearbeiten wollen – es gibt durchaus große Differenzen zwischen den einzelnen politischen Strömungen –, also was wir denn überhaupt kollektiv-verbindlich regeln wollen, und welche unterschiedlichen Expertisen und Vorstellungen wir anhören wollen. Auch diesbezüglich stellen sich Fragen: Wen lädt man ein? Ist Expertise nur mit einem akademischen Titel verbunden? Wie sieht es mit der lebensweltlichen Expertise aus? Wenn ich einen Beteiligungsprozess zu der Frage, wie man die Verkehrslage in der Innenstadt in Stuttgart verbessern könnte, durchführen wollte, würde ich wahrscheinlich eher Taxifahrer und andere Vielfahrer einbinden. Letztendlich geht es natürlich auch um die Frage: Wie organisieren wir diesen Prozess?

Es gibt gute Erfahrungen, wie man so etwas verankern kann. Gehen Sie einfach einmal zu irgendeinem guten, soliden Mittelständler und schauen sich das einmal an. Ich sage immer: Es gibt eigentlich zwei Kernbeine, um die man sich kümmern muss, und zwar zum einen um das Personal. Da geht es um Personalentwicklungsmaßnahmen. Ich habe ursprünglich an der TU Berlin gearbeitet. Dort haben wir damals die Organisations- und Personalentwicklung an den Universitäten untersucht und haben dazu auch eine Studie gemacht. Allein die Tatsache, dass man einen Professorentitel hat, bedeutet nicht, dass man weiß, wie man ein interdisziplinäres internationales Forschungsteam aus 50 Nationen führen und leiten kann. Ich glaube, dass diesbezüglich ein großer Bedarf besteht.

Zum anderen geht es um das Thema Organisationsentwicklung. Selbstverständlich braucht man dafür eine eigene Abteilung, eine eigene Stelle. Allerdings stellt sich die Frage, wo diese Abteilung anzusiedeln ist. Dazu vielleicht eine kurze Betrachtung aus dem Bereich der kommunalen Ebene: Wir haben damals mithilfe eines Doktoranden untersucht, wo denn solche Koordinationsstellen für Beteiligung aufgehängt sind, und haben, grob gesagt, drei Modelle gefunden. Erstens haben wir das sogenannte reaktive Modell gefunden. Bei diesem Modell ist die Beteiligungs- bzw. Koordinationsstelle dort aufgehängt, wo am meisten Beteiligungsbedarf anfällt, also meistens beim Bauamt oder Planungsamt. Die Masse der Beteiligungsverfahren tritt in diesem Kontext auf. Die Mitarbeiter fanden das ganz toll. Wir haben es das „Feuerwehrmodell“ genannt: Man rückt eben aus, wenn es brennt, aber strategisch gesehen kommt man eigentlich immer zu spät.

Das zweite Modell haben wir „Proaktives Modell“ genannt. Bei diesem Modell gibt es eine Stabsstelle, die dem Büro des Oberbürgermeisters oder in diesem Fall des Staatsministeriums zugeordnet ist. Das hat den Vorteil, dass man frühzeitiger strate-

– 105 –

gisch eingebunden ist. Selbstverständlich steht und fällt alles damit, wie gut das Verhältnis nach oben ist und wie stark die betreffende Person auch willens und fähig ist, das Thema durchzusetzen bzw. voranzubringen.

Das dritte Modell, das wir „Kreative Stufe“ genannt haben, ist ein eigenständiges Ressort, eine eigenständige, unabhängige Institution. Unternehmen wie Porsche, wie Fischer und andere haben irgendwann einmal angefangen, sich mit hausinternen Prozessen zu beschäftigen, die z. B. an Kaizen, also an Methoden der kontinuierlichen Verbesserungskultur, angelehnt sind, weil sie einfach in einer großen Krise steckten. Damit haben diese Unternehmen dann mehr oder weniger die Kurve bekommen. Dann kamen andere Unternehmen auf sie zu und haben gefragt: „Könnt ihr das nicht auch für uns tun?“ Mittlerweile verdienen Unternehmen wie Porsche, Fischer und andere mittelständische Unternehmen in Baden-Württemberg Geld damit, dass sie nicht nur Autos bzw. Dübel herstellen, sondern dass sie anderen Unternehmen helfen, solche agilen, lernenden Prozesse bei sich einzuführen.

Das wäre aus meiner Sicht eine ganz konkrete Empfehlung: Laden Sie doch einmal solche Personen ein. Ich kann Ihnen gern bei der Suche behilflich sein. Aus meiner Sicht ist das entsprechende Wissen in Baden-Württemberg vorhanden. Es ist wahrscheinlich auch zum großen Teil in den Häusern vorhanden, aber es schlummert noch.

Nun noch kurz zum Thema „Generationenübergreifende Beteiligung“. Frau Engin, Sie hatten dazu eine Frage gestellt. Wie ich vorhin schon gesagt habe, ist es immer einfach, die Sichtweise hineinzubekommen, wenn die Personen mehr oder weniger verfügbar sind. Das heißt, zukünftige Generationen leben noch nicht, vergangene leben nicht mehr. An vergangene kann man sich noch erinnern; bei zukünftigen ist es relativ schwierig.

Ich glaube, wir müssen zwei Dinge unterscheiden – das ist mir damals schon aufgefallen, als ich meine ersten Planungszellenprozesse, also Zufallsauswahlprozesse, durchgeführt habe –: Zum einen gibt es die grundsätzliche Frage nach der Inputqualität. Wie kann ich also sicherstellen, dass beispielsweise politische Empfehlungen erarbeitet werden, die sich im Nachhinein tatsächlich als generationenübergreifend – man könnte auch „nachhaltig“ oder „enkelfit“ sagen – erweisen? Da ist es aus meiner Sicht prozedural und, ich glaube, auch empirisch nicht zwingend, dass man sagt: Je jünger man ist, desto eher verkörpert man die Zukunft. Zumindest historisch betrachtet ist die Menschheitsgeschichte eigentlich sogar eher umgekehrt. Je näher man also quasi dem Tode stand und je mehr man nicht nur Enkel, sondern Urenkel hatte, umso eher wurde man, historisch betrachtet, als jemand angesehen, der sich Gedanken über die Zukunft macht. Das ist sicherlich ein wichtiges Thema.

Wir sagen immer gern, es gibt drei Argumente, warum Beteiligung Sinn macht. Das erste Argument ist die Effikanz, wie wir es nennen, also, wie wir zu guten, effektiven, effizienten, inhaltlichen Empfehlungen kommen.

– 106 –

Das zweite Argument ist das Thema Akzeptanz. Diesbezüglich spielt es eine große Rolle, ob Personen z. B. aus meiner Generation, aus meinem Milieu, aus meinem politischen Habitat beteiligt waren. Das ist überhaupt kein Thema. Deshalb wird heute bei Zufallsauswahlen fast immer nachgebessert.

Das dritte Argument betrifft das Thema Resilienz. Wer an einem Verfahren zur Entwicklung einer Planungszelle teilgenommen hat – unabhängig davon, was dann mit den Ergebnissen passiert –, weiß: Es ist eine riesige Schule für politische Selbstwirksamkeitserfahrung. Der Hauptgrund dafür, dass man in der attischen Demokratie so viel mit Zufallsauswahl gearbeitet hat, war, dass es einfach ständig jemanden getroffen hat. Das heißt, man hat damals absichtlich die Gremien aufgebläht, weil man damit im Prinzip signalisieren wollte: Jeder kann es; jeder muss es können.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es im Prinzip eine Schöffspflicht. Als ein Beispiel dafür, was man in eine Demokratiesatzung hineinschreiben könnte, würde ich mich auf jeden Fall dafür aussprechen, eine größere Verbindlichkeit zu schaffen. Frau Geißel hatte das mit dem kombinierten Demokratiemodell vorgeschlagen, also ein verbindliches Zusammenspiel von parlamentarischen Deliberativen und Direkt-demokratischen. Da braucht es klare Regeln für alle Seiten, und es braucht dann auch – das hat Frau Geißel schon gesagt – durchaus klare Entlohnungsregeln. Aber es braucht darüber hinaus auch in gewissem Sinn eine Art Schöffendienstpflicht. Wenn man also die Ehre hat, für die Allgemeinheit ein Thema zu bearbeiten, sollte man eigentlich ähnlich wie ein Schöffe in die ehrenvolle Pflicht genommen werden.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Fuhrmann. – Große Fragen bedeuten auch viel Inhalt bei den Antworten. So ist es nun einmal. Jetzt sind wir aber zeitlich sehr weit vorangeschritten. Frau Professorin Dr. Geißel, haben Sie noch eine Antwort auf eine Frage zu geben? Vorher würde ich allerdings gern in die Runde schauen und fragen, ob es noch einer zweiten Runde bedarf. Ich weiß, dass es online eine Nachfrage gibt. Den betreffenden Abgeordneten sehe ich nicht mehr, aber vielleicht will er die Frage noch stellen. Gibt es ansonsten hier vor Ort noch Nachfragen?

Sv. Frau Dr. Geißel: Ich wollte noch etwas sagen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Okay. – Herr Abg. Haser, richtet sich Ihre Nachfrage an Frau Professorin Dr. Geißel?

Abg. Raimund Haser CDU: Vielen Dank für die Möglichkeit, eine Frage zu stellen. Ich mache es ganz kurz. – Sie haben vorhin gesagt, dass in der Öffentlichkeit – maßgeblich natürlich auch durch die Presse – häufig der Eindruck entsteht, dass der Bürgerrat oder die Zufallsbürger recht haben und z. B. ein gewähltes Gremium nicht recht hat. Mit Blick auf die Kommunalwahl, die in Baden-Württemberg im nächsten Jahr ansteht: Wie viel Lust ist bei der Bevölkerung vorhanden, sich in Gremien wählen zu lassen, wenn man am Schluss immer das Gefühl hat, dass es andere besser

– 107 –

wissen? Der Erhalt der Strukturen in einer parlamentarischen Demokratie hängt natürlich auch davon ab, ob ich noch eine Gestaltungskraft in den dafür vorgesehenen Gremien habe. Ich mache mir manchmal vor Ort so meine Gedanken, ob das wirklich motivierend ist. Es kommt natürlich auch immer auf den Prozess an, aber ich glaube, Sie wissen, worauf ich hinauswill.

Sv. Frau Dr. Geißel: Für die Beantwortung muss ich etwas weiter ausholen. Die Bürgerräte sind eine Möglichkeit, um Interessen einer pluralistischen Gesellschaft ins Entscheidungsfindungssystem zu bekommen. Klassischerweise ist es so – das ist in jedem Parlament so –, dass Interessengruppen gefragt werden, also Gewerkschaften, Interessengruppenvertreter usw., bevor über ein Gesetz entschieden wird. Das ist sozusagen die klassische Herangehensweise, um Input aus der Bevölkerung zu erhalten. Das funktioniert jedoch mittlerweile nicht mehr so gut. Sie wissen, dass die Mitgliederzahlen bei den Gewerkschaften rückläufig sind. Viele Menschen sind nicht mehr in Interessengruppen organisiert.

Dieses alte Konzept, das wir aus der pluralistisch-repräsentativen Demokratietheorie kennen, funktioniert so nicht mehr. Aus diesem Grund kam überhaupt die Idee des Bürgerrats zustande: Die Interessen des unorganisierten, einfachen Bürgers schaffen es einfach nicht mehr in die Entscheidungsbildungsprozesse bzw. politischen Willensbildungsprozesse, die dann zu Entscheidungen führen. Das funktioniert nicht mehr. So kam die Idee des Bürgerrats zustande, um wieder allen Bürgern potenziell die Möglichkeit zu geben, durch die Zufallsauswahl etwas in den Willensbildungsprozess einspeisen zu können.

Das unterscheidet sich jetzt gar nicht wesentlich von dem, was wir von der Anhörung von Interessengruppenvertretern kennen, sondern es ist einfach nur eine andere Stufe, in der wir sind: noch eine weitere Gruppe, die ihre Interessen einbringen kann und soll. Es ist also kein zweites Parlament – das ist überhaupt nicht der Fall –, sondern es ist eine Hilfe und eine Unterstützung bei politischen Willensbildungsprozessen. Ich glaube, so muss man das wahrnehmen. So ist es ja auch, und so wird es auch von der Bevölkerung gesehen. Entsprechenden Umfragen zufolge will die Mehrheit lediglich eine beratende Funktion von Bürgerräten und keine entscheidende Funktion. Die Bürgerräte sollen also die Entscheidungsträger beraten, und dann ist es die Aufgabe der Entscheidungsträger, zu entscheiden, ob sie das umsetzen oder nicht, wie es auch bei den anderen Interessengruppenanhörungen usw. der Fall ist. Daher sehe ich nicht die Gefahr – es ist kein zweites Parlament –, dass es zu großen Problemen kommen könnte. Die Bevölkerung will bei diesen Bürgerräten nur eine beratende Funktion und keine Entscheidungsfunktion.

Vorhin wurde noch eine Frage zum Thema „Schnelle Entscheidungen“ gestellt. In der Tat sind Beteiligungsverfahren bei schnellen Entscheidungen nur schwer umzusetzen. Aber man kann zumindest erwarten oder verlangen, dass sie im Nachhinein durch verschiedene Verfahren legitimiert werden.

– 108 –

Vielen Dank, dass ich noch antworten durfte.

Vorsitzender Alexander Salomon: Das dürfen Sie natürlich immer. Vielen Dank, Frau Professorin Dr. Geißel.

Nachdem es keine weiteren Ergänzungen oder Nachfragen gibt, danke ich Ihnen beiden, Frau Professorin Dr. Geißel und Herr Dr. Fuhrmann, dass Sie uns in diesem Themenfeld noch einmal schlauer gemacht haben. Wir sind natürlich immer für weitere Informationen von Ihrer Seite dankbar. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag. Herr Dr. Fuhrmann war schon länger hier und darf noch länger bleiben, wenn er möchte, und kann weiter zuhören.

Als Nächste rufe ich Frau Professorin Dr. Katharina Mangold, Professorin für Europarecht und Geschäftsführende Leiterin der Abteilung „Europa und Völkerrecht“ an der Europa-Universität Flensburg, auf, die uns digital zugeschaltet ist. Sie haben für Ihren Vortrag 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Dr. Mangold: Sie haben mich eingeladen, damit ich über Repräsentation und Teilhabe und konkret über die Corona-Verordnungen spreche, also über die rechtlichen Aspekte des Umgangs mit der Pandemie. Ich werde zunächst über die Rechtsetzung in der Pandemie sprechen, um einen Rahmen zu geben, dann über die Repräsentation in der Coronarechtsetzung, danach folgt eine allgemeine Betrachtung aus juristischer Perspektive zu Repräsentation und Teilhabe, gefolgt von der konkreten Betrachtung der Teilhabe an der Coronarechtsetzung, um dann einen exemplarischen Blick auf die Regelungen und ihre Inhalte selbst zu werfen.

Ich beginne mit dem Thema „Rechtsetzung in der Pandemie“. Die Rechtsgrundlagen finden sich zunächst einmal im Bundesinfektionsschutzgesetz, das im Laufe der Pandemie 19-mal geändert worden ist. Das heißt, auch die Rechtsgrundlagen des Handelns der Landesregierung Baden-Württemberg haben sich im Laufe der Pandemie geändert. Die Landesregierung hat Rechtsverordnungen auf der Basis von § 32 in Verbindung mit §§ 28, 28a des Infektionsschutzgesetzes erlassen. Diese Grundlagen haben sich im Laufe der Pandemie geändert, weil das Infektionsschutzgesetz selbst geändert wurde.

Es handelte sich hierbei also nicht um normale Rechtsetzung bzw. Gesetzgebung, sondern um gubernative Rechtsetzung, die auf der Basis ministerieller Vorbereitung in einem extrem beschleunigten Rechtsetzungsverfahren, das gekennzeichnet war von Wissenslücken über das Virus, aber auch über die Regeln und Maßnahmen, die erforderlich sein würden, erging. Der gesamte Prozess, wenn man ihn über die Zeit betrachtet, ist von einem Dazulernen gekennzeichnet. Es handelte sich also nicht um ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren. Deswegen haben auch die typischen

– 109 –

Verbändeanhörungen und dergleichen nicht stattgefunden. Es gab deutlich weniger parlamentarische Diskussionen. Das hat sich im Verlauf der Pandemie verändert, aber es gab eben dieses Prärogativ der Landesregierung, die auf die Normen zugegriffen und diese erlassen hat.

Ich habe Ihnen dazu Beispiele mitgebracht. Die erste Corona-Verordnung aus Baden-Württemberg vom 16. März 2020 umfasste neun Seiten. Allein dreieinhalb Seiten davon widmeten sich den Schulen, Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen. Es ging auch um Hochschulen, um Versammlungen, um die Schließung von Einrichtungen, um Gaststätten, um besonders gefährdete Personen sowie um weitere Maßnahmen. Wenn man das einmal vergleicht: Nur sieben Wochen später, nämlich am 9. Mai 2020, hatte die Corona-Verordnung, die inzwischen schon mehrere Auflagen erlebt hatte – teils im Tages- bzw. Wochenrhythmus –, bereits 26 Seiten. Vergleicht man das z. B. mit den Regelungen in der ersten Corona-Verordnung vom 16. März 2020, in der es einen einzigen Paragraphen gab, in dem Regelungen für Schulen, Kindertageseinrichtungen usw. getroffen wurden, sehen wir in der Corona-Verordnung vom 9. Mai 2020 mehrere Paragraphen, die denselben Bereich regeln, die allerdings deutlich mehr Seiten umfassen, also sehr viel differenzierter geworden sind. Es sind auch Maßnahmen hinzugekommen, etwa der Aufenthalt im öffentlichen Raum.

Im Sommer hat sich die Seitenzahl dann verringert. Ich habe diese Corona-Verordnung aber deswegen herausgegriffen, weil dadurch ein verändertes Regelungskonzept eingeführt worden ist, indem allgemeine Regelungen vorangestellt und dann besondere Anforderungen für einzelne Bereiche definiert worden sind.

Wenn man sich die Regelungen ein Jahr nach Beginn der Pandemie anschaut, dann hatte die Corona-Verordnung zu diesem Zeitpunkt 50 Seiten. Wir sehen, dass es sehr viele Paragraphen gibt, darunter auch sehr viele „Buchstaben-Paragraphen“, also § 1a, § 1h usw. Das deutet darauf hin, dass die ursprüngliche Regelung noch sehr viel weiter ausdifferenziert worden ist. Einige Beispiele: § 1a – Befristete Maßnahmen zur Abwendung einer akuten Gesundheitsnotlage –, § 1h – Einschränkungen für Krankenhäuser, Einrichtungen für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf.

Wie steht es jetzt um die Repräsentation in dieser Coronarechtsetzung? Da gilt es, zunächst den Repräsentationsbegriff selbst zu bedenken, der ja erst einmal bedeuten kann, jemand sei vertreten, also repräsentiert. Wer wirkt also an der Rechtsetzung in den Ministerien und in der Landesregierung, konkret aber vielleicht auch im Parlament mit? Darüber habe ich mir gemeinsam mit vier Kolleginnen und Kollegen im Jahre 2021 einige Gedanken gemacht. Wir haben uns Gedanken über die Diversität in Rechtswissenschaft und Rechtspraxis, auch die Behörden umfassend, gemacht und haben auf Basis der Forschung, die dazu vorhanden ist, herausgefunden, dass es um die Diversität ausgesprochen schlecht bestellt ist. Wir wissen das aus der Forschung über die Beteiligung von Frauen. Aber wir haben uns speziell mit der Beteiligung von Menschen, die wir aus Mangel eines besseren Begriffs „People of

– 110 –

Color“ nennen, befasst und festgestellt, dass diese Menschen nur wenig repräsentiert sind. Das wäre also ein Repräsentationsbegriff: Wer macht eigentlich mit, und wer ist vertreten?

Ein anderes Verständnis von Repräsentation wäre die Berücksichtigung der Interessen, dass also die Interessen in den Regelungen repräsentiert sind. Wessen Bedürfnisse werden also mitgedacht und wessen nicht?

Am Ende laufen jedoch beide Verständnisse darauf hinaus, dass es um epistemische Lücken, also Wissenslücken, geht, wenn eine nicht diverse Zusammensetzung der Ministerien dazu führt, dass von diesen homogenen Personen Recht gesetzt wird und dabei die Bedürfnisse von spezifischen Personengruppen nicht berücksichtigt werden.

Wie hängen jetzt Repräsentation und Teilhabe zusammen? Im Recht gibt es eine Objektivitätsvorstellung: Eine Norm, die für alle in gleicher Weise gilt, kann sich dennoch unterschiedlich auswirken. Wir haben also eine allgemeine Norm, die aber auf eine zerklüftete Landschaft einwirkt.

Ich habe Ihnen einmal ein Bild mitgebracht. Da sehen Sie, dass die gleiche Wasseroberfläche das Land in unterschiedlichem Maß bedeckt. Das kann man mit den Menschen vergleichen, die sich an unterschiedlichen Stellen in der zerklüfteten sozialen Wirklichkeit befinden und entweder von den Regeln betroffen sind, untergehen oder gerade noch Luft bekommen können.

Wie sah es jetzt mit der Teilhabe an der Coronarechtsetzung aus? Wie ich dargestellt habe, gab es eine extrem beschleunigte Rechtsetzung, die von der Gubernative, also der Regierung und den Ministerien, ausgegangen ist. Wer hatte Zugang zu den Rechtsetzungsprozessen? Wer konnte hier eigene Bedürfnisse zu Gehör bringen? Wer fand Gehör, und bei wem? Gab es Verbändeanhörungen zu den Coronarechtsverordnungen? An wen konnten sich Einzelne wenden, die nicht in Verbänden organisiert sind? Wie sieht es eigentlich mit Hierarchien von Zugängen und Gehör aus? Denn nicht alle Personengruppen sind in gleicher Weise effektiv organisiert, sind auch durchschlagskräftig und hatten während der Pandemie die Möglichkeit und die Ressourcen, sich zu äußern.

Von besonderer Bedeutung ist das für jene Personengruppen, die mehrfach diskriminiert sind – das nennen wir in der Forschung „Intersektionalität“ –, die also an der Schnittstelle mehrerer Diskriminierungskategorien stehen und die dann in mehrfacher Hinsicht besonders diskriminiert sind und vielleicht noch schwerer Zugang und Gehör finden.

Jetzt komme ich einmal zu konkreten Beispielen. Die Frage lautet: Auf wen wirken sich die Maßnahmen wie aus? Wenn wir z. B. an die Schul- und Kitaschließungen

– 111 –

denken, dann müssen wir immer auch mitdenken, dass die Careverantwortlichkeit für die Kinder in der gesellschaftlichen Realität – Sie denken bitte an die zerklüftete Landschaft – nicht gleich verteilt ist, sondern dass Frauen nach wie vor überwiegend die Verantwortlichkeit übernommen haben. Wir haben gesehen, dass viele Frauen in Teilzeit gehen mussten oder sogar ihre Jobs aufgegeben haben. Aus der Wissenschaft kann ich berichten, dass wir in vielen Journals einen dramatischen Niedergang der Veröffentlichungen von Frauen beobachtet haben, während Männer in dieser Zeit vermeintlicher Zurückgezogenheit und Ruhe von sonstigen Verpflichtungen von außerordentlicher Produktivität waren.

Wenn wir an die Alten- und Pflegeheime sowie Krankenhäuser denken, dann wurde vielfach der menschliche Kontakt untersagt, und zwar auch in hoch dramatischen Situationen. Das ist etwas, was im Nachhinein vielfach ausgesprochen kritisch betrachtet worden ist. Auch hier geht es um eine Situation, die eigentlich schon vor der Pandemie da war und die durch die Pandemie dann verschärft wurde: dass es eigentlich keine Lobby für die Alten – wer soll für sie sprechen? – und für die Angehörigen gibt, die mit ihrem eigenen Leben ohnehin schon viel zu tun hatten. Hier sind also verschiedene Dinge zusammengekommen.

Ich habe Ihnen einmal ein konkretes Beispiel mitgebracht. Wie sind familiäre Kontakte geregelt gewesen? Ich will den Fokus auf die Frage richten, welche Konstellationen von Familien eigentlich anerkannt werden. Wenn wir uns die Regelungen der Corona-Verordnung aus dem November 2020 anschauen, wie dort Ansammlungen und private Veranstaltungen geregelt waren, so heißt es dort: „Ansammlungen und private Veranstaltungen sind nur mit Angehörigen des eigenen Haushalts oder mit Angehörigen des eigenen und eines weiteren Haushalts sowie Verwandten in gerader Linie, jeweils einschließlich deren Ehegatten, Lebenspartnern, Partnern einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft ... zulässig“. Da hat offensichtlich ein Lernprozess stattgefunden, denn in einer der nächsten Corona-Verordnungen hat eine Ergänzung dahin gehend stattgefunden, dass Paare, die nicht zusammenleben, als ein Haushalt gelten. Das war eine Einsicht aus der Lebenswirklichkeit: dass nicht alle Paare in einem gemeinsamen Haushalt leben, sondern dass es auch Paare gibt, die in verschiedenen Haushalten leben. Das ist etwas, was man eben nicht bedenkt, wenn man solch eine Regelung auf dem Reißbrett ersinnt.

Nach der Corona-Verordnung vom März 2021 gab es dann die Möglichkeit – diese wurde später abgeschafft –, noch weitergehende Beschränkungen von Treffen mit Angehörigen eines anderen Haushalts festzulegen. Hier hieß es z. B. „Angehörige eines Haushalts und höchstens einer weiteren Person eines anderen Haushalts“. Das ist unterschiedlich interpretiert worden, aber überwiegend so, dass man nur eine Kontaktperson haben durfte. Wenn man sich jetzt einmal überlegt, dass z. B. Singles genau eine Kontaktperson haben dürfen, dann ist das natürlich eine ganz andere Situation, als wenn man etwa in einer Großfamilie oder noch mit den Großeltern im Haus lebt, wo dann schon der eine Haushalt viel mehr Personen umfasst. Damit will

– 112 –

ich Ihnen nur Beispiele dafür geben, wie sich ein und dieselbe Norm, die ganz neutral formuliert zu sein scheint, auf unterschiedliche Personen unterschiedlich auswirkt.

Was können wir also daraus lernen? Es gab allmähliche Korrekturen. Die Sondersituationen von spezifischen Personengruppen wurden übersehen, weil die Perspektiven nicht im Rechtsetzungsprozess, in unserem Fall konkret in den Ministerien, vertreten waren und deswegen nicht mitgedacht werden konnten oder jedenfalls nicht mitgedacht wurden und eine Beteiligung von Betroffenen im Rechtsetzungsprozess regelmäßig nicht stattfand, weil eine Verbändeanhörung, wie sie im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren üblicherweise erfolgt, aufgrund der Geschwindigkeit ausfiel.

Das hatte zur Konsequenz, dass die betroffenen Personen erst einmal mühsam auf Korrekturbedarfe hinweisen mussten, jedoch zu Beginn mit diesen Ausschlüssen leben müssen. Angesichts der Komplexität und auch des Umfangs sowie der Regelungsweite der Corona-Verordnungen hat es nicht selten eine ganze Weile gedauert, bis spezifische Regelungen getroffen worden sind.

Diese Auswirkungen kann man insbesondere entlang von Diskriminierungskategorien beobachten; denn wenn man etwas regelt, dann denkt man sich zunächst einmal ein Normalmodell. Wenn ich jetzt „man“ sage, dann meine ich das im wörtlichen Sinn. Das Normalmodell ist der Leitmaßstab, z. B. die normale Familie oder der normale männliche Arbeitnehmer, der keine Careverantwortung hat, weil er das gemütlich an seine Frau abgegeben hat. Diskriminierte Personengruppen leben nun allerdings vielfach gerade nicht nach diesem Normalmodell. Das ist also nicht mitgedacht. Diskriminierte Personengruppen sind auch jene, die in den Ministerien nicht oder wenig repräsentiert sind.

Ich erinnere noch einmal an die zerklüftete Lebenswirklichkeit, die unendlich komplex ist. Normalerweise fangen wir das im Rechtsetzungsprozess durch Anhörungen und durch die öffentliche Deliberation ein. Es wird kritisiert, und es wird darauf hingewiesen, dass bestimmte Spezialfälle nicht bedacht worden sind. Das hat in Bezug auf die Corona-Verordnungen nur sehr allmählich und verzögert stattgefunden und immer erst im Nachgang. Gerade besonders vulnerable und auch schutzbedürftige Personengruppen blieben also immer wieder unberücksichtigt und mussten erst selbst aktiv auf sich aufmerksam machen. Eine Lösung, für die ich plädiere, sehe ich darin, die Diversität in den Ministerien und in der Landesregierung von vornherein zu steigern.

Ich hoffe, es war jetzt nicht zu lang für Sie und hat Ihnen einen Überblick gegeben. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

– 113 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Professorin Dr. Mangold. – Die nächsten 20 Minuten in diesem Themenfeld gehören Herrn Professor Dr. Ulrich Eith, Direktor des Studienhauses Wiesneck, Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e. V., außerplanmäßiger Professor für Politikwissenschaften an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und im politischen Raum eigentlich fast allen sehr gut bekannt. Sie haben 20 Minuten Zeit, uns in die Thematik einzuführen.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dr. Eith: Sehr geehrte Mitglieder der Enquetekommission, meine Damen und Herren! Ich werde nicht darum herumkommen, einige Punkte, die Herr Fuhrmann oder Frau Geißel bereits angesprochen haben, auch bei mir zu thematisieren. Ich habe meinen Vortrag aber stark auf die Praxis in Baden-Württemberg bezogen.

Ich werde meinen Vortrag in drei Gliederungspunkte aufteilen. Beim ersten Punkt kann ich mich kürzer halten – dazu hat Frau Geißel schon viel gesagt –: Wie funktioniert die Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg? Ich habe zentrale Einwände und Kritikpunkte zusammengestellt, die Sie in der Diskussion immer wieder hören. Einer davon ist eben bereits etwas breiter besprochen worden. Im dritten Punkt geht es darum, Handlungsempfehlungen zu geben und eine Bewertung vorzunehmen, was die dialogischen Bürgerbeteiligungsformen denn leisten können.

Zum ersten Punkt in aller Kürze und Kompaktheit: In Baden-Württemberg hat sich die Bürgerbeteiligung inzwischen bestens etabliert, und zwar in sehr vielen Kommunen, wenn auch nicht in allen Kommunen. Das hängt im kommunalen Bereich immer stark davon ab, wie denn die Verwaltungsspitze – sprich: der Bürgermeister bzw. die Bürgermeisterin – dazu steht. Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Es gibt Gemeinden, in denen die Bürgerbeteiligung schon zum kommunalen Alltag gehört, und es gibt Gemeinden, wo das noch gar nicht stattgefunden hat.

Sie haben bereits von der Fahrt mit Frau Staatsrätin Bosch nach Vorarlberg gehört. Ich hatte die Chance, auch dabei zu sein. Wenn man das vergleicht, haben wir in Baden-Württemberg ein sehr viel flexibleres Instrumentarium, als es etwa in Vorarlberg der Fall ist. In Vorarlberg ist es in der Verfassung geregelt und hat damit einen anderen Verpflichtungsgrad als derzeit noch bei uns. Die Formate der Bürgerforen, Bürgerräte bzw. Bürgerwerkstätten sind unterschiedlich, gerade auch in Bezug auf die Länge und die Anzahl der Teilnehmenden. Die Sitzungen müssen nicht immer zwangsläufig anderthalb Tage dauern – das wäre die Version in Vorarlberg –, sondern in Baden-Württemberg kann es ganz unterschiedlich gehandhabt werden. Außerdem ist es möglich, die dialogische Bürgerbeteiligung zu ganz unterschiedlichen Themen zu implementieren.

Angefangen hat es im Wesentlichen mit ganz konkreten Planungsverfahren. Das ist ein ganz wichtiger Punkt gewesen. Daraus ist eigentlich die Motivation erwachsen, dieses Instrumentarium im Zuge der „Politik des Gehörtwerdens“ weiter auszubauen,

– 114 –

weil man gemerkt hat: In Konflikt- und Krisensituationen ist – das ist in Stuttgart passiert – Sprachlosigkeit ein ganz zentraler Punkt, der in eine Konfrontation führt. Deswegen ist es entscheidend, sehr viel früher ins Gespräch zu kommen und nicht zu warten, bis – wie in diesem Fall – seinerzeit dann Heiner Geißler das Gespräch gesucht hat. Das ist sicherlich eine wichtige Dimension. Natürlich können Entwicklungsszenarien, Zukunftswerkstätten und Ähnliches gemacht werden.

Herr Fuhrmann hat darauf hingewiesen, dass er es sehr viel stärker präferiert, dass die Initiative vom Parlament ausgeht. Dazu komme ich noch zu. In Baden-Württemberg ist es in der Vergangenheit so gewesen, dass es in den meisten Fällen von der Verwaltung, von der Administration ausging. Aber das erklärt sich auch ein wenig durch die Struktur der Implementierung. Seit 2013 gibt es das Beteiligungsportal. 2014 ist dann die Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeitsbeteiligung erlassen worden. Dadurch sind die Behörden in Baden-Württemberg dazu verpflichtet worden, bei größeren Planungsverfahren rechtzeitig und mehrfach eine Bürgerbeteiligung durchzuführen. Im Jahr 2015 ist dann die Allianz für Beteiligung als zivilgesellschaftliches Netzwerk ins Leben gerufen worden. Ein ganz zentraler Meilenstein war dann das im Jahr 2021 verabschiedete Gesetz über die dialogische Bürgerbeteiligung. Seitdem ist es möglich, für die Auswahl etwa die Daten der Meldeämter der Kommunen und auch des Landes zu verwenden. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Derzeit ist der Aufbau bzw. Ausbau der Servicestelle Bürgerbeteiligung sozusagen als Unterstützungsort, der die Beratung übernimmt, in der Diskussion, was zwangsläufig dazu führen wird, dass es ein Stück weit von der Stabsstelle, wo es bislang angesiedelt ist, weggeht.

Ich möchte eine Bewertung zu den fünf zentralen Einwänden gegen die Bürgerbeteiligung abgeben, die mir immer wieder begegnen, wenn es um diese Themen geht. Ich weiß, dass darüber vorhin zum Teil schon diskutiert worden ist. Dementsprechend werde ich es kurz machen.

Zu Punkt 1 habe ich relativ wenig: zu teuer, zu zeitintensiv. Gut, das ist eine Diskussion, die aus meiner Sicht nicht dem Vorteil Rechnung trägt, den ich habe, wenn ich Bürgerbeteiligung mache. Wenn es einigermaßen gut läuft, vermeide ich juristische Auseinandersetzungen, Blockadesituationen und möglicherweise das Aufschaukeln von Gewalt bzw. von Sprachlosigkeit. Eine Garantie dafür, dass das gelingt, gibt es selbstverständlich nicht. Allerdings zeigen viele Beispiele, dass es so funktioniert. Insofern scheint mir das Geld und die Zeit, die dort investiert werden, sehr gut investiert zu sein. Aber darüber lässt sich selbstverständlich diskutieren.

Der zweite Punkt, der vorhin schon eine Rolle gespielt hat, ist sehr gewichtig. Selbst unter Fachkollegen, also Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftlern, die sich mit dieser Thematik selten oder kaum beschäftigen, herrscht noch immer die für mich eigentümliche Vorstellung vor, dass das ein repräsentatives Gremium sei, weil es per Zufallsauswahl zusammengesetzt ist. Jetzt bin ich nicht nur Politikwissen-

– 115 –

schaftler, sondern auch Mathematiker. Ich erspare Ihnen jetzt aber längere Ausführungen darüber. Kurz in Summe: Wenn Sie 20 Teilnehmende haben, dann ist das nach vernünftigen mathematischen Kriterien niemals repräsentativ. Wie soll das sein? Wenn Sie Umfragedaten haben, brauchen Sie 1 500 Fälle, um Vertrauensintervalle zu haben, die bei einem 50-%-Anteil bei plus/minus drei Prozentpunkten liegen. Stellen Sie sich vor, wie es dann bei 20 Leuten ist. Das kann man völlig vergessen. Das ist der erste mathematische Grund. Ich belasse es einfach dabei.

Das Zweite ist ein viel wichtigerer inhaltlicher Punkt, der vorhin schon angesprochen worden ist. Die Angefragten werden ja gefragt, ob sie denn überhaupt teilnehmen wollen. Dass es sich um eine freiwillige Veranstaltung handelt, ist ein ganz entscheidendes Kriterium, was diese Vorstellung, es sei repräsentativ für eine Kommune oder für das gesamte Land Baden-Württemberg, von vornherein schon ad absurdum führt, weil diejenigen, die nicht teilnehmen wollen, dann ja schon von vornherein gar nicht dabei sind. Diese Vorstellung ist einfach widersinnig.

Frau Geißel hat vorhin völlig zu Recht – ich möchte das auch noch einmal sagen – darauf hingewiesen, dass es nicht darum geht, repräsentative Entscheidungsgremien zu finden. Vielmehr geht es um ein Beratungsinstrument, und es geht darum, dass dort eine Vielfalt von Meinungen, sozusagen mehr Diversität, mehr Pluralität von Meinungen, hineinkommt. Das ist der entscheidende Punkt.

Mit der Zufallsauswahl erreiche ich einen ganz wichtigen Punkt: Die Wahrscheinlichkeit, dass Stakeholder in diesem Zufallsprozess mitmachen, ist wirklich sehr gering. Andererseits: Hätten wir keine Zufallsauswahl, sondern – ich nehme einmal das Beispiel einer Kommune; Sie können es aber auch auf die Landesebene oder andere Regionen ausdehnen – eine Kommune würde sagen, sie hat einen neuen Bebauungsplan und will eine Bürgerbeteiligung oder Bürgerräte machen, und ich bin sozusagen per Selbstnennung dabei, dann können Sie davon ausgehen, dass sich fast ausschließlich Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter melden. Dann kommen die Vereinsvorsitzenden, dann kommen die Vertreter des lokalen Einzelhandels, der Gewerkschaften, der Sozialverbände usw. Das ist jetzt gar nichts Schlimmes – es ist ja wichtig, dass auch diese Positionen vertreten werden –, aber das ist nicht das Forum, über das wir hier reden – das ist der Punkt –, sondern man schafft ein zusätzliches Forum, in dem Menschen deliberativ, argumentativ aufgeschlossen sind, sich auseinanderzusetzen, um – zumindest aus Sicht derer, die es diskutieren – zu einem sinnvollen Ergebnis zu kommen. Das hat man nicht, wenn man eine Diskussion mit Stakeholdern führt, weil die die Interessen der Organisation im Hinterkopf haben, die sie nun einmal vertreten. Insofern geht es um ein zusätzliches Gremium. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, der hierbei zu bedenken ist.

Damit komme ich schon zum dritten Punkt, den wir bereits ein Stück weit andiskutiert haben: Werden dadurch repräsentative Gremien ausgehebelt? Im kommunalen Bereich – aber ich kann mir gut vorstellen, dass es vielleicht sogar auch im Landtag Gegenstand der Diskussion ist – ist es durchaus so, dass allein der Begriff „Bürgerrä-

– 116 –

te“ bei manchen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten dazu geführt hat, dass sie sich die Frage gestellt haben, ob sie jetzt überflüssig sind. Zwischenzeitlich ist man dazu übergegangen, es einfach terminologisch „Bürgerforen“ zu nennen, um eine Begriffsähnlichkeit zu vermeiden. Aber es geht nicht um eine Verschleierungstaktik durch Begriffe, sondern man muss eben klar sagen, was der Auftrag bzw. was die Systematik ist.

Diese Foren haben einen beratenden Charakter, was allerdings – das halte ich in einer Demokratie für einen Vorteil – die gewählten Entscheidungsträgerinnen und -träger dann sozusagen in eine Begründungsnotwendigkeit bringt, nämlich sich entweder einem solchen Votum anzuschließen oder auch zu sagen: „Nein, wir haben eine ganz andere Vorstellung.“ Aber dann muss es begründet werden, und diese Begründungspflicht halte ich auch im Sinne einer Transparenz und Nachvollziehbarkeit für Bürgerinnen und Bürger, ehrlich gesagt, für gar nicht mal schlecht. Dann müssen die Dinge eben diskutiert werden. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Auf diesen Punkt möchte ich noch kurz aus demokratietheoretischer Sicht eingehen. Beteiligungsformen in der repräsentativen Demokratie – das kennen Sie alles – sind Wahlen, in der direkten Demokratie die Volksentscheide, die Bürgerentscheide im kommunalen Bereich und dann eben die traditionellen – ich nenne es jetzt einmal so – Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung bisheriger Art, also Stellungnahmen, Anregungen und Einwände. Pragmatisch betrachtet handelt es sich dabei aber eigentlich um eine Verbändeanhörung.

Und jetzt stellt sich die Frage: Wie hängt das Ganze nun zusammen? Wenn wir einfach einmal diese drei Modelle nehmen – die repräsentative Demokratie und die direkte Demokratie sind jedem vertraut, und dann gibt es noch die dialogische Demokratie, wo Sie diesen Diskurs letztlich führen; man könnte es auch „deliberative Demokratie“ nennen –, dann können Sie alles miteinander kombinieren, und zwar in unterschiedlicher Art und Weise. In der Schweiz gibt es beispielsweise kein reines System von direkter Demokratie. Natürlich gibt es dort auch Facetten von repräsentativer Demokratie, und es gibt deliberative Beratungsformen, weil Sie in der Schweiz alle drei Monate entsprechende Informationen erhalten und dieser Prozess erfolgt, bevor die Abstimmung stattfinden. In Vorarlberg ist das genauso miteinander verknüpft.

Insofern ist das der entscheidende Punkt: Es kommt darauf, wie man diese verschiedenen Möglichkeiten der Meinungsbildung und auch der Artikulation von Interessen institutionell miteinander in einer pluralistischen Demokratie zusammenbringt. Diese – dieser Begriff hat sich in der Wissenschaft herausgebildet – vielfältige Demokratie ermöglicht den Diskurs. Wie ich vorhin allerdings schon sagte: Eine Garantie gibt es nicht. Die vielfältige Demokratie generiert vielleicht neue Blickwinkel. Gerade im kommunalen Bereich sind Verwaltungen, wie entsprechende Evaluationen zeigen, ausgesprochen froh, wenn solche Verfahren stattfinden, weil dann doch Dinge angesprochen werden, die eben die Betroffenen viel besser wissen als manche Stadtpla-

– 117 –

nerin bzw. mancher Stadtplaner. Das ermöglicht Transparenz. Gerade durch eine frühzeitige Installation von Beteiligungsprozessen, wie sie die Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeitsbeteiligung vorsieht, können potenzielle Konfliktfelder entdeckt werden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Folie meines Kollegen Professor Dr. Frank Brettschneider. Auf dieser Folie sehen Sie sechs Bilder, die alle ziemlich ähnlich sind. Der zweite Balken ist immer besonders groß. Wenn Sie jetzt auf die linke Seite schauen, dann geht es um Baden-Württemberg. Wenn Sie auf die rechte Seite schauen, geht es um Deutschland. Das beruht auf einer Umfrageforschung. In Baden-Württemberg sind rund 2 500 und bundesweit rund 4 000 Personen jeweils gefragt worden: Wie willst du es auf der Bundesebene haben? Wie willst du es auf Landesebene haben? Wie willst du es auf der kommunalen Ebene haben? Dann gab es vier Möglichkeiten: Ein rein repräsentatives System, ein repräsentatives System plus Dialog – das ist immer der große Balken –, ein direktdemokratisches System plus Dialog oder ein rein direktdemokratisches System. Das ist genau das, unterlegt mit Zahlen, was auch Frau Geißel schon angedeutet hat: Die Menschen wollen diese dialogische Beteiligung als ein Instrument der Beratung und der Unterstützung. Es ist in keiner Weise ein Instrument gegen repräsentative Demokratie. Genau das zeigt diese Untersuchung, die der Kollege Brettschneider durchgeführt hat.

Damit komme ich zum nächsten Punkt: zu wenig Beteiligte, zu geringe Wirkung? Das ist von Frau Geißel schon breit diskutiert worden. Es gibt viele verschiedene Beteiligungsmotive. Die sind dann schon interessant bei Bürgerinnen und Bürgern, wenn man sie fragt, die aber freiwillig teilnehmen, nämlich natürlich Interesse am Thema, aber übrigens gar nicht so häufig betroffen von dem Thema. Dann spielen auch Themen wie z. B. „Staatsbürgerliches Pflichtgefühl“ und übrigens auch – das ist in meinen Augen ein ganz wichtiger Punkt – das „Ja, ich wurde hier gefragt“, also die direkte Ansprache – jemand ist als Person wahrgenommen worden und direkt gefragt worden –, eine Rolle. Das muss dann z. B. im kommunalen Bereich natürlich auch mit einem wertschätzenden Begleitschreiben erfolgen. Wenn Menschen wahrgenommen werden, sagen sie sich: „Wenn man mich jetzt schon fragt, dann mache ich da auch mit.“ Das sind Motive, die sich aus den Evaluationen deutlich ergeben. Ich finde, das ist ein ausgesprochen wichtiger Punkt.

Würden Sie in Baden-Württemberg eine Umfrage machen, würde deutlich werden, dass viele diese dialogischen Beteiligungsformen bislang noch gar nicht kennen und damit nicht in Berührung gekommen sind. Aber so etwas muss Schritt für Schritt wachsen. Das entwickelt sich dann sozusagen erst über die Kommunen. Dort ist es am einfachsten, weil es letztendlich auch am überschaubarsten ist.

Ich habe gemeinsam mit einem meiner Mitarbeiter beispielsweise eine Evaluation von fünf Beteiligungsverfahren, die zu Zeiten von Corona online stattgefunden haben, durchgeführt. Auf dieser Folie sind die Ergebnisse dieser Evaluationen dargestellt. Wie Sie sehen, sind diese Prozesse handwerklich als gelungen und sehr gut

– 118 –

wahrgenommen worden. Die Ergebnisse, zu denen wir gelangt sind, decken sich mit fast allen Studien in ähnlichen Größenordnungen, auch in anderen Ländern: Wenn die Verfahren gut gemacht sind, wird dadurch eine hohe Zufriedenheit erreicht. Außerdem wurde das Verständnis hinsichtlich politischer Prozesse vergrößert. Noch höher bewertet ist dann Folgendes: Ich spreche mit meinem persönlichen Umfeld über diese Themen, also eine Art Multiplikatorenfähigkeit, eine Art Urteilsfähigkeit. Damit geht auch eine Verbesserung des eigenen Wissens- und Erkenntnisstands einher, also politische Bildung durch Teilnahme. Dafür spricht natürlich, dass diese Zahlen erst langsam steigen. Aber ich glaube: Je mehr es zu einer generellen Kultur wird, umso besser.

Damit komme ich zum letzten Punkt: Sind Onlineverfahren sinnvoll? Dazu haben wir schon einiges gehört. Zunächst einmal ist es vor allem wichtig, dass Onlineverfahren extrem gut moderiert werden. Es bestehen noch einmal höhere Anforderungen, wenn Sie keine Möglichkeit haben, es Face-to-Face zu machen. In den Prozessen, die in Baden-Württemberg stattgefunden haben, ist dies gelungen. Sie müssen natürlich vorab sicherstellen, dass die Technik auch funktioniert. Allerdings hat die Technik wiederum auch den Vorteil, dass Sie z. B. Übersetzungen machen können. Es gab den Trinationalen Bürgerdialog zu Corona mit Vertretern aus Deutschland, der Schweiz und dem Elsass sowie den Deutsch-Französischen Dialog. Dafür brauchen Sie Übersetzungsleistungen, weil nur wenige Deutsche Französisch sprechen und nur wenige Franzosen Deutsch sprechen. So ist es leider nun einmal an der Grenze. Ich lebe am Kaiserstuhl; dort unten ist es die Realität.

Das alles können Sie mit Technik leisten, aber nicht die zwischenmenschlichen Beziehungen. Wir brauchen also in Normalzeiten den Diskurs in einer Kombination. Für Krisenzeiten wie beispielsweise in Zeiten der Pandemie kann man es, wenn die Sachen gut aufgesetzt sind, immerhin auch als reines Onlineverfahren machen. Das halte ich für einen zentralen Vorteil.

Sie sehen hier vier Punkte aufgelistet: Durch die dialogische Beteiligung erfolgt eine Belebung des politischen Diskurses. Das ist aus meiner Sicht einer der zentralen Punkte in Zeiten von Rechtspopulismus und Verschwörungserzählungen – Stichwort „Fake News“. Wer gestern Abend zufällig die Talkshow im Fernsehen gesehen hat, hat erlebt, wie man über eine Stunde hinweg systematisch aneinander vorbeireden kann. Es ist, ehrlich gesagt, inzwischen erschreckend. Wir müssen als Gesellschaft den Diskurs offensichtlich wieder einüben und müssen es auch aushalten können, dass andere Menschen andere Vorstellungen haben.

Bei der Aktivierung der Bürgerschaft handelt es sich um einen Schritt, der nur sehr langsam vorangeht. Wir haben eine weitere Stimme neben den Verbänden und Interessengruppen, und es gibt Orientierungswissen auch für Verwaltungen.

Ich komme zum letzten Thema. Ich glaube, dass die Servicestelle Bürgerbeteiligung die Sache weiter professionalisieren wird. Es ist ein Vorteil, dass das stattfindet. Wie

– 119 –

ich schon gesagt habe, können die Bürgerforen in Krisensituationen immer online eingesetzt werden und stattfinden. Der entscheidende Punkt ist die öffentliche Sichtbarkeit. Das ist mittlerweile schon viel besser geworden – Stichwort Beteiligungsportal. Aber das muss noch klarer werden. Ich finde, es war vorbildlich, dass das Bürgerforum seine Ergebnisse heute im Parlament vorgetragen hat. Ich selbst habe an einer Expertenrunde teilgenommen, bei der es um die Rentenansprüche von Abgeordneten ging. Auch dazu hat es ein Bürgerforum gegeben, und auch das ist entsprechend wahrgenommen worden. Ich halte es für wichtig, dass so etwas in Kombination stattfindet.

Ich kann Ihnen nur raten – dann hat es das Parlament auch in der Hand –, dass Sie Bürgerforen als Teil des Gesetzgebungsprozesses auch in Baden-Württemberg einführen. Das gibt es in Baden-Württemberg noch nicht; das ist im Moment in der Diskussion. Ich glaube, dass das ein sehr zentraler Punkt wäre. Natürlich kann man dann in einem nächsten Schritt darüber nachdenken, dass ähnlich wie bei Volksbegehren, für die man round about 40 000 Stimmen braucht, auch dafür die Initiative aus der Bürgerschaft heraus kommen kann. Das scheint mir auch so zu sein. Dann ist es, wie ich es am Schluss meiner Präsentation ein wenig pathetisch genannt habe, eine „Förderung einer Kultur des demokratischen Diskurses in einer pluralistischen Gesellschaft“. Ehrlich gesagt: Als politischer Bildner, der in diesen Bereichen viel unterwegs ist, scheint mir das im Moment notwendiger denn je zu sein.

Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Eith. – Wir machen weiter mit Frau Professorin Dr. Eva Ruffing. Sie hat eine Professur für das Politische System der BRD im Kontext europäischer Mehrebenenpolitik an der Universität Osnabrück. Auch Sie haben 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Dr. Ruffing: Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, heute bei Ihnen zum Thema „Politische Beteiligung in der Infrastrukturplanung“ sprechen zu dürfen.

Ich habe jetzt die Freude, dass ich an ganz vieles, was heute schon gesagt wurde, anschließen kann, und vor allem habe ich die Freude, Ihnen ein Verfahren vorzustellen, das viele der Punkte, die heute immer wieder gefordert wurden, eigentlich schon beinhaltet und über das Sie heute hoffentlich einiges lernen werden, u. a., wie es denn nun tatsächlich funktioniert. Es ist nämlich ein Verfahren, das auf der einen Seite vorlaufende Beteiligung, also Beteiligung im Gesetzgebungsprozess, beinhaltet, auf der anderen Seite aber auch nachlaufende Beteiligung in der Implementation. Es

– 120 –

nehmen Bürgerinnen und Bürger teil, es nehmen Interessenverbände teil, und es nimmt auch die Verwaltung teil.

Das Verfahren, über das ich sprechen möchte, ist das Beteiligungsverfahren in der Stromtrassenplanung auf Bundesebene. Dabei handelt es sich um das erste große Beteiligungsverfahren, das auf der Bundesebene auf Dauer gestellt wurde. Auf Bundesebene gab es bisher nicht besonders viele Beteiligungsverfahren. Dem ist jetzt im Rahmen des Standortauswahlgesetzes für die Auswahl eines Atomendlagers ein zweites zur Seite gestellt worden.

Grundsätzlich ist es aber so, dass wir uns im Angesicht des Klimawandels darauf einstellen müssen, dass wir eine Vielzahl von Infrastrukturen werden bauen müssen, wenn wir unsere Gesellschaft resilient machen wollen, und zwar im Bereich des Hochwasserschutzes, im Bereich des Brandschutzes, auch um mit Trockenheit umzugehen, im Bereich der Verkehrswende oder im Bereich der Energiewende. Im Bereich der Energiewende sind diese Infrastrukturen im Raum deutlich sichtbar – Windräder, Stromtrassen usw. –, und da sie im Raum so sichtbar sind, sind sie eben auch sehr umstritten.

Die Einführung dieses Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahrens war der Versuch, den großen Konflikten etwas entgegenzustellen. Es gibt das Verfahren seit dem Jahr 2011. Wir haben es in den ersten Jahren vollumfänglich untersucht. Im Folgenden werde ich ein wenig mehr in die Details gehen.

Ich muss Ihnen dazu zunächst einmal kurz erklären, wie dieses Verfahren funktioniert. Es besteht nämlich aus drei Stufen. Die beiden hinteren kommen Ihnen vielleicht bekannt vor. Die erste Stufe ist die sogenannte Bundesbedarfsplanung. Das Ergebnis der Bundesbedarfsplanung ist ein Gesetz, in dem steht, zwischen welchen Punkten in Deutschland Stromtrassen notwendig sind. Bei der Vorbereitung dieses Gesetzes finden wiederum in zwei Unterstufen umfangreiche Konsultationen statt. In der ersten Phase wird erst einmal ein Szenariorahmen entwickelt. Dabei geht es darum, mögliche Szenarien dafür zu entwickeln, wie sich zum einen der Energiemix und die Stromerzeugung, zum anderen aber auch der Verbrauch in Deutschland in den nächsten Jahren entwickeln werden. Dabei kann man natürlich viele unterschiedliche Dinge in Rechnung stellen. Die Bundesnetzagentur führt dazu umfassende Konsultationen durch.

Sodann erstellen die Unternehmen, die diese Trassen später bauen sollen, also die Übertragungsnetzbetreiber, einen Vorschlag für einen Netzentwicklungsplan, und konsultieren diesen. Die Bundesnetzagentur tut das auch noch einmal und nimmt diesen Netzentwicklungsplan an, der dann in das Gesetzgebungsverfahren geht und dort im Rahmen des Bundesbedarfsplangesetzes verabschiedet wird.

Danach erfolgen die Bundesfachplanung – das ist das, was Sie auf Länderebene vielleicht als Raumordnungsverfahren kennen, was aber jetzt auch auf Bundesebene

– 121 –

erfolgt – und das Planfeststellungsverfahren. Auch hier finden die normalen Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren statt, aber eben auf Bundesebene und noch ein wenig ausdifferenzierter.

Was haben wir uns angeschaut? Wir haben uns in den ersten Jahren alle Eingaben in den Verfahren bei der Bundesnetzagentur zum Netzentwicklungsplan angeschaut. Insgesamt handelt es sich um 23 000 Eingaben. Diese Verfahren haben wir mithilfe von quantitativer Textanalyse untersucht und uns erstens angeschaut, wer eigentlich dabei ist, und zweitens, welche Argumente vorgebracht werden.

Wenn Sie sich anschauen, wer hier dabei ist, dann sehen Sie die grauen Bereiche dieser Tortendiagramme. Das sind die Einzelbürger, die hier massiv in der Mehrheit sind. Wir sehen in den grünen Bereichen – das sind so wenige, dass Sie das kaum erkennen können – auch Wirtschaftsverbände, wir sehen Unternehmen, wir sehen in den kleinen hellgrauen Bereich auch Bürgerinitiativen usw. Aber das Verfahren hat insgesamt eine sehr hohe Mobilisierungswirkung auf Bürgerinnen und Bürger, und zwar in einem sehr frühen Stadium der Entscheidungsfindung. Das ist ja häufig das Problem bei solchen Beteiligungsverfahren: Am Anfang, wenn es noch viel Spielraum gäbe, nimmt keiner Teil, und später, wenn es keinen Spielraum mehr gibt, brechen die Konflikte auf, weil man sich dessen eigentlich erst gewahr wird.

Wir sehen aber gleichzeitig – das erklärt auch so ein wenig die unterschiedlichen Größen der Tortenanteilstücke –, dass die Gesamtzahlen überaus unterschiedlich sind. Die Teilnehmendenzahlen schwanken in dieser Grafik zwischen 11 500 und 600. Da ist also sozusagen sehr viel Spielraum.

Wir haben dann bei 23 000 Eingaben – vielleicht etwas grob – die verschiedenen Argumente in Kategorien codiert. Politische Argumente sind solche, bei denen es beispielsweise darum geht: Lehnt man die Energiewende vielleicht ab? Dabei geht es auch um Akzeptanz. Juristische Argumente sind solche, die in derartigen Verfahren quasi erwartbar sind, weil es auch um Planungsgrundsätze gehen kann. Aber die zwei Hauptkategorien sind technische Argumente. Dabei geht es im Wesentlichen um Verkabelungstechnik und um die Diskussion: „Freileitung versus Erdkabel“ oder auch um die Frage: „Braucht es denn überhaupt große Trassen, oder kann man das technisch nicht auch alles dezentral lösen?“ Bei den ökonomischen Argumenten geht es um Probleme in der regionalen Wirtschaftsentwicklung, aber auch um befürchtete ökonomische Verluste, was beispielsweise den Wert der eigenen Immobilie angeht.

Dahinter fallen in der Anzahl umweltbezogene Argumente und auch medizinische Argumente deutlich zurück. Das sind Argumente, bei denen es beispielsweise um die Frage geht, ob die Stromtrassen möglicherweise gesundheitsschädlich sind bzw. ob dort irgendwelche Emissionen freigesetzt werden. Derartige Ängste bestehen auch häufig, machen aber in den meisten Jahren einen kleineren Anteil aus.

– 122 –

Wie geht es mit den Stellungnahme in diesen Prozessen weiter? Das haben wir natürlich auch untersucht. Dazu muss man sagen, dass sich an dem Netzentwicklungsplan – ich glaube, das kann man nicht anders ausdrücken – durch diese Stellungnahmen nur sehr wenig ändert, im Grunde genommen fast gar nichts. Das ist natürlich etwas enttäuschend. Vorne haben wir einen sehr breiten Beteiligungsprozess, und dann kommt dieser Netzentwicklungsplan, der aber nach der Konsultation praktisch genauso aussieht wie vorher, nur vielleicht besser begründet.

Warum ist das so? Das ist deshalb so, weil die Argumente, die vorgetragen werden, überhaupt nicht in den Entscheidungsbereich des Akteurs fallen, der konsultiert und der dann sozusagen den Netzentwicklungsplan erst einmal annimmt. Das sind die zuvor bereits genannten Stellungnahmen zur Verkabelungstechnik. In den ersten Jahren gab es diesbezüglich überhaupt keinen Spielraum. Das war erst ab dem Jahr 2015 der Fall, als der Erdkabelvorrang eingeführt wurde, und selbst danach war das nicht der Zeitpunkt im Verfahren, wo über die Verkabelungstechnik entschieden wurde. Das passiert erst sehr viel später.

Zweitens wurden in diesen 23 000 Stellungnahmen sehr viele Nachfragen zu konkreten Trassenverläufen gestellt. Die sind in diesem Fall aber noch gar nicht bekannt und werden hier auch nicht verhandelt, was eine gewisse Enttäuschung aufseiten der Stellungnehmenden hervorruft.

Drittens: Der gesetzliche Auftrag der Bundesnetzagentur, die die Konsultation durchführt, hat zu prüfen, ob eine Trasse technisch notwendig und wirtschaftlich sinnvoll ist, um einen sicheren Netzbetrieb zu gewährleisten. Das tut sie natürlich auch, und zwar in der Regel auf der Grundlage von Lastflussberechnungen. Das heißt, es wird untersucht, wie viel Last auf jedem einzelnen Teil des jetzigen und des geplanten Netzes ist. Das bewegt sich in einer Komplexität, die selbst sehr interessierte Laien nicht nachzuvollziehen vermögen. Man kann nur den allergrößten Respekt davor haben, was sich die Menschen, die an diesen Verfahren teilnehmen, an Fachwissen aneignen. Das ist unglaublich. Aber bei den Lastflussberechnungen geht sozusagen nicht mehr besonders viel.

Trotzdem können wir aus diesen Verfahren ganz viel lernen. Wir lernen nämlich beispielsweise, dass die Akteure verstehen, wie das Verfahren funktioniert, was die Bundesnetzagentur eigentlich tut und was an dieser Stelle verhandelt wird. Wir sehen, dass Akteure, die wiederholt teilnehmen, ihre Argumente verstärkt auf die Prüfkriterien der Bundesnetzagentur beziehen. Das ist natürlich ein sehr interessantes Ergebnis.

Wir sehen zweitens, dass es eine Varianz gibt, was die Komplexität der sprachlichen Beschreibung zwischen den Trassen angeht, und dass die Trassen, die etwas einfacher beschrieben werden, mehr Stellungnahmen erhalten als diejenigen, die besonders komplex beschrieben werden. Das heißt, selbst in diesem Bereich, in dem wir wirklich ein extremes Maß an Komplexität haben, macht einfachere Sprache, die

– 123 –

heute auch schon an verschiedener Stelle gefordert wurde, tatsächlich einen Unterschied.

Wir haben auch noch ein Dictionary Coding gemacht, mit dem man Emotionen in Stellungnahmen sichtbar machen kann. Wir sehen: Die Wutbürgerinnen und Wutbürger, von denen gern gesprochen wird, finden wir hier eigentlich nicht. Die Emotionen, die in den Stellungnahmen zum Ausdruck kommen, sind sehr differenziert und häufig von Angst und nicht so sehr von Wut geprägt.

Nun hat dieses Verfahren aber doch einen größeren Effekt gehabt. Es hat zwar wenig Einfluss auf den Netzentwicklungsplan gehabt, aber es hat eben doch dazu beigetragen, dass mit dem Energiewirtschaftsgesetz der Erdkabelvorrang verabschiedet wurde. Das heißt: wenig Wirkung innerhalb des Verfahrens, aber doch Wirkung über das Verfahren hinaus.

Vor dem Hintergrund, dass man sich von diesem Erdkabelvorrang sehr viel versprochen hat, stellt sich die Frage: Was ist denn in der Bundesfachplanung, also sozusagen im Raumordnungsverfahren, weiter passiert? Dazu haben wir uns jeweils Abschnitte des SuedLinks und des SuedOstLinks – das sind die zwei großen Trassen, die erdverkabelt werden – angeschaut.

Die Stellungnahmen sind vom Umfang etwas geringer. Es geht ja auch um einen sehr viel kleineren räumlichen Bereich. Insgesamt liegen 251 Stellungnahmen zu diesen Planungsabschnitten vor. Das ist ungefähr ein Viertel der Gesamtlänge. So können Sie sich das vorstellen.

Wer beteiligt sich hier? Wie wir sehen, sieht es hier etwas anders aus. In absoluten Zahlen kommen die meisten Teilnehmenden aus der Land- und Forstwirtschaft. Das mag auch nicht so sehr überraschen, denn in diesem Bereich entstehen durch die Erdverkabelung sehr starke Betroffenheiten, während sich die Anwohnerinnen und Anwohner, die einfach als Bürgerinnen und Bürger an diesem Verfahren teilnehmen und sich hier unter der Überschrift „Privat“ verbergen, von den Erdkabeln häufig in geringerem Maß betroffen fühlen. Das heißt, wir sehen hier sozusagen eine Verschiebung durch den Wechsel der Verkabelungstechnik.

Besonders interessant ist, dass die dritthöchste Anzahl dann schon bei den Kommunen liegt, die an diesem Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren sehr aktiv teilnehmen. Bei den Kommunen geht es in aller Regel um Fragen der Flächenkonkurrenz, also darum: Wir haben nur einen begrenzten Bereich und wollen ein dringend benötigtes Wohngebiet bauen, wir wollen Wirtschaftsentwicklung machen und wollen vielleicht eine Umgehungsstraße bauen, aber dieser Bereich wird jetzt durch Kabelmaßnahmen „zugebaut“. Die Flächenkonkurrenz ist hier also sehr groß. Die Kommunen gehen in das Beteiligungsverfahren, um diese Argumente entsprechend vorzubringen.

– 124 –

Auf dieser Folie sehen Sie noch einmal die verschiedenen Typen von Argumenten. Im Grunde genommen ist insbesondere das interessant, was wir hier nicht mehr sehen. Wir sehen nämlich nicht mehr so sehr die Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft, und wir sehen auch praktisch nur noch wenige Argumente, die sich mit gesundheitlichen Auswirkungen beschäftigen. Stattdessen sehen wir vor allem Argumente in Bezug auf die Umwelt, auf die Landwirtschaft – insbesondere auf die landwirtschaftlichen Böden – und an dritter Stelle auf die Flächenkonkurrenz.

Beeinflussen die Stellungnahmen die Planungsentscheidung? Bei diesem Verfahren können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch alternative Trassenverläufe vorschlagen, sogenannte Trassenkorridorsegmente. Das sind dann noch einmal kleinere Abschnitte eines solchen Trassenabschnitts. Beim SuedOstLink hat es keiner der in diesem Verfahren gemachten Vorschläge letztendlich in den Beschluss geschafft. Beim SuedLink waren es aber immerhin fünf, und die haben wir uns genau angeschaut. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht dazu Übersichten, bei denen man erkennen kann, dass drei von diesen fünf Trassenkorridorsegmenten weniger Konflikte im Raum aufweisen, das heißt, sie verursachen weniger Konflikte, und zwei sind günstiger zu bauen als die zunächst vorgeschlagenen Trassenkorridorsegmente, weil sie kürzer waren als das, was zunächst angedacht war.

Wir sehen also: Beteiligung verbessert die Planung, jedenfalls in diesem Umfang. Das kann man in diesem Fall tatsächlich ex post sagen. Aber – das wird Sie jetzt kaum überraschen – grundsätzliche Ziel- und Interessenkonflikte können durch dieses Verfahren nicht aufgelöst werden. Wir haben die grundsätzlichen Interessenkonflikte zwischen dem Wohneigentum, also den Anwohnerinnen und Anwohnern, und den Landwirten. Wir haben auch den grundsätzlichen Konflikt zwischen Klimaschutz und Umweltschutz. Auch der grundsätzliche energiepolitische Streitpunkt in Bezug auf die Notwendigkeit des Netzausbaus versus einer dezentralen Energiewende kann in diesem Verfahren nicht ausgeräumt werden.

Welche Empfehlungen ergeben sich daraus? Man muss sich grundsätzlich vor Augen führen, dass solche Beteiligungsverfahren extrem anspruchsvoll sind, und zwar aus verschiedenen Gründen. Hier sind sie extrem anspruchsvoll, weil sie sehr technisch sind. Aber sie sind auch anspruchsvoll, weil sie neu und innovativ sind. Das wollen wir ja eigentlich. Gleichzeitig macht es das aber natürlich auch sehr schwierig, sich einzubringen, gerade auch für marginalisierte Gruppen. Innovativität hat also sozusagen auch Downsides.

Wie kann man jetzt die Teilnahme an solchen Verfahren so einfach wie möglich machen? Zum einen indem man – gerade in Baden-Württemberg passiert diesbezüglich schon sehr viel – auf Beteiligungsverfahren in einer Art und Weise aufmerksam macht, die nicht bereits vorselektierend wirkt. Im klassischen Raumordnungs- oder Planfeststellungsverfahren funktioniert es über eine Bekanntgabe in den örtlichen Printmedien oder gegebenenfalls auch über das Amtsblatt. Dass das eine Form von

– 125 –

Aufmerksamkeitserzeugung ist, die hochgradig selektierend wirkt, ist, glaube ich, klar.

Bei der Endlagerauswahl gab es einmal diese große Plakatkampagne, wenn Sie sich noch erinnern: „Wir suchen gemeinsam den sichersten Ort Deutschlands“. Das war natürlich eine deutlich breitere Ansprache.

Zweitens: Auch bei technisch extrem komplexen Fragestellungen lohnt es sich, in die Einfachheit und Verständlichkeit der Sprache zu investieren, selbst wenn dem natürlich Grenzen gesetzt sind; das ist klar. Aber es lohnt sich, darauf Wert zu legen.

Der dritte Punkt schließt, glaube ich, ganz gut an das an, was Herr Eith gerade eben schon gesagt hat: Beteiligungsverfahren funktionieren dann, wenn Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, sie sozusagen einzuüben, sie als Standardinstrumente politischer Beteiligung zu verstehen, sich routiniert darin zu bewegen. Je größer der Anwendungsbereich und je standardisierter die Verfahren sind – man kann sich auf einen Kanon einigen –, desto besser sind die Chancen, damit breitere Schichten der Bevölkerung zu erreichen und tatsächlich diejenigen zu erreichen, die sich sonst vielleicht eher selten beteiligen.

Das heißt, man hat im Laufe der Zeit nicht nur die Möglichkeit, eine Beteiligungskultur aufzubauen – das ist die eine Sache –, sondern auch die Möglichkeit, etwas aufzubauen, was man als Participatory Literacy bezeichnen kann. Wie gesagt, Bürgerinnen und Bürger verstehen, wie es geht. Sie empfinden es als Standardinstrument politischer Beteiligung genauso wie beispielsweise Wahlen, also nicht mehr als etwas Besonderes oder Herausgehobenes, sondern es gehört einfach dazu.

Abschließend noch zwei Empfehlungen, die gerade bei diesem mehrstufigen Verfahren aus meiner Sicht ausgesprochen wichtig sind. Diese Prozesse dauern sehr lange. Sie werden gegebenenfalls auch von unterschiedlichen Akteuren begleitet, sodass es wichtig ist, es denjenigen, die sich beteiligen, einfach zu machen, über den Stand des Verfahrens auf dem Laufenden zu bleiben. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht dazu beispielsweise einen Newsletter, in dem man regelmäßig informiert wird: Wenn Sie noch eine Einwendung machen wollen, beginnt jetzt die Frist. Dann und dann endet die Frist, dort und dort können Sie sich die Sachen anschauen.

Bei mehrstufigen Verfahren – ich glaube, das ist auch noch ganz wichtig – werden vorne im Prozess viele Argumente vorgetragen, die durchaus wichtig sind, die aber hier noch keinen Platz finden. Das bedeutet im Grunde genommen, dass man auch Brücken schaffen muss, über die solche Argumente systematisch in spätere Phasen des Verfahrens mitgenommen werden können.

Herzlichen Dank.

– 126 –

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Professorin Dr. Ruffing. – Jetzt kommen wir zur Fragerunde der Fraktionen. Gibt es vonseiten der Fraktion GRÜNE Fragen? – Herr Abg. Köhler, bitte.

Abg. Erwin Köhler GRÜNE: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Vielen herzlichen Dank, liebe Frau Dr. Ruffing, lieber Herr Eith und liebe Frau Mangold. – Zunächst zum Thema „Streitpunkte während der Beteiligung“: Gegen Ende Ihres Vortrags haben Sie dieses Thema im Zusammenhang mit den Empfehlungen angesprochen. Erfolgt dieses Nachbessern, beispielsweise in Bezug auf vereinfachte Sprache, während und nach der Beteiligung denn tatsächlich, und inwieweit hat es einen Einfluss? Was schätzen Sie als besonders wichtig ein, wenn die Beteiligung vorbei ist? Welchen Stellenwert hat es, dass dann über den Ausgang und das Projekt, das durchgeführt wird, eine niederschwellige Berichterstattung oder auch eine Bekanntgabe erfolgt, welchen Einfluss die Beteiligung gehabt hat, um auf diese Weise vielleicht den Verdruss, überstimmt worden zu sein – egal, ob es jetzt um die Energiewende oder ein anderes Thema geht –, zu minimieren und die Betroffenen zu motivieren, sich beim nächsten Beteiligungsverfahren trotzdem wieder einzubringen?

Damit komme ich zu Ihnen, Herr Professor Dr. Eith. Ich fand es ausgesprochen spannend, dass die Begründungspflicht steigt, wenn eine Bürgerbeteiligung stattfindet. Wir alle haben auch kommunale Mandate und kennen das Prinzip natürlich. Nun kann es durchaus passieren, dass die eine oder andere Kommune die Bürgerbeteiligung in dem Sinn so schlecht bewirbt, dass sie am Ende sagen kann: „Wir haben es versucht, es kam aber keiner.“ Das passiert mit Erwachsenen genauso wie mit Jugendlichen bei der Jugendbeteiligung. Wie geht man damit um, wenn dies immer öfter geschieht? Was kann denn die Politik – in diesem Fall die Landespolitik – tun, um ein Auge darauf zu haben? Dazu würde uns Ihre Meinung interessieren.

Oftmals sind es auch kürzere Verfahren, die recht schnell gehen, wenn es beispielsweise um die Umgestaltung oder Gestaltung von brachliegenden kommunalen Flächen geht, wo jetzt nicht hervorgehoben gesagt wird, was denn mit der Fläche passiert – vielleicht ist es etwas für Jugendliche, vielleicht auch nicht –, und dann wird das z. B. nur im Amtsblatt beworben, sodass die Jugendlichen es gar nicht wissen. Laut Gemeindeordnung müssen die Jugendlichen in Baden-Württemberg nur dann informiert werden, wenn sie betroffen sind. Das wäre ja erst der nächste Schritt. Dazu hätte ich gern eine Einschätzung von Ihnen.

Vielen Dank.

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Vielen Dank für die Vorträge. – Frau Professorin Mangold, vielen Dank für den Vortrag. Es ist natürlich nachträglich immer einfacher, etwas zu analysieren. In der Situation der Coronapandemie war nur schwer vorherzusehen, was passiert. Ich hatte es eigentlich so verstanden, dass es einen Erkennt-

– 127 –

nisgewinn gab, der dazu führte, dass Regelungen korrigiert bzw. angepasst wurden. Dass man es nicht direkt angepasst hat, kann man nachträglich immer kritisieren. Aber angesichts der Situation war es vielleicht auch in gewisser Hinsicht verständlich.

Ihr Lösungsansatz lautete: Diversität als Lösung. Mir hat sich da direkt die Frage gestellt, wie das mit Artikel 33 Absatz 2 des Grundgesetzes in Einklang zu bringen ist. Soll es den überhaupt nicht berühren? Dann wäre die Frage: Wie gelingt die Diversität? Diese Frage hat sich mir aufgedrängt, weil wir – auch in den Ministerien und in der öffentlichen Verwaltung – durchaus von dem Grundsatz ausgehen, eine Bestenauslese vorzunehmen.

Herr Professor Eith, wir hatten in Vorarlberg schon einmal über die drei Ebenen – repräsentative, direkte und dialogische Demokratie – gesprochen. Ich habe mich im Nachgang häufiger gefragt: Haben wir nicht die repräsentative und die direkte Demokratie – wie es traditionell war – nebeneinanderstehend, weil beide auch eine Entscheidung produzieren, und die dialogische Demokratie vielleicht als Wolke darum herum, die alles berührt, und vielleicht nicht als eigenen Punkt? Diese Frage stellte sich mir im Nachhinein immer wieder, weil die dialogische Demokratie nicht das Ziel hat, eine Entscheidung zu treffen, sondern eigentlich nur die direkte und repräsentative Demokratie, jeweils auf unterschiedlichem Weg.

Dann hatten Sie noch die Überlegung angestellt, die Bürgerbeteiligung als Teil von Gesetzgebungsvorhaben voranzuschalten. Das wurde in Vorarlberg nicht gemacht; dort hat es sich überwiegend auf kommunale Projekte bezogen. Gilt das jetzt allgemein, oder welche Art von Gesetzen würde sich aus Ihrer Sicht dafür eignen? Ich kann mir nur schwer vorstellen, dass es bei allen Gesetzen funktioniert, denn viele Gesetze sind ausgesprochen technisch. Wir hatten gestern die Erste Beratung zur Anpassung des Stiftungsgesetzes. Ich glaube, dafür braucht man keine Bürgerbeteiligung, weil es um eine Anpassung an das Bundesrecht geht. Nach welchem Maßstab wäre das aus Ihrer Sicht sinnvoll? Bei Gesetzesvorhaben geht es nicht um eine konkrete Frage, sondern üblicherweise darum, unterschiedliche Interessen gegeneinander abzuwägen, und natürlich hat jeder auch eine eigene Meinung und auch eine andere Sicht auf die Dinge, die es zu regeln gilt. Daher hat sich mir der Gewinn, der durch die Einbindung von Zufallsbürgern in das Gesetzgebungsverfahren entstehen soll, noch nicht ganz erschlossen. Vielleicht könnten Sie noch einmal erläutern, inwieweit die Qualität der Gesetze verbessert werden kann, wenn in diesem ohnehin schwierigen Abwägungsprozess neben den Verbänden und Institutionen auch noch Zufallsbürger anzuhören sind.

Frau Professorin Ruffing, Sie hatten u. a. das Thema „Einfache Sprache“ angesprochen. Einfache Sprache halte ich gerade bei komplexen Fragestellungen für sinnvoll. In diesem Zusammenhang möchte ich an Sie die gleiche Frage richten, die ich gerade Herrn Professor Eith schon gestellt habe: Was halten Sie davon, in Gesetzgebungsverfahren eine vorgeschaltete Bürgerbeteiligung zu machen? Wenn es um

– 128 –

konkrete Themen geht – auch dann, wenn es sich möglicherweise um ein komplexes Einzelproblem handelt –, halte ich es für machbar, dies in einfacher Sprache darzustellen. Aber wie kann man derart schwierige Zusammenhänge, die in Gesetzen häufig immanent sind, in denen abstrakte Regelungen zu treffen sind und die viele Fälle und Sachverhalte abdecken müssen, in einfacher Sprache beschreiben, um der Bevölkerung zu verdeutlichen, worum es geht? Gesetzentwürfe, die von der Regierung vorgelegt werden, haben mehrere Ebenen – Ministerien, Abteilungen, Referate – durchlaufen, bevor sie dem Parlament vorgelegt werden. Dabei handelt es sich um ausgesprochen komplexe Gebilde. Daher interessiert mich Ihre Einschätzung, wie das Instrument der Bürgerbeteiligung bei Gesetzen gewinnbringend eingesetzt werden kann.

Vorsitzender Alexander Salomon: Als Nächster hat Herr Abg. Wahl für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte versuchen Sie, Ihre Fragen noch ein wenig kompakter zu formulieren, damit mehr Zeit für die Antworten zur Verfügung steht.

Abg. Florian Wahl SPD: Ich werde mich bemühen, aber ich bin mir nicht sicher, ob es mir gelingt, Herr Vorsitzender.

Herzlichen Dank, Frau Professorin Mangold, für die Nachzeichnung der Entwicklung bei der Rechtsetzung im Zusammenhang mit der Coronapandemie. Ich halte das für relativ spannend, weil sie die Schwächen offenlegt, die es eventuell gibt, gerade wenn eine schnelle Entscheidung, eine schnelle Rechtsetzung notwendig ist. Deswegen konzentriert sich meine Nachfrage zunächst einmal auf die Vermeidung epistemischer Lücken gerade bei dieser Rechtsetzung.

Sie haben darauf hingewiesen, dass das Problem bei den entsprechenden Rechtsetzungen darin bestanden hat, dass Ausgleichsmechanismen wie beispielsweise Anhörungen nicht zur Anwendung kommen konnten. Abgesehen davon, dass Vertretungen in den Rechtsetzungsorganen ideal zur Vermeidung von Lücken wären, würde mich interessieren, inwiefern im Fall von beschleunigten Verfahren die Belange von möglichst vielen Menschen berücksichtigt werden können und welche Verbesserungsvorschläge aus den Erfahrungen für den regulären legislativen Prozess eventuell abgeleitet werden können.

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass verschiedene Identitäten einen unterschiedlichen Organisationsgrad aufweisen, ihre Stimme also selbst im Falle einer regulären Durchführung von Gesetzgebungsverfahren mit Anhörungen nicht im gleichen Maß gehört wird. Dieses Thema beschäftigt auch uns im Parlament immer wieder. Das gilt natürlich im Besonderen auch für intersektional diskriminierte Menschen. Sind Ihnen Ansätze bekannt, die dazu geeignet sind, von vornherein zu vermeiden, dass lückenhafte Normen erlassen werden?

Sie haben auf die Themen „Personelle Zusammensetzung in Ministerien“, Diversität und Ähnliches hingewiesen. Diesbezüglich ist auch die vom Kollegen Miller gestellte

– 129 –

Frage sehr interessant. Darüber hinaus: Sehen Sie noch weitere Mechanismen? Viele Verordnungen wurden im Laufe der Zeit angepasst, weil der Klageweg beschritten worden ist. Dadurch sind sie u. a. umfangreicher geworden. Der Klageweg steht allen offen, kann aber eben nicht von allen gleich bestritten werden. Das heißt, dieses Korrektiv gilt nicht für alle gleich verteilt innerhalb einer Gesellschaft, vor allem, wenn wir von marginalisierten Gruppen sprechen.

Meine zweite Frage bezieht sich auf die Differenziertheit von Normen. Der Anstieg der Seitenzahlen, den Sie sehr eindrücklich dargelegt haben, war wirklich spannend. Würden Sie sagen, dass durch den Versuch, in abstrakt-generellen Normen, also insbesondere in Verordnungen und Parlamentsgesetzen, jeden Einzelfall zu regeln, möglicherweise noch mehr Repräsentationslücken entstehen, als dadurch eventuell geschlossen werden? Könnte durch das Einräumen von angemessenen Ermessensspielräumen vielleicht mehr Repräsentation geschaffen werden? Wäre das eine Lehre, die wir daraus ziehen könnten?

Meine nächste Frage richtet sich sowohl an Herrn Professor Eith als auch an Frau Professorin Ruffing. Die Enquetekommission befasst sich, wie der Name schon sagt, mit dem Thema „Krisenfeste Gesellschaft“. Das heißt, wir beschäftigen uns massiv mit krisenhaften Situationen, wie Sie, Frau Professorin Mangold, es noch einmal nachgezeichnet haben. Inwiefern verfügen wir heute schon über belastbare Beteiligungsformate, die gerade in solchen krisenhaften Situationen, in denen Zeitdruck besteht und in denen reguläre Prozesse nur sehr eingeschränkt möglich sind, sicherstellen, dass trotzdem eine Repräsentanz gewährleistet werden kann? Oder müsste man letztendlich sagen, dass es in der Kürze der Zeit einfach nicht funktioniert, und würde man auf die Lösung „Diversität in den Ministerien“ verweisen und einfach hoffen, dass es dann funktioniert? Wie wäre Ihre Einschätzung dazu?

Herzlichen Dank.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Referentinnen und lieber Referent! Meine erste Frage richtet sich an Herrn Professor Dr. Eith. Wie sollte man mit Blick auf die Entwicklung einer wachsenden Reichsbürgerszene und Staatsdelegitimiererszene mit der Demokratiebeteiligung umgehen? Gehen Sie davon aus, dass sich infolge der Verbesserung der Beteiligung solche Phänomene eventuell reduzieren, weil die Bevölkerung dann stärker eingebunden wäre und sich dadurch vielleicht mehr Verständnis bei der Bevölkerung bzw. bei Einzelpersonen erzielen ließe, wenn sie dann verstehen, warum bestimmte Dinge passieren oder eben nicht passieren? Diesbezüglich interessiert mich Ihre Einschätzung.

Meine nächste Frage richtet sich an Frau Professorin Dr. Ruffing. Mir ist bei Ihren Zahlen aufgefallen, dass der Anteil der juristischen Argumente gegen Projekte offenbar abgenommen hat. Wie erklären Sie sich diese Abnahme? Irgendwie ist es doch naheliegend, dass ich mir, wenn ich etwas gegen ein Projekt habe, irgendwelche

– 130 –

juristischen Dinge ausdenke, die in irgendeinem Gesetz stehen, und dann sage, das Projekt sei aus den und den Gründen nicht zulässig. Das kennen wir ja alle. Es geschieht häufig, dass Bürger ein Projekt für nicht zulässig halten, weil aus ihrer Sicht eine gesetzliche Vorschrift dagegen spricht. Worauf führen Sie die rückläufigen Zahlen zurück?

Mir ist auch aufgefallen, dass sich die nicht landwirtschaftlichen Wirtschaftsakteure nur wenig bzw. gar nicht beteiligt haben. Das könnte aus meiner Sicht daran liegen, dass es vor allem um ein Infrastrukturvorhaben geht, das insbesondere landwirtschaftliche Flächen betrifft, sodass sich deshalb vor allem Landwirte beteiligt haben. Aber kann man generell davon sprechen, dass es ein Phänomen ist, dass sich insbesondere Landwirte mehr beteiligen als „normale“ Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich mehr zurückhalten und vielleicht weniger in die Dorfgesellschaft bzw. in die Stadtgesellschaft integriert sind?

Abschließend möchte ich an Herrn Professor Eith und an Frau Professorin Ruffing noch die Frage richten: Welche Auswirkungen hat es aus Ihrer Sicht, wenn wir Legalplanungen machen? Das ist auf Bundesebene immer wieder in der Diskussion, und auch im Land wird das gelegentlich besprochen. Sprich: Man macht ein Gesetz, mit dem ein bestimmtes Vorhaben realisiert werden soll, um Diskussionen zu vermeiden. Das heißt, es wird gesetzlich festgelegt, dass beispielsweise die Bahnstrecke XY gebaut wird. Dadurch werden die Klagemöglichkeiten der Bürger erschwert. Eigentlich braucht man dann auch keine Bürgerbeteiligung mehr zu machen, weil eigentlich klar ist, dass ein bestimmtes Vorhaben umgesetzt wird. Wie ist Ihr Eindruck? Wie kann man damit umgehen?

Abg. Carola Wolle AfD: Das waren sehr interessante Vorträge. Ich möchte es auch ganz kurz machen. – Frau Professor Mangold, Sie haben gefordert – das ist ja auch richtig –, dass alle möglichen Gruppen – u. a. auch Behinderte – bei Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden. Während der Coronapandemie bestand ein enormer Handlungsdruck. Wie kann geregelt werden, dass davon abgesehen wird, wenn eine besondere Eilbedürftigkeit besteht? Herr Wahl hatte vorgeschlagen, für solche Fälle Ausnahmeregelungen vorzusehen. Können solche Ausnahmeregelungen aus Ihrer Sicht rechtskonform formuliert werden? Bestünde beispielsweise die Möglichkeit, einen Leitfaden zu erstellen, der über eine gewisse Zeit wächst und mit dem verhindert werden kann, dass in solchen Ausnahmefällen die Interessen bestimmter Teile der Bevölkerung unbeachtet bleiben?

Herr Professor Eith, Sie haben in Bezug auf das Abstimmungsverhalten gesagt, dass durch die Bürgerbeteiligung ein gewisser Druck entstehen könnte, eine getroffene Entscheidung zu begründen. Aber sollte nicht jeder Abgeordnete – ich denke, es ist bisher auch so gewesen – unabhängig davon, ob eine Bürgerbeteiligung erfolgt oder nicht, wissen bzw. auch begründen können, warum er sich so oder so entschieden hat? In dem Moment, in dem Bürger ein anderes Votum abgegeben haben, erhöht sich der Druck, seine Entscheidung zu begründen, denn in diesem Fall müssen die

– 131 –

Argumente schwerer wiegen. Daher ist es vielleicht an der Stelle schwieriger, aber man muss es doch können.

Sie haben gesagt, der Dialog führe zur Anerkennung und auch zur Identifikation mit der Fragestellung, weil die Bürger erkannten, dass ihre Meinung gefragt sei. Führt der Dialog auch dann zu mehr Akzeptanz, wenn die Entscheidung, die letztlich getroffen wird, nicht dem entspricht, was sich die Bürger eigentlich gewünscht hätten?

Frau Professor Ruffing, ich habe mir notiert, dass Sie gesagt haben, eine Verbesserung der Planung führe einerseits zu mehr Akzeptanz, sei andererseits aber anspruchsvoller und verursache höhere Kosten, dauere länger usw. Wie könnte man das aus Ihrer Sicht miteinander in Einklang bringen?

Danke schön.

Vorsitzender Alexander Salomon: Gibt es noch weitere Fragen aus der Runde? – Das ist nicht der Fall. – Dann erteile ich jetzt Frau Professorin Dr. Mangold das Wort. Am besten wäre es, wenn Sie es in acht bis zehn Minuten schaffen könnten.

Sv. Frau Dr. Mangold: Als Juristinnen und Juristen sind wir darauf trainiert, rasch und präzise zu antworten. – Ich antworte zunächst auf die Frage von Herrn Miller von der CDU-Fraktion. Der Ausgangsbefund war der, dass die Regelungen bezüglich der Coronamaßnahmen nicht hinreichend differenziert waren. Damit waren sie teils freiheitsrechtswidrig, also grundgesetzwidrig, teils diskriminierend und auch grundgesetzwidrig. Das ist der Ausgangspunkt.

Jetzt müssen wir uns fragen, wie wir damit umgehen. Dann zu sagen, es sei ja alles wunderbar geworden, und man habe im Laufe der Zeit Anpassungen vorgenommen, scheint mir doch eine Verkennung dessen zu sein, was die Verfassung fordert. Die Verfassung fordert nämlich, von vornherein keine rechtswidrigen Gesetze bzw. Rechtsverordnungen zu erlassen, insbesondere keine, die diskriminierend sind. Wie ich gerade ausgeführt habe, kann die Diskriminierung auch darin bestehen, dass Personen, obwohl eine Norm allgemein für alle gilt, in besonderer Weise nachteilig von diesen Regelungen betroffen sind.

Wie kann man das verhindern? Das war der Ausgangspunkt. Hierzu habe ich vorgeschlagen, dass wir einfach mehr darauf achten müssen, dass von vornherein bestimmte Perspektiven in einem Rechtsetzungsprozess zu bedenken sind, vor allem dann, wenn es sich um eine sehr beschleunigte Rechtsetzung wie im Falle der Coronamaßnahmen handelt. Es geht darum, dass wir uns mehr daran orientieren, dass die Bevölkerung in den rechtsetzenden Institutionen auch tatsächlich abgebildet ist.

Ich finde es bemerkenswert, um es sehr zurückhaltend auszudrücken, dass Ihre erste Sorge darin besteht, ob dadurch das Prinzip der Bestenauslese verletzt wird. Das

– 132 –

ist ein Argument, das wir genau so hinsichtlich der Forderung von Frauen nach gleichberechtigter Teilhabe kennen. Auch da wurde als Erstes die Sorge geäußert, dass dann die Bestenauslese verletzt sein könnte. Ich kann nicht umhin, dass ich das doch befremdlich finde, weil dadurch letztlich zum Ausdruck gebracht wird, dass es in den Gruppen, die bislang unterrepräsentiert sind, keine hinreichend geeigneten Personen gibt. Welches die empirische Grundlage einer solchen Aussage ist, erschließt sich mir nicht.

Ich war zufällig am Dienstag im Bundesjustizministerium, das einen Diversitätstag veranstaltet hat und auch darüber nachdenkt, wie man sich selbst diverser aufstellen könnte. Es ist wichtig, dass wir uns überlegen, wie der Leistungsbegriff eigentlich zu verstehen ist. Was sollen denn die Mitarbeiter machen, die im Ministerium tätig sind? Sollen sie beispielsweise nur die homogene Mehrheit, beispielsweise von Heteros, von Christen oder von Atheisten, abbilden, oder wer soll in der Beamtenschaft – wir haben in Deutschland eine Berufsbeamtenschaft, die ich persönlich sehr schätze und ausgesprochen wichtig finde – eigentlich für wen sprechen? Ich halte es für ein demokratisches Gebot, dass auch hier eine Repräsentation stattfindet. Es gibt Ansätze für solche Forderungen im Grundgesetz, etwa in Artikel 33 Absatz 3: keine Diskriminierung wegen der Religion. Ich meine, dass in Baden-Württemberg nach wie vor Kopftuchverbote für den öffentlichen Dienst gelten. Das halte ich für schlichtweg verfassungswidrig, auch wenn es diesbezüglich einen Streit zwischen dem Ersten und Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts gibt.

Das, was Sie mit Ihrer Frage insinuierten, möchte ich deutlich zurückweisen. Ich halte das für eine sehr sonderbare Konstruktion dessen, was die Verfassung eigentlich formt.

Damit komme ich zu den Fragen von Herrn Wahl. Ich beginne mit dem „Access to justice“, dem Zugang zur Gerichtsbarkeit. Wenn es so ist, dass wir tatsächlich Grundrechtsverstöße – insbesondere Verstöße gegen Artikel 3 Absatz 3 – beobachten konnten, weil nicht hinreichend differenziert geregelt worden ist und es dadurch zu Diskriminierungen kam, dann ist das eine Situation, die nur teilweise dadurch gelöst wurde, dass die Gerichte Abhilfe geschaffen haben. Sie haben gesagt, dass es sich um beschleunigte Verfahren gehandelt habe und dass gerade dann die Beteiligung schwierig sei. Das verstärkt aber gerade mein Argument, dass dann schon im Inputbereich eine stärkere Repräsentation vorhanden sein muss, das heißt, dass eine diverser aufgestellte ministerielle Landschaft diese Regelungen erlässt.

Wenn Sie nach den Erfahrungen für den regulären Betrieb fragen, dann glaube ich, dass man lernen kann, dass eine responsive Rechtsetzung sehr wichtig ist, die selbst immer wieder evaluiert, wie die Regeln eigentlich wirken, auch jenseits von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts bzw. der Verwaltungsgerichte. Man kann auch über Sunset-Clauses nachdenken, dass die Normen also am Ende einfach auslaufen und dass man sich dann bewusst dafür entscheiden muss, dass sie weiter erhalten bleiben, was immer auch einen Evaluierungsprozess beinhaltet.

– 133 –

Insgesamt halte ich es für wichtig – Sie fragten nach dem unterschiedlichen Organisationsgrad –, auch niedrigschwellige Angebote zur Geltendmachung eigener Betroffenheiten oder Anliegen und Bedürfnisse bereitzuhalten. Das bedeutet, technisch einfache Mittel zur Verfügung zu stellen und auch Ansprachemöglichkeiten in verschiedenen Sprachen zur Verfügung zu stellen und nicht tumb den Standpunkt zu vertreten, die Amtssprache sei Deutsch. Das sind Dinge, die aus meiner Sicht wichtig sind.

Sie haben weiterhin nach der Differenziertheit von Normen bezüglich der Corona-Maßnahmen gefragt. Ich glaube, dass wir uns vor Augen führen müssen – ich arbeitete und arbeite sehr intensiv zu den ganzen Maßnahmen –, dass der Umfang der Regelungen immens war, weil letztlich in Rechtsverordnungen das gesamte Leben geregelt werden sollte. Dafür sind dann eigentlich 50 Seiten relativ wenig, wenn man bedenkt, dass in allen Bereichen eine Anpassung der Verhaltensweisen gefordert wurde, was mit strengen Verfahren im Bereich des Ordnungswidrigkeitenrechts und weitreichenden Eingriffsbefugnissen der Polizei teils schwer sanktioniert war. Es handelte sich um wirklich tiefgreifende Grundrechtseingriffe.

Das Bundesverfassungsgericht fordert in seiner Rechtsprechung zu den Grundrechten, dass Eingriffe in Grundrechte hinreichend differenziert geregelt sein müssen und dass die Voraussetzungen für diese Eingriffe rechtlich niedergelegt werden müssen. Deswegen mussten die entsprechenden Normen qua verfassungsrechtlichem Gebot immer differenzierter werden. Wenn Sie sagen, man hätte Generalklauseln erlassen können, dann muss ich Ihnen widersprechen, denn es ist ein Gebot der Grundrechte, dass sich die Eingriffsvoraussetzungen aus der Norm selbst ergeben.

Im Übrigen habe ich auch faktisch gewisse Zweifel. Wenn man Ermessensspielräume eröffnet – man denke an das Racial Profiling –, dann hat das nicht immer die besten Ergebnisse, sondern man muss dann eben davon ausgehen, dass von vornherein inklusiv gedacht wird. Ob das immer so ist, hängt wiederum von der Diversität in den Exekutivbehörden ab. Damit kommen wir wieder zum Ausgangspunkt.

Die Komplexität der Regelungen hat sich auch konkret bei dem fehlgeschlagenen Versuch, Osterruhetage einzuführen, gezeigt, der dann rasch zurückgenommen werden musste, weil man einfach nicht bedacht hatte, wie kompliziert es ist, einen Feiertag einmal rasch zurückzuholen, und was das alles bedeuten würde. Ich glaube, man muss durchaus anerkennen, dass es sehr komplex ist. Deswegen lautet meine Antwort, die Diversität auf der Inputseite zu erhöhen. Das ist die Message, die ich Ihnen mitgebe.

Frau Wolle, ich lese einmal Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes vor:

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner re-

– 134 –

ligiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Wenn wir das in Gesetze umsetzen, dann sind wir gut aufgestellt.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Professorin Dr. Mangold. – Dann gehen wir jetzt weiter zu Herrn Professor Dr. Eith. Sie haben ebenfalls acht bis zehn Minuten Zeit, um die Fragen, die an Sie gerichtet waren, zu beantworten.

Sv. Herr Dr. Eith: Frau Wolle, in der Tat nehme ich an, dass alle Abgeordneten in der Lage sind, ihre Entscheidungen auch vernünftig zu begründen. Ich hoffe schwer, dass das so ist. Ich hatte aber darauf hingewiesen, dass das ja nicht unbedingt immer in der Öffentlichkeit sein muss. In dem Moment, in dem man sich gegen Verbandsmeinungen oder Ähnliches positioniert, ist das sicherlich auch so. Aber da ist die politische Szene einigermaßen sortiert. Wenn es ein Votum von Bürgerinnen und Bürgern gibt, man es aber völlig anders sieht, dann finde ich es gut, dass dann aufseiten derer, die die politischen Entscheidungen zu treffen haben, im Prinzip ein gewisser Rechtfertigungsdruck besteht. Der wiederum befördert die Diskussion in der Gesellschaft und führt in der Folge zu mehr Klarheit, wer für was ist bzw. wer mit welchen Argumenten dagegen ist. Ich persönlich kann alles, was einen Diskurs, der auf einer einigermaßen rationalen Grundlage basiert, zurzeit fördert, immer nur gut finden. Ich glaube, dass wir da im Moment ein ganz großes Problem haben.

Damit komme ich zu dem zweiten Punkt, den Sie angesprochen haben, und zwar zu der Akzeptanz von Entscheidungen, auch wenn sie dem widersprechen, wofür sich ein Bürger im Rahmen seiner Beteiligung ausgesprochen hat. Dazu sind mir Studien bekannt; einige haben wir auch selbst durchgeführt. Man könnte denken, dass jemand, der sich mit seiner Meinung nicht durchsetzen können, hochgradig frustriert ist. Das mag im Einzelfall durchaus so sein; das kann ich nicht beurteilen. Aber man merkt eigentlich häufig, dass allein die Tatsache, dass ich meine Meinung vorbringen konnte, dass diskutiert worden ist und dass ich gemerkt habe, es gibt auch andere Gesichtspunkte – wir leben nun einmal in einer pluralistischen Welt –, im Prinzip schon gegen allzu große Frustrationen wirkt. Im Einzelfall mag das möglicherweise der Fall sein, aber es ist kein generelles Verhalten, das ich bislang irgendwie festgestellt hätte oder das ich aus Studien kenne. Eher das Gegenteil ist der Fall: Ich bin gehört worden; ich durfte etwas sagen.

Herr Karrais, gegen eine wachsende Reichsbürgerszene ist das Instrumentarium der dialogischen Bürgerbeteiligung leider das schwächste Mittel, das wir haben. Da würde man jetzt das Pferd wahnsinnig hoch aufzäumen. Man muss sich fragen: Was kann dieses Mittel leisten und was nicht? Die Bildung der eigenen politischen Urteilsfähigkeit ist ein sehr langer Prozess. Politische Bildung spielt bei der ganzen Thematik auch eine Rolle, ebenso Verschwörungserzählungen oder die Debatte über Fake News usw. Da bin ich jetzt, ehrlich gesagt, nicht besonders hoffnungsfroh, dass dies das wichtigste Instrumentarium dagegen wäre.

– 135 –

Hinsichtlich der Legalplanung schlage ich einen Bogen zu der Frage, die auch Herr Miller aufgeworfen hatte. Ich bin zunächst einmal sehr skeptisch. Man könnte auf der einen Seite sagen, es müsse jetzt etwas unter Zeitdruck entschieden werden. Andererseits ist aber auch völlig klar, dass Konflikte bestehen. Nehmen wir einmal ein Beispiel für etwas, was in Deutschland nicht besonders gut gelaufen ist: der Ausbau der Rheintalbahn. Wir wissen alle, wie weit die Schweizer sind und wo wir in Deutschland stehen. Das sind massive Konflikte. Wenn das in einem solchen Verfahren par ordre du mufti durchgepeitscht worden wäre, glaube ich nicht, dass das zum Konsens oder zur Befriedung geführt hätte. Dieses Instrumentarium ist ausgesprochen schwierig, jedenfalls dann, wenn es um Themen geht, die öffentliche Aufmerksamkeit haben, die öffentliche Betroffenheit haben sowie die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Lebenswelt ganz offensichtlich tangieren wie in dem Beispiel, das ich genannt habe.

Herr Wahl, in der Tat glaube ich, dass wir belastbare Formate gerade für Krisenzeiten haben. Das hat die Coronazeit gezeigt. Es gab zwei Beteiligungsverfahren, die bereits aufgesetzt waren, zum einen die Sanierung der Württembergischen Staatstheater Stuttgart und die Bürgerwerkstatt Umweltbepreisung. Diese Verfahren sollten eigentlich starten, wurden dann jedoch verschoben und später online aufgesetzt, damit man die Themen trotzdem diskutieren kann. Dann gab es noch drei weitere Beteiligungsverfahren, und zwar den Deutsch-Französischen Dialog, den Trinationalen Bürgerdialog und das Bürgerforum Corona. Diese drei Verfahren, die sich mit genau dieser Thematik beschäftigt haben, sind in den Jahren 2021 und 2022 gelaufen. Diese Verfahren kenne ich deswegen ein bisschen besser, weil wir sie evaluiert haben.

Ich finde durchaus, dass das wirklich gut funktioniert hat. Ich war am Anfang viel skeptischer und war dann überrascht, wie gut es geht, und zwar in der Reaktion der Moderatorinnen und Moderatoren, auch in der Reaktion der Sachverständigen und in der anonymen schriftlichen Befragung der Teilnehmenden. Aus diesen fünf Beteiligungsprozessen stammen die Zahlen, die ich genannt habe. Das kann man machen. Das ist eine große Herausforderung für die Technik und auch für die Moderatorinnen und Moderatoren. Aber sie haben es hinbekommen, und die Zufriedenheit war hoch. Ich glaube, dass sich das in Krisenzeiten bewährt hat. Allerdings würde ich es nie für normale Zeiten empfehlen. Dann empfiehlt sich manchmal eine Kombination von beidem. Man kann manche Teile online ganz gut machen, aber man muss sich auch erst einmal sehen und kennenlernen. Da ist es so ähnlich wie beispielsweise bei Tagungen oder Konferenzen: Zu einigen müssen Sie immer noch hinfahren, weil der persönliche Austausch entscheidend ist. Für manche Sachen fahre ich allerdings nicht mehr nach Berlin, weil es immer der gleiche Kreis ist, der sich trifft, und da kann man sich inzwischen online verständigen. Ja, ich bin, ehrlich gesagt, hoffnungsfroh, dass das funktionieren kann.

Herr Miller, über den ersten Punkt werden wir, glaube ich, nicht großartig streiten. Die deliberative Demokratie ist ein Modell, das bei uns in der Form nicht umgesetzt

– 136 –

ist: Austausch der Argumente, und dann haben wir eine verbindliche Entscheidung. In der konkreten Praxis läuft es bei uns so: Entweder haben wir einen Bürger- oder Volksentscheid, oder wir haben ein Ergebnis eines gewählten Landtags oder Gemeinderats. Daher können Sie natürlich sagen – da werden wir uns in der Sache nicht widersprechen –, dass man diese dialogischen Verfahren jeweils vorgeschaltet machen kann, um zuvor einen Diskurs zu haben. Das ist ja auch das Entscheidende in der Schweiz: dass direktdemokratische Verfahren mit der Tradition eines Diskurses verbunden sind, also mit dem Austausch der Argumente, und dass es nicht nur emotionale Bauchentscheidungen sind. Direkte Demokratie, so verstanden, ist völlig falsch. Ich glaube, das ist ein ganz zentraler Punkt.

Der andere Punkt ist für mich nicht ganz so einfach. Natürlich basieren politische Entscheidungen fast immer auf komplexen Abwägungen. Ich würde einmal den Teil aussparen, der – ich nenne es einmal so – nachvollziehende Gesetzgebung ist, wenn also EU-Verordnungen oder Bundesverordnungen umgesetzt werden müssen. Dies hat einen eher großen technischen Charakter. Es bleiben jetzt also die Themen, die die Bürgerinnen und Bürger betreffen. Dann frage ich mich allerdings: Warum soll jetzt eine zusätzliche Perspektive in den Gesetzgebungsverfahren durch dialogische Bürgerbeteiligung nicht funktionieren, wenn trotzdem Verbändeanhörungen durchgeführt werden? Die machen Sie ja in vielen dieser Gesetzgebungsprozesse auch. Dann kann man genauso auch dialogische Bürgerbeteiligung als eine weitere Stimme machen. Das war ja mein Argument.

Eine zentrale Wurzel der dialogischen Bürgerbeteiligung stammt aus Südamerika, wo man Bürgerhaushalte gemacht hat, natürlich mit einer ganz anderen Zielsetzung, und zwar, um Transparenz zu schaffen und Korruption aufzudecken, wenn Bürgerinnen und Bürger bei der Aufstellung des Haushalts beteiligt sind, was bei uns im Moment in der Regel nicht passiert. Aber da kommt es her. Wir haben bei der Festlegung der Rentenansprüche der Abgeordneten eine dialogische Bürgerbeteiligung durchgeführt, und das hat eindeutig funktioniert. Bezüglich der Stromtrassen funktioniert es beispielsweise auch. Man wird es zweifellos auch bei Klimaschutzmaßnahmen machen können, also immer dort, wo Bürgerinnen und Bürger betroffen sind. Ob das allerdings ein trennscharfes Kriterium ist, diese Frage muss ich im Moment offenlassen. Aber das generell zu sagen, sehe ich jetzt, ehrlich gesagt, auch nicht.

Herr Köhler, es ist ausgesprochen wichtig – Frau Ruffing wird darauf sicherlich noch detaillierter eingehen; ich hoffe, dass sie derselben Ansicht ist wie ich –, dass Teilnehmende auch nach dem Ende einer Veranstaltung weiterhin darüber informiert sind: Wie wird es in den politischen Bereich eingespeist? Wie wird es diskutiert? Was sind denn die Argumente? Welche Auswirkungen hatte das Ganze? Das ist Teil der Wertschätzung derer, die sich die Zeit nehmen. Das ist jedenfalls aus meiner Sicht ein ganz entscheidender Punkt.

Sie hatten mich gefragt, wie man denn Abhilfe schaffen könnte, wenn die Bürgerbeteiligung in Kommunen mit der Absicht schlecht aufgesetzt wird, sie zu torpedieren,

– 137 –

weil man sie eigentlich gar nicht will. Sie haben keine Kommunen genannt, sondern es handelt sich um eine abstrakte Frage. Ich bin durchaus der Meinung, dass man Standards schaffen kann, und das ist mit der Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeitsbeteiligung ja auch gelungen. Auch dadurch sind klare Standards für größere Planungsverfahren in Baden-Württemberg geschaffen worden, indem man festgelegt hat, dass es zunächst ein Scoping und eine erste Beteiligung geben muss, bevor überhaupt Planungen stattfinden, im Gegensatz zu früher, wo das Planfeststellungsverfahren eigentlich schon gelaufen war und die Bürgerbeteiligung nur in der Information über das, was die Bürgerinnen und Bürger zu erwarten haben, bestand. Da sind also schon klare Standards genannt worden, und diese Standards hat der Kollege Brettschneider genommen und hat für den Verband der Ingenieure zwei Richtlinien geschrieben.

Ich glaube, der Weg muss sein, zunächst einmal Zeitpunkte, Fristen und bestimmte Formate festzuschreiben. Wenn eine solche Servicestelle erst einmal voll in Aktion ist, dann sind die Kommunen einfach dazu verpflichtet, dementsprechend zu verfahren. Da kann die Landespolitik schon einiges machen, wobei man sich sicherlich noch im Detail darüber wird unterhalten müssen, was Sinn macht und was keinen Sinn macht.

(Abg. Erwin Köhler GRÜNE: Ab wann ist es denn sinnhaft?)

– Ja, natürlich muss definiert werden, was Bürgerbeteiligung ist und wann bzw. in welchen Fällen sie erfolgen soll. Die erste Frage wird lauten: Wer kann es initiieren? Welche Formate sind dann Bürgerbeteiligung oder auch nicht? Ist es auch eine Bürgerbeteiligung, wenn der Hauptamtsleiter einer kleinen Gemeinde vorne im Festsaal steht und erzählt, was Sache ist? Das ist sicherlich keine Bürgerbeteiligung. Aber das muss man eben auch klar festschreiben.

Ich hoffe, dass ich damit die Fragen beantwortet habe, die an mich gestellt worden sind.

Vorsitzender Alexander Salomon: Wenn Ihnen noch etwas einfällt, haben Sie noch einmal die Chance. – Jetzt hat erst einmal Frau Professorin Dr. Ruffing das Wort. Auch Sie haben acht bis zehn Minuten Zeit. Sie kennen das Verfahren.

Sv. Frau Dr. Ruffing: Es gab ja eine Reihe von Fragen, die sowohl an Herrn Eith als auch an mich gerichtet waren.

Ich fange mal mit der Frage zur einfachen Sprache an. Ich habe keine empirische Kenntnis davon, ob die Sprache mit der Zeit einfacher wird, also – anders ausgedrückt –, ob die Akteure, die konsultieren, lernen, dass sie mit einfacher Sprache bessere Beteiligung durchführen können, und ihr Verhalten auch entsprechend anpassen.

– 138 –

Was wir sehen, ist einfach: Es gibt in jeder Beteiligungsphase Trassen, die in einfacherer Sprache, und Trassen, die in komplexerer Sprache formuliert sind. Daher stammen diese Daten. Insofern ist das nicht eine Erkenntnis darüber, wie sich der Prozess entwickelt, sondern eine Empfehlung, in Zukunft etwas zu tun. Das muss man, glaube ich, klar sagen.

Das andere könnte man natürlich auch mal systematisch untersuchen. Das haben wir in dieser Form aber bisher gar nicht gemacht.

Dann nehme ich gleich den Punkt von Herrn Dr. Miller zur einfachen Sprache dazu. Einfache Sprache bei diesem Thema ist allgemein immer noch keine einfache Sprache. Diese Trassengeschichten sind immer noch komplex, selbst wenn man sie in einfacherer Sprache darstellt.

Wenn bei so einem Gesetzgebungsverfahren ein Referentenentwurf geschrieben und dann zur Konsultation gegeben wird, dann ist das natürlich durchaus problematisch, und es wirkt auch exkludierend, dass das so komplex ist.

Das heißt, möglicherweise sind dann vielleicht Formate besser, bei denen man tatsächlich zusammensitzt, Bürgerinnen und Bürger zusammensitzen, man sich auch gemeinsam noch mal darüber verständigen kann, was hier eigentlich geplant ist, vielleicht auch jemand dabei ist, der auch noch mal auf Nachfragen hin erklärt, was hier eigentlich geplant ist. Es sollte also nicht so ein Prozess sein, bei dem man ein Dokument zugeschickt bekommt, es entweder versteht oder nicht und dann etwas dazu sagen muss, sondern einer, der wirklich noch mal einen Austausch ermöglicht. Der ist meiner Ansicht nach auch eher dazu geeignet, mit solchen komplexen Situationen umzugehen.

Was passiert mit den Verfahren? Wie gehen die Leute damit um, dass sie sich vielleicht nicht durchgesetzt haben? Da muss man sich einfach vor Augen halten: Diese Verfahren führen ja am Ende auch nicht zu Konsens, sondern es wird die Regel sein, dass sich Personen eben mit ihren Zielen nicht durchsetzen können, dass sie überstimmt werden, soweit denn abgestimmt wird.

Da möchte ich einmal sagen: Als Abgeordnete gehört es ja quasi zu Ihrer Jobbeschreibung, regelmäßig überstimmt zu werden. Warum nehmen Sie das denn hin? Ich unterstelle mal, Sie nehmen das hin, weil Sie an die Legitimität des Verfahrens glauben. Das ist im Grunde genommen auch bei Beteiligungsformaten so. Wenn Sie das Verfahren als legitim empfinden, entweder weil Sie es sozusagen schon als demokratisches Standardverfahren internalisiert haben oder weil Sie es wenigstens als fair empfunden haben, dann werden Sie die Ergebnisse auch eher akzeptieren, wenn Sie sich nicht durchgesetzt haben.

– 139 –

Aber es wird immer auch welche geben, die auch danach unzufrieden sind. Es ist eben natürlich gerade bei den BürgerInnenräten oder auch bei manchen Kommissionen so: Sie werden eingesetzt, sie entwickeln Vorschläge, die anschließend im politischen Prozess – ich sage mal so – bis zur Unkenntlichkeit weiterentwickelt werden. Natürlich ruft das bei diesen Leuten die Frage hervor: Warum soll ich das eigentlich noch mal machen? Dann ist es zentral, sehr gut zu begründen, warum man von diesen Empfehlungen abgewichen ist. Das würde ich auf jeden Fall unterstreichen.

Herr Wahl, ich war auch angesprochen mit der Frage zu den krisenhaften Situationen. Ich kann da vielem, was Herr Professor Eith gesagt hat, nur zustimmen. In der Coronapandemie haben alle oder die meisten sehr viel gelernt, was den Umgang mit Onlineinstrumenten angeht. Man ist wesentlich routinierter. Es wurden auch solche Verfahren durchgeführt; die haben auch gut funktioniert. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist, was auch in der Krise gilt: Je besser solche Verfahren eingeübt sind, desto besser kann auch in solchen krisenhaften Situationen darauf zurückgegriffen werden. Wenn sozusagen schon gerade eine Krise ist und dann auch noch das Instrument neu ist, dann wird es natürlich schwierig. Aber wenn man schon auf Erfahrungen zurückgreifen kann, dann wird es einfacher.

Ich möchte aber auch sagen, dass die Coronakrise vor diesem Hintergrund ein bisschen eine besondere Krise war; denn da waren diese ganzen Onlinedinge alle möglich. Aber stellen Sie sich das mal in einer Situation wie z. B. im Ahrtal vor, bei Naturkatastrophen und Ähnlichem, wo die Infrastruktur auch gar nicht mehr zur Verfügung steht. Da wird das einfach nicht tragfähig sein. Das muss man sich, glaube ich, auch vor Augen halten.

Es gibt aber auch noch ganz andere Instrumente, die nach meiner Kenntnis in Deutschland bisher nicht zur Anwendung gekommen sind. Beispielsweise hat man in den Niederlanden, als es an die Lockerung der Coronamaßnahmen ging, dieses Verfahren der Participatory Value Evaluation durchgeführt. Ich weiß nicht, ob Sie das kennen. Da kann man sozusagen gewisse Abwägungsprozesse in eine Umfrage einbauen. Das heißt, man sagt: „Das Gesundheitssystem oder die Krankenhäuser dürfen nicht stärker als soundso belastet werden. Jetzt können wir entweder das tun, oder wir können das tun, oder wir können das tun. Aber wir können nicht alles gleichzeitig tun. Bitte priorisiert das.“ Das können natürlich auch Instrumente in so einer Krise sein.

Herr Karrais, ich möchte noch kurz etwas zu einer Frage sagen, die nicht direkt an mich gerichtet war, nämlich zu der Frage zu den Reichsbürgern. Diese Beteiligungskultur ist ja dem Grundgedanken nach offen. Das ist ja sozusagen der Sinn, warum man das Ganze macht. Aber man darf dabei nicht vergessen: Auch hier braucht man im Grunde genommen Instrumente der wehrhaften Demokratie. Denn diese Offenheit erlaubt es auch Akteuren, sich hier einzubringen, deren Ziel es ist, die Demokratie abzuschaffen. Man sollte sich im Grunde genommen vorher überlegen, wie man

– 140 –

dafür sorgt, dass man entsprechende Instrumente hat. Denn die Demokratie als Grundwert soll ja dadurch gefördert werden.

Aber nun zu den landwirtschaftlichen Akteuren, die sich hier sehr stark einbringen. Die bringen sich hier natürlich sehr stark ein, weil sie auch stark betroffen sind. Wir wissen aus anderen Beteiligungsverfahren, dass die eigentlich in der Regel von Wirtschaftsinteressen dominiert werden. Die Beteiligungsforschung auf der europäischen Ebene schaut sich immer an, welche Interessen da am stärksten vertreten sind, und das sind in der Regel Business Interests. Landwirte sind da natürlich auch gut repräsentiert.

Aber ich glaube, man kann schon sagen: Das ist hier eine Besonderheit, die sich einfach aus diesem großen Flächenanspruch ergibt. Da man so eine Trasse halt nicht durch die Stadt legen kann, legt man sie durch den Acker. Dadurch ergibt sich hier eben die Betroffenheit. Ich sehe jetzt keine Anhaltspunkte dafür, hier irgendwie auf unterschiedliche Organisationsgrade zu schließen.

Zur Legalplanung – wenn doch schon beschlossen ist, dass die Bahnstrecke gebaut werden muss; bei den Trassen ist es ja genauso; auch hier wird beschlossen, dass sie gebaut werden müssen –: Kann das die Konflikte befrieden? Nein, das kann sie natürlich in aller Regel nicht befrieden. Auf der anderen Seite würde ich jetzt auch nicht sagen, dass danach nur noch entschieden werden kann, ob die Bank gelb oder blau gestrichen wird – um an ein Beispiel von heute Morgen anzuknüpfen –, sondern es gibt ja in der Ausgestaltung durchaus noch erhebliche Spielräume, bei den Trassen beispielsweise überirdische und unterirdische Varianten, es kann auch sozusagen weiträumige Umgehungen geben usw. All das ist ja noch möglich. Nur sie nicht mehr zu bauen, das ist nicht mehr möglich.

Gerade auf Bundesebene, muss man auch sagen, geht es hier häufig auch um Projekte, die nicht nur lokalräumlich Nutzen entfalten sollen, sondern die beispielsweise den gesamteuropäischen Eisenbahnverkehr stärken sollen oder die Energiewende umsetzen sollen, was nun mal erfordert, dass wir Leitungen von Norwegen nach Italien haben. Insofern ist es vielleicht auch gerechtfertigt, dass der Bundesgesetzgeber darüber entscheidet.

Frau Wolle, Sie hatten eine Frage dazu, wie man darauf hinwirken kann, dass sich Kosten und Nutzen des Verfahrens die Waage halten. Eigentlich hatte Herr Professor Eith in seinem Vortrag dazu mehr gesagt als ich. Ich habe dazu gar nicht so viel gesagt, auch deshalb, weil ich es sehr schwierig finde, beides zu beziffern, also sowohl die Kosten – die sind ja nicht nur monetär – als auch den Nutzen – der ist in der Regel monetär ganz schlecht zu beziffern. Das heißt, letzten Endes ist die Frage: Was ist es einem wert? Und die kann ich Ihnen nicht beantworten.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Professorin Dr. Ruffing. – Gibt es noch weitere Fragen? – Herr Abg. Karrais, bitte.

– 141 –

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Ich möchte nur eines noch mal klarstellen: Ich gehe nicht davon aus, dass man mit Bürgerbeteiligung Reichsbürger wieder zur Normalität zurückführt. Es wäre naiv, das zu glauben. Die Frage zielte eher in die Richtung ab, ob die Bürgerbeteiligung an sich allein schon deshalb wichtig ist, weil man dadurch eine Beteiligung ermöglicht. Das hatten Sie in der Antwort auf die Frage davor bestätigt, dass dadurch quasi eine Unzufriedenheit abgebaut ist bzw. gar nicht erst entsteht, weil man zu bestimmten Dingen gehört wird.

Die zweite Frage, die ich an beide Sachverständigen stellen möchte, ist, ob – das ist jetzt ein bisschen provokant – zu viel Bürgerbeteiligung nicht auch schädlich sein kann. Denn Bürgerbeteiligung bedeutet immer auch, dass, wenn es blöd läuft, eigene Vorstellungen, eigene Vorschläge gar nicht umgesetzt werden, weil sie entweder nicht umgesetzt werden können oder unbezahlbar sind oder weil sie einfach nicht opportun sind oder irgendjemand anders entscheidet. Gibt es da aus Ihrer Sicht oder aus der Forschung irgendwelche Erkenntnisse, dass es zu viel Bürgerbeteiligung geben kann?

Sv. Herr Dr. Eith: Seine eigene Vorstellung als Bürger oder als Bürgerin hat man ja sowieso. Wenn man jetzt die Möglichkeit hat, das irgendwo einzubringen, wieso soll das, wenn es dann anders läuft, als man sich das vorstellt, schlimmer sein, als wenn man überhaupt gar nie seine Vorstellung äußern kann? Dieses Argument leuchtet mir jetzt nicht unbedingt ein.

Konkret kenne ich keine Studien, die irgendeinen Anhaltspunkt geben, zu sagen: Jetzt ist es aber zu viel Bürgerbeteiligung. Ich weiß auch gar nicht genau, woran man das messen sollte.

Sv. Frau Dr. Ruffing: Dem kann ich mich nur anschließen. Ich glaube, es ist einfach wichtig, von vornherein klarzumachen, wie diese Verfahren funktionieren, und nicht den Eindruck zu erwecken, jetzt käme sozusagen endlich mal die Möglichkeit, dass sich jeder mit seinen Vorstellungen durchsetzen kann. Das kommt manchmal ein bisschen durch. Das ist es natürlich nicht. Es ist trotzdem ein Prozess, bei dem unterschiedliche Interessen eingehen und letzten Endes auch nicht alle gleichzeitig verwirklicht werden können.

Ich würde sagen: Es gibt ein Zuviel an schlechter Bürgerbeteiligung, an schlecht gemachter Bürgerbeteiligung.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Es gibt noch eine Wortmeldung von Frau Abg. Wolle von der AfD-Fraktion.

Abg. Carola Wolle AfD: Wenn der Bürger eine andere Meinung hat, als von der Politik gefragt wird, aber seine Meinung sagen kann – jetzt kommt eine Suggestivfrage –,

– 142 –

würden Sie mir dann nicht zustimmen, dass der Bürger durch das Gehörtwerden es eher akzeptiert – also unbewusst auf jeden Fall –, als wenn er gar nicht gehört wird?

Sv. Herr Dr. Eith: Ich kann dazu eigentlich auch nur genau das sagen, was Frau Ruffing vorhin gesagt hat. Wenn es ein Verfahren gibt, das klar ist, das als fair oder legitim angesehen wird, dann ist das erst mal ein ganz großes Plus. Dass man sich in diesem Verfahren mit seiner Meinung letztlich möglicherweise nicht durchsetzt, damit muss man dann leben, und die allermeisten können auch damit leben.

Vorsitzender Alexander Salomon: Gut. Dann wäre diese Frage auch geklärt.

Ich darf mich vielmals bei Ihnen, Frau Professorin Dr. Mangold, Frau Professorin Dr. Ruffing und Herr Professor Dr. Eith, dafür bedanken, dass Sie uns Rede und Antwort gestanden haben. Das war ein spannender Abschluss der heutigen öffentlichen Anhörung.

Ich darf die Sachverständigen verabschieden. Auch die Enquetekommission darf ich für heute verabschieden. Wir sind am Ende des öffentlichen Teils.

Die nächste Sitzung der Enquetekommission findet am 16. Juni 2023 um 9:30 Uhr statt.

Vielen Dank an Sie. Schönes Wochenende und schöne Pfingsten!

(Beifall – Schluss des öffentlichen Teils: 17:30 Uhr)

17. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Öffentlicher Teil

14. Sitzung

Freitag, 16. Juni 2023, 9:30 Uhr

Stuttgart, Haus des Landtags

Plenarsaal
Videokonferenz

Beginn: 9:32 Uhr	(Mittagspause: 13:00 bis 14:30 Uhr)	Schluss: 16:15 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Teil I – öffentlich

1. **Öffentliche Anhörung**
zum Thema „Kommunikation und Resilienz der Bürgerinnen und Bürger“ S. 1
2. Beschlussfassung über Anträge zum zweiten Handlungsfeld..... S. 90

Teil II – nicht öffentlich.....(gesondertes Protokoll)

1. Bestimmung von Sachverständigen für die Anhörung
in der Sitzung am Freitag, 21. Juli 2023
2. Bestimmung von 20 Verbänden, die in Bezug auf das
vierte Handlungsfeld der Enquetekommission zu
einer schriftlichen Stellungnahme aufgefordert werden

– II –

3. Festlegung eines Verfahrens zur Beschlussfassung
über die Gliederung des Abschlussberichts und die
Dokumentation der Sachverständigenanhörungen des
ersten und zweiten Handlungsfelds
4. Verschiedenes

– 1 –

**Öffentliche Anhörung
der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“
zum Thema „Kommunikation und Resilienz der Bürgerinnen und Bürger“**

am Freitag, 16. Juni 2023, 9:30 Uhr
Plenarsaal (Haus des Landtags)

A b l a u f p l a n

(Stand 9.5.2023)

Uhrzeit	Sachverständige / Funktion
09:30 Uhr	Alexander Salomon MdL , Vorsitzender der Enquetekommission
09:35 Uhr	Simone Fischer , Beauftragte der Landesregierung Baden-Württemberg für die Belange von Menschen mit Behinderungen
09:55 Uhr	Tanja Herbrink , Leiterin des Fachbereichs Armut und Beschäftigung des Kreisdiaconieverbands im Landkreis Esslingen
10:15 Uhr	40-minütige Fragerunde
10:55 Uhr	Prof. Dr. Christiane Schwieren , Professorin für Organizational Behavior, Alfred-Weber-Institut für Wirtschaftswissenschaften, Universität Heidelberg
11:15 Uhr	Prof. Dr. Frank Brettschneider , Professor für Kommunikationswissenschaft, Universität Hohenheim
11:35 Uhr	Prof. Dr. Katarina Bader , Professorin für Online-Journalismus, Hochschule der Medien, Stuttgart
11:55 Uhr	60-minütige Fragerunde
12:55 Uhr	Mittagspause
14:30 Uhr	Fouzia Hammoud , Vorsitzende des Arabischen Hauses e.V., Mannheim; Migrationsbeirätin der Stadt Mannheim; Vorstandsmitglied des internationalen Frauentreffs Jungbusch, Mannheim
14:50 Uhr	Martina Rudolph-Zeller , Leiterin Evangelische TelefonSeelsorge e.V., Stuttgart; Verantwortliche in der Landesarbeitsgemeinschaft TelefonSeelsorge Baden-Württemberg
15:10 Uhr	40-minütige Fragerunde
~15:50 Uhr	Ende der öffentlichen Anhörung

– 2 –

Teil I – öffentlich (Beginn: 9:32 Uhr)

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich wünsche Ihnen allen einen guten Morgen und begrüße Sie zur 14. Sitzung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“! Insbesondere darf ich die Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien, vor allem des Sozialministeriums, die uns digital zugeschalteten Personen sowie unsere Sachverständigen herzlich begrüßen.

Die Tagesordnung ist Ihnen zugegangen. Hierzu gibt es bisher keine Ergänzung. Gibt es Änderungswünsche? – Das sehe ich nicht.

Dann kommen wir direkt zu

Punkt 1
Öffentliche Anhörung
zum Thema „Kommunikation und Resilienz
der Bürgerinnen und Bürger“

Der Ablaufplan zu dieser Anhörung liegt Ihnen allen vor. Demnach beginnen wir mit Frau Simone Fischer, der Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg für die Belange von Menschen mit Behinderungen. Danach hat Frau Tanja Herbrik das Wort.

Frau Fischer, Sie haben jetzt 20 Minuten Zeit, uns einen Einblick in das Thema zu gewähren. Im Anschluss besteht die Gelegenheit, Fragen zu stellen.

Sv. Frau Fischer: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Frau Dr. Pfau-Weller, sehr geehrte Damen und Herren, einen wunderschönen guten Morgen in die Runde! Ich danke Ihnen für die Möglichkeit, heute Impulse zur Situation der Menschen mit Behinderungen geben zu können. Danken möchte ich auch dem Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen und den Selbstvertretungsorganisationen, die mir auf meine Bitte hin Rückmeldungen zu dem Thema der heutigen Sitzung haben zukommen lassen, die in meinen Beitrag einfließen.

Es handelt sich um ein sehr komplexes Thema, und die Frage lautet eigentlich, wer die Menschen oder die Personen mit Behinderungen sind. Die Bedarfe der Menschen, der Personen mit Behinderungen sind sehr vielschichtig. Sehen Sie mir es deshalb bitte nach, wenn das eine oder andere Thema benannt wird, auf das das Land nicht unmittelbar Einfluss hat. Ich werde Ihnen aber auch unterschiedliche Aspekte aufzeigen, um zu verdeutlichen, wie wichtig manche Punkte sind, bei denen

– 3 –

das Land vielleicht helfen oder darauf hinwirken kann, dass Verantwortliche noch einmal eine Überprüfung vornehmen oder tätig werden.

Gestatten Sie mir zunächst einen Blick zurück. Danach komme ich zu den Auswirkungen und Möglichkeiten, die aus der Perspektive von Menschen mit Behinderungen wichtig sind.

In Baden-Württemberg lebten zum Jahresende 2021 insgesamt 957 415 Menschen mit einer anerkannten Schwerbehinderung. Das waren fast 2 000 Personen mehr als zum Zeitpunkt der Erhebung im Jahr 2019. Wir alle wissen aber auch, dass der Schwerbehindertenausweis nur ein Kriterium ist, weil es viel mehr Auswirkungen gibt, wenn ein Mensch von einer Behinderung betroffen ist.

Warum sind wesentliche Weiterentwicklungen hin zu einer krisenfesten Gesellschaft aus der Perspektive von Menschen mit Behinderungen wichtig?

Deutschland ist auch zwölf Jahre nach dem Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention noch weit von einer inklusiven Gesellschaft entfernt. Das haben zum einen die Auswirkungen der Coronapandemie gezeigt. Zum anderen zeigen das auch die Krisen, wie wir sie in den letzten Jahren vermehrt erleben.

Menschen mit Behinderungen sind nicht per se eine vulnerable Gruppe. Dennoch hatten viele während der Coronapandemie das Risiko eines schweren Krankheitsverlaufs und waren mit hohen Barrieren z. B. in der Gesundheitsversorgung konfrontiert. Vielerorts gab es auch gravierende Einschnitte in die Grund- und Freiheitsrechte, die vielfach stärker als beim Rest der Bevölkerung waren.

Die Situation von Menschen mit Behinderungen wurde bei der Pandemiebekämpfung bundesweit an vielen Stellen nicht ausreichend berücksichtigt. Zu diesem Ergebnis kamen u. a. die Deutsche Vereinigung für Rehabilitation sowie die Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention beim Deutschen Institut für Menschenrechte.

Die Folgen der Coronapandemie zeigen, dass Menschen mit Behinderungen bei den auf vielen Ebenen oft eilig getroffenen Maßnahmen nicht immer konsequent mitgedacht wurden. Vielfach wurde auch über sie entschieden. Ein gut vorstellbares Beispiel, das wir sicher alle in Erinnerung haben, ist die Neuregelung des Infektionsschutzgesetzes der Bundesregierung gegen Ende der Coronapandemie im Oktober 2022. Damit wurden für die in Einrichtungen lebenden Menschen mit Behinderungen Maßnahmen getroffen, die diese Menschen im Verhältnis zum Rest der Bevölkerung gefühlt wieder in die Anfänge der Coronapandemie katapultiert haben.

Dieses Bundesgesetz sah für Beschäftigte in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen eine permanente FFP2-Maskenpflicht bei der Ausführung ihrer Tätigkeit vor. Arbeitnehmende in klassischen Betrieben waren davon nicht betroffen. Ebenso

– 4 –

sah die Regelung vor, dass Bewohnerinnen und Bewohner in besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe eine FFP2-Maske tragen mussten, wenn sie ihr Zimmer verlassen und die Gemeinschaftsräume aufsuchen wollten – wenn sie sich also in ihrem Zuhause bewegt haben. Darüber hinaus hatte das Gesetz sehr große Auswirkungen auf die Personen, die Menschen mit Assistenzbedarf unterstützen, und auf die Einrichtungen, die auch während dieser Zeit eine großartige Arbeit geleistet haben.

Insgesamt erhielten die in Einrichtungen lebenden Menschen mit Behinderungen weniger Besuche, und auch die Zugänge außerhalb der Einrichtungen waren schwierig. Die Teilhabe war immens eingeschränkt. Das ist ein wichtiger Unterschied zu Menschen in den Pflegeheimen: Die in Einrichtungen lebenden Menschen mit Behinderungen sind vielfach sehr mobil, auf dem Weg zur Werkstatt selbstständig, und sie haben an der Gesellschaft teil. Dennoch waren sie von diesen strengen Regelungen betroffen, wonach auch Begegnungen innerhalb der Wohngruppen begrenzt werden mussten. Die Folge waren Rückzug, Trauer, Depression bis hin zu Suizidgedanken und Demenz. Das ist unter dem Gesichtspunkt, dass gerade Menschen mit Behinderungen vielerorts immer noch nicht selbstverständlich aussuchen können, wie, wo und mit wem sie zusammenleben wollen, besonders gravierend.

Es zeigte sich eindrucklich, wie schmal der Grat zwischen Selbstbestimmung bzw. Freiheit und reglementierender Fürsorge sein konnte, und wie wichtig es war, vor Ort so viel Schutz wie nötig und gleichzeitig so viel Autonomie wie möglich zu schaffen.

Außerhalb von Einrichtungen zogen sich Menschen mit Behinderungen ebenfalls sehr stark zurück. Die Folgen waren soziale Isolation und z. B. Angstzustände.

Entlastende Angebote der Pflege und Assistenz sind während der Coronapandemie weggebrochen. Gerade die Eltern, die ihr erwachsenes oder ihr kleines Kind mit einer schweren Behinderung begleiten und pflegen, konnten diese Angebote nicht mehr nutzen. Das hatte zur Folge, dass viele ihre berufliche Situation überprüfen und zum Teil ihre Arbeit sogar aufgeben mussten.

Die Angehörigen leisteten Beachtliches bei der Betreuung, Förderung und Pflege ihrer Kinder zu Hause, und die Assistentinnen und Assistenten leisteten Beachtliches in den Einrichtungen. Lange konnten sie nicht auf entlastende Angebote zurückgreifen. Die Coronapandemie hat diese Familien daher besonders gefordert. Viele Familien spüren die Auswirkungen noch heute, weil vielerorts weiterhin Entlastungsangebote wie Kurzzeitpflege oder Ferien- und Freizeitangebote vor Ort fehlen. Es muss also eine Konsequenz sein, weiter daran zu arbeiten, dass diese Angebote wieder zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus müssen wir inklusive Lebens- und Wohnwelten sowie die Repräsentanz und Beteiligung von Menschen mit Behinderungen vor Ort voranbringen. Immer dort, wo exklusive Strukturen bestehen, mussten in der Krisenzeit Sonderlösungen

– 5 –

geschaffen und angestrebt werden. Auch dort war eine sehr gute Betreuung gewährleistet. Allerdings brauchte es immer wieder neue Anregungen und Lösungen, wenn z. B. in einer WfbM, in SBBZ oder in einer Wohngruppe viele Menschen zusammentrafen, die in einem hohen Maß einer Risikogruppe angehören, wobei es hier einfach schwierig ist, immer wieder strenge Regelungen zu treffen.

Teilweise wurden Regelungen getroffen, die tief in die Würde und Selbstbestimmung dieser Menschen eingegriffen haben. Mancherorts gingen sie auch über die Corona-Verordnung hinaus. Die Beauftragten vor Ort in den Kommunen und auch ich haben sehr wertschätzende Rückmeldungen erhalten, die sich u. a. darauf bezogen, wie viel Unterstützung in dieser Zeit vor Ort geleistet wurde. Es gab allerdings auch Rückmeldungen, die die Beschwerden und Erfahrungen von betroffenen Menschen zeigten, deren Situation nicht ausreichend Berücksichtigung gefunden hat.

Die Frage nach dem Zugang zu intensivmedizinischer Behandlung beschäftigte insbesondere die Menschen mit schweren oder mehrfachen Behinderungen sowie deren Angehörige. Was passiert mit ihnen in diesem Fall, wenn nicht mehr ausreichend Intensivplätze zur Verfügung stehen? Diese Frage und auch die Frage der Triage verfolgten sie sehr aufmerksam und sorgenvoll. Es ist richtig und wichtig, dass alles dafür getan wird, damit unser Gesundheitssystem alle Menschen versorgen kann. Jeder Mensch muss sich darauf verlassen können, in Notsituationen eine gleichberechtigte und gerechte Versorgung zu bekommen. Das darf keine Frage von Behinderung oder des Alters sein.

Informationen und Warnsysteme wurden während der Coronapandemie nach und nach angepasst und müssen jetzt weiterentwickelt werden. Gerade im Hinblick auf eilig zu treffende Maßnahmen ist es erforderlich, diese Informationen und Warnsysteme automatisch von Beginn an barrierefrei mitzudenken.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass Menschen mit Behinderungen tiefe Einschnitte in ihren Lebensalltag, bei der Arbeit und im sozialen Umfeld erlebten, die vielfach stärker als bei anderen waren. Eine differenzierte Betrachtung des Rechts auf gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung ist deshalb auch für weitere krisenhafte Situationen unbedingt notwendig.

Menschen mit Behinderungen waren in Bezug auf die rechtlichen Regelungen und deren Umsetzung vor Ort häufig wenig beteiligt. Das wurde u. a. daran deutlich, dass ihr Recht auf Teilhabe durch die Rücknahme von Maßnahmen erst sehr spät wiederhergestellt wurde. Betroffen davon waren insbesondere die ungefähr 22 000 Menschen, die in besonderen Wohnformen leben, und die rund 28 000 Menschen, die in den WfbM arbeiten.

Beeinträchtigte Menschen kamen selten selbst zu Wort. Deshalb möchte ich heute gern den sehr eindrücklichen Bericht von Frau F. verlesen. Frau F. hat eine psychische Erkrankung und nutzt das ambulant betreute Wohnen in einer Einrichtung. Sie

– 6 –

hat ein eigenes Appartement in einer Wohnanlage, in der auch andere psychisch beeinträchtigte Personen leben, und sie erhält Unterstützung beim Haushalt sowie bei sozialpsychiatrischen Fragen. Ich zitiere:

Am stärksten habe ich die Folgen der Coronapandemie dort gespürt, wo ich wohne. Wir hatten von März bis fast Ende November 2020 ein Besuchsverbot bzw. eine Besuchsregelung: dass in all den Monaten nur eine einzige Person zu Besuch kommen durfte, die wir auch nicht wechseln durften. Das war sehr hart für mich, da für mich das Verlassen des Hauses eine große Kraftanstrengung bedeutet und ich dadurch nicht immer die Möglichkeit habe, zu meinen Freunden zu fahren.

Die Freundschaft zu meiner Besuchsperson hat unter der immensen Belastung auch gelitten. Hinzu kommt, dass im Haus sämtliche Gruppenaktivitäten von März 2020 bis Ende 2020 nicht mehr stattfanden, sodass auch innerhalb des Wohnprojekts Begegnungen extrem reduziert waren. Die eingeschränkten Kontakte waren im Jahr 2020 der schwerste Verlust für mich. Aber auch die Tatsache, erleben zu müssen, dass die Einrichtung, in der ich zu meinem Schutz und zu meiner Unterstützung wohne, Maßnahmen verhängt hat, die mich wieder in die Suizidalität zu stoßen drohten, und diese Maßnahmen über meinem Schutz standen und keinerlei Erleichterung möglich gemacht wurde, obwohl ich mein Befinden immer offen kommuniziert habe, für mich eine retraumatisierende Erfahrung.

Ich hatte oft das Gefühl, dass die Angst vor dem Virus sämtliche Empathie und Logik ausgeschaltet hat. Es war eine fürchterliche Zeit, und mein Vertrauen ist dadurch nachhaltig gestört. Die Maskenpflicht erschwerte mir das Leben, aber sie sorgte auch dafür, dass ich leben kann. Wenn dieses Element in der Kommunikation wegfällt, bin ich im sozialen Umgang sehr verunsichert. Meine Rettung im Jahr 2020 war, dass ich trotz aller widrigen Umstände und der extremen psychischen Notlage so viel malen konnte wie, glaube ich, noch nie.

Außerhalb des Wohnprojekts habe ich viel Unterstützung von meinen Freunden und von professionellen Helfern erfahren, und ich hatte das erste Mal in meinem Leben ganz stark das Gefühl, dass auch ich eine Daseinsberechtigung habe und es wert bin, Lebensumstände zu bekommen, die mich nicht wieder suizidal machen. Ich habe es geschafft, darum zu kämpfen und mich zu wehren. Über einen Freund habe ich die Beauftragte in meiner Angelegenheit eingeschaltet, als ich von ihm von dieser Möglichkeit erfahren habe. Mit ihrer Hilfe wurde das Besuchsverbot in meinem Wohnprojekt gekippt. Das war für mich das positivste Erlebnis in 2020.

Für die Zukunft erhoffe ich mir, dass wir als Gesellschaft aus der Krise lernen. Ich habe den Eindruck, dass wir an einem Scheidepunkt stehen. Die

– 7 –

Krise legt viele Wunden in der Gesellschaft und in der globalen Situation allgemein offen. Wir können sehen, was wirklich wichtig ist, welche Bereiche eigentlich viel wesentlicher sind und mehr Wertschätzung verdient hätten, aber auch, worauf wir verzichten könnten.

Im Moment habe ich aber den Eindruck, dass diese Chance nicht ergriffen wird und alte Strukturen und Schwerpunkte nicht verändert werden. Das macht mir große Sorgen. Ein konkretes Beispiel von vielen ist, dass in der Isolation die Möglichkeiten der Digitalisierung hilfreich waren und einen immer größeren Stellenwert bekamen. Zugleich wurde aber vielen Menschen bewusst – und es wurde für sie erlebbar –, dass digitale Kontakte kein gleichwertiger Ersatz für reale Begegnungen und sie nicht barrierefrei sind. Ich würde mir wünschen, dass das menschliche Bedürfnis nach wirklichen Begegnungen in den Fokus genommen wird und man sich auf eine barrierefreie Digitalisierung konzentriert. Dies scheint mir sehr wichtig, um die Spaltung der Gesellschaft in privilegierte und benachteiligte Menschen nicht weiter zu forcieren und für gesunde kommende Generationen. Diese zu schützen und zu unterstützen, sollte an oberster Stelle stehen.

Das Jahr 2020 hat mir gezeigt, wie gut es ist, dass es Menschen gibt, die sich für andere einsetzen und deren Stimme eine Wirkung hat. Als Bewohnerin eines Wohnprojekts ohne eine Bewohnerinnenvertretung oder Ähnliches habe ich mich sehr hilflos und machtlos gefühlt. Gerade in Krisenzeiten habe ich nicht die Kraft, allein für mich einzustehen und zu kämpfen, und ich musste leidvoll erfahren, dass der Versuch, dies zu tun, zunächst nichts bewirkt hat. Ich denke, dass es über solche individuellen Situationen hinaus sehr wichtig ist, dass wir Menschen mit Behinderungen eine Stimme haben, die sich für unsere Belange einsetzt und das Bewusstsein für die Probleme von Menschen schärft, die nicht immer ganz oben auf der Liste stehen.

Mir persönlich gibt es viel Sicherheit, zu wissen, dass eine Person da ist, an die ich mich zur Not wieder wenden kann und die meine Belange einbringt. Sie hat mir aus der schrecklichen Lage in meinem Zuhause geholfen.

Ich finde diese Schilderung zu den strengen Regeln und Verordnungen, die uns als Bevölkerung betrafen, sehr eindrücklich. Denn wer wurde so stark in seinem Zuhause beschnitten?

Daher muss künftig Artikel 11 der UN-Behindertenrechtskonvention beachtet werden – Zitat –:

Die Vertragsstaaten ergreifen im Einklang mit ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen, alle erforderlichen Maßnahmen, um in Gefahrensituationen, einschließlich bewaffneter Konflikte, humanitärer Notla-

– 8 –

gen und Naturkatastrophen, den Schutz und die Sicherheit von Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten.

Die Deutsche Vereinigung für Rehabilitation, das Deutsche Institut für Menschenrechte und die Selbstvertretungsorganisationen weisen deshalb auf die Notwendigkeit hin, bei der Entwicklung entsprechender Strategien die Lage von Menschen mit Behinderungen systematisch im Sinne eines Disability Mainstreamings zu berücksichtigen. Das folgt aus dem Anspruch der UN-Behindertenrechtskonvention, die Deutschland im Jahr 2009 unterzeichnet hat und die somit für alle staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche gilt.

Auf die wesentlichen Kernanliegen bin ich zu Beginn eingegangen. Diese Kernanliegen sind:

Es bedarf einer barrierefreien Kommunikation für unterschiedliche Behinderungsarten – das heißt, auch für gehörlose und für blinde Menschen – sowie einer leichten Sprache in einer differenzierten Form und von Beginn an.

Das Themenfeld „Staatliche Krisenfürsorge“ umfasst, dass Krisenstäbe die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen und deren Selbstvertretungsorganisationen berücksichtigen müssen, weil diese fest definiert ist. Des Weiteren muss eine digitale Teilhabe insbesondere in Krisenzeiten auch hinsichtlich der Ausgestaltung von barrierefreien Webangeboten der Dienste der Gesundheitsangebote und der Behörden inklusive der Apps gewährleistet sein. Alle relevanten Informationen von Behörden des Bundes, der Länder und der örtlichen Ebene sowie von wichtigen Institutionen müssen zur Verfügung gestellt werden.

Zur digitalen Teilhabe in Krisenzeiten gehört auch, dass Menschen mit einer Lernbeeinträchtigung oder mit einer mehrfachen Behinderung sowie Empfänger von Grundversicherungsleistungen von der digitalen Teilhabe nicht ausgeschlossen werden. Als Beispiel nenne ich hier die Corona-Warn-App, die nur auf Smartphones der neuen Generation nutzbar war.

Sehr wichtig sind die Förderung und mancherorts noch immer die Schaffung von nachbarschaftlichen Strukturen für die Menschen mit Behinderungen. Das muss Teil des Lebens im Quartier sein. Weiterhin muss es Programme geben, die diese nachbarschaftlichen Strukturen und das bürgerschaftliche Engagement im Quartier fördern. Aus der Perspektive der Selbsthilfe sollte eine übergeordnete Koordination dieser Strukturen geschaffen werden.

Von Bedeutung ist auch die Förderung von ehrenamtlichen Tätigkeiten. Es braucht rechtssichere ehrenamtliche Unterstützungsangebote hinsichtlich der Beförderung von Menschen wie z. B. damals zu den Impfzentren oder einen Einkaufsservice für Dritte. Der Versicherungsschutz des Landes wäre hier entsprechend auszugestalten

– 9 –

und gegebenenfalls anzupassen. Insgesamt müssten Menschen mit Behinderungen besser und auch rechtzeitig in die ehrenamtlichen Strukturen der Krisenvorsorge und Krisenintervention einbezogen werden.

Auf die Situation der Kinder mit Behinderungen und ihre Familien gehe ich jetzt nicht gesondert ein, weil es eine Beteiligung dieser Zielgruppe gibt. Wichtig ist mir jedoch, zu betonen, dass die Betreuung dort sichergestellt sein muss, wo das Kind begleitet wird. Dort muss auch durchweg eine Anbindung erfolgen.

Jedes Kind hat ein Recht auf Inklusion. Besonders in Krisenzeiten, wie ich sie in Bezug auf den Fachkräftemangel in Kitas wahrnehme, kann es nicht sein, dass die Betreuungszeiten von Kindern mit Assistenzbedarf stärker als bei Kindern ohne Behinderungen reduziert werden oder diese Kinder sogar ausgeschlossen werden. Aktuell kommt das jedoch vielfach und mehr denn je vor; der Bedarf einer Erhöhung von Kindergartenplätzen ist so hoch wie nie.

Ich komme zur Partizipation von Menschen mit Behinderungen. Die ausgehend von den Erfahrungen der Coronapandemie geschilderten Probleme werden auch in künftigen pandemischen Lagen oder Krisen bestehen. Missstände wie ein unzureichender oder später Zugang zu Tests und Impfungen sowie unverhältnismäßige Isolationsmaßnahmen können durch eine frühzeitige Konsultation der Vereine und Verbände für Menschen mit Behinderungen verhindert werden. Die Selbstvertretungsorganisationen kritisieren vor diesem Hintergrund die fehlenden Partizipationsmöglichkeiten in politische Entscheidungsprozesse, die jedoch sichergestellt sein müssen.

Die Politikerinnen und Politiker auf der Bundes- und auf der Landesebene sind nach Artikel 4 Absatz 3 der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet, Menschen mit Behinderungen und ihre Selbstvertretungen bei allen relevanten Entscheidungsprozessen zu konsultieren und deren Einbeziehung aktiv zu ermöglichen. Es muss daher sichergestellt werden, dass das durchgeführt wird.

Es gilt, den Herausforderungen zu begegnen, mit denen sich Menschen mit Behinderungen während einer Pandemie und in ähnlichen Notsituationen konfrontiert sehen. In diesem Zusammenhang will ich auf einige Punkte eingehen, die auf den wissenschaftlichen Empfehlungen des DVfR, der Monitoring-Stelle der UN-Behindertenrechtskonvention beim Deutschen Institut für Menschenrechte und den Selbstvertretungsorganisationen aufbauen.

Erstens: Die unterschiedlichen Lebenskontexte von Menschen mit Behinderungen und ihre Bedarfe müssen im Sinne eines Disability Mainstreamings konsequent berücksichtigt werden.

Zweitens: Die Partizipation von Menschen mit Behinderungen und ihren Selbstvertretungsorganisationen muss auch in politischen Entscheidungsprozessen während

– 10 –

Not- oder Krisensituationen durch eine aktive Konsultation und die Schaffung notwendiger Rahmenbedingungen wie Informationen in barrierefreien Formaten sichergestellt werden.

Drittens: Um in künftigen Krisen besser gewappnet zu sein, sind Menschen mit Behinderungen und ihre Selbstvertretungen z. B. durch inklusiv besetzte Gremien von Politik und Verwaltung aktiv in die Aufarbeitung und in die Weiterentwicklung von Prozessen einzubeziehen.

Viertens: Wir benötigen Menschen mit Behinderungen, die in entscheidenden Positionen sitzen und damit von Beginn an aktiv mitgestalten können. Es gilt daher, das Thema „Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen“ in entscheidenden Rollen voranzubringen. Zudem müssen reguläre Förderprogramme die Barrierefreiheit und eine inklusive Ausrichtung von Menschen mit und ohne Behinderungen gezielt aufgreifen.

Fünftens: Nötig ist der umfassende Auf- und Ausbau eines inklusiven Gesundheitssystems, zu dem Menschen mit Behinderungen unabhängig von ihren Beeinträchtigungen oder ihrem Lebensort einen diskriminierungs- und barrierefreien Zugang haben.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Fischer. – Dann gehen wir jetzt weiter zu Frau Tanja Herbrik, der Leiterin des Fachbereichs „Armut und Beschäftigung“ des Kreisdiakonieverbands im Landkreis Esslingen. Frau Herbrik, Sie haben jetzt 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Herbrik: Vielen herzlichen Dank. – Sehr geehrter Herr Vorsitzender Salomon, sehr geehrte Mitglieder der Enquetekommission, sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung zu dieser öffentlichen Anhörung. – Mein Beitrag bezieht sich auf die Menschen, die in unseren Beratungsstellen, Beschäftigungsunternehmen, Sozialkaufhäusern und Tafelläden täglich niederschwellig eine Unterstützung und Hilfe suchen.

Kurz zu meiner Person: Ich bin seit 2005 in Beschäftigungsprojekten und Beratungsssettings unterwegs, und ich leite seit vielen Jahren den Fachbereich „Armut und Beschäftigung“ im Kreisdiakonieverband im Landkreis Esslingen. Zu meinen Aufgaben gehören die Beschäftigung und Begleitung von langzeitarbeitslosen Menschen sowie die Versorgung von Menschen mit einem schmalen Geldbeutel mit den Dingen des

– 11 –

täglichen Bedarfs in den Diakonie- und Tafelläden. Außerdem zählen zu meinem Aufgabenbereich Projekte im Rahmen des Europäischen Sozialfonds in der Förderlinie „Soziale Inklusion, gesellschaftliche Teilhabe und Bekämpfung von Armut“.

Heute bin ich bei Ihnen in meiner Rolle als Vorsitzende des Fachverbands Arbeitslosenhilfe im Diakonischen Werk Württemberg und möchte Ihnen über die Auswirkungen der Coronapandemie auf den Alltag von finanziell armen und von langzeitarbeitslosen Menschen berichten.

Um zu evaluieren, welche Auswirkungen die Folgen der Coronapandemie zum Teil bis heute für die Menschen haben, die unsere Beratungsstellen aufsuchen, hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege im Oktober 2022 eine Umfrage unter 990 Mitarbeitenden in über 600 Beratungsstellen bundesweit durchgeführt und veröffentlicht.

Wer von Armut betroffen oder bedroht ist, bezieht in der Regel Transferleistungen wie Bürgergeld – zum Umfragezeitpunkt noch Hartz IV – oder Arbeitslosengeld I. Diese Umfrage wurde deshalb mit Blick auf die Erreichbarkeit von Jobcentern und Arbeitsagenturen durchgeführt. Die Ergebnisse haben zwar keinen repräsentativen Charakter, aber sie geben einen guten Einblick über die Auswirkungen der Coronapandemie und in das Erleben von vulnerablen Gruppen vor Ort.

Ich möchte folgende Frage aus der Umfrage herausgreifen, die aus meiner Sicht das Erleben der Betroffenen sehr deutlich macht: „Sofern die Erreichbarkeit Ihres Jobcenters/Ihrer Arbeitsagentur eingeschränkt ist: Welche Folgen hat die eingeschränkte Erreichbarkeit für die Hilfesuchenden/Leistungsberechtigten?“ Die Umfrage ergab, dass 75,5 % der Betroffenen in Beratungsstellen angaben, sich ohnmächtig und hilflos zu fühlen. 63,7 % gaben an, dass sich ihre Probleme verschärft hätten, weil für sie eine schnelle und persönliche Klärung von Anliegen nicht möglich gewesen sei. 63,3 % gaben in dieser Umfrage an, dass die eingeschränkte Erreichbarkeit bei ihnen zu einem verspäteten oder sogar zu keinem Leistungsbezug geführt habe. 56,9 % verwiesen darauf, dass ihnen wesentliche Informationen gefehlt hätten. Das heißt, eine Kommunikation wäre für diese Menschen von wesentlicher Bedeutung gewesen, um ihre Aufgaben und Anliegen bearbeiten zu können.

Als Fazit aus dieser Umfrage ergibt sich, dass sich Menschen aus vulnerablen Gruppen durch die Folgen der Coronapandemie und die Auswirkungen des Ukrainekriegs, der sich für diese Personengruppe nahtlos angehängt hat, weiter abgehängt und hilflos fühlen. Die Coronapandemie war der Anfang des Ganzen, und die Menschen empfinden heute noch kein Ende der Benachteiligung und dieser Hilflosigkeit.

Die persönliche Krise dieser Menschen verstärkt sich durch die gesellschaftliche Krise. Das führt bei den Einzelnen zu Rückzug, Ohnmacht und Resignation. Die Auswirkungen sehen wir bis heute: Die Menschen ziehen sich zurück; sie sind schwer erreichbar. Beispielsweise hat sich die Erreichbarkeit von langzeitarbeitslosen Men-

– 12 –

schen durch die Coronapandemie derart verstärkt, dass inzwischen aufsuchende Projekte im Mittelpunkt der Maßnahmen stehen. Das macht sich in den Beratungsstellen deutlich bemerkbar. Ein sozialer Rückzug des Personenkreises, der wenig Geld hat, ist aber auch bei Schulkantinen zu spüren. Das wirft die Frage auf, wie die Erreichbarkeit dieses Personenkreises wiederhergestellt werden kann.

Auch außerhalb dieser Umfrage sind die Rückmeldungen im Kontakt mit den Hilfesuchenden gleich. Wenn ich im Alltag in unseren Diakonie- und Tafelläden von den Menschen höre, was sie bewegt, dann stimmt das mit den Ergebnissen der Umfrage überein.

Die erlebte Hilflosigkeit frustriert viele und lässt sie nach wie vor resignieren. Viele waren und sind mit der Nutzung von Onlineportalen überfordert; es fehlt ihnen die digitale Kompetenz zur Nutzung dieser Angebote. Zudem haben bis heute viele keine technische Ausstattung oder einen Zugang zu offenen Angeboten und/oder verfügen nicht über ausreichend Datenvolumen, um Formulare online auszufüllen. Das hat mit den finanziellen Möglichkeiten zu tun, die in diesem Fall nicht zur Verfügung stehen.

Sprachliche Schwierigkeiten im Hinblick auf Antragsformulare oder sprachliche Hürden aufgrund von Migration halten diese Menschen davon ab, sich digital oder telefonisch Hilfe und Unterstützung zu holen oder ihre Unterlagen rechtzeitig bei den Behörden abzugeben. Die Auswirkungen von fehlenden bzw. nicht rechtzeitig abgegebenen Unterlagen führen unweigerlich zu Folgekrisen. Aus unserer Sicht ist das unbedingt zu vermeiden.

Resignation und Frustration führen auch zu einem deutlichen Vertrauensverlust in die institutionelle Verwaltung und in unsere demokratischen Systeme. Wer sich abgehängt fühlt, zieht sich immer weiter aus demokratischen und politischen Beteiligungsprozessen zurück oder wählt am rechten Rand. Im Austausch mit den Betroffenen in unseren Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe, bei den Beschäftigungsträgern und in den Beratungsstellen sowie Tafeln kommt diese Hoffnungslosigkeit, Resignation und Perspektivlosigkeit mit Blick auf politische Entscheidungen vielfältig zum Ausdruck.

Als vulnerable Gruppen sind in unserem Beratungskontext Menschen erfasst, die Arbeitslosengeld I oder II beziehen. Dazu zählen auch langzeitarbeitslose Menschen. Diese Menschen sind seit vielen Jahren auf Arbeitssuche, aber aufgrund multipler Problemlagen auf dem Arbeitsmarkt nicht vermittelbar.

Im Mai 2023 bezogen laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit in Baden-Württemberg 97 292 Menschen Arbeitslosengeld I sowie 139 620 Menschen Leistungen nach dem SGB II. Weitere 327 793 Personen sind in einer Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit erfasst. Dabei handelt es sich um Bezieher von Arbeitslosen-

– 13 –

geld II, die an einer Maßnahme teilnehmen oder erkrankt sind und somit dem Arbeitsmarkt faktisch nicht zur Verfügung stehen.

Das ist eine sehr hohe Anzahl von Personen, die nicht partizipieren. Das ist auch eine hohe Anzahl von Personen, die frustriert sind und nicht wissen, wie sie bei diesen aneinandergereihten Krisen ihr Leben für sich wieder in den Griff bekommen können.

Des Weiteren werden die Angebote in den Anlaufstellen von Menschen aus anderen Herkunftsländern mit sprachlichen Problemen, von Menschen mit einem Migrations- oder Fluchthintergrund, von Menschen ohne einen festen Wohnsitz, von Rentnerinnen und Rentnern, die auf die Grundsicherung im Alter angewiesen sind, und von Menschen, die Wohngeld beziehen, in Anspruch genommen. All diese Menschen erleben sich bereits in ihrem Alltag in einer Krise, ohne dass es einer Pandemie oder Ähnlichem bedarf.

Diese Menschen stehen also unter einem hohen inneren und zum Teil auch äußeren Druck. Wenn eine weitere Krise wie z. B. die Coronapandemie oder eine Lage, wie wir sie aktuell aufgrund stark gestiegener Lebenshaltungskosten als Auswirkung des Ukrainekriegs erleben, hinzukommt, verschärft sich für die Einzelnen die Situation und wird zum Teil unlösbar.

Um Krisen als überwindbare Probleme betrachten zu können, brauchen vulnerable Gruppen bereits im Vorfeld von Krisen und von gesellschaftlichen Krisen ein stabiles Umfeld und verlässliche Netzwerke, auf die sie in Krisenzeiten bei Bedarf zurückgreifen können. Eine soziale Unterstützung ist daher ein wesentlicher Bestandteil, um in Krisenzeiten Widerstandskraft zu zeigen.

Für den Personenkreis der genannten vulnerablen Gruppen sind eine Pandemie und die Folgen des Ukrainekriegs eine zusätzliche Belastung und verschärfen das Gefühl der Ohnmacht und Hilflosigkeit. Um positiv in die Zukunft schauen und Krisen besser bewältigen zu können, brauchen diese Personen persönliche Kontakte, das Wissen, nicht allein zu sein, die Möglichkeit, die Dinge, die sie selbst können, ohne eine größere Unterstützung von außen erledigen zu können, sowie feste bekannte Institutionen, bei denen sie Rat und Hilfe erhalten.

Die Folgerungen daraus sind für uns sehr klar und logisch. Während der Coronapandemie ging es jeder Bürgerin und jedem Bürger so, dass die Türen von Verwaltungen und Behörden geschlossen waren – egal, ob Führerscheinstelle oder Einwohnermeldeamt. Es blieben aber ebenso die Jobcenter und andere Einrichtungen geschlossen, in denen Transferleistungen beantragt werden können oder wo man Auskünfte erhält, wie man Unterstützungsleistungen erhält.

– 14 –

Damit sich Menschen nicht resigniert zurückziehen und ihre Selbstwirkung in dem Rahmen, der ihnen möglich ist, erhalten bleibt, braucht es offene Türen bei den Verwaltungen und Behörden und die Möglichkeit der persönlichen Beratung. Eine verlässliche Erreichbarkeit von Behörden und Verwaltungen durch eine telefonische oder digitale Erreichbarkeit wird von vielen dieser Personen nicht als Unterstützung wahrgenommen, weil sie daran aufgrund der genannten Umstände nicht partizipieren können.

Sprachliche Barrieren, lange Warteschleifen in Callcentern, nicht entscheidungsbefugte Personen in den Jobcentern oder schlechte Rückrufquoten sind nur einige Beispiele, weshalb sich Menschen nicht weiter um die Lösung ihrer Probleme kümmern und sich resigniert zurückziehen. Wenn eine Person fünfmal in einer Pipeline war, viermal nicht zurückgerufen wurde und einmal jemanden erreicht, die erreichte Person dann aber sagt, sie könne aus datenschutzrechtlichen Gründen keine Auskunft geben, wird diese Person kein sechstes Mal versuchen, sich bei einer Hotline zu melden, um ihre Probleme zu lösen.

Wenn existenzielle Fragen für die Einzelnen nicht mehr eigenständig von diesen selbst geklärt werden können, entstehen Folgekrisen, und die Sicherung des Lebensunterhalts und der Erhalt des Wohnraums werden zu einem unüberwindbaren Problem.

Für eine krisenfeste Gesellschaft sind aus Sicht der Mitglieder der AG Arbeit fest verankerte und strukturell geförderte Unterstützungsstrukturen notwendig. Staatliche Hilfesysteme müssen auch im Krisenfall offene Türen haben und niederschwellige persönliche Kontaktmöglichkeiten anbieten.

Vielen wäre z. B. bereits geholfen, wenn es vor Ort die Möglichkeit gäbe, Unterlagen persönlich abzugeben und den Erhalt quittiert zu bekommen. Wie viele Nachfragen und Rückfragen in Beratungsstellen eingegangen sind, weil Unterlagen nicht bei den entsprechenden Einrichtungen angekommen sind, kann ich nicht aufzählen. Ich kann aber sagen, dass die Folgen für die Menschen, die es betroffen hat, zum Teil extrem waren und bis hin zu einem drohenden Wohnungsverlust gingen, weil aufgrund fehlender Unterlagen keine weiteren Leistungen bewilligt werden konnten.

Die Träger der freien Wohlfahrtspflege können in Krisenzeiten die alltägliche Antragsbearbeitung zusätzlich zur regulären Beratungsarbeit nicht übernehmen. Deren etablierte Anlaufstellen bieten Menschen in schwierigen Situationen und besonders in Krisenzeiten jedoch eine niederschwellige verlässliche Beratung, Unterstützung und Begleitung an. Das nimmt die Verwaltung bzw. die Behörden aber nicht aus der Pflicht, für eine persönliche Face-to-Face-Beratung zu sorgen.

Während der Coronapandemie waren die Beratungsstellen offen. Beratungen haben zum Teil bei Spaziergängen im Freien mit Maske stattgefunden; ein persönlicher Kontakt war jederzeit möglich. Auch die Tafeln haben niederschwellig vulnerable

– 15 –

Gruppen versorgt, waren vor Ort ansprechbar und haben im Bedarfsfall über die Versorgung mit Lebensmitteln hinaus unterstützt und Menschen im persönlichen und sozialen Kontakt begleitet.

Menschen, die aufgrund der Pandemie in Kurzarbeit waren oder die nur digitale Vorlesungen hatten, haben sich in dieser Zeit bei den Tafeln engagiert. Es gab aber auch Menschen, die ihre Solidarität mit Menschen am Rande unserer Gesellschaft durch Spenden zum Ausdruck gebracht haben. Dieses durch die Coronapandemie ausgelöste gesellschaftliche Engagement hat aus unserer Sicht den Zusammenhalt in der Gesellschaft gestärkt.

Prävention trägt in Krisenzeiten zu einem wesentlichen Teil zum Schutz vulnerabler Gruppen und zum Erhalt des gesellschaftlichen Zusammenhalts bei. Teilweise befinden sich Menschen bereits in ihrem normalen Alltag in einer außergewöhnlichen Situation. Aus unserer Sicht sind daher tragende Strukturen, niederschwellige und offene Anlaufstellen sowie vertrauensvolle und verlässliche Kontakte notwendig, um bereits im Vorfeld Resilienz zu entwickeln. Resilienz kann nicht aus einer Krisensituation heraus entstehen.

Damit eine Folgekrisenprävention greifen kann, bedarf es einer gesicherten strukturellen Förderung auch für die Träger der freien Wohlfahrtspflege, damit die oft prekär finanzierten Angebote zuverlässig und dauerhaft angeboten werden können. Durch die Beratungsstellen, die schon im Vorfeld von gesellschaftlichen Krisen vor Ort agieren, können so weiter entstehende Härten für vulnerable Gruppen zeitnah aufgefangen und abgemildert werden.

Über persönliche Kontakte durch Beratungen und Begegnungen werden Halt und Hilfe zur Selbsthilfe besonders in Krisenzeiten zu einer wichtigen Wegbegleitung, die eine Resilienz stärkt und fördert. Die Arbeitsagenturen und Jobcenter schließe ich hier explizit ein.

Neben den genannten Unterstützungsangeboten brauchen wir aber auch ein gesellschaftliches Engagement im Rahmen des Ehrenamts z. B. in Beratungsstellen, in Begegnungscafés oder in Tafelläden; denn nicht abgehängt zu sein und an sozialer Kommunikation teilzuhaben, leistet ebenfalls einen wesentlichen Beitrag zur Förderung und Stärkung von Resilienz. Dieses Miteinander ist Teil unserer solidarischen und demokratischen Gesellschaft und hilft uns, Krisen gemeinsam zu begegnen und sie gemeinsam zu meistern.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

– 16 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Herbrik. – Wir kommen jetzt zur Fragerunde. Hierfür sind 40 Minuten vorgesehen. Als Erste hat für die Fraktion GRÜNE Frau Abg. Dr. Aschhoff das Wort.

Abg. Dr. Susanne Aschhoff GRÜNE: Ich danke Ihnen für die sehr interessanten Vorträge mit zum Teil konkreten Empfehlungen. Das war wirklich sehr spannend.

Frau Fischer, Sie haben betont, dass der Bereich „Sicherheit und Gesundheit“ für die von Ihnen repräsentierten vulnerablen Gruppen wichtig ist. Gleichwohl haben auch viele andere Bereiche mit Blick auf die Sozialkontakte, den Zugang zur Arbeit, die Teilhabe oder die Transportmöglichkeiten, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, sehr gelitten. Was halten Sie im Krisenfall für besonders existenziell, das es aufrechtzuerhalten gilt? Das ist ein wirklich relevanter Punkt.

Meine weiteren Fragen richten sich an Sie beide. Wie würden Sie im Krisenfall die von Ihnen genannten Bereiche aufrechterhalten? Es handelt sich dabei um Bereiche, an denen die Betroffenen im Idealfall selbst partizipieren und Empfehlungen geben können, und aus der kommunalen Arbeit weiß ich, dass der Bereich mit einer Schnittstelle Ehrenamt und einer großen Vielfalt von Institutionen sehr komplex ist.

Sie haben beide erwähnt, dass die etablierten Strukturen wichtig sind. Wie ließe sich darüber hinaus sozusagen eine Notbetreuung im Krisenfall über die Behörden in diesem sehr komplexen Feld koordinieren? Wie wäre es möglich, die Notwendigkeiten zu priorisieren und zu kommunizieren, wer in einem solchen Krisenstab mitwirkt? Auf welcher Ebene würden Sie das aufhängen? Welche konkreten Handlungsempfehlungen haben Sie für die kommunale Ebene und für die Landesebene im Hinblick auf die Gestaltung von zentralen Anlauf- und Koordinationsstellen?

Abg. Christiane Staab CDU: Frau Fischer, Sie hatten das große Problem angesprochen, das wir alle gesehen haben: dass die Menschen, die in Einrichtungen leben, durch die Coronavorgaben extrem stark benachteiligt wurden. Das betraf u. a. die Bewohnerinnen und Bewohner von Seniorenheimen, von Pflegeheimen, von Wohnheimen oder von Wohngruppen für Menschen mit Behinderungen. Für die Träger der Seniorenheime entstand wiederum ein Spannungsfeld, das sie ein Stück weit zerrissen hat. Ich würde von Ihnen gern wissen, wie wir in der Praxis mit solchen Situationen umgehen.

Bei einem Todesfall aufgrund von Corona war die allererste Frage der Angehörigen, wo sich die betreffende Person angesteckt habe. In einer Situation wie der Coronapandemie ist für die Träger der Schutz der Menschen, die ihnen durch die Angehörigen anvertraut werden, und der Wunsch der Bewohnerinnen und Bewohner auf Aufrechterhaltung des gewohnten Lebens, aber eigentlich ein nicht lösbarer Konflikt.

– 17 –

Wir leben in einem Staat, in dem immer jemand haftet. Letztlich haftet ein Träger, wenn er nicht sichergestellt hat, dass für die Herstellung des Schutzes für die Bewohnerinnen und Bewohner maximal Sorge getragen wurde. Weil die Träger die Angst hatten, dass das darüber hinaus mit einer fahrlässigen Körperverletzung oder im allerschlimmsten Fall mit einer fahrlässigen Tötung einhergehen könnte, haben sie die maximalen Schutzvorkehrungen mit schrecklichen Folgen für die Bewohnerinnen und Bewohner getroffen. Ich weiß nicht, wie wir dieses Spannungsfeld lösen, aber vielleicht können Sie mir helfen, Antworten auf diese Frage zu finden.

Für solche Fälle müssten entweder Haftungserleichterungen geschaffen oder Vereinbarungen getroffen werden können, wodurch sich individuell bestimmte Haftungsrisiken für die Träger ausschließen lassen. Damit wäre zwar ein bürokratischer Aufwand verbunden, aber pauschal zu sagen, die Träger müssten hier sozusagen die Leinen lang lassen, wird nicht funktionieren, weil damit immer das Risiko einhergeht, dass Menschen zu Schaden kommen.

Was zum Guten für den einen ist, ist zum Schaden für den anderen. Dieses Spannungsfeld dürfen wir nicht ausklammern, denn das hat viele Träger wirklich zerrissen. Ich bitte deshalb wirklich darum, darüber nachzudenken, wie eine Lösung für solche Situationen aussehen könnte.

Es tut mir leid, dass diese Darlegung jetzt so ausführlich geworden ist. Ich wollte jedoch verdeutlichen, dass die Träger nicht maximal knebeln wollten, sondern im Prinzip immer zwischen der Bewohnerstruktur und einem maximalen Schutz für die Bewohnerinnen und Bewohner abwägen mussten.

Dann habe ich noch ein weiteres Thema. Wir haben damals alle versucht, die Behörden offen zu lassen. Es gab die Möglichkeit, Einzeltermine zu vereinbaren, und es gab die Möglichkeit der digitalen Wege. Warum funktionierte das nicht? Was führte also zum Scheitern dieser Angebotsformen? Ich denke, es ist wichtig, den Verwaltungen bzw. den Behörden, die mit Menschen in schwierigen Lebenslagen zu tun haben, die Gründe für das Scheitern dieser Kommunikationswege aufzuzeigen. Wie müssten die Behörden, die mit Menschen in schwierigen Lebenslagen zu tun haben, diese Angebotsformen jedoch unterbrechen, damit ihre Kundinnen und Kunden mit einer möglicherweise ganz einfachen digitalen Form arbeiten können und Telefonate sowie persönliche Begegnungen möglich sind? Wie könnte man das in Angriff nehmen? Das ist ein Punkt, auf den ich von Ihnen, Frau Herbrik, eine Antwort benötigen würde.

Wir sprechen immer über Resilienz. Die Menschen sollen ihre Selbstwirksamkeit entfalten und merken, dass sie, unabhängig davon, wie schwach sie sind, Kräfte in sich haben. Welche Ideen gibt es Ihrerseits, diese Kräfte wirksam werden zu lassen? Wie können wir gemeinsam an diesem Ziel arbeiten? Wir hören viel über Unterstützungssysteme, Transferleistungen und Menschen, die Hilfestellungen geben sollen. Für mich sind jedoch auch Maßnahmen, mit denen wir die Menschen befähigen, so-

– 18 –

weit wie möglich selbstwirksam zu werden, ein wichtiger Schlüssel in diesem Zusammenhang. Im Hinblick darauf würde ich mir von Ihnen konkrete Inputs wünschen.

Ich denke, dieser Rückzug, diese Frustration und dieses Empfinden, abgehängt zu sein, rühren ganz stark aus dem Gefühl – das haben Sie auch gesagt –, in einer Ohnmacht zu stecken und das Leben nicht mehr selbst steuern zu können. Wo müssen wir ansetzen, damit es dazu entweder gar nicht erst kommt oder dieser Kreislauf durchbrochen wird und der betroffene Mensch wieder sagt: „Ich schaffe das mit deiner Hilfe, aber ich schaffe es“? Dabei belasse ich es erst einmal, weil ich hier sonst Alleinunterhalter bin.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich wollte Sie auch gerade unterbrechen, Frau Abg. Staab, weil ich daran erinnern möchte, dass die Antwortzeit je länger die Fragen sind, umso geringer wird. Auch um eine Gleichheit unter den Fraktionen zu wahren, sollten die Statements möglichst kurzgefasst und die Fragen möglichst konzentriert gestellt werden. Es sind bereits acht Minuten von der Fragezeit von 40 Minuten verbraucht, in der zwei Fraktionen Fragen gestellt haben. Deshalb gebe ich jetzt auch ganz schnell an Frau Abg. Dr. Kliche-Behnke weiter.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich danke den Expertinnen für die Vorträge. – Ich habe so viele Fragen an Sie beide, dass es mir leider auch nicht möglich ist, mich wirklich kurzzufassen.

Frau Fischer, wenn man Ihnen zuhört, wird deutlich, dass Sie und Ihr Amt für unser Land ein eigener Beitrag zur Krisenfestigkeit sind. Sie haben das Thema „Disability Mainstreaming“ angesprochen. Mich würde Ihre Einschätzung interessieren, ob dieses Thema im Land Baden-Württemberg und konkret in der Landesregierung als Querschnittsaufgabe ausreichend implementiert und verankert ist oder ob hier mehr getan werden muss.

Was die Zunahme von psychischen Erkrankungen insbesondere nach der Coronapandemie anbelangt, würde mich interessieren, inwiefern sich die Notwendigkeiten bei den Institutionen verändern, präsent zu sein und mehr niedrigschwellige Angebote zu schaffen. Nach meiner Einschätzung ist eine derart deutliche Zunahme bei den psychischen Erkrankungen zu verzeichnen, dass wir nachsteuern müssen, was die Erreichbarkeit und vielleicht auch die Quantität anbelangt.

Des Weiteren haben Sie viel über die Vulnerabilität gesprochen und dargelegt, dass natürlich nicht alle Menschen mit Behinderungen einer Gruppe angehören. Wenn wir über Krisenfestigkeit reden, ist deshalb die Feststellung wichtig, dass es auch um Menschen geht, die einen eigenen Beitrag zur Krisenfestigkeit und zur Stärkung unserer Gesellschaft leisten können. Insofern ist es wiederum sehr wichtig, zu wissen, inwieweit wir es schaffen, diese Potenziale zu nutzen. Stichworte sind in diesem Zusammenhang vor allem Arbeit und das Budget für Arbeit. Was müsste aus Ihrer Sicht im Land verbessert werden, damit wir diese Potenziale ausschöpfen können? Denn

– 19 –

im Grunde ist eine gelebte Inklusion auch ein Merkmal für eine krisensichere Gesellschaft, sofern es das so gibt.

Sie haben gerade kurz angeschnitten, dass Familien mit Kindern mit Beeinträchtigungen während der Coronapandemie besonderen Belastungen ausgesetzt waren. Könnten Sie etwas dazu sagen, wie sich angedachte Entlastungsangebote künftig gestalten ließen?

Frau Herbrik, im Kern ging es bei Ihrem Vortrag um die fehlende Erreichbarkeit für die von Ihnen benannte Gruppe. Diesbezüglich haben Sie als einen wesentlichen Ansatz die Digitalisierung genannt. Für mich ist hier die Kernfrage, was es braucht, um sowohl im Hinblick auf die von Armut betroffenen Menschen als auch auf die Sozialwirtschaft selbst eine ausreichende Digitalisierung herbeizuführen. Zum einen können wir damit dann einem Digital Gap entgegenreten. Zum anderen gilt es, die Chancen von KI und Digitalisierung gerade in Zeiten des immensen Fachkräftemangels mehr zu nutzen. In diesem Zusammenhang ist auch das Stichwort „Digitalgrundkurs“ von Bedeutung.

Dennoch bedarf es auch einer persönlichen Erreichbarkeit; Sie haben sehr deutlich dargelegt, wie wichtig Menschen und Beziehungen sind. Wir sind immer diejenigen, die sagen: Es braucht mehr. Demgegenüber möchte ich gern festhalten, dass nach meiner Wahrnehmung viele Verbände, Behörden, Institutionen und Beratungsstellen während der Coronapandemie die persönlichen Kontakte eher minimiert und ihre Öffnungszeiten reduziert haben. Danach sind sie nicht wieder zum Status von vor der Coronapandemie zurückgekehrt. Dadurch werden sie der eigenen Verantwortung teilweise nicht gerecht. Stimmen Sie mir diesbezüglich zu? Mich würde in diesem Zusammenhang auch interessieren, ob in erster Linie finanzielle und personelle Gründe oder andere Gründe für diese Entwicklung maßgeblich sind.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Frau Fischer und Frau Herbrik, ich danke Ihnen für Ihre sehr eindrücklichen Vorträge. – Ich möchte beim letzten Punkt, den Frau Kollegin Dr. Kliche-Behnke angesprochen hat, einhaken. Wir haben nicht nur bei den Verbänden, sondern auch bei den Behörden eine Anpassung der Öffnungszeiten wahrgenommen, weil sie eine Vorsprache im Wesentlichen nur noch nach Terminvereinbarung gewähren. Wenn eine Vorsprache an einem Wochentag dann doch ohne Termin möglich ist, bilden sich wiederum lange Schlangen, die nicht dazu beitragen, dass man einen Behördengang machen möchte.

Natürlich ist die Situation für die Menschen schwieriger, deren Tagesablauf nicht so strukturiert ist. Frau Herbrik, Sie haben die aufsuchenden Projekte angesprochen, im Rahmen derer beispielsweise Beziehungen wiederhergestellt werden können. Erfahrungsgemäß sind diese aufsuchenden Projekte aber sehr personalintensiv. Sie haben dann auch ein wenig rhetorisch die Frage gestellt, wie das Vertrauen wiederhergestellt werden kann. Insofern lautet meine Frage, ob Sie vielleicht auch aus der persönlichen Erfahrung heraus Vorschläge haben, wie sich eine solche Wiederherstel-

– 20 –

lung möglicherweise unter Einbeziehung des Ehrenamts gestalten ließe, das während der Coronazeit massiv gelitten hat. Dazu würde mich Ihre Einschätzung interessieren.

Frau Fischer, Sie haben am Rande die Schwierigkeit erwähnt, dass eine zunehmende Digitalisierung nicht unbedingt einen Maßstab für Barrierefreiheit darstellt, zumal die Erreichbarkeit gerade von Menschen mit Behinderungen während der Coronazeit sehr eingeschränkt und diffizil war. Ich habe den Eindruck, dass sich viele Menschen auch deshalb abgehängt gefühlt haben, weil sie nicht direkt erreichbar waren und somit nicht angesprochen wurden. Wie ließe sich eine Erreichbarkeit während und nach einer Krise verbessern? Vielleicht haben Sie diesbezüglich den einen oder anderen Vorschlag.

Herzlichen Dank.

Abg. Emil Sänze AfD: Vielen Dank für die sehr einleuchtenden Vorträge. Ich habe dazu zwei Fragen.

Frau Fischer, Sie sprachen in Ihrem Statement über die Einschränkungen der Würde und der Selbstbestimmung und die Bevormundung im Hinblick auf die in Einrichtungen lebenden Menschen während der Coronazeit. Mich würde interessieren, woraus Sie die Ursache dafür ableiten und was man dagegen tun kann.

Frau Herbrich, Sie haben von der Hilflosigkeit Ihrer Beratungsstellen berichtet und sprachen in Ihrem weiteren Vortrag davon, dass manche Prozesse in den Behörden sehr eingeschränkt seien. Mich würde Ihre Einschätzung interessieren, ob es neben den vielen digitalisierten Prozessen noch des konventionellen Prozesses bedarf, um die entsprechenden Bevölkerungsgruppen mitzunehmen. Wie könnten solche Kapazitäten in den Verwaltungen gegebenenfalls vorgehalten werden?

Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann gebe ich das Wort jetzt an Frau Fischer. Es gab sehr viele Fragen, aber ich möchte Sie in Ihrer Antwort nicht einschränken. Wenn Sie Ihre Antwort jedoch auf acht bis zehn Minuten begrenzen könnten, wäre das, glaube ich, ganz gut. – Frau Fischer, bitte.

Sv. Frau Fischer: Vielen Dank, ich gebe mein Bestes, ansonsten geben Sie mir ein Zeichen. – Ich versuche, es nach und nach und vielleicht auch manches gemeinsam zu beantworten.

Eingangs möchte ich sagen, dass viele Menschen mit Behinderungen – gerade jene, die in Einrichtungen leben – von sich und von ihrem Umfeld aus ganz wenig Selbstbestimmung kennen oder es ihnen an vielen Stellen nicht vorgelebt wurde bzw. sie

– 21 –

es nicht gelebt haben. In diesem Zusammenhang sind sie natürlich sehr stark auf entsprechendes Empowerment und Wirken in diese Richtung angewiesen. Ich glaube, Frau Staab, in diesem Zusammenhang war es wirklich ein großer Aspekt, dass auch das Vertrauen da ist und dass viele Einrichtungen sowie auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort mit diesem Spannungsfeld, wie Sie es beschrieben haben, zu kämpfen hatten und dass es für die auch ein ganz großer Kraftakt war. In diesem Zusammenhang ist auch anzuerkennen, dass da auch viele Regelungen und viele Themen im Hintergrund mitspielten.

Mir war wichtig, darzustellen – vielleicht habe ich das nicht deutlich genug benannt –, dass es einfach Situationen gab, in denen selbst über die Corona-Verordnung hinaus Regelungen getroffen wurden, die stark in das eigene Recht, die Autonomie, die Selbstbestimmung sowie die Grund- und Freiheitsrechte eingegriffen haben; und das geht einfach nicht. Mir war wichtig, darauf hinzuweisen. Das wurde auch in dem Bericht von Frau F. deutlich, den ich verlesen habe. Nicht nur, weil sich eine Beauftragte dort meldet, wird ein Besuchsverbot zurückgenommen, sondern es wird zurückgenommen, weil es einfach nicht richtig war. Ich unterstelle diesen Mitarbeiterinnen auch nicht, dass sie das in böser Absicht gemacht haben, sondern eben aus Sorge, aus Haftungsfragen. Aber da sicherzustellen, dass die Informationen klar sind, dass sie wissen, wie die Regeln sind, und dass sie auch den Weg der größtmöglichen Autonomie suchen und nicht den Weg des Schutzes in den Vordergrund stellen, war mir in diesem Zusammenhang wichtig.

Frau Dr. Aschhoff, Sie haben gefragt, wie auch im Krisenfall die Lebensbedingungen aufrechterhalten und auch die Strukturen vor Ort durchweg sichergestellt werden können. Ich glaube schon, dass es bei Menschen mit Behinderungen darauf ankommt, dass Barrierefreiheit besteht. Die möchte ich in dem Sinn umfassend benennen. Es geht natürlich auch um das Bauliche, also das Hineinkommen, wenn ich zu einer Behörde oder zu einem Arzt gehe. Über 90 % der Arztpraxen sind nicht barrierefrei. Menschen, die einen barrierefreien Zugang benötigen, können den Arzt nicht wählen. Im Krisenfall ist es wahrscheinlich an vielen Stellen noch wichtiger, zum Arzt zu kommen oder eine Erreichbarkeit bis zum Arzt zu haben.

Wenn ich z. B. gehörlose Menschen sehe, die dann vielleicht in dieser Situation auf den Telefondienst Tess angewiesen sind, den kaum ein Arzt, kaum eine Behörde anbietet, stelle ich fest: Es ist wichtig, dass sie dieses Angebot nutzen können. Das sind barrierefreie Zugänge, die auch in dieser Zeit sichergestellt werden müssen. Es braucht auch mehr aufsuchende Möglichkeiten. Man muss im Bewusstsein haben, was die Bedarfe von Menschen mit Behinderungen sind. Die Barrierefreiheit ist nicht nur aufs Bauliche begrenzt, sondern beinhaltet auch das Digitale, die Technik, aber auch den Behandlungsstuhl, Behandlungsliegen und die Ausrichtung sowie die Kommunikation.

Ich würde an das Thema Empowerment anknüpfen, welches an vielen Stellen auch Teil von Fragen war. Für Menschen mit Behinderungen stellen sich auch die Fragen:

– 22 –

Wie können wir das stärken? Wie können wir Digitalisierung in Einrichtungen sicherstellen? Ähnlich wie in vielen Einrichtungen für geflüchtete Menschen gibt es in vielen Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen keine Möglichkeit, digitale Angebote zu nutzen oder WLAN zu haben. Da wurde nach und nach, auch im Rahmen der Pandemie, nachgerüstet, aber da sind wir immer noch nicht an dem Punkt, dass wirklich jeder vor Ort digitale Angebote nutzen kann und sie dann auch anwenden kann, indem sie entweder Assistenz dafür erhalten oder auch selbst in der Lage sind, diese digitalen Medien zu nutzen. Dieses Empowerment muss gestärkt werden, wenn die barrierefreien, digitalen, medialen Angebote dann auch zur Verfügung stehen. Es ist aber auch dahin gehend zu stärken – wie ich es vorhin gesagt habe –: Wie komme ich als Mensch mit Behinderung zu meinem Recht? Was sind auch meine Rechte? Wie kann ich mich stärken? Das muss im Rahmen von Coaching- oder Schulungsangeboten stärker in den Fokus genommen werden. Das ist auch etwas, was über die Menschen, die in Einrichtungen leben, hinausgeht.

Wir erarbeiten im Moment den Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention mit sechs bzw. inzwischen sieben unterschiedlichen Handlungsfeldern und Lebenssituationen. Ich denke, dass auch das mit Blick auf Ihre Frage, Frau Kliche-Behnke, eine Möglichkeit ist, noch einmal genauer auf diese Maßnahmen zu schauen, die im Herbst veröffentlicht werden, dann auch im Ministerrat vorgestellt werden und schließlich dann auch in die Gremien gehen. Das betrifft Maßnahmen, die Menschen mit Behinderungen jetzt, aber auch in Krisensituationen helfen, es geht darum, was die Landesverwaltung dazu beitragen kann, z. B. in Bezug auf die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen. Ich erlebe für das Amt der Beauftragten sehr viele offene Türen und auch von den Ministerien sehr viel Unterstützung. Gleichzeitig melden mir kommunale Beauftragte zurück, dass es im Alltag ein Thema ist, das nicht immer an erster Stelle steht, sodass auch einmal etwas durchgeht. Deshalb ist es natürlich auch meine Aufgabe, immer wieder zu bohren oder anzuklopfen und zu erinnern. Das klappt gut. Insgesamt ist das Thema „Menschen mit Behinderungen“ in der öffentlichen Wahrnehmung eines, wofür wir noch mehr tun können, für das wir wirklich auch Strukturen schaffen können, um die Sichtbarkeit und die Beteiligung vor Ort zu gestalten.

Denn ich habe in Einrichtungen, in denen ich war, erlebt: Dort, wo Menschen mit Behinderungen daran beteiligt werden – Frau Staab –, wie die Corona-Verordnung gemeinsam umgesetzt werden – es sind strenge Regeln; die Verordnung galt für alle, sie wurde auch mit Bedacht so bestimmt und war nötig –, ist es dann sicher einfacher für die Menschen, die in einer Konstellation leben, die sie sich selbst nicht ausgesucht haben, weil sie keine andere Wohnung finden, weil sie keine Assistenz im eigenen Wohnraum finden und daher in dieser Wohnung leben müssen, um als WG zu solchen Möglichkeiten zu kommen, das zu akzeptieren, als wenn es einfach durch die Einrichtung von oben bestimmt wird. Diese Beteiligung ist noch kein Selbstläufer. Die Beteiligung in den Einrichtungen sicherzustellen und im Quartier zu ermöglichen, ist sicher ein Schlüssel für die Menschen, die bisher sehr exklusiv leben und ihre Lebenssituation nicht immer selbst mitgestalten können. Ich denke, die Bewohnerbeiräte

– 23 –

tinnen und Bewohnerbeiräte in der Eingliederungshilfe zu stärken, ist ein wichtiger Punkt. So können wir es dann sicher auch schaffen, diese Potenziale zu nutzen und über deren Rückmeldungen über die Beteiligungsformate zu erfahren, wo sie Chancen und Stärken haben, sich einzubringen und ihre Selbstwirksamkeit zu spüren sowie Wirkungen im Alltag zu erleben.

Ich möchte noch auf Familien und Kinder mit Behinderungen eingehen, weil es mir wirklich sehr wichtig ist, zu betonen, dass sie sehr große Einschnitte erlebt haben und immer noch erleben. Ich nehme in der aktuellen Situation wahr, wie ich es angedeutet habe, dass auch die Kitasituation für viele Kinder mit Behinderungen sowie die Zugänge dazu sehr schwierig sind. Ich glaube, dass es einfach klar sein muss, dass Betreuungszeiten für sie genauso gelten wie für Kinder ohne Behinderungen. Es kann nicht sein, dass Begrenzungen über das Maß hinaus oder verhältnismäßig mehr als für Kinder ohne Behinderungen erfahren werden. Diese erfahren sie im Moment auch leider an vielen Stellen, aber wir hören, dass es für Kinder mit Behinderungen noch darüber hinausgeht. Es kann nicht sein, dass an verschiedenen Stellen entsprechende Regelungen getroffen werden. Im Einzelfall ist es immer möglich, auch Kündigungen auszusprechen. Es ist aber wichtig, dass wir genau hinschauen, dass da kein Gap entsteht.

Zum Thema Entlastungen: In vielen Städten und Landkreisen fallen immer mehr Kurzzeitplätze und Kurzzeitpflegeangebote weg. Es gibt auch wenig neue, weil die Baukosten steigen, weil es auch planerisch sehr schwierig ist. An diesem Punkt ist anzusetzen, um weiterhin Entlastungsangebote sicherzustellen, auch Freizeitangebote, die nicht über ein Jahr hinweg im Vorfeld für Kinder mit Behinderungen ausgebucht sind. Das ist sicher auch eine große Aufgabe der Kommunen. Aber es gilt auch da, zu unterstützen, zu appellieren und zu schauen, was man tun kann. Das ist sicher eine Aufgabe.

Ich denke, meine Antwort ging auch noch einmal auf das Thema Fürsorge ein. Die Ursachen liegen sicher darin.

Wenn ich etwas vergessen haben sollte, geben Sie mir bitte ein entsprechendes Signal. Ich hoffe, ich habe alles beantwortet.

Vorsitzender Alexander Salomon: Haben Sie keine Sorge, Frau Fischer. Die Abgeordneten und die Sachverständigen werden sich melden, wenn sie noch Fragen haben. Davon gehe ich sogar aus.

Jetzt geben wir aber an Frau Herbrik weiter. Ich bitte Sie ebenfalls darum, die Fragen in acht bis zehn Minuten zu beantworten. Frau Fischer hat das sehr gut hinbekommen. Ich bin mir sicher, dass es auch bei Ihnen funktioniert. – Bitte sehr.

– 24 –

Sv. Frau Herbrik: Ich bemühe mich sehr. – Ein Teil Ihrer Fragen zielte darauf ab, zu erfahren, wie diese Bereichen in Krisen offengehalten werden können. Das zieht sich ein bisschen durch. Auch da die Rückmeldung: Eigentlich waren Behörden und Institutionen frei zugänglich. Da gibt es sehr große Differenzen in dem, was von außen gesagt wird, und dem, was Menschen für sich wahrgenommen haben. Ich habe hierfür eine Zahl mitgebracht: 50 % der Menschen haben das nicht so wahrgenommen; lediglich 10 % haben wahrgenommen, dass Behörden offen sind. Das ist eine sehr individuelle Befragung, aber das zieht sich einfach durch. Letztendlich ist die individuelle Wahrnehmung das, was die Menschen steuert, prägt oder zu dieser Resignation führt.

Die Frage ist schon: Wen haben die Behörden im Blick, wen haben sie erreicht? Es gibt natürlich Menschen im Arbeitslosengeld-I- und -II-Bezug, die durchaus kommunikativ sind, die aufgrund ihrer sprachlichen und kognitiven Kompetenzen in der Lage sind, ein Telefonat zu führen. Es gibt aber auch einen Großteil von Menschen, die das sprachlich gar nicht hinbekommen. Wenn ich jemanden anrufe, der sprachlich im Wesentlichen nicht versteht, was ich von ihm will, und er sagt: „Alles gut“, dann habe ich auch einen Kontakt und die Person erreicht, aber ob ich ihr geholfen habe, ist noch einmal ein anderes Thema.

Deswegen braucht es umso mehr diese persönliche Erreichbarkeit, auch in Notfallzeiten. Die Idee ist – sie kommt von Betroffenen selbst –: Dann habt doch jemanden vor Ort, der wenigstens meine Unterlagen annimmt, den ich kurz in zwei Sätzen etwas fragen kann, der mir einen Stempel gibt, damit ich nachweisen kann, dass ich meine Unterlagen abgegeben habe.

Es braucht auch in Krisensituationen bei Behörden und Institutionen jemanden, der hilft, einen Antrag zu verstehen. Die Anträge sind sehr rechtssicher formuliert, sage ich jetzt einmal freundlich, aber sie sind oft – ohne bösen Willen – nicht so einfach auszufüllen. Da braucht es die Unterstützung von Institutionen und Behörden. Das geht in der Regel über einen persönlichen Kontakt. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Sehr viele der Menschen, die in diese Transferleistungen eingebunden sind, haben Sprachprobleme, einen Migrationshintergrund oder auch kognitive Einschränkungen, die ihnen das Ausfüllen der Unterlagen erschweren.

Daher braucht es auch in Krisenzeiten offene Sprechzeiten und das immer im geschützten Rahmen. Das ist für mich gar keine Frage. Auch mit Terminvereinbarung gelingt vieles nicht. Wie viele Menschen nehmen schon im Vorfeld beim Jobcenter Termine nicht wahr, weil sie es nicht können, nicht verstehen, sich anders strukturiert haben, andere Haltungen dazu haben? Das heißt, die kommen, wenn sie eine Frage haben. Dann braucht es ein Stück weit auch eine Anlaufstelle – auch mit Wartezeit –, wo das geschehen kann. Es reicht nicht, wenn das nur einmal in der Woche eine Stunde ist. Das ist für die Menschen zu wenig. Das wäre der Wunsch, der aus dieser Personengruppe kommt.

– 25 –

Während der Pandemie war es sehr deutlich. Natürlich waren die Türen aus Schutz für alle geschlossen. Trotzdem sage ich aus dem diakonischen Kontext: Unsere Beratungsstellen waren offen. Wir hatten auch offene Sprechzeiten. Die Türen waren geschlossen, aber wenn jemand geklingelt hat, haben wir versucht, zu schauen, wie wir Termine vereinbaren können, wie wir vor Ort etwas machen können. Wir sind mit den Menschen hinausgegangen, haben versucht, eine Form der Kommunikation zu finden, um zu helfen. Das ist jetzt nicht immer im großen Stil möglich, aber in Einzelfällen hat es vieles erleichtert. In Behörden war jemand vom Security-Dienst da: „Die Tür ist zu, da ist der Briefkasten, mehr gibt es nicht.“ Dafür braucht es eine Zwischenlösung – immer mit dem Schutz, das ist uns auch bewusst –; denn es gibt Menschen, die die persönliche Ansprechbarkeit brauchen, auch wenn es durch ein Fenster oder durch ein Mikrofon ist. Aber sie sehen dann jemanden und können mit jemandem sprechen.

Das geht auch auf diese Frage ein: Warum ist bis heute die Erreichbarkeit eingeschränkt? Ich sage es einmal sehr deutlich: Der Personalmangel zieht sich durch. Ich glaube, es hat sich ein Stück weit vereinfacht, zu sagen: Wir machen es nur noch mit Terminvereinbarung. Die offenen Angebote werden deutlich eingeschränkt; denn es hat ja funktioniert. Ja, es hat funktioniert, weil sich die Leute zurückgezogen haben. Es funktioniert auch, wenn die Menschen resigniert sagen: „Ich brauche gar nicht hingehen. Die haben ohnehin keine offenen Sprechzeiten für mich.“ Das heißt, da müssen jetzt wieder vertrauensbildende Maßnahmen laufen. Es muss Menschen wieder möglich sein, in die Einrichtungen, Institutionen zu kommen. Die müssen erfahren: Ja, dann warte ich, aber mir wird geholfen, den Antrag auszufüllen.

Auch das geht auf eine dieser Fragen zurück, die Sie mir gestellt haben: Wie kann man die Selbstwirksamkeit erhalten oder wiederherstellen? Indem die Menschen diese Hilfe zur Selbsthilfe wieder wahrnehmen können. In Jobcentern wurde ihnen vor der Pandemie geholfen, ihre Anträge auszufüllen. Da gab es die Unterstützung für das, was sie nicht hinbekommen haben, aber sie konnten das, was sie konnten, selbst tun. Wir würden gern wieder da hinkommen, dass Menschen einen Teil selbst können und tun sollen. Das wollen die in der Regel auch. Niemand will zu 100 % abhängig sein. Das wird wie bei Ihnen, Frau Fischer, auch der Fall sein: Menschen, die das noch tun können, was sie können, wollen das auch beitragen. Niemand ist gern hilflos und ohnmächtig.

Das wäre im Zusammenhang mit der zweiten Stufe der Bürgergeldreform für mich die Hoffnung: dass in Gesprächen, in Kooperationsvereinbarungen, in Jobcentern diese Selbstwirksamkeit auch wieder gestärkt wird, indem diese wieder aufgegriffen und Verantwortung geteilt wird. Es ist unsere Hoffnung, dass das kommt. Das heißt aber, dass man politisch sehr deutlich ein Auge darauf werfen muss; denn wenn es das Papier nicht wert ist, auf dem es steht und den Menschen letztendlich nicht diese Selbstwirksamkeit gibt, dann hilft es auch nichts.

– 26 –

Wie man Menschen erreichen kann, dazu kann ich im Bereich der Arbeitslosenhilfzentren und über Beschäftigungsprojekte für Langzeitarbeitslose sagen: Wenn Menschen in tagesstrukturierende Maßnahmen, in offene Anlaufstellen eingebunden sind, ist die Erreichbarkeit gegeben, können Kommunikation und Transfer stattfinden. Wenn die Eingliederungstitel vom Bund im Bereich der Arbeitslosenhilfe weiter gestrichen, eingeschränkt werden, dann werden diese niedrigschwelligen Maßnahmen immer weiter eingeschränkt. Das führt dazu, dass dieser Personenkreis, der in aller Regel nicht qualifizierbar ist, das heißt, der an diesem Teil der Bürgergeldreform nicht wirklich partizipieren kann, herausfallen wird. Das ist für uns in den Arbeitslosenzentren sehr klar.

Auch im Bereich Digitalisierung braucht es offene Angebote. Wir hatten bei uns z. B. früher Jobcafés. Die wurden über den ESF mitfinanziert. Da kamen Menschen, die Unterstützung bei digitalen Sachen gesucht haben. Es gab Ehrenamtliche, die sich engagiert haben, die geholfen haben – egal, wer, wann, wo kam –, die Bewerbungen geschrieben haben, die aber auch bei der Wohnungssuche geholfen haben oder die gezeigt haben, wie man ein Handy einrichtet, wie man ein freies WLAN nutzt und Ähnliches. Dafür braucht es Rahmenbedingungen, aber auch finanzielle strukturelle Förderung, damit es diese Dinge gibt.

Nach wie vor fragen uns die Menschen nach diesen Angeboten, aber dann müssen wir sagen: „Tut uns leid, Bewerbungsschreiben können wir nicht machen. Holen Sie sich irgendwo einen Beratungstermin und warten Sie bitte vier bis sechs Wochen.“ Das ist nicht hilfreich. Es gibt Menschen, die einfach nicht die Möglichkeit haben, sich digital in einem VHS-Kurs oder wie auch immer zu qualifizieren. Das überfordert diese Personen. Es braucht eine individuelle Unterstützung im Bereich Digitalisierung über solche niedrigschwelligen Anlaufzentren für Digitalisierung, für alle Belange, die digital ablaufen, wo jemand sitzt, der sagt: „Ich helfe Ihnen, ein Onlineformular aufzumachen. Ich zeige Ihnen, wie Sie da hinkommen. Wenn Sie es beim nächsten Mal nicht hinbekommen, kommen Sie bitte wieder.“ Oder sie sagen: „Hier ist ein Rechner. Sie können es, Sie haben nur kein Equipment. Wir stellen es Ihnen gern zur Verfügung.“

Es braucht Angebote, um den Menschen den Zugang zu ermöglichen, zu erleichtern und um die, die das können, auch da hinzuführen, dass sie es nutzen können. Ganz ehrlich: Wir greifen auf unser Handy zurück, auf unser Datenvolumen und machen es einmal geschwind. Das können diese Leute nicht. Die sind auf kostenfreies WLAN angewiesen, um diese Dinge tun zu können. Wenn Sie einmal einen digitalen Onlineantrag aufgerufen haben, wissen Sie, wie lange das braucht und wie viel Datenvolumen das zieht. Daher braucht es da auch Unterstützung, damit die Menschen das auch wirklich machen können.

Ich bitte an dieser Stelle auch noch einmal, im Rahmen der Digitalisierung, die kommen wird, bitte auch immer persönliche Anlaufkontakte und -punkte für Menschen, die das nicht nutzen können, im Blick zu behalten. Das sind Menschen, die sprach-

– 27 –

lich nicht dazu in der Lage sind, das sind Menschen, die mit der Digitalisierung nicht zurechtkommen. Ich blicke ganz persönlich auf meinen alten Vater, der das in Hundert kalten Wintern nicht hinbekommen würde, sich digital irgendwo etwas zu holen oder zu machen. Er wird nicht an diesen Dingen partizipieren können. Für diesen Personenkreis, diese vulnerablen Gruppen, braucht es einen Face-to-Face-Zugang, der erreichbar ist, der ortsnah ist und wo kommuniziert ist, wann ich dorthin kommen kann und wann die freien Zugänge sind.

Vielen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Herbrik. – Dann schaue ich noch einmal ganz ernsthaft in die Runde, ob es für eine zweite Runde Nachfragen gibt. – Frau Abg. Dr. Aschoff. Bitte.

Abg. Dr. Susanne Aschhoff GRÜNE: Ganz kurz noch einmal: Ich hatte relativ konkret die Frage gestellt, wie man in den Krisenstäben agieren könnte und ob Sie das Gefühl haben, dass es schon gute Netzwerke auf kommunaler oder Landesebene gibt. Vielleicht habe ich es nicht gut genug herausgefiltert, aber eine Antwort darauf habe ich nicht wahrgenommen.

Sv. Frau Herbrik: Ich glaube, das haben Sie richtig wahrgenommen. Darauf bin ich nicht eingegangen. Es ist schwierig. Ich bin nicht so gut vernetzt, dass ich sagen könnte, welche Krisenstellen es gibt. Im Diakonischen Werk Württemberg versucht man, sich da zu koordinieren und zu schauen, und versucht, das auf die einzelnen Ebenen herunterzubrechen, die es betrifft. Ich denke, es ist gut, mit Trägern der freien Wohlfahrtspflege im Gespräch zu sein und diese einzubinden; denn über diese direkten Kontakte zu Betroffenen ist sehr gut zu hören, wo man nachsteuern muss, wo Beteiligung möglich ist oder wo Dinge nicht so laufen, wie es sein soll.

Ich denke, die Frage, wie die das empfinden, braucht es natürlich bei Behörden, aber es braucht sie auch direkt vor Ort bei den Menschen, um die es geht. Ich habe vorhin gesagt, die Behörden sagen: „Ja, die Erreichbarkeit war gegeben.“ Ja, aber für die Menschen, die es betroffen hat, war diese Erreichbarkeit nicht hilfreich.

Sv. Frau Fischer: Vielleicht ergänzend dazu aus meiner Perspektive: Ich und auch meine Vorgängerin hatten die Möglichkeit, in der Taskforce „Pflege und Eingliederungshilfe“ mitzuwirken und dort entsprechend Stellung zu nehmen. Auch darüber hinaus besteht natürlich immer die Möglichkeit der Stellungnahme, aber es musste natürlich auch erst die Struktur geschaffen werden, in Gremien zu kommen. Auch da kann man sicherlich noch etwas anpassen.

Was ich auch in Kontakt mit den Beauftragten der Städte und Landkreise wahrnehme, ist, dass auch dort in den Krisenstäben diese Beteiligung sichergestellt sein sollte und die eher wenig berücksichtigt wurden.

– 28 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Frau Abg. Dr. Aschhoff, ist für Sie die Frage damit beantwortet? – Wunderbar. Gibt es noch weitere Nachfragen aus Ihrer Runde? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann darf ich mich vielmals bei Ihnen bedanken, Frau Fischer, Frau Herbrik, dass Sie uns hier den Input geliefert haben. Diese werden wir sehr gern aufnehmen. Ich bin mir auch sicher, dass, wenn es dann alles noch einmal nachgelesen wird von den jeweiligen Abgeordneten, Sachverständigen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dann vielleicht noch einige Fragen aufkommen. Dann können wir uns sicherlich an Sie wenden. Das Angebot gilt auch für Sie: Wenn Sie noch etwas haben, dann richten Sie das bitte an uns. Wir wollen das für unsere weitere Arbeit aufnehmen. Ansonsten dürfen Sie jetzt auch gern hier bleiben. Natürlich gibt es auch noch einen Applaus von der Enquetekommission.

(Beifall)

Was mich auch erfreut: Wir sind genau im Zeitplan geblieben. Das ist auch etwas Tolles. Wir machen jetzt direkt weiter mit Frau Professorin Dr. Christiane Schwieren, Professorin für Organizational Behavior am Alfred-Weber-Institut für Wirtschaftswissenschaften der Universität Heidelberg. Sie ist uns digital zugeschaltet. – Frau Professorin Dr. Schwieren, Sie haben jetzt 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Dr. Schwieren: Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich sehr, dass ich hier beitragen darf. Es tut mir leid, dass ich heute nur online dabei bin. Ich hoffe, wir verstehen uns trotzdem gut genug.

Ich habe im Gegensatz zu meinen Vorrednerinnen eine eher wissenschaftliche und theoretische Perspektive. Das war auch meine Aufgabe. Das heißt, ich habe nicht so viele praktische, direkt umsetzbare Hinweise. Ich habe aber sehr begeistert festgestellt, dass vieles von dem, was mir wichtig ist, von den beiden Vorrednerinnen letztlich als praktische Hinweise gegeben wurden. Insofern passt das, glaube ich, ganz gut.

Ich beginne mit ein paar Definitionen. Zum einen: Wie definiert Wissenschaft überhaupt Resilienz? Ich habe eine Definition herausgegriffen. Stangl definiert Resilienz als

... die Fähigkeit ..., auf wechselnde Lebenssituationen und Anforderungen in sich ändernden Situationen flexibel und angemessen zu reagieren ...

Das ist das eine: die Fähigkeit, auf Änderungen zu reagieren. Aber auch:

– 29 –

... stressreiche, frustrierende, schwierige und belastende Situationen ohne psychische

– oder andere –

Folgeschäden zu meistern.

Das ist eine individuelle Definition von Resilienz. Das heißt, es geht darum, Resilienz bei Individuen, bei Personen, bei einzelnen Menschen zu beschreiben. Die Idee dahinter ist letztlich, dass eine Krise eine Art Stressor ist, also etwas, was Stress auslöst. Auch hier wieder zwei Definitionen:

Nach der einen Definition – dann kommen wir gleich noch zu einem anderen wichtigen Punkt, der vorhin auch aufkam: der Wahrnehmung – ist ein Stressor etwas, wodurch ein Gleichgewicht, in dem sich eine Person, ein System, befindet – also übersetzt: Homöostase –, entweder bedroht ist, als bedroht wahrgenommen wird oder natürlich beides: bedroht ist und als bedroht wahrgenommen wird.

Rohmert und Rutenfranz haben schon im Jahr 1975 ein Modell dazu entwickelt, was noch einen weiteren wichtigen Punkt hinzufügt. Diese Grafik stammt aus dem Internet. – Das ist ein Creative Commons; ich habe das jetzt nicht auf der Folie angezeigt, aber für den Kontext sage ich es dazu. – Je nachdem, wie eine Person oder ein System ausgestattet ist, welche Ressourcen da sind, unterscheidet es sich natürlich, welche Art Beanspruchung eine Belastung ist. Ich denke, die Grafik bringt das sehr schön zum Ausdruck. Das sind zwei gleich hohe, gleich große Sandhaufen. Je nach Ausstattung der Person, die diesen Sandhaufen bewegen soll, stellt sozusagen die gleiche Beanspruchung ganz unterschiedliche Belastungen für diese Personen dar. Das ist einer der wichtigen Punkte, auf die ich gleich noch ausführlicher eingehen werde.

Stressoren und ihre Auswirkungen: Da stütze ich mich jetzt auf eine Theorie von Lupien, einer kanadischen Wissenschaftlerin. Sie hat Charakteristika von Stressoren zusammengestellt. Das finde ich auch deshalb wichtig, weil man hieran sieht: Ein Stressor muss nicht irgendetwas Spezielles wie eine Pandemie oder ein Krieg sein, sondern ein Stressor, etwas, was psychosozialen Stress auslösen kann, ist Neuheit, Unvorhersehbarkeit, eine Bedrohung für das Selbst und ein Kontrollverlust. Das war natürlich etwas, was in der Pandemie besonders stark gegeben war. Das ist aber etwas, wie wir vorhin gehört haben, was für bestimmte Bevölkerungsgruppen in Teilen natürlich zum Alltag gehört: für Armutsbetroffene, für Menschen, die aus anderen Gründen Kontrollverlust über ihr Leben wahrnehmen. Wenn sich Dinge ändern, bedeutet das für uns alle Neuheit, Unvorhersehbarkeit.

Menschen und andere lebende Systeme haben bestimmte Reaktionen auf Stressoren. Diese sind im Hinblick darauf wichtig, dass ein Teil des Arbeitsauftrags an mich

– 30 –

war, sich mit dem Thema Eigenverantwortung und der Frage: „Wie können Menschen resilient Eigenverantwortung übernehmen?“ auseinanderzusetzen. Denn Stress macht menschliches Denken und Handeln – da verkürze ich jetzt die wissenschaftliche Diskussion; da gibt es natürlich, wie sie alle wissen, in der Wissenschaft immer Studien, die das eine zeigen, die das andere zeigen, die das eine verstärken, aber im Grundsatz ist sich die Wissenschaft einigermaßen einig – heuristischer, intuitiver, habitueller – also stärker an Gewohntem orientiert –, richtet es stärker an sozialen Normen aus – das meine ich in dem Fall mit normativ; also, man macht das, was alle machen – und macht es etwas stärker schwarz-weiß.

Warum ist das so? Das ist ganz einfach deshalb so, weil diese Stressreaktionen, die wir zeigen, letztlich evolutionär aus unseren Zeiten als Fluchttiere in der Steppe kommen, wo eine Stressreaktion dazu dient, zu ermöglichen, blitzschnell eine Entscheidung zu treffen, ob ich vor dem, was mir da gegenübersteht, wegrennen soll, ob ich kämpfen soll oder vielleicht versuchen soll, eine freundschaftliche Beziehung anzufangen. Das heißt, der ganze Organismus wird darauf ausgerichtet, schnell gut zu entscheiden. Eine schnelle gute Entscheidung in einer neuen, unbekannten, unvorhersehbaren Situation kann eben auch einmal die falsche sein. Das heißt, ob das letztlich intuitivere, eher an der sozialen Norm ausgerichtete Verhalten gut oder schlecht ist, hängt natürlich vom Kontext ab. In einem Kontext, wo das gut gelernte, intuitive Verhalten passt, ist das dann die völlig richtige Reaktion. In einem Kontext, wo vieles neu oder anders ist, kann das dann auch eine sehr schlechte Entscheidung sein. Es gibt natürlich immer große individuelle Unterschiede. Das habe ich mit diesem Beanspruchungs-Belastungs-Modell vorhin, glaube ich, schon deutlich gemacht.

Um das einfach noch einmal zusammenzufassen: Wenn wir einen Stressor – sei es eine Pandemie, sei es die Situation, vor Menschen zu sprechen, sei es der Verlust des Arbeitsplatzes, sei es irgendein Stressor, den ich mir jetzt überlegen kann – wahrnehmen, dann muss die Person diesen erst einmal überhaupt wahrnehmen. Dann wird er bewertet. So ein Stressor kann auch etwas Positives sein: ein neuer Job, ein toller Vortrag, den man halten darf. Auch das ist ein Stressor, aber über den reden wir jetzt nicht weiter; denn positiv endet normal bei positiv. Das soll heute nicht Thema sein. Wenn ich den Stressor als gefährlich bewerte, kann ich immer noch sagen: „Das ist eine Bedrohung“, dann lande ich im Stress, oder es ist eine Herausforderung. Das ist dann schon mein Coping. Da sind wir schon bei der Resilienz. Wenn ich diesen als Herausforderung wahrnehme, gehe ich da anders, möglicherweise selbstbestimmter, proaktiver heran, als wenn ich ihn als Bedrohung wahrnehme. Wenn ich ihn als Bedrohung wahrnehme, passiert das, was ich vorhin gesagt habe: Der Organismus schaltet auf Stress. Auch da gibt es wieder unterschiedliche Formen, damit umzugehen. Passiv wäre vieles von dem, was wir vorhin gehört haben: Rückzug, Depression, psychische Erkrankung. Aktiv wiederum wäre es, dass das empowerte Selbst herauskommt.

Wenn wir von Resilienz und individueller Resilienz reden, steckt oft der Gedanken dahinter: Okay, wie schaffen wir es, Menschen dazu zu bringen, selbst wenn sie in

– 31 –

diesem Diagramm unten bei Stress landen, dann wenigstens im aktiven Coping anzukommen? Klar, das ist eine Idee der Resilienz, die auch gut und wichtig ist und die auch berücksichtigt werden muss, aber das Problem dabei ist – das steht auf dieser Folie ganz unten –, dass ich für all das, was da oben auf der Folie steht – Selbstwirksamkeit, Bedeutsamkeit, Selbstwert, Optimismus, das Gefühl, Kontrolle zu haben, Stabilität, Sicherheit –, Ressourcen brauche. Einerseits sind das Eigenschaften von Personen – aus der Resilienzforschung gibt es eindruckliche Beispiele von Personen, die unter widrigsten Umständen ein gutes, positives, für sich selbst auch positives Leben geführt haben –, aber vor allem sind das alles auch Eigenschaften, die damit zusammenhängen, was Menschen für Ressourcen haben, und zwar materielle Ressourcen und soziale Ressourcen. Ich denke, als politische Aufgabe stehen wir vor allem da und müssen uns fragen: Was können wir überhaupt beeinflussen? Wir können sehr gut beeinflussen, ob Menschen Ressourcen haben.

Damit sind wir bei der strukturellen Resilienz. Das heißt, wir reden nicht mehr vom Individuum, sondern von einem System, das resilient ist, das sich nach einem Schock, nach einer Krise, entweder einem neuen stabilen Zustand zuwendet oder sich wieder dem gleichen, stabilen Zustand zuwendet. Ich habe das Makroökonomische hier ausgegraut, weil das, glaube ich, in der nächsten Sitzung von Kollegen aus der Ökonomik behandelt wird. Wichtig dabei ist mir einfach, noch einmal zu betonen: Wenn wir von Resilienz der Bevölkerung sprechen und der Bevölkerung ermöglichen wollen, resilient Entscheidungen zu treffen, müssen strukturelle Faktoren diejenigen schützen, die nicht selbst diese Faktoren mitbringen.

Damit bin ich fast schon beim Endfazit, bevor ich noch ganz kurz etwas verhaltensökonomisches zur Umsetzung sage: Die Gemeinschaftsaufgabe kann nicht die Reduktion von Stress oder die Vermeidung von Krisen sein. Sie kann es natürlich in Teilen schon sein, aber eine Krise wie die Pandemie, kann man nicht vermeiden, die kommt und trifft uns dann alle. Andere Krisen kann man natürlich vermeiden. Das ist auch klar, aber es wird immer Krisen geben. Man kann Krisen nicht grundsätzlich vermeiden. Wichtig ist aber, Wahlmöglichkeiten für Menschen auch in Krisen zu erhalten; denn das schafft Selbstwirksamkeit, das schafft die Voraussetzung für diesen aktiven Umgang damit, und zwar nicht nur für die resilienten Individuen und Gruppen.

Wichtig ist aber auch – das möchte ich gerade aus einer verhaltensökonomischen Sicht betonen –: Erwartungsmanagement. Wir haben in der Bevölkerung sehr stark die Erwartung – diese wurde sicher gerade in meiner Generation, die in extremer Stabilität und Frieden aufgewachsen ist, im Grunde zu Recht natürlich in einer gewissen Weise immer aufrechterhalten –, dass, wenn ich heute auf Belohnungen verzichte – z. B. um eine weitere Ausbildung zu machen oder weil bestimmte Dinge im Moment nicht gehen –, ich vermutlich in Zukunft eine höhere Belohnung bekommen kann, ein besseres Leben habe. Das ist aber gar nicht zwingend so. Das war jetzt über 80 Jahre so, sage ich einmal. Das ist aber eigentlich nicht der Zustand der Welt.

– 32 –

Wenn in meinem Fach, der Verhaltensökonomik, z. B. mit Bildungswissenschaftlern zusammengearbeitet wird, wird immer sehr viel Wert darauf gelegt, dass wir den Menschen beibringen müssen, Erwartungsaufschub zu betreiben, also Belohnungsaufschub zu betreiben: Ich mache mehr Ausbildung, ich mache mehr Bildung, ich investiere mehr in meine Zukunft, ich spare etc., weil ich dann in der Zukunft sicher ein besseres Leben habe.

Das ist aber gar nicht so. Ich glaube, da muss auch Erwartungsmanagement in der Kommunikation betrieben werden. Die Welt wird nicht immer besser. Wenn ich heute eine Belohnung aufschiebe, kann es auch sein, dass ich später keine größere Belohnung bekomme. Das heißt, ein Teil der Kommunikation ist auch ein klareres Senden der Botschaft: Krisen sind möglich. Natürlich ist es ganz wichtig, immer Möglichkeiten für weniger resiliente Menschen zu schaffen und zu erhalten. Dabei ist es wichtig, das Umfeld zu gestalten.

Das Thema „Psychische Erkrankungen“ wurde in den beiden anderen Vorträgen schon ganz kurz angesprochen. Ich denke, das ist ein ganz wichtiges Thema, was im Zuge der Pandemie auch stärker in den öffentlichen Diskurs geraten ist. Ganz wichtig: Entstigmatisierung von psychischen Problemen und auch von mangelnder Resilienz. Menschen, die unter Druck zusammenbrechen, sind nicht irgendwie schlecht. Das ist nichts, wofür man sich schämen muss. Das sollte kein Stigma sein. Vielmehr sind Krisen, Stress, Belastung belastend und können für jeden das Ausmaß erreichen, was nicht mehr zu tragen ist, wo die Resilienz nicht da ist. Was mich an diesem Diskurs über Resilienz immer ein bisschen stört, ist, dass oft vermittelt wird: Wenn ich nur genug – ich verkürze jetzt ganz unwissenschaftlich – Yoga mache, vegan esse und Sport betreibe, dann kann mich nichts mehr umhauen. dann bin ich resilient; wer das nicht schafft, der hat versagt. Das ist falsch. Jeder Mensch kann unter irgendeiner Krise zusammenbrechen. Da muss sehr viel Arbeit geleistet werden, eine Entstigmatisierung zu schaffen, damit dann auch Hilfeangebote, von denen wir auch mehr haben sollten, wahrgenommen werden und akute Folgen von Veränderungen aufgefangen werden.

Noch einmal: Das sind politische Aufgaben, nicht Aufgaben der Wirtschaft, keine Aufgaben des Individuums. Natürlich sind aber Individuen, die dann resilient sind, auch besser in der Lage, politische Aufgaben wahrzunehmen, zur Gemeinschaft beizutragen.

Ein letzter Punkt, der auf die praktische Anwendung zielt: Verhaltensökonomik geht im Gegensatz zu meinen Kollegen aus der traditionellen Ökonomik nicht davon aus, dass Menschen Supercomputer sind, dass Menschen individuell perfekt optimieren können, sondern Menschen werden durch Einschränkungen in ihrer Informationsverarbeitungskapazität, von Einschränkungen in ihrer Willenskraft und vom sozialen Kontext beeinflusst. Ich habe am Anfang gesagt: Unter Stress – also in Krisensituationen – passiert so etwas verstärkt. Das heißt, das ist etwas, womit wir rechnen müssen: dass Menschen – egal, ob eigenverantwortlich oder nicht, auch wenn das natür-

– 33 –

lich ein hervorragendes Ziel ist – in bestimmten Situationen schnell, heuristisch entscheiden. Menschen tun das sowieso. Wir entscheiden alle schnell, heuristisch, eingeschränkt, sozial bezogen. Das ist auch gut. Das ist normalerweise angepasst. Das ist ein Entscheiden, was gar nicht anders möglich ist. Aber in Krisen wird das verstärkt, wodurch es auch einmal nicht mehr angepasst sein kann.

Die Verhaltensökonomik hat ein Instrument, das sie „Nudging“ nennt. Man kann das auch Entscheidungsarchitektur nennen. Die Idee dahinter ist, ein Umfeld so zu gestalten, dass als sinnvoll erkannte Entscheidungen erleichtert werden. Das geht auch wieder ganz stark auf das ein, was meine Vorrednerinnen gesagt haben. Wenn ich möchte, dass sich Menschen Hilfe suchen, muss es einfach sein, sich Hilfe zu suchen. Wenn ich möchte, dass Menschen Verantwortung übernehmen, muss es einfach sein, Verantwortung zu übernehmen. Das heißt, es geht jetzt nicht darum – „Nudging“ wird manchmal auch als manipulativ dargestellt –, Menschen unglaublich zu manipulieren. Einer der wesentlichen Aspekte von „Nudging“ ist es, gewünschte Entscheidungen einfach zu machen, die sogenannten Defaults. Wenn ich denke: „Das ist sinnvoll“, dann sollte das so einfach wie möglich sein und gerade im Vorfeld einer Krise darauf hingearbeitet werden, damit, wenn die Krise da ist, die Entscheidungen, die einfach funktionieren sollen, auch einfach funktionieren können.

Um es noch einmal zusammenzufassen: Die Erwartung von Krisen kann Stress auslösen. Das ist abhängig von sowohl individuellen als auch strukturellen, gesellschaftlichen Voraussetzungen. Stress beeinflusst das Entscheidungsverhalten. Wichtig ist dann, eine Entscheidungsarchitektur zu haben, die gute Entscheidungen trotz Stress ermöglicht, aber natürlich auch, an der individuellen Resilienz zur Vermeidung von langfristig verzerrten Entscheidungen zu arbeiten.

Aus meiner beschränkten Perspektive der Verhaltensökonomik, die sich auch viel mit Bildungsthemen befasst, ist ein Aspekt, der hilft, einen Kontext zu schaffen, der individuelle Resilienz fördert und weniger resiliente Personen schützt, die Entstigmatisierung von psychischen Problemen und nicht resilienten Reaktionen, die Bildung von Strategien zur Förderung psychischer Gesundheit, Erwartungsmanagement in Bezug darauf, was im Leben als erfolgreich angesehen werden kann, inklusive der Schaffung von stärker auf eine unsichere Zukunft, auf lebenslange Veränderungen und lebenslanges Lernen ausgerichtete Bildungsmöglichkeiten sowie die individuelle Vorsorge einfacher zu machen. In der Krise dann das Gleiche: Entscheidungsarchitektur so gestalten, dass Unterstützung einfach aufgesucht werden kann.

Das war es für den Moment. Ich freue mich nachher auf die Fragen.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Professorin Dr. Schwier. – Wir machen gleich weiter mit Herrn Professor Dr. Frank Brettschneider, Professor für

– 34 –

Kommunikationswissenschaften an der Universität Hohenheim. – Sie haben 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dr. Brettschneider: Vielen Dank. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, herzlichen Dank für die Gelegenheit, mich mit Ihnen aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive über krisenfeste Gesellschaft auszutauschen. Ich möchte mit zwei Prämissen beginnen.

Die erste Prämisse beschäftigt sich mit den Voraussetzungen aufseiten der Bevölkerung, damit tatsächlich eine Krisenfestigkeit gegeben sein kann. Diese Voraussetzung sehe ich in drei Punkten: Erstens: Vertrauen – dazu haben wir auch von Ihnen schon einiges gehört und eben auch – sowohl in politische Akteure als auch in Verwaltung und Massenmedien.

Zweitens – eher dann in der Krise –: Orientierung. Krisensituationen sind Situationen, in denen Menschen Orientierung suchen. Diese Orientierung bezieht sich einerseits auf die Situationsbeschreibung: „Was ist denn die Krise? Mit was für einer Krise haben wir es zu tun?“ Darüber gibt es schon häufig recht unterschiedliche Auffassungen. Wenn es diese Krise gibt, geht es andererseits darum: Wie kann man mit ihr umgehen? Welche Handlungsalternativen stehen zur Verfügung? Wir haben das sehr schön an dem Beispiel der Einschränkungen von Besuchen in Einrichtungen gehört. Das ist ein Abwägen. Es gibt nicht die eine Lösung, die nur gut ist, und andere Lösungen, die nur schlecht sind, sondern jede Handlungsalternative hat immer Vor- und Nachteile. Die Menschen brauchen eine Orientierung hinsichtlich dessen, was diese Vor- und Nachteile sind. Außerdem wichtig für die Orientierung: Was sind die Gründe für diejenigen, die entschieden haben, sich so entschieden zu haben, wie sie es getan haben?

Der dritte Punkt, der wichtig für die Krisenfestigkeit ist, ist Klarheit. Auch dazu haben wir gerade schon einiges gehört. Ich möchte es noch ein bisschen präzisieren. Aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive ist es die verständliche Sprache, das Übersetzen von „Expertinnen- und Expertensprache“ in eine laiengerechte Sprache, die auch jeder versteht. Dann braucht man vielleicht auch keine Hilfe beim Ausfüllen von Formularen: wenn die so einfach formuliert sind, dass es ohne diese Hilfe geht. Ich nenne jetzt keine Formulare, bei denen ich Zweifel habe, ob die immer so gut verständlich sind. Der zweite Aspekt der Klarheit sind verständliche Regel selbst. Es ist nicht verständlich, wenn man in Ulm und Neu-Ulm unterschiedliche Verhaltensweisen in ein und derselben Situation an den Tag legt, obwohl nur ein Fluss dazwischen ist. Bei aller Wertschätzung für den Föderalismus, die auch der Ministerpräsident immer wieder vorträgt: Das ist in bestimmten Situationen ein Nachteil.

Die zweite Prämisse: Wie hängen die verschiedenen Krisenphasen miteinander zusammen? Auch dazu haben wir gerade ein bisschen was gehört: vor der Krise, in der

– 35 –

Krise. Ich würde noch ergänzen: nach der Krise. Vor der Krise geht es vor allem um dieses stabile Vertrauen, über das schon einiges gesagt wurde. Warum ist das Vertrauen der Menschen in Politik, Verwaltung und Medien so wichtig? Weil es Handlungsspielräume für die politischen Akteure sichert, weil es in der Medienberichterstattung für Fairness – nicht zwangsläufig für eine positive Berichterstattung, aber für Fairness – sorgt, und weil es sicherstellt, dass man eben nicht hektisch reagieren muss – Säbelzahn tiger, Savanne, wegrennen –, sondern erst einmal eine Weile über diese Handlungsalternativen, die man hat, nachdenken kann. Dafür braucht man das Vertrauen der Öffentlichkeit und der Stakeholder.

In der Krise geht es dann stärker um die Klarheit und die Orientierung. Wenn man das falsch macht, dann hat das Konsequenzen. Menschen sind dann verärgert, entziehen unter Umständen auch die Unterstützung. Wenn es ganz übel kommt, halten sie sich nicht an Regeln. Journalistinnen und Journalisten berichten negativ und sehen nicht das Abwägen, sondern nur das, was zu kritisieren ist. Die Anspruchsgruppen und die Öffentlichkeit insgesamt entziehen Vertrauen. Dieses entzogene Vertrauen ist dann wieder eine schlechte Ausgangsbasis für die nächste Krise, weil wir dann eben diese Stabilität an Vertrauen nicht mehr vorliegen haben.

Nach der Krise geht es darum, Lehren zu ziehen und zu lernen – genau das, was Sie ja nun machen. Respekt dafür, dass Sie es machen und mit welchem Eifer und mit welchem Aufwand Sie das betreiben. Ich habe mir Ihr Programm über die Monate hinweg angeschaut. Das ist unglaublich. Ich finde es sehr wertvoll, dass Sie das tun und nicht nur sagen: „Man müsste einmal“, sondern Sie machen es.

Ich würde jetzt im Folgenden gern das Hauptaugenmerk auf zwei Aspekte legen, nachdem Sie nun die Prämissen kennen. Erst einmal auf die Frage: Wie lässt sich Vertrauen vor der Krise kommunikativ aufbauen? Und dann – zweitens –: Wie kann man in der Krise Verlässlichkeit, Orientierung und Verständlichkeit schaffen? Dazu würde ich Ihnen gern jeweils ein paar Ergebnisse von Studien präsentieren, die wir in Hohenheim durchführen.

Beginnen wir mit dem Vertrauen. Dazu greife ich auf zwei repräsentative Umfragen zurück, die wir im letzten und vorletzten Jahr in unserem Demokratiemonitor durchgeführt haben. Die dritte, für dieses Jahr, geht in der nächsten Woche ins Feld. Was haben wir da gemacht? Wir haben zweieinhalbtausend Menschen in Baden-Württemberg befragt, in Deutschland insgesamt 4 000. Das war jeweils im Februar 2021 und im Juli 2022. Die Befragten waren repräsentativ ausgewählt. Diese Befragung versetzt uns in die Möglichkeit, mehrere Vergleiche vorzunehmen. Wir können schauen: Wo steht Baden-Württemberg im Vergleich zum Durchschnitt der Bundesrepublik insgesamt? Hat sich über die Zeit etwas verändert? Wie kommen diese Veränderungen zustande? Zudem haben wir alle Fragen nach Vertrauen, Zufriedenheit und dergleichen mehr immer für die kommunale Ebene, für die Landesebene und für die Bundesebene gestellt. Das, was ich Ihnen zeige, ist nur ein Miniausschnitt. Ich konzentriere mich logischerweise auf die Landesebene.

– 36 –

Wie ist das also mit dem Vertrauen der Menschen in Baden-Württemberg in unterschiedliche Institutionen? Wir listen eine Reihe von Institutionen auf und bitten dann immer darum, auf einer Skala von 1 bis 7 zu sagen, wie stark ein Befragter, eine Befragte dieser Institution vertraut. „1“ heißt: überhaupt nicht, „7“ heißt: sehr großes Vertrauen. Auf dieser Folie sehen Sie die Rangordnung, wie die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger Institutionen in Baden-Württemberg und insgesamt vertrauen. Die Wissenschaft ist an der Spitze, das freut uns natürlich in der Wissenschaft, aber ist eigentlich relativ leicht zu erklären: weil wir als neutral und objektiv und nicht als interessengebunden wahrgenommen werden. Es ist schön, dass es so ist. Polizei und Gerichte gehen da in eine ähnliche Richtung. Am Ende der Skala stehen die politischen Parteien, das Europäische Parlament und Bürgerinitiativen. Die sind auch nicht wirklich sehr im Misstrauensbereich, aber relativ gesehen zu allen anderen dann eben doch. Woran liegt das? Sie werden eben nicht nur als objektiv wahrgenommen, sondern als interessengeleitet. Das gilt auch für Bürgerinitiativen. Das Europäische Parlament wird auch als kompliziert wahrgenommen. Landesregierung und Landtag liegen so in der Mitte, sehr, sehr dicht beieinander und leicht hinter Gemeinderat und Oberbürgermeisterin, leicht vor Bundestag und Bundesregierung. Das sieht aber gar nicht so schlecht aus.

Wenn wir uns das im Vergleich mit Deutschland insgesamt ansehen, dann stellen wir fest: Wir haben bei nahezu allen Institutionen in Baden-Württemberg ein größeres Vertrauen. Das ist eine positive Botschaft: Je größer das Vertrauen, desto krisenfester ist dann auch die Gesellschaft. Dieses große Vertrauen findet sich jetzt nicht nur in dieser Umfrage, sondern das haben wir bei dem überdurchschnittlichen ehrenamtlichen Engagement, das schon in vielen Fällen in Baden-Württemberg über die eine oder andere Krise hinweggeholfen hat, gesehen. Es gibt hier also ein größeres Vertrauen als deutschlandweit.

Schlägt sich das auch in der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Baden-Württemberg nieder? Antwort: Ja. Hier konnten die Befragten angeben, ob sie sehr, ziemlich, teils/teils zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden sind. Zwei Drittel, 68 %, sagen, sie sind sehr zufrieden, eher zufrieden oder ziemlich zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in Baden-Württemberg. In Ihrem Bundesland sind deutlich, wirklich deutlich, mehr Menschen als im Bundesdurchschnitt mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden. In Baden-Württemberg sind die Menschen übrigens noch ein bisschen zufriedener mit dem Funktionieren auf Landesebene als auf kommunaler oder auf Bundesebene. Das ist ebenfalls eine positive Botschaft.

Da ist die nächste Frage: Wie kommt das zustande? Sind die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger genetisch so veranlagt, einfach mehr zu vertrauen oder zufriedener zu sein? Nein, natürlich nicht. Also, was ist es denn dann, neben vielleicht wirtschaftlichem Wohlstand und anderen Dingen? Es ist eine Frage von Strukturen. Über Strukturen haben wir gerade schon einiges gehört. Die haben wir auch im Bereich der Kommunikation und im Bereich des Treffens von Entscheidungen. Wir differenzieren zwischen einerseits dem Modus des Entschei-

– 37 –

dens – das kann repräsentativ sein, Sie entscheiden, oder direktdemokratisch: die Bürgerinnen und Bürger entscheiden selbst und unmittelbar – und es gibt einen Modus des Vorbereitens. Das geht mit oder ohne dialogische Beteiligung – etwa das, was Sie mit dem Bürgerforum gemacht haben, das auch hier Ihre Enquetekommission begleitet hat, oder das Bürgerforum, das es zu Corona gab und aus zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern bestand. Diese dialogische Beteiligung ist nicht das Gleiche wie direkte Demokratie. Das ist etwas völlig anderes. Bei der direkten Demokratie wird entschieden; bei der dialogischen Beteiligung wird beraten, und zwar entweder die gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten – dann haben wir zwei Modelle, die sich daraus ergeben: repräsentativ mit und ohne Dialog – oder die Bürgerinnen und Bürger direktdemokratisch – zwei Modelle – mit und ohne Dialog.

Was wollen die Menschen in Baden-Württemberg bei wichtigen Entscheidungen? Was ist ihre Erwartung? Wir haben gefragt: Welche Variante wäre Ihnen bei wichtigen Entscheidungen am liebsten? Was, glauben Sie, führt zu guten Ergebnissen? Die eindeutige Antwort auf Landesebene: Repräsentativ und Dialog. 65 % haben das gesagt. Nur 9 % haben geantwortet, es soll repräsentativ sein, dass also nur Sie entscheiden; das wollen die Menschen nicht so. Die direktdemokratischen Varianten kommen zusammen genommen gerade einmal auf ein Viertel. Menschen wollen also den Dialog. Wir haben auch vorhin gehört: Auch in der Krise wollen Menschen in den Dialog einbezogen werden, nicht nur die Stakeholdergruppen, sondern auch die direkt Betroffenen. Das ist auf kommunaler Ebene nicht anders. Auf Bundesebene ist es auch nicht anders, aber mit kleinen Unterschieden: dass ein bisschen weniger Dialog und ein bisschen mehr nur repräsentativ gewünscht ist.

Die Menschen in Baden-Württemberg unterscheiden sich da nicht vom Bundesdurchschnitt. Auch die Altersgruppen unterscheiden sich nicht. Frauen wünschen den Dialog ein bisschen häufiger als Männer. Das kennen wir auch aus anderen Situationen. Es gibt auch kaum Unterschiede zwischen den Anhängerschaften der Parteien. Die Anhänger der Grünen, der SPD, der CDU und mit kleinen Abstrichen auch der FDP sagen zu einer großen Mehrheit: Wir wollen repräsentativ und Dialog. Die Anhänger der AfD und der Linken haben überdurchschnittlich häufig eine Präferenz in Richtung direktdemokratischer Verfahren.

Nächste Frage: Wenn der Dialog so wichtig ist, wird er dann praktiziert? Nehmen Menschen daran teil? Auch das haben wir gefragt: Haben Sie in den letzten zehn Jahren an einer dialogischen Form von Beteiligung mitgewirkt? Wenn ja, wurde nachgefragt: Waren Sie zufrieden mit dem Dialogverfahren, mit der Art der Beteiligung? Waren Sie zufrieden mit dem Ergebnis? Wir unterscheiden immer Verfahrens- und Ergebnisakzeptanz. Knapp die Hälfte hat schon einmal teilgenommen. 19 % haben teilgenommen und waren sowohl mit Verfahren als auch mit Ergebnis unzufrieden. 15 % haben teilgenommen und waren mit Verfahren und Ergebnis zufrieden. Der Rest ist irgendwo dazwischen.

– 38 –

Worauf ich hinaus möchte, ist: Wie zufrieden sind denn jetzt diese unterschiedlichen Typen mit dem Funktionieren der Demokratie? Haben sie Vertrauen in die Institutionen? Ist das also ein Fingerspiel, weil man das eben so macht, oder hat es Auswirkungen auf die uns hier interessierenden Faktoren und vor allem auf das Vertrauen?

Wir haben wieder unsere Skala von 1 bis 7. Den Aspekt „Vertrauen in Landtag und Landesregierung“ habe ich hier zusammengefasst. Am zufriedensten sind die, die an einem Beteiligungsverfahren teilgenommen haben, das Verfahren und auch das Ergebnis gut fanden. Das ist nicht weiter überraschend. Die sind superzufrieden, weil das, was sie wollen, als Ergebnis herausgekommen ist. Sie fanden aber auch den Weg dahin gut. Am unzufriedensten sind nicht die, die nicht teilgenommen haben, sondern die, die teilgenommen haben und sowohl mit Verfahren als auch mit Ergebnis unzufrieden sind. Das ist auch nicht wahnsinnig überraschend. Das heißt aber auch: Lieber gar nichts machen, als ein schlechtes Verfahren durchführen. Dann kommen die, die nicht teilgenommen haben und irgendwo dazwischen liegen die beiden anderen. Man wird feststellen können: Die Art und Weise von dialogorientierter Beteiligung, die Häufigkeit, das gut gemachte Verfahren tragen zu einer Vertrauensbildung bei. Da steht Baden-Württemberg sehr gut da. Das Gleiche haben wir bei der Zufriedenheit mit der Demokratie. Es ist das exakt gleiche Muster, nur mit einer Skala von 1 bis 5.

Kommen wir zum zweiten Punkt, zur Verständlichkeit in der Krise, teilweise auch schon vor der Krise. Hier greife ich auf andere Daten zurück, unseren Hohenheimer Verständlichkeitsmonitor. Da messen wir seit Jahren, um nicht zu sagen seit Jahrzehnten, die Verständlichkeit ganz unterschiedlicher Texte – von der „BÄCKERBLUME“ über die „Apotheken Umschau“ bis hin zu parlamentarischen Reden. Natürlich haben wir uns auch im Zusammenhang mit Corona etwas angeschaut, nämlich die Pressemitteilungen, und zwar alle der Bundesministerien im Jahr 2020 und Anfang 2021. Wieso? Weil gerade in Krisenzeiten die Verständlichkeit so wichtig ist, weil sie zur Orientierung beiträgt, weil Menschen die Regeln und auch die Gründe, warum es diese Regeln gibt, verstehen müssen. Das gilt für Regierungen, das gilt aber natürlich auch für Parlamente. Es sind also zwei Forschungsfragen: Wie verständlich sind diese Pressemitteilungen? Es waren 1 362, die wir untersucht haben. Wenn es Hürden gibt: Welche sind das? Wenn man die Hürden kennt, kann man sie abbauen und es das nächste Mal besser machen.

Wie messen wir die Verständlichkeit? Da haben wir ein Instrument. Das nennt sich Hohenheimer Verständlichkeitsindex. Das ist computergestützt. Die Texte werden eingespeist, und dann werden drei Bündel von Merkmalen untersucht. Zum einen anhand von Satzmerkmalen: Länge von Sätzen, Anteil von Schachtelsätzen sowie anhand der Frage, wie viele Informationseinheiten eigentlich in einem Satz stecken. Es gibt die schöne Regel: „Ein Gedanke, ein Satz, nächster Gedanke, nächster Satz – und nicht alles in einen Schachtelsatz hineinpacken“. Dann haben wir Wortmerkmale: Länge von Wörtern, zusammengesetzte Wörter, Passivformulierungen, nicht erklärte Fachbegriffe, Anglizismen. Wir verwenden – drittens – auch Verständlich-

– 39 –

keitsformeln, die andere entwickelt haben. Diese Verständlichkeitsformeln haben sich sehr bewährt. Ganz viele kommen aus der Schulbuchforschung. Mit deren Hilfe versucht man, einzuschätzen, wie viele Schuljahre man ohne Sitzenbleiben durchlaufen haben muss, damit man einen Text verstehen kann. In diese Richtung geht das, was wir da haben, auch. Wir haben das alles integriert. Heraus kommt ein Wert zwischen null und 20. Null heißt formal: ganz schwer verständlich. 20 heißt: ganz leicht, verständlich. 20 ist übrigens nicht der Zielwert, sondern der Zielwert – was muss verständliche Kommunikation sein, welcher Wert muss erreicht werden – hängt von der Situation, von der Zielgruppe, vom Thema und vom Kommunikationskanal ab, aber das nur am Rande.

Sie sehen hier so ein paar Beispiele aus unseren Studien von 2005 bis letztes Jahr. An der Spitze stehen Hörfunknachrichten – die sind am verständlichsten – mit einem tollen Wert von 16,4. Haushaltsreden im Deutschen Bundestag im letzten Jahr haben einen Wert von 15,3. Das ist viel besser als es immer wieder kolportiert wird. Wenn man denen einmal zuhört und nicht nur der Zusammenfassung abends in der Tageschau, dann ist man überrascht, wie verständlich viele von denen doch sind. Gleich danach kommen die Reden von Vorstandsvorsitzenden von DAX-40-Unternehmen auf Jahreshauptversammlung mit einem Wert von 14,3. Das ist auch gut. Allgemeine Geschäftsbedingungen von Banken, Doktorarbeiten in der Politikwissenschaft, Aktionärsbriefe oder auch Antwortschreiben auf Bauanträge in einigen baden-württembergischen Kommunen haben einen Wert von 5,2. Das ist nicht wirklich gut, aber das ist ein anderes Thema. Wo sind die Pressemitteilungen der Bundesregierung?: bei nicht guten 7,4. Die ähneln eher der politikwissenschaftlichen Doktorarbeit als der Hörfunknachricht. Das ist ein Nachteil. Dabei gibt es Unterschiede zwischen den Ministerien. Darüber gehe ich jetzt hinweg.

Schauen wir uns gleich an, was die Hürden sind. Zu lange Sätze: Man muss nicht lange suchen und findet einen Satz mit 40 oder 50 Wörtern. Sie wissen am Ende des Satzes nicht mehr, wie der angefangen hat. Schachtelsätze: Vorhin wurde so schön von Rechtssicherheit gesprochen. Ich kenne keinen Rechtstext in dem steht, dass nur Schachtelsätze rechtssicher sind. Das geht auch anders. Es gibt etliche Juristen, die das auch so sehen. Fachsprache, Anglizismen, Fremdwörter hatte ich schon angesprochen. Sie sind nicht per se ein Problem, aber wenn sie nicht erläutert werden, sind sie es doch. Wortzusammensetzungen lieben wir im Deutschen ganz besonders. Komplexe Wörter, Abkürzungen und Passivformulierungen: Man weiß nicht, wer etwas tut. Irgendetwas wird getan, aber von wem? Vom Hausmeister? Wer prüft etwas? „Ihr Anliegen wird geprüft“, aber von wem?

Das sind einige wenige Beispiele für diese Hürden im Zusammenhang mit den Pressemitteilungen der Bundesregierung. Noch einmal: Das sind Pressemitteilungen, die dazu dienen, Journalisten zu informieren, damit sie die allgemeine Öffentlichkeit informieren. Beispiele für Fachbegriffe: „Corona Matching Fazilität“, „Corona-Hackathon“, „Point-of-Care-Antigentest“, „Coronavirus Digital Content Hub“, „Letalität“, „Stratifikation“, „Containment Scouts“. Ich habe ganz lange gegoogelt, um her-

– 40 –

auszufinden, was das eigentlich meint. Der Kontext hat es nicht hergegeben. „Containment Scouts“ waren zu Beginn der Coronakrise vor allem studentische Hilfskräfte in Gesundheitsämtern auf kommunaler Ebene, die die Kontaktnachverfolgung gemacht haben. Die haben herumtelefoniert, mit wem ein Infizierter vorher Kontakt hatte. Das kann man „Containment Scout“ nennen, muss man aber nicht.

An Wortungetümen wirken Sie auch gern mit, wenn Sie Gesetze oder Verordnungen formulieren: WissZeitVG-Befristungsdauer-Verlängerungs-Verordnung, Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz, Vereinfachter-Zugang-Verlängerungsverordnung, Donaudampfschiffahrtsskapitäns-gesellschaftsmützenhalter. Das alles braucht irgendwann einmal eine Reform. In der wird dann auch diskutiert, das können Sie da auch noch anhängen. Schließlich gibt es Coronawortschöpfungen: Coronacare, Covid-19-Evidenzökosystem, Coronatoolbox usw. Diese Begriffe sind in einer Krise nicht hilfreich, um zu verstehen, was da gerade passiert. Das Covid-19-Evidenzökosystem ist z. B. nur ein Zusammenschluss von Forschungseinrichtungen, in dem sie sich über ihre Erkenntnisse über das Coronavirus austauschen. Man kann das Evidenzökosystem nennen.

Ich komme zur letzten Folie. Wir hatten Vertrauen, Orientierung und Klarheit als Ausgangspunkte. Beim Vertrauen können wir sagen: Schon vor der Krise ist die Politik des Gehörtwerdens, das systematische Organisieren von Dialog, wie es in Baden-Württemberg gemacht wird, sehr, sehr hilfreich – und das nicht nur mit Blick auf die Coronakrise, sondern das ist generell ein guter Umgang mit Kontroversen oder möglichen Krisensituationen. Diese Politik des Gehörtwerdens ist nicht nur vor der Krise wichtig, sondern auch in der Krise – das haben wir vorhin sehr eindringlich gehört, sowohl durch die direkt betroffenen Stakeholdergruppen als auch die Bevölkerung insgesamt –, um neue Ideen zu bekommen, um die Tauglichkeit des eigenen Handelns zu überprüfen und um Informationen zu vermitteln.

Auch klassische Massenmedien vermitteln Informationen. Die sollte man stärken und nicht schwächen, weil sie ein wichtiges Bindeglied hin zur allgemeinen Bevölkerung sind. Man sollte sich aber nicht nur darauf verlassen, sondern auch eigene Kommunikationskanäle nutzen. Was hier in Baden-Württemberg mit den Messengerdiensten im Zusammenhang mit Corona gemacht wurde, war sehr, sehr gut. Es ist nur schade, dass das nur auf Threema, Signal usw. ging und aus Datenschutzgründen nicht auf dem Messengerkanal, der am weitesten verbreitet ist: Whatsapp. Schließlich sollte die Politik des Gehörtwerdens auch auf der Rückseite der Medaille wahrgenommen werden – die gehört auch dazu –: die Politik des Verstandenwerdens. Damit Menschen mitgehen und Regeln anwenden, Maßnahmen akzeptieren, müssen sie sie verstehen. Dazu können wir alle noch einen Beitrag leisten, dass das besser gelingt, damit dann vielleicht auch weniger Hilfe beim Ausfüllen von Formularen nötig ist.

Vielen Dank, für Ihre Geduld. Ich habe überzogen und gehe beschämt zu meinem Platz.

– 41 –

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Alles in Ordnung, Vielen Dank, Herr Professor Dr. Brettschneider. – Ich habe nur philosophiert, was das mit Blick auf die Verständlichkeit für unseren Abschlussbericht bedeutet. Ich bin gespannt. Im ersten Handlungsfeld haben wir etwas von „Health in All Policies“ gehört. Das werden wir dann gut übersetzen für alle, damit sie auch wissen, über was wir da reden. Das bekommen wir sicherlich alles hin. Wir haben sehr kluge Leute hier.

Dann erhält jetzt Frau Professorin Dr. Katarina Bader das Wort. Sie ist Professorin für Onlinejournalismus an der Hochschule der Medien in Stuttgart. Sie haben auch 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Dr. Bader: Ich werde die Zeit vom Kollegen Brettschneider wieder reinholen. Ich verspreche es. – Jetzt haben wir viel über Vertrauen gehört. Ich will jetzt über ein Milieu, das auch von Misstrauen geprägt ist, sprechen, nämlich über Desinformation in Onlinekommunikation. Darüber forsche ich seit vielen Jahren. Im Moment forsche ich vor allem zu desinformierenden Kanälen auf Telegram. Das war ein großes Thema während der Pandemie. Ich glaube aber, das ist weiterhin viel Beachtung wert, da auch hinzuschauen, was dort passiert. Ich bin gebeten worden, darüber kurz zu berichten. Im Vorgespräch haben wir festgestellt, dass ich vielleicht auch in die letzte Anhörung gepasst hätte. Ich freue mich aber sehr, heute hier zu sein und ein bisschen aus meiner Forschung zu berichten sowie ein paar Empfehlungen zu geben.

Ganz kurz will ich den Forschungskontext, in dem ich arbeite, transparent machen. Der ist sehr interdisziplinär ausgerichtet. Ich glaube, das ist bei diesem Thema auch wirklich wichtig. Wir arbeiten im Forschungsprojekt DYNAMO, das vom BMBF gefördert ist, mit Informatikern vom Fraunhofer-Institut in Darmstadt, mit Medienpsychologinnen und Medienpsychologen der Universität Duisburg-Essen und mit Juristen aus Kassel zusammen. Es soll da auch wirklich ganz konkrete Gesetzesempfehlungen geben. Man muss aber klar sagen: Regelungen, die Messenger wie Telegram betreffen, werden natürlich nicht auf Landesebene getroffen, sondern auf Bundesebene, vieles auf EU-Ebene. Insofern werde ich jetzt auf diese gesetzlichen Vorschläge, die ohnehin meine Kollegen aus dem juristischen Bereich ausarbeiten, nicht so stark eingehen. Ich leite das journalistische Teilprojekt zusammen mit dem Kollegen Lars Rinsdorf. Wir haben eine ganze Reihe von Projektschritten. Bisher haben wir vor allem Experteninterviews und eine qualitative Inhaltsanalyse gemacht. Im Moment sind wir in die quantitative Inhaltsanalyse gestartet. Das heißt, ich kann im Moment mehr darüber sagen, wie auf Telegram kommuniziert wird, als darüber, wie viel auf welche Art kommuniziert wird, weil wir mit der quantitativen Analyse noch nicht begonnen haben.

– 42 –

Ganz kurz: Warum ist Telegram überhaupt ein Kanal, wo es so viel Desinformation und so viele desinformierende Kanäle gibt? Zunächst ist Telegram ein Messengerkanal, der eigentlich eher für Individualkommunikation genutzt wird. Das tun auch sehr viele Menschen. Allerdings ist es eben auch ein Messenger, der ganz oft für Massenkommunikation benutzt wird. Das liegt daran, dass sie auf Telegram Kanäle mit einer beliebig großen Zahl von Abonnierenden einrichten können. Das heißt, Sie können auf Telegram Hunderttausende Abonnierende versammeln und Massenkommunikation bewerkstelligen. Sie können auch Gruppen mit bis zu 200 000 Mitgliedern gründen. Das heißt, es gibt dann einerseits eine „One to many“-Kommunikation, die Kanäle sind dann wirklich nur an eine Seite gerichtet, es spricht nur einer mit ganz vielen. Es gibt aber andererseits auch „Many to many“-Kommunikation, das heißt, da können sich sehr viele Menschen einerseits austauschen, aber diese Gruppen werden andererseits natürlich auch zur Vernetzung genutzt; denn wenn man gemeinsam in einer Gruppe ist, dann kann man jedes andere Mitglied in dieser Gruppe auch anschreiben.

Es gibt sehr wenig Deplatforming auf Telegram. Das liegt einfach daran, dass Telegram im nicht europäischen Ausland sitzt. Im letzten halben Jahr hat sich das ein bisschen geändert. Es findet etwas mehr Deplatforming statt, aber immer noch nicht sehr viel. Telegram gibt auch keine Nutzerdaten an deutsche Behörden heraus. Deshalb hat es den Ruf einer sicheren Plattform. Es wird weltweit von staatskritischen Gruppen genutzt. Es wird auch z. B. im Iran oder in Russland auch von durchaus demokratieorientierten staatskritischen Gruppen genutzt. Im deutschsprachigen Raum hat sich Telegram als Ausweichplattform etabliert, zunächst für die Identitäre Bewegung. Ab 2019 haben die sehr viele Instagram- und Facebook-Accounts verloren und sind dann auf Telegram abgewandert. Die Querdenkenbewegung ist dem ab dem Sommer 2020 gefolgt. Das hat große Zuwächse in den Downloadzahlen dieses Messengers bewirkt.

Was ist aktuelle Desinformation? Wie definieren wir das in unserem Forschungsprojekt? Aktuelle Desinformation ist Kommunikation zu wissentlich und empirisch falschen Informationen zu neuen und relevanten Sachverhalten mit dem Anspruch auf Wahrheit. Wissentlich ist manchmal natürlich nicht leicht nachzuweisen. Wir können nicht bei jeder einzelnen Nachricht immer nachweisen, dass wissentlich – der Kommunikator wusste es also – eine falsche Information kommuniziert wird. Wir machen das dann auf Kanalebene. Wir untersuchen in diesem Projekt nur Kanäle, die wiederholt Dinge kommunizieren, von denen wir ganz offensichtlich wissen, dass sie falsch sind, z. B. weil Videos manipuliert sind. Wenn man irgendwo ein manipuliertes Video hochlädt, dann ist davon auszugehen, dass Wissen darüber durchaus vorhanden ist.

Ein ganz wichtiges Projektziel von uns war, dass wir verstehen wollten, welche Art von desinformierenden Kanälen mit welchen kommunikativen Absichten es auf Telegram gibt. Ich will das kurz zumindest exemplarisch aufzeigen, um auch die Vielfalt zu zeigen, um dann aber auch an ein paar Punkten zu sagen, was Ansatzpunkte

– 43 –

sein könnten, an denen man etwas tun könnte. Diese Darstellung gibt also eine kleine Übersicht. Einerseits haben wir nach dem Stil, in dem kommuniziert wird, unterschieden. Das haben wir in dieser qualitativen Inhaltsanalyse untersucht. Es gibt Kanäle mit sehr involviertem Stil, mit sehr emotionaler Sprache. Dann gibt es auch Kanäle mit sehr sachlichem Stil. Manche Kanäle legen es eher darauf an, zu überzeugen. Andere Kanäle sind eher darauf angelegt, Nachrichten weiterzuverbreiten. Das haben wir miteinander abgeglichen.

Ich will ganz kurz auf einige Typen eingehen. Z. B. befinden sich ganz links oben und ganz rechts unten interessanterweise zwei Kanaltypen, die ähnlich benannt sind. Da geht es nämlich um Verschwörungstheorien. Verschwörungsmymen haben eine große Bedeutung auf Telegram. Was bei beiden dieser Kanaltypen ganz zentral ist, ist die QAnon-Idee, die QAnon-Ideologie. Tatsächlich ist das eine, die auf Telegram zentral ist. Allerdings gibt es unterschiedliche Kanäle. Links oben sehen sie einen Kanal, der versucht, Menschen in diese Welt zu ziehen, sie davon zu überzeugen. Rechts unten befinden sich Kanäle, die wirklich für Insider bestimmt sind. Wenn man das als Außenstehender liest, muss man sich erst mal ein ganzes Vokabular aneignen, um überhaupt zu verstehen, worüber dort geredet wird. Da wird sehr sachlich geredet. Da wird eben nicht emotionalisierend geredet, sondern absolut im sachlichen Stil. Es wird alles, was auf der Welt passiert, in dieses ideologische Framing eingebettet.

Es gibt auch monothematische Kanäle. Es ist nach wie vor so, dass sie sich vor allem mit dem Ukrainekrieg und nach wie vor auch mit der Pandemie beschäftigen. Es gibt Kanäle, die von Influencer-Persönlichkeiten geführt werden. Interessanterweise haben wir da unter den großen Kanälen tatsächlich nur männliche Influencer ausfindig machen können. Das sind nicht selten Menschen, die früher im klassischen Journalismus gearbeitet haben, dort irgendwann ausgestiegen sind, in ein anderes Milieu übergewechselt haben und dort zu verschiedenen Themen kommunizieren. Zwischendrin streuen sie immer wieder privatere Nachrichten ein, berichten dann auch einmal über ihren Hund oder so etwas. Da geht es auch um parasoziale Beziehungen und um eine persönliche Bindung.

Etwas genauer unter die Lupe nehmen – weil ich auch denke, dass da ein Ansatzpunkt ist – will ich jetzt noch die pseudojournalistischen Kanäle, die oft auch als „Fake News“ bezeichnet werden. Was sind das für Kanäle? Das sind eben Kanäle, die journalistische Nachrichteninhalte nachahmen, die eigentlich auch sehr sachlich kommunizieren, die aber ganz systematisch journalistische Rechercheroutinen missachten. Das heißt, dort wird im Stil wie im Journalismus kommuniziert, aber was dahintersteckt, die Recherche, ist eben sehr verschieden zu dem, was im Journalismus passiert oder zumindest passieren sollte. Also: Alle Prinzipien, die z. B. im Pressekodex verankert sind, werden hier wirklich ganz systematisch missachtet. Dass die einmal missachtet werden, das passiert auch in ganz etablierten Medien, aber dass die sozusagen systematisch missachtet werden, ist eben etwas anderes, z. B. das Prinzip, vor der Veröffentlichung mit Vorwürfen zu konfrontieren, keine Gerüchte zu

– 44 –

verbreiten, beide Seiten zu hören, Fehler richtigzustellen. Das sind so Prinzipien, die dort nicht beachtet werden.

Tatsächlich knüpft daran auch meine erste Empfehlung an. Ich halte es für sehr wichtig – Herr Brettschneider hat gerade schon viel über Vertrauen auch in Medien gesprochen –, und, ich glaube, man muss tatsächlich die Medienbildung verbessern, auch vorbereitend auf die nächste Krise; denn es geht um Menschen aller Altersklassen. Es betrifft wirklich nicht nur die jungen, die vielleicht ganz besonders zunehmend Nachrichten über soziale Medien und eben auch über Messenger wie Instagram rezipieren. Wir alle haben auch während der Pandemie immer wieder Nachrichten über Whatsapp weitergeleitet bekommen, manchmal auch ganz seriöse Dinge. Wir haben auch selbst Dinge weitergeleitet. Es ist immer häufiger ein Weg, wie wir mit Nachrichten in Berührung kommen.

Dafür ist es einfach wichtig, dass wir Menschen befähigen, einzelne Nachrichten besser einzuschätzen. Ein Mensch muss jetzt nicht nur noch einschätzen können, ob die „Stuttgarter Zeitung“ ein seriöses Medium ist, sondern er muss auf der Nachrichtenebene besser einschätzen können, was eine seriöse Nachricht ist und wie er sie erkennt. Ich glaube, man sollte das wirklich viel stärker in die Bildung aufnehmen. Schülerinnen und Schüler sollten bereits lernen, was professionellen Journalismus auszeichnet. Ich glaube nämlich wirklich, dass wir mehr über professionellen Journalismus reden müssen, damit Fake News und nicht professioneller Journalismus erkennbarer werden. Das ist letztlich der einzige Weg: Menschen besser zu befähigen, erkennen zu können, was einen professionellen Journalismus auszeichnet.

Damit es nicht so abstrakt ist, habe ich das jetzt wirklich einmal ganz heruntergebrochen. Ich habe nämlich ein kleines Projekt mit einer Grundschulklasse und Studierenden gemacht. Da ging es ganz konkret darum, wie wir Kindern beibringen können, was Journalistinnen und Journalisten eigentlich machen. Tatsächlich können Kinder das bereits sehr gut verstehen, wenn man wirklich detailliert darauf eingeht. Wir haben über Regeln gesprochen, z. B., dass man keine Gerüchte aufschreiben darf, die man nicht geprüft hat, dass man für ein Gerücht zwei Quellen braucht. Das leuchtet jedem Viertklässler ein. Jeder Viertklässler hat auch mit Gerüchten zu tun. Darüber kann man wirklich sprechen. Auch solche Dinge wie, dass man immer beide Seiten anhören sollte, wenn es einen Konflikt gibt, dass eine seriöse Nachricht eine ist, die versucht hat, von beiden Seiten eine Äußerung zu bekommen, auch wenn dann da nur drinsteht: „Wir haben versucht, mit Herrn soundso zu sprechen. Er stand nicht für eine Äußerung zur Verfügung.“ Das gibt es natürlich auch manchmal, aber das wird ja dann dokumentiert. Ich glaube, man muss wirklich schon früh ein Bewusstsein dafür schaffen, dass Fehler transparent gemacht werden. Das ist auch ein Merkmal von Fake News. Es muss ein Bewusstsein dafür entstehen, dass etablierte Medien, dass Qualitätsmedien zwar nicht keine Fehler machen, aber dass sie diese Fehler transparent machen. Natürlich machen etablierte Medien viele Fehler. Das muss ich Ihnen sicher nicht erzählen. Damit haben Sie alle Ihre Erfahrungen. Es geht aber um die Transparenz von Fehlern. Das ist eine Empfehlung, die ich dringend ge-

– 45 –

ben will, um eben Desinformation im journalistischen Stil besser vorzubeugen. Das ist wirklich etwas, wo wir in der Bildung umdenken müssen.

Dann will ich noch kurz auf zwei andere Kanaltypen eingehen, die ich schon kurz angesprochen hatte, nämlich zum einen die Verschwörungserzählungen, die auf Telegram tatsächlich stark zunehmen. Ich habe QAnon schon angesprochen. Das ist etwas, was uns im Verlauf des Projekts, das jetzt seit zwei Jahren läuft, wirklich sehr beschäftigt hat: wie stark dieser Verschwörungsmythos auf Telegram nicht nur präsent ist, sondern auch um sich greift und zunehmend auch in Kanälen und Gruppen, die ursprünglich ganz andere Anliegen vertreten haben, auftaucht.

Wir haben wirklich Gruppen, die z. B. ursprünglich Elterngruppen waren, die gesagt haben, sie wollen ihre Kinder nicht impfen. Es ist völlig legitim, dafür eine Gruppe zu bilden. Aber in solchen Gruppen – ich weiß nicht, ob die gezielt unterwandert wurden; ich kann nicht genau sagen, wie das entstanden ist –, die wirklich mit normalen Themen, Interessenvertretungen angefangen haben, tauchen zunehmend diese Narrative auf. Wir haben festgestellt, dass das Thema Kinder ein sehr anschlussfähiges Narrativ ist. Kinder ist ein emotionalisierendes Thema. Viele Menschen sind einfach aufnahmebereit, wenn es um Kinder geht. Wenn man dann eine Atmosphäre entstehen lässt, in der man sagt, Kinder seien extrem bedroht, und man dann plötzlich mit diesem Narrativ um die Ecke kommt, sie seien von böswilligen Eliten bedroht, dann ist das eben ein anschlussfähiges Narrativ, das ernst genommen wird. Es ist auch ein antisemitischer Verschwörungsmythos. Er knüpft ganz alte antisemitische Verschwörungsideen an.

Insofern ist das eben auch etwas, worauf ich aus meiner Forschung heraus hinweisen will: dass es ernst genommen werden muss. Was ist die Gefahr dahinter? Ich habe Ihnen hier ein Zitat von Münchener Kollegen mitgebracht, die dazu auch im Auftrag des Verfassungsschutzes forschen. Ich denke, ein großes Problem auf Telegram ist – ich habe gerade schon darüber gesprochen –, dass in eigentlich ursprünglich harmlosen Kanäle zunehmend radikale Narrative auftauchen. Das ist das strategische Mainstreaming. Beim strategischen Mainstreaming wird versucht, den öffentlichen Diskurs in Richtung radikalerer Positionen zu verlagern, ohne dass dies so wahrgenommen wird und ohne dass es unmittelbar mit einer spezifischen Ideologie assoziiert wird.

Viele Menschen würden sich dagegen verwehren, z. B. antisemitische Narrative zu teilen, aber letztlich akzeptieren sie das einfach über eine Hintertür. Mainstreaming kann zur Verringerung von Reaktanz gegenüber extremistischen Ideologien führen. Die Akteure werden dann auch weniger offensichtlich mit ihren Ideologien in Verbindung gebracht. Es kann gelingen, Ideologien in der Mitte der Gesellschaft zu verankern. Ich glaube, das ist etwas, wofür man einfach ein Bewusstsein entwickeln sollte. Man sollte überlegen, inwiefern man davor warnen kann. Es ist auch einfach eine Sache, auf die man gewissermaßen ein Auge haben muss.

– 46 –

Das war noch meine Literatur. Damit wäre ich auch am Ende meines Vortrags.

Danke für die Aufmerksamkeit. Die Zeit habe ich wieder hereingeholt.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Professorin Dr. Bader. Sie haben Ihr Versprechen, die Zeit wieder hereinzuholen, tatsächlich gehalten. – Jetzt treten wir in die Fragerunde ein. Als Erstes rufe ich von der Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Köhler auf.

Abg. Erwin Köhler GRÜNE: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Herzlichen Dank für Ihre Ausführungen, liebe Referentinnen, lieber Referent. Ich versuche, ohne viele Extraausführungen, meine Fragen zu stellen.

Ich gehe chronologisch vor und beginne mit Ihnen, Frau Schwier. Sie haben gesagt, sobald ein Schritt in Richtung Krisenmodus geschehen ist, muss ein Schritt zurück erfolgen, um resilient reagieren zu können bzw. um für eine andere Art und Weise, das wahrzunehmen, zu entscheiden und dem Staat vielleicht dann doch wieder mehr zu vertrauen, um jetzt den Bogen ein bisschen weiter zu spannen. Inwieweit sehen Sie diesbezüglich Möglichkeiten für die Landespolitik, dort aktiv hineinzugehen, ohne jemanden in seinem Glauben oder in seinem Handeln zu bestärken, indem man es auf eine falsche Art und Weise macht?

Herr Professor Dr. Brettschneider, Sie waren vorhin auch da, als Frau Fischer die Fragen seitens der Enquetekommission beantwortet hat. Sie sind auf die Pressemitteilungen der Ministerien eingegangen. Halten Sie es aus kommunikationstheoretischer Sicht für erstrebenswert, alle Pressemitteilungen generell in leichter Sprache zugänglich zu machen – das wäre sicherlich erstrebenswert – oder – das wäre ein schnellerer Schritt – nur die Pressemitteilungen, die diejenigen Menschen, die es auch betrifft, erreichen müssen, in leichter Sprache zu verfassen, um dort einfach besser zu werden und die Menschen dann auch direkt zu erreichen? Oder empfehlen Sie, erst in dem Moment, in dem wir uns in einer Krise befinden, auf leichte Sprache umzuschalten und alles – auch die Pressemitteilungen – in leichter Sprache zur Verfügung zu stellen? Das könnte man parametermäßig für den Fall, dass Krisenhandeln erforderlich ist, festlegen. Wir hatten die entsprechenden Verordnungen; das ist alles nach einem geregelten Verfahren abgelaufen.

An Sie, Herr Brettschneider, habe ich eine Frage zum Verständlichkeitsindex. Mittlerweile beziehen die Menschen ihre Informationen eigentlich fast ausschließlich oder zumindest zu einem großen Teil aus den sozialen Medien. Genau dort eskaliert die Situation dann ja auch innerhalb krisenbezogener Kommunikation. Wie können wir beispielsweise auf die Neuschöpfung von Worten reagieren und, ohne diese Worte selbst zu benutzen, trotzdem verständlich zu machen, was wir meinen?

– 47 –

Frau Professorin Dr. Bader, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Ich selbst habe auch ein großes persönliches Interesse daran, das Geschehen zu verfolgen. Wir Abgeordneten finden uns manchmal auch in persönlichen Gesprächen wieder. Daher möchte ich Sie fragen, wie Sie die Salonfähigkeit des Ganzen in dem Sinn einschätzen, dass man doch im echten Leben auch auf „Komm doch in die Gruppe!“ angesprochen wird, dass man also nicht nur im digitalen Raum auf einen entsprechenden Link stößt, sondern vielleicht auch in bestimmten Metiers auf eher esoterisch ausgerichtete Mitglieder der Gesellschaft stößt und plötzlich hört: „Das, was in den Nachrichten gesagt wird, stimmt alles nicht, aber ich bin in einer Gruppe. Schließ dich doch auch dieser Gruppe an.“ Dann geht die Spirale von vorne los. Wie schätzen Sie also die Salonfähigkeit digitaler Plattformen Face-to-Face im echten Leben ein? Wie können wir eventuell genau an diesem Schnittpunkt eingreifen bzw. reagieren, um seitens der Landespolitik präventiv tätig zu werden?

Vielen Dank.

Abg. Christiane Staab CDU: Vielen Dank für die hoch spannenden Ausführungen. – Ich habe zunächst eine Frage an Sie, Frau Schwier. Sie hatten zum einen gesagt, strukturelle Resilienz werde dadurch hervorgerufen, dass Menschen unterstützt werden, die diese Resilienz nicht von sich aus hinbekommen, wenn ich es richtig verstanden habe. Das heißt, wir brauchen ein Unterstützungssystem für Menschen, die aus sich heraus wenig Resilienz haben, und das geschieht im Rahmen dieser strukturellen Resilienz.

Wie könnten oder sollten Leistungen, die der Staat oder auch Institutionen im Rahmen dieser strukturellen Schaffung von Resilienz zur Verfügung stellen, aussehen? Im Prinzip erhöhen wir die Transferzahlungen und Transferleistungen, die zur Verfügung gestellt werden, immer mehr, bauen gleichzeitig aber die strukturelle institutionelle Förderung ab. Ich nehme einmal das Beispiel von Frau Fischer: Wir können Öffnungszeiten in den Kitas nicht mehr sicherstellen, weil wir kein Personal haben. Ich nehme auch noch ein Beispiel, das, glaube ich, vorhin sogar von Ihnen, Frau Schwier, kam: Eine frühe Intervention bei psychischen Auffälligkeiten ist im Moment nicht mehr gewährleistet, weil wir schlichtweg keine Therapieplätze anbieten können. Das zeigt sich ganz dramatisch im Bereich der Jugendtherapeuten. Wie können wir das Thema „Strukturelle Resilienz“ mit den vorhandenen Mitteln sicherstellen, die wir ja nur einmal ausgeben können? Was ist der richtige Weg: Transferleistungen, um die Menschen überhaupt in die Lage zu versetzen, quasi ihr täglich Brot bezahlen zu können, oder eine stärkere Förderung von institutionellen Einrichtungen, um Angebote zu machen, die den Menschen „stark machen“? Was brauchen wir? Wir werden auf Dauer beides – da müssen wir auch realistisch sein – nicht gleichermaßen bedienen können.

Dann habe ich noch eine Frage zur Entscheidungsarchitektur. Jetzt oute ich mich hier als jemand, der Dinge nicht versteht, also, bitte, einfache Sprache. Ich kann mir darunter gar nichts vorstellen.

– 48 –

Herr Brettschneider, Sie haben gesagt, Verlust von Vertrauen in der Krise bzw. falsches Verhalten in der Krise kann dadurch entstehen, dass Journalisten negativ berichten. Wie wir alle wissen, lebt der Journalismus in unserer Gesellschaft im Prinzip von negativer Berichterstattung. Das heißt, je schlimmer und je dramatischer die Situation ist, umso intensiver ist die Berichterstattung. Wie kommen wir aus solch einer Negativschleife heraus? Welche konkreten und auch ethischen Ansätze gibt es im Rahmen des Journalismus, um sich nicht ständig in dieser Negativberichterstattung zu verstetigen, sondern da irgendwie wieder herauszukommen und die guten Dinge, die guten Beispiele wieder hervorzuheben?

Die Fachsprache ist oft Englisch. Wo haben wir dann die Übersetzer? Können wir an dieser Stelle auch KI einsetzen, um z. B. Texte, die geschrieben werden, gleich in eine einfache Sprache umzuwandeln, damit man nicht erst viel Zeit darauf verwenden muss, ein Dokument, das in komplizierter Sprache geschrieben ist, schnell in eine einfache Sprache umzuwandeln? Ich sage Ihnen ganz offen: Wir merken doch selbst gar nicht mehr, in welchem Sprachkontext wir uns gerade bewegen. Wenn wir daheim reden, dann sind da so viele Anglizismen drin, dass ich manchmal glaube, meine Eltern verstehen gar nicht mehr, worüber ich mit den Kindern spreche. Das ist jetzt der einfachste Fall. Wir brauchen also diese Übersetzer. Wäre KI eine Möglichkeit, und wie kann man diesen Weg aufbauen?

Dann habe ich noch eine Frage an Sie, Frau Bader. Ich hab ja nun ganz viel Jungvolk daheim, und wenn ich sehe, wie mit Tiktok umgegangen wird, dann bereitet mir das ganz große Angst, auch mit Blick darauf, wie dann später Kanäle genutzt werden. Ich sehe ein völlig unreflektiertes Annehmen von Content, von Inhalten, ein Nachspielen von zum Teil lebensgefährlichen Inhalten, zu dem auch ermuntert wird, und es fehlt jegliche Reflexion im Umgang mit Tiktok. Wenn es da schon nicht klappt, dann frage ich mich einfach: Wo müssen wir jetzt schnell disruptiv arbeiten, um den Kids einmal aufzuzeigen, dass es auch eine Welt jenseits von Tiktok gibt und sie auch an ihre eigene Sicherheit denken mögen. Sie klettern auf Bahnleitungen herum und machen den größten Nonsens, weil es dort einfach vorgelebt wird.

Daran schließt sich die nächste Frage an. Eltern, die sich aus Angst vor dem Impfen im Internet versammeln, haben durchaus intellektuelle Fähigkeiten. Wenn diese Eltern schon nicht erkennen, dass sie gerade unterwandert werden, wie sollen es dann Menschen oder Gruppen erkennen, die möglicherweise aus einem anderen Kontext heraus kommen? Es handelt sich jetzt gar nicht um die bildungsfernen Schichten, die sich da versammeln, um sich auszutauschen, warum man nicht impfen sollte. Wenn es dort möglich ist, zu unterwandern, dann frage ich mich, welche Systeme wir benötigen, um flächendeckend Menschen aufzuklären, wie Unterwanderung aussieht. Diesbezüglich brauchen wir einfach ein bisschen Input.

Dr. Daniela Harsch, externes Mitglied: Herzlichen Dank für die spannenden Vorträge. – Ich habe zunächst einige Fragen an Frau Schwieren. Mich hat die Benennung unserer Enquetekommission sehr lange beschäftigt, nämlich die Formulierung „Kri-

– 49 –

senfeste Gesellschaft“, also Resilienz als Begriff für eine gesamte Gesellschaft anzuwenden. Ich fand daher Ihren Vortrag sehr spannend, der sich genau darauf bezogen hat. Kann man denn überhaupt von einer resilienten Gesellschaft sprechen, oder sind es nicht eher resiliente Individuen in einer Gesellschaft, allerdings – genau, wie Sie es beschrieben haben – mit ganz unterschiedlichen Ressourcen? Meine konkrete Frage lautet: Welche Maßnahmen schlagen Sie uns denn auf den unterschiedlichen politischen Ebenen vor, um diese Ressourcen zu stärken?

Herr Brettschneider, Sie hatten auf der Folie, auf der aufgeführt war, welche Demokratieformen bevorzugt werden, dargestellt, dass vor allem die direktdemokratischen Elemente von der AfD und der Linken bevorzugt werden. Könnte man da die These starten, dass das vor allem damit zu tun hat, dass die Hoffnung besteht, für die eigenen Interessen oder Meinungen Mehrheiten in der Gesellschaft zu finden, die sich ansonsten in demokratischen Wahlen nicht widerspiegeln?

Frau Bader, es war extrem spannend, Ihnen zuzuhören, Das gilt vor allem für das Thema „Transparenz von Fehlern“, auch im Journalismus. Meine Frage lautet: Wie sollte man denn in der Politik mit der Kommunikation von Fehlern umgehen? Ich bin Kommunalpolitikerin. Wenn wir sagen, wir haben etwas falsch eingeschätzt oder wir haben einen Fehler gemacht, führt das nicht selten zu einem mehr oder minder großen Shitstorm, anstatt anzuerkennen, dass es auch eine Stärke sein kann, Fehler zuzugeben.

Vielen Dank.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Vielen Dank für die Vorträge. – Ich beginne einmal mit Herrn Professor Brettschneider und begründe meine Frage kurz. Bereits vor der Coronapandemie hatte ich persönlich den Eindruck, dass wir vor allem dann, wenn es um das Thema Demokratieverdrossenheit bzw. Politikverdrossenheit geht, mit dem Symptom einer Unzufriedenheit mit der staatlichen Organisation konfrontiert waren. Wenn also beispielsweise die Verwaltung Ewigkeiten brauchte, um einen Antrag zu prüfen, und es irre kompliziert ist, dann geht damit – das ist meine These – ein Vertrauensverlust in die Demokratie als solcher einher. Können Sie diesen Zusammenhang bestätigen? Ich sehe Sie schon nicken, aber vielleicht können Sie noch einmal ausführen, inwieweit ein Zusammenhang zwischen einer funktionierenden Verwaltung mit und dem Vertrauen in den Staat, in die Institutionen besteht. Haben Sie möglicherweise Erkenntnisse, ob Unterschiede zwischen den einzelnen Ebenen bestehen? Meistens ist die Kommune die direkte Anlaufstelle, die allerdings nur das umsetzt, was der Bund sozusagen „verbrochen“ hat. Das wäre sicherlich interessant.

In Bezug auf die Kommunikation würde mich interessieren, was eigentlich von einem pluralistischen System erwartet wird. In der Regel gibt es verschiedene Akteure, die zu einem Sachverhalt verschiedenste Äußerungen tätigen. Es gibt ja keine zentral geltende Meinung und das war es, sondern es gibt verschiedene Akteure. Das be-

– 50 –

ginnt ja schon im parlamentarischen Betrieb: dass die Opposition etwas anderes sagt als die Regierung – und schon ist man sich nicht mehr einig. Ich kann mir vorstellen, dass es dann vor allem in der Krise für die Menschen schwierig ist, herauszufiltern, was überhaupt noch gilt und was erwartet wird. Wer ist derjenige, der kommuniziert und dem dann gefolgt wird? Es gibt in einer Krisensituation auch den sogenannten Rally-'round-the-Flag-Effekt, und insofern ist es durchaus interessant, wie es sich verhält. Im Laufe der Coronapandemie hat sich ja dann gezeigt, dass nach einigen Monaten durchaus ein parlamentarischer Diskurs über die Maßnahmen stattgefunden hat.

Das führt mich dann zu der weiterführenden Frage, inwiefern die Tatsache, dass eine Diskussion in demokratischen Gremien stattfindet, also eine öffentliche Diskussion in Ausschüssen bzw. in Plenarsitzungen, zu einer Vertrauenssteigerung führt, obwohl darüber nur selten konkret berichtet wird und sich wahrscheinlich die wenigsten Menschen eine Plenardebatte oder Ähnliches anschauen. Ich hatte während der Pandemie folgende Wahrnehmung: Nachdem damit begonnen wurde, darüber auch parlamentarisch zu diskutieren, ist das Vertrauen gestiegen. Aber vielleicht ist das auch ein Trugschluss, und ich habe es mir nur das eingebildet, weil ich Parlamentarier bin. Aber vielleicht können Sie das, was ich gesagt habe, entweder belegen oder widerlegen.

Frau Professorin Bader, welche Gefahr sehen Sie denn in dem KI-Journalismus? Es gibt diese KI, die irgendwelche tollen Texte schreibt. Das ist in der Geschwindigkeit und in der Masse, in der dies erfolgen kann, natürlich ausgesprochen schwierig.

Dann würde mich noch interessieren, welche Erkenntnisse Sie bezüglich einer nicht ideologiegetriebenen Kommunikation haben. Es gibt Fälle, die einem vor allem aus der Regionalpolitik zugespielt werden, dass sich – ich sage es einmal ein bisschen despektierlich – Lieschen Müller irgendeine Verschwörung ausdenkt, dass z. B. der Bürgermeister mit dem oder dem ein Verhältnis hat und dass deshalb jetzt das Bauprojekt XY gemacht oder nicht gemacht wird. Wie geht man denn damit um? Welche Erkenntnisse haben Sie diesbezüglich? Das hat ja nichts mit Ideologie zu tun, sondern da verbreitet einfach irgendjemand etwas, und am Schluss glaubt es jeder, weil Lieschen Müller das gesagt hat. Das ist etwas, was mir sehr oft begegnet.

In Bezug auf die Verschwörungstheorien ist ein globaler Effekt festzustellen. QAnon ist eine globale Bewegung, viele andere auch. Sie haben in diesem Zusammenhang das Thema Bildung angesprochen, die erforderlich ist, um solche Themen erkennen zu können. Diesbezüglich würde mich interessieren, ob Sie dazu irgendeine Referenz haben, ob es in irgendeinem Land schon relativ gut funktioniert. Wenn wir bei uns in der Bildung etwas ändern wollen, wäre es wichtig, zu wissen, zu schauen, wo es gut klappt bzw. wo es nicht so gut klappt. Ich möchte kritisch anmerken, dass sich der Journalismus selbst nicht immer an die Regeln hält, was es dann natürlich schwierig macht, das zu erkennen.

– 51 –

Dann noch eine etwas provokante Frage: Sie haben das Thema Mainstreaming angesprochen. Kann man dem Mainstreaming durch gutes Mainstreaming begegnen? Ich möchte nicht, dass das falsch verstanden wird und dass im Protokoll steht, die FDP spricht sich für irgendwelches Mainstreaming aus, aber es stellt sich durchaus die Frage, wie man darauf reagiert und ob es eine Gegenbewegung in irgendeiner Art und Weise geben kann.

Abschließend habe ich noch eine Frage an Frau Professorin Schwierin. Sie haben von einer Entscheidungsarchitektur für gute Entscheidungen gesprochen, und da frage ich einmal ganz konkret, weil mir dafür einfach ein bisschen die Fantasie fehlt, wie denn solch eine Entscheidungsarchitektur aussehen könnte.

Abg. Emil Sänze AfD: Vielen Dank für die Vorträge, die zum Teil das Wissen hinterlegend waren. – Frau Professor Schwierin, stimmen Sie mir zu, dass die Krisenresilienz ganz stark davon abhängt, welches Rüstzeug der Einzelne mitbringt und welche Wahlmöglichkeiten und Korridore in einer Krise aufgezeigt werden? Je mehr diese Wahlmöglichkeiten und Korridore eingeengt werden, umso schwieriger wird eine Krise im Einzelnen wahrgenommen.

Herr Professor Brettschneider, Ihr Vortrag mit den kurzen Sätzen war sehr interessant. Immanuel Kant konnte eine ganze Seite mit einem Satz füllen, und das, was dort vermittelt wurde, ist auch ganz gut. Da gibt es auch noch andere Philosophen. Es hängt immer auch, um ein englisches Wort zu verwenden, von den General Conditions ab, also, wie die Menschen eingebürgert sind. Ich möchte behaupten, wenn Sie die gleiche Umfrage nicht in Baden-Württemberg, sondern in der Schweiz gemacht hätten, käme in Bezug auf die direkte Demokratie etwas ganz anderes heraus. Das hängt stark von der Konditionierung der Menschen ab, die in den letzten 70 Jahren vielleicht nicht unbedingt durch Vielfältigkeit geprägt ist.

Zum Schluss zum hehren Wort des Journalismus, Frau Professor Bader. Wie beurteilen Sie die Ökonomisierung in der Presse? Wir stellen fest, dass aus einem Mantelbogen ohne Recherche Vorurteile übernommen werden, dass diese Vorurteile übertragen werden und dass dadurch eine Konditionierung der Gesellschaft stattfindet. Das halte ich für eine große Gefahr. Wie Sie gesagt haben, wären Recherche und das Betrachten mehrerer Seiten notwendig, um sich eine Meinung bilden zu können. Das sehe ich in diesem Bereich sehr stark in Gefahr. Das kann man übrigens auch im öffentlich-rechtlichen Fernsehen beobachten. Dort sehe ich häufig Bilder, die mit dem eigentlichen Vorfall gar nichts zu tun haben, sondern die über die visualisierte Darstellung ein ganz anderes Bild als das vermitteln, was tatsächlich vor Ort geschehen ist.

Das sind meine Anmerkungen. Vielen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Da mir schon drei Wortmeldungen für die zweite Fragerunde vorliegen, schlage ich vor, dass zunächst die Fragen, die in der ersten

– 52 –

Wortmelderunde gestellt wurden, beantwortet werden. – Frau Professorin Dr. Schwier, es wäre schön, wenn Sie es in acht bis zehn Minuten schaffen würden, die Fragen zu beantworten. Wenn Sie schneller sind, umso besser.

Sv. Frau Dr. Schwier: Zunächst einmal bitte ich um Entschuldigung. Es ärgert mich immer, wenn ich etwas nicht gut erklärt habe. Das war wohl der Eile mit Blick auf die rückwärts laufende Uhr geschuldet.

Entscheidungsarchitektur heißt, dass ich Entscheidungsräume so gestalte, dass Menschen eine Entscheidung in ihrem ureigenen Interesse treffen, die sie vielleicht sonst nicht so treffen würden. Warum würden sie diese Entscheidung sonst nicht so treffen? Weil wir eben bestimmte Regularitäten, bestimmte Regelmäßigkeiten im Verhalten von Menschen kennen, die ich vorhin genannt habe: Wir nehmen nicht alle Informationen auf, wir haben nicht unbegrenzte Willenskraft etc.

Ich möchte dazu ein Beispiel aus der amerikanischen Rentenversicherung nennen. Es gab eine Studie von einem Kollegen, der sich angeschaut hat, warum viel zu wenig Menschen in den USA betriebliche Rentenversicherungen abschließen. Ich finde, das ist ein ausgesprochen prägnantes Beispiel für eine sehr einfache Änderung der Entscheidungsarchitektur. Der Ausgangszustand zu dem Zeitpunkt, zu dem mit der Studie begonnen worden war, war, dass man, wenn man in ein Unternehmen eintrat, einen Haufen Papiere und Formulare bekam und dann gesagt wurde: „Nur dann, wenn du das alles ausfüllst, kannst du eine betriebliche Rentenversicherung bekommen.“ Wir alle wissen, wie gern wir Formulare ausfüllen. In der Folge hatten viel zu wenig Leute eine hinreichende Rentenversicherung.

Der amerikanische Kollege hat gesagt: „Lasst uns das doch einfach mal umdrehen. Wir teilen den Leuten mit: ‚Wir haben euch mit einem bestimmten sinnvollen Prozentsatz in diese Rentenversicherung eingeschrieben. Hier ist ein Haufen Formulare. Wenn ihr wieder austreten wollt, müsst ihr diese Formulare ausfüllen.‘“ Das Entscheidende an dieser Entscheidungsarchitektur ist Folgendes: Die Menschen haben immer noch die Freiheit, zu entscheiden, nicht in dieser Rentenversicherung zu sein. Aber sie sind erst einmal drin. Natürlich ist genau das eingetreten, was erwartet wurde: Die Menschen waren zu faul, diese Formulare auszufüllen, und sind dringeblichen.

Das ist Entscheidungsarchitektur. Das erklärt dann auch hoffentlich gleich, wie eine Entscheidungsarchitektur für gute Entscheidungen aussehen kann. Natürlich kann man jahrelang diskutieren, was eine gute Entscheidung ist. Allerdings gibt es sicherlich bestimmte Dinge, von denen wir als Gesellschaft möchten, dass Menschen das tun. Das kann beispielsweise Vorsorge oder alles Mögliche sein. Ich denke, dazu fallen Ihnen viele Beispiele ein. Eine gute Entscheidungsarchitektur wäre dann in diesem Fall, dafür zu sorgen, dass es einfach ist, die Entscheidung zu treffen, die aus individueller und gesellschaftlicher Sicht gut ist, aber gleichzeitig eben nicht zu verhindern, dass jemand eine andere Entscheidung treffen kann. Also: nicht regulie-

– 53 –

ren, nicht verbieten, sondern den Entscheidungsraum so gestalten, dass die Entscheidung, die unsere Gesellschaft, aber auch das Individuum für sinnvoll halten, einfach ist. Ich hoffe, das erklärt das Konzept der Entscheidungsarchitektur.

Alle anderen Fragen betrafen im Wesentlichen die Fragestellung, welche Maßnahmen man denn sinnvollerweise treffen kann, um Resilienz sowohl von Individuen als auch von der Gesellschaft zu erreichen. Die Fragen lauteten konkret: Wie könnten Leistungen aussehen? Was mache ich, um strukturelle und individuelle Resilienz zu ermöglichen? Kann man überhaupt von struktureller oder gesellschaftlicher Resilienz sprechen? Natürlich sind es Individuen, die resilient sind. Es ist aber auch eine Gesellschaft, die Individuen Resilienz ermöglicht. Ich denke, in diesem Sinn kann man durchaus von gesellschaftlicher oder auch struktureller Resilienz sprechen; denn ich kann einen Kontext so gestalten, dass es schwer ist, als Individuum resilient zu sein, oder ich kann einen Kontext so gestalten, dass es leicht ist, als Individuum resilient zu sein, und dass mehr Individuen resilient sein können. Ich glaube, das ist der entscheidende Punkt: nicht ausschließlich oder schwerpunktmäßig auf die individuelle Resilienz zu setzen, sondern immer im Hinterkopf zu behalten, dass die Individuen nur in dem Umfang resilient bleiben können, wie es ihnen die Strukturen erlauben.

Ein anderer Aspekt: Strukturelle Resilienz sind Redundanzen. Das sehen wir derzeit ganz klar in Kitas. Wenn eine Kita mit 20 Kindern nur zwei Betreuerinnen hat und eine davon ausfällt, muss die Kita schließen. Wenn sie hingegen einen Pool von fünf Springerinnen hat, muss sie nicht schließen. Das wäre dann strukturelle Resilienz.

Damit bin ich bei der Frage, welche Leistungen denn sinnvoll sind. Ich glaube, das ist ein gewisses Spektrum. Es gibt Menschen, die nicht bzw. nicht mehr individuell resilient sein können. Dort werden Transferleistungen benötigt. Allerdings werden selbstverständlich auch Angebote benötigt, die Empowerment ermöglichen. Die erste Rednerin hat heute viel zur Inklusion und zu den entsprechenden Möglichkeiten – durch Teilhabemöglichkeiten, durch Bildungsmöglichkeiten etc. –, individuelle Resilienz aufzubauen, gesagt. Das gilt nicht nur für Menschen mit Behinderungen oder für von Armut betroffene Menschen, sondern für alle.

Ich hoffe, ich habe damit alle Fragen beantwortet.

Sv. Herr Dr. Brettschneider: Herr Köhler, Pressemitteilungen auch in leichter Sprache? Ja, unbedingt. Ich wäre sehr dafür, zumindest in der Krisensituation, aber eigentlich auch schon vorher. Leichte Sprache erzielt bei uns den Wert 20. Das ist nicht für alle gedacht, sondern für die Menschen mit Einschränkungen beim Lesen. Die Plain Language oder die einfache Sprache ist eine gute Vorbereitung darauf, ist damit aber nicht gleichzusetzen. Prinzipiell wäre es sinnvoll, immer einfach und verständlich zu formulieren. Trotzdem hilft dies den Menschen mit Einschränkungen beim Lesen nicht. Pressemitteilungen in leichter Sprache zu verfassen, ist natürlich eine Ressourcenfrage. Dafür wären extra Übersetzungen nötig, aber sinnvoll wäre das.

– 54 –

Soll man sich an den Begriffen, die in den sozialen Medien herumvagabundieren, abarbeiten, und wie kann man das gegebenenfalls tun? Nein, lieber nicht, weil man sie dann tatsächlich wiederholen müsste, und mit jeder Wiederholung graben sich diese Begriffe noch stärker ins Hirn ein.

Was kann man stattdessen tun? Schneller sein und bessere, eigene Begriffe setzen, also eine Begriffswelt aufbauen, die die gewünschten Assoziationen auslöst. Dazu gehört zunächst einmal das Bewusstsein dafür, dass Begriffe immer Assoziationen auslösen, ob Sie wollen oder nicht. Wir nennen das dann Framing, also wie ein Thema durch Sprache gerahmt wird. Es macht einen erheblichen Unterschied aus, ob Sie von „Steuerlast“ oder von „Steuerbeitrag“ reden. Steuerlast: Da werde ich heruntergedrückt. Was will man? Man will sich entlasten. Also, weg mit den Steuern. Wenn ich hingegen „Steuerbeitrag“ sage, dann ist das wie ein Beitrag, den ich leiste, wenn ich auf eine Party gehe und einen Salat, einen Wein oder sonst irgendetwas mitbringe, also ein Beitrag zum Gelingen von etwas. Von einem „Flüchtlingssunami“ zu sprechen, erfolgt nicht unbewusst, sondern damit sollen Assoziationen ausgelöst werden. Wenn ich etwas erreichen möchte, überlege ich mir sehr früh: Wie kann ich denn positive Assoziationen durch eine entsprechende Begriffswahl hervorrufen? Aus meiner Sicht wird darauf noch zu wenig geachtet.

Frau Staab, Sie fragten, ob es ein Gegenrezept gegen Negativismus in den Medien gibt. Ja, das gibt es: Constructive News. Das ist ursprünglich einmal in Dänemark beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen entwickelt worden, ist inzwischen aber relativ gut und weit verbreitet. Worum geht es dabei? Es geht nicht darum, immer nur Good News zu bringen, also: rosarote Brille und alles ist super, sondern Constructive News heißt, negative Punkte aufzugreifen – ein Krankenhauskeim wird entdeckt – und dann zu recherchieren und zu schauen, wo es den schon einmal gab und was man getan hat, um ihn wieder loszuwerden, also: wo die positiven Beispiele sind, um mit einem Problem umzugehen. Das erfordert natürlich mehr Rechercheleistungen, mehr Wissen und auch mehr Zeit, und das ist genau das, was in den Redaktionen nicht unbedingt immer vorhanden ist.

Gleichwohl gibt es Bemühungen in diese Richtung. Ich finde, dem SWR merkt man es aktuell an. Der SWR praktiziert das seit einiger Zeit – aus meiner Sicht ziemlich erfolgreich –: dass eben nicht nur kritisiert wird, sondern dass auch recherchiert wird, wo Lösungsmöglichkeiten bestehen.

Natürlich können auch Sie als politische Akteure einen Beitrag leisten. Wie viel Zoff, wie viel Kritik und wie viel vielleicht auch mal übertriebene Kritik wird denn in das journalistische System eingespeist? Gibt es nicht irgendwo auch einmal Situationen, wo man vielleicht diesen Beißreflex ein wenig kontrolliert, anstatt gleich draufzuhauen?

Kann man KI zum Umwandeln von Texten in einfache Sprache einsetzen? Ich bin davon überzeugt, dass das kommen wird. Das ist nicht mehr eine Frage des Ob,

– 55 –

sondern des Wann. Wahrscheinlich ist es nicht mehr lange hin. Wenn man mit ChatGPT herumexperimentiert, dann gelingen schon ganz bemerkenswerte Dinge. Trotzdem wäre ich immer sehr dafür, dass man erst einmal die Menschen, die den Ursprungstext schreiben, befähigt, den Ursprungstext bereits in einer lesbaren Form zu verfassen, und dann kann die KI das vielleicht noch verfeinern. Aber zu sagen, ich kann jetzt ruhig Schrott produzieren, und die KI macht es dann rund, wäre, glaube ich, gefährlich, auch deswegen, weil beim Schreiben in unseren Köpfen ja etwas passiert. Wenn ich mir dabei keine Mühe gebe – ob jetzt Politik, Verwaltung oder Medien –, dann ist in der Regel auch das substanzielle Ergebnis dessen, was dann auf dem Papier steht – nicht nur das formale, sondern auch das substanzielle Ergebnis –, nicht so durchdacht und nicht so gut. Aber bestimmt wird KI dabei helfen. Es sollte uns aber nicht dazu führen, dass wir sagen: Dann brauchen wir den Rest nicht mehr zu machen.

Frau Harsch, Sie fragten, ob AfD-Anhänger oder Anhänger der Linkspartei deswegen für die direkte Demokratie sind, weil sie auf diese Weise vielleicht ihre Chancenlosigkeit in den Repräsentativorganen, was Mehrheiten betrifft, umgehen können. Ja, natürlich. Wenn man da keine Mehrheiten findet, dann glaubt man vielleicht, sie woanders zu finden, also auf der Straße bzw. direktdemokratisch. Das haben die Grünen Anfang der Achtzigerjahre auch einmal so gesehen – einige Anhänger der Grünen jedenfalls –, als sie noch nicht im politischen System, auch an entscheidender Stelle verankert waren. Darüber hinaus sehen wir aber in den Umfragen auch, dass es vor allem die Unzufriedenen sind, die dann die direkte Demokratie fordern, manchmal mit Verschwörungserzählungen, manchmal ohne.

Herr Karrais, Sie sagten, Meinungsunterschiede gehören in der Krise dazu, und waren dann allerdings die Frage auf, ob Parlamentsdebatten möglicherweise mehr Vertrauen aufbauen könnten. Das kommt sehr auf den Stil an. Prinzipiell ja. Parlamentsdebatten sind extrem wichtig. Das Parlament als Ort zum Austragen von in einer Gesellschaft notwendigerweise vorhandenen Interessengegensätzen – ja, lieber früh als spät, aber bitte auf eine moderate und sachorientierte Art und Weise. Das ist dann oft etwas, was von Menschen in Nuancen wahrgenommen wird. Während der Coronapandemie war es so, dass zu Beginn das Vertrauen am größten war. Es war eine fremde Situation. Man hat versucht, irgendwie mit dieser fremden, neuartigen, bedrohlichen Situation zurechtzukommen, und die Parteien standen bei der Suche nach Lösungen anfangs relativ dicht beieinander. Das Vertrauen ist nicht wegen Parlamentsdebatten geringer geworden, sondern es ist geringer geworden, weil die Frage „Bist du Lager ‚Vorsicht‘ oder Lager ‚Lockerungen‘?“ irgendwann eine parteipolitische Frage war und zu einem Knüppel wurde, um Überlegungen, die es auf der einen oder auf der anderen Seite gab, kleinzumachen, und das ist nie gut. Das Vertrauen hat wegen dieser Parteipolisierung und nicht wegen der Parlamentsdebatte nachgelassen. Deswegen ist der Stil da extrem wichtig. Ich halte es für fahrlässig, wenn man kontroverse Themen nicht im Parlament auch mit dieser Kontroversität diskutiert. Das muss man unbedingt machen, aber, wie gesagt, stärker argumentativ und nicht als Reflex.

– 56 –

Herr Sänze, Sie fragten, wie die direkte Demokratie in der Schweiz bewertet wird. Wenn man dort fragt, erhält man in der Tat ein anderes Ergebnis. Dort gibt es eben andere Traditionen und ein anderes Institutionsgefüge. Aber wir haben die Umfrage nun einmal in Baden-Württemberg gemacht.

Herr Karrais, Sie haben tatsächlich die schwierigste Frage gestellt: Führt es nicht auch zu einem Vertrauensverlust, wenn die Verwaltung Erwartungen nicht erfüllen kann? Ja, natürlich. Ich sehe eigentlich das größte Problem darin, dass Menschen überall – nicht nur in Krisen – zunehmend die subjektive Erfahrung machen, dass ursprünglich einmal ganz selbstverständlich vorhandene Verwaltungsleistungen in der gewohnten Form nicht mehr erbracht werden können, und zwar nicht deshalb, weil es an Willen mangelt, sondern wegen mangelnder Ressourcen. Es ist noch nicht einmal das Geld, das fehlt, sondern es fehlt das Personal.

Wird das besser werden? Nein. Das Personal wird nicht mehr, sondern eher weniger. Was folgt daraus? Auch wenn das jetzt vielleicht nicht mehr viel mit dem Thema der Enquetekommission zu tun hat, möchte ich es noch kurz loswerden. Dann muss man eine Aufgabenkontrolle machen und sich überlegen, ob alle Aufgaben – auch heute haben wir wieder von neuen Aufgaben gehört, die durchgeführt werden – tatsächlich leistbar sind. Ich glaube, sie sind es nicht. Dann lautet die nächste Frage: Welche Aufgaben sind so wichtig, dass wir dort die Personalressourcen hineingeben? Das heißt aber auch, dass wir vielleicht auf die eine oder andere Aufgabe verzichten müssen. Ich glaube, das ist ein sehr dickes Brett. Unter Umständen könnte man ein Bürgerforum, bestehend aus Zufallsbürgerinnen und -bürgern, Stakeholdern und Verbänden jedweder Art, dazu einladen, konkrete Vorschläge zu unterbreiten, welche Regeln abgeschafft werden könnten, um Platz für neue zu schaffen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Brettschneider. – Wahrscheinlich haben solche Gremien – egal, ob sie aus Zufallsbürgern bestehen oder nicht – die Eigenschaft, dass sie auch neue Regeln erfinden möchten, um wieder etwas anderes zu regeln. Das ist leider auch im politischen Raum die Erkenntnis aus vielen Bürokratieabbaumaßnahmen. Aber das ist in der Tat eine andere Baustelle. Vielleicht können wir jedoch kreativ sein und das im Abschlussbericht mit dem Thema Krisenfestigkeit verbinden. – Frau Professorin Dr. Bader, ich erteile Ihnen jetzt das Wort, um die an Sie gerichteten Fragen zu beantworten.

Sv. Frau Dr. Bader: Herr Köhler hatte mich zur Salonfähigkeit von Telegram befragt. Ich glaube, diesbezüglich muss man stark unterscheiden. Die Salonfähigkeit des Messengers ist in Deutschland weitaus geringer als in anderen Ländern. Telegram ist z. B. in Russland oder auch in der Ukraine ein ganz normaler Messenger. Auch ukrainische Menschen, die jetzt hier sind, nutzen Telegram häufig als normalen Messenger. Auch Selenskyj ist auf Telegram und kommuniziert dort. Das hat dort eine ganz andere Bedeutung. Ich glaube nicht, dass es darum geht, den Messenger an sich salonfähig zu machen. Das ist etwas, was sich in verschiedenen Milieus unserer Gesellschaft stark unterscheidet.

– 57 –

Wenn man Telegram nutzt, kann es potenziell leichter passieren, dass man dort auch in Gruppen gerät, die vielleicht wirklich nicht salonfähig werden sollten. Das ist noch einmal eine andere Frage: Welche Gruppen sind salonfähig? Ist der Messenger als solcher salonfähig? Tatsächlich stellen wir fest, dass z. B. relativ viele Russland-deutsche in desinformierende Gruppen gelangen. Das ist für eine Bevölkerungsgruppe, die auch Russisch spricht, ein normaler Messenger, aber es ist dann eben auch ein etwas kleinerer Schritt, in Gruppen zu gelangen, in denen Desinformation gestreut wird.

Wie werden die Messenger salonfähig gemacht? Ich glaube, häufig zunächst einmal über relativ normale Fragen. Es ist aber auch ein Verknüpfungsinstrument, wo man dann oft erst in einer relativ kleinen Gruppe ist – beispielsweise in einer Gruppe zur Weiterbildung in Sachen Homöopathie für Ärzte –, dort dann aber manchmal auch mit weitergeleiteten Posts in Berührung kommt, die von radikaleren Gruppen stammen.

Ich denke, dass es einfach in der Natur dieses Messengers liegt, dass es nicht ganz einfach zu trennen ist und dass man da letztlich nur gesetzlich dafür sorgen kann, dass klar ist, was Individualkommunikation und was Massenkommunikation ist und welche Regeln für welche Sphäre gelten. Das ist etwas, worüber man sehr gezielt nachdenken muss. Da das allerdings nicht Landessache ist, ist es für Sie schwierig, diesbezüglich Regelungen zu treffen.

Frau Staab hatte mich auf Tiktok angesprochen, ein ganz wichtiges Thema. Tiktok ist tatsächlich auch ein Ort, wo sehr viel Desinformation stattfindet, wo auch viele Dinge, die Sie angesprochen hatten, zu finden sind, also diese dummen Streiche und die nachgemachten Dinge. Ich denke, dass man da letztlich nur mit Bildung und Reflexion herankommt. Da haben wir aber natürlich ein ganz großes Problem, weil die junge Generation, also die Schüler bzw. die jungen Leute bei Ihnen daheim, heute in einem ganz anderen Mediumfeld als beispielsweise ihre Lehrer leben. Meine Generation lebt mit anderen Medien als meine Studierenden; das merke ich immer wieder. Das ist nicht einfach.

Ich glaube, man muss tatsächlich einmal über Konzepte nachdenken, wie Reflexionsräume geschaffen werden können, wie aber auch Vorbilder geschaffen werden können, die den jungen Menschen im Alter näher sind und die damit auch näher an den Nutzungspraktiken dran sind. Wenn ein 23-Jähriger mit einem 15-Jährigen über Medien und z. B. auch über gefährliche Tendenzen spricht, dann kann er ganz anders und mit einer anderen Glaubwürdigkeit mit ihm sprechen. Man geht ja auch auf Tiktok, um weg zu sein von den Erwachsenen, und es kann auch nicht von jedem Lehrer verlangt werden, dass er versteht, was auf Tiktok passiert.

Ich glaube, man sollte darüber nachdenken, was denn ansonsten noch Kommunikationsräume sein könnten. Dafür brauchen wir dann Jugendverbände etc., wo junge Menschen mit noch jüngeren Menschen über das Thema Medien sprechen können.

– 58 –

Das kann sicherlich nicht nur in der Schule stattfinden. Dafür bräuchte die Schule aber eben manchmal auch Unterstützung. Ich habe festgestellt, dass kleine Projekte, in denen Studierende z. B. mit Kindern über Medien sprechen, gute Effekte haben können. Man könnte darüber nachdenken, welche Akteure einbezogen werden könnten, um so etwas in einem größeren Rahmen anzuregen. Das halte ich für einen guten Weg. Lehrer leben nun einmal in einer anderen Medienwelt, und das ist ihnen auch nicht vorzuwerfen. Ich denke, auch wir leben in einer anderen Medienwelt als unsere Nachkommen.

Frau Harsch hatte mich auf die Kommunikation von Fehlern als Stärke angesprochen, was im Journalismus so sein sollte, was vielleicht auch in der Politik so sein sollte. Das ist aber tatsächlich relativ schwierig. Es wäre gut, wenn wir eine Kultur hätten, in der man über Fehler spricht und das eine Stärke ist. Wenn ich das aber wieder mit Telegram rückkopple, ist es tatsächlich so, dass jeder Fehler, der kommuniziert wird, als „Endlich gibt er es zu!“ geframt wird. Das wird dann oft aus dem Kontext herausgenommen. Deshalb hätte ich kein gutes Gewissen, entsprechend zu ermutigen. Natürlich muss man über Fehler reden, aber dabei stellt die sehr verkürzte Kommunikation ein Problem dar. Da sind wir wieder bei Tiktok und bei Telegram, wo nur ganz kleine Bites, kleine Bissen kommuniziert werden, aus einer Kommunikation herausgenommen werden und dann wirklich nur ein sehr kurzes Statement ankommt. Das kann dann eben auch in anderem Kontext landen, und zwar auch in einem Kontext, in dem die Kommunikation über Fehler, die eigentlich eine Stärke sein sollte, dann wieder völlig in ein „Endlich gibt er es zu!“ umgedreht wird. Das ist ja genau das, was im Kontext mit Covid erschreckend oft passiert ist. Ich habe leider keine Lösung dafür, was man tun kann. Natürlich sollte man über Fehler reden, aber um Fehler zu erklären und daraus zu lernen, braucht man eben Zeit. Das merkt man ja auch hier in diesem Kontext.

Sie fragten, ob vor KI-basiertem Journalismus gewarnt werden kann bzw. gewarnt werden muss. Ich würde das gar nicht grundsätzlich tun. Es ist einfach ein neues Tool, irgendwie auch ein neutrales Tool. Man kann damit sehr gute Dinge tun. Herr Brettschneider hat gemeint, sicherlich werden wir Texte mit KI bald in einfache Sprache übersetzen können. Es wird auch schon einiges automatisiert ausgespielt, sodass man für seinen Wahlkreis z. B. sehr schnell eine Wahlkampfberichterstattung bekommen kann, wo noch einmal genau erläutert wird, wer wie gewonnen bzw. verloren hat. Das passiert auch jetzt schon automatisiert, und das ist eine positive Entwicklung. Ich würde jetzt nicht vor allem, was mit KI zu tun hat, warnen. Natürlich muss die Verantwortung für Dinge, die kommuniziert werden, öffentlich immer bei den Journalistinnen und Journalisten bleiben und muss dort klar zuschreibbar sein. Das halte ich für ganz zentral.

Herr Sänze hat über die Ökonomisierung der Presse gesprochen und gefragt, welche Auswirkungen das hat. Natürlich hat die Ökonomisierung der Presse die Auswirkung, dass oft schneller und weniger sorgfältig kommuniziert wird, dass also genau die Kriterien, die zentral sind und die im Pressekodex fixiert sind, nicht immer einge-

– 59 –

halten werden. Ich habe nicht gesagt, Journalisten halten sie immer ein. Journalisten stecken aber Kritik ein. Wenn sie für ein Medium arbeiten, das dem Pressekodex beigetreten ist, stecken sie die Kritik für ihre Beiträge dann auch ein, wenn sie entsprechend verklagt werden. Ich denke, dass die Ökonomisierung der Medien ein Problem ist. Ich persönlich bin der Auffassung, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein sinnvolles Gegengewicht darstellt. Aber darüber sind sich sicherlich nicht alle einig.

Herr Karrais hatte von nicht ideologisch getriebenen Fake News gesprochen. Es gibt natürlich auch Fake News, die z. B. aus rein ökonomischen Gründen verbreitet werden. Das ist noch einmal etwas anderes als beispielsweise Gerüchte über die Liebschaften von irgendwelchen Lokalpolitikern. Das ist wahrscheinlich eher nicht ökonomisch motiviert. Vielleicht aber doch; das kann ich jetzt nicht im Detail sagen.

Es gibt auch Fake News, die einfach pure Clickbaits sind, wo es also wirklich nur darum geht, dass Menschen auf diese Meldungen gehen und damit gleichzeitig auch Werbung erhalten. Tatsächlich ist es in Deutschland immer noch so, dass das kein allzu dominantes Phänomen ist. Die meiste Desinformation, mit der wir es zu tun haben, ist tatsächlich sehr ideologisch unterfüttert. Im englischsprachigen Raum ist es ein wenig anders. Dort gibt es diese stark ideologisch unterfütterte Desinformation, aber es gibt auch stärker ökonomisch ausgeprägte Milieus. Natürlich wird in diesen Desinformationsmilieus auch Geld verdient, aber es ist dann häufig eher so, dass irgendwelche Krisen-Survival-Kits verkauft werden, dass nebenher darüber gesprochen wird, wie akut die nächste große Finanzkrise ist, und dann bekommt man konkrete Angebote, wie man sich schützen kann. Das ist die Ökonomisierung, die dort stattfindet. Im deutschsprachigen Raum gibt es sie auch. Allerdings ist sie hier eher an Ideologien rückgekoppelt.

Mit dem lokalen Fall, den Sie genannt haben, habe ich mich ehrlicherweise nicht beschäftigt. Ich würde das gern einmal tun. Das klingt hoch interessant: Lokale Desinformation. Wahrscheinlich ist es aber sehr nahe an dem dran, was wir aus der uralten Gerüchtforschung kennen. Da waren genau solche Dinge – Liebschaften, die irgendwelche Einflüsse nehmen – schon immer ganz groß im Rennen. Dass das jetzt auch digital ausgetragen wird, glaube ich Ihnen sofort. Aber das ist etwas, womit ich mich nicht beschäftigt habe, weil wir uns nur mit den großen deutschsprachigen Kanälen beschäftigt haben. Das ist sicherlich ein interessantes Feld, das man sich einmal genauer anschauen könnte. Aber ich vermute, es sind die klassischen Gerüchte, mit allem, was dazugehört.

Sie fragten, ob man das Mainstreaming positiv einsetzen kann. Hinter Mainstreaming steht zunächst einmal der Effekt, dass man sich bei dem, was man wiederholt und immer wieder hört und auch in Kontexten hört, wo man sich selbst für anschlussfähig hält, öffnet. Natürlich können Sie das positiv einsetzen. Ich vermute, Sie tun es längst. Es ist ein Grundmuster von Kommunikation. In diesem negativen Kontext betrachtet, dass z. B. der Boden für antisemitische Narrative bereitet wird, muss man

– 60 –

die Dinge einfach immer wieder klar beim Namen nennen und darauf hinweisen, dass ein altes antisemitisches Narrativ dahintersteckt, wenn ich davon spreche, dass irgendwelchen Kindern Blut für dunkle Zwecke abgezapft wird etc. Ich glaube, da kann man das nur benennen. Ja, Sie können auch positiv mainstreamen. Ich vermute und gehe davon aus, dass Sie das als professioneller Politiker längst tun.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Professorin Dr. Bader. Das klingt ja fast nach einem Forschungsauftrag aus dem Kreis Rottweil, dass man einmal vorbeikommt und schaut, was dort so passiert. Ich bin auch daran interessiert, was da so alles passiert, und werde mich auch einmal informieren.

Ich habe mir jetzt noch vier Wortmeldungen für Nachfragen aus der Runde notiert, und zwar von Herrn Abg. Dr. Miller, Herrn Abg. Weinmann, Frau Abg. Dr. Pfau-Weller und Frau Abg. Staab. – Gibt es noch weitere Nachfragen aus ihrer Runde? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Regulär stehen uns noch elf Minuten zur Verfügung. Wir können natürlich überziehen, aber vielleicht schaffen Sie es ja, die Fragen so kompakt wie möglich zu formulieren. – Herr Abg. Dr. Miller, Sie machen es vor, und alle anderen machen es nach.

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Das ist schwierig. – Ich möchte Herrn Professor Brettschneider gern noch zu drei Punkten befragen.

Sie hatten zu Beginn Ihres Vortrags das Vertrauen vor Krisen, in Krisen und nach Krisen dargestellt. Gibt es entsprechende Forschungsergebnisse, die zeigen, dass das Vertrauen in Krisen höher ist, wenn man vor Krisen schon ein hohes Vertrauen hatte? Ich habe es so wahrgenommen, dass zu Beginn, als die Coronapandemie sehr akut war, ein extrem hohes Vertrauen herrschte und dass mehr als 90 % der Menschen mit allen Maßnahmen einverstanden waren, obwohl das Vertrauen davor nicht besonders hoch war. Ich habe in Erinnerung, dass das Vertrauen in Institutionen und Parteien in den Jahren 2019/2020 nicht so hoch war. Gibt es trotzdem eine Korrelation dergestalt, dass, wenn das Vertrauen vorher höher ist, es dann auch in der Krise höher ist, oder gelten da eigene Gesetze in der akuten Krise?

In Bezug auf die dialogische Bürgerbeteiligung hatten Sie gesagt, schlechte Verfahren sind meistens schlechter, als wenn man gar nichts gemacht hätte, weil man gesehen hat, dass das Vertrauen nach schlechten Verfahren nachlässt. Gibt es Erkenntnisse darüber, was schlechte Verfahren sind, oder wurde nur das Ergebnis von schlechten Verfahren abgefragt?

Drittens möchte ich noch einmal auf den Aspekt des besseren Kommunizierens zurückkommen. Sie haben gesagt, das Ziel sei nicht immer, einen Verständlichkeitsgrad von 20, den Sie in Ihrer Tabelle dargestellt haben, zu erreichen, sondern vielleicht auch mal einen geringeren Wert. Ich denke z. B. an Antwortschreiben auf Bauanträge. Wie wir alle wissen, sind diese Schreiben sehr kompliziert und unter Verwendung juristischer Fachbegriffe verfasst. Wäre auch da das Ziel, eine höhere Ver-

– 61 –

ständigkeit zu schaffen? Könnten Sie mit Blick auf die von uns zu erarbeitenden Handlungsempfehlungen eventuell einige Parameter benennen, welche Art von Schreiben bzw. Information welchen Verständlichkeitsgrad haben sollte?

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Unzufriedenheit und Vertrauensverlust finden oftmals den Ausgang in der Divergenz zwischen der Erwartungshaltung und der Erfüllung einer solchen. Jetzt haben wir von Ihnen vernommen, dass die Erwartungshaltung nicht zuletzt auch durch die Coronakrise gestiegen ist, nachdem sich der Staat im Grunde genommen aller Probleme angenommen hat und im Zweifelsfall dort, wo er Probleme nicht hat lösen können, versucht hat, das mit Geld zu kompensieren. Wie können wir diese erhöhte Erwartungshaltung kompensieren bzw. wieder zurückführen, ohne einen Bruch zu erzeugen?

Vielen Dank.

Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Ich schließe an die Fragen von Herrn Dr. Miller an Herrn Professor Brettschneider an.

Das Thema „Dialogische Bürgerbeteiligung“ zieht sich ein wenig durch die Enquete-kommission hindurch. Wie schaffen wir es, die Menschen in Krisen überhaupt zu beteiligen und sie partizipieren zu lassen? Natürlich kommt es auch immer auf die Krise an. Hätte man beispielsweise während der Coronapandemie eine Bürgerbeteiligung, z. B. ein Bürgerbeteiligungsformat in Form eines Bürgerbeteiligungsportals, organisieren sollen? Hätten Sie dazu eine ganz konkrete Idee? Ich finde, dass das manchmal ein wenig im Konflikt dazu steht, dass wir Orientierung wollen und Vertrauen in die Politik brauchen. Dazu hätte ich gern irgendetwas Greifbareres.

Wir haben uns bereits im zweiten Handlungsfeld überlegt, dass wir die Kommunikation verständlich, barrierefrei, redundant und mehrsprachig gestalten wollen. Da stellt sich mir die Frage: Reicht es, wenn wir die Ministerien, wenn wir die Verwaltung, wenn wir die Politik sensibilisieren und schulen? Ganz konkret: Wie funktioniert es in einem Krisenfall mit der Warnmittel-App? Müssen das Ministerium bzw. die Verwaltung dann jeden Kommunikationsweg noch einmal auf die entsprechende Zielgruppe ausrichten? Was könnten Sie uns dazu noch raten?

Abg. Christiane Staab CDU: Bei mir hat sich tatsächlich noch eine Nachfrage aus der Entscheidungsarchitektur heraus ergeben. Ich sage Ihnen ganz offen, Frau Schwieren: Ich halte das Thema Entscheidungsarchitektur, wie ich es jetzt verstanden habe, für hoch manipulativ; denn es ist eine Architektur, die – so habe ich es verstanden – von außen gebaut wird, indem mir ein Prozess als leicht für meine Entscheidungsfindung dargestellt wird, wodurch möglicherweise – das ist meine Sorge – eine bestimmte Entscheidung auch in eine bestimmte Richtung bewegt werden kann. Einfache Formulare, keine Formulare – einfache Entscheidung. Aber ist es auch die richtige Entscheidung?

– 62 –

Ich widme mich jetzt mal den Fake News aus der Werbung. Dann steht man vor einem Schrank mit lauter Süßigkeiten, und es wird einem suggeriert: Wenn man das kauft, dann ist es die richtige Entscheidung. Dabei denke ich beispielsweise an die Milch-Schnitte. Da wird einem suggeriert: Das ist supergesund für Kinder, da ist Milch drin, da ist gesundes Getreide drin, da sind Proteine drin. Das heißt, mit Fake News wird mir eine Entscheidung sehr leicht gemacht, aber es ist eine falsche Entscheidung für mein Kind.

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann erhält zunächst Frau Professorin Dr. Schwieren das Wort zur Beantwortung der an Sie gerichteten Fragen.

Sv. Frau Dr. Schwieren: Sie haben gefragt, wie manipulativ die Entscheidungsarchitektur ist. Selbstverständlich kann man das als manipulativ bezeichnen. Das Gegenargument lautet: Wir haben natürlich immer eine Entscheidungsarchitektur. Auch wenn wir sie nicht in eine bestimmte Richtung steuern, besteht die Gesellschaft aus Entscheidungsarchitektur. Sie haben gerade das Beispiel mit den Süßigkeiten genannt. Irgendwo sind sie; irgendetwas steht an der Kasse.

Für die Politik ergibt sich daraus die Aufgabe, zu überlegen: In irgendeiner Form werden Menschen immer „manipuliert“, weil ja immer Strukturen da sind. Auf einer meiner Folien stand, dass man Entscheidungsarchitektur auch transparent machen darf. Werbung und Marketing sind ja in gewisser Weise gekennzeichnet. Ihr Beispiel mit den ungesunden Lebensmitteln für Kinder, die einfach zu kaufen sind, ist durch Intransparenz gekennzeichnet, also letztlich sogar teilweise durch Lügen in Bezug auf die Produkte.

Entscheidungsarchitektur ist aber in irgendeiner Form natürlich immer da. Entweder ist das eine die Voreinstellung oder das andere ist die Voreinstellung. Das heißt, Aufgabe der Politik wäre es, die Voreinstellungen so zu wählen, dass Entscheidungen leichter gemacht werden, die, soweit ersichtlich und soweit vernünftig erkennbar, dem Entscheider bzw. der Entscheiderin eher nutzen als schaden, und Transparenz darüber zu wahren, dass selbstverständlich immer irgendeine Form von Entscheidungsarchitektur da ist, und inwieweit bzw. in welche Richtung sie in dem Fall beeinflusst wird. Also: Wir machen es Ihnen leicht, weil wir möchten, dass Sie eine bestimmte Entscheidung treffen. Dann sehe ich sowohl, dass es leicht ist, als auch, dass eine Intention dahintersteht, und ich werde es trotzdem machen, wenn es leicht ist und ich der Überzeugung bin, dass es gut ist.

Sv. Herr Dr. Brettschneider: Zu Herrn Dr. Miller: In der Tat gibt es eine Korrelation zwischen Vertrauen vor der Krise und Vertrauen nach der Krise. Das heißt nicht, wenn in der Krise das Vertrauen besonders hoch ist, dass es vorher auch besonders hoch gewesen ist. Das kann durchaus steigen. Die Frage ist: Steigt es, wenn es vorher niedrig ist? Die Wahrscheinlichkeit dafür ist ziemlich gering. Man braucht also eine bestimmte Basisgröße an Vertrauen vor der Krise, damit dieses Vertrauen in der Krise noch zunehmen kann. Das Vertrauen nimmt dann unter diesen besonderen

– 63 –

Bedingungen zu: Da wird sich jetzt ernsthaft und intensiv mit einem existenziellen Problem auseinandergesetzt, und wir versuchen alle, irgendwie zu einer Lösung zu kommen.

Das war übrigens bei der Gasmangellage ähnlich, eine Krise, von der ich der Meinung bin, dass die in Deutschland ganz gut gemeistert wurde. Das hatte auch etwas mit Vertrauen in Akteure zu tun, in dem Fall vielleicht in die Bundesnetzagentur. Das hatte auch etwas mit der Art der Kommunikation zu tun. Jeder kann etwas beitragen, man sieht die Erfolge, man kann sie messen, und dann entsteht auch ein gewisses Vertrauen.

Sie fragten, ob beispielsweise Bauanträge verständlich sein müssen und ob es – Sie hatten ja präziser gefragt – Zielwerte für verschiedene Textgattungen gibt. Ja, die gibt es. Das sind natürlich auch nur Konventionen, also keine Gesetze, sondern Übereinkünfte. Man hat gesagt: Dann hat man eine größere Chance, dass die Botschaft, die über eine Kommunikationsform vermittelt wird, tatsächlich ankommt. Bei Reden muss es am höchsten sein, weil man nicht noch einmal zurückhören kann. Man hört es, und dann hat man es verstanden oder nicht. Dort sollte schon ein Wert von 16 oder höher erreicht werden. Bei Homepagetexten und E-Mails sehen wir, dass Nutzerinnen und Nutzer sehr schnell wegspringen, wenn sie das nicht sofort verstehen. Dort sollte der Wert plus/minus 14 betragen.

Mit Formularen muss man sich beschäftigen, und zwar meistens dann, wenn man etwas will. Trotzdem wäre es wünschenswert, wenn Formulare einen Wert in der Größenordnung von 12 bis 14 hätten. Das ist durchaus möglich. Selbst Texte, bei denen man denkt, dass der Inhalt so komplex ist, dass das nicht einfacher geht, kann man in diese Richtung optimieren. Wir haben das einmal bei Produktinformationsblättern für hoch komplexe Kapitalanlagen gemacht. Das funktioniert, obwohl sie auch rechtlichen Anforderungen unterliegen.

Unternehmen sind da deutlich weiter als Verwaltung und Politik, weil sie merken, dass sie dadurch Geld sparen. Wir haben einige Studien für Versicherungen gemacht und uns angeschaut, was bei verständlichen bzw. was bei unverständlichen Texten passiert und was der Gewinn für das Unternehmen ist: 30 % weniger Anrufe in den Callcentern, wenn Menschen nicht nachfragen müssen, weil sie es gleich verstanden haben. Genauso ist es bei kommunalen Verwaltungen. Es rufen trotzdem ein paar Menschen an, die reden wollen, aber die Zahl derjenigen, die nachfragen, weil sie es nicht verstanden haben, sinkt, und dadurch spart die Verwaltung viel Geld.

Pressemitteilungen sollten auch in der Größenordnung von 12 liegen. Dort landen überregionale Qualitätszeitungen wie z. B. WELT, „Süddeutsche“ und die FAZ in ihrer Wirtschafts- und Politikberichterstattung. Das sollte man da erreichen.

– 64 –

Damit komme ich zu Ihren Fragen nach der Bürgerbeteiligung. Es ist ziemlich klar, wie schlechte Verfahren aussehen: Man lädt zu irgendeinem unbestimmten Thema ohne eine klare Erwartungsklärung ein, und dann kommt, wer kommt. Man hat eine große Stadthalle angemietet, und darin wird sich ausgetauscht. Meistens sind dann die starken Interessen auch diejenigen, die dort artikulationsstark sind. Man hat dann am Ende in der Regel weder einen Schnitt durch die Gesellschaft noch gesellschaftlich tragfähige Lösungen.

Was sind also gute Verfahren? Es würde jetzt zu lange dauern, das konkret darzustellen, aber ich kann Ihnen einige Eckpunkte nennen. Das wäre zunächst eine Kombination von Verfahren, also das, was Sie mit Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürgern machen, um einen Schnitt der Bevölkerung hinzubekommen und auch die Leisen zu Wort kommen zu lassen, kombiniert mit einer Onlinebeteiligung, sodass sich alle äußern können. Empfehlenswert wäre auch eine möglichst konkrete Aufgabenstellung, also eine möglichst konkrete Frage, die bearbeitet werden soll, und zwar mit einem klaren zeitlichen Horizont. Dabei sollte allerdings auch Klarheit dahin gehend bestehen, dass die Bürgerbeteiligung nicht dazu dient, dass eine Entscheidung getroffen wird, sondern dass dadurch eine Entscheidung vorbereitet wird. Damit sind wir wieder beim Erwartungsmanagement. Das Ganze sollte mit einer guten, verständlichen Experten-Input-Phase verbunden sein, in der den Menschen das Wissen, das sie benötigen, um Dinge nachvollziehen und zu einer Einschätzung gelangen zu können, dann auch geboten wird.

Ich fand die Idee mit dem Coronabürgerforum gar nicht so schlecht. Vielleicht kam es ein bisschen spät; man hätte es durchaus noch früher machen können. Aber so, wie ich es mitbekommen habe, hat es gut geholfen, um einschätzen zu können, wie die Stimmung in der Bevölkerung im Hinblick auf ein weiteres Beibehalten von Maßnahmen des Teams „Vorsicht“ oder aber auf ein schnelles Lockern ist. Die größte Herausforderung besteht dabei allerdings darin, die Anschlusskommunikation hinzubekommen. Da sitzen 60 Leute, tauschen sich aus, haben eine Steigerung der Selbstwirksamkeit, aber wer bekommt es mit? Dieses Weitertragen in die Gesellschaft ist dabei eigentlich das Schwierigste.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Brettschneider. – Dann erteile ich jetzt Frau Professorin Dr. Bader das Wort.

Sv. Frau Dr. Bader: Bin ich überhaupt noch etwas gefragt worden? Ich glaube, eigentlich nicht.

Vorsitzender Alexander Salomon: Sie müssen nicht, Sie können sich aber immer äußern, auch wenn Ihnen keine Fragen gestellt wurden.

Sv. Frau Dr. Bader: Ich hatte eigentlich keine Frage gehört, die jetzt an mich gerichtet war, und nicht vernommen, dass Konkretisierungen meiner Ausführungen gewünscht seien.

– 65 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Wunderbar. – Damit sind wir am Ende dieser Fragerunde angelangt, es sei denn, es hat sich jetzt jemand noch eine spontane Nachfrage überlegt. – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann danken wir Ihnen, Frau Professorin Dr. Schwieren, Herr Professor Dr. Brettschneider und Frau Professorin Dr. Bader, vielmals dafür, dass Sie uns Rede und Antwort gestanden haben und dass Sie die Enquetekommission sehr bereichert haben. Wir werden sicherlich noch ein bisschen an Ihren Beiträgen zu knabbern haben, auch im Abschlussbericht hinsichtlich der Handlungsempfehlungen.

Auch für Sie gilt das, was ich vorhin gesagt habe: Wenn Sie noch Hinweise an uns haben, dann richten Sie sie bitte gern an uns. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass im Nachgang einzelne Fraktionen oder einzelne Mitglieder der Enquetekommission noch einmal auf Sie zukommen. Wir wären Ihnen sicherlich dankbar, wenn Sie vielleicht noch ein, zwei Antworten für uns hätten.

Ansonsten wünsche ich Ihnen weiterhin einen schönen Tag und schon einmal ein schönes Wochenende. Sie haben die Möglichkeit, uns jetzt zu verlassen und den Tag vielleicht woanders zu genießen.

Wir machen jetzt eine Mittagspause bis 14:30 Uhr und fahren dann direkt nach der Pause mit dem öffentlichen Teil fort. Das heißt, wir treffen uns um 14:30 Uhr wieder. Ich wünsche Ihnen einen schönen Mittag.

(Beifall – Unterbrechung der Sitzung von 13:00 Uhr bis 14:30 Uhr)

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann darf ich Sie alle nach der Mittagspause gestärkt und mit neuer Tatkraft recht herzlich begrüßen.

Wir fahren in der öffentlichen Anhörung zum Thema „Kommunikation und Resilienz der Bürgerinnen und Bürger“ mit Frau Hammoud fort. Sie ist Vorsitzende des Arabischen Hauses e. V. in Mannheim, Migrationsbeirätin der Stadt Mannheim und Vorstandsmitglied des Internationalen Frauentreffs Jungbusch in Mannheim. – Sie haben jetzt 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Hammoud: Vielen Dank. – Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Salomon! Danke schön für die Einladung. Ich bin ein bisschen aufgeregt. Ich bin ein praktischer Mensch. Ich arbeite in Projekten. Ich praktiziere und rede wenig. Ich werde Ihnen heute einen Überblick über meine Arbeit geben, Ihnen zeigen, was ich mache, und werde darstellen, warum die Veranstaltungen, die ich gemacht habe, erfolgreich sind.

– 66 –

Bevor ich anfangen möchte, möchte ich mich vorstellen. Mein Name ist Fouzia Hammoud. Ich bin Mitglied im Migrationsbeirat. Ich habe zwei Kinder. Es war eine Herausforderung für eine Mutter mit Migrationshintergrund und die wenig Erfahrung hatte, als sie hierhergekommen ist. Mein Vater ist Gastarbeiter. Ich arbeite in der Volkshochschule als Multiplikatorin und Dozentin. Ich betreue auch verschiedene Projekte für Vielfalt und Zusammenleben in Mannheim.

Auf diesem Bild sehen wir das Interkulturelle Frühstück. Das ist eine Veranstaltung, die ich vor Corona viele Jahre lang gemacht habe. Bei der Veranstaltung „Interkulturelles Frühstück“ sind verschiedene Vereine und verschiedene Kulturen dabei. Wir haben jetzt mit interkulturellen Modenschauen angefangen.

Wie Sie sehen, machen wir auch die Veranstaltung „Vielfalt viel Wert“ im Rahmen des Flüchtlingsfonds. Ukrainer, Marokkaner, Tunesier und Algerier – alle Sprachen waren vertreten.

Es gibt auch Veranstaltungen wie „Miteinander – Füreinander“ mit Kindern. Dort sind alle Gruppen dabei. Ich versuche, die Veranstaltungen gemütlicher zu machen, um die Menschen zu motivieren, sich auszudrücken und zu sagen, was ihnen passt bzw. was nicht passt. Ich verstehe diese Menschen und weiß genau, was sie brauchen. Sie brauchen keine Informationsveranstaltungen mit Referaten usw., sondern sie wollen einfach erst einmal ankommen. Deswegen machen wir solche Veranstaltungen.

Die Menschen kommen zusammen, essen gemeinsam, diskutieren miteinander und kommen in Kontakt. Es haben sich auch viele Freundschaften entwickelt. Sie haben auch gegenseitig Paten gefunden, beispielsweise für die Begleitung zu Behörden usw.

Einmal im Monat machen wir ein Kochseminar mit verschiedenen Gruppen. Jedes Mal kocht jemand anderes. Liebe geht bekanntlich auch durch den Magen.

Für mich war es schwer, vor Menschen zu stehen und zu reden. Ich habe auch mit dem Theaterspielen angefangen, damit ich lerne, frei zu sprechen.

Auf dieser Folie sehen Sie eine bekannte Theatergruppe aus Marokko, die wir geholt haben, damit die Menschen auch kommen und wir unsere Zielgruppe erreichen.

Es gibt auch eine Veranstaltung „Herkunft – Ankunft – Zukunft“. Dabei geht es um verschiedene Themen, beispielsweise um Vorurteile, Rassismus usw.

Diese Veranstaltung haben wir vor Kurzem durchgeführt. Wie man sieht, war viel Publikum bei uns.

– 67 –

Wir haben auch eine Veranstaltung im Rahmen eines Ferienprogramms mit Frauen und Jugendlichen gemacht. Wir haben die Frauen angesprochen und sie gefragt, was ihnen wichtig ist. Sie haben dann selbst verschiedene Punkte aufgeschrieben: Respekt, Sicherheit, Vielfalt, Zufriedenheit. Das sind die Themen, die von den Frauen, die wir betreuen, angesprochen wurden. Dabei geht es auch um Themen wie Rassismus usw.

Wir machen das im Programm miteinander, damit wir Vertrauen gewinnen und damit die Menschen keine Hemmungen haben, wenn sie zu uns kommen.

Auf dieser Folie sehen Sie ein Bild eines Programms, das von Frankreich und Mannheim gemeinsam durchgeführt wird: ein Kochprojekt.

Früher, vor Corona, habe ich auch Arabischunterricht gegeben. Es ist schade, dass ich das wegen Corona nicht weitermachen konnte, weil es wegen der Räume und der Fachkräfte schwierig war. Wir haben nur wenige Lehrer, die unterrichten. Deshalb haben wir jetzt einfach pausiert.

Wir machen auch interkulturelle Modenschauen mit Frauen aus verschiedenen Ländern. Wenn wir die Menschen auf die Bühne stellen, können wir durch Trachten Botschaften vermitteln.

Auf dieser Folie sehen Sie unseren Neujahrsempfang vom Januar 2022. Dort waren Menschen aus verschiedenen Städten – teilweise sind sie extra aus Holland oder Frankreich gekommen –, um mit uns dieses Erlebnis zu haben.

Das ist ein Beispiel für Zufriedenheit. Auf dieser Folie sehen Sie Menschen bei unserem Interkulturellen Frühstück. Sie kommen immer gern und schreiben mich an, wann die nächste Veranstaltung ist. Sie freuen sich, mit uns zusammen zu sein.

Auf dieser Folie sehen Sie eine erfolgreiche Patenschaft. Die Menschen kommen zusammen und verstehen sich. Es ist uns im Internationalen Frauentreff sehr wichtig, dass die Menschen ankommen und ihre Kultur hier leben können.

Die Probleme, die auf dieser Folie aufgeführt sind, habe ich selbst und mit meinen Leuten durchgemacht. Ich habe hier in Deutschland viele Erfahrungen – sowohl negative als auch positive – gemacht. Ich bin seit 22 Jahren in Deutschland. Ich habe in Marokko Germanistik studiert. Trotzdem fiel es mir manchmal schwer, hier einzusteigen. Früher hatten wir nur wenige Möglichkeiten. Wir hatten keinen Zugang zu Netzwerken oder Ähnlichem. Ich habe dann versucht, alles selbst zu machen. Ich bin in Vereinen aktiv geworden, damit ich meine Sprachkenntnisse noch verbessern kann. Ich habe Germanistik studiert, aber die Sprachkenntnisse haben nicht ausgereicht, um mit anderen besser in Kontakt zu kommen.

– 68 –

Mütter mit Kindern – ich selbst bin alleinerziehende Mutter –: Ich habe viele Probleme damit, meine Töchter weiterzubringen, damit sie nicht nur einen Realschul- oder Hauptschulabschluss machen. Ich musste darum kämpfen, dass sie das Abitur machen.

Die Kommunikation zwischen den Behörden war nicht einfach. Das weiß ich aus meiner Begleitung und meiner Tätigkeit als Übersetzerin. Jede Behörde arbeitet für sich allein und weiß nicht, was die andere macht. Das Jobcenter weiß nicht, was das Arbeitsamt macht. Das Arbeitsamt weiß nicht, was die Ausländerbehörde macht. Ich bin da in verschiedenen Bereichen aktiv und versuche, das weiterzuvermitteln und es den Menschen in einfacher Sprache zu erklären.

Es gab auch Sprachbarrieren. Auch wenn die Menschen für die Deutschprüfung B1 lernen, werden sie nicht perfekt Deutsch sprechen. Deshalb können sie nicht in Arbeit kommen. Aber auch dann, wenn sie in Arbeit kommen, fällt es ihnen schwer.

Auch kulturelle Unterschiede stellen immer ein Problem dar.

Wir erleben auch Diskriminierung und Vorurteile. Ich habe das auch vielfach erlebt, beispielsweise durch die Polizei. Wir wurden einmal während der Coronapandemie kontrolliert. Ich habe die Polizisten gefragt, warum sie die Menschen kontrollieren, die sich an die Regeln halten. Daraufhin sollte ich meinen Ausweis zeigen. Als ich meinen Ausweis zeigte, wurde ich gefragt: „Woher kommen Sie?“ In meinem Ausweis steht, ich bin Deutsche. Trotzdem sollte ich sagen, woher ich komme. Das finde ich nicht richtig. Hauptsache, ich mache hier meine Arbeit. Ich bin viele Jahre ehrenamtlich engagiert. Man muss diese Vorurteile abbauen.

Es gibt auch Wohnungsprobleme. Wenn jemand keine Wohnung hat, hat er zu vielen Dingen keinen Zugang.

Eine mangelnde Bildung und mangelnde berufliche Fähigkeiten sind ebenfalls ein Problem. Viele Menschen haben zwar wenig Bildung, wollen aber weiterkommen. Das Bildungssystem ist kompliziert. Ich bin als Multiplikatorin geschult, aber ich habe sehr lange gebraucht, um das System besser kennenzulernen.

Die Arbeitsmarktintegration, das heißt, die Eingliederung in den Arbeitsmarkt, ist oft sehr schwierig und stellt für viele eine Herausforderung dar. Sie brauchen gute Sprachkenntnisse. Für eine Ausbildung als Erzieherin wird ein B2- bzw. C1-Zertifikat gefordert. Wenn sie ihre Ausbildung beginnen, müssen sie Protokolle und Berichte selbst schreiben. Dafür fehlen ihnen häufig die Schriftkenntnisse in deutscher Sprache. Das fällt schwer.

Damit komme ich zu meinen Empfehlungen:

– 69 –

Zunächst empfehle ich, die Mehrsprachigkeit zu fördern, beispielsweise in Schul-AGs für Arabisch oder für andere Sprachen. In Mannheim gibt es beispielsweise viele Menschen türkischer oder arabischer Abstammung. Man kann Arabisch anbieten. Dann können die Menschen, die ein Sozialstudium machen, später auch Sozialberatung in mehreren Sprachen machen. Bei uns in Marokko haben wir z. B. Spanisch und Französisch. Meine zweite Sprache ist Französisch. Ich habe Deutsch als dritte Sprache gelernt. Aber hier sprechen viele Menschen nur Deutsch. Deswegen ist es für viele ein großes Problem.

Eine weitere Empfehlung lautet Bildungsförderung. In der Bildung gibt es keine Förderung. Viele Mütter von Schülerinnen und Schülern haben nichts zu tun. Diese Mütter kann man einsetzen, um Kinder in der zweiten oder dritten Klasse beim Schreiben, beim Lesen usw. zu unterstützen.

Außerdem sollte ein kultureller Austausch erfolgen. Man kann auch Veranstaltungen anbieten, wo die Menschen miteinander in Kontakt kommen. Man kann auch in einfacher Sprache kommunizieren, sodass sich die Menschen gegenseitig verstehen. Wenn ich eine Veranstaltung besuche, wo ich die Sprache nicht gut kenne, frage ich mich, was ich dort machen soll. Genauso geht es den Müttern, die zu Elternabenden gehen und die Sprache nicht verstehen. Man muss die Menschen motivieren, damit sie trotzdem zusammenkommen.

Weiterhin sollte eine interkulturelle Sensibilisierung stattfinden. Das heißt, man muss die Menschen sensibilisieren, wie die Kulturen der anderen Gruppen sind. Ich respektiere die anderen, und die müssen mich auch respektieren. Das heißt, Integration ist keine Einbahnstraße. Wir müssen zusammenarbeiten, damit wir unser Ziel erreichen.

Menschen, die die Gesetze hier in Deutschland nicht verstehen, werden nicht weiterkommen. Sie brauchen also rechtliche Unterstützung. Sie werden Zeit brauchen, um ihre Aufenthaltserlaubnis zu bekommen, um hier integriert zu werden und einen Arbeitsplatz oder einen Ausbildungsplatz zu finden. Auch während der Coronapandemie habe ich entsprechende Erfahrungen gemacht. Als die Geflüchteten aus der Ukraine gekommen sind, habe ich eine Whatsapp-Gruppe gegründet. Mütter, Kinder – alle sind in dieser Gruppe. Ich habe versucht, Onlineveranstaltungen in ihrer Muttersprache zu organisieren, um ihnen die für sie geltenden Gesetze zu erklären, damit sie wissen, welches ihre Pflichten und ihre Rechte sind. Man muss ihnen einfach sagen, dass, wenn sie in Deutschland bleiben wollen, sie die deutsche Sprache sprechen und sich an die Regeln halten müssen.

Eine weitere Empfehlung betrifft die politische Teilhabe. Alle Menschen sollten Zugang zu politischer Teilhabe erhalten. Ich habe in der Volkshochschule eine Veranstaltung zu symbolischen Wahlen gemacht. Alle Menschen kommen zu mir und sagen mir, sie wissen nicht, wen sie wählen sollen. Sie wissen auch nicht, was die Abkürzungen der Parteien bedeuten. Jemand hat zu mir gesagt: „Wir wählen, was Sie

– 70 –

wählen.“ Ich habe gesagt: „Nein, Sie müssen selbst wählen, nicht ich.“ Die wussten gar nicht, was sie wählen sollen. Ihnen muss in Sprachkursen oder in der Schule auch erklärt werden, was die Parteien machen. Ich habe das selbst gemacht, indem ich eine Reise für Ehrenamtliche nach Stuttgart organisiert habe. Vielen Dank an Susanne Aschhoff, die uns eingeladen hatte. Wir haben auch eine Reise zum Bundestag gemacht. Wir haben auch gehört, was die Paten machen. Die Menschen sind jetzt sensibilisiert und wissen nun, was die Politiker machen. Vielleicht weckt es auch Interesse bei ihnen, sich eines Tages politisch zu engagieren oder Menschen zu motivieren, wählen zu gehen.

Es sollte Wohnraum geschaffen werden. Außerdem sollte eine langfristige Unterstützung erfolgen. Beispielsweise sollten Projekte unterstützt werden, die Sinn machen. Nachdem ich nach Deutschland gekommen war, habe ich eine dreijährige Aus- und Weiterbildung als Multiplikatorin gemacht. Ich habe gesehen: Die Sprache allein reicht nicht. Auch andere Themen sind wichtig für die Integration, z. B. Schulsystem, Anerkennung, Krebsvorsorge, Gesundheitssystem. Ich bin in diesen Bereichen geschult worden. Nach drei Jahren ist das Projekt beendet worden. Wir sind gut geschult und können in Kursen alles anbieten, aber dann gab es kein entsprechendes Projekt mehr. Dann kam ein anderes Projekt, das zwar ähnlich war, aber ich würde es begrüßen, wenn solche Projekte vier oder sechs Jahre lang laufen, weil viele Menschen, die hier herkommen, ein bisschen Unterstützung brauchen.

Weiterhin empfehle ich eine frühzeitige Intervention und Aufklärung, z. B. in Flüchtlingsunterkünften. Die Menschen dort wissen nicht, was Integration ist. Eine sagte z. B.: „Wenn ich im Fitnessstudio bin, dann bin ich integriert.“ Den Menschen muss in mehreren Sprachen vermittelt werden, was die Regeln und die Gesetze in Deutschland sind. Wenn jemand mit der Bahn schwarzfährt, dann muss er ein Bußgeld zahlen. Das wird dann in sein Register eingetragen. Die Menschen müssen die Regeln verstehen, um sie einhalten zu können. Ich dolmetsche dort, aber manchmal sage ich, auch wenn es wehtut, meine Meinung und sage, dass man so etwas nicht machen darf. In Deutschland gelten nun einmal andere Regeln als in den Heimatländern.

Es ist wichtig, dass wir alle, also die Vereine, die Politiker und die Menschen, um die es geht, zusammenarbeiten. Dann werden wir unsere Ziele erreichen.

Mir liegt es am Herzen, dass Projekte wie die Schulung zur Integrationsmanagerin bzw. zum Integrationsmanager oder zur Multiplikatorin bzw. zum Multiplikator weiterhin unterstützt werden. Auch Vereine sollten unterstützt werden. Die Vereine spielen eine wichtige Rolle, weil es sie bereits gibt. In den Vereinen gibt es Menschen, die sprachlich fit sind, und zwar sowohl schriftlich als auch mündlich. Deshalb sollten wir die Vereine nutzen und weiter unterstützen.

In Mannheim habe ich zwar überall Räume, aber ich habe das Problem, dass ich keine eigenen Räume habe. Die Leute fragen mich, wo ich arbeite. Ich arbeite bei

– 71 –

mir zu Hause. Der Verein ist bei mir angemeldet, weil wir keine eigenen Räume haben. Ich habe überall Räume, wo wir uns treffen können. Aber die Menschen, die Sozialberatung oder Aufklärung benötigen, brauchen einen Ort, zu dem sie kommen können, um sich beraten lassen zu lassen und Unterstützung zu bekommen.

Es gibt noch viele weitere Themen, die ich persönlich wichtig finde. Ich habe viele Erfahrungen gemacht, mit Gewalt, mit allem. Ich könnte die Menschen unterstützen. Für viele Frauen bin ich eine Anlaufstelle, weil ich die gleiche Sprache spreche wie sie. Ich verstehe die Kulturen sehr gut. Ich weiß genau, was sie brauchen. Die Begegnungen und die „Vielfalt-Veranstaltungen“ helfen, um Hemmungen und Ängste abzubauen. Ich würde es begrüßen, wenn die Politiker auch mit den Menschen sprechen würden, und zwar das ganze Jahr über und nicht nur vor Wahlen. Man sollte miteinander an einem Strang ziehen. Projekte, die nicht viel Sinn machen, sollten nicht weiterfinanziert werden. Allerdings gibt es viele Projekte, die es verdienen, weiterhin unterstützt zu werden und nicht nur für eine kurze Phase. Das weiß ich, weil ich auch Vorstandsmitglied im „The African Network of Germany“ bin.

Wie kommuniziere ich mit meinen Leuten? Ich habe viele Whatsapp-Gruppen und habe in jeder Gruppe 500 Menschen aus ganz Deutschland, die ich berate. Ich lerne davon, und ich bringe ihnen etwas bei. Wenn die Leute von ihren Erfahrungen berichten, bitte ich sie, positive Erfahrungen, die sie gemacht haben, auch in der Gruppe zu berichten, damit die anderen erfahren, was sie erlebt haben. Das ist wie eine Selbsthilfegruppe für alle. Auch Facebook ist eine gute Kommunikationsplattform. Multiplikatoren und Vertrauenspersonen sind Botschafter für alle. Wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir auch die richtigen Personen finden. Ich habe sehr viele Jahre gebraucht, um das Vertrauen der Menschen zu gewinnen, dass sie wissen: Diese Frau setzt sich niederschwellig für uns ein. Meine Sprache ist eine einfache Sprache. Ich bin Deutsche, ich bin Marokkanerin. Ich bin für alle da. Ich bin stolz, hier zu sein. Deutschland ist meine zweite Heimat. Meine Kinder sind hier geboren. Meine Kinder studieren hier. Ich möchte, dass dabei etwas Gutes herauskommt. Ich habe auch den Wunsch, dass sie weiterhin ihre Muttersprache sprechen. Vielleicht wollen die Kinder eines Tages woandershin gehen. Wenn wir nur Deutsch können, können wir nicht woanders arbeiten.

Während unsere Löhne noch dieselben sind, ist alles teurer geworden. Man kann sich vieles nicht mehr leisten. Ich versuche, für meine Töchter und mich alles allein zu machen. Ich bekomme keinen Unterhalt, sondern mache alles selbst, solange ich noch gesund bin und arbeiten kann. Ich muss auch Vorbild für meine Töchter sein, damit sie eines Tages stolz auf ihre Mama sind.

Danke schön.

(Beifall)

– 72 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Hammoud. – Als Nächste spricht Frau Rudolph-Zeller. Sie ist Leiterin der Evangelischen TelefonSeelsorge e. V. in Stuttgart und Verantwortliche in der Landesarbeitsgemeinschaft TelefonSeelsorge Baden-Württemberg. Sie haben die Möglichkeit, uns 20 Minuten lang in die Thematik einzuführen. Danach gehen wir in die Fragerunde.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Rudolph-Zeller: Vielen Dank für die Einladung. – Ich leite die Evangelische TelefonSeelsorge in Stuttgart, spreche hier aber für die Landesarbeitsgemeinschaft TelefonSeelsorge Baden-Württemberg. Das heißt, ich spreche für mehr als 1 000 Ehrenamtliche, die pro Jahr insgesamt ungefähr 150 000 Kontakte mit Menschen in Not haben.

Wir TelefonSeelsorgen haben unser Ohr dicht an den Menschen und hören von ihren Problemen. Sie haben mich eingeladen, um unsere Erfahrungen und unsere Perspektive auf die Gesellschaft nach und in den Krisen aufzuzeigen und Schlüsse auf kommende und aktuelle Krisen zu ziehen. Diesem Wunsch möchte ich in den folgenden Schritten gern nachkommen. Ich möchte damit beginnen, die Bedürfnisse der Menschen in Krisen zu benennen. Dann werde ich Ihnen einen Einblick in unsere Strukturen geben und Ihnen die Menschen näherbringen, die in diesem herausfordernden Ehrenamt tätig sind. Danach möchte ich mit Ihnen einen kurzen Rückblick auf die Pandemie werfen. Alle Kontakte bei uns werden statistisch erfasst. So lassen sich aus persönlichen Lebensberichten der Menschen Fakten, also Zahlen, generieren. Ich werde am Schluss unsere Schlüsse aus den Ergebnissen der Erhebung ziehen und konkrete Empfehlungen für eine Stärkung und Wappnung der Gesellschaft bei kommenden Krisen anschließen.

Ich möchte bei den Menschen anfangen, also bei den Menschen in Krisen. Wie ergeht es ihnen, und was brauchen sie? Dazu möchte ich Sie bitten, sich kurz zu erinnern – so lange ist es ja noch gar nicht her –: Wie ging es Ihnen am Anfang der Pandemie? Welche Gefühle tauchten da auf? Wie war das, bevor wir den Impfstoff hatten und bevor wir ihn überhaupt zugänglich hatten? In dieser Hochzeit ging es allen Menschen erst einmal gleich. Die Bedrohlichkeit der Krise, die Ungewissheit macht Angst. Alle Menschen haben das weltweit erlebt.

Die Angstgefühle müssen bewältigt werden, und das gelingt individuell besser oder eben auch schlechter. Von Panikgefühlen bis Abspaltung und Verleugnung des Risikos kann alles auftreten. Je größer die Krise, umso größer die Hilflosigkeit des Einzelnen. „Ich kann sowieso nichts ändern“ ist eine depressive Haltung und Gefühlslage. Menschen, die sich so fühlen, gehen oft in den Rückzug in ihr Zuhause, ins Homeoffice, in die Bubble. Und sind Menschen schon belastet, also vulnerabel, dann ist die Bewältigung der Gefühle, die Krisen auslösen, noch schwerer.

– 73 –

Es ist also so: Globale Krisen werden zu persönlichen Krisen. Unsere Erfahrung: In persönlichen Krisen brauchen die Menschen erst einmal einen anderen Menschen zum Sprechen, und zwar keinen Arzt bzw. keine Ärztin, keinen Fachmenschen, sondern einfach einen anderen Menschen. Das haben Sie vermutlich in diesen schwierigen Zeiten, die hinter uns liegen, auch so erlebt: Sprechen hilft. Unsere tägliche Erfahrung: Reden beruhigt und stabilisiert. Beim Mitteilen orientiert sich die betroffene Person, beruhigt sich, es finden sich Lösungen und Perspektiven, und die Person erlebt sich wieder handlungsfähig. Die positive Erfahrung, empathisch angenommen zu werden, erleichtert nächste Schritte aus dem Rückzug heraus. Ressourcen werden aktiviert, und ein Selbstreflexionsprozess startet.

Was brauchen Menschen in Krisen noch? Menschen finden sich im Helfersystem oft nicht gut zurecht. Psychiatrie, Psychoanalyse, Verhaltenstherapie – ja, wo bin ich denn richtig mit meinem Problem? Oder ist mein Problem überhaupt so groß? Bei diesen Fragen ist eine Internetrecherche nicht wirklich erfolgreich.

Ein weiterer Punkt: Wie gut erreichbar ist der Zugang zu weiterführenden Hilfen? Die Hürde zur medizinischen Regelversorgung ist für manche Menschen hoch. Ganz klar: je niederschwelliger, desto besser.

Um offen über die belastenden Gefühle oder Situationen zu sprechen, braucht es einen Vertrauensvorschuss und einen glaubhaft geschützten Raum. Wir leben im digitalen Zeitalter, und Kommunikation findet über die unterschiedlichsten Medien statt. So kommunizieren verschiedene Altersgruppen eben auch in Krisen mit verschiedenen Medien.

Ich möchte Sie nun in unsere Struktur einführen. Wir sammeln und machen unsere Erfahrungen an 13 Stellen in ganz Baden-Württemberg. Wir sind flächendeckend von Stadt und Land aus gut erreichbar, und wir kennen das regionale System gut.

Telefonseelsorge klingt erst einmal altmodisch. Das ist sie auch. Die TelefonSeelsorgen sind mehr als 60 Jahre alt. Gleichwohl sind wir digital auf dem neuesten Stand und bieten neben Telefonberatung auch Chat- und Mailberatung an. Es gibt die App „KrisenKompass“ der TelefonSeelsorge, die speziell für Menschen in suizidalen Krisen und für Angehörige von Menschen in suizidalen Krisen, entwickelt wurde. Außerdem prüfen wir im Moment einen sicheren Messengerdienst.

Hier kurz ein paar Zahlen, die beeindruckend sind. Aber ich möchte Sie nicht allzu lange mit Zahlen anstrengen. In Baden-Württemberg sind aktuell 1 101 Ehrenamtliche bei der TelefonSeelsorge rund um die Uhr engagiert. Im Jahr 2022 haben wir 138 169 Gespräche geführt, ca. 7 500 Chats geführt und in 4 874 Mailkontakten gestanden. Wir haben also mit unglaublich vielen Menschen Kontakt, die sich an uns wenden. Sie müssen sich vorstellen: Wenn wir freischalten, dauert es keine zwei Sekunden, bis das Telefon klingelt. Wenn wir einen Chat einstellen, dann ist er innerhalb von zwei bis drei Minuten belegt, egal, ob nachts oder tags.

– 74 –

Deshalb können wir über unseren Dienst mit Fug und Recht sagen: Unsere Ohren sind fein. Wir hören früh von gesellschaftlichen Entwicklungen und kritischen Themen. Kostenlos, anonym und rund um die Uhr für Menschen in Not da zu sein, stellt eine Niederschwelligkeit dar, die die Kontaktaufnahme zu uns massiv erleichtert. Wir sind oft vorgelagert, bevor Menschen überhaupt in Kontakt gehen. Oft haben sie noch gar keinen Kontakt zu dem strukturellen und öffentlichen System, oder das System ist am Rande. 38 % aller Ratsuchenden, also aller Menschen, die sich bei uns melden, sagen selbst von sich, dass sie eine psychiatrische Diagnose haben. Die Zahlen steigen jährlich. Man kann sagen, dass die Zahl der Menschen, die innerhalb dieser Randgruppe nicht gut angebunden sind, jedes Jahr um 1 % steigt.

Die Kontaktmöglichkeiten außerhalb der Regelzeiten entlasten das therapeutische System. Wir bekommen viele Anrufe am Wochenende, auch von Einrichtungen, aus den Einrichtungen heraus. Da ist einfach nichts los, und der Redebedarf oder auch die Krise, also die psychische Krise, ist in dem Moment da.

Menschen treten mit uns in ihrer Not in Kontakt, und oftmals spielen Sinnfragen eine Rolle. Glaubensfragen tauchen auf, treten aber nicht in den Vordergrund. Wir gehören zur allgemeinen Daseinsvorsorge und sind ein Schnittstellendienst, indem wir wirklich für alle da sind. Diese Nummer ist also frei zugänglich. Jeder kann sie wählen, egal, welchen Alters, Geschlechts, Status oder – vor allem –: mit welchem persönlichen Problem. Es bedarf keiner Versichertenkarte, keiner Diagnose oder irgendeiner anderen Zugangsvoraussetzung.

Ich möchte Ihnen ganz kurz noch einen Einblick in eine Schicht bei uns geben, die so oder so ähnlich täglich passiert: Zuerst eine Elfjährige am Telefon, weinend. Das Familiengericht hat den mütterlichen Umgang ausgesetzt. Sie lebt beim alleinerziehenden Vater und vermisst die Mutter. Danach eine ältere Frau in prekärer Lage, die sich mit dem Verkauf von Zeitungen auf der Straße über Wasser hält. Ihr folgt ein Anruf eines 45-jährigen Firmeninhabers, der nicht weiß, wie er die Gehälter im nächsten Monat auszahlen soll. Danach berichtet im Chat eine junge Frau von mit einer Rasierklinge selbst zugefügten Verletzungen.

Uns gibt es seit mehr als 60 Jahren. Das heißt, die TelefonSeelsorge ist in der Bürgerschaft angekommen. Die Telefonnummer ist frei zugänglich. Jede und jeder kennt die TelefonSeelsorge, und das Vertrauen in uns ist groß. Das schätzen wir auch sehr.

Ich möchte Ihnen kurz die Menschen, die diesen herausfordernden Dienst rund um die Uhr leisten, vorstellen. Das sind engagierte Bürgerinnen und Bürger zwischen 27 und 75 Lebensjahren. Sie können sich bewerben und erhalten eine intensive Ausbildung. Es dauert allein ein ganzes Ausbildungsjahr, bis zum ersten Mal der Telefonhörer in die Hand genommen wird. Das zweite Ausbildungsjahr stellt eine weitere intensive Begleitung da. Insgesamt sind es 300 Stunden.

– 75 –

Inhalt der Ausbildung ist eine gesprächstherapeutische Basisausbildung und die Vermittlung fundierten Wissens über psychische Krisen und Erkrankungen. Zu unseren Qualitätsstandards zählt, dass wir regelmäßig Fortbildungsangebote machen und dass eine Supervisionsgruppe besucht wird. Wir haben es hier mit einer qualifizierten Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern zu tun, die selbst resilient und auch selbstreflektiert ist und Wissen über psychische Krisen besitzt, was weit in die Gesellschaft hinein Wirkung hat.

Nun stellen sich die folgenden Fragen: Wer meldet sich bei der TelefonSeelsorge? Mit welchen Themen? Wer nutzt welches Medium? Sie können in dieser Grafik sehen, dass mehr als 50 % der Menschen, die zum Telefonhörer greifen, älter als 50 Jahre alt sind.

Die Chatnutzer sind jung, bis zum 30. Lebensjahr. Auch hier sind es mehr als über 50 %. Menschen zwischen 20 und 40 Jahren nutzen die Mailberatung, um über ihre Probleme mit uns in Kontakt zu kommen. Dies entspricht dem aktuellen Medienverhalten in unserer Gesellschaft.

Das sind die Hauptthemen der Menschen, die sich ans uns wenden: Einsamkeit – nicht erstaunlich – erleben vor allem die Älteren, die betagten Menschen. Im höheren Alter sind Kontakte weggebrochen. Die Beweglichkeit ist eingeschränkt, der Radius ist verkleinert, und oft ist da wirklich einfach niemand mehr.

Wenn Sie sich die Zahlen beim Chat anschauen, ist der Grund Einsamkeit immer noch erschreckend hoch. Das betrifft – auch pandemiebedingt – vor allem junge Menschen. Die Lockdowns haben bei vielen jungen Menschen soziale Verunsicherung und Rückzug bewirkt. Aber auch mitten im Leben – schauen Sie sich auch noch die Zahlen beim Mailkontakt an – erleben Menschen oft Einsamkeitsgefühle. Der soziale Druck in dieser Lebensphase ist hoch. Da sind schon andere, aber wie es einem wirklich – hinter der Fassade – geht, das weiß niemand. Wir hören bzw. lesen ganz oft, dass man zum ersten Mal darüber spreche oder schreibe.

Über Angst haben wir schon gesprochen. Die Zahl der Menschen, die unter Angstgefühlen leiden, ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Wir erleben es immer noch als sehr präsent: Krieg in Europa. Keiner weiß, wo da die Reise hingeht. Es ist wie ein Grundton, der sich im Moment durchzieht. Sind die Menschen bei dem Thema Angst schon vulnerabel, dann setzt sich da noch mal eins obendrauf und potenziert sich.

Viele Menschen berichten uns von depressiven Reaktionen, Hoffnungslosigkeit, Antriebslosigkeit, Perspektivlosigkeit. Das sind genannte Symptome, und die können auch in suizidale Gedanken münden. Suizidprävention ist eine der Hauptaufgaben der TelefonSeelsorge. Weitere Themen sind Stress, Krankheit, Behinderung, familiäre Konflikte, Sucht, Selbstbildstörungen und Trauer.

– 76 –

Ich möchte mit Ihnen kurz einen Rückblick auf unsere Erfahrungen während der Coronapandemie werfen. Die TelefonSeelsorge war optimal für die Krise aufgestellt in puncto Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit und vor allem über unsere Medien. Alle Face-to-Face-Systeme erlebten ja erst einmal einen Breakdown. Die TelefonSeelsorge war durchgängig, rund um die Uhr erreichbar. Auch während der Lockdown-Phasen konnten unsere Räumlichkeiten mit Passierscheinen erreicht werden und konnten wir für die Menschen da sein.

Wie kann nun die Resilienz der Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden? Persönliche Krisen sind der Nährboden für die nächste Krise. Einsamkeit hat Krisenpotenzial in unserer Gesellschaft. Wenn Menschen Kontakt und Austausch haben, dann verhindert dies Spaltungstendenzen, und Bindungskräfte werden gestärkt. Stabilisierend wirkt es, wenn das Grundbedürfnis des Menschen und von allen Menschen nach erreichbarbarem menschlichen Kontakt befriedigend erlebt wird. Sprachlosigkeit und Rückzug kann zur Radikalisierung führen. Wenn Menschen jemanden zum Sprechen haben, dann erhöht sich die psychische Stabilität. Mit dem eigentlich simplen Angebot der TelefonSeelsorge, nämlich zuzuhören, tragen wir dazu bei, dass es Menschen gelingt, offener in Kontakt zu treten, sodass sie durch die Gespräche sprachfähiger für ihre Situation werden.

Aus unserer Perspektive sehen wir folgende Maßnahmen zur Erreichung des Ziels einer Stärkung der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg als sinnvoll an: Gemeinsinn entsteht mit der Sensibilisierung für und dem Wissen über Krisen. Je mehr Menschen Gesundheitskenntnisse zu psychischen Krisen und den Umgang damit über kostengünstige Schulungen erhalten und in die Gesellschaft weitertragen, desto besser. Unsere Ausbildung z. B. stellt solch eine Qualifizierung da. Wir sind in der Lage, in ganz Baden-Württemberg Seminare und Kurse zu hilfreicher Gesprächsführung und zum Umgang mit psychischen Krisen zu geben und damit zu einer gesellschaftlichen Stabilisierung beizutragen.

Zweitens: Niederschwellige Angebote sind meistens regionale, gut erreichbare Angebote. Soziale Initiativen im Quartier wie z. B. auch in Mannheim, die im Laufe der Coronapandemie oder auch vorher schon entstanden sind, sollten Unterstützung finden, damit sie aufrechterhalten werden können. Dabei denke ich an Nachbarschaftshilfen, soziales Miteinander etc.

Drittens: Das psychosoziale Hilfesystem im Land Baden-Württemberg ist wirklich groß. Es gibt extrem viele Initiativen und auch kleine Gruppen, die auch vieles bewirken. Jedoch müssen wir voneinander wissen und miteinander ins Gespräch kommen. Wir brauchen von Landesseite den Rahmen für den Austausch und am besten einen Netzwerkausbau, um alle Kräfte gut zu bündeln. Die Trennung von kirchlichen, sozialpolitischen und gesundheitspolitischen Arbeitsbereichen ist überholt. Es ist sinnvoll, wenn alle mit ihren Expertisen zusammenarbeiten. Wir, die TelefonSeelsorge, könnten z. B. als Angebot bei Großlagen in den Telefonzentralen und Notruftelefonen in den örtlichen Rathäusern und Landratsämtern unterstützen.

– 77 –

Viertens: Die TelefonSeelsorge kann viel, aber wir sind keine therapeutische Einrichtung. Die politischen Absichtserklärungen sind schon wirklich lange ausgesprochen, und nun sollten die Maßnahmen auch umgesetzt werden, um krisengebeutelten Menschen – vor allem auch Menschen mit einer psychischen Erkrankung – medizinische Versorgung zu ermöglichen. Ich spreche deutlich den Mangel an psychiatrischen Fachärzten und auch Therapieplätzen an.

Eine sinnvolle Zusammenarbeit, um Synergieeffekte zu generieren, wäre z. B. eine Vernetzung der TelefonSeelsorge mit der Hotlinenummer 116 117, die durchaus gut gefragt ist, die aber natürlich in ihrer Erreichbarkeit auch an ihre Grenze kommt.

Die TelefonSeelsorge ist für alle da. Das ist ein ganz großes Angebot. Damit sind wir allerdings ein Schnittstellendienst, und mit diesem Schnittstellendienst fallen wir durch alle Raster. Ich höre von den verschiedenen Playern immer wieder: „Ja, die TelefonSeelsorge ist super. Ihr seid super. Aber ihr gehört nun einmal nicht zu unserem Arbeitsbereich.“ Damit fallen wir richtig schön zwischen die Stühle, und auf eine Payroll kommen wir damit sowieso überhaupt nicht.

Gleichzeitig sind wir sehr nahe und mit vielen Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt. Wir sind in der Lage, Krisen früh zu erkennen, und leisten unseren Beitrag zur Krisenprävention und auch zur Krisenbewältigung. Mit einem festen Sitz in relevanten sozialpolitischen Ausschüssen kann bzw. könnte die Expertise der TelefonSeelsorge im Verbund mit anderen Helfersystemen noch stärker gesamtgesellschaftlich wirken.

Ich spreche hier auch für Tausende Ehrenamtliche. Ehrenamtliches Engagement wird gefördert und gewünscht, und da steckt ein irrsinniges Potenzial drin, auch in dem Punkt, was dort eigentlich finanzierungschonend passiert. Aber ehrenamtliches Engagement muss auch Anerkennung finden. Einige Städte und Bundesländer machen es vor. Bonuskarten oder Ähnliches stellen einen Anreiz da. Vor allem ist aber die Wertschätzung, die durch ein solches Anerkennungsprogramm zum Ausdruck gebracht wird, ein wichtiges Signal an die engagierten Bürgerinnen und Bürger im Land. Es gibt im Moment das Modellprojekt der Wertschätzung gegenüber den Ehrenamtlichen. Bitte setzen Sie es für alle Ehrenamtlichen im Land um.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bin sehr gespannt auf die Fragen und den Austausch.

Danke.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Rudolph-Zeller. Auf die Fragen bin ich auch gespannt. – Für die Fraktion GRÜNE darf ich Frau Abg. Dr. Aschhoff das Wort erteilen.

– 78 –

Abg. Dr. Susanne Aschhoff GRÜNE: Herzlichen Dank für die eindrücklichen Berichte aus der praktischen Arbeit im direkten Zusammenhang mit der Krise. Gerade bei der TelefonSeelsorge ist man schon betroffen, wenn man nur zuhört. 300 Stunden kommen mir fast wenig vor, um sich auf diese massive Aufgabe, die auf einen zukommt, vorzubereiten. Deswegen lautet meine Frage: Wie schaffen Sie es, diese Menschen – z. B. die geflüchteten Menschen, Frau Hammoud, die gerade nach Deutschland kommen, die die Sprache nicht sprechen und die vielleicht kriegstraumatisiert sind; bei Ihnen, Frau Rudolph-Zeller, sind es in vielen Fällen Menschen mit akuten psychischen Krisen – jeweils mit den institutionellen bzw. behördlichen Hilfsangeboten in Verbindung zu bringen, einmal abgesehen von dem bestehenden Mangel an Psychiatrieplätzen? Was braucht man dafür, um diese Menschen zu überzeugen? Was könnten Institutionen oder behördliche Einrichtungen und auf welcher Ebene davon lernen und daraus ableiten?

Abg. Christiane Staab CDU: Ich habe zunächst Fragen an Frau Hammoud. Sie hatten ausgeführt, dass Sie Multiplikatorin sind und als Multiplikatorin arbeiten. Wie wenden Sie sich an potenzielle Menschen, die ausgebildet werden können? Wie finden Sie als Multiplikatorin diejenigen, die Sie dann wiederum befähigen, in dem Bereich „Interkulturelle Zusammenarbeit“ zu arbeiten? Oder habe ich das mit dem Multiplikator falsch verstanden? Multiplikatoren sind ja Menschen, die andere befähigen, etwas zu tun, und da stellt sich mir einfach die Frage: Wie matchen Sie sich, wie finden Sie sich?

Sie haben auch gesagt, dass ein großes Raumproblem besteht. Auf wen sind Sie zugegangen, um möglicherweise geeignete Räume zu finden? Sie haben gesagt, dass Sie Multiplikatorin für die VHS sind. Das heißt, wahrscheinlich sind es dann Räume der VHS, in denen Sie als Multiplikatorin arbeiten. Sie sind einer dieser wichtigen Schlüssel, den wir brauchen, um an viele Menschen mit Migrationshintergrund zu kommen. Aber wie finden Menschen mit Migrationshintergrund den Weg zu den Multiplikatoren? Das würde mich einmal interessieren, vielleicht auch als ein Beispiel, das man unter Umständen ausrollen könnte. Häufig stellt sich die Frage, wie wir an Menschen herankommen, die sich nicht als Teil dieser Gesellschaft fühlen. Wenn sie es wären, wären sie dabei. Also muss man sich überlegen, wie wir an diese Menschen herankommen. Daher ist es wichtig, zu lernen, wie man zueinander findet.

Dann haben Sie wirklich super ausgeführt, dass Mütter, die nichts zu tun haben, doch an den Schulen arbeiten und als Ehrenamtliche mithelfen könnten. Hier lautet die Frage: Wie können wir dieses Verständnis von ehrenamtlichem Engagement transportieren, und zwar gerade auch in die Communitys, die nicht in der Vereinsarbeit groß geworden sind, wo nicht schon der Opa oder die Oma im Chor und der Onkel in der Feuerwehr waren? Häufig handelt es sich um Herkunftsländer, in denen das Vereinswesen gar nicht so wie bei uns stattfindet. Das heißt, da muss gelernt werden: Wie funktioniert ein Verein? Wie bekommen wir genau diese Mütter und Väter, die vielleicht Zeit haben, dazu, sich ehrenamtlich zu engagieren und ihre Zeit für andere einzubringen?

– 79 –

Dann habe ich eine Frage an Frau Rudolph-Zeller zur TelefonSeelsorge. Sie haben nach Altersgruppen differenziert. Es war sehr spannend zu hören, dass es gerade in der Coronapandemie ausgesprochen schwierig gewesen ist, Menschen in prekären Lebenslagen bzw. Menschen mit Behinderungen zu erreichen und denen Möglichkeiten der Kommunikation zu geben. Dabei geht es vor allem um Menschen, die nicht digital affin sind und die vielleicht der Sprache nicht mächtig sind. Sie können nicht gut telefonieren, können nicht gut chatten und können keine E-Mail schreiben. Wie erreicht die TelefonSeelsorge diese Bevölkerungsgruppen? Oder erreichen wir sie vielleicht gar nicht mit der TelefonSeelsorge? Welche Hebel könnte man nutzen, wenn die TelefonSeelsorge für sich feststellt, dass dort ein blinder Fleck besteht, um diesen blinden Fleck, wenn es ihn denn geben sollte, zu eliminieren?

Vielen Dank.

Abg. Florian Wahl SPD: Frau Hammoud und Frau Rudolph-Zeller, herzlichen Dank für Ihre wirklich spannenden und wichtigen Impulse. – Ich würde zunächst bei Ihnen, Frau Rudolph-Zeller, beginnen, und zwar zu Beginn gar nicht mit einer politischen Frage. Vielmehr möchte ich noch einmal auf die Krisen zu sprechen kommen. Sie haben gesagt, globale Krisen werden zu persönlichen Krisen. Wir erleben ja, dass die Menschen gerade in der Telefonseelsorge, aber auch in der Psychotherapie auch ohne globale Krisen persönliche Krisen haben. Wie ist denn Ihre Beobachtung? Verdrängen diese globalen Krisen praktisch andere Dinge? Haben die Menschen in diesen herausfordernden Situationen, wie sie durch den Krieg in der Ukraine oder während der Pandemie entstanden sind, andere oder zusätzliche Probleme? Gibt es dort einen Shift?

Ich halte die TelefonSeelsorge für eine ausgesprochen wichtige Form der Daseinsvorsorge, die von den Landeskirchen in Württemberg und Baden sowie von der Diözese Rottenburg und der Erzdiözese Freiburg finanziert wird. Ich muss ehrlich sagen – dazu lag uns im letzten Jahr auch ein Antrag im Sozialausschuss vor; diese Bemerkung mag erlaubt sein –, ich finde es ausgesprochen schwierig, dass das Land bis zum heutigen Tag nicht in die Finanzierung einer so wesentlichen Stelle eingetreten ist und dass das Sozialministerium es im vergangenen Jahr sogar noch einmal explizit abgelehnt hat und sogar die Ausbildung und Supervision dieser Arbeit abgelehnt hat. In diesem Zusammenhang lautet meine Frage an Sie: Für wie wichtig erachten Sie es – gerade in Zeiten rückläufiger Steuereinnahmen und geringerer Kirchenbindung –, dass das Land hier eventuell einsteigt? Für wie wichtig erachten Sie es übrigens zudem, dass das Land Telefonseelsorge als eine Aufgabe der Daseinsvorsorge empfindet? Ich finde es wichtig, dass es gerade auch im Rahmen des diakonischen und des Verkündigungsauftrags der Kirchen gesehen wird. Aber inwiefern sollte aus Ihrer Sicht der Staat dort mit einsteigen?

Eine weitere Frage bezieht sich auch auf die Diskussion, die wir diesbezüglich im letzten Jahr hatten. Vonseiten der Landesregierung hieß es, dass es eine Verzahnung von der Landesarbeitsgemeinschaft TelefonSeelsorge mit der psychiatrischen

– 80 –

Versorgung geben soll. Dazu gab es eine Vertretung der LAG TelefonSeelsorge in den Landesarbeitskreis „Psychiatrie“, der ein Konzept zur niederschweligen und zielgruppenübergreifenden Versorgung von Menschen in psychischen Krisen erarbeiten sollte. Das ist jetzt etwas mehr als ein Jahr her. Daher interessiert mich, inwieweit aus Ihrer Sicht ein Fortschritt in dieser Angelegenheit gelungen ist, ob wir da bereits auf einem guten Weg sind oder ob es eventuell notwendig wäre, dass wir an dieser Stelle noch einmal von politischer Seite nachhaken und dafür sorgen, dass sich da etwas tut. Dazu würde mich Ihre Einschätzung interessieren.

Frau Hammoud, ich habe auch noch Fragen an Sie, gerade in Ihrer Eigenschaft als Migrationsbeirätin, mit der Sie einen wichtigen demokratischen Beitrag für die Stadtgesellschaft in Mannheim leisten. Mich würden Ihre Erfahrungen gerade auch während der Coronapandemie interessieren. Wurden Sie als Migrationsbeirat, gerade bei den Themen Bewältigung der Coronapandemie und Kommunikation in die Bevölkerung hinein, im Vorfeld von Entscheidungen z. B. von der Stadtverwaltung einbezogen? Hat es da einen Austausch gegeben? Wie sah Ihre Arbeit als Migrationsbeirat während der Pandemie unter den erschwerten Bedingungen aus? In dieser Zeit ist ja sicherlich der gesamte kulturelle Aspekt weggefallen. Hatten Sie da eventuell auch noch eine Übersetzungsfunktion oder auch eine Interessenvertretungsfunktion?

Wir befinden uns mit der LAKA in der Diskussion über die Migrations- und Integrationsbeiräte. Mannheim ist diesbezüglich seit vielen Jahren Vorreiter. Was würden Sie in Bezug auf die Errichtung von Migrationsbeiräten in anderen Städten und Gemeinden raten, was man unbedingt beachten sollte oder was man auch von Mannheim lernen sollte, wenn man sich auf diesen Weg macht, eine Migrantenvertretung zu implementieren?

Herzlichen Dank.

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch von unserer Seite ganz herzlichen Dank, Frau Hammoud und Frau Rudolph-Zeller, für Ihre Beiträge. Ich glaube, das sind zwei ganz wesentliche Bereiche unserer Gesellschaft, die für künftige Krisen gestärkt werden müssen und woraus wir Erkenntnisse ziehen und dann auch entsprechende Maßnahmen ergreifen müssen. Vielen Dank also für die Schilderungen, die direkt aus der Praxis kommen.

Frau Hammoud, Sie haben den Bildungsbereich angesprochen, auch was den Zugang zu diesem Bereich angeht. Mich würden Ihre Erfahrungen mit Elternbeiräten interessieren. Ich glaube, es trägt sehr zu einer gelingenden Integration bei, wenn auch Eltern mit Migrationshintergrund ganz bewusst als Elternbeirat in die Arbeit einsteigen und eine ehrenamtliche Tätigkeit übernehmen. Welche Erfahrungen haben Sie diesbezüglich in Mannheim gemacht? Gibt es dort Projekte, die zu dem Gelingen einer Integration beitragen?

– 81 –

Sie haben die Sprachbarriere erwähnt. Dabei haben Sie Englisch wahrscheinlich nicht unbewusst, sondern ganz bewusst nicht erwähnt. Könnten Sie dazu noch etwas sagen? Mich würde interessieren, warum Sie Englisch nicht erwähnt haben. Immerhin ist Englisch in Deutschland die Sprache, die am weitesten verbreitet ist.

Außerdem interessiert mich auch die Kommunikation zwischen Behörden. Sie haben gesagt, diese Kommunikation gestaltet sich schwierig, und haben zwei Behörden genannt. Gibt es vielleicht noch mehr konkrete Beispiele? Denn es hilft uns am meisten, wenn wir ganz konkrete Beispiele haben, um daraus entsprechende Maßnahmen ableiten zu können.

Frau Rudolph-Zeller, die TelefonSeelsorge ist in der Tat eine Art Seismograph. Sie haben davon gesprochen, dass auch in Deutschland eine Vereinsamung festzustellen ist. Das ist ein bedauerlicher Trend. Im Vereinigten Königreich gibt es sogar schon ein Einsamkeitsministerium. Ich hoffe, dass wir das nicht brauchen, aber dafür müssen wir dann auch etwas tun. Gespräche, wie sie mit Mitarbeitern der TelefonSeelsorge geführt werden, könnten durchaus auch in der Familie, mit Freunden oder mit Bekannten stattfinden. Was können wir denn tun, um das zu befördern? Es wäre ja eigentlich wünschenswert, wenn wir alle in der Gesellschaft „Telefonseelsorger“ sind.

Sie haben von den mehr 1 100 ehrenamtlichen TelefonSeelsorgern gesprochen. Wie rekrutieren Sie diese? Wie finden Sie Menschen, die sich bereit erklären, telefonseelsorgerisch tätig zu werden? Handelt es sich dabei um Betroffene? Gibt es also auf dieser Ebene Menschen, die sich bereit erklären, sich zu engagieren?

In Bezug auf das Thema „Vernetzung mit 116 117“: Was passiert eigentlich nach dem telefonseelsorgerischen Gespräch, also nach diesen durchschnittlich 25 bis 30 Minuten, je nachdem, ob Chat oder Telefon? Wie geht es dann weiter mit dem Betroffenen? Der hat dann zwar erst einmal ein Ventil gehabt und konnte sprechen, manchmal anonym; dann ist es schwierig. Wie geht es anschließend weiter? Kann man das, was danach passiert, irgendwie fassen? Ich möchte das jetzt nicht „Erfolgsquote“ nennen.

Sie haben das Thema Digitalisierung angesprochen. Bislang stehen Ihnen als Instrumente das Telefon und der Chat zur Verfügung. Spielen Videocalls mittlerweile auch eine Rolle?

Vielen Dank.

Abg. Emil Sänze AfD: Auch von meiner Seite vielen Dank für Ihre Arbeit, die Sie dort leisten. Neben Ihnen gibt es auch noch ähnliche Formate. Die dürfen wir dabei nicht vergessen. Das ist eine herausfordernde Tätigkeit.

– 82 –

Sie hatten ausgeführt, dass Sie die gesellschaftliche Anerkennung ein wenig vermissen und dass andere Städte Ihre Arbeit anerkennen, indem sie die Kosten übernehmen. Man könnte auch daran denken, die Zeit, in der diese Tätigkeit verrichtet wird, auf die Altersvorsorge anzurechnen.

Sie haben bezüglich Ihrer Klienten bzw. Hilfesuchenden Alterskohorten aufgeführt. Allerdings sind Sie dabei nicht auf die Geschlechter eingegangen. Gibt es auch eine Differenzierung hinsichtlich der Geschlechter, und wie stellt sich das dar? Wie stellt es sich auch in Bezug auf die Menschen dar, die Frau Hammoud betreut? Gibt es dort eine Analogie, oder handelt es sich überwiegend um Menschen aus der einheimischen Gesellschaft und nicht aus der Zuwanderungssphäre?

Das sind meine Fragen, und ich bin gespannt auf die Antworten.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich frage in die Runde, ob es noch weitere Wortmeldungen gibt. – Dann nehmen wir die Meldung von Herrn Abg. Dr. Miller noch mit in die erste Runde hinein. Vielleicht können wir dann auf eine zweite Fragerunde verzichten.

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Es geht auch ganz schnell. – Frau Rudolph-Zeller, vielen Dank für die Einblicke. In der TelefonSeelsorge haben Sie ja recht schnell und recht frühzeitig das Ohr an den Menschen. Sie erfahren es wahrscheinlich schneller, als man es von außen mitbekommt, welche Themen gerade interessant sind. Werden diese Informationen, die Sie dort bekommen, auch verwendet und genutzt? Oder könnte man diese Informationen nutzen, vielleicht auch für Entscheidungsträger, um frühzeitig zu erkennen, dass sich etwas in die falsche Richtung bewegt? Ich nehme einmal an, dass Sie durch die sehr vertraulichen Gespräche, die anonym stattfinden, deutlich früher Bescheid wissen, wo es hingeht. Vielleicht können Sie auch etwas dazu sagen, ob es sich in der Vergangenheit schon des Öfteren bestätigt hat, dass Sie bestimmte Tendenzen mit einer Verzögerung von einigen Monaten dann in der breiteren Gesellschaft gesehen haben, als nur in den Telefonaten davon zu erfahren.

Vorsitzender Alexander Salomon: Jetzt hat sich noch Herr Abg. Köhler gemeldet. – Bitte sehr.

Abg. Erwin Köhler GRÜNE: Ich habe noch eine ergänzende Frage, und zwar an Sie beide gerichtet, wenngleich ich sie ein wenig differenziert stelle. – Frau Hammoud, inwieweit stellen Sie bei den Gesprächen auch mit den Netzwerken Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Räumen fest, also Mannheim als Großstadt und dann das Umland? Vielleicht schildern Ihnen Kolleginnen und Kollegen oder auch andere Freiwillige ihre Eindrücke, ob es sich in einer Großstadt und in einer Kleinstadt bzw. im ländlichen Raum um dieselben Herausforderungen handelt.

– 83 –

Frau Rudolph-Zeller, eine ähnliche Frage richtet sich an Sie. Inwieweit unterscheiden sich die Probleme und auch das Lösen von Problemen jeweils im städtischen bzw. im ländlichen Raum? Für die ländlichen Räume hat das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz im letzten Jahr eine Erhebung zur Zufriedenheit von Jugendlichen durchgeführt, aber mehr wissen wir zu diesem Thema im Grunde genommen nicht. Deswegen würde mich das ergänzend interessieren.

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann erteile ich jetzt das Wort an Sie, Frau Hammoud. Vielleicht bekommen Sie es in acht bis zehn Minuten hin.

Sv. Frau Hammoud: Vielen Dank. – Es geht um die Frage von Frau Staab zum Thema Multiplikatorin. Ich bin drei Jahre lang zur Multiplikatorin geschult worden. Ich gehe in Integrationskurse, wenn die Teilnehmer so weit sind. Bevor sie ihre Prüfung ablegen, gehe ich dort hin und informiere sie z. B. zwei Tage lang über das Schulsystem oder darüber, wo sie die Anerkennung als Asylberechtigte, die sie benötigen, bekommen. Ich gebe ihnen eine Information, wo sie hingehen können und was sie machen können, wenn sie z. B. keine Anerkennung bekommen. Das heißt, ich versuche, die Menschen zu orientieren. Ich berate nicht, sondern ich kläre sie nur darüber auf, was sie machen können.

Ich versuche auch, im Frauentreff einmal im Monat eine Informationsveranstaltung für Frauen zu machen, die sprachlich nicht fit sind bzw. die neu hierhergekommen sind, um ihnen Dinge zu erklären. Wir laden z. B. auch Experten ein, die gemeinsam mit mir Informationen geben. Ich mache die Übersetzung auf Arabisch. Zu uns kommen auch türkische oder bulgarische Frauen. Wir versuchen einfach, das weiterzugeben, damit sie nicht die Probleme haben, die wir früher gehabt haben. Unser Integrationsprozess hat früher sehr lange gedauert, aber wenn wir die Informationen weitergeben und Aufklärung und Prävention betreiben, dann tragen wir dazu bei, dass der Integrationsprozess beschleunigt wird.

Wie komme ich an die Leute heran? Es gibt auch Maßnahmen beim Jobcenter. Man kann den Leuten auch einfach diese Informationen geben, z. B. in Vereinen oder auch woanders. Wenn sie uns brauchen, dann können wir das im Rahmen einer Informationsveranstaltung in Gruppenarbeit machen, wo wir anschaulich und spielerisch Informationen vermitteln. Dort können wir die Leute je nach Sprache in Gruppen einteilen, damit wir die Menschen erreichen und damit sie auch ausdrücken können, was sie auf dem Herzen haben.

Wie sieht die Arbeit im Migrationsbeirat aus? Ich habe für den Migrationsbeirat kandidiert, weil ich dort meine Themen einfach weiterbringen wollte. Ich bin jetzt die zweite Periode im Migrationsbeirat. Der Migrationsbeirat ist eine Schnittstelle zwischen Migranten und Politikern. Während der Coronapandemie habe ich die arabischen Übersetzung der Regeln, was man darf und was man nicht darf, gemacht. Darüber haben wir auch online aufgeklärt. Es gibt viele Flyer und andere Sachen, aber die Leute lesen das nicht alles. Wir haben versucht, in kurzen Videos zu vermitteln,

– 84 –

wie sie eine Maske tragen und worauf sie achten müssen. Das mussten wir auch in mehreren Sprachen machen.

Es gibt auch Gespräche mit der Stadt Mannheim, wie wir Senioren erreichen, um sie dabei zu unterstützen, telefonisch einen Termin für die Impfung zu vereinbaren. Das war schwierig für Senioren. Wir müssen auch einfach darüber aufklären, wie sie das machen können. Jeder kann etwas dazu beitragen, diese Menschen zu erreichen, die Begleitung brauchen.

Damit komme ich zum Thema „Bildung in der Schule“. Es ist für mich ganz wichtig, mehr in der Schule zu machen. Ich habe mich früher auch dafür eingesetzt, dass mehr in Bildung investiert wird. Integration und Bildung sind ganz wichtig. Wir haben nur vier Jahre. Die Kinder und die Eltern haben keine Ahnung vom Schulsystem. Die Kinder bekommen eine Empfehlung. Viele Mütter sagen, ihr Kind soll auf die Hauptschule oder die Realschule gehen. Wenn Eltern wollen, dass ihr Kind ein Gymnasium besucht, wissen sie, dass das eine Herausforderung für das Kind ist. Man muss Experten oder Sozialpädagogen in den Schulen einsetzen, um die Kinder bzw. die Mütter zu unterstützen. Wenn Eltern nicht bereit sind, ihre Kinder zu unterstützen, und keine Sprachkenntnisse haben, wird es schwierig. Man muss mehr in die Grundschulbildung investieren und in den ersten vier bis sechs Jahren eine entsprechende Grundlage bei diesen Kindern schaffen. Es gibt Mütter, die keine Ahnung haben. Sie verstehen das Schulsystem nicht und sprechen kein Deutsch. Diese Mütter haben Schwierigkeiten mit den Kindern, weil sie nicht wissen, wie sie mit ihren Kindern umgehen sollen. Sie sind aus einem anderen Land hierhergekommen und kennen unser Schulsystem nicht.

Sie fragten, warum ich Englisch als Sprache nicht erwähnt habe. Ich habe durch meine Übersetzungsbegleitung die Erfahrung gemacht, dass viele Sachbearbeiter sagen, sie haben zwar Englisch in der Schule gelernt, aber es ist so lange her, dass sie es vergessen haben und nicht perfekt Englisch sprechen können. Nicht alle Geflüchteten sprechen Englisch. Sie brauchen also jemanden, der für sie übersetzt. Bei denen ist auch Telefonberatung sehr schwierig. Vorgestern kam z. B. ein junger Mann zu mir, der Probleme mit dem 49-€-Ticket hatte. Von seinem Konto wurden mehrmals 49 € abgebogen, und er wusste nicht, was er machen soll. Er hat erst telefoniert und ist dann zu mir gekommen, und ich habe versucht, das zu klären. Die Menschen brauchen am Anfang einen direkten Kontakt.

Wir machen im Frauentreff einzelne Beratungen. Wir haben die Menschen durch Fenster beraten. Wir haben ihre Tüten mit Papieren genommen, haben die Papiere sortiert und Mappen für die Menschen gemacht, damit sie keine Probleme bekommen. Bei den Bulgaren gibt es Schwierigkeiten, weil sie einfach Prioritäten haben. Sie wollen nur arbeiten, Geld verdienen und die Miete zahlen. Die Freizügigkeit ist zu kurz. Man kann in dieser kurzen Zeit nicht Deutsch lernen. Für ein B1-Zertifikat braucht man sechs bis neun Monate, aber die Menschen haben diese Zeit nicht. Bei den jungen Studenten aus der Ukraine ist es genauso. Deutschland braucht Fach-

– 85 –

kräfte. Wir haben Fachkräfte, aber wir können sie nicht nutzen. Diese Menschen sind wirklich Experten. Sie haben eine gute Bildung, aber es fehlt ihnen an der Sprache. Wir könnten diesen Studenten doch ihren Aufenthalt erleichtern, um sie später als Fachkräfte zu gewinnen.

Damit komme ich zu Ihrer Frage nach den Herausforderungen in großen und kleinen Städte. In Dörfern ist es noch ein bisschen schlimmer. Die Leute haben keinen Zugang zu Integrationskursen. Sie müssen weite Wege fahren, um in die Stadt zu kommen. Ich kenne eine Familie, die weit entfernt von Karlsruhe wohnt. Diese Familie ist seit zwei Jahre hier, hat aber noch keinen Integrationskurs bekommen. Ihre Kinder sind noch klein und haben einen weiten Weg zur Schule. In einer Stadt wie Mannheim leben Menschen aus sehr vielen verschiedenen Nationen. Dort gibt es ein bisschen mehr Bewegung als woanders.

Sie haben eine Frage zur Kommunikation zwischen Behörden gestellt. Ich begleite z. B. junge Menschen, wenn sie einen BAföG-Antrag stellen. Dann gehe ich mit ihnen zum Jobcenter. Dort heißt es, sie müssen zur BAföG-Stelle gehen. Die BAföG-Stelle sagt dann aber, dass sie zum Jobcenter gehen müssen. Es ist also ein Hin und Her. Die jungen Menschen müssen eine Ablehnung vom Jobcenter haben, damit sie einen Antrag bei der BAföG-Stelle stellen können. Dann gehe ich also total sauer zum Jobcenter, stelle einen entsprechenden Antrag und bitte darum, dass dieser Antrag abgelehnt wird. Diese Ablehnung muss ich dann zurück an die BAföG-Stelle geben, um dort einen auf BAföG stellen zu können. Das ist einfach unglaublich. Man bekommt einfach keine gemeinsame Antwort.

Die Behörden sind nicht interkulturell geschult und können mir auch nicht sagen, wer für diesen Bereich zuständig ist. Ich habe das alles durchgemacht. Ich bin in allen Bereichen geschult, damit ich weiß, wie die Strukturen funktionieren. Hätte ich das nicht gemacht, wüsste ich auch nicht, wie es läuft.

Meine Empfehlung lautet, mehr in Schulungen, Trainings, Selbsthilfegruppen und in Aus- und Weiterbildung zu investieren. Es gibt zahlreiche Informationsveranstaltungen und viele Projekte, aber es gibt kein Projekt, wo sich die Menschen über Ausbildungsmöglichkeiten informieren können: Was kann ich? Was brauche ich? Welche Sprachkenntnisse sind erforderlich? Was sind die Voraussetzungen? Brauche ich eine Anerkennung oder Zertifikate aus den Heimatländer? Manche Menschen verfügen über Erfahrungen, haben aber kein Zertifikat oder haben das Zertifikat durch den Krieg verloren. Diese Menschen haben richtig gute Erfahrungen, und man könnte sie in ihrem Beruf einsetzen. Wir müssen nach Lösungen suchen, wie wir diese Menschen entsprechend ihrer Qualifikation einsetzen können.

Ich hoffe, ich habe alle Fragen beantwortet.

Vielen Dank.

– 86 –

Sv. Frau Rudolph-Zeller: Ich möchte auf die Frage von Frau Dr. Aschhoff antworten: Ja, wir sind regionale Wegweiser. Wir kennen uns in dem regionalen Helfersystem sehr gut aus. Wie Sie gesehen haben, sind wir in verschiedenen Städten tätig und sind dort im praktischen Bereich auch sehr gut vernetzt.

Es ist jetzt nicht so, dass ein Gespräch endet und wir die Leute dann ins Nichts entlassen, sondern wir googeln nebenher, geben ihnen Adressen und suchen gemeinsam mit ihnen, was für sie das Richtige sein könnte. Das ist eine richtige Wegbegleitung bei den Fragen: Was ist mit mir los? Muss ich das ernst nehmen? Wo bin ich denn eigentlich richtig?

Herr Reith, wir hören ganz oft ein Danke am Schluss des Gesprächs, und wir spüren nach diesen ungefähr 25 Minuten – manchmal ein bisschen länger, manchmal aber auch kürzer – deutlich, wie sich die Menschen entspannen. Zu Beginn herrscht Aufregung wie in einem Dampfkochtopf, der mit Gefühlen wie Angst, Stress oder natürlich auch Empörung, manchmal auch Verbitterung gefüllt ist. Wenn Wege so gar nicht beschritten werden können, wenn die Menschen ständig gegen die Wand laufen, dann ist der Dampfkochtopf ganz schön voll, und am Schluss des Gesprächs ist eine große Entspannung zu spüren. Allein das hat eine große entlastende Wirkung. Gleiches gilt dann auch für den Fall, noch eine Adresse zu bekommen bzw. eine Idee dafür zu erhalten, wo es weitergehen könnte, einfach mal Hoffnung zu bekommen oder einfach gesagt zu bekommen: „Jetzt brauchen Sie noch mal eine Portion Geduld.“ Das hilft manchmal auch: Wenn man nicht schnell einen Therapieplatz bekommt, dann muss man sich fragen, was man braucht. Die Antwort lautet: Geduld. Auch das kann unterstützend sein. An diesem Punkt sind wir eng im Kontakt mit den Menschen.

Ich habe vorher gesagt, ich wünsche mir, dass das Land einen Rahmen für Begegnung schafft. Wir möchten gern hören, und wir möchten gehört werden. Wir möchten sprechen, und wir möchten auch ein Stück mitsprechen, also ein wenig Mitsprache haben. Ich glaube, eines der Dinge, die Sie tun können, ist, noch einmal zu schauen, welche Angebote es in dem gesamten Hilfesystem gibt, und das dann zu bündeln. Auch in der Jugendarbeit wurde gerade untersucht, welche Hilfen es in der Jugendarbeit im Land Baden-Württemberg gibt. Das ist ausgesprochen hilfreich. Das ist zwar ein dicker Wälzer, aber dann kann man nachschlagen, um zu erfahren, welche Angebote es gibt und mit wem man netzwerken kann.

Uns erreichen auch Menschen mit Behinderungen. Bei mir melden sich z. B. sprachbehinderte Menschen. Wir erleben auch Menschen, die sehr wenig Deutsch können, und dann versucht man ins Gespräch zu gehen und einen Kontakt hinzubekommen. In den meisten Fällen geht es. Dann gibt es eben nicht so viele Worte, oder man muss zweimal sagen: „Ich höre Sie nicht gut“, wenn er stark nuschelt, und dann ist das irgendwie so. Es funktioniert auch im Schriftlichen, auch wenn man es im ersten Moment nicht glaubt. Wir kommen über den schriftlichen Dialog über Chat und Mail wirklich in einen intensiven Kontakt.

– 87 –

Vielen Dank, Herr Wahl, für die Unterstützung. Ja, ich mache mir Sorgen, wie es weitergeht. Die Kirkenaustritte sind sichtbar. Die Zahlen liegen auf dem Tisch, nicht nur von der katholischen Kirche, sondern auch von der evangelischen Kirche. Und es wird enger. Im Schnitt kann man sagen, dass 60 % unseres ohnehin kleinen Etats – weil Ehrenamt – von der Kirche getragen wird. Die restlichen 40 % müssen wir irgendwie organisieren. In Stuttgart muss ich jedes Jahr 130 000 bis 140 000 € an Spenden akquirieren. Das gelingt mir noch, obwohl es sportlich und viel Arbeit ist. Die Frage ist aber, wenn sich diese Krisen noch erweitern und es auch in unserer Region wirtschaftlich schwieriger wird, wie sich das alles gestalten wird. Noch stehe ich nicht da und rufe: „Hilfe!“, aber ich befürchte, es wird irgendwann einmal so sein. Dann haben Sie es jetzt schon mal gehört, bevor ich „Hilfe!“ rufe.

Wir sind Seelsorge. Das ist rudimentär ein christlicher Begriff, den wir auch von den christlichen Werten her ernst nehmen. Ich habe vorhin versucht, Ihnen darzustellen, wie und in welcher Bandbreite wir genutzt werden und wie wir uns entwickelt haben. Wir sind beides: Wir sind Daseinsvorsorge, wir sind ein Schnittstellendienst, und gleichzeitig vertreten wir auch die christlichen Werte im Sinne von Seelsorge. Wir machen keine Therapie und auch keine Beratung. Therapie hat ein Ziel, Beratung hat einen Rahmen. Deshalb ist Seelsorge eigentlich ein guter Begriff, jetzt einmal unabhängig von dem christlichen Begriff, hin zu einem erweiterten Begriff, den auch jeder versteht, nämlich: Da sorgt sich jemand um die Seele.

Wir sind in der Tat ein niederschwelliger Dienst.

Damit komme ich zur Frage bezüglich der Vertretung im Landesarbeitskreis „Psychiatrie“. Einen festen Sitz im Arbeitskreis „Psychiatrie“, der ohnehin schon relativ groß ist, haben wir nicht bekommen. Da gab es Zahlengründe. Ich hätte dort gern einen Sitz, gerade weil sich die Zahl der psychisch Erkrankten, die sich bei uns melden, immer weiter erhöht. Ich wirke in der Arbeitsgruppe „Niederschwellige Hilfen für psychisch Erkrankte“ mit. Wir tauschen uns dort regelmäßig aus. Es gibt auch sehr gute Ideen, aber es hapert an der Finanzierung. Die Hotline 116 117 ist nicht nur für physische Erkrankungen zuständig, sondern auch für die psychischen Erkrankungen. Ich sehe dort allerdings eine Überforderung, weil die entsprechenden Mitarbeiter es zeitlich nicht leisten können, lange mit den Leuten zu sprechen und zum Punkt zu kommen. Das können die sich gar nicht leisten. Wie soll das gehen? Ich würde es also für ausgesprochen sinnvoll erachten, wenn dort eine Weiterverweisung möglich wäre. Danke für die Nachfrage, wie es dort jetzt weitergeht.

Herr Reith, Sie haben die Vereinsamung angesprochen. Ich glaube, diesbezüglich wird in nächster Zeit städteplanerisch einiges zu beachten sein. Insgesamt sollte auch eine Sensibilisierung unserer Gesellschaft erfolgen. Vielleicht müssen wir jetzt nicht alle Telefonseelsorger und Telefonseelsorgerinnen werden, aber es wäre sinnvoll, eine Idee und auch den Mut, zu sprechen, zu haben. Ich plane derzeit zusammen mit der Universität Stuttgart ein Seminar für Mitarbeiter, die mit Studierenden zu tun haben, um sie in die Lage zu versetzen, Depressionen und Suizidalität früh zu

– 88 –

erkennen und zu wissen, wie man damit umgeht. Wie kann ich, wenn ich spüre, dass da irgendwas mit dem Menschen, mit dem ich zu tun habe, ist, mit ihm ins Gespräch kommen und möglichst hilfreich auffangen? Ich glaube, da brauchen wir mehr Angebote, und zwar kostengünstige, niederschwellige Angebote. Da gibt es schon einiges, aber ich weiß nicht, wer es zahlen kann.

Wie finden wir Ehrenamtliche? Es gibt Regionen, die haben es sehr schwer. Konstanz z. B. ringt um Ehrenamtliche. Wir haben hier in Stuttgart das große Glück, dass wir einen großen Raum ansprechen und Ehrenamtliche finden. Die Menschen, die sich bei uns melden, die die Ausbildung machen und die sich nebenberuflich bei uns engagieren, werden immer jünger.

Andere Medien? Wir arbeiten daran, sicherzustellen, dass die Kontakte geschützt sind, sodass es möglich ist, anonymisiert in Kontakt zu gehen. Deshalb ist Whatsapp für uns absolut nicht das Medium. Es muss geschützt sein. Manche Messengerdienste bieten das mittlerweile an.

Sie haben das Thema Videotelefonie angesprochen. Manchmal wäre es super, wenn wir die Menschen sehen könnten, aber ich glaube, es ist eine große Chance, dass wir uns nicht sehen. Dadurch wird ein Projektionsraum frei, und das Risiko, einen Menschen schnell zu bewerten und in eine Schublade zu packen, fällt einfach weg. Ich lese und höre, aber ich sehe die Person nicht. Ich weiß also nicht, ob sie schick oder vielleicht irgendwie ärmlich angezogen ist. Ich muss mir anders ein Bild machen, und ich mache es mir über die Gefühlslage: In welcher Situation ist dieser Mensch, und was braucht er jetzt, und nicht, wie viel verdient er wohl?

Herr Sänze, eine gute Frage. Drei Viertel unserer Ehrenamtlichen sind Frauen, ein Viertel Männer. Drei Viertel der ratsuchenden Menschen, die sich bei uns melden, sind Frauen, ein Viertel sind Männer. Die Prozentzahl steigt gleich an, was ich ganz spannend finde. Gleichzeitig wissen wir, dass Männer ein viel höheres Potenzial haben, sich im Alter zu suizidieren. Das Risiko ist groß. Deshalb muss der Prozess der Sensibilisierung in unserer Gesellschaft fortgeführt werden, Männer in Krisen noch stärker abzuholen. Wir haben immer noch folgendes Bild von einem Mann: Der Mann hat kein Problem. Die Frauen sprechen mehr miteinander, sind sozialer vernetzt und sind – leider immer noch – sprechfähiger über ihre Gefühle.

Bei uns melden sich auch Menschen mit Migrationshintergrund. Wie ich vorher schon gesagt habe, kommen wir mit einer Grundausstattung an Deutsch ganz gut klar. Natürlich haben wir auch Ehrenamtliche, die Englisch, Französisch und alle möglichen Sprachen sprechen können. Das ist dann ein bisschen Glück. Aber wenn sich jemand an uns wendet, dann versuchen wir alles, um miteinander in Kontakt zu kommen.

Herr Miller, in der Tat sind wir ein Seismograph. In meinem Jahresbericht vor drei Jahren habe ich über Einsamkeit geschrieben. Im Jahr 2023 habe ich bei vielen Po-

– 89 –

diumsdiskussionen zum Thema Einsamkeit gesprochen. All das kam bei uns schon nicht nur Monate, sondern Jahre vorher an. Die Zahlen werden aber nicht abgegriffen. Wir hätten sie und könnten sie zur Verfügung stellen. Es gibt von unserer Seite das Angebot, in Kontakt zu treten, von unseren Erfahrungen zu berichten und zu schauen, wo es hilfreich ist.

Herr Köhler, Sie haben nach dem Stadt- und Landgefälle gefragt. In den Städten sind die Brennpunkte häufig stärker. Dort leben aber natürlich auch mehr Menschen. Wenn es auf dem Land gut klappt, also wenn Menschen dort gut integriert sind, ist es wunderbar. Wenn nicht, dann wird es in den ländlichen Regionen sehr schwer, vor allem auch, weil die Versorgung im Hilfesystem auf dem Land um einiges schlechter ist. Hinsichtlich der Gemeindepsychiatrischen Zentren, GPZ, sind wir hier in Stuttgart super ausgestattet; das muss man wirklich sagen. Aber schon hinter Heimsheim wird es irgendwie richtig mau. Betroffene müssen also weit fahren. Sozialarbeiterkontakte sind fast nicht möglich. Das Hilfeangebot der GPZ kommt da gar nicht so richtig zum Zug, weil die Strecken viel zu weit sind, und dann wird es für Betroffene schon sehr viel schwerer.

Ich hoffe, dass ich alle Fragen beantwortet habe. Ansonsten melden Sie sich bitte noch einmal.

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann schaue ich einmal in die Runde. – Die Aufforderung haben alle gehört, aber niemand meldet sich. Das heißt, alle Fragen wurden zufriedenstellend beantwortet.

Dann danken wir Ihnen vielmals, Frau Hammoud und Frau Rudolph-Zeller, dass Sie uns Rede und Antwort gestanden haben und dass Sie ihren Beitrag zur Arbeit der Enquetekommission geleistet haben. Auch Ihnen steht das Angebot offen, sich im Nachgang an die Mitglieder der Enquetekommission zu wenden, wenn Ihnen noch etwas einfällt bzw. wenn Sie Hinweise haben. Ansonsten danken wir Ihnen ausdrücklich, dass Sie heute da waren. Wir werden sicherlich noch einmal auf Sie zurückkommen, wenn wir aller Voraussicht nach im nächsten Jahr die Handlungsempfehlungen erarbeiten werden. Dann wird es hoffentlich bis zum Sommer auch eine Plenardebatte dazu geben. Auf diese Weise werden alle darüber informiert, was im Abschlussbericht stehen wird.

Wir sind damit am Ende von Teil I Punkt 1 angelangt.

Wir fahren jetzt fort mit:

– 90 –

Punkt 2
Beschlussfassung über Anträge zum zweiten Handlungsfeld

Bislang waren zwei Anträge mit „Trends“ zum zweiten Handlungsfeld eingegangen, und zwar der Antrag der Fraktion der SPD und der gemeinsame Antrag der Fraktionen GRÜNE und CDU. Ich habe vernommen, dass diese beiden Anträge zurückgezogen werden. Dadurch sind sie obsolet geworden.

Weiterhin liegt der gemeinsame Antrag der Fraktionen GRÜNE, CDU, SPD und FDP/DVP hinsichtlich der bei den zu erarbeitenden Handlungsempfehlungen im zweiten Handlungsfeld – Staatliche Krisenvorsorge und Krisenbewältigung – zu berücksichtigenden vor. Gibt es von Ihrer Seite Bedarf, diesen Antrag einzubringen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Der Antrag liegt Ihnen allen vor, sodass Sie ihn nachvollziehen konnten. – Gibt es Aussprachebedarf? – Da die AfD-Fraktion nicht mehr vertreten ist, wie ich sehe, wird es wahrscheinlich kaum Aussprachebedarf geben.

Ich schlage vor, dass wir zunächst über den Ursprungsantrag und danach über den Änderungsantrag abstimmen.

Abg. Florian Wahl SPD: Man kann doch nicht erst über einen Antrag abstimmen und dann über einen Änderungsantrag.

Vorsitzender Alexander Salomon: Das kann man durchaus. Dieses Verfahren ist in der Geschäftsordnung so geregelt. Wenn die antragstellenden Fraktionen einverstanden und sich einig sind, dass sie den Änderungsantrag danach aufnehmen werden, kann man auch erst über den Änderungsantrag abstimmen. Da dies nicht der Fall ist, lasse ich zunächst über den Ursprungsantrag abstimmen.

Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich, seine Hand zu heben. Das werden wahrscheinlich alle Fraktionen sein, die noch vertreten sind. Online sind auch alle dafür. Gibt es Enthaltungen? – Gibt es Gegenstimmen? – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Das Gremium stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Als Nächstes kommen wir zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der sich auf den soeben angenommenen Antrag bezieht. Gibt es Einbringungsbedarf oder Aussprachebedarf von Ihrer Seite? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Die FDP/DVP-Fraktion hat darum gebeten, explizit zu benennen, wie die jeweiligen Fraktionen abgestimmt haben.

– 91 –

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Ja, damit es entsprechend im Protokoll steht.

Vorsitzender Alexander Salomon: Das machen wir doch sehr gern, damit es für die Nachwelt erhalten bleibt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag der SPD-Fraktion? – Das sind zwei Stimmen von der SPD-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Das sind die Fraktionen GRÜNE und CDU jeweils mit den Sachverständigen. Wer Enthält sich? – Das ist die FDP/DVP-Fraktion. Die Abstimmung ist wenig überraschend, aber jetzt ist es so festgehalten. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt worden.

Die Enquetekommission lehnt den Änderungsantrag bei zwei Jastimmen und bei Enthaltung der FDP/DVP-Fraktion mehrheitlich ab.

Mit der Annahme des Antrags haben wir das Zwischenfazit zum zweiten Handlungsfeld beschlossen. Das werden wir auch alles online stellen.

Damit sind wir am Ende von Teil I – öffentlich – angekommen. Gibt es von Ihrer Seite noch etwas? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann beenden wir jetzt den Livestream.

(Schluss des öffentlichen Teils: 15:59 Uhr)

– folgt nicht öffentlicher Teil II (gesondertes Protokoll) –

17. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Öffentlicher Teil

15. Sitzung

Freitag, 30. Juni 2023, 9:30 Uhr

Stuttgart, Haus des Landtags

Plenarsaal
Videokonferenz

Beginn: 9:35 Uhr (Mittagspause: 14:14 bis 15:21 Uhr) Schluss: 18:58 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Teil I – öffentlich

**Öffentliche Anhörung von Winfried Kretschmann MdL
Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg**

zum Handlungsfeld „Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen
und Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“ S. 2

Öffentliche Anhörung

zum Thema „Einbeziehung aller Bevölkerungsteile
in die Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“ S. 33

Teil II – nicht öffentlich (gesondertes Protokoll)

1. Bestimmung des in der Sitzung der Enquetekommission am
22. September 2023 zu behandelnden Themas

– II –

2. Bestimmung des in der Sitzung der Enquetekommission am
13. Oktober 2023 zu behandelnden Themas
3. Verschiedenes

– 1 –

**Öffentliche Anhörung
der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“**
zum Thema „Einbeziehung aller Bevölkerungsteile in die Krisenvorsorge und
Krisenbewältigung“
am Freitag, 30. Juni 2023, 12:00 Uhr
Plenarsaal (Haus des Landtags)

A b l a u f p l a n

(Stand 22.6.2023)

Uhrzeit	Sachverständige / Funktion
12:00 Uhr	Prof. Dr. Havva Engin , Professorin für Pädagogik, Leiterin des Heidelberger Zentrums für Migrationsforschung und Transkulturelle Pädagogik, Pädagogische Hochschule Heidelberg
12:20 Uhr	Prof. Dr. Karina Karst , Juniorprofessorin für Unterrichtsqualität in heterogenen Kontexten, Universität Mannheim
12:40 Uhr	40-minütige Fragerunde
13:20 Uhr	Mittagspause
14:30 Uhr	Dirk Lederle , stellv. Landesvorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung, Landesverband Baden-Württemberg e.V.
14:50 Uhr	Monika Stein , Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Baden-Württemberg
15:10 Uhr	Berat Gürbüz , Vorsitzender des Landesschülerbeirats Baden-Württemberg
15:30 Uhr	60-minütige Fragerunde
16:30 Uhr	Prof. Dr. Leo Latasch , Leiter des Projekts RESIBES – Resilienz durch Helfernetzwerke zur Bewältigung von Krisen und Katastrophen, Deutsches Rotes Kreuz Frankfurt/Main
16:50 Uhr	Rosemarie Daumüller , Geschäftsführerin des Landesfamilienrats Baden-Württemberg
17:10 Uhr	40-minütige Fragerunde
~17:50 Uhr	Ende der öffentlichen Anhörung

– 2 –

Teil I – öffentlich (Beginn: 9:35 Uhr)

Punkt 1

**Öffentliche Anhörung von Winfried Kretschmann MdL,
Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg
zum Handlungsfeld „Berücksichtigung gesellschaftlicher
Strukturen und Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge
und Krisenbewältigung“**

Vorsitzender Alexander Salomon: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 15. Sitzung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ am 30. Juni 2023. Ich darf Sie alle recht herzlich hier vor Ort begrüßen, auch Sie, Herr Ministerpräsident Kretschmann, ebenso die Personen, die uns per Livestream zugeschaltet sind, die heute anwesende Presse sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien, die heute bei uns sind.

Die Tagesordnung ist Ihnen zugegangen. Dazu gibt es, soweit ich es sehe, keine Änderungswünsche aus der Runde. Dann treten wir direkt in die Tagesordnung ein.

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die Einladung zur heutigen Sitzung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“.

Krisen sind ja seit einiger Zeit unser permanenter Begleiter. Sie treten gehäuft auf und beeinflussen und verstärken sich sogar gegenseitig. Man spricht deswegen von einer Zeit multipler Krisen. Wir leben inmitten der Klimakrise. Den Fortgang und das Ausmaß bestimmen wir noch selbst. Wir arbeiten uns gerade aus der Energiekrise heraus, in die uns die einseitige Abhängigkeit von russischem Erdgas und der Überfall Russlands auf die Ukraine geführt hat – ein schlimmer Aggressionskrieg. Krieg ist ja die Krise aller Krisen.

Außerdem haben wir eine Krise hinter uns, die für uns von der Art und dem Ausmaß her in der jüngeren Vergangenheit beispiellos war: eine weltweite Pandemie, die unser aller Leben auf den Kopf gestellt hat. Das war für die meisten von uns so weit weg wie die biblischen Plagen – und doch kam es so. Die Coronapandemie war für uns ein tiefer Einschnitt. Das gilt für jeden Einzelnen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Das gilt aber auch für unsere Gesellschaft und für die Demokratie.

Deshalb ist es gut und richtig, dass diese Enquetekommission, die bundesweit die einzige dieser Art ist, ausführlich darüber berät, welche Lehren wir aus der Krise ziehen können. Bevor ich zu diesem Punkt komme, will ich die damit verbundenen Fragen

– 3 –

noch einmal Revue passieren lassen – sie waren ja auch teilweise sehr kontrovers –, um daraus die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Wenn wir zurückdenken: Die Coronapandemie verbreitete sich ohne Vorwarnung und mit rasender Geschwindigkeit in allen Ecken der Welt. Zu Beginn wusste niemand, womit wir es genau zu tun haben: Wie verbreitet sich dieses neue Virus? Welche Folgen hat die Infektion? Wie kann man sich dagegen schützen? In Norditalien, aber vor allem auch im benachbarten Elsass und in New York gab es die ersten großen Infektionswellen. Von dort erreichten uns Bilder, die sich natürlich in das Bewusstsein eingebrannt haben: lange Schlangen von Rettungsfahrzeugen vor völlig überfüllten Kliniken, Tausende von Opfern, die mit Militär-Lkws zu den Krematorien transportiert wurden, und Eislaufhallen, die zur Kühlung von Leichen genutzt wurden.

Schnell wurde klar: Das Coronavirus ist hoch ansteckend und vor allem für ältere Menschen oder solche mit Vorerkrankungen lebensgefährlich. Und schnell wurde auch klar. Das Virus verbreitet sich durch menschlichen Kontakt. Deshalb lag auf der Hand: Solange es keine Heilmittel und keine Impfung gab, konnten wir die ungebremsste Ausbreitung und eine gesundheitliche Katastrophe nur verhindern, indem wir Abstand halten – das war ja das große Wort – und die physischen Kontakte einschränken. Es lag auf der Hand, dass wir nicht nur mit freiwilligen Maßnahmen operieren konnten, sondern dass wir dafür einen klaren rechtlichen Rahmen und verbindliche Regeln brauchten. Es waren teilweise sehr weitreichende, aber auch schmerzhaft eingriffe in die persönliche Freiheit jedes Einzelnen von uns, und es war immer ein schwieriger Abwägungsprozess: Hilft die Einschränkung, um die Verbreitung zu bremsen? Ist die Einschränkung verhältnismäßig? Auf die Verhältnismäßigkeit werde ich gleich noch eingehen. Zudem mussten wir bedenken, ob diese Maßnahmen von den Menschen akzeptiert werden.

Neben dieser Abwägung gab es eine weitere Größe, die für uns entscheidend war: die Lage in den Krankenhäusern und insbesondere auf den Intensivstationen. Sie war immer ein wichtiger Maßstab für unser Handeln. Es ging darum, dass jederzeit alle Erkrankten eine angemessene Behandlung bekommen. Das betraf nicht nur Coronafälle, sondern auch alle anderen Erkrankungen, die es natürlich weiterhin gab – denken Sie nur an Menschen, die auf Operationen warteten. Deshalb waren die Einschränkungen im Großen und Ganzen gerechtfertigt – auch im Rückblick –, und zwar nicht nur, um die Zahl der Toten und Infizierten möglichst gering zu halten, sondern auch, um eine menschenwürdige Behandlung derjenigen sicherzustellen, die medizinische Hilfe benötigen – sei es wegen einer Coronainfektion oder auch aus anderen Gründen.

Ich erinnere noch einmal daran, welche heftigen Abwägungsdebatten wir hatten, z. B. ob wir Menschen aus dem Elsass auf unseren Intensivstationen aufnehmen, und welche schwierige Entscheidungen das waren. An dieser Stelle, muss ich sagen, würde ich heute doch einiges anders machen.

– 4 –

Aber es gab unbestreitbar auch große Härten, und nicht alles, was wir beschlossen haben, hat sich im Rückblick als richtig herausgestellt. Tatsächlich haben wir und auch ich persönlich die Auswirkungen von Schulschließungen auf Kinder und Jugendliche unterschätzt. Ich erinnere mich, dass ich mit Studierenden debattiert habe und dann doch etwas zu saloppe Äußerungen gemacht habe. Das kam bei denen nicht gut an.

Dass der Distanzunterricht Probleme macht, kam nicht unerwartet, vor allem für Familien, die nicht so viel Platz zu Hause haben und bei denen die Eltern nicht so einfach im Homeoffice bleiben können. Es hat viele Kinder und Jugendliche hart getroffen, vor allem dann, wenn ihnen zu Hause die Unterstützung beim Lernen gefehlt hat. Aber auch außerhalb der Schule haben gerade die Jüngeren besonders gelitten, auch durch den fehlenden Kontakt mit Freundinnen und Freunden in der Schule oder im Sportverein. Es war für viele eine richtig schwere Zeit, und die Folgen wirken bis heute nach.

Auch viele ältere Menschen haben sehr gelitten, weil sie besonders gefährdet waren, ebenso wie übrigens auch Menschen mit Vorerkrankungen. Sie traf die Einsamkeit durch die Kontaktbeschränkungen oft besonders hart. Auch die sehr rigorosen Kontaktbeschränkungen in den Altenheimen sehe ich im Nachhinein skeptisch. Weil das Virus für alte Menschen lebensgefährlich war, wollten wir diese Gruppe besonders gut schützen, und das ging nur, indem Kontakte auf ein Minimum reduziert wurden. Allerdings hatte das auch eine schmerzhafteste Kehrseite: die Einsamkeit, unter der viele alte Menschen litten, und vor allem die Fälle, in denen Menschen starben, ohne noch einmal Kontakt zu ihren Angehörigen gehabt zu haben. Das bedauere ich wirklich sehr.

Mit dem Wissen, das wir heute haben, würde ich die eine oder andere Entscheidung womöglich anders treffen. Aber Tatsache ist auch: Dieses Wissen hatten wir damals nicht. Wir mussten uns im Nebel vorwärts tasten; wir mussten auf Sicht fahren. Ich habe in den ganzen Debatten sehr oft gesagt: Wir fahren auf Sicht.

Deshalb ist es auch ein beträchtlicher Unterschied, ob man das Handeln der Regierung daran misst, was sie in der konkreten Situation aufgrund der damals vorhandenen Informationen entschieden hat, oder ob man die Entscheidungen im Nachhinein mit Erkenntnissen bewertet, die zum Zeitpunkt des Handelns gar nicht vorlagen. In einer Krise muss man schnell und auf Basis von unvollständigen Informationen handeln und dafür ein gewisses Risiko in Kauf nehmen; denn zögern und zaudern ist immer der falsche Weg.

Für mich war klar: Dieses unvermeidbare Risiko darf nicht zulasten des Schutzes des Lebens und der Gesundheit der Bevölkerung gehen. Mein Kompass war das Prinzip der Gesamtverantwortung für mehr als elf Millionen Menschen – vom Kind bis zur hochbetagten Rentnerin. Das hat mich in meinen Entscheidungen geleitet. Das hieß in der Praxis: Im Zweifel für eine vorsichtige Linie. Und ich sage an dieser Stelle ganz klar: Das würde ich in einer so unsicheren Situation auch heute wieder genauso machen.

– 5 –

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz aller Zumutungen, Freiheitsbeschränkungen und Probleme, die durch die Coronamaßnahmen verursacht wurden, kann man feststellen: Baden-Württemberg ist besser durch die Pandemie gekommen als viele andere Länder und Regionen der Welt. Jetzt kann man mir vorhalten, was alles nicht so gut gelaufen ist und wo wir Fehler gemacht haben. Das wird an der einen oder anderen Stelle vielleicht auch richtig sein.

Allerdings will ich drei Arten von Kritikern noch einmal ausdrücklich zurückweisen – ich hatte es eben schon angedeutet –:

Erstens: Die, die vom Jägerhochsitz unseres heutigen Wissens aus urteilen und nicht aus der damaligen Entscheidungssituation heraus.

Zweitens: Die, die nicht den Druck der Notsituation sehen, in der man wohlerwogene Risiken eingehen muss, weil man ansonsten zögern und zaudern und seine Handlungsfähigkeit verlieren würde.

Drittens: Die, die immer nur eine Waagschale betrachten und nicht auch die andere und die so tun, als hätten wir die Freiheit der Menschen im Land leichtfertig und über Gebühr eingeschränkt. Das haben wir nicht. Bei jeder einzelnen Maßnahme hatten wir es mit einer schwierigen Güterabwägung zu tun: Wie weit gehen wir, um das Leben und die Gesundheit der Menschen zu schützen, vor allem jener Menschen, die besonders gefährdet waren und deshalb auch eines besonderen Schutzes des Staates und der Gesellschaft bedürfen? Welche Einschränkungen der persönlichen Freiheit sind angemessen, welche sind es nicht?

Bei dieser Abwägung ging es ja nicht nur um die Freiheit, in ein Restaurant zu gehen, ein Konzert zu besuchen oder sich ohne Maske in der Öffentlichkeit zu bewegen. Nein, es ging auch um ein deutlich existenzielleres Freiheitsrecht, und zwar um das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, das in Artikel 2 unseres Grundgesetzes – ganz vorn – steht. Bei den ganzen Debatten um die Eingriffe in Freiheitsrechte habe ich immer wieder festgestellt, dass dieser Artikel immer außen vor blieb und dass überhaupt nur die anderen Artikel genannt wurden.

Das Bundesverfassungsgericht aber hat die Bedeutung dieses Grundrechts klar definiert und hervorgehoben. Es sei – ich zitiere – „die vitale Basis der Menschenwürde und die Voraussetzung aller anderen Grundrechte“ – genau daran habe ich mich gehalten –, und „deshalb steht es auch direkt nach der Menschenwürde an der Spitze der Freiheitsrechte in unserem Grundgesetz“. Es ist ein Freiheitsrecht, das nur der Staat gewährleisten kann. Die anderen Grundrechte hingegen sind als Schutzrechte gegenüber dem Staat entstanden. Das muss man auch noch einmal sehen.

Der Schutz des Lebens und der Gesundheit ist deswegen für uns als politisch Handelnde in solch einer Krise natürlich zentral – nicht nur als ethischer Leitsatz, sondern

– 6 –

auch als konkreter Handlungsauftrag, erst recht in einer Ausnahmesituation wie einer Pandemie.

Deshalb ist für mich sowohl in der akuten Situation wie auch in der Rückschau eine Frage ganz zentral: Haben wir das Leben und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger möglichst gut geschützt? Ich denke, das ist vergleichsweise gut gelungen. Wir haben in Baden-Württemberg beim Coronavirus eine Letalitätssrate von 0,4 %. Das ist der Anteil der Menschen, die nach einer Infektion mit dem Coronavirus an der Krankheit verstorben sind. Hinter dieser Zahl verbergen sich 20 000 Einzelschicksale, mit all dem Leid für die Angehörigen, das es mit sich bringt, wenn ein geliebter Mensch aus dem Leben gerissen wird. Aber diese schnöde Zahl von 0,4 % bedeutet auch, dass wir weniger Opfer durch Corona zu beklagen haben als im bundesdeutschen Durchschnitt und weniger als die meisten anderen Länder in Europa. Diese Zahl zeigt auch, warum es richtig war, dass wir Teil des „Teams Vorsicht“ waren: weil wir auf diese Weise viele Tausend Menschenleben retten konnten.

Meine Damen und Herren, wir sind natürlich vor allem deshalb vergleichsweise gut durch die Pandemie gekommen, weil sich die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger vernünftig und verantwortungsbewusst verhalten hat. Deswegen bedanke ich mich noch einmal bei allen. Ich bedanke mich wirklich von Herzen bei denjenigen, die mitgeholfen haben, uns gemeinsam ordentlich durch diese Krise zu bringen. Dabei denke ich natürlich zuerst an all jene, die unter schwierigsten Bedingungen unsere Gesellschaft am Laufen gehalten haben, die dabei bis an ihre Grenzen und oft wirklich bis zur körperlichen und geistigen Erschöpfung gegangen sind, wenn ich nur an die Pflegekräfte sowie Ärztinnen und Ärzte auf den Intensivstationen denke.

Selbstverständlich gab es in Baden-Württemberg auch Menschen, die mit den Coronamaßnahmen nicht einverstanden waren und die deshalb dagegen protestiert haben. Das ist auch völlig legitim und ihr gutes Recht in einer Demokratie. Ein Wettstreit der Meinungen ist ein Wesen der Demokratie, und es gibt keine höhere Macht, die über allem steht. Allerdings müssen wir im demokratischen Diskurs zwischen den Fakten einerseits und den wertenden Schlussfolgerungen andererseits unterscheiden. Tatsachen sind nun einmal unerbittlich. Sie lassen sich nicht hintergehen. Das Virus ist hoch ansteckend. Wenn es auf ein ungeschütztes Immunsystem trifft, kann es zu einem schweren Verlauf und zum Tod führen.

Man kann allerdings darüber streiten, welche Konsequenzen man daraus zieht: Setzt man die Menschen einem höheren gesundheitlichen Risiko aus, indem man nur geringe Schutzmaßnahmen ergreift, oder setzt man, wie meine Regierung es gemacht hat, den Schutz der Gesundheit an die erste Stelle? Was natürlich nicht funktioniert, ist, Fakten zu leugnen. Genau deshalb war der Protest der sogenannten Coronaleugner so problematisch: weil er auf falschen Behauptungen oder sogar auf Verschwörungsideologien aufgebaut hat. Leider haben sich solche Verschwörungserzählungen so rasch verbreitet wie das Coronavirus und dadurch an den Grundlagen unserer mo-

– 7 –

dernen Gesellschaft gemeißelt, die ja auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und Diskursen beruht. Aus diesem Grund habe ich mich während der Pandemie immer wieder mit Experten aus der Wissenschaft beraten, genauso wie die Bundesregierung und meine Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern. In der Hochzeit habe ich das fast jede Woche gemacht und habe mich fast jede Woche im Schnitt über eine Stunde mit Experten ausgetauscht.

Ich bin froh, dass eine sehr große Mehrheit ein starkes Immunsystem gegen Verschwörungserzählungen hat, zum einen, weil sie den haarsträubenden Unsinn erkennen, der dahintersteckt, zum anderen, weil sie sehen, wohin ein solches Denken führt, nämlich hin zu einer Gesellschaft, in der nicht die Fakten und der rationale Diskurs auf der Suche nach der besten Lösung den Kurs bestimmen, sondern Demagogen und Populisten, die am Ende vor allem eines eint: ein autoritäres Weltbild und die Ablehnung einer liberalen Demokratie.

Es gibt eine Vielzahl von Gründen, warum wir eine liberale Demokratie und keine autoritäre Gesellschaft sind. Mit der Pandemie ist ein weiterer Grund dazugekommen: Liberale und demokratische Staaten haben die Pandemie wesentlich besser gemeistert als autoritäre Staaten. Wer das Gegenteil behauptet, möge bitte an die Bilder aus China denken: Dort wurden ganze Städte hermetisch abgeriegelt, Menschen in ihren Wohnungen eingesperrt und Infizierte kaserniert, ohne dass daran Kritik geäußert werden durfte. Gegen die Verbreitung des Virus war man am Ende dennoch machtlos – was für ein Kontrast zu unserem Land.

Umso grotesker wirkt heute die schon damals bizarre Behauptung mancher Verschwörungstheoretiker, wir würden mit unseren Maßnahmen eine Diktatur vorbereiten, weil das Land von Politikerinnen und Politikern geleitet werde, die eine Lust am Autoritären hätten. Das genaue Gegenteil war und ist der Fall. Demokratische Politiker finden am Autoritären keinen Geschmack, und deshalb waren wir wirklich gottfroh, als wir die vorübergehenden Beschränkungen endlich zurücknehmen konnten.

Meine Damen und Herren, auch der Föderalismus stand während der Pandemie in der Kritik. Unterschiedliche Regelungen in einzelnen Ländern statt einheitlicher Bestimmungen für ganz Deutschland habe die Menschen verwirrt und die Bekämpfung der Pandemie erschwert, so das Argument. Sie wissen, dass ich ein leidenschaftlicher Verfechter des föderalen Staatsaufbaus bin. Deshalb lässt mich diese Kritik natürlich nicht kalt. Sie trifft meiner Einschätzung nach nicht zu; denn Bund und Länder haben letztlich trotz aller regionalen Unterschiede die großen Linien der Coronapolitik gemeinsam beschlossen. Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder haben sich ständig mit der Bundeskanzlerin zu Corona beraten und abgestimmt, und zwar ganze 39 Mal, also fortlaufend und ständig. Zugleich war es eine Stärke Deutschlands in der Pandemie, dass wir auf regionale und lokale Besonderheiten reagieren konnten. Schließlich war das Infektionsgeschehen nicht immer und überall gleich. Es gab immer wieder Hotspots mit besonders vielen Infizierten. Da liegt es auf der Hand, dass man dort schärfere Bestimmungen erlassen muss als in Gebieten, in

– 8 –

denen die Lage weniger dramatisch ist. Die Infektion so gut es geht gemeinsam einzudämmen und gleichzeitig die Freiheit nur so weit einzuschränken, wie es nötig ist, geht in einem föderalen Staat nun einmal wesentlich besser als in einem zentralistischen Staat, und zwar auch deshalb, weil wir vor Ort nicht nur Befehlsempfänger, sondern Verantwortungsträger haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch für viele Unternehmen bedeutete die Pandemie einen tiefen Einschnitt. Manche Branchen wie Hotels und Gastronomie, Messen oder auch Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen mussten ihren Betrieb zeitweilig ganz einstellen. Viele Betriebe hatten aufgrund des Infektionsgeschehens große Personalprobleme oder mussten wegen Engpässen bei den Lieferketten ihre Produktion drosseln. Meine Landesregierung hat zusammen mit dem Bund so gut geholfen, wie es ging. Sie kennen ja die ganzen Maßnahmen: Hilfsprogramme, Bürgschaften, günstige Kredite, Liquiditätshilfen und Steuererleichterungen. Vor allem mit dem Kurzarbeitergeld haben wir sehr viel erreicht.

Zudem haben wir den Blick nach vorn gerichtet und ein ökonomisch und ökologisch ambitioniertes Zukunftsprogramm aufgelegt, um die Schlüsseltechnologien zu fördern und damit den Grundstein für unseren Wohlstand von morgen zu legen. Es ist uns gelungen, dass Corona nicht zu Strukturbrüchen in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt geführt hat. So sind in Baden-Württemberg trotz Pandemie und Energiekrise heute fast eine Million Menschen mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt als im Jahr 2010. Aber das hatte natürlich auch seinen Preis. Aus dem Landeshaushalt wurden in den Jahren 2020 bis 2022 insgesamt rund 8,7 Milliarden € zur Bekämpfung der Pandemie und ihrer Folgen aufgewendet.

Hinzu kam, dass wir natürlich nicht nur höhere Ausgaben, sondern auch niedrigere Einnahmen hatten, vor allem durch ein geringeres Steueraufkommen. Deswegen sieht die Verfassung für solche Fälle Ausnahmen vor. Aber wir müssen die Schulden natürlich zurückzahlen, auch wenn sie notwendig und sinnvoll waren. Mit den Folgen werden wir uns dann auch noch weiter herumplagen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle hoffen, dass unser Land künftig von solch schweren Krisen verschont bleibt, aber wir müssen uns natürlich für das Gegenteil vorbereiten. Es gibt leider eine ganze Reihe von Ursachen, die dafür infrage kommen: Infektionskrankheiten, wie wir sie bei Corona erleben mussten, Naturkatastrophen, Katastrophen, die durch den menschengemachten Klimawandel ausgelöst werden, Versorgungskrisen wie der Gasmangel, den wir durch Russlands Aggression erleben, Krisen, die durch Cyberangriffe oder auch durch tief greifende ökonomische Krisen ausgelöst werden können, und vieles mehr.

Ob und wann unser Land wieder von einer solchen tiefen Krise erfasst wird, kann niemand sagen, auch nicht, welche Art von Krise das sein wird und welche Folgen das im Detail nach sich zieht. Das macht es auch schwer, sich präzise für solche Fälle vorzubereiten. Aber es gibt eine Reihe von Erkenntnissen aus der Pandemie, die für

– 9 –

alle Krisensituationen gelten. Am besten ist es natürlich, Krisen zu vermeiden. Aber das liegt, da wir in einer vernetzten Welt leben, in der Regel nicht allein in unserer Hand. Deswegen kommt es auf Resilienz an. Das heißt, es braucht vor allem ein wohlgeordnetes Gemeinwesen. Verwaltung, kritische Infrastruktur, Gesundheitswesen, Polizei, Justiz, Recht und Rettungskräfte müssen stabil arbeiten können. Während der Pandemie hat sich gezeigt, dass wir da richtig gut aufgestellt sind.

Ebenso wichtig ist eine starke Bürgergesellschaft, Menschen, die Verantwortung übernehmen, die sich um diejenigen kümmern, die sich selbst nicht so gut helfen können, und die anpacken, wo staatliches Handeln nicht hinreichend ist, und die füreinander eintreten. Als Ministerpräsident bin ich wirklich stolz und froh, über eine solch starke Bürgergesellschaft zu verfügen. Das ist einer der größten Schätze, die wir haben. Man muss ehrlicherweise doch sagen, dass wir die Pandemie ohne diese vielen ehrenamtlich Engagierten nicht in der Weise hätten bewältigen können.

Wir brauchen also einen handlungsfähigen Staat – nicht nur in der Krise, aber dort natürlich besonders dringend. In einer Krise muss der Staat die Richtung und das Tempo des Handelns vorgeben. Er muss sein Handeln auch durchsetzen können; denn nur so erhalten die Bürgerinnen und Bürger Orientierung. Der Staat muss sein Handeln aber auch begründen und erklären: Warum wurde so entschieden? Was ist das Ziel?

Leistungsfähige Unternehmen, eine starke Wissenschafts- und Forschungslandschaft sind ebenfalls absolut entscheidend. Auch wenn es uns so vorgekommen ist, als würde die Pandemie ewig dauern, haben wir sie im historischen Vergleich gut in den Griff bekommen und schnell überwunden. Das war nur möglich, weil Wissenschaftler, Forscherinnen und Forscher sowie Unternehmen in kürzester Zeit wirkungsvolle Impfstoffe entwickelt und produziert haben.

Auf die Wissenschaft sind wir in Krisen auch noch aus einem anderen Grund besonders angewiesen, denn durch sie erhalten wir Erkenntnisse, die es uns ermöglichen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Selbstverständlich kann auch die Wissenschaft irren, mehr noch: Sie lebt ja vom Prinzip Versuch und Irrtum. Deshalb werden wir auch mit der besten Wissenschaft nie hundertprozentige Sicherheit haben, aber eben die Möglichkeit, nicht nur nach bestem Gewissen, sondern auch nach bestem Wissen zu entscheiden. Man bekommt dafür meistens keinen Applaus. Berühmt ist folgender Satz von Herrn Drost geworden: „There is no glory in prevention.“ Aber so ist das eben in der Krise: Wir handeln, auch wenn es dafür keinen Applaus gibt, denn hier geht es um unsere Pflicht, nicht um unsere Neigung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade in einer Ausnahmesituation wie einer Pandemie ist es manchmal anstrengend, politische Debatten zu führen. Aber auch in einer Krisenzeit gehört eine offene Debattenkultur zum Markenzeichen einer Demokratie. Ich bin überzeugt, dass uns der demokratische Streit um den richtigen Weg hilft, Krisen

– 10 –

zu meistern. Dafür braucht es aber Fakten, auf deren Grundlage wir diskutieren können.

Wir brauchen aber auch Medien, die diese Fakten mit journalistischer Sorgfalt und Ausgewogenheit aufbereiten und die Argumente abwägen. Wir haben in der Pandemie gesehen, dass die sozialen Medien diese Funktion nicht übernehmen können. Sie taugen eher zur Verhärtung von Meinungen und zur Verbreitung von Stimmungen statt zur Aufklärung. Deshalb bin ich überzeugt, dass ein breites Angebot an verlässlichen Qualitätsmedien für eine resiliente Gesellschaft unabdingbar ist. Man muss den Medien einfach auch einmal großes Lob aussprechen, wie sie in der Pandemie wirklich auf hervorragende Art und Weise komplizierte Verordnungen in ihren Zeitungen und in der Berichterstattung so dargestellt haben, dass die Leute sie auch verstehen konnten. Verlässliche Qualitätsmedien sind für eine resiliente Gesellschaft also unabdingbar, und natürlich müssen die Bürgerinnen und Bürger diese dann auch nutzen.

Zum Schluss will ich noch auf etwas anderes hinweisen, was uns die jüngsten Krisen gelehrt haben: Wir müssen genauer hinsehen, auf wen wir uns verlassen wollen. Es ist vielleicht nicht so klug, wenn wir bei lebenswichtigen und strategischen Gütern von wenigen oder gar nur von einem Staat abhängig sind, erst recht nicht, wenn dieser Staat nicht zur demokratischen Gemeinschaft zählt und wir damit rechnen müssen, dass diese Abhängigkeit als Waffe gegen uns genutzt werden kann. Sich nicht in eine solch fatale Abhängigkeit zu begeben, ist ebenfalls ein wichtiger Schritt, um besser für künftige Krisen gewappnet zu sein. Ich denke, hier können wir gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn noch eine ganze Menge tun.

Vielen Dank. Ich freue mich jetzt auf die Diskussion und Ihre Fragen.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Dann gehen wir direkt in die Runde der Fraktionen. Damit wir in der ersten Runde möglichst viele Fragen schaffen, bitte ich darum, die Fragen innerhalb von zwei Minuten zu stellen. – Für die Fraktion GRÜNE erteile ich jetzt Frau Abg. Dr. Aschhoff das Wort. Bitte.

Abg. Dr. Susanne Aschhoff GRÜNE: Herr Ministerpräsident, vielen Dank für diesen Rückblick und für diese Vorausschau. – Ich habe zwei Fragen in Bezug auf Ihren Vortrag. Zum einen haben Sie richtigerweise erwähnt, dass es eine noch nie dagewesene Situation war. Wir beschäftigen uns in dieser Enquetekommission vor allem auch damit, wie wir in anderen nicht vorhersehbaren Situationen, die uns vielleicht bevorstehen, flexibel und verantwortungsvoll reagieren können. Wie kann also aus Ihrer Sicht ein Bundesland bzw. eine Landesregierung dazu beitragen, konkret Resilienz und Selbstwirksamkeit der Bevölkerung zu unterstützen und zu fördern, um durch künftige Krisen zu kommen?

– 11 –

Sie haben in diesem Zusammenhang auch besonders schützenswerte Gruppen erwähnt. Welchen Stellenwert haben vor allem Kinder und Jugendliche, die Sie explizit erwähnt haben, in der Gesellschaft in Krisen? Wie können die Zivilgesellschaft, die Sie auch erwähnt haben, also das Ehrenamt, aber auch Kooperationen zwischen privaten Initiativen, gesellschaftlichen Initiativen und staatlichen Organisationen als Netzwerk in der Zukunft besonders stützend wirken?

Danke.

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, für Ihren Vortrag. – Auch ich habe zwei kurze Fragen. Wie Sie sagten, haben wir es mit multiplen Krisen zu tun. Als wir die Enquetekommission eingesetzt haben, haben wir vor allem an Corona gedacht. Dann kamen die Katastrophe im Ahrtal und der Ukrainekrieg – Krisen über Krisen. Meine Frage an Sie, ebenso an das Staatsministerium und an die Ministerien lautet: Haben Sie aus der Coronapandemie und auch aus den anderen Krisen hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und auch hinsichtlich der Kommunikation mit der Bevölkerung etwas gelernt, was Sie davor in Ihrer Arbeit noch nicht in dieser Form aufgenommen hatten? Wie könnte das, was Sie daraus gelernt haben, vielleicht auch in Zukunft Bestand haben?

Einen Satz, den Sie gesagt haben, fand ich sehr gut: Zögern und zaudern ist immer der falsche Weg. Das gilt vor allem in Krisen, aber ich denke, das gilt auch vor Krisen, wenn man sich auf Krisen vorbereiten und Krisenvorsorge betreiben möchte. Wie schaffen wir es aus Ihrer Sicht, dass unser Staat handlungsfähig ist? Wie schaffen wir es auch in unseren Behörden und in unseren Verwaltungsstrukturen, sich mehr auf die Zielerreichung zu konzentrieren, anstatt durch viele Einzelentscheidungen zu zögern und zu zaudern – sei es bei der Krisenvorsorge, sei es auch bei vielen anderen Entscheidungen, die zu treffen sind –, damit auch die Bevölkerung das Gefühl bekommt: der Staat funktioniert so, wie man es braucht, und löst die anstehenden Probleme?

Vielen Dank.

Abg. Florian Wahl SPD: Herr Ministerpräsident, ich möchte an Ihre Bemerkung, zögern und zaudern sei immer der falsche Weg, anschließen. Das ist in einer derart veritablen Krise, in der man de facto auch unter Zeitdruck handeln muss, absolut richtig. Allerdings kann das u. a. zur Folge haben, dass man – darauf sind Sie vorhin eingegangen – eventuell Entscheidungen trifft, die man hinterher als falsch ansieht oder die man mit dem Wissen von heute anders treffen würde. Sie hatten es angesprochen: Gerade in den Pflegeheimen gab es das Thema Isolation, das wirklich dramatische Folgen hatte. Es gab während bestimmter Wellen eine massive Übersterblichkeit in den Pflegeheimen. Bringt aber nicht gerade dieses Krisenmanagement, bei dem man sich für einen sehr schnellen und zupackenden Weg entscheiden muss, die Verantwortung mit sich, sich nach der Krise als verantwortlicher Regierungschef vielleicht auch ganz persönlich bei den Menschen für Entscheidungen, die falsch gelaufen sind,

– 12 –

um Verzeihung zu bitten, wie es z. B. auch Jens Spahn getan hat? Wären Sie auch bereit, dies zu tun, gerade auch in Ihrer Eigenschaft als Regierungschef?

Daran möchte ich eine Frage zur Struktur der Organisation, die ebenfalls in Ihrer Verantwortung lag, anschließen. Sie haben sich zu Beginn der Krise entschieden, das Coronamanagement im Sozialministerium anzusiedeln. Das Sozialministerium ist im Vergleich zum Innenministerium ein eher kleines und nicht allzu „krisenbewährtes“ Haus, während das Innenministerium viele Kontakte zu Blaulichtorganisationen hat, die mit Naturkatastrophen und Ähnlichem umgehen können.

Würden Sie diese Entscheidung in Anbetracht der Krise, die fast zweieinhalb Jahre andauerte, wieder genauso treffen? Immerhin konnten viele Dinge im Sozialministerium angesichts der massiven Anforderungen, die als Begleiterscheinung der Krise entstanden sind, einfach nicht bearbeitet werden. Dabei denke ich beispielsweise an das Thema Jugendhilfe, die zurückstehen musste und die erforderliche Angebote nicht mehr machen konnte, obwohl doch gerade auch junge Menschen direkt von der Krise betroffen waren. Würden Sie mit dem Wissen von heute wieder genauso entscheiden, wie Sie es damals getan haben?

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, für Ihre Ausführungen. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir diese Krise ohne unsere Bürgergesellschaft so nicht hätten bewältigen können, und haben sich auch dafür bedankt. Das sehen wir, die wir in der Enquetekommission arbeiten, ganz genauso. Deswegen ist uns dieses Handlungsfeld ja auch so wichtig. Gerade die Blaulichtfamilie, also die Ehrenamtlichen, wird auch abseits der Krise als Rückgrat unserer Gesellschaft gefeiert. Deswegen finden wir es schade, dass wir heute nur anderthalb Stunden lang die Möglichkeit haben, uns mit Ihnen auszutauschen. In allen anderen Handlungsfeldern standen die Minister der Enquetekommission einen halben Tag lang zur Verfügung. Wir empfinden das nicht als ausreichende Wertschätzung. Wieso stehen uns heute Morgen nur anderthalb Stunden zur Verfügung, um uns gemeinsam mit Ihnen mit dem Thema auseinanderzusetzen? Daran schließt sich die Frage an, wie Sie die Arbeit der Enquetekommission bewerten. Dazu haben Sie in Ihren Ausführungen nichts gesagt.

Sie haben darauf hingewiesen, dass Sie im „Team Vorsicht“ bzw. im „Team Verbot“ waren und dass Sie das heute wieder genauso tun würden. Gleichzeitig haben Sie aber auch gesagt, dass wir uns immer in einer Abwägung befinden müssen. Wir erleben es immer häufiger – es bestätigt sich immer öfter –, dass die langfristigen Folgen massiv sind, und zwar insbesondere bei den Kindern und Jugendlichen infolge der sozialen Vereinsamung, die durch Schulschließungen, Lockdowns und durch Ausgangssperren entstanden ist. Wie uns in den letzten Anhörungen bestätigt wurde, wirkt das heute noch nach. Wie ist diesbezüglich Ihre Sicht der Dinge? Würden Sie mit diesem Wissen von heute immer noch dem „Team Vorsicht“ bzw. dem „Team Verbot“ angehören, anstatt stärker auf die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger zu setzen?

– 13 –

Vielen Dank.

Abg. Carola Wolle AfD: Herr Kretschmann, vielen Dank, dass Sie heute da sind und dass Sie sich die Zeit für die Enquetekommission nehmen. – Ich möchte zunächst auf das Thema Grundgesetz zu sprechen kommen. Sie haben ausgeführt, dass die Menschenwürde fast über allen anderen Abwehrrechten des Grundgesetzes steht. Dieses Grundrecht wurde als Abwehrrecht der Bürger gegenüber einem übergriffigen Staat im Grundgesetz verankert. Ich möchte Ihnen sagen: Die Menschenwürde gilt für alle, auch für diejenigen, die von ihren Abwehrrechten Gebrauch machen.

Dann möchte auch ich auf ihre Aussage, zögern und zaudern sei immer der falsche Weg, eingehen. Ja, vielleicht muss man in einer Akutsituation schnell reagieren. Aber es gibt auch während der Pandemie Zeiten, in denen man sich einmal die Zeit nehmen kann und sollte, um die kurzfristigen Entscheidungen zu überprüfen. Dann wäre es vielleicht nicht zu so viel Einsamkeit bei den alten Menschen in den Heimen und bei den Kindern gekommen. Das hätte viel Leid erspart.

Ein anderes Sprichwort lautet: Angst ist ein schlechter Ratgeber. Ich möchte jetzt auf das Thema, das Sie „Fake News“ nennen, zu sprechen kommen. Es gab viele Ärzte, die die Impfung kritisch gesehen haben, und es gab auch viele Ärzte, die gesagt haben: „Eine Impfung ist genau das Richtige.“ Das sind Leute, die sich in ihren Fachgebieten sehr gut auskennen. Ich würde mir wünschen, dass sich die Politik die Zeit nimmt – das ist ein Beispiel von vielen –, um sich die verschiedenen Ansichten anzuhören und sich dann eine eigene Meinung zu bilden, anstatt sich nur einseitig zu informieren.

Was mir persönlich sehr unangenehm aufgestoßen ist: Der Pathologe Herr Professor Burkhardt aus Reutlingen war Experte in Berlin. Ich hatte ihn mir hier zur Seite gewünscht, aber er wurde leider nicht gewählt, weil er von manchen als Verschwörungstheoretiker angesehen wird. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass er auch früher schon häufiger als Experte hier war, und auf einmal wird er als Verschwörungstheoretiker bezeichnet, nur weil er eine andere Meinung vertritt. Das finde ich ausgesprochen merkwürdig.

Das Beispiel Schweden hat gezeigt, dass man auch auf einem anderen Weg, und zwar mit nicht so vielen Einschränkungen, leichter durch die Krise kommt. Schweden ist auch sehr gut durch die Krise gekommen.

Danke schön.

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann kommen wir jetzt zur Antwortrunde. Herr Ministerpräsident, bitte orientieren Sie sich an einem Redezeitrahmen von zehn Minuten, damit wir noch Zeit für weitere Fragen haben. – Sie haben das Wort, Herr Ministerpräsident.

– 14 –

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ich beginne einmal in umgekehrter Reihenfolge.

Natürlich ist Angst ein schlechter Ratgeber. Deswegen war ja auch die Angst gar nicht unser Ratgeber, sondern waren Wissenschaftler unsere Ratgeber. Das muss man erst einmal sehen. Natürlich gibt es immer dissidente Meinungen, auch zu wissenschaftlichen Fragen. Aber ich muss mich doch für irgendetwas entscheiden, und dafür hat der demokratische Staat Institutionen wie z. B. das Paul-Ehrlich-Institut, das die Aufgabe hat, die Erkenntnisse zu bündeln, auszuwerten und dann etwas Handlungsleitendes dazu zu sagen. Anders ist es gar nicht möglich. Ansonsten geschieht es, dass sich jeder irgendeinen aussucht. Genau so haben Sie es nämlich gemacht: Man sucht sich eben irgendeinen aus, der die eigene Meinung vertritt, selbst wenn das völlig minoritär ist und von der überwältigenden Mehrheit gar nicht geteilt wird. Deswegen institutionalisiert der demokratische Staat es in bestimmten Institutionen, die die Aufgabe haben – wir selbst sind ja keine Wissenschaftler –, das zu bündeln, auszuwerten und zu beurteilen. Anders kann das überhaupt nicht gehen, weil sich ansonsten letztendlich jeder das aussucht, was seiner persönlichen Meinung entspricht. So kann man aber politisch nicht agieren. Das heißt natürlich nicht, dass nicht auch Minderheiten in der Wissenschaft recht haben können. Aber es wäre ja nun völlig abseitig, wenn sich eine Regierung nicht auf institutionelle Institutionen stützt, sondern sich irgendjemanden herausucht. Also: Ein anderes Verfahren hat noch gar niemand vorgeschlagen. Wenn es dazu bessere Vorschläge gibt, ist das eine andere Frage.

Natürlich ist es wirklich wichtig, aber auch schwierig für einen Wissenschaftler in solch einer Situation. Wissenschaftler sind für Tatsachenbehauptungen zuständig. Aber jeder Journalist fragt den Wissenschaftler dann natürlich: „Ja, und was folgt daraus?“ Die Wissenschaftler bieten uns eine Faktengrundlage, aber die Entscheidungen trifft die Politik. Natürlich kann ich das, was mir die Wissenschaftler sagen, nicht 1 : 1 übernehmen, weil ihre Sicht ebenfalls unfertig bzw. unvollständig war. Aber ich muss auch Abwägungsentscheidungen treffen, etwa über die Kollateralwirkungen, die eine bestimmte Handlung hat, die vielleicht infektiologisch der richtige Weg ist, die aber – das haben wir gerade besprochen – für Kinder vielleicht zu schwere Folgewirkungen hat. Das muss man abwägen. Insofern bilden die wissenschaftlichen Erkenntnisse in einer Pandemie logischerweise zunächst einmal die Grundlage für politische Entscheidungen.

Wie ich schon gesagt habe, habe ich ja nicht allein entschieden. Deswegen hat sich die Ministerpräsidentenkonferenz so oft getroffen, meistens mit der Bundeskanzlerin. Das heißt, auch dort fließen unterschiedliche Meinungen und auch Orientierungen ein. Das Ringen um einen Konsens dauerte oft sehr lange. Es ist gerade der Vorteil einer föderalen Ordnung, dass sich 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin und dem Bund, das sie jeweils haben, treffen und gemeinsam abwägen. Das war sehr wichtig und hat auch die Legitimation für die schweren Eingriffe gegeben. Natürlich ist die Ministerpräsidentenkonferenz kein Verfassungsorgan;

– 15 –

das steht ja nirgendwo. Ihre Legitimität ergibt sich aber daraus, dass dort all die Menschen vertreten sind, die nach unserer Verfassung die Richtlinienkompetenz haben. Da es kein Verfassungsorgan ist, kann dieses Gremium nur Vorentscheidungen treffen. Das, was die Ministerpräsidentenkonferenz entschieden hat, ist somit nicht unmittelbar geltendes Recht, sondern sozusagen nur ein Vorschlag. Die entsprechenden Beschlüsse müssen dann die zuständigen Organe – das waren in diesem Fall die Landesregierungen – fassen. Immer dann, wenn es möglich war, habe ich es dem Parlament vorher – es war nicht immer möglich – vorgetragen, sodass das Parlament auch einbezogen war.

Damit komme ich zum Thema Eigenverantwortung. Das ist natürlich eine ganz gewichtige Grundsatzfrage: ob mein Verhalten in einer Pandemie nur mich selbst oder auch andere betrifft. Deswegen ist die Frage der Eigenverantwortung hier ganz anders zu stellen, als wenn ich sage: „Na gut, ob sich einer ärztlichen Vorschlägen oder dem, was die Politik dazu sagt, unterzieht, entscheidet er selbst, wenn es ihn nur selbst betrifft.“ Das war eine ganz gewichtige Frage bei der Frage der Impfpflicht.

Sie wissen, dass ich mich zusammen mit dem Kollegen Söder in einem Meinungsartikel in einer Zeitung für eine Impfpflicht ausgesprochen habe. Das war allerdings in einem bestimmten Zeitraum, und zwar als die Delta-Variante dominierte. Später kam dann die Omikron-Variante, und da war das mit der Impfpflicht dann nicht mehr so klar. Das ist natürlich ein weitgehender Eingriff, den man sicherlich streitig diskutieren kann. Aber die Meinung vom Kollegen Söder und von mir war: „Wenn wir es anders nicht schaffen, brauchen wir eine Impfpflicht; denn wir brauchen hohe Impfquoten, damit das wirkt. Die Impfquoten können durchaus unterschiedlich sein.“ Je nach Virus ist eine Impfquote von 70 oder aber 90 % erforderlich, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Wir lagen bei 70 %, und das hat nach damaliger Erkenntnis einfach nicht ausgereicht. Alle anderen Maßnahmen haben nicht zu einer Erhöhung der Impfquote geführt. Dann stellt sich die Frage, ob Sie die Pandemie und all ihre Folgen damit in den Griff bekommen.

Was heißt in dem Fall „eigenverantwortlich“? Die Eigenverantwortlichkeit von 30 % der Bevölkerung, die sich nicht impfen lässt, hat für die Gesamtbevölkerung dramatische Konsequenzen in der Pandemie und auch in den Folgen, die sich daraus ergeben. Das ist einfach ein Abwägungsprozess, den man vornehmen muss. Die ganz normale Influenza ist endemisch. Dort ergreifen wir die Maßnahmen, die wir gegen das Coronavirus ergriffen haben, nicht. Das ist genau der Abwägungsvorgang, auf den Sie sich beziehen, Herr Abg. Reith.

Warum bin ich heute nur anderthalb Stunden hier? Das sind natürlich Sachen, die zunächst einmal mein Haus bespricht. Meines Wissens waren nicht alle Minister einen halben Tag lang da. Aber Sie müssen einfach Folgendes sehen: Die wesentlichen Entscheidungen treffe gar nicht ich, sondern die werden von den Ressorts getroffen, die im Einzelfall auch die Sachkenntnis haben, die viel größer ist als meine. Ich bin nur für die Grundlinien der Politik verantwortlich und nicht für die Details. Deswegen ist es

– 16 –

schon richtig, wenn die Minister länger da sind als ich. Ich kann Ihnen nur etwas über die Grundsätze des politischen Handelns sagen. Für Details können Ihnen die Minister viel kompetentere Angaben machen, weil sie sich mehr damit befassen und dafür auch die entsprechenden Behörden haben. Sie müssen ja sehen: Die Ministerien haben nachgeordnete Behörden, die sie bei ihrer Arbeit unterstützen. Insofern passt das schon. Aber wenn Sie jetzt darauf bestanden hätten, dass ich einen halben Tag hier sein soll – ich komme auch noch einmal; so ist es nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Mein Respekt vor dem Parlament ist groß.

Soll ich mich entschuldigen? Wie ich gesagt habe, würde ich in der Regel in derselben Situation wie damals und mit dem Wissen, das ich damals hatte, so gut wie alles genauso machen; und dafür kann ich mich nicht entschuldigen. Das wäre nicht ehrlich. Das Entscheidende ist doch: Habe ich in der Situation, in der ich war, leichtfertig gehandelt? Habe ich z. B. wider besseren Rat Entscheidungen getroffen? War ich irgendwie eigensinnig an einer Stelle gegenüber allen, die auf mich eingeredet haben? An so etwas könnte ich mich nicht erinnern. Wie gesagt, ich habe mich auch mit anderen Kollegen abgestimmt. Insofern ist, glaube ich, eine Entschuldigung irgendwie nicht das Richtige.

Außerdem muss man ja auch sehen: Die Bürgerinnen und Bürger können das alles beklagen – das ist auch gemacht worden –, und das letzte Wort haben dann die Gerichte, die uns meistens recht gegeben haben, aber nicht immer. Dann steht natürlich in der Zeitung: „Kretschmann bekommt eine Klatsche.“ Das sehe ich aber nicht so. Es ist ganz normal, dass eine Exekutive, wenn man nicht zögert und zaudert, forsch herangehen muss und dass Gerichte es – sozusagen aus einer Sicht von außen – anders sehen. Dazu habe ich auch einige saloppe Äußerungen von mir gegeben. Das hätte ich natürlich besser sein lassen. Aber das ist einfach der Lage geschuldet.

Natürlich können wir jetzt aus der Sicht von heute die Menschen für die Beschwerden um Verzeihung bitten, wo wir sagen: Im Nachhinein hätten wir das durchaus anders machen können. Aber ich finde, entschuldigen kann man sich eigentlich nur für ein subjektives Fehlverhalten, das man gezeigt hat. Das andere sind, glaube ich, Beurteilungsfragen, und dabei geht es ja immerhin um Leben und Tod. So sehe ich das.

Das Coronamangement beim Sozialministerium anzusiedeln, halte ich für richtig. In einer Pandemie basiert das Handeln auf epidemiologischen und infektiologischen Grundlagen. Insofern ist es durchaus das richtige Ministerium. Wir haben das Sozialministerium dann auch besser mit Personal ausgestattet. Das wird auch so bleiben, damit solch ein Haus entsprechend gewappnet ist. Für andere Krisen sind dann andere Häuser federführend zuständig. Aber das Entscheidende ist doch, dass die Häuser richtig gut zusammenarbeiten, und das war jederzeit der Fall. Das ist auch das

– 17 –

Wichtigste für Resilienz in Krisen: Die Stäbe müssen sofort stehen. Nachdem beispielsweise das Dorf Braunsbach überschwemmt wurde, war ich am übernächsten Tag dort, und da stand alles. Das hat mir unglaublich imponiert. Es war ein Lagezentrum eingerichtet, und alles war geregelt: die Feuerwehr, die Transporte usw. Da sind wir einfach gut aufgestellt. Das haben wir jetzt natürlich noch einmal verbessert.

Das heißt, das Entscheidende ist: Kann man schnell Stäbe bilden, die das gemeinsam machen? Wir sind für solche Situationen einfach richtig gut aufgestellt – bis hinunter in die Landratsämter und in die Rathäuser. Als ich mit dem Innenminister in Braunsbach war, habe ich gedacht: Verdammt, wir sind ein wohlgeordnetes Gemeingewesen. Es funktioniert einfach, dass sofort die Entscheider da sind, mit der Bevölkerung kommunizieren und ihre Fragen beantworten. Das ist das Entscheidende. Wir ziehen natürlich Lehren aus jeder Pandemie, um das noch zu verbessern. Dazu können Sie die einzelnen Häuser gern noch einmal befragen.

Nicht zu zögern und zu zaudern heißt ja nicht, leichtfertig zu entscheiden, sondern Sie müssen in diesen Stäben schnell an die notwendigen Informationen kommen, und das war der Fall. An dieser Stelle muss ich mich auch noch einmal bei unseren Beamten bedanken, die bis zur Erschöpfung gearbeitet haben, damit vor 12 Uhr noch irgendwie die Verordnung fertig war. Auch die Verwaltung hat da mit Hochdruck gearbeitet. Das muss man einfach auch noch einmal sagen. Das sind Dinge, die wirklich gut funktionieren.

Wirtschaft ermöglichen statt Bedenkenträgerschaft: Das ist natürlich eine ganz große Frage, die Sie jetzt stellen. Wir haben eine unglaubliche Bürokratiekrise. Ich kann allen nur empfehlen, einen kürzlich erschienenen Artikel des Staatsrechtlers Wolfgang Schön über den Regulierungsbankrott zu lesen, der aufzeigt, dass wir allein schon aus demografischen Gründen die Mitarbeiter nicht mehr haben werden, die wir benötigen, um dieses filigrane Geflecht von Regelungen überhaupt noch zu administrieren, durchzusetzen, geschweige denn zu evaluieren – und was wir sonst noch alles immer wollen. Da stehen wir vor einem Paradigmenwechsel.

Grundsätzlich ist es so: Wir haben eine Verwaltung, die gesetzesorientiert ist. Das ist auch gut so. Sonst wären wir nämlich kein Rechtsstaat, und dann würden Korruption und Vetternwirtschaft herrschen. Das ist wichtig. Wir müssen aber – da gebe ich Ihnen recht, Herr Abg. Miller – auch dahin kommen, dass rechtskonform und lageorientiert gehandelt wird und dass Risikobereitschaft besteht. Das bedingt allerdings auch eine Fehlerkultur in unseren Verwaltungen. Diese Fehlerkultur kann allerdings nur top-down erfolgen. Sie können nicht von einem Sachbearbeiter im Landratsamt erwarten, dass er groß ins Risiko geht. Das kann er durchaus machen, denn wir haben für alle Fälle auch eine Kollektivversicherung, sodass er geschützt ist. Das wissen viele vielleicht gar nicht. Das ist top-down.

– 18 –

Eine andere Frage ist, ob der Chef den Sachbearbeiter eintütet, wenn er ins Risiko gegangen ist; denn Risiko heißt, es kann auch falsch sein. Sonst macht das Wort Risiko keinen Sinn. Die Fehlerkultur geht also nur top-down. Das heißt, Sie müssen das Risiko der Beschäftigten auch ästimieren und den Sacharbeiter nicht gleich eintüten, wenn er eine falsche Entscheidung getroffen hat und ins Risiko gegangen ist. Aber, Herr Abgeordneter, das ist eine grundlegende Frage, die den Rahmen, glaube ich, jetzt etwas sprengen würde.

Frau Abg. Aschhoff hat eine Frage speziell zu den Kindern gestellt. Es ist klar, dass wir das jetzt allgemein mehr in den Fokus nehmen, um doch noch einmal einen gezielten Blick auf Kinder zu werfen: Was bedeutet eine Pandemiesituation für Kinder und Jugendliche? Diese Frage lässt sich nicht einfach schematisch wie für alle anderen Bevölkerungsteile beantworten, sondern das müssen wir gesondert in den Blick nehmen, und das tun wir auch. Genauso, wie wir vulnerable Gruppen besonders in den Blick nehmen, müssen wir auch schauen, was das für Kinder und Jugendliche bedeutet, und die Latte wahrscheinlich auch höher legen.

Es ist immer die Frage, was für eine Art von Krise es ist. Denken Sie einmal daran: Bei Masern gibt es eine Impfpflicht. Es gibt Infektionen, bei denen es ausreicht, dass ein Kind fünf Minuten in einer Klasse ist, und dann haben sich alle angesteckt. Darauf muss man dann auch rigoros reagieren. Das heißt, diese Frage lässt sich nicht pauschal beantworten. Aber ich würde einmal allgemein sagen: Kinder und Jugendliche sollten als eine besondere Kohorte in den Blick genommen werden. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Das ist, glaube ich, etwas, was wir immer wieder zu beachten haben. Kinder haben ihre eigenen Welten. Wir sollten mit einer besonderen Sensibilität auf diese Gruppe reagieren und es nicht zu sehr unter ein allgemeines Regime der gesamten Bevölkerung nehmen. Das halte ich für wichtig.

Ich hoffe, dass ich keine wichtige Frage nicht beantwortet habe.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Die zeitliche Not kommt bei mir schon langsam zum Tragen, denn uns stehen offiziell nur noch 20 Minuten zur Verfügung, und mir liegen noch neun Wortmeldungen aus den Reihen der Fraktionen vor. Allerdings habe ich schon wahrgenommen, dass Sie ein gern gesehener Gast in der Enquetekommission sind.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Vorsitzender, ich kann um 15 Minuten verlängern.

Vorsitzender Alexander Salomon: Das ist eine sehr schöne Meldung für uns, sehr gut. Dann haben wir vielleicht ein bisschen mehr Spielraum. Trotz allem sind Sie angehalten, Ihre Fragen möglichst kompakt zu stellen, damit wir mehr Zeit für die Antworten haben. – Dann erhält zunächst Herr Abg. Köhler für die Fraktion GRÜNE das Wort.

– 19 –

Abg. Erwin Köhler GRÜNE: Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich würde gern noch kurz ergänzend nachfragen. Wir haben uns in den vergangenen Anhörungen zu unserem aktuellen Handlungsfeld „Gesellschaft“ auch mit der Thematik beschäftigt, wie man Kinder und Jugendliche denn fair beteiligen kann und wie man auf den verschiedenen Ebenen – Kommunen, Kreise und eben auch Land – dafür sorgen kann, dass auch Kinder und Jugendliche, wie es in der Gemeindeordnung festgelegt ist, eine Art Anhörungsrecht haben, und zwar nicht nur während einer Krise, sondern auch außerhalb einer Krise; denn wenn gerade keine akute Krise herrscht, dann übt es sich gut. Halten Sie es für unterstützenswert, ein Jugendgremium auf Landesebene mit einer Art Anhörungsrecht einzurichten, wie es auch im Koalitionsvertrag vereinbart worden ist?

Meine zweite Frage zielt auf das Thema Verschwörungsmythen und eben auch Gegner von staatlichen Entscheidungen ab, jetzt gar nicht nur auf die Pandemie, sondern auf die Zukunft bezogen. Die Pandemie hat uns gezeigt: Es gibt eine stille Mehrheit, die folgt, die sich an die Regeln hält und die das auch gern macht. Allerdings hat sie dafür eigentlich nicht wirklich eine Art Lohn gesehen, sondern hält eher die laute Minderheit aus und versucht, dem zu begegnen – manchmal durch Konfrontation und manchmal eben auch einfach nur durch Durchhalten.

Durch die Bewegung der Leugner haben sich auch neue Themen entwickelt, die diese Leugner auch ohne Coronapandemie besetzen, beispielsweise der menschengemachte Klimawandel. Wie können Sie als Ministerpräsident bzw. wir, das Land Baden-Württemberg, der stillen Mehrheit positiv begegnen, sie also sozusagen darin bestärken, dabeizubleiben und sich weiterhin für die Gesellschaft einzusetzen? Das ist wiederum eine Frage, die in Richtung Selbstwirksamkeit und Resilienz, aber auch in Richtung Wissenschaft abzielt; denn der Glaube an die Wissenschaft hängt damit mehr oder minder eng zusammen.

Danke schön.

Abg. Christiane Staab CDU: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben jetzt mehrfach gesagt, man sollte nicht zaudern und zögern, sondern Entscheidungen treffen und Verantwortung übernehmen. Ich glaube, das ist in einer Krise das Wichtigste, was die Verantwortlichen tun können und müssen. Jetzt haben wir natürlich ein föderales System, und meine Frage geht in die Richtung – dabei spreche ich als frühere Bürgermeisterin –, dass in den Städten und Gemeinden ganz unterschiedliche Bürgermeister, die in der Krise Ortspolizeibehörde sind, in der Verantwortung stehen.

Mir ist bewusst, dass die folgende Frage durchaus heikel ist. Ich bin zwar ein großer Freund des Föderalismus, aber: Wäre es aus Ihrer Sicht vorstellbar, dass man gerade mit Blick auf die Schulung, das Wissen, die Kenntnisse und die Fähigkeiten, die in einer Krise oder gar in einer Katastrophe notwendig sind, seitens des Staatsministeriums gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden darüber nachdenkt, auch mit

– 20 –

Blick auf das passive Wahlalter von 18 Jahren für Bürgermeister, das Thema „Befähigung in einer Krisen- und Katastrophensituation“ stark herauszuarbeiten und hervorzuheben? Wir haben auch das Thema „Üben, üben, üben“ angesprochen, aber es geht vor allem darum, Kenntnisse, Wissen und Fertigkeiten zu vermitteln, über die beispielsweise der Bürgermeister von Braunsbach verfügte. Aber er hatte das auch intuitiv. Wir hatten ihn ja auch zu einer Sitzung der Enquetekommission eingeladen. Das ist jemand, der einfach sofort gehandelt hat. Im Ahrtal hingegen haben wir erlebt, dass es dort Verantwortliche gab, die eben nicht gehandelt haben, sondern die erst einmal weg gewesen sind.

Wie schaffen wir es also, den Verantwortlichen Stärke und Fertigkeiten zu vermitteln, damit sie sich im Fall einer Krise eben nicht wegducken, sondern genau das tun, was Sie getan haben: nicht zaudern und zögern, sondern handeln, auch wenn dann hinterher viele kommen und fordern, dass man sich dafür jetzt entschuldigen soll, weil das falsch war? Aber das in der Krise abzustreifen und zu sagen, jetzt muss gehandelt werden, diese Stärkung der Verantwortungsträger, das ist für mich eine ganz wichtige Aufgabe, und das sehe ich auch ein Stück weit in Ihrer Verantwortlichkeit als Kopf dieses Landes, Herr Ministerpräsident.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, für Ihre Ausführungen. Sie haben u. a. Ausführungen zum Thema Bildung gemacht, das heute unser Schwerpunkt ist. Wir haben manche der Auswirkungen unterschätzt. Natürlich wussten wir 2019 noch nicht, was es heißt, dass wir im Land Baden-Württemberg nach wie vor keine funktionierende Bildungsplattform auf die Reihe bekommen haben, und wie sehr uns diese in den nachfolgenden Jahren geholfen hätte.

Allerdings bereitet es mir Sorge, dass viele Praktiker aktuell der Meinung sind, dass wir aufgrund des massiven Personalausfalls an unseren Schulen heute eigentlich noch deutlich krisenanfälliger sind als noch im Jahr 2019. Auch beim Thema Digitalisierung sind wir zwar gemeinsam mit dem Bund vorangekommen, aber Fragen wie IT-Administration sind nach wie vor nicht gelöst. Auch multiprofessionelle Teams, die von vielen Lehrkräften als erhebliche Unterstützung wahrgenommen worden sind, werden zurzeit nur in einem verhältnismäßig kleindimensionierten Modellversuch angeschoben.

Schließlich – das ist für mich auch eine gewichtige Frage – steht auch immer noch der Vorwurf im Raum, inwieweit die Schulschließungen im zweiten Lockdown 2020/2021 hätten vermieden werden können bzw. ob man sie zumindest hätte massiv verkürzen können, wenn die Landesregierung frühzeitiger Konzepte für Wechselunterricht, Hybridunterricht und, damit im Zusammenhang stehend, gemeinsam mit den Kommunen Raumbeschaffungen angestoßen hätte. Die SPD-Fraktion hat das unmittelbar im Juni 2020 im Rahmen eines Positionspapiers als Forderung erhoben und konzeptionell auch entsprechende Wege aufgezeigt. Das Land hat darauf nicht reagiert – manche sagen, es sei dem Wahlkampf und der damaligen Situation zwischen der CDU-Spit-

– 21 –

zenkandidatin und den Grünen geschuldet gewesen –, und wir haben vier Monate verloren, um unsere Schulen zukunftsfähiger zu machen. Daher lautet meine Frage an Sie: Welches sind aus Ihrer Sicht, gerade was die zuletzt geschilderte Situation angeht, die wichtigsten Lehren aus der Pandemie?

Sie haben vorhin von Grundlinien gesprochen. Eine solche Grundlinie ist tatsächlich auch das Thema Haushalt bzw. Haushaltsvolumen. Brauchen wir nicht eigentlich eine klare Zielperspektive, verbunden mit einem verbindlichen Finanzierungsplan, für einen systematischen, krisensicheren Personalaufwuchs? Dabei spreche ich nicht nur von Lehrkräften, sondern auch von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sowie Schulpsychologinnen und Schulpsychologen an unseren Schulen, beispielsweise auch mit dem Ziel einer Grundausrüstung von 110 %, mit denen dann auch Krisen abgefedert werden können. Dabei geht es mir nicht nur darum, die Folgen der Pandemie aufzuarbeiten, sondern auch darum, dass wir, sollte in zehn Jahren vielleicht wieder eine solche Situation eintreten, dann sagen können: Wir haben vorsorglich reagiert.

In diesem Kontext würde mich Ihre persönliche Meinung interessieren, ob Sie es in Anbetracht dieser großen Herausforderungen, gerade auch mit Blick auf die Themen Schule, Jugendliche und „Gesellschaftliche Entwicklung“, für angemessen halten, dass das Thema Bildung kein eigenes Handlungsfeld dieser Enquetekommission ist.

Danke schön.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, für die bisherigen Ausführungen. – Meine Frage bezieht sich noch einmal auf die Einschränkungen. Es gab einige Maßnahmen wie beispielsweise die Ausgangssperren, bei denen es, wenn man es positiv formuliert, zumindest keinen Nachweis gibt, dass sie etwas gebracht haben. Andere sagen, sie hätten nachweislich nichts gebracht. Mir stellt sich die Frage, warum Sie trotzdem an diesem Instrument – wie Sie es bezeichnen – festgehalten haben, obwohl nach der ersten Runde von Ausgangssperren im Prinzip keine messbare Wirkung feststellbar war, wenn man sich die Inzidenzen anschaut. Das habe ich nie richtig nachvollziehen können. Wenngleich ich natürlich sehr großen Respekt vor Ihrer Verantwortung habe, die Sie in dieser Zeit hatten, konnte ich das nie richtig nachvollziehen, wie man diese Entscheidung so hat fällen können. Wenn Sie da ein bisschen Licht ins Dunkel bringen könnten, wäre das sicherlich hilfreich.

Wir sollten uns gerade in Bezug auf das Thema Freiheitseinschränkungen mit Blick auf künftig denkbare Krisensituationen – es muss ja keine Pandemie sein, sondern kann auch irgendetwas anderes sein – auf jeden Fall Gedanken machen, ob es sich dabei um Maßnahmen handelt, die irgendeinen Effekt haben. Ich halte es für wichtig, sich das anzuschauen.

Zweitens würde mich interessieren, ob die Landesregierung als solche – also unabhängig von Koalitionen, sondern einfach der Verwaltungsapparat in den Ministerien bzw. im Staatsministerium – aus Ihrer Sicht etwas aus dieser Pandemie gelernt hat,

– 22 –

das auch nachhaltig ist. Im Moment sind noch viele Mitarbeiter da, die das miterlebt, die Entscheidungen getroffen und die dabei auch an persönlichem Erfahrungsschatz gewonnen haben. Aber irgendwann machen sie irgendetwas anderes oder gehen in den Ruhestand. Gibt es nachhaltige, bleibende Eindrücke oder neue Verfahrensweisen in der Landesregierung bzw. in den Ministerien, die aus Ihrer Sicht eine Folge der Coronapandemie sind, wo Sie sagen: „Da machen wir jetzt etwas besser, weil wir etwas gelernt haben“?

Abg. Carola Wolle AfD: Zunächst möchte ich sagen, dass ich damals nicht in Ihrer Haut habe stecken mögen. Sie haben wirklich eine große Verantwortung getragen, und das hat an dieser Stelle – Herr Karrais, Sie haben es gerade auch gesagt – auch unser aller Respekt verdient. Nichtsdestotrotz ist eben nicht alles gut gelaufen.

Das mit dem Kontaktverbot klingt harmlos, aber dass das insbesondere bei den älteren Menschen und vor allem bei den Kindern zu psychischen Schäden geführt hat, steht meiner Meinung nach außer Zweifel. Da müsste man anders reagieren.

Ich möchte noch einmal auf das unleidige Thema Impfen eingehen. Für Grippe gibt es eine Schutzimpfung, die in der Weise wirkt, dass man sich nicht mehr ansteckt. Bei der Coronaschutzimpfung verhält es sich so, dass man zwar einen leichteren Verlauf hat, sich aber noch anstecken kann, wenn man dann noch bedenkt, dass die Varianten sehr schnell wechseln: Würden Sie heute wirklich noch einmal für eine Impfpflicht plädieren und es zulassen, dass die Menschen, die sich nicht impfen lassen, dermaßen unterdrückt werden? Halten Sie es für angemessen, dass die Menschen, die sich nicht haben impfen lassen, derart mit Hass übersät worden sind?

Dr. Annette Noller, stellv. externes Mitglied: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich möchte meine Frage in meiner Eigenschaft als externes Mitglied, als Theologin und als Vertreterin eines Wohlfahrtsverbands stellen. Krisen sind schwere Zumutungen für die Seele und für die Einzelnen. Ich stimme Ihnen gern zu, dass wir die Krise insofern gut überwunden haben, als wir keine Bilder wie in Bergamo oder in New York gesehen haben. Es gibt auch Zumutungen, denen wir uns in der Gesellschaft gemeinsam stellen müssen, und trotzdem braucht es ja danach dann auch wieder Versöhnung.

Die Fragen der Kohärenz in der Gesellschaft sind uns aufgegeben. Deswegen möchte ich gern nach vorn schauen und Sie fragen, wie weit Sie die Thematik in der politischen Bildung bzw. in der Demokratiebildung als eine Gesamtstrategie dieser Landesregierung sehen. Im Moment erleben wir eine tiefe Spaltung in der Gesellschaft, die uns wahrscheinlich alle beunruhigt. Krisen bewirken unterschiedliche und zum Teil auch gegensätzliche Positionen, weil sie Erschütterungen und Zumutungen sind. Wie kommen wir in dieser Gesellschaft miteinander in einen Dialog, in dem wir unter den Stichworten Resilienz oder auch politische Bildung, Demokratiebildung und Stärkung der Zivilgesellschaft in einen Diskurs der Versöhnung kommen? Inwieweit hat die Landesregierung Strategien entwickelt, um gerade diejenigen, die vulnerabel sind, z. B. die Schülerinnen und Schüler bzw. diejenigen, denen wir etwas zugemutet haben, nun

– 23 –

durch Partizipation und Demokratiebildung stärker in die Zukunft mitzunehmen, um ihnen das nötige Vertrauen zu geben? Dabei denke ich beispielsweise an Betroffene als Demokratieberaterinnen und Demokratieberater oder an Schülerinnen und Schüler als Mentoren, also an Beteiligungsstrukturen als eine Art Gesamtstrategie. Ich glaube, dass wir in diesem Bereich noch viele Aufgaben vor uns haben, um uns für zukünftige Krisen zu stärken.

Abg. Florian Wahl SPD: Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank für Ihre bisherigen Antworten. – Sie haben Braunsbach erwähnt. Ich finde, Braunsbach ist ein Beispiel dafür, wie gut Krisenmanagement funktioniert, wenn es eingeübt und nicht zum ersten Mal gemacht wird. Ich glaube, das unterscheidet die Ressortzuständigkeit zwischen in dem Fall Sozialministerium und Innenministerium sehr wohl; denn eine pandemische Lage ist ganz klar eine Gesundheitsfrage und deswegen auch im Gesundheitsministerium angelegt. Aber es waren auch ganz massive logistische Fragen zu lösen, die nur peripher mit der pandemischen Bewertung und der Bewertung der Folgen zu tun hatten. Vielmehr ging es zunächst einmal um organisatorische Fragen: Wie organisieren wir Hilfe? Wie bauen wir Impfzentren auf? Wie sind die Verbindungen zu den Blaulichtorganisationen, zu den Kommunen usw.? Deswegen würde ich das eher mit einem großen Fragezeichen versehen.

Bei dieser Gelegenheit habe ich noch eine Frage zum Thema Management. Sie haben gesagt, es seien eigentlich keine grundlegenden Fehler passiert. In diesem Zusammenhang würde mich interessieren, warum Sie damals mitten in der Pandemie nach der Landtagswahl den damaligen Ministerialdirektor Hammann, der im Sozialministerium zuständig war, in den vorzeitigen Ruhestand versetzt haben. Das hatte doch unmittelbar etwas mit der Pandemie zu tun. Sein Nachfolger, Herr Lahl, hat dann, ehrlich gesagt, manches anders organisiert. Vielleicht könnten Sie dazu noch etwas sagen.

Ich komme noch einmal darauf zurück, dass man als jemand, der die Gesamtverantwortung für eine Regierung trägt, im Sinne einer Aussöhnung möglicherweise um Verzeihung bitten sollte. Ich fand das, was Jens Spahn gemacht hat, durchaus bezeichnend. Die Argumentation, man habe es damals nicht besser gewusst und habe deswegen bestimmte Entscheidungen getroffen, auch wenn sie zum Teil gravierende Folgen hatten, und man könne es hinterher zwar bedauern, aber letztendlich nicht für im Nachhinein objektiv falsche Entscheidungen um Verzeihung bitten, finde ich ein bisschen schwierig. Gerade wenn man in einer Krisensituation schnell handeln und schwierige Entscheidungen treffen musste, halte ich es für wichtig, dass man sich anschließend um eine Versöhnung und Befriedung bemüht, indem man Verantwortung übernimmt.

Dr. Christoph Müller, externes Mitglied: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, mit Blick auf die Klimakrise und auf die Notwendigkeit von schnelleren Genehmigungsverfahren fand ich Ihre Ausführungen zum Thema Risikokultur wirklich gut und interessant. Insofern möchte ich daran eine Frage anschließen. Ihr Statement, Risiko bedeutet, es kann auch schiefgehen, sonst ergibt das Wort Risiko ja keinen Sinn, ist eine der

– 24 –

lebensnahesten Risikodefinitionen, die ich seit Langem gehört habe. Das hat mir sehr gefallen, auch Ihre Betonung, dass so etwas nur top-down möglich ist und top-down kommen muss. Zudem haben Sie auch betont, dass der Ministerpräsident nur die groben Leitlinien der Politik vorgibt. Insofern würde ich Sie gern fragen: Haben die Verwaltungen im Land die Risikokultur, die Sie sich wünschen? Welche Risikokultur wünschen Sie sich? Was kann die Landesregierung tun, um die Risikokultur gegebenenfalls in die gewünschte Richtung zu entwickeln?

Vielen Dank.

Thomas Albiez, externes Mitglied: Herr Ministerpräsident, ich bin ebenfalls externes Mitglied der Enquetekommission und vertrete die Industrie- und Handelskammern im Land Baden-Württemberg. Wir waren während der Coronakrise wirklich ganz vorn mit dabei, was die Unterstützungsleistungen für die Betriebe und deren Mitarbeiter betrifft.

Wir haben den Verlauf der Coronapandemie zweigeteilt wahrgenommen. Am Anfang haben wir einen Zeitraum von etwa drei bis vier Monaten wahrgenommen, in dem die Dinge wirklich Hand in Hand gingen – von der untersten Ebene der Kommunen bzw. der Betriebe hoch zu den Landesministerien und zurück: über Verordnungen, die gemeinsam erstellt wurden, über schnelle, unkomplizierte, unbürokratische Lösungsansätze. Ich erinnere mich an viele Mittelständler, die zu dieser Zeit gesagt haben: „Vielleicht ist die Krise tatsächlich eine Chance, uns von den Fesseln vieler bürokratischer und sonstiger Hürden zu befreien.“ Es wurde sogar davon gesprochen, dass jetzt möglicherweise ein Ruck durch die Gesellschaft gehen könnte und dass diese Krise als Chance genutzt werden könnte, um unser Gemeinwesen neu aufzustellen, sodass wir zukunftsfähig sind.

Nach drei bis vier Monaten war dann die Rückkehr zu unseren alten Gewohnheiten spürbar: Die Bürokratie hat wieder zugenommen, die Verordnungen haben zugenommen, und man hatte doch mehr und mehr den Eindruck, dass die Verordnungen von oben nach unten entstehen, wenngleich unter Einbindung vieler Expertinnen und Experten, aber doch nicht mehr in diesem guten Informationsfluss, der vorher bestanden hat. Das ist sicherlich kein rein baden-württembergisches Phänomen, sondern eines, das auch auf andere Bundesländer bzw. auf die gesamte Bundesrepublik Deutschland übertragen werden kann.

Damit stellt sich für mich nicht nur die Frage, wie Bürokratie beseitigt werden kann – mir ist bekannt, dass Sie ein erklärter Feind der Bürokratie sind und diesbezüglich auch viel unternehmen –, sondern ob es uns Ihrer Meinung nach gelungen ist, ein Stück weit dieser Kultur zu folgen, dass wir gestärkt aus der Krise hervorgehen und dass ein Ruck durch die Gesellschaft gegangen ist, der besagt, dass wir unsere Zukunft gemeinsam besser als in der Vergangenheit gestalten wollen. Ist dieser Ruck noch da? Ist er jemals entstanden? Oder ist es so, wie eine Pflegekraft kürzlich zu uns sagte: „Man hat uns applaudiert und eine Prämie gegeben, und seitdem ist alles nur noch

– 25 –

schlimmer geworden“? Deswegen würde ich Sie gern um ein Fazit bitten, wie Sie vor allem die gesellschaftliche Situation nach dieser Krise einschätzen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Ich schaue noch mal in die Runde. – Es gibt keine weiteren Nachfragen in der zweiten Fragerunde. – Dann darf ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, das Wort erteilen.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Abg. Köhler, diese Art der Kinderbefragung halte ich für den richtigen Weg. Das muss man natürlich richtig einsortieren. Wir müssen immer deutlich machen, dass da geraten und nicht entschieden wird, ansonsten entstehen da richtige Enttäuschungen. Zum Schluss entscheiden immer die verfassungsmäßigen Organe. Dann kann man das auch machen.

Damit komme ich zu der Frage nach der stillen Mehrheit. Ich meine, genau das machen wir mit unseren modernen Verfahren der dialogischen Bürgerbeteiligung. Zufallsbürger zu beteiligen, also Menschen, die weder Pro noch Kontra sind und gar kein Eisen im Feuer haben, ist genau die geeignete Methode, um das Argument zu stärken. Wir haben gute Erfahrungen damit gemacht, und es zeigt sich, dass die Menschen das gern machen. Sie arbeiten sich in die Themen ein und sind, da sie jetzt nicht mit einer Vorinteressenlage herangehen, Argumenten gegenüber viel offener. Dadurch verändern sie dann auch den Gesamtdiskurs. Das ist genau die richtige Methode, um das zu machen.

Damit komme ich zum Thema Wissenschaft. Wie Sie wissen, gab es in den USA den sogenannten March for Science. Das ist etwas, was mich am meisten beunruhigt hat: dass sich auf einmal – wie soll ich sagen? – eine Skepsis gegenüber der Wissenschaft breit, bis ins Bürgertum hineingefressen hat und dass auch Menschen in meinem persönlichen Umfeld Dingen angehangen haben, denen ich das nie zugetraut hätte. Man muss einfach sagen, dass sich da etwas hineingefressen hat. Ich glaube, das ist eine sehr grundlegende Frage. Eine moderne Gesellschaft beruht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen; das ist einfach so. Bei allem, was wir tun, befragen wir immer die Wissenschaft, die uns sozusagen die Tatsachengrundlagen liefern muss. Dafür mehr zu tun, ist wichtig.

Es ist aber auch ein Ruf an die Wissenschaft selbst. Die Wissenschaftler müssen natürlich aus ihren Elfenbeintürmen herauskommen, was sie aber zunehmend auch machen. Wie kommuniziert die Wissenschaft selbst? Sie konnten beobachten, dass sich Herr Drostens irgendwann aus der öffentlichen Debatte zurückgezogen hat, weil Wissenschaftler sehr schnell in irgendwelche politischen Lager eingeordnet werden und anderes mehr, und das kann sich ein Wissenschaftler nicht erlauben. Das heißt, es ist auch für die Wissenschaftler schwierig. Das ist ein schmaler Grat, immer bei den Fakten zu bleiben, während die Menschen gleichzeitig von ihnen immer wissen wollen: Was folgt daraus?

– 26 –

Ich glaube, wir müssen wirklich daran arbeiten, wieder größeres Vertrauen in die Wissenschaft zu gewinnen. Das bedeutet aber auch, zu wissen, dass die Wissenschaft eben nicht alles weiß. Über banale Tatsachen wie die Tatsache, dass die Erde rund ist, muss man nicht mehr diskutieren; das meine ich jetzt nicht. Aber viele Erkenntnisse sind nicht eindeutig. Es wird in vielen Fragen auch gar nie so sein. Auch da muss man verstehen, wie Wissenschaft arbeitet. Sie müssen sehen: Es gibt Gruppen in der Gesellschaft, die ein eher intuitives Verständnis von Dingen haben, z. B. Homöopathie. Ich persönlich bin jetzt kein Anhänger davon. Sie sehen die Debatte um eine evidenzbasierte Medizin, und da gerät so etwas dann leicht in scharfe Kontroversen. Daran sieht man, dass es im Einzelfall sehr schwierig ist.

Grundsätzlich, will ich sagen: Es ist sowieso alles möglich. Jeder kann nämlich glauben, was er will. Aber dort, wo es Zwischenbereiche gibt, wo es sozusagen intuitive innere Überzeugungen gegen empirische Methoden der Wissenschaft gibt, wird es schwierig. Da ist sehr viel Liberalität gefragt. Letztlich ist es so: In Glaubensfragen können wir uns nicht einigen. Da ist Toleranz gefragt, und das schützt unsere Verfassungsordnung. Glaubens- und Gewissensfragen sind geschützt. Aber dort, wo es um unser alltägliches Leben geht, müssen wir wissenschaftlichen Erkenntnissen vertrauen; denn nur auf dieser Ebene können wir in einer Koalition überhaupt zusammenarbeiten, indem wir immer, trotz unterschiedlicher Meinungen – sogar im Bereich Bildung –, auf Tatsachen zurückgreifen und auf deren Grundlage dann Kompromisse schließen. Das sind letztlich durchaus schwierige Fragen.

Wie das Beispiel der Homöopathie – eine zunächst einmal altehrwürdige Heilungsmethode, die die moderne Wissenschaft aber bestreitet – zeigt, kommt man da auch einmal in ein Feld, wo es schwierig wird. Was mache ich da? Ich persönlich finde, das ist kein Problem, weil die Kosten, die die Homöopathie im Gesundheitswesen verursacht, schlichtweg vernachlässigbar sind. Da muss man jetzt auch nicht von einer Klarheit in eine doktrinaire Haltung verfallen. Da ist dann Liberalität gefragt. Aber es ist schwierig, zu entscheiden: Wo fängt es an, wo hört es auf? Das ist nicht ganz einfach.

Zum Stichwort „Kommunale Landesverbände“: Frau Abgeordnete, es ist kein Zufall, dass der Innenminister auch Kommunalminister ist. Damit ist er auch für den Katastrophenschutz zuständig. Das heißt, es ist sozusagen das Krisen- und Katastrophenschutzministerium, und da sind auch die Verwaltungen mit drin. Diese Sachen stellen wir immer neu auf: Wie schaffen wir Formate, in denen wir uns mit den Kommunen noch besser committen? Da sind wir jetzt dran. Es gibt eine allgemeine Erklärung, bei der es um Bürokratieabbau geht. Es gab ja von Verbänden und Kommunen einen großen Aufruf an uns, der jetzt, glaube ich, geeint ist. Daraus müssen wir dann aber auch Formate schaffen, wie wir das noch enger zusammen bekommen, um auch die große praktische Kompetenz, die bei Bürgermeistern und Kommunen herrscht, besser zu verflüssigen. Ich denke, das muss man sehen.

In den Grundlinien haben wir während der Pandemie einheitlich gehandelt, aber es gab auch Zeiten, in denen Baumärkte in Baden-Württemberg geöffnet und in Bayern

– 27 –

geschlossen waren. Das wurde dann wahnsinnig aufgeblasen und führte an den Grenzen natürlich sofort zu Autokolonnen. Eigentlich macht das nichts. Ich finde das alles ein bisschen überspannt. Warum muss das Nichtrauchergesetz in Niedersachsen das selbe sein wie in Baden-Württemberg? Was ist schlimm daran, wenn das da ein bisschen anders ist? Nichts. In der Schweiz werden in den Kantonen sogar unterschiedliche Steuern erhoben. Da würden bei uns ja alle die Krätze bekommen. Es ist aber ein funktionierendes Gemeinwesen. Also, wir sind ein föderaler Staat, in dem der Föderalismus nicht sehr beliebt ist. Das ist ganz merkwürdig. Alle wollen ein einheitliches Schulbuch, aber wenn es dann konkret um ihr Kind geht, sagen sie, ihr Kind brauche eine ganz besondere Behandlung. Da widersprechen sich die Leute innerhalb von drei Minuten. Wenn es da Unterschiede gibt, ist das nicht schlimm. Aber es gab keine gravierenden Unterschiede, das muss ich einmal sagen. Wir haben uns geeinigt, und das ist, glaube ich, auch das richtige Vorgehen.

Jetzt komme ich zum Kollegen Füst-Blei. Multiprofessionelle Teams werden derzeit zunächst einmal erprobt. Sie sind ja nun auch ein alter Hase in der Bildungspolitik. Ich glaube, das ist richtig, bevor man alles in die Breite trägt. Wir wissen, wie schnell sich Dinge in der Bildungspolitik als fehlerhaft erweisen und nicht das bringen, was sie versprechen. Es ist völlig richtig, es zunächst einmal an einzelnen Schulen zu testen und Erfahrungen zu sammeln, bevor man das gleich in die Fläche bringt. Da haben wir etwas unterschiedliche Meinungen, Herr Kollege. Ich bin ein ganz großer Anhänger davon. Ich bin allerdings kein Anhänger davon, dass Modellversuche jahrzehntelang dauern. Wenn man sie durchführt, um Neues zu erproben, muss man dann auch entscheiden, was tatsächlich in die Fläche geht. Aber in der Sache sind wir uns einig: Angesichts des bestehenden Personalmangels ist es wahrscheinlich eine ganz wichtige Maßnahme, Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulleiter von trivialen Verwaltungsaufgaben zu entlasten und andere Menschen, die nicht Lehrer sind, die aber spezielle Kenntnisse haben, dort einzusetzen. Ich glaube, da liegen wir im Prinzip nicht auseinander.

Allerdings möchte ich die Annahme zurückweisen, dass wir Entscheidungen gefällt haben, die irgendetwas mit den Wahlen zu tun hatten. Das war definitiv nicht der Fall, das möchte ich einmal behaupten. So etwas in einer schweren Krise zuzulassen, ist bei mir so weit weg wie der Mond. Da können Sie sich sicher sein.

Zu Ihrer Zielperspektive von 110 %: Wer soll das bezahlen? Wir können jetzt Autobahnen nicht an drei Tagen bauen, um Staus zu vermeiden, weil alle in den Urlaub fahren. Das ist einfach nicht sinnvoll. Wegen Peaks, die ab und zu mal auftreten, einen solchen Plafond zu schaffen, ist nicht bezahlbar, und ich halte es auch nicht für sinnvoll. Wir können jetzt nicht die ganze Verwaltung so ausrichten, als wären wir dauernd in einer Pandemie. Das halte ich nicht für sinnvoll. Ich meine, da muss man flexibel sein und da kommen wir jetzt nicht so richtig zusammen. Stellen Sie ich einmal vor, Sie würden z. B. eine Krankheitsvertretung aufbauen, die zu keinerlei Konsequenzen führt, wenn jemand krank wird, weil sofort jemand da ist. Wie groß müsste dieser Überhang,

– 28 –

den Sie vorhalten müssten, sein? Das halte ich, ehrlich gesagt, für nicht sinnvoll und auch für nicht bezahlbar.

Der Personalmangel plagt uns alle, und zwar überall. Der Fachkräftemangel ist ein Riesenproblem. Sie halten mir jetzt immer die Streichung von Lehrerstellen vor. Da waren Sie allerdings noch mit mir in der Koalition. Fragen Sie einmal Ihren Finanzminister, ob der das für falsch gehalten hat, was ich damals gesagt habe. Es gab nämlich eine klare Prognose des Statistischen Landesamts, also sozusagen der Wissenschaft. Die irren sich sehr selten und machen in der Regel sehr solide Prognosen. Das war in diesem Fall nicht so, und daher rührte diese Aussage. Es ist allerdings nicht umgesetzt worden, weil wir schnell gemerkt haben, dass die Prognose nicht stimmt. Aber das habe ich jetzt nun einmal an der Backe, und Sie werden es mir wahrscheinlich noch häufiger vorhalten. Aber das wollen wir jetzt nicht vertiefen.

Herr Abg. Karrais, Sie sprachen die Ausgangssperren an. In einer epidemischen Lage müssen Sie früh handeln. Wenn Sie später handeln und die Inzidenzen gestiegen sind, müssen die Maßnahmen viel drastischer sein. Das heißt, Sie können Epidemien nur am Anfang wirklich eindämmen. Wenn es einen bestimmten Punkt überschritten hat, funktioniert es nicht mehr. Deswegen war mein klares Prinzip, nicht erst harte Maßnahmen zu treffen, wenn die Zahlen schon durch die Decke gehen, sondern rechtzeitig sehr harte Maßnahmen zu treffen, denn nur dann wirken sie. Nach meiner Kenntnis sind die Inzidenzen im zweiten Lockdown mit der Ausgangssperre bei uns schneller gesunken als in anderen Ländern. Das Problem ist allerdings: Was sie verhindert haben, kann man nur schlecht nachweisen. Ich glaube, es ist einfach eine Frage der Epidemiologie. Weil es sich um exponentielle Vorgänge handelt, müssen Sie früh, wenn die Kurve noch nicht steil ist, relativ rigorose Maßnahmen durchführen.

Alles wird aufgearbeitet, und es werden die Konsequenzen daraus gezogen. Wir werden natürlich auch die Ergebnisse dieser Enquetekommission berücksichtigen und sie in die Modernisierung der Verwaltung einfließen lassen. Aber der Drang, die Verwaltung zu modernisieren, was wir nun ganz entschieden machen – auch mit Digitalisierung und allem Möglichen –, entsteht aus vielen Quellen. Das ist eines der Topthemen, und in der Konsequenz werden nachhaltige Verbesserungen, die Sie gefordert haben, vorgenommen.

Frau Abg. Wolle, Sie haben die Impfpflicht angesprochen. Ob man das machen muss oder nicht, ob es also sinnvoll ist, hängt, wie gesagt, vom Virus ab. Dann muss man sich auch fragen, ob man die Impfpflicht konditioniert. Bei Masern gibt es beispielsweise eine Impfpflicht, denn ansonsten dürften nicht geimpfte Kinder nicht in den Kindergarten. Aber ob man die Impfpflicht konditioniert oder unkonditioniert macht, hängt einfach von der Art des Virus ab.

Eine tiefe Spaltung hatten wir jedenfalls nicht während der Pandemie. Das sehe ich nicht so. Das waren Minderheiten, allerdings sehr lautstarke Minderheiten. Von einer Spaltung gehe ich erst dann aus, wenn es in Richtung fifty-fifty geht. Das war noch

– 29 –

keine Spaltung. Vielmehr ist die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung eigentlich mitgegangen, obgleich nicht bei jeder einzelnen Maßnahme. Aber es gibt jetzt tatsächlich entsprechende Tendenzen. Im Osten geht es schon in diese Richtung.

Was ist dabei aus meiner Sicht wichtig? Man muss folgende Lehren aus der Pandemie ziehen: dass wir Sachfragen nicht zu kulturellen Fragen aufmöbeln sollten, dass wir Differenzen in der Sache also nicht zu kulturellen Kategorien hochjazzen. Wenn das erst einmal eingepreist ist, dann bekommen Sie es nicht mehr weg. Wenn Sie in einer Pandemie über die getroffenen Maßnahmen streiten, ist das etwas anderes, als wenn Sie sagen: „Daran sehen Sie: Das ist keine Demokratie mehr.“ Wenn Sie daraus also eine Systemfrage machen, wie es die Rechtspopulisten gemacht haben, dann kommen Sie in die Spaltungslinie. Das können wir in den USA beobachten. Mir ist einmal berichtet worden, dass ein republikanischer Abgeordneter gefragt wurde, warum er gegen den Kampf gegen den Klimawandel sei, obwohl doch so viel dafür spreche. Er hat geantwortet: „Weil ich ein Republikaner bin.“ Wenn Sie sich auf diesem Niveau bewegen, dann führt das zur Spaltung.

Das heißt, es ist ein Aufruf an uns alle, das nicht zu machen, also abzurüsten. Das finden Sie in vielen Fragen dieser modernen Identitätspolitik. Das findet mal auf der linken, mal auf der rechten Seite der Gesellschaft statt: dass Fragen sozusagen hochgezont und daraus kulturelle Konflikte entwickelt werden. Meine These ist, dass das etwas ist, was wir auf jeden Fall vermeiden sollten. Die harten Kontroversen hart an der Sache zu führen, dagegen ist nichts einzuwenden. Aber daraus gleich Fragen zu machen, die sozusagen ans Eingemachte gehen, halte ich für fragwürdig.

Herr Dr. Müller, Sie haben die Risikokultur angesprochen. Jetzt nehmen wir einmal den Kollegen Habeck, einen Politiker, den ich persönlich sehr schätze. Der geht nämlich ins Risiko. Der ist schnell, der ist entschlossen, und der geht ins Risiko. Ein Beispiel: die Gasumlage. Als sich das als nicht richtig erwiesen hat, hat er es korrigiert. Aber gutgetan hat ihm das nicht. Und jetzt dasselbe. Ich meine, immerhin hat er uns gut durch den Winter gebracht. Aber: „There is no glory in prevention.“ Dafür werden Sie einfach nicht belohnt. Aber wir Politiker wollen ja belohnt werden, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Wir wollen nämlich wiedergewählt werden. Ansonsten verlieren wir unsere Gestaltungsmöglichkeiten. Das ist ja wichtig. Das können Sie nur bedingt machen, wenn Sie wissen: Dafür werden Sie nicht belohnt. Trotzdem wird es gemacht.

Jetzt dasselbe: Klimawandel als eine Krise. Darauf müssen wir schnell reagieren, weil uns die Wissenschaft sagt: „Wir haben noch zehn Jahre Zeit, um zu reagieren, und wenn wir später reagieren,“ – davon spricht auch das Bundesverfassungsgericht – „dann sind die Freiheitseinschränkungen viel dramatischer. Darum müssen wir die Maßnahmen jetzt machen.“ Das ist ihm aber wohl nicht gut bekommen; das muss man einmal sehen. Und was hat er jetzt gemacht? Er hat es korrigiert, und zwar genau an der richtigen Stelle. Er hat die Wärmewende sozusagen vor die anderen Entscheidungen gestellt. Dafür dauert es jetzt länger. Er ist natürlich in einem Dilemma: Wenn er

– 30 –

zu langsam ist, wird er dem Kampf gegen den Klimawandel nicht gerecht, ist er zu schnell, verliert er den Zuspruch der Bevölkerung. Das heißt, das mit dieser Risikobereitschaft ist gar nicht so einfach.

Ich habe das im Silicon Valley gelernt. Das ist dort wirklich eingepreist. Ein Start-up-Unternehmen kann auch einmal etwas völlig in den Sand setzen. Trotzdem bekommt es eine zweite Chance und das Geld dazu, weil man sagt: „Der ist mutig, der riskiert etwas.“ Dort hat man eine andere Fehlerkultur, die übrigens bei uns jetzt auch in die Wirtschaft einzieht. Wir haben dafür aber immer noch keinen Milliardenfonds aus der Wirtschaft. Das fehlt immer noch. Da haben wir einfach eine andere Kultur.

In der Politik ist es gar nicht so einfach, denn – das sage ich Ihnen ganz offen – wir werden für Fehler viel mehr bestraft, als wir für innovative Vorschläge belohnt werden. Die „Heilige Dreifaltigkeit“ unserer Presse heißt: Konfliktorientierung, Defizitorientierung, Fehlerorientierung. Das kann ich Ihnen aus meiner zwölfjährigen Zeit als Ministerpräsident wirklich sagen. Ich will Ihnen auch sagen: Das ist notwendig, aber man braucht dafür auch einen gewissen Kulturwandel. Sonst kommen Sie da nicht sehr viel weiter.

Für die Verwaltung gilt dasselbe. Schauen Sie: Meine Beamten haben doch eines im Sinn: Die wollen den Ministerpräsidenten schützen. Sie schreiben also Vermerke, dass ich schlichtweg keine Fehler mache. Das ist ein großer Aufwand, der da betrieben werden muss, weil es tatsächlich so ist: Der Ministerpräsident darf noch nicht einmal kleine Fehler machen. Das kann riesige Folgen nach sich ziehen. Ein blöder Satz von mir, und dann höre ich das zehn Jahre lang. Aber zum Schluss machen wir Interviews ohne Inhalt – mit lauter Plastikwörtern. Das will ja auch niemand. Also, ich will nur sagen: Es ist nicht so einfach.

Jetzt komme ich zum Kollegen Wahl. Arbeiten die Ressorts gut zusammen? Das Problem ist ein gewisses Ressort- und Silodenken, das wir ja überall haben. Das müssen wir durchbrechen. Die Digitalisierung ruft es auf: Wir müssen uns vernetzen. Sie müssen Folgendes sehen: Die ganzen Strukturen, die wir in der Verwaltung haben, stammen noch aus der Gründungsphase unserer Republik. Ich denke viel darüber nach: Wie können wir das mal ändern? Ich mache deswegen Formate wie die Strategiedialoge Automobilwirtschaft und Gesundheitswirtschaft. Da arbeiten alle Akteure auf einer Gesprächs- und Arbeitsebene zusammen, um aus diesen Silos herauszukommen. Das heißt, da stellt sich nicht die Frage, ob es dieses oder jenes Ministerium besser macht, sondern die Frage lautet: Arbeiten die gut zusammen? Kommt also die logistische Kompetenz im Innenministerium mit der epidemiologischen Kompetenz im Sozialministerium gut zusammen? Das hat doch einigermassen gut funktioniert.

Sie können jetzt nicht von mir erwarten, dass ich hier personalpolitische Entscheidungen erläutere. Ich sage mal so: Ich habe Herrn Ministerialdirektor Hammann außerordentlich geschätzt, aber nicht jeder Mensch hat die gleichen Stärken oder Schwächen

– 31 –

wie der andere. Manche können Krisen besser als andere, wenn Ihnen das als Aussage genügt. Solche Entscheidungen muss man einfach treffen, und die haben wir getroffen.

Herr Albiez, ein Entbürokratisierungsruck ging nicht aus der Pandemie hervor – ganz im Gegenteil. Unsere Verordnungen waren ja hochgradig bürokratisch. Es war auch ganz schwierig, sie überhaupt zu übersetzen. Aber genau das ist das generelle Problem: Sie wollen es natürlich jedem irgendwie recht machen und auch jede Gruppe berücksichtigen, und dann kommen Sie zu solch komplizierten Regelungen. Wahrscheinlich ist es in einer Pandemie schwer, es anders zu machen. Sonst werden die Verordnungen ja sozusagen noch gröber. Das hat mit der Pandemie erst einmal nichts zu tun, sondern das wird eher durch die Demografie getrieben.

Jetzt schlägt es richtig auf bei allen. Jeder weiß: Es geht so nicht weiter. Wir haben nicht das Personal, um so weiterzumachen. Ein Landrat hat mir jetzt kürzlich erzählt, er habe für dieselben Aufgaben ein Drittel mehr Menschen. Das wird nicht mehr gehen, und das ist genau der Punkt, an dem deutlich wird: So können wir in Deutschland nicht weitermachen. Regeln sind unglaublich wichtig, sie müssen klar, schmal und auch zielführend sein. Wir müssen das nicht bis ins Allerletzte machen und dazu dann auch noch Dokumentationspflichten schaffen. Das verleidet den Menschen die Arbeit. Ich meine, wer will sich am Sonntag noch hinsetzen und diese ganzen Listen abarbeiten? Vom Koch bis zum Rektor einer Universität beschwerten sich alle darüber, und da müssen wir ran. Das wird jetzt hundertprozentig kommen, weil das Personal nicht mehr da ist.

Ich nenne Ihnen einmal zwei Beispiele. Die Stadt Frankfurt schiebt die Bearbeitung von 20 000 Asylanträgen vor sich her. Die Ausländerbehörde in Stuttgart kann ein Drittel der Stellen gar nicht besetzen, nur um Ihnen einmal Beispiele zu geben. Selbst bei mir im Staatsministerium fängt es an, dass keine Flut von Bewerbungen mehr kommt. Es schlägt einfach überall zu. Es ist mir auch ein bisschen schleierhaft, warum das so schnell und so plötzlich kommt. Wir wussten ja, dass es kommt. Aber man fragt sich immer: Wo sind all die Leute plötzlich geblieben? Wir werden das sicherlich ein Stück weit durch eine kluge Einwanderungspolitik kompensieren können und auch müssen – keine Frage. Aber wir werden das nicht völlig kompensieren. Wir werden auch mithilfe von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz viele Dinge machen können.

Glauben Sie mir: Ich habe mich jetzt ein Jahr lang auch persönlich mit der Windkraft beschäftigt, wie das zu beschleunigen ist. Wir haben es jetzt geschafft, die Zeiten zu halbieren. Das ist aber noch nicht genug. Wir müssen noch besser werden. Dieses Brett ist in 70 Jahren derart dick und hart gewachsen, dass man den gordischen Knoten nicht einfach zerschlagen kann. In einem Rechtsstaat muss man den auflösen, und das können wir nur alle gemeinsam hinbekommen. Aber glauben Sie mir: Es wird eine der prioritären Aufgaben sein, überflüssige Bürokratie festzustellen und die Standards daraufhin zu überprüfen, wo sie höher sein müssen, wo sie gut sind bzw. wo sie

– 32 –

zu niedrig sind. Das alles sind Fragen der Händelbarkeit. Dieser Ruck wird jetzt kommen. Davon können Sie ganz fest überzeugt sein.

Ich darf mich bei Ihnen für die Fragen bedanken und hoffe, dass ich sie wenigstens ansatzweise beantworten konnte.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Haben Sie recht herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident. Der Dank geht auch an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die heute dabei waren. Wir, die Enquetekommission, schließen uns dem Dank an Ihre Beamtinnen und Beamten an, die viel Arbeit geleistet haben. Das ist auch von uns in dem Fall sehr klar gesehen worden. Wir wünschen uns, dass auch in Zukunft weiterhin der Wunsch besteht, in der Verwaltung tätig zu sein. Da gab es ja auch durchaus die Problematik, dass man in diesen Arbeitsbereichen weder Ruhm erlangt noch Dankbarkeit erfährt. Trotz allem wünschen wir uns, dass da eine Besserung eintritt.

Ich unterbreche jetzt den öffentlichen Teil der heutigen Sitzung. Wir fahren um 12:00 Uhr mit Teil I Punkt 2 – Öffentliche Anhörung zum Thema „Einbeziehung aller Bevölkerungsteile in die Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“ – fort.

Wir machen jetzt eine kleine Pause. Die Obleute treffen sich jetzt im Bertha-Benz-Saal zur Presserunde.

(Unterbrechung der Sitzung von 11:31 Uhr bis 12:29 Uhr)

– 33 –

Punkt 2
Öffentliche Anhörung zum Thema „Einbeziehung aller
Bevölkerungsteile in die Krisenvorsorge und
Krisenbewältigung“

Vorsitzender Alexander Salomon: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Als erste Sachverständige zum Thema „Einbeziehung aller Bevölkerungsteile in die Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“ hören wir Frau Professorin Dr. Engin und Frau Professorin Dr. Karst. Sie haben jeweils 20 Minuten Zeit für einen kurzen Input bzw. für ein kurzes Statement.

Frau Professorin Dr. Engin, ich übergebe das Wort zuerst an Sie. Sie sind Professorin für Pädagogik und Leiterin des Heidelberger Zentrums für Migrationsforschung und Transkulturelle Pädagogik an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Dr. Engin: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Sehr geehrte Mitglieder der Kommission, Hohes Haus! Vielen Dank für die Einladung. Ich freue mich, Ihnen einen Input zu diesem wichtigen Bereich geben zu dürfen.

Zunächst zur Einordnung meines Inputs: Wie der Vorsitzende bereits gesagt hat, komme ich von der Pädagogischen Hochschule Heidelberg. Wir machen im Kerngeschäft Lehrerbildung. Mein Bereich sind dort die Migrationspädagogik und u. a. auch der Bereich Sprachdidaktik. Deutsch als Zweitsprache habe ich in meinem Leben davon gemacht, aber das führe ich weiter. Ich bin weiterhin auch im Bereich Lehrerqualifizierung, also Lehrerfortbildung im Bereich von Kindern bzw. Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, und auch Sprachförderung tätig. Ich habe diesen Bereich während meiner Arbeit auch kennengelernt. Das, was ich erzähle, ist also nicht nur anekdotische Evidenz.

Ich werde Ihnen einen pädagogischen Input zum Thema Familie geben. Im Anschluss werden Sie dann noch sehr viel empirische Evidenz zum Thema Bildungsgerechtigkeit hören. Ich werde auf das Thema „Kinder und Familien mit Fluchterfahrung“ eingehen. Da wir nicht so viel Zeit haben, werde ich mich auf das Wesentlichste konzentrieren. Sollten Sie Fragen haben, werde ich diese sehr gern im Anschluss beantworten.

Ich werde mich auf drei riskante Lebenslagen fokussieren, in denen sich meiner Ansicht nach diese Kinder befinden, und werde dazu auch Ergebnisse präsentieren, um dann aus meiner Sichtweise entsprechende Handlungsbedarfe aufzuzeigen und Empfehlungen in Richtung Politik zu formulieren.

– 34 –

Wenn wir uns die Diskurse in Europa oder speziell auch in Deutschland anschauen, hat man den Eindruck, als würden nur wir mit Fluchtmigration behelligt. Aber Sie wissen alle viel besser als ich, dass das ein Thema globalen Ausmaßes ist.

Sie sehen hier die Zahlen vom UNHCR zum Forced Displacement 2022: Es sind 108 Millionen Menschen, die gewaltsam vertrieben worden sind, die sich in schwierigen Lebenslagen befinden bzw. die innerhalb ihres Landes vertrieben worden sind. Das ist Ihnen sicherlich bekannt. Man sollte diese Zahl einmal auf sich wirken lassen. Ich gehe ebenso wie Sie davon aus, dass die Zahl wahrscheinlich nicht sinken, sondern in den nächsten Jahren im Zuge weiterer Krisen und auch im Zuge des Klimawandels weiter steigen wird.

Darüber hinaus müssen wir uns auch immer wieder bewusst machen, dass das, was wir ab 2015 erlebt haben, keine einmalige Situation ist, sondern dass wir weltweit immer schon Geflüchtete hatten, Menschen, die vertrieben werden, die ihren Lebensmittelpunkt ändern müssen. Wie Sie auf dieser Grafik sehen, betrifft dies immer eine große Zahl von Menschen. Im Hinblick auf die Zahlen des UNHCR finde ich es bemerkenswert, dass der Anteil der Kinder und Jugendlichen in der Alterskohorte null bis 17 weltweit bei 30 % der Gesamtbevölkerung liegt, dass ihr Anteil an denjenigen, die vertrieben wurden bzw. geflüchtet sind, jedoch bei 40 % liegt. Das heißt, Kinder und Jugendliche sind ungleich schwerer von Vertreibung und Flucht betroffen. Das müssen wir uns vor Augen führen.

Das sehen wir auch an den Zahlen, die ab 2015 für unser Land sichtbar geworden sind. Während die Zahl derjenigen, die aus den Ländern Syrien, Afghanistan und Irak stammen und einen Antrag auf Asyl, also auf Schutz, gestellt haben, in der Alterskohorte von null bis 17 Jahren im Jahr 2015 noch etwa 110 000 betragen hatte, waren es im Jahr 2016 bereits 260 000, also deutlich über 30 %. Das ist also eine Gruppe, die nicht zu vernachlässigen ist. Es gab im Zusammenhang mit der Fluchtmigration viele Kinder und Jugendliche, die um Schutz gebeten und diesen auch erhalten haben.

Wie sieht es mit den Familien aus? Dazu liegen Zahlen aus der Studie des BAMF vor, die sehr verlässlich sind und die immer wieder auf den neuesten Stand gebracht werden. Konkret handelt es sich um die Zahlen vom Sozio-Ökonomischen Panel, SOEP, die hier eingeflossen sind. Wir sehen, dass drei Viertel der Familien aus den Ländern Syrien, Afghanistan und Irak kommen. 7 % der hier ausgewiesenen Familien stammen aus (süd-)osteuropäischen Ländern.

Erfreulich ist zum einen, dass 75 % der Kinder mit ihren Familien in privaten Unterkünften leben. Nur ein Viertel lebt in Gemeinschaftsunterkünften. Gemeinschaftsunterkünfte sind im Kontext der Lebenslagen für diese Zielgruppe besonders prekär. Erfreulich ist auch, dass Kinder und Jugendliche mit ihren Eltern und Geschwistern in Kernfamilien zusammenleben, was für die Stabilisierung der Kinder eine wichtige Funktion hat. Insgesamt lässt sich also feststellen, dass zumindest Familien vermehrt

– 35 –

eine private Unterkunft gefunden haben und dass Kinder mit ihrer Kernfamilie, bestehend aus Eltern oder Eltern und Geschwistern, dort leben.

Weil die Zeit relativ kurz ist, habe ich mich hinsichtlich der riskanten Lebenslagen auf drei Aspekte konzentriert: zum einen auf den Aspekt „Trauma/posttraumatische Belastungsstörung“, zum Zweiten auf „Schulische Integration und Teilhabe“ und zum Dritten auf die Pandemie. Ich werde Ihnen im Folgenden zeigen, wie es sich damit verhält.

Die Kollegin Britta Rude, die die Entwicklung aufmerksam beobachtet, hat für ihre Studie für das ifo Institut die Studien zu psychosozialen Belastungen aufbereitet. Sie hat sich zwei Studien zu bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen angeschaut. Sie sehen hier eine Studie von 2017, wonach 26 % der geflüchteten Kinder in einer Erstaufnahmeeinrichtung in der Alterskohorte von null bis sechs Jahren und 33 % in der Alterskohorte von sieben bis 14 Jahren unter posttraumatischen Belastungsstörungen leiden.

Was sind posttraumatische Belastungsstörungen? Das ist zum einen Angst, das sind Schlafstörungen, das ist Zurückgezogenheit, das ist Insichgekehrtsein, das sind Unruhezustände, das sind im Unterricht z. B. Erschöpfung, Wegschlafen, Weinkrämpfe, Kommunikationsabbruch. Das alles kann sich als posttraumatische Belastungsstörung zeigen. Auch Lernblockaden gehören dazu. Sie sehen, dass es in der Alterskohorte von null bis sechs Jahren, also im Kindergartenalter, 26 % und in der Alterskohorte von sieben bis 14 Jahren – dabei handelt es sich um Kinder, die in der Primar- und Sekundarschule sind – 33 % sind. Diese Zahlen machen hellhörig und sollten uns zu denken geben.

Eine weitere Studie von 2019 vergleicht unbegleitete Minderjährige mit begleiteten Minderjährigen. Wie Sie sehen, leiden 65 % der unbegleiteten Minderjährigen und 37 % der begleiteten Minderjährigen an posttraumatischen Belastungsstörungen. Bei 42 % der unbegleiteten und bei 30 % der begleiteten Minderjährigen lässt sich eine Depression feststellen. Das heißt, da hat sich die posttraumatische Belastungsstörung zu einer Depression weiterentwickelt, die, wenn sie nicht behandelt wird, im schlimmsten Fall sehr böse enden kann.

Das alles sind Dinge, die wir im Hinterkopf haben sollten. Das sind ganz klar riskante Lebenslagen, auf die wir eine Antwort geben sollten.

Wie sieht es im Hinblick auf schulische Integration und Teilhabe aus? Zum einen sehen Sie oben wiederum die Zahlen vom SOEP, der BAMF-Studie. Außerdem habe ich Ihnen die Zahlen aus der ReGES-Studie – ReGES steht für „Refugees in German Educational System“ – mitgebracht. Dabei handelt es sich um eine Studie, die von der Universität Bamberg ab 2015/2016 mit einer großen Stichprobe von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung in verschiedenen Bundesländern durchgeführt wurde. In dieser großen Stichprobe wurden Kinder und Jugendliche über den gesamten Zeitraum bis zum Jahr 2021 betreut und befragt, sodass diese Studie im Längsschnitt

– 36 –

tatsächlich Entwicklungen abbilden kann. Dabei werden Eltern und Kinder ab der Geburt in den Fokus genommen, sodass sich anschaulich abbilden lässt, wie sich die Biografien entwickelt haben.

Beide Studien basieren auf Selbstauskünften. Sie sehen, dass die Kinder auf die Frage nach ihrer Deutschkompetenz antworten, ihre Deutschkenntnisse seien gut oder sehr gut. Wie gesagt: Es handelt sich um Selbstauskünfte. Auch die ReGES-Studie basiert auf Selbstauskünften. Dort sagen 60 % der Befragten, sie könnten recht gut Deutsch schreiben bzw. ganz gut Deutsch sprechen.

Wenn man sich jedoch ansieht, wie die Teilnahme an institutionellen Fördermaßnahmen, also an Deutschförderung, war, dann fällt auf – das müsste uns jetzt zu denken geben –, dass bei der SOEP-Befragung 71 % gesagt haben, dass sie nicht an einer institutionellen Deutschförderung teilgenommen haben. Darunter wäre beispielsweise eine VKL, eine Vorbereitungsklasse, zu verstehen. Auch bei der ReGES-Studie haben knapp 65 % angegeben, dass sie keine institutionalisierte Sprachförderung erhalten haben. Ein Drittel der Befragten hat angemerkt, dass sie Sprachförderung erhalten.

Ich lege zwei Studien zugrunde, um Ihnen zu zeigen, dass der Trend ähnlich ist. Wie auch immer man erhebt, man kommt zu relativ ähnlichen Sachständen. In vielen Bundesländern gibt es keine institutionalisierten Rahmenbedingungen des Deutschlernens, wie es bei uns beispielsweise die VKL ist. Im Anschluss könnte für Baden-Württemberg die Frage gestellt werden, ob die VKL tatsächlich Effekte hat und welche Voraussetzungen gegeben sein müssten, damit es gut läuft.

Das andere Thema finde ich mindestens genauso spannend, weil es auch eine riskante Lebenslage darstellt. Ich habe dieses Thema mit „Überalterungsproblematik“ überschrieben. Die ReGES-Studie hat die Zahlen der PISA-Studie dahin gehend aufbereitet, dass sie untersucht hat, welche Klassenstufe Jugendliche im Alter von 15 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund besuchen. Bei der Grafik zur ReGES-Studie fällt auf, dass die Tortenstücke farblich ganz anders verteilt sind. Rund 40 % der Kinder mit familiärer Fluchterfahrung besuchen die sechste, siebte oder achte Klasse, lediglich 50 % die neunte Klasse und rund 9 % die zehnte Klasse. Wenn man die Prozentwerte der 15-Jährigen ohne Zuwanderungshintergrund anschaut, von denen nur 6,2 % die achte Klasse besuchen, und dann sieht, dass es bei den 15-Jährigen mit Migrationshintergrund 12,7 % sind, die nach der PISA-Studie erwartungsgemäß eigentlich die neunte oder zehnte Klasse besuchen sollten, muss man sich angesichts der Tatsache, dass nur 50 % der Kinder mit Fluchterfahrung die neunte Klasse besuchen, die Frage stellen, warum sie zurückgestellt werden. Es findet also eine Zurückstellung statt. Ich habe das als Überalterungsproblematik bezeichnet.

Jetzt könnte man fragen, worin denn überhaupt das Problem besteht. Dann sind sie eben zwei Jahre länger in der Schule. Zum einen stellt sich dann aber die Frage, ob sie die Schule mit einem Abschluss abschließen, und zum anderen, wie es sich mit

– 37 –

dem Zeitfenster für anschließende Qualifizierungsangebote verhält. Bei einer Bewerbung um eine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle spielt das Alter durchaus eine Rolle, und dann müssen sich diese jungen Menschen die Frage gefallen lassen, warum sie schon 20 Jahre alt sind, während die Mitbewerberinnen und Mitbewerber gerade mal 17 oder 18 Jahre alt sind. Das heißt, das Problem verlagert sich nach hinten. Daher sollten wir dafür sorgen, dass die Kinder und Jugendlichen, die in unser System kommen, so diagnostiziert werden, dass sie tatsächlich in die ihrer Entwicklung entsprechenden Klassenstufen kommen, um ohne zeitliche Verzögerung ihre schulische Bildungsbiografie abschließen zu können.

Die Teilnahme an außerschulischen Angeboten zeigt interessanterweise auch, dass zumindest – Sie sehen hier eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, der wiederum die SOEP-Zahlen zugrunde liegen – die Angebote an regulären schulischen Aktivitäten außerhalb des Unterrichts von Schülerinnen und Schülern mit Fluchterfahrung signifikant weniger in Anspruch genommen werden. Auch Sport-AGs schulischer Art werden um die Hälfte weniger von jugendlichen Schülerinnen und Schülern mit Fluchterfahrung in Anspruch genommen. Da stellt sich die Frage, ob das darauf zurückzuführen ist, dass ihnen diese Angebote nicht bekannt sind. Der Bericht sagt, dass dies wahrscheinlich der Fall ist. Zum anderen ist den Kindern und Familien auch nicht bekannt, welche Bedeutung diese Veranstaltungen für die Gesamtentwicklung haben, dass nämlich darüber ein soziales Netz aufgebaut werden kann, über das dann auch die Integration und die Teilnahme sichergestellt werden kann.

Demgegenüber ist die Mitgliedschaft dieser Klientel in Sportvereinen recht hoch. Das mag daran liegen, dass die Sportvereine dieser Klientel ganz klare Angebote gemacht haben. Die Jugendarbeit in den Vereinen und Verbänden hat also an dieser Stelle funktioniert. So etwas könnte man sich dann auch für die Schule vorstellen: dass die Angebote eben besser bekannt gemacht und die Hürden entsprechend abgesenkt werden.

Wie ist es den Kindern und Jugendlichen in der Pandemie ergangen? Wie Sie sicherlich wissen, waren die Kinder und Jugendlichen in der Pandemie die großen Verlierer. Eine Studie der Kollegin Britta Rude hat gezeigt, dass die Ausstattung der Erstaufnahmezentren und auch der Gemeinschaftsunterkünfte mit WLAN und PCs erfreulicherweise relativ gut war. Diesbezüglich muss sich Baden-Württemberg keineswegs verstecken: In allen 14 Erstaufnahmezentren stand WLAN zur Verfügung, während es in den entsprechenden Einrichtungen anderer Bundesländer zum Teil nur punktuelle Hotspots oder überhaupt keinen Zugang gab. Wenn man bedenkt, dass während der Pandemie schulpflichtige Kinder, die auch die Schule besucht haben, zum Teil noch in Erstaufnahmeeinrichtungen gewohnt haben, weil es in den Gemeinschaftsunterkünften keinen Platz mehr gab, dann waren die Kinder in Erstaufnahmeeinrichtungen ohne die entsprechende IT-Infrastruktur vom Distanzunterricht schlicht und einfach abgeschnitten.

– 38 –

Auf diesen Grafiken, die Sie sich im Nachgang noch einmal im Detail anschauen können, ist gut zu erkennen, dass es tatsächlich einen Unterschied ausmacht, ob ein Jugendlicher mit Fluchtbiografie in einer Gemeinschaftsunterkunft oder aber in einer Privatwohnung wohnt, weil dies für die Rahmenbedingungen des Lernens ganz entscheidend ist. Die Wenigsten der besonders vulnerablen Gruppe der Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften verfügten über ein eigenes Zimmer, einen eigenen Schreibtisch, ein Tablet oder einen PC und hatten somit keine Möglichkeit, am Fernunterricht teilzunehmen. Besonders fatal war es dann, wenn Kolleginnen und Kollegen aus der Schule die Arbeitsblätter in einer riesigen PDF-Datei verschickt haben, weil weder das Datenvolumen vorhanden war, um diese Unterlagen zu öffnen, geschweige denn das Endgerät, um es auszudrucken. Das heißt, es war eine wirklich prekäre Situation. Studien, die im Nachgang erstellt worden sind, zeigen, dass gerade dieses Klientel anderthalb bis zwei Schuljahre an Leistungsdivergenz im negativen Sinn aufgebaut haben, die jetzt aufgeholt werden müssen. Wie soll das gehen? Wir brauchen ja nur in die Schulen zu schauen.

Die Handlungsbedarfe, die ich im Hinblick auf Traumata und posttraumatische Belastungsstörungen sehe, fasse ich wie folgt zusammen: Um eine Manifestation in Richtung Depression zu erkennen und gegebenenfalls zu verhindern, muss eine Früherkennung bzw. eine Diagnose erfolgen, ob es sich um ein Trauma bzw. um eine posttraumatische Belastungsstörung handelt. Es ist ernsthaft darüber nachzudenken, flächendeckende traumapädagogische Angebote für dieses Klientel in den Schulen zu schaffen.

Mein Argument ist eigentlich eher grundsätzlicher Natur. Es geht um Kindeswohl und Kindeswohlgefährdung, und das betrifft nicht nur Kinder mit familiärer Fluchterfahrung, sondern auch alle anderen Kinder. Die Kolleginnen und Kollegen, die traumapädagogisch qualifiziert sind, sollten einen Blick auf ihre Schülerinnen und Schüler entwickeln, um relativ früh reagieren zu können und um sich im Bedarfsfall z. B. Unterstützung in Form von multiprofessionellen Teams oder einer schulpsychologischen Beratungsstelle zu holen. Ich denke, darüber sollten wir tatsächlich weiter nachdenken.

Wie ich bereits ausgeführt habe, sind in einer Pandemiesituation die Themen Internetanschluss und Endgeräte entscheidend. Darüber hinaus sollten die Angebote im Falle von Distanzunterricht zielgruppenspezifisch gestaltet werden.

Mit Blick auf die zuvor geschilderte Überalterungsthematik ist gerade in unserem Bundesland zum einen eine schnellere Beschulung erforderlich – man darf also nicht wochenlang warten, sondern muss die Kinder relativ schnell in die richtige Beschulung bringen. Diesbezüglich ist mir die zentrale Einstufung ein ganz wichtiges Anliegen. Wir brauchen eine systematische Erhebung, und zwar keine aus der Defizitperspektive heraus – kann ein Kind Deutsch sprechen? –, sondern: Welche Sprachen spricht das Kind bzw. die Schülerin/der Schüler? Dass ein Kind kein Deutsch kann, ist das eine. Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, dass es die deutsche Sprache erlernen kann. Aber möglicherweise spricht ein Kind drei oder vier andere Sprachen, gerade wenn es

– 39 –

z. B. aus Afrika oder aus dem Nahen Osten kommt. Es sollte also erhoben werden, auf welchem Sprachniveau sich ein Kind bewegt und wo es anschlussfähig ist, welche Schulen es wie lange besucht hat und wie das konkrete Leistungsniveau ist.

Viele der Vorbereitungsklassen in Baden-Württemberg sind überwiegend bei niedrigqualifizierenden Schularten angesiedelt, also an Hauptschulen und Werkrealschulen. Nur wenige VKL sind bei Realschulen oder Gymnasien angesiedelt. Das ist nicht angemessen, denn Vorbereitungsklassen sollten eigentlich schulartübergreifend sein. Das heißt, die Schülerinnen und Schüler besuchen die VKL, und dann wird nach spätestens zwei Jahren festgestellt, welches Lernniveau die Kinder haben. Entsprechend ihrem Lernniveau können sie dann eine Realschule oder ein Gymnasium besuchen. So ist die Theorie. In der Praxis ist es so, dass der Wechsel horizontal stattfindet. Das heißt, wenn die Schülerin/der Schüler in einer VKL an einer Hauptschule ist, dann wechselt er/sie anschließend auch in die Regelklasse der Hauptschule. Es ist selten, dass es nach oben wechselt. Wir müssen also darüber nachdenken, ob wir an dieser Stelle möglicherweise Ressourcen verschenken oder die Bildungsbiografien von Kindern stören oder gar behindern.

Lassen Sie mich noch kurz auf die pädagogischen Empfehlungen eingehen. Für mich ist das Thema Elterneinbindung ausgesprochen wichtig. Ich nenne es bewusst nicht „Elternarbeit“, sondern „Erziehungspartnerschaft“. Gerade diese Klientel, die hoch divers ist, sollte noch einmal in den Blick genommen werden, weil es ohne die Eltern nun einmal nicht geht. Alle Studien zu dem, was in den Schulen und in den Bildungseinrichtungen gemacht wird, zeigen, dass es ohne die Eltern nicht geht. Es ist also von zentraler Bedeutung, die Eltern aktiver einzubinden.

Weiterhin ist die soziale Integration über aufzubauende Netzwerke weiter zu schärfen.

Außerdem sollten wir noch einmal darüber nachdenken, welche Begrifflichkeiten wir eigentlich verwenden und ob es sinnvoll ist, Menschen z. B. immer nur als Flüchtlinge zu adressieren, sie also in eine hoch diverse Kategorie – dabei handelt es sich um eine künstliche Kategorie – zu stecken. In der Kategorie „Flüchtling“ finden Sie gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention Menschen mit Duldungsstatus bzw. mit subsidiärem Schutz usw. All diese Menschen werden als „Flüchtlinge“ bezeichnet. Allerdings sind die Bedarfe durchaus unterschiedlich. Zudem stellen sich die Fragen: Wie lange bleibt ein Mensch ein Flüchtling? Wie lange lassen wir einen Menschen im Status eines Migranten? Daran hängen dann immer auch die Bildungs- und Teilhabechancen. Insofern empfiehlt es sich, die verwendete Begrifflichkeit noch einmal kritisch zu reflektieren.

Ein anderer Begriff, der mir bei meinen Erhebungen aufstößt, ist der des Schülers nicht deutscher Herkunftssprache. Warum frage ich nicht nach Mehrsprachigkeit, also danach, welche Sprachen in der Familie gesprochen werden? Dann wäre die Botschaft eine ganz andere, als wenn ich von Schülern nicht deutscher Herkunftssprache spreche; denn dabei bleibt nur „nicht deutsch“ hängen – und so sieht Inklusion nicht aus.

– 40 –

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Professorin Dr. Engin. – Damit kommen wir zur nächsten Sachverständigen, und zwar zu Frau Professorin Dr. Karina Karst, Juniorprofessorin für Unterrichtsqualität in heterogenen Kontexten an der Universität Mannheim. Auch Sie haben jetzt 20 Minuten Zeit für eine Stellungnahme.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Dr. Karst: Vielen Dank für die Einladung. – Ich freue mich, dass ich heute hier sein kann und die wissenschaftliche Perspektive zum Thema „Soziale Ungleichheit im Bildungserwerb bzw. Bildungsungleichheit“ einbringen kann.

Bildungsungleichheit ist ein Thema mit sehr hoher Prägnanz, weil, wie wir alle wissen, mit einer mangelnden Bildung weitreichende Konsequenzen verbunden sind, sodass man davon ausgehen kann, dass sich Bildung lohnt. Das zeigt sich in den hier dargestellten Schlagzeilen vom Deutschen Schulportal. Das zeigt sich aber auch in aktuellen Untersuchungen des IAB, bei denen ein Zusammenhang zwischen dem Bildungsabschluss, dem Grad des Bildungsabschlusses und dem Bruttolebensseinkommen festgestellt wird. Deswegen werde ich in meinem Vortrag im Folgenden auf das Thema „Soziale Ungleichheit und Bildungsungleichheit“ eingehen. In diesem Zusammenhang werde ich auch das Problem der Bildungsgerechtigkeit adressieren und dabei auf sogenannte Herkunftseffekte eingehen, um gemeinsam mit Ihnen einmal darüber nachzudenken, was denn die Konsequenzen solcher Herkunftseffekte sind und wie z. B. die Coronapandemie diese Herkunftseffekte beeinflusst hat, um dann auf Grundlage dessen auch potenzielle Maßnahmen abzuleiten, die geeignet sind, um diese Herkunftseffekte zu reduzieren und zu einem Mehr an Bildungsgerechtigkeit beizutragen.

Damit wir auf einem einheitlich begrifflichen Nenner sind, kommt zunächst einmal ein wenig Theorie. Ich bin Professorin an einer Universität und bin es gewohnt, Vorlesungen zu halten. Ich halte es aber für wichtig, zunächst einmal ein gemeinsames Begriffsverständnis zu haben. Soziale Ungleichheit liegt dann vor, wenn Menschen über ein unterschiedliches Maß an Ressourcen verfügen. Diese Ressourcen sind unterschiedlich, und eine Ressource, auf die wir heute den Fokus legen, ist die Ressource Bildung. Auf Grundlage der Ressource Bildung kann es auch dazu kommen, dass man unterschiedliche Ressourcen im Bereich des Einkommens, des Vermögens oder auch des Prestiges, das mit dem Beruf einhergeht, hat.

Der Begriff der sozialen Ungleichheit ist in der Wissenschaft zunächst wertfrei gemeint. Ob Ungleichheit gerecht oder ungerecht ist, ist eine andere Frage. Darum geht es jetzt erst einmal nicht. Bei Bildungsungleichheit als einer Dimension von sozialer Ungleichheit geht es darum, dass sich Unterschiede im Bildungsverhalten einerseits und in den

– 41 –

erzielten Bildungsabschlüssen andererseits zeigen, also Bildungsbeteiligung und Kompetenzen von Kindern, die in unterschiedlichen sozialen Bedingungen und familiären Kontexten aufwachsen. Das kann zum einen durch eine Form von Exklusion geschehen, indem Kinder systematisch ausgegrenzt und ihnen die entsprechenden Bildungsangebote nicht zur Verfügung gestellt werden, oder andererseits in Form einer Marginalisierung. Das heißt, die Bildungsangebote passen nicht zu den Voraussetzungen der Kinder. Hier liegt der Fokus also entscheidend auf der Bildungsinstitution. Das zieht sich über alle Abschnitte des Lebens und Bildungsverlaufs hindurch.

Deswegen möchte ich Ihnen auf den kommenden Folien einmal die Ungleichheiten der Bildungsbeteiligung und beim Kompetenzerwerb darstellen und zeigen, wie diese Ungleichheit – das ist wertfrei gemeint – mit der sozialen Herkunft zusammenhängt. Dabei nehme ich die elterliche Bildung, den HISEI, also den höchsten sozioökonomischen Status in der Familie, und sogenannte EGP-Klassen, die die berufliche Lage der Eltern darstellen, in den Blick. Die Daten, über die ich berichte, stammen aus dem Nationalen Bildungsbericht und aus der IGLU-Studie.

Zunächst einmal gehe ich auf den Kindergarten ein. Auf dieser Folie sehen Sie den Krippenbesuch, bezogen auf den Bildungshintergrund der Eltern. Sie sehen, dass mit zunehmendem Bildungshintergrund der Eltern auch der prozentuale Anteil an Kindern, die eine Krippe besuchen, steigt. Das heißt, die Bildungsbeteiligung von Kindern bzw. Krippenkindern unterscheidet sich signifikant, je nachdem, welchen Bildungshintergrund die Eltern haben. Das zeigt sich nicht nur im Bereich Kindergarten/Krippe, sondern auch bei außerschulischen bzw. außerkulturellen Bildungsangeboten und bei Sportgruppen. Hier ist z. B. die Beteiligung von Kindern aus Elternhäusern, die eher privilegiert sind, höher als von Kindern aus weniger privilegierten Elternhäusern. Das Gleiche gilt für die musikalische Früherziehung.

In der Grundschule setzen sich diese Unterschiede fort. Dabei habe ich nicht nach Bildungsbeteiligung unterschieden, weil alle Kinder eine Grundschule besuchen. Der Fokus der IGLU-Studie liegt vielmehr auf dem Kompetenzerwerb. Sie sehen hier signifikante Unterschiede im Kompetenzerwerb der Schülerinnen und Schüler, je nach sozialer Herkunft. Die Schülerinnen und Schüler, deren Eltern in Berufen der oberen Dienstklasse arbeiten, verfügen über signifikant höhere Lesekompetenzen als diejenigen Kinder, deren Eltern als un- bzw. angelernte Arbeiter tätig sind. Der Unterschied ist über die letzten Jahre hinweg vergleichsweise stabil gewesen, aber es zeichnet sich ab, dass die Schere jetzt noch größer wird. Es sind also Unterschiede insbesondere zwischen den Extrempunkten festzustellen. Bei den anderen drei EGP-Klassen, die hier in der Mitte dargestellt sind, sind die Unterschiede nicht signifikant, aber es bestehen deutliche Unterschiede insbesondere zwischen dem Bereich der oberen Dienstklasse und der unteren Dienstklasse, der un- und angelernten Arbeiter.

In der Sekundarstufe setzt sich dieser Trend dann fort. Hier ist jetzt der Schulbesuch von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund nach Sozialstatus abgebildet.

– 42 –

Das finde ich spannend; denn oft wird gesagt, dass der Migrationshintergrund ausschlaggebend ist. Links sind die Kinder ohne Migrationshintergrund und rechts die Kinder mit Migrationshintergrund abgebildet. Die Verhältnisse sind weitestgehend identisch, und zwar unabhängig davon, ob das Kind einen Migrationshintergrund hat oder nicht. Vielmehr kommt es darauf an, welchen Bildungshintergrund die Eltern haben, also aus welchem Elternhaus die Kinder kommen: aus einem Elternhaus mit einem niedrigen sozioökonomischen Status oder mit einem hohen sozioökonomischen Status. Das schlägt sich hier nieder.

Wie Sie sehen, liegt der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die ein Gymnasium besuchen und deren Elternhäuser einen hohen sozioökonomischen Status haben, in beiden Bevölkerungsgruppen bei über 60 %, und zwar sowohl bei den Kindern mit Migrationshintergrund als auch bei den Kindern ohne Migrationshintergrund.

Wenn man sich das Kompositionsprofil von Schularten des Sekundarstufenbereichs anschaut, dann erkennt man quasi auch hier die Kopplung zwischen Bildungsbeteiligung auf der einen Seite und Kompetenzerwerb innerhalb der Bildungsgänge auf der anderen Seite.

Die rote Linie außen zeigt das Kompositionsprofil von Hauptschulen im Mittel. Es gibt durchaus auch Varianzen innerhalb der Hauptschulen, aber das ist das Kompositionsprofil von Hauptschulen im Mittel. Sie sehen, dass die Schülerinnen und Schüler in den Hauptschulen, die insbesondere über geringe Lesekompetenzen verfügen, eher aus Elternhäusern mit einem niedrigen sozioökonomischen Status kommen und eher aus Elternhäusern kommen, bei denen die Eltern einen niedrigen Bildungsstand haben und der Migrationsanteil hoch ist.

Die gelben Punkte in der Mitte markieren das Gymnasium. Dort verschiebt es sich; da wird es viel enger. Das verweist darauf, dass Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb in den Kompositionsprofilen je nach Schulstufe unterschiedlich sind.

Da ich die gesamte Lebensspanne betrachten will, sehen Sie hier noch Grafiken zur Hochschulbildung. Auch hier zieht es sich weiter durch. Links sehen Sie die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Bildungsherkunft abgebildet. Ganz oben liegen beispielsweise diejenigen Kinder, bei denen mindestens ein Elternteil einen akademischen Abschluss hat. Dabei handelt es sich um 28 %. Die Übergangsquote in die Hochschulbildung beträgt 79 %. Bei den Kindern, bei denen beide Elternteile ohne beruflichen Abschluss sind – das sind 6 % –, gehen nur 12 % in die Hochschulbildung über. Dementsprechend sind an den Hochschulen Kinder überrepräsentiert, die aus akademisierten Familien kommen.

Neben der sozialen Herkunft gibt es noch weitere askriptive Merkmale, die auf ungleiche Bildungsbeteiligung nach Schulformen hinweisen. Das ist zum die Migration, die,

– 43 –

wie ich eben schon dargestellt habe, mit der sozialen Herkunft gekoppelt ist. Ein weiteres Merkmal ist das Geschlecht. Das Thema Migration werde ich an dieser Stelle überspringen und stattdessen auf den Aspekt Geschlecht eingehen.

Sie sehen hier Zahlen des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg. Es ist deutlich zu erkennen, dass z. B. nur 43,2 % der Schülerinnen und Schüler an Werkrealschulen Mädchen sind. An Gymnasien sind es 51,7 %. Das heißt, auch hier kommt es zu einer Verschiebung und zu einer ungleichen Bildungsbeteiligung aufgrund askriptiver Merkmale. Das ist wertfrei gemeint. Es ist einfach nur eine ungleiche Bildungsbeteiligung.

Ich möchte noch auf den Punkt der Intersektionalität eingehen, der eben schon deutlich wurde. Was bedeutet das? Das sind Merkmale einer Person, die in einem interdependenten Verhältnis stehen. Die kann man nicht losgelöst voneinander betrachten. Es ist nicht nur der Migrant, sondern es ist der Migrant aus einem Elternhaus mit geringem sozioökonomischen Status. Das wurde z. B. auch in einer Studie von Lühe untersucht. Sie sehen den Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Status und der Leseleistung, und zwar einmal für Mädchen und einmal für Jungen: Je höher der sozioökonomische Status ist, umso höher ist auch die Leseleistung.

Jetzt sieht man aber, dass der Unterschied zwischen Jungen und Mädchen bei den Schülerinnen und Schülern mit einem geringen sozioökonomischen Status – bei minus einer Standardabweichung – größer als bei den Kindern mit einem hohen sozioökonomischen Status ist. Das heißt, da gibt es eine Wechselwirkung. Man darf also – das soll die Botschaft sein – solche Kategorien nicht singulär betrachten, sondern muss Interdependenzen berücksichtigen. Das ist die sogenannte Intersektionalität.

Was ist das Problem an der Bildungsungleichheit? Das Problem an dieser Bildungsungleichheit wird dann sichtbar, wenn man sich einmal das Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit ansieht. Im deutschen Bildungssystem werden Abschlüsse und Zertifikate nach dem Leistungsprinzip vergeben. Diejenigen, die gute Noten haben und gute Leistungen zeigen, sollen auch höhere Chancen für höhere Bildung haben. Das ist das sogenannte meritokratische Prinzip. Das macht einen Vergleich zwischen Schülerinnen und Schülern notwendig und geht auch mit einer wichtigen Funktion von Schule einher, nämlich der Allokationsfunktion, also der Verteilung von Schülerinnen und Schülern auf zukünftige gesellschaftliche Positionen.

Jetzt ist es aber so, dass diese Unterschiede in der Leistung nicht nur durch die Leistung und die eigenen Kompetenzen beeinflusst sind, sondern dass auch sogenannte Herkunftseffekte eine Rolle spielen. Das eine sind die primären Herkunftseffekte. Das heißt, diese Unterschiede in der Leistung und in den Kompetenzen kommen aufgrund der unterschiedlichen Ausstattung in den Familien zustande: durch den Anregungsgehalt, durch das, was die Eltern mit ihren Kindern machen: Gehen sie mit ihnen ins Museum oder auf den Spielplatz? Beschäftigen sie sich mit ihrem Kind?

– 44 –

Darüber hinaus gibt es weitere Unterschiede, die als sekundäre Herkunftseffekte bezeichnet werden. Dabei handelt es sich um Unterschiede, die aus dem unterschiedlichen Bildungsverhalten der Eltern herrühren, wenn es um den Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule geht, also um Bildungsentscheidungen. Außerdem gibt es sogenannte tertiäre Herkunftseffekte, die wiederum in der Bildungsinstitution, in der Gestaltung der Lernumwelten und im Unterricht begründet liegen.

Als Beispiel für die sekundären Herkunftseffekte habe ich eine Studie von Ehmke und Baumert bzw. von Baumert, Maaz, Lühe & Schulz mitgebracht. Dort sind sogenannte Odds Ratios abgebildet, also Wahrscheinlichkeiten dafür, dass ein Schüler ein Gymnasium anstatt eine Realschule besucht. Sie sehen, dass die Chance eines Schülers, dessen Eltern Berufe der oberen Dienstklasse ausüben, 2,2-mal größer ist, ein Gymnasium anstelle einer Realschule zu besuchen, als es bei Kindern von Facharbeitern oder Arbeitern mit Leitungsfunktionen der Fall ist. Das Bedeutsame an diesem Punkt ist jetzt – da kommt das Thema Bildungsgerechtigkeit ins Spiel –, dass dies bei gleicher Leistung der Fall ist. Die Schülerinnen und Schüler sind mit standardisierten Leistungstests und kognitiven Fähigkeitstests getestet worden, und es hat sich gezeigt, dass sie zwar die gleiche Leistung haben und die gleichen Kompetenzen zeigen, dass aber die Chance, ein Gymnasium zu besuchen, bei den Schülerinnen und Schülern mit Eltern der oberen Dienstklasse wesentlich höher ist als bei denjenigen, deren Eltern Facharbeiter bzw. Arbeiter mit Leitungsfunktionen sind.

Tertiäre Herkunftseffekte – was bedeutet das? Dazu gibt es einige Studienbeispiele. Ich werde den Schwerpunkt auf migrationsbedingte Disparitäten in der Notenvergabe nach dem Übergang auf das Gymnasium legen. Dazu hat Meike Bonefeld, eine Kollegin von mir, gearbeitet. Es hat sich gezeigt, dass der Migrationshintergrund der Schülerinnen und Schüler auch unter Kontrolle der Leistungen in standardisierten Tests einen Effekt auf die Benotung durch die Lehrkräfte hat. Das heißt, die Lehrkräfte benoten Schülerinnen und Schüler aus unterschiedlichen sozialen Herkunftsfamilien bei gleicher Leistung, die die Schülerinnen und Schüler zeigen, anders.

Dazu gibt es auch noch weitergehende Befunde, die wir beispielsweise in Mannheim überprüft haben. Gibt man Lehrkräften ein Diktat und sagt: „Das eine kommt vom Schüler Max, und das andere vom Schüler Murat“, dann wird das Diktat des Schülers Murat, obwohl es das gleiche Diktat mit der gleichen Fehleranzahl ist, systematisch schlechter bewertet. Das soll jetzt nicht zu einem Blaming von Lehrkräften führen. Vielmehr hat sich gezeigt, dass das ein ganz normaler Prozess ist. Das sind Stereotype, die in jedem Menschen aktiviert werden. Wir müssen einen Beitrag in Schule und Unterricht dazu leisten, dass diese Stereotype eben nicht aktiviert werden. Einen Lösungsvorschlag hierfür werde ich Ihnen gleich vorstellen.

Die Konsequenzen dieser Mechanismen sind, dass primäre Herkunftseffekte dazu führen, dass die Schülerinnen und Schüler schon zu Beginn ihres Bildungsverlaufs mit unterschiedlichen Voraussetzungen starten und dass sich daraus unterschiedliche Bildungsraten generieren. Bei den sekundären Herkunftseffekten führt es dazu, dass

– 45 –

man unterschiedliche Lernmilieus hat, segregierte Lernmilieus, die dann wiederum zu Kompositionseffekten führen und die Lernentwicklung beeinflussen. Bei den tertiären Herkunftseffekten beeinflussen die Erwartungseffekte von Lehrkräften einerseits die Gestaltung der Lernumgebung – auch hier lautet das Stichwort Defizitorientierung; das hat Frau Engin eben schon genannt – sowie den weiteren Bildungsverlauf der Schülerinnen und Schüler.

Während der Coronapandemie haben wir das noch einmal verstärkt gesehen. Deswegen sehen Sie oben auf der Folie auch ein Brennglas. In Coronazeiten wurden insbesondere die primären Herkunftseffekte verstärkt, weil die Rolle der Eltern eine andere war. Sie hatten eine höhere Verantwortung. Die Kapitalausstattung war nicht gegeben. Zur Zeit des Homeschoolings hat diese Rolle der Eltern den primären Herkunftseffekten Vorschub geleistet. Wie sich in zahlreichen Studien zeigt, waren leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler aus Elternhäusern mit einem niedrigen sozioökonomischen Status besonders betroffen, weil sie weniger Zeit zum Lernen, weniger Lernmöglichkeiten und weniger digitale Ressourcen hatten. Empirisch hat sich auch gezeigt, dass die Primarstufe von diesen Unterschieden in den Kompetenzen der Schülerinnen und Schülern infolge der Coronapandemie stärker betroffen ist, als es in höheren Jahrgangsstufen der Fall war.

Die Disparitäten innerhalb von Schulklassen fallen infolge von Corona jetzt noch höher aus. Es konnten noch stärkere Segregationseffekte festgestellt werden. Bei den tertiären Herkunftseffekten steht die Forschung noch am Anfang. Hier kann nur angenommen werden, dass die Tatsache, dass der Kontakt zu Schülerinnen und Schülern oftmals komplett fehlte, zu einer geringeren Individualisierung und Differenzierung geführt hat, sodass man nicht an den Lernvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler anknüpfen konnte und eher gedacht hat: „Na ja, den erreiche ich jetzt ohnehin nicht. Der hat kein Endgerät zu Hause. Mit dem mache ich jetzt auch keinen Unterricht. Dem können seine Eltern zu Hause ohnehin nicht helfen. Ich mache hier jetzt einfach nicht weiter.“

Zum Schluss möchte ich – etwas verkürzt – noch auf drei potenzielle Maßnahmen eingehen:

Die erste Maßnahme in Bezug auf die primären Herkunftseffekte ist der Anregungsgehalt in der frühen Bildung. Das heißt, die frühe Bildung sollte gestärkt werden.

Zweitens: Wenn wir davon ausgehen, dass es Segregationseffekte in Bildungssystemen gibt, die durch Pandemien und Krisen noch verstärkt werden, dann liegt es – auch pädagogisch gesehen – nahe, Ungleiches ungleich zu behandeln und auf allen Ebenen eine indexbasierte Ressourcensteuerung anzustreben. Baden-Württemberg ist diesbezüglich mit dem Sozialindex auf einem guten Weg bzw. macht sich jetzt auf den Weg.

– 46 –

Aus der Perspektive der tertiären Herkunftseffekte liegt der Fokus klar darauf, Lernvoraussetzungen von Schülerinnen und Schülern zu objektivieren, damit Stereotype eben nicht mehr wirksam werden können. Damit sind wir ganz schnell bei dem Punkt der diagnosegeleiteten Förderung oder der datengestützten Qualitätsentwicklung, die jetzt auch im Land Baden-Württemberg angeregt wird.

Auf die einzelnen empirischen Evidenzen, die ich in meiner Präsentation noch aufgeführt habe, möchte ich an dieser Stelle nicht detailliert eingehen.

Ich komme abschließend zu meinem Fazit und zu der Frage, ob diese Maßnahmen auch bei Krisen schützen können bzw. warum die Maßnahmen auch bei Krisen im Sinne von Prävention, Bewältigung und Nachsorge von Krisen helfen können.

Im Bildungssystem generierte Daten können bei einer systematischen Analyse und auch hinsichtlich von Ressourcen, die in einen datengestützten Entwicklungszyklus eingebettet sind, helfen, die Stereotype zu reduzieren, aber auch um indexbasiert beispielsweise ökonomische Bedarfe bedarfsorientiert in Schulen abzudecken.

Das Ganze muss allerdings von personellen Ressourcen und gut ausgebildetem pädagogischen Personal begleitet werden. Das ist sowohl für die frühe Bildung als auch für die Lehrkräftebildung wichtig. Wenn wir mit diagnosegeleiteter Förderung beginnen, dann kommen Themen wie „Datennutzungskompetenz der Lehrkräfte“ ins Spiel. Insgesamt muss es darum gehen, Kapazitäten im Bildungssystem bzw. in den Bildungsinstitutionen auszubauen, indem klare Ziele formuliert werden und indem Mittel nicht nur für die Bänke auf dem Schulhof ausgegeben werden, sondern indem das Ganze datengestützt funktioniert und man datengestützt Ziele ableitet und überprüft, ob der entsprechende Mitteleinsatz etwas gebracht hat oder ob er keinen Effekt gehabt hat. Wenn es keinen Effekt hat, dann ist das aber nicht weiter schlimm. Dabei denke ich an das, was Herr Ministerpräsident Kretschmann eben zur Fehlerkultur gesagt hat: Wir müssen auch Fehler machen dürfen.

Wir brauchen Führung und Management, strategische Verzahnung und Co-Konstruktionen über mehrere Ebenen hinweg im Bildungssystem, und zwar nicht nur horizontal, sondern auch vertikal, um ein stabiles und widerstandsfähiges Bildungssystem zu schaffen, bei dem sowohl interne als auch externe Unterstützungssysteme zusammenwirken und bei dem auch das Potenzial von schulischen Netzwerken genutzt wird, um bewährte Verfahren zur Unterstützung von Bildung, Lernkontinuität und Resilienz in Krisenzeiten weiterverbreiten zu können.

Kai Maaz bringt es in einer seiner Publikationen recht gut auf den Punkt, indem er formuliert, dass nur langfristige Angebote, die die Logik des Lebens und des Bildungsverlaufs berücksichtigen, nachhaltige Wirkungen erzielen werden, auf denen in den folgenden Bildungsstufen aufgebaut werden kann. Über den Ausbau und den Aufbau der dafür notwendigen Infrastruktur muss in den Ländern und Kommunen jetzt entschlossen nachgedacht werden.

– 47 –

Ich bedanke mich.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Professorin Dr. Karst. – Jetzt kommen wir zur Fragerunde. Für die Fraktion GRÜNE gebe jetzt ich Frau Abg. Dr. Aschhoff das Wort.

Abg. Dr. Susanne Aschhoff GRÜNE: Wir haben schon eine ganze Reihe von Handlungsempfehlungen aus Ihren Vorträgen ableiten können. Deswegen will ich darauf jetzt nicht mehr im Detail eingehen. Wir können diesbezüglich auch im Nachhinein noch in Kontakt bleiben.

Zum einen haben Sie über das Angehen der aktuellen Situation gesprochen. Mir sind in Ihren Berichten doch einige Parallelen aufgefallen. Da es sich um eine große Aufgabe handelt, wäre meine Frage, inwiefern man das im Bereich der Einstufung, also sozusagen der Diagnose, und vielleicht auch im Bereich der Evaluation bündeln könnte. Für mich zählt manches einfach zu den beiden Seiten einer Medaille: ob es jetzt also um einen hoch gebildeten Geflüchteten aus der Ukraine oder um ein sehr intelligentes Kind einer alleinerziehenden kinderreichen Mutter geht. Da stellen sich zum Teil ähnliche Fragen. Vielleicht könnte man diesbezüglich im Sinne des Erzielens von Verbesserungen koordiniert und gestrafft vorgehen. Wie Frau Engin ausgeführt hat, braucht man möglicherweise verschiedene Schienen, weil eine Einstufung eventuell nicht für alle reicht, sodass man differenzierter herangehen müsste.

Dann möchte ich gern noch einmal den Blick in die Zukunft richten, denn wir sollen ja in die Zukunft denken. Welches wären – abgesehen von der aktuellen Situation – noch besonders wichtige Aspekte, um in einer Krisensituation mit solchen Herausforderungen umzugehen und da auch Schwerpunkte zu setzen? Welche Maßnahmen müssen aufrechterhalten werden? Was muss an Förderung auf jeden Fall erhalten bleiben?

Da ich einen Wahlkreis habe und mich um Themenbereiche kümmere, bei denen dieser Aspekt besonders wichtig ist, stellt sich mir die Frage: Welche Chancen bieten sich mit dieser Mühe? Dabei denke ich beispielsweise an den Aspekt Fachkräftemangel, aber auch an viele andere Aspekte. Wir können es uns gar nicht leisten, das Bildungspotenzial der Kinder bzw. der jungen Menschen auf den unteren Linien der Grafiken zu lassen. Im Prinzip haben wir ein gesamtgesellschaftliches Interesse und auch ein wirtschaftliches Interesse daran. Wie hoch sehen Sie da das Potenzial, das wir mit der Qualifikation dieser jungen Menschen heben könnten?

Danke.

Abg. Christiane Staab CDU: Ich habe zunächst eine Frage an Frau Professorin Engin bezüglich der Eingruppierung der 15-Jährigen, weil mir das nicht ganz klar geworden

– 48 –

ist. Wenn ich es richtig verstanden habe, dann gehen Sie davon aus, dass die 15-Jährigen gewissermaßen automatisch zurückgestuft werden bzw. dass man ihnen in den allgemeinbildenden Schulen weniger zutraut, als es aus Ihrer Sicht tatsächlich der Fall ist. Wie wird das festgestellt? Wir haben gerade bei den ukrainischen Flüchtlingskindern erlebt, dass sie an die Realschulen und an die Gymnasien gehen. Das heißt, offenbar ist durchaus eine gewisse Sensibilität seitens der Schulen vorhanden, dass man schaut, was das einzelne Kind kann und für welche Schulart es geeignet ist. Ist es tatsächlich so, dass diese 15-Jährigen, die in der Studie betrachtet wurden, mehr könnten, als ihnen eigentlich abverlangt wird?

Ihre Ausführungen in Bezug auf das Thema „Spracherwerb und Selbsteinschätzung“ fand ich hoch spannend. Wo haben die Kinder denn die Sprache gelernt? Ist das verifiziert worden, indem die Kinder noch einmal objektiv getestet wurden, oder hat man es dabei belassen, dass sie gesagt haben, sie können eigentlich gut Deutsch, ohne dass sie in einer Sprachfördermaßnahme waren?

Die nächste Frage richtet sich an Frau Professorin Karst. Dabei geht es um die Internationalität von Studien. Beim Thema „Mangelnde Zugangschancen zu Bildung“ ist stark auf den sozioökonomischen Faktor abgestellt worden, was meiner Meinung nach auch richtig ist, weil das auch ein Stück weit dem Bauchgefühl entspricht. Ich komme aus Walldorf. Dort leben viele indische und asiatische Familien, und die meisten Kinder besuchen die Gymnasien. Das hat also tatsächlich etwas mit dem Bildungsgrad der Eltern zu tun.

Aus stadtplanerischer bzw. städtebaulicher Sicht besteht gerade in den großen Städten das Problem, dass es ganze Stadtteile gibt, in denen die sozioökonomische Struktur relativ schwach ist. Da stellt sich mir die Frage, wie es in anderen Ländern aussieht, die in den Sechziger- und Siebzigerjahren ähnlich gebaut haben – dabei ziele ich insbesondere auf Frankreich ab –, und zwar große „Gettos“, in denen Menschen untergebracht worden sind, die relativ schwache soziale Standards gehabt haben. Ist dort festzustellen, dass diese Schwäche – mir fällt im Moment kein anderer Begriff ein – erhalten geblieben ist, wie es bei uns feststellbar ist, oder gibt es dort Ansätze, diese Schwäche im Laufe der Jahrzehnte durch geeignete Maßnahmen auszugleichen?

Die folgende Frage richtet sich direkt an Sie beide: Wie sollten oder müssten solche Maßnahmen aussehen? Im Moment gelingt uns die Durchmischung der Bevölkerung in diesen Stadtteilen nicht. Das ließe sich heute durch Stadtplanung ganz anders organisieren, weil man mittlerweile stadtplanerisch ganz anders unterwegs ist. Aber es gibt noch Stadtviertel bzw. Wohngebiete mit relativ stark abgegrenzten sozioökonomischen Verhältnissen. Durch welche Maßnahmen lässt sich das aufbrechen?

Ich bin der Auffassung, dass wir eine stärkere Durchmischung brauchen, dass dort also Familien leben, die sich gegenseitig helfen, die sich gegenseitig einladen. Die Kinder sind zusammen auf dem Spielplatz, und eine Mutter bietet der Mutter eines anderen Kindes an, ihr Kind mit in den Zoo, in den Zirkus oder sonst wohin zu nehmen,

– 49 –

wenn sie erkennt, dass es für die Eltern des Kindes – aus welchen Gründen auch immer – nicht leistbar ist.

Abg. Florian Wahl SPD: Herzlichen Dank auch von unserer Seite für Ihre Vorträge. – Meine ersten Fragen richten sich an Frau Professorin Engin. Sind bestehende Förderprogramme wie z. B. „Lernen mit Rückenwind“ zum Ausgleich von pandemiebedingten Wissenslücken ausreichend, um Lernrückstände aufzuholen? Wie müssten solche Förderprogramme eigentlich zukünftig organisiert und ausgestaltet sein, um den Wissensstand auszugleichen? Inwiefern ist es sinnvoll, Angebote wie z. B. „Lernen mit Rückenwind“ auf die Fächer Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen zu begrenzen? Sollte es möglicherweise auf andere Fächer erweitert werden?

Ist es sinnvoll, das Präsenzangebot für Schülerinnen und Schüler durch digitale Angebote zu ergänzen? Durch welche Maßnahmen könnte sichergestellt werden, dass benachteiligte Kinder und Jugendliche von den digitalen Angeboten Gebrauch machen können?

Sie sind bei Ihren pädagogischen Empfehlungen insbesondere auf das Thema Sprache eingegangen. Inwieweit sehen Sie die Notwendigkeit, herkunftssprachlichen Unterricht breit im Land auszurollen?

Dann habe ich abschließend noch folgende Fragen an Sie: Welche Fachkräfte braucht es aus Ihrer Sicht zur Bewältigung von Traumata? Brauchen wir dafür mehr Schulsozialarbeiter oder mehr Schulpsychologen? Wie soll der Personalmix aussehen? Es wäre sehr freundlich, wenn Sie darauf eingehen könnten.

Frau Professorin Karst, können multiprofessionelle Teams aus Ihrer Sicht einen Mehrwert darstellen? Wie würden Sie das bewerten?

Wie stehen Sie zu vorschulischen Sprachtests als Hilfsmittel? Wäre das eine Möglichkeit?

Sie haben ausgeführt, dass digitaler Unterricht Bildungsungleichheit verstärke. Die Zeit der Coronapandemie hat gezeigt, dass der digitale Unterricht ein wichtiges Instrument ist, um den Bildungsbetrieb gerade auch in Krisenzeiten aufrechtzuerhalten. Wie können wir dem entgegenwirken, dass die Bildungsungleichheit dadurch verstärkt wird?

Schließlich habe ich noch eine Frage zur indexbasierten Ressourcensteuerung. Sie haben auf die Tatsache hingewiesen, dass Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Bedarfen unterschiedliche Ressourcen zur Verfügung stehen. Sie hatten dann aus Zeitgründen nicht weiter ausgeführt, wie es auf der Mikro-, Meso- und Makroebene jeweils konkret umgesetzt und auch effektiv gesteuert werden kann. Können Sie dazu

– 50 –

noch ergänzende Ausführungen machen und beispielsweise darstellen, welche Parameter etwa herangezogen werden könnten? Müsste dieser Modellversuch der sozialexindexbasierten Ressourcensteuerung eventuell schneller im Land ausgerollt werden?

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Ich weiß, ehrlich gesagt, nicht so recht, was jetzt die Quintessenz aus diesen beiden Vorträgen ist. Sie haben die Zusammenhänge sicherlich zutreffend dargestellt, aber es stellt sich die Frage, was wir jetzt daraus lernen, um uns auf Krisen vorzubereiten.

Bei Ihnen, Frau Professorin Karst, ist mir aufgefallen, dass Sie es gewissermaßen so hingestellt haben, als sei quasi nur der, der ein Gymnasium besucht, derjenige mit den besten Berufsaussichten. Das würde ich so nicht unterschreiben. Dass gewisse Unterschiede zwischen den Schulformen bestehen, ist klar. Dass diese Unterschiede auf verschiedenste Faktoren zurückzuführen sind, haben Sie zum Teil dargestellt. Aber letztendlich stellt sich ja die Frage, wie wir damit umgehen und wie wir insbesondere auch mit der Tatsache umgehen, dass 7 bis 9 % der Schülerinnen und Schüler, die ein Gymnasium besuchen, in den ersten Jahren ihres Schulaufenthalts einen Wechsel auf eine Realschule oder eine Gemeinschaftsschule vollziehen. Das ist nun einmal ein Fakt. Wie reagieren wir darauf?

Frau Professorin Engin, Sie haben dargestellt, dass insbesondere die Kinder, die einen Fluchtintergrund haben, in den einzelnen Jahrgangsstufen deutlich älter sind. Da stellt sich mir die Frage, inwiefern das überhaupt ein Umstand ist, den man ändern kann, weil das ja einfach praktische Gründe hat. Es handelt sich um Kinder, die unter schwierigsten Umständen geflohen sind. Sie haben psychologisch enorme Schwierigkeiten und haben eine große Herausforderung hinter sich. Zudem haben sie noch eine Sprachbarriere. Angesichts dieser Umstände ist es aus meiner Sicht relativ klar, dass sie nicht mit Gleichaltrigen, die in Deutschland in relativ behüteten Verhältnissen aufgewachsen sind, mithalten können. Ich zweifle in keiner Weise die Zahlen, die Sie genannt haben, an. Aber ich frage mich, ob das überhaupt etwas ist, wo man etwas ändern kann bzw. muss; denn aus meiner Sicht ist es einfach eine Konsequenz des Faktischen. Deshalb bin ich da ein wenig ratlos.

Ich hoffe, ich konnte das einigermaßen vermitteln, ohne jetzt allzu konkrete Fragen zu stellen. Vielleicht können Sie auf diesen „Grundvibe“ noch einmal eingehen.

Abg. Carola Wolle AfD: Ich habe zunächst einige Fragen an Sie, Frau Professor Engin. Sie haben über das Thema Deutschkenntnisse gesprochen und gesagt, dass Jungs schlechter Deutsch können als Mädchen. Dasselbe Bild zeigt sich dann auch hinsichtlich der schulischen Leistung. Was kann man verbessern, um zu erreichen, dass Jungs die gleiche Leistung erbringen wie Mädchen? In der Regel sind Jungs ja nicht dümmer oder Mädchen intelligenter. Es muss also andere Gründe haben. Wie kann man das beheben, um ein Stück weit Chancengleichheit für die Jungs zu schaffen? Wie kann man ihr Interesse am Lernen wecken? Bei Migrantenkindern werden insbesondere die Jungs abgehängt, während die Mädchen sehr fleißig sind. Wie kann

– 51 –

man die Jungs, die wir später in unserer Gesellschaft als Arbeitskräfte brauchen werden, wenn sie denn hierbleiben, dafür interessieren, sich in der Schule mehr zu engagieren?

Sie haben das Thema Überalterungsproblematik angesprochen. Wenn die Kinder bzw. Jugendlichen nach Deutschland kommen und noch kein Deutsch können, schlägt sich das zwangsläufig auf ihre schulischen Leistungen nieder. Ich denke, das ist auch ein Stück weit akzeptiert. Allerdings stellt sich die Frage, ob die Jugendlichen, wenn sie zum Zeitpunkt ihres Schulabschlusses schon verhältnismäßig alt sind, überhaupt noch Interesse daran haben, sich für eine Ausbildung zu engagieren. Unter Umständen haben sie dann schon andere Interessen. Vielleicht muss man anders auf die Jugendlichen und auch auf die Ausbilder zugehen, um darauf hinzuwirken, dass sie gewisse Situationen dann auch akzeptieren. Wenn die Jugendlichen zum Zeitpunkt ihres Schulabschlusses schon zwei oder drei Jahre älter sind als die anderen, dann sind sie bereits junge Erwachsene und vielleicht ein bisschen anders drauf als jüngere Schulabgänger.

Sie haben das Thema Beschulung angesprochen. Natürlich klingt „nicht deutsch“ blöd. Vielleicht wäre es besser, stattdessen zu fragen: Welche Sprache sprichst du? Das wäre dann ganz neutral.

Frau Professor Karst, mit Blick auf Seite 7 Ihrer Präsentation stellt sich mir die Frage, ob es Unterschiede zwischen Stadt und Land gibt. Falls dies der Fall sein sollte: Wie begründen Sie diese Unterschiede?

Wie erklären Sie es sich, dass, wie auf Seite 10 Ihrer Präsentation dargestellt, die integrierte Gesamtschule fast genauso schlecht wie die Hauptschule abschneidet, also im Vergleich gar nicht besser als die Realschule ist? Das hätte ich eigentlich erwartet.

Auf Seite 19 Ihrer Präsentation geht es um die Frage, wie im Zusammenhang mit der Notenvergabe unterschiedliche Bewertungen verhindert werden können. Sie fordern, Ungleiches ungleich zu behandeln. Ich glaube, das ist zu einfach. Bitte werden Sie diesbezüglich noch etwas konkreter. Was kann man also konkret dagegen tun, dass Murat z. B. beim Diktat oder Aufsatz schlechter beurteilt wird als Max?

Vorsitzender Alexander Salomon: Frau Professorin Dr. Engin, Sie haben die Möglichkeit, auf die Fragen, die an Sie gestellt wurden, zu antworten. Wir alle wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie es möglichst kompakt machen würden. Anschließend hat dann Frau Professorin Dr. Karst das Wort.

Sv. Frau Dr. Engin: Das war jetzt eine ganze Bandbreite an Fragen.

– 52 –

Die Frage von Frau Aschhoff nach den Gemeinsamkeiten im Hinblick auf Einstufung und Diagnostik bzw. nach denkbaren Maßnahmen lässt sich relativ einfach beantworten. Gerade für Kinder, die als Seiteneinsteiger oder mit Fluchterfahrung zu uns kommen, brauchen wir von Beginn an eine die Bildungsbiografie erfassende Erhebung, Dokumentation und Diagnostik, also die gesamte Bildungsbiografie. Bei den Kindern mit Fluchterfahrung wäre es im Grunde genommen angebracht, bereits in der Erstaufnahmeeinrichtung, spätestens jedoch in der Gemeinschaftsunterkunft, entsprechende Erhebungen zu machen, damit die entsprechenden Informationen an die staatlichen Schulämter bzw. an die Regierungspräsidien gehen, sodass eine geeignete Auswahl getroffen werden kann, welche Schule das jeweilige Kind besuchen sollte und wie die Rahmenbedingungen an den Schulen sind. Ich glaube, das ist von entscheidender Bedeutung, um dann auch Förderpotenziale erschließen zu können.

Ich bin eine Verfechterin des Ressourcenansatzes und nicht des Defizitansatzes. Wenn ich entsprechende Erhebungen durchführe, dann sehe ich nicht nur, wo die Schwächen eines Kindes liegen, dass es nämlich keine Deutschkenntnisse hat, sondern ich erfahre, welche Kenntnisse ein Kind in den Naturwissenschaften, in Mathematik usw. mitbringt. Das kann und sollte man aktiv in den Lernprozess einfließen lassen. Insofern sollte von Beginn an keine Defizitdiagnostik, sondern eine Förderdiagnostik erfolgen. Daran anknüpfend könnten dann auch die Bildungsbiografie bzw. die Übergänge gemanagt werden.

Das, was andere Länder uns vormachen, brauchen wir also auch in Baden-Württemberg. Man sollte von Beginn an Erhebungen durchführen und sich auch institutionell vernetzen, um die im Rahmen der Erhebung gewonnenen Informationen miteinander teilen zu können. Anknüpfend an die zuvor erfasste Bildungsbiografie können dann eine zielgerichtete Förderung und Unterstützung stattfinden.

Inwieweit zahlt sich diese Mühe aus? Es bringt eine ganze Menge, gerade auch in Baden-Württemberg. Der IQB-Bildungstrend hat uns im letzten November gezeigt, dass 50 % der Kinder flächendeckend in den Grundschulen Baden-Württembergs eine sogenannte familiäre Zuwanderungsgeschichte haben. Das sind Potenziale, die zu heben sind. Das ist die Zukunft dieses Bundeslands. Das heißt, wir investieren in unsere eigene Zukunft, in unsere eigene Prosperität. Je früher man damit beginnt – dazu kann Frau Kollegin Karst noch mehr sagen –, in Familienbildung, in den Kindergarten usw. zu investieren, umso höher wird die Ausbeute letztendlich sein und umso erfolgreicher wird man sein. Je später man in die Bildungsbiografie eingreift, umso teurer und aufwendiger wird es dann und umso weniger weiß ich, welche Effekte damit überhaupt noch erzielt werden können.

Frau Staab, Sie haben die ReGES-Studie und die Unterschiede hinsichtlich der ukrainischen Schülerinnen und Schüler angesprochen. Das ist zutreffend. Allerdings werden die ukrainischen Schülerinnen und Schüler aber auch anders behandelt, wobei ich das jetzt gar nicht negativ meine. Ein exemplarisches Beispiel: Die Schülerinnen

– 53 –

und Schüler sind in vielen Stadtkreisen bzw. Kommunen in eigene VKLs gebracht worden. Das heißt, man hat, weil es die Zahl der Schülerinnen und Schüler hergegeben hat, VKLs nur für ukrainische Schülerinnen und Schüler eingerichtet, damit sie die traumatischen Erlebnisse besser verarbeiten, unter sich bleiben können und um sie durch die Sprachhomogenität besser zu fördern. Ab und zu werden sogar Lehrkräfte, die aus der Ukraine geflohen sind, in diesen Gruppen eingesetzt. Das heißt, die Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine hatten andere Rahmenbedingungen.

Hinzu kommt, dass die Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine bis in den Spätherbst hinein – ich glaube, dazu gab es sogar einen entsprechenden KMK-Beschluss – an digitalem Fernunterricht aus der Ukraine teilgenommen haben. Das heißt, sie waren zum Teil vom VKL-Unterricht befreit, weil sie lieber am Fernunterricht aus der Ukraine teilgenommen haben, da sie ja irgendwann wieder zurück in die Ukraine gehen. Nun sind sie allerdings nicht zurückgegangen, weil der Krieg noch andauert. Insofern war es in Bezug auf die ukrainischen Schülerinnen und Schüler eine Sondersituation.

Anders verhält es sich mit den Kindern, die hauptsächlich aus dem Nahen Osten zu uns gekommen sind. Sie haben mit Blick auf die ReGES-Studie die Rückstufung angesprochen. Es stellt sich die Frage, was es dem Bildungssystem bzw. den Schülerinnen und Schülern bringt, wenn beispielsweise 15-Jährige, denen ausschließlich die deutschen Sprachkenntnisse fehlen, zunächst in der siebten Klasse beschult werden, obwohl andere Kenntnisse, beispielsweise mathematische oder naturwissenschaftliche Kenntnisse, durchaus vorhanden sind. Auf der Grundlage einer sauberen Erhebung wüsste man, dass sie eigentlich aus einem Bildungssystem oder von einer Schule kommen, wo das Lernniveau relativ hoch war. Das heißt, mit einer entsprechenden Unterstützung und Sprachförderung hätte man diese Schülerinnen und Schüler schneller in einer Regelklasse, und zwar auch ihrer Alterskohorte entsprechend. Wenn man das nicht macht, führt das dazu, dass diese Schülerinnen und Schüler älter sind, wenn sie ihren Schulabschluss machen, oder dass sie zum Teil gar keinen Schulabschluss mehr machen, was natürlich ein noch größerer Verlust ist.

Frau Wolle, Sie haben gefragt: Wollen die überhaupt? Ja, die wollen, weil sie wissen, dass ihre einzige Möglichkeit in einer Bildungsgesellschaft, wie wir sie haben, darin besteht, entweder über eine qualifizierte Berufsausbildung an der Gesellschaft teilzuhaben oder womöglich einen höherqualifizierenden Schulabschluss zu erhalten, um zu studieren. In der Kohorte, die zu uns gekommen ist, gibt es mittlerweile junge Menschen, die die Hochschulreife erlangt haben und jetzt studieren. Ich betreue gerade einen Studenten mit syrischem Hintergrund bei seiner Masterarbeit, der bei uns Lehrer wird. Er hat sich also auf den Weg gemacht. Wie gut, wie toll! Die Bildungsaspiration ist auf jeden Fall gegeben, wie uns die Studien, die uns diesbezüglich vorliegen, bestätigen.

Herr Wahl, Sie haben das Förderprogramm „Lernen mit Rückenwind“ angesprochen. Solche Programme sind richtig und wichtig. Es gibt eine umfangreiche Erhebung zu

– 54 –

den Unterstützungsprogrammen, die während der Pandemie in den verschiedenen Bundesländern durchgeführt wurden. Die Rückmeldung lautete: Bitte kein Gießkannenprinzip, bitte systematischer, bitte mit geschultem Personal, das auch weiß, was es macht, und bitte auch miteinander verzahnt, vernetzt und entsprechend dokumentiert.

Das heißt, das Förderprogramm „Lernen mit Rückenwind“ könnte eigentlich viel mehr, wenn wir die Maßnahmen strukturierter ausbringen würden, und zwar mit Kolleginnen und Kollegen an den Schulen, die entsprechend geschult worden sind und somit eine Qualifizierung erhalten haben. Vor allem sollten die Maßnahmen auch dokumentiert werden, damit man für den Fall, dass es in andere Hände geht, weiß, was gemacht worden ist, um das aufeinander aufzubauen. Nur so lässt sich verhindern, dass man dreimal das Gleiche macht. Es ist wichtig, dass solche Maßnahmen ineinandergreifen.

Was spricht dafür, das auf Deutsch, Mathematik und Englisch zu verkürzen? Ich verstehe natürlich: Das sind Kernfächer. Auf der anderen Seite bestehen Unterricht und Schule ja nicht nur aus Deutsch, Mathematik und Englisch, sondern da gibt es noch vieles mehr. Dagegen würden auch die Kolleginnen und Kollegen, die die anderen Fächer unterrichten, sicherlich ihre Bedenken äußern. Das Entscheidende ist doch das soziale Lernen. Sprachförderung findet nun einmal nicht nur durch konkreten Sprachförderunterricht statt, sondern ganz entscheidend auch in sozialen Interaktionen. Deshalb war es mir auch wichtig, Ihnen zu zeigen, ob sie an Sport-AGs oder Theater-AGs teilnehmen. Dort lernen sie eigentlich am besten von Gleichaltrigen. Der beste Lehrer, die beste Lehrkraft sind die Gleichaltrigen, sind die Peers.

Ja, wir brauchen dringend sinnvolle digitale Angebote als Ergänzung des Schulunterrichts, wo sich Kinder entsprechend ihrem Tempo und ihrem Lernniveau Wissen aneignen, vertiefen und wiederholen können.

Sie haben den HSU-Unterricht angesprochen. Ich würde das erweitern: Es geht um migrantische Mehrsprachigkeit, um migrationsbezogene Mehrsprachigkeit. Das ist in unserem Bundesland leider immer noch nicht politisch im Fokus. Migrationssprachen werden nicht als Bildungsressource gesehen, obwohl das Bundesland Baden-Württemberg von Wirtschaft lebt – egal, ob das die Automobilindustrie ist oder ob es andere Sektoren sind. Das heißt, wir sind international aufgestellt. Ich formuliere es einmal sehr salopp: Unsere Prosperität basiert auf den Produkten, die wir in die Welt verkaufen, und da muss man interkulturell und mehrsprachig aufgestellt sein. Wir haben Menschen, die das potenziell mitbringen. Aus der Ressourcenperspektive wäre es doch sinnvoll, für Menschen, die polnische, russische, türkische, arabische, italienische etc. Sprachkenntnisse mitbringen, schulische Rahmenbedingungen zu schaffen, um das zu vertiefen und auszubauen und dann perspektivisch diese Sprachen auch schulischen Fremdsprachen gleichzustellen. Denn mit dieser Ressource können wir tatsächlich auch volkswirtschaftlich eine ganze Menge bewegen. Das ist der tiefere Sinn da-

– 55 –

hinter. Das sollte idealerweise in einem Unterricht stattfinden, der staatlich verantwortet ist, mit Lehrkräften, die in Deutschland ausgebildet sind, und mit Bildungsplänen, die hier entwickelt worden sind und die die Bedarfe abdecken.

Sie haben nach dem Einsatz von Fachkräften gefragt, um sich um Schülerinnen und Schüler mit Traumata und posttraumatischen Belastungsstörungen zu kümmern. In erster Linie sollte das über die Schulsozialarbeit erfolgen. Ein ganz zentrales Element sind dabei die Schulpsychologen. Das wäre natürlich wünschenswert, aber wir wissen, wie es in der Realität aussieht. Deshalb habe ich meinen Anspruch auch heruntergeschraubt und habe gesagt: Das, was wir im Moment tatsächlich machen könnten, wäre eine flächendeckende Fortbildung und Qualifizierung von Lehrkräften in Richtung Traumapädagogik, damit sie zunächst einmal die entsprechende Sensibilität entwickeln, um Schülerinnen und Schüler in entsprechenden Lebenslagen zu erkennen, wo das Kindeswohl gefährdet ist, um dann gegebenenfalls über schulpsychologische Beratungsstellen tätig zu werden. Der Ministerpräsident hat gesagt: Perspektivisch sollen die multiprofessionellen Teams kommen, idealerweise flächendeckend. Ich denke, das wäre die richtige Antwort darauf.

Herr Karrais, Sie haben die Frage aufgeworfen, welche Erkenntnisse, welchen Mehrwert die Enquetekommission aus dem, was ich vorgetragen habe, gewinnen könnte. Der Mehrwert etwas über die Situation geflüchteter Schülerinnen und Schüler zu hören, ergibt sich aus meiner Perspektive dadurch, dass bundesweit der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Fluchtbiografie ab 15 Jahren meines Wissens mittlerweile bei 5 % oder darüber liegt. Im Jahr 2015, also ohne die ukrainischen Schülerinnen und Schüler, lag der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit einer Fluchtbiografie an der Gesamtschülerschaft bundesweit bereits bei etwa 3 %. Mittlerweile sind noch die Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine hinzugekommen. Das heißt, wir haben jetzt eine Klientel, die wir zahlenmäßig, also quantitativ, gar nicht übersehen können, die ihre Bedarfe hat.

Wenn wir die Bildungsbiografien dieser Kinder von Beginn an erheben, um zu sehen, welches Potenzial sie mitbringen – also nicht nur die Problemperspektive, sondern auch die Ressourcenperspektive –, dann ist es sehr wohl möglich, die Kinder ohne bildungsbiografische Brüche in unser Schulsystem zu integrieren, sodass sie ihren Bildungsweg gehen können, um dann hoffentlich nicht an den sekundären und tertiären Herkunftseffekten hängen zu bleiben, sondern erfolgreich Berufe zu erlernen.

In diesem Zusammenhang komme ich noch einmal auf die Überalterungsthematik zurück, weil Sie sie noch mal angesprochen haben. Es ist nicht nur die Sprachbarriere an sich, sondern man muss sich vorstellen, wie es für einen 15-jährigen jungen Menschen ist, plötzlich in einer Klasse von Sechst- oder Siebtklässlern zu sitzen. Das macht auch von der Entwicklung her etwas mit dem Betroffenen. Ich glaube, das sollte man ganz stark in den Fokus nehmen.

– 56 –

Noch einmal: Dreh- und Angelpunkt dafür, dass alles gut funktioniert, ist letztendlich, dass Lehrkräfte und Pädagogen da sind, die dafür qualifiziert sind, mit dieser Sprachheterogenität umzugehen, und die über die entsprechenden Instrumente verfügen, über Informationen verfügen: Wo stehen die Kinder in ihrer Bildungsbiografie? Über welche sprachlichen Kenntnisse verfügen sie? Wie ist das Bildungsniveau der Schülerinnen und Schüler?

Dann sollte VKL-Unterricht für die entsprechend qualifizierten Personen stattfinden. Viel wichtiger ist aber, dass dieser Unterricht dann auch tatsächlich stattfindet. Bekanntermaßen ist die Unterrichtsversorgung nicht so, wie wir sie gern hätten. Und an welcher Stelle wird gespart bzw. müssen Abstriche gemacht werden, wenn der Regelbetrieb nicht eingehalten werden kann? Das ist dann eben der VKL-Unterricht. Wenn der VKL-Unterricht wochenlang nicht stattfinden kann, weil die Kolleginnen und Kollegen, die dafür abgestellt sind, den Regelbetrieb bedienen müssen, dann fehlt es an dieser Stelle. Das sind Dinge, die ineinandergreifen und die unter dem Strich verhindern, dass die Kinder einen erfolgreichen Bildungsabschluss machen.

Frau Wolle, Sie sind auf meine Kritik hinsichtlich des Begriffs der nicht deutschen Herkunftssprache eingegangen und hatten empfohlen, die Kinder stattdessen zu fragen, welche Sprachen sie denn sprechen. Genau so muss es sein. Man sollte also fragen: Welche Sprachen sprichst du bzw. werden in deiner Familie gesprochen?

Ich würde mir übrigens auch wünschen, dass man alle Kinder sowie alle Schülerinnen und Schüler einmal flächendeckend befragt, um zu erfahren, wie viele Sprachen in unserem Land gesprochen werden. Wir sollten keine Angst vor Sprachen haben. Im Gegenteil: Wir sollten sie in die Lernprozesse einbinden.

Sv. Frau Dr. Karst: Um es für Sie transparent zu machen, noch eine kurze Ergänzung zu den Sprachen, die in den Klassen gesprochen werden. Wir haben in Baden-Württemberg eine Studie mit insgesamt knapp 90 Schulklassen durchgeführt. Dabei hat es sich um fünfte Klassen gehandelt. Wir haben genau diese Frage gestellt: Welche Sprache sprichst du zu Hause mit deinen Eltern, und welche Sprache sprichst du mit deinen Freundinnen und Freunden? Das interessante Ergebnis, rein deskriptiv: In einer Klasse im fünften Schuljahr werden im Mittel in diesen 90 Klassen acht unterschiedliche Sprachen zu Hause mit den Eltern gesprochen. Mit den Freundinnen und Freunden sind es vier Sprachen.

Frau Aschhoff, Sie hatten gefragt, inwiefern sich unsere Ergebnisse bündeln lassen. Ich glaube, das ist sehr gut möglich. Gerade im Punkt Diagnose sprechen wir mit einer Stimme. Frau Engin hat es bereits gesagt: Es ist wichtig, unmittelbar zu Beginn damit anzufangen, regelmäßig zu diagnostizieren, welche Lernvoraussetzungen Schülerinnen und Schüler mitbringen und welche sie noch nicht haben, also nicht diese Defizitperspektive, sondern sich dessen bewusst zu sein, dass das erlernbar ist. Kompetenz ist ein Begriff, der grundsätzlich mit einer Erlernbarkeit einhergeht. Das halte ich für ausgesprochen wichtig.

– 57 –

Als Beispiel ist das Land Dänemark zu nennen. Dort bekommen die Schülerinnen und Schüler direkt zum Schuleintritt eine sogenannte Schüler-ID. Das mag jetzt vielleicht ein bisschen statistisch klingen, aber diese Schüler-ID führt dazu, dass man die Schülerinnen und Schüler über den kompletten Bildungs- und Lebensverlauf nachverfolgen kann, mit ihnen gemeinsam Schule und Unterricht gestalten kann und ihnen auch regelmäßig Feedback geben kann. Ich halte es für wichtig, dass wir hier keine einmaligen Diagnosen treffen.

Herr Wahl fragte, ob vorschulische Sprachtests ein Hilfsmittel sein können. Ja, das können sie sein. Aber nicht einmalig, sondern wir müssen das verstetigen. Wir müssen das im Sinne eines formativen Assessments regelmäßig machen. Wir sollten also die Ergebnisse nutzen, um Lernen weiterhin zu ermöglichen, und nicht, um nur den Sprachstand zu messen und einen Haken dranzumachen, wenn das Ziel erreicht wurde. Jedes Assessment ist ein Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung der Schülerin bzw. des Schülers.

In diesem Zusammenhang komme ich auf Ihre Frage in Bezug auf Krisensituationen zurück, Frau Aschhoff. Uns wurde während der Pandemie häufig gesagt, dass dazu keine Daten vorliegen. Das Gleiche spielt sich gerade in Schule und Unterricht ab. Wir wissen es nicht. Wir haben die Daten noch nicht. Wir sollten verstärkt Anstrengungen unternehmen, um die entsprechenden Datenzugänge zu ermöglichen.

Baden-Württemberg wird zum kommenden Schuljahr das Schuldatenblatt einführen. Darauf sind schon einmal sehr viele Daten gebündelt zusammengefasst. Das finde ich persönlich sehr gut. Wenn man das als Ausgangspunkt nimmt, dann sieht man allerdings auch wieder Entwicklungspotenziale: Die Schulen bekommen das Schuldatenblatt nämlich nur einmal pro Schuljahr zur Verfügung gestellt. VERA-Daten, die darin enthalten sind, also Lernstands- und Leistungstestdaten, sind nicht unbedingt sensitiv gegenüber Veränderungen oder auch Schülerzusammensetzungen. Insofern besteht diesbezüglich noch Verbesserungspotenzial.

Im Projekt „Schule macht stark“, an dem ich mitwirke, arbeiten wir eng mit den Schulen zusammen. Man sollte diese externen Datenbestände nehmen und zielbezogen fragen: Welche Daten brauchen wir als Schule denn noch zusätzlich? Die Schulen sollten dafür qualifiziert werden, intern noch selbst weitere Daten zu erheben. Ganz wichtig: Das müssen nicht immer kognitive Leistungstests sein. Daten sind ganz breit gefasst. Daten können Protokolle aus Gesamtlehrerkonferenzen sein. Daten können qualitative Beobachtungen sein: Ich stelle mich einmal auf den Pausenhof und höre, wie viele Sprachen gesprochen werden.

Hier ist also ein breiter Datenbegriff wichtig, das heißt, mehr perspektivische Datenbestände gerade auch in Schulen und im Bildungssystem. Ich glaube, es kann auch in Krisensituationen helfen, wenn wir einfach mehr wissen, um auf dieser Grundlage dann schneller und bewusster agieren zu können.

– 58 –

Die nächste Frage bezog sich auf die Internationalität von Studien und auf den Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und der Bildungsbeteiligung bzw. dem Kompetenzerwerb. Dieser soziale Gradient, über den das gemessen wird, ist in Deutschland sehr stark ausgeprägt. Er liegt hier über dem OECD-Mittel. Wie es sich in Frankreich verhält, kann ich spontan nicht sagen. Das müsste ich nachschauen. Aber es gibt auch andere Länder, in denen dieser soziale Gradient eben nicht so hoch ausgeprägt ist. Deutschland liegt über dem OECD-Mittel, und der soziale Gradient ist auch gerade noch einmal gestiegen. Das heißt, die Kopplung zwischen sozialer Herkunft, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb wird immer deutlicher.

Solche Segregationseffekte, wie Sie sie angesprochen haben, zeigen sich tatsächlich schon im Kindergarten. Es sind also nicht nur in der Sekundarstufe oder in der Grundschule Segregationseffekte zu beobachten, sondern auch in Kindergärten, und zwar in der Form, dass spezifische Kindergärten dann auch nur von Kindern mit spezifischer sozialer Herkunft besucht werden. Im Kindergarten habe ich als Elternteil natürlich noch viel mehr die Möglichkeit, zu sagen: „Mein Kind soll jetzt lieber nicht in diesen Kindergarten gehen; ich wähle lieber einen anderen Kindergarten.“ Ob das ein Ansatzpunkt ist, um wieder eine Durchmischung zu befördern, das lege ich in Ihre Hand.

Sie hatten nachgefragt, durch welche Maßnahmen die Segregation aufgebrochen werden kann. Es gibt Beispiele dafür, dass dies über eine stärkere Sozialraumorientierung von Schulen versucht wird, indem Schulen mit dem Sozialraum vernetzt werden. Das heißt auch, Sozialraum in Form von Vereinen, also indem Vereine beispielsweise gestärkt werden und den Vereinen Fläche für einen Fußballplatz vielleicht nicht gerade in dem Stadtgebiet zur Verfügung zu stellen, wo ohnehin schon die Familien mit einem höheren sozioökonomischen Status wohnen, sondern eventuell auch städteplanerisch entsprechend einzugreifen.

Damit komme ich zur nächsten Frage, die mir gestellt wurde: Was können multiprofessionelle Teams leisten? Ich bin mir sicher, dass multiprofessionelle Teams viel leisten können, wie auch die internationale Forschung eindeutig zeigt. Zum einen kann man multiprofessionelle Teams als eine strukturelle Lösung verstehen. Das ist ganz sachlich beschrieben: Es handelt sich um einen Zusammenschluss von mehreren Personen aus unterschiedlichen Berufsgruppen. Das bringt aber auch Herausforderungen mit sich, weil nämlich multiprofessionelle Teams erst einmal die Handlungslogik des jeweils anderen begreifen müssen. Eine Lehrkraft, die mit einer Erzieherin zusammenarbeitet, muss erst einmal verstehen, dass eine Erzieherin eine Arbeitszeit von morgens 8:00 Uhr bis abends 17:00 Uhr hat, und die Erzieherin muss verstehen, dass die Lehrkraft nach Deputaten arbeitet und nachmittags um 17:00 Uhr vielleicht nicht mehr da ist. Da treffen also unterschiedliche Handlungslogiken aufeinander.

Nichtsdestotrotz bin ich der Meinung, dass über diese strukturelle Lösung hinaus multiprofessionelle Teams einen großen Beitrag zu einer Kooperation an Schulen leisten können. Es konnte gezeigt werden, dass Kooperationen zu einer Entlastung führen,

– 59 –

und zwar Kooperationen im Sinne einer Co-Konstruktion: nicht einfach nur ein Austausch von Materialien, sondern im Sinne eines gemeinsamen Erkundens, eines Sich-gegenseitig-Fragen-Stellens, eines gemeinsamen Lösens von Problemen mit dem Willen, sich als professionelle Lerngemeinschaft weiterzuentwickeln. Auch das sollte wiederum datengestützt erfolgen.

Es gibt ganz tolle internationale Herangehensweisen wie z. B. die Data Teams in den Niederlanden. Wir haben das in „Schule macht stark“ auch gerade eingeführt bzw. versuchen, sogenannte Evidenzteams in unseren Schulen zu etablieren. Dabei handelt es sich letztlich um professionelle Lerngemeinschaften, die datengestützt Entscheidungen treffen. Es handelt sich nicht um multiprofessionelle Teams, weil wir nicht alle Berufsgruppen an den Schulen haben, aber es ist im Sinne eines gemeinsamen Erkundens eine Zusammenarbeit, eine Teamarbeit auf höchstem Niveau.

Mir wurde die Aussage nachgesagt, ich hätte gesagt, digitaler Unterricht verstärke die Bildungsungleichheit. Darauf möchte ich kurz eingehen. Ganz so leicht ist es nicht. Es ist nicht der digitale Unterricht, der die Bildungsungleichheit verstärkt, sondern es war der während der Coronapandemie nicht vorhandene Unterricht. Es war ja gar nicht die Regel, dass der Unterricht digital stattgefunden hat, sondern es war eine Form von Fernunterricht oder Homeschooling, wie es am Anfang genannt wurde, wo den Eltern Materialien nach Hause gebracht worden sind oder die Kinder in die Schule fahren mussten, wo irgendwelche Boxen standen und sie die Materialien abholen mussten.

Der digitale Unterricht war also in keiner Weise die Regel. Wenn das gegeben gewesen wäre, dann wären die Effekte vielleicht noch einmal anders gewesen. Eigentlich bietet digitaler Unterricht noch einmal eine viel größere Chance, was die Individualisierung und Differenzierung angeht – davon würde man jedenfalls ausgehen –, sodass insofern die Basisdimensionen guten Unterrichts im digitalen Unterricht auch realisiert werden: kognitive Aktivierung, Schülerorientierung. Das lässt sich im digitalen Unterricht umsetzen. Aber das war nicht gegeben. Deswegen würde ich nicht sagen: „Der digitale Unterricht beeinflusst die Bildungsungleichheit“, sondern: „Der nicht regelhaft stattgefunden Unterricht zur Zeit der Coronapandemie beeinflusst die Bildungsungleichheit.“

Damit komme ich zu Ihrer Frage nach einer indexbasierten Ressourcensteuerung auf Mikro-, Meso- und Makroebene. Mit Mikroebene meine ich die Ebene der Schülerinnen und Schüler, mit der Mesoebene die Ebene der Klasse und der Lehrkräfte und mit der Makroebene die Ebene der Schule. Man kann das noch weiter ausdeklinieren, aber das sind die Ebenen, mit denen ich gearbeitet habe. Damit wollte ich zum Ausdruck bringen, dass man auf allen Ebenen sozialindexbasiert Ressourcen verteilen kann.

Das beginnt bereits auf der Länderebene. Sie bekommen die Diskussionen mit. Im Zuge des Startchancen-Programms wird diskutiert, wie die Mittel zukünftig vergeben werden sollen. Im Land Baden-Württemberg soll jetzt die sozialindexbasierte Ressour-

– 60 –

censteuerung eingeführt werden. Wir sind mit drei Schulbezirken und fünf Städten gestartet, denen über eine sozialindexbasierte Ressourcensteuerung Mittel zur Verfügung gestellt werden, mit dem Ziel, dort multiprofessionelle Teams zu realisieren.

Hinsichtlich der Kriterien und Daten, die in diese Sozialindizes einbezogen werden – das geschieht bereits in mehreren Bundesländern, beispielsweise in Nordrhein-Westfalen und Hamburg –, stellt sich allerdings immer die Frage der Datenverfügbarkeit. Baden-Württemberg ist beispielsweise in der günstigen Position, dass das Land es sich leisten kann, zusätzliche Daten einzukaufen. Zum einen wird der Migrationsanteil von Schülerinnen und Schülern in diesen Sozialindex einbezogen. Es werden aber z. B. Daten zur Kaufkraft der Menschen, die in den Regionen leben, eingekauft. Auch diese Daten fließen in den Sozialindex ein.

Wir haben die Hoffnung oder die Idee, dass eine sozialindexbasierte Ressourcensteuerung dazu führt, dass die Bildungsgerechtigkeit gesteigert bzw. die Bildungsungleichheit aufgelöst werden kann. Zum einen ist es nur eine nachgelagerte Maßnahme, weil die Grundlagen für diese Bildungsungleichheit schon woanders gelegt wurden. Wir behandeln damit also nicht die Ursachen, sondern quasi nur die Symptome. Zum anderen haben wir bislang – auch da komme ich wieder zum Thema Daten – wenig Evidenz darüber, dass eine indexbasierte Ressourcensteuerung tatsächlich dazu führt, dass sich die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler verbessern. Da gibt es international tatsächlich einige Lichtblicke. Dazu sind internationale Studien durchgeführt worden. Ich fände es aber super, wenn wir auch im Land Baden-Württemberg dazu kämen, das noch einmal systematisch anzugehen und zu hinterfragen, was es uns eigentlich bringt. Dafür ist dann solch ein Modellversuch wiederum gut geeignet, weil es sich in einem solch kleinen Modellversuch vielleicht realisieren lässt, das zu evaluieren. Im Großen würde das nie leistbar sein.

Ansonsten: Ja, manchmal ist es besser, man agiert schneller. Aber das wissen wir alle. In allen Kontexten fragt man sich oftmals: Warum dauert das jetzt so lange?

Was lernen wir daraus? Herr Karrais, Sie haben den Wechsel von Gymnasialschülerinnen und -schülern bzw. die unklaren oder nicht richtigen Zuweisungen angesprochen. Ja, da haben wir ganz klar ein Problem, was den Übergang vom vierten Schuljahr in die fünfte Klasse angeht. Dazu gibt es Befunde – sogenannte Überlappungskurven –, die zeigen, dass die eigentlich angestrebte Homogenisierung durch den Übergang auf diese Weise nicht realisiert wird. Wir haben leistungsstarke Schülerinnen und Schüler in den Werkrealschulen, die in Schulleistungsvergleichstests besser abschneiden als leistungsschwache Gymnasiasten. Also, diese Zuteilung funktioniert eben nicht. Das führt dann dazu, dass gegebenenfalls Schülerinnen und Schüler aus dem Gymnasium wieder „absteigen“; das ist zutreffend. Die Konsequenz wäre, diesen Übergang nach hinten zu verschieben oder eine längere gemeinsame Beschulung zu ermöglichen und dann eine Differenzierung innerhalb der Schulklassen vorzunehmen.

– 61 –

Damit komme ich auch gleich zu dem Punkt, den Frau Wolle angesprochen hat. Sie haben gefragt, was wir machen können, damit Murat nicht mehr schlechter als Max bewertet wird. Ich würde nicht sagen, dass wir die Lehrkräfte in die Pflicht nehmen sollten, 25 Lernangebote für ihre 25 Schülerinnen und Schüler im Sinne einer stärkeren Individualisierung zu realisieren. Allerdings müssen wir eine stärkere Objektivierung beispielsweise auch bei der Benotung gewährleisten. Das lässt sich bei einem Diktat ganz einfach realisieren, indem den Lehrkräften Fehlertabellen zur Verfügung gestellt werden, in denen ganz klar definiert ist, bei wie vielen Fehlern es welche Note gibt. Dazu gibt es in der Tat Studien. Es geht also um die Objektivierung von Lernergebnissen, um zu verhindern, dass sich Stereotype bei der Beurteilung oder bei Lehrkräfteerwartungen durchsetzen. Das gilt auch grundsätzlich für die Gestaltung von Lernumgebungen. Es gibt Beispiele aus dem Unterricht, wo es dann heißt, die Schülerinnen sollten statt Mathematik lieber einen Mal- und Bastelkurs besuchen, und mit den Jungs macht man Mathe. Genau so etwas sollte es aber nicht geben.

Vorsitzender Alexander Salomon: Frau Professorin Dr. Karst, Frau Abg. Wolle hat mir signalisiert, dass sie ihre Frage konkretisieren möchte.

Abg. Carola Wolle AfD: Beim Diktat lässt es sich ja recht einfach anhand der Anzahl der Fehler messen. Aber nehmen wir z. B. einmal einen Aufsatz. Beide Aufsätze sind gleichwertig, werden aber unterschiedlich beurteilt, wobei das nichts mit einem möglichen Migrationshintergrund zu tun hat. Vielmehr finden einfach nur ungleiche Beurteilungen statt, obwohl beide Aufsätze bei neutraler Betrachtungsweise gleich hätten beurteilt werden müssen.

Sv. Frau Dr. Karst: Genau. Dazu gibt es mittlerweile fachdidaktisch gute Ausarbeitungen dahin gehend, dass beispielsweise ein Aufsatz nicht global, sondern nach vorher festgelegten Kriterien bewertet wird. Diese kriteriengeleitete Bewertung führt dazu, dass solche Unterschiede minimiert werden können.

Sv. Frau Dr. Engin: Ich meine, die letzte Thematik betrifft die hohe Selbstreflexionskompetenz von Lehrkräften schon während des Studiums. Es gibt sehr stabile Studien, die zeigen, aus welcher sozialen Schicht sich Lehrkräfte rekrutieren. Letztlich ist es immer die gleiche Schicht, die auf Lehramt studiert. Umso wichtiger ist es, gerade auch die gesellschaftliche Diversität in jeglicher Dimension auch in die Lehrerbildung zu bringen. Ich nehme mich da gar nicht aus, dass wir in der ersten Phase nicht all diese Dimensionen angemessen im Lehramtsstudium zum Thema machen. Ich habe Frau Karst übrigens heute erst kennengelernt. Wir kannten unsere Vorträge auch nicht. Wir müssen erreichen, dass Migration nicht kategorisch mit „Defizit“ gleichgesetzt wird. Diese Haltung ist kontraproduktiv und schadet der Gesellschaft.

Der Migrationshintergrund ist zunächst einmal für sich genommen nichtssagend. Erst im Kontext von sozialer Schichtzugehörigkeit, Bildungsniveau der Eltern, Einkommen der Eltern, Wohnort und Schule werden die entscheidenden Weichen gestellt. Das haben wir auch bei Kindern mit Fluchterfahrung gesehen: Schülerinnen und Schüler, die

– 62 –

mit Eltern hierhin gekommen sind, die ein hohes Bildungsniveau, eine hohe Bildungsaspiration hatten und hier schnell Fuß gefasst haben, sind wie Raketen durchgestartet, während andere, die aus dem gleichen Land gekommen waren, stagnierten. Das heißt, es war, einmal salopp gesprochen, nicht der syrische Hintergrund, sondern es waren letztendlich Faktoren wie das Bildungsniveau der Eltern, die Berufe der Eltern, die Teilhabe an Maßnahmen usw., die es letztendlich ausgemacht haben.

Frau Karst hat sehr schön dargestellt: Sozioökonomisch schwierige Lebenslagen – siehe Bildungsbericht der KMK 2016 – plus Migrationshintergrund verschärfen das Ganze. Sie hat aber nicht die Grafik gezeigt, die ich immer zeige: Kinder der gleichen sozialen Schicht performen identisch. Allerdings wurde ein Unterschied nicht genannt: Nur etwa 20 % der deutschen Familien gehören zu der unteren, sozial schwachen Bildungsschicht, während der Anteil bei den Migranten bei 50 % liegt. Das heißt, der Anteil der Migrationsfamilien innerhalb der obersten sozialökonomischen Schichten liegt bei gerade einmal 10 %. Und wenn ich das sehe und dann die Ergebnisse vergleiche, dann denke ich: So schlecht können die Kinder mit familiärer Zuwanderungsgeschichte gar nicht sein, wenn sie trotz der relativ schwachen Ausgangsbedingungen versuchen, das Beste aus sich herauszuholen. Frau Kollegin Karst hat sehr schön gesagt: Wenn die primären, sekundären und tertiären Effekte – gerade die primären und sekundären Effekte – abgeschwächt würden, würden wir noch mehr besser performende Kinder haben, die der Gesamtgesellschaft auch zugutekämen. Oder?

Sv. Frau Dr. Karst: Ja.

Sv. Frau Dr. Engin: Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: Wunderbar, dass Sie sich einig sind. Das nehmen wir auch so auf.

Gibt es noch Nachfragen aus der Runde? – Das sehe ich nicht.

Vielen Dank an Sie, Frau Professorin Dr. Engin und Frau Professorin Dr. Karst, für Ihre Stellungnahmen. Sie sind natürlich aufgerufen – insbesondere Sie, Frau Professorin Dr. Engin –, sich weiterhin an der Arbeit der Enquetekommission zu beteiligen. Aber auch Sie, Frau Professorin Dr. Karst, dürfen uns natürlich noch weitere Informationen zuschicken. Uns freut natürlich auch, dass die Enquetekommission Menschen zusammenführt. Mannheim und Heidelberg sind ja nicht weit voneinander entfernt. Vielleicht ergibt sich da ja die eine oder andere Forschungszusammenarbeit.

Wir treten jetzt in die Mittagspause bis 15:20 Uhr ein.

(Unterbrechung der Sitzung von 14:14 Uhr bis 15:21 Uhr)

– 63 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich begrüße Sie nach der Mittagspause alle recht herzlich zurück. Wir fahren mit unserer öffentlichen Anhörung fort.

Als Nächstes haben wir Herrn Dirk Lederle, stellvertretender Landesvorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung im Landesverband Baden-Württemberg, zu Gast. Herr Lederle, Sie haben jetzt 20 Minuten Zeit, um uns eine kurze Einführung in das Thema zu geben. Anschließend folgen Frau Stein und Herr Gürbütz.

Sv. Herr Lederle: Sehr geehrte Damen und Herren! Kann man aus Krisen lernen? Eindeutig ja. Muss man aus Krisen lernen? Unbedingt. Ich bin Schulpraktiker und im Hauptberuf Schulleiter eines Schulverbunds aus einer Grund-, Werkreal- und Realschule mit nahezu Tausend Schülerinnen und Schülern. Bei uns gibt es eine Grundschulförderklasse, eine internationale Vorbereitungsklasse in mehreren Jahrgangsstufen sowie diverse inklusive Settings. Außerdem bin ich ein außerordentlich gut vernetzter Verbandsvertreter. Auch in dieser Eigenschaft bin ich heute hier.

Mir ist es wichtig, zu betonen, dass trotz aller Reibungsverluste, die es in den vergangenen Krisen seit 2015 gab, viele Dinge auch gut gelaufen sind, vor allem immer dann, wenn die Politik versucht hat, Personenkreise, die für die Umsetzung der Maßnahmen wichtig sind, auch tatsächlich einzubeziehen. Exemplarisch hierfür möchte ich das Vorgehen des Kultusministeriums während der Coronakrise nennen. Schon unter der damaligen Kultusministerin Frau Dr. Eisenmann wurden in regelmäßigen Abständen in Gesprächsrunden Verbandsvertreterinnen und -vertreter in die Überlegungen eingebunden. Es war in diesen Gesprächen möglich, auf Augenhöhe zu diskutieren, zu kritisieren und auch Anliegen vorzubringen. Dies wurde auch unter Frau Ministerin Schopper beibehalten, wobei die Gesprächsformate bzw. Kommunikationsformate zum Teil sogar noch intensiviert wurden.

Besonders wichtig ist es für solche Gesprächsformate, dass beide Seiten, aber vor allem auch die Administration offen sind für die Argumente der Praktiker und diesen nicht nur das Gefühl geben, eine Pflichtübung zu absolvieren, weil es gerade en vogue ist, Bürger zu beteiligen.

Kurzum – These 1 –: Eine Einbeziehung von Praktikern ist für die Bewältigung von Krisen ein absolutes Muss.

Für die Umsetzung sämtlicher Maßnahmen vor Ort ist das schulische Leitungspersonal zentral. Dazu braucht es Informationen für diesen Personenkreis, aber auch Unterstützung. In der Anfangszeit der Pandemie herrschte verständlicherweise sehr viel Unsicherheit. Informationen wurden kommuniziert und auch wieder revidiert. In diesem informativen Trubel waren viele Schulleitungen allerdings auf sich allein gestellt. Die Schulverwaltung auf allen Ebenen war kaum bis schlecht erreichbar. Schulleitungen landauf, landab wurden mit Informationen geradezu überhäuft. Diese Informationen waren in vielen Fällen auch noch unzureichend aufbereitet und kamen von diversen Stellen – auch aus dem Sozialministerium – an die Schulen.

– 64 –

In dem Bemühen, alles juristisch korrekt zu kommunizieren, entstanden geradezu enzyklopädisch dimensionierte Werke mit einer nahezu unüberschaubaren Vielzahl an Anhängen. Wann sollten diese eigentlich gelesen werden? Wen konnte man bei Nachfragen kontaktieren? Musterschreiben auch und vor allem mehrsprachig bzw. in leichter Sprache oder Einverständniserklärungen diverser Art wurden seitens der Kultusverwaltung zumindest anfangs kaum bis gar nicht zur Verfügung gestellt. Tausende Schulleitungen waren im Land damit beschäftigt, genau diese zu erstellen, oder versuchten, durch die Kommunikation mit Kolleginnen und Kollegen die Schreiben und Verordnungen der unterschiedlichen Art erst einmal zu verstehen, anstatt vor Ort konkret mit der Umsetzung von Maßnahmen zu beginnen.

Viele dieser Informationen trafen zudem rechtzeitig freitagnachmittags ein – Umsetzung selbstverständlich zum kommenden Montag. Dies brachte viele Schulleitungen, aber auch Kolleginnen und Kollegen an den Rand dessen, was leistbar war, oder auch darüber hinaus. Noch viel mehr allein gelassen fühlten sich Schulleitungen, wenn es darum ging, sich juristische Scharmützel mit Coronakritikern bzw. -leugnern der unterschiedlichsten Couleur zu liefern. Rechtssicheres Agieren war schwierig, juristische Unterstützung selten.

These 2: Informationen müssen gebündelt, strukturiert und vor allem adressatengerecht aufbereitet und kommuniziert werden; Unterstützungsangebote müssen etabliert werden. Hierzu braucht es gesicherte Strukturen in der Kultusverwaltung und in der Schulaufsicht.

Als ich Lehrer werden wollte, habe ich mich entschieden, u. a. das Fach Biologie zu studieren. Ich habe also eine gewisse Affinität zu gesundheitlichen Themen. Der Umgang mit Tupfern, Sonden und Pufferlösungen war mir daher nicht ganz fremd. Dass ich dies konkret aber einmal sozusagen am lebenden Objekt benötigen würde, hatte ich nie gedacht.

Die Pandemie hat uns Lehrkräfte zu medizinischen Hilfskräften gemacht, egal, wie affin dieses Thema für uns war. Das Testgeschäft – so will ich es mal nennen – war anfangs komplex und stellte uns vor große Herausforderungen. Wer schon einmal Testungen mit einer Grundschulklasse oder auch mit pubertierenden Jugendlichen durchgeführt hat, weiß, wovon ich rede. Uns wurden zwar Tests und Masken bereitgestellt, eine Qualifizierung fand aber an vielen Schulen höchstens durch das Studium der Gebrauchsanweisung oder durch Videotutorials der Hersteller statt. Selten gab es Qualifizierungsmaßnahmen durch medizinisches Fachpersonal. Aus Schulen, an denen dies stattfand, wissen wir, dass dies bei den Kolleginnen und Kollegen dort vor Ort für ein hohes Maß an Handlungssicherheit und Sicherheit auch im Auftreten gegenüber der kritischen Elternschaft geführt hat. Sicher nahmen auch einige Eltern Testangebote außerhalb wahr. Es wurden auch alternative Testformate wie z. B. Pooltests entwickelt. Dennoch trugen die Lehrkräfte die Hauptlast und auch die Hauptverantwortung vor Ort.

– 65 –

These 3: Wer zusätzliche Aufgaben in Kollegien gibt, muss auch dafür Sorge tragen, dass Lehrkräfte hierfür qualifiziert werden.

Für alle an Schule und Bildung beteiligten Personenkreise waren die Schulschließungen sicherlich die größte Herausforderung. Ganz offen gesprochen: Auch als Schulpraktiker war der Bereich Digitalisierung nicht gerade die Vorzeigedisziplin an vielen Schulen in Baden-Württemberg. Glück hatte, wer sich im Rahmen des Digitalpakts rechtzeitig auf den Weg gemacht hatte und sowohl in der Planung als auch in der Ausführung der Arbeiten vorangeschritten war. Zum Glück gab es schon ein Lernmanagementsystem als Landeslösung, und weitere Optionen wurden rasch zur Verfügung gestellt.

Dennoch: Was gerade die Coronakrise in diesem Bereich an vielen Schulen bewirkt hat, ist wohl einer der positiven Effekte der Krise. Man könnte es auch so formulieren: Die Digitalisierung ist an die Schulen gekommen, um zu bleiben. Der Weg ist aber noch lange nicht zu Ende und benötigt weiterhin viel Unterstützung.

Wer kümmert sich eigentlich um die Administration der digitalen Endgeräte? Wäre es nicht viel sinnvoller, dies würden externe Profis tun? Bei mir an der Schule sind es rund 450 digitale Endgeräte. Dafür stellt das Land alles in allem 2,5 Lehrerwochenstunden zur Verfügung. Wir haben übrigens zusätzlich im letzten Haushaltsjahr mehr als 20 000 € für externe Dienstleistungen ausgegeben. Dieses Geld fehlt uns aber im Haushalt an anderer Stelle für unsere Schülerinnen und Schüler. Zudem stellt sich die Frage, ob sich jemand schon einmal mit der Frage beschäftigt hat, was eigentlich in fünf Jahren ist, also genau dann, wenn die meisten nun gerade neu beschafften Geräte „End of Life“ sind und ersetzt werden müssen. Zusätzliche Milliarden sind zur Beschaffung geflossen – Anschlusszahlungen ungewiss.

These 4: Die Coronakrise hat der Digitalisierung an den Schulen einen positiven Schub gegeben.

These 5: Damit die Digitalisierung von Nachhaltigkeit geprägt ist, braucht es eine gezielte Anschluss- und Zusatzfinanzierung, aber vor allem professionalisierte Strukturen an den Schulen.

Apropos Digitalpakt: Allein der sogenannte Medienentwicklungsplan, der zur Beantragung der Fördermittel notwendig war – ausgedruckt ergab das ungefähr 30 Seiten –, ist ein gutes Beispiel für die bürokratische Überforderung der Schulen. Auch hier gilt: Ansprüche hoch und Unterstützung kaum bis wenig. Hatte man hier nicht einen Schulträger, der entsprechendes Fachpersonal unterstützend zur Verfügung stellte, wundert es kaum, dass dieser Bereich vor allem an kleineren Schulen von kleineren Schulträgern weiterhin eher ein stiefmütterliches Dasein fristet.

– 66 –

Insgesamt ist hier anzumerken, dass noch längst nicht alle positiven Aspekte aus dem Bereich Digitalisierung auch tatsächlich nutzbar gemacht werden. Beispielhaft möchte ich an dieser Stelle das neu etablierte Programm „Amtliche Schulverwaltung“, ASV, des Landes nennen. Positiv ist sicherlich, dass das Land erstmals eine einheitliche Lösung zur Verfügung stellt, deren Nutzung dann auch noch verbindlich ist. Warum dann aber ein Datentransfer von Schule zu Schule nicht möglich sein soll – ich denke hier vor allem an allgemeine Schülerdaten –, erschließt sich mir zumindest kaum. Bei neu aufgenommenen Schülerinnen und Schülern müssen alle Datensätze neu angelegt, Informationen wie z. B. zum Masernimpfschutz oder diverse Einverständniserklärungen erneut abgefragt und eingetragen werden.

Ich will Ihnen das einmal ganz praktisch darstellen: Das Sekretariat meiner Schule, übrigens mit zwei Sekretärinnen sehr gut besetzt, muss also bei rund 125 neuen Schülerinnen und Schülern in der fünften Klasse – ich rede jetzt nur von der fünften Klasse – alle persönlichen Daten neu erfassen und sich von allen Eltern erneut den Nachweis des Masernimpfschutzes der Kinder vorlegen lassen, obwohl die Kinder ja von einer Grundschule kommen, wo genau dies alles schon einmal erfasst wurde. Dass dies zumindest gelegentlich zu Kopfschütteln – auch bei Eltern – führt, ist wohl nachvollziehbar.

These 6: Bürokratie an Schulen muss reduziert und positive Synergien müssen besser genutzt werden. Das senkt nicht nur die Arbeitsbelastung, sondern schafft auch mehr Akzeptanz.

In der Bewältigung der Folgen der Coronakrise hat man sehr schnell gemerkt, dass Lerndefizite zwar das eine sind, die Folgen bei den Schülerinnen und Schülern im sozial-emotionalen Bereich aber das andere. Lehrkräfte sind darin professionalisiert, mit fachlichen Defiziten umzugehen. Was es hierzu braucht, sind vor allem Zeit und ein Plus an Personal.

Nun wissen wir alle, dass gerade der Faktor Personal in Zeiten des Lehrermangels eine große Herausforderung darstellt. Dennoch war man seitens des Kultusministeriums sehr bemüht, gerade hier neue Wege zu gehen. Das Programm „Lernen mit Rückenwind“ machte es Schulen möglich, sich zu öffnen und die Kooperation mit institutionellen Partnern wie z. B. Nachhilfeinstituten oder auch individuellen Personenkreisen, z. B. Studierende, zu suchen. Erfahrungsgemäß fällt dies in Ballungsräumen natürlich leichter als im ländlich strukturierten Raum.

Das verhält sich übrigens erschreckend deckungsgleich mit der Situation bei der Lehrereinstellung generell. Auch hier waren und sind Schulleitungen im Land bei der Personalgewinnung relativ auf sich selbst gestellt. Sie übernehmen hier mit hohem persönlichen und zeitlichen Engagement Verantwortung. Den Faktor Zeit hat man offensichtlich erkannt. Das Programm geht weiter, und das ist auch gut so.

– 67 –

These 7: Durch Krisen entstandene Defizite bedürfen zusätzlicher Mittel und vor allem Zeit zu deren Bewältigung.

In diesem Zusammenhang gilt es, der Kultusverwaltung einmal ein Lob auszusprechen. Gerade das Programm „Lernen mit Rückenwind“ ist ein gutes Beispiel, wie es gelingen kann, den Verwaltungsaufwand auf ein erträgliches Maß zu beschränken. Das ist aber nur möglich, wenn man hierzu auch die Schulaufsicht ertüchtigt. Das ist in diesem Bereich erfolgt. Es wäre wünschenswert, wenn dies auch in anderen Bereichen der Fall wäre.

Ein weiteres Lob muss man der Kultusverwaltung dafür aussprechen, dass gerade der sozial-emotionale Bereich von Beginn an in das Programm einbezogen wurde. Auch hier wurde breit gedacht. Die Bandbreite dessen, was möglich ist, ist enorm. Dieser Bereich beschäftigt die Schulen trotzdem immer noch sehr intensiv.

Viele Schulen haben sich auf den Weg gemacht, sich zusätzliche Expertise von außen einzukaufen. Sie wird von den Schulen durchweg als positiv empfunden und zeigt, wie wichtig sie ist. Lehrkräfte sind Experten im Unterrichten, aber eben nicht unbedingt Sozialarbeiter, Therapeuten oder systemische Familienhelfer. Das Schlagwort „Multiprofessionelle Teams“, die über die Monetarisierung von Lehrerstellen ermöglicht werden können – übrigens auch im Zusammenhang mit der sozialindexbasierten Ressourcenzuweisung –, erhöht den Arbeitsaufwand seitens der Schulleitungen enorm.

Wie schon so oft auch an anderer Stelle erwähnt, ist die Belastung der Schulleitungen nicht nur durch die Coronakrise enorm gestiegen. Hier wäre es an der Zeit, dafür zu sorgen, dass die Aufgabe der Schulleitung endlich wieder leistbar wird bzw. dass sich Schulleitungen durch die Schaffung von Verwaltungsassistenzen auf den Kernauftrag ihrer Tätigkeit, nämlich der Schulentwicklung, konzentrieren können. Wer in diesem Zusammenhang Handlungsbedarf negiert, kennt vermutlich die Zahlen an Schulleitungen nicht, die ihre Funktion jährlich zurückgeben, oder ignoriert gekonnt den Zusatz „Erneute Ausschreibung“ bei den Stellenausschreibungen im Amtsblatt des Kultusministeriums.

These 8: Zur Koordinierung im Bewältigen der Folgen von Krisen brauchen Schulleitungen mehr Zeit und auch Unterstützung.

Nochmals zurück zu den multiprofessionellen Teams: In der schulischen Realität sind inzwischen neben Lehrkräften viele unterschiedliche Berufsgruppen angekommen. Dies erleichtert uns Lehrkräften nicht nur die Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen, sondern auch die Integration von Menschen mit anderen Einschränkungen. Die Unterrichtsbegleitung von Schülerinnen und Schülern ist ein ganz wichtiger Faktor zur Schaffung gelingender Bedingungen in der Partizipation und der Bildungsgerechtigkeit dieser Menschen.

– 68 –

Ein Beispiel aus der Coronazeit: Ein körperlich stark eingeschränkter Junge, zudem zu einer vulnerablen Gruppe gehörend, nimmt am Fernlernen teil. Normalerweise hat er eine Unterrichtsbegleitung, die ihm bei der Teilnahme am Unterricht bei alltäglichen Dingen, z. B. beim Herausholen des Hefts, beim Umblättern im Buch oder bei ähnlichen Dingen hilft. Da Fernlernen stattfindet bzw. er nicht am Unterricht teilnimmt, wird die Unterrichtsbegleitung schlicht als nicht notwendig empfunden, sie entfällt. Die Unterrichtsbegleitung muss sich also ein neues Tätigkeitsfeld suchen und findet dieses zum Glück auch. Als der Junge nun wieder zur Schule gehen will, scheitert es genau daran: dass eben so schnell kein Ersatz zu finden ist. Der Junge muss also zu Hause bleiben, bis wieder jemand gefunden wird, der ihn unterstützt. Trotz aller Bemühungen dauert dies erhebliche Zeit. Erst nach großem medialen Interesse gibt es erste Interessenten. Viele springen jedoch ab, als das Thema Bezahlung angesprochen wird.

Sicher macht der allgemeine Fachkräftemangel die Gewinnung solcher Personen nicht unbedingt einfacher. Ein großer Hemmschuh ist hier die höchst unterschiedliche Bezahlung dieser Menschen. Einheitliche Qualitätsmaßstäbe und damit ein Anforderungsprofil gibt es nicht flächendeckend. Qualifizierungsmaßnahmen sollten hier auch angedacht werden.

Viele unterschiedliche Menschen und Berufsgruppen im Unterricht zusammenzubringen, erfordert übrigens einen hohen Einsatz an zeitlichen Ressourcen aufseiten der beteiligten Lehrkräfte. Es muss z. B. geklärt werden, wer wann welche unterstützende Tätigkeit versieht und was generell in welcher Phase des Unterrichts möglich ist.

These 9: Multiprofessionelle Teams brauchen je nach Tätigkeit einheitliche qualitative Maßstäbe und eine entsprechende Bezahlung. Lehrkräfte brauchen zur Koordinierung zeitliche Ressourcen.

99 Thesen sind es nun nicht geworden. Ich hoffe aber, dass Sie aus meinen Ausführungen Impulse für Ihre Tätigkeit erhalten haben, und freue mich, später dann auf Ihre Rückfragen einzugehen und diese zu beantworten.

Haben Sie vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Lederle. Sie haben die Zeit hervorragend eingehalten. – Als Nächste hören wir jetzt Frau Stein. Sie ist Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, GEW, Baden-Württemberg. Auch Sie haben 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

– 69 –

Sv. Frau Stein: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder der Enquete-kommission, sehr geehrte andere Anwesende! Ich danke sehr für die Gelegenheit, im Namen der GEW Baden-Württemberg Stellung zur krisenfesten Gesellschaft beziehen zu können.

Sie haben von Herrn Lederle schon einiges aus der Praxis gehört. Ich möchte trotzdem auch noch einmal verschiedene Blicke werfen. Sie werden merken: An vielen Stellen sind wir ähnlicher Meinung, an manchen Stellen unterschiedlicher.

Bildungseinrichtungen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe gehören zu den Einrichtungen der Daseinsvorsorge, die über einen besonderen Schutz- und Fürsorgeauftrag verfügen. Zu diesen Einrichtungen zählen u. a. Institutionen der frühkindlichen Bildung, also Kindertageseinrichtungen, allgemeinbildende und berufliche Schulen, Frauen- und Kinderschutzhäuser, stationäre und ambulante Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe genauso wie Hochschulen, Universitäten und die Bereiche der Weiterbildung. In der Coronapandemie wurden diese Bildungseinrichtungen mehrfach für Zeiträume von drei bis fünf Monaten geschlossen und der Betrieb, soweit es möglich war, ins Digitale verlagert, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe nur sehr eingeschränkt geöffnet. Beispielsweise gab es in den Pfingstferien 2021 keine Möglichkeiten, Kinder- und Jugendfreizeiten durchzuführen, während Gastronomiebetriebe, Hotels und Kultureinrichtungen unter Auflagen wieder geöffnet waren.

Ausgehend vom Thema Fernunterricht möchte ich Folgen und Handlungsfelder anhand von vier Bereichen aus der Anfrage umreißen.

Kinder und Jugendliche haben kaum Einfluss auf die Rahmenbedingungen ihres Lebens, weil ihre Bedürfnisse wenig in Entscheidungsgremien artikuliert werden. Sie wurden daher in der Pandemie – das haben wir heute Vormittag auch schon gehört – systematisch benachteiligt. Obwohl Covid-19 für Jüngere schon frühzeitig als weitaus weniger gefährlich eingeschätzt wurde als für Ältere, wurden Bildungseinrichtungen zuerst geschlossen. Zudem wurden in Schulen und Kindertagesstätten länger als in Einrichtungen des öffentlichen Lebens einschränkende Maßnahmen zum Gesundheitsschutz durchgeführt, während in kulturellen Räumen oder Gastronomiebetrieben für Erwachsene bereits ein relativ uneingeschränktes Leben möglich war. Dadurch entstanden fatale Bilder, die sich zum Teil auch bei Jugendlichen festgesetzt haben. In Schulen herrschte noch ein eingeschränkter Zustand mit Masken- und Testpflicht, während Kneipen und Kultureinrichtungen ohne Maskenpflicht geöffnet hatten und Erwachsene sich ihrem Freizeitvergnügen hingeben konnten.

Kinder und Jugendliche brauchen in Krisenlagen ein weitgehendes Gefühl von Normalität und Stabilität. Eine Krise bedeutet: Wegbrechen etablierter Strukturen. Dies betrifft beispielsweise Menschen mit Familie oder in sozial bzw. psychisch herausfordernden Lagen unverhältnismäßig und bedroht langfristig Bildungsbiografien.

– 70 –

Kinder und Jugendliche befinden sich in der Entwicklung persönlicher und kognitiver Fähigkeiten und in der Phase der Aneignung von formellen und informellen Kompetenzen, die sie erst auf das eigenständige Leben vorbereiten sollen. Wird dieser Pfad durch Krisen gestört, sinkt die Aussicht auf einen guten Start ins Leben nach der Schule und auf ein selbstbestimmtes und zufriedenes Leben als Erwachsener.

Die Lehren aus den vergangenen Jahren sind eindeutig:

Erstens: Der Betrieb von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen muss in Krisen jeder Art prioritär sichergestellt werden. Damit meine ich auch existenzielle gesellschaftliche Bedrohungen wie den Klimawandel, der heute mit Hitzewellen und Unwettern bereits Einfluss auf das Schulleben hat. So erfordert z. B. die Klimakatastrophe bauliche Maßnahmen für die Wetterbeständigkeit und Temperaturregelungen für Räumlichkeiten, aber auch Beschattungen und Regen- bzw. Windschutz für Außenbereiche. Prioritär gilt dies für Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche.

Zweitens: Die Infrastruktur der Bildungseinrichtungen muss viel besser aufgestellt sein. Das Bildungssystem ist vielfach ein System am Anschlag. Bildungseinrichtungen im Land sind demnach alles andere als krisensicher. Sie schaffen es bereits im Normalbetrieb zunehmend nicht mehr, ihre grundlegenden Funktionen im Bereich Daseinsvorsorge zu erfüllen. Gleichzeitig funktionieren in Krisenzeiten Konzepte wie z. B. der Wechselunterricht nur, wenn die grundsätzliche Infrastruktur nutzbar ist. Hier muss mutig, zeitnah und durchdacht in die Zukunft investiert werden, um die Resilienz des Gemeinwesens zu stärken.

Daraus ergeben sich vielfältige Handlungsfelder. Auf infrastruktureller Ebene müssen die Bildungseinrichtungen nach neuesten Erkenntnissen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes ausgestattet werden und krisensichere Versorgungskreisläufe, beispielsweise durch Stromaggregate oder Solarpanels, eingerichtet werden. Die Covid-19-Pandemie hat aufgezeigt, dass die Grundausstattung an Schulen bereits vor der Pandemie vernachlässigt wurde. Unter Krisenbedingungen wird dieser Sanierungsstau zu einem Risiko und muss grundsätzlich behoben werden. Ich betone hier noch einmal die notwendige Ausstattung für die Folgen der Klimakatastrophe.

Gleichzeitig ist der Fachkräftemangel im Bildungsbereich bereits Realität. Eine 2022 im Auftrag der GEW erstellte Lehrkräftebedarfsprognose zeigt, dass 2035 mindestens 16 000 Lehrkräfte – ich spreche von Vollzeitstellen – fehlen werden, um den Regelbetrieb aufrechtzuerhalten. Klaus Klemm hat diese Studie gemacht. Besonders betroffen sind Grundschulen und sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren mit einem erheblichen strukturellen Unterrichtsdefizit sowie einem enorm hohen Anteil an nicht oder nicht voll qualifizierten Lehrkräften. Für die Lehrkräfte im System bedeutet Unterrichten unter Pandemiebedingungen eine große Zusatzbelastung, die besonders Frauen, die auch noch andere Belastungen haben, zum größten Teil unverhältnismäßig traf. Daher muss der Fachkräftemangel schnell behoben werden, und es sind kurz- und langfristig die personellen Ressourcen in den Bildungseinrichtungen zu erhöhen.

– 71 –

Zur personellen Entlastung sind zudem unterstützende Stellen im Sinne echter multiprofessioneller Teams auszubauen. Die Schulen, Schulleitungen und Lehrkräfte können durch einen schnellen Ausbau der Schulsekretariate sowie durch die Einrichtung von Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten für alle Schulen organisatorisch entlastet und arbeitsfähig gehalten werden.

Ebenso muss eine Vertretung bei Ausfällen oder eine kurzfristige Erhöhung des Personals in Krisenzeiten ermöglicht werden. Ein Handlungsfeld ist der kurz- und langfristige Ausbau einer Vertretungsreserve für schulische Lehrkräfte. Bereits vor der Covid-19-Pandemie gab es an den 4 500 Schulen im Land etwa 6 000 bis 7 000 Lehrkräfte, die dauerhaft – vor allem wegen Mutterschutz und Elternzeit – fehlten. Entsprechend muss die ständige Vertretungsreserve umfassend ausgebaut werden.

Für Planungen, wie in Ressourcen eines Bildungssystems zu investieren ist und wie dem Lehrkräftemangel begegnet werden kann, weise ich auf den bundesweiten 15-Punkte-Plan der GEW hin, den ich Ihnen gern zur Verfügung stelle, wenn jemand von Ihnen ihn gern haben möchte.

Seit 2018 liegen dem Kultusministerium vonseiten der GEW weitere Vorschläge für die Lehrkräftegewinnung vor. Vor allem müssen die Studienkapazitäten erhöht werden. Außerdem müssen die Programme zum Quereinstieg systematischer, flexibler und qualitativ hochwertiger gestaltet werden.

Da das Thema insgesamt über die Zielstellung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ hinausreicht und dringender Handlungsbedarf besteht, schlägt die GEW eine Enquetekommission zum Thema „Fachkräftemangel in der Bildung“ vor. Diese soll ausdrücklich auch die frühe Bildung einbeziehen, der ich heute weniger Aufmerksamkeit widme, weil der Schwerpunkt der Fragen auf der Schule lag.

Welche Folgen hatte der Fernunterricht für die Kinder und Jugendlichen? Schulen sind für Kinder und Jugendliche Lernorte und gleichzeitig der soziale Raum, in dem sie mit Freundinnen und Freunden sowie Bezugspersonen einen Großteil ihrer Zeit verbringen. Mit dem Fernunterricht fiel somit nicht nur ein Lernort, sondern auch ein zentraler Lebensort der Persönlichkeits- und Identitätsentwicklung weg. Mittlerweile liegen verschiedene Studien vor, welche die Entwicklung von Schülerinnen und Schülern, die Fern- und digitalen Unterricht während der Lockdowns erlebt haben, evaluieren. Die Folgen für Kinder und Jugendliche sind vielfältig und je nach Alter, Schulform oder Lebensbedingungen sehr unterschiedlich. Auch dazu haben wir heute Morgen schon einiges gehört.

Ebenso können wir bisher erst kurzfristige Folgen beobachten. Wichtig ist, die Kinder und Jugendlichen auch in den nächsten Jahren in ihren Bildungsbiografien zu begleiten und Ergebnisse intensiv aufzuarbeiten. Grundsätzlich weisen die Ergebnisse da-

– 72 –

rauf hin, dass es durch den Fernunterricht Lerndefizite gibt, die noch immer nachwirken. Beispielsweise zeigen Auswertungen zur Lesekompetenz von Viertklässlerinnen und Viertklässlern Lernrückstände von bis zu einem halben Jahr.

Baden-Württemberg erzielte im IQB-Bildungstrend 2021 für die vierten Klassen oder bei VERA 3 im Jahr 2022 schlechte Ergebnisse und liegt zum Teil erheblich hinter anderen Bundesländern zurück. Mit anderen Worten: Es fehlen Grundkompetenzen.

Die Pandemiemaßnahmen und speziell der Fernunterricht waren zudem eine erhebliche psychische Belastung. Laut Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung entwickelte einer von sechs Jugendlichen während des Lockdowns depressive Symptomaten. Analysen wie die COPSYS-Studie mit Befragungen bis Herbst 2022 belegen trotz Besserungen eine weiterhin erhöhte psychische Belastung der Kinder und Jugendlichen nach der Pandemie. Diese Belastungen zeigen sich sehr unterschiedlich: von psychosomatischen Beschwerden und Ängsten bis hin zu Verhaltensauffälligkeiten.

Die Kinder und Jugendlichen sind jedoch alles andere als eine verlorene Generation. Wichtig ist, dass wir sie auf ihren Wegen in die Zukunft bestmöglich unterstützen und besonders die in der Coronazeit erworbenen Fähigkeiten würdigen und stärken. Das bedeutet konkret: Die Förderprogramme „Lernen mit Rückenwind“ als Teil des bundesweiten Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ müssen evaluiert, begleitet sowie langfristig und nachhaltig fortgeführt werden. In der Analyse der Zeitschrift „Deutsche Schule“ werden als vier Gelingensbedingungen solcher Programme genannt:

Erstens: bedarfsorientierte Förderung gerade der benachteiligten Schülerinnen und Schüler. Hier hilft nachweislich eine sozialindexbasierte Ressourcenzuteilung, die ich im nächsten Punkt noch benennen werde.

Zweitens: Personal. Diesen Punkt habe ich unter dem Stichwort Lehrkräftemangel bereits benannt.

Drittens: zeitnahe Umsetzung. Deswegen sind wir heute hier.

Viertens: Schulstrukturen zur Behebung von Lernrückständen wie beispielsweise ein Ganztagsangebot, auch als mittel- und langfristige Aufgabe.

Bildungs- und Betreuungseinrichtungen wie Schulen und Kitas müssen multiprofessionell aufgestellt sein. Nötig sind beispielsweise mehr pädagogisch qualifizierte Fachkräfte für die ganztätige Bildung sowie die flächendeckende Kitasozialarbeit oder Gesundheitskräfte. Insgesamt sind mehr Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, aber auch Beratungslehrkräfte notwendig, um für Lernende überall die Kontaktaufnahme problemlos zu ermöglichen.

– 73 –

In Baden-Württemberg wurde der Ausbau von Schulpsychologinnen- und Schulpsychologenstellen seit mehr als einem Jahrzehnt verschlafen. An den meisten Schulen kommen die Angebote nicht an. Zudem waren im Sommer 2022 von den 218 Stellen für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen nur zwei Drittel besetzt. Wir fordern in einem ersten Schritt 100 weitere Stellen. Außerdem sind etliche Kolleginnen und Kollegen befristet eingestellt. Auf befristeten Stellen ist die intensive und langjährige Beziehungsarbeit nicht möglich, die nicht nur in der aktuellen Krisennachbereitung grundlegend ist.

Wie wirkt sich der Fernunterricht besonders auf benachteiligte Kinder und Jugendliche aus? Die Covid-19-Pandemie hat noch deutlicher gemacht, was schon lange so ist: In unserem Land herrscht Chancenungleichheit. Dies hat viele Facetten. Während beispielsweise – davon haben wir heute Morgen schon ein bisschen was gehört, aber ich möchte es trotzdem noch einmal deutlich benennen – manche Schülerinnen und Schüler den Fernunterricht mit eigenem Drucker, eigenem PC und stabilem Internet im eigenen Zimmer erlebten, lernten andere ohne stabiles Internet und eigenes Endgerät in beengten Wohnverhältnissen.

Ich erinnere an dieser Stelle gern daran: Ich war im ersten Halbjahr noch aktive Lehrerin und hatte mehrere Schülerinnen und Schüler, die in Flüchtlingswohnheimen gewohnt haben, sodass ich den digitalen Fernunterricht danach gelegt habe, wann sie sich von jemandem aus der Familie ein Handy ausleihen konnten, um ins Internet zu gehen. Und das WLAN ist dann zwischendrin abgebrochen. Das heißt, das ist einfach eine ganz andere Lebenssituation, als sie viele andere Kinder und Jugendliche erleben, die vielleicht auch mehr in den Köpfen sind.

Ebenso bot die häusliche Situation für manche einen geschützten Lernort – für andere allerdings leider nicht. Die Bildungsnähe, die Muttersprache, die zeitliche Verfügbarkeit oder der finanzielle Hintergrund der Eltern waren wiederum relevant bei der Lernunterstützung. Ebenso nahmen an Programmen wie „Lernbrücken“ unserer Einschätzung nach eher Personen aus bildungsinteressierten Elternhäusern teil als die Schülerinnen und Schüler mit den höchsten Bedarfen.

Ablesbar ist dieser Unterschied auch an den Schularten. Beispielsweise gibt es Hinweise darauf, dass Schülerinnen und Schüler der nicht gymnasialen Schulformen und Grundschulen stärkere Lernrückstände aufweisen. Kinder und Jugendliche aus sozial herausfordernden Lagen waren und sind deshalb stärker von Lernrückständen und von psychischer Belastung betroffen.

Krisenfestigkeit bedeutet, Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit herzustellen. Allgemeines Handlungsfeld ist es u. a., die Infrastruktur und die Ressourcen zu verbessern. Nur so können in einer akuten Krisensituation beispielsweise Notbetreuungs- und Lernangebote für Kinder und Jugendliche, die zu Hause keine guten Lernbedingungen haben, für die ihr Zuhause keine rundum förderliche Umgebung ist oder für die es sozial-emotional notwendig ist, angeboten werden. Genauso muss beispielsweise

– 74 –

die langfristige Umsetzung von Förderprogrammen durch die personelle Ausstattung an pädagogischen genauso wie an Verwaltungskräften ermöglicht werden.

Um die bestehende Chancenungleichheit im Bildungssystem zu verringern und Kinder und Jugendliche aus ärmeren, benachteiligten und belasteten Familien gezielt unterstützen zu können, muss die sozialindexbasierte Ressourcenzuteilung in Schulen und Kindertagesstätten umgesetzt werden. In Schulen werden für die zusätzlichen Ressourcen, die den nachweisbar benachteiligten Kindern und Jugendlichen zugutekommen würden, mindestens 1 900 Stellen benötigt. Das ergibt sich ebenfalls aus der Klemm-Studie aus dem Jahr 2022, wobei Klemm nur die Kinder aus Bedarfsgemeinschaften eingerechnet hat.

Damit komme ich zur bedarfsgerechten Förderung. Die Auswertungen der Förderprogramme während der Pandemie zeigen, dass die Länder mit einem schulscharfen Sozialindex wie z. B. Hamburg konkretere Schlussfolgerungen für die bedarfsgerechte Planung von Förderprogrammen ermöglichen. Auch das Startchancen-Programm, über das der Bund sozial benachteiligte Schulen in Zukunft stärker fördern will, benötigt eine klare Datengrundlage für die Zuweisung der Mittel nach fairen und nachvollziehbaren Kriterien.

Krisensituationen betreffen zudem Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf unverhältnismäßig stark. Zur Umsetzung der Inklusion entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention sind weitere Ressourcen ins System Schule einzubringen. Nach Klaus Klemm und seiner Studie vom letzten Herbst müssen damit an den inklusiv arbeitenden allgemeinen Schulen bis 2035 etwa 6 500 Stellen für Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen geschaffen werden, wenn etwa ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf inklusiv beschult wird.

An den sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren und bei der sonderpädagogischen Unterstützung der inklusiven Bildungsangebote herrscht ein Fachkräftemangel, den man nur als skandalös bezeichnen kann. Kinder und Jugendliche mit Behinderung können ihr Bildungsrecht nicht mehr angemessen wahrnehmen. Überfällig sind attraktive Programme, z. B. ein bezahltes Aufbaustudium, um schnell für mehr qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber zu sorgen. Auch müssen die Stellen so ausgebaut werden, dass das strukturelle Defizit im Haushalt von rund 15 % umgehend abgebaut werden kann.

Wie ist der Stand der Digitalisierung an Schulen? Der Fernunterricht hat allen gezeigt, dass die Digitalisierung im Bildungsbereich seit Jahren verschlafen worden war. Weiteres Zögern wäre ein großer Schaden für die Zukunft unseres Landes. In der Krise wurden durch den Einsatz und die Kreativität vieler engagierter Kolleginnen und Kollegen individuelle Lösungen gefunden. Nun ist es aber die Aufgabe, flächendeckend ein praxisorientiertes und zukunftsfähiges Gesamtsystem zu etablieren. Neben Schulen müssen dabei auch alle anderen Bildungseinrichtungen wie Kindertagesstätten oder Einrichtungen der Jugendhilfe mitgedacht werden, und zwar ohne Qualitäts- und

– 75 –

Quantitätsunterschiede bei den Institutionen und jeweils unter Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse und Voraussetzungen.

Überall gewinnen digitale Prozesse an Bedeutung. Digitalisierung bedeutet dabei Chancen, aber gerade für Kinder und Jugendliche auch Risiken. Die Maßnahmen müssen daher in enger Absprache mit Expertinnen und Experten aus dem Bildungsbereich umgesetzt werden. Von den vielfältigen Handlungsfeldern empfehle ich aktuell drei:

Erstens: Eine GEW-Umfrage zum Thema „Schule und Corona“ aus dem Jahr 2020 zeigt exemplarisch, dass unter Krisenbedingungen die digitalen Kommunikationswege wie E-Mail bei über 80 % der Befragten oder Videokonferenzen bei 43 % der Befragten umfassend genutzt wurden. Ebenso zentral war z. B. die Nutzung der schuleigenen Cloud. Gleichzeitig fehlte die seit 2015 angekündigte zentrale digitale Bildungsplattform inklusive Arbeitsplatz, E-Mail-Adresse und Messengerdienst.

Diese Bildungsplattform scheint nun endlich auf der Zielgerade zu sein. Jedoch fehlen noch Konzept und Zeitplan für die Implementierung an allen Schulen in Baden-Württemberg. Diese sind dringend anzukündigen, damit die Umstellung auch vor Ort bestmöglich vorbereitet werden kann. Ebenso fehlt bisher noch die Möglichkeit zur Anbindung der Erziehungsberechtigten sowie Schülerinnen und Schüler über diese Bildungsplattform. Vor allem diese Kommunikationslücke muss dringend geschlossen werden. Auch das hat die Coronapandemie sehr deutlich gezeigt. Darüber hinaus sollten analoge Krisenpläne für den Fall eines Blackouts erstellt werden, die insbesondere die Erreichbarkeit der Kinder und der Erziehungsberechtigten sicherstellen.

Zweitens: Eine langfristige rechtssichere und datenschutzkonforme Nutzung von Geräten und Systemen muss sichergestellt werden. Herr Lederle hat es schon angesprochen: Dazu brauchen wir ein Supportsystem an den Bildungseinrichtungen. Das bedeutet u. a., dass die Anrechnungsstunden für Netzwerkbetreuerinnen und -betreuer an den allgemeinbildenden Schulen kurzfristig erhöht werden müssen. Mittel- bis langfristig ist externes IT-Fachpersonal einzustellen. Das ist leider nicht kurzfristig möglich.

Auf gesetzlicher Ebene sind in allen Bildungseinrichtungen transparente, praxisgerechte und aufgabenangemessene Regelungen hinsichtlich des Urheberrechts zu schaffen. Dringend muss ein Konzept für den schnelleren Ausbau der Datenanbindung der Schulen und den weiteren Ausbau der Geräte sowie deren – auch das hat Herr Lederle schon angesprochen – absehbare Ersatzbeschaffung erstellt werden, selbstverständlich inklusive der Klärung der Zuständigkeiten und der Finanzierungsfragen.

Drittens: Neben diesen technischen Aspekten sollten die pädagogischen und psychosozialen Folgen der Digitalisierung beachtet und kontinuierlich evaluiert werden. Das Land steht in der Verantwortung, zu aktuellen Themen wie ChatGPT zeitnah klare Handlungsempfehlungen zu geben und Fortbildungen anzubieten. Verbote und Ver-

– 76 –

zögerungen sind aus Sicht der GEW kontraproduktiv. Kinder und Jugendliche brauchen eine Perspektive, um in einer von der Kultur der Digitalität geprägten Welt zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern erzogen zu werden.

Verbesserungspotenzial bei Kommunikationsstrukturen: Die Coronapandemie war ein Stresstest für den Bildungsbereich und hat zahlreiches Verbesserungspotenzial in der Kommunikation offengelegt. In der Krisenbekämpfung ist flexibles Handeln nötig. Dafür müssen Kommunikationswege, Kommunikationsstrukturen und Vorgaben transparent gestaltet und systematisiert werden. Auf institutioneller Ebene möchte ich Folgendes benennen:

Erstens: Zuständigkeiten auf Länder- und Bundesebene. Beispielsweise ist die finanzielle Beteiligung der Länder am Startchancen-Programm bisher nicht geklärt. Diese Projekte sollten jetzt ernsthaft und schnell angepackt werden. Ansonsten werden insbesondere benachteiligte Kinder und Jugendliche noch weiter abgehängt. Wir erwarten von der Landesregierung, hier bei Investitionen klare Prioritäten zu setzen.

Zweitens: Zuständigkeit von Land und Kommunen. Der fortwährende Streit zwischen Land und Kommunen über die Finanzierung und die Wartung von digitalen Endgeräten für Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler braucht endlich eine Lösung. Im Koalitionsvertrag ist unter dem Stichwort „Schulträgerschaft im 21. Jahrhundert“ von einer gerechten Lastenverteilung die Rede. Beide Parteien müssen sich hier dringend aufeinander zubewegen. Für die Praxis heißt das: An Schulen erhalten alle Lehrkräfte digitale Endgeräte, und digitale Endgeräte für alle Schülerinnen und Schüler sind in den Katalog der Lehr- und Lernmittelfreiheit aufzunehmen. Ziel ist es, dass alle gleichermaßen Zugriff auf digitale Endgeräte haben. Das ist eine Frage der Bildungsgerechtigkeit, die gerade für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche von großer Relevanz ist.

Drittens: Zuständigkeit von Trägerschaften. Insbesondere bei Bildungseinrichtungen mit gesplitteter Trägerschaft bedarf es einer Vernetzung mit klarer Rollenklärung. Beispielsweise wurde in der Covid-19-Pandemie eine Ausstattung der Räumlichkeiten, in denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten müssen, mit Luftreinigern, wie übrigens im Jahr 2017 vom Umweltbundesamt wegen der schlechten Luftqualität gefordert worden war, nicht flächendeckend umgesetzt und war den Schul- bzw. Kitaträgern überlassen. Das Land hatte ein Förderprogramm aufgelegt, aber keine Anforderungen an Schul- oder Kitaträger formuliert, was zu sehr unterschiedlichen Ausstattungen und damit zu unterschiedlicher Sicherheit und Gesundheitsschutz bzw. Gesundheitsprävention führte.

Das Thema Gesundheitsschutz hat gezeigt, welche Probleme bei der Umsetzung landesweit einheitlicher Vorgaben und Konzepte auftreten. Zur Entlastung insbesondere der Leitungs- und Verwaltungskräfte an Schulen sind klare, einheitliche Schutzmaßnahmen und transparente Regelungen der Ministerien in Absprache mit den kommunalen Landesverbänden und freien Trägern nötig. Ebenso müssen Schülerinnen und

– 77 –

Schüler sowie Erziehungsberechtigte in diese Kommunikationswege eingebunden werden.

Wir machen uns stark für ein Gremium zur Krisenkommunikation, bestehend aus relevanten Akteurinnen und Akteuren der betroffenen Bereiche – dies unbedingt unter Einbeziehung der Elternschaft sowie der Schülerinnen und Schüler.

Die GEW begrüßt den Einsatz, das Gemeinwesen und insbesondere das Bildungswesen krisenfest zu machen. Ich habe Ihnen skizziert, dass das bei Bildungs- und Betreuungseinrichtungen oft bedeutet, ein System am Limit von Grund auf zu stärken. Der Wandel in der Gesellschaft und die sich verändernden Grundlagen, die Kinder und Jugendliche aus dem familiären und gesellschaftlichen Umfeld mit in die Bildungseinrichtungen bringen, machen es nötig, dass vieles im Bildungssystem prinzipiell neu gedacht werden muss. Zentrale Handlungsbereiche sind im Resümee:

Erstens: Priorisierung von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen auch in den nächsten Krisen.

Zweitens: Sicherung der Institutionen durch die Sicherstellung infrastruktureller und vor allem personeller Ressourcen im Normal- und im Krisenfall.

Drittens: Sicherung systemrelevanter Bildungsarbeit durch transparente, systematisierte und zeitnahe Umsetzung über Zuständigkeiten hinweg.

Viertens: Unterstützung der Kinder und Jugendlichen u. a. durch den langfristigen und leicht zugänglichen Ausbau von Unterstützungsstrukturen sowie Maßnahmen zum Abbau der Bildungsungerechtigkeit.

Die Komplexität und Relevanz des Themas braucht eine Verstetigung, eine Fortschreibung und laufende Aktualisierung der Empfehlungen. Die GEW fordert eine systematische Erarbeitung von Handlungsfeldern mit Bildungsbezug unter langfristiger Beteiligung von Expertinnen und Experten, von Vertretungen der Fachkräfte und von Interessenverbänden und steht selbstverständlich als Ansprechpartnerin mit ihrer Expertise gern zur Verfügung.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Stein. – Wir kommen dann zu der Stellungnahme von Herrn Berat Gürbüz. Er ist Vorsitzender des Landesschülerbeirats Baden-Württemberg. Sie haben auch 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

– 78 –

Sv. Herr Gürbüz: Sehr geehrter Herr Vorsitzender Salomon, sehr geehrte Frau Dr. Pfau-Weller, verehrte Mitglieder der Enquetekommission, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Es ist mir eine große Ehre, Ihnen heute Nachmittag die Perspektive der Schülerinnen und Schüler sowie der Jugendlichen zu der Frage nach einer krisenfesten Gesellschaft aufzuzeigen. Was braucht es aus unserer Sicht dazu?

An dieser Stelle möchte ich zunächst der Enquetekommission danken, dass Sie sich engagieren, um die Resilienz des Gemeinwesens in Baden-Württemberg zu stärken. Die Einbeziehung aller Bevölkerungsteile in die Krisenvorsorge und Krisenbewältigung ist wichtig, um sicherzustellen, dass niemand in einer Krise zurückgelassen wird und dass alle Menschen Zugang zu Schutzmaßnahmen, Informationen und Unterstützung haben. Dies schließt Menschen unterschiedlichen Alters, Geschlechts, sozialen Hintergrunds, kultureller Herkunft, körperlicher oder geistiger Fähigkeiten ein. Dazu tragen Sie, die Enquetekommission, maßgeblich bei.

Wie fühlen sich Jugendliche eigentlich wahrgenommen? Unsichtbar in der Krise. Jugendliche haben keine Lobby; Jugendliche haben keine Chance, in Krisen angehört zu werden, und durch ihren prozentualen Anteil an der Bevölkerung haben sie wenig Möglichkeiten, Wahlergebnisse zu beeinflussen. Und doch leiden sie meistens unter den Entscheidungen und sind davon stark betroffen.

Ich habe Ihnen diese Beispiele nicht mitgebracht, um einfach nur plakative Worthülsen in den Raum zu werfen, zumal diese nicht gerade positiv sind. Vielmehr ist es das Ergebnis der Frage: Wie sehen junge Menschen ihre Situation in der Politik und besonders in der Krise? Diese drei Antworten wurden am häufigsten in unserem Gremium genannt:

Nicht vorhandene Lobby: Zwar gibt es Jugendorganisationen, Jugendverbände oder gar Jugendparlamente. Diese sind jedoch oft unsichtbar oder nur lokal vor Ort aktiv. Außerdem besitzen diese weder die Ressourcen – sprich: Personal, Zeit, Geld – noch Strukturen, um die Jugendlichen tatsächlich zu vertreten oder gar zu repräsentieren. Daher ist es nicht verwunderlich, dass diese Lücke dazu führt, dass wir in der Krise weiterhin unsichtbar sind.

Der erste Punkt steht auch unmittelbar mit der zweiten Aussage in Verbindung: Jugendliche haben keine Chance, in Krisen angehört zu werden. Dass eine Krise – egal, in welcher Form und Weise auch immer – jeden verunsichert und eine Notsituation darstellt, ist jungen Menschen bewusst. Gerade auch für Politiker stellt es eine Mammutaufgabe dar, sich mit der neuen Situation vertraut zu machen. Dies ist Jugendlichen bewusst. Doch die Krisen, die wir bisher erlebt hatten, dauerten meistens länger an. Und wenn während des gesamten Zeitraums in einer Krise nur über junge Menschen statt mit jungen Menschen gesprochen wird, entwickelt sich eben jenes Gefühl, dass man keine Chance hat, gehört zu werden. Lediglich über die Presse hat man manchmal das Gefühl, gehört zu werden, wenn man liest oder sieht, dass eine junge Person in Artikeln auftaucht und eine Perspektive aufzeigt, die leider zu oft vergessen

– 79 –

wird. Das ist letztlich der Klassiker. Der Anteil der Jugendlichen in unserer Gesellschaft ist nicht in der Form ausschlaggebend, dass dort viel bewirkt werden kann, obwohl die Absenkung des Wahlalters schon viel dazu beigetragen hat, jungen Menschen eine Stimme zu geben. Vielen Dank für Ihren Einsatz in dieser Angelegenheit!

Wie können wir die Unsichtbarkeit der Jugend überwinden, um resilienter zu werden?

Erstes Thema: Bildung und Aufklärung. Bildung ist unser höchstes Gut. In der Schule legen wir den Grundstein für unser weiteres Leben. Schule ist ein Ort, an dem viel passiert.

Unser erster Vorschlag, um die Resilienz zu stärken, wäre daher die Stärkung der politischen Bildung in der Schule, beispielsweise durch eine Ausweitung der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer. Das Ausweiten gesellschaftswissenschaftlicher Fächer kann mehrere Vorteile haben, um die Bevölkerung resilienter zu machen und das Gemeinwesen zu stärken: Vorteile wären vor allem erstens das Verständnis für komplexe soziale Zusammenhänge. Gesellschaftswissenschaftliche Fächer wie Soziologie, Politikwissenschaft, Psychologie und Anthropologie ermöglichen es den Menschen, ein tieferes Verständnis für die komplexen sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge in der Gesellschaft zu entwickeln. Dieses Verständnis ist entscheidend, um die Herausforderungen und Probleme, mit denen eine Gesellschaft konfrontiert ist, zu erkennen und effektive Lösungen zu finden.

Zweitens: Förderung von sozialen Kompetenzen und Empathie. Gesellschaftswissenschaftliche Fächer befassen sich mit den menschlichen Verhaltensweisen, sozialen Beziehungen und gesellschaftlichen Strukturen. Durch die Schulfächer oder das Studium dieser Fächer können Menschen ihre sozialen Kompetenzen weiterentwickeln und Empathie für andere Menschen und Gemeinschaften aufbauen. Dies fördert ein Gefühl der Solidarität, den Zusammenhalt und die Unterstützung der Gesellschaft.

Drittens: Förderung von Bürgerbeteiligung und demokratischen Engagements. Durch gesellschaftswissenschaftliche Fächer werden junge Menschen über demokratische Prozesse besser aufgeklärt und über demokratische Prinzipien sowie ihre Rechte und Pflichten als Bürgerinnen und Bürger besser informiert. Dies fördert eine aktive Beteiligung am politischen Leben und stärkt die demokratische Kultur. Sie können lernen, sich für ihre Interessen einzusetzen, sich in Debatten einzubringen und positive Veränderungen in der Gesellschaft herbeizuführen. Indem gesellschaftswissenschaftliche Fächer ausgeweitet werden, können Bildungssysteme dazu beitragen, eine Bevölkerung heranzubilden, die besser darauf vorbereitet ist, soziale Herausforderungen anzugehen, Krisen zu bewältigen und das Gemeinwesen zu stärken. Es unterstützt die Entwicklung von aktiven, kritischen und engagierten Bürgern, die zu einer positiven Veränderung in unserer Gesellschaft beitragen können.

– 80 –

Ein weiterer Schritt wäre, die Bildungspläne nicht mehr breit gefächert, sondern inhaltlich tiefer zu gestalten. Gerade die ausführlichere und fachspezifische Auseinandersetzung mit einem Thema macht dies für junge Menschen verständlicher. Es werden Zusammenhänge gesehen, die sonst nicht entstanden wären, wenn man Themen nur bis zur Oberfläche und nicht darunter behandelt.

Ein weiterer Punkt: mehr Lebensrealität und Raum für aktuelle Themen. Was meine ich damit? Nicht etwa, dass wir plötzlich nur mehr Alltagsunterricht fordern, nein, vielmehr können Schülerinnen und Schüler bei praxisbezogenen Lernangeboten wie Exkursionen, Projektarbeiten oder Praktika direkte Erfahrungen machen und ihre Lerninhalte mit der Lebensrealität verknüpfen. Beispielsweise können sie lokale Unternehmen besuchen, Einblicke in die Arbeitswelt gewinnen und soziale Projekte initiieren, um soziale Probleme in der Gemeinschaft anzugehen. Dies fördert die Anwendung von Wissen in realen Situationen und stärkt die Verbindung zwischen Schule und Gemeinwesen.

Es sollte Zeit zur Verfügung stehen, um beispielsweise über aktuelle Geschehnisse, über die Wahlergebnisse einer Kommune oder über die Nachrichten in den Medien zu sprechen, um auf dem neuesten Stand zu sein. Die Bildungspläne sehen für einige Fächer vereinzelt die Möglichkeit vor, einen solchen Raum zu öffnen. In der Praxis vor Ort sieht dies allerdings meistens anders aus. Es gelingt uns nicht, ausreichend Zeit dafür zur Verfügung zu stellen, da man meistens mit sehr vielen Themen hintendran ist und es jederzeit Zeitdruck gibt, den Lehrplan bis zum Abitur oder bis zum Abschluss abzuarbeiten.

Dies gilt vor allem für die vorangegangenen Punkte. In der Schule haben wir nicht die Zeit, viel mehr zu tun als das, was der Lehrplan vorgibt. Indem wir mehr Lebensrealität und zeitlichen Raum in die Schule integrieren, können Schülerinnen und Schüler engagierter, motivierter und besser vorbereitet werden, um aktiv am Gemeinwesen teilzunehmen und es mitzugestalten. Dies stärkt die Resilienz des Gemeinwesens, da es auf die Fähigkeiten, das Wissen und das Engagement junger Generationen zurückgreifen kann.

Zweitens könnte Bildung und Aufklärung über verbindliche Lebenslertage erfolgen. Sie erinnern sich sicherlich an die Tage in der Schule, an denen die Polizei Drogenprävention mit Klassen durchgeführt hat. An diesem Tag haben Sie viel mitnehmen können – zumindest ging es mir so. Alle Fragen meinerseits wurden von den Personen beantwortet. Solche Tage sollten erweitert und verbindlicher gemacht werden.

Die mentale Gesundheit ist für viele Jugendliche ein wichtiges Thema, ebenso wie Stressbewältigungsmaßnahmen und das Wohlbefinden in einer sich immer weiter entwickelnden Welt mit multiplen Krisen – verständlich. Daher der Vorschlag, einen verbindlichen Tag zur mentalen Gesundheit in Schulen zu implementieren, der vor allem Gesundheitstrainings und Stressbewältigungsmöglichkeiten beinhalten sollte.

– 81 –

Darüber hinaus dürfen wir nach Corona unsere digitalen Kompetenzen nicht wieder verlieren, sondern müssen diese aktiv weiter ausbauen. Dazu kann ein digitaler Tag oder eine ganze Woche pro Jahr im Homeschooling dazu beitragen, erlernte Kompetenzen nicht zu vergessen, sondern in der Zukunft auch dafür gewappnet zu sein.

Wir schlagen vor, verbindliche Lebenslertage in einem rotierenden Zyklus durchzuführen, sodass beispielsweise ein Schüler, der mit Beginn der fünften Klasse in der Realschule gestartet ist und die Schule am Ende der zehnten Klasse voraussichtlich verlässt, zehn verschiedene Lebenslertage oder im besten Fall sogar mehr absolviert hat.

Ein dritter und abschließender Faktor im Bereich „Bildung und Aufklärung“ ist die Bereitstellung eines Beteiligungsportals für Jugendliche. Wie Sie wissen, gibt es bereits das Beteiligungsportal Baden-Württemberg. Dies ist jedoch leider viel zu unbekannt und nicht ausreichend für junge Menschen ausgelegt. Auch die Angebote, die vor Ort beispielsweise in den Kommunen bzw. in den Landkreisen vorhanden sind, sind nicht stark ausgebaut bzw. nur wenig vorhanden.

Des Weiteren fehlt es an verständlicher Sprache. Sie kennen es ja vielleicht selbst: Je simpler etwas gehalten wird, umso einfacher ist es für uns, es zu verstehen. Natürlich braucht es viel Aufwand, um eine Sache simpel herüberzubringen, aber genau das brauchen junge Menschen.

Auf dem Beteiligungsportal sollten ebenfalls Inhalte zu Notsituationen zu finden sein, beispielsweise digitale Broschüren und Infoflyer zu allen wichtigen Notsituationen, die im alltäglichen Leben auf einen Jugendlichen zukommen könnten.

Zweites Thema: Jugendbeteiligung. Auch im Bereich der Jugendbeteiligung können wir einiges verbessern, um Jugendliche besser zu wappnen und unsere Gesellschaft zu stärken, indem sich junge Menschen für ältere Menschen einsetzen und junge Menschen für andere junge Menschen ihre Stimme erheben.

Ein zentrales Anliegen der Jugendlichen ist die Gründung eines Jugendberatungsgremiums für den Landtag, also eines Landesjugendbeirats. Dieser Beirat sollte aus Vertretern der Jugendlichen aus allen vier Regierungsbezirken zusammengesetzt sein. Er sollte aus mindestens 60 Mitgliedern bestehen, um entsprechend arbeiten zu können, und aus weiteren naheliegenden Gründen.

Die Arbeit dieses Gremiums sollte sich vor allem mit der Formulierung von Stellungnahmen zu Verordnungen, Gesetzen oder mit Empfehlungen an den Landtag beschäftigen. Das Gremium sollte bei Entwürfen von Verordnungen, Verwaltungsvorschriften und weiteren Initiativen die Möglichkeit bekommen, eine schriftliche Stellungnahme zu formulieren oder an einer Anhörung zu partizipieren. Die Entscheidung obliegt dabei

– 82 –

weiterhin den politischen Organen. Das Gremium soll dem Landtag lediglich beratend zur Verfügung stehen.

Damit gehen die entsprechende Ausstattung und die Ressourcen einher. So sollten beispielsweise eine Geschäftsstelle, Räumlichkeiten, in denen gearbeitet werden kann, sowie finanzielle Mittel für die Anschaffung diverser Notwendigkeiten zur Durchführung der Arbeit zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sollten Referenten zur Verfügung stehen, die das Beratungsgremium bei seiner Arbeit unterstützen.

Die Einrichtung des Jugendberatungsgremiums des Landtags hat die höchste Priorität für die Jugendlichen. Neben allen bereits genannten und noch folgenden Punkten sollte die Einrichtung eines solchen Gremiums auf jeden Fall bevorzugt werden.

Sie werden von mir natürlich hören, dass Ressourcen auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen werden. Wie meine Vorredner bereits erwähnt haben: Ressourcen sind hier ausschlaggebend, und zwar egal, in welcher Form: zeitlich, finanziell oder personell.

Ein zweiter Punkt, den ich bei der Jugendbeteiligung anbringen möchte, ist die Zurverfügungstellung von Ressourcen und Strukturen für Gremien, beispielsweise durch eine erhöhte finanzielle Förderung von Jugendgemeinderäten. An dieser Stelle kann durchaus auch über eine verbindliche finanzielle Summe gesprochen werden. Jedoch sollte zunächst empfohlen werden, dass solche Gremien mit einer entsprechenden Summe gefördert werden, da sie essenziell zur Krisenbewältigung sowie zur Demokratieförderung vor Ort beitragen können.

Gerade in Zeiten digitaler Vernetzung muss es auch möglich sein, dass Jugendliche untereinander abseits von Social Media miteinander kommunizieren und sich vernetzen können. Das Minimum, das dabei zur Verfügung stehen sollte, sind E-Mail-Postfächer für Mitglieder des Jugendgemeinderats und die Bereitstellung von Postfächern für die SMV in den Schulen vor Ort. Auf diese Weise können sich Jugendliche schnell und direkt miteinander vernetzen und selbst aktiv werden, wenn es zu Notsituationen kommt. Diese Kommunikationsmöglichkeiten sollten auf niedrigschwelliger Ebene zur Verfügung stehen und selbstverständlich von den Kommunen vor Ort auch finanziell getragen werden.

Einen digitalen Arbeitsplatz für junge Menschen zum heutigen Zeitpunkt zu fordern, ist aus unserer Sicht leider zu utopisch, als dass ich dies hier und heute fordern würde. Dennoch möchte ich Ihnen gern mitgeben, wenn wir schon über digitale Arbeitsplätze von Lehrkräften sprechen, in diesem Punkt die jungen Menschen nicht zu vergessen, gerade auch bei der kommunalen Beteiligung.

– 83 –

Drittens: Jugendliche in Krisenstäben: Wenn ein Krisenstab zusammengesetzt wird und Experten herangezogen werden, ist es wichtig, dass auch die eigene Expertenperspektive der Jugend in Entscheidungen einfließt, die gerade junge Menschen explizit betreffen. Allein die Präsenz der Jugend dort oder auch in anderen Arbeitsgruppen wird dazu beitragen, dass die Jugend nicht mehr vergessen wird. Dafür sprechen folgende Gründe: Erstens: Relevanz der Entscheidungen. Krisen haben erhebliche Auswirkungen auf das Leben der Menschen in einer Stadt. Entscheidungen, die während einer Krise getroffen werden, betreffen das tägliche Leben, die Bildung, die Gesellschaft, die Gesundheit und die Zukunft der Jugendlichen. Daher ist es wichtig, dass sie ein Mitspracherecht haben und dass ihre Interessen und Bedürfnisse berücksichtigt werden. Zweitens: einzigartige Perspektiven. Jugendliche bringen eine frische und einzigartige Perspektive in die Krisenbewältigung ein. Sie sehen die Welt möglicherweise aus einer anderen Perspektive und haben Ideen sowie Lösungsansätze, die von Erwachsenen möglicherweise übersehen werden. Ihre Erfahrungen und Sichtweisen können zu kreativen Lösungen beitragen und neue Wege aufzeigen, wie eine Krise bewältigt werden kann. Drittens: Zukunftsgestaltung. Jugendliche sind die Zukunft der Gesellschaft und werden diejenigen sein, die langfristig die Auswirkungen einer Krise tragen und mit ihnen umgehen müssen. Indem sie in den Entscheidungsprozess einbezogen werden, können sie lernen, Verantwortung zu übernehmen und aktiver Gestalter ihrer eigenen Zukunft zu werden. Viertens: Bildung und Empowerment. Die Beteiligung an der Krisenbewältigung bietet den Jugendlichen die Möglichkeit, aus erster Hand zu lernen und sich weiterzuentwickeln. Sie können ihre Fähigkeiten in den Bereichen Problemlösung, Zusammenarbeit, Kommunikation und Führung weiterentwickeln. Durch ihre aktive Teilnahme können sie auch ein Gefühl der Selbstwirksamkeit und des Empowerments entwickeln, das ihnen hilft, widerstandsfähiger gegenüber zukünftigen Krisen zu werden.

Außerdem sollten Jugendliche besser über Entscheidungen aufgeklärt werden. Insbesondere die Hintergründe sollten näher erläutert werden, und zwar in verständlicher Sprache, vor allem bei Angelegenheiten, die besonders für junge Menschen interessant sind und die vor allem Jugendliche betreffen. Gerade in Coronazeiten waren viele Entscheidungen für Jugendliche nicht nachvollziehbar, da es an Kontext und an Hintergrundinformationen gefehlt hat.

Fünftens: Viele Jugendliche beteiligen sich in einem Ehrenamt. Dass manche Ehrenämter viel Zeit in Anspruch nehmen, muss ich Ihnen wahrscheinlich nicht erklären. Jedoch darf es nicht dazu kommen, dass Jugendliche ein Ehrenamt aufgeben müssen, weil es ihnen aus finanziellen Gründen nicht mehr möglich ist. Es sollte daher entsprechende finanzielle Töpfe für die Jugendlichen geben, um beispielsweise Reisekosten, die im Zusammenhang mit dem Ehrenamt entstehen, zu erstatten.

Beim Ehrenamt spielt vor allem die mediale Unterstützung eine enorme Rolle. Wenn Jugendliche etwas erreicht haben oder sich besonders für etwas einsetzen, unterstützen uns die Medien bei dieser Berichterstattung. Daher ist es ausgesprochen begrüßenswert, dass Jugendliche bei der Berichterstattung berücksichtigt werden. Doch

– 84 –

auch hier ist noch Luft nach oben. Gerade wenn es in Krisensituationen dazu kommt, dass eine Schlagzeile die andere jagt, geht meistens der Fokus auf die Jugendlichen verloren. Daher sollten die Medien auch in Krisensituationen versuchen, vermehrt die Sichtweise von jungen Menschen auf die Themen, die vor allem junge Menschen betreffen, darzustellen.

Um abschließend alles noch einmal zusammenzufassen, habe ich für Sie konkrete Handlungsempfehlungen formuliert, sodass Ihnen diese im Nachgang auch schriftlich vorliegen und Sie damit arbeiten können:

Erstens: Ausbau bzw. Erhöhung der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer mit einer Reform der Bildungspläne.

Zweitens: Konzepte für Alltagsunterricht erstellen oder diese weiter ausbauen. Vor allem sollte projektbasiert mehr Raum und mehr Zeit zur Verfügung stehen.

Drittens: Beteiligungsportale aufstellen oder diese umbauen, um den Zugang zum Ehrenamt zu erleichtern.

In Bezug auf die Jugendbeteiligung habe ich folgende Handlungsempfehlungen formuliert:

Erstens: die Erstellung eines Konzepts für die Aufstellung eines Jugendberatungsgremiums des Landtags. Dies hat, wie gesagt, aus unserer Sicht die höchste Priorität.

Zweitens: den aktuellen Stand der Jugendbeteiligungsgremien erfassen lassen, um Konzepte zur Unterstützung zu erarbeiten.

Drittens: Jugendliche bei Krisen nicht vergessen und sie einen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten lassen, beispielsweise in Krisenstäben.

Mit dieser abschließenden Zusammenfassung der Handlungsempfehlungen möchte ich mich recht herzlich bei Ihnen allen bedanken. Sie haben heute gezeigt, dass Sie die Jugendlichen nicht vergessen haben. Ich hatte 20 Minuten Zeit, um Ihnen die Perspektive der Jugend aufzuzeigen. Meine Bitte an Sie: Belassen Sie es nicht bei 20 Minuten einer Person, sondern geben Sie noch mehr Jugendlichen die Gelegenheit, beispielsweise über den Landesjugendbeirat.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Gürbüz. – Wir treten nun in die Fragerunde ein und beginnen mit Herrn Abg. Köhler von der Fraktion GRÜNE.

– 85 –

Abg. Erwin Köhler GRÜNE: Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Geehrte Referentin, geehrte Referenten! Ich möchte mit dem letzten Vortrag beginnen. Die Worte der Wertschätzung werden meine Nachrednerinnen und -redner wahrscheinlich auch finden, aber ich fand es wirklich toll, wie Sie, Herr Gürbüz, nicht als „verlorene Generation“, sondern nach vorn schauend Handreichungen und Handlungsempfehlungen für die Landespolitik referiert haben. Das hat mich wirklich sehr gefreut.

Das Thema der Mailadressen wurde adressiert. Wir hatten dazu ja schon Kontakt. Erst brauchen die Lehrer Mailadressen, und dann kommen die Jugendlichen dran. Aber das Kultusministerium hat es auf dem Schirm. Es dauert nur alles leider sehr lange. Wir sind aber dran. Ich verstehe, dass das notwendig ist, um sich zu vernetzen.

Ich möchte explizit bezüglich des Gremiums auf Landesebene nachfragen. Darüber hatten wir in der letzten Anhörung schon gesprochen. Ich möchte noch auf die anderen Ebenen eingehen, und zwar insbesondere auf die kommunale Ebene und auf die Kreisebene sowie auf die Strahlkraft, die ein solches Beteiligungsgremium aus dem schulischen Bereich für das Gemeinwesen hat. Worin bestehen aus Ihrer Sicht die Vorteile bzw. die Notwendigkeit? Wie lässt sich das Ganze außerhalb einer Krise erproben, und wie kann es dann auch während einer Krise funktionieren? Während einer Hitzeperiode wird es in Baden-Württemberg ja auch nicht überall gleich heiß. Das heißt, vor Ort müssen verschiedene Aktive zur Verfügung stehen, um für die Gremien insbesondere auf Kreisebene, die beispielsweise darüber entscheiden, ob Wasser weiterhin entnommen werden darf, ansprechbar zu sein. Übertragen auf die Schule hieße das: Was kann man machen, um die Schule sozusagen noch betretbar, lebenswert und gut zu gestalten?

Herr Lederle und Frau Stein, wie stehen Sie zur Schülerbeteiligung innerhalb der Schule? Welche Erfahrungswerte haben Sie diesbezüglich? Wie würden Sie in Zukunft in der krisenfesten Schule auf Schülerinnen und Schüler zurückgreifen und gleichzeitig, ohne zu stark einzugreifen, sicherstellen, dass es trotzdem repräsentativ ist? Schüler wachsen nach. Mal gibt es mehr, mal weniger Aktive. Wenn eine Zeitlang nur wenige Schülerinnen und Schüler aktiv waren, ist es oftmals leider so, dass irgendwann gar keine mehr aktiv sind. Da bedarf es, glaube ich, beiderseits eines entsprechenden Engagements, um dranzubleiben und den Kopf nicht in den Sand zu stecken.

Frau Stein, an Sie habe ich noch ganz explizit die Frage, welches aus Ihrer Sicht die zwei oder drei prioritären Maßnahmen wären, um dem Fachkräftemangel generell – also nicht nur dem Lehrermangel – zu begegnen.

Vielen Dank.

Abg. Christiane Staab CDU: Herr Gürbüz, das, was Sie uns an ganz konkreten Vorschlägen mitgegeben haben, hat mich ausgesprochen beeindruckt.

– 86 –

Ich frage jetzt auch ganz konkret zurück, wie Sie Folgendes als Vertreter des Landesschülerbeirats wahrnehmen: Die Schülermitverwaltung hat in der Regel einen Sitz in der Schulkonferenz. Welche Rückmeldung von den Vertreterinnen und Vertretern in den Schulkonferenzen bekommen Sie, hinsichtlich dessen, wie sie wahrgenommen werden und inwieweit die Wünsche und Anregungen aus der Schülerschaft in den Schulkonferenzen aufgegriffen werden. Ich glaube, dass gerade die Schulkonferenz ein wichtiger Ort ist, um dort über die Schülermitverwaltung die Interessen der Schülerinnen und Schüler einzubringen. Es muss auch darum gehen, den Schulen ein Stück weit den Auftrag zu geben, auch zu befähigen, weiterzuentwickeln und starkzumachen. Was schlägt der Landesschülerbeirat vor, um diejenigen Schülerinnen und Schüler, die in die Schulkonferenzen entsandt werden und dort mitarbeiten, zu stärken? Denn das ist letztlich entscheidend dafür, ob vieles von dem, was Sie uns heute mitgegeben haben, an einer Schule stattfindet oder eben nicht.

Die Idee des lebensweltbezogenen Lernens finde ich super. Viele Schulen machen das auch schon. Allerdings scheint es nach wie vor Schulen zu geben, die das nicht anbieten. Der Landesschülerbeirat ist ja letztlich die Vertretung aller Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg. Können Sie identifizieren, woran es liegt, dass es Schulen gibt, die da ganz viel machen? Wir, die Abgeordneten, werden häufig in Schulen eingeladen, sprechen mit Schülerinnen und Schülern und dürfen bei Veranstaltungen mitmachen. Aber offenbar gibt es eben auch Schulen, an denen keine praktische politische Bildung stattfindet. Welche Rückmeldung aus der Schülerschaft selbst haben Sie, woran es hakt? Wie kann man konkret bei den Schulen bzw. bei den Schulleitungen ansetzen, damit mehr Partizipation vor Ort stattfindet?

Frau Stein, Sie hatten gesagt, dass die Benachteiligungen durch die sozialraumindexierte Zuweisung ausgeglichen werden. Schade, dass Frau Professorin Karst nicht mehr da ist, denn ich meine, sie hatte ausgeführt, dass es bislang keinen wissenschaftlich festgestellten Zusammenhang gebe. Es wäre mir jetzt wichtig, dass sie da ist. Deswegen weiß ich nicht, ob ich diese Frage eventuell zurückstellen muss. Ich hatte es so verstanden, dass Frau Professorin Karst ein Fragezeichen daran gemacht hat, ob es diese Korrelation tatsächlich gibt. – Sie ist gegangen. Gut, dann muss ich diese Frage zurückstellen.

Frau Stein, Herr Lederle, wir haben von Ihnen noch einmal gehört, wie viele Lehrer uns in Zukunft fehlen werden. Wir wissen aber auch, dass es schwer wird, Lehrkräfte zu gewinnen. Deswegen lautet meine direkte Frage an die Praxis: Wie lassen sich viele der Aufgaben, die Sie heute thematisiert haben und die alle wichtig sind, nicht lehrerbasiert abarbeiten? Bestehen aus Ihrer Sicht Möglichkeiten, andere Kräfte für die Schulen zu gewinnen, die dort unterstützen können?

In diesem Zusammenhang ist mir das Thema IT-Hausmeister eingefallen. Ich weiß, dass es viele Städte und Gemeinden gibt, die das tun. Auch hier fällt wiederum das Auseinanderfallen eines Systems auf. Anscheinend gibt es Städte und Gemeinden,

– 87 –

die das machen, und andererseits gibt es offenbar Schulen, die da völlig allein gelassen werden. Welche Empfehlung könnten Sie uns geben, wie wir hier eine Einheitlichkeit für das gesamte Land schaffen können, damit wir von diesen Zufälligkeiten wegkommen, dass es also allein davon abhängt, ob es vor Ort entsprechende Ressourcen gibt bzw. ob es Bürgermeister und Gemeinderäte gibt, denen das wichtig ist? Das Land fällt so oft einfach auseinander. Wie lautet Ihr Vorschlag, um in diesen Bereichen mehr Verbindlichkeit und auch eine Gleichförmigkeit schaffen zu können?

Vielen Dank.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Zuallererst bedanke ich mich für die wirklich guten Inputs. – Jetzt stelle ich eine Frage vorab: Wir sprechen ja immer über Mangel, auch heute wieder. Aber einmal tatsächlich in die weite Zukunft gedacht: Welche prozentuale Lehrkräfteausstattung an Schulen bräuchten wir denn perspektivisch, um die Schulen tatsächlich krisenfest zu machen? Diese Frage richtet sich an alle Referenten.

Herr Lederle, an Sie habe ich eine Frage im Kontext der Digitalisierung. Sind die Mittel, die im Zusammenhang mit dem Digitalpakt zur Verfügung stehen, aus Ihrer Sicht ausreichend? Ich vermute, eher nicht. Was erwarten Sie denn konkret vom neuen Digitalpakt?

Zum Stichwort „Überlastung der Schulleitung“: Welche Unterstützungsleistungen bräuchten Sie denn ganz konkret zur Umsetzung, die eventuell auch über den gerade adressierten „Digitalen Hausmeister“ hinausgehen würden?

Die folgende Frage richtet sich an den Vertreter des VBE. Sind Sie der Meinung, dass die Inklusion an Schulen tatsächlich umgesetzt werden kann?

In Bezug auf die Schulpsychologie diskutieren wir stark mit Blick auf die Schüler. Diesbezüglich lautet meine Frage an Frau Stein, ob die Kapazitäten für die Beratungsleistungen für Lehrkräfte ausreichend sind. Auch hierzu gibt es ja entsprechende Meldungen.

Heute Morgen wurden bereits im Zusammenhang mit den multiprofessionellen Teams und der sozialindexbasierten Ressourcensteuerung entsprechende Schulversuche angesprochen. Sind diese Schulversuche Ihrer Meinung nach schnell genug, oder sehen Sie diesbezüglich noch Beschleunigungspotenzial?

Die Kollegin Staab hatte eben die Frage aufgeworfen, wie wir das benötigte Personal gewinnen können. Sie selbst hatten von 6 600 Stellen im Bereich Sonderpädagogik – insbesondere mit Blick auf die Inklusion – gesprochen und auch die Möglichkeit eines bezahlten Aufbaustudiums erwähnt. Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die aktuellen Freistellungsoptionen von Lehrkräften aus dem Bereich Hauptschule und

– 88 –

Werkrealschule, die sich weiterqualifizieren wollen? Wir hören da immer von sehr hohen Abbruchzahlen. Diesbezüglich interessiert mich Ihre Reflexion.

Kurz noch zum Thema Blackout: Es wurden neue Informationsstrukturen gefordert. Wie sollen die denn konkret aussehen, damit wir beispielsweise nicht tatsächlich freitagsabends „Geschenke“ für montagmorgens vorfinden?

Herr Gürbüz, den Komplimenten, die Ihnen gemacht wurden, kann ich mich nur anschließen. – Mich würde auch die Schülersicht interessieren. Wir sprechen in Baden-Württemberg von einer Schulpsychologin, die 7 700 Schülerinnen und Schüler betreut. Der deutsche Schnitt liegt bei 1 : 5 400. Dazu würde mich Ihre Praxisreflexion interessieren, wie es von den Schülerinnen und Schülern beurteilt wird, ob die Kapazitäten ausreichend sind.

Reichen aus Schülersicht die ergriffenen Maßnahmen gegen die coronabedingten Lernrückstände aus? Falls nein: Haben Sie noch Anregungen über das hinaus, was ohnehin passiert?

Sie haben mir als Gemeinschaftskundelehrer wirklich aus dem Herzen gesprochen, als Sie eine Vertiefung von politischer Bildung und Projekte vorgeschlagen haben. Ich halte vieles auch methodisch jetzt schon für umsetzbar. Allerdings stellt sich ehrlicherweise immer die Frage: Was lässt die Zeit zu? Hätten Sie denn, sofern das pauschal überhaupt beantwortbar ist, eine Anregung, was man im Gegenzug vielleicht aus dem Bildungsplan streichen könnte?

Last, but not least: Wie schätzen Sie in dem geschilderten Kontext den Einsatz von Projektarbeiten zur Stärkung von Lebenskompetenz ein?

Social Media – Fluch oder Segen? Das ist ja gerade bei jungen Menschen das absolute Tool – Tiktok usw. –, aber ich habe mich gefragt, wie wir es denn sinnvoll nutzen könnten, um einerseits den Gefahren zu begegnen und andererseits gleichzeitig die Demokratie zu stärken?

Danke schön.

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Wir sprechen ja von Krisen, auch von multiplen Krisen, und haben dabei jetzt ganz oft die Coronakrise im Blick gehabt. Was würden Sie denn als aktuell größte Herausforderung bezeichnen? Es stellt sich immer die Frage, ob man etwas immer gleich als Krise bezeichnen muss, aber: Wo ist aus Ihrer Sicht der Flaschenhals bzw. die größte Herausforderung? Von einer Krise haben wir gehört: Fachkräftemangel, Lehrermangel. Worin besteht aus Sicht der Schulen, was die Erreichbarkeit der Kinder und Jugendlichen angeht, im Moment die größte Herausforderung?

– 89 –

Wenn wir rückblickend die Coronakrise betrachten, dann haben wir nach meiner Wahrnehmung – deswegen müssen wir für die Zukunft daraus lernen – auch ein Problem mit den Zuständigkeiten gehabt – sprich: Schnittstelle Kultusministerium/Sozialministerium. Können Sie das bestätigen, oder sagen Sie: „Das war nach anfänglichen Reibungsverlusten am Ende eigentlich ganz gut“? Gab es da einen Lerneffekt? Gab es da eine Entwicklung?

Herr Lederle, Sie haben von Bürokratieabbau gesprochen. Da sehen Sie immer ein Kopfnicken. Können Sie dazu ganz konkrete Beispiele benennen? Denn damit tun wir uns ja immer am schwersten. Zu Bürokratieabbau sagt jeder immer sofort Ja, aber gut wird es erst, wenn man dann auch ganz konkret Dinge benennen kann.

Frau Stein, das Problem der nicht besetzten Stellen der Schulpsychologen sehen wir genauso. Jetzt wäre es natürlich schön, wenn es dadurch funktioniert, dass wir einfach 100 Stellen mehr einrichten. Aber deswegen haben wir ja nicht gleich mehr Personal bzw. Bewerber. Was können wir da tun? – Sie nicken mit dem Kopf. Ich bin auf Ihre Antwort gespannt. – Nur von der Arithmetik her: Wenn von den gegenwärtig vorhandenen 280 Stellen nur zwei Drittel besetzt sind, stellt sich die Frage, was geschieht, wenn 100 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Daher bin ich auf Ihre Antwort gespannt.

Herr Gürbüz, ich fand Ihren Vortrag wirklich toll. Sie haben einen großen Schwerpunkt auf Teilhabe gelegt und haben dann konventionelle Strukturen genannt – Stichwort Jugendgemeinderat. Was wäre denn etwas Neues? Ich glaube, dass wir bei den Jugendlichen durchaus stärker in die digitale Welt kommen müssen. Der Kollege Fulst-Blei hat Tiktok angesprochen. In welche Richtung muss es denn eigentlich gehen? Müssen wir nicht zwingend irgendwie in das Handy reinkommen, und wie könnte das aussehen? Ob ein ganz normales Beteiligungsportal auf der Homepage reicht, weiß ich nicht. Aufgrund der Gespräche, die ich mit Jugendlichen und an Schulen führe, würde ich sagen, dass es eher nicht die konventionellen Zugänge sind, sondern dass wir neue Zugänge und neue Ideen brauchen.

Dann noch eine Frage, die in Richtung Lebenslertage geht. In einer der letzten Anhörungen hat ein Kinder- und Jugendpsychologe von einem Unterrichtsfach „Krisenmanagement“ gesprochen. Vielleicht können alle drei Referenten etwas dazu sagen, wie wir das besser in die Schule integrieren können. Ich glaube, das muss schon in Richtung Alltagslernen gehen, also: Wie kann ich die Themen des Alltags – und eine Krise gehört nun einmal zum Alltag dazu – mehr und besser in die Schulen hineinbringen? Es darf, wie die Kollegin Staab gesagt hat, strukturell nicht so sein, dass es an der einen Schule funktioniert und an der anderen nicht, dass man also entweder Glück hat, dass sich die Lehrerinnen und Lehrer an der Schule dafür interessieren und auch die Möglichkeit haben, das umzusetzen, oder dass man das Pech hat, an einer Schule zu sein, wo es solche engagierten Lehrerinnen und Lehrer und auch die entsprechenden Mittel nicht gibt. Ich glaube, da müssen wir strukturell und systemisch herangehen. Dazu würde mich Ihre Sichtweise interessieren.

– 90 –

Abg. Carola Wolle AfD: Vielen Dank für die sehr interessanten Vorträge. – Herr Lederle, Sie haben eigentlich bereits viele Lösungen mitgebracht. Sie haben auch von der bürokratischen Überforderung der Schulen in Bezug auf die Datenübergabe gesprochen. Ich denke, das Thema Digitalisierung ist zum einen vordringlich für den Unterricht wichtig, aber insbesondere auch für die Funktionalität der Schule selbst, so dass die Lehrer mehr Zeit für den Unterricht haben, anstatt sich mit überbordender Bürokratie zu beschäftigen, oder auch, indem sie versuchen, die Laptops der Schüler zum Laufen zu bringen. Das ist nicht ihr Job. Ich denke, da ist viel Segen und Fluch, und da ist noch viel Luft nach oben, indem man Fachkräfte einstellt, die sich um die Rechner und um deren Funktionalität kümmern. Das sollte dann aber nicht von der Schule bezahlt werden müssen.

Frau Stein, Sie haben eine sehr wichtige Aussage getroffen: Kinder und Jugendliche brauchen Stabilität. Wir müssen also wirklich dafür sorgen, dass die Kinder und Jugendlichen in unserem Land die Stabilität haben, die sie brauchen.

Sie haben auch davon gesprochen, dass die Kinder während der Pandemie eine geminderte Lebensqualität hatten. Ich denke, da spielt auch das Thema Einsamkeit eine sehr große Rolle. Das äußert sich jetzt in den psychischen Störungen, die die Kinder inzwischen haben. Wie kann das in der Schule mit aufgefangen werden? Ich denke, diesbezüglich kann die Schule durchaus etwas leisten, weil Kinder sehr viel Zeit in der Schule verbringen. Darüber hinaus muss es natürlich auch noch anderweitig begleitet werden; das ist klar. Aber die Schule kann durchaus ein zweites Standbein sein, wo die Kinder Halt bekommen können.

Sie haben das Thema Fachkräftemangel angesprochen. Ich halte das für ein ausgesprochen schwieriges Thema an dieser Stelle, denn Fachkräftemangel gibt es überall. Natürlich ist es notwendig, dass genügend Lehrer da sind. Allerdings denke ich, dass in diesem Zusammenhang auch Schulpsychologen eine große Rolle spielen. Lehrer sind häufig auch Vertrauenspersonen der Schüler. Je mehr sie durch einen Schulpsychologen entlastet werden, umso besser können sich die Lehrer auf ihren eigentlichen Job, nämlich die Lehre, konzentrieren. Ich denke, das muss Hand in Hand gehen. Dass wir Schulpsychologen brauchen und dass sie derzeit völlig überlastet sind, weiß ich von meiner Freundin, die als Schulpsychologin tätig ist und die mir berichtet, wie wichtig es für die Schüler ist.

Ich denke, Jugendliche müssen insbesondere in Krisenzeiten viel stärker eingebunden werden, weil Kinder und Jugendliche anders empfinden. Sie schätzen die Situation ganz anders ein. Das können Erwachsene bzw. auch Eltern häufig nicht wahrnehmen. Daher ist es wichtig, dass sie in Krisen in den einzelnen Schulen ein Hörrohr bei der Lehrerschaft bekommen. Das halte ich für notwendig.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Ich habe eine kurze Frage an Herrn Lederle und Frau Stein. Wir haben einerseits viel darüber gesprochen, wie das Bildungssystem

– 91 –

und die Institutionen selbst zur Stabilität beitragen können und dass sie selbst krisenfest sein müssen. Gibt es, bezogen auf die Ebene der Schülerinnen und Schüler, Strategien für den Umgang mit individuellen Krisen, die überall im Land gleich sind? Dabei denke ich beispielsweise an einen Suizid eines Klassenkameraden, an Katastrophen, aktuelle Ereignisse usw. Wie sehen die Strategien aus? Braucht es da gegebenenfalls etwas von politischer Seite?

Ich habe noch eine Nachfrage an Herrn Gürbüz. Es gab bereits eine längere Diskussion zur durchaus spannenden Frage der Schaffung eines Jugendberatungsgremiums. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist dieser Vorschlag, den Sie dazu unterbreitet haben, mit dem Landesschülerbeirat abgestimmt. Der Dachverband der Jugendgemeinderäte und auch einzelne Jugendgemeinderäte diskutieren solche Fragen ebenfalls. Daher interessiert mich, ob dieser Vorschlag auch mit denen abgestimmt ist oder ob es sich um einen Vorschlag neben anderen Vorschlägen, die derzeit diskutiert werden, handelt.

Die deutliche Unterrepräsentanz von Jugendlichen aus weniger bildungsaffinen Familien bzw. aus ressourcenärmeren Haushalten stellt ein großes Problem dar. Haben Sie Ideen oder Strategien, wie wir diese Jugendlichen besser erreichen können?

Thomas Albiez, externes Mitglied: Meine Frage richtet sich an alle drei Expertinnen bzw. Experten. Wir haben jetzt im Rahmen der Enquetekommission schon viel über Bildungspolitik gesprochen und dabei festgestellt, dass unglaublich viele Themen in die Schulen hineingetragen werden, und zwar aus gutem Grund. Wir haben uns mit Integrationsfragen, mit Inklusionsfragen und auch mit dem Thema Digitalisierung befasst und haben darüber gesprochen, wie man sich an Schulen besser auf Krisen vorbereiten kann. Wir haben auch über Lebensnähe gesprochen, also darüber, wie lebensnahe Sachverhalte in die Schule gebracht werden können: über Beteiligung, über Berufsorientierung, über Drogenprävention, über Beiräte, über Stressbewältigung, über Schulsozialarbeit, über Gerechtigkeit, über Ehrenamt und vieles mehr. Auf der anderen Seite zeichnen wir in der Realität ein Bild der Schulen, das von Fachkräftemangel, überbordender Bürokratie und massivem Unterrichtsausfall aus unterschiedlichsten Gründen – zum Teil durch wachsende Infrastrukturen – geprägt ist. Ich darf das in dieser Runde noch einmal für Baden-Württemberg deutlich machen: Möglicherweise drohen, z. B. im Bereich der Berufsschulen aufgrund des demografischen Wandels, Standortschließungen.

Bei all diesen Vorträgen scheint mir ein Aspekt ein wenig abhandengekommen zu sein, nämlich die Frage: Was ist aus Ihrer Sicht eigentlich noch der Kernauftrag der Schule? Denn wenn all das, was Sie empfehlen, umgesetzt wird, werden die Ressourcen meiner Meinung nach nie und nimmer ausreichen.

Wir brauchen für diese neuen Themenfelder immer mehr Ressourcen. Ist nicht die Lösung wie im kommunalen Bereich vielleicht eher ein Rückbau der Schule auf ihre Kernaufgaben statt eine permanente Erweiterung? Ich sehe da durchaus eine gewisse

– 92 –

Überforderung, bin aber kein Experte und würde dazu gern Ihre Einschätzung als Praxiskennerin bzw. Praxiskenner hören.

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann kommen wir jetzt zur Antwortrunde. – Bitte, Herr Lederle.

Sv. Herr Lederle: Herr Köhler, Schülerbeteiligung gibt es an Schulen. Das ist institutionell geregelt. Natürlich gibt es die Schülermitverantwortung. Letzten Endes ist Herr Gürbüz auch über diese Schiene zum Landesschülerbeirat gekommen. Das gibt es an allen Schulen tatsächlich im Sekundarbereich I und II. Den Sitz in der Schulkonferenz hatte Frau Staab vorhin bereits angesprochen.

Meiner Ansicht nach müsste man hier noch viel früher ansetzen. Solche Dinge wie Klassenrat lassen sich prima auch schon an den Grundschulen etablieren, um ein Beteiligungsinstrument zu entwickeln. Dort ein Plus an Verbindlichkeit zu schaffen und es in den Bildungsplänen einheitlich festzuschreiben, wäre aus meiner Sicht schon einmal ein sehr guter Ansatz. Es gibt viele Grundschulen, die das ohnehin schon machen, aber es ist institutionell nicht vorgesehen.

Damit komme ich zum Thema Schülermitverantwortung. Ja, es ist wie immer im Leben: Letzten Endes wird auch das durch das Engagement von Lehrkräften getragen. Ob eine Lehrkraft dafür eine Anrechnung in irgendeiner Form erhält oder nicht, ist letztlich Sache der Schulleitung, die dafür aus dem allgemeinen Entlastungskontingent eine Anrechnungsstunde zur Verfügung stellen kann. Seltsamerweise wurde dies vor einigen Legislaturperioden um rund 10 % gesenkt, und zwar mit der originellen Begründung, dass das nämlich genau der Anteil dessen wäre, was an den Schulen nicht vergeben würde. Ich persönlich kenne keine Schulleitung, die keine Entlastungsstunden vergeben würde; aber nun denn. Da könnte man also ansetzen. Ich finde, Qualität zeigt sich immer auch daran, dass man einheitliche Qualitätsmaßstäbe formuliert sowie verbindliche Fortbildungsangebote gerade auch für die Arbeit in der SMV sowohl auf Lehrerinnen- und Lehrerseite als auch auf Schülerseite tatsächlich etabliert, um sie auf ihre Tätigkeit vorzubereiten.

Frau Staab, Sie hatten nach der Lehrkräftegewinnung gefragt. Das ist in der Tat die größte Herausforderung. Für mich ist es immer ein sehr frappierender Moment, wenn ich mir anschau, wie viele voll ausgebildete Lehrkräfte jedes Jahr aus dem Dienst ausscheiden. Damit meine ich nicht diejenigen, die wegen Dienstunfähigkeit ausscheiden, sondern diejenigen, die ihren Beamtenstatus aufgeben und sich ein neues Tätigkeitsfeld suchen. Diese Zahl ist deutlich höher als die Zahl von Lehrkräften, die man durch Quer-, Seiten- oder sonstige Einstiegsprogramme gewinnt. Die Krux bei dem Ganzen ist es, sich um die Bestandslehrkräfte zu kümmern, und das ist eine Denke, die noch nicht sehr ausgeprägt ist. Man könnte auch sagen: Dem Kultusministerium ist es noch nicht gelungen, den größten Schatz zu heben, den es besitzt, nämlich die Bestandslehrkräfte. Dass dies durchaus erfolgreich sein kann, zeigt jetzt gerade auch wieder das Anschreiben des Ministerpräsidenten und der Kultusministerin. Das hatten

– 93 –

wir ja schon einmal zum Jahresende. Die Anzahl von Lehrkräften, die daraufhin gesagt haben: „Wir machen es“, ist um ein Vielfaches größer als die Zahl derjenigen, die man durch irgendwelche Quer- und Seiteneinsteigerprogramme gewinnen kann.

Daher ein Plädoyer für die Bestandslehrkräfte. Es mag wie ein Paradoxon klingen: Um die Attraktivität zu steigern, muss man diesen Lehrkräften auch Zeit geben, um das, was an Zusatzgeschäft gemacht wird, handeln zu können. Ich nenne Ihnen ein praktisches Beispiel: Ich habe neulich eine Rückmeldung von einer Grundschule bekommen, die mich schockiert hat. Es geht um das Entwickeln eines Lesekonzepts. Jede Grundschule im Land Baden-Württemberg muss ein Lesekonzept entwickeln oder das vom Land bereitgestellte Lesekonzept umsetzen. Ich kenne die Schulleiterin sehr gut. Man schaut sich in der Schulkonferenz an, bläst die Backen auf und sagt: „Okay.“ Daraufhin sagt eine Kollegin: „Passt auf, ich mache das. Ich habe reduziert. Jetzt habe ich ja Zeit, das für uns zu entwickeln.“ Das ist eine Entwicklung, die ich als Vertreter von Lehrerinnen und Lehrern nicht tolerieren kann: dass Leute freiwillig auf ihr Geld verzichten und ihre Arbeitszeit reduzieren, damit der Job für sie leistbar ist. Das gibt es auch bei vielen Schulleitungen, vor allem gerade an kleineren Schulen und auch an den Grundschulen. Auf diese Entwicklung muss ein wachsames Auge haben.

Damit komme ich zum IT-Hausmeister und zu den zusätzlichen Fachkräften. Ich könnte jetzt böse sein und sagen: Man spielt da seitens des Landes und seitens der Schulträger Schwarzer Peter. Das Land sagt: „Ihr bekommt Geld, Schullastenausgleich“, und die Schulträger sagen: „Nein, nein, Moment. Das geht ja extra. Gebt uns Geld.“ Und so geht es dann hin und her. Die Leidtragenden sind die Schulen und auch hier wieder die Lehrkräfte vor Ort, die es dann halt mal machen. Oder auch wieder die Schulleitung oder engagierte Kolleginnen und Kollegen, die den Kopierer reparieren, damit er wieder funktioniert. Das kann es eigentlich nicht sein. Lehrerinnen und Lehrer sollten unterrichten und nicht Kopierer reparieren oder ähnliche Dinge tun.

Herr Fulst-Blei, Sie hatten die Frage aufgeworfen, was es an personeller Ausstattung braucht. Da lautet unsere Forderung, die schon seit längerer Zeit erhoben wird: 110 %. Das kann ich Ihnen als Praktiker sagen: Wenn ich eine Lehrkräfteversorgung von 110 % hätte, wäre es mir problemlos möglich, kurzfristige und gegebenenfalls auch längerfristige Ausfälle zu kompensieren. Damit, Herr Reith, sind wir wieder beim Bürokratienabbau. Stattdessen wird die Schulaufsicht beschäftigt, und es wird erst einmal ein Antrag auf Ersatz gestellt. Die gehen dann wieder los und suchen jemanden. Im günstigsten Fall findet man jemanden. Eine Lehrkräfteversorgung von 110 % würde die Schulen extrem entlasten und würde auch für Unterrichtssicherheit sowie einen weniger hohen Unterrichtsausfall sorgen, weil es ausreichend Personal gibt, das im Falle einer Krise bereitsteht.

Herr Fulst-Blei, Sie fragten außerdem nach dem neuen Digitalpakt: Ja, mindestens so umfangreich wie das, was wir bislang hatten. Ich plädiere immer dafür, nachhaltig zu agieren. Das wird ja nicht in einem Jahr anfallen, sondern das wird sich über einen längeren Zeitraum hinziehen. Das heißt, man müsste im Prinzip die Mittel, die man

– 94 –

dafür bisher verwendet hat, strukturell in den Haushalt mit einplanen, um sie dann dementsprechend auch über einen längeren Zeitraum zur Verfügung zu stellen.

Die Entlastung von Schulleitern durch zusätzliches Personal hatte ich bereits angedeutet. Die Verwaltungsassistenz ist sehr gut. Herr Fulst-Blei, ich kann Ihnen ein konkretes Beispiel an meiner Schule nennen. Ich bin sehr froh, dass mein Schulträger – damit sind wir wieder bei den einheitlichen Maßstäben – mich sehr gut ausstattet, mich auch sehr gut entlastet, z. B. was das Rechnungswesen angeht. Das heißt, ich habe Sachbearbeiterinnen. Ich habe also nicht nur Sekretärinnen, die mal ein Pflaster kleben oder Trost spenden, sondern ich habe bei mir an der Schule tatsächlich Verwaltungsassistenzen, die selbstverständlich auch das Abrechnungswesen machen, übrigens viel besser, als ich es kann.

Dafür braucht es aber in der Tat verbindliche Vorgaben, und die sehe ich im Moment zumindest noch nicht. Es gibt Absichtserklärungen und auch einen Orientierungsrahmen. Aber ob sich ein Schulträger daran hält oder ob er das ganz anders macht, das ist ein bisschen in die Beliebigkeit gegeben.

Herr Fulst-Blei, Sie fragten, ob Inklusion an Schulen leistbar ist. Nein, absolut nicht. Mit der vorhandenen Personaldecke sehe ich das nicht. Ich halte es für eine zumindest sehr große Herausforderung für dafür nicht ausgebildete Lehrkräfte, sich mit dieser Thematik auseinandersetzen zu müssen. Ich selbst bin wirklich ein Verfechter der Inklusion. Ich hatte es angedeutet: Wir haben bei uns an der Schule viele inklusive Settings, auch schon über einen ganz langen Zeitraum. Ich weiß um die Vorteile der Inklusion. Mir geht es nicht darum, die Inklusion kleinzureden. Aber wir reden hier vor allem von der anspruchsvollen Inklusion, also nicht in zielgleichen Settings, sondern in zieldifferenten Settings, und dazu bedarf es der Fachexpertise der Kolleginnen und Kollegen aus den sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren vor Ort an den Schulen, und zwar vollumfänglich und nicht nur für ein paar Stunden. Denn die Kinder sind in aller Regel auch nicht nur ein paar Stunden in der Schule, sondern während der gesamten Schullaufbahn.

Solange dafür die entsprechenden Bedingungen nicht vorhanden sind, finde ich, dass sich die Politik auch ehrlich machen und sagen muss: Es wäre der wünschenswerte Zustand, aber wir können ihn im Moment zumindest nicht flächendeckend oder mit allen Schülerinnen und Schülern, die darauf einen Anspruch hätten, umsetzen.

Mir geht es übrigens auch darum, die sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren zu erhalten, denn es gibt nirgendwo mehr Fachexpertise als dort. Die Kolleginnen und Kollegen dürfen sich nicht nur in der Inklusion verzetteln, sondern brauchen auch den fachlichen Austausch untereinander.

Herr Reith, die größte Herausforderung an den Schulen – Sie haben es im Prinzip schon selbst formuliert – ist im Moment tatsächlich der Lehrkräftemangel. Wir haben

– 95 –

an den sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren und an den Grundschulen den größten Lehrkräftemangel zu verzeichnen. Wir haben aber auch einen generellen, strukturellen Lehrkräftemangel auch in den anderen Schularten, vielleicht mit Ausnahme des Gymnasiums. Aber das ist nicht unbedingt mein Thema.

Damit hängt vieles von dem zusammen, was an Schulen tatsächlich konkret leistbar ist. Das, was wir ganz persönlich aus unserem eigenen Schulleben als besonders profitabel abgespeichert haben, ist vermutlich nicht die Englischstunde Ihres Lieblingsenglischlehrers, sondern es sind wahrscheinlich andere Dinge wie das Schultheater, der Chor, Sportangebote etc. Das ist faktisch gesehen an vielen Schulen überhaupt nicht mehr möglich, weil wir an den Schulen nicht einmal genügend Lehrkräfte haben, um den Pflichtunterricht zu gewährleisten.

Ich komme zur Schnittstellenthematik Sozialministerium/Kultusministerium. Sagen wir es mal so: Wir von der Verbandsseite haben uns manchmal schon gefragt, wer jetzt eigentlich für die Schulpolitik bzw. für die Schulen zuständig ist. Während der Pandemie war sehr deutlich zu spüren, dass ganz viele Dinge einfach aus dem Bereich des Sozialministeriums – dabei denke ich beispielsweise an die Kontaktnachverfolgung zu Beginn der Pandemie – konsequent in die Schulen gebracht wurden. Wir haben es auch noch an anderer Stelle festgestellt. Es mag zwar die praktikabelste Lösung sein, dass Schulen den Masernimpfschutz prüfen, aber: Wer rennt denn eigentlich den Kindern respektive den Eltern hinterher, die das dann eben nicht machen? Die Gesundheitsämter? Ja, gut, das wäre schön und wünschenswert.

Herr Reith, Sie fragten nach Beispielen für Bürokratieabbau. Die hatte ich in meinem Vortrag in der Tat schon mannigfaltig genannt. Ich hatte schon die einfachen persönlichen Daten und die positiven synergetischen Effekte, die sich aus einer einheitlichen Schulverwaltungssoftware unserer Ansicht nach ergeben würden, angesprochen. Klar ist für mich auch ein weiterer Punkt, wenn wir beim Bereich Digitalisierung bleiben: endlich funktionierende Schnittstellen zu den anderen Programmen, die im schulischen Bereich noch Usus sind. Es gibt Stundenplansoftware. Wenn ich beispielsweise mit ASV-BW meine Schulstatistik ab dem kommenden Schuljahr 1 : 1 abbilden will, dann wäre es eigentlich ein Leichtes, sämtliche dafür notwendige Daten aus diesen Stundenplanprogrammen zu übernehmen. Das funktioniert in der Praxis aber nur sehr eingeschränkt und nicht vollumfänglich. Es gibt zunehmend vor allem administrative Aufgaben, z. B. in der Personalverwaltung oder auch in der Personalgewinnung, die konsequent an die Schulen abgeschichtet wurden, wahrscheinlich auch aus Personalnot in der Schulverwaltung. Da gehören sie aber gar nicht hin, sondern sie gehören unserer Ansicht nach auf die administrative Ebene.

Das Thema „Bürokratische Überforderung“ hatte ich im Prinzip schon in meinem Vortrag angedeutet, Frau Wölle.

Damit komme ich nach der Frage zu den Themen des Alltags. Ohne Ihnen, Herr Gürbüz, zu nahe treten zu wollen: Ich glaube, dass diese Themen des Alltags zumindest

– 96 –

an den Schularten, die wir vertreten, also Grund-, Haupt- und Werkrealschulen, Gemeinschaftsschulen und Realschulen, sehr gut im Bildungsplan verortet sind und auch tatsächlich schon stattfinden. Ja, da gibt es auch eine gewisse Einheitlichkeit. Für die Gymnasien kann ich an dieser Stelle leider nicht sprechen. Auch Projektarbeit ist dort ein Thema.

Sie fragten nach dem individuellen Umgang mit Krisen. Ja, da gibt es Strukturen, da gibt es Hilfen. Es gibt einen vom Land vorgeschriebenen Krisenplan und Informationen dazu, wenn es zu individuellen Krisen kommt. Außerdem gibt es etwas, was höchst wertvoll ist – das war die Lehre aus dem verhängnisvollen Amoklauf von Winnenden –: eine Hotline beim Schulpsychologischen Dienst bei den Regierungspräsidien oder auch beim ZSL, an die man sich wenden kann. Das ist eine Handynummer, die im Prinzip immer erreichbar ist. Da kann man sich die Fachexpertise zur Arbeit in den Krisenteams, die an allen Schulen des Landes verbindlich vorgeschrieben sind, mit hinzuholen.

Ich glaube, jetzt habe ich Ihre Geduld genug strapaziert.

Sv. Frau Stein: Ich versuche, so knapp wie möglich zu antworten, aber ich versuche auch, alle Fragen zu beantworten.

Ich möchte noch ganz kurz etwas zu der Schülerinnen- und Schülerbeteiligung in den Schulen sagen. Sie hatten danach gefragt, Herr Köhler. Im Sekundarstufe-I-Bereich ist es vorgeschrieben, wie Herr Lederle schon gesagt hat. Ich war an vier verschiedenen Schulen als Lehrerin aktiv tätig. Es waren immer Grund- und Hauptschulen oder Grund- und Werkrealschulen. An den Schulen, an denen ich tätig war, gab es ab der dritten Klasse tatsächlich Klassensprecherinnen-/Klassensprecherwahlen, um diese nicht vorgeschriebene Beteiligung schon sicherzustellen. Die Klassensprecher waren nicht in der Schulkonferenz vertreten, sondern es war ein etwas inoffizielleres Gremium, das aber geeignet war, um es schon einmal einzuüben.

Wenn wir von demokratischer Teilhabe sprechen, müssen wir in den Kitas anfangen. Die Kitas haben es auf dem Schirm. Ich behaupte einmal, in den Grundschulen wird es oft schon gelebt. Aber es kann nicht schaden, es in die dritten Klassen mit den Klassensprecherinnen-/Klassensprecherwahlen herunterzuziehen, damit die Kinder schon einmal die Ernsthaftigkeit von Wahlen kennenlernen.

Zum Fachkräftemangel sollte ich zwei bis drei prioritäre Punkte nennen, wie wir damit umgehen können bzw. wie wir dagegen vorgehen können. Der erste Punkt wäre, Lehrkräftestudienplätze auszubauen, und zwar bitte möglichst schnell. Im Grundschulbereich haben wir noch deutlich mehr Bewerbungen als wir Studienplätze haben. Im Grundschulbereich, je nach Pädagogischer Hochschule unterschiedlich, gilt noch der Numerus clausus für die Studienplätze, weil die Studienplätze begrenzt sind. Im Grundschulbereich herrscht der zweitgrößte Mangel an ausgebildeten Lehrkräften.

– 97 –

Meine ganz große Bitte lautet also: Fallen Sie nicht auf irgendwelche seltsamen Statistiken, wie sie mir neulich erzählt wurden, herein: dass demnächst angeblich ein Lehrkräfteüberhang im Grundschulbereich entstehen werde. Ich weiß nicht, wer diesen Wahnsinn entwickelt hat. Wir haben mittlerweile die dritte Klemm-Studie in Auftrag gegeben. Die ersten beiden Klemm-Studien haben sich bewahrheitet. Ich muss ganz klar sagen: Glauben Sie bitte der Klemm-Studie. Wir haben einen massiven Mangel, der sich weiter aufbaut.

Um es noch einmal ganz klar zu sagen: In den Grundschulen arbeiten nicht nur ausgebildete Lehrkräfte. Ich muss mich über keine IGLU-Studie wundern, ich muss mich über nichts wundern, wenn ich mir anschau, an welchen Schulen wie viele nicht ausgebildete Lehrkräfte z. B. Deutsch und Mathe unterrichten. Bitte sorgen Sie dafür, dass zukünftig wenigstens genügend ausgebildete Lehrkräfte in die Schulen kommen. Das wollte ich einmal sehr deutlich gesagt haben.

Jetzt nenne ich Ihnen noch eine Zahl, die mich immer schwer beeindruckt: Wir haben in Baden-Württemberg mindestens eine Schule – vermutlich gibt es mehrere –, an der weniger als 50 % ausgebildete Lehrkräfte arbeiten. Tun Sie bitte etwas dagegen, indem Sie genügend Studienplätze schaffen. Das ist ein Thema des Wissenschaftsministeriums. Ich habe mit beiden Ministerien schon mehrfach Gespräche geführt. Sie schieben sich gegenseitig die Karte zu, wer denn diese Studienplätze beantragen muss. Tun Sie es bitte, damit sie endlich kommen.

Zweitens: Es klingt komisch, aber es ist so: Knapp ein Drittel bis knapp die Hälfte der Lehrkräfte im Schulbereich arbeitet bis zur Altersgrenze. Wenn Sie die Altersermäßigung erhöhen würden, würden Sie dafür sorgen, dass mehr Lehrkräfte bis zum Ruhestand arbeiten können. Brandenburg macht es uns gerade vor. Dort hat man die Altersermäßigung ab 55 Jahren auf zehn Stunden erhöht. Kann das reiche Land Baden-Württemberg bitte an der Stelle zumindest auch einmal einen Versuch starten, Geld in die Hand nehmen und dafür sorgen, dass die Lehrkräfte möglichst bis zur Altersgrenze arbeiten? Im Endeffekt wird es billiger, weil das Land, wenn mehr Lehrkräfte im Beruf bleiben, weniger zahlen müsste. Das würde sich also lohnen. Haben Sie an der Stelle den Mut und versuchen Sie, das vielleicht in Gang zu bringen.

Ich habe die nicht ausgebildeten bzw. nicht qualifizierten Lehrkräfte bereits angesprochen. Für diese Lehrkräfte sollten in ausreichendem Maß Qualifizierungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Jetzt gibt es den neuen Direkteinstieg bzw. Seiteneinstieg. Wir haben im System aber schon ganz viele nicht ausgebildete Lehrkräfte, und auch die dürfen bei diesen Qualifizierungsmaßnahmen nicht vergessen werden. Sorgen Sie bitte dafür, dass auch diese Lehrkräfte Unterstützung bekommen.

Ich bleibe noch beim Schulbereich. Nach dem Referendariat werden unsere Lehrkräfte entlassen, die wir direkt nach den Sommerferien brauchen. Wir sind eines der Bundesländer mit dem spätesten Sommerferienbeginn. Die Gefahr ist nicht ganz gering, dass nicht alle in Baden-Württemberg bleiben. Bitte schauen Sie auch an dieser Stelle

– 98 –

noch einmal, ob Sie nicht doch das Geld im Haushalt lockermachen können, damit die in Baden-Württemberg ausgebildeten Referendarinnen und Referendare auch in den Schulen Baden-Württembergs eingesetzt werden können. Wir brauchen sie höchst dringend.

Frau Staab, Sie haben eine Frage zur Benachteiligung gestellt. Wir sehen in Hamburg, dass es funktioniert und dass man Benachteiligungen ausgleichen kann. Wenn an Schulen viele Schülerinnen und Schüler mit großer Benachteiligung unterrichtet werden und wenn diesen Schulen mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, sind die Ergebnisse in den Leistungstests nachher besser. Das heißt, es lohnt sich. Das sollte nicht nach dem Gießkannenprinzip erfolgen, sondern man sollte schauen, welche Schulen viele Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedarfen bzw. mit besonderen Lebenslagen haben. Ich habe vorhin einige Beispiele genannt. Es wird sich lohnen, dort Geld hineinzustecken.

Irgendjemand hat dazu auch eine Frage gestellt, die ich in diesem Zusammenhang gleich mit beantworte. Nein, es reicht uns nicht, dass dazu gerade ein Pilotversuch gestartet wird. Hamburg macht es seit Jahren, und es ist kein Zufall, dass Hamburg bei den Vergleichsstudien bessere Ergebnisse erzielt hat. Bitte verlegen Sie die Implementierung für alle Schulen nicht in die nächste Legislaturperiode, wer auch immer das dann beschließen mag, sondern sorgen Sie bitte dafür, dass das schon in dieser Legislaturperiode verstetigt wird und dass klar wird: Es ist kein Pilotversuch. Wir brauchen es flächendeckend für Baden-Württemberg.

Wie schaffen wir es angesichts des bestehenden Lehrkräftemangels, dass die Aufgaben abgearbeitet werden, die nicht lehrkräftebasiert sind? Ich habe in meinem Vortrag schon einiges dazu gesagt. Das eine sind natürlich die Verwaltungsassistenzen, von denen glückliche Schulen je nach Schulträger schon viele haben, während andere eher weniger haben. Wenn es berufliche Schulen sind, haben sie vielleicht etwas. Wir brauchen das aber flächendeckend. Ich würde Sie bitten, im Zusammenhang mit dem im Koalitionsvertrag formulierten Stichwort „Schulträgerschaft im 21. Jahrhundert“ auch mit den kommunalen Spitzenvertretungen in die Diskussion einzutreten. Sie können sicher sein: Ich spreche auch mit den kommunalen Spitzenvertretungen. Die hören es also auch von mir. Es ist notwendig, und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie da irgendwie – ebenso wie bei der Digitalisierung – endlich tätig werden würden, weil es die Schulen wirklich brauchen. Das Gleiche gilt für das Thema IT-Hausmeister.

Herr Fulst-Blei, Sie fragten, wie viel Prozent die Schulen brauchen. Die 110 %, die mein Kollege genannt hat, kann ich deutlich unterstützen. Ich habe vorhin die Vertretungsreserve angesprochen, die deutlich unterbesetzt ist. Meiner Meinung nach haben wir ungefähr 7 000 Lehrkräfte – die Kultusministerin hat neulich sogar von 9 000 gesprochen –, die langzeitausgefallen sind. Wenn die Zahl 9 000 stimmt, dann brauchen wir 9 000 Menschen in der Vertretungsreserve, damit die Vertretungsreserve nicht schon direkt am Anfang des Schuljahrs aufgebraucht ist und für den Fall, dass jemand schwanger wird oder eine schwere Krankheit hat – was man niemandem wünscht –,

– 99 –

leider keine Lehrkraft mehr zur Verfügung steht. Bitte sorgen Sie dafür, dass die Vertretungsreserve so ausgestattet ist, dass dadurch auch der Ausfall langzeiterkrankter Lehrkräfte aufgefangen werden kann.

Sie haben nach Beratungsleistungen für Lehrkräfte in Bezug auf die Schulpsychologie gefragt. Es gibt solche Beratungsleistungen. Einerseits gibt es Supervision, andererseits gibt es auch die Möglichkeit, dass sich Lehrkräfte schulpsychologisch beraten lassen können. Wie ich vorhin erwähnt habe, ist die Schulpsychologie allerdings unterbesetzt. Die Schulpsychologie kann nur so viel leisten, wie es die Besetzung hergibt, und da braucht es deutlich mehr.

Die Frage zu den multiprofessionellen Teams habe ich bereits beantwortet.

Die Freistellung für Hauptschul- und Werkrealschullehrkräfte für Sonderpädagogik, die am Aufbaulehrgang teilnehmen, ist nicht ausreichend. Deswegen machen es so wenige. Wenn es ausreichen würde, wären die Lehrgänge voll besetzt. Es ist aber eine deutliche Unterbesetzung der Lehrgänge festzustellen. Das heißt, es bedarf einer deutlich höheren Freistellung, um Lehrkräfte für den Bereich Sonderpädagogik zu gewinnen. Ich habe vorhin die dramatischen Zahlen genannt.

Ich bin erst vor zweieinhalb Jahren Landesvorsitzende geworden und war vorher Kommunalpolitikerin. Mir war nicht klar, dass der Landeshaushalt 15 % Unterdeckung im Bereich Sonderpädagogik hat. Das halte ich für einen Skandal, um es ganz deutlich zu sagen. Ich finde, Sie sollten beim nächsten Haushalt an dieser Stelle etwas ändern. Es kann nicht sein, dass das Bildungsrecht der Kinder bzw. Jugendliche mit Behinderungen nicht umgesetzt wird, weil man sich leider – und jetzt werde ich böse – darauf verlassen kann, dass die Eltern es nicht leisten können, so zu protestieren, dass Sie daran etwas ändern. Deswegen appelliere ich sehr an Sie, diesbezüglich bitte etwas zu tun.

Herr Reith, Sie haben gefragt, welches derzeit die größte Herausforderung ist. Das ist eindeutig der Fachkräftemangel. Wegen des Fachkräftemangels ist es nicht möglich, so individuell mit den Kindern und Jugendlichen in Kontakt zu stehen, wie es eigentlich notwendig wäre. Dazu folgendes Beispiel aus der Praxis: Sie werden in der Grundschule wenig Unterrichtsausfall sehen, wenn Sie sich die Statistiken anschauen. Wenn eine Lehrkraft ausfällt, werden die Kinder in der Grundschule häufig entweder auf andere Klassen verteilt oder werden Klassen gemeinsam unterrichtet. Das gilt übrigens auch für die Sekundarstufe.

Erstens ist das absolut kein Vergnügen für die Lehrkraft. Sie kann ihre Unterrichtsvorbereitung eigentlich direkt in die Tonne treten, weil die Konstellation jetzt leider eine völlig andere ist. Andererseits ist es für die Kinder definitiv nicht das, worauf sie eigentlich ein Recht haben. Sie bekommen in dem Moment keinen qualifizierten Unterricht, weil dann irgendwie alles jongliert werden muss. Wenn zwei Klassen gleichzeitig zu

– 100 –

unterrichten sind, die gern auch – je nach Schulart – nicht unbedingt direkt nebeneinander liegen, kann ich Ihnen sagen, dass es kein Vergnügen ist, je nachdem, ob die Schüler besonders pflegeleicht sind und brav am Platz sitzen bleiben oder ob man Gefahr läuft, dass im Klassenzimmer etwas passiert, wenn man gerade nicht da ist. Es ist also kein Vergnügen, und es ist eigentlich für keinen der Beteiligten zumutbar.

Wie ich vorhin bereits gesagt habe, nehmen die Multiproblemlagen zu. Wir haben den Klimawandel und den Krieg in der Ukraine, der die Kinder und Jugendlichen beschäftigt. Lehrkräfte werden in der Schule permanent damit konfrontiert, dass Kinder kommen und Fragen zu Themen stellen, die sie wahnsinnig beschäftigen und wodurch sie zum Teil auch wirklich retraumatisiert werden. Wir haben heute Vormittag viel über Fluchterfahrung gehört. Auch damit müssen die Lehrkräfte umgehen. Und wenn sie dann noch jonglieren müssen, weil zu wenig Lehrkräfte da sind, dann kann man die Kinder und die Jugendlichen nicht mehr erreichen. Darin sehe ich die größte Gefahr.

Damit komme ich zur Schulpsychologie. Als die Frage gestellt wurde, habe ich genickt. Ja, es gibt genügend Psychologinnen und Psychologen auf dem Markt. Das ist etwas, was mich fassungslos macht. Ich kann meinen Ärger an manchen Stellen nicht ganz verbergen. Ich bin da superärgerlich. Im letzten Sommer gab es eine Anfrage von Kolleginnen und Kollegen von Ihnen hier im Haus nach der Besetzung der Stellen, und dabei stellte sich heraus, dass ein Drittel der Stellen nicht besetzt war, und zwar nicht, weil nicht genügend Schulpsychologen auf dem Markt sind, sondern weil es einen Engpass bei der Besetzung innerhalb der Verwaltung gab. Wenn Sie dort also eine Person mehr hinsetzen, dann gelingt es, die Stellen zu besetzen, und dann können Sie auch die 100 zusätzlichen Stellen beschließen. Die können dann auch besetzt werden, weil es genügend Schulpsychologen auf dem Markt gibt. Das setzt allerdings voraus, dass die Stellen nicht nur auf ein oder zwei Jahre befristet ausgeschrieben werden.

Wie lassen sich Krisenmanagement und Alltagslernen in die Schule integrieren? Natürlich braucht es auch dafür genügend Fachkräfte. Wenn ich über Krisenmanagement oder über den Umgang mit Krisen und Belastungen sprechen möchte, brauche ich eine ruhige Umgebung im Klassenzimmer, einen vertrauten Rahmen, damit sich die Schülerinnen und Schüler öffnen können und es auch wirklich reflektiert werden kann. Das kann nicht funktionieren, wenn man zwischen zwei Klassen hin- und herspringt oder wenn fünf zusätzliche Schülerinnen und Schüler aus anderen Klassen mit in der Klasse sitzen. Schaffen Sie also bitte die nötigen Rahmenbedingungen dafür, dass sich die Lehrkräfte auf das konzentrieren können, was sie können. Sie können unterrichten, sie können das mit dem Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen. Dann kann so etwas auch deutlich besser transportiert werden, und das wird den Kindern und Jugendlichen dann auch deutlich zugutekommen.

Sie fragten nach Strategien für den Umgang mit individuellen Krisen. Auch da ist noch einmal die Schulpsychologie zu nennen. Wie schon gesagt wurde, gibt es dafür eine

– 101 –

Hotline, die im Falle von Amokdrohungen oder bei sonstigen Ereignissen zur Verfügung steht. Das funktioniert allerdings vonseiten der Schulpsychologie nur, wenn andere Termine abgesagt werden. Auch dafür bräuchte es eine bessere personelle Ausstattung, damit Menschen, die gerade dringend auf ihre Termine warten, nicht wieder hinten herunterfallen, weil irgendwo eine akute Krise ist. Auf dem freien Markt steht noch genügend Personal zur Verfügung. Wir wissen alle, dass uns der demografische Wandel ganz schön schnell überrollt. Schaffen Sie also bitte jetzt die Stellen, solange es noch genügend Personal gibt, mit denen diese Stellen besetzt werden können.

Dann wurde noch eine Frage zu Integration, Inklusion, Digitalisierung usw. gestellt. Auch dort spielt der Fachkräftemangel wieder mit hinein, der zu Unterrichtsausfall oder zum Einsatz von nicht ausgebildeten Lehrkräften in den Klassenzimmern führt. Ich habe vorhin bereits gesagt, dass es notwendig ist, nicht ausgebildete Lehrkräfte zu begleiten und zu qualifizieren. Wir haben tolle Menschen, die als nicht ausgebildete Lehrkräfte in den Klassenzimmern sind und die sich zum Teil schon über Jahre bewährt haben. Wenn Sie die halten können und auch halten wollen, dann wäre das wunderbar. Aber sie brauchen wirklich Qualifizierung für ihre Tätigkeit.

Sie hatten noch danach gefragt, ob für neue Themenfelder mehr Ressourcen notwendig sind. Wie Sie den Vorträgen von Herrn Lederle und mir entnehmen konnten, hat sich Schule in den letzten zehn, 15, 20 Jahren sehr verändert. Jemand, der vor 20 oder mehr Jahren das letzte Mal im Klassenzimmer stand, hat keinen blassen Schimmer davon, wie Schule heute ist. Ich stand vor zweieinhalb Jahren das letzte Mal im Klassenzimmer und weiß, dass sich die Welt seitdem extrem weitergedreht hat. Die Schulen haben sich verändert. Es kamen viele neue Aufgaben dazu, und die kamen alle on top, ohne dass an anderer Stelle Aufgaben abgebaut wurden. Das kann nicht funktionieren. Wenn wir wollen, dass bei irgendwelchen Tests oder Vergleichsarbeiten gute Ergebnisse herauskommen, dann müssen wir die Schulen so ausstatten, dass sie es leisten können. Der GEW geht es nicht nur um Vergleichsarbeiten, sondern wirklich auch um die Begleitung der Kinder und der Jugendlichen in ihren verschiedenen Lebenslagen. Man muss dafür sorgen, dass die Lehrkräfte und alle, die in der Schule sind, auch die nötige Zeit und das erforderliche Potenzial dafür haben, um das zu tun. Das funktioniert nicht in totaler Hektik.

Danke.

Sv. Herr Gürbüz: Zunächst einmal möchte ich Ihnen für Ihre Fragen, die Sie an mich gerichtet haben, danken.

Ich beginne mit den Fragen von Herrn Köhler. Ja, in der Tat muss die Kreisebene gestärkt werden. Wir sehen, dass Baden-Württemberg da leider noch nicht so gut ausgestattet oder aufgestellt ist wie andere Bundesländer. Wenn wir uns beispielsweise die Schülervertretungsebene anschauen, haben wir in der Schule die SMV, also die Schülerinnen und Schüler, die Klassensprecher, die gern mitmachen würden. Allerdings ist dann der zweite Schritt praktisch schon der Landesschülerbeirat, sodass man

– 102 –

praktisch weit von der Basis entfernt ist. Das ist aus unserer Sicht ein Problem, das wir auch bereits analysiert haben. Aber dafür sind die Strukturen vor Ort meistens nicht gegeben. In anderen Bundesländern gibt es beispielsweise Kreis- oder Stadtschülerräte. Es gibt in Baden-Württemberg das Konstanzer Schülerparlament oder auch das Karlsruher Schülerparlament, wo sich Schülerinnen und Schüler vor Ort organisiert haben, auch mit Unterstützung der Städte, die maßgeblich dafür gesorgt haben, dass solche Strukturen aufgebaut werden können.

Sie hatten Klassenräte an den Grundschulen angesprochen. Ja, sehr gern. Je früher wir damit anfangen, umso besser und umso mehr Sensibilisierungsmaßnahmen können wir vor Ort in den Grundschulen durchführen. Ob es schon gleich in der ersten Klasse sein muss, kann man sich überlegen. Gern auch erst ab der zweiten Klasse, damit die Schülerinnen und Schüler zunächst einmal die Möglichkeit haben, in das System Schule hineinzukommen. Sicherlich wäre es von Vorteil, wenn es Empfehlungen zur Gründung von Stadtschülerräten oder von Jugendgemeinderäten vor Ort geben würde, wie man es ausgestalten könnte, vielleicht aber auch konkrete Anleitungsmöglichkeiten, wie ich beispielsweise einen Jugendgemeinderat in meiner Stadt, in meiner Gemeinde bzw. in meinem Kreis organisieren kann.

Ich fahre mit der Frage von Frau Staab zur politischen Beteiligung bzw. Bildung vor Ort fort. Ich glaube, das ist vor allem eine Frage der Motivation. Ich habe es immer so wahrgenommen: Wenn ich mich für die SMV oder im Schulleben für meine Mitschülerinnen und Mitschüler irgendwie engagiert habe, habe ich, wenn ich dann ins Klassenzimmer zurückgekommen bin, negative Erfahrungen in der Weise gemacht, dass es dann hieß, ich komme fünf Minuten zu spät zum Unterricht. Das hat sich enorm auf meine Motivation ausgewirkt. Wenn dann im Klassenbuch stand, ich sei verspätet in den Unterricht gekommen, habe ich mir die Frage gestellt, warum ich es eigentlich mache, wenn es für mich negative Konsequenzen hat. Natürlich stellt sich auch die Frage, ob es sich negativ auf meine mündliche Note auswirkt, wenn ich öfter mal den Unterricht störe, weil ich später komme, was natürlich nicht der Fall sein sollte.

Man sollte für die Arbeit in der SMV also weder bevorzugt noch benachteiligt werden, wenn man sich dort engagiert. Leider wird es von vielen Schülerinnen und Schülern so wahrgenommen, dass es negativ ist, wenn man sich zusätzlich engagiert, weil man dann auch Unterrichtsstoff verpasst oder von manchen Lehrkräften für das Zuspätkommen getadelt wird. Manche Lehrkräfte unterstützen das voll und ganz und haben damit kein Problem. Die Motivation, sich in diesem Bereich zu engagieren, könnte gesteigert werden, wenn Lehrkräfte kein Problem damit haben, dass man einmal zu spät zum Unterricht kommt, anstatt es negativ mit einem Spruch zu kommentieren oder einen Eintrag ins Klassenbuch zu machen.

Wie werden wir in der Schulkonferenz wahrgenommen? Es ist schon mal gut, dass die Schulkonferenz paritätisch besetzt ist, dass die Schülerinnen und Schüler also ebenso wie die anderen Vertreter ein Stimmrecht haben. Man muss aber auch ganz klar sagen, dass es auch immer von der Schulleitung abhängt, wie sehr die Schulleitung das

– 103 –

also unterstützt und wie offen sie für Ideen ist. Ich muss Ihnen jetzt wahrscheinlich nicht sagen, dass das von Schule zu Schule bzw. von Schularart zu Schularart immer unterschiedlich ist. Es wäre schön, wenn sich die Schulleitungen offen für Ideen zeigten oder einen regelmäßigen Turnus für Treffen von Schülersprechern beispielsweise mit der Rektorin oder mit dem Schulleitungsteam entwickelten, damit man da in eine bestimmte Routine hineinkommt.

Während der Coronazeit wurden wir einmal zu einer Schulleitungssitzung eingeladen. Da ging es konkret darum, wie die Maßnahmen, die von oben verordnet wurden, umgesetzt werden können. Dabei wurden auch die Belange der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt. Das habe ich als unglaublich positiv wahrgenommen. Ich habe mich sicher gefühlt, ich habe mich wahrgenommen gefühlt, und wir konnten das dann vonseiten der SMV in die Klassen durch entsprechende Kommunikationstools hineintragen. Beispielsweise haben wir Whatsapp genutzt, um sofort alle Schülerinnen und Schüler der Klassen zu erreichen.

Damit komme ich zur Frage in Bezug auf die Lehrkräfteversorgung. Da würde ich mich der Zahl anschließen: 100 % sind definitiv nicht genug. Das wissen wir. Wenn Lehrkräfte ausfallen, darf es eben nicht dazu kommen – das ist auch eine große Angst von Schülerinnen und Schülern –, dass Unterrichtsstoff verpasst wird, weil man nach Hause geschickt wird oder eine Freistunde und somit nicht die Möglichkeit hat, etwas zu lernen. Das heißt, es muss sichergestellt werden, dass für den Fall, dass eine Lehrkraft ausfällt, eine Vertretungslehrkraft zur Verfügung steht, die die Aufgaben vor Ort übernimmt und im besten Fall natürlich auch vorbereitet ist. Uns ist die Situation vor Ort an den Schulen bekannt: dass sich die Lehrkräfte nicht immer entsprechend vorbereiten können. Das ist aus Schülersicht durchaus verständlich. Es sollte jedoch nicht dazu kommen, dass Schülerinnen und Schüler beispielsweise in einer Doppelstunde, in der die Lehrkraft nicht anwesend ist, gar nichts tun. Gern können diese Stunden dann beispielsweise auch auf andere Lehrkräfte übertragen werden, wenn diese gerade frei sind, und dass man beispielsweise aus zwei Stunden Mathe, die ausgefallen sind, zwei Stunden Biologie macht, wenn die Lehrkraft Zeit hat, um die Zeit zielorientiert und effektiv zu nutzen. Daher wäre es sehr gut, wenn entsprechend ausreichend Lehrkräfte vorhanden wären.

Wenn es in Richtung Abschlussprüfung geht, haben die Schüler die große Sorge, ob sie wirklich den ganzen Stoff mitgenommen haben und ob man alles weiß. Diese Unsicherheit bestand vor allem während der Coronapandemie. Diese Unsicherheit gibt es jetzt aber immer noch, und zwar nicht bedingt durch Corona, sondern vor allem durch den ganzen Stress, dem Schülerinnen und Schüler ausgesetzt wurden, und vor allem durch den zeitlichen Druck, der von manchen Lehrkräften dadurch erzeugt wurde, dass sie schneller mit der Lehrplaneinheit durchkommen wollen, um noch weiterzukommen. Das bedeutet, dass die Schule wenig Raum und Zeit lässt, um sich noch einmal reflektierter mit den Themen zu befassen.

– 104 –

Herr Fulst-Blei hatte eine Frage zu den Schulpsychologen gestellt. Aus unserer Sicht sind nicht ausreichend Schulpsychologen an den Schulen vorhanden. Manche Schulpsychologen sind nur an einem Tag pro Woche vor Ort an der Schule oder bedienen mehrere Schulen, sodass es nur bestimmte Zeitintervalle gibt, in denen sie vor Ort in ihren Büros zur Verfügung stehen. Das führt dazu, dass Termine meistens wochenlang im Voraus vereinbart werden müssen. Daher sollten auf jeden Fall mehr Stellen zur Verfügung gestellt werden.

Wir brauchen allerdings nicht nur Schulpsychologen, sondern auch Schulsozialarbeiter. Wir beobachten, dass viele Schulsozialarbeiter mehrere Schulen bedienen, was natürlich dazu führt, dass Schülerinnen und Schüler, wenn sie ein Anliegen haben, nicht direkt einen Ansprechpartner haben, sondern erst einmal warten müssen. Das ist ein Problem, denn das Warten verschlimmert die Situation meistens noch. Wenn ich als Schüler lange auf die Lösung meines Problems warten muss und niemanden habe, mit dem ich darüber sprechen kann, verschärft sich das Problem im schlimmsten Fall noch.

Es wurde gefragt, ob die ergriffenen Maßnahmen ausreichend sind, um coronabedingte Lernrückstände aufzuholen. Das Programm „Lernen mit Rückenwind“ wird aus unserer Sicht zu sehr gelobt. Es gibt viele bürokratische Hürden. Auch hier wäre ein Bürokratieabbau vor allem für Schulleitungen wünschenswert. Die Umsetzung dieses Programms war aus unserer Sicht leider nicht optimal. Dennoch sind wir der Meinung, dass sehr gute Maßnahmen ergriffen wurden. Allerdings hätte es mehr Verbindlichkeit geben müssen, was dort genau gemacht werden soll. Auf jeden Fall hat dieses Programm schon einmal einen guten Beitrag dazu geleistet, um bestehende Lernrückstände aufzuholen.

Ein weiterer Aspekt ist natürlich, dass gerade bei Prüfungen ein Plus an Zeit gegeben wurde oder dass manche Lehrplaninhalte herausgefallen sind. Das hat zwar nicht dazu beigetragen, dass das nicht Gelernte aufgeholt wird, aber es hat den Schülerinnen und Schülern eine gewisse Sicherheit gegeben, dass sie keine Angst haben müssen, einen Nachteil bei den Prüfungen zu haben.

Ich hatte mich dafür ausgesprochen, die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer auszuweiten. Was sollte im Gegenzug aus dem Bildungsplan herausfallen? Vielleicht haben Sie die Debatte darüber mitbekommen, was vor allem der Landesschülerbeirat dazu anrät. Er hat sich dafür ausgesprochen, das Gesamtstundenkontingent von Religion auf eine Stunde zu reduzieren, um entsprechend mehr Platz für andere Fächer zu schaffen. Die Breite des Lehrplans führt dazu, dass im Unterricht sehr viel Stoff in sehr kurzer Zeit behandelt wird. Manche Themen sollten vertieft behandelt werden. Die Reduzierung des Gesamtstundenkontingents von Religion würde mehr Zeit und Raum für neue Fächer bzw. für die Ausweitung beispielsweise von Geschichts- und Gemeinschaftskundeunterricht schaffen. Ob Religion an der Stelle das beste Fach für eine Reduzierung ist, sei dahingestellt. Allerdings ist es im Gesamtstundenkontingent

– 105 –

so, dass Religion im Vergleich zu anderen Fächern weitaus überwiegt. Deswegen lautet unsere Empfehlung, an dieser Stelle zu kürzen.

Gleiches gilt auch für die Naturwissenschaften. Es bedarf einer Gleichstellung der gesellschaftswissenschaftlichen und der naturwissenschaftlichen Fächer. An dieser Stelle sollte es bei der Wahl der Prüfungsmöglichkeiten beispielsweise so sein, dass man sich nicht entscheiden muss, ob man weniger gesellschaftswissenschaftliche Fächer nehmen darf als naturwissenschaftliche, sondern da sollte einfach die Freiheit herrschen, jedes Fach in jeder Kombination wählen zu können.

Auch hier ist es uns ganz wichtig, dass die Lernrückstände weiterhin aufgeholt werden, um die Ergebnisse, die wir beispielsweise in den IQB-Bildungstrends erzielt haben, zu verbessern. Dabei ist vor allem der MINT-Bereich essenziell, der auf keinen Fall zu kurz kommen darf. Gerade im mathematischen Bereich gibt es noch enormes Potenzial nach oben. Dieser Bereich darf dabei natürlich nicht hinten herunterfallen, wenn wir an anderer Stelle kürzen müssen.

Es ging noch darum, um Social Media Fluch oder Segen ist. Ich glaube, es braucht einen reflektierten Umgang damit, und zwar gerade im Bereich Instagram. Viele Schulen nutzen beispielsweise Instagram, um sich zu vernetzen und um Einblicke in das Schulleben vor Ort zu geben. Das ist vor allem für Schülerinnen und Schüler interessant, wenn sie in eine neue Schule kommen: Was macht die Schule denn aus? Werde ich da willkommen geheißen? Wie sieht der Hintergrund aus?

Ich glaube, wir können Social Media, die sozialen Netzwerke – im Speziellen Instagram – sehr gut dafür nutzen, um in Krisensituationen besser zu informieren. Gerade während der Coronapandemie wurden über diese Kanäle z. B. Informationen gestreut, und da folgen eben nicht nur Schülerinnen und Schüler der Schule, sondern auch Lehrkräfte. Auch Eltern können wir in diese Netzwerke einbinden. Beispielsweise verbreiten auch der Landesschülerbeirat oder andere Institutionen dort Informationen, Angebote etc., die auch dazu beitragen können, krisenfester und resilienter zu werden.

Einen Vorteil bietet auch die einfache Vernetzung auf Social Media. Allerdings bereitet mir beispielsweise Tiktok große Sorgen. Wir sehen, welche Personen sich dort herumtreiben und welche Inhalte dort geteilt werden. Da wäre es natürlich optimal, wenn es Strategien beispielsweise von Institutionen gäbe, um dort explizit über Fake News aufzuklären. Es gibt die Kampagne „Bitte was?!“, die bereits ihre Reichweite auf Instagram dafür nutzt, um gegen Fake und Hass vorzugehen und um aufzuklären. So etwas sollte es auch bei Tiktok geben, um dort beispielsweise Vorurteilen bzw. Falschinformationen entgegenzuwirken.

Ich finde es manchmal sehr erschreckend, was ich da tatsächlich auf Tiktok sehe, beispielsweise über Corona, aber auch zur Demokratiegefährdung etc. Es ist wirklich sehr erschreckend. Das möchte ich niemandem zutrauen, zumal selbst ich als mündiger Bürger nicht immer unterscheiden kann, ob das jetzt real oder Fake war. Angesichts

– 106 –

der Tatsache, dass diese Plattform viele junge Nutzer hat, stellt es eine noch größere Herausforderung dar, gerade auch in diesem Bereich Aufklärung zu betreiben. Gerade in Krisenzeiten kann es passieren, dass dort Konflikte geschürt werden, die sich so schnell hochschaukeln, dass wir mit der Aufklärung nicht mehr hinterherkommen.

Bildung und Aufklärung war eines der ersten Themen, das ich genannt habe. Das ist aus unserer Sicht essenziell, um gegen Fake News und um gegen Fehlinformationen vorzugehen. Wir müssen aber auch alle in der Gesellschaft mitnehmen, um in diesem Bereich besser aufzuklären: sowohl die Schülerinnen und Schüler sowie die Jugendlichen als vor allem auch die Eltern.

Dann wurde noch die Frage nach der größten Krise gestellt. Mir fallen zehn große Krisen ein. Ich würde es in diesem Rahmen nicht explizit auf eine beschränken wollen. Was ich allerdings mitbekommen habe und was auch bisschen meine Erfahrungen widerspiegelt, ist die Angst, dass Prüfungen nicht bestanden werden können, die Angst, dass man in dem System nicht mehr mitkommt, dass es viel zu schnell geht, dass gerade die mentale Gesundheit bei vielen Schülern bei dem Ganzen, was auf sie zukommt, einfach hinten herunterfällt. Wir sind eine Gesellschaft, die sich immer weiterentwickelt. Auf uns kommen immer mehr Aufgaben zu – allein wenn man sich einmal die unzähligen Berufe anschaut, die man heute wählen kann. Da verliert man natürlich den Überblick. Man kann auch nicht über alles den Überblick wahren. Daher die Anregung, dass man vor allem den Lehrkräftemangel schnellstmöglich in Angriff nimmt; denn wenn nicht genügend Lehrer da sind, leidet dementsprechend auch die Bildung. Deswegen sollte da entsprechend agiert werden.

Dann ging es noch um die Frage: Was wäre neu? Beispielsweise die Änderung der Prüfungskultur. Änderungen der Prüfungskultur bedingen auch immer Änderungen der Lernkultur. Insbesondere über ChatGPT haben wir tolle Möglichkeiten, die wir mit einbinden können, natürlich reflektiert und überprüft. Aber wenn wir die Prüfungskultur entsprechend ändern, schaffen wir es auch, dass sich Schüler wirklich mehr mit Themen beschäftigen und weniger einfach nur auswendig lernen, wenn sie wissen, dass sie dieses Wissen nach dem entsprechenden Test nicht mehr brauchen. Da sehen wir die Zukunft in projektorientiertem bzw. projektbasierten Lernen.

Wie man die Lebenslertage integrieren kann, ist eine gute Frage. Schule muss den Raum dafür schaffen. Zu diesem Zweck sollten wir bestimmte Inhalte aus dem Unterricht herauskürzen. Leider habe ich es nicht so wahrgenommen, dass die Lebenslertage, wie ich es genannt habe, oder die Projektstage an Schulen vermehrt angeboten werden, und wenn, dann nur an den Schulen, die ohnehin schon sehr gut mit dabei sind. Bei dieser Gelegenheit spreche ich den Lehrkräften und den engagierten Personen vor Ort an den Schulen dafür großes Lob aus.

In der Tat stimmt sich der Landesjugendbeirat mit dem Dachverband der Jugendgemeinderäte und auch mit den Personen vor Ort ab. Das ist uns ein großes Anliegen.

– 107 –

Diese Frage stellt sich aktuell immer dann, wenn beispielsweise von den Medien Anfragen kommen, wer denn der Landesjugendsprecher ist. Der Landesschülerbeirat konzentriert sich vornehmlich auf Schülerinnen und Schüler, aber uns ist es natürlich auch ein Anliegen, gerade solche Anfragen nicht einfach hinten herunterfallen zu lassen, weil sonst eben niemand zur Verfügung steht. Aber auch hier gilt: Der Landesschülerbeirat muss durch Wahlen und durch entsprechende Prozesse demokratisch legitimiert werden, damit die Möglichkeit besteht, auf solche Anfragen zu reagieren, gerade wenn es um Fragen zu größeren Themen geht.

Ich komme zu meinem letzten Punkt, und zwar zur Kernaufgabe der Schule. Aus meiner Sicht sollte die Schule auf das Leben vorbereiten und uns zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern erziehen. Das ist ihre Kernaufgabe.

Was die Frage zu der Kernarbeit der Schule bzw. danach, welche Aufgabe die Schule hat, betrifft, weiß ich leider nicht, was Sie damit meinen. Aus meiner Sicht brauchen wir aber gerade diese Themen weiterhin in der Schule. Das muss noch ausgeweitet werden, um Krisen entgegenwirken zu können. Da muss sich die Schule in der Art transformieren, dass diese Themen, die wir im Alltag haben und die auf uns zukommen, auch in der Schule zur Sprache gebracht werden, damit wir breit und sicher aufgestellt sind, um Krisen entgegenzuwirken. Dazu reicht es nun einmal leider nicht aus, nur mathematische Kenntnisse zu haben oder die Vektorgeometrie zu beherrschen, sondern dafür braucht es wirklich Lebensrealität in der Schule.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen für Fragen. Daher danke ich Ihnen, Frau Stein, Herr Lederle, Herr Gürbüz, für Ihre Stellungnahmen und dafür, dass Sie uns Rede und Antwort gestanden haben. Das trägt sicherlich dazu bei, unsere Handlungsempfehlungen für ein krisenfestes Baden-Württemberg noch besser und runder zu machen. Lassen Sie sich durchaus überraschen. Sie dürfen auch im Fortgang noch die eine oder andere Eingabe an uns machen. Wir stehen dem offen gegenüber. Deswegen haben wir Sie auch eingeladen. Sie dürfen gern noch dableiben, falls Sie der nächste Punkt interessiert.

Jetzt kommt Herr Professor Dr. Leo Latasch, Leiter des Projekts „Resilienz durch Helfergemeinschaft zur Bewältigung von Krisen und Katastrophen“, RESIBES, vom Deutschen Roten Kreuz Frankfurt am Main. Er ist uns digital zugeschaltet, und Sie haben 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dr. Latasch: RESIBES war ein Projekt, das bis Ende 2018 lief und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wurde. Es war ein größeres Projekt, das erhebliche Gelder verschlungen hat.

– 108 –

Ich möchte Ihnen zunächst kurz zeigen, welches die Projektpartner waren: die Uni Freiburg mit dem Fachbereich Soziologie, die Firma Atos, die Universität Paderborn, C-LAB und die Firma mainis. Wir hatten einen Wissenschaftlichen Beirat, in dem im Grunde genommen alle verfügbaren Hilfsorganisationen, die sich auf dem Markt befinden, sowie das Technische Hilfswerk vertreten waren.

Manche Leute können mit dem Wort Resilienz sehr wenig anfangen. Auf diesem Chart sehen Sie eine Definition, die direkt aus Wikipedia stammt. Wie Sie sehen, geht es darum, Krisen oder Katastrophen ohne dauerhafte Beeinträchtigung zu bewältigen und durch Rückgriff auf persönliche und sozial vermittelte Ressourcen als Anlass für Entwicklungen zu nutzen.

Wir haben nicht akut nachverfolgt, was Corona an der Bereitschaft freiwilliger Helfer geändert hat. Bei Katastrophen wie Sturmschäden oder ähnlichen Ereignissen sehen Sie nach wie vor viele sogenannte freiwillige Helferinnen und Helfer. Das sind nicht Ehrenamtliche, sondern Freiwillige, die sich spontan zur Verfügung stellen, die bei der Stadt oder bei der Feuerwehr anrufen und sagen: „Ich habe ein paar Stunden Zeit. Kann ich kommen? Was kann ich machen?“ Freiwillige nutzen soziale Medien und Smartphones, um sich zu organisieren. Dazu werde ich Ihnen später noch etwas sagen.

Für uns als Einsatzleitung stellt das allerdings eine Herausforderung dar, weil das Ganze koordiniert werden muss. Die Freiwilligen sind nicht mit Ehrenamtlichen gleichzusetzen. Ehrenamtliche können Sie für Einsätze einteilen, während Freiwillige Ihnen z. B. sagen: „Nein, ich habe jetzt aber keine Lust, Sandsäcke zu füllen. Ich würde gern Essen austeilen.“ Das geht aber nicht, wenn Sie Personen einsetzen.

Das nächste Chart ist mit „Probleme?“ überschrieben. Wir haben versucht, zu analysieren: Wo kommen wir mit Freiwilligen in Probleme? Es gibt das Zivilschutzkonzept der Bundesregierung von 2016. Dort heißt es u. a., die freiwillige/ehrenamtliche Arbeit sei die Basis und der Rückhalt des Hilfskonzepts seitens des Zivilschutzkonzepts. Es gibt aber nach wie vor einen Mangel an ehrenamtlichen Helfern. Es gibt keinen Militärdienst mehr. Es gibt demografische Veränderungen. Job und Familie erfordern einfach mehr Flexibilität, sodass weniger Zeit übrig bleibt.

Dann heißt es natürlich immer wieder, es gebe keine Krise oder zumindest nicht bei uns – die ist immer beim Nachbarn oder woanders.

Ungebundene Helfer, also Bürger, organisieren sich spontan ohne Koordination.

Während der Krisen bzw. Katastrophen nutzen die freiwilligen Helfer soziale Medien sowie Apps.

– 109 –

Auf dem nächsten Chart sind die sogenannten Probleme – dafür war die Uni Freiburg zuständig –, die im Laufe der Untersuchungen mit Spontanhelfern identifiziert werden konnten, dargestellt.

Zum einen gab es Bedenken vonseiten der „Profis“: Spontane Helfer seien nicht zuverlässig – Stichwort Vertrauen –, sie verursachten mehr Arbeit als „Profis“, sie könnten wegen der nicht vorhandenen Ausbildung ein Sicherheitsrisiko sein, sie seien „Terra Inkognita“ und könnten darüber hinaus zur Konkurrenz von festen ehrenamtlichen Helfern werden.

Daher lautet die große Frage: Wer soll die Verantwortung für die Koordination von Spontanhelfern – eventuell über eine Koordinationsapp – übernehmen? Das ist auch eines der Probleme, die am Schluss kurz zu besprechen sein werden.

In RESIBES wird ein Helfernetzwerk aufgebaut, das im Falle einer Krise oder Katastrophe schnell aktiviert und koordiniert eingesetzt werden kann. Dazu ist es aber notwendig, dass sich entweder spontan oder schon vorab Personen irgendwo melden und sich grundsätzlich bereit erklären, im Bedarfsfall zu helfen. Wir müssen dann aber auch wissen, was die Leute können, also welche Qualifikationen sie haben. Deshalb haben wir in unserer Untersuchung auch zwischen sogenannten passiven und aktiven Helferinnen und Helfern unterschieden.

Ziel des Projekts war es, einerseits die Resilienz vor allem der Bevölkerung und der Rettungsorganisationen zu steigern, indem Vorsorgemaßnahmen bereits im Vorfeld und Verbesserungen hinsichtlich der Qualität und Zeit bei der Bewältigung von Krisen und Katastrophen herausgearbeitet werden. Zu diesem Zweck muss zum einen der Aufbau einer Helfergemeinschaft aus aktiven und passiven Helfern erfolgen. Man muss sich auch darüber im Klaren sein, wie der Einsatz der aktiven Helfer erfolgen soll und wie die Verteilung der Ressourcen erfolgen soll. Außerdem sollten eine Lageübersicht sowie eine Prognose zur Entscheidungsunterstützung erstellt werden, damit diejenigen, die koordinierend tätig sind, auch wissen, womit sie es überhaupt zu tun haben.

Die aktiven Helfer hinterlegen ein Profil mit ihren Qualifikationen – Sprachkenntnisse, Führerschein, medizinische Ausbildung etc. – sowie mit möglichen Hilfeleistungen und mit deren zeitlichem Umfang.

Passive Helfer melden materielle Ressourcen wie Übernachtungsmöglichkeiten in der Nähe oder Maschinen, die sie bedienen können oder die bei ihnen stehen und auf die die aktiven Helfer zugreifen können oder dass sie z. B. mit einem Auto zur Verfügung stehen, um Dinge zu transportieren.

Damit komme ich zum Einsatz der aktiven Helfer und zur Verteilung der Ressourcen. Mittels des Profils werden gezielte Anfragen für die Mithilfe in einem konkreten Einsatz

– 110 –

an die anbietende Helfergemeinschaft gestellt. Die Disposition und Verteilung der gesamten registrierten Ressourcen wird automatisiert. Es gibt keine Engpässe bei der Kommunikation mit den registrierten Helfern, da in diesem Projekt ein sogenanntes Ad-hoc-Netzwerk konstruiert wurde, über das Helfer untereinander in einer bestimmten Entfernung mithilfe ihres Handys kommunizieren können, ohne dass sie dafür ein Handynetzwerk brauchen. Das heißt, sollten die Netze ausfallen, wären wir mit diesem System trotzdem noch in der Lage, miteinander zu kommunizieren.

RESIBES sieht eine Lageübersicht sowie eine Prognose zur Entscheidungsunterstützung vor. Mit dieser Thematik hat sich überwiegend die Universität Paderborn befasst. Zum einen werden die Smartphones der Helfer als verteilte Sensorinstrumente genutzt. Die entsprechenden Daten können dann von den Rettungsorganisationen, die den hauptamtlichen Einsatz leisten, gezielt über eine Smartphoneapp angefordert oder proaktiv von den Helfern eingestellt werden. Dadurch ist ein frühzeitiges Erkennen von möglichen Eskalationen oder des Entstehens neuer Gefahrenschwerpunkte möglich. Die Resilienz in der Bevölkerung wird durch eine gezielte Auseinandersetzung mit einer Katastrophe gesteigert. Zudem erfolgt eine Steigerung der Resilienz der Verantwortlichen für KRITIS – vor einigen Jahren hat der Bund diesbezüglich bereits die „Nationale Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen“ erstellt – durch Verstärkung der Human Resources sowie eine Steigerung der Kommunikationsinfrastruktur und des schnellen Vorhandenseins eines Lagebilds.

Im Folgenden werde ich Ihnen kurz die Aufgaben der einzelnen Projektpartner darstellen:

Die Uni Freiburg sollte – und das war für uns zunächst das Wichtigste – die Motivationen von ungebundenen Helferinnen und Helfern ergründen, Zielgruppen und Hilfsleistungen identifizieren, Schadensszenarien erstellen sowie Table-Top-Übungen durchführen. Die Uni Freiburg hat insgesamt drei solcher Übungen durchgeführt.

Das Unternehmen mainis schreibt Programme und ist in der Nähe von Frankfurt angesiedelt. Wir haben mit diesem Unternehmen in Bezug auf den Rettungsdienst schon früher zusammengearbeitet. In diesem Fall war das Unternehmen mainis mit der Erstellung einer Webanwendung zur Ressourcenverwaltung und Einsatzplanunterstützung beauftragt.

Die Universität Paderborn kennt sich sehr gut mit Kommunikationsnetzen aus und war für das Thema „Robuste Kommunikation“ zuständig. Die Aufgabenstellung lautete, für den Fall eines Ausfalls von Kommunikationsnetzen eine Basiskommunikation im Schadensfall sicherzustellen.

Das C-LAB der Universität Paderborn war für den Lageüberblick, also für die Darstellung von Situationen, unter Auswertung positionsbezogener Daten wie beispielsweise blockierte Straßen, Sensorwerte und Infrastrukturgebiete zuständig.

– 111 –

Aufgabe des Unternehmens Atos, das ebenfalls Programme entwickelt, war es, technische Unterstützung bei den Aspekten langfristige Helfermotivation und Organisation von ungebundenen Helfern im Schadensfall zu leisten.

Im Folgenden werde ich Ihnen zeigen, wie das Programm RESIBES, das wir im Laufe der Zeit immer weiter fortentwickelt haben, aussieht.

Auf diesem Chart sehen Sie die Schaltflächen „Mehr Erfahrung“ und „Ich will helfen!“. Über Letztere kann man sich melden. Unten sehen Sie einige Musterbeispiele eingeblendet: „Bagger stürzt an Hang auf Arbeiter“ oder „Bildergalerie: Brand von dutzenden Rundballen beschäftigt Feuerwehren“. Das war ein Musterarbeitsprogramm, mit dem wir gearbeitet haben.

Auf dem nächsten Chart sehen Sie ein Anmeldeformular. Sie sehen unten das Feld „Ich möchte auch vor Ort helfen:“. Dort kann man z. B. auswählen: „Nein, erst mal nicht“. Das heißt, Sie haben sich erst einmal nur angemeldet. In dem Kästchen rechts wird erklärt, was leichte, mittelschwere bzw. schwere Tätigkeiten sind, sodass die – potenziellen – Helfer schon einmal eine Vorstellung davon haben, womit sie es eigentlich zu tun haben.

Nach erfolgreicher Anmeldung kommt die Rückmeldung „Du bist jetzt als Helfer registriert“. Damit erhält man einen Zugang und kann ein Passwort festlegen, sodass man jederzeit auf seinen Bereich zugreifen kann. Dann gibt es noch verschiedene Schaltflächen wie „Persönliche Daten“, „Ressourcen & Fähigkeiten“, „Community“, „Einstellungen“ und „Logout“. Unter dem Reiter „Community“ haben Sie dann noch die Rubrik „Meine Community“, in der die „Gruppen“, denen man beigetreten ist, aufgelistet sind.

Wir haben im Laufe der Zeit festgestellt, dass es nicht ausreicht, einfach nur eine App zu kreieren, weil Sie die Menschen damit nicht an sich binden können. Die Vorstellung war, dass die interessierten Helfer dieses Instrumentarium ebenso wie z. B. Facebook nutzen können, dass sie sich also nicht nur bei Großschadensereignissen anmelden, sondern auch ganz normal miteinander kommunizieren können, beispielsweise wie über SMS.

Hier sehen Sie die Schaltfläche „Ressourcen & Fähigkeiten“, die Teil der Anmeldung ist. Dort kann man beispielsweise besondere Qualifikationen, vorhandene Fahrzeuge oder auch vorhandenes technisches Gerät eintragen. Außerdem kann dort angegeben werden, wofür man ausgebildet ist.

Die Lenkung erfolgt im Prinzip über die Schaltfläche „Neues Ereignis anlegen“. Dort informiert man beispielsweise über die Einzelheiten zu einem Ereignis – z. B. Hochwasser in Offenbach –, die dann weitergegeben werden: Landkreis, Stadt, GPS-Position, Beschreibung des Ereignisses usw. Dazu wird dann auch gleich eine Karte eingeblendet, sodass man einen Überblick erhält. Dazu haben wir auf OpenStreetMap

– 112 –

zurückgegriffen. Auf dieser Karte kann man dann sehen, wer sich mit welchen Angaben eingetragen hat und wie weit entfernt sich die eingetragenen Helfer aufhalten, und dann kann man die zur Verfügung stehenden Helfer, wenn man sie auswählt, entsprechend benachrichtigen. Auf diese Weise gewinnt man einen Überblick über die zur Verfügung stehenden Helfer und über die vorhandenen Ressourcen und kann mit den Personen in Kontakt treten.

Wir hatten das Programm damals für Androidsmartphones und I-Phones entwickelt. Für I-Phones sind solche Programme relativ schwer zu entwickeln, weil Apple einem wirklich Steine in den Weg legt. Aber letztendlich ist es uns dann doch gelungen.

Auf diesem Chart sind die einzelnen Programmschritte für bereits registrierte Helfer dargestellt. Registrierte Helferinnen und Helfer können entscheiden, ob sie beispielsweise als Helfer bei einem „Schneechaos in Fritzlar“ zur Verfügung stehen, wenn ihnen die anfallenden Aufgaben bekannt sind. Wir sind in der Lage, über anonymisierte Daten zu prüfen, wer wo ist. Dafür stehen unsere Systeme zur Verfügung.

Im Krisenfall können durch dieses Programm gezielt Anfragen an das Helfernetzwerk gestellt werden. Über vorab definierte Kommunikations- und Kooperationsroutinen werden der Informationsaustausch, der koordinierte Einsatz von Freiwilligen sowie die Verteilung der zur Verfügung stehenden Ressourcen gewährleistet. Die Smartphones – diesbezüglich ist im Jahr 2018 eine Änderung erfolgt – der Helferinnen und Helfer können zudem als verteilte Sensorelemente zur Lagebilderstellung genutzt werden. Der Einsatzleitung und den beteiligten Katastrophenschutzorganisationen wird damit ein effektives Instrument zur besseren und schnelleren Bewältigung zukünftiger Krisen und Katastrophen zur Verfügung gestellt.

Warum habe ich auf diesem Chart explizit auf die Änderungen seit 2018 hingewiesen? Ich persönlich glaube, dass sich u. a. durch Covid extrem viel geändert hat, gerade was freiwillige Helfer und auch Ehrenamtliche angeht. Sie haben es heute eben nicht nur mit Facebook zu tun, sondern Sie haben es mit Tiktok – zu dem Inhalt will ich mich gar nicht weiter äußern –, Snapchat usw. zu tun. Wir glauben, dass gerade die Jüngeren nur durch absolutes Interesse dafür gewonnen werden können, sich an solchen Programmen zu beteiligen. Der SPIEGEL berichtete neulich über einen Hilferuf von einer Lehrerin: „Hilfe! Wir haben unsere Kinder an Tiktok verloren.“ Ich glaube, dass es heutzutage deutlich schwieriger sein wird, so etwas durchzusetzen, als es noch in den Jahren 2016 bis 2018 der Fall war. Man muss also neue Wege gehen bzw. sich noch einmal erneut damit auseinandersetzen.

Wir haben dem Bundesforschungsministerium die Ergebnisse des Projekts Ende 2018 übergeben und haben es im Rahmen des DRK zum Zwecke der Mitgliederverwaltung noch ein Jahr laufen lassen.

Damals haben wir übrigens ein juristisches Problem festgestellt, das wir bisher noch nicht lösen konnten: Wo ist ein solches Programm angesiedelt? Weil es ja auch um

– 113 –

Datenverwaltung ging, haben wir damals gesagt, dass ein solches Programm im Grunde genommen bei Behörden oder bei städtischen Institutionen installiert werden müsste. Wir halten nichts davon, es auf privaten Servern oder auf irgendwelchen nicht öffentlichen Servern laufen zu lassen, weil wir glauben, dass dann das Vertrauen der Menschen in dieses System nicht so groß wäre, wie es eigentlich sein sollte.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Latasch. – Dann fahren wir jetzt fort mit Frau Daumüller, der Geschäftsführerin des Landesfamilienrats Baden-Württemberg. Auch Sie haben 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Daumüller: Sehr geehrter Herr Vorsitzender Salomon, sehr geehrte Mitglieder der Kommission und alle, die zu dieser Stunde jetzt hier noch ausharren! Ich habe gerade überlegt, wie ich den Anschluss von Herrn Dr. Latasch zu meinem Thema hinbekomme, aber dann dachte ich, dass das ein richtig gutes Beispiel für ein flexibles, funktionierendes Netzwerk, das technisch gut unterstützt wird, ist. Insoweit schaffe ich, glaube ich, diesen Anschluss.

Was die Zeit betrifft: Ich habe einmal gehört, dass der Bundestag erst nach seiner 41. Sondersitzung zu Corona das Thema Familie thematisiert hat. Daher will ich nicht jammern.

Familien sind ein ganz zentraler Baustein für eine krisenfeste und resiliente Gesellschaft. In Familien wird der Grundstein für Bindungsfähigkeit, für Beziehungsfähigkeit, für Bildung und soziales Lernen gelegt. Familien sind auch diejenigen, die die Grundlagen für Demokratieentwicklung und gesellschaftlichen Zusammenhalt legen. Familie ist für uns beim Landesfamilienrat überall dort, wo Generationen füreinander Verantwortung übernehmen, und zwar unabhängig von ihrer Form.

Das Thema dieser Enquetekommission und speziell des dritten Handlungsfelds sind vulnerable Gruppierungen. Das sind Familien per se in keiner Weise. Familien sind höchst unterschiedlich und haben alle Ressourcen. Aber ich würde sagen: Nicht überall reichen die eigenen Kräfte. Deswegen brauchen wir von Anfang an Unterstützung sowie entsprechende Angebote und Hilfen, die dann eine Art Geländer bieten.

Dann geht es um das Thema „Familie in der Krise“. Eine Familie war und ist in gewisser Weise auch schon vor der Krise irgendwie immer in der Krise. Sie wissen es vielleicht von sich selbst, wenn Sie versuchen, Familie und Beruf zu vereinbaren. Es gibt eine generelle Geringschätzung von Sorgearbeit. Wir haben zunehmend das Problem der

– 114 –

fehlenden Kinderbetreuung, vor allem bei den unter Dreijährigen und bei den über Sechsjährigen, also ab der Schulzeit. Außerdem findet zunehmend eine Entgrenzung von Arbeit und Privatleben statt. Das hat sich während der Coronakrise noch einmal gesteigert bzw. verschoben. Es gibt eine chronische Zeitnot und Erschöpfung von Eltern, die Erwerbsarbeit und Sorgearbeit miteinander vereinbaren müssen. Wir haben es mit steigenden Wohnkosten, mit Wohnungsmangel und mit einem hohen Maß an Armutsgefährdung zu tun.

Die Bevölkerung in Baden-Württemberg ist zu 16,4 % armutsgefährdet, Kinder zu 20,8 %. Das heißt, mehr als 20 % der Kinder wachsen unter Armutsbedingungen auf. Besonders armutsgefährdet sind Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Familien mit Zuwanderungshintergrund.

Vor Kurzem haben wir uns mit dem Thema Überschuldung beschäftigt, die gravierende Folgen für Kinder hat. Es ist festzustellen, dass wir keine gut funktionierende Schuldnerberatung haben. Da passiert einfach zu wenig. Wir müssen also darauf achten, dass die Schuldnerberatung erhalten und ausgebaut wird und dass die Finanzierung gesichert wird. Wir müssen sie vor allem dahin gehend ausbauen, dass auch das Gesamtsystem Familie gesehen wird, dass also nicht nur die Erwachsenen beraten werden; denn die Kinder leiden mit.

Familien im Krisenmodus: Wirtschaftliche Bedrohung durch Arbeitsplatzverlust und Kurzarbeit. Auch der Krieg gegen die Ukraine und die damit einhergehende Teuerungsrate und Inflation stellt eine Krise da. Die Pandemie hat noch einmal besonders auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gedrückt. Die Kinderbetreuung ist zunächst einmal weggebrochen, die Schule ist weggebrochen. Das Homeoffice hat sich für manche etabliert, aber eben nur für manche. Es wurde immer berichtet, wie schwierig es sei, Homeoffice und Homeschooling zusammenzubringen. Aber diejenigen, die das beklagt haben, waren eigentlich noch die Glücklicheren – immerhin bedeutete Homeoffice: keine Kurzarbeit.

Noch ein Blick auf die Familien, die komplett in Unsichtbarkeit versunken sind: die Familien, die es mit schwerstpflegebedürftigen Kindern zu tun haben, die es schon immer schwer hatten. Für diese Familien war der Wegfall bzw. Abbruch der gesamten ambulanten Beratungs- und Unterstützungsinfrastruktur wirklich eine Katastrophe. Ich bekomme jetzt mit – das will ich auch noch einmal an das Land adressieren –, dass nach wie vor Kurzzeitpflegeplätze für schwerstpflegebedürftige Kinder fehlen. Da schieben sich Land und Kommunen gegenseitig die Verantwortung hin und her.

Bei vielen Kindern und Jugendlichen haben die Bildungsverläufe einen Einbruch erfahren. In der Folge gab es mehr Schulabbrecher. Wie Frau Engin und Frau Karst heute Morgen bereits gesagt haben, hat das Homeschooling die Ungleichheit verstärkt, und zwar nicht nur wegen der unterschiedlichen technischen Rahmenbedingungen, sondern weil einfach die Unterstützung der Eltern notwendig war, die nun einmal nicht überall gleichermaßen vorhanden ist.

– 115 –

Für Kinder war die Zeit der Kontaktbeschränkungen natürlich schrecklich. Man stelle sich vor: Drei Jahre Kontaktbeschränkung für ein Mädchen, das 15 Jahre alt ist, bis es 18 Jahre alt ist, also: erste Liebe usw. Das heißt, die soziale Entwicklung hat einen Dämpfer erhalten.

Zum Thema Gesundheit ist zu sagen, dass laut COPSYS-Studie bei jedem dritten Teenager psychische Auffälligkeiten zu beobachten sind. Zudem steigen die psychosomatische Beschwerden.

Es wurde ein massiver Anstieg der Gewalt in der Familie registriert, und dieser Anstieg trifft auf ein ohnehin schon überlastetes Hilfesystem.

Was auch noch einmal mehr ins Blickfeld gerückt ist, waren die Bereiche Wohnen und Wohnumfeld. Für den, der ohnehin schon unter beengten Verhältnissen gelebt hat, wurde es nicht schöner. Das Wohnumfeld muss auf jeden Fall in den Blick genommen werden, wenn man die Lebensbedingungen für Kinder und Familien verbessern will.

Dieses Schaubild zeigt, dass sich die psychischen Auffälligkeiten während der Coronapandemie erhöht haben. Ursprünglich lag der Anteil bei 17,6 %. In der Coronazeit schoss der Anteil dann hoch und hat sich schließlich auf 27 % eingependelt. Allerdings stammen die Zahlen aus dem Jahr 2021. Vielleicht hat es sich mittlerweile wieder etwas verbessert. Auf jeden Fall gab es eine Anhebung im Niveau.

Was brauchen und was wünschen sich Eltern? Viele Paare wollen natürlich mehr Zeit, Ganztagsbetreuung, bessere wirtschaftliche Absicherung und unterstützende Angebote im Sozialraum. Das basiert auf Antworten, die im Rahmen einer Befragung gegeben wurden. Zum Sozialraum ist anzumerken, dass sich die Eltern Orte der Begegnung für Selbsthilfe, Austausch, Informationen, mehr Familienbildung, Erholung und Entlastung gewünscht haben. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass die Familienerholung in Baden-Württemberg seit 2005 individuell bei den Familien nicht mehr unterstützt wird.

Damit komme ich zu unseren Empfehlungen an Bund und Länder. Zum einen geht es um mehr Zeit, zum anderen aber auch um Entlastung und mehr Bildungsgerechtigkeit durch qualitativ hochwertige Bildungsangebote, und zwar auch schon in der Kita und in der Schule mit mehr Ganztagsbetreuung.

Weiterhin ist eine bessere Absicherung und Entlastung in Armutslagen zu empfehlen. Dabei geht es zum einen um die Kindergrundsicherung, über die gerade debattiert wird. Dazu gehört aber eben auch die kostenlose bzw. kostengünstige und leicht zugängliche Nutzung zu Beratung, Bildung und Erholung. Es macht einen großen Unterschied, ob ich dafür bezahlen muss oder ob ich einen kostenlosen Zugang habe. Außerdem wird die Förderung von bezahlbaren und familienfreundlichen Wohnraum empfohlen.

– 116 –

Im Folgenden gehe ich noch einmal auf den Bereich Prävention und Bildung ein. Wir hören immer wieder, dass vor allem die sozioökonomische Verfassung des Elternhauses stark über Bildungschancen und Lebenslagen von Kindern entscheidet. Wenn das so formuliert wird, schwingt darin gewissermaßen auch immer ein Vorwurf mit. Die Antwort geht meistens in die Richtung, dass das Bildungssystem das noch viel stärker kompensieren muss, dass wir also ein Bildungssystem brauchen, das die gegebenenfalls vorhandenen Unzulänglichkeiten des Elternhauses ausgleichen muss – und das muss es auch. Solche Überlegungen muss man also anstellen. Für Kinder, die nicht den Vorzug haben, dass die Eltern mit ihnen ins Museum gehen oder ihnen andere Dinge wie Musikunterricht eröffnen, muss man viel tun, um sie besser in das Kita- bzw. Schulsystem zu integrieren.

Trotzdem müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass es ausgesprochen schwierig ist, Kinder an ihren Eltern vorbei zu bilden. Das heißt, wir müssen die Eltern mitnehmen. Man muss sie adressieren und mitnehmen, und zwar schon ganz früh. Die Kita setzt mit dem dritten Lebensjahr ein – für manche später, für manche früher. Das heißt, wir müssen die Eltern früh erreichen und ihnen früh Angebote machen.

Herr Professor Sell hat einmal gesagt, wenn Sie das gesamte Bildungssystem in seiner Wirkung zusammennehmen, also angefangen bei der Kita über die Schule, die außerschulische Bildung bis hin zur Uni, dann hat das den Faktor 1, und das Elternhaus hat den Faktor 2. Das kann man im Guten wie im Schlechten sehen – auf jeden Fall muss man die Familie mitnehmen und diesbezüglich auch Angebote machen.

Das heißt, wir dürfen Prävention eben nicht nur als Freiwilligkeitsleistung verstehen, wie es in § 16 KJHG mit Familienbildung, Familienerholung und Beratung steht. Das ist so ein bisschen nach dem Motto: Ja, wenn wir noch Möglichkeiten haben, nachdem wir unsere Pflichtleistungen erfüllt haben, dann tun wir da noch etwas. Nein, es ist extrem wichtig, dass man eine solche Grundierung macht. Wenn die Grundierung nicht stimmt, dann ist es hinterher echt teuer, wenn man den abblätternden Lack wieder abschleifen und von vorn anfangen muss. Deswegen ist das ganz wichtig.

Sie sehen hier eine Zusammenfassung des 9. Familienberichts der Bundesregierung von Sabine Walper. Es wird deutlich, dass es zunehmend wichtiger wird, Verantwortungspartnerschaften für Familien zu bilden. Dabei stehen die Befähigung durch Familienbildung und -beratung sowie die Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung ganz oben. Das heißt, man muss in das, was immer so schön als „Stärkung der Erziehungskraft in der Familie“ bezeichnet wird, Kräfte hineingeben. Das wird wichtig sein.

Die folgende Folie ist mit „Die Basics ‚wackeln‘“ überschrieben. Ich habe gestern mit jemanden gesprochen, der gesagt hat: Viele Familien wären schon glücklich, wenn die Basics da wären, z. B. Hebammen, Kinderärzte usw. All das ist ja mittlerweile Mangelware, sogar Medikamente, Betreuungsplätze, Vereinbarkeit, Schulsystem, Pflegesituation in der Familie und bezahlbarer Wohnraum. Das fegt einen weg. Man könnte noch Bundesbahn und Post hinzufügen, aber das mache ich nicht.

– 117 –

Im Folgenden stelle ich Ihnen noch die Folie „Prävention – durch resiliente Strukturen“ vor. Dem Landesfamilienrat ist es ausgesprochen wichtig, die Familienbildung, also die Angebote in Familienbildungsstätten, Mehrgenerationenhäuser, Mütterzentren, sozialraumorientierten Zentren, Volkshochschulen oder von Jugendhilfeträgern, als zentrales und wirksames Präventionsinstrument auszubauen, und zwar rechtlich, systematisch und finanziell. Das beginnt mit einer bedarfsgerechten Planung auf der örtlichen Ebene. Die Familienbildung ist bislang kein Gegenstand von Jugendhilfeplanung. Das muss sie aber werden. Das heißt, sie muss verbindlicher Gegenstand der Jugendhilfeplanung werden. Das Landeskinder- und Jugendhilfegesetz wird derzeit geändert. Dort muss es geregelt werden. Die Familienbildung sollte als eigenständiger Leistungsparagraf aufgenommen werden.

In allen Kommunen und Kreisen sollte es eine vernetzte und bedarfsgerechte Angebotsplanung geben. Das Land hat mit dem Landesprogramm STÄRKE einen Anfang gemacht und ist einen Schritt in Richtung bedarfsgerechter Angebotsplanung gegangen. Das muss noch weiter ausgebaut werden.

Auch auf Landesebene brauchen wir eine Koordinierungsstelle für Familienbildung.

Da sich die Angebotslandschaft durch digitale Angebote komplett verändert, müssen auch digitale Aspekte in die Familienbildung einbezogen werden. Diesbezüglich benötigen die Träger auf jeden Fall Unterstützung bei der Entwicklung digitaler Angebote. Das sollte dann auch modellhaft weiterentwickelt werden.

Beim Landesfamilienrat entwickeln wir gerade in Windeseile eine Onlineplattform zur Familienbildung. Das Projekt endet am 31. Dezember 2023. Wenn wir so etwas für Eltern und Fachkräfte aufbauen, ist es wichtig, dass es dann auch verlässlich fortgeführt und gepflegt wird.

Ganz besonders wichtig ist es, dass Familien vor Ort Kontakt- und Anlaufstellen mit Lotsenfunktion zur Verfügung stehen. Das muss in allen Landkreisen, Städten bzw. Gemeinden eingerichtet sein. Wir brauchen niedrigschwellige Zugänge zu den Familien, um Leistungen, aber auch Unterstützungs- und Hilfeinfrastruktur vermitteln zu können.

Wir wünschen uns natürlich, dass das Landesprogramm STÄRKE verstetigt, regelmäßig evaluiert und bedarfsgerecht weiterentwickelt wird.

Abschließend komme ich noch zur Familienförderstrategie Baden-Württemberg. Ebenso wichtig wie die finanzielle Sicherheit von Familien, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie mehr Zeit ist der Zugang zu Bildung, Betreuung, Begegnung, Beratung und weitergehender Unterstützung durch ein gut ausgebautes Hilfesystem sowie ein dienliches Wohnumfeld.

– 118 –

Dazu sollte ein landesweites, konsistentes Familienförderkonzept entwickelt werden. Damit hat das Land gerade begonnen.

Eine solche Strategie, die ganz wesentlich der Prävention und Überwindung von Kinderarmut dient, muss ein Netz knüpfen, das alle Familien im Blick hat und das dort, wo Familien in Benachteiligungslagen sind, richtig fest ist. Für diese Entwicklung müssen Mittel und Ressourcen eingeplant werden. Ich habe aber noch nicht wahrgenommen, dass das tatsächlich geschehen ist. Es wird mit viel Engagement im Sozialministerium im entsprechenden Referat zusammen mit den Akteuren und den Trägern entwickelt. Aber ich würde das Parlament und die Regierung bitten, dort mehr Ressourcen hineinzugeben, damit es auch wissenschaftlich begleitet werden kann. Es muss ja nachher in den Kommunen bzw. in den Kreisen umgesetzt werden.

Hinsichtlich ganz vieler Dinge, von deren Notwendigkeit wir überzeugt sind, wird von Landesseite immer wieder die Sorge geäußert, dass das nicht den Konnexitätsfall auslösen darf. Das heißt, es darf nicht dazu führen, dass die Kommunen dann zurückbrüllen: „Wenn es Geld kostet, dann muss das Land zahlen.“ Bei manchen Sachen wird man es in Kauf nehmen müssen, wenn man bessere Strukturen haben will. Wenn die Familienbildung beispielsweise in die Jugendhilfeplanung geht und wenn dort ein Angebot entsteht, das sich nicht vollständig durch Elternbeiträge finanzieren lässt, dann wird dafür Geld zur Verfügung gestellt werden müssen.

Auf dem letzten Chart sehen Sie ein schönes Bild mit Handlungsfeldern aus der Handreichung Familienfreundliche Kommune 2020. Leider habe ich jetzt keine Zeit mehr, um darauf ausführlich einzugehen, aber auf dieser Folie ist in verschiedenen Blasen alles dargestellt: „Familienbildung, Familienerholung, Familienberatung“, „Frühe Bildung“, „Bildung, Lebenslanges Lernen“, „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, „Wohnen und Wohnumfeld, Verkehr“, „Generationenbeziehungen“, „Gesundheitsförderung“ und „Freizeit und Kultur“. Besonders wichtig ist die Blase oben rechts, in der Familienbüros als Anlaufstellen mit Lotsenfunktion aufgeführt sind.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Daumüller. – Damit treten wir in die Diskussionsrunde ein. Ich gebe zunächst Frau Abg. Dr. Aschhoff für die Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Dr. Susanne Aschhoff GRÜNE: Wir haben schon im ersten Handlungsfeld gehört, welche Leistungen Familien im Bereich Care-Arbeit und in allen möglichen anderen Bereichen erbringen und welche Konsequenzen es hätte, wenn diese Arbeit nicht geleistet würde.

– 119 –

Frau Daumüller, eine meiner Fragen haben Sie am Schluss bereits beantwortet, nämlich die Frage zu der Aufstellung der Netzwerke. Das sollte also bedarfsorientiert erfolgen. Das hat mich an den Bildungsbereich erinnert. Sie haben gesagt, Familien wünschen sich Zeit füreinander. Während der Coronapandemie wurden verschiedene neue Arbeitsplatzmodelle entwickelt, die wohl auch bestehen bleiben werden. Gehen Sie davon aus, dass Modelle wie Jobsharing, flexible Arbeitszeiten oder Homeoffice Familien mehr Zeit miteinander verschaffen können, oder führen sie möglicherweise zu einer Retraditionalisierung in dem Sinn, dass gerade in Krisensituationen die Care-Arbeit doch wieder vermehrt in Richtung der alten Rollenbilder geht? Dieser Aspekt fließt ja zum Teil in die Arbeitsplatzmodelle ein.

Abg. Christiane Staab CDU: Herr Dr. Latasch, ich habe mehrere Fragen an Sie.

Zunächst: Warum ist das Projekt nicht weiterverfolgt worden? Immerhin erachten wir das Thema „Organisation von nicht gebundenen, aber freiwilligen Helfern“ doch als notwendig. Die Katastrophe im Ahrtal hat noch einmal deutlich gemacht, dass es sehr viele Spontanhelfer gibt, deren Hilfsangebote allerdings im Krisenfall nicht organisiert bzw. koordiniert werden können. Man müsste also im Vorfeld im Prinzip eine Struktur entwickeln, um die Einbindung von Spontanhelfern im Katastrophenfall gut organisieren zu können. Ich hatte eigentlich den Eindruck, dass das Projekt RESIBES genau auf dem richtigen Weg ist. Warum ist es dann nicht fortgeführt, sondern beendet worden?

Die Datenbank, die Sie beschrieben haben, hat mich spontan an die Knochenmarkspenderdatei erinnert, wo man sich zunächst einmal registrieren lässt und dann möglicherweise irgendwann mal einen Anruf mit der Frage erhält, ob man bereit ist, jetzt aktiv zu werden. Im Prinzip könnte die Datenbank doch genauso wie eine Spenderdatei laufen.

Wie könnte man das Projekt fortschreiben? Auf welcher Ebene sollte es angesiedelt sein? Sie hatten nur generell von „Verwaltung“ gesprochen. Auf welcher Ebene wäre es dann vorzugsweise anzusiedeln: auf der kommunalen Ebene, um die Menschen direkt vor Ort einzubinden, oder auf der Kreisebene, um einen etwas weiteren Bogen zu spannen?

Natürlich stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage des Datenschutzes. Wir haben gesehen, dass die Daten anonymisiert sind. Ich sage es gleich vorweg: Ich bin der Meinung, im Katastrophenfall gibt es Dinge, die wichtiger sind als ein hundertprozentiger Datenschutz. Ich fand es spannend, dass Sie anhand des Programms sehen können, wer gerade in der Lage ist, sich an einem Einsatz zu beteiligen. Wie verhält es sich also mit dem Datenschutz? Gab es bei Ihnen diesbezüglich Probleme? Hat der Datenschutz irgendwann auf der Matte gestanden und hat den Finger gehoben, oder sind Sie da relativ unbehelligt geblieben?

– 120 –

Frau Daumüller, auch Sie hatten noch einmal das Thema „Sozioökonomische Befindlichkeit des Elternhauses“ angesprochen und gesagt, dies sei ganz entscheidend. Ich sage Ihnen ganz offen: Dazu gehört dann auch noch mehr, als nur Geld zu haben. Es gibt viele Familien, die richtig viel Geld haben. Trotzdem funktioniert es nicht, und die Familie ist völlig dysfunktional. Dann gibt es Familien, die in sehr einfachen Verhältnissen leben, die aber funktionieren. Wie kann man diesbezüglich den Blick für das realistisch Machbare schärfen?

Sozioökonomisch heißt, dass eine Familie in der Lage ist, mit sehr viel persönlichem Einsatz, der dort geleistet wird, ein funktionales Elternhaus herzustellen. Das würde ich mir einfach wünschen, und da lautet meine Frage, wie man in die ganze Debatte einfließen lassen kann, was es tatsächlich bedeutet, ein gutes Elternhaus zu sein. Es ist nicht damit getan, dass Tausende Bücher im Regal stehen, sondern man braucht ganz viel Eigenengagement, um dann diese Bücher in die Hand zu nehmen und sie vorzulesen. Und da hat man dann keine Zeit mehr für sich selbst; das muss man einfach auch sagen. Vielleicht könnte der Landesfamilienrat auch einmal deutlich darauf hinweisen, dass das anstrengend und mit sehr viel Arbeit verbunden ist.

Ich komme jetzt wieder zu meiner eigentlichen Frage zum Thema Familienbildung, Elternbildung usw. zurück: Was mache ich denn, wenn Eltern einfach gar keine Lust haben, keine Zeit oder auch keine Kraft haben? Wenn sie selbst beispielsweise von Behinderung oder von Sucht betroffen sind, dann haben sie einfach keine Ressourcen mehr, um abends noch ein Buch in die Hand zu nehmen, sich ans Bett zu setzen, ein weinendes Kind in den Arm zu nehmen und dann noch vorzulesen und zu singen. Wie gehen Sie also damit um, wenn diese Ressourcen schlichtweg nicht vorhanden sind und wenn noch nicht einmal mehr die Kraft vorhanden ist, den Weg ins Familienzentrum zu gehen? Ich verstehe das alles, aber es ist nicht damit getan, dass man einfach nur sagt: Wenn das Sozioökonomische in einer Familie stimmt, ist alles gut, und die anderen Familien, in denen das nicht der Fall ist, müssen wir lediglich bilden. Nein, es ist mit einem extrem hohen eigenen Einsatz verbunden, ob es läuft oder ob es nicht läuft. Das sage ich als vierfache, voll berufstätige Mutter.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Sehr geehrter Herr Dr. Latasch, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich werde meine Fragen auch aus Zeitgründen eher an Frau Daumüller richten.

Sie haben über Erholung gesprochen. Wir hatten am Montag eine Veranstaltung, an der auch einige von uns teilgenommen haben. Dort hatte sich u. a. eine Gruppe zu Wort gemeldet, von der wir in letzter Zeit mehrfach gehört haben, dass sie unterrepräsentiert ist und zu wenig Lobby hat, und zwar die Eltern bzw. Angehörige von schwerstbehinderten bzw. mehrfach behinderten Kindern. Sie haben in diesem Zusammenhang das Thema Erholung angesprochen. Auch wenn es jetzt ein bisschen seltsam klingen mag, möchte ich gern einmal konkret nachfragen, was genau in diesem politischen Setting mit Erholung gemeint ist. Als Mutter, die sich Erholung wünscht, denke

– 121 –

ich dabei zuerst an Kino, Babysitter, ausschlafen usw. Hier geht es allerdings um einen anderen, strukturierten Ansatz. Vielleicht könnten Sie das noch näher erläutern.

Sie haben gesagt, dass Familienbildung verbindlicher Bestandteil der Jugendhilfe werden sollte. Das ist eine wichtige Forderung. Obwohl ich selbst Vorsitzende einer Familienbildungsstätte bin, muss ich auch einmal sagen, dass ein Problem darin besteht, dass man unter Familienbildung alles oder nichts packen kann. Ich gehe davon aus, dass wir alle sehr unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was Familienbildung eigentlich ist. Könnten Sie noch einmal herausarbeiten, welches die Kernbestandteile der Familienbildung sein sollten, gerade wenn es um die Zielsetzung geht, dass wir diesbezüglich eine Verbindlichkeit erreichen? Was sollte also in Bezug auf den großen Bereich der Familienbildung verbindlich festgeschrieben werden, natürlich auch mit Blick auf das Thema Familienförderkonzept?

Es gibt in Baden-Württemberg sehr starke Landkreise und starke Kommunen. Das Land ist in vielen Bereichen nicht so ein starker Player, was zum Teil ganz gut ist, weil dann Verantwortung vor Ort gelebt wird und zum Teil auch sehr innovative Konzepte entstehen. Andererseits haben wir die Situation, dass es in Baden-Württemberg keine Gleichheit der Lebensverhältnisse gibt. Ich glaube, das ist jetzt nicht nur meine These, sondern das kann man grundsätzlich als Problematik sehen.

Sie haben sich auf Ihrer letzten Folie auf die Handreichung Familienfreundliche Kommune 2020 bezogen. Mit Blick auf die Zielsetzung, in etwa gleiche Lebensverhältnisse im Land zu schaffen, würde mich der Blick hinaus in die Fläche interessieren. Wie sieht es bei den kleineren Kommunen im Land aus? Wahrscheinlich gibt es einige Kommunen, die sich stark um die Themen Familienbildung, Familienförderstrategien usw. kümmern.

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Herr Professor Latasch, Sie haben ein Konzept bzw. Projekt beschrieben und haben das auch mit Überzeugung vorgetragen. Trotzdem ist das Projekt nicht zum Laufen gekommen. Woran ist es gescheitert, bzw. warum sind Sie davon überzeugt, dass das Projekt trotzdem in unsere Empfehlungen einfließen sollte? Welche Elemente des Projekts halten Sie für eine künftige Krisenbewältigung bzw. für die Resilienz für so wichtig, dass wir es übernehmen sollten?

Ist Ihnen bekannt, ob es im Ausland ähnliche Projekte bzw. Konzepte gibt, die funktionieren und auch eingesetzt werden? Ich meine, gehört zu haben, dass es beispielsweise in Norwegen eine ähnliche App bzw. Anwendung gibt.

Frau Daumüller, Sie haben die Entgrenzung des Berufs- und Privatlebens angesprochen. Dabei geht es natürlich auch um mobile Arbeit und um Homeoffice. Ich glaube, das Rädchen können wir nicht mehr zurückdrehen. Worauf müssen wir achten? Was können wir tun, damit es eben nicht Fluch, sondern Segen ist? Ich bin der Meinung,

– 122 –

dass diese Form des Arbeitens durchaus Chancen bietet. Welches ist Ihrer Einschätzung nach die größte Herausforderung, mit der wir es diesbezüglich zu tun haben und auf die wir eine Antwort finden müssen?

Sie haben gesagt, dass die Gesamtfamilie als Klient betrachtet werden sollte. Es gibt in unserem Hilfesystem Bereiche, wo das nicht geschieht. Können Sie vielleicht einige Beispiele nennen, welches die größte Schwachstelle ist, wo also besonders sichtbar wird, dass wir die Familie nicht als Klienten sehen, und wie sich das dann entsprechend negativ auswirkt?

Jetzt komme ich noch auf ein spezielles Thema zu sprechen. Während der Coronapandemie wurden im Jahr 2020 keine Einschulungsuntersuchungen durchgeführt. Diese öffnen uns eigentlich ein Fenster, durch das wir ein bisschen in die Familien hineinschauen können. Einschulungsuntersuchungen finden nach wie vor noch nicht wieder vollumfänglich flächendeckend statt. Es ist klar, dass die Gesundheitsämter diesbezüglich unter einem besonderen Druck stehen. Wie bewerten Sie die Einstellungsuntersuchung grundsätzlich? Wie wichtig ist sie gerade auch für Ihre Arbeit?

Vielen Dank.

Dr. Marco Krüger, externes Mitglied: Herr Latasch, gibt es Ihrer Ansicht nach eine Verbindung zwischen der Bereitschaft von Menschen, als ungebundene Helfer tätig zu werden, und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt? Würde es den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, wenn wir eine solche Hilfsform durch Menschen, die sich einbringen wollen, organisieren würden?

Woran ist es denn konkret gescheitert, dass die Hilfsorganisationen ein derart gutes Projekt noch nicht in der Fläche umgesetzt bzw. ausgerollt haben, um ungebundene Helferinnen und Helfer aktiv zu integrieren? Dies wäre doch gerade angesichts der Tatsache, dass sich immer weniger Menschen ehrenamtlich engagieren, eine sinnvolle Maßnahme.

Hat das Projekt RESIBES, obwohl es nicht flächendeckend ausgerollt wurde, denn irgendwelche Spuren bei den Hilfsorganisationen, die daran beteiligt waren, hinterlassen?

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann übergebe ich das Wort direkt an Herrn Professor Dr. Latasch, damit er die an ihn gerichteten Fragen beantworten kann. Anschließend erhalten Sie, Frau Daumüller, das Wort.

Sv. Herr Dr. Latasch: Zusammen mit der Präsentation hatte ich Ihnen ein fünfseitiges Papier übersandt, das eine Übersicht beinhaltet, was es im Ausland schon seit Jahren an Apps oder ähnlichen Dingen gibt, die dort auch funktionieren.

– 123 –

Warum ist das Projekt nicht fortgeführt worden? Das hängt mit der Form der Forschung zusammen, die wir in Deutschland machen bzw. die das BMBF macht. Sie bewerben sich im Rahmen einer Ausschreibung, und dann kommen Sie zum Zuge oder auch nicht. Wenn Sie zum Zuge kommen, bearbeiten Sie Ihr Thema. Dann nehmen Sie dieses Thema und geben es im Grunde genommen so, wie es ist, nach drei oder fünf Jahren wieder ab. Das Problem ist: Obwohl dafür jedes Jahr rund 800 Millionen € zum Teil rausgeschmissen werden, interessieren die Ergebnisse am Schluss eigentlich niemanden. Wenn es negativ ist, geht die Schublade auf und es geht rein. Wenn es positiv ist, haben Sie vielleicht das Glück, dass es jemanden interessiert und es dann weitergegeben wird. Wir reden hier von 800 Millionen €, und 99,9 % verschwinden in der Schublade.

Ja, es hat einen bleibenden Eindruck beim DRK hinterlassen. Einige DRK-Ortsverbände nutzen die App nach wie vor für die Koordination.

Ich glaube, Freiwillige verbindet ihre Freiwilligkeit. Das heißt, wenn dieses Programm noch minimal erweitert würde, wie es ursprünglich angedacht war, indem den Personen, die sich freiwillig melden, eine Plattform geboten wird, auf der sie kommunizieren können – das ist heutzutage einfach extrem wichtig –, dann könnte ich mir durchaus vorstellen, dass es die Leute zusammenbringt.

Wir haben von Beginn an von uns aus juristische Gutachten in Auftrag gegeben, ohne dass jemand datenschutzrechtliche Bedenken geäußert hat. Im Rahmen dieser Gutachten sind wir auf kleinere Probleme aufmerksam gemacht worden, z. B. auf die Frage, wo ein solches Programm in Zukunft gehostet werden sollte. Das ist letztendlich egal. Es muss nur jemand bzw. eine Behörde sein, zu der die Menschen Vertrauen haben. Obwohl die Nutzer nicht allzu viel an persönlichen Daten freigeben, haben die Menschen heutzutage sehr großen Respekt vor dem Datenschutz und halten sich dementsprechend zurück.

Was die Fortführung dieses Programms betrifft, kann ich Ihnen nur sagen: Man kann es jederzeit fortführen. Das heißt, wenn Sie es ausprobieren möchten, wäre das überhaupt kein Problem. Wir schreiben an das BMBF und teilen mit, dass wir es an jemanden weitergeben, der das gern ausprobieren möchte. Glauben Sie mir: Sie werden beim BMBF mit offenen Armen empfangen, da es für jedes Projekt, das dann doch irgendwann in die Öffentlichkeit gerät, dankbar ist, weil man dadurch zeigen kann, dass mit dem Geld, das man ausgibt, vielleicht doch etwas Gutes gemacht hat.

Sv. Frau Daumüller: Frau Dr. Aschhoff, Sie hatten mich nach meinen Erfahrungen gefragt, ob während der Coronapandemie eine Art Retraditionalisierung in den Familien stattgefunden hat. Dazu gibt es unterschiedliche Studien. Die einen haben sehr schnell vorausgesagt, dass es so sein wird. Ich glaube, in Teilen hat man auch wahrnehmen können, dass die Frauen wieder mehr an Erziehungs- und Sorgearbeit geleistet haben, weil einfach die Betreuung weggebrochen ist. Gleichzeitig war aber auch das Engagement der Väter wiederum höher. Das hatte auch etwas mit der Zunahme

– 124 –

von Homeoffice zu tun. Wenn der Vater zu Hause hat arbeiten können, während die Mutter beispielsweise bei dm gearbeitet hat, dann hat der Vater mehr mit den Kindern und auch mehr im Haushalt gemacht. Das hat sich also ein bisschen die Waage gehalten. Ich kann das auch nicht wirklich beantworten.

Sie hatten noch danach gefragt, welche Arbeitsplatzmodelle ich empfehlen würde. Insgesamt wäre eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit für Eltern etwas, was sich zu überdenken lohnt. Zwei vollzeitnahe Jobs sind in der Regel nicht mit mehr als zwei Kindern leistbar. Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit für Eltern ist ja auch immer wieder in der Debatte. Aber das würde dann eben auch einen finanziellen Ausgleich, also eine Art Teilelterngeld, erforderlich machen. Ich sehe nicht, dass sich das im Moment abzeichnet, aber das wäre eigentlich richtig, z. B. 90 % verdienen und nur 75 % arbeiten oder so ähnlich.

Frau Staab hatte eine Frage zum Thema Erziehungsfähigkeit gestellt. Sie hatten dieses schnelle Zurückführen von Bildungserfolg auf die soziale Herkunft hinterfragt. Natürlich ist das nicht nur eine Frage der finanziellen Verhältnisse von Familien, sondern auch eine Frage des Bildungsstands der Eltern und von deren Disziplin oder deren Rückbindung zur Religiosität oder Spiritualität. Dass es nicht unbedingt immer nur mit dem Geld zusammenhängt, ist schon klar.

Dann hatten Sie auch gefragt, was wir mit den Menschen machen, die wir mit der Familienbildung einfach nicht erreichen. Angebote der Familienbildung oder andere Beratungsangebote sind gut, wenn sie angenommen werden. Aber was mache ich mit denjenigen, die das nicht aktiv suchen? Da kann man wirklich nur sagen: Zugehende Angebote ausbauen und die Eltern sehr früh kontaktieren. Es gibt einige Gemeinden, die eine Art Willkommensbesuch machen. Da kommt ein Kind auf die Welt, und dann gehe ich dorthin, weil die Eltern in der Zeit nach der Geburt erfahrungsgemäß sehr offen sind. Das würde auch bedeuten, dass man auch in Geburtskliniken einen offenen Blick hat, weil ich die Eltern dort gleich am Anfang erlebe. Erfahrene Hebammen können eigentlich immer gleich einschätzen, was das Elternpaar für das Kind später vielleicht bedeuten wird oder eben auch nicht. Da viel Aufmerksamkeit hineinzugeben, wäre etwas, was ich Ihnen jetzt einmal auf die Schnelle sagen kann.

Frau Dr. Kliche-Behnke, Sie hatten eine Nachfrage zum Thema Familienerholung gestellt. Unter diesen Begriff fallen vor allem Familienfreizeiten, also Qualitätszeit für Familien, dass also die ganze Familie drei Wochen Zeit für sich hat und auch Bildungsangebote oder Angebote, bei denen man auf ihre spezielle Situation eingehen kann, bekommt. Ich denke, das wird jetzt, wo das Reisen wieder teurer wird, noch einmal wichtiger. Bislang war der Mallorca-Urlaub mit dem Flieger wahrscheinlich günstiger als eine Woche Familienferien im Schwarzwald, und das ändert sich jetzt gerade.

Dann hatten Sie auch noch gefragt, wie man die Familienbildung einordnen muss. Das kann ja alles sein, und das ist auch vieles. Das sind offene Angebote in Mütterzentren

– 125 –

oder auch festgelegte Kurse, bis hin zu Haushaltsorganisationstrainings, wo jemand in die Familie kommt.

Wir haben vor einigen Jahren einen Qualitätsrahmen für Familienbildung erarbeitet, den ich hier jetzt nicht im Einzelnen referieren werde. Aber ich glaube, dass es für die Politik durchaus wichtig ist. Wenn man dafür Mittel zur Verfügung stellt, dann muss man sich auch sicher sein können, dass es sich um ein Angebot handelt, das wirksam ist und das auch die gewünschte Qualität hat. Es muss allerdings für die unterschiedlichen Anbieter dann auch unterschiedlich sein, weil sie ja unterschiedlich ausgestattet sind.

Eines möchte ich an dieser Stelle auch noch sagen: Viele der Honorarkräfte, die in der Familienbildung eingesetzt werden, sind während der Coronazeit relativ stark weggebrochen, und die hat man genauso wenig zurückgewinnen können wie andere Kräfte, die entweder in Kurzarbeit geschickt oder gar nicht gebraucht wurden.

Im Rahmen des Programms STÄRKE haben wir Erfahrungen hinsichtlich der Gleichheit der Lebensverhältnisse quer übers Land gemacht. Es hat lange gedauert, bis die Kreise da flächendeckend eingestiegen sind. Ich glaube, es sind noch zwei der 44 Landkreise im Land Baden-Württemberg, die standhaft sind und nicht mitmachen. Aber ansonsten ist es so, dass die Kommunen Stück für Stück das Thema Familienförderung als wichtiges Thema für sich entdecken. Wir führen derzeit ein Projekt zur Bewältigung von Coronafolgen und zum Aufbau resilienter Strukturen in Familienbildung und -beratung durch und erleben, dass die derart mit Zusatzaufgaben und Projekten überzogen sind, dass sie mittlerweile auch sagen: „Wir können nicht mehr.“ Aber das haben Sie wahrscheinlich schon gehört. Ansonsten denke ich, dass das für die Kommunen zunehmend ein Thema werden wird.

Herr Reith hatte eine Frage zur Entgrenzung von Arbeit und Privatleben gestellt. Ja, in der Tat ist das gleichermaßen Fluch und Segen. Wenn ich zu Hause arbeite, dann kann ich natürlich morgens mit dem Kind zum Kinderarzt gehen und hänge die versäumte Arbeitszeit dann abends dran. Dafür habe ich dann keinen Feierabend oder bin auch am Sonntag noch beschäftigt. Ich denke, dass die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber insofern eine Verantwortung haben, als man da noch einmal schauen muss, wie lange man Mails schickt usw. Wir organisieren zusammen mit dem Bildungswerk der Baden-Württembergischen Wirtschaft das Prädikat „Familienbewusstes Unternehmen“. Das ist jetzt um den Bereich Digitalisierung erweitert worden, und zwar auch genau im Hinblick auf diese Entgrenzung. Dabei geht es darum, was Arbeitgeber anbieten können, was sie also schon in Richtung Arbeitsorganisation, Zeit und mobilem Arbeiten machen, aber eben auch mit dieser ganzen Aufmerksamkeit, die da lautet: Was kann ich als Arbeitgeberin oder Arbeitgeber leisten, was tue ich dafür? Da wird man dranbleiben müssen. Das sehen wir also auch als Glück und Segen gleichermaßen an.

– 126 –

Dann hatten Sie unter dem Stichwort „Familie als Klient“ noch gefragt, wo es noch nicht klappt, beispielsweise in der Schuldnerberatung. Es war z. B. lange Zeit in Frauenhäusern so, dass die Kinder wie eine Art Gepäckstück mitgebracht wurden. Die Kinder waren aber ebenso von häuslicher Gewalt betroffen. Das hat deren Leben genauso geprägt wie das der Mütter. Dann kamen die Mütter mit den Kindern in die Frauenhäuser und sind mit ihnen wieder gegangen wie mit einem Koffer. Da hat es auch einige Zeit gedauert. Dafür gibt es wahrscheinlich noch mehr Beispiele, aber bei der Schuldnerberatung ist es uns eben aufgefallen. Man sollte nicht unterschätzen, was es für Kinder bedeutet, wenn die Familie nicht nur arm, sondern überschuldet ist. Das ist von der Bedrohlichkeit her noch einmal eine andere Situation, auch begleitet von einer Abstiegsangst.

Die Einschulungsuntersuchung ist bislang nicht unser Terrain. Wahrscheinlich ist sie wichtig. Ich kann es Ihnen nicht sagen. Mir ist allerdings ein Beispiel eingefallen, das ich Ihnen zur Kenntnis bringen möchte. Im April dieses Jahres hat uns eine ehrenamtliche Betreuerin einer ukrainischen Familie angerufen und hat gesagt, sie betreue eine Familie mit einem dreijährigen Mädchen. Das Mädchen hätte ab Mai einen Kindergartenplatz, aber sie kann da nicht hin, weil die Eltern keinen Kinderarzt gefunden haben, der die vorgeschriebene Masernimpfung durchführt. Es hat Wochen gedauert. Ich weiß noch nicht einmal, wie es ausgegangen ist. Wir haben dann das Landesgesundheitsamt eingeschaltet. Das ist auch noch ein Thema: Wir haben hohe Ansprüche, aber manchmal gibt es die Struktur einfach nicht mehr her, diese Ansprüche zu erfüllen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich schaue jetzt noch einmal in die Runde und auch in den digitalen Raum, ob es noch Ergänzungen, Hinweise oder Nachfragen gibt. – Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich mich vielmals bei Ihnen, Frau Daumüller und Herr Professor Dr. Latasch, bedanken, dass Sie uns Rede und Antwort gestanden haben. Ihre Äußerungen werden sicherlich in unsere Arbeit einbezogen. Wenn Ihnen im Nachgang noch etwas einfällt, dann schicken Sie uns das bitte und weisen Sie uns darauf hin. Ansonsten vielen Dank. Wir wünschen Ihnen ein schönes Wochenende.

Wir sind jetzt am Ende von Teil I – öffentlich – unserer Tagesordnung angekommen. Wir haben jetzt noch Teil II – nicht öffentlich – vor uns. Ich darf noch darauf hinweisen, dass die nächste Sitzung am Freitag, 21. Juli 2023, um 9:30 Uhr stattfinden wird. Die Tagesordnung ist online einsehbar. Vielen Dank an alle, die so lange durchgehalten haben. Wir treten jetzt umgehend in die nicht öffentliche Sitzung ein.

(Schluss des öffentlichen Teils: 18:52 Uhr)

– folgt nicht öffentlicher Teil II (gesondertes Protokoll) –

17. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Öffentlicher Teil

16. Sitzung

Freitag, 21. Juli 2023, 9:30 Uhr

Stuttgart, Haus des Landtags

Plenarsaal
Videokonferenz

Beginn: 9:34 Uhr	(Mittagspause: 13:41 bis 14:46 Uhr)	Schluss: 17:36 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Teil I – öffentlich

Öffentliche Anhörung

zum Thema „Gesellschaftliche Polarisierung und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ S. 2

Teil II – nicht öffentlich.....(gesondertes Protokoll)

1. Bestimmung des in der Sitzung der Enquetekommission am 13. Oktober 2023 zu behandelnden Themas
2. Bestimmung der in der Sitzung der Enquetekommission am 13. Oktober 2023 anzuhörenden Sachverständigen
3. Abstimmung über Entwurf für die Gliederung des Abschlussberichts und „Dokumentation der Anhörungen“ (3. bis 12. Sitzung)
4. Verschiedenes

– 1 –

**Öffentliche Anhörung
der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“
zum Thema „Gesellschaftliche Polarisierung und gesellschaftlicher
Zusammenhalt“**

am Freitag, 21. Juli 2023, 09:30 Uhr
Plenarsaal (Haus des Landtags)

A b l a u f p l a n

(Stand 17.7.2023)

Uhrzeit	Sachverständige / Funktion
09:30 Uhr	Alexander Salomon MdL, Vorsitzender der Enquetekommission
09:35 Uhr	Dr. Alexander Yendell , Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Standort Leipzig; Vorstandsmitglied des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung, Universität Leipzig
09:55 Uhr	Dr. Kai Unzicker , Senior Project Manager Demokratie und Zusammenhalt, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
10:15 Uhr	40-minütige Fragerunde
10:55 Uhr	Dr. Janina Pawelz , Projektleiterin „Muster u. Dynamiken von Verschwörungstheorien u. rechtsextremen Ideologien in Krisenzeiten“, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Universität Hamburg
11:15 Uhr	Prof. Dr. Andreas Zick , Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Professor für Sozialisation und Konfliktforschung, Universität Bielefeld
11:35 Uhr	Mathieu Coquelin , Leiter der Fachstelle Extremismusbildung, Stuttgart
11:55 Uhr	60-minütige Fragerunde
12:55 Uhr	Mittagspause
14:30 Uhr	Ernst-Wilhelm Gohl , Landesbischof der Evangelischen Landeskirche Württemberg
14:50 Uhr	Frank Dittrich , stv. Amtsleiter des Landesamtes für Verfassungsschutz, Leiter der Abteilung Rechtsextremismus und -terrorismus, Reichsbürger und Selbstverwalter, Stuttgart
15:10 Uhr	40-minütige Fragerunde
15:50 Uhr	Yotrana Youkhana , Sachgebietsleiterin Förderung Bürgerschaftliches Engagement, Stadt Stuttgart
16:10 Uhr	Matthias Dorn , Geschäftsführer Squadhouse Media GmbH & Co. KG, Tuttlingen
16:30 Uhr	40-minütige Fragerunde
~17:10 Uhr	Ende der öffentlichen Anhörung

– 2 –

Teil I – öffentlich (Beginn: 9:34 Uhr)

Vorsitzender Alexander Salomon: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie alle heute Morgen recht herzlich begrüßen. Ich darf auch die Personen, die uns per Livestream folgen, die Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien sowie die Besuchergruppe oben auf der Besuchertribüne sehr herzlich begrüßen; schön, dass Sie uns heute folgen.

Frau Dr. Aschhoff beglückt uns an ihrem Geburtstag mit ihrer Anwesenheit. Wir dürfen Sie recht herzlich beglückwünschen

(Beifall)

und freuen uns darauf, wenn es später einen Umtrunk oder zumindest Kuchen gibt. Wir sind gespannt, Frau Dr. Aschhoff, was wir alles bekommen.

Wir kommen nun zur Tagesordnung für die heutige Sitzung. Gibt es Änderungsanträge oder -wünsche zur Tagesordnung? – Ich habe vernommen, dass wir die nicht öffentliche Sitzung direkt vor Eintritt in die Mittagspause machen und nicht erst im Nachgang zur Sitzung. Ist das in Ordnung? – Ich sehe Nicken und höre keinen Widerspruch. Dann machen wir es so.

Wir kommen nun zu Teil I der heutigen Sitzung:

**Öffentliche Anhörung
zum Thema „Gesellschaftliche Polarisierung und
gesellschaftlicher Zusammenhalt“**

Wir haben für die erste Runde zwei Sachverständige eingeladen. Zunächst hören wir Herrn Dr. Alexander Yendell, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt am Standort Leipzig und Vorstandsmitglied des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung der Universität Leipzig. Sie haben jetzt 20 Minuten Zeit für Ihren Vortrag.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dr. Yendell: Vielen Dank für die Einladung. – Ich bemühe mich, die 20 Minuten einzuhalten.

Ich werde heute ein wenig über ein Forschungsprojekt berichten und zusammenfassen, wozu wir in den letzten Jahren geforscht haben. Dabei geht es vor allem um Ursachen bzw. Indikatoren, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt erklären können –

– 3 –

oder auch nicht. Es geht vor allem um Zersetzungspotenziale. Ich gehe eher vom Negativen aus und werde daraus am Ende Handlungsempfehlungen ableiten.

Diese Forschung ist im Rahmen des Projekts „Politischer Kulturwandel? – Legitimität der Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten verstärkten Populismus und steigender Islamablehnung“ entstanden. In den letzten Jahren haben wir zu Vorurteilen, Rassismus, insbesondere Islamablehnung und Muslimfeindlichkeit, antidemokratischen und rechtsextremen Einstellungen sowie Verschwörungsglauben und Verschwörungsmentalität geforscht. Neue Themen sind die Klimawandelleugnung und die Gewaltbefürwortung, insbesondere bei Jugendlichen, aber auch die generelle Befürwortung von Kriegen. Dabei geht es nicht nur darum, dass man für Waffenlieferungen ist oder nicht.

Ich ergänze das Ganze mit ein paar Analysen zu Wertorientierungen bei Jugendlichen, bei denen es eher um das Positive geht: Was beeinflusst Jugendliche, sich dafür einzusetzen, etwas für die Gesellschaft zu tun?

Die These ist, dass Vorurteile, Rassismus, Muslimfeindlichkeit und Islamablehnung, antidemokratische und rechtsextreme Einstellungen, Verschwörungsmentalität und Klimawandelleugnung den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächen, da alle diese Phänomene mit mangelnder demokratischer Unterstützung und der Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen einhergehen. Die Erforschung der Ursachen für diese Phänomene, um die es gleich gehen wird, erlaubt die Ableitung von politischen Handlungsempfehlungen, auf die ich am Ende eingehen werde.

Der theoretische Hintergrund ist zunächst einmal die politische Kulturforschung, insbesondere das Modell der politischen Unterstützung. Man geht davon aus, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt etwas mit der Unterstützung des demokratischen Systems zu tun hat. Ich konzentriere mich heute vor allem darauf. Nachher wird noch jemand von der Bertelsmann Stiftung vortragen. Die Bertelsmann Stiftung nutzt einen etwas weiteren Begriff, sodass sich die Vorträge hoffentlich gut ergänzen. Jetzt geht es vor allem um das Modell der politischen Unterstützung. In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, wer überhaupt zum politischen System gehört und wer nicht. Rechtspopulisten haben dazu eine andere Meinung als Liberale.

In meiner Forschung geht es immer darum – meistens quantitativ – verschiedene Theorien zu überprüfen. Wir leiten daraus Indikatoren bzw. Fragen ab, die wir dann mittels Bevölkerungsumfragen abfragen, und schauen anschließend: Ist das statistisch signifikant, ja oder nein? Wie stark ist dieser Zusammenhang?

Wir beziehen uns in unserer Forschung vor allem auf die klassische Autoritarismusforschung, die autoritäre Persönlichkeit bzw. das autoritäre Syndrom. Das geht zurück auf die frühe sozialpsychologische Forschung von Reich, Horkheimer und Adorno. Zentral war die These, dass es bestimmte autoritäre Denkstrukturen gibt, die zu einer

– 4 –

Affinität zu faschistischen, ethnozentrischen und antisemitischen Einstellungen führen können.

Die autoritäre Persönlichkeit zeichnet sich durch Machtorientierung, Intellektuellenfeindlichkeit – dies haben wir in den letzten Jahren häufig gesehen –, Wissenschaftsfeindlichkeit und eine Identifikation mit einem starken Führer bzw. Diktator, weil die autoritäre Persönlichkeit eigentlich schwach ist, aus. Sie hat ein schwaches Selbstwertgefühl, ist also „ich-schwach“; so hat Adorno das bezeichnet. Da man sich mit einem starken Führer identifiziert und ihn befürwortet, kann man als schwache Person an der Stärke und Gewalt dieser Person, dieses Führers teilnehmen.

Die autoritäre Persönlichkeit buckelt nach oben und tritt nach unten, vor allem gegen Schwächere und Minderheiten. Zentral für die autoritäre Persönlichkeit sind die Sündenbocksuche und Projektionen. Im Nationalsozialismus waren das vor allem die Juden. Heutzutage ist insbesondere in Deutschland die Ablehnung des Islam und der Muslime sehr hoch.

Zentral für autoritäre Persönlichkeiten ist auch, dass sie, weil sie einem Zwang unterstellt sind, ihr Leben eigentlich nicht leben können und deswegen das Leben von anderen Menschen hassen.

Teil des autoritären Syndroms ist für uns auch die Verschwörungsmentalität. Dabei geht es weniger um Projektionen, sondern darum, dass man die Realität seinen eigenen Wünschen anpasst und die Realität umdeutet. Dabei geht es immer um Fremde oder Mächte, die im Geheimen etwas absprechen und die Gesellschaft bis ins kleinste Detail, bis in die kleinste Einheit hinein lenken und manipulieren.

In diesem Zusammenhang fragen wir auch Persönlichkeitsaspekte ab: Dunkle Triade, Narzissmus, Machiavellismus und Psychopathie. Unter Narzissmus können Sie alle sich wahrscheinlich etwas vorstellen. Machiavellismus bedeutet, dass man sehr egoistisch seine eigenen Ziele mit allen Mitteln durchbringt. Bei der Psychopathie kommen noch Impulsivität, Kaltblütigkeit und eine noch stärkere Empathielosigkeit hinzu.

Eine weitere Theorie ist die soziale Dominanzorientierung. Dabei geht es darum, dass Menschen, die hohe Werte haben, dazu neigen bzw. eine Affinität dazu haben, alles in Hierarchien zu sehen oder Hierarchien zu befürworten. Ältere haben mehr Privilegien als Jüngere, Männer mehr als Frauen. Dann gibt es noch willkürliche Hierarchien, beispielsweise das Kastensystem in Indien.

Sie kennen die Deprivationsthese. Dabei geht man davon aus, dass Zugewanderte im Kampf um knappe Ressourcen abgewertet werden, weil eine Konkurrenzsituation entstanden ist. Da unterscheidet man üblicherweise zwischen objektiver Deprivation bzw. Benachteiligung, beispielsweise Arbeitslosigkeit und niedriges Einkommen, und subjektiver oder relativer Deprivation, sprich: dem Gefühl, im Vergleich zu anderen

– 5 –

benachteiligt zu sein. Darüber hinaus gibt es noch die kollektive Deprivation, bei der das Gefühl besteht, die eigene Gruppe – in Deutschland wären das die Deutschen – werde benachteiligt.

Dann gibt es noch die Kontakthypothese: Kontakte – das ist sehr banal – bauen Vorurteile ab. Das haben wir mehrfach nachgewiesen.

Die Theorie der sozialen Identität geht davon aus, dass sich Menschen mit einer Gruppe identifizieren. Das kann eine Nation, eine Religionsgemeinschaft, aber auch ein Fußballverein oder Ähnliches sein. Zur Steigerung des Selbstwertgefühls identifiziert man sich sehr stark damit. Um den Selbstwert noch zu erhöhen, wertet man andere Gruppen ab nach dem Motto: Meine Gruppe ist besser als die andere Gruppe. – In- und Outgroup, das ist immer die Unterscheidung.

Wir machen theoriegeleitete quantitative Studien. Das sind üblicherweise repräsentative Bevölkerungsumfragen, aber teilweise auch stichprobengesteuerte Online-Access-Panels. Ich fasse jetzt die Ergebnisse zusammen, die wir herausgefunden haben, um später die Handlungsempfehlungen daraus abzuleiten.

Ich komme zunächst zu ausgewählten Ergebnissen zum Thema „Muslimfeindlichkeit und Ablehnung des Islam“. Wir finden immer wieder heraus: Einer der wichtigsten Indikatoren sind Kontakte. Kontakte bauen Vorurteile ab. Dabei kommt es vor allem auf die Häufigkeit der Kontakte zu Muslimen an. Ich habe das einmal für verschiedene Bundesländer ausgerechnet. Dabei schnitten beispielsweise Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen relativ gut ab, was die Kontakte betrifft, während es vor allem in den neuen Bundesländern nur zu sehr wenigen Kontakten kommt, weil dort lediglich 2 % der Muslime in Deutschland wohnen. Das erklärt auch, warum es da Ost-West-Unterschiede gibt.

Die objektive ökonomische Benachteiligung – niedriges Einkommen, Arbeitslosigkeit usw. – spielt hierbei keine Rolle, zumindest nicht in den Modellen, die wir berechnet haben. Auch das Bildungsniveau spielt nur eine untergeordnete Rolle, wenn man alle diese Indikatoren mit in eine statistische Analyse nimmt.

Die Ablehnung von Muslimen steht im Zusammenhang mit der Zustimmung zum lus-sanguinis-Prinzip, also der Befürwortung des Abstammungsprinzips: Man kann eigentlich nur deutsch, französisch oder was auch immer werden, wenn man deutsche bzw. französische Vorfahren hatte. Leute, die so etwas zustimmen, die eine solche Form der nationalen Identität haben, nämlich dass das nur über die Vorfahren geht, lehnen Muslime eher ab als Menschen, die dem eher nicht zustimmen.

Nationalstolz – wir haben auch abgefragt, wie stolz man auf die Nation ist – kann sich – je nachdem, wie das konnotiert ist – positiv, aber natürlich auch negativ auf die Haltung zu Muslimen auswirken. Beispielsweise haben wir in den Niederlanden und in

– 6 –

Frankreich festgestellt, dass es sich positiv auswirken kann, wenn Leute stolz auf ihre Nation sind. Vermutlich ist das aber eher eine Art Verfassungspatriotismus und eine Befürwortung der Demokratie. Aber das kann – andersherum – oft auch negativ sein: Nationalstolz oder der Stolz auf eine Region. Wir haben herausgefunden: Wer stolz auf Sachsen ist, hat eine höhere Wahrscheinlichkeit, Muslime abzulehnen.

Weiterhin nenne ich die vermehrte Berichterstattung nach Schlüsselereignissen, beispielsweise die Silvesternacht 2015/2016 in Köln. Das war ein schlimmes Ereignis. Wir haben das einmal untersucht. Alle Untersuchungen können Sie übrigens bei mir anfragen. Ich schicke sie Ihnen zu. Es gibt auch eine Literaturliste. Wir haben festgestellt, dass sich Journalisten häufig auf ein solches Thema konzentrieren und nur noch darüber berichtet wird, obwohl vielleicht statistisch gesehen die Zahl der Vergewaltigungen gar nicht ansteigt.

Wir erleben das gerade wieder. Ich werde sehr häufig wegen der Freibad-Geschichten angerufen. Zumindest nach den Statistiken, die es dazu gibt, scheint die Zahl dieser Vorkommnisse nicht angestiegen zu sein. Aber wir alle haben natürlich den Eindruck, dass die Zahl der Vorkommnisse ansteigt, weil immer wieder darüber berichtet wird. Das führt auch dazu, dass es insbesondere bei Muslimen sehr negative Images und ein sehr negatives Framing gibt, weil im Zusammenhang mit dem Islam sehr viel auch über Terrorismus berichtet wird.

Rechtsextreme Einstellungen hängen insbesondere von autoritären Einstellungen und von Verschwörungsmentalität ab.

Eine individuelle ökonomische Benachteiligung – z. B. Arbeitslosigkeit oder niedriges Einkommen – spielt auch hier keine Rolle. Allerdings spielt die subjektive Einschätzung, ob man glaubt, dass es Deutschland jetzt und in der Zukunft schlecht geht, bei rechtsextremen Einstellungen eine Rolle.

Auch die Wahl der AfD hängt nicht von ökonomischer Benachteiligung ab. Darüber gibt es immer wieder einen Streit. Wenn man sich das multivariat, in komplexen statistischen Modellen anschaut, dann stellt man fest, dass das insbesondere von Muslimfeindlichkeit, Autoritarismus, Verschwörungsmentalität, mangelndem Vertrauen in Mitmenschen, dem Geschlecht – Männer wählen die AfD eher als Frauen –, aber auch von einer subjektiven Einschätzung der wirtschaftlichen Lage abhängt. Dabei geht es mehr um eine subjektive Einschätzung als um eine objektive Benachteiligung.

Die Unzufriedenheit mit der Demokratie hängt von Autoritarismus, Verschwörungsmentalität, dem Gefühl, als Mensch zweiter Klasse behandelt zu werden, kollektiver Benachteiligung, dass Deutschland also wirtschaftlich benachteiligt ist, und der fehlenden Anerkennung von Pluralität ab.

– 7 –

Wer rassistisch, ausländerfeindlich und muslimfeindlich ist, ist wahrscheinlicher unzufrieden mit der Demokratie und hat auch weniger Vertrauen in die Demokratie.

Die klassische Verschwörungsmentalität und der Glaube an Coronaverschwörungen stehen im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Anti-Schwarzen-Rassismus und antimuslimischem Rassismus. Der Verschwörungsglaube ist nicht harmlos. Die klassische Verschwörungsmentalität kann durch religiösen Fundamentalismus, aber auch Narzissmus und stärkeres Vertrauen in Social-Media-Posts von Freunden im Vergleich zu Experten erklärt werden. Leute, die sagen: „Ich vertraue lieber meinen Freunden auf Social Media als Experten“, haben eine höhere Wahrscheinlichkeit für eine Verschwörungsmentalität.

Ganz interessant ist: Ich habe eine Bevölkerungsumfrage für Österreich durchgeführt und dabei festgestellt, dass der Glaube an Coronaverschwörungen im Zusammenhang mit fehlender Unterstützung und fehlendem Schutz durch die Familie sowie verbalem, physischem und sexuellem Missbrauch in der Kindheit steht. Sie finden das als Tabelle in den Powerpoint-Folien. Das ist ein sehr wichtiges und auch sehr interessantes Ergebnis.

Auch die Leugnung des Klimawandels hängt von verschiedenen sozialpsychologischen Indikatoren ab: von sozialer Dominanzorientierung, Verschwörungsmentalität, Autoritarismus und der Dunklen Triade, dem Index aus Narzissmus, Machiavellismus und Psychopathie. Das Bildungslevel spielt – zumindest Daten aus Großbritannien zufolge – keine Rolle, wenn man die sozialpsychologischen Variablen berücksichtigt, die eher auf der emotional-affektiven Ebene gelagert sind.

Die Befürwortung von Gewalt unter Jugendlichen, inwieweit Jugendliche also gewaltbereit sind, kann auch durch Narzissmus, Machiavellismus und Psychopathie erklärt werden. Das haben wir mit einer Studie unter Jugendlichen zwischen 14 und 16 Jahren in Leipzig ausgerechnet, also in dem Alter, in dem sich die politischen Einstellungen manifestieren. Wir wissen, dass Rechtsextreme häufig auch gewaltbereit sind.

Die Dunkle Triade, also Narzissmus, Machiavellismus und Psychopathie, hängt wiederum von der Erziehung und der fehlenden emotionalen Wärme durch den Vater und die Mutter ab. Wir fragen nach dem erinnerten Erziehungsverhalten. Fehlende emotionale Wärme spielt eine Rolle, auch harte Strafen vor allem durch die Mutter. Wir müssen noch weiter dazu forschen, warum harte Strafen durch den Vater nicht signifikant sind. Auch Überbehütung und Kontrolle erhöhen die Wahrscheinlichkeit zu einem Dunklen-Triade-Score. Demnach besteht eine Pfadabhängigkeit zwischen ungünstigen Erziehungsbedingungen, der Dunklen Triade und der Befürwortung von Gewalt.

Ich komme zu der generellen Befürwortung von Kriegen. Wir reden viel zu wenig über die individuellen Faktoren. In Russland beispielsweise braucht es ja eine Grundlage für den Krieg. Nicht nur Wladimir Putin ist für diesen Krieg verantwortlich, sondern es

– 8 –

braucht auch eine Grundlage in der Bevölkerung. Das haben wir zwar nicht in Russland gefragt, sondern in Deutschland. Aber die Theorien sind immer die gleichen.

Die generelle Befürwortung von Kriegen, warum also jemand bellizistisch eingestellt ist, steht im Zusammenhang mit der Befürwortung einer Diktatur, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, autoritärer Aggression, autoritärer Unterwürfigkeit, autoritärem Konventionalismus, Verschwörungsmentalität, Antifeminismus, gewaltbezogenem Männlichkeitsideal – Männlichkeit, die gewaltbezogen ist, spielt eine große Rolle; auch das können wir in Russland ganz gut beobachten –, Gewaltbereitschaft, mangelnder Empathie, Narzissmus und Sadismus. Krieg als die schlimmste Form der Gewalt kann auch durch diese Indikatoren erklärt werden.

Ich gehe jetzt nur ganz kurz auf die Wertorientierungen ein. Wer hohe Narzissmus-, Machiavellismus- und Psychopathiewerte aufweist, hat eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit, nach viel Geld und Anerkennung seiner Leistung zu streben. Ich war ein bisschen überrascht über diese relativ starken Korrelationen.

Umgekehrt gilt: Wer wenig Narzissmus-, Machiavellismus- und Psychopathiewerte aufweist, hat eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass er oder sie es für bedeutend erachtet, etwas Wichtiges für die Gesellschaft zu tun. Das hängt auch von der Persönlichkeit ab – nicht nur, aber wir haben einen Fokus darauf gelegt.

Niedrige Machiavellismus- und Psychopathiewerte gehen mit der Wichtigkeit einher, sich um die Umwelt zu kümmern. Da es eine Pfadabhängigkeit gibt, hat auch das wieder etwas mit der Erziehung in den Familien zu tun.

Aufgrund der Bedeutung der sozialpsychologischen Faktoren und der emotional-affektiven Ebene im Zusammenhang mit Vorurteilen, Rechtsextremismus, Verschwörungsmentalität und Klimawandelleugnung bedarf es vor allem einer Fokussierung auf eine Prävention mit Bezug zu diesen Faktoren. Das gilt insbesondere für Autoritarismus und daran angelegte Persönlichkeitsmerkmale wie beispielsweise die Dunkle Triade.

Die Phase der Kindheit und Jugend ist prägend für die politischen Einstellungen und das Verhalten. Die Erziehung prägt die Gesinnung. Das ist sehr wichtig. Deswegen muss der Fokus darauf liegen, Prävention im Kindes- und Jugendalter zu betreiben.

Solange Kinder vernachlässigt oder gar grausam behandelt werden, dürfen wir uns nicht über Gewalt, Extremismus und sogar Kriege wundern. Das ist eine alte Erkenntnis, die aber viel zu selten thematisiert und die sogar abgewertet wird. Sie erinnern sich an Gerhard Schröder und das „Gedönsministerium“ – dabei ist das Familienministerium, zumindest aus meiner Sicht, ein sehr wichtiges Ministerium. Wir müssen daher die Kindheit und die Erziehung in den Blick nehmen. Das gilt insbesondere beim Kampf gegen Radikalisierung und Extremismus.

– 9 –

Kinder ohne belastete Kindheit, die Selbstvertrauen entwickeln sowie Mut und Einfühlungsvermögen haben, sind widerstandsfähiger, resilienter als Kinder, die unter ungünstigen Erziehungsbedingungen aufgewachsen sind.

Um Menschen krisenfester zu machen, bedarf es Familienstrukturen, die den Kindern Sicherheit geben und Vertrauen bilden.

Neben funktionalen Familien – vor allem dann, wenn sie versagt haben – benötigen wir Institutionen, die jungen Menschen helfen, resilient zu werden, um in Krisen Unsicherheiten auszuhalten.

Es muss eine psychosoziale Beratung für dysfunktionale Familien geben. Es muss mehr in Kinder- und Jugendarbeit investiert werden, auch in Erlebnispädagogik. Ich glaube, da wurde sehr viel abgebaut.

Bildungsinstitutionen sollten ihren Schwerpunkt nicht nur darauf legen, wie Einzelne ihr Leben per Bildung sichern können, sondern sie sollten auch einen Fokus darauf legen, wie man den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken kann.

Kitas sind aus meiner Sicht keine Schulen. Das sind Orte, an denen es viel mehr Fürsorge geben muss. An erster Stelle sollte die Fürsorge stehen, nicht die Bildung. Wir müssen die Kinder nicht schon im Kindergartenalter für den ökonomischen Wettbewerb fit machen. Dafür benötigen wir natürlich auch mehr qualifiziertes Personal.

Die Gesellschaft muss mit Kindern und Jugendlichen würdig umgehen und deren Bedürfnisse ergründen und respektieren, was aber nicht heißt, dass Kindern nicht auch Grenzen gesetzt werden sollen und müssen; das ist ganz klar. Das gilt insbesondere auch für Kinder und Jugendliche, die nicht privilegiert sind.

Politische Bildung ist wichtig. Aber in Bezug auf den Abbau von rechtsextremen Einstellungen und Vorurteilen ist sie nicht besonders wirksam. Dazu gibt es Evaluationsstudien von Andreas Beelmann, die ich sehr empfehlen kann. Nachweislich wirksamer sind Empathietrainings in Schulen, das Lernen durch Perspektivwechsel und interkulturelle Begegnungen, die auf Kooperationen beruhen und nicht auf Wettbewerb.

Wir sollten nicht nur den Autoritarismus von Rechtsextremen und Rechtspopulisten mit deutscher Staatsangehörigkeit in den Blick nehmen, sondern auch den von Zugewanderten – denn auch sie können autoritär, antisemitisch usw. sein –, damit es nicht zu Co-Radikalisierungen bei Rechtsextremen und Islamisten kommt, die sich strukturell zum Teil sehr ähnlich sind. Programme zur Deradikalisierung spielen in diesem Zusammenhang eine sehr wichtige Rolle.

Wir brauchen auch einen Diskurs um Werte, vielleicht weniger Leistungsprinzip und mehr Kooperation, Solidarität und Hilfsbereitschaft.

– 10 –

Wir brauchen aber auch einen Diskurs über die Rolle der Medien, die immer sehr negativ berichten und Ängste schüren. Wir müssen natürlich auch die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen schulen.

Was im Sinne der Theorie der sozialen Identität nicht helfen wird – darüber haben wir im Vorgespräch gesprochen –, ist aus meiner Sicht eine neue europäische Identität, weil sich bereits rechtsextreme Bewegungen in Abgrenzung zum Islam auf eine solche berufen.

Fazit: Eine demokratische Gesellschaft braucht Empathie. Ein wichtiger Schwerpunkt sollte darauf liegen, diese zu ermöglichen. Das können wir am besten noch im Kinder- und Jugendalter tun. Ich bin nicht so sehr auf die Erwachsenen eingegangen, weil es bei ihnen oft schon zu spät ist.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Dr. Yendell, vielen Dank für Ihren Vortrag.

Jetzt kommt Herr Dr. Kai Unzicker, Senior Project Manager Demokratie und Zusammenhalt bei der Bertelsmann Stiftung, an die Reihe. Er ist uns digital zugeschaltet und hat jetzt 20 Minuten zur Verfügung.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dr. Unzicker: Ganz herzlichen Dank für die Einladung. – Ich werde mich bemühen, in den 20 Minuten zu bleiben.

Ich könnte es ganz kurz machen und sagen: „Alexander Yendell hat recht. Unsere Daten bestätigen das.“ Ich zeige Ihnen die Daten aber trotzdem.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wir haben mit Unterstützung des Sozialministeriums Baden-Württemberg letztes Jahr eine Studie durchgeführt, bei der wir uns auch Daten zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg aus der Vergangenheit angeschaut haben. Wir haben Daten aus 2017, 2019 und zum Jahreswechsel 2021/2022. In dieser Studie haben wir uns auf der einen Seite darauf fokussiert: Was hat die Coronapandemie mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt gemacht? Der zweite Fokus lag darauf: Was hat das mit der Lebenssituation von Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen gemacht? Hier sieht man bereits den Bogen zu Alexander Yendells Vortrag, der sehr stark auf die Lebens- und Aufwuchsbedingungen von Jugendlichen hingewiesen hat.

– 11 –

In der Studie fällt etwas ganz pauschal auf: Wenn wir die Menschen fragten: „Wie schätzen Sie eigentlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt ein?“, hatten wir in der Vergangenheit – 2017 und 2019 – das Phänomen: Auf der einen Seite glaubte ein relativ großer Teil der Menschen, der gesellschaftliche Zusammenhalt ist gefährdet. Dieser Teil steigt über die Zeit hinweg an. Auf der anderen Seite sagte ein deutlich größerer Teil der Bevölkerung: „In meinem Umfeld, in meiner Wohngegend ist der gesellschaftliche Zusammenhalt in Ordnung. Er ist sehr gut oder gut.“

Das änderte sich mit der Pandemie. In der Pandemie gab es einen Anstieg dadurch, dass der Eindruck vermittelt wurde, beim gesellschaftlichen Zusammenhalt gebe es Probleme. Laut dieser Studie sagen inzwischen 48 %, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet ist. Mittlerweile gibt es weitere Erhebungen, auch von anderen Instituten. Der Eindruck, dass da gerade etwas ganz Problematisches passiert, verfestigt sich. Gleichzeitig – das ist das Überraschende – kommt das jetzt auch bei den Leuten in Bezug auf ihre eigenen Wohngegenden an. Die Pandemie und auch die Krisen, die wir danach erlebt haben, finden zum allerersten Mal vor den Haustüren der Leute statt. Dabei haben sie den Eindruck, jetzt verändere sich etwas in ihrem Leben, in ihrem eigenen Alltag. Da entstehen Probleme, zumindest in der Wahrnehmung der Menschen.

Wir haben im Verlauf der Pandemie deutlich festgestellt – das hat sich auch danach weiter fortgesetzt; hier sind die letzten Daten vom Mai 2022 –: Die Menschen haben mehr Zukunftssorgen. Sie sind unsicher, was die Zukunft bringt – sowohl für sich selbst als auch für die Gesellschaft insgesamt. Der Anstieg der Zukunftssorgen ist für die letzten zwei, drei Jahre sehr kennzeichnend.

Das ist, wenn man so will, das Gesamtbild. Deswegen reden wir auch so viel über gesellschaftlichen Zusammenhalt: weil die Menschen sich Sorgen machen, weil die Zukunft eingetrübt ist und weil sie vor ihrer eigenen Haustür erleben, dass gesellschaftlich etwas in Bewegung geraten ist.

Der Begriff „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ ist ein sehr blumiger Begriff. Herr Yendell stammt aus einem Forschungsinstitut, das unter der großen Überschrift „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ agiert. Die Bertelsmann Stiftung arbeitet schon mehr als ein Jahrzehnt dazu. Man muss auch einmal sagen, was man mit dem Begriff „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ eigentlich meint.

Wir machen das in drei großen Bereichen. In meinen Untersuchungen wird gesellschaftlicher Zusammenhalt anhand drei unterschiedlicher Bereiche ausgemacht. Das sind erstens die stabilen und vertrauensvollen sozialen Beziehungen: Wie gehen die Menschen miteinander um? Haben sie Kontakt zueinander? Vertrauen sie einander? Sind diese Kontakte auch für Unterschiedlichkeit offen, oder sind das nur Kontakte zwischen Menschen, die sich in ihrer politischen Einstellung, in ihrer Herkunft oder in ihrer Religiosität ähnlich sind?

– 12 –

Der zweite Punkt, den wir anschauen, ist das Gefühl von Verbundenheit und Zugehörigkeit: Fühlen sich Menschen als Teil des Gemeinwesens? Identifizieren sie sich mit dem Gemeinwesen? Vertrauen sie den Institutionen, beispielsweise den Parlamenten, die die Gesellschaft repräsentieren? Haben sie den Eindruck, in dieser Gesellschaft gerecht behandelt zu werden?

Der dritte Aspekt, den wir uns anschauen, ist das, was wir ausgeprägte Gemeinwohlorientierung nennen. Dabei geht es darum: Wie verhalten sich die Menschen? Verhalten sie sich solidarisch und hilfsbereit? Engagieren sie sich ehrenamtlich? Übernehmen sie Verantwortung für das Gemeinwesen?

Wenn alle drei Punkte zusammenkommen und stark ausgeprägt sind, dann sprechen wir von einem starken gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir machen zahlreiche Untersuchungen und haben das bei einer Befragung in Baden-Württemberg zu drei Messzeitpunkten untersucht.

Die Frage ist: Wie steht es eigentlich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Bevor ich Ihnen die Einzelergebnisse vorstelle, gebe ich Ihnen zunächst einen Überblick. Dazu müssen Sie wissen: Wir machen Fragebogenbefragungen. Die Leute beantworten zahlreiche Fragen zu diesen drei Bereichen und den jeweiligen Unterdimensionen. Das fassen wir dann in Indizes zusammen. Wir versuchen, das in einzelne Kennzahlen zu überführen, die von „0“ bis „100“ reichen. 100 bedeutet, die Leute haben maximal stark geantwortet. Das spricht für einen besonders starken Zusammenhalt. 0 ist ein besonders schwacher Zusammenhalt.

Auf dieser Folie sehen Sie die Übersicht über die Kennzahlen. Schauen wir einmal in die oberste Zeile. Dort steht der Gesamtindex für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg für die Jahre 2017, 2019 und 2022. Wir haben, wie gesagt, Werte von 0 bis 100. 100 ist das Maximum. Die Werte von 63 und 63,8 waren in diesen Jahren mit die besten Werte in Deutschland, die wir in unterschiedlichen Bundesländern gefunden haben.

In all unseren Untersuchungen, die wir international, in Deutschland, in unterschiedlichen Regionen und auch auf lokaler Ebene gemacht haben, ist typisch: Die Veränderung zwischen 2017 und 2019, die sehr minimal war und leicht angestiegen ist, war das typische Bild. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist keine Geschichte des Niedergangs und vor allem auch keine Geschichte großer Fluktuation gewesen, sondern da gab es eine hohe Stabilität. In der Tendenz hat der gesellschaftliche Zusammenhalt minimal zugenommen.

Wir sehen dann mit dem Sprung in das Jahr 2022, in der Endphase der Pandemie, einen deutlichen Abfall des Werts um zehn Punkte. Das ist der höchste Rückgang, den wir überhaupt in irgendeiner Studie, in denen wir Zeitvergleiche haben, jemals festgestellt haben. Daran sieht man: Die Pandemie hatte einen ganz deutlichen und ganz erheblichen Effekt.

– 13 –

In der letzten Spalte sehen Sie überall Minuszeichen. Die Werte sind teilweise recht hoch. Das betrifft alle Dimensionen von gesellschaftlichem Zusammenhalt, die wir uns angeschaut haben. Bei jedem Aspekt, den wir uns angeschaut haben, sinken die Werte, teilweise ein bisschen unterschiedlich. Aber das ist ein umfassendes Phänomen.

Schauen wir uns das Ganze jetzt einmal im Detail für die drei Bereiche an, die ich am Anfang beschrieben habe. Ich möchte Ihnen das kurz an ein paar Einzelfragen erläutern.

Das eine, was wir sehen, ist: Die Netzwerke sind kleiner geworden, und das Vertrauen hat in der Krisenphase abgenommen. Verdoppelt hat sich der Anteil derjenigen, die sagen, sie haben einen kleinen oder sehr kleinen Freundeskreis. Mehr als verdoppelt hat sich der Anteil derjenigen, die sagen: Ich habe nicht mal mindestens eine Person außerhalb meines Haushalts, meiner Familie, auf die ich mich verlassen kann, wenn ich mal in einer Notsituation bin.

Man sieht in der unteren Zeile, dass auch die Vertrauenswerte zurückgehen. Verdoppelt hat sich auch der Anteil derjenigen Personen, die glauben, andere Menschen haben keine guten Absichten. Mehr als eine Verdopplung, fast eine Verdreifachung gibt es bei denjenigen, die sagen, man kann sich auf niemanden mehr verlassen. Da gibt es kein Zutrauen mehr.

Die oberen beiden Werte kann man noch relativ gut erklären. Ganz viele Maßnahmen, die getroffen wurden, um die Pandemie zu bekämpfen, haben darauf beruht, Kontakte zu reduzieren und nicht mehr in der Öffentlichkeit mitzuwirken. Das hat gerade bei denjenigen Personen, für die es sowieso schon schwierig war, Kontakte zu halten und Freundschaften zu pflegen, dazu geführt, dass es für sie noch schwieriger wurde, Kontakte zu halten. Das kann sich auch wieder auflösen. Es kann sein, dass wir da heute schon wieder viel besser dastehen, weil es ein Jahr später einen Nachholbedarf gegeben hat.

Bei den Vertrauenssachen ist es ein bisschen problematischer. Sie alle wissen: Wenn Vertrauen erst einmal verloren gegangen ist, ist es deutlich schwieriger, es wieder aufzubauen. Da muss dann schon ein bisschen mehr passieren.

Schauen wir uns die Frage der Verbundenheit und der Identifikation an. Hier sehen wir sehr deutlich: Bei der Verbundenheit mit dem Wohnort gibt es einen ganz deutlichen Abfall. Das haben wir aber auch bei der Nachbarschaft, bei der Region, beim Bundesland und bei Deutschland insgesamt. Man sieht: Das Verbundenheitsgefühl ist zurückgegangen. Das hat vielleicht auch damit etwas zu tun, dass man in der Phase, in der wir erhoben haben, nicht mehr so viel am sozialen Leben teilgenommen hat. Man zieht sich dann eher auf das Eigene zurück und fühlt sich nicht mehr so stark eingebunden und nicht mehr als Teil einer Gesellschaft. Ich bin ganz zuversichtlich, dass sich das wieder in die Gegenrichtung entwickeln wird.

– 14 –

Beim Vertrauen in die Institutionen bin ich etwas skeptischer. Wir sehen auf dieser Folie Werte zum Vertrauen in die Polizei und in die Regierung. Wir haben auch noch ganz viele andere Institutionen abgefragt. Überall sehen wir einen deutlichen Rückgang. Wir sehen diesen Trend auch gegenüber regulativen Institutionen, bei der Polizei und bei Gerichten, die traditionell eher deutlich höhere Vertrauenswerte haben, die nicht ganz so stark fluktuieren, wie das bei politischen Institutionen der Fall ist.

In einem Buch von Oliver Nachtwey und Carolin Amlinger wird in Bezug auf die Pandemie folgende These formuliert: Für ganz viele Menschen war die Pandemie die erste Situation, in der sie dem Staat als kontrollierende Instanz begegnet sind. Die haben vielleicht früher mal ein Knöllchen bekommen. Aber jetzt musste man sich ausweisen, und man wurde kontrolliert. Es gab Sachen, die verboten waren. Dann schätzt man vielleicht auch die regulativen Behörden etwas kritischer ein.

Die Vertrauensverluste in politische Institutionen, die sich in der Pandemie noch verschärft haben, sehen wir als langfristigen Trend.

Letztlich sehen wir auch bei der Gemeinwohlorientierung einen negativen Effekt. Es gibt subjektive Einschätzungen: Die Menschen kümmern sich nicht mehr umeinander. Sie werden unsolidarisch. Diese Wahrnehmung hat deutlich zugenommen. Die Leute fühlen sich in ihrem Umfeld etwas unsicherer. Das ist allerdings noch immer auf einem hohen Niveau. 80 % der Mitmenschen fühlen sich sicher. Aber das waren einmal deutlich über 90 %.

Wir sehen auch beim Engagement Veränderungen. Das eine ist: Die Leute sind nicht weniger engagementbereit als früher und engagieren sich weiterhin. Aber sie engagieren sich weniger intensiv und weniger häufig. So ist beispielsweise der Anteil derjenigen, die mindestens einmal in der Woche irgendetwas machen, deutlich zurückgegangen. Viele Leute haben in der Phase der Pandemie, in der in vielen Organisationen, Verbänden, Vereinen und Institutionen nicht so viel passiert ist, ihre Mitgliedschaften gekündigt, auf der einen Seite vielleicht, um Geld zu sparen, auf der anderen Seite, weil sie in dem Moment gemerkt haben, dass es nicht mehr so wichtig war. In unterschiedlichen Untersuchungen zu der Frage „Wie hat sich das weiterentwickelt?“, sieht man einen gewissen Erholungseffekt. Aber ob man das Niveau von vor der Pandemie erreicht, ist noch fraglich.

Das, was ich eben beschrieben habe, soll das Gesamtbild darstellen. Wir haben uns in der Untersuchung für Baden-Württemberg aber Folgendes genauer angeschaut: Gibt es bestimmte Gruppen, die besonders auffallen und bei denen wir das Gefühl haben, die könnten tatsächlich stärker durch das Raster fallen als andere? Wir sehen in der Regressionsanalyse: Das sind Frauen eher als Männer, Menschen mittleren Alters, die nach der Familienphase, aber noch im Beruf sind, Menschen mit geringer Bildung, Menschen ohne Erwerbstätigkeit und Einkommensarme, Alleinerziehende und Paare ohne Kinder sowie chronisch Kranke und Personen, die sich politisch

– 15 –

vernachlässigt fühlen. Auf die letzte Gruppe möchte ich noch ein bisschen intensiver eingehen.

Wir haben die Gruppe der politisch Vernachlässigten in dieser Studie gefragt, ob sie den Eindruck hatten, dass die Politik in der Coronapandemie nicht genug für Menschen wie sie getan habe. Dem haben 60 % der Menschen in Baden-Württemberg 2022 zugestimmt. Wir haben im letzten Jahr noch eine zweite Untersuchung gemacht. Da haben wir anders, ein bisschen allgemeiner gefragt, ob sich Politik ausreichend um Leute wie sie kümmere. Nur 20 % der Menschen haben den Eindruck, die Politik kümmere sich ausreichend um sie.

Welche unterschiedlichen Gruppen sind das? Frauen haben das häufiger gesagt. Das sind eher die jüngeren Befragten, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit geringer Bildung sowie nicht erwerbstätige und arme Menschen. Rentner sagen das besonders selten. Bei dem Bild, um wen sich die Politik, um wen sich der Staat kümmert, gibt es ein Muster von unterschiedlichen Personengruppen, die besonders auffallen, bei denen auch der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdeter ist und die da eher durchrutschen.

Das ist anschlussfähig an das, was Alexander Yendell gesagt hat: Bei dieser Gruppe kommen andere Dinge dazu, nämlich eine größere Unzufriedenheit mit der Politik und eine stärkere Neigung, Verschwörungserzählungen zuzustimmen. Auch die Neigung zur Verschwörungsmentalität haben wir in dieser Studie gemessen.

In dieser Grafik sehen Sie die Werte für die einzelnen Items. Ich gehe nicht auf diese ein. Das sind teilweise erschreckend hohe Werte. Wenn man aber schaut, was der Kern der Menschen ist, die eine nennenswerte Zustimmung zu allen diesen Fragen haben, dann stellt man fest, dass nur knapp ein Fünftel der Befragten eine starke oder ausgeprägte Neigung zur Verschwörungsmentalität haben. Ein bisschen weniger als ein Drittel antworten gar nicht positiv darauf. Das heißt, die könnte man, wenn man so will, als immun gegenüber Verschwörungserzählungen bezeichnen. Da ballt sich auch etwas. Ich habe es eben schon angedeutet. Deswegen schauen wir darauf.

Wir haben hier ein großes Gefühl der politischen Vernachlässigung. Wir haben starke subjektive Berichte von Betroffenheiten aufgrund der Pandemie. Egal, ob das eine Infektion oder die wirtschaftliche Belastung ist oder ob man gesagt hat: Ich leide unter den Maßnahmen usw., das ist sehr stark darin enthalten.

Es gibt einen ganz klaren Zusammenhang mit Verunsicherung und pessimistischem Blick in die Zukunft. Auch gibt es einen Zusammenhang mit Bildung: Je geringer die formale Bildung ist, desto größer ist die Neigung zur Verschwörungsmentalität. Das ist ein Problem. Die Pandemie hat dazu geführt, dass sich eine große Gruppe politisch vernachlässigt fühlt. Bei denjenigen, die sich politisch vernachlässigt fühlen, ist die Neigung, an ein Verschwörungsnarrativ zu glauben, stärker ausgeprägt. Die Unzufriedenheit wird größer. Da ballt sich einiges zusammen.

– 16 –

In diesem Zusammenhang möchte ich zwei positive Befunde nennen. Wenn die Personen, auf die das im Groben zutrifft, also die soziodemografische Grundsituation, dennoch sozial eingebunden sind – wenn sie viele Kontakte haben, wenn sie in Vereinen und Organisationen sind –, dann ist das ein Schutzfaktor vor der Verschwörungsmentalität. Dann ist sie weniger stark ausgeprägt.

Wir haben das regional untersucht, also unterschiedliche Regionen in Baden-Württemberg miteinander verglichen, und gesehen: Wenn der Anteil der Personen, die immun gegen Verschwörungserzählungen sind, besonders hoch ist, dann hilft das, insgesamt die Ausprägung der Verschwörungsmentalität etwas einzudämmen. Man könnte sagen, dass es etwas damit zu tun hat, ob es genug Gegenpositionen gibt bzw. ob es Menschen gibt, die gegenargumentieren und andere Informationen anbieten.

Ich werde jetzt noch ganz kurz auf das Thema Jugend eingehen, weil das in der Studie enthalten war und meiner Ansicht nach ganz wichtig ist.

Wenn Sie auf dieser Folie die hellen und dunklen Balken vergleichen, dann sehen Sie, dass die jungen Menschen im Alter von 16 bis 24 Jahren bei all diesen Belastungsindikatoren schlechter abschneiden als die älteren. Die Belastungssituation der jungen Menschen war aufgrund der Pandemie besonders hoch. Das führt auch dazu, dass gerade junge Menschen besonders kritisch bewerten, wie die Politik und die Gesellschaft mit der Pandemie umgegangen sind. Sie haben eher einen negativen Eindruck, nämlich dass die Gesellschaft geschwächter daraus hervorgeht.

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung – ich glaube, vom Ende des letzten oder Anfang dieses Jahres – zeigt, dass es bei jungen Menschen einen deutlichen Rückgang bei der Demokratieunterstützung gibt. Das kann beispielsweise auch etwas mit den Erfahrungen in der Pandemie zu tun haben: dass man die Belastungen nicht gut verarbeitet.

Ich komme jetzt zu meinem Fazit. Der Zusammenhalt ist geschwächt, aber nicht schwach. Wir haben hier eine negative Tendenz. Aber das führt nicht dazu, dass wir jetzt sagen müssten, das alles sei ganz dramatisch.

Das nächste Problem ist die Krise. Das war eine Studie zur Pandemie. Wir haben danach den Ukrainekrieg, die Inflation, Flüchtlinge, die Haushaltslage in den Städten und Gemeinden usw. Die Krisen, die es auch zukünftig geben wird, werden weiterhin ein Risiko für den Zusammenhalt und die Demokratie sein, weil darin ein Potenzial für Verunsicherung liegt. Dazu braucht es eine aktive Gestaltung.

Ich habe jetzt noch sechs Handlungsempfehlungen für Sie, die ich ganz schnell durchgehen werde:

– 17 –

Alles, was den vulnerablen Gruppen, den Risikogruppen, die ich genannt habe, hilft, hilft auch dem gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Mehr Dialog und Begegnungen müssen ermöglicht werden. Das schließt ein bisschen an die Ausführungen von Herrn Yendell an. Ganz wichtig ist: Es gibt einen Vertrauensverlust. Die Leute müssen wieder miteinander ins Gespräch kommen. Dafür brauchen wir Orte, Gelegenheiten und auch Aktivitäten vor Ort. Die müssen sichergestellt sein.

Die ganze Verunsicherungs- und Krisensituation ist das Einfallstor für Verschwörungserzählungen und Desinformationen. Deswegen ist es besonders wichtig, konsequent dagegen vorzugehen und noch mehr Aufmerksamkeit darauf zu richten.

In unsicheren und krisenhaften Situationen brauchen wir eine bessere und eine transparentere Kommunikation, auch eine bessere und transparentere politische Kommunikation: Was sind die Ziele? Wie will man sie erreichen? Wo steht man gerade? Was passiert im Hintergrund? Alles, was gut kommuniziert ist, schützt davor, dass Diskurse entgleiten.

Wir sehen Veränderungen beim Engagement. Man muss darüber nachdenken: Welche anderen Formen des Engagements, welche alternativen Formen kann man noch besser unterstützen? Wir können in der Diskussion noch darauf eingehen.

Der letzte Punkt – auch das ist ganz wichtig –: Wir brauchen mehr Teilhabemöglichkeiten und Unterstützungsangebote für junge Menschen. Sie sind weiter auszubauen und verstärkt in den Blick zu nehmen. Das hilft.

Auf der nächsten Folie sehen Sie die Publikationen, in denen Sie das alles nachlesen können.

Ganz herzlichen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Unzicker. – Wir kommen jetzt zur Fragerunde. Als Erster hat Herr Dr. Kroll das Wort.

Dr. Stefan Kroll, stellv. externes Mitglied: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Vielen Dank, Herr Dr. Yendell und Herr Dr. Unzicker, für die beiden Vorträge.

Das Thema der Enquetekommission ist die krisenfeste Gesellschaft. Wir sind uns vermutlich fast alle hier darüber einig, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt eine wichtige Voraussetzung dafür ist, eine krisenfeste Gesellschaft zu bilden.

– 18 –

Herr Dr. Yendell, wir haben von Ihnen gehört, dass dieser Zusammenhalt vor allem von den Rändern her gefährdet ist. Sie haben uns die Kriterien, die Indikatoren der entsprechenden Untersuchung genannt. Für uns wäre jetzt noch wichtig zu hören, wie die Unterstützung in der Gesamtbevölkerung für die Haltungen ist, die Sie beschrieben haben und die den Zusammenhalt gefährden.

Meine zweite Frage ist – auch an Sie, Herr Dr. Yendell –: Sie haben angedeutet, aber in Ihrem Vortrag nicht ausgeführt, dass der Zusammenhalt in Teilgruppen der Gesellschaft stark ist – vielleicht stärker als in der Gesamtgesellschaft. Ist der Eindruck richtig, dass wir einen Zusammenhalt in Teilgruppen haben, der den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden könnte? Wie können wir das überwinden und den Zusammenhalt auch zwischen den Gruppen stärken, um zu einem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt zu kommen?

Herr Dr. Unzicker, es war sehr vielversprechend zu hören, dass der Zusammenhalt zwar geschwächt, aber nicht schwach ist. Dazu die Frage: Sehen Sie trotzdem Tendenzen, dass es vielleicht doch zu einer Spaltung kommen kann? In den Medien ist häufig von einer Spaltung der Gesellschaft die Rede. Dies beobachten wir aber mit Blick auf die Zahlen zum Glück noch nicht. Das ist die Tendenz der Polarisierung. Wie sehen Sie das Potenzial an?

Das Zweite ist: Sie sind vor allem auf Gruppen in der Bevölkerung eingegangen. Das war für uns sehr erhellend. Die Frage ist: Gibt es bestimmte Themen, die in besonderer Weise polarisieren und deshalb auch eine besondere politische Überarbeitung brauchen? Sie haben über Corona gesprochen. Aber was ist mit den Themen Klima und Migration, die in besonderer Weise Potenzial haben und auf die auch in besonderer Weise reagiert werden müsste?

Vielen Dank.

Abg. Christiane Staab CDU: Herr Dr. Yendell, ich musste eben bei Ihrem Vortrag ein bisschen schmunzeln, weil ich als überzeugte stillende Mutter immer gesagt habe: Kinder, die böse sind, sind zu kurz gestillt worden.

Ich sage Ihnen ganz offen: Ich bin sehr froh darüber, dass wir endlich mal den Fokus auf die ganz frühe Kindheit richten. Das treibt mich auch mit großer Sorge um. Deswegen habe ich eine Frage sowohl an Sie als auch an Herrn Unzicker, weil die Bertelsmann Stiftung aufzeigt, wie schwach wir derzeit in der frühkindlichen Bildung institutionell aufgestellt sind. Da fehlt viel Personal. Das heißt, die Aufgaben, die Sie uns gerade aufgezeigt haben, werden wir in Zukunft eher schlechter erfüllen können. Das ist auch Inhalt meiner Frage an Herrn Unzicker.

Wir bekommen von der Bertelsmann Stiftung regelmäßig aufgezeigt, wie sich das Gap im frühkindlichen Bereich, insbesondere in den Kitas und in den Krippen, entwickelt

– 19 –

und vergrößert. Wir versuchen jetzt, dem mit vielen Maßnahmen entgegenzusteuern. Aber ich sage auch ganz offen: Ich weiß nicht, ob wir da so erfolgreich sein werden, wie wir alle uns das wünschen. Was können wir diesem Thema entgegen? Ich glaube, wir bräuchten dafür ein bisschen mehr als nur den Hinweis, wie viele Personalstellen uns da immer fehlen. Vielleicht gibt es auch Ansätze aus anderen Ländern, wie man das Thema „Frühkindliche Bildung“ angehen kann.

Jetzt schlage ich den Bogen zu Herrn Dr. Yendell. Vielleicht braucht man weniger Bildung, sondern viel mehr Bindungsarbeit. Wie können wir diesem Thema in den Einrichtungen angesichts des drastischen Personalmangels, auf den wir zurauschen, in Zukunft gerecht werden?

An Sie, Herr Dr. Yendell, habe ich noch eine Frage. Das Thema Bindung wird in Deutschland wenig erforscht, in anderen Ländern hingegen schon sehr intensiv. Wie gehen andere Länder mit der ganz frühen Elternbildung um? Welche Erfahrungen gibt es aus den Early-Excellence-Centern, die es mittlerweile schon eine lange Zeit gibt? Was können wir nach Deutschland übertragen?

Ich bin der Meinung – dazu wäre ich auf eine Antwort von Ihnen gespannt –, dass wir das Thema Elternbildung in Deutschland überhaupt nicht systematisch angehen, sondern nur mit Gutscheinen und PEKiP-Gruppen. Wir haben da einen unglaublichen Flickenteppich. Mir fehlt eine systemische Elternbildung. Ich bin auf eine Aussage von Ihnen gespannt und sehr dankbar für eine Antwort, wie man das Thema „Systemische Elternbildung“ ganz frühzeitig angehen könnte.

Abg. Florian Wahl SPD: Sehr geehrter Herr Dr. Yendell, sehr geehrter Herr Dr. Unzicker, herzlichen Dank für Ihre Vorträge. – Ich habe eine Frage anknüpfend an die Ausführungen der Kollegin Staab, weil Sie von frühkindlicher Bildung gesprochen hat, inwiefern Sie diesen Begriff überhaupt teilen. Denn Sie haben ja gesagt, dass Sie eigentlich keine frühkindliche Bildung, sondern Fürsorge wollen. Das wäre natürlich eine fundamental andere Arithmetik und Herangehensweise, als wir das momentan in unserer Gesellschaft leben, die ich, ehrlich gesagt, für richtig halte.

Ich habe eine Frage an Sie, Herr Dr. Yendell: Wie können Empathietrainings in der Schule konkret ausgestaltet werden? Davon haben wir auch gelesen. Ich möchte das auch vor dem Hintergrund Ihrer Aussage wissen, dass politische Bildung keine besondere Wirkung auf den Aufbau von antidemokratischen Einstellungen und Urteilen hat. Das ist etwas, das für uns ganz interessant zu wissen wäre.

An Herrn Dr. Unzicker haben wir die Frage: In Ihrer Studie „Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg“ aus dem Jahr 2022 haben Sie festgestellt, dass erstmals eine Mehrheit den Zusammenhalt in der eigenen Wohngegend skeptisch betrachtet. An welchen Parametern können wir das festmachen?

– 20 –

Sie haben auch eine Dimension betrachtet, die hier, glaube ich, noch nicht zur Sprache gekommen ist. Das eigene Wohnquartier und die eigene Wohngegend spielen wahrscheinlich für Menschen unterschiedlich wichtige Rollen. Gerade bei der jüngeren Generation könnte es eventuell sein, dass aufgrund des digitalen Raums, den man ja auch sehen kann, die Relevanz des eigenen Lebensumfelds ganz massiv weggenommen worden ist. Für Menschen, die nicht in dieser Form partizipieren, ihre Community suchen oder Ähnliches, könnte es dann allerdings noch einsamer werden, sodass wir auch noch einen digitalen Gap bekommen.

Allgemein zu Ihrer Untersuchung: Sie haben Ihre Handlungsfelder dargelegt. Aber was können wir eigentlich konkret landespolitisch tun, und wen können wir erreichen?

Des Weiteren ist für uns, die SPD, natürlich auch immer die soziale Dimension bzw. auch die ökonomische Frage wichtig; denn auch da wird es sicherlich noch große Unterschiede geben. Inwiefern spielt das eine Rolle?

Im Hinblick darauf frage ich noch: Wie sollen die angedachten Begegnungsorte implementiert werden? Was können die Kommunen da ganz konkret tun?

Welche Maßnahmen schlagen Sie für die Bevölkerungsgruppen vor, die einen schwächeren Zusammenhalt erleben, z. B. wenn es um den Abbau von Benachteiligungen von Frauen oder um mehr Beteiligung für Menschen mit Migrationshintergrund geht?

Herzlichen Dank.

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Auch von unserer Seite zunächst einmal vielen Dank für Ihre Impulse.

Herr Dr. Yendell, Sie haben die Familie an vielen Stellen in den Mittelpunkt gestellt – zu Recht, wie ich finde. Sie haben davon gesprochen, Familien seien die Keimzellen der Demokratie. Sie sind natürlich auch die Keimzellen der Antidemokratie. Das macht uns klar, wie wichtig das ist.

Die Entwicklung – das sage ich ohne Bewertung, aber das muss man einfach feststellen – geht hin zu Ganztagsbetreuung und Ganztagschule. Das heißt, die Zeit in der Familie wird immer weniger. Insofern beißt sich das aus meiner Sicht etwas. Vielleicht können Sie etwas dazu sagen. Die Bedeutung der Zeiten, in der die Kinder, die Jugendlichen nicht in der Familie sind, wird größer. Darauf müssen wir aus meiner Sicht reagieren.

Sie haben von einer dysfunktionalen Familie gesprochen, die mehr psychosoziale Angebote braucht. Wie können wir das feststellen? Sie haben an den vorherigen Fragen schon sehen können, dass wir in der Enquetekommission daran interessiert sind, ganz konkret zu werden. Eine wichtige Grundlage für uns ist: Woran liegt das? Welche

– 21 –

Entwicklungen müssen festgestellt werden? Was können wir ganz konkret tun? Ich glaube, es ist ziemlich schwierig, eine Dysfunktion festzustellen und daraus dann Angebote abzuleiten.

Ein zentraler Punkt in unserer heutigen Zeit – der hat mir bei beiden Vorträgen ein bisschen gefehlt – sind die sozialen Medien. Das ist ein wesentlicher Faktor, wodurch sich Kinder und Jugendliche informieren. Daher würde mich Ihre Position zu folgenden Fragestellungen interessieren: Wie gehen wir damit um? Ich glaube, dort gibt es eine große Chance einzuwirken. Aber: Wie tun wir das? Was machen wir? Was setzen wir da entgegen? Denn gerade auch dort werden Verschwörungstheorien entwickelt und verbreitet – News, Fake News, was auch immer, und das ungefiltert. Ich glaube, das ist eine große Herausforderung.

Herr Dr. Unzicker, mich würde interessieren, inwieweit das Thema „Social Media“ in Ihren Untersuchungen eine Rolle gespielt hat.

Mich würde auch noch interessieren: Haben Sie Erfahrungen, haben Sie Zahlen, wie sich die Faktoren, die Sie untersucht haben, in früheren Krisen entwickelt haben? Ist das jetzt eine Entwicklung, bei der wir entspannt sein können, weil das auch schon in früheren Krisen so war – es überrascht ja nicht, dass dann, wenn wir eine Krise haben, die Werte zurückgehen, wie Sie es beschrieben haben –, oder hat das jetzt einen ganz anderen Charakter als bei früheren Krisen? Vielleicht könnten Sie dazu etwas sagen.

Mich hat eine Zahl überrascht, die sich nach meinen Gesprächen nicht bestätigt hat, zumindest wenn ich mit Vereinsvertretern vor Ort spreche. Aus Ihren Zahlen lese ich heraus: 40 % weniger Menschen engagieren sich einmal pro Woche ehrenamtlich. Auch die Zahl der Mitgliedschaften in ehrenamtlichen Organisationen ist um 40 % zurückgegangen. Das kann ich aus meinen Gesprächen nicht bestätigen. Bei mir vor Ort im Wahlkreis ist das sehr stabil und geht nicht zurück, vor allem nicht um 40 %. Auch vor dem Hintergrund, was man für ganz Baden-Württemberg nachlesen kann, kann ich diesen hohen Rückgang nicht bestätigen.

Vielen Dank.

Abg. Emil Sänze AfD: Vielen Dank an die Vortragenden. – Herr Yendell, ich habe leider einen Teil Ihres Vortrags nicht wahrnehmen können. Aber ich habe wenigstens ihre Unterlagen gelesen. Sie entwickeln darin aus unserer Sicht etwas wilde Thesen. Sie sagen, die Erziehung präge die politische Konditionierung, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Daher frage ich Sie: Wie erklären sich dann die sehr autokratische Erziehung der 68er-Generation und die Friedenseinstellung, die sich aus dieser Generation mehr oder weniger gebildet hat?

Meine weitere Frage dahin gehend ist: Hat Ihre Beobachtung auch berücksichtigt, dass wir einen kulturellen Wandel haben, auch in Bezug auf die ethnische

– 22 –

Zusammensetzung unserer Bevölkerung? Wie bildet sich das dann in extremistischen Grundeinstellungen ab?

Sie haben des Weiteren von der Bereitschaft gesprochen, bellizistischen Einstellungen anzuhängen. Wie kann es dann sein, dass ausgerechnet die jetzige Situation von sehr viel Krieginstention geprägt ist? Da gibt es auch einen Wandel.

Eine weitere Frage an Sie ist: Wie nehmen Sie die Einschätzung der Bevölkerung wahr, dass sich die politischen Ebenen – Exekutive, Judikative und Legislative – immer mehr vermischen und dass das von der Bevölkerung nicht so wertgeschätzt wird?

Das sind die Fragen an Sie.

An Herrn Dr. Unzicker habe ich auch eine Frage. Es sind zwei gruppendynamische Prozesse feststellbar: zum einen intragruppendynamische Prozesse und zum anderen intergruppendynamische Prozesse, die sich gerade in der Pandemie sehr unversöhnlich entgegenstanden. Hinsichtlich der Zusammensetzung dieser Gruppen konnte ich persönlich feststellen, dass sich dort plötzlich Menschen wiederfanden, die sich vorher nicht in der beschriebenen politischen Situation befanden, sondern Erfahrungen der Ausgrenzung und der Bevormundung durch Regierungsmaßnahmen gemacht haben. Glauben Sie nicht, dass das den Prozess des unversöhnlichen Gegenübers beschleunigt hat? Was können wir tun, um das wieder herauszunehmen? Haben Sie in Ihrer Studie feststellen können, dass es Methoden gibt, die die Zusammenführung der Gesellschaft wieder ermöglichen?

Vielen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Wir kommen jetzt zur Antwortrunde. Ich rufe als Ersten Herrn Dr. Yendell auf. Wenn Sie es schaffen, alle aufgeworfenen Fragen in zehn Minuten zu beantworten, wäre das sehr wünschenswert. Ich weiß, dass das nicht ganz einfach wird. Aber probieren Sie es nach Möglichkeit. – Bitte.

Sv. Herr Dr. Yendell: Ja, das wird nicht ganz einfach sein, weil auch Fragen zu politischen Handlungsempfehlungen gestellt wurden, wozu Sie vielleicht mehr Expertise haben als ich. Aber ich versuche es einfach mal.

Ich fange mit der Frage zu der 68er-Generation und der Friedensbewegung an – die fand ich sehr interessant –, wie das zustande gekommen ist und wie man das erklären kann. Ich hoffe, ich habe das richtig verstanden. Das war ja die Auseinandersetzung mit der Elterngeneration und dem Nationalsozialismus und ist die Erklärung dafür, warum so etwas zustande gekommen ist. Die Erklärung von z. B. autoritärer Persönlichkeit – Adorno und Co.; das habe ich heute vorgetragen – spielt noch immer eine wichtige Rolle für die Frage, warum Menschen Migranten gegenüber negativ eingestellt sind, bis hin zur Gewaltausübung. Die Menschen damals haben sich damit beschäftigt

– 23 –

und sich damit auseinandergesetzt. Die haben reflektiert, was da passiert ist. Ich kann nur empfehlen, das zu tun. Die haben in dieser Zeit Adorno und Klaus Theweleit gelesen und sich kritisch mit der Schuld bzw. der Verantwortung der Deutschen auseinandergesetzt. Ich glaube, dass das sehr wichtig war und noch immer wichtig ist. Sicherlich stärkt es den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wenn wir das weiterhin tun.

Dann gab es noch eine Frage zum Krieg. Bei mir ging es um generelle Kriegsbefürwortung, ob man also glaubt, dass Kriege eine Maßnahme sind, um Konflikte zu lösen. Mir ging es nicht darum – das habe ich zumindest in einem Nebensatz gesagt –, zu erklären, wie man die Waffenlieferungen in die Ukraine rechtfertigt. Das funktioniert nicht mit den Indikatoren, die ich vorgetragen habe. Bei mir ging es um die generelle Kriegsbefürwortung, ob jemand es sozusagen toll findet, dass es Kriege gibt.

Die letzte Frage an mich bezüglich der Vermischung der Legislative, Exekutive und Judikative habe ich, ehrlich gesagt, nicht verstanden. Das kann ich so auch nicht bestätigen. Ich habe mich nicht damit beschäftigt und teile diesen Eindruck auch nicht.

Die Frage von Stefan Kroll war, wie hoch die Einstellungsmuster – so habe ich das verstanden – in Bezug auf die Phänomene sind, die ich beschrieben habe. Erst einmal: Die Zahl derjenigen mit einem geschlossen rechtsextremen Weltbild, sozusagen das extremste, ist nach der neuesten Leipziger Autoritarismusstudie sogar ein bisschen rückläufig. Die rechtsextremen Einstellungen bewegen sich immer zwischen 4 und 8 %, wenn ich es jetzt richtig in Erinnerung habe. Das schwankt immer ein bisschen. Tendenziell sind sie seit 2002 in der Gesamttendenz sogar rückläufig gewesen. Aber dabei geht es um Einstellungen, nicht um Verhaltensweisen.

Wir haben beispielsweise festgestellt, dass es während der sogenannten Flüchtlingskrise eine Polarisierung und zum Teil auch eine Radikalisierung gerade von Menschen mit einem rechtsextremen Weltbild gegeben hat. Während Rechtsextreme früher vorwiegend SPD und CDU gewählt haben, wählen sie jetzt die AfD. Nicht jeder AfD-Wähler ist rechtsextrem. Aber Menschen mit rechtsextremem Weltbild wählen vorwiegend die AfD. Das Wahlverhalten hat sich geändert.

Auch sind autoritäre, rebellische und ressentimentgeladene Milieus gewaltbereiter, als das noch vor 15 Jahren der Fall war. Das heißt, die sind jetzt bereit, Gewalt anzuwenden.

Im Zeitraum der Flüchtlingskrise gab es sogar mehr Solidarität mit der Demokratie. Mehr Menschen haben sich da solidarisiert und mehr Vertrauen in demokratische Institutionen gewonnen. Das muss man auch sehen. Aber die kleine Gruppe von Rechtsextremen kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch im schlimmsten Fall terroristische Anschläge gefährden. – So viel dazu.

– 24 –

Wie soll man das bekämpfen? Dazu habe ich schon viel gesagt, vor allem über den Abbau von Vorurteilen. Das bezieht sich insbesondere auf den Islam und die Muslime. Die werden sehr negativ wahrgenommen. Die ablehnende Einstellung in der Bevölkerung liegt – je nachdem, welche Aussage man den Befragten vorlegt – zwischen 40 und 60 %. Das ist sehr, sehr hoch. Das hat natürlich auch etwas mit dem islamistischen Terrorismus, den negativen Images und den Erklärungen zu tun, die in der Gesellschaft immer herumschwirren.

Dass man die Gewaltneigung mit dem Islam erklärt, ist aus meiner Sicht nicht richtig und lässt sich empirisch auch nicht bestätigen, sondern das hat eher etwas mit dem Erziehungsverhalten zu tun. Man darf aber natürlich fragen, ob bestimmte autoritäre Erziehungsmuster unter Zugewanderten häufiger und auch problematisch sind. Ob die zugewandert oder – ich sage es mal etwas plakativ – „biodeutsch“ sind, spielt im Prinzip keine Rolle. Das Problem sind die Erziehungsbedingungen in Bezug auf Gewaltausübung, Extremismus usw. usw.

Zum Stillen, Frau Staab, möchte ich einwenden: Da bin ich selbst ein bisschen skeptisch, zumal man die Frauen, die nicht stillen können und das Fläschchen geben müssen, damit immer sehr stark unter Druck setzt. Da sollte man ein bisschen vorsichtig sein. Das Fläschchen führt zwar dazu, dass Menschen vielleicht nicht die allerbeste Milch bekommen, aber sie bekommen zumindest die zweitbeste Milch und können sich auch zu anständigen Menschen entwickeln.

Sie haben natürlich recht: Die frühkindliche Entwicklung spielt eine große Rolle. Vertrauen beispielsweise in Mitmenschen – das habe ich ja gesagt – steht im Zusammenhang mit der Wahl der AfD. Mangelndes Vertrauen in Menschen bildet sich schon in frühester Kindheit aus. Da sind wir als Sozialwissenschaftler allerdings etwas überfragt; denn wir können Säuglinge nicht befragen und sind auch nicht dabei. Insofern ist das Ganze ein bisschen schwierig. Trotzdem ist das sehr wichtig.

In Bezug darauf, wie das dann konkret umgesetzt werden soll, weisen Sie wahrscheinlich mehr Expertise auf als ich. Meiner Ansicht nach ist klar, dass wir einen Notstand in den Kitas haben. Es gibt zu wenig Personal. Die Kita fällt sehr oft aus, weil das Personal fehlt. Bei den Kitas geht es aber nicht nur um die Anzahl der Personen, sondern auch um die Qualität der Bindungserfahrung, die Kinder dort machen. Ich glaube, dafür brauchen wir überhaupt erst mal einen Diskurs darüber; wir brauchen auch Untersuchungen darüber. Ich nehme wahr, dass es bislang eher populärwissenschaftliche Abhandlungen darüber gibt, wie gut das in den Kitas funktioniert. Wir müssen das erst einmal erforschen. Aber dass es dort einen Notstand gibt, das steht fest. Man muss, wie immer, mehr investieren, mehr qualifiziertes Personal ausbilden und es natürlich auch gut bezahlen.

Wir brauchen erst mal einen Diskurs darüber, wie wichtig uns Erziehung und Familien sind. Der SPIEGEL hat das letzte Woche, glaube ich, als Titelthema gehabt. Ich habe das selbst nicht gelesen. Aber es ist schon mal schön, dass es einen Anstoß dazu gibt,

– 25 –

damit wir mehr darüber reden. Für mich als Wissenschaftler ist es immer das Wichtigste, erst mal in den Diskurs darüber zu kommen. Dazu, wie das dann im Einzelnen aussieht, kann ich nicht viel sagen. Ich bin nicht Experte genug für solche pädagogischen Maßnahmen.

Mit Early-Excellence-Maßnahmen in anderen Ländern habe ich mich nicht beschäftigt. Dazu kann ich nicht viel sagen. Es würde wahrscheinlich Sinn machen, einmal jemanden einzuladen, der etwas darüber sagen und auch berichten kann, warum das in anderen Ländern – die skandinavischen Länder werden immer als Vorbild herangeholt – besser funktioniert, in denen auch die Väter mehr Zeit haben. Wir leben ja in einer Gesellschaft, in der die Väter eine sehr geringe Rolle spielen und in der das auch nicht mehr so wertgeschätzt wird. Auch darüber müssen wir reden; denn wir stellen fest, dass die Väter eine ebenso große Rolle spielen, was beispielsweise die emotionale Wärme betrifft.

Wie gesagt: Wir müssen erst mal in einen Diskurs darüber kommen. Über einzelne Ansätze wissen Sie mehr Bescheid als ich.

Dann war noch die Frage „Bildung versus Fürsorge“ und wie ich den Begriff „Frühkindliche Bildung“ finde. Ich bin jetzt nicht so streng, dass ich auf einzelnen Begrifflichkeiten herumreite. Aber ich habe in der Tat gesagt: „keine Bildung in den Kitas“, also im Sinne von: Wir machen die Kinder schon für den Wettbewerb fertig. Die sollen am besten bereits in den Kitas eine Fremdsprache lernen usw. Vielmehr geht es in den Kitas eher um Bindung, Fürsorge, Einfühlung, Empathie und auch um die Anerkennung der Bedürfnisse von Kindern. Wir leben in einer Gesellschaft, in der Kinder und Jugendliche unter einen Zwang gestellt werden, weil man ihnen gar nicht die Möglichkeit der Wahl lässt, wie es vielleicht sein sollte.

Ich habe auch gesagt: Uns sollte wichtig sein, dass wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Auch das sollte ein Bildungsziel in den Schulen sein. Dazu gehören als Maßnahme auch Empathietrainings und das Lernen von Perspektivwechseln. Wie das dann konkret umgesetzt werden kann, dazu schlage ich vor, dass Sie einmal schauen, wie das in verschiedenen Bundesländern schon gehandhabt wird.

Empathietrainings sind laut den Evaluationsstudien, den Metaanalysen von Andreas Beelmann äußerst wirksam. Dazu kommen interkulturelle Begegnungen, beispielsweise das ERASMUS-Programm. Das betrifft zwar eher das Studentenalter, aber davon sollten auch Leute profitieren, die nicht studieren. Auch so etwas sollte es geben, damit es mehr interkulturellen Austausch gibt, man die Perspektiven wechselt und auch feststellt, dass die Unterschiede zwischen verschiedenen Kulturen gar nicht unbedingt so groß sind. Wir diskutieren immer sehr viel über die Unterschiede. Aber es gibt natürlich auch viele Gemeinsamkeiten, weil alle Menschen die gleichen Grundbedürfnisse haben.

– 26 –

Zu der Frage, wie man an dysfunktionale Familien herankommt: Ich glaube, auch da brauchen wir erst mal wieder einen Diskurs darüber, dass es völlig in Ordnung ist, sich Hilfe zu holen. Man muss das ja nicht gleich pathologisieren. Wir leben noch immer in einer Gesellschaft, in der es z. B. ein Tabu ist, sich psychotherapeutische Hilfe zu holen. Das ist bei Männern stärker ausgeprägt als bei Frauen. Frauen gehen häufiger zur Psychotherapie, weil sie vielleicht auch selbstreflektierter sind und sich eher Schwächen eingestehen, als Männer das tun.

Das alles sind Aspekte, über die wir reden müssen. Es muss entsprechende Angebote geben. Davon gibt es viel zu wenig. Auch Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten und -therapeuten gibt es viel zu wenig. Die Leute warten viel zu lange auf einen Therapieplatz. Nach meinem Dafürhalten müssen wir da noch wesentlich mehr investieren.

Noch ein wichtiger Punkt ist, dass wir, wenn Sie Politik machen, nicht immer in den einzelnen Ressorts denken dürfen: Das ist Familie; das ist Gesundheit; das ist Bildung. Vielmehr sind das Policy-Felder, die man zusammen denken muss und aus denen man Maßnahmen entwickelt. Das Thema Zusammenhalt oder auch das Thema „Innere Sicherheit“ – das sage ich immer dazu – sind für mich nicht nur Themen für das Innenministerium, sondern auch für die Ministerien für Gesundheit, Bildung und Familie, weil es bei Kriminalität, Terrorismus bzw. Extremismus, wie ich gezeigt habe, auch immer um die dysfunktionalen Strukturen geht.

Sv. Herr Dr. Unzicker: Eine Frage war, ob wir das, was ich geschildert habe, in der Form auch schon bei früheren Krisen gesehen haben. Wir haben in unterschiedlichen Studien in Deutschland Zeitreihen von 1989 bis 2020. Wir haben ein paar Krisensituationen gehabt: von 9/11 über die Wirtschafts-, EU- und Finanzkrise bis hin zur sogenannten Flüchtlingskrise. Keines dieser Ereignisse hatte einen ähnlichen Effekt, sondern da hatten wir – das habe ich ja geschildert – eine hohe Stabilität bei den Werten und tendenziell sogar leichte Anstiege. Insofern fällt die Pandemie da tatsächlich aus der Reihe. Sie ist anders als alles, was wir bisher in unseren Daten gesehen haben, zumindest für den eben genannten Zeitraum.

Die erste Frage betraf die Tendenz bezüglich Spaltung und Polarisierung. Ich möchte zunächst einmal zwischen Spaltung und Polarisierung unterscheiden. Der Begriff „Spaltung“ beinhaltet die Vorstellung: Da ist irgendwo ein Riss in der Gesellschaft, da stehen sich zwei große Gruppen fundamental gegenüber und unterscheiden sich in ganz vielen Einstellungen sehr konsequent. Polarisierung bedeutet, die Extrempole sind weit auseinander und stark besetzt, aber in der Mitte kann es trotzdem eine große Mehrheit geben.

Ich würde sagen: Wir erleben gerade mehr oder weniger in allen westlichen Gesellschaften eine starke Polarisierung, in einigen Gesellschaften auch schon starke Spaltungen. Die USA sind ein stark gespaltenes Land. Polen hat eine starke Spaltung in vielen Einstellungsmustern. In Großbritannien sieht man ähnliche Muster.

– 27 –

Solche Spaltungsmuster sehen wir in Deutschland im Großen und Ganzen noch nicht. Aber wir sehen eine Polarisierung. In einer aktuellen Studie vom Forum MIDEM der TU Dresden hat man sich Polarisierungstendenzen angeschaut. Darin sieht man: Die Extrempole bei unterschiedlichen Themen sind in Deutschland stark besetzt. Darin steckt ein Potenzial, dass daraus über lange Zeit irgendwann einmal eine Spaltung wird. Das hat sehr viel damit zu tun, wie wir mit den Konfliktthemen umgehen.

Hans Vorländer und Kollegen aus Dresden sagen: Für Deutschland sind typischerweise die Einwanderung und der Islam ein klassisches Spaltungs- oder Polarisierungsthema, auch der Klimawandel und die Pandemie. Das sind auch keine überraschenden Themen.

Ich habe vor einiger Zeit mit einer Kollegin eine Studie gemacht. Darin konnten wir für genau diese Themen relativ klar zeigen: Es gibt eine starke Mitte. 60 bis 75 % der Leute gehören nicht zu den Menschen mit polarisierten Einstellungen, die auf der einen oder der anderen Seite stehen. Vielmehr bilden sie die Mitte. Ich würde sagen, da steht Deutschland im internationalen Vergleich noch gut da. Ein Risiko ist vorhanden. Das sind die Themen, um die da gestritten wird.

Dann war die Frage: Bildung und Betreuung für Kinder und Jugendliche sind wichtig, aber was kann man jetzt tun, außer immer zu sagen, dafür braucht es mehr Personal und mehr Geld? Ehrlich gesagt: Es braucht mehr Personal und mehr Geld.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das ist eine politische Werteentscheidung. Die Frage ist: Was ist uns das wert? Ich weiß nicht, wie häufig schon Bildungsrepubliken in Deutschland ausgerufen wurden. Aber gemacht wurde dann doch nichts.

Es gibt eine ganz klare Schieflage dergestalt, die sekundäre und tertiäre Bildung zu stärken und bei der primären und frühkindlichen Bildung eher zu sparen. Das heißt, Erzieherinnen und Erzieher werden erheblich schlechter bezahlt als Gymnasiallehrerinnen und -lehrer. Das passt nicht, zumindest nicht in dieser Dimensionalität. Denn alles, was in den ersten Schuljahren oder auch noch in der Kita an sozialen Kompetenzen usw. nicht vermittelt wird, erzeugt Probleme im weiteren Verlauf. Das ist eine politische Entscheidung. Sie sitzen in dem Raum, in dem Sie dazu eine wichtige Entscheidung treffen könnten. Die Entscheidungen heißen: mehr Geld, mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen.

Die nächste Frage betraf die Rolle des Wohnorts. Darüber will ich gar nicht lange reden. Wir haben im Jahr 2019 eine Vorgängerstudie für Baden-Württemberg gemacht. Dabei haben wir uns intensiv den Aspekt der Abhängigkeit von der Ausstattung am Wohnort angeschaut. Man sieht, dass die soziale Infrastruktur am Wohnort eine Rolle dafür spielt, wie der gesellschaftliche Zusammenhalt dort ausgeprägt ist. Es spielt auch

– 28 –

eine Rolle, ob bestimmte sozialpolitische Maßnahmen vor Ort ankommen, ob also die Leute davon wissen, dass es Unterstützungsangebote gibt, dass sie sich helfen lassen können, und ob sie damit zufrieden sind. Dort, wo die Leute das wissen und zufrieden sind, ist auch der gesellschaftliche Zusammenhalt stärker. Das, was das Land in die Fläche trägt und den Leuten vor Ort an Leistungen anbietet, wirkt sich tatsächlich aus.

Die jüngeren Menschen haben wir in der Studie aus dem Jahr 2022 auch danach gefragt, wie sie den Wohnort einschätzen. Sie alle sind mit dem Aufwachsen und dem Leben an ihrem Wohnort relativ zufrieden. Wenn wir aber konkreter fragen: „Habt ihr Unterstützungsangebote bei Problemen? Gibt es dafür Ansprechpersonen? Gibt es gute Orte, an denen ihr euch aufhalten und eure Freizeit verbringen könnt?“, dann schaut es trübe aus. Damit ist nur noch ein Drittel zufrieden.

In diesem Zusammenhang ist auch die sozialpolitische Frage gestellt worden. Die Unzufriedenheit wächst, je prekärer die Lebenssituation der Befragten ist. Eine Alleinerziehende bewertet die Unterstützungsangebote kritischer als jemand in einer Familiensituation mit hohem Einkommen. Das heißt, gerade für diejenigen Leute, die Unterstützungsangebote brauchen, sind die lokal verfügbaren Unterstützungsangebote besonders wichtig. Ihnen kann man helfen.

Dann war die Frage nach den sozialen Medien. Das ist insofern schön, als das mein aktueller Arbeitsfokus ist. Auch wir haben gesagt: Das, was gerade in den sozialen Medien, im digitalen Diskurs passiert, ist eine entscheidende Größe. Sie können gern einmal auf „Upgrade Democracy“ gehen. Das ist das neue Projekt dazu.

Es zeigt sich: Diskussionen und Debatten in sozialen Medien führen in ihrer technologischen Struktur, so, wie sie stattfinden, zwangsläufig eher zu einer polarisierten Debatte. Soziale Medien verstärken die Konflikte und führen weniger dazu, dass lösungsorientiert an etwas herangegangen werden kann. Das bedeutet: Man muss die Betreiber sozialer Plattformen dazu bringen, mehr Content-Moderation zu machen, also zu schauen, wo Diskussionen aus dem Ruder laufen, wo Falschinformationen geteilt werden und wo Hass und Hetze stattfinden. Auf Bundesebene wird gerade darüber diskutiert, ganz viele Unterstützungsangebote für Betroffene von Hassrede zu kürzen. Das könnte in der aktuellen Situation ein Problem darstellen.

Das bedeutet umgekehrt – wir haben eben über Bildung geredet –: Wir brauchen Nachrichten- und Medienkompetenz. In den sozialen Medien ist sehr schwer zu erkennen: Was stimmt? Was stimmt nicht? Was ist aus dem Kontext gerissen? Was ist zu sehr zugespitzt und skandalisiert? Um das erkennen zu können, muss man Nachrichten- und Medienkompetenz vermitteln.

Das Problem ist: Nicht unbedingt die jungen Menschen brauchen Nachrichten- und Medienkompetenz. Die können das teilweise besser als die älteren. Tendenziell neigen eher die mittelalten Menschen dazu, Fake News zu teilen, weil sie das nicht erkennen. Sie haben gelernt: Wenn etwas aussieht wie eine Zeitung, dann stimmt das,

– 29 –

was darin steht; denn in der Zeitung steht ja die Wahrheit. Man muss aber erkennen, ob die Zeitungseite oder der Artikel gefälscht ist. Gleichzeitig muss man stärker über diese ganzen Problematiken aufklären.

Zum Rückgang des Engagements und zu der Dimension: Ich glaube, das war ein Missverständnis. Die Werte sind nicht um 40 % gesunken, sondern das ist ein Rückgang um 10 oder 15 Prozentpunkte gewesen. Ich möchte bei diesem Punkt noch an zwei Sachen erinnern. Das eine ist: Die Erhebung ist aus dem letzten Jahr. Das ist im Nachlauf der Coronapandemie gewesen. Ich glaube, wenn man heute fragt, wird man sehen, dass die Erholung beim Engagement schon größer ist. Aber diese Grundtendenz steht im Einklang zu allen anderen Studien. Sowohl der Freiwilligensurvey als auch der ZiviZ-Survey zeigen eine ähnliche Tendenz. Die zeigen: Die Engagementbereitschaft ist hoch. Die Leute wollen sich engagieren. Sie haben aber weniger Zeit, sich zu engagieren. Die Häufigkeit, wie oft man an etwas teilnimmt, oder die Bereitschaft, irgendwo in Ämter zu gehen, sinken schon seit Jahren. Das hat in der Pandemie kurz zugenommen. Dazu gibt es relativ viel Empirie.

Dann wurde gefragt, ob wir in der Pandemie Spaltungstendenzen wahrgenommen haben. Das haben wir uns in der Studie angeschaut. Wir stellen einen Vertrauensverlust fest. Vertrauen in Mitmenschen lebt sehr davon, dass man davon ausgeht, dass die Leute, denen man begegnet, ähnlich ticken wie man selbst und dass sie erwartbar reagieren. Wahrscheinlich haben sich viele Menschen früher nicht mit ihren Nachbarn, Arbeitskollegen, Freunden und Bekannten darüber unterhalten, ob man an Impfungen glaubt oder nicht, und war dann doch erschrocken, als die Leute dachten: „Da hat ein IT-Unternehmen das Ziel, den Menschen Chips einzupflanzen. Oh, das ist aber überraschend. Wer weiß, was andere Leute noch so denken.“ Ich glaube, da ist viel Vertrauen kaputtgegangen und zerstört worden, weil man überhaupt erst mal gemerkt hat, wie bestimmte Einstellungsmuster in der Gesellschaft verbreitet sind.

Wir haben u. a. gefragt, ob Leute im Streit über die Coronapandemie Freunde verloren haben und ob Freundschaften daran zerbrochen sind. Das ist hauptsächlich bei denjenigen Personen passiert, die eine stark ausgeprägte Verschwörungsmentalität hatten und mit der Politik sehr unzufrieden waren. Das heißt, im sehr aufgeregten, sehr verunsicherten, polarisierten und von Verschwörungstheorien geprägten Rand sind Bindungen gebrochen. Der Großteil der Gesellschaft konnte mit den Konflikten insgesamt ganz gut umgehen. Ich glaube, das hat man auch wieder kitten können.

So weit zu den Fragen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Unzicker. Vielleicht noch die Frage: Wann ist man denn nach Ihrer Ansicht mittelalt? Das würde mich noch interessieren. Sie haben gesagt, die seien für Fake News besonders anfällig.

Sv. Herr Dr. Unzicker: Die Altersgruppe, die bei uns besonders auffällt, sind die 45- bis 65-Jährigen. Das ist, wenn man so will, die Gruppe, die mitten im Leben steht.

– 30 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. Einige sind jetzt froh, andere nicht so. – Wir kommen jetzt zur zweiten Fragerunde. Als Erste hat Frau Abg. Dr. Kliche-Behnke für die SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Ich könnte meine Frage eigentlich zurückziehen, weil Sie bereits darauf eingegangen sind, Herr Dr. Yendell. Trotzdem noch ganz kurz ein Aspekt; ich mache es wirklich kurz.

Die Ausführungen, die Sie zur frühkindlichen Bildung gemacht haben, also Fürsorge versus Bildung, sind nicht ganz haltbar; denn das ist ein Bildungsbegriff, der implementiert, dass Bildung immer auf Ökonomisierung abzielt. Aber in der Forschung zur frühkindlichen Bildung geht man nicht von einem solchen Bildungsbegriff aus. Wenn Sie von Fürsorge sprechen, dann muss man sagen, dass unsere Schulen genauso Schutzräume und Orte von Fürsorge sein sollten. Ich wollte nur noch ein Fragezeichen dranhängen.

Zur Bildung gehört auch eine Form von sozialer Interaktion, Herzensbildung, würden manche sagen, usw. Es ist bekannt, dass Kinder vom Lernen begeistert sind. Insofern sollte dem auch Ausdruck verliehen werden, beispielsweise in Kitas.

Ich wollte einfach dieses Fragezeichen setzen. Ansonsten vielen Dank für die Ausführungen.

Sv. Herr Dr. Yendell: Ich stimme dem zu, wie Sie es gesagt haben. Alles in Ordnung.

Ich würde noch gern etwas zur Medienkompetenz ausführen, weil Herr Reith mich vorhin darauf angesprochen hatte. Alles, was Herr Unzicker gesagt hat, unterstütze ich voll und ganz. Medienkompetenz brauchen wir bei Jugendlichen auf jeden Fall. Es gibt auch eine Studie darüber, wer Hatespeech in sozialen Medien macht. Der Indikator „Sadismus“, also das Bedürfnis, andere Menschen zu quälen und zu demütigen, ist ein starker Indikator, um das zu erklären. Sie ahnen, was ich sagen will: Sadismus lässt sich auch wieder sehr gut durch Erziehungserfahrungen erklären.

In Bezug auf Medien gibt es beispielsweise die Media-Effekt-Theorie, dass Medien einen direkten Einfluss haben, aber auch den Selective Exposure Approach, dass man sich bestimmte Medien vor dem Hintergrund bestimmter Persönlichkeitsstrukturen aussucht. Autoritäre Persönlichkeiten schauen anderes Fernsehen als Menschen mit geringen Autoritarismuswerten. Man kann nicht immer nur einseitig die Medien verantwortlich machen.

Wir brauchen natürlich auch Leute, die kritisch damit umgehen. Jemand, der eine wirre Verschwörungstheorie im Internet liest, sagt, wenn er nicht einigermaßen normal ist: „Oh, toll! Das hört sich super an, was hier steht, dass im Deep State irgendwelchen Kindern das Blut ausgesaugt wird.“ Die meisten Menschen halten das für Quatsch, ich

– 31 –

glaube, auch die meisten Kinder und Jugendlichen, die einigermaßen normal sind – was auch immer Normalität ist – bzw. die zumindest psychisch nicht besonders auffällig sind.

Das nur ganz kurz als Bemerkung dazu.

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Albiez hat sich noch für eine weitere Frage gemeldet.

Thomas Albiez, externes Mitglied: Vielen Dank. – Ich habe eine Nachfrage an Herrn Dr. Unzicker. Sie haben völlig zu Recht gesagt, es fehlt an Ressourcen, Personal und Geld. Was andere Expertinnen und Experten in dieser Runde noch als weiteren Punkt ergänzt haben, war, dass es zu viel Bürokratie gibt. Personalressourcen und Bürokratie ziehen sich wie ein roter Faden durch die meisten Expertenvorträge. Meine These ist: Daran wird sich demnächst wenig ändern.

Die Frage an Sie beide ist: Müsste man in Ihren Handlungsempfehlungen, in Ihren Vorschlägen nicht sogar noch ein Stück weitergehen, indem man sagt: „Wir finden uns damit ab, dass die Ressourcenknappheit bleibt, und wir brauchen vielleicht noch weitreichendere Vorschläge, wie wir diese Probleme lösen, vielleicht auch mit anderen Modellen“? Beispielsweise waren Ganztagschulen oder Campusschulen einmal ein Thema. Das ist aber wiederum ein Widerspruch zum familiären Umfeld. Müssten wir nicht noch einen zweiten Schritt gehen und sagen: „Wir finden uns damit ab, dass wir eine Ressourcenknappheit haben“, und brauchen wir vielleicht ein ganz neues Denken?

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank für die Nachfrage. – Gibt es noch weitere Fragen hier vor Ort oder im digitalen Raum? – Herr Abg. Sänze, bitte, für die AfD-Fraktion.

Abg. Emil Sänze AfD: Herr Dr. Yendell, ich habe noch eine Frage. Ich hänge noch immer Ihrer Konditionierungstheorie nach und teile sie auch zum Teil. Ich sage nur: Der Einfluss ist vielleicht nicht so groß.

Wir stellen ja fest, dass in manchen Regionen und Gebieten sowohl in den Kindergärten als auch in den Grundschulen bestimmte ethnische Einstellungen dominieren und dass die für den staatlichen Zusammenhalt bzw. für das Weltbild, das wir hier transportieren, kontraproduktiv sind. Mich würde interessieren: Sehen Sie eine Lösung, indem man da eingreift und eine Durchmischung fordert, sodass eine bestimmte Meinung keine Dominanz hat? Wie sehen Sie da den Einfluss?

Sv. Herr Dr. Yendell: Vielleicht könnten Sie das noch konkretisieren. Was meinen Sie mit „bestimmten ethnischen Einstellungen“? Ich muss schon wissen, was das genau ist.

– 32 –

Abg. Emil Sänze AfD: Sie sprechen z. B. über den muslimischen Einfluss. Wir wissen, dass da das Männerbild ein anderes ist, als es zum Teil in unserer Gesellschaft abgebildet wird. Auch ich stelle fest, dass sich sogar die Jugendsprache in diese Richtung verändert und dass auch Biodeutsche, wie Sie gesagt haben, diese Sprache annehmen. Ich stelle die Frage: Nehmen Sie auch die Einstellung der Einwanderungsgeneration mit an?

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich möchte erst Herrn Dr. Unzicker das Wort geben. In der Zwischenzeit können Sie, Herr Dr. Yendell, sich noch Gedanken darüber machen, was Sie darauf antworten möchten. – Herr Dr. Unzicker, bitte.

Sv. Herr Dr. Unzicker: Ich bin mir nicht hundertprozentig sicher, ob ich der richtige Ansprechpartner dafür bin, was große Strukturreformen im Bildungswesen usw. angeht. Da müsste ich bei den Kolleginnen bei uns im Haus anfragen, die sich intensiver damit beschäftigen.

Ich glaube, dass das Grundproblem, das da drinsteckt und das Sie angesprochen haben, auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt relevant ist. Wir wissen: Bildung ist wichtig. Wir wissen auch: Kinder und Jugendliche, die im Bildungssystem Probleme haben, scheitern am Ende und haben keine guten Zukunftsperspektiven. Das ist ein Problem. Wir stellen fest: Eltern sind besonders unzufrieden damit, dass die Schulen nicht in Ordnung sind und Stunden ausfallen. Dann haben wir noch all die Probleme, die Alexander Yendell geschildert hat.

Da in Sonntagsreden immer wieder gesagt wird: „Bildung ist wichtig. Kinder sind unser höchstes Gut. Wir haben keine Ressourcen“, wird der Politik immer weniger zugetraut, Probleme zu lösen, weil offensichtliche Probleme über Jahrzehnte hinweg weiter fortbestehen, obwohl, wie Sie eben so schön gesagt haben, in Anhörungen immer wieder dasselbe gesagt wird.

Wenn wir uns fragen: „Woher kommt denn plötzlich die Unzufriedenheit mit der Politik? Woher kommt denn der Vertrauensverlust in die Politik?“, dann sehen wir, dass das in den Themen begründet liegt, die über Jahre und Jahrzehnte hinweg weitertransportiert werden. Ob es jetzt der große Systemwechsel sein muss oder ob das einfach eine Reallokation von Mitteln im Landes- oder Bundeshaushalt ist, das weiß ich nicht.

Am Bildungswesen kann man sehr gut erkennen: Politik kann sehr viel für die eigene Unterstützung und das eigene Vertrauen erzeugen, wenn sie die Probleme ernsthaft angeht und es vielleicht zu Systemwechseln kommt oder wenn sie deutliche Entscheidungen trifft und Schwerpunktsetzungen vornimmt.

Sv. Herr Dr. Yendell: Vielen Dank, Herr Sänze, für die Frage, für die ich sehr dankbar bin. – In vielen Studien findet man heraus, dass mit dem Migrationshintergrund oder dem Islam nicht erklärt werden kann, warum Menschen gewaltbereit sind oder nicht.

– 33 –

Die Gründe hierfür sind vielmehr, wie ich schon mehrfach gesagt habe, autoritäre Strukturen und ungünstige Erziehungsbedingungen. Darüber müssen wir reden. Wir müssen natürlich auch über gewaltbezogene Männlichkeitsideale reden. Ob das Deutsche, Muslime oder zugewanderte Muslime, die keinen oder einen deutschen Pass haben, sind, das ist völlig egal. Wir müssen über gewaltbezogene Männlichkeitsideale reden.

Die Zustimmung bei Männern in der deutschen Bevölkerung, die sagen: „Ich würde eine Frau vergewaltigen, wenn das nicht herauskommen würde“, ist unglaublich hoch. Ich glaube, der Wert liegt zwischen 20 und 30 %. Bitte korrigieren Sie mich, wenn das falsch ist. Wir haben auch unter Deutschen ein Problem mit gewaltbezogenen Männlichkeitsidealen und Sexismus. Diese Probleme müssen wir angehen: Sexismus, Homophobie und Antisemitismus.

Ich habe in meinen Folien deutlich gemacht, dass es nicht darum gehen kann, den Autoritarismus nur bei den deutschen Rechtsextremen, Rechtspopulisten usw. abzubauen. Vielmehr muss das auch bei den Zugewanderten gemacht werden. Oftmals gibt es auch unter ihnen welche, die sehr ähnliche Einstellungsmerkmale haben wie diejenigen, die sie nicht einwandern lassen wollen. Das heißt, wir müssen auch über den Autoritarismus und den Rechtsextremismus bei Zugewanderten reden, natürlich auch über den Islamismus. Wir müssen über die einzelnen Phänomene wie Homophobie, gewaltbezogene Männlichkeitsideale, Antisemitismus usw. sprechen, nicht darüber, ob der Koran oder die religiöse Lehre irgendetwas beeinflusst. Das ist nachweislich nicht der Fall. Terroristen beispielsweise sind oft religiös und sehr unmusikalisch.

Herr Sänze, Sie tippen auf Ihrem Handy herum, wenn ich rede. Anscheinend interessiert Sie meine Antwort nicht mehr.

(Abg. Emil Sänze AfD: Ich schreibe mir das auf!)

– Das ist gut.

Deswegen macht es wenig Sinn, die Gruppenzugehörigkeit so großartig zu thematisieren, zumal wir in Deutschland Religionsfreiheit haben und der Islam und die Muslime zu uns gehören, wie alle anderen auch.

Abg. Emil Sänze AfD: Das habe ich aber nicht gemeint. In archaischen Kulturen ist der Männlichkeitswahn höhergestellt als in unserem mitteleuropäischen Bild. Das war früher auch nicht der Fall.

Sv. Herr Dr. Yendell: Ich finde es okay, dass man über patriarchale Strukturen redet. Natürlich gibt es Kulturen oder Länder, in denen das stärker ausgeprägt ist als in anderen. Aber wir müssen auch über die Strukturen bei uns reden, die noch immer

– 34 –

vorhanden sind, auch wenn sie vielleicht graduell etwas weniger sind, weil wir schon eine längere Tradition haben, darüber zu reden. Aber es macht wenig Sinn, das nur bei einer bestimmten religiösen Gruppe zu thematisieren. Das ist doch Quatsch.

Abg. Emil Sänze AfD: Nein, Herr Yendell.

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Sänze, wir führen jetzt kein Zwiegespräch. Ich glaube, das ist verstanden worden. Sie haben eine unterschiedliche Sichtweise auf diese – –

Abg. Emil Sänze AfD: Nein. Wir haben keine unterschiedlichen Sichtweisen, sondern unterschiedliche Erfahrungen. Die Erfahrungen, die heute beschrieben werden, habe ich in meiner Jugend auch gemacht. Damals gab es einen Konflikt zwischen den Vertriebenen und den Einheimischen. Da gab es eine Dominanz von jeder Glatze. Die Gruppe, die eine stärkere Dominanz hat, hat mehr oder weniger auch die Konditionierung bestimmt.

Sv. Herr Dr. Yendell: Aber der Unterschied zwischen uns beiden ist, dass ich empirischer Sozialforscher bin, Daten sammle und nicht nur das glaube, was ich erfahre oder sehe. Ich finde, das sollte man auch tun.

(Beifall – Abg. Emil Sänze AfD: Es wäre aber schlimm, wenn Erfahrungen nicht eingingen!)

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Abg. Sänze, ich rate Ihnen, das an der Stelle einfach stehen zu lassen. – Zusätzlich gebe ich Ihnen allen noch den Hinweis: Wir lassen aufwendig ein Protokoll über diese Sitzung erstellen. Alles wird aufgenommen. Insofern müssen Sie während der Sitzung nichts mitschreiben. Sie können alles nachlesen, wenn Sie möchten. Das ist nur ein Hinweis. Es ist Ihnen überlassen, wie Sie es machen.

(Abg. Emil Sänze AfD: Eine Bewusstseinsweiterung werden Sie mir noch zugestehen!)

Wir kommen jetzt zum Ende des ersten Sachverständigenblocks. Herr Dr. Yendell, Herr Dr. Unzicker, vielen Dank, dass Sie uns Rede und Antwort gestanden und uns sehr viel weitergebracht haben. Das darf ich an dieser Stelle sagen. Die komplette Enquetekommission dankt Ihnen.

(Beifall)

Sie dürfen aber selbstverständlich noch hier bleiben.

– 35 –

Wir gehen direkt in den nächsten Sachverständigenblock über und kommen zunächst zu Frau Dr. Janina Pawelz, Projektleiterin „Muster und Dynamiken von Verschwörungstheorien und rechtsextremen Ideologien in Krisenzeiten“ am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Sie ist uns digital zugeschaltet. Auch Sie haben jetzt 20 Minuten Zeit, Frau Dr. Pawelz.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Dr. Pawelz: Vielen Dank. – Ich danke für die Einladung und die Möglichkeit, heute digital dabei zu sein. Mein Name ist Janina Pawelz. Ich arbeite am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg zu den Themen Radikalisierung, Verschwörungstheorien und Rechtsextremismus.

Ich möchte Ihnen zunächst unser Forschungsprojekt vorstellen und anschließend auf die aktuellen Dynamiken im Feld eingehen sowie die Funktionsweisen von Verschwörungstheorien ansprechen. Am Ende der Präsentation möchte ich noch auf die Möglichkeiten des Umgangs mit Verschwörungstheorien eingehen.

Kurz zu unserem Forschungsprojekt „NEOVEX: Muster und Dynamiken von Verschwörungstheorien und rechtsextremen Ideologien in Krisenzeiten“: Es wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Zuge der Bekanntmachung „Zivile Sicherheit – Gesellschaften im Wandel“ finanziert. Wir haben am 1. Januar 2022 angefangen. Das Projekt hat eine Laufzeit von drei Jahren. Wir haben insgesamt 1,8 Millionen € bekommen.

Wenn ich „wir“ sage: Wir sind ein Verbundprojekt. Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, IFSH, hat die Konsortialführung. Mit an Bord sind die TU München, das Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft, die FU Berlin und das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, IDZ, in Jena.

Wir sind mitten in unserer Projektphase, haben aber auch schon erste Forschungserkenntnisse, die wir auf unserem Blog bereitstellen. Wenn Sie sich beispielsweise für die Plattformregulierungen interessieren, können Sie sich an meine Kolleginnen und Kollegen vom IDZ wenden. Hinsichtlich der Frage, wie Verschwörungstheorien über soziale Medien von einem Medium zum anderen greifen, verweise ich auf meine Kolleginnen und Kollegen vom Weizenbaum-Institut.

Zum Lagebild: Verschwörungstheorien bauen auf Misstrauen, Skepsis und Elitenkritik. Es gibt das Potenzial, in weiten Teilen der Gesellschaft auch Gläubige zu finden, und zwar aufgrund der Annahme eines unsichtbaren Feindes, der im Geheimen handelt und nur selten sichtbare Symptome zeigt. Verschwörungstheorien sind schwer zu widerlegen und deshalb auch eine Blaupause für Mobilisierungen jeglicher Art.

– 36 –

„Im Misstrauen vereint?“ Die Coronapandemie hat eine heterogene verschwörungs-ideologische Mischszene gezeigt, der eine Staats- und Demokratiefeindlichkeit gemeinsam war. Die Querdenkerszene und die Proteste gegen staatliche Coronamaßnahmen haben eine Melange an Szenen, Symbolen und Fahnen gezeigt, die auch medial vielfach diskutiert wurden.

Die Sicherheitsbehörden taten sich zunächst schwer, die während der Coronapandemie in Erscheinung getretene Mischszene in bestehende Kategorien einzuordnen. Später entstand der Begriff der verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates. Die Phänomene werden unter die politisch motivierte Kriminalität gefasst, die nicht zuzuordnen ist. Auch der Begriff des „Salatbarextremismus“ kam öfter vor. Das ist ein Begriff, der ursprünglich von US-Sicherheitsbehörden geprägt wurde und darauf hinweist, dass sich Ideologiefragmente überlappen, aufeinander aufbauen und teils neue wiederbelebende Weltbilder entstehen.

Aus politikwissenschaftlicher Perspektive ist zu beobachten, dass die Abgrenzung zwischen den Theorien und den Szenen ein zunehmend schwieriges Unterfangen ist. Es gibt Narrative, die sich auf rechtsextreme und verschwörungsideologische Annahmen und Grundmuster stützen. Wir beobachten einen Austausch und wie sie neu aufbereitet und zu einem neuen Ganzen zusammengesetzt werden. Das ist eine zunehmende Verwebung. Es entstehen Brückennarrative. Einige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bezeichnen diese als „Superverschwörungstheorien“ oder „Metaverschwörungstheorien“, unter denen sich dann wiederum viele einzelne Erzählungen zusammenfassen lassen. Einige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bezeichnen dieses Phänomen als „narrative Konvergenz“.

Ein weiterer Trend, der auf jeden Fall sichtbar ist, wenn man historische und klassische Verschwörungstheorien mit den aktuellen vergleicht, ist, dass sie sich nicht gegen marginalisierte Gruppen und Einzelpersonen richten, sondern eher gegen eine diffuse Elite und das System an sich.

Auch aus politikwissenschaftlicher Perspektive sprechen einige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sogar von einer komplett neuen Form, einem neuen Konspirationismus, einem „new conspiracism“. Sie sagen, dass es sich hierbei um eine „conspiracy without the theory“ handelt. Was soll das bedeuten? Sie haben beobachtet, dass die neueren Verschwörungstheorien fundamental anders funktionieren als die klassischen, die den Ansatz verfolgen, durch argumentative Überzeugungsarbeit alternative Erklärungen plausibel erscheinen zu lassen, während die neuen Formen eher mit haltlosen Vorwürfen und nicht falsifizierbaren, diffusen Anklagen arbeiten. Durch die dauerhafte Wiederholung derselben Botschaften sollen diese dann plausibel erscheinen. Der neue Konspirationismus ist eher an einer Delegitimierung interessiert und baut auf wenige Gegenentwürfe auf.

Neben inhaltlichen Überschneidungen gibt es auch strukturelle Gemeinsamkeiten in Bezug auf ein generalisiertes Misstrauen gegenüber der Politik sowie Politikerinnen

– 37 –

und Politikern im Allgemeinen. Diese Form des Misstrauens kann auch Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt haben. Meine beiden Vorredner haben das schon gut zusammengefasst.

Ein Beispiel für die Veränderungen ist die Querdenkerbewegung im Protestgeschehen und ihre Eigenwahrnehmung als Elite, die zwar viel Aktivismus, aber wenig konkrete Angebote hervorbringt. Diese Bewegung verbindet weniger der Wunsch nach sozialem Wandel, sondern ist mehr ein diffuser Flow von Widerstand.

Nun möchte ich kurz auf die Funktionsweise von Verschwörungstheorien eingehen. Um ihrer Anziehungskraft etwas entgegenzusetzen, muss zuerst ihre innere Logik und auch ihre gesellschaftliche Funktionsweise verstanden werden.

Die Kernelemente von Verschwörungstheorien sind wohl uns allen mittlerweile bekannt: die Annahme, dass es keinen Zufall gibt, es geheim agierende Personengruppen gibt, alles miteinander verbunden ist und sich alles in Gut und Böse, in Opfer und Täter teilen lässt.

Eine Funktionsweise von Verschwörungstheorien ist, dass Events gedeutet werden. Das heißt, sie beginnen oft am sichtbaren Ende und erzählen dann, was zuvor geschehen ist. Sie rekonstruieren alternative Erklärungen für Events bzw. Ereignisse, die passiert sind, wie z. B. die Coronapandemie.

Gleichzeitig wird das sichtbare Ende gar nicht in ein Ende eingebettet, sondern in einen Prozess geframt, der oftmals in apokalyptische Erzählungen, Bedrohungsszenarien und eine endzeitliche Zuspitzung mündet. Corona war ein sichtbares Ende. Es gab viele alternative Erklärungen im verschwörungstheoretischen Lager, die angeblich dahinterstecken. Gleichzeitig wurden Erzählungen weitergesponnen, die oftmals in die Übernahme der Weltherrschaft und auch in eine politische Neuordnung mündeten.

Strategische Dekontextualisierung und Anschein der Wissenschaftlichkeit: Verschwörungstheorien funktionieren besonders gut dadurch, dass sie sich auf Fakten und Belege stützen, die als Beweise neu zusammengesetzt werden, bzw. es soll eine Legitimität geschaffen werden. Sie nutzen beispielsweise existierende Strategien oder Papiere. Ein Beispiel dafür ist die Verschwörungstheorie des Great Resets, die sich auf ein Thema des Weltwirtschaftsforums und ein gleichnamiges Buch stützt. Die Zitate und Bilder wurden strategisch dekontextualisiert und zu neuen Deutungsmustern zusammengesetzt, woraus dann die Verschwörungstheorie des Great Resets entstanden ist.

Eine zentrale Funktionsweise von Verschwörungstheorien ist die erfolgreiche Kommunikation. Akteure in der Verschwörungslandschaft setzen auf effektive, multimediale und am Puls der Zeit angebrachte Medienstrategien. Sie haben beispielsweise eigene professionelle Websites, Podcasts, Interviewformate und auch Pseudo-Nachrichten-

– 38 –

TV-Formate. Sie nutzen Messengerdienste. Telegram war während der Pandemie das Hauptkommunikationsmedium für Verschwörungstheorien. Sie nutzen für sich auch klassische Buchpublikationen, die sehr zeitnah und auch im Onlinehandel zur Verfügung stehen.

Beispiele für seriös dargestellte Nachrichtenformate lassen sich in der rechtsesoterischen oder christlich-fundamentalistischen Verschwörungsszene finden. Da gibt es Personen, die sich „Tagesschau“-ähnlich inszenieren und Nachrichten besprechen, beispielsweise Videos über die Nachwirkungen bzw. die Tödlichkeit der Coronaimpfung. Um Ihnen einen Einblick zu geben, welche Reichweite diese Videos haben: Das Video, von dem ich spreche, hat über drei Millionen Ansichten.

Derartige Videos funktionieren deswegen so besonders gut, weil sie sich auf Insiderwissen stützen. Verschwörungstheoretiker erhöhen die Glaubwürdigkeit ihrer Aussagen dadurch, dass sie vermeintliche Aussteiger, Überlebende und Insider befragen und sie für sich sprechen lassen. Diese Leaks beinhalten vermeintliche exklusive Geheiminformationen über interne Abläufe oder geheime Pläne und böse Absichten, von denen die Allgemeinheit nichts weiß.

Interessant ist, dass, selbst wenn manche Personen oder Schriftstücke als Fälschung entlarvt werden, dies trotzdem fortbesteht und weiterhin wirkt. Das prominenteste Beispiel, das bestimmt auch Ihnen bekannt ist, ist QAnon, eine Theorie, die sich auf einen vermeintlichen US-Geheimdienstmitarbeiter stützt, der über Q-Drops, also kleine Informations-Snippets im Internet, mit der Weltbevölkerung kommuniziert.

Ein Trend ist, Videos über Opfer und Zeugen von satanistischen Ritualen ins Internet zu stellen und mit Personen darüber zu sprechen, die sich damit auskennen. Das ist jedoch kein neues Phänomen. Ein Beispiel ist das Enthüllungsbuch mit dem Titel „Drei-Punkte-Brüder“ von Léo Taxil, der über die Freimaurerei vermeintlich ausgeplaudert hat. Trotz der Widerlegung der Verschwörungstheorien und auch mithilfe einer Person, die er extra erfunden hat, die eine vermeintliche Aussteigerin aus der Freimaurerei ist, wirkten die Verschwörungstheorien gegen die Freimaurer weiter.

Ökonomische und populäre Eigeninteressen: Verschwörungstheorien sind einerseits Graswurzelphänomene. Andererseits stecken oft auch Eigeninteressen von Einzelpersonen dahinter. Es ist wichtig, Verschwörungstheorien nicht als rein reaktive, funktionale Erscheinung zu fassen, weil auch Personen in Machtpositionen oder mit Verbindungen zu Machtpositionen Verschwörungstheorien nutzen, konstruieren oder verbreiten.

Wie eine finanzielle Bereicherung zustande kommen kann, ist Ihnen, glaube ich, selbst bekannt, wie also z. B. Proteste gegen staatliche Coronamaßnahmen gleichzeitig in eine finanzielle Bereicherung von Einzelpersonen mündeten. Aber auch das ist keine neuere Erscheinung. Auch in der Hexenverfolgung konnte man nachweisen, dass sich Personen an der Anzahl der verbrannten Menschen bereichern konnten, indem diese

– 39 –

erst einmal im Gefängnis untergebracht werden mussten. Auch mussten die Familien für den Henker und das Holz für den Scheiterhaufen bezahlen.

Verschwörungstheorien zielen auf zwei Ebenen: einerseits die kognitive Ebene, die mit inhaltlichen Argumenten überzeugen möchte, und andererseits die emotionale Ebene, weil Emotionen stimuliert werden können, die wiederum in eine Handlungsbereitschaft münden können

Eine besonders starke Emotion ist Angst. Deshalb ist häufig das Narrativ des Kindesmissbrauchs durch bestimmte Personengruppen in Verschwörungstheorien zu finden. Adrenochrom ist Ihnen allen bestimmt ein Begriff. Dabei geht es um die Verschleppung von Kindern und die bestialischen Morde von Menschen, die aus dem Kinderblut Verjüngungsmaterialien für die Reichen und Schönen sowie die politische Elite herstellen sollen.

Kommen wir nun zu der Frage, was wir gegen Verschwörungstheorien tun können. Wir haben es hier mit einer Besonderheit zu tun, weil Verschwörungstheorien, wie ich aufgezeigt habe, schwer zu widerlegen sind; denn sie nehmen Bezug auf reale Hintergründe, reale Personen oder auch Strategiepapiere. Das macht eine argumentative und empirische Prüfung kaum möglich. Es stellt sich die Frage, ob die Menschen einfach immun gegen Kritik sind. Ich möchte Ihnen einige Punkte aufzeigen, die beim Umgang mit Verschwörungstheorien wichtig sind.

Man muss zunächst einmal verstehen, dass Verschwörungstheorien eine Bewältigungsstrategie sind. Sie befriedigen emotionale Grundbedürfnisse wie Kontrolle, Sicherheit und Verstehen. Das ist auch der Grund, weshalb Verschwörungstheorien in Krisenzeiten aufwind erhalten. Dadurch, dass sie emotionale Grundfragen befriedigen, können Fakten nicht zur Überzeugung herangezogen werden. Neben Medienkompetenz und Zivilcourage ist ein gestärktes emotionales und soziales Selbstbewusstsein nötig. Auch darauf haben schon meine beiden Vorredner hingewiesen.

Der Umgang mit Verschwörungstheorien ist eine gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung. Wie auch meine Vorredner wunderbar illustriert haben, gibt es vielerlei Gründe, warum sich Menschen von Verschwörungstheorien angezogen fühlen. Ein Punkt ist das Gefühl der Machtlosigkeit oder ein empfundener Mangel an Einflussmöglichkeiten. Das bedeutet wiederum, dass Möglichkeiten der politischen Teilhabe und die politische Selbstwirksamkeit sehr wichtig sind.

Ein wichtiger Aspekt ist, dass der Fokus nicht nur auf die potenziellen Verschwörungsgläubigen gelegt wird, sondern auch auf das diskursive Umfeld. Ich habe aufgezeigt: Es gibt Schlüsselakteure, die strategische Ziele verfolgen, die man nicht von der Hand weisen darf. Ich glaube, es gab auch den Hinweis auf Sadisten und Narzissten. Es stecken Akteure dahinter, die die Verbreitung von Verschwörungstheorien aus menschenfeindlichen Gründen oder finanziellen Absichten fördern wollen.

– 40 –

Dissens und Streitkultur: Der Punkt ist, Arenen für legitime Kritik und eine aktive Opposition zu erhalten, die Gegenmeinungen einbringen kann. Das führt uns zu dem folgenden Aspekt: Wir brauchen ein transparentes Krisenmanagement, eine klare Krisenkommunikation und eine selbstreflektive Fehlerkultur.

Bei Maßnahmen ist der Zeitpunkt entscheidend. – Ich kürze jetzt aufgrund der Zeit etwas ab. – Es gibt Maßnahmen, die auf De-Bunking und Fact-Checking basieren. Wie ich bereits gesagt habe, sind sie nur dann wirksam, wenn Menschen noch nicht besonders tief überzeugt sind. Fakten sind schwierig heranzuziehen, um Verschwörungstheorien zu widerlegen. Trust-Checking ist hingegen eine vielversprechende Tendenz. Auch sollte die Verantwortung von Plattformen immer als Möglichkeit berücksichtigt werden.

Es gibt einen Trend, der mehr auf Pre-Bunking und Inoculation – Einimpfung – setzt. Das ist eine Kommunikationstechnik, die versucht, Manipulationsversuche vorab zu erkennen und dies Menschen nahezubringen. Vor ein paar Monaten startete eine Videokampagne, die das jetzt auch in Deutschland probiert.

Wir brauchen Monitoring und proaktive Forschung. Von wissenschaftlicher Seite ist ein Rechtsextremismus-Monitoring an der Uni Tübingen geplant. Das ist auf jeden Fall ein Weg in die richtige Richtung. Aber auch das zivilgesellschaftliche Monitoring ist wichtig. Ein Beispiel hierfür ist die Bundesarbeitsgemeinschaft „Gegen Hass im Netz“, die ich Ihnen gern ans Herz legen möchte. Jeder hat durch sein Dashboard die Möglichkeit, auf der Website demokratiefeindliche Tendenzen zu sehen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft veröffentlicht regelmäßig viele Studien. Auf dieser Folie sehen Sie eine Karte zur Mobilisierung in der Coronapandemie.

Ich fasse zusammen: Wir müssen die Funktionslogik von Verschwörungstheorien verstehen, die Zeitpunkte berücksichtigen und festlegen, welche Zielgruppen wir mit Maßnahmen betreuen können. Wir müssen das zivilgesellschaftliche Engagement ausbauen und die wissenschaftliche Forschung sowie das Monitoring grundfinanzieren.

Damit bin ich am Ende.

Vorsitzender Alexander Salomon: Für diesen Teil. – Frau Dr. Pawelz, vielen Dank für die Einführung.

(Beifall)

Dann gehen wir weiter zu Herrn Professor Dr. Andreas Zick, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung und Professor für Sozialisation und Konfliktforschung an der Universität Bielefeld. – Bitte sehr.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

– 41 –

Sv. Herr Dr. Zick: Erst einmal ganz herzlichen Glückwunsch zu der Enquetekommission; denn es hieß ja während der Coronapandemie überall, wir sollen aus Krisen lernen. Das Lernen muss man nur gestalten. Ich finde das, was Sie hier angelegt haben, eine spannende Sache.

Ich möchte über antidemokratische Orientierungen in der Mitte berichten, einige Beobachtungen schildern und Ideen für Handlungen aufzeigen.

Ich habe fünf Punkte mitgebracht, die ich Ihnen für die Enquetekommission mitteilen will. Wir können das Ganze später in den Nachfragen noch vertiefen. Das sind fünf Punkte, die mit Blick auf Ihre Kommission relevant sein könnten.

Die ersten beiden Punkte beziehen sich auf die aktuellen Entwicklungen. Aktuelle Polarisierungsphänomene sind antidemokratische Haltungen, Polarisierung und die Frage der Krisennavigation. Ich halte es für sehr entscheidend und bedeutend, wie Krisen, die uns alle ja betreffen, navigiert werden. Anschließend möchte ich kurz etwas zu inklusivem und exklusivem Zusammenhalt sagen und über das Zusammenhaltsparadoxon sprechen.

Meine Vorschläge habe ich in drei verschiedene Kategorien unterteilt. Das sind Vorschläge auf der Grundlage unserer Befunde: Resilienzstärkung durch Krisen- und Gewaltprävention und -intervention, Empowerment und Minderheitenschutz, würdevolle Räume sowie Forschung stärken, Wissen einbinden und nutzen.

Ich möchte zuerst über aktuelle Polarisierungsphänomene wie antidemokratische Haltungen reden. Wir führen die sogenannten Mitte-Studien durch. Dabei geht es um die demokratische Grundorientierung in der Mitte. Das machen wir schon seit vielen Jahren. Vorher haben wir die Reihe „Deutsche Zustände“ durchgeführt. Das heißt, wir haben jetzt einen Datensatz von 22 Jahren. Ich habe keine Reanalyse über Baden-Württemberg gemacht. Das könnten wir tun. Ich leite ein drittmittelbasiertes Forschungsinstitut und habe keine eigenen Mittel. Es ist wichtig, bei einer Forschungslogik auch zu verstehen, wie Forschung überhaupt operieren kann. Dafür haben wir jedoch noch keinen Auftrag gehabt.

Die letzte Studie, die im zweiten Lockdown durchgeführt worden ist, zeigt, dass die demokratische Grundorientierung – zumindest im Selbstbild der Deutschen – relativ gut ist. 73 % sagen: „Ich bin ein überzeugter Demokrat/eine überzeugte Demokratin.“ Nur 9,5 % lehnen dieses Selbstbild ab. 88 % sagen: „In einer Demokratie sollten die Würde und Gleichheit aller an erster Stelle stehen.“ 5 % lehnen das ab.

Zugleich haben wir nach den Daten – das sind nicht meine Daten, sondern die Hellfelddaten des Innenministeriums und des BKA aus dem Jahr 2021 – bei der Hasskriminalität einen Anstieg von 116 %. Auffallend ist, dass vor allem die Gewalt gegenüber

– 42 –

Menschen mit Behinderungen sowie auch gegenüber Menschen aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit oder ihrer sexuellen Orientierung zugenommen hat.

Was uns in den Mitte-Studien – sie sind alle zugänglich; Sie können sie nachlesen – im Besonderen interessiert, ist: Demokratien werden instabil, wenn in der Mitte bestimmte Orientierungen geteilt werden. Dabei konzentrieren wir uns auf rechtsextreme Orientierungen und Rechtspopulismus.

Im Zentrum steht die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, also das ganze Syndrom der Herabwürdigung von unterschiedlichen Gruppen. Wir wissen, die sind miteinander verbunden. Wir können nicht über den Antisemitismus reden, ohne gleichzeitig auch über Muslimfeindlichkeit zu sprechen, über die Abwertung von Menschen, die eine Behinderung haben, Sexismus usw. Was wir jetzt auch beobachtet haben, sind sogenannte neurechte Orientierungen. Ich gehe später darauf ein. Wir haben Hinweise darauf, dass antidemokratische Einstellungen in der Mitte geteilt werden.

Auf dieser Folie möchte ich Ihnen die Zustimmungswerte zu drei Aussagen zeigen. „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.“ Dazu haben wir 2020/2021 eine Zustimmung von 18 % gehabt. Ich habe auch die Teils-teils-Zustimmung aufgeführt. Wir haben statistisch analysiert – das kann man machen –, von wem die Teils-teils-Antworten stammen: Sind das jene, die ambivalent sind, oder sind das jene, die auch in anderen Aussagen menschenfeindlichen Einstellungen usw. zustimmen würden? Das ist ein großer Teil. In Rot sehen Sie die Antworten der Befragten unter 30 Jahren, also der Jugend. Die Jugend ist ja immer aufgeklärter. Aber das trifft nicht unbedingt zu.

„Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“ 7 % stimmen dem zu. Sie sehen, das ist etwas rückläufig. Dafür ist der Teils-teils-Bereich etwas höher, die Grauzone, und wird auch unter den Jungen weit geteilt.

„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“ Das widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz. Dem stimmen 7 % zu. 9 % sind der Meinung, das stimmt teils-teils.

Das alles korreliert miteinander. Das sind drei Aussagen aus der Rechtsextremismusskala. Wir haben heute schon etwas darüber gehört. Auch die Leipziger verwenden diese Skala bzw. haben sie entwickelt.

Ich habe mir das Ganze einmal für Baden-Württemberg angeschaut. Der Großteil lehnt rechtsextreme Einstellungen ab. Das ist eine Abbildung über einen Index. Da kann man maximal 90 Punkte und muss mindestens 18 Punkte erreichen. 90 Punkte wären ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild.

Ich habe das für die heutige Sitzung gerechnet. Wir sehen, dass Baden-Württemberg im Vergleich zu den anderen Bundesländern bei einem geschlossenen

– 43 –

rechtsextremen Weltbild leicht überdurchschnittlich ist. Das ist in dem sogenannten Graubereich, in den ein großer Teil der Teils-teils-Antworten fällt. Wie gesagt: Die Werte kommen nur zustande, wenn man 18 Aussagen zustimmt, die aus dem Bereich des Rechtsextremismus kommen.

Das Interessante ist: Wenn wir tiefer hineinbohren, sehen wir, dass Baden-Württemberg insbesondere im Bereich der Verharmlosung des Nationalsozialismus auffällt. Wir können das alles gern einmal nachrechnen, wenn wir den entsprechenden Auftrag dazu haben.

Wir wissen aus den Zahlen, die Ihnen, dem Landtag, vorliegen: Rechtsextremismus ist zwischen 2019 und 2021 weniger auffällig gewesen. Das sind die Zahlen für Baden-Württemberg, die das Land selbst ermittelt hat. Aber bei der rechtsextremistisch motivierten Kriminalität im Themenfeld Antisemitismus sehen wir in Baden-Württemberg einen signifikanten Anstieg. Das ist nicht unwichtig.

Das Innenministerium und das BKA stellen gleichzeitig fest, dass im Bereich der politisch motivierten Straftaten ein großer Teil, nämlich über 21 000 Fälle – das höchste Ausmaß hat noch immer der organisierte Rechtsextremismus –, ideologisch nicht mehr zuordenbar ist. Das ist interessant. In ideologischer Hinsicht ist das gar nicht mehr so einfach. Das geht nicht in die rechtsextreme Ideologie. Den Behörden fällt es also schwer, die Ideologie im Bereich der politisch motivierten Straftaten einzuordnen. Wenn Behörden das nicht mehr einordnen können, dann ist das für ein Land dramatisch.

Das sind unsere Daten. Wir führen diese Studien schon viele Jahre durch und messen antidemokratische Einstellungen. Wir haben gesehen: In dieser Krise entwickelte sich etwas, was wir dann sehr umständlich mit „neurechter völkisch-autoritär-rebellischer Orientierung“ bezeichnet haben. Das basiert auf vier Dimensionen. Das ist nicht mehr eindeutig identisch mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und anderen Formen des Extremismus. Das sind die Vertretung eines rassistischen Ethnopluralismus und des Konspirationsglaubens. Wir haben gerade etwas über Verschwörungen gehört. Die Meinungsunterdrückung gehört dazu, ebenso wie Diktatur und betrügerische Eliten.

Auf dieser Folie sehen Sie einige Zahlen zu Aussagen. „Manche Völker sind begabter als andere“: 12 % Zustimmung. „Unterschiedliche Völker sollten sich nicht vermischen“: 5 % Zustimmung. „Die deutsche Gesellschaft wird durch den Islam unterwandert“: 21 % Zustimmung.

In der Mitte stimmen 49 % der Aussage zu der Meinungsunterdrückung zu: „In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu bekommen.“ Das ist fast jeder zweite Befragte in der Mitte-Studie. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass auch der anderen Aussage zugestimmt wird: „In Deutschland darf man

– 44 –

nichts Schlechtes über Ausländer sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden.“

Diktatur: „Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen.“ Ich glaube, ein wichtiger Reflex in vielen Bewegungen ist, dass sie in der Coronakrise das Symbolbild des Widerstands gegen „die da oben“ organisieren konnten. Dazu gibt es 23 % Zustimmung.

Interessant ist, welche Faktoren erklären, warum Menschen diesen neuen Einstellungen zustimmen. Wir sehen: Unter den besten Erklärungsfaktoren sind nicht die soziodemokratischen und auch nicht die Bildungsfaktoren – auch Herr Unzicker hat gerade darüber gesprochen –, sondern ein destruktives Demokratiemisstrauen. Politische Entscheidungen führen mehr zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen. Das ist ein destruktives Demokratiemisstrauen. Demokratiemisstrauen ist gut für eine Demokratie; es muss nur konstruktiv sein. Das ist auch so vorgesehen.

Die Orientierungsanomie ist ein Gefühl von Orientierungslosigkeit: Ich weiß gar nicht mehr, nach welchen Regeln und Normen die Gesellschaft überhaupt funktioniert. – Das ist ein starker Erklärungsfaktor.

Der dritte Punkt ist – das haben wir auch schon gehört – die soziale Dominanzorientierung: Macht und Einfluss. Es gibt höherwertige und minderwertige Gruppen in der Gesellschaft. Das ist normal, liegt in der Natur der Dinge und ist auch ganz richtig.

Das sind drei Erklärungsfaktoren. Interessant ist, dass die Einstellungen, die wir da finden, von Gruppen organisiert werden können. Wir haben gerade etwas von den Verschwörungsgruppen gehört. Es gibt neue Milieus, die wir auch im Netz sehen, insbesondere in digitalen Netzwerken. Wie funktioniert das? Man bekommt ein Angebot auf eine exklusive Identität: „Du gehörst zu uns.“ Man bekommt Moral, Obligation und Legitimierung. Von gutem Leben und Reinheit war die Rede, auch während der Coronazeit. Da gab es Ideen wie Heilsbilder von Reinheit. Das Bürgerliche wird besetzt – Kinder, Geschlechterideologien, Affektkulturen. Wir sehen: Die Emotionalisierung im Netz gehört dazu.

Es gibt auch richtige Wettbewerbe zwischen organisierten politisch misstrauischen und demokratiedistanten Gruppen um eine Emotionalisierung. Das ist ein Problem der digitalen Netzwerke. Wenn die eine Gruppe etwas postet, muss die andere Gruppe etwas drauflegen. Dann gibt es Empathie für die eigene Gruppe. Das führt auch dazu, dass wir demokratische Beteiligung und Distanzen in der Mitte der Gesellschaft sehen.

„Ich habe in meinem Umfeld die Möglichkeit, mich politisch zu beteiligen.“ Im Bundesdurchschnitt lehnen 37 % die Aussage ab. Das heißt, sie sehen diese Möglichkeit nicht. In Baden-Württemberg sind das 31 %; das ist ein Drittel. Ein Drittel in Baden-Württemberg gibt das an. Das ist aber nur eine Stichprobe. Man muss das alles mit

– 45 –

Vorsicht genießen. Das ist keine repräsentative Studie für Baden-Württemberg. Das könnten wir machen, indem wir Daten aggregierten. Aber wir haben diese Daten nicht.

„Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.“ Dem stimmen 21 % im Bundesdurchschnitt und 23 % in Baden-Württemberg zu.

Dann sehen Sie die Distanzen. 31 % sagen: „Die demokratischen Parteien betrügen das Volk.“ In Baden-Württemberg stimmen dem 29 % zu. Das sind nicht wenige.

„Im nationalen Interesse können wir nicht allen die gleichen Rechte gewähren.“ Im Bundesdurchschnitt stimmen dem 22,5 % zu, in Baden-Württemberg 27 %. Nicht wenige stellen diesen Gleichheitsgrundsatz infrage.

Schauen wir uns jetzt die Polarisierung an. Bei der Polarisierungsdebatte müssen wir sehr vorsichtig sein. Sie hat unterschiedliche Phänomene und unterschiedliche Ebenen. Polarisierung kann in den Strukturen stecken. Das heißt, das Armuts-Reichtums-Gefälle, das in der Pandemie angestiegen ist, kann für uns eine Polarisierungsgrundlage sein, weil Menschen das sehen. Das wird auch immer sichtbarer. Wir leben in Gesellschaften, in denen immer mehr sichtbar wird. Das taucht auch medial in einer Hochgeschwindigkeit auf.

Es kann aber auch in den Ideologien liegen. Auf einer soziologischen Linse, in den Ansichten und im kollektiven Verhalten können Polarisierungen stecken.

Wir haben heute sehr viel über die Gruppenebene gehört. Diese verdichtet das Ganze in ständigen Wettbewerben und Konflikten zwischen Gruppen noch enger.

Polarisierungsphänomene können auch in individuellen Einstellungen, Beziehungen, Ansichten usw. sein. Wir können sie in den Dispositionen suchen.

Wir müssen aufpassen, auf welcher Ebene wir die Polarisierung diskutieren. Wenn wir von Polarisierung reden, stellen sich auch die Fragen: Ist sie individuell? Reden wir von individuellen oder von kollektiven Polarisierungsphänomenen? Die meisten Polarisierungsphänomene im politischen Bereich sind kollektiv. Ist die Polarisierung intentional? Man kann mit Polarisierung und auch mit bestimmten Spaltungsthesen Gewinne machen. Da gibt es Polarisierungsakteure. Reden wir von einer affektiven oder von einer gefühlten Polarisierung?

Wichtig ist: Emotionen werden immer politischer. Beim Fußball nehmen wir das hin: pure Emotionen. Aber im politischen Bereich sind wir alle damit konfrontiert, dass jetzt in der modernen politischen Kommunikation auch die Emotionen dazugehören. Oder ist die Polarisierung ideologisch oder im Verhalten begründet? Wir müssen schauen, wie das im Zeitverlauf ist. Auch dazu gab es Fragen.

– 46 –

Schauen wir jetzt einmal auf die Ursachen. Dazu gibt es unterschiedliche Thesen. Das können Demokratieenttäuschung sowie Vertrauenskrisen und -verluste sein. Es gibt die Wahrnehmung von Verkrustung und Intransparenz. Ein Parteiengeschacher wird unterstellt. Auch Ansprüche und Bequemlichkeiten sind Gründe.

Polarisierung unterliegt aber auch Konflikten um Ressourcen und Eigeninteressen. Armut und Ungleichheit werden nicht nur sichtbarer, sondern sind auch tatsächlich vorhanden. Angst vor dem sozialen Abstieg. Relative Deprivation: Mir geht es schlechter als den anderen. Im Vergleich zu den anderen bekomme ich weniger. – Die individuelle Deprivation ist in allen unseren Studien in der Regel relativ gering. Aber die relative Deprivation auf der Gruppenebene ist hoch. – Ich nenne auch noch die Anomie.

Identitätskonflikte und Spaltung erklären die Polarisierung – kollektiver Selbstwert über exklusive Zugehörigkeit –, wie auch der Konflikt in Werthaltungen.

Ein Einstiegspunkt ist die Singularisierung. Wir leben in einer modernen Gesellschaft, in der es nicht nur das Gefühl des Singularisierungsprozesses gibt, sondern wir erleben dies auch. Das geht mit der Globalisierung einher. Das erzeugt auf vielen Seiten das Gefühl, Opfer zu sein. Das erleichtert das Ganze.

Auch Legitimationskonflikte und -krisen gehören zu den Polarisierungsursachen.

Wir leben nun einmal in Krisenzeiten, in Zeiten von Polykrisen. Wir hatten die Coronapandemie. Jetzt haben wir die Inflation, die die Menschen natürlich merken. Es gibt Spaltungen in anderen Ländern, die auch wir wahrnehmen. Es gibt die Klimafrage, Versorgungsengpässe usw.

Wenn wir uns jetzt einmal genauer anschauen, was die Zukunftssorgen der Deutschen sind – das sind nicht unsere Daten, sondern Daten, die gerade vom Kollegen Best und anderen an der Universität Jena veröffentlicht worden sind –, dann sehen wir, dass diejenigen Themen, die affektiv eine Polarisierung erzeugen, gar nicht die wichtigsten Zukunftssorgen von Bürgerinnen und Bürgern sind, sondern das sind Klima, Hass und Feindseligkeit, Krieg und Verlust sozialer Sicherheit. Die stehen ganz vorne an. Das ist nicht unwichtig; denn diese Sorgen entsprechen nicht dem, was Menschen vielleicht als affektive Polarisierung erleben oder bei dem sie polarisiert werden können.

Ein wesentlicher Punkt, wenn man Polarisierung erklären will, ist, dass wir in Zeiten von Polykrisen leben. Die Ungewissheit, wie es weitergeht und wie die Faktenlage ist, ist für alle ziemlich gleich. Als der Krieg in der Ukraine begonnen hat, haben wir in einer Studie ermittelt – egal, ob proukrainisch oder prorussisch –: Die Ungewissheit, die damit verbunden ist, ist für alle sehr ähnlich.

Dass Menschen abschätzen: „Wie betroffen bin ich eigentlich?“, das ist die eigentliche Krisenwahrnehmung. Der zentrale Punkt, der die Polarisierung, Ideologisierung usw.

– 47 –

erklärt, ist, wie wir die Ungewissheit und auch die Betroffenheit navigieren: Was wird uns aus unserer Umwelt angeboten, wie wir jetzt damit umgehen? Die Menschen schauen sich dann um. Das erzeugt Erosion in der Bindung. Menschen stellen eine Ungewissheit fest: Ich kann die Gewissheit nicht mehr erreichen, nicht mehr erzielen, weil mir bestimmte Bindungen fehlen. Mir fehlt die institutionelle Einbindung. Ich bin in einem Desintegrationsprozess. Oder die Menschen verfallen zur Kontrolle von Ungewissheit in eine Herabwürdigung von anderen Gruppen: Ich gehöre doch zu denen, die besser sind, die höherwertig sind, die schon immer hier waren usw. Diese Konstellationen erzeugen dann eine Scheingewissheit oder einen Autoritarismus und eine Dominanz.

Wir haben einen Modus im Umgang mit Ungewissheit, der in der Demokratie auch bedeutet: Wir können die Ungewissheit zulassen. Wir lassen sie auch zu. Was machen wir dann? Wir reden über den Zusammenhalt. Das macht die Enquetekommission. Wir reden über die Frage der Solidarisierung mit denjenigen, die am meisten unter den Krisen leiden. Wenn wir selbst nicht wissen, wie es weitergeht, dann schauen wir: Wer ist besonders betroffen oder engagiert?

Wir können relativ gut zeigen, wohin Navigationsprozesse führen. Die einen schließen die Reihen und sagen: Dann gibt es eben einen exklusiven Zusammenhalt nur für wenige. Der andere Modus wäre die Öffnung dafür.

Inklusiver und exklusiver Zusammenhalt sowie das Zusammenhaltsparadoxon: Herr Unzicker hat es schon genannt. In unserer letzten Studie haben 37,5 % in Baden-Württemberg gesagt: „Der Zusammenhalt der Deutschen ist gefährdet.“ Dabei geht es um die Wahrnehmung des bedrohten Zusammenhalts. In Deutschland waren das 35 %, also leicht darüber.

Das Interessante ist: Menschen mit neurechten autoritär-rebellischen Einstellungen, Menschen, die den Zusammenhalt in Deutschland als gefährdet betrachten – das ist das Paradoxon –, neigen auch dazu, andere Gruppen abzuwerten und herabzuwürdigen, zu unterstellen, dass sich politische Eliten nur selbst bereichern usw. Das ist ein Paradoxon. Die Frage ist: Über welchen Zusammenhalt reden wir eigentlich? Das ist ein exklusiver Zusammenhalt, den wir herstellen, kein inklusiver Zusammenhalt.

Erwartungen an die Migration: Wir haben eine ZuGleich-Studie zur Gleichwertigkeit und zu der These durchgeführt: „Das Zusammenleben mit Migranten wird den Zusammenhalt in Deutschland stärken.“ Die Erwartungen sind relativ hoch: 53 %. Das ist eine paradoxe Situation. Wir erwarten eine Stärkung des Zusammenhalts, stellen dann aber sehr schnell fest: Der Zusammenhalt ist gefährdet.

Jetzt folgen drei Empfehlungen: Resilienzstärkung durch Krisen- und Gewaltprävention. Ich glaube, dass wir in allen Bereichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen adressieren können. Wir können genau ermitteln: Wo sind Stereotype, Vorurteile und Rassismus?

– 48 –

Wir sind der Meinung, dass politische Bildung allen zugänglich gemacht werden muss. Wir müssen an die Orte, an denen politische Bildung fehlt. Das Ganze muss mobiler sein. Man muss vor Ort gehen.

Wir müssen Projekte auf die Abschottung von Parallelgemeinschaften hin ausrichten und schauen, ob die soziale Arbeit und die Pädagogik dafür ausreichen. Wir brauchen auch digitale Demokratietarbeit.

Auch müssen wir die zivilgesellschaftliche Bildung fördern. Wir haben in unseren Studien immer wieder festgestellt: Herabwürdigungen sind oft subtil und versteckt. Gerade in der Mitte haben wir subtile, versteckte Formen von Herabwürdigungen.

Demokratie- und Erinnerungskultur stärken: Wir führen auch einen Erinnerungsmonitor durch. Der zeigt, dass viele Menschen historische Erfahrungen nicht für das verwenden, was wir aktuell an Vorurteilmustern und Menschenfeindlichkeit haben.

Risikoermittlung und kommunales Konfliktmanagement: Wir rufen in Bielefeld gerade eine Konfliktakademie ins Leben, in der wir kommunales Konfliktmanagement systematisch entwickeln und es Kommunen anbieten. Das haben wir beispielsweise in Rheinland-Pfalz gemacht. Auf diese Weise können wir in Kommunen vor Ort gehen und die Politik unterstützen.

Stärkung von Vereinsinitiativen: Vereine sind ein guter Vermittlungsfaktor.

Wir können ein Mapping der Projektlandschaft erstellen. Wir haben das selbst gemacht und eine intelligente Onlinelandkarte erstellt. Das haben wir im Bereich der Deradikalisierung und des islamistischen Extremismus angeboten. Auf den Seiten können Sie sehen: Wer macht was? Wo gibt es welches Angebot? Wo sind Lehrstellen? Das können Sie selbst analysieren.

Stabilisierung von laufenden Projekten, flexible, bedarfsorientierte Projektförderung, Konfliktmanagement, Digitalstrategie, Bürgerbeteiligung, Transparenz der Bearbeitung. Eine Stadt hat jeden Vorschlag, den wir gemacht haben, kommentiert und gesagt, was sie dort tun kann. Das hat die Politik dort sehr transparent gemacht. Das war schon sehr konfliktbremsend.

Empowerment, institutionelle Formen von Diskriminierung, auch die Veränderung von anderen, Ermittlung institutioneller Formen von Einsamkeit. Wir haben neue Befunde, die zeigen, dass Menschen, die während der Coronapandemie einsam geworden sind, eine Neigung dazu haben, antidemokratische Einstellungen zu entwickeln. Das ist ein interessanter Effekt. Man muss dann schauen, wo die Einsamkeit vorhanden ist. Vernetzte Beratungslandschaft aufbauen, Gruppen bei der Antragsentwicklung helfen. Wir haben viele Gruppen, die schlichtweg keinen Antrag für ein bestimmtes Projekt

– 49 –

stellen können und dabei Hilfe brauchen. Entwicklungsnischen aufbauen, Zusammenhaltskräfte stärken, würdevolle Räume schaffen.

Die Forschung stärken: Wir haben eine ganze Reihe von Möglichkeiten in der Forschung. Wir können eine Risikoabschätzung bis hinunter auf die kommunale Ebene machen und Exklusion systematisch analysieren. Baden-Württemberg ist in der Gewaltforschung nicht so stark aufgestellt. Aber wir haben viele Gewaltphänomene. Da ist sicherlich etwas nachzulegen.

Auch bei der Wissenschaftstransferkommunikation brauchen wir Hilfe.

Wir haben eine ganze Reihe von Daten, die wir auswerten können. Wir haben keinen Datenmangel, sondern schlichtweg nicht die Möglichkeit und die Kapazitäten, alle Daten auszuwerten. Es gibt relativ viele Daten zum Land Baden-Württemberg, die noch ausgewertet werden können.

Als Letztes: Warum erstellt man nicht einmal eine Längsschnittstudie zum Thema „Aufwachsen in Baden-Württemberg“? Man sollte die nächste Generation nach der Krise in einer Längsschnittstudie über ein paar Jahre hinweg genau analysieren und schauen, wer gut in Krisen navigieren kann und wer nicht die Möglichkeit hat, mit Krisen umzugehen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Professor Dr. Zick, das war sehr erhellend. Vielen Dank an Sie.

(Beifall)

Ich darf Sie darauf hinweisen: Wir haben jetzt in Baden-Württemberg an der Universität Tübingen eine Forschungsstelle zum Thema Rechtsextremismus aufgebaut. Das wissen Sie wahrscheinlich schon. Wir werden zumindest für einen kleinen Teilbereich von dem, was Sie gerade erwähnt haben, in nächster Zeit sicherlich noch mehr Expertise für Baden-Württemberg und darüber hinaus aufbauen.

Sv. Herr Dr. Zick: Ja, das weiß ich. Das ist auch gut. Das wird auch in der Forschungslandschaft sehr positiv anerkannt.

Vorsitzender Alexander Salomon: Wunderbar. Das freut uns in Baden-Württemberg.

Wir gehen jetzt weiter zu Herrn Mathieu Coquelin. Er ist Leiter der Fachstelle ExtremismUSDistanzierung mit Sitz in Stuttgart. Auch Sie haben 20 Minuten Zeit. Danach gehen wir direkt in die Fragerunde.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

– 50 –

Sv. Herr Coquelin: Erst einmal auch von mir vielen Dank, dass ich heute bei Ihnen sein darf. – Ich habe meine Präsentation so aufgebaut, dass ich die Handlungsempfehlungen schon direkt an den Anfang gestellt habe.

Vielleicht noch kurz zum Hintergrund: Ich glaube, ich habe heute ein bisschen die Exotenposition, weil ich nicht aus der Forschung komme, sondern aus der Praxis. Ich möchte das auch deswegen transparent machen, weil ich von Einrichtungen aus Baden-Württemberg quasi eigene Aktien mitbringe, wobei ich gerade gesehen habe, dass Aktien auch außerhalb von Baden-Württemberg platziert werden.

Nur der Transparenz halber: Wir sind eine Fachstelle, die sich mit der Radikalisierungsprävention beschäftigt. Wir arbeiten phänomenübergreifend und phänomenunspezifisch gleichermaßen. Das bedeutet, wir sind für alle Phänomenbereiche zuständig.

Ich bin dankbar für die Gliederung der Sachverständigen, weil ich mich in das Nest lege, das die Vorrednerin und die Vorredner gebaut haben. Ich bringe keine Studien mit. Ich glaube, schon die bisher dargestellten Ergebnisse zeigen, dass in diesen Bereich auf jeden Fall weiter investiert werden sollte.

Ich habe – lassen Sie sich von meinem Namen nicht täuschen – eine sehr schwäbische Art und werde mich heute auf Aspekte konzentrieren, die auch mit nicht steigenden Mitteln umzusetzen sind; denn ansonsten wäre das nicht sonderlich pragmatisch.

Mir wurde vorher gesagt, ich solle nicht immer „man müsste machen“ sagen, sondern „man könnte machen“ – im Konjunktiv. Diesen Hinweis nehme ich gern auf.

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass aktuell in Baden-Württemberg – ich bin dankbar für den Hinweis auf die Forschungsstelle in Tübingen – schon sehr vieles auf verschiedenen Ebenen sehr gut läuft. Insofern sind die Fach- und Beratungsstellen, die wir in diesem Themenfeld haben, zumindest in der aktuell vorliegenden Form beizubehalten – nicht, weil sie nicht mehr Mittel und Ressourcen benötigen könnten, sondern schlicht und ergreifend der Pragmatik und der Situation geschuldet, in der wir uns befinden.

Der zweite Punkt ist – das erklärt auch ein bisschen die Bilder, die ich in der Präsentation hinterlegt habe –: Diese Fach- und Beratungsstellen sind letzten Endes nicht im Land unterwegs, um ihre Arbeit an sich radikalisierenden Leuten zu tun. In meiner Fachstelle arbeiten mit mir acht Personen. Ich denke, schon daraus erschließt sich, dass ich mit acht Personen nicht in ganz Baden-Württemberg sich radikalisierende Personen erreichen kann, sondern das funktioniert nur über Regelstrukturen. Ich werde nachher noch im Detail erläutern, was die Regelstrukturen im Speziellen für Baden-Württemberg bedeuten und warum es so wichtig ist, diese zu erhalten.

– 51 –

Der letzte Punkt dürfte vor allem für alle anderen schwäbischen Menschen – ich möchte die Badenerinnen und Badener nicht ausschließen – von Interesse sein. Ich bitte Sie, da besonders zuzuhören. In der Professionalisierung dessen, was wir aktuell tun, spielt es nicht zuletzt eine Rolle, dass wir uns immer in prekären Verhältnissen befinden. Ich bin auch dahin gehend ein Exot, weil ich wahrscheinlich der Einzige hier bin, der in einem prekären Arbeitsverhältnis steht. Durch die Projektfinanzierung leisten wir als Fach- und Beratungsstellen einen wesentlichen Bestandteil in der Zivilgesellschaft. Sie sind aber immer davon abhängig, ob die Projektfinanzierung fortgesetzt wird. Das geht mit einer fehlenden Professionalisierung des Feldes der Radikalisierungsprävention als Arbeitsfeld an sich einher.

Dies fängt schon bei banalen Dingen an – ich bin von der Ausbildung her Betriebswirtschaftler –, beispielweise dass wir als Grundlage noch nicht einmal eine vernünftige Kostenträgerrechnung vorlegen können, um zu sagen, was eine Minute in diesem Bereich kostet und dass wir vielleicht eine andere Form der Finanzierung bräuchten. Es kam ja vorhin von Ihnen, glaube ich, der Hinweis, wie viel Bürokratisierung wir mittel- oder langfristig einsparen könnten, wenn wir konkreter wüssten, was die Arbeit im Detail kostet. Auch das ist eine Perspektive, die vielleicht den Anreiz erhöht, zuzuhören.

Ich möchte mit den unterschiedlichen Ebenen der Fach- und Beratungsstellen, die wir im Land haben, weitermachen und deutlich machen, dass, wenn wir Befunde haben, die politische Bildungsarbeit oft nicht wirkt. Diese Aussage würde ich in Teilen erst einmal unterstützen. Aber letztlich kommt es darauf an, wie man sie im Detail bewertet.

Ich unterfüttere das mit einem kleinen Zitat von Christian Morgenstern – das ist nicht gerade ein neues Zitat –, dass eine Wahrheit erst wirksam werden kann, wenn der Empfänger für sie reif ist. Das heißt, wenn die Angebote, die die politische Bildung entwickelt, in einem Lehrplan zu einem Zeitpunkt kommen, zu dem diese keine Relevanz haben, dann ist das vielleicht nicht zielführend, macht aber deswegen diese Arbeit nicht obsolet. Die Kolleginnen und Kollegen aus der Landeszentrale für politische Bildung leisten eine herausragende und wichtige Arbeit. Die Krise hat vor allem gezeigt, dass wir diese spezialisierten Fachstellen brauchen, um adäquat, kurzfristig und schnell auf die jeweiligen Phänomene reagieren zu können.

Wir waren in Baden-Württemberg innerhalb des Bundesprogramms eine der ersten Stellen, die über Onlineformate schnell auf das Phänomen der Verschwörungstheorien reagiert hatten. Das hat dazu geführt, dass wir 2021 doppelt so viele Menschen über solche Formate erreicht haben. Fachkräfte aus der gesamten Bundesrepublik haben an unseren Onlineformaten teilgenommen, weil wir auch beim Aufsetzen von Lösungen sehr schnell und pragmatisch waren. Mit der Landeszentrale für politische Bildung haben wir sehr schnell geschaut: Wie können wir uns hier ergänzen? Wie können die Ziele gemeinsam erreicht werden?

Ich muss auch dazusagen, dass die Landeszentrale für politische Bildung ganz andere Regelstrukturen adressiert als beispielsweise der nächste Akteur, den ich aufrufen und

– 52 –

lobend erwähnen möchte, nämlich konex. Jetzt wandern wir von der Landeszentrale für politische Bildung, dem Anfang des Spektrums im Bereich der Primärprävention, an das andere Ende, nämlich zur Ausstiegsberatung, angesiedelt beim Landeskriminalamt, die natürlich eine ganz andere Regelstruktur erreicht, vor allem hinsichtlich der Polizei- und der Sicherheitsbehörden. Das ist ein notwendiger Baustein von vielen im Sinne einer ganzheitlichen Präventionslandschaft, die zusammenarbeiten müssen.

Sehen Sie mir bitte nach, dass ich auf dieser Folie unser Fachstellenlogo platziert habe. Es steht aber stellvertretend für die im Verbund des Demokratiezentrums tätigen Träger und Fachstellen. Als einziger zivilgesellschaftlicher Akteur stellen wir das Bindeglied dar, mit ganz anderen Regelstrukturen, für die wir wirken können.

Ich bin Herrn Dr. Yendell sehr dankbar für die Formulierung und den Hinweis, wie wichtig das Familiensystem ist. Wir erleben, dass die ganze Ressource der Kinder- und Jugendhilfe im Phänomenbereich Radikalisierungsprävention selbst im bundesweiten Diskurs so gut wie nie als eine der Optionen herangezogen wird.

Damit wechsele ich schon zu der zweiten Ebene, nämlich zu den Regelstrukturen, vielleicht auch mit einer kritischen Rückschau, was wir jetzt aus acht Jahren Arbeit beobachten können, wie das Prozedere oft abläuft: An der Schule wird etwas beobachtet. Das, was beobachtet wird, reicht für unsere Fachstelle vom Hakenkreuz, das in die Schulbank geritzt wird, bis hin zu einer vermeintlichen dschihadistischen Radikalisierung, die beschrieben wird, die uns erreicht und auf die wir reagieren.

Wir erleben ganz oft: Innerhalb des Systems Schule taucht nicht nur ein Problem auf, sondern man ist auch beim Finden der Lösung auf dieses System konzentriert. Das heißt, ein Workshop mit den Schülerinnen und Schülern ist oft die einzige sinnvolle Handlung, die einem einfällt. Es findet aber kein übereinandergelagertes Agieren der verschiedenen Regelstrukturen statt, das sich eigentlich aus den Fachstellen, die ich vorhin skizziert habe, ein Stück weit fachlich sinnvoll und ganzheitlich ergibt.

Wir haben auf der einen Seite das System Schule, in dem Dinge passieren müssen, aber eben nicht nur mit den Schülerinnen und Schülern, sondern mitunter auch mit den Lehrkräften und der Schulsozialarbeit, die auch noch eine andere Rolle in diesem Feld einnehmen kann. Auf der anderen Seite können wir das Problem und die Lösungen gern auch außerhalb des Systems Schule suchen, indem wir sagen, welche Möglichkeiten es gibt, beispielsweise über Jugendhilfemaßnahmen und Erziehungsbeistandschaften.

Im Vortrag von Herrn Dr. Yendell ist auch deutlich geworden, wie marginalisierte Gruppen besonders unter der Krise leiden. Ich habe jetzt keine konkreten Daten dabei. Aber nach meiner Bauchempirie, die mich bisher, wenn ich dies überprüft habe, meistens ganz gut dastehen ließ, stellen wir bei 70 bis 80 % aller Fälle, bei denen wir es mit jungen Männern zu tun haben, bei denen eine Radikalisierung beobachtet wurde, in der Anamnese fest, dass es entweder keine männliche Vorbildfunktion innerhalb der

– 53 –

Lebenswelt des jungen Mannes oder eine problematische gibt. Dies wurde vorhin schon kurz erwähnt. Das heißt, Familien können ein Ort sein, an dem die Lösung stattfindet. Familien können, wenn sie dysfunktional sind, aber auch ein Ort sein, der ein Problem verschlimmbessert. Hierfür haben wir aktuell Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe, die aber in diesem Kontext so gut wie kaum stattfinden.

Das ist eine gute Überleitung zu dem Stichwort „Professionalisierung“. Ich bin jetzt seit acht Jahren in diesem Arbeitsfeld tätig. Es gibt nur eine Person, die dienstälter ist als ich. Wir sprechen hier von einem Projekt bzw. einem Ansatz, das es in Baden-Württemberg in der Historie schon seit 2008 gibt; und lediglich eine Person ist länger da als ich. Sie können sich vorstellen, wie das in einem Wirtschaftsunternehmen funktioniert, wenn man kaum Kontinuitäten hat. Neben mir ist noch eine Person mit sieben Jahren da. Der Rest sucht sich meistens nach ein, zwei Jahren aufgrund der prekären Rahmung etwas Vernünftiges. Meine Mutter hat immer gesagt: Hättest du etwas Gescheites gelernt. – Erstens ist es dafür jetzt zu spät. Zweitens bin ich davon überzeugt, dass das, was wir tun, etwas Gescheites ist.

Die fehlende Professionalisierung wirkt sich auch darauf aus, dass die sehr komplexe Landschaft der Jugendhilfe vielleicht gar nicht bei allen bekannt ist. Wir haben auch kein eigenes Arbeitsfeld, in dem wir fragen können: Wen stelle ich überhaupt in diesem Arbeitsfeld an? Stelle ich nur Politikwissenschaftler an? Stelle ich Religionswissenschaftler an? Stelle ich Islamwissenschaftler an?

Wir versuchen, uns seit 2005 sehr dafür starkzumachen, dass es wesentlich einfacher ist, jemanden mit Berufserfahrung aus dem Kontext der sozialen Arbeit anzustellen, der weiß, wie man mit Jugendlichen arbeitet. So jemand hat es wesentlich einfacher, das relevante radikalisierungstheoretische Wissen zu vermitteln, als jemandem, der lange Zeit und intensiv Politik- und Geschichtswissenschaften studiert hat, zu zeigen: Das ist übrigens ein Jugendlicher. Das meine ich gar nicht despektierlich. Ich meine, das funktioniert nur mit einem sinnvollen Ineinandergreifen. Das funktioniert nur, indem wir auf die Expertise der Landeszentrale für politische Bildung zurückgreifen, weil wir die Partner und Player einfach auch kennen. Insofern können wir gemeinsam schauen: Wie bekommen wir die Inhalte, die mitunter auch sehr voraussetzungsreich sind, vermittelt?

Ich habe mir heute Morgen, während die Expertinnen und Experten vor mir geredet haben, gedacht: Wenn jetzt Schülerinnen und Schüler einer Grund- und Werkrealschule hier gewesen wären, wie viel hätten die davon verstanden? Alles, was hier erzählt wurde, ist richtig und wichtig. Aber das ist nicht in einer Art und Weise erzählt worden, die viele Leute mitnimmt.

Ein Problem, das wir durchaus auch in den Zahlen finden, ist, dass wir oft ein Problem nicht deswegen haben, weil Diskurse nicht stattfinden, sondern weil sie in einer Art und Weise stattfinden, die exkludierend ist, und weil die Diskurse oft auch mit dem erhobenen Zeigefinger passieren. Das erleben wir in der Praxis.

– 54 –

Professionalisierung bedeutet, vor allem dazu zu tendieren, dass wir eine stärkere Anamnese brauchen, wenn Dinge passieren. Das heißt, wenn Fälle in der Institution Schule passieren, brauchen wir standardisierte Anamneseinstrumente.

Wir haben innerhalb eines Forschungsprojekts, das ich gerade leite und das wir in Kombination mit der Dualen Hochschule Baden-Württemberg durchführen, ein Projekt, das wir proben. Die Studierenden bekommen etwas vermittelt und müssen das dann auf Fälle anwenden. Das funktioniert nach meinem bisherigen Dafürhalten auch in Kontexten von Verschwörungstheorien, weil dann auch identifiziert wird, wie wenig der rationale Diskurs Sinn ergibt. Man braucht eher ein Adressieren des Beibehaltens der Beziehungsebene und von Unterstützungsangeboten, muss also den Zusammenhalt auch im Kleinen stärken. Dabei muss mehr als nur das System betrachtet werden, in dem eventuell ein Fall aufschlägt.

Eine der großen Baustellen, die wir hier sehen, ist – ich habe einfach das Schlagwort „Jugendhilfe“ aufgezeigt –, dass wir auch erleben, wie sinnvoll das interdisziplinäre Lernen sein kann, und zwar anhand der drei Fachstellen, die ich vorhin skizziert habe.

Einmal etwas ganz Banales: Meine Eltern kommen aus der Gastronomie und haben ein Restaurant, das auch viele Unternehmerinnen und Unternehmer besuchen. Denen ist immer klar: Tagsüber passiert viel, aber das Relevante passiert abends beim Gläschen Wein in der Wirtschaft. Warum wird dort das Relevante gesprochen? Man arbeitet schon lange Jahre in einem Arbeitsfeld. Man kennt sich und hat Vertrauen. Das sind ganz andere Möglichkeiten der Effizienz. Ich bin jetzt in dem Bereich, bei dem ich vorhin gesagt habe, Sie sollten die Ohren spitzen, bei dem wir durch eine Steigerung der Effizienz, auch mit gleichbleibenden Mitteln, mehr Dinge erreichen können, weil wir Synergien schaffen.

Wenn ich mich mit Michael Blume treffe und mit ihm innerhalb von fünf Minuten etwas ausmache, das im Bereich der Verortung des Auftrags des Antisemitismusbeauftragten vielleicht sehr viel bewegen wird, dann gelingt uns das deswegen, weil wir uns kennen und schon lange zusammenarbeiten. Das ist wiederum an die Professionalisierung und die Rahmung gebunden. Wenn man Leute nicht kennt, man womöglich Angst hat, dass man sich um die gleichen Projektgelder streitet, und eine Ellbogenmentalität herrscht, dann haben wir – das muss man sich einmal vorstellen! – eine zum Teil absurde Investition von öffentlichen Geldern in die Konkurrenz unter den zivilgesellschaftlichen Trägern. Hier wäre eine Professionalisierung mittel- bis längerfristig eine maximale Ertragssteigerung.

Gleichzeitig könnten wir Netzwerke und Regelstrukturen zusammenlegen, die sich auch unabhängig von der Förderung teilweise gegenseitig ein Stück weit auf die Füße treten. Wir haben zwischen der sozialen Arbeit und der Polizei mitunter vorurteilsbelastete Beziehungen, um das einfach mal so zu formulieren. Dabei stellen wir aber fest, dass in einem gemeinsamen Lernen und in einem Akzeptieren, warum der jeweilig andere berechtigt da ist – – Ich schaue einmal kurz in die Runde – „Dirty Dancing“

– 55 –

müsste allen ein Begriff sein. Eine Kollegin hat einmal ein schönes Zitat geprägt, das in meinen Augen für die interdisziplinäre Notwendigkeit in diesem Kontext wichtig ist: mein Tanzbereich, dein Tanzbereich. Wir alle vollziehen letztendlich einen Tanz, der klarmacht, dass wir gemeinsam tanzen. Nur mit gemeinsamem Tanzen kann man das Problem lösen, um einfach mal eine schönere Metapher für diesen Kontext zu wählen. Das bedeutet aber gleichzeitig, zu akzeptieren, dass der Tanz nur dann schön wirkt, wenn wir in den Bereichen bleiben und akzeptieren, dass es den anderen Bereich braucht. Man braucht eine Sicherheitsbehörde, die ab einem bestimmten Zeitpunkt etwas unternimmt. Man braucht gleichzeitig aus einer sicherheitsbehördlichen Perspektive heraus die Erkenntnis, dass man bei anderen Ansätzen vielleicht ganz bewusst nicht mit Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten kann. Das ist ein Wesensmerkmal beispielsweise der mobilen Jugendarbeit und dient als Grundlage für die Vertrauensbildung.

Der letzte Punkt, was die Professionalisierung angeht, ist der Hinweis auf Ansätze, die es in anderen Bundesländern gibt, in denen Bundesverbände Standards erarbeitet haben. Gerade die mobile Beratung ist der Bereich, den wir auch in Anbetracht des Ausblicks, den Professor Zick gegeben hat, mit der Ausdifferenzierung von Ideologien, die alle im rechtsextremen Bereich diffundieren oder subsumiert werden können, in den Blick nehmen müssen; denn die mobile Beratung gegen Rechtsextremismus wird in den auf uns zukommenden Krisen definitiv sehr viel Arbeit haben. Insofern ist es besonders wichtig, diese hinsichtlich der eben verabschiedeten Grundsätze des Bundesverbands zu überprüfen, also dass die Dinge, die man tut, auch auf Grundlage der professionellen Standards passieren, die in dem Feld erarbeitet worden sind.

Ich komme zu meinem Fazit. Ich liege gut in der Zeit und kann insofern ein bisschen langsamer reden.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Im Rahmen des Fazits möchte ich das Wesentliche betonen. Wir sind aktuell sehr gut im Erkennen der Dinge. Man merkt auch, dass hier in den letzten Jahren viel passiert ist. Mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ werden seit 2015 noch ganz andere Summen zur Verfügung gestellt.

Wir müssen uns aber klarmachen: In dem Augenblick, in dem man Menschen sensibilisiert, Dinge zu erkennen, tauchen noch viel mehr Dinge auf. Das heißt nicht, dass zwingend immer alles ansteigt, sondern das heißt einfach nur: Mehr Sensibilität bedeutet auch, dass ein größerer Bedarf entsteht.

Die Enquetekommission wird ihre Ergebnisse im Jahr 2024 präsentieren. Wir gehen 2025 in eine neue Antragstellung für das Demokratiezentrum mit dem Trägerverbund, mit dem wir ab 2025 in eine neue Aufstellung gehen. Ich sehe die Gelegenheit, heute vor diesem Gremium zu sprechen, als eine Möglichkeit, ganz genau hinzuschauen: Wo wollen wir in der Antragstellung ab 2025 eventuell Schwerpunkte setzen?

– 56 –

Ich möchte mich an dieser Stelle auch noch für die drei bisher etablierten Beratungsformen starkmachen, die das Bundesprogramm vorsieht. Das ist zum einen die Betroffenenberatung. Das ist eine ganz wichtige Perspektive, um zu schauen, wer tatsächlich betroffen ist. Wir haben jetzt sehr viel über die Frage geredet, warum sich Menschen in bestimmte Richtungen entwickeln. Ich möchte noch darauf hinweisen: Es gibt Menschengruppen, die konkret mehr betroffen sind, und zwar in Form von Beleidigungen, Hass und Gewalt, die ihnen entgegenschlagen. Das sind Frauen, vor allem aber auch Migrantinnen und Migranten. Wir haben heute viel über die Vermutung geredet, ob es unter ihnen eine größere Täterinnen- bzw. Täterschaft gibt. Wir müssen aber ganz klar akzeptieren, dass gerade auch unter diesen Gruppen viele Opfer und Betroffene von Rassismus und Antisemitismus sind. Ich nenne die jüdischen Gemeinden. Auch das ist eine wichtige Dimension. Insofern müssen wir die Betroffenenberatung stärken.

Den Ansatz der mobilen Beratung habe ich gerade schon erwähnt. Des Weiteren haben wir noch die Distanzierungshilfen als Bindeglied zwischen der Primärprävention, der Ausstiegsberatung und der Arbeit der Sicherheitsbehörden.

Unsere Hoffnung, die tatsächlich auch in dieser Dramaturgie endet, ist – wir hoffen natürlich etwas anderes; vielleicht entspannen sich die Haushaltssituationen, und es ist doch wieder mehr möglich –, dass wir, wenn wir diese drei Dinge mit einem Mindestmaß dessen, was wir gerade festhalten, adressieren – vor allem die Aspekte der Professionalisierung und die Stärkung der Regelstrukturen –, sinnvoller und effizienter handeln und dass wir dort handeln, wo tatsächlich eine Notwendigkeit besteht.

Damit bin ich eine Minute und 43 Sekunden vor dem Ende meiner Redezeit am Ende und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank für den Einblick. – Ganz am Ende sind wir noch nicht. Jetzt schließt sich nämlich noch die Fragerunde der Fraktionen an. Es ist hervorragend, wenn man weniger Zeit braucht und trotzdem sehr viel Inhaltliches unterbekommen. – Ich gebe jetzt das Wort für die Fraktion GRÜNE an Frau Abg. Dr. Aschhoff.

Abg. Dr. Susanne Aschhoff GRÜNE: Vielen Dank. – Ich bemühe mich, mich kurzzufassen. Ich denke, wir alle freuen uns über die zusätzliche Zeit zur Beantwortung der Fragen. Ich habe nämlich eine ganze Reihe.

Ich möchte eine Frage voranstellen, die uns sehr interessiert, die uns schon gestern in der Vorbereitung beschäftigt hat und die ich gern an alle drei Rednerinnen und Redner stellen würde. Wir reden jetzt immer von gewissen mehr oder weniger kleinen

– 57 –

Gruppen. Wie würden Sie eine Masse definieren, bei der es einen Kipppunkt gibt, also eine kritische Masse, bei der das Ganze kippt?

Ich habe mich viel an Berichterstattungen erinnert gefühlt, die ich über die politische Situation in den USA gelesen habe – das ist eine Frage an Frau Pawelz –, in denen mit Fake News und völlig unbelegten, widerrechtlichen Handlungen politisch bedeutende Mengen von Wählerinnen und Wählern – ob es Mehrheiten sind oder nicht, ist die Frage – bewegt werden. Die Frage ist, wo Sie da eine kritische Menge sehen würden. Sie hatten ein bisschen unterschiedliche Zahlen. Das ist ein wichtiger und interessanter Punkt für uns.

An Frau Dr. Pawelz habe ich noch folgende Frage: Sie haben von verschiedenen Verschwörungstheorien gesprochen. Sollte man, wenn Sie Handlungsempfehlungen angeben, diese einzeln betrachten, oder gibt es auch Handlungsempfehlungen, die für alle gleich wirksam sind, oder braucht es beides?

Wir alle gehen davon aus, dass ein gestärktes Selbstbewusstsein – sowohl des Individuums als auch der Gesellschaft; das haben wir schon ein paarmal gehört – und Resilienz gegen Verschwörungstheorien widerstandsfähig machen. Stimmt diese Theorie, und wie kann die Politik dabei unterstützend wirken?

Herr Professor Zick, Sie haben die Längsschnittstudie mit der wachsenden Generation angesprochen. Wir hatten uns schon vorher überlegt, zu fragen, ob man vielleicht aus der Historie Fakten ziehen kann – vielleicht wäre beides ideal –, wie sich Extremismus entwickelt und wie die Politik reagiert hat: gut oder schlecht.

Ich fand das Bild mit der Linse relativ einprägsam. Auf welcher Ebene fänden Sie eine Handlungsempfehlung zum Eingreifen besonders gut? Ist dabei die Unterstützung von Familienarbeit in den Fokus zu nehmen – Herr Dr. Yendell hat das schon angesprochen –, oder geht es eher auf der politischen oder Medienebene um Kampagnen, Entwicklungen usw.? Was sind da wichtige Punkte, oder braucht es alle?

Sie, Herr Coquelin, als Praktiker – deswegen haben wir Sie auch eingeladen – frage ich: Was sind Best-Practice-Beispiele? Wie können wir zusammenarbeiten, wenn Sie sich im Jahr 2025 neu etablieren? Sie haben schon verschiedene Kooperationen und auch die Landeszentrale für politische Bildung genannt. Im Bereich der Schule gibt es mit dem Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung, ZSL, auch andere Fortbildungsmöglichkeiten für pädagogische Fachkräfte. Gibt es da Beispiele? Ich kenne bei anderen Themenbereichen runde Tische oder Ähnliches, bei denen beispielsweise auf der kommunalen Ebene die Polizei und auch andere Menschen sitzen, mit denen Sie zusammenarbeiten. Wie könnte man da ein gutes Paket für Baden-Württemberg schnüren? Das wäre auch zeitnah möglich.

– 58 –

Können Sie Ihre Arbeit evaluieren? Wie kann man den Erfolg messen? Mir fällt es ein bisschen schwer, ihn festzustellen. Wenn z. B. in einer Kommune Hilfe für sozial schwache Familien geleistet wird: Gibt es dann Evaluierungspunkte, sodass man sagen kann, das ist ein greifbarer Erfolg?

Vielen Dank.

Abg. Christiane Staab CDU: Vielen Dank für die Vorträge. – Ich habe eine Frage an Frau Dr. Pawelz: Wie gehen wir mit Verschwörungstheoretikern in der ganz normalen Praxis um? Das ist ein Thema, dem wir zunehmend begegnen. Insofern ist es wichtig, uns bewusst darüber zu werden, wie wir mit solchen Menschen umgehen. Soll man sie einbinden und versuchen, mit ihnen zu arbeiten, was, wie ich von einer Extremismusforscherin gehört habe, ab 32 Jahren gar nicht mehr funktioniert? Das heißt, jemanden davon wegzuholen, wird extrem schwierig. Aber gerade bei Jüngeren ist das Thema doch, sie abzuholen und zu versuchen, irgendwie – ich weiß nur nicht, wie – mit ihnen zu arbeiten. Das ist ganz wichtig. Also: einbinden oder ausgrenzen?

Dann habe ich eine Frage an Herrn Professor Zick. Dabei geht es um eine Aussage von Ihnen, Herr Coquelin, nämlich: Sensibilität ist entstanden. Wir haben eine zunehmende Sensibilität gegenüber dem Erkennen von Problemfeldern. – Meine Frage schließt auch an die Ausführungen von Herrn Professor Zick zu der Hellfeldstudie an. Sie haben die Hasskriminalität und verschiedene Kriminalitätsbereiche aufgeführt. Für mich ist die Frage: Haben wir aufgrund der gestiegenen Sensibilität eine andere Wahrnehmung in diesem Bereich? Kommen mehr Delikte zur Anzeige, als das früher der Fall gewesen ist, oder gibt es da tatsächlich einen Anstieg? Sprich: Ist die Hellfeldstudie dahin gehend bereinigt, dass man sagt: „Früher gab es das wahrscheinlich auch. Das ist einfach nur der mangelnden Sensibilität im wahrsten Sinne des Wortes zum Opfer gefallen, indem es nicht angezeigt worden ist“?

Ich habe noch eine Frage, ebenfalls an Sie, Herr Professor Zick. Dabei geht es mir darum, wie die Mitte definiert wird. Wer ist denn die befragte Mitte? Wie sucht man die Menschen aus? Sind da beispielsweise auch Menschen mit Migrationshintergrund dabei, die jetzt ganz klassisch auch zur Mitte Deutschlands gehören, weil sie in der zweiten, dritten oder vierten Generation hier leben? Mir ist nicht ganz klar, wie wir den Begriff der Mitte definieren.

Dann habe ich noch eine Frage an Sie, Herr Coquelin. Dabei geht es darum, wie wir Jugendlichen helfen können, die aus dysfunktionalen Familien kommen. Da ist aus meiner Sicht der größte Knackpunkt, dass wir ohne die Mitwirkung der Familien gar nichts machen können. Das heißt, wir haben die Situation einer Familie, die auf das Kind oder auf den Jugendlichen eher negativ Einfluss nimmt. Aber gleichzeitig können wir ohne eine Mitwirkung dieser Familie nur ganz wenig abarbeiten. Daher frage ich ganz direkt – das geht vielleicht auch noch an Sie, Herr Dr. Yendell –: Wie kann man seitens des Staates überhaupt in solche Systeme eingreifen? Es ist wichtig, dass wir da gerade in Deutschland sehr restriktiv sind. Aber mittlerweile gibt es eine ganz große

– 59 –

Grenze des Faktischen, an der wir nicht in Familien kommen, weil schlichtweg die Mitwirkungsbereitschaft der Familie nicht vorhanden ist. Das geht dann zulasten der Kinder.

Das sind jetzt erst mal meine Fragen. Danke schön.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Vielen Dank an die Referentin und die Referenten. – Ich habe ein paar kurze Nachfragen.

Ich habe zunächst eine Frage an Frau Dr. Pawelz. Professor Butter geht davon aus, dass es schon immer Verschwörungstheorien gab, sie früher sogar Teil der Exekutive und der Regierendengruppen waren und es ein Unterschied ist, dass wir das heute so verurteilen und in weiten Teilen wissenschaftlich kritisieren. Deshalb frage ich Sie: Sehen Sie das als Gefahrenpotenzial, oder müssen wir damit umgehen und leben, weil das einfach zu jeder Gesellschaft dazugehört?

Dann noch eine ganz konkrete Nachfrage zu Ihrem Vortrag. Sie haben den Begriff der Inoculation, der Impfung, verwendet und sind auf kleine Videos eingegangen, die über Social Media verbreitet werden und in denen Manipulationstechniken von Verschwörungstheorien erklärt werden. Da würde mich interessieren: Wann ist Ihrer Auffassung nach der am besten geeignete Zeitpunkt für solche Maßnahmen, und wie wirken diese am effektivsten zur Verhinderung der Verbreitung von Verschwörungstheorien?

An Professor Zick habe ich eine ganz knappe Nachfrage: Inwiefern können Sie Veränderungen von Gewaltbereitschaft wahrnehmen und messen? Können Sie uns dazu etwas sagen?

Eine weitere Frage geht an Sie und auch an Herrn Coquelin. Wir haben den ganzen Tag über immer wieder über das Thema „Identifikation mit Gruppen“ und über Gruppenzugehörigkeit gesprochen. Vorhin wurde das Beispiel Fußballverein genannt. Das ist sicherlich erst mal ein Phänomen, das neutral ist. Offensichtlich gehört zum Menschsein in irgendeiner Form dazu, dass sich der Mensch mit besonderen Gruppen identifiziert. Welche Möglichkeiten gibt es, das positiv – ohne eine Abwertung anderer Gruppen – zu fördern, oder müssen wir das anderweitig angehen, damit sich solche Gruppen nicht in einer besonders problematischen Art und Weise dieses Bedürfnisses bedienen?

Abschließend noch eine Frage an Herrn Coquelin, nachhakend zu Ihrem Ansatz: mein Bereich, dein Bereich, Sicherheitsbehörden. Auch das ist eine spannende politische Debatte. Deswegen würde ich mich darüber freuen, wenn Sie noch etwas zum Verfassungsschutz und zu V-Leuten ausführen würden. Haben Sie vielleicht insbesondere aus der Jugendhilfe spezielle politische Forderungen an die Innenpolitik?

Danke.

– 60 –

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Auch von unserer Seite vielen Dank für die Impulse. – Ich möchte mit Frau Dr. Pawelz beginnen. Wir haben in den Vorträgen davor gehört, dass die Anfälligkeit für Verschwörungstheorien gerade im Alter zwischen 45 bis 50 Jahren gegeben ist. Sie haben uns als ganz konkrete Empfehlung mitgegeben, Medienkompetenz zu entwickeln und die Zivilcourage zu stärken. Es ist natürlich leichter, im Jugendlichenalter darauf einzuwirken. Wie schaffen wir es, in der vorgenannten Altersgruppe noch Veränderungen herbeizuführen? Ich glaube, das ist eine große Herausforderung. Ich teile die Ansicht: Es ist plausibel, dass die Anfälligkeit im mittleren Alter am größten ist. Es ist wohl auch am schwierigsten, diese Personengruppe zu erreichen.

Sie haben von der Schlüsselrolle von strategischen Akteuren gesprochen. Vielleicht könnten Sie darauf noch etwas genauer eingehen.

Ich bin Ihnen, Herr Professor Zick, dankbar dafür, dass Sie versucht haben, konkret zu werden. Aber aus wissenschaftlicher Sicht ist es sicherlich schwierig, konkrete Empfehlungen zu geben. Insofern komme ich bei Ihnen auf ein ganz konkretes Thema zu sprechen, das mich auch als Kommunalpolitiker interessiert. Sie haben von kommunalem Konfliktmanagement gesprochen und ein Beispiel dafür genannt, nämlich Rheinland-Pfalz. Vielleicht könnten Sie noch konkreter werden: Was können wir vor Ort tun? Wo müssen wir Strukturen schaffen, oder wie können wir sie nutzen? Dabei geht es ja um die Umsetzung vor Ort.

Sie haben des Weiteren von einer Digitalstrategie gesprochen. Vielleicht könnten Sie auch dazu noch zwei, drei Worte sagen.

Das Ziel von uns allen ist sicherlich, nicht noch eine Stelle mehr einzurichten – ich komme gleich zu Ihnen, Herr Coquelin –, sondern jeden Einzelnen zu stärken, damit er bereit und vorbereitet ist. Ich glaube, das ist das größte Ziel. Das ist wahrscheinlich die lange Linie, die man immer verfolgen sollte und nie aus dem Auge lassen darf.

Herr Coquelin, ich habe mir bei Ihnen eine ganze Seite aufgeschrieben. Aber ich versuche, mich zu beschränken, Herr Vorsitzender. Bei mir ist auf jeden Fall angekommen, dass wir strukturell versuchen müssen, unsere vorhandenen Potenziale besser zu nutzen, effizienter zu werden und auch Synergien zu nutzen. Die Botschaft hinsichtlich der Verschachtelung, der ressortübergreifenden Vernetzung und des Demokratie-zentrums ist angekommen. Dafür kommt auch viel Unterstützung vom Bund. Müssen wir im Land noch ein bisschen was draufsetzen? Müssen wir im Land mehr tun, damit das effizienter wird?

Noch ganz konkret etwas zu Ihrer Praxiserfahrung: Täter und Opfer werden ja immer jünger. Wenn wir davon ausgehen, dass wir gerade bei den Jugendlichen noch mehr Einfluss haben: Inwieweit spielt dann die Täterberatung eine Rolle? Inwieweit spielt es eine Rolle, dass wir junge Täter intensiv begleiten und beraten, um sie wieder auf den richtigen Weg zu bringen? Wie ist dazu Ihre Erfahrung bzw. Position?

– 61 –

Vielen Dank.

Abg. Emil Sänze AfD: Vielen Dank für die Vorträge. – Ich habe eine Frage an Frau Dr. Pawelz. Wir kennen eine ganze Reihe von Interessengruppen bzw. NGOs, die vehement immer ihre Theorien vortragen und in die Lebenswirklichkeit der Menschen eindringen. Inwieweit haben die NGOs und die außerhalb des demokratischen Diskurses stattfindenden Diskussionen Einfluss auf die Entwicklungen, die Sie aufgezeigt haben? Denn sie greifen ja tiefgreifend in die Lebenswirklichkeit und auch in die Selbststeuerung ein.

An Herrn Professor Dr. Zick habe ich die Frage: Inwieweit kann der Staat durch seine Handlungsweise und sein Krisenmanagement den Gesamtdiskurs beeinflussen? Wir wissen, dass im Zusammenhang mit der Coronakrise ganz unglückliche Aussagen über Gruppen, die sich nicht dem Impfzwang unterwerfen wollten, getätigt wurden und dass diese diskriminierend gewirkt haben. Dies treibt ja diesen Gruppen und Theorien verstärkt Menschen zu.

Es wäre interessant, von Ihnen, Herr Coquelin, zu erfahren – der Kollege hat diese Frage an Sie schon vorweggenommen –: Wie ist die Verknüpfungsebene zu sehen, und wo ist der Mehrwert, der entstehen könnte, wenn unterschiedliche Abteilungen zusammengefasst werden?

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann gehen wir in die Antwortrunde. Wenn Sie die Fragen jeweils in zehn Minuten beantworten könnten, wäre das optimal, weil wir in der Zeit schon etwas vorangeschritten sind. – Ich gebe jetzt für die Beantwortung zunächst Frau Dr. Pawelz das Wort.

Sv. Frau Dr. Pawelz: Ich danke Ihnen für Ihre Fragen. Das waren viele wichtige Fragen, die ich mitgeschrieben habe.

Ich möchte einige Fragen zusammenfassen und mit der Frage in Bezug auf Michael Butter beginnen, der sagt, dass es schon früher Verschwörungstheorien gab und sie damals Teil des legitimen Wissens waren. In der Tat ziehen sich einige Sachen von damals bis heute durch, die in Krisenzeiten immer wieder eine wichtige Rolle gespielt – sei es die Pest oder die Kleine Eiszeit, die zu Verschlechterungen bei Ernten usw. geführt hat – und die Menschen in Krisensituationen gestürzt haben. Sie hatten keine klaren Erkenntnisse über die Vorgänge und – das ist der Unterschied zu heute – damals marginalisierte Gruppen als Sündenböcke herausgesucht.

Die Verschwörungstheorien, mit denen wir uns heutzutage befassen, sind im Gegensatz dazu mehr an einer Delegitimierung interessiert. Das heißt, wir schauen aus einer ganz anderen Perspektive auf sie. Wir sind nicht mehr diejenigen, die versuchen, die Schuld in die Schuhe von kleinen Außenseitergruppen zu schieben, was auch gut ist.

– 62 –

Ich greife jetzt die Frage auf, wie gefährlich Verschwörungstheorien sind und ob wir mit ihnen leben müssen, weil es sie schon immer gegeben hat. Sie wird es auch in Zukunft geben. Aber wir können an dem Umgang mit ihnen arbeiten.

Die Frage, inwiefern Verschwörungstheorien gefährlich sind, würde ich gern mit der Frage zusammenpacken, ab wann eine kritische Masse nötig ist, um sie als gefährlich zu verstehen. Es ist festzuhalten, dass nicht jede Verschwörungstheorie zu Gewalt führt und auch nicht jede Verschwörungstheorie gefährlich ist. Meine Vorredner haben aufgezeigt, dass relativ viele Menschen auch in Deutschland an Verschwörungstheorien glauben. In einer Studie von Lamberty und Rees werden 26 % angegeben.

Eine Studie von Moskalenko und McCauley zeigt, dass 17 % der US-Amerikanerinnen und -Amerikaner einem ziemlich extremen QAnon-Narrativ zustimmen. Sie haben in dieser Studie gezeigt, dass trotzdem nur 56 QAnon-Anhängerinnen und -Anhänger tatsächlich zu Gewalt gegriffen haben. Sie wollen damit die These aufstellen, dass die Verbreitung von Verschwörungstheorien in der Gesellschaft zwar hoch ist, aber nur ein ganz kleiner Teil tatsächlich zu Gewalt greift. Das weist auch auf wissenschaftliche Erkenntnisse hin, dass radikales Denken nicht zwangsläufig in radikale, gewalttätige Aktionen mündet. Das ist die Unterscheidung zu der kognitiven Radikalisierung. Das bedeutet aber auch, dass die Dunkelziffer derjenigen, die demokratischen Institutionen misstrauen und geheime Akteure als Drahtzieher von bösen Absichten vermuten, nicht bestimmt werden kann und ziemlich hoch ist. Vertrauen in demokratische Prozesse und ein kritisches Hinterfragen des Status quo, was ja immer zur Demokratie dazugehört, sind essenziell für eine Demokratie.

Ich möchte darauf hinweisen, dass es zahlreiche gewalttätige Vorfälle gab, die mit Verschwörungstheorien in Verbindung gebracht werden. Dazu gehörten in der Coronapandemie nicht nur Anschläge auf Impfzentren, Drohungen gegen Politikerinnen und Politiker sowie Einschüchterungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Wir erinnern uns auch an einen Mord in Idar-Oberstein und an den sogenannten Sturm auf den Reichstag. In Georgensgmünd gab es Gewalt seitens eines Reichsbürgers. Das Reichsbürgerdenken ist ja auch von Verschwörungstheorien unterfüttert.

Auch viele rechtsterroristische Anschläge sind mit Verschwörungstheorien in Verbindung gebracht worden. Ganz oben steht der sogenannte Große Austausch – The Great Replacement. Am prominentesten ist der Anschlag in Utøya 2011, bei dem der Täter ein über 1 500-seitiges Schriftstück publiziert hat, was sehr deutliche Bezüge zu Verschwörungstheorien herstellt.

Ein Hinweis, wenn es darum geht, die Gefährlichkeit von Verschwörungstheorien zu beziffern, kommt aus meiner Forschung. Wir sind ja weniger an Strafverfolgung interessiert. Vielmehr möchten wir verstehen, wie es dazu kommt, dass Menschen mit verschwörungstheoretischen Narrativen mobilisiert werden können. Gewaltlegitimation kann durch rhetorische Mittel hergestellt werden, die ich in meinem

– 63 –

Forschungsprojekt analysiere. Im verschwörungstheoretischen Kontext ist zentral, dass oft zwei Narrative verwendet werden, um diese Legitimität herzustellen. Das sind auf der kognitiven Ebene der propagierte Untergang des Volkes und Argumente, dass die eigene Kultur bedroht ist, und zum anderen Argumente, die auf die emotionale Ebene abzielen, beispielsweise die Bedrohung der eigenen Kinder durch fremde Mächte.

Um die Beantwortung dieser Frage jetzt zum Ende zu führen: Verschwörungstheorien haben das Potenzial, Misstrauen zu schüren. Vertrauen in demokratische Prozesse ist aber wichtig, damit sich die Menschen weiterhin beteiligen und sich als Teil der Gesellschaft verstehen.

Ich gehe jetzt auf die Frage ein, ob wir die Verschwörungstheorien einzeln oder zusammengefasst betrachten sollten, wenn es um Maßnahmen geht, um sich ihnen zu widersetzen. Das würde ich mit einem Jein beantworten. Einerseits gibt es Maßnahmen, die sich mit einzelnen Verschwörungstheorien befassen. Da gibt es sehr große Metatheorien. Es empfiehlt sich, sich inhaltlich mit ihnen auseinanderzusetzen. Beispielsweise geht mit den „Protokollen der Weisen von Zion“ sehr viel Aufklärungsarbeit einher.

Andererseits ist es nicht möglich, für jede neue Verschwörungstheorie, die in Umlauf kommt, eine inhaltliche Gegenantwort zu finden; denn Fakten – das habe ich schon berichtet – sind manchmal schwer heranzuziehen. Deshalb kann das nicht auf jede einzelne Verschwörungstheorie zugeschnitten werden. Wir haben in unserer eigenen Arbeit Narrative gesammelt und sind gerade bei 87 unterschiedlichen Verschwörungsnarrativen angelangt, auf die man nicht immer konkret eine Antwort geben könnte. Daher ist es effizienter, eher auf Resilienz zu setzen, um Menschen nahezubringen, wie man Manipulationstechniken erkennen kann.

Wie können wir mit Personen umgehen, die Verschwörungstheorien glauben? Da würde ich mich als Politikwissenschaftlerin ein bisschen weit aus dem Fenster lehnen. Ich habe aber aus der Präventionspraxis und auch aus Beratungsstellen gehört: Eines der wichtigsten Mittel, Verschwörungsgläubige aus ihrem „rabbit hole“, wie man sagt, herauszuholen, ist, Kontakt zu halten. Die engsten Familienpersonen sollten den Kontakt nicht abbrechen. Das bedeutet aber nicht, dass man sich in einen inhaltlichen Argumentationskampf begeben sollte, weil es kaum möglich ist, den argumentativen Austausch mit Fakten und Wissen zu gewinnen. Man sollte die entsprechenden Personen deshalb nicht per se ausgrenzen oder einbinden.

Wenn die Frage aufkommt, wie man sie unterstützen könnte, wäre die Antwort, dass man eher die Beratungsstellen unterstützen müsste, die wiederum die betroffenen Familien unterstützen – damit meine ich nicht die Verschwörungsgläubigen –, die Verschwörungsgläubige in ihrem eigenen Kreis haben. Die Fragen sind – denn der Glaube an Verschwörungstheorien ist eine Bewältigungsstrategie –: Was ist mit den Personen los? In welcher Lage befinden sie sich? Wieso haben sie gerade Schwierigkeiten, sich

– 64 –

in ihrer eigenen Welt zurechtzufinden? Da können die engsten Familienmitglieder als Mittelpersonen gestärkt werden. Sie selbst brauchen Beratung durch Beratungsstellen und das Wissen, wie sie am besten damit umgehen können.

Ich habe eine Maßnahme erwähnt: Inoculation. Ich habe das in Zusammenhang mit einer Metastudie aus dem Jahr 2023 gebracht, in der 24 Studien hinsichtlich der Frage ausgewertet wurden, ob Maßnahmen gegen Verschwörungstheorien oder -glauben wirksam waren. Darin kam man zu dem Schluss, dass nur eine Handvoll Maßnahmen wirksam waren. Die Maßnahmen, die wirksam waren, hatten eine Sache gemeinsam, und das war der Zeitpunkt.

Das bedeutet, bevor Menschen mit einer bestimmten Verschwörungstheorie oder mit Inhalten, die damit in Verbindung gebracht werden – – Darin kommt der Begriff „Inoculation“ – Impfung, Einimpfung – vor. Man hat sie darauf vorbereitet: Wenn sie eine bestimmte Theorie hören, dann wissen sie, dass das eine ist. Auch können sie Manipulationstechniken sofort erkennen, um gewappnet zu sein und sich ihnen schon vorab zu verschließen. Einige Studien haben herausgefunden, dass es schwierig ist, die Menschen im Nachgang wieder zurückzuholen.

Wie können wir die mittelalten Menschen erreichen? Das ist eine gute Frage. Es darf nicht vergessen werden, dass auch sie das Internet nutzen. Das heißt, Kampagnen wie Inoculation würden nicht nur jüngere Internetnutzerinnen und -nutzer betreffen, sondern auch die älteren. Das ist der Zugang, den ich dazu nennen würde.

Zu den strategischen Akteuren: Da weise ich einfach nur darauf hin, dass wir uns nicht nur auf die Verschwörungsgläubigen stützen dürfen, sondern auch erkennen müssen, dass es menschenfeindliche oder ökonomisch interessierte Schlüsselakteure gibt, die so etwas mit Absicht machen. Das heißt, wir brauchen eine Strafverfolgung für Volksverhetzung und strafrechtliche Inhalte sowie eine schnelle Reaktion auf deren Bestrebungen, Desinformation, Hass oder Gewaltbefürwortung im Internet zu verteilen.

Greifen die NGOs in Lebenswirklichkeiten ein? Die Frage ist, inwiefern Maßnahmen überhaupt wirksam sind. In diesem Zusammenhang verweise ich auf meine Vorredner, die aufgezeigt haben, dass ganz viel auch mit sozialpsychologischen und intrinsischen Faktoren zu tun hat, sodass die Wirksamkeit von Maßnahmen und insofern auch das Eingreifen in Lebenswirklichkeiten limitiert sind.

Danke.

Sv. Herr Dr. Zick: Frau Aschhoff hat gefragt, was Kipppunkte sind. Kipppunkte definieren wir alle. Sie werden auch in einem Parlament zu diskutieren sein. Kipppunkte sind gesellschaftlich dann gegeben, wenn Grundnormen, die im Grundgesetz stehen, zu einem bestimmten Anteil infrage gestellt werden. Wir haben gesehen: Bei der Meinungsunterdrückung bzw. Meinungsdictatur gibt es bestimmte Mehrheiten. Bei der

– 65 –

Unterstellung einer Meinungsdictatur liegen wir in einem hohen Zustimmungsbereich. Das ist meines Erachtens ein Kipppunkt. Man muss sich überlegen, wie Menschen zu dieser Meinung kommen.

Ein weiterer Kipppunkt können Nichtwahlen sein, wenn also Menschen nicht mehr zu Wahlen gehen, sich an der Demokratie gar nicht mehr beteiligen. In einigen Orten und Regionen ist das der Fall. Deswegen rede ich von würdevollen Orten. Menschengerechte, würdevolle Orte erleichtern es Menschen, wählen zu gehen. Große Maßnahmenpakete im Ausland zeigen das. Kipppunkte sind auch gegeben, wenn sich Regionen in Bundesländern bilden, die sich der staatlichen Kontrolle verweigern oder entziehen. Das ist eine kluge und gute Frage, zu der wir vielleicht noch eine Sitzung bräuchten.

Von Frau Aschhoff wurde ich u. a. nach der Längsschnittstudie gefragt. Wir haben Längsschnittstudien vorliegen. Jetzt kommt es darauf an, über welche Fragestellung wir reden. Wir haben Längsschnittstudien zur Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, die eindeutig darauf hinweisen, dass die Pandemie Effekte hatte. Wir selbst haben eine Längsschnittstudie zur antidemokratischen Einstellung im Rahmen der deutschen Zustände durchgeführt. Darin haben wir den Effekt von Wirtschafts- und Finanzkrisen gezeigt.

Wir haben auch gesehen – das ist relativ wichtig –: Die meisten gesellschaftlichen Konfliktlagen und eine Steigerung von Gewaltbilligung und antidemokratischen Haltungen gibt es, wenn man in die internationale Forschungslandschaft schaut, im Auslauf von Krisen. In den Krisen selbst sind viele Menschen erst einmal damit beschäftigt, sie zu bewältigen. Wenn es aber im Auslauf einer Krise um Fragen von Besitzstandswahrung geht, wenn Menschen denken, sie verlieren an Status usw., dann nehmen die gesellschaftlichen Konflikte zu.

Die Enquetekommission ist deswegen so wichtig, weil man vor die Lage kommen muss und nicht hinter sie kommen darf. Das ist relativ wichtig. Alle Daten zeigen das. Ich könnte Ihnen Daten über Lynchjustiz in den USA während der Baumwollkrise zeigen. Die Lynchjustiz nimmt im Auslauf einer Krise zu, wenn Menschen meinen, jetzt gehe es wieder um etwas. Ich glaube, wir sind gerade in einer besonderen Konfliktlage. Wir haben gesehen, dass im Auslauf der Wirtschafts- und Finanzkrise die Gewaltbilligung und die Gewaltbereitschaft, zumindest die Zustimmung, sich mit Gewalt stärker durchzusetzen, zugenommen haben.

Von Frau Staab wurde ich gefragt, ob die Anzeigebereitschaft gestiegen ist. Das ist eine richtig kluge Frage. Wir haben gerade Dunkelfeldstudien laufen. Warten wir die Ergebnisse mal ab. Die Kriminalämter investieren jetzt viel Arbeit und Zeit in die Frage der Dunkelfelder. Wir wissen auf der einen Seite, dass es eine Anzeigebereitschaft gibt und dass Behörden zum Teil auch stärker verfolgen. Das erklärt den Anstieg. Wir wissen auf der anderen Seite aus Daten aus der Coronapandemie, als wir einen

– 66 –

Anstieg bei der Hasskriminalität gesehen haben – dies zeigen auch Studien –, dass viele Gruppen dennoch nicht anzeigen; es zeigen noch viel zu wenige an.

Ich komme gerade aus Gesprächen mit der Berliner Polizei, die viel dafür investiert, Menschen dazu zu motivieren, mehr anzuzeigen, damit wir die Daten in das Hellfeld bekommen. Bei allen Studien zeigt sich: Wenn wir Daten in das Hellfeld bekommen, wenn das bekannt wird, dann tut sich auch etwas. Das wissen wir von Gewalt gegen Kinder, von der häuslichen Gewalt gegen Frauen und von der Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen. Die Hellfeldzahlen sind wichtig.

Ich finde das Ausmaß der Toleranz von politisch motivierten Hasstaten in diesem Land erschreckend hoch. Ich bin viel im Ausland unterwegs, beispielsweise in Österreich und in den Niederlanden. Ich komme gerade aus den USA. Wenn die Daten veröffentlicht werden, gibt es immer eine Empörungswelle. Dann stehe ich als Gewaltforscher oft allein da. Das Ausmaß politisch motivierter Hasstaten ist bei uns ausgesprochen hoch.

Dann gab es die Frage: Wer ist die Mitte? Wir sind die Mitte. Definieren wir das einmal: Ich glaube, wir haben einen Konsens darüber, dass auch viele Parteien sagen, sie bemühen sich um die Stimmen der Mitte. In unseren Studien sagen 60 %, ihre politischen Ansichten entsprächen der Mitte – ganz unabhängig von politischer Parteientzung. Wir können das nach politischer Selbsteinschätzung definieren; das weisen wir aus. Aber auch rechte und linke Ränder gehören zur Mitte. Die Mitte sind also Menschen, die sich nicht im Bereich des politisch organisierten Extremismus verorten. Das ist auch gut so, weil das ein historisch gewachsenes Bild der Bundesrepublik Deutschland ist. Wir wissen, dass der Föderalismus gerade die Idee einer ausgleichenden Mitte hat. Deswegen müssen wir immer wissen, wie es der Mitte geht, weil wir das Ideal haben, dass wir eine konstruktive Konfliktregulation durch eine Mitte schaffen und dass die Mitte auch normvorgebend ist. Unsere Methoden, die wir anwenden, gehen von Normalverteilungsannahmen aus. Insofern gehören wir alle zur Mitte. Wir fragen das selbst ab.

In unseren Studien messen wir auch immer die ökonomische Mitte. Zum Teil wird das nach ökonomischer oder sozialer Selbstverortung definiert. Aber die Mitte ist nicht die Mittelschicht, sondern zur Mitte gehören auch Menschen, die in prekären Verhältnissen leben und weniger verdienen. Arme wie auch reiche Menschen gehören zur Mitte. So definieren wir das. Ich glaube, darüber besteht Konsens.

Frau Kliche-Behnke hat die Frage gestellt: Gibt es eine Veränderung bei der Gewaltbereitschaft und der Gewaltbilligung? Ich würde genauer hinschauen. Ich habe dem Kollegen gesagt, er soll nicht so oft sagen: „Wir müssen.“ Ich habe das auch im Ausland festgestellt. Wir sagen sehr oft: „Wir müssen.“ Es macht die Menschen ganz verrückt, wenn dann nichts passiert.

– 67 –

Wir könnten viel genauer definieren: Von welcher Form von Gewalt reden wir eigentlich: Reden wir von physischer oder psychischer Gewalt, reden wir von Beziehungsgewalt usw.? Dazu fehlen mir die Daten. Die Gewaltformen verändern sich. Die Akzeptanz von Gewalt zur Durchsetzung von politischen Interessen ist enorm gestiegen. Das liegt daran, dass Gewalt auch kommunikativ stärker akzeptiert wird. Die Tendenz zu einer herabwürdigenden Sprechweise und einem starken Ton ist nach unseren Studienlagen deutlich angestiegen. Das liegt natürlich auch an den Möglichkeiten digitaler Kommunikation. Das wissen wir. Wir haben ja die Daten. Die Akten liegen bei den Staatsanwälten auf den Tischen und können nicht bearbeitet werden, so viel hat sich dort angehäuft.

Ich würde sehr genau hinschauen. Ich weiß nicht, wie es in Baden-Württemberg ist; ich habe es nicht mehr genau recherchieren können. Die Frage ist: Was wissen wir über Formen der erlebten Gewalt von Menschen im Alltag? Wir wissen relativ wenig darüber. Ich plädiere sehr dafür, einmal eine ordentliche Studie über Gewalt durchzuführen.

Es gibt Möglichkeiten der positiven Identität ohne Abgrenzung. Sie mögen mir das nachsehen: Ich bin im Ruhrgebiet groß geworden. Im Jahr 2000 hat man dort ein Motto für einen großen Jahrestag gesucht. Das Motto war dann: „Woanders is auch scheiße!“.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das muss ich jetzt einmal sagen. Ich habe lange darüber nachgedacht. Das ist nicht uninteressant. Es gibt positive Identitätsmerkmale, wenn die Situation auch woanders nicht so gut ist. Baden-Württemberg geht es ökonomisch viel besser als anderen Bundesländern. Aber auch hier finden wir Orte, die vielleicht dem Motto aus dem Jahr 2000 entsprechen. Das ist eine positive Identität. Verfassungspatriotismus ist eine positive Identität, die man ohne Abgrenzung haben kann.

Die Kunst ist es, in Konfliktlagen zu gehen. Es gibt hinreichend viele Ansätze, wie man Gruppen so in Kontakt bringt, dass die Abgrenzung ausgehebelt wird. Das funktioniert, weil wir relativ viele Konfliktlagen haben: Wir haben in Israel Konfliktlagen; wir haben in Irland Konfliktlagen gehabt, wo Projekte gezeigt haben: Über Kooperationen, über eine strategische Form der Kommunikation und der Konfliktaushandlung können sich positive Identitäten bilden.

Eine Möglichkeit ist – das ist unsere Idee in der Demokratie –: Der Verfassungspatriotismus ermöglicht die gemeinsame Identifikation ohne Abgrenzung. Das geht; das ist kein Automatismus. Das ist auch kein rein evolutionäres Prinzip. Zumindest die Identitäten werden immer neu definiert. Sie verändern und entwickeln sich.

– 68 –

Zu der Frage von Herrn Reith nach dem kommunalen Konfliktmanagement könnte ich auch einen Vortrag halten. Wir gehen in die Kommunen und bieten das an. Wir gehen mit einem Konfliktmanager hinein, der dann auch vor Ort ist. Wir machen mit manchen Kommunen Zukunftswerkstätten und sind da relativ erfolgreich.

Die ganze Welt hat über die Kölner Silvesternacht 2015/2016 gesprochen. Auch 2017/2018 gab es einen Polizeieinsatz, der bedenklich war. Die Polizei hat mich nach einem Experteninterview gefragt. Ich habe gesagt: „Das mache ich nicht. Wir machen eine bessere Silvesternacht.“ Wir haben die Räume anders aufgebaut, nämlich zusammen mit den Akteuren vor Ort.

Jetzt kommt ein Problem. Sie haben von Ressourcenknappheit gesprochen. Ich merke, ich bin in einem anderen Bundesland, weil Sie sagen: Noch mehr Ressourcen haben wir nicht. Tatsächlich schauen wir uns an, inwieweit die Ressourcen in den Kommunen anders genutzt werden können. Wenn in einem Bereich die Belastungen vielleicht gerade nicht so hoch sind, schauen wir, wen wir in den Kommunen als Partnerin bzw. als Partner für das Konfliktmanagement und für die Umsetzung gewinnen können. Deswegen machen wir es in der Verwaltung. Die bürgernahe Gestaltung kommt dann erst später. Wir stellen Ihnen gern bereit, wie wir das machen. Es handelt sich um einen systemischen Ansatz. Das heißt, wir ermächtigen die Kommunen und die Kreise, die Konflikte selbst besser zu regulieren; und das steuern wir.

Herr Sänze hatte dann auch noch nach Politik und Entscheidungen gefragt. Es kommt auf ein besseres Kommunizieren an. Das heißt, es kommt darauf an, Entscheidungen und auch die Entscheidungsgrundlage transparent zu machen: Was bedeutet das? Ich glaube, Politik muss besser klarmachen, um welche Form von Entscheidung es sich handelt. Es stellt eine große Herausforderung dar, gegenüber den Bürgern zu verdeutlichen, zu welchen Konsequenzen eine Entscheidung führt und welche Idee dahintersteht. Ich trage heute in der Enquetekommission zum gesellschaftlichen Zusammenhalt vor. Es kommt nicht nur darauf an, uns zu befragen, ob in der Gesellschaft Zusammenhalt besteht oder nicht, sondern auch darauf, ein eigenes Zusammenhaltskonzept zu entwickeln. Das ist eine Frage von Zugehörigkeit.

Während der Coronapandemie fand ich die politische Kommunikation zum Teil nicht zielführend. Ich habe mich auch einmal dazu geäußert. Als das Thema Impfpflicht so früh aufkam und es rechtlich gar nicht durchdekliniert war, war es nicht besonders glücklich. In Krisen neigen wir in der Politik dazu, uns gegenseitig Kontrolllosigkeit vorzuwerfen. Das ist Wasser auf die Mühlen derjenigen, die sagen: „Der Staat hat die Kontrolle verloren.“ Das ist nicht zielführend. Aber ich bin ein schlechter Politikberater, weil ich selbst nicht in der Politik aktiv bin.

Sv. Herr Coquelin: Ich beginne mit dem Mehrwert der Synergien, weil sich damit, wenn meine Struktur richtig passt, drei Fragen gleichzeitig beantworten lassen.

– 69 –

Ich will es anhand eines konkreten Beispiels einer Beratungsanfrage verdeutlichen, die uns erreicht hat, nachdem ich einen Vortrag für das Institut für die Bildungsanalysen Baden-Württemberg gehalten habe. Danach hat mich ein Kollege angesprochen und gesagt, er müsse gerade eine Handlungsempfehlung für eine Schule in seinem Landkreis erarbeiten. Ich will jetzt keinen Landkreis benennen. Es soll hier nicht um Bashing gehen, sondern ich möchte einfach nur die Absurdität darstellen, die sich dann im weiteren Prozess entsponnen hat.

Als Erstes habe ich gesagt, dass wir gern hierbei unterstützen, weil das in eine ähnliche Richtung wie das zielt, was ich vorher im Vortrag dargestellt habe. Das heißt, Schulen wollen Dinge oft vielleicht auch nur deswegen nicht sehen, weil sie die Befürchtung haben: Wenn sie Dinge erkennen, dann wissen sie gar nicht, was der nächste Schritt ist, oder weil sie sich überfordert fühlen. Wir erleben es oft im Kontext von Antisemitismus, dass man sehr schnell sagt: Dann höre ich Dinge vielleicht auch lieber mal nicht und muss dann vielleicht auch nicht reagieren.

Es ist prinzipiell durchaus wünschenswert, dass hier Handlungsempfehlungen erarbeitet werden sollen. Ich habe dann im Laufe des Prozesses gefragt: „Wie ist es denn, wenn wir Sie jetzt in Ihrem Landkreis unterstützen? Heißt es dann, es kann sein, dass die übrigen 43 Landkreise zeitgleich das Gleiche tun?“ Daraufhin sagte er: „Ja, das könnte eventuell passieren.“ Dann habe ich gesagt: „Gut, dann wäre es aber doch wichtig, dass wir das, was wir hier erarbeiten, zumindest auch den anderen zur Verfügung stellen.“

Es geht ja auch um das Thema „Best Practice“. Immer, wenn solche Anfragen an mich gehen, versuche ich sofort, die anderen Akteurinnen und Akteure mitzudenken, die das Pech haben, in dem Moment, wenn so etwas erarbeitet wird, gerade nicht vor Ort zu sein. Ich habe dann also direkt gefragt, ob ich meine Freunde von konex mitbringen darf, weil manchmal Schwierigkeiten bestehen, in das System Schule hineinzukommen und dort auch Inhalte zu platzieren. Ich habe gefragt, ob wir das nicht gemeinsam machen können. Mittlerweile haben schon zwei Termine stattgefunden. Die Idee besteht darin, ein Konzept für diese Schule zu entwickeln, das die verschiedenen Ebenen einbezieht: Welche online auffindbaren Lehrangebote gibt es, die Lehrkräfte zu verschiedenen Themen im Unterricht platzieren können? Welche Möglichkeiten hat die Schulsozialarbeit? Welche Fach- und Beratungsstellen gibt es, an die man sich wenden kann? Ziel ist es, ein 20- bis 40-seitiges Papier zu erstellen, das vor allem Flowcharts beinhalten soll, was dann möglicherweise die Bereitschaft erhöht, solche Dinge bewusster wahrzunehmen, weil ich weiß, dass ich danach nicht handlungsunfähig bin.

Darin sehen wir insoweit einen Mehrwert, als ich jetzt zumindest schon einmal drei große Institutionen habe, die, wenn sie angefragt werden, sagen: „Da entsteht gerade schon etwas. Wollt ihr euch nicht lieber gleich daran andocken oder wollt ihr warten, bis es fertig ist?“ Deutlicher kann man Ressourcenschonung tatsächlich nicht artikulieren. Das schafft Räume, um sich um andere Dinge kümmern zu können.

– 70 –

Damit komme ich zu der Frage hinsichtlich der Strukturen. Ich fand es gut, dass Sie, Herr Reith, wiederholt haben, dass es angekommen ist. Das ist immer ein gutes Feedback, nachdem man gesprochen hat.

Wir haben das Gefühl, dass innerhalb dieser Akteure, die ich benannt habe, ein Diskurs auf Augenhöhe herrscht. Das ist aber darauf zurückzuführen, dass wir uns kennen und dass die Institutionen, mit denen wir kooperieren – das muss man einfach so sagen –, wirklich herausragend geführt werden. Das ist aber etwas, was aktuell von Menschen abhängt. Die gleichen Bedingungen ließen sich nur schaffen, indem ich überall für die gleichen Anstellungsbedingungen und für die gleichen Rahmungen Sorge, sodass es auch ein Stück weit unabhängig von den Menschen ist, die gerade agieren.

Mir wurde gesagt, ich habe neulich wohl tatsächlich den Fehler beim Innenminister gemacht, die Führung des Kompetenzzentrums zu loben. Danach haben alle gesagt: „Das kannst du nicht machen. Dann wird die in der Hierarchie weiter nach oben befördert.“ Das sind dann Dinge, wo wir immer ein bisschen Angst haben, wenn Menschen wechseln. Das wäre etwas, wo strukturell für eine gleiche Augenhöhe in den Strukturen zu sorgen wäre.

Zur Täterberatung: Kurt Möller von der Hochschule Esslingen, mittlerweile emeritiert, hat gesagt, dass das, was wir in der ExtremismUSDistanzierung machen, also Täterarbeit, auch immer ein Stück weit Opferarbeit ist. Gerade in den Jahren 2015 bis 2017, als die Sau, die man durchs Dorf getrieben hat, tatsächlich der religiös begründete Extremismus war, haben wir festgestellt, dass viele junge Menschen die Thematisierung und die Behandlung von Rassismus oftmals in der Weise wahrgenommen haben, dass sie gedacht haben, das machten doch nur die Akteure. Sie hatten gar kein Bewusstsein dafür, dass die Akteure, die sie meinten, meistens hochgradig problematische Akteure waren. Hier gilt es dann, sich zu überlegen, wie man verhindern kann, dass junge Menschen, die Opfer werden, aufgrund der Erfahrungen, die sie machen, und aufgrund der Instrumentalisierung dieser Rassismuserfahrungen im Kontext von Radikalisierungsprozessen zu Täterinnen und Tätern werden. Das heißt, Empowerment und Ermächtigung dahin gehend, dass diese Jugendlichen in ihrem legitimen Interesse begleitet werden, ein Leben frei von Diskriminierung und in Würde führen zu dürfen.

Damit komme ich zum Stichwort Verpflichtungsermächtigung. Ich habe diesen Begriff nicht ganz durchdrungen, aber das wissen Sie besser. Ich habe es mir extra aufgeschrieben, weil „Verpflichtungsermächtigungen“ ein überaus komplizierter Begriff ist. Das ist eine Tatsache, die tatsächlich sehr konkret dazu führen könnte, dass wir aus diesem Projektrahmen fallen. Wir haben zum Teil die absurde Situation, dass durch die längeren Bearbeitungszeiten in Berlin unterjährig Gelder kommen, mit denen man dann am Ende des Jahres noch mal irgendetwas Kreatives verfügt. Das ist gerade in einer Situation wie der jetzigen, wo wir wissen, dass wir im nächsten Jahr aufgrund der Inflation im Prinzip eigentlich eine gute Möglichkeit haben, diese Gelder zu

– 71 –

verwenden, absurd. Das ist tatsächlich eine Sache, wo man strukturell konkret vieles machen könnte.

Schließlich will ich noch auf das Thema „Mehrwert der Synergien“ und auf die Frage von Frau Dr. Aschhoff nach der Evaluation eingehen. Wir haben im Rahmen unseres Forschungsprojekts das sogenannte Präventionsparadox untersucht, weil das ein Begriff ist, der sich durch die Pandemie breiterer Öffentlichkeit erfreut hat. Das heißt, wenn wir Dinge tun, können wir nicht legitim behaupten, es ist etwas nicht eingetreten, weil wir etwas getan haben, oder auch nicht. Es gibt aber tatsächlich Möglichkeiten, um zu überprüfen, ob das, was wir tun, wirksam ist oder nicht, indem ich die Fachkräfte, die ich in ihrer Handlungsfähigkeit stärke, befrage.

Im Rahmen unseres Forschungsprojekts, das wir mit Studierenden der Dualen Hochschule umsetzen, haben wir T0-, T1- und T2-Befragungen durchgeführt. Das heißt, eine Befragung, bevor sie das Seminar besuchen, inwieweit sie sich in der Bearbeitung des Themas handlungsfähig fühlen, eine Befragung nach Abschluss des Moduls und eine Befragung zeitversetzt nach einem Jahr, was jetzt letzten Endes die vermittelten Inhalte bedeuten. Das Ganze basiert auf einer Eigeneinschätzung. Das ist natürlich nicht das Gleiche, als wenn ich eine Blindstudie habe, wie wir es in den Naturwissenschaften oder in der Medizin kennen, aber es ist zumindest eine Wirkungsmessung, die wir tatsächlich auch in einem Projekt wiederfinden, das wir in Baden-Württemberg durchaus als Best Practice platzieren möchten: Team Demokratie.

Team Demokratie ist ein Ansatz, bei dem wir vor allem auch die in Baden-Württemberg vorhandenen Ressourcen nutzen. Das Bundesprogramm ist auf Landesebene nicht nur mit einem Demokratiezentrum vertreten, sondern an verschiedenen Standorten mit den Partnerschaften für Demokratie auch noch einmal vor Ort. Das heißt, den Kommunen werden Mittel zur Verfügung gestellt. Die Kommunen haben die Möglichkeit, mit einem kleinen Eigenanteil, den sie leisten müssen, weitere Fördermittel über das Bundesprogramm zu erhalten.

Wir haben dafür einen Ansatz entwickelt, der darauf aufbaut, dass wir als landesweit tätige Fachstelle einen qualifizierenden Rahmen bieten, um Leute vor Ort auszubilden, die zum Zwecke der Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit und ihrer Wahrnehmung geschult werden, die über die Fach- und Beratungsstellen informiert werden, die aber gleichzeitig auch die Durchführung von Workshops erlernen, um solche Workshops vor Ort umzusetzen, mit dem Ziel, dadurch interdisziplinäre Gruppen anzusprechen. Das heißt, wir haben ein Setting interdisziplinären Lernens. Da sitzt dann der Kollege von der Jugendsachbearbeitung der Polizei mit der Schulsozialarbeit, vielleicht auch noch mit Vertreterinnen und Vertretern aus der kommunalen Verwaltung gemeinsam in diesem Lernsetting. Sie haben darüber hinaus die Möglichkeit, die Workshops vor Ort umzusetzen und so dauerhaft wahrgenommen zu werden.

Diese Schulungen finden jährlich statt. Die Kosten dafür werden momentan über das Bundesprogramm aufgesplittet. Das heißt, die Qualifizierung kostet nichts, weil wir sie

– 72 –

aus den vorhandenen Ressourcen leisten. Die Kosten für die Workshopumsetzung vor Ort geben wir dann subsidiär weiter. Auch das ist etwas, was in den letzten acht Jahren in der Art noch nicht gedacht wurde. Auch der Bund schaut gerade sehr gut hin, weil das eine Möglichkeit sein könnte, zu erreichen, dass die verschiedenen Ebenen des Bundesprogramms noch einmal synergetischer ineinandergreifen – nicht nur bezogen auf ein Bundesland, sondern auch bezogen auf das Bundesprogramm insgesamt.

Zwei Best-Practice-Beispiele, die vielleicht noch einmal konkret den Mehrwert zeigen, indem Dinge mehr angezeigt werden und wir für Datengrundlagen sorgen, um ein präziseres Lagebild zu bekommen: Wir haben gemeinsam mit konex und dem Landeskriminalamt ein eigenes Modul für eine Jugendsachbearbeiterschulung für den Kontext Radikalisierungsprävention entwickelt. Das war deutschlandweit erstmalig. An dieser Stelle sei vielleicht auch noch erwähnt, dass die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und der Sicherheitsbehörde konex tatsächlich, glaube ich, von anderen Bundesländern ein bisschen – in positivem Sinn – neidisch beäugt wird, weil wir eine sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit haben.

Wir haben eine dreitägige Qualifizierung durchgeführt, in der Jugendsachbearbeiterinnen und -sachbearbeiter in dieses Feld eingeführt werden. Auf allen Auswertungsbögen dieser Schulung, die seit drei Jahren stattfindet und die es innerhalb eines Jahres geschafft hat, zu den am besten bewerteten Modulen an der Polizeihochschule insgesamt zu gehören, wird der Mehrwert u. a. damit begründet, dass verschiedene Perspektiven in dieser Qualifizierung zutage kommen und dass eben auch verschiedene Professionen zu Wort kommen. Ein Polizist hat das einmal sehr schön zusammengefasst, indem er gesagt hat: „Ich bin, seit ich 16 bin, bei der Polizei, und seit ich bei der Polizei bin, bin ich bei Fortbildungen mit Polizei, von Polizei, für Polizei.“ Das heißt, diese Rahmung, wenn eben auch Referentinnen und Referenten von außen kommen, die noch mal einen anderen Blickwinkel, einen anderen Frame für ein Problem vermitteln, ist eines dieser Best-Practice-Beispiele, die ich skizzieren möchte.

Damit komme ich zur Mitwirkung der Familien im Prozess der Jugendhilfe. Ich bin da komplett bei Ihnen. Ursprünglich habe ich einmal Familienhilfe gemacht. Da entstehen in der Tat immer wieder Probleme. Ich glaube allerdings, dass wir nicht den Fehler machen dürfen, den Einzelfall, in dem wir nicht helfen können, als Hindernis zu nehmen und generell zu fragen: Welcher große Mehrwert entsteht, wenn wir diese Ressource überhaupt erst einmal ins Spiel bringen? Es kann möglicherweise den Fall geben, dass uns auch das nicht weiterhilft. Aber in dem Augenblick, in dem wir diese Ressource überhaupt erst ins Feld stellen, haben wir einfach noch einmal eine größere Möglichkeit und sehen ganz viele Fälle, in denen es funktioniert.

Ich glaube, hier braucht es auch die Präzedenzfälle, um zu schauen, inwieweit gerade § 8a, in dem der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung geregelt ist, eventuell zur Anwendung kommen kann. Wir hatten neulich einen Fall, bei dem es um ein Kind ging, das mit Säure übergossen wurde. Da wurde im Beratungskontext noch nicht einmal daran gedacht, § 8a in Erwägung zu ziehen. Ich glaube, dass das wichtig ist, gerade

– 73 –

weil auch die Jugendhilfe standardisierte, wirkungsorientierte Analysen macht. Damals, als ich noch in diesem Bereich tätig war, hieß es WOJ, also Wirkungsorientierte Jugendhilfe. Ich weiß nicht, ob es immer noch so heißt. Das heißt, hier gibt es eben auch standardisierte Verfahren. Die Beteiligung ist klar geregelt. Deswegen spricht aus der Qualitätsperspektive einiges dafür.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Noch wichtiger als eine „Verpflichtungsermächtigung“ ist im Haushaltsrecht eine Verstetigung. Daher ist im Kontext von Haushalten meistens alles, was mit dem Buchstaben V beginnt, gut. – Da Herr Dr. Yendell noch angesprochen wurde, darf er gern noch die an ihn gerichtete Frage beantworten.

Sv. Herr Dr. Yendell: Es wurde gefragt, wie wir mit dysfunktionalen Familien und mit den Kindern, die dort aufwachsen, umgehen. Das ist eine sehr schwierige Frage; denn einerseits können wir keine Totalüberwachung machen und bei jeder kleinsten Vernachlässigung Kinder aus Familien herausholen. Das wird zum Glück auch nicht gemacht, sondern oft wird die Familie eingebunden, beispielsweise mit verschiedenen Therapieangeboten, wenn ein Missbrauch stattgefunden hat. Natürlich muss es dafür gut ausgebildetes Personal geben, auch Gutachter, die entscheiden, was man mit diesen Kindern, deren Kindeswohl gefährdet ist, macht.

Ein plakatives Beispiel ist Anders Breivik. Ich weiß nicht, ob Sie die Geschichte seiner Kindheit kennen. Es war ja so, dass er mit seiner Mutter in der Psychiatrie war und die Psychologen bzw. Psychotherapeuten gesagt haben: „Holt dieses Kind weg von dieser persönlichkeitsgestörten Mutter. Dem geht es nicht gut, und dem wird es auch später nicht gutgehen.“ Leider hat der Richter dann entschieden, dieses Kind nicht aus der Psychiatrie herauszuholen. Das ist natürlich sehr schwierig.

Vielleicht muss man es aber auch nicht immer pathologisieren und stattdessen mehr Angebote beispielsweise vonseiten des Jugendamts machen. Als meine Tochter vor zwei Jahren geboren wurde, haben wir ein Willkommenspaket bekommen – aber das war es dann auch. Da lagen ein paar Flyer mit Angeboten usw. drin. Vielleicht müssen in diesem Bereich noch weitergehende Anstrengungen unternommen werden, um nicht nur zu schauen, ob es schlecht läuft, sondern um auch lösungsorientierte Angebote zu unterbreiten.

Dann möchte ich kurz noch etwas zu den Ressourcen sagen. Herr Albiez und auch einige andere hatten die Ressourcenknappheit angesprochen. Wir müssen immer überlegen, welche Kosten die fehlende Resilienz in der Gesellschaft verursacht. Was kostet uns Kriminalität, was kostet uns Terror, was kostet uns Extremismus, was kostet uns Drogensucht, was kosten uns die vielen Erkrankungen, die auf einen schlechten bzw. schwierigen Lebenswandel zurückzuführen sind? Wenn wir das einmal gegenrechnen, dann machen sich doch die Investitionen, die wir hier angesprochen haben, indem wir z. B. Familien stärken und mehr in die Resilienz von Kindern und Jugendlichen investieren, irgendwann bezahlt, weil wir sozusagen die Arbeitsfähigkeit, die

– 74 –

Liebesfähigkeit und – ganz wichtig – auch die Genussfähigkeit von Menschen stärken. Die Menschen schöpfen daraus auch wieder Werte. Es ist ja nicht so, dass Menschen nicht arbeiten oder sich nicht engagieren wollen, sondern das Gegenteil ist der Fall. Aber manche Menschen können das dann eben nicht mehr. Diese Investition sollte uns wichtig sein.

Das Problem ist: Man kann damit keine Politik machen, denn als Politiker will man alle paar Jahre wiedergewählt werden, und so schnell ändert sich nichts. Das ist ein Langfristprojekt. Wir werden das nicht innerhalb von vier, fünf Jahren schaffen. Ich werde es nicht mehr erleben, dass es keinen Extremismus mehr gibt – und Sie alle wahrscheinlich auch nicht. Das ist ein langfristiges Projekt. Ich sage immer – jetzt werde ich ein bisschen romantisch –: „Mit der Demokratie ist es wie in einer Ehe oder in einer Liebesbeziehung. Man muss ständig daran arbeiten und da hineininvestieren.“ Wir haben immer gehört: mehr Geld, mehr Personal. Das sollte es uns doch wert sein. Ich glaube gar nicht, dass wir dadurch irgendwelche größeren ökonomischen Schwierigkeiten bekommen werden, sondern im Gegenteil: Vielleicht schaffen wir dadurch ein qualitatives Wachstum und eine bessere Welt.

Vorsitzender Alexander Salomon: Gibt es noch Fragen oder Ergänzungen von anderer Seite? – Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich Sie mit diesem schönen Statement in die Mittagspause entlassen. Ich bedanke mich vielmals bei Ihnen, Herr Coquelin, Frau Dr. Pawelz, Herr Professor Zick, und auch bei Ihnen, Herr Dr. Yendell, auch im Namen der Enquetekommission,

(Beifall)

dass Sie uns Rede und Antwort gestanden haben und unsere Arbeit in wesentlichen Punkten bereichert haben. Sie sind natürlich aufgefordert, wenn Sie im späteren Verlauf noch etwas zu unserer Arbeit beitragen können, uns dies jederzeit zukommen zu lassen.

Wir treten in zwei Minuten direkt in den nicht öffentlichen Teil der Sitzung ein. Den öffentlichen Teil der Sitzung setzen wir um 14:45 Uhr fort.

(Unterbrechung des öffentlichen Teils von 13:21 Uhr bis 14:46 Uhr)

Vorsitzender Alexander Salomon: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie alle recht herzlich wieder zurück aus der Mittagspause begrüßen – gestärkt und voller Tatendrang, wie ich hier in der Runde sehen.

Wir setzen die öffentliche Anhörung fort und hören als Nächsten Herrn Ernst-Wilhelm Gohl, den Landesbischof der Evangelischen Landeskirche Württemberg. Ihnen stehen ebenfalls 20 Minuten Zeit zur Verfügung, um uns ins Thema einzuführen.

– 75 –

Sv. Herr Gohl: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Frau Dr. Pfau-Weller, sehr geehrte Damen und Herren! Erzbischof Stephan Burger und ich wurden um eine Stellungnahme der beiden großen Kirchen in Baden-Württemberg gebeten. Wir haben uns darauf verständigt, eine gemeinsame Stellungnahme zu verfassen, die ich auch in seinem Namen vortragen werde.

Welche organisatorischen und institutionellen Veränderungen sind notwendig, damit Baden-Württemberg gut aufgestellt ist, um die vor uns liegenden Krisen zu bewältigen? Dies ist die Leitfrage, die dem Einsetzungsantrag der Enquetekommission zugrunde liegt. Handlungsleitend für die Enquetekommission soll die Einsicht aus der Coronapandemie sein – ich zitiere –, „dass Politik allein nicht alle Krisen bewältigen kann. Es braucht ein kluges Interagieren von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft.“ Als Kirchen teilen wir diese Selbstbeschränkung der Politik und fügen hinzu: Aus Sicht der Kirchen ist von besonderer Bedeutung, dass das Land die Bedeutung der Religion als Voraussetzung des freiheitlich-säkularen Staates im Blick behält und ihr den verfassungsrechtlich garantierten Freiraum sichert. Das will ich nun näher erläutern.

Krisenfestigkeit und Resilienz in einer Krisensituation sind nicht allein durch Ressourcen herbeizuführen, die der Staat zur Verfügung stellt. Vielmehr benötigen institutionelle Krisenfestigkeit und persönliche Resilienz einen Schutz- und Freiheitsraum, der auch in der Krise fest und beständig bleibt. Dazu gehören die Grundrechte der Meinungs- und der Versammlungsfreiheit, und dieser Freiheitsraum muss auch die grundlegenden geistlichen Bedürfnisse von Menschen schützen, damit diese in der Krise Halt und Orientierung haben können.

In der Coronapandemie war die Glaubensfreiheit allerdings verschiedentlich bedroht und in erheblicher Weise eingeschränkt. Gottesdienstliche Versammlungen blieben bis zum 3. Mai 2020 grundsätzlich untersagt. Demonstrationen, die verfassungsrechtlich gleichrangig geschützt sind, waren hingegen schon ab April 2020 wieder erlaubt, und zwar mit weniger einschneidenden Auflagen. Nach Wiedezulassung von Gottesdiensten war die Teilnehmerzahl selbst im Freien zunächst auf 100 Personen beschränkt. Der Zugang zu öffentlichen Bestattungsgottesdiensten war zahlenmäßig ebenfalls reglementiert – der Zugang zu Demonstrationen hingegen nicht. Seelsorgen waren entgegen dem klaren Wortlaut von § 30 Absatz 4 Satz 2 des Infektionsschutzgesetzes mitunter der Zutritt zu Kranken- und Pflegebedürftigen nicht gestattet.

Vorbemerkungen zu konkreten Handlungsempfehlungen: Aus Sicht der Kirchen in Baden-Württemberg ist bei den zu erarbeitenden Handlungsempfehlungen Folgendes zu berücksichtigen: Die Kirchen verfügen über ein gut organisiertes internes Netzwerk in die Fläche hinein. Während der Coronapandemie ist es dadurch möglich gewesen, zentral entwickelte Erläuterungen zu den Schutzvorschriften der Landesregierung in die Gemeinden zu kommunizieren und ihre Einhaltung sicherzustellen. Damit haben die Kirchen einen starken Beitrag zum Schutz vor der Pandemie geleistet. In zukünftigen Krisen ist eine frühzeitige Einbeziehung der Kirchenleitungen erforderlich, um zu

– 76 –

ermöglichen, dass die Kirchen ihre Kommunikationswege in die Fläche hinein nutzen können, um einen Beitrag zur Krisenbewältigung zu leisten.

Es ist Teil des Selbstverständnisses der Kirchen, einen Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft zu leisten, auch über den Kreis der Kirchenmitglieder hinaus. Dazu leisten sie in ihrer Gemeinschaftsbildung, in der Bildungsarbeit und in ihrem sozialdiakonischen Engagement wichtige Beiträge. In der Zeit der Coronapandemie haben es die Kirchen insbesondere als ihre Aufgabe erachtet, sich um Alleinstehende und vereinsamte Menschen zu kümmern und ihnen Kontakt- und Unterstützungsangebote zu machen. Hinzu kam die seelsorgerliche Begleitung von Menschen, die durch eigene Erkrankungen oder die Erkrankung von Angehörigen unter schweren Belastungen standen.

Der Zusammenhalt der Gesellschaft ist in Krisenzeiten besonders gefährdet. Dafür ist es wichtig, dass die Kirchen in ihrem seelsorgerlichen und diakonischen Handeln durch Maßnahmen zur Krisenbewältigung nicht zu stark eingeschränkt werden, so dass dieses Handeln letztendlich unmöglich wird.

Anregungen zu konkreten Handlungsempfehlungen: Einen wesentlichen Beitrag zur Krisenfestigkeit der Gesellschaft leistet eine engagierte Zivilgesellschaft im Rahmen von transsektorialem Zusammenwirken mit Akteuren aus Verwaltung, Wirtschaft, Kirche und freier Wohlfahrtspflege. Die Aufnahme einer großen Zahl von Geflüchteten in den Jahren 2015 und 2016 hat dies eindrücklich demonstriert. Dabei hat sich gezeigt, dass dafür neben gegenseitigem Vertrauen tragfähige Dialog- und Arbeitsstrukturen erforderlich sind.

Die kirchlichen Träger der freien Wohlfahrtspflege sind in ihren zahlreichen Arbeitsbereichen in vielfältiger Weise mit anderen Hilfsträgern und kommunalen Strukturen eng vernetzt. Zugleich engagieren sich in Diakonie, Caritas und in den Kirchengemeinden vor Ort zahlreiche Menschen ehrenamtlich. Dank ihres großen Potenzials an haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden, die institutionell gut vernetzt sind, können Kirchen, Diakonie und Caritas durch praktische Hilfe sowie durch ihre Fachlichkeit einen entscheidenden Beitrag zum Zusammenleben leisten. Dabei ist die Zusammenarbeit im Sozialraum ein wesentliches Kennzeichen dieser Arbeit. Durch Projekte wie „Aufbruch Quartier“ oder „K-Punkt Ländliche Entwicklung“ wird dieser Ansatz weiter ausgebaut.

Wir empfehlen der Landesregierung, den Aufbau von Strukturen für transsektorale Zusammenarbeit unter Einbeziehung der kirchlichen Träger der freien Wohlfahrtspflege systematisch zu fördern. Dafür existieren bereits erfolgreiche Modelle. Mit den Förderprogrammen „Kommunale Flüchtlingsdialoge“ und „Integration durch bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft“ hat die Landesregierung die Akteure auf der Ebene der Kommunen und Landkreise im Bereich Integration unterstützt, nachhaltige transsektorale Dialoge und Arbeitsstrukturen aufzubauen.

– 77 –

Vulnerable Gruppen: In Krisenzeiten ist die Tendenz zu beobachten, dass sich Personen mit hoher Selbstvertretungskompetenz am besten schützen können. Umgekehrt besteht das Risiko – die Coronapandemie hat das zum Ausdruck gebracht –, dass Menschen, die auf unterschiedliche Formen der Unterstützung angewiesen sind, die meisten Verluste erleiden. Dies betrifft sowohl materielle als auch immaterielle Verluste. Das wird dadurch verstärkt, dass vulnerable Gruppen zusätzlich das Risiko haben, weniger sichtbar, weniger hörbar zu werden und sie daher deutlich weniger wahrgenommen werden.

Unter den immateriellen Verlusten sind Teilhabemöglichkeiten, soziale Kontakte und die Ausübung von Freiheitsrechten zu nennen. Aus diesem Grund sind für eine resiliente Gesellschaft insbesondere Vorkehrungen und Schutzmaßnahmen für diese vulnerablen Gruppen zu treffen.

Vulnerable Gruppen sind häufig auf die Unterstützung von Pflege- und Betreuungspersonal angewiesen. Diese Personen sind aber selbst auch dem Krisenmanagement unterworfen und stehen möglicherweise in erhöhter Verpflichtung in den eigenen familiären Bezügen. Sie sind, um ihre Tätigkeit ausüben zu können, darauf angewiesen, dass Familienangehörige, ob jung oder alt, in gewohnter Weise versorgt und betreut werden können. Können die Systeme der Kinderbetreuung, der Schule oder der ambulanten Pflege nicht aufrechterhalten werden, schlägt dies auf vulnerable Personen besonders durch.

Finanzierung: Einrichtungen und Dienste der kirchlichen Träger der freien Wohlfahrtspflege hatten während der Pandemie erheblichen Mehraufwand und Mindereinnahmen zu tragen, wobei die Auslöser unterschiedlich waren. Angebotsformen wurden aus Infektionsschutzgründen geschlossen oder mussten wegen Hygieneauflagen oder Abstandsregeln zu einer viel geringeren Auslastung betrieben werden. Zusätzliche Schutzausrüstung musste beschafft werden. Aus Krankheits- oder Quarantänegründen musste zusätzliches externes Personal teuer eingekauft werden usw. Gerade kleinere Vereine und gemeinnützige Organisationen hatten dafür keinerlei Rücklagen.

In der Coronapandemie wurde sehr deutlich, dass das Vergütungs- und Pflegesatzrecht in den jeweiligen Sozialgesetzbüchern, also im Bundesrecht, nicht auf allgemeine, alle Akteure betreffende Krisensituationen ausgelegt ist. Stattdessen sieht es nur unter den Voraussetzungen der Unvorhersehbarkeit und Wesentlichkeit die Möglichkeiten einer sehr aufwendigen außerordentlichen Kündigung im Ausnahmefall und mit rechtlich hohen Hürden vor. Wenn aber eine vorher nicht absehbare und nicht kalkulierbare Krisensituation wie eine Pandemie oder aktuell die Energiepreiskrise eintritt, die letztendlich alle Einrichtungen trifft, dann ist das auf den Ausnahmefall ausgelegte Vergütungs- und Pflegesatzrecht überfordert, ebenso wie die einzelnen Akteure.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass aufgrund der Kommunalisierung bzw. des Fehlens der aufgelösten Landeswohlfahrtsverbände ein einheitliches Agieren und eine

– 78 –

einheitliche Sicherung der Mehraufwendungen und Mindereinnahmen während der Pandemie insbesondere in der Eingliederungshilfe nicht erkennbar war.

Auch bei der derzeitigen Energiepreiskrise ist die Kommunalisierung in Baden-Württemberg mit einer landesweit einheitlichen Lösung zur Sicherung des Betriebs von betroffenen Einrichtungen und Diensten überfordert. Im Land gibt es im Hinblick auf die Krisenfestigkeit der Daseinsvorsorge also erhebliche Verbesserungsnotwendigkeiten.

Empfehlungen und Handlungsanforderungen: In gesellschaftlichen Krisen ist eine gute soziale Absicherung mit einer guten Gesundheitsvorsorge und sozialer Infrastruktur unabdingbar. Diese Strukturen müssen finanziell krisenfest ausgestattet werden. Damit die soziale Infrastruktur der Daseinsvorsorge in aktuellen sowie zukünftigen Krisen landesweit abgesichert ist, muss das Land die Verantwortung steuernd übernehmen. Es muss eine Abkehr von den dysfunktionalen Zuständigkeiten zwischen Land, Landkreisen und Kommunen geben. Durch das Land muss sichergestellt werden, dass Mindereinnahmen und Mehraufwendungen, die mit der Coronapandemie oder auch mit der aktuellen Energiepreiskrise zusammenhängen, über die sozialrechtlichen Leistungsvergütungssysteme refinanziert werden. Unter Umständen sind auch landeseinheitliche und passgenaue Hilfsprogramme notwendig, insbesondere für Arbeitsfelder, bei denen die Refinanzierung nicht über leistungsrechtliche Strukturen möglich ist, wie z. B. bei Frauenhäusern, Beschäftigungsträgern oder Sozialkaufhäusern. Hier könnte beispielsweise ein Landeshilfsfonds aufgelegt werden, der Mindereinnahmen und Mehraufwendungen verwaltungsmäßig refinanziert und die bewährte soziale Infrastruktur damit finanziell absichert.

Die Steuerungsverantwortung ist in Krisenzeiten bei der Landesregierung zentral zu stärken. Um nicht erst im Krisenfall unter hohem zeitlichen Druck getrieben zu sein, erscheint es sinnvoll, den Sicherungsauftrag des Landes dauerhaft gesetzlich zu verankern, unter Umständen auch mithilfe von vorgefertigten Musterkonzepten. Die durch die kirchlichen Träger der freien Wohlfahrtspflege bereitgestellte soziale Infrastruktur sollte insgesamt besser auf dem Schirm der politisch Verantwortlichen sein. Sozialwirtschaft ist ein bedeutender Faktor sozialer Infrastruktur, der Daseinsvorsorge in Baden-Württemberg.

Beispielhaft ist das Feld Hospiz zu nennen. Ambulante Hospizdienste begleiten unheilbar erkrankte, sterbende Menschen in den letzten Monaten oder Wochen ihres Lebens. Die Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen entlasten und unterstützen Betroffene und ihre Angehörigen. Dies erfolgt in enger Absprache mit anderen Diensten, z. B. mit einem Pflegedienst. Manchmal ist eine palliative Versorgung von Schwerstkranken und sterbenden Menschen zu Hause nicht oder nur begrenzt möglich. Dann stehen stationäre Hospize und Palliativstationen – gegebenenfalls auch im Wechsel mit ambulanter Versorgung – zur Verfügung.

In Baden-Württemberg gibt es rund 36 stationäre Hospize, darunter viele in der Trägerschaft der Caritas und der Diakonie. Weitere sind in Planung. Im Mittelpunkt der

– 79 –

stationären Hospizversorgung stehen die schwerstkranken Menschen mit ihren Wünschen und Bedürfnissen. Ein stationäres Hospiz arbeitet unabhängig vom Krankenhaus oder einer Pflegeeinrichtung und betreut Schwerstkranke mit absehbarem Lebensende. Eine ganzheitliche Pflege und Versorgung durch haupt- und ehrenamtliche Mitarbeitende in Zusammenarbeit mit palliativmedizinisch erfahrenen Ärztinnen und Ärzten steht im Vordergrund. Die Zahl der Betten ist gering. Aufgenommen werden Menschen, die an einer Erkrankung leiden, die fortschreitend verläuft und deren Heilung ausgeschlossen ist. Die Leistungen des Hospizes sind für die Patientin bzw. den Patienten kostenfrei. Die Finanzierung des Aufenthalts läuft über die Krankenkasse und Pflegeversicherung.

In der Hospizarbeit sind zahlreiche hoch qualifizierte Ehrenamtliche tätig. Manche ambulante Hospizdienste werden fast ausschließlich von diesen Ehrenamtlichen betrieben. Das Feld der ambulanten Hospizdienste in Baden-Württemberg ist sehr vielfältig aufgestellt, und jeder Dienst hat sich aus den lokalen und/oder regionalen Bedarfen heraus entwickelt.

Durch die neue Regelung der finanziellen Förderung der ambulanten Hospizdienste sind inzwischen viele dieser eigenständigen Hospizdienste in ihrer Existenz bedroht, da sie den stark vereinheitlichenden Schemata der Gesetzesänderung nicht entsprechen bzw. diese die Vielfalt nicht abbilden. Um einem drohenden Mangel an hospizlicher Versorgung entgegenzuwirken, muss daher die Sicherung der vielfältigen Hospizlandschaft gestärkt werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Bischof Gohl. – Dann machen wir weiter mit Herrn Frank Dittrich, dem stellvertretenden Amtsleiter des Landesamts für Verfassungsschutz und Leiter der Abteilung „Rechtsextremismus, Terrorismus, Reichsbürger und Selbstverwalter“ mit Sitz in Stuttgart. – Bitte.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dittrich: Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder der Enquetekommission, sehr geehrte Abgeordnete! Herr Salomon hat mich bereits vorgestellt. Ich darf mich zunächst einmal bei Ihnen für die Einladung bedanken. Ich freue mich sehr, dass ich heute als Vertreter des Landesamts für Verfassungsschutz zu diesem Thema sprechen darf.

Sie werden sich vielleicht die Frage gestellt haben: Was hat der Verfassungsschutz mit gesellschaftlichen Krisen zu tun? Sicherlich ist das ein Thema, bei dem man nicht an erster Stelle an Extremismusbekämpfung, Terrorismusaufklärung oder

– 80 –

Spionageabwehr denkt. Krisen können jedoch die Entwicklung extremistischer Bestrebungen befördern, und Extremisten wiederum befeuern gesellschaftliche Krisen. Derartige Wechselwirkungen sind nicht von der Hand zu weisen.

Unter Extremisten wird die staatliche Krise, der Tag des Systemzusammenbruchs, der sogenannte Tag X, förmlich herbeigesehnt, und manche arbeiten auch daran, ihn aktiv herbeizuführen. Wir schätzen das extremistische Personenpotenzial in Deutschland auf sage und schreibe 0,2 % der Gesamtbevölkerung. Das erscheint zunächst sehr wenig. Auf der anderen Seite darf man das Wirkungspotenzial extremistischer Kräfte in der Gesellschaft nicht unterschätzen.

Krisen jedweder Art können sehr schnell zu einer Bedrohung auch für unsere Demokratie werden. Daher lohnt sich meines Erachtens durchaus auch ein Blick auf die Entwicklung extremistischer Bestrebungen – hier beispielhaft auch während der Coronapandemie –, um daraus Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Das würde ich Ihnen gern anhand von sechs Thesen aus Sicht des Verfassungsschutzes und dort der Extremismusbeobachtung darstellen.

These 1: Die Coronapandemie hat neben demokratisch legitimem Protest ein bisher nicht bekanntes Maß an Staatsfeindlichkeit zutage gefördert.

Sicherlich kann man sagen – das ist ja letztlich auch Ausgangspunkt der Arbeit der Enquetekommission –, dass die Coronaprotestbewegung die Polarisierung der Gesellschaft befördert hat. Nicht nur, dass eine Kluft zwischen Gegnern und Befürwortern staatlicher Schutzmaßnahmen entstanden sind, es sind auch bisher nicht dagewesene Allianzen zwischen Extremisten und Nichtextremisten entstanden. Die Coronaprotestbewegung hat zugleich dem Reichsbürgermilieu einen massiven Aufschwung, einen Auftrieb gegeben und gleichzeitig auch eine völlig neue Erscheinungsform des Extremismus mit einer sehr hohen Anschlussfähigkeit bis weit in nicht extremistische Gesellschaftsteile hinein befördert. Diese neue Form, auf die ich später noch einmal genauer eingehen werde, ist geprägt durch ein erhebliches Maß an Staatsfeindlichkeit und eine signifikante Nähe zu Verschwörungserzählungen.

Was wir auch feststellen mussten, ist eine deutliche Wechselwirkung mit Einflussnahmeversuchen ausländischer autoritärer Regime. Explizit ist hier seit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine Russland zu nennen. Man muss feststellen, dass in Deutschland auch gezielt russische Desinformation betrieben wird, die diese Polarisierung der Gesellschaft letztlich verstärkt und auf eine Verunsicherung der Menschen abzielt.

Im Ergebnis kann man sagen: Der in Teilen beschworene „Heiße Herbst 2022“ oder der „Wutwinter“, wie es beschrieben wurde, sind ausgeblieben. Die Protestthemen variieren, aber die Akteure sind jedenfalls in Teilen geblieben.

– 81 –

These 2: Diese Polarisierung ist nicht aus dem Nichts entstanden und ist nicht so spontan, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Der Vertrauensverlust in die Demokratie ist über die vergangenen Jahre gewachsen.

Wir haben es – das war, soweit ich es verfolgen konnte, auch Thema des heutigen Vormittags – mit einer Zunahme der Politikverdrossenheit zu tun, die sicherlich über die Jahre hinweg gewachsen ist. Wir verspüren eine distanzierte, zum Teil kritische bis feindselige Haltung gegenüber dem demokratischen System und einen Vertrauensverlust in den Staat insgesamt.

Ich würde auch hier gern eine Parallele zu der im Laufe des Tages schon genannten Flüchtlingskrise 2015/2016 und zu dem Erstarken der damaligen PEGIDA-Bewegung ziehen. Auch damals musste man eine deutliche Zunahme an Demonstrationen und Agitation im Internet feststellen, damals vor allem fremdenfeindlich geprägt, in Teilen staatsfeindlich, während der Coronaproteste primär und fast ausschließlich als staatsfeindliche Agitation. Wir hatten es auch damals mit einer Solidarisierung von Teilen des bürgerlichen Spektrums zunächst mit dem extremistischen – damals vor allem primär rechtsextremistischen – Spektrum, vor allem in den ostdeutschen Bundesländern, zu tun. Wir hatten eine Zunahme an politisch motivierten Straf- und Gewalttaten zu verzeichnen, primär durch Personen, die zuvor weder verfassungsschutzrelevant noch durch politisch motivierte Kriminalität jemals in Erscheinung getreten waren. Man muss also konstatieren: Derartige Krisen machen es Extremisten leicht, weiter in die demokratische Mitte vorzudringen oder Teile der Mitte quasi herauszubrechen.

Im Ergebnis auch hier: Die Coronaproteste waren aus meiner Sicht nicht Ursprung, sondern ein Kulminationspunkt einer wachsenden Entfremdung von der repräsentativen Demokratie.

These 3: Die Proteste gegen die Coronamaßnahmen waren Türöffner für Extremisten und Radikalisierungsbeschleuniger in einem.

Man muss sicherlich sagen, dass die Proteste ein willkommenes Einfallstor für eine gezielte staatsfeindliche und delegitimierende Propaganda waren. Es kam zu einer raschen Zunahme an extremistischen Verschwörungserzählungen. Das Thema QAnon ist heute Vormittag auch schon genannt worden. Aber es gibt auch andere Verschwörungserzählungen alter und neuer Art, wie z. B. von der angeblich zielgerichteten Dezimierung der Bevölkerung. Hinzu kam, dass Reichsbürgernarrative letztlich auf einen fruchtbaren Boden innerhalb der Protestbewegung fielen. Die Reichsbürgerbewegung, das Milieu als solches, basiert im Großen und Ganzen auf einer Verschwörungsideologie, nämlich der Erzählung von einem nicht existenten oder nicht legitimierten Staat, einer nicht legitimierten Bundesrepublik, sodass dies dann eine weitere Argumentationsbasis war, sich staatlichen Anordnungen widersetzen zu können.

Ein besonders radikales Beispiel ist die Gruppe um den Prinzen von Reuß. Sie erinnern sich an die doch umfangreichen Festnahme- bzw. Durchsuchungsaktionen Ende

– 82 –

letzten Jahres; weitere folgten. Man kann sagen, dass hier eigentlich ein Extrembeispiel von Personen festzustellen ist, die sich mit Umsturzplänen – auch mit gewaltbezogenen Umsturzplänen – befassen und die sich letztlich auf einer ideologischen Basis aus einem Konglomerat aus der QAnon-Ideologie und Reichsbürgernarrativen speisen.

Man muss sicherlich auch feststellen, dass sich die Protestbewegung gegen die Coronamaßnahmen in Teilen auch aus sich selbst heraus radikalisiert hat. Jedenfalls gilt das für die Führungsebene von „Querdenken-711“, wo nach der anfänglichen Forderung nach einer Wiederherstellung der Grundrechte zunehmend reichsbürger- und verschwörungstypische Argumentationsmuster, Vergleiche mit der NS-Diktatur und dem Holocaust Platz griffen.

Als gemeinsamer Anknüpfungspunkt hat sich letztlich die Agitation gegen den Staat herauskristallisiert. Es ist aus unserer Sicht dann auch – Sie sehen es hier als „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ beschrieben – aus diesen verschwörungsideologischen, staatsfeindlichen Narrativen eine neue Form des Extremismus entstanden, die sich eben nicht mehr unter die herkömmlichen Formen wie Rechtsextremismus, Reichsbürger und dergleichen fassen lässt. Deswegen haben wir damals auch intensiv auf das Bundesamt für Verfassungsschutz bzw. im Verfassungsschutzverbund darauf hingewirkt, diesen Phänomenbereich einzurichten.

Mir ist es an dieser Stelle wichtig – deswegen möchte ich darauf ein wenig ausführlicher eingehen –, dass dieser Phänomenbereich, der heute Morgen, glaube ich, auch schon einmal genannt wurde, subsidiär ist. Wir gehen nur dann davon aus, dass es sich um Extremismus einer besonderen Art und Weise handelt, wenn er sich nicht ohnehin bereits in anderen Extremismuserscheinungen abbildet. Es wird vielleicht auch aus der Definition deutlich, dass man hier immer auch eine Erheblichkeitsschwelle sehen muss. Es ist klar – das gilt dann natürlich auch aus Sicht des Verfassungsschutzes –, dass nicht jede missliebige, kritische, feindselige Einstellung, Haltung oder Meinungsäußerung gegenüber dem Staat eine Verfassungsschutzrelevanz aufweisen kann und darf, sondern hier muss eine Schwelle überschritten sein, indem letztlich versucht wird, das Vertrauen in das staatliche Gemeinwesen, in die Demokratie insgesamt zu untergraben und dadurch die Funktionsfähigkeit zu beeinträchtigen.

Ich habe Ihnen in meiner Präsentation vier Beispiele genannt. Das eine ist eine vor allem systematische Verächtlichmachung des Staates und seiner Repräsentanten durch systematische, zielgerichtete, planmäßige Beschimpfungen, Verdächtigungen und Verleumdungen, Aufrufe zu Widerstandshandlungen gegen den Staat, was wir immer wieder während der Coronaproteste gerade im Internet verzeichnen mussten, Gewaltdrohungen bis hin zu Mordaufrufen gegen Vertreter der parlamentarischen Demokratie und auch Blockade- und Sabotageaktionen gegen staatliche und Infrastruktureinrichtungen.

– 83 –

These 4: Es vollzieht sich seit geraumer Zeit eine inhaltliche und personelle Entgrenzung der demokratischen Mehrheitsgesellschaft hin zum Extremismus.

Das klingt zunächst einmal sehr hart. Ich will es auch gleich einschränken: jedenfalls in Teilen der demokratischen Mehrheitsgesellschaft. Hier darf man auch nicht alles über einen Kamm scheren. Auch hier würde ich gern wieder die Parallele zur Flüchtlingskrise in den Jahren 2014/2015 ziehen, als sich gezeigt hat, dass der antitotalitäre Konsens des Grundgesetzes, keine gemeinsame Sache mit Extremisten zu machen, in Teilen oder zunehmend aufgeweicht wurde. Extremisten wurden damals wie auch jetzt während der Coronaprotektbewegung bei den Protesten geduldet und willkommen geheißen. Zum Teil wurde ihre Propaganda akzeptiert und auch übernommen.

Es sind Mischszenen entstanden – vor allem auch in den sozialen Netzwerken –, indem sich Personen, die bislang in keiner Weise mit extremistischen Gruppierungen in Erscheinung getreten waren, radikalisiert haben, und das zum Teil in sehr kurzer Zeit. Es ist auch nicht nur in Bezug auf Personen, sondern auch in Bezug auf die Inhalte zu einer Übernahme extremistischer Argumentationsmuster in Teilen der Mehrheitsgesellschaft des bürgerlichen Spektrums gekommen, sodass man hier durchaus auch von einer inhaltlichen Entgrenzung sprechen kann.

Welches sind die denkbaren Ursachen? Wir sind da natürlich dann relativ schnell in einem Bereich der Spekulation, aber manches ist vielleicht auch naheliegend. Das eine ist eine aufgrund dieser vorhin beschriebenen Distanz oder Politikverdrossenheit bereits gewachsene höhere Empfänglichkeit für gegen den Staat gerichtete rechtsextremistische oder extremistische Argumentationsmuster. Das andere mag aber vielleicht auch zutreffen: dass diese Krisen eine bereits existente Empfänglichkeit schneller und deutlicher sichtbar machen. Sicherlich spielt hier auch die Wirkung einer langjährigen bzw. zielgerichteten Diskursverschiebung aus dem Bereich der „Neuen Rechten“ eine Rolle, wo im Prinzip seit einigen Jahren versucht wird, Repräsentanten oder den Staat als solchen zu diffamieren oder bloßzustellen. Auch das mag vielleicht zu nachhaltigen Effekten geführt haben. Wir verzeichnen auch eine effektive Nutzung der neu entstandenen Plattformen der Protestbewegung durch das Reichsbürgermilieu.

Das Nächste, was das Internet und die sozialen Netzwerke angeht, möchte ich nur kurz streifen, weil ich denke, dass das bereits zur Genüge thematisiert worden ist. Hier spielen natürlich Effekte mit hinein, die für den Extremismus genauso wie für die gesamte bürgerliche Gesellschaft und das demokratische Spektrum gelten.

These 5: Verschwörungserzählungen haben Hochkonjunktur. Sie können Radikalisierungen auslösen und den Boden für Gewalt bereiten.

Die Coronaprotekte haben eine besondere Empfänglichkeit vieler Menschen für Verschwörungserzählungen sichtbar gemacht. Nach einer Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung aus dem Jahr 2020 waren schon damals bis zu 30 % der Menschen in Deutschland offen für Verschwörungserzählungen. 11 % werden als überzeugte

– 84 –

Verschwörungstheoretiker bezeichnet. Das mag sich in den letzten Jahren noch erhöht haben. Die Protestbewegung gegen die Coronamaßnahmen hat eine gemeinsame Plattform geschaffen, hat Ideologeelemente verschmolzen und vor allem auch ein gemeinsames Feindbild erzeugt.

Verschwörungsmythen bieten – wie extremistische Ideologien auch – vermeintlich einfache Lösungen für komplexe Probleme und bieten insbesondere aufgrund der propagierten Feindbilder ein hohes Gefahrenpotenzial. Wir hatten es in den letzten Jahren auch immer wieder mit Tötungs- und Körperverletzungsdelikten zu tun, die letztlich auf verschwörungsideologische Grundlagen zurückzuführen sind. Das rührt daher, dass Verschwörungsideologien häufig die vermeintliche Rechtfertigung für entsprechende erhebliche oder auch gewaltbezogene Widerstandshandlungen bis hin zu tödlichen Gewaltanwendungen bieten. Sie sind insoweit sowohl Radikalisierungsauslöser als auch Radikalisierungsbeschleuniger.

These 6: Auch nach dem Ende der Pandemie ist ein Kern an Staatsdelegitimierern geblieben. Die Themen sind austauschbar, die Krise ist ihr Lebenselixier, und die Anschlussfähigkeit ihrer Agitation ist und bleibt auch für die Zukunft hoch.

Wir haben es mit neuen extremistischen Phänomenen zu tun, die eine weitaus höhere Anschlussfähigkeit für die bürgerliche Mitte zu haben scheinen, als der bisher bekannte althergebrachte Rechtsextremismus dazu in der Lage war. Schon während der Pandemie haben die Agitatoren aus diesen Extremismusefeldern nach weiteren Themen gesucht – die Flutkatastrophe im Ahrtal, der Krieg in der Ukraine, die Energieversorgung, die Inflation –, und dabei wurde ganz bewusst an die Coronaprotestbewegung angedockt. Die Proteste waren letztlich Basis für ein hohes Konflikt- und Aggressionspotenzial, das durch gruppendynamische Prozesse sowohl in den sozialen Netzwerken als auch vor Ort bei den Demonstrationen verstärkt wurde. Es sind neue Kommunikationswege, Plattformen, Formate und Mobilisierungspotenziale entstanden, auf die – und damit müssen wir rechnen – auch Extremisten in Zukunft zurückgreifen werden. Das zeichnet sich jetzt ebenfalls bei den Themen Klimaschutz, Migration, äußere Sicherheit ab, und das wird uns auch noch in Zukunft beschäftigen.

Damit wäre ich schon beim zweiten Teil meines Vortrags, nämlich bei der Frage: Was tun? Ich würde das gern dreiteilen, und zwar einerseits in das, was jeder Einzelne von uns tun kann oder sollte, zum anderen in das, was das Landesamt für Verfassungsschutz tun kann, und letztlich in das, was wir als Staat oder Gesellschaft insgesamt tun können.

Sicherlich – das gilt letztlich für jeden Einzelnen von uns, für jede Bürgerin und für jeden Bürger – sollte man seine eigene demokratische Verantwortung ernst nehmen, also Kritik mit demokratischen Mitteln üben, keine gemeinsame Sache mit Extremisten machen und sich von Verfassungsfeinden und von Gewalt distanzieren, aber – das ist mir auch wichtig – auf der anderen Seite die Meinungen anderer, die Meinungen der Minderheiten, Andersdenkender, auch radikale Meinungen nichtsdestotrotz ernst

– 85 –

nehmen. Es hilft nicht weiter, zu stigmatisieren oder zu polemisieren, andere als „rechtsextrem“, als „Schwurbler“ oder als „Covidioten“ zu bezeichnen. Das ersetzt sicherlich keine sachlich-inhaltliche Auseinandersetzung, sondern ich denke, man muss hier die Beweggründe, die Sorgen und die Nöte der Menschen, ihre Ängste, aber auch ihre Vorurteile ernst nehmen.

Was tun wir? Ich hatte es vorhin beschrieben. Extremismusbeobachtung und Terrorismusaufklärung ist unser Auftrag. Dazu gehören natürlich auch die Beobachtung ausländischer staatlicher Einflussnahmeversuche und auch die Aufgabe, Radikalisierungsentwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen und die zuständigen Stellen zu unterrichten. Ich denke, in Bezug auf die Coronaproteste haben wir sehr früh sowohl die Landesregierung und das Parlament als auch die Öffentlichkeit über die Einflussnahmeversuche von Extremisten und die Radikalisierungen aus der Coronaprotestbewegung heraus informiert, darauf hingewiesen und sensibilisiert. Aber es war mir von Anfang an immer wichtig, deutlich zu machen, dass wir es nicht insgesamt mit einer extremistischen Bewegung zu tun haben, sondern dass der extremistische Teil dieser Protestbewegung letztlich der verschwindend kleinste Teil ist und dass es hier im Prinzip nur um einen Bruchteil derer geht, die auf der Straße protestieren. Es können nicht alle über einen Kamm geschoren werden.

Vielleicht einfach nur der Vollständigkeit halber: Wir wirken natürlich bei anderen Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen mit und arbeiten auch in der Taskforce des Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ mit. Wir sind zusammen mit dem Demokratiezentrum und auch mit konex in das Präventionsnetzwerk des Landes eingebunden und versuchen, hier als Informationsdienstleister einen kleinen Beitrag zu leisten.

Der Staat als solcher ist natürlich insgesamt gefordert, also nicht nur der Verfassungsschutz, sondern auch andere staatliche Stellen. Auf dieser Folie sehen Sie eine Zusammenfassung von möglichen staatlichen Maßnahmen, aber eben alle repressiver Art und Weise, ob das jetzt die Ahndung von Straftaten, das Einwirken auf Provider, Inhalte zu löschen – da tut man sich bei manchen, wie z. B. Telegram, ja sehr schwer –, oder die Entwaffnung von Extremisten ist. Natürlich ist auch Sorge dafür zu tragen, dass es im öffentlichen Dienst – insbesondere in den Sicherheitsbehörden – keine Extremisten gibt.

Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Es geht natürlich auch darum, dass der Staat insgesamt – damit meine ich die Politik, die Parteien und die Regierungen von Bund und Land – verantwortlich kommunizieren und Vertrauen in die Institutionen des Staates schaffen muss, indem Politik nachvollziehbar betrieben wird und die Entscheidungsgründe transparent offengelegt werden. Das gilt natürlich insbesondere in Krisenzeiten. Ich denke, das ist eine der besten Möglichkeiten, um den potenziellen Adressatenkreis extremistischer Propaganda zu reduzieren.

– 86 –

Natürlich ist es auch wichtig, der illegitimen Einflussnahme fremder Staaten durch Desinformation entgegenzuwirken. Da mache ich jetzt einmal kurz ein bisschen Werbung in eigener Sache. Wir haben eine Reihe von Informationsblättern zum Wirtschaftsschutz. Es gibt ein Informationsblatt mit dem Titel „Was tun gegen Desinformation?“, das im April 2023 herausgegeben wurde. Darin sind einige Handlungsempfehlungen enthalten. Das können Sie gern auf unserer Homepage nachlesen. Letztlich geht es darum, frühzeitig, schnell und kommunikativ mit Fakten auf Desinformation zu reagieren, und zwar adressatenorientiert, verständlich und nachvollziehbar, um vor allem die Tatsache der Desinformation als solche offenzulegen.

Gleiches gilt aus unserer Sicht aber auch für den Umgang mit Verschwörungserzählungen. Es geht darum, Komplexität zu reduzieren und Informationen zur Verfügung zu stellen, aber vor allem auch darum – ich meine, das ist ein wichtiger Punkt –, die versteckte Agenda von Verschwörungserzählungen offenzulegen. Den Urhebern von derartigen Verschwörungsmythen geht es häufig nicht wirklich um die Wahrheit, sondern es geht um Selbstdarstellung, um Wichtigtuerei, um Geschäfte, um Geldmachen, um das Generieren von Klicks im Internet und zum Teil um gezielte Stimmungsmache gegen Minderheiten. Ich denke, insoweit muss man immer einen sehr kritischen Blick auf diese Behauptungen werfen.

Das Stichwort Medienkompetenz ist schon des Öfteren gefallen. Hier möchte ich Ihren Fokus eigentlich nur auf einen Aspekt lenken, nämlich auf die Frage, wer denn die Zielgruppe ist. Vorhin klang schon einmal die Frage an, wo man denn bei Präventionsprogrammen – insbesondere im Bereich des Extremismus – andocken sollte. Üblicherweise sind das die Altersgruppen der heranwachsenden jungen Erwachsenen, egal, ob es jetzt im Bereich des Islamismus oder Rechtsextremismus ist.

Werfen wir einmal einen Blick auf die Altersstruktur der Reichsbürger, die wir erfasst haben. Bei uns in Baden-Württemberg sind zwischenzeitlich ungefähr 3 800 Personen erfasst. Der größte Teil der Reichsbürger ist in der Alterskohorte zwischen 50 und 69 Jahren zu finden. An diese Alterskohorte kommen Sie mit Präventionsprogrammen, die für junge Menschen sicherlich geeignet sind und die auch notwendig sind, nicht heran – ich glaube, das ist illusorisch –, sondern da bedarf es wahrscheinlich anderer Überlegungen und anderer Beratungshilfeangebote. Ich denke, es ist wichtig, hier einerseits die Angehörigen, das Umfeld, aber auch die Verschwörungsgläubigen selbst zu sehen. Dafür sind wir, der Verfassungsschutz, natürlich nicht der richtige Ansprechpartner. Aber ich denke, es ist wichtig, dass man sowohl staatliche als auch zivilgesellschaftliche Akteure fördert, die sich auf diesem Feld betätigen.

Abschließend: Schaffung staatlicher und gesellschaftlicher Resilienz. Wie ich eingangs gesagt hatte, bergen solche Krisen wie die Coronapandemie auch Gefahren in jeder Hinsicht für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Man sollte sich wie bei der Vorsorge für Krisen anderer Art nicht darauf beschränken, es dem Staat zu überlassen, sondern auch die Bürger mit in die Verantwortung nehmen, also ein Bewusstsein dafür schaffen, dass jeder Einzelne von uns unabdingbarer Bestandteil eines

– 87 –

demokratischen Gemeinwesens ist und auch gemeinsam Verantwortung für die Werte trägt, die uns wichtig sind. Es geht also darum, Akzeptanz für staatliche Maßnahmen zu schaffen. Das stärkt die Demokratie, und das macht dann auch immun gegen Extremismus. Wir brauchen auf der einen Seite sicherlich Präventionsprogramme gegen Extremismus; das ist richtig und wichtig und muss fortgesetzt werden. Aber ich meine, wir brauchen auch eine Art Imagekampagne für die Demokratie.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dittrich. – Dann kommen wir jetzt zur Fragerunde. Für die Fraktion GRÜNE hat sich Herr Abg. Köhler gemeldet.

Abg. Erwin Köhler GRÜNE: Lieber Herr Gohl, lieber Herr Dittrich, danke, dass Sie heute bei uns sind. Ich fange direkt mit den Fragen an.

Ich beginne mit Fragen an Sie, Herr Dittrich. Vielen Dank für Ihren Vortrag, der uns und auch mich persönlich in einigen Vermutungen und Wahrnehmungen während der letzten drei Jahre bestätigt. Natürlich stellen wir uns genau die Fragen, die Sie hier aufgeworfen haben, als Beobachtungen und auch als Tatsachen, vor denen wir stehen. Dazu möchte ich Sie ganz konkret fragen.

Heute geht es ja um das Thema Polarisierung. Der politische Diskurs passiert auch auf Parteebene. Wie schätzen Sie es – bezogen auf Ihre Beobachtungen – ein, wenn einzelne Parteien tatsächlich einen Schulterchluss mit denjenigen wagen, die auf die Straße gehen, zum Teil legitimiert, zum Teil eben nicht? Da ist ja eine gewisse Vermischung geschehen. Ich glaube, das war zum Teil auch Absicht. Das macht es dem demokratischen Spektrum dann tatsächlich schwer, aufklärend voranzugehen, weil man sich in eine Opferrolle begibt und uns Zensur vorwirft. Natürlich wollen wir das Narrativ der Demokratie prägen und erzählen. In den vorangegangenen Sitzungen der Enquetekommission wurde es uns ans Herz gelegt, im digitalen Raum sozusagen gegen einen verschwörerischen Narrativ anzukämpfen und für die Wahrheit zu sorgen. Ich glaube, wir brauchen Ressourcen, um das auch gut machen zu können.

Herr Gohl, Kirchen verändern sich ja im Laufe der Zeit in dem Sinn, dass sie weniger Mitglieder haben. Das ist ja leider erwiesenermaßen so. Wo sehen Sie die Chancen – vielleicht auch mit dem Learning aus der Krise, was wir jetzt innerhalb multipler Krisen zusätzlich bewältigen –, auch innerhalb der Stadtgesellschaft früh anzusetzen und sichtbar zu sein? Wie kann sich die Kirche öffnen, um doch viele Teile der Gesellschaft zu erreichen? Was tut sie bereits? Aber vielleicht sind dann doch auch Kleinigkeiten wichtig. Ein Beispiel: Es wurden Vergleiche zur Geflüchtetenkrise 2015 angestellt. Da waren die Kleinigkeiten bei den Nennungen, also wie etwas hieß, schon total wichtig. Erst gab es den Ökumenischen Arbeitskreis Asyl. Da waren dann irgendwann nur noch

– 88 –

zehn Leute. Dann hat man das Wort „Ökumenisch“ weggelassen, und plötzlich waren es 40 oder 50. Sind Ihnen diese Details bewusst? Arbeiten Sie daran? Denken Sie darüber nach?

Vielen Dank.

Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Zunächst einmal auch von unserer Seite herzlichen Dank für die Ausführungen.

Der erste Punkt schließt ein wenig an die Ausführungen des Kollegen Köhler an. Auch mich und uns schmerzt es, dass gerade in solchen Krisenzeiten die Kirchen, die in der Vergangenheit eigentlich sehr oft ein Anker waren und den Menschen mit der Seelsorge auch Halt gegeben haben, es im Moment gerade irgendwie nicht richtig schaffen, den Menschen diesen Halt zu bieten oder Trost zu spenden. Das beobachten auch wir. Wir hatten ja schon einmal einen Austausch und denken gern darüber nach, wie wir es wieder gemeinsam schaffen können, dass dieser wichtige Beitrag der Seelsorge von den Kirchen noch stärker geleistet werden kann. Auch die Kirche befindet sich in einem Reflexionsprozess, auf welche Themen sie sich denn zurückbesinnen sollte oder könnte. Das ist eher nur ein Statement von mir.

Dann habe ich noch zwei Fragen. Sie hatten wegen der dysfunktionalen Kompetenzen auf den Ebenen landeseinheitliche Förderprogramme angeregt. Hätten Sie dazu einen Vorschlag? Sollte man alles eher zentral vom Land aus steuern, oder sollte man die Kompetenzen einfach besser abgrenzen?

Wie schaffen wir es, die Vielfalt in Bezug auf die ambulanten Hospizdienste sicherzustellen? Was müsste jetzt noch geändert werden? Gäbe es angesichts der Neuregelung überhaupt die Möglichkeit einer Änderung?

Herr Dittrich, ich fand das, was Sie zur gezielten Desinformation durch autoritäre ausländische Regime gesagt haben, ausgesprochen spannend. Gibt es da unterschiedliche Kanäle? Ist also festzustellen, dass unterschiedliche Regime unterschiedliche Kanäle oder auch unterschiedliche Herangehensweisen nutzen?

Sie hatten dargestellt, dass nach dem Ende der Coronapandemie nur ein Bruchteil an extremen Staatsdelegitimierern übriggeblieben sei. Ab welcher Gruppengröße wird der Verfassungsschutz tätig, bzw. ab wann muss man weitere Maßnahmen ergreifen? Gibt es dafür eine Art interne Matrix, oder gibt es irgendwelche Kriterien?

Ich fand Ihre Darstellung möglicher weiterer Betätigungsfelder, die sich abzeichnen, interessant. Gibt es dazu irgendwelche Erkenntnisse, dass sich je nach unterschiedlichem Thema auch eine unterschiedliche Intensität des Extremismus ausprägt oder dass sich unterschiedliche Kanäle ausprägen, oder kann man sagen, dass sich diese

– 89 –

Gruppierung, die Verschwörungsmythen anhängt, gleichermaßen – egal, um welches Thema es sich handelt – äußert und dass es sich auf den gleichen Kanälen abspielt?

Wie können wir die Verschwörungserzählungen offenlegen, wenn wir nicht Teil dieser Kommunikationskanäle sind? Das habe ich mich schon öfter gefragt. Wir hatten auch schon einmal Threema-Gruppen und auch die anderen Gruppen angesprochen und festgestellt, dass sich auch ältere Gruppen radikalieren können. Wenn man nicht Teil dieser Gruppe ist, dann weiß man ja nichts von diesen Gruppen. Wie schaffen wir es denn, überhaupt darauf einzuwirken? Welche Möglichkeiten gibt es da?

Herzlichen Dank.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Sehr geehrter Bischof Gohl, zunächst einige Rückfragen an Sie.

Ich würde als Sozialpolitikerin ein wenig anders starten. Sie haben auch über Geld gesprochen. Ich möchte mich einfach einmal – ich glaube, auch im Namen des Landtags – generell für die zusätzlichen Mittel aus der Kirchensteuer bedanken, die Sie über Diakonie und Caritas in zusätzliche Sozialleistungen gegeben haben. Das war ein wirklich wichtiger Beitrag der Kirchen, gerade auch, wenn wir immer wieder an den Punkt kommen, wie begrenzt unsere Mittel sind. Aber das war auf jeden Fall sehr wertvoll.

Auch ich würde – ebenso wie Frau Pfau-Weller – gern noch mal auf die Frage der Steuerungsfähigkeit des Landes in der Sozialpolitik zu sprechen kommen, weil sich das in Teilen mit dem deckt, was wir auch intern diskutieren. Das waren sehr klare Worte von Ihrer Seite. Es hat mich überrascht, dass es da eine so klare Forderung gibt, weil Sie offensichtlich sagen: So, wie es im Moment läuft, wird es schwierig. Sie haben das Beispiel der Eingliederungshilfe genannt. Ich nehme an, Sie meinen, dass es an der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes hapert. Deswegen würde ich gern noch mehr zu diesem Punkt von Ihnen hören. Vielleicht gibt es da konkretere Vorstellungen. Welche Bereiche meinen Sie insbesondere? Wo bedarf es einer stärkeren Steuerung durch das Land in diesen sozialen Bereichen? Vielleicht haben Sie auch schon eine Vorstellung davon, wie das aussehen könnte. Wenn ja, wären wir dafür sehr dankbar.

Sie haben vom Verlust des Vertrauens in staatliche Institutionen gesprochen, was zum Teil auch mit dem Vertrauensverlust in die Kirchen korreliert. Sie haben über die Selbstbeschränkung staatlicher Stellen gesprochen. Gibt es darüber hinaus vielleicht noch weitere Ansätze? Es ist ja einer der wesentlichen Punkte, die uns hier ganz grundsätzlich beschäftigen: Wie kann Vertrauen wiederhergestellt werden? Vielleicht haben Sie dazu Ideen oder können sagen, welches aus Ihrer Sicht die zentralen Bereiche sind.

– 90 –

Dann hätte ich auch noch einige Fragen an Herrn Dittrich. Ganz konkret würden mich die Erfahrungswerte aus der Arbeit in der Taskforce „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ interessieren. Gibt es da schon irgendwelche Ergebnisse oder eine Evaluation?

Würden Sie der Aussage zustimmen, dass ein ganzheitlicher Ansatz in der Extremismusprävention erforderlich ist, mit dem insbesondere Präventionsangebote, Ausstiegskonzepte und eine gezielte Ansprache stärker als bislang verfolgt werden können? Die gezielte Ansprache bezieht sich vor allem auf Menschen, die in verfassungsfeindliche, verfassungskritische Kreise abdriften. Wenn ja, würde mich Ihr Blick auf konnex interessieren. Es wird häufig gesagt, dass es mehr Mittel für die Extremismusprävention braucht. Wie sehen Sie das?

Laut Antwort auf eine Große Anfrage meiner Fraktion aus dem Jahr 2021 gab es in Baden-Württemberg 21 Reichsbürger mit staatlicher Erlaubnis, Schusswaffen besitzen zu dürfen. Sie haben in Ihren Empfehlungen die Entwaffnung von Extremisten als einen wichtigen Punkt aufgeführt. Deshalb würde mich natürlich interessieren, ob Sie sagen können, wie sich diese Zahl verändert hat, also ob sie zu- oder abgenommen hat. Gibt es dazu aktuelle Zahlen?

Schließlich sind Sie auf die Medienkompetenz zu sprechen gekommen. Aus zahlreichen Studien ergibt sich, dass generell in Deutschland und auch in Baden-Württemberg die Medienkompetenz insgesamt zu gering ist und dass das zu verschiedenen Problemen führt. Ich kenne mich da einfach nicht aus. Deswegen lautet meine offene Frage: Wie sieht es denn mit der Medienkompetenz innerhalb unserer Behörden – insbesondere auch der Verfassungsschutzbehörden – aus? Ist sie dort – anders als in der Gesamtgesellschaft – sehr hoch, oder besteht dort auch die Notwendigkeit einer Fortbildung bzw. einer stärkeren Kompetenzgewinnung?

Vielen Dank.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Herr Landesbischof Gohl, Sie hatten vorangestellt, dass sich die Politik die Bedeutung der Religion als Voraussetzung des freiheitlich-säkularen Staates stärker bewusst machen sollte. Sie hatten ausgeführt, dass die Coronaverordnungen auch die Kirche vor enorme Herausforderungen gestellt haben. Weil dieser Aspekt im Rückblick für die Enquetekommission insgesamt wichtig ist, frage ich Sie, ob sich die Kirchen wünschen, mehr Eigenverantwortung zu bekommen. Das heißt, dass das Land nicht alles bis ins letzte Detail unseres gesellschaftlichen Lebens definiert, sondern darauf vertraut, dass in dem Fall die Kirchen gut damit umgehen können, was die Regelungen in einer akuten Situation wie der Pandemie anbelangt.

Zweitens möchte ich auf den Aspekt der Sozialpolitik in einer Krise zu sprechen kommen. Das Bundesland Baden-Württemberg weist ebenso wie die anderen Bundesländer eine föderale Struktur mit Kommunen und Kreisen auf. Wenn ich es richtig

– 91 –

herausgehört habe, dann wünschen Sie sich, dass das Land im Falle einer solchen Krise stärker steuernd eingreift, um die Strukturen zu erhalten.

Zusammengefasst sprechen Sie sich also einerseits für mehr Entscheidungsfreiheit während einer Krise wie beispielsweise der Coronapandemie aus, während Sie sich andererseits mehr Verantwortung von Landesseite aus wünschen.

Herr Dittrich, Sie haben zum Schluss gesagt, trotz des Endes der Coronapandemie blieben weitere Agitationsfelder – den Begriff haben Sie dafür genutzt – wie Flut, Krieg, Europa und Inflation. Wenn ich jetzt noch ein bisschen weiterdenke, würde ich sagen, dass der in den nächsten Jahren zu erwartende demografische Wandel eine der ganz großen Herausforderungen sein wird. Wir erleben die Herausforderungen bereits im Bereich der Gesundheitsversorgung, beispielsweise in der Pflege. Dort spüren es die Menschen schon. Es gibt also wahrscheinlich weitere Agitationsfelder, mit denen wir rechnen müssen. Das heißt, wir können uns da sicherlich nicht zurücklehnen.

Die entsprechenden Herausforderungen zeigen sich in einigen anderen Bundesländern schon sehr viel stärker. Wie stellt sich die Zusammenarbeit mit den anderen Landesämtern für Verfassungsschutz dar? Es besteht ja nicht nur die Notwendigkeit, einen engen Austausch zwischen Politik und Verfassungsschutz zu pflegen, sondern wahrscheinlich sind wir auch innerhalb des Landes Baden-Württemberg mit ganz unterschiedlichen Situationen konfrontiert. Müssen wir uns also darauf einstellen, dass sich diese Bewegungen auch in Baden-Württemberg noch stärker niederschlagen?

Ich gehe davon aus, dass jeder von uns, der als Abgeordneter im Land unterwegs ist, bereits die Erfahrung gemacht hat, dass beispielsweise ein Dialog mit Reichsbürgern oder Querdenkern im Grunde genommen chancenlos ist. Das habe ich oft selbst erlebt. Eine der großen Herausforderungen besteht sicherlich darin, diesbezüglich einen richtigen Zugang zu finden. Wie bewerten Sie in dieser Situation einen kommunalen Ansatz, also dass man den Zugang von den Kommunen aus stärker in den Blick nimmt? Denn wir stellen fest, dass es über die Landesebene enorm schwierig ist. Wir erleben auch, dass die sozialen Medien einen großen Anteil daran haben. Insofern würde mich noch einmal die Situation, die auch mit der internationalen Einflussnahme auf uns zukommt, interessieren. Müssen wir, wenn wir beispielsweise nach Frankreich blicken, damit rechnen, dass solche Dinge auch in Baden-Württemberg perspektivisch geschehen könnten?

Vielen Dank.

Abg. Emil Sänze AfD: Herr Landesbischof Gohl, der Religionssoziologie Detlef Pollack spricht von einer deutlichen theologischen Argumentationsnot der Kirchen im Zusammenhang mit Corona, die häufig auch von Partikularinteressen getrieben gewesen sei. Es gab in der Kommunikation der Kirchen zum Teil auch eine relativ einseitige Festlegung, die vielleicht einige Ihrer Schäfchen von Ihnen weggetrieben hat. Sehen Sie das ähnlich? Das, was Sie gerade vorgetragen haben, war stark monetär

– 92 –

ausgeprägt und weniger auf der religiösen Ebene. Ich sehe die Kirche eigentlich als Moderator zwischen den Welten.

An Herrn Dittrich habe ich folgende Frage: Die außerparlamentarische Opposition setzt sich aus vielen Gruppierungen zusammen. In der Tat haben die sich in einer Zielrichtung zusammengefunden, zum Teil auf unterschiedlichen Ebenen. Allerdings sehe ich den Staat nicht ganz ohne Verantwortung dafür, weil er diese Menschen zum Teil auch in einer Bewegung zusammengetrieben hat. Mich würde interessieren, wie man diese Gruppierungen, die die Wahrnehmung ihrer Interessen mehr oder weniger außerhalb des Parlaments auch demokratisch betreiben wollen, wieder von den Reichsbürgern lösen kann, die ja einer ganz anderen Meinung anhängen als viele, die sich diesen Gruppierungen angeschlossen haben.

Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann gebe ich das Wort wieder zurück an Sie, Herr Bischof Gohl und Herr Dittrich. Ich bitte Sie, die Fragen jeweils innerhalb von zehn Minuten zu beantworten.

Sv. Herr Gohl: Ich versuche, mich kurzzufassen, zumal beispielsweise Frau Harsch als externes Mitglied der Enquetekommission gerade zum Thema Förderrichtlinien viel besser beschreiben kann, wie das Zusammenspiel zwischen Kommune, Landkreis und Land funktioniert. Dazu kann ich nur aus meiner früheren Zeit als Dekan in Ulm berichten, dass es im Stadtkreis und im Landkreis ganz unterschiedliche Hilfesysteme gab, was es für denselben Hilfeträger schwierig macht, Lösungen zu finden. Das soll einfach eine Problemanzeige sein, die man dann mit den Fachleuten von Diakonie und Caritas gemeinsam mit den Kommunen in diesem Kontext diskutieren muss. Wir haben in erheblichem Umfang Eigenmittel beigesteuert, um den Menschen, die in Not sind, zu helfen. Ich glaube, das müssen wir uns noch einmal anschauen.

Unsere Fachleute, die damit befasst waren, haben geäußert, es wäre ihnen recht, wenn das Land eine klare Struktur vorgeben würde, wie die Hilfe bestmöglich bei den Menschen ankommt. Es gab tatsächlich Menschen, die unbetreut auf der Straße standen. Ich bin stolz auf die Caritas und die Diakonie, weil die Beratungsstellen die ganze Zeit geöffnet waren und den Menschen geholfen werden konnte. Das ist ein Impuls, dass man sich überlegt, wie man sich aufstellt, damit man vorbereitet ist und so wenig wie möglich zwischen den Institutionen hängenbleibt, sondern die Hilfe ganz konkret leisten kann.

Das Gleiche gilt aus meiner Sicht auch für das komplexe Feld der Fördermittel. Auch dazu finden ja Gespräche mit den Verbänden statt, deren Fachleute es Ihnen viel besser erklären können. Wir erleben es immer wieder, dass es zum Teil unheimlich kompliziert ist, wie man da hinkommt. Es gibt viele Menschen, die mit der Beantragung von Fördermitteln total überfordert sind. Diese Menschen können dort Unterstützung

– 93 –

erhalten. Ziel muss es sein, dass die Hilfeleistungen besser ankommen, als es bisher der Fall ist.

Das Gleiche gilt in Bezug auf die ambulanten Hospizdienste und die Auswirkungen des Gesetzes. Das ist sicherlich eine Gratwanderung: Wie bekommt man es einheitlich hin, ohne dass man die Besonderheiten, die es gerade dann, wenn mit Ehrenamtlichen gearbeitet wird, nun einmal gibt, ausblendet und unter Umständen einen großen Bereich vor Herausforderungen stellt, die sie nicht mehr bewältigen können. Aber auch hier muss ich sagen: Konkret ist es ein Gespräch zwischen den Fachleuten von Diakonie und Caritas sowie den Vertretern. Es tut mir leid, dass ich diesbezüglich nicht konkreter werden kann.

Es wurde die Sichtbarkeit der Kirche angesprochen. In der Tat sind die Mitgliederzahlen rückläufig. Wir erleben auch, dass der Vertrauensverlust in die Institution Kirche steigt. Ich halte es für wichtig, dass wir die Institutionen stärken. Deshalb besteht unser Beitrag u. a. darin, dass wir die Politik nicht schlechtreden, sondern dass wir sagen: Das ist ein stabiles System, das einen breiten Rahmen offenhält. Da werben wir dann auch für Vertrauen.

Sie haben gefragt, wie Vertrauen gewonnen werden kann. Wir erleben es beispielsweise beim Thema Missbrauch, wo die Kirchen Vertrauen verloren haben. Um Vertrauen wiederzugewinnen, hilft nur absolute Transparenz, und da hilft auch, dass man zugibt, Fehler gemacht zu haben. Auch die Kirche hat in der Pandemie Fehler gemacht. Aber das hat ja niemand mutwillig gemacht, sondern alle waren von dieser Krise überfordert. Aber dann sollte man auch mit einem gewissen zeitlichen Abstand dazu stehen und beispielsweise sagen, man hätte vielleicht deutlicher widersprechen müssen. Das ist dann später auch geschehen. Aber es war unser Anliegen, dass man die Pandemie begrenzt und auf der Grundlage des damaligen Wissens verantwortlich handelt.

Herr Haußmann, Sie hatten die Coronaverordnungen angesprochen. Wir haben es auch bei uns erlebt, dass man sehr verantwortlich damit umgegangen ist. Für die großen Kirchen kann ich auf jeden Fall sagen, dass sie ein so gutes Netzwerk haben, dass das auch überprüft wird. Wir konnten dann auch nachweisen, dass keinerlei Infektionsgeschehen von den Gottesdiensten in großen Kirchen ausging. Daher würde ich die Forderung nach mehr Eigenverantwortung absolut unterstützen.

Allerdings steht das wiederum im Widerspruch zu der Forderung nach einer zentralen Steuerung. Einerseits brauchen wir in der Tat eine zentrale Steuerung. Allerdings sollte nicht alles bis ins letzte Detail zentral geregelt werden. Wir haben es z. B. bei uns in der Kirche erlebt, als der Hinweis vom Oberkirchenrat kam, dass alle Gemeindehäuser zu schließen seien. Ich habe den Oberkirchenrat angerufen und ihn darauf hingewiesen, dass sich in vielen Gemeindehäusern auch die Pfarrbüros befinden. Was soll mit denen geschehen? Ich mache niemandem einen Vorwurf, aber da muss man den

– 94 –

Menschen auch einfach mal vertrauen. Ich würde sagen, 80 % gehen verantwortlich damit um, und das würde ich stärken.

Herr Sänze, Sie haben das Thema „Corona und die Theologie“ angesprochen. Zunächst vielleicht noch einmal zur öffentlichen Wirksamkeit. In der Öffentlichkeit ist der Eindruck entstanden, die Kirche hat nicht viel gemacht. Vor Ort waren die Gemeinden aber unheimlich aktiv. Sie haben Hilfsaktionen für alte Menschen gemacht oder auch Besuchsprogramme organisiert. Das wurde öffentlich nur nicht wahrgenommen. Da geht es uns wahrscheinlich wie Ihnen in der Politik, dass nur die negativen Sachen in der Öffentlichkeit erscheinen. Aber vor Ort war das unheimlich lebendig, auch im ländlichen Raum.

Es wurde durchaus auch die theologische Frage diskutiert: Hat die Pandemie etwas mit Gott zu tun, ja oder nein? Wie sehen wir das? Das wurde durchaus diskutiert – gut evangelisch bei uns durchaus auch kontrovers. Da gab es steile Aussagen. Ich habe immer gesagt: Wir merken, wie verwundbar wir sind, wie wenig wir im Leben haben. Deshalb stellt sich ja die Frage: Was gibt dir Halt im Leben? Wir verfügen nicht darüber. Wir werden geboren. Das haben wir auch nicht in der Hand. Da sind wir übrigens auch interreligiös unterwegs. Im „Rat der Religionen in Ulm“ haben wir das auch mit Muslimen diskutiert. Da gab es eine rege Diskussion. Aber wir müssen uns überlegen, warum dies denn so wenig in der Öffentlichkeit ankommt. Das wäre ein Punkt, mit dem man sich zukünftig beschäftigen sollte. Kirchen oder Religionsgemeinschaften können dazu wirklich etwas beitragen. Nicht umsonst steht ja der berühmte Böckenförde-Satz im Kommentar zum Grundgesetz: Der säkulare Staat lebt von Voraussetzungen, die er sich selbst nicht gibt.

Wir erleben es im Vergleich mit Frankreich, dass unser System mit einer Trennung zwischen Staat und Religion – kooperierend und nicht streng laizistisch – ganz gut ist. Ich denke, das gilt es, in Krisenzeiten in der ganzen Bandbreite zu nutzen.

Sv. Herr Dittrich: Die erste Frage bezog sich auf den Schulterschluss zwischen der Protestbewegung und dem Parteienspektrum. Ich werde einmal versuchen, diese allgemein zu beantworten. Wir hatten im Prinzip von Beginn an, was die Protestbewegung angeht, den Versuch unternommen, sowohl aus dem extremistischen – vor allem dem rechtsextremistischen – Spektrum als auch aus Teilen der AfD irgendwo an die Protestbewegung anzudocken. Da waren dann aber auch Parteien wie die NPD, Der Dritte Weg, Die Rechte, die Neue Stärke Partei, die ja erst entstanden ist, unterwegs, was diese Themen betrifft.

Ich würde sagen, dass das letztlich nicht gelungen ist. Ich meine, die Protestbewegung hat sich primär vor allem aus sich selbst heraus im Hinblick auf die Reichsbürgernarrative radikalisiert, während sich die doch zum Teil staatskritischen oder auch staatsfeindlichen Narrative, die man als Anknüpfungspunkte seitens des Parteienspektrums zu nutzen versucht hat, im Ergebnis in der Protestbewegung selbst dann doch nicht verfangen haben.

– 95 –

Eine weitere Frage betraf die Desinformation und die unterschiedlichen Kanälen, die bedient werden. Der Hauptakteur ist letztlich Russland. Wir haben aber auch andere staatliche Akteure wie China und den Iran im Blick, die allerdings in Bezug auf die Coronaprotekte keinerlei Rolle gespielt haben. Es sind Kanäle wie „Russia Today“ als Fernsehkanal sowie die über das Internet abrufbaren sozialen Netzwerke und die Telegram-Kanäle mit zahlreichen Unterkanälen. Das ist das mediale Spektrum, das genutzt wurde.

Ich werde versuchen, die Frage, wann wir Personen oder Personenzusammenschlüsse diesem Spektrum der staatlichen Delegitimierung zuordnen, zusammen mit der Frage, die Herr Sänze am Schluss gestellt hat, zu beantworten. Ich hatte vorhin dargelegt, dass die Kriterien letztlich sehr „hochschwellig“ sind.

Wir haben bei dem Katalog, den wir selbst zugrunde legen und der innerhalb der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern auch so abgestimmt worden ist, durchaus den Fokus darauf gelegt, dass entweder eine tatsächlich systematische, zielgerichtete und nachhaltig anhaltende Verächtlichmachung und Diffamierung erfolgen muss oder dass wir einen Gewaltbezug feststellen müssen: Widerstandshandlungen, Sabotagehandlungen, Aufrufe zum Mord und Ähnliches. Vielleicht nenne ich Ihnen einfach mal eine Zahl – das ist auch dem Verfassungsschutzbericht zu entnehmen –: Wir rechnen dem Spektrum der Delegitimierung in Baden-Württemberg derzeit etwas mehr als 300 Personen zu. Es gibt in Baden-Württemberg 3 800 Reichsbürger und 1 700 Rechtsextremisten – natürlich alles mit einem gewissen Dunkelfeld. Daran erkennt man aber auch, dass der weitaus geringste Teil der Protestbewegung von uns als wirklich extremistisch eingestuft werden kann, geschweige denn als gewalttätig oder gewaltbereit.

Sie hatten die außerparlamentarische Opposition und die Verantwortung des Staates angesprochen. Man wird sicherlich konstatieren müssen, dass die Regierungen, also Land und Bund, in solchen Situationen besser, klarer und einheitlicher kommunizieren müssen. Es muss auch deutlich werden, dass der Staat in der Lage ist, seine Bürger zu schützen und Krisen zu bewältigen. Ich glaube, daran sind bei vielen Zweifel aufgekommen. Das hat den Extremisten die Möglichkeit geboten, genau hier anzudocken und zugleich auch extremistische Propaganda zu platzieren. Da ist jeder selbst in der Verantwortung, sich von Extremisten zu distanzieren und die mit der Reichskriegsflagge nicht auf der Demo mitlaufen zu lassen. Auf der anderen Seite ist aber auch der Staat gefordert, in Krisen künftig besser und professioneller zu agieren. Wie ich vorhin gesagt habe, versuchen wir, differenziert auf die Spektren zu schauen und ganz klar herauszuarbeiten, was Extremismus ist und was nicht. Nicht jede missliebige Meinung, nicht jede missliebige Agitation, die vielleicht noch so harsch sein kann, ist sofort verfassungsfeindlich. Das muss man dann eben auch einmal festhalten.

Es ist auch gefragt worden, wie man in solche Gruppen von Verschwörungsgläubigen hineinkommt und was man dagegen tun kann. Der Begriff der Filterblase ist ja allseits bekannt. Ich glaube, das ist unheimlich schwer und auch nicht jetzt im Sinne von einer

– 96 –

präventiven Möglichkeit zu leisten. Damit würde ich mich wirklich schwertun. Aber ich glaube, es ist im Prinzip wichtiger, bei denjenigen anzusetzen, die noch nicht in solchen Filterblasen sind, die aber vielleicht Gefahr laufen, dort hineinzugeraten. Das ist vielleicht ein etwas einfacherer Ansatz.

Ansonsten muss ich mich da ein bisschen herausnehmen, weil wir keine Behörde für Extremismusprävention sind, sondern wir klären nur auf. Ich sehe diese Aufgaben besser bei anderen Akteuren aufgehoben. Sie hatten vorhin konex genannt. Es gibt auch die Taskforce, die ein ganzes Maßnahmenpaket geschnürt hat, und eine Internetplattform, wo man dann sicherlich noch in die Details einsteigen muss. Wir sehen uns als diejenigen, die Informationen bereitstellen, damit andere agieren können, und die möglichst in einer objektiven Art und Weise an die Themen herangehen. Deswegen bin ich jetzt nicht der richtige Ansprechpartner für die Taskforce, auch wenn wir da letztlich mit im Boot sind.

Die Frage zum ganzheitlichen Ansatz in der Extremismusprävention ist ähnlich gelagert. Wir arbeiten sehr gut mit konex zusammen. Dort findet ein vertrauensvoller Austausch statt. Aber es ist wie in allen Bereichen: Wenn man mehr Geld, kann man mehr machen. Letztlich müssen Sie am Ende Ihrer Kommissionsarbeit entscheiden, welches die richtigen Handlungsempfehlungen sind und wo und wie welches Geld sinnvoll eingesetzt wird.

Sie hatten dann die Antwort auf die Große Anfrage angesprochen. Zu Reichsbürgern mit Schusswaffen habe ich gerade keine Zahlen präsent. Ich meine allerdings, dass die Zahl in den letzten Jahren rückläufig war. Wir sind derzeit dabei, sowohl mit dem Innenministerium als auch mit den Waffenbehörden vor Ort eine Art Workflow zu vereinbaren, damit die Meldepflichten und der Austausch einfacher und schneller vonstattengehen kann, weil wir doch feststellen, dass die Abgleiche mit unserem Datenbestand, auch wenn wir Zugriff auf das nationale Waffenregister haben, nicht immer reibungsfrei laufen. Hier muss man etwas tun, und da sind wir auch dran. Ich denke, da sind wir auf einem ganz guten Weg.

Wir hatten gerade heute Morgen eine Lagebesprechung. Da ging es wieder um zwei Durchsuchungsmaßnahmen bei Reichsbürgern, die in dieser Woche in Baden-Württemberg anstanden und durchgeführt worden sind. Das ist also an der Tagesordnung. Ich glaube, es ist auch angekommen, dass hier ein großer Bedarf und eine entsprechende Notwendigkeit bestehen.

Sie fragten nach der Medienkompetenz innerhalb unserer eigenen Behörde. Es gibt keine speziellen Schulungen für Medienkompetenz, aber ich glaube, die Arbeit im Bereich der nachrichtendienstlichen Analyse setzt voraus, dass man sich kritisch mit Medieninhalten auseinandersetzt und sich vor allem verschiedener Quellen bedient und diese differenziert betrachtet. Das ist letztlich Teil der Ausbildung, der Schulung und der Qualifizierung. Das muss ich eigentlich von jeder Mitarbeiterin und jedem

– 97 –

Mitarbeiter, die bzw. der bei uns arbeitet, verlangen. Aber es gibt keine Schulung zur Medienkompetenz in dem Sinn.

Wie entwickeln sich die Spektren weiter? Wir stellen durchaus fest, dass man sich sowohl im Reichsbürgerspektrum als noch stärker in dem Spektrum der Delegitimierung mehr in Richtung Klimawandel fokussiert, dass aber in den Teilen, die wir beobachten und die stärker dem rechtsextremistischen Milieu zuzuordnen sind, vor allem das Thema „Migration und Flüchtlinge“ in den Vordergrund rückt. Der Ukraine Konflikt verblasst inzwischen etwas, vielleicht durch Zeitablauf, auch wenn das wirklich tragisch ist. Die Menschen stumpfen vielleicht auch ab. Aber das Thema „Migration und Flüchtlinge“ wird uns aus Sicht der Extremismusbeobachtung neben der Klimaproblematik in den nächsten Monaten und Jahren wahrscheinlich am meisten beschäftigen.

Mit dem Vergleich mit dem europäischen Ausland tue ich mich ein bisschen schwer. Bezogen auf eine Entwicklung, was rechte oder rechtsextremistische Parteien angeht, erleben wir in Deutschland eine Entwicklung, die in anderen Staaten – in Frankreich, Italien, Polen, Ungarn und in den skandinavischen Ländern – schon längst stattgefunden ist. In Bezug auf die Coronaprotektbewegung muss man sagen, dass es nirgendwo in den anderen europäischen Ländern eine Protestbewegung gab, die so intensiv, so stark in Bezug auf extremistische Einflussnahmen war wie die hiesige. Das ist sicherlich nicht ganz vergleichbar.

Vorsitzender Alexander Salomon: Es gibt noch zwei Meldungen für Nachfragen, zum einen von Herrn Dr. Müller und zum anderen von Frau Abg. Saint-Cast. – Herr Dr. Müller, bitte.

Dr. Christoph Müller, externes Mitglied: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich habe eine Frage an Herrn Landesbischof Gohl. Herr Bischof, in Ihrer Rede und dann auch in der Diskussion waren Sie mir an einer Stelle ein bisschen zu changierend. Deswegen möchte ich einmal konkret nachfragen. Auf der einen Seite haben Sie die dezentralen Strukturen der Kirche betont. Gerade die evangelische Kirche oder auch die Kirchen generell arbeiten ja sehr stark nach dem Subsidiaritätsprinzip. Andererseits haben Sie dann mehrfach nachdrücklich eine zentrale Steuerung gefordert, die von der Landesregierung ausgehen soll. Was soll es denn nun sein? Vielleicht könnten Sie das ein bisschen konkreter fassen.

Herr Dittrich, wir hatten heute Morgen gehört – diesen Punkt fand ich persönlich sehr spannend –, dass Konflikte insbesondere in der auslaufenden Krise zunehmen, also wenn die unmittelbare Krise die Menschen nicht mehr so stark beschäftigt, sie wieder ein bisschen Luft und Zeit haben und sie das Gefühl haben, es gehe wieder um etwas. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie das so gemeint haben, weil Sie auf diesen zeitlichen Aspekt, glaube ich, gar nicht direkt eingegangen sind. Aber bei Ihnen hatte ich mehr den Eindruck, dass Sie das tatsächlich auch in der Krise verortet haben. Vielleicht könnten Sie das Thema „Zeitliche Verortung von zunehmenden Konflikten im

– 98 –

Rahmen einer Krise“ kurz kommentieren, quasi als kleinen Praxisabgleich mit dem, was wir heute Morgen gehört haben.

Vielen Dank.

Abg. Nadyne Saint-Cast GRÜNE: Herr Gohl, vielen Dank für Ihren Input. Sie haben zu Recht das kooperative Modell zwischen Staat und Kirche in Deutschland und insbesondere in Baden-Württemberg angesprochen. Ein konkreter Pfeiler dieses Modells ist der Religionsunterricht an unseren Schulen. Als Bildungspolitikerin bereitet es mir Sorge, wie wir mit zunehmenden Kirchenaustritten den Religionsunterricht mit einer religiösen Vielfalt tatsächlich noch in unseren Schulen halten können. Ich finde, dass das ein ganz wichtiger Bestandteil ist, um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu erhalten oder zu stärken und um auch dem Extremismus bzw. extremistischen Strömungen entgegenzuwirken. Welche Perspektive für den Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen sehen Sie für die Zukunft?

Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann bitte ich jetzt zunächst Herrn Gohl um die Beantwortung der Fragen, und dann folgt Herr Dittrich. – Bitte.

Sv. Herr Gohl: Herr Dr. Müller, das war genau das, was ich schon versucht hatte, Herrn Haußmann zu erläutern: dass das irgendwie ein kleiner Widerspruch ist. Unser Problem ist die dezentrale Steuerung. Stadt, Landkreis und Kommune – jeder steuert ein bisschen. Deshalb wäre aus unserer Sicht in dieser Situation eine zentrale Steuerung, die allerdings die dezentrale Strukturen mit ihren Netzwerken ernst nimmt, hilfreich. Das wäre die Präzisierung.

Ihre zweite Frage betraf die kooperative Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit findet nicht nur mit Kirchen, sondern mit Religionen statt. Als Kirchen – da kann ich gut für die römischen Geschwister mitsprechen – liegt uns extrem am Religionsunterricht. Wir haben es auch in der Nacharbeit zur Pandemie gemerkt: dass man dort noch einmal auf einer ganz anderen Ebene über dieses Thema sprechen kann. Die Frage wäre, wie der Religionsunterricht die Vielfalt abbildet. Deshalb bin ich auch ein Freund des muslimischen Religionsunterrichts, dass man also Religion als eine Ressource von uns Menschen sieht, was zu unserem Menschsein dazugehört. Man kann die religiöse Frage unterschiedlich beantworten oder auch sagen, man halte gar nichts davon, aber als eine Konstante im Leben findet der Religionsunterricht bei uns eine ganz große Chance, noch mal eine andere Dimension in der Schule unterzubringen.

Sv. Herr Dittrich: Die Frage, ob Konflikte in der auslaufenden Krise eher zunehmen, ist schwierig zu beantworten, weil man hier letztlich verschiedene Formate betrachten muss. Wir haben zwar einerseits während der Pandemie ein Protestgeschehen gehabt, das sich vor allem auf der Straße abgespielt hat – mit wellenartigen Bewegungen:

– 99 –

Zum Teil hatten Proteste bis zu 30 000 bis 40 000 Teilnehmer. Wir hatten dann eine Zeit der Spaziergänge, wie ich es einmal nennen will. Aber zugleich hatten wir auch immer ein aus unserer Sicht erhebliches Informationsaufkommen in den sozialen Netzwerken, das über die Jahre der Pandemie hinweg nicht nachgelassen hat.

Je nachdem, welche staatlichen Maßnahmen angekündigt waren, hat sich das dann auf die Protestformate auf der Straße und auch in den sozialen Netzwerken ausgewirkt. Man hat gemerkt, dass die Diskussion über „Jetzt kommt der Tag X, jetzt kommt der Tag des staatlichen Zusammenbruchs, jetzt kommt der Tag des Aufstands“ massiv von der jeweiligen Medienberichterstattung bzw. von der Presseberichterstattung abhängen, aber natürlich auch vom staatlichen Agieren.

Das Ganze ist dann etwas ausgelaufen, nachdem ein Großteil und schlussendlich dann alle Beschränkungsmaßnahmen aufgehoben wurden. Wir haben dann in einem kleineren Teil des Spektrums, den wir im Blick hatten, gemerkt, dass da letztlich der Glaube bleibt, dass, wenn die Pandemie weg ist, etwas anderes kommt. Dann ist der Tag X in irgendeinem Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des Bankensystems zu sehen, oder der Tag X ist im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine zu sehen.

Bei den Verschwörungsideologien war es so, dass der Tod der Queen bei manchen dazu geführt hat, dass man der Meinung war, das sei ein Zeichen dafür, dass es in den nächsten Tagen losgehe. Das mag jetzt ein bisschen absurd klingen, aber ich will damit sagen: Wenn man derartigen extremistischen Verschwörungsideologien anhängt, dann findet man immer wieder einen neuen Anknüpfungspunkt. Das ist austauschbar. So hatten wir im Prinzip über die drei Jahre hinweg eine dauerhaft hohe Gefahrensituation, was bestimmte Menschen anbelangt, die durchaus eher einem gewaltorientierterem Spektrum zuzuordnen sind. Aber was den Protest auf der Straße betrifft, hat das natürlich jeweils im Zusammenhang mit den Maßnahmen ab- und zugenommen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Bischof Gohl, ich habe von Frau Abg. Saint-Cast vernommen, dass sie mit ihrer Frage eine andere Intention verfolgt hatte, nämlich wie man den Religionsunterricht aus Sicht der Kirchen zukünftig ausgestalten kann und ob es da beispielsweise Verbesserungsbedarf gibt.

Sv. Herr Gohl: Entschuldigung, das hatte ich so nicht vernommen. – Da sich der Religionsunterricht am Bildungsplan orientiert, ist man permanent dabei, das anzupassen, auch hinsichtlich dessen, welche Funktion der Religionsunterricht im Fächerkanon einnimmt. Ich war gestern z. B. bei der Jenaplanschule in Mössingen – das ist Reformpädagogik –, wo auch Schüler ohne konfessionelle Bindung sind. Dort wurde deutlich, dass die Form des Religionsunterrichts nicht mehr so ist, wie man es vielleicht von früher her kennt. Im Religionsunterricht gibt es nicht mehr zwingend das strenge evangelische oder katholische Wissen. Das geschieht oft auch schon kooperativ,

– 100 –

konfessionsübergreifend. Der Religionsunterricht wird permanent weiterentwickelt und an die Anforderungen angepasst, wie übrigens jedes Fach in der Schule.

Ich weiß nicht, ob Sie mit dieser Antwort zufrieden sind.

Vorsitzender Alexander Salomon: Um die Zufriedenheit geht es, glaube ich, nicht. Aber Frau Abg. Saint-Cast kann ja im Nachgang vielleicht noch mal auf Sie zukommen, wenn es in Ordnung ist. Dann können Sie das bilateral klären und uns vielleicht die Erkenntnisse im Nachgang noch mitteilen, damit wir sie vielleicht auch noch in den Bericht einfließen lassen können. – Jetzt hat Frau Abg. Cataltepe noch eine Frage. Bitte.

Abg. Ayla Cataltepe GRÜNE: Vielen Dank. – Ich habe eine Frage an Herrn Dittrich, und zwar sagten Sie vorhin, wir müssten die Menschen erreichen, die noch nicht in dieser Blase sind. Gibt es da irgendwelche Formen der Erreichbarkeit? Wie können wir es schaffen, diese Menschen zu erreichen und mit sachlichen Argumenten in einen Austausch mit ihnen kommen?

Sv. Herr Dittrich: Ich würde dann vielleicht doch noch einmal Bezug auf das nehmen, was ich vorhin während meines Vortrags sagte. Das gilt letztlich für alles staatliche Handeln – ich kann es als Vertreter einer staatlichen Behörde ja nur so darstellen –, aber natürlich auch für andere gesellschaftliche Bereiche: Politik verständlich, transparent und nachvollziehbar zu machen, behördliche Entscheidungen nachvollziehbar zu machen und Sorgen und Ängste von vornherein mit einzuplanen, zu bedenken und auch in die Diskussionsprozesse mit aufzunehmen.

Wie gesagt, ich bin dafür kein Experte. Ich beschäftige mich mit Extremismusaufklärung und -bekämpfung und weniger mit Präventionsaspekten. Ich denke, es ist im Sinne einer Demokratieförderung durch politische Bildung oder auch in dem Sinn, dass man Bewusstsein für unsere demokratischen Werte schafft, einfacher, bei denen anzusetzen, bei denen man erkennt, dass vielleicht eine Gefahr besteht, dass sie in den Extremismus abrutschen, als bei denen anzusetzen, die sich bereits sehr stark in Verschwörungsideologien verfangen haben. Sie tun sich bei einem Hardcore-Neonazi, der seit 20 Jahren in der extremistischen Szene unterwegs ist, schwer, ihn mit einem Aussteigerprogramm zurückzuholen. Bei Menschen, die vielleicht erstmals durch eine individuelle schwierige Situation bzw. schwierige gesellschaftliche Umstände mit Extremismus in Berührung kommen, tut man sich vielleicht leichter, sie wieder zurückzubringen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Jetzt sind wir tatsächlich am Ende dieser Frageunde angekommen, da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe.

Vielen Dank an Sie, Herr Bischof Gohl und Herr Dittrich, dass Sie uns Rede und Antwort gestanden haben. Wir sind auch im Nachgang noch an dem einen oder anderen

– 101 –

Punkt interessiert. Auch für Sie gilt: Wenn Sie noch etwas für die Enquetekommission haben, richten Sie es bitte an uns. Im nächsten Jahr werden wir einen Abschlussbericht mit Handlungsempfehlungen vorlegen. Hierfür möchten wir, dass auch Ihre Anliegen dabei Berücksichtigung finden.

Noch einmal vielen Dank an Sie. Sie dürfen gern noch dableiben.

(Beifall)

Wir kommen jetzt zum letzten Sachverständigenblock, und zwar zunächst zu Frau Yotrana Youkhana. Sie ist Sachgebietsleiterin „Förderung Bürgerschaftliches Engagement“ der Stadt Stuttgart. Auch Sie haben 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Youkhana: Sehr geehrte Mitglieder der Kommission, sehr geehrte Gäste! Ich freue mich, heute hier zu sein und mit Ihnen über die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zu sprechen und ins Gespräch zu kommen. Vielen Dank.

In meinem heutigen Input möchte ich über die Aufgaben der Engagementförderung berichten, die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für den gesellschaftlichen Zusammenhalt beleuchten und über den Wandel des Engagements mit aktuellen Themen und Trends sprechen, um dann die Bedarfe von engagierten und engagementfördernden Stellen aufzuzeigen und daraus Handlungsempfehlungen für Sie abzuleiten.

Ich vertrete heute das Sachgebiet „Förderung Bürgerschaftliches Engagement“ der Landeshauptstadt Stuttgart. Zu diesem Sachgebiet gehören die kommunale Engagementförderung – wie sie viele Kommunen betreiben –, die Freiwilligenagentur Stuttgart, die Free Academy, eine Kooperation mit der Volkshochschule Stuttgart zur Qualifizierung und Weiterbildung von Engagierten, sowie ein Prozess zur strategischen Weiterentwicklung der Engagementförderung in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Partnern. Aus diesen Erfahrungen sowie natürlich aus der Vernetzung mit engagementfördernden Stellen anderer Kommunen und Landkreise und weiteren Partnern speist sich der heutige Input.

Zu den großen Aufgaben der Engagementförderung gehört es, das Engagement mit verschiedenen Angeboten und Programmen zu stärken und seine Entwicklung zu fördern, die Verwaltung – zumindest im Falle der kommunalen engagementfördernden Stellen – bürgerorientiert und beteiligungsfreundlich mitzugestalten sowie innerhalb der Verwaltung als Interessenvertretung des Engagements zu wirken. Den Bereich Bürgerengagement vertreten wir alle in verschiedenen Netzwerken und vernetzen uns, um einen Wissenstransfer zu gewährleisten.

– 102 –

Mit unserer Arbeit setzen wir uns dafür ein, gute Rahmenbedingungen für Bürgerengagement zu schaffen und Engagierte, Gruppen, Projekte und Organisationen bedarfsgerecht zu beraten, zu vermitteln und zu qualifizieren. Wir informieren über freiwilliges Engagement und Ehrenamt, werben für den Einsatz für die Gesellschaft und machen auf den Mehrwert für den Einzelnen aufmerksam. Außerdem ist es uns ein großes Anliegen, bürgerschaftliches Engagement in seiner ganzen Vielfalt anzuerkennen und wertzuschätzen.

Das bürgerschaftliche Engagement oder auch freiwilliges Engagement können wichtige und positive Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt haben. Das Engagement trägt dazu bei, soziales Kapital aufzubauen und auch zu stärken. Durch die Interaktion mit anderen Menschen können Engagierte Vertrauen, Zusammengehörigkeit und soziale Bindungen empfinden. Engagement ermöglicht es ihnen, aktiv an der Gestaltung ihres Umfelds mitzuwirken. Sie bringen ihre Fähigkeiten ein, sie tragen dazu bei, lokale Initiativen und Projekte zu unterstützen, fördern damit das Gemeinwohl und verbessern letztlich auch ganz individuell ihre Lebensqualität vor Ort.

Durch freiwilliges Engagement können Menschen ihre eigenen Ressourcen und Kompetenzen entdecken und entwickeln und so auch ihr Selbstwertgefühl steigern. Durch das Engagement werden sie empowert, einen eigenen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten sowie aktiv an Gestaltungs- und auch Entscheidungsprozessen teilzuhaben. Durch die Vernetzung im Engagement können Freiwillige neue Kontakte knüpfen und ihr persönliches Netzwerk erweitern. In diesen Netzwerken wird der Austausch von Informationen, von Ideen und von Ressourcen gefördert. Somit wird auch innerhalb der Gesellschaft ein Wissenstransfer geleistet.

In unserer Arbeit begegnen uns regelmäßig verschiedene Trends und Themen im Engagement – natürlich jeweils mit unterschiedlicher Ausprägung: ob wir nun in großen Städten, in kleinen Städten oder im ländlichen Raum aktiv sind. Unsere Aufgabe dabei ist es, auf all diese Entwicklungen gleichzeitig zu reagieren und für die verschiedenen Motivationen, Bedarfe und Zielgruppen gute Rahmenbedingungen zu schaffen.

Was passiert gerade im Engagement? Dazu haben Sie in früheren Sitzungen sicherlich schon einiges gehört. Die Flexibilität im Engagement und auch die Vielfalt der Einsatzmöglichkeiten haben zugenommen. Während früher die meisten ehrenamtlichen Tätigkeiten langfristig und regelmäßig angelegt waren, finden sich inzwischen vermehrt flexiblere Optionen, sich einzubringen, beispielsweise durch projektbasiertes Ehrenamt, virtuelles Ehrenamt oder auch Micro-Volunteering.

Die Digitalisierung hat das Engagement auf verschiedene Weise beeinflusst. Heute sind diverse Plattformen und Apps zugänglich, die Menschen miteinander und auch mit gemeinnützigen Organisationen in Verbindung bringen. Soziale Medien ermöglichen es Engagierten und Organisationen, ihre Arbeit mit einem breiteren Publikum zu teilen. Damit schaffen sie Bewusstsein für ihre Themen und rufen andere zur Mitwirkung auf. Die Digitalisierung ermöglicht es Engagierten auch, ihre Aufgaben flexibler

– 103 –

und ortsunabhängiger wahrzunehmen. Sie können sich außerdem zeitsparender und kostengünstiger miteinander vernetzen und fortbilden. Außerdem werden auch administrative Prozesse vereinfacht und damit Ressourcen geschont.

Sie sehen: Ich zeichne jetzt ein sehr positives Bild der Digitalisierung im Engagement. Aber es ist mir wichtig, darüber zu sprechen, weil wir oft nur darüber reden, dass Menschen durch die Digitalisierung im Ehrenamt abgehängt werden.

Durch den demografischen Wandel verändert sich natürlich auch die Altersstruktur der Engagierten. Mit einer alternden Bevölkerung steigt auch der Bedarf an ehrenamtlichen Möglichkeiten, die den Bedürfnissen älterer Menschen gerecht werden. Damit meine ich z. B., dass wir kürzere Einsatzzeiten, Tätigkeiten mit weniger anstrengender körperlicher Belastung oder auch einfach barrierefreie Zugänge zu Räumen planen müssen. Ältere Engagierte wiederum können ihre Erfahrungen einbringen und tragen damit zur Nachhaltigkeit in den Organisationen bei.

Es findet sich außerdem ein breites Spektrum an freiwilligen Tätigkeiten, das stetig wächst. Wir stellen heute fest, dass Menschen unterschiedlicher Hintergründe, Fähigkeiten und auch Interessen im Engagement vertreten sind, wenngleich unterschiedlich stark. Auch die Digitalisierung ist hier eine Chance, indem sie z. B. Menschen mit eingeschränkter Mobilität einen Zugang zum Engagement ermöglicht, der vorher so vielleicht nicht möglich war.

Viele Vereine und Initiativen haben im Laufe der Zeit ihre Abläufe, ihre Strukturen und ihre Öffentlichkeitsarbeit professionalisiert und arbeiten heute effizienter. Es gibt außerdem verstärkt Bemühungen, Freiwillige breiter zu akquirieren, zu begleiten und fortzubilden und eine hohe Qualität des Engagements im eigenen Verein oder in der eigenen Initiative sicherzustellen.

Gemeinnützige Organisationen, Projekte und Initiativen arbeiten auch häufig miteinander. Es ist auch ein Voneinanderwissen und Miteinander-Ressourcen-Teilen vorhanden. Gemeinsam wollen sie Ziele erreichen und haben ein großes Interesse an Austausch, Vernetzung und Kooperation, wenn denn vor Ort die Ressourcen dafür gegeben sind. Im Engagement ist vieles einfach auch eine Ressourcenfrage der einzelnen Engagierten bzw. Gruppen.

Ein seit vielen Jahren bestehendes Thema, das auch uns in der Engagementberatung immer wieder beschäftigt, ist die Monetarisierung des Ehrenamts und des freiwilligen Engagements. Wir stellen fest, dass bei uns immer wieder Anfragen von Interessierten eintrudeln, die ein Engagement wahrnehmen wollen, bei dem sie aber zwingend eine pauschale Aufwandsentschädigung voraussetzen. Uns erreichen auch immer wieder Anfragen von gemeinnützigen Organisationen, die für ihre Engagements Stundensätze einführen wollen. Es liegt dann an uns, die Beratung zu leisten. Wir geben keine Leitlinien heraus, aber es geht natürlich immer um das immaterielle Engagement. Wir versuchen, Transparenz für die Nebenwirkungen der Monetarisierung zu schaffen.

– 104 –

Die letzten Krisen haben außerdem das Engagement als Krisenbewältiger ins Bewusstsein gerufen. Sie haben gezeigt, dass kein einzelner Akteur Krisen meistern kann – man denke nur an die Bewältigung der Pandemie und dann tatsächlich im fließenden Übergang für viele Engagierte an die Unterstützung bei der Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine seit dem letzten Jahr, bei dem sehr viele Menschen sofort reaktiviert wurden und wieder ehrenamtlich tätig waren.

Über Auswirkungen der Pandemie haben Sie hier sicherlich schon viel diskutiert. Ich habe noch einige Schlagworte zu den Auswirkungen der Pandemie auf das freiwillige bürgerschaftliche Engagement mitgebracht.

Zum einen haben wir festgestellt, dass durch die Lockdowns, durch Social Distancing und durch die Schließung von sozialen Einrichtungen für Besucherinnen und Besucher persönliche Interaktionen zurückgefahren wurden. Das hat dazu geführt, dass die Organisationen selbst große Einschränkungen in der Akquise von neuen Engagierten erlebt haben, während sie parallel dazu alteingesessene Engagierte verloren haben, zum einen, weil sie lange Zeit ihr Ehrenamt nicht ausüben durften und dann das Interesse verloren gegangen ist, zum anderen aber auch, weil sie selbst zur Risikogruppe gehört haben und nicht wiederkommen wollten oder konnten.

Es zeigte sich aber auch, dass viele Organisationen – je nach Einsatzfeld und Ausstattung – kreativ reagiert haben. Sie haben sich den Beschränkungen gut gestellt, haben ihre Digitalisierung in der Organisation vorangetrieben und waren so während der Pandemie weiterhin arbeitsfähig. Sie verlagerten ihre Aktivitäten einfach auf virtuelle Plattformen, entwickelten neue Engagements und boten weiterhin Unterstützung an.

Neue Bedarfe sind in der Pandemie entstanden oder haben sich verstärkt. Damit verbunden entstanden auch neue Einsatzbereiche. Hier ist das Engagement wieder Krisenbewältiger, das spontan und effizient reagiert. Beispielsweise wurden Freiwillige für die Unterstützung bei Impfkampagnen, bei der Lieferung von Lebensmitteln oder bei der sozialen Unterstützung vulnerabler Gruppen eingesetzt. Es wurden auch Onlinementoringkurse angeboten, es wurde Nachhilfe gegeben, es wurde telefonisch beraten und besucht, und es wurden Veranstaltungen virtuell organisiert. Das Engagement hat sich in der Pandemie also tatsächlich in einer ganz großen Bandbreite neu entdeckt und Lösungen gefunden.

Wir haben zum Teil immer wieder von den finanziellen Herausforderungen gehört, vor denen Vereinen und Organisationen standen. Sie können es sich vorstellen: Die finanziellen Engpässe wurden dadurch beschleunigt, dass Veranstaltungen ausgefallen sind, dass keine Akquise, kein Fundraising möglich war und dass natürlich auch die Spenden zum Teil zurückgegangen sind. Diese Finanzen haben vielen Vereinen dann gerade bei der Mitgliedergewinnung oder Wahrnehmung der Aufgaben gefehlt.

Einsamkeit im Alter und später dann auch bei Kindern und Jugendlichen ist stärker ins Bewusstsein getreten, und es gab auch dazu im Engagement vermehrt neue Angebote.

Ich habe nun einige Bedarfe von Engagierten mitgebracht und dieses Kapitel „Was brauchen Engagierte?“ genannt. Tatsächlich lassen sich die meisten dieser Bedarfe auch auf Vereine, Initiativen oder gemeinnützige Organisationen übertragen. Diese Bedarfe haben wir ermittelt, indem wir im Rahmen unseres Strategieprozesses zur Weiterentwicklung der Engagementförderung, den ich zu Beginn kurz genannt habe, Engagierte und Einsatzstellen besucht und gefragt haben: Wie läuft die Arbeit vor Ort? Was sind Best-Practice-Beispiele? Wo sind Hürden? Was brauchen sie von uns? Auch andere Kommunen haben dazu verschiedene Umfragen veröffentlicht, die Sie sicherlich nutzen können.

Wenn wir nun über die Bedarfe von Engagierten sprechen, dann muss an erster Stelle immer die Unterstützung des Engagements auf Augenhöhe genannt werden. Es ist den Engagierten im Gespräch immer wichtig, nicht gesagt zu bekommen, was zu tun ist, sondern dass man ihnen zuhört: Was möchten die Engagierten machen? Was können sie leisten? Was wollen sie gestalten? Sie wünschen sich eine kooperative Zusammenarbeit, die auf einer gemeinsamen Idee, Identität oder Grundhaltung fußt. Damit geht auch der Wunsch nach Anerkennung der Selbstbestimmtheit des Engagements und der Engagierten durch die Politik, die Verwaltung und die Engagementförderstellen einher.

Engagierte wollen ihren Einsatz im Alltag unterbringen, und wir wissen, wie voll der Alltag heutzutage ist. Daher sollten die Engagementangebote flexibel gestaltet sein. Dies betrifft die Tätigkeit selbst, aber auch die Einsatzzeiten, die Dauer und den Einsatzort.

Im Engagement soll das Einbringen der eigenen Kompetenzen und Fähigkeiten möglich sein. Gemeinsam sollen eingebrachte Ideen diskutiert und umgesetzt werden, und dabei soll eben auch eine Fehlerkultur gelebt werden – vielleicht im Unterschied zum Job, wo ein anderer Leistungsdruck herrscht. Hier spielt dann immer auch die Anerkennung der eingebrachten Ressourcen der Engagierten eine Rolle.

Räume und Orte sind im Engagement ein überaus wichtiger Faktor. Räume dienen der Planung, Gestaltung und Durchführung des Engagements. Sie machen Anbieter von Engagement im Raum sichtbar und ermöglichen einen niederschweligen Zugang zum Angebot. Faktoren für gute Räume sind u. a. die Erreichbarkeit, also eine zentrale Lage oder zumindest eine gute Anbindung, die Ausstattung der Räume, Barrierearmut, der Zugang zu den Räumen, also die Art und Weise, zu buchen, die Finanzierung der Räume und vieles mehr. Dabei werden neben Büro- und Seminarräumen auch Veranstaltungsflächen, Lagerräume, Werkstätten, Küchen etc. gebraucht.

– 106 –

Was Engagierte außerdem brauchen, ist eine übergreifende Beratung und die Bereitstellung von Informationen. Das meint z. B. fachliche Themen zur Digitalisierung, Organisationsentwicklung, finanzielle Themen wie beispielsweise Fördermöglichkeiten und natürlich rechtliche Themen. Wie oft hat man im Ehrenamt schon von Versicherungen, Verträgen, Datenschutz gehört, also all das, was Engagierte nebenbei auch noch leisten müssen.

Zudem braucht es Unterstützung bei der Einführung, bei der Qualifizierung und bei der Begleitung im Engagement, also z. B. Angebote zur Freiwilligenkoordination, zur Kommunikation oder zur Organisation.

Bei der Vernetzung gilt es, diejenigen zusammenzubringen, die Ähnliches tun, damit sie voneinander lernen und nicht jeder die gleichen Fehler selbst noch einmal machen muss. Außerdem werden Kooperationen im Quartier oder mit Menschen oder Gruppen, die Ähnliches tun, angestrebt. Bei der Vermittlung im Engagement geht es nicht immer nur darum, Engagierte in ein neues Engagement zu bringen. Es geht auch darum, Referentinnen und Referenten, Medien, Räume, eben alles, was man sich an Rahmenbedingungen vorstellen kann, zu vermitteln.

Viele Engagierte und Vereine benötigen außerdem eine Grund- oder zumindest eine Projektfinanzierung, stellen sich dann aber oft die Frage: Wie geht es nach dem Projekt weiter? Was passiert, wenn sich die Hauptamtlichkeit nach dem Projekt oder dem Förderprogramm zurückzieht? Wie kann das Angebot im Quartier oder im Umfeld weitergetragen werden? Oft stellt sich auch die Frage nach der finanziellen Unterstützung von Initiativen ohne Rechtsform. Da gibt es große Verunsicherung, was sie tun können.

Außerdem besteht der Wunsch nach Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit. Die Gruppen sind diesbezüglich unterschiedlich ausgeprägt. Manche sind digitalaffin, sind digital unterwegs, aber wir hören auch immer wieder, dass es den Zugang zur Presse braucht, dass Aussageflächen bestehen müssen, dass gerade Websites aufgebaut werden und man dort niemand Engagiertes finden kann. All diese Faktoren können auch im Engagement eine wichtige Rolle spielen.

Nun komme ich zu den Handlungsempfehlungen, die ich versucht habe, in drei Kategorien, die sich aber auch überschneiden, einzuteilen.

Zum einen: Stärkung und Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements durch Bereitstellung einer nachhaltigen Infrastruktur für die Engagementförderung, also kommunale und andere Engagementförderstellen, Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäuser etc. Das bezieht sich sowohl auf die personelle als auch auf die finanzielle Ausstattung und natürlich auch auf die Sichtbarmachung der Themen und Angebote, damit anerkannt wird, was die Engagementförderung eigentlich alles leistet.

– 107 –

Zudem – als zweite Empfehlung –: eine breite und dauerhafte Beteiligung der Zivilgesellschaft am öffentlichen Diskurs. Ich bin sicher, das haben Ihnen viele als Empfehlung ausgesprochen. Dabei geht es auch darum, die Vielfalt der Gesellschaft und die Vielfalt im Engagement zu beteiligen, sprich: neben Vereinen und Dachverbänden auch kleinere Gruppen und Initiativen, die mitsprechen und mitgestalten wollen. Außerdem – auch als Beteiligung im öffentlichen Diskurs – wäre es möglich, Erfolgsgeschichten von Engagierten sichtbarer zu machen und die Öffentlichkeit über die Leistung des Engagements zu informieren.

Dann – das passiert hier und da auch schon –: Vernetzung von Engagementförderung und Beteiligung und niederschwellige Beteiligungsstrukturen sowie die partizipative Entwicklung neuer Instrumente der Engagementförderung. Das bedeutet, man soll in Ihrer weiteren Arbeit auch tatsächlich hineinhören: Was genau wird denn eigentlich gewünscht, und welche Instrumente sind es denn, die tatsächlich prioritär fehlen und umgesetzt werden sollen?

Im Bereich Sichtbarkeit und Anerkennung – ganz groß –: Öffentlichkeitsarbeit. Dabei geht es zum einen darum, das Engagement und dessen Bedeutung für Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft bekannter zu machen. Zum anderen geht es darum, bestehende Instrumente und Angebote – die gibt es ja in vielerlei Form – bekannter zu machen, z. B. den Engagementnachweis Baden-Württemberg oder bestimmte Förderinstrumente, die bereits bestehen.

Dann – da wäre die Frage, ob das lokal oder landesweit gelöst werden muss – ist der Aufbau von zentralen Infopools und Datenbanken über Räume, Fördermöglichkeiten, Methoden und Fachkräfte ausgesprochen wichtig. Das Wissen dazu ist lokal auf jeden Fall vorhanden; das kann ich Ihnen garantieren. Allerdings fehlen häufig gerade in kleinen Stellen die notwendigen Ressourcen, um solche Angebote und Datenbanken aufbauen, betreiben und immer wieder neu speisen zu können. Ein Beispiel dafür ist das Bildungsportal für Engagierte „qualifiziert-engagiert-bw“, das vom Landkreistag Baden-Württemberg getragen wird. Das ist solch ein Angebot, das sich allerdings nur auf eine bestimmte Gruppe fokussiert. Solche Dinge bräuchte es häufiger.

Damit komme ich zum Thema „Anerkennung solidarischer gestalten“. Wir hören von Engagierten immer wieder, dass die personenbezogene Heraushebung von Leistungen im Engagement natürlich immer schön für die betreffende Person ist. Personen werden stellvertretend für eine Gruppe oder für eine Zielgruppe des Engagements ausgezeichnet. Es erscheint allerdings wenig solidarisch, wenn Personen herausgehoben werden. Vielmehr bräuchte es eine Anerkennung in der Breite und in der Vielfalt des Engagements, auch in Anbetracht der Leistung der jeweiligen Individuen, die aufgrund ihrer Situation zum Teil weniger leisten können.

Wir beobachten die Einführung der Ehrenamtskarte ab 2025 äußerst gespannt und freuen uns darauf, weil dies ein Instrument der breiten Anerkennung ist. Wir sind gespannt, wie das wahrgenommen wird und wie es anschließend evaluiert wird.

– 108 –

Nun komme ich zum Thema „Informationen und Empfehlungen zur Vernetzung von Engagement(-förderung) und Unternehmensengagement“. Wir merken in der Engagementförderung, dass Nachhaltigkeitsberichterstattung und CSR-Themen zunehmen. Allerdings fehlt es vielerorts an Empfehlungen, wie damit umzugehen ist, also wie Kooperationen mit Unternehmen initiiert und gut durchgeführt werden können.

Abschließend komme ich noch zu den Rahmenbedingungen und zum Wissenstransfer. Es besteht ein Wunsch nach Unterstützung bei der Initiierung, Etablierung oder Umgestaltung von Orten und Räumen des Engagements. Dabei geht es eben nicht nur darum, Vereinsräume nachhaltig auszugestalten – auch das ist natürlich eine große Herausforderung für die Zukunft – oder um die Thematik der Barrierearmut für ältere Engagierte, die ich genannt habe, sondern auch darum, den Engagierten die Chance zu geben, die Räume, die sie nutzen und lebenswert machen, mitgestalten zu dürfen. Dafür braucht es häufig den Raum selbst, aber natürlich auch die Finanzierung und die Begleitung.

Hinsichtlich der Bereitstellung von niederschwellig zugänglichen Förderprogrammen bedarf es häufig der Beratung und Unterstützung bei der Antragstellung selbst.

Eine weitere Handlungsempfehlung lautet, Wissenstransfer und Kooperationen zu ermöglichen. Dazu gibt es verschiedene Arbeitsgruppen, z. B. des Städtetags zu Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung. Das sollte lokal, regional und landesweit ausgeweitet werden, möglicherweise auch in Form von Hospitationen bei engagementfördernden Stellen.

Schließlich ist eine Evaluierung und Forschung zur Bewertung der Effektivität der Maßnahmen und zur Ermittlung neuer Bedarfe zu empfehlen. Es ist vor Ort zum Teil nur schwer möglich, eine Studie oder Umfragen in Auftrag zu geben. Manche Kommunen machen es, aber eigentlich sollte es landesweit erfolgen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Youkhana. – Als Nächstes hat Herr Matthias Dorn, der Geschäftsführer der Squadhouse Media GmbH & Co. KG aus Tuttlingen, das Wort. Auch Sie haben 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dorn: Schönen guten Spätnachmittag! Das ist meine erste Rede im Landtag – und das an einem Freitagnachmittag. Ich hoffe, Sie haben alle noch ein bisschen Energie übrig.

– 109 –

Als ich mich auf den Termin vorbereitet habe, habe ich mir zunächst überlegt, einen langen Vortrag zu halten. Dann habe ich mich aber entschieden, lieber eine Geschichte aus der ganzen Geschichte zu machen. Die Menschen mögen Storytelling, weil das interessanter ist. Deshalb werde ich Ihnen heute eine Geschichte aus der Praxis erzählen.

Ich bin kein Politiker, ich bin kein Forscher, ich bin auch kein Sozialpädagoge, sondern ich bin Informatiker und Unternehmer. Als solcher habe ich mich im Jahr 2018 mit dem Thema „Digitale Jugendbeteiligung“ auseinandergesetzt und möchte Ihnen heute ein Drama in drei Akten vorstellen. Aber es gibt ein kleines Happy End – so viel darf ich schon einmal vorab verraten.

Es geht heute um das Thema YOVO. YOVO ist die Abkürzung für „YourVoice“. Das war ein Projekt zur digitalen Jugendbeteiligung. Ich erzähle ganz kurz, wie es dazu kam. Es gab den § 41a der Gemeindeordnung, der Ihnen allen wahrscheinlich ein Begriff ist. Es geht um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen. Ein Freund von mir, der in einer Kommune arbeitete, teilte mir mit, dass es diesen Paragraphen gebe, dass er aber nicht so richtig erfüllt werde und dass es da eigentlich keine echte Lösung gebe. Das sei doch vielleicht für mich als innovativer Informatiker eine Idee, da einmal anzusetzen.

Was qualifiziert mich überhaupt, irgendetwas mit Jugendlichen zu machen? Ich selbst bin nicht mehr jugendlich – das war ich auch 2018 nicht mehr –, aber ich habe noch während meiner Abiturzeit ein Community-Portal gegründet. Das hat als kleines Projekt angefangen. Es ging darum, dass Jugendliche im Netz miteinander chatten und ein bisschen diskutieren können, auch über politische oder gesellschaftliche Themen. Dieses Portal hatte irgendwann 100 000 Mitglieder; damit habe ich aber nie Geld verdient. Eigentlich hätte ich studieren sollen, aber es war dann meine Hauptbeschäftigung, dass ich dieses Portal gemacht habe. Ich habe parallel noch mein Informatikstudium gemacht und habe dadurch relativ gut gelernt, würde ich einmal behaupten, wie man einen Kanal zu den jungen Menschen schaffen kann, der auch nachhaltig ist und über den man auch etwas transportieren kann. Das war eine ganz gute Schule für das Thema Jugendbeteiligung. Zwischendurch haben wir noch eine Veranstaltungsuchmaschine für Jugendliche entwickelt.

2018 kam dann YOVO; das ist das Thema, über das ich heute spreche. Ganz aktuell, erst gestern Abend live gegangen, ist unsere StoryWorld-App mit künstlicher Intelligenz, die Leseförderung für Kinder und Jugendliche betreibt. Künstliche Intelligenz ist für uns ein ganz großes Thema. Wir setzen uns seit zwei Jahren mit fast nichts anderem mehr auseinander. Unser Unternehmen berät dort. Ich mache jetzt keinen Werblock, aber wenn es um KI geht, kennen wir uns ganz gut aus, sagen wir es mal so. Das wird man auch heute in dieser kleinen Geschichte erfahren.

Was bisher geschah:

– 110 –

Der Kollege hat mir also erzählt, dass es diesen Paragraphen gibt. Wie man es eben als Unternehmer macht, macht man sich Gedanken: Wer ist die Zielgruppe? Wie könnte ein Produkt aussehen? Wie sind die Mehrwerte? Wie sieht die Monetarisierung aus? Denn wir sind ja ein Unternehmen und machen das nicht alles aus Spaß. Wie kann man die Win-win-Situation erreichen? Bevor wir mit irgendjemandem gesprochen haben, haben wir uns überlegt, wie solch eine App denn überhaupt aussehen könnte.

Unser Ziel war es, dass jede Kommune eine App hat, mit der sie die Jugendlichen vor Ort erreichen kann, dass man diese App aber, wenn es Sinn macht, auch überkommunal nutzen kann, um vielleicht auch überregionale Informationen, Botschaften – wie auch immer – über diese App an die Jugendlichen heranzutragen.

Zur grundsätzlichen Methodik: Über diesen Kanal, also über diese App, sollten Umfragen laufen, ebenso Nachfragen zu Ideen, Vorschläge, aber auch die Kommunikation von interessanten News, Veranstaltungshinweise, Informationen zu irgendwelchen Aktionsbündnissen, die es gibt, also alles, was es so gibt, was Jugendliche interessieren könnte, und zwar immer mit dem Fokus auf die kommunale Ebene, bei Bedarf aber auch überregional oder auf Landesebene.

Schon 2018, also noch vor Corona – wir sprechen heute viel über Corona und über die Dinge, die daraus entstanden sind –, gab es meiner Meinung nach einen extremen Bedarf, den Jugendlichen demokratische Grundprozesse zu vermitteln. Es gab den § 41a, den man auch mal irgendwie erfüllen sollte. Weil ich für meine Stadt auch lokalpolitisch sehr aktiv bin, war es mir persönlich ein Anliegen, das Interesse an den öffentlichen Themen zu stärken und die Jugend stärker an die Kommune vor Ort zu binden. Mehr Verantwortungsgefühl, mehr Eigenverantwortung, mehr Identifikation bedeutet automatisch, dass sie weniger Mist machen, dass sie sich stärker engagieren usw. Das war die Theorie.

Daraufhin habe ich mich mit etwa 500 Kommunen in Baden-Württemberg in Verbindung setzen wollen. Das war sehr viel Arbeit. Zahlreiche E-Mails, viele kurze Telefonate, in denen man mir sehr unterschiedliche Antworten gegeben hat. Häufig habe ich gehört: „Wir haben eine Website, das reicht.“ Die städtische Website reicht. Manche hatten sogar eine sehr schlechte Website für die Jugendarbeit, über die dann – so wurde es mir gesagt – auch Jugendbeteiligung stattfindet. Ich habe dann einmal die Frage gestellt, ob sie glauben, dass die Jugendlichen am Morgen aufwachen und ihr erster Gedanke ist: „Oh, jetzt gehe ich mal wieder auf www.irgendwas und gucke mir einmal an, was meine Stadt an Jugendbeteiligung macht.“ Das ist natürlich völliger Quatsch in Zeiten von damals noch Instagram, heute dann Tiktok, Snapchat usw.

Nichtsdestotrotz gab es exakt 150 Gespräche mit Jugendreferenten aus Baden-Württemberg. Wie gesagt, ich bin kein Sozialarbeiter und kann daher nicht viel zu der Arbeit der Jugendreferenten sagen. Ich bin mir sicher, dass die alle einen guten Job in der Jugendarbeit machen, aber in der Jugendbeteiligung eben nicht. Ich glaube, das kann

– 111 –

ich nach 150 Gesprächen sehr deutlich so äußern – Ausnahmen bestätigen natürlich die Regel; es gibt immer Ausnahmen.

Warum denke ich das? Ich habe erst gedacht, ich falle vom Glauben ab. Natürlich gibt es vereinzelt Jugendgemeinderäte, die aber – so wurde mir gesagt – nicht besonders viel Gehör in der Kommune finden. Mir wurde auch gesagt, es bestehe kein großes Interesse bei den Jugendlichen, da mitzumachen. Dann gibt es auch analoge Veranstaltungen, wo dann der Jugendreferent eine Aula mietet, das vier Wochen lang vorbereitet und da dann mit 30 Jugendlichen einmal hineingeht, ein bisschen mit ihnen redet und sie fragt: Was wollt ihr denn? Dann sagen die: „Überall WLAN wäre cool“ – und das war dann die Jugendbeteiligung. So habe ich es wirklich erlebt. Ich war entsetzt und habe gedacht: Da muss doch mehr gehen.

Also habe ich unser Konzept erläutert: Man hat eine App, jeder hat ein Handy, man meldet sich an, man sagt, in welcher Kommune man ist, und bekommt dort dann direkt den Kanal. Jede Kommune hat einen eigenen Zugang und kann die Inhalte an ihre Jugendlichen vor Ort streuen. Das läuft über GPS, alles ganz easy. Das fanden fast alle super, nur eine nicht. 149 von 150 Kommunen fanden das sehr gut. Die Hälfte sagte mir schon vorab, dass das Budget von 2 000 € pro Jahr ein mögliches Problem sein könnte, wo ich dann schon gedacht habe: Okay. Aber 95 % sahen die von uns konzipierte App als einen sehr guten Weg für eine regelmäßige und nachhaltige Jugendbeteiligung an.

So, jetzt beginnt das Drama:

Was haben wir gemacht? Wir haben gedacht: Okay, die Leute finden das super, also fangen wir einmal an, eine App zu bauen. Wir haben die App gebaut. Das ist nicht so leicht; das macht man nicht mal so eben nebenbei. Das dauerte ungefähr sechs Monate, und nach sechs Monaten haben wir diese 149 Interessenten wieder kontaktiert. Dann ergab sich, dass gerade mal sechs Kommunen die App tatsächlich eingesetzt hatten. Das war für uns natürlich ein ziemlicher Tiefschlag, sagen wir es mal so. Von diesen sechs Kommunen wiederum wurden kaum Inhalte für die App generiert. Die App wurde vor Ort nicht promotet. Das heißt, die Jugendlichen haben gar nicht mitbekommen, dass es die App überhaupt gibt. Von den Kommunen wurden nicht einmal die Social-Media-Kanäle genutzt. Die wenigen Jugendlichen, die sich anfangs dafür interessiert haben und sich wirklich mit hoher intrinsischer Motivation dafür begeistert haben, haben die App relativ schnell wieder deinstalliert, weil einfach nichts kam. Es gibt nichts Ätzenderes als eine App, in der nichts passiert. Die brauche ich nicht.

Wir haben mit dieser Entwicklung einen sehr hohen finanziellen Verlust erlitten und haben diese Entwicklung bzw. den Betrieb dann im Jahr 2020 eingestellt.

Jetzt ist das Drama zu Ende. Jetzt kommt der spannende Teil: Warum hat das nicht geklappt?

– 112 –

Erst einmal grundsätzlich – das war schon sehr überraschend –: 95 % der interessierten Jugendreferenten waren komplett überrascht, dass sie, wenn sie eine App für die Jugendlichen nutzen, diese App mit Inhalt füllen müssen. Das muss man sich einmal vorstellen. Die haben, glaube ich, gedacht, man installiert eine App, und dann geht alles von selbst. Dem ist natürlich nicht so. Wir hatten das im Vorfeld kommuniziert. Vielleicht hat man uns nicht richtig zugehört; ich weiß es nicht. Sie haben uns dann gesagt, sie hätten dafür überhaupt keine Zeit. Sie hätten gerade mal eine 50-%-Stelle und eigentlich auch kein Geld. Sie haben auch gefragt, was man denn da posten solle und welche Umfragen man da eigentlich machen solle, da sie doch höchstens einmal pro Jahr ein Thema hätten. Also: schwierig.

Das Thema Kapazität wurde uns also ganz häufig genannt. Ich kann allerdings nur sagen, was uns genannt wurde. Ob es tatsächlich die wahren Gründe sind, weiß ich nicht. Ich weiß nicht, inwieweit da vielleicht innerhalb der Kommune gar nicht der Wunsch bestand, wirklich Jugendbeteiligung zu machen; das weiß ich jetzt nicht. Nach außen hin haben zumindest alle erklärt, dass sie das natürlich ganz wichtig finden, aber die Kapazitätsthematik stand im Vordergrund.

80 % erklärten mir, dass diese 2 000 € pro Jahr schon den größten Teil ihres Budgets aufbrauchen würden, was ich dann auch sehr schwierig fand. Es gab zwar die Aussage, man könnte Sonderbudgets vereinbaren, was man dann aber erst durch den Gemeinderat und durch ein weiteres Gremium durchboxen müsste. In ungefähr zwölf Monaten könnte man uns also sagen, ob man diese 2 000 € investieren könnte. Das sind für Unternehmen natürlich Zeiten, die absurd sind. Das kann man nicht anders sagen.

Natürlich gab es auch keine Entscheider in den Kommunen. Wie ich eingangs gesagt habe, hatten wir 500 Kommunen kontaktiert. Wir haben aber überhaupt nur 150 Gespräche geführt, weil es ganz oft hieß, man wisse nicht, wer dafür zuständig sei, und eigentlich mache es keiner so richtig, es wolle sich auch keiner diesen Rucksack aufbinden, weil man ohnehin schon so viel Arbeit habe.

Irgendwann habe ich dann gedacht: Okay, ich fahre mal nach Stuttgart. Ich war dann ein paar Häuser weiter bei der Landeszentrale für politische Bildung, um zu schauen, ob man vielleicht irgendwie gemeinsam nach dem Top-down-Prinzip von dort aus leichter in die Kommunen hineinkommt. Die haben uns sehr schnell abgewürgt, muss ich echt sagen – darüber war ich auch sehr enttäuscht –, weil man gesagt hat, man unterstütze keine kommerziellen Projekte. Das war damals die Aussage. Ich weiß nicht, ob das gestimmt hat und ob das noch so ist. Auf jeden Fall war es das, was man mir gesagt hat.

Das war also unsere praktische Erfahrung. Wie Sie sich vorstellen können, waren wir doch ein bisschen gefrustet. Nichtsdestotrotz: Ich bin Unternehmer, und das heißt, man versucht, aus jedem Scheitern auch wieder etwas Konstruktives zu lernen und zu

– 113 –

überlegen, wie man daraus denn etwas machen kann, also immer praktisch und nach vorne denkend.

Es gibt diese Bottlenecks, die ich Ihnen gezeigt habe: die Kapazität, das Budget, mangelnde Entscheider. Wie wir heute Morgen schon gehört haben, fehlt bei den Mittelalten häufig die Medienkompetenz, und die Jugendreferenten sind oft schon die Mittelalten, die gar nicht so richtig wissen, mit welchem Kanal bzw. mit welchen Tools das zu bespielen ist. Das sind also diese Bottlenecks. Wir haben uns schon 2018 überlegt, wie man diese Bottlenecks umgehen kann. Aber es war zum damaligen Zeitpunkt einfach nicht möglich.

Wir haben jetzt – deswegen ist es vom Timing her ganz wunderbar, dass ich hier sprechen darf – seit ungefähr einem halben Jahr die Fähigkeit, diese Bottlenecks zu umgehen. Das Stichwort lautet „Künstliche Intelligenz“. Es wundert mich ein bisschen, dass das Wort heute nicht häufiger gefallen ist, auch in Bezug auf Fakeinformationen, Extremismus usw. Da kommt, glaube ich, noch einiges auf uns zu – aber zurück zum Thema.

Das Wichtigste, was jede Kommune zunächst einmal braucht, sind Daten. Man braucht eine stabile Datenbasis, um zu erfahren, wie die jungen Menschen bzw. die jungen Erwachsenen fühlen und denken – es müssen nicht immer Jugendliche sein; es können auch allgemein Bürger sein –: Was gefällt denen, was gefällt denen nicht? Fühlen sie sich sicher, fühlen sie sich abgeholt, fühlen sie sich respektiert? Genießen sie die Sauberkeit, den Verkehr, die Technologie usw.? Meiner Meinung nach ist eine allgemeine, regelmäßige Datenerhebung eigentlich die Grundlage für jede sinnvolle und effiziente demokratische Entscheidung, die in einer Kommune zu treffen ist. Dabei muss man natürlich die Balance zwischen den Beteiligungsverfahren und den demokratischen Grundprozessen genau abwägen.

Mir ist durchaus klar, dass es gewählte Gremien gibt und dass es auch einen Grund gibt, warum sie gewählt sind. Man darf sie auch nicht unterlaufen. Aber es wäre doch schön, wenn man diesen Gremien eine bestmögliche Datenbasis zur Verfügung stellen könnte, damit die Entscheidungen, die sie treffen, auch fruchten oder zumindest eine möglichst hohe Effektivität aufweisen.

Eine solche Datengewinnung halte ich nur über einen langfristigen und nachhaltigen Kanal zu den Jugendlichen für möglich. Das ist nicht dadurch möglich, dass man ab und zu mal eine Umfrage macht, sondern es müssen dauerhaft Daten empirisch erhoben werden, und zwar immer wieder, damit man Vergleichswerte hat. Da ist natürlich eine App sinnvoll, die den Jugendlichen per Push mitteilt: „Hey, du bist ohnehin gerade hier. Was hältst du davon?“ Das ist ohne Medienbruch, ohne lange Zeitverzögerung sicherlich das Medium der Wahl.

Künstliche Intelligenz hilft uns insofern extrem, als die vielen Inhalte, die eigentlich von den Jugendreferenten oder auch von anderen Personen in der Kommune aufbereitet

– 114 –

werden müssten, mittlerweile problemlos und fehlerfrei durch ChatGPT und Co. erstellt und abgefragt werden können. Da gibt es Sicherheitsfilter. Wir nutzen das bei unseren anderen Apps; das ist alles gar kein Thema. Man kann die trainieren und würde mit minimalem Aufwand in der Kommune richtig gute Ergebnisse erzielen, die man über diesen Kanal der App regelmäßig pushen könnte. Natürlich sollte man auch die Daten, die in Form von Antworten zurückkommen, vernünftig aufbereiten. Es bringt ja nichts, wenn die Jugendlichen das Gefühl haben, man interessiere sich für sie, und dann passiert gar nichts mehr. Dann sinkt die Motivation ja auch relativ schnell. Das heißt, man kann die KI auch dafür einsetzen, um diese Daten vernünftig und intelligent aufzubereiten.

Automatisierung ist in diesem Zusammenhang das dritte große Stichwort. Das hängt eng mit der künstlichen Intelligenz zusammen. Man muss natürlich die Medien nutzen, die die Jugendlichen nutzen. Das sind beispielsweise Instagram, Tiktok, Snapchat, Discord und Reddit. Man kann solche Umfragen und News mit Automatisierungsverfahren zielgruppengenau mit einem ganz genauen Targeting erreichen, ohne dass man irgendetwas von Hand machen muss. Das kann alles automatisiert passieren. Die entsprechende Technologie gibt es schon.

Schließlich muss man trotzdem in jeder Kommune Partner und Verantwortliche haben. Die müssen nicht viel machen, aber man braucht einfach einen Ansprechpartner, der nicht zwölf Monate braucht, um eine kleine Entscheidung zu treffen, und der vielleicht auch einmal in der Lage ist, ein Budget von 2 000 bis 3 000 € freizugeben, ohne dass man dafür ein Riesenfass aufmachen muss. Aber es muss eben auch in der Kommune die Bereitschaft bzw. das Mindset vorhanden sein, um zu sagen: „Das ist ein Thema, das uns interessiert und das uns wichtig ist, weil wir mit unseren jungen Menschen aktiv in Kontakt treten wollen.“

Die AfD hat den Umfragen zufolge im Moment 20 % oder mehr. Es war nie wichtiger, den Menschen aufzuzeigen: Das sind nicht die da oben und wir hier unten, sondern das ist eine Demokratie. Die Menschen haben den Glauben verloren. Das ist echt krass. Das wird jetzt ein bisschen pathetisch, aber es ist wirklich so. Es muss auf jeden Fall wieder ein Kanal zu den Bürgern geschaffen werden, und ich bin mir sehr sicher, dass eine solche Anwendung ein Teil der Lösung sein könnte.

Ich bin davon überzeugt davon, dass es Sinn macht, YOVO noch einmal aufzurollen – ob nun unter diesem Namen oder nicht, ist völlig egal. Ob wir das machen oder ob das jemand anderes macht, ist auch völlig egal. Wir haben das Konzept in der Schublade. Die Technologie ist jetzt fertig, und man kann sie benutzen. Allerdings müssen bestimmte Anforderungen erfüllt sein – KI-Automation und Unterstützung vor Ort –, und es geht nur, wenn eine große Institution, z. B. das Land, die LpB oder irgendjemand, sich aktiv beteiligt, denn es muss top-down laufen. Das heißt, es muss eine große obere Instanz sagen: „Da ist etwas Cooles, guckt euch das mal an.“ Es kann nicht so sein, dass wir als Unternehmer, als Softwareentwickler bei jeder einzelnen kleinen

– 115 –

2 000-Seelengemeinde Klinken putzen müssen. Das funktioniert so nicht. Ich glaube, dann ist da einiges möglich.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dorn. – Dann kommen wir jetzt zur Fragerunde. Für die Fraktion GRÜNE rufe ich Herrn Abg. Köhler auf.

Abg. Erwin Köhler GRÜNE: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Liebe Gäste, ich bedanke mich für Ihre Vorträge und würde Frau Youkhana gern einige Fragen stellen.

Können Sie sich eine Belohnung des Ehrenamts und des Engagements vorstellen? Wir, das Land, überlegen ja, wie wir das attraktiver machen können. Aktuell wird z. B. die Ehrenamtskarte in Modellregionen eingeführt. Wie bewerten Sie dieses Vorhaben? Wie sehen Sie das aus der Perspektive der Landeshauptstadt und auch für die Fläche rundherum in den ländlichen Räumen, wo die Schnittstellen vielleicht nicht so sichtbar und so präsent aufgebaut sind wie in Stuttgart selbst?

Sehen Sie Chancen für sogenannte Tauschbörsen, dass man sich also quasi durch das ehrenamtliche Engagement ein Guthaben aufbaut und davon vielleicht auch zu einem späteren Zeitpunkt, wenn es vielleicht gerade nicht zum Lebensentwurf passt, immer noch davon profitiert. Indirekt gibt es das ja schon, indem man dadurch Vorteile bei einer Bewerbung hat. Aber vielleicht gibt es noch andere Vorteile, die innerhalb des Spektrums des Ehrenamts denkbar sind, vielleicht durch andere, die auch etwas anbieten, sodass man z. B. einen Gutschein für eine Weiterbildung an einer Volkshochschulen bekommt. Ich denke, das sind Wege, wie sich eine Anrechnung sogar umsetzen ließe.

Gibt es die Möglichkeit, über Ihre Stelle den Täter-Opfer-Ausgleich bei Strafverfahren zu vollziehen?

Herr Dorn, an Sie habe ich die Frage, wie Sie denn in Bezug auf die §§ 41a bzw. 41b, mit denen ich mich als jugendpolitischer Sprecher meiner Fraktion intensiv beschäftige und auch viel mit dem Verband der Jugendgemeinderäte und mit dem Landesschülerbeirat zu tun habe – ich selbst bin ehemaliger Jugendrat –, die Altersgruppen definiert haben, die Sie ansprechen wollen. Das würde mich einfach einmal interessieren. Die Satzungen der verschiedenen Jugendräte und Jugendgemeinderäte, zwischen denen man differenzieren muss, sind ja durchaus verschieden. Haben Sie denn bei den Recherchen zu dem Projekt auch Beteiligungsformate entdeckt, die überhaupt nicht zu der App passen? Dabei denke ich beispielsweise an Jugendliche in ländlichen Räumen, von denen 20 % kein Internet haben, weil es zu langsam ist. Diese

– 116 –

Zielgruppe könnte man mit einer solchen Umfrage gar nicht erreichen. Es würde mich interessieren, wie Sie das bewerten.

Man kann den zeitlichen Ablauf bei Stadtverwaltungen durchaus generell kritisieren. Aber das politische Entscheidungsgremium Gemeinderat und die Daten, auf die er sich in seinen Entscheidungen stützt, sind ein sehr hohes Gut. Ich denke, Jugendbeteiligung braucht vor Ort viel Zeit, um sich zu implementieren. Wenn sie einmal scheitert oder die Nachfrage gering ist, dann braucht Jugendbeteiligung viel Zeit, um sich davon zu erholen.

Vielen Dank.

Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Herzlichen Dank auch vonseiten der CDU-Fraktion an die beiden Referenten.

Ich hätte zwei Fragen und versuche, es wieder ein bisschen mehr auf die Aufgabenstellung unserer Enquetekommission zu lenken.

Frau Youkhana, welche Formate für Bürgerbeteiligung könnten Sie sich in der Krise vorstellen? Wir haben es jetzt schon häufiger gehört, dass sich die Leute nicht mitgenommen gefühlt haben. Haben Sie irgendwelche Rückmeldungen von den Engagierten erhalten, was sie sich gewünscht hätten? Das ist natürlich schwierig, weil es je nach Art der Krise durchaus unterschiedlich sein kann.

Wir hatten anlässlich einer Sitzung der Enquetekommission schon einmal angesprochen, dass man auch die Multiplikatoren nutzen könnte, beispielsweise migrantische Vereinigungen oder andere Vereine. Könnte man das nicht auch noch zur besseren Kommunikation in Krisen oder generell zur Kommunikation nutzen?

Ich habe auch zwei Fragen an Sie, Herr Dorn. Ich habe mich die ganze Zeit gefragt, warum Jugendliche diese App herunterladen sollten. Das ist ja dieses Thema: Wenn es nicht richtig cool ist, dann macht man das nicht. Was wäre für die Jugendlichen ein Anreiz, das zu tun?

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, lautet Ihre Handlungsempfehlung an uns, digitale Formate oder die KI, die man ohnehin immer nutzt, auch in Krisenzeiten zu nutzen. Gibt es Ihrer Meinung nach speziell für Krisen irgendeinen Einsatzzweck dieser digitalen Apps zur Jugendbeteiligungsapps oder sonstiger Formate?

Dr. Daniela Harsch, externes Mitglied: Achtung, jetzt kommt die Kommunalpolitik. Frau Youkhana, in Ihrem Vortrag haben mir Aussagen zu den Grenzen ehrenamtlichen Engagements gefehlt. Ich habe gerade auch in der Kommunalpolitik die Erfahrung gemacht, dass häufig eine Dopplung von Strukturen bzw. eine Weigerung von

– 117 –

Engagierten zur Zusammenarbeit festzustellen ist. Die Kommune soll zahlen, darf jedoch in keiner Weise steuernd eingreifen.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage der Evaluation. Auf Basis welcher Bewertung entscheiden wir eigentlich, wie viel Geld wir wo und für wie viel Engagierte investieren, die dann wiederum wie viele Personen erreichen? Haben Sie aufgrund der Erfahrungen, die Sie gemacht haben, eine Idee, wie man damit umgehen sollte, damit nicht immer nur die Lautesten, die zum Teil in zig Strukturen drin sind bzw. die sehr gut darin sind, kurzzeitig Drittmittel zu akquirieren, und die sich, wenn diese Gelder auslaufen, sich darauf verlassen, dass die Kommune einspringt, die Gelder bekommen? Dieser Gerechtigkeits- und Evaluationsaspekt beschäftigt uns doch sehr stark.

Herr Dorn, ich war selbst einmal an einer Entwicklung einer App für Jugendliche beteiligt. Damals ging es um die Befragung von Pflegekindern. Wir hatten extreme Datenschutzprobleme. Es standen die Fragen im Raum, ab welchem Alter Jugendliche überhaupt eine App herunterladen dürften, wozu man sie befragen dürfe und wann es einer Einwilligung der Erziehungsberechtigten bedürfe. Daran ist unser Projekt damals gescheitert.

Ich bin sehr desillusioniert, was eine Beteiligung über Apps angeht. Das kann allerdings auch mit der Tatsache zu tun haben, dass ich aus Tübingen komme. Wir haben dort eine Bürgerbeteiligungssapp, die meiner Ansicht nach komplett gescheitert ist, weil Demokratie Demokratie getötet hat. Wir können zwar Abstimmungen über diese App machen, aber es muss jede einzelne Fragestellung vorher durch ein Gremium des Gemeinderats bearbeitet werden. Dann bedarf es einer Zustimmung durch den Verwaltungsausschuss. Anschließend müssen wir alle Bürgerinnen und Bürger per Brief darüber informieren, dass eine Befragung stattfindet, und auch noch eine Abstimmung per Brief durchführen, damit auch alle die Chance haben, sich zu beteiligen. Darüber hinaus müssen wir vor jeder Befragung über die App eine öffentliche Informationsveranstaltung zu den Pro- und Kontraargumenten machen. Dadurch ist dieses eigentlich niederschwellige Instrument letztlich getötet worden, weil es zu einem derart großen Verwaltungsakt wurde.

Ich könnte mir vorstellen, dass bei vielen, mit denen Sie zu tun hatten, genau diese Frage im Hinterkopf war: Was können wir da überhaupt machen, und wie gehen wir mit den Ergebnissen um?

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Ich finde diesen letzten Block, den wir heute Abend kurz vor der Sommerpause behandeln, ausgesprochen spannend, und zwar aus dem Grund, weil wir heute ganz viel aus der Theorie und auch viel zu der Bedeutung der Zivilgesellschaft bzw. des Ehrenamts gehört haben. Sie beide sind als Vertreter derjenigen hier, die versuchen, das vor Ort tatsächlich umzusetzen. Insofern finde ich es spannend. Ich finde es, ehrlich gesagt, ein bisschen schade – aber das ist jetzt meine persönliche Empfindung; ich hoffe, Sie empfinden das nicht als Geringschätzung –,

– 118 –

dass so wenige Kolleginnen und Kollegen noch da sind. Das entspricht eigentlich nicht unserer Arbeitsweise in der Enquetekommission. Es ist mir wichtig, Ihnen das zu sagen. Das ist mir wirklich ein bisschen arg, dass jetzt nur noch so wenige vor Ort sind, weil ich es wirklich interessant und spannend finde.

Frau Youkhana, wir hatten heute Morgen in einer empirischen Darstellung gesehen, dass die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, zumindest was die Befragung angeht, deutlich nachgelassen hat. Können Sie bestätigen, dass es deutlich schwieriger geworden ist? Sie haben es schon angedeutet. Glauben Sie, dass dieser beschriebene Trend anhält, und wenn ja, in welchen Bereichen? Gibt es da Unterschiede? Kann man in den Bereichen Sport, Kultur oder Soziales einen Unterschied feststellen, oder ist es über alle Bereiche hinweg gleich?

Worüber wir noch nicht explizit gesprochen haben, was aber Frau Dr. Harsch angedeutet hat: Wo sind Engpässe bzw. Hinderungsgründe? In diesem Zusammenhang nenne ich einmal ganz konkret das Stichwort Bürokratie. Ehrenamt und Bürokratie sind sicherlich zwei Begriffe, die oft nicht richtig zusammenpassen. Wenn ich ehrenamtlich Engagierte motivieren möchte, dann ist die Bürokratie nach meiner Erfahrung durchaus hinderlich.

Die Ehrenamtskarte ist heute schon mehrfach angesprochen worden. Wir hätten uns vorstellen können, dass man die Ehrenamtskarte früher flächendeckend einführt. Ich glaube nicht, dass man unbedingt einen Modellversuch mit einer Evaluierung braucht. Ich glaube, in vier Regionen oder Kommunen wird es jetzt getestet. Es ist noch nicht sehr überzeugend. Vor Ort hat man noch nicht viele Partner finden können, um die Ehrenamtskarte umzusetzen. Wir werden sehen, was dann die Evaluierung nächstes Jahr bringen wird. Ich hoffe, dass die Ehrenamtskarte dann im Jahr 2025 für unsere Ehrenamtlichen erfolgreich umgesetzt werden kann.

Es gibt ja auch andere Bundesländer, in denen sie schon erfolgreich eingesetzt wird. Haben Sie da einen Einblick? Welche Anforderungen stellen Sie an die Ehrenamtskarte, damit sie tatsächlich erfolgreich sein kann und Ihnen in Ihrer Arbeit hilft? Welche Kriterien muss die Ehrenamtskarte aus Ihrer Sicht erfüllen?

Herr Dorn, ich sage auch immer, dass wir in die Handys hineinkommen müssen – egal, ob das jetzt Kinder bzw. Jugendliche oder auch Erwachsene sind. Wir haben heute Morgen gehört, dass auch die Erwachsenen durchaus im Internet unterwegs sind. Aus meiner Sicht muss ein Zugang – das muss nicht der alleinige Zugang sein – auf jeden Fall über die Handys erfolgen, denn dort informieren sich die Kinder und Jugendlichen heute schon. Deswegen bin ich froh, dass Sie einmal beschrieben haben, wo denn die Bottlenecks sind. Sie haben gesagt, dass jetzt ein Teil dieser Bottlenecks beseitigt werden könnte. Welche Hinderungsgründe bestehen aus Ihrer Sicht denn nach wie vor noch?

– 119 –

Vielleicht können Sie auch noch etwas näher auf die Rolle von KI eingehen und sagen, was da möglicherweise eine Rolle spielen könnte.

Sie haben gesagt, dass Ihr Projekt eigentlich im Jahr 2020 beendet war. Was hat sich aus Ihrer Sicht durch die Coronapandemie bzw. durch die multiplen Krisen, mit denen wir es zu tun haben, geändert, sodass die App vonseiten der Kinder und Jugendlichen vielleicht besser angenommen wird? Was kann die App da leisten? Wir haben im Laufe der Anhörungen erlebt, dass alle sagen, Partizipation ist wichtig. Wir müssen für eine krisenfeste, resiliente Gesellschaft Partizipation bieten, und zwar schon vorher und nicht erst während der Krise. Während der Krise muss es dann abrufbar sein; da muss das Handling passen. Ich glaube, wenn es erst in der Krise eingeführt wird, dann ist es zu spät. Eine richtige Durchdringung erreichen wir nur über vorheriges Üben. Selbst wenn wir dann nur 80 % erreichen, haben wir trotzdem mehr erreicht, als man letzten Endes über irgendwelche anderen Zugänge erreichen könnte.

Vielen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Gibt es noch weitere Fragen aus der Runde? Dann würde ich die gleich mit aufrufen. – Dann bitte noch Frau Dr. Harsch, Herr Abg. Reith und Herr Abg. Köhler.

Dr. Daniela Harsch, externes Mitglied: Ich möchte nur noch etwas nachschieben. Bei unserer Bürgerbeteiligungsapp war es dann so, dass gefordert wurde, den Quellcode auf jeden Fall offenzulegen. Das war eine Bedingung des Gemeinderats, was natürlich, wenn man so etwas privatwirtschaftlich vergibt, sehr schwierig ist. War das bei Ihnen auch in der Diskussion? Wie stehen Sie dazu?

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Nur noch eine Ergänzung, weil man das einmal festhalten muss: Es besteht die Verpflichtung, Partizipation zu ermöglichen. Als das Projekt im Jahr 2020 gescheitert ist, musste man das zwar als Flop kategorisieren, aber man hatte ja keine Alternative. Das muss man sich überlegen. Das gilt auch für die Gesellschaft. Es war ja nicht so, dass man eine Alternative in der Form hatte, dass man eine App nimmt – wie auch immer die heißt – oder ein anderes Format hat, wie man Beteiligung darstellen kann. Das hat man nicht. Es ist also nicht daran gescheitert, dass man etwas anderes, vielleicht Besseres hatte, sondern man hat es einfach nicht gemacht. Das finde ich eigentlich tragisch und dramatisch. Das kann nicht unser Anspruch sein.

Abg. Erwin Köhler GRÜNE: In § 41a der Gemeindeordnung ist die Rede von einem Mitstimm- und Anhörungsrecht bei den Belangen von Jugendlichen. Mich interessiert, wie genau sich dies denn rechtlich grundlegend in der App wiederfindet. Ab welchem Zeitpunkt ist es dann so repräsentativ, dass eine erfolgte Umfrage über die App dazu legitimiert, dem Gemeinderat ein bestimmtes Thema vorzulegen und die Umfrage als Entscheidungsgrundlage darzubieten? Wer von den Jugendlichen, die an einer solchen Umfrage teilgenommen haben, führt das dann aus? Wer repräsentiert dann

– 120 –

wiederum die Jugendlichen, wenn im Rahmen einer Anhörung zu einer entsprechenden Vorlage erklärt werden soll, worum es geht? Denn das ist doch letztendlich das, was wir erreichen wollen. Ich verstehe eine solche App eher als Schritt dahin, dass man alle erreicht. Es kann nicht darum gehen, dass eine nicht demokratisch legitimierte Jugendvertretung in einem Beteiligungsprozess auftritt.

Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann kommen wir jetzt zur Antwortrunde. Ich bitte Sie, Frau Youkhana und Herr Dorn, die Antworten bitte in jeweils zehn Minuten zu geben. – Bitte, Frau Youkhana.

Sv. Frau Youkhana: Ich beginne mit den Fragen zur Ehrenamtskarte von Herrn Köhler und Herrn Reith.

Herr Köhler, Sie haben gefragt, ob ich die Ehrenamtskarte im Pilotprojekt des Landes für erfolgversprechend halte. Ich fange vielleicht damit an, dass ich sage, dass sich die Landeshauptstadt Stuttgart als Pilotort beworben hat und keinen Zuschlag bekommen hat. Ja, ich denke, es ist deshalb erfolgversprechend, weil wir eigentlich seit Jahren in der Stadt Stuttgart anlässlich von Fachtagungen, Begegnungen etc. mit Engagierten immer wieder darüber diskutieren, warum die Stadt Stuttgart als Landeshauptstadt keine Ehrenamtskarte hat. Wir haben eigentlich immer den Ball in Richtung Land gespielt und haben gesagt, diese Strukturen müsse es landesweit geben, um nicht lokal begrenzt zu denken und zu agieren.

Ich denke, dass dieses Pilotprojekt mit den vier Orten, wo die Ehrenamtskarte getestet wird, zeigen wird, ob es tatsächlich wahrgenommen wird. Wir haben von Kollegen anderer Länder in verschiedenen Austauschen – das war allerdings vor der Pandemie; ich weiß nicht, wie es sich entwickelt hat – immer wieder gehört, dass sich sehr viele Menschen diese Karte ausstellen lassen, sie dann aber letztlich gar nicht verwenden. Sie lassen sich diese Karte u. a. deshalb ausstellen, weil sie zum einen endlich diese breite Sichtbarkeit des Engagements schön finden, dass sie also eine Art Ehrenamtsausweis haben – dabei geht es ihnen gar nicht unbedingt darum, dass das zwingend mit Vergünstigungen einhergeht – und zum anderen – das kennt man ja – sammelt man gern mal hier und da Punkte: Man denkt, dass man sie irgendwann einsetzen wird, und tut es dann vielleicht doch nicht.

Prinzipiell hören wir immer, dass die Ehrenamtskarte einen enormen Verwaltungsaufwand produziert, indem beispielsweise zu prüfen ist, ob jemand weiterhin engagiert ist und ob die Ehrenamtskarte verlängert werden soll etc. Das geht mit einem großen Verwaltungsaufwand einher. Das war auch einer der Gründe dafür, dass die Stadt Stuttgart das als lokale Lösung für sich nicht angestrebt hat. Wenn es eine landesweite Lösung geben soll, dann sind wir natürlich auf die Rahmenbedingungen und das Feedback der vier teilnehmenden Engagementförderstellen gespannt.

– 121 –

Die Idee, Punkte für später zu sammeln, kann natürlich eine Idee sein. Damit habe ich allerdings keine Erfahrungen. Mir ist nicht bekannt, ob andere Länder das in dieser Form anbieten. Man müsste vielleicht noch einmal schauen, ob es Erfahrungen zu diesem Thema gibt. Mir ist allerdings bekannt, dass es wohl diverse Karten gibt, die auch kommerzielle Vergünstigungen mit sich bringen. Das Land Baden-Württemberg hat sich, soweit ich weiß, dagegen entschieden. Dabei geht es um Vergünstigungen bei Eintritt in Freizeit- und Bildungseinrichtungen und nicht im nächstgelegenen Schuhgeschäft. Das haben andere Länder zum Teil anders gehandhabt. Auch das wäre sicher interessant zu evaluieren. Das werden wir jetzt also erst einmal abwarten.

Herr Reith, Sie sagten, Sie haben die Notwendigkeit einer solchen Evaluierung infrage gestellt und darauf hingewiesen, dass sich der Prozess dadurch verzögere. Ich stimme Ihnen in dem Sinn zu, als ich mich gefreut hätte, dass es die Karte schon früher gegeben hätte. Andererseits muss ich in meiner Eigenschaft als kommunale Vertreterin sagen, dass ich mich sehr über das Pilotprojekt gefreut habe, weil ich gedacht habe, da wird tatsächlich einmal geschaut, wie es denn vor Ort ist. Allein schon die Idee, zu sagen, dass innerhalb von zwölf Monaten ein Pilot läuft und dass Fördermittel für eine Verwaltungsstelle fließen, ist spannend. Diese Stelle in dieser Zeit überhaupt in der Kommune zu besetzen, Einrichtungen zu akquirieren, die dort Vergünstigungen anbieten etc., das wäre natürlich eine spannende Erfahrung und auch ein wichtiges Feedback an das Land, wie die Einführung solcher Instrumente lokal funktioniert oder eben auch nicht funktioniert. Deswegen habe ich mich für die Pilotphase ausgesprochen.

Sie fragten zudem, welche Voraussetzungen die Karte erfüllen müsse, um unsere Arbeit tatsächlich zu erleichtern. Zum einen ist es wichtig, dass sie überhaupt erst einmal eingeführt wird, denn dann könnten wir alle Bürgeranfragen zu diesem Thema zentral mit einem positiven Bescheid beantworten. Zum anderen muss sie natürlich sehr niederschwellig sein, auch für uns innerhalb der Verwaltung. Wie ich vorhin schon sagte, ist allein das Ausstellen von Engagementnachweisen durch die gemeinnützigen Einrichtungen, in denen jemand tätig ist, das Vorzeigen dieser Nachweise, das Ausstellen und das Verlängern der Karte mit einem massiven Aufwand verbunden, der nicht nur die Kommunen belasten wird, auch wenn es ein schönes Angebot sein mag, sondern auch alle gemeinnützigen Organisationen und Vereine vor eine weitere Verwaltungsaufgabe stellen wird, die dann vor Ort mit vorhandenem Personal gelöst werden muss.

Deswegen empfiehlt sich eine Niederschwelligkeit, möglichst digital und auch eine gewisse Anleitung und Sicherheit für Vereine und Organisationen, wem die Karte auszustellen ist und wem nicht, um zu verhindern, dass Menschen nur deswegen ein Engagement wahrnehmen, um die Ehrenamtskarte zu erhalten. Eine der Voraussetzungen für die Ausstellung einer Ehrenamtskarte wird sein müssen, dass schon über eine gewisse Zeit ein Engagement wahrgenommen wurde. Wir erleben es nämlich immer wieder – gerade bei jungen Leuten –, dass Menschen ein Engagement anfangen wollen und innerhalb von zwei bis drei Wochen nach einer Referenz fragen, weil sie sich

– 122 –

gerade bewerben oder sich um ein Stipendium bemühen. Das sind auch Themen, die es zu beachten gilt.

Herr Köhler, Sie fragten nach Sozialstunden bzw. Engagements im Rahmen von Strafverfahren im Sinne eines Täter-Opfer-Ausgleichs. Das kann ich jetzt nur für die Stadt Stuttgart als Kommune beantworten. Wir bieten das nicht an, obwohl wir selbst ehrenamtliche Tätigkeiten innerhalb der Stadtverwaltung anbieten, aber nicht im Rahmen dieser Sozialstunden. Ich kann Ihnen auch nicht sagen, ob das bei uns schon einmal angestrebt wurde. Ich kann mir vorstellen, dass es dafür wieder irgendwelche rechtlichen Hürden gibt. Vor allem müssen die Personen in diesen Stunden ja auch begleitet werden, was sich angesichts der in der Verwaltung bestehenden Personalengpässe nicht umsetzen ließe.

Dann wurde noch danach gefragt, inwiefern auch Multiplikatoren innerhalb der Krise hätten genutzt werden können. Tatsächlich gab es nach einer Weile das eine oder andere Informationsmaterial, auch mehrsprachig. Das war auf jeden Fall ein Aspekt, der in der Pandemie sehr wichtig war. Es hat ein bisschen gedauert. Zum Teil kam es auch nicht über Politik und Verwaltung, sondern durch Interessenvertretungen migrantischer Communitys selbst, dass sie sich die Mühe gemacht haben, Dinge zu übersetzen und herauszugeben. Das Thema Mehrsprachigkeit war auf jeden Fall wichtig.

Andererseits war es natürlich wichtig, überhaupt erst einmal zu erfahren, welche Dachverbände es innerhalb migrantischer Communitys gibt. Diese auch mit der Verwaltung zu koppeln, ist ohnehin noch einmal eine Aufgabe für uns alle. Wir stellen fest, dass wir tatsächlich nur die Communitys erreichen, die selbst schon sehr „deutsch“ und bürokratisch organisiert sind und Strukturen aufgebaut haben. Es beginnt schon damit, dass wir einige Glaubensgemeinschaften nicht erreichen, weil sie die Verwaltung nicht zwingend als Kooperationspartner wahrnehmen, obwohl sie möglicherweise in einem Dialog mit Kirchen stehen, aber eben nicht zwingend mit der Verwaltung. Es passiert auch sehr viel Engagement an der Verwaltung vorbei, was ja völlig in Ordnung ist, was sich in der Krise jedoch dadurch bemerkbar gemacht hat, dass die Zugänge in beide Richtungen gefehlt haben.

Es fällt mir schwer, die Frage zur Bürgerbeteiligung in der Krise zu beantworten, und zwar zum einen, weil die Bürgerbeteiligung nicht in unserem Bereich liegt, sondern wir eine eigene Bürgerbeteiligungsstelle haben, die darüber sicherlich mehr weiß. Von Engagierten haben wir eher die Frage nach einer guten Kommunikation vernommen. Es ging gerade am Anfang der Pandemie gar nicht zwingend darum, dass möglicherweise radikale Entscheidungen wie z. B. Zugangsbeschränkungen zu Einrichtungen etc. getroffen werden konnten, sondern es ging um die Unsicherheit, die damit einherging: Wer ist davon betroffen? Wer ist da außen vor? Warum gilt das hier, warum gilt das dort nicht? Es war eher eine Frage der Vernetzung, Kommunikation und Aufklärungsarbeit durch Politik und Verwaltung, wo uns zurückgemeldet wurde, dass die vermisst wurde. Dabei ging es auch häufig um die Kommunalverwaltungen selbst.

– 123 –

Frau Harsch, Sie fragten noch nach den Grenzen des ehrenamtlichen Engagements aus Sicht der Kommunalpolitik. Wie ich vorhin gesagt habe, verstehen wir uns als Interessenvertretung des Engagements innerhalb der Verwaltung. Das ist ein wirklich sehr anstrengender Job, weil wir als eine Art Pendeltür zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung agieren und ein großer Teil unserer Arbeit darin besteht, darüber aufzuklären, was möglich und was nicht möglich ist. So kompetent, involviert und engagiert die Menschen auch sind, so haben sie doch oft keinen Blick hinter die Kulissen einer Verwaltung und dafür, was wie zu laufen hat. Vieles wird als schwerfällig empfunden, was vielleicht seine Richtigkeit hat, weil man eben rechtzeitig informieren möchte, weil man nur richtige Informationen herausgeben möchte und auch Transparenz notwendig ist, aber dann eben auch verbindlich.

Wir stellen fest: Je mehr wir vernetzen, wenn denn die entsprechenden Ressourcen dafür vorhanden sind, und je mehr Austausch stattfindet, umso mehr können wir von unserer Seite als Engagementförderung auch eine Art von Erwartungsmanagement bei Engagierten pflegen, indem wir die Strukturen und die Anforderungen darstellen und aufzeigen, aus welchen Gründen es an der einen oder anderen Stelle hakt. Aber das funktioniert natürlich nicht immer. In der Presse wurde beispielsweise über Personalengpässe bei der Stadt Stuttgart im Zusammenhang mit der Aufnahme der Geflüchteten aus der Ukraine berichtet. Da ist es natürlich eine sehr wichtige Aufgabe für uns, den Engagierten immer wieder zu sagen, dass sie mit ihrem Engagement nicht allein sind, dass aber in diesem Moment diverse Kräfte wirken. Das ist tatsächlich nicht einfach und sehr anstrengend, aber auf jeden Fall auch sehr fruchtbar, weil es ein gegenseitiges Verständnis auf beiden Seiten schafft. Das wirkt dann natürlich auch in die Verwaltung hinein, weil wir bei allem, was wir tun, immer in die Verwaltung hinein kommunizieren, was gerade draußen los ist.

Sie fragten noch nach der Evaluation der Finanzierung. Wir rufen in der Engagementförderung eigentlich immer nach der Niederschwelligkeit von Anträgen und Fördertöpfen. Sicherlich wäre es sinnvoll, Standards zu entwickeln, um evaluieren zu können, welche Projekte gefördert werden und welche nicht. Jedes Förderprogramm hat Rahmenbedingungen, die erfüllt sein müssen. Tatsächlich träumen wir immer wieder mal davon, dass es doch einfach einmal Fördertöpfe für Ideen geben könnte, einfach nur für eine Idee, die ich habe und die ich im Quartier umsetzen will, für die ich keine Rahmenbedingungen erfüllen muss, da ich in meiner Nachbarschaft einfach nur irgendetwas anstoßen möchte. Die Idee muss noch nicht einmal ausgereift sein, sondern ich bekomme Startkapital, um mich zu vernetzen und um tätig zu werden. Aber es bedarf sehr viel Vertrauen in die Arbeit der Engagierten, um so etwas zu machen.

Dass nach Beendigung einer Projektfinanzierung eine institutionelle Förderung angestrebt wird, was möglicherweise dazu führen kann, dass immer die Gleichen Fördermittel erhalten, das mag durchaus sein. Das trifft dann auf Dachverbände, Wohlfahrtsverbände etc. zu. Beim informellen Engagement können wir das allerdings nicht feststellen, weil die Geförderten die Unabhängigkeit von der Verwaltung schätzen. Sie wollen dann lieber Instrumente der Engagementförderung wie Vernetzung, Workshops

– 124 –

etc. oder auch mal einen Medienverleih wahrnehmen. Aber wir haben nicht den Eindruck, dass sie ihre Unabhängigkeit zugunsten einer städtischen Finanzierung aufgeben wollen würden.

Um zu verhindern, dass immer wieder die Gleichen eine Förderung erhalten, könnte über eine größere Niederschwelligkeit, vielleicht sogar über eine Mehrsprachigkeit bei Anträgen erreicht werden, dass die Vielfalt der geförderten Projekte wächst, da dann viel mehr Menschen in den Genuss einer Beratung oder Unterstützung bei der Antragstellung kommen und dadurch auch kleine Initiativen vielleicht sogar komplett fremdsprachige Angebote umsetzen können, weil sie hierfür Mittel bekommen können.

Herr Reith hatte noch gesagt, dass die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, stark nachgelassen hat. Wir können für das ehrenamtliche Engagement tatsächlich bestätigen, dass uns viele Vereine ihre Nachwuchssorgen mitteilen, weil die klassischen Ehrenämter nicht mehr so sehr gefragt sind. Gleichzeitig stellen wir auch fest, dass viel informelles Engagement stattfindet, das sich häufig gar nicht als Engagement begreift. Da sind wir dann manchmal auch gar nicht sicher, ob die Menschen innerhalb einer Bürgerumfrage oder innerhalb einer Umfrage in Stuttgarts z. B. ankreuzen würden, dass sie ehrenamtlich aktiv sind, weil sie nur in der Nachbarschaft wirken. Da ist meine Hoffnung, dass, wenn wir so etwas auch als Engagement begreifen, das Engagement doch weiterlebt, auch wenn es in der Statistik nicht erscheint.

Aufgrund der Tatsache, dass die Babyboomer in den kommenden Jahren möglicherweise auch sehr viel Ressourcen und Wissen einbringen können, wenn sie nicht mehr berufstätig sind, habe ich die Hoffnung, dass dies dem Ehrenamt noch einmal Aufschwung geben wird.

Sv. Herr Dorn: Das waren viele Fragen. Ich bin es nicht gewohnt, immer gleich auf Fragen Antworten zu finden, aber ich versuche, mein Bestes zu geben.

Ich beginne mit § 41a der Gemeindeordnung. Diese Vorschrift ist relativ schwammig. Da steht nicht drin, dass 80 % aller Jugendlichen bei einem Findungsprozess oder sonst irgendetwas beteiligt werden müssen, sondern es geht, glaube ich, mehr um eine Art Mindset, dass man sagt: Wir wollen, dass die Kinder und Jugendlichen grundsätzlich beteiligt werden. Ich persönlich hatte nicht die Idee zu diesem Paragraphen. Ich weiß nicht, wer sich diesen Paragraphen ausgedacht hat, aber es gibt ihn nun einmal. Wenn ich damals diesen Paragraphen hätte mitgestalten können, hätte ich ihn wahrscheinlich etwas konkreter gefasst.

Ich wurde seinerzeit häufig von Jugendreferenten gefragt: Wie kann Ihre App denn repräsentative Daten liefern? Ich habe gesagt: Es geht nicht darum, dass man den Gemeinderat oder die demokratischen Grundprozesse aushebelt, sondern es geht darum, dass man Stimmungen erfasst und dass man konstruktive Ideen erschafft. Es geht darum, eine Identifikation zu ermöglichen und einen Kanal zu den Jugendlichen

– 125 –

vor Ort aufzubauen. Das ist das Wichtige. Eigentlich ist Jugendbeteiligung das falsche Wort. Es geht mehr um Jugendbindung. Das halte ich für den besseren Begriff.

Ich kann Ihnen leider nicht sagen, inwieweit unsere oder eine andere App durch diesen Paragraphen als repräsentatives Tool legitimiert würde. Ich glaube nicht, dass es das jemals kann. Aber die Frage lautet doch, inwieweit es die bisherigen Formate gemacht haben. Ist es repräsentative Demokratie für alle Jugendlichen, wenn ein städtischer Mitarbeiter mit 20 Jugendlichen für einen Nachmittag in die Aula geht? Ich glaube, nicht. Es ist nur eine Erfassung von Ideen, von Stimmungsbildern. Wie gesagt, ich hätte diesen Paragraphen anders formuliert. Es sei denn, man macht es wie in Tübingen – darauf werde ich gleich noch eingehen – über eine App, mit der man z. B. nachweisen kann: Jeder Bürger von Tübingen hat einen Brief bekommen und hat sich validiert. Er kann nur einmal abstimmen. Wenn man diese Validität haben will, dass es repräsentativ ist, dann ist der damit verbundene bürokratische Aufwand enorm.

Mir ist bekannt, dass diese App in Tübingen 150 000 € gekostet hat. Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Ich kenne die App. Die wäre nicht so teuer gewesen, wenn wir es gemacht hätten, aber das nur am Rande. Das ist nun einmal ein bürokratisches Monster. Deswegen killt es eigentlich den demokratischen Prozess und verfehlt seine Wirkung total. Ich halte solch eine App nicht für ein geeignetes Tool, um eine repräsentative Beteiligung von Jugendlichen im Sinne eines rechtlich bindenden Kontextes zu nutzen. Aber es ist ein wichtiger Kanal, der ein Stimmungsbild vermittelt.

Es wurde noch gefragt, welche Altersgruppen in unserer App definiert waren. In unserer App konnte man alle Altersstufen wählen. Wenn die Kommune Inhalte generiert hat, dann konnte sie wählen, für welche Altersgruppen das sichtbar sein soll. Die Themen, die vielleicht eher die Kinder in der fünften oder sechsten Klasse interessiert haben oder die vielleicht eher für die Oberstufe gedacht waren, konnte man dort unterschiedlich streuen.

Die Anzahl der Jugendlichen im ländlichen Raum, die kein Internet haben, halte ich für verschwindend gering. Vielleicht hat nicht jeder Glasfaser oder DSL, aber ein Handy hat, glaube ich, jeder. Die Frage, wie man Jugendliche ohne Internet in der heutigen Zeit erreichen kann, kann ich Ihnen nicht beantworten.

Sie hatten auch das Thema Datenschutz erwähnt. Datenschutz ist das Lieblingsthema von uns ITlern. Wir arbeiten tatsächlich mit Daten, die geschützt werden müssen. Auf der einen Seite halten wir den Datenschutz für extrem wichtig, aber auf der anderen Seite lähmt er eben auch wahnsinnig und macht Dinge kompliziert. Es ist viel an Dokumentation zu leisten. Ich persönlich bin nicht der größte Freund des Datenschutzes, wie man ihn erfüllen muss. Aber das ist nur meine persönliche Meinung; das ist nicht wichtig.

In der App war es ganz einfach: Die Daten wurden anonym erfasst. Das heißt, es gab keine Legitimierung durch einen Brief, durch die Adresse, durch die Ausweisnummer

– 126 –

oder durch irgendetwas anderes. Wenn man das hätte manipulieren wollen, hätte man sich rein theoretisch mit zwei verschiedenen Accounts auch zweimal anmelden und zweimal abstimmen können. Deswegen sage ich, dass es kein repräsentatives Tool ist. Wer sich so viel Mühe macht und dreimal abstimmt – ja gut, das ist dann eben so. Aber da wir die Daten anonym erfasst haben, also ohne IP-Adressen und ohne Geschlechtszugehörigkeit, wohl aber die Altersgruppe, konnte die Stadt zumindest identifizieren, dass ein Thema bei einer bestimmten Altersgruppe eher präsent ist als vielleicht bei einer anderen Altersgruppe und welche Sorgen eine bestimmte Altersgruppe umtreiben. Aber das war nicht auf einzelne Personen zurückzuführen. Ich glaube, das ist ein Kompromiss, den man eingehen muss.

Warum wollte der Gemeinderat, dass der Quellcode offengelegt wird?

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Dabei ging es meiner Erinnerung nach um die Kritik an möglichen Eigeninteressen des Unternehmens, das die App entwickelt hatte. Daraufhin wurde aus digitalpolitischer Sicht verlangt, man müsse den Quellcode veröffentlichen.

Sv. Herr Dorn: Inwiefern Eigeninteressen? Das interessiert mich einfach. Die sammeln also die Daten, oder wie?

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Wahrscheinlich, genau. Es ging darum, inwieweit man die Daten nutzen könnte.

Sv. Herr Dorn: Und der Gemeinderat hätte sich den Quellcode angeschaut und hätte dann gesagt: „Aha, da habt ihr aber was eingebaut“? Wahrscheinlich nicht. Keine Ahnung.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Das ist wohl eine Tübinger Debatte.

Sv. Herr Dorn: Wenn man mir 150 000 € für eine App bietet, dann gebe ich denen auch den Quellcode. Das ist mir ziemlich egal. Das Urheberrecht habe ich ja trotzdem. Die Debatte im Gemeinderat von Tübingen habe ich dann in dem Fall nicht verstanden.

Warum sollten Jugendliche diese App herunterladen? Warum Jugendliche diese App herunterladen sollten, ist die gleiche Frage wie die Frage: Warum sollte man Jugendbeteiligung machen? Warum sollte man Jugendliche bitten, sich überhaupt einzubringen? Die Jugendlichen sind zwar eine sehr heterogene Gruppe, aber ich glaube, wir können durchaus sehen, dass es eine stark ideologisierte Gruppierung bei den Jugendlichen gibt – Stichwort Klimawandel usw. Nicht alle rennen zu „Fridays for Future“ oder kleben sich irgendwo fest, aber die Jugendlichen, mit denen ich spreche, haben alle ganz klare Ideale, und die sind durchaus daran interessiert, für diese Ideale zu kämpfen, was ich sehr gut finde. Aber sie haben keinen Kanal. Wo sollen sie es denn machen? Wie sollen sie denn die Kommune erreichen? Sich in den Gemeinderat

– 127 –

wählen zu lassen, geht nicht so leicht. Das klappt vielleicht ganz selten. Bei uns ist es relativ schwierig, glaube ich, denn die Kommunen sind nicht in den Medien unterwegs, die die Jugendlichen nutzen.

Auch unsere Kommune hat eine Instagram-Seite. Aber es ist nicht der Weg, wie man Jugendliche erreicht: indem man irgendein Medium nutzt, das sie u. a. auch in ihrer Freizeit nutzen, sondern man muss ihnen schon sagen, welchen Nutzen ihnen eine bestimmte Anwendung bringt, dass sie damit die Möglichkeit haben, sich politisch und gesellschaftlich zu beteiligen, und dass das gehört wird. Ich glaube, das ist die Antwort auf die Frage, warum man diese App herunterladen sollte: Das ist der einzige Weg, wie die Jugendlichen gehört werden können, also die breite Masse. Ich hoffe, diese Antwort ist ausreichend.

Ist KI auch in Krisen für die Jugendbeteiligung geeignet? Die Jugendbeteiligung ist nur ein Einsatzgebiet. Wir haben momentan folgende Situation: Es gibt ChatGPT und die ganzen Bild-KIs; es gibt Sound-KIs. Man kann Menschen imitieren, man kann Deepfakes machen. Man kann im Grunde genommen alles machen. Ich stelle immer wieder fest, dass vielen überhaupt noch nicht klar ist, was da gerade passiert. Ich sage es einmal ganz böse: Die Gegenseite, also die „Schwurbler“, die Reichsbürger, die demokratiefeindlichen Gruppen – nennen wir es einmal so –, egal, aus welchen Ländern oder aus welchen Motivationen heraus, nutzt es ja auch. Man muss verstehen, wie es funktioniert, um darauf reagieren zu können. Das heißt nicht, dass man Fake News mit Fake News bekämpft, aber man kann nun einmal sehr leicht eine Million Tweets zu einem Thema rauslassen, wenn man weiß, wie es geht. Das kann zum Schlechten genutzt werden, aber man kann es auch zum Guten nutzen. Deshalb glaube ich, dass es extrem wichtig ist, das in der Kommunikation zu berücksichtigen.

Herr Reith hatte gefragt, wo noch Bottlenecks bestehen. Das ist definitiv ein Budgetthema, und zwar nicht deswegen, weil die Entwicklung einer App so furchtbar teuer ist, sondern man muss die App auch vermarkten und man muss eine gewisse Reichweite generieren. Da reicht es eben nicht aus, in der Kommune ein paar Flyer ins Jugendhaus zu hängen – das bringt gar nichts –, sondern man muss ein zielgruppengenaues Targeting im Onlinemarketing machen. Da kann man sehr effiziente Wege gehen, aber die kosten Geld. So erreicht man dann aber die Jugendlichen. Wenn man das mit guten, mit regelmäßigen Inhalten koppelt und eine Nachhaltigkeit aufbaut, funktioniert das. Da bin ich sicher. Aber dafür braucht man Geld. Das ist noch der große Bottleneck.

Vorsitzender Alexander Salomon: Gibt es noch weitere Fragen? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Vielen Dank an Sie, Herr Dorn und Frau Youkhana, dass Sie uns heute Rede und Antwort gestanden haben. Ich möchte noch darauf hinweisen, es zählt die Qualität der Fragen und der Anwesenden, nicht immer nur die Quantität. Trotz allem hat es uns sehr gefreut, dass Sie uns heute beehrt haben.

– 128 –

(Beifall)

Wir schließen hiermit nämlich auch die parlamentarische Zeit vor dem Sommer. Ich darf mich vielmals bei allen Mitgliedern und bei allen Sachverständigen in der Enquete-kommission bedanken. Ich wünsche Ihnen einen schönen Sommer.

Die nächste Sitzung findet am Freitag, 22. September 2023, bereits um 9:00 Uhr statt.

Ansonsten wünsche ich Ihnen eine schöne Zeit. Kommen Sie gut durch den Sommer. Wir sehen uns dann in alter oder neuer Frische wieder.

Vielen Dank.

(Schluss des öffentlichen Teils: 17:36 Uhr)

17. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Öffentlicher Teil

17. Sitzung

Freitag, 22. September 2023, 9:00 Uhr

Stuttgart, Haus des Landtags

Plenarsaal
Videokonferenz

Beginn: 9:01 Uhr

Schluss: 13:58 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Teil I – öffentlich

1. **Politische Aussprache zum dritten Handlungsfeld**
„Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“ S. 1
2. **Anhörung von Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus des Landes Baden-Württemberg**
zum vierten Handlungsfeld „Ökonomische Aspekte von Krisen“ S. 27

Teil II – nicht öffentlich (gesondertes Protokoll)

1. Bestimmung des in der Sitzung der Enquetekommission am 10. November 2023 zu behandelnden Themas
2. Verschiedenes

– 1 –

Teil I – öffentlich (Beginn: 9:01 Uhr)

Vorsitzender Alexander Salomon: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie alle hier vor Ort und auch diejenigen im digitalen Raum, die uns zur 17. Sitzung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ am 22. September 2023 zugeschaltet sind, recht herzlich begrüßen. Wir beginnen heute ausnahmsweise schon um 9:00 Uhr.

Ihnen ist die Tagesordnung mit Teil I – öffentlich – und Teil II – nicht öffentlich – zugegangen. Wir beginnen mit der politischen Aussprache zum dritten Handlungsfeld „Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“. Gibt es Ergänzungen oder Änderungswünsche zur Tagesordnung? – Das sehe ich nicht. Dann steigen wir direkt in die Tagesordnung ein.

Ich darf an dieser Stelle noch die Vertreterinnen und Vertreter des Sozialministeriums und – wir bekommen ja nachher Besuch von Frau Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut – auch des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus recht herzlich begrüßen.

Punkt 1

**Politische Aussprache zum dritten Handlungsfeld
„Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und
Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge und Krisen-
bewältigung“**

Wir steigen mit der Fraktion GRÜNE und Herrn Abg. Köhler in die politische Aussprache ein.

Abg. Erwin Köhler GRÜNE: Guten Morgen in die Runde! Sehr geehrter Herr Vorsitzender Salomon, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, liebe Gäste, meine Damen und Herren! Das Handlungsfeld „Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“ wird heute von der Enquetekommission abschließend behandelt. Bei den Anhörungen haben wir festgestellt, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt mitunter den größten Beitrag zur Resilienz und Krisenfestigkeit unserer Gesellschaft leistet. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass ohne den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine angemessene Reaktion auf Krisen nicht möglich wäre.

In Anbetracht multipler Krisen und auch der Pandemie, die mittlerweile für beendet erklärt worden ist, gilt für mich – wie sicherlich für alle, die heute hier sind –: Wir in

– 2 –

Baden-Württemberg können Krisenbewältigung, und in der Kommission bekommen wir gesagt, wie das am besten geht.

Aber: Was macht Zusammenhalt eigentlich aus? Zusammenhalt beruht auf dem gegenseitigen Vertrauen zwischen dem Staat und seinen Institutionen sowie den Bürgerinnen und Bürgern, dass staatliches Handeln gerechtfertigt ist und Sinn ergibt – sowohl innerhalb als auch außerhalb einer Krise: davor, währenddessen und danach. Sachverständige, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Menschen aus der Praxis sowie selbst Betroffene haben aufgezeigt, dass dieses Vertrauen und damit der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft keineswegs selbstverständlich sind. Vertrauen ist angreifbar und kann u. a. durch Krisen verloren gehen. Vertrauen besteht nicht einfach. Daran und auch am Zusammenhalt muss dringend gearbeitet werden.

Hier, meine Kolleginnen und Kollegen, kommen wir ins Spiel. Wie und wo können wir das machen? Wo können wir den Zusammenhalt als Parameter in allen Politikfeldern und Bereichen fördern und etablieren? Welche Möglichkeiten bieten sich uns als Parlament, der Politik und dem Staat, den Zusammenhalt zu fördern und ihn für eine krisenfeste Gesellschaft einzusetzen?

Wir wollen uns auf Repräsentation und Teilhabe, den Einbezug aller Bevölkerungs- und Altersgruppen sowie eine verständliche Kommunikation mit ihnen konzentrieren.

Zusätzlich zum klassischen Anhörungsmodell haben wir zu Beginn der Arbeit am dritten Handlungsfeld die Ergebnisse des Bürgerforums sowie der Kinder- und Jugendbeteiligung überreicht und vorgestellt bekommen. An dieser Stelle möchte ich im Namen meiner Fraktion allen beteiligten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ganz herzlich danken: Danke, dass Sie sich so eingebracht und uns die Forderungen so nachdrücklich gesagt und übergeben haben. Die Kinder- und Jugendbeteiligung hat unsere Arbeit in der Kommission sehr bereichert.

Das Ziel ist nun, nicht nur im Rahmen der Enquetekommission miteinander zu reden, sondern Beteiligungsprozesse so zu gestalten, dass die Stellungnahmen nicht nur vorgetragen, sondern auch berücksichtigt und eingearbeitet werden. Die Beteiligungsformate haben sich z. B. für ein Jugendgremium auf Landesebene, mehr politische Bildung und psychologische Beratung an Schulen und das Etablieren einer wirklich ehrlichen Fehlerkultur ausgesprochen.

Ich verstehe unseren Auftrag als Mitglieder der Kommission, aber auch als Politiker so: Teilhabe ermöglichen, zuhören, mitnehmen, umsetzen, weitertragen und auch am Ergebnis teilhaben lassen.

– 3 –

Demokratie bedeutet, Kompromisse zu finden. Wir müssen verständlich machen, wie diese zustande kommen. So beugen wir Verdruss vor; so können wir eine krisenfeste Gesellschaft sein.

Ich habe es schon zu Beginn angesprochen: Zusammenhalt braucht Vertrauen. Für Vertrauen braucht es auch Wiedererkennung. Wir erkennen uns als Menschen in Prozessen wieder, die uns ähnlich sind. Somit ist für uns für eine gute Teilhabe und für das Vertrauen in Beteiligungsprozessen wichtig, dass sich Bürgerinnen und Bürger verstanden und vertreten fühlen. Was meine ich damit? Es braucht für eine vertrauensvolle Beteiligung, Repräsentation und Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger Menschen aus den verschiedensten Bevölkerungsgruppen und mit den unterschiedlichsten Lebensläufen. Konkret: Mir ist wichtig, dass sich alle Personen einbringen können, egal, ob mit oder ohne Migrations- und Fluchtgeschichte. Kinder und Jugendliche sollen genauso angehört und berücksichtigt werden wie Erwachsene sowie Seniorinnen und Senioren.

Es braucht einfache Sprache, inklusive Maßnahmen und Mehrsprachigkeit. Wir müssen verständlich kommunizieren, egal, ob es eine Verordnung in der Pandemie oder eine Warnung vor einer Hitzeperiode ist, dass man auf sich aufpassen muss, wenn man hinausgeht, oder dass man, wenn man zu einer vulnerablen Gruppe gehört, darauf achten muss, wo man sich in einer Stadt aufhält.

Meine Kollegin Dr. Susanne Aschhoff fährt nun fort und geht auf die Probleme bei der Kommunikation und auf unsere Erkenntnisse aus der Kommissionsarbeit zum Thema „Gesellschaftliche Polarisierung“ ein.

Ich bedanke mich für die Zusammenarbeit und für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Abg. Dr. Susanne Aschhoff GRÜNE: Sehr geehrter Herr Vorsitzender Salomon, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Gäste! Unser aller Zusammenleben gewinnt ganz wesentlich durch die Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich einbringen. Bürgerschaftliches Engagement ist für unsere Gesellschaft und auch für die Politik von immenser Bedeutung. Es ist auch Teil von gesellschaftlichem Wandel und stößt immer wieder Veränderungen an.

Besonders wichtig ist der Beitrag Ehrenamtlicher bei der Bewältigung von Krisen. Wir alle haben bestimmt noch ganz lebhaft den Einsatz von unzähligen Helferinnen und Helfern für die Opfer des Krieges in der Ukraine oder des Erdbebens in der Türkei und in Syrien vor Augen. Als Landtag ist es unsere Aufgabe, dieses Engagement zu unterstützen und zu stärken. Dazu zählen z. B. eine nachhaltige Finanzierung, flexible, bedarfsgerechte Hilfe, der Abbau von Bürokratie sowie eine gute materielle Aus-

– 4 –

stattung und natürlich ein stets offenes Ohr für die notwendigen Bedarfe der Ehrenamtlichen.

Nicht nur beim Ehrenamt, sondern auch in vielen anderen Bereichen ist es uns wichtig, den Kontakt zu allen Bürgerinnen und Bürgern nachhaltig aufrechtzuerhalten und zu intensivieren. In unserer Enquetearbeit wurde immer wieder deutlich: Für eine erfolgreiche Krisenbewältigung ist gute Kommunikation essenziell; denn die Art und Weise, wie sich Verwaltung, Politik sowie Bürgerinnen und Bürger austauschen, ist ausschlaggebend für die gegenseitige Vermittlung wichtiger Informationen und für das Verständnis für staatliche Maßnahmen.

Unsere Sachverständigen haben bestätigt: Gute Kommunikation fördert den Prozess hin zur krisenfesten, also resilienten Gesellschaft. Konkret heißt das – der Kollege Köhler hat es schon angeschnitten –: Alle Bevölkerungsgruppen, insbesondere auch Menschen mit Behinderungen, mit Migrations- oder Fluchtgeschichte, Kinder und Jugendliche sowie Familien, müssen sich einbringen und mitbestimmen können.

Durch die Verwendung von einfacher Sprache und Mehrsprachigkeit, passende Formate sowie die Nutzung geeigneter Medien und Kommunikationsformen können möglichst viele Menschen erreicht werden und sich aktiv äußern. Wer Entscheidungen und Maßnahmen nicht versteht, fühlt sich möglicherweise abgehängt oder vernachlässigt.

Um die Menschen jeden Alters gut zu informieren, kommt den Medien, z. B. Radio, Zeitungen und Social Media, eine immens wichtige Rolle zu. Medienbildung und Medienkompetenz sind die Voraussetzungen dafür, die erhaltenen Informationen gut und kritisch einordnen zu können. Die alltägliche Flut an Nachrichten bringt große Herausforderungen mit sich. Falsche oder nicht validierte Aussagen, die sogenannten Fake News, können über Social Media sehr schnell verbreitet werden. Der Umgang mit Medien muss erlernt und geübt werden, um die Zuverlässigkeit von Quellen und den Wahrheitsgehalt von Informationen einschätzen zu können. Der Glaube an Fake News kann zu Polarisierung oder gar zur Radikalisierung persönlicher Einstellungen beitragen oder zur massenhaften Verbreitung bewiesener falscher Behauptungen führen.

Extremismus, Diskriminierung und Verschwörungserzählungen untergraben unsere Gesellschaft. Um diesen Bewegungen entgegenzuwirken, braucht es neben der gerade erwähnten Medienbildung auch eine Stärkung von wirksamer Präventionsarbeit und politischer Bildung, insbesondere auch bei jungen Menschen. Dies beugt nicht nur gesellschaftlichen Krisen vor, sondern stärkt und schützt das Gefühl von Zusammengehörigkeit, Sicherheit und Solidarität der Menschen untereinander und so die Krisenfestigkeit der Allgemeinheit. Wie wichtig die Stärkung der Mitte und eine klare Abgrenzung gegenüber demokratiefeindlichen Tendenzen und Organisationen sind, war gestern und ist heute in tagesaktuellen Studien in der Presse zu lesen.

– 5 –

Der unmittelbare Zusammenhang von Krisenfestigkeit und Zusammenhalt ist enorm wichtig für die Arbeit dieser Enquete. Die in diesem dritten Handlungsfeld gewonnenen Erkenntnisse werden die Ergebnisse der Kommission, aber auch unser allgemeines politisches Handeln wesentlich prägen.

Bereits am heutigen Punkt unserer Arbeit ist klar, dass wir so rasch wie möglich erste Maßnahmen umsetzen wollen, um aktuellen Krisen zu begegnen und uns für kommende zu wappnen. Wir freuen uns, dass schon jetzt erste Vorschläge von Expertinnen und Experten sowie Gremien durch die Landesregierung umgesetzt werden. So wird es z. B. ab dem Schuljahr 2023/2024 die hier von den Schülerinnen und Schülern vorgeschlagenen Katastrophenübungen an Schulen geben.

Außerdem wurde inzwischen immer wieder deutlich, dass einige Themen wie Bildung, Gesundheit, Klimaschutz und Digitalisierung in jedem der vier Handlungsfelder der Kommission Aufgaben für uns bereithalten.

Wir Enquetemitglieder werden weiterhin in guter Zusammenarbeit Informationen sammeln und daraus abgeleitete Maßnahmen schnellstmöglich in die Umsetzung bringen; denn eines ist klar: Der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Sicherung unserer Demokratie brauchen unsere politische Unterstützung. Sie sind unser aller Basis, um künftige Krisen zu bewältigen und uns kommenden Herausforderungen tatkräftig zu stellen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Abg. Dr. Aschhoff. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Frau Abg. Staab.

Abg. Christiane Staab CDU: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Das dritte Handlungsfeld ist aus meiner Sicht das zentrale Thema – nicht nur, weil ich heute für meine Fraktion zu diesem Handlungsfeld sprechen darf –, wenn wir über Krisenfestigkeit und Zustände in unserer Gesellschaft sprechen, die uns helfen, gut durch Krisen zu kommen, möglicherweise aus Krisen zu lernen und auch stark in Krisen hineinzugehen. Das ist das zentrale Thema, um zu betrachten: Wo stehen wir? Wie sind wir in diesem Bereich aufgestellt? Wie sind wir als Gesellschaft zusammengesetzt? Wie schaffen wir es, gut durch mögliche nächste Krisen zu kommen?

Das Thema „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ steht über allem. Es bringt zum Ausdruck, dass eine Gesellschaft bei aller Unterschiedlichkeit der Menschen, die in ihr leben, schlussendlich nur dann stark sein kann, wenn sich alle unterschiedlichen Menschen als eine Gesellschaft betrachten, sich zu der Gemeinschaft zugehörig füh-

– 6 –

len, in der Gemeinschaft wirksam werden können und in dieser Wirksamkeit jeder für sich hilft, durch eine Krise zu kommen. Das große Ziel unserer Enquetekommission bei diesem Handlungsfeld muss sein, zu betrachten, wie wir es schaffen, jeden Menschen in unserer Gesellschaft wirksam werden zu lassen und ihn auch zu befähigen, wirksam zu werden. Da haben wir riesengroße Aufgaben vor uns. Das ist in allen Vorträgen, die wir gehört haben, immer wieder deutlich zum Ausdruck gekommen.

Ich spreche immer gern in Dritteln. Auch jede Gesellschaft kann gut in Drittel aufgeteilt werden. Wir haben das Drittel der Starken; dazu haben wir viel gehört. Das kann die Familie sein. Die Familie macht stark; das haben wir gehört. Kinder, die in einer starken Familie groß werden, haben eine relativ geringe Wahrscheinlichkeit, in Extremismus abzugleiten oder sich selbst als unwirksam, möglicherweise sogar als unwert zu empfinden. Menschen, die in einer starken Familie groß werden, sind in der Regel das, was wir unter einem resilienten Erwachsenen verstehen.

Dann haben wir die etwas Schwächeren. Die brauchen Förderung und müssen mitgenommen werden. Bei ihnen müssen wir ganz stark auch in Bildungsarbeit investieren.

Zudem haben wir vulnerable Gruppen, ganz schwache und sehr verletzte Menschen, auf die wir unser Augenmerk auch in Krisensituationen ganz besonders richten müssen. Der Rückblick auf Corona hat gezeigt, dass der Schutz der ganz Schwachen für die Handelnden sehr wichtig gewesen ist, die Geschützten aber zum Teil gesagt haben, der Schutz sei so groß gewesen, dass sie quasi übergeschützt waren: kranke Menschen, die keinen Besuch mehr empfangen durften, alte Menschen, die in Heimen keinen Besuch mehr empfangen durften, Sterbende, die allein sterben mussten. Das heißt, wir müssen die vulnerablen Menschen noch einmal ganz besonders in den Blick nehmen, um zu schauen, wie wir sie gut durch Krisen führen können.

Das Thema „Erziehung und Bildung“ ist ein ganz zentrales Thema. Wir haben das eben noch einmal gehört. Bildung befähigt Menschen, auf unterschiedliche Ereignisse reagieren zu können. Menschen, die eine schwache Bildung haben – das wurde in allen Vorträgen deutlich –, haben in der Regel wenig Chancen, stark durch Krisen zu gehen. Bildung befähigt den Menschen, sich kognitiv mit Dingen auseinanderzusetzen, Zusammenhänge zu verstehen und sich kritisch mit Medien auseinanderzusetzen. Bildung bedeutet aber auch, Sprache zu entwickeln, sich zu artikulieren und seine Bedürfnisse artikulieren zu können. Das ist ein Punkt, den wir gerade mit Blick auf vulnerable Gruppen immer wieder feststellen müssen: Wir müssen stärker schauen, ob alle Gruppen in der Lage sind, ihre Bedürfnisse überhaupt zu kommunizieren und Strukturen aufzubauen, um allen Bevölkerungsgruppen Kommunikationswege zu bereichern.

Beim Thema Kommunikation, bei dem ich jetzt bin, ist deutlich aufgezeigt worden: Es gibt eine Kommunikation vor, während und nach einer Krise. Wie die Kommunikation

– 7 –

während der Krise aussieht, hängt entscheidend davon ab, wie sie vor der Krise ausgesehen hat. Wenn Kommunikation seitens der Verantwortungsträger transparent und nachvollziehbar erfolgt, wenn Menschen immer das Gefühl haben, sie sind über die Entscheidungen, die getroffen werden, und über Prozesse informiert, sie sind eingebunden – damit sind wir bei den Beteiligungsverfahren –, wenn Menschen das Gefühl haben, sie sind Teil einer guten Kommunikation, dann verlassen sie sich darauf und vertrauen auch in der Krise darauf, dass die Kommunikation, die dann stattfindet, ihr Vertrauen genießen darf.

Deswegen ist es umso wichtiger, dass wir unsere Kommunikation jetzt, in einer nicht krisenbehafteten Zeit, immer wieder überprüfen und reflektieren und dass wir schauen: Kommunizieren wir auf eine gute Art? Bekommen die Menschen unsere Gedanken mit, die wir derzeit bei Projekten haben? Das kann über die Bürgerbeteiligung geschehen. Wir müssen aber auch schauen, ob es möglicherweise noch andere Formate gibt.

Wenn das Vertrauen, dass gut, ehrlich und offen kommuniziert wird, wieder da ist – ich sage jetzt bewusst „wieder“; denn das Vertrauen ist in Teilen der Bevölkerung abgeschnitten –, dann haben wir eine Chance, dass auch in der Krise vertrauensvoll angenommen wird, was durch politisch Verantwortliche kommuniziert wird.

Die Digitalisierung spielt im Kommunikationsbereich eine zentrale Rolle. Ich möchte das an dieser Stelle aber nicht überbewerten. Das Thema Digitalisierung wird noch einen zentralen Punkt in der Enquetekommission einnehmen müssen. Wenn wir es nicht schaffen, Kommunikationswege flächendeckend in ganz Baden-Württemberg, Deutschland und Europa aufzubauen, dann tun wir uns schwer, weil viele Krisen nicht nur in einem kleinen Mikrokosmos stattfinden. Wir müssen davon ausgehen, dass sich Krisen auch über größere Flächen hinweg erstrecken können. Es muss gewährleistet sein, dass auch dann im wahrsten Sinn des Wortes flächendeckend kommuniziert werden kann. Da darf es keine Abbrüche geben, sondern Kommunikation muss über die Fläche hinweg sichergestellt sein, aber auch in die Tiefe, in alle Bevölkerungsbereiche hinein. Dazu gehören alle Formen von Medien, deren Zugang sichergestellt sein muss. Menschen dürfen nicht von Kommunikationswegen abgeschnitten werden. Dazu gehört, dass wir in verständlicher Sprache kommunizieren, dass auch bei schnellen Entscheidungen nachvollziehbar ist, warum so entschieden wird. Insofern müssen wir schauen, dass wir Kommunikationsmöglichkeiten finden – dabei kann künstliche Intelligenz bestimmt hilfreich sein –, um in vielen Sprachen zu kommunizieren. Es wird aber auch Situationen geben, in denen wir nicht in vielen Sprachen kommunizieren können, sondern in denen wir nur in einer Sprache kommunizieren werden. Das muss dann die Sprache Deutsch sein, möglicherweise noch Englisch. Es gibt Situationen, in denen nur eine kurze Ansage gemacht werden kann.

Deswegen ist es aus unserer Sicht auch wichtig, dass Menschen, die in Deutschland leben, zumindest ein grundständiges Erlernen der deutschen Sprache ermöglicht bekommen. Wir müssen viel stärker in Sprachkurse investieren. Auch müssen wir

– 8 –

darauf dringen, dass Sprachkurse als Chance wahrgenommen werden, Teil dieser Gesellschaft zu werden. Wenn man die Sprache kann und Teil dieser Gesellschaft ist, fühlt man sich angenommen und eingebunden.

Ein ganz wichtiger Punkt hierbei ist das Thema Ehrenamt, das Wirksamwerden in einem Ehrenamt, im bürgerschaftlichen Engagement. Menschen, die anderen Menschen im bürgerschaftlichen Engagement begegnen, lernen voneinander. Sie lernen aber auch miteinander. Sie lernen, dass sie in den unterschiedlichsten Bereichen wirksam werden können.

Gerade Menschen, die wenig Selbstwirksamkeitsgefühl haben, die der Meinung sind, sie zählen nicht, sie können nicht wirksam werden, muss über Anlaufstellen, über Ehrenamtsbüros aufgezeigt werden, wie man Wirksamkeit entwickeln kann. Ich glaube, ein riesiges Feld, um Selbstwirksamkeit in Zusammenarbeit mit anderen zu entwickeln, ist das Ehrenamt. Deswegen ist für uns zentral wichtig, das Thema Ehrenamt in alle Bevölkerungsgruppen zu bringen.

Wir können es uns in unserer alternden Gesellschaft auf Dauer nicht mehr leisten, Menschen zu verrenten, zu pensionieren und zu sagen: „Es ist jetzt mal gut.“ Wir brauchen jeden. Wir brauchen vor allem diejenigen Menschen, die wir jetzt verrenten bzw. die wir jetzt in Pension schicken. Wir brauchen sie im Bevölkerungsschutz, an den unterschiedlichsten Stellen, wir brauchen sie als Lesepaten, als Integrationshelfer, wir brauchen sie als Menschen, die für andere da sind. Sie müssen wieder das Gefühl haben – ich glaube, das ist das, was eine Gemeinschaft am allermeisten stärkt –: Ich bin Teil eines großen Ganzen. Dieses große Ganze setzt sich aus vielen einzelnen Aspekten zusammen.

Deswegen ist es so wichtig, dass wir jeden Einzelnen in eines der vielen kleinen Netzwerke bringen und dass alle Netzwerke am Schluss zu einem großen Netzwerk zusammengeführt werden. Wir alle wissen: Ein Netz geht nicht kaputt, wenn mal irgendwo ein Loch entsteht. Netze sind löchrig; Netze können auch löchrig sein, weil die Struktur eines Netzes genau so funktioniert. Wir sind keine Kette, die reißt, wenn ein Glied schwächelt.

Unser Ziel sollte sein, dass wir wieder ein großes Netz werden, in dem jeder Mensch seinen Stand findet, in dem jeder Mensch wirksam werden darf. Das beginnt in den Familien, in der Familienbildung, in der Familienstärkung. Das beginnt zum Teil aber auch schon vor der Geburt. Das sollte sich dann wie ein roter Faden durch ein Menschenleben ziehen: Ich bin wertvoll; ich bin ein Teil dieser Gesellschaft; ich kann wirksam werden für mich; ich kann aber auch wirksam werden für andere.

Wenn wir das am Schluss mit unseren Handlungsempfehlungen erreichen, haben wir ganz viel für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft getan.

– 9 –

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Abg. Staab. – Jetzt folgt für die SPD-Fraktion der Kollege Wahl.

Abg. Florian Wahl SPD: Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen! Corona hat die bestehenden Schwächen bezüglich des gesellschaftlichen Zusammenhalts offengelegt. Diese Einschätzung haben die zahlreichen Vorträge der Sachverständigen sowie die schriftlichen Stellungnahmen eindeutig bestätigt. Die letzten Monate haben gezeigt: In vielen Bereichen besteht dringender Handlungsbedarf. In welchen Bereichen dieser nach unserer Auffassung ganz besonders groß ist, haben wir in einem Papier, das Ihnen vorliegt, dargelegt. Die zentralen Punkte möchte ich Ihnen gern vorstellen.

Erstens: Resilienz durch Bildung. Im Bildungssystem besteht ohne Zweifel der größte Handlungsbedarf; denn das Bildungssystem befindet sich bereits in der Krise. Dabei geht es zunächst gar nicht um die Stärkung der Resilienz, sondern um die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der Institutionen. Deshalb fordern wir eine hundertprozentige Versorgung mit Lehrkräften. Erst dann können wir uns über die Vorzüge von multiprofessionellen Teams und über den Ausbau der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologie, bei Bedarf auch für Lehrkräfte, unterhalten.

Über allem steht die Tatsache, dass der Bildungserfolg noch immer stark von der sozialen Herkunft abhängt. Die Kopplung von Herkunft und Bildungserfolg müssen wir aufbrechen. Daher wollen wir verschiedene Maßnahmen ergreifen, beispielsweise den Ausbau der Schulsozialarbeit, mit denen Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe hergestellt werden können. Der Einsatz der sozialindexbasierten Ressourcensteuerung, die dazu beitragen soll, ein gerechtes Bildungssystem zu realisieren, gehört ebenfalls dazu. Des Weiteren wollen wir eine Anpassung des aktuellen Bildungsplans an gesellschaftliche Realitäten, wie z. B. den Ausbau des Themenfelds Medienbildung und von LSBTTIQ-Themen, aber auch den Umgang mit Krisen und Resilienz.

Seit den Fluchtbewegungen infolge des Ukrainekriegs sind unsere Lehrkräfte immer häufiger mit traumapädagogischen Herausforderungen konfrontiert, weshalb wir die Möglichkeit einer traumapädagogischen Weiterbildung befürworten. Wir wollen und dürfen kein Kind zurücklassen.

Zweitens: soziale Infrastruktur als Krisenvorsorge. Für uns, die SPD-Fraktion, gehört auch der Bereich der sozialen Infrastruktur zu einem zentralen Element der Krisenvorsorge, in dem großer Handlungsbedarf besteht. Wir sind davon überzeugt: In Kri-

– 10 –

sen dürfen sozial benachteiligte bzw. besonders schutzbedürftige Menschen in unserer Gesellschaft nicht zurückgelassen werden.

Armutsgefährdete Menschen sind von Krisen besonders stark betroffen. Daher liegt auf ihren Bedürfnissen ein spezieller Fokus für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In den Handlungsempfehlungen sollen Maßnahmen wie kostenlose Mittagessen in Schulen und Kitas sowie ein „Mobilität für alle“-Programm zur Entlastung vorgesehen werden.

Außerdem muss geprüft werden, wie das Land ambulante Pflegedienstleister gesetzlich dazu verpflichten kann, die Versorgung pflegebedürftiger Menschen auch in der Krise sicherzustellen.

Darüber hinaus streben wir zusätzliche strukturelle Verbesserungen an. Die Bedeutung der Sozialwirtschaft ist so groß, dass wir für ein antizyklisches Vorgehen bei der Refinanzierung von Mindereinnahmen durch das Land plädieren.

Für Einrichtungen, bei denen die Refinanzierung nicht über die leistungsrechtlichen Strukturen möglich ist, z. B. Beschäftigungsträger, Sozialkaufhäuser oder Ähnliches, soll ein Landeshilfefonds aufgelegt werden; denn sie sind es, die in der Krise in besondere finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. Wir müssen ihnen in dieser schweren Zeit zur Seite stehen. Schließlich tragen sie maßgeblich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

Drittens: krisenfeste Familienpolitik. Die Pandemie hat gezeigt, dass die Belange von Familien bei politischen Entscheidungsprozessen stärker berücksichtigt werden müssen. Wir schlagen daher vor: Das Land muss Rahmenbedingungen der Sorge- und Erwerbsarbeit schaffen, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder von Familie und Pflege krisenfester gestaltet und tatsächlich gelebt werden kann.

Das Rahmenkonzept „Familienbildung“ soll verbindlicher Teil der Jugendhilfeplanung werden – mit einer Fachkraftquote, einem festgelegten Qualitätsanspruch sowie einer regelmäßigen Evaluation.

Zu resilienten Betreuungsstrukturen gehören die Verbesserung der Kinderbetreuung, der Ausbau der rhythmisierten Ganztagschule sowie kostenfreie Bildungs- und Betreuungsangebote, die die Chancengleichheit aller Kinder und Jugendlichen verbessern.

Kinder- und Familienzentren sollen als Präventionsorte anerkannt werden. Dadurch können besonders belastete Familien, die in prekären Verhältnissen leben oder sozial schwächer sind, kompetente Hilfe erhalten. Eltern, die ihre Kinder – aus welchen Gründen auch immer – nur unzureichend unterstützen können, werden dadurch

– 11 –

selbst gestärkt und resilienter, als sie es bislang sind. Die Resilienz von Familien zu stärken heißt, die Resilienz der Gesellschaft zu stärken.

Viertens: gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Während der Coronapandemie kam es vor allem in Baden-Württemberg zu einer breiten gesellschaftspolitischen Debatte und auch zu legitimen Protestaktionen. Gleichzeitig hat sich eine heterogen zusammengesetzte Szene entwickelt, in der Verschwörungsmythen verbreitet wurden und werden, die neben der fundamentalen Ablehnung des Staates sowie seiner Repräsentantinnen und Repräsentanten oft durch antisemitisches und rechtsextremes Gedankengut gekennzeichnet sind und die die Grundlage für eine Radikalisierung bis hin zur Gewalt schaffen.

Die Herausforderung dauert trotz des Endes der Pandemie an; denn die Themen sind insbesondere in Krisenzeiten leider viel zu sehr austauschbar. Wir brauchen daher geeignete Maßnahmen, die einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen. Dazu gehört neben der Stärkung des Verfassungsschutzes die Erhöhung der Mittel von konex, damit entsprechende Präventionsangebote und Ausstiegskonzepte stärker als bisher verfolgt werden können.

Zudem wollen wir eine Erhöhung der Förderung des Netzwerks für Demokratie und Courage sowie eine bessere Kofinanzierung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch das Land.

Zu einer gelingenden Prävention gehört auch die adäquate Finanzierung von Beratungsstellen – wie die der Fachstelle Extremismusdistanzierung – oder von landesweiten Kampagnen der inoculation. Zentral ist außerdem die Stärkung der Medienkompetenz nicht nur von Schülern und jungen Menschen, sondern, wie wir es in den vergangenen Jahren erleben mussten, auch von Menschen zwischen 45 und 65 Jahren und älter. Sie sind es, die eine besonders hohe Affinität zu Verschwörungsmythen haben und die die größte Gruppe der Reichsbürger stellen.

Für vulnerable Gruppen wie z. B. armutsgefährdete oder wohnungslose Menschen – das haben die Sachverständigen eindrücklich dargelegt – sind niedrigschwellige Anlaufstellen und ein verlässlicher persönlicher Kontakt unabdingbar.

Wir wollen, dass Beratungsstellen dauerhaft geöffnet bleiben, weil rein digital verfügbare Angebote bestimmte Personengruppen – das hat uns damals Pastor Schobel noch einmal vor Augen geführt – von vornherein ausschließen. Wir wollen Menschen, die sich abgehängt fühlen, mitnehmen und begleiten.

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen: für mehr Diversität in unserer Gesellschaft. Repräsentation schafft Repräsentanz. Was einfach klingt, ist in der Umsetzung alles andere als einfach. Mit dieser These ist Folgendes gemeint: Die Diversität unserer Gesellschaft muss sich auch in den Ministerien, Verwaltungen und Krisen-

– 12 –

stäben widerspiegeln. Marginalisierte Gruppen müssen dort ebenso vertreten sein wie nicht marginalisierte. Durch ihre Repräsentation schaffen sie Aufmerksamkeit für ihre Bedürfnisse, werden mitgedacht. Ich bin davon überzeugt, dass die Coronaverordnungen anders ausgesehen hätten – das hat uns auch eine Rechtsprofessorin in ihrem Vortrag dargelegt –, wenn dieses Prinzip von Anfang an mitberücksichtigt worden wäre. Wir wissen, dass das ein ganz schwieriger und langwieriger Prozess ist. Aber auch die öffentliche Verwaltung muss ihn annehmen.

Das gilt auch für Disability Mainstreaming, also die systematische Integration von Menschen mit Behinderungen und deren Perspektiven. Auf diese müssen wir aktiv im Politikbereich eingehen. Dies stärkt letztendlich nicht nur den öffentlichen Dienst, es kommt auch zu besseren Gesellschaften und sorgt für eine höhere Repräsentanz.

Auch wir möchten uns beim Bürgerforum, das auch in diesem Bereich eine ganz wichtige und zentrale Rolle spielt, recht herzlich bedanken.

Wir hoffen, dass wir uns über die Fraktionen hinweg auf eine gemeinsame Positionierung einigen können.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Abg. Wahl. – Für die FDP/DVP-Fraktion folgt Herr Abg. Reith.

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der heutigen Sitzung schließen wir das dritte Handlungsfeld der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ ab. Ich bedanke mich an dieser Stelle bei den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen für die Zusammenarbeit und im Besonderen auch bei den Experten, die uns in diesem Handlungsfeld weitgehend beeindruckt haben. Mit ihrer Expertise und ihren Erfahrungen leisten sie einen besonders wertvollen Beitrag zum Gelingen der Arbeit unserer Kommission.

Im dritten Handlungsfeld haben wir den Fokus auf die Belange besonders betroffener Gruppen der Gesellschaft in Krisen gelegt. Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, ich kann es Ihnen an dieser Stelle nicht ersparen: Auch hier haben alle Experten den Blick zurückgerichtet und die Erkenntnisse aus der Coronapandemie aufgearbeitet. Das ist auch richtig so.

Noch eines wurde für uns, die FDP/DVP-Fraktion, klar: Die Auswirkungen von Krisen auf die Schülerinnen und Schüler, auf das Bildungssystem in unserem Land gehörten hier viel detaillierter aufgearbeitet. Das konnten wir in diesem Handlungsfeld nur oberflächlich tun. Wir hätten gern ein eigenes Handlungsfeld für diesen Bereich ein-

– 13 –

gerichtet und dies besser aufgearbeitet. Die Regierungsfractionen haben das leider nicht so gesehen und dem insofern nicht zugestimmt. Das ist aus meiner Sicht ein Armutszeugnis und wird den jungen Menschen in unserem Land nicht gerecht. Dennoch haben wir uns in diesem Handlungsfeld Mühe gegeben, alles entsprechend zu berücksichtigen.

Ich möchte mich in meinem Rückblick auf das dritte Handlungsfeld auf drei Gruppen unserer Gesellschaft konzentrieren, für die wir zwingend Handlungsempfehlungen für zukünftige Krisen festlegen müssen. Sie wurden in der vergangenen Coronapandemie massiv eingeschränkt und zurückgelassen.

Erstens: Simone Fischer hat uns in ihrer Funktion als Landes-Behindertenbeauftragte die Auswirkungen der Coronapandemie auf die Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Behinderungen besonders deutlich gemacht. Es zeigte sich eindrücklich, wie schmal der Grat zwischen Selbstbestimmung bzw. Freiheit und reglementierender Fürsorge sein konnte und wie wichtig es war, vor Ort so viel Schutz wie nötig und gleichzeitig so viel Autonomie wie möglich zu schaffen. Ich erinnere mich an konkrete Beispiele, mit denen sie anschaulich machte, dass Menschen mit Behinderungen durch die Coronaverordnungen schlechtergestellt wurden als andere Teile der Gesellschaft. Frau Staab, Sie haben schon im Einzelnen darauf hingewiesen. Das dürfen wir für zukünftige Krisen in keinem Fall wieder akzeptieren. Hier müssen wir planerisch Vorsorge leisten.

Eine entscheidende Forderung, die Frau Fischer formuliert hat und die wir aus unserer Sicht unbedingt berücksichtigen müssen, ist – ich zitiere –:

Es bedarf einer barrierefreien Kommunikation für unterschiedliche Behinderungsarten – das heißt, auch für gehörlose und für blinde Menschen – sowie einer leichten Sprache in einer differenzierten Form und von Beginn an.

Darüber hinaus – auch das halte ich für zwingend in unseren Handlungsempfehlungen – müssen Menschen mit Behinderungen besser und auch rechtzeitig in die ehrenamtlichen Strukturen der Krisenvorsorge und Krisenintervention eingebunden werden. Wir brauchen rechtssichere ehrenamtliche Unterstützungsangebote hinsichtlich der Beförderung von Menschen, z. B. damals zu den Impfzentren, oder den Einkaufsservice von Dritten.

Eine zweite Gruppe, die ich in den Blick nehmen möchte, sind unsere jungen Erwachsenen. Ich erinnere mich an die Ausführungen von Mathieu Coquelin, der im Besonderen auf die flächendeckende Professionalisierung der Jugendhilfeangebote hingewiesen hat. Auch hier hat die zurückliegende Coronapandemie – er hat das mit all seiner Erfahrung eindrücklich geschildert – deutliche Spuren hinterlassen. Die Vereinsamung und der Hang zu Extremen nehmen zu. Bereits erzielte Fortschritte werden jäh zurückgeworfen. Ich appelliere an die Kommission: Nehmen wir die Ansätze der mobilen Beratung ernst! In anderen Bundesländern, beispielsweise in Bay-

– 14 –

ern, hat man damit enorme Fortschritte erzielt. Dies müssen wir als Handlungsempfehlung auch in Baden-Württemberg aufnehmen.

Über eine bessere Einbeziehung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen dürfen wir nicht nur nachdenken, sondern wir müssen schnellstmöglich auch ins Handeln kommen. Dabei spreche ich insbesondere von der Einbeziehung in politische Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen. Nutzen wir die Chancen, die uns Digitalisierung und KI bieten, und lassen Sie uns die jungen Menschen in unsere Gesellschaft aktiv einbinden. Ich glaube, an dieser Stelle dürfen wir die Chancen der Digitalisierung nicht unterschätzen. Wir müssen in diesem Bereich zwingend etwas tun. Anders funktioniert das bei jungen Erwachsenen und Jugendlichen nicht. Wir müssen sozusagen in das Handy reinkommen. Sie deuten es an, Frau Staab. Nutzen wir also die Chancen! Dies erhöht nicht nur die Akzeptanz politischer Entscheidungen. Vielmehr verhindert es auch, dass sich junge Menschen an politischen Rändern links und rechts des demokratischen Spektrums orientieren.

Mit meiner dritten Zielgruppe komme ich zum Anfang meiner Ausführungen zurück. Die Schülerinnen und Schüler haben über die Maße unter den Einschränkungen der Coronapandemie leiden müssen. Die Auswirkungen werden erst jetzt allmählich deutlich. Ich glaube, deren Ausmaß können wir nur erahnen.

Hinzu kommt – auch das ist uns heute klarer denn je –, dass viele der Maßnahmen, z. B. die Schulschließungen, zwar unglaubliche Auswirkungen auf Schülerinnen und Schüler, aber keine Auswirkungen auf den Pandemieverlauf hatten. Das darf uns in Zukunft nicht noch einmal passieren. Ich wiederhole an dieser Stelle gern die Thesen, die Dirk Lederle vom VBE hier geäußert hat und die aus meiner Sicht in unsere Handlungsempfehlungen einfließen müssen:

These 1: Eine Einbeziehung von Praktikern ist für die Bewältigung von Krisen ein absolutes Muss.

These 2: Informationen müssen gebündelt, strukturiert und vor allem adressatengerecht aufbereitet und kommuniziert werden; Unterstützungsangebote müssen etabliert werden. Hierzu braucht es gesicherte Strukturen in der Kultusverwaltung und in der Schulaufsicht.

Ich möchte an dieser Stelle das Thema Cybersicherheit erwähnen. Wir hatten in meinem Wahlkreis gerade wieder einen Cyberangriff zu verzeichnen. Wenn das, was kommuniziert worden ist, richtig ist, sind beispielsweise alle Hausarbeiten und alle Prüfungen unwiderruflich weg. Auf solche Vorfälle müssen wir uns vorbereiten.

Wer zusätzliche Aufgaben in Kollegien gibt, muss auch dafür Sorge tragen, dass Lehrkräfte hierfür qualifiziert werden.

– 15 –

Damit die Digitalisierung von Nachhaltigkeit geprägt ist, braucht es professionalisierte Strukturen an den Schulen.

Bürokratie an Schulen muss reduziert und positive Synergien müssen besser genutzt werden. Das senkt nicht nur die Arbeitsbelastung, sondern schafft auch mehr Akzeptanz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, auch in diesem Handlungsfeld hat eine Vielzahl der bestellten Experten bewiesen, dass es in unserem Land viele schlaue Köpfe gibt, die uns Politikerinnen und Politikern die richtigen Handlungsempfehlungen ins Hausaufgabenheft schreiben können.

Ich wünsche mir – damit schließe ich meine Ausführungen –, dass wir über Parteigrenzen hinweg auf die schlaunen Köpfe aus Wissenschaft, Lehre und Praxis hören und unser Regierungshandeln zum Wohle aller in unserer Gesellschaft und vor allem zum Wohle derjenigen, die unseren besonderen Schutz verdienen, ausrichten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Abg. Reith. – Dann hören wir abschließend Frau Abg. Wölle für die AfD-Fraktion.

Abg. Carola Wölle AfD: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Nach den Themen Gesundheit, „Krisenvorsorge und -früherkennung“ haben wir nun das Thema Gesellschaft abgeschlossen. Ich bin auch hier der Meinung, dass wir das eigentliche Thema der Enquetekommission größtenteils verfehlt haben. Denn im Einsetzungsbeschluss zur Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ steht zum Arbeitsauftrag im dritten Handlungsfeld u. a.: Es sind Handlungsempfehlungen zu entwickeln,

... die geeignet sind,

... die Einbeziehung aller Bevölkerungsteile in die Krisenvorsorge und die Krisenbewältigung zu verbessern; ...

die Resilienz, das Urteilsvermögen und die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger zu stärken; ...

Wir haben uns mit diesen Punkten zu wenig und auch zu einseitig befasst. Das Thema Rechtsextremismus beispielsweise wurde zu Recht beleuchtet. Aber die Themen Linksextremismus und Islamismus hat man völlig außen vor gelassen.

– 16 –

Wir haben zu Recht viel über die Themen Inklusion, Behinderte und Benachteiligung in der Bildung gehört; das wurde gerade eben schon angesprochen. Selbstverständlichkeiten, beispielsweise dass Behörden auch in einer Krise funktionieren sollten, wurden ebenfalls angesprochen. Ich bitte Sie, sich nur einmal anzuschauen, wie das aktuell in Stuttgart mit der Zufriedenheit der Bürger mit den Behörden aussieht – Stichworte „Ausländerbehörde“, „Landratsamt“ und „Bürgerbüros“ –, welche überhaupt noch funktionieren, wie die Menschen Termine bekommen und wie lange die Wartezeiten sind – und das in einer Zeit, in der wir keine Krise haben, meine Damen und Herren. Wenn Sie den Ukrainekrieg jetzt als Krise für unser Gemeinwesen bezeichnen – wir haben keine Krise in Deutschland und in Baden-Württemberg –, dann stimmt etwas mit Ihrer Definition von Krise nicht.

Wir müssen über die Themen Inklusion, Behindertenfürsorge und „Offene Behörde“, auch in einer Krise, sprechen. Das alles ist wichtig; das ist keine Frage. Aber das kann doch nicht unser Hauptthema sein. Wie gesagt: Dann haben wir das Thema verfehlt.

Da, wo wir mehr die Schwerpunkte setzen müssen – das ist zu Recht des Öfteren angesprochen worden und wurde auch gerade wieder angesprochen –, ist die Kommunikation vom Staat, von den Bürgermeistern zu den Bürgern, auch im Krisenfall und auch schon jetzt. Es kommt eben nicht darauf an, jedes Mal das Gendersternchen richtig zu setzen. Hinsichtlich der Kommunikation haben wir in der Coronazeit erhebliche Defizite gesehen, die bereits angesprochen worden sind. Das haben die Referenten ganz klar kommuniziert.

Das Thema „Fake News“ wurde ausführlich angesprochen, auch gerade wieder. Fake News kommen von links und von rechts. Verschwörungstheorien sind ein völliges Nebenthema. Was hat das überhaupt mit Politik zu tun? Was geht es die Politik an, was die Bürger sagen, denken und kommunizieren? Wir haben eine grundgesetzlich festgelegte Meinungsfreiheit. Jeder kann der Meinung sein, dass irgendetwas ist. Das kann man dann auch kommunizieren und darf nicht verboten werden.

Die Frage ist: Kommt jetzt ein Wahrheitsministerium, das festlegt, was wahr ist und was falsch? Ich denke, man sollte ein bisschen aus unserer Geschichte lernen, meine Damen und Herren.

(Zuruf: Das stimmt! – Vereinzelt Heiterkeit – Beifall – Abg. Dr. Susanne Aschhoff GRÜNE: Genau!)

– Sie beklatschen sich selbst; sehr interessant.

Statt jetzt darüber nachzudenken, wie wir in die Kommunikation der Bürger eingreifen, Telegram-Kanäle löschen oder bei Rentnern wegen Facebook Hausdurchsuchungen mit dem SEK durchführen können, wäre es sinnvoll und klug, sich darüber

– 17 –

Gedanken zu machen, wie sehr solche Meinungen mittlerweile den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Vertrauen in die Institutionen zerstören.

Die Zahl derjenigen, die mittlerweile empfinden, man könne seine Meinung nicht mehr offen sagen, ist Ihnen hoffentlich bekannt. Über 50 % der Bevölkerung vertreten diese Ansicht.

Ja, wir müssen die Bürger über Fake News aufklären. Aber wir müssen das so machen, dass sie selbst Recherchen machen können. Wir müssen sie informieren. Insbesondere die Jugendlichen müssen wir dazu befähigen, selbst Recherchen zu machen, und zwar eigenständig, ohne irgendeine Führung.

Wir müssen – ganz wichtig! – Wissenschaftler miteinander kommunizieren lassen, die auch unterschiedlicher Meinung sind, und dürfen nicht nur einseitigen Meinungen eine Plattform geben. Das schafft Resilienz, meine Damen und Herren. Wir müssen uns fragen, wie wir die Resilienz der Bürger und der Gesellschaft stärken – das heißt, deren Eigenverantwortung fördern – können.

Kompetenz zur Selbst- und Fremdhilfe: Vieles, was hier zur Sprache kam, ist zwar richtig, hat aber damit überhaupt nichts zu tun. Es ist zum Teil sogar kontraproduktiv. Wir müssen die Eigenverantwortung der Bürger stärken und uns fragen, wie wir Vereine unterstützen und fördern können; denn die Bürger sind es, die im Krisen- und Katastrophenfall mit anpacken.

Wir hatten ganz aktuell den Warntag, an dem wir über das Handy gewarnt wurden. Sicherlich hat es überall gepiept. Da macht es sich der Staat natürlich leicht, indem er selbst keinen Finger krümmt und die Verantwortung den Mobilfunkbetreibern überträgt. Wie krisenfest aber ein Mobilfunknetz im Katastrophenfall tatsächlich ist, meine Damen und Herren, ob es funktioniert, das bleibt offen. Der Bürger wird unmündiger und vertraut auf solche Systeme. Vielleicht funktioniert die Warnung über das Handy in einem Katastrophenfall, bei einem Erdbeben oder einer Flut ja gar nicht. Daher hat unserer Meinung nach der Staat bzw. die Regierung ein duales System vorzuhalten – sprich: Glockenläuten oder Ähnliches –, das jederzeit funktioniert. Sie nennen das rückständig. In einem Katastrophenfall kann das Leben retten.

(Lachen des Abg. Dr. Matthias Miller CDU)

– Herr Dr. Miller, Sie lachen. Das Land hat das vorzuhalten.

Apropos Flutkatastrophe: Dabei hat sich ganz deutlich gezeigt, wie wichtig die anpackenden Bürger sind, die etwas können, sich im Notfall spontan selbst organisieren, für sich selbst und für andere sorgen und helfen. Das müssen wir stärken, meine Damen und Herren. Darüber, wie uns das gelingt, müssen wir intensiv nachdenken.

– 18 –

Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: Nachdem sich alle recht gut an die Vorgabe von zehn Minuten gehalten haben, kommen wir jetzt zur Aussprache. Gibt es Meldungen von den Fraktionen? – Herr Dr. Müller hat sich als Erster gemeldet. Bitte sehr, Herr Dr. Müller.

Dr. Christoph Müller, externes Mitglied: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Eine kleine Beobachtung von mir zum dritten Handlungsfeld: Ein Thema, das auch eben in allen Beiträgen wieder hinreichend erwähnt worden ist, gerade im letzten Beitrag ganz ausführlich, ist Kommunikation. Das Wort „Kommunikation“ haben wir alle oft benutzt. Aber dieses Wort hat viele Bedeutungen und ganz unterschiedliche Facetten, die wir immer vermischen und bei denen wir hin und her changieren.

Kommunikation ist zum einen – das wird ganz oft betont – der Transport von Informationen über eine Krise, über eine Situation. Wir haben darüber diskutiert, dass es wichtig ist, dass das in alle Bereiche der Gesellschaft funktioniert und dass alle das niederschwellig, einfach und adressatengerecht mitbekommen. Aber das Übertragen von Informationen ist eine Einbahnstraßenkommunikation.

Das andere Thema betrifft die Kommunikation miteinander. Auch das wurde im dritten Handlungsfeld oft angesprochen, und zwar in Bezug auf die Bürgerbeteiligungen. Das ist das Thema „Kommunikation hören“, das immer genannt wird. Uns war ganz wichtig: Sie werden gehört. Aber ganz ehrlich: Mir ist aufgefallen, dass auch das eine einseitige Kommunikation ist. Das geht von Sendenden an uns, und wir hören. Die Enquetekommission hat viele Leute gehört. Aber keiner von uns hat z. B. dem Bürgerforum gesagt – weder im Rahmen dieser Kommission noch sonst wo –, dass seine zentrale Forderung, nämlich die Abschaffung der privaten Krankenkassen, schnell erfüllt werden wird. Aber wir haben es gehört. Das ist einseitige Kommunikation, die wir dann aufnehmen.

Bei Kommunikation geht es um die Kommunikation miteinander. Mir sind zwei Vorträge sehr in Erinnerung geblieben, zum einen der Vortrag von Herrn Yendell, der aus meiner Sicht einen ganz zentralen Satz gesagt hat: „Eine demokratische Gesellschaft braucht Empathie.“ Ich glaube, das ist eine Basis, die man gar nicht hoch genug stellen kann und die die Grundlage für jede Kommunikation sein sollte.

In Bezug auf die Kommunikation an sich hatte der stellvertretende Präsident des Landesverfassungsschutzes, Frank Dittrich, einen, wie ich fand, sehr interessanten Vortrag mit einem zentralen Punkt gehalten, nämlich seine Aufforderung an uns, an alle, jede Meinung, auch radikale Mindermeinungen, ernst zu nehmen und zu akzeptieren. Ich glaube, Akzeptieren und Ernstnehmen sind zentrale Punkte von Kommunikation. Gerade in Bezug auf den rechten Rand fällt mir persönlich das immer wieder schwer. Das ist mir gerade wieder klar geworden.

– 19 –

Das führt mich zu meinem abschließenden Punkt. Kommunikation ist nicht dazu da, uns zu gefallen. Kommunikation hat nicht zu gefallen. Das Wort „Nein“ ist Teil von Kommunikation und wird von uns allen, glaube ich, viel zu selten eingesetzt. Aus meiner beruflichen Praxis kann ich Ihnen sagen: Ein begründetes Nein wird üblicherweise durchaus akzeptiert.

Um auf die vorherige Rednerin einzugehen: Mich stört der Gedanke, den Sie wieder aufgenommen haben: dass man etwas nicht mehr sagen darf. Man darf in Deutschland alles sagen. Man darf aber nicht erwarten, dass man für seine Meinung bejubelt wird.

(Beifall – Zuruf: Eben!)

Der Umstand, dass man nicht bejubelt wird, heißt nicht, dass man es nicht sagen durfte. Das Heischen um Zustimmung, um zu gefallen, gerade in der Kommunikation, ist aus meiner Sicht ein zentrales Problem von uns allen.

Vielleicht ein Gedanke am Schluss, den ich immer wieder faszinierend finde: Wir leben in einer Zeit, in der wir kommunizieren können wie noch nie, und uns droht, die Kommunikation zu entgleiten.

Vielen Dank. Ich freue mich auf die weitere Mitarbeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Müller. – Ich habe jetzt Wortmeldungen von Herrn Dr. Kroll und Herrn Abg. Karrais. – Bitte sehr.

Dr. Stefan Kroll, stellv. externes Mitglied: Vielen Dank für die Vorträge, die aus meiner Sicht, bis auf eine Ausnahme, sehr gut zusammengefasst haben, was Expertinnen und Experten in den vergangenen Wochen zu diesem Handlungsfeld vorgetragen haben. Das fand ich sehr beeindruckend. Insofern möchte ich nur ein paar Detailbeobachtungen teilen.

Es wurde darauf hingewiesen, dass Maßnahmen in einer akuten Krise zukünftig nachvollziehbarer kommuniziert werden sollten und dass es auch da mehr Teilhabe und Partizipation geben sollte. Dem stimme ich grundsätzlich zu. Aber ich glaube, die Herausforderung bleibt, dass die Routinen in einer akuten Krise, wenn wieder eine eintritt, nicht vorhanden sind, dass wir wieder die Unsicherheit haben werden, wie wir sie erlebt haben. Deswegen wäre ein kleiner Appell von mir – „Appell“ ist fast ein zu großes Wort dafür –, die Unsicherheit, die wir erlebt haben, in den Handlungsempfehlungen, die wir aussprechen werden, nicht zu relativieren. Wir können wieder in die Situation kommen, dass eine große Unsicherheit da ist, dass nicht klar ist, was akut zu entscheiden ist, und dass die gesamte Gesellschaft, die Politik und die Wis-

– 20 –

senschaft wieder zusammenarbeiten müssen. Das kann sich wiederholen. Ich glaube, diese Sensibilität sollten wir uns bewahren. – Das war meine erste Anmerkung.

Die andere konkrete Anmerkung zu dem Feld, über das wir gesprochen haben, nämlich Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt, ist: Wir erleben gerade, dass es in der Vielzahl der Krisen, die wir haben, eine große Unsicherheit, eine große Unsicherheitswahrnehmung und auch eine Krisenbetroffenheit gibt. Dies führt dazu, dass das Vertrauen auch in die Institutionen schwindet. Wir erleben, dass sich Teile, kleine Gruppen der Gesellschaft auch demokratiegefährdenden Ideologien zuwenden. Insofern möchte ich nur noch einmal das bestärken, was zu den grundsätzlichen Maßnahmen zur Demokratieförderung, die angesprochen wurden, gesagt wurde, auch angesichts aktueller Studien, die wir gerade wieder lesen können. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt, um resilient für die nächsten Krisen zu werden, die da kommen.

Vielen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Kroll. – Dann folgt jetzt Herr Abg. Karrais.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auch aufgrund des bisher Gesagten an einen Vortrag erinnern, den wir gehört haben und den ich sehr interessant fand, nämlich von Frau Professorin Dr. Katarina Bader von der Hochschule der Medien. Dabei ging es um Desinformationen auf Telegram. Sie werden sich sicherlich daran erinnern. Sie hat dargestellt, dass es eine informationstechnische Parallelwelt gibt, in der es eigene Regeln gibt und in der wissenschaftliche Erkenntnisse publiziert und vertieft werden. Dies führt irgendwann dazu, dass die Leute, die sich damit beschäftigen, das Ganze auch glauben und für die tatsächlichen wissenschaftlichen Erkenntnisse, die erworben werden, gar nicht mehr zugänglich sind. Damit meine ich das, was anerkannte Wissenschaftler an ihren Hochschulen und auch andere ermitteln und worauf sie sich im wissenschaftlichen Diskurs einigen, nicht das, was auf Telegram von einschlägigen Gruppen teilweise verbreitet wird – QAnon ist eine davon; es gibt aber noch ganz viele andere –, die quasi pseudowissenschaftliche Erkenntnisse als bare Münze verkaufen.

Warum spreche ich das an? Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass wir diesen wichtigen Aspekt nicht vergessen. Wir können hier Beschlüsse fassen, wir können kommunizieren, wir können auch gut kommunizieren, wir können eine perfekte Kommunikation machen. Wenn wir aber einen Teil der Bevölkerung – das ist ein immer größer werdender Teil – gar nicht erreichen, weil die Menschen nicht glauben, was wir erzählen, und sagen: „Die wissenschaftlichen Erkenntnisse stimmen gar nicht“, obwohl wir diese Erkenntnisse haben, dann haben wir ein riesiges Problem. Das dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren. Bei allen guten Worten darüber, wie und wann wir kommunizieren müssen usw., müssen wir das im Blick haben.

– 21 –

Wir müssen vor allem auch dafür Sorge tragen, dass die Theorien, die da verbreitet werden, keinen Nährboden finden. Dabei ist das Thema Bildung ein ganz wichtiger Aspekt. Deshalb bedaure ich, dass wir das hier nicht noch intensiver behandelt haben; das möchte auch ich ausdrücklich sagen. Letztendlich ist das der Weg, um den Leuten die Kompetenz an die Hand zu geben, zu hinterfragen: Was ist das eigentlich? Was ist überhaupt Wissenschaft? Was ist eine wissenschaftliche Erkenntnis, und was ist keine wissenschaftliche Erkenntnis, sondern Pseudowissenschaft? Das wäre ein ganz zentraler Punkt gewesen.

Wir alle, die wir hier sitzen, müssen uns an die eigene Nase fassen und dürfen uns nicht dafür feiern, wenn wir einen guten Zeitungsartikel, einen SWR-Bericht oder Sonstiges erreicht haben. Das ist schön; das ist gut für diejenigen, die dafür noch zugänglich sind. Aber das bringt für ganz viele Leute nichts, weil wir sie gar nicht erreichen.

Wenn ich mir anschau, welche Kommentare teilweise auf meiner Facebook-Timeline oder auf Instagram kommen, wenn man irgendwo einmal ein kritisches Thema diskutiert: Da werden dann irgendwelche Dinge behauptet, die irgendeine Regierung irgendwann einmal beschlossen hätte. Die stimmen hinten und vorne nicht. Aber es wird einfach dargestellt, als ob das stimme. Wenn man dann sagt: „Nein, das stimmt nicht. Wir haben das soundso gemacht“, wird entgegnet, dass das alles gelogen ist. Auf dieser Grundlage kann ich nicht diskutieren. Das ist eine Gefahr für die Demokratie.

Mir war wichtig, das noch einmal herauszustellen; denn das dürfen wir bei allen Überlegungen, die wir dann beim Aufstellen der Handlungsempfehlungen noch anstellen, nicht außer Acht lassen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Es folgt Frau Abg. Staab für die CDU-Fraktion.

Abg. Christiane Staab CDU: Ich möchte ganz kurz vorabstellen – das habe ich vorhin nicht getan –: Wir hatten bewusst noch keine Einzelmaßnahme vorgetragen, weil die Vorträge in diesem Bereich doch sehr stark divergiert haben. Vielmehr wollten wir bei dem Trendpapier auf der Metaebene bleiben, einfach mal eine Zustandsbeschreibung machen und dann die Handlungsempfehlungen ableiten.

Ich möchte noch einen kleinen Punkt nachschieben, der mir durchgegangen ist, weil ich eine schlechte Rednerin bin und mich nie an mein Skript halte, der aber aus un-

– 22 –

serer Sicht extrem wichtig ist, und zwar zum Thema „Beteiligung und Repräsentation“.

Ich glaube, wir müssen ein bisschen aufpassen, dass wir uns nicht manchmal selbst delegitimieren – vielleicht auch unabsichtlich –, indem wir einfach so tun, als ob die repräsentative Demokratie abgewirtschaftet ist und die Bürger im Prinzip darüber befinden und entscheiden sollten, wie Dinge umgesetzt werden. Ich habe den großen Wunsch, dass wir immer wieder deutlich machen: Wir haben eine repräsentative Demokratie, und das ist auch gut so. An der möchten wir, die CDU, sehr gern festhalten, bei allem Wunsch danach, zu hören, wie sich Betroffene bei bestimmten Entscheidungen mitgenommen fühlen und wie ihre Auffassung und die Sicht auf die Dinge ist. Wir müssen aber am Schluss auch deutlich machen, dass das dann keine Entscheidung ist.

Bei einem Vortrag vorhin ist bei mir angekommen, dass die Bürger entscheiden sollen. Nein, im Rahmen einer repräsentativen Demokratie entscheiden die gewählten Vertreter des Volkes. Ich glaube, ein bisschen Selbstbewusstsein dürfen auch wir haben. Wir sind keine Exoten, die vom Himmel gefallen sind, sondern wir sind draußen bei den Menschen, in Vereinen, bei den Marginalisierten genauso wie bei den High-Performern. Insofern wünsche ich mir, dass auch wir selbstbewusst sind und sagen: Wir sind ein gewählter Teil dieser Bevölkerung, wir haben alle im Blick. Unsere besondere Aufgabe ist, zu schauen, wer uns da durchrutschen könnte. Den wollen wir noch ganz speziell in den Blick nehmen.

Ganz wichtig für die Beteiligung ist uns das Thema „Direkte und unmittelbare Einwirkung“, z. B. in der Quartiersentwicklung. Ich gehe jetzt doch in einen konkreten Punkt hinein und sage: Die unmittelbare Gestaltung der eigenen Lebenswelt ist ein Thema, das wir uns in Zukunft ganz verstärkt wünschen, nämlich dass Menschen befähigt und mitgenommen werden, ihre Lebenswelt selbst zu gestalten. Das wollte ich an dieser Stelle noch deutlich machen.

Vielen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Dann folgt jetzt Frau Abg. Wolle für die AfD-Fraktion.

Abg. Carola Wolle AfD: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Mich hat jetzt schon sehr amüsiert, dass beim Thema Meinungsfreiheit bei Ihnen reflexartig die Reaktion kam: Die ist gegeben. – Ja, natürlich können alle alles sagen.

(Zurufe, u. a. des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD)

Allerdings kommt jetzt ein großes Aber: Ihre verfestigten Haltungen führen dazu, dass Menschen ausgegrenzt werden, bis hin zum Arbeitsplatzverlust. Dann kann es

– 23 –

mir passieren, dass ich gekündigt werde. Jeder, der sich mit dem Arbeitsrecht auskennt, weiß: Man findet immer einen Weg, jemanden zu kündigen oder auch nicht einzustellen.

(Vereinzelt Lachen – Zurufe)

– Darf ich bitte weiterreden?

Die Menschen haben Angst und sagen deswegen nichts. Ich habe Ihnen gesagt, wie viele das sind. Sie nehmen das aber gar nicht ernst; das ist das Problem. Wie kann man dagegen vorgehen? Ich habe Ihnen den Weg genannt. Es geht nicht darum, dass der eine Bereich den anderen verfestigt. Es wurde gerade angesprochen: Einseitige Kommunikation kann es nicht sein; Kommunikation muss zweiseitig sein. Man muss den anderen in seiner Angst verstehen und ihn ernst nehmen. Wie können wir das hinbekommen? Indem man wieder miteinander spricht, sich nicht nur einseitig beschießt und der eine dem anderen sagt: „Du lügst“, und der andere auch sagt: „Du lügst“, sondern indem man sich zuhört und darüber nachdenkt, warum der andere dieser Meinung ist, und nicht nur darüber lacht, Herr Wahl.

Ganz wichtig ist, dass die Fachleute, Wissenschaftler – – Sie haben gleich wieder welche ausgegrenzt, indem Sie „Pseudowissenschaftler“ gesagt haben. Das sind Professoren, die manchmal eine andere Meinung vertreten als andere. Wir müssen es zulassen und aushalten, dass die auf fachlicher Ebene miteinander diskutieren und fachlich streiten. Das passiert aber nicht. Dann kann der eine den anderen überzeugen oder entzaubern. Das ist der Weg. Der Weg ist aber nicht, dass wir sagen: „Das ist richtig“, oder: „Das ist falsch.“ Vielmehr müssen Wissenschaftler nachweisen, was richtig oder falsch ist. Vielleicht ist manches noch gar nicht so weit, dass man sagen kann, wer die richtige Aussage getroffen hat. Manches ist noch im Fluss, da wissen es die Wissenschaftler selbst noch nicht.

Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Abg. Karrais noch einmal für die FDP/DVP-Fraktion.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Frau Wolle, man muss einmal überlegen, was Wissenschaft ist. Wissenschaft entsteht im Diskurs aus verschiedenen Positionen, aus Hypothesen, die aufgestellt werden und die dann in der Regel andere Wissenschaftler versuchen, zu bestätigen oder zu widerlegen. Dann ergibt sich eine Erkenntnis, die aufgrund der Erkenntnisse, die viele Wissenschaftler gesammelt haben, eine wissenschaftliche Meinung ergibt. Natürlich gibt es noch immer diejenigen, die sagen: „Das ist nicht so. Ich habe eine andere Hypothese.“ Das dürfen die auch sagen; das ist gar keine Frage. Aber das heißt nicht, dass diese Hypothese dann auch stimmt, nur weil der irgendetwas anderes sagt, was mir besser gefällt.

– 24 –

Das ist – die AfD geht immer darauf ein – z. B. bei den Klimathemen der Fall. Es gibt ein paar wenige Wissenschaftler, die andere Ursachen als Treibhausgase für den Klimawandel ausmachen. Das sind beispielsweise die Theorien mit einer verstärkten Sonnenaktivität und Ähnliches. Diese Theorien gibt es. Die muss man sich anhören; das hat man auch getan. Aber das wurde verschiedentlich widerlegt.

Bei solchen Punkten werden einzelne Wissenschaftler von interessierten Gruppen herausgenommen, und es wird gesagt: „Die Wissenschaft hat gesagt, das ist die Sonne und nicht das Treibhausgas.“ Richtig ist: Ein Wissenschaftler hat das gesagt. Vielleicht sind es auch zwei oder drei; das weiß ich im Detail nicht. Aber der Großteil der anderen Wissenschaftler hat das widerlegt. Damit ist das eine Wissenschaft, und das andere ist eine Hypothese, die widerlegt wurde. Wenn man dann so tut, als wäre das Wissenschaft, dann ist es Pseudowissenschaft.

Dann gibt es auch noch diejenigen, die in diesem Fachbereich gar keine Kompetenz haben, die einfach irgendetwas erzählen und sagen: „Ich bin Wissenschaftler. Deshalb weiß ich das.“ Auch das muss man zur Kenntnis nehmen.

Es geht darum, dass wir da genau hinschauen und den Leuten das Wissen an die Hand geben. Das muss einfach noch einmal herausgestellt werden.

Es gibt auch Leute, die daran glauben, dass es wissenschaftliche Erkenntnisse darüber gibt, dass die Erde flach ist und nicht rund. Die glauben einem gar nichts anderes. Auch das wird von denen als Wissenschaft angesehen. Das ist definitiv Pseudowissenschaft bzw. gar keine Wissenschaft, sondern das sind nur irgendwelche Fantastereien.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Herr Dr. Müller, bitte.

Dr. Christoph Müller, externes Mitglied: Einfach nur ein kleiner, schneller Hinweis, weil mir das beruflich immer wieder mal Ärger macht. Es gibt Meinungsfreiheit im öffentlichen Raum. Die Meinungsfreiheit im beruflichen Umfeld hingegen ist deutlich eingeschränkter. Ich darf im beruflichen Umfeld, im Unternehmen, am Kaffeeautomaten nicht unbedingt alles sagen. Themen wie Betriebsfrieden sind ein hohes Gut. Die Meinungsfreiheit herrscht im öffentlichen Raum, aber im Arbeitsumfeld muss man vorsichtiger sein.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank für die Klarstellung. – Gibt es noch weiteren Rede- oder Diskussionsbedarf? – Frau Abg. Wolle, bitte.

Abg. Carola Wolle AfD: Ja, der Betriebsfrieden muss eingehalten werden. Kontroverse Diskussionen sollten nicht im Betrieb geführt werden; da gebe ich Ihnen recht. Aber wenn jemand gekündigt oder nicht eingestellt wird, nur weil er gewisse Meinun-

– 25 –

gen vertritt, was überhaupt nichts mit dem Betriebsfrieden zu tun hat, dann wird es schon komisch.

Ich sage es noch einmal: Man sollte sich wirklich Gedanken darüber machen, warum über 50 % der Bevölkerung der Meinung sind, dass sie ihre Meinung nicht mehr sagen können. Das kommt doch irgendwoher. Das wird weggeschoben. Sie schieben das einfach weg und wollen sich mit dem Thema nicht befassen. Warum fühlen die Menschen denn so? Das ist ja ein Gefühl. Warum meinen die Menschen, dass sie nicht mehr alles sagen können, und tun das dann auch nicht mehr? Sie ignorieren das. Das finde ich sehr traurig; denn insbesondere das spaltet unsere Gesellschaft. Wenn wir sie krisenfest haben wollen, müssen wir schauen, dass unsere Gesellschaft wieder zusammenkommt.

Zum Thema Wissenschaft: Sie wissen sehr wohl, dass gewisse Kommissionen ganz bestimmt besetzt werden. Auch in diesen Bereichen gibt es Leute, die eine andere oder die herrschende Meinung vertreten und die das entsprechende Thema nicht studiert oder keine Professur darauf haben.

Ich setze noch immer darauf: Die Auseinandersetzung muss zwischen Wissenschaftlern stattfinden. Das kann nicht politisch entschieden werden, nur weil man diese oder jene Interessen verfolgt. Da ist eine Entzauberung möglich.

Jetzt muss ich einmal einen ganz alten Wissenschaftler ansprechen: Galileo Galilei. Er hat nachgewiesen, dass die Erde rund ist, und wurde gezwungen, dem abzuschwören. Wo befinden wir uns denn heute?

(Abg. Christiane Staab CDU: Es waren ja auch keine Wissenschaftler, die ihn dazu gezwungen haben!)

Vorsitzender Alexander Salomon: Nicht jedes Beispiel ist ein gutes Beispiel. Aber das lasse ich jetzt mal so stehen.

Gibt es aus der Runde noch weitere Hinweise oder weiteren Diskussionsbedarf? – Ich sehe keine weiteren Meldungen. Damit sind wir am Ende der politischen Aussprache zum dritten Handlungsfeld, aber noch nicht ganz am Ende. Es gibt nämlich noch Anträge.

Ihnen liegen drei Anträge vor: ein Antrag der SPD-Fraktion, ein gemeinsamer Antrag der Fraktion GRÜNE und der CDU-Fraktion sowie ein Antrag der FDP/DVP-Fraktion. Der Antrag der FDP/DVP-Fraktion ist am weitestgehenden, da mit diesem begehrt wird, die Beratung der Trendpapiere zum dritten Handlungsfeld auf einen anderen Termin zu verschieben. Ich würde sagen, dass wir eine Aussprache bzw. Einbringungsreden dazu machen, sofern es Bedarf gibt.

– 26 –

Abg. Florian Wahl SPD: Man hat sich doch jetzt mit der FDP/DVP geeinigt, dass man heute nicht über die Anträge abstimmt. Deswegen habe ich den Antrag der FDP/DVP nicht ganz verstanden.

Vorsitzender Alexander Salomon: Okay. Das ist von den parlamentarischen Beraterinnen und Beratern nicht zu mir durchgedrungen. – Bitte, Frau Abg. Krebs.

Abg. Petra Krebs GRÜNE: Herr Vorsitzender, ich denke, das ist fast schon Tradition. Das hatten wir auch bei den anderen Handlungsfeldern. Darum würde ich dem Vorschlag gern zustimmen und bitte um breite Zustimmung dafür.

Vorsitzender Alexander Salomon: Das heißt, wir ziehen alle Papiere erst einmal zurück und verschieben deren Behandlung auf die nächste Sitzung. Ist das Ihr Petition?

(Abg. Florian Wahl SPD: Wir lassen sie stehen!)

– Genau. Wir stimmen heute nicht über die Papiere ab, sondern das Petition der FDP/DVP-Fraktion wird angenommen. Das heißt, wir verschieben die Beratung auf die nächste Sitzung der Enquetekommission. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann machen wir das so. Vielen Dank.

Damit sind wir am Ende von Teil I Punkt 1 unserer heutigen Tagesordnung angekommen. Da die Ministerin erst auf 11:00 Uhr eingeladen ist, haben wir jetzt die Möglichkeit, die nicht öffentliche Sitzung vorzuziehen. Ich glaube, es ist in Ihrer aller Interesse, wenn wir das machen. Dann beenden wir jetzt kurz den Livestream. Für die Öffentlichkeit: Der Livestream wird um 11:00 Uhr fortgesetzt.

(Schluss von Teil I Punkt 1: 10:14 Uhr)

– folgt nicht öffentlicher Teil II (gesondertes Protokoll) –

– 27 –

(Fortsetzung von Teil I – öffentlich –: 11:00 Uhr)

Punkt 2

**Anhörung von Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut,
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus
des Landes Baden-Württemberg
zum vierten Handlungsfeld „Ökonomische Aspekte
von Krisen“**

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich begrüße Sie alle recht herzlich zu unserer öffentlichen Anhörung von Frau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, der Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus des Landes Baden-Württemberg, zum vierten Handlungsfeld. Frau Dr. Hoffmeister-Kraut, Sie eröffnen das Handlungsfeld „Ökonomische Aspekte von Krisen“.

Wenn ich in die Runde schaue, glaube ich, dass wir heute alles zum Thema Wirtschaft fragen können, weil Sie auch Vertreterinnen und Vertreter Ihres Ministeriums mitgebracht haben. Ich will jetzt nicht das Wort „Betriebsausflug“ nennen, das mir gerade zugeflogen ist.

(Heiterkeit)

Wir freuen uns, dass Sie so zahlreich da sind. Für uns ist es wichtig, dass wir alles fragen dürfen und qualifizierte Antworten erhalten. Deswegen sind wir sehr froh darüber, dass so viele Vertreterinnen und Vertreter aus dem Ministerium hier sind.

Ich will keine weiteren Ausführungen machen. Wir hatten ja mit Ihnen abgesprochen, dass Sie zuerst einen Impulsvortrag halten. Frau Dr. Hoffmeister-Kraut, Sie sind jetzt aufgerufen – Sie kennen den Platz hier sehr gut –, uns erst einmal einen Überblick über das Thema zu geben.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Recht herzlichen Dank, sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Herr Salomon. – Ich begrüße auch die stellvertretende Kommissionsvorsitzende, Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Mitglieder der Enquetekommission, und alle, die Sie unterstützen.

Ich möchte mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus meinem Haus bedanken. Uns war es ein großes Anliegen, dass wir im Rahmen des Austauschs, der heute stattfindet, qualifiziert antworten und auch über Detailfragen diskutieren können. Heute sind auch Kolleginnen und Kollegen von anderen Häusern hier, die an Schnittstellen ebenfalls in die Beantwortung einbezogen waren.

– 28 –

Für uns ist es eine große Chance – so empfinden wir das insgesamt –, uns durch die Enquetekommission für die Zukunft, für zukünftige Krisen besser aufzustellen und eine krisenfeste Gesellschaft zu bilden. In dem vierten Handlungsfeld, das Sie identifiziert haben, wollen wir über die ökonomischen Aspekte von Krisen diskutieren. Ich finde, es ist wichtig und richtig, dass wir das tun.

Wirtschaft – ich glaube, das ist eine Erkenntnis, die Baden-Württemberg schon seit Jahrzehnten trägt – ist nicht alles. Aber ohne eine funktionierende Wirtschaft ist alles andere nichts. Wirtschaft ist nicht nur Unterhaltung, Sport oder Freizeit, sondern sie ist auch ein wichtiger Bestandteil, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern, auch mit dem Allernötigsten. Die Wirtschaft hält das Leben am Laufen und eine Gesellschaft in Gang. Wirtschaft sorgt für Beschäftigung und für unser aller Wohlstand. Daher ist es elementar, in Krisenlagen die wirtschaftliche Funktionsfähigkeit des Staates, einer Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Das heißt, zu einer krisenfesten, zu einer resilienteren Gesellschaft gehört auch eine möglichst resiliente Wirtschaft.

Der in Landshut geborene Ökonom Markus Brunnermeier – er ist jetzt Professor an der Princeton University – hat in seinem Standardwerk mit dem Titel „Die resiliente Gesellschaft. Wie wir künftige Krisen besser meistern können“ eine, so meine ich, sehr gute Analyse gemacht und eine sehr gute Schlussfolgerung gezogen. Brunnermeier zitiert in diesem Zusammenhang die berühmte Fabel „Die Eiche und das Schilfrohr“ des französischen Dichters La Fontaine: Die Eiche, fest und hart gewachsen, hat wenig Flexibilität; ein Schilfrohr kann umgebogen werden, steht aber wieder auf, wenn wir etwas tun, um diesem Schilfrohr das zu ermöglichen.

Resilienz ist für ihn vor allem die Fähigkeit, sich zu erholen, Schocks, die mit historischer Zwangsläufigkeit immer wieder eintreten werden, wegzustecken, sich immer wieder anzupassen und sich neu zu erfinden. Hier ist eben nicht die Eiche in ihrer Robustheit, sondern das biegsame Schilfrohr das Vorbild, damit in einem Sturm nicht alles weggefedt wird.

Dabei sind mehrere Akteure im Spiel: zum einen der Staat mit seinen Gesetzen und Institutionen, zum anderen die Gesellschaft mit ihren kulturellen Gepflogenheiten und sozialen Normen, darüber hinaus die Bürgerinnen und Bürger sowie die einzelnen Unternehmen, die auf nationalen und internationalen Märkten agieren.

Eines ist schon von vornherein klar: Bei der Resilienz kommt es entscheidend auf das Zusammenwirken dieser Handlungsakteure und der einzelnen Verantwortungsebenen an. Wir müssen das in die Gesamtheit einbetten. Mit anderen Worten: Es geht darum, die richtige Balance zu finden, auch bei den erstrebenswerten Zielen.

Das heißt im ökonomischen Kontext, was Brunnermeier auch ausdrücklich hervorhebt: Effizienz und die damit verbundene Kostenminimierung sind nicht alles. Das haben wir in den letzten Jahren der Pandemie, aber auch jetzt in der Zeit des Krieges erlebt. Es braucht im wirtschaftlichen Sinn Sicherungen, Puffer, Vorräte und Re-

– 29 –

serven – und das auf allen Ebenen: bei den Unternehmen, den privaten Haushalten und auch der staatlichen Infrastruktur.

Schon ein liberaler Ökonom wie der Reutlinger Friedrich List stellte in Auseinandersetzung mit dem Frühkapitalismus des 19. Jahrhunderts fest, dass Wirtschaft mehr ist als wertoptimierende Tauschwirtschaft, dass freie Märkte vieles leisten, aber nicht in jeder erdenklichen Lage für alles sorgen können, dass man sich weder als Unternehmen noch als Staat in einseitige Abhängigkeit begeben sollte und dass es insofern einer strategisch klugen und aktiven Wirtschaftspolitik bedarf. Und das schon damals in dieser Zeit.

Doch zurück zu Brunnermeier: In Schocksituationen, wie sie Krisenlagen, gerade auch im Zuge der Coronamaßnahmen und des Stopps der Gaslieferungen aus Russland, oft mit sich bringen, sind die Märkte auf sich allein gestellt, überfordert. Hier muss der Staat eingreifen, um die Lage zu stabilisieren, um strukturelle Brüche zu vermeiden und um soziale Verwerfungen und alles, was damit an Folgen verbunden wäre, zu verhindern. Das erwarten – völlig zu Recht – die Bürgerinnen und Bürger von ihrem Staat.

Aber wenn der Schock überwunden ist – ich möchte das in Erinnerung rufen, weil wir in der Enquete den Blick auch nach vorne richten – und sich die Lage wieder stabilisiert hat, muss der Staat auch bereit sein, sich wieder zurückzunehmen. Auch dies unterstreicht Brunnermeier sehr deutlich: Dann braucht es Dynamik, dann braucht es Innovationsgeist, und dann braucht es neue Ideen – das, wofür die freien und offenen Märkte stehen.

Worauf es also ankommt, könnte man als Dreischritt bezeichnen: so weit wie möglich für künftige Krisenszenarien Vorsorge treffen, staatliche Funktionen zur Krisenbewältigung ertüchtigen und Rahmenbedingungen schaffen, damit Bürger und Unternehmen mit Krisen umgehen und danach wieder Tritt fassen können. Das war auch in dieser schwierigen Zeit handlungsleitend.

Wie kann vor diesem Hintergrund unser staatliches Coronakrisenmanagement bewertet werden? Wir alle wissen – viele von Ihnen haben es aus der Sicht einer Abgeordneten bzw. eines Abgeordneten hautnah miterlebt –, dass es keine Blaupause für solch eine Entwicklung gab. Wir hatten es mit einem völlig neuartigen Virus zu tun, über das zunächst nur wenig gesichertes Wissen zur Verfügung stand. Zu Beginn gab es auch keine Erfolg versprechende Behandlungsmethode und keine Impfstoffe. Wir waren mit hohen Infektions- und Sterbezahlen in benachbarten Ländern konfrontiert. Denken wir nur an Norditalien oder auch an das Elsass.

Die Landesregierung musste handeln und einschränkende Maßnahmen für die Wirtschaft und unsere Gesellschaft erlassen, um eine unkontrollierte Ausbreitung des Virus und damit eine Überlastung unseres Gesundheitssystems zu verhindern. Dieses Ziel wurde am Ende – bei all den Schicksalsschlägen Einzelner – glücklicher-

– 30 –

weise erreicht. Zwar war das Gesundheitssystem zeitweise sehr stark belastet, aber zu einer Überlastung oder einem Zusammenbruch der Versorgung ist es glücklicherweise zu keinem Zeitpunkt gekommen. Auch da haben Flexibilität und Offenheit geholfen. Wir haben aus Baden-Württemberg heraus auch anderen Ländern bei der Versorgung von Patientinnen und Patienten geholfen.

Dennoch hat die Coronapandemie unser Land vor nie dagewesene Herausforderungen gestellt. Zeitweise befand sich die Wirtschaft quasi im freien Fall. Über nahezu alle Branchen hinweg kam es immer wieder zu Umsatzausfällen, die unmittelbar auch auf die Liquidität der Unternehmen durchschlugen, und zwar aus den unterschiedlichsten Gründen, auf die wir heute noch zu sprechen kommen.

Bund und Länder haben mit einer beispiellosen Kraftanstrengung darauf reagiert und zahlreiche Hilfsprogramme zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen auf den Weg gebracht. Gleich zu Beginn der Krise im März 2020 – ich erinnere mich noch gut – haben Bund und Land z. B. mit der Coronasoforthilfe ein unbürokratisches und vor allem schnelles Notfallprogramm geschaffen, um die unmittelbaren Auswirkungen der Lockdownmaßnahmen für Selbstständige und kleine Unternehmen schnellstmöglich abzumildern.

Als Nachfolgeprogramm wurde ab Juni 2020 seitens des Bundes die Überbrückungshilfe zur Verfügung gestellt, bei der viele Kriterien aus den Erkenntnissen der ersten Phase neu erarbeitet wurden. Sie war im weiteren Verlauf der Pandemie das zentrale Unterstützungsinstrument. Wir haben damals das Zugangskriterium für die Wirtschaftshilfen vom Liquiditätsengpass auf den Umsatzeinbruch umgestellt. Die Überbrückungshilfe hat in ihren unterschiedlichsten Ausgestaltungen immer wieder die aktuellen Situationen und Entwicklungen aufgegriffen. Ich möchte nur den stationären Einzelhandel und die Anrechnung von Gütern, die nicht mehr verkaufbar waren, in Erinnerung rufen.

Es gab eine laufende Diskussion der Länder mit dem Bund und den betroffenen Unternehmen darüber, wie die Überbrückungshilfen ausgestaltet werden. Das ist ein Zusammenspiel auch zwischen den staatlichen Ebenen. Dazu ist eine enge Abstimmung erfolgt. Mir war in dieser Ausnahmesituation ein großes Anliegen, regelmäßig den Kontakt und den direkten Austausch zu suchen. Das haben wir auch getan, teilweise in wöchentlichen Gesprächen mit den Spitzen der Wirtschaft, den Gewerkschaften sowie Vertreterinnen und Vertretern bestimmter Branchen, die besonders betroffen waren. Mein Haus war so stets in der Lage, aus erster Hand über die jeweils aktuelle Lage in den Betrieben informiert zu sein, und konnte dieses Wissen zum einen in die Ausgestaltung der Hilfsprogramme sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene und zum anderen in die Ausgestaltung der Maßnahmen, die die Landesregierung beschlossen hat, um die Pandemie zu bekämpfen, einspeisen. Wir haben auch immer wieder Ansprechpartner aus anderen Ressorts mit einbezogen.

– 31 –

Es war uns ein großes Anliegen, möglichst passgenau zu unterstützen, weil es ganz unterschiedliche Betroffenheiten gab. Ich möchte nur einmal die Schausteller herausgreifen. Heute ist ja die Eröffnung des Cannstatter Volksfestes, des Wasens. Für diese Menschen, die über viele Monate, ja Jahre hinweg ein vollständiges Berufsverbot erleben mussten, die eigenständig, kreativ und selbstständig sind und das ja auch leben, war das besonders hart. Das war wirklich eine schwere Zeit. Ich freue mich darüber, dass wir auch die Schaustellerinnen und Schausteller in unserem Land unterstützen konnten, sodass der Cannstatter Wasen heute wieder eröffnet werden kann. Im letzten Jahr war das ja auch schon der Fall. Aber das war in dieser schwierigen Zeit eben keine Selbstverständlichkeit.

Wir haben wertvolle Impulse aus Unternehmens- und Gewerkschaftskreisen bekommen, um die befürchteten Strukturbrüche abzuwenden und Insolvenzwellen mit massenhaften Stellenstreichungen zu verhindern.

Baden-Württemberg ist im gesamten Zeitraum der Pandemie bei den Coronahilfsprogrammen regelmäßig in erheblichem Umfang über das Vorgehen und die Angebote anderer Bundesländer und des Bundes hinausgegangen. Wir haben bestehende Lücken identifiziert, was das für die Wirtschaft in unserem Land bedeutet, und sie unter Einsatz von Landesmitteln geschlossen. Ich möchte beispielhaft den fiktiven Unternehmerlohn nennen, den wir als einziges Bundesland schon seit März 2020 durchgängig ergänzend zu den Bundesprogrammen gewährt haben. Der Bund hatte damals eine andere Linie. Er war der Auffassung, die Menschen sollen in die Grundsicherung gehen. Sie hatten auch einen erleichterten Zugang dazu. Aber dem Land Baden-Württemberg war es wichtig – am Ende des Tages geht es ja nach dem Motto: „Linke Tasche, rechte Tasche“ –, diesen Menschen die Möglichkeit zu geben, nicht in die Grundsicherung zu gehen, sondern ihnen über den fiktiven Unternehmerlohn eine Perspektive zu eröffnen.

Wir haben die Stabilisierungshilfe Corona für das Gastgewerbe, das auch besonders betroffen war, sowie den Tilgungszuschuss Corona für bestimmte Bereiche mit besonders hohen Fixkosten auf den Weg gebracht. Das betraf u. a. Schausteller und technische Dienstleister in der Veranstaltungsbranche. Es konnten ja keine Veranstaltungen stattfinden. Deswegen herrschte da eine ganz besondere Betroffenheit.

Des Weiteren haben wir – das ist nicht zu unterschätzen – beratende Programme unterstützt, so das Programm zur Krisenberatung, das sehr stark nachgefragt wurde. Auch unsere Start-ups haben wir im Blick gehabt. Mit dem Programm „Start-up BW Pro-Tect“ haben wir sie unterstützt und ihnen in dieser Krise beigestanden.

Im Rahmen der verschiedenen Programme wie Überbrückungshilfen, Neustarthilfen, Bürgschaften und Garantien wurden Bundes- und Landesmittel in Höhe von insgesamt über 12 Milliarden € ausbezahlt, davon allein Landesmittel im Umfang von über 1 Milliarde €, um den Unternehmen und Selbstständigen in unserem Land in der Krise beizustehen. Auf diese Weise ist es uns gelungen, die wirtschaftlichen Folgen der

– 32 –

Pandemie in der Breite abzumildern – natürlich gibt es immer besonders betroffene Einzelfälle – und die ganz große Mehrheit an Existenzen und Arbeitsplätzen bei uns in Baden-Württemberg zu sichern.

Inzwischen liegen die Stellungnahmen der Wirtschaftsverbände zur Bewertung unserer Hilfsmaßnahmen vor. Ich freue mich natürlich über das darin geäußerte Lob, auch für meine Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte an dieser Stelle meine besondere Wertschätzung ausdrücken; denn viele meiner Kolleginnen und Kollegen haben vor dem Hintergrund des immensen Handlungsdrucks fast Tag und Nacht an der Umsetzung dieser Programme gearbeitet. Meine Kolleginnen und Kollegen hatten auch mit gesundheitlichen Folgen zu kämpfen und sind an ihre Leistungsgrenze geraten. Aber sie haben diese Leistung vor dem Hintergrund der großen Not und der Unsicherheit erbracht. Das war großartig. Ein Lob freut da natürlich in besonderer Weise und bestätigt auch unsere Anstrengungen.

(Beifall)

– Danke schön.

Natürlich sind wir offen und dankbar für konstruktive Kritik. Wir wollen uns ja in der Enquete darauf fokussieren, was wir in Zukunft besser machen können, wenngleich die Zukunft unsicher ist. Wir wissen ja nicht, welche Krise als Nächstes eintritt. Dass es immer wieder Krisen geben wird, zeigt die Geschichte. Sicherlich hätte das eine oder andere in der Rückschau besser geregelt werden können. Doch gerade zu Beginn der Pandemie war vor allem schnelles Handeln gefragt, für das es – ich möchte es noch einmal sagen – keine Blaupause gab.

Im Rahmen einer Evaluation wollen wir nun die Coronahilfsprogramme meines Ministeriums einer vertieften Analyse unterziehen: Wie wirtschaftlich wurden die Programme umgesetzt? Wie nachhaltig wurden ihre Ziele erreicht? Wir wollen und müssen aus den Erfahrungen der Pandemie lernen, um die Krisenresilienz der Verwaltung weiter zu stärken. Es gilt, für künftige Notfallsituationen noch besser gerüstet zu sein. Es gilt, noch schneller und unbürokratischer, aber auch transparent und rechtsicher staatliche Hilfe leisten zu können. Deshalb müssen wir uns alles genau anschauen, um Lehren daraus zu ziehen. Der Landtag ist darüber informiert. Es gab einen Beschluss des Landtags – leider Gottes liegen uns die Ergebnisse jetzt noch nicht vor –, dass wir ihm bis Ende 2024 über die Evaluation der Hilfsprogramme für die Wirtschaft berichten werden.

Während der Coronakrise hatten wir in Baden-Württemberg in Hochzeiten bis zu knapp eine Million sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Kurzarbeit. Ich erinnere mich noch gut an das erste Krisengespräch mit den Verbänden sowie den Spitzen des Handwerks und der Industrie- und Handelskammern. Das erste Mal haben wir uns noch in Präsenz getroffen, dann nur noch digital. Die Bereiche, die betroffen waren, beispielsweise die Hotellerie und die Gastronomie, hatten das Instru-

– 33 –

ment der Kurzarbeit in dieser Form noch nie genutzt. Die Unternehmen im Maschinen- und Anlagenbau sowie die Metallbranche waren darin bereits bewährt und hatten schon sehr viel Erfahrung damit. Es fand dann ein Austausch zwischen den einzelnen Akteuren in der Wirtschaft statt. Man hat sich gegenseitig beraten. Das war eine völlig neue Situation. Wir waren froh und dankbar, das Instrument der Kurzarbeit wieder einsetzen zu können.

Das konjunkturelle Kurzarbeitergeld – ich glaube, das kann man sagen; es war auch damals in der Wirtschafts- und Finanzkrise ein wichtiges Instrument, um das Land aus der Krise zu führen – war ebenfalls ein entscheidendes Instrument, um den Arbeitsmarkt in einer schweren Zeit zu stabilisieren und eine Entlassungswelle zu verhindern.

Wir wissen: Wirtschaft hat auch immer mit Psychologie zu tun. Der psychologische Effekt auf die Menschen, die Arbeit nicht zu verlieren, sondern Sicherheit zu haben, ist ganz entscheidend, natürlich auch für den Konsum und damit für die Weiterentwicklung der Gesamtwirtschaft.

Es hat sich bewährt, dass die Bundesregierung in der akuten Krisensituation die Zugangsvoraussetzungen zum Kurzarbeitergeld erleichtert hat. So konnten nicht nur Millionen von Arbeitsplätzen gesichert, sondern auch ein schnelles Wiederhochfahren der Betriebe nach der Krise – auch das ist ein wesentlicher Aspekt – ermöglicht werden. Auch hier gilt es, Lehren aus der Krise zu ziehen.

Erstens müssen wir in Zukunft noch viel stärker als bisher die gewonnene Zeit bei der Kurzarbeit für Weiterbildung nutzen, gerade in der Transformation, in der wir uns derzeit befinden, aber auch grundsätzlich.

Zweitens sollten die Verfahren, vor allem bei der Abrechnung des Kurzarbeitergelds, vereinfacht werden. Die Abrechnungsprüfung im Einzelfall war sehr zeitaufwendig und hat auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesagentur vor enorme personelle Herausforderungen gestellt.

Für ein Krisenkurzarbeitergeld werden derzeit Konzepte und Ideen entwickelt. Ich meine, wir müssen ein solches einführen, damit wir für die Zukunft besser gerüstet sind.

Corona hat unser Leben auf eine Art und Weise verändert, wie wir es uns im Januar 2020 noch nicht hätten vorstellen können. Ich weiß noch: Damals kamen schon Meldungen über Coronafälle aus China. Wir haben das nicht wirklich ernst genommen. Als sich dann aber die Lage im Februar so zugespitzt hatte, waren wir mittendrin in einer Pandemie, die die ganze Welt vor Herausforderungen von historischer Dimension gestellt hat. Die Mechanismen der sozialen Marktwirtschaft konnten diesen Schock nicht ausgleichen. Wir mussten den Schutz von Leib und Leben über die

– 34 –

Gewährung von bürgerlichen Freiheiten stellen. Das waren schwere Entscheidungen, die zu treffen waren.

Das hat uns gelehrt, dass die soziale Marktwirtschaft, die auf Markt, freiem Wettbewerb und der Eigenverantwortung der Unternehmen sowie der Bürgerinnen und Bürger beruht, bei solch exogenen Schocks doch in Bedrängnis kommt. Wir verfügen aber über ein Arsenal an wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Instrumenten, die es gezielt und sinnvoll einzusetzen gilt. Wie gesagt: in Krisen mehr Staat, wenn die Krisen dann vorüber sind, wieder weniger Staat und mehr Vertrauen in die Märkte. Die Coronakrise hat gezeigt, dass dies funktioniert.

Wir haben den Blick – Stichwort „Zukunftsland Baden-Württemberg“ – im Herbst 2020 und im Jahr 2021 auf die Zukunft gelegt und viele Programme aufgelegt und Maßnahmen ergriffen, um das Anfahren der Marktwirtschaft und der Unternehmen zu unterstützen. Wir haben auf Innovationen, den marktwirtschaftlichen Wettbewerb und unternehmerische Initiative gesetzt. Die Leistungs- und Handlungsfähigkeit des Staates war mit Blick auf diese Entwicklung ebenfalls gegeben. Deswegen ist es so wichtig, dass wir immer nah dran und anpassungsfähig sind.

Die Wirtschaftskraft sowie der Fleiß, die Kreativität und vor allem die Leistungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sind eine wesentliche Voraussetzung, um resilienter zu sein. Die gilt es weiter zu stärken und zu unterstützen, indem wir Reglementierungen abbauen und Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen verbessern, um uns langfristig krisenfester aufzustellen.

Wir dürfen nicht vergessen: Letztlich waren es nicht nur die staatlichen Lockdownmaßnahmen, die zum Ende der Pandemie geführt haben. Vielmehr haben auch bahnbrechende Innovationen junger Unternehmen in Kooperation mit bestehenden Unternehmen, beispielsweise BioNTech, dazu beigetragen. Die Entwicklung von Impfstoffen und Medikamenten unter Hochdruck wurde in dieser Zeit unter deregulierten Rahmenbedingungen überhaupt erst ermöglicht.

Deswegen ist als zentrale Lehre aus der Pandemiezeit die Erkenntnis zu ziehen, dass es wichtig ist, wie wir in der Wirtschaft und in der Gesellschaft mit Innovationen und technologischem Fortschritt umgehen. Die Anpassungsfähigkeit und die Innovationskraft sind letztlich entscheidend, um auch in Krisen, in denen wir am Anfang keine Antworten geben können, Antworten zu technologischen Lösungen und Innovationen zu entwickeln. Deswegen ist das ein ganz starker Schwerpunkt, den wir in der Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg setzen, um uns resilienter aufzustellen.

Die jüngsten Krisen haben uns die Verletzlichkeit der Märkte deutlich aufgezeigt. Die Pandemie und der Krieg haben die Lieferketten gestört. Jetzt gehen wir über die Grenzen hinaus. Wir haben alles darangesetzt, dass es gerade auch im produzierenden Gewerbe zu keinen Betriebsschließungen kam. Ich habe noch gut die Diskussionen in Erinnerung. In anderen Ländern kam es ja dazu. In Bezug auf Nordita-

– 35 –

lien haben wir erkannt, wie abhängig wir von Betrieben sind – nicht nur in der Automobilbranche, sondern auch im Maschinen- und Anlagenbau. In Bergamo wurden Betriebe geschlossen. Das hatte eklatante Auswirkungen auf unsere Lieferketten.

Aufgrund von China, der internationalen Arbeitsteilung und des hohen Exportanteils sind wir trotz unserer Stärke vulnerabel gewesen. Das hat sich entsprechend ausgewirkt. Deshalb ist es für uns wichtig, auch die Widerstandsfähigkeit der außenwirtschaftlichen Beziehungen – das ist ein zweiter Bereich – stärker in den Blick zu nehmen. Ich nenne nur die Abhängigkeit von der Lieferung kritischer Rohstoffe und Seltener Erden, u. a. aus China, und die Vorprodukte der Industrie, die auch durch die internationale Arbeitsteilung entstanden sind. Wir müssen einen Beitrag dazu leisten, die Liefer- und Wertschöpfungsketten resilienter aufzustellen.

Die Herausforderung besteht darin, dass wir nicht wissen, wie die nächste Krise aussehen wird. Wir wissen nicht, wie die Betroffenheit in den einzelnen Ländern sein wird. Wir wissen auch nicht, auf welche Produkte sie sich beziehen wird. Deshalb ist es ganz entscheidend, dass wir – das Land, der Bund und die EU, aber auch die Unternehmen – grundsätzlich eine Strategie fahren, um einseitige Abhängigkeiten von Märkten, von Rohstoffen und auch von Energie zu reduzieren.

Der Staat kann und muss hier Unterstützung leisten und die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Eines ist wichtig: dass die Unternehmen durch den europäischen Binnenmarkt verlässliche Bedingungen vorfinden und dass wir stabile europäische Wirtschaftskreisläufe weiter ausbauen. Das ist eine der Hauptaufgaben der Europäischen Union und ein wichtiger Faktor für wirtschaftliche Resilienz.

Der Zusammenhalt – Stichworte „Masken“ und „Beatmungsgeräte“; deswegen ist auch der gesellschaftliche Zusammenhalt so wichtig – muss europaweit funktionieren: dass das eine Land dem anderen hilft. Ich erinnere mich noch gut an diese Debatten.

Unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten ist es wichtig, dass die Außenhandelspolitik der Europäischen Union wieder einen Schwerpunkt bilden muss. Ich denke, das passiert auch gerade; das ist zumindest mein Gefühl. Wir brauchen mehr Handelsabkommen mit Drittländern – Stichwort „Strategische Diversifizierung“. Wir brauchen mehr Investitions- und Freihandelsabkommen, und wir müssen weitere Märkte erschließen und uns hier breiter aufstellen, gerade im Sinne der Wirtschaft. Deswegen begrüße ich die Verhandlungen mit MERCOSUR. Ich bin gespannt, ob dies in dem Zeitfenster vor der Europawahl noch gelingen wird; mal sehen. Es ist aber wichtig und richtig, diesen Weg zu gehen.

Das Land Baden-Württemberg arbeitet mit einigen Regionen über die Wirtschaftsrepräsentanzen besonders eng zusammen, ist da flexibel und derzeit in den USA, in China, in Japan und auch in anderen Ländern mit Auslandsbüros vertreten. Über

– 36 –

Reisen und Messeauftritte ist es uns ein großes Anliegen, der Wirtschaft in unserem Land Brücken in die Welt hinein zu bauen.

Unser Ziel ist – Stichwort „Versorgung der Bevölkerung“ –, dass wir in einer Krise stabile Produktionsstandorte in Baden-Württemberg, aber auch weit darüber hinaus schaffen. Wir denken ja EU-weit. Insbesondere in Krisensituationen müssen wir die Menschen mit lebenswichtigen Gütern versorgen.

Auch die kritische Infrastruktur ist ein wichtiges Thema. Wir müssen uns fragen, wie wir Versorgungsengpässe und Störungen, beispielsweise bei der Stromversorgung, ausgleichen können. Im Zweifel kann nicht produziert und nicht bezahlt werden. Das sind Folgen, die für das Zusammenleben und die Versorgung der Bevölkerung eine große Bedeutung haben.

Cybercrime und Cyberangriffe sind wichtige Themen. Wir müssen systemrelevante Bereiche gerade in Krisen aufrechterhalten. Insofern befürworte ich, dass auf Bundesebene jetzt das KRITIS-Dachgesetz vorbereitet wird, damit wir hier gemeinsam wichtige Schritte gehen und dadurch besser aufgestellt sind.

In der Coronapandemie – Stichwort „Gesundheitsversorgung“ – waren zum einen das Personal und zum anderen die Produkte sehr wichtig. Oft scheiterte es am Personal, das natürlich auch betroffen war. Die Versorgung mit Medizinprodukten und Arzneimitteln ist in einer globalisierten Welt – das haben wir bitter erfahren – in vielen Fällen von der Produktion im Ausland abhängig. Wir können diese natürlich nicht vollumfänglich zurückholen – das ist bei freien Märkten nicht möglich –, müssen aber künftig einen starken Fokus darauf legen, welche Komponenten und Materialien vielfach importiert werden. Dafür brauchen wir eine höhere Sensibilisierung. Die Landesregierung prüft derzeit, wie der relevante Bedarf im Bereich der Medizinprodukte und Arzneimittel im Krisenfall bestimmt und die Resilienz des Gesundheitsstandorts durch den Aufbau und die Erweiterung von Produktionskapazitäten verbessert werden kann.

Wir stärken die Medizintechnik- und die Pharmabranche und sind mit ihnen in einem engen Austausch. Wir stärken auch die Mikroelektronikbranche. Chips waren Mangelware. Das Förderprogramm IPCEI für Mikroelektronik und Kommunikationstechnologien ist uns ein großes Anliegen. Sieben von 31 Projekten sind in Baden-Württemberg. Das freut uns sehr. Ich finde, das ist ein sehr marktgerechtes Instrument. Wir müssen die Wirtschaft auch nachhaltig entwickeln, weil sie im Wettbewerb steht, was die Preise und die Wettbewerbsfähigkeit angeht.

Wenn man den Jahren der Pandemie überhaupt etwas Gutes abgewinnen will – es gab auch positive Effekte –, dann ist das der Digitalisierungsschub, den wir alle erlebt haben, und zwar nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Gesellschaft und jeder Einzelne. Die schnelle Anpassungsfähigkeit an eine neue Normalität ist hervorzuheben: Videokonferenzen, Remote Work und digitale Prozesse. Es war erstaun-

– 37 –

lich, wie schnell es den Unternehmen, aber auch den Verwaltungen gelungen ist, die Menschen ins Homeoffice zu schicken. Das war schon beeindruckend und nicht selbstverständlich. Die Flexibilität war groß. Die starke Digitalisierung ist notwendig und wird auch weiterhin notwendig sein.

Ebenfalls eine Begleiterscheinung der Pandemie war die Dynamisierung und Beschleunigung bestimmter Strukturveränderungen. Es ist uns ein besonderes Anliegen, gerade den stationären Einzelhandel zu unterstützen. Durch die Pandemie hat da eine Beschleunigung stattgefunden.

Wir wollen den Digitalisierungsschub weitertreiben, mitnehmen und ausbauen. Das ist uns ein zentrales Anliegen. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur die Digitalisierungsprämie – das ist ein sehr erfolgreiches Instrument –, Invest BW – auch das ist ein sehr erfolgreiches Instrument, das auf die entsprechenden Themen eingeht –, den Innovationspark Ipai und die regionalen KI-Exzellenzzentren nennen. Wir haben Millionen dafür zur Verfügung gestellt, um die Wirtschaft zu begleiten und ihr dies zu ermöglichen.

Die Digitalisierung bei uns im Land voranzubringen, ist, so meine ich, ein wichtiges Handlungsfeld, um uns als Gesellschaft resilienter für Krisen aufzustellen. Das ist auch eine Chance für uns. Wir sehen das positiv. Dennoch möchte ich auch Risiken ansprechen. Die Cyberkriminalität hat vor allem durch den Krieg in der Ukraine in einem enormen Maß zugenommen. Laut Berechnungen des Bitkom beläuft sich der Schaden dadurch auf ca. 206 Milliarden €. Das ist eine gigantische Summe und bedeutet Wohlstandsverluste. Wir müssen das stärker in den Griff bekommen, um die Unternehmen und die öffentliche Verwaltung hier resilienter aufzustellen. Das ist im Zusammenhang mit der Digitalisierung ein ganz wichtiges Handlungsfeld.

Das Innenministerium ist federführend dafür zuständig und hat schon viel gemacht. Aus der Sicht der Wirtschaft ist die Cyber-Ersthilfe BW, die 24-Stunden-Hotline, besonders herauszustellen. Sie ist wichtig und richtig. Wir, das Wirtschaftsministerium, fördern über Innovationswettbewerbe und haben den Bereich Cybersicherheit bei unseren Programmen und bei der wirtschaftsnahen Forschung im Blick.

Wir haben das Kompetenzzentrum IT-Sicherheit beim Forschungszentrum Informatik, FZI. Das ist eines der landeseigenen Institute unserer Innovationsallianz. Auch da tun wir gemeinsam etwas. Das CyberSicherheitsForum findet in den Räumen der IHK Region Stuttgart statt, worüber wir intensiv im Austausch sind.

Einige Unternehmer sagen ganz offen: Wir haben über Jahre hinweg – ich habe es eingangs gesagt – stark die Kosten im Fokus gehabt. Der Weltmarkt und die internationale Arbeitsteilung haben funktioniert, just in time. Viele Güter waren auf der Straße. Dadurch konnte Gebundenes Kapital reduziert werden. Diese Strukturen wurden vor allem durch die Pandemie und in Teilen jetzt auch durch den Krieg zerschlagen. Die Wirtschaft hat auf einem wirklich harten Weg erlebt, wie anfällig, wie vulnerabel

– 38 –

sie doch ist, und das auch teuer bezahlen müssen. Wir erinnern uns: Weit über die Pandemie hinaus – in Teilen noch heute, wobei sich die meisten Lieferschwierigkeiten jetzt auflösen – gab es Lieferschwierigkeiten, weil einzelne Teile, Komponenten gefehlt haben.

Zu einem vorausschauenden Leben gehört – natürlich können wir uns nie optimal auf etwas Unsicheres vorbereiten –, dass wir uns bestmöglich auf Unfälle, auf Naturkatastrophen, auf eine weitere mögliche Pandemie – von der wir nicht hoffen, dass sie kommt, aber keiner kann das ausschließen –, auf Terror und, wie uns der schreckliche Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine leider Gottes deutlich macht, auch auf einen möglichen Kriegsfall vorbereiten. Wir müssen insofern wieder mehr auf das Prinzip der Vorsicht und der Vorsorge setzen. Das wird uns einiges kosten. Das haben wir auch in der Vergangenheit erlebt. Aber ich bin davon überzeugt: Diese Investitionen sind sinnvoll. Wir müssen langfristige Strategien entwickeln und uns dahin gehend ausrichten, dass wir resilienter werden. Ich habe einige Handlungsfelder aufgezeigt, die wir in unserem Bereich, der Wirtschaftspolitik, sehen.

Resilienz, so sagte Brunnermeier, den ich anfangs zitiert habe, betrifft uns alle: Staat, Bürger und Unternehmen. Es geht nur in diesem Miteinander. In der freien Gesellschaft sind Eigenverantwortung und Gemeinsinn gleichermaßen gefragt. Staat und Politik müssen sich in einer Zeit multipler Krisen verstärkt auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Dazu gehören äußere und innere Sicherheit, der Schutz der Bevölkerung, eine funktionsfähige Verwaltung und vor allem eine Rechtsordnung in einem Krisenfall.

Sich darüber zu verständigen, auch in schwierigen Zeiten und in einer Krisenzeit frei, offen und respektvoll miteinander zu diskutieren, ist die Art und Weise, wie wir diese Themen in einem liberalen Gemeinwesen diskutieren und gestalten. Das ist der Weg, den wir gehen sollten. Deshalb brauchen wir diese Enquetekommission.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die sich einbringen und sich die Zeit nehmen, sich mit den entsprechenden Themen tiefer gehend auseinanderzusetzen und Handlungsempfehlungen auch in der Breite und im Überblick zu entwickeln. Auch die Landesregierung ist in vielen Bereichen mittendrin, um uns noch besser aufzustellen. Der Landtag hat hierbei eine ganz wichtige Rolle. Ich freue mich sehr darüber, dass Sie diese Rolle so ernst nehmen und sie wahrnehmen. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Sie tun das auch für ein liberales und starkes Gemeinwesen.

Ich freue mich jetzt auf die Diskussion.

Danke schön.

(Beifall)

– 39 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Dr. Hoffmeister-Kraut. – Uns freuen das Lob und die Anerkennung für die Mitglieder und Sachverständigen der Enquetekommission. Wir erinnern Sie sicherlich noch einmal daran, wenn die Handlungsempfehlungen im Nachgang verabschiedet worden sind. Sie müssen nämlich von der Landesregierung dann auch umgesetzt werden. Wir sind uns sicher, dass wir Sie da an unserer Seite haben.

Wir steigen jetzt in die Diskussionsrunde ein. – Für die Fraktion GRÜNE Herr Abg. Poreski, bitte.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Herr Vorsitzender, Frau Ministerin, vielen Dank. – Ich werde mich jetzt in der ersten Runde auf drei Punkte konzentrieren. Das erste Stichwort ist „De-Risking“, also die Reduzierung von Risiken, die im Zweifelsfall auch krisenauslösend sind. De-Risking ist eine Strategie, die auch von der Bundesrepublik Deutschland benannt wird.

Die ersten Fragen sind: Was ist über die Abhängigkeiten der Wirtschaft in Baden-Württemberg von bestimmten Rohstofflieferanten oder Zulieferationen konkret bekannt? Welche Branchen sind besonders betroffen? Wie wird diese Einschätzung getroffen, also wird sie am Umsatzvolumen, an den Arbeitsplätzen, Produkten, Dienstleistungen, Sekundärauswirkungen usw. festgemacht? Wer erfasst das? Wie wird das aktuell gepflegt? Gibt es Nachsteuerungspunkte? Gibt es Krisenpläne, um Lieferketten in zentralen Wirtschaftsbereichen im Krisenfall ad hoc umzustellen? Gibt es da eine Zusammenarbeit zwischen den Ministerien? – Das war der erste Punkt.

Der zweite Punkt betrifft die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts, um auf Krisen vorbereitet zu sein und sie dann auch abzuwehren. Die Fragen hierzu sind: Inwieweit hat das Wirtschaftsministerium konkrete Kenntnis von der Abwanderung bzw. Nichtansiedlung von Unternehmen aufgrund konkreter Standortnachteile? In welchen Bereichen liegen die relevanten Standortfaktoren, bzw. wie sehen diese ganz konkret aus?

Das zentrale Stichwort ist Energie. Ich beziehe mich da auf Berichte z. B. der „WirtschaftsWoche“ und des „Handelsblatts“, dass Standorte in Deutschland aufgrund der dort verfügbaren Windenergie inzwischen Vorteile haben und bevorzugt werden. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um diese Faktoren zu verbessern? Welche Förderprogramme und politische Unterstützung braucht es nach Einschätzung des Wirtschaftsministeriums, um die Resilienz der Wirtschaft und damit die Wettbewerbsfähigkeit noch besser zu stützen? Welche Lücken sehen Sie?

Der letzte Punkt, den ich jetzt in der ersten Runde ansprechen möchte, betrifft das Thema „Innovationsfähigkeit und Technologie“. Inwieweit fördert das Wirtschaftsministerium den Erkenntnistransfer baden-württembergischer Spitzenforschung in die wirtschaftliche Nutzung? Welche Branchen sind in diesem Kontext besonders relevant? Wo sieht das Wirtschaftsministerium hier noch Verbesserungsbedarfe? Was

– 40 –

kommt auf die Piste? Wie stehen wir da, auch in Bezug auf kleine und mittlere Unternehmen? Wo sehen Sie die Rolle von KI, auch um z. B. Technologien und Prozesse energie- und ressourceneffizienter zu gestalten? Auch das ist ja ein Resilienzfaktor.

Vielen Dank für die erste Runde.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Dann für die CDU-Fraktion die Kollegin Dr. Pfau-Weller.

Noch der Hinweis: Je länger die Fragen werden, desto schwieriger wird, glaube ich, die Beantwortung, auch wenn viele im Ministerium mitschreiben; ich habe es gesehen. Sie bekommen das sicherlich hin. Das war ja auch geübte Praxis. Aber ich will den Fragestellenden noch mitgeben, vielleicht die Fragen kürzer zu fassen. Es gibt ja eventuell noch eine zweite, dritte und vierte Runde.

Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Lieber Herr Vorsitzender, liebe Frau Ministerin! Das Thema ist sehr umfangreich. Ich mache es vielleicht ein bisschen langsamer und versuche, die Zahl der Fragen zu reduzieren.

Ich möchte mit dem Themenfeld „Standort- und Handelspolitik“ anfangen. Das, was der Kollege Poreski gerade gefragt hat, ist sehr komplex, in allen Branchen. Fangen wir einmal mit der Automobilbranche an, die ja in Baden-Württemberg die vorherrschende ist und an der auch die meisten Arbeitskräfte hängen. Vielleicht skizzieren Sie an diesem Beispiel kurz, was das Wirtschaftsministerium unternimmt, um die Resilienz der Unternehmen dort und auch die Lieferketten zu stärken. – Das ist das eine.

Das andere betrifft die Versorgungssicherheit. Sie hatten das anhand des Medizinstandorts ausgeführt und verschiedene Stichworte genannt, die wir im Zusammenhang mit der MDR kennen. Müsste man möglicherweise auch schon in anderen Branchen die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen, damit die Versorgungssicherheit dort im Falle einer Krise gewährleistet wird?

Der zweite Themenkomplex ist auch bei mir die Innovationsfähigkeit. Dabei ziele ich aber in die Zukunft gerichtet eher auf die Gründerszene ab. Was unternimmt Ihr Haus, um gezielt weitere innovative Unternehmen anzusiedeln? Wie unterstützt das Wirtschaftsministerium die Förderung der Innovationsfähigkeit der Unternehmen?

Die letzte Frage ist: Sie hatten letztes Jahr einen Vorstoß beim Krisenkurzarbeitergeld gemacht. Könnten Sie dazu noch kurz etwas ausführen?

Ich habe versucht, mich kurzzufassen, und die Hälfte der Fragen gestrichen.

– 41 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Alles gut. Die Selbstwahrnehmung ist immer subjektiv. Daher ist alles in Ordnung.

Es gab einen leichten Widerspruch zu dem Thema, was der wichtigste Wirtschaftsbereich ist. Vielleicht können Sie, Frau Dr. Hoffmeister-Kraut, uns von der Größe her eine Einordnung geben, wie die Wirtschaftsbereiche aufgestellt sind. Es wurde u. a. das Thema Gesundheit genannt, auch von der Bedeutung her. Vielleicht können Sie das noch ergänzen. Ich selbst möchte eigentlich keine Fragen stellen. Aber vielleicht können Sie das von Ihrer Seite bei der Beantwortung noch anfügen.

Jetzt folgt für die SPD-Fraktion der Kollege Dr. Weirauch.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich will gar nicht die Erwartung dämpfen, dass meine Fragen gegebenenfalls zu kurz sein könnten.

(Heiterkeit)

Ich möchte mit einer Frage zum Thema Wirtschaftshilfen anfangen – Stichworte „Soforthilfen“ und „Überbrückungskredite“, die ganzen Themen, die wir in der Coronazeit exerziert haben.

Ich will vor die Klammer ziehen, dass es nach meinem Eindruck nur wenige Länder auf der Welt wie die Bundesrepublik Deutschland gab, in der Bund und Länder den Unternehmen in dieser schwierigen Zeit so viel Unterstützung haben zukommen lassen. Ich glaube, damit hat man weltweit Maßstäbe gesetzt. Das bedeutet aber auch, dass man sich jetzt im Nachgang schon genau anschauen muss, was man da bezahlt hat und wofür man das bezahlt hat. Sie haben erwähnt, dass Sie eine Evaluierung vorbereiten. Das finde ich gut. Ich bin der Meinung, dass man da schon schauen muss.

Es gab Programme wie beispielsweise den Beteiligungsfonds, den man mit 1 Milliarde € aufgelegt hat, um Unternehmen mit Eigenkapital zu unterstützen. Dieser ist meiner Erinnerung nach nicht so gut geflogen. Man hat geschaut, wo tatsächlich Bedarfe vorhanden sind. Bei anderen Fördermaßnahmen wurden Mittel nicht abgerufen. Vielleicht könnten Sie uns einen Überblick über die „Highlights“ geben, bei denen Sie schon jetzt sagen können, dass das vielleicht nicht das richtige Instrument für den entsprechenden Bedarf gewesen ist.

Mir ist etwas aufgefallen, als ich mir die Denkschrift des Rechnungshofs im Vorgriff auf die Sitzung angeschaut habe: Darin ging es um die Evaluierung konkret der mittelstands- und handwerkspolitischen Fördermaßnahmen. Dazu hat Ihnen der Rechnungshof ins Stammbuch geschrieben, dass Ihrem Ministerium eine fundierte Datengrundlage zur Zielsteuerung der Fördermaßnahmen fehlt. Dies lässt sich nach Ansicht des Rechnungshofs auf eine unkonkrete Zielsetzung sowie auf ineffektive

– 42 –

Kennzahlen zurückführen. Im Vorgriff auf die Evaluierung möchte ich von Ihnen wissen: Haben Sie in Ihrem Haus an diesem Lernfeld gearbeitet? Wie haben Sie die Zielsetzung und die Kennzahlen zur besseren Analyse der Zielerreichung und -steuerung so konkretisiert, dass klar wird, ob die Fördermaßnahmen effizient waren oder nicht? Der Rechnungshof hat uns schon zum Nachdenken gebracht, ob in Ihrem Haus überhaupt die Strukturen vorhanden sind, um das zu evaluieren. – Das war Punkt 1.

Punkt 2 – Stichwort „Reshoring“ –: Wir haben gerade schon darüber gesprochen, dass man bestimmte Bereiche, Produktionsbetriebe zurück ins Land holt, gerade was kritische Produkte, beispielsweise aus dem medizinischen Bereich, Zytostatika oder Antibiose – das sind Beispiele aus dem pharmazeutisch-chemischen Bereich –, angeht. Sie haben uns gesagt, dass Sie das alles unterstützen. Aber die Frage ist: Wie konkret arbeitet die Landesregierung daran, die Kapazitäten für den Krisenfall hier im Land aufzubauen?

Letzte Frage für die erste Runde: Sie haben gesagt, Sie hätten verschiedene Ökonomen bei dem Thema „Verhalten in und nach der Krise aus der Perspektive des Staates“ bemüht. Ich habe Sie so verstanden: Der Staat muss sich jetzt, nach der Krise, zurücknehmen. Wenn man die Coronakrise isoliert betrachtet, kann man durchaus darüber diskutieren. Ich bin aber der Meinung, dass wir eine Art multiple Krisensituation haben. Sie hatten auch den Ukrainekrieg und die Energiepreise erwähnt. In Anbetracht dessen, dass wir vor einem großen industriellen Wandel stehen, möchte ich Sie fragen, ob es tatsächlich Ihre Auffassung ist, dass sich der Staat an dieser Stelle gerade auch mit Investitionen zurücknehmen muss. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat das Investitionspotenzial allein für die anstehende Dekarbonisierung der deutschen Industrie mit 850 Milliarden € quantifiziert. Da ist die Frage, ob die Landesregierung die Auffassung vertritt, dass sich der Staat an dieser Stelle zurücknehmen muss, oder ob Sie das gegebenenfalls nur in Bezug auf die Regulatorik gemeint haben.

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Vielen Dank, Frau Ministerin, für die Ausführungen. – Ich bedanke mich auch für die Fragen meiner Vorredner und meine Vorrednerin. Da waren schon ganz viele gute Punkte dabei. Ich möchte mich auf drei Punkte beschränken und das eine oder andere Thema, das schon aufgegriffen wurde, noch etwas konkretisieren.

Sie haben zu Recht betont, dass wir uns auch auf künftige Krisen vorbereiten müssen und dass jede Investition dafür sinnvoll und wichtig ist. Deswegen ist meine Frage: Mit welchen Investitionen rechnen Sie speziell für den Themenbereich „Krisenresilienz und -vorbeugung“, die wir dann in unserem Haushalt auch entsprechend berücksichtigen müssen, und wofür diese Positionen exakt bestimmt sind?

Wir sind uns einig darüber: Wir wissen jetzt noch nicht – wir können nicht in die Glaskugel schauen –, welche Krisen es im Einzelnen geben wird. Aber mich würde

– 43 –

schon interessieren: Wo rechnen Sie im Moment mit Krisen, die uns eventuell bevorstehen könnten? Die Stichworte sind „Handelsboykott durch China“ und „Krieg um Taiwan“. Was können wir schon vorbereitend dagegen tun? Das deckt sich zum Teil mit dem, was Sie bereits beschrieben haben: Lieferketten, Standortproduktion im Bereich Medizin usw.

Sie haben das Thema „Gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Einbeziehung der Wirtschaft in die Krisenbewältigung“ angesprochen und sind darauf auch in der Antwort auf Frage I. Ziffer 13 der Großen Anfrage der Fraktion der SPD und der FDP/DVP-Fraktion eingegangen. Das spielt durchaus eine große Rolle. Nicht zuletzt haben auch Betriebsärzte geimpft. Es gab Teststationen auch in Wirtschaftsunternehmen. Das hat ebenfalls eine große Rolle gespielt.

In der Antwort steht – dabei geht es um den rechtlichen Rahmen –:

Die Übernahme staatlicher Aufgaben durch Unternehmen ... ist in der baden-württembergischen und deutschen Rechts- und Wirtschaftsordnung grundsätzlich nicht vorgesehen und nur in Grenzen rechtlich möglich.

Ist es aus Ihrer Sicht notwendig, Veränderungen vorzunehmen, um das künftig in einen Rahmen zu stellen, in dem wir das strukturell auch in Katastrophen- und Krisenpläne einarbeiten können? Letzten Endes – da bin ich bei Ihnen – ist das eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Aber auch für die Unternehmen ist es wichtig, hier mit einbezogen zu werden, um Planungssicherheit zu bekommen.

Der Kollege Weirauch hat bereits das Thema Hilfen angesprochen. Sie, Frau Ministerin, haben darauf hingewiesen, dass wir da schnell waren, schneller als andere. Das hat wirklich geholfen. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums ist zu Recht schon gedankt worden. Diesem Dank schließen wir uns gern an. Auch die L-Bank hat eine große Rolle gespielt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der L-Bank waren ebenfalls an ihrer Leistungsgrenze, sodass zusätzlich noch externe Dienstleister mit ins Boot geholt werden mussten.

Im Nachgang – wir haben bereits vorgestern im Wirtschaftsausschuss darüber gesprochen – fällt uns unsere Bürokratie etwas auf die Füße. Was am Anfang einfach und leicht war, wird jetzt immer komplizierter. Wenn es am Ende um Widerspruchsverfahren geht, glaube ich, regulieren wir uns zu Tode. Da muss noch viel zu viel händisch gemacht werden – Stichwort „Digitalisierung“. Die Frage ist: Inwieweit ist vorgesehen, Digitalisierungsabläufe in Antragsverfahren zu etablieren, um dadurch die Verfahren nicht nur am Anfang einfacher zu machen, sondern auch später? Ich habe das Gefühl, dass im Moment relativ viel Frust bei allen Beteiligten, bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch bei den Unternehmen entsteht.

Vielen Dank.

– 44 –

Abg. Carola Wolle AfD: Herr Vorsitzender, liebe Kollegen! Frau Hoffmeister-Kraut, Sie haben ganz toll berichtet. Vielen Dank für den Bericht. – Sie haben bei der vergangenen Coronakrise angefangen und Ihre Maßnahmen dazu geschildert. Sie haben auch darüber berichtet, dass Sie das evaluieren. Das ist vorbildlich; denn nach der Krise ist vor der Krise. Wir befinden uns jetzt hoffentlich nicht vor einer Krise. Aber man weiß das ja nicht. Ich denke, es wird wieder eine kommen. Es ist ein Gesetz des Lebens, dass wieder eine Krise kommt. Das heißt, wir müssen uns schon jetzt darauf vorbereiten, dass eine neue Krise kommt. Es wurde bereits die Frage gestellt, was das sein könnte.

Ich möchte jetzt versuchen, die Fragen, die bereits gestellt worden sind, zu ergänzen.

Sie haben davon gesprochen, dass wir in einem europäischen Rahmen sind, der sicher sein muss; das ist logisch und klar. Der europäische Rahmen muss verlässlich sein. Aber auch der bundesdeutsche Rahmen muss für die Unternehmen verlässlich sein. Ich möchte Sie fragen, wie Sie die aktuelle Situation anlässlich Inflation, Energiepreissteigerungen, Bürokratie und Fachkräftemangel – um einmal einige Gründe zu nennen – einschätzen, die dazu führen, dass viele Unternehmen Abwanderungsgedanken haben, und dazu geführt haben, dass einige bereits abgewandert sind. Es gibt viele Insolvenzen, insbesondere im KMU-Bereich.

Unabhängig davon, was die Unternehmen direkt betrifft, haben wir im Vergleich zu früher eine abnehmende Zahl von Patenten. Wie wirkt sich das in Zukunft auf unsere Stabilität und auf unsere Innovationen aus?

Die Frage ist auch: Inwieweit schwächen selbst gemachte Rahmenbedingungen des Bundes unsere Resilienz? Das muss ich ganz konkret fragen. Wie schätzen Sie das ein?

Sie haben sehr viel auch über Rahmenbedingungen, Programme usw. gesprochen, beispielsweise „Zukunftsland Baden-Württemberg“. Für mich sind die Fragen: Haben Sie noch Ideen, welche Rahmenbedingungen Sie darüber hinaus noch verbessern können? Haben Sie noch etwas in der Pipeline? Wie können Sie die Unternehmen über das hinaus, was bereits in Planung ist, stärken?

Jetzt möchte ich noch auf das Lieferkettengesetz eingehen, das aus menschlicher Sicht durchaus richtig und wichtig ist. Das Problem bei den Lieferketten ist, dass die Großunternehmen die Verantwortung an die kleinen Unternehmen abdrücken. Dadurch schaffen die kleinen und mittelständischen Unternehmen das Ganze nicht mehr und ziehen sich aus dem Markt zurück. Wie schätzen Sie das ein?

Danke.

– 45 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Jetzt haben Sie wieder das Wort, Frau Dr. Hoffmeister-Kraut. Ich mache Ihnen jetzt keine zeitliche Vorgabe. Aber wenn Sie es in 20 bis 25 Minuten schaffen würden, wäre es schon gut.

(Heiterkeit)

Beginnen Sie einfach mal. Ich gebe Ihnen dann schon noch einen Hinweis.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Herr Salomon, das ist vor dem Hintergrund der vielen Fragen, die gestellt worden sind, natürlich anspruchsvoll. Insofern möchte ich mich darauf konzentrieren, oft Beispiele herauszugreifen; denn sonst wird das zu umfassend.

Ich beginne mit Ihnen, lieber Herr Poreski. Sie – und auch Natalie Pfau-Weller – haben De-Risking angesprochen und gefragt, wie wir uns aufstellen, was das Land, der Bund und die Europäische Union hier tun und wie wir Europa krisenfester aufstellen. Die Debatte darüber wurde auf Bundesebene vor allem wegen der starken Abhängigkeit von China und auch der Entwicklungen geführt. Es gibt Anstrengungen vonseiten der Bundesaußenministerin und des Bundeswirtschaftsministers, eine Chinastrategie zu entwickeln. Dadurch wurde die Debatte über De-Risking und Decoupling angestoßen. Wir als exportorientiertes Bundesland – wir haben in der Automobilbranche sowie im Maschinen- und Anlagenbau eine Exportquote von über 80 % – sind von der internationalen Arbeitsteilung abhängig. Deshalb ist De-Risking das Gebot der Stunde, um einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren. Ich habe das ja deutlich ausgeführt.

Es stellt sich die Frage, inwieweit wir Krisenpläne schon im Vorfeld einer Krise erstellen können. Das ist sehr herausfordernd. Ich meine, Krisenpläne müssen dann erstellt werden, wenn sich Krisen anbahnen bzw. eintreten – wenn man überhaupt Anzeichen dafür hat, dass Krisen eintreten können –, sodass man dann entsprechend reagieren kann.

Zusammen mit dem Bund und in Teilen auch mit der Europäischen Union – Standortfaktoren wurden angesprochen; Frau Wolle hat die Rahmenbedingungen benannt – machen wir De-Risking im Bereich der Energie. Das ist ganz entscheidend. Da wollen wir uns neu aufstellen. Wir sind gerade mitten im Prozess, stehen aber nach wie vor noch vor großen Herausforderungen. Deswegen werden intensive Debatten darüber geführt – Herr Weirauch, Sie haben das angesprochen –, wie viel Staat wir brauchen – oder auch nicht. Ich möchte den Industriestrompreis als Beispiel nennen.

Ganz entscheidend ist, dass wir für unseren Standort branchenübergreifend De-Risking im Bereich der Rohstoffe machen. Da ist die Europäische Union mit dem Critical Raw Materials Act aktiv. Ich denke, wir müssen das auch übergeordnet sehen. Ich habe ja deutlich gemacht, dass wir verstärkt mit Handels- und Investitionsab-

– 46 –

kommen arbeiten müssen. Ich begrüße, dass wir mit den USA eine gemeinsame Institution geschaffen haben, nämlich das Council. Das ist leider kein Abkommen, aber zumindest eine Institution, in der man sich regelmäßig über gegenseitige Abhängigkeiten und eine bessere Zusammenarbeit austauscht.

Das sind meiner Ansicht nach die Schwerpunkte im Bereich De-Risking – Natalie Pfau-Weller hat auch danach gefragt –, um uns als Standort und handelspolitisch besser aufzustellen. Wir müssen ganz stark auf Freihandelsabkommen setzen, um uns – Stichwort „De-Risking“ – unabhängiger von einseitigen Abhängigkeiten zu machen. Wir wissen, dass kleine Unternehmen oft gar nicht die kritische Masse haben, um beispielsweise die Beziehungen zu zwei Zulieferern aufzubauen, möglichst noch aus zwei Regionen dieser Welt, einer aus Asien und einer aus den USA. Da sind für bestimmte Unternehmen Grenzen gesetzt.

Wir setzen – das ist das zweite Feld bei De-Risking – ganz stark auf Innovationen und den technologischen Fortschritt. Wir müssen auch hier unabhängiger und resilienter werden. Wir haben hier weniger Branchen – Herr Poreski, Sie haben diese angesprochen –, sondern eher Felder, die für die Zukunft und auch für ein gewisses De-Risking wichtig sind, identifiziert, und zwar schon in der Vergangenheit. Als Beispiel dafür möchte ich die IPCEI-Projekte in den Bereichen Batterie, Wasserstoff und Mikroelektronik nennen. Dadurch werden wir jetzt in diesen Bereichen unabhängiger.

In Bezug auf die Sicherung der Gesundheitsversorgung – der Schwerpunkt liegt da im Sozialministerium – wird auch im Forum Gesundheitsstandort in einer Arbeitsgruppe explizit darüber nachgedacht – Herr Lucha hat bestimmt ausführlich darüber informiert –, wie wir Reserven schaffen können, um besser vorbereitet zu sein, wenngleich das immer schwierig ist. Ich nenne nur die Stichworte „Masken“ und „Beatmungsgeräte“. Ich erinnere mich noch an die Vogelgrippe. Auch dafür hatte man entsprechende Impfstoffe vorbereitet. Diese Welle kam dann aber gar nicht. Daraufhin musste man Impfstoffe im Wert von Millionen Euro vernichten. Aber ich denke: Besser so, als die Gesundheit der Menschen aufs Spiel zu setzen.

Ich möchte nur sagen: Wir können heute noch nicht festlegen, welche Reserven an welchen Medikamenten wir anlegen müssen, um einer möglichen Krise vorzubeugen und dann auch vorbereitet zu sein. Aber auf die Gesundheitsversorgung wird ein Schwerpunkt gelegt.

Zu der kritischen Infrastruktur hat bereits das Innenministerium in der Enquetekommission berichtet. Minister Strobl ist hier schwerpunktmäßig in der Verantwortung. Entscheidend ist – Stichwort „De-Risking“ –, dass wir zumindest in kritischen Situationen unabhängig sind oder uns unabhängig machen können. Es gibt die Nationale Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen, kurz: KRITIS-Strategie. Aktuell werden gesetzliche Regelungen auf EU-Ebene besprochen. Auf Bundesebene befindet sich das KRITIS-Dachgesetz in Vorbereitung. Es beschäftigt sich explizit mit The-

– 47 –

men, die wir angehen müssen, um noch besser vor möglichen Krisen geschützt zu sein.

Kommunikation ist ganz wichtig. Gerade in Krisenfällen, beispielsweise bei großen Unwetterereignissen wie im Ahrtal, ist es wichtig, dass kommuniziert werden kann.

Viele Bereiche sind für die Wirtschaft extrem wichtig, um die Versorgungssicherheit der Menschen gewährleisten zu können. Ich nenne nur die Energieversorgung, die Stromversorgung und stabile Netze. Auch daran arbeiten wir. Das ist ein breites Feld.

Es ist wichtig, die Abhängigkeit von anderen Ländern zu reduzieren. Wir werden uns aber nie vollständig von internationalen Lieferketten unabhängig machen können. Das kann auch nicht in unserem Interesse sein. Die entsprechenden Maßnahmen binde ich hier mit ein.

Ich komme jetzt zu der Frage, was wir als Land im Bereich Innovationen tun. Herr Poreski, Sie haben die Innovationsfähigkeit angesprochen. Natalie Pfau-Weller hat die Versorgungssicherheit und die Gründerszene in Verbindung mit Innovationen genannt. Das genießt in der Landesregierung hohe Priorität. Wir haben unsere Anstrengungen in diesem Bereich verstärkt.

Ich möchte mit den Maßnahmen beginnen, die wir als Innovationsland vonseiten der Landesregierung schon über viele Jahre hinweg finanzieren. Ich greife einmal die Institute der Innovationsallianz heraus – in diesem Begriff steckt auch das Wort „Innovation“ drin; ich nenne beispielhaft das ZSW –, die bei den derzeitigen Fragestellungen, beispielsweise was die Energieversorgung und die Energiesicherheit angeht, eine sehr gute Arbeit leisten.

Wir haben die starken Fraunhofer-Institute, die auch von uns finanziert werden. Mit Blick auf die Innovationsfähigkeit möchte ich die Innovationsinitiative Quantum^{BW} nennen, bei der wir Fraunhofer mit 40 Millionen € Landesgeld unterstützt haben, damit Forschung und Entwicklung stattfinden und in Baden-Württemberg ein Quantenökosystem entsteht.

Herr Poreski, Sie haben – Stichwort „Innovationsfähigkeit“ – nach relevanten Branchen gefragt. Es ist immer schwierig, das abzugrenzen. Ich war vor einigen Tagen bei dem Start-up Batene, das eine neue Technologie entwickelt hat, um Lithium-Ionen-Batterien wesentlich effizienter zu konzipieren und zu produzieren. Da gibt es enorme Effizienzsteigerungen, was die Reichweite und die Ladedauer angeht; das ist unglaublich. Diese Idee, die jetzt im Bereich Batterien eingesetzt wird, ist aus einem medizinischen Max-Planck-Institut heraus entwickelt worden, also einem Bereich, der Innovationen für eine ganz andere Anwendung hervorbringt. Deswegen ist es immer schwierig, das einzugrenzen. Daher konzentrieren wir, das Land, uns auf Felder, die

– 48 –

aus unserer Sicht für viele Branchen gewinnbringend sind. Das ist im Moment ein Schwerpunkt. Wir sind aber beispielsweise auch in der Förderung der Photonik aktiv. Über unsere Institute sind wir da breit aufgestellt.

Wir finanzieren und unterstützen viele Forschungsprojekte, haben aber im Moment einen starken Schwerpunkt in den Bereichen „Künstliche Intelligenz“, Batterien, Wasserstoff und Mikroelektronik. KI ist ja ein Gamechanger. Wir haben das jetzt mit der generativen KI erlebt. Mit dem baden-württembergischen Unternehmen Aleph Alpha haben wir eine Antwort auf ChatGPT. Wir haben das Cyber Valley, den Ipa und KI-Exzellenzzentren in der Fläche, die wir alle miteinander vernetzen. Wir, das Wirtschaftsministerium, haben Digital Hubs und KI-Hubs, um in der Fläche auch die kleinen und mittleren Unternehmen mitzunehmen und sie bei Innovationstätigkeiten zu begleiten und zu unterstützen. Ich sehe es als eine staatliche Aufgabe an, das zu begleiten und zu ermöglichen. Wir tun das. Das ist uns wichtig.

Zu Invest BW: Wir diskutieren im Arbeitskreis auch immer wieder darüber, ob wir die Innovationsförderung missionsorientiert und technologieoffen machen sollen. Wir haben jetzt eine gute Lösung gefunden, indem wir abwechselnde Calls ausschreiben, sodass wir alles ermöglichen. Wer weiß, aus welchem Bereich der nächste Gamechanger kommt, der dann auch für uns eine große Bedeutung hat? Das bezieht sich auch auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts.

Ich möchte explizit die Gründerszene herausgreifen. Sie war uns auch in der Coronapandemie wichtig. Wir haben im Land schon vor Jahren das Pre-Seed-Programm eingeführt – ein sehr erfolgreiches Programm –, um unsere Start-ups gerade in einer Phase des „Death Valley“ zu unterstützen. Wir haben jetzt wieder die Möglichkeit, den großen Start-up BW Summit durchzuführen. In unserer Landeskampagne Start-up BW haben wir viele Maßnahmen auf den Weg gebracht und jetzt auch intensiviert. Es gilt, die Aktivitäten für Gründer, bei denen auch viel Innovation stattfindet – ich freue mich, dass die Zahlen das belegen –, weiter auszubauen. Wir wollen jetzt die Gründerinnen noch stärker ansprechen und sind da aktiv.

Wir haben ein Acceleratorennetz in Baden-Württemberg aufgebaut und über die letzten Jahre hinweg eine Vernetzung hergestellt, was sehr viel in Bewegung gebracht hat. Das haben wir nicht allein als Wirtschaftsministerium geleistet, sondern gemeinsam mit dem Start-up-Ökosystem, mit Kammern, dem Handwerk, den Industrie- und Handelskammern sowie den Wirtschaftsverbänden. Sie sind teilweise Partner in dem Pre-Seed-Programm. Das ist quasi eine Public Private Partnership. Da funktioniert die Zusammenarbeit zwischen dem Staat und der Wirtschaft sehr gut. Herr Reith, Sie haben das angesprochen, allerdings in einem anderen Zusammenhang. Da, wo wir das als sinnvoll ansehen und das funktioniert, machen wir das. Das kommt ja auch den Menschen zugute.

Natalie Pfau-Weller hat das Krisenkurzarbeitergeld angesprochen. Wir alle sind während der Pandemie, in der bis zu eine Million Menschen in der Kurzarbeit waren, von

– 49 –

Betrieben bezüglich der Abwicklung des Kurzarbeitergelds angesprochen worden. Die Strukturen waren natürlich nicht auf eine solche Krise vorbereitet. Die Sonderregelungen in der Pandemie, beispielsweise der vereinfachte Zugang, haben sich bewährt. Da wurde ein Massenverfahren effizient abgewickelt. Das haben wir auch bei den Hilfsprogrammen gesehen. Das wird der Schwerpunkt der Berichterstattung im Rahmen des Evaluationsberichts an den Landtag sein.

Um besser vorbereitet zu sein, wollen wir ein Krisenkurzarbeitergeld. Ich habe das auch schon bei Bundesarbeitsminister Heil in die Diskussion eingebracht. Wir werden die Vorschläge des Beirats für Arbeitsmarktpolitik bei den Regionaldirektionen auf den Tisch legen, um den Aufwand zu reduzieren, Bürokratie abzubauen und die Abläufe zu digitalisieren, effizienter zu gestalten und weiterzuentwickeln.

Herr Weirauch, Sie haben nach den Wirtschaftshilfen, der Evaluation und den Zahlen der Mittelabrufe gefragt. Wir, Bund und Land, haben insgesamt 12,4 Milliarden € für die Hilfsprogramme zur Verfügung gestellt. Dieser enorme Betrag hat in der Summe dazu geführt, dass wir die Wirtschaft stabilisieren und meiner Ansicht nach noch höhere Verluste, die durch die Zerstörung ganzer Bereiche entstanden wären, verhindern konnten. Uns war es ein großes Anliegen, die Lücken zu schließen. Eine tiefergehende Diskussion über die Wirtschaftshilfen wird ja dann im Rahmen des Evaluationsberichts stattfinden. Deswegen ist es für mich jetzt schwierig, da etwas vorwegzunehmen.

Sie haben die Denkschrift des Rechnungshofs angesprochen. Ich möchte jetzt nicht explizit darauf eingehen, welche Kriterien inwieweit definiert worden sind, welche Datengrundlagen bestanden haben und wie sie dann in die Ausgestaltung und Abwicklung der Programme eingeflossen sind. Die Denkschrift des Rechnungshofs war u. a. Anlass für den Beschluss des Landtags, eine Evaluation durchzuführen. Wir werden sie durchführen. Sie ist bereits beauftragt, braucht aber noch etwas Zeit – das erfolgte in Absprache –, weil wir auch die Phase der Abwicklung, die angesprochen worden ist, mit einbeziehen wollen, damit wir bessere Erkenntnisse gewinnen.

Die Hilfsprogramme wurden in weiten Teilen als Zuschussprogramme aufgesetzt. Herr Reith, Sie haben danach gefragt und in diesem Zusammenhang auch Widerstandsverfahren in Einzelfällen angesprochen. Wir haben zum Teil auch zinsverbilligte Darlehen angeboten, beispielsweise den Liquiditätskredit, auch über Bürgschaftsprogramme.

Herr Weirauch, Sie haben den Beteiligungsfonds angesprochen, der in einer Phase angeboten wurde, in der wir im Austausch mit der Wirtschaft identifiziert hatten, dass die Unternehmen keine Kredite mehr bekommen, keine Fremdfinanzierung mehr vornehmen können und deswegen das Eigenkapital gestärkt werden muss. Vor dem Hintergrund des Wirtschaftsstabilisierungsfonds des Bundes und dessen Kriterien gab es beim Beteiligungsfonds nur eine geringe Nachfrage.

– 50 –

Ich kann wiederum nur sagen, dass Wirtschaft auch etwas mit Psychologie zu tun hat. Manchmal sind es aber auch die harten Zahlen. Wir können froh und dankbar sein, dass dieses Instrument nicht so stark nachgefragt wurde. Psychologie ist wichtig. Die Unternehmen wussten, dass der Staat eine Möglichkeit geschaffen hatte, um zu helfen und zu unterstützen.

Der Wirtschaftsstabilisierungsfonds hat bei großen Reiseveranstaltern und bei Fluggesellschaften eine gute Arbeit geleistet, wenn wir jetzt sehen, wie sie aus der Krise gekommen sind. Uns war wichtig, das zumindest kleinen und mittleren Unternehmen anbieten zu können. Wir waren froh, dass die Nachfrage dann nicht in dem Umfang eingetreten ist, wie es in dieser Situation eventuell zu befürchten war.

Möchten Sie noch die Zahlen zu den einzelnen Hilfsprogrammen wissen? Wir haben sie in der Antwort auf die Große Anfrage aufgeführt. Insofern müssten sie Ihnen vorliegen.

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Sie könnten uns den Hinweis geben, wo das steht!)

– Das steht in der Landtagsdrucksache 17/5149 auf Seite 14. Ich kann mir gern die Zeit nehmen und die Zahlen nennen, wenn Sie, Herr Salomon, mir noch ein paar Minuten mehr geben.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ja, wir nehmen uns die Zeit. Wir möchten nicht über eine so wichtige Frage hinweggehen.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Soforthilfe: 214 000 Fälle, Volumen: ca. 1 841 750 000 €. Insgesamt sind es rund 12,4 Milliarden €. Ich nenne am besten nur die Milliardenbeträge. Bei der Überbrückungshilfe III waren es ca. 4 Milliarden €. Die Bürgschaften der Bürgschaftsbank beliefen sich auf etwa 1 Milliarde €. Das waren die ganz großen Blöcke. Die November- und die Dezemberhilfe für die Hotellerie und Gastronomie – Sie erinnern sich sicherlich – beliefen sich auf rund 840 bzw. 933 Millionen €. Die Überbrückungshilfen III mit den Plus-Varianten, die Überbrückungshilfen IV und die Neustarthilfen machen einen der größten Anteile aus.

Wir haben bei der Überbrückungshilfe – das ist ein Bundesprogramm; wir haben es für die baden-württembergischen Unternehmen über den fiktiven Unternehmerlohn noch attraktiver ausgestaltet – mit den unterschiedlichsten Ausgestaltungen auf die Pandemieentwicklung und die Maßnahmen reagiert – Stichwort „Stationärer Einzelhandel“, der – ich weiß es noch gut – kurz vor dem Weihnachtsgeschäft geschlossen werden musste. Damals haben wir auch über Click-and-collect diskutiert. Das war wirklich eine ganz schwierige Zeit.

– 51 –

Wir haben bei der Stabilisierungshilfe HOGA I ca. 84 Millionen €, bei der Stabilisierungshilfe HOGA II etwa 44 Millionen €, beim Tilgungszuschuss I ca. 12 Millionen €, beim Tilgungszuschuss II ungefähr 10 Millionen € und beim Tilgungszuschuss III etwa 1,5 Millionen €. Die Bürgschaften habe ich schon genannt. Die Garantien von der Bürgschaftsbank betragen etwas mehr als 67 Millionen €. Beim Liquiditätskredit Plus haben wir ca. 162 Millionen €.

Bei den Bürgschaften der L-Bank – darüber haben wir auch im Ausschuss diskutiert – haben wir die Grenze hochgesetzt, damit wir schneller handlungsfähig sind. Dafür möchte ich mich noch einmal bedanken.

Die Mezzanine-Programme haben wir zusätzlich zu dem Beteiligungsfonds angeboten, um das Eigenkapital der Unternehmen zu stärken. Der Bund hat dafür fast 48 Millionen € und das Land knapp 13,5 Millionen € zur Verfügung gestellt. Für die Krisenberatung Corona waren es ungefähr 8,4 Millionen €. Gerade für die kleinen Unternehmen ist das nicht zu unterschätzen. Für Start-up BW Pro-Tect waren es fast 31,5 Millionen €. Die Restart-Prämie, die wir als Land ausgegeben haben, um den Aufschwung zu unterstützen, betrug ca. 21,5 Millionen €. Für Invest BW können wir in Summe noch ca. 300 Millionen € hinzurechnen.

Die Tabelle liegt Ihnen vor. Die Zahlen sind schon eindrucksvoll.

Ich möchte mich an dieser Stelle bedanken. Ich weiß noch gut, wie wir im März 2020 über die Kreditermächtigung in Höhe von 5 Milliarden € diskutiert haben. Der Landtag hat diesen Betrag dann der Landesregierung zur Verfügung gestellt. Für die Wirtschaft war das ein ganz wichtiges Signal, dass der Staat in einer solchen Krise, in der die soziale Marktwirtschaft und die Mechanismen nicht tragen, handlungsfähig ist.

Herr Reith, Sie haben noch nach der Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und dem Staat gefragt. Ich denke, jeder muss sich grundsätzlich auf seine Aufgaben besinnen. Wir müssen die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft gestalten. Dabei geht es um Bildung und um die Funktionsfähigkeit des Staates. Wir müssen als Rechtsstaat funktionieren, die Energieversorgung gewährleisten und vieles mehr. Darauf müssen wir uns konzentrieren. In bestimmten Bereichen, beispielsweise in Public Private Partnerships, macht das Ganze Sinn.

In der Pandemie war die Eigenverantwortung auch in den Unternehmen ganz stark gefragt, vor allem in der Phase der Impfungen, in der – Sie haben es erwähnt – auch Betriebsärzte unterstützt haben, weil unsere Arztpraxen und Impfzentren in Teilen mit der großen Nachfrage in dem überschaubaren Zeitrahmen überfordert waren. Der Druck war ja wahnsinnig groß. Das war großartig.

– 52 –

Unterstützung war auch bei Kontrollvorgängen erforderlich. Es war ja gar nicht möglich, dass der Staat die Tests überall durchführt und kontrolliert. Die Wirtschaft hat auch da unheimlich viel getan und sich engagiert.

Grundsätzlich muss für uns handlungsleitend sein – das haben Sie, Herr Weirauch, angesprochen –, dass wir als Staat nur dann eingreifen, wenn die Märkte versagen, uns dann wieder schrittweise zurückziehen und uns auf die genannten Rahmenbedingungen konzentrieren. Wir müssen sie stabil halten und weiterentwickeln und der Wirtschaft zutrauen, die Herausforderungen eigenverantwortlich zu meistern.

Die Wirtschaft wünscht sich mehr Deregulierung und sagt in bestimmten Bereichen: „Nennt mir klare Ziele, beispielsweise hinsichtlich der Dekarbonisierung. Aber schreibt mir nicht vor, wie ich den Weg dahin gehen muss. Lasst mir da meine Freiheiten.“ Das ist für mich handlungsleitend, bedeutet aber nicht, dass wir in Baden-Württemberg jetzt keine Innovationen mehr fördern. Wirtschaftspolitik bedeutet meiner Meinung nach, etwas zu ermöglichen und die Rahmenbedingungen für Innovationen zu schaffen. Das haben wir Gott sei Dank über Jahrzehnte hinweg erfolgreich in Baden-Württemberg leisten können.

Ein ganz wichtiger Bereich sind unsere Forschungsinfrastruktur, die Universitäten, die vielen anwendungsorientierten Forschungs- und die landeseigenen Institute. Sie sind ein ganz wesentlicher Faktor. Auch wenn wir einen Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel haben, ist die Qualität der Fachkräfte in Baden-Württemberg ein ganz wichtiger Faktor für die Innovationsfähigkeit.

Meiner Überzeugung nach spielt auch die berufliche Ausbildung eine wichtige Rolle. Dadurch beschäftigen die Unternehmen in unserem Land in weiten Teilen viel höher qualifizierte Menschen als Unternehmen in anderen Ländern. Das ist uns ein großes Anliegen. Wir machen viel dafür und geben viel Geld dafür aus. Ich habe die Initiativen angesprochen: KI, Quantum^{BW}, Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft. Bei Letzterem liegt der Schwerpunkt im Umweltministerium. Auch da machen wir viel. Aber ich denke, die Rollen müssen klar verteilt sein. Das fordert die Wirtschaft auch ein.

Zur digitalen Abwicklung im Rahmen der Schlussabrechnung und der Widerspruchsverfahren: Über die digitale Plattform [init] wurden digitale Prozesse aufgesetzt. Auch wir, das Land, haben schon frühzeitig digitale Prozesse bei den Hilfsprogrammen aufgesetzt. Das war uns ein großes Anliegen.

Herr Reith, es müssen nur Einzelfälle betrachtet werden. Wir haben jetzt eine generative KI. Ich weiß allerdings nicht, ob sie uns bei der nächsten Krise helfen kann. Wie gesagt: Das sind Einzelfälle, die jeweils einzeln betrachtet werden müssen. Aber dabei stoßen wir an bestimmte Grenzen, was die digitalen Möglichkeiten angeht. Uns ist es ein großes Anliegen, die Digitalisierung weiter voranzubringen.

– 53 –

Die L-Bank und auch das Wirtschaftsministerium haben bei ihren Programmen schon digitale Angebote. Man kann über Sprachbots anfragen, welches Förderangebot für den Einzelfall das richtige ist. Da haben wir übrigens mit Aleph Alpha zusammengearbeitet. Insofern kann man solche Technologien auch in Krisenfällen besser einsetzen.

Ich habe bereits deutlich gemacht, dass Investitionen des Landes nach wie vor stattfinden.

Herr Reith, Sie haben Krisenresilienz und Vorbeugung angesprochen. Darüber kann man diskutieren, wie man möchte. Intel und TSMC, große Chiphersteller, wurden mit Milliardenbeträgen unterstützt. Da passiert viel im Land und auch im Bund, um uns resilienter aufzustellen. Ich habe die IPCEI-Projekte dargestellt, die wir mitfinanzieren. Der Bund finanziert 70 %, das Land 30 %. Das ist uns ein großes Anliegen. Wir werden dies weiter unterstützen, auch wenn wir in diesem Jahr durch die Rezession, die wir wahrscheinlich im Jahr 2023 in Deutschland und auch in Baden-Württemberg im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern erleben werden, in eine schwierigeren Haushaltslage kommen. Nichtsdestotrotz wissen wir – ich habe es deutlich gemacht –, dass das unser Weg in die Zukunft sein muss. Um resilienter zu werden, müssen wir Innovationen fördern. Die entsprechenden Investitionen werden wir weiterhin tätigen.

Ich hoffe, ich habe alle Fragen beantwortet. Ansonsten gibt es noch die Möglichkeit für Nachfragen.

Vielen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Das ist völlig richtig. Diese Möglichkeit wird auch genutzt. Ich habe schon mehrere Wortmeldungen, und zwar von Herrn Dr. Kroll, Herrn Abg. Dr. Miller, Frau Abg. Wolle, Herrn Abg. Poreski, Herrn Abg. Karrais, Herrn Abg. Weirauch und Herrn Albiez. – Herr Dr. Kroll beginnt; danach folgt Herr Abg. Dr. Miller, und dann gehen wir der Reihe nach weiter.

Dr. Stefan Kroll, stellv. externes Mitglied: Ganz herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Ganz herzlichen Dank, Frau Ministerin. Es ist beeindruckend, wie konkret Sie auf alles eingehen. Das finde ich spannend.

Meine erste Frage: Sie haben viel über die Widerstandsfähigkeit und über De-Risking gesprochen; das fand ich sehr einleuchtend. Die Bundesregierung und die Staatengemeinschaft reagieren auf Krisen und Konflikte nicht nur mit Diversifizierung und der Verringerung von Abhängigkeiten, sondern auch mit Sanktionen. Inwiefern steht das im Widerspruch zu Ihrem Plädoyer für Freihandel? Auch ich halte ihn für das Beste. Aber es gibt Eingriffe in die Ökonomie. Wie bewerten Sie die Sanktionen,

– 54 –

die es schon gibt? Inwieweit antizipieren Sie Sanktionen in der Zukunft und berechnen das in die Krisenresilienz mit ein?

Die zweite Frage: Sie haben darauf verwiesen, dass es unterschiedliche Zuständigkeiten gibt. Das zeigt sich gerade in der Krise. Da muss man mit allen Ressorts zusammenarbeiten. Vielleicht einmal so gefragt: Gibt es Modelle des ressortgemeinsamen Handelns, die in der Pandemie verwendet und erprobt worden sind, bei denen Sie sagen würden, es wäre gut, wenn man sie fortschreiben würde? Ist ressortübergreifendes, ressortkohärentes Handeln für die Zukunft besonders wichtig?

Meine dritte Frage bezieht sich auf das, was Sie zuletzt gesagt haben, nämlich die Notwendigkeit, die Fachkräfteeinwanderung zu nutzen, um Krisen, insbesondere den Pandemiefolgen, aber auch zukünftigen Krisen und insgesamt dem Fachkräftemangel als eigene Krise, die wir erkannt haben, zu begegnen. Welche konkreten Maßnahmen gibt es dafür? Beispielsweise könnten dabei auch Fragen der Gleichstellung eine Rolle spielen. Was ist da geplant?

Vielen Dank.

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Sie haben in der Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und der CDU-Fraktion darauf hingewiesen, dass wir die sechstwiderstandsfähigste Wirtschaft sind, also sehr weit oben sind, und sehr gute Zahlen haben. Mich würde interessieren: Was machen die anderen fünf besser als wir? In welchen Bereichen könnte man im Land Baden-Württemberg so steuern, dass wir vielleicht ganz nach oben kommen?

Wir haben jetzt sehr viel über Innovationsfähigkeit gehört. Sie haben sehr deutlich gesagt, dass die Innovationsfähigkeit das beste Instrument ist, um krisenresilient zu sein. Ich würde mich gern auf die Start-up-Szene fokussieren. Wir haben in Deutschland und in Europa eine Steigerung von Investitionen auch durch die Wirtschaft in Venture-Capital-Fonds und Ähnliches. Aber die meisten Gelder, nämlich über die Hälfte, landen in Berlin und nicht in Baden-Württemberg, obwohl wir herausragende Universitäten – mit die besten in Deutschland – und herausragende Unternehmen haben. Was müsste man aus Sicht der Landesregierung verändern, um ein Ökosystem zu schaffen, damit die Leute, die bei uns eine Ausbildung machen, auch hierbleiben, Start-ups gründen und Gelder eingesammelt werden? Ich glaube, die Innovationsfähigkeit, die wir momentan auf einem sehr hohen Niveau haben, können wir nur sichern, wenn wir auch in den Zukunftstechnologien innovativ bleiben und sie nicht zunehmend in andere Regionen Deutschlands, Europas oder der Welt abwandern.

Ein Punkt, den Sie auch angesprochen haben, ist die Cybersicherheit, die zunehmend wichtig wird. Gerade durch die Coronapandemie haben wir viel Digitalisierung in den Unternehmen erfahren. Sie haben die horrend hohe Zahl genannt, welcher Schaden dadurch jährlich entsteht. Sie haben auch die Cyber-Ersthilfe BW ange-

– 55 –

sprochen. Ich hatte vor Kurzem eine Veranstaltung und habe da ein paar Unternehmer gefragt, wer sich damit auskennt, wer davon weiß. Ehrlicherweise ist das Wissen in der Unternehmenschaft über die unterschiedlichen Instrumente, die das Innenministerium und das Wirtschaftsministerium dafür zur Verfügung stellen, relativ gering. Welche Schritte unternimmt die Landesregierung, um besser über Cybersicherheit und die Kompetenzen des Landes Baden-Württemberg in diesem Bereich zu informieren?

Die Sicherheitsbehörden haben eine extrem hohe Expertise. Die Gefahren nehmen exorbitant zu, vor allem aus China und Russland. Durch KI werden die Bedrohungen noch deutlich größer, was dazu führen kann, dass ganze Unternehmen von heute auf morgen nicht mehr existieren, wenn es bei ihnen einen schweren Cyberangriff gab. Welche Schritte unternimmt die Landesregierung, um da noch besser zu informieren, damit man auch die kleineren Unternehmen erreicht?

Danke.

Abg. Carola Wolle AfD: Ich habe vorhin etwas zum Lieferkettengesetz gefragt. Jetzt möchte ich dazu etwas nachfragen. Ich habe die Situation für die KMUs beschrieben. Was können Sie als Wirtschaftsministerium tun, um die KMUs bei uns im Land beim Thema Lieferkettengesetz zu unterstützen?

Darüber hinaus habe ich vorhin nach der Situation der Unternehmen gefragt. Ich möchte jetzt ganz konkret auf die abnehmende Zahl der Patente zu sprechen kommen. Was können Sie in Baden-Württemberg dafür tun, damit unsere Unternehmen wieder mehr Patente generieren können? Woran fehlt es, und wie können Sie das unterstützen?

Sie haben sehr viel über die Risikominimierung gesprochen. Ich denke, man muss sich ein Stück weit ehrlich machen: Wir sind ein rohstoffarmes Land; das ist einfach so. Wir haben jetzt beschlossen, ab 2026 LNG aus Katar zu beziehen. Meinen Sie, das ist tatsächlich ein verlässlicher Partner? Wie kann man das einschätzen? Ich glaube nicht, dass das auf Dauer gesehen ein verlässlicher Partner ist. Welche Möglichkeiten haben wir da und vielleicht auch bei anderen Rohstoffen? Denn das ist ja nicht allein auf Gas beschränkt.

Des Weiteren haben Sie das Thema „Stabile Netze“ angesprochen. Nach meinem Kenntnisstand ist der Ausbau nicht ausreichend und vor allem nicht schnell genug. Wie können Sie als Wirtschaftsministerium hier Abhilfe schaffen und das unterstützen?

Danke.

– 56 –

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Vielen Dank für die bisherigen Ausführungen, Frau Ministerin. – Ich möchte drei Themen ansprechen.

Das erste Thema ist der Datenschutz im Zusammenhang mit der Bewältigung von Krisen. Die CDU-Fraktion und, ich glaube, auch Sie selbst sind sehr kritisch, was die DSGVO betrifft. Wenn man sie sich genauer anschaut, sieht man aber, dass sie durchaus bestimmte Datenverarbeitungen zulässt, die wir beispielsweise für die Krisenbewältigung brauchen, wenn es dafür eine gesetzliche Grundlage gibt. Die können wir ja schaffen, bzw. die kann Ihr Ministerium grundsätzlich anregen. Mich würde interessieren, wie Sie in Zukunft damit umzugehen gedenken. Dass es da teilweise tatsächlich Probleme gibt, weil es keine weitergehenden Regeln gibt, ist unbestritten. Aber damit insbesondere die Wirtschaft arbeiten kann, brauchen wir einen Rahmen. Wir müssen Punkte identifizieren, zu denen wir eine gesetzliche Regelung erlassen können, um bestimmte Dinge zu ermöglichen. Das ist wichtig.

Ich komme zu meinem zweiten Punkt, den ich ansprechen möchte. Sie haben davon gesprochen, Dynamik und Innovationskraft unterstützen zu wollen, und sehen das als einen Weg, mit Krisen umzugehen. Für mich passt das nicht damit zusammen, dass Ihr Haus die Digitalisierungsprämie gekürzt hat. Sie haben auch die Wichtigkeit der Digitalisierung betont. Mich würde interessieren, wie Sie sich vorstellen, dass wir Innovationskraft, vor allem digitale Innovationskraft, entfalten, wenn wir gerade die kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land nicht dabei unterstützen, diesen Weg zu gehen.

Als Drittes ist noch das Thema Cybersicherheit anzusprechen. Ich glaube, hierbei kommt auch der Wirtschaft eine zentrale Bedeutung zu; denn wir müssen einfach damit leben. Wir erleben es tagtäglich – das ist heute Morgen schon kurz angesprochen worden –, dass Cyberangriffe stattfinden, insbesondere auf Unternehmen. Daraus können erhebliche Krisen erwachsen, insbesondere dann, wenn es Unternehmen betrifft, die kritische Aufgaben erledigen, beispielsweise Stadtwerke oder Ähnliche.

Ich sehe schon auch die Landesregierung in der Pflicht, die Unternehmen dabei zu unterstützen, Cybersicherheitsmaßnahmen durchzuführen. Sie brauchen finanzielle Unterstützung, aber auch die Unterstützung mit Know-how bzw. die Awareness, dass sie etwas machen müssen; denn oft wird dieses Thema nach dem Motto abgehandelt: „Ja, wir wissen schon, dass wir da irgendetwas machen müssen. Aber wir sehen es nicht so richtig ein, weil da schon nichts passieren wird.“ Das ist häufig die Einstellung. Ich meine, dass das Wirtschaftsministerium durchaus auf die Wirtschaft einwirken könnte, um darauf aufmerksam zu machen, dass da mehr zu tun ist und dass es dafür auch Unterstützung gibt. Was haben Sie vor, um sozusagen auch digitalen Krisen vorzubeugen?

Vielen Dank.

– 57 –

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Ich möchte kurz auf meine ursprüngliche Frage zurückkommen. Mich hat weniger die Quantität der Hilfsprogramme interessiert als die Qualität. Aber wir kommen ja nach der Evaluierung noch einmal darauf zu sprechen.

Was mich auch interessiert, ist, wie viele Mittel aus den Programmen noch übrig sind. Sie haben richtig gesagt, dass ein Schutzschirm aufgespannt wurde. Können Sie in quantitativer Hinsicht sagen, wie viel Prozent der Gelder insgesamt in dem Bereich, in dem der Schutzschirm aufgespannt wurde, abgeflossen sind? Das würde mich noch interessieren. Aber ich bin bei Ihnen: Man muss sich schon im Einzelfall genau anschauen, welches Programm wie abgerufen wurde und wie es tatsächlich gelaufen ist. Ich habe vernommen, dass Sie die Denkschrift des Rechnungshofs so ernst genommen haben, dass Sie Strukturen im Haus implementiert haben, die es Ihnen ermöglichen, die Evaluierung entsprechend vorzunehmen.

Ich habe noch gezielt eine Frage zum Handel und zur Gastronomie. Diese beiden Bereiche waren durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie enorm gebeutelt. Das müssen wir einfach so konstatieren. Wir haben das im Nachhinein festgestellt, aber auch schon währenddessen feststellen können, und zwar aufgrund der Anfragen aus diesem Bereich, die insbesondere uns Abgeordnete erreicht haben. Die Frage ist, ob Sie uns schildern können, ob es in der Retrospektive Maßnahmen gab, die Sie, wenn es die Möglichkeit gäbe, so nicht getroffen hätten oder die Sie im Nachgang als nicht notwendig und nicht angemessen erachtet haben, und ob Sie daraus Lehren ziehen.

Dann würde mich noch etwas interessieren, was die Gesetzgebung in diesem Bereich angeht. Es war – ich will es vorsichtig formulieren – teilweise schon kakophonisch, wie die Verordnungen erlassen worden sind. Viele von uns haben das schon wieder verdrängt, aber das war tatsächlich so; ich war dabei. Man hat sie sonntags notverkündet, und montags traten sie in Kraft. Das hat, gerade was die Kommunikation und auch das Verständnis in der Bevölkerung angeht, insbesondere im Handel und in der Gastronomie zu Vorbehalten geführt.

Ich möchte von Ihnen wissen: Wie war das Wirtschaftsministerium strukturell und organisatorisch bei der Ausarbeitung der im Sozialministerium verantworteten Rechtsetzung eingebunden? Würden Sie im Nachhinein sagen, dass man die Art und Weise der Verkündung solcher Verordnungen, Gesetzgebungen zukünftig besser machen kann? Welche Lehren hat man daraus gezogen, gerade auch mit Blick auf den Einzelhandel und die Gastronomie?

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Ich möchte bei einem Punkt nachhaken und habe dann noch anknüpfende Fragen an das, was Sie ausgeführt haben, Frau Ministerin. Herzlichen Dank auch von mir für die Ausführungen.

Wir beide waren ja zusammen bei dem Unternehmen, das Sie genannt haben. Deswegen die Frage, inwieweit das Wirtschaftsministerium Kenntnis von der Abwande-

– 58 –

rung oder der Nichtansiedlung von Unternehmen aufgrund konkreter Standort- bzw. Wettbewerbsnachteile hat, die z. B. über den IRA entstehen. Welche Maßnahmen können ergriffen werden, um diese Faktoren zu verbessern? Die Frage vorher bezog sich nicht nur auf Energie.

Das Zweite ist: Wie funktioniert aus Ihrer Sicht der Erkenntnistransfer der baden-württembergischen Spitzenforschung, die ja wirklich große Klasse ist, in die wirtschaftliche Nutzung? Wo sehen Sie da noch Verbesserungsbedarfe? Der Wettbewerb ist sehr hart.

Sie haben das Stichwort „Kreislaufwirtschaft“ angesprochen. Klar, da ist natürlich auch das Umweltministerium dabei. Auch alle IPCEI-Projekte sind immer in das Thema „Circular Economy“ eingebunden. Deswegen die Frage, ob es schon Erkenntnisse gibt, die einen Transfer von Erkenntnissen, die wir in Einzelbereichen haben, in die breite Wirtschaft sicherstellen.

Das Entscheidende, was auch von anderen Rednerinnen und Rednern angesprochen worden ist, ist der Faktor Mensch: zum einen die notwendige Fachkräftezuwanderung und zum anderen die Rahmenbedingungen, die dafür notwendig sind: von Integration bis hin zu existenziellen Aspekten wie Kinderbetreuung. Inwieweit gibt es dazu Rückmeldungen aus der Wirtschaft?

Zum Thema „Future Skills“: Sie haben auch das Bildungssystem angesprochen. Welche Future Skills werden von der Wirtschaft als notwendige Elemente dessen, was die Mitarbeitenden mitbringen müssen, benannt? Welche Bedeutung haben diese Fähigkeiten für Agilität, für „Readiness for Change“, also Veränderungsbereitschaft, für Innovationskraft und damit für die Krisenfestigkeit einer Organisation? Was meldet die Wirtschaft zurück? Inwieweit stimmt die real erfahrene Bildung junger Menschen in Baden-Württemberg mit den Bedürfnissen der Wirtschaft überein? Wo wird das exploriert?

Vielen Dank.

Thomas Albiez, externes Mitglied: Zunächst einmal von mir, Frau Ministerin, meinen herzlichen Dank im Namen der Industrie- und Handelskammern für die sehr gute Zusammenarbeit während der Coronapandemie. Das hat den Umständen entsprechend sehr gut funktioniert. Es gab kurze Wege der Abstimmung. Am Anfang gab es weniger Bürokratie. Im weiteren Verlauf hat sie uns dann doch mehr und mehr eingeholt. Aber insgesamt war das unter den gegebenen Bedingungen wirklich eine sehr gute Zusammenarbeit. Vielen Dank dafür.

Zunächst eine Frage aus operativer Sicht: Wir müssen feststellen, dass 99 % unserer Unternehmen kleine und mittlere Betriebe sind. Sie waren während der Pandemie aufgrund der vielen Verordnungen, Vorschriften und Regelungen zum Teil stark

– 59 –

überfordert. Am Anfang hatten sie als One-Stop-Shop mehr oder minder die Handwerkskammern und die Industrie- und Handelskammern. Das hat sehr gut funktioniert. Aber im weiteren Verlauf der Pandemie war es für die Unternehmen schier unmöglich, in diesem Verordnungsdickicht noch durchzublicken.

Die Frage zu diesem Thema an Sie ist: Inwiefern sind die Verwaltungs-, Informations- und Kommunikationsstrukturen hinsichtlich ihrer Anwendungsfähigkeit im Krisenfall überprüft worden? Wir glauben, dass auf horizontaler und vertikaler Ebene mehr zusammengefasst werden muss. Die Wirtschaft muss in die Krisenstäbe vor Ort einbezogen werden. Aber sie muss auch entlang der verschiedenen Verwaltungsebenen – von der kommunalen Ebene bis hoch zum Land – mit am Tisch sitzen. Klar ist: Die großen Unternehmen haben die Ressourcen, das alles zu verarbeiten, die kleinen nicht.

Zum Schluss kam noch die Unsicherheit dazu, dass, wer Geld beantragt, es möglicherweise zurückzahlen muss. Da gab es doch eine große Rechtsunsicherheit. Sie haben es vorhin angesprochen: Unsicherheit ist Gift für die Unternehmen.

Das Zweite: Wir haben festgestellt, dass der große Verlierer der Pandemie der duale Ausbildungsmarkt ist. Die Zahlen sind massiv eingebrochen und stabilisieren sich jetzt auf niedrigem Niveau. Aber eine Umkehr zu mehr Lehrlingen ist nicht in Sicht.

Das Ganze wird noch dadurch verschärft, wie es vorhin schon von Herrn Poreski angesprochen wurde, dass die Zuwanderung von außerhalb zu wünschen übrig lässt. Wir waren zusammen mit dem Ministerium schon vor über zehn Jahren in Spanien, um ausländische Fachkräfte anzuwerben. Bislang ist nicht so viel dabei herausgekommen. Es knarzt an allen Ecken und Enden. Meine Frage dazu ist: Was unternimmt das Ministerium, um die duale Ausbildung zu stärken?

Die dritte Frage betrifft die Forschungslandschaft und die Forschungsinstitute. Wir sind uns wohl darüber einig, dass die Forschungsinstitute in Baden-Württemberg exzellent sind. Ich selbst habe die Freude, im Vorstand eines solchen Instituts mitzuarbeiten. Aber auch da stellen wir fest, dass wir noch viel mehr machen könnten, wenn wir Fachkräfte hätten und die Grundfinanzierung vom Land noch etwas üppiger ausgestaltet würde. Bezogen auf die Forschungsinstitute sind wir an allen wichtigen Zukunftsthemenfeldern dran. Die Frage ist nur: Investieren wir so viel, dass wir auch international nicht nur wettbewerbsfähig sind, sondern auch Themenfelder etablieren, die im weltweiten Vergleich wirklich spitze sind und die dann zu anwendungsfähigen Produkten in der Wirtschaft führen?

Mit meiner letzten Frage komme ich auf das Thema Stimmungslage zurück. Der Mittelstand hat große Krisen bislang mit Bravour gemeistert, auch dank der Unterstützung des Landes und stabiler und funktionsfähiger Verwaltungsstrukturen. Gleichwohl stellen wir im Moment fest, dass die Stimmung in der Wirtschaft so schlecht ist wie nur selten gemessen. Als Hauptgründe für die schlechte Stimmung werden die

– 60 –

hohen Energiepreise, der Fachkräftemangel und erstmals seit Beginn der Aufzeichnungen zum Thema Konjunktur eine Unzufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik des Bundes generell angeführt.

Die Frage, Frau Ministerin, ist: Ab wann definieren wir denn einen Krisenstatus: wenn wir ein Virus ausmachen, wenn wir einen Krieg ausmachen, wenn wir eine Finanzkrise ausfindig machen? Oder ist die Problematik nicht die, dass die Wirtschaft in unserem Land schon in einem etwas angeschlagenen Zustand in Krisen hineingeht? Wer mit Bürokratie bis obenhin belastet ist, der hat natürlich Schwierigkeiten, in der Krise zusätzliche zu bewältigen. Die Frage ist also: Ab wann beginnt eigentlich eine Krise nach der Definition, und sind wir in einer, obwohl wir sie im Moment gar nicht genau definieren können?

Vielen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Ich sehe zumindest derzeit in der großen Runde keine weiteren Fragen. – Dann gebe ich an Sie ab, Frau Dr. Hoffmeister-Kraut, ohne eine Zeitvorgabe. Das erspare ich mir dieses Mal.

Aber erlauben Sie mir noch den Hinweis – die Fragen waren, ohne das bewerten zu wollen, eher allgemeiner wirtschaftspolitischer Art –: Vielleicht können Sie Ihre Antworten auf das Thema der Enquetekommission zuspitzen und das Thema Krise herausarbeiten. Herr Albiez hat ganz zum Schluss einen Hinweis gegeben, der meiner Meinung nach sachdienlich gewesen ist. Das ist jetzt von meiner Seite die zweite Aufgabe am heutigen Tag an Sie. – Jetzt sind Sie dran.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Herr Salomon, vielen Dank. – Herr Albiez, ich möchte zu Beginn auf die Frage eingehen, wann wir in einer Krise sind. Sie haben die Stimmung in der Wirtschaft angesprochen. Wir haben im Grunde genommen schon seit 2019 eine Abwanderung in bestimmten Bereichen zu verzeichnen. Es wurde auch nach konkreten Zahlen gefragt. Es ist schwierig, diese Zahlen zu erheben, weil teilweise auch Investitionen in anderen Ländern stattfinden. Wenn die Umsätze steigen, bedeutet das zusätzliche Kapazitäten. Wenn die Umsätze einbrechen, wird an Standorten mit weniger guten Bedingungen abgebaut. Es ist schwierig, das zu quantifizieren.

Wir erleben im Moment – ich bin in engem Austausch mit den Betriebsratsvorsitzenden der Zulieferbetriebe – gerade in diesem Bereich, dass der Wandel, dynamisiert durch die Pandemie, den Krieg und all die Folgen auch für die Wirtschaft, wahnsinnig beschleunigt wird. Das ist uns eine große Sorge. Deswegen ist es wichtig, dass wir Baden-Württemberg, was die Standortfaktoren angeht, attraktiv weiterentwickeln.

Wir haben viele Vorteile, die nach wie vor noch eine große Relevanz haben. Ich war erst vor Kurzem bei einem Unternehmen. Der Unternehmer sagte mir, er stehe sogar

– 61 –

im internationalen Standortwettbewerb innerhalb seines Konzerns. Die großen Kostenblöcke seien die Lohnkosten, die Rohstoffkosten und die Energiekosten. Bezüglich der Lohnkosten sind wir im weltweiten Wettbewerb ein Hochlohnland, natürlich auch bedingt durch die hohe Qualifizierung der Menschen, die bei uns in den Unternehmen tätig sind. Die Rohstoff- und die Energiekosten waren in Deutschland und in Baden-Württemberg bisher niedrig. Beide sind jetzt angestiegen. Das führte dazu, dass sich die Standortbedingungen verschlechtert haben. Insofern muss der Bund zusammen mit den Ländern jetzt alles daransetzen, die Standortbedingungen wieder zu verbessern. Das geht sicherlich nicht von heute auf morgen. Aber die Unternehmen – diese Rückmeldung bekomme ich von ihnen – brauchen wenigstens eine Agenda. Sie müssen wissen, wohin es geht, damit sie ihre Entscheidungen dahin gehend treffen können.

Frau Wolle, Sie haben nach LNG aus Katar gefragt. Ich denke, wir müssen da, ähnlich wie auch bei anderen fossilen Energieträgern und anderen Energieformen, stärker diversifizieren. Wir sind auf diejenigen Länder angewiesen, die die Rohstoffe zur Verfügung stellen können. Ich möchte mir dazu jetzt kein Urteil erlauben. Ich denke, da sind Risikominimierung und Diversifizierung wichtig. Wir müssen mit der Welt zusammenarbeiten.

Hinsichtlich der Attraktivität des Standorts Baden-Württemberg – Herr Poreski, Sie haben das angesprochen – müssen wir, was die Energieversorgung angeht – Stichworte „Versorgungssicherheit“ und „Bezahlbarkeit“ –, einen Weg finden, damit das in Baden-Württemberg auch langfristig gewährleistet ist.

Wir haben keine Offshore-Windenergie. Das heißt, SuedLink muss so schnell wie möglich kommen. Wir müssen auch bei uns im Land alle Kapazitäten und Möglichkeiten nutzen, um regenerative Energien zu erzeugen. Im Bereich Wasserstoff zeichnet sich jetzt auch vor dem Hintergrund des ansteigenden Bedarfs ab, dass es ganz viele dezentrale Wasserstoffproduktionen geben wird. Das ist eine Chance für Baden-Württemberg; denn damit machen wir uns unabhängiger. Das muss natürlich passieren. Wie gesagt: Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen.

Ich fordere auch immer – ich möchte jetzt aber nicht in eine politische Debatte einsteigen –, dass die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß gesenkt wird und dass die Netzentgelte reduziert werden, damit Strom günstiger wird. Wir entwickeln uns zu einer Wirtschaft, die in allen Wirtschaftsbereichen – es ist jetzt schwierig, das abzuschätzen – vielleicht bis zu 70 % von Strom abhängig ist. Experten sagen, 30 % werden dann Wasserstoff sein. Da passiert viel. Insofern müssen wir jetzt alle Hebel in Bewegung setzen, um den Anschluss nicht zu verlieren. Ich habe auch den Ausbau erneuerbarer Energien genannt. Wir müssen aber an allen Stellschrauben drehen. Deswegen müssen wir auch die Steuern in den Blick nehmen.

Herr Poreski, Sie haben den IRA angesprochen. Das ist ein attraktives Angebot. Vielleicht können wir daraus für die Handlungsempfehlungen der Enquete etwas lernen.

– 62 –

Er funktioniert ja über Tax Reduction. Wir haben zu Beginn der Pandemie, als wir die Hilfsprogramme auf den Weg gebracht haben, auch dazu Vorschläge eingebracht, weil wir wussten, welchen Aufwand das Ganze bedeutet.

Herr Karrais, Sie haben u. a. den Datenschutz angesprochen. Natürlich wäre es schon damals möglich gewesen, auf viele Daten zurückzugreifen.

Herr Albiez, ich möchte mich noch einmal bedanken. Die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern haben bei der Soforthilfe eine Plausibilitätsprüfung gemacht und dadurch eine höhere Sicherheit für uns erreicht, weil sie schon viele Informationen über ihre Mitgliedsunternehmen hatten. Sie haben dabei natürlich auch den Datenschutz berücksichtigt; das ist keine Frage.

Wenn man Verbesserungen bei einer möglichen nächsten Krise schaffen will, sollte man meiner Ansicht nach über Tax Reduction nachdenken, mit wesentlich weniger Womanpower und wesentlich weniger bürokratischem Aufwand. Ich nenne nur die Antragsstellung und Antragsbearbeitung. Wir haben über die Widersprüche und die Schlussabrechnungen diskutiert. Man könnte da wesentlich schneller und effizienter sein. Ich finde, auch darüber muss man nachdenken. Aber dagegen gab es große Widerstände aus der Finanzverwaltung.

Der IRA sollte für uns Anlass sein, umzudenken und uns neu auszurichten, weil wir mit einem solchen Instrument in schwierigen Situationen helfen und fördern können. Der IRA ist eine Förderung, ein Milliardenprojekt, das die USA auf den Weg gebracht haben und das Investitionen in die USA zieht, beispielsweise in Zukunftstechnologien, auf die auch wir setzen, um den Strukturwandel erfolgreich zu gestalten, und auch in Bezug auf Green Tech.

Volkswagen investiert jetzt in Kanada. Kanada zieht da nach und investiert jetzt in eine Batteriefabrik. Das ist ein Milliardenprojekt, das nicht in Europa stattfindet, sondern in Kanada. Es folgen noch viele andere Projekte in den USA.

Herr Poreski, die Europäische Union hat eine Industriestrategie entwickelt. Wir hatten mit den ganzen Hilfsprogrammen – Stichwort „EU-Beihilferecht“ – und dem Temporary Crisis Framework die Möglichkeit, auch einzelbetrieblich zu fördern. Diese Möglichkeit haben wir sonst nicht. Auch der IRA ermöglicht eine einzelbetriebliche Förderung.

Es gibt jetzt den Temporary Crisis and Transition Framework, einen neuen Beihilferahmen, den die EU quasi als Antwort auf den IRA dem Bund und den Ländern zur Verfügung stellt. Baden-Württemberg sieht sich da gewissen Herausforderungen gegenüber. Wir können bis zu einem bestimmten Millionenbetrag fördern. Teilweise geht es aber auch um höhere Summen. Denken wir nur an Intel mit 10 Milliarden €. Das möchte ich nur einmal in den Raum werfen. Aber ab einer bestimmten Summe

– 63 –

haben wir als wirtschaftsstarke Region nicht die Möglichkeit, zu fördern, und wenn, dann nur in Kooperation mit einer anderen Region. Das ist äußerst herausfordernd für uns. Ich bitte alle, da nachzuarbeiten. Wir haben das schon thematisiert. Wir unterhalten uns intensiv darüber und haben das von der Europäischen Union auch schon eingefordert.

Die Kohäsionspolitik, die Stärkung von strukturschwachen Regionen und das Wohlstandsversprechen der EU sollen ohne Frage handlungsleitend sein. Aber der Ministerpräsident und ich fordern schon seit Längerem, dass man in einer so tiefgreifenden Transformation auch starke Regionen fördert, dass auch sie fördern und Gelder zur Verfügung stellen können, um den Strukturwandel und die Transformation – man spricht ja immer von einer Transformationsregion – erfolgreich zu gestalten. Dafür machen wir uns weiterhin stark. Jetzt ist Bewegung hineingekommen. Letzte Woche war Kommissar Schmit, der für Arbeit zuständig ist, bei uns im Land. Ich habe mich mit ihm darüber ausgetauscht, weil er auch die zukünftige Beschäftigung im Blick hat. Das haben wir sehr wohl im Blick.

Herr Poreski, Sie haben die Abwanderung bzw. die Nichtansiedlung von Unternehmen auf die Standortfaktoren bezogen. Wir stemmen uns natürlich dagegen, gerade auch über Innovationen – ich komme wieder darauf zurück –, und wollen da andere Wege gehen. Ich habe vorhin das Batterieunternehmen angesprochen, das über Metallgeflechte eine ganz neue Vorgehensweise entwickelt hat, um effizientere Batterien auf den Markt zu bringen. Das muss unser Weg sein. Da können wir am schlagkräftigsten sein. Deswegen würde es mich freuen, wenn eine der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission wäre – ich möchte dazu nur eine Anregung geben –, Geld auch für Innovationen zur Verfügung zu stellen, damit wir da breiter aufgestellt sind. Mir ist es ein großes Anliegen, dass das thematisiert wird.

Herr Dr. Kroll, ich komme jetzt zu Ihnen. Sie haben von den Sanktionen gesprochen, von den Eingriffen in die wirtschaftliche Freiheit, um die es sich ja im Grunde handelt. Wir haben heute einen Schwerpunkt auf die Coronapandemie gelegt. Im Zusammenhang mit der Pandemiebekämpfung und -bewältigung gab es keine Sanktionen, jetzt aber aus Europa heraus vor dem Hintergrund des schrecklichen Angriffskriegs sehr wohl. Die Frage ist, ob es sinnvoll ist, Sanktionen in Krisenfällen einzubeziehen.

Herr Albiez hat gefragt: Was ist eine Krise? Wie definieren wir das? Wie grenzen wir das ab? Auch ich habe zu Beginn des Angriffskriegs Krisengespräche geführt. Wir leben in einer Zeit der multiplen Krisen. Das ist schon fast der „Normalzustand“ geworden, den es eigentlich nicht mehr gibt – den gab es wahrscheinlich noch nie – und mit dem wir uns ständig auseinandersetzen.

Meiner Ansicht nach war es wichtig, die anfänglichen Schocks aufgrund der Einstellung der Erdgaslieferungen aus Russland zu überwinden. Durch die Sanktionen wurde die Lieferung von billigem Erdgas aus Russland komplett eingestellt. Das war eine

– 64 –

extreme Krisensituation, in der der Bund auch wieder mit Hilfsprogrammen eingestiegen ist und unterstützt hat, um zu stabilisieren.

Mich hat nachhaltig beeindruckt – auch dieses Thema wurde in dieser Fragerunde von mehreren von Ihnen angesprochen –, dass wir, der Staat, plötzlich enorm handlungsfähig waren. Es war wirklich beeindruckend, wie schnell LNG-Terminals gebaut wurden, um die Gasversorgung sicherzustellen.

Wir haben jetzt im Land die Entlastungsallianz, bei der die Wirtschaftsverbände und die Kommunen eine wichtige Rolle spielen – das ist immer ein Zusammenspiel – und in der wir darum ringen, wie wir Entlastungen bestmöglich umsetzen – wir wissen, dass jede Regulierung ihre Begründung hat und von irgendjemandem eingefordert wurde –, um bestimmten Ansprüchen gerecht zu werden. Nach meiner Überzeugung kann man dabei aber durchaus absichtigen.

Sanktionen zur Krisenbewältigung werden mitberücksichtigt. In diesem Fall waren sie ein Instrument, um den Angriffskrieg möglichst zu beenden, wenngleich die Geschichte zeigt, dass Wirtschaftssanktionen in der Regel nicht zu einem Umschwenken führen. Nichtsdestotrotz sind sie ein wichtiges und starkes Instrument, ich möchte sagen: ein rotes Schild, eine Grenze. Die Wirtschaft, Herr Albiez, trägt sie mit, weil sie die übergeordnete Bedeutung von Sanktionen erkennt. Denken wir nur an das menschliche Leid, an diese Tragödie. Heute Morgen gab es bei „SWR Aktuell“ einen Bericht über den bevorstehenden Winter und was dies für die Menschen in der Ukraine bedeutet. Das ist wirklich dramatisch.

Wirtschaftssanktionen waren ein Mittel zur Krisenbewältigung in der Hoffnung, dass der Angriffskrieg eingedämmt oder sogar beendet werden kann und das Leid der Bevölkerung aufhört. Man muss spüren, dass sich etwas ändert und dass zumindest der Großteil der westlichen Welt, der an der Seite der Ukraine steht, klare Grenzen aufzeigt, sodass auch das zu einer Krisenbewältigung beiträgt. Das muss man immer berücksichtigen.

Herr Dr. Kroll, Sie haben nach der Zusammenarbeit innerhalb der Landesregierung und nach ressortübergreifendem Handeln gefragt. Das funktioniert bei uns sehr gut und hat in der Krise noch viel besser funktioniert. Wir haben natürlich die unterschiedlichsten Interessen. Jeder hat da hart für seinen Zuständigkeitsbereich gerungen.

Beim Spitzengespräch Corona mit den Wirtschaftsverbänden sowie den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern waren immer auch der Gesundheitsminister oder der Ministerialdirektor des Gesundheitsministeriums sowie Vertreter des Staatsministeriums dabei. Herr Albiez, die Wirtschaft war jedoch nicht Teil des inneren Krisenstabs, in dem es um die konkreten Entscheidungen des Landes ging. Aber die Stimme der Wirtschaft hatte ein starkes Gewicht. Ich glaube, Herr Grenke war damals bei jedem Gespräch dabei. Ich erinnere mich nicht daran, dass er einmal nicht anwesend war.

– 65 –

Er hat die entsprechenden Themen vorgetragen und eingebracht. Wir haben sie dann immer im Krisenstab thematisiert. Es musste abgewogen werden, welche Entscheidung man trifft.

Das ressortübergreifende Handeln erleben wir in der aktuellen Landesregierung ganz stark, auch wenn wir an die Zukunft denken und wenn ich an den Strategiedialog Automobilwirtschaft und an das Gesundheitsforum denke, aber auch im Bereich „Bauen und Wohnen“, in dem wir, das Wirtschaftsministerium, mit dem MLW gut zusammenarbeiten. Im Landwirtschaftsbereich gibt es ebenfalls Initiativen, um noch effizienter zu sein. Aber gerade in der Gesundheitswirtschaft ist das ein großer Gewinn.

Herr Karrais, Sie haben nach dem Datenschutz gefragt. Dazu möchte ich Ihnen ein Beispiel nennen. Daten aus Kliniken, die natürlich anonymisiert sind, stehen nur ca. 4 % der Privatwirtschaft zur Verfügung. Dazu gibt es eine gemeinsame Initiative. Das Sozialministerium hat die Zuständigkeit dafür. Wir, das Wirtschaftsministerium, haben dies inhaltlich ausgestaltet und über den Bundesrat eine Initiative gestartet, damit diese Daten auch für die Privatwirtschaft zugänglich sind.

In vielen Bereichen – Stichwort „Künstliche Intelligenz“ – passiert gerade viel. Jetzt kann sogar schon bei querschnittsgelähmten Menschen über KI überbrückt werden. Das, was da gerade passiert, ist wirklich spannend. Aber auch in der Wirtschaft passiert viel. Wir machen uns gemeinsam dafür stark, dass der Datenschutz kein Innovationshindernis darstellt. Das müssen wir klar artikulieren und aussprechen.

Wir bringen uns auch ganz stark im Rahmen der Beratung des AI Acts auf europäischer Ebene ein. Dabei geht es auch um die Abwägung und Einschätzung von Risiken. Natürlich wollen wir eine ethisch verantwortbare KI. Aber dies darf nicht dazu führen, dass wir dadurch den Bereich KI in Deutschland totmachen, dass er dann bei uns einfach nicht mehr stattfindet und die entsprechenden Unternehmen dann woandershin gehen.

Ich möchte nur ein Beispiel nennen – das wird unter unterschiedlichen Perspektiven diskutiert –: CRISPR/Cas. Das ist bei uns nicht mehr möglich. Aber wir importieren jetzt Produkte, die mit dieser Technologie entwickelt worden sind. Bei uns brechen Innovationspotenzial, Wertschöpfung und Arbeitsplätze weg, und trotzdem setzen wir diese Produkte dann ein. Das müssen wir schon im Blick haben. Über MDR könnte ich jetzt lange sprechen. Das ist ein ganz wichtiges Thema, das wir auch auf dem Schirm haben.

Wir brauchen Datenschutz. Er ist wichtig und ein gewisses Alleinstellungsmerkmal der Europäischen Union. Datenschutz wird zunehmend eingefordert, auch von Herrn Altman, der ChatGPT bei OpenAI entwickelt hat, Mark Zuckerberg und anderen. Aber das Ganze muss mit Augenmaß geschehen, sodass die Wirtschaft in Deutschland und in Baden-Württemberg trotzdem die Möglichkeit hat, zu innovieren. Wenn

– 66 –

uns diese Möglichkeiten wegbrechen, hat das Auswirkungen auch auf andere Bereiche, ähnlich wie mit den Abwanderungen. Wenn Produktionsbetriebe abwandern, wandern irgendwann einmal auch Forschung und Entwicklung ab. Dann gehen uns auch die Technologiebereiche verloren. Das ist ein wichtiges Thema.

Herr Karrais, Sie haben die Digitalisierungsprämie angesprochen. Wir haben mit der Digitalisierungsprämie Plus seit Oktober 2020 Digitalisierungsprojekte in Unternehmen aller Branchen mit bis zu 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit rund 120 Millionen € gefördert. Das war ein Digitalisierungsschub. In dem Monitoringbericht 2023, den ich beim Digitalgipfel vorgestellt habe, wurde dargelegt, dass Digitalisierungsanstrengungen in den Unternehmen schneller erfolgt sind als ursprünglich geplant. Die Indexpunkte waren höher. Ich glaube, 55 Punkte waren geplant, und jetzt sind wir bei 58 Punkten. Es gibt natürlich noch immer Luft nach oben. Irgendwann einmal wollen wir auf 100 Punkte kommen. Dabei hilft die Digitalisierungsprämie sicher. Wir geben dafür viel Geld aus, auch im nächsten Doppelhaushalt. Wir müssen dabei immer abwägen, in welche Programme wie viele Mittel fließen werden. Wir monitoren das und sehen dann die Entwicklung und die Bedarfe. Es ist uns immer gelungen, dann entsprechend nachzusteuern.

Wir geben 50 Millionen € für den Ipa, 15 Millionen € für die KI-Exzellenzzentren und viel Geld für unsere KI-Hubs und Digital Hubs. Ich glaube, da muss man die Summe insgesamt betrachten, weil das alles ineinandergreift.

Herr Karrais und Matthias Miller haben die Cybersicherheit angesprochen und gesagt, diese Thematik müsse bei Unternehmen besser bekannt gemacht werden. Ich habe das CyberSicherheitsForum genannt, das wir durchführen. Wir schreiben auch einen Wettbewerb aus, im Rahmen dessen Unternehmen über Maßnahmen berichten, die sie umsetzen. Diese Veranstaltung hat im vergangenen Jahr zusammen mit Thomas Strobl im Haus der Wirtschaft stattgefunden. Auch betroffene Unternehmen berichten – das finde ich großartig –, um dafür zu sensibilisieren.

Wenn bei Ihnen der Eindruck entstanden ist, dass dieses Thema in der Wirtschaft noch zu wenig bekannt ist, sollten wir über die Kammern, Herr Albiez, vielleicht noch eine Informationskampagne durchführen. Herr Dr. Miller hat von einem besseren Informieren gesprochen, ebenso wie Herr Karrais. Insofern müssen wir da noch mehr in die Öffentlichkeitsarbeit einsteigen. Dabei sind die Verbände und die Kammern für uns ganz wichtige Partner. Es gibt eine Hotline. Die Polizei ist ebenfalls gut aufgestellt, auch mit hoch kompetenten Menschen, und kann viele Antworten geben. Cybersicherheit ist ein großes Thema.

Herr Karrais, Sie haben gefragt, welche Förderungen wir als Wirtschaftsministerium noch zusätzlich zu den Veranstaltungen und den Wettbewerben machen. Ich habe bereits gesagt, dass wir beim FZI einen Bereich aufgebaut haben, mit dem wir dieses große Thema unterstützen.

– 67 –

Auf die Industrie- und Handelskammern wurde bereits ein Cyberangriff durchgeführt, sie wurden lahmgelegt. Gleiches gilt für viele Kommunen und Landkreise. Das ist ein Thema für uns alle, für uns als Abgeordnete, aber auch als Menschen. Im privaten Bereich – Stichwort „Social Media“ – werden z. B. Accounts gehackt. Das ist schon eine gewisse Gefahr, weil dann auch Fake News kommuniziert werden.

Ich gehe jetzt zum Thema Fachkräfte weiter, das von Ihnen, Herr Dr. Kroll, benannt und auch von Herrn Poreski aufgegriffen wurde. Die fehlenden Fach- und Arbeitskräfte sind für uns ein Wachstumshemmer. Das ist für Baden-Württemberg im Moment eine große Herausforderung. Der demografische Wandel, die Reduzierung von CO₂-Emissionen und die Digitalisierung gehören zu den großen Feldern, die uns momentan intensiv beschäftigen. Ich habe ja gefragt, wie unsere Gesellschaft resilienter werden kann. Das werden wir, indem wir Fachkräfte aufbauen.

Wir haben nach wie vor, auch wenn es an der einen oder anderen Stelle immer Handlungsbedarf gibt – das wird mir zurückgespiegelt –, ein sehr gutes Bildungssystem, natürlich immer mit Verbesserungen, die durchzuführen sind. Wir haben nach wie vor exzellente Fachkräfte. Aber die Zahl der Menschen reicht nicht aus. Wir haben im Land auch die Fachkräfteallianz.

Herr Albiez, Sie haben u. a. die Ausbildung angesprochen, die während der Pandemie in besonderer Weise gelitten hat, und gesagt, die Zahlen seien zurückgegangen. Das war ein großes Problem, weil wir mit den Instrumenten, die wir in der Vergangenheit geschaffen haben, in der Pandemie nicht mehr agieren durften. Es gab keine Ausbildungsbotschafter. Die Berufsorientierungsangebote haben überwiegend digital stattgefunden. Dadurch hat man den Zugang zu jungen – und auch älteren – Menschen nicht bekommen, zumindest nicht in dieser Form. Es ist schon erstaunlich: Man sollte meinen, dass die Menschen in einer immer digitaler werdenden Welt – gerade die junge Generation ist ja social-media-affin – ganz anders aufnahmefähig sind. Aber das war eben nicht der Fall.

Es konnten keine Ausbildungsmessen stattfinden. Auch das ist ein ganz wichtiges Instrument, um die einzelnen Ausbildungsberufe vorzustellen und für die berufliche Ausbildung zu werben. Insofern haben wir im Nachgang versucht, über die Initiative „Praktikumswoche“ nachzusteuern, um das Interesse für eine Ausbildung zu steigern. Das ist ein großartiges und sehr erfolgreiches Instrument, das wir gemeinsam mit den Verbänden und Kammern machen – allein ginge das gar nicht – und jetzt weiterführen. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um die Ausbildung zu verbessern.

Ein wichtiger Bereich, den Sie, Herr Albiez, auch angesprochen haben, ist die Fachkräfteeinwanderung. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist von der vorherigen Bundesregierung auf den Weg gebracht worden und sollte eigentlich mit Wirkung zum 1. Januar 2020 in Kraft treten. Dann kam die Pandemie. Das Gesetz wurde dadurch ausgehebelt und kam eigentlich nie richtig zur Anwendung. Es gibt nur we-

– 68 –

nig Erfahrungswerte damit, weil die Mobilität massiv eingeschränkt wurde. Der Flugverkehr wurde in Teilen komplett eingestellt bzw. konnte nur mit massiven Einschränkungen erfolgen. Die Menschen hatten gar nicht mehr die Möglichkeit, zu uns zu kommen. Es gab dann eine Novellierung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes. Jetzt müssen wir schauen, wie es sich entwickelt. Wir brauchen eine qualifizierte Einwanderung.

Um den großen Ansturm an Anträgen zu bewältigen, um Menschen ins Land zu holen, die qualifiziert sind, brauchen wir natürlich die Botschaften, die damit im Moment allerdings völlig überfordert sind. Es gibt gerade eine Diskussion über die Ausländerbehörde in Stuttgart. Auch hier ist der Fachkräftemangel ein massives Problem.

Wir, das Land, werden jetzt im Rahmen unserer Möglichkeiten eine zentrale Ausländerbehörde einrichten, die genau diese Thematik im Blick hat und als Dienstleister für die Unternehmen agiert. Das ist fakultativ. Die Unternehmen haben die Wahl, ob sie das Angebot der Ausländerbehörde lokal vor Ort nutzen oder die zentrale Ausländerbehörde in Anspruch nehmen. Die Zusammenarbeit vor Ort funktioniert teilweise sehr gut. Der Dienstleistungsgedanke soll jetzt in der zentralen Ausländerbehörde im Vordergrund stehen, sodass die Einwanderung von qualifizierten Menschen beschleunigt wird. Wir wissen: Viele Hebel befinden sich vor allem auf Bundesebene. Auch da muss jetzt Personal aufgebaut und digitalisiert werden. Das ist notwendig, weil aufgrund der sehr hohen Migrationszahlen derzeit eine große Nachfrage besteht.

Ich hoffe, dass das Fachkräfteeinwanderungsgesetz in dieser Form erfolgreich sein wird. Das wird aber sicherlich nicht ausreichen. Insofern setzen wir im Land weitere Schwerpunkte. Das ist auch in der Fachkräfteallianz mit den Akteuren so diskutiert worden. Mir ist sehr wichtig, dass wir das nicht losgelöst machen.

Wir setzen auf eine verstärkte Erwerbsbeteiligung von Menschen im erwerbsfähigen Alter. Wir wollen den Anteil der Menschen mit Berufsabschluss erhöhen. Dafür ist beispielsweise „AVdual“ ein Ansatz, aber auch andere Konzepte. Im Bereich der Weiterbildung haben wir eine Initiative gestartet. Da muss aber noch mehr passieren.

Die Lebensarbeitszeit wird sicherlich ein Thema sein. Teilzeitbeschäftigung ist ebenfalls ein Thema. Dafür haben wir in unserem Landesarbeitsmarktprogramm das Netzwerk Teilzeitausbildung, das sehr wichtig ist, um dabei zu unterstützen. Das zählt aber mehr auf den Berufsabschluss ein.

Von der Bundesagentur für Arbeit gibt es Berechnungen, dass wir, wenn das Arbeitszeitvolumen von Frauen gesteigert würde, ein enormes Potenzial im Land hätten. Dem liegen unterschiedliche Annahmen zugrunde, teilweise nur eine geringe Erhöhung der Stundenzahl. Auch das ist ein Thema, dem wir uns massiv widmen.

– 69 –

Im Bereich der Arbeitsproduktivität müssen wir die Schritte stärker digitalisieren, nicht nur in der Verwaltung, sondern auch – da geht es wieder um das Thema Innovation – in den Unternehmen. Auch müssen wir uns den Wanderungssaldo von Fachkräften anschauen. Das betrifft Menschen, die das Land verlassen, und Menschen, die zu uns kommen.

Ich bin davon überzeugt: Wir brauchen auch mehr Flexibilität. Durch Homeoffice wurde das ja in weiten Teilen ermöglicht. Meiner Ansicht nach – da bin ich schon lange eine Mahnerin – sollte das Arbeitszeitgesetz mehr Flexibilität ermöglichen – ich selbst bin Mutter von drei Kindern; das gilt aber auch für Väter –, um Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren.

Herr Poreski, Sie haben die Kinderbetreuung angesprochen. Das ist ein ganz wichtiges Thema. Auch bei den Erzieherinnen und Erziehern gibt es einen massiven Fachkräftemangel. Wir haben jetzt die Möglichkeit geschaffen, sich zu qualifizieren. Dafür werden ca. 2 600 € als Verdienst bezahlt. Volker Schebesta hat dieses Programm auf den Weg gebracht, um die Attraktivität zu erhöhen, damit sich Menschen qualifizieren lassen. Wir hatten übrigens einmal ein Programm zusammen mit einer Einzelhandelskette und ver.di, bei dem wir im Blick hatten, Frauen aus dem stationären Einzelhandel für die Kinderbetreuung zu qualifizieren. Wir müssen weiter daran arbeiten, weil das ein wichtiger Bereich ist.

Sie sehen: In Bezug auf Fachkräfte unternehmen wir alle möglichen Anstrengungen, um die bestehenden Potenziale bei uns im Land zu nutzen.

Ich möchte noch einen Bereich herausgreifen. Man hat sich auf den Weg gemacht, auch die Arbeitsbedingungen weiter zu verbessern. Ich möchte beispielsweise die Personalbindung ansprechen. Wir fördern das jetzt mit der Initiative „Horizont Handwerk“ mit Landesgeld und unterstützen damit das Handwerk. Das ist ein ganz wichtiges Thema, genauso wie Motivation und „Neue Zielgruppen“. Ich habe es angesprochen. Darauf legen wir einen ganz starken Schwerpunkt.

Auch die Weiterbildung ist ein großes Thema. Wir haben die Initiative WEITER.mit.BILDUNG@BW auf den Weg gebracht. Wie gesagt: Weiterbildung ist ein großes Thema und wird sicherlich einen Anteil an dem Ganzen leisten.

Ich habe vorhin angesprochen, was wir noch verbessern können, beispielsweise bei der Kurzarbeit und bei Weiterbildungsmaßnahmen. Ich glaube, es mussten mindestens 120 Stunden an Weiterbildung in Anspruch genommen werden, damit die Weiterbildungsaktivitäten über den Bund finanziert werden konnten. In vielen Unternehmen, vor allem in kleineren Unternehmen, wurde das aber gar nicht durchgeführt, weil die Bedingungen zu anspruchsvoll waren. Da muss man sicherlich noch nachsteuern.

– 70 –

Herr Dr. Miller, Sie haben die Widerstandsfähigkeit angesprochen und gefragt, was wir da besser machen können. Wir analysieren ständig auch die Maßnahmen, die andere Länder auf den Weg bringen, die Entscheidungen, die sie treffen, und wie sie sich ausrichten. Ich bin davon überzeugt, dass wir dann, wenn wir die Bedingungen für Handelsabkommen und Innovationen bei uns im Land verbessern, wenn wir an diesen Punkten ansetzen, auch widerstandsfähiger werden.

Widerstandsfähigkeit, gerade im Gesundheitswesen, war natürlich ein Thema. Auf den Intensivstationen haben uns teilweise die Menschen gefehlt. Die Technik, die Beatmungsgeräte waren vorhanden, aber die Menschen waren der begrenzende Faktor – Sie erinnern sich.

Herr Dr. Miller, Sie haben des Weiteren nach Start-ups gefragt: Was müssen wir hier tun? Wir haben da eine ganz andere Kultur und auch eine andere Art der Finanzierung. Unternehmen in diesem Bereich werden überwiegend kreditfinanziert. Im anglikanischen Raum hat die Kapitalmarktfinanzierung eine große Bedeutung und einen viel größeren Anteil bei der Unternehmensfinanzierung. Die Mittel für Pension funds – Pensionen für bestimmte Berufsgruppen – werden in einem höheren Maß am Kapitalmarkt investiert, um Rücklagen aufzubauen. Dafür gibt es in Deutschland noch starke Restriktionen, sodass bei uns nicht so viel Risikokapital zur Verfügung steht wie in anderen Regionen dieser Welt. Das ist ein Thema, das wir schon von Anfang an angegangen sind.

Wir haben jetzt mit Landesgeld einige Fonds im Land anfinanziert und sind da auch Partner. Ich nenne nur LEA Mittelstandspartner, Start-up BW Innovation Fonds, First Momentum Ventures Fund II, LEA Venturepartner II und – das ist ganz neu; die Liste ist nicht vollumfänglich, das ist eine lange Liste – Grazia Impact III. Die L-Bank ist dabei ein starker Partner für uns, aber auch die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft, über die wir eigene Angebote machen und unterstützen. Pre-Seed ist im Grunde auch ein Instrument, um anzufinanzieren. Das kann aber natürlich nur ein Anreiz sein.

Wir müssen weiter an dieser Kultur arbeiten. Solche Fonds können gegründet werden, aber auch einmal scheitern. Das bedeutet dann aber nicht das Ende des wirtschaftlichen Handelns einer Person, auch wenn es schwierig und anspruchsvoll ist, wieder Kredite zu bekommen, wenn man in Deutschland einmal in eine Insolvenz gegangen ist. Da hat sich schon viel verändert. Die Risikobereitschaft ist größer geworden.

Im Hinblick auf die Steuergesetzgebung, die Möglichkeiten, zu investieren, die Rahmenbedingungen und die Risikofaktoren der großen Investments, auch der Versicherungen, müssen wir uns weiterentwickeln. Ich kämpfe dafür und bringe das immer wieder ein; denn da sind wir wirklich im Nachteil, vor allem im Vergleich zur anglikanisch geprägten Welt, in der viel mehr Geld in Form von Risikokapital angelegt wird.

– 71 –

Frau Wolle, Sie haben nach dem Lieferkettengesetz und KMUs gefragt. Da gibt es eine Untergrenze. Eine Bundesregelung dazu ist schon in Kraft getreten. Jetzt wird eine Debatte auf europäischer Ebene darüber geführt. Meiner Ansicht nach ist es wichtig, wie das Ganze ausgestaltet wird. Die persönliche Haftung für Geschäftsführer, die auf EU-Ebene diskutiert wird, lehnen wir ab; denn es ist äußerst schwierig, die Lieferketten bis zu den Einzelteilen hinunter zu verfolgen, die in Komponenten einfließen, die man bezieht. Das ist schon eine Herausforderung.

Es gibt Ideen und werden Diskussionen darüber geführt, dass die EU bestimmte Länder clustert. Dies geht allerdings mit der Gefahr einher, dass dann gerade kleine und mittlere Unternehmen mit bestimmten Ländern – das sind oft Entwicklungs- oder auch Schwellenländer – gar keine Wirtschaftsbeziehungen mehr unterhalten könnten, was absolut falsch wäre; denn meiner Ansicht nach ist Wirtschaftspolitik die beste Entwicklungspolitik. Da kommt es jetzt auf die Umsetzung und Ausgestaltung an. Das mahnen wir auch an. Bei den KMUs gibt es eine Mindestschwelle, was die Anzahl an Mitarbeitern angeht. Die großen Unternehmen werden das trotzdem einfordern, um ihre Anforderungen erfüllen zu können. Das ist schon eine große Herausforderung.

Dabei geht es auch um Bürokratie und Dokumentationspflichten. Ich habe ja ein Moratorium bei den Berichtspflichten auf EU-Ebene gefordert. Ursula von der Leyen hat jetzt in ihrer Rede zur Lage der Europäischen Union angekündigt, dass sie 25 % der Berichtsaufwände reduzieren möchte. Das stimmt mich hoffnungsfroh, dass dieses Thema erkannt worden ist und hoffentlich auch in die Umsetzung geht.

Frau Wolle, Sie haben die abnehmende Zahl der Patente angesprochen. Das müsste man sich einmal genauer anschauen. Die Zahlen liegen mir jetzt nicht vor. Ich habe deutlich gemacht: Dem können wir nur entgegenwirken, wenn wir ein innovationsfreundliches Umfeld haben. Ich habe die Punkte schon genannt, was wir im Land alles tun, um Innovationen zu fördern.

Ich möchte den Blick jetzt auf die europäische Ebene lenken. Die Medical Device Regulation mit der aufwendigen, teuren und langwierigen Regulatorik, bei der auch die benannten Stellen fehlen – auch da gibt es Kapazitätsengpässe –, führt dazu, dass gewisse medizintechnische Produkte gar nicht mehr auf dem europäischen Markt angeboten werden, weil das zu teuer ist und zu viel Zeit braucht. Dann wird eine FDA-Zulassung für den amerikanischen Markt beantragt, die schneller erfolgt und weniger aufwendiger ist. Nur wenn eine entsprechende Skalierung bei einem Produkt im Markt eintritt, also hohe Stückzahlen, wird erwogen, es auf den europäischen Markt zu bringen. Das ist kontraproduktiv. Wir müssen daran arbeiten, dass bei Entscheidungen auch die Folgewirkungen berücksichtigt werden. Das ist ein wichtiges Thema.

Sie haben stabile Netze, die Infrastruktur und Energie angesprochen. Das ist die Grundvoraussetzung für erfolgreiches Wirtschaften. Ich nenne nur die Versorgungs-

– 72 –

sicherheit, gerade auch mit Energie. Das ist ein wichtiger Standortfaktor, den wir nicht im Entferntesten aufs Spiel setzen dürfen. Deswegen legen wir einen Blick darauf.

Wir haben gemeinsam mit unseren Kommunen eine starke EnBW, die mit ihren Töchtern sehr engagiert ist. Mit dem Hochfahren der Elektrifizierung ist ein massiver Netzausbau verbunden, der auch sehr teuer ist. Dazu gab es ja schon entsprechende Entscheidungen.

Herr Weirauch, Sie haben gefragt, wie viel Prozent der Gelder abgeflossen sind. Diese Zahlen liegen uns in dieser Form nicht vor.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich denke, darüber kann man im Wirtschaftsausschuss noch einmal diskutieren, oder man kann die Zahlen im Nachgang liefern.

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Vielleicht über eine Berichtszusage!)

– Gern. Wenn die Ministerin das macht, dann umso besser.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Soweit wir das ermitteln können. – Wir haben bei unserer Stabilisierungshilfe, bei unserem Beteiligungsfonds bestimmte Größenordnungen auch in Abstimmung mit der Wirtschaft angenommen. Das waren Plangrößen, nicht wissend, ob wir das jeweilige Volumen benötigen, ob es weniger oder vielleicht sogar mehr ist. Die Zahlen sind wirklich beeindruckend: insgesamt 12,4 Milliarden €. Die Hilfsprogramme haben in weiten Teilen gepasst. Natürlich gibt es immer Einzelfälle – bei solchen Massenprogrammen geht das nicht anders –, bei denen bestimmte Kriterien nicht zu einer Förderung geführt haben. Wir haben beispielsweise den Tilgungszuschuss für die Schausteller als Landesprogramm und anderes auf den Weg gebracht. Es ist schwierig, das jetzt konkret zu quantifizieren. Da, wo es uns möglich ist, werden wir das machen.

Herr Weirauch, Sie haben gesagt, dass Handel und Gastronomie von der Pandemie besonders betroffen waren, und gefragt, welche Maßnahmen nicht angemessen waren. Ich möchte da die ganze Veranstaltungsbranche mit einbeziehen, die über einen noch viel längeren Zeitraum betroffen war, genauso wie die körpernahen Dienstleistungen. Das war natürlich schon schwierig. Ich bin mir sicher, Minister Lucha hat ausführlich etwas zu den Maßnahmen und Coronaverordnungen ausgeführt, die damals beschlossen worden sind.

Herr Albiez hat die Kurzfristigkeit des Inkrafttretens der Coronaverordnungen angesprochen, genauso wie Sie, Herr Weirauch. Das Infektionsgeschehen mit den verschiedenen Varianten und dann mit dem Aufkommen der Impfstoffe war sehr dynamisch. Das Anliegen der Landesregierung war immer, schnell auf Veränderungen zu

– 73 –

reagieren. Ich glaube, in der Umsetzung waren wir relativ pragmatisch – ich möchte das jetzt nicht weiter ausführen –; denn uns war schon klar, dass es schwierig ist, wenn eine Verordnung am Sonntag- oder Montagabend beschlossen wird und schon am Tag darauf wirksam werden soll. Aber im Rückblick, muss ich sagen, hat das dazu geführt, dass wir die Pandemie, verglichen mit anderen Regionen, wenn ich jetzt nur an China denke, relativ gut gemeistert haben. Natürlich kann man Dinge immer noch besser machen. Ich habe mich immer für die Wirtschaft starkgemacht. Click-and-collect war ein Beispiel.

Das war immer eine Abwägung der Argumente zwischen dem Gesundheitsschutz und der Eingrenzung der Freiheit von Unternehmen und Personen. Wir haben oft hart darum gerungen und waren dankbar, als wir dann über eingrenzende Maßnahmen Begegnungen wieder ermöglichen konnten – Stichworte „Impfungen“ und „Tests“. Die Wirtschaft hat einen großen Anteil daran geleistet, die jeweiligen Produkte in dem entsprechenden Umfang herzustellen. Das war schon eine verrückte Zeit. Am Anfang hatten wir gar keine Masken, sondern nur diese Stoffmasken. Dann ist man auf die medizinischen Masken übergegangen. Damals war viel in Bewegung. Ich bin mir sicher, Herr Lucha hat ausführlich dazu berichtet.

Über die Kurzfristigkeit von Maßnahmen – wie eine solche Kurzfristigkeit zu verhindern ist – werden Sie in der Enquete sicherlich noch im Rahmen der Handlungsempfehlungen diskutieren. Dafür sind wir alle dankbar. Wie gesagt: Ich glaube, in der Umsetzung hat das in weiten Teilen so funktioniert – auch wenn ich weiß, dass das für viele eine große Herausforderung war –, sodass wir große Härten abfedern konnten.

Herr Poreski, die Kreislaufwirtschaft und den Transfer haben wir immer im Blick. Die Kreislaufwirtschaft hat eine große Bedeutung im Bereich Batterien. Seltene Erden sind knappe Rohstoffe. Da haben wir unsere Anstrengungen auch im Rahmen des Strategiedialogs Automobilwirtschaft intensiviert. Der Transfer, dass das Ganze dann in die Wirtschaft Einzug hält und Unternehmen es umsetzen, ist immer das Ziel.

Sie haben die Future Skills angesprochen. Das ist ebenfalls ein Thema – ich habe auch die Weiterbildung angesprochen –, das uns bewegt. Wir, das Wirtschaftsministerium, haben eine Studie über Future Skills mitfinanziert, an der Südwestmetall, die IG Metall und die Bundesagentur beteiligt waren. Darin wird ausführlich dargestellt, dass bestimmte Fähigkeiten gerade in den Bereichen Technologie und Digitalisierung gefördert und die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Das fließt auch in die Weiterbildungsinitiativen ein, die wir im Land unternehmen.

Herr Albiez, Sie haben die Kammern als One-Stop-Shops sowie Verwaltungs-, Informations- und Kommunikationsstrukturen angesprochen. Dazu habe ich schon etwas gesagt. Wie gesagt: Das Ganze ist in einem Krisenfall eine große Herausforderung. Ich bin gespannt, ob dazu Handlungsempfehlungen in der Enquete erarbeitet

– 74 –

werden, damit wir das noch besser gestalten können. Über Social Media haben wir vielleicht einen direkteren Zugang. Man muss sich überlegen, wie man die Menschen, die betroffen sind, zukünftig noch schneller erreicht.

Darüber hinaus haben Sie, Herr Albiez, die Forschungsinstitute angesprochen und gesagt, auch da fehlten Fachkräfte und es bedürfe einer besseren Grundfinanzierung. Das haben wir schon im Blick. Wir haben jetzt bei den Instituten der Innovationsallianz – FKFS, FZI, ZSW, Hahn-Schickard und den anderen – einen Aufwuchs der Grundfinanzierung beschlossen. Wir wissen auch um die Konkurrenzsituation mit den vom Bund und vom Land geförderten Instituten. Ich möchte Fraunhofer herausgreifen. Die Forschungsinstitute haben für uns eine ganz große Bedeutung. Ich habe ja das FZI, das ZSW und die Cybersecurity angesprochen. Das FKFS im Bereich der Zulieferbranche leistet einen ganz wichtigen Beitrag für Transformation und Innovation.

Über die Frage, wann eine Krise beginnt, haben wir schon diskutiert. Auch andere haben das angesprochen. Wir hatten zu Beginn und während der Pandemie, bis dann die Maßnahmen im Februar 2023 gelockert werden konnten, eine absolute Ausnahmesituation. Es gab eine absolute Ausnahme- und Krisensituation zu Beginn des Krieges, auch hinsichtlich der Energieversorgung. Wir sind jetzt in einem Zustand der ständigen Herausforderungen, denen wir begegnen müssen. Die Märkte funktionieren jetzt in großen Teilen wieder sehr erfolgreich. Aber wir müssen natürlich in Deutschland unsere Hausaufgaben machen, was die Energieversorgung und die Bezahlbarkeit von Energie angeht.

Ich hoffe, dass ich allen Fragen gerecht geworden bin, die in der zweiten Runde gestellt worden sind.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich muss Sie enttäuschen. Es gibt noch Nachfragen. Ich habe gesehen, dass sich Herr Abg. Dr. Weirauch und Frau Abg. Krebs gemeldet haben. Gibt es noch weitere Wortmeldungen aus der Runde? – Das scheint nicht der Fall zu sein. – Frau Abg. Krebs, Sie haben das Wort.

Abg. Petra Krebs GRÜNE: Vielen Dank, Frau Ministerin, für den sehr ausführlichen und guten Parforceritt über alle Wirtschaftsfelder hinweg, den ich sehr aufmerksam verfolgt habe.

Ich möchte jetzt den Bogen zur Gesellschaft spannen. Darüber könnten Sie sicherlich noch einmal eine Stunde berichten. Aber ich weiß, Sie sind zeitlich gebunden. Darum von mir nur ganz kurz etwas.

Wir haben in allen Handlungsfeldern, die wir bisher abgearbeitet haben, festgestellt, dass sowohl Gesundheit als auch Teilhabe ungleich verteilt sind. In Ihrem Handlungsfeld ist mit Sicherheit das wirtschaftliche Einkommen der Familien, der Bürge-

– 75 –

rinnen und Bürger ungleich verteilt. Mich würde interessieren, wie Sie das beurteilen. Oder einfacher gefragt: Was können Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsunternehmen tun, damit Gesundheit und Teilhabe in Zukunft besser verteilt sind? Denken wir nur einmal daran, dass es noch immer einen Gender-Pay-Gap gibt. Man muss darüber sprechen.

Noch eine Frage: Wir haben in unserem schönen, wunderbaren Koalitionsvertrag und auch im ersten Handlungsfeld ganz deutlich das Thema „Health in All Policies“ angesprochen. Ich hätte gern eine Einschätzung von Ihnen, wie Sie dazu stehen und inwiefern auch das Wirtschaftsressort eine Verantwortung für dieses Thema hat.

Vielen Dank.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Ich möchte auf Ihre Einlassung zur Kurzfristigkeit im Zusammenhang mit den Notverkündungen zurückkommen, weil sie China als Referenz benannt und uns anheimgestellt haben, unter Umständen in den Handlungsempfehlungen etwas dazu zu schreiben. Ich kann nicht ausschließen, dass wir etwas zur Kurzfristigkeit ausführen werden.

Das war zwar eine „verrückte Zeit“, wie Sie es gesagt haben. Aber das ändert nichts daran, dass man solche Verordnungen schon an einem Donnerstag oder Freitag für die kommende Woche hätte auflegen können. Ich glaube, dann wäre die Pandemie nicht ineffizienter bekämpft worden, als es der Fall gewesen ist. – Das war Punkt 1.

Punkt 2: Meine Frage, inwiefern das Wirtschaftsministerium institutionell an der Rechtsetzung beteiligt worden ist, wurde nicht beantwortet.

Dann habe ich noch einen anderen Punkt. Sie haben gesagt, dass Sozialminister Lucha uns schon über die Coronamaßnahmen Auskunft gegeben hat. Das mag sein. Aber ich habe Sie als Wirtschaftsministerin gefragt und möchte gern Ihre persönliche Sicht auf die Dinge wissen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich sehe keine weiteren Fragen in der Runde. – Dann, Frau Dr. Hoffmeister-Kraut, dürfen Sie antworten.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Vielen Dank. – Frau Krebs, Sie haben die ungleiche Verteilung von Teilhabe und wirtschaftlichem Einkommen sowie den Gender-Pay-Gap im Zusammenhang mit der Krise dahin gehend angesprochen, dass Sie sagen, wir bräuchten auch attraktive Arbeitsplätze, damit die Menschen Krisen bewältigen können. Die Frage ging in diese Richtung.

Über den Gender-Pay-Gap können wir lange diskutieren. Meine klare Auffassung ist, dass Frauen für die gleiche Tätigkeit das gleiche Einkommen bekommen müssen;

– 76 –

das ist keine Frage. Die Problematik ist in Teilen auch dadurch bedingt, dass Frauen Berufe ergreifen, die keine so hohen Einkommensperspektiven bieten, als dies bei Männern der Fall ist. Denken wir beispielsweise an die MINT-Berufe. Wir, das Land, unternehmen enorme Anstrengungen, um mehr Frauen für MINT-Berufe zu begeistern und zu motivieren. Vielleicht können wir uns an anderer Stelle noch ausführlicher darüber unterhalten.

Die Einkommensgestaltung ist grundsätzlich den Tarifpartnern überlassen. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter ringen immer hart um die Tarifverträge. Ich finde es immer gefährlich, wenn sich der Staat dazu äußert und in dieses Geschehen eingreift. Das ist für die Wirtschaft eines der ganz wichtigen Kriterien.

Gesundheit in allen Politikfeldern: Ich beziehe das jetzt einmal auf das Forum Gesundheitsstandort, in dem wir genau diese Themen diskutieren und in dem sich das Sozialministerium gemeinsam mit der Wissenschaft, dem Wissenschaftsministerium und der Wirtschaft diesen Themen widmet. Eines davon ist die Gesundheitswirtschaft. Es geht u. a. darum, welchen Beitrag die Gesundheitswirtschaft leisten kann, um in der Versorgung eine Verbesserung zu gewährleisten. Es gibt viele gemeinsame Initiativen. Eine habe ich schon genannt und herausgegriffen, nämlich den Zugang zu Daten, um einerseits die Versorgung zu verbessern und andererseits Geschäftsmodelle in diesem Bereich in Baden-Württemberg und in Deutschland zu ermöglichen.

Herr Weirauch, zu der Kurzfristigkeit des Inkrafttretens der Verordnungen: Das war eine Ausnahmesituation. Wir haben uns auf der Basis der Fakten, die uns vorlagen, und auch der Einschätzungen der Wissenschaft laufend damit auseinandergesetzt – das Pandemiegeschehen war ja sehr dynamisch –, welche Entscheidungen notwendig sind, um den Menschen den maximalen Gesundheitsschutz, den wir leisten können, zu gewährleisten. Anfangs gab es keine Impfstoffe, später gab es dann welche. Es sind auch viele Menschen an Corona gestorben. Das war dramatisch. Deshalb haben wir – natürlich wohlüberlegt –, sobald es neue Erkenntnisse gab, schnell reagiert. Das haben die Menschen von uns auch erwartet. Aus diesem Grund kam es zu dieser Kurzfristigkeit.

Außerdem haben wir, das Land, Entscheidungen nicht losgelöst von anderen getroffen, sondern auch in Abstimmung mit der Bundesebene. Auf den Ministerpräsidentenkonferenzen mit der damaligen Bundeskanzlerin wurde länderübergreifend diskutiert, wenngleich dann in der Umsetzung Unterschiede bestanden haben, je nachdem, wie sich das Infektionsgeschehen in den Regionen entwickelt hat. Auch das wurde kritisiert. Aber es gab eben ganz unterschiedliche Bedingungen. Durch unsere Nähe zu Norditalien und zum Elsass waren wir im Vergleich zu anderen Bundesländern vom Pandemiegeschehen stark betroffen.

Wir haben die Fakten, die uns zur Verfügung standen, immer abgewogen und darauf aufbauend Entscheidungen getroffen, um den maximalen Gesundheitsschutz, der

– 77 –

uns möglich war, für die Menschen zu gewährleisten – in dem Bewusstsein, dass wir dadurch persönliche Freiheitsrechte einschränken, und immer auch mit dem Ziel, das Gesundheitssystem nicht zu überfordern. Ich nenne nur das dramatische Wort „Triage“, also dass man Menschen, die man eigentlich behandeln könnte, um ihnen das Leben zu retten, keine Behandlung zukommen lassen kann. Die Triage sollte verhindert werden. Man kann rückblickend sagen, dass uns das gelungen ist. Wie gesagt: Das war uns ein großes Anliegen.

Zu der Frage, wie wir institutionell an der Rechtsetzung beteiligt waren: In der Landesregierung werden Gesetze und Entscheidungen und wurden Coronaverordnungen immer im Rahmen einer Ressortabstimmung auf den Weg gebracht. Daran waren wir, das Wirtschaftsministerium, als ein Ressort beteiligt.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank für die Antworten. – Gibt es noch weitere Nachfragen aus der Runde? – Das ist nicht der Fall.

Frau Ministerin, ich darf Ihnen den Hinweis geben: Frau Abg. Krebs steht für Rückfragen zu dem Thema „Health in All Policies“ gern zur Verfügung. Sie wird Ihnen sicherlich noch den einen oder anderen Aspekt mitgeben können. Uns ist wichtig, dass es auch einen Austausch gibt.

Ich darf mich vielmals bei Ihnen bedanken, Frau Dr. Hoffmeister-Kraut. Sie haben uns lange Rede und Antwort gestanden. Wir haben uns intensiv mit den jeweiligen Themen auseinandergesetzt. Ein Dank auch an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Sie haben es aus der Runde der Enquetekommission schon gehört: Noch einmal recht herzlichen Dank für die Unterstützung der Wirtschaft in Baden-Württemberg, gerade in den letzten drei Jahren. Da war durchaus die eine oder andere Nacht- und Wochenendschicht dabei. Das wissen wir sehr zu schätzen. Insofern möchten wir unseren Dank an Sie und an alle Personen, die bei Ihnen tätig waren, richten. Vielen Dank an Sie!

(Beifall)

Noch der Hinweis an Sie, Frau Ministerin: Wir möchten dem Landtag bis zum Sommer 2024 – das ist unser Ziel – unsere Handlungsempfehlungen vorlegen. Da sind Sie dann auch wieder gefragt, als Abgeordnete in dem Fall. Wenn Sie in der Zwischenzeit noch Hinweise oder Ergänzungen für uns haben, sind wir sehr dankbar dafür. Wir sollten in stetem Austausch bleiben.

Ich darf noch in die Runde sagen: Wir sind am Ende der Tagesordnung angelangt. Es gibt keine weiteren Hinweise von Ihrer Seite.

– 78 –

Dann noch an die Öffentlichkeit und auch an Sie gerichtet: Die nächste Sitzung findet am 13. Oktober 2023 um 9:30 Uhr statt.

Damit beende ich die Sitzung und bedanke mich vielmals bei Ihnen, dass Sie anwesend waren.

(Schluss des öffentlichen Teils: 13:58 Uhr)

17. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Öffentlicher Teil

18. Sitzung

Freitag, 13. Oktober 2023, 9:30 Uhr

Stuttgart, Haus des Landtags

Plenarsaal
Videokonferenz

Beginn: 9:32 Uhr (Mittagspause: 12:51 bis 13:49 Uhr) Schluss: 17:12 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Teil I – öffentlich

1. **Öffentliche Anhörung**
zum Thema „Auswirkungen akuter Krisen auf
wirtschaftliche Zusammenhänge“ S. 2
2. Beschlussfassung über Anträge zum dritten
Handlungsfeld der Enquetekommission..... S. 125

Teil II – nicht öffentlich.....(gesondertes Protokoll)

1. Bestimmung der in der Sitzung der Enquetekommission am
10. November 2023 anzuhörenden Sachverständigen
2. Bestimmung des in der Sitzung der Enquetekommission am
1. Dezember 2023 zu behandelnden Themas

– II –

3. Beschlussfassung über Sitzungstermine im Jahr 2024
4. Verschiedenes

– 1 –

Öffentliche Anhörung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

zum Thema „Auswirkungen akuter Krisen auf wirtschaftliche
Zusammenhänge“

am Freitag, 13. Oktober 2023, 9:30 Uhr
Plenarsaal (Haus des Landtags)

A b l a u f p l a n

(Stand 6.10.2023)

Uhrzeit	Sachverständige / Funktion
09:30 Uhr	Alexander Salomon MdL , Vorsitzender der Enquetekommission
09:35 Uhr	Christian O. Erbe , Präsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages e.V., Präsident der IHK Reutlingen
09:55 Uhr	Dr. Matthias Voelkel , Vorstandsvorsitzender der Vereinigung Baden-Württembergische Wertpapierbörse e.V., CEO der Gruppe Börse Stuttgart
10:15 Uhr	40-minütige Fragerunde
10:55 Uhr	Prof. Dr. Eckhard Janeba , Professur für VWL, Finanzwissenschaft und Wirtschaftspolitik, Universität Mannheim; Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
11:15 Uhr	Dr. Maike Gossen , Wissenschaftl. Mitarbeiterin im Fachgebiet Sozial-ökologische Transformation, Technische Universität Berlin; Operative Leitung des Projektverbunds „Green Consumption Assistant“
11:35 Uhr	40-minütige Fragerunde
12:15 Uhr	Mittagspause
13:30 Uhr	Prof. Dr. Anja Feldmann , Professorin für Internet-Netzwerkarchitekturen, Technische Universität Berlin; Direktorin des Max-Planck-Instituts für Informatik, Saarbrücken
13:50 Uhr	Prof. Dr. Martin Wietschel , Leiter des Competence Centers Energietechnologien und Energiesysteme, Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI, Karlsruhe
14:10 Uhr	40-minütige Fragerunde
14:50 Uhr	Prof. Dr. Burkhard Pedell , Inhaber des Lehrstuhls für Controlling und stv. wissenschaftlicher Direktor des Zentrums für interdisziplinäre Risiko- und Innovationsforschung (ZIRIUS), Universität Stuttgart; Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Deutschen Instituts für Interne Revision (DIIR)
15:10 Uhr	Dr. Roman Glaser , Präsident und Vorsitzender des Vorstandes des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbands e.V.
15:30 Uhr	Martin Gross , Landesbezirksleiter ver.di Landesbezirk Baden-Württemberg Wolfgang Krüger , Landesfachbereichsleiter Handel ver.di Landesbezirk Baden-Württemberg
15:50 Uhr	60-minütige Fragerunde
~16:50 Uhr	Ende der öffentlichen Anhörung

– 2 –

Teil I – öffentlich (Beginn: 9:32 Uhr)

Punkt 1
Öffentliche Anhörung
zum Thema „Auswirkungen akuter Krisen
auf wirtschaftliche Zusammenhänge“

Vorsitzender Alexander Salomon: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beginnen fast pünktlich mit unserer 18. Sitzung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“. Heute steht die öffentliche Anhörung zum Thema „Auswirkungen akuter Krisen auf wirtschaftliche Zusammenhänge“ auf der Tagesordnung. Ich darf Sie alle hier vor Ort – die Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien, des Landtags, die Sachverständigen sowie die Abgeordneten – recht herzlich begrüßen, aber auch diejenigen, die uns digital zugeschaltet sind.

Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung. Dann steigen wir direkt in den Ablauf ein. Wir starten mit Herrn Erbe. Er ist Präsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages e. V. und Präsident der IHK Reutlingen. Herr Erbe, Sie haben 20 Minuten Zeit. – Bitte.

Sv. Herr Erbe: Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete des Landtags von Baden-Württemberg, meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr, heute hier sein zu dürfen, um für die Wirtschaft zu sprechen. Sie haben es gehört: Ich habe die Ehre, seit knapp 15 Jahren Präsident der Industrie- und Handelskammer Reutlingen zu sein. Eigentlich muss es „Reutlingen, Tübingen, Zollernalb“ heißen. Es sind drei Landkreise. Die letzten zwei fallen immer ein bisschen hinten runter. Ich bin aus Tübingen. Deshalb bekomme ich immer sehr viel Kritik. Es ist also die IHK Reutlingen, Tübingen und Zollernalb. Frau Kliche-Behnke weiß, wovon ich rede; der Herr Poreski nicht so sehr, denn Reutlingen passt ja. Außerdem bin ich Präsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages. Wir sind zwölf Kammern und repräsentieren 650 000 Unternehmen, die bei uns im Rahmen einer Pflichtmitgliedschaft zusammengeschlossen sind. Eine Zwangsmitgliedschaft haben wir nicht.

Ich möchte aus dem Blickwinkel der Wirtschaft kurz über das Thema „Krisenfeste Gesellschaft“ sprechen. Nach Berechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft hat uns die Pandemie sehr viel Geld gekostet, desgleichen auch der Krieg in der Ukraine, und zwar zwischen den Jahren 2020 und 2022 insgesamt 420 Milliarden € – 420! – an Wertschöpfung. Das entspricht 10 % des deutschen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2022. Gleichzeitig haben sehr viele Unternehmen ihr Recht auf Freiheit an den Staat abgetreten, sind also sehr stark reglementiert worden, um auch dazu beizutragen, die Pandemie zu bekämpfen. Deshalb ist es seitens der Wirtschaft sehr begrüßenswert, dass Sie die Lehren diskutieren, die wir aus dieser Krise ziehen, um es in die Zukunft zu transponieren, damit wir uns entsprechend aufstellen, falls eine nächste Krise kommt; und die nächste Krise kommt bestimmt.

– 3 –

Ich will kurz ein Fazit vorwegnehmen: Die letzten Jahre haben uns verstärkt vor Augen geführt, wie stark vernetzt wir alle sind und wie komplex unsere Welt geworden ist. Deshalb ist es so, dass auch kleinere Schocks, die wir haben, hinsichtlich der veränderten Rahmenbedingungen große Auswirkungen haben, und zwar bezogen auf alle Teile der Wirtschaft. Sie sind also nicht sektional begrenzt, sondern sind sehr breit festzustellen. Dabei waren und sind die Unternehmen in unserem Land auch heute schon mit einer Pluralität von Herausforderungen konfrontiert. Wir sprechen über die Pandemie. Wie Sie alle wissen, haben wir auch eine Inflation, die jetzt gerade ein bisschen zurückgeht, die allerdings immer noch deutlich vorhanden ist. Wir haben die steigenden Zinsen und sehen, welche Auswirkungen sie z. B. für die Bauindustrie haben, die in den nächsten Jahren infolge der steigenden Zinsen verstärkt leiden wird. Über das Thema Energie sprechen wir täglich.

Wir erleben in der Wirtschaft vermehrt Cyberangriffe, und zwar nicht nur auf die Industrie, sondern auch auf die Infrastruktur. Ich selbst komme aus dem Gesundheitswesen. Wir stellen fest, dass Krankenhäuser verstärkt angegriffen werden. Das ist ausgesprochen besorgniserregend. Ich vertrete auch Hochschulen, die ebenfalls Ziel von Cyberangriffen sind. Das ist also sehr ernst zu nehmen.

Für die Wirtschaft kommen Handelshemmnisse hinzu, ebenso wie der vielzitierte und tatsächlich besorgniserregende Fachkräftemangel, der sich mittlerweile zum Arbeitskräftemangel ausgedehnt hat. Was wir nebenher natürlich noch machen dürfen, ist der Umbau der gesamten Wirtschaft im Rahmen des Green Deals der Europäischen Union. Das sind quasi die Hausaufgaben, die man neben der Krisenbewältigung noch durchführen darf.

Den Teufel will natürlich niemand an die Wand malen. Ich wäre hier der Letzte. Aber ich will mit diesen Beispielen kurz demonstrieren, in welchem Umfeld die Unternehmen heute agieren und warum es wichtig ist, dass wir uns krisenfest aufstellen. Das ist natürlich wichtig für die meisten Unternehmen, die nicht nur regional, sondern auch international tätig sind. Sie wissen, dass mehr als 55 % des Umsatzes von baden-württembergischen Unternehmen im Ausland generiert werden. Ich finde, das repräsentiert manche Unternehmen nicht. Mein Unternehmen macht z. B. 86 % des Umsatzes im Ausland, also nur 14 % in Deutschland, und ist entsprechend auch global vernetzt. Globale Auswirkungen haben auch direkte Auswirkungen auf uns in Baden-Württemberg und auch auf die Arbeitsplätze, die wir hier zur Verfügung stellen.

Deshalb ist für den Fall, dass eine Krise eintritt, die Wahrscheinlichkeit hoch, dass diese Krise einen überregionalen Charakter hat. Wir wissen sehr wohl, dass Maßnahmen, die wir vorschlagen und die ich auch erwähnen werde, nicht auf Baden-Württemberg selbst begrenzt sein werden. Sie haben einen überregionalen Charakter und gehen über unser Bundesland hinaus. Der Blick geht in den Bund oder auch in die EU. Aber Sie alle sind gut vernetzt und haben auch Einfluss außerhalb Baden-Württembergs. Deshalb habe ich diese Themen hier nicht ausgeklammert, sondern wir müssen

– 4 –

das Ganze im Rahmen eines koordinierten und gemeinschaftlichen Vorgehens globaler sehen, und zwar die Landes- und Ressortgrenzen ein bisschen ignorierend und darüber hinausgehend. Das war in diesem Gremium, wie ich schon gehört haben, schon des Öfteren Thema.

Ich will meine Ausführungen in zwei Teile gliedern. Zum einen will ich kurz betrachten, was wir bzw. was das Land für den Krisenfall aus der letzten Pandemie lernen kann. Zum anderen will ich einige Hinweise geben, wie die allgemeine Resilienz der heimischen Wirtschaft gestärkt werden kann. Diese Punkte finden Sie auch in unserer schriftlichen Stellungnahme, die Ihnen bereits vorliegt, sodass niemand mitschreiben muss.

Teil 1: Was können wir aus der Pandemie lernen?

Die Zielgruppen für Maßnahmen in der Pandemie, was die Wirtschaft angeht, sind bekanntermaßen hauptsächlich Klein- und Kleinstunternehmen, also die SMEs. Diese stellen 99 % der Empfänger von Unterstützungsmaßnahmen dar. Daher müssen wir deren Realität und auch Möglichkeiten in den Blick nehmen, müssen aber auch bei flächendeckenden Maßnahmen an diese kleinen Unternehmen denken; denn sie haben natürlich weniger Möglichkeiten als die größeren mittelständischen Unternehmen, zu reagieren, und sind deshalb auch durchaus anfälliger in den Krisen. Sie alle haben miterlebt, wie viele dieser Kleinunternehmen die Krise nicht überlebt haben.

Der Ansatz, der hier zum Tragen kommen sollte, nennt sich „Think Small First“-Ansatz. Er beginnt bei der Gestaltung von verständlichen, nachvollziehbaren und umsetzbaren Notverordnungen, verbunden mit einer entsprechenden Kommunikation, die in einem Vorlauf stattfindet.

Ein weiteres Thema, das neben den kleinen Unternehmen ebenfalls relevant ist, ist die Wettbewerbsverzerrung, die unter dem Primat des Gesundheitsschutzes stattfindet und zum Teil auch stattfinden muss; das muss man ganz ehrlich sagen. Diese Wettbewerbsverzerrung müssen wir auch betrachten, weil sie ebenfalls zulasten der kleinen und Kleinstunternehmen geht. Mir wurde z. B. klar vor Augen geführt, dass kleine Spielzeuggeschäfte während der Pandemie schließen mussten. Dann gab es große Ketten, die im Rahmen ihres gesamten Angebots auch die große Spielzeugabteilung am Laufen halten konnten. Das führt zu Wettbewerbsverzerrungen, die uns von den kleineren Unternehmen deutlich geschildert worden sind und die für sie schwierig waren.

Ich glaube, dass Betriebsschließungen möglichst der letzte Schritt sein sollten, ist uns allen klar. Betriebsschließungen sollten nur erfolgen, wenn es unbedingt notwendig ist. Um das beurteilen zu können und um dann auch eine Folgenabschätzung in Bezug auf diese Maßnahmen vornehmen zu können, ist eine gewisse Praxisnähe wichtig. Diesbezüglich lautet meine Empfehlung, auch die Wirtschaftsverbände strategisch in die Krisenstäbe einzubinden, weil sie das entsprechende branchenspezifische Wissen

– 5 –

und das Insider-Know-how haben, wie diesbezüglich vorgegangen werden kann, ohne einen größeren Schaden zu verursachen.

Für Sand im Getriebe sorgten stellenweise uneinheitliche Regelungen zwischen einzelnen Gebietskörperschaften. Dies begann bereits damit, dass kommunale Ordnungsämter Verordnungen unterschiedlich ausgelegt haben und sich dann eben auch unterschiedlich aufgestellt haben. In Bezug auf die Corona-Verordnung ist auf Landesebene unterschiedlich agiert worden ist. Das Gleiche können wir aber auch auf Ebene der EU-Staaten beobachten, wo es ebenfalls nicht homogen war. Damit umzugehen, ist für Unternehmen nicht ganz einfach. Um hier zu differenzieren: Speziell überregional tätige Unternehmen hatten keinen zentralen Ansprechpartner und mussten mit verschiedenen Ämtern Kontakt aufnehmen. Sie haben dann auch unterschiedliche Antworten bekommen. Vor allem wurden auch unterschiedliche Handlungsempfehlungen ausgesprochen.

Es ist wichtig, die regionalen Besonderheiten zu berücksichtigen und auf dieser Basis eine einheitliche Grundlage zu schaffen, um die Unterschiede transparenter zu machen. Ein Beispiel dafür ist das Portal „Re-open EU“, in dem Unternehmen Reisebeschränkungen auf einer interaktiven Karte online einsehen konnten. Das war recht gut gemacht. Da derartige Angebote, die zentral abgerufen werden können, konsistent sind und eine fundierte Krisenkommunikation erlauben, sollten sie möglichst vermehrt eingesetzt werden.

Finanzielle Unterstützung, betrieben in der Pandemie, ist aus unserer Sicht natürlich positiv zu bewerten. Mit dem Verlauf der Pandemie nahm allerdings die Komplexität der Überbrückungshilfen zu. Zuerst gab es die Soforthilfen. Danach kamen die Überbrückungshilfen I, II und III. Es wurde im Fortgang immer komplexer. Auch die Überprüfung war ein Thema. Hier könnte ein Weg Abhilfe schaffen, und zwar das Once-Only-Prinzip – das kennen Sie alle –: dass eine Datenerhebung nur einmal stattfindet, auf die dann alle zugreifen können. Das ist auch ein wichtiger Schritt in Richtung Entbürokratisierung. Wir haben bei den Industrie- und Handelskammern festgestellt, dass häufig Anträge zurückgingen, wo einfach nur Zahlendreher drin waren. Es hat einige Unternehmen insbesondere bei der Beantragung von Soforthilfe bzw. Überbrückungshilfe doch etwas zurückgeworfen, wenn sie sehr lange warten mussten, bis ihr Antrag geprüft und bewilligt wurde sowie dann auch entsprechende Mittel durch die L-Bank geflossen sind. Das wäre also eine Möglichkeit der Vereinfachung.

In Bezug auf die Unterstützungsmaßnahmen ist festzustellen, dass der schnelle, unbürokratische Erhalt eines Bescheids den Unternehmen hilft, weil sie dadurch Planungssicherheit haben. Wenn sie wissen, es kommen finanzielle Mittel, dann können sie ganz anders agieren, als wenn diesbezüglich eine Unsicherheit besteht. Dadurch wird auch die Akzeptanz oder vielmehr Toleranz von beschränkten Maßnahmen erhöht. Die Entwicklung hin zu einer schnellen Auszahlung und zur nachträglichen Prüfung über eine Schlussabrechnung hat sich bewährt. Ich sage immer, man sollte nicht den Blick auf die schwarzen Schafe haben, wenn man eine Schafherde anschaut;

– 6 –

denn wenn man die Politik oder das Agieren des Schäfers komplett auf die schwarzen Schafe auslegt, schadet man den weißen Schafen. Üblicherweise hat man vielleicht 100 weiße und zwei schwarze Schafe. Also sollte man die schwarzen Schafe zunächst lieber ignorieren und sich dann erst im Nachhinein damit befassen. Schwarze Schafe haben Sie immer. Da können Sie machen, was Sie wollen. Da hilft auch der Wolf nichts; das muss man ganz ehrlich sagen.

(Heiterkeit)

Hinsichtlich der Unterstützungsmaßnahmen ist also eine schnelle Auszahlung sehr wichtig. Das kann eigentlich, wie es auch gehandhabt worden ist, als Blaupause für weitere Förderprogramme dienen, so sie notwendig werden sollten, und zwar auch hin zum vermehrten Einsatz von Anzeige- statt Genehmigungsverfahren.

Damit wären wir schon bei der zweiten Fragestellung. 95 % des Krisenmanagements finden bekanntlich vor der Krise statt. Ich glaube, das ist auch der Grund, warum wir heute hier alle zusammen sind. Da stellt sich die Frage: Wie können wir die allgemeine wirtschaftliche Resilienz stärken? Hierzu will ich kurz auf die ersten zwei Sachverständigen verweisen, die Sie gehört haben, und zwar auf Herrn Dr. Bofinger und Herrn Dr. Orphal, die Krisen zum einen durch Unvorhersehbarkeit definieren. Zum anderen haben sie auf die krisenfeste Gesellschaft verwiesen, die – anders als der Name suggeriert – vor allem flexibel und dynamisch geprägt sein muss. Resilienz muss also die noch unbekannte Krise einfach mitdenken, also antizipieren bzw. vorwegnehmen.

Resilient sind Unternehmen, die mehrere Handlungsoptionen haben, z. B. für strategische Investitionsentscheidungen in den letzten Jahren. Allerdings neigt man manchmal dazu, die Handlungsoptionen ein wenig einzuschränken oder – noch besser – vorbereitend Alternativen anzubieten. Dafür gibt es Beispiele. In der Energiewirtschaft schalten wir die Grundlastkraftwerke ab, ohne ausreichend erneuerbare Energien zu haben. Mit den entsprechenden Folgen kämpfen wir heute. Im globalen Handel schränken wir die Zahl der gewünschten Handelspartner durch das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz ein, ohne dass wir Alternativen haben. In diesem Zusammenhang ist Mercosur als Stichwort zu nennen. Ein weiteres Thema – Herr Abg. Reith und ich haben uns gerade darüber unterhalten – ist die PFAS-Problematik. Es sollen ganze Stoffgruppen verboten werden, ohne dafür Alternativen zu haben. Das sind Themen, bei denen wir uns überlegen müssen, wie wir damit umgehen.

Es gibt verschiedene Bereiche. Ein Bereich ist „Entbürokratisierung und Flexibilisierung“. Es ist klar: Bürokratie schafft Struktur und ist Teil des Staates. Allerdings müssen hier natürlich auch Flexibilisierungsoptionen und Ermessensspielräume eröffnet werden. Paradebeispiel ist der Datenschutz während der Pandemie, der in der Krisenbekämpfung als absolut angesetzt worden ist. Dagegen wurden die Grundrechtseinschränkungen, die vorgenommen worden sind, als weniger gravierend eingeschätzt. Da gab es schon genug Kritik, mit der Sie auch haben umgehen müssen. Das sollte uns ein wenig im Gedächtnis bleiben.

– 7 –

Natürlich brauchen wir bei Resilienz auch im legislativen Rahmen Platz, um einen Plan B vorsehen sowie entsprechende Ressourcen dafür vorhalten zu können, und zwar durch verschiedene Maßnahmen wie z. B. Handelsabkommen.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Maßnahmen umzusetzen. Als Erstes ist Innovation zu nennen. Innovation ist immer hilfreich, auch was Lösungen und Kapazitäten angeht, die vor Ort geschaffen werden sollen, also auch die Fertigung vor Ort. Dafür gibt es ein Beispiel: Der Teilverkauf der Firma Viessmann zeigt, dass diese Felder eigentlich zusammen gedacht werden müssen. Das ist ein Beispiel, das wir uns vor Augen führen müssen; denn jede an Bürokratie gesparte Ressource – egal, wo sie eingespart wird – ist hilfreich. Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag hat sich u. a. stark in die Entlastungsallianz der Landesregierung eingebracht, die vom Ministerpräsidenten zunächst nicht unbedingt begrüßt worden ist. Aber da sind wir gemeinsam mit Ihnen auf einem guten Weg, um Entlastung zu schaffen. Die Entbürokratisierung ist für uns ein wichtiges Thema.

Das zweite Thema ist die Digitalisierung bzw. die IT-Infrastruktur. Auch hier hat Corona gezeigt, dass es Verbesserungsbedarf und auch entsprechende Möglichkeiten gibt. In der Digitalisierung liegt sicherlich ein großer Schlüssel. Das gilt für die Betriebe, die dadurch entlastet werden können. Themen sind hier die Standardisierung von Daten, aber auch die Automatisierung, die in den Unternehmen stattfindet. Da spielt natürlich auch unser Megathema, die künstliche Intelligenz, mit hinein, die in diesem Bereich eingesetzt werden kann und auch zu einer Verbesserung beitragen wird.

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Erbe, Sie haben offiziell noch eine Minute zur Verfügung.

Sv. Herr Erbe: Wie Sie sehen, bin ich schon auf Seite 15 von 24.

Vorsitzender Alexander Salomon: Oh, das ist gut.

(Heiterkeit)

Sv. Herr Erbe: Das hätte ich jetzt besser nicht gesagt. Mal schauen, wie resilient Sie sind.

(Heiterkeit)

Dann werde ich mal etwas schneller. – Das Thema Fachkräftesicherung ist ein großes Thema für uns, denn wenn wir keine Fachkräfte haben, können sich die Unternehmen nicht entsprechend weiterentwickeln. Die Stärkung der Ausbildung, die gewerbliche Unterstützung von Bildung und die Fachkräfteeinwanderung sind hier sicherlich die Hauptthemen.

– 8 –

Ein weiteres Thema ist eine konstante Wirtschaftspolitik nach dem Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft. Das werde ich im Sinne der Zeitersparnis nicht weiter ausführen. Das kennen Sie alle sicherlich besser als ich. – Ich blättere und bin jetzt schon auf Seite 21 von 24.

Auch die Förderung des Freihandels und die Stärkung des Binnenmarkts sind Themen, die den Unternehmen, die so international aufgestellt sind, wie wir es sind, stark entgegenkommen. Da ist meine Sorge immer, dass diese starke Internationalisierung von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen wird. Nach wie vor geht der Blick von der Industrie mehr in Richtung Handwerk, was auch wichtig ist, bzw. zum Bäcker an der Ecke, der mit einer Bäckereikette im Wettbewerb steht. Das ist bei uns nicht so, sondern wir stehen mit Nationen wie der Volksrepublik China und auch mit den Vereinigten Staaten von Amerika im Wettbewerb, die ganz klare Wirtschaftsstrategien fahren, die sie auch offen kommunizieren. Eine Wirtschaftsstrategie in der EU kann ich noch nicht so richtig erkennen. Diesbezüglich haben wir einen gewissen Nachteil, den wir aufholen müssen. Deshalb ist es aus meiner Sicht wichtig, dass wir alle uns vor Augen führen, wie international aufgestellt doch die Wirtschaft in Baden-Württemberg ist und dass das Bruttoinlandsprodukt tatsächlich nicht nur in der Bäckereifiliale erwirtschaftet wird, sondern eben auch von den mittelgroßen und großen Playern hier bei uns in Baden-Württemberg, wo es sehr viele namhafte Unternehmen gibt, die global visibel sind. Der Blick geht auf diese, aber nicht so sehr auf den Mittelstand, der jedoch genauso international ausgerichtet ist.

Um es zusammenzufassen: Es gibt fünf Handlungsfelder: Digitalisierung, Bürokratienteilnahme, Fachkräftesicherung, Planungsfreiheit und „Globaler Handel“. Wir haben also sehr viel Potenzial, uns hier resilienter aufzustellen. Diese Handlungsfelder müssen priorisiert und strategisch angegangen werden.

Als Folge des aktuellen Vertrauensverlustes in den Standort, der durch die Pandemie entstanden ist, sehen wir, dass einige Unternehmen Verlagerungen ins Ausland ins Auge fassen. Das höre ich häufiger aus der Branche, tragischerweise auch aus meinem eigenen Haus, wo es Empfehlungen gibt, zu verlagern, und zwar nicht nur die Produktion, sondern auch die Forschung, Entwicklung und Logistik. Dagegen müssen wir arbeiten; das dürfen wir nicht zulassen. Auch wenn man das Thema Deindustrialisierung schon nicht mehr hören kann, birgt es eine Gefahr, der wir entgegenwirken müssen. Die Deindustrialisierung geschieht schleichend; davon lesen wir in den Medien nichts. Aber jeder Arbeitsplatz, der erst einmal aus Deutschland weg ist, kommt nicht wieder zurück. Das müssen wir im Hinterkopf haben, denn auch das ist ausgesprochen wichtig für Resilienz. Deswegen bin ich Ihnen sehr dankbar, dass Sie mit Ihrer Arbeit dazu beitragen, den Standort Baden-Württemberg für uns alle, aber eben auch für die Unternehmen weiter zu stärken.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit und freue mich, dass ich noch einen guten Schlusspurt hinbekommen habe.

– 9 –

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Das haben Sie, Herr Erbe. Vielen Dank.

Damit wir keine Zeit verlieren, machen wir auch direkt mit Herrn Dr. Matthias Voelkel weiter. Er ist Vorstandsvorsitzender der Vereinigung Baden-Württembergische Wertpapierbörse e. V. und CEO der Gruppe Börse Stuttgart. Sie haben 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dr. Voelkel: Vielen Dank, Herr Erbe, auch für Ihren Schlusspunkt. – Vielen Dank für die Möglichkeit, mich Ihnen vorzustellen und mit Ihnen über das Thema „Krisenfeste Gesellschaft“ zu sprechen.

Ich bin CEO der Gruppe Börse Stuttgart. Worüber reden wir, wenn wir über die Gruppe Börse Stuttgart sprechen? Wir reden über ein Unternehmen mit 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Zentrale ist hier in Stuttgart. Wir sind aber europäisch aktiv. Wir betreiben neben der Börse in Stuttgart auch eine Börse in Schweden und eine in der Schweiz. Wir können auf eine 160 Jahre lange Historie und sind vollständig reguliert. Wir haben als Haus nie das betrieben, was man „regulatorische Arbitrage“ nennt. Das heißt, wir haben unsere Lizenzen hier in Deutschland – natürlich in Schweden die schwedische Börse und in der Schweiz die Schweizer Börse –, und das ist es.

Warum betone ich das eingangs? Weil es in vielen Industrien und so auch in der Finanzindustrie unterschiedliche Ansätze gibt. Es gibt diejenigen, die sich bewusst einer Regulierung unterwerfen und diese für wichtig halten. Dazu gehören wir. Dann gibt es noch andere Spieler, die versuchen, das zu umgehen. Das ist für uns nicht der Weg, den wir gehen wollen und können, und ich denke, das ist auch nicht der Weg des Erfolgs.

Was ist eine Börse? Eine Börse ist Infrastruktur. Wir sind Kapitalmarktinfrastukturanbieter. Das ist eine Börse. Und wir sind kritische Infrastruktur. Das werde ich im Folgenden ausführen. Wenn die Börse nicht läuft, dann gibt es an vielen anderen Stellen große Probleme, zunächst einmal für die Unternehmen, aber tatsächlich auch für Privatpersonen.

Was ich in diesem Zusammenhang auch noch zu uns sagen möchte: Wir sind Vorreiter im Bereich „Digital und Krypto“, also digitale Assets und Kryptowährungen, wo auch unser Ansatz ist, diese Regulierung anzustrahlen. Auch da haben wir eine Reihe von Lizenzen, und auch da machen wir das sehr reguliert und glauben, dass das gerade in diesen volatilen digitalen Märkten von großer Bedeutung ist.

– 10 –

Die anderen Standorte sehen Sie auch noch: Neben Stuttgart haben wir auch Standorte in Berlin, wo ein Teil unseres Digitalgeschäfts ist, in Stockholm – offensichtlich unsere schwedische Börse –, in Zürich, der Standort unserer Schweizer Börse, sowie in Ljubljana, wo einige unserer IT-Entwickler sitzen. Das Gros der Mitarbeiter ist hier in Stuttgart tätig. Wie Sie sehen, ist unsere Börsengruppe die sechstgrößte Europas – kritischer Infrastrukturanbieter.

Warum sind wir kritischer Infrastrukturanbieter? Was machen wir eigentlich? Was ist unser Beitrag? Wir haben einmal versucht, das auf Papier zu bannen. Wir bündeln Angebot und Nachfrage und bringen das zusammen. Was heißt das? Das heißt, wenn ein Privatinvestor Aktien kaufen oder verkaufen will, dann kann er das bei uns machen, und zwar zu einem fairen, transparenten Marktpreis und nicht zu einem Preis, der irgendwo ausgehandelt wurde, und nicht zu einem Preis, der versteckt ist oder festgelegt wird. Es kommen Angebot und Nachfrage, und man bekommt den besten Preis. Das ist extrem wichtig; denn gerade in der Finanzindustrie bzw. an den Kapitalmärkten gibt es noch das andere Prinzip: das im Shadow Banking oder intransparent zu machen. Und genau das sind wir nicht. Wir sind der transparente Marktplatz mit ganz festen Regeln, die bestimmen: Was ist der Preis? Der Preis bestimmt sich eben danach, wie viele verkaufen und wie viele kaufen wollen. Wir haben eine Handelsüberwachungsstelle und die Orderbuchtiefe. Ich will nicht zu technisch sein, aber das ist hoch reguliert. Dadurch wird sichergestellt, dass das gewährleistet ist, was man Marktpreisgerechtigkeit nennt. Das machen wir.

Das Nächste ist: Wir stellen stabile und effiziente Handelsplätze. Sie können das eben nicht nur an zwei Tagen in der Woche, sondern müssen es von Montag bis Freitag und auch bis in die Abendstunden machen. Auch hier gilt wieder: volle Transparenz. Es ist auch nicht so, dass wir das irgendwann mal abschalten, wenn wir keine Lust haben oder Ähnliches, sondern das muss zur Verfügung gestellt werden. Das ist ganz wichtig.

Ein weiteres Prinzip ist die Gleichbehandlung der Anleger. Egal, ob Sie es sind oder ob es jemand anderes ist – jeder ist an einer Börse gleichberechtigt. Sie bekommen keinen besseren Preis oder einen schlechteren Preis. Große bekommen keinen besseren oder schlechteren Preis – in der Regel wäre es ein besserer Preis – als Privatanleger. Das ist ein ausgesprochen wichtiges Prinzip, übrigens auch regulatorisch abgesichert.

Das Thema „Transparente Kapitalmarktgeschäfte“ hatte ich bereits erwähnt.

Wir wollen Unternehmen Zugang zu Kapital bieten. Ich habe jetzt sehr viel über Privatpersonen gesprochen. Das ist auch etwas, worauf wir großen Wert legen. Aber Börsen sind natürlich auch ganz entscheidend für die Finanzierung von Unternehmen. Wir haben über die krisenfeste Gesellschaft und auch über digitale Transformation oder die grüne Transformation gesprochen. Sie, die Sie hier sitzen, beschäftigen sich sehr viel mit dem Thema. Nehmen wir einmal an, man braucht 200 Milliarden € im Jahr, um die Wirtschaft nachhaltig zu machen. Vielleicht sagt jemand 100 Millionen €,

– 11 –

vielleicht sagt jemand 300 Millionen €, aber es sind nicht nur Millionen, sondern es sind sehr hohe Milliardenbeträge.

Jetzt lautet die Frage: Woher kommt dieses Geld? Es gibt Möglichkeiten, Geld vom Staat zu erhalten. Sie kennen die Größe des Haushalts und wissen, dass das nicht möglich sein wird. Das wollen wir wahrscheinlich alle nicht mit unseren Steuern finanzieren, und die entsprechenden Einschnitte in den Sozialbereich wären politisch nicht gangbar.

Es bleiben also zwei weitere mögliche Quellen, und das sind die Banken oder der Kapitalmarkt. Banken heißt Kredit; Kapitalmarkt heißt Anleihen und Aktien. Ein großer Teil gerade auch der Finanzierung der mittelständischen Wirtschaft läuft über Banken, und das ist auch nicht schlecht. Bevor ich bei der Gruppe Börse Stuttgart angefangen habe, war ich lange Zeit in einer Beratung. Ich bin ursprünglich gelernter Jurist, mache davon aber kaum noch Gebrauch. Ich war lange in einer Beratung und habe dort Bank und Börsen gemacht. Ich habe Börsen für diese Beratung global geleitet. Ich kenne mich also durchaus auch mit Banken aus. Banken heißt, ich gebe einen Kredit. Mit dem Kredit wird etwas gemacht, und er muss zurückgezahlt werden. Damit ist man aber auch vom Zinsniveau abhängig. Kredite waren in den letzten Jahren sehr günstig. Mittlerweile sind die Kreditzinsen hoch. Je mehr man als Unternehmen von Krediten abhängig ist, umso mehr ist man von Banken abhängig. Das ist das eine.

Das Zweite ist: Wann immer wir über Bankenregulierung, über Sicherheitspuffer, Kapitalquoten und Ähnliches sprechen, sagen wir auch, dass entsprechend weniger Kredite ausgegeben werden. Wenn ich die Kapitalquote verdopple, kann ich mit dem gleichen Kapital nur die Hälfte der Kredite herausgeben.

Das heißt, man hat den Bankensektor. Der Bankensektor ist sehr wichtig. Das gilt insbesondere für eine mittelständische Wirtschaft und auch für Familienunternehmen. Dafür ist der Bankensektor extrem wichtig. Es kann aber nicht nur der Bankensektor sein, sondern es muss auch der Kapitalmarkt sein. Da reden wir über Unternehmensanleihen, über Aktien und darüber, dass es sich bei dem, was an Digitalisierung oder nachhaltiger Transformation finanziert werden muss, zum Teil um Risikoinvestitionen handelt. Nicht alles, was man als Start-up im Bereich Green macht, wird zum Erfolg führen. Die Erfolgsquote ist nicht 90 % oder 50 %, sondern die ist geringer. Das ist auch gut so, denn das ist unternehmerisches Handeln, das wir brauchen. Das wird Ihnen aber keine Bank finanzieren. Bei einem Zins von 5 % haben Sie also keine Ausfallquote von 50 %. Das rechnet sich nicht. Auch dafür ist ein Kapitalmarkt da. Da sprechen wir über Venturecapital und Ähnliches.

Das ist neben dem Bereich Anleger, Anlegerschutz, Anlegertransparenz und Zugänglichkeit also der zweite wesentliche Grund, warum es uns gibt. Der Beitrag, den wir leisten, ist der Kapitalmarkt und damit die Finanzierung von Unternehmen, die Finanzierung von digitaler Transformation, von grüner Transformation usw.

– 12 –

Damit komme ich zu der Frage zurück, mit der sich die Enquetekommission befasst: Was ist Krisenmanagement, und was ist dafür wichtig? Um es für uns zu sagen: Das ist tatsächlich Teil unserer DNA. Unsere Ausfallquote ist erheblich geringer als die aller möglichen anderen Infrastrukturen. Wir fallen nicht 10 % aus, wir fallen nicht 5 % aus, wir fallen auch nicht 1 % aus, sondern wir fallen 0,x % aus, und zwar im sehr niedrigen Nachkommastellenbereich. Ausfallen heißt, die Plattform ist nicht verfügbar. Wir garantieren also höchste Zuverlässigkeit. Wenn Sie das mit anderen Infrastrukturen vergleichen, dann ist es dort nicht so. Im Bereich Stromversorgung gibt es z. B. eine ähnlich hohe Zuverlässigkeit, in anderen Infrastrukturen tatsächlich nicht.

Was machen wir? Wir betreiben eine Sicherstellung resilienter Systeme. Das bedeutet einerseits natürlich viel Investition in IT, die wir machen, aber auch viel Investition – das ist angesprochen worden – in Cyber. Wir machen Pentests usw. Das ist absolut wichtig. Das alles sind Sachen, die hier nur aufschlagen, wenn sie nicht funktionieren. Bis jetzt haben sie funktioniert. Das Problem entsteht, wenn wir einen schlechten Job machen. Wir geben uns Mühe, dass wir und insbesondere ich nicht vor Ihnen in dieser Sache sprechen müssen.

Auch das IT-Risikomanagement ist wichtig. Damit sind wir wieder im Finanzbereich. „Three Lines of Defense“ ist da das Thema, also dass das Risikomanagement in allen Bereichen der Institution gedacht wird.

Emergency Playbooks: Wir haben unsere Systeme oben gehalten, wir haben die Märkte offen gehalten – übrigens auch während der Coronapandemie. Es war nicht so: Vorübergehend geschlossen, und wir müssen uns erst sammeln. Ich sage nachher auch, warum es eine Katastrophe gewesen wäre, wenn die Börsen während der Coronapandemie unten gewesen wären. Wir hatten die Märkte tatsächlich offen gehalten und folgen dabei entsprechenden Handreichungen. Wir haben Emergency Playbooks. Wenn irgendein Problem wie z. B. die Coronapandemie auftritt, dann haben wir eine Struktur, der wir folgen. Haben wir Corona vorausgesehen? Natürlich nicht. Aber es gibt ähnlich gelagerte Sachverhalte, auf die wir zum Glück vorbereitet waren.

Bei den fortlaufenden Sicherheits-Audits handelt es sich um Tests, beispielsweise um Angriffstests oder Pentests. Da simulieren wir digital Angriffe von innen und auch von außen. Das ist extrem wichtig. Wir führen regelmäßig Ernstfallsimulationen durch. Wir hatten am Mittwoch einen großen Alert. Wir führen Übungen durch, wo wir Pseudoerpresser und Terroristen einschleusen, um zu schauen, was passiert, wenn eine digitale Erpressung da ist. Da ist alles möglich. Ich möchte nicht zu sehr ins Detail gehen. Nehmen Sie einfach nur mit, dass wir da schon immer sehr viel getan haben und dass eine Krise, eine Ausnahmesituation wie Corona, ein Weckruf ist, das Ganze noch einmal eine Stufe höher zu stellen.

– 13 –

Insgesamt glaube ich, dass die Börsen europaweit einen ziemlich guten Job gemacht haben. Sie haben sichergestellt, dass es zu keinem Ausfall kam, und das, obwohl unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von zu Hause arbeiten mussten. Wir haben Händler. Da musste ganz schnell die digitale Infrastruktur hochgefahren werden. Es war nicht so, dass man sich da erst einmal hätte finden können. Ich habe zwei Kinder, und wenn ich mir überlege, wie lange die Reaktionszeit zum Teil in den Schulen war, bis da irgendetwas passiert ist, dann liegen schon Welten dazwischen. Allerdings sind IT und Risiko auch unser Job.

Was passiert, wenn eine Krise eintritt? Was passiert an den Kapitalmärkten? Starke Preisschwankungen. Während der Coronakrise sind die Aktienmärkte von Februar bis März um 40 % eingebrochen. Das hören Sie dann auch in den Medien: kompletter Einbruch im Aktienmarkt. „Gott sei Dank habe ich keine Aktien“, das ist dann die deutsche Reaktion. Allerdings ist es dummerweise so, dass der Aktienmarkt im Juni dann wieder um 50 % hochgegangen ist.

Warum sage ich das? Wenn Sie als Privatanleger Aktien haben und auf Nummer sicher gehen möchten, dann brauchen Sie einen Platz, wo Sie die Aktien verkaufen können, und zwar nicht erst in vier Wochen, sondern sofort. Und genau das haben wir sichergestellt. Wenn in solchen Schocksituationen kein Marktplatz da ist, dann kommt es zum finanziellen Meltdown, dann kommt die Panik an den Märkten. Man denkt, es geht runter, man kann aber nicht verkaufen. Man sucht sich dann andere Kanäle. Das wird dann im Schattenbankensystem und in Ähnlichem realisiert. Die Kurse purzeln nach unten. An einer Börse gibt es dann genauso die erfahrenen Anleger, die institutionellen Anleger, die in solchen Situationen zukaufen.

Vielleicht noch einmal zu den Privatanlegern: In Deutschland beträgt die Aktienquote in Bezug auf die Privatanleger 18 %. Die Quote in Schweden beträgt 60 %. Ich kann nur dazu ermutigen, sich einmal die Vermögenssituation der Deutschen, das durchschnittliche Vermögen der Deutschen, das Medianvermögen der Deutschen anzuschauen. 42 Millionen der Deutschen sind reicher als diese fiktive Person, 42 Millionen sind ärmer. Diese eine Person genau in der Mitte hat das Medianvermögen. Diese fiktive deutsche Person ist mit ihrem Medianvermögen global nicht unter den Top 20 – nicht unter den Top 20! Da sind sehr viele asiatische und auch sehr viele europäische Länder besser aufgestellt, und zwar signifikant besser. In den USA und in der Schweiz ist es ein ganz anderes Level, aber auch in Italien, in Frankreich etc.

Da sprechen wir auch über Krisenresilienz und darüber, ob eine Bevölkerung ausreichend Vermögen hat. Woran liegt das? Das liegt insbesondere an zwei größeren Faktoren. Das ist einerseits die Immobilienquote, die in anderen Ländern höher ist. Nun muss man fairerweise sagen, dass das auf den Zweiten Weltkrieg zurückzuführen ist. Auch da haben wir noch Aufholpotenzial. Es ist aber auch so, dass es natürlich steuerliche und andere Anreize gibt. Das andere ist, dass die private Altersvorsorge an den Kapitalmärkten in anderen Ländern häufig staatlich gefördert wird, beispielsweise in

– 14 –

Schweden oder in der Schweiz, aber auch in sehr vielen anderen Ländern. Die Liste ist lang.

Diese beiden Faktoren tragen dazu bei. Es ist nicht die geringere Wirtschaftsleistung Deutschlands als Land, und es ist auch nicht die fehlende Fähigkeit der Deutschen, sondern es ist tatsächlich die Frage: Wie gut ist man darin, und wie gut sind die Rahmenbedingungen, die der Staat für den Vermögensaufbau setzt? Schauen Sie es nach: In Bezug auf das Durchschnittsvermögen belegt Deutschland Platz 16. In Deutschland gibt es allerdings ziemlich viel Vermögen oben, und in der Mitte ist gar nicht so viel Vermögen. Das Medianvermögen ist vielleicht nicht schlecht. Wenn Sie aber das Durchschnittsvermögen zugrunde legen, dann belegt Deutschland Platz 16. Wenn Sie das Medianvermögen zugrunde legen, dann ist Deutschland nicht unter den Top 20. Das ist nicht gut.

Ich muss Ihnen auch sagen: Es überrascht mich, dass diese Debatte in der öffentlichen Diskussion nicht stattfindet, weil es auch große soziale Auswirkungen hat. Und vielleicht noch etwas: Gehen Sie davon aus, dass Menschen mit einer guten Ausbildung an Börsen und an Kapitalmärkten überdurchschnittlich aktiv sind. Das gilt nicht für das kurze Spekulieren, sondern für die langfristige Anlage. Diese Menschen halten dann auch Schwankungen aus, weil sie eine entsprechende finanzielle Bildung haben. Je schwächer die soziale Positionierung einer Person ist und desto geringer die finanzielle Bildung ist, umso weniger werden sie diese Möglichkeiten nutzen und umso mehr werden sie in Anlageformen gehen, die bei einer Inflation von immer noch 5 % – wahrscheinlich strukturell über 2 % trotz des EZB-Ziels – Geld vernichten.

Also: starke Preisschwankungen. Unsere Aufgaben sind, Anlegern Sicherheit zu geben, damit sie Aktien verkaufen oder auch kaufen können, wenn es möglich ist, und nicht zu sagen: „Die Börse ist geschlossen“, was in der Folge zu Panik an den Märkten führt.

Vertrauensverlust an den Märkten: Wenn das eben passiert und es Schwankungen gibt: Je weniger man über Bildung – Bildung ist extrem wichtig – verfügt, umso mehr wird man sich natürlich dann auch anstecken lassen.

Verknappung von Krediten: Wir sehen das derzeit: Die Zinsen sind hoch. Die Kapitalbeschränkungen bei den Banken sind hoch. Die Möglichkeit für Unternehmen, an Kredite zu gelangen, ist eine andere als vor zwei oder drei Jahren. Wie ich versucht habe auszuführen, ist dann die Möglichkeit umso wichtiger, über Börsen zu gehen. Zinsanpassungen sind dort der entsprechende Treiber. Wir sehen es jetzt: Das war der Schock, der dazu geführt hat, dass es nach langen Jahren des billigen Geldes, wo man es sich vielleicht auch etwas bequem gemacht hat, jetzt einen Hallo-Wach-Ruf gab. Man hat dann gesehen, dass die Ausgabensituation durch Corona so ist, wie sie ist. Jetzt kommen makroökonomische Krisen hinzu. Das, was wir sehen, ist häufig auch angebotsbedingt – russisches Gas und Ähnliches. Das sind Makroschocks auf

– 15 –

geopolitischer Ebene, und entsprechend führen Zinsanpassungen und anderes zur Inflation. Die Wechselkurse schwanken. Auch das kann Implikationen für die Wirtschaft haben. In der Regel führt das zu einem Fokus auf sichere Anlagen.

Auch das bieten wir übrigens: Wir sind die größte deutsche Börse für Anleihen, die ja gemeinhin als sicherer gelten. Ich möchte Ihnen aber auch sagen, dass die Anleihen, die niedrig verzinst waren, die Sie vielleicht vor drei Jahren gekauft haben, ordentlich eingebrochen sind. Auch das ist eine Reaktion auf das, was wir im Bereich Zinsen sehen.

Das sind also die Auswirkungen, die wir sehen. Ich habe versucht, Ihnen zu erläutern, inwieweit die Börse Stuttgart konkret ihren Beitrag dazu leistet, um das abzumildern. Wir und insbesondere die Kollegen haben in der Krise einen guten Job gemacht, und das, obwohl die Orderlast, also die Transaktionsvolumina, während der Krise extrem war, und zwar dreimal so hoch wie normal. Die Leute wollten kaufen, wollten verkaufen etc. Das waren massive Transaktionsvolumina, und die Maschinen haben gehalten.

Es stellen sich die Fragen: Was kann man denn tatsächlich machen? Was ist wichtig? Ich habe versucht, einen breiteren Blick auf die Bedeutung von Infrastruktur, von kritischer Infrastruktur zu geben, was wir als Börsen ja sind. Ich habe versucht, deutlich zu machen, wie wichtig Regulierung ist – aber bitte: smarte Regulierung. In Deutschland gibt es eine Überregulierung. Wir sind die Letzten, die sich gegen Regulierungen stemmen. Ganz im Gegenteil: Wir finden das extrem wichtig. Man muss aber erstens aufpassen, dass man es nicht übertreibt, und das ist in Deutschland leider der Fall. Zweitens: Je mehr Sie diejenigen regulieren, die guten Willens sind, nämlich wir, umso mehr haben andere einen Grund, das nicht zu machen. Es sollte ein stärkerer Fokus darauf gerichtet sein, sich diejenigen anzuschauen, die Regulierungen bewusst umgehen.

Ich hätte diesbezüglich einige konkrete Ideen. Während der Coronapandemie ist viel Pragmatismus gezeigt worden, auch in der Verwaltung etc. Das sollten wir beibehalten und nicht zurückdrehen. Jede Krise ist also auch eine Chance.

Der Börsenhandel sollte regulatorisch unterstützt werden. Ich hoffe, das habe ich deutlich gemacht. Es ist sehr wichtig, Regulierungsarchitektur zu gestalten und einheitliche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Regulierung ja, aber bitte nicht unfair. Die einen entziehen sich, wir machen es und sind die Dummen.

Ich halte eine Kapitalmarktunion auf europäischer Ebene für sehr wichtig. Mein Vorredner hat die Firma Viessmann genannt. Was waren große Börsengänge deutscher Unternehmen, über die man berichtet hat? Viessmann, Birkenstock, Linde, das größte deutsche Unternehmen, und BioNTech. Alle vier Unternehmen sind nicht in Europa gelistet worden, sondern in den USA. Und ich sage Ihnen: Das wird auch so weitergehen. Entweder schaffen wir den europäischen Kapitalmarkt und bewegen uns aus diesem naiven Kokon heraus, dass man sagt, um Kapitalmärkte müssen wir uns nicht

– 16 –

kümmern, oder diese Bewegung wird weitergehen. Ich kann Ihnen sagen, was mit einem Unternehmen passiert, das in den USA gelistet ist. Dazu war ich lange genug in der Unternehmensberatung. Dann ist irgendwann die Zentralfunktion da, dann ist alles weg, und irgendwann ist es ganz bestimmt kein deutsches Unternehmen mehr. Dann kann man sich überlegen, das zu beklagen, und kann sagen, die Welt ist schlimm, oder man kann sich überlegen, einfach so gut zu sein, dass die Unternehmen nicht weggehen. Ich würde sehr stark für Letzteres plädieren.

Die gesamte Marktkapitalisierung aller DAX-Unternehmen liegt unter der von Apple. Unter den 50 größten Unternehmen weltweit ist kein deutsches. Das liegt gewiss an den Rahmenbedingungen. Das liegt aber auch an den Kapitalmärkten bzw. an den nicht starken Kapitalmärkten.

Ich will Ihnen noch etwas sagen, und dann schließe ich – ich bin sehr gern bereit, anschließend Fragen zu beantworten –: Ich glaube – das ist eher eine politische Aussage, die jetzt gar nicht so viel mit krisenfester Gesellschaft zu tun hat –, wenn wir die Vorstellung haben, dass das, was wir in Europa, in Deutschland bzw. in Baden-Württemberg machen, eigentlich ein gutes und attraktives Modell ist, und wenn wir dafür stehen, dann sollten wir versuchen, das zu einem Gewinnermodell zu machen. Wenn wir durchgereicht werden, wenn Unternehmen woanders listen, wenn die ganze Welt wächst und wir uns Degrowth überlegen, dann ist das eine Entscheidung, die wir meinetwegen für uns treffen können. Das ist ein sehr demokratischer Prozess. Aber eines kann ich Ihnen sagen: Wir werden nicht Vorbild für die Welt sein. Ich bin sehr viel international unterwegs gewesen und bin es jetzt auch immer noch. Das europäische Modell und auch das deutsche Modell haben durchaus noch einen Glanz. Aber für ein Modell, über das man sagt, wir werden ja abgehängt, finden Sie keine Fans.

Ich halte es deswegen für wichtig, die Infrastruktur zu schützen. Deswegen finde ich es auch sehr gut, dass es diese Enquetekommission gibt. Wir leisten unseren Beitrag. Zur Wirtschaft ist schon einiges gesagt worden. Die Kapitalmärkte sind ein ganz entscheidendes Element für geopolitische und im Endeffekt politische sowie auch kulturelle Unabhängigkeit. Entweder ist man Koch oder Kellner. Ich finde, wir sollten schauen, dass wir tatsächlich wieder Koch werden. Aktuell sind wir es nicht.

Danke.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Voelkel. – Dann kommen wir jetzt zur Fragerunde. Zunächst rufe ich für die Fraktion GRÜNE den Kollegen Poreski auf.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Meine ersten Fragen richten sich an Herrn Erbe. Zunächst einmal herzlichen Dank für Ihren Vortrag und auch für Ihre Hinweise, die – so

– 17 –

denke ich – einige unserer Fragen schon ganz gut aufgreifen. Das Thema Entbürokratisierung ist inzwischen, glaube ich, auch ganz oben angekommen und wird auch sehr strukturiert bearbeitet. Danke auch für den Hinweis, dass es Übergänge braucht – Stichwort PFAS. Dazu wird meine Fraktion am Montag einen Fraktionsdialog machen, weil es eben Übergänge braucht. Also, nicht Kopf ab, sondern es geht immer darum, entsprechende Prozesse in Gang zu setzen.

Sie haben zu Recht die Themen Wettbewerbsverzerrung und IRA, den Inflation Reduction Act, der sicherlich einen Anteil daran hat, dass Unternehmen überlegen, sich zu verlagern, angesprochen. Da gibt es dann schon charmante Angebote, die man nicht ablehnen kann. Wenn es dann um Milliarden geht, ist es schon eine echt schwierige Situation. Sie haben zu Recht nicht nur die baden-württembergische Ebene angesprochen, sondern auch die Landesebene. Welche Strategien wären diesbezüglich von unserer Seite machbar?

Meine zweite Frage betrifft die Abhängigkeit von Unternehmen in Bezug auf globale Lieferketten und Märkte. Jedes Unternehmen nimmt individuell eine Risikoabwägung vor: Was muss ich hier vor Ort an Lieferketten oder an Diversifizierung leisten? Das ist sicherlich richtig und wichtig. Dafür gibt es ja auch die IHK und die Politik. Was braucht es denn koordiniert, damit wir uns an dieser Stelle etwas mehr Resilienz erarbeiten? Diesbezüglich haben wir in der Vergangenheit sehr schlechte Erfahrungen gemacht.

Weil es zwar eine europäische Strategie ist, die allerdings auch einen Beitrag dazu leisten kann, wie die anderen Sachverständigen sagen, stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage: Wo stehen wir aus Ihrer Sicht in Baden-Württemberg in Bezug auf die Realisierung einer Circular Economy? Dabei geht es darum, quasi ein eigenes Mining mit Recyclingprodukten zu machen. Welche Anstrengungen werden diesbezüglich von den Unternehmen unternommen? Was braucht es, um hier noch weiter voranzukommen? Mir ist bekannt, dass die IHK entsprechende Arbeitsstrukturen hat. Aber das funktioniert ja nur dann nachhaltig, wenn die Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen setzt.

Herr Dr. Voelkel, Sie haben anschaulich dargestellt, warum die Börse aus Ihrer Sicht Teil einer Stabilisierungsarchitektur sein kann. Allerdings haben wir in der Vergangenheit auch andere Erfahrungen gemacht, dass nämlich der Finanzsektor selbst zum Krisenherd geworden ist und Krisen sogar verschärft hat. Was braucht es denn von der politischen Seite her, damit in solchen Situationen stärker gemeinwohlorientiert, ausgleichend und regulierend gearbeitet werden kann?

Vielen Dank.

Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Ich habe zwei Fragen an Herrn Erbe. – Sie haben das Once-Only-Prinzip angesprochen. Welche konkreten Schritte könnten wir da denn jetzt machen? Wir versuchen ja, konkrete Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

– 18 –

In Ihren Handlungsempfehlungen haben Sie den Wunsch formuliert, den Freihandel zu fördern und den Binnenmarkt zu stärken. Welche Freihandelsabkommen wären dafür nötig? Was wären denn die nächsten Schritte? Was schwebt Ihnen da vor?

Dann habe ich noch drei Fragen an Herrn Dr. Voelkel. – Erstens: Sie haben gesagt, dass Sie die Kapitalmarktunion auf EU-Ebene vorantreiben wollen. Was könnte das Land Baden-Württemberg diesbezüglich konkret machen?

Zweitens: Sie hatten anschaulich dargestellt, welches Risikomanagementsystem die Börse Stuttgart hat, um mit Krisen umzugehen. Wer könnte denn von Landesseite aus Krisenreaktionspläne mit den Finanzinstituten ausarbeiten? Sehen Sie da das Finanzministerium in der Pflicht, oder wer wären die relevanten Akteure?

Drittens: Sie haben ja dieses tolle Risikomanagementsystem. Gibt es irgendwelche andere Krisenszenarien, auf die Sie sich schon jetzt vorbereiten? Dabei denke ich nicht nur an einen Finanzcrash, sondern auch an andere Krisen wie beispielsweise die Coronapandemie. Könnten Sie dazu etwas sagen?

Herzlichen Dank.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Zunächst danke ich Ihnen, Herr Erbe, für Ihre Ausführungen. Ich habe einige konkrete Nachfragen.

Sie haben die Entbürokratisierung bzw. die Verschlinkung der Verwaltung angesprochen. In Baden-Württemberg ist der Normenkontrollrat aufgelöst worden. Mich würde Ihre Einschätzung interessieren, wo wir in Bezug auf die Entbürokratisierung gerade stehen. Haben Sie vielleicht – anknüpfend an meine Vorrednerin – konkrete Vorschläge, wo wir mit Blick auf die Verwaltung bzw. auf die Strukturen ansetzen müssten, um zu klaren Vereinfachungen zu kommen?

Sie haben das Thema Fachkräfte bzw. Fachkräftegewinnung aus Zeitgründen nur kurz gestreift. Deswegen würde ich diesbezüglich gern noch einmal konkret nachfassen. Zum einen danke ich Ihnen für die IHK-Positionierung zum Thema „Studiengebühren für internationale Studierende“. Das ist zwar ein kleiner Punkt, aber eben doch einer, der in der landespolitischen Hoheit liegt. Allerdings gibt es noch einige andere Schnittstellen, wo es tatsächlich konkrete Möglichkeiten landespolitischer Art gibt. Ein wesentlicher Punkt, über den wir sprechen, ist die Fachkräftegewinnung bzw. der Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland. Hat die IHK Wünsche oder konkrete Forderungen, beispielsweise in Bezug auf die Ausländerbehörden? Als Stichworte sind hier andere Strukturen, die Vereinfachung der Anerkennung von Abschlüssen z. B. bei den regulierten Berufen oder etwas in der Art zu nennen. Sehen Sie da Notwendigkeiten?

– 19 –

Es gibt ja doch gewisse Zusammenhänge zwischen Wohnraum und Fachkräftesicherung. Ihr Unternehmen ist in einer Stadt angesiedelt, die davon ganz besonders betroffen ist. Gibt es diesbezüglich aus Ihrer Sicht Wünsche?

Sie haben die Bedeutung der Internationalisierung bzw. der globalen Verflechtung angesprochen und gesagt, dass das häufig nicht ausreichend berücksichtigt oder wahrgenommen wird. Gleichzeitig haben wir insbesondere nach Corona und den anderen Krisen eine etwas anders gelagerte Diskussion in Richtung Regionalisierung und dem Aspekt, wir müssten uns autark machen. Das steht ja zumindest auf den ersten Blick in einem gewissen Gegensatz oder Spannungsfeld zu dem, was Sie gesagt haben, dass wir nämlich die Internationalisierung stärker berücksichtigen sollten; vielleicht ist ja auch beides richtig. Sie haben den Bäckermeister bzw. die Bäckermeisterin angesprochen. Jeder wünscht sich, am liebsten nur noch Mehl aus dem Dorf nebenan und nur noch regionale Produkte zu kaufen. Wie können wir diese Gleichzeitigkeit von Internationalisierung und Regionalisierung schaffen?

Ein Punkt ist mir ein wenig zu kurz gekommen. Sie haben das Stichwort Deindustrialisierung angesprochen, das im politischen Kontext in aller Munde ist. Einer der relevanten Faktoren sind die Energiegewinnung bzw. „Energiereiche Produktion“. Ein wesentliches Handlungsfeld ist für uns die Frage der regenerativen bzw. erneuerbaren Energien. Diesbezüglich sehen wir als Oppositionsfraktion dringenden Handlungsbedarf in Baden-Württemberg. Da würde mich interessieren, ob das aus Sicht der IHK und vor allem der Industrie ebenfalls ein relevantes Themenfeld ist.

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch von unserer Seite vielen Dank für die Stellungnahmen.

Herr Erbe, meine Fragen betreffen eher den zweiten Teil Ihres Vortrags, der, zeitlich bedingt, etwas schneller ging. Wir haben jetzt aber die Gelegenheit, darauf noch einmal näher einzugehen.

Ich möchte noch einmal das Thema Fachkräftegewinnung konkretisieren und dann auch erweitern. Liegen die Hemmnisse in Bezug auf das Thema Fachkräftegewinnung aus Ihrer Sicht mehr aufseiten der Bürokratie? Oder ist möglicherweise auch die Abgabenlast in Deutschland ein Hemmnis, das dazu führt, dass sich jemand, der die Wahl zwischen Deutschland und anderen Ländern hat, eher gegen Deutschland entscheidet, weil für ihn in anderen Ländern mehr Geld vom Bruttolohn übrig bleibt als in Deutschland? Spielt auch das eine Rolle bei der Anwerbung von Fachkräften? Auch das Thema Bürokratisierung spielt in diesem Bereich eine Rolle.

Das Thema Fachkräftegewinnung hat auch mit der beruflichen Bildung zu tun. Könnten Sie darauf vielleicht noch einmal eingehen? Fachkräfte im eigenen Haus auszubilden, ist eine Stärke in Deutschland und auch eine Stärke in Baden-Württemberg. Ich habe aber den Eindruck, dass sowohl die berufliche als auch die akademische Ausbildung

– 20 –

da durchaus noch Potenzial hat. Vielleicht könnten Sie Ihre Eindrücke schildern, die Sie diesbezüglich haben.

Was die Entbürokratisierung angeht, strukturieren wir neu. Deswegen ist es heute durchaus mit einem direkten Draht verbunden, was neue Strukturen im Normenkontrollrat angeht. Welche Erwartungen haben Sie diesbezüglich? Was war in der Vergangenheit gut? Was hat dort vielleicht nicht so gut funktioniert? Was sollten wir daraus für die Zukunft lernen? Welche Handlungsempfehlungen können wir daraus ableiten? Das ist ja die Aufgabe dieser Enquetekommission.

Vielleicht noch etwas ganz Spezielles, weil das gerade angesprochen wurde. Können Sie etwas zur Kreislaufwirtschaft sagen, die in vielen Bereichen bzw. in vielen Branchen schon sehr weit fortgeschritten ist, beispielsweise in der Verpackungsmittelindustrie? Da kommt von europäischer Seite mit der Verpackungsmittelverordnung durchaus etwas auf uns zu, gerade was die Wellpappenindustrie angeht, wo wir, glaube ich, schon eine sehr hohe Recyclingquote von mehr als 90 % haben. Ich glaube, das wird gerade ein wenig durch feste Quoten konterkariert. Da gibt es ganz aktuell eine feste Quote von Mehrwegverpackungsmaterial. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen.

Herr Voelkel, Sie haben Kryptowährungen angesprochen. Ist das Thema Kryptowährung ein Beitrag zur Krisenresilienz? Wie können wir das einordnen? Wie können wir das auch vor dem Hintergrund der Regulierung oder Deregulierung einordnen? Was brauchen wir da? Wie ist da die Position der Börse Stuttgart?

Was ich sehr spannend und sehr interessant finde, ist das Thema Finanzbildung. Ich glaube, dort geht es los. Welche konkreten Empfehlungen oder Vorstellungen haben Sie diesbezüglich? Wie sollten wir da am besten vorgehen?

Was mich auch bewegt und beschäftigt – Sie haben es angesprochen –: Die letzten großen Börsengänge von deutschen Unternehmen haben nicht in Deutschland und noch nicht einmal in Europa, sondern außerhalb von Europa stattgefunden. Welche konkreten Maßnahmen können und müssen wir treffen, damit das in Zukunft vermieden werden kann?

Vielen Dank.

Abg. Carola Wolle AfD: Vielen Dank für die hervorragenden Vorträge. – Herr Erbe, ich habe diverse Fragen an Sie. Die deutsche bzw. die baden-württembergische Wirtschaft fußt maximal auf Kleinst- und mittelständischen Unternehmen. Das ist die Grundlage. Das ist eigentlich der Motor der Wirtschaft in unserem Land. Deswegen sagen Sie zu Recht: „Think Small First“. Jetzt sind die Unternehmen individuell sehr unterschiedlich. Wäre vielleicht von Ihrer Seite eine Unterstützung hinsichtlich der Ver-

– 21 –

netzung von kleinen Unternehmen zur Vorbereitung auf mögliche Krisen sinnvoll? Unternehmen Sie diesbezüglich bereits etwas? Denn wenn jedes kleine Unternehmen für sich etwas macht, ist es nicht so schlagfertig, als wenn es die Unternehmen gemeinsam machen; denn die großen Unternehmen verfügen über mehr Kapital.

Sie haben beschrieben, wenn kleine Unternehmen schließen, erfolgt die Versorgung über die großen Unternehmen, z. B. bei Spielsachen. Aber geht es nicht auch grundsätzlich um die Versorgung der Bevölkerung? Ist es nicht wichtig, dass die Bevölkerung erst einmal versorgt wird, vielleicht nicht unbedingt mit Spielsachen, obwohl das während der Coronapandemie auch wichtig war, aber vor allem mit Lebensmitteln?

Sie haben zu Recht das Thema Planungssicherheit angesprochen. Planungssicherheit ist ausgesprochen wichtig, und zwar nicht nur in Krisenzeiten. Aber wenn man von Krisenzeiten spricht, ist es dann nicht wichtig, dass insbesondere die Regierung oder die Wirtschaft eine gewisse Stabilität ausdrücken und gewährleisten, um sicher durch die Krise zu kommen?

Dann haben Sie den Themenkomplex „Fachkräftemangel/Fachkräftesicherung“ angesprochen. Das ist ein sehr schwieriger Komplex. Ich denke zum einen, dass die Migrationspolitik, die im Moment betrieben wird, eben nicht die Fachkräfte bringt, die wir tatsächlich brauchen, vor allem nicht in dem benötigten Umfang. Welche Möglichkeiten sehen Sie, diesbezüglich etwas zu machen?

Sie haben zwei wichtige Themen angesprochen, die der Wirtschaft derzeit das Leben eher schwermachen. Das ist zum einen das Thema „Energiewende und Energiesicherheit“, das wiederum mit einer Planungssicherheit verbunden ist. Zum anderen ist es das Thema Lieferkettengesetz. Vor diesem Hintergrund würde mich auch das Thema Hermesdeckung interessieren. Wie stellen Sie sich zu dem auf, was derzeit diesbezüglich geplant ist?

Noch einmal zum Thema Fachkräftemangel: Wie attraktiv ist denn unser Land überhaupt noch für deutsche Arbeitnehmer, insbesondere für diejenigen, die ganz bewusst ins Ausland abwandern? Was können wir tun, um sie zu halten bzw. wiederzugewinnen, außer dass man die Rahmenbedingungen ändert?

Herr Dr. Voelkel, Sie haben davon gesprochen, dass die Finanzmärkte und Börsen infolge der globalen Vernetzung angreifbarer werden könnten. Dabei denke ich an die Themen Cybersicherheit, KI und „Manipulationsversuche von großen Akteuren“. Was können wir tun? Welche Unterstützung können wir leisten, um sicherzustellen, dass das nicht in großem Maßstab möglich ist?

Danke schön.

– 22 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Erbe und Herr Dr. Voelkel, Sie haben ungefähr jeweils zehn Minuten Zeit für die Beantwortung.

Sv. Herr Erbe: Ich versuche, die Fragen in verschiedene Punkte zu clustern und zu priorisieren.

Zum Thema Strategie: Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, dass mir eine Wirtschaftsstrategie fehlt, und zwar auf allen Ebenen. Das gilt sowohl für die EU als auch für die Bundesrepublik Deutschland und für das Land Baden-Württemberg. Natürlich sind wir auch mit Frau Hoffmeister-Kraut in engen Gesprächen. Hier gibt es einen Dialog. Die Ansage der großen Weltmächte, die mit uns im Wettbewerb stehen – dabei sehe ich uns jetzt nicht als Baden-Württemberg, sondern als EU –, sind klar. Die Amerikaner sagen: „Inflation Reduction Act“, und wenn man es übersetzt, heißt das: „USA First“. Die Ansage von Donald Trump hat sich nicht geändert, sondern wurde in etwas konziliantere Worte überspielt. Die Aussage ist aber die gleiche. Da müssen wir uns also wirklich aufstellen.

Herr Voelkel, ich habe Ihnen gut zugehört. In den USA läuft die gesamte Alterssicherung über sogenannte 401(k). Das sind Aktienpakete, die man sich kauft. Damit kann man auch spekulieren. Das ist auch bei meinen Mitarbeitern so. Das läuft alles über 401(k). Das hat zwei Effekte: Zunächst einmal bleibt das Vermögen bei der Person. Zweitens generiert es ein Interesse an der Wirtschaft und an den Märkten, weil jeder verfolgt, wie sich sein Aktienpaket für seine Altersversicherung entwickelt. Beides fehlt in Deutschland. Das ist durch das System bedingt. Das System will ich jetzt nicht kritisieren; es ist so, wie es ist. Allerdings hat es zwei Nachteile: Die Menschen interessiert die wirtschaftliche Entwicklung nicht, weil sie abgekoppelt sind. Das Geld liegt beim Staat und bei den Versicherungen, und da liegt es auch gut und sicher. So denkt man – Norbert Blüm lässt grüßen: „Die Rente ist sicher“ –, und dann befasst man sich nicht mehr damit. Das hat dann eben diesen großen, großen Nachteil, den Herr Dr. Voelkel zutreffend dargestellt hat.

Auf der anderen Seite gibt es im Osten die Chinesen, die sagen: „Manufacturing China“. Wir finden es immer klasse, wenn Chinesen bei uns investieren. Da sagen wir, die stärken die deutsche Wirtschaft und bringen Geld hier ins Land. Nein, sie bringen kein Geld ins Land, sondern sie bereiten den Transit der Wertschöpfung aus Deutschland in die Volksrepublik China vor. Da muss man also auch aufpassen. Wir brauchen also eine Gegenstrategie.

Ich war vor nicht allzu langer Zeit in Berlin und habe mich dort mit Vertretern des Ministeriums für Bildung und Forschung unterhalten, die gesagt haben: „Herr Erbe, wir haben ein Förderprogramm aufgelegt: 50 Millionen € für die Medizintechnik. Sie sind doch von der Medizintechnik.“ Da habe ich gesagt: „Ich bedanke mich herzlich. Ich weiß aber auch, dass die Chinesen fünf Strategiefelder benannt haben, u. a. Automo-

– 23 –

tive, Energie, Medizintechnik, und nur für die Medizintechnik haben die ein Fördervolumen von 50 Milliarden Dollar aufgelegt. Also, herzlichen Dank für die 50 Millionen Euro, aber ich glaube, wir haben noch einen Weg zusammen zu gehen.“

Das macht die Relationen deutlich. Deshalb sage ich, dass wir eine Strategie brauchen. Ich sage jetzt nicht, dass wir 50 Milliarden € brauchen. Aber wir brauchen eine Strategie, um gegenzuhalten, und diese Strategie fehlt meiner Ansicht nach.

Lieferketten: Es wird immer darauf hingewiesen, dass unsere Lieferketten brüchig sind und dass wir sehr abhängig sind. Ich sage immer: Wenn man sich unabhängig machen will, darf man nicht monopolisieren, sondern muss man sich breit aufstellen. Das heißt, mein Credo richtet sich gegen die geforderte Zurückholung der Lieferketten nach Deutschland, weil das einfach illusorisch ist. Es kann nicht funktionieren. Wir sind viel zu globalisiert, viel zu breit aufgestellt und würden uns selbst ins Knie schießen, wenn wir diese Strategie wählten. Meiner Ansicht nach ist das der völlig falsche Weg. Vielmehr müssen wir uns breiter aufstellen.

Ich baue beispielsweise gerade eine Einkaufsabteilung in China auf, sodass wir die Produkte, die wir als Komponenten in China kaufen müssen, auch in China selbst beschaffen und auf Mandarin bestellen. Mit Schwäbisch kommt man da nicht weit, sondern das muss tatsächlich vor Ort passen. Man muss differenzieren und muss tatsächlich auch vor Ort sein. Das ist der Weg, den wir gehen müssen, und das muss auch unterstützt werden.

Dagegen steht natürlich das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, weil es das Ganze verkompliziert. Je mehr Lieferanten ich habe, desto komplexer wird das Ganze. Das muss man abwägen. Da gibt es sicherlich einiges zu tun.

Ich bin ein großer Fan von Circular Economy. Wir sind ja schon weit gekommen. Jeder, der dagegen ist, hat, glaube ich, keine Argumente, denn es gibt eigentlich keine Argumente dagegen, außer natürlich Kosten und Aufwand. Damit müssen wir umgehen. Ich glaube, der Ruf, auch von internationalen Kunden, wird mehr und mehr in die Richtung gehen, dass sie sagen, wir müssen mit den Ressourcen, mit den Rohstoffen sehr viel sorgfältiger umgehen, als wir es in der Vergangenheit getan haben.

Wieder ein Beispiel aus der Medizintechnik: Wir haben ein Problem, weil die Einwegprodukte am Patienten und im Patienten angewandt werden, und wenn sie zurückkommen, sind sie kontaminiert. Das heißt, wir können sie nicht einfach auseinanderbauen und wieder recyceln. Aber auch da gibt es Wege. Die Wege müssen aufgebaut werden. Unsere Kunden in den Krankenhäusern fragen auch: „Ich habe hier ein Einweginstrument, das aus vielen Komponenten besteht. Was machen wir denn damit? Wir werfen es in den Müll, und dann? Wir sind nicht bereit, das zu tun. Das ist eine Verschwendung von Ressourcen.“ Und die Kunden haben recht, wenn sie das sagen.

– 24 –

Es ist unsere Aufgabe, das aufzubauen. Wir brauchen dann natürlich auch die Unterstützung in Form von Rahmenbedingungen. Aber eine große Aufgabe liegt auch vor der Industrie selbst. Wir können das nicht abwälzen und sagen, dass wir nichts damit zu tun haben, und das geht alles in den gelben Sack, sondern das ist eine große Aufgabe für die Industrie. Ich glaube allerdings, dass wir einen Return on Investment erzielen, dass das also nicht nur eine Bürde, sondern auch eine große Chance ist, sich zu differenzieren und Kunden zu gewinnen, wenn wir darin investieren. Ich halte das für einen sehr guten und wichtigen Ansatz.

Der Fachkräftemangel ist ein gigantisches Thema. Bis zum Jahr 2035 wird es sieben Millionen Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland geben, die wir allein wegen des demografischen Wandels nicht werden besetzen können. Das heißt, wir müssen aus allen Rohren feuern. Ich sehe uns in ein gigantisches Problem hineinlaufen. Das heißt, wir müssen alles nutzen: Wir müssen die Ressourcen nutzen, die wir haben, wir müssen unsere Mitarbeiter hier bei uns halten, und wir müssen alles dafür tun, dass es denen gutgeht, dass sie sich bei uns wohlfühlen. Da müssen die Unternehmen deutlich mehr machen.

Ein ganz großes Thema ist der Wohnraum. Wo sollen die Menschen wohnen? Dafür gibt es bereits verschiedene Ansätze. Ich habe kürzlich mit Frau Ministerin Razavi gesprochen, weil mir ein Thema unter den Nägeln brennt: das Schaffen von Wohnraum durch Unternehmen. Es gibt die Siemens-Siedlung in Berlin. Siemens hat seinerzeit – jetzt ist es privatisiert – Wohnungen für ihre Mitarbeiter gebaut. Ich denke, es ist an der Zeit, dass die Unternehmen das wieder tun: Wohnraum für ihre Mitarbeiter bauen. Die wenigsten wissen – ich propagiere das gerade –, dass die Landesregierung, also Sie, ein Programm aufgelegt hat, wonach Unternehmen, wenn sie Wohnungen bauen, vom Land einen Zuschuss in Höhe von 2 000 € pro Quadratmeter erhalten. Das ist eine Menge Geld. Allerdings kennt niemand das Programm. Das müssen wir also propagieren und unterstützen.

Dann kommen natürlich wieder die Themen Baugenehmigung und Bürokratisierung. Das muss schneller gehen, und auch da sind die Unternehmen gefragt. Um Wohnraum zu schaffen, ist die Handreichung des Landes ausgesprochen wichtig; denn der Faktor Wohnraum ist limitiert. Um zumindest einen Teil der fehlenden Fachkräfte zu ersetzen, benötigen wir ungefähr 500 000 Zuwanderungen, die durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz ermöglicht werden. Das wird uns nie – nie! – gelingen. Das ist ein Wunschgedanke. Aber selbst, wenn es theoretisch gelänge – die Fachkräfte kommen nicht allein, sondern sie haben Familien; das heißt, wir müssen bundesweit mit zwei Millionen Zuzüglern pro Jahr rechnen –, stellt sich die Frage: Wo sollen die wohnen? So viel Wohnraum haben wir gar nicht. Das heißt, wir müssen hier dringendst aktiv werden, um das zu bewerkstelligen.

Außerdem müssen wir uns mit zwei weiteren Themen befassen. Zum einen müssen wir das Thema Willkommenskultur betreiben. Wir Schwaben haben ein ganz großes Herz – wir zeigen es nur nicht. Wenn wir auf jemanden zugehen und den nicht gleich

– 25 –

anbrudeln, dann halten wir das schon für ein hohes Level der Willkommenskultur. Aber interessanterweise wird das von den anderen Menschen nicht so wahrgenommen; das weiß ich auch. Da muss irgendeine interkulturelle Problematik vorliegen. Da können wir also durchaus besser werden.

Es gibt die Willkommenszentren, die dem Land unterstehen. Die IHK Reutlingen führt beispielsweise eines dieser Willkommenszentren; das ist bei uns integriert. Da lernen wir auch viel darüber, wie wir die Menschen besser integrieren können. Es ist natürlich auch nicht hilfreich, wenn wir in Baden-Württemberg 154 untere Ausländerbehörden haben und wenn Zuwanderer bzw. Unternehmen, die Zuwanderer beschäftigen wollen, es in dieser überaus inhomogenen Situation auch noch mit unterschiedlicher Software bzw. mit unterschiedlichen Voraussetzungen in den jeweiligen Behörden zu tun haben. Das Land hat eine zentrale Stelle genehmigt, die gerade aufgebaut wird. Das halte ich für einen ganz wichtigen Schritt. Dafür mein großes Kompliment und mein großer Dank, dass Sie auf diejenigen, die das gefordert haben, gehört haben. Ich halte das für ausgesprochen wichtig.

Dann stellt sich natürlich auch die Frage: Welche Arbeitskräfte suchen wir eigentlich? Wir sagen immer, wir brauchen Menschen, die gut Deutsch sprechen können, die eine Ausbildung haben müssen, die sie auch nachweisen können usw. Ich sage: Nein, die Leute müssen nicht Deutsch sprechen, und die Leute brauchen auch keine Ausbildung, weil wir ihnen Deutsch beibringen und weil wir sie ausbilden. Wozu haben wir denn unser duales System? Aber wie kann ich jemanden ins duale System hineinbringen, wenn ich sage, er muss eine abgeschlossene Berufsausbildung haben, die wir dann aber nicht anerkennen? Warum sollten wir sie denn auch anerkennen? Das ist ja ausländisch. Aber immerhin darf die Person kommen, und dann darf sie bei uns wieder bei null anfangen. Wie attraktiv ist das?

Das heißt, wir müssen sie zu uns bringen und sie in unseren Unternehmen ausbilden. Wir als Unternehmung versuchen gerade, weg von Deutsch und hin zu Englisch als Sprache im Unternehmen zu kommen. Das ist ausgesprochen schwer, aber wir arbeiten daran. Da würde es vielleicht auch helfen, wenn wir mehr Mitarbeiter hätten, die einfach kein Deutsch sprechen. Dann muss ich mit denen ja Englisch sprechen und internalisiere mich weiter. Das ist also eigentlich eine Win-win-Situation.

Die Energieversorgung ist ein sehr wichtiges Thema. Dazu habe ich mit dem US-Generalkonsul in Frankfurt ein sehr interessantes Gespräch geführt. Der kam zu mir, hat sich sehr gefreut und hat gemeint: „Oh, ich bin mal gespannt, wie wir uns jetzt als Deutsche aufstellen.“ Bisher hatten wir ein „easy Life“: Die Energie haben wir über Nord Stream 1 und 2 billig von Russland bekommen. Beim Verteidigungshaushalt – das haben die Amerikaner für uns übernommen – haben wir keine oder so gut wie keine Kosten gehabt. Außerdem haben wir unsere ganzen Produkte in die Volksrepublik China geschickt, und die haben das dankbar angenommen. Da haben wir uns doch als Deutschland sehr gut zurückgelehnt, und nun sind wir mal gespannt, wie wir uns jetzt, wo diese drei Themen doch sehr infrage stehen, aufstellen werden.

– 26 –

Ich habe ihm gesagt, dass wir zunächst einmal die Freihandelsabkommen brauchen, die viel wichtiger sind, als man gemeinhin denkt – dazu zählen Mercosur sowie andere Freihandelsabkommen, nachdem TTIP tot ist. Das habe ich mir von ihm auch bestätigen lassen: Es gibt kein „TTIP Neo“. Die Amerikaner haben keine Lust mehr, das Wort „Chlorhühnchen“ noch ein einziges Mal zu hören. Das klingt jetzt total banal und blöd, aber das Chlorhühnchen hat TTIP kaputtgemacht. TTIP kann man also vergessen. Da brauchen wir keine Energie mehr zu investieren. Aber Mercosur ist extrem wichtig, ebenso wie andere Handelsthemen.

Ein weiteres Thema ist natürlich die Energie. In diesem Zusammenhang diskutieren wir in der Bundesrepublik Deutschland über die Frage der Unterstützung. Die Fokussierung auf einige wenige Großunternehmen, die sehr energieintensiv sind, ist zwar richtig, aber die exklusive Fokussierung ist falsch. Wir müssen uns da breiter aufstellen, weil auch die Unternehmen, die unter den hohen Energiepreisen leiden, breiter aufgestellt sind. Da haben wir den Mittelstand und auch die kleinen Unternehmen. Ein gutes Beispiel dafür ist der Bäcker, der seine Öfen betreiben muss, die sehr energieintensiv sind. Das Thema Energie muss also sehr viel breiter aufgestellt werden. Es sollte der Blick nicht nur auf die Großindustrie gerichtet werden.

Damit will ich es bewenden lassen. Sie wissen, wo Sie mich finden. Ich stehe im Telefonbuch. Wenn Sie Fragen haben, können Sie sich jederzeit an mich wenden.

Vorsitzender Alexander Salomon: Jetzt gebe ich das Wort an Herrn Dr. Voelkel weiter.

Sv. Herr Dr. Voelkel: Herr Poreski, Sie meinten, Teil der Krise seien die Finanzmärkte. In der Tat war der Kapitalmarkt Teil oder Auslöser der großen globalen Finanzkrise. Wichtig ist: Es war ja insbesondere der nicht regulierte Kapitalmarkt. Die Reaktion von Gesetzgebern auf der ganzen Welt war die Stärkung von regulierten Strukturen, insbesondere auch die Stärkung von Börsen. Es sind viele strukturierte Papiere geschaffen worden, von denen niemand wusste, was drin ist, und die sind dann explodiert. Das ist genau das, was eine Börse nicht tut.

Ihre Frage bezog sich auch auf die Gemeinwohlorientierung. Ich nehme ein großes kulturelles Fremdeln in Deutschland – auch noch in ein, zwei anderen Ländern, aber insbesondere in Deutschland – zwischen der Finanzindustrie und anderen Teilen der Gesellschaft wahr. Das sind häufig andere, fast kulturelle Codes. Man spricht nicht miteinander und hat ein fast negatives Grundrauschen, Skepsis etc. Wenn Sie sich die Liste der Länder, in denen die Menschen am meisten Geld haben, anschauen – das können Sie googeln –, dann werden Sie eine sehr hohe Korrelation zwischen Ländern, in denen es eine sehr starke Finanzindustrie und ein hohes Maß an finanzieller Bildung gibt, und dem Wohlstandsniveau feststellen. Nun kann man sagen, ich möchte es als kulturellen Gründen nicht und finde es blöd, aber man trifft dann die Entscheidung bewusst. Oder man sagt, man findet es kulturell vielleicht nicht so interessant oder

– 27 –

lehnt es aus einem bestimmten Habitus ab, aber es ist nun einmal wichtig. Ich würde für Letzteres plädieren, auch für diejenigen, die sich jetzt nicht in der Industrie tummeln.

In diesem Zusammenhang möchte ich einen großen Vordenker der Kapitalmärkte zitieren. Der Bundesverband der Deutschen Industrie geht davon aus, dass pro Jahr 100 Milliarden € Investitionen in den Klimaschutz zusätzlich notwendig sind. Ohne den Kapitalmarkt und ohne privates Kapital kann diese Summe nie und nimmer erreicht werden – und genau da liegt eine große Chance und Aufgabe für den Finanzplatz. Das sage nicht ich, sondern das hat der Finanzminister des Landes Baden-Württemberg auf einer unserer hoch qualitativen Veranstaltungen gesagt, zu denen ich Sie alle sehr gern einlade.

Damit möchte ich Folgendes sagen: Ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns auch in diesem Land, auch wenn es vielleicht liebgewonnene Narrative sind und wir unser Modell für ein gutes halten, insgesamt von einigen Sachen verabschieden, wenn wir wirklich erfolgreich sein wollen. Wir müssen das machen, was richtig ist, und dazu gehört – da werden Sie wenige neutrale Stimmen finden, die das anders sehen – ein Kapitalmarkt, dem – ich habe versucht, dies durch das Zitat zu verdeutlichen – eigentlich, wenn es ordentlich reguliert ist, eine gewisse Gemeinwohlorientierung inhärent ist. Wir finanzieren Transformation. Welche Transformationen das sind, das ist das Ergebnis eines demokratischen Prozesses. In Deutschland ist es gewiss eine nachhaltige Transformation. Das ist in anderen Ländern anders, aber für uns ist das sehr wichtig. Das ist natürlich auch eine Transformation z. B. hin zur Digitalisierung, wo wir weit hinterherhängen, wie Sie wissen.

Dann wurde gefragt, was man in Bezug auf die Kapitalmarktunion und Baden-Württemberg konkret tun kann. Bei der Kapitalmarktunion handelt es sich um eine europäische Initiative, die es übrigens schon länger gibt und die auch von der EU-Kommission unter der Präsidentschaft von Frau von der Leyen weiterhin unterstützt wird. Viele Entscheidungen fallen auf europäischer Ebene. Aber auch da ist es natürlich ein politischer Prozess. Auch da entscheidet ein Rat, und auch da ist es wichtig, was Sie den deutschen Vertretern im Rat und den verschiedensten Gremien mitgeben.

Was ist wichtig zur Stärkung eines europäischen Kapitalmarkts? Das sind die Digitalisierung und insbesondere eine Vereinheitlichung. Wenn Sie in Europa an die Börse gehen wollen, dann haben Sie nationale Rechtssysteme und erreichen in Deutschland deutsche Investoren oder eher deutsche Investoren. Hätte man ein einheitliches Regime und würde man sagen, es gibt diese und jene finanziellen Instrumente oder diese und jene Insolvenzordnung, dann würde man das im Sinne einer Standardisierung für mehr Investoren öffnen. Wenn Sie sagen, das Thema „Kapitalmarkt/Digitalisierung des Kapitalmarkts“ halten wir für eine gute Sache, dann kann ich nur sagen – – Ich glaube übrigens nicht, dass das im engeren Sinn politisch umkämpft ist. Ich denke, das wollen viele. Das ist weniger eine fundamentalpolitische Frage als vielmehr, wie es häufig in Europa der Fall ist, eine Frage des Steckenbleibens im Morast der nationalen und regionalen Einzelinteressen.

– 28 –

Sie fragten nach den Akteuren in Baden-Württemberg. Zunächst einmal arbeiten wir sehr gut mit dem Finanzministerium zusammen. Ich hatte Herrn Finanzminister Dr. Bayaz gerade zitiert. Er war auch Schirmherr unseres großen Stuttgart Finance Summits. Wir arbeiten natürlich insbesondere auch mit dem Wirtschaftsministerium zusammen. Das Wirtschaftsministerium ist einerseits unsere Aufsicht. Wir werden von der BaFin, von der Bundesbank und von der Börsenaufsichtsbehörde beaufsichtigt. Das ist eine Landesbehörde unter dem Wirtschaftsministerium. Frau Hoffmeister-Kraut ist auch bei uns im Moratorium vertreten. Ich kann sagen, dass wir uns weder über das Wirtschaftsministerium noch über das Finanzministerium beschweren können. Wir fühlen uns da gut unterstützt und auch – Neudeutsch – gechallenged. Das ist auch wichtig.

Das bringt mich zu Ihrem zweiten Punkt: Krisenpläne. Ich glaube, wir sind da ziemlich gut drin, weil es sonst wirklich an die Wand klatscht, wenn wir da Mist bauen. Das heißt nicht, dass wir nicht permanent besser werden müssen. Es gibt auch entsprechende Regulierungen beispielsweise zu KRITIS, also in Bezug auf die kritische Infrastruktur, die wir befolgen. Ich weiß nicht, ob wir da Unterstützung brauchen. Was aber sehr gewertschätzt wird, ist sicherlich der Austausch. Wir können anbieten, unser Know-how als Infrastruktur mit höchsten Stabilitäts- und Sicherheitskriterien einzubringen.

Andere Szenarien, auf die wir uns vorbereiten, sind insbesondere Cyberattacken. Wir waren bislang noch nicht Ziel einer gezielten Attacke, aber als kritische Infrastruktur kann das natürlich durchaus geschehen. Es gibt das normale Grundrauschen, das alle Unternehmen haben, und natürlich gibt es Phishingattacken und alles Mögliche. Auf uns als Infrastruktur ist noch kein gezielter Angriff größerer Natur verübt worden. Wir denken und hoffen, dass wir darauf vorbereitet sind. Wir nehmen das keineswegs auf die leichte Schulter. Es ist noch nicht passiert. Ich hoffe, dass ich Ihnen dann, wenn es passiert ist, auch sagen kann, dass wir das gut gemeistert haben. Aber ich will es gar nicht kleinreden: Ein gewisses Grundrauschen gibt es durchaus, aber das managen wir gut weg.

Dann wurde in Bezug auf Kryptowährungen gefragt, ob sie zur Resilienz beitragen oder nicht. Es kommt darauf an, wie der regulatorische Rahmen ist. Wenn man einen regulatorischen Rahmen setzt – das befürworten wir ausdrücklich, und das gibt es in Deutschland ja auch –, dann kann das durchaus ein sehr positives Beispiel sein. Ich nehme jetzt mal die Ukraine Krise. Die Ukraine ist ein Land, wo viele Menschen Bitcoins haben. Wenn sie einen Bitcoin haben und über die Grenze nach Deutschland gehen, dann ist der noch da. Wenn sie Vermögen oder Geldbestände auf irgendwelchen Konten, die eingefroren oder nicht mehr zugänglich sind, haben, dann ist das Geld nicht da. Andererseits können Bitcoins aber auch für kriminelle Aktivitäten verwendet werden. Es ist wie Bargeld. Per se ist es neutral und wird dann zu etwas Gutem, wenn man entsprechende Regulierungen schafft.

Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen – das ist vielen vielleicht gar nicht bekannt –: Wir haben in Deutschland demokratisch zustande gekommene, wie das in

– 29 –

einem Rechtsstaat nun einmal so ist, Regulierungen zu Krypto. Es gibt Lizenzen für Kryptohandel, für Kryptobörse und für Kryptoverwahrung. Das ist eine deutsche Lizenz, nach diversen deutschen Gesetzen von der BaFin verliehen. Es gibt einen europäischen Rahmen, der MiCA heißt, wo es sehr ähnlich auf europäischer Ebene reguliert ist. Das heißt, sowohl in Deutschland als auch in Europa ist ein gesetzlicher Rahmen geschaffen worden. Das finde ich auch sehr gut, um diesen wilden Westen lenken und diese Technologie tatsächlich nutzen zu können.

Wir haben sehr viel dazu gehört, und ich stimme Ihnen in praktisch allen Punkten zu, Herr Erbe: Wir müssen einfach besser werden. Die Welt wird nicht besser, wenn wir auf der Stelle treten. Das heißt auch, dass man sich vielleicht von ein paar unangenehmen Wahrheiten oder Glaubenssätzen verabschieden und schauen muss, wo man den Horizont durchaus einmal ein bisschen internationaler macht und sich anschaut, was andere anders machen.

In der Finanzindustrie ist Europa sicherlich nicht führend. Europa kleckert in der Regel hinterher. Wenn es zur Finanzkrise kommt, dann regulieren die Amerikaner smart, hart, aber auch pragmatisch. Dann ist das durch. Die Institute gewöhnen sich daran. In Europa wird lange, detailorientiert und nicht besonders pragmatisch reguliert. Während die Amerikaner schon wieder weiter und sicherer sind, befinden wir uns noch im Morast der Regulierung, und das Ergebnis ist, dass amerikanische Banken führend sind, obwohl sie von der Krise am meisten getroffen wurden, und deutsche Banken sind eben nicht mehr führend.

Im Bereich Kryptoregulierung ist es anders. Da hat die Europäische Union mit MiCA insgesamt eine hervorragende Regulierung geschaffen, von der ich gar nicht mehr gedacht hätte, dass Europa so etwas hinbekommt. Es handelt sich um eine Regulierung, wo wir im Finanzbereich im Vergleich zu den Amerikanern vorne liegen, eine Regulierung, die Sicherheit und Innovation stärkt.

Ich halte die Finanzbildung für extrem wichtig. Bildung, Bildung, Bildung – das ist in allen Bereichen so. Egal, welchen Politikbereich Sie sich anschauen: Je mehr Informiertheit da ist, umso weniger besteht ein Hang zu einfachen oder wirren Lösungen. Das dauert natürlich seine Zeit. Wir machen diesbezüglich sehr viel. Wir haben eine Anlegergruppe, wir haben Edukationsformate und auch Stuttgart Financial, das sowohl Start-ups in der Region fördert als auch ökonomische Bildung betreibt. Wir machen da also sehr viel. Aber das ist etwas, was kein Spieler allein machen kann und wir schon gleich mal gar nicht. Das braucht eine breitere Allianz. Ich denke, da ist auch viel guter Wille vorhanden. Aber da muss erstens mehr kommen, und zweitens ist es etwas, was seine Zeit dauert.

Ich springe zu Ihrem dritten Punkt: Was können wir in Bezug auf IPOs machen? Ich habe die vier Beispiele genannt. Die sind ja nun mal da. Wenn viermal Sachen großer Natur an Ihnen vorbeigehen, dann können Sie sagen: „Alles ist toll“, „Sie haben es nicht verstanden“, oder Sie können sagen: „Ich habe hier ein Problem.“ Wenn Sie wie

– 30 –

ich ein Unternehmen führen und es offensichtlich nicht läuft, und dann sagen Ihnen die Verantwortlichen: „Ach ja, die haben einfach nur nicht verstanden, wie toll wir sind. Weiter so. Das wollen wir vielleicht gar nicht“, dann überlegen Sie sich irgendwann, ob Sie da die richtigen Leute haben. Diese Frage stellen Sie sich eher früher als später.

Das Land Baden-Württemberg befindet sich für meine Begriffe an einem Scheideweg, und jetzt stellt sich die Frage: Was kann man denn da machen? Auch das ist etwas, wo es jetzt leider nicht nur die eine Lösung gibt. Aber es sind ein paar Sachen, die geschehen müssen. Erstens: finanzielle Bildung. Das ist ein europäisches Thema, insbesondere aber ein deutsches Thema. Andere Länder sind da einfach viel weiter und weniger naiv, auch aufgrund der Umstände, die Sie jetzt für die USA geschildert haben. Oder nehmen Sie Schweden. Schweden ist ein gutes Beispiel; das mag jeder. Die Schweden machen es auch. Also, wenn Sie es politisch irgendwie verkaufen wollen, dann sagen Sie, die Schweden machen es auch. Wir müssen es noch nicht einmal neu erfinden, sondern können es einfach nachmachen.

Dabei geht es insbesondere um Bildung, aber auch um Kapitalpools. Wenn Sie privates Anlagevermögen haben, dann haben Sie auch Vermögen, das investiert. Wenn Sie das nicht haben, sondern das Kapital in den USA ist, dann gehen Unternehmen dorthin, wo eben Kapital liegt. Das heißt, je mehr wir uns allein auf staatliche Systeme oder auch auf Versicherungen und Ähnliches verlassen, die aber eine sehr geringe Quote haben, die in Aktien und Co. investieren, dann gibt es eben kein Kapital in Deutschland und Europa; und wenn Sie kein Kapital haben, dann gehen Sie da nicht an die Börse. Die Unternehmen wollen dorthin, wo Kapital ist. Das ist ganz einfach.

Wir befinden uns in einer großen Abhängigkeit von den USA, weil die Kapitalmärkte nicht in Europa stattfinden und das Kapital nicht in Europa ist, sondern z. B. bei BlackRock. Das ist ein bewundernswertes Unternehmen, aber da ist das Kapital nun einmal. BlackRock entscheidet also, wohin investiert wird. Selbst wenn wir noch einen Landesfonds oder einen Bundesfonds mit 1 Milliarde € aufsetzen – das sind ganz andere Größenordnungen.

Wir sollten also tatsächlich den Kapitalpool stärken. Dazu gehören Themen wie „Private Altersvorsorge“, Steuervergünstigungen usw. Wie Herr Erbe zu Recht gesagt hat, bedeutet es auch demokratische Partizipation, wenn die Unternehmen den Bürgerinnen und Bürgern gehören. Da gibt es dann einen Gleichlauf von Interessen. Momentan gehören viele deutsche Unternehmen US-amerikanischen Pensionsfonds. Schauen Sie sich einmal an, wem die DAX-Unternehmen gehören. Damit ist man nun einmal am empfangenden Ende, und das ist nie gut.

Wie gesagt, ich war lange in der Beratung tätig. Warum geht ein Unternehmen wie beispielsweise BioNTech in den USA an die Börse? Da ist natürlich Kapital. Dort gibt es deutlich größere Kapitalmärkte und einen größeren Pragmatismus, und da gibt es insbesondere Analysten, die sagen, wie viel ein Patent, wenn es denn kommt, wert ist. Es gibt also informierte Menschen in den Banken, die das Unternehmen verstehen und

– 31 –

die Anlageempfehlungen geben können. Das ist nicht zu unterschätzen. Wenn Sie als Unternehmen ein Patent beispielsweise für ein Krebsmittel oder Ähnliches angemeldet und bestätigt bekommen haben, und ein Analyst sagt, dieses Patent wird irgendwann einen bestimmten Wert haben, und er deswegen den Kauf der entsprechenden Aktie oder Anleihe empfiehlt, dann ist das extrem wertvoll für das Unternehmen. Ein Unternehmen, das nur wenig Kapital hat und sich deswegen Kapital beschaffen muss, ist darauf angewiesen, dass der Wert beispielsweise eines Patents entsprechend bewertet wird. Ansonsten ist es schwierig.

In Bezug auf die Analysten sehe ich gewisse kulturelle Herausforderungen in dem jeweiligen Land. Dann müssen Sie natürlich auch sagen: Ich möchte gern Analysten. Ich möchte gern Menschen in Banken, die verstehen und bewerten können, was beispielsweise ein Unternehmen wie BioNTech macht. Dann sind die eben in einer Bank. Wenn Sie das aber aus kulturellen Gründen nicht möchten, dann haben Sie es nicht, und dann ist BioNTech eben weg. Das ist ja das Schöne: Man hat die Entscheidungsfreiheit. Aber ich würde sagen, wenn man sich dagegen entscheidet, dann hat es entsprechend negative Konsequenzen.

Es geht also um finanzielle Bildung; das ist langwierig. Es geht insbesondere darum, das Kapital zu stärken, es geht um mehr private Altersvorsorge, mehr Förderung privater Anleger etc., damit ausreichend Kapital in Europa vorhanden ist. Außerdem geht es tatsächlich auch um Strukturen wie Banken und Börsen und das entsprechende Ökosystem – so viel zum Thema IPO.

Cybersicherheit ist ein großes Thema. Bislang sind wir glücklicherweise nicht Ziel von Cyberattacken geworden, aber das kann durchaus passieren. Sie kennen die Geschichten von den Unternehmen, die es erwischt hat. Das ist wirklich sehr unschön. Für uns wäre es eine Katastrophe.

Wie können Sie bzw. wie kann die Politik insgesamt unterstützen? Ich glaube, auch da geht es darum, die entsprechenden Kompetenzen z. B. des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik hochzufahren und weiterhin auf einem entsprechenden Niveau zu halten. In diesem Bereich sind Länder wie beispielsweise Israel absolut führen. Das ist gewissermaßen der Hotspot für alle Cyberthemen der Welt. Da dürfen wir nicht naiv sein. Ich habe, ehrlich gesagt, nicht den Eindruck, dass wir da naiv sind. Ob wir diesbezüglich als Land schon Weltklasse sind, würde ich bezweifeln. Aber ich glaube, es gibt andere Baustellen, wo wir noch viel mehr zu tun haben als in diesem Bereich.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Voelkel. – Ich habe wahrgenommen, dass es noch Bedarf für eine zweite Fragerunde gibt. – Herr Dr. Müller, bitte.

Dr. Christoph Müller, externes Mitglied: Eine meiner beiden Fragen richtet sich an Sie, Herr Erbe. Es geht immer wieder durch die Presse, dass gerade mittelständische

– 32 –

Unternehmen Themen mit der IT-Security haben, beispielsweise Hackerangriffe, die erfolgreich waren. Da wir über das Thema „Krisenfeste Gesellschaft“ sprechen, frage ich: Wie würden Sie denn ganz allgemein den Zustand insbesondere des Mittelstands in Bezug auf Krisenvorbereitungen, beispielsweise auf Krisen rund um den Bereich IT, aber auch auf andere Krisen, bewerten? Was können wir tun, um mittelständische Unternehmen gegebenenfalls dabei zu unterstützen, ihre Krisenvorbereitung noch zu verbessern?

Herr Dr. Voelkel, Sie haben das Szenario des Börsenausfalls als sehr dramatisch beschrieben, sind allerdings nicht darauf eingegangen, was wir denn machen, wenn es passiert. Ist das der Punkt, dass nicht sein kann, was nicht sein darf, oder gibt es Möglichkeiten, sich auf ein solches Szenario vorzubereiten, auch wenn Sie alles tun, um das zu verhindern?

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Herr Dr. Voelkel, ich fand einen Punkt in Ihrem Eingangsstatement sehr spannend, und zwar den Gap zwischen dem Ranking Median beim Vermögensaufbau und dem Vermögensdurchschnitt, den Sie beschrieben haben. Das ist für die Politik sehr interessant. Dazu eine konkrete Frage: Welche Bedeutung hat aus Ihrer Sicht der Bereich „Immobilien/Immobilienaufbau“? Es gibt tatsächlich ein Instrument der Landespolitik: die Grunderwerbsteuer. Wie stehen Sie zur Halbierung oder Reduktion der Grunderwerbsteuer beim Ersterwerb einer Immobilie?

Abg. Carola Wolle AfD: Ich habe noch eine Frage an Herrn Erbe. Sie haben davon gesprochen, dass die Menschen nicht ausgebildet sein müssen und auch nicht die deutsche Sprache sprechen müssen. Zumindest habe ich Sie so verstanden. Das Problem ist aber, dass wir die Fachkräfte jetzt brauchen. Dass wir sie vielleicht nicht auf dem Niveau haben können, wie wir sie tatsächlich brauchen, ist logisch. Aber es wäre doch sinnvoll, wenn sie mit einer gewissen Grundausbildung kommen, auf die wir aufsetzen können. Wenn sie schon das Niveau haben, das wir brauchen, wäre es ja okay. Aber das wird oft nicht so sein. Wäre eine gewisse Grundausbildung der Fachkräfte, die im Zuge der Zuwanderung nach Deutschland kommen und hier beschäftigt werden, nicht eher sinnvoll? Denn wir brauchen die Fachkräfte schon jetzt. Ich gebe Ihnen recht, das man in Bezug auf die englische Sprache flexibel sein sollte. Deutsch können die zugewanderten Fachkräfte dann in der Tat später lernen.

Herr Dr. Voelkel, Sie haben zu Recht das Thema „Bildung der Bürger“ angesprochen. Die Schüler fordern bereits viel mehr tägliche Bildung und wollen beispielsweise lernen, wie eine Bank funktioniert usw. Vielleicht könnte man da auch die Themen Börse, Anlage bzw. Altersvorsorge hinzunehmen. Wie stehen Sie dazu?

Dann haben Sie von Finanzinvestitionen gesprochen. Wie bewerten Sie es, wenn das Land beispielsweise im Bereich der erneuerbaren Energien Subventionen gewährt und das hinterher ein Flop wäre? Wie sehen Sie dann die Investitionen der Privatbürger, also von Menschen, die dadurch Altersvorsorge betreiben möchten, wenn der Staat eingreifen und die Entwicklung in eine gewisse Richtung lenken würde?

– 33 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Mit Blick auf die Zeit bitte ich Sie jeweils, die Fragen innerhalb von etwa drei Minuten zu beantworten. – Herr Erbe, Sie haben das Wort.

Sv. Herr Erbe: Ein Beispiel für Cybersecurity bei KMUs: In meinem Unternehmen haben wir einmal eine eigene Phishingmail an alle Mitarbeiter verschickt. 200 Mitarbeiter haben sie angeklickt, und 30 haben ihre Credentials eingegeben. Es ist also nicht sicher. Wir mittelständischen Unternehmen sind nicht sicher. Das ist ein dickes Brett, das wir bohren müssen. Das haben die IHKs erkannt und erarbeiten in enger Zusammenarbeit mit dem Innenministerium ein Programm, wie wir die Unternehmen sicher machen können. Da sind wir sicherlich noch eher groß, also eher gut aufgestellt, aber kleinere Unternehmen haben dann wirklich Probleme. Diesbezüglich besteht also ein großer Handlungsbedarf. Da sehen sich die IHKs auch in der Pflicht.

Damit komme ich zum Thema Fachkräfte. In der Tat sollte eine gewisse Grundausbildung bereits vorhanden sein. Allerdings haben wir diesbezüglich auch Probleme mit jungen deutschen Menschen, die in diesem Bereich ebenfalls Defizite haben. Das heißt, wir sind ohnehin dabei, hier nachzuschärfen und in Bezug auf die Grundkenntnisse – mathematische Grundkenntnisse, Grundkenntnisse in Deutsch – nachzuarbeiten. Es gibt bereits entsprechende Programme.

Sie sagen, wir brauchen die Fachkräfte „now“ – jetzt. Da gibt es Ansätze, an die man zunächst gar nicht denkt, die aber sehr effektiv sind. Ein Beispiel: Ungefähr 50 % der Arbeitnehmerinnen in Baden-Württemberg arbeiten in Teilzeit, und zwar nicht, weil sie es wollen, sondern weil sie es müssen. Wenn es uns gelänge, diese Damen eine Stunde pro Woche länger arbeiten zu lassen, dann entspräche das allein in Baden-Württemberg 70 000 Vollzeitäquivalenten; bundesweit wären es drei Millionen. Es muss uns also gelingen, diese Damen, die super ausgebildet sind, einfach mehr arbeiten zu lassen. Das hat natürlich wieder etwas mit Kinderbetreuung usw. zu tun. Da könnte man relativ schnell etwas tun, sofern sich genug Betreuerinnen und Betreuer finden ließen. Da beißt sich die Katze also ein bisschen in den Schwanz. Aber das sind denkbare Ansätze; da muss man kreativ sein. Es gibt viele Möglichkeiten, um das Ganze zu befeuern.

Ein großes Thema ist auch die Weiterbildung. Weiterbildung ist extrem wichtig. Eine Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung in Tübingen, die der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag in Auftrag gegeben hat, zeigt, dass das Lebens Einkommen eines durchschnittlichen Arbeitnehmers über die gesamte Spanne bei ca. 1,5 Millionen € liegt. Wir haben uns angeschaut, wie es denn aussieht, wenn man die duale Ausbildung mit einer akademischen Ausbildung vergleicht. Wie lange braucht ein Akademiker, um einen Arbeitnehmer mit dualer Ausbildung einzuholen? Denn der Arbeitnehmer, der sich für eine duale Ausbildung entscheidet, verdient vom ersten Ausbildungstag an schon Geld. Die Antwort: Mit 62 Jahren wird er durch den Akademiker eingeholt. Das ist völlig unbekannt; denn jeder denkt, der Duale werde mit

– 34 –

40 eingeholt. Das ist nicht der Fall. Auch dort müssen wir zeigen, wie viel Potenzial vorhanden ist. Auch dort können wir Fachkräfte generieren.

Wenn wir Weiterbildung stressen und Weiterbildung effektiv machen, können wir die benötigten Fachkräfte auch intern weiterbilden. Wir haben einmal untersucht, wann ein Mitarbeiter aus der dualen Ausbildung, der sich nicht weiterbildet, von einem Akademiker eingeholt wird. Das ist mit 32 Jahren der Fall. Das ist extrem signifikant.

Das sind Themen, die wir treiben und aus denen wir Kenntnisse generieren müssen, weil wir daraus sehr viel zum Thema „Arbeitskräfte now“ herausholen, auch innerhalb kürzester Zeit. Hinzu kommen natürlich noch die anderen Aufgaben, die wir haben. Wie ich vorhin schon sagte: Wir brauchen jede Maßnahme zur Arbeitskräftegewinnung und -generierung, sowohl intern durch Weiterbildung als auch extern und auch durch Zuwanderung. Wir müssen da also aus allen Quellen schöpfen.

Sv. Herr Dr. Voelkel: Zum Thema „Börse unten“: Der Plan A ist natürlich, dass sie nicht runtergeht; das ist klar. Es ist ja nicht so, dass da nicht verschiedenste Sicherheitsnetze wären. Wir haben redundante Rechenzentren, Notfallteams etc. Also, in die Börse selbst sind schon der Plan B, der Plan C und der Plan D eingebaut. Sollten all diese Sicherheitsnetze reißen, und zwar über eine lange Zeit, dann besteht immer noch dadurch eine gewisse Redundanz, dass es mehrere Börsen gibt. Auch da ist ein europäischer Kapitalmarkt systemisch gut, denn je europäischer der Kapitalmarkt ist, umso mehr andere Börsen gibt es, die in den nationalen Märkten aktiv sein können.

Es gibt also nicht nur ein einziges Sicherheitsnetz, sondern es gibt in der Börse sehr viele, und darüber hinaus gibt es auch weitere Börsen. Aber gut wäre es nicht.

Damit komme ich zu Ihrer Frage bezüglich des Medianvermögens bzw. des Durchschnittsvermögens. Zum Thema Grunderwerbsteuer ist aus meiner Sicht als Privatperson und auch mit meinem Hintergrundwissen als Börsenchef Folgendes zu sagen: Ich nehme durchaus wahr – da sprechen die Zahlen eine eindeutige Sprache –, dass die Vermögensspreizung in Deutschland höher als in anderen Ländern ist. Das Vermögensniveau ist insgesamt geringer, obwohl wir es nicht so wahrnehmen – in unserer Selbstwahrnehmung sind wir sehr wohlhabend –, aber es ist nun einmal so. Das ist eine fast philosophische Frage: Wenn man sich so fühlt, ist es dann ein Problem? Wenn man denkt, man sei wohlhabend, ist es aber nicht, ist es vielleicht besser als andersherum. Lassen wir das einmal außen vor. Wir reden ja über Krisen, und bei Krisen ist es ganz gut, wenn man nicht nur überlegt, dass man das Geld hat, sondern wenn man es auch tatsächlich hat.

Es gibt diese Spreizung. Nach meiner Beobachtung – auch im Vergleich vieler Länder – ist häufig tatsächlich das Wissen um die einigermaßen sichere Anlage von Geld der entscheidende Faktor. Eine sicherlich gute Anlage in den Zeiten, in denen wir leben, und angesichts der demografischen Situation und auch der Situation der bestehenden Rentensysteme ist eine Immobilie, in der man im Alter leben kann und eben keine

– 35 –

Miete zahlt. Ich glaube, das liegt auf der Hand. Andere Länder sind da erheblich weiter. Die Immobilienquote in Europa ist ziemlich niedrig. Die Frage nach dem richtigen politischen Mittel ist dann eine, die Sie beantworten müssen. Ich glaube, es kann durchaus helfen, so etwas zu machen. Die Realität in Deutschland ist die folgende: Die Menschen haben wenig angespart und haben relativ hohe Konsumausgaben, beispielsweise für Auto und Urlaub. Ein Auto ist irgendwann weg. Wenn Sie aber eine Wohnung kaufen, dann ist die noch da. Wenn Sie fünf Autos kaufen, ist das Geld weg. Das ist ja die Lebensrealität. Sie wissen, wie es in Spanien, Italien etc. ist. Dort ist das Rentenniveau nicht unbedingt niedriger, sondern manchmal sogar höher. Aber wenn man das einmal außen vor lässt, dann sorgt das Leben in der eigenen Immobilie durchaus für viel Sicherheit.

Ich persönlich würde Ihnen empfehlen, Wohneigentum stark und strukturell zu fördern, und zwar in der Breite für die Bevölkerungsschichten. Das zweite Element ist dann die Aktienkultur – Investments in Aktien etc. –, aber natürlich keine Hochrisikoinvestitionen. Wenn man da über einen langen Zeitraum Vermögen aufbaut, hat man über 30 Jahre eine viel bessere Rendite, als wenn man das Geld auf dem Konto liegenlässt. Ich glaube, das ist einfache Mathematik.

Dann war die Frage nach der Schulbildung. Aus meiner Sicht gehört das zusammen, also Bildung in Bezug auf Banken, Börsen etc. Ich würde das gar nicht zielgerichtet machen, sondern ich würde einfach sagen: Informieren. Dann können die Menschen selbst entscheiden, ob sie ihr Geld auf das Sparbuch einzahlen oder langfristig in Aktien investieren wollen. Sie müssen also eine informierte Entscheidung treffen. Ich bin mir sicher, dass Option B von mehr Menschen in Deutschland gewählt würde als es derzeit der Fall ist, wenn sie entsprechend informiert wären. Aber das ist ja wichtig. Wir wollen ja keinen Paternalismus, sondern wir wollen nur eine informierte Entscheidung. Momentan ist es, wenn Sie so wollen, unfair, weil diejenigen, die familiär den entsprechenden Hintergrund haben, Letzteres machen, während diejenigen, die das entsprechende Wissen nicht haben, verängstigt sind und kein Risiko eingehen wollen. Im Endeffekt führt das angesichts einer Inflation, die höher ist als die Verzinsung, zu einem realen Wertverlust. Es ist ganz einfach: Man spart sich arm. Das tun eben diejenigen, die das nicht von zu Hause mitbekommen haben. Aus meiner Sicht ist es fast eine soziale Maßnahme, das zu tun. Ich würde das mit Blick auf die Eigenverantwortung immer tun. Die Menschen sollen es selbst entscheiden. Es gibt durchaus Gründe, in bestimmten Lebensphasen nicht in Aktien zu gehen. Wenn ich 60 Jahre alt wäre, würde ich auch langsam umschichten. Aber nicht mit 25.

Sie fragten dann noch nach Investitionen, die sich dann möglicherweise zu einem Flop entwickeln. Ich glaube, Sie haben als Beispiel die nachhaltigen Technologien genannt. Je innovativer, desto höher ist das Risiko, das damit verbunden ist. Wenn ich in irgend etwas Neues investiere, dann ist die Ausfallwahrscheinlichkeit hoch. Das geht übrigens auch Unternehmen so. Sie werden in fünf Sachen investieren, und eine Sache wird ein kompletter Rohrkrepierer sein. Das ist bei uns zumindest so. Wenn man bestimmte Transformationen, beispielsweise eine digitale oder auch eine nachhaltige

– 36 –

Transformation, finanzieren möchte, muss man sich überlegen, wie man das schafft, wenn zwar einerseits privates Kapital über Börsen und Ähnliches vorhanden ist, das allerdings auch Rendite will, und wenn andererseits das staatliche Kapital nicht ausreicht. Das ist eine sehr große Diskussion.

Ich persönlich glaube, dass man auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene – insbesondere auf internationaler Ebene – ein besseres System als das gegenwärtige finden muss. Wenn Sie sich die nachhaltige Transformation oder die digitale Transformation in der sich entwickelnden Welt anschauen, dann werden Sie zu einem System kommen müssen, in dem die großen multilateralen Entwicklungsbanken wahrscheinlich eher Ausfallsicherheiten geben müssen und man privates Kapital mobilisiert. Auf der Ebene des Landes kann so etwas eine L-Bank oder Ähnliches sein, die bestimmte Garantien gibt und dann Kapital mobilisiert.

Noch einmal: Wenn man erfolgreich sein will, dann muss man auch Risiken eingehen. Aber Risiken können sich materialisieren. Ich würde mich immer für Garantien, Rechtsrahmen, Bürgschaften, Mobilisierung privaten Kapitals usw. aussprechen. Sie werden erleben, dass manche von diesen Dingen in die Hose gehen; so ist das. Aber wenn Sie es nicht machen, werden Sie keine digitale und keine nachhaltige Transformation haben.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich sehe keine weiteren Fragen hier im Raum. Ich danke Ihnen beiden, Herr Erbe und Herr Dr. Voelkel, dass Sie uns Rede und Antwort gestanden haben.

(Beifall)

Sie dürfen natürlich genauso wie wir gespannt sein, über welche Handlungsempfehlungen im nächsten Jahr im Juli im Parlament diskutiert wird, auch zum vierten Handlungsfeld Wirtschaft. Sollten Sie noch Ausführungen zu offen gebliebenen Punkten oder Fragen machen wollen, lassen Sie uns diese gern schriftlich zukommen. Wir sind immer sehr froh darüber, weitere Informationen zu bekommen. Sie dürfen auch gern weiter an der Sitzung teilnehmen.

Wir machen jetzt mit Herrn Professor Dr. Eckhard Janeba weiter. Er hat eine Professur für Volkswirtschaftslehre, Finanzwissenschaft und Wirtschaftspolitik an der Universität Mannheim und ist Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. – Herr Dr. Janeba, Ihnen stehen jetzt auch 20 Minuten zur Verfügung.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

– 37 –

Sv. Herr Dr. Janeba: Sehr geehrter Herr Vorsitzender Salomon, sehr geehrte Mitglieder der Enquetekommission, meine Damen und Herren! Vielen Dank für die freundliche Einladung und die Einführung. Ich spreche gern zu Ihnen zum Thema „Wirtschaftspolitische Maßnahmen für resiliente Lieferketten“. Anders als meine Vorredner komme ich nicht aus dem württembergischen Raum, sondern ich freue mich, insbesondere das Nordbadische vertreten zu können, um das Baden-Württembergische hier auch komplett abbilden zu können.

Ich möchte mit zwei Bemerkungen zur Ausgangslage beginnen, vor der sich diese Frage überhaupt stellt. Das eine ist die Beobachtung, dass die Lieferketten während der Krisen, also zum einen der Coronakrise, zum anderen dann aber auch der Energiekrise als Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, sehr stark in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Ich will es Ihnen anhand einer Grafik verdeutlichen, die dafür häufig benutzt wird, nämlich einem Index, der zeigt, wie groß diese Lieferkettenstörung im Jahr 2020 und dann auch zur Jahreswende 2021/2022 ausgefallen ist. Die Nulllinie wäre hier also sozusagen der langfristige Durchschnitt. Eine hohe positive Zahl deutet an, wie stark diese Lieferketten in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Man sieht gut, dass diese Störung mittlerweile nicht mehr besteht. Aktuell liegen wir bei einem nur noch leicht negativen Wert. Aber es geht natürlich auch darum, sich zu überlegen: Wie können wir verhindern, dass es in Zukunft wieder zu solchen Ausschlägen kommt, wie wir sie gesehen haben? Diese Ausschläge haben dazu geführt, dass insbesondere die Importpreise enorm angestiegen sind, was eine Verschlechterung der ökonomischen Position Deutschlands bewirkt hat.

Die zweite Ausgangslage ist die Sorge über die strategische Abhängigkeit Deutschlands von Rohstoffen – nicht nur, aber insbesondere von Rohstoffen –, die dabei eine große Rolle spielt, auch vor dem Hintergrund, dass Länder zunehmend keine Demokratien mehr sind, sondern sich von demokratischen in nicht demokratische Länder gewandelt haben, sodass sich die Anzahl der befreundeten Länder im weitesten Sinn reduziert hat.

Auch das kann man gut veranschaulichen. Diese Art von Grafik kennen Sie wahrscheinlich auch. Dabei handelt es sich um eine Grafik, die die Marktanteile bei der Produktion von wichtigen Rohstoffen wiedergibt. Insbesondere China spielt eine große Rolle bei ganz zentralen Rohstoffen, die für die ökologische Transformation, z. B. für die E-Mobilität, notwendig sind. Aber es ist nicht nur China wie bei Gallium, Graphit und Indium, sondern es sind eben auch andere Länder wie der Kongo oder auch Südafrika, die durchaus eine große Rolle spielen und insbesondere eine Bedeutung haben, die bei uns möglicherweise zu Sorgen führt.

In meinem heutigen Statement möchte ich Ihnen drei Fragen beantworten, die ich hier aufwerfen möchte.

Die erste Frage lautet: Lassen sich Listen kritischer Güter objektiv erstellen?

– 38 –

Zweitens: Wir haben schon gehört, dass Unternehmen ihre Lieferketten diversifizieren, aber die Frage lautet: Ist diese Diversifikation ausreichend, oder ist sie vielleicht zu gering?

Darauf aufbauend lautet die dritte Frage: Welche Strategien und wirtschaftspolitischen Maßnahmen bieten sich an, um diesen Problemen zu begegnen?

Da ich schon antizipiere, dass der Vorsitzende auf die Zeit achten wird, habe ich einmal versucht, Ihnen meine Antworten plakativ darzustellen.

Die Antwort auf die erste Frage wird sein: Nein. Zumindest ist es sehr schwierig, solche Listen von kritischen Produkten zu erstellen. Ich werde noch ausführen, warum das der Fall sein wird. Ich werde argumentieren, dass die Diversifikation der deutschen Unternehmen aus gesellschaftlicher Sicht wahrscheinlich zu gering ausfallen wird. Drittens bietet sich ein ganzes Bündel von Maßnahmen an, die man ergreifen kann. Teile davon sind bereits erwähnt worden. Insgesamt würde ich für eine Strategie der Risikominderung plädieren. Ich werde im Folgenden noch ausführen, wie diese Strategie aussehen kann, und werde sie etwas näher beschreiben.

Damit komme ich zu der Frage nach den Abhängigkeiten, die im Vordergrund gestanden haben. An die Beantwortung dieser Frage kann man systematischer herangehen, als es die Grafik, die ich Ihnen eben gezeigt habe, tut. Als Ökonom schaut man dazu in die Handelsstatistik. Wenn man das auf der disaggregiertesten Ebene macht, werden davon mehr als 10 000 Produktkategorien erfasst. Wenn man sich anschaut, wie konzentriert die Lieferstruktur ist, stellt man fest, dass bei knapp 800 Produkten höchstens drei Lieferländer erscheinen. Das ist ein nicht unerheblicher Teil, aber es sind eben bei weitem nicht alle Produkte, wo das der Fall ist. Man muss auch sagen, dass diese Konzentration nicht nur bei physischen Gütern in Form von Produkten besteht, sondern das tritt auch bei Dienstleistungen auf. Das wird manchmal vernachlässigt.

Nicht alle diese Produkte sind gleichermaßen bedeutsam. Dazu zählen auch Produkte wie Tequila aus Mexiko oder Sake aus Japan. Ich glaube, Sie werden mir zustimmen, dass wir da keine große Sorge hinsichtlich einer übermäßigen Abhängigkeit haben sollten, auch wenn manche diese Produkte natürlich sehr gern konsumieren.

Nun komme ich zu der Frage: Was macht man damit? Jetzt kann man natürlich Listen dieser kritischen Güter erstellen und versuchen, dies nach objektiven Kriterien festzulegen. Ich bin allerdings sehr skeptisch, dass sich das machen lässt. Woran liegt das? Zum einen gibt die Datenlage das eigentlich nicht her. Die Handelsstatistik, die ich eben angeführt habe, ist eigentlich eine Statistik, die zum Erheben von Zöllen geschaffen worden ist und nicht, um Abhängigkeiten internationaler Art festzustellen. Was wir bräuchten, wären exakte Daten zur Verflechtung der Unternehmen, also Input-Output-Tabellen, wie sie über die Grenzen hinweg verflochten sind. Das findet nicht auf der Unternehmensebene, sondern auf einer viel höheren Ebene statt. Das bedeutet, dass wir Schwierigkeiten haben, das gut nachzuvollziehen.

– 39 –

Der zweite Grund, warum ich hinsichtlich solcher Listen skeptisch bin, ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass sich die Bedingungen laufend ändern. Das sehen wir an dem Beispiel der Masken während der Coronakrise. In dem einen Monat sind sie knapp, ein paar Monate später sind sie dann nicht mehr knapp. So verhält es sich bei vielen anderen Produkten auch. Wir sehen das auch bei bestimmten Rohstoffen, die ich eben erwähnt habe, wo es sogenannte Boom-Bust-Zyklen gibt. Die Preise dieser Produkte schlagen über die Zeit stark aus. Diese Preisausschläge sind ein Indiz dafür, wie knapp diese Güter sind. Das passiert u. a. auch deshalb, weil manchmal neue Vorkommen entdeckt werden bzw. neue Fördermaßnahmen ergriffen worden sind, und deshalb ist es sehr schwierig.

Am Ende des Tages wird man wahrscheinlich Listen erstellen, aber das ist letztendlich eine stark politisch geprägte Entscheidung. Ich glaube, darüber muss man sich im Klaren sein, wenn man diese Listen erstellt. Man sollte den Prozess dieser Erstellung möglichst transparent machen und darauf achten, dass nicht Einfluss in dem Sinn genommen wird, dass Interessen einzelner Unternehmen oder Branchen begünstigt werden.

Man kann natürlich fragen, wie groß der Schaden ist, wenn es denn zu einer Entkopplung kommen würde. Entkopplung ist sozusagen der tatsächliche Verlust der Lieferbeziehungen von bestimmten Ländern. Dazu können ökonomische Studien beitragen. Hier ist eine erwähnt, die aktuell erstellt worden ist. Solche Studien können lediglich die Größenordnung der Verluste aufzeigen. Man sollte aber nicht glauben, dass man das ganz präzise einfangen kann. Ein Beispiel ist hier die Entkopplung der EU von China, die eine Größenordnung von etwa 2 % des realen Einkommens kostet, also eine durchaus beachtliche Zahl.

Wie groß dieser Verlust wäre, hängt allerdings auch davon ab, wie der Staat darauf reagieren würde. Nehmen wir einmal das Beispiel der russischen Gasimporte vom letzten Jahr. Da war auch die Frage: Sollen zunächst prioritär die Industrieunternehmen bzw. die chemische Industrie bedient werden, oder sollen primär die Haushalte bedient werden? Das hat Einfluss auf das Wohlergehen der Menschen, aber natürlich auch auf die Unternehmen und auf den volkswirtschaftlichen Output, der damit produziert wird.

Damit komme ich zur zweiten Fragestellung: Wie sieht es mit der Diversifikation der Lieferketten in deutschen bzw. in baden-württembergischen Unternehmen aus? Es ist völlig klar, dass Unternehmen ein Eigeninteresse daran haben, ihre Lieferketten zu diversifizieren. Dabei wägen sie Vor- und Nachteile gegeneinander ab. Der Vorteil liegt auf der einen Seite darin, dass sie dann besser gegen den Lieferausfall eines bestimmten Landes abgesichert sind. Auf der anderen Seite geht das jedoch meistens mit höheren Bezugskosten einher. Man muss vielleicht ein weiteres Lieferland aufbauen, wo die Herstellungskosten für das betreffende Gut vielleicht höher sind. Das führt dazu, dass ich es aus einzelwirtschaftlicher Sicht betrachten muss.

– 40 –

Diese Art von Diversifikation ist aus gesellschaftlicher Sicht vermutlich zu gering. Lassen Sie mich versuchen, das zu verdeutlichen. Dabei nehme ich wieder das Beispiel des russischen Gases. Die deutschen Unternehmen haben ganz stark auf das russische Gas gesetzt, weil es sehr kostengünstig war. Wir haben uns damit aber insgesamt als Gesellschaft in eine große Abhängigkeit von Russland begeben. Das heißt, die einzelwirtschaftliche Entscheidung war wahrscheinlich rational, aber gesamtwirtschaftlich haben wir uns in eine große Abhängigkeit begeben.

Das Gleiche gilt für die Halbleiterproduktion, die sehr stark in Taiwan vertreten ist. Aus Sicht der Automobilindustrie in Baden-Württemberg ist es durchaus sinnvoll, viele Chips aus Taiwan zu beziehen. Aber wenn das alle machen, besteht die Gefahr, dass wir uns im Falle eines Crashes zwischen China und Taiwan in einer zu hohen Abhängigkeit befinden.

Ein zweiter Grund, warum das möglicherweise ein Problem ist, ist darin zu sehen, dass Unternehmen erwarten könnten, dass sie in solch einer Krisensituation staatlich gestützt würden. Diese Unterstützung würde bedeuten, dass sie die Kosten dieses Lieferausfalls nicht selbst tragen müssen, sondern dass sie von der Gesellschaft insgesamt getragen würden. Das würde Unternehmen, wenn sie es richtig antizipieren, möglicherweise davon abhalten, nicht ausreichend in eine Lieferkettendiversifizierung zu investieren.

Das heißt, so sehr es vielleicht Sinn macht, ein Unternehmen im Falle einer Krisensituation zu unterstützen, muss man andererseits bedenken, dass es im Vorfeld möglicherweise zu einer bestimmten Anreizwirkung führt und von Unternehmen entsprechend eingepreist wird. Deshalb ist es so wichtig, dass man über Maßnahmen weit im Vorhinein und schon präventiv nachdenkt und nicht erst in der Krisensituation darauf reagiert.

Das sind Gründe, die, wenn wir über Rohstoffe und Halbleiter sprechen, mit der strategischen Autonomie zusammenhängen, wo es wahrscheinlich richtig ist, dass die Diversifikation der Unternehmen selbst nicht groß genug ist.

Damit komme ich zur dritten Frage, die ich beantworten und mit Ihnen anschließend diskutieren möchte. Was könnte man in Bezug auf Strategien und wirtschaftspolitische Maßnahmen machen? Es gibt, grob gesprochen, die Idee, dass man sich von politisch nicht befreundeten Ländern entkoppeln sollte. Die Entkopplung wäre also eine Strategie. Auf der anderen Seite ist eine Strategie der Risikominderung denkbar, mit der versucht wird, diese Risiken irgendwie beherrschbar zu machen und geringer ausfallen zu lassen.

Aus meiner Sicht ist – Herr Erbe hat es bereits angesprochen – eine Entkopplung von bestimmten Ländern, was im Englischen unter dem Terminus Friendshoring läuft, nicht sinnvoll. Ich werde versuchen, Ihnen zu erläutern, warum das so ist. Natürlich würde der Lieferausfall dieses Landes nicht mehr durchschlagen, wenn es kein Lieferland

– 41 –

mehr ist. Das ist durchaus ein Vorteil. Ich bin dann nicht mehr von diesem spezifischen Land abhängig. Andererseits sind diese Entkopplungen, wie ich Ihnen vorhin zu erläutern versucht habe, mit hohen ökonomischen Kosten verbunden, weil die Lieferländer, die ich entkopple, häufig die günstigeren sind. Das muss ich mit einpreisen.

Ein zweites Argument, das in die gleiche Richtung geht, ist: Wenn ich weniger Lieferquellen habe, dann führt das dazu, dass Schocks, die am heimischen Markt entstehen, umso gravierender werden. Denken Sie beispielsweise an den niedrigen Pegelstand des Rheins. Wenn deswegen die Schifffahrt nicht mehr funktioniert, ist das ausgesprochen problematisch, wenn ich die Güter nur über den Rhein nach Baden-Württemberg transportieren kann. Das heißt mit anderen Worten: Je weiter ich diversifiziere, umso besser kann ich mich gegen Schocks in Lieferketten absichern.

Deshalb lautet die Empfehlung, eine Strategie der Risikominderung zu verfolgen und eventuell auch die gegenseitige Abhängigkeit in Bezug auf bestimmte Ländern zu verstärken, weil die politische Motivation, Lieferketten zu kappen, in diesen Ländern geringer wird, wenn für das Land selbst etwas auf dem Spiel steht. Auf den ersten Blick mag es problematisch erscheinen, sich in eine größere gegenseitige Abhängigkeit zu begeben. Allerdings kann eine gegenseitige Abhängigkeit auch ein Stück weit eine Absicherung gegen politisch motivierte Attacken auf die Lieferketten, denen wir ausgesetzt sind, sein.

Jetzt könnte man als eine mögliche Maßnahme der Risikominderung natürlich darüber nachdenken, ausländische Unternehmen in Deutschland anzusiedeln. Ja, das kann man machen. Sie kennen prominente Beispiele, die derzeit in der Diskussion sind. Dabei denke ich beispielsweise an die Subventionen in Höhe von 10 Milliarden €, die das Unternehmen Intel dafür erhält, dass es sich in Sachsen-Anhalt ansiedelt. Ja, das kann man machen. Ich finde allerdings, dass das ein sehr hoher Betrag ist, den man durchaus auch für eine gesamtwirtschaftliche Entlastung hätte verwenden können. Ich glaube, man muss aufpassen, dass das nicht zu einem Subventionswettbewerb innerhalb Europas führt. Die Versorgungssicherheit sollte eigentlich ein europäisches Thema sein, nicht nur ein baden-württembergisches oder deutsches. Man sollte sich also fragen, ob das angemessen ist.

Besser wäre es sicherlich, bereits bestehende Kompetenzen zu verstärken, weil dies weniger kostenintensiv ist. Baden-Württemberg ist ja auch ganz stark engagiert, in bestimmten Bereichen der technologischen Entwicklung mit dabei zu sein.

Ein weiteres Element des Außenwirtschaftsrechts zur Risikominderung sind Export- und Investitionskontrollen. Auch das haben wir in letzter Zeit in der Anwendung gesehen, zumindest als prinzipielle Möglichkeit. Denken Sie beispielsweise an die Frage, ob sich die chinesische Reederei im Hamburger Hafen einkaufen darf. Oder denken Sie an die 5G-Technologie. Welche Komponenten haben wir in den technologischen Netzwerken? Auch hier gibt uns das Außenwirtschaftsrecht Möglichkeiten, das zu kontrollieren und dadurch das Risiko zu verringern. Ich glaube, das wird auch von der

– 42 –

Bundesregierung erkannt. Die China-Strategie ist ein Element dieser Strategie, die versucht, aktiv zu beschreiben, wie man damit umgehen kann.

Man muss allerdings auch sagen, dass manchmal die Gefahr besteht, dass eine Strategie, die eigentlich der Risikominimierung oder Risikominderung dienen soll, am Ende zu einer Entkopplung führen kann, weil häufig viele Güter einen Dual-Use haben, also sowohl einen zivilen als auch einen militärischen Charakter. Auch wenn ich versuche, nur die militärische Komponente einzuschränken, wird manchmal tatsächlich auch die Nutzung der zivilen Komponente eingeschränkt, sodass die Gefahr einer Entkopplung entsteht.

Ich komme zu meinen letzten beiden Folien und damit zu den wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die sich jetzt konkreter mit der Frage auseinandersetzen, was man hier machen kann.

Als Erstes wäre zu überlegen, wie wir die Abhängigkeit von Gütern von bestimmten Importmärkten, die eine starke Bedeutung für die deutsche Wirtschaft erhalten haben, vielleicht ein wenig reduzieren könnten. Ein solches Instrument sind beispielsweise die Hermes Kredite, die heute Morgen bereits angesprochen wurden. Die Konditionen, die benutzt werden, um Exportkreditversicherungen durchzuführen, könnte man theoretisch an das Exportvolumen anpassen, das Deutschland in diesem Markt hat. Bei Rohstoffimporten, die zum Teil mit staatlichen Krediten gefördert werden, könnte man umgekehrt sagen: Wenn schon eine große Abhängigkeit, eine große Exposure in einem bestimmten Markt besteht, könnte man die entsprechenden Bedingungen so anpassen, dass es weniger attraktiv wird, dass noch mehr Unternehmen in diesen Markt gehen, sei es auf der Exportseite oder eben auf der Importseite.

Ein zweiter Aspekt ist die Rohstoffversorgung. Wir neigen in Deutschland dazu, die Rohstoffversorgung dezentral zu machen und es der privaten Wirtschaft zu überlassen. Allerdings könnte man überlegen, durch staatliche Unterstützungsmaßnahmen Investitionen in die Rohstoffversorgung in anderen Ländern zu tätigen. Das wird bereits angedacht, wenn Sie beispielsweise an erneuerbare Energien in Nordafrika denken – Solarfarmen oder Wasserstoffproduktion –, die dann nach Europa transportiert werden können. Auch das ist eine Möglichkeit, hier entsprechend einzusteigen und das zumindest mitzudenken.

Der dritte Punkt sind die Handelsabkommen. Wir haben CETA, das Abkommen der EU mit Kanada, implementiert. Andere Abkommen sind auf der Warteliste und sollten meiner Meinung nach stark gefördert und dann auch zum Abschluss gebracht werden. Das Mercosur-Abkommen ist bereits genannt worden. Südamerika bietet nun einmal interessante Perspektiven, weil es ein rohstoffreicher Kontinent und dementsprechend auch ein interessanter Partner ist.

– 43 –

Allerdings sollten wir weder die Rohstoffversorgung noch die Handelsabkommen so gestalten, wie China es macht, sondern wir sollten darauf achten, dass wir auch Angebote an die Länder des globalen Südens machen, und sollten versuchen, partnerschaftliche Verträge auszuhandeln und nicht Erpressungsversuche der indirekten Art zu machen, wie China es macht. Das halte ich prinzipiell für möglich.

Unter dem vierten Punkt der Empfehlungen zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen sehen Sie zugegebenermaßen ein Sammelsurium verschiedener Maßnahmen, und zwar sowohl auf nationaler als auch regionaler und lokaler Ebene. Man könnte beispielsweise versuchen, die Lagerhaltung von kritischen Rohstoffen auszuweiten. Das ist zwar mit Kosten verbunden, aber das ist zumindest ein Punkt, über den man nachdenken sollte. Lagerhaltung würde allerdings voraussetzen, dass mehr Flächen geschaffen werden.

Wir können mehr recyceln und können auf diese Weise die Rohstoffe, die schon im Umlauf sind, mehrfach nutzen. Dabei denke ich beispielsweise an die Rohstoffe, die in Handys, E-Motoren und weiteren technologischen Produkten zum Einsatz kommen.

Außerdem können wir – dafür ist Baden-Württemberg sicherlich prädestiniert – dafür sorgen, dass Substitutprodukte erforscht und marktfähig gemacht werden. Die Produkte selbst herstellen zu können, ist sicherlich die beste Strategie.

Der letzte Punkt betrifft die europäische Ebene. Ich halte das für einen wichtigen Punkt, denn die Handelskompetenz ist eine europäische Kompetenz. Das heißt, wir müssen die Versorgungssicherheit auch von der europäischen Seite her denken. Was helfen uns viele Maßnahmen auf regionaler oder nationaler Ebene, wenn sie nicht gut miteinander verzahnt sind und nicht gut ineinandergreifen?

Deshalb könnte man darüber nachdenken, eine europäische Agentur zur Versorgungssicherheit einzurichten. Diese Agentur könnte verschiedene Maßnahmen durchführen. Sie könnte beispielsweise Stresstests durchführen, um die Systemrisiken abzubilden. Man könnte daran denken, die nationalen Maßnahmen zu koordinieren, auszuwerten und transparent zu machen. Ich will gleich dazusagen, dass man manchmal vielleicht zusammenzuckt und sagt: „Eine neue europäische Institution ist nicht ganz unproblematisch.“ Es sollte so angelegt sein, dass diese Institution in bestehende Institutionen eingebettet ist. Ganz wichtig ist auch – wir haben vorhin etwas über das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz gehört –, dass keine zusätzlichen Berichtspflichten geschaffen werden. Die Berichtspflichten sollten koordiniert werden, aber es sollten keine zusätzlichen Berichtspflichten für die Unternehmen geschaffen und damit die Bürokratie erhöht werden.

Damit bin ich am Ende meines Vortrags angelangt. Ich freue mich auf Ihre Fragen und die gleich folgende Diskussion.

– 44 –

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Janeba. – Wir gehen direkt weiter zu Frau Dr. Gossen. Sie ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich „Sozialökologische Transformation“ an der Technischen Universität Berlin. Wir freuen uns sehr, dass Sie heute hier sind. Auch Sie haben 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Dr. Gossen: Sehr geehrter Herr Vorsitzender Salomon, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Mitglieder der Kommission, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich hatte, glaube ich, den weitesten Weg. Umso mehr freue ich mich, heute zu Ihnen zu meinem Thema sprechen zu können. Das Thema kommt vielleicht auf dem ersten Blick etwas exotisch daher, aber ich bin sicher, dass ich Sie davon überzeugen kann, welche Potenziale und Chancen im suffizienzorientierten Wirtschaften für die Resilienz eines Wirtschaftssystems liegen.

Ich werde über drei Punkte sprechen und versuche, drei Fragen zu beantworten. Zunächst möchte ich, weil es vielleicht noch nicht bei allen in der Tiefe vorhanden ist, in das Wissen zur Suffizienz und insbesondere seiner Bedeutung im Wirtschaftskontext einführen und einige Kommentare dazu abgeben. Dann werde ich mich mit der Frage befassen, wie Politik Suffizienz unterstützen kann. Das interessiert Sie wahrscheinlich am brennendsten. Abschließend werde ich ein Statement zu der Frage, wie Suffizienz zu Resilienz im Wirtschaftssystem beitragen kann, abgeben.

Ich beginne mit einem kurzen Überblick über die drei Nachhaltigkeitsstrategien, die, wie Sie wissen, für das Erreichen unserer Nachhaltigkeitsziele von großer Bedeutung sind. Zunächst werde ich auf Effizienz- und Konsistenzstrategien eingehen, die primär auf technologischen Fortschritt setzen, um den Energie- und Ressourcenverbrauch der Wirtschaft zu reduzieren, zu optimieren und dabei, wie das in Bezug auf die Circular Economy heute schon angesprochen wurde, vor allem darauf setzen, Material und Ressourcen in geschlossenen Kreisläufen zu führen. Diese Lösungsansätze haben uns in Bezug auf die Nachhaltigkeitsziele schon sehr weit gebracht. Sie sind aber auch nicht ohne Grenzen, insbesondere wenn wir uns die Reboundeffekte anschauen. Deshalb – das ist im Grunde genommen Konsens in der Nachhaltigkeitswissenschaft – braucht es eben auch den dritten Ansatz, die dritte Nachhaltigkeitsstrategie, die unter dem Stichwort Suffizienz von strukturellen und nachhaltigen Veränderungen unserer Produktions- und Konsummuster ausgeht.

Bei der Suffizienz spreche ich in der Regel davon, dass es um das rechte Maß von Konsum und von Produktion geht, und zwar unter Berücksichtigung planetarer sowie auch sozialer Grenzen. Es ist primär eine Strategie für die Wohlstandsgesellschaften

– 45 –

des globalen Nordens. Das beinhaltet auch eine Reflexion dessen, was wir zur Bedürfnisbefriedigung brauchen, welcher Verbrauch von Material, von Gütern und von Ressourcen also für das gute Leben notwendig ist, und hat damit einen starken Fokus auf individuelle Verhaltensänderungen.

Der Verantwortungsbereich für diese Strategie weitet sich aber zunehmend aus und wird auf wirtschaftliche Akteure ausgeweitet. Hier sind wir bei dem heutigen Thema, nämlich bei der Suffizienz in Unternehmen und bei den Strategien für Unternehmen, wie sie Suffizienz fördern können.

Zunächst – ich glaube, das ist durchaus radikal, wenn man weiter darüber nachdenkt – ist davon auszugehen, dass sich unternehmerische Wertschöpfung verlagert, und zwar von der Gewinnmaximierung zur Sinnstiftung. Das ist notwendig, um als Unternehmung entschleunigt, regional, sozial gerecht, langsamer und gemeinwohlorientierter wirtschaften zu können. Das ist gewissermaßen die Zielrichtung, mit der viele suffizienzorientierte Unternehmen unterwegs sind. Wie machen sie das? Im Prinzip durch zwei wesentliche Strategien: indem sie einerseits die Rahmenbedingungen für den suffizienzorientierten Konsum verändern, also Angebote machen und Dienstleistungen für gemäßigte Lebensstile, für gemäßigte Konsummuster anbieten, auf der anderen Seite aber auch im eigenen Unternehmen auf eine angemessene Begrenzung der eigenen Produktion und des eigenen Verbrauchs abzielen.

Damit dies wirkungsvoll und authentisch im Unternehmen umgesetzt werden kann, muss es in den Leitsätzen, in der Strategie und auch in der Kultur eines Unternehmens verankert werden. Studien und empirische Arbeiten zu diesem Thema zeigen, dass das Prinzip der Suffizienz insbesondere in KMUs, also in inhabergeführten, häufig auch familiengeführten Unternehmen, besonders anschlussfähig ist.

Damit es etwas greifbarer wird, habe ich Ihnen eine Auswahl von Strategien mitgebracht, wie Suffizienz realisiert werden kann. Ganz besonders eignen sich Marketinginstrumente wie Kommunikation, aber auch das Produktdesign, um Suffizienz zu fördern, wenn es darum geht, suffiziente und gemäßigte Lebensstile einfacher zu machen. Im Kern geht es auch hier darum, von dem herkömmlichen Zweck des Marketings abzuweichen, bei dem es stark um Abverkaufssteigerung geht, hin zur Förderung von tatsächlichen Bedürfnissen, das heißt, weg von der Schaffung neuer Konsumwünsche hin zur Befriedigung tatsächlicher Bedürfnisse. Das kann in Unternehmen erfolgen, indem beispielsweise ein Produktangebot entwickelt und zur Verfügung gestellt wird, das auf Langlebigkeit, auf Reparierfähigkeit von Produkten und auf hohe Qualität setzt. Es kann auch darum gehen, Dienstleistungen anzubieten, die die Reparatur von Produkten ermöglichen oder die das Teilen und Tauschen, das Leihen oder auch Secondhand-Praktiken ermöglichen. Das bedeutet, in der Werbung auf aggressive Botschaften und auf Schnäppchenpreise zu verzichten oder auch in der Kommunikation gegen den Massenkonsum, wie wir ihn z. B. vom Black Friday kennen, hinzuwirken und dafür zu sensibilisieren, dass diese Konsumweisen starke ökologische und auch soziale Negativwirkungen entfalten können.

– 46 –

Wenn wir über suffizienzorientiertes Wirtschaften nachdenken, liegt es auf der Hand, auch über die Herausforderungen zu sprechen; denn es ist nicht überraschend, dass sich das, was ich hier bisher vorgestellt habe, eher in der Nische befindet bzw. sich vielleicht auch erst einmal wie ein Widerspruch zu dem Wirtschaftssystem, in dem wir gegenwärtig unterwegs sind, anfühlt. Mit dieser Unvereinbarkeit zwischen Suffizienz und dem Wirtschaftssystem, das stark auf Wachstum setzt und auch vom Wachstum abhängt, die einem zunächst einmal in den Sinn kommt, haben auch Unternehmen, die bereits diese Suffizienzorientierung verfolgen, zu tun. Die Unternehmen sehen sich mit besonderen Herausforderungen konfrontiert, die sich aus dem Wirtschaftssystem ergeben, das stark durch Wettbewerb und Nachfrageeffekte gekennzeichnet ist. Dadurch werden die Vorteile von Wachstum und von Größe noch einmal betont.

Suffizienzorientierte Unternehmen haben gleichzeitig einen begrenzten Zugang zu Investitionen und zu Finanzkapital, müssen sich also auch neue Wege der Förderung bzw. der Finanzierung suchen. Sie unterliegen gleichzeitig auch den Machtkonstellationen und Interessen des aktuellen Wirtschaftssystems. Daraus ergibt sich noch einmal eine ganz spezielle Herausforderung für suffizienzorientierte Unternehmen.

Es stellt sich also die Frage: Wie gehen suffizienzorientierte Unternehmen mit dieser Unvereinbarkeit und dem Wachstumsdruck der Wirtschaft um? Hier kann ich aus der empirischen Forschung, das heißt, aus der Beschäftigung mit Pionierunternehmen, die diese Strategien verfolgen, berichten. Es lässt sich vielleicht auf die einfache Botschaft herunterbrechen, dass diese Unternehmen Wachstum nicht grundsätzlich ablehnen, dass sie aber den Fokus auf ein qualitatives Wachstum legen. Es geht ihnen also eher darum, Werte bzw. immaterielle Güter wachsen zu lassen, anstatt Wachstum mithilfe von finanziellen Kennzahlen zu messen.

Wie machen sie das? Wir hatten schon über das suffizienzorientierte Produktangebot gesprochen, indem sich die Unternehmen auf Langlebigkeit, Qualität und Reparierfähigkeit der Produkte fokussieren, indem sie ihr Geschäftsmodell diversifizieren, indem neben dem eigentlichen Produkt auch Dienstleistungen angeboten werden, um damit vielleicht auch Gewinn- und Absatzverluste ein Stück weit aufzufangen, und indem sie insgesamt davon ausgehen, dass ihr eigenes Wachstum, das vielleicht temporär ja auch das Ziel sein kann, zu Schrumpfungseffekten bei nicht nachhaltigen Unternehmen führen, um auf diese Weise die Wirtschaft insgesamt auf einen nachhaltigeren Pfad zu bringen.

Was bedeutet das nun für die politische Förderung? Zunächst einmal – ich denke, das haben meine vorhergehenden Ausführungen verdeutlicht – bedeutet es, dass ein neuer, wenn nicht sogar radikal neuer politischer Rahmen benötigt wird. Gleichzeitig ist es mir aber auch wichtig, auf die Synergien hinzuweisen, die ich hier definitiv auch sehe, und zwar Synergien zu anderen, schon bestehenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen bzw. zu bestehenden umweltpolitischen Ansätzen.

– 47 –

Die übergeordneten Ziele von Suffizienzpolitik für die Wirtschaft lassen sich wie folgt zusammenfassen – auch hier gibt es starke Überschneidungen mit dem, was die Transformation der Wirtschaft politisch bedeutet –, und zwar die soziale Gerechtigkeit bzw. die soziale Ungerechtigkeit zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden, die wir bislang beobachten, aufzuheben und noch stärker – das habe ich bereits mehrmals betont – auf die Qualität statt auf die Quantität von Produkten zu setzen. Es geht stark um eine Regionalisierung von Wirtschaftssystemen bzw. von Wirtschaftskreisläufen. Es geht um kürzere Lieferketten.

Hierzu nur eine kleine Seitenanmerkung: Auch während der Coronapandemie hat sich gezeigt, dass die globalen Lieferketten, die sehr unübersichtlich geworden sind, zum Problem werden können. Hier gibt es auf jeden Fall eine Synergie und auch eine Überschneidung mit dem, was wir uns für eine nachhaltige und suffizienzorientierte Wirtschaft vorstellen können.

Und es geht – das ist ebenfalls eine bekannte Forderung aus der Umweltpolitik – um die Internalisierung von Umwelt- und Sozialkosten.

Das ist noch sehr allgemein gehalten. Ich habe versucht, einige Beispiele mitzubringen, die das konkreter und anschaulicher machen, beispielsweise auf EU-Ebene. Das Lieferkettengesetz wurde schon erwähnt. Auch wenn hier legitimerweise die Befürchtung besteht, dass für die Unternehmen zunächst einmal ein gewisser Bürokratieaufwand entsteht, ist es dennoch eine notwendige Maßnahme. Nicht umsonst wird es auch von vielen Unternehmen selbst eingefordert, um die globalen Ungerechtigkeiten, den Einsatz von Kinderarbeit und die Umweltzerstörung stärker abzubauen, faire Löhne zu fördern und dazu beizutragen, dass Unternehmen mehr Verantwortung für die gesamte Lieferkette übernehmen. Durch das Lieferkettengesetz soll mehr Transparenz in Lieferketten gebracht werden. Außerdem sollen soziale und ökologische Standards gewährleistet werden.

Es ist ebenso vorstellbar, dass im Rahmen von bereits bestehenden Produktdesignstandards wie der Ökodesign-Richtlinie sogenannte suffizienz- oder auch kreislaufbasierte Kriterien aufgegriffen und berücksichtigt werden. Hier hat die EU mit der Sustainable Products Initiative bereits einen ersten Vorstoß gemacht. Das Recht auf Reparatur wird auch auf EU-Ebene diskutiert. Das alles sind Suffizienzpolitiken, die überaus empfehlenswert zu sein scheinen.

Was die nationale Ebene betrifft, gibt es einiges, was wir aus dem Ausland lernen können. In Schweden wurde beispielsweise das Reparieren von Elektronikgeräten mit einer reduzierten Reparaturmehrwertsteuer gefördert, ebenso in Frankreich mit dem Reparaturindex, der dafür sorgen soll, dass Konsumentinnen und Konsumenten Produkte, die besser reparierbar sind, direkt erkennen. Dadurch sollen sie motiviert werden, Geräte, die kaputt sind, nicht zu entsorgen, sondern ihre Lebensdauer zu verlängern, indem sie sie selbst reparieren.

– 48 –

Das „Regionalfenster“-Label, das in Deutschland etabliert wurde, hat zum Ziel, Lieferketten zu verkürzen, die Wertschöpfung zurück in die Regionen zu bringen sowie Verbraucherinnen und Verbraucher noch stärker mit den Produzentinnen und Produzenten in Verbindung zu bringen.

Ich gehe davon aus, dass die Landesregierung vor allem an Strategien interessiert ist, die auf Landesebene umgesetzt werden können. Als Beispiel hierfür wäre der Reparaturbonus, wie er in Thüringen geschaffen worden ist, zu nennen, ebenso wie regionale Förderprogramme. In Nordrhein-Westfalen wurde z. B. im Rahmen der Coronasoforthilfen das Sonderprogramm „Kreislaufwirtschaft (Circular Economy) und Ressourceneffizienz“ aufgesetzt, um Unternehmen der Circular Economy kurzfristig zu fördern und die Ressourceneffizienz in der Wirtschaft zu unterstützen.

Aus meiner Sicht ist es ausgesprochen wichtig, dass Politik, die Suffizienz fördern möchte, von einer weitsichtigen Folgen- und Wirkungsabschätzung begleitet wird, da es in diesem Bereich durchaus zu Zielkonflikten und zu nicht intendierten Folgen kommen kann. Deswegen sind eine vernünftige Entscheidungsgrundlage sowie eine nachvollziehbare Abschätzung entsprechender Konsequenzen erforderlich. Deswegen sollte eine begleitende Wirkungs- und Folgenabschätzung unbedingt umgesetzt werden.

Damit komme ich schon zu meiner letzten Folie und zu der abschließenden Fragestellung: Wie kann Suffizienz zur Resilienz beitragen? Ich gehe davon aus, dass es hier sehr viele Synergien gibt.

Ich möchte zunächst noch einmal mein Verständnis von Resilienz, die im Wirtschaftssystem auch als wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit definiert wird, mit Ihnen teilen. Die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit meint die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen, und zwar in der Weise, dass negative soziale Folgen und Umweltbelastungen, die durch sogenannte Schocks bzw. durch unerwartete Krisen entstehen, aufgefangen werden können. Es geht also darum, ein System aufzubauen, das flexibel auf Krisen reagieren kann, das sich von Krisen erholen kann und das daraus lernen und sich anpassen kann.

Aus meiner Sicht ist Suffizienz eine Strategie, die durchaus zur Stärkung von Resilienz beitragen kann und die das Potenzial hat, die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit zu unterstützen, einerseits, indem es auch bei der Suffizienz darum geht, andere Wohlstandsindikatoren zu finden und zu explorieren, um dadurch auch die Abhängigkeit vom BIP-Wachstum ein Stück weit zu reduzieren. Es geht darum, lokale Wirtschaftssysteme, Kreisläufe und Lieferketten sowie dadurch auch Kooperationen und Netzwerke unter Wirtschaftsakteuren zu unterstützen. Das sind nur drei beispielhafte Bereiche, wo Resilienz und Suffizienz eine starke Überschneidung haben und wo hohe Synergiepotenziale bestehen.

– 49 –

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen angelangt. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die nun anschließenden Fragen.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Dr. Gossen. – Jetzt treten wir in die Fragerunde der Fraktionen ein. Für die Fraktion GRÜNE Herr Abg. Poreski, bitte.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Herr Vorsitzender! Die ersten Fragen richten sich an Herrn Professor Janeba. Ich finde, Sie haben sehr gut dargestellt, was De-Risking im Gegensatz zu Decoupling ist. Wie in den vorhergehenden Vorträgen ist zum Ausdruck gekommen, dass das etwas ist, was alle anstreben sollten. Sie haben beschrieben, an welchen Stellen es Kippunkte geben kann. Sie haben deswegen eine europäische Agentur mit entsprechenden Stresstests ins Spiel gebracht. Mich würde interessieren, wie das funktionieren soll, wenn man nicht genau weiß, welche Güter und Lieferketten tatsächlich kritisch sind. Sie haben gesagt, da gibt es eine große Unsicherheit.

Meine zweite Frage in diesem Kontext lautet: Braucht es dann nicht Dialogformate zwischen Wissenschaft, Politik und Wirtschaft, um an genau dieser Stelle immer wieder nachzuschärfen? Ich weiß nicht, wie Sie es einschätzen, aber aus meiner Sicht muss das ein permanenter Lernprozess sein.

Frau Dr. Gossen, ich habe jetzt gelernt, dass Suffizienz offensichtlich sehr breit verstanden wird. Es gibt also durchaus unterschiedliche Ansätze von Suffizienz. Ich würde bei dem, worüber wir bislang diskutiert haben, jetzt nicht die reine Lehre, die Sie präsentiert haben, als Maßstab für Baden-Württemberg sehen. Aber die Elemente und auch die Kritikpunkte, die Sie genannt haben, halte ich für sehr relevant. Wachstum sollte also kein Selbstzweck sein. Wenn etwas reparierbar ist, könnte es auf dem Papier weniger Wirtschaftswachstum nach sich ziehen, aber es hat andere Vorteile. Ich glaube, das ist eindeutig. Beispielsweise ist auch die Obsoleszenz schon einmal Thema bei der IHK Reutlingen gewesen. Ich habe sogar schon einmal einen Vortrag dazu gehalten. Genau solche Aspekte spielen in diesem Zusammenhang eine Rolle.

Muss es bei dem, was Sie dargestellt haben – die Verhinderung von Reboundeffekten bzw. die Internalisierung von externen Kosten –, nicht darum gehen, eine Synthese zwischen dem zu finden, was klassische Unternehmen machen, und dem, was die reine Suffizienzlehre beinhaltet? Braucht es nicht ein Nebeneinander dieser verschiedenen Kriterien auch in der klassischen Wirtschaft und auch ein Nebeneinander von Unternehmen, die sich stärker suffizienzorientiert aufstellen, und den klassischen Unternehmen, die gleichzeitig auch diese Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigen?

Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Auch von unserer Seite erst einmal herzlichen Dank für die zwei Impulse.

– 50 –

Ich habe zwei Fragen an Herrn Professor Dr. Janeba. Sie sprachen von einer europäischen Agentur. Könnten Sie dazu noch ergänzende Ausführungen machen? Welche Ideen haben Sie diesbezüglich? Wo soll der Sitz dieser Agentur sein? Was genau soll sie machen?

Sie sagten, die Versorgungssicherheit sei ein eher europäisches Thema. Wie können wir diese Rohstoffsicherung und die Sicherung der Lieferketten aus Baden-Württemberg proaktiv begleiten? Welche Maßnahmen würden Sie daraus für uns ableiten?

Frau Dr. Gossen, aus meiner Sicht klingt – neben den beiden anderen Strategien – dieses Suffizienzprinzip durchaus interessant. Wenn wir uns aktuell die Wirtschaft anschauen, scheint es allerdings noch sehr weit weg zu sein. Deswegen interessiert mich mit Blick auf den zeitlichen Rahmen, was die Forschung dazu sagt und wann wir denn so weit wären, diesen Paradigmenwechsel zu vollziehen.

Meine zweite Frage ist: Wer soll die Folgen- und Wirkungsabschätzung durchführen: die Unternehmen selbst oder der Landtag? Das habe ich noch nicht ganz verstanden.

Dr. Daniela Harsch, externes Mitglied: Die Fragen der SPD-Fraktion richten sich zunächst an Herrn Professor Janeba. Sie haben sehr viel über Subventionen gesprochen, es aber eher als europäisches Thema dargestellt. Ich habe mich während Ihres Vortrags immer wieder gefragt: Wir sind eine Enquetekommission des Landes. Worin sehen Sie denn die Wirkmechanismen der Wirtschaftspolitik des Landes?

Sie haben von der Verstärkung bestehender Stärken gesprochen. Wo sehen Sie diese Stärken konkret in Baden-Württemberg? Wie kann aus Ihrer Sicht eine regionale Wirtschaftsstrukturpolitik erfolgen?

Dann habe ich einige Fragen an Frau Dr. Gossen. Am liebsten würde ich diese Fragen direkt an Herrn Erbe weitergeben, damit er sie an Frau Dr. Gossen richten kann, weil mich die Diskussion zwischen den beiden sehr interessieren würde. Aber da das wahrscheinlich nicht möglich ist, richte ich meine Fragen jetzt direkt an Frau Dr. Gossen.

Wie definieren Sie denn die immateriellen Werte? Wie würden Sie vor allem das Wachstum immaterieller Werte darstellen? Könnten Sie dazu ein oder zwei konkrete Beispiele nennen? Obwohl ich Volkswirtin bin, kann ich mir darunter nicht direkt etwas vorstellen.

Ich kann den Paradigmenwechsel, für den Sie sich ausgesprochen haben, durchaus nachvollziehen. Die Idee ist mir auch sehr sympathisch. Gleichzeitig lebt die baden-württembergische Wirtschaft allerdings vor allem von der Nachfrage, auch von der Nachfrage – dabei denke ich beispielsweise an die Automobilindustrie – nach neuen Produkten und neuen Fahrzeugen. Wie würden Sie dieses Dilemma in Form einer Empfehlung an die baden-württembergische Wirtschaftspolitik auflösen?

– 51 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich hatte mir auch schon überlegt, ob wir Herrn Erbe in die Diskussion einbinden sollten, habe es jedoch mit Blick auf die Zeit nicht riskieren wollen. Vielleicht könnten Sie sich aber trotzdem noch kurz dazu äußern. Zunächst hören wir aber noch die Fragen der verbleibenden Fraktionen. – Herr Abg. Weinmann, bitte.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Frau Dr. Gossen, liegen Ihnen empirische Daten vor, was beispielsweise gerade auch den immateriellen Wert und die Entwicklung angeht? Können Sie sagen, inwieweit diese für die Wettbewerbsfähigkeit von Relevanz sind? Insbesondere Baden-Württemberg lebt von Qualitätsprodukten, die am Markt mit einer besonderen Langlebigkeit werben, sodass es gerade vor diesem Hintergrund von Interesse ist.

Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Professor Janeba und greift das auf, was meine Vorrednerin bereits angesprochen hat. Wir haben gesehen, dass wir gerade bei Produkten wie Erkältungs-, Husten- oder Fiebersaft vom Ausland abhängig sind und momentan versuchen, diesen Mangel über den Preismechanismus zu kompensieren, anstatt zu überlegen, wie wir die Produktion wieder in heimische Regionen bringen können. Da würde mich interessieren, wie Sie diesen Aspekt gerade in Bezug auf Mangelprodukte bewerten.

Zum anderen haben Sie, Herr Professor Janeba, auch über die Seidenstraßenstrategie Chinas und auch über – so habe ich es zumindest interpretiert – den gescheiterten Versuch, Wandel durch Handel zu generieren, gesprochen. Welche Auswirkungen sehen Sie gerade in diesem Bereich auf Baden-Württemberg?

Abg. Carola Wolle AfD: Meine erste Frage richtet sich an Herrn Professor Janeba. Es geht um das Thema der Diversifizierung. Herr Abg. Weinmann hatte eben den Mangel an bestimmten Medikamenten angesprochen. Deutschland ist ein rohstoffarmes Land. Deswegen haben wir gerade ein Problem in Bezug auf die Herstellung von Medikamenten. Was können wir diesbezüglich hinsichtlich einer Diversifizierung tun? Welche Regulierungen bzw. Gesetze sind Ihrer Meinung nach denkbar, um das irgendwie in den Griff zu bekommen? Wir sind ja selbst Teil einer Lieferkette. Welche Folgen hätte es für uns, wenn andere Länder ebenfalls auf eine starke Diversifizierung setzen würden?

Frau Gossen, Sie sprechen im Grunde genommen von einem Markt-/Unternehmensspiel und betrachten es eher von der Unternehmensseite. Die Unternehmen sind eigentlich schon sparsam. Herr Bosch ist einmal durch sein Unternehmen gegangen, hat eine Büroklammer aufgehoben und hat gesagt: „Das ist mein Geld.“ Herr Grupp druckt zwar einseitig, verwendet aber das Papier noch mal. Die Unternehmen – insbesondere die schwäbischen bzw. baden-württembergischen – sind also sehr sparsam unterwegs und denken auch in diese Richtung.

– 52 –

Ich habe den Eindruck, dass Sie vom Unternehmen her ein Stück weit die Menschen umerziehen wollen. Aber eigentlich muss das doch vom Markt her kommen. Ich denke, die Menschen sind bereits sensibilisiert und fordern auch Reparaturmöglichkeiten ein. Dabei denke ich beispielsweise an das I-Phone. Inzwischen ist es möglich, die Batterie beim I-Phone zu wechseln. Es gibt inzwischen also einen Weg. Die Menschen wollen, dass die Batterie wechselbar ist. Sie bekommen sie vielleicht nicht bei Apple gewechselt, aber doch woanders. Das heißt, die Menschen sind da schon sensibilisiert. Das Problem besteht darin, dass eine Reparatur im Vergleich zum Neukauf teurer ist. Häufig wird das Produkt so günstig in China hergestellt, dass sich die Reparatur gar nicht mehr lohnt. In diesem Zusammenhang stellt sich auch das Problem der Löhne. Was können wir an dieser Stelle tun? Was sagen die Reichen immer?: „Lieber ein teures Produkt, weil das unter dem Strich günstiger ist, da es zum einen länger hält und man es zum anderen reparieren kann.“

Vorsitzender Alexander Salomon: Damit sind wir am Ende der Fragerunde angelangt. Ich bin immer wieder erstaunt, wie das Image in Württemberg über die eigenen schwäbischen Tugenden so hochgehalten wird. Aber gut, sei's drum. Auch im Badi-schen und anderswo wird gut gearbeitet, und dort werden Unternehmen sicherlich auch gut geführt. – Herr Professor Dr. Janeba, Ihnen stehen jetzt etwa zehn Minuten für die Antworten zur Verfügung.

Sv. Herr Dr. Janeba: Vielen Dank für die Fragen und für das Interesse, das dadurch zum Ausdruck kommt. Lassen Sie mich versuchen, die Fragestellungen abzuarbeiten. Teilweise kann ich es bündeln. Teilweise werde ich versuchen, es sequenziell abzuarbeiten.

Herr Poreski, Sie fragten nach den Daten und nach der europäischen Ebene und ob es nicht ein gewisser Widerspruch war, den ich da aufgebaut habe, indem ich gesagt habe, man kann die erforderlichen Listen nicht erstellen, und trotzdem soll dann eine Agentur entsprechend vorgehen. Natürlich kann man immer Listen erstellen. Man kann auch mit gewissen Daten etwas machen. Ich warne nur davor, dass man glaubt, man könnte sich danach zurücklehnen und sagen: „Ich habe ja diese Liste, und dann passiert mir nichts.“ Ich glaube, das ist eine falsche Vorstellungsweise. Dem wollte ich entgegenreten.

Ja, es braucht einen Dialog zwischen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft. Man muss sagen, dass die Datenlage zum Teil hausgemacht ist. Es gibt andere Länder, in denen die Datenlage besser ist. Ungarn verfügt z. B. auf der Unternehmensebene über viel detailliertere Verflechtungsdaten als wir. Insofern muss man sich durchaus fragen, ob wir der Wissenschaft nicht mehr Daten und bessere Daten zur Verfügung stellen sollten. Das ist natürlich immer ein Plädoyer pro domo. Aber es ist tatsächlich so: Bessere Beratung kann erfolgen, wenn eine bessere Datenlage vorhanden ist. Ich glaube, das ist ein Bestreben, das hier eine wichtige Rolle spielen kann, gerade weil es auch Unternehmensdaten sind. Dass Unternehmensdaten sensibel sind, ist mir völlig klar. Aber

– 53 –

es würde dazu beitragen, dass wir hier Mechanismen finden, wie eine bessere Beratung stattfinden kann.

Damit komme ich zur europäischen Agentur, die Sie angesprochen haben. Ja, ich habe damit ein bisschen verraten, was der Wissenschaftliche Beirat gerade getrieben hat. Wir haben gerade ein Gutachten verabschiedet, das von Herrn Minister Habeck allerdings noch nicht freigegeben worden ist. Das ist zwar eine formale Sache, aber Sie können es noch nicht nachlesen. Es wird jedoch in wenigen Wochen zur Verfügung stehen. Ich mache schon einmal Werbung dafür. Es wird dann auf der Webseite des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz verfügbar sein.

Die Idee besteht darin, dass diese Agentur verschiedene Aufgaben erfüllen kann. Ich sehe da nicht eine einzige zentrale Aufgabe. Ich habe versucht, zu beschreiben, welches die Aufgaben sein könnten. Zweitens soll sie in bestehende Strukturen eingebunden werden. Es ist also keine neue Behörde, sondern sie wird sicherlich eher im Bereich der Europäischen Kommission anzusiedeln sein, um ihr zuzuarbeiten. Ich glaube, das ist die richtige Instanz. Die Agentur sollte vorzugsweise mit den Verordnungsvorhaben, die momentan anstehen, interagieren. Die EU-Kommission hat seit dem Frühjahr den European Critical Raw Materials Act in der Mache. Dabei geht es um die Frage, wie wir die Abhängigkeiten messen können. Es zielt darauf ab, diese Abhängigkeiten langfristig zu verringern. Ich glaube, dafür braucht es eine Art Agentur, die das machen könnte.

Mehrere von Ihnen haben Baden-Württemberg angesprochen. Das ist eine völlig berechtigte Frage. Ich weiche zugegebenermaßen ein bisschen aus. Das hat einerseits damit zu tun, dass ich, obwohl ich schon lange in Mannheim bin, kein Baden-Württemberg-Spezialist bin. Aber es hat auch mit der richtigen Ebene der Politikintervention zu tun. Da Handelsfragen eine deutsche oder sogar eine europäische Kompetenz sind, muss, glaube ich, auch die Reaktion der Politik auf dieser Ebene stattfinden. Wenn es jedes Bundesland, jede Stadt oder jede Region für sich macht, also beispielsweise Baden und separat Württemberg oder jede Stadt, besteht die Gefahr, dass sich die Maßnahmen duplizieren, sich nicht unbedingt verstärken und bei der Ansiedlung von Unternehmen zu Ineffizienzen führen. Dann machen wir alle unsere eigene Ansiedlungspolitik, um die Risiken zu mindern, mit der Folge, dass wir alle Geld ausgeben, und das endet dann in den Händen der Unternehmen. Das ist natürlich schön für die Unternehmen, aber es ist nicht unbedingt die beste Art und Weise, als Gesellschaft darauf zu reagieren.

Deshalb lautet mein Plädoyer, dass Baden-Württemberg mit anderen Bundesländern und dem Bund gemeinsam agieren muss. Der Bundesrat ist die formelle Institution, aber die Koordinationsebene sind die Bundesländer gemeinsam. Sie haben auch ein gemeinsames Interesse daran. Das hat nichts mit Parteipolitik zu tun. Sicherlich hat Baden-Württemberg mit seiner Maschinenbau- und der Elektroindustrie eine andere

– 54 –

Industriestruktur als beispielsweise Mecklenburg-Vorpommern, aber die prinzipielle Ebene ist aus meiner Sicht die Ebene der Bundesländer zusammen.

Die Kollegin aus dem digitalen Raum hat die Frage aufgeworfen, welche Stärken man stärken kann. Ich glaube, dass Baden-Württemberg dafür prädestiniert ist, die Kompetenz, die es an den Hochschulen und Universitäten Baden-Württembergs gibt, in die Praxis umzusetzen. Das ist die Transformation der Idee in die tatsächliche Praxis. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, dass es häufig in der Praxis hakt, wie gut das möglich ist bzw. mit wie viel bürokratischem Aufwand die Umsetzung von Ideen, die in der Wissenschaft entwickelt werden, verbunden ist. Auf jeden Fall sollte darauf geachtet werden, dass die Umsetzung dieser Ideen in Baden-Württemberg erfolgt und nicht, wie wir vorhin gehört haben, beispielsweise in den USA, weil die Umsetzung der entsprechenden Ideen dort leichter möglich ist. Das sehe ich als ein großes Handlungsfeld an.

Herr Weinmann und Frau Wolle, Sie haben eine Frage in Bezug auf die Verfügbarkeit bestimmter medizinischer Produkte gestellt. In Bezug auf medizinische Produkte kommt mir als erste Reaktion die Lagerhaltung in den Sinn. Es ist natürlich besser, Vorsorge zu treffen. Das machen wir teilweise bereits als Reaktion auf die Coronakrise, was Masken und andere medizinische Produkte, die in einem solchen Krisenfall benötigt werden, angeht. Das ist mit Kosten verbunden, aber es ist sozusagen die erste Reaktion, um temporäre Störungen der Lieferketten abzufedern. Ob ein Engpass allein durch eine entsprechende Lagerhaltung vermieden werden kann, vermag ich nicht zu sagen. Sicherlich könnte man bei bestimmten Produkten auch an eine verstärkte eigene Produktion denken. Wenn die Unternehmen das nicht von sich aus machen, müsste es staatlich incentiviert werden, damit es tatsächlich geschieht. Von allein wird das nicht geschehen. Dabei stellt sich dann auch die Frage, für welche Produkte eine Produktion im eigenen Land infrage kommt und wer darüber entscheidet. Auch das ist wiederum ein Prozess, der der politischen Einflussnahme durch die Unternehmen ausgesetzt ist.

Sie fragten nach den Auswirkungen des Ausbaus der Seidenstraße durch China auf Baden-Württemberg. Ich glaube, wir müssen hier wirklich viel größer denken. Was mir große Sorge bereitet und was auch Auswirkungen auf Baden-Württemberg haben wird, ist der zunehmende Konflikt zwischen den USA und China. Dieser handelspolitische Konflikt, der 2018 unter Trump begonnen hat, ist noch nicht beendet, sondern er wird fortgeführt. Wir konnten das deutlich an dem Abkommen mit dem Iran sehen, das von Trump aufgekündigt worden ist, was dazu geführt hat, dass im Iran die Nuklearproduktion angekurbelt wurde, während Europa versucht hat, das Abkommen fortzuführen. Dieser Konflikt hat dazu geführt, dass deutsche und eben auch baden-württembergische Unternehmen durch extraterritoriale Sanktionen der Amerikaner von dem Handel mit dem Iran abgeschnitten worden sind, weil gedroht wurde, dass ansonsten die Verbindungen dieser deutschen Unternehmen in die USA gekappt wer-

– 55 –

den. Das ist ein großes Problem. Zwar können sich die deutschen Unternehmen darauf berufen, dass sie im Recht sind, weil sie keine Verträge verletzt haben, aber de facto hat es dazu geführt, dass die deutsche Wirtschaft abgeschnitten wurde.

Ein solches Problem sehe ich auch in Bezug auf den zunehmenden Konflikt zwischen den USA und China. Was wird passieren, wenn diese Spannungen zunehmen? Dabei muss es sich noch nicht einmal um kriegerische Auseinandersetzungen handeln. Dann werden die USA wiederum Druck ausüben, sodass deutsche Unternehmen wiederum vom Handel ausgeschlossen werden. Es besteht die Gefahr, dass wir sozusagen vor die schlechte Wahl gestellt werden: Wollen wir lieber Handel mit den USA oder mit China oder mit wem auch immer betreiben? Das sehe ich als eine große Gefahr an. Die baden-württembergischen Unternehmen müssen auf dem Schirm haben, dass das durchaus passieren kann. Das ist eine große Sorge, die ich an dieser Stelle äußern möchte.

Vorsitzender Alexander Salomon: Frau Dr. Gossen, Sie haben jetzt auch ungefähr zehn Minuten Zeit für die Beantwortung der Fragen.

Sv. Frau Dr. Gossen: Vielen Dank für die Fragen. – Ich beginne mit der ersten Frage, die sich darauf bezog, welches Suffizienzverständnis wir anlegen. Ich bin da eigentlich ganz bei Ihnen: Ich sehe sehr viele Synergien, sehr viele Synthesen, wie Sie es formulierten, zu bereits bestehenden und bewährten Strategien, insbesondere eben auch in KMUs. Wenn wir versuchen, uns Suffizienz vorzustellen: Worum geht es dabei? Es geht um den Abbau von Verschwendung. Es geht auf der Positivseite darum, Produkte so lange zu benutzen und im Kreislauf zu halten, bis sie tatsächlich nicht mehr nutzbar sind. Das hat viel mit Sparsamkeit und mit hoher Qualität zu tun.

Dennoch sehe ich, dass es auf jeden Fall Sektoren gibt, die für solche Ideen anschlussfähiger sind als andere. Ich kann mir jetzt schlecht vorstellen, wie das beispielsweise in der Stahlindustrie aussehen kann. Ich kann es mir aber sehr gut im Bereich von Bekleidung bzw. Fast Fashion vorstellen. Dazu sind bislang die meisten Studien durchgeführt worden. Sie hatten ja auch die Frage nach empirischen Daten und konkreten Unternehmensbeispielen gestellt. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass in diesem Bereich eine erhebliche Verschwendung festzustellen ist. Es gibt Strategien, die die Qualität und die Langlebigkeit von Produkten unterminieren und eher auf das schnelllebigste Produkt abzielen, was aber mit einer schlechten Qualität einhergeht. Ich glaube, für solche Bereiche sind politische Maßnahmen wie beispielsweise das Lieferkettengesetz ausgesprochen wichtig. Durch solche Maßnahmen könnte verhindert werden, dass es so etwas wie Fast-Fashion-Systeme gibt.

Ein weiterer Bereich ist die Ernährung. Überall dort, wo es darum geht, Grundbedürfnisse zu erfüllen, müssen wir einen anderen Blick darauf haben. Z. B. hat die BIO COMPANY, ein Händler für Bioprodukte, mit dem Slogan „Weniger ist mehr“ geworben und war sehr erfolgreich damit. Damit war nicht gemeint, dass wir weniger essen oder weniger Lebensmittel zu uns nehmen, sondern dass wir darauf achten, beispielsweise

– 56 –

einen anderen Umgang mit dem Mindesthaltbarkeitsdatum zu pflegen, indem wir verstehen, was es bedeutet, abgelaufene Lebensmittel, die noch gut haltbar sind, noch zu konsumieren. Ich glaube, hier braucht es einfach auch ein differenzierteres Verständnis von Suffizienz, und das ist eben auch sektorenabhängig.

Die Frage des zeitlichen Rahmens knüpft vielleicht ganz gut daran an. Ich denke, dass der Suffizienzansatz in manchen Industrien bzw. in manchen Sektoren bereits sehr gut anschlussfähig ist und ökologische und auch soziale Probleme, die wir in diesen Wirtschaftsbereichen beobachten können, lösen könnte. Es gibt aber auch andere Sektoren, in denen man diesbezüglich vielleicht noch etwas kreativer werden muss. Deswegen ist es ein eher inkrementeller Prozess, also ein Weg, zu dem wir uns jetzt aufmachen müssen. Aber ich bin auch keine Verfechterin davon, das jetzt auf einmal umzukrempeln, insbesondere weil es gegebenenfalls die angesprochenen Konflikte gibt und weil es dafür einer langfristig angelegten und weitsichtigen Begleitung sowie einer Folgen- und Risikoabschätzung bedarf.

Sie hatten nach den Akteuren gefragt. Hier sehe ich durchaus auch die Politik in der Verantwortung. Darin müssten aber auch gesellschaftliche Akteure einbezogen werden; es könnten aber auch Wirtschaftsverbände einbezogen werden, und sicherlich kann auch die Forschung eine Rolle spielen.

Damit komme ich zu der Frage nach den Unternehmensbeispielen bzw. nach den empirischen Daten. Ein Unternehmen, das in diesem Zusammenhang gern angeführt wird, ist Patagonia. Patagonia ist ein sehr erfolgreiches global agierendes Unternehmen im Bereich Outdoorbekleidung. Dieses Unternehmen ist seit Langem dafür bekannt, dass es zum einen auf nachhaltige Produkte und zum anderen auf Prinzipien wie Kreislauf- und Reparierfähigkeit setzt und damit zu einem global führenden Unternehmen im Bereich von Outdoorbekleidung werden konnte. Ich glaube, es war im letzten Jahr, als sich der Unternehmensgründer dazu bekannt hat, das Unternehmen in eine Stiftung zu überführen.

Patagonia ist jetzt vielleicht nur begrenzt mit Unternehmen hier in Baden-Württemberg vergleichbar. Dennoch zeigt es, dass es auf allen Ebenen, also sowohl auf der Ebene von kleinen als auch auf der Ebene von global agierenden Unternehmen, durchaus gute Beispiele gibt. Diese Unternehmen gehen transparent und offen mit ihren Strategien um, sodass von diesen Pionierunternehmen wirklich gelernt werden kann.

Ein anderes Beispiel ist Vaude, ebenfalls ein „Outdoor-Unternehmen“, das seinen Unternehmenssitz in Baden-Württemberg hat. Ich habe bewusst diese Beispiele gewählt, weil diese Unternehmen im Bereich von Bekleidung tätig sind. Wie ich eingangs schon gesagt hatte, ist das auf jeden Fall ein Bereich, in dem wir uns sehr schnell in Richtung Suffizienz transformieren sollten. Aber vielleicht hat auch Herr Erbe aus seiner Unternehmenskenntnis gleich noch einen Hinweis dazu.

– 57 –

Damit komme ich zu der Frage nach den immateriellen Werten bzw. nach dem Wachstum immaterieller Güter. Aus der Beschäftigung mit Unternehmen, die hier als Pionierunternehmen vorangehen, wissen wir, dass sie eher auf qualitatives Wachstum setzen, mit dem Ziel, z. B. die Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Mitarbeiterzufriedenheit zu steigern. Sie sind eher bestrebt, gute Arbeitsplätze anzubieten als die Umsatzzahlen zu steigern. Hier ist aber auf jeden Fall noch weitere Forschung nötig. Vielleicht kennt Herr Erbe Beispiele aus der Unternehmenspraxis, die deutlich machen, worum es hier gehen kann.

Sie sprachen das Risiko einer Bevormundung bzw. die Frage der Entscheidungssouveränität von Konsumentinnen und Konsumenten an. Ich sehe hier überhaupt keinen Widerspruch, denn wir wissen aus zahlreichen Umfragen, dass Konsumentinnen und Konsumenten eigentlich genau das wollen: Sie wollen in ihrem Konsum einfache Entscheidungen treffen können. Sie wollen komplexe Konsumententscheidungen mit einfachen Orientierungshilfen erleichtert bekommen. In der Tat wollen sie reparierfähige Produkte. Sie wollen keine Billigprodukte konsumieren, sondern qualitativ hochwertige Produkte nutzen. Dazu können Suffizienzstrategien auf jeden Fall einen Beitrag leisten.

Jetzt habe ich Herrn Erbe schon zweimal angesprochen und würde ihn daher gern innerhalb der mir zur Verfügung stehenden Redezeit kurz zu Wort kommen lassen, wenn er möchte.

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann habe ich ja gar keine andere Möglichkeit als Herrn Erbe das Wort zu erteilen. – Bitte.

Sv. Herr Erbe: Ich werde im Folgenden einige Fragen im Namen der SPD-Fraktion stellen. Dazu hat mich Frau Dr. Harsch autorisiert. Ich würde das Ganze gern in Frageform kleiden. Meine Fragen richten sich sowohl an Herrn Professor Janeba als auch an Frau Gossen.

Frage Nummer 1: Herr Professor Janeba, die Zielorientierung hinsichtlich der Beschaffungsthematik war in der Vergangenheit von einem einzigen Ziel charakterisiert, und zwar der Kostenminimierung. Das heißt, es galt der Preis. Das hat man bei der Gasbeschaffung ganz klar gesehen: Wir hatten Nord Stream 1, haben Nord Stream 2 gebaut, und wenn der Krieg in der Ukraine nicht gekommen wäre, hätten wir irgendwann einmal Nord Stream 3 und 4 gehabt – aus Kostengründen. Jetzt haben wir durch die Lieferkettenproblematik gelernt, dass es noch andere Parameter gibt, nämlich den Wert in Form der Liefersicherheit. Sehen Sie in der nächsten Zeit ein Umsteuern dahin gehend, dass man wertorientiert und nicht mehr allein preisorientiert beschafft? Sehen Sie auch im Rahmen Ihrer Forschungsarbeit ein Umdenken bei den verschiedenen Playern, die in dem Feld arbeiten?

Frage Nummer 2: Wenn Sie von Lagerhaltung sprechen – als Beispiel haben Sie die Medizintechnik genannt –: Welche Herausforderungen sehen Sie da? Es gibt meiner

– 58 –

Ansicht nach zwei Themen. Bei der Medizintechnik sind es die Verfalldaten der Produkte. Das Gleiche gilt für Pharmazeutika. Das heißt, man muss sicherstellen, dass die Produkte nicht verfallen. Das passiert gerade mit Masken, aber auch mit Pharmazeutika und mit Impfstoffen, die jetzt in sechs- und siebenstelliger Höhe vernichtet werden müssen.

Eine Unterfrage: Wie bewerten Sie die Möglichkeit, überhaupt entsprechende Lagerflächen zu generieren? In Baden-Württemberg herrscht ein extremer Flächenmangel. Von Frau Ministerin Razavi gibt es das Motto „Nettonull“. Das bedeutet, ab 2030 darf keine neue Fläche versiegelt werden. Das heißt, für jede Fläche, die versiegelt wird, muss im Gegenzug eine andere Fläche wieder renaturiert werden. Das heißt, es wird keine neuen Flächen in Baden-Württemberg geben, zumindest nicht für die Industrie. Wie sehen Sie diese Problematik?

Frau Dr. Gossen, es gibt einen Unterschied zwischen Sparsamkeit und Geiz. Das ist ganz wichtig. Wir Schwaben sind sparsam und nicht geizig. Sparsamkeit ist ein pekuniärer, aber auch ein emotionaler Ansatz. Auch das geht wieder in Richtung Wert, also Werthaltigkeit. Das nur als Vorbemerkung.

Meine Frage lautet: Wie würden Sie in Bezug auf die Suffizienz nach Unternehmensgrößenausrichtung differenzieren? Das Thema Suffizienz halte ich für wichtig und toll, aber es gibt auch verschiedene Größenordnungen, die verschiedene Bedürfnisse haben. Es gibt die Kleinstunternehmen, die Suffizienz vielleicht eher leben können als andere Unternehmensarten. Es gibt die mittleren Unternehmen, die ressourcenbeschränkt sind, sich im globalen Wettbewerb befinden und wachsen müssen, weil sie sich in einer „Todeszone“ befinden, die für mich in dem Bereich zwischen 1 000 und 5 000 Mitarbeitern liegt. Diese Unternehmen sind groß genug, um global wahrgenommen zu werden, aber nicht groß genug, um die finanzielle Power der Großunternehmen zu haben. Dann gibt es die Großen selbst, die quartalsgetrieben sind, die also vorrangig auf die Quartalszahlen schauen. Wie differenzieren Sie zwischen diesen Unternehmensarten? Bei welcher Unternehmensgröße sehen Sie die größte Möglichkeit zur Skalierung? Wie könnten Rahmenbedingungen das Ganze befördern?

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Erbe, ich habe Verständnis für Ihre Fragen, aber ich bitte sie, Ihre Fragen kürzer zu fassen.

Sv. Herr Erbe: Der zweite Teil meiner Fragen ist ganz kurz.

Der zweite Teil meiner Fragen betrifft die Skalierung. Wenn Sie z. B. nachhaltig bauen wollen und recycelten Beton verwenden, dann muss eine Baustelle in der Nähe sein, wo dieser Beton anfällt, weil es keinen Sinn macht, recycelten Beton über eine Entfernung von 100 km zu transportieren. Wie sehen Sie also die Skalierungsmöglichkeiten speziell in Bezug auf das Thema Suffizienz?

– 59 –

Sv. Herr Dr. Janeba: Sie hatten eine Frage in Bezug auf die Liefersicherheit und das Umsteuern gestellt. Der Bundeskanzler hat es „Zeitenwende“ genannt. Die Zeitenwende ist sowohl in der Politik als auch in der Wissenschaft angekommen. Das spiegelt sich dort wider. Es gibt mittlerweile das Feld der Geoökonomie, das es früher nicht gegeben hat. Mittlerweile werden also geopolitische Abhängigkeiten beforscht.

Die Handelspolitik wird heute als Krieg mit anderen Mitteln angesehen. Früher haben wir das sozusagen nur als ein Spiel gesehen, wie man den Wohlstand mehren kann. Inzwischen nehmen wir es als Erpressungsmittel wahr, und das hat sich niedergeschlagen. Das wird bleiben; das geht nicht wieder weg.

Sie hatten eine Frage hinsichtlich der Lagerhaltung beispielsweise für medizinisch-pharmazeutische Produkte aufgeworfen. In der Tat ist Lagerhaltung mit Kosten verbunden. Das hatte ich auch gesagt. Das ist zum einen die physische Lagerhaltung, zum anderen aber auch die Problematik, dass die Produkte möglicherweise verfallen und ausgetauscht werden müssen. Bei den Lagerflächen würde sich eine Kooperation der Bundesländer empfehlen. Dann lagern wir es in Mecklenburg-Vorpommern, und wir machen in Baden-Württemberg die Erforschung substitutiver Produkte; denn das ist das, was wir gut können. Das ist genau das, was ich sage: Wir müssen als Bundesrepublik denken, also als Summe der Länder. Dann können wir das sogar auf europäischer Ebene denken, um die Skaleneffekte auszunutzen. Dann produziert eben ein Land die Antibiotika und das andere Land die Masken. Damit die Produktion günstiger wird, müssen wir es eben hochskalieren. Wenn es jedes Bundesland bzw. jedes Unternehmen selbst macht, wird es sehr teuer.

Sv. Frau Dr. Gossen: Vorab: Es tut mir leid, dass ich hier die Reihenfolge durcheinandergebracht habe. Ich hatte gehofft, Antworten oder Einblicke in die Unternehmenspraxis zum Thema Suffizienz zu bekommen und noch selbst lernen zu können.

Ich beantworte gern Ihre Frage nach der Skalierung. Ich denke, gerade bei großen Unternehmen sind hier die Shareholder-Interessen, die einen großen Wachstumsdruck auslösen, schwierig. Von den kleineren Unternehmen weiß ich, dass sie die Strategie fahren, bis zu einem gewissen Punkt zu wachsen, bis sie eine Existenzabsicherung haben, und dann etwa mit Formen wie dem Verantwortungseigentum zu experimentieren, um solchen Faktoren wie Shareholder, die Wachstumsdruck auslösen, entgegen zu können – Stichwort Verantwortungseigentum. Das Stichwort Purpose wird auch gern bemüht, wenn man über wertebasierte Unternehmen spricht. Ich halte insbesondere das Konzept des Verantwortungseigentums für ein spannendes Feld bzw. einen spannenden Experimentierraum.

Vorsitzender Alexander Salomon: Es gibt noch weitere Fragen. – Bitte, Frau Dr. Träger.

Dr. Josephine Träger, stellv. externes Mitglied: Ich habe zwei Fragen an Herrn Janeba. Die Risikominimierung durch gegenseitige Abhängigkeit fand ich spannend.

– 60 –

Können Sie einmal beispielhaft darstellen, wie das fair und ökologisch aussehen kann? Da durchaus auch Kritik an dem Mercosur-Abkommen geäußert wurde, bitte ich Sie, zu den staatlichen Unterstützungen in den Strukturen vor Ort Stellung zu nehmen.

Frau Gossen, im Prinzip hat Herr Voelkel vorhin irgendwie das Gegenstück zu dem vorgetragen, was Sie dargestellt haben. Gleichzeitig war er der Einzige, der etwas zum Wertewandel gesagt hat. Sind Frugalismus bzw. Sparsamkeit mit Investitionen in Unternehmen vereinbar? Ich sehe hier durchaus einen Konflikt, denn wir wollen ja irgendwie groß und mächtig sein. Besteht diesbezüglich vielleicht gar kein Konflikt, oder macht man da möglicherweise Parallelwelten auf?

Abg. Christiane Staab CDU: Ich knüpfe an das Wort „Parallelwelt“ an. Es wurden die Marken Patagonia und Vaude genannt. Das ist nicht Decathlon. Ich frage mich, ob wir da möglicherweise einen Teil der Bevölkerung einfach völlig aus dem Fokus verlieren, nämlich diejenigen Menschen, die sich weder Patagonia noch Vaude leisten können. Ich glaube, wir müssen darauf achten, dass wir als Gesellschaft nicht ganz unterschiedliche Wege einschlagen und auch einschlagen müssen, weil die finanziellen Ressourcen – das wurde vorhin bereits in einem Vortrag deutlich – in unserem Land sehr ungleich verteilt sind und wir Politik für alle Menschen machen müssen. Ich bin ein großer Fan von Suffizienz, aber ich kann sie mir auch leisten. Das klingt paradox, weil Suffizienz ja eigentlich heißt, sich auf das Nötigste zu beschränken, also mit dem auszukommen, was realistisch und was auch wirklich notwendig ist. Bei dem von Ihnen angesprochenen Segment an Produkten handelt es sich um ein teures Segment. Mir kommt es darauf an, dass wir bei diesen Ideen, die vom Grundsatz her hervorragend sind, alle mitnehmen können.

Ein anderes Thema, das mir wirklich schwer im Magen liegt, sind die Subventionen in Höhe von 10 Milliarden €, die das Unternehmen Intel dafür erhält, dass es einen Standort in Sachsen-Anhalt errichtet. Ich bekomme das einfach nicht mehr zusammen. Ich war zehn Jahre Bürgermeisterin, und wenn ich einem Unternehmen außerhalb der De-minimis-Regel Geld zukommen lassen wollte, dann stand die europäische Aufsichtsbehörde auf der Matte. Ich weiß nicht, wie wir das regeln sollen. Es wird zu einem völligen Kollaps führen, wenn wir Ansiedlungspolitik nur noch über den Geldbeutel hinbekommen. Wir haben reiche Kommunen, wir haben arme Kommunen. Ich war Bürgermeisterin von Walldorf. Das heißt, ich hätte außerhalb der De-minimis-Regelung durchaus Unternehmen ansiedeln können, habe es aber nicht gemacht. Ich möchte einfach noch einmal den Fokus darauf richten, dass wir diesbezüglich eine klare europäische Haltung brauchen, die wir eigentlich hatten. Im Moment habe ich aber das Gefühl, dass die gerade explodiert oder implodiert, wie auch immer.

Abg. Carola Wolle AfD: Meine Frage geht in die gleiche Richtung. Frau Dr. Gossen, Patagonia produziert sehr teure Produkte, die sich nicht jeder leisten kann. Ich hatte vorhin gesagt, dass man das Thema, wenn man suffizienzorientiertes Wirtschaften haben möchte, vom Markt her denken. Das heißt, ich muss mir Folgendes überlegen: Marktteilnehmer sind nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Kunden. Dann

– 61 –

muss ich mir überlegen: Wie bekomme ich denn die Kunden dazu, dass sie sich in die entsprechende Richtung bewegen? Das hat etwas mit Aufklärung und nicht mit Beeinflussung zu tun. Das Nächste ist, dass ich mir das dann auch leisten können muss. Das ist das, was ich vorhin angedeutet habe: Oft sind die Lohnkosten bei einer Reparatur so hoch, dass die Reparatur deutlich teurer oder fast so teuer ist wie ein neues Produkt, und dann entscheiden sich viele eben für ein neues Produkt. Was kann man da tun? Ein weiteres Beispiel sind Lebensmittel oder auch Spielsachen für Kinder, die zum Teil sehr billig sind. Wenn das Spielzeug kaputtgeht, kaufe ich eben ein neues Spielzeug für das Kind, anstatt gleich ein qualitativ hochwertigeres beispielsweise aus Holz statt aus Plastik zu kaufen. Wie können wir da etwas ändern, indem ich vom Markt her denke und auch die Kunden in den Blick nehme und sie nicht beeinflusse, sondern vor allem aufkläre?

Danke schön.

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann bitte ich jetzt um die Beantwortung der gestellten Fragen in kompakter Form. – Bitte, Herr Professor Dr. Janeba.

Sv. Herr Dr. Janeba: Die Frage von Frau Tröger zur gegenseitigen Abhängigkeit war vor allem auf Länder gerichtet, die uns politisch feindlich oder nicht freundlich gesonnen sind, weil deren Politik dazu eingesetzt werden könnte, uns zu erpressen oder dieses Potenzial in einer Krisensituation zu nutzen. Das ist allerdings von südamerikanischen Ländern, die in Mercosur zusammengeschlossen sind, zu trennen, wo sich andere Fragen stellen, beispielsweise die Frage, wie wir mit sozialökologischen Fragen in Südamerika umgehen. Daran droht jetzt das Abkommen zu scheitern. Da muss man sich fragen: Welche Standards wollen wir damit durchsetzen? Erscheinen wir dadurch nicht fast schon kolonialistisch? Wir haben natürlich Gründe dafür, warum wir wollen – wir wollen, dass die sozialökologischen Fragen geklärt werden –, aber wir müssen überlegen, wie wir das umsetzen. Ich glaube, das sind zwei Fragen, die man voneinander trennen muss.

Frau Staab, was die Intel-Subvention angeht, bin ich ganz bei Ihnen. Die Beihilferegeln der EU sind erst einmal ein Mechanismus, um zu unterbinden, dass so etwas passiert. Die Politik freut sich natürlich, wenn sie da ein großes Werk hinsetzen kann. Das ist gut für die Sichtbarkeit. Aber ich glaube, wir sollten in der Tat lieber an den generellen Standortbedingungen arbeiten. Wir müssen uns um eine gute öffentliche Infrastruktur, um den Bürokratieabbau und um die Fachkräfteentwicklung bemühen. Das ist zwar weniger sichtbar und ist deshalb vielleicht auch weniger schön für die Politik, aber das ist das, was langfristig die positiven Standortfaktoren ausmacht. Ich sehe momentan, dass wir uns eher in diesen selektiven Interventionen verlieren und einzelne Unternehmen sehr stark fördern. Ich halte das für problematisch.

Sv. Frau Dr. Gossen: Zum einen wurde die Befürchtung geäußert, dass Menschen sozial abgehängt werden. Natürlich besteht die Gefahr, dass suffizienter Konsum zu-

– 62 –

nächst als teuer und als für sozial schwächere Bevölkerungsgruppen nicht leistbar angesehen wird. Ich sehe aber diesen Widerspruch eigentlich gar nicht so sehr. Würden Produkte nicht so schnell kaputtgehen und würden sie in besserer Qualität hergestellt, würden sie länger halten, und dann müsste man auch nicht so viel Neues und Billiges – Stichwort Fast Fashion – kaufen.

Aufklärung und Bildung sollte in jedem Fall erfolgen. Man sollte die Menschen dafür sensibilisieren und ihnen einfache und klare Orientierungshilfen für den Konsum an die Hand geben. Wir wissen: Der Alltag ist komplex, und Konsumententscheidungen müssen häufig unter Zeitdruck und im Informationsdschungel getroffen werden, und da sind Unternehmen in der Verantwortung, das beste Angebot zu machen, wobei das beste Angebot im Sinne von sozial und ökologisch vertretbar zu verstehen ist.

Wenn wir vom Markt her denken, hatte ich mit den Beispielen aus den europäischen Nachbarländern oder auch aus anderen Bundesländern schon Instrumente vorgeschlagen, wie Reparaturen beispielsweise subventioniert werden können. Würde es entsprechende Angebote geben, wäre ein neues Produkt eben nicht günstiger als die Reparatur eines Elektronikgeräts. Ich denke, hier gibt es auf jeden Fall noch Spielräume für recht einfach umsetzbare politische Maßnahmen, um dem etwas entgegenzusetzen, dass sich einige Bevölkerungsgruppen abgehängt fühlen bzw. praktisch abgehängt sind.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Dr. Gossen und Herr Professor Dr. Janeba. – Es gibt keine weiteren Fragen an Sie. Ich darf Ihnen, auch im Namen der Enquetekommission, danken, dass Sie uns heute Rede und Antwort gestanden haben und auch noch einmal einen anderen Blick auf dieses Handlungsfeld geworfen haben.

(Beifall)

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein und setzen unsere Sitzung um 13:45 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung von 12:51 Uhr bis 13:49 Uhr)

Vorsitzender Alexander Salomon: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir setzen die Sitzung der Enquetekommission fort, und zwar mit Frau Dr. Anja Feldmann. Sie ist Professorin für Internet-Netzwerkarchitekturen an der Technischen Universität Berlin und Direktorin des Max-Planck-Instituts für Informatik in Saarbrücken. Auch Sie haben 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Dr. Feldmann: Zunächst einmal vielen Dank, dass ich heute zu den Themen Digitalisierung, „Auswirkungen akuter Krisen auf wirtschaftliche Zusammenhänge“ und

– 63 –

„Potenziale der Digitalisierung für eine krisenfeste Wirtschaft“ sprechen darf. Darin, genauso wie in Ihrer Anfrage zum Thema Digitalisierung taucht der Begriff „digital“ auf. Das ist ein Thema, das wohl uns alle umtreibt; denn ohne unsere verschiedenen Spielzeuge – egal, ob Handys, Tablets, Laptops oder andere digitale Sachen, mit denen wir umgehen – geht es nicht mehr.

Wenn man einmal schaut, was damals bei Covid-19 und im Internet passiert ist – das Internet ist das Thema, mit dem wir uns ja beschäftigen – und was wir seinerzeit gelernt haben, dann stellt man fest, dass ohne das Internet gar nichts mehr geht. Es gab Lock-downs und verschiedene Coronavarianten. Alle sind nach Hause geschickt worden und konnten im Homeoffice arbeiten. Wir konnten mit den verschiedenen digitalen Möglichkeiten weiter kommunizieren und miteinander interagieren. Plötzlich funktionierten Sachen digital, die vorher nie möglich waren.

Nicht nur das Arbeiten, sondern auch die Lehre war davon betroffen. Die Kinder leiden noch immer darunter, dass sie Homeschooling hatten. Aber das war zumindest eine Möglichkeit und besser als gar nichts. Das ganze soziale Leben war davon betroffen. Ich weiß nicht, wie viel Zeit Sie in den sozialen Netzen verbringen. Ich vermute, Ihre Kinder verbringen dort etliches an Zeit.

Vorsitzender Alexander Salomon: Wahrscheinlich weniger als wir, wenn ich Sie unterbrechen darf. Glauben Sie mir das.

(Heiterkeit)

Sv. Frau Dr. Feldmann: Ob das nun gut oder schlecht ist, das möchte ich hier nicht kommentieren. Aber es passiert.

Wenn man sich das Ganze anschaut, dann stellt man fest: Das Internet ist die Grundlage von allem. Wir haben uns forschungstechnisch einmal die Fragen gestellt: Wie gut konnte das Internet damit umgehen, dass plötzlich alle etwas von ihm wollten? Was hat sich im Internet verändert? Was hat sich in der Technologie und auch im Nutzungsverhalten verändert?

Wir haben Daten von drei großen Internet-Exchange-Punkten, einem großen Internet-Service-Provider und einem akademischen Netzwerk genommen und geschaut, was da passiert ist. Wir sehen an diesem Punkt das Jahr 2020, und hier kommen wir in das Jahr 2021. Hier war der erste Covid-19-Outbreak, und hier ging es in den Lockdown hinein. Der mobile Verkehr ist heruntergegangen. Der Internetverkehr hingegen ist innerhalb von ein paar Tagen um ca. 40 % gewachsen. Das heißt, eine Infrastruktur wurde plötzlich mit 40 % mehr Last veranlagt und hat dennoch funktioniert. Das ist das Tolle dabei. Wir haben gesehen, dass es einen riesigen Last-Increase gab und es sich dann wieder normalisiert hat. Beim nächsten Lockdown ging das noch einmal hoch – sogar noch höher.

– 64 –

Wir haben auch beobachtet, dass die Leute, die ja zu Hause waren, das Internet nicht mehr nur am Wochenende, sondern auch an normalen Arbeitstagen verstärkt genutzt haben. Da es Spitzen normalerweise immer am Abend gab, konnte das Internet diese Last zum Teil abpuffern.

Verändert wurde auch das Verhältnis zwischen dem Verkehr, der in die Häuser hineinging, und dem Verkehr, der herausging. Der Faktor von 1 : 10, auf den DSL usw. normalerweise dimensioniert war, hat nicht mehr gegriffen, sondern es sind mehr Daten aus den Häusern herausgegangen. An anderen Orten war das anders. Beispielsweise im Campusnetzwerk ist der Verkehr heruntergegangen, weil die Leute nicht mehr auf dem Campus waren. Bei einigen Unternehmen, die die Leute nach Hause geschickt haben, war dann kein Verkehr mehr. Bei anderen Unternehmen, bei denen die Leute mit VPN gearbeitet haben, war dann viel mehr Verkehr. Die einzige Konstante, die wir im Internet immer wieder sehen, ist die Veränderung. Dies traf hier zu.

Bei Umfragen bei Leuten, die die Infrastruktur verwalten, haben wir gesehen, dass dies bei denjenigen, die ein „Well managed“-Netzwerk haben, bei dem sie schnell neue Kapazitäten hinzunehmen und Upgrades machen können, wunderbar funktioniert hat. Bei denjenigen hingegen, die die Sachen nur zusammengestrickt haben, gab es auch Ausfälle. Da sind Lastspitzen nicht möglich. Das heißt, wir brauchen eine Infrastruktur, gerade eine kritische Infrastruktur wie das Internet, die wirklich in der Lage ist, zu reagieren. Wir brauchen Leute, die in der Lage sind, das zu managen. Wir brauchen Leute, die in der Lage sind, sicherzustellen, dass diese Infrastruktur sicher ist.

Ich möchte noch auf einen anderen Teil der Digitalisierung eingehen, nämlich die Cloud. Sie wissen, was die Cloud ist. Das ist ein Rechner, der irgendwo anders steht und den man nicht selbst managen muss. Wenn man Daten in der Cloud speichern will, gibt man die Daten jemand anderem. Dieser sorgt dann dafür, dass die Daten sicher sind, dass sie nicht verloren gehen und dass man noch immer darauf zugreifen kann. Das ist ein schönes Konzept: Man verlagert die Verantwortung; aber man sollte trotzdem noch wissen, was man da tut.

Wir haben uns in einer Forschungsarbeit einmal angeschaut, wie Universitäten die Cloud nutzen. Das ist sehr unterschiedlich, je nach Bereich. Man sieht, dass das in Deutschland zunimmt und in den USA schon sehr verbreitet ist.

Bei einigen Diensten, z. B. Zoom und Webex, sieht man die Effekte. Aufgrund von Covid brauchten alle plötzlich Videodienste. Sie haben das natürlich nicht mehr unbedingt lokal gemacht und brauchten es schnell. Dafür sind Clouds zum Teil sehr sinnvoll. Das Problem, wenn man das Ganze auslagert, ist, dass die Daten verloren gehen können, wenn Microsoft oder jemand anders die Dienstbedingungen ändert. Man kommt dann nicht mehr an die Daten heran und hat auch nicht die Expertise, auf diese Sachen zuzugreifen. Das trifft nicht nur auf Universitäten, sondern auch auf Unterneh-

– 65 –

men zu. Insofern muss man sich genau überlegen, was man zu welchem Preis auslagert, und prüfen, ob man die Daten, wenn es Probleme gibt, auch wieder zurückbekommt, insbesondere bei Krisen.

Die andere Frage ist immer: Skaliert das Ganze genau so, wie man sich das gedacht hat? Es gibt zwar Schnupperangebote zu hervorragenden Preisen. Der Preis kann sich aber ändern, wenn man mehr braucht – und dann wird es teuer. Es wird sogar drei oder vier Mal so teuer, wenn man das Ganze wieder zurückholen muss.

Gewisse Cloudanbieter sind nicht vor Ransomware oder anderen Sicherheitsangriffen geschützt. Nur weil die Daten in der Cloud sind, heißt das nicht, dass man einfach so an sie herankommt. Man braucht auch eine Internetverbindung dorthin.

Ein weiterer Punkt neben der Infrastruktur ist die Frage, wie die Daten genutzt werden. Bei den sozialen Netzen gibt es verschiedene Varianten. Beim Thema „Soziale Netzwerke“ interessiert uns auch: Wie kommen Fake News dort von A nach B? Wie werden sie weitergeschickt? Was tut sich dort? Gerade vor dem Hintergrund der politischen Situationen, die wir derzeit beispielsweise in der Ukraine und in Israel sehen, ist das durchaus sehr wichtig.

Wir haben einmal eine Studie gemacht, die sich mit dem Thema Antisemitismus und der Frage befasst hat, wie dies in den Fringe-Netzwerken, in den Randnetzwerken wie 4chan und Gab aussieht, die nicht unbedingt im Zentrum der Gesellschaft stehen. Wir sammeln dabei Daten, analysieren sie und nutzen alle Technologien, die man zur Verfügung hat, um Daten möglichst gut zu nutzen. KI, Natural-Language-Modelle etc. sind gerade dann sehr wichtig, wenn man es mit vielen Daten zu tun hat. Wenn man hingegen genau weiß, wonach man sucht, braucht man keine KI. Dann reicht manchmal auch die natürliche Intelligenz.

(Heiterkeit)

Wir haben nach antisemitischer Sprache und nach Bildern geschaut. Man kann dann Wordclouds erstellen und sehen, wie die untereinander zusammenhängen. Man sieht, dass sich der Umfang der antisemitischen Sprache durchaus vergrößert hat, gerade antiisraelische Statements sehr verbreitet sind und sich das Ganze nicht nur in der Sprache, sondern auch in Bildern widerspiegelt. Dann kann man sich natürlich fragen, ob da möglicherweise jemand eingreift und sagt: „Ihr sollt das nicht mehr machen“, also Content-Moderation. Wenn diese stattfindet und gewisse Communitys gebannt werden, dann gehen die woandershin. Es stellt sich die Frage, was dann passiert. Meine Mitarbeiter haben sich exemplarisch für die „The_Donald“- und die „Incels“-Szene einmal angeschaut: Wie war das vorher? Wie war das nachher? Wie hat sich das weiterverbreitet? Man merkt, dass das Ganze durchaus heruntergehen und dass eine Moderation helfen kann.

– 66 –

Die Nachricht, die insgesamt dahintersteht, ist: Lasst uns unsere jungen Leute darüber unterrichten, was an Meinungsbildung passiert, in welche Richtung das gehen kann und wie schnell sich die Informationen weiterverbreiten können, damit man nicht in verschiedenen Teilcommunities stecken bleibt.

Das war mein Vortrag, um das, womit wir uns in unserer Forschung beschäftigen, zu verstehen: Was tut sich im Internet? Wie verändert es sich? Wie können wir es schneller und besser machen? Wir machen das mithilfe von Datenanalyse und wollen begreifen, wie es von einem kleinen Netzwerk zu dem großen Internet kam, das uns allen die Möglichkeit gibt, miteinander zu kommunizieren.

Jetzt bin ich sogar ein paar Minuten früher fertig. Ich glaube, das schadet niemandem.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Professorin Dr. Feldmann. – Dann machen wir, um die gewonnene Zeit nicht zu verträdeln, gleich mit Herrn Professor Dr. Martin Wietschel weiter. Er ist Leiter des Competence Centers Energietechnologien und Energiesysteme am Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung, ISI, in Karlsruhe. Sie dürfen ans Pult kommen und haben auch 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dr. Wietschel: Herr Vorsitzender Salomon, vielen Dank. – Liebe Abgeordnete, liebe Mitglieder der Enquetekommission! Danke für die Einladung, und dass ich heute zu Technologien und Innovationen für eine krisenfeste Energiewirtschaft vortragen darf.

Sie sehen auf dieser Folie einen Sprinter. Die krisenfeste Transformation der Energiewirtschaft ist ein Marathon, den wir im Sprint zurücklegen müssen und bei dem wir aber auch Federn lassen werden. Das ist das Symbol für eine der Messages meines Vortrags.

Was bringe ich Ihnen heute mit? Ich berichte Ihnen zunächst über eine Studie, über die sogenannten Langfristszenarien. Die haben wir in einem Konsortium für das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz gemacht. Diese sind relativ relevant und dienen heute als Grundlage für die Systementwicklungsstrategie im Energiebereich, für die Plattform „Klimaneutrales Stromsystem und für die Verteilnetze der Zukunft“. Sie werden für viele Studien herangezogen. Ich möchte Ihnen einige interessante Ergebnisse vorstellen. Danach werde ich noch auf die Wasserstoffnachfrage in

– 67 –

Baden-Württemberg und die Gaspreisentwicklung eingehen und anschließend versuchen, das Ganze ein wenig zusammenzufassen.

Bei den Langfristszenarien haben wir versucht, verschiedene Ecken auszuleuchten, und gefragt: Was kann man machen, wenn wir uns die Klimaneutralität in Deutschland im Jahr 2045 zum Ziel nehmen? Wir haben drei Ecken ausgeleuchtet – Sie sehen das Dreieck – und gesagt: Wir shiften das System mehr in Richtung Strom, wir shiften das System mehr in Richtung Wasserstoff, und wir shiften das System mehr in Richtung Power-to-Gas und Power-to-Liquid, also synthetische Kraftstoffe und Energieträger.

Wir haben noch zwei weitere Szenarien gerechnet, nämlich wenn wir unsere Energieeffizienzziele nicht erreichen – darüber wird gerade wieder diskutiert –, beispielsweise im Gebäudebereich, und was passiert – damals auch unter dem Eindruck des Ukrainekriegs –, wenn wir die Gasnachfrage weiter reduzieren. Wir leuchten das Feld aus, und versuchen, zu Ergebnissen zu kommen und vielleicht auch das eine oder andere robuste Ergebnis zu erzielen.

Auf dieser Folie sehen Sie links die Stromnachfrage in den Jahren 2010, 2018 und 2020. Braun dargestellt sind gasförmige Kohlenwasserstoffe, hellgrau Kohle, dunkelbraun die Mineralölprodukte, dunkelblau die sonstigen fossilen Energieträger, hellblau Strom. Wir haben auch noch die sonstigen erneuerbaren Energien und biogenen Brennstoffe aufgenommen.

Ich habe Ihnen rechts fünf Szenarien aufgezeigt, wie sich das Ganze bis 2045 vor dem Hintergrund des Zieles der Treibhausgasneutralität entwickeln kann. Was sieht man? Auf der einen Seite einen starken Abfall. Die Endenergienachfrage in Deutschland sinkt von 2 600 TWh je nach Szenario auf 1 900 oder etwas über 2 000 TWh. Der Stromanteil, der blaue Balken, geht deutlich nach oben. Je nach Szenario verdoppelt er sich fast. Auch Wasserstoff – in Rosa dargestellt – wird je nach Szenario eine bedeutende Rolle bei der Endenergie spielen. Die Nah- und Fernwärme, der gelbe Bereich, wird auch weiter ansteigen. Die konventionellen Fossilien, die braun dargestellt sind, nehmen ab. Das heißt, unsere Endenergienachfrage gestaltet sich künftig anders. Das ist natürlich auch mit Anforderungen auf der Erzeugungsseite verbunden.

Die Erzeugungsseite für das Jahr 2045 für die verschiedenen Szenarien habe ich auf dieser Folie dargestellt. Die hell- bzw. dunkelblauen Balken – Wind an Land und Wind auf See, Wind on- und offshore – dominieren. Dunkelgelb ist die Fotovoltaik dargestellt, die stärker zunimmt. Wer werden auch mehr Strom exportieren – das verdeutlicht sich an den türkisfarbenen Balken.

Für die Stromerzeugung brauchen wir auch Wasserstoff. Warum brauchen wir Wasserstoff? Wir haben mehr fluktuierende im System. Wir brauchen Langzeitspeicher, und zwar chemische Speicher, wofür Wasserstoff ideal ist. Das heißt, in den sogenannten kalten Dunkelflauten, wenn wir also keinen Strom aus Windenergieanlagen

– 68 –

oder Fotovoltaikanlagen erzeugen und eine hohe Energienachfrage haben, kann Wasserstoff rückverstromt werden. Das passt ganz gut zu den fluktuierenden erneuerbaren Energien.

Wir sehen ein robustes Ergebnis, egal, in welche Ecke wir springen. Die Effizienz wird ein bisschen reduziert, aber das Bild ist klar: Die fluktuierenden erneuerbaren Energien werden in Zukunft dominieren.

Vergleichen wir das einmal: Hier sind wir bei 1 100 bis 1 200 TWh. Im Jahr 2045 brauchen wir aber 2 000 TWh. Das heißt, wir werden rund die Hälfte der Energie importieren müssen. Deutschland bleibt ein Importland. Wir kommen vom Import nicht weg. Auch wenn wir die erneuerbaren Energien noch so sehr ausbauen, werden wir rund die Hälfte unseres gesamten Endenergiebedarfs importieren müssen.

Die Frage ist, wie man dieses System ausgleichen kann. Wir haben fluktuierende erneuerbare Energien und eine fluktuierende Nachfrage. Unter dem Strich, unter der Nulllinie ist die Nachfrage. Was haben wir hier? Wir werden eine enorme Zunahme bei der Zahl der Wärmepumpen sehen. Für das Jahr 2045 ist ein reales Wetterjahr, das wir in der Vergangenheit einmal hatten, transformiert worden. Wir haben zehn Wetterjahre mit realen Daten durchgerechnet und geschaut, ob wir das System stabil bekommen.

Hier sieht man die Wärmepumpe mit den Peaks. Hellgrau ist die Elektromobilität und grau die andere Stromnachfrage dargestellt. Dann haben wir noch ein bisschen Export, Import und Pumpspeicher. Wir brauchen aber auch viel Erzeugung aus Wasserstoff.

Auf der anderen Seite sieht man: Rechts – am Wochenende – haben wir viel Wind on- und offshore. Die Energie daraus werden wir in dieser Zeit speichern, um sie zu anderen Zeiten wieder zu nutzen. Die Tage davor – Montag bis Freitag – werden wir Wasserstoff – das ist das Rosafarbene – zur Rückverstromung nehmen. Pumpspeicher spielen eine Rolle, tagsüber auch die Peaks bei PV und natürlich Wind on- und offshore. Man bekommt ein solches Energiesystem zwar ausbalanciert. Es ist aber klar, dass wir mehr Flexibilität im System brauchen.

Jetzt kann man sich fragen, was die Szenarien kosten. Wir haben als Nulllinie das Stromszenario genommen, weil es das günstigste Szenario ist. Sie sehen die Übersicht, die Differenz über die Jahre hinweg bis 2045 in Milliarden Euro. Das Szenario, das ganz nach oben geht, ist das Power-to-Gas- bzw. Power-to Liquid-Szenario.

Wir haben ein Stück weit das Problem: Die Energieträger, die wir importieren, werden teuer sein und die Kosten nach oben treiben. Wenn wir aber schon das Stromsystem und mehr Strom haben, müssen wir auch mehr in Netze investieren. Im Vergleich zum Netzausbau bzw. zu den hohen Ausgaben für die Energieträger ist dies das günstigste

– 69 –

Szenario. Wenn wir aber die Effizienz reduzieren – das ist die graue Linie –, kommt uns das Ganze teurer. Wenn wir nicht bereit sind, Energie einzusparen, sondern mehr Energie bereitstellen, dann führt dies zu Mehrkosten. Das ist die Kostensicht.

Aber Kosten sind nicht alles. Beispielsweise muss man auch die Akzeptanz für den Ausbau von Stromleitungen etc. noch mit einbeziehen. Aber rein volkswirtschaftlich gesehen, wenn man versucht, in das kostengünstigste Szenario zu gehen, sind der Netzausbau und mehr Elektrifizierung am günstigsten.

Ich habe schon gesagt, dass Deutschland auf Importe angewiesen sein wird. Auf dieser Folie sieht man die Europäische Union und die Stromflüsse in Terawattstunden. Man sieht, von Norwegen kommt Strom, aber auch von Spanien, Frankreich und Italien. Er fließt im Wesentlichen in die Mitte von Deutschland, wo es große Nachfragezentren gibt. Sie sehen den Knoten, wo Baden-Württemberg ist. Baden-Württemberg wird relativ hohe Mengen an Strom importieren müssen.

Wir brauchen Verkehrsachsen von Nord nach Süd und Transportachsen Richtung Mitteleuropa, z. B. in die Niederlande oder nach Belgien. Auch diese Länder können ihre Energienachfrage nicht decken. Mitteleuropa hat ein Defizit. Die Länder müssen eher mehr importieren. Es gibt den Stromfluss in die Mitte Europas. Wie gesagt: Baden-Württemberg wird Strom importieren müssen.

Beim Wasserstoff sind die Flüsse gleich. Auch hier haben wir Nord-Süd-Achsen. Wir werden Wasserstoff im Norden Deutschlands herstellen und ihn dann in die Mitte und in den Süden Deutschlands verteilen. Sie sehen noch den kleinen blauen Pfeil nördlich von Nordafrika. Wasserstoff kann auch aus der MENA-Region kommen.

Für Baden-Württemberg sieht es ein bisschen schlecht aus, was Elektrolysestandorte angeht. Elektrolysestandorte folgen eher dem Ausbau der erneuerbaren Energien. Es ist günstiger, dies vor Ort herzustellen und den Wasserstoff zu transportieren, als den Strom zu transportieren. Auch das muss man immer wieder abwägen, wenn wir über Energieversorgungssicherheit reden.

Ich habe auf dieser Folie den großen Bedarf an Wasserstoff und Syntheseprodukten auf Basis von Wasserstoff dargestellt. In einer dekarbonisierten Welt werden 10 % der Energienachfrage Wasserstoff und Derivate ausmachen, in Deutschland ungefähr 20 %. Warum? Wir haben viel Stahl- und Chemieindustrie und brauchen insofern mehr Wasserstoff. Was brauchen wir dafür? Wir brauchen 3 500 GW Elektrolyseleistung und 4 500 GW an erneuerbarer Stromproduktionsleistung.

Was haben wir? Wir haben heute weltweit gerade einmal 3 100 GW. Das heißt, um die 10 % abzudecken, müssten wir die heutige weltweite Stromproduktion durch Wind

– 70 –

und PV verdoppeln und haben dann nur Wasserstoff und Derivate. Damit ist die andere Stromnachfrage, auch durch die Verdrängung von Braunkohle- und Steinkohlekraftwerken, noch gar nicht abgedeckt.

Wir haben keine 3 500 GW, sondern gerade einmal 0,7 GW an Elektrolyseleistung weltweit. Wir haben sehr viele Pläne. Wenn man sie sich aber anschaut, stellt man fest, dass es gerade einmal für 4 % der jetzigen Vorhaben für Elektrolyseanlagen eine Finanzierung gibt. Das heißt, wir haben einen enormen Gap zwischen dem, wohin wir aus Klimaschutzgründen müssen und wollen, und dem, wo wir tatsächlich stehen. Dabei gibt es immer mehr Ernüchterung, weil die Lücke riesengroß ist.

Vielleicht noch eine Größenordnung: Sie alle kennen diese Anlage in Chile. Siemens und Porsche sind daran beteiligt. Sie produziert aktuell 350 Liter an synthetischen E-Fuels. Was brauchen wir in Deutschland? Wir brauchen 230 Millionen Liter Benzin, Diesel und Kerosin. Das nur einmal als Größenordnung, damit Sie sehen, wo wir heute stehen, wenn wir anfangen wollten, wirklich alles über E-Kerosin zu machen. Das ist eine nicht zu vernachlässigende Aufgabe.

Ich komme zur Wasserstoffnachfrage in Baden-Württemberg. Auf dieser Folie sehen Sie die Industriesektoren und die energieintensive Nachfrage. Wir haben in Lila die Grundstoffchemie dargestellt, in Blau die Primärstahlherstellung, dann noch Nichteisenmetalle, Gas, Papier, Raffinerien etc. Man sieht, die energieintensive Industrie ist nicht in Baden-Württemberg. Die sitzt in Nordrhein-Westfalen und im Osten Deutschlands, z. B. Leuna in Bitterfeld. Baden-Württemberg war nie ein energiereiches Land. Die energieintensive Industrie hat sich immer woanders angesiedelt.

Was haben wir im Wesentlichen? Wir haben sechs Zementwerke, die Papierindustrie und die Glasindustrie. Ob wir bei dieser Industrie Wasserstoff brauchen und dann damit auch hinkommen, das ist umstritten. Klar ist: Die sogenannten No-Regret-Bereiche, in denen wir große Mengen an Wasserstoff brauchen, sind die Eisen- und die Stahlindustrie, die Chemieindustrie, also die Grundstoffchemie mit der Ammoniak- und der Methanolherstellung. Wir brauchen Wasserstoff im internationalen Flug- und im Schiffsverkehr. Wenn wir allerdings mehr als 1 000 km fliegen wollen, kommen wir mit Wasserstoff oder Batterien nicht hin. Dafür brauchen wir synthetische Kraftstoffe.

Eine große Nachfrage nach Wasserstoff besteht in Baden-Württemberg eigentlich nur in den Bereichen, die heute zumindest umstritten sind. Das sieht man auch. Blau ist der sogenannte Hydrogen Backbone, wie sich die Gasversorger in Europa und in Deutschland vorstellen, wo Wasserstoff fließt. Wir haben am Rhein die Achse nach Karlsruhe zur MiRO. Aber im Wesentlichen ist das alles von Baden-Württemberg weg, was auch rational ist. Wir brauchen große Transportleitungen auch für die Industrie. Davon ist Baden-Württemberg ein Stück weit weg. Insofern muss man sich schon überlegen, was Baden-Württemberg beim Thema Nachfrage macht.

– 71 –

Alle Klimaschutzszenarien gehen von einer stark sinkenden Nachfrage nach Gas aus. Selbst wenn wir noch Gas im Gebäude- und Wärmebereich sowie im Verkehr haben, wird das die Nachfrage nach Wasserstoff oder synthetischem Methan nicht mindern.

Wir haben ein relativ großes Problem: Wir investieren noch 1 Milliarde € in das Gasnetz. Es wird über einen langen Zeitraum abgeschrieben. Was haben wir dann? Hohe Investitionen – nicht abgeschrieben –, sinkende Nachfrage und steigende Fixkosten. Das ist ein Problem, das ich immer wieder etwas unterschätzt sehe.

Sie sehen auf dieser Folie die Entwicklung der Gaspreise im Jahr 2021, im vierten Quartal 2022 und im ersten Halbjahr 2023. Grün dargestellt ist die Beschaffung. Rot sind die Netzentgelte eingefärbt. Dann haben wir noch die Mehrwertsteuer und die Konzessionsabgabe. Gelb dargestellt ist der CO₂-Preis. Studien besagen, die Netzentgelte steigen um den Faktor 9 bis 16. Wenn Sie die 1,52 Cent mit dem jeweiligen Faktor multiplizieren, dann können Sie sich vorstellen, wo die Letzten im Gasnetz landen werden. Das ist ein ganz großes Thema. Beim CO₂-Preis haben wir den Faktor 6 bis 10. Entweder mutet man das den Kunden zu, oder man mutet es den Gasnetzbetreibern zu, die in öffentlicher Hand sind.

Die Politik muss sich entscheiden, ob sie das über Steuergelder finanzieren will oder ob sie die Kunden ein Stück weit in die hohen Preise hineinlaufen lässt. Wir brauchen in Deutschland einen Regulierungsrahmen. Er ist aber nicht für die Abnahme und den Rückbau von Verteilnetzen vorgesehen. Das ist ein großes Thema, das aus meiner Sicht noch unterbelichtet ist.

Ich komme zu meinen drei Schlussfolgerungen. Wir haben am Fraunhofer-Institut ISI das Prinzip einer Governance-Struktur. Das ist ein bisschen holzschnittartig. Man muss da ökonomisch optimieren.

Das erste Prinzip ist „Energy Efficiency First“. Das bedeutet, Energie zu sparen, wo es nur geht, kombiniert mit Materialeffizienz und Kreislaufwirtschaft; das ist ganz wichtig.

Die Dekarbonisierung des Stromsektors über erneuerbare Energien ist die zweite Priorität. Wir müssen, wo dies in der Anwendung möglich ist, bei der direkten elektrischen Nutzung vorangehen und Biomasse nutzen, wo wir sie haben. Aus nachhaltig hergestellter Biomasse kann man für Deutschland vielleicht 250 TWh gewinnen. Denken Sie aber an die 2 000 TWh, die wir brauchen. Nachhaltig hergestellte Biomasse müssen wir immer wieder auch unter den Kriterien der Nachhaltigkeit und Verfügbarkeit betrachten.

Dann haben wir noch die Nutzung von Wasserstoff und Derivaten, wenn die Umsetzung der anderen Prinzipien nicht funktioniert oder aus Akzeptanzgründen etwas dagegenspricht.

– 72 –

Last, but not least: Wir werden Treibhausgasneutralität aller Wahrscheinlichkeit nach nur über negative Emissionen erreichen. Das heißt, wir werden uns, wenn wir bis zum Jahr 2045 tatsächlich treibhausgasneutral werden wollen, über biogene Maßnahmen oder direkte Luftabscheidung anschauen müssen, wo wir CO₂-Emissionen haben, beispielsweise in der Zementindustrie und in der Landwirtschaft. Die direkte Luftabscheidung von CO₂ ist in Deutschland nicht sehr beliebt. Aber wir werden uns damit auseinandersetzen müssen, wenn wir Treibhausgasneutralität erreichen wollen.

Jetzt zu Baden-Württemberg und dem Thema Resilienz: Baden-Württemberg ist ein energiearmes Land; das muss man sich klarmachen. Wir sind in Sachen Energie sehr stark abhängig. Wir sind da auch von den Entscheidungen anderer Bundesländer und anderer europäischen Staaten abhängig. Das ist aus baden-württembergischer Sicht nicht witzig; denn wir müssen hoffen, dass sie das Entsprechende liefern. Man kann heute sehen: Investitionen in Wasserstoff erfolgen nicht in Frankreich, Spanien, Italien etc. Die Länder, die ihn eigentlich liefern sollten, investieren da heute relativ wenig.

Die beiden Strategien sind: Energieeffizienz steigern und Ausbau der erneuerbaren Energien, und zwar Wind und PV. Wir haben in Baden-Württemberg einen Vorteil, nämlich eine gute Tiefengeothermie. Sie ist heute wenig akzeptiert und wenig wirtschaftlich. Aber auch an sie müssen wir in Baden-Württemberg herangehen, wenn wir unabhängig werden wollen.

Die Flexibilität und Wasserstoff-Ready-Gaskraftwerke sind ein großes Thema. Wir brauchen Stromspeicher, die ebenfalls ein großes Thema sind.

Wenn wir in Baden-Württemberg beim Thema Energie unabhängig werden wollen, müssen wir uns darüber klar sein, dass wir einen höheren Preis bezahlen. Eine europäisch harmonisierte Energiestrategie ist deutlich günstiger als eine starke, auf Selbstversorgung ausgelegte Strategie in Baden-Württemberg. Da muss die Politik abwägen, was sie bereit ist, zu bezahlen.

Bei der Flexibilität sind wir noch nicht am Ende, u. a. bei der E-Mobilität, den Wärmepumpen sowie den Nah- und Fernwärmenetzen. Wir brauchen mehr Flexibilität auf der Anwendungsseite, um die erneuerbaren Energien besser zu integrieren. Das ist ein großes Thema. Baden-Württemberg muss Importstrategien und auch die Verfügbarkeit von Strom- und Wasserstoffnetzen sicherstellen. Insofern ist der Ausbau von Energiepartnerschaften ein großes Thema.

Strom hat hohe Wachstumsraten, genauso wie Wasserstoff. Wir reden immer von Wasserstoffimporten aus Südamerika, Afrika etc. Wasserstoff nimmt man immer aus Pipelines. Das ist viel wirtschaftlicher. Wir müssen die Wasserstoffstrategie aus meiner Sicht viel mehr auf Europa hin ausrichten. Derivate, z. B. E-Kerosin zum Fliegen, kann man relativ günstig transportieren. Aber beim Wasserstoff sollte man die europäische Karte viel stärker spielen.

– 73 –

Wir müssen bei Wasserstoffanwendungen eine Risikoabwägung machen. Für Baden-Württemberg habe ich das gezeigt. Das sind die Anwendungen, die in der Diskussion stehen: Brauchen wir Wasserstoff in der Gebäudewärme? Brauchen wir Wasserstoff im Verkehr? Brauchen wir Wasserstoff in Hochtemperaturanwendungen? Das muss man gut abwägen.

Eines ist klar: Baden-Württemberg ist bezüglich der Wertschöpfungskette bei den Wasserstoffkomponenten gut aufgestellt. Aus baden-württembergischer Sicht sollte man die Unternehmen beispielsweise beim Bau von Anlagen unterstützen.

E-Fuels und Derivate bei Pkws und Lkws sind eine ganz riskante Strategie, weil das relativ teuer ist. Wir haben, wie gesagt, eine große Nachfrage bei der Mobilität im Schiffs- und Flugverkehr. Aus meiner Sicht sollte die Priorität darauf liegen.

Aus baden-württembergischer bzw. badischer Sicht sollte man schauen, wie man den Raffineriestandort Karlsruhe in Richtung Wasserstoff, synthetische Produkte und E-Kerosin transformieren kann. Das ist in Bezug auf die Standortqualität ein wichtiges Thema.

Es braucht eine Transformation der Automobilwirtschaft in Richtung Elektromobilität entlang der gesamten Wertschöpfung, auch von Rohstoffen. Vielleicht können wir Lithium in den nächsten Jahren im Oberrheingraben abbauen.

Auch die Verteilnetze sollte man viel stärker berücksichtigen. Ich glaube, den meisten Leuten ist nicht klar, was da auf uns zukommt, weil rund 50 % der Gebäude über Gas-thermen geheizt werden. Insofern sollte die Politik schon ernst nehmen, was da passiert.

Neben aller Technologie – mein Vortrag war ja technologiebezogen – dürfen wir natürlich die Akzeptanz der Menschen nicht vergessen. Das haben wir in der Vergangenheit teilweise falsch gemacht. Es ist wichtig, Maßnahmen zu entwickeln, um die Menschen mitzunehmen und die Umgestaltung tragbar und akzeptierbar zu machen.

Damit bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit. Ich habe die 20 Minuten hoffentlich halbwegs eingehalten.

Vorsitzender Alexander Salomon: Schauen Sie mal links neben das Notebook. Jetzt sehen Sie es nicht mehr. Die Zeitanzeige war schon seit drei Minuten rot.

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall)

Aber da Sie sich bemüht haben, bin ich nicht weiter darauf eingegangen.

– 74 –

Wir kommen jetzt zur Fragerunde, für die wir 40 Minuten vorgesehen haben. Für die Fraktion GRÜNE hat sich Herr Abg. Poreski gemeldet. – Bitte sehr.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Liebe Sachverständige, Frau Professorin Feldmann und Herr Professor Wietschel, erst einmal herzlichen Dank für die jeweils sehr interessanten Darstellungen.

Ich habe eine Frage an Frau Professorin Feldmann. Sie haben das Thema Vulnerabilität sehr stark vertieft und zu Recht den Hinweis gegeben, dass ein wesentlicher Faktor, um sie zu reduzieren, Bildung ist – so möchte ich es kurz zusammenfassen –, also die Medienkompetenz aller Beteiligten. Wir nehmen das auf jeden Fall mit. Mich würde noch interessieren, welchen Beitrag Sharing-Plattformen oder auch Sharing-Economy zur Resilienz leisten könnten, wenn das ein Faktor ist, der da eine Rolle spielen kann.

Herr Professor Wietschel, zunächst einmal vielen Dank für die sehr pragmatische Abwägung und auch für die Hinweise, wofür Wasserstoff tauglich ist und wofür nicht. Zumindest wenn man eine Gesamtbetrachtung macht, bestätigt dies, dass es nicht sehr zielführend und nicht nachhaltig ist, beispielsweise Pkws mit Wasserstoff zu betreiben. Ich glaube, das ist ziemlich deutlich geworden. Aber ansonsten sollte man sehr differenziert und sehr diversifiziert an die Sache herangehen, also De-Risking statt Decoupling. Das haben Sie sowohl für den europäischen als auch für den deutschen Bereich ausgeführt. Da das nahtlos zu den anderen Vorträgen passt, habe ich es kurz angesprochen.

Uns würde noch interessieren, welche Maßnahmen von staatlicher Seite ergriffen werden können, um zumindest eine große Wahrscheinlichkeit dafür zu schaffen, dass die für eine klimaneutrale Energieversorgung notwendigen Technologien verstärkt aus Baden-Württemberg und aus Deutschland kommen. Das ist ein Resilienz- und natürlich auch ein Wirtschaftsfaktor.

Bei den Rohstoffen haben Sie Lithium angesprochen. Da würde mich interessieren, wie wir eine relative Resilienz, was die Versorgung mit Rohstoffen angeht, befördern können.

Vielen Dank.

Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Herzlichen Dank auch von uns für die beiden Vorträge. – Ich habe zwei Fragen an Frau Professorin Feldmann. Sie haben eindrücklich gezeigt, dass die antisemitische Sprache während der Coronapandemie exorbitant zugenommen hat. Hat man erforscht, warum das der Fall ist und – das haben wir schon im dritten Handlungsfeld ein bisschen analysiert – was man dem entgegensetzen könnte?

– 75 –

Die zweite Frage: Uns interessiert natürlich – Sie haben das ein bisschen gestreift – die Rolle der künstlichen Intelligenz, auch positiv gesehen. Welchen Beitrag könnte die KI für eine krisenresilientere Wirtschaft leisten? Ich meine das eher als Chance. Was vermuten Sie, was sich da vielleicht in den nächsten Jahren ergibt?

Herr Professor Wietschel, herzlichen Dank auch an Sie. Das war sehr spannend. Vor allem für mich als Mitglied des Umweltausschusses war das super. Ich habe noch die Frage, welchen Risiken wir in Baden-Württemberg bei den Formen der Energiegewinnung in Ihren Szenarien noch mehr Beachtung schenken müssten. Sie haben uns ja verschiedene Szenarien vorgestellt. Gibt es noch Punkte in Bezug auf unsere Enquete, die wir bei unseren konkreten Handlungsempfehlungen ganz besonders beachten müssten?

Sollten wir, da wir beispielsweise auch den Klimawandel vor Augen haben, noch weitere Krisen beachten? Wir haben jetzt aufgrund des Ukrainekriegs die Abhängigkeitskrise und auch einen Anstieg der Energiepreise. Werden bei Ihnen in der Forschung im Bereich der Energiesicherheit auch Cyberangriffe oder ähnliche Aspekte mitberücksichtigt?

Herzlichen Dank.

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Frau Professorin Feldmann, Sie haben davon gesprochen, dass sich die Upload- und Downloadarchitektur während der Pandemie im Verhältnis 1 : 10 verändert hat. Ich glaube, das spielt grundsätzlich auch für mobiles Arbeiten eine Rolle. Vielleicht könnten Sie noch etwas dazu sagen, was wir da in Zukunft noch kontinuierlich verändern müssen, ob wir da schon jetzt gut aufgestellt sind und ob sich das ausgleicht; denn in bestimmten Bereichen nehmen die Uploadvolumina ab, während sie an anderen Stellen zunehmen. Das würde mich noch etwas konkreter für Baden-Württemberg interessieren.

Was für Baden-Württemberg und möglicherweise auch für uns, wenn es um die Handlungsempfehlungen geht, wichtig sein könnte: Sie haben berichtet, dass ganz viel in Clouds gearbeitet wird. Ist es aus Ihrer Sicht notwendig, für Baden-Württemberg eine eigene Cloud zu entwickeln – ich sage das jetzt mal ein bisschen naiv –, um eben nicht in Abhängigkeiten zu geraten? Gibt es schon solche Strukturveränderungen? Vielleicht könnten Sie auch dazu noch etwas sagen.

Herr Professor Wietschel, möglicherweise haben Sie das schon gesagt. Aber ich war bei den Zahlen und den Modellen, die auf Deutschland und Baden-Württemberg gemünzt waren, ein bisschen am Hin- und Herspringen. Deswegen frage ich jetzt vielleicht etwas doppelt. Worin liegt insbesondere für Baden-Württemberg der Engpass? Es ist klar geworden, dass Stromtrassen und auch Wasserstoff-Backbones an Baden-Württemberg eher vorbeigehen. Dann kommt anderen alternativen Energiequellen möglicherweise eine größere Bedeutung zu. Sie haben die Tiefengeothermie genannt. Welches Potenzial haben wir da in Baden-Württemberg?

– 76 –

Sie haben auch Energieeffizienz genannt. Heute Morgen haben wir schon etwas von Energiesuffizienz gehört. Welches Effizienzpotenzial haben wir da in Baden-Württemberg? Ich glaube, das ist sehr schwierig, weil wir auf der einen Seite viel mit Strom machen wollen und auf der anderen Seite die Mobilität insgesamt sehr stromlastig sein wird. Das sind zwei Bereiche, die mich ganz speziell für Baden-Württemberg interessieren. Vielleicht könnten Sie das noch herunterbrechen.

Vielen Dank.

Abg. Carola Wolle AfD: Vielen Dank für die Vorträge. – Frau Professor Feldmann, Sie haben sehr viel über die Infrastruktur, die technischen Voraussetzungen, die Datenmenge – Upload und Download – gesprochen. Was müssen wir in Baden-Württemberg noch machen, damit das auch in Zukunft stabil bleibt?

Herr Professor Wietschel, ein Satz von Ihnen hat mich erschreckt; den habe ich auch mitgeschrieben. Sie haben gesagt, wir müssten dauerhaft rund die Hälfte des Stroms, der Energie importieren. Wenn das so ist, dann frage ich mich: Ist die Umstellung auf erneuerbare Energien, wie sie im Moment verläuft, überhaupt sinnvoll? Muss man an dieser Stelle etwas ändern?

Sie haben auch über Wasserstoff gesprochen. Wie lange reichen die Wasserstoffspeicher, wenn sie einmal installiert sind?

Wir machen uns ja von anderen Stromimporteuren abhängig. Ist das wirklich sinnvoll? Wir importieren insbesondere Atomenergie. Wie stehen Sie dazu, unsere Atomkraftwerke wieder laufen zu lassen?

Danke schön.

Vorsitzender Alexander Salomon: Gibt es aus der Runde noch weitere Fragen? – Ich habe noch zwei Wortmeldungen für die zweite Runde. Die nehme ich jetzt noch dran. Dann können wir die zweite Runde eventuell überspringen. – Frau Dr. Tröger, bitte, und danach Herr Dr. Müller.

Dr. Josephine Tröger, stellv. externes Mitglied: Frau Professorin Feldmann, Sie haben die Content-Moderation angesprochen; das fand ich ganz spannend. Haben Sie dafür konkrete Handlungsempfehlungen, und muss man dabei auch juristische Fragestellungen bedenken?

Meine zweite Frage geht in Richtung des ökologischen Bereichs. Der Hochlauf des Internets ist ja sozusagen ungebremst. Haben Sie auch Empfehlungen, wie man damit umgeht, und wie nachhaltig ist das System?

– 77 –

Ich habe noch eine Frage an Herrn Wietschel. Sie haben den Punkt genannt, die Investitionen in Gasnetze zu senken. Was ist die Konsequenz daraus? Da war ja ein Risiko benannt.

Dann würde mich noch die Perspektive interessieren, wie man die Beziehungen gerade bei Wasserstoffimporten usw. sozial gerecht bzw. global gerecht ausgestaltet.

Dr. Christoph Müller, externes Mitglied: Ich habe zunächst eine Frage an Frau Professorin Feldmann. Bei Ihnen habe ich eine ambivalente bis kritische Haltung zur Cloud herausgehört. Wenn wir das Thema Cloud mit der IT-Security verschneiden, sind dann die Cloud oder generell das Arbeiten über Clouds und gesicherte Datencenter nicht fast schon das einzige Vorgehen? Ich sehe das in der analogen Welt immer so: Mein wertvollster Besitz ist eine goldene Taschenuhr meines Opas. Die liegt in einem Bankschließfach; die liegt nicht bei mir zu Hause. Die Vorstellung, dass es sicherer ist, wenn wir das sozusagen dezentral bei uns haben, ist auch nicht die Lebenserfahrung, die ich aus der Zeitung wahrnehme. Insofern würden mich Ihre Gedanken zur IT-Security und zur Cloud interessieren.

Herr Professor Wietschel, erst einmal vielen Dank für Ihren sehr deutlichen Hinweis zur fehlenden Regulierung des Gasübergangs, der Gastransformation bzw. des Heruntermanagens auf Gas – egal, wie man das sieht. Das ist in der Tat eine Lücke. Ich komme von einem Infrastrukturunternehmen, von einem Strom- und Gasnetzbetreiber. Wir investieren noch in Gas. Da sind sicherheitsrelevante Investitionen in Gas notwendig. Es ist natürlich schon ein Thema, wie das weitergeht. Das war ein wertvoller Hinweis.

Zu Ihren Szenarien: Wenn man daran Spaß hat und sich erheitern möchte, dann schaut man sich Studien von 2000 an, wie man damals gesagt hat, wie die Energiewelt im Jahr 2020 aussehen würde. Das bringt einem vor allem Demut vor all solchen Modellen bei. Insofern die Fragen: Welche anderen Energiewelten sind möglich? Welche Dinge könnten, wenn wir an dieser Stelle ganz breit denken, da ganz außerhalb Ihres Dreiecks kommen? Denn eines ist sicher: So, wie Sie es gezeigt haben, wird es sicher nicht kommen – in allen Ehren; das ist einfach das Leben.

Das zweite Thema: Sie sagten zu der Elektrolyse, die Elektrolyseure gingen dahin, wo der Strompreis am günstigsten ist. Das wird nicht Süddeutschland, sondern Norddeutschland sein. Warum gehen die nach Norddeutschland? Eine fluktuierende Energiewirtschaft, die viel importiert – wir importieren schon heute drei Viertel unseres Energiebedarfs –, eine Stromwirtschaft in Norddeutschland ist ja nicht unbedingt die günstigste. Warum gehen die Elektrolyseure nicht nach Norwegen, sondern nach Norddeutschland? Das habe ich nicht verstanden. Sie gehen dahin, wo der Strompreis in Europa am günstigsten ist. Warum ist das Norddeutschland?

Und in gleicher Weise: Was ist mit der energieintensiven Industrie? Auch die geht doch eigentlich dahin, wo der Strompreis am günstigsten ist.

– 78 –

Ich komme zu meiner letzten Frage – das fand ich eigentlich sehr sympathisch –: Sie haben das Thema Kohleausstieg gar nicht erwähnt. Ich vermute, weil der Ausstieg automatisch kommt, wenn man einsteigt. Oder steht da eine Annahme zu einem forcierten, definierten Kohleausstieg dahinter? Vielleicht könnten Sie dazu noch ein paar Worte sagen.

Vielen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Müller. – Ich habe noch Wortmeldungen von Frau Abg. Wolle und Frau Abg. Staab. Wir machen das in dieser Reihenfolge.

Abg. Carola Wolle AfD: Ich hatte mir noch eine Frage für die zweite Runde für Sie aufgehoben, Herr Professor Wietschel. Es hieß ja, die Energiewende koste nicht mehr als eine Kugel Eis. Wir wissen jetzt, eine Kugel Eis ist ganz schön teuer geworden. Die Frage ist: Ist die Energiewende so, wie sie im Moment geplant ist, in Zukunft für die Bürger und die Industrie in unserem Land überhaupt noch bezahlbar?

Danke schön.

Abg. Christiane Staab CDU: Wir nennen uns ja Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“. Ich würde von Ihnen, Herr Professor Wietschel, gern beleuchtet haben, ob es krisenfest ist, wenn wir unseren Energiebedarf mit Strom decken wollen, gleichzeitig aber in Zukunft zumindest zu 50 % von Stromimporten abhängig sein werden.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich sehe keine weiteren Fragen in der Runde. Ich hoffe, es bleibt auch so, damit es keine zweite Runde gibt.

Ich gebe direkt an Frau Professorin Dr. Feldmann ab. Ihnen stehen zehn Minuten Zeit für die Beantwortung der Fragen, die an Sie gerichtet worden sind, zur Verfügung.

Sv. Frau Dr. Feldmann: Als Erstes zu der Frage, welche technischen Voraussetzungen man für das Internet der Zukunft braucht. Es ist extrem wichtig, dass jeder Bürger Zugang zu dieser Technologie hat. Das muss eine Grundvoraussetzung sein. Das ist ein Grundrecht. Aber es ist definitiv nicht überall gegeben.

Weiterhin müssen die Bandbreiten sowohl für den Up- als auch den Download in genügendem Maß vorhanden sein. Auch muss dies zu erschwinglichen Preisen gekauft werden können. Der normale DSL-Anschluss ist noch immer sehr viel preiswerter als ein Anschluss, bei dem man bidirektional dieselbe Bandbreite hat. Das wird aber für das Arbeiten gebraucht, um Homeoffice machen zu können. Das braucht man natürlich auch auf dem Dorf, wenn man die Leute dort ebenfalls mitnehmen will. Es reicht nicht, wenn das nur in den Städten vorhanden ist.

– 79 –

Zur Ambivalenz zwischen der Cloud und der IT-Security: Sie haben Ihre goldene Uhr weggeschlossen. Das macht man auch mit Daten, wenn man sie schützen will. Das Problem ist nur, dass diese Daten dann nicht mehr verfügbar sind. Das Problem bei der Sicherheit ist, dass man die Dienste so gut und so sicher wie möglich zur Verfügung haben will. Aber eines, was man im Internet lernt, ist, dass es absolute Sicherheit nicht gibt. Wenn es irgendwo eine Sicherheitslücke gibt, wird irgendjemand sie auch nutzen. Es gibt im Internet nichts, was es nicht gibt. Viel zu viele Leute haben schon gesagt: Nein, diesen Angriff wird es nicht geben, weil er sehr kompliziert ist. – Spätestens die Geheimdienste werden das machen. Aber schon vorher wird es beispielsweise irgendein Hacker tun. Eine absolute Sicherheit wird es nie geben.

Die Frage ist immer, für wen welche Lösung sinnvoll ist. Darauf wird es nie eine absolute Antwort geben, beispielsweise dass man die Daten immer nur zu Hause lagern, dass man in dem Unternehmen eine eigene IT haben oder dass man die Daten in eine Cloud legen sollte. Das hängt immer mit der vorhandenen Expertise zusammen. Wenn man relativ wenig IT-Expertise hat: Bitte lagern Sie die Daten in eine Cloud aus, weil die Wahrscheinlichkeit sehr viel größer ist, dass es dort besser sein wird. Aber zu glauben, nur weil die Daten in der Cloud sind, bedeute, man brauche keine IT- oder Sicherheitsexpertise, wird nicht funktionieren.

Man muss die digitalen Prozesse verstehen. Auch ein digitaler Prozess ist immer nur so gut wie der Prozess, der digitalisiert wurde. Wenn der Prozess sehr kompliziert und sehr unbändig ist, wird er nicht dadurch besser, dass man ihn ins Digitale holt. Nutzen Sie bitte die Digitalisierung, um Ihre Prozesse zu verschlanken und sich zu überlegen, wie viel Bürokratie Sie brauchen.

Cyberangriffe wird es immer wieder geben, auch auf die Energiewirtschaft. Daher sollte man möglichst für eine Trennung der Netze brennen. Man sollte nicht versuchen, die Energiewirtschaft aus Kostengründen ins Internet zu hängen. Es ist gut, wenn es Brandmauern gibt. Halten Sie sich an die!

Hierbei spielt auch die Globalisierung immer eine Rolle. Wenn alles in einem IT-System mit einer Authentifizierung ist und Passwörter abfließen, sind alle Passwörter und Dienste weg. Bei getrennten Domänen, mit getrennter Software, ist die Wahrscheinlichkeit, dass alles betroffen ist, sehr viel geringer. Das heißt, eine sinnvolle Unterteilung der verschiedenen Bereiche, eventuell mit unterschiedlicher Software und unterschiedlichen Kompetenzen, kann sehr nützlich sein, um Sicherheitsvorfälle zu begrenzen. Dafür gibt es in Häusern Brandtüren. Es gibt unterschiedliche Gebäude. Es wird nicht alles in einem gemacht.

Dann wurde gefragt, wie es mit der antisemitischen Sprache aussieht. Sie wächst; jedes Mal, wenn solche Ereignisse wie gerade geschehen, nimmt sie zu. Es wird weiter geschimpft werden. Was kann man dagegen tun? Da sind auch Sie gefordert, weil man Gesetze erlassen muss, die u. a. die Betreiber der jeweiligen Plattform mit in die

– 80 –

Verantwortung nehmen, um die schlimmsten Auswirkungen dieser Sachen einzuschränken.

Die freie Meinungsäußerung ist eine sehr wertvolle Sache, hat aber auch ihre Grenzen. Da braucht es den Gesetzgeber, um eine gewisse Begrenzung einzuführen und dafür zu sorgen, dass die Leute nicht nur anonym ihre Meinungen sagen und andere Leute fertigmachen können. Wir von der Forschungsseite schauen, was dort möglich ist und was man machen kann. Darum haben wir uns die Content-Moderation angeschaut: Was passiert, wenn Sachen in einem Bereich gebannt werden? Wo kommen sie dann wieder? Wo sieht man sie? Ja, das hat etwas geholfen.

Eine weitere Frage war, wie das mit der Medienkompetenz ist. Schauen Sie sich in Ihrem Umfeld um: Meinen Sie, alle verstehen, was in den Medien vor sich geht? Eigentlich gibt es viel zu wenig Medienkompetenz. Wir brauchen mehr. Vor allem müssen wir den Leuten sehr früh beibringen, was man glauben kann und was nicht, wie einfach es ist, Sachen zu fälschen, wie man Fälschungen und Fake News erkennen und wie man Sachen überprüfen kann. Das wird gebraucht. Alle Leute greifen auf Informationen zu, die überall vorhanden sind. Aber man muss unterscheiden, was richtig und was falsch ist. Man muss da mit einem kritischen Denken herangehen.

Diese Informationen werden auch von KI-Systemen wie ChatGPT etc. komplett verarbeitet und dann in einem immer einfacher zugänglichen Maß zur Verfügung gestellt. Es gibt neue Jobtitel wie „Prompt Engineers“, die mit bestimmten Begriffen versuchen, einen möglichst guten Text zu formulieren, der durchaus einen sehr guten Inhalt haben kann. Aber auch da muss der Gesetzgeber schauen: Wie viel davon ist eigene Leistung, wie viel davon ist kopierte Leistung, und was ist mit den Urheberrechten der zugrunde liegenden Daten? Trotzdem erleichtert das die Arbeit. Leute können plötzlich Texte formulieren, die sie vorher nie hätten formulieren können. Das wird ein Tool werden, genauso wie Google Search oder – – Entschuldigung, ich wollte hier natürlich kein Unternehmen nennen. Das ist eine Search Engine, ein Tool. Auch Tools können Sachen vereinfachen.

Dort werden Informationen ohne kritisches Denken erfunden; denn man kann zwei Sätze miteinander kombinieren, und es kommt ein wunderbar formulierter Satz dabei heraus. Nur hat er mit der Wahrheit nichts zu tun. Das heißt, man braucht ein gewisses kritisches Denken, um die Sachen zu überprüfen. Noch immer ist der Mensch für jeglichen Text, den er unterschreibt, verantwortlich.

Weiterhin kann KI auch dafür benutzt werden, jede Menge Daten im Umfeld von Industrie 4.0, im industriellen Umfeld zu analysieren, zu automatisieren, ihrer Herr zu werden und Pattern zu erkennen. Damit können elektronische Geräte, die dabei sind, kaputtzugehen, früher erkannt werden. Es gibt unwahrscheinlich viele Anwendungen, beispielsweise in der Medizin. Man kann damit erkennen, ob es ein Tumor ist oder nicht. Die Bilderkennung ist sehr viel besser als jegliche andere Systeme. Filme und

– 81 –

Fotos werden sich verändern. Dort werden sich noch unwahrscheinlich viele Sachen tun.

Die virtuelle Realität bietet Chancen. Wir werden in der Zukunft ganz anders miteinander interagieren, wenn wir uns im elektronischen Umfeld treffen. Das sind Chancen, auch für Unternehmen. Im Cyber Valley gibt es jede Menge Experten – nutzen Sie sie! Bringen Sie sie mit den Daten in den Unternehmen in Verbindung, um in die Zukunft zu gehen!

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Professorin Dr. Feldmann. – Dann gehen wir weiter zu Herrn Professor Dr. Wietschel. Auch Sie haben für die Beantwortung der Fragen zehn Minuten Zeit.

Sv. Herr Dr. Wietschel: Nur zehn Minuten für so viele Fragen. Ich versuche dann mal zu bündeln und beginne mit der Frage nach dem Blick in die Zukunft. Wir machen keine Prognosen. Wir wissen, dass wir uns irren. Wir versuchen, Szenarien und möglichst viele unterschiedliche Zukunftsbilder aufzubauen. Wir wissen, die Zukunft, die wir in diesen Szenarien zeichnen, wird auf alle Fälle anders sein. Aber was wollen wir denn machen? Wir brauchen eine Vision und auch Unterstützung bei der Transformation in Richtung einer klimafreundlichen Energiewirtschaft.

Wir müssen uns klarmachen: Mit den Geschwindigkeiten, mit denen wir heute arbeiten, werden wir die Treibhausgasneutralität im Jahr 2045 nicht erreichen. Ich habe ja gesagt, wir müssen die erneuerbaren Energien, Wind etc., enorm ausbauen. Wenn wir uns einmal die Wachstumsgeschwindigkeit bei solchen Technologien in der Vergangenheit anschauen, dann stellen wir fest, dass wir viel schneller werden müssen. Es ist eine Herausforderung für die Politik, sich das anzuschauen. Die Politiker müssen – das wird immer schwieriger – auch in unsicheren Situationen schneller entscheiden, wenn wir das Thema der Treibhausgasneutralität ernst nehmen wollen. Das haben wir noch nicht verstanden.

Ich sehe immer wieder, wie lange die Politik über bestimmte Sachen diskutiert. Dafür haben wir einfach nicht die Zeit. Ich verlasse jetzt einmal meine Position als Wissenschaftler und sage als Bürger: „Ich bin darüber sehr besorgt. Wie das alles zusammenpassen soll, kann ich nicht erkennen.“

Der zweite Punkt: 50 % Eigenversorgung wären super. Wir haben heute allerdings nur einen Anteil von 20 %. Wir sind heutzutage sehr von allen Energieträgern abhängig. Wenn wir wirklich auf 50 % Eigenversorgung kommen würden, wären wir schon deutlich resilienter; das muss man einfach so sehen.

Zum Thema „Neue Technologien“: Ja, es wird neue Technologien geben. Ich erinnere mich noch daran, was ich vor drei, vier Jahren zu Batterietechnologien gesagt habe, und sehe, wo wir da heute stehen. Ich habe die Geschwindigkeit der Entwicklung total

– 82 –

unterschätzt. Da geht sehr viel. Wenn wir organische Fotovoltaik hinbekommen würden, könnten wir die Anlagen auch überall an Häuserwänden anbringen. Es gibt noch einiges an technologischen Entwicklungen. Ich nenne nur die Supraleiter, zu denen es gerade wieder einige Veröffentlichungen gegeben hat. Wir verlieren ungefähr 5 bis 6 % der Energie durch den Transport in Stromleitungen. Wenn wir diesen Verlust über Supraleiter auf fast null Prozent senken könnten, dann wäre das ein Riesengewinn. Wir haben noch einiges an technologischen Optionen.

Damit komme ich zum Thema Atomenergie. Über die Fusionsforschung wird gerade wieder groß diskutiert. Wenn ich daran denke: Seit 40 Jahren sagt man, dass man in 40 Jahren den ersten kommerziellen Reaktor am Netz hat. Dann haben wir aber nur einen Reaktor. Wir haben nicht die Zeit, bis diese Reaktoren energiewirtschaftlich eine Rolle spielen. Wir können nicht noch 40 Jahre auf diese Technologie warten, die dann auch noch erst hochlaufen muss. Durch den Ausstieg aus der Atomenergie haben wir volkswirtschaftliches Kapital vernichtet und die Stromkosten nach oben getrieben. Das muss man natürlich gegen das Risiko abwägen.

Neubau Atomkraftwerke: nein. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen in Hinkley Point in England, in Flamanville und in Finnland muss man sagen, dass dies deutlich teurer ist als die Strategie, auf erneuerbare Energien und Speicher zu setzen. Wir können – wie die Engländer – sagen, dass wir sehr viele Windkraftanlagen haben. Akzeptanzprobleme haben alle Atomkraftwerksprojekte, die heute laufen. Die Kosten für Strom liegen da über 12, 13, 14 Cent pro Kilowattstunde.

In den USA werden Atomkraftwerke zwar von der Politik und der Bevölkerung unterstützt, aber so gut wie keine gebaut. Neue Atomkraftwerke gibt es heutzutage nur noch in liberalisierten Märkten; in denen wird zugebaut. Aber das sind schon sehr spezielle Märkte.

Ich kann auch aus rein wirtschaftlicher Perspektive nicht nachvollziehen, wenn man sagt, man will den Ausbau der erneuerbaren Energien aus verschiedenen Gründen nicht. Wir müssen aber Klimaschutz betreiben. Da gibt es verschiedene Abwägungsprozesse.

Zu der Frage nach den Elektrolyseuren: Sie gehören nach Skandinavien, beispielsweise nach Norwegen, und auch in andere Länder wie Spanien und Italien. Wenn wir in Deutschland Elektrolyseure brauchen – wir brauchen sie in einem fluktuierenden Energiesystem –, dann eher in Norddeutschland. Wir haben in Norddeutschland auch das Thema Wasserstoffspeicher.

In Sachen Kohleausstieg haben Sie recht: Wenn wir treibhausgasneutrale Szenarien rechnen, müssten wir früher als 2028 aussteigen. Sonst bekommen wir das Ganze nicht hin.

– 83 –

Die Risiken sind angesprochen worden. Eines der ganz großen Risiken ist, dass wir bei neuen Energietechnologien sehr von China abhängig sind. China exportiert schon heute auch Fotovoltaikanlagen und Offshore-Windanlagen nach Europa. Noch vor einem Jahr haben wir gesagt, wir in Deutschland und in Europa sind bei Elektrolyseuren führend. Aber auch China setzt jetzt sehr stark auf die Elektrolysestrategie. Die Chinesen machen das und können das auch. Die Wirtschaft dort wird extrem vom Staat gelenkt. Die Chinesen setzen strategisch ganz stark auf viele erneuerbare Bereiche und Energietechnologien. Wir verlieren ein Stück weit immer mehr den Anschluss. Das ist ein großes Risiko.

Wenn es tatsächlich zu einem Taiwankonflikt kommt und wir dann keine Energietechnologie mehr aus China importieren wollen, ist unsere aktuelle Energiewende ganz stark gefährdet. Das ist ein sehr großes Risiko. Insofern muss man auch nach China schauen.

De-Risking heißt, auch von China zu lernen. Die Chinesen machen sich ganz stark von allen Rohstoffimporten unabhängig. Natürlich verarbeiten sie auch Rohstoffe. Natrium-Ionen-Batterien beispielsweise beinhalten überhaupt keinen kritischen Rohstoff mehr – kein Kobalt, kein Mangan und kein Nickel mehr, sondern nur noch Natrium. Woher kommt die Technologie? Aus China.

Die Chinesen machen sich sehr stark unabhängig. Insofern sollten wir auch nach China schauen. Wir können und werden das Wirtschaftssystem von China nicht kopieren. Ich glaube aber, irgendwann einmal werden wir auch in Deutschland nicht darum herumkommen, das Thema Industriepolitik anders zu fassen. Wir sind inzwischen keine so große Volkswirtschaft mehr. Ob wir es mit unserem Finanzbudget, das wir zur Verfügung haben, und mit unseren Arbeitskräften schaffen, immer alle Technologien gleichrangig offenzuhalten, darüber muss man noch einmal diskutieren.

Das Thema Sicherheit hat Frau Feldmann schon angesprochen. Unsere Stromnetze sind sehr stark angreifbar, und zwar durch Hacker- und physische Angriffe, aber auch durch Naturkatastrophen. Da wird in Zukunft noch einiges auf uns zukommen. Wir haben es bei der Gaspipeline Nord Stream 2 und jetzt bei Finnland gesehen. Auch das sind ja vielleicht Angriffe gewesen. Die Sicherheit unserer Stromnetze ist ein Riesenthema.

Rohstoffe: Wir sind kein sehr rohstoffreiches Land und müssen insofern das Recycling noch mehr voranbringen. Des Weiteren müssen wir uns überlegen, vielleicht auch in Technologien zu gehen, bei denen wir nicht mehr so abhängig sind. Ich habe gerade die Natrium-Ionen-Batterie genannt. Auch die Lithium-Eisenphosphat-Batterie bietet Vorteile hinsichtlich der Rohstoffe.

Im Energiebereich ist Kupfer aus meiner Sicht der kritischste Rohstoff. Wir haben zwar jede Menge davon. Aber wir müssen auch schauen, wo wir in Zukunft noch überall

– 84 –

Kupfer brauchen. Insofern ist Kupfer ein ganz kritischer Rohstoff. Gerade bei der Energiewende ist das ein sehr wichtiges Thema.

Ich möchte jetzt auf die Situation in Baden-Württemberg zu sprechen zu kommen. Wenn man mehr in Richtung Tiefengeothermie gehen will, muss man sich darüber klar werden, dass sie ein bisschen darunter leidet, dass wir die erneuerbaren Energien über die Kilowattstunde fördern. Bei der Tiefengeothermie ist das Fündigkeitsrisiko das Problem. Wenn man falsch bohrt, verliert man Geld. Man muss quasi die Fündigkeit bezahlen. Es besteht das Risiko, an falschen Stellen zu bohren.

Bei der Tiefengeothermie spielt auch die Akzeptanz eine wichtige Rolle. Die Tiefengeothermie ist aufgrund verschiedener Vorkommnisse, die es gab, in der Bevölkerung nicht akzeptiert. Insofern muss man hier die Akzeptanz und auch generell das Thema Tiefengeothermie angehen.

Damit komme ich wieder zu den 50 % Eigenversorgung zurück. Um diese zu erreichen, müssen wir in Deutschland alle erneuerbaren Energien ausbauen, was nur geht. Wir schauen uns in unseren Studien an: Wie kann man beispielsweise eine Fläche von 6 mal 6 km nutzen? Sind Gebäude darauf? Steht da etwas unter Naturschutz, oder ist da noch irgendetwas anderes? Die 50 % Eigenversorgung erreichen wir nur dann, wenn wir alles, was wir uns vorstellen können, ausbauen – und das ist brutal. Dafür ist einiges an Ambitionen notwendig. Auch in Baden-Württemberg müssen wir da Gas geben. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien ist Baden-Württemberg nicht Klassenbesten, würde ich mal sagen. Da muss noch viel getan werden.

Wenn man sich das Ganze einmal rein aus der Wirtschaftlichkeitsperspektive anschaut und Wirtschaftlichkeitsvergleiche macht, dann sieht man, in welchen Branchen im Energiebereich in Zukunft das meiste Geld verdient wird. Das ist im Bereich der Energieeffizienz. Da fließt jede Menge Geld hinein. Da sind baden-württembergische Unternehmen zum Teil sehr gut aufgestellt. Ich glaube, man muss beides miteinander kombinieren.

Eine sozial gerechte Wasserstoffversorgung ist ein schwieriges Thema. Wir glauben immer, wenn wir nur mit Investitionen winken, werden Länder sehr erfreut etwas machen. Mein Lieblingsbeispiel ist Namibia. Auch dort haben wir Wasserstoffprojekte. Man muss sich das einmal vorstellen: Mehr als die Hälfte des Stroms von Namibia wird importiert. Woher importieren die den Strom? Das ist Kohlestrom aus Südafrika. Man muss sich nur einmal vor Augen halten, wie häufig der Strom in Namibia ausfällt. Die Hälfte der Bevölkerung in Namibia hat überhaupt keinen Strom, keinen Zugang zu Strom. Wir meinen, wir könnten jetzt einfach da hingehen, Windkraft- und PV-Anlagen an guten Standorten ausbauen und den Strom dann nach Deutschland exportieren. Ich weiß nicht, ob die lokale Bevölkerung damit einverstanden wäre. Wir machen viele Reisen in solche Länder, weil gerade Wasserstoff und Wasserstoffderivate wichtige Themen sind. Man muss sehr genau auch die Win-win-Situation in den jeweiligen Ländern berücksichtigen. Man hat in der Vergangenheit geglaubt: Wenn man mit großen

– 85 –

Investitionen kommt, dann werden die schon etwas machen. Da bin ich allerdings ein bisschen kritisch.

Noch eine letzte Anmerkung dazu: Wir glauben immer, dass wir den Wasserstoff und die synthetischen Produkte zu den Herstellkosten bekommen. Bei allen Studien, die ich kenne, wird ausgerechnet: Was kostet eine Windkraftanlage? Was kostet CO₂? Was kostet ein Elektrolyseur? Was kostet Wasser? Man kennt die durchschnittlichen Herstellkosten dafür und glaubt, dass man das entsprechende Produkt auch zu diesem Preis bekommt. Nein! Aramco, der saudi-arabische Gas- und Ölkonzern, hat im vergangenen Jahr 131 Milliarden € Gewinn gemacht – nicht Umsatz! Das ist mehr als das Bruttosozialprodukt von 130 Ländern dieser Welt. Wir dürfen nicht glauben, dass Saudi-Arabien so nett ist und sagt: „Wir verkaufen euch unseren Wasserstoff oder unser E-Kerosin zu den Herstellkosten.“ Ich glaube, da wird es noch viel Realitätssinn brauchen, um tatsächlich dahinzukommen.

Unsere Studien gehen davon aus, dass wir die industrielle Wettbewerbsfähigkeit unserer Stahl- und Chemieindustrie, die für uns wichtig ist, erhalten. Aber es besteht durchaus die Gefahr, dass sie abwandert. Die Vereinigten Arabischen Emirate beispielsweise wollen nicht unbedingt Wasserstoff exportieren, sondern vielleicht Stahl exportieren oder Vorprodukte wie Eisenschwamm herstellen. Wir befinden uns in der Gefahr, bei der Wertschöpfungskette immer mehr an das Ausland zu verlieren. Unsere Szenarien waren da immer optimistisch. Wir haben gesagt, wir versuchen, die industrielle Basis in Deutschland zu erhalten. Man kann durchaus einmal darüber diskutieren, wie viel der Wertschöpfung wir vielleicht aufgrund der Energiekosten verlieren.

Mein letzter Punkt: Die Transformation des Energiesystems kostet Geld. Alle Studien sind sich aber darüber einig: Wenn wir den Klimawandel nicht aufhalten, kostet uns das noch viel, viel mehr. Wir werden in Zukunft vielleicht 1 bis 2 % des Bruttosozialprodukts verlieren. Aber wenn der Klimawandel kommt, wie ihn 99 % der Experten vorhersagen, und wir nichts dagegen tun, werden wir 15 % des Bruttosozialprodukts verlieren. Diese Rechnung ist relativ einfach. Das ist nicht schön. Die Strompreise werden künftig nicht mehr steigen, aber auch nicht sinken. Wir haben natürlich Transformationsaufgaben. Als Ökonom muss ich sagen, dass die Kosten aufgrund des Klimawandels viel höher sein werden, wenn wir da nicht gegensteuern.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Gibt es aus der Runde noch Fragen? – Es gibt noch eine Frage von Frau Abg. Wolle von der AfD-Fraktion. – Bitte.

Abg. Carola Wolle AfD: Noch einmal zur Atomkraft: Dass man keine neuen Atomkraftwerke mehr baut, ist klar. Aber es gibt Expertisen, die besagen, dass es sinnvoll wäre, die alten wieder anlaufen zu lassen. Halten Sie das für sinnvoll?

Sv. Herr Dr. Wietschel: Wie gesagt: Das ist ein Abwägungsprozess. Ich bin kein Fachmann dafür. Ich weiß nicht, was es kosten würde, wenn man die Atomkraftwerke, die heruntergefahren worden sind, jetzt wieder hochfahren würde. Das müsste man

– 86 –

Fachleute fragen. Ich glaube, man muss die Debatten darüber irgendwann einmal beenden. Die Verunsicherung in der Bevölkerung ist inzwischen sehr groß. Wir überfrachten sie mit sehr vielen Themen. Was mir ein Stück weit Sorge macht, ist, dass wir die Bevölkerung verlieren. Die Akzeptanz geht immer stärker zurück. Die Frage, wie wir das mit der Notwendigkeit des Wandels zusammenbringen wollen, das besorgt mich, muss ich ganz ehrlich sagen. Man hat das ja auch an den Wahlergebnissen gesehen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Es gibt keine weiteren Fragen aus der Runde. – Ich bedanke mich vielmals bei Ihnen, Frau Professorin Dr. Feldmann und Herr Professor Dr. Wietschel, für Ihre Beiträge zur Enquetekommission.

(Beifall)

Im Juli nächsten Jahres werden wir den Abschlussbericht mit den Handlungsempfehlungen hier im Parlament beraten. Da wird sicherlich auch das eine oder andere dabei sein, was Sie uns heute gesagt und geraten haben.

Ich mache jetzt, weil wir ein bisschen in Zeitverzug sind, direkt mit Herrn Professor Dr. Burkhard Pedell weiter. Er ist Inhaber des Lehrstuhls für Controlling und stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor des Zentrums für interdisziplinäre Risiko- und Innovationsforschung an der Universität Stuttgart sowie Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Deutschen Instituts für Interne Revision. – Sie dürfen gern hierbleiben, Frau Professorin Dr. Feldmann und Herr Professor Dr. Wietschel, und sich das noch weiter anhören. – Sie haben jetzt 20 Minuten Zeit, Herr Professor Dr. Pedell.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv Herr Dr. Pedell: Danke schön. – Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder der Enquetekommission, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für Ihre Einladung und die Gelegenheit, meine Sicht auf das Thema „Krisenfeste Wirtschaft und Gesellschaft“ zu richten, bedanke ich mich sehr herzlich.

Entsprechend meiner Homepage werde ich eine betriebswirtschaftliche Sicht auf das Thema einnehmen. Das ist vom Fokus her ein bisschen anders als das, was wir bislang heute gehört haben. Es sind aber viele vertraute Themen. Ausgehend von einem Bezugsrahmen, der die Kernelemente eines resilienten Unternehmens enthält, werde ich einordnen, an welchen Stellen man welche Maßnahmen zur Resilienzsteigerung ansetzen kann. Dann werde ich daraus einige ausgewählte konkrete Handlungsempfehlungen ableiten.

Zu Beginn möchte ich den Blick in die Vergangenheit auf ein Ereignis richten, das für mich persönlich eine Initialzündung war, mich mit dem Thema „Krisen und Resilienz“ intensiv zu beschäftigen. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben auf

– 87 –

dramatische Weise gezeigt, wie verletzlich Unternehmen gegenüber unerwarteten Ereignissen sind.

Morgan Stanley hatte damals seine Büros im Südturm des World Trade Centers. Rick Rescorla, der Sicherheitschef von Morgan Stanley, hatte nach dem früheren Bombenanschlag auf das World Trade Center 1993 intensiv die Evakuierung der Belegschaft geplant und geübt. Am Morgen des 11. September, nachdem das erste Flugzeug in den Nordturm geflogen war, widersetzte er sich der dringenden Bitte der New York Port Authority, den Südturm nicht zu verlassen, und begann sofort, die Belegschaft zu evakuieren. Eine Viertelstunde später traf das zweite Flugzeug den Südturm. Der allergrößte Teil der Belegschaft von Morgan Stanley überlebte dank der Vorbereitungen und der Geistesgegenwart von Rick Rescorla.

Morgan Stanley war auch organisatorisch besser vorbereitet als die meisten Unternehmen, was das Zitat von Bob Scott, damals Chief Operating Officer von Morgan Stanley, verdeutlicht. Es zeigt auch gut die Ambivalenz von Resilienz.

Aus dem Umgang von Morgan Stanley mit den Ereignissen des 11. September lassen sich einige Implikationen dafür ableiten, welche Kernelemente resiliente Unternehmen auszeichnen. Resiliente Unternehmen sind auf die Antizipation von Ereignissen und Entwicklungen fokussiert, die ihre essenziellen Funktionen gefährden können. Das setzt voraus, dass man seine essenziellen Funktionen erst einmal kennt, was gar nicht so selbstverständlich ist. Daraus leitet sich konsequent Prävention ab: durch die Vermeidung von Risiken und die Vorsorge gegen die Folgen eines Risikoeintritts wie beispielsweise das Vorhalten von Back-up-Standorten sowie das Planen und Üben für den Eintritt von Krisen, in diesem Fall die schnelle Entscheidung zur Evakuierung, die vorher – ich werde nicht müde, es zu betonen – mehrfach geübt worden war. Darüber hinaus sind resiliente Unternehmen in der Lage, aus Krisensituationen zu lernen und sich an veränderte Gegebenheiten anzupassen.

Resilienz steht vielfach im Konflikt mit effizienzbezogenen Zielen. Das Zitat von Bob Scott: „Multiple backup sites seemed like an incredible extravagance“ macht dies deutlich. Wir müssen akzeptieren, dass Resilienz in vielen Fällen nicht umsonst zu haben ist.

Resilienz ist auch nicht einfach zu messen. Das ist gerade aus einer betriebswirtschaftlichen Steuerungsperspektive heraus wichtig. Wer hätte den Wert der Back-up-Standorte von Morgan Stanley vor 9/11 tatsächlich einschätzen können? Daher ist es leider auch nicht einfach, den Aufbau von Resilienz in Organisationen zu steuern und zu motivieren. In jedem Fall wird ein klares Verständnis davon vorausgesetzt, was organisatorische Resilienz ist und welche ihre Kernelemente sind.

In der Literatur dominiert ein Verständnis von organisationaler Resilienz als Fähigkeit. Genauer geht es um die Fähigkeit einer Organisation, mit unerwarteten und existenz-

– 88 –

bedrohenden Ereignissen und Entwicklungen auf eine robuste und adaptive, anpassungsfähige Art und Weise umzugehen und daraus Kompetenzen aufzubauen, welche die Agilität und Wettbewerbsfähigkeit der Organisation erhöhen. Das ist gewissermaßen ein bisschen ein engeres Verständnis als bei den vielen Themen, die wir heute schon gehört haben und bei denen es darum geht, allgemein die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Insofern habe ich einen etwas engeren Blick auf das Thema, das ich heute mitbringe. Daher ist das vielleicht eine ganz gute Ergänzung.

Es geht aber nicht nur um Einzelereignisse, sondern auch um schleichende Entwicklungen, welche die Substanz einer Organisation allmählich aushöhlen können. Der Verlust an Innovationskraft etc. sind typische Dinge, beispielsweise wenn ein Kosteneinsparprogramm das nächste jagt. Es geht auch nicht nur darum, nach einer Krise zwingend in den Ausgangszustand zurückzukehren, sondern sich anzupassen und im Idealfall besser dazustehen als vor der Krise, also „bounce back and thrive“.

Ausgehend von diesem Grundverständnis von Resilienz haben wir in den vergangenen Jahren in unserem Corporate Resilience Lab an der Universität Stuttgart einen Bezugsrahmen entwickelt, der die Kernelemente enthält, die die Unternehmen benötigen, um resilient zu sein. Die Unternehmen werden dabei unterstützt, nicht nur Einzelmaßnahmen zu verfolgen – viele Unternehmen sind bei vielen Einzelmaßnahmen hervorragend aufgestellt –, sondern auch schlüssige Resilienzprogramme aufzustellen, um wirklich alle Themen abzudecken. Ich stelle Ihnen diesen Bezugsrahmen vor, um mögliche staatliche Maßnahmen der Resilienzförderung danach zu strukturieren, an welchen Elementen von Resilienz Sie den Hebel ansetzen sollten. Gestatten Sie mir, da ein bisschen weiter auszuholen.

Wenn wir auf die Zielebene schauen, wird die Ambivalenz von Resilienz deutlich. Einerseits soll diese langfristig auf einen nachhaltigen Unternehmenserfolg einzahlen. Andererseits können insbesondere kurzfristig auch Zielkonflikte mit effizienzbezogenen Zielen bestehen. Das wird noch deutlicher, wenn ich gleich noch auf die Ressourceneigenschaften zu sprechen komme.

Konkreter wird die Aufgabenebene, die zeigt, welche Aufgaben von Resilienz das Management abdecken muss. Das gilt auch für die Ressourcenebene, die zeigt, welche Eigenschaften von Ressourcen und welche Kompetenzen benötigt werden, um ein Unternehmen resilient zu machen. Beide Ebenen bieten Ansatzpunkte für staatliche Unterstützungsmaßnahmen, weshalb ich diese beiden Ebenen etwas ausführlicher erläutere.

Auf der Aufgabenebene geht es zunächst einmal darum, seine essenziellen Funktionen, Prozesse und Ressourcen zu kennen, was erfahrungsgemäß nicht selbstverständlich ist, und dann im zweiten Schritt zu antizipieren, welche Ereignisse und Entwicklungen diese essenziellen Funktionen, Prozesse und Ressourcen erheblich beeinträchtigen können. Auf dieser Basis sind dann Maßnahmen zur Vermeidung von

– 89 –

Ereignissen und Entwicklungen oder, wenn dies nicht möglich oder nicht wirtschaftlich ist, zur Vorsorge gegen ihre Folgen zu entwickeln.

Insbesondere aufgrund von völlig unbekannten Risiken, den sogenannten „unknown unknowns“, kann es trotzdem zu Krisenfällen kommen. Das ist das, womit Sie sich hier auseinandersetzen: Wir wissen eben nicht, was als Nächstes kommt. Trotzdem gilt es, sich auch darauf präventiv vorzubereiten. Selbst wenn nicht bekannt ist, was auf einen zukommt, lassen sich Krisenfälle durch Blaupausen für Krisenorganisationsstrukturen – Abläufe, Maßnahmen und Kommunikationswege – wirksam vorbereiten und entsprechend einüben.

Die letzte Aufgabe des Resilienzmanagements ist die Gewinnung von Wettbewerbsvorteilen, gerade aus der Bewältigung von schwerwiegenden Ereignissen und Entwicklungen. Dies wird nach meinem Eindruck bislang noch immer nur von relativ wenigen Unternehmen systematisch verfolgt und konsequent gelebt. Das ist einerseits nachvollziehbar, weil der Fokus in Krisensituationen zunächst einmal auf die Aufrechterhaltung der essenziellen Funktionen und Prozesse im Unternehmen gelegt wird. Andererseits ist es umso wichtiger, diese Aufgabe bereits bei der Vorbereitung der Krisenreaktion routinemäßig mitzufahren, und sei es nur, dass man sagt: „Denkt daran! Überlegt euch das systematisch! Nehmt euch jetzt die Zeit! Wie könnt ihr aus dieser Krise jetzt auch eine Chance machen?“

Dies geschieht z. B. durch eine Änderung von Geschäftsmodellen und die Weiterentwicklung von Produkten. Nur dann, wenn wir schon bei Eintritt der Krise konsequent in diese Richtung denken und wir auch die notwendigen Ressourcen haben – auch das muss natürlich vorbereitet sein –, können wir die fünfte Aufgabe bewältigen.

Auf der Ressourcenebene hat die Forschung insbesondere zwei Eigenschaften identifiziert, die Unternehmen resilient machen: Redundanz und Flexibilität.

Redundanz tritt in unterschiedlichen Formen auf, z. B. in Form von Lagerbeständen und Produktionskapazitäten, die wir als Puffer halten, als Multiple Sourcing in der Beschaffung – das haben wir heute schon angesprochen – oder wenn IT-Systeme und Wissensbasen dupliziert werden.

Flexibilität kann sich auf den Umfang der Produktion oder die Einsatzmöglichkeiten von Ressourcen beziehen: Flexibilität auf Ebene einzelner Ressourcen, einzelner Mitarbeitenden, einzelner Maschinen etc. Dies wird benötigt, um Flexibilität auf höherer Ebene zu erreichen, z. B. die Flexibilität, den Produktmix zu ändern oder neue Produkte kurzfristig ins Produktionsprogramm aufzunehmen, wenn eine Krisensituation das erfordert. Ergänzt wird das Ganze durch das Thema „Schnelligkeit im Erkennen und Handeln“ sowie durch Lern- und Wandlungsfähigkeit.

– 90 –

Überlegt man sich nun, an welchen Stellen staatliche Maßnahmen ansetzen können, so könnte man auf der obersten Ebene alles hinzunehmen, was die finanzielle Situation der Unternehmen und ihre Wettbewerbsstärke verbessert. Ich möchte das aber bewusst nicht tun, um das Thema „Förderung von Resilienz, von Krisenfestigkeit“ nicht zu überfrachten.

Ich sehe auch ein bisschen die Gefahr, dass die Kernaspekte der Förderung von Krisenresilienz zu sehr in den Hintergrund gerückt werden, wenn Maßnahmen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, beispielsweise eine Steuersatzsenkung oder Ähnliches, adressiert werden. Diese erhöhen zwar zweifelsohne die Resilienz von Unternehmen, setzen aber nicht konkret an den Aufgaben und den Eigenschaften an.

Ich möchte mich im Folgenden auf diese zwei Ebenen konzentrieren und Ihnen einen Überblick geben, der natürlich nicht vollständig ist, Ihnen aber zeigen soll, dass die staatlichen Maßnahmen an allen Punkten ansetzen können, die für die Resilienz von Unternehmen relevant sind. Ich habe das ganz pragmatisch in mehrere Gruppen unterteilt.

Beim Kernbereich staatlicher Aktivitäten, z. B. Investitionen, Verwaltungshandeln und Regulierung, sehen wir Investitionen in die Zuverlässigkeit staatlicher Infrastruktur. Das hatten wir heute noch gar nicht so explizit. Ich glaube aber, das ist ein wichtiger Punkt, auf den ich gleich noch einmal zu sprechen kommen werde. Diese Aktivitäten setzen an allen möglichen Punkten an und ermöglichen es, die Resilienz zu erhöhen.

Vorhersehbares und verbindliches Handeln in der Verwaltung und bei der Regulierung erleichtert vor allem Antizipation und die schnelle Reaktion im Krisenfall. Die Entlastung von Bürokratie – auch das wurde heute schon adressiert – ermöglicht schnelleres Handeln und Verändern und stützt damit Krisenreaktionen und die Gewinnung von Wettbewerbsvorteilen.

Ähnlich lassen sich positive Einflüsse für den Bereich „Information und Weiterbildung“ pragmatisch zusammengefasst aufzeigen. Verbesserte Informationsflüsse im Vorfeld von und während Krisensituationen – in den schriftlichen Stellungnahmen der Verbände ist angesprochen worden, dass die Kommunikation auch hätte besser sein können – wirken sich positiv auf alle Aufgaben in diesen Phasen aus. Weiterbildung in den Bereichen Resilienz und Krisenbewältigung kann alle Aufgaben des Resilienzmanagements unterstützen und insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen eine wirksame Hilfe sein.

Eine andere Maßnahmengruppe setzt unmittelbar an der Verfügbarkeit von Ressourcen an. Kreislaufwirtschaft, verbesserter Zugang zu Ressourcen, z. B. durch die Steuerung von Zuwanderung, die Unterstützung bei der Beschaffung von seltenen Rohstoffen und die Förderung von Kooperationen zur Ressourcenteilung, schaffen alle Redundanzen.

– 91 –

Die Flexibilisierung von Arbeitsgesetzen ist ein in vielen Unternehmen und Gesprächen hochpriorisierter Punkt, der Flexibilität, schnelles Handeln, Wandlungsfähigkeit und insbesondere die Krisenreaktion unterstützt.

Schließlich sind auch Maßnahmen mit einem direkten finanziellen Engagement des Staates zu nennen, etwa im Bereich „Versicherung und Kapitalbeschaffung“, die meines Erachtens allerdings nur punktuell eingesetzt werden sollten. Die vorübergehende finanzielle Unterstützung durch Kurzarbeitergeld wird ebenfalls von vielen Unternehmen als besonders wichtige Unterstützungsmaßnahme genannt. Sie erleichtert die Reaktion im Krisenfall. Dadurch, dass die Belegschaft gehalten werden kann, werden Lern- und Wandlungsfähigkeit verbessert, woraus sich wieder Wettbewerbsvorteile generieren lassen können.

Da dieser Überblick hoffentlich hilfreich für die Strukturierung von staatlichen Maßnahmen und ihre möglichen Ansatzpunkte ist, aber notgedrungen etwas generisch bleibt, um es einmal vorsichtig zu sagen, habe ich mir erlaubt, im Folgenden noch ganz ausgewählte konkrete Handlungsempfehlungen zusammenzustellen. Ich habe diese in drei Gruppen unterteilt: erstens Handlungsempfehlungen, die sich auf bereits praktizierte oder begonnene Maßnahmen beziehen, zweitens Handlungsempfehlungen, die meines Erachtens mit eher niedrigem Ressourceneinsatz umsetzbar sein dürften, und drittens Handlungsempfehlungen, die mit deutlich größerem Ressourceneinsatz verbunden sind. Die Auswahl ist subjektiv. Aber ich versuche, die Prioritäten, die ich bei Unternehmen wahrnehme, und in der Breite auch die Förderung von Elementen der Resilienz abzubilden.

Die ersten drei Punkte auf dieser Folie würde ich gern überspringen, weil wir sie schon im Laufe des Tages ausführlich diskutiert und zum Teil aus berufenerem Munde etwas dazu gehört haben. Insofern springe ich gleich zum Thema „Förderung von Kreislaufwirtschaft“. Das ist aus meiner Sicht ein doppelt wichtiges Thema insofern, als es nicht nur die Abhängigkeit von Ressourcen reduziert, sondern gleichzeitig auf ökologische Nachhaltigkeitsziele einzahlt. Der Wunsch, den wir immer hegen, ist ja, dass es Zielkomplementaritäten gibt. Hier haben wir das exemplarisch. Deswegen werde ich meinen Fokus darauf richten.

Mit dem Thinktank „Industrielle Ressourcenstrategien“ am KIT fördert das Land bereits eine Institution, die das Thema Kreislaufwirtschaft fokussiert. An der Uni Stuttgart widmet sich eine Forschungsgruppe an der Graduate School of Excellence advanced Manufacturing Engineering ebenfalls der Erforschung intelligenter Kreislaufwertschöpfungssysteme.

Das Thema Cybersecurity nimmt meines Erachtens eine Sonderrolle ein; denn es geht immer auch um die Arbeitsteilung zwischen Privatwirtschaft und Staat. Bei der Cybersecurity haben wir die Situation, dass Informationsvorteile beim Staat liegen, und zwar aufgrund der Aktivitäten von Sicherheits- und Geheimdiensten. Daher sollte der Staat hier eine Führungsrolle einnehmen.

– 92 –

Unternehmen benötigen bei diesem Toprisiko die Zusammenarbeit für die Frühaufklärung und auch für die Gefahrenabwehr. Mit der Cybersicherheitsagentur und der Cyberabwehr des Landesamts für Verfassungsschutz scheint das Land hier institutionell gut aufgestellt zu sein. Aber aus der Sicht von Unternehmen ist es essenziell, dass die Arbeit dieser Institutionen mit der rasanten Entwicklung bei KI, bei Stimmenimitationen, bei all diesen Themen Schritt hält. Das ist aus der Sicht der Unternehmen ein ganz wichtiger Punkt.

Damit komme ich zu der zweiten Gruppe von Handlungsempfehlungen, die sich meiner Einschätzung nach mit einem eher niedrigen Ressourcenbedarf implementieren lassen dürfte.

Meine erste Empfehlung ist, über die Einrichtung eines Office of Resilience des Landes nachzudenken. Das Konzept gewann nach meiner Wahrnehmung erstmalig größere Aufmerksamkeit, als die Rockefeller Foundation im Jahr 2013 ihr Programm „100 Resilient Cities“ aufgelegt hatte, um 100 Städten weltweit Anschubfinanzierungen für Resilienzprogramme zu geben. Im Kern geht es darum, eine Resilienzstrategie zu entwickeln, die Implementierung voranzutreiben und sämtliche Beteiligten zu koordinieren. Ich meine, das ist ein Punkt, über den man nachdenken sollte. Ich habe auf dieser Folie ein paar Aufgaben aufgeführt, die ein solches Office of Resilience als Kümmerer übernehmen sollte, möchte aber auch mit Blick auf die Zeit nicht auf alle ganz ausführlich eingehen.

Der erste Punkt ist: Krisenmanagement vorbereiten und einüben. Unternehmen, mit denen ich gesprochen habe, haben gesagt, sie hatten eigentlich ein relativ gutes Gefühl, als es darum ging, die Krise, die durch den Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelöst worden ist, zu bewältigen. Sie konnten Blaupausen heranziehen und sich an Mustern orientieren. Das sind diejenigen Unternehmen, die aus der Coronapandemie sehr systematisch gelernt und dann generische Krisenstrukturen für Organisationen, für Abläufe, für die Instrumente und für die Kommunikationswege hinterlegt und dies auch konsequent eingeübt haben. Ich höre jetzt immer wieder: Wir wissen nicht, was als Nächstes passiert, fühlen uns aber ganz gut gerüstet. – Ich denke, das Office of Resilience für das Land könnte auch ein bisschen koordinierend tätig werden.

Mir ist in diesem Zusammenhang wichtig, zu betonen, dass ich damit nicht meine, umfangreiche Parallelstrukturen aufzubauen. Ich glaube, das würde auch die Gefahr in sich bergen, dass man das Thema isoliert und es dann versandet. Insofern sollte man das lieber in den vorhandenen Strukturen mit abbilden. Auch sollten, vor allem unter dem Eindruck der Pandemie, keine Strukturen geschaffen werden, die dann bei einer anderen Art von Krise obsolet werden.

Bei öffentlichen Auftragsvergaben sollten die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass diese resilienzorientiert erfolgen können. Die Landesregierung hat bereits in ihrer Antwort auf die Große Anfrage darauf Bezug genommen, dass eine Neu-

– 93 –

fassung der Verwaltungsvorschrift über die Vergabe öffentlicher Aufträge auf die Möglichkeiten der beschleunigten Vergabe in Krisensituationen eingehen soll. Ich denke, das ist richtig.

Darüber hinaus ist es meines Erachtens erforderlich, dass auch in normalen Situationen bei der Beschaffung kritischer Güter die Zuverlässigkeit der Bereitstellung und das Vorhalten von Produktionskapazitäten vor Ort mitberücksichtigt werden sollten.

Bei Großprojekten sollten die Risiken der Durchführung ebenfalls als Kriterium für die Beschaffung zugrunde gelegt werden können. So kann eine Verpflichtung zur Ausschreibung und Vergabe auf Ebene von Einzelgewerken das Gesamtprojektrisiko unverhältnismäßig in die Höhe treiben, ohne dass dies bislang zumindest nach meiner Wahrnehmung angemessen berücksichtigt wird.

Verwaltungshandeln sollte möglichst zügig und verbindlich erfolgen. Gerade bei der Handhabung von Steuerthemen durch die Finanzbehörden beklagen viele Unternehmensvertreter – zumindest hinter vorgehaltener Hand –, dass nicht ausreichend schnell und verbindlich entschieden wird und dass zu viele Vorgänge an die Finanzgerichte gehen, sodass sich Hängepartien ergeben, die die Unternehmen unmittelbar in ihrem Handeln hemmen, aber auch in ihrer Bereitschaft, zukünftig Risiken zu übernehmen.

Ohne großen Finanzbedarf ließe sich auch die vierte Handlungsempfehlung, die Entwicklung eines Handbuchs und eines Trainings zum Aufbau von Resilienz, insbesondere für mittelständische Unternehmen, umsetzen. Nach meinem Eindruck ergreifen viele Unternehmen – ich habe es bereits gesagt – sehr gute Einzelmaßnahmen zur Resilienzsteigerung. Aber der systematische Aufbau mit Resilienzprogrammen, um das Thema nach vorne zu bringen, hätte deutlich größeres Potenzial. Wir stehen hierbei gern mit Rat und Tat zur Seite. Auch andere Universitäten des Landes könnten dies sicherlich unterstützen.

Mit einem deutlich größeren Ressourcenbedarf sind die Handlungsempfehlungen der dritten Gruppe verbunden. Diese sind leider nicht besonders fantasievoll, muss ich vorausschicken, setzen aber meines Erachtens den Hebel an der entscheidenden Stelle an.

Zunächst einmal sollte die essenzielle Infrastruktur des Landes auf den Investitionsbedarf hin geprüft werden. Projekte sollten nach ihrer Bedeutung für die Resilienz des Landes priorisiert und ein langfristiges Programm sollte aufgestellt werden. Mir ist klar, dass da schon viel läuft. Aber wir sollten den Blick systematisch darauf richten: Wie können wir die Resilienz steigern? Lohnt es sich, das Ganze anzugehen?

Die Zuständigkeiten für zu renovierende oder zu ersetzende Infrastruktur liegen teilweise nicht beim Land. Der Fall der Rahmedetalbrücke in Nordrhein-Westfalen zeigt

– 94 –

jedenfalls für mich eine erschreckende Dimension von Folgeschäden auf. Allein für das Ersetzen dieser einen Brücke hat IW Consult einen wirtschaftlichen Schaden in Höhe von 1,8 Milliarden € geschätzt, insbesondere Folgeschäden für Handel und Logistik.

Bitte sehen Sie mir nach, dass ich den hinlänglich bekannten, aber aufgrund der Schlüsselrolle von Bildung für eine Resilienz der Wirtschaft umso dringlicheren Investitionsstau an Schulen und Hochschulen gesondert mit aufliste. Um nicht zu ausführlich pro domo zu sprechen, werde ich das an dieser Stelle nicht weiter vertiefen. Gestatten Sie mir aber bitte den Hinweis, dass dies nicht nur unmittelbar die Schul- und Hochschulinfrastruktur betrifft, sondern dass auch immer der Aspekt des bezahlbaren Wohnraums für Studierende, gerade hier in der Landeshauptstadt, mitberücksichtigt werden muss.

Den nächsten Punkt überspringe ich, weil er heute schon ausführlich vom Kollegen Janeba thematisiert worden ist.

Aus meiner Sicht sollte auch die Förderung resilienzorientierter Innovationen konsequent berücksichtigt werden. Insbesondere Innovationen, die Abhängigkeiten reduzieren, erfüllen dieses Kriterium. Die Mikroelektronik und die Batteriezellenfertigung sind heute schon erwähnt und auch in der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage aufgenommen worden. Auch im Bereich der Kreislaufwirtschaft – das haben wir heute ebenfalls schon mehrfach gehört – und bei der Schaffung von Transparenz durch die Digitalisierung von Wertschöpfungsketten sollte man darüber nachdenken.

So viel zu meiner – zugegebenermaßen – subjektiven Auswahl an Handlungsempfehlungen. Ich würde mich sehr freuen, wenn der eine oder andere relevante Punkt für die Arbeit der Enquetekommission dabei ist und ich vielleicht auch ein wenig dazu beitragen konnte, mögliche Ansatzpunkte für staatliche Maßnahmen entlang der Kernelemente der Resilienz von Unternehmen zu strukturieren.

Ich wünsche der Enquetekommission noch gutes Gelingen für ihre weitere Arbeit, um die Resilienz der baden-württembergischen Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne von uns allen zu erhöhen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Pedell. – Wir machen weiter mit Herrn Dr. Roman Glaser. Er ist Präsident und Vorsitzender des Vorstands des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbands e. V. Auch Sie haben 20 Minuten Zeit.

– 95 –

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dr. Glaser: Herr Vorsitzender, verehrte Mitglieder der Enquetekommission, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank, dass ich die Gelegenheit habe, mich in Ihren Diskussionsprozess einzubringen. Ich glaube, in Zeiten der Krisenpermanenz, von der wir definitiv sprechen müssen, ist das Thema „Resiliente, krisenfeste Gesellschaft“ von erheblicher Relevanz.

Ich möchte mit Ihnen gern folgende Themen bearbeiten: Ich werfe zunächst einen kurzen Blick auf die genossenschaftliche Organisation, weil ich immer wieder feststelle, dass Genossenschaften unseren Alltag bestimmen und auch dominieren, wir vielfach aber gar nicht wissen, was hinter Genossenschaften in der ganzen Breite steckt. Dann komme ich zu unserem Beitrag für die Arbeit der Enquetekommission, anschließend zu genossenschaftlichen Ansatzpunkten und Expertise sowie konkreten Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschlägen und im Nachgang noch zu Informationsmöglichkeiten und Kontakt. Da Sie die Präsentation erhalten, werde ich nicht auf jede Seite dezidiert eingehen.

Gestatten Sie mir einen Blick auf die genossenschaftliche Organisation. Ich möchte das Genossenschaftswesen bewusst sowohl in einen globalen als auch in einen deutschen Blick einordnen, um dann auf das Land zu kommen. Mehr als 22,6 Millionen Deutsche sind Mitglied in mindestens einer Genossenschaft. In Baden-Württemberg sind es knapp vier Millionen. Damit ist etwa ein Drittel der Bevölkerung Mitglied in mindestens einer Genossenschaft. Ich wage die These aufzustellen, dass auch viele von Ihnen Genossenschaftsmitglieder sind. Wir haben in Baden-Württemberg die stärkste Durchdringung genossenschaftlicher Mitgliedschaften. Das hängt sicherlich auch mit unserer Wirtschaftsstruktur zusammen. Der Baden-Württembergische Genossenschaftsverband ist in die genossenschaftliche Organisation eingebunden. Wir vernetzen uns lokal, regional, bundesweit und auch weltweit.

Wir haben mittlerweile genossenschaftliche Betätigungsfelder in über 50 Branchen, und nahezu monatlich kommen neue hinzu. Ich werde nachher noch darauf eingehen. Das ist offensichtlich ein Indikator dafür, dass der raiffeisensche Grundsatz: „Was einer allein nicht schafft, das schaffen viele“ in immer mehr Wirtschafts- und Gesellschaftsbereichen Raum greift. Auch das hat etwas mit Krisenfestigkeit zu tun. Ansonsten hätten wir keine solche Bürgerbewegung.

Ich arbeite immer gern mit der genossenschaftlichen Uhr, die ich heute nicht komplett durchspiele: Man steht morgens auf. Der Wecker klingelt. Er ist mit einer hohen Wahrscheinlichkeit von einem Mitgliedsunternehmen, von INTERSPORT. Der Strom, der morgens gezogen wird, kommt mit immer größerer Wahrscheinlichkeit von einer Energiegenossenschaft. Abends legt man sich ins Bett, in ein Schlafsystem von BETTENRING, einer Genossenschaft, die Raumausstatter und Bettenfachgeschäfte umfasst.

– 96 –

Unsere Aufgabe als Genossenschaftsverband – das ist bekannt – ist neben den klassischen Aufgaben eines Wirtschaftsverbands auch die gesetzliche Prüfung. Ich habe schon erwähnt, welche Durchdringung wir genossenschaftlich haben.

Wir haben drei große genossenschaftliche Gruppen, die tief in die Gesellschaft hineinwirken. Die in Umfragen immer wieder bekannteste Gruppe sind die Volks- und Raiffeisenbanken mit etwa 130 Einzelinstituten und rund 3,6 Millionen Mitgliedern. Wir haben ca. 270 ländliche und landwirtschaftliche Genossenschaften, die als Mittler, als Mediator der landwirtschaftlichen Produktion und der Verarbeitung bis hin zum Handel operieren. Der heterogenste Sektor sind unsere rund 330 gewerblichen Genossenschaften. Das Spektrum geht vom Dorfladen bis zu INTERSPORT, das ich vorhin schon erwähnt habe; dazu später noch mehr.

Ich möchte an dieser Stelle das Thema Selbstverantwortung als eines der drei Prinzipien neben Selbsthilfe und Selbstverwaltung aufrufen, die genossenschaftliche Unternehmen seit ihrer Gründung ausmachen und die auch die Motive für Neugründungen sind. Warum erwähne ich das? Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass wir nicht jedes Thema von der öffentlichen Hand bearbeiten lassen können. Das überfordert die Gebietskörperschaften aller Ebenen. Ich als jemand, der zeit seines Lebens in Genossenschaften gearbeitet hat, sage ganz offen: Das ist dem Ganzen auch nicht würdig.

Appellieren wir mehr an die Selbstverantwortung der Menschen. Sie möchten – das merken wir bei Neugründungsanfragen immer wieder – ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen. Ich komme später noch darauf zu sprechen. Deshalb ist das ein Kernelement von Genossenschaften, das wir auch in die öffentliche Debatte einbringen.

Genossenschaften sind nicht parteipolitisch verortet. Das ist auch nicht unsere Aufgabe. Aber die gesellschaftliche Debatte mit zu prägen, das sehen wir schon als unsere Aufgabe. Deshalb informieren wir auf verschiedensten Kanälen über Branchen und Themen, die genossenschaftliche Aktivitäten befördern.

Wir haben uns zum ersten Handlungsfeld, der Gesundheit, geäußert, zu genossenschaftlichen Modellen in der Ärzteversorgung – Klammer auf: mit wachsender Bedeutung – bis hin zu Medizinischen Versorgungszentren und auch zur genossenschaftlich organisierten Pflege. Das Thema Pflege rollt wuchtig auf uns zu. Wir merken auch bei der Weiterentwicklung von bestehenden Genossenschaften, dass eine große Nachfrage danach besteht.

Die Stellungnahme zum vierten Handlungsfeld, der Wirtschaft, wird ja im Wesentlichen in der heutigen öffentlichen Anhörung abgegeben.

Ich möchte gern aus den drei genossenschaftlichen Gruppen heraus deutlich machen, wie wir gerade auch in Krisenzeiten gewirkt haben und wie viele Selbstverständlich-

– 97 –

keiten, die wir auch in Krisenzeiten als solche wahrgenommen haben, nicht selbstverständlich sind, wenn es nicht eine Wirtschaftsstruktur gäbe, die u. a. genossenschaftlich geprägt ist.

Die genossenschaftlichen Banken sind Bestandteil der regionalen Wertschöpfungsketten. Banken generell – das muss man sich immer wieder vor Augen führen – haben eine Aufgabe, die sogar in einem eigenen Gesetz niedergelegt ist, nämlich den Zahlungsverkehr für die Wirtschaft und die Menschen im Land aufrechtzuerhalten und zu sichern – egal, ob in traditionellen oder neuen Formen – sowie die Kreditversorgung der Wirtschaft und der Bevölkerung zu sichern. Kredite sind nun einmal das Blut in den Adern einer Volkswirtschaft.

Wir haben in Baden-Württemberg – da nehme ich bewusst auch die Kollegen der Sparkassenseite mit hinzu – ein stark ausgeprägtes mittelständisch strukturiertes Kreditssystem, das, meine Damen und Herren, zu keinem Zeitpunkt, auch zu Zeiten der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise und auch in Coronazeiten, nicht einen einzigen Tag, eine Kreditklemme heraufbeschwört hat. Wir waren allerdings in manchen Segmenten nah dran. Aber keine einzige Volksbank und keine einzige Raiffeisenbank war nicht in der Lage, genauso wie die Kollegen der Sparkassen, die Kreditversorgung sicherzustellen. Die genossenschaftlich orientierten regionalen Institute sind auch in Krisenzeiten ein Stabilitätsanker.

Ein Weiteres kommt hinzu: Wir haben eine eigene Institutssicherung – nicht nur eine Einlagensicherung –, die bundesweit organisiert ist. Seit Bestehen dieser Einlagen- und Institutssicherung im Jahr 1934 hat kein einziger Kunde jemals einen Pfennig oder einen Cent verloren. Das ist selbstorganisiert und trägt auch zur Stabilität bei.

In der Coronakrise – ich habe es erwähnt – hatten wir an jedem Tag eine flächendeckende Liquiditätsversorgung sichergestellt. Wir hatten wöchentlich einen Austausch mit der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank hier in Stuttgart, bei denen Präsidentin Staab richtigerweise immer nachgefragt hat: Gibt es Störungen im Liquiditätsablauf? Gibt es Störungen in der Kreditversorgung? Denn die Bundesbank wusste sehr genau: Wenn hier Störungen auftauchen, perpetuieren wir eine Krisensituation nach vorne und verschärfen sie. Das ist weitgehend im Hintergrund gelaufen, ist aber, so denke ich, auch zu erwähnen, wenn wir über eine krisenfeste Gesellschaft sprechen. Wir kommen später noch zu unseren Handlungsempfehlungen. Gutes weiterhin aufrechtzuerhalten und zu stärken, das ist unser zentraler Wunsch.

Genossenschaftsbanken vernetzen sich auch in der Region. Sie stärken die regionalen Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten durch ein genossenschaftliches Ökosystem regionaler Prägung. Die regionalen Institute – da nehme ich auch die Sparkassen mit hinzu – haben in allen Phasen, auch in Krisenzeiten, Steuern bezahlt. Das darf man auch einmal zum Ausdruck bringen. Die Steuerkraft der Institute sowie der

– 98 –

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist unmittelbar auch den Kommunen zugutegekommen. Auch das ist keine Selbstverständlichkeit. Wir wissen ja, wie wichtig Steuermittel auf breiter Front sind, um deutlich zu machen, dass wir mitten in der Gesellschaft sind.

Volks- und Raiffeisenbanken sind vermehrt auch Nukleus für Plattformen in den Bereichen Handel, Handwerk und Dienstleistungen sowie bei Angeboten im Bereich der Quartiersentwicklung, der Energie und der Mobilität. Sie sind klassische Vernetzer in den Regionen.

Ich komme zu einem weiteren Segment, das insbesondere in Coronazeiten sehr relevant war und das oft eine Selbstverständlichkeit darstellte, aber beileibe nicht selbstverständlich war: die Bündelung vieler kleiner Familienbetriebe in landwirtschaftlichen Genossenschaften zur Versorgung mit regionalen Lebensmitteln.

Wenn ich das richtig sehe, besteht in Baden-Württemberg ein breiter politischer Konsens darüber, die kleinteilige landwirtschaftliche Struktur aufrechtzuerhalten. Dann müssen wir aber auch etwas dafür tun. Wenn wir die Produktionsbedingungen der Landwirtschaft erschweren und Standards festsetzen, die die kleinen Strukturen schlicht und einfach nicht bewältigen können, dann werden wir eine Situation haben, wie wir sie bereits im Sonderkulturbereich Obst und Gemüse sehen. Wir haben in Deutschland noch einen Selbstversorgungsgrad von 20 % bei Obst und von 36 % bei Gemüse. Man kann zwar sagen, dass die Regale immer voll sind. In Coronazeiten gab es aber durchaus Störungen von Lieferketten beim Import, die Gott sei Dank nicht flächendeckend waren, die aber schon von Relevanz gewesen wären, wenn sie schlagend geworden wären.

Die Produktion und der Verkauf von Lebensmitteln vor Ort sind eine der wesentlichen Aufgaben. Das ist ein erster Ansatzpunkt, bei dem wir an Sie appellieren, dies in Ihre Überlegungen hineinzunehmen. Wir waren dankbar, dass die Landesregierung, soweit es in ihrer Macht lag, schnell Erleichterungen für die landwirtschaftliche Produktion und für die vor- und nachgelagerten Bereiche in Kraft gesetzt hat: die Öffnung des Arbeitsmarkts für Geflüchtete und Asylbewerber, die Lockerung der Hinzuverdienstgrenze oder die Anhebung der Zeitgrenze für eine kurzfristige Beschäftigung. Das hat funktioniert. Unser Appell ist, dies nicht nur in Krisenzeiten aufrechtzuerhalten; denn das hat letztendlich zur Versorgungssicherheit beigetragen.

Lassen Sie mich aus dem Bereich der gewerblichen Genossenschaften nur schlaglichtartig speziell auf die Energiegenossenschaften eingehen. Wo sind Genossenschaften eigentlich darüber hinaus noch unterwegs? Im Handel, in Dienstleistungen, in der Unternehmensnachfolge und mit zunehmender Relevanz in Dorfläden und Dorfgasthäusern.

Lieber Herr Professor Pedell, wir hatten ja die Gelegenheit, ein ganz neues Projekt miteinander anzugehen, nämlich Datengenossenschaften, weil wir festgestellt haben,

– 99 –

im Bereich der Datenökonomie ist gerade für kleine und mittlere Unternehmen der Zugang zu einer Datennutzung relevant und hoch aktuell, um nicht in Abhängigkeiten von Unternehmen zu kommen, die letztendlich ganz andere Interessenlagen verfolgen.

Aber jetzt zur Energie: Energiegenossenschaften machen eine dezentrale Versorgung mit Energie und Wärme möglich. Seit 2008 haben wir mittlerweile 153 Energiegenossenschaften in Baden-Württemberg und rund 850 in Deutschland – mit steigender Tendenz.

Meine Damen und Herren, Energiegenossenschaften sind ein klassischer Fall, wie man mit Bürgerbeteiligung eine dezentrale Energieversorgung sicherstellen kann – nicht im Sinne eines Entweder-oder. Jeder Energieversorger hat seine Relevanz. Aber wenn die Menschen selbst beteiligt sind, hat dies eine Relevanz auch für die Krisenfestigkeit einer Gesellschaft in den sehr spezifischen Energiefragen.

Ich mache Ihnen das am Beispiel der genossenschaftlichen Nahwärmenetze deutlich. Mehrere wissenschaftliche Studien belegen: Wenn Nahwärmenetze genossenschaftlich organisiert sind, haben sie einen höheren Durchdringungsgrad in der Bevölkerung als beispielsweise rein kommunal ausgerichtete Netze. Hier gibt es durchaus auch Kooperationen. Das ist ein Ergebnis der Arbeit über viele Jahre hinweg. Menschen wollen in ihrem eigenen Unternehmen mitbestimmen, ohne von anderen determiniert zu werden. Hierfür ist die Genossenschaft die richtige Form. Mittlerweile sind nicht wenige Kommunen durch genossenschaftliche Lösungen komplett energieautonom.

Lassen Sie mich zu einigen konkreten Handlungsempfehlungen kommen: Stärkung einer resilienten Wirtschaft in Baden-Württemberg durch eine konsequente Förderung von Kooperationen. Sie sehen hier den Begriff „Kooperationen“, weil es nicht nur genossenschaftliche Kooperationsmodelle gibt, sondern auch nicht genossenschaftliche. Es geht um den Grundgedanken, dass immer mehr Wirtschaftssubjekte – entweder im Privat- oder im Unternehmensbereich – allein nicht bestehen können und deshalb Kooperationslösungen suchen.

Meine Damen und Herren, das ist nicht nur eine Frage der finanziellen Förderung. Die Genossenschaften und auch der Genossenschaftsverband sind nachweislich nicht diejenigen, die zuerst nach staatlicher Unterstützung rufen. Das wäre ja kontraindikativ zu unseren Grundsätzen. Oft sind es gesetzliche Hemmnisse und auch politische Meinungsbildungsprozesse, bei denen wir Sie auffordern möchten, uns zu unterstützen. Wir haben Vorschläge in Vorbereitung und bringen sie auch in die politische Diskussion.

Wir halten es auch für wichtig, ein Bekenntnis zu regionaler Landwirtschaft auszusprechen und die Versorgungssicherheit der Bevölkerung durch Produktion vor Ort auch in Krisenzeiten zu gewährleisten. Ich glaube, wir müssen uns darauf einstellen, dass wir hier nicht einen Automatismus unterstellen können, dass es immer so läuft, wie es 20, 30, 40 Jahre gelaufen ist. Dabei geht es nicht um Angstszenarien, sondern um

– 100 –

Vorsorge. Dort, wo es um die Grundbedürfnisse von Menschen geht, nämlich bei Lebensmitteln und Wohnen, muss es eine Sicherheit geben, die auch regional abgestützt ist. Alle Läden, die die Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs versorgen, müssen gleichbehandelt werden, so auch beispielsweise Dorfläden und Raiffeisen-Märkte. Wir hatten in der Pandemie festgestellt, dass es hier durchaus Ungleichgewichte gab, die zum Teil korrigiert wurden. Aber auch hier sind noch Ansätze notwendig.

Wir möchten Sie auffordern bzw. bitten, die genossenschaftliche Vielfalt auch im Bankensystem weiterhin zu unterstützen. Volks- und Raiffeisenbanken versorgen die Menschen und die Unternehmen mit qualifizierten Finanzdienstleistungen. Deshalb setzen wir uns für das dreigliedrige Bankensystem ein. Das Miteinander von Genossenschaftsbanken, Sparkassen und aktiennotierten Instituten hat unser Land stark gemacht. Das Land ist nicht „overbanked“. Sonst hätte sich nichts so entwickelt, wie es sich in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt hat. Wir sind froh darüber, dass der politische Konsens nach unserer Wahrnehmung zumindest bis dato so geblieben ist. Wir brauchen hier nachhaltig Ihre Unterstützung.

Unser Bankenmodell wird in Europa zum Teil nicht verstanden. Insbesondere im angelsächsischen Raum wird eine aktienrechtliche Verfassung unterstellt. Man versteht dort nicht, dass eine Genossenschaftsbank beispielsweise nicht gekauft und verkauft werden kann. Zum Teil machen uns aber auch gezielte Wettbewerbsinitiativen das Leben schwer.

In Bezug auf die Energiegenossenschaften möchten wir nochmals ausdrücklich appellieren, ihre Rolle auch politisch zu unterstützen, um die Energiewende nach vorne zu bringen. Wir haben heute ja gehört, dass wir dabei im Augenblick nicht mit der Geschwindigkeit unterwegs sind, die möglich wäre. Warum nehmen wir nicht die Bürger mit, indem auch sie einen Teil zur Energiewende vor Ort beitragen? Auch hierzu haben wir zahlreiche Vorschläge erarbeitet.

Sie sehen in den Unterlagen verschiedenste Informationsmöglichkeiten für Sie. Wir stehen mit vielen von Ihnen in regelmäßigem Kontakt und pflegen den Austausch. Lassen Sie uns gemeinsam Genossenschaften als einen Teil der Krisenfestigkeit der Gesellschaft weiterentwickeln und dafür auch im positiven Sinn werben. Im Prinzip gibt es keine bürgernähere Gesellschafts- und Rechtsform.

Genossenschaften, meine Damen und Herren, taugen nicht für alles. Da sind wir auch sehr selbstkritisch. Wenn es beispielsweise um reine Kapitalsammelfunktionen geht, gibt es bessere Rechtsformen.

Es ist die gesetzliche Aufgabe eines Genossenschaftsverbands, die Gründungsprüfung sehr sorgfältig vorzunehmen, weil es um den Mitgliederschutz geht. Wir lehnen Gründungsvorhaben ab, wenn wir erkennen, dass sie in der Ausrichtung nicht stabil sind. Umgekehrt sind genossenschaftliche Aktivitäten in mehreren Bereichen denkbar, in denen sie bisher keinen breiten Raum eingenommen haben. Hierzu bringen wir uns

– 101 –

gern ein, weil wir meinen, diese Rechts- und Unternehmensform, diese Idee trägt definitiv zu einer breiten Verankerung in der Gesellschaft bei und sichert dadurch auch ein Stück weit Stabilität.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Glaser. – Dann gehen wir direkt weiter zu Herrn Martin Gross. Er ist Leiter des Landesbezirks Baden-Württemberg von ver.di und hat Herrn Wolfgang Krüger, den Landesfachbereichsleiter Handel des Landesbezirks Baden-Württemberg von ver.di, mitgebracht. Sie teilen sich die Redezeit von 20 Minuten untereinander auf. – Bitte sehr.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Gross: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich möchte meinem Vorredner nur zurufen – wir haben das bisher noch nie getan, obwohl wir uns öfter sehen –: Ich bin Mitglied in drei Genossenschaften. Das ist mir bei Ihrem Vortrag bewusst geworden, Herr Glaser.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich mache einen kurzen Vorspann. Sie haben sich ja speziell den Einzelhandel herausgesucht. In welchem Rahmen sich die Arbeitswelt in der Pandemie bewegt hat und wie wir reagiert haben, ist die Grundlage für das gesamte Wirtschaften.

Wir als Gewerkschafter waren für die Menschen unterwegs, die den Laden buchstäblich am Laufen gehalten haben, nämlich die Verkäuferinnen und Verkäufer, die Pflege und der Fahrdienst im ÖPNV. Unsere Erfahrung war, dass wir überall erst für Schutzmaßnahmen streiten mussten, und zwar teilweise sehr zugespitzt. Uns war völlig klar, dass wir die Funktionalität aufrechterhalten müssen. Wenn Menschen Angst haben und man die Funktionalität aufrechterhalten will, braucht man ein gemeinsames Sich-Kümmern um den Arbeitsschutz und kein Gegeneinander. Ich wünsche mir, dass wir bei zukünftigen Krisen besser miteinander starten, um die Funktionalität besser zum Laufen zu bekommen.

Wir als Gewerkschaft auch für Erzieherinnen, die durchaus in Konkurrenz mit einer anderen Gewerkschaft steht, haben uns relativ bald dafür eingesetzt, auch ich persönlich, dass die Kitas und die Schulen wieder aufmachen. Meine Lehre aus dieser Krise ist, dass die Schließung der Kitas und Schulen in dieser Form falsch war. Ich glaube, wir haben völlig unterschätzt, was das für die Kinder, die Funktionalität der Familien und den Erhalt der Funktionalität der Wirtschaft bedeutet hat.

– 102 –

Der digitale Steinbruch, den wir in den Schulen haben, ist fast nicht auszuhalten. Ich wünsche mir endlich – das darf man in einem föderalen Parlament fast nicht sagen – eine einheitliche und gute IT-Lösung, egal, wie man kultuspolitisch über die Inhalte streitet. Kein Unternehmen würde auf die Idee kommen, eine föderale IT-Infrastruktur aufzubauen. Nur im Bildungsbereich wird das getan. Meine feste Überzeugung ist, dass sich das dringend ändern muss.

Als Tübinger, der mit jemandem verheiratet ist, der lange in der Psychiatrie gearbeitet hat, bin ich erschrocken über die psychosozialen Folgen der Pandemie, wie viele Kinder und Jugendliche dabei auf der Strecke geblieben sind und wie lang die Warteschlange für Behandlungstermine ist. Das zeigt, Schule und Kita sind nicht nur ein Ort der Bildung, sondern auch ein Ort des sozialen Lernens. Deswegen müssen solche Schließungen vermieden werden.

Dazu gehört auch, dass Erzieherinnen und Erzieher bei Tests und Impfangeboten vorrangig behandelt werden. Die Auseinandersetzung, die wir darüber geführt haben, war nicht gut.

Aus meiner persönlichen Erfahrung und auch aus vielen Gesprächen und Schlichtungen, muss ich fast schon sagen: Es war ein Fehler, eine selektive Coronaprämie zu bezahlen. Im Krankenhaus gibt es eine Gemeinschaftsleistung. Viele Stationen haben mit Versetzungen gearbeitet, um die Funktionalität im Intensivbereich aufrechtzuerhalten. Es wäre klüger gewesen, vielleicht einen geringeren Betrag und dafür an alle, die dabei geholfen haben, auszuschütten, als einzelne Gruppen herauszustellen. Das hat im Nachgang zu sehr kritischen, zugespitzten und emotionalen Diskussionen geführt und das Gefühl „Jawohl, wir haben es gemeinsam geschafft“ ein Stück weit negativ flankiert. Man muss einfach einmal betrachten, was man mit solchen Systemen auslöst.

Homeoffice und mobiles Arbeiten sind ja in aller Munde. Es ist aber ein Unterschied, ob man den Arbeitsplatz zu Hause hat oder ob man dort nur ab und zu mal die Mails checkt. Hier müssen wir anders reagieren. Ich will das jetzt gar nicht so kritisch wie die Krisenzeit sehen. Aber da muss man etwas machen. Ich glaube, wir stehen ohnehin vor einem gesellschaftlichen Prozess, der da heißt, dass wir uns neu austarieren müssen, dass man, wenn man zu Hause arbeitet, gesündere Arbeitsbedingungen hat. Ich sage jetzt ein bisschen zynisch: Das „Wohnzimmerbüro“, das es ab und zu noch gibt, gehört wahrscheinlich größtenteils der Vergangenheit an. Wir müssen sozusagen zwei Röhren schaffen, nämlich dass der Arbeitsplatz zu Hause vielleicht etwas kleiner ist und dass gesundes Arbeiten daheim richtig organisiert wird. Ich glaube, das muss so wieso gemacht werden.

Als jemand, der selbst geimpft ist – meine Frau ist um einiges älter und hat am Tag bis zu 100 Menschen geimpft –, ist trotzdem meine große Überzeugung, dass die einrichtungsbezogene Impfpflicht einen Scherbenhaufen hinterlassen hat. Etliche Arbeitgeber – kirchliche, private und kommunale – und auch wir als zuständige Gewerkschaft

– 103 –

hatten davor gewarnt. Ich bin kein Gesundheitspolitiker. Aber es ist nun einmal so: Wenn ein Impfstoff neu ist, dann ist die Situation emotional sehr zugespitzt. Ich glaube im Nachhinein, dass man sich das hätte sparen können.

Ich finde, wir sollten auch eine Fehlerkultur haben. Ich wünsche mir von den politischen Entscheidungsträgern, dass man zwar schon zum „Team Vorsicht“ gehört, aber dann doch erkennt, dass man wieder mehr Luft ins System lassen muss. Manche Bereiche, auch im Handel, sind meiner Meinung nach zu lange geschlossen gewesen. Wir sehen ja die wirtschaftlichen Folgen.

Ich erinnere mich noch gut daran, dass in der Phase, in der wir darüber diskutiert haben, dass die Kitas und Schulen wieder öffnen sollen, eine Veranstaltung mit Herrn Lauterbach stattfand. Dass er mich bezüglich dieser Frage nicht noch gebissen hat, war alles. Heute sagt er: „Das war der größte Fehler, den wir gemacht haben.“ Ich glaube, in einer solchen Situation muss man als Gesellschaft erkennen, dass man nicht alles richtig machen kann. Man muss auf dem Weg dahin auch immer wieder zusammensitzen und überlegen, wie man sich neu justiert.

Im Land ist darüber diskutiert worden, ob die Schäden, die der Einzelhandel aufgrund der Schließungen gehabt hat, eventuell dadurch kompensiert werden können, verstärkt auf Sonntagsöffnungen zu setzen. Drei Monate waren da einmal in der Diskussion. Aus meiner Sicht ist das aus zwei Gründen kein guter Weg. Erstens: Der Lebensmittelbereich war durchgehend offen. Die Belegschaften waren nach dieser Zeit wirklich erschöpft. Das Zweite ist: Öffnungszeiten in einem solchen Ausmaß würden dazu führen, dass Kaufkraft von Klein- und Mittelzentren abwandert und wir dadurch auch die Vielfalt des Handels verlieren würden.

In diesem Sinn – kurz und knapp – übergebe ich an meinen Kollegen. Du musst jetzt rennen, sonst verlieren wir zu viel Zeit.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Danke, Herr Gross. – Herr Krüger, bitte.

Sv. Herr Krüger: Sehr verehrter Herr Vorsitzender, sehr verehrte Mitglieder der Kommission, sehr verehrte Damen und Herren! Auch von meiner Seite ein herzliches Dankeschön, dass ich als Vertreter der Gewerkschaft zu dem Thema reden kann, das Sie sich vorgenommen haben.

Der Einzelhandel hatte während der Pandemie erheblich zu leiden. Die zwei harten Lockdowns hatten erhebliche Auswirkungen auf den Non-Food-Handel, also den in-

– 104 –

nerstädtischen Handel, der nicht zum Lebensmitteleinzelhandel gehört. Es hat massive Gefährdungen für die Existenz der einzelnen Betriebe gegeben. Es ging sogar so weit – Sie wissen das –, dass etliche schließen mussten. In den anstehenden Tarifrunden hatten wir das von den Arbeitgebern immer wieder vorgehalten bekommen. Aufgrund der Pandemie sind etliche Einzelhandelsbetriebe an den Rand der Existenzbedrohung gekommen. Es war äußerst schwierig für uns, im Nachhinein das Weitere zu bearbeiten, was die Entgeltverhandlungen anging.

Der Lebensmitteleinzelhandel war nicht von Schließungen betroffen, sondern hatte durchgängig geöffnet. Daraus entstanden massive Schwierigkeiten, massive Belastungen, massive Probleme für die Beschäftigten, die zunächst einmal gefeiert wurden, als es hieß, das sind systemrelevante Beschäftigte, die in so einer Zeit gebraucht werden. Man hat das auch vor Ort unmittelbar erlebt: Diese Menschen müssen jetzt da sein, damit wir etwas bekommen und unseren täglichen Bedarf decken können.

Es gab Hamsterkäufe; das wissen Sie. Es gab Zeiten, in denen bestimmte Waren nicht mehr verfügbar waren: Toilettenpapier, Nudeln, Konserven sowie Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Beschäftigten mussten erleben, dass man ihnen die Ware von der Palette weg aus den Händen gerissen hat. Das war eine erhebliche Belastung für die Beschäftigten.

Der Versand- und Internethandel hat während dieser Zeit massiv zugenommen. Wir hatten Zunahmen allein im Jahr 2020 um 25,9 % und im Jahr 2021 um 12,3 %. Das war zusätzlich eine Bedrohung für den innerstädtischen Handel. In den letzten Tagen konnte man lesen, dass sich das jetzt relativiert hat.

Die Pandemie hat sich auf die Beschäftigten insbesondere des Lebensmitteleinzelhandels vor allem in Form von hohen gesundheitlichen Anforderungen ausgewirkt, die durch eine körperliche und psychische Belastung gegeben waren. Es mussten Masken getragen werden, zum Teil FFP2-Masken, und das häufig bei schwerer, körperlich anstrengender Tätigkeit. Im Lebensmitteleinzelhandel werden Waren gehoben und ins Regal geschoben. Man muss sich bücken, man muss tragen und Wege gehen – und all das mit Masken. Das war eine erhebliche Beeinträchtigung.

Im ersten Lockdown waren noch gar keine Masken verfügbar. Das hat dazu geführt, dass Menschen im Einzelhandel, die vielleicht Verwandte hatten, die gefährdet waren, dem Ganzen täglich ausgesetzt waren und dem nicht ausweichen konnten. Das war eine massive Belastung für diese Beschäftigten.

Wenn Beschäftigte ausgefallen sind, hat das bedeutet, dass weniger Menschen die gleiche Arbeit machen müssen. Das war eine Konzentration. Aber das Arbeitsvolumen musste ja irgendwie bewältigt werden.

– 105 –

Besonders schwierig war die Situation, wie sich die Kunden während der Pandemie im Lebensmitteleinzelhandel verhalten haben. Viele haben die Maske nicht richtig getragen und die Abstände nicht eingehalten. Obwohl die Beschäftigten und die Filialleiter bzw. die -inhaber darauf aufmerksam gemacht, haben sich etliche nicht daran gehalten. Je länger die Pandemie andauerte, umso mehr Probleme gab es. Eine Beschäftigte hat zu mir gesagt, man habe sich nirgendwo sicher gefühlt. Es gab ständig die Unsicherheit, ob man angesteckt wird. Die Kunden, die das nicht ernst genommen haben, haben für die Beschäftigten eine ganz große Gefahr geschaffen.

Hinzu kam, dass die Kunden eine unmögliche Art hatten, mit den Beschäftigten umzugehen: Unfreundlichkeit, aggressives Verhalten bis hin zu körperlichen Tätlichkeiten. Man hat gesehen: Man hat eine Pandemie, und plötzlich waren die Beschäftigten im Einzelhandel diejenigen, die nicht mehr nur die Waren auffüllten, vor Ort waren und Auskunft gaben, wenn man sie brauchte. Nein, sie waren auch mit ihrer menschlichen Kompetenz gefragt: Wie geht man mit Kunden um, die aggressiv sind, die auch einmal laut werden und sich nicht an Regeln halten? Wie verhält man sich, um auszugleichen und die Situation nicht eskalieren zu lassen?

Wie gesagt: Ware wurde den Beschäftigten aus den Händen gerissen, kaum dass sie von der Palette kam. Die Verkäuferinnen und Verkäufer wurden zum Teil auch beleidigt. Zu ihnen wurde gesagt: „Ihr seid ja zu dumm, um zu bestellen.“ Die Beschäftigten mussten da mit einem massiven Stress umgehen.

Eine Betriebsrätin hat zu mir gesagt, man wurde beschimpft und bespuckt. Im Extremfall ist es auch zu Tätlichkeiten gekommen. Ich nenne Ihnen ein Beispiel, das es tatsächlich gegeben hat. Eine Frau hat zu einem Kunden gesagt: „Rücken Sie doch bitte die Maske zurecht.“ Daraufhin hat er ihr eine Bierdose ins Gesicht geschlagen. Sie ist dadurch einseitig erblindet und bis heute arbeitsunfähig. Solche Situationen gab es im Einzelhandel. Die Beschäftigten im Einzelhandel waren dem ausgesetzt.

Wie konnten sie geschützt werden? Es gab Sicherheitspersonal, das aber genauso den Angriffen der Kunden ausgesetzt war. Die Filialleiter oder die Vorgesetzten konnten die Regelungen, die es damals gab, nicht in dem Maß durchsetzen, wie es notwendig gewesen wäre, weil es von der Kundschaft dann zum Teil Übergriffe gab, mit denen man nicht rechnen konnte.

Die Pandemie hat gezeigt, dass Lockdowns auf die Menschen wirken. Wir haben insofern ein Problem und müssen überlegen, wie wir zukünftig mit so einem Verhalten umgehen: Wie können wir die Menschen schützen, die dem ausgesetzt sind? Ich komme später noch dazu.

Die Regeln waren ja vorhanden. An Regelwerken hat es nicht gefehlt. Aber ob man sich daran hält, das ist das Thema. Wir konnten feststellen, dass die Regeln auch von den Inhabern, von den Unternehmen nur begrenzt eingehalten wurden, weil der Kunde

– 106 –

nicht verprellt werden sollte. Man hat im Zweifel ein Auge zugedrückt. Auch das ist etwas, womit man zukünftig umgehen muss.

Dort, wo wir Betriebsräte hatten, konnte man Betriebsvereinbarungen zum Gesundheitsschutz schließen. Das war sicherlich sinnvoll. Das zeigt, dass Betriebsräte auch in solchen Zusammenhängen eine Aufgabe haben. Sie können konkreter etwas vereinbaren und bestimmte Ansprüche regeln, beispielsweise wann und wie oft Pausen gemacht werden sollen. Sie können dadurch die Beschäftigten mehr mitnehmen, mehr Akzeptanz schaffen und das auch kontrollieren.

Es ist sinnvoll, zukünftig mehr darauf zu achten: Wie kann man die Beschäftigten vor Ort, die Verkäuferinnen und Verkäufer schulen, damit sie sich in bestimmten Situationen besser wehren können? Wie kann das Führungspersonal die gesundheitliche Fürsorge für die Beschäftigten in seine Führungskultur einbeziehen? Man muss sich darauf vorbereiten und sich dafür wappnen, wenn so etwas wieder passiert.

Es geht darum, nicht auf staatliche Maßnahmen zu setzen; die sind auch wichtig. Die Pandemie hat aber gezeigt: Wir haben nicht die Möglichkeit, überall das Ordnungsamt hinzuschicken. Die sind durchaus gekommen und haben das kontrolliert. Aber die hätten viel häufiger dort sein müssen. Wenn man es nicht hinbekommt, das nachzuhalten, müssen wir mehr darauf setzen, dass die Menschen, die davon betroffen werden, ermächtigt und darin bekräftigt werden, sich besser zu schützen. Auch brauchen wir eine Führungskultur, die das ermöglicht und sich darum kümmert, dass besser mit dem Thema umgegangen wird, wie man in schwierigen Situationen miteinander umgeht und wie man sich da verhält.

Dazu gehört auch, dass man Beschäftigten, die dem ausgesetzt sind, Wertschätzung entgegenbringt, dass man sie einbezieht und sie zum aktiven Mitmachen anleitet. Das hat etwas mit Resilienz und der Kräftigung dieses Systems aus sich heraus zu tun. Man kann sicherlich sagen, da hätte man schon im Vorfeld mehr tun können. Aufgrund der Erfahrungen sollte man längerfristig daran arbeiten und sagen: Wir haben Bedarf, mit den Unternehmen in einen Austausch zu gehen und über eine Führungskultur zu sprechen, die sich dann verbessert.

Ich habe Ihnen im Vorfeld eine Betriebsvereinbarung zukommen lassen, in der Regelungen zum Gesundheitsschutz stehen. Wenn dies von den Unternehmern etwas mehr beherzigt, in die Führungskultur integriert und man die Führungspersönlichkeiten in dieser Hinsicht schulen würde, dann hätten wir einen Vorteil für zukünftige Krisen, die vielleicht noch auf uns zukommen.

Wenn es um vollständige Schließungen geht, sollte man vorher immer prüfen – ich denke, das ist auch passiert –, wie man sie vermeiden kann – Stichwort Click-and-collect. Das hilft, den städtischen Einzelhandel zu schützen.

– 107 –

Was Resilienz allgemein angeht, so braucht es auch eine öffentliche Diskussion, um die Abläufe in der Coronapandemie nochmals zu bewerten: Was hätte man anders machen sollen? Man sollte auch die Bürger sensibilisieren: War ihr Verhalten angemessen? Was hätte man anders machen sollen? Ich habe ja gesagt, dass nicht jeder weiß, wie es damals zugeht. Es muss einmal klar werden: Da ist etwas schiefgelaufen. So etwas sollte man zukünftig vermeiden.

Ich habe bereits gesagt, dass die Beschäftigten im Einzelhandel, die zukünftig absehbar wieder betroffen sein werden, befähigt werden müssen, sich richtig zu schützen. Das würde ich allgemein für ein zukünftiges Verhalten vorschlagen.

Jetzt ist die Zeit um.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Krüger. – Sicherlich kommen jetzt in der Fragerunde auch noch Fragen an Sie, an die beiden Vertreter von ver.di. – Jetzt hat für die Fraktion GRÜNE wieder Herr Abg. Poreski das Wort – das ist heute geübte Praxis.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Ich habe meine Fragen nicht in der Reihenfolge der Referierenden sortiert. Ich beginne mit einer Frage an Herrn Dr. Glaser: Wie sollen und können die Energiegenossenschaften weiter gefördert werden? Ich selbst bin Aufsichtsrat und Gründungsmitglied einer Genossenschaft. Für mich bezieht sich die Frage auch auf, ich sage mal, Pseudogenossenschaften, die ja im Bereich der Energie gegründet worden sind und die teilweise zu erheblichen Störungen sowohl im Markt als auch bei der Tätigkeit geführt haben.

Dann habe ich Fragen an Martin Gross und Herrn Krüger. Sie haben sehr viel zu Corona gesagt. Es ist gut und wichtig, dass das dokumentiert wird; das ist keine Kritik. Die Frage ist aber, wie wir eine gesellschaftliche Resilienz auch in anders gearteten Krisen erreichen und welchen Beitrag die Gewerkschaften dazu leisten können.

Sie haben, noch bezogen auf Corona, die Betriebsvereinbarung genannt. Das betrifft die Politik natürlich nur sehr mittelbar. Was erwarten Sie da von uns?

Dann habe ich eine etwas umfangreichere Frage an Herrn Professor Pedell. Deswegen komme ich zu ihm zuletzt. Erst einmal vielen Dank für die Präsentation. Sie war sehr komplementär und zum Teil auch umfassender zu dem, was wir schon in vorherigen Beiträgen von den Sachverständigen gehört haben. Deswegen würde ich an einer Stelle gern in die Tiefe gehen. Sie haben das Office of Resilience als einen Vorschlag eingebracht. Von einem anderen Sachverständigen gab es die Idee, so etwas auf europäischer Ebene zu etablieren. Ich könnte mir vorstellen, wenn ich jetzt die zwei

– 108 –

Vorträge nebeneinanderlege oder kombiniere, dass es da ein Netzwerk mit unterschiedlichen Akteuren gibt. Wie schätzen Sie das ein?

Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Ich mache es der Reihenfolge nach. Herzlichen Dank für die vier Impulse. – Ich fange mit Herrn Professor Pedell an. Herzlichen Dank zunächst auch von mir für die ganz klaren, superguten und präzisen Handlungsempfehlungen, die wir hier wirklich gut verarbeiten können.

Ich habe Fragen zu dem Chief Resilience Officer: Wo genau würden Sie diesen ansiedeln, wenn man jetzt das Organigramm oder die verschiedenen Ministerien ein bisschen vor Augen hat? Was wäre da Ihr Tipp? Vielleicht könnten Sie auch noch weitere Ausführungen zu seinen Aufgaben machen. Das hatten Sie schon kurz angerissen, und das war sehr spannend.

Das Zweite betrifft das Handbuch und die Trainings für die KMUs. Wen würden Sie da in der Pflicht sehen? Wer sollte das steuern? Sollte man das gemeinsam mit den KMUs, auch getrieben von der Exekutive, machen? Inwieweit können Sie sich das vorstellen?

Auch an Herrn Dr. Glaser habe ich zwei Fragen. Wir haben heute Morgen von Herrn Dr. Voelkel gehört, dass man Krisenpläne zusammen mit der Finanzwirtschaft, mit den Instituten aufbauen sollte. Inwieweit könnte der Verband oder überhaupt die Genossenschaften da eine Mittlerfunktion einnehmen oder diese Krisenpläne vielleicht sogar erarbeiten?

Sie haben es nur kurz gestreift: Könnten Sie uns noch ein Beispiel für energieautonome Kommunen geben?

Die zwei Herren am Schluss, Herr Gross und Herr Krüger, haben den Unterschied zwischen Homeoffice und mobilem Arbeiten genannt. Ein kleiner Aspekt der Enquete-kommission ist auch, wie sich mobiles Arbeiten verändert. Wie sollte Ihrer Meinung nach mobiles Arbeiten geregelt werden?

Hätten Sie – das ist ein sehr großer Komplex – noch weitere ganz konkrete Ideen zur Stärkung der Mitarbeiter? Das geht ein bisschen in die gleiche Richtung wie die Frage des Kollegen Poreski. Könnten Sie uns dazu noch etwas mitgeben?

Herzlichen Dank.

Abg. Florian Wahl SPD: Herzlichen Dank den Herren für die Impulse und Vorträge. – Herr Professor Pedell, meine Frage an Sie schließt sich den Fragen meines Vorredners und meiner Vorrednerin zum Chief Resilience Officer an. Ich finde das total spannend. Da fängt man natürlich gleich an, zu überlegen, wie das Ganze funktionieren könnte.

– 109 –

Mich würde interessieren, ob Sie als Vorbild die Logik eines Unternehmens nehmen würden, dass man da einen Officer hätte, der durch die Strukturen durchgreifen und durchregieren kann, wie das ja manchmal möglich ist. Das kann in einem staatlichen Gebilde manchmal anders sein. Wenn nicht, dann muss es so initiiert sein, dass man z. B. beim Ressortprinzip über die verschiedenen Ebenen und Ähnliches durchgreifen kann. Mich würde interessieren, wie Sie sich das vorstellen und ob Sie Vorbilder haben. Man könnte vielleicht auch sagen, dass der Innenminister der Chief Resilience Officer sein sollte. Ich überspitze das jetzt einmal. Vielleicht könnten Sie das darlegen. Das ist ein ganz neuer Ansatz, den ich richtig spannend finde.

Herr Dr. Glaser, herzlichen Dank für Ihren Impuls. – Bei den Handlungsvorschlägen möchte ich auf zwei Punkte eingehen. Der eine Punkt ist, dass Sie die Förderung von genossenschaftlichen Kooperationen durch das Land hervorgehoben haben. Könnten Sie noch konkreter sagen, was Sie sich da von uns wünschen würden? Das betrifft auch die Gleichbehandlung vom Dorfladen bis zu INTERSPORT. Eine bessere Förderung ist natürlich immer gut. Aber was stellen Sie sich da ganz konkret vor?

Der andere Punkt: Sie haben gesagt, genossenschaftliche Lösungen seien eine gute Möglichkeit, passten aber nicht immer. Sie beurteilen das natürlich jeweils unterschiedlich. Mich würde interessieren, weil wir uns hier auch sehr mit der Aufarbeitung der Coronapandemie befassen und uns im ersten Handlungsfeld massiv mit der Gesundheitsversorgung beschäftigt haben, wie Sie die Rolle von genossenschaftlichen Lösungen und Modellen zur Sicherung der Gesundheitsversorgung sehen. Es hat eine Studie des Gemeindetags, glaube ich, zusammen mit dem Landwirtschaftsministerium über die verschiedenen Modelle gegeben, die sehr spannend gewesen ist. Überall, wo ich als Gesundheitspolitiker vor Ort bin, erlebe ich, dass die Diskussion über genossenschaftliche Modelle im Raum steht, wie man Ärztinnen und Ärzte, die sich nicht mehr niederlassen, sondern angestellt arbeiten wollen, in die Fläche bekommt. Wie schätzen Sie das ein?

Dann noch zu den beiden Kollegen von ver.di: Herzlichen Dank für den Impuls und den Einblick, was die Coronapandemie für Menschen im Einzelhandel und im Dienstleistungsgewerbe insgesamt bedeutet hat. Es ist ganz wichtig – gerade wenn wir uns die Zeit dafür nehmen und uns die Mühe machen, das aufzuarbeiten und nach Lösungen zu suchen –, dass dies aus der Perspektive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so deutlich dargestellt worden ist.

Herzlichen Dank auch für die zugesandte Betriebsvereinbarung. Ich glaube, die ist mustergültig dafür, wie so etwas aussehen und geregelt werden sollte. Wir meinen, dass sich die Arbeitgeber bewegen müssen und dass sich auch gesellschaftlich etwas tun muss.

Hinsichtlich der Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für den Landtag von Baden-Württemberg sind wir sehr daran interessiert, zu erfahren, welche Landes- und staatlichen Maßnahmen wir als Landesgesetzgeber als Konsequenz aus der Pandemie

– 110 –

ganz konkret treffen sollten. Könnten Sie uns sagen, was wir da aufnehmen könnten? Ich vermute, dass wir uns bei manchen Themen wie Tariftreue und Ähnlichem einig sind. Aber vielleicht könnten Sie noch ganz konkret sagen, was wir da machen könnten.

Danke.

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch von unserer Seite ganz herzlichen Dank für die Impulse. – Herr Professor Pedell, danke insbesondere für die eindrückliche Schilderung des Beispiels, mit dem Sie eingestiegen sind. An dem möchte ich das Ganze klarmachen. Auch wenn ich jetzt der Dritte bin, der zum Thema Vernetzung etwas sagt, glaube ich, dass wir das an diesem Beispiel deutlich machen können.

Bei der Vorbereitung war die interessanteste Frage für uns, inwiefern sich die Akteure vernetzen können. An anderer Stelle haben wir schon gehört, dass für die Vorsorge bei Katastrophen der Grundsatz „Üben, üben, üben“ und miteinander kommunizieren sowie miteinander sprechen notwendig sind. Sitzt der Chief Resilience Officer dann beispielsweise in einem Turm, oder sitzt er in der Stadtverwaltung? Es wäre interessant, das zu erfahren.

Sie haben darauf hingewiesen, wie wir vorhandene Strukturen möglichst gut nutzen können. Muss das eine neu geschaffene Struktur sein, die wir aufbauen, oder kann das auch etwas sein, was schon vorhanden ist und wir möglichst gut nutzen können? An dem Beispiel von Ihnen wird klar: Womöglich hätten in dem Turm des World Trade Centers sehr viel mehr Menschen gerettet werden können, wenn vorher allein in diesem Turm eine Vernetzung stattgefunden hätte und in dem Moment alle schnell hätten reagieren können, so, wie Sie es dargestellt haben.

Ein Teil der Antwort ist, dass oftmals Geschwindigkeit notwendig ist. Notwendig ist auf jeden Fall, dass es zumindest vor Ort Zuständige gibt, die dann schnell reagieren können und nicht erst irgendwo anrufen müssen und derjenige wieder irgendwo anrufen muss, bis dann alle ihre Anrufe getätigt haben. Wenn man nicht gleich jemanden bekommt, ist das meiste schon vorbei. Das ist wahrscheinlich ein Teil der Antwort. Ich bin aber auf Ihre Antwort gespannt.

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, den Fokus bei Forschung und Entwicklung auf Krisenresilienz und Katastrophenschutz zu legen. Dazu die Nachfrage: Ist das für Sie eine eigene Disziplin in diesem Bereich, oder muss man da einen Kompass in den vorhandenen Forschungsrichtungen anlegen?

Herr Dr. Glaser, vielen Dank. – Der genossenschaftliche Gedanke, der ja viel mit Eigenverantwortung und Verantwortung zu tun hat, trägt natürlich. Das ist vom Grundsatz her sehr wichtig. Im Moment gründen sich auch sehr viele Nachbarschaftsvereine,

– 111 –

also Nachbarschaftshilfen. Vielleicht könnten Sie kurz etwas dazu sagen, wie im Moment Ihre Erfahrung damit ist und welchen Trend es dort gibt.

Sie haben auch davon gesprochen, dass Dezentralität zur Resilienz beiträgt. Das ist auch meine Überzeugung. Vor diesem Hintergrund muss man zumindest ein bisschen kritisch sehen, dass viele Volks- und Raiffeisenbanken im Moment eher eine andere Tendenz haben. Zumindest bei mir in der Region gibt es sehr viele Fusionen. Das werden riesengroße Banken. Ob die noch viel mit dem genossenschaftlichen Gedanken zu tun haben, weiß ich nicht. Physisch sieht man das auch dadurch, dass viele Filialen, auch in kleineren Ortschaften, geschlossen werden. Vielleicht könnten Sie dazu noch etwas sagen.

Dann komme ich zu Herrn Gross und Herrn Krüger. Gerade bei Ihnen, Herr Krüger, habe ich nicht genau erkannt, wann die Botschaft Richtung Land, Politik ging und wann in Richtung Wirtschaft. Wenn es beispielsweise darum geht, die eigenen Mitarbeiter in die Lage zu versetzen, mit Konflikten vor Ort und mit Stresssituationen umzugehen, dann hat die Politik – dieses Gefühl habe ich – relativ wenig Handlungsspielraum. Man kann entsprechende Schulungen grundsätzlich fördern. Aber ich glaube, umgesetzt werden muss es schon in den Unternehmen selbst.

Insofern noch die Frage: Was können wir da in der Politik tun? Was können wir in unsere Handlungsempfehlungen hineinnehmen, außer dass wir dazu anhalten: „Übt solche Situationen, und bereitet euch auf solche Situationen vor“? Denn die werden wieder kommen, beispielsweise im Rahmen einer Pandemie. Es gibt ja auch andere Stresssituationen, die sehr schnell eskalieren können. Insofern wäre interessant, zu erfahren, was wir da ganz konkret tun könnten.

Vielen Dank.

Abg. Carola Wolle AfD: Herr Professor Pedell, Ihr Vortrag war perfekt strukturiert. Ich fand ihn ganz toll. Nur ein paar Essentials daraus.

Sie haben sehr viel auch über Fachkräfte gesprochen. Den Fachkräftemangel gibt es ja schon länger. Wir haben auch einen Brain drain. Das heißt, viele Fachkräfte, gut ausgebildete Leute aus Deutschland wandern ins Ausland ab, weil die Rahmenbedingungen hier nicht mehr stimmen. Was meinen Sie, wie wir das verhindern können?

Zum Chief Resilience Officer: Ich denke, das müssen viele sein, die sich aber miteinander abstimmen sollten; denn das Rad muss ja nicht neu erfunden werden.

Des Weiteren haben Sie davon gesprochen, essenzielle Funktionen zu erkennen. Woran orientieren wir uns da? Bei Krankenhäusern, der Feuerwehr usw. ist das klar. Woran können wir uns orientieren, damit da nichts verloren geht?

– 112 –

Was auch noch bemerkenswert ist: Sie haben auf Ihrer zweiten Folie geschrieben, dass es einen Zielkonflikt zwischen Effizienz und Resilienz gibt. Mit anderen Worten: Das Ganze gibt es nicht umsonst. Wer soll die Kosten tragen: die Politik oder jedes Unternehmen selbst?

Herr Dr. Glaser, ich habe die Erfahrung gemacht, dass Raiffeisen-Märkte auf dem Land zunehmend schließen. Ist die Versorgung, die Sie angesprochen haben, dort noch gewährleistet? Kann man vielleicht wieder darauf aufsetzen? Anscheinend hat sich das nicht rentiert.

Die genossenschaftlichen Banken sind kleiner und näher am Bürger und an kleinen und mittelständischen Unternehmen. Ist das von Vorteil? Was können wir tun, damit das besser wird?

Sie haben von einer Energiegenossenschaft gesprochen. Ich habe vorhin gelernt, wir verteilen eigentlich den Mangel an Eigenproduktion. Was sagen Sie dazu?

Ich komme zu Herrn Gross von ver.di. Gesundes Arbeiten zu Hause wurde schon angesprochen. Homeoffice und mobiles Arbeiten sind ja zwei völlig unterschiedliche Dinge. Beim Homeoffice kann der Mitarbeiter einen vollständigen Arbeitsplatz erwarten, der vom Arbeitgeber nach gesundheitlichen Rahmenbedingungen eingerichtet wird. Beim mobilen Arbeiten hat er seinen Laptop auf dem Schoß. Ich sage das jetzt ein bisschen salopp. Ich denke, die Form, dass einer nur zu Hause oder nur mobil arbeitet, gibt es nicht. Das sind zwei Extreme. Gibt es vielleicht einen Mittelweg, so dass sich beide – sprich: Arbeitnehmer und Arbeitgeber – da irgendwie entgegenkommen können? Der Arbeitnehmer muss ja z. B. auch Platz für einen eigenständigen Arbeitsplatz haben. Das sind verschiedene Rahmenbedingungen.

Herr Krüger, als Sie das mit dem Klopapier gesagt haben, habe ich in mich hineingelacht und gedacht: Wenn es gleich von der Palette heruntergenommen wird, muss es schon nicht eingeräumt werden.

Das Beispiel, das Sie genannt haben, dass jemand einem eine Bierdose ins Gesicht schlägt, fand ich schon sehr extrem und schlägt dem Fass den Boden aus. Ich verstehe nicht, wie man so miteinander umgehen kann.

Wir hatten Krieg, in dem es solche Szenen nicht gab. Ich glaube, das war viel belastender als die Coronapandemie. Sie war für die einen natürlich belastend und führte zu Aggressivität. Ich frage mich: Hat das zu einer Veränderung der Gesellschaft, der Menschen geführt? Was hat dazu geführt, dass sie sich emotional nicht mehr im Griff hatten als früher in noch extremeren Situationen? Was können wir tun, damit jeder Einzelne wieder resilienter wird, sich im Griff hat und sich zusammenreißt? Man kann doch nicht jedem, nur weil einem etwas nicht passt, ins Gesicht schlagen. Das geht

– 113 –

doch nicht. Also: Was können wir tun, damit so etwas nicht mehr passiert? Was hat Ihrer Meinung nach dazu geführt, dass die Menschen so aggressiv geworden sind?

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich frage, ob es Meldungen für eine zweite Runde gibt, um abschätzen zu können, ob das viele oder keine mehr sind. – Eine Meldung gibt es noch. Gibt es noch eine Meldung im digitalen Raum? – Die Meldung von Herrn Abg. Weinmann habe ich noch gesehen. – Wir beginnen mit Ihnen, Frau Dr. Tröger.

Dr. Josephine Tröger, stellv. externes Mitglied: Danke schön. – Herr Pedell, gelingt die Stärkung der Resilienz von Unternehmen aus Ihrer Sicht eher durch Förderung – der Staat geht in Vorleistung bzw. in Nachleistung, wenn eine Krise schon da ist – oder durch Regulierung? Wir suchen ja eigentlich Unternehmen – so verstehe zumindest ich das –, die uns als Gesellschaft präventiv resilienter machen oder die ihren Anteil daran haben. Wie sehen Sie das? Wie können Unternehmen dazu beitragen? Das habe ich noch nicht ganz verstanden.

An Herrn Glaser ganz konkret die Frage – die Genossenschaften wurden heute oft erwähnt –: Was sind die Vorteile einer Genossenschaft gegenüber größeren Unternehmen? Wir hatten heute Morgen eine ganz andere Perspektive darauf. Was waren da Erfolge während der Coronapandemie? Gab es welche? Wie sehen Sie das? Was ist aus Ihrer Sicht der Erfolgsfaktor von Energiegenossenschaften?

An die beiden Herren von ver.di habe ich die Frage: Wie tragen Unternehmen zur Resilienz eines Wirtschaftsstandorts bei, und was tragen Sie in Ihrer Rolle dazu bei?

Zum Thema Arbeitskräfte würde mich interessieren, wie wir hier zu einem gesellschaftlichen Zusammenhalt kommen. Wir erleben ja gerade das Gegenteil. In Ihrem Vortrag gab es aus meiner Sicht sehr viel Kritik. Insofern frage ich mich, wie das zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beiträgt.

Vielleicht könnten Sie noch einen Blick auf andere Krisen werfen, z. B. die Klimakrise. Wenn nächstes Jahr eine Hitzeperiode kommt: Was sind da Ihre Perspektiven? Können Sie da etwas übertragen?

Vielen Dank.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Ich habe lediglich zwei Ergänzungsfragen. – Herr Professor Pedell, das Office of Resilience wurde mehrfach angesprochen. Mit welcher Kompetenz müsste ein solches Office ausgestattet sein?

Herr Gross, Sie haben im Zusammenhang mit den Sonntagsöffnungszeiten, zu denen auch ich ein durchaus ambivalentes Verhältnis habe, gesagt, dass Sie dafür kaum eine Notwendigkeit sehen, insbesondere nicht für den Fachhandel. Heute Morgen haben wir an anderer Stelle gehört, dass wir explizit eine Verlagerung erfahren haben. Es

– 114 –

wurde das Beispiel des Spielzeugfachhandels aufgezeigt, der während der Pandemie geschlossen haben musste, während die Discounter ihre Regale mit Spielzeugen gefüllt und damit in gewisser Hinsicht auch zu dem Garaus des Fachhandels beigetragen haben. Insofern die Frage: Welche Möglichkeiten sehen Sie abseits von Sonntagsöffnungszeiten, dem Fachhandel in der Innenstadt eine Perspektive zu geben?

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank für die Fragen. – Es gibt zumindest jetzt keine weiteren Fragen aus der Runde. – Ich gebe jetzt an Herrn Professor Dr. Pedell ab. Auch Sie haben bis zu zehn Minuten Zeit, um auf die vielen Fragen zu antworten. Sie bekommen das sicherlich hin.

Sv Herr Dr. Pedell: Vielen Dank. – Wenn Sie mir das so nahelegen, dann versuche ich es natürlich.

(Heiterkeit)

Zum Office of Resilience: Ich fange mit Ihrem Kommentar an, Herr Wahl. Quasi ein Modell von einem Unternehmen in die staatliche Welt übertragen – nein, im Gegenteil. Städte, zum Teil auch US-amerikanische Bundesstaaten haben ein Office of Resilience, teilweise mit einer Person, die als Chief Resilience Officer exponiert ist oder auch nicht. Insofern sind die Vorbilder schon eher im staatlichen Bereich zu finden. Daher ist die Rolle auch mehr darauf ausgelegt, zu koordinieren.

Klar, in der staatlichen Verwaltung braucht man auch gewisse Durchgriffsrechte. Wenn man irgendwelche Krisenthemen zwischen den Ministerien abstimmen soll, braucht man Kompetenzen. Wenn es bei Unternehmen darum geht, Ressourcen zu koordinieren oder Plattformen bereitzustellen, dann können das Angebote mit mehr oder weniger Nachdruck sein. So würde ich die Rolle einmal skizzieren.

Daraus abgeleitet, komme ich als Nächstes zu den Aufgaben. Ich glaube, es gibt eine sehr stark koordinierende Rolle, z. B. zwischen Ministerien – das ist die Binnenperspektive –, aber auch mit anderen Bundesländern. Sie haben die verschiedenen Ebenen erwähnt. Wir können dem Bund natürlich nicht vorschreiben, dass er ein Office of Resilience einrichten möge, auch nicht der Europäischen Union. Wenn es das dann gibt, würde man sich natürlich abstimmen. Selbst wenn es das nicht gibt, hätte man trotzdem passende Ansprechpartner für eine Koordination.

Man sollte auf jeden Fall auf die Verbesserung des Informationsflusses achten. Sie haben in den verschiedenen Stellungnahmen und Vorträgen genügend Beispiele gehört, bei denen man darauf achten sollte, dass das Ganze gleich von Anfang an noch konsequenter läuft, dass man eine koordinierte Krisenkommunikation hat und dass Dinge nicht scheibchenweise kommen und sich nicht widersprechen. Das würde ich als eine Aufgabe sehen.

– 115 –

Last, but not least: Wenn ich an Ihre Kommission denke, dann könnte ich mir vorstellen, dass das ein ganz charmanter Ort für die Frage sein könnte, wie wir es schaffen können, die Implementierung der Maßnahmen an der einen oder anderen Stelle nachzuhalten. Auch von dieser Seite könnte das ein ganz geschickter Move sein.

Herr Weinmann, Sie haben gefragt, mit welcher Kompetenz das Office of Resilience ausgestattet werden soll. Das hängt natürlich von den Aufgaben, vom Aufgabenschnitt ab. Ich denke, das sollte keine schwache Rolle sein, gerade bei der Koordination der Ministerien. Ich habe nur die Sorge, dass man, wenn man eine Parallelstruktur schafft und das völlig losgelöst ist, es abkapselt und es vielleicht von anderen nicht akzeptiert wird. Deswegen ist die Idee eines Office of Resilience eventuell sogar ein bisschen tragfähiger als die eines Chief Resilience Officers.

Es wurde auch gefragt, wo man das Office of Resilience ansiedeln soll. Man tut sich vielleicht sogar leichter, wenn die Beteiligten aus verschiedenen Ministerien – so ähnlich wie hier in der Kommission – verschiedene Felder haben und man sie in einem Office bündelt. Ob dann noch ein Primus inter Pares oder eine Prima inter Pares installiert wird, ist noch eine andere Frage. Ich würde jetzt eher in diese Richtung denken, aber ohne dass ich das bis zum Ende ausformulieren könnte.

Der Chief Resilience Officer wird sicherlich nicht in einem Turm sitzen, sondern er wird mit Sicherheit das vorhandene Wissen in den Ministerien, aber auch vor Ort in den Unternehmen nutzen. Diese Frage kam von Ihnen, Herr Reith.

Ich hoffe, dass ich jetzt die wichtigsten Punkte im Zusammenhang damit abgedeckt habe.

Frau Wolle, Sie haben gesagt, dass es viele Chief Resilience Officer sein müssten. Die Frage ist, ob wir wirklich viele im Land brauchen. Ich glaube, es wäre schon ganz hilfreich, wenn wir pro Bundesland welche hätten. Ob auch die Stadt Stuttgart einen Chief Resilience Officer implementiert, ist erst einmal keine Frage für die Enquetekommission. Ich denke aber, es wäre ein gutes Signal, wenn man das auf Landesebene in diese Richtung einmal anstößt.

Dann war die Frage, mit wem man das Handbuch zum Aufbau von Resilienz realisieren könnte. Ich könnte mir sehr gut vorstellen – das sage ich jetzt einmal völlig ungeschützt –, das beim Wirtschaftsministerium aufzuhängen, weil ich glaube, dass dort die Strukturen vorhanden wären, so etwas auch in Kooperation mit KMUs zu verwirklichen. Man sollte auch schauen, was die großen Unternehmen, die Großkonzerne da machen. Es ist aber auch nicht so, dass nur die einen von den anderen etwas lernen können. Ich denke, dass beispielsweise kapitalmarktnotierte Unternehmen an der einen oder anderen Stelle durchaus auch etwas von KMUs lernen könnten, weil sie eigentümergeführt sind und schon aus einer ganz anderen Motivationslage heraus viel resilienter agieren. Ich sehe das nicht als Einbahnstraße.

– 116 –

Dann haben wir den Punkt der Krisenresilienz bei FuE von Ihnen, Herr Reith. Ich würde das nicht als eigene Disziplin aufhängen, sondern eher als Kriterium mitlaufen lassen und sagen, damit man das als Prüfroutine mit dabei hat: „Prüft das bitte und zahlt das auch auf dieses Ziel ein.“ So ähnlich ist es auch bei den Nachhaltigkeitszielen, bei denen es ebenfalls Zielkonflikte und eine Zielpluralität gibt. Wir müssen da abwägen. Bei allem, was wir da tun, müssen wir überlegen, wie nachhaltigkeitsorientiert das ist. Im besten Fall finden wir Maßnahmen oder Projekte, die dann nachhaltig auch die ökonomisch resiliente Perspektive befördern. Ich würde das eher als Kompass, als zusätzlichen Punkt sehen, aber nicht alibimäßig.

Frau Wolle, Sie haben das Thema Fachkräfte angesprochen und gefragt, was wir machen können, um den Brain drain zu verhindern. Auch ich beobachte mit großer Sorge, dass wir netto Arbeitskräfte verlieren, und zwar genau die, die wir gern hier behalten würden. Ich habe keine einfache Antwort darauf. Wichtige Fragen in diesem Zusammenhang sind: Wie bezahlbar ist der Wohnraum? Wie schaut es mit der Kinderbetreuung aus? Das alles sind Fragen, die heute schon angeklungen sind und die die Leute bewegen. Dafür müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. Wie gesagt, ich habe keine einfache Antwort darauf. Aber ich meine, in diese Richtung könnte man denken.

Dann das Thema Zielkonflikte: Wer soll das bezahlen? Dort, wo es die Unternehmen betrifft, sollen sie es bezahlen, würde ich sagen. Das ist immer bottom-up. Wir müssen uns immer sehr genau überlegen, wo sich der Staat engagiert. Wenn wir sagen, es könnte Sinn machen, beispielsweise ein Office of Resilience einzurichten, dann ist damit vielleicht ein bisschen Ressourceneinsatz vom Land verbunden. Um die Themen in den Unternehmen zu pushen, wäre ich sehr zurückhaltend damit, eine neue Unterstützungsrunde zu fahren oder einen eigenen Fonds zu gründen. Ich würde eher auf die Innovationsfreude der Unternehmen setzen. Ich glaube, viele Unternehmensvertreter sehen das auch so.

Ich habe ein Zitat aus einem Gespräch im Hinterkopf, das ich kürzlich geführt habe – das ist sehr plakativ, geht aber in diese Richtung –: „Bevor wir die nächste Runde an Forschungsförderung machen, lieber die Steuersätze runter.“ Das ist die Grundhaltung und leuchtet mir auch sehr ein.

Das Erkennen von essenziellen Funktionen ist noch ein Punkt. Aus der Unternehmenssicht ist das ganz einfach: Man muss die Produkte und Dienstleistungen, die man unbedingt erbringen möchte, definieren, um als Unternehmen weiter fortbestehen zu können. Man muss ein Niveau definieren, auf dem das mindestens zu passieren hat. Das Ganze ist nicht statisch, sondern dynamisch. Wenn irgendeine Krise kommt, muss man wissen, wie schnell man mindestens wieder auf dieses Niveau kommen kann. Ich habe auch keine einfache Lösung, wenn es um die Frage geht, welche Produkte und Dienstleistungen das Land zur Verfügung stellt, wenn man es als produzierendes Unternehmen auffasst. Ich könnte Ihnen jetzt keine ganz einfache Prüfroutine nennen.

– 117 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Pedell. – Dann gehen wir zu Herrn Dr. Glaser weiter. Auch Sie bitte ich, die Fragen möglichst in zehn Minuten zu beantworten. – Bitte sehr.

Sv. Herr Dr. Glaser: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich versuche, die Fragen der Reihe nach zu beantworten.

Wenn wir generell von Genossenschaften sprechen, auch von Energiegenossenschaften, meinen wir eingetragene Genossenschaften auf dem Boden des Genossenschaftsgesetzes. Warum erwähne ich dies? Es gibt auch genossenschaftliche Strukturen außerhalb dieses Rechtsrahmens. Es gibt auch politische Bestrebungen, die ich einmal mit dem Begriff „Genossenschaft light“ bezeichne. Warum warnen wir davor, solche Strukturen einzugehen und zu fördern? Weil das Genossenschaftsgesetz – es ist ja mehrmals reformiert und weiterentwickelt worden – in den Grundfesten noch immer den Mitgliederschutz im Sinn hat.

Wenn zwei oder drei von uns am Montag zum Notar gehen und eine GmbH gründen, machen wir unsere Pflichteinlage. Hinterher fragt niemand, was mit der GmbH geschieht. Wenn hingegen ein Genossenschaftsmitglied eine Einlage tätigt, einen Geschäftsanteil zeichnet, dann ist damit auch eine Haftung verbunden.

Im Bereich der Energiegenossenschaften gibt es auch Fehlentwicklungen, die gerade nicht von den traditionellen Genossenschaftsverbänden begleitet und geprüft werden. Wir als Prüfungsverband stehen, genau wie die in den anderen Bundesländern, unter staatlicher Aufsicht. Das ist in unserem Fall das Wirtschaftsministerium. Wir werden jedes Jahr richtigerweise daraufhin geprüft, ob wir die gesetzliche Prüfung vornehmen.

Auch in Baden-Württemberg haben sich in den letzten Jahren sogenannte Kanzleiverbände gegründet. Die Schwelle ist niedrig. Die traditionellen Genossenschaftsverbände haben sich auch Kriterien gegeben, bei der Gründungsprüfung manchmal durchaus etwas pingelig zu sein; das sage ich ganz ehrlich. Der Hintergrund ist der Mitgliederschutz. Die Genossenschaften, die bei uns gegründet worden sind, haben bis zum heutigen Tag eine Insolvenzquote von 0,1 % über das Bundesgebiet hinweg.

Wenn wir ein Geschäftsmodell als nicht tragfähig empfinden, gründen wir auch nicht. Die Genehmigung einer Gründung geht über den Tisch meines Vorstandskollegen und von mir, sodass wir uns sehr intensiv auch mit Gründungsgutachten und der Gründungsprüfung beschäftigen.

Die Genossenschaftsrechtsnovelle ist Fluch und Segen zugleich. Wir hatten im Jahr 1998 eine Genossenschaftsrechtsnovelle, bei der die Anzahl der Mindestmitglieder einer Genossenschaft von sieben auf drei gesenkt worden ist. Das ist einerseits vorteilhaft. Andererseits befördert dies natürlich durchaus auch Konstruktionen bis hin zu,

– 118 –

ich sage jetzt mal, Familiengenossenschaften. Wenn die dann an einen Prüfungsverband stoßen, der sagt: „Wir nehmen es mal nicht so genau mit der Gründung“, sind Fehlentwicklungen die Folge. Insofern bewegen wir uns immer auf der Basis des Genossenschaftsgesetzes und sind durchaus auch einmal strenger. Aber der Erfolg gibt uns recht: Wir haben so gut wie keine Illiquidität. Gegen Fehlentwicklungen in einer Genossenschaft haben wir ein Präventivsystem eingebaut.

Das Thema „Förderung von Energiegenossenschaften“ würde ich gern in zwei Teile splitten. Ich weiß sehr wohl, dass sehr vieles Bundesrecht ist. Aber auch im Land sind Erleichterungen für Genossenschaften möglich. Unser Appell geht dahin, Genossenschaften mit anderen Unternehmensformen gleichzustellen, beispielsweise wenn es um Förderprogramme geht.

Wir stellen immer wieder fest, dass Genossenschaften per se nicht als eigene Unternehmen gesehen werden, sondern dass man die Mitglieder der Genossenschaften als eigenständige Wirtschaftssubjekte sieht. Das sind sie auch. Aber eine Genossenschaft per se ist ein Unternehmen. Ich nenne nur ein Beispiel: Es ist für uns bis zum heutigen Tag unverständlich, dass es keine genossenschaftlichen Mieterstrommodelle gibt. Da wäre das Angebot – wir haben das vorbereitet und bringen es auch in die Diskussion ein –, dass wir durchgehen, was das Land Baden-Württemberg tun und wo es da via Bundesrat noch unterstützen kann, um für eine Förderung von Genossenschaften zu sorgen. Das wären die Ansätze.

Krisenpläne mit der Finanzwirtschaft sind hoch relevant. Das ist eine Lehre, die wir alle aus der Coronapandemie ziehen müssen. Das hat nach anfänglichem Ruckeln so weit funktioniert. Das war auch keine böse Absicht. Meiner Ansicht nach hängt da vieles miteinander zusammen. Die realwirtschaftlich orientierten Kreditinstitute wie die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken sitzen mit den Unternehmen in einem Boot.

Wir haben festgestellt, dass die Banken in der Pandemie genauso stark gefordert waren wie öffentliche Fördergeber. Wir hatten erhebliche Stundungspläne mit den Unternehmen vereinbart. Insofern wünsche ich mir, dass wir dies als Lernkurve für eine weitere Krisensituation mitnehmen. Wenn es Krisensituationen gibt: Bitte holen Sie die Real- und die Finanzwirtschaft mit an den Tisch. Das erhöht zum einen das gegenseitige Verständnis und verhindert zum anderen Ineffizienzen.

Als energieautonome Kommune fällt mir spontan St. Peter im Schwarzwald ein. Das ist ein klassisches Beispiel, bei dem Kommune und Genossenschaft Hand in Hand arbeiten. Es geht ja nicht gegen eine Kommune oder gegen größere Player, sondern das Miteinander macht es. Beispielsweise gründen auch Stadtwerke Genossenschaften. Es gibt aber auch Kooperationsmodelle mit Stadtwerken und Genossenschaften. Es geht immer um das Miteinander, verstärkt beispielsweise auch bei Nahwärmekonstruktionen.

– 119 –

Die Förderung von Genossenschaften durch das Land habe ich schon kurz angerissen. Uns geht es mehr darum, deutlich zu machen: Genossenschaften sind eigene Unternehmen und als solche auch gleichzustellen. Wir würden uns darüber freuen, wenn man Genossenschaften hinsichtlich der Förderung verstärkt ins Blickfeld nimmt.

Beispiel: Wir sind auch mit den Kammern, Universitäten und Hochschulen im Land unterwegs. Die Genossenschaft hat man im Gründungsprozess oft gar nicht auf dem Schirm. Es ist zwar einerseits unsere Aufgabe, dafür zu werben. Wenn es um Gründerzentren und um Kulissen geht, Gründungen zu befördern, dann sind die Genossenschaften mit in den Optionsraum zu nehmen.

Was ist der Hintergrund für die Gleichbehandlung von Dorfläden? Ich mache das an einem Beispiel deutlich: Wir haben festgestellt, dass Raiffeisen-Märkte und Dorfläden in der Pandemie sofort dem Lockdown unterworfen worden sind, während beispielsweise große Baumärkte mit Lebensmittelabteilungen geöffnet hatten. Man muss wirklich sagen, dass in diesem Fall dann seitens des Landwirtschafts- und des Wirtschaftsministeriums sehr schnell reagiert worden ist. Aber man muss mitdenken – wir beschäftigen uns hier mit der Frage, wie wir aus Krisen lernen können –, dass die jeweiligen Unternehmensstrukturen gleichbehandelt werden, wenn es um die Lebensmittelversorgung geht.

Was ist die Rolle von Genossenschaften bei der Gesundheitsversorgung? Sie ist vermutlich einer der Wachstumssektoren schlechthin. Wir sind auch mit den medizinischen Fakultäten der Universitäten im Land sehr stark unterwegs. Die – in diesem Fall – Absolventinnen von medizinischen Fakultäten scheuen aus verständlichen Gründen zunehmend die Selbstständigkeit: zum einen wegen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zum anderen auch aus finanziellen Gründen. Ich selbst war Bankvorstand und weiß insofern, was es heißt, wenn man eine Praxisübernahme finanzieren muss. Da setzt die Genossenschaft an, die dann beispielsweise Administration abnimmt.

Es gibt unterschiedliche Modelle. Man kann auch Genossenschaften mit Bürgerbeteiligung etablieren, beispielsweise Gesundheitsgenossenschaften. Da ist mit Sicherheit noch viel Spielraum. Darin sehen wir eine große Bedeutung. Das sind klassische Fälle, bei denen das Prinzip gilt: „Was einer allein nicht schafft, das schaffen viele“ – Ärzte, Bürger und Kommunen. Die Nachfrage zeigt, dass wir hier den Punkt getroffen haben.

Zur Nachbarschaftshilfe und zu Nachbarschaftsvereinen: Ich kenne im Augenblick noch keine gegründete Nachbarschaftshilfe mit genossenschaftlicher Struktur. Wir beraten manchmal bewusst noch nicht in eine genossenschaftliche Struktur hinein, weil die Voraussetzungen wirtschaftlicher Natur beispielsweise fehlen. Aber wir haben einen Blick darauf. Wir sehen da im Augenblick noch keine breite Bewegung.

Zur Dezentralität und zu Fusionen von Volksbanken: Ich glaube, das ist ein Dauerbrenner, schon solange es Genossenschaftsbanken gibt. Man muss respektieren –

– 120 –

jede Medaille hat zwei Seiten –: Die Frage, ob genossenschaftliche Banken fusionieren, entscheiden schlussendlich die General- oder die Vertreterversammlung. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist: Regulatorische Vorgaben sind mittlerweile ohne Zweifel ein Fusionstreiber. Das muss man nüchtern anerkennen. Eines der schlimmsten Übel ist das Meldewesen, das zum Teil Mann- und Fraukapazitäten bindet, die in diesem Sinn nicht produktiv eingesetzt sind. Wenn das noch mit dem Arbeits- und Fachkräftemangel garniert wird, den auch Kreditinstitute haben, dann wirkt dies – ich sage das ganz offen – zum Teil als Fusionspeitsche.

Ein weiterer Punkt ist die Wirtschaftsstruktur. Wenn eine genossenschaftliche Bank beispielsweise ein starkes Geschäftskundengeschäft hat und mit den Unternehmen wachsen will, dann kommt eine Bank unter Umständen auch an Größengrenzen. Wir haben allerdings eine Finanzgruppe dahinter. Auch die Zentralbank kann dann helfen. Auch das ist oft eine Motivationslage für Fusionen. Manchmal gibt es dann Gebilde, bei denen man sich fragt, warum die entstanden sind. Wo Menschen sind, werden auch menschliche Entscheidungen getroffen. Das muss man ganz nüchtern sehen.

Ich nehme einen Punkt gleich noch mit, weil auch dies angesprochen wurde. Ich glaube, bei Filialen gibt es das Henne-Ei-Problem. Insbesondere Kleinstfilialen sind überhaupt nicht mehr besetzbar, weil dort keine qualifizierte Mitarbeiterin und kein qualifizierter Mitarbeiter hingehört. Das Zweite ist die Kundensouveränität. Wir als Kunden sind im Onlinebanking unterwegs. Wir nutzen auch einmal das persönliche Gespräch. Wenn aber niemand in die Filiale geht, haben wir eine Druck- und Sogsituation.

Es gibt allerdings zunehmend auch Modelle, bei denen man die klassischen Filialen gemeinsam mit anderen Partnern weiterentwickelt. Das sind Begegnungszentren mit Handwerksbetrieben, mit Fleischer- und Bäckerfachgeschäften. Da ist durchaus viel Musik drin. Wir haben mit den Sparkassen, obwohl wir die härtesten Wettbewerber am Markt sind, gemeinsam betriebene Geldausgabeautomaten, weil wir uns der Grundversorgung verpflichtet sehen.

Aber eines muss man anerkennen: Auch Banken sind Unternehmen. Wenn ich in Diskussionen „Unternehmen und Banken“ höre, werde ich sofort hellhörig und sage: Banken sind Unternehmen; sie sind zwar anders reguliert, aber sie sind Unternehmen. Insofern muss man auch die Wirtschaftlichkeit sehen.

Sie haben gesagt, dass Raiffeisen-Märkte schließen. Dafür gilt Ähnliches: Wenn die Frequenz einen Punkt erreicht hat, bei dem ein Raiffeisen-Markt nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben ist, dann schließt er. Andererseits stellen wir auch hier fest, wie generell im Handel, dass es weniger um Entweder-oder geht. Vielmehr hat der Onlinehandel in der Pandemie deutlich zugenommen. Die erfolgreichen Einzelhandelsunternehmen einschließlich Raiffeisen-Märkte bieten beide Fazilitäten an. Ich glaube, das ist der richtige Weg.

– 121 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Dr. Glaser, ich darf Sie an die Zeit erinnern.

Sv. Herr Dr. Glaser: Ich bin gleich fertig. – Sie haben gesagt, wir verteilen den Mangel. Nein, der Ansatz war ein anderer: Energiegenossenschaften sind Bestandteil der Energiewende, genauso wie die großen Player. Dabei geht es um die Energiewende in Bürgerhand.

Ich habe versucht, die Vorteile einer Genossenschaft an den Beispielen deutlich zu machen. Immer wenn ein Wirtschaftssubjekt – egal, ob privat oder unternehmerisch – meint, es schafft es allein nicht so gut wie gemeinsam mit anderen, dann ist eine Genossenschaft eine Option. Es geht auch definitiv nicht um das Ausspielen von Größenordnungen, sondern es geht um die Vielfalt von Unternehmensformen. Wir brauchen große Unternehmen im Land. Wir brauchen aber auch kleine dezentrale Strukturen.

Zu den Vorteilen von Energiegenossenschaften habe ich schon etwas gesagt.

Vielen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Dann gehen wir weiter zu Herrn Gross und Herrn Krüger. Sie machen es am besten untereinander aus, wie sie sich Ihre zehn Minuten aufteilen wollen. – Bitte sehr.

Sv. Herr Gross: Frau Dr. Tröger, mein Blick mag sehr kritisch sein. Aber das ist ohne Zorn, weil ich davon ausgehe, dass auch ich einen Teil dieser Fehler gemacht hätte. Das will ich noch dazu sagen. Das war auch nicht als Anklage gedacht, sondern ist eine Lehre aus dieser Zeit. Es ist mir ganz wichtig, das noch einmal zu sagen. Ich habe mich oft in die Situation hineingedacht und mich gefragt: Wie würdest du entscheiden? Das ist äußerst schwierig gewesen, gerade in der Coronapandemie; das wissen wir. Dieses Missverständnis möchte ich gleich von vornherein ausräumen.

Das Zweite ist mobiles Arbeiten. Ich glaube, da müssen wir unsere Arbeit neu vermesen. Was kann der Gesetzgeber tun? Das ist schwierig. Wir haben ja eigentlich gar kein richtiges mobiles Arbeiten, sondern zeitgemäßes Homeoffice. Wir können das aber nicht so sagen, sonst haben wir im Grunde ein Problem. Man kann ja offen damit umgehen. Wir machen jetzt einen Versuch und werden eine Geschäftsstelle neu einrichten. Meine Idee ist, dort ein sogenanntes finanzielles Officevolumen bereitzustellen. Dann entscheiden wir gemeinsam: Wie richten wir die Bürofläche ein, und was tun wir zu Hause? Da müssen wir viel moderner denken. Wir haben auch Aushandlungsprozesse auf dem Weg vor uns. Ich glaube, dass das auch Spaß machen kann.

In Bezug auf die Leute, die zu Hause arbeiten, wird das Thema „Führen auf Distanz“ völlig unterschätzt. Ich glaube, da müssen wir unheimlich viel bei den Soft Skills nachholen. Ich habe neulich mit Frau Dr. Hofmann vom Fraunhofer-Institut darüber gesprochen. Ich denke, da müssen wir ganz viel mit Führungskräften tun. Jetzt kommt ja

– 122 –

flächendeckend Office 365 und Microsoft Teams, mit dem viel mehr agiles Arbeiten online und an verschiedenen Orten möglich ist. Ich glaube, das wird eine spannende Zeit. Da müssen wir auch kreativ sein. – Das ist das eine.

Das andere ist: Wir müssen mit Schließungen von Kitas und Schulen vorsichtiger umgehen. Ich finde, wir müssen dieses Thema jetzt einfach abhaken und sagen: Da haben wir uns ein Stück weit zu sehr verbarrikadiert. Wir müssen das das nächste Mal anders machen und auch lernen, dass wir den Pädagogen ein paar Tätigkeiten wegnehmen. Es darf nicht sein, dass die Schulen so wenige IT-Fachleute haben, dass die Lehrkräfte das nebenher machen und dass das dann teilweise nicht richtig funktioniert. Da müssen wir uns anders aufstellen, auch was größere Kitas und Kinderhäuser betrifft. Es kann nicht sein, dass die beste pädagogische Kraft überwiegend Verwaltungstätigkeiten macht, anstatt sozusagen Reize in die Gruppen hineinzugeben. Wie gesagt: Da müssen wir anders denken und das Thema Schließungen ganz anders handhaben.

Der Spielzeughandel hatte ja gar nicht geschlossen, Herr Weinmann. Das Problem war, dass er woanders stattgefunden hat. Man hat ja gesehen, wie viele Non-Food-Artikel bei Edeka auf einmal auf der Verkaufsfläche waren, bei den Discountern ohnehin. Die Supermärkte haben in dieser Zeit einen Teil des Geschäfts mitgemacht, das andere nicht machen konnten. Die Frage ist, ob eine Schließung auf der Ebene, wie wir es erlebt haben, überhaupt noch einmal möglich ist.

Erlauben Sie mir zu sagen: Ein verkaufsoffener Sonntag, der vielleicht drei Mal im Jahr stattfindet, kann durchaus einen Reiz haben und die Stadt beleben. Aber ständige Sonntagsöffnungen führen dazu, dass es beim Deckungsbeitrag eher schwieriger wird. Zudem muss das auch noch personell abgebildet werden. Ich glaube, es ist eher damit getan, dass wir aus den Köpfen bekommen, dass Einkaufen nicht beim Einkaufen stattfindet. Vielmehr muss in der Innenstadt wieder mehr Leben sein. Auch die Gastronomie gehört dazu.

Die Gastronomie und der Handel in Tübingen hatten nach dem Lockdown wieder aufgemacht. Dann musste die Gastronomie wieder schließen. Im Handel war dann fast nichts mehr los. Wie gesagt: Das gehört zusammen. Wir müssen das Denken, dass die Dinge in der Stadt zusammengehören, viel mehr vorantreiben.

Lieber Herr Reith, ich glaube, man kann nicht alles gesetzlich regeln. Aber wichtig ist, dass die Politik in der richtigen Tonlage unterwegs ist und die Menschen immer wieder auffordert, in einer solchen Zeit gut miteinander umzugehen. Das ist notwendig.

Ich komme jetzt zu dem, was Thomas Poreski gesagt hat. Ich habe versucht, das am Anfang deutlich zu machen. Wir haben gesagt: „Es ist notwendig, dass du das jetzt weitermachst. Aber wir schauen, dass wir dich dabei bestmöglich schützen.“ Das muss

– 123 –

ein Prozess sein. Gewerkschaften und Arbeitgeber müssen in einer Krise eng zusammenarbeiten. In dieser Frage darf es kein Gegeneinander, sondern muss es ein Miteinander geben. Das war am Anfang nicht so.

In Sachen Kitas musste ich mich – ich sage es so offen – ständig mit Minister Lucha anlegen, weil er beim Herausrücken von Tests ein bisschen behäbig war. Sonst kann man sich als Gewerkschaft gar nicht bewegen. Man kann die Kitas nicht öffnen, ohne gleichzeitig die Leute zu schützen. Beides wird von uns erwartet. Ich wünsche mir, dass wir da gemeinsam besser unterwegs sind, wie es dann am Schluss in vielen Bereichen auch gelungen ist.

Ich möchte noch etwas zu den Fachkräften sagen. In der Pflege sind 77 % der Pflegekräfte in Teilzeit, weil die Bedingungen nicht ordentlich sind. Die sind DRGs-geschreddert, sage ich mal. Wenn wir es schaffen würden, die Bedingungen dort zu verbessern, dann hätten wir die Chance, Menschen aus der Teilzeit wieder zurückzuholen. Da spreche ich aus viel Erfahrung, nicht nur am Küchentisch, sondern auch aus vielen Diskussionen. Es gibt Leute, die nur deswegen in Teilzeit gehen, damit sie zwei, drei Tage im Monat zusätzlich frei haben. Aus diesem Karussell müssen wir herauskommen.

Wir leiden in Baden-Württemberg insgesamt auch extrem darunter, dass wir jede Branche wie ein Silo denken. Ich glaube, in einer transformierten Arbeitsgesellschaft müssen wir Transformationsbrücken bauen.

Ich bin ein bisschen stolz, weil ich jetzt zum ersten Mal etwas Positives sagen kann. Wir haben lange daran gearbeitet und es jetzt geschafft, dass es einen Quereinstieg für die Kita gibt. Da sind wir letztes Jahr mit 28 Menschen gestartet. Dieses Jahr machen 601 Menschen eine Umschulung.

Wir müssen lernen, ausländische Bildungsabschlüsse schneller anzuerkennen. Wir werden Zuwanderung brauchen; das muss man klar sagen. Mein Sohn ist mit einer Südkoreanerin verheiratet, die Erzieherin ist und hier gelernt hat. Es hat neun Monate gedauert, bis ihr Abitur plus anerkannt worden ist. Sie ist übernommen worden und durfte dann vier Tage nicht arbeiten, weil die Ausländerbehörde von der Agentur für Arbeit nicht bestätigt bekommen hat, dass Erzieherin ein Mangelberuf ist. Leute, da muss die Verwaltung besser funktionieren!

Frau Wolle, ich tue mich ein bisschen schwer mit Ihrer Frage nach dem Umgang miteinander, warum die Menschen so aggressiv sind. Ich bilde mir jetzt nicht ein, die Geschehnisse im Parlament – ich bin selten hier – beurteilen zu können. Aber ich finde, dass die Politik eine Vorbildfunktion hat. Ich sehe immer wieder, dass Teile dieses Parlaments nicht gerade pfleglich miteinander umgehen. Es mag sein, dass das auf die Bevölkerung abfärbt.

– 124 –

(Vereinzelt Beifall)

Sv. Herr Krüger: Ich habe jetzt noch eine kurze Zeit.

Vorsitzender Alexander Salomon: Genau, eine kurze Zeit.

Sv. Herr Krüger: Wir hätten sagen können: „Wir brauchen mehr Personal bei den Ordnungsbehörden. Wir müssen da mehr kontrollieren.“ Klar, das kann man alles machen. Es geht aber darum, dass man in der Gesellschaft eine Atmosphäre schafft, damit sich die Bürger in solchen Situationen mehr einbringen.

Professor Drost ist für mich das Paradebeispiel. Er hat erkannt, jetzt muss er etwas machen. Er hat mit dem Podcast informiert. Das hätte er nicht machen müssen. Damit hat er sehr viel für uns geschafft. Das war sehr vorteilhaft für uns. Wenn wir das als Beispiel nehmen, um die Leute dazu zu bringen, dass sie sich in einer solchen Situation zuständig fühlen und mitmachen, dann ist das nur richtig. Wir als Gewerkschaft machen das. Wir versuchen, unsere Leute in die Position zu bringen.

Ihnen, dem Parlament, kann ich nicht sagen, welche Gesetze Sie machen sollen. Ich denke, man wird nicht in die Coronaverordnung schreiben können, dass die Leute in den Pausen über Gesundheit informiert werden sollen. Das wird nicht das Thema sein. Die Zuständigkeit liegt da bei jemand anderem. Wichtig ist, dass man sagt: Wir, das Parlament, haben erkannt, dass wir in so einer Situation die Bürger mehr mitnehmen müssen. Wir müssen daran appellieren, dass sie ihre Verantwortung erkennen, und zwar in einem positiven Sinn. Dann ist das nicht negativ. Die Gesellschaft muss mitgenommen werden.

Ich habe die Probleme im Einzelhandel für die Beschäftigten beschrieben. Sie sagen: „Das war furchtbar. Diese Zeit wollen wir nicht mehr erleben.“ Es ist wichtig, dass wir dann etwas tun, damit die Gemeinschaft insgesamt hilft. Ich glaube, dabei können auch Sie mitmachen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank an Sie. – Ich glaube, der Appell am Schluss war auch noch wichtig.

Gibt es aus der Runde noch Fragen, Hinweise oder Ergänzungen? – Das ist nicht der Fall.

Herr Professor Dr. Pedell, Herr Dr. Glaser, Herr Gross und Herr Krüger, vielen Dank an Sie im Namen der Enquetekommission.

(Beifall)

– 125 –

Sie haben uns wesentlich weitergeholfen. Wir danken Ihnen vielmals. Auch für Sie gilt: Wenn Sie noch Informationen haben oder Sachen gerade nicht losgeworden sind, dann richten Sie die bitte im Nachgang an uns, auch an die einzelnen Fraktionen. Alle sind bekannt und auf den Internetseiten abrufbar. Daher ist eine große Transparenz gegeben. Wir freuen uns immer wieder, wenn wir Hinweise bekommen.

Damit sind wir am Ende von Teil I Punkt 1 der heutigen Tagesordnung.

Punkt 2
Beschlussfassung über Anträge zum dritten
Handlungsfeld der Enquetekommission

Ihnen liegt der Antrag Nr. 1 der Fraktionen GRÜNE, CDU, SPD und FDP/DVP vor. Damit sind der Antrag der Fraktion SPD und der gemeinsame Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU aus der letzten Sitzung zurückgezogen. Deswegen kann der Antrag eingebracht werden. Gibt es Einbringungsbedarf vonseiten der vier Fraktionen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Aussprachebedarf unter den Fraktionen? – Auch nicht.

Damit gehen wir in die Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, der hebe bitte seine Hand. – Vielen Dank. Enthaltungen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich zähle alle, die digital dabei sind, erst einmal nicht dazu, außer Sie rufen rein, oder ich sehe Sie. Aber hier gab es eine große Mehrheit. Daher gibt es keinen Grund, das anzuzweifeln. Gibt es Neinstimmen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Die Enquetekommission stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Ich darf noch darauf hinweisen, dass unsere nächste Sitzung am Freitag, 10. November, um 9:30 Uhr stattfindet. Alle sind eingeladen, wieder an unserer Sitzung teilzunehmen.

Damit ist Teil I – öffentlich – beendet. Wir gehen jetzt in die nicht öffentliche Sitzung und müssen dafür noch ein paar Minuten warten. Ich verabschiede alle, die jetzt gehen.

(Schluss des öffentlichen Teils: 17:07 Uhr)

– folgt nicht öffentlicher Teil II (gesondertes Protokoll) –

17. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Öffentlicher Teil

19. Sitzung

Freitag, 10. November 2023, 9:00 Uhr

Stuttgart, Haus des Landtags

Plenarsaal
Videokonferenz

Beginn: 9:31 Uhr (Mittagspause: 12:19 bis 13:35 Uhr) Schluss: 17:11 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Teil I – öffentlich

Öffentliche Anhörung

zum Thema „Herausforderungen für die Versorgungssicherheit
und kritischen Infrastrukturen durch multiple Krisen, insbesondere
die Klimakrise“ S. 1

Teil II – nicht öffentlich.....(gesondertes Protokoll)

1. Bestimmung der in der Sitzung der Enquetekommission am
1. Dezember 2023 anzuhörenden Sachverständigen
2. Abstimmung über die „Dokumentation der Anhörungen“
(13. bis 16. Sitzung)
3. Verschiedenes

– 1 –

Öffentliche Anhörung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

zum Thema „Herausforderungen für die Versorgungssicherheit und Kritischen
Infrastrukturen durch multiple Krisen, insbesondere die Klimakrise“

am Freitag, 10. November 2023, 9:30 Uhr
Plenarsaal (Haus des Landtags)

A b l a u f p l a n

(Stand 10.11.2023)

Uhrzeit	Sachverständige / Funktion
09:30 Uhr	Dr. Natalie Pfau-Weller MdL , stv. Vorsitzende der Enquetekommission
09:35 Uhr	Roman Zitzelsberger , Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg
09:55 Uhr	Nicolas Schweizer , Vorsitzender des Vorstandes / CEO der Schweizer Electronic AG, Schramberg
10:15 Uhr	40-minütige Fragerunde
10:55 Uhr	Prof. Dr. Arnim Wiek , Professor an der School of Sustainability, Arizona State University; derzeit Gastprofessor am Institut für Umweltsozialwissenschaften und Geographie, Universität Freiburg
11:15 Uhr	Peter Röhrig , geschäftsführender Vorstand des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft e.V. (BÖLW), Berlin
11:35 Uhr	40-minütige Fragerunde
12:15 Uhr	Mittagspause
13:30 Uhr	Prof. Dr. Melanie Speck , Professur für Sozioökonomie in Haushalt und Betrieb, Hochschule Osnabrück
13:50 Uhr	Peter Defranceschi , Europe Food Cluster und Global CityFood Programme, ICLEI – Local Governments for Sustainability, Brüssel
14:10 Uhr	40-minütige Fragerunde
14:50 Uhr	Christoph Jeromin , Technischer Geschäftsführer des Zweckverbands Bodensee-Wasserversorgung, Stuttgart
15:10 Uhr	Prof. Dr. Galina Kolev-Schaefer , Senior Economist am Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.; Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Hochschule Köln
15:30 Uhr	Andrea Marongiu , Geschäftsführer des Verbands Spedition und Logistik Baden-Württemberg e.V., Stuttgart
15:50 Uhr	60-minütige Fragerunde
~16:50 Uhr	Ende der öffentlichen Anhörung

– 2 –

Teil I – öffentlich (Beginn: 9:31 Uhr)

Punkt 1

**Öffentliche Anhörung
zum Thema „Herausforderungen für die Versorgungssicherheit und kritischen Infrastrukturen durch multiple Krisen, insbesondere die Klimakrise“**

Stellv. Vorsitzende Dr. Natalie Pfau-Weller: Schönen guten Morgen miteinander! Wir beginnen unsere 19. Enquêtesitzung mit der öffentlichen Anhörung zum Thema „Herausforderungen für die Versorgungssicherheit und kritischen Infrastrukturen durch multiple Krisen, insbesondere die Klimakrise“. Die Tagesordnung liegt allen vor. Gibt es dazu Änderungswünsche? – Das ist nicht der Fall.

Prima, dann steigen wir gleich ein. Wir hören als ersten Sachverständigen Herrn Roman Zitzelsberger, den Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg. Sie haben 20 Minuten Zeit; ich werde Sie darauf hinweisen, wenn Sie diese überschreiten. Aber Sie sehen vorn am Redepult auch eine Uhr, die die verbleibende Redezeit anzeigt. Wir freuen uns jetzt auf Ihren Impuls, Herr Zitzelsberger.

Sv. Herr Zitzelsberger: Danke schön. – Liebe Vorsitzende, sehr geehrte Mitglieder der Enquetekommission, sehr geehrte Abgeordnete, meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst dafür bedanken, dass Sie die IG Metall Baden-Württemberg zu dieser wichtigen und zukunftsorientierten Diskussion eingeladen haben.

Ich glaube, die Herausforderungen für die Versorgungssicherheit und die kritische Infrastruktur, die durch die vielen Krisen – ich glaube, da haben wir jetzt drei intensive Lernjahre hinter uns – und insbesondere auch durch die Notwendigkeit, den Klimawandel zu bekämpfen, hervorgerufen worden sind, sind enorm. Das ist ein Thema, das Umsicht, proaktives Handeln und Antizipieren erfordert.

Ich will vorweg zunächst einen Disclaimer setzen, der natürlich etwas mit den Industrien bzw. den Arbeitnehmern in den Industrien, die ich vertrete, zu tun hat: Der Wohlstand dieses Landes hängt wie in kaum einer anderen Region auf der Welt von dem produzierenden Gewerbe und in besonderem Maß auch von der Industrie ab.

Schauen wir uns eine Weltkarte an: Auf einer Deutschlandkarte haben wir zwei Faktoren, die man einfach kennen muss: Es gibt kein anderes Bundesland, das einen höheren Anteil an produzierendem Gewerbe hat als Baden-Württemberg – mit weitem Abstand. Und: Es gibt kein anderes Bundesland, das einen so hohen Anteil an der deutschen Exportquote hat wie Baden-Württemberg.

Wenn man sich Baden-Württemberg – ich möchte keinen Separatismus ausrufen, schon allein deshalb nicht, weil wir seit gestern wissen, dass laut bundesweitem

– 3 –

„Glücksatlas“ die Badener glücklicher sind als die Württemberger; aber Spaß beiseite – jetzt aber als eigenständige ökonomische Region ansieht und diese sozusagen im weltweiten Vergleich betrachtet, gilt auch dort, dass Baden-Württemberg bei den Aspekten „Anteil produzierendes Gewerbe“ und „Exportquote“ einen absoluten Spitzenplatz belegt.

Das bedeutet, dass die Frage der Krisenfestigkeit dieses Themas enorm ist. Welche Brüche es da in den letzten Jahren gegeben hat, das wurde, glaube ich, sehr deutlich. Wir haben Engpässe bei der Energieversorgung erlebt, wir haben Engpässe beim gesamten Thema Vorfertigung erlebt, wir haben Rohmaterialengpässe erlebt. Wir haben insbesondere erlebt, was passiert, wenn nicht ausreichend Halbleiter zur Verfügung stehen. Auch erleben wir, was passiert, wenn nicht genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen. Jetzt ist nicht alles davon ein Teil der kritischen Infrastruktur, es hängt aber erheblich damit zusammen.

Diesen Teil der Geschichte haben wir zwar halbwegs schmerzhaft, aber doch mit nur einem blauen Auge in den letzten drei Jahren noch hinter uns gebracht. Wir kommen jetzt aber zunehmend in eine Phase, in der nicht mehr das, was wir seit gefühlt hundert Jahren sehr, sehr gut können, die wirtschaftliche Prosperität bestimmt, sondern ganz neue Dinge.

Dabei rede ich nicht nur von der Antriebswende in der Mobilität oder gar über die Verkehrswende. Wir sprechen sozusagen über einen kompletten Umbau von allen Trägern, die irgendetwas bewegen – vom Pkw über den Bus, vom Bagger bis zum Mähdrescher usw. usf. Das ist sozusagen ein Teil der Geschichte, die zunehmend, mit vielen Volatilitäten und Unsicherheiten, nach vorn kommt.

Wir reden zum Zweiten über einen großen und umfassenden Bereich der Digitalisierung, und zwar der Digitalisierung von Prozessen und Produkten. Wir feiern jetzt, glaube ich, zehn oder zwölf Jahre Industrie 4.0. Da hat es große Fortschritte und Entwicklungen gegeben. Im globalen Vergleich sind wir aber nicht dort, wo wir stehen möchten.

Neben der Prozessdigitalisierung kommen jetzt zunehmend weitergehende Produktdigitalisierungen. Ein sogenanntes Software-Defined Car macht aus einem Auto, natürlich im übertragenen Sinn, eher ein mobiles Device, ein Handy – weil es schlicht und ergreifend die digitalen Teile sind, die zunächst erfunden werden; das Auto wird sozusagen darum herum gebaut.

Das Dritte und Wesentliche, was nach vorn passiert – ich glaube, es ist sehr, sehr bedeutend, dass es uns gelingt, unsere Infrastruktur, unsere kritische Infrastruktur darauf auszurichten –, ist die generative, die sogenannte künstliche Intelligenz.

– 4 –

Es geht nicht mehr nur um das Herausfiltern von Daten in einer neuen Zusammensetzung – um es einmal in der Bildsprache zu sagen: Fotografien, die hinterlegt sind, werden wie eine Collage neu zusammengesetzt, sozusagen durch die Intelligenz der künstlichen Intelligenz –, sondern der nächste Schritt ist, dass die künstliche Intelligenz jetzt tatsächlich auch selbst in der Lage ist, Bilder allein auf Anweisungen hin und aufgrund der Tatsache, dass sie gelernt hat, wie Dinge aussehen, zu generieren.

Dieser Teil der Geschichte ist so sensationell groß, dass es enorm wichtig ist, alle Facetten der Infrastruktur, von kritischer Infrastruktur und von Versorgungssicherheit, sicherzustellen.

Wenn ich es an dieser Stelle mit einem holistischen Blick einmal auf einen Punkt fokussieren darf, könnte man in Abwandlung eines Wahlslogans von Bill Clinton sagen: „It's the energy, stupid!“

Das wird die zentrale Frage sein für alle diese Facetten, für den Wandel der Industrie genauso wie für den Wandel der Gesellschaft, für den Wandel der Landwirtschaft und vieles andere mehr: dass es uns eben gelingt, so schnell wie möglich ausreichende, versorgungssichere und kostengünstige nachhaltige Energie auf den Markt zu bringen. Das ist, glaube ich, der entscheidende Punkt, den wir brauchen.

Jetzt könnte man das wieder abschieben; dazu will ich nur zwei, drei Stichworte sagen. Es kommt eben nicht nur darauf an, ausreichend regenerative Energieversorgungssicherheit durch die kritische Infrastruktur zu haben. Vielmehr werden wir das nur mit einer immensen Anstrengung im Rahmen des Ressourcen- und Energieverbrauchs insgesamt hinbekommen. Wir haben viele Themen – wenn ich etwa an den Bereich „Alternative Energien“ denke, an grünen Wasserstoff –, bei denen wir noch weit entfernt sind von einem: „Okay, da hat sich tatsächlich etwas bewegt.“

Auf der Forschungsseite sind wir da top. Aber bei der Zurverfügungstellung der notwendigen Infrastruktur sind wir extrem weit hintendran.

Das macht es noch einmal deutlich: Viele Unternehmen in Baden-Württemberg beschäftigen sich seit Jahrzehnten mit dem Thema Brennstoffzelle, mit der Nutzung von Wasserstoff als Energieträger – für dezentrale Energieversorgung ebenso wie für Antriebstechnologien. Wir sehen, dass wir wenige Kilometer von hier entfernt, bei Bosch in Feuerbach, komplett fertige Brennstoffzellenaggregate haben, die man in einen Lkw hineinschrauben kann und das Ding fährt. Aber wir haben keine Infrastruktur, mit der wir diesen Lkw mit Wasserstoff betanken könnten. Da wird noch einmal deutlich, wie groß der Zusammenhang zwischen Infrastruktur bzw. kritischer Infrastruktur und der Frage unserer Wettbewerbsfähigkeit ist, um unsere Prosperität tatsächlich erhalten zu können.

– 5 –

Ich möchte mit Blick auf die Zeit darauf hinweisen: Wir reden hier über eine unterschiedliche Priorisierung hinsichtlich der Bedeutung. Ich würde den Themen Energie, „Sicherheit der Energieversorgung“ und „Nachhaltige Energieversorgung“ ausdrücklich den absolut größten Punkt einräumen.

Ich sage aber auch: Es ist natürlich nicht meine Rolle, allein darauf hinzuweisen. Vielmehr thematisiere ich als Vertreter der größten Industriegewerkschaft im Land auch die spezifische Frage der Zurverfügungstellung ausreichend vieler Fachkräfte sowie ihre Qualifikation, ihr Qualifikationsniveaus etc.

Auch hier möchte ich, bevor ich dazu komme, einen kurzen Disclaimer vorausschicken. Baden-Württemberg hat sich über Jahrzehnte einen Ruf als Bildungsland erarbeitet. Was unseren Vorsprung angeht, kann man das gleichsetzen mit den beiden anderen Themen „Produzierendes Gewerbe“ und Exportquote. Wir waren immer Spitzenreiter im Bereich der Qualifizierung und des Qualifikationsniveaus am Ende der allgemeinbildenden Schulen – auf jedem Niveau. Es ist kein Geheimnis, dass wir da massiv abgerutscht sind. Die nächste PISA-Studie, die nächsten Ergebnisse sollen in Kürze kommen, und wir werden auch dort noch einmal feststellen, dass wir einen weiteren Bruch haben.

Lassen Sie mich dies auch in Richtung der Vertreter der Landesregierung sagen: Schulfrieden, das ist alles recht und gut. Wir brauchen aber große Schritte nach vorn. Das wäre viel, viel notwendiger, damit wir nicht noch mehr Zeit verlieren. Wir erleben schon heute, mit Blick auf die Hochschulen und Studiengänge wie z. B. Ingenieurwissenschaften, wie viele Menschen uns da fehlen, die wir in zehn, 15 oder 20 Jahren bräuchten, um auch weiterhin Innovationstreiber zu sein.

Ich will aber zurück zu meinem eigentlichen Thema kommen, nämlich zur Aus- und Weiterbildung. Wir bei der IG Metall Baden-Württemberg sehen uns eben nicht nur als Vertreter der Beschäftigten in einem – sage ich einmal – sehr spezifischen Sinn, sondern immer als Teil des Ganzen, mit einem Allein- und Allgemeinvertretungsanspruch. In diesem Sinn sind wir eben auch Wegbereiter und Gestalter einer nachhaltigen, zukunftsfähigeren und – ich will das betonen – gerechteren Arbeitswelt. Genau das ist ein Punkt, der uns natürlich umtreibt. Die Sorgen und Hoffnungen der Belegschaften in den Wandel zu integrieren ist nämlich nicht nur eine Herausforderung, sondern eben auch eine bedeutende Verantwortung, die wir sehr ernst nehmen.

So sehr ich auch dafür bin, das Thema Antriebswende beschleunigt nach vorn zu bringen, habe ich auf der anderen Seite aber ganz konkret Menschen, die in den Betrieben der Metall- und Elektroindustrie arbeiten und vielleicht Kolben, Abgasanlagen oder Ähnliches herstellen. Diesen Spagat – auf der einen Seite Vorreiter und nach vorn orientiert sein zu wollen, auf der anderen Seite aber eben auch die Sorgen und Ängste der Menschen ernst zu nehmen – können Sie sich vielleicht in etwa vorstellen.

– 6 –

Aus dieser Situation heraus ergeben sich sowohl Risiken als auch Potenziale für alle Beschäftigten. Um diese zu adressieren und zu nutzen, braucht es in allererster Linie einen integrierten, partizipativen Ansatz, der jede Einzelne, jeden Einzelnen mitnimmt. Was meine ich damit? Wir müssen die verschiedenen Rollen, Fähigkeiten und Bedürfnisse der Beschäftigten während der Transformation in den Mittelpunkt stellen. Es geht darum, sicherzustellen, dass sich alle, die von dem Wandel betroffen sind, in diesen Prozess integrieren können.

Wir haben im letzten Jahr zusammen mit unserem Sozialpartner Südwestmetall in unserer gemeinsamen Einrichtung, der Agentur Q, mit Unterstützung der Landesregierung die sogenannte „Future Skills“-Studie durchgeführt, die auch bereits im Koalitionsvertrag hinterlegt ist. Das ist sozusagen eine wesentliche Grundlage dafür, zu wissen, welche Qualifikationen Menschen zukünftig brauchen, um Schritte nach vorn sicherzustellen und die notwendigen Fachkräfte verfügbar zu haben.

Es geht eben auch darum, die Menschen in diesem Prozess mitzunehmen und Ihnen nicht nur zu sagen: „Da habt ihr etwas, woraufhin ihr euch qualifizieren könnt.“ Man muss auch hinterlegen, dass sie tatsächlich die Chance und die Möglichkeit dazu haben. Wir wissen, dass es darum geht, sicherzustellen, dass die Stimmen der Beschäftigten gehört werden und dass sie die Möglichkeit haben, ihre Bedenken zu äußern, Vorschläge zu machen und eben auch an Lösungen mitzuarbeiten.

Die IG Metall Baden-Württemberg macht das beispielsweise mit einem eigenen Transformationsteam. Wir gehen aktiv in die Betriebe, sprechen mit den Menschen vor Ort. Glücklicherweise sind mit der Ziffer-35c-Regelung – noch von der alten Bundesregierung – ausreichend Fördermittel vorhanden. Es gibt auch übergeordnete Transformationsteams an mehreren Stellen im Land, u. a. im Nordschwarzwald. Sie befassen sich mit genau dieser Frage: Wie können wir die Menschen sozusagen weiterentwickeln und in die Zukunft bringen?

Über verschiedene Branchen und Betriebsgrößen hinweg führen wir mit Betriebsrätinnen und Betriebsräten sogenannte Zukunfts-Checks durch, um gemeinsam wichtige Schritte in der Transformation der jeweiligen Betriebe zu gehen und um Industriearbeit sicher sowie Betriebe und Belegschaften fit für die Zukunft zu machen.

Eine solche Herangehensweise erkennt an, dass die Beschäftigten eine entscheidende Rolle in dieser Veränderung spielen. Ihre Einbindung und Unterstützung ist entscheidend für den Erfolg der Veränderung. Ein solcher Ansatz stellt sicher, dass die Transformation nicht nur top-down durchgeführt wird, sondern dass alle Beschäftigten aktiv am Prozess teilnehmen und zum Gelingen beitragen. Denn die Sorgen, die bei vielen damit einhergehen – ich bin eben darauf eingegangen –, sind vielfältig, sie sind real.

Ich bin der felsenfesten Überzeugung, dass es am Ende des Tages gelingen kann, keine beschäftigungspolitischen Brüche im Land zu haben und dass wir ausreichend

– 7 –

Zukunftsbeschäftigung generieren können. Aber wie wir den Switch eines Menschen, der heute im Getriebebau eines Pkw-Herstellers beschäftigt ist, entsprechend hinbekommen, ist eine Frage, die beantwortet werden muss. Genau dieser Spagat ist es, der eben Partizipation erfordert, will man die Sorgen und Ängste der Menschen ernst nehmen.

Die Kernbotschaft heute lautet: Wir, die IG Metall, sehen diese Herausforderung nicht als unausweichbare Katastrophe, sondern vor allem als Gestaltungsaufgabe und als große Chance für die Menschen, aber – ich betone es ausdrücklich – auch für die Industrie, für das produzierende Gewerbe und für den wirtschaftlichen Wohlstand in unserem Land.

Baden-Württemberg verfügt über eine starke industrielle Basis und hohe Innovationskraft. Dies ermöglicht es, eine Vorreiterrolle hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft einzunehmen. Investitionen, Forschung und Entwicklung sind entscheidend, um technologische Fortschritte zu beschleunigen und damit auch nachhaltige Lösungen für die Klimakrise zu finden.

Dazu gehören auch attraktive Arbeitsbedingungen sowie Investitionen in Bildung und Ausbildung, um den Fachkräftemangel als eines der drängendsten Probleme – ich bin darauf eingegangen – zu bekämpfen und zu beheben.

In Zeiten der Klimakrise verstärken sich diese Herausforderungen, da zusätzliche Kompetenzen erforderlich sind und neue Anforderungen an Nachhaltigkeit und Resilienz zu erfüllen sind.

Der Fachkräftemangel hat viele Ursachen; diese hier auszuführen, würde den zeitlichen Rahmen sprengen. Ich befasse mich daher eher mit Strategien, die dem entgegenwirken. Es ist entscheidend, Ausbildungsprogramme zu stärken und lebenslanges Lernen zu fördern. Das umfasst auch komplette Spurwechsel oder Umschulungsmaßnahmen gerade in jenen Branchen, die sich in besonderem Wandel befinden.

Dazu gehören neben der lokalen Ausbildung auch Strategien zur Anwerbung internationaler Fachkräfte, um den Arbeitsmarkt zu erweitern und um neue Kompetenzen zu integrieren. Dazu gehört aber auch eine weltoffene Gesellschaft, eine Gesellschaft, die auch Spaß macht, sodass Menschen, die irgendwo auf der Welt bei deutlich besserem Wetter leben, Lust haben, nach Deutschland zu kommen. Da brauchen wir keine Bilder von irgendwelchen Verrückten, die Fahnen auf der Straße verbrennen oder einen radikalen Kurs fahren, wie er durchaus von einzelnen Parteien, auch in diesem Landtag, geprägt wird.

Meine Damen und Herren, flexible Arbeitszeiten und verbesserte Betreuungsangebote für Kinder und pflegebedürftige Angehörige können helfen, insbesondere Frauen für den Arbeitsmarkt zu gewinnen.

– 8 –

Kurzum: Es gilt, attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, Fachkräfte nicht nur zu gewinnen, sondern auch das vorhandene Fachkräftepotenzial zu heben. Das schließt eine angemessene Entlohnung und die Teilhabe an Entscheidungsprozessen ein.

Um diese Chancen alle zu nutzen, sind aus unserer Sicht die nachfolgend genannten Maßnahmen möglich, die ich an Sie als politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger unter der Überschrift: „Was sind die Antworten auf Krisenzeiten für die Sicherheit von Arbeitsplätzen, für Arbeitnehmerinteressen?“ richte.

Den Teil der grundbildenden Schulen lasse ich zunächst weg; das habe ich schon erwähnt.

Es braucht aber – erstens – Investitionen in Bildungsprogramme, Kapazitätserweiterungen in Berufsschulen und Hochschulen, die Sicherstellung ausreichend vieler Lehrkräfte in diesen Bereichen sowie beispielsweise die Möglichkeit, Berufsschulen in Zentren für Aus- und Weiterbildung umzubauen und eben auch Angebote zu machen, die spezifisch auf die Bedürfnisse einer grünen Wirtschaft ausgerichtet sind.

Zweitens: Investitionen in Bildung und Qualifizierung der Beschäftigten. Die Landesregierung kann in Kooperation mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden Programme auflegen, die eine zielgerichtete Weiterbildung fördern und dabei insbesondere digitale und grüne Kompetenzen stärken – selbstverständlich unter enger Einbindung der Agentur für Arbeit. Wir, die IG Metall, hatten vor wenigen Tagen gemeinsam mit der Agentur für Arbeit in Baden-Württemberg exakt zu dieser Frage eine große Veranstaltung, um das noch einmal zu verdeutlichen.

Drittens: Förderung von Forschung und Innovation. Etablieren Sie noch mehr öffentlich-private Partnerschaften zur Entwicklung von Technologien, die sowohl ökologisch nachhaltig als auch ökonomisch rentabel sind. Dabei können solche Einrichtungen wie Steinbeis einen wesentlichen Beitrag leisten.

Viertens: Unterstützung beim Strukturwandel. Bieten Sie Unternehmen mehr finanzielle Anreize und Beratungen, um den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft zu erleichtern, ohne dabei Arbeitsplätze zu gefährden.

Fünftens: Erweiterung des öffentlichen Verkehrs – eine wichtige Investition in ein nachhaltiges, resilientes öffentliches Verkehrssystem, das den Bedürfnissen der Arbeitnehmer entspricht und gleichzeitig die Umweltbelastung reduziert.

Sechstens: erhöhte Investitionen in erneuerbare Energien; darauf bin ich vorhin eingegangen. Das wissen Sie; das haben Sie in diesem Haus schon mehr als einmal diskutiert. Wir brauchen hier Speed, Speed, Speed. Alles andere wird gegen unseren wirtschaftlichen Wohlstand laufen.

– 9 –

Siebtens: partizipative Gestaltung des Wandels. Das, was auf Ebene der Betriebe gilt, gilt auf der Ebene der Beschäftigten ganz genauso. Insbesondere beim Neuaufbau von Infrastruktur ist es eben notwendig, frühzeitig die Bürger einzubinden, genauso wie auf betrieblicher Ebene die Interessen der Beschäftigten zu wahren sind.

Last, but not least, achtens: Einfluss auf die EU-Gesetzgebung, damit auch Baden-Württemberg an einer Förderung partizipieren kann – nicht erst dann, wenn es sozusagen zum „Rust Belt“ von Deutschland wird.

Ich füge an: Ich hätte den dringenden Wunsch, dass die EU bei der Regulatorik zur generativen, künstlichen Intelligenz die Chancen in den Vordergrund stellt, nicht die Risiken.

Ich komme zum Schluss, weil meine Zeit vorbei ist. Die IG Metall Baden-Württemberg ist bereit, an der Umsetzung dieser Maßnahmen mitzuarbeiten und einen wichtigen Zukunftsbeitrag zu leisten. Wir sind überzeugt, dass die Zusammenarbeit aller Akteure die Resilienz der Wirtschaft und die Lebensqualität in Baden-Württemberg nachhaltig stärken kann.

Ich danke Ihnen damit für die Aufmerksamkeit und nochmals für die Möglichkeit, hier zu sprechen. Vielen Dank.

(Beifall)

Stellv. Vorsitzende Dr. Natalie Pfau-Weller: Herzlichen Dank, Herr Zitzelsberger. Perfekt in der Zeit, das hat klasse geklappt. – Als nächsten Sachverständigen begrüßen wir Herrn Nicolas Schweizer. Er ist der Vorsitzende des Vorstands und CEO der Schweizer Electronic AG in Schramberg. Auch Sie haben 20 Minuten, und wir freuen uns auf Ihre Ausführungen.

Sv. Herr Schweizer: Vielen herzlichen Dank. – Sehr geehrte Frau Vorsitzende, werte Abgeordnete, meine Damen und Herren! Ich darf mich Ihnen ganz kurz vorstellen. Mein Name ist Nicolas Schweizer, ich bin, wie gehört, Vorstandsvorsitzender der Schweizer Electronic AG im wunderschönen Schramberg im Kreis Rottweil im Schwarzwald.

(Zuruf des Abg. Daniel Karrais FDP/DVP – Vereinzelt Heiterkeit)

– Danke für diesen Zwischenruf, Herr Karrais. – Unser Unternehmen wurde vor 174 Jahren gegründet, und ich leite das Unternehmen jetzt in der sechsten Generation. Zugegeben: Ich bin leidenschaftlicher Familienunternehmer.

– 10 –

Wir stellen hochtechnologische Mikroelektronik her, namentlich Leiterplatten und Halbleiter-Embedding-Lösungen. Wir sind das älteste Leiterplattenunternehmen Deutschlands und die Nummer 3 in Europa. Wir sind ein Familienunternehmen und zeitgleich börsennotiert.

Meine Damen und Herren, Mut, Veränderungsbereitschaft, Leistungsbereitschaft, Pragmatismus und Weitsicht zeichnen einen guten Unternehmer aus. Genau diese Eigenschaften haben auch Baden-Württemberg zu dem gemacht, was es heute ist: das innovativste, das wandlungsfähigste und das erfolgreichste Bundesland Deutschlands.

Wirtschaftlich fußt diese Stärke aber vor allem auf einem: auf dem starken Mittelstand. So viel möchte ich sagen. Meine Damen und Herren, auch wenn vieles kompliziert erscheint, so lässt sich, glaube ich, doch alles auf drei gemeinsame Ziele, die uns alle in Wirtschaft, Politik und in der Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften vereint, zusammenfassen:

Erstens: Wir wollen Freiheit und Sicherheit gewähren.

Zweitens: Wir wollen den Wohlstand unseres Landes erhalten.

Und drittens: Wir wollen gute Vorfahren sein. Wir wollen unseren Kindern eine klimaneutrale Gesellschaft hinterlassen.

Dazu braucht es eine starke Politik und vor allem auch eine starke Wirtschaft, die beide gemeinsam – in ungefähr die gleiche Richtung – zusammen an einem Strang ziehen.

Sie baten mich, heute vor allem über das Thema „Electronic Supply Chain Management“ zu sprechen, was ich gern konkret an unserem Beispiel, der Leiterplatte, tue.

Sie wissen, unsere Zeit ist von immensen Krisen und Herausforderungen geprägt – sei es in Bezug auf internationale Konflikte, Klimawandel oder wirtschaftliche Turbulenzen. Angesichts dieser komplexen Situation ist es von entscheidender Bedeutung, unsere Resilienz in der Supply Chain, unsere Lieferkettensicherheit zu stärken, die Standortbedingungen in Europa und Deutschland zu verbessern und gleichzeitig die Dekarbonisierung der Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben.

Die Definition von Resilienz bedeutet dabei für mich nicht die Erreichung der Autarkie. Es ist mir ganz wichtig, das zu sagen; denn dies wäre schlicht falsch. Doch es ist unausweichlich für die kritischen Produkt- und Technologiebereiche gerade in der Mikroelektronik, sowohl die Resilienz wiederzuerlangen als auch einen signifikanten Anteil am Weltmarkt zu erhalten.

– 11 –

Wo sinnvoll und möglich – das hören die wenigsten gern –, muss dabei und dadurch auch wieder eine technologische und globale Abhängigkeit von europäischen Technologien geschaffen werden.

Meine Damen und Herren, die Mikroelektronik leistet, das hat auch mein Vorredner Herr Zitzelsberger schon angedeutet, einen unverzichtbaren Beitrag zum Erreichen unserer Klimaziele. Ohne den Einsatz von Halbleitern und Leiterplatten sind weder E-Mobilität noch die Produktion erneuerbarer Energien und Wärmepumpen denkbar. Deswegen müssen wir diese Schlüsseltechnologien in Europa dringend und schnellstmöglich in die Resilienz bringen.

Wir haben es gesehen: Vor drei Jahren – das haben wir vor fünf Jahren noch gar nicht antizipiert – hat uns die Halbleiterknappheit ganz klar gezeigt, was passieren kann, wenn wir in Europa, wenn wir in Deutschland – mit der Notwendigkeit unserer Industrie, mit unserer Exportquote – nicht mehr in der Lage sind, zu funktionieren, weil Mikrochips nicht mehr zur Verfügung stehen.

Mithilfe des EU-Chips-Acts und der IPCEI Mikroelektronik konnten zwar signifikante Innovationen in der Halbleiterbranche in Deutschland sichergestellt werden. Diese werden sicherlich in absehbarer Zeit, in absehbarer Zukunft ihren Mehrwert entfalten und sichtbar zur Resilienz der Wertschöpfungsketten von Unternehmen in Deutschland und Europa beitragen.

Allerdings, und das ist mir an dieser Stelle ganz wichtig, müssen die Erfolge auch dazu anspornen, diese Strategie fortzusetzen und das gesamte Mikroelektronikökosystem in den Blick zu nehmen. Denn ohne beispielsweise die Verbindungstechnik der Leiterplatte, die ich hier repräsentiere, ohne die Gesamtheit der Komponenten der Elektronikindustrie können Chips nicht weiterverarbeitet werden. Halbleiter als Gehirn der Elektronik wären ohne ein Nervensystem und Gerüst aus Leiterplatten nicht funktionsfähig.

Europa muss deswegen dringend die heimische Produktion von Komponenten erhalten und ausbauen, um ein wirklich resilientes Ökosystem der Mikroelektronik zu schaffen.

Kommen wir zu den Zahlen: Lassen Sie mich mit vielleicht beeindruckenden oder sogar negativ beeindruckenden Zahlen einmal auf Sie zukommen. Der Weltmarkt für Leiterplatten hatte im Jahr 2020 ein Volumen von 78,6 Milliarden US-Dollar. Der größte Marktanteil mit 85 % entfällt dabei – wen wundert's? – auf China und Südostasien. Es folgen Japan mit 8 %, Amerika mit 4 % und – jetzt festhalten – Europa mit 3 %. Das ist ein massiver Rückgang.

– 12 –

Vergleicht man das jetzt mit Zahlen aus dem Jahr 2000 – wir reden hier nur über gerade einmal 20 Jahre –, stellt man fest, dass unser Weltmarktanteil in dieser Technologie in ganz Europa von 20 % auf 3 % gefallen ist. Gleichzeitig ging die Anzahl der Hersteller in dieser Zeit von ungefähr 1 000 Unternehmen auf 160 Unternehmen zurück.

Das ist nach unserem Dafürhalten – das gilt nicht nur für mich in meiner Rolle als Vorstandsvorsitzender der Schweizer Elektronik AG, sondern auch als Vorsitzender der Fachgruppe PCB-ES, also Leiterplatten und sonstige Bauelemente, im Verband des ZVEI – eine sehr gefährliche Entwicklung. Denn trotz aller unbestritten richtigen und wichtigen Unterstützung der Halbleiterindustrie, die eine Initiale ist, die sicherlich die Lokomotive in diesem Kontext ist, ist es wichtig, eben auch die gesamte andere Mikroelektronik in unserem Land zu unterstützen.

Herr Zitzelsberger hat es vorhin gesagt: Das ist eine Thematik, die uns auf der einen Seite im Hinblick auf die zukünftigen Opportunitäten und Chancen motivieren muss, motivieren soll und anspornen soll. Das müssen wir ermöglichen, um auch die Transition der, sage ich einmal, etwas älteren und – in gewisser Weise: bedauerlicherweise – verschwindenden Technologien aufzufangen. Hier geht es um Ermöglichen.

Wie gesagt: 3 % des Weltmarkts sind nur noch in Deutschland zu Hause. Die historischen Gründe hierfür sind mannigfaltig, sie liegen aber vor allem heute in der klaren Erkenntnis Chinas, dass – wieder am Beispiel der Leiterplatte – Leiterplatten essenzielle, wenn nicht sogar existenzielle Technologien sind. Sie sind die Transformatortechnologie für Windkraft, PV und Batterien. Sie ermöglichen erst die Elektrifizierung aller Sektoren auf Basis erneuerbarer, nachhaltiger Energie.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine vielleicht sogar recht hehre, aber nach meiner Meinung doch richtige These: dass es bereits heute kapazitiv und in wenigen Jahren auch technologisch möglich sein wird, nicht nur die Resilienz dieser Technologie für ihr Land darzustellen, sondern eine vollständige Autarkie. Wenn wir jetzt ableiten, dass sich 85 % der globalen Produktion dieser Technologie in einer technologischen Resilienzautarkie – ich möchte es einmal so nennen – in der Hand eines einzigen Landes befinden, dann regt mich dies sowohl als Verbandsperson des ZVEI als auch als Unternehmer zum Denken an.

Die Erkenntnis, dass es jetzt gerade weitergeht, endet jedoch nicht bei China oder Südostasien, Taiwan und Korea, sondern die unbedingte Notwendigkeit, die Schlüsselkomponenten der Elektronikindustrie technologisch wie kapazitiv zu fördern, auch im Hinblick auf die Resilienz, wurde in den USA bereits erkannt.

Für Leiterplatten und IC-Substrate – um nur diesen Anteil zu nehmen und um nicht nur über Halbleiter zu sprechen – stellt allein der Defense Production Act mehr als 150 Millionen US-Dollar zur Verfügung. Was auch noch dazu beiträgt, sind selbstredend

– 13 –

der Inflation Reduction Act – insgesamt 390 Milliarden US-Dollar – und der Infrastructure Investment and Jobs Act – 1,2 Milliarden US-Dollar zusätzlich.

Wenn ich das kurz hier einfügen darf: Wir als mittelständisches Unternehmen aus dem Schwarzwald wurden in den letzten 50 Jahren noch nie so oft darauf angesprochen, in den USA zu investieren, wie wir es derzeit werden. Die USA treten selbst an uns heran.

Auch in China und weiteren Ländern Asiens wird das gesamte Mikroelektronikökosystem staatlich gefördert. Unternehmen erhalten dort Finanzhilfen, Steuererleichterungen, günstige Kredite, staatliche Mittel und Vergünstigungen.

Die Notwendigkeit, weitere Teile der Mikroelektronik, hier vor allem die Leiterplatte, in den Fokus zu nehmen, ist bis dato in Europa kaum oder nicht erkannt.

Folgende Beispiele möchte ich Ihnen dazu nennen: Unsere Komponenten werden, wie gesagt, dringend für die Digitalisierung benötigt. Hier geht es auch um ein Thema, das hier im Haus sicherlich schon öfter besprochen wurde: Cybersecurity, die den Einsatz von sicherheitskritischer Elektronik bedingt. Dies beinhaltet eben Verschlüsselungstechnologien, Authentifizierungstechnologien und Produkte, die gerade im Kontext der Funktechnologien – das wurde viel diskutiert: 5G-Netze – und der dahinter liegenden Datenhoheit zu besprechen sind.

Herr Zitzelsberger hat es, das hat mich sehr gefreut, schon gesagt: Auch die Zukunftstechnologie künstliche Intelligenz und die damit verbundene Nutzung der dafür notwendigen Mikroelektronik wird ohne Leiterplatten und Komponenten nicht funktionieren. Die IC-Substrate, das ist eine spezielle Leiterplattentechnologie, werden als leistungsstarke Verbindungslösungen u. a. im Hightech-Performance-Computing benötigt. Bei aller Richtigkeit des von Herrn Zitzelsberger Gesagten: Es bedarf auch der technologischen Infrastruktur dahinter in unserem Land, die wir selbst herstellen, die wir selbst technologisch entwickeln.

Nur zur Wahrnehmung: Der Net-Zero Industry Act soll ja den regulatorischen Rahmen und die Investitionsbedingungen für Nettonulltechnologien in Europa verbessern. Angestrebtes Ziel ist, 2030 mindestens 40 % des jährlichen europäischen Bedarfs an klimaneutralen Technologien und 25 % des Weltmarkts für klimaneutrale Technologien in Europa herzustellen. Was Leiterplatten angeht, findet sich diese Technologie nicht einmal im Net-Zero Industry Act erwähnt. Eine Frage darf man sich hier schon stellen. Man sagt einerseits, Halbleiter seien existenziell notwendig für die Resilienz unseres Landes, für die Prosperität und vor allem auch für die Unabhängigkeit, aber auf der anderen Seite tauchen unsere Technologien, taucht die Leiterplatte nicht einmal als relevante Technologie auf.

– 14 –

Die Frage des Electronic Supply Chain Managements ist also schlicht eine Frage der Resilienz – in der Marktdurchdringung und in der Frage der technologischen Führerschaft.

Was bedeutet das jetzt im Hinblick auf einen Handlungsauftrag – nicht nur für uns als Industrie, sondern auch als Handlungsauftrag an die Politik? Ich möchte ein paar Beispiele nennen und Ihnen heute mitgeben, von denen ich glaube, dass dies Themen sind, die nicht nur auf Bundes- und auf europäischer Ebene signifikante Relevanz haben, sondern bei denen auch das Land Baden-Württemberg – als, wie eingangs erwähnt, führendes technologisches Bundesland – in meinen Augen seinen Beitrag leisten kann.

Zunächst einmal: Mir ist es wichtig, dass die Wertschöpfungskette für Mikroelektronik von allen erkannt und verstanden wird: von der Politik, von der Bevölkerung und von den Unternehmen.

Dann ist es mir wichtig, dass man die notwendigen Ökosysteme identifiziert, sprich: Wo muss was gemacht werden, und mit welchen Mitteln? Dazu müssen definierte, zielgenaue Programme geschaffen werden, die genau in diese Resilienzthematik einzufließen.

Mir ist aus eigener Erfahrung auch wichtig, dass der Zugang zu Förderprogrammen für den Mittelstand erleichtert wird, gerade im Hinblick auf die Mikroelektronik im Schwäbischen, im Badischen, beides – wobei ich nicht mit Herrn Raffelhüschen gehe, dass die Badener glücklicher seien als die Württemberger, aber das ist ein anderes Thema. Mir ist einfach wichtig, dass die Förderprogramme jetzt einmal anders angeschaut werden, und zwar muss die Unternehmensklassifizierung – Sie haben sich damit sicherlich schon beschäftigt – wirklich an moderne Gegebenheiten angepasst werden.

Zusätzlich, auch das ist mir wichtig, müssen die regulatorischen Rahmenbedingungen so angepasst werden, dass die Hürden für kleine und mittlere Unternehmen – dazu gehören wir – bei der Beantragung von Fördermitteln bedeutend niedrigeren Aufwand mit sich bringen.

Intensive Förderprogramme sind im Bereich Forschung und Entwicklung erforderlich. Da reicht es nicht – wir nutzen das –, was bislang zur Verfügung gestellt wird, insbesondere, wenn es um Zukunftstechnologien geht. Mir geht es hier nicht um den Wettbewerb, mir geht es vor allem um den Vergleich und die aggressive Förderpolitik von den USA, China und anderen asiatischen Ländern.

Wir als deutsches Unternehmen könnten Förderungen in den USA erhalten, sofern wir diese Technologien dann ausschließlich den USA zur Verfügung stellen würden. Selbiges gilt für China. Das tun wir nicht – bewusst tun wir das nicht. Aber wir sollten uns

– 15 –

trotzdem Gedanken darüber machen, ob es sinnvoll ist, dass wir nicht mit gleichen Fördermaßnahmen in Forschung und Entwicklung vorangehen, wie es unsere Wettbewerbsländer tun.

Ich glaube auch, dass die politische Unterstützung für die Förderinstrumente auch zukünftig unabdingbar ist, gerade auch durch Ihr Haus. Die bestehenden Haushaltsposten und Sondervermögen, die eingerichtet wurden, müssen aufrechterhalten bleiben, müssen im Landeshaushalt wie auch im Bundeshaushalt mit den notwendigen Mitteln ausgestattet werden, auch langfristig. Es darf kein One-Time-Wonder sein, was wir in der Halbleiterindustrie gesehen haben.

Was das Fördersystem angeht, muss meines Erachtens mehr Föderalismus herrschen. Es müssen Modelle zur Verstetigung der Förderung gefunden werden – auf der einen Seite –, welche die konkrete Durchführung zukünftiger Projekte wegen mir gern auch in der Hand des Bundes lässt, es den Ländern aber erlaubt, eine situativ angepasste Koförderung zu betreiben. Wir haben das im EU-Chips-Act gesehen, in der eine derartige Koförderungsmöglichkeit gegeben und auch erlaubt ist. Das muss aber auf alle Fördermaßnahmen ausgerollt werden, die, sage ich einmal, europäischen Ursprungs sind.

Denn ich bin der Überzeugung, dass eine Landesregierung ob ihrer Nähe und aufgrund des besseren Verständnisses für ihre Region und für ihre Industrie gegebenenfalls zielgenauere Entscheidungen trifft, als es eine Bundesregierung vielleicht kann.

Wie eingangs von meinem Vorredner gesagt: Wir müssen dringend Fachkräfte aus- und weiterbilden. Die Erhöhung des Frauenanteils, MINT-Berufe, Höherqualifizierung, Weiterbildung – es ist alles gesagt.

Ebenfalls ganz wichtig ist das Thema Zuwanderung. Das Zuwanderungsgesetz, das wir jetzt gesehen haben, begrüßen wir als Unternehmen sehr. Wir müssen es aber auch ausfüllen. Wir müssen als Unternehmen unsere Verantwortung übernehmen, aber auch die Politik muss ihre Verantwortung übernehmen. Es ist mir auch ganz wichtig, dass die Willkommenskultur für die Fachkräftezuwanderung hier in Deutschland stärker gelebt wird.

Des Weiteren, und da mahne ich: Die Wettbewerbsbedingungen für den Mittelstand sind in den letzten vier Jahren, sage ich einmal, nicht besser geworden. Wir als Unternehmen brauchen dringend Kostenentlastungen, die sowohl direkt als auch mittelbar die Attraktivität des Standorts für uns als Unternehmer, aber auch für Investoren aus dem Ausland verbessern.

Ein Beispiel – das habe ich hier noch in meinem Skript, denn das habe ich natürlich nicht erst gestern Nacht geschrieben – ist das Thema „Senkung der Stromsteuer“. Das begrüßen wir natürlich sehr; es gab ja gestern die Regierungsentscheidung, dass die

– 16 –

Stromsteuer gesenkt wird. Mir ist in diesem Fall wichtig, dass dies eben für alle Verbrauchergruppen des produzierenden Gewerbes jetzt zur Anwendung kommt und nicht singuläre Wirksamkeit nur für Einzelne entfaltet, wenn es um den Industriestrompreis geht.

Ganz zuletzt: Mir ist es unglaublich wichtig, dass wir die Berichtspflichten eindämmen, dass die Regulatorik abgebaut wird und dass dieses One-in-one-out-Prinzip, über das wir immer wieder gesprochen haben, wenn es um neue Regulatorik geht, endlich einmal zum Leben erweckt wird. Das gilt auf europäischer Ebene, das mahne ich auf Bundesebene an, und das erlaube ich mir heute auch hier in Ihrem Haus anzumahnen: Wir brauchen weniger Regulatorik.

Es ist für uns als Unternehmen kaum noch möglich – und wir sind börsennotiert, das heißt, wir kennen uns mit Regulatorik und Wirtschaftsprüfung sehr gut aus –, die auf uns zugekommenen Berichtspflichten zu stemmen. Ich persönlich habe die Ausgaben für Personal zur Betreuung der Regulatorik in den letzten drei Jahren stärker erhöhen müssen, als ich meine Innovationsabteilungen habe ausbauen können. Das kann für ein technologisch führendes Land nicht der richtige Weg sein.

Wir müssen uns an diesem Punkt natürlich auch darüber im Klaren sein, dass wir dann auch Schutzzwecke über Bord werfen müssen. Doch ich glaube, wir sind als Land, als Bevölkerung, als Kultur in der Lage, Schutzzwecke über Bord zu werfen und dennoch die notwendigen Rahmenbedingungen und auch Sicherheiten für alle zu schaffen. Geben Sie uns Luft zum Atmen!

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle – ich bin schon zehn Sekunden über der Zeit – noch ein ganz kurzes Beispiel nennen: CBAM – Carbon Border Adjustment Mechanism. Das führt mittlerweile, bereits jetzt in der Vorbereitungsphase, zu unglaublicher bürokratischer Belastung für uns. Nach meinem Dafürhalten wurde diese ganze Regelung nicht zu Ende gedacht. Sie regelt den Upstream, regelt aber nicht den Downstream, also die Veräußerung nach außen.

Unsere Produkte werden durch diesen CBAM, durch die CBAM-Regulatorik perspektivisch aufgrund der Nutzung CBAM-relevanter Materialien derart verteuert – und wir haben eine hohe Exportquote; es geht um Wettbewerbsfähigkeit im globalen Markt –, dass allein durch diese eine Regulatorik, unabhängig vom Regulationsaufwand, die Kosten um Faktoren auf der Materialkategorie erhöht werden. Das kann nicht im Sinne unserer Zielsetzung – einer starken Wirtschaft – sein.

Was mir ebenfalls noch wichtig ist: Mir geht es nicht zwingend immer, auch bei diesem CBAM, um eine Abschaffung. Mir geht es nur darum: Wenn eine Regulatorik eingeführt wurde, dann sollte diese Regulatorik auch in einen Revisionsprozess hineingehen, und man sollte das – „Lessons Learned“, wie man auf Englisch sagt – auch in eine Revision der Regulatorik bringen. Ob der Erfahrungen sollten zudem die Übergangsfristen, die Übergangsphasen zur Einführung verlängert werden.

– 17 –

Meine Damen und Herren, damit bin ich im Prinzip am Ende meiner kurzen Tour d’Horizon. Zusammengefasst: Lieferkettensicherheit in unserer Electronic Supply Chain erreichen wir nur durch die Schaffung von Resilienz in der Mikroelektronik. Einen anderen Weg wird es nicht geben. Mikroelektronik ist der Schlüssel, um die Klimaziele zu erreichen. Und nach meinem Dafürhalten ist es der einzige Schlüssel dazu, unser Land technologieoffen in eine – wie wir es nennen – All Electric Society zu führen.

Damit komme ich wieder zu unseren drei eingangs von mir genannten Punkten. Diese drei Ziele, die uns als Unternehmen, als Politik, als Parteien, als Sozialpartnerschaften gemeinsam vereinen, sind voraussichtlich nur erfüllbar, indem wir technologieoffen in eine All Electric Society voranschreiten.

Der Punkt ist: Die Maßnahmen sind identifiziert. Die Möglichkeiten sind da.

Stellv. Vorsitzende Dr. Natalie Pfau-Weller: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Sv. Herr Schweizer: Ja, gern, Frau Vorsitzende. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Bitte nehmen Sie diese Gedanken – wie breit sie auch gewesen sein mögen – mit. Es ist mir wirklich wichtig, dass wir das Land nach vorn bringen und dass wir vor allem Baden-Württemberg nach vorn bringen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Stellv. Vorsitzende Dr. Natalie Pfau-Weller: Herzlichen Dank. – Dann folgt jetzt die Fragerunde, und ich bitte die Vertreter, sich zu melden. – Zunächst hat für die Fraktion GRÜNE Herr Abg. Poreski das Wort. – Bitte.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. – Vielen Dank, Herr Schweizer und Herr Zitzelsberger, für Ihre wirklich umfassenden Vorträge und für die Anstöße, die wir, glaube ich, ganz gut verwenden können.

Ich fange mit Ihnen an, Herr Schweizer. Die Vision einer All Electric Society ist das eine. Das andere, was uns, glaube ich, sehr entgegenkommt, ist, dass Sie grundsätzlich sehr ins Gelingen verliebt sind, wenn ich das einmal so sagen darf. Das heißt, Sie haben differenzierte Ansätze und Antworten geliefert, auch auf die aggressiven Förderstrategien aus China und den USA. Da müssen wir uns aufstellen. Die Antwort kann aber nicht nur ein „Wir machen das genauso!“ sein, sondern wir müssen das differenziert angehen. Das haben Sie aus meiner Sicht ganz überzeugend dargestellt.

Wo es sich sicher lohnt, hineinzuschauen: in das Thema „Revisionsprozess bei Berichtspflichten bzw. bürokratischen Anforderungen“. Ich glaube, da sind alle Fraktionen im Nachgang interessiert daran, wie ein solcher Revisionsprozess aufgestellt werden

– 18 –

muss. Dass man ihn aber braucht, ist sehr einleuchtend. Dazu sind wir einfach zu nah an der Basis, auch an den Unternehmen, als dass wir das leugnen könnten.

Ich habe jetzt, weil wir nicht so viel Raum haben, nur ganz wenige Punkte, auf die ich vertieft eingehe. Der eine betrifft das Thema De-Risking, auch in Bezug auf die Unternehmensstrategie.

Dann zwei Punkte, bei denen ich einfach daran interessiert wäre, zu erfahren, wie Sie dazu stehen. Das eine Thema: Recycling – dann ist man einfach weniger abhängig von Nettorohstoffimporten.

Das zweite Thema, bei dem wir uns auch von China unterscheiden könnten – das macht aber natürlich nicht ein einzelnes Unternehmen, sondern dann die Volkswirtschaft –, ist eine faire Partnerschaft. China ist ja Spezialist darin, unfaire Partnerschaften zu stiften, beispielsweise in Afrika. Das könnte auch anders sein.

Zu Herrn Zitzelsberger: Vielen Dank, auch für den Hinweis auf die wirklich beeindruckende, gute Studie „Future Skills“, die ich mit Begeisterung gelesen habe. Das ist ein Thema, das uns auch in der Bildung – aus guten Gründen – beschäftigt, nicht nur in der Weiterbildung, sondern auch in der Grundbildung. Sie haben darauf hingewiesen, dass der nächste PISA-Bericht vor der Tür steht, der wahrscheinlich ganz gut abbilden wird, wie schwierig das ist – man muss hinzufügen: nicht in Baden-Württemberg speziell, aber in Deutschland insgesamt.

Dazu meine Frage – neben den Investitionen, die Sie zu Recht von Gewerkschaftsseite fordern –: Wie soll sich das auf die Inhalte auswirken? Zu den Future Skills gehören ja Fähigkeiten wie digitale Kompetenz; das ist ganz klar. Aber dazu gehören natürlich auch Fertigkeiten, die als Kern der Future Skills identifiziert werden, z. B. Kooperation, Kommunikation, Kreativität, kritisches Denken – was jetzt nicht unbedingt die Grundanforderungen der alten Industriegesellschaft sind, aber die Grundanforderungen der sich neu aufstellenden sein werden. Aus meiner Sicht wäre es ganz gut, auch von der Gewerkschaftsseite noch einmal Hinweise zu bekommen, wie Sie sich da aufstellen.

Beim Stichwort Transformation haben Sie sehr stark das Thema Energie hervorgehoben und auch die Notwendigkeit, Übergänge ohne Brüche zu vollziehen. Das ist sicher die große Herausforderung, gerade auch für die Politik. Sie haben einen starken Fokus auf die Sicherheit im Wandel gelegt. Mich würde interessieren, welchen Beitrag die Gewerkschaften, auch kommunikativ, dazu leisten können, dass wir die Botschaft herüberbringen, dass wir Sicherheit nur durch Wandel erreichen.

Vielen Dank.

– 19 –

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Vielen Dank an die beiden Vortragenden. – Ich habe eine kurze Nachfrage an Herrn Zitzelsberger: Sie haben sehr eindrücklich die Chancen von KI in den Vordergrund gestellt, was mir sehr gut gefallen hat. Da werden Sie sicherlich das eine oder andere noch vertiefen können. Ich habe zwangsläufig an Elon Musk gedacht, der vor ein paar Tagen gesagt hat, KI zerstöre alle Jobs. Er provoziert natürlich immer sehr. Eine solche Diskussion führt man ja schon immer, hat sie auch in der industriellen Revolution geführt, als es hieß: Mit den Maschinen werden alle Jobs zerstört. Das hat aber nicht dazu geführt. Wie lautet Ihre Einschätzung aus Sicht der IG Metall? Das Thema beschäftigt Sie wahrscheinlich sehr intensiv. Vielleicht können Sie das eine oder andere dazu sagen, inwiefern Sie meinen, dass KI die Arbeitsplätze vielleicht eher verändern wird und wie man seitens der Politik darauf reagieren sollte – oder ob das üblicherweise eher eine Aufgabe für Unternehmer und Gewerkschaften ist.

Herr Schweizer, vielen Dank für Ihre sehr eindrücklichen Worte. Auch die Zahlenbeispiele regen sehr zum Nachdenken an. Mich würde interessieren: Können Sie prognostizieren, wo es in den nächsten 20 Jahren hingeht? Oder hat man da Vermutungen? Zuletzt sind wir bei den Halbleiterplatten innerhalb von 20 Jahren in Europa ja von einem Anteil von 20 % auf 3 % gefallen. Wenn man das weiterführen würde, wären wir irgendwann bei 0 % oder gegen null.

Gleichzeitig haben Sie davon gesprochen, welche Risiken damit natürlich einhergehen, wenn wir abhängig sind von Ländern, die Demokratie und freiheitliche Werte nicht besonders hochhalten, und wenn das dann die einzigen Länder sind, die solche Platten noch in großer Stückzahl herstellen. Dazu die Frage: Welche Forderungen haben Sie an die Politik? Gerade im Zuge der Coronakrise gab es ja die große Befürwortung, dass wir mehr Produktion ins Inland oder in die Europäische Union verlagern müssen. Man hat auch einige Ansätze dazu gesehen. Aber wie könnte aus Ihrer Sicht als baden-württembergisches mittelständisches Unternehmen jetzt das Land Baden-Württemberg Ihnen konkret helfen? Das würde mich interessieren.

Sie hatten einen weiteren wichtigen Punkt angesprochen: Cybersicherheit. Das ist ebenfalls ein Thema, das uns in der Landespolitik sehr beschäftigt. Mich würde interessieren: Wie ist Ihre Wahrnehmung bezüglich der Cybersicherheit? Wie ist das Land da aufgestellt? Ich habe eine eher positive Wahrnehmung: dass wir sehr, sehr viel machen, sehr viel anbieten. Aber jetzt die Frage direkt an Sie gerichtet: Wie nehmen Sie als Unternehmen das wahr, was seitens des Landes zur Verfügung gestellt wird, seitens des LKA und vieler anderer Stellen? Was könnte man potenziell noch tun, um in der Cybersicherheit noch resilienter zu werden?

Vielen Dank.

Abg. Florian Wahl SPD: Lieber Herr Zitzelsberger, lieber Herr Schweizer, herzlichen Dank für Ihre Impulse. – Unsere Fragen richten sich zunächst an Sie, Herr Zitzelsberger: Sie haben in Ihrem Vortrag ein ganz besonderes Augenmerk auf Weiterbildung

– 20 –

und Qualifikation der Beschäftigten gelegt. Wie beurteilen Sie die momentanen Programme des Landes in diesem Bereich?

Vor allem: Wen sollten wir, das Land – welche Beschäftigten, welche Unternehmen? –, bei einer Justierung gerade zum Thema Weiterqualifizierung noch verstärkt in den Blick nehmen? Welche Maßnahmen sehen Sie in der Praxis als besonders wirksam an? Wie könnten diese eigentlich ausgebaut werden?

Sie sind auf den Workshop „Zukunfts-Check“ eingegangen, den Sie zusammen mit den Betriebsrätinnen und Betriebsräten durchführen. Ist das nicht auch ein Hinweis darauf, dass auch im Land viele Unternehmen beratende Unterstützung bräuchten, was Transformation angeht, vielleicht gerade auch vonseiten des Landes? Wie schätzen Sie, ganz konkret, die Transformationsbereitschaft der Unternehmen ein, eventuell auch der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Baden-Württemberg? Gäbe es in diesem Bereich vielleicht noch etwas zu tun?

Dann habe ich eine Frage, Herr Zitzelsberger, die sich direkt darauf bezieht, was Herr Schweizer angesprochen hat: Regulatorik, Berichtspflichten. Wir alle reden – das steht immer im Raum – von einer überbordenden Bürokratie und wie diese im Prinzip das Ganze hemmt. Wie ist der Blick der IG Metall darauf? Das wird von bestimmten Seiten ja sehr massiv gefordert. Ich habe es von Ihnen jetzt gar nicht so explizit gehört. Wie muss man das auch im politischen Diskurs – weil das momentan ja wieder ganz massiv gefahren wird – bewerten? – Das waren die Fragen an Sie.

Herr Schweizer, herzlichen Dank auch für Ihren Vortrag. Ich schließe mich den Fragen – ich hatte sie fast wortgleich notiert – des Vorredners zum Thema Cyberangriffe an. Durch die Digitalisierung wichtiger Infrastruktur wird das Risiko größer, dass sie Ziel von Cyberangriffen wird, was wiederum zu Krisen bei der Versorgung führen kann. Wie schätzen Sie die aktuelle Lage der KRITIS in Baden-Württemberg ein?

Dann würde ich Sie ebenfalls noch fragen, was ich gerade Herrn Zitzelsberger zum Thema „Berichtspflichten, Regulatorik“, das Sie angesprochen hatten, gefragt habe: Können Sie das plastisch machen, einfach ganz konkret? Wir hören das immer als eine Art Monstranz, und das ist auch absolut richtig. Aber einfach konkret: Wo? An welcher Stelle? Das wäre, glaube ich, ganz wichtig.

Dann geht es, gerade für Ihre Industrie, auch darum: Was kann das Land ganz konkret tun? Was erwarten Sie ganz konkret vom Land? Was erwarten Sie von uns?

Herzlichen Dank.

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Auch von unserer Seite ganz herzlichen Dank für die Impulse. In der Tat ist es so: Wenn man als Dritter oder Vierter spricht, sind viele gute

– 21 –

Fragen schon abgearbeitet; auch mir ist es so ergangen. Trotzdem möchte ich noch konkret auf einiges eingehen.

Herr Zitzelsberger, das Thema Bürokratie steht ja wirklich über allem. Das eine ist: Wie können wir Anreize setzen? Auch das Stichwort Förderung ist gefallen. Aber oftmals ist ja wichtiger – das hört man immer wieder in der Wirtschaft –: „Lasst uns einfach einmal machen.“

Sie haben es angesprochen, Herr Schweizer: Regulatorik abbauen. Insofern würde mich ebenfalls interessieren – damit hat sich selbstverständlich auch die IG Metall beschäftigt –, was wir ganz konkret tun können, um Regulatorik abzubauen. Wenn wir von Bürokratieabbau sprechen, nicken zwar immer alle mit dem Kopf, aber: Was machen wir, wenn es dann konkret wird? Das wäre mir wichtig. Für uns, die wir Handlungsempfehlungen erarbeiten sollen, ist das natürlich ganz wichtig. Diese Frage geht vielleicht auch an beide: Wie soll es konkret aussehen?

Herr Schweizer, Sie haben die Dokumentations- und Berichtspflichten erwähnt. Einerseits kann man diese abbauen, man kann theoretisch auch Zeiträume verlängern, man kann Intervalle vergrößern. Insofern wären wir dankbar, wenn wir ganz konkrete Beispiele bekämen.

Was für mich als Vertreter eines Wahlkreises im ländlichen Raum immer Fragen sind: Wie kann das zu gleichen Verhältnissen beitragen? Wie können wir tatsächlich gleiche Lebensverhältnisse herstellen? Was kann das zu einer Resilienz beitragen? Da gibt es manchmal die Antwort: „Nein, wir brauchen eine Clusterung!“, oder aber: „Wir brauchen eine Verteilung!“ Gibt es da Überlegungen, wie wir den ländlichen Raum tatsächlich stärken können? Haben Sie dazu eine spezielle Position?

Was ganz oft über allem steht, ist tatsächlich der Fachkräftemangel. Neben allem, was wir in der Tagespolitik erleben, und auch schon vor allen multiplen Krisen, die wir im Moment haben, war der Fachkräftemangel immer ein Thema.

Vieles ist angesprochen worden: Integration, Herr Zitzelsberger – da brauchen wir mehr Erfolge. Es geht auch um berufliche Bildung, um die Qualifikation von Arbeitssuchenden. Wir haben einen viel zu hohen Anteil von Arbeitssuchenden, die wenig oder gar nicht qualifiziert sind, auch was die schulische Qualifizierung angeht.

Worüber wir jetzt langsam anfangen zu diskutieren, ist das Thema Teilzeit. Wo sehen Sie, Herr Zitzelsberger, Potenziale, auch bei unseren Beschäftigten, in unseren Beschäftigtenstrukturen, wenn es um Teilzeitarbeit geht, um da wieder etwas zu heben?

Ich nenne ein Beispiel: Im Landkreis Schwarzwald-Baar haben wir im Landratsamt unter den 1 000 Mitarbeitern 450 Teilzeitbeschäftigte. Das hat immer Gründe, und das ist immer wichtig. Aber wir haben auch 45 offene Stellen. Jetzt mache ich eine ganz

– 22 –

einfache Rechnung auf: Wenn jeder dieser 450 drei Stunden pro Woche mehr arbeiten würde, dann hätten wir diese 45 Stellen theoretisch besetzt. Ich weiß, dass das zu einfach ist. Aber ich glaube, wir müssen die Diskussion führen: Wie schaffen wir es, die Leistungsfähigkeit unserer Arbeitskräfte zu heben, und zwar positiv – nicht negativ behaftet?

Herr Schweizer, Sie haben die Halbleiterindustrie genannt. Das war es, was in der Krise bei uns ganz offensichtlich ja auch ein Problem darstellte. Können Sie Beispiele nennen, wo das bei den Leiterplatten, bei der Mikroelektronik sichtbar geworden ist, wenn auch für uns irgendwie nicht spürbar? Damit wir davon eine Vorstellung bekommen, ein genaues Bild.

Abschließend: Was uns in den nächsten Monaten, Jahren wahrscheinlich beschäftigen wird, in allen Bereichen, in allen Branchen, ist das Thema PFAS. Betrifft das auch Sie und Ihre Branche, und wie? Wie müssen wir da vorgehen? Da befinden wir uns im Moment, was die europäische Ebene angeht, ja noch relativ früh im Verfahren. Deswegen wäre es mir wichtig, dass wir uns früh entsprechend einbringen. Denn ich glaube, wenn alle Stoffe einfach nur verboten werden, haben wir ein Riesenproblem.

Danke.

Abg. Carola Wolle AfD: Herr Zitzelsberger, Herr Schweizer, vielen Dank für die sehr, sehr interessanten Vorträge. – Herr Zitzelsberger, ich habe zunächst eine Frage zum Thema Bildung. Sie haben gesagt, die Bildung in der Schule sei schlechter geworden. Das dokumentiert die PISA-Studie. Worauf führen Sie das hier in Baden-Württemberg zurück? Was können wir an dieser Stelle besser machen?

Die Produktionsketten in der Automobilindustrie werden durch die Einführung des E-Autos ja deutlich kürzer. Das heißt, die Mitarbeiter in der Produktion werden über kurz oder lang freigestellt. Wie können wir da in die Erwachsenenbildung einsteigen, damit diese Menschen wieder zu Arbeit kommen? Wie gesagt, in der Produktion können sie an dieser Stelle ja nicht mehr arbeiten.

Thema Teilzeit, Frauen: Ich denke, da sind Sie dran – auch Sie, Herr Schweizer. Vielleicht gibt es einen Kindergarten bei Ihnen im Unternehmen. Frauen sind eben oft für die Erziehung der Kinder zuständig; deswegen arbeiten sie in der Regel meistens Teilzeit – im Gegensatz zu den Männern. Ich meine das nicht wertend, sondern es ist einfach so. Was können wir tun, um die Kinderbetreuung sicherzustellen, sodass wir mehr Frauen in Teilzeit bringen bzw. vielleicht auch früher wieder in Vollzeit, damit sie mehr Stunden leisten können und damit die Kapazität, die man braucht, zur Verfügung steht?

– 23 –

Herr Schweizer, was noch nicht angesprochen wurde: Unternehmen brauchen auch Rohstoffe. Wie können wir aus Ihrer Sicht sicherstellen, dass die Lieferketten an dieser Stelle gesichert sind?

Das Thema Fachkräftemangel wurde schon angesprochen; ich denke, das ist ein ganz wichtiges. Das eine ist, dass man in die Erwachsenenbildung einsteigt. Sie haben ja angesprochen, dass Sie die Forderung haben, dass wir eine Willkommenskultur für Fachkräfte machen. Wie können wir das noch mehr unterstützen als bisher?

Dann haben Sie vom Industriepreis gesprochen. Wie energieintensiv ist denn Ihre Produktion?

Danke schön.

Stellv. Vorsitzende Dr. Natalie Pfau-Weller: Jetzt habe ich noch eine Meldung von Herrn Professor Dr. Busemeyer. Gibt es noch weitere Wortmeldungen?

(Abg. Christiane Staab CDU und Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD melden sich.)

– Okay, dann müssen wir eine zweite Fragerunde machen. Dann aber bitte kürzere Fragen. Wir berücksichtigen das vielleicht bei den Antworten und beraumen anschließend eine zweite Runde an. Daher bitte ich Sie, möglichst in fünf bis sieben Minuten zu antworten. Die Fragesteller halten sich bitte wirklich möglichst kurz, damit wir den Zeitplan hinbekommen. – Herr Zitzelsberger, bitte.

Sv. Herr Zitzelsberger: Zur Frage nach der „Future Skills“-Studie: Wie soll man sich sozusagen auf diese überfachlichen Inhalte beziehen? Was muss man an dieser Stelle nach vorn tun? Ich glaube, das Wesentliche ist – da sind wir mit unserer gemeinsamen Agentur von Südwestmetall und IG Metall dran –, das jetzt herunterzubrechen und sozusagen aus dem, was wir an Erkenntnissen gewonnen haben, entsprechend verarbeitbare Pakete für die Weiterbildung im Betrieb zu organisieren.

Das ist natürlich eine gewisse Bandbreite. Großunternehmen mit ausgeprägten Personalentwicklungsabteilungen machen das anders als der Mittelständler oder der ganz Kleine. Das ist auch der Punkt, an dem wir als Sozialpartner versuchen, mit unserer gemeinsamen Agentur entsprechend einzugreifen, zu unterstützen. Dabei stehen wir auch im Austausch mit der Landesregierung. Wir versuchen natürlich immer wieder zu fragen: Wo brauchen wir jetzt noch weitere Schritte, um das unterstützt zu bekommen?

Einen Satz zur Frage nach den überfachlichen Kompetenzen: Die haben wir auch bisher schon drin, sie sind schon in der Neuordnung der industriellen Metall- und Elektroberufe von 1987 enthalten. Das ist also nichts Neues. Aber das spielt in einer agilen

– 24 –

Arbeitsorganisation, in einer sich permanent verändernden Entwicklung und Produktion natürlich noch einmal eine ganz andere Rolle.

Zum Thema „Transformation und Energie“ und zur Frage „Sicherheit im Wandel, Sicherheit durch Wandel?“ hatten wir vor ein paar Jahren als Initiative auch der Landesregierung und gefördert durch die Landesstiftung Baden-Württemberg die Studie „Sicherheit im Wandel“ durchgeführt. Ich durfte damals Teilnehmer dieser Gruppe sein. Jetzt möchte ich nicht nur auf diese schriftliche Geschichte hinweisen, aber es ist natürlich beides: Wir brauchen Sicherheit im Wandel, müssen aber genau diesen eben auch fördern, im Sinne von: Die Menschen erleben das nicht nur als Bedrohung, sondern sie erleben es eben auch als Chance. Das hatte ich ja gesagt; das ist der partizipative Teil.

Herr Miller fragte nach meiner Einschätzung zu Elon Musks Zitat, die KI zerstöre alle Jobs. Ja, wir kennen SPIEGEL-Artikel aus den Siebzigerjahren und den Sechzigerjahren, wir kennen die Geschichte der Halle 54 bei VW. Wir hatten aber etwas anderes. All dies war sozusagen Technologie, die vor allem rund um Mechanik und Robotik unterwegs war. Was wir jetzt aber erleben, ist die Generierung von eigenem, bis dato nicht vorhandenem Wissen.

Ich möchte das an einem Beispiel festmachen. Ich habe nach meiner Ausbildung, nach meiner Schlosser- und Maschinenschlosserausbildung – Berufskollegiat Maschinenbautechnik – noch eine Programmiererausbildung gemacht. Das ist heute nur noch rudimentär vorhanden, weil sich die Programmiersprachen natürlich entwickelt haben. Ich habe das alles ausprobiert, mit allem, was ich weiß: Wenn ich heute ChatGPT 4 nutze, kann ich sagen: „Bitte programmiere mir eine Programmroutine in Python, die folgende Schritte beinhaltet: ... Ich will diese und jene Ergebnisse haben.“ Dann bekommen Sie einen komplett fertigen Code, komplett fertig. Und wenn ich sage: „Oh, sorry, ich wollte das ja gar nicht in Python, ich wollte es in Java“, heißt es: „Kein Problem, ich mache dir das auch in Java.“

Damit wird noch einmal deutlich, dass wir jetzt einfach einen Technologiesprung haben, der in Bereiche hineingeht, die bisher nicht vorstellbar waren. Denn einem Roboter können Sie nicht sagen: „Bau mal dieses Auto zusammen.“

Aber das Programm ist in der Lage, einen kompletten Programmcode zu erstellen. Das geht in viele weitere Bereiche hinein, und zwar heute schon ganz praktisch. „Erstelle mir eine Excel-Tabelle“ usw. Sie geben nur noch die Parameter ein.

Zerstört das alle Jobs? Nein, das wird es nicht tun. Aber insbesondere in den Bereichen Forschung und Entwicklung in Unternehmen, in der Administration: Dort werden wir große Brüche erleben. Diese großen Brüche gilt es, ähnlich wie bei der Frage „Veränderungen im Antrieb“, auch tatsächlich zu gestalten.

– 25 –

Sollten wir das aufhalten? Auf keinen Fall. Wir müssen es gestalten, müssen überlegen, was wir da tatsächlich machen, worin auch Chancen liegen, z. B. bei einer kommunalen Verwaltung etc.

Wenn wir in Fachkräftemangelsituationen kommen, kann es auch als Chance begriffen werden, dies richtig zu nutzen – nicht gegen die Menschen, sondern für und mit den Menschen. Da bin ich Optimist, kenne aber natürlich auch die Herausforderungen.

Florian Wahl hat nach einer Beurteilung der Programme des Landes, nach Maßnahmen in der Praxis gefragt. Ich habe eben etwas zur Umsetzung der „Future Skills“-Studie gesagt; es würde zu weit führen, das jetzt im Detail auszuführen.

Aber ich würde gern einen Punkt nennen, den ich immer wieder anführe: Wir haben extrem viel Geld bei der Implementierung von Industrie 4.0 aufgewendet, beispielsweise in den Berufsschulen. Wir brauchen den Umbau der Berufsschulen in Zentren für Aus- und Weiterbildung. Diese Kapazitäten nicht breit zu nutzen ist eine sträfliche Vernachlässigung von Ressourcen. So viele haben wir nicht, als dass wir uns das leisten könnten. Das wäre etwas, was ich Ihnen dringend an die Hand legen würde.

Zukunfts-Checks – ja, dazu gibt es zwei Fragen. Hinweise, wie sozusagen die Transformationsbereitschaft aussieht: Wir haben leider festgestellt, dass von Teilen der automobilen Zulieferer die Transformation immer noch nicht als das aufgenommen wurde, was sie ist. Hier brauchen wir dringend nicht nur Beratungsgutscheine und Beratungsmöglichkeiten, sondern da braucht es quasi – ich sage es mal so; es ist nicht fürs Protokoll geeignet – „Türeintreter“ dort, wo wir wissen, dass es einen Schub braucht, um das tatsächlich anzunehmen.

Wir haben übrigens nach einer gemeinsamen Studie, die auch durch das Land gefördert wurde – Kfz-Handwerk, IG Metall –, einen sehr tiefen Blick in den Bereich des Kfz-Handwerks gelegt. Dort werden wir, wenn das entsprechend läuft, bis 2040 bis zu 50 % weniger Beschäftigung brauchen – gegenüber dem, was heute gemacht wird. Da entsteht auch Neues. Wir haben jetzt gemeinsam mit dem Kfz-Handwerk diese Zukunfts-Checks ausgerollt. Es ist genau das, was ich gesagt habe: partizipative Elemente, um zu begreifen, was mit den Unternehmen passiert, was mit den Beschäftigten passiert. Gemeinsame Lösungserarbeitung – das steckt dahinter.

Beim Thema Bürokratie – das kam auch von Herrn Reith – fällt mir ein Zwischenruf aus dem Bundestag ein, dort hieß es vor vielen Jahren einmal: „Die Wahrheit ist konkret, Genosse!“

(Vereinzelt Heiterkeit)

– 26 –

Das bezieht sich jetzt natürlich nicht auf Florian Wahl, sondern tatsächlich auf diese Frage. Man muss es konkretisieren. Ich möchte es an einem oder zwei Beispielen festmachen.

Auch darauf bin ich eingegangen: auf die Frage von Vergaberichtlinien. Wir haben zusammen gekämpft wie die Löwen, damit es gelingt, gemeinsam mit dem Unternehmen Schaeffler ein Zentrum für Elektromotorenfertigung in Bühl aufzubauen und nicht in Ungarn. Es war für das Unternehmen viel, viel attraktiver, nach Ungarn zu gehen, weil es dort sozusagen die Vergabe zulässt – strukturschwache Region –, hier nicht. Das ist jetzt keine originäre Aufgabe des Landtags, aber das ist etwas, worauf man dringend einwirken muss. Es gibt viele weitere solche Beispiele.

Vor die Klammer würde ich aber eines setzen: das Verständnis von Regulatorik. Es geht um eine ermöglichende Regulatorik, die die Risiken absichert und gestaltet, statt einer Regulatorik, die sich erst einmal Gedanken macht: Was müssen wir alles absichern, bevor wir es ermöglichen?

Am Ende des Tages, Herr Reith, würde ich anregen, einmal eine Fachgruppe aus unterschiedlichen Verbänden, Unternehmen, Gewerkschaften usw. zusammenzubringen und das dann tatsächlich einmal abzuschichten. Die Zeit reicht jetzt nicht aus, um alle Ideen, die ich dazu habe, auf den Punkt zu bringen. Aber das wäre wichtig.

Teilzeitbeschäftigte – das kam von Frau Abg. Wollé und auch von Ihnen –: Das ist so ein Problem, das wir schon einmal versucht haben, tarifpolitisch zu ermöglichen. Dies geht im Prinzip nur, wenn man beides entsprechend den individuellen Anforderungen und Lebensphasen macht – nämlich die Möglichkeit, hineinzugehen, aber genauso auch die Möglichkeit, wieder herauszukommen. Sie haben es angesprochen: Das ist steuerungstechnisch total schwierig. Ich erlebe es auch in meiner eigenen Organisation, wie schwierig es ist, zu sagen: „Au, da habe ich jetzt aber keine Planstelle!“ usw.

Das wird aber eine Riesenchance sein, wenn es uns gelingt, lebensphasenorientierte Arbeitszeiten zu ermöglichen. Der Steuerungsaufwand ist etwas höher, aber ich bin davon überzeugt, dass unter dem Strich signifikant mehr Arbeitsvolumen herauspurzelt, wenn man andere Formen des Ermöglichens in beide Richtungen schafft.

Warum ist die Bildung in der Schule schlechter geworden? Wenn ich die Antwort darauf hätte, würde ich den Verfassern der PISA-Studie wohl die Handlungsempfehlungen schreiben können. Ich glaube, das ist zu vielschichtig, um es jetzt auszuführen.

Was machen wir mit den Beschäftigten, die jetzt aufgrund des E-Autos alle nicht mehr gebraucht werden? Das ist nicht so. Wir haben bei allem rund um das Thema „Fertigung von Fahrzeugen“ überhaupt gar keine Brüche bei Beschäftigung. Wir haben sie bei dem Bau von Aggregaten. Aber auch dort sind das wiederum unterschiedliche,

– 27 –

sehr unterschiedliche Geschichten – der ganze Bereich Leistungselektronik, die Batterie selbst, Batteriezellen etc.

Vorhin kam von Herrn Poreski die Frage nach dem Recycling. Gerade bei solch extrem teuren Rohstofftechnologien wie Batterien lohnt es sich, eine „Cradle to Cradle“-Struktur aufzubauen. Da steckt auch so viel Beschäftigung drin, dass es zwar im konkreten Fall schwierig ist, unterm Strich aber auch zu einem positiven Beschäftigungseffekt kommen kann.

Ich hoffe, ich habe meine fünf Minuten nicht überzogen.

Stellv. Vorsitzende Dr. Natalie Pfau-Weller: Herzlichen Dank. – Ja, es passt; das waren jetzt zehn Minuten. – Herr Schweizer, bitte, und anschließend die nächsten drei Wortmeldungen – dann bitte wirklich superkurz.

Sv. Herr Schweizer: Ich versuche ebenfalls, mich kurz zu fassen, Frau Vorsitzende. – Herr Abg. Poreski, Sie haben mit dem Begriff „All Electric Society“ begonnen. Damit haben Sie genau das aufgenommen, was mir am Herzen liegt. Ich bin der festen Überzeugung: Wenn wir die Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft ermöglichen wollen, geht dies nur über eine All Electric Society.

Sie haben auch vom Thema De-Risking gesprochen. Das hat mir sehr gut gefallen insoweit, als Sie nicht von Decoupling gesprochen haben, sondern von De-Risking: eine Balance zwischen dem, was nötig ist, einerseits, und andererseits dem, was auch möglich ist in der heute sehr globalisierten Welt.

Wir sehen es wie folgt: Ich glaube, es ist erforderlich – so auch die Strategie auf der Halbleiterseite –, dass wir zumindest 20 % des Weltmarkts in Europa und/oder in Deutschland abbilden sollten in den Schlüsseltechnologien, die insbesondere auch zu den Transformationstechnologien gehören.

Ein Ausflug in die Halbleiterei: Das bedeutet aber, dass wir mit diesen Maßnahmen, die wir jetzt eingeleitet haben, die wir richtigerweise zusammen eingeleitet haben und in Umsetzung bringen und die ihre Wirkung in den nächsten Jahren entfalten werden, natürlich noch nicht am Ende sind.

Der derzeitige Weltmarkt für Halbleiter beläuft sich auf 550 Milliarden US-Dollar. Unter 10 % in Europa: Wir haben uns vorgenommen, bis 20 % zu kommen, um Resilienz herzustellen. Dieser Markt wird aber – ob des Bedarfs gerade an Leistungselektronik, für Mobilität und für alles, was wir besprochen haben – auf ca. 1 000 Milliarden US-Dollar im Jahr 2030 wachsen – das ist fast Faktor 2 innerhalb von acht Jahren. Da wird es natürlich nicht genügen, mit den Ansätzen von heute heranzugehen, sondern da muss wirklich sowohl auf der technologischen als auch in der kapazitiven und investiven Seite noch viel, viel mehr getan werden.

– 28 –

Mir ist auch wichtig, dass nicht immer nur singular betrachtet wird, was jetzt mit den Halbleitern ist. Das ist ein Leuchtturmprojekt, es ist die Lokomotive, aber damit sind wir nicht am Ende. Was uns nicht passieren darf: dass wir große Volumina auf europäischer, auf Bundes- und Landesebene in eine singuläre Technologie investieren, ohne das gesamte Ökosystem im Blick zu haben. Natürlich müssen – weil Sie gerade nicken, Herr Zitzelsberger – auch die dahinter gelagerten Transformationsnotwendigkeiten von einer Technologie zur anderen beachtet werden.

Sie haben Recycling und das Thema Rohstoffe angesprochen. Ich glaube, dass wir insbesondere bei dem Ressourcenverbrauch, den wir haben – natürlich auch in der Elektronik, in der Halbleitertechnik, sei es in der Herstellung oder auf der Rohstoffseite –, noch stärker in die Kreislaufwirtschaft gehen müssen.

Wir müssen uns noch stärker Gedanken machen: Wie können wir – ich mache es einmal an den Batterien fest – diese in einen Second Life Cycle bringen? Es braucht nicht immer die hochtechnologischste Batterie in jedem, auch sekundären Gerät eingebaut zu werden. Hier ist unsere Industrie auch schon mit Konzepten unterwegs.

Thema Strombedarf, zu dem Thema Rohstoffe hinzukommend: Was wir ebenfalls nicht unterschätzen dürfen, ist das Thema „Künstliche Intelligenz und Data Centers – und welcher unglaubliche Strombedarf dahinterliegt“. Dafür braucht es eben die richtigen Technologien, um hier nicht abgehängt zu werden – und den richtigen Preis.

Faire Partnerschaften mit China: Wir sind, das kann ich laut sagen, seit Anfang der Achtzigerjahre in Asien aktiv, haben in Singapur begonnen und sind natürlich auch in China aktiv; das ist ein wichtiger Absatzmarkt für uns. Wir verstehen und ich persönlich verstehe dieses Land sehr, sehr gut. Ich glaube, wir müssen, wenn es um wirtschaftliche Beziehungen geht, recht apolitisch und pragmatisch mit dieser Situation, mit China umgehen, im Bewusstsein, dass das ein anderes System ist, dass es eine andere Kultur und ein anderes Denkmuster ist.

Was wir aber tunlichst unterlassen sollten, zumindest gilt das sowohl für mich persönlich als auch für unsere Industrie: Hier nicht mehr an eine potenzielle konstruktive Zusammenarbeit zu denken – wie wir es in den letzten 30, 40 Jahren getan haben und wovon wir sicherlich auch den einen oder anderen wirtschaftlichen Wohlstandsvorteil ableiten konnten.

Herr Dr. Miller, Sie sprachen es an: von 20 % auf 3 %. Wenn ich genau runde, dann sind es 2,8 %, also bereits unter 3 % nach jetzigen Zahlen – mit sinkender Tendenz. Das heißt, unsere Industrie befindet sich im Verschwinden – wie vielleicht die Phonindustrie oder die Uhrenindustrie bereits vor Jahrzehnten. So bitter es ist, dass die Phono- und die Uhrenindustrie verschwunden sind – eine traurige Geschichte und wirtschaftlich nicht schön –, so viel kritischer ist es, wenn es um kritische Transformativstechnologien geht, wenn es um die Technologien geht, die wir eben benötigen, um

– 29 –

die Transformation der Industrie und auch der Zukunftsgestaltung sowie der globalen Wettbewerbsfähigkeit überhaupt hinzubekommen.

Deshalb mahne ich hier wirklich zur Vorsicht und zum Bewusstsein. Vielen Dank, dass ich heute die Gelegenheit habe, hier zu sprechen. Sie haben auch danach gefragt: Bewusstsein. Ich glaube, wir müssen bei Ihnen – und das ist auch meine Aufgabe Ihnen gegenüber, das ist die Aufgabe meines Unternehmens, das ist die Aufgabe meines Verbands – erst einmal ein Bewusstsein und ein Verständnis für dieses Ökosystem schaffen. Daran versuchen wir zu arbeiten. Dann müssen wir gemeinsam Lösungsräume identifizieren, wie wir – Politik, Unternehmen, Verband, Gesellschaft – gemeinsam diese definitiv unausweichlichen Notwendigkeiten nach vorn weiterentwickeln.

Wenn wir so weitermachen – entschuldigen Sie, dass ich das so plakativ sage –, dann wird aus der Leiterplatte sicherlich eine Industrie, die es in Europa gegebenenfalls nur noch rudimentär geben wird. Dann besteht eben nicht Resilienz, sondern es besteht absolute Abhängigkeit – ich habe es gesagt, in einer relativ scharfen These – von gegebenenfalls autarken Staaten, wenn es darum geht. Das gilt es, jetzt an dieser Stelle zu vermeiden.

Cybersicherheit: Wie ist meine Wahrnehmung, haben Sie gefragt, Herr Dr. Miller. Meine Wahrnehmung ist eigentlich relativ gut beim Thema Cybersicherheit, wenn es einerseits um die Awareness geht, wenn es um die Beschäftigung mit diesem Thema geht, und wenn es andererseits um die Entscheidungsräume geht.

Das passt aber natürlich ein bisschen zur Regulatorik. Wir müssen da auch aufpassen, dass wir uns nicht überregulieren, sondern dass Regulatorik – ich bin selbst Jurist – erst dann zum Tragen kommt und durchgeführt wird, wenn man erkennt, dass sie auch tatsächlich notwendig ist. Antizipative Regulatorik auf Theoriemodellen halte ich nicht für den richtigen Weg.

Ich habe es gesagt: Das Ökosystem Mikroelektronik ist mir ein Anliegen.

Herr Wahl, zur Digitalisierung von kritischer Infrastruktur: Digitalisierung ist bei uns immer sehr stark mit Software verbunden. Es ist gut und schlecht zugleich, dass das Thema Hardware – Integration und Hardware – in den letzten Jahren vermehrt in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt ist. Hier geht es ja insbesondere um ein asiatisches Unternehmen, gerade wenn es um 5G-Netze geht. Man kann natürlich Digitalisierung von kritischer Infrastruktur schon regulieren, man kann damit – und muss es meines Erachtens – auch vorsichtig umgehen. Dafür bedarf es aber auch der Hardware.

Wenn man sich entscheidet – richtig oder falsch in der Begründung –, in Europa gewisse Unternehmen nicht zuzulassen, sondern nur andere Unternehmen zuzulassen, denen man eben mehr Vertrauen entgegenbringt – gegebenenfalls auch berechtigt –,

– 30 –

dann sollte man sich auch darüber klar sein, dass alles, was hinter dem Logo ist, alles, was hinter dieser Plastikkiste ist, im Ergebnis – gerade wenn es um meine Komponente geht – dann doch wieder aus dem Land kommt, von dem man Abhängigkeit befürchtet. Das heißt, wir müssen bei der Cybersicherheit mitbedenken, dass die Hardware hinter der Sicherheit genauso wichtig ist wie die Software und die politische Bewertung.

Berichtspflichten: Dazu könnte ich Ihnen jetzt noch zweieinhalb Stunden etwas sagen, Frau Vorsitzende. Ich fasse mich ganz kurz: Es ist schlicht zu viel. EU-Lieferkettengesetz, EU-Taxonomie, meine Berichtspflichten, wenn es um die Nachhaltigkeitsberichterstattung innerhalb meines Jahresabschlusses und meines Geschäftsberichts als kleine börsennotierte Aktiengesellschaft geht etc. – das überfordert uns als Mittelstand. Vielleicht haben wir die falsche Rechtsform als Aktiengesellschaft, börsennotiert. Wir wollen das aber eigentlich sein. Wir sind das seit 1989. So wird das nach vorn nicht funktionieren.

Ich habe gesagt: Ich bin Jurist. Ich mag schon Regulatorik. Die Frage ist immer: Wie viele Berichtspflichten setzt man dahinter? Und: Wie viel Pönalisierung setzt man dahinter? Auch wenn man es einmal nicht tut: Was passiert mit einem mittelständischen Unternehmen? „Mut zur Lücke“ ist uns heute ob der Pönalität nicht mehr möglich. Das geht natürlich auch nicht. Ich möchte mir als Unternehmer dann doch noch vorbehalten, worauf ich vorwiegend meinen Fokus legen muss, weil ich glaube, dass das richtig ist – ohne dass ich gleich wieder Sorge haben muss, insbesondere als Geschäftsführer in größere Probleme zu geraten.

Stellv. Vorsitzende Dr. Natalie Pfau-Weller: Gut, dann jetzt noch schnell die weiteren Wortmeldungen –

(Zuruf des Abg. Florian Wahl SPD)

bitte wirklich nur eine Minute, jeder nur eine Frage. Herr Professor Dr. Busemeyer.

Dr. Marius R. Busemeyer, externes Mitglied: Ganz vielen Dank, Frau Vorsitzende. – Vielen Dank auch an die Vortragenden für den wertvollen Input. Meine Frage geht nochmals in Richtung Bildungspolitik, weil das jetzt relativ prominent diskutiert wurde. Wir sprechen hier ja über die krisenfeste Gesellschaft, den Einfluss von Krisen.

Wir hatten schon einmal eine PISA-Krise, die jetzt über 20 Jahre her ist. Offensichtlich sind wir seitdem nur begrenzt vorangekommen. Das liegt eben teilweise auch daran, dass die Bildungsinvestitionen – – Oder: Viele Leute, viele Politikerinnen und Politiker reden darüber, aber es passiert dann anscheinend nicht immer auch wahnsinnig viel.

Wie kann man aus Ihrer Sicht sicherstellen, dass gerade in Krisenzeiten diese Bildungsinvestitionen nicht vernachlässigt werden? Denn gerade in diesen Krisenzeiten

– 31 –

werden auch andere Ausgabenanforderungen an die Politik gestellt, obwohl da eigentlich die Bildungsinvestitionen sehr wichtig wären.

Abg. Christiane Staab CDU: Ich habe eine Frage, die im Prinzip an beide geht, auf der Metaebene. Kollege Poreski hat vorhin die „Future Skills“ erwähnt: Kreativität, Kommunikation, kritisches Denken. Ich frage jetzt wirklich Sie, Herr Schweizer, und Sie, Herr Zitzelsberger, auch als Unternehmer bzw. als ehemaliger Daimleraner: Früher – Sie hatten vorhin auch gesagt, wir seien die Vorläufergeneration; wir sterben ja quasi aus – gab es einmal Werte wie Leidenschaft, Anstrengungsbereitschaft, Identifikation mit dem Unternehmen, Mut; die hatten Sie angesprochen. Das sind Werte, die ich jetzt nicht so unbedingt in den Future Skills wiederfinde. Oder finde ich sie einfach nur nicht wieder, sie sind aber vorhanden?

Welche Rolle spielen diese Fähigkeiten aus Ihrer Sicht, um in eine starke, resiliente Gesellschaft und auch in eine starke, resiliente Wirtschaft zu münden? Oder reichen Kreativität, Kommunikation, kritisches Denken? Das sind für mich – ich sage das jetzt ganz offen – eher Influencer-Fähigkeiten.

(Unruhe)

Stellv. Vorsitzende Dr. Natalie Pfau-Weller: Frau Abg. Kliche-Behnke?

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Ich ziehe zurück – zugunsten des restlichen Beitrags von Herrn Schweizer, den er gerade noch zur ersten Runde antworten wollte.

Stellv. Vorsitzende Dr. Natalie Pfau-Weller: Alles klar. Perfekt, genau. Ich hätte ihm jetzt noch einmal das Wort gegeben; ich wollte nur, damit die Kollegen sich disziplinieren, schnell die Fragen sammeln. Deswegen, Herr Schweizer, können Sie gern noch die übrigen Fragen aus der ersten Runde ganz kurz beantworten, bitte, und dann auf die zwei letzten Fragen eingehen.

Sv. Herr Schweizer: Ich beeile mich unglaublich. – PFAS war noch ein Thema. Ich halte ein Kompletต์verbot der gesamten Stoffklasse für falsch. Wir sind nicht unmittelbar davon betroffen, aber wir sind mittelbar betroffen, wenn es um bezogene Vorprodukte geht. Ich glaube, da braucht es noch etwas mehr Gedanken: Was sollte man verbieten? Da gibt es Stoffklassen, die sicherlich zu verbieten sind; da sind wir uns alle einig.

Wir können aber nicht aufgrund eines – sage ich einmal – Pauschalverbots eine unter Umständen nicht beherrschbare negative Entwicklung für das Land und für die Unternehmen in Kauf nehmen. Doch wenn das so passieren sollte, dann bitte mit größeren Übergangsfristen.

Wenn Sie gestatten, Herr Kollege Reith, würde ich gleich fortfahren mit dem Thema „Mut und Leistungsbereitschaft“, wonach Sie gefragt haben, Frau Staab. Ich habe da

– 32 –

ein komplett anderes Bild als es manchmal in der Öffentlichkeit vielleicht gegeben ist, wenn es um die junge Generation geht. Die junge Generation ist nicht schlechter, sie ist einfach nur anders.

(Abg. Christiane Staab CDU: Ja!)

Das diskutiere ich mit meinem über 80-jährigen Vater genauso. Mein Großvater hat den Untergang des Abendlands mit der Generation meines Vaters postuliert. Er machte sich Sorgen bei meiner Generation. Ich muss ehrlich sagen: Ich mache mir keine Sorgen über unsere zukünftige Generation. Sie ist einfach nur anders.

Die Frage, ob ein Mitarbeiter, ob ein junger Menschen bei uns im Unternehmen mit Mut, Leistungswillen, Leistungsbereitschaft agiert, ob er uns verbunden ist und hoffentlich 40 Jahre bei uns im Unternehmen bleibt – ich werde ihn nicht mehr in die Rente verabschieden, aber vielleicht mein Nachfolger, mein Sohn –, das ist eine Frage dessen, wie wir ihn für unser Unternehmen begeistern können, wie wir die Loyalität hinkommen und wie wir ihm – ich benutze den Begriff – als Familienunternehmen Vorbild sein können, wie wir ihm Heimat geben können und wie wir ihn auch weiterentwickeln können, wenn es um die Bildungsthematiken geht.

Das heißt, wenn er bei uns zu Hause ist, wenn er sich angespornt fühlt, dann kann vielleicht auch ein Generation-Z-Mitarbeiter, der ein bisschen öfter zum Handy greift als die Generation X, mit diesen mir wichtigen Werten wie Leistungswilligkeit und Mut überzeugt werden. Ich bin da absolut positiv, dass auch die nächste Generation uns mit nach vorn bringen wird.

Sv. Herr Zitzelsberger: Ich knüpfe daran an. Es war schon vor 2 400 Jahren so, dass Sokrates sich über die Verrohung der Sitten in der Jugend ausgelassen hat. Insofern waren es nicht nur Vater und Großvater usw.; ich kenne das auch.

(Heiterkeit)

Wir haben es hier mit Haltungsfragen zu tun. Ich glaube, wir als die ältere Generation müssen unsere Haltung gegenüber den Jungen verändern, nicht die Jungen müssen ihre Sicht auf die Welt verändern. Es geht einfach darum, Mut zu machen und Spaß zu zeigen. Ich meine, wenn wir alle nur herumrennen und die Schlechtigkeit der Welt propagieren, braucht man sich nicht zu wundern, wenn das irgendjemand auch zu glauben beginnt.

Ich glaube, wir brauchen eine Mutgesellschaft – nicht banal: „Wir schaffen das!“, sondern: „Leute, wir wollen das anpacken. Es ist eine Riesenherausforderung, aber wir haben doch die besten Voraussetzungen dazu – wer, wenn nicht wir, kann das?“ Ich glaube, dadurch können wir – sozusagen als Vorbilder, die wir in unseren Rollen hier ja durchaus sind – auch etwas nach vorn bewegen.

– 33 –

Zur Bildungspolitik: Ich habe mir gerade dieser Tage noch einmal das Ranking des Bildungsmonitors angeschaut. Baden-Württemberg ist zwischen 2013 und 2023 im bundesweiten Vergleich um zehn Indexpunkte, von 59 Punkten auf 49 Punkte abgerutscht, während gleichzeitig beispielsweise Bayern um 0,7 Punkte auf 57,9 gestiegen ist. Es ist immer schwierig, im Landtag von Baden-Württemberg über Bayern zu reden, das ist mir schon klar, aber unabhängig davon, welches Bundesland das ist, kann man fragen: Was wurde dort offensichtlich besser gemacht als bei uns?

Wir sind aber nicht im Wettbewerb mit Bayern, mit NRW oder Berlin, Brandenburg, Sachsen oder wem auch immer. Der Wettbewerb sitzt irgendwo draußen, in der weiten Welt. Deshalb wäre es dringend notwendig, dass wir die Überheblichkeiten, die wir als Baden-Württemberger manchmal durchaus haben – da nehme ich mich überhaupt nicht aus –, einmal auf die Seite legen und dort hingehen und schauen: Was machen die besser? Ich glaube, davon bekommen wir einen größeren Impact, als wenn wir in unserem eigenen Saft schmoren. – Das wäre meine Antwort darauf.

Vielen Dank.

Stellv. Vorsitzende Dr. Natalie Pfau-Weller: Die allerletzte Frage, Herr Albiez.

Thomas Albiez, externes Mitglied: Für mich wäre noch die Frage: In dieser Enquete-kommission geht es ja um Krisenbewältigung oder darum, wie man aus Krisen herauskommt. Die Liste der Themen, die von den Fachleuten hier vorgetragen wird, ist wirklich imposant und beeindruckend. Jedes Thema hat seine Berechtigung. Aber die Gesamtliste der Themen ist mit den vorhandenen Ressourcen nicht abzuarbeiten. Deswegen geht es für uns um Priorisierung.

Die kurze und letzte Frage an Sie beide: Geben Sie uns bitte mit auf den Weg, welche Dringlichkeit Sie Ihrem Themenkatalog beimessen. Ist es fünf vor zwölf? Zwölf? Fünf nach zwölf? Ist genügend Zeit? Ist es grün? Wie schätzen Sie das ein?

Die Meldungen, auch in den Medien, zur Beurteilung der aktuellen Situation sind widersprüchlich. Wir hören von konjunktureller Krise, zugleich verzeichnen wir Rekordsteuereinnahmen. Die Menschen sind verunsichert. Ich glaube, Sie als Experten müssen uns da einen Weg zeigen, wohin das auf die Agenda kommen sollte.

Stellv. Vorsitzende Dr. Natalie Pfau-Weller: Perfekt. Dann noch ein Schlusssatz pro Sachverständigem, bitte.

Sv. Herr Zitzelsberger: Die reale Definition von „Wo brauchen wir Bürokratieabbau?“ – konkret, nicht abstrakt: Bildung, Bildung, Weiterbildung. Bildung, Bildung, Weiterbildung; Mut bei dem ganzen Thema Digitalisierung; massiver Ausbau, insbesondere der erneuerbaren Energieinfrastruktur und Herkunft der entsprechenden Energie.

– 34 –

Das sind die vier Top-Topics überhaupt. Und wenn Sie priorisieren: Lassen Sie allen anderen Krempel auf der Seite und konzentrieren Sie sich darauf.

Sv. Herr Schweizer: Dem kann ich mich nur anschließen.

Ich ergänze noch um eines: globale Wettbewerbsfähigkeit herstellen – aus allen diesen Dingen.

Und: Differenzierung in der Priorisierung zum einen, Differenzierung in der Bewertung andererseits. Es gibt Dinge, bei denen ist es fünf vor zwölf, bei anderen ist es erst halb zwölf.

In dieser Dreiermatrix lässt sich das sicherlich auf drei bis fünf Themen herunteraggrieren, die man als Erstes abarbeitet.

Wie isst man einen großen Elefanten? Biss nach Biss. Das müssen wir jetzt gemeinsam angehen.

Stellv. Vorsitzende Dr. Natalie Pfau-Weller: Herzlichen Dank an Sie beide, auch für die Beantwortung der Fragen. Es tut mir leid, dass ich immer ein bisschen arg gestresst habe, aber wir werden sonst mit unserem restlichen Zeitplan nicht mehr fertig. Also herzlichen Dank an Sie beide!

(Beifall – Sv. Herr Zitzelsberger: Vielen Dank! Wir müssen beide leider jetzt weg! Danke schön! – Sv. Herr Schweizer: Danke schön!)

– Okay, perfekt, dann war das auch in Ihrem Sinn. – Wir machen weiter mit unserem nächsten Sachverständigen, Herrn Professor Dr. Arnim Wiek. Er ist Professor an der School of Sustainability der Arizona State University – normalerweise –, ist jetzt aber gerade Gastprofessor am Institut für Umweltsozialwissenschaften und Geographie an der Universität Freiburg. Sie haben ebenfalls 20 Minuten Zeit. – Bitte.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dr. Wiek: Guten Morgen, verehrte Vorsitzende, verehrte Abgeordnete! Das ist leider nicht mehr so ganz korrekt. Das Wetter ist so schön hier, verglichen mit Arizona, dass ich mich tatsächlich entschieden habe, auch permanent an die Uni Freiburg zu wechseln. Ich werde dort am 1. Januar 2024 die Humboldt-Professur für Nachhaltige Ernährungswirtschaft antreten.

(Beifall)

– 35 –

– Vielen Dank. – Ich will Ihnen gern einige Gedanken vortragen zu der Frage: Wie kann die Resilienz der Ernährungswirtschaft in Baden-Württemberg erhöht werden, um widerstandsfähig gegenüber multiplen Krisen zu sein?

Das möchte ich gern dreiteilig machen: Erst ein bisschen stärker über die Krisen und die Ernährungssicherheit in Baden-Württemberg sprechen, dann aber sehr lösungsorientiert auf mögliche Innovationen zur Steigerung der Resilienz eingehen und abschließend einige Empfehlungen an die Landes- und auch die Kommunalpolitik in Baden-Württemberg richten.

Ich muss da allerdings einen Disclaimer hinzufügen. Weil ich erst am 1. Januar 2024 anfrage und eine begrenzte Vorbereitungszeit hatte, habe ich mein Team zwar daran gesetzt, Daten zusammenzustellen und Quellen auszuwerten – wir haben eigene Erhebungen durchgeführt, Experten konsultiert –, wir haben aber relativ viele Datenlücken gefunden. Insgesamt, denke ich, kann ich etwas Robustes vortragen, aber es werden gewisse Ungenauigkeiten bleiben; sie lassen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ganz vermeiden.

Zur Lage der Ernährungssicherheit in Baden-Württemberg: Alle Bürgerinnen und Bürger sind sich der hohen und steigenden Lebensmittelpreise bewusst. Diese werden aber unterschiedlich tatsächlich wirksam. Ernährungsarmut, Ernährungsunsicherheit trifft die Bevölkerungssteile eben doch ganz unterschiedlich.

Auch in Baden-Württemberg ist das zunehmend ein Thema. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration hat in diesem Jahr eine erste Studie vorgelegt. Es gibt keine wirklich verlässliche Erhebung zur Ernährungssituation, zur Ernährungsarmut in Deutschland und auch nicht in Baden-Württemberg. Das ist aber der erste Versuch in dieser Richtung.

Wir haben versucht, von den Daten, die vorhanden sind, einige zusammenzustellen, die hier von Bedeutung sind, beginnend mit der Armutsgefährdung über die in Armut befindlichen Personen bzw. Bevölkerungsanteile bis hin zum stärkeren Kernthema, der Ernährungsarmut. Hier sieht man Werte von etwa 25 % – „armutsgefährdet“ – bzw. ungefähr 15 % – „in Armut“ – und 10 % – „ernährungsarm“. So ist das häufig in gewisser Ähnlichkeit auch landesweit, wie eben auch hier in Baden-Württemberg.

Wir sehen eine sehr starke Zunahme, was die Nutzung von Tafeln und anderen caritativen Einrichtungen angeht. Das ist dann tatsächlich das Niveau der Ernährungsunsicherheit: ungefähr 3,5 % im bundesweiten Durchschnitt. In Baden-Württemberg konnten wir nur Zahlen zur Tafelnutzung finden; diese liegt momentan bei 1,3 %. Da muss aber die Information hinzugerechnet werden, dass doch sehr viele Bedürftige nicht mehr bedient werden können, dass die Tafeln also deutlich überlastet sind.

– 36 –

Ich habe Ihnen noch zwei interessante Informationen am unteren Ende der Tabelle „Ernährungsarmut“ mitgebracht. Handlungen werden von Wahrnehmungen geleitet; wir haben viele Forschungsergebnisse, die das bestätigen. Deswegen kann man sich nicht nur auf die Zahlen der Ernährungsunsicherheit oder der Ernährungsarmut verlassen, man muss auch die Wahrnehmung der Bevölkerung in den Blick nehmen. Ich habe gerade noch gestern eine Studie des Bundesinstituts für Risikobewertung aus dem Jahr 2023 gefunden, wonach in einer repräsentativen Umfrage nur 50 % der Bundesbevölkerung angaben, dass sie sich „sicher“ oder „sehr sicher“ in ihrer Versorgungslage mit Lebensmitteln fühlen. Das zeigt doch an, dass da erheblicher Handlungsbedarf besteht.

Was sind nun die Ursachen? Wenn wir von Ernährungssicherheit sprechen, dann sprechen wir in der Regel von drei Faktoren: von der Verfügbarkeit, dem Zugang und der Nutzung. Ich möchte da gar nicht so sehr differenzieren, möchte aber sagen: Das ist nur die Spitze des Eisbergs. Wir müssen uns vor allem den Ursachen zuwenden.

Damit sind wir beim Thema „Krisen und Schocks“, ob das der Klimawandel ist oder ob es Kriege, Pandemien, die Energiekrise oder auch die kontinuierlich seit Jahrzehnten bestehenden Verluste von Biodiversität sind.

Dies führt einfach zu starken Beeinträchtigungen der Ernährungswirtschaft. Ich habe Ihnen hier eine ganze Liste mitgebracht; das kann ich jetzt nicht im Einzelnen ausführen. Zu nennen sind u. a. hohe Kosten, die häufig an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben werden, Arbeitskräftemangel, Insolvenzen, aber auch Produktionseinbußen. Das alles führt dann eben zu den verschiedenen Niveaus der Ernährungsunsicherheit, von denen ich eben gesprochen habe.

Was steht hinter dem Ganzen, vielleicht als eine der Hauptursachen? Vor Kurzem hat das International Panel of Experts on Sustainable Food Systems der United Nations das Wort an die Weltgemeinschaft gerichtet und noch einmal ganz klar gesagt:

Die Konzentration im globalen Lebensmittelsystem schafft Schwachstellen, die kaskadenartige Folgen haben können, wenn ein Teil des Systems zusammenbricht.

Also schon dann, wenn nur ein Teil dieses Systems zusammenbricht, können eben genau diese Schwachstellen resultieren, weil die Abhängigkeiten einfach so hoch sind.

Die Größenvorteile sind auf gewinnbringende Effizienz ausgelegt – wenn alles nach Plan läuft.

Vieles läuft aber eben nicht nach Plan. Die Vielzahl der Krisen zeigt das genau so an: dass die Versorgungsketten eben weit weniger stabil sind, nicht widerstandsfähig sind, nicht wirklich verlässlich sind – vor allem nicht für vulnerable Gruppen.

– 37 –

Jetzt möchte ich aber, sage ich einmal, in die positive Richtung gehen und auch aufzeigen, wie man Resilienz steigern kann. Eine kurze Definition zur Resilienz in der Ernährungswirtschaft:

Eine resiliente Ernährungswirtschaft stellt die Verfügbarkeit von, den Zugang zu und die Nutzung von Lebensmitteln in ausreichendem Umfang und in gesundheitsfördernder Qualität für die Bevölkerung in Baden-Württemberg kontinuierlich sicher – auch in Zeiten von Schocks und Krisen.

Indikationen haben wir eine ganze Reihe, vieles davon wird einfach noch unzureichend gemessen. Aber der Selbstversorgungsgrad, Input-Unabhängigkeit, Diversität und Redundanz im System sowie gerade auch auf der Nachfrageseite Konstanz und soziale Akzeptanz sind ganz wichtig. Man muss das also wirklich systemisch betrachten, um die Resilienz des Ernährungssektors ausreichend zu verstehen.

Ich habe versucht, Ihnen das im „Modell Ernährungssicherheit“ relativ schematisch in Angebot und Nachfrage aufzuteilen.

Die Lebensmittelverfügbarkeit in Baden-Württemberg hängt im Großen und Ganzen von der heimischen Produktion ab – hier im Zentrum dargestellt. Diese wiederum ist stark von Input-Importen abhängig: Saatgut, Düngemittel, Energie, Arbeitskräfte und Wasser. Daneben haben wir natürlich direkte Lebensmittelimporte, die oben genannt sind. Die heimische Subsistenzproduktion – unter 10 % – vernachlässige ich hier einmal. Dann kommt es natürlich ganz stark darauf an: Welche Nachfragestrukturen haben wir?

Genau in diesen Bereichen möchte ich Ihnen jetzt sechs Innovationen vorschlagen oder vortragen. Innovation, Transformation – das möchte ich gar nicht so genau auseinandernehmen. Manches kommt Ihnen vielleicht auch sehr bekannt vor; da geht es vielleicht eher um Skalierungseffekte.

Die Innovationen 1 und 2 fokussieren sich auf eine stärkere Unabhängigkeit von Lebensmittelimporten, die Innovationen 3 und 4 auf unabhängigere Input-Importe – das muss man unterscheiden – sowie die Innovationen 5 und 6 auf die Stabilisierung und stärkere Kontinuität auf der Nachfrageseite. Das sind die sechs Innovationen. Ich gehe jetzt aber nicht auf die nachfolgende Liste ein, sondern gehe direkt in medias res zu Innovation Nummer 1, der Wertschöpfungsregionalisierung.

Innovation 1: Wie kann man Wertschöpfungsketten regionalisieren? Hierzu ein Datensheet zum Selbstversorgungsgrad; das sind die letzten Daten, die wir aus den Statistiken zusammentragen konnten. Das heißt: Welcher Anteil des regionalen Konsums kann tatsächlich über die regionale Produktion abgedeckt werden? Da sehen wir relativ verlässliche Zahlen – die ersten Spalten für Baden-Württemberg, dann für Deutschland und für die EU, jeweils im Vergleich über die letzten zehn Jahre.

– 38 –

Wir sehen hier eben doch relativ starke Defizite. Abgesehen vom Getreide sehen wir – das fängt bei den Ölsaaten an, geht in den Gemüse- und den Obstbereich hinein und gilt auch für Fleischprodukte, Milcherzeugnisse und Eier – doch relativ geringe Selbstversorgungsgrade.

Jetzt kann man sagen: „Ja, aber wir gehören eben zu einem größeren System. Das ist zum einen der Produktionsstandort Deutschland und natürlich auch der weite EU-Bereich.“ Das ist richtig. Aber wenn in diesen Bereichen ebenfalls Defizite bestehen, dann wird es kritisch.

Ölsaaten, Speiseöle – das steht jedem irgendwie vor Augen –: Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat natürlich zu starken Einbußen geführt. Das ist aber schon seit Jahrzehnten einfach immer weiter reduziert worden und kann weder in Deutschland noch in der EU tatsächlich kompensiert werden.

Bei den Kartoffeln sieht es anders aus, als Positivbeispiel. Bei Obst und Gemüse muss man einfach realistisch sagen: Es ist zum Teil eine Illusion, dass man den Bedarf ohne Weiteres über die EU abdecken könne. Wer in diesem Jahr die Diskussionen um die Produktion von Gemüse in Spanien verfolgt hat, ist sich darüber völlig im Klaren – Stichworte Bodendegeneration, Wasserverbrauch.

Im Hintergrund steht zudem, dass wir gerade in Baden-Württemberg eigentlich eine potenzielle Produktionskapazität haben, die sehr deutlich über den hier zum Teil optimistisch geschätzten 21 % liegt.

Wie könnte das anders aussehen? Wir arbeiten gerade an einem größeren INTER-REG-Projekt in der Oberrheinregion, um Wertschöpfungskettenregionalisierung für Speiseöle zu entwickeln, insbesondere Sonnenblumenöl. Wir gehen von dieser Situation aus: relativ viele Importe, sehr brüchige regionale Wertschöpfungsketten zum gegenwärtigen Zeitpunkt, und dann werden Zwischenprodukte zum Teil auch exportiert und verschwinden sozusagen auf dem internationalen oder globalen Markt.

Wie könnte das anders aussehen? Da gibt es erste Pilotprojekte, auch um den Anbau von Sonnenblumen tatsächlich zu stärken – dann aber auch die gesamte Versorgungskette, das heißt Logistik, Verarbeitung und auch Vertrieb. Jedes Einzelne hat so seine Erfordernisse. Wir arbeiten z. B. mit der Brändle-Mühle zusammen, die eigentlich sehr gern mehr regional machen würde, dann aber zum Teil logistische Schwierigkeiten hat. Da braucht es also in jedem Wertschöpfungskettenstück eine Verbesserung.

Was kann man jetzt zusammenfassen? Wir hatten von den letzten Daten den Eindruck, dass die Selbstversorgungsquote doch relativ gering ist und dass die Kompensation über Deutschland bzw. die EU zum Teil nicht tatsächlich realisiert werden kann.

– 39 –

Höherer Selbstversorgungsgrad: Es gibt einige Studien, die nahelegen, dass man bis zu 50 % gehen kann, vielleicht sogar höher, bei gleichzeitigem Einhalten von ökologischen Standards. Das wäre ja vor allem auch wichtig.

Aber es gibt auch gewisse Bedingungen, die dabei eingehalten werden müssen. Das sind vor allem die Förderung der vegetarischen Ernährung und ferner die doch sehr standortangepasste Produktion. Außerdem sollte man vor allem sehen, inwiefern man gewisse Bereiche substituieren kann, z. B. unsere großflächige Viehfutterproduktion.

Die zweite Innovation, die ich Ihnen mitgebracht habe, ist die Stärkung von Schlüsselakteuren in regionalen Wertschöpfungsketten. Ich habe Ihnen hier Daten zur Konzentration von Lebensmittelbetrieben zusammengestellt. In der vorausgehenden Expertenrunde wurde von Vorrednern verschiedentlich der starke Abbau u. a. in der Halbleiterindustrie angesprochen. Vergleicht man das mit der Landwirtschaft und der Ernährungswirtschaft, kann man klar sagen: Wir sind da schon seit Jahrzehnten auf ganz ähnlichen Pfaden unterwegs.

Sie kennen wahrscheinlich die meisten dieser Daten; ich führe Sie Ihnen trotzdem noch einmal vor Augen. Die Anzahl kleiner landwirtschaftlicher Betriebe hat sich in den letzten 20 Jahren halbiert. Bei den Bäckereien haben wir die gleiche Entwicklung. Gleichzeitig sehen wir eine hohe Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel. Die großen vier Player – Rewe, Edeka, die Schwarz-Gruppe mit Lidl und Kaufland sowie Aldi – haben in den letzten zehn Jahren ihren Marktanteil von etwas mehr als 65 % auf 80 % ausbauen können. Reverse Entwicklungen sieht man bei den Kleineren, den Unabhängigen sowie bei familien- bzw. eigentümergeführten Bioläden etc.

Was kann man da tun? Ich habe Ihnen hierzu nur ein Beispiel mitgebracht: die Großmärkte. Es gibt in Baden-Württemberg noch deren vier an der Zahl. Das sind Frischegroßmärkte, die eine ganz wichtige Rolle spielen in der Vermittlung zwischen den lokalen, regionalen Erzeugern auf der einen Seite und den abnehmenden Restaurants, zum Teil auch dem Lebensmitteleinzelhandel, aber auch Marktständen usw. Dieser wesentliche Beitrag wird auch von der EU jetzt wirklich offiziell anerkannt, als kritische Einrichtung öffentlicher Interessen; dazu gab es neulich einen EU-Beschluss.

Frischegroßmärkte helfen, die Diversität und Redundanz zu erhöhen, kämpfen häufig aber gleichzeitig um ihre Existenz. Wir haben gerade ein Kooperationsprojekt mit dem Freiburger Großmarkt; da überlegt die Stadt Freiburg, sich daraus zurückzuziehen. Das ist eine Tendenz, die wir bundesweit sehen. Hier gäbe es eben die Möglichkeit, doch die Strukturen zu stärken.

Ich habe 15 Jahre lang in den USA geforscht, auch dort vor allem sehr lokal, in Arizona. Da haben wir zeigen können, dass über die letzten zehn Jahre die Getreidewirtschaft ökologisiert wurde, viel kleinstrukturierter geschaffen wurde, auch mit viel stärkerem Lebensmittelhandwerk. Diese Rekonstruktion hat eigentlich gezeigt, dass es wirklich

– 40 –

auf ganz gezielte Förderungen von Schlüsselakteuren in diesen Lieferketten ankommt, um tatsächlich Fortschritte zu machen.

Innovation 3: Energieunabhängigkeit fördern. Man möchte meinen, dass sich das im Zuge des starken Bekenntnisses zur Energiewende geradezu trivial anhört. Das wirklich Interessante ist, dass ich Ihnen keine Datensätze mitbringen kann. Wir konnten zu dem tatsächlichen Energieverbrauch in der Landwirtschaft und der Ernährungswirtschaft in Baden-Württemberg keine verlässlichen Daten finden. Wir haben sogar Experten in verschiedenen Einrichtungen dazu befragt, inklusive der Energieagentur. Das ist alles sehr stückhaft und in diesem Sektor eben unzureichend.

Was wir wissen: Dieser Sektor ist noch sehr stark von nicht erneuerbaren Energien abhängig. Da ist zum einen der Gasimport im Rahmen der Landwirtschaft – indirekt, über die Düngemittel in der Landwirtschaft; dazu haben wir eine kleine Studie selbst erhoben, sie zeigt eine deutliche Abhängigkeit – und dann natürlich im Bäckereigewerbe; das werden Sie in den verschiedenen Medienberichten gesehen haben.

Aber zu den großen Bereichen „Herkunft der Energie“ oder auch zu der Frage, wie viel erneuerbare Energie tatsächlich genutzt wird, ist die Datenlage bisher doch noch sehr dünn.

Ich möchte Ihnen auch dazu ein Positivbeispiel mitbringen: Agri-PV, also die Generierung von erneuerbarer Energie in Kombination mit der Landwirtschaft. Die Agri-PV-Anlage der Hofgemeinschaft Heggelbach im Kreis Sigmaringen ist die älteste in Deutschland befindliche Anlage. All diese Projekte, die ich Ihnen hier aufgelistet habe, werden vom Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme, ISE, in Freiburg begleitet; deswegen haben wir dazu relativ verlässliche Daten.

2017 wurde die erste Anlage eingerichtet. Wir haben mittlerweile deutlich mehr – das sind nicht nur diese fünf, sondern wir sind schon bei über zehn Projekten angekommen. Sie nehmen auch an Flächengröße erheblich zu und werden jetzt in der Planung eigentlich sehr sorgfältig in stärker partizipativen Prozessen angegangen; das wird auch ausgeweitet.

Man muss da natürlich schon auch auf gewisse Trade-offs achten und schauen, dass die Synergien zwischen Klimaschutz, Schutz vor Sturmschäden usw. tatsächlich berücksichtigt werden. Aber das wäre sozusagen ein sehr prominenter Weg, die Energieunabhängigkeit in der Land- und Ernährungswirtschaft zu unterstützen.

Innovation 4: Ausbildungsprogramme stärken. Sie haben das in der vorherigen Expertenrunde schon verschiedentlich angesprochen; das ist im Lebensmittelbereich nicht anders. Ich habe Ihnen ein paar Zahlen mitgebracht. Ich muss ehrlich sagen: Als ich diese Zahlen gesehen habe, aus den USA kommend – nicht, weil es dort besser gemacht würde, sondern einfach, weil ich mit der hiesigen Situation weniger vertraut war

– 41 –

–, bin ich, ehrlich gesagt, ziemlich erschrocken. Dies nicht so sehr wegen der Abnahme; die Abnahme hält sich, abgesehen vom Bäckereiwesen, was Ihnen allen bewusst ist, noch irgendwo im Rahmen. Aber wir bilden tatsächlich nur 38 Leute im Gemüsebau aus – angesichts des Versuchs, eine gewisse Unabhängigkeit herzustellen und dieses ganz entscheidende Gebiet zu stärken. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung würde da eindeutige Stellungnahmen abgeben, auch, was den Gemüseverbrauch pro Kopf in Deutschland und in Baden-Württemberg angeht. Jedenfalls bekommen wir das mit solchen Zahlen natürlich nicht gestemmt.

Gleichzeitig besteht eine starke Abhängigkeit von Saisonarbeit. Unter dem Gesichtspunkt der Resilienz ist das ein heikler Punkt. Wir haben in diesem Jahr relativ viele Betriebe in Baden-Württemberg besucht, und das wurde uns immer wieder als ein ganz wichtiger Faktor genannt. Es ist nicht nur der grundsätzliche Mangel, sondern die Leute, die wir haben und mit denen wir eigentlich gern zusammenarbeiten, brechen uns zum Teil weg, weil die Saisonarbeiter entweder andere Möglichkeiten haben oder aus welchen Gründen auch immer.

Hierzu zeige ich Ihnen ein Beispiel aus Arizona. Wir haben in Phoenix zusammen mit der Stadt ein Programm entwickelt, bei dem es um kollektive Lebensmittelunternehmen als Start-ups ging. Wir haben dort mit relativ vielen jungen Leuten zusammengearbeitet, die gern im Ernährungsbereich arbeiten möchten und die auch gern anders arbeiten möchten, als das traditionell gemacht wird – stärker kooperativ, stärker gemeinwohlorientiert usw.

Ich denke, das ist eines der Beispiele dafür, wie man in Bezug auf die Arbeitskultur, auch die Work-Life-Balance – das muss man im Bäckereihandwerk ganz klar ansprechen –, neue, innovative Wege finden kann, um die nächste Generation dafür gewinnen zu können.

Innovation 5: kooperative Kundenbindung fördern. Da wollen wir natürlich verschiedene Stärkungen sehen, damit wir sehr konstant eine Unterstützung haben. Ich habe Ihnen hier die Entwicklung der Verbraucherkooperativen im Lebensmittelbereich mitgebracht. Man sieht, dass sich in den letzten zehn Jahren eigentlich sehr schöne Entwicklungen ergeben haben, und zwar in allen Bereichen: in der solidarischen Landwirtschaft, bei den Verbraucherkooperativen in den Bäckereien, aber auch in den Handelsbetrieben. Es gibt immer mehr Betriebe, die in diese Richtung gehen und eine ganz starke Kundenbindung aufbauen.

Aber insgesamt: Ich habe Ihnen hier den Anteil dieser Kooperativen an der ökologisch bewirtschafteten Fläche mitgebracht. Diese wiederum liegt nur bei ungefähr 10 %. Das ist natürlich ganz klar ein kleines Nischenphänomen. Dazu gibt es viele weitere Beispiele; wenn Interesse besteht, kann ich gern noch Informationen nachliefern.

Abschließend Innovation 6: Nachfrage durch öffentliche Einrichtungen. Das ist in Baden-Württemberg eigentlich schon ganz stark auf der Agenda. Wir haben noch relativ

– 42 –

wenige Zahlen, aber die Tendenz, bei der Gemeinschaftsverpflegung, bei der Außer-Haus-Verpflegung ganz stark in die Bio-Regio-Richtung zu gehen, ist vorhanden.

Ich habe Ihnen hierzu leider keine verlässlichen Zahlen für Baden-Württemberg mitbringen können, aber in der Bio-Musterregion Freiburg konnten wir einige Daten erheben. Dort sieht man in der Tat: Es tut sich einiges. Aus Freiburg kommend und den dortigen Gemeinderatsbeschluss immer eng begleitet habend, schauen wir uns jetzt in der Evaluation auch die Entwicklungen an. Das Ganze muss sehr sorgfältig vorbereitet sein, damit es tatsächlich gut funktioniert. Aber es geht sicherlich auch dort zum Teil wirklich in die richtige Richtung – sodass man diesen Anteil von 30 % bis 40 %, der so eine Art magische Orientierung darstellt, tatsächlich erreichen könnte.

Diese vorgestellten sechs Innovationen sollten tatsächlich zusammenspielen.

Ich nehme jetzt einfach noch eine oder zwei Minuten von meiner schon abgelaufenen Zeit und sage Ihnen etwas zu den Empfehlungen, die ich aus unserer Forschung heraus aussprechen würde.

Man muss sich die Ernährung – Herr Albiez, Sie hatten nach der Priorisierung gefragt. Da kommt natürlich jeder Experte und sagt: „Mein Bereich ist am wichtigsten!“ So mache ich das jetzt in gewisser Hinsicht auch. Aber ich verstehe Ihre Frage sehr gut; man muss sich das Gesamtbild sicherlich noch einmal anschauen. Doch es ist einfach so, dass Ernährung nicht optional ist. Ihr wohnt einfach eine starke Krisenanfälligkeit inne. Es gibt diese Redewendung: „Nach zwei ausgefallenen Mahlzeiten startet die Revolution.“ Das muss man sich einfach vor Augen führen. Die Resilienz des Ernährungssektors ist ganz entscheidend. Diese Diskussion möchte ich nur platzieren.

Öffentliche Daseinsvorsorge: Da gibt es sehr interessante Dynamiken – von den Großmärkten bis hin zur Förderung der Landwirtschaft. Hier geht es um die Rolle der Kommunen und auch der Landesregierung in Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge, auch im Bereich Ernährung.

Wir haben ganz in diesem Sinn versucht, einmal zusammenzustellen, was die Kommunen in Deutschland eigentlich schon machen. Wir haben den Leitfaden „Kommunale Instrumente für die nachhaltige Ernährungswirtschaft“ erstellt und haben damit eigentlich zeigen können, dass bereits sehr viel getan wird.

Es kann noch mehr getan werden; viele Gemeinden verfolgen nur eine oder zwei Sachen. Aber es gibt vieles – beginnend mit Instrumenten der Regulierung über Wirtschaftsförderung bis hin zu verschiedenen Kooperationsinstrumenten. Das ist auf Landesebene nicht anders. Da muss man noch gewisse Anpassungen vornehmen; das würden wir sicherlich auch tun. Aber das Wichtige ist, dass es sehr viele politische Instrumente und Politikmöglichkeiten gibt, um tatsächlich positiv steuernd einzugreifen.

– 43 –

Ich habe Ihnen hier einmal die Förderprogramme zusammengestellt. Mein Abschlussplädoyer lautet, dass der Ausbau solcher Förderprogramme sicherlich unabdingbar ist, um die groß skalierte Ernährungswende tatsächlich voranzubringen.

Aber wir wollen Sie da nicht alleinlassen – Ihnen sozusagen schlaue Empfehlungen mit auf den Weg geben und dann verschwinden –, sondern ganz im Gegenteil: Ich möchte Ihnen zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg, in Deutschland und auch international gern anbieten, eng mit der Politik zusammenzuarbeiten. Wir können analysieren, wir können evaluieren, wir können auch viele gute Beispiele zusammensuchen und versuchen, Ihnen Evidenz an die Hand zu geben, um wirksame Politikangebote zu entwickeln.

Vielen Dank.

(Beifall)

Stellv. Vorsitzende Dr. Natalie Pfau-Weller: Herzlichen Dank, Herr Professor Dr. Wiek. – Unser nächster Sachverständiger ist Herr Peter Röhrig. Er ist geschäftsführender Vorstand des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft e. V. und ist uns aus Berlin digital zugeschaltet. Sie haben ebenfalls 20 Minuten Zeit, Herr Röhrig.

Sv. Herr Röhrig: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Einladung. Vielen Dank für die Möglichkeit, die Perspektive der ökologischen Lebensmittelwirtschaft hier einbringen zu können. Vielen Dank, dass Sie im Landtag eine krisenfeste Gesellschaft zum Thema machen. Vielen Dank, dass Sie den Blick darauf lenken, was im Umbruch ist, was beunruhigt, was verunsichert, aber auch darauf, wie wir dem entgegenwirken können, wie wir den Blick nach vorn wenden können und wie wir das anpacken können, was anzupacken ist.

Den Wandel gestalten, damit befasst sich im Bereich der Landwirtschaft und der Biolebensmittelproduktion in Deutschland und in Baden-Württemberg der BÖLW, wo sich Biobauern, Verarbeiter und Händler zusammengefunden haben. Aus deren Perspektive spreche ich heute. Ich muss leider Herrn Marcus Arzt entschuldigen.

Ich möchte in den nächsten Minuten auf drei Punkte eingehen: die Herausforderungen, vor denen wir stehen, den Lösungsbeitrag, den der Ökolandbau hier und im Globalen Süden dazu beitragen kann und die Frage der politischen Rahmenbedingungen, die es hier braucht, damit Bäuerinnen und Bauern sowie die Lebensmittelunternehmen ihren Beitrag leisten können, um diese Herausforderungen anzupacken.

Ich möchte beginnen mit den Herausforderungen: Der Krieg in der Ukraine, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronapandemie auf die Lieferketten, die Energiekrise,

– 44 –

die zunehmenden Konsequenzen aus dem Klimawandel für die heimische Landwirtschaft und die Minderung der Ernährungssouveränität und -sicherheit im Globalen Süden zeigen schonungslos die Schwachstellen unseres Ernährungssystems auf. Dazu zählen die starke Abhängigkeit Deutschlands von Importen, insbesondere bei Futtermitteln, die starke Abhängigkeit Deutschlands vom Import von Stickstoffdüngemitteln und von Importen fossiler Energie, die steigenden wirtschaftlichen Schäden in den landwirtschaftlichen Betrieben durch Trockenheit, Ernteaufschläge – und damit auch die steigenden Risiken für die stabile Versorgung mit heimischen Lebensmitteln.

Nicht zuletzt berührt uns auch die Frage der Ernährungssouveränität im Globalen Süden durch die Folgen der Klimakrise und die Verteuerungen dort. Das geringere Wohlstandsniveau hat dort ja noch einmal ganz andere Auswirkungen, die dann aber indirekt auch auf uns mit einstrahlen.

Versorgungsengpässe und massive Preissteigerungen für Teile der Landwirtschaft, aber auch die massive Teuerung bei Lebensmitteln für die Verbraucherinnen und Verbraucher, die wir erlebt haben – die Lebensmittel sind ja ein Preistreiber für die Haushalte –, sind die Folge. Wir haben soziale Verwerfungen, die neu aufgetreten sind, wir haben Hunger und Unterversorgung in anderen Ländern sowie entsprechende Konflikte, die daraus resultieren.

Die Krise ist nicht abstrakt, sie findet nicht irgendwo statt – sie passiert vor Ort, wenn Höfe aufgeben müssen, weil sie aufgrund von Trockenheit mehrere Jahre zu wenig Ernten einfahren, wenn Gärtnereien schließen müssen, da es zu trocken ist und zu wenig Beregnungswasser zur Verfügung steht, oder wenn die Ernte das eine Mal zu oft verregnet wird, weil die Wetterextreme zuschlagen.

Einen Teil dieses Preises verursacht die Landwirtschaft selbst. Die von Angela Merkel eingesetzte Zukunftskommission Landwirtschaft, die ihre Arbeit getan hat, hat darauf verwiesen, dass dadurch im Jahr 90 Milliarden € an Folgekosten an den Umweltgemeingütern entstehen. Das zahlen wir teils heute, teils überwälzen wir es auf künftige Generationen. Auch in diesem Prozess war klar, dass wir die Veränderung forcieren müssen, wenn wir Lebensmittelsicherheit heute und morgen sicherstellen wollen. Dabei wird auch dem Ökolandbau ein wichtiges Lösungspotenzial zugesprochen.

Zu diesem Lösungsbeitrag möchte ich kommen und darauf anhand von drei Themenfeldern eingehen. Der Ökolandbau leistet direkten Klimaschutz. Er trägt zur Resilienz bei uns in Deutschland bei. Auch auf Fragen der Ernährungssicherung im Globalen Süden möchte ich eingehen, weil ich denke, dass sich daraus gut lernen lässt, da die Situation dort schon jetzt extremer ist – was sich bei uns ja durchaus noch einstellen kann.

Der Ökolandbau ist als Anbausystem angetreten, um die Produktionsgrundlagen der Landwirtschaft und die Unabhängigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe zu sichern. Das ist ein System des produktionsintegrierten Naturschutzes. Umwelt und Produktion

– 45 –

finden auf derselben Fläche statt. Damit ist dies eine wirksame Alternative zum Ansatz der „Schutz- und Schmutzgebiete“ mit einer sehr starken Intensivierung auf der einen Seite und dann der Unterschützstellung von anderen Gebieten, was auch nicht ausreichend wirksam ist.

Belegt ist durch viele Studien seine Ausrichtung auf Resilienz und Kreislaufwirtschaft. Regionale Wertschöpfungsketten werden gestärkt, was unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft ein Stück krisenfester macht.

Auch konkret zum Klimaschutz wurden zuletzt Studien vorgelegt, u. a. hat die TU München errechnet, dass der Klimaschutzbeitrag pro Ökohektar bei 750 bis 800 € liegt. Woran liegt das? Es liegt daran, dass Biobetriebe für weniger Treibhausgasemissionen sorgen, weil sie eine höhere Stickstoffeffizienz aufweisen. Sie bauen durch vielfältigere Fruchtfolgen mehr Humus auf und stehen damit für eine höhere Kohlenstoffbindeleistung. Sie benötigen einen deutlich geringeren Input an fossiler Energie, weil beispielsweise kein mineralischer Stickstoffdünger verwendet wird.

Der Ökolandbau setzt auf Kreislaufwirtschaft, auf vielfältige Fruchtfolgen, auf Klee gras, das den Stickstoff in den Boden bringt und somit hilft, Stickstoff für die Pflanzen und Kohlenstoff entsprechend einzubinden.

Er vermeidet damit die sonst notwendigen synthetischen Stickstoffdünger, die importiert werden – allein die Importe aus Russland haben sich in der letzten Saison verdreifacht. Das heißt, mit dieser Ausrichtung auf mineralischen Dünger sorgen wir eigentlich auch für ein Anheizen von Krisenherden, in diesem Fall des Krieges gegen die Ukraine. Der Ökolandbau vermeidet diesen Import. Er braucht weder das Erdgas, um diese Mineraldünger herzustellen, noch den Mineraldünger selbst.

Der Ökolandbau hat, als es zu diesen Schwierigkeiten im Zuge des Krieges und der Coronakrise kam, bewiesen, dass er stabile Wertschöpfungsketten hat – durch seine größere Vielfalt, durch seine Futtergrundlagen –, die viel stärker hier in Deutschland bestehen, und dass die Kreisläufe kürzer sind. Er hat auch von Gesetzes wegen eine Verpflichtung zum Einsatz eines erhöhten Anteils an regionalen Futtermitteln, was diese Sicherheit noch einmal erhöht.

Es gibt einen weiteren wichtigen Punkt für die Klimaresilienz: Bioböden haben ca. 40 % mehr Regenwürmer. Jetzt ist so ein Regenwurm ein kleines Ding, aber er ist ganz essenziell, wenn es um Hochwasserschutz geht, denn 40 % mehr Regenwürmer bedeuten auch 40 % mehr Regenwurmgänge. Diese Regenwurmgänge sorgen dafür, dass bei Starkregenereignissen der Boden viel stärker wie ein Schwamm wirken kann und damit durch bessere Wasserinfiltration die Spitzen von Hochwasserereignissen mindern kann. Dies zum einen.

– 46 –

Zum anderen hat sich der Boden dadurch – wenn in darauffolgenden Trockenperioden zu wenig Wasser zur Verfügung steht – stärker vollgesogen bzw. kann sich der Grundwasserkörper auch wieder mit sauberem und gutem Wasser auffüllen.

Bio hat in der Krise bewiesen, dass es für Preisstabilität sorgt, weil man eben auch unabhängiger beispielsweise von – durch Energiepreisverteuerung bedingten – Düngepreisen ist. Um nur ein Beispiel zu nennen: In den ersten Monaten nach Kriegsbeginn sind die Preise für konventionell angebaute Möhren im Discounter um 60 % gestiegen, im Naturkostfachhandel sind die Preise von Biomöhren nur um 2 % gestiegen. Das lässt sich auch auf andere Produktbereiche übertragen, zeigt aber, dass wir dort ein System haben, das deutlich stabiler ist. Durch die Verteuerung der Düngemittel hat sich in der letzten Zeit auch der Preisabstand zwischen Bio- und konventionellen Produkten verringert.

Angesprochen war auch von meinem Vorredner schon die Wichtigkeit starker Wertschöpfungsketten für die Resilienz. Hier erleben wir, dass gerade im Biobereich Offenheit besteht und dass die Vertriebsstruktur so gestaltet ist, dass Unternehmen neu dazukommen können, dass Start-ups sehr gut integriert werden können: innovative junge Lebensmittelproduzenten, die dort neu einsteigen, die neu gründen. Damit kann dem Bäckereiensterben, dem Molkereiensterben, dem Metzgereiensterben auch etwas entgegengesetzt werden. Das lässt sich jedoch auch im Biobereich nicht beliebig so skalieren, sondern es braucht tatsächlich eine wirksame Unterstützung auch von der Politik, um das fortzusetzen.

Nicht zuletzt sorgt Bio mit seiner Kostenstruktur für nachhaltigere Ernährungsstile. Wir wissen von den Kantinen, die auf überwiegend Bio umstellen, dass dort mehr Frische in die Menüs kommt, dass weniger Fleisch in den Menüs eine Rolle spielt und dass weniger weggeworfen wird, weil sich die Köche insgesamt umstellen müssen. Das ist ein Beitrag zu einem nachhaltigeren Lebensstil.

Dann möchte ich Ihren Blick über Deutschland hinauslenken in eine Region, die schon seit langer Zeit unter schwierigen klimatischen Verhältnissen leidet, und betrachten, was sich dort zeigt, wenn mit Ökomethoden gearbeitet wird. Es gab eine Studie der FAO, der Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, in einem sehr trockenen Teil von Äthiopien, in Tigray, wo aktuell Rebellenkämpfe stattfinden, aber diese Studie hat vorher stattgefunden. Dort wurden Kleinbäuerinnen und Kleinbauern intensiv geschult. Es wurden Versuche durchgeführt, die gezeigt haben, dass durch eine Kompostwirtschaft, also die Anwendung von Ökomethoden, die Erträge gegenüber der normalen Variante nahezu verdoppelt werden konnten, während die Ertragszuwächse mit Kunstdünger, mit mineralischem Dünger nur um ca. ein Viertel bis ein Drittel darüber lagen.

Woran liegt das, dass diese Ökomethoden dort so viel mehr Output erbringen können? Es liegt daran, dass der Boden, wie ich es vorhin auch schon für Deutschland beschrieben habe, besser Wasser infiltrieren kann, besser Wasser speichern kann. Das

– 47 –

ist ein wichtiger Faktor, um die Erträge in diesen klimatisch schwierigeren Regionen nach oben zu bringen. Diese Ergebnisse lassen sich auch auf andere Länder übertragen, es gibt eine Reihe von vergleichenden Untersuchungen in vergleichbaren Regionen. In Südamerika, in Afrika, auch in Asien lässt sich das bestätigen.

Ich möchte zu einem negativen Beispiel kommen, um Transformationspfade aufzuzeigen. Es gab eine Diskussion oder eine Entwicklung in Sri Lanka, wo im Zuge der Coronapandemie die Touristen wegblieben. Der Staatshaushalt kam durcheinander, und es gab für das Land keine Möglichkeit mehr, den Import von Düngemitteln und Pestiziden zu subventionieren – was viele Länder des Südens tun. Da haben sie von einem Tag auf den anderen gesagt: „So, wir machen jetzt Ökolandbau“ – in dem etwas zu schlichten Verständnis, Ökolandbau bedeute nur, etwas wegzulassen, um sich Importe zu ersparen. Das ist natürlich schiefgegangen.

Deutlich ist: Das ist ein Prozess, der von unten passieren muss. Man muss die Bäuerinnen und Bauern dafür gewinnen. Man muss für das Know-how sorgen. Man muss für Forschung sorgen, und man muss für Bildung sorgen.

Andere Länder wie Bhutan oder zwei indische Bundesstaaten, ein größerer und ein kleinerer, die entweder schon zu 100 % umgestellt haben oder auf dem Weg dahin sind, Ökomethoden anzuwenden, haben damit ihre Wertschöpfung, ihre Resilienz und ihre positive Umweltwirkung erhöht.

Damit möchte ich zum dritten Teil meines Vortrags kommen: Was braucht es für die Biobäuerinnen und Biobauern und für die Biolebensmittelwirtschaft, um diesen Umbau zu gestalten, damit sie ihren unternehmerischen Beitrag dafür leisten können? Das ist zum einen, dass Politik ein klares Ziel hat. In Baden-Württemberg haben Sie sich 30 % bis 40 % Bio zum Ziel gesetzt, um die Umweltwirkung der Landwirtschaft zu verbessern. Das ist eine wichtige und gute Voraussetzung, damit Unternehmen in die Umstellung gehen und sich darauf einstellen können. Denn die Umstellung ist eine Lebensentscheidung und keine, die man einfach so für ein paar Jahre trifft.

Wichtig ist dann, dass der Rechtsrahmen, den Sie im Land setzen und der auch von der EU und natürlich auch der Bundesregierung gesetzt werden muss, die Rahmenbedingungen so setzt, dass das gelingen kann.

Dazu zählt die Umsetzung der Agrarpolitik: dass sie darauf ausgerichtet ist und den Betrieben zum einen die notwendige Förderung, aber zum anderen auch die Perspektive gibt, dass sie sich darauf verlassen können.

Die Stärkung der Wertschöpfungsketten war angesprochen. Wichtig ist, dass die Landesregierung mit der Kantinenrichtlinie, die ja in Arbeit ist, in ihre Verantwortung geht und Bio eine angemessene Rolle in der Außer-Haus-Verpflegung gibt, was auch ein wichtiges Absatzsignal für die Betriebe ist.

– 48 –

Darüber hinaus ist es wichtig, dass Verbraucherinnen und Verbraucher zu Bio weiter informiert werden. Wir wissen aus Studien, dass der Wissensstand nicht gut ist. Das heißt, weite Teile der Bevölkerung können diesbezüglich eigentlich gar keine vernünftige, wissensbasierte Entscheidung treffen, weil eine Reihe von Mythen unterwegs sind, die nicht unbedingt zu Klarheit führen.

Ein wichtiger Punkt, der aktuell in Brüssel verhandelt wird, ist die Gentechnik, die natürlich auch auf die Situation in Baden-Württemberg wirken wird. Sicherlich wird Gentechnik kein Verkaufsargument für Qualitätsprodukte aus Baden-Württemberg sein. Noch ist es unwahrscheinlich, dass sich die großen Versprechen, die die interessierte Industrie damit verbindet, realisieren lassen. Das sehen wir in anderen Staaten, die in diesem Bereich dereguliert sind: dass dort eigentlich nicht viel unterwegs ist, was unsere relevanten Fragestellungen wirklich lösen könnte. Es hilft keinem Hof und keinem Züchter in Baden-Württemberg, in Patentstreitigkeiten hineingezogen zu werden. Denn Patente sind der eigentliche Motor hinter der Gentechnik, damit sich dort einige Patentinhaber die Wertschöpfung, die sonst auf Höfen und anderswo passiert, stärker zu ihren Gunsten sichern können.

Bitte sorgen Sie dafür, dass Bäuerinnen und Bauern, Verbraucherinnen und Verbraucher auch künftig die Wahlfreiheit haben. Dazu müssen sie Gentechnik am Produkt auch erkennen können. Lehnen Sie die Vorschläge aus dem Europäischen Parlament ab, die dies im Grunde in den Produkten verheimlichen wollen und die die Transparenz zur Gentechnik abschaffen sollen.

Wir haben es bei der Nutzung von Umweltgütern mit einem massiven Marktversagen zu tun. Die 90 Milliarden €, die jährlich durch die Produktion der Landwirtschaft eigentlich an Schäden anfallen, sind am Produktpreis nicht zu sehen. Wir brauchen, wenn wir den Umbau gestalten wollen, einen Rahmen, der diejenigen belohnt, die umweltgünstig wirtschaften. Nur dann werden wir diesen Pfad in Richtung Resilienz in der Breite gehen können.

Dazu können beispielsweise Produktionsmittel wie chemisch-synthetische Pestizide oder Düngemittel verteuert werden, um Marktpulse zu setzen und für einen noch überlegteren Einsatz zu sorgen.

Es braucht Investitionen in Bildung, Beratung und Forschung, die essenziell sind, um diesen Umbau zu realisieren. Bio bietet hier einen Innovationsrahmen, zu dem es einen weiterhin großen Forschungsbedarf gibt. Die Ausgaben liegen bisher, auf den Bund bezogen, bei ca. 2 %, das heißt, 2 % der Agrarforschungsmittel gehen spezifisch in Bioprojekte. Wenn wir morgen 30 oder 40 % Bioanteil haben wollen, müssen wir im Forschungsbereich dementsprechend auch in diesem Umfang investieren.

Vielen Dank für Ihr Interesse sowie für diesen Blick auf die ökologische Lebensmittelwirtschaft und darauf, was sie dazu beitragen kann. Ich hoffe, dass es Ihr Interesse gefunden hat, und freue mich auf Ihre Fragen.

– 49 –

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Stellv. Vorsitzende Dr. Natalie Pfau-Weller: Herzlichen Dank, Herr Röhrig. – Wir kommen jetzt zur Fragerunde. Als Erster hat für die Fraktion GRÜNE Herr Abg. Nentwich das Wort.

Abg. Ralf Nentwich GRÜNE: Zunächst auch von meiner Seite erst einmal herzlichen Dank, Herr Professor Wiek und Herr Röhrig, für die Vorträge, die sehr interessant waren und die, glaube ich, jetzt noch einige ganz andere Aspekte in die Enquete eingebracht haben. Zum anderen danke ich auch dafür, dass ich heute einmal persönlich hier in der Enquete sein darf. Ich finde, das ist eine sehr tolle Atmosphäre hier. Ich glaube, wir kommen wirklich voran.

Herr Professor Wiek, ich fand Ihren Vortrag sehr, sehr interessant. Sie haben dieses schwierige Feld wirklich sehr gut aufbereitet, auch in der Hinsicht, dass Sie wenige Daten hatten. Ich glaube, das ist eines der Aufgabenfelder – würde ich für Baden-Württemberg jetzt mitnehmen –, dass wir im Bereich Daten vielleicht noch mehr unterwegs sein sollten. Da freut es mich natürlich sehr, dass Sie jetzt zu uns nach Baden-Württemberg kommen und daran dementsprechend mehr arbeiten können.

Der Aspekt Ernährungsarmut und die Konsequenzen daraus würden mich noch interessieren. Was könnten da vielleicht die großen Hebel sein, an die man herangehen könnte? Ich sehe das auch so – ich bin auch im Bildungsausschuss –, dass man auch in Bildungseinrichtungen vielleicht mehr tun könnte. Auch angesichts unserer Verantwortung zum einen in den landeseigenen Einrichtungen, aber auch insgesamt müssten wir da vielleicht noch mehr herangehen.

Resilienz in Wertschöpfungsketten, systemische Betrachtung, Selbstversorgungsgrad bei Obst und Eiern: Da ist mir gleich das französische Modell in den Sinn gekommen – wo ein Präsident ein paar Hühner für jede Familie gefordert hat. Das kann wahrscheinlich nicht das Ziel sein. Aber wie können wir erreichen, dass der Selbstversorgungsgrad steigt, gerade in defizitären Bereichen, auch was den Gemüseanbau angeht? Sie haben Pilotprojekte angesprochen, die sehr erfolgreich sind. Wie können wir da einen Dreh hinbekommen? Lösungen haben Sie schon skizziert, aber vielleicht könnten Sie da noch ein bisschen hineingehen.

Heute Morgen haben wir auch von einer Ölkrise in anderer Hinsicht gehört. In der „Stuttgarter Zeitung“ war dazu ein sehr guter Beitrag. Sie haben es ausgeführt: Ölsaaten sind das Stichwort. Gerade was die regionalen Cluster angeht, sind wir, glaube ich, schon auf dem richtigen Weg. Aber wie können diese vielleicht noch mehr Unterstützung bekommen? Welche speziellen Förderprogramme sind dafür vielleicht noch notwendig? Ich suche immer die Hebel, an die man vielleicht noch herangehen könnte.

– 50 –

Sie haben das ja gesagt, aber vielleicht im Hinblick darauf, was vorher auch kam: Eine Priorisierung fände ich da sehr interessant. Im Sinne der Daseinsvorsorge war das sehr gut herausgearbeitet von Ihnen – wo sich da auch wirklich noch Prozesse ergeben könnten.

Peter Röhrig hat auch den Zusammenhang mit ehrlichen Preisen gut angesprochen, auch das Stichwort „Bio als Innovationsrahmen“.

Ich glaube auch, was die Wertschöpfungskettenarbeit angeht – das wurde von beiden angesprochen –, sind diese Großmarktstrukturen vielleicht etwas, in das man mehr hinein muss. Inwieweit sind wir da in Baden-Württemberg gut aufgestellt? Was würden Sie sich da noch mehr wünschen? – Das dazu.

Bei den Köchen, beim Frameset: Dies sehe ich – wie Sie, Herr Röhrig – auch als zentrale Stelle. Was müssen wir da noch mehr einbringen, vielleicht auch bei der Ausbildung in diesem Bereich?

Insgesamt: Vorsorge und Aufklärung der Bevölkerung. Das geht jetzt in beide Richtungen, an beide Experten. Ich glaube, dass unsere Bevölkerung, was diese lokalen, regionalen Produkte angeht, auch beim eigenen Einkaufsverhalten, noch nicht diesen Transformationsweg geht, um es schonend auszudrücken. Da sieht man: Der Supermarkt um die Ecke ist vielleicht manchmal doch näher als der regionale Bauer. Dies zum einen. Was müssen wir da vielleicht noch tun?

Zum anderen müssen wir vielleicht auch, was die Vorsorge im eigenen Keller angeht – – Ich möchte jetzt nicht, dass alle in die Prepper-Bewegung gehen, aber: Wohin geht diesbezüglich der Weg? Was müssen wir vielleicht noch aktivieren? – Das wären einige Fragen von meiner Seite.

Stellv. Vorsitzende Dr. Natalie Pfau-Weller: Herzlichen Dank, Herr Kollege Nentwich. Das waren jetzt viereinhalb Minuten lang Fragen. Ich würde die Kollegen bitten, sich kürzer zu fassen, damit wir auch die Antworten der Sachverständigen noch hören können. Also bitte: Disziplin. – Jetzt folgt Frau Kollegin Staab.

Abg. Christiane Staab CDU: Ich habe mir ganz viel aufgeschrieben; jetzt muss ich einmal schauen, wie ich das sortiere. – Ich habe zum einen, sage ich ganz offen, das Problem, das wir auch heute erlebt haben und das, glaube ich, auch ein gesellschaftliches Thema ist: Wie gehen wir mit unseren Landwirten um? Das sage ich jetzt ganz offen auch an Sie, Herr Röhrig, gerichtet: Sie haben vorhin von „Schutz- und Schmutzgebieten“ gesprochen und diese auseinandergehalten. Wenn ich bei meinen Landwirten bin, und ich bin sehr, sehr viel bei meinen Landwirten, höre ich, dass es ein Problem ist, dass wir mittlerweile tendenziell ganz stark zwischen Ökolandwirtschaft und konventioneller Landwirtschaft unterscheiden, aber nicht nur dergestalt, dass sich der

– 51 –

Kunde am Schluss überlegen soll, wo er zugreifen möchte. Vielmehr geht das schon ein bisschen in die Richtung: konventionell verdrängen.

Deswegen auch eine konkrete Frage an Sie, Herr Röhrig: Sie haben davon gesprochen, dass Sie eine Skalierungsmöglichkeit beim Biolandbau auf 30 bis 40 % sehen. Die Frage ist: Was machen wir dann in Zukunft mit dem Rest, nämlich dem Gap von 60 oder 70 %, die dann übrig sind? Wir haben von Ihnen gehört, Herr Wiek, dass die Menschen zunehmend Angst um ihre Versorgungssicherheit haben, dass sie nicht wissen, wie sie ihre Nahrungsmittel bezahlen sollen, dass wir Ernährungsarmut haben. Wir sehen aber, dass unsere konventionellen Landwirte gar nicht mit dem Ökolandbau konkurrieren, sondern sie konkurrieren mit den landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus anderen Ländern. Deswegen glaube ich, dass wir gesellschaftlich höllisch aufpassen müssen, dass wir nicht öko gegen konventionell ausspielen. Denn konventionell steht in reiner Konkurrenz zu Landwirtschaften außerhalb Deutschlands. Wenn ich sehe, was meine Apfelbauern auf dem Großmarkt für 1 kg Äpfel bekommen, muss ich feststellen: Das Problem ist nicht der deutsche Ökolandbau, sondern z. B. der polnische Apfelanbau. Darauf müssen wir unseren Fokus richten.

Deswegen: Ich habe jetzt eigentlich gar nicht so konkret eine Frage, sondern es ist wirklich ein Petition, dass wir nicht öko gegen konventionell innerhalb Deutschlands ausspielen, sondern dass wir versuchen, beiden ein Standing für die Zukunft zu geben und beide stark zu machen, denn wir werden beide Säulen brauchen. Öko wird nicht 100 % der Nahrungssicherheit in Baden-Württemberg und in Deutschland abdecken.

Dementsprechend ist es wichtig, dass wir beide Anbauformen zulassen. Wir schauen natürlich, was eingesetzt wird – ja, ganz wichtig. Aber unsere Konkurrenz in der Landwirtschaft – ich sage das jetzt einmal sehr zugespitzt – ist die Biopaprika aus Andalusien versus das Wirsingkraut von den Fildern. Da müssen wir aufpassen. Vielleicht können Sie mir darauf auch noch Antworten geben.

Dr. Daniela Harsch, externes Mitglied: Ich habe eine Frage an Herrn Professor Dr. Wiek – ich weiß nicht, ob das wirklich in Ihren Bereich hineinfällt – zum Thema Ernährungsarmut: Haben Sie auch Erkenntnisse zu dem Wissen über Regionalität und Saisonalität beim Einkauf von Produkten und bei der Zubereitung von Produkten? Sehen Sie da einen Bildungsauftrag für Schulen und sonstige soziale Einrichtungen?

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Herr Professor Wiek, ich greife das Stichwort Gentechnik auf. Mich würde deren Bewertung aus der Sicht von jemandem, der jetzt längere Zeit in den USA war, interessieren. Vielleicht können Sie einen Blick aus den USA auf die Gentechnik werfen.

Das geht vielleicht an beide: Ich habe in den Vorträgen nichts von Fleisch und Fisch gehört. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen. Wie ist Ihre Sicht auf diese Produkte, die ja durchaus auch ökologisch angebaut bzw. hergestellt werden können?

– 52 –

Ich möchte uns den Appetit nicht verderben, aber auch darüber machen wir uns Gedanken: Welche Bedeutung werden Speiseinsekten in Zukunft für uns haben?

Schließlich noch zum Thema „Tank oder Teller“: Wir beschäftigen uns ja auch mit regenerativer Energie. Was bedeutet der Anbau von Biomasse in Konkurrenz zum Lebensmittelanbau?

Vielen Dank.

Abg. Carola Wolle AfD: Vielen Dank für die Vorträge. Ja, man sollte Bio nicht mit konventioneller Herstellung ersetzen. Düngemittel – das hat gezeigt, dass wir das eigentlich brauchen. Nur Bio, also ohne irgendwelche Düngemittel, das wird nicht funktionieren. Sonst können wir unsere Bevölkerung nicht ernähren.

Sie haben die Konzentration von Lebensmittelbetrieben – Herstellern, Erzeugern – angesprochen. Ich denke, das hat verschiedene Gründe, und zwar einmal, wie Frau Staab bereits gesagt hat, dass eben der Druck des Marktes bzw. von außen besteht. Aber sehr viel ist auch hausgemacht, z. B. dass die Vorgaben aus der Politik sehr stark sind und Einfluss darauf nehmen, dass sich das teilweise nicht mehr rechnet. Die Vorgaben sind teilweise auch politisiert.

Ich möchte ein Beispiel dazu nennen. Ich wurde in meinen Wahlkreis gerufen zum Thema „Zucker von Südzucker“. Da haben sich die Leute, die Bauern, gewehrt, weil sie das Düngemittel eben nicht mehr einsetzen durften. Ich weiß nicht, ob Sie sich daran erinnern, das war die Saat, die mit einem Düngemittel ummantelt war, das quasi bereits bei der Aussaat mit ausgebracht wurde. Dann hieß es, die Bienen würden daran sterben, wenn sie an den Blüten Nektar holten. Wenn man aber weiß, dass Zuckerrüben ein zweijähriges Produkt sind und quasi im ersten Jahr geerntet werden und eigentlich im zweiten Jahr, wenn sie schon nicht mehr auf dem Acker sind bzw. die nächste Generation schon geerntet ist – Also, wenn man solche Vorgaben macht, dann ist es für die Landwirte einfach schwierig, darauf zu reagieren.

Bürokratie in der Landwirtschaft: Da möchte ich den Weinbau nennen. Dort darf man Glyphosat jetzt nicht mehr für das Zurückdrängen des Grases ausbringen. Das Problem an dieser Stelle: Dann wachsen die Pflanzen – Gräser mit Blüten usw. – eben nach oben. Da haben Sie einen enormen Pilzdruck und müssen mehr spritzen. Ich weiß nicht, was am Schluss besser ist. Die Vorgaben müssten da also sehr stark überprüft werden: Was ist tatsächlich sinnvoll? Das muss mit Sachverstand und ohne Ideologie erfolgen.

Danke.

Stellv. Vorsitzende Dr. Natalie Pfau-Weller: Herzlichen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen?

– 53 –

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE meldet sich.)

– Wir haben jetzt nachgeschaut, Herr Abg. Pix, Sie dürfen leider nicht sprechen in der Enquetekommission, weil Sie kein stellvertretendes Mitglied sind. – Gibt es keine weiteren Fragen? – Perfekt. Dann gebe ich jedem Referenten zehn Minuten Zeit zur Beantwortung. – Bitte, Herr Professor Dr. Wiek.

Sv. Herr Dr. Wiek: Vielen Dank für die Fragen. – Ich fange einfach von oben an. Über die Datenlücken hatte ich bereits gesprochen. Ich hoffe, dass wir jetzt über verschiedene Lehrstühle und Universitäten in Baden-Württemberg hinweg gute Kooperationen eingehen können und auch mit den landeseigenen Stellen – wir haben ja verschiedene Einrichtungen dafür –, um gezielt Rückfragen beantworten zu können. Aber ich würde mir wirklich den Dialog zwischen den Landeseinrichtungen, der Politik und der Wissenschaft wünschen. Je besser wir das aufeinander abstimmen, umso gezielter kann man diese Datenlücken schließen.

Ernährungsarmut und deren Konsequenzen – was sozusagen die besten Hebel sind: Das habe ich versucht, bei den Innovationen anzudeuten. Ich denke, es muss vor allem auf der Solidaritätsschiene stärker vorgegangen werden. Es ist ja so, dass wir – ich mache das jetzt etwas plakativ – in der Demokratie im Großen und Ganzen ja denken, siehe unser Steuersystem, dass eine prozentuale Auflage ein gutes, gerechtigkeitsorientiertes Instrument ist. Bei den Lebensmitteln ist das nicht so. Da zahlen alle, unabhängig von den Einkommen, das Gleiche.

Da hat sich jetzt einiges getan. Das geht zum einen über die Konsumenteninitiativen, es geht aber auch über Sliding Price Scales, also angepasst: Man hat verschiedene Preispunkte. Diesbezüglich versucht zum einen der Handel etwas zu machen, es versuchen aber auch verschiedene Gastgewerbe, in diese Richtung zu gehen. Ich glaube, Solidarität ist da ganz wichtig.

Das andere, ich habe es angedeutet: Die Tafeln und die caritativen Einrichtungen sind komplett überlastet. Ich kenne das aus den USA, um das als Beispiel zu nehmen, dort heißen sie Food Banks. Wir haben neulich in Phoenix das 75-jährige Bestehen einer Food Bank gefeiert. Da habe ich gesagt: Da gibt es nichts zu feiern. Man kann nicht einfach nur Tafeln und caritative Einrichtungen zur Lebensmittelversorgung einsetzen. Man muss das mit Bildungsprogrammen verknüpfen, sodass die Leute einen Weg aus der Armutsfalle, aus diesen Spiralen finden. Das wäre ein ganz wichtiger Ansatz: nicht nur Lebensmittel bereitstellen, sondern wirklich Empowerment.

Der höhere Selbstversorgungsgrad: Ich bin da jetzt nicht sehr tief eingestiegen. Das ist keine einfache Sache. Da gibt es EU-Vorgaben, was ausgeschrieben werden muss, was regionalisiert werden kann. Da steht eben sozusagen der freie Warenverkehr usw. zum Teil dagegen – wobei man in der neueren EU-Gesetzgebung und -Politik auch klare Bekenntnisse zur Regionalität sieht.

– 54 –

Ein Beispiel waren die Großmärkte. Herr Nentwich, Sie haben das aufgegriffen. Ich glaube, das ist ein ganz interessanter Ansatzpunkt. Wir haben noch vier: Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Freiburg. Das sind ganz wichtige Schlüsselakteure, weil sie zwischen den Erzeugern und den größeren Verbrauchereinrichtungen, ob es die Gastronomie oder eben die Gemeinschaftsverpflegung ist, tatsächlich eine Schlüsselrolle einnehmen können. Aber sie müssen ganz gezielt gestärkt werden, etwa durch Infrastrukturmaßnahmen, weil viele dieser Großmärkte einfach auch nicht mehr funktionieren. Auch da ist darauf zu achten, dass der Fachkräftemangel das nicht unterminiert. Von Freiburg weiß ich, dass das einer der großen begrenzenden Faktoren ist.

Wir hatten noch die Ausbildung der Köche angesprochen. Das geht jetzt vielleicht ein bisschen ins Detail – wobei das für die Gemeinschaftsverpflegung ganz entscheidend ist. Das Freiburger Beispiel, das ja grundsätzlich vielleicht in die richtige Richtung führt, muss mit der entsprechenden Ausbildung der Köche einhergehen, weil es am Ende des Tages den Schülern eben auch schmecken muss.

Man sagt immer: „Ja, da geben wir nur noch ein Gericht aus, und damit ist die Wahl sozusagen unterbunden.“ Nein, die Wahl ist nicht unterbunden. Zur Wahl steht nämlich auch: Ich gehe nicht hin. Deswegen muss sich da natürlich einiges tun. Wir benötigen eben nicht nur gute Zutaten, sondern es muss auch schmecken, es muss attraktiv sein. Da sind die Köche bzw. die entsprechenden Ausbildungen natürlich gefordert.

Sie hatten die leichte Zugänglichkeit sehr schön angesprochen: wenn man den Supermarkt immer an jeder Ecke hat. Wie ist das mit den Wochenmärkten, wie ist das mit den Verteilstationen der solidarischen Landwirtschaft? Wir sind jetzt bei vielen solidarischen Landwirtschaftsbetrieben gewesen. Die sagen: Einer der wichtigsten Punkte ist: Wir wollen attraktive, zugängliche Verteilpunkte in Städten, aber auch in ländlichen Regionen haben.

Wenn wir das also stärken wollen, dann ist das nicht wieder nur eine Maßgabe für die Landwirtschaft, sondern es geht eben in die gesamte Wertschöpfungskette. Ich versuche, hier vor allem auch für die Ernährungswirtschaft und nicht nur für die Landwirtschaft zu sprechen. Wir müssen versuchen, jede dieser Phasen zu stärken.

Zum Thema Konzentration gab es verschiedene Anmerkungen zur Frage „öko gegenüber konventionell“ oder „bio gegenüber regional“. Das darf man natürlich nicht gegeneinander ausspielen. Die Zahlen, die ich Ihnen heute präsentiert habe, sind doch eindeutig. Ich habe wirklich ganz bewusst versucht, das so aufzuteilen, dass man auch klar sieht: Die Landwirtschaft und die Ernährungswirtschaft insgesamt schrumpfen und brechen uns weg – zumindest die kleineren Strukturen, die dicht an den Erzeugern einerseits und dicht an den Konsumentinnen und Konsumenten andererseits sind.

– 55 –

Natürlich muss man langfristig schauen, dass die Bodenqualität erhalten bleibt, dass Wasserschutz vorhanden ist, dass Biodiversität gegeben ist – das alles muss mitgedacht werden. Aber es muss eine Stütze für den Sektor insgesamt geben, kein Gegeneinander-Ausspielen von „bio gegen regional“.

Wir arbeiten mit dem Studierendenwerk Freiburg-Schwarzwald zusammen, die ja für den Regierungsbezirk Freiburg und dort im Grunde genommen für alle universitären Kantinen zuständig sind. Christian Brogle ist zuständig für die Hochschulgastronomie und auch sehr daran interessiert, Bio und Regio zusammenzubringen. Regio ist momentan zum Teil einfacher. Das hat teilweise mit Kosten zu tun, kann – bei einer öffentlichen Einrichtung – aber auch von Subventionen und von der Politik beeinflusst werden. Das muss man sicherlich mitdenken.

Herr Reith, Sie hatten verschiedene Punkte genannt: Gentechnik, Fleisch/Fisch, Speiseinsekten. Das alles sind sehr wichtige Punkte. Ich glaube, der Vergleich mit der Gentechnik in den USA ist sehr schwierig, weil die Bildung der Konsumentinnen und Konsumenten, die bei uns schon nicht stark ausgeprägt ist, dort noch viel weniger ausgebildet ist; das muss man einfach sagen – viel weniger Deklarationspflichten, aber einfach auch weniger Aufklärung. Im Grunde würde ich sagen, ist es schwierig, da Rückschlüsse zu ziehen.

Fleisch und Fisch, ganz wichtiger Punkt. Ich glaube, auch da kann man sagen: Wir wollen zwar natürlich die vegetarische Lebensweise stärken, aber wir müssen uns auch überlegen, wie die Transition für die Fleisch- und Fischwirtschaft aussieht. Denn es ist eigentlich, gerade wenn man den Schwarzwald nimmt, überhaupt nicht gegeben, dass man sagen würde: Wir wollen eigentlich keine Fleischwirtschaft mehr haben. Ganz im Gegenteil, wir wollen gewisse Flächen auch offenhalten, das ist ganz wichtig.

Man muss dann sehen, wie hoch der Viehbestand ist. Gerade im Südschwarzwald schauen wir uns da einige Höfe an. Das muss Zukunft haben. Aber es muss wahrscheinlich in die Richtung gehen: eine wirklich hohe Qualität, die sich eben auch ein bisschen in der Konsumquantität aufseiten der Konsumentinnen und Konsumenten widerspiegelt.

Vielleicht schließe ich mit den Konsumentinnen und Konsumenten: Frau Harsch, Sie hatten gefragt, wie das aussieht. Ja, wir haben da verschiedene Forschungen. Der Kollege Lindenmeier an der Uni Freiburg ist Spezialist für die Seite der Konsumentinnen und Konsumenten. Es ist in der Tat so, dass das Aufklärungs- und Bildungsniveau, was unsere Konsumentinnen und Konsumenten angeht, relativ gering ist, und zwar konstant, wenn man durch die verschiedenen Elemente geht. Was heißt „Biosiegel“? Wie unterscheidet man Biosiegel? Welchen Anteil hat vegetarische Ernährung für gesundheitsfördernde Elemente?

– 56 –

Daraus einen klaren Bildungsauftrag ableiten: Das sehe ich ganz genauso. Das müsste man tun, vor allem auch als Wirtschaftsfaktor: den Konsumenten nicht nur vermitteln, was man so grundsätzlich über Ernährung wissen sollte, sondern eben auch, wie sehr ihre Kaufentscheidungen ganz klar eine bestimmte Ernährung, aber auch eine bestimmte Ernährungswirtschaft fördern oder eben auch unterbinden.

Danke.

Sv. Herr Röhrig: Ich gehe gern auf die Fragen ein. Ich möchte mit dem Bildungsthema anfangen. Wenn ich auf die Kindergärten und Schulen schaue, stelle ich fest, dass es dort – um den Zugang zu Ernährung und Lebensmitteln überhaupt aufrechtzuerhalten – eigentlich Schulgärten, Schulbauernhöfe und Küchen in den Schulen selbst braucht, um damit Ernährungsbildung stattfinden zu lassen und um dort den Zugang zu wahren, der ja in immer weniger Fällen zu Hause gewährleistet wird.

Wir haben breite Bevölkerungsschichten oder relevante Bevölkerungsschichten, in denen Kochen oder die Herkunft von Lebensmitteln in dem Sinn gar nicht mehr bekannt ist. Daraus resultiert auch ein ganz grundlegender Bildungsauftrag, damit dieses Wissen überhaupt vorhanden ist, damit an dieser Stelle von den heranwachsenden Menschen auch Selbstermächtigung und Verantwortung für das Erwachsenenalter übernommen werden können.

Im Bereich Schulbauernhöfe ist Baden-Württemberg verglichen mit anderen Bundesländern ja durchaus ein gutes Beispiel. Es können zumindest eine Reihe von Kindern solche einwöchigen Schulbauernhofaufenthalte absolvieren.

Wenn es um Ausbildung geht, ist es so, dass gerade das Berufsbild des Landwirts renoviert wird. Dort läuft derzeit der Prozess mit den Sozialpartnern und dem BML. Das ist ein ganz wichtiger Schritt, weil bislang der ökologische Landbau darin keine Rolle gespielt hat. Er stand zwar mit drin, doch dadurch, dass dies kein Prüfungsfach war, wurden die Lehrinhalte an sehr vielen Berufsschulen faktisch ignoriert und nicht ernst genommen.

Damit haben wir eigentlich keinen umfassenden Bildungsstand bei den Absolventen, die den Landwirt abgeschlossen haben. Sie sollten aber in der Lage sein, alle Anbausysteme vernünftig zu kennen, um selbst entscheiden zu können, welchen Weg sie gehen. Das war mit Blick auf den Ökolandbau bisher nicht wirklich der Fall. In der Konsequenz haben sich sozusagen spezialisierte Ausbildungen ergeben.

Wenn wir 30 bis 40 % Bio in Baden-Württemberg erreichen wollen, brauchen wir ausgebildete Menschen, die sehr bald zur Verfügung stehen, um Betriebe in Umstellung zu bringen. Das Know-how sollten sie natürlich in der Ausbildung mitbekommen. Baden-Württemberg kann da auch ohne die Bundesreform aktiv werden und seine Aktivitäten verstärken, um mehr Lehrinhalte in der Ausbildung unterzubringen.

– 57 –

Dasselbe gilt für den nachgelagerten Bereich, für das Lebensmittelverarbeitungs-gewerbe. Auch dort haben wir spezielle Fragen, die sich aus heterogeneren Rohstoffen ergeben, aus Einschränkungen bei den Lebensmittelhilfsstoffen, die wir im Biobereich haben. Das heißt, darauf brauchen wir auch einen Blick in der Berufsbildung, um für Bäcker, Metzger etc. die Voraussetzungen zu schaffen, dass sie dann auch ein Bio-produkt im Handwerk vernünftig verarbeiten können.

Die Küchen waren angesprochen. Es gibt da ein sehr tolles Beispiel aus Kopenhagen. Dort wurde in den letzten Jahren die gesamte öffentliche Verpflegung der Stadt umge-stellt. Das geht auch weit über Kopenhagen hinaus. In Kopenhagen allein sind es je-den Tag 60 000 Essen, die zu mindestens 90 % mit Biozutaten hergestellt werden. Dort haben wir alle zusammen gelernt: Es passiert weniger Wegwurf, es gibt mehr Frische, weniger Convenience, etwas weniger Fleisch.

Das hat dazu geführt, dass man bei gleichen Kosten und einer höheren Akzeptanz zu zufriedeneren Tischgästen gefunden hat, die noch dazu eine Ernährungsumgebung vorfinden, von der sie lernen können, wie gesunde Menüs aussehen. Das können sie quasi mit nach Hause nehmen. Es ist ein sehr tolles Beispiel, das gern Schule machen darf. Dort hat auch die Ausbildung der Köche eine wesentliche Rolle gespielt. Über die Agenturen für Arbeit in Dänemark wurden Programme durchgeführt, um das sozusagen miteinander zu kombinieren.

Das wäre vielleicht auch ein Hinweis darauf, wie man bei uns vorgehen kann. Wenn man solche Umbauprozesse als Prozesse einer gesamten Regierung betrachtet, könnten dabei auch die Möglichkeiten in den anderen Häusern genutzt werden.

Das Thema Selbstversorgung war angesprochen. In Ergänzung zu meinem Vorredner: Ein großer Grund sind natürlich die unterschiedlichen Arbeitskosten innerhalb Euro-pas, die zu unterschiedlichen Produktionsmöglichkeiten führen und zu unterschiedli-chen Preisen.

Da müssen wir innerhalb der EU, gerade beim Gemüse, noch stärker unser Innovati-onspotenzial nutzen, das wir mit dem Ökolandbau ja haben. Im Rahmen der Digitali-sierung wurde einiges an Robotik entwickelt. Wir hatten in diesem Jahr die Öko-Feldtage 2023 in der Nähe von Stuttgart: Die Roboter, die das alles können, sind fertig. Es gibt GPS-gesteuerte Hacktechnik, mit der wir korngenau den Blumenkohl ablegen, und die Hacke kann danach ganz automatisch darum herum zirkeln. Das ist schon in der Praxis, das funktioniert. Einzig: Die Nachfrage fehlt. Solange Spritzmittel sehr, sehr günstig sind, werden diese Geräte fast ausschließlich von Biobetrieben nachgefragt. Das macht sie relativ teuer. Da haben wir also noch Synergiemöglichkeiten und wahr-scheinlich auch noch Möglichkeiten, kostenmäßig ein bisschen günstiger zu werden. Das setzt dann aber, wie gesagt, einen breiteren Absatz dieser Geräte mit voraus.

– 58 –

Bio und konventionell: Ich bin komplett bei Ihnen. Es geht um ein „Zusammen“. Das erleben wir auch in den Betrieben, die sich sozusagen gegenseitig voneinander anschauen: „Wie geht das denn?“ Wir als BÖLW haben ein großes Netzwerk zusammen mit dem Bauernverband, wo wir uns zusammen um den Humusaufbau, um die Ackerböden kümmern, Gruppen haben und wobei die Betriebe voneinander lernen und sich gegenseitig immer besser machen. Das ist richtig, wichtig und gut.

Genauso richtig, wichtig und gut ist, dass wir an einigen Stellen die Unterschiede auch benennen. Wenn wir diese Umweltfolgekosten haben, müssen wir damit umgehen. Wir müssen, wenn wir uns um wahre Preise bemühen, dann auch schauen: Wen trifft es dann mehr, wen trifft es weniger?

Aber von unserer Seite ist der Respekt vor einem Biobauern oder Biobäcker genauso hoch wie vor einem konventionellen Kollegen, das ist keine Frage. Trotzdem müssen wir uns gemeinsam um unsere Gemeingüter kümmern.

Fleisch und Fisch: Gar keine Frage: Wir brauchen die Tiere. Wir brauchen die Tiere für unser Weideland, wir brauchen sie für die Artenvielfalt. Der Schwarzwald war angesprochen. Ja, ohne Weide waldet es zu. Ohne Weide verlieren wir dort Artenvielfalt. Daher gehören die Kühe auf die Weide. Dann muss ihr Fleisch, ihre Milch auch entsprechend genutzt werden. Wir sollten das einfach in dem Maß tun, wie es für den Planeten, für Baden-Württemberg verträglich ist. Das heißt, wir können daraus ja auch ableiten, wie viel Fleisch, wie viel Milch unsere Landschaft eigentlich zur Verfügung stellt. Wir können uns daran auch in unserem Konsum orientieren.

Der Ökolandbau – noch einen Satz – schreibt ja eine flächengebundene Tierhaltung vor. Wir wissen auch von Gemischtbetrieben, wo wir dann das Klee gras anbauen, das für den Dünger sorgt. Auch der ökologische Landbau braucht Dünger, aber dieser kommt eben u. a. aus der Luft bzw. aus Stickstoff, in den Böden gebunden. Wenn wir das beispielsweise mit einer Rinderhaltung kombinieren, dann erhöhen wir eigentlich die Effizienz dieses Gesamtsystems.

Die Insekten werden sich am Markt beweisen müssen. Ich denke, eine ausgeglichene und ausgewogene Ernährung ist auch ohne Insekten möglich; das ist deutlich. Wenn sie eine Ergänzung sind und von Konsumenten angenommen werden, dann soll es so sein.

„Tank oder Teller“: Wir können in den meisten Fällen Energie wesentlich effizienter herstellen als auf dem Acker. Es muss eigentlich um eine Kaskadennutzung gehen, wenn wir an die Landwirtschaft und die Nutzung denken. Was machen wir mit dem Stroh etc., wenn wir das Getreide nutzen? Was machen wir mit der Gülle? Wie können wir da beispielsweise noch eine Zweitnutzung mit Biogasanlagen vornehmen? Aber der reine Anbau von Energiepflanzen, die dann nur zu diesem Zweck angebaut werden, ist eigentlich nicht besonders effizient. Da ist ein Windrad von der Flächeninanspruchnahme deutlich effizienter. Auch die Solarenergie ist dort effizienter.

– 59 –

Vorhin wurden Agri-PV-Solaranlagen erwähnt. Wenn wir das kombiniert bekommen und der Landschaftsverbrauch durch die jetzt ja auch breit entstehenden Fotovoltaikanlagen nicht ganz so um sich greift, dann ist es durchaus noch eine Entwicklungsaufgabe, dass wir das so steuern, dass die Fotovoltaik entweder doppelt genutzt wird, indem ich darunter noch etwas tue, oder dass sie beispielsweise auf die zu vernäs-senden Moore kommt. Damit sollten aber nicht hochwertige Ackerflächen oder Grünlandflächen belegt werden.

Noch als Ergänzung zu den Zuckerrüben: Dort geht es um Neonikotinoide, die ausgebracht werden, als Ummantelung für das Saatgut. Da sind Schadensfälle, die sich auf die Bienen übertragen haben, klar bewiesen, beispielsweise über das sogenannte Mutationswasser, das dort aufgenommen wird.

Es sorgt selbstverständlich für Härten auch bei den Landwirten, das nicht einsetzen zu können, aber die ökologische Wirkung, der Einfluss auf die Ökosysteme ist so hoch, dass ich persönlich diese Entscheidung für richtig halte.

Noch ein letztes Wort zum Glyphosat: Im ökologischen Landbau zeigen wir eben durch kluges Management des Unterwuchses, dass es gut möglich ist, dort mit Pflanzenaufwuchs und der Nutzung von funktionaler Biodiversität dafür zu sorgen, dass auch Nützlinge über diese Einsaat mit großgezogen werden. In klugen Systemen kann man das Beste aus beiden Welten nehmen. Zudem gibt es Robotertechnik, die sehr gut damit zurechtkommt, diesen Bestand entsprechend kurz zu halten. Das ist meines Erachtens kein Hexenwerk.

Vielen Dank.

Stellv. Vorsitzende Dr. Natalie Pfau-Weller: Herzlichen Dank. – Dann noch eine allerletzte Frage vor der Mittagspause von Frau Abg. Wolle.

Abg. Carola Wolle AfD: Ich hatte vorhin eine Frage vergessen: Kann Urban Gardening eine Rolle spielen? Ich denke eigentlich schon.

Stellv. Vorsitzende Dr. Natalie Pfau-Weller: Geht die Frage an Herrn Professor Dr. Wiek?

Abg. Carola Wolle AfD: Ja.

Sv. Herr Dr. Wiek: Ja, Urban Gardening ist eine wichtige Sache. Ich glaube, man muss unterscheiden zwischen einer Urban-Gardening-Initiative als Bildungsinitiative – das kann wichtig sein – und zur tatsächlichen Produktion – dazu ist es häufig zu kleinräumig. Kollege Pauliuk von der Uni Freiburg hat dazu eine Studie erstellt.

– 60 –

Was man in städtischen Gebieten wirklich an Produktionsvolumen zusammenbekommt, ist relativ wenig. Als Bildungsinitiative ist es sehr geeignet, zur Produktion weniger.

Stellv. Vorsitzende Dr. Natalie Pfau-Weller: Herr Röhrig, wollten Sie dazu noch einen Satz sagen? – Nein. Okay, dann bedanke ich mich bei den Experten. Wir sind jetzt am Ende des ersten Blocks angelangt. Wir treten in die Mittagspause ein und treffen uns anschließend pünktlich um 13:30 Uhr wieder. Einen guten Appetit!

(Unterbrechung der Sitzung von 12:19 Uhr bis 13:35 Uhr)

Vorsitzender Alexander Salomon: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind aus der Mittagspause zurück und setzen unsere öffentliche Anhörung mit Frau Professorin Dr. Melanie Speck fort. Sie hat eine Professur für Sozioökonomie in Haushalt und Betrieb an der Hochschule Osnabrück und ist uns digital zugeschaltet. – Frau Professorin Dr. Speck, auch Sie haben 20 Minuten Zeit. Wir hören Ihnen genau zu.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Dr. Speck: Moin aus Schleswig-Holstein, wo ich mich gerade befinde. Verzeihen Sie mir, dass ich online zugeschaltet bin, aber es war mir nicht möglich, jetzt durch die ganze Republik zu reisen.

Ganz kurzer Input zu mir: Ich bin an dieser Stelle nicht nur für die Hochschule Osnabrück, sondern auch für das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie hier. Das sehen Sie jetzt auch auf den Folien. Denn dort bin ich sozusagen parallel, auch wenn mittlerweile mein Hauptjob an der Hochschule Osnabrück ist, wo ich als Senior Reseacherin angestellt bin.

Zukunftsfähige Ernährungssysteme: Aus meiner Sicht müssen wir uns dafür die Großküchen anschauen. Deswegen ist es so ein bisschen ein Wink des Zufalls, dass Sie gerade aus der Mittagspause kommen und ich über die Großküche und die Betriebskantine spreche. Aber es ist einfach ein wichtiger Hebel, der aus meiner Sicht für die multiplen Krisen, insbesondere für die Klimakrise, aber auch für unsere sozialen Krisen, ein wichtiger, zukunftsfähiger Partizipationsort sein muss.

Ich habe Ihnen einmal einen ganz groben, sehr breiten Überblick mitgebracht. Ich habe Ihnen die Folien auch zur Verfügung gestellt. Warum ist die Großküche ein wichtiger Hebel?

Zunächst referiere ich über aktuelle Forschungsprojekte, dann folgt eine Folie zu der integrierten Ernährungspolitik, wie sie im BWAE-Gutachten auch gefordert wird, und danach folgt ein kurzes Fazit.

– 61 –

Sie kommen gerade aus der Mittagsverpflegung. Jede Deutsche, jeder Deutscher trifft mindestens – wirklich mindestens – 160-mal im Jahr auf Angebote der Außer-Haus-Verpflegung. Deswegen haben wir hier an vielen Stellen einen sehr regelmäßigen Punkt, an dem wir Bürgerinnen und Bürger erreichen. Die „Rennergerichte“ – ich weiß nicht, was Sie zuvor gegessen haben –, wenn wir an die klassische Mittagsverpflegung denken, sind vielleicht Currywurst mit Pommes oder Ähnliches. Dementsprechend wissen wir: Die „Rennergerichte“ sind meist eher fleischbetont.

Als Basisrechnung dafür, warum wir auch für die Konsequenz in Richtung CO₂-Reduktion in Deutschland hier einen relativ großen Hebel haben, sehen Sie eine Beispielrechnung für die Schulkinder in Deutschland, die zeigt, welche großen Einsparpotenziale wir in dem Sektor sehen. Parallel dazu – ganz wichtig, um Sie an der Stelle abzuholen; auch wenn es an vielen Stellen aus meiner Sicht viel zu wenig in der aktuellen Diskussion steht, gerade in der Konsequenz in Richtung CO₂-äquivalente Einsparpotenziale – sehen wir – wenn ich sage „sehen wir“, meine ich meine Kollegen und mich, die in den letzten 15 Jahren stark in Großküchen geforscht haben –, dass die Mittagsmahlzeit in Deutschland, wenn wir uns einmal nur auf die Mittagsmahlzeit beschränken und nicht die Vollversorgung nehmen, wie es sie z. B. in der Senioreneinrichtung oder in der Inklusionshilfe, Jugendhilfe etc. gibt, im Schnitt 1 000 bis 1 200 g CO₂-Äquivalente pro Portion verursacht, wenn wir uns die Speisepläne anschauen.

Der Zielwert entsprechend der Planetary Health Diet, die Ihnen ja bekannt sein wird – ich habe hier noch einmal den „Beispielteller“ mitgebracht –, liegt bei 450 bis 600 g CO₂-Äquivalenten. Das nur einmal vorweggestellt.

Was sind die beispielhaften Erkenntnisse aus den Forschungsprojekten, die wir umgesetzt haben? Wir sehen hier vor allem für die reallaborbasierten Handlungsfelder in der Außer-Haus-Verpflegung sehr unterschiedliche Handlungsfelder. Zum einen sind die Zutatenauswahl und die Menüplanung sowie das Beschaffungsmanagement, aber auch der Energieverbrauch – weg von fossilen Energieträgern – und die Lebensmittelabfälle absolut zu priorisieren.

Die Frage ist mittelfristig, in welche Richtung wir gehen wollen. Wir haben ja extra noch einmal Prioritäten gesetzt. Sie haben vorab von mir über Frau Otto schon Unterlagen zur Verfügung gestellt bekommen. Da können Sie im Detail nachlesen, was Sie hier sehen. Da ist z. B. die Erhöhung des Bioanteils enthalten. Sie dürfen sich aber nicht „erschrecken“ lassen. Ich setze das auf die zweite Prioritätsstufe; denn das Wichtigste ist erst einmal die Verringerung tierischer Anteile in den Zutaten der unterschiedlichen Verpflegungssettings.

Wenn ich von Außer-Haus-Gastronomie spreche – ganz wichtig zur Erklärung –, dann meine ich damit eigentlich alles, was außerhalb des Privathaushalts passiert. Außer-Haus-Gastronomie gliedert sich aber dann noch einmal auf in die Individualgastronomie und den Gemeinschaftsverpflegungssektor. Ich sehe hier vor allem die Punkte im Gemeinschaftsverpflegungssektor, die wir für die krisenfeste Gesellschaft im Kontext

– 62 –

sozialer Dimension berücksichtigen sollten. Darauf werde ich gleich noch einmal eingehen.

Was meine ich mit Gemeinschaftsverpflegung? Ich meine damit zum einen die Schulverpflegung, die Kitaverpflegung, aber auch die Mensaverpflegung, die Betriebskantine, alle öffentlichen Einrichtungen, die Kantinen vor Ort haben – Amtsgerichte etc. – , und dann natürlich auch die Senioreneinrichtungen, wo wir an vielen Stellen noch Zwischenformen wie z. B. „Essen auf Rädern“ haben. Da können wir uns gut an dem, was die DGE, die Deutsche Gesellschaft für Ernährung, sagt, orientieren. Wir haben das in unseren Forschungsergebnissen immer mitberücksichtigt. Das hier ist noch einmal eine Basis von dem, wo wir uns befinden.

Auf dieser Folie sehen Sie noch mal eine grundsätzliche Übersicht; das ist ja mittlerweile eigentlich relativ bekannt. Wenn wir uns Menüs anschauen und die Problematik im Kontext der Klimakrise berücksichtigen, dann sollten wir uns auch immer vor Augen führen, dass die Lebensmittel insgesamt – Sie sehen es in dieser Grafik am Beispiel eines Schulmenüs – ca. 65 % der Treibhausgasemissionen durch Lebensmittelabfälle, aber auch über die Urproduktion, also Landwirtschaft, Landnutzung etc., erzeugen. Das kann aber natürlich auch übertragen werden.

Auf dieser Folie sehen Sie ganz klassische Beispiele von Essen, die in der Schule serviert worden sind. Auch das ist auf die Betriebsgastronomie oder ähnliche Gastronomien zu übertragen. Sie wissen, denke ich, dass, wenn wir über CO₂-Äquivalente pro Portion sprechen, wir vor allem vorrangig im Kontext der Urproduktion einen großen Impact haben. Wir sehen hier aber auch – orange eingefärbt – die Tischabfälle, also das, was auf den Tellern verbleibt. Denn in der Gastronomie, in der Außer-Haus-Gastronomie sind wir ja direkt am Übergang zwischen Produktion und Konsum. Das ist aus meiner Sicht ein ganz wichtiger Punkt, der die Großküchen an vielen Stellen so besonders macht. Denn im Kontext unseres gesellschaftlichen Wandels essen wir immer mehr außer Haus. Sie werden wahrscheinlich häufig einmal unter der Woche oder am Wochenende außer Haus essen. Dementsprechend ist dieser Übergang zwischen der direkten Produktion in der Küche direkt an den Gast, direkt zum Konsumenten, wie gesagt, eine ganz andere Situation. Dort haben wir auch einen anderen Steuerungsmechanismus als z. B. über den Lebensmitteleinzelhandel, also den klassischen Absatzkanal von Lebensmitteln, wo die Weiterverarbeitung dann im Privathaushalt erfolgt. Das ist eine ganz andere Situation, die dort entsteht. Viele Personen sind ja auch auf die Mittagsmenüs angewiesen. Sie hatten vorhin wahrscheinlich auch nicht so richtig viel Auswahl in Ihrer Mittagspause.

Warum spielt die Großküche eigentlich eine wichtige Rolle, wenn es um die Klimagerechtigkeit und die Versorgungssicherheit geht? Dazu habe ich Ihnen auch ein paar Punkte – CO₂-basiert – mitgebracht. Wir haben zum einen sehr viele Hebelpunkte, die wir erkennen können, die sogenannten Einzelmaßnahmen. Diese habe ich Ihnen nur einmal zur Ansicht mitgebracht.

– 63 –

Ich springe direkt auf die nächste Folie. Denn wenn wir uns die Forschungsprojekte der letzten Jahre rund um Küchen und um die ökologischeren Wirkung von Küchen anschauen, wird dort an vielen Stellen sehr viel mit Substitution und Reduktion gearbeitet sowie vor allem mit Rezepturanpassung. Mittlerweile sind viele Küchen diesbezüglich schon recht weit, würde ich sagen. Das ist in der Branche angekommen. Aber wir haben an vielen Stellen auch immer noch die Zurückhaltung, sich auf diesen Weg der Planetary Health Diet, der ökologisch relevanten und auch gesundheitlich relevanten Sicht zu begeben. Denn das, was wir an dieser Stelle berücksichtigen müssen, ist ja, dass wir im Handlungsfeld Ernährung immer, wenn wir ökologisch optimieren – auf dieser Folie sehen Sie die klassische ökologische Optimierung bei den Königsberger Klopsen, die anteilig durch eine pflanzliche Komponente ersetzt worden sind –, auch eine gesundheitliche Optimierung haben. Das ist auch das, was wir immer im Blick behalten sollten, wenn es um die Planetary Health Diet und deren langfristige Umsetzung für die Krisenfestigkeit der Situation und der zukünftigen Erwartungshaltung in Richtung, was die Großküche hier leisten kann, geht.

Hier habe ich solch ein Rezepturbeispiel mitgebracht, wie man eine Optimierung relativ einfach vornehmen kann und womit die Küchen wirklich reallaborbasiert arbeiten können. Denn die wissenschaftlichen Fakten – Sie wissen es hoffentlich selbst an vielen Stellen – sind uns seit 30 Jahren bekannt. Aber diese Überführung in dieses relative realweltorientierte Wissen, funktioniert eben nur, wenn man gemeinsame Nenner identifiziert. Das sind dann häufig die Rezeptur und das Handeln in der Situation.

Was bringt uns eine wissenschaftlich basierte, umfänglich durchkalkulierte Planetary Health Diet – das sage ich jetzt als Beispiel –, wenn wir es nicht mit den Küchen gemeinsam kommuniziert bekommen, wenn wir die Privathaushalte – das ist genauso der Punkt – nicht erreichen? Dann haben wir an vielen Stellen ein Problem. Deswegen geht es schließlich darum, die gemeinsamen Nenner zu finden. Das sind in den Küchen vor allem die Rezeptur und die Rezepturneuentwicklung, und zwar im Kontext des Reissue-Prinzips. Die Branche – das kann ich, glaube ich, an dieser Stelle schon berichten – wird sich, zumindest fünf, sechs große Catering-Unternehmen, hoffentlich bald auf gewisse Indikatoren verständigen. Da geht es vor allem um diese Reissue-Idee, dass man sagt 80 : 20, also 80 % der Lebensmittel, die wir beschaffen, sind pflanzlich und 20 % sind tierisch basiert, um diese Faktoren in Bezug auf die Nachfrageoption zu hinterfragen. Denn dort hat ja jetzt auch der Bund durch die BLE eine große Ausschreibung für Forschungen integriert, um lokale Wertschöpfungsketten zu stärken. Die Außer-Haus-Gastronomie kann hier ja an vielen Stellen eine stabile Nachfrage realisieren.

Auf der anderen Seite haben wir ein paar Probleme in Bezug auf Qualitäten, in Bezug auf die Verfügbarkeit über das Jahr gesehen. Es muss noch mehr Austausch zwischen den Landwirten und den Großküchen geben. Dabei wird es natürlich auch Widerstände geben, weil man in gewissem Maß den Zwischenhandel umgeht, wenn man das Lokalprinzip anwendet. Das gilt es, in den nächsten Monaten abzuwarten. Es gibt

– 64 –

aber auch noch weitere Umsetzungsstrategien, die Sie sich im Nachgang gern noch einmal anschauen können.

Worauf ich aber noch hinaus will, ist, dass wir ganz aktuell daran sind, die wahren Kosten auch noch einmal zu berücksichtigen, und im „True Cost Accounting“ nicht nur die ökologischen Faktoren in Geld umgelegt haben. Damit sieht man recht klar, womit die Branche auch umgeht. Mit eindeutigen Zahlenwerten kann man natürlich auch einiges mehr an Aufmerksamkeit erzeugen. Sie sehen hier einmal eine Beispielkalkulation für eine Bolognese – das ist ein sehr schönes Gericht, das man gut in der klassischen Art als auch in der vegetarisch/veganen Option in der Großküche anbieten kann –: mit realen Personalkosten und allen Aufwendungen für Beschaffung etc. Hier sehen wir, dass keine der Mahlzeiten, wie sie aktuell angeboten werden, den Verkaufspreis in der Form erreichen würde. Das sind hier exakte Zahlen. Häufig wird ja dann auf- oder abgerundet, da man mit einer Mischkalkulation arbeitet. Aber Sie sehen, dass das vegane Gericht, wenn es angeboten wird, selbst wenn es schon ein bisschen günstiger ist, nicht die klassischen ökologisch wahren Preise mitgeht. Das findet die Branche sehr spannend. Dazu gibt es aktuell zwei Forschungsprojekte, zum einen von einer Doktorandin von mir, die sich mit mehreren Küchen eher im norddeutschen Raum auseinandersetzt, und zum anderen ein EU-Forschungsprojekt an der Uni in Augsburg, das sich mit diesem Kontext beschäftigt. Hier sehen wir, dass wir damit die Branchenakteure auch ganz klar viel einfacher bekommen. In dem Moment, in dem wir über Kosten sprechen, ist es ein wichtiger Punkt. Aber selbst hier sehen Sie – wie gesagt, wir haben da noch große Abweichungen –: 50 Cent mögen Ihnen zwar jetzt nicht viel vorkommen, aber wenn wir das auf 2 000 Essen pro Tag hochrechnen, dann sind das natürlich schon große Zahlen.

Weiterhin entscheidend – das möchte ich gerade für die Krisenfestigkeit nicht aus den Augen lassen; da komme ich jetzt eher auf die soziale Dimension der Ernährung und der Großküche zu sprechen – ist die Ernährungsumgebung. Denn Sie wissen selbst, Sie entscheiden sich vielleicht an vielen Stellen auch anders, wenn Sie ein Angebot haben oder ein Angebot gar nicht erst vorfinden. Der WBAE stellt sehr stark heraus, dass wir die Essumgebung, die für uns so entscheidend ist, an vielen Stellen anders bewerten müssen. Denn im Kontext dieser ganzen Entscheidungssituation des Individuums ist es ja so, dass ich mich an vielen Stellen auch umentscheiden muss, wenn ich gar keine Verfügbarkeit sehe. Deswegen stellen der WBAE und auch wir in anderen Forschungskonzepten sehr klar heraus, dass die Ernährungsumgebung absolut direkten Einfluss hat. Wenn ich nicht vorher in irgendeiner Form schon in meiner Ernährung festgelegt bin, dass ich mich z. B. vegan oder vegetarisch ernähre, dann sehe ich, dass mir die Gemeinschaftsverpflegungsangebote meine Entscheidung abnehmen. Wir sehen an vielen Stellen aber auch – das ist aktuell noch eine Nachwirkung der Coronakrise –, dass betriebswirtschaftlich häufig nicht mehr kostendeckend gearbeitet werden kann, dass viele Kantinenbetreiber auslaufende Verträge auslaufen lassen, dass selbst im öffentlichen Bereich Kantinen unbesetzt bleiben und dass es dort aktuell im Markt einen gewissen Konzentrationsprozess gibt, weil sich dort dann die größeren Caterer mehr durchsetzen werden. Da stellt sich dann die Frage, ob das

– 65 –

krisenfest ist. Wir werden sehen müssen, ob es dann so sein wird. Aber gerade die kleineren Caterer sind aktuell im Kontext der Inflation, Personalkosten, Beschaffungskosten etc. sowie der höheren Ansprüche in den Ausschreibungskriterien eher überfordert.

Letzter Punkt, zu dem ich kommen will: Wenn wir auf die soziale Dimension schauen, dann müssen die Themen Ernährungsarmut und Versorgungssicherheit angesprochen werden. Das stellt der WBAE sehr deutlich heraus. Das sind ja auch Themen, die wir ansprechen, wenn wir uns die Sozioökonomie in Privathaushalten anschauen. Je weniger ich verdiene, desto mehr gebe ich vom verfügbaren Einkommen für Lebensmittel aus. Da stellt sich eindeutig die Frage: Was kann die Großküche und was können wir hier auch für die Krisenfestigkeit in dem Kontext sehen? Gerade im Kontext Ernährungsarmut ist es sehr klar, dass Schulmahlzeiten, Kitamahlzeiten und aus meiner Sicht auch Mensamahlzeiten sowie die Unterstützung für diejenigen, die sich in der Ausbildung befinden, vermehrt in den Fokus genommen werden müssen.

Ich sage noch einmal ganz kurz: Es gibt materielle und soziale Ernährungsarmut. Das heißt zum einen, ich kann nicht das aufbringen, was ich eigentlich bezahlen müsste. Kinder werden, wenn es überhaupt eine Mittagsverpflegung in den Schulen gibt, mittlerweile häufig von der Mittagsverpflegung abgemeldet, weil die Kosten zu hoch sind. Das ist eigentlich absolut prekär. Denn wir sehen, dass gerade in den sozioökonomisch schwächeren Haushalten die Mittagsverpflegung in der Schule ein riesengroßer Punkt ist. Aus meiner Sicht ist das aber in der Kita wie auch in den nachfolgenden Ausbildungsschritten genauso wichtig.

Zum anderen wird das Phänomen „Hidden Hunger“, der erhöhte Konsum von Kohlenhydraten, explizit im WBAE-Gutachten aus dem Jahr 2022 manifestiert. Der Punkt ist: Ich nehme z. B. Nudeln auf, weil ich die relativ einfach im Lebensmitteleinzelhandel erwerben kann. Auf der anderen Seite bin ich dann mit Mikronährstoffen absolut unterversorgt. Ich habe zwar keinen Hunger – deswegen „Hidden Hunger“ –, bin aber an den Punkten einfach nicht gut in meiner Entwicklung. Gerade Kinder und Ältere sind davon stark betroffen.

Wir hatten gerade letzte Woche im Kontext des Bürgerrats – ich bin ja auch berufen, benannt worden für den Wissenschaftlichen Beirat des Bürgerrats „Ernährung im Wandel“ beim Bundestag – eine Veranstaltung, in der das sehr deutlich diskutiert wurde. Wir arbeiten aktuell auch stark mit den Tafeln in Niedersachsen zusammen. Dort sehen wir, dass gerade Kinder und ältere Personen von diesen Phänomenen sehr deutlich beansprucht werden. In dem Hohenheimer Manifest, das Sie eventuell kennen, sehen wir noch einmal ganz klar, dass jeder investierte US-Dollar – das wird hier zitiert – ca. 9 US-Dollar Ertrag in Form von nicht entstehenden oder eingesparten Gesundheitskosten etc. bringt. Daher, ganz klar: Auch die „Randlebensphasen“ – sowohl die Jüngeren als auch die Älteren; gerade auch allein lebende Seniorinnen und Senioren

– 66 –

sind hier ein großes Thema; diejenigen, die sozioökonomisch schwach sind, diejenigen, die zur Tafel gehen müssen – müssen in den Blick genommen werden, um die Krisensicherheit auf sozialer Ebene wirklich zu optimieren.

Dann komme ich als Allerletztes auf die Maßnahmenempfehlungen aus dem WBAE-Gutachten und eine kurze Zuordnung – das finde ich ganz nett; das hat eine Kollegin aus Berlin umgesetzt –, wo Bund, Länder und Kommunen als auch Schulträger angesprochen sind, z. B. bezüglich beitragsfreier Kita-, Schulverpflegung, Umsetzung der DGE-Qualitätsstandards, zu sprechen. Das würde auch eindeutig mit dem einhergehen, dass wir eine ökologische Sicherheit haben. Hierzu einfach eine grobe Übersicht für Sie – ich werde jetzt nicht auf alles eingehen –, was dort wo verankert sein sollte.

Damit komme ich schon zum Fazit. Ich würde mir noch einmal grundsätzlich wünschen, dass vor allem diese Hebel- und Steuerungswirkung, die wir in der Großküche haben, mehr Berücksichtigung findet. Denn gerade für die ökologische und gesellschaftliche Transformation sowie die Krisensicherheit ist die Großküche ein außerordentlich wichtiger Faktor. Wir können dort sehr viele Ungleichheiten relativ einfach einfangen, wenn sowohl Kinder als auch Ältere guten und freien Zugang zu den Menüs haben und diese lecker, ökologisch relevant und gesundheitlich basiert sind. Dann können wir damit nur gewinnen, wie auch die Studien zeigen. Auf der anderen Seite ist es wichtig, indikatorenbasiert zu arbeiten. Das habe ich hier jetzt ein bisschen hintangestellt. Aber Sie haben es zumindest ein bisschen gesehen. Ich habe hier gerade nur das CO₂ fokussiert. Aber wir haben natürlich noch viel mehr Nachhaltigkeitsindikatoren. Wir haben dazu im Rahmen der Forschung auch unterschiedliche Instrumente entwickelt. Es gibt mittlerweile auch am Markt Instrumente, um die Nachhaltigkeitswirkung von Menüs zu berücksichtigen. Auf der anderen Seite – wenn ich jetzt Versorgungssicherheit noch weiter denke, als ich das hier gerade fokussiert habe –, müssen wir die Vorketten in der Form sichern, dass wir lokale Wertschöpfungsketten stärken und hier sozusagen auch die Großküche als wirklichen Akteur in der Lokalität, in der Region wahrnehmen – so nehmen sich nämlich die Großküchen gerade selbst nicht wahr; daran hat die Branche noch ein bisschen zu arbeiten – und die Versorgungssicherheit für Bürgerinnen und Bürger darstellen. Hier sehen wir eben an vielen Stellen, dass das einfach ein ganz relevanter Punkt ist. Wichtig ist, dass die Mahlzeit am Ende auch lecker ist. Denn sonst wird sie keiner essen.

Damit bedanke ich mich und hoffe, dass ich Ihnen einen kurzen Einblick geben konnte.

Ein letzter Satz an dieser Stelle noch: Ich bin, wie gesagt, aktuell Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Bürgerrates. Dieser hatte an diesem Wochenende eine Präsenzveranstaltung. Dort nehme ich wirklich sehr stark wahr, dass es ganz engagierte Bürgerinnen und Bürger gibt. Die Themen, die dort diskutiert werden – das geht von Tierwohl über die Bezahlbarkeit von Lebensmitteln bis hin zu Labeln und Kennzeichnungen –, haben wirklich eine sehr große Bandbreite. Ich glaube, dass die Bevölke-

– 67 –

rung an vielen Stellen da sehr viel weiter ist, als die politischen Akteure eventuell denken. Es ist sehr spannend, das mitzubekommen. Dazu kann ich gern Fragen beantworten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Professorin Dr. Speck. – Wir machen jetzt direkt mit Herrn Peter Defranceschi vom European Food Cluster und Global CityFood Programme, ICLEI – Local Governments for Sustainability in Brüssel weiter. Auch Sie haben jetzt die Möglichkeit, uns 20 Minuten lang in das Thema einzuführen. Danach schließt sich die Fragerunde an. – Sie haben das Wort.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Defranceschi: Danke für die Einladung. – Ich hoffe, dass Sie noch fit sind nach dem Essen, in der Siestaphase. Deshalb werde ich mich hauptsächlich auf Impulse konzentrieren.

Was wir essen und wie wir essen, sehen wir meistens als eine Privatsache und nicht als etwas, um was sich lokale, regionale oder nationale Regierungen kümmern müssten. Trotzdem: Spätestens nach der Covidpandemie und den Engpässen mit der Versorgung, spätestens nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und den erhöhten Preisen, Lebensmittelpreisen und Energiepreisen, und spätestens seit dem Klimawandel und jährlichen Rekordhitzen oder Rekordregenfällen, die sich auch auf die Landwirtschaft auswirken, rückt das Thema Ernährungssicherheit immer mehr in den Fokus. Ich muss auch sagen: Das Thema Ernährungssicherheit – ich leite das Brüsseler Büro von ICLEI; ich werde gleich darauf zurückkommen – wird oft verschieden benutzt.

Als Beispiel: Erst zuletzt, vor zwei Wochen – ich komme aus Südtirol –, haben sich der Südtiroler, der bayrische und der österreichische Bauernverband zum jährlichen Treffen getroffen. Dort habe ich gesehen, dass sämtliche – ich sage es so – Empfehlungen aus der EU in Richtung Nachhaltigkeit immer kritisch gesehen wurden, als gefährliche Empfehlungen, die die Ernährungssicherheit in Gefahr bringen. Ich denke, es ist wichtig, dass wir Ernährungssicherheit frei von diesen Konflikten sehen und eher vor dem Hintergrund der Frage, wie wir durch Ernährungssicherheit Ernährung sichern können.

Was ich auch bei der Vorbereitung der Präsentation klar gesehen habe, ist, wie eng Ernährungssicherheit mit allen Themen und Ereignissen zusammenhängt, die wir auch heute gehört haben. Im ersten Beitrag wurde über die Wichtigkeit von Energie, Ernäh-

– 68 –

rung und Energie, Logistik, Mobilität, soziale Belange, Klimaschutzmaßnahmen gesprochen. Es hängt so viel damit zusammen, und es ist eigentlich ein Einstiegsthema für die Transformation an sich.

Die Organisation ICLEI ist ein europäisches und globales Netzwerk. Wir arbeiten integriert zu den verschiedensten Themen zur urbanen Nachhaltigkeit mit sehr kleinen Kommunen, aber auch sehr großen. Wir sind weltweit vertreten, aber unser Büro mit 150 Leuten ist in Freiburg. Ich leite das Brüsseler Büro. Hier sehen Sie einige unserer Mitglieder aus Deutschland. Ich leite auch das globale Ernährungsprogramm von ICLEI. Da haben wir einen – auf Deutsch würde man es vielleicht so sagen – 3-G-Ansatz: gesunde Menschen, gesunde Ernährungslandschaften und gesundes Klima. Das sind die drei Bereiche, in denen wir Initiativen, Projekte mit Städten machen.

Bevor ich in die Handlungsfelder einsteige, zeige ich Ihnen ein paar übergreifende Ansätze und Leitsätze. Einmal ist es sicherlich wichtig, Ernährung, Klima und Biodiversität zusammen zu denken. Vor ein paar Wochen war ich auf einer Konferenz in Brüssel. Dort waren Vertreter aus Katalonien, wo monatelang Dürre herrschte, und auf der anderen Seite aus Emilia-Romagna, wo so viel Wasser herunterging, dass der Boden es nicht aufnehmen konnte. Daran sieht man, dass die Schwierigkeiten in der Ernährungsversorgung ganz konkret werden. Auch Biodiversität und Ernährung hängen zusammen.

Zum Zweiten: lokale Kreisläufe sind wichtig. Diese waren in Wirklichkeit zum Teil auch die Gewinner, denn während der Pandemie haben die Leute plötzlich gesagt: „Wir gehen zum Bauern, wenn im Supermarkt nicht alles wie sonst ist.“

Dann: Kommunen und Städte einbinden. Auf kommunaler Ebene sind natürlich die Bürgermeister diejenigen, die der Bevölkerung sehr nah sind und zu denen die Bürger gehen, wenn es Probleme gibt. Es ist auch wichtig, dass nicht nur ein Amt für die Ernährungssicherheit zuständig ist, sondern dass verschiedene Ämter zusammenarbeiten, denn man kann nicht isoliert handeln.

Natürlich muss man auch sozial gerecht denken. Es muss leistbar sein. Es muss eine Wahl sein, die allen zugutekommt und nicht nur in gewissen Orten zu gewissen Preisen, die nicht für alle erschwinglich sind.

Auf dieser Folie sehen Sie die verschiedenen Handlungsfelder. Ich werde auf sie in den verschiedenen Folien eingehen.

Wichtig ist – ohne ins Detail zu gehen; es wurde ja auch schon im Vorfeld darüber gesprochen –: Ernährungssicherheit heißt, es braucht einen guten Boden, der sich regenerieren kann, und es braucht die Bienen – ganz einfach ausgedrückt. Man sieht es auch in den Niederlanden: Wenn die Reißleine zu spät gezogen wird, weil der Boden zu verseucht oder zu „degradiert“ ist, dann kann es auch zu sozialpolitischen

– 69 –

Schwierigkeiten kommen. Am Ende gilt: Ein gesunder Boden führt zu gesunder Nahrung und gesunde Nahrung führt zu gesunden Menschen; das hängt zusammen.

Wichtig ist auch – das ist etwas, was ich oft bemerke, wenn ich mit Landwirtschaftsabteilungen oder auch der Kommission in Brüssel spreche, wenn ich frage, was die Alternative zur Tierhaltung und pflanzenbasierter Landwirtschaft ist –, dass es keinen Sinn macht, wenn jemand, der viel Pestizide einsetzt, konventionelle Landwirtschaft betreibt und nur auf die Wirtschaftlichkeit schaut, mehr verdient als jemand, der versucht, klimafreundlich und pflanzenbasiert zu arbeiten. Das sollte ja belohnt werden. Aber trotzdem ist oft die Antwort: Der Anbau von Hülsenfrüchten ist nicht profitabel. Aber das kann auch profitabel sein. Ich werde darauf zurückkommen.

Es ist wichtig, solche Modelle zu erforschen, zu fördern. Man kann auch nicht verlangen, dass sich ein Landwirt, der auf die Wirtschaftlichkeit schauen muss, nachts alle möglichen Bücher liest und quasi Forschung betreibt, um andere Modelle zu entwickeln. Dazu haben wir die Wirtschaft und Innovationen. Deshalb plädiere ich für eine Vielfalt im Denken und in der Landwirtschaft. Vielfalt bedeutet wirklich auch eine Vielfalt an heimischen Sorten, die dort schon seit Jahrhunderten wachsen. Beispielsweise habe ich kürzlich gelesen, dass das in Amerika von 180 Apfelsorten eigentlich nur noch auf fünf zutrifft. Ich weiß, dass es auch in Baden-Württemberg viele gute Apfelsorten gibt. Ich habe hier zwei, drei Jahre gearbeitet. Ich selbst komme aus Südtirol und kann sagen: Ich habe in meiner Jugend wirklich viele Äpfel gegessen und zehre immer noch davon. Aber man kann nicht nur von Äpfeln und Milch leben.

(Heiterkeit)

Man muss sich auch mit den Anbaumodellen – es gibt verschiedene Standorte – und der Größe der Produzenten beschäftigen. Wir haben schon beim Mittagessen darüber gesprochen, und ich habe erzählt: Ich merke in Brüssel, dass es eigentlich keine Terminologie für „klein“ gibt. Es geht um große Landflächen, es geht um große Bauern. Aber es gibt keine Definition für „kleine Bauern“, obwohl 40 % der kleinen Bauern in 20 Jahren verschwunden sein werden.

Dazu ist auch interessant: Ich denke, gerade für einen Standort wie Baden-Württemberg, wo Forschung und Innovation seit jeher auf hohem Niveau vorangehen, sollte die Landwirtschaft um die vertikale Landwirtschaft ergänzt werden. Das muss nicht im Konflikt mit traditioneller Landwirtschaft oder mit dem, was bereits produziert wird – traditionell oder ökologisch –, stehen. Vielmehr geht es darum, wie man auch in geschlossenen Landwirtschaftssystemen Lebensmittel produzieren kann – komplementär. Durch die niedrigen Preise für LEDs und gekoppelt mit Ökostrom kann das funktionieren. In anderen Ländern, wie z. B. in Singapur, ist das Teil der nationalen Strategie für Ernährungssicherheit.

Lebensmittelverschwendung: Ich glaube, darauf muss ich nicht näher eingehen. Aber es ist klar, dass, wenn europaweit oder auch in Deutschland von drei Äpfeln einer

– 70 –

weggeschmissen wird, das nicht mit Ernährungssicherheit zusammenpasst. Hier müssen Sensibilisierung und Förderung von Praktiken unterstützt werden. Es gibt in verschiedenen Ländern verschiedene Gesetze. In Frankreich wird es bestraft, wenn Supermärkte Lebensmittel wegschmeißen. In Italien wird die Vermeidung von Lebensmittelabfällen durch Steuererleichterungen gefördert. Es gibt auch einzelne Initiativen, vor allem auf lokaler Ebene, um die Lebensmittelreduzierung voranzubringen. Das geht dann auch mit CO₂-Reduzierung einher. Darauf kann ich vielleicht später noch im Detail eingehen.

Auf lokale Lebensmittelproduktion und Konsum wurde bereits öfter eingegangen. Ich denke, speziell in Baden-Württemberg gibt es doch sehr viele Bauernmärkte und eine Sensibilisierung, kurze Kreisläufe. Aber es geht oft um Obst und Gemüse. Das, was oft fehlt, ist eine Vertriebsstelle – dezentralisiert –, die ganze Logistik darum herum: mehr Verarbeitungsorte, mehr Lagerungsstätten, also alles, was die Verteilung von den kleinen Initiativen betrifft, wo verarbeitet werden kann, wo gelagert werden kann.

In einem EU-Projekt ging es darum, wie man Gemeinschaftsverpflegung und kleine Produzenten verknüpfen kann. Auch wenn es logisch klingt, wenn man sagt: „Okay, eigentlich könnten für alle Schulen 10 % der Lebensmittel aus der Region kommen“, ist das nicht so einfach umsetzbar. Der Bauer sagt: „Na gut, ich habe keine Zeit, die Lebensmittel zu den Schulen zu bringen; ich kann mich darum nicht kümmern. Dann kommt noch die ganze Bürokratie hinzu. Die Gemeinde bezahlt mich bis zu 30 Tage später.“ Auf der anderen Seite sagt die Gemeinde: „Wir können jetzt auch nicht zu jedem Bauern gehen und darauf hoffen, Lösungen zu finden.“ Deshalb haben wir geschaut, welche Lösungen es gibt. Gent z. B. hat eine digitale Marktplattform entwickelt. Der Vorteil, den diese für die Bauern bringt, ist, dass sie ihnen die Arbeit in Bezug auf Bürokratie und Logistik abnimmt. Die Kommunen sind froh, weil sie dann die Lebensmittel – oder einen Teil davon – direkt auf der digitalen Marktplattform bestellen können.

Vorhin habe ich erwähnt, dass ich oft höre, dass als Alternative zur Tierhaltung oder zur traditionellen Landwirtschaft der Anbau von Hülsenfrüchten oder nur von Gemüse nicht profitabel sei. Ich war kürzlich in Wien und habe mir die ganzen Marktgärten angeschaut. Da wurde mir von dem Professor, der das begleitet, erklärt, dass eigentlich alle von 1 ha bis 5 ha gut leben können, die Familie versorgen können und ein gutes Einkommen haben.

Was ist die Lösung? Die Lösung ist mehr Einkommen durch weniger Zwischenhändler. Die Landwirte müssen dabei unterstützt werden, die Zahl der Zwischenhändler zu reduzieren und direkt an den Konsumenten, an die Gastronomie, an die Hotellerie, an die Schulen zu kommen.

Wichtig sind auch Ernährungsräte. Das sehen wir nicht nur auf lokaler Ebene. Ernährungsräte sind nicht nur Kosmetik, in denen man gemütlich über Ernährungsinitiativen spricht, sondern es ist mittlerweile auch von der Kommission vorgeschlagen worden,

– 71 –

sowohl einen Europäischen Ernährungsrat als auch Räte auf der nationalen Ebenen zu haben. Ernährungsräte könnten auch auf regionaler Ebene gebildet werden. Es geht praktisch darum, verschiedene Interessenvertreter von der Landwirtschaft, von der Wissenschaft, vom Handel, von der Politik zusammenzubringen, die dann über konkrete Fragestellungen wie z. B. in Bezug auf die Ernährungssicherheit diskutieren.

Die EU hat die „Farm to Fork“-Strategie aufgelegt. Das ist die erste nachhaltige Ernährungsstrategie der Kommission. Es gibt eine große Petition, ein großes Projekt dazu, dass es doch ein guter Mindeststandard für alle EU-Länder wäre, dass es für jedes Kind in jeder Schule eine gesunde Mahlzeit mit Ernährungsbildung gibt. Ernährungsbildung heißt z. B., dass ein Kind in der Schule kochen lernt. Es hat ja auch etwas mit Ernährungssicherheit zu tun, wenn man im Alter von 18 Jahren nicht nur eine Tiefkühlpizza in der Mikrowelle aufwärmen kann, sondern auch mit regionalen Lebensmitteln etwas kochen kann. Es ist ja auch gut, wenn das Kind zu Hause einmal etwas kocht. Für diese Petition haben wir bislang schon über 55 000 Unterschriften bekommen. Es scheint doch eine Chance zu geben, dass dieser Vorschlag immer mehr Zustimmung findet. Im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft Spaniens wird jetzt eine entsprechende Veranstaltung durchgeführt. Eine gesunde Schulmahlzeit mit Ernährungsbildung ist etwas, was für mich nicht rechts, links, liberal oder grün ist, sondern es macht einfach Sinn. Denn es geht auf der einen Seite um Gesundheit und Gesundheitsprävention und auf der anderen Seite darum, dass jedes Kind eine Schulmahlzeit bekommt. In erster Linie geht es also darum, allen eine Mahlzeit zu geben. Erst danach geht es um den ökologischen Anteil oder andere Kriterien.

Wenn Sie das an einem Teller sehen, sagen wir immer: kleiner Teller – große Wirkung. Ich bin Beschaffungsspezialist. Man kann wirklich in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung auf einem Teller alle Nachhaltigkeitsziele vereinen. Denn es geht um Jobs, es geht um Ökologie, ökologischen Landbau, es geht um Gesundheit, um Klimaschutz, wenn weniger Fleisch auf dem Teller ist, oder um weniger Lebensmittelabfall. Es geht auch um Kreislaufwirtschaft, soziale Belange und Erziehung. So viel hat auf einem Teller Platz. Es wäre doch schade, wenn wir diese Chance nicht nutzen und nicht in jeder Schule Schulmahlzeiten einführen würden.

Ich weiß ziemlich gut, was in Europa an guten Beispielen abläuft. Ich denke, auch Deutschland – mit ein paar Ausnahmen in Städten, die sehr fortschrittlich sind – hat hier sicherlich Aufholbedarf. Anderswo wird z. B. mehr Geld für Schulmahlzeiten ausgegeben, oder es ist klarer, wer zuständig ist. In vielen deutschen Städten ist es oftmals so, dass man nicht weiß, welches Amt zuständig ist, oder die Schule einkauft, aber das nicht mit der Gemeinde verbunden ist oder man sich dort dafür nicht zuständig fühlt. Da gibt es noch einen gewissen Nachholbedarf. Es ist auch ein Unterschied, ob es in einer Schule eine Küche gibt oder ob eine Großküche oder ein Caterer das Essen bringt.

Für mich ist auch immer die Verbindung mit lokaler Kultur und Tradition wichtig. Niemand wird sich vorschreiben lassen, wie man isst, aber es ist wichtig – Essen geht

– 72 –

durch den Magen –, dass das auch mit der Kultur vor Ort, mit traditionellen Gerichten verbunden wird. Das muss dann auch mit der Landwirtschaft und z. B. mit regionalen Sorten verknüpft werden.

Das Thema „Infrastruktur und Logistik“ haben wir heute schon öfter angesprochen. Auch ich sehe die Wichtigkeit, dass es nicht nur regionale Anbieter gibt, sondern dass auch in die Verarbeitung, Lagerung, Verteilung usw. investiert wird.

Ich war vor ein paar Monaten in Italien. Es hat mich schon sehr fasziniert, wie dort auch aufgrund der Nähe zu Russland bereits Notfallpläne praktiziert wurden und beispielsweise erforscht wurde, wie die Bevölkerung ernährt wird, wenn es einen Notfall gibt, wer die Nahrungsmittel liefert, wie die Kreislauketten sind. Natürlich ist eine präventive Infrastruktur besser. Längerfristig hat sicherlich auch die Förderung von naturbasierter Infrastruktur – praktisch: Lebensmittel in der Stadt und um diese herum – und die Verknüpfung mit den Landwirten zu verfolgen. Als gutes Beispiel führe ich das Förderprogramm „Urbanes Grün“ der Stadt Stuttgart an.

Jetzt zeige ich Ihnen schon meine letzte Folie. Ich denke, ein Land wie Baden-Württemberg – eingangs habe ich ja gehört, wo überall Sie zwar nicht Weltmeister sind, aber doch im Ländervergleich die Nase vorn haben – könnte wirklich ideal sein; denn Ernährungssicherheit ist ein Thema, das noch nicht so weit vorangeschritten ist, auch datenmäßig nicht. Es gibt speziell in unseren Breitengraden noch nicht so viele Resultate dazu, was möglich ist und was gemacht werden kann. Wie ich es schon angesprochen habe, wäre es sicherlich interessant, die Zusammenarbeit zwischen unserer Seite, einem Städtenetzwerk, den Kommunalexperten, der Wissenschaft – Herr Professor Wiek – und einem Land wie Baden-Württemberg zu vertiefen. Im Rahmen Ihrer Sitzung kann man nur in aller Kürze Impulse geben. Ich denke, es wäre sicherlich spannend, zu sehen, was Forschung und Innovation beitragen können, welche Art von Sensibilisierung wichtig ist und wie eine Infrastruktur progressiv aufgebaut werden kann.

Damit bin ich am Ende meines Vortrags angelangt. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank Ihnen. – Wir kommen jetzt zur Fragerunde. Wir beginnen mit Herrn Kollegen Nentwich von der Fraktion GRÜNE. – Bitte.

Abg. Ralf Nentwich GRÜNE: Vielen herzlichen Dank für die Präsentationen, Frau Professorin Speck und Herr DeFranceschi. Ich finde es ganz interessant – zum einen bei Ihnen, Frau Speck – mit den Königsberger Klopsen. Ich bin gleich darauf gekom-

– 73 –

men: In Baden-Württemberg muss man natürlich auch Linsen mit Spätzle und so etwas mitbedenken. Vielleicht können Sie das in Ihre nächsten Untersuchungen mit einbringen. Das einmal vorneweg.

Sie haben es sehr umfassend gemacht. Daher habe ich auch gar keine tiefergehenden Fragen mehr zu den Einzelheiten, die Sie genannt hatten. Allerdings hätte ich zu zwei Punkten noch Fragen.

Bei den regionalen Zutaten – Sie haben ja viel über die einzelnen Zutaten gesprochen – habe ich aber jetzt die Regionalität nicht so herausgehört: Welchen Einfluss hat sie? Das wäre eine Frage von mir.

Sie haben große Caterer angesprochen. Da haben wir natürlich das Problem, dass die immer, wenn sie sich an Ausschreibungen beteiligen, sagen: „Den Salat können sie dann regional noch dazu nehmen. Der Rest kommt aber von überall aus der Welt – und das auch in Bioqualität.“ Da sind wir jetzt vielleicht wieder bei einem kontroversen Punkt. Inwieweit kann man das noch differenzierter darstellen, oder wie ist Ihre Meinung dazu?

Dann vielleicht auch zu verschiedenen Kochverfahren wie Cook and Chill, Cook and Freeze etc. Hat das in Ihrer Untersuchung eine Rolle gespielt?

Herr Defranceschi, vielen Dank auch für den Impuls mit Vertical Farming. Den hatten wir heute noch nicht so gehört. Das finde ich nämlich auch für Baden-Württemberg sehr interessant, wo das Thema Flächenverbrauch diskutiert wird und wo gerade die Initiative „Ländle Leben Lassen“ genau auf diesen Faktor zielt. Da würde mich interessieren, wie Sie die Potenziale gerade in Baden-Württemberg sehen.

Bei Ihnen beiden fand ich auch das mit der Lebensmittelverschwendung einen sehr wichtigen Punkt, zu dem man auch sagen kann: Das ist ein riesiger Faktor. Gleiches gilt für das, was die Schulen angeht. Ich glaube, da sind wir wirklich an einem Game-changer dran.

Abg. Christiane Staab CDU: An Sie, Frau Speck, habe ich eine Frage zu den Gemeinschaftsverpflegungen. Sie hatten zu Recht gesagt, dass Kinder vom Mittagessen abgemeldet werden, und zwar ganz oft aus Kostengründen. Das ist eine Feststellung, die wir auch vor Ort treffen. Es gibt Gutscheine für Bildung und Teilhabe; und dennoch werden Kinder abgemeldet, weil dieser 1 € Selbstbeteiligung noch zu viel ist oder aus welchen Gründen auch immer. Für mich ist einfach die Frage – ich bin jemand, der sich einem Problem gern anhand von Fakten nähert –: Gibt es tatsächlich Untersuchungen, wie sich die Kostenfreiheit auf die Teilnahme am Mittagessen auswirkt? Ist es so, dass dort, wo es gänzlich kostenlos ist, alle Kinder teilnehmen, oder gibt es möglicherweise auch andere Gründe, warum sie nicht teilnehmen?

– 74 –

Das Zweite ist: Wir haben jetzt auch viel darüber gesprochen, dass Kochen eine Art Grundfertigkeit ist. Eigentlich muss jeder Mensch kochen können. Jeder Mensch sollte in der Lage sein, sich selbst eine gesunde Mahlzeit zubereiten zu können. Jetzt müssen wir aber feststellen, dass immer mehr Kinder in den Gemeinschaftseinrichtungen essen und eben gar nicht mehr diese Grundfertigkeit lernen. Sie beide hatten angesprochen: Wie können wir Kindern Kochfähigkeiten vermitteln? Dazu braucht es ja eine Küche, brauche ich irgendwo Möglichkeiten, damit die Kinder das auch erlernen können.

Wo gibt es Beispiele dafür, wie diese Kochkurse aussehen? Die haben wir ja an einzelnen Schulen, wo es eine Küche gibt, aber eben nicht an allen. Aber auch hierzu gefragt: Gibt es Untersuchungen darüber, wie sich Kocharbeitsgemeinschaften, Kochkurse auf die spätere Fähigkeit, zu kochen, aber auch auf die Lust aufs Kochen auswirken? Denn im Prinzip erleben wir es ja zunehmend, dass Menschen noch nicht einmal einkaufen gehen – ich spreche jetzt gar nicht vom Kochen – und sich fertige Kisten nach Hause liefern lassen, um daraus nach einem „Bauplan“ etwas zuzubereiten. Also, ich glaube, Kochen geht als Basisfertigkeit zunehmend verloren. Wie können wir dort auf unterschiedlichen Ebenen gegensteuern?

Jetzt eine Feststellung von mir, weil mich die Aussage, die Bevölkerung sei in ihrem Denken und in ihrem Können sehr viel weiter als politische Entscheidungsträger denken würden, provoziert hat: Ich gehe jeden Tag einkaufen, ich zwingt mich wirklich, fast jeden Tag einkaufen zu gehen. Wenn ich dann sehe, was da auf den Bändern im Supermarkt landet, dann glaube ich, dass es zumindest Teile in der Bevölkerung gibt, für die ich das jetzt nicht so statuieren würde. Das betrifft die Frage: Was brauche ich, um gesund durchs Leben zu kommen? Das ist ein massiver Bildungsauftrag. Deshalb wäre ich froh, wenn Sie uns das jetzt auch noch einmal mitgeben würden.

Dazu dann vor allem: Wie machen das andere Länder? Gibt es Länder, in denen die Themen Kochen, „Gesunde Ernährung“ feste Bestandteile im Schul-Curriculum sind, und wie kann man das implementieren? Ich will das nicht als Fach haben, sondern ich möchte wissen, wie man Bewusstsein dafür schaffen kann, wie wichtig gute Ernährung und Kochen für das ganze Leben sind.

Dann noch eine Frage zu den Kosten. Gibt es auch Erkenntnisse darüber, wie dann das Verhalten der einzelnen Kinder im Umgang mit Essen ist, wenn es kostenlos ist? Es gibt diesen berühmten Spruch: Was nichts kostet, ist nichts wert. Die Frage, die ich jetzt konkret an Sie beide stelle, ist: Erzeugen wir damit nicht auch bei Kindern das Gefühl, dass Essen einfach in beliebiger Menge verfügbar ist, dass man sich nicht darum kümmern muss, dass es einfach da ist? Wenn man nichts dafür bezahlen muss, hat es auch keinen erfahrbaren Wert, außer dass es mich ernährt. Aber ich muss nicht über die Beschaffung nachdenken. Also, ich wüsste gern, welche Haltung man dadurch möglicherweise erzeugt. Gibt es dazu Erfahrungswerte?

– 75 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Abg. Staab. Die Fragen sind angekommen. Dabei frage ich mich, wie Sie die Zeit finden, täglich einzukaufen. Aber das ist ein anderes Thema.

(Abg. Christiane Staab CDU: 24-Stunden-REWE in Wiesloch!)

– Ein kleiner Tipp für alle. Okay. – Jetzt hat Frau Dr. Harsch das Wort.

Dr. Daniela Harsch, externes Mitglied: Meine Frage richtet sich an beide Sachverständige und betrifft das Thema Ausschreibungen. Sie haben jeweils betont, wie wichtig gerade Kantinen und der öffentliche Zugang in Großküchen sind. Vor allem im öffentlichen Bereich, gerade in Kitas und Schulen, sind wir natürlich sehr schnell bei europäischen Ausschreibungen, wenn eine gewisse Einwohnerzahl überschritten wird. Selbst wenn man den Bioanteil festschreibt, entspricht es natürlich nicht dem an Regionalität und Saisonalität, was eigentlich der Anspruch wäre. Wir haben in Tübingen das letzte Mal nach einem Festpreisverfahren ausgeschrieben und auf CO₂- und Wasserreduktion gesetzt. Allerdings haben wir so gut wie keine Angebote bekommen. Vielleicht ist das auch eher so eine langsame Änderung, dass wir über diese CO₂- und Wasserverbrauchsgeschichte natürlich die Regionalität und Saisonalität hinbekommen und dadurch auch den Fleischkonsum reduzieren. Was ist denn Ihre Erfahrung mit den Ausschreibungen? Haben Sie da innovative Modelle erlebt, die genau das umgehen, was vorher schon gesagt wurde: dass der Biosalat über den Atlantik kommt?

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ganz herzlichen Dank für die beiden Vorträge. – Meine erste Frage geht an Herrn Defranceschi. Es ist ja ein Privileg, wenn man aus Südtirol kommt, denn dort gibt es ja nicht nur gute Äpfel, sondern auch andere gute Dinge. Vielleicht können Sie noch einmal das Thema Lebensmittelverschwendung etwas näher erläutern. Sie haben auch von „innovativen Ansätze“ gesprochen. Wir wissen, dass es in Frankreich gesetzliche Grundlagen gibt; hier wird auch verschiedentlich über so etwas diskutiert. Vielleicht können Sie einfach noch einmal darauf eingehen, wo es Ansätze gibt, um das Thema Lebensmittelverschwendung anzugehen.

Dann eine Frage an Sie und an Frau Professorin Speck. Wenn man jetzt einmal so ein bisschen über den Tellerrand hinausschaut – der Kollege Nentwich hat das Thema „Vertical Farming“ angesprochen; ich habe neulich einmal etwas aus den USA gesehen, da hat man auf 1 ha Fläche so viel Produktion wie wir in der normalen Landwirtschaft auf 360 ha –, dann sieht man, dass wir zwar weltweit einen starken Bevölkerungszuwachs haben, dass aber im Vergleich zu früheren Zeiten der Hunger sozusagen weniger geworden ist. Wenn man sieht, wie KI, künstliche Intelligenz, dort schon massiv eingesetzt wird, müsste das doch auch hier eine Perspektive bieten.

– 76 –

In Finnland gibt es ein Start-up, das aus CO₂ aus der Luft und mithilfe von Mikroben und Solarenergie ein Proteinpulver herstellt, das als Nahrungsergänzungsmittel eingesetzt werden soll. Es heißt Solein. Es wird von der EU gefördert. Nach Aussagen des Geschäftsführers steht das kurz vor dem Durchbruch. Vielleicht können Sie dazu Ihre Einschätzung geben, ob das völlig illusorisch ist oder ob das etwas ist, bei dem wir tatsächlich Perspektiven für die Versorgung auch in Europa haben.

Abg. Carola Wolle AfD: Ich möchte gern noch einmal auf die externen/internen Kosten auf Ihrer Folie 16, Frau Professor Speck, eingehen. Wenn Sie externe Kosten ansprechen: Meinen Sie damit den Materialeinsatz? Das ist die eine Frage. Dann wird ja dargestellt, dass Fleischprodukte tendenziell teurer sind. Ja, Fleisch ist teuer, aber auch die Kosten für Gemüse haben inzwischen deutlich nachgezogen. Mich würde interessieren, wenn man das Ganze voll kalkuliert – Waschen, Putzen usw. – und die Preisentwicklung berücksichtigt, ob Fleisch dann tatsächlich so viel teurer ist.

Sie haben dann auch angesprochen, dass sich die Kinder – das wurde gerade thematisiert – vom Essen abmelden und teilweise hungrig sind. Mich würde interessieren, welche Auswirkungen auf das künftige Essverhalten zu verzeichnen sind, wenn ein Kind ständig Hunger hat. Vielleicht könnten Sie dazu etwas sagen.

Vorhin habe ich schon das Thema „Urban Gardening“ angesprochen. Dazu hatte Herr Professor Wiek gesagt, das wäre nicht so die Größe, sage ich einmal. In Heilbronn z. B. steht ein ehemaliger Kaufhof mit einer Riesenladenfläche leer. Wie schätzen Sie das ein, dass es vielleicht auch nicht bei allen Obst- und Gemüsesorten sinnvoll ist? Gibt es da vielleicht Unterschiede, dass es sich dann tatsächlich – also von der Flächengröße und von dem, was ich dann anbaue – bei dem einen Obst oder Gemüse lohnt und bei dem anderen eben nicht?

Jetzt zum Thema „Notfallpläne“: Es wurde sehr viel über das Proaktive gesprochen, was man jetzt so machen kann, dass man Menschen aufklärt, informiert usw. Aber wie kann man konkret einen Notfall vorbereiten – sprich: Notfallpläne? Wie würden die für Sie aussehen?

Es wird immer sehr viel darüber gesprochen, was wir als Politiker gern hätten – mehr Bio, mehr sell und jenes. Wenn es zu massiv kommt: Wie könnte sich das auf die politische Grundeinstellung der Bevölkerung auswirken?

Vorsitzender Alexander Salomon: Was ist „es“, wenn es zu viel kommt? Sie haben „es“ gesagt.

Abg. Carola Wolle AfD: Wenn eben zu viel Druck dahin gehend gemacht wird, dass man sich soundso verhalten soll. Wie wirkt sich das auf die Bevölkerung aus, also Richtung Akzeptanz?

– 77 –

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank für die Fragen. – Ich will nur dezent darauf hinweisen, dass es bei manchen Fragen nicht immer ganz ersichtlich ist, ob es wirklich mit dem Ursprungsthema dieser Enquetekommission zu tun hat. Das vielleicht einfach noch einmal zur Eingrenzung. Überlegen Sie sich, ob man jede Frage stellen kann. Ich weiß, sie sind alle spannend. Das nur einmal an dieser Stelle gesagt.

Jetzt gebe ich Frau Professorin Dr. Speck das Wort, um auf die Fragen in zehn Minuten einzugehen. Vielleicht können Sie sich dabei mehr auf das Thema Krise und die Frage, wie man etwas krisenfester machen kann, konzentrieren und die anderen Fragen eher am Rande mitbeantworten.

Sv. Frau Dr. Speck: Ich gehe erst einmal auf die Fragen der Fraktion GRÜNE ein. Es ging vor allem um die Fragen Regionalität, große Caterer und Cook-and-Chill-Verfahren. Ich greife kurz das Thema Cook-and-Chill-Verfahren auf. Wir haben das zum Teil in den Energieverbräuchen mitberücksichtigt. Es gibt gerade von der DGE einen ganz aktuellen Forschungsaufschlag, wo man noch einmal die unterschiedlichen Verfahren berücksichtigen muss. Die Tendenz ist: Je länger ich warmhalten muss, desto mehr Nährstoffverluste habe ich. Das wird sich definitiv in diesen Punkten in der Studie noch einmal klarziehen. Da bin ich ziemlich sicher.

Thema „Große Caterer“: Ich habe davon gesprochen, dass es mir darum geht oder dass es gerade eine aktuelle Initiative gibt, die großen Catering-Unternehmen zu bewegen, sich auf Kriterien festzulegen, die z. B. mit diesem 80:20-Komplex umgehen und die auch noch einmal in Richtung Regionalität, und zwar ernst gemeinte Regionalität, zeigen. Damit, glaube ich, beantworte ich auch direkt die nächste Frage. Denn rein aus der CO₂-Perspektive und auch aus der Biodiversitätsperspektive muss ich einmal übergreifend klarstellen, dass an dieser Stelle das Wichtigste ist, dass wir den Anteil an tierischen Veredelungsprodukten in den Ernährungszielen der Gesamtbevölkerung regulieren, das heißt, dass jeder Einzelne sowohl weniger Fleisch und Fleischzeugnisse als auch Milch und Milchprodukte aufnimmt. Wir sind im Schnitt bei 1 100 g die Woche. Die Empfehlungen liegen bei 300 g oder maximal 600 g, je nachdem, was man da ansetzt. Wir sind aber bei rund dem Doppelten bis Vierfachen. Das ist aus gesundheitlicher Perspektive und aus ökologischer Perspektive höchst fragwürdig. Wir haben damit ja auch Gesundheitskosten, die wir nicht vernachlässigen sollten. Denn seit Jahren ist klar, dass es nicht nur um die Ökologie geht, sondern auch um die gesundheitlichen Perspektiven. Da haben wir die klassischen kanzerogenen Erkrankungen, Arteriosklerose etc. Die kanzerogene Wirkung von Fleisch und Fleischkonsum ist seit über 30 Jahren bekannt.

Um noch einmal auf die Regionalität zu kommen: Der Punkt ist: Das, was wir momentan in den Großküchen sehen, ist so eine „Wohlfühlregionalität“. Ich verstehe auch, dass nicht jeder von Ihnen sich jeden Tag mit den Bilanzen etc. auseinandersetzt. Es ist völlig klar, dass es keinen Spargel und keine Erdbeeren im Winter geben sollte. Aber dabei geht es nicht um Regionalität. Bei Regionalität in Kombination mit Saisonalität würde es aktuell wirklich um einen kompletten Umbau der Speisepläne gehen.

– 78 –

Wir sehen nämlich weiterhin, dass die Hauptkomponenten, die in Großküchen eingesetzt werden, Gurken, Tomaten und Möhren sind, weil die einfach täglich verfügbar und im Einkauf recht einfach zu beschaffen sind. Diese ernst gemeinte Regionalität würde nur in Kombination mit Saisonalität etwas bringen. Denn allein von den Transportwegen her muss ich ganz klar sagen: Es ist aus ökologischer Sicht kein Problem, jetzt auch einmal eine Tomate länger zu transportieren, weil wir meist effiziente Transportwege haben. Die Säulengrafik auf einer meiner Folien sollte Ihnen auch noch mal verdeutlichen, dass die Transportwege an der Stelle wirklich nicht so in die CO₂-Bilanz hineingehen. – Das erst einmal dazu.

Dann zu den Fragen der CDU-Fraktion: Abmeldung von Kindern, Kostenfreiheit. Wir sehen das gerade in Berlin. Die haben das jetzt in der Schulverpflegung eingeführt. Mir ist es auch wichtig, dass wir nicht nur über Schulverpflegung sprechen, sondern wirklich auch über die anderen Settings. Bitte behalten Sie das noch einmal im Hinterkopf. Denn wenn wir über Krisenfestigkeit sprechen, müssen wir über jede Bevölkerungsgruppe sprechen. Wenn es aber jetzt hier konkret um die Schulverpflegung gehen soll, dann haben wir ja sozusagen dieses Experiment, dass Berlin sich da freut. Es gibt auch viele Probleme, die damit einhergehen. Das haben Sie völlig richtig erkannt.

Wir haben natürlich das Problem, dass die Caterer nicht so richtig wissen, mit den Mengen umzugehen. Das heißt, es gibt manchmal auch eine Überproduktion. Da muss man natürlich ein vernünftiges Management betreiben etc. Das mit der Kostenfreiheit und der Haltung würde ich in keiner Weise unterstreichen, denn ich sehe hier eher die inklusive Wirkung. Das Gute muss doch sein, dass ich in der Schule so leckeres Essen bekomme, dass jeder in jeder Jahrgangsstufe – je älter die Kinder werden, desto mehr gehen sie auswärts essen, weil sie es uncool finden, in der Schule zu essen – das annimmt, dass dort auch die Lehrerinnen und Lehrer essen, dass das also sozusagen pädagogisch eingebettet ist.

Es ist häufig auch in Kitas ein riesengroßes Problem, dass es nicht vernünftig pädagogisch eingebettet ist, dass dort diese Wertschätzung fehlt, dass wir hier auf freiwilliger Basis ein gutes Essen kostenfrei bekommen, dass dies einfach ein Privileg ist. Das hat an dieser Stelle sehr viel mit Kommunikation zu tun und aus meiner Sicht nicht damit, dass ich das dann nicht wertschätze. Also, es geht für mich eher um die Inklusion.

Wenn ich mir die breite Menge an Forscherinnen und Forschern, die zu Ernährungsarmut forschen, anschau, dann sind alle wirklich sehr stark davon überzeugt, dass man das einbetten muss und es dann eben genau nicht zu der Haltung führt, dass wir etwas umsonst bekommen und es dann wegschmeißen können.

Dann haben Sie etwas zu Bildung und Fähigkeiten gesagt. Damit sprechen Sie jetzt genau die Richtige an, weil wir vor drei Jahren tatsächlich mit „HelloFresh“ eine Studie

– 79 –

dazu gemacht haben. Sie haben ja über die Kochboxen gesprochen. Ich bin nicht unbedingt diejenige, die von den Kochboxen abgeneigt ist. Denn die Individualisierungstendenzen und auch die Beschleunigung der Gesellschaft haben dazu geführt, dass das Kochen zu Hause eher ins Wochenende geschoben wird, weil nun einmal die Frauenerwerbstätigkeit gestiegen ist und hoffentlich weiter steigt etc. Das heißt also, da gibt es aus meiner Sicht auch nicht mehr so ein richtiges Zurück. Dass die Kochkompetenzen bei den Kindern nicht ankommen, das sehe ich für den Privathaushalt nicht darüber transportiert, weil die Boxen eher sogar kreative Impulse geben.

Sie haben gesagt, Sie wollten kein Fach – ich schon. Bundesweit – wir sehen es in NRW, auch in Schleswig-Holstein und hier in Baden-Württemberg – ist die Hauswirtschaft und die anschließende Ernährungsversorgung an vielen Stellen sehr stark. Ich sehe das also anders. Tatsächlich stellen sich die Fragen: Was kann da der Privathaushalt leisten, und was muss da auch in die staatliche Verantwortung? Dazu möchte ich mich, ehrlich gesagt, gar nicht so richtig äußern. Ich weiß nur, dass wir kurzfristig, wenn wir uns die Klimaperspektive und die Krisensicherheit anschauen, nicht so viel über Bildung diskutieren dürfen, sondern eher über akute Maßnahmen reden müssen.

Da bin ich indirekt schon bei einer der Fragen der AfD, nämlich zum Nudging und der Akzeptanz. Der Punkt ist – ich sehe es ganz klar –: Wenn wir uns Großküchen anschauen, dann haben die in der Regel zwei Menülinien; und in der Krisenfestigkeit ist das mittelfristig auch realisierbar, auch wenn wir mehr an lokale Wertschöpfungsketten herangehen wollen. Sie haben ja auf Nudging, Akzeptanz und – wie soll ich es sagen? – Widerstandshaltung angespielt. Ich muss ganz klar sagen: Bei Küchen, die weniger darüber geredet haben und die einfach leckeres Essen angeboten haben – darüber gab es auch Berichte –, die natürlich auch Fleisch bzw. einen stark verringerten Anteil an Fleisch enthielten oder die vegetarisch waren, standen Themen wie „Veggie Day“ überhaupt nicht zur Debatte. Es geht einfach darum, jeden Tag leckere, gute Speisen anzubieten, die der Planetary Health Diet entsprechen, denn dann muss man gar nicht viel darüber reden, weil die Personen eigentlich meist mit ihrem Geschmack entscheiden.

Ein Punkt, der von der SPD kam, war die Ausschreibungspolitik. Da haben wir an vielen Stellen eine große Herausforderung. Ich habe tatsächlich kein Best-Practice-Beispiel, auch wenn ich es gern hätte. Ich sehe hier auch eher eine Überforderung. Catering-Unternehmen bewerben sich dann einfach nicht mehr, weil Ausschreibungen so höchst komplex sind und so viel verlangen, dass sie damit eher eine Überforderung spüren. Auf der anderen Seite würde ich immer sagen: Wir brauchen auch nicht mehr Technologie – da bin ich tatsächlich auch bei der Frage nach mehr Technologie –, sondern eher ein „back to basic“. Denn wir wissen ja eigentlich, wie man gut kocht und auch gut ressourceneffizient kocht.

Es gibt viele einzelne Küchen, die das sehr gut machen – jetzt unabhängig von Ausschreibungen –, die das seit zehn Jahren, 15 Jahren auch erkannt haben und an der

– 80 –

Stelle das auch als Alleinstellungsmerkmal sehen. Ich habe das jetzt in der Stadt Paderborn gesehen, die eine sehr umfängliche Ausschreibung gemacht hat und die genau das gleiche Problem hatte wie Tübingen: dass es einfach keine Bewerbung gab.

Ich würde tatsächlich sagen: Es geht jetzt noch einmal ein gewisser Ruck durch die Branche und auch die Catering-Unternehmen. Ich fahre nächste Woche nach Rheine zu apetito. Das ist einer der größten Anbieter von Kita- und Schulverpflegung. Die machen sehr viel Cook and Freeze. Auch die versuchen, total viel zu machen, weil sie ebenfalls erkannt haben, dass es für sie mittelfristig immer schwieriger sein wird, fleischbasierte Gerichte – das bedeutet für mich, dass es einen großen Anteil an Fleisch und Fleischerzeugnissen in den Menüs gibt – anzubieten. Denn wenn wir z. B. dem Gute-KiTa-Gesetz folgen, dann wird darin die Einhaltung der DGE-Qualitätsstandards eingefordert, und dann bin ich bei ein bis maximal zweimal Fleisch die Woche in den Kitas. Dementsprechend glaube ich, dass das jetzt einfach eine Übergangsphase ist und dass man sich darauf einstellen muss.

Aus meiner Sicht darf es aber, wie gesagt, nicht nur eine Wohlfühldebatte sein. Deswegen wäre eine unserer Forderungen, die wir einmal aufgestellt haben, die Caterer diesbezüglich zu unterstützen bzw. das auch einzufordern. Da muss ich ganz klar sagen: Da wären für mich z. B. die Schulvernetzungsstellen – wenn wir jetzt noch einmal bei den Schulen sind – supergute Multiplikatoren, die hier unterstützen können. Aber wenn Schulvernetzungsstellen in den Ländern mit ein bis zwei Personen und immer nur mit einer mittelfristigen Finanzierung dargestellt sind, dann können die das gar nicht leisten. Dann machen die Küchen einmal Forschungsprojekte oder es gibt Landesinitiativen. Aber das ist ja gerade noch alles sehr vage und noch viel zu wenig mit Subventionen untermauert, als dass ich sagen könnte, dass das wirklich ernst gemeint ist.

Zu den Themen „Vertical Farming“ und Technologie: Wir haben bei uns in Osnabrück ein großes Vertical-Farming-Labor, um dort unterschiedliche Bepflanzungsrhythmen, Lichterrhythmen, Bewässerungsrhythmen zu testen. Wir haben hier natürlich stark pflanzliche Lebensmittel – die sowieso – und dann momentan häufig einen sehr großen Fokus auf grüne Produkte, also Blattspinate, Gewürze etc. Davon wird die Bevölkerung in der Form auch nicht satt. Wir brauchen dann schon Stärkekomponenten, Hülsenfrüchte etc., wenn ich an Krisen denke. Das muss man mitberücksichtigen.

Zu dem Start-up in Finnland: Ja, das kann ganz spannend sein. Ich glaube – wie gesagt, aus meiner Sicht; ich möchte hier nicht als Technologiegegnerin wahrgenommen werden –, dass Technologie an vielen Stellen sehr gut helfen kann. Aber gerade im Bereich Ernährung wissen wir eigentlich, wohin es gehen soll.

Dann noch einmal zu den wahren Kosten: Denn – wie gesagt – die Krisensicherheit spiegelt sich aus meiner Sicht ja auch in den wahren Kosten wider. Es ist absolut klar, dass die Komponenten wie beispielsweise Gemüse auch für die Großküchen teurer

– 81 –

geworden sind. In der Kalkulation, die ich gezeigt habe, sind Personalkosten definitiv schon enthalten.

Noch ein kurzer Hinweis: In den Großküchen, auch in denen, die Frischküchen sind, wird nichts mehr sauber gemacht. Die haben – das ist aus meiner Sicht ein Riesenproblem – vorgefertigte Produkte, Conveniencestufe 1 – das ist völlig in Ordnung –, vorgeschnittene Möhren, geschälte Kartoffeln etc., weil es ja in den Küchen gar nicht mehr die Arbeitskräfte gibt. Die haben ja sowieso schon Probleme mit den Personalkosten. Dementsprechend ist es an vielen Stellen häufig ein Problem. Früher nannte sich das ja „kalte Küche“, wenn vorverarbeitet wurde. Ich kenne das noch aus meiner Zeit, als ich in der „kalten Küche“ stehen musste und wirklich noch Gurken geschält habe. Tatsächlich ist es aber heute aufgrund der Situation in den Großküchen definitiv nicht mehr so.

Jetzt komme ich wieder zu Ihrer Frage nach Regionalität zurück, um das abzuschließen. Der Punkt ist einfach: Wir haben viele Kompetenzstrukturen abgebaut. Wenn wir in Richtung Regionalität wollen und die Küchen mit der Regionalität auch fördern wollen, dann bräuchte es eigentlich genau diese Vorverarbeitungsschritte wieder, weil die ja von den landwirtschaftlichen Produktionsbetrieben nicht mal eben so geleistet werden können.

Abschließender Punkt, um noch ganz kurz etwas zu den Notfallplänen zu sagen: Das greife ich bei uns im Studium mit meinen Studierenden immer wieder auf. Wir haben ja die Warn-App NINA und die Empfehlungen vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Hier muss man ganz klar sagen: Die Notfallpläne für die einzelnen Haushalte, die dort verankert sind, sind zwar schön und mögen auch dem entsprechen, was wir bräuchten, wenn es wirklich einmal einen längeren Lockdown geben würde, in Bezug auf Stromversorgung etc., aber die sind so wenig auf Privathaushalte und auf aktuelle Lagerkapazitäten ausgelegt, dass viele schon sagen: „Okay, das kann ich eh nicht einhalten, dann gehe ich gar keinen Schritt.“ Momentan haben wir da einen großen Gap, dass in der Bevölkerung nicht klar ist, dass es eine Notration überhaupt bräuchte, um mich selbst zu versorgen, sodass diese Lagerkapazitäten gerade in Wohnungen, im urbanen Umfeld häufig gar nicht vorhanden sind. Wenn darin aber so Forderungen wie 40 Liter Wasser stehen – das muss ich ja dann auch immer wieder überprüfen –, dann ist das z. B. etwas – ich weiß, das ist nicht Ländersache, aber trotzdem –, zu dem man ganz klar sagen muss: Diese Idealpläne entsprechen nicht dem, was die Bevölkerung sozusagen überhaupt abholt. Das wäre ein wichtiger Punkt, wenn man sich jetzt Privathaushalte anschaut. Die habe ich an dieser Stelle extra ausgeklammert. Denn über Demokratie und Akzeptanz in irgendeiner Form in Privathaushalten müssten wir noch einmal eine Stunde lang reden. Deswegen nur das abschließend dazu.

Sv. Herr Defranceschi: Ich kann jetzt nicht nach Fraktionen unterscheiden. Ich sehe nur sehr offen interessierte Menschen, die uns zu einem Superthema eingeladen haben, nämlich zur Ernährungssicherheit. Ich werde auf die einzelnen Fragen eingehen.

– 82 –

Regionalität: Ich hatte versucht, das auch als Jurist darzustellen. Man darf in der Beschreibung nicht diskriminieren und sagen: Wir möchten z. B. nur regionale oder nur lokale Produkte. Aber ich versuche, das nicht überzubewerten. Wie schon gesagt – auch von Frau Professorin Speck –, geht es mehr um die Unterstützung von frischen, saisonalen Produkten und kleinen Produzenten, kleinen mittelständischen Unternehmen, also die gesamte regionale Ernährungswirtschaft. Das ist auch ein Gemeinschaftsaspekt in Bezug auf bessere Gesundheit, mehr Jobs und Klima. Das ist dieser sogenannte Social Return on Investment. Es ist auch so, dass man nicht europäisch diskriminieren sollte. Baden-Württemberg ist wahrscheinlich ein Erzeugerland. Ich arbeite in Brüssel, und eine halbe Stunde davon entfernt ist Gent. Die haben mir gesagt: „Bitte nicht mehr so viele Kriterien zum Thema Lokal. Wir haben keine Bauern mehr um die Stadt herum. Wir könnten das gar nicht.“ Natürlich gibt es in Finnland ein ganz anderes Klima und ein anderes Produktionsangebot als in Italien. Die Frage ist auch immer, auch wenn etwas lokal ist, wie viel lokaler Input gegeben ist, ob die Kühe nur von der Wiese fressen oder ob sie Produkte fressen, die von weit her kommen, oder woher bei der Produktion z. B. der Dünger kommt.

Dann gibt es auch einen Unterschied: Für Baden-Württemberg ist „regional“ einfach bestimmbar. In Südtirol bedeutet „regional“ auch Österreich und die Schweiz. Ich meine, es ist nicht überzubewerten. Wichtig ist eben das andere, was ich erwähnt habe: die gesamte regionale Ernährungswirtschaft.

Vertikale Landwirtschaft sehe ich auch so: Sie ist ergänzend. Wenn man analysiert, was als vertikale Landwirtschaft besteht, dann geht es um geschlossene Systeme, geringen Wasserverbrauch, keinen Pestizideinsatz, dass Lebensmittel nicht per Schiff ankommen. Das ist ja z. B. bei der Ökolandwirtschaft ein No-Go. Auf der anderen Seite gibt es Großstädte wie Singapur, wo viel importiert wird, wo das eindeutig Teil einer Ernährungsstrategie ist. Ich denke, gut wäre – gerade in einem Forschungsstandort wie Baden-Württemberg –, dass man das noch mehr studiert. Da sehe ich das größte Problem: dass die sogenannten vertikalen Landwirtschaften einen großen Aufwand, Investitionsaufwand erfordern. Dieser verringert sich ein wenig, weil LEDs günstiger werden. Dann ist es wichtig, das mit erneuerbaren Energien zu koppeln und nicht mit fossilen, wie es oft in arabischen Ländern passiert. Aber das, was ich oft bei diesen vertikalen Landwirtschaften sehe, ist, dass die Produkte vom Preis her sehr hochwertig sind. Am Ende sind es keine Produkte, die für alle sind. Deshalb sollte hier Forschung einfließen, inwieweit das ergänzend sein kann, damit die Produkte – Fisch, Gemüse, Blattspinat usw. – am Ende allen zugutekommen können. Dafür braucht es noch einiges an Forschung.

Zum Thema „Gesunde Mahlzeiten mit Kochen“: Studien zeigen eine Veränderung bei den Essgewohnheiten und in der Gesundheit. Aber natürlich braucht es dazu auch die Bewegung. Das Problem bei solchen Forschungen ist in der Tat, dass letztlich einfach die Daten fehlen. Ich habe viele gefragt, und zwar auch in Finnland. Denn in Finnland gibt es seit den 1940er-Jahren gesunde, kostenlose Schulmahlzeiten und Kochen als Fach. Immer wenn ich eine Finnin oder einen Finnen sehe, frage ich: Habt ihr wirklich

– 83 –

gelernt zu kochen? Aber jetzt habe ich einmal drei Professorinnen aus Finnland kennengelernt. Die haben gesagt: „Peter, es ist nicht so rosig. In den 1940er-Jahren und nach dem Krieg wollte man das Land aufbauen, und die Frauen sollten beim Aufbau des Landes mithelfen. Damit man nicht mittags kochen musste, wurden die Schulmahlzeiten gratis eingeführt.“ Das war der Start. In Finnland gibt es aber jetzt diese positive Auswirkung. Aber wir haben keine Langzeitstudien gefunden, die wirklich im Detail, wissenschaftlich fundiert die gesamten Auswirkungen zeigen.

Das ist in der Tat auch etwas, was die Kommission immer sagt: „Peter, habt ihr irgendwelche Studien, die die Evidenz zeigen?“ Es gibt natürlich viele – gerade in Frankreich oder anderswo –, die zeigen: Die Erziehung liegt in der Kompetenz des Staates. Es wäre ja noch schöner, wenn jetzt die Kommunen anfangen, Ernährungserziehung und Kochen in den Schulen einzuführen. Deshalb wäre es sicherlich gut, wenn es hier mehr Daten gäbe. Aber ich denke, es macht auf jeden Fall Sinn, dass man gesunde Mahlzeiten mit Ernährungsbildung, auch mit Esskultur und Tradition verbindet.

Ausschreibungen: Ich kenne nicht so viele Beispiele, wo das mit den Kriterien nicht geklappt hat. Aber das, was wir sehen, ist, dass bei allen guten Beispielen vorher ein Marktdialog stattgefunden hat. Das gilt auch für Kopenhagen, das schon erwähnt wurde. Das gilt aber auch für andere Städte. Wir fördern es sehr, dass man sagt: Okay, wir wollen diese und jene Kriterien in unsere nächste Ausschreibung einfügen. Man darf nicht diskriminieren und sagen: „Nur du und du.“ Man lädt eher die Verbände ein, um bei den Ausschreibungen sicher zu sein, dass es auch Angebote gibt. Es heißt dann: „Das ist ambitioniert, aber wir haben es verstanden. Wir beteiligen uns.“

In Italien ist die gesunde Schulverpflegung schon seit Jahren verpflichtend. Dazu gehört, dass 50 % vom Rindfleisch Bio sein muss, Eier zu 100 %, Gemüse zu 50 %. Man sieht schon jetzt, dass es mehr Angebot an regionaler Landwirtschaft gibt. Natürlich weiß der Landwirt in dem Moment, wenn es ein Gesetz gibt: „Okay, ich wechsele zu Bio; ich baue an. Vorher hatte ich das nicht so geplant.“ Dadurch steigt das Angebot. Aber in Italien gibt es mittlerweile auch Gesetze mit einem gewissen Schwellenwert – ich glaube, dieser liegt jetzt sogar bei über 100 000 € –, damit man in der Handhabung relativ flexibel ist.

Lebensmittelverschwendung: Ich denke, da ist Schule der ideale Ort. Wir denken, Schulen wären überhaupt die idealen Orte, viele Sachen zu verbinden, und zwar nicht nur die Schulmahlzeiten. Da gibt es viele interessante Beispiele. Beispielsweise haben die Schüler nach dem Essen den Teller abgewogen. Da gab es dann ein Ranking, wer am wenigsten Lebensmittel verschwendet hat. Aber auch bei den Bürgern generell zeigt ein Punktesystem die Vorteile auf. Amsterdam verbindet das alles mit einem Kreislaufprinzip. Wenn man das in einer Kreislaufwirtschaft – Circular Economy – sieht, dann ist Lebensmittelverschwendung mehr ein Fehler im System. Denn entweder geht das Lebensmittel dann zurück in die biologische Komponente – zur Kompostierung –, oder es gibt keine Verschwendung. Es wird also schon im Voraus gesehen, wie die Proportionen sind. – Das nur zum Thema Lebensmittelverschwendung.

– 84 –

Die Notfallplanung wurde angesprochen. Ich bin kein Experte für Notfallplanung, aber ich denke, hier ist sicherlich sogenannte Multi-Level-Governance eine Möglichkeit, also dass die verschiedenen Ebenen, die Landesebene und die kommunale Ebene, zusammenkommen. Die müssen ja in Notfällen zusammenspielen. Auch ein regionaler Ernährungsrat kann hier interessante Impulse leisten.

Der letzte Punkt ist die Akzeptanz. Da finde ich auf EU-Ebene immer die verschiedenen Modelle interessant. Nudging wurde erwähnt. Ich denke, der gemeinsame Nenner ist immer wichtig. Warum machen wir etwas? Mir gefällt es z. B. auch, dass, als die Delegation aus Freiburg bei mir war, gesagt wurde, dass es in Freiburg zu 100 % vegetarische Schulmahlzeiten gibt. Aber das ist hauptsächlich eine Budgetfrage. In vielen anderen Städten ist das mittlerweile eine Budgetfrage. Auch in Paris gibt es zwei vegetarische Mahlzeiten. Aber für mich ist z. B. auch Schweden interessant. Die sagen, wir sagen gar nicht, dass es vegetarisch ist, sondern wir machen es; und da sagt niemand etwas. In dem Moment, wenn jemand sagt: „Jetzt gibt es vegetarisches Essen“, geht es los. Deshalb finde ich es immer interessant, wie man das in den verschiedenen europäischen Ländern „verkauft“: Einmal geht es über die Geldschiene, ein anderes Mal sagt man gar nichts. Am Ende – das wurde von Professorin Speck öfter erwähnt – ist das wichtigste Element, dass es schmeckt. Das steht wirklich über allen anderen Kriterien. Denn das sehe ich immer wieder. Ich hatte einmal einen Carterer aus einem baltischen Land, der gesagt hat: Die Schüler hätten gesagt, es schmeckt zu gesund. Aber auf der anderen Seite hat es jetzt in Gent ein Problem an der Uni gegeben. Da wurde das vegetarische Angebot zurückgeschraubt, weil es nicht angenommen wurde. Es braucht schon einen Koch. Hier muss man auch einmal die Köche aufwerten, die auch wirklich davon überzeugt sind und sagen: „Okay, ich zeige euch, was ich Gutes kochen kann“, und die nicht sagen: „Jetzt muss ich das Fleisch weglassen.“ Wenn es niemandem schmeckt, bringt es gar nichts.

(Beifall)

Sv. Frau Dr. Speck: Ich hätte noch eine kurze Ergänzung zu Kopenhagen, weil das ja aktuell sehr groß gehypt wird. Ich stehe gerade mit denen an vielen Stellen in Kontakt, weil sich dort einfach so viele innovative Dinge getan haben. Was man aber dazusagen muss, ist – ich kenne jetzt nicht exakt die Finanzierungsstrukturen –: Man muss sehen, dass dort in den letzten Jahren absolut superstark subventioniert wurde. Ohne das Geld vom Staat wäre sozusagen die Transformation in Kopenhagen definitiv nicht möglich gewesen. Man hat dort ein großes Commitment, man hat dort viel hineingesteckt. Sonst wäre das in der Form so nicht gegangen. – Das nur noch einmal zu diesem Punkt, um das zu bedenken. Das ist für mich kein Selbstläufer.

Sv. Herr Defranceschi: Dann möchte ich auch gern ergänzen. Denn in der Tat – ich kenne auch die Beschaffung gut; wir machen viele Projekte zusammen – brauchen wir mehr Beispiele. Das ist auch eine Einladung an Baden-Württemberg. Denn auch in der Kommission sagen sie: Nicht schon wieder Kopenhagen, Malmö und Wien. Es gibt einfach viele Städte, die gar nichts machen, und ein paar, die immer die Frontrunner

– 85 –

sind, die vorn sind. Wir brauchen mehr Städte, die mitmachen, um zu zeigen: Auch hier gibt es viele Städte – auch im östlichen Teil.

Manchmal höre ich auch von der Kommission, ob das nicht etwas in Städten ist, die es sich leisten können. Auch da sage ich immer: Nein, es funktioniert wirklich überall. In erster Linie geht es darum, dass das Essen den Schülern zur Verfügung steht. Also, es ist wichtig, dass es mehr Städte gibt, dass es viele Kopenhagen gibt.

Vorsitzender Alexander Salomon: Danke schön für die schöne Zusammenfassung am Schluss. – Herr Defranceschi, vielen Dank an Sie für die Beantwortung der Fragen.

Ich schaue jetzt einmal in die Runde, ob es noch Fragen gibt. – Das ist nicht der Fall. Dann danken wir Ihnen vielmals, Frau Professorin Dr. Speck, Herr Defranceschi, dass Sie uns Rede und Antwort gestanden haben und uns sicherlich in einigen Punkten auch sehr weitergeholfen haben. Es war sehr spannend, was Sie vorgetragen haben. Das werden wir in unserem Bericht sicherlich auch verarbeiten. Dieser soll im Juli nächsten Jahres im Landtag verabschiedet werden. Falls Sie in der Zwischenzeit noch Hinweise oder auch Empfehlungen an uns haben sollten, richten sie diese bitte entweder an das Büro der Enquetekommission oder direkt an die Fraktionen. Die würden wir dann gern noch mit aufnehmen.

(Sv. Frau Dr. Speck: Ja, sehr gern! Danke!)

Noch einmal: Vielen Dank an Sie.

(Beifall)

Sie dürfen auch gern noch hier bleiben. Wir machen nämlich jetzt mit dem nächsten Block weiter. Als Ersten hören wir Herrn Christoph Jeromin. Er ist Technischer Geschäftsführer des Zweckverbands Bodensee-Wasserversorgung mit Sitz in Stuttgart. – Herr Jeromin, auch Sie haben 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Jeromin: Einen schönen guten Nachmittag, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir aus der Sparte Trinkwasserversorgung ebenfalls vortragen dürfen. Ich möchte die nächsten 20 Minuten nutzen, Ihnen nicht nur die Herausforderungen der Bodensee-Wasserversorgung, sondern auch die Herausforderungen der Trinkwasserversorgung für die nächsten Jahrzehnte kurz und prägnant darzustellen.

Beginnen möchte ich aber mit einem Blick auf die Infrastruktur, wie sie sich heute in Baden-Württemberg darstellt, und zwar mit einem Fokus auf die Fernwasserversorgung. Dann aber auch der Blick auf uns richten, was uns aktuell bewegt, vor welchen Herausforderungen wir stehen, wie wir strategische Projekte angehen wollen, und

– 86 –

zwar mit dem Fokus auf den Zeithorizont 2080/2090. Abschließend werde ich drei Empfehlungen an diese Kommission aussprechen und auch gern auf Ihre Fragen antworten.

Sie sehen hier die Landkarte von Baden-Württemberg und rechts in der Darstellung die schon sehr gut aufgestellte Infrastruktur, die eine Dreigliederung hat: von der Fernwasserversorgung über regionale Gruppenwasserversorger bis hin zu den Ortsnetzbetreibern, die noch nicht alle so vernetzt sind, wie das vielleicht zukünftig notwendig sein wird. Sie sehen auf der linken Seite die Aufteilung der Raumschaften der Fernwasserversorgungssysteme in Baden-Württemberg, die in Teilen schon verbunden sind. Für die Landeshauptstadt Stuttgart ist die Bodensee-Wasserversorgung mit der Landeswasserversorgung verbunden, aber auch die beiden Fernwasserversorger, die Wasserversorgung Nordostwürttemberg, NOW, und – der vierte Fernwasserversorger – im Schwarzwald der Talsperrenbetreiber Wasserversorgung Kleine Kinzig, sind verbunden. Wir haben also eine Infrastruktur, die leistungsfähig ist, die die Herausforderungen des Klimawandels insbesondere für die nächsten Jahre „vor der Brust“ hat und sich sehr intensiv mit Investitionen beschäftigt.

Deswegen auch der Blick auf uns. Wir feiern im nächsten Jahr 70. Geburtstag. Wir sind ein großer Zweckverband, wir sind kommunaler Zweckverband. Ich bete Ihnen jetzt nicht die gesamten Zahlen herunter. Wir versorgen insgesamt vier Millionen Einwohner in ganz Baden-Württemberg. An uns hängt somit knapp ein Drittel der Bürgerschaft in Baden-Württemberg. Wenn man die Landesversorgung noch hinzunimmt, sind es sieben Millionen Einwohner, die hier an zwei Fernwasserversorgungssystemen hängen.

Wir haben hier momentan eine Ausbauleistung von 670 000 m³ pro Tag Wasserentnahmen aus dem Bodensee, die wir dann an die 183 Verbandsmitglieder gemäß Satzung abgeben. Um dieses Wasser abgeben zu können, betreiben wir eine relativ große Infrastruktur mit 1 700 km Leitungsnetz über ganz Baden-Württemberg. Sie sehen es: Wir gehen hoch bis Richtung Taubertal, Bad Mergentheim. Das sind unsere nördlichsten Abgabepunkte.

Unser großes Ziel – „Was bewegt uns?“ –: die Sicherung der Wasserversorgung für die nächsten Jahrzehnte und die kommenden Generationen. Ich hatte es gerade gesagt: Wir feiern nächstes Jahr 70. Geburtstag. Das sind genau die Investitionszyklen in der Wasserversorgungsbranche, in der man sich Gedanken über eine Neuinvestition in die Infrastruktur macht. Die Anlagen sind buchhalterisch schon länger abgeschrieben. Wir profitieren aktuell vom „goldenen Ende“ der Anlagen. Das heißt auch: Der Zweckverband profitiert von relativ niedrigen Wasserpreisen, zu denen wir noch liefern können. Das wird sich aber mit dem Szenario Klimawandel ändern.

Jetzt beginne ich mit den Herausforderungen. Wir nehmen verschiedenste Herausforderungen schon jetzt wahr. Ich möchte sie spiegelstrichartig skizzieren und beginne beim Bodensee. Wir sehen: Das Wasserdargebot verändert sich, der Zufluss ändert

– 87 –

sich. Wir hatten jetzt Starkniederschlagsereignisse über den Alpen, die zu relativ schnellen Pegelstandsänderungen mit einhergehenden Trübewerten etc. geführt haben; wir hatten aber in der Hochverbrauchszeit auch Niedrigwasserstände im See, die von den Klimaforschern bereits vorausgesagt wurden und die in den letzten Jahren eigentlich permanent eingetreten sind. Also: kein Schneeschmelzepeak mehr im Sommer, sondern eher Niedrigwasserstände im Sommer in unserer Spitzenlastzeit.

Das Zirkulationsverhalten im Bodensee verändert sich. Die Winter werden nicht mehr so kalt. Die letzte Seegfrörne war 1962/1963. Seitdem gab es keine mehr. Das hat zur Folge, dass sauerstoffreiches Wasser aus der Oberfläche durch die Dichtezunahme nicht mehr nach unten gelangt. Wenn sich die Temperatur auf der Oberfläche erniedrigt, würde schwereres Wasser nach unten absinken. Das haben wir nicht mehr jedes Jahr. Das haben wir nur noch alle drei bis vier Jahre. Das wird Auswirkungen auf die Flora und Fauna im Bodensee haben. Dazu gibt es laufende Projekte.

Wir nehmen auch wahr – wie Sie alle –: Die Niederschlagsmengen verändern sich jahreszeitlich. Wir hatten in diesem Jahr drei Monate mit extrem niedrigem Niederschlag. Auch das hat natürlich Auswirkungen auf den Rheinzufuss und auf die Zuflüsse in den Bodensee.

Der Bodensee an sich als Lebensraum verändert sich aber auch. Wir haben Neobiota, insbesondere die Quagga-Muschel – darauf komme ich noch einmal zu sprechen –, die uns vor sehr viele Fragestellungen stellen und auch sehr intensiv beschäftigt haben. Die Quagga-Muschel ist eine Muschelart, die aus dem Schwarzen Meer zugewandert ist. Die Great Lakes in Amerika sind 15 Jahre vor uns betroffen gewesen, sodass wir immer auf den Referenzsee Lake Michigan schauen, um hier Erfahrungswerte generieren zu können. – So viel zur Rohwasserseite.

Schaue ich auf die Reinwasserseite, auf die Trinkwasserseite, nehmen wir auch hier eine Veränderung wahr. Seit 2010 haben wir eine steigende Wasserabgabe, bedingt durch Trockenheit und durch sinkende Grundwasserpegel. Das LUBW signalisiert, dass in den nächsten Jahrzehnten der Grundwasserpegel oder das Grundwasserdargebot in Baden-Württemberg um 20 bis 25 % abnehmen wird. Das führt dazu, dass Defizitmengen über andere Versorgungssysteme in Mangelgebiete, in Mangelregionen erfolgen müssen. Das Ganze wird durch Demografie und Verbraucherverhalten verstärkt.

Die Auswirkungen auf das Gesamtsystem Trinkwasser – das ist der große Vorteil –: Wir haben einen großen Schatz mit dem Alpenzufluss. Hier steht „unerschöpflich“, aber dieser ist natürlich nicht unerschöpflich. Aber das Dargebot, das durch den Alpenrhein zufließt – auch in der Prognose Klimawandel –, wird so groß sein, dass wir aus unserer Sicht die Rotbereiche, die es in Baden-Württemberg geben wird, durch Fernwassersysteme unterstützen und ausbalancieren können, weil wir keine Mengenproblematik haben, wenn wir Wasser aus dem Bodensee entnehmen.

– 88 –

Die Herausforderungen, die wir als Zweckverband haben: Wir sind seit vier Jahren ausverkauft. Wir haben 40 Anfragen von Kommunen, die wir aktuell nicht bedienen können. Das heißt, wir haben eine Warteschlange. Auch das ist ein Grund, warum wir uns aktuell mit den großen strategischen Projekten beschäftigen. Wir nehmen aber auch wahr – ich habe gesagt: seit 2010 zunehmender Wasserbedarf –, dass die Spitze auch zunimmt.

Wenn man neu investiert, ist natürlich die Frage, auf welche Last wir Anlagen bei zunehmenden Spitzenlasten, von denen wir ausgehen, auslegen. Mit dem Thema Wandelszenario beschäftigen wir uns gerade mit verkürzten Abrechnungszeiträumen, um Belastungsspitzen zu dämpfen und um mehr Stabilität in unser hydraulisches System zu bekommen.

Den vom Umweltministerium aufgelegten Masterplan Baden-Württemberg kennen Sie sicherlich alle: Bis Ende 2025 soll die komplette Trinkwasserinfrastruktur auf den Prüfstand gestellt werden. Wir gehen hierbei davon aus, dass deutlich mehr Mengen an die Fernwasserversorgungssysteme herangetragen werden und wir hier reagieren müssen.

Weitere Herausforderungen – ich hatte es gesagt: 70 Jahre –: Wir stehen vor dem Ende der technischen Nutzungsdauer einzelner Anlagenteile; also hier: Erneuerungsbedarf. Wir haben aber den großen Treiber, die Quagga-Muschel, die seit 2016 im See ist. Nur eine Zahl: Im Mai/Juni dieses Jahres haben wir nach unserem Monitoring insgesamt 60 Milliarden Larven in unser System gezogen, die verfahrenstechnisch abgefangen werden müssen, was mit der bestehenden Verfahrenstechnik nicht mehr möglich ist.

Auf dieser Folie sehen Sie oben abgebildet die Prozesskette der Wasserversorgung, die bei uns allen, die Wasserversorgung betreiben, gleich ist: Förderung, Aufbereitung, Speicherung, Verteilung. Es gibt zwei große strategische Projekte: „Zukunftsquelle. Wasser für Generationen“ – die komplette Überplanung der Bestandsanlagen am Bodensee – und das Programm „Lebensadern“ mit der Speicherung und Verteilung, die Ertüchtigung, aber auch die Ausweitung des hydraulischen Systems bis in den Norden zu unseren nördlichsten Verbandsmitgliedern. Unterlegt ist das Ganze mit einer Dekarbonisierungsstrategie. Wir haben das Mandat unserer Gremien, bis 2037 ungefähr 90 GWh erneuerbare Energieanlagen aufzubauen, und wir haben auch starkes Interesse an Windkraftanlagen in Bodenseenähe, um unseren Strombedarf dort zu decken.

Hier noch ein Chart zum Projekt „Zukunftsquelle. Wasser für Generationen“. Wir haben drei Planungsprämissen: Wir müssen wegen der Quagga-Muschel – ich sprach von 60 Milliarden Larven – eine Partikelbarriere möglichst nah am Seeufer aufbauen – das ist eine der großen Prämissen –, eine 100%-Barriere. Wir müssen mehr Redundanz in unser System bekommen. Deswegen ein zweiter Standort zwischen Sipplingen und Ludwigshafen. Wir brauchen einen Wachstumspfad, weil wir – ich hatte es gesagt –

– 89 –

aktuell 40 Kommunen nicht bedienen können und wir davon ausgehen, dass mit dem Klimawandel noch mehr Anfragen an uns gestellt werden.

Das soll am See für die ersten beiden Prozesse das Projekt „Zukunftsquelle“ abdecken. Wir haben hier von unseren Gremien einen Planungsauftrag. Wir wissen aber heute schon: Wenn wir wachsen wollen, muss auch unser Leitungssystem wachsen. Insofern beschäftigt sich das Projekt „Lebensadern“ mit zwei großen Strängen, und zwar einerseits mit der Substanz, mit dem Substanzerhalt des 1 700 km langen Rohrnetzes. Wir sprechen beim Pipelinebau von langwierigsten Genehmigungsverfahren in Baden-Württemberg – wie überall in der Bundesrepublik. Wir haben teilweise zwei bis drei Jahre Vorlauf für Leitungsbaumaßnahmen. Für die nächsten Jahre haben wir die Zielgröße, pro Jahr 12 bis 15 km Leitungsbau umzusetzen, um den Substanzerhalt sicherzustellen. Andererseits – die zweite große Achse –: Dann, wenn ein Mengengerüst aus dem Masterplan, aus den Anfragen vorliegt, ist eine Dimensionierung des hydraulischen Netzes zu bewerkstelligen, um hier nicht 1 : 1 auszutauschen, sondern 1 : X, um die zukünftigen Bedarfe im Land zu decken.

Hier sind noch einmal die Ziele dargestellt, natürlich auch das Thema Redundanz, das uns im Verteilnetz bewegt. Wir hatten im Oktober zwei große Rohrbrüche im nördlichen System, die zu einem gewissen Anspannungsgrad geführt haben. Also auch hier das Thema „Mehr Sicherheit in den Anlagen“, um unter der Prämisse des Klimawandels zukünftig mehr Sicherheit in den Anlagenbetrieb zu bekommen.

Darüber hinaus – Sie haben es sicherlich gehört – überlegt Bayern gerade, auch Wasser aus dem Bodensee zu entnehmen, weil in Bayern Mangelgebiete identifiziert worden sind. Da gibt es das Projekt „Süßwasser“. Zwei Handlungsoptionen sind hier, eine Infrastruktur bei Lindau aus dem Boden zu stampfen und in den Norden Richtung Franken und den Bayerischen Wald zu bringen oder bestehende Systeme in Baden-Württemberg zu nutzen, um dann das Wasser Richtung Nordbayern zu bekommen. Also auch hier gibt es zusätzliche Fragestellungen aufgrund des Klimawandels, mit denen wir uns aktuell beschäftigen. Sie sehen hier eine Info aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 8. April.

Was sind unsere Empfehlungen? Hier spreche ich jetzt nicht für die Bodensee-Wasserversorgung allein, sondern für alle Kollegen aus der Branche. Wir brauchen mehr Resilienz durch Redundanz. Das soll der Masterplan auch bei allen Vor-Ort-Infrastrukturen überprüfen. Kritische Komponenten „dürfen“ dann ausfallen. Das bedingt aber Investitionen in Milliardenhöhe, wenn man über das ganze Land schaut. Dabei sind die langen Planungs- und Genehmigungszeiten – ich hatte das gerade schon angesprochen – aktuell ein großes Hindernis, um schnell Maßnahmen und Investitionen in der Versorgungsinfrastruktur umsetzen zu können. Auch das wäre eine Empfehlung an Sie: zukünftig darauf hinzuwirken, dass wir hier eine Beschleunigung erzielen.

Die zweite Empfehlung: Sie kennen sicherlich alle die Nationale Wasserstrategie des Bundes. Verschiedene Bundesländer beschäftigen sich gerade mit Landesstrategien.

– 90 –

Baden-Württemberg setzt den Masterplan auf. Dieser läuft bis Ende 2025. Wasserversorgung ist per se kommunalhoheitliche Aufgabe. Aber aus Sicht der Wasserversorger brauchen wir in Baden-Württemberg eine landesweite Strategie. Ich hatte Ihnen das Bild der Vernetzung bzw. der dreigliedrigen Struktur gezeigt. Man muss sich Gedanken machen, wie dieses System gemeinsam funktioniert, wie es gemeinsam die Herausforderungen der Zukunft, des Klimawandels, annehmen kann. Die kommunalhoheitliche Aufgabe ist sicherlich gerechtfertigt, aber es braucht eine Institution, die sich einer strategischen Planung annimmt mit dem Ziel, jetzt die Versorgungssicherheit – wir sprechen bei unseren Investitionen über einen Zeitraum bis 2100 – für die nächsten Jahrzehnte im Land Baden-Württemberg sicherzustellen. Das geht bis hin zu dem Punkt – deswegen hatte ich das Beispiel Bayern und Baden-Württemberg gerade angeführt –, dass wir uns auch Gedanken über länderübergreifende Strategien machen sollten.

Die dritte Empfehlung: Wir müssen über Geld sprechen, wir müssen über Lastmanagement sprechen. Die Dienstleistung Trinkwasser wird sich im Preislichen anders bewegen, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Denn alle werden investieren müssen. Wir müssen über Personalgewinnung sprechen, wir müssen über Gewässerschutz sprechen, wir müssen auch über Krisenbevorratung sprechen. Mit dem Ukrainekrieg hat sich die Lage für uns alle noch einmal verschärft. Wir sind Betreiber kritischer Infrastruktur. Insofern gibt es eine ganze Latte von Maßnahmen, die wir umsetzen müssen. Dafür bitten wir auch um Unterstützung des Landes und damit von Ihnen allen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Jeromin. – Jetzt kommen wir zum Vortrag von Frau Professorin Dr. Galina Kolev-Schaefer, Senior Economist am Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V. und Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Hochschule Köln. Sie ist uns digital zugeschaltet. – Bitte, Sie haben das Wort.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Dr. Kolev-Schaefer: Ganz herzlichen Dank erst einmal für die Einladung. Es tut mir leid, dass ich heute nicht vor Ort in Stuttgart sein kann. Nichtsdestotrotz möchte ich mit Ihnen ein paar Aspekte teilen hinsichtlich der Nachhaltigkeit globaler Wertschöpfungsketten und was insbesondere die globale Sicht auf die sich daraus ergebenden Herausforderungen angeht.

Ich würde gern mit einem Blick auf die Weltkarte starten. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber mir persönlich geht es so: Wenn ich an die Weltkarte denke, dann denke ich an Europa. Rechts von Europa haben wir dann im Osten Asien und auf der linken

– 91 –

Seite Amerika, Südamerika. Sie wissen ja, wie die Weltkarte üblicherweise dargestellt wird. Neulich bin ich aber auf diese Sichtweise der Weltkarte gestoßen; und diese Sichtweise wollte ich auch mit Ihnen teilen als Einstieg in den heutigen Vortrag. Denn das ist eine Sichtweise, die die aktuelle Lage der globalen Verschiebungen der Wirtschaftsmächte sehr gut beschreibt.

In Europa müssen wir uns Gedanken darüber machen, wo wir bleiben, wie wir unsere Unternehmen dabei unterstützen können, weiterhin anschlussfähig zu bleiben, weiterhin im Rahmen dieser Verschiebungen aktiv und wettbewerbsfähig zu bleiben; denn sie sind aktuell vor zahlreiche Herausforderungen gestellt. Diese Herausforderungen ergeben sich zum einen durch die Dekarbonisierung der Wirtschaft, durch die Forderung nach mehr Nachhaltigkeit des Geschäftsmodells und der internationalen Wertschöpfungsketten oder Lieferketten aus der Perspektive der Unternehmen, sodass es heute kaum möglich ist, vor allem nur auf die Effizienz zu schauen. Da ist Nachhaltigkeit mindestens genauso wichtig und – wie wir auch bereits an vielen Stellen heute gehört haben – ist das Ziel der Resilienz gleichermaßen wichtig geworden. Krisenfest sollen die Unternehmen sein, krisenfest sollen aber auch die Wirtschaft und die Gesellschaft insgesamt sein, sodass es dringend notwendig ist, den wirtschaftspolitischen Rahmen entsprechend auszugestalten und zu schaffen, damit die Unternehmen diesen Herausforderungen begegnen können.

Ich möchte hier auf diese Schnittstelle zwischen den drei Zielen hinweisen. Das ist genau das, was die Unternehmen im Prinzip brauchen, um zukunftsfähig zu bleiben und um weiterhin hier vor Ort Arbeitsplätze sichern zu können. Dabei möchte ich auf drei Aspekte eingehen. Das ist zum einen die Nachhaltigkeit und Resilienz bei den Wertschöpfungsketten. Aber vorweg möchte ich auf ein paar Punkte eingehen, die die allgemeine Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland betreffen, und zwar aus folgendem Grund: Wenn man sich die Entwicklung des World Competitiveness Index anschaut, dann sieht man, dass Deutschland gerade im letzten Jahr in diesem Ranking erheblich verloren hat: von Rang 15 auf Rang 22. Da hat Deutschland nicht nur punktuell, an einzelnen Stellen verloren, sondern auch entlang aller vier Dimensionen, und zwar erheblich.

Jetzt haben wir natürlich keine Zeit, um uns mit jedem einzelnen Punkt im Detail zu beschäftigen. Wir haben auch von meinen Vorrednern gehört, welch enormen Beträge investiert werden müssten, um die Infrastruktur krisenfest zu machen. Wir wissen ja auch, wie viel Bedarf in dreistelliger Milliardenhöhe da ist: marode Brücken, Digitales, Bildung, Dekarbonisierung. Es sind ganz viele Bereiche, wo Investitionen vonnöten sind. Ich möchte hier aber insbesondere auf einen Punkt eingehen, nämlich die Government Efficiency, wo Deutschland im internationalen Aspekt ebenfalls ganz stark an Wettbewerbsfähigkeit verloren hat. Denn das ist für die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft und der Wirtschaft in Baden-Württemberg von erheblicher Bedeutung. Wenn wir das nur im Zeitverlauf betrachten, hat sich ja in Deutschland nicht so viel getan. Das ist eigentlich das Problem: dass Reformen in Deutschland nicht nur auf

– 92 –

Bundesebene, sondern auch auf Landesebene nur sehr langsam vorankommen, während in anderen Ländern große Fortschritte in Bezug auf Steuerbelastung oder Abbau bürokratischer Hürden gemacht wurden.

Was z. B. der Ease of Doing Business-Index von der Weltbank, der in letzter Zeit leider nicht mehr aktualisiert wird, aus dem Jahr 2019 zeigt, ist, dass man in Deutschland acht Tage braucht, um ein Start-up, ein Unternehmen, zu gründen. In den USA sind es 4,2 Tage, in Kanada sind es anderthalb Tage und in Neuseeland ist es nur ein halber Tag. Dann braucht man sich nicht zu wundern, dass die sogenannten Unicorns, also die Start-ups, die bereits einen Kapitalwert von über 1 Milliarde US-Dollar ausweisen, vornehmlich in Nordamerika ansässig sind. Dort ist mehr als die Hälfte der globalen fast 1 400 Unicorns ansässig, während es in Europa nur 200 sind. In Deutschland sind es um die 30, und in Baden-Württemberg ist es nur ein Unternehmen, nämlich Volocopter in Bruchsal, das zu dieser Kategorie zählt. Also: Man kann sich fragen, was man für diese Unternehmen noch tun bzw. grundsätzlich tun kann, um es Unternehmen zu ermöglichen, sich entsprechend zu entwickeln, oder um die Attraktivität für Start-ups zu steigern.

Auch in Sachen Steuerbelastung ist Deutschland mittlerweile unter den Schlusslichtern im OECD-Vergleich. Es gibt nur zwei Länder, nämlich Portugal und Kolumbien, wo die Steuerbelastung für Unternehmen nennenswert höher ist als in Deutschland. Also, da muss noch einiges an Reformen erfolgen.

Die Qualität der lokalen Infrastruktur muss ausgebaut werden. Wie bereits betont, sind das ganz viele wirtschaftspolitische Maßnahmen, die wir auch seit längerer Zeit fordern. Hier ist es natürlich so – ich bin kein Freund von hohen Schuldenbergen, die wir künftigen Generationen hinterlassen –, wenn es darum geht, die Infrastruktur aufrechtzuerhalten und den Standort weiterhin wettbewerbsfähig zu machen und die Qualität des Standorts zu erhalten, dann ist es womöglich gerechtfertigt, darüber nachzudenken, Ausnahmen von der Schuldenbremse zu schaffen, um eben die Investitionen nicht weiter in die Zukunft zu verschieben, sondern zu ermöglichen.

Für eine grundlegende Steuerreform gibt es zahlreiche Beispiele, zahlreiche Ideen, wie das funktionieren kann. An erster Stelle steht natürlich die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Das wäre eine steuerliche Entlastung von etwa 13 Milliarden €, die der Wirtschaft entsprechend zugutekommen würde. Dann bräuchten wir eine breiter ausgelegte Investitionsprämie, die hier insbesondere digitale Neuerungen mit einschließt, damit die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft gestärkt wird und Investitionen gefördert werden.

Die Integration von Migranten muss auch weiter erleichtert werden. Auch da zeigen die Zahlen, dass viel mehr möglich ist als das, was wir hier auf dem deutschen Arbeitsmarkt sehen. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Februar zeigt, dass in Deutschland 17 % der geflüchteten Ukrainer bereits einer Beschäftigung nachgegangen

– 93 –

gen sind. In anderen Ländern ist die Zahl viel höher. Wenn wir z. B. Richtung Dänemark schauen, dann sind es dort bereits 53 %, in Polen 66 %, in den Niederlanden 70 %. Also: 17 % versus 70 %. Daran sehen wir, welches Potenzial hier noch besteht und was noch zu tun ist.

Das Thema Start-ups habe ich bereits erwähnt. Da ist es notwendig, die Anreize weiter zu verbessern, zu steigern und vielleicht auch in Kooperation mit Hochschulen Möglichkeiten zu schaffen, um die Gründung attraktiver zu machen, um dadurch mehr Leute anzusprechen, damit insgesamt die Innovationskraft gesteigert wird.

Nun komme ich zu den Punkten, die ich heute insbesondere mitgebracht habe. Das ist einmal das Thema „Globale Wertschöpfungsketten“. Das ist ein Thema, das im Moment allgegenwärtig ist. Sie sehen hier anhand des Global Supply Chain Pressure Index, wie sich die Lage für die globalen Wertschöpfungsketten, globalen Lieferketten aus der Perspektive der Unternehmen entwickelt hat. Gerade im Zuge der Pandemie und im Zuge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine hat sich ein erheblicher Druck für die Lieferketten ergeben. Aktuell ist der Druck zwar etwas zurückgegangen. Nichtsdestotrotz müssen wir für zukünftige Krisen gewappnet sein, in dieser Hinsicht krisenfester werden und aus dem Grund entsprechende Abhängigkeiten identifizieren und monitoren, um in der Lage zu sein, zu reagieren, wenn es zu einer krisenhaften Entwicklung kommt – sei es geopolitischer Natur oder aus einem anderen Grund.

Wenn es um Abhängigkeiten geht, dann schaut man regelmäßig nach China. Denn gerade von der chinesischen Wirtschaft sind wir hierzulande sehr stark abhängig. Die Zahlen belegen das. Gerade in den letzten Jahren ist diese Abhängigkeit stark gestiegen. Wenn wir jetzt ganz konkret auf den Anteil Chinas an den deutschen Importen schauen, dann sehen wir gerade im letzten Jahr einen starken Anstieg. Das gilt auch für Baden-Württemberg. Hier habe ich mir erlaubt, noch eine kleine Ergänzung vorzunehmen. Denn es ist besser, die Zahlen zu sehen, als sie nur auszusprechen. In Baden-Württemberg ist der Anteil Chinas an den Importen sogar auf 15 % gestiegen. Das muss man jedoch etwas einordnen. Denn es gab im letzten Jahr einen sehr starken Anstieg von 111 % der Importe aus China im Land Baden-Württemberg. Das ist aus meiner Sicht eher durch einen Sondereffekt in den Bereichen Chemie und „Organische Verbindungen“ erfolgt. Gerade im Jahr 2023 hat sich dieser Effekt auch schon wieder revidiert. Wir haben ein Minus von 53 % in den ersten acht Monaten gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, sodass die Zahlen eine etwas höhere Abhängigkeit suggerieren als die tatsächliche. Nichtsdestotrotz bleibt China der wichtigste Importlieferant, und zwar sowohl für Deutschland als auch für das Land Baden-Württemberg.

Auch aus der Perspektive der Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland zeigte sich eine zunehmende Abhängigkeit von China. Das wird sehr oft als eine besorgniserregende Entwicklung diskutiert: dass viele Unternehmen ihr Engagement im Reich der Mitte verstärken, weiter ausbauen in Zeiten, in denen wir von De-Risking sprechen, in denen wir Risiken eher abbauen wollen. Die gute Nachricht ist hier, dass gerade die

– 94 –

Investitionen in den letzten Jahren vor allem durch reinvestierte Gewinne in China investiert wurden und viel weniger durch frisches Kapital, bzw. das frische Kapital, das nach China geflossen ist, ist sogar negativ. Also, ein Teil der reinvestierten Gewinne wurde sogar zurück nach Deutschland gebracht.

Nichtsdestotrotz bleiben diese Abhängigkeiten sehr stark. Wir haben dafür bereits zahlreiche Beispiele. Hier sehen Sie nur einige Beispiele: Seltenerdmetalle, Magnesium, DV-Geräte, Smartphones. Man kann natürlich auch fragen, inwieweit das ein kritisches Systemgut ist. Nichtsdestotrotz sehen Sie, wie abhängig wir von Lieferungen aus China sind und wie wichtig diese sind. Das heißt nicht, dass wir diese Abhängigkeiten nicht abbauen könnten. Was z. B. Magnesium angeht, gibt es auch Vorkommen in der Slowakei, in Griechenland, das gilt auch für Seltene Erden. Wenn wir die Vorkommen in Brasilien und Vietnam zusammenrechnen, erhalten wir einen ähnlich hohen Wert wie für China. Es ist offenbar schwierig, diese Abhängigkeiten abzubauen, solange wir uns z. B. gegen Freihandelsabkommen positionieren, wie das in Sachen Mercosur der Fall ist. Die Ratifizierung dauert immer noch. Ich hoffe, dass wir da gut vorankommen können.

Diese Abhängigkeiten lassen sich auf Ebene der Bundesländer gut analysieren. Es gibt Studien auf EU-Ebene, es gibt Studien aus der Perspektive Deutschlands. Wir, das Institut der deutschen Wirtschaft, haben uns vor Kurzem das Land Nordrhein-Westfalen vorgenommen und haben kritische Abhängigkeiten identifiziert. Wir haben festgestellt, dass es über 800 Produktgruppen sind, in denen das Bundesland Nordrhein-Westfalen von ausländischen Produkten kritisch abhängig ist. Davon entfallen ungefähr 58 % des Importwarenwerts auf China. Diese Abhängigkeiten gilt es, entsprechend zu monitoren. Die Klumpenrisiken müssen identifiziert werden. Natürlich muss man an dieser Stelle betonen, dass die Unternehmen selbst dafür zuständig sind, ihre Lieferketten auszugestalten, die Risiken zu managen, zu entscheiden, wie sie den Risiken begegnen – ob es Diversifizierung ist, ob es Reshoring ist, ob es erhöhte Lagerbestände sind. Nichtsdestotrotz sind gerade Klumpenrisiken für einzelne Unternehmen selten ersichtlich. Denn sie kennen ihre eigene Lieferstruktur, sie kennen die Lieferstruktur der Konkurrenten aber in den seltensten Fällen. Solche Klumpenrisiken können nur mit wirtschaftlichen Daten auf Bundesland- oder auf gesamtgesellschaftlicher Ebene identifiziert werden. Weil das eine Art öffentliches Gut darstellt, ist aus meiner Sicht auch eine öffentliche Finanzierung dieses Monitorings notwendig.

Was notwendig ist oder womit den Unternehmen und somit der gesamten Wirtschaft Baden-Württembergs geholfen werden kann, um krisenfester zu werden, ist die Unterstützung der Unternehmen dabei, ihre Diversifizierungsstrategie zu verfolgen, umzusetzen, indem Geschäftsbeziehungen angebahnt werden, indem gemeinschaftliche Reisen, Besuche von Messen veranstaltet werden oder indem auch ein Austausch stattfindet, um hier die Effekte nutzen zu können.

– 95 –

Wichtig ist des Weiteren, insgesamt eine Resilienzstrategie zu entwickeln. Das bezieht sich jetzt hier ganz konkret auf die Lieferketten. Aber nicht nur Liefer- und Wertschöpfungsketten bedürfen einer Resilienzstrategie.

Wenn wir die energieintensiven Produkte in den Mittelpunkt stellen, zeichnet sich aktuell eine Tendenz zu einer neuen Deindustrialisierungswelle ab. Diese neue Deindustrialisierungswelle ist nicht nur aus der Perspektive der energieintensiven Industrien selbst besorgniserregend, sondern auch aus der Perspektive der nachgelagerten Industrien. Für sie bedeuten hohe Energiekosten nicht nur eine direkte Kostenbelastung, sondern auch eine indirekte Kostenbelastung, weil ihre Vorprodukte entsprechend teurer werden. Aus dem Grund entstehen Anreize, die Produktion ins Ausland zu verlagern, und zwar nicht nur für die energieintensiven Branchen, sondern auch für die nachgelagerten Industrien. Gerade in Baden-Württemberg spielt die Automobilindustrie eine sehr wichtige Rolle und ist gleichermaßen betroffen wie die Vorproduktehersteller aus den energieintensiven Branchen. Wenn wir von wirtschaftspolitischen Implikationen sprechen, geht es darum, für eine längerfristige Entlastung zu sorgen und auch Branchen, Unternehmen zu identifizieren, in denen ein Grundbedarf bzw. Kapazitäten für den Grundbedarf aufrechterhalten werden müssen. Deswegen spreche ich von einer allgemeinen Resilienzstrategie: weil man diese Bereiche und die entsprechenden Unterstützungsmaßnahmen identifizieren muss.

Last, but not least: Handelsabkommen. Die habe ich schon angesprochen. Wichtig ist, dass wir dafür sorgen, dass der Ratifizierungsprozess in Sachen Mercosur-Abkommen vorangebracht wird. Aber auch für künftige Abkommen müssen wir dafür sorgen, dass sie schneller vorangebracht werden können, damit der Rahmen für die Diversifizierung der einzelnen Unternehmen in den internationalen Lieferketten geschaffen wird.

Jetzt möchte ich auf den Punkt der Nachhaltigkeit eingehen. Hier gibt es ebenso zahlreiche Aspekte, die zu bedenken sind. Das ist z. B. der Grenzausgleichsmechanismus. Darauf gehe ich in meiner schriftlichen Stellungnahme ein. Da können Sie sich das gern anschauen.

An dieser Stelle möchte ich vor allem auf das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz – kurz: Lieferkettengesetz – eingehen, das in Deutschland eingeführt wurde. Hier sehen Sie die Ergebnisse einer Umfrage. Wir haben die Unternehmen gefragt, welche Maßnahmen sie ergreifen möchten, um sich an das Gesetz anzupassen. Dabei möchte ich Ihre Aufmerksamkeit besonders auf die rot umrandeten Punkte lenken. Viele Unternehmen – das ist zwar nicht die Mehrheit der Unternehmen, sondern ist eines von fünf; das beim letzten Punkt – haben bereits im Vorfeld gesagt, sie würden nur Auslandsproduktionen in bzw. Lieferanten aus sicheren Ländern bevorzugen oder ihre Produktion aus Ländern mit schwacher Governance zurück nach Deutschland verlagern wollen.

Die Frage ist, ob das nur eine leere Drohung ist. Das können wir jetzt natürlich so nicht sehen. Die Daten können das nicht endgültig bestätigen. Das, was wir aber sehen, ist,

– 96 –

dass z. B. unsere Bekleidungsimporte aus Ländern, die häufig im Zusammenhang mit dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz erwähnt wurden – beispielsweise Bangladesch, Pakistan, Kambodscha –, stark gesunken sind. Bis jetzt weiß man aber noch nicht, auf was genau das zurückzuführen ist. Aber gleichzeitig ist der Konsum von Bekleidung in Deutschland gestiegen. Auch die lokale Produktion und die Importe aus Ländern wie Bulgarien und Nordmazedonien sind gestiegen. Man kann sich also tatsächlich fragen, ob durch Maßnahmen wie dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz die gewünschten Wirkungen erzielt werden können, mehr Nachhaltigkeit zu erreichen, oder ob stattdessen genau das Gegenteil passiert und wir diesen Ländern noch mehr Schwierigkeiten bereiten.

Was kann man tun, um es den Unternehmen zu erleichtern, an das Ziel der Nachhaltigkeit zu kommen bzw. näher an dieses Ziel zu kommen? Zum einen wäre hier ein risikobasierter Ansatz vonnöten – der lässt sich jetzt, nachdem das Gesetz eingeführt wurde, nicht so umsetzen –, zumindest aber eine Erleichterung für die Unternehmen bei der Umsetzung des Gesetzes. Hier würden z. B. Negativlisten oder Maßnahmen zur Unterstützung der Länder vor Ort helfen, sich an das Gesetz anzupassen. Denn viele Hersteller in Ländern wie Bangladesch und Pakistan kennen das Gesetz überhaupt nicht und wissen nicht, welche Unterlagen sie bereitzustellen haben und wie sie die bereitstellen können, um den Anforderungen nachzukommen.

Dann der letzte, ganz klare Punkt: Die Initiative für eine Gesetzgebung auf europäischer Ebene für die Due Diligence Directive, ist in der jetzigen Form abzulehnen, um nicht noch mehr bürokratische Hürden einzuführen, die noch mehr Belastungen für die Wirtschaft bedeuten, die die Resilienz nur noch weiter erschweren und zudem nicht wirklich in Sachen Nachhaltigkeit helfen würden, wie wir das anhand der vorherigen Daten gesehen haben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die anschließende Diskussion.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Professorin Dr. Kolev-Schaefer. – Wir kommen jetzt zum letzten Referenten am heutigen Tag. Das ist Herr Andrea Marongiu. Er ist Geschäftsführer des Verbandes Spedition und Logistik Baden-Württemberg e. V. mit Sitz in Stuttgart. Auch Sie haben 20 Minuten Zeit. – Bitte.

(Eine Präsentation wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Marongiu: Sechs Stunden Anhörung – Respekt; Sie sind noch hier. Vielen Dank.

– 97 –

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich das Thema „Krisenfeste Gesellschaft“ aus dem Blickwinkel der baden-württembergischen Logistik betrachten.

Zur Einordnung: Es ist mir wichtig, die Bedeutung der Logistik immer vorwegzuschicken: Top 3, Top 5, je nachdem, wie man auf die Branche schaut, sowohl in Deutschland als auch in Baden-Württemberg. Sie sehen hier die bundesweiten Zahlen. Wir erwarten in diesem Jahr in der Logistik einen Umsatz von 330 Milliarden €. Auch in Baden-Württemberg erwarten wir Rekordwerte. Für diese kann man die bundesweiten Zahlen mit einer Steigerung von 12 bis 15 % ansetzen. Die Jahre 2021/2022 haben mit einem Riesenbammel begonnen. Am Ende waren es Rekordjahre. Auch 2022 wird vermutlich wieder ein Rekordjahr. Aber ich gebe zu: Die Branche hat richtig Bammel vor 2024.

Mit der Wertschätzung ist es nicht weit her, obwohl es in Zeiten von Corona eine Ausnahme gab. Da waren alle happy, dass es die Logistik gibt. Es gab sogar richtige Freundschaften zwischen den Paketzustellern und den Bürgern – tempi passati! Heute sind wir wieder an anderer Stelle, was die Wertschätzung anbelangt.

Ich füge hinzu: Wir waren auch Logistikweltmeister. Wir sind jetzt weltweit auf Platz 3 abgerutscht. Dies nur zur Kenntnis. Man feiert, dass man immer noch auf Platz 3 ist, was uns schon ein bisschen Sorge bereitet.

Darum habe ich mir erlaubt, zuzusagen, heute zu Ihnen zu sprechen.

Der Verband Spedition und Logistik vertritt rund 34 Mitgliedsunternehmen. Ein Viertel davon sind kleinere Betriebe mit bis zu 50 Beschäftigten, ein Viertel sind Konzernniederlassungen, die Sie alle kennen – Kühne, Dachser, Schenker –, aber auch die Paketdienstleister UPS und Co. Unser großes Pfund ist der große Mittelstand. „Großer Mittelstand“ nicht nach der KMU-Definition der EU mit bis zu 6 000 Beschäftigten, sondern das sind bei uns die Unternehmen, bei denen man den Inhaber noch persönlich an die Strippe bekommt. Sorgen machen wir uns um den kleinen Mittelstand. Denn dort sehen wir, dass die Zuversicht in die Zukunft schwindet. Das ist ein Mix, es ist nicht ein einzelner Punkt. Dazu gehören die Themen Maut – Sie wissen: in drei Wochen steigen die Kosten um rund 7,6 Milliarden € jährlich –, Bürokratie – wir haben eben gehört: Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz; die Logistik soll noch weiter eingebunden werden – Personal und Konjunktur. Wenn dann das Thema Nachfrage hinzukommt, dann ist eigentlich der Gedanke, den Laden zu verkaufen, ganz schnell da.

Die Zahlen auf dieser Folie kennen Sie. Es sind die Zahlen aus dem Bundesverkehrswegeplan. Hier noch einmal für Baden-Württemberg bestätigt – auch im Auftrag der Landesregierung im Rahmen des Güterverkehrskonzepts –: Wir erwarten in allen Bereichen Steigerungen – egal, ob das auf der Straße ist oder bei der Schiene. Wichtig – zumindest 2010 bis 2019 –: Alle unsere Prognosen sind übertroffen worden. Vielleicht ändert sich das in Zukunft; ich weiß es nicht. Stand jetzt: Wir haben prognostiziert

– 98 –

und lagen jeweils immer drüber. Das gilt auch für den Transit durch Baden-Württemberg. Auf der Straße: plus 51 %. Dann müssen wir natürlich aufpassen, wenn wir über die Zuwächse im Bereich des Schienengüterverkehrs sprechen und uns dort die Basis genau anschauen.

Ich möchte nicht streiten, ob das nachher 40 % oder 50 % sind. Ich bin immer für vorsichtige Zahlen. Wir streichen einfach die Hälfte. Dann bleibt immer noch genügend übrig, um uns hier vor immense Herausforderungen zu stellen.

Heute geht es um eine krisenfeste Gesellschaft. Das, was wir in den letzten Jahren erlebt haben, muss uns eigentlich zu der Entscheidung bringen: Es gibt keine schwarzen Schwäne. Die sind permanent da.

Mit VesselFinder kann man sehen, wo gerade wie viele Schiffe unterwegs sind. Das Gelbe sind die Cargoschiffe, 90 % des Welthandels. Alles, was wir hier so sehen, war wahrscheinlich zum großen Teil irgendwann einmal auf dem Schiff unterwegs. Unten sehen Sie die Stauzeiten in Form von Kurven. Was ist in der Pandemie passiert? Es gab weltweit Staus vor den großen Häfen mit unglaublichen Auswirkungen auf die Produktionsketten hier nach Deutschland. Die rechte Kurve zeigt, welche Schiffe sich nicht bewegen. Das ist alles auf VesselFinder schön zu sehen. Das sind keine Ecken, sondern Punkte. Es waren die Container, die dort im Stau standen.

Extremwetterereignisse: Oben rechts sehen Sie den Panamakanal. Es gibt drastische Einschränkungen für die Schiffe, die dort hindurchfahren wollen – immerhin 5 % des Welthandels. Auf den Suezkanal komme ich gleich noch zu sprechen.

Dann: Pandemie. Ich komme gleich auch noch einmal dazu, was die Pandemie für die Logistik bedeutet hat und welche Lehren daraus hoffentlich gezogen wurden oder zu ziehen sind.

Dann spreche ich selbstverständlich noch die sonstigen Risiken an.

Hier haben wir jetzt den Suezkanal, durch den immerhin 30 % der Container weltweit gehen. Wir haben den Unfall im Gotthardtunnel. Leider kam es zeitgleich mit anderen Problemen zum Unfall im Fréjus-Tunnel. Wir haben vier große Achsen, die durch die Alpen gehen; drei davon waren lädiert.

Zu den sonstigen Risiken zählt auch der Personalmangel in der Logistik. Nicht nur Fahrermangel, sondern tatsächlich Personalmangel. Wir haben in der Pandemie erlebt, dass uns der Treibstoff ausging. Ja, es wurde an der einen oder anderen Stelle eng. Wir haben die Kurve bekommen. Dasselbe gilt für AdBlue. Hier im Zusammenhang mit den gestiegenen Gaspreisen abgebildet. Und wir haben das Risiko von Cybercrime.

– 99 –

Die Frage ist: Hätten wir in Baden-Württemberg irgendetwas davon verhindern können? Nein, hätten wir nicht. Das heißt, unsere Aufgabe ist es, uns darauf einzustellen, dass so etwas wiederkommen wird – in welcher Form auch immer, die wir uns heute noch gar nicht vorstellen können. Deshalb müssen wir schauen, dass wir unsere Lieferketten, die Versorgung unserer Bürger hier in Baden-Württemberg auf resiliente Beine stellen. Dazu haben wir wenige ganz konkrete, klare Punkte, was wir hier vor Ort tun könnten.

Der Klimawandel setzt uns zu. Wir haben eben gehört, was dabei das Wasser angeht. Bei Wasser haben wir das Problem auf dem Rhein gehabt. Das kann man alles nachlesen. Wenn Binnenschiffe nicht mehr auf dem Rhein fahren können, hat das Auswirkungen, ganz konkret – auch nachzulesen – für BASF. Ein Binnenschiff transportiert ca. 2 000 t. Das wäre die Transportleistung von zwei kompletten Zügen oder von 80 Lkws – also kaum möglich zu ersetzen. Am Ende betrug der Schaden allein für das Unternehmen BASF rund 250 Millionen €.

Das Gleiche bei Hochwasser: Auch hiervon ist die Schifffahrt immer betroffen.

Was können wir tun? Die Lösungsansätze für uns: Bevorratung. Dann sind wir hier in Baden-Württemberg ganz schnell bei dem Thema Flächen. Wie passt das zu unserer Idee der Nettonull? Flächen außerhalb Baden-Württembergs würde wieder längere Wege bedeuten. Hier ist unser Ansatz ganz klar: Wenn wir über den neuen Landesentwicklungsplan sprechen, muss darin auch die Logistik einbezogen werden.

Alles andere, was wir technisch lösen können – so behaupte ich –, haben wir getan.

Hitzeperioden: Schauen Sie sich unsere Fahrzeuge mit Standklimaanlagen usw. an; in den Gebäuden genauso.

Sorgen macht uns unsere Verkehrsinfrastruktur, die darauf nicht vorbereitet ist. Bei Hitzeperioden heißt es dann: Geschwindigkeitsreduzierung. Damit können wir leben. Aber wenn eine Straße, eine Brücke gesperrt wird, dann haben wir Riesenprobleme, dann passen die Pläne nicht mehr. Dann kommt es wieder zu Produktionsstopps, weil Umwege gefahren werden müssen. Fahren Sie zur Rahmedebrücke, und schauen Sie es sich dort an. Das ist hoffentlich ein einmaliges Beispiel dafür, dass das nicht mehr vorkommen darf. Das Risiko ist groß. Wir haben eben auch gehört, wie viel Infrastruktur in Deutschland betroffen ist.

Was kann man tun – kurzfristig, langfristig? Wir sind uns einig: CO₂-Einsparung ist möglich. Wir tun uns schwer, wenn Ziele und gleichzeitig die Wege ganz minutiös vorgegeben werden. Hier wünschen wir uns mehr Offenheit.

– 100 –

Was ist kurzfristig möglich? Beispielsweise der Einsatz alternativer Treibstoffe wie HVO-Diesel. In den Niederlanden: kein Problem. Bei uns: seit Jahren in der Diskussion. Aber es tut sich nichts. Einsatz von Lang-Lkws: seit 2006 erprobt. Heute haben wir 2023. Noch immer tun wir uns vor allem in Baden-Württemberg schwer damit. Noch einmal: Lang-Lkws werden nicht unser Klimaproblem lösen, HVO-Diesel allein auch nicht. Aber es wird vielleicht in Summe einen Beitrag leisten.

Auch in der Gebäudetechnik ist noch viel möglich. Wir haben in Deutschland 150 Millionen m² Hallendächer. 30 Millionen m² davon sind mit PV ausgestattet. Auch hier gibt es noch ein Riesenpotenzial.

Mittel- und langfristige Maßnahmen: Ausbau unserer Schienenwege, Verlagerung. Aktuell reden wir nicht über Verlagerung, sondern wir wären froh, wenn wir die Unternehmen, die heute auf der Schiene unterwegs sind, auf der Schiene halten könnten. Schauen Sie sich die Verspätungen an: 60 % der Züge sind nicht pünktlich. Wir werden hierzu nächste Woche ein Gespräch im Ministerium haben. Es geht darum, die Unternehmen auf der Schiene zu halten, denn die denken gerade eher darüber nach, ob sie von der Schiene wieder heruntergehen, weil der Verkehr eben nicht zuverlässig ist.

Angekündigt ist, dass es die nächsten sieben Jahre erst einmal schlimmer werden soll, bevor es dann, wenn der Ausbau geschafft wurde, wieder besser wird. Das Gleiche gilt für die Binnenschifffahrt – Stichwort Neckarschleusen. Auch hier müssen wir uns langfristig Gedanken machen. Wir hatten die Zusage 2006; sie kennen das Thema.

Ganz wichtig und bei uns als TOP 2 auf der Agenda – wenn die Maut verdaut ist, ist es wieder TOP 1 –: Elektromobilität im Güterverkehrsbereich. Wir sprechen über Elektro-Lkws; wir sprechen über Wasserstoff. Die Unternehmen in Baden-Württemberg sind hier wirklich Pioniere. Ich schätze einmal, es gibt rund 25 Unternehmen, die heute schon über 100 E-Lkws im Einsatz haben.

Was passiert 2024? Der Bund hat den Fördertopf KsNI – 2023 ca. 800 Millionen € – auf 80 Millionen € gekürzt. Wenn sich dort nichts ändert – das wird die nächsten Wochen entschieden –, dann wird 2024 definitiv ein verlorenes Jahr für die Antriebswende sein. Ein E-Lkw mit Anschaffungskosten von etwa 350 000 € kostet ungefähr zweieinhalb Mal so viel wie ein normaler Diesel-Lkw mit Anschaffungskosten von 120 000 €. 80 % der Mehrkosten bekommt die Branche gefördert. Das heißt, ohne Anschubförderung wird das nicht gelingen.

Vor vielen Jahren dachten wir: Woher kommt die Technik? Heute wissen wir: Die Technik ist da, die Lkws gibt es. Die Ladeinfrastruktur ist es. Die Pioniere, die wir hier in Baden-Württemberg haben, berichten uns: Das größte Problem ist, dass wir den Strom nicht in die Lkws bekommen. Die Versorger vor Ort sagen: Vergesst es, wir reden hier über Megawatt-Ladungen. Dafür brauchen wir Lösungen. Die sehen wir heute noch nicht.

– 101 –

Damit komme ich wieder dazu, dass wir eine Überbrückung brauchen, bis wir die Ladeinfrastruktur geschaffen haben. Deshalb, noch einmal: Wir brauchen Überbrückungstechnologien.

Ich hoffe, man hat die Lehren aus der Pandemie gezogen, auch in Bezug auf die Maßnahmen, die wir in der Pandemie getroffen haben. Es hat lange gedauert, es war unkoordiniert. Aber da macht niemand einen Vorwurf. Am Ende hat es funktioniert. Die Frage ist: Wären wir heute vorbereitet? Was würde sein, wenn wieder so etwas in Baden-Württemberg bzw. weltweit geschähe?

Kurzfristig umsetzbare Maßnahmen: Für uns sind Eskalationsszenarien wichtig, dass wir sagen: Wenn ein bestimmter Punkt erreicht ist, brauchen wir für Lkws Ausnahmeregelungen vom Sonn- und Feiertagsfahrverbot. Das allein hilft natürlich nicht. Denn dann müssen wir auch an den Lenk- und Ruhezeiten arbeiten und an den Arbeitszeiten. Das sind für mich ganz konkrete Maßnahmen, die man vorbereiten kann, um im Falle einer neuen Katastrophe diese Karten ziehen zu können.

Quarantäneregelungen: Ausnahmen für Fahrpersonal haben viel zu lange gedauert. Wir haben entlang der A 5 viele Unternehmen, die auch oft in Frankreich unterwegs gewesen sind. Frankreich wurde zum Hochrisikoland erklärt. Das heißt, die Fahrer fahren einmal über die Grenze, kommen zurück und müssten eigentlich 14 Tage in Quarantäne gehen. Das machen die Unternehmen eine Woche lang und haben dann keine Fahrer mehr. Wir haben uns wirklich schwergetan, die richtigen Ansprechpartner zu finden – damals das Sozialministerium –, die haben uns gesagt: Ja, wird freigegeben – oder eben nicht. Wie haben wir es gelöst? Die sind einfach gefahren und haben sich hinterher das Okay geholt, sonst wäre es zusammengebrochen. Also: So etwas kann man vorbereiten.

Das Gleiche gilt für die Gültigkeit. Führerscheine, Qualifikationen haben ein Verfallsdatum. Viele dieser Verfallsdaten sind in die Pandemie gefallen. Die Fahrschulen waren geschlossen, die Schulungsanbieter hatten geschlossen. Auch hier muss ein Szenario vorbereitet werden, damit man die Laufzeit solcher Papiere automatisch verlängert.

Langfristig sollten wir uns anschauen, was mit unseren nationalen Lkw-Flotten geschieht. Das kann man auf den Seiten des BALM – Bundesamt für Logistik und Mobilität – nachlesen. Da gibt es eine Mautstatistik. Da können Sie schön sehen, wie groß der Anteil der deutschen Flotte und wie groß der Anteil der gebietsfremden Flotte ist.

Die Entwicklung ist klar: Von 70 % national sind wir jetzt bei etwa 54 % gelandet. Wohin geht die Entwicklung? Was passiert in einer neuen Krisensituation? Werden uns dann tatsächlich die gebietsfremden Fahrzeuge – die Polen haben den größten Anteil – zur Verfügung stehen, um unsere Logistikprobleme in Deutschland zu lösen, oder werden die sich vielleicht eher darum kümmern, ihre Probleme in Polen oder wo auch immer zu lösen? Die Schweizer haben diese Erfahrungen in der Pandemie gemacht

– 102 –

und haben reagiert. Die Schweizer kaufen mittelständische Unternehmen in Süddeutschland, in Norditalien auf, um das Thema Logistik für die nächste Krise gelöst zu bekommen.

Bei den Logistikkapazitäten muss auch das Thema Fahrpersonalmangel bzw. Personalmangel insgesamt angesprochen werden. Auch da können wir nachlegen. Für mich ist es unverständlich, dass von den geflüchteten Ukrainern in den Niederlanden 80 % in Beschäftigung sind und bei uns 20 %. Ein Beispiel: ukrainische Familie, die Wohnung ist da, wird vom Arbeitgeber gestellt, bezahlt; der Arbeitsplatz ist da. Es dauerte zwei Monate, bis man behördlich alles klargemacht hat, um diese Familie zu beschäftigen. Sie hat zwei Monate weiter Bürgergeld bezogen. Und: Der Arbeitgeber hat die Arbeitnehmer nicht bei sich, bezahlt aber die Miete für die Wohnung. Wir wissen, das ist sehr unterschiedlich von Kommune zu Kommune. Aber das ist bei uns ein Thema, bei dem man wesentlich mehr machen kann. Die Logistik bietet eben Jobs für alle Qualifikationsgruppen.

Diversifizierung und Lieferketten sind nicht Aufgabe der Logistik. Das müssen die Kunden der Logistik regeln. Als Logistiker ist es unsere Aufgabe, sich darum zu kümmern, dass es funktioniert.

Kollaboration und Vorratsmanagement: Wir haben uns die Logistiker angeschaut, die sich damals in der Pandemie um Maskenlogistik oder die Logistik von Covidtests gekümmert haben. Ist da irgendetwas passiert? Seid ihr jetzt im Gespräch? Gibt es da Notfallpläne mit euren Landratsämtern? Vielleicht tue ich irgendjemandem Unrecht, aber da haben wir noch keine positive Rückmeldung bekommen. Also, auch das ist uns wichtig: dass es lokal passiert. Wir haben einen lokalen Mittelstand. Die kennen die Gegebenheiten vor Ort, die kennen die Menschen vor Ort. Da wäre es für uns wichtig, das Ganze im Vorfeld zu planen. Die wären sicherlich bereit, hier Lagerflächen zur Verfügung zu stellen und, und, und. Aber, wie gesagt, uns ist nicht bekannt, dass in der Richtung etwas passiert ist.

Auf meiner letzten Folie sehen Sie fünf Punkte, zu denen wir sagen, dass wir die in Baden-Württemberg erfüllen können. Dazu brauchen wir nicht nach Berlin oder nach Brüssel zu schauen.

Übergangslösungen – HVO wie in den Niederlanden –: zulassen. In Deutschland heißt es immer: Die Kapazitäten für diesen Treibstoff sind nicht gegeben. Warum denn auch? Wieso soll ein Hersteller von HVO seine Kapazitäten hochfahren, wenn er diesen Treibstoff hier nicht kaufen darf?

Technische Möglichkeiten ausschöpfen. Beim kombinierten Verkehr, KV, das, was da ist, schützen und darauf achten, dass nicht noch mehr von der Schiene auf die Straße abwandert. Bei den Binnenschiffen: die Wasserstraßen ausbauen – das ist sicherlich eine längerfristige Geschichte –, und auf der Straße: Einsatz von Lang-Lkws, die sicherlich nur ein kleiner Beitrag wären, der aber über Nacht umgesetzt werden könnte.

– 103 –

Planungssicherheit in der Antriebswende schaffen – Themen E-Lkw und Wasserstoff-Lkw. Wir müssen uns um die Förderkulisse kümmern. Das Wichtigste für Unternehmen ist die Planungssicherheit. Die ist derzeit definitiv nicht gegeben. Wenn ein mittelständischer Unternehmer bei der Beschaffung dieser sehr, sehr teuren Fahrzeuge eine falsche Entscheidung trifft und am Ende die Fördergelder – 150 000 € pro Fahrzeug – nicht bekommt, er aber vier Fahrzeuge davon bestellt hat, dann war es das im Zweifel für diesen mittelständischen Unternehmer. Da brauchen wir Planungssicherheit.

Das Gleiche gilt für Ladeinfrastruktur. Es kann passieren, dass ein Unternehmen sein Fahrzeug bekommt und es abnehmen muss, die Ladeinfrastruktur aber erst sechs Monate oder ein Jahr später kommt. Das wird nicht funktionieren. Deshalb, wie gesagt: Planungssicherheit schaffen.

Pandemie: Notfallpläne mit lokalen Betrieben koordinieren und aktuell halten.

Nationale Kapazitäten sichern. Das gilt für Logistikflächen, gilt aber auch für Personal.

Bevorratung sichern; hier sind die Logistikflächen ein Dauerthema. In der Pandemie hat das gefehlt.

Netzplanung versus Einzelprojekte: Wir müssen eher in Netzen denken. Wenn irgendeine Strecke nicht funktioniert, dann ist es wichtig, dass wir funktionierende Ausweichstrecken haben. Uns wird berichtet, dass vielerorts Straßen zurückgebaut werden, die dann irgendwann für Lkws nicht mehr befahrbar sind, da man ja jetzt die Bundesstraße oder die Autobahn hat. Aber wenn die einmal dicht sind, kann ich mit dem Lkw nicht ausweichen. Dafür gibt es auch in Baden-Württemberg genügend Beispiele.

Dann vielleicht eine gewagte Idee: Wir haben viele runde Tische, wo wir Szenarien durchspielen. Warum geht man nicht einmal in eine Simulation? Viele Unternehmen machen das, greifen sich selbst an, spielen wirklich durch, was passiert, wenn einmal die gesamte IT ausfällt. Man sollte das also nicht nur an einem runden Tisch besprechen, sondern wirklich durchspielen. Man sollte sich anschauen, wo das Land solche Simulationen mit der Wirtschaft, mit der Verwaltung machen kann – es muss ja nicht gleich alles für ganz Baden-Württemberg simuliert werden.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Marongiu. – Jetzt kommen wir zur Fragerunde. Zunächst Herr Abg. Köhler für die Fraktion GRÜNE. – Bitte sehr.

Abg. Erwin Köhler GRÜNE: Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Herzlichen Dank für die Vorträge. – Herr Jeromin, Sie möchte ich Folgendes fragen: Unserer Meinung

– 104 –

nach haben Wasser und Wasserversorgung auch etwas mit gesellschaftlichem Zusammenhalt zu tun. Letztes Jahr, als es ziemlich lange sehr warm war, hat in Ettlingen – Ettlingen ist bei mir in der Nähe – die Gartenschau stattgefunden. Da wurden Bewässerungsverbote gegenüber der Landwirtschaft bei Pflanzen ausgesprochen. Das hat uns schon gezeigt, dass die Gesellschaft darauf schaut. Das beschäftigt uns sehr.

Wo sehen Sie prinzipiell die Rolle der Politik, hierfür zu sensibilisieren, wie Wasser verbraucht wird? Es gab auch eine Kampagne der Landesregierung mit dem weltberühmten Waschlappen. Aber trotzdem fand ich es wichtig, damit umzugehen und die Menschen anzusprechen. Finden Sie das wichtig? Sollten wir über so etwas auch einmal reden, wenn eigentlich gerade keine Knappheit ist, wenn wir die Menschen also nicht im empfindlichsten Zeitraum treffen? Wie sehen Sie da Ihre Rolle als Wasserversorger?

Meine weitere Frage: Welche Entwicklung erwarten Sie, wenn der Rhein durch ausbleibende Gletscherschmelze weniger Wasser in den See bringt, weniger Durchlauf herrscht? Können Sie uns darauf auch eine Antwort geben?

Herzlichen Dank.

Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Herzlichen Dank für die drei Impulse. – Zunächst möchte ich Sie, Herr Jeromin, fragen. Wir haben von der LUBW die Pegelstände genannt bekommen, und es gibt die Hochwasserzentrale. Wenn es zu niedrige Pegelstände gibt: Wie sind dann die Prozesse? Sind Sie da als Versorger in die Alarmierungskette eingebunden? Könnten wir da noch etwas verbessern? Finden Sie, dass die Daten ausreichend sind, oder bräuchten wir noch weitere Simulationen, in welchen Gebieten es in Baden-Württemberg perspektivisch trocken wird?

Weil Sie ja KRITIS sind, eine Frage dazu: Inwieweit wappnen Sie sich gegen Cyberangriffe, gibt es auch dafür schon Notfallplanungen, oder was bräuchten Sie hier noch?

An Frau Professorin Kolev-Schaefer habe ich ebenfalls zwei Fragen, und zwar zunächst zum Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. Welche Änderungen wären da Ihrer Meinung nach nötig, oder lehnen Sie es komplett ab? Gibt es da Ihrer Meinung nach gar keinen Handlungsspielraum, oder gäbe es ein, zwei Änderungen, die man machen könnte?

Weil Sie am Anfang Ihres Vortrags den World Competitiveness Index angesprochen hatten, bei dem Dänemark am besten abschneidet, die Frage: Könnten wir in Bezug auf Krisen oder Krisenvorsorge konkret etwas von Dänemark lernen – ökonomisch gesehen?

– 105 –

An Herrn Marongiu habe ich die Frage – Sie hatten die Notfallpläne genannt –, wer Ihrer Meinung nach diese Notfallplanung erstellen sollte. Sollte das das Verkehrsministerium federführend mit den Verbänden machen oder eher das Innenministerium, weil wir ja auch strukturell immer überlegen, welches Ressort welche unserer Handlungsempfehlungen umsetzt?

Dann die letzte Frage – Sie hatten die Logistikflächen angesprochen –: Gibt es hier schon konkret belastbare Zahlen, in welchen Größendimensionen wir uns da befinden? Denn das wäre ja etwas, was wir möglicherweise in den Landesentwicklungsplan einspeisen oder dabei im Hinterkopf behalten müssten.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Ich habe zwei Fragen an Herrn Jeromin. Bei der Veränderung der Situation mit Blick auf Hitze, Klimawandel und die Punkte, die Sie angesprochen haben, würde mich interessieren, ob es perspektivisch in Baden-Württemberg Regionen gibt, die Sie vielleicht als besonders gefährdet sehen oder von denen Sie sagen, das seien die Regionen, die in einer etwas schwierigeren Situation sind. Grundsätzlich haben wir vielleicht auch Unterschiede zwischen Stadt und Land in Baden-Württemberg.

Sie haben die 40 Kommunen angesprochen, die von Ihnen nicht bedient werden können. Deswegen frage ich, die nicht aus diesem ökonomischen Bereich kommt, was mit diesen 40 Kommunen ist. Welche Nachteile haben die?

Dann habe ich zwei Fragen an Herrn Marongiu. Das eine ist die Frage, zurückblickend zum Thema Coronamanagement – Sie haben es ein-, zweimal angedeutet –, wie Sie die Koordination, die Koordinierungsarbeit der Landesregierung in der vergangenen Pandemie bewerten und wo Sie vielleicht für die Zukunft sehen, dass man im Management etwas verändern müsste.

Zweitens – ich komme selbst aus einem dieser mittelständischen Unternehmen, über die Sie gesprochen haben –: Sie haben sehr viel über die technologische Seite und die Schwierigkeiten, die Herausforderungen aus Ihrer Sicht gesprochen, aber sehr wenig über die Situation der Fachkräftesicherung, über die Fachkräfteproblematik. Das haben Sie als ein nicht besonders relevantes Themenfeld bezeichnet. Sehen Sie da nicht auch aus Sicht der Logistik, dass das mit Blick auf Krisenfestigkeit ein wichtiger Aspekt ist, oder betrifft das Ihren Sektor doch nicht so stark, wie ich das bislang eingeschätzt habe?

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Ich bedanke mich ebenfalls für die Vorträge. – Ich beginne einmal bei Herrn Jeromin. Die Wasserversorgung ist ein wichtiges Thema. Das Land nimmt ja massiv Gelder in die Hand, um Ringschlüsse zu ermöglichen. Das hat jetzt nicht primär etwas mit der Bodensee-Wasserversorgung an sich zu tun, soll aber eben andere Wasserquellen anschließen. Wie bewerten Sie das aus Ihrer Perspektive als Bodensee-Wasserversorgung? Wird da genug getan, oder müsste man da mehr tun, um hier quasi eine gewisse Redundanz zu schaffen – Sie hatten dieses

– 106 –

„N minus 1“-Prinzip an die Wand geworfen –, dass das erreicht wird? Ist das bei Ihnen ausreichend?

Dann noch eine Frage, die vielleicht ein bisschen sehr ins Detail geht. Aber wir reden immer wieder über das Thema Wasserstoffproduktion und insbesondere den Wasserstoffverbrauch. Das bedeutet ja auch, dass dort, wo der Wasserstoff zumindest einmal verbraucht wird, lokal Wasser anfällt. Wenn der Wasserstoff insbesondere importiert wird, dann bedeutet das, dass irgendwo Wasser entnommen wird, das bei uns zusätzlich da ist. Ist das in Ihren Abschätzungen für die Zukunft eigentlich berücksichtigt? Das würde mich einmal interessieren, weil das eine nicht ganz triviale Diskussion ist.

An Frau Dr. Kolev-Schaefer habe ich folgende Frage: Wir hatten heute Morgen einen Vortrag von Herrn Schweizer von der Firma Schweizer Electronic. Die produzieren Halbleiterplatten und Leiterplatten insbesondere für Microcontroller. Er hatte dargestellt, dass 85 % der Produktion davon in China stattfindet und wir deshalb natürlich ein Problem haben. Da würde mich Ihre Einschätzung interessieren, inwiefern es aus Ihrer Sicht möglich ist, eine Halbleiterindustrie in Baden-Württemberg, in Deutschland oder in Europa wieder stärker zu etablieren, und ob Sie die Kritikalität auch so bewerten, wie das heute Morgen von Herrn Schweizer geäußert wurde.

Die Fragen an Herrn Marongiu wird für meine Fraktion der Kollege Haußmann stellen, wenn es zugelassen ist, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ja, ist es.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Wunderbar, vielen Dank. – Herr Marongiu, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Frau Dr. Pfau-Weller hatte schon das Thema Notfallpläne angesprochen. Dazu noch die Frage, ob es in Baden-Württemberg oder vielleicht in anderen Ländern schon solche Vorlagen gibt, über die man sagen könnte, dass man auf die auch noch einmal einen Blick werfen könnte, um zu sehen, wie andere damit umgehen? Ist das etwas, was die Kreise machen sollten, oder ist das etwas, was das Land mit aufnehmen sollte?

Vielen Dank für die Ausführungen zum Lang-Lkw. Das ist inzwischen schon eine jahrzehntelange Geschichte in Baden-Württemberg. Ich glaube, es ist vielleicht wichtig, dass wir dazu eine Handlungsempfehlung abgeben.

Wenn wir im Rückblick auf die Logistik während der Coronapandemie an die Fahrerinnen und Fahrer denken: Wo müssten wir da ansetzen, um für künftige Krisen resilienter zu werden, und wo brauchen wir da mehr Freiräume? Wir haben ja in der Vergangenheit schon oft die Situation reflektiert, dass es einfach sehr kleinteilig war. Deswegen frage ich: Wo müssten wir ansetzen, damit die Logistik da nicht unterbrochen wird, sondern dass sie die Freiräume hat?

– 107 –

Dann noch einmal der Hinweis: Ich gehe nicht davon aus, dass wir schnell in autonomes Fahren kommen. Das heißt, das Thema Fahrermangel wird ein wichtiges Thema sein. Führerscheinkosten spielen da auch eine große Rolle, beispielsweise auch im Vergleich zu anderen Ländern wie z. B. Österreich. Wo sehen Sie Ansätze, dass wir vielleicht vom Land aus Impulse geben, um die Logistik zu stärken?

Herzlichen Dank.

Abg. Carola Wolle AfD: Herr Jeromin, ich habe eine Frage zum Verbraucherverhalten, das sich geändert hat. Liegt das daran, dass es einfach mehr Bürger in Baden-Württemberg gibt? Wie wirken sich verbrauchssparende Geräte wie z. B. wassersparende WC-Spülungen aus? Dann hatten Sie davon gesprochen, dass Sie sich eine landesweite Strategie vorstellen könnten. Wo sehen Sie da die Federführung? Weiter hatten Sie gesagt, man soll Wassernetze ausweiten – Baden-Württemberg/Bayern. Welche Auswirkung hat das? Führt das dann zu Resilienz?

An Frau Dr. Kolev-Schaefer habe ich die Frage, wie wir die Rohstoffversorgung sicherstellen können. Das wurde heute noch nicht angesprochen.

An Herrn Marongiu habe ich eine Frage zum Schleusenausbau am Neckar und insgesamt. Denn die Wasserstraßen sind ja eine logistisch wichtige Transportinfrastruktur.

Dann haben Sie von den Problemen bei der Infrastruktur gesprochen, insbesondere für den Fernverkehr.

Ich denke, das Thema Ladekapazität spielt für die batteriebetriebenen Fahrzeuge eine sehr große Rolle. Wie hoch ist der Anteil des Batteriegewichts am Gesamtgewicht eines Lang-Lkw? Ich frage das, weil ich davon überhaupt keine Vorstellung habe. Das würde mich einfach persönlich interessieren. Aber unabhängig davon: Ausbau der Ladeinfrastruktur. Wie schnell müssen wir da Ihrer Meinung nach sein?

Dann hatten Sie von dem Problem gesprochen, dass während der Pandemie die Gültigkeit von Dokumenten ausgelaufen sei. Eigentlich hätte da doch zumindest online Hilfestellung gegeben werden können. Wenn man das in der Form sicherstellte, würde Ihnen das dann reichen?

Danke schön.

Vorsitzender Alexander Salomon: Gibt es noch weitere Fragen? Ja, von Frau Dr. Tröger, von Frau Abg. Staab und von Herrn Hauser. – Bitte, zunächst Frau Dr. Tröger.

Dr. Josephine Tröger, stellv. externes Mitglied: Ich habe noch eine Rückfrage an Herrn Jeromin. Mich würde interessieren, auf welcher Modellbasis Sie grundsätzlich arbeiten. Denn wir merken ja, dass das mit dem Klimawandel immer schneller geht

– 108 –

und die Hitzeperioden krasser werden. In Reflexion dazu dann auch die Frage, wie Sie mit den Kommunen umgehen, die aktuell vom Zweckverband nicht bedient werden können. Gibt es da einen Krisenplan, gehen Sie da nach einer allgemeinen Strategie vor, oder passen Sie die auch entsprechend an? Schließlich würden mich auch noch die Ursachen für die höheren Wasserverbräuche interessieren.

Frau Dr. Kolev-Schaefer, Sie hatten von Nachhaltigkeit und Resilienz globaler Wertschöpfungsketten gesprochen und empfohlen diesbezüglich ein detailliertes Monitoring von Klumpenrisiken. Wer sollte das machen und wie werden da die kritischen Güter identifiziert? Weil wir in vorherigen Vorträgen dazu ansatzweise schon etwas gehört haben, würden mich Ihre Perspektiven dazu interessieren.

Zur Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands haben Sie viel gesagt. Worauf würden Sie dabei einen Fokus richten und priorisieren?

In Ihrer Zusammenfassung steht auch etwas von einer Steuerreform. Da ist mir nicht klar, was genau Sie damit meinen. Vielleicht könnten Sie kurz ausführen, worauf Sie dabei die Priorität setzen.

Herr Marongiu, Sie haben in Ihrem Vortrag schon etwas zu den akuten Krisen und dazu gesagt, wie wir Waren bereitstellen können. Angenommen, im nächsten Jahr kommen Hitze und so etwas vermehrt auf uns zu: Wie würden Sie hier prioritär vorgehen?

Zu den alternativen Antrieben hatten Sie in der Präsentation kurz die Tank-oder-Teller-Debatte angerissen. Sehen Sie da auch Herausforderungen, wenn man alternative Kraftstoffe übergangsweise verwendet?

Danke.

Abg. Christiane Staab CDU: Ich habe eine Frage an Herrn Marongiu. Sie hatten vorhin relativ dramatische Zahlen bezüglich der Steigerung von Lieferverkehr – wenn ich das richtig abgespeichert habe – aufgezeigt. Ich sehe eigentlich, dass wir jetzt schon – das hatten Sie auch noch dargestellt – an den Kapazitätsgrenzen sind, und zwar sowohl auf der Straße als auch auf der Schiene. Wenn wir die von Ihnen genannten Steigerungsraten zugrunde legen würden: Was wäre dringend zu veranlassen, um unsere Infrastruktur überhaupt in Ansätzen zu befähigen, mit diesen Steigerungsraten umzugehen? Wir bräuchten Straßen, aber auch Parkplätze, damit die Ruhezeiten eingehalten werden könnten. Wir bräuchten auch Aufenthaltsmöglichkeiten für die Fahrer. Wir bräuchten die Schiene. Ich bekomme im Moment Ihre Steigerungsraten mit der tatsächlichen Infrastruktur, die eigentlich jetzt schon am Kapazitätssende angekommen ist, nicht überlappt. Wenn wir das nicht schafften: Was würde das für die Versorgung der Bevölkerung bedeuten? Der Lieferverkehr entsteht, weil er benötigt wird, und nicht deshalb, weil irgendjemand Lust hat, Lkws auf die Straße zu schicken. Bedeutet

– 109 –

das, dass, wenn wir diese Lieferverkehre nicht durchgeleitet bekämen, wir dann davon ausgehen müssten, dass wir Versorgungsengpässe hätten?

Harald Hauser, stellv. externes Mitglied: Herr Jeromin, ich habe an Sie auch noch eine Frage. Sie haben uns auf Ihrer letzten Folie die Zusammenfassung Ihrer Handlungsempfehlungen mitgegeben. Das hilft uns, herauszufinden, wie das Land konkret bestimmte Belange angehen könnte. Dabei nehme ich Bezug auf Ihre Handlungsempfehlung Nummer 2, die letztlich mit der Resilienz durch Redundanz in der Handlungsempfehlung Nummer 1 zusammenhängt. Sie sprachen ja davon, dass es diese Masterpläne gibt, dass wir aber – bei aller kommunalen Hoheit – eigentlich ein Interesse daran haben müssten, bei diesem Thema eine abgestimmte resiliente und wirtschaftliche Gesamtlösung anzustreben. Was könnte man sich da vorstellen? Welchen Beitrag könnte das Land dazu leisten?

Abg. Carola Wolle AfD: Herr Marongiu, in Ergänzung zu den Fragen von Frau Staab: Wir haben Logistik zu Wasser, zu Luft und zu Land auf der Straße und auf der Schiene. Wie wir wissen, sind die Bahngleise, die Brücken, die Schleusen marode. Worauf setzen Sie die Priorität? Was ist aus Ihrer Sicht am wichtigsten?

Vorsitzender Alexander Salomon: Gibt es weitere Fragen? – Das scheint zunächst nicht der Fall zu sein. Damit kommen wir zu den Antworten. – Herr Jeromin, Sie haben jetzt etwa zehn Minuten Zeit, auf die Fragen einzugehen. Bitte, Sie haben das Wort.

Sv. Herr Jeromin: Ich werde mich bemühen, die zehn Minuten einzuhalten. Die Fragen beantworte ich in der Reihenfolge, wie sie gestellt wurden.

Herr Köhler, eine wichtige Frage: Wie sehen wir die Rolle der Gesellschaft, die Rolle der Politik, die Rolle der Wasserversorger? Ich glaube, wir sollten alle ein gemeinsames Ziel haben. Das Ziel heißt: Sicherstellung der Versorgung für die Zukunft unter dem Aspekt Klimawandel. Daher sollten die unterschiedlichen Stakeholder miteinander reden.

Der erste Baustein ist der Masterplan, den das Umweltministerium jetzt in die Wege geleitet hat. Das kann aber nur ein Etappenziel sein. Aus dem Masterplan heraus muss eine strategische Entwicklung folgen, die das Land auf den Prüfstand stellt, die Defizitbereiche identifiziert und dann eine Strategie ableitet, wohin welche Dargebote gebracht werden müssen bzw. welche Mengen in welchen Raumschaften gebraucht werden. Dazu muss zukünftig berücksichtigt werden, was mit Trinkwasser ist, was mit dem Thema Brauchwassernutzung ist, was mit dem Thema „Landwirtschaftliche Bewässerung“ ist. Die Themenfelder Flächenverbrauch, Retentionsflächen, Schwammstädte sind an sich schon alle sehr komplex. Aber aus meiner Sicht braucht es einen Mastermind, und da sehen wir das Land in der Verantwortung, hier tätig zu werden, sich dieser Themen anzunehmen. Sonst sehe ich keine Institution, die das leisten kann.

– 110 –

Zu den Themen Gletscherschmelze und „Zufluss in den Alpenrhein“: Klimaforscher sagen, die Gletscher seien Ende des Jahrhunderts nicht mehr vorhanden. Das Niederschlagsregime über den Alpen wird aber gleich hoch bleiben. Wir haben das große Glück, dass ein Großteil dieses Niederschlags dem Bodensee zufließen wird, sodass sich der Schneeschmelzepeak nicht mehr ausprägen wird. Das wird zu einer Vergleichmäßigung im See führen, ist aber aus unserer Sicht kein Problem. Wir entnehmen ungefähr – Stand heute – 1 % des Zuflusses aus dem Alpenrhein. Also bilanztechnisch ist unsere Entnahme marginal.

Frau Dr. Pfau-Weller, Pegelstände im Land, Monitoring: Das Grundwasseranreicherungssystem ist ein träges System – teilweise Monate, teilweise Jahre, abhängig von dem Niederschlagsverhalten. Deswegen mit Blick in die Zukunft gesagt: Wir verlassen uns momentan auf die Aussagen und die Werte des LUBW. Das LUBW geht – natürlich regional unterschiedlich – von 20 bis 25 % Dargebotsverringerung aus. Das ist dann auch eine Grundlage für die Bilanzierung im Masterplan. Man geht aber auch davon aus – das nur als Zahl –, dass man zukünftig ab 2050, 2060 mit Trockenperioden in Baden-Württemberg von bis zu acht Jahren rechnen muss. Wir hatten 2017, 2018, 2019 drei Jahre hintereinander eine Trockenperiode. Da sind die Grundwasserstände in vielen Bereichen schon in die Knie gegangen, insbesondere was Quellschüttungen betrifft. Hätten wir noch ein Jahr mehr gehabt, wären die ersten Versorgungssysteme nicht mehr lieferfähig gewesen. Das heißt, wenn wir jetzt noch einmal vier Jahre draufpacken, dann sind sicherlich einige Versorger nicht mehr in der Lage, eine Versorgung zu 100 % sicherzustellen. Aber genau da ist für uns der Masterplan das Instrument. Genau diese Daten müssen erhoben werden.

Thema „Cyberangriffe“: Wir sind Betreiber kritischer Infrastruktur. Wir unterliegen der KRITIS-Verordnung. Wir haben ein zweijähriges Audit. Das ist seit 2018 ein stark steigender Aufwand. Es gibt in Baden-Württemberg vier Wasserversorger, die Betreiber kritischer Infrastruktur sind. Die teilen dasselbe Los. Es ist ein fortlaufender Prozess mit stark steigendem Aufwand.

Zu den Fragen bezüglich gefährdeter Regionen mit der Aussage des LUBW: 25 % über alles. Das LUBW hat auch regionale Daten, die durchaus schwanken. Man kann sagen, der mittlere Neckarbereich ist sicherlich ein Bereich, der jetzt schon mit extrem wenig Niederschlag beaufschlagt ist. Der wird weiter heruntergehen. Quelfassungen im Schwarzwald-Baar-Kreis, generelle Quellschüttungen auf der Schwäbischen Alb machen es absehbar, dass diese Versorger, die allein auf diesem Standbein stehen, in Schwierigkeiten geraten werden. Insofern komme ich immer wieder auf den Masterplan zurück. Ich halte es für extrem wichtig, dass man diesen stringent und zeitnah umsetzt, um dann damit weiterzuarbeiten, diese Nachteile zu erfassen bzw. auch zu bewerten und in der dreikaskadigen Struktur zu sagen, welches System hier dann einspringen soll.

Herr Karrais, zur Förderung: Im Fördertopf sind momentan 50 Millionen €. Ich erlaube mir zu sagen: Das ist Pipifax. Wir reden in dem Projekt „Zukunftsquelle“ – wir haben in

– 111 –

der nächsten Woche die Verbandsversammlung – über alles gesehen von einem Investivolumen mit Finanzdienst von 4,5 Milliarden € – nur für das Projekt „Zukunftquelle“. Das heißt aus meiner Sicht: Wenn der Masterplan Baden-Württemberg durch ist, die Dargebote und die Infrastruktur bewertet sind, wird ein Investitionsvolumen in Milliardenhöhe deutlich werden, mit dem man umgehen muss. Das ist meiner Meinung nach auch ganz logisch. Ich hatte gesagt, wir haben alle 60, 70, 80 Jahre Investitionszyklen in der Wasserversorgungsinfrastruktur. Die Infrastruktur wurde nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut, wie unsere auch. Jetzt stehen wir vor der nächsten Investitionswelle, die bei allen zeitgleich kommt.

Die Wasserstoffproduktion ist momentan kein Thema. Es gibt über unseren Verband, den DVGW, eine Abfrage. Es gibt einzelne Start-ups – auch in Baden-Württemberg. Aber mengenmäßig spielt das im Gesamtvolumen der Trinkwasserversorger momentan keine essenzielle Rolle.

Dann komme ich zu den Fragen von Frau Wolle von der AfD. Zunächst zum Verbraucherverhalten: Pro Kopf sind das aktuell 125 Liter. Das stagniert eigentlich und bleibt relativ konstant – trotz wassersparender Armaturen. Wir können hier nur mutmaßen. In der Coronazeit hatten wir teilweise durchaus Spitzenverbräuche. Es wurden im privaten Bereich viele Pools angeschafft. Die Landwirtschaft nimmt mehr Wasser ab. Wir haben dazu aber keine belastbaren Daten. Ich verweise wieder auf den Masterplan. Wir haben nachdrücklich darum gebeten, dass auch eine Perspektive und eine Prognose für zukünftige landwirtschaftliche Bewässerung gegeben werden müssen, weil wir hier zukünftig einen Bedarf sehen, den wir momentan als Wasserversorger nicht bewerten werden.

Als Branche gehen wir davon aus, dass der Trinkwasserverbrauch mit Perspektive auf das Jahr 2100 abnehmen wird. Wir gehen dann pro Einwohner von ungefähr 100 Liter am Tag aus gegenüber – Stand heute – den schon genannten 125 Litern.

Den Masterplan und die Strategie sehe ich ganz klar beim Land. Ich kann Ihnen jetzt keine Institution nennen, aber aus meiner Sicht ist Wasserversorgung kommunalhoheitliche Aufgabe. Die Kommunen werden das jedoch nicht gelöst bekommen. Es braucht eine Strategie des Landes. Die muss dann ausgerollt werden. Das heißt, die unterschiedlichen Stakeholder müssen eingebunden werden, aber unter Federführung des Landes, das diesen Prozess aussteuert. Ich verweise hier auf die Nationale Wasserstrategie, die ja auch vom Bund umgesetzt und ausgeführt wurde.

Wassernetz ausweiten – Bayern/Baden-Württemberg, mehr Resilienz: Es ist auch in den Abstimmungsgesprächen, die wir mit den bayerischen Kollegen und mit dem Umweltministerium in Bayern führen, klar, dass das keine Einbahnstraße ist. Das heißt, es muss zweiseitig funktionieren – sowohl Wasser aus Bayern nach Baden-Württemberg als auch Wasser von Baden-Württemberg nach Bayern; das als Grundlage.

– 112 –

Jetzt komme ich zu den Einzelfragen. – Frau Dr. Tröger, Modelle des LUBW: Ich hatte es vorhin schon angesprochen, dass wir pauschal von 25 % Grundwasserdargebotsabsenkung ausgehen. Ich bilde mir ein, das LUBW hat auch regional aufgelistet, wo es Unterschiede gibt.

Die Anfragen, die wir nicht bedienen können: Wir haben keine Rückmeldung, wie die Kommunen damit umgehen. Wasserversorgung ist kommunalhoheitliche Aufgabe. Wir nehmen aber durchaus wahr, dass Kommunen mittlerweile in der Entwicklung behindert sind – sei es bei der Ausweisung von Gewerbegebieten, sei es bei der Ausweisung von Neubauflächen, von Kindergärten bis hin zu Industrieansiedlungen, die ohne Bedarfsnachweis nicht mehr erfolgen können. Insofern ist da ein gehöriger Leidensdruck, und zwar nicht nur bei den Kommunen, sondern auch bei uns, als wir z. B. vor vier Jahren sagen mussten: „Wir können keine Kommune mehr aufnehmen.“ Deswegen haben wir in dem Projekt „Zukunftsquelle“ einen Wachstumspfad entwickelt. Der kostet aber summa summarum 4,5 Milliarden €, wobei die Investitionen ins Netz noch nicht berücksichtigt sind.

In Bezug auf das Thema „Höhere Verbräuche“: Wir gehen eher von einer Stagnation aus. Ich glaube, wir müssen uns mit dem Thema strategisch beschäftigen, und wir müssen überlegen, wofür wir zukünftig Trinkwasser benutzen und wofür wir Brauchwasser, Regenwasser verwenden, um die Systeme aufzusplitten und bilanziell zu betrachten. Dahinter hängen dann aber auch Investitionen, weil diese Infrastrukturen erst aufgebaut werden müssen. Wir sollten die in „Friedenszeiten“ aufbauen, jetzt aufbauen, wenn wir noch Zeit haben, und nicht erst dann, wenn die erste Trockenperiode von acht Jahren kommt.

Herr Hauser, Handlungsempfehlungen: Ich habe den Masterplan Baden-Württemberg schon mehrfach genannt. Da ist genau der Spagat. Wasserversorgung ist kommunalhoheitliche Aufgabe. Ich glaube, die Kommunen – ich wiederhole mich – werden es nicht leisten können. Aus meiner Sicht brauchen wir auf der Ebene des Landes eine Institution, die das federführend betreibt, die Stakeholder einbindet und diesen Prozess ab Ende 2025 lostritt, und wir sollten uns heute schon Gedanken darüber machen, wie der Prozess weitergeht.

Vielen Dank.

Sv. Frau Dr. Kolev-Schaefer: Ich bedanke mich für die Fragen. Ich werde versuchen, mich kurz zu fassen.

Zunächst zum Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz: Ich vermute, dass sich Ihre Frage auf den europäischen Vorschlag bezieht, und gefragt wurde, ob ich diesen klar ablehne oder ob gegebenenfalls ein Reformbedarf besteht. Ich sehe ein europäisches Lieferkettengesetz als die bessere Alternative zu der nationalen Lösung. Eine Regulierung der Lieferketten – was die Berichterstattung oder Ähnliches angeht – stellt eine Art Handelshemmnis dar. Gerade aus der Perspektive eines Level Playing Fields auf

– 113 –

dem Europäischen Binnenmarkt ist es wichtig, dass wir die Unternehmen europaweit vor gleiche Bedingungen stellen. Aus dem Grund ist die europäische Lösung einem nationalen Alleingang vorzuziehen. Nichtsdestotrotz geht die geplante Due Diligence Directive so, wie sie aktuell veröffentlicht ist, viel weiter als das, was wir in Deutschland bereits haben. Dadurch sollen noch mehr Unternehmen erfasst werden.

Man muss natürlich auch bedenken, dass die Unternehmen, die explizit durch das Gesetz genannt werden, nicht die Einzigen sind, die dann von dem Gesetz betroffen sind. Denn zahlreiche Unternehmen, die direkt betroffene Unternehmen beliefern, sind genauso betroffen. Sie müssen entsprechend auch Angaben zu den Produktionsbedingungen machen, zu denen Waren hergestellt worden sind. Also: Der Kreis der betroffenen Unternehmen ist wesentlich größer als der Kreis, der durch das Gesetz direkt genannt wird. Deswegen müssen wir darauf achten oder müssen uns dafür einsetzen, dass solch eine Ausdehnung des Adressatenkreises durch die Einführung des europäischen Vorschlags nicht zustande kommt. Das war vor allem mein Punkt.

Wenn es dann darum geht, wie das funktionieren könnte, ohne dass die Unternehmen so stark belastet werden, wie das aktuell der Fall ist – also ohne dass die Kosten für das Unternehmen so sehr in die Höhe gehen –, würde ich einen risikobasierten Ansatz bevorzugen. Das heißt, nicht jedes Unternehmen muss reporten – wie das aktuell bei denen der Fall ist, die erfasst sind –, sondern der Vorschlag wäre, dass nur diejenigen Unternehmen nachweisen müssen, wie die Produktionsbedingungen entlang der Lieferkette sind, die unter Verdacht stehen, dass sie Vorprodukte erwerben, die – so sage ich einmal – unter schlechten Arbeitsbedingungen, unter menschenunwürdigen Bedingungen – Zwangsarbeit, Kinderarbeit; Sie kennen ja all die Themen – hergestellt worden sind. Ein solcher risikobasierter Ansatz würde die Nachhaltigkeit angehen, ohne dabei die Unternehmen in der Breite zu belasten.

Der zweite Punkt: Was können wir von Dänemark lernen? Von Dänemark können wir tatsächlich sehr viel lernen. Wie gesagt, Dänemark belegt den ersten Platz gemäß des World Competitiveness Index, und zwar schon im zweiten Jahr in Folge. Das sind so viele Punkte, dass die Zeit nicht reichen würde, um auf alles einzugehen. Wir wissen, dass Dänemark ein Vorreiter in Sachen Digitalisierung ist, und zwar Digitalisierung der Verwaltung, der Gesellschaft, aber auch insgesamt der Wirtschaft. Digitalisierung ist oft sehr hilfreich, um auch die Prozesse nicht nur digital auszugestalten, sondern sie auch zu optimieren. Das hilft auch in Sachen Dekarbonisierung, das hilft auch in Sachen Resilienz, um eben Modelle zu entwickeln. Wir wissen auch, dass in Dänemark das Bildungssystem viel stärker digitalisiert ist. Das gilt auch in Sachen Besteuerung. Dänemark schneidet zwar dabei in allen Kategorien am schlechtesten ab, aber nichtsdestotrotz ist es letztlich besser aufgestellt als Deutschland. Die Unternehmensbesteuerung und insgesamt die Belastung für die Unternehmen sind dort wesentlich geringer.

Das gilt auch für den anderen Aspekt, den ich schon genannt habe: Wie viele Tage braucht man, um ein Unternehmen zu gründen? Auch da ist der Wert für Dänemark

– 114 –

halb so groß wie für Deutschland. Auch das geht dort viel schneller, viel unbürokratischer. Also, es gibt viele, viele Punkte, die wir uns von Dänemark in dieser Hinsicht anschauen könnten.

Die dritte Frage bezog sich auf die Halbleiterindustrie in Deutschland. Das ist ganz klar ein Punkt, wo wir eine starke Abhängigkeit von Importen aus dem Ausland aufweisen. Diesen Bereich hat die Europäische Kommission bereits ins Visier genommen und möchte mithilfe von Clusterbildung die Zusammenarbeit in den europäischen Staaten stärken. Da würde ich es so sehen, dass wir eine europäische Lösung brauchen. Wenn die Entstehung oder die Wiederentstehung einer Halbleiterindustrie in Deutschland durch konkrete, gezielte Subventionsmaßnahmen gefördert wird, wie das vor nicht allzu langer Zeit passierte, ist es aus meiner Sicht sehr wichtig, zu prüfen, welche Halbleiter hergestellt werden. Ich komme nicht aus dem technischen Bereich. Ich entnehme das nur den Nachrichten und dem, was ich persönlich mitbekomme. Danach ist es so, dass die Halbleiter, die bei Magdeburg hergestellt werden sollen, nicht die sind, die unsere Unternehmen hierzulande als Vorprodukte benötigen. Das gilt es zu prüfen. Denn allein einfach eine Halbleiterindustrie aufzubauen, um eine zu haben, hilft nicht weiter, um die Unternehmen mit diesem wichtigen Vorprodukt zu versorgen, wenn es sich um eine andere Art von Halbleitern handelt.

Der nächste Punkt bezog sich auf die Rohstoffversorgung. Dazu habe ich bereits einige Ideen genannt. Da brauchen wir eine intensivere Zusammenarbeit mit anderen Ländern. Gerade für den Bereich der Seltenen Erden habe ich Brasilien und Vietnam genannt. Das sind Länder, in denen entsprechende Vorkommen sind. Durch eine intensivere Zusammenarbeit mit diesen Ländern könnten wir es den Unternehmen ermöglichen oder erleichtern, den Einkauf von diesen wichtigen Vorprodukten zu diversifizieren. Es sind aber nicht nur Brasilien und Vietnam, sondern es gibt zahlreiche Länder. Das ist einfach nur ein Beispiel.

Zum Thema Monitoring: Wer soll dieses Monitoring von Risiken betreiben, wer könnte solche Berichte erstellen? Ich bin mir sicher, dass die großen Wirtschaftsforschungsinstitute, die anderen öffentlichen Wirtschaftsforschungsinstitute dazu genauso in der Lage sind wie unseres. Wie gesagt, wir haben bereits einen Bericht für Nordrhein-Westfalen erstellt. Hier geht es im Prinzip um eine Projektarbeit, weil es schon eine sehr detaillierte Berechnung ist, die auf sechsstelliger Ebene erfolgt, wo man sich einzelne Produktgruppen anschaut und mithilfe von Kriterien definiert, welches die kritischen Güter sind.

Sie haben ja auch nach den Kriterien gefragt. Da geht es in erster Linie darum, aus wie vielen Ländern die Produkte oder Produktgruppen – man kann das nicht ganz auf Produktebene herunterbrechen – bezogen werden. Es gibt eine Methodologie von der Europäischen Kommission, die den sogenannten Herfindahl-Index verwendet. Der soll mindestens 0,4 betragen. Das kann man in etwa so interpretieren, dass die Produktgruppe sozusagen aus zweieinhalb Ländern bezogen wird. So kann man das zumin-

– 115 –

dest grob interpretieren. Ein weiteres Kriterium, das die Europäische Kommission dafür setzt, ist, dass wir in dem Bereich ein Handelsdefizit aufweisen. Das heißt, wir produzieren wenig von dem entsprechenden Produkt und importieren sehr viel. Das dritte Kriterium, das die Europäische Kommission setzt, ist, dass mehr als die Hälfte der Importe in dem entsprechenden Bereich aus nicht europäischen Ländern kommt.

Aus meiner Sicht gibt es dann noch weitere Punkte zu bedenken. Die Methodologie muss weiterentwickelt werden. Ich persönlich würde auch eine weitere Dimension hinzufügen, in der die Länder hinsichtlich ihrer Verlässlichkeit als Lieferanten entsprechend eingestuft werden. Denn es ist eine andere Situation, wenn wir einen vollen Herfindahl-Index haben und die Vorprodukte aus Kanada beziehen im Vergleich zu der Situation, dass wir die Vorprodukte aus China beziehen. Das muss man bei der Erstellung eines Indizes bedenken.

Der letzte Punkt bezog sich auf die Wettbewerbsfähigkeit. Was kann man da insbesondere in Sachen Steuerreform voranbringen? Da gibt es auch ganz viele Punkte, die hier genannt werden können. Ich hatte schon die Abschaffung des restlichen Solidaritätszuschlags und die Ausdehnung der Investitionsprämie auf den Bereich der digitalen Neuerungen genannt. Es gibt aber weitere Punkte wie die Verbesserung der steuerlichen Forschungsförderung und die Abflachung des „Mittelstandsbauchs“, der aus meiner Sicht auch eine notwendige Reform durch einen linear-progressiven Verlauf im Einkommensteuertarif ist usw. usf. Deswegen habe ich in meiner Zusammenfassung eine grundlegende Steuerreform genannt, weil hier ein großer Reformbedarf besteht.

Ein anderer Punkt, der aber mindestens genauso wichtig ist, sind die öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur. Es ist dringend geboten, darüber nachzudenken, wie man die Schuldenbremse dafür flexibilisieren kann. Wie gesagt, die Schuldenbremse ist ein hilfreiches Mittel, um dafür zu sorgen, dass wir zukünftigen Generationen keine Schuldenberge hinterlassen. Es hilft aber auch nicht, wenn wir den zukünftigen Generationen eine marode Infrastruktur hinterlassen und keine Anreize dafür setzen, dass sich Unternehmen hierzulande weiterhin wohlfühlen und den Standort als wettbewerbsfähig und attraktiv ansehen.

Sv. Herr Marongiu: Ich versuche, die Antworten auf die Fragen zusammenfassen. – Frau Dr. Pfau-Weller, Frau Dr. Kliche-Behnke und Herr Haußmann haben die Notfallpläne angesprochen und gefragt, welches Haus dafür zuständig sein soll. Damit wir uns richtig verstehen: Wir machen keinen Vorwurf in irgendeine Richtung. Das war für alle Neuland. Die Frage ist nur, wenn wieder etwas Ähnliches passieren sollte, wie wir dann damit umgehen. Das war für alle, wie gesagt, Neuland. Ich kann nur sagen: Wir hatten, was die Logistik anbelangte, sehr gute Kontakte ins Staatsministerium, ins Innenministerium – das war die koordinierende Stelle –, ins Verkehrsministerium. Wir haben uns allerdings sehr wohl die Frage gestellt – das Sozialministerium hatte genug mit Impfreihenfolge usw. zu tun –: Wieso musste sich das Team im Sozialministerium auch noch um die Logistik kümmern? Da haben wir Liveberichte bekommen – dazu

– 116 –

will ich mich aber jetzt nicht auslassen –, wonach man da noch einiges hätte besser machen können. Also: Wer ist im Land für die Beschaffung zuständig? Dahin wäre ich vielleicht als Erstes gegangen. Für das nächste Mal – hoffentlich kommt es nie – müssen wir vorbereitet sein, dass sich darum Teams kümmern, die wissen, wie man Beschaffungsmanagement macht. Noch einmal: Kein Vorwurf an irgendjemanden.

Herr Haußmann, Sie fragten, ob das regional heruntergebrochen werden muss. Am Ende: Ja. Das muss im Land passieren. Aber man muss dann schauen, dass vor Ort die Kapazitäten da sind, dass die Logistikkapazitäten, Hallen, alles, was die Transportlogistik anbelangt, da sind.

Was war in der Praxis passiert? Jeder Bürgermeister, jeder Landrat hatte irgendwo Masken bestellt und dann seine Teams losgeschickt: Die sind mit dem Sprinter nach Frankfurt gefahren – berichtete mein Kollege aus Hessen – und haben dort den Flughafen lahmgelegt. Dann hatten sie die 40-Tonnen-Lkws, die Masken nach Bayern bringen sollten, und dazwischen drei Sprinter von der örtlichen Feuerwehr, die drei Kartons Masken abholen wollten, damit man dort auch schöne Fotos hatte: Tausend Masken direkt aus China besorgt! So etwas darf sich nicht wiederholen.

Noch einmal: Kein Vorwurf an irgendjemanden. Zuständig – natürlich – die Landesebene, dann aber herunterbrechen auf die unteren Ebenen bis hin zur kommunalen Ebene, wo sich die Akteure auch persönlich kennen. Das hat viel geholfen, das muss ich sagen: wenn persönliche Verbindungen schon vorher da waren.

Frau Wolle, Sie sprachen die Möglichkeit an, Dokumente online zu verlängern. Ja, das kann man so lösen. Aber wir haben Dinge wie eine Berufskraftfahrerqualifikation. Da muss eine Prüfung abgelegt werden. Das ging dann natürlich nicht. Da muss man sagen: Der ist jetzt die letzten fünf Jahre anständig gefahren, hängen wir halt noch einmal ein Jahr dran. Das hat man dann auch gemacht. Uns geht es nur darum, das Ganze entlang einer Kaskade – – Ich weiß nicht, was man zugrunde legt. Die RKI-Zahlen wären vielleicht etwas gewesen. Erreicht man das, dürfen die Lkws auch am Sonntag fahren. Darum ging es uns. Wie gesagt: Alles für das nächste Mal.

Dann fragten Sie, Frau Dr. Pfau-Weller, nach Logistikflächen und Bedarf. Das ist schwierig, denn wir hatten vor der Coronapandemie im Land, in Deutschland, überall, weltweit alles auf Effizienz getrimmt. Dann kam die Digitalisierung. Was haben wir gemacht? Noch enger auf Kante genäht. Unsere Industrie hatte ja gar keine Bevorratung mehr. Dann kam Corona und mit Corona der Toilettenpapiereffekt beim Bürger, aber genauso bei der Industrie. Manche haben sich vielleicht auch Schrauben zugelegt. Das reicht bis ins nächste Jahrhundert. Wir können es nicht sagen. Jetzt haben wir die erhöhten Zinsen. Das heißt, wenn Sie sich jetzt für 100 € Schrauben ins Lager legen, hat das vor einem Jahr null Euro gekostet, jetzt kostet es 3 €. Mal schauen, was passiert. Irgendeinen Mix wird es geben. Wir wissen, dass das ein Dauerthema ist. Es wird gelöst, und zwar so, wie es uns nicht gefallen kann, indem man sagt: Dann gehe ich

– 117 –

einfach von meinem optimalen Standort weg, irgendwohin, wo ich eine Fläche bekomme, und mache das Ganze eben auf der Straße. Dann bin ich immer weiter weg. Dann müssen sich natürlich viele an die eigene Nase fassen und sagen, in Stuttgart kostet der Quadratmeter 8 €, 100 km entfernt kostet er nur 5 €. Was kostet der Transport? Das gehört auch zur Wahrheit, dass wir diese Diskussionen führen müssen.

Der Bedarf ist da. Uns ist vor allem wichtig, dass die Unternehmen, die mittelständischen Unternehmen, die wir schon hier in Baden-Württemberg haben, hierbleiben und sich nicht mit Auswanderungsgedanken befassen. Im besten Fall bleiben sie in Deutschland. Das zu den Flächen.

Frau Dr. Kliche-Behnke, Sie fragten nach den Fachkräften. Da war ich wohl nicht deutlich genug. Das ist ein Riesenthema. Ich habe das Beispiel aus Aalen genannt. Wir haben Potenzial – 20 % Deutschland, 80 % Niederlande. Das kann nicht sein. Jetzt wird Gas gegeben. Das spüren wir. Die Arbeitsagentur rennt uns die Bude ein: Wir müssen etwas tun. Das hätten wir alles schon vorher machen können. Wir müssen nicht warten, bis wir die Sache auf den Deckel bekommen. Das ist also ein Riesenthema.

Die Logistik ist im Verhältnis zu vielen anderen Branchen nicht besonders attraktiv – zum Teil zu Unrecht, zum Teil fassen wir uns an die eigene Nase. Auch der Arbeitgeber ist gefordert, im Fahrerbereich etwas zu tun. Sie können nach Großbritannien schauen. Wir sind weit weg von britischen Verhältnissen, aber es fehlen bei uns tatsächlich – ich nehme da eine ganz vorsichtige Zahl – 60 000 Fahrer. Da sollten wir nicht zuschauen, bis es vielleicht einmal 120 000 Fahrer sind und wir dann anfangen, höhere Gehälter zu bezahlen, alles weiter zu verteuern.

Zum Thema Fachkräfte gehört natürlich die Frage, was wir als Arbeitgeber tun können. Dazu habe ich etwas gesagt.

Frau Staab fragte nach einer Parkplatzinfrastruktur. Die sollten wir anständig gestalten. Vielleicht gelingt es dann auch, den derzeitigen Anteil von 2 % Frauen in dem Job zu erhöhen. Ich brauche Ihnen nicht zu erklären, wie es auf unseren Parkplätzen zum Teil aussieht. Vergleichen Sie es mit Österreich: Die zeigen, dass es auch anders gehen kann. Interessant – nur am Rande – der Bezug auf Monopolverträge mit Tank & Rast. Wenn Sie irgendwo einen Parkplatz haben, dann dürfen Sie dort keine Kaffeeautomaten aufstellen, weil Tank & Rast das Monopol hat. Solche Themen gehören für mich zu bürokratischen Themen, die zu lösen sind.

Herr Haußmann, Sie fragten nach autonom fahrenden Lkws. Ich musste das kürzlich noch einmal googeln. Das haben wir ja in Baden-Württemberg schon ausprobiert. Ich dachte, das ist drei, vier Jahre zurück. Aber nein, das war im Jahr 2015. Da war Ministerpräsident Kretschmann in einem Daimler-Truck auf der A 8 unterwegs und ist ein paar Kilometer autonom gefahren – 2015; das liegt acht Jahre zurück. Wir haben in

– 118 –

der Richtung nichts weiterentwickelt. Ich weiß, da sind auch die Hersteller zurückhaltend. Da ist eben die Angst, wenn etwas passiert mit solch einem autonom fahrenden Lkw. Das sind keine schönen Schlagzeilen. Wir erleben es in den USA. Wir erleben es allerdings auch, dass unser Mitglied, die Firma Hegelmann aus Bruchsal, sehr wohl Tests mit autonom fahrenden Lkws macht – allerdings nicht in Deutschland, sondern in den USA.

Das ist dann das nächste Thema, das bei uns flöten geht, weil wir wissen, warum es nicht geht. Es ist klar: Bei autonom fahrenden Fahrzeugen denkt man immer gleich an die Szenen aus San Francisco. Lasst uns doch einfach mit den einfachen Dingen auf der Autobahn beginnen: Der Lkw-Fahrer sitzt noch am Lenkrad, steht im Stau, fährt drei Stunden „autonom“. Ja, und wenn er dann nicht aufwacht vom Piepen, dann piepst es lauter, und wenn er dann immer noch nicht aufwacht, bleibt der Lkw stehen, und wir haben einen Stau. Das ist dann der Worst Case. Also, da kann man durchaus etwas tun. Wie gesagt, 2015 haben wir angefangen, es auszuprobieren.

Frau Wolle, Schleusenausbau. Wie war noch einmal die Frage? Sie haben das Stichwort Wasserstraßen genannt.

Abg. Carola Wolle AfD: Ja, genau. Der Ursprung war die Schleuse in Heilbronn. Aber prinzipiell geht es darum, dass wir Logistik zu Wasser, zu Land und zu Luft haben. Zu Land haben wir die Bahn und Autos oder – in Ihrem Fall – die Lkws. Jetzt ist die Frage: Wo sehen Sie die Prioritäten auch von der Gewichtung her?

Sv. Herr Marongiu: Gut, habe ich verstanden. Dann nehme ich Ihre Frage in Bezug auf die Priorisierung mit in die Beantwortung auf.

Abg. Carola Wolle AfD: Die können Sie gern mit aufnehmen; genau.

Sv. Herr Marongiu: Dann mache ich es mir ganz leicht. Wir haben ein Konzept – ich meine, das hat 200 000 € gekostet – hier in Baden-Württemberg erstellt – das war wirklich sehr, sehr gut gemacht –: das Güterverkehrskonzept. Nehmen wir doch einfach dieses Güterverkehrskonzept und fangen an, das umzusetzen. Ein paar Punkte haben wir herausgenommen. Darin stehen ganz viele sinnvolle Dinge. Die müssen wir angehen, und zwar ein bisschen schneller, als dies bis jetzt geschehen ist. Alles, was darin steht, ist aus unserer Sicht richtig. Da gibt es nichts hinzuzufügen.

Dann hatten Sie nach Ladekapazitäten, -geschwindigkeit gefragt. Sie könnten E-Lkws kaufen. Wenn Sie die aber nicht geladen bekommen, dann werden Sie die nicht kaufen. Das heißt, das muss so schnell gehen, dass die Unternehmen diese Fahrzeuge einsetzen. Ohne Ladeinfrastruktur wird es nicht funktionieren. Ich sagte ja, dass wir vor vielen Jahren dachten, es gäbe die Lkws nicht. Die gibt es aber, und sie werden auch schneller gebaut, als wir vielleicht denken. Aber jetzt ist die Versorgung das Thema. Da fehlt uns ein klares Commitment, wie wir den Strom dorthin bekommen,

– 119 –

wo wir ihn benötigen. Da wird es schwierig. Beim Strom bekommen wir es hin, und bei anderen Themen sagen wir: „Da reichen die Mengen nicht“, „Es ist zu teuer“, oder, oder, oder.

Damit komme ich zu Ihrem Stichwort, Frau Dr. Tröger. Beim HVO höre ich sofort: Achtung, Mengen nicht vorhanden; Abfall. „Tank oder Teller“ ist ganz wichtig. Wir haben mit Herrn Minister Hermann darüber gesprochen. Die Auflagen für den HVO-Einsatz – meinerwegen Tests mit HVO – soll das Ministerium machen. Das ist definitiv kein Palmöl. Wir reden von Abfällen. Wir betrachten die ganze Kette – „Well to Wheel“. Wir wollen auch nicht, dass dann der Abfall aus Australien hierhergekartet wird. Das kann man alles betrachten. Wenn es am Ende nicht passen sollte, dann lassen wir es sein. Nur sehen wir, dass es in den Niederlanden funktioniert. Da kriegen wir HVO an der Tankstelle. Die Firma Neste, die da jetzt mit uns vorangeschritten ist, kommt aus Skandinavien. Die sind auch dafür bekannt, schauen sehr genau darauf. Das wäre für uns eine Übergangstechnologie, ohne dass wir jetzt groß an unserer bestehenden Infrastruktur etwas ändern müssen.

Ich hatte mir eine zweite Frage zu „Hitze“ notiert. Helfen Sie mir da bitte noch einmal.

Dr. Josephine Tröger, stellv. externes Mitglied: Ja, das war auch ein Teil des Beispiels akuter Krisen, wie Sie auf akute Krisen vorbereitet sind. Ich hatte dabei die Frage auch eher an einen anderen Adressaten gerichtet. Aber vielleicht können Sie das noch einmal zusammenfassen.

Sv. Herr Marongiu: Welche akuten Krisen?

Dr. Josephine Tröger, stellv. externes Mitglied: Sie haben ja gemeint – zumindest habe ich das so herausgehört –, dass, wenn jetzt noch einmal coronaähnliche Zustände kommen sollten mit der Arbeitssituation, Ansteckungsgefahr usw., es keinen Notfallplan für Runde 2 gibt. Oder gibt es den Notfallplan doch?

Sv. Herr Marongiu: Zumindest wäre mir jetzt keiner bekannt, der so weit heruntergebrochen wurde. Ich weiß, dass, wenn es so etwas gäbe, unsere Logistiker bei den Erfahrungen, die sie damals gemacht haben, aus dem Vollen schöpfen und erklären könnten, was sie damals gemacht haben. Wenn Sie jetzt z. B. das Fahrpersonal ansprechen, war doch klar, dass der Logistiker sein Fahrpersonal schützt. Der hat natürlich nicht mehr zwei Fahrer losgeschickt. Er hat dafür gesorgt, dass der Fahrer nicht aussteigen musste, sondern dass man sich mit dem Kunden geeinigt hat: Es gibt eine Zustellung von Industriegütern ohne großes Listenabstreichen, bei der zwei Leute zusammen stehen. Der Fahrer ist nicht aus seiner Fahrerkabine herausgegangen, der Lkw wurde entladen. Das war für den Fahrer auch angenehm. Die Zeiten haben sich wieder geändert. Also: Es gibt Ideen von den Praktikern. Die Frage wäre, mit wem man so etwas diskutieren kann, um Pläne zu erstellen und die dann auch herunterzubrechen.

– 120 –

Ich glaube, damit habe ich alle an mich gerichteten Fragen beantwortet.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich frage noch einmal in die Runde, ob es noch Nachfragen oder Fragen gibt, die noch nicht beantwortet wurden. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Zumindest zum jetzigen Zeitpunkt haben Sie alles beantwortet. Dann sind wir auch am Ende dieses Blocks angekommen.

Herr Jeromin, Frau Kolev-Schaefer und Herr Marongiu, vielen Dank an Sie im Namen der gesamten Enquetekommission, dass Sie uns Rede und Antwort gestanden und uns in wesentlichen Punkten weitergebracht haben.

(Beifall)

Auch für Sie gilt das Angebot, dann, wenn Sie in den nächsten Wochen und Monaten noch Hinweise für uns haben, diese an uns zu schicken. Wir können die dann sicherlich noch an der einen oder anderen Stelle verarbeiten. Ansonsten vielen Dank an Sie.

Ich darf die Öffentlichkeit darauf hinweisen, dass wir am Ende der öffentlichen Anhörung angelangt sind. Jetzt schließt sich eine nicht öffentliche Sitzung an. Die nächste öffentliche Sitzung findet am 1. Dezember 2023 um 9:30 Uhr statt. Dazu sind Sie wieder alle recht herzlich eingeladen.

Ich verabschiede Sie damit alle. Vielen Dank.

(Schluss des öffentlichen Teils: 16:55 Uhr)

– folgt nicht öffentlicher Teil II (gesondertes Protokoll) –